KARLSRUHE
Die Stadtgeschichte

Herausgegeben von der Stadt Karlsruhe – Stadtarchiv

31612
LA
(17)
Stadtarchiv
Zugangsbuch
Sig. A 108 / 2014

KARLSRUHE

Die Stadtgeschichte

KARLSRUHE
Die Stadtgeschichte

Susanne Asche
Ernst Otto Bräunche
Manfred Koch
Heinz Schmitt
Christina Wagner

Badenia Verlag Karlsruhe

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Karlsruhe - die Stadtgeschichte / [Hrsg.: Stadt Karlsruhe - Stadtarchiv. Red.: Ernst Otto Bräunche]. Susanne Asche ... - Karlsruhe : BadeniaVerl., 1998
ISBN 3-7617-0353-8

Herausgeber: Stadt Karlsruhe – Stadtarchiv

Redaktion: Ernst Otto Bräunche

Umschlaggestaltung: Herbert Kaes

Titelbild: Lutz Wolf (1934–1997): Friedrich-Weinbrenner-Plakette, Architekturpreis der Stadt Karlsruhe

Copyright 1998 by
Badenia Verlag GmbH, Karlsruhe
und Stadt Karlsruhe
Alle Rechte vorbehalten

Herstellung:
Badenia Verlag und Druckerei GmbH,
Karlsruhe

Gestaltung: Werner Münkel/Manfred Braun

Gedruckt auf:
„Euro-Art", matt
ein Erzeugnis der
SCA Finnepaper GmbH

Printed in the Federal Republic of Germany

ISBN 3 7617 0353 8

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort *Oberbürgermeister Prof. Dr. Gerhard Seiler* 9

Einleitung *Susanne Asche, Ernst Otto Bräunche, Manfred Koch, Heinz Schmitt, Christina Wagner* 11

Heinz Schmitt

Der Raum Karlsruhe vor der Stadtgründung 15
Die Karlsruher Landschaft und ihre natürlichen Bedingungen 16
Vor- und frühgeschichtliche Anmerkungen 19
Die ehemals selbständigen Orte im Karlsruher Stadtgebiet vor dem 18. Jahrhundert 25
Das heutige Stadtgebiet in der Zeit um 1700 46
Das Karlsruher Umland nach der Stadtgründung 51
Das 19. Jahrhundert: Landgemeinden im Sog der Haupt- und Residenzstadt 53
Die Rheinkorrektion und ihre Folgen 57
Die Stadt rückt näher: Die Eingemeindungen 59

Christina Wagner

Von der Stadtgründung zur großherzoglich badischen Haupt- und Residenzstadt 1715–1806 65
Die Residenz Karlsruhe bis zur Erneuerung der Stadtprivilegien 66
Stadtgründung 66
Baugeschichte 75
Handel und Gewerbe 88
Verfassung und Verwaltung 97
Kirche und religiöses Leben 103
Jahre des Übergangs:
Die vormundschaftliche Regierung 113

Die Entwicklung der Stadt bis zum Beginn des Großherzogtums Baden 115
Der neue Regent und Stadtherr 115
Baugeschichte 124
Bildung und Kultur im Zeichen der Aufklärung 139
Klein-Karlsruhe 155
Städtische Wirtschaft vor der Moderne 171
Die Revolutionskriege und der Beginn einer neuen Zeit 181

Susanne Asche

Residenzstadt – Bürgerstadt – Großstadt. Auf dem Weg von der Residenz zum Industrie- und Verwaltungszentrum 1806–1914 191

Entwicklung und Ausbau zur großherzoglich badischen Haupt- und Residenzstadt 1806–1830 192

Kriegszeiten 192
Modernisierung in Staat und Gesellschaft – Staatliche Gewalt und bürgerliche Freiheitsrechte 199
Der Ausbau der Stadt – Eingemeindung und Stadtplanung 210
Bevölkerung und Wirtschaft 218
Kultur und bürgerliche Öffentlichkeit 224

Vormärz, Revolution und Restauration 1830–1862 230

Die Karlsruher Landtagsabgeordneten 232
Die Pressefreiheit 233
Das neue Gemeindegesetz und die Kommunalpolitik 234
Stadtentwicklung und Stadtplanung 238
Das neue Schulwesen – Weibliche Tugend – Männliche Berufsbildung 244
Vom zünftigen zum kapitalistischen Gewerbe – wirtschaftliche und soziale Veränderungen 251
Öffentliche Armenpflege und weibliche Wohltätigkeit 255
Vorrevolutionäre Zeiten I – Demokratische Öffentlichkeit 258
Vorrevolutionäre Zeiten II – Skandale, Krisen, Hungerzeiten 266
Die Revolution von 1848/49 in der Residenz 274

Die Entwicklung zur Großstadt – das Industrie- und Verwaltungszentrum 1862–1914 298

Auf dem Weg in die deutsche Einheit – die Kriege von 1866 und 1870/71 und die Militarisierung des alltäglichen Lebens 300
Industrialisierung und Arbeitsmarkt 303
Stadtbild, Stadtplanung und Verkehrswesen 309
Wasserversorgung, Elektrizität und Kanalisation 316
Gesundheitswesen und Fürsorgepolitik – Stadtverwaltung und Frauenverein gemeinsam gegen Krankheit und Armut 318
Die Eingemeindungen 322
Die Bildungspolitik – das Schulwesen 326
Das kulturelle Leben in der Großstadt 329
Finanzen und Professionalisierung der Stadtverwaltung 336
Protestanten, Katholiken und Juden – konfessionelle Auseinandersetzungen 339
Politische Verhältnisse 343
Das Vereinswesen am Vorabend des Ersten Weltkrieges 353

Ernst Otto Bräunche

Residenzstadt, Landeshauptstadt, Gauhauptstadt.
Zwischen Demokratie und Diktatur 1914–1945 357
Erster Weltkrieg und Weimarer Republik –
Beginn und Scheitern der Demokratie in Karlsruhe 358
Der Erste Weltkrieg und die Revolution 1918/19 359
Die Stadtentwicklung 1914–1945 381
Die Verkehrsentwicklung 1914–1945 388
Soziale Lage und wirtschaftliche Entwicklung
der „Grenzstadt" 1919–1929 394
Weltwirtschaftskrise 1929–1933 402
Die Wohnungsversorgung 1919–1933 413
Politik und Wahlen in der Weimarer Republik 419
Kultur in der Weimarer Republik 446
Städtische Kulturpolitik 451
Das Vereinsleben 452

Karlsruhe im „Dritten Reich" 455
„Machtergreifung" und „Gleichschaltung" 1933 456
Kommunalpolitik im „Dritten Reich" 471
Die NSDAP und ihre Gliederungen 474
Alltag unter dem Hakenkreuz 475
Verfolgung und Ermordung der Karlsruher Juden 480
Die Deportation der Sinti und Roma 487
Karlsruhe im Zweiten Weltkrieg 487

Widerstand und Verfolgung *Manfred Koch* 503

Manfred Koch

Trümmerstadt – Residenz des Rechts –
Zentrum der Technologieregion.
Wechselvoller Weg in die Gegenwart 519
Trümmerzeit 520
Verlust der Hauptstadtfunktion 520
„Zeit zwischen den Zeiten" 526
Kriegsende und Wechsel der Besatzungsmacht 528
Entnazifizierung 529
Kommunale Selbstverwaltung und
demokratischer Neubeginn 534
Alltagsnot 542
Trümmerräumung und Planung des Wiederaufbaus 545
Wirtschaftsentwicklung und Währungsreform 548
Kultureller Neubeginn 551
Karlsruher Konzept für die Zukunft 555

Zwischen Währungsreform und Wirtschaftswunder 556
Die langen fünfziger Jahre 556
Oberbürgermeister, Bürgermeister und Gemeinderat bis 1967 558
Wiederaufbau und Ausbau 566
Umsetzung des Karlsruher Konzepts 588
Kultur- und Bildungszentrum 602
Gedenkstätte Gurs 611
Karlsruhe feiert 612
Industrie- oder Beamtenstadt Karlsruhe? 618

Zeit des Umbruchs 623
Zeichen des Wandels 623
Jugend- und Studentenprotest 624
Wandel in der Wirtschaft 628
Auseinandersetzungen über Umweltprobleme 629
Machtwechsel im Rathaus 631
Der Haushalt 1971 und 1972 645
Eingemeindungen 646

Stadt im Wandel 649
Vom Ölpreisschock zur deutschen Einigung 649
Oberbürgermeister, Bürgermeister und Gemeinderat 651
Strukturwandel der Wirtschaft 655
Stadtentwicklung 657
Ausbau der Kulturinstitutionen 667
Zentrum der Technologieregion 671

Anhang 677
Verzeichnis der Tabellen im Text 678
Die Entwicklung der Karlsruher Gemarkung 679
Die Entwicklung der Einwohnerzahlen in Karlsruhe 682
Anmerkungen 684
Abkürzungen 746
Quellen- und Literaturverzeichnis (Auswahl) 747
Abbildungsnachweis 755
Personenregister (Katja Linder) 758
Ortsregister (Manfred Koch) 769
Sachregister (Ernst Otto Bräunche) 777

Geleitwort

Die Stadtgeschichtsschreibung hat in Karlsruhe eine gute Tradition. Bereits einhundert Jahre nach der Gründung der Stadt legte Theodor Hartleben im Jahr 1815 sein „Statistisches Gemälde der Residenzstadt Karlsruhe und ihrer Umgebungen" vor. Diese eher beschreibende denn analysierende erste Gesamtdarstellung war eine Eigeninitiative eines markgräflichen Beamten, der für seine Mühe natürlich den Dank der Stadt und auch ein Geschenk erhielt.

70 Jahre später führte der Wunsch nach einer zuverlässigen Stadtgeschichte zur Gründung des Stadtarchivs. Dieses bekam 1885 den Auftrag, die stadtgeschichtlich relevanten Unterlagen zu archivieren und eine Publikation vorzubereiten. Damit bewies die Stadt einerseits ihr gewachsenes historisches Bewußtsein und signalisierte anderseits auch, daß sie sich aus der Abhängigkeit vom großherzoglichen Hofe zu lösen anschickte, dessen Geschichte bis dahin auch die Geschichte der Stadt dominiert hatte. Karlsruhe war inzwischen im Zuge der Industrialisierung auf dem Weg zu einer modernen Großstadt, in der nicht mehr die Hofbeamten, sondern das Handels- und Wirtschaftsbürgertum dominierte und auch die Arbeiter eine zunehmend starke Rolle spielten.

1887 legte Karl Gustav Fecht im Auftrag der städtischen Archivkommission eine erste einbändige Stadtgeschichte vor, der acht Jahre später der erste Band des dreiteiligen Werkes „Karlsruhe. Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung" von Friedrich von Weech folgte. Zum 200jährigen Stadtjubiläum 1915 erschien eine im wesentlichen von Robert Goldschmit, Mitglied der städtischen Archivkommission, verfaßte Festschrift.

Dieses so erfreulich begonnene Zusammenspiel von Stadtgeschichtsschreibung und Stadtarchiv wurde durch den Ersten Weltkrieg bzw. dessen Folgen erheblich beeinträchtigt. Das Stadtarchiv mußte 1920 seine Räumlichkeiten dem in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit zunehmend gefragten Arbeitsamt zur Verfügung stellen. Nennenswerte stadthistorische Beiträge erschienen lange Zeit nicht mehr.

Nach dem Zweiten Weltkrieg galt es zunächst, die dringenden Sorgen des Alltags zu lösen. Mit der Besserung der Lebensverhältnisse geriet aber auch wieder die Stadtgeschichte ins Blickfeld. Das 250jährige Stadtjubiläum 1965 wurde groß gefeiert. Eine neue Gesamtstadtgeschichte entstand zwar nicht, dafür aber die Publikationsreihe „Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs", in der bis heute 18 Bände erschienen sind. Die Ergebnisse dieser Publikationen fließen in die neue Gesamtdarstellung „Karlsruhe. Die Stadtgeschichte" ein. Die Voraussetzungen dafür wurden durch erste personelle Verstärkung des Stadtarchivs eingeleitet, die aus dem „Einmannbetrieb" ein kleines, aber leistungsfähiges, Team entstehen ließ. Diese Stärkung der stadtgeschichtlichen

Arbeit wurde fortgesetzt, da die Stadtgeschichte in einer Zeit, die nach Orientierungsmöglichkeiten sucht, eine sinnstiftende Funktion hat. Sie trägt dazu bei, daß sich die Bürgerinnen und Bürger stärker mit ihrer Stadt, mit ihrem Wohnviertel, identifizieren können. Geschichtsarbeit kann die Verunsicherung in einer unübersichtlich gewordenen Welt verringern und dazu beitragen, ein Stück Heimat und Geborgenheit wiederzugewinnen.

Geschichte ist Teil der Kulturarbeit der Städte. Deshalb hat die Stadt Karlsruhe reagiert und den Auftrag der Stadtgeschichtsschreibung um die Vermittlung der Ergebnisse auf neuen, zeitgemäßen Wegen erweitert. Ausstellungen, Vorträge, Führungen und multimediale Präsentationen werden angeboten.

Eine weitere Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit des Stadtarchivs war dessen Umzug in die für Archivzwecke umgebaute ehemalige städtische Pfandleihe im 275jährigen Jubiläumsjahr 1990. Das Stadtarchiv hat sich seither als Zentrum städtischer Geschichtsarbeit etabliert und erfüllt den Auftrag der Bewahrung, Erforschung und Vermittlung der Stadtgeschichte erfolgreich und mit persönlichem Einsatz. Ein Beleg dafür ist die vorliegende neue Gesamtstadtgeschichte. Fünf Autorinnen und Autoren behandeln anschaulich mit modernen Fragestellungen die Geschichte der Stadt von den Anfängen bis in die Gegenwart. Mit der neuen Stadtgeschichte gelingt es, Maßstäbe zu setzen und eine solide Basis für die weitere Arbeit des Stadtarchivs zu schaffen. Dieses wird künftig eine organisatorische Einheit mit dem Stadtmuseum im Prinz-Max-Palais und dem Pfinzgaumuseum bilden. Ein solches Konzept der Stadtgeschichte „aus einer Hand" ermöglicht die gezielte Vertiefung einzelner Perioden und spezieller Themen und wird noch viele weitere lesens- und sehenswerte Beiträge zur Geschichte unserer Stadt liefern.

Professor Dr. Gerhard Seiler
Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

Karlsruhe – Die Stadtgeschichte

Einleitung

„Aus kleinen Anfängen und unter mannigfachen Schwierigkeiten hat sich die badische Hauptstadt ihre heutige Bedeutung errungen, ohne den Vorzug zu besitzen, den andere Städte durch ihre natürliche Lage an großen Strömen oder an alten, den Verkehr fördernden Straßen hatten. Unsere Stadt hat sich durch die Gunst des Fürstenhauses und durch die Betriebsamkeit ihrer Bewohner in einer Weise entwickelt, daß sie heute vielen, um die Jahrhunderte älteren Schwestern ebenbürtig zur Seite steht, andere überflügelt hat. ... Diese Blätter sollen erzählen, wie sie entstanden, wie sie war und was sie am Ende des zweiten Jahrhunderts ihres Bestehens geworden ist."
Mit diesen Worten schloß Robert Goldschmit die Einführung zu seiner Stadtgeschichte, die er „Die Stadt Karlsruhe, ihre Geschichte und ihre Verwaltung" nannte. Diese erschien 1915 und war für lange Zeit die letzte stadtgeschichtliche Gesamtdarstellung. Nun am Ende des 20. Jahrhunderts liegt eine neue Stadtgeschichte vor, die in vielem die Ergebnisse Goldschmits und seiner Vorläufer bestätigt, sie aber vor allem erweitert, neu interpretiert und um die Geschehnisse seit 1915 bis in die Gegenwart ergänzt.
Heute gehören zur Stadt Karlsruhe viele Orte, deren ältester, Knielingen, schon 776 urkundlich genannt wird. Diese haben ihre jeweils eigene Geschichte, die ausführlich darzustellen, nicht Aufgabe der vorliegenden neuen Stadtgeschichte ist. Dennoch konnten die alten, ehemals selbständigen Gemeinden nicht übergangen werden. Ihre Schicksale weisen einerseits Gemeinsames, andererseits aber auch viel Eigentümliches auf. Dies wird in dem einleitenden Kapitel deutlich, das auch die geographische Lage und die Beschaffenheit der Landschaft vorstellt. Die Darstellung des Charakteristischen jeder Ortschaft ergibt ein breites Spektrum von Knielingen bis Stupferich und von Neureut bis Wolfartsweier. Von diesen Dörfern heben sich die Städte Mühlburg und insbesondere Durlach deutlich ab. Das letztere war immerhin mehr als 150 Jahre lang markgräflich badische Haupt- und Residenzstadt und somit Vorläuferin von Karlsruhe. Für die Zeit nach der Gründung der neuen Hauptstadt wird besonders auf die zunehmende wirtschaftliche, bauliche und kulturelle Verflechtung der Umlandgemeinden mit dieser eingegangen, die schließlich zu zahlreichen Eingemeindungen führte.
Wer heute eine aktuelle Luftaufnahme Karlsruhes betrachtet, kann dieses Wachstum der Stadt nachvollziehen, deren bei Goldschmit erwähnte kleine Anfänge sich gleichzeitig immer noch in den Stadtplan einzeichnen. Zentral für die Stadt ist das Schloß mit dem von ihm ausgehenden fächerförmigen Straßennetz. Hier begann die Geschichte Karlsruhes mit dem Entschluß des Markgrafen Karl Wilhelm, seine Residenz in den Hardtwald zu verlegen. Die Grundsteinlegung für das Schloß am 17. Juni 1715 kann als Gründungsakt für Karlsruhe gelten, das sich jedoch erst nach und nach zu einer Stadt mit kommunal verfaßter Bürgergemeinde bildete. Die im Gründungsaufruf versprochenen und in den Stadtprivilegien von 1722 bestätigten Vergünstigungen wie z. B. Steuerbefreiung, Subventionsleistungen und religiöse Toleranz, zogen bis 1720 abgesehen von Einwohnern der umliegenden Gemeinden auch zahlreiche Bewohner aus fremden Territorien und Gebieten außerhalb des Reiches an. Unter ihnen befanden sich nicht nur Angehörige der drei christlichen Konfessionen, sondern auch viele Juden. Diese heterogene Bevölkerung lebte zunächst vom Aufbau der Stadt, von Handel und Gewerbe. 1752 zog mit dem jungen Markgraf Karl Friedrich ein neuer, der Aufklärung verbundener Stadtherr ins Schloß. Seine Innovationen im Bereich der Staatsführung, im Bildungs- und Kultursektor sowie im Bauwesen bestimmten

fortan das Bild der Stadt, die als Residenzstadt zur Bühne des Landes werden sollte. Der Ausbau der Territorialverwaltung erhöhte die Zahl der Beamten in Karlsruhe, die sich mit anderen vom Hofe abhängigen Akademikern zum zeittypischen „aufgeklärten Bildungsbürgertum" formierten. Dank dieses gesellschaftlichen Rahmens konnte sich die Stadt auch gegenüber den Herausforderungen, welche zu Beginn des 19. Jahrhundert auf sie zukamen, bewähren. Schon 1771 war durch die territoriale Wiedervereinigung mit der Markgrafschaft Baden-Baden eine Entwicklung eingeleitet, die von Napoleon fortgeführt, Baden zu einem Mittelstaat werden ließ. Mit der Bildung des Großherzogtums 1806 wurde das badische Territorium verdreifacht, die Bevölkerungszahl stieg von 165.000 auf 900.000 Menschen. Da der Gebietsgewinn auch repräsentative Städte wie z. B. Mannheim einschloß, mußte Karlsruhe befürchten, die Hauptstadtfunktion zu verlieren. Doch Karlsruhe blieb Haupt- und Residenzstadt.

In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wuchs die Stadt bis zur heutigen Kriegsstraße. Das Stadtbild gestaltete sich nach den Plänen des Architekten Friedrich Weinbrenner, dessen Handschrift noch heute den Marktplatz prägt. Viele der nun entstehenden repräsentativen Bauten, darunter als erstem die Synagoge in der Kronenstraße, wurden von diesem bedeutendsten Karlsruher Stadtbaumeister geplant. Es entstand ein Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum, das eine vom Hof unabhängige Stellung aufbaute und Karlsruhe erst zur Stadt im eigentlichen Sinne werden ließ. Die Unterschichtensiedlung Klein-Karlsruhe, in der die Menschen lebten, die nicht das für die Niederlassung in der Residenz erforderliche Vermögen aufbringen konnten – Hintersassen, Tagelöhner, Soldaten und Spinnerinnen – wurde 1812 nach Karlsruhe eingemeindet, das jetzt einen Oberbürgermeister und einen ihm nachgeordneten Bürgermeister hatte. Zudem entstand in Karlsruhe nach der Inkraftsetzung der Verfassung von 1818 mit dem Badischen Ständehaus das erste deutsche Parlamentsgebäude. Dort trafen sich seit 1822 die gewählten badischen Abgeordneten, deren Debatten mit den Forderungen nach freiheitlichen Rechten zeitweise Aufmerksamkeit weit über die badischen Grenzen hinaus erregten.

In der zweiten Häfte des 19. Jahrhunderts begann die dritte Veränderungsphase, welche die Stadt nochmals grundlegend änderte und eine Blüte der Stadtentwicklung einleitete. Sie sprengte endgültig die fächerförmige Anlage, dehnte sich nach Süden, Osten und Westen aus und erhielt große Industriegebäude, welche die bisherigen Prachtbauten in ihrem Umfang in den Schatten stellten. Mit der Industrialisierung, die in Karlsruhe vor allem durch die metallverarbeitende Industrie getragen wurde, verlor die Stadt ihre Eigenschaft als Beamtenstadt. Sie wurde im Jahr 1901 zur Großstadt mit über 100.000 Einwohnern, für die neue Wohngebiete gebaut werden mußten. Bereits zu Beginn dieser Entwicklung war die Südstadt mit ihren engen Straßen und Mietskasernen entstanden. Hier wohnte die Armut, während sich im Westen das Bürgertum repräsentative Villen errichten ließ. Die Stadtverwaltung stand vor großen Aufgaben. Ein Straßenbahnnetz wurde geschaffen, eine moderne Wasserleitung angelegt, ein Gas- und Elektrizitätswerk errichtet und eine leistungsstarke Kanalisation gebaut. Das Vereinswesen und das politische Leben kamen zu einer ersten Blütezeit, zahlreiche Tageszeitungen spiegelten die Vielfalt des städtischen Alltags.

Der Erste Weltkrieg setzte dem ein abruptes Ende. In diesem zunächst begeistert aufgenommenen Krieg war Karlsruhe wie alle anderen deutschen Städten zunehmend von den immensen Versorgungsengpässen und den mit der Umstellung auf die Kriegswirtschaft verbundenen Maßnahmen betroffen. Karlsruhe gehörte aber auch zu den Städten, die wegen der Nähe zur Front nun auch das Ziel von Luftangriffen wurden. Die deutsche Niederlage und die Regelungen des Versailler Friedensvertrages trafen die Stadt schwer. Vor allem durch den Verlust Elsaß-Lothringens als Absatzmarkt und die erschwerten Bedingungen des Wirtschaftsverkehrs mit der französisch besetzten Pfalz konnte man nicht an die

kontinuierliche Aufwärtsentwicklung der Kaiserzeit anknüpfen.
Mit der Revolution 1918/19 war aus der großherzoglich-badischen Haupt- und Residenzstadt die Hauptstadt des Freistaats Baden geworden. Trotz aller Schwierigkeiten wirkte sich die traditionelle Stärke des Dienstleistungsbereichs auch nach dem Verlust des badischen Hofes als Wirtschaftsfaktor und Förderer von Kunst und Wissenschaft noch positiv aus. Die Weltwirtschaftskrise ließ im Vergleich mit stärker industrialisierten Städten Karlsruhe nicht zu den Spitzenreitern der Arbeitslosigkeit gehören. Dennoch war der städtische Haushalt zunehmend mit Ausgaben im Sozialbereich belastet, viele Menschen von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen.
Politisch wurde aus der im Kaiserreich noch weitgehend nationalliberal dominierten badischen Landeshauptstadt zunächst eine Stadt, in der die Weimarer Koalition aus SPD, Deutscher Demokratischer Partei und Zentrum die Richtung vorgab. Bis heute nachwirkende Planungen und Projekte wie der Generalbebauungsplan von 1926 oder der Bau von neuen Wohnsiedlungen, darunter mit der Dammerstocksiedlung ein Beleg für die Öffnung zum Neuen Bauen, wurden trotz schwieriger finanzieller Lage auf den Weg gebracht. Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise stieg die Zahl der NSDAP-Wähler und Wählerinnen so rapide an, daß die Nationalsozialisten schon 1930 zur stärksten politischen Kraft wurden.
Obwohl der Sprung über die 50%-Hürde auch hier nicht gelang, schaltete die NSDAP nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler rasch die politischen Gegner aus und die Verwaltung und Öffentlichkeit im neuen Führerstaat gleich. Aus der badischen Landeshauptstadt wurde die Gauhauptstadt Karlsruhe, in der nun nationalsozialistische Propagandaveranstaltungen mit Beteiligung der regionalen und häufig auch der deutschen Parteiprominenz zum Alltag gehörten.
Wie für Deutschland insgesamt hatte die nationalsozialistische Machtübernahme für die Stadt katastrophale Folgen. Der jüdische Bevölkerungsteil wurde entweder aus der Stadt vertrieben oder aber seit 1940 deportiert und schließlich umgebracht, die Stadt in dem von Deutschland begonnen Zweiten Weltkrieg zu einem großen Teil zerstört.
Zu den Folgen des Zweiten Weltkrieges gehörte darüber hinaus der Verlust der Hauptstadtfunktion. Die quer durch Baden verlaufende Grenze der Besatzungszonen rückte Karlsruhe nicht nur geographisch in einen „toten Winkel". Die Erhaltung der Zentralität der Stadt bei den Verwaltungsdienstleistungen für ganz Nord- und Mittelbaden mit zahlreichen Institutionen des Landes und des Bundes verhinderte aber das Absinken Karlsruhes zur unbedeutenden Provinzstadt. Der Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht machten die Stadt zur „Residenz des Rechts".
Mit dem Kernforschungszentrum wuchs das in der Technischen Hochschule vorhandene Forschungspotential. Nach der Stagnation der Zwischenkriegszeit nahm die industrielle Entwicklung seit 1946/47 einen Aufschwung, der in der Ansiedlung zweier Ölraffinerien nördlich von Maxau gipfelte. Die europäische Einigung verwandelte zudem den früheren Nachteil der Grenznähe in den Vorteil, im Zentrum europäischer Verkehrswege zu liegen.
Nach der raschen Trümmerräumung der Innenstadt begann bald nach der Währungsreform ein langanhaltender Bauboom. Der Wiederaufbau ging allmählich in einen Ausbau der Stadt über. Im Stadtinneren konnten die historischen Konturen des Fächergrundrisses und zentraler Weinbrennerbauten erhalten werden, ohne damit die Entwicklung zur modernen Großstadt zu hemmen. An den Stadträndern wuchsen moderne Wohnviertel, etwas außerhalb entstanden Trabantensiedlungen. Das rasche Wachstum der Stadt bis weit in die 1960er Jahre ließ die Frage erneuter Eingemeindungen dringlich werden. Die ehemalige Residenzstadt liegt heute nach den Eingemeindungen der 1970er Jahre in einem Kranz ehemals selbständiger Gemeinden, die zumeist viel älter sind als Karlsruhe.
Der am Ende der 1960er Jahre einsetzende gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel

wirkte sich auch in der Kommunalpolitik aus. Statt der „autogerechten Stadt" wurde der „stadtgerechte Verkehr" zur Leitlinie der Verkehrsplanung. An die Stelle des Ausbaus der Stadt trat der innerstädtische Umbau und die Stadterneuerung mit der Sanierung ganzer Stadtviertel wie des Dörfle, der Konversion ehemaliger Industrieflächen und der Schaffung neuer Grünanlagen. Ziel dieser Maßnahmen war die Steigerung der Lebensqualität in der Stadt, um die Abwanderung besserverdienender Bürger in das Umland zu verhindern.

Der wirtschaftliche Strukturwandel seit den 1980er Jahren brachte auch Karlsruhe einen Verlust von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe und eine Zunahme bei den Dienstleistungen. Die Stadt setzte gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer und dem Land Baden-Württemberg auf die Chancen der neuen Technologien und richtete die Technologiefabrik als Existenzgründerzentrum ein. Zudem schuf man gemeinsam mit den umliegenden Städten und Landkreisen die TechnologieRegion Karlsruhe zur Stärkung der Region im internationalen Wettbewerb. Natürliches Zentrum der Region ist mit ihrem Arbeitsplatzangebot, ihrem differenzierten Angebot an Ausbildungseinrichtungen und den aus der Zeit der Residenz- und Landeshauptstadt erhaltenen kulturellen Institutionen die Großstadt Karlsruhe.

Die wechselvolle Geschichte einer Stadt sollte ein integraler Bestandteil ihrer Identität sein, deren Zukunft nur vor dem Hintergrund ihrer Vergangenheit entworfen werden kann. Diesem Ziel dienen Stadtgeschichten wie die Vorliegende. Mehr als 80 Jahre nach der letzten Gesamtdarstellung greift diese neue Karlsruher Stadtgeschichte auf die vorherigen Werke und viele Detailuntersuchungen zurück, bringt aber auch viele neue Forschungsergebnisse, die mit den modernen stadtgeschichtlichen Fragestellungen Vergangenheit lebendig und anschaulich werden lassen. Nicht mehr die Geschehnisse am Hofe und die der badischen, seit 1952 baden-württembergischen, Regierung, sondern die Einwohner der Stadt rücken in den Mittelpunkt der Darstellung. Die Geschichte Karlsruhes wird dabei in den Kontext der Entwicklung in Baden und Deutschland gestellt. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Umbrüche werden aufgezeigt und im gesamtgeschichtlichen Rahmen behandelt.

Eine reiche Bebilderung sorgt für eine Veranschaulichung des Beschriebenen. Stadtpläne zwischen den einzelnen Kapiteln und zwei Tabellen am Schluß des Bandes ermöglichen den Überblick über die Stadtentwicklung. In den Text integrierte Kurzbiographien stellen Personen vor, die positiv oder negativ diese Entwicklung entscheidend mitgestaltet oder beeinflußt haben. Vor allem aber geht es um die Bemühungen und Leistungen der Karlsruher und Karlsruherinnen, ihre Möglichkeiten und Handlungsspielräume, ihre Schicksalsschläge und auch ihre Versäumnisse auf dem Weg Karlsruhes von einer eher unbedeutenden fürstlichen Gründung zur Großstadt im Zentrum Europas und der TechnologieRegion Karlsruhe.

Ein Buch wie dieses kann nur entstehen durch die Mithilfe vieler. Herbert Kaes hat die Gestaltung des Titelblattes übernommen, Katja Linder das Personenregister erstellt und bei der Textbearbeitung geholfen. Ulrike Deistung und Georg Hertweck waren bei der Bildbeschaffung behilflich, Klaus Dunkel und Klaus Meinzer bei der Zusammenstellung von Materialien und Listen. Besonders hervorzuheben ist auch die Leistung der Korrekturleserinnen. Neben den Archivarinnen Ulrike Deistung und Angelika Sauer hat auch Rita Dahm einen großen Teil ihrer Freizeit geopfert und ehrenamtlich die Manuskripte gelesen. Werner Münkel, Manfred Braun und Eckhard Schütze stehen stellvertretend für das bewährte Team des Badenia-Verlages, das zuverlässig und pünktlich die verlegerische und drucktechnische Umsetzung des Buches erledigt hat. Ihnen allen gilt unser herzlicher Dank.

Susanne Asche, Ernst Otto Bräunche,
Manfred Koch, Heinz Schmitt,
Christina Wagner

Heinz Schmitt

Der Raum Karlsruhe vor der Stadtgründung

Die Karlsruher Landschaft und ihre natürlichen Bedingungen

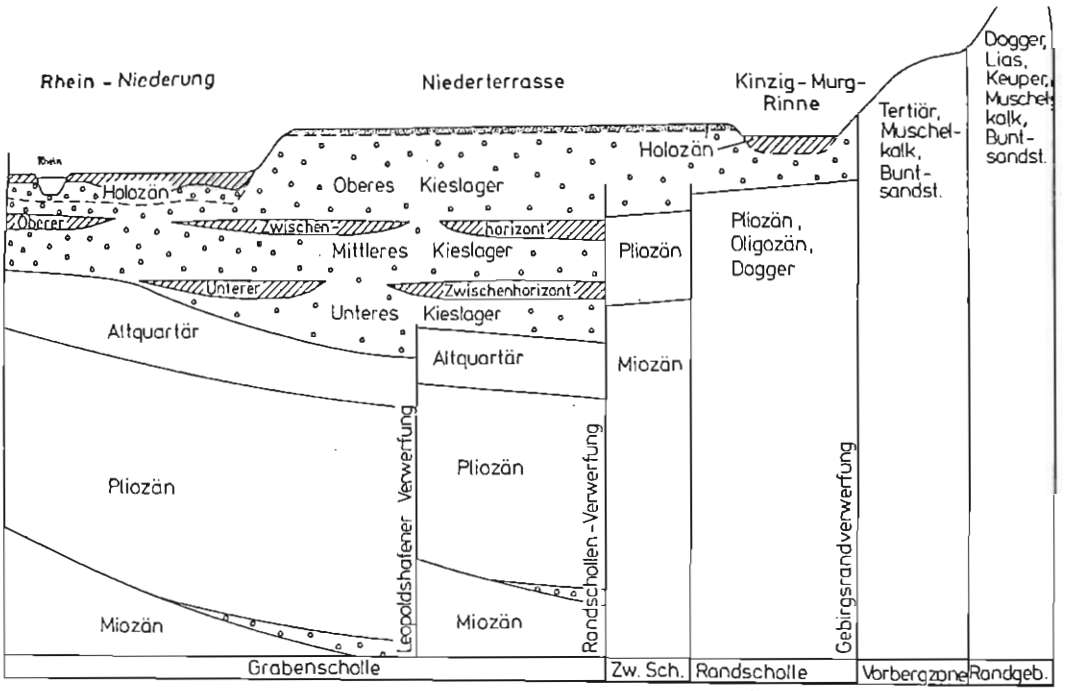
Karlsruhe liegt in der Oberrheinischen Tiefebene auf 49° nördlicher Breite und 8° 24' östlicher Länge. Das heutige Stadtgebiet reicht vom Rhein im Westen bis auf die Vorhügel des nördlichen Schwarzwaldes im Osten. Die größte Längenausdehnung beträgt etwa 19 km, die größte Breite 17 km. Der tiefste Punkt am Rheinufer liegt auf einer Meereshöhe von 100 m, der höchste auf 322 m im Gebiet der früher selbständigen Gemeinde Grünwettersbach. Der Marktplatz als Stadtzentrum befindet sich auf einer Höhe von 115 m über dem Meer. Das Stadtgebiet weist mit Ausnahme des östlichen Viertels nur sehr geringe Höhenunterschiede auf, gehört aber dennoch verschiedenen Naturräumen an. Es wird durchflossen von der aus dem Schwarzwald kommenden Alb und der im nördlichen Vorland des Schwarzwaldes entspringenden Pfinz. Die ursprünglich sehr kleine Stadtgemarkung von Karlsruhe wuchs zum heutigen Umfang durch die Eingemeindung von 18 ehemals selbständigen Gemeinden. Diese begann 1812 mit Klein-Karlsruhe, setzte sich 1886 mit Mühlburg fort, nahm Gemarkungsteile von Beiertheim, Rintheim und Daxlanden und schließlich die Dörfer selbst auf. Die größte und bedeutendste Erwerbung war die alte Residenzstadt Durlach im Jahr 1938. Die letzte Eingemeindungswelle erfolgte zwischen 1972 und 1975 im Zuge der baden-württembergischen Gemeindereform. Zuletzt kam, sehr gegen den Willen der Bevölkerung, die große Gemeinde Neureut zu Karlsruhe. Das Stadtgebiet wuchs damit auf eine Fläche von 173,5 km² an.

Das Bild von Landschaft und Siedlung wird wesentlich von geologischen, morphologischen und hydrologischen Faktoren bestimmt, die natürlich aufeinander bezogen sind. Um das heutige Erscheinungsbild der Stadt richtig erfassen zu können, ist zunächst ein Blick auf die Landschaftsgeschichte zu werfen. Sie beginnt vor rund 60 Millionen Jahren mit der Aufwölbung der Erdkruste im ursprünglich zusammenhängenden Gebiet Schwarzwald-Vogesen.[1] Der First dieses Gewölbes brach keilförmig ein und sank mehrere Kilometer in die Tiefe. Freilich erfolgte diese Absenkung in sehr großen Zeiträumen und nicht überall gleichmäßig. Die zugleich hochgedrückten Grabenränder zerbrachen an vielen Stellen, so daß sogenannte Staffelbrüche entstanden. Diese Erscheinung erklärt, warum manchmal geologische Schichten verschiedener Erdzeitalter unmittelbar nebeneinander vorkommen. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die Langenbrückener Senke, wo wir Schichten des Schwarzen und Braunen Jura vorfinden, die erst viel weiter östlich am Fuße der Schwäbischen Alb wieder erscheinen. Die Hügel des östlichen Karlsruher Stadtgebietes bestehen im wesentlichen aus Muschelkalk, der zumeist von Löß überdeckt ist. Südlich und östlich von Wolfartsweier dehnt sich der Buntsandstein aus, der auch in den Taleintiefungen, etwa im Pfinztal oder im Gebiet der Rittnertstraße ansteht. So bildet der Turmberg einen auf dem oberen Buntsandstein aufliegenden Muschelkalksporn.

Die Einsenkung des Oberrheingrabens füllte sich im Tertiär mit Sedimenten, die oft eine Mächtigkeit von mehreren tausend Metern erreichen, während gleichzeitig die Grabenschultern abgetragen wurden.

In ihrer heutigen Form ist die Rheinebene ein Produkt des Quartärs.[2] Seine Sedimente bilden die Oberfläche. Die Reliefunterschiede des Untergrundes gleichen sie vollständig aus, so daß das Oberrheinische Tiefland weithin als gleichförmige Ebene erscheint. Der Grabenrand ist in unserem Gebiet deutlich ausgebildet mit einem Höhenunterschied zur Ebene von 100 bis 130 m.

Erst seit Beginn des Quartärs durchfließt der Rhein die gesamte Ebene von Süden nach Norden. Die von ihm mitgeführten alpinen Schotter wurden in großer Masse ab-, aber bis in die neueste Zeit auch immer wieder umgelagert. Der Rhein suchte sich sein Bett etwa in der Mitte des Oberrheingrabens. In dessen mittlerem und nördlichem Teil war der Flußlauf durch weitausschwingende Mäander



Die zonale Gliederung der Rheinebene, Zeichnung Gabriele Roth.

gekennzeichnet, die sich aber ständig veränderten. Dadurch bildete sich die tiefgelegene Rheinaue mit zahlreichen Altwässern. In den Zwischeneiszeiten entstanden durch Windauswehungen ausgedehnte Sandfelder, die stellenweise regelrechte Dünen bildeten. Feineres Material setzte sich als Löß auf den angrenzenden Randlandschaften ab.

Die Rheinzuflüsse transportierten gleichfalls Schottermaterial und bildeten regelrechte Schutt- und Schwemmkegel. Es fällt auf, daß alle Zuflüsse bei ihrem Austritt aus dem Gebirge nicht den direkten Weg zum Rhein nehmen, sondern grundsätzlich nach Norden abgelenkt sind. Noch bis vor einigen tausend Jahren sammelte sich das Wasser der Zuflüsse in einer Randsenke, dem sogenannten Kinzig-Murg-Fluß, der dem Gebirgsfuß am östlichen Rand der Ebene parallel zum Rhein entlangfloß und erst in der Gegend der heutigen Kraichbachniederung in den Rhein mündete. Er hinterließ bis heute feuchtes Gelände und regelrechte Sumpfgebiete wie das Weingartener Moor.

Legen wir einen Schnitt vom Rhein aus in west-östlicher Richtung durch das Stadtgebiet, etwa von Maxau bis zum Turmberg, dann berühren wir vier unterschiedliche Naturräume, nämlich die Rheinaue oder Rheinniederung, die Niederterrasse, die Bruchniederung der Kinzig-Murg-Rinne und den Kraichgau. Sie sind zwar häufig durch Überbauung verwischt, aber durchaus noch erkennbar.

Seit der Rheinkorrektion, die 1817 durch den Ingenieurobersten Johann Gottfried Tulla bei Knielingen begonnen und Jahrzehnte später vollendet wurde, hat der Fluß seinen Lauf nicht mehr verlegt. Die Rheinaue oder Rheinniederung ist, auch geschützt durch Dammbauten, heute kaum noch hochwassergefährdet. Ihre Breite beträgt auf badischer Seite 2 bis 3 km. In früheren Zeiten war dieses Gebiet nur schwer zu nutzen. Es war weithin mit nas-

Die Kinzig-Murg-Rinne bei Karlsruhe.

sen Wiesen bedeckt und von Auwald bestanden, dessen Reste nunmehr zumeist unter Naturschutz stehen. Größere Flächen dienten als Viehweide. Allerdings gab es auch eingedeichte Äcker, die sogenannten Dammfelder, mit außerordentlich fruchtbaren Böden. Flurnamen auf Daxlander, Knielinger und Neureuter Gemarkung weisen darauf hin. Oft verlegte der Rhein seinen Lauf, was immer wieder zu rechtlichen Problemen führte. Gelegentlich wechselte sogar eine ganze Ortschaft auf die andere Rheinseite wie das heute pfälzische Neuburg im Jahre 1570. Die ehedem nördlich von Karlsruhe in der Rheinaue gelegenen Orte Knaudenheim und Dettenheim wurden 1758 als Huttenheim und 1813 als Karlsdorf aus der Gefahrenzone hinwegverlegt. Besonders gefährdet war auch Daxlanden, dem neben gutem Ackerland oft auch Häuser und 1651 sogar die Kirche weggerissen wurde.

Der Rhein nagte hier am sogenannten Hochgestade, einer deutlich erkennbaren Geländestufe von etwa 10 m Höhe, welche die Rheinaue von der trockenen Niederterrasse trennt. Die meisten älteren Siedlungen entlang des Rheins wie Forchheim, Daxlanden, Knielingen, Neureut, Eggenstein liegen auf der Niederterrasse am Rande des Hochgestades. Ihre sich auf der Niederterrasse ausdehnenden Ackerflächen werden als „Sandfeld" bezeichnet.

Die 7 bis 8 km breite Niederterrasse blieb ursprünglich wegen der sandigen Böden weitgehend siedlungsleer und ist bis heute zum großen Teil bewaldet. Nur wo die Alb die Niederterrasse durchbricht, ergab sich eine ähnliche Situation wie an deren Westrand. Hier entstanden die Dörfer Beiertheim und Bulach.

Nördlich dieser beiden Ortschaften liegt die Karlsruher Innenstadt auf den trockenen Kies- und Sandplatten der Unteren Hardt inmitten der Niederterrasse im ehemaligen Waldgebiet, dessen Reste sogar noch im heutigen Stadtbild auffindbar sind. Nördlich der Stadt blieb der größte Teil des Waldes erhalten. Er reicht bis in die Gegend von Graben.

Weiter nach Osten erreichen wir das immer noch durch einen hohen Grundwasserstand gekennzeichnete Gebiet der Kinzig-Murg-Rinne. Diese ist allerdings gegenüber der Niederterrasse nur etwa 2 bis 3 m eingetieft und von zahlreichen „Inseln" durchsetzt. Auf ihrem trockenen Westrand entstanden alte Siedlungen wie Rintheim, Hagsfeld und Blankenloch, während Rüppurr, Aue und Durlach eine Insellage aufweisen. Der Kinzig-Murg-Fluß war in unserem Gebiet, in viele Arme zerteilt, zwischen 2 und 3 km breit.

Der östliche Rand des Oberrheingrabens ist als Geländestufe deutlich hervorgehoben. Die weiter südlich ausgebildete Vorbergzone tritt im Karlsruher Bereich nicht in Erscheinung. Der 252 m hohe Turmberg mit seinem weithin sichtbaren Bauwerk ist eine herausragende Landmarke. Die angrenzenden, zumeist lößbedeckten Muschelkalkhügel des Pfinzgaus bilden eine Übergangslandschaft zwischen Schwarzwald und Kraichgau.

Siedlungsgeographisch haben wir es wechselweise mit günstigen und ungünstigen Naturräumen zu tun. Darauf lassen schon viele überlieferte Flurnamen schließen.[3] Die Rheinaue blieb im heutigen Karlsruher Stadtgebiet weitgehend siedlungsleer. Erst in neuerer Zeit entstanden dort Industrieanlagen. Dasselbe gilt für das Gebiet der Kinzig-Murg-Rinne, das bis heute mit Ausnahme trockener Inseln als ungeeignetes Baugelände gilt. Dort in den letzten Jahrzehnten durchgeführte Bauvorhaben hatten sich immer mit Gründungsproblemen auseinanderzusetzen. Sehr guten Baugrund bietet hingegen der Gebirgsrand und die ausgedehnte Fläche der Niederterrasse, die ja auch den Hauptteil der Stadt Karlsruhe trägt.

Klimatisch ist Karlsruhe wegen seiner Lage im Oberrheingraben besonders begünstigt.[4] Die langjährige mittlere Jahrestemperatur beträgt 10,1° C. Für den Januar liegt sie bei 1,1° C, für den Juli bei 19,3° C. Die jährliche Temperaturschwankung beträgt 18,2° C. Im Juli kann das Thermometer in der Innenstadt gelegentlich schon einmal gegen 38° C steigen. Hierzu sei angemerkt, daß im nahegelegenen Hardtwald nördlich des Schlosses gleichzeitig rund 5° C geringere Temperaturen gemessen werden. Im Winter treten zeitweilig länger anhaltende Inversionswetterlagen mit ständig bedecktem Himmel und kühlen Temperaturen auf, während die benachbarten Hochlagen sich gleichzeitig strahlenden Sonnenscheins erfreuen können. Dennoch liegt die Sonnenscheindauer jährlich mit rund 1700 Stunden relativ hoch.

Die langjährig gemessene jährliche Niederschlagsmenge von 740 mm, die nur zu einem äußert geringen Teil als Schnee fällt, steigt allerdings in den höhergelegenen östlichen Stadtteilen etwas an. Besonders niederschlagsreich sind die Monate Mai und November, während Januar, März und September nur sehr geringe Niederschläge aufweisen.

Die Winde kommen vorwiegend aus südwestlicher, aber auch aus nordöstlicher Richtung.

Vor- und frühgeschichtliche Anmerkungen

Die geschilderten Naturräume gaben den Lebensraum für den Menschen vor.[5] Dieser war zwar sehr stark von den Naturbedingungen abhängig, doch so lange er als nomadisierender Jäger und Sammler lebte, war er nicht auf fruchtbare Böden angewiesen. Der Mensch der älteren und mittleren Steinzeit konnte also alle Naturräume soweit nutzen, wie sie ihm als Nahrungsquelle Früchte, Samen, Kräuter, Wurzeln oder jagdbares Wild und Fische anboten.

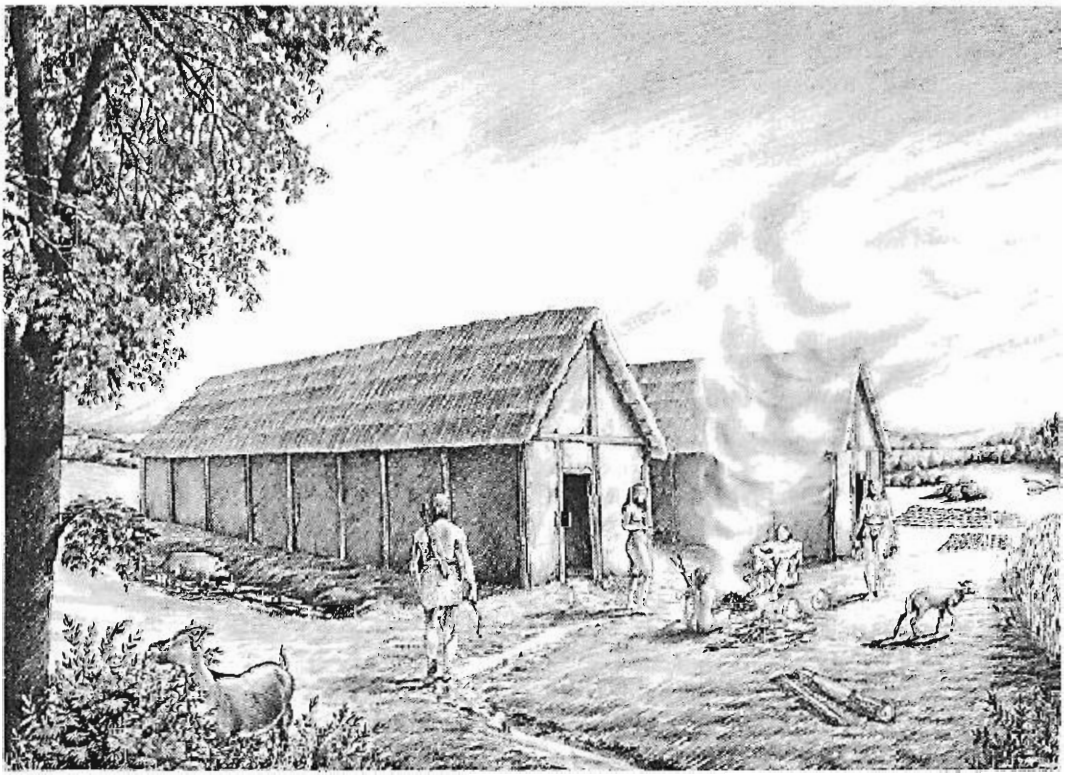
Der Karlsruher Raum ist an archäologischen Quellen der Altsteinzeit nicht reich. Der Fund eines kleinen Faustkeils bei Bruchsal aus dem Micoquien des Mittelpaläolithikums (mittlere Altsteinzeit) zeugt aber von der Anwesenheit des Neandertalers in unserem Gebiet vor 70.000 Jahren. Dieser verschwindet mit Be-

ginn der jüngeren Altsteinzeit vor etwa 35.000 Jahren ziemlich unvermittelt. An seine Stelle tritt der homo sapiens sapiens (Cro-Magnon-Mensch).

Dem Jungpaläolithikum (jüngere Altsteinzeit) gehören Funde kleiner Steinwerkzeuge von Kleinsteinbach und Königsbach an. Auch aus der Mittelsteinzeit (Mesolithikum) finden sich im Karlsruher Raum nicht allzu viele Relikte. Relativ umfangreich ist ein Ettlinger Fund von über 300 Stücken, worunter eine Klinge aus Bergkristall besonders bemerkenswert erscheint.

Die Menschen der Alt- und Mittelsteinzeit waren Jäger und Sammler ohne feste Wohnsitze. Die jungsteinzeitliche bäuerliche Kultur mit seßhafter Bevölkerung ging vom vorderen Orient aus und erreichte Mitteleuropa um 5.000 v. Chr. in Form der bandkeramischen Kultur, die durch eine große Zahl von Funden von Gefäßscherben belegt ist. Die Bandkeramiker waren die ersten Hersteller von Tongefäßen. Obwohl weiterhin vorwiegend Steinwerkzeuge verwendet wurden, bedeutete die neue Wirtschaftsweise eine gewaltige Umwälzung, so daß man sogar von der „neolithischen Revolution" spricht. Die Bandkeramiker siedelten vorwiegend auf Lößböden. So wies der Kraichgau zu dieser Zeit eine besonders dichte Besiedlung auf. Er kann somit als erste Kulturlandschaft unseres Raumes gelten. Funde weisen den Anbau der ursprünglich im vorderen Orient beheimateten Getreidesorten Emmer, Einkorn und Gerste sowie von Erbsen und Linsen nach. Die wichtigsten Haustiere waren Rind und Schwein. Aber auch Schaf und Ziege waren aus dem Orient nach Mitteleuropa gelangt.

Neben den zahlreichen Siedlungsfunden stehen, wenn auch in geringerer Zahl, die Funde



Rekonstruktion einer bandkeramischen Ansiedlung.

von Gräbern. Die Grabbeigaben unterrichten uns über die Sachkultur des damaligen Alltags. Außer Keramik und Geräten aus Stein oder Knochen findet sich auch Schmuck, wobei die recht häufig vorkommenden Stücke aus der Spondylusmuschel besonders auffallen. Gelegentlich gab es auch Brandgräber.

Der Grundtypus des damaligen Hauses war ein Großbau von 30 auf 8 m mit Flechtwerkwänden, die mit Lehm verputzt waren. Mehrere solche Häuser bildeten, parallel angeordnet, ein Dorf.

Der Bandkeramik folgten mit vergleichbarer Wirtschaftsweise die Großgartacher und die Rössener Kultur. Für die erstere ist beispielsweise Obergrombach ein wichtiger Fundort. Die Träger der Rössener Kultur besiedelten oft ausgesprochene Höhenlagen wie etwa den Hopfenberg bei Berghausen. Die nach dem Michaelsberg bei Untergrombach benannte Michelsberger Kultur bevorzugte gleichfalls Höhenlagen. Dies weisen gleich fünf Ansiedlungen in der Umgebung von Bruchsal aus, die fast alle auch mit Erdwerken befestigt sind. Die Keramik dieser Kultur blieb weitgehend unverziert, doch ist sie durch die häufig vorkommende Form des „Tulpenbechers" charakterisiert.

Das Ende der Jungsteinzeit wird bezeichnet durch zwei über weite Teile Europas verbreitete Kulturen, die beide allerdings in unserem Gebiet nur geringfügige Spuren hinterlassen haben, nämlich die Schnurkeramik- (Helmsheim) und die Glockenbecherkultur (Neudorf).

Aus dem Fundbestand des Neolithikums wird deutlich, daß auch die Rheinebene zu diesem Zeitabschnitt von Menschen bewohnt war, wenn auch weniger dicht als der Kraichgau. Für die gesamte Jungsteinzeit gibt es im Karlsruher Stadtgebiet nur einige Einzelfunde, so eine Steinaxt aus dem Rhein bei Maxau, ein Steinbeil und ein Steinhammer aus Neureut sowie ein weiteres Steinbeil aus Grötzingen.

Die nachfolgende frühe Bronzezeit, deren Charakteristikum die erstmalige Verwendung von Metall ist, bringt wiederum starke kulturelle Veränderungen mit sich. Die für die Bronzeherstellung erforderlichen Metalle Kupfer (90 %) und Zinn (10 %) mußten aus großen Entfernungen herbeigeschafft werden, was einen gut ausgebildeten Handelsverkehr voraussetzt.

Die frühe Bronzezeit (2200 bis 1500 v. Chr.) bleibt in unserem Gebiet ausgesprochen fundarm. Umso bemerkenswerter erscheint ein 1911 in Knielingen gemachter Hortfund mit drei Bronzebeilen und einem Bronzebarren.

Die Hügelgräberbronzezeit (1500 bis 1200 v. Chr.) zeigt sich hingegen mit einem Gräberfeld von 100 Hügeln im sumpfigen Gebiet der Kinzig-Murg-Rinne westlich von Weingarten. Für Karlsruhe noch wichtiger ist eine Gruppe von sieben Grabhügeln in der Nordweststadt mit Brandbestattungen, von denen allerdings nur noch einer bei der Dürkheimer Straße erhalten ist. Als Einzelfund ist eine Gewandnadel aus Rintheim zu erwähnen.

Zu den fundreichsten vorgeschichtlichen Zeitperioden zählt die jüngere Bronzezeit, die Zeit der Urnenfelderkultur (1200 bis 800 v. Chr.). Offene weilerartige Anlagen prägten damals weithin das Siedlungsbild, doch gibt es auch

Tulpenbecher der Michelsberger Kultur, Bruchsal.

Hauer eines Wildschweines in einer Fassung aus Bronzeblech und Bronzedraht, Karlsruhe-Neureut.

Höhensiedlungen wie die auf dem Hopfenberg bei Berghausen. Da der Ackerbau in der Urnenfelderzeit Wirtschaftsgrundlage war, hatte der Kraichgau mit seinen fruchtbaren Lößböden, wie schon in der Jungsteinzeit, eine besonders hohe Siedlungsdichte aufzuweisen.

In diesem Zusammenhang sind zwei ausgesprochen seltene und prächtige Fundstücke zu erwähnen, die 1988 in einer Neureuter Kiesgrube zum Vorschein kamen. Es handelt sich um ein Kettengehänge aus Bronze und um den kunstvoll mit Bronzedrähten umrahmten und umsponnenen und mit Bronzeanhängern versehenen Hauer eines Keilers. Vermutlich haben wir Opfergaben vor uns, die nach offensichtlich längerem Gebrauch in einem Rheinarm niedergelegt wurden.

Die nach 800 v. Chr. folgende ältere Eisenzeit wird als Hallstattzeit bezeichnet. Mit ihr wird erstmals der Name eines Volkes, oder besser gesagt einer Völkergruppe, faßbar, nämlich derjenige der Kelten. Damit verliert die Prähistorie ihre Anonymität.[6] Wir müssen uns dabei vor Augen halten, daß im 8. Jahrhundert v. Chr. in Griechenland und Italien die klassische Antike beginnt. In Mitteleuropa führte die Gewinnung von Salz und Eisen in dieser Zeit zur Bildung kultureller Schwerpunkte. Es scheint sich aber dabei um eine kontinuierliche Entwicklung aus der Urnenfelderkultur zu handeln.

Die Sozialstruktur der Bevölkerung differenzierte sich stärker, was unter anderem aus den sogenannten „Fürstengräbern" abzulesen ist, in denen neben vierrädrigen Wagen und Goldschmuck auch importiertes Bronzegeschirr und griechische Luxusartikel vorkommen. Ein Beispiel dafür findet sich in der Nähe von Hügelsheim bei Rastatt. Die zahlreichen befestigten Höhensiedlungen der damaligen Zeit sind wohl als Fürstensitze zu deuten. Im Karlsruher Stadtgebiet ist diese Zeit durch den Fund einer bronzenen Gewandspange beim Schloß Scheibenhardt belegt.

Die jüngere Eisenzeit (von 500 v. Chr. an) ist durch die relativ einheitliche Latènekultur in

Süd- und Westdeutschland sowie in Ost- und Nordfrankreich gekennzeichnet. Im Stilempfinden der Keramik und der Eisenwerkzeuge treten viele Veränderungen ein. Die Töpferscheibe hält Einzug; aber auch die Anfänge der Geldwirtschaft sind festzustellen, was durch eine keltische Münzprägung, einen goldenen „Viertelstater" aus Jöhlingen und den weiteren Fund einer Goldmünze in Durlach belegt wird.

Siedlungs- und Gräberfunde sind unter anderem aus Huttenheim, Stettfeld, Untergrombach und Weingarten bekannt. Wichtig für Karlsruhe ist eine nicht ausgegrabene Siedlung in Wolfartsweier, interessanter aber noch die 1911 bei Knielingen entdeckten Keltengräber. Von diesem bedeutenden Gräberfeld der Frühlatènezeit wurden zehn Bestattungen mit beachtlichen Beigaben freigelegt. Ein Einzelgrab derselben Zeit wurde in Grötzingen gefunden.

Eine bemerkenswerte Hinterlassenschaft der Latènezeit sind die weit verbreiteten sogenannten Viereckschanzen, wie sie im Kraichgau mehrfach nachgewiesen sind. Allerdings ist die Funktion dieser Anlagen bis heute unklar.

Sind wir über die Kelten auch aus antiken Schriftquellen unterrichtet, so gilt dies natürlicherweise in noch viel größerem Maße für die römische Zeit. Deren Beginn ist für unser Gebiet in das erste Jahrhundert v. Chr. zu setzen.[7] Wir haben damals noch mit keltischer Bevölkerung zu rechnen, zwischen der sich germanische Elemente, die sogenannten Oberrheinsweben, niederließen. Beide Bevölkerungsgruppen wurden kulturell romanisiert. Zwischen 85 und 90 n. Chr. schufen die Römer vom Main zum Neckar den Odenwaldlimes, den sie fünfzig Jahre später als Obergermanischen Limes weiter nach Osten verlegten.

Das römische Gebiet in Südwestdeutschland war ständig durch die Germanen bedroht. So überrannten die Alemannen, aber auch die Franken im 3. und 4. Jahrhundert mehrfach den Limes und drangen tief ins römische Gebiet ein. Die Römer verlegten um 280 ihre Grenzen an Rhein und Donau zurück. Letztmals führten sie 378 auf rechtsrheinischem Gebiet Krieg.

Die römischen Fernstraßen, so die „Bergstraße" entlang des Gebirgsfußes oder die Straße vom Rhein über Ettlingen nach Pforzheim wie auch die wichtige Nord-Süd-Verbindung von Mainz über Ladenburg, Heidelberg-Neuenheim, Waghäusel, Grünwinkel, wo die Straße die Alb überquerte, über Offenburg nach Basel haben bis heute Spuren hinterlassen. In den Wäldern nördlich und südlich von Karlsruhe sind sie noch aufzufinden. Das Wagbachkastell bei Wiesental diente dem Schutz und der Unterhaltung der Rheintalstraße.

Im gesamten Oberrheingebiet gibt es zahlreiche bedeutende Fundorte, die uns über die provinzialrömische Kultur in unserem Raum unterrichten, so in der näheren Umgebung Stettfeld, Ettlingen und Rheinzabern, um nur einige Beispiele zu nennen. Innerhalb des Karlsruher Stadtgebietes sind vor allem die westlichen Stadtteile als Fundorte römischer Hinterlassenschaften zu nennen. Auch am Gebirgsrand im Osten stoßen wir auf römische Siedlungen, die sich vor allem an den Talausgängen von Alb (Ettlingen) und Pfinz finden, während hingegen das zentrale Stadtgebiet nahezu fundleer ist.

In der Rheinniederung bei Knielingen wurde 1911 und 1927 ein römisches Brandgräberfeld ausgegraben, teilweise in Überschneidung mit dem erwähnten latènezeitlichen Gräberfeld. Möglicherweise handelt es sich bei den 44 freigelegten Gräbern, die nur einen Teil eines weit größeren Gräberfeldes darstellen, um solche romanisierter Oberrheinsweben. Die Gräber reichen vom letzten Viertel des ersten bis in das 3. Jahrhundert. Die zugehörige Siedlung wurde bislang nicht gefunden, läßt sich aber an der Stelle des alten Ortskerns von Knielingen auf dem überschwemmungssicheren Hochgestade vermuten. Die damalige Bevölkerung lebte wohl vorwiegend von Fischerei, Flößerei, Schiffahrt und Fährbetrieb.

Noch interessanter erscheint die etwas albaufwärts gelegene römische Siedlung von Grün-

winkel. In einer großen Schleife der Alb, deren Ufer hier steil abfallen, wurden 1927 bei Bauarbeiten für die Gartenstadt Grünwinkel Teile eines Gräberfeldes mit etwa 60 Brandgräbern, drei Ziegelbrennöfen, von denen einer in einem Garten erhalten werden konnte, ein Töpferofen und einige Siedlungsbefunde freigelegt. Zahlreiche Streufunde bis gegen Daxlanden hin kamen dazu. In einem römischen Keller wurden Bruchstücke eines Altars der Jagdgöttin Diana, der Torso einer Merkurstatuette und ein gut erhaltenes Relief des gallo-römischen Götterpaares Sucellus und Nantosuelta gefunden. Die Grünwinkler Siedlung bestand nach Ausweis des Fundmaterials vom Ende des ersten bis zum Ende des zweiten Jahrhunderts. Sie lag am Übergang der Rheinuferstraße über die Alb. Bei ihren Bewohnern dürfte es sich vorwiegend um Kelten gehandelt haben.

Weitere wichtige Funde im Flußgebiet der Alb sind ein Altar für Jupiter Optimus Maximus auf Daxlander Gemarkung und eine Sandsteinstatue der Diana Abnoba aus Mühlburg, die schon 1850 am Albufer entdeckt wurde. Bei letzterer handelt es sich um die einheimische Göttin des Schwarzwaldes, der Züge der römischen Jagdgöttin Diana verliehen wurden.

Alle diese Funde gehören zum Bestand des Badischen Landesmuseums, das eine große Zahl römischer Fundstücke ausgestellt hat, darunter den kompletten Keller eines Gutshofes aus Wössingen. Besonders im Umfeld von Stettfeld und Ettlingen sowie entlang den römischen Straßen gab es zahlreiche Gutshöfe (villae rusticae). Im nächsten Karlsruher Umland wurden mehrere solche Villen freigelegt. Schon 1802 grub Friedrich Weinbrenner die Villa am Hedwigshof zwischen Ettlingen und Wolfartsweier aus.

Die jüngste Entdeckung wurde 1991 beim Bau der neuen Gewerbeschule in Durlach gemacht. Als die Mauern eines römischen Gutshofes bei den Bauarbeiten zum Vorschein kamen, wurde der gesamte Schulkomplex um 40 m nach Norden verschoben, um diese erhalten zu können. Sie sind heute öffentlich zugänglich.[8]

Statue der Diana-Abnoba, Karlsruhe-Mühlburg.

Ein zu dieser Villa gehöriger Grabstein war schon 1898 gefunden und in die Großherzoglichen Sammlungen, das jetzige Badische Landesmuseum, verbracht worden. Er kann heute im Pfinzgaumuseum Durlach besichtigt werden. Die villa rustica dürfte um 120 n. Chr. errichtet worden sein und bis zum Ende der Römerherrschaft östlich des Rheins um 260 bestanden haben.

Um diese Zeit hatten die Alemannen das rechtsrheinische Gebiet besetzt.[9] Sie machten sich die römischen Ackerflächen zunutze und legten in deren Nähe ihre Siedlungen an. Nur ausnahmsweise bewohnten sie auch die verlassenen römischen Gebäude. Archäologische Befunde aus diesem Zeitraum sind für das Karlsruher Stadtgebiet nicht vorhanden, außer einem Schälchen vom 4. Jahrhundert in Terra Nigra aus Knielingen.

Es ist anzunehmen, daß Teile der provinzialrömischen Bevölkerung auch nach der aleman-

nischen Landnahme in unserem Gebiet weiterlebten.
Die Franken, die teilweise bereits im 3. Jahrhundert auf römischem Reichsgebiet wohnten, traten mit dem Merowingerkönig Childerich I. (457–482) die Herrschaft in einem Teil des weströmischen Reiches, nämlich dem nördlichen Frankreich und dem westlichen Deutschland, an. Chlodwig I. (482–511) besiegte die Alemannen, die sich rheinabwärts ausgebreitet hatten, 496 bei Zülpich am Niederrhein. Danach rückten die christlich gewordenen Franken in das nördliche Alemannenland ein bis in das Gebiet von Oos und Murg, wo sich heute noch die fränkisch-alemannische Mundartgrenze befindet. 536 wurde auch das südliche Alemannien dem Merowingerreich angegliedert.
Dieses Reich stellte die Vermittlung zwischen Antike und Mittelalter dar. Die alemannische und fränkische Landnahme schuf die Grundlage für das Siedlungsbild großer Teile unserer Landschaft, wobei fränkisch und alemannisch oft nicht eindeutig zu trennen sind. In unserem Raum betraf dieser Vorgang die seit der Jungsteinzeit ständig besiedelten Gebiete des Kraichgaus, des Gebirgsrandes, vor allem an den Talausgängen der Bäche, und die westlichen Ränder der Niederterrasse in der Rheinebene. Viele der damals angelegten Dörfer haben bis heute Bestand. Freilich hat man sie sich zunächst als locker gebaute Weiler mit 100 bis 200 Bewohnern vorzustellen, deren Anlage sich erst im hohen Mittelalter stärker verdichtete.
Archäologisch lassen sich die neuen Siedlungen fast nur über ihre Friedhöfe nachweisen, die zunächst Reihenfriedhöfe, vom 7. Jahrhundert an nach Familiengruppen geordnete Grablegen waren. Das gilt beispielsweise für Grötzingen und Knielingen.[10] Die Siedlungen selbst sind durch die alten Ortskerne, die immer wieder um- und neugebaut wurden, bis heute überdeckt.
Eine Hilfe bei der Datierung der Entstehungszeit merowingerzeitlicher Siedlungen sind auch die Ortsnamen. Allerdings ist dieses Sachgebiet relativ kompliziert, so daß hier nur ein paar vereinfachende Hinweise gegeben werden können.[11] So sind die Namen mit den Endungen -ingen und -heim in die Zeit vom 5. bis zum 8. Jahrhundert zu datieren. Sie sind in aller Regel mit einem Personennamen zusammengesetzt. In dieselbe Zeit fallen die weniger häufigen Namen auf -stat und -stein. Alle diese Orte der fränkischen Landnahme entstanden auf bereits römisch besiedeltem Gebiet. Gegen Ausgang des 7. Jahrhunderts setzen dann Belege auf -hausen, -weiler und -felden ein. Diese Siedlungen der ersten mittelalterlichen Ausbauperiode liegen zumeist auf etwas schlechteren Böden.
Fast alle diese Namenstypen sind in der Umgebung von Karlsruhe vertreten und vermögen ein Bild der frühen fränkischen Besiedlung zu ergeben.
Auch Kirchenpatrozinien lassen Schlüsse auf das Alter von Siedlungen zu. Im 8. Jahrhundert tauchen die ersten schriftlichen Nennungen von Orten auf. Damit endet dann die Vorgeschichte. Die eigentliche Geschichte beginnt. Allerdings ist der Zeitpunkt einer Ersterwähnung oft so zufällig, daß er über das wahre Alter eines Ortes nichts auszusagen vermag.

Die ehemals selbständigen Orte im Karlsruher Stadtgebiet vor dem 18. Jahrhundert

Die seit 1886 nach Karlsruhe eingemeindeten, ehemals selbständigen Orte sind alle älter als die Stadt. Sie haben ihre jeweils eigene Geschichte, die in einer Geschichte der Stadt Karlsruhe nicht im einzelnen abgehandelt, die aber andererseits auch nicht übergangen werden kann. Für einige Stadtteile existieren bereits neuere historische Darstellungen, auf die hiermit verwiesen sei.[12] Für andere sind solche in Arbeit. Es soll deshalb hier nur ein, sicher etwas pauschaler, Überblick über Entstehung und Entwicklung der heutigen Stadtteile gegeben werden. Die Gesichtspunkte, unter denen dies geschehen kann, sind geographische und historische, aber auch philologische, wirtschaftliche und volkskundliche. Die Orte

lassen sich so zum Beispiel nach ihrer Entstehungszeit, ihrer topographischen Situation oder ihrer territorialen Zugehörigkeit zusammenfassen. In der vorliegenden Darstellung sollen die unterschiedlichen Aspekte verknüpft werden.

Es gab begünstigte und daher bevorzugte Siedlungsräume und unmittelbar daneben solche, für die das nicht zutraf und die darum erst später besetzt wurden. Die Altsiedelräume des Kraichgaus und der „Bergstraße", die wegen ihrer warmen Lößböden bevorzugt erschlossen wurden, weisen eine Siedlungskontinuität seit der Jungsteinzeit auf. Römische Ansiedlungen hielten sich an dieselben Gebiete. Diese waren durch entsprechende Straßen verbunden. So lief eine am östlichen Rand der Rheinebene entlang. Eine andere wichtige römische Route folgte dem Hochgestade am Rande zur Rheinniederung. Die durch diese Straßen vorgezeichneten Siedlungsbänder behielten ihre Bedeutung in der germanischen Landnahmezeit und haben sie bis heute behalten. So verwundert es nicht, daß die ältesten, auch jetzt noch existierenden, Siedlungsplätze sich an der „Bergstraße" und am Hochgestade des Rheins aufreihen. Frühe Ansiedlungen in der Rheinaue sind zumeist wieder aufgegeben worden. Der Ostrand der Niederterrasse wurde später, wenn auch noch im frühen Mittelalter besiedelt, die Randlagen zum nördlichen Schwarzwald erst im Hochmittelalter. In der Neuzeit sind nur noch wenige, nicht sehr bedeutende Ortsgründungen erfolgt.

Aufgrund dieser siedlungsgeographischen Überlegungen und anderer Kriterien, wie etwa der Ortsnamen oder der Reihengräberfunde, gehören im Karlsruher Raum Grötzingen, Knielingen, Daxlanden und Hagsfeld zum ältesten Siedlungsbestand. Die meisten Dörfer in unserem Gebiet sind hochmittelalterliche Gründungen des 12. und 13. Jahrhunderts. Nicht immer entspricht die urkundliche Ersterwähnung der Entstehungszeit der Orte, so daß für eine annähernd zutreffende Datierung eben die genannten geographischen, archäologischen und philologischen Gesichtspunkte herangezogen werden müssen.

Frühmittelalterliche Ansiedlungen: Knielingen, Daxlanden, Grötzingen, Hagsfeld

Der am frühesten greifbare Ortsname im heutigen Stadtgebiet von Karlsruhe ist der von Knielingen. In der im 12. Jahrhundert aus 3836 Urkunden zusammengestellten Sammlung des 764 gegründeten, mächtigen Reichsklosters Lorsch, dem Codex Laureshamensis, wird Knielingen als Cnutlinga aufgeführt. Die zugehörige Jahreszahl ist in dem Kodex als das Jahr 18 der Regierung des Königs Karl zu lesen, das wäre 786.[13] Da die Schenkung eines gewissen Hildefrit von zwei Joch Ackerland an das Kloster aber unter Abt Gundeland erfolgt ist, der von 765 bis 778 im Amt war, kann es sich bei der angegebenen Jahreszahl nur um einen Abschreibefehler handeln, so daß 776 mit einiger Sicherheit als richtige Jahreszahl angenommen werden kann.[14] Knielingen ist also bereits zehn Jahre früher erwähnt als in der bisherigen Literatur angegeben. Ein ähnliches Erstnennungsdatum gilt für die Nachbarorte Eggenstein (766) und Linkenheim (782).

Obwohl Daxlanden urkundlich erst im 13. Jahrhundert nachgewiesen ist, können wir für den Ort eine ähnliche Entstehungszeit wie für Knielingen annehmen. Die Lage von Daxlanden auf einem Sporn des Hochgestades, die mit Knielingen und anderen Nachbarorten vergleichbaren Flurformen und Wirtschaftsweisen sowie der Ortsname berechtigen dazu.

Noch ins frühe Mittelalter fällt die Erwähnung von Grötzingen und Hagsfeld. Beide werden unter dem Jahr 991 im Liber Possessionum Wizenburgensis, dem Güterbuch des Klosters Weißenburg, genannt. Diese Sammlung ließ der Abt Edelin um 1280 anlegen, um alle Besitzrechte des Klosters von karolingischer Zeit an zu sichern. Nach dem Abt hieß das Buch auch Liber oder Codex Edelini.

Der ältere der beiden Orte ist ganz sicher Grötzingen, was einerseits aus der Lage und der Ortsnamensform, andererseits daraus hervorgeht, daß Hagsfeld als Ausbauort Grötzingens anzusehen ist.[15]

Alle früh genannten Dörfer weisen Ortslagen auf, die zwar sehr verschieden, aber für die Zeit der germanischen Besiedlung in unserem Gebiet durchaus typisch sind. Sie liegen in trockener, hochwasserfreier Lage, haben aber neben ihren geschützten Feldgemarkungen immer auch Anteil an feuchten Niederungsgebieten, sei es der Rheinaue, sei es des Kinzig-Murg-Flusses. Zu den ersten namentlich bekannten Dörfern, die sich am Gebirgsrand aufreihen, gehören Ettlingen, Weingarten und Grötzingen.

Auf dem Hochgestade des Rheins am Westrand der trockenen Niederterrasse liegen Knielingen und Daxlanden innerhalb eines alten Siedlungsbandes, das sich nach Norden mit Eggenstein und Linkenheim, um nur die ältesten zu nennen, nach Süden mit Forchheim, Mörsch und Durmersheim fortsetzt. Die angrenzende Rheinaue wurde in der Frühzeit keineswegs gemieden, wie Liedolsheim, Au am Rhein oder Illingen belegen. Allerdings liegen diese Orte immer an etwas erhöhten Stellen. Trotz der fruchtbaren Felder sind manche Ansiedlungen wegen der Gefährdung durch den Rhein auch wieder verschwunden.

Der Ostrand der Niederterrasse, auf der Hagsfeld liegt, wurde mit einiger Zeitverschiebung besiedelt. Vergleichbar mit Hagsfeld nach Lage und Entstehungszeit sind Blankenloch und Spöck, während Rintheim und Büchig spätere Gründungen sind. Die Felder dieser Orte befanden sich analog zu denen auf dem Hochgestade des Rheins auf der Niederterrasse, während die östlich davon gelegene Bruchlandschaft des Kinzig-Murg-Flusses vorwiegend als Weide und Wiesengelände genutzt wurde.

Betrachten wir von den genannten Orten zunächst Grötzingen etwas näher! Die früheste faßbare Namensform ist Grezzingen. Sie geht auf einen Personennamen zurück, der wohl Grezzo gelautet hat. Das mit dem Namen bezeichnete Dorf war die Ansiedlung von Angehörigen dieses Grezzo. Die Annahme, daß es sich bei den Ortsnamen mit der Endung -ingen um alemannische, bei denen auf -heim aber um fränkische gehandelt haben könne, ist längst schon als unhaltbar erwiesen, da beide Typen gleichzeitig im gesamten germanischen Sprachraum nebeneinander vorkommen.[16] Als ihre Entstehungszeit wird das 5. und 6. Jahrhundert angesetzt.

Nach dieser Feststellung muß Grötzingen weit älter sein als seine urkundliche Ersterwähnung 991.[17] Mit großer Wahrscheinlichkeit ist seine Entstehung im 6. Jahrhundert anzunehmen. Darauf weisen auch andere Indizien hin wie die Funde von Reihengräberfriedhöfen.[18] In dem erwähnten Kodex des Klosters Weißenburg steht Grötzingen in dem Teil, der die Abschrift des ältesten Urbars aus der Zeit vor 818 enthält.[19]

Auch aus dem heutigen Ortsbild läßt sich noch erkennen, daß Grötzingen aus zwei Siedlungskernen, einem nördlich der Pfinz um das Rathaus und einem südlich der Pfinz bei der Kirche gelegenen, entstanden sein muß. Folgerichtig gibt es auch zwei Reihengräberfriedhöfe. Im Prinzip handelt es sich um ein Haufendorf mit Gewannflur, auf der die Dreifelderwirtschaft vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert betrieben wurde. Daneben spielte der Weinbau von Anfang an eine Rolle.

Der Eintrag über Grötzingen im Weißenburger Güterbuch beschreibt recht genau den Besitz des Klosters und die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse am Ort, der damals um die 300 Einwohner gehabt haben dürfte.[20]

Grötzingen war neben Ettlingen der größte und bedeutendste Ort, den das Kloster Weißenburg im frühen Mittelalter auf der rechten Rheinseite besaß. Auf seiner Urmark entstanden gegen Ausgang des 7. Jahrhunderts Hagsfeld und Berghausen sowie das bereits im hohen Mittelalter verschwundene Elterichsdorf in der Gegend des heutigen Thomashofes und schließlich im 12. Jahrhundert Durlach.

Der erwähnte Codex Edelini des Klosters Weißenburg war um 1280 angelegt worden, um alte Besitzrechte des Klosters nachzuweisen. Dabei ging es unter anderem auch um diejenigen, die ihm 985 durch Otto, Herzog von Worms, im sogenannten „Salischen Kirchenraub" entfremdet worden waren. Dieser Vor-

gang wurde zwar formal rückgängig gemacht, aber die Salier blieben als Lehensnehmer des Klosters im Besitz der angeeigneten Güter. Die Staufer setzten diese Politik dann in verstärktem Maße fort und belehnten ihrerseits wieder adlige Familien.[21]

Noch vor 1100 waren die Grafen von Hohenberg Besitzer des Dorfes Grötzingen. Als Grafen des Pfinzgaus nannten sie sich nach ihrem Stammsitz, der Burg auf dem Hohen Berg, dem späteren Turmberg. Auch dieser lag auf Grötzinger Gemarkung. Noch am Ausgang des Mittelalters ist die Rede von der Burg Grötzingen. Die Herren von Hohenberg verschwanden allerdings schon im 12. Jahrhundert. An ihre Stelle traten die Grafen von Grötzingen und bald darauf die Markgrafen von Baden.

Etwas andere Bedingungen treffen wir in dem ungefähr gleichzeitig entstandenen Knielingen an. Das betrifft einerseits die Lage auf einem Sporn des Hochgestades, andererseits aber die Besitzverhältnisse. Hier dominierte das Kloster Lorsch, dem nicht nur der schon genannte Hildefrit 776 und 790, sondern auch andere Stifter Schenkungen zukommen ließen und zwar in den Jahren 793 und 809. Auch aus Eggenstein und Linkenheim erhielt das Kloster Lorsch um diese Zeit Zuwendungen.

Die am frühesten genannte Form des Ortsnamens, Cnutlinga, folgt demselben Prinzip wie die von Grötzingen. Es handelt sich also um das Dorf der Angehörigen eines Cnutilo. Auch Knielingen war ursprünglich ein Haufendorf mit Gewannflur, das aber neben der Dreifelderwirtschaft auf dem „Sandfeld" der Niederterrasse auch Viehzucht und Fischfang betrieb. Allerdings bestand eine anhaltende Gefährdung von Teilen der Gemarkung durch den Rhein.

Die Überlieferungslage ist bei Knielingen bis zum Hochmittelalter nicht besonders gut. Wir erfahren 1103, daß das linksrheinisch gelegene Kloster Hördt in Knielingen Besitz hatte, wie überhaupt über den Rhein hinweg vielerlei Beziehungen bestanden. 1110 wird am Ort bereits Eigentum des neu gegründeten Klosters Gottesaue aufgeführt.[22]

Daxlanden war aufgrund seiner exponierten Lage besonders mit Schiffahrt und Fischerei verbunden, aber durch die Rheinhochwässer gefährdet und mußte deshalb auch seinen ursprünglichen, weiter südwestlich gelegenen Standort aufgeben.

Der sicher sehr alte Ortsname, der in das 6. Jahrhundert zurückgehen dürfte, ist schwer zu deuten. Die am frühesten überlieferte Namensform Daslar oder Daheslar würde mit ihrer Endung -lar („Weideplatz") zu den ältesten gehören, doch ist der erste Bestandteil des Namens völlig unklar, so daß, wenn man Formen des 14. Jahrhunderts wie Dachslan oder Dahslan zugrunde legt, man auch zu der Auffassung gelangen kann, es handele sich um einen „Ort, wo Ziegel geschlagen werden". Die etwas komplizierten philologischen Überlegungen hierzu sollen an dieser Stelle nicht ausgebreitet werden. [23]

Hagsfeld unterscheidet sich von den beschriebenen ältesten Orten im heutigen Karlsruher Stadtgebiet vor allem durch seine Lage, seine Form als Straßendorf, seine Namensform und seine Entstehungszeit. Der Ostrand der Niederterrasse wurde etwas später besiedelt als der östliche Rand der Rheinebene und das Hochgestade im Westen der Niederterrasse. Die Ortsnamen auf -feld oder -felden kommen erst gegen Ende des 7. Jahrhunderts in Gebrauch, so daß Hagsfeld wohl im 8. Jahrhundert entstanden sein dürfte. In unserem Gebiet ist es somit die früheste Ansiedlung am Ostrand der Niederterrasse.

Habachesfelt oder Habechesfelt wie Hagsfeld in den ältesten Urkunden heißt, ist zu althochdeutsch habuch, mittelhochdeutsch habech zu stellen, was Hagsfeld als Habichtsfeld erklärt. Vielleicht geht es aber auch auf den Personennamen Habach zurück.

Die Gemarkung des Ortes wurde aus der Urmark Grötzingen herausgeschnitten, worauf unter anderem die noch im letzten Jahrhundert recht verzwickten Gemarkungsgrenzen zwischen Hagsfeld, Grötzingen und Durlach hinweisen. Die schon im 10. Jahrhundert, wahrscheinlich am jetzigen Platz, vorhandene Kirche lag auf einem abgetrennten, etwas er-

höhten Gemarkungsteil östlich vom Ort, einer Insel des Kinzig-Murg-Flusses. Die Beschreibung im Weißenburger Güterbuch führt die Pfarrkirche mit dem Zehnten an.

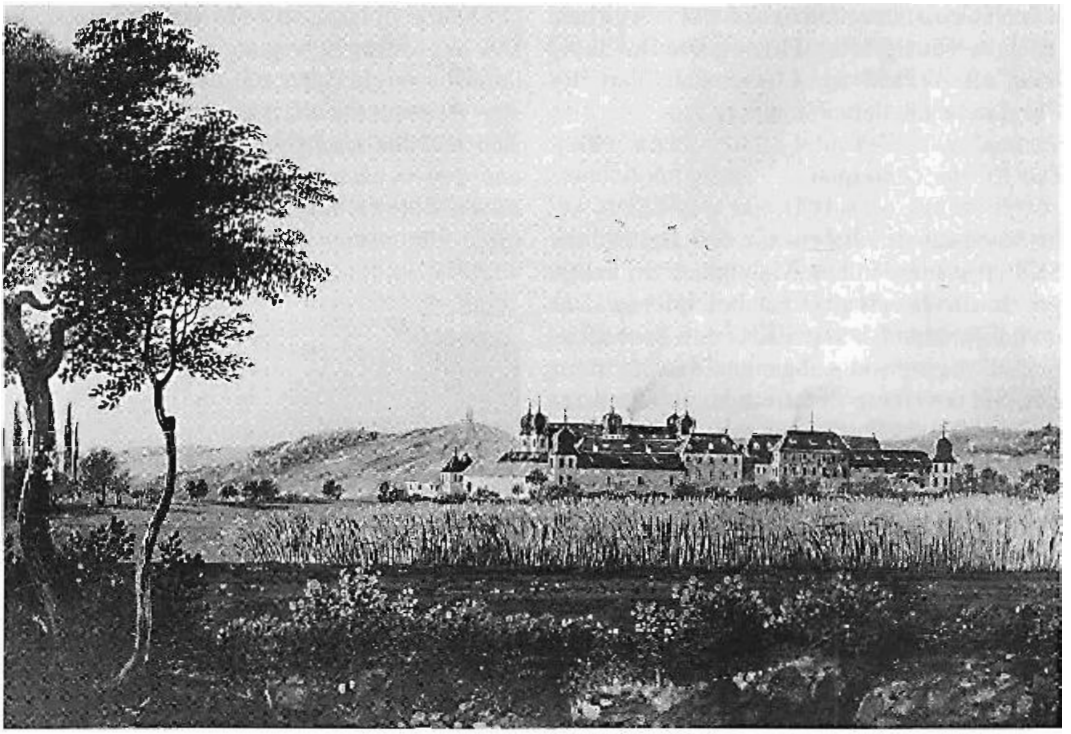
Das Kloster Gottesaue

Im Vorstehenden haben wir den Bestand an Siedlungen des frühen Mittelalters im heutigen Karlsruher Stadtgebiet beschrieben. Die im hohen Mittelalter stattfindende Binnenkolonisation ging von Adligen und von Klöstern aus. Sie erweiterte den Bestand an Orten erheblich. Der größte Teil der derzeitigen Karlsruher Stadtteile hat seinen Ursprung in der Zeit zwischen dem 11. und dem 13. Jahrhundert.

Ganz entscheidend für die damalige Siedlungstätigkeit in unserem Raum war das Kloster Gottesaue. Dieses wurde 1094 von Graf Berthold von Hohenberg auf einer Insellage des Kinzig-Murg-Bruches in Sichtweite seiner Burg auf dem Turmberg gegründet. Das von Benediktinern besetzte Kloster richtete sich nach den Hirsauer Reformregeln. Auch die ersten Äbte kamen aus Hirsau. Die Weihe der Klosterkirche an Maria wurde 1103 von dem Konstanzer Bischof Gebhard III. vorgenommen. König Heinrich V. bestätigte 1110 die Stiftung des Klosters und dessen Besitz unter anderem in den Orten Rintheim, Beiertheim, Aue, Grötzingen, Knielingen, Berghausen und Staffort. Auch der später verschwundene Ort „Dagemarisdunch" ist aufgeführt, an den heute noch der Name Dammerstock erinnert, ebenso das bereits an anderer Stelle erwähnte Elterichsdorf. Viele dieser Orte werden in der einschlägigen Urkunde erstmals genannt. Interessant ist auch der im Besitz des Klosters befindliche Weinberg am Hohenberg, dem Turmberg.

Der Klostergründer Berthold von Hohenberg trat in vorgerücktem Alter in das Kloster ein und wurde im Jahr 1110 dort begraben. Die Markgrafen von Baden als Nachfolger der Hohenberger hielten sich später selbst für die Klostergründer und versahen die von ihnen für Berthold im 14. Jahrhundert hergestellte Grabplatte folgerichtig mit ihrem Wappen.[24] Der territoriale Bewegungsraum des Klosters ist nicht vergleichbar mit dem der alten Klöster Weißenburg und Lorsch. Er beschränkte sich auf das heutige Karlsruher Stadtgebiet und dessen nächste Umgebung, war aber für diesen Bereich um so bedeutsamer. Das betrifft vor allem die Rodungs- und Sied-

Deckplatte des Hochgrabs für den 1110 gestorbenen Stifter des Klosters Gottesaue Berthold von Hohenberg.



Gottesaue, Ende des 18. Jahrhunderts.

lungstätigkeit, die das Kloster entweder selbst betrieb oder fortführte. Darauf wird noch einzugehen sein.
Nachdem das Kloster unter der Vogtei der Markgrafen von Baden eine Blütezeit erlebt hatte, setzte zu Anfang des 14. Jahrhunderts ein wirtschaftlicher Niedergang ein, doch kehrten unter Abt Johannes Abschlag aus Durlach bis Ende des Jahrhunderts wieder geordnete Verhältnisse ein. Um 1482 hatte Gottesaue Besitzungen und Einkünfte in 20 Orten. 1485 fanden umfangreiche Erweiterungen und Erneuerungen an den Kloster- und Kirchengebäuden ihren Abschluß. Gottesaue war zu dieser Zeit ein religiöses und geistiges Zentrum am Oberrhein. Der Bauernkrieg, in dem das Kloster geplündert und verbrannt wurde, machte dem 1525 ein Ende. Das Kloster kam danach nicht mehr in die Höhe, was auch mit der einsetzenden Reformation zusammenhing. 1556 starb der letzte Mönch. Im selben Jahr führte Baden-Durlach die Reformation ein und säkularisierte das Kloster. Gegen Ende des Jahrhunderts ließ Markgraf Ernst Friedrich von dem Straßburger Baumeister Johannes Schoch im Areal des Klosters ein Schloß erbauen. Versuche, während des Dreißigjährigen Krieges das Kloster zu restituieren, scheiterten. Es wurde zum markgräflichen Kammergut und im 19. Jahrhundert schließlich zur Artilleriekaserne.

Hoch- und spätmittelalterliche Ortsgründungen

Die Ortsgründungen des Mittelalters sind für das Siedlungsbild unserer Landschaft bis heute bestimmend. Nach ihrer geographischen Situation seien sie hier kurz charakterisiert.

Neureut am Hochgestade des Rheins

Verglichen mit Daxlanden und Knielingen lag Neureut erheblich weniger exponiert in der

Angriffszone des noch ungebändigten Rheins. Der als Straßendorf planmäßig angelegte Ort folgt in einer leichten Biegung dem von Natur aus vorgegebenen Verlauf des Hochgestades. Von den frühmittelalterlichen Nachbarorten Eggenstein und Knielingen unterscheidet sich Neureut nicht nur durch seine Siedlungs-, sondern auch durch seine Flurform. Handelt es sich bei jenen um Haufendörfer mit unregelmäßigen Gewannfluren, so hat das Straßendorf Neureut eine regelmäßige Langstreifenflur. Diese Orts- und Flurform ist kennzeichnend für hochmittelalterliche Gründungen in unserem Gebiet. Rintheim, Beiertheim und Bulach gehören zum selben Typus. Wie alle Orte am Hochgestade hat Neureut Anteil am in den Hardtwald hinein gerodeten Sandfeld, auf dem sich die Äcker befinden und an der Rheinniederung mit Wiesen und eingedeichten „Dammfeldern", die zwar fruchtbar waren, aber immer wieder vom Hochwasser überflutet wurden. In der Niederung gab es sogar später verschwundene Ansiedlungen, auf die noch Flurnamen hinweisen.[25] Der Ortsname Neureut bedeutet übrigens nichts anderes als „neue Waldrodung".

Man nahm früher an, daß in der Bestätigungsurkunde König Heinrichs V. für die Stiftung des Klosters Gottesaue vom 16. August 1110 mit „Novale ante cellam Godeshouwa" Neureut gemeint sei. Dies trifft nach neueren Erkenntnissen der Forschung nicht zu. Die urkundliche Ersterwähnung Neureuts als „Niurute" findet sich erst 150 Jahre später in einem Vertrag vom 15. April 1260, durch den Markgraf Rudolf I. von Baden einen Streit mit dem Abt Berthold von Gottesaue über das von ihm gerade auf Eggensteiner Gemarkung gegründete Dorf beilegte.[26] Dadurch wird deutlich, daß weder das Kloster, noch wie früher vermutet, die Grafen von Hohenberg Neureut angelegt haben. Allerdings gehörte Eggenstein zum Gottesauer Klostergut, so daß der Vertrag die Besitzrechte an Neureut je zur Hälfte dem Kloster und dem Markgrafen zusprach. Das blieb so bis zur Reformation, nach der dann der Durlacher Amtmann den Gottesauer Besitz und die daraus resultierenden Einkünfte in markgräflichem Auftrag verwaltete.

Schon 1273 wurde das noch junge Dorf anläßlich der Belagerung des Schlosses Mühlburg von Truppen des Königs Rudolf von Habsburg geplündert.

Neureut war verwaltungsmäßig dem Amt Mühlburg, das von Mörsch bis Hochstetten reichte, zugeteilt. Kirchlich gehörte es zu Eggenstein, auch noch als im 15. Jahrhundert eine eigene Kirche errichtet wurde. Später wurde Neureut von Knielingen aus kirchlich betreut, im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts wieder von Eggenstein und von 1721 bis 1731 von Mühlburg aus. Erst dann wurde eine selbständige Pfarrei Neureut errichtet.

Während der vielen kriegerischen Auseinandersetzungen des späten Mittelalters und der folgenden Jahrhunderte hatte Neureut wegen seiner Lage an einer wichtigen Nord-Südstraße immer wieder unter Requisitionen und Plünderungen zu leiden. Dabei spielte auch die Nähe zu dem mehrfach belagerten Schloß Mühlburg, später auch die zur Festung Philippsburg eine Rolle. Dennoch scheint in der zweiten Hälfte des 16. und im Anfang des 17. Jahrhunderts ein gewisser Wohlstand eingekehrt gewesen zu sein. Die Einwohner des Amtes Mühlburg und mit ihnen die Neureuter waren zu der Zeit nämlich imstande, dem Markgrafen Karl II. gewisse Lasten, denen sie unterworfen waren, regelrecht abzukaufen. Dafür hatten sie wohl auch dem „Karle mit der Dasch" Frondienste für den Schloßbau in Durlach geleistet.

Allerdings hatten sich die Hardtdörfer einige Zeit davor an den Bauernaufständen von 1525 beteiligt, in deren Verlauf auch das Kloster Gottesaue geplündert wurde, mußten aber nach deren Niederschlagung dem Markgrafen wieder huldigen.

Der Dreißigjährige Krieg vertrieb die Neureuter zeitweise nach Durlach. Auch im Pfälzischen Erbfolgekrieg verließen sie ihren Ort. 1699 wurden im Anschluß an das bestehende Dorf französische Hugenotten angesiedelt und die neue Gemeinde Welschneureut gebildet. Der bisherige Ort hieß von da an Teutschneureut.

Am Hardtwald hatte Neureut wie eine Reihe anderer Dörfer, die zu einer Markgenossenschaft zusammengeschlossen waren, gewisse Nutzungsrechte.

Orte auf der Niederterrasse und an der Kinzig-Murg-Niederung: Beiertheim, Bulach, Rintheim, Rüppurr, Aue

Von der beschriebenen Hardtwaldgenossenschaft bestanden nur Spöck und Hagsfeld bereits im frühen Mittelalter. Die übrigen, außer Büchig heute zu Karlsruhe gehörigen, Orte sind hochmittelalterliche Gründungen. Sie liegen am östlichen Rand der Niederterrasse gegen die Kinzig-Murg-Niederung zu. In diesen Zusammenhang sind auch die Dörfer Rüppurr, Aue und das nicht mehr bestehende Dagmarsdung (Dammerstock) zu stellen. Da der Kinzig-Murg-Strom in mehrere Arme geteilt war, befinden sich die letztgenannten Orte wie auch das Schloß Scheibenhardt auf trockenen Insellagen.

Für die Besiedlung des Hardtwaldes spielten die Grafen von Hohenberg im Hochmittelalter eine wichtige Rolle. Mit einiger Sicherheit sind ihnen die Rodungssiedlungen Rintheim und Beiertheim zuzuschreiben. Das Kloster Gottesaue soll von ihnen zunächst am Platz des späteren Dorfes Aue angefangen, dann aber bald an seinen endgültigen Ort versetzt worden sein. In den genannten Dörfern war das Kloster begütert. Sie wurden etwa um dieselbe Zeit wie das Kloster oder wenig früher begründet.

Ob das Beiertheim an der Alb gegenüberliegende Bulach in dieselbe Siedlungsperiode gehört, läßt sich nicht eindeutig entscheiden. Urkundlich genannt finden wir es erst 1193, als dem Kloster Frauenalb durch den Papst Coelestin III. dort der Besitz einer Mühle bestätigt wurde. Beiertheim und Bulach könnten aber etwa gleichzeitig entstanden sein, was einerseits ihre vergleichbare Anlage, andererseits ihre vielfältigen Verbindungen besonders auf kirchlichem Gebiet, bestätigen würden.

In der Nähe von Bulach liegt auch das 1150 erstmals urkundlich auftauchende Schloß Scheibenhardt. Dieses von den Grafen von Eberstein später dem Kloster Herrenalb überlassene Wasserschloß lag an einem Seitenarm des Kinzig-Murg-Flusses, nicht allzu weit vom 1109 erwähnten Wasserschloß Rietburg der Herren von Rüppurr, dessen Name, als Bau im Ried, schon auf seine Lage hinweist. Beide Wasserburgen befinden sich auf der Urmark von Ettlingen. Im Anschluß an die Rietburg wurde das Dorf Rüppurr, wohl von den Grundherren, am östlichen Ufer der Kinzig-Murg-Rinne entlang der Alb angelegt.

Alle genannten Ortschaften repräsentieren die damals „moderne" Form des Straßendorfes, wenn auch die damit zumeist verbundene Langstreifenflur beispielsweise bei Rüppurr nicht vorhanden ist.

In diesem Zusammenhang sei auch kurz auf die Namen der Siedlungen eingegangen. Die heutige Form als -heim-Namen von Rintheim und Beiertheim könnte auf ein erheblich höheres Alter der Gemeinden schließen lassen. Es handelt sich dabei aber nicht um echte -heim-Namen. Dazu sind sie erst im Laufe von Jahrhunderten geworden. In der Bestätigungsurkunde König Heinrichs V. für das Kloster Gottesaue von 1110 hießen die Orte Burdam oder Burtan und Rintdan bzw. Rinthan. Die Deutung beider Namen ist schwierig. Die wahrscheinlichsten sind: Gebäude oder Wohnung im Wald und Geländeeinschnitt oder Rinne im Wald.[27] Ähnlich schwierig ist der Name Bulach zu deuten, vor allem, wenn man von der ältesten 1193 überlieferten Form Bulande ausginge. Es gibt aber Indizien dafür, daß das 1364 bereits auftauchende Bulach als Ausgangsform genommen werden kann, was eine Zusammensetzung aus Buche und Lache (Pfütze, Wasseransammlung) ergäbe.[28]

Wohl geraume Zeit nach den genannten Orten ist die Entstehung des Dorfes Aue anzusetzen. Sein Name kann als Insel gedeutet werden, was den Sachverhalt, auf die Kinzig-Murg-Rinne bezogen, trifft. Die Gemarkung von Aue wurde aus derjenigen von Durlach herausgeschnitten, mit dem es, trotz einer gewissen Eigenständigkeit, immer verbunden war. Dies läßt auch das älteste Urbar der Markgraf-

Plan der oberen und unteren Hardt um 1560.

schaft Baden von 1404 erkennen, in dem Aue erstmals aufgeführt wird. Es bestand damals aber sicher schon länger. In Beiertheim, Bulach und Rintheim war vorwiegend das Kloster Gottesaue begütert, während in Rüppurr neben den Ortsherren das von den Grafen von Eberstein gestiftete Kloster Herrenalb eine wichtige Rolle spielte.

Nach und nach gelangten die Markgrafen von Baden zu immer weiteren Besitzrechten im gesamten Bereich und spätestens nach der Aufhebung der Klöster im Zuge der Reformation waren sie mit Ausnahme von Rüppurr in dessen vollständigem Besitz. Ihnen blieben viele Gerechtsame, etwa von Gottesaue, erhalten. Mußten die Einwohner von Bulach und Beiertheim früher dem Kloster Frondienste leisten, so wurden sie später auch als Treiber bei Hofjagden herangezogen. Obwohl sich dem Kloster gegenüber wegen der oft drückenden Verpflichtungen viel Unmut in der Bevölkerung angestaut hatte, beteiligten sich die Beiertheimer und Bulacher, im Gegensatz zu manchen Nachbarorten, im Bauernkrieg 1525 nicht an den Plünderungen und Zerstörungen im Kloster Gottesaue.

1535 wurde die Markgrafschaft Baden auf zwei dynastische Linien aufgeteilt, die künftig nach ihren Residenzen Baden-Baden und Baden-Durlach benannt wurden. Die Grenze zwischen beiden Territorien sollte von Ettlingen an die Alb bilden. So kamen Rüppurr, Rintheim, Mühlburg und Knielingen zu Baden-Durlach, während Bulach und Daxlanden zu Baden-Baden gehörten. Streit gab es wegen Beiertheim, das zwar nördlich der Alb liegt, aber so eng mit Bulach verzahnt war, daß man es nicht von diesem trennen wollte. Die Verbindung betraf vor allem den kirchlichen Bereich. Die 1388 zum ersten Mal aufscheinende Bulacher Pfarrkirche St. Cyriakus war für beide Gemeinden zuständig, ebenso die Bruderschaft unserer lieben Frau von 1521. In Beiertheim gab es nur die St. Michaelskapelle. Das Reichskammergericht entschied erst 1582, daß Beiertheim, obwohl nördlich der Alb liegend, zu Baden-Baden gehören solle. Die Trennung der beiden Landesteile wirkte sich im Zusammenhang mit der Reformation so aus, daß Baden-Durlach das lutherische Bekenntnis einführte, während Baden-Baden, wenn auch nach einigem Hin und Her, schließlich beim katholischen Bekenntnis blieb. Zwar wurden die beiden Territorien 1771 wieder vereinigt, aber die konfessionellen Mehrheiten sind selbst in den heutigen Stadtteilen noch erkennbar.

War die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts durch die Reformation geprägt, so nannte man das 17. mit einem gewissen Recht das Zeitalter der Kriege. Vor allem durch den Dreißigjährigen Krieg hatten weite Teile Deutschlands sehr zu leiden. Baden-Durlach hatte z. B. am Ende des Krieges nur noch etwa ein Viertel seiner vorherigen Bevölkerung. In einzelnen Dörfern wie Hagsfeld oder Rintheim lebten nur noch ein paar versprengte Bewohner.

Auch die weiteren Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts ließen dem Oberrheingebiet nicht allzu viel Gelegenheit, sich zu erholen. Vor allem der Pfälzische Erbfolgekrieg setzte dem Land noch einmal sehr zu. Wir wissen von der Vernichtung vieler Städte im Jahr 1689, so etwa Heidelberg, Speyer oder in Baden Ettlingen und Durlach. Nicht wenige Landgemeinden hatten ebenso zu leiden. So wurde beispielsweise Rintheim wiederum fast vollständig zerstört, so daß nur noch 18 Einwohner am Ort blieben.

Wolfartsweier am Gebirgsrand

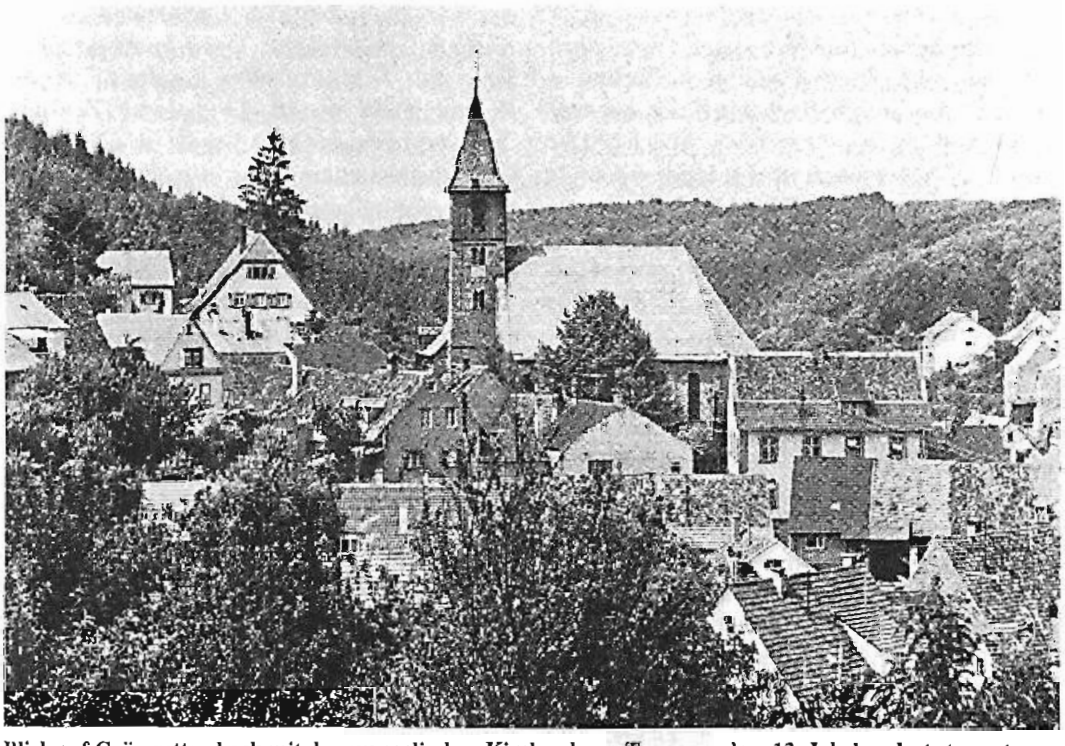
Trotz seiner Lage an der „Bergstraße", die ja ein altes Siedlungsband darstellt, ist Wolfartsweier doch recht spät, wohl kaum vor 1200, entstanden. Die urkundliche Ersterwähnung datiert aus dem Jahr 1261, in dem Papst Urban IV. dem Kloster Gottesaue Güter und Gerechtsame in Wolvoldeswilre bestätigte. Der Ortsname geht wahrscheinlich auf den Personennamen Wolfbald zurück.[29]

Die außerordentlich kleine Gemarkung des Dorfes liegt am Talausgang des Wetterbaches in die Rheinebene. Sie ist offensichtlich aus der Urmark Ettlingen herausgeschnitten. Seit

1219 gehörte Ettlingen zur Markgrafschaft Baden. Trotz der geringen Größe der Gemeinde bestand bereits im 12. Jahrhundert eine mit einem Pfarrer besetzte Kirche. Bei der Teilung der Markgrafschaft 1535 kam Wolfartsweier zu Baden-Durlach. Den ersten lutherischen Pfarrer setzte Markgraf Karl II. 1556 ein.
Der Dreißigjährige Krieg hinterließ den Ort mit großen Verwüstungen. Auch Kirche und Pfarrhaus waren zerstört. Nur noch sieben Einwohner sollen übriggeblieben sein. Wie in vielen umgebenden Gemeinden richtete auch der Pfälzische Erbfolgekrieg erhebliche Schäden an.

Dörfer im Schwarzwaldvorland:
Stupferich, Grünwettersbach,
Hohenwettersbach

Die heute aus Karlsruher Sicht als „Bergdörfer" bezeichneten Orte haben ihre eigene Siedlungsgeschichte. Im 11. Jahrhundert bis zu ihrem Aussterben in der ersten Hälfe des 12. Jahrhunderts waren die Grafen von Malsch Gaugrafen im Ufgau und zugleich Lehensnehmer des Klosters Weißenburg.[30] Ihnen ist im wesentlichen die Besiedlung des Gebietes zwischen Alb und Pfinz zu verdanken. Sehr wahrscheinlich war Grünwettersbach der Kern, um den sich weitere Ortschaften gruppierten. Hier stand die Mutterkirche für acht Dörfer. Der noch bestehende Grünwettersbacher Kirchturm läßt sich in das 12. Jahrhundert datieren. Die Dörfer dürften, zumindest teilweise, schon im 11. Jahrhundert entstanden sein. Auf jeden Fall gilt dies für Stupferich, das um 1100 bereits genannt wird und nach seinem Namen Stutpferrich, das bedeutet der „Stutenpferch", zunächst wohl als eine Einrichtung zur Pferdezucht angelegt war. Die Kirche wird zehn Jahre später erwähnt. Sie war und ist heute noch dem heiligen Cyriakus geweiht. Das selbe Patrozinium galt auch für die ältere Kirche von Malsch.



Blick auf Grünwettersbach mit der evangelischen Kirche, deren Turm aus dem 12. Jahrhundert stammt.

1110 schenkte der Graf Reginbodo von Malsch dem Kloster Hirsau zunächst die Kirche und 20 Hufen in Stupferich, wenig später den Rest des Dorfes. Nach dem Aussterben der Malscher Grafen traten die benachbarten Grafen von Eberstein in deren Rechte ein. Zeitweise gab es, wie auch sonst häufig, einen Ortsadel. Zwischen 1283 und 1318 sind Albrecht und Heinrich von Stupferich nachzuweisen. Der Lehensherr über diese war der Markgraf von Baden. Gleichzeitig war das Kloster Herrenalb im Besitz des ganzen Ortes Stupferich. Die Eigentums- und Rechtsverhältnisse waren also ziemlich kompliziert, und das nicht nur hier. Eindeutiger gestalteten sich die Dinge erst, nachdem Markgraf Philipp I. 1526 Stupferich dem Kloster Herrenalb abgekauft hatte. Bei der Landesteilung 1535 kam der Ort an Baden-Baden und verblieb infolgedessen auch bei der katholischen Konfession.

Anders verlief die Entwicklung in den beiden Orten Wettersbach, von denen Hohenwettersbach, trotz eines etwas früheren urkundlichen Belegs, zweifellos der jüngere ist. Dort gab es überhaupt keinen Bach. Es herrschte sogar ausgesprochener Wassermangel, was dazu veranlaßte, die neuere Siedlung im Gegensatz zur älteren „Durrenwetersbach" zu nennen. Diese hieß dann „Grünenweterspach". Der Ortsname Wettersbach, im 13. Jahrhundert als „Wedersbach" oder „Weterspach" erscheinend, wird unterschiedlich zu deuten versucht. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit hat die Herleitung vom mittelhochdeutschen wetten für sich, was waten bedeutet und für den Wetterbach passen könnte. Möglicherweise heißt der Bach aber auch so, weil er nur nach starken Regenfällen überhaupt als solcher wahrzunehmen ist.

Grünwettersbach hatte im Spätmittelalter verschiedene Grundherren, zu denen neben dem Kloster Herrenalb die Markgrafen von Baden und auch schon die Grafen von Württemberg gehörten. 1369 werden auch die Ortsadeligen Balsam und Kraft von Wettersbach genannt. Mit der Einführung der Reformation in Württemberg und der Säkularisation des Klosters Herrenalb durch dessen Herzog Ulrich kam Grünwettersbach 1535 ganz an Württemberg, bei dem es bis 1806 verblieb.

Die Kriege des 17. Jahrhunderts entvölkerten den Ort fast vollständig.[31] Der Ort Dürrenwettersbach gelangte 1281 von den Herren von Eberstein an die badischen Markgrafen. Gleichwohl hatten auch die Klöster Herrenalb und Lichtental sowie Württemberg und das Ettlinger Spital Besitz am Ort. Bei der Teilung Badens 1535 fiel Dürrenwettersbach an Baden-Durlach. 1615 zerstörte ein Großbrand das ganze Dorf bis auf fünf Häuser. Der Dreißigjährige Krieg tat ein übriges, so daß in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der Ort so gut wie wüst lag. In den achtziger Jahren gelangte die gesamte Gemarkung in den Besitz des markgräflich badischen Oberstallmeisters Michael Angelo Terzy von Kronental, von dessen Witwe sie nach einem Rechtsstreit der baden-durlachische Erbprinz und nachmalige Markgraf und Gründer der Stadt Karlsruhe Karl Wilhelm 1706 erwarb. Den wieder erstehenden Ort benannte er in Hohenwettersbach um und übergab ihn 1711 seiner aus morganatischer Ehe stammenden Tochter Karoline von Wangen. Diese heiratete einen Freiherrn Schilling von Canstatt, dessen Nachkommen bis in die neueste Zeit die Grundherren des Ortes waren. Die ärmliche Gutsarbeitersiedlung war in jeder Beziehung von der Grundherrschaft abhängig und bildete erst seit 1864 eine selbständige Gemeinde, nachdem zwölf Jahre zuvor die Abschiebung der gesamten Einwohnerschaft nach Amerika fehlgeschlagen war.

Neuzeitliche Ortsgründungen: Welschneureut, Palmbach, Grünwinkel

Mit den beschriebenen hoch- und spätmittelalterlichen Ortsgründungen war die Besiedlung unseres Raumes für mehrere Jahrhunderte abgeschlossen. Erst um oder kurz nach 1700 entstanden neue Dörfer und schließlich auch die Stadt Karlsruhe. Ursache dafür waren vor allem die Zerstörung und die Entvölkerung vieler Orte im Verlauf der Kriege des 17. Jahrhunderts und die damit einhergehende Ver-

wilderung großer Gemarkungsteile. Dieser Zustand bewog die damaligen Landesherren, aus Frankreich und Savoyen ausgewiesene Religionsflüchtlinge in ihren zum Teil verödeten Ländern aufzunehmen. So entstand Welschneureut in der Markgrafschaft Baden-Durlach und Palmbach auf württembergischem Gebiet.

Andere Wurzeln hatte das Dorf Grünwinkel, das als Arbeiterkolonie bei einem baden-badenschen Gutshof angelegt wurde.

Die Gemarkungen aller drei Gründungen wurden aus denen älterer Orte herausgeschnitten. Während zunächst der einzige Lebensunterhalt überall eine kärgliche Landwirtschaft war, mußten später vielfach Nebenverdienste gesucht werden. In ausreichendem Maße gab es diese erst mit dem Anwachsen der Stadt Karlsruhe. Nur Grünwinkel wurde im 19. Jahrhundert selbst zum Industriestandort.

Das Edikt von Nantes, mit dem 1598 in Frankreich Glaubensfreiheit verkündet worden war, wurde 1685 von dem französischen König Ludwig XIV. aufgehoben. Zu gleicher Zeit setzte eine Verfolgung der protestantischen Bevölkerung ein, der sie nur durch den Übertritt zum katholischen Glauben entgehen konnte. Andernfalls mußte sie das Land verlassen. Diese, Hugenotten genannte, französische Volksgruppe flüchtete sich zumeist in die Schweiz, wo sie in den protestantischen Kantonen vorübergehend aufgenommen wurde, um sich danach zum größten Teil in deutschen Ländern niederzulassen.

In die Schweiz flohen mit den Hugenotten gleichzeitig die Waldenser. Diese seit dem hohen Mittelalter existierende Glaubensrichtung hatte ihre Hauptsitze in Savoyen und Piemont. Unter dem Druck Ludwigs XIV. vertrieb der Herzog von Savoyen die Waldenser gleichfalls aus ihrer Heimat.

Waldenser und Hugenotten hatten zunächst nichts miteinander zu tun. In den deutschen Aufnahmeländern erschienen die Unterschiede zwischen ihnen aber nicht allzu groß, kamen doch beide Gruppen aus der Schweiz, gehörten dem reformierten Bekenntnis an, sprachen romanische Dialekte und hatten als Schul- und Kirchensprache Französisch. Schließlich arbeiteten sie auch zusammen. So schlossen sich beispielsweise die Welschneureuter Hugenotten den Waldensern in der Synode der Gemeinden reformierten Bekenntnisses in Württemberg und Baden an. Sie galten fortan als Waldenser und betrachten sich auch selbst als solche.

Am Ausgang des 17. Jahrhunderts war Neureut und seine Gemarkung in einem trostlosen Zustand.[32] Weite Strecken waren verwildert. Das Dorf bestand nur noch aus 18 Haushaltungen. Die Ansiedlung französischer Glaubensflüchtlinge auf Neureuter Gebiet betrieb Markgraf Friedrich Magnus von Baden-Durlach daher nicht allein aus religiöser Solidarität mit diesen, sondern vor allem, um seinem darniederliegenden Land wieder zu einer gewissen Blüte zu verhelfen. Als so um die 180 Personen mit dem Schiff aus Basel in Knielingen eintrafen und zunächst hier und in Mühlburg untergebracht wurden, waren die wenigen Neureuter nicht begeistert, als sie erfuhren, daß auf einem Teil ihrer Gemarkung ein neues Dorf für die Fremden angelegt werden sollte. Der Markgraf schnitt etwa ein Viertel der Neureuter Gemarkung, allerdings ohne Wald und nur mit wenig Wiesenbesitz in der Niederung heraus und ließ das neue Dorf Welschneureut in der Fortsetzung des bestehenden Teutschneureut nach Süden anlegen. Friedrich Magnus erteilte den Neusiedlern Privilegien, wie sie zuvor schon die Wallonen in Friedrichstal, Auerbach und Langensteinbach erhalten hatten. Im Frühjahr 1700 wurde mit dem Häuserbau begonnen, aber die zunächst als Notwohnungen errichteten Baracken überdauerten zum Teil noch bis in die Zeit um 1750. Anfangs hielten sich die „Welschen" mit Tabak- und Weinhandel über Wasser. 1720 weihten sie ihre erste Kirche ein, für die auch in anderen glaubensverwandten Ländern Spenden gesammelt worden waren. Die Pfarrer der Gemeinde kamen im 18. Jahrhundert zumeist aus der Schweiz. Um 1750 wurde bereits eine neue Kirche erbaut, die benutzt wurde, bis sie 1944 einem Fliegerangriff zum Opfer fiel.

Waldenserhaus in Palmbach aus dem Jahr 1752, abgebrochen 1972.

Im Laufe des 18. Jahrhunderts kamen durch Einheirat oder Zuzug auch deutsche Namen ins Dorf, die sich um 1811 mit den französischen die Waage hielten. Verbunden damit war auch der Übergang zur deutschen Sprache.

Vergleichbare Verhältnisse wie in Neureut herrschten um 1700 in Grünwettersbach. Weite Teile der Gemarkung waren verödet, weil sie die übriggebliebenen 30 Einwohner unmöglich bearbeiten konnten.[33] Deshalb lag natürlich auch hier die Aufnahme von Neusiedlern nahe. Diese kamen auf dem Umweg über Hessen-Darmstadt aus der Schweiz, wohin sie sich zunächst geflüchtet hatten, nach Württemberg. Dessen Herzog Eberhard Ludwig hatte bereits eine Anzahl von Waldenserniederlassungen gegründet, deren Namen, Serres, Pinache, Pérouse, Villars, zum Teil bis heute französisch geblieben sind. In der württembergischen Exklave Grünwettersbach sah der Herzog die Möglichkeit, weitere Waldenser anzusiedeln. 1701 wurde die Erlaubnis hierzu für 28 Familien gegeben, vierzehn weitere kamen nach Untermutschelbach.

Die neue Ansiedlung, deren Gemarkung von der Grünwettersbacher abgetrennt wurde, hieß nach dem Heimatort der meisten Neuankömmlinge La Balme, was im älteren Französisch Zuflucht bedeutet. Der Name wurde von den Flüchtlingen als Symbol für ihre neue Heimat verstanden. Erst hundert Jahre später erhielt der Ort seinen heutigen Namen Palmbach, als die ursprüngliche Bedeutung nicht mehr verstanden und mit Palme in Verbindung gebracht wurde.

Die Bedingungen für die Neusiedler waren nicht günstig. Von Anfang an litten sie unter Wasserarmut und waren in Trockenzeiten gezwungen, ihr Wasser von dem mehr als drei Kilometer entfernten Fallbrunnen unterhalb von Grünwettersbach zu holen, was häufig zu Mißhelligkeiten mit den Grünwettersbachern

führte. Der Hausbau ging langsam voran, die Rodungsarbeiten waren mühselig, so daß viele den Mut verloren und wieder abwanderten. 1720 zogen zwölf Familien nach Preußen und hinterließen am Ort noch 96 Seelen. 1725 errichtete die kleine Gemeinde mit Hilfe vieler Spenden eine Holzkirche, die ihr über 180 Jahre lang diente.

Ein Verdienst können sich die württembergischen Waldensergemeinden, darunter auch La Balme, zuschreiben, nämlich die Einführung der Kartoffel in Südwestdeutschland im 18. Jahrhundert, was vielen Familien in Notzeiten zum Überleben verhalf.

Lange Zeit blieben die Waldenser ziemlich unter sich. Heiraten fanden zunächst nur mit Partnern aus anderen Waldenserdörfern statt. 1806 gab es in Palmbach erst zwei deutsche Familiennamen. Sechzig Jahre später war etwa die Hälfte der Namen deutsch. An der französischen Kirchen- und Schulsprache wurde selbst dann noch festgehalten, als sie ein großer Teil der Einwohner nicht mehr verstand. Als der Ort 1806 an Baden kam, verlangte die Regierung den Gebrauch der deutschen Sprache. Hiergegen erhob sich ein gewisser Widerstand, aber 1809 wurde der französische Schulunterricht aufgehoben. Die Predigten hielt der Pfarrer abwechselnd deutsch und französisch. Die Gemeinde blieb immer arm. Nebenverdienst brachten im 19. Jahrhundert vor der Industrialisierung der umliegenden Städte nur einige Sandsteinbrüche. So ist es zu verstehen, daß viele Palmbacher auswanderten, vornehmlich nach Nordamerika.

Bei dem um 1710 entstandenen Dorf Grünwinkel handelte es sich zunächst um eine Arbeiterkolonie mit 18 Familien, die zu einem schon vor 1500 angelegten herrschaftlichen Gut gehörte.[34] Dieses wollte die baden-badische Markgräfin Sibylla Augusta, die Gemahlin des „Türkenlouis", nach dem Muster ihrer böhmischen Güter neu organisieren, was allerdings nicht recht gelang, so daß das Hofgut bald an Pächter vergeben wurde. Das herrschaftliche Gut ist im 16. Jahrhundert als im Kreyenwinkel oder beim Kreewinckel nachgewiesen. Im 18. Jahrhundert lesen wir „im Kreewinckhel" oder „bey dem Krähwinckel", was darauf hinweist, daß mit dem „Krähenwinkel" eine Gegend benannt wurde, in der sich gerne Krähen aufhielten, daß es sich dabei aber bei der Benennung nicht um einen Ortsnamen gehandelt hat. Grünwinkel lesen wir zum ersten Mal 1714, daneben aber auch lange noch Krähwinkel. 1597 wird der Hof als in Daxlander Gemarkung gelegen erwähnt.

Nachdem auch hier die Kriege des 17. Jahrhunderts große Schäden angerichtet hatten, lag das Gut im Krähwinkel brach. Es ist also verständlich, daß es die Markgräfin wieder aktivieren wollte.

Zunächst scheint es eine größere Zahl von Ansiedlungswilligen gegeben zu haben, doch ließ man über die 18 Arbeiterfamilien hinaus nur wenige zu, so 1712 einen Schmied und einen Bäcker.

1714 kann als Geburtsjahr der Gemeinde Grünwinkel angesehen werden. Damals kam es zu einem Vertrag zwischen Bulach, Daxlanden und Grünwinkel, durch den 80 Morgen Land an die Arbeiterfamilien verkauft und die Waldnutzung geregelt wurde. Damit waren allerdings die Reibereien unter den Gemeinden längst nicht aus der Welt geschafft. Eine eigene, durch Grenzsteine kenntlich gemachte Gemarkung bekam Grünwinkel erst 1784. Um diese Zeit galt es als ärmste Gemeinde im baden-badenschen Landesteil. Die vorwiegend auf kargen Sandböden liegenden Felder gaben bei der fast fehlenden Düngung nicht viel her. Bald mußten daher auch andere Verdienstmöglichkeiten gefunden werden. Am Ausgang des 18. Jahrhunderts bestanden diese in Pottasche-, Salpeter- und Essigsiederei und im Betrieb einer Ziegelei.

Da Grünwinkel an der wichtigen Durchgangsstraße Rastatt-Mühlburg-Graben-Speyer lag, war mit dem Hofgut auch immer ein Wirtshaus verbunden. Zwischen Grünwinkel und Mühlburg überquerte die Straße die Alb, ursprünglich durch eine Furt, später über eine Holzbrücke, die aber schon vor 1700 durch eine Steinbrücke ersetzt wurde. Da die Reisen-

den hier vom einen badischen Landesteil in den anderen wechselten, gab es auch eine Zollstation. Zwar klagten die Wirte immer über schlechte Geschäfte, doch verhinderte das nicht die Eröffnung weiterer Wirtschaften. 1784, als die Durchgangsstraße durch Grünwinkel gepflastert wurde, gab es zwei Gasthäuser, 1810 waren es drei und hundert Jahre später acht. Schon im 18. Jahrhundert lebten die Wirte vor allem von Tanzvergnügen, die auch aus Karlsruhe besucht wurden. Immer wieder versuchten aber die Behörden, diese Vergnügungen einzuschränken, was stets zu erneuten Klagen der Wirte führte, zumal Übernachtungsgäste zunehmend lieber in Mühlburg blieben.
Wie schon erwähnt, war die Landwirtschaft nicht sehr ergiebig, aber man nutzte alle Möglichkeiten aus und baute zeitweise sogar Wein an den nach Süden ausgerichteten Uferhängen der Alb an. Die „Faseltiere" mußte im Wechsel einer der Einwohner halten, dem dafür gewisse Vergünstigungen zukamen. 1852 war dies der „Fabrikant" Anton Sinner, der seit 1833 „Beständer" des Hofgutes war und damals in seiner Branntwein- und Essigherstellung schon elf Leute beschäftigte. Hier liegen die Wurzeln für den bedeutenden Industriestandort Grünwinkel.
Kirchlich gehörte Grünwinkel zu Daxlanden, doch besuchte ein Teil der Einwohner die Gottesdienste in Bulach. 1715 stiftete ein gewisser Jakob Müller eine hölzerne Kapelle, in der an Sonn- und Festtagen der Rosenkranz gebetet wurde. Diese wurde 1759 durch einen Steinbau ersetzt.

Städte: Durlach und Mühlburg

Vor der Gründung von Karlsruhe bestanden im heutigen Stadtgebiet bereits zwei Städte, eine im Osten und eine im Westen. Zwar hatten sie eine sehr unterschiedliche Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte, aber beide waren durch markgräfliche Schlösser und ihre zeitweilige Funktion als Residenz ausgezeichnet. Das letztere galt besonders für Durlach, das unter dem Verlust der Residenz so sehr litt, daß es sich bis zu seiner industriellen Entwicklung im 19. Jahrhundert davon nicht erholte. Mühlburg konnte hingegen als Stadt nie eine angemessene Rolle spielen. Nach der Zerstörung seines Schlosses im 17. Jahrhundert wurde die barocke Stadtplanung nicht mehr weiterverfolgt. Mühlburg kümmerte dahin und entwickelte sich erst im 19. Jahrhundert in einer Art Symbiose mit Karlsruhe. Auch das unterscheidet Mühlburg und Durlach.
Die neue Residenz wurde 1715 mit damals noch großem Abstand zwischen beide plaziert an einer Straße, die Durlach mit Mühlburg seit langem verbunden hatte.

Durlach

Von den beiden alten Städten war Durlach die bei weitem bedeutendere.[35] Die Ersterwähnung Durlachs stammt von 1196. Im Mai dieses Jahres stellte Kaiser Heinrich VI. zwei Urkunden in Durlach aus. Ebenfalls 1196 berichtet die Ursberger Chronik über den Tod des schwäbischen Herzogs Konrad in „quodam oppido Durlaich nomine", also in einer gewissen Stadt namens Durlach. Wir haben hier den Bericht über ein Ereignis von reichspolitischer Bedeutung vor uns. Wichtig ist, daß Durlach darin als Stadt bezeichnet wird. Nach heutigem Forschungsstand gab es auch eine dörfliche Vorgängersiedlung.[36] Durlach war im Anschluß an eine „Vorgängersiedlung gleichen Namens" eine der damals zahlreichen Stadtgründungen, mit der die Staufer ihre Besitzrechte zu sichern suchten. Kaiser Heinrich VI. hielt sich im Winter 1191/92 in der Kaiserpfalz Hagenau auf. Es wird angenommen, daß er in dieser Zeit die Orte Sinsheim, Eppingen, Lauffen und Ettlingen zu Städten erhob und Durlach als Stadt neu gründete. Im Gegensatz zu den anderen Orten hat Durlach einen planmäßig geschaffenen Grundriß, der auf einer trockenen Kiesinsel am Ostrande der Kinzig-Murg-Rinne lag. Die ganze Städtegruppe ging 1219 durch Tausch an die Markgrafen von Baden über.
Nach dem Aussterben der Hohenberger und

der Herren von Grötzingen fiel das Grafenamt im Pfinzgau mit dessen wichtigstem Ort und der Burg Grötzingen bald nach 1187 an die staufischen Oberlehensherren, die daraufhin auf Grötzinger Gemarkung die neue Stadt gründeten. Der größte Teil der Gemarkung des Ortes Elterichsdorf, in der Gegend des heutigen Thomashofs, kam zum neuen Durlach. Die Bewohner siedelten in die Stadt um. Die endgültige Gemarkungsteilung zwischen Durlach und Grötzingen fand erst in den Jahren 1505 und 1506 statt.

Die Herleitung des Namens Durlach ist nicht eindeutig zu klären. Keltischer Ursprung, der mehrfach behauptet wurde, scheidet ganz sicher aus. Am wahrscheinlichsten erschien lange Zeit die Zusammensetzung aus mittelhochdeutsch durre, was dürr oder trocken bedeutet, und lache mit der Bedeutung Sumpf, Pfütze. Von der Lage der Stadt her scheint diese Erklärung einleuchtend.[37] Eine neuerdings vertretene Theorie sieht in dem Namen der Stadt eine Zusammensetzung aus dem lateinischen turris für Turm und dem mittelhochdeutschen lâch mit der Bedeutung Grenzzeichen. Der spätere Ortsname wäre danach zunächst ein Flurname gewesen.[38]

Die neugegründete Stadt wurde, wie Ettlingen, mit einer gewissen Zentralitätsfunktion ausgestattet, die sich zeitweise noch wesentlich verstärken sollte. Die Verkehrslage von Durlach war außerordentlich günstig. Es lag an der alten Nord-Süd-Verbindung Frankfurt-Basel und an der Ost-West-Verbindung vom mittleren Neckarraum und Pforzheim über Gottesaue und das Stauferschloß Mühlburg zum gleichfalls in staufischer Hand befindlichen Rheinübergang Pfortz (heute Maximiliansau).

Wie bereits berichtet, ging Durlach 1219 in das Eigentum des Markgrafen Hermann V. von Baden über. Trotz einiger Turbulenzen im Verlauf des 13. Jahrhunderts blieb Durlach von da an auf Dauer bei Baden. Mit Ettlingen zusammen wurde die Stadt zum künftigen Kristallisationspunkt badischer Territorialpolitik am Oberrhein.

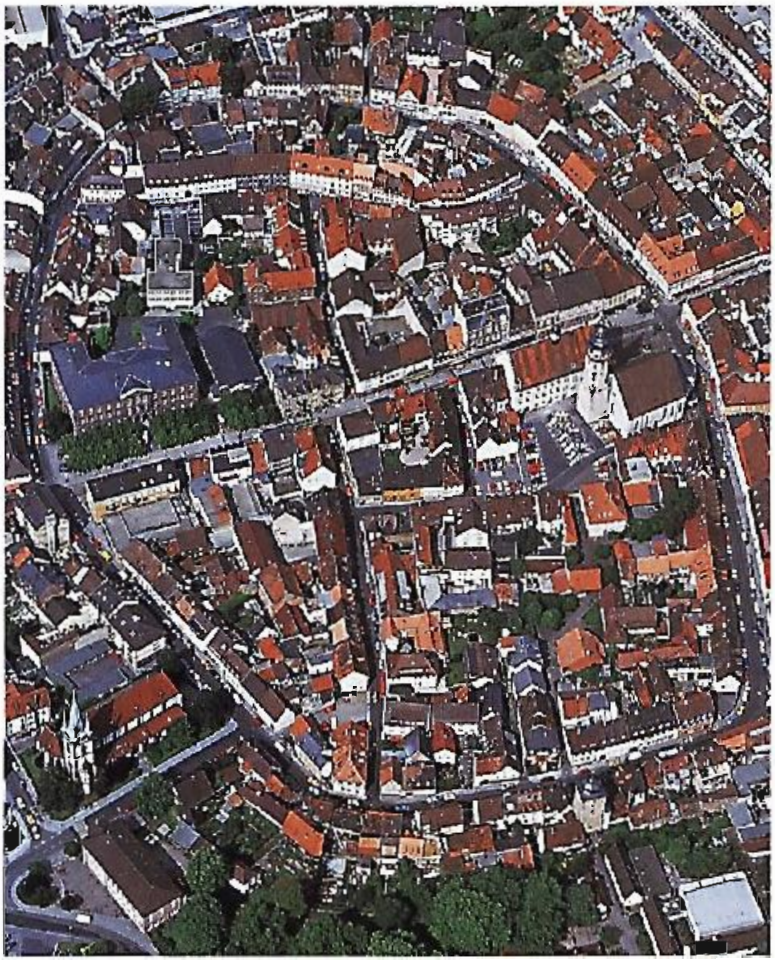
Der Nachfolger Hermanns Markgraf Rudolf I. geriet mit dem Bischof von Straßburg, Konrad von Lichtenberg, in Konflikt, der ihm 1279 sein „castellum Türlac", gemeint ist die Burg auf dem Turmberg, zerstörte. Diese wurde danach nicht mehr aufgebaut.

Sehr wahrscheinlich erbauten bald darauf die Markgrafen unmittelbar neben der Stadt Durlach eine Niederburg als Vorgängerin der späteren Karlsburg. Die Markgrafen hielten sich allerdings zu dieser Zeit noch nicht oft in Durlach auf. Gegen Ende des Mittelalters aber lag Durlach infolge der badischen Territorialpolitik innerhalb der markgräflichen Lande an zentraler Stelle.

Die Bürgerschaft hatte natürlich gewisse, sie von der ländlichen Umgebung abhebende, Rechte, doch verblieb vieles in der Hand des Landesherrn. So waren die Durlacher auch als Stadtbürger Leibeigene des Markgrafen. In kirchlicher Hinsicht gehörte Durlach zum Bistum Speyer. In die Anfangszeit der Stadt, das ausgehende 12. Jahrhundert, reicht der untere Teil des noch bestehenden Turmes der Stadtkirche zurück, doch scheint die Urpfarrei Grötzingen noch eine Zeitlang auch für Durlach zuständig gewesen zu sein. Später ist für 1255 aber ein eigener Pfarrer nachzuweisen. Durlach wurde Sitz eines Landkapitels, das 35 Ortschaften umfaßte. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts wurde in der östlichen Stadterweiterung Durlachs ein Spital mit zugehöriger Kirche gegründet.

Wie jede mittelalterliche Stadt war Durlach von Mauern und Gräben umgeben und mit einer Reihe von Toren und Türmen versehen, von denen außer dem Basler Tor nur noch geringfügige Überreste vorhanden sind. Das ursprüngliche Oval der alten Stadt wurde im 14. Jahrhundert nach Osten zu um etwa dieselbe Fläche erweitert und diese im 15. Jahrhundert in den Mauerring einbezogen. Auch der Burgbezirk befand sich nun innerhalb der Mauern.

Wirtschaftlich waren im alten Durlach Weinbau, Ackerbau, Viehhaltung und Gartenbau bestimmend. Es gab eine Anzahl unterschiedlicher Handwerke, die auch für das Umland arbeiteten, doch wurden Zünfte erst im 16. Jahrhundert zugelassen. Der Handel spielte



Auf diesem Luftbild ist die mittelalterliche Stadtanlage Durlachs deutlich zu erkennen, die auch nach dem Wiederaufbau in den Jahren nach 1689 beibehalten wurde.

sich vor allem auf den Wochen- und Jahrmärkten ab.

Das 16. Jahrhundert war, natürlich nicht nur in Durlach, eine Zeit des Umbruchs. Im Bauernkrieg der Jahre 1524/25 spielte Durlach eine gewisse Rolle. Hier sammelten sich rebellierende speyerische und markgräfliche Untertanen, um das Kloster Gottesaue, später auch Herren- und Frauenalb zu plündern. Einige Durlacher schlossen sich den Aufständischen an. Doch zogen sich die badischen Untertanen bald zurück unter der Beteuerung, daß sie den Markgrafen nicht in seinen Rechten schmälern wollten. Dieser verfuhr dann auch recht gnädig mit ihnen.

Bereits 1512 war Durlach der Druckort dreier Bücher. Am bemerkenswertesten aus dieser frühen Zeit ist der Straßburg-Durlacher Druck der Heiligen Schrift nach Luthers Übersetzung. Der Durlacher Drucker Valentin Kobian gab in Verbindung mit dem Straßburger Verleger Wolfgang Köpfel 1529/30 die Bibel im Sinne der Reformation heraus. Teile davon wurden in Durlach, andere in Straßburg gedruckt. Das Pfinzgaumuseum besitzt ein gut erhaltenes Exemplar.

Durlach war unter den damaligen badischen Städten die kleinste und unbedeutendste. Die Durlacher Burg war zwischen 1515 und 1530 zu einem Jagdschloß umgebaut worden. Der Markgraf hielt sich damals recht häufig in Durlach und im Schloß Mühlburg auf. Trotz des sehr bescheidenen Zustandes der Stadt verlegte Markgraf Karl II. 1565 seine Resi-

denz aus dem sehr viel stattlicheren Pforzheim nach dem etwa 2.000 Einwohner zählenden Durlach. Der Schwerpunkt seines Landes lag schließlich am Oberrhein und war von hier aus einfach besser zu regieren. Das Schloß Karlsburg war von 1563 an neu erbaut worden. Für Durlach brachte die Verlegung der Residenz und der gesamten Landesverwaltung gewaltige Veränderungen mit sich. Wenn auch zunächst viele Belastungen damit verbunden waren, so begann doch, wenn auch nur sehr allmählich, eine gewisse Blütezeit. So wurden die Durlacher 1567 auch von der Leibeigenschaft befreit und erhielten eine Reihe anderer, ihnen bisher vorenthaltener, Privilegien. Aber erst 1699 wurde die Stadt von den herrschaftlichen Frondiensten entbunden.

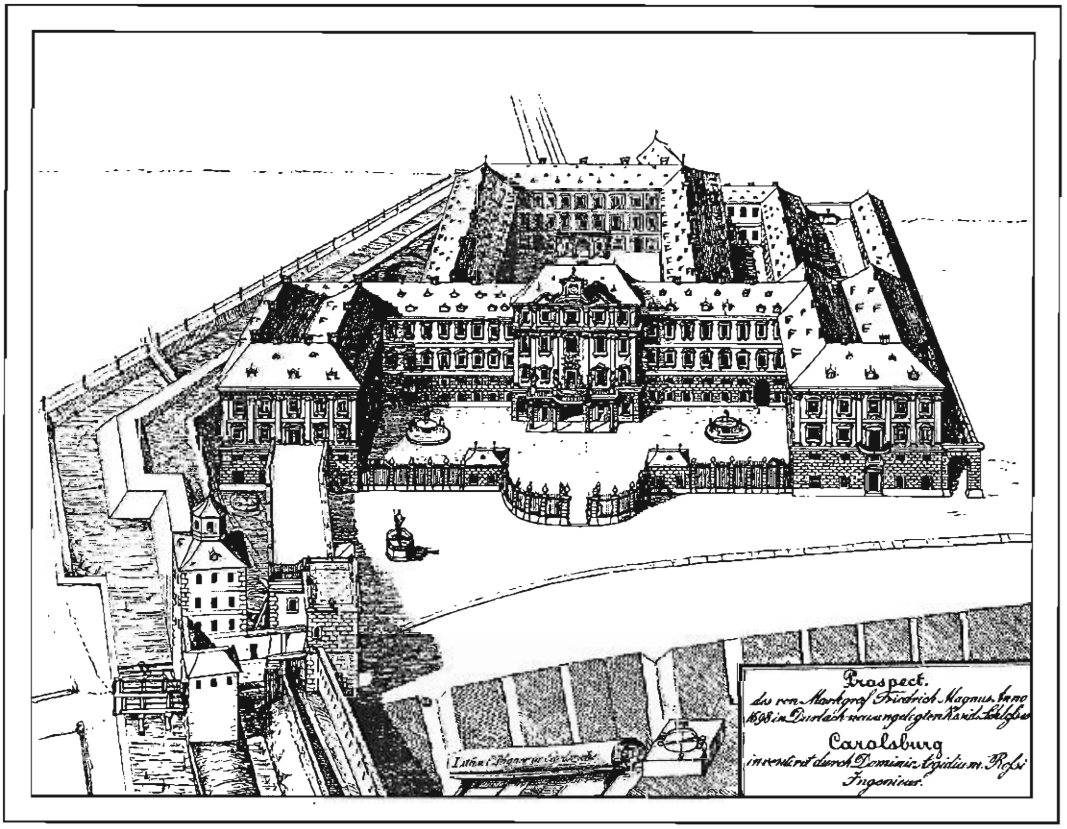
Allmählich veränderte sich das Stadtbild von Durlach durch die Erbauung repräsentativer herrschaftlicher Gebäude, von denen außer dem Schloß die Amtskellerei, die Zehntscheuer, die Kelter und das Gymnasium genannt seien. Die Angehörigen unterschiedlicher Behörden und deren Familien veränderten auch die Bevölkerungsstruktur.

Das Gymnasium war 1586 begründet worden und erreichte mit seinem wissenschaftlichen Rang eine Bedeutung, die weit über die Grenzen der Markgrafschaft hinausging. Schon sein stattliches Gebäude ließ das erkennen. Das Durlacher Gymnasium war nach dem Straßburger das größte Südwestdeutschlands. Die Schulleiter waren durchweg namhafte Gelehrte. In Zusammenhang damit stand auch die Existenz mehrerer Druckereien. 1621 waren es fünf.

Der Dreißigjährige Krieg brachte gewaltige Rückschläge mit sich. Nach der Schlacht bei Wimpfen 1622 rückten die Truppen der katholischen Liga ins badische Unterland ein und verwüsteten zahlreiche Orte, darunter Neureut und Mühlburg samt seinem Schloß, während die Stadt Durlach dieses Mal noch verschont blieb. Dafür wurde es zehn Jahre später von kaiserlichen Truppen gebrandschatzt. Zahlreiche Truppendurchzüge und Einquartierungen folgten, wobei Freund und Feind oft nicht zu unterscheiden waren. Der Markgraf weilte längst in Basel, und ein großer Teil der Bevölkerung war gleichfalls geflohen, zumeist über den Rhein. 1641 gab es noch 80 Haushaltungen in Durlach, während es vor Kriegsbeginn 500 gewesen waren. Zu dieser Reduzierung hatte auch die mehrfach auftretende Pest beigetragen.

Mit dem Abschluß des Westfälischen Friedens 1648 kehrte bald Ruhe und eine Konsolidierung der Verhältnisse ein. 1650 kam Markgraf Friedrich V. nach sechzehnjährigem Exil nach Durlach zurück. Erst jetzt begann für die Stadt eine wirkliche, wenn auch zunächst zögerlich anlaufende Blütezeit, die durch die Zunahme der Bevölkerung, die Bautätigkeit, den Aufschwung des Gymnasiums und das kulturelle Leben am Hof gekennzeichnet war. Ein gewisser Wohlstand war zu vermerken. Durlach wurde nun zu einer echten Residenz.

Die nun bald folgenden Kriege Ludwigs XIV. von Frankreich ließen aber keine ungestörte Entwicklung zu. Für Durlach und viele weitere Städte und Dörfer wirkte sich der Pfälzische Erbfolgekrieg der Jahre 1688 bis 1697 so verhängnisvoll aus, daß danach völlig neu begonnen werden mußte. Dieser Krieg mit seiner Taktik der verbrannten Erde fügte dem Oberrheingebiet weit mehr Schaden zu als der Dreißigjährige Krieg. Heidelberg, Mannheim, Speyer, Bruchsal, Bretten, Mühlburg, Pforzheim, Ettlingen, um nur einige zu nennen, wurden total zerstört, natürlich auch Durlach. Gleich bei Ausbruch des Krieges waren die markgräfliche Familie und die Regierung unter Mitnahme wichtiger und wertvoller Dinge in ihren Hof nach Basel geflüchtet. Nachdem die Durlacher mehrfach zahlreiche Besatzungen erduldet hatten, erschienen in der Frühe des 13. August 1689 französische Truppen am Turmberg und forderten die Übergabe der Stadt. Diese verteidigte sich zunächst. Da aber Verstärkung ausblieb, ergab sie sich um Mitternacht. Zwei Tage wurde geplündert. Am späten Nachmittag des 15. August zogen die noch übriggebliebenen 300 bis 400 Durlacher nach Langensteinbach zu. Von einem Hügel bei Ittersbach aus sahen sie in der Nacht ihre Stadt brennen. Gerade fünf Häuser fanden die später Zurückgekehrten noch unversehrt.



Entwurf zur Karlsburg Durlach von Domenico Egidio Rossi um 1700.

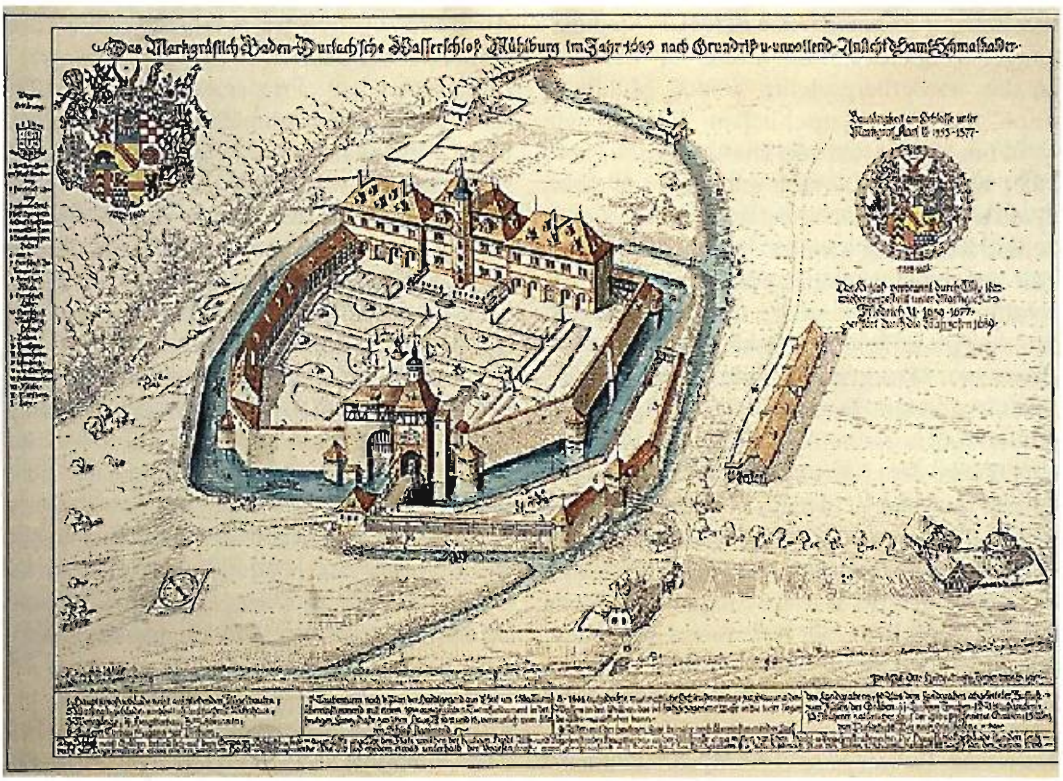
Von diesem schweren Schlag konnte sich Durlach nicht mehr erholen. Zwar kamen die meisten Einwohner zurück und richteten sich notdürftig in den Trümmern ein. Der Wiederaufbau ging nur zögernd vonstatten, schon deswegen, weil der Markgraf mehrere stadtplanerische Gutachten einholte, um Durlach in modernerer Form wieder aufzubauen. Sein Amtsverweser, der Hofbaumeister Thomas Lefèbvre erarbeitete selbst entsprechende Pläne. Aber erst nach der Beendigung des Krieges im Oktober 1697 ging es mit dem Wiederaufbau allmählich voran. Dabei war besonders die traufseitige Stellung der neu erbauten Häuser zur Straße wichtig. 1698 wurde mit dem Neubau des Schlosses nach Plänen des Italieners Domenico Egidio Rossi begonnen. Das Schloß wurde nie vollendet, zunächst aus Geldmangel, dann aber auch aus der Einsicht, daß am Platz Durlach ein barockes Projekt dieses Ausmaßes nicht zu verwirklichen war. Diese Einsicht führte schließlich zur Gründung der neuen Residenzstadt Karlsruhe. Für Durlach waren damit gewaltige Einbußen verbunden, die es erst im Laufe langer Zeiträume ausgleichen konnte.

Mühlburg

In der historischen Überlieferung taucht Mühlburg erstmals im Jahre 1248 als Mulenberc auf.[39] Es hat seinen Namen von einer schon sehr früh errichteten Mühle an der Alb. Diese entstand an der Nahtstelle zwischen Hochgestade und Rheinniederung, wo sich das erforderliche Gefälle ergibt. Wichtig war die günstige Verkehrslage am Albübergang der alten Nord-Süd-Straße auf dem Hochge-

stade des Rheins und an der Rheinfähre nach Pfortz (heute Maximiliansau). Es handelte sich also um einen hervorgehobenen Punkt, an dem auch Zoll kassiert wurde. Zum Schutz dieses so wichtigen Platzes wurde auf der Gemarkung des alten Dorfes Knielingen in staufischer Zeit eine Tiefburg errichtet, von der erstmals 1258 die Rede ist. Diesen Reichsbesitz hatten damals die Markgrafen von Baden zu Lehen.[40]

Im Anfang des Jahres 1274 wurde die Burg von König Rudolf von Habsburg nebst Grötzingen, Durlach und anderen Orten besetzt. 1424 schlossen sich Basel, Freiburg, Breisach, Straßburg und andere oberrheinische Städte, aber auch Württemberg, die Pfalz und der Bischof von Speyer zusammen, um den Markgrafen Bernhard I. von Baden aus seinem Schloß Mühlburg und seiner Herrschaft zu vertreiben. Das Schloß wurde wochenlang belagert und beschossen, hielt aber stand. Doch vier Jahre nach dem Friedensvertrag, der „Mühlberger Richtung", eroberten die Städte unter pfälzischer Führung das Schloß und hätten es ohne die Vermittlung durch den Mainzer Erzbischof zerstört. Um 1530 baute Markgraf Philipp I. das alte „Wasserhaus" zu einem standesgemäßen Schloß aus, in dem die Markgrafen zeitweise residierten. Um 1600 soll es Ernst Friedrich prächtig eingerichtet haben. Im Dreißigjährigen Krieg sammelte Markgraf Georg Friedrich seine gesamte Artillerie im Schloß Mühlburg, konnte aber nach der Schlacht bei Wimpfen 1622 nicht die Zerstörung des Schlosses durch Tillys Truppen verhindern. Nach dem Westfälischen Frieden (1648) wurde es wiederhergestellt. Der Platz Mühlburg umfaßte noch im 17. Jahrhundert außer dem Schloß nur wenige Gebäude. Es handelte sich also um einen kleinen Burg-



Das Mühlburger Schloß vor der Zerstörung, teilkolorierte Darstellung von Otto Linde 1917 nach dem Grundriß und der unvollendeten Ansicht von Schmalkalder.

flecken. Eine völlig neue Wendung nahm die Entwicklung aber, als sich Markgraf Friedrich VI. entschloß, bei seiner Burg Mühlburg eine Stadt zu gründen. 1670 verlieh er dem Ort Stadtrecht und erließ einen Privilegienbrief, der Ansiedlungswilligen Freiheit von Leibeigenschaft und Frondiensten, Gewerbe- und Religionsfreiheit sowie Steuerfreiheit auf 30 Jahre verhieß. Hier ist manches aus dem späteren Karlsruher Stadtrecht bereits vorweggenommen. Trotz dieser für die damalige Zeit unerhörten Großzügigkeit siedelten sich nur wenige Zuzügler in Mühlburg an.

Der Baumeister Georg Andreas Böckler schuf Pläne für die neue Stadt. Sie zeigen in Anlehnung an das Schloß einen regelmäßigen Grundriß mit sich rechtwinklig schneidenden Straßen. Einige Kreuzungen sollten sich zu kleinen Platzanlagen mit Brunnen erweitern. Als Mittelpunkt der neuen Stadt war ein geräumiger Marktplatz mit den öffentlichen Gebäuden vorgesehen. Der Mühlburger Plan von Böckler ist mit anderen barocken Stadtplanungen vergleichbar. So wollte der Markgraf an das wiederhergestellte Schloß Mühlburg seine neue Stadt anschließen. Dies konnte wohl nur auf Kosten von Durlach geschehen.

1689 wurde mit Durlach und vielen anderen Städten des Oberrheingebietes auch das Schloß Mühlburg zerstört. Wie weit zu dieser Zeit der Bau der neuen Stadt schon fortgeschritten war, ist schwer zu sagen. Das Schloß Mühlburg wurde nicht wieder aufgebaut. 1699 erneuerte Markgraf Friedrich Magnus die Stadtprivilegien. Dieses Mal war der Erfolg größer. Juden, Katholiken und Waldenser folgten als erste dem Aufruf des lutherischen Markgrafen. Im Jahre 1714 hatte Mühlburg 521 Einwohner, von denen dann doch fast drei Viertel evangelisch waren. Damit war für längere Zeit der Höhepunkt der Entwicklung erreicht, denn die Gründung der Stadt Karlsruhe 1715 bedeutete für Mühlburg wie auch für Durlach einen gewaltigen Rückschlag. Das Interesse der Herrschaft konzentrierte sich nur noch auf Karlsruhe. Es war bezeichnend, daß die Steine des zerstörten Mühlburger Schlosses zum Neubau in Karlsruhe verwendet wurden.

Das heutige Stadtgebiet in der Zeit um 1700

Die Kriege des 17. und beginnenden 18. Jahrhunderts hinterließen im gesamten Oberrheingebiet tiefe Spuren. Insbesondere der Dreißigjährige Krieg entvölkerte weite Landstriche. In unserem Bereich lebten in den meisten Dörfern nur noch wenige Familien, die neben anderer Drangsal auch der grassierenden Pest entkommen waren. Nur langsam erholte sich das Land. Weite Teile der Feldgemarkungen lagen brach und verwilderten.

Fast noch schlimmer wirkte sich der Orléansche oder Pfälzische Erbfolgekrieg (1688–1697) aus. Getreu ihrem Motto „Brûlez le Palatinat" verwüsteten die Franzosen aber nicht nur die Pfalz, sondern auch die angrenzenden speyerischen und badischen Gebiete. Viele Dörfer, vor allem aber die Städte wurden verbrannt. So blieben von Durlach nur noch ein paar Häuser, von Mühlburg, das gerade zur Stadt werden sollte, so gut wie nichts übrig. Auch die zugehörigen Schlösser waren 1689 vernichtet worden.

Erst nach dem Friedensschluß von 1697 konnte an einen planmäßigen Wiederaufbau und entsprechende „Peuplierungsmaßnahmen" gedacht werden. In diesem Zusammenhang sind die Erneuerung der Stadtprivilegien von Mühlburg und die Ansiedlung von Religionsflüchtlingen in Welschneureut und Palmbach zu sehen. In Durlach beginnt 1698 der Wiederaufbau von Stadt und Schloß.

Der bald darauf einsetzende Spanische Erbfolgekrieg (1701–1714) brachte neue Bedrängnisse. Zur Verteidigung des Landes wurden nach 1708 die sogenannten „Ettlinger Linien" angelegt, die von Ettlingen aus am Südrand des heutigen Stadtgebietes zum Rhein zogen. Sie mußten weitgehend in Fronarbeit errichtet werden. In diesem Krieg wurde auch zeitweilig aus Gründen der Verteidigung das Gebiet der Kinzig-Murg-Rinne von Ettlingen ab nordwärts auf weite Strecken unter Wasser gesetzt, was unermeßlichen Schaden an den Feldern anrichtete.

Die ersten Jahre des 18. Jahrhunderts waren also immer noch keine gute Zeit für das Gebiet

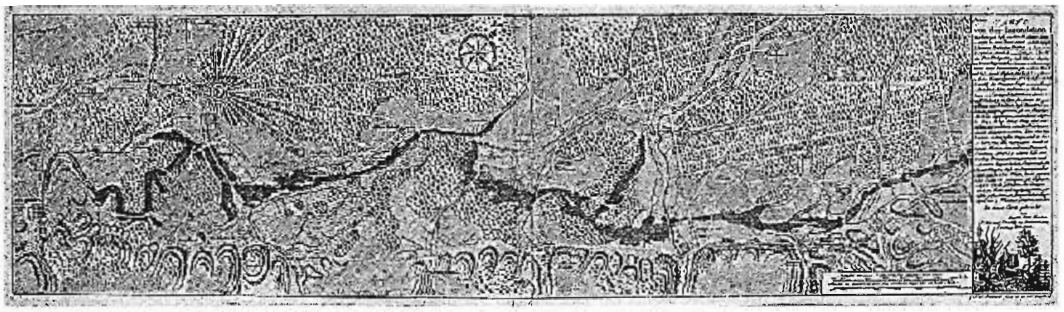
Landschaftliche Situation des Raums Karlsruhe um 1700.

zwischen Alb und Pfinz und weit darüber hinaus. Das aus dem Mittelalter überkommene Siedlungsbild wurde gerade in dieser Epoche, wie bereits dargelegt, erweitert, doch stiegen die Einwohnerzahlen der einzelnen Orte zunächst nur langsam an. Erst im Verlauf des 18. Jahrhunderts beschleunigte sich das Bevölkerungswachstum. Knielingen als das damals bevölkerungsreichste Dorf unseres Gebiets zählte 1714 immerhin schon wieder 570 Einwohner, während Bulach, Rüppurr und Hagsfeld nur um die 200 hatten. Teutschneureut und Welschneureut zählten jeweils zwischen 120 und 150 Bewohner. Die um 1700 kleinsten Dörfer waren Grünwettersbach mit etwa 30 und Wolfartsweier mit etwas über 50 Einwohnern.

Die Stadt Mühlburg war in ihren Ansätzen steckengeblieben und war um 1714 nur von 521 Menschen bewohnt. Während des ganzen 18. Jahrhunderts kam Mühlburg kaum über 700 Einwohner hinaus.

Trotz aller Schwierigkeiten konnte Durlach seine überragende Position im westlichen Teil der Markgrafschaft Baden-Durlach behaupten. Die 1689 geflüchteten Bewohner hatten sich in den Trümmern bald eingerichtet und bauten ihre Stadt wieder auf, auch wenn sie sich dabei nur widerstrebend nach den von Thomas Lefèbvre erarbeiteten und vom Markgrafen Friedrich Magnus verordneten Modellbauplänen richteten. So wuchs die Einwohnerzahl von 1860 im Jahr 1701 auf beachtliche 3.330 im Jahr 1714. Am Durlacher Schloß wurde nach großzügigen Plänen des Italieners Domenico Egidio Rossi gebaut, doch wurden aus Geldmangel und anderen Gründen nur Teile der eindrucksvoll gedachten Anlage vollendet.

Politisch gehörte unser Gebiet größtenteils zur Markgrafschaft Baden-Durlach, das südliche Stadtgebiet, jenseits der Alb, mit Einschluß von Beiertheim, zur Markgrafschaft Baden-Baden. In Grünwettersbach und Palmbach war



Karlsruhe und Umgebung mit den eingezeichneten Stellungen der kaiserlichen Armee und den strategischen Überschwemmungen im Polnischen Erbfolgekrieg 1735.

der Herzog von Württemberg Landesherr. Nördlich angrenzende Orte wie Weingarten und Bretten waren kurpfälzisch, Bruchsal und seine weitere Umgebung bischöflich-speyerisch. Nach dem jeweiligen Landesherrn richtete sich die Konfession der Untertanen. Danach waren bei weitem die meisten Orte des heutigen Stadtgebiets protestantisch. Nur die damals baden-badischen Dörfer Beiertheim, Bulach, Daxlanden, Grünwinkel und Stupferich waren katholisch. Dies ist zum Teil bis heute erkennbar.

Die Existenzgrundlage fast der gesamten Bevölkerung bildete die Landwirtschaft. Nur in den Städten spielten Handwerk, Handel und Märkte eine vorrangige Rolle. Der Ackerbau wurde damals zumeist noch als Dreifelderwirtschaft mit Fruchtwechsel von Sommergetreide, Wintergetreide und Brache betrieben. Die Brache diente in der Regel als Viehweide. Überall wurden für den Eigenbedarf Brotgetreide und Hülsenfrüchte angebaut, ebenso Flachs und Hanf. Zu Anfang des 18. Jahrhunderts kamen jedoch neue Kulturpflanzen auf wie Tabak, Welschkorn und Kartoffeln. Die letzteren sollen in unserer Gegend von den Waldensern eingeführt worden sein, doch breiteten sie sich auch unabhängig davon aus. Eine regelrechte Konjunktur hatte in der Zeit um 1700 das Welschkorn (Mais). Weil sonstiges Saatgetreide knapp war, baute man oft sehr große Teile der Gemarkungen mit der neuen Frucht an. Der damals schon eingeführte Tabakanbau wurde 1718 durch markgräfliche Anordnung in bestimmtem Umfang geradezu befohlen.[41] Die neuen Kulturpflanzen wurden immer häufiger auf den Brachfeldern angebaut, wodurch diese nach und nach verschwanden.

Der Weinbau spielte nur in Grötzingen und Durlach eine Rolle. Die Viehzucht war vor allem dort stärker entwickelt, wo ausreichend Waldweide zur Verfügung stand, was vor allem für die Dörfer in der Nähe des Hardtwaldes zutraf.

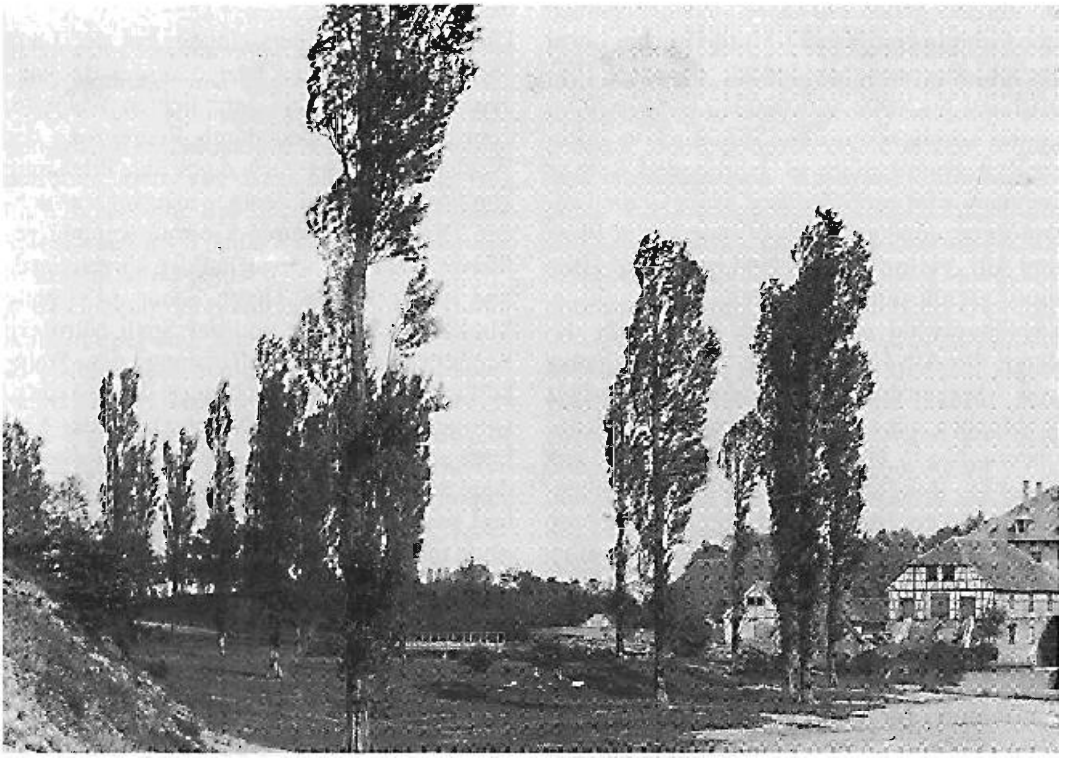
Handwerker gab es vor allem in den Städten, wo, wie in Durlach, auch für sehr differenzierten Bedarf gearbeitet wurde. Dort war das Handwerk in einer Reihe von Zünften organisiert. In den einzelnen Dörfern fanden sich nur Handwerker für den lokalen Bedarf wie Schmiede, Wagner, Schuster, Schneider, Bäcker oder, wie in Hagsfeld, Weber. In Knielingen existierte um 1700 eine Gemeindeziegelhütte. Maurer und Zimmerleute gab es längst nicht überall. Die Dorfhandwerker betrieben ihr Gewerbe immer zusammen mit einer Landwirtschaft und gehörten meistens keiner Zunft an.

Mühlen gab es an den hierzu geeigneten Gewässern, so an der Pfinz in Grötzingen und Durlach und an der Alb in Rüppurr. Die Mühle in Mühlburg wurde 1689 zerstört und nicht wieder errichtet. Besondere Bedeutung hatte die 1369 erstmals erwähnte Appenmühle an der Alb auf Daxlander Gemarkung. Wie alle Mühlen war sie herrschaftliches Eigentum und wie fast alle Mühlen war sie Bannmühle

für ein bestimmtes Gebiet. So waren Daxlanden, Forchheim, Mörsch und der Hof Grünwinkel in die Appenmühle gebannt, d. h. sie mußten hier mahlen lassen, während die Rüppurrer Mühle für Rüppurr, Bulach, Beiertheim, Wolfartsweier und Aue zuständig war. Nach der Zerstörung der Mühlburger Schloßmühle wurden die dahin gebannten Ortschaften aufgeteilt. Knielingen und Neureut kamen an die Appenmühle. Probleme ergaben sich aus dem Umstand, daß die Appenmühle auf baden-badischem Gebiet lag, die badischen Herrschaften aber ihre Untertanen in die jeweils eigenen Mühlen lenken wollten, was zu großen Schwierigkeiten führte, da die Entfernungen für manche schier unzumutbar waren. Erst 1731 ging der Streit zu Ende.[42] Neben den Mahlmühlen wurden oft noch Öl- und Sägemühlen betrieben.

Auf der Alb wurde damals auch Scheiterholz getriftet, das in Rüppurr und Mühlburg aus dem Fluß geholt und dort verkauft wurde. An der Mündung der Alb in den Rhein westlich von Neureut band man auch Flöße aus Stammholz für den Weitertransport auf dem Rhein.

Die Schiffahrt auf dem Rhein, die schon in römischer Zeit betrieben worden war, hatte im hohen Mittelalter ihre Blütezeit. Wegen der Vermehrung der Zollstellen und vieler Streitigkeiten um das Stapelrecht ging die Schiffahrt im 16. Jahrhundert sehr zurück. Eine gewisse Rolle spielte aber wegen seiner Lage direkt am damaligen Rheinufer auch noch in späterer Zeit Daxlanden als Schiffsanlegeplatz und auch als Rheinübergang. Überhaupt bestanden unter den Orten über den Rhein hinweg so lebhafte Beziehungen wie mit den Dörfern auf der selben Rheinseite. Die Aufteilung des Rheines in viele Arme und die infolge weitausholender Bögen geringe Strömungsgeschwindigkeit erleichterte den Flußübergang.



Blick auf die Appenmühle, um 1900.

Die Rheinorte Daxlanden und Knielingen nutzten auch den Fischreichtum des Stromes, wobei das Fischereirecht bei der Herrschaft lag und von ihr als Regal vergeben wurde. Neben den begehrten Salmengründen vergab die Herrschaft auch die Vogelgründe für den Fang von Wildenten und die Goldgründe, also die Stellen, an denen Gold gewaschen werden konnte. Im Gegensatz zur Entenjagd war aber die Goldwäscherei bei Daxlanden und Knielingen nie sehr ergiebig. Obwohl wir hierüber schon Zeugnisse aus dem Mittelalter haben, wurde diese Tätigkeit erst am Anfang des 18. Jahrhunderts intensiviert. Die ersten badischen Münzen aus Rheingold wurden 1721 geprägt.

Fischerei wurde natürlich auch in der Pfinz und der Alb betrieben, aber ebenso in einer größeren Anzahl von Weihern, die sich vorwiegend in der Kinzig-Murg-Niederung befanden. Sie waren bereits im Mittelalter zum großen Teil vom Kloster Gottesaue, aber auch beim Hofgut Scheibenhardt angelegt worden. Im übrigen gehen Entwässerungsmaßnahmen im Gebiet des Kinzig-Murg-Bruches weit zurück. Der einschneidendste derartige Eingriff, der bis heute wirksam ist, war die Anlage des Landgrabens um 1583. Auch in späterer Zeit, vor allem im 18. Jahrhundert, kam es immer wieder zur Schaffung neuer Gräben unter Einbeziehung der Flußsysteme von Pfinz und Alb. Viele dieser Gräben sind heute allerdings verschwunden oder verlandet.

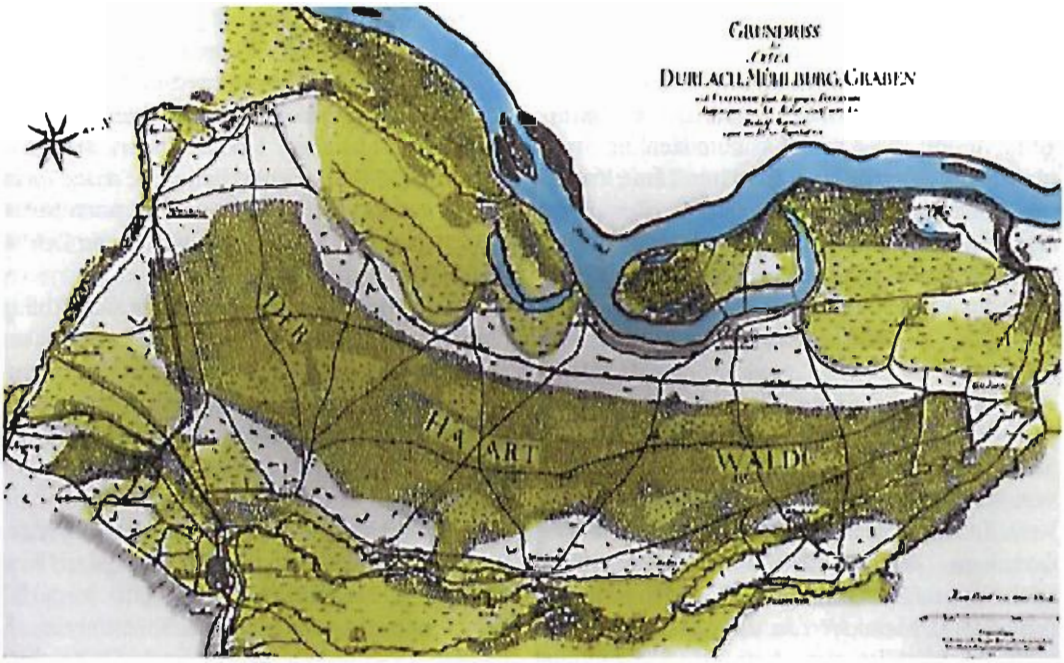
Der Hardtwald zog sich um 1700 noch, nur durch die Alb-Niederung unterbrochen, etwa von Muggensturm bis Graben als riesiges Waldgebiet mit einer Breite von 4 bis 5 Kilometern hin.[43] Die Felder und Wiesen von Rüppurr, Beiertheim, Bulach und Scheibenhardt bildeten einen Korridor durch diesen Waldgürtel. Noch heute ist der Wald nördlich und südlich von Karlsruhe bestimmendes Landschaftselement.

Man darf sich den Hardtwald nun aber keineswegs als dichten, undurchdringlichen Bestand vorstellen. Der Wald wurde auf vielfältige Weise genutzt, oft auch übernutzt. Das Jagdrecht lag, wie überall, beim Landesherrn. Der südliche Hardtwald war auf die angrenzenden Gemeinden aufgeteilt. Für den nördlichen Hardtwald bestand seit dem Mittelalter eine Hardtwaldgenossenschaft, der ursprünglich der Abt von Gottesaue, später der Markgraf vorstand. Zu dieser Genossenschaft gehörten Beiertheim, Hagsfeld, Rintheim, Neureut, Spöck, Blankenloch und Büchig, zeitweilig werden auch Bulach, Staffort, Eggenstein und Graben genannt. Nach Anlage der Emigrantendörfer Welschneureut und Friedrichstal wurden auch diese in die Markgenossenschaft aufgenommen.

Die Dörfer bezogen aus dem Wald ihr Brenn- und Nutzholz und durften Rindvieh, Schweine und Gänse, aber keine Ziegen und Schafe dorthin auf die Weide treiben. Für die Schweine hatten die einzelnen Gemeinden ihre Pferche mit Ziehbrunnen. Wichtigste Waldbäume waren Eichen und Buchen, deren Früchte für die Schweinemast im Herbst, die sogenannte Eckerichnutzung, von großer Bedeutung waren. Die Gemeinden zahlten für diese Nutzung das „Dehmengeld".

Die zeitweilige Überweidung, bei der Laub und Gras oft bis zum letzten ausgenutzt wurden, führte zu einem sehr lichten Waldbild, dem die Markgrafen durch Begrenzung der Weiderechte, aber auch durch die Pflanzung von Forlen (Kiefern) entgegenzusteuern suchten. Diese waren durch Tierfraß weniger gefährdet und gediehen gut auf den kargen Sand- und Kiesböden der Hardt. Schon 1498 hatte Markgraf Christoph von der Stadt Nürnberg Kiefernsamen zur Aufforstung der Waldblößen bekommen. Auch nach dem Dreißigjährigen Krieg lieferte Nürnberg wieder Kiefern- und Fichtensamen. Diese Bäume dienten dann auch der Gewinnung von Harz, Kienruß und Teer. Ansonsten wurden Holzkohle, Gerbrinde und Pottasche gewonnen.

Stellt man sich zum Forst- und Weidebetrieb und zu den verschiedenen Waldgewerben noch die gar nicht so seltenen höfischen Jagdgesellschaften vor, so war der Hardtwald trotz seiner großen Ausdehnung gar nicht so abgeschieden, zumal ihn auch eine ganze Anzahl von Verkehrswegen durchschnitten. Hierzu



Grundriß der Ämter Durlach, Mühlburg und Graben, 1714.

gehörte insbesondere die Straße von Durlach nach Mühlburg und die von Mühlburg nach Graben. Von Rintheim aus führten Verbindungswege nach Knielingen, Neureut und Eggenstein. Auch von Hagsfeld ging ein Weg nach Eggenstein. Ein Teil dieser alten Straßen verschwand nach Anlage der Stadt Karlsruhe mit ihrem Straßenstern.

Die Gründung der Stadt veränderte den Hardtwald tiefgreifend. Ein Teil des Waldes wurde für Schloß und Stadt gerodet. Der Straßenstern, dessen Vorbild der barocke Jagdstern war, ermöglichte es relativ schnell, an jede Stelle des Waldes zu kommen. Die alten Weiderechte wurden immer mehr eingeschränkt. Der Hardtwald war fortan zu großen Teilen Wildpark.

Das Karlsruher Umland nach der Stadtgründung

Die Anlage der Stadt Karlsruhe veränderte die Landschaft und schuf eine völlige Umorientierung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Markgrafschaft Baden-Durlach. Mit der Verlegung des Hofes und der Regierung, später auch des Gymnasiums und anderer Einrichtungen von Durlach in die neue Residenz war Karlsruhe zum Mittelpunkt des kleinen Landes geworden, das sich 1771 durch Rückfall des baden-badenschen Teiles noch um einiges vergrößern sollte. Die Ausrichtung von Verkehr, Handel, Gewerbe und Verwaltung auf die neue Hauptstadt hatte auf die umliegenden alten Dörfer und Städte gravierende Auswirkungen, die sich mit dem Anwachsen von Karlsruhe weiter verstärkten. Die Einwohnerzahl Karlsruhes hatte um 1730 den Stand von 2.347 erreicht. Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts ist sie nur noch wenig auf rund 2.500 gewachsen. Danach hielt das Bevölkerungswachstum aber stetig an. Um 1800 gab es 8.700 Einwohner.[44]

Nicht nur die Zunahme der Bevölkerung, sondern auch der Geländebedarf für Einrichtungen der Infrastruktur ließen die Urgemarkung der Stadt doch recht bald als zu klein bemessen erscheinen, so daß Karlsruhe ständig sein

Gebiet erweitern mußte. Dies geschah durch markgräfliche Geländezuweisungen, Tausch oder Kauf von Gemarkungsteilen und schließlich durch Eingemeindung ganzer Gemarkungen. Nur auf diese Weise konnte sich die Stadt überhaupt vergrößern. In erster Linie trafen die Ausdehnungsbestrebungen der Residenzstadt die südlich angrenzende Gemeinde Beiertheim, die vom Ausgang des 18. Jahrhunderts an immer größere Gemarkungsteile an Karlsruhe zunächst tauschte und dann verkaufte.[45]

Am stärksten betroffen von allen Veränderungen war aber Durlach. Im Jahre 1714 hatte die Stadt 3.330 Einwohner. Nach der Gründung von Karlsruhe stieg diese Zahl für kurze Zeit weiter an, weil viele, die sich in Karlsruhe niederlassen wollten, vorübergehend ihren Wohnsitz in Durlach nahmen. 1716 wohnten rund 3.500 Menschen in der Stadt. Die Einwohnerzahl nahm aber dann bald ab, da viele Durlacher Handwerker und Gewerbetreibende für sich in Karlsruhe bessere Möglichkeiten sahen. Hintersassen konnten in der neuen Residenz leichter zum Bürgerrecht kommen, und die Durlacher Judengemeinde löste sich ganz auf, da die Bedingungen für Juden nirgends so günstig waren wie in Karlsruhe (siehe unten). Nachdem Behörden und Militär bereits aus Durlach abgezogen waren, folgte 1724 das Gymnasium, sehr zum Leidwesen der Durlacher, die damit den letzten Rest ihrer früheren Residenzherrlichkeit verloren gehen sahen. Immerhin hatte sich die Schule so gut erholt, daß sie zu dieser Zeit stattliche 150 Schüler zählte. Erhalten blieb Durlach nur das Pädagogium, das zwar eine sogenannte Lateinschule war, aber bei weitem nicht mehr das anspruchsvolle Niveau des früheren Gymnasiums hatte. Die Bautätigkeit hörte in Durlach fast völlig auf. Die Einwohnerzahl war, auch nach Auswanderungsschüben nach Pennsylvanien und anderswohin, um die Mitte des 18. Jahrhunderts auf etwa 2.800 zurückgegangen. Erst nach 1800 wohnten wieder gegen 4.000 Durlacher in der Stadt.[46]

Zwar hatte es in früherer Zeit immer Konflikte zwischen dem Hof und der Bürgerschaft gegeben, doch hatte Durlach große wirtschaftliche Vorteile aus seiner Eigenschaft als markgräfliche Residenz gezogen. Nunmehr war es zur Ackerbürgerstadt geworden, die mit ihren landwirtschaftlichen Überschüssen die neue Residenzstadt Karlsruhe belieferte. Eine nicht unbedeutende Rolle spielten aber noch bis in das zwanzigste Jahrhundert hinein die Durlacher Märkte.

Um einen gewissen Ausgleich für den Abzug des Hofes und der Behörden zu bieten, aber auch, um das neu angelegte Karlsruhe von unpassenden Bauwerken freizuhalten, wurde von markgräflicher Seite die Errichtung von Manufakturen in Durlach gefördert.[47] Die bedeutendste derartige „Fabrique" wurde die 1723 gegründete, weithin bekannte Fayence, die bis 1847 arbeitete. Es gab eine ganze Reihe weiterer Manufakturen, so eine Lederfabrik, eine Silberaffinage, eine Tabakfabrik, eine Krappfabrik, die später nach Grötzingen verlegt wurde, eine Baumwollspinnerei, eine Stecknadelfabrik und manche andere. Nicht alle bestanden sehr lange. Oft gab es auch Besitzerwechsel. Von längerem Bestand war die Seidenkompagnie, für die im Killisfeld eine größere Maulbeerplantage angelegt wurde.

Ähnlich wie in Durlach entstanden von den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts an auch in Mühlburg einige Manufakturen. Sie gingen zum Teil auf den Prinzen Wilhelm Ludwig zurück, den Bruder des regierenden Markgrafen Karl Friedrich. 1769 gründete er eine Krappfabrik, ein Jahr später die Seldenecksche Brauerei. Da es neben dem Seldeneckschen Freigut nur wenig Landwirtschaft in Mühlburg gab, hatten diese Unternehmungen für das Städtchen eine relativ große Bedeutung.[48]

Auch in Rüppurr waren einige frühindustrielle Unternehmen ansässig geworden, darunter eine Englischlederfabrik, die sogar englische Arbeiter mit ihren Familien ansiedelte. Ansonsten waren die Karlsruhe umgebenden Landgemeinden im 18. Jahrhundert noch weitgehend landwirtschaftlich geprägt.

In zunehmendem Maße bot aber auch die wachsende Residenzstadt Arbeitsplätze für

Personen aus den Dörfern der Umgebung. So lesen wir schon in einem Bericht des Teutschneureuter Pfarrers von 1785, daß viele seiner Pfarrkinder als Taglöhner, Handfröner, Lehrbuben und Gesellen bei Karlsruher Maurermeistern beschäftigt waren.[49] Auch aus Welschneureut arbeiteten viele Männer in Karlsruhe. Frauen aus dieser Gemeinde gingen schon im 18. Jahrhundert als Waschfrauen in die Stadt oder holten die Wäsche dort ab, um sie zu Hause zu waschen und zu bleichen.[50]

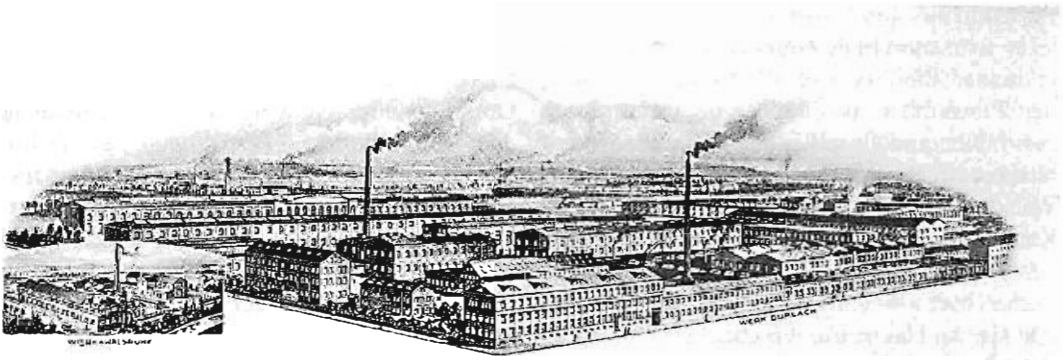
Das 19. Jahrhundert: Landgemeinden im Sog der Haupt- und Residenzstadt

Die Beziehungen zwischen Karlsruhe und seinem Umland verstärkten sich im 19. Jahrhundert, je mehr die Stadt und damit ihr Bedarf an Waren und Arbeitskräften anwuchs. Die Symbiose der Umlandgemeinden mit der großherzoglichen Haupt- und Residenzstadt entwickelte sich aber sehr unterschiedlich. Am wenigsten von Karlsruhe abhängig war trotz der anfänglichen Rückschläge die Stadt Durlach. Diese beherbergte immerhin noch einige Behörden, hatte eine Garnison, das Pädagogium und später durch seine Industrie Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Die Landwirtschaft spielte im 19. Jahrhundert immer noch eine Rolle, ebenso das Handwerk. Recht früh, nämlich schon 1829, hatte Durlach seine eigene Zeitung, die zunächst wöchentlich, später täglich erschien. Das Gemeinwesen war durchaus fortschrittlich, was sich beispielsweise in der Gründung einer Gewerbeschule 1831 oder einer Sparkasse 1836 zeigte. Anschluß an den modernen Verkehr fand Durlach 1843 durch die Eisenbahn. Das mit dem 19. Jahrhundert einsetzende Vereinswesen brachte der Stadt neue kulturelle, politische und soziale Entwicklungen. Sie begannen 1803 mit einer Lesegesellschaft. Um 1816 entstand ein Wohltätigkeitsverein der Frauen, in den 1830er Jahren ein Musikverein. 1844 ist das Gründungsjahr des Gesangvereins Liederkranz, 1846 das des Turnvereins. Im selben Jahr wurde auf Initiative des Stadtbaumeisters Christian Hengst die erste Freiwillige Feuerwehr Deutschlands gegründet.

Den meisten Vereinen war eine demokratische Grundtendenz eigen, was ihr Engagement in der freiheitlichen Bewegung der Jahre 1848/49 erklärt. Im Gegensatz zu den Landorten der Umgebung galt Durlach als ausgesprochene Hochburg solcher Bestrebungen. Nach der Niederschlagung der Revolution war das Vereinsleben für eine Reihe von Jahren unterbrochen und kam erst in den sechziger Jahren wieder richtig in Gang. Von da an breitete es sich allmählich auch in den Landgemeinden aus.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erbaute sich die Industriestadt Durlach moderne Schulhäuser, Wasserleitung und Kanalisation. Innerhalb der mittleren Städte Badens, zu denen unter anderen Ettlingen, Offenburg, Lahr, Bruchsal, Villingen und Weinheim gehörten, spielte Durlach eine durchaus achtbare Rolle. Damit ist diejenige Mühlburgs oder gar der Landgemeinden im Karlsruher Umland nicht zu vergleichen. Diese gerieten zunehmend in Abhängigkeit von Karlsruhe, das Arbeitsplätze bot, die von den Bewohnern der Umlandgemeinden angenommen wurden, so daß die Landwirtschaft häufig nur noch im Nebenerwerb betrieben wurde.

Die frühindustriellen Unternehmungen in Durlach und Mühlburg, aber auch in Ettlingen, konnten ihre Arbeitskräfte zumeist noch am Ort finden. Das gelang nicht mehr nach der Jahrhundertmitte, als die Industrialisierung schnell voranging. Durch den Beitritt Badens zum Deutschen Zollverein, die seit 1843 für Karlsruhe und Durlach geschaffenen Eisenbahnanschlüsse und den verstärkten Einsatz der Dampfkraft in der Produktion ergaben sich für die Entwicklung der Industrie neue Perspektiven. Man wurde von der Wasserkraft immer weniger abhängig, was die Ansiedlung von Industriebetrieben an unterschiedlichen Standorten begünstigte. Auch Karlsruhe selbst wurde zum Industriestandort, der viele Arbeitskräfte aus der Umgebung anzog. Um 1820 waren in der Karlsruher Industrie erst rund 230 Arbeiter in acht Fabriken beschäf-



BADISCHE MASCHINENFABRIK U. EISENGIESSEREI

VORMALS G. SEBOLD UND SEBOLD & NEFF

Gegründet 1855
Fernsprecher: Nr 14, 15, 16, 17 und 18
Telegramm-Adresse: Sebaldwerk, Durlach
Abgekürzte Briefadresse:
Badische Maschinenfabrik, Durlach

Girokonto bei der Reichsbank
Postscheckkonto: Karlsruhe Nr 1443
Bankkonto: Veit L. Homburger, Karlsruhe
Codes: A.B.C. 4th. 5th. 6th Ed. Bentley's, Lieber's
Western-Union, Rudolf Mosse, Carlowitz, Privat-Code

MASCHINEN UND EINRICHTUNGEN
FÜR
EISEN-, STAHL- UND METALL-
GIESSEREIEN

DURLACH, DEN 16. Oktober 1935

Uns. Zeichen. Bl./Di.
Abtlg. Gießereimaschinen
In der Antwort gefl. zu wiederholen.

An das
Städtische Rechnungsamt,
D u r l a c h.

Briefkopf der Badischen Maschinenfabrik und Eisengießerei vormals G. Sebold, 1935. Die Firma wechselte nach 1945 mehrfach den Besitzer und existiert heute nicht mehr.

tigt. 1836 entstand mit der Keßlerschen Maschinenfabrik das erste große Industriewerk, das zwanzig Jahre später schon 700 Arbeiter hatte. Weitere große Werke begannen ihre Produktion, so daß Karlsruhe schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht mehr nur Residenz- und Beamten-, sondern auch Industriestadt war (siehe unten).

Von der Mitte des 19. Jahrhunderts an entwickelte sich das benachbarte Durlach sehr rasch zu einem bedeutenden Industriestandort. Aus dem 18. Jahrhundert hatte nur die Voitsche Orgelfabrik überlebt. 1855 gründete Johann Georg Sebold die spätere Badische Maschinenfabrik. Noch größere Bedeutung erlangte die 1872 eröffnete Nähmaschinenfabrik Gritzner, die seit 1897 auch Fahrräder herstellte. Viele weitere Mittel- und Kleinbetriebe siedelten sich in Durlach an. Im Jahre 1908 beschäftigte die Firma Gritzner um die 2.900 Arbeitskräfte, von denen 1.100 in Durlach selbst, 600 in Aue, Grötzingen und der Karlsruher Oststadt wohnten. Die übrigen 1.200 kamen aus den Orten des Pfinztals und aus den sogenannten Bergdörfern. Die Herkunft der Arbeiterschaft der übrigen Betriebe dürfte ähnlich gewesen sein.[51]

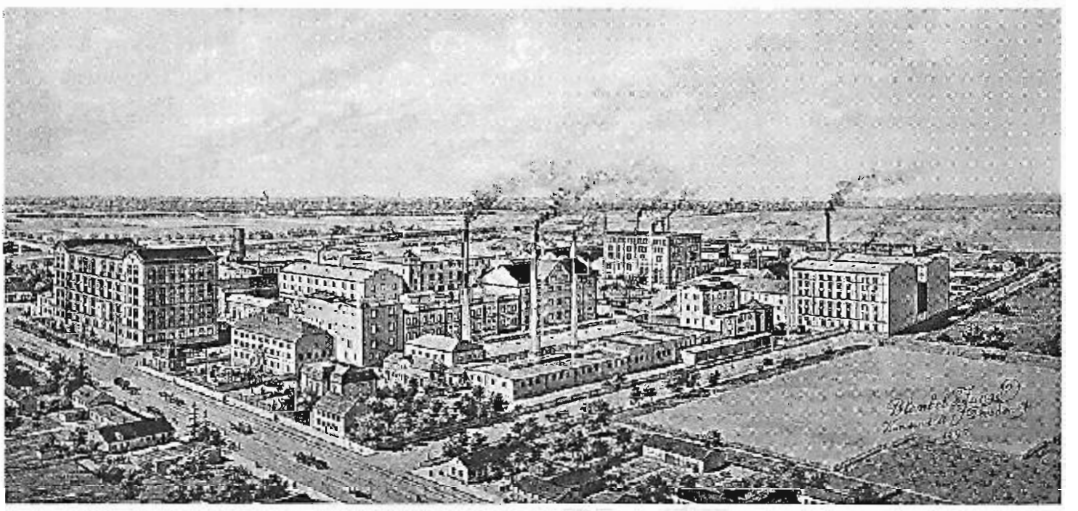
Einen hohen Prozentsatz an der Durlacher Industriearbeiterschaft stellte das nahegelegene Grötzingen, obwohl dort auch einige Mittelbetriebe tätig wurden. Zum wichtigsten Arbeitgeber für Grötzingen wurde die Firma Gritzner.[52]

Im Westen von Karlsruhe erlangte Mühlburg vor allem durch die 1856 gegründete Eisengießerei und Maschinenfabrik Seneca und eine Glacélederfabrik eine gewisse Bedeutung als Industriestandort, die sich nach dem Bau des Rheinhafens noch vergrößerte. Wenn auch im einen oder anderen heutigen Stadtteil Fabriken entstanden wie beispielsweise die chemische Fabrik in Rüppurr, so gab es doch nur ein ausgesprochenes Industriedorf, nämlich Grünwinkel. Ursprünglich Arbeiterkolonie ei-

nes markgräflichen Hofes, war Grünwinkel eine sehr arme Gemeinde, deren Bewohner sich immer mit neben der Landwirtschaft betriebenen Gewerben über Wasser halten mußten. Nach 1830 war der Chemiker Anton Sinner Pächter, später Eigentümer des Hofgutes. Er nahm bestehende Gewerbe wie Essigsiederei und Branntweinbrennerei auf. Zu diesen kam eine Brauerei und eine Preßhefefabrik. Sinner wurde zum größten Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie, das mit seinen Zweigbetrieben weit über Karlsruhe hinaus bekannt wurde. Noch in den 1830er Jahren hatten viele Grünwinkeler zu Fuß über Bulacher und Beiertheimer Feld täglich nach Karlsruhe zur Arbeit gehen müssen. Später war Grünwinkel Zielort vieler Einpendler. Die Einwohnerzahl der kleinen Siedlung wuchs im Laufe des 19. Jahrhunderts um das Neunfache auf 1.800 an.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Karlsruhes und seiner Umgebung fand um die Jahrhundertwende mehrfach wissenschaftliche Darstellungen.[53] Aus diesen Arbeiten wird deutlich, wie eng die Verflechtung vieler Orte mit der Landeshauptstadt und das Angewiesensein auf die Verdienstmöglichkeiten dort zu dieser Zeit schon gewesen sind. Infolge der in den badischen Markgrafschaften von alters her üblichen Realteilung bei der Vererbung von Landbesitz waren die landwirtschaftlichen Betriebe durchweg sehr klein und darüber hinaus noch bis in kleinste Parzellen zerstückelt. Die dort wirtschaftenden „Zwergbauern" waren schon lange auf zusätzliche Einnahmen angewiesen.

So fuhren Hardtbauern bereits zu Anfang des 19. Jahrhunderts gegen Bezahlung die Karlsruher Fäkalstoffe als Düngung auf ihre Äcker. Die im 18. Jahrhundert angepflanzten Handelsgewächse wie Krapp, Hanf, Flachs, Raps gingen immer mehr zurück. Nur der Tabak behielt in einigen Gemeinden eine größere Bedeutung. Die ehemals einträgliche Zucht des Hardtpferdes, einer eigenen Rasse, nahm von 1850 an ab. Sie war vor allem für Knielingen wichtig gewesen, hatte aber auch in Daxlanden, Hagsfeld, Blankenloch, Eggenstein und Liedolsheim eine Rolle gespielt. In der nördlichen Hardt beschränkte sich der Anbau immer mehr auf Kartoffeln, die teilweise auch verkauft wurden, während Brotgetreide nur noch für den eigenen Bedarf angebaut wurde. Viele Familien etwa aus Rüppurr, Bulach, Hagsfeld, Welsch- und Teutschneureut lieferten von den ein oder zwei Kühen, die sie im Stall hatten, die Milch über Händler nach Karlsruhe.



Um 1900 war die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhefefabrikation Sinner in Grünwinkel schon eine der größten Lebensmittelfabriken.

Der Anbau von Gemüse zu Handelszwecken war zeitweilig auch in Durlach und in Rüppurr üblich, aber nur in Aue nahm er einen größeren Umfang an und hat sich dort bis heute gehalten.

Die Landwirtschaft war also im Laufe des 19. Jahrhunderts im näheren Umland von Karlsruhe weitgehend zum Nebenerwerb geworden. In Hagsfeld gab es um 1895 nur noch neun Vollerwerbsbetriebe, in Rintheim gar keine mehr. Um 1907 war in Welschneureut nur noch ein Fünftel aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. In Teutschneureut war es ein Viertel. Knielingen mit seiner großen Gemarkung hatte noch ein Drittel aller Beschäftigten in der Landwirtschaft.[54] Diese waren allerdings vielfach Frauen, die von ihren Kindern unterstützt wurden, da die Männer und erwachsene Familienangehörige zumeist in den Karlsruher Industriebetrieben arbeiteten. Dieses Verfahren sicherte immerhin den Familien ein gutes Auskommen.

Die Karlsruher Unternehmen rekrutierten ihre Arbeitskräfte je nach Branche aus ganz bestimmten Ortschaften. Das hatte zum Teil mit der Entfernung vom Wohnort zum Arbeitsplatz zu tun; es hatten sich aber auch gewisse Traditionen gebildet. So wurde schon erwähnt, daß bereits im 18. Jahrhundert Neureuter Maurer in Karlsruhe tätig waren. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts kamen auch solche aus Knielingen, Daxlanden und Mörsch hinzu. 1895 stellte Daxlanden 344, Teutschneureut 327, Knielingen 214 und Welschneureut 195 Beschäftigte im Baugewerbe. Das sind ziemlich genau zwei Drittel aller Industriebeschäftigten aus diesen Orten.[55]

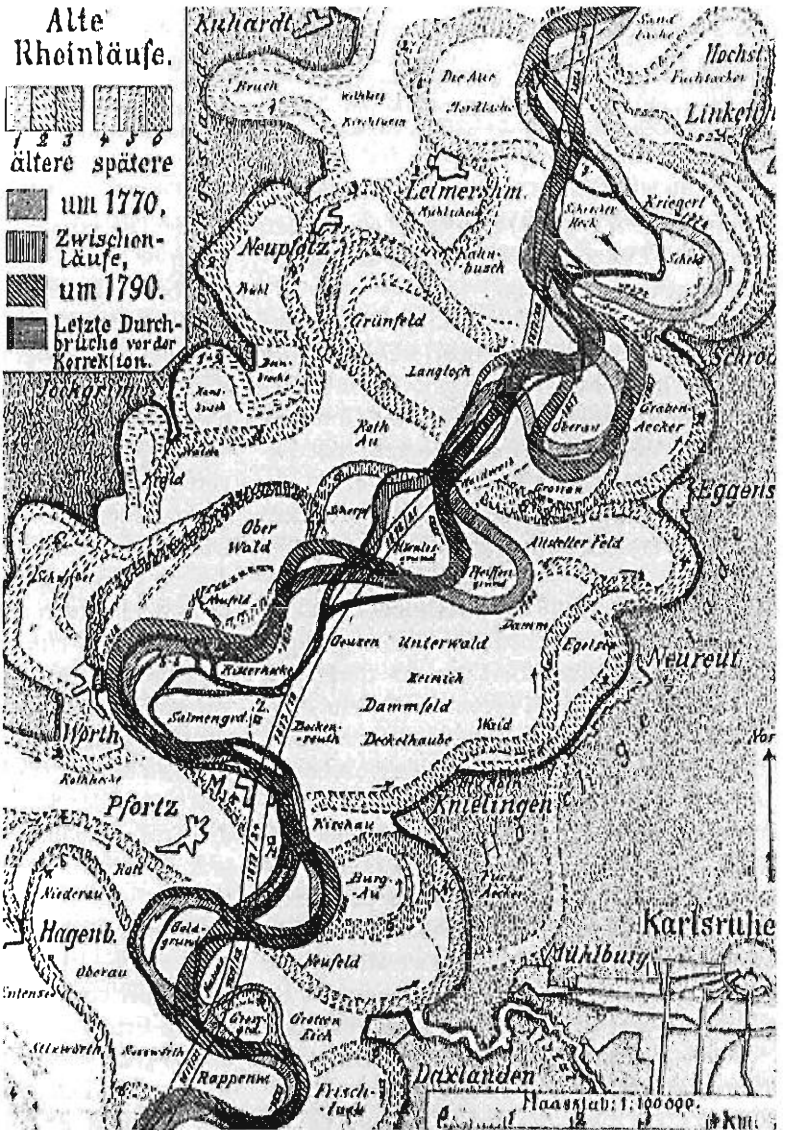
Einer vergleichbaren, wenn auch nicht so ausgeprägten, Tradition ist die Beschäftigung der meisten Hagsfelder in Maschinenfabriken und Druckereien zu verdanken. 70 % der Hagsfelder Pendler waren handwerklich ausgebildete Arbeiter, die natürlich mehr verdienten als ungelernte.[56]

Frauen bekamen grundsätzlich weniger, manchmal nur die Hälfte dessen, was den männlichen Arbeitskräften bezahlt wurde. Insgesamt arbeiteten etwa doppelt so viele Männer wie Frauen aus den Umlandgemeinden in Karlsruhe. Diese waren vor allem in häuslichen Diensten, in der Kosmetik- und in der Tabakindustrie tätig. Mit der Verheiratung gaben die Frauen fast immer ihre Berufstätigkeit auf. Eine typische Beschäftigung in Stadtnähe, die zunächst praktisch nur von Frauen ausgeübt wurde, war die Wäscherei. Schon im 18. Jahrhundert gingen, wie bereits erwähnt, Frauen aus Welschneureut zum Waschen in Karlsruher Haushalte oder holten die Wäsche zur Behandlung dort ab. Aus Rüppurr wird ähnliches berichtet. In großem Umfang wurde die Wäscherei aber in Bulach bis in unser Jahrhundert hinein betrieben, in neuerer Zeit natürlich in industrialisierter Form.

Alle aus den Nachbargemeinden in Karlsruhe Beschäftigten gingen zunächst täglich zu Fuß in die Stadt. Diese Wege nahmen natürlich recht viel Zeit in Anspruch. Selbst als die Eisenbahn und vor allem die Lokalbahn Durmersheim-Spöck seit 1890 den meisten Orten eine bessere Möglichkeit, in die Stadt zu gelangen, erschloß, gingen viele aus den näher gelegenen Dörfern auch weiterhin zu Fuß, um das Fahrgeld zu sparen. Um die Jahrhundertwende wurde das Fahrrad für viele zum bevorzugten Verkehrsmittel. Wie beliebt das Rad bei der Arbeiterschaft war, zeigen die vielen Radfahrervereine, die es damals gab. Allein in Daxlanden existierten drei. Aus den Dörfern ohne Bahnanschluß, z. B. aus Neureut, wanderten immer noch viele täglich durch den Hardtwald nach Karlsruhe. Die Neureuter Mädchen legten die Strecke in kleinen Gruppen singend zurück.[57] Die Verkehrsanbindung des Umlandes wurde aber ständig verbessert. So fuhr die Maxau-Bahn schon 1865 über den Rhein und ermöglichte pfälzischen Arbeitern den Zugang. Die Karlsruher Pferdebahn ging bereits im Jahr ihrer Gründung 1877 nach Mühlburg. Von 1881 an fuhr die Dampfbahn in 13 Minuten vom Durlacher Tor nach Durlach. Die Albtalbahn kam 1898 hinzu. Die erste Buslinie fuhr 1911 zwischen Mühlburg und Daxlanden, die zu der Zeit allerdings schon nach Karlsruhe eingemeindet waren.

Die Rheinkorrektion und ihre Folgen

Der westliche Teil der heutigen Karlsruher Gemarkung gehört der Rheinniederung an. Dieser Naturraum ist von jeher ständigen Veränderungen unterworfen gewesen, die erst mit der Rheinkorrektion des 19. Jahrhunderts ihr Ende gefunden haben. Davor haben Hochwässer und Änderungen des Rheinlaufs Landschaft und menschliche Siedlungen bedroht. Dem versuchte man durch Dammbauten, Begradigung von Nebenflüssen, Anlage von Entwässerungsgräben, aber auch die Vornahme von Durchstichen bedrohlich erscheinender Rheinschlingen entgegenzuwirken. Freilich brachen Rheinschlingen auch auf natürliche Weise durch, aber der Mensch half gelegentlich nach. Der erste belegbare künstliche Durchstich einer Rheinschlinge geschah 1391 zum Schutz von Germersheim südlich dieser Stadt. Viele weitere folgten, so gegen Ende des 16. Jahrhunderts zwischen Wörth und



Der Rheinlauf vor der Korrektion.

Der Ausschnitt aus der Rheinstromkarte von 1590 bei Knielingen verdeutlicht den Verlauf der Rheinschlingen und der Nebenarme sowie vermutlich künstlich angelegter Durchstiche.

Knielingen, im Winter 1652/53 bei Daxlanden oder von 1756 an bei Dettenheim, um nur einige Beispiele zu nennen.

Bereits im 18. Jahrhundert gab es Überlegungen, die auf eine großräumige Bereinigung der Situation hinzielten. 1796 begann der in markgräflichen Diensten stehende Johann Gottfried Tulla die Rektifikation des Rheins systematisch zu untersuchen und legte 1809 einen detaillierten Maßnahmenplan dazu vor. Es kam 1812 zu Vereinbarungen zwischen Baden und Frankreich, später auch mit Bayern. Die Arbeiten begannen 1817 bei Knielingen. Der von der dortigen bäuerlichen Bevölkerung dagegen geleistete Widerstand war nur durch den Einsatz von Militär zu brechen. Die Flußbauarbeiten wurden in den folgenden beiden Jahren bei Wörth und Daxlanden fortgesetzt. In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts war das Werk dann am gesamten Oberrhein vollendet. Zwar verloren die Knielinger und Daxlander nicht gerne wertvolle Gemarkungsteile an die linksrheinischen Nachbarn, doch erkannten sie bei den nächsten Hochwässern die großen Vorteile der Rheinbegradigung, die zugleich mit der Errichtung neuer und besserer Hochwasserdämme verbunden war. Durch die Rheinkorrektion wurde außerdem eine erhebliche Verkürzung des Schiffahrtsweges erreicht. Die erhöhte Fließenergie des Stromes bewirkte eine Eintiefung und Festigung des Flußbettes. Die Pendelbewegungen des Rheins gehörten der Vergangenheit an. Dadurch waren auch die leidigen Grenzfragen mit Frankreich und der Pfalz endgültig zu bereinigen.[58] Ein weiterer Vorteil war die Trockenlegung versumpfter Landschaftsteile und das damit verbundene Verschwinden gefährlicher Fieberkrankheiten.

Die Landschaft wurde durch die Rheinbegradigung grundlegend verändert. Die bisher nur begrenzt landwirtschaftlich zu nutzende Flußaue wurde zu einer intensiv bebauten Agrarlandschaft. Die Auwälder hinter den Hochwasserdämmen verschwanden entweder ganz oder veränderten ihren Charakter. Die Tierwelt, zu der im vorigen Jahrhundert noch der Fischotter, der Schwarzstorch, die Blauracke, die Groß- und die Zwergtrappe gehörten, verarmte. Auch die Pflanzenwelt veränderte sich.[59]

Die früher stark befischten Salmengründe verschwanden. Auch die Goldgründe brachten wegen der veränderten Strömungsverhältnisse keinen Ertrag mehr. Die Höhe des Grundwasserspiegels sank infolge der Eintiefung des Rheins merklich ab. Die stellenweise am Fuße des Hochgestades austretenden Quellen, die

vom Grundwasser gespeist worden waren, versiegten.
Im Karlsruher Stadtgebiet konnte die hochwasserfreie Rheinaue zunächst landwirtschaftlich besser genutzt werden. In späterer Zeit nahm sie den Rheinhafen und ausgedehnte Industrieanlagen bis hin zu den Raffinerien bei Knielingen auf. Auch moderne Verkehrswege führen durch das Niederungsgebiet. Stark landschaftsverändernd wirkten sich die Kiesbaggerungen aus. Durch diese entstand unter anderem der Knielinger See, der heute allerdings als Naturschutzgebiet seltenen Wasservögeln Zuflucht bietet.

Die Stadt rückt näher: Die Eingemeindungen

Mit dem Wachstum der Stadt im Zuge der Industrialisierung rückte die Stadt Karlsruhe zunehmend an die benachbarten Dörfer und die Städte Mühlburg und Durlach heran. Nun zeigte sich, daß die kleine Gemarkung zu einem Hindernis in deren kontinuierlichen Entwicklung wurde. Bereits im 18. Jahrhundert erhielt die Stadt einige kleinere Geländestücke vom Markgrafen Karl Friedrich. Um aber das Ettlinger Tor und die westliche Kriegsstraße bauen zu können, mußten im Jahre 1800 Teile des Beiertheimer Wäldchens erworben werden. Solche Erwerbungen von Gemarkungsteilen erfolgten das ganze 19. Jahrhundert hindurch nicht nur von Beiertheim, sondern auch von Rintheim, Bulach, Daxlanden und Rüppurr. Bis 1906 hatten zu den 46 Karlsruher Gemarkungserweiterungen seit 1715 Beiertheim allein neumal, Rintheim zweimal und Rüppurr einmal beigetragen.
Zu diesem Zeitpunkt waren bereits zwei Eingemeindungen vollzogen worden, die erste am 22. August 1812. Damals kam Klein-Karlsruhe, das „Dörfle", das 1795 zu einer selbständigen Dorfgemeinde gemacht worden war, gegen den Willen der Karlsruher zu ihrer Stadt (siehe unten).
Ohne größere Probleme wurde Mühlburg zum 1. Januar 1886 eingemeindet.
Für die Jahre 1907 bis 1910 kann man geradezu von einer Eingemeindungswelle sprechen (siehe unten). Die Gemarkung von Beiertheim war um die Jahrhundertwende auf 160 ha geschrumpft. Als nun noch Gelände für den geplanten neuen Karlsruher Hauptbahnhof gebraucht wurde, war die Eingemeindung nicht mehr zu umgehen. Sie erfolgte zum 1. Januar 1907 gleichzeitig mit derjenigen von Rintheim und Rüppurr.
Rintheim hatte schon 1874 einen großen Gemarkungsanteil zur Anlage des Karlsruher Hauptfriedhofs abgegeben. Es war völlig auf Karlsruhe hin orientiert. Die Eingemeindung war schon seit längerer Zeit im Ort selbst erwogen worden.
Die 1898 eröffnete Albtalbahn rückte Rüppurr näher an Karlsruhe heran. Bereits dreißig Jahre früher hatte Karlsruhe sein Wasserwerk im Rüppurrer Wald angelegt und wollte dieses erweitern. Außerdem suchte die Stadt Gelände für den Bau der Gartenstadt Karlsruhe und hatte es in Rüppurr gefunden. So konnte Karlsruhe auf Bedingungen eingehen, die ihr der Rüppurrer Gemeinderat stellte, der die Eingemeindung selbst betrieb.
Die nächsten Eingemeindungen waren die von Grünwinkel (1909) und Daxlanden (1910). Grünwinkel war vor dem Aufblühen der Firma Sinner eine der ärmsten Gemeinden Badens gewesen. Die 1890 eröffnete Lokalbahn Karlsruhe-Durmersheim hatte die ohnehin schon enge Verflechtung mit der Stadt weiter vertieft. Ein Straßenbahnanschluß war auch Daxlanden bei der Eingemeindung zugesichert, doch erst 1928 verwirklicht worden. Die Nähe des Rheinhafens und der umliegenden Industrie hatte Daxlanden schon längst zur Arbeiterwohngemeinde gemacht. Die Eingemeindung von Daxlanden war die letzte vor dem Ersten Weltkrieg.
Nach 1918 hatte die Stadt Karlsruhe zunächst andere Sorgen (siehe unten) als weitere Eingemeindungen, die vorerst nicht auf der Tagesordnung der Stadt standen. Eher beschäftigte sich manche Gemeinde damit, die angesichts ihrer schlechten Finanzsituation bei zunehmender Arbeitslosigkeit hier einen Ausweg suchte.

Erst 1929 kam Bulach zu Karlsruhe, dem drei Jahre früher die Gemarkung Scheibenhardt einverleibt worden war. Die Eingemeindung hatte sich schon lange vor dem Ersten Weltkrieg vorbereitet. Die Stadt Karlsruhe hätte Bulach gerne schon 1907 zusammen mit Beiertheim in ihren Verband aufgenommen. Da Bulach damals aber aufgrund vieler Geländeverkäufe an Karlsruhe gut dastand, sah es keinen Anlaß, die wiederholt auf Betreiben Karlsruhes aufgenommenen Verhandlungen zu einem Ergebnis zu führen. Dennoch übernahm 1914 die Stadt die Stromversorgung. Nach dem Ersten Weltkrieg führte die nunmehr schwierige Lage von Bulach schließlich zur Eingemeindung (siehe unten).[60]

Heftigen Widerstand leistete dagegen Knielingen. Trotz der Notsituation der zwanziger Jahre war die Gemeinde mit ihrer großen Gemarkung und ihrem umfangreichen Waldbesitz nicht bereit, einer Eingemeindung nach Karlsruhe zuzustimmen.

In den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre bekämpfte die Gemeinde Knielingen die Arbeitslosigkeit durch eine Reihe von Notstandsarbeiten. Dadurch wurden die Wasserversorgung, die Kanalisation, der Ausbau der Ortsstraßen und manches andere auf einen zeitgemäßen Stand gebracht.[61] Allerdings warf man nach 1933 den Knielinger Verantwortlichen vor, sie hätten die Gemeinde in hohe Schulden gestürzt.[62] Dieser Vorwurf mußte unter anderem später als Begründung für die zwangsweise vorgenommene Eingemeindung dienen. Gegen diese wehrte sich selbst der 1933 eingesetzte nationalsozialistische Bürgermeister. Die Sache zog sich eine Zeitlang hin, aber nachdem der badische Reichsstatthalter Wagner, dem es um die Größe seiner Gauhauptstadt ging, sogar die Reichsregierung in Berlin mit der Angelegenheit befaßt hatte, wurde die Eingemeindung zum 1. April 1935 vollzogen (siehe unten).[63] Der nach dem Krieg, insbesondere im Jahr 1949 unternommene Versuch, Knielingen wieder selbständig zu machen, führte nicht zum Erfolg.

Dieser Eingemeindung in der nationalsozialistischen Ära folgten zwei weitere, nämlich die von Durlach und Hagsfeld, beide zum 1. April 1938. Zuvor hatte schon 1921 die Stadt Durlach das 1859 selbständig gewordene Dorf Aue wieder in seinen Verband aufgenommen. Infolge der hohen Arbeitslosigkeit und der dadurch hervorgerufenen katastrophalen finanziellen Situation des Industriestandortes Durlach faßte im Juli 1931 der Durlacher Stadtrat den Beschluß, mit der Stadt Karlsruhe Verhandlungen wegen der Eingemeindung aufzunehmen. Karlsruhe zeigte sich dazu aber nicht bereit. Überdies erhob sich in der Durlacher Bürgerschaft ein so entschiedener Widerstand, daß der Stadtrat seine Meinung bald änderte und im Dezember 1931 seine Bemühungen auf diesem Gebiet für beendet erklärte.[64]

Im selben Jahr verlief die Wahl eines neuen Bürgermeisters ergebnislos, so daß ein solcher vom Land kommissarisch eingesetzt werden mußte. Bereits dadurch hatten die Durlacher einen Teil ihrer Eigenständigkeit aufgegeben. Mit der Einsetzung eines neuen Bürgermeisters im Mai 1936 schien die Gefahr gebannt. Doch im Herbst 1937 stellte, nach Versetzung des Durlacher Bürgermeisters, der Oberbürgermeister von Karlsruhe den Antrag auf die Eingemeindung Durlachs. Die Durlacher Ratsherren lehnten das Zusammengehen mit Karlsruhe in Übereinstimmung mit der Bevölkerung einmütig ab. Da aber der Reichsstatthalter Wagner und militärische Stellen die Eingemeindung betrieben, wurde sie zum 1. April 1938 vollzogen (siehe unten).[65] Wie Knielingen versuchte auch Durlach nach dem Krieg erfolglos die Zwangseingemeindung rückgängig zu machen.

Das zugleich mit Durlach der Stadt Karlsruhe einverleibte Hagsfeld machte solche Anstrengungen nach 1945 nicht. Es hatte ohnehin als wirtschaftlich schwache Gemeinde sich bereits 1929 um die Eingliederung nach Karlsruhe bemüht.

Damit waren alle Eingemeindungsvorhaben der Vorkriegszeit abgeschlossen. Da sie teilweise unter Zwang zustande gekommen waren, bestand nach 1945 für längere Zeit, zumindest bei den Umlandgemeinden, kein Interesse sich mit der Stadt zu verbinden.

Das zerstörte Karlsruhe war zunächst auch kein attraktiver Partner. Als sich die Stadt allmählich erholte, entwickelten sich auch ihre Nachbarorte so günstig, daß Eingemeindungen für diese nicht zur Debatte standen. Erst die baden-württembergische Gemeindereform brachte hier eine Änderung. Durch sie kamen 1972 bis 1975 sieben bis dahin selbständige Gemeinden zu Karlsruhe (siehe unten).

Als erste hatten sich Stupferich und Hohenwettersbach für den Anschluß an Karlsruhe entschieden. So wurde dieser zum 1. Januar 1972 vollzogen. Zu diesem Zeitpunkt war Hohenwettersbach erst 107 Jahre lang selbständige Gemeinde gewesen. Wolfartsweier, dessen Einwohner überwiegend gegen, dessen Gemeinderat aber für die Eingemeindung war, kam ein Jahr später zu Karlsruhe. Für Grötzingen wäre ein Zusammenschluß mit den Pfinztalgemeinden denkbar gewesen. Eine Abstimmung im März 1973 ergab dafür auch eine klare Mehrheit. Nach monatelangem Hin und Her führte aber eine zweite Bürgeranhörung zu einer knappen Mehrheit für Karlsruhe. Seit 1. Januar 1974 gehört Grötzingen zur Stadt.[66]

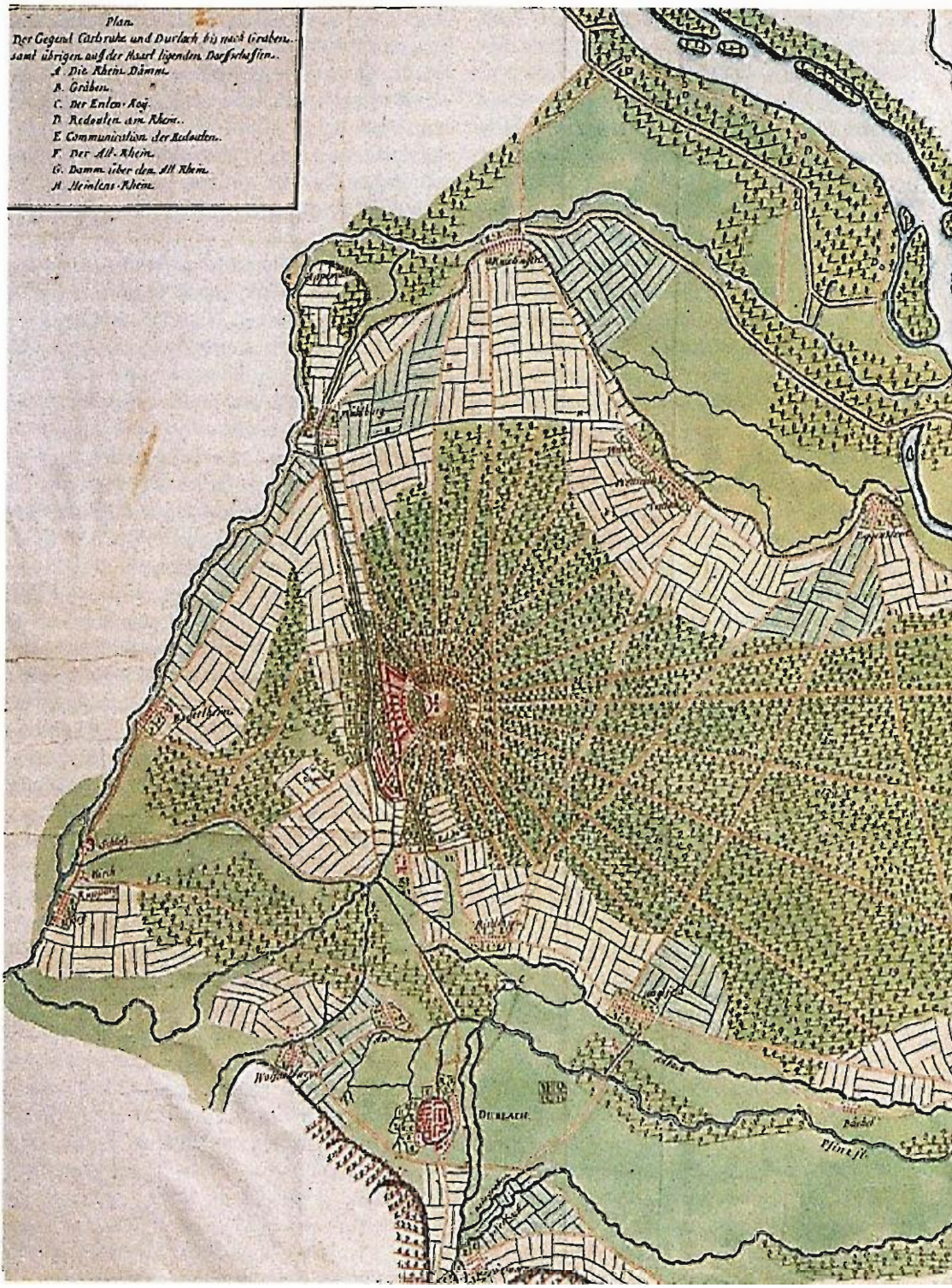
Grünwettersbach und Palmbach wollten der Eingemeindung dadurch entgehen, daß sie sich zum 1. Januar 1972 zur neuen Gemeinde Wettersbach zusammenschlossen. Vorschläge hierzu hatte es bereits 1935 und 1939 gegeben. Die Zielplanung der Landesregierung sah aber eine Zuordnung auch der neuen Gemeinde zu Karlsruhe vor, so daß trotz einiger Versuche, andere Lösungen zu finden, Wettersbach nach erst dreijährigem Bestehen am 1. Januar 1975 der Stadt eingegliedert wurde.[67]

Der 1914 von der Stadt Karlsruhe begonnene Bau einer Straßenbahn nach Neureut wurde nicht zu Ende geführt. Im Interesse der damals von dort nach Karlsruhe täglich einpendelnden 900 Arbeitskräfte wäre diese Bahn wichtig gewesen. An eine Eingemeindung dachte man dabei aber noch nicht, obwohl Neureut auch seinen elektrischen Strom schon von Karlsruhe bezog.

1935 wurde nach einer Verordnung des badischen Innenministers Teutsch- und Welschneureut zur Gemeinde Neureut (Baden) mit 4.398 Einwohnern zusammengelegt. Auch hier gab es wie in Knielingen und Durlach in den Nachkriegsjahren Versuche, die Vereinigung der beiden Gemeinden rückgängig zu machen. Diese gingen hauptsächlich von Welschneureut aus, verliefen aber im Sand.[68]

Durch die Ansiedlung einer großen Zahl von Heimatvertriebenen, vor allem im Anschluß an die alte Kirchfeldsiedlung und im Ortsteil Heide wuchs Neureut so an, daß es um 1960 schon rund 12.000 Einwohner zählte. Die Ortsplanung sah ein neues Zentrum vor, das für alle Ortsteile gut erreichbar gewesen wäre. Infolge der Eingemeindung nach Karlsruhe, die trotz heftigen Widerstands fast der gesamten Bevölkerung zustandekam, wurde dieses Zentrum bei der Badnerlandhalle aber nur teilweise verwirklicht (siehe unten).

Die Geschichte der umliegenden Dörfer und Städte wurde mit der jeweiligen Eingemeindung nach Karlsruhe Teil der Karlsruher Stadtgeschichte. Diese begann am 17. Juni 1715, also sehr lange nach derjenigen ihrer eingemeindeten Stadtteile.



Plan aus der Mitte des 18. Jahrhunderts: Umgebung von Karlsruhe mit einem Teil der heute eingemeindeten Voro

Rhein. Fluß
Grötzen
Stutensee
Staffort

Christina Wagner

Von der Stadtgründung zur großherzoglich badischen Haupt- und Residenzstadt

Die Residenz Karlsruhe bis zur Erneuerung der Stadtprivilegien

Stadtgründung

Endlich Frieden!

Um 1715 kehrte am Oberrhein endlich Ruhe ein. Jahrzehntelang hatten Kriege geherrscht, unter denen die Markgrafschaft Baden-Durlach in besonderem Maße zu leiden hatte. Das „Unterland", der Raum um die Residenzen Pforzheim und Durlach, lag im Durchzugsgebiet der Franzosen, welche die Bevölkerung immer wieder zur Versorgung ihrer Truppen zwangen. Widerstand war kaum möglich. Die Soldaten des Schwäbischen Kreises, dem die Markgrafschaft angehörte, boten wenig Schutz, Festungen oder eigenes militärisches Potential besaß das Land nicht. So waren die Baden-Durlacher feindlichen Angriffen recht schutzlos ausgeliefert. Im Orléansschen Krieg 1689 mußten sie mitansehen, wie ihre Residenzstadt Durlach völlig zerstört wurde. Doch das Leiden war damit noch nicht zu Ende. Lange Zeit hatte ein weiterer europäischer Konflikt gedroht, die Verteilung des Spanischen Erbes. Erst als auch dieser in einem vierzehn Jahre währenden Krieg (1701–1714) endlich ausgetragen war, konnte aufgeatmet werden. Der Friede zu Baden im Aargau am 7. September 1714 erfüllte die politischen Forderungen der Markgrafschaft nur ungenügend. Sie erreichte lediglich die Rückgabe der französisch besetzten Rheininseln bei Hüningen; gefordert waren hingegen die Abtretung der Stadt Neuenburg am Rhein durch Österreich, die Berücksichtigung der Ansprüche auf die Herrschaft Hohengeroldseck, die Befreiung von Reichs- und Kreisumlagen für einige Jahre sowie die Mitbelehnung bei einigen badenbadischen Lehen.[1] Immerhin eröffnete er der Baden-Durlacher Bevölkerung Perspektiven auf eine ruhigere Zukunft. Sie zu gestalten, lag in den Händen des fünfunddreißigjährigen Markgrafen Karl Wilhelm von Baden-Durlach.[2] Erst fünf Jahre zuvor hatte er die Regierungsgeschäfte von seinem verstorbenen Vater Friedrich Magnus übernommen. Wie das Leben seiner Untertanen hatten die Kriege auch sein Leben geprägt. Karl Wilhelm war eben neun Jahre alt, als der Ausbruch des Orléansschen Krieges ihn und seine Familie zur Flucht zwangen. Fast ein Jahrzehnt blieb die markgräfliche Familie im Baseler Exil. Schon mit fünfzehn Jahren trat Karl Wilhelm in das Heer Ludwig Wilhelms von Baden-Baden ein. Er erfuhr, wie in diesem Krieg alle markgräflichen Schlösser zerstört wurden, so daß seiner Familie nur noch eine Unterkunft in der Augustenburg bei Grötzingen blieb.[3] 1697, als endlich Frieden geschlossen wurde, heiratete er die württembergische Prinzessin Magdalene Wilhelmine. Doch die Kriegspause währte auch für ihn nur kurz. Bereits vier Jahre später kämpfte er wieder auf den Schlachtfeldern des Spanischen Erbfolgekrieges, bis er 1714 endgültig nach Baden-Durlach zurückkehren konnte.

Vom Jagdhaus zum markgräflichen Schloß

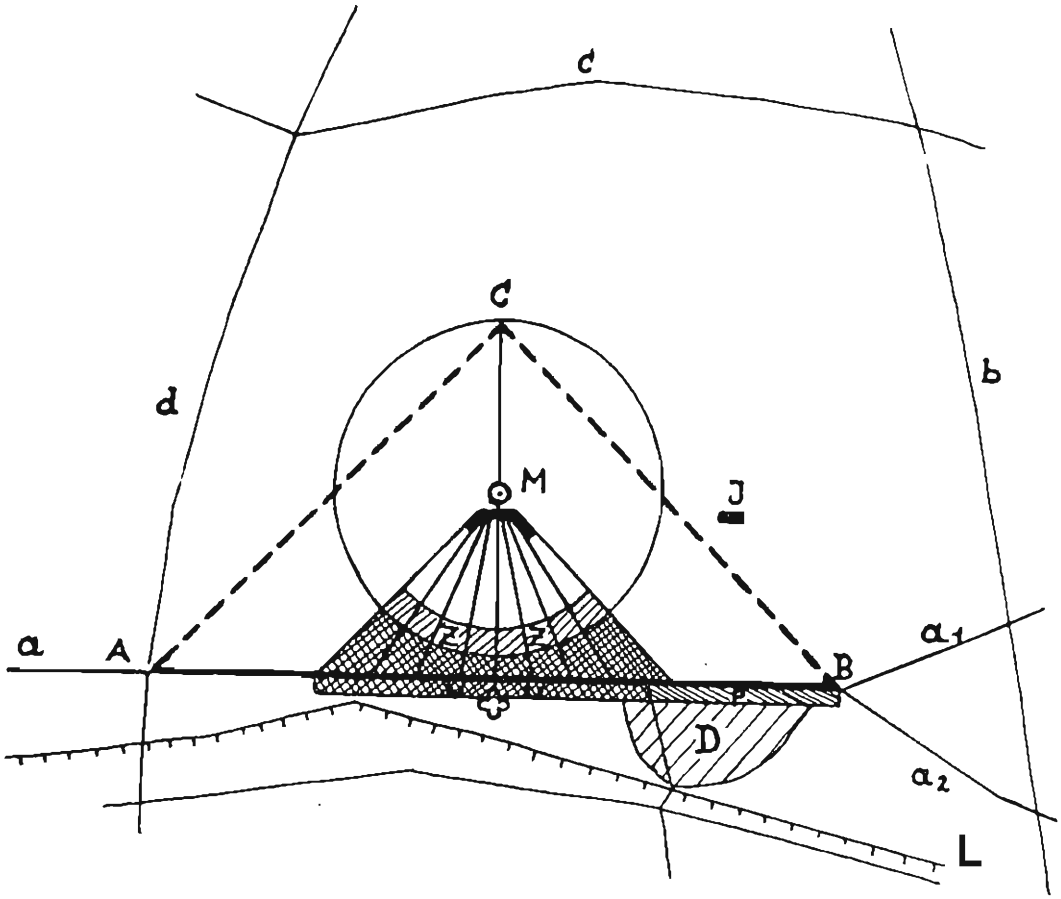
Karl Wilhelms Residenz Durlach sah man trotz der Wiederaufbaumaßnahmen unter seinem Vater die Zerstörungen des letzten Jahrhunderts noch deutlich an. Das Schloß, welches nach aufwendigen Plänen des Italieners Domenico Egidio Rossi gestaltet werden sollte, war erst zu einem Drittel wiederhergestellt,[4] und auch die wiederholte Förderung modellgetreuer Privatbauten führte nur zu geringem Erfolg.[5] Attraktiv zeigte sich der Regierungssitz dem jungen Markgrafen, den überdies nur wenig mit der Stadt verband, kaum. 1711, noch während des Krieges, plante er, mit der Anlage einer Vorstadt das Bild seiner Residenz zu verändern.[6] Im gleichen Jahr entstand auch die Idee, im nahen Hardtwald ein kleines Jagdhaus mit zugehörigem

Der Stadtgründer Margraf Karl Wilhelm.

Margräfin Magdalene Wilhelmine.

Wildpark zu errichten. Zur Information ließ sich Karl Wilhelm von einem im flandrischen Lille stationierten Baden-Durlacher Hauptmann Pläne des dortigen Wildgeheges schicken. Im Begleitschreiben empfahl der Hauptmann, den Hardtwald für das Vorhaben auszuwählen, da dieser, von Feldern umgeben, sich für die Jagd besonders eignen würde.[7] Karl Wilhelm folgte dem Rat, denn tatsächlich begannen im Sommer 1714 markgräfliche Bauleute auf einer Lichtung im Hardtwald, die „Bocksblöße" genannt wurde, den Bau eines kleinen, einstöckigen Jagdhauses vorzubereiten.[8] Zu diesem Zeitpunkt war der Wald bereits durch mehrere Wege erschlossen, die den umliegenden Gemeinden, Mühlburg, Rintheim, Neureut, Linkenheim und Durlach als Verkehrsverbindungen dienten. Die Straße zwischen Durlach und Mühlburg war im Orléansschen Krieg ausgebaut worden und aus diesem Grund in vergleichsweise gutem Zustand.[9] Über sie lief der West-Ostverkehr, und an ihr befand sich auch seit 1712 ein Gasthaus, das „Zum Waldhorn" hieß.[10]

Im Herbst 1714 wurde dann mit der Umzäunung des für den Wildpark vorgesehenen Areals begonnen.[11] Es gelang jedoch nicht, das Jagdhaus vor Wintereinbruch fertigzustellen; im Januar 1715 wurde nochmals Bauholz benötigt, dessen Lieferung Karl Wilhelm persönlich zu beschleunigen versuchte.[12] Das Bauvorhaben mußte forciert werden, denn inzwischen hatten sich die markgräflichen Pläne erheblich erweitert: In der zweiten Februarhälfte 1715 fanden umfangreiche Rodungsarbeiten im Hardtwald statt,[13] in deren Nähe sich eine größere Gruppe von Bauarbeitern Hütten errichtet hatten. Bereits am 29. April folgte die Anweisung, daß mehrere dieser Hütten wieder abgerissen werden sollten, da an ihrer Stelle der „Circul, wohin der fürstli-



Schema des Grundrisses von Karlsruhe bei der Gründung 1715 nach Franz Schneider (Maßstab 1:25000)

a = Mühlburger Waldallee.
a_1 = Fortsetzung nach Rintheim.
a_2 = Fortsetzung nach Gottesau.
b = Verbindungsweg Gottesau-Neureut.
c = Verbindungsweg Rintheim-Mühlburg.
d = Schwabensträßle.
A = Schnittpunkt Mühlburger Waldallee-Schwabensträßle (heute Kaiserstraße–Hirschstraße).
B = Östlicher Endpunkt der Mühlburger Waldallee (heute Durlacher Tor).
C = Spitze des großen Dreiecks (heute Lindenplätzchen).
D = Dörfle.
J = Platz des Jagdhauses von 1714 auf der Bocksblöße (heute Fasanenschlößchen).
L = Landgraben
M = Mittelpunkt der Zirkelanlage und Spitze des kleinen Dreiecks (Platz des Schloßturms).
P = Pfannenstiel.
Z = Zirkelhäuser.

che Marstall gestellt werden soll", abzustecken sei. Der dafür vorgesehene Platz wurde auch noch genauer definiert: „an der Straße gegen Durlach, am Eck des Thiergartens."[14] Demnach mußte sich Karl Wilhelm inzwischen entschlossen haben, außer einem kleinen Jagdschloß im Hardtwald eine umfangreiche Schloßanlage erbauen zu lassen.[15] Die Angabe auf dem Plan Batzendorfs von 1722, die Rodungsarbeiten für die Zirkelanlage hätten am 28. Januar 1715 begonnen, ist nicht unbedingt glaubwürdig. Bei dem Datum handelt es sich um den Namenstag Karl Wilhelms, auf den im Rückblick gerne alle wichtigen Ereignisse datiert wurden. Ein weiterer zeitlicher Anhaltspunkt dürfte die Stornierung des

Gewächshausbaues in Durlach sein, welche Karl Wilhelm am 15. März 1714 anwies. Nur verständlich wäre es, wenn er mit diesem Gedanken schon länger gespielt hätte. Denn die Verlegung der Residenzen heraus aus den kleinen mittelalterlichen Städtchen hinunter in eine weite Ebene, in der sich eine ausgedehnte barocke Schloßanlage überhaupt erst verwirklichen ließ, galt seit 1650 als eine durchaus übliche Baumaßnahme. In jenem Jahr war der französische König Ludwig XIV. mit seinem gesamten Hofstaat von Paris in das neuerbaute Schloß Versailles gezogen. Zahlreiche Fürsten folgten seinem Beispiel. Auch der badenbadische Markgraf Ludwig Wilhelm verlegte seine Residenz 1697 von Baden-Baden hinunter an die Murg in das neue Rastatter Schloß. Daß der Baden-Durlacher Verwandte hier nicht zurückstehen konnte, war gewiß nicht ohne Bedeutung für dessen Entschluß. Allerdings stand das Gelände, welches Karl Wilhelm zur Anlage vorgesehen hatte, dem nahegelegenen Dorf Beiertheim bisher als Viehweide zu. Noch heute zeugen hiervon zwei Gewannbezeichnungen, „Am Beiertheimer Brunnen" nördlich des Schlosses und die „Beiertheimer Blöße" westlich von Blankenloch. Der Markgraf enteignete die Beiertheimer und wies ihnen als Entschädigung einen anderen Teil des Waldes zu. Rechtlich war dies nicht unproblematisch, da Beiertheim zur Markgrafschaft Baden-Baden gehörte, der Baden-Durlacher Markgraf hingegen nur als Obermärker Nutzungsrechte für sich beanspruchen konnte.[16]

Das Bauvorhaben schritt rasch voran. Im Mai wurde eine umfangreiche Ladung Holz, Eichen und Forlen, bei der Bocksblöße angeliefert.[17] Das preiswerte, jedoch wenig beständige Forlenholz bot sich als günstiger Baustoff an und wurde sogar zur Fundamentierung verwendet; noch heute steht der Schloßturm auf diesem billigen Fundament.[18] Wie dringlich dem Markgrafen das Bauprojekt war, zeigt ein auf den 1. Juni 1715 datiertes Schreiben, das an den Leiter des Schloßbaues, Jakob Friedrich von Batzendorf aus Durlach, gerichtet war. Eigenhändig forderte er seinen Ingenieur darin auf, über das Wochenende eine Bauordnung aufzustellen, „dieweil wir den uns sehr angelegenen ~~favoritenbau~~ im Hardtwald aufs bestmöglichst beschleunigt und befördert wißen wollen."[19] Daß der Zentralbegriff des Schreibens nachträglich durchgestrichen wurde, könnte als weiteres Indiz für die Konzeptionsänderung gewertet werden: denn nicht nur eine Favorite, sondern ein Residenzschloß war nun in Planung.

Die nunmehr erforderliche Erschließung des Waldes erfolgte nach dem Vorbild von Jagdanlagen, wie sie seit dem späten 17. Jahrhundert allerorten entstanden. Hierzu wurde ein kreisrundes Areal abgesteckt, das sich harmonisch in die bestehende Verkehrssituation einfügte (s. Schema des Grundrisses von Karlsruhe, S. 68). In dessen Zentrum sollte ein Schloßturm zu stehen kommen, von welchem aus zweiunddreißig Radialen nach allen Richtungen geführt wurden; die mittlere, nach Süden gerichtete Allee, traf dabei senkrecht auf die Landstraße zwischen Durlach und Mühlburg.[20] Südlich vom Schloßturm war das eigentliche Schloßgebäude als eigenständiger Baublock vorgesehen. Den inneren Schloßbezirk grenzte schon bald eine im Bogen geführte Straße, der Zirkel (heute Schloßplatz) ab. Die Konzeption dieser Anlage hatte der Markgraf selbst entworfen, nachdem er nicht nur bei Batzendorf, sondern auch bei den italienischen Baumeistern Bagnetti und Retty einschlägigen Rat eingeholt hatte. Die Bauausführung erhielten Fachleute wie Baudirektor Schwarz aus Hamburg, Baumeister Balthasar Hengel sowie der Maurermeister Hemberger aus Durlach übertragen.[21]

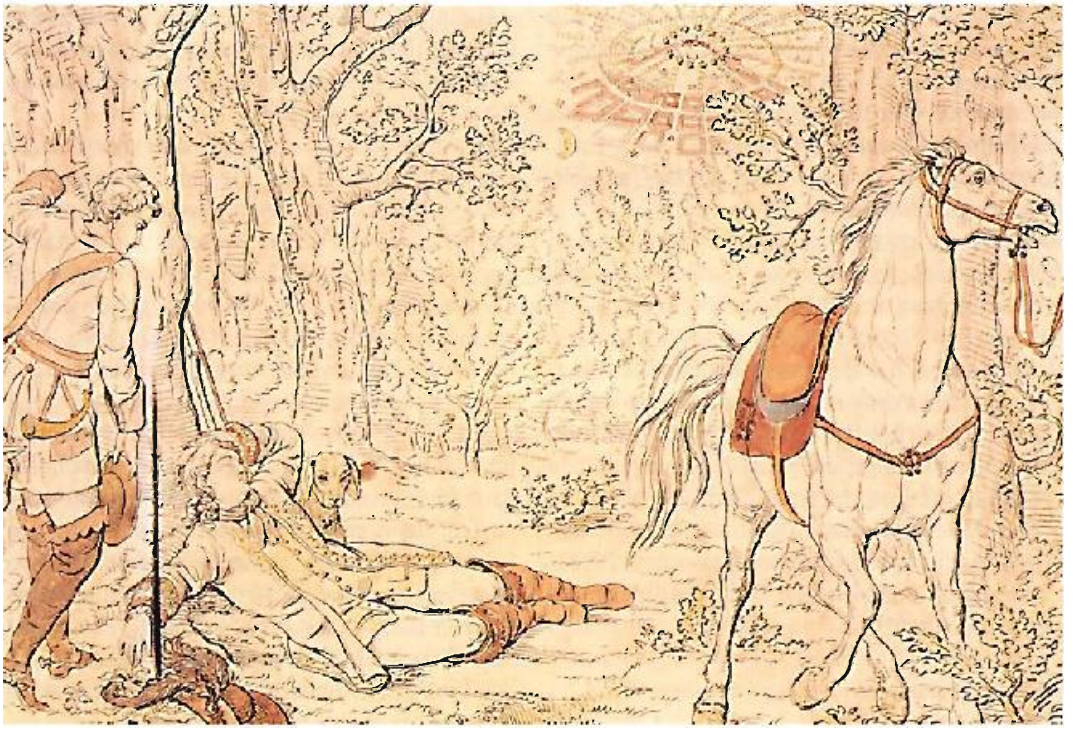
Am 17. Juni 1715 konnte die Grundsteinlegung des Turmes erfolgen. Für dieses Ereignis wählte der Markgraf einen feierlichen und offiziellen Rahmen. In Anwesenheit zahlreicher Adeliger sowie des ganzen Hofstaates und unter den Klängen der Hofkapelle legte er etliche Zeitzeugnisse in den Grundstein, unter anderem eine Flasche Oberländer Wein, ein in Silber gestochenes Porträt seiner selbst, einige Münzen sowie ein vom Prorektor des Durlacher Gymnasiums Johann Caspar Malsch verfaßtes Gedicht. Der in lateinischer Sprache

abgefaßte Text formulierte folgenden Wunsch: „Möge dieser Stein, welcher jetzt von Karl gelegt wird, um in die aufgegrabene Erde versenkt zu werden, und zugleich den zu den Gestirnen aufgebauten Turm zu tragen, fortbestehen und Jahrhunderte überdauern, und je länger er dauert, desto mehr möge er auch erstarken und sich ausbreiten."[22] Als weiteren Höhepunkt dieser Feier gab der Markgraf die Gründung eines badischen Hausordens bekannt, den er unter das Motto „Treue" stellte und ihm entsprechend den Namen „Fidelitas" verlieh. Über diese neue Organisation sollte in- und ausländischer Adel an die neue Residenz gebunden werden.[23] Die Feier wurde mit einem abendlichen Essen in einer der Bauhütten beendet.[24]

Wie auch immer der Wunsch Prorektor Malschs, „der Grundstein solle sich ausbreiten", gemeint gewesen war, bereits ein paar Wochen später zeigte sich, daß das Schloß nicht das einzige Gebäude im Hardtwald bleiben sollte. Am 29. Juli 1715 bat ein Schmied aus dem Württembergischen, der Markgraf möge ihm die „häusliche Niederlassung in der Gegendt dero neuerbauten Lusthauses" erlauben.[25] Daß es sich dabei nicht um ein einzelnes Ansiedlungsgesuch gehandelt haben dürfte, ist an der schnellen und grundsätzlichen Maßnahme des Markgrafen zu erkennen. Noch am selben Tag gab er die Abfassung eines Privilegienbriefes in Auftrag, mit welchem Landeskinder und Fremde zum Zuzug ermuntert werden sollten.[26] Damit waren in unmittelbarer Nähe zum neuen Schloß die Voraussetzungen für eine Siedlungsgründung geschaffen.

Carols-Ruhe – nur eine Favorite oder die neue Residenzstadt ?

Die Nachwelt hat vielfach bezweifelt, daß die Siedlungs- und spätere Stadtgründung Karlsruhes von Anfang an in der markgräflichen Konzeption vorgesehen war.[27] So stellt es auch die Gründungslegende dar, welche insbesondere in ihrer novellistischen Ausformung des 19. Jahrhunderts bekannt wurde. Ihrer Aussage zufolge habe sich Markgraf Karl Wilhelm bei einer Jagd im Hardtwald verirrt und die Nacht im Wald verbringen müssen. Als er am Morgen von seinen Begleitern unter einem Baum gefunden wurde, sei er aus einem tiefen, äußerst angenehmen, Schlaf erwacht. Aus Dankbarkeit habe er beschlossen, sich an dieser Stelle einen „Ruhesitz", genannt „Carols-Ruhe", in der Art einer Sommerresidenz zu errichten. Auch Karl Wilhelm selbst hat zu Lebzeiten die Vorstellung gefördert, die Stadt sei wider seinen Willen entstanden. So ließ er im Jahre 1728 beim Schloßeingang zwei Tafeln aufstellen, die jeweils von einer aus Stein gehauenen Löwenfigur gehalten wurden. Auf der einen Seite war in lateinischer Sprache, auf der anderen in paraphrasierter Übersetzung auf deutsch zu lesen: „Anno 1715 war ich ein Wald, der wilden Thiere Aufenthalt. Ein Liebhaber der Ruhe wollte hier in der Stille die Zeit vertreiben, in Betrachtung der Creatur die Eitelkeit verachtend den Schöpfer recht verehrend. Allein das Volk kam herbei, baute, was du hier siehest. Also keine Ruhe, so lange die Sonne glänzet, als allein in Gott zu finden, welche du, wenn du nur wollst auch mitten in der Welt genießen kannst. Anno 1728."[28] Auch die lateinische Inschrift seines Grabsteines, welche etwa zur gleichen Zeit und vermutlich von ihm persönlich formuliert wurde, gibt an, er habe Karlsruhe zunächst nur als Ruhesitz geplant. In der Übersetzung lauten die Zeilen: „Zuerst suchte ich hier Ruhe, in diesem Grabhügel hoffe ich sie zu finden. Nackt, ohne weltlichen Schmuck ruhe ich hier in dem unaussprechlichen Gott. Lebe wohl, du Stadt und Volk und habe immer den Frieden im Herzen, auf welchen Karl hofft."[29] Schließlich vermeidet sogar der erste Ansiedlungsaufruf[30] die Bezeichnung „Stadt" oder „Residenz" sorgfältig. Einleitend wird lediglich die Anlage eines neuen „Lust-Hauses" erwähnt. Ansonsten ist durchgängig von „Ort" oder „Carols-Ruhe" die Rede.[31] Muß diesen Quellen zufolge doch davon ausgegangen werden, die Stadt sei nicht etwa von Karl Wilhelm geplant gewesen, sondern auf Volkes Willen hin neben dessen Ruhesitz entstanden? Eine Residenzstadt war im 18. Jahrhundert



Die Gründungslegende: Der jagdmüde Markgraf schaut im Traum die „Fächerstadt".

das Aushängeschild eines Landes. Sie war Vorbild für die Landorte und wurde bevorzugt von ausländischen Reisenden und Reiseschriftstellern besucht. Man müßte dem Baden-Durlacher Markgrafen tatsächlich Weltabkehr unterstellen, wollte man annehmen, er habe mit viel Geld und Aufwand lediglich eine Favorite errichten wollen, während sein Residenzschloß in Durlach immer noch nicht völlig wiederhergestellt worden war. Zwar galt der Markgraf unter seinen Zeitgenossen durchaus als skurril, doch war er ein in politischer Hinsicht gewissenhafter Regent, der sich seit der Regierungsübernahme durchaus bewährt hatte.[32] Dem Markgrafen lag zweifellos am Wiederaufbau seiner Residenzstadt. In Durlach waren seine Planungen jedoch auf Widerstand unter der Bevölkerung gestoßen,[33] darüber hinaus eignete sich das alte Durlacher Schloß auch nicht zu einer Umgestaltung im Sinne einer zeitgemäßen axialen Schloßanlage.[34] Warum aber vermied Markgraf Karl Wilhelm, die Gründung einer neuen Residenzstadt als sein Projekt vorzustellen?

Die Neuanlage einer Stadt zeigte sich nach der Jahrhundertwende nicht mehr so einfach wie im ausgehenden 17. Jahrhundert. Es fehlte an finanzkräftigen Flüchtlingsgruppen, wie es etwa die Hugenotten seinerzeit darstellten. Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg, der Schwager Karl Wilhelms, hatte dies bei seinem „Gründungsprojekt Ludwigsburg" erfahren müssen. Der erste Ansiedlungsaufruf für Ludwigsburg war 1704 erlassen worden. Er verhallte fast ungehört. Mehrere Aufrufe mußten folgen. Elf Jahre vergingen bis Schloß Ludwigsburg in den Quellen als „Residenz" erschien, und erst nach vierzehn Jahren wurde die inzwischen in Schloßnähe entstandene Siedlung zur Stadt erhoben.[35] Zwar verliefen in Karlsruhe die einzelnen Etappen schneller, doch scheint in identischer Weise verfahren worden zu sein. Dieser „Stadtgründungsprozeß in Stufen" bot den Vorteil, eine erfolglose

Stadtgründung – als welche sich die 1670 erfolgte Stadterhebung des benachbarten Mühlburgs erwiesen hatte –[36] rechtzeitig zu verhindern. Darüber hinaus erleichterte das allmähliche Vorgehen den vormaligen Residenzstädtern in Durlach, sich auf die neue Situation einzustellen. Doch obgleich damit die Residenzverlegung seit 1715 zu erwarten war, traf der markgräfliche Umzugsbefehl manch einen Beamten auch 1717 noch überraschend. So konnte Hofrat Wolfgang Wilhelm von Riesmann bei der Bekanntgabe seine Verwunderung nicht zurückhalten und äußerte seinen Unmut unverhohlen, „was für ein dausent sacraments hundt hat diesem meinem Herrn in die Feder dictiert, der ist ein Hund, wollt wohl wissen, wer es war." Der respektlose Ausbruch trug ihm einen Verweis in seiner Personalakte ein, wodurch der Vorfall bis heute dokumentiert blieb.[37]

Das Ansiedlungsprivileg

Der Beamte, dem Markgraf Karl Wilhelm am 29. Juli 1715 die Anweisung gegeben hatte, ein Ansiedlungsprivileg auszuarbeiten, stand noch nicht lange in Baden-Durlacher Diensten. Gleichwohl schien der damit betraute Johann Georg Förderer von Richtenfels für diese Aufgabe geradezu prädestiniert. Sechs Jahre zuvor hatte er sich in einer staatswissenschaftlichen Schrift mit der Markgrafschaft Baden-Durlach befaßt,[38] für die er nach den Prinzipien der zeitgenössischen Wirtschaftslehren, des Kameralismus und des Merkantilismus, ein spezielles Wirtschaftsprogramm entwickelte.[39] Die Merkantilisten beabsichtigten, durch wirtschaftsfördernde und wirtschaftslenkende Maßnahmen die politische Macht eines Landesherrn zu stärken. Der Ansiedlung von Zuwanderern, eine Form der sogenannten „Peuplierung", sollte dabei eine wichtige Rolle zukommen. Denn mit der Vergrößerung der Bevölkerung vermehrte sich auch die Zahl der Arbeitskräfte, der Steuerzahler und darüber hinaus auch der Militärpflichtigen. Die Anlage einer Stadt schuf außerdem den Raum für Handel und Gewerbe – eine weitere Grundvoraussetzung für die Erhöhung der landesherrlichen Steuereinnahmen, was seinerseits das zentrale Anliegen der Kameralisten bildete.[40]

Der von Förderer aufgesetzte Privilegientext erwies sich ganz auf die unmittelbare Existenzgründung von Zuwanderern abgestimmt, Handel und Gewerbe wurden nur indirekt berücksichtigt. Den Zuzugswilligen versprach er einen kostenlosen Bauplatz sowie freien Bezug von Holz und Sand.[41] Für einen Zeitraum von zwanzig Jahren erhielten sie beträchtliche Steuererleichterungen. Weder war die Einfuhr des Hausstandes zu verzollen, noch bei Kauf oder Verkauf von Waren der Pfundzoll, eine von Käufer und Verkäufer je zur Hälfte getragene Umsatzsteuer, zu bezahlen. Auch von allen anderen landesherrlichen Steuern oder Einquartierungen in Kriegszeiten blieben die Siedler befreit. Leibs-, Fron- und Abzugsfreiheit genossen sie wie Stadtbürger. Als wirtschaftliche Sicherheit wurde den Gewerbetreibenden Absatzmöglichkeiten am Hofe in Aussicht gestellt. Um den Adressatenkreis der Privilegien möglichst weit zu fassen, galt das Angebot nicht nur für Angehörige der lutherischen Landeskonfession. Markgraf Karl Wilhelm machte damit von seinem im Westfälischen Frieden festgeschriebenem Duldungsrecht für die beiden anderen christlichen Konfessionen, die reformierte und die römisch-katholische, Gebrauch. Von den Interessenten wurden lediglich zwei Bedingungen gefordert: Auf dem gestellten Bauplatz mußten sie ein Haus nach bestimmten Bauvorschriften errichten und über ein nicht näher spezifiziertes Eigenkapital verfügen.

Derartige Vergünstigungen bedeuteten für den Durlacher Raum nichts Neues. In Durlach selbst waren Zuzügler mehrfach privilegiert worden,[42] auch das benachbarte Mühlburg hatte bei seiner Stadterhebung 1670 sowie 1699 ein umfangreiches, auf Gewerbeförderung ausgerichtetes Ansiedlungsprivileg verliehen bekommen.[43] Neu war hingegen die Publizität, welche der Ansiedlungsaufruf erhalten sollte. Nicht nur, daß er in allen badischen Ämtern verlesen wurde, als Druck-

schrift fand er auch Verbreitung außerhalb Baden-Durlachs und erschien sogar in einigen französischen Zeitungen.

Die Zuwanderer

Adam Winter und seine Familie erfuhren im Württembergischen Niefern vom Aufruf des Baden-Durlacher Markgrafen. Winter war gelernter Jäger und hatte vor seiner Heirat im Sachsen-Gothaer Dragonerregiment gedient. Danach war er in verschiedenen Berufen beschäftigt, zuletzt fünf Jahre als Feldjäger im gräflich-erbachschen Regiment. Nach dem Friedensschluß 1714 kehrte er zu Frau und Kind nach Niefern zurück. Das Angebot, in Karlsruhe unter erleichterten Bedingungen eine bürgerliche Existenz zu gründen, schien für ihn äußerst attraktiv. Im Februar 1716 bat er Markgraf Karl Wilhelm, ihm einen Platz für den Hausbau zuzuweisen.[44] Wie Familie Winter war es vielen der Karlsruher Zuwanderer ergangen. Die meisten taten sich nicht schwer, ihren alten Wohnsitz aufzugeben oder verfügten ohnehin über keine längerfristige Bleibe. Aus der sozialgeschichtlichen Forschung ist bekannt, daß im 18. Jahrhundert ca. 10 % der Bevölkerung des fränkischen und schwäbischen Kreises nicht seßhaft waren. Darunter befanden sich natürlich auch Angehörige von „mobilen Berufen", wie Schausteller, Musiker, Scherenschleifer oder die auf Wanderschaft befindlichen Handwerksgesellen.[45] Der Hafnergeselle Hans Martin Gauger war „schon eine ziemliche Zeit in der Fremde." Er plante nun seine Heirat und bat den Markgrafen, in Karlsruhe einen Hausstand gründen zu dürfen.[46] Insbesondere die im Bau beschäftigten Handwerker oder Tagelöhner waren gewohnt, ihrer Arbeit hinterherzuwandern. Bei Kirchen- und Schloßbauten, Markttagen und Erntearbeiten verdienten sie ihr Geld. Für diesen Personenkreis bildete das „Bauprojekt Karlsruhe" einen besonderen Anziehungspunkt.

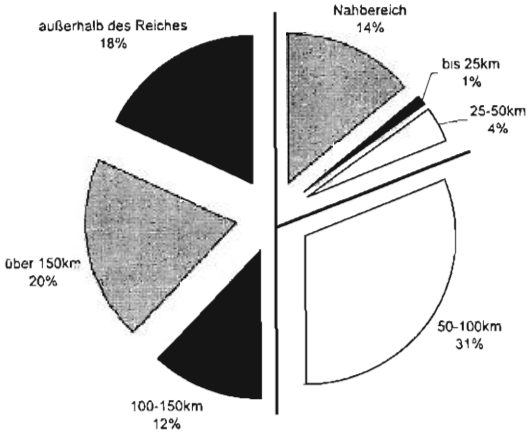
Nach 1714 erhöhte sich die Zahl der Heimatlosen kurzfristig um die Gruppe der entlassenen Soldaten, welche nach ihrem Militärdienst häufig vergeblich versuchten, in ihrem gelernten Handwerk unterzukommen. Die städtischen Zünfte verschlossen sich gegenüber diesen neuen Konkurrenten, und so blieb den meisten nur, sich einen anderen Broterwerb zu suchen. Der Schneider Johann Christian Rödiger aus Wetzlar hatte nach seiner Entlassung aus dem Militär ein Stück Land im Württembergischen bei Singen erworben. Doch als er vom Karlsruher Ansiedlungsprivileg hörte, entschloß er sich zu dessen Verkauf, da es ihm einfacher erschien, in der Neugründung Karlsruhe eine eigene Schneiderwerkstatt zu eröffnen. Nicht alle Zuzugswilligen hatten mit ihrem Gesuch, welches vom Markgrafen persönlich entschieden wurde, Glück. Michael Froman, ebenfalls ein entlassener Soldat aus dem Bibraschen Regiment, plante mit seinen Kenntnissen als gelernter Müller, den Karlsruher Mehlhandel zu organisieren. Der Markgraf lehnte die Bitte ab, da Froman keinerlei Vermögen vorzuweisen hatte.

Für Personen, die eine bestehende bürgerliche Existenz aufgaben, war der Umzug nach Karlsruhe mit Risiken verbunden. Die wenigen Familien, welche dies in der Gründungszeit von Karlsruhe wagten, versuchten sich natürlich abzusichern. Der Weinsberger Bürger Konrad Zwickel verband sein Bürgeraufnahmegesuch mit der Einschränkung, er werde seine Güter in Weinsberg erst dann verkaufen und in Karlsruhe das Geld anlegen, „sofern er sehen sollte, daß er Fortune allda haben könnte." Als Beleg für seine finanziell gesicherte Situation wies der Zimmermann eine Bescheinigung seines letzten Arbeitgebers vor, welcher ihm ein Vermögen von 1.000 Gulden attestierte. Weniger wohlhabende Familien mußten ihren Entschluß, den Heimatort zu verlassen, hingegen endgültig treffen. Um den Umzug in die Stadt bezahlen zu können, sah sich der Beiertheimer Leinenweber Hans Holzleitner gezwungen, das gesamte Vermögen seiner behinderten Schwägerin in Ittersbach zu veräußern.

Bis 1720 stammten die neuzugezogenen Karlsruher Bürger zu über 80% aus Orten, welche mehr als 50 Kilometer entfernt waren. Der hohe Anteil an Fernwanderung darf

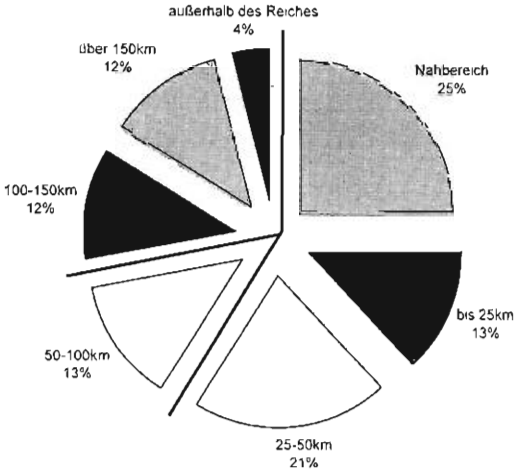
durchaus als Besonderheit der Gründungsjahre gewertet werden, denn im Verlauf des Jahrhunderts halbierte sich deren Anteil nahezu. Aus dieser Gruppe lebten 1720 etwas weniger als die Hälfte nun zwischen 50 und 100 Kilometer von ihrer Heimat entfernt. Vor allem aus dem Württembergischen stammten diese Zuwanderer, schwerpunktmäßig aus den Städten Stuttgart und Tübingen. Die andere, etwas größere Gruppe, hatte ihren Geburtsort in mehr als 100 Kilometer Entfernung, wovon ein gutes Drittel aus Gebieten stammte, die nicht dem Reich zugehörten, so aus dem Elsaß (Straßburg) und der Schweizer Eidgenossenschaft.[47] Diese Ausländer brachten meist spezielle handwerkliche Fertigkeiten mit, was durchaus ein Vorteil sein und vom Petenten für sich genutzt werden konnte. So gab der Colmarer Bürger Konrad Hink wohl zu, daß ihm das Geld zu einem modellmäßigen Bau fehle, er denke jedoch dies alsbald mit „Seifensieden, Lichter- und Pudermachen zu verdienen, was er in Frankreich gelernt habe und so gut wie die Straßburger könne."[48]

Herkunft der Karlsruher Hausbesitzer 1720



Quelle:
Ölenheinz, Karl-Friedrich: Notizen meistens aus dem zweiten Dezenio seit Erbauung der Residenz Karlsruhe anno 1715. Karlsruhe 1835.

Herkunft der Karlsruher Bürger 1729-1800



Quelle:
Schneider, Ernst: Karlsruher Bürgeraufnahmen 1729–1800. In Badische Familienkunde 1959, Heft 2, S. 42–88.

In Karlsruhe an erster Stelle – die Durlacher

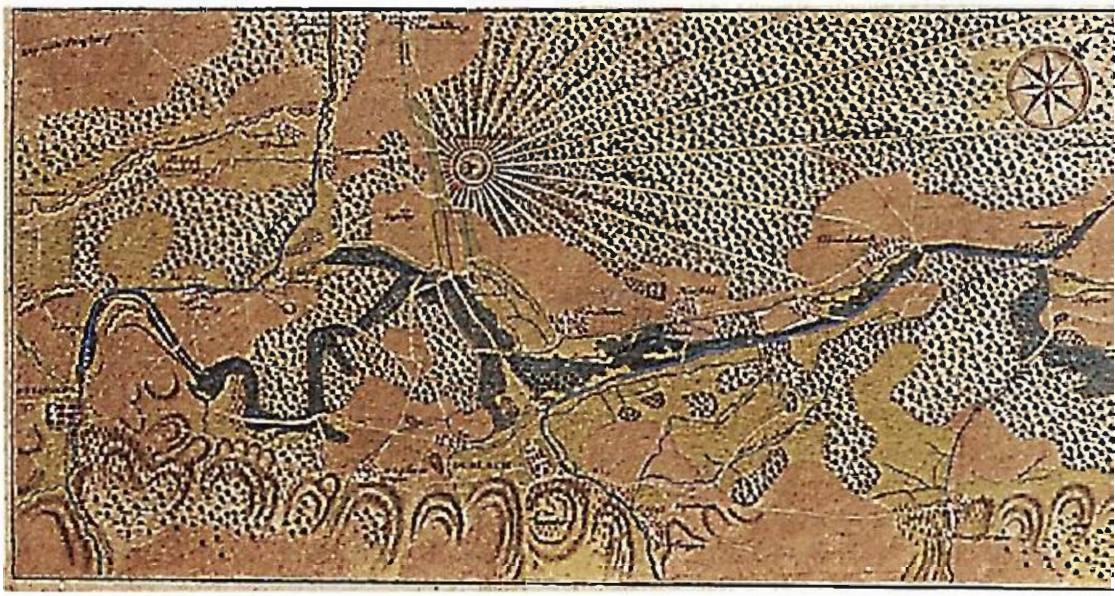
Aus der näheren Umgebung, aus Orten, welche man von Karlsruhe in längstens einem Tagesfußmarsch erreichen konnte, stammten 14 % der Zuwanderer (siehe Graphik S. 74). Fast zwei Drittel kamen dabei aus der Residenz Durlach. Zunächst waren es vor allem Personen, die erst kurz zuvor nach Durlach gekommen waren und den Aufenthalt dort als „Zwischenstation" nutzten, wie etwa der aus Straßburg stammende spätere Bürgermeister Johannes Sembach. Nur einige Monate hatte er sich in Durlach niedergelassen, um von dort aus den Bau seines Hauses in Karlsruhe überwachen zu können.[49] Seit 1717 zählten auch die Hofbediensteten dazu, die laut markgräflicher Anordnung bis zum Herbst ihre Wohnung in Karlsruhe genommen haben mußten. Das Durlacher Gewerbebürgertum indes verstand es in besonderer Weise, die sich in Karlsruhe bietenden Chancen zu nutzen. Um an den Privilegien teilhaben zu können, bewarben sich einige Gewerbetreibende um einen Bauplatz, blieben dabei jedoch in Durlach wohnhaft. Die vier Durlacher Glasermeister Georg und Johann Ottmann, Frohmann und Dickhaut schlossen sich für ein Bauprojekt in der Kronengasse zusammen und beanspruchten dann – wohlgemerkt jeder für sich – die mit dem Hausbau verbundenen Steuerfreiheiten.[50] Der Bau eines Zweithauses in Karlsruhe schien den wohlhabenderen Durlachern demnach als gute Investition. Auch Zimmermann Martin Götz oder der Judenschultheis Emanuel Reutlinger besaßen in Durlach wie in Karlsruhe ein Haus. Neben den Steuervorteilen eröffnete der Immobilienerwerb in Karlsruhe Mieteinnahmen und die Möglichkeit, sobald es günstig erschien, in die neue Stadt umzuziehen. Die alteingesessenen Durlacher Handwerksbetriebe blieben überwiegend in der alten Residenz. Die Familien nutzten jedoch die Gelegenheit, einen ihrer Söhne nach Karlsruhe zu schicken, der dort das Familienhandwerk als „Filiale" weiterführte. Eine solche Familie war die noch vor dem Pfälzischen Erbfolgekrieg nach Durlach gekommene Wirtsfamilie Lamprecht. Zweifellos zählte sie zu den Durlacher Honoratioren. Vater Hans-Michael saß im Durlacher Stadtrat und galt als einer der reichsten Bürger der Stadt. Sein Sohn Bernhard hatte das Metzgerhandwerk erlernt und eröffnete in Karlsruhe die Wirtschaft „Zum Lamm", welche später der „Lammgasse" den Namen gab. Auch Bernhard gehörte bald zu den vermögendsten Handwerkern in der Stadt.[51] Selbst Durlacher Hintersassen bot die neue Stadt erfolgversprechende Perspektiven. In Durlach waren sie nicht gerne gesehen – es gab von ihnen zuviele.[52] Ein Umzug nach Karlsruhe geschah ohne viel Aufwand, und dort stand ihnen das Bürgerrecht offen, ein sozialer Aufstieg, der alleine durch den Bau eines Hauses erreicht werden konnte. Georg Kreuzbauer arbeitete in Durlach als einfacher Fischer. Der Hintersasse überzeugte den Markgrafen davon, daß er in der Lage sei, in Karlsruhe ein Haus zu bauen und erhielt das Bürgerrecht. Als Karlsruher Bürger nutzte er die Branchenkenntnis zunächst als Fischhändler, um einige Jahre später sein inzwischen nicht unbeträchtliches Vermögen auf die Eröffnung einer Wirtschaft mit dem an seine Herkunft erinnernden Namen „Zum Schiff" zu verwenden.[53]

Baugeschichte

Eine Stadt wie ein Fächer

Eine Stadt auf einem radialen Grundriß zu planen, war schon für die Zeitgenossen etwas Bemerkenswertes. Den Reiseschriftstellern des 18. Jahrhunderts bot die Ansicht der neuen Baden-Durlacher Residenz immer wieder Anlaß zur Kommentierung.[54] Johann Kaspar Riesbeck, der die Stadt in der zweiten Jahrhunderthälfte kennenlernte, beschrieb sie in einem Brief an seinen Bruder in Paris: „Karlsruhe ist ein artiges, nach einem sehr eigensinnigen Plan von Holz neuerbautes Städtchen, das mitten in einem großen Wald, einem Rest des ungeheuren Gehölzes liegt, welches zu Tacitus Zeiten ganz Deutschland deckte."[55] Obgleich symmetrisch konzipierte Stadtanlagen dem

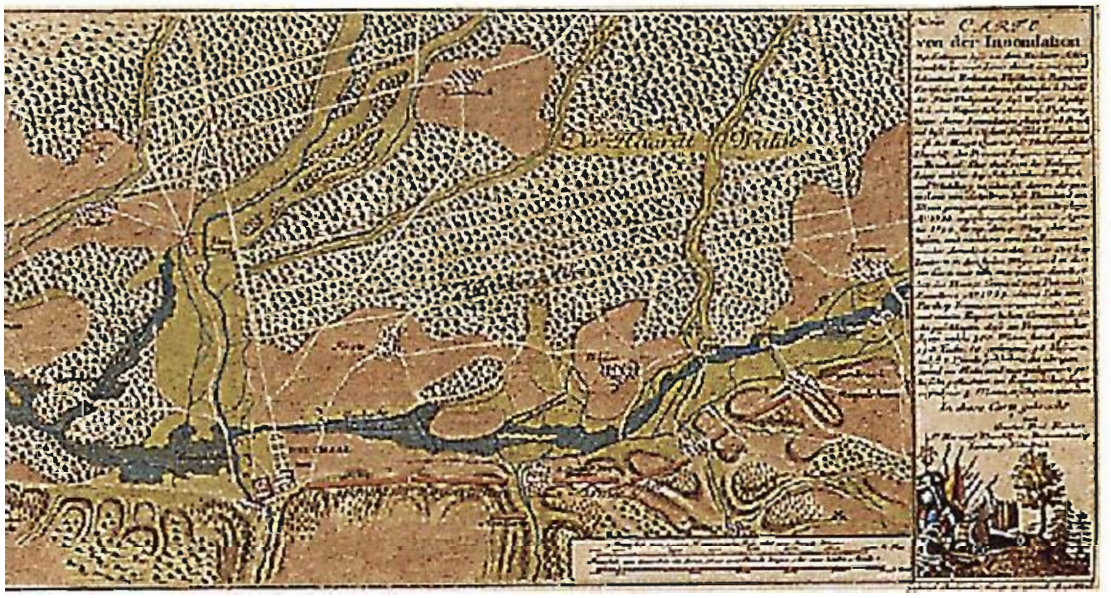
damaligen Betrachter durchaus geläufig waren – Mannheim zeigte bereits seit Anfang des 17. Jahrhunderts sein rechtwinklig ausgerichtetes Stadtbild, und das europäische Vorbild Versailles wies schon über dreißig Jahre lang zwei Radialstraßen auf – wirkte die Karlsruher Anlage auf ihn „sehr eigensinnig." Riesbeck fuhr denn auch in seiner Beschreibung fort: „Durch dieses Holz hat man nach den zweiunddreißig Winden[56] zweiunddreißig Alleen gehauen und auf neun derselben die Stadt in Gestalt eines Fächers erbaut." Dieser Fächer umfaßte die südlichen neun Radialstraßen, ein Areal, das in seiner ostwestlichen Ausdehnung 1.000 Meter, in seiner nordsüdlichen nur 500 Meter maß. So berühmt Karlsruhe durch seine konsequente Anlage auch wurde, für die Bewohner barg sie zahlreiche praktische Probleme. Die Stadt bestand im Grunde nur aus Parallelstraßen. Abgesehen von der „Langen Straße" (auch „Mühlburger Straße" genannt), dem Weg, der von Durlach nach Mühlburg führte und die Radialen als südlichen Abschluß tangierte, gab es keine offiziellen Verbindungsstraßen. Insbesondere für die Anwohner der beiden äußeren Radialstraßen, welche die längste Ausdehnung aufwiesen, bedeutete der Gang in die benachbarte Straße einen nicht unerheblichen Umweg, mußte man doch zunächst die eine Gasse hinunter, ein Stück an der Langen Straße entlang, um dann in entgegengesetzter Richtung die Nachbargasse wieder hinauf zu laufen. Die Bewohner am nördlichen Ende der Gassen hatten es noch am einfachsten, konnten diese doch den hinter den Häusern am Zirkel vorbeiführenden Ringweg benutzen. Da die Gassen nur bis zu diesem, auch „mittleren Zirkel" genannten Weg, mit Privathäusern bebaut waren, bot sich der eigentliche Zirkel, die Ringstraße am Schloßplatz, nicht als Querstraße an. Die Anlage führte aber nicht nur zu verkehrstechnischen Problemen. An den Stellen, an denen sich die Querstraßen mit den Radialen kreuzten, entstanden spitzwinklige Grundstücke, deren Bebauung besondere Lösungen forderte. Der Schriftsteller Friedrich Leopold Brunn hatte die daraus resultierenden architektonischen Probleme während seines zweijährigen Aufenthalts in Karlsruhe selbst erfahren. In seiner Stadtbeschreibung zeigte er auch die Nachteile des „eigensinnigen Planes" auf: „Noch ein Uebelstand entsteht aus dem schon oben eigensinnig genannten Plane der Stadt. Da die



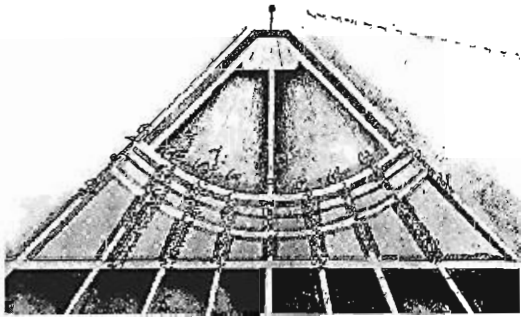
Plan von G. Bodenehr 1735, Karlsruhe mit der nördlichen Hardt.

neun Straßen nemlich Alle auf einen gemeinschaftlichen Mittelpunkt zulaufen; so mußten sie natürlich bis auf die Mittlere in schiefe Richtung angelegt werden... Eine Folge von diesen schief angelegten Straßen war dann wieder natürlich diese, daß das Innere der Häuser, vorzüglich der Eckhäuser, sehr darunter litt, indem manche Stuben in denselben dadurch die Gestalt vielseitiger, und nicht einmal regelmäßiger, Körper bekommen mußten."[57] Darüber hinaus bot der Radialplan von sich aus kein Stadtzentrum an. Der später entstandene Marktplatz mußte als Ausbuchtung der „Langen Straße" vor die lutherische Kirche gezwängt werden. Einziger Vorteil, der diese Anlage barg, war der Ausbau der nördlichen Radialen als schnelle Verbindungswege zu den benachbarten Hardtorten.

1716 wurde der „Fächer" für die Stadtanlage vorbereitet. Die neun Alleen mußten dafür auf ca. neun Meter verbreitert werden.[58] Bei den Häusern, die zu diesem Zeitpunkt bereits standen, handelte es sich überwiegend um bescheidene Hütten, die in Eigenarbeit von den am Schloßbau beschäftigten Handwerkern und Tagelöhnern errichtet worden waren. Sie entsprachen in ihrem Äußeren nicht den Anforderungen der Bauplanung und standen ihr teilweise sogar im Wege. So wurden die Besitzer im Spätherbst 1716 zu Baudirektor von Löwenkron gerufen, der ihnen eröffnete, sie hätten ihre Unterkünfte kurzfristig zu räumen. Das traf die Tagelöhner Joseph Bader, Mathes Waldhuber und Jakob Kohn mit ihren Familien ebenso wie die Witwe Susanna Kern, die sich nach eigener Angabe ihr „Hüttlein" gerade erst vom Sommerverdienst hatte aufstellen lassen. Einer ihrer Leidensgenossen hatte noch Glück im Unglück, insofern er sein „Bretterhüttle" dem solventen Metzger Brennemann verkaufen konnte, der für einen modellmäßigen Umbau garantierte. In einer Bittschrift an den Markgrafen wollte der Metzger seinen neuen Besitz genauer lokalisieren. Ganz einfach war dies 1717 noch nicht, hatten sich doch die vom Markgrafen vorgesehenen Straßennamen nicht durchgesetzt. Für Brennemann stand sein in der späteren „Bärengasse" befindliches Haus in der „mittleren Allee", für die der Markgraf eigentlich seinen eigenen Namen vorgesehen hatte. Die übrigen Radialstraßen sollten ebenfalls Namen von Adelspersonen tragen, nämlich jener, die seinem neugegründeten Ritterorden „Fidelitas" an-



gehörten. Da die Ritter jedoch nach und nach in Ungnade fielen, was jedesmal aufs Neue einen Namenswechsel der Straße nach sich zog,[59] und weil lange Namen wie etwa „Graf



Plan zur ersten Anlage Karlsruhes mit Bebauung und Benennung der Straßen, vermutlich 1716.

Leiningische Gasse" für den alltäglichen Gebrauch zu umständlich waren, benutzten die Einwohner zur Straßenbenennung einfach die dort stehenden Wirtshäuser, das „Waldhorn", den „Adler", die „Krone", das „Kreuz", den „Bären", das „Lamm" und den „Ritter."[60] Bei den beiden westlichsten Gassen trugen andere Ursachen zur Namensgebung bei. Die Westseite der äußersten Gasse blieb lange Zeit ungerodet, so lag es nahe die Straße „Waldgasse" zu taufen. In der Parallelstraße standen einige herrschaftliche Häuser, in welchen der Markgraf Hofdiener beherbergte, so daß sich hier der Name „Herrengasse" einbürgerte.[61] Die nördlichen Alleen wurden nach Nachbarorten benannt, zu denen die einzelnen Alleen führten.[62] Auch im behördlichen Schriftverkehr setzten sich diese Straßenbezeichnungen der Umgangssprache bereits in den zwanziger Jahren durch.[63]

Schon am 5. Juli 1717 hatte Markgraf Karl Wilhelm erstmals Audienz in der neuen Stadt gehalten. Zwei Wochen später wurde der Start zur planmäßigen Bebauung gegeben: Am 19. Juli 1717 verkündete Markgraf Karl Wilhelm, er werde die Kanzlei bis zum Mai des folgenden Jahres nach Karlsruhe verlegen.[64] Wenngleich sich der Umzug dann bis in den September 1718 hinauszögerte, hatte das Hofpersonal schon im Herbst 1717 seine Wohnung in Karlsruhe zu nehmen.[65] Mit den Hofleuten kamen nun auch wohlhabendere Personen nach Karlsruhe, was die Zusammensetzung der Bevölkerung vollkommen veränderte. Die „Barackengesellschaft" der Jahre 1715 und 1716, die aus Tagelöhnern und Bauhandwerkern bestand, wurde nun von der eigentlichen Karlsruher Bürgerschaft abgelöst, welche gemäß der Privilegien für das Privatbauwesen der Stadt sorgen sollten.[66]

Die städtische Bebauung begann im östlichen Teil der Radialstraßen, der Durlach am nächsten lag. In der Kronengasse standen 1717 schon drei Häuser, die vermutlich bereits den Bauvorschriften entsprachen.[67] Da die Kronengasse in direkter Linie auf die bereits bestehende Bauleutesiedlung Klein-Karlsruhe stieß, konnte hier die Bebauung einfach fortgeführt werden. Die Bärengasse war aufgrund ihrer geringen Ausdehnung als mittlere der Radialstraßen bereits 1717 fast vollständig bebaut. Bis 1718 standen in den östlichen Radialstraßen dann zweiundzwanzig Häuser, während das westliche Stadtgebiet erst vier aufwies. Das Bauwesen kam hier langsamer voran. Die westliche Seite der Waldgasse, die gleichzeitig Stadtgrenze war, blieb sogar lange Zeit gänzlich unbebaut.

1719 setzte die Erschließung der Langen Straße ein. Sie schritt rasch voran. Bis ins folgende Jahr waren hier schon 31 Häuser errichtet oder zumindest im Bau. In der Langen Straße standen damit fast ein Drittel aller bis zu diesem Zeitpunkt errichteten Privathäuser, deren Anzahl 1720 auf 125 gestiegen war. Bis über die Jahrhundertmitte hinweg erhöhte sich der Bestand nochmals um das Zweieinhalbfache.[68] Abgesehen vom Zirkel und einigen weiteren Baulücken war das Areal der ersten Stadtanlage nun weitgehend überbaut. Auch die Waldgasse hatte bis 1749 auf beiden Seiten Häuserreihen, lediglich am nordwestlichen Ende der Straße beim Linkenheimer Tor wurde der bauliche Anschluß zum mittleren Zirkel erst 1765 mit dem Gasthaus „Durlacher Hof" erreicht.[69] Die östliche Seite der Waldhorngasse wies ebenfalls noch Lücken auf.[70]

An der Langen Straße zu wohnen, war vor allem für die Gewerbetreibenden von Vorteil. Die Durchgangsstraße zwischen Durlach und Mühlburg sorgte für mehr Passanten, als es in den Radialstraßen der Fall war. Für die Bäcker etwa, die schon 1719 das Privileg des Ladenverkaufes erhielten und damit ihre Backwaren nicht wie in Durlach nur auf dem Markt verkaufen durften, barg eine günstige Geschäftslage zweifellos Vorteile im Wettbewerb.[71] Etliche Familien, die schon ein Haus in einer der Gassen besaßen, leisteten sich alsbald ein weiteres in der Langen Straße. Apotheker Stahl hatte bereits im Juli 1724 sein Haus in der Adlergasse veräußert.[72] Bald darauf besaß er ein neues in der Langen Straße.[73] Zimmermann Zwickel aus der Rittergasse sowie Metzger Braunwarth aus der Waldhorngasse[74] erwarben ebenfalls neue Immobilien an der Langen Straße. Mit etwas Glück konnte man auch über ein Tauschgeschäft an das gewünschte Objekt geraten, wenngleich für einen Wohnsitz in der Langen Straße stets ein Aufpreis zu zahlen war. Metzger Emanuel Ziegler und sein Nachbar Chirurg Röckle boten ihre Häuser in der Kronengasse zum Tausch. 1724 fand Röckle im Schreiner Nikolaus Hepperditzel einen Interessenten, dem er für dessen Haus in der Langen Straße 112 Gulden zuzahlen mußte. Röckle tauschte ein Jahr später mit dem Juden David Reutlinger, welcher immerhin 145 Gulden als Aufpreis verlangte.[75]

Immobilienhandel –
ein lukratives Nebengeschäft

In den Anfangsjahren gewannen die Immobilien rasch an Wert, was zu Spekulationsgeschäften geradezu einlud. Vor allem in den zwanziger Jahren blühte das Geschäft. Binnen zweier Jahre (zwischen Juli 1723 und August 1725) wechselte ein Wohnhaus in der Langen Straße fünfmal seinen Besitzer, wobei ein Verkauf allerdings an der Zahlungsunfähigkeit des Interessenten scheiterte. Der für dieses Haus erzielte Kaufpreis erhöhte sich dabei um ein Viertel.[76] Um diese Zeit lag der durchschnittliche Kaufpreis eines einstöckigen Hauses bei etwa 460 Gulden. Zwanzig Jahre später mußte man schon 100 Gulden mehr bezahlen. Bei den zweistöckigen Zirkelhäusern, von denen allerdings nur wenige zum Verkauf standen, verhielt sich die Preisentwicklung umgekehrt. Anfänglich wurden hier häufig über 2.000 Gulden bezahlt, in den vierziger Jahren sank der für Zirkelhäuser veranschlagte durchschnittliche Betrag auf etwa die Hälfte.[77] Relativ teuer waren auch die als Wirtshäuser eingerichteten, meist größer dimensionierten, südlichen Eckhäuser der Radialstraßen. 1724 verlangte der Zimmermann Georg Kaspar Zwickel für das Gasthaus „Zum Ritter" 752 Gulden in bar. Der künftige Besitzer, Metzger Hans Philipp Braunwarth, willigte ein, doch behielt er sich im Kaufvertrag vor, daß Zwickel im Hof des Hauses noch eine Schlachtbank zu errichten habe.[78] Die Reihenmittelhäuser differierten je nach Standort in ihrem Preis. In der Waldhorngasse lag der Verkehrswert deutlich höher als in der Ritter-, der Herren- und der Waldgasse, in welchen bis 1733 in ähnlich hoher Zahl Häuser verkauft worden waren. Während hier durchschnittlich 561 Gulden gezahlt wurden, waren es in der Herrengasse 402 Gulden, in der Rittergasse 356 Gulden und in der Waldgasse schließlich nur 233 Gulden. In Einzelfällen basierten die niedrigen Preise allerdings auch auf Sonderkonditionen, die dem Käufer angelastet wurden. So bot Bäcker Johann Georg Trautmann seinem künftigen Schwiegersohn ein Haus in der Waldgasse für 240 Gulden unter der Bedingung an, daß jener Trautmanns Mutter ein Wohnrecht einräume. Doch gerade in der Waldgasse stiegen die Häuserpreise in den vierziger Jahren beträchtlich. Mit einem Durchschnittswert von 588 Gulden erreichten sie nun mehr als das Doppelte. Die günstigsten Häuser erhielt man inzwischen mit 425 Gulden in der Rittergasse. Hier befanden sich um die Jahrhundertmitte auch tatsächlich die bescheidensten Häuser. Anhand einer 1754 erstellten Liste, in der die Frontlänge aller Häuser, ausgenommen der Zirkelgebäude, notiert wurden, läßt sich die Breite der Häuser recht einfach ermitteln.[79] Für die Rittergasse erhält

man einen Durchschnittswert von 33 Schuh, das entsprach etwa 9,9 Metern. Hier standen zwischen anderen die kleinen Häuschen von Schuhmacher Franz Goß mit 5,7 Meter oder das von Schneider Andreas Schmidt mit 6 Metern. Diese hoben sich deutlich von den Häusern der Waldhorngasse ab, die mit einem Durchschnittswert von 15,3 Metern die längsten Häuserfassaden aufwiesen. Auf der östlichen Seite erstreckte sich der Wohnsitz von Rentkammerpräsident von Gemmingen über 18 Meter, der vom Anwesen des Geheimrates von Leutrum mit 18,6 Metern noch übertroffen wurde.[80]

Die Baugrundstücke erhielten die ersten Zuzugswilligen unentgeltlich angewiesen. Noch 1722 hatte der Markgraf je Bauplatz eine Mindestgröße von 12 Metern Frontlänge zugesichert.[81] Meist wurden die ausgewiesenen Flächen jedoch großzügiger bemessen, so daß die Plätze bald vergeben waren und auch diese nunmehr käuflich erworben werden mußten. Das galt hauptsächlich für die später erschlossene Langen Straße. Diejenigen, welche sich frühzeitig ein ausreichend großes Areal abgesteckt hatten, konnten davon profitieren. Dem Glaser Georg Adam Ottmann aus Durlach stand neben seinem Haus in der Langen Straße noch ein etwa 15 Meter breites Grundstück zur Verfügung. Die Baulücke bis zum Nachbarhaus hätte er ohnehin schließen müssen. So verkaufte er das Stück im März 1725 an den Mühlburger Maurer Sebastian Thonauer für 84 Gulden, welcher dort jedoch nur einen Rohbau erstellte, den er seinerseits im September des Folgejahres für 115 Gulden an Schuhmacher Abraham Merker verkaufte.[82] Auch die Grundstücke stiegen schnell im Preis. Mußte man im April 1724 für einen 18 Meter breiten Hausplatz in der Langen Straße 72 Gulden bezahlen, so kostete ein Jahr später ein halb so großes Grundstück bereits 60 Gulden.[83] Fast ebensoviel wurde allerdings für einen einjährigen Mietvertrag gefordert. Küfer Johannes Konrad Kühn übernahm das von Bäcker Hans Martin Haager erbaute Haus in der Rittergasse auf ein Jahr und versprach, über den Mietzins von 50 Gulden hinaus am Haus ein Hoftor anzubringen. Gegenüber dem Immobilienverkauf forderte ein Mietverhältnis weitere Regelungen. Kühn durfte Haagers Holz- und Dungvorräte nutzen und über das Wohnrecht der bisherigen Mieter entscheiden. Auch war er gegen einen unverschuldeten Brand versichert. In diesem Falle hatte der Vermieter alle Kosten zu tragen.[84]

Bauen nach Modell

„Zu mehrerer Zierde, und Gleichheit des Orths", so hatte der Markgraf im Ansiedlungsaufruf von 1715 verkündet, solle jeder Bauwillige sein Haus nach einem „durchgehenden Modell" erbauen.[85] Damit war der Bauherr auf Baurichtlinien hinsichtlich Geschoßhöhe, Größe und Fassadengestaltung verpflichtet. Das Stadtbild durch die Vorgabe eines Baumodelles zu vereinheitlichen, war eine durchaus zeittypische Maßnahme, die schon bei den Wiederaufbauplänen in Durlach eine zentrale Rolle spielte.[86] Denn die Stadtplanung des Barock wurde von der Idee einer Regelmäßigkeit, Proportion und Ordnung im Bauwesen geleitet, die das mittelalterliche Stadtbild mit seinen Erkern und verwinkelten, dunklen Gäßchen ablösen wollte. Wie moderne Reihenhäuser sollten die Gebäude in einer Front stehen. Eine geschlossene Baufront konnte allerdings nur erreicht werden, wenn die vormals giebelständigen Häuser um 180 Grad gedreht wurden, so daß die Dächer nunmehr mit ihrer Traufseite zur Straße zeigten.[87] Diese architektonische Neuerung ermöglichte erst die perspektivische Ausrichtung der Straßenfluchten, welche der Karlsruher Radialanlage ihre optische Wirkung verlieh. Damit erklärt sich auch das hohe markgräfliche Interesse an einer exakten Einhaltung der Bauvorschriften und die erhebliche Unterstützung, welche den Neubürgern im Ansiedlungsaufruf für ihr Bauvorhaben versprochen wurde. Mit seinem Bürgerbrief, der die Vergünstigungen, Rechte und Pflichten gemäß den Privilegien enthielt, konnte er zum landesherrlichen Bauamt gehen und erhielt dort einen Bauplatz zugewiesen. Um die Modellvorschriften problemlos ein-

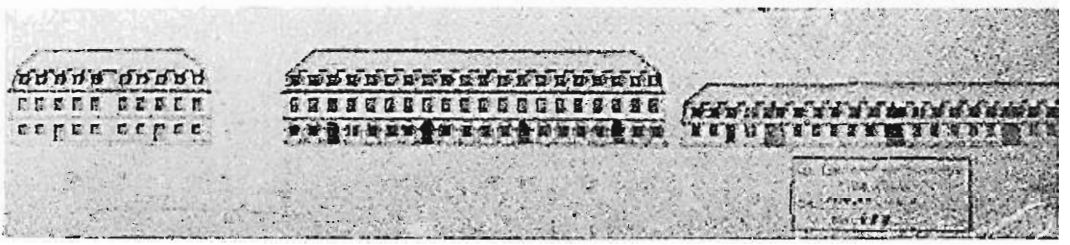
halten zu können, war seit 1722 eine minimale Grundstückslänge von 12 Metern vorgesehen.[88] Hinsichtlich der Grundstückslage durften die Neubürger durchaus Wünsche äußern. Der aus Durlach stammende Bürger Johann Jakob Weich hatte der Bauverwaltung zwei Vorschläge unterbreitet, von denen ihm 1719 einer bewilligt worden war. Kurzfristig wurde er dann jedoch angewiesen, den Bauplatz an der Langen Straße einem anderen Bauherren zu überlassen. Weich, der als Gewerbetreibender auf die günstigen Standortfaktoren der Langen Straße angewiesen war, drohte nun mit dem Rückzug seines Bürgerannahmegesuchs, da – so schrieb er – „ohne Erlangung eines von diesen beiden Plätzen, ohnmöglich hiero zu bauen vermag."[89] Die Bauplätze mußten anfangs vom Bauherrn selbst „ausgestockt", das heißt gerodet werden. Aus diesem Grund war immer genügend Bauholz vorhanden, das wie auch der Bausand kostenlos bezogen werden konnte.[90] Bausteine mußten zwar bezahlt werden, doch waren sie gegen geringen Brecher- und Fuhrlohn in den nahen Durlacher und Grötzinger Steinbrüchen erhältlich.[91]

Die von Johann Friedrich von Batzendorf ausgearbeiteten Modellvorschriften sahen zwei Haustypen vor. Ein größeres, aufwendigeres Modell galt für die Bebauung am Schloßplatz, der damals „Zirkel" hieß. In der Höhe sollten die Häuser zwei Geschosse mit einem zur Mansarde ausgebautem Dach aufweisen. Vorgebaute Arkadengänge waren als verbindendes Element zwischen den Einzelhäusern geplant, die den Reihenhauscharakter der Anlage verstärkten.

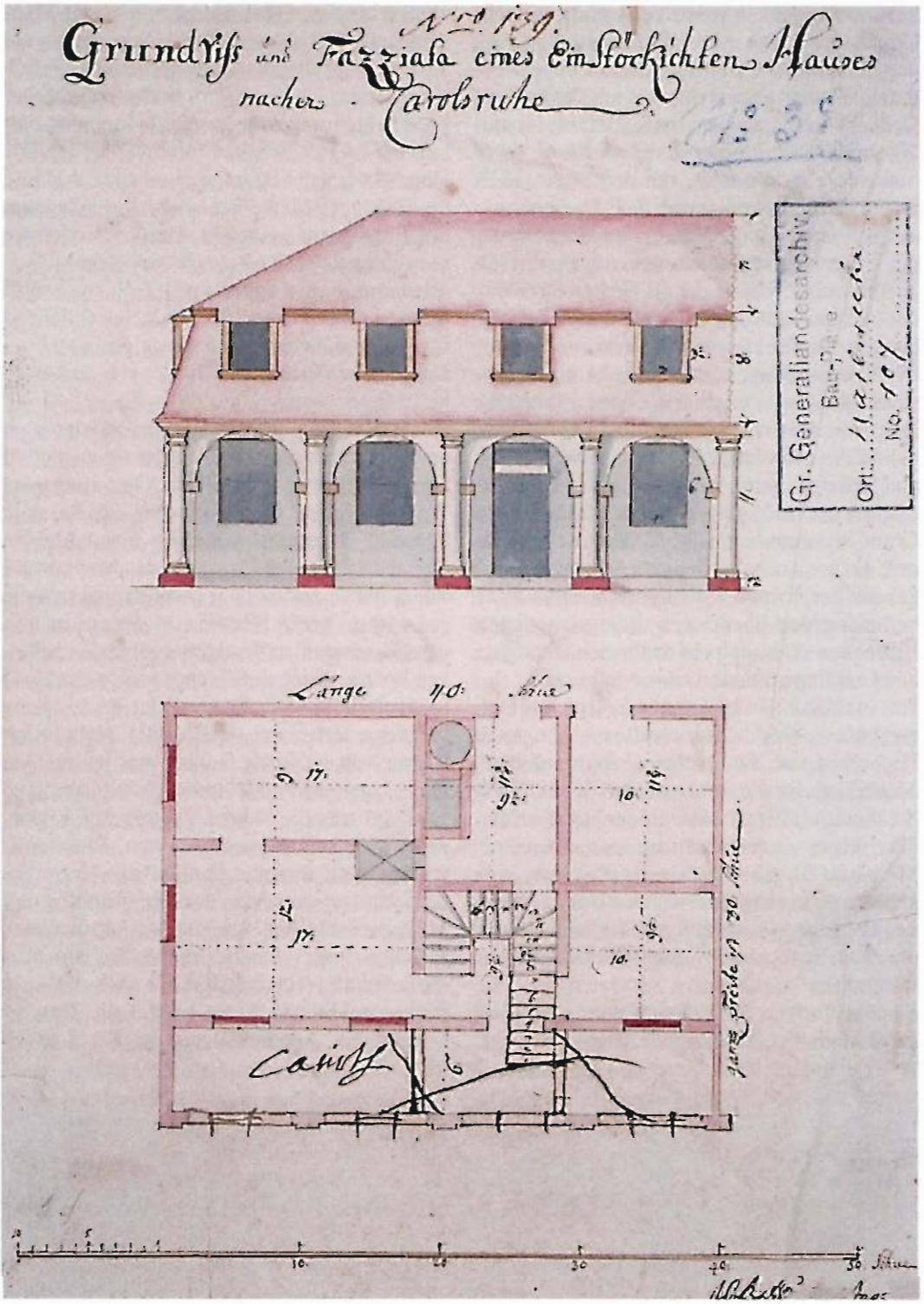
Für den übrigen Stadtbereich wurde ein kleineres Modell vorgeschrieben. Hier genügte es, eingeschossig, allerdings ebenfalls mit Mansarddach, zu bauen. Auf die Arkaden wurde aus Sparsamkeitsgründen verzichtet. Die Frontlänge betrug 12 Meter. Um in den dahinterliegenden Hof zu gelangen, wurde in vielen Fällen eine 1,8 Meter breite Einfahrt angefügt. Die Höhe des Hauses belief sich auf ca. 7,8 Meter, die Tiefe auf 9 Meter. Bei beiden Modellen war das Fundament gemauert. Darüber errichtete man einen Rohbau aus Fachwerk, dessen Zwischenräume mit Lehm und Stroh ausgefüllt wurden. Das Fachwerk wurde anschließend überputzt und vermutlich farbig gestaltet.[92]

Die Innenaufteilung des Hauses war dem Bauherrn freigestellt.

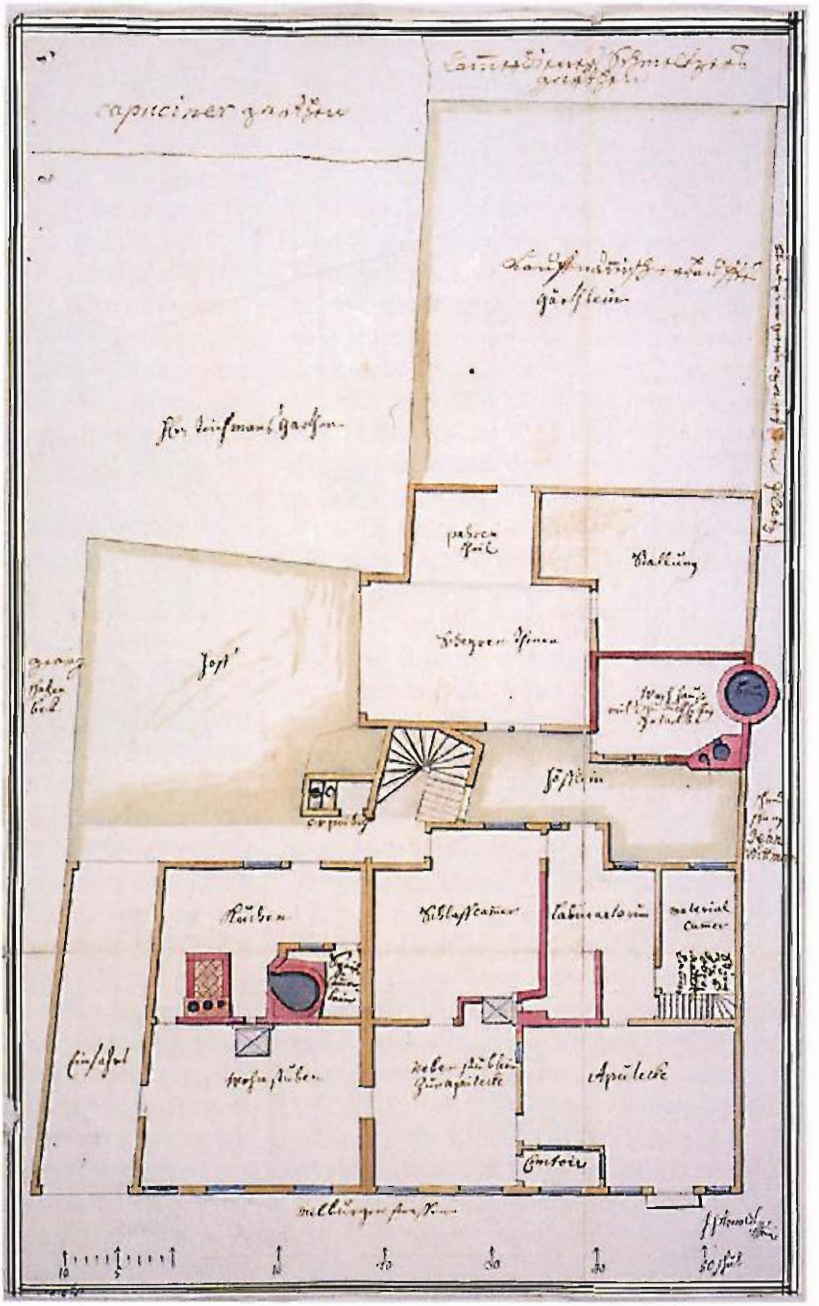
Ein früher Entwurf von Batzendorf, der auch noch die Arkaden für das kleinere Hausmodell vorsah, zeigt eine mögliche Gestaltung des Wohnbereiches. Durch die zur Straßenseite liegende Haustür trat man in einen kleinen Flur, von dem eine Treppe in das Mansardgeschoß führte. Hinter dem Gang befand sich die etwa 10 m^2 große Küche, von der aus man in den Garten und zu den Hintergebäuden gelangen konnte. Gang und Treppe teilten das Haus in zwei Wohnbereiche. Auf der linken Seite befanden sich zwei miteinander verbundene Räume von 18,4 bzw. 9,2 m^2. Auf der rechten Seite lagen zwei kleinere Räume von 10,5 bzw. 8,3 m^2, die keinen Zugang zur Küche, dafür aber zum Hinterhof hatten. Diese Aufteilung wäre für eine Familie mit Gewerbebetrieb ideal gewesen. Die Realisierung der Modellvorschriften erfolgte jedoch in vielen Fällen anders, oder die Bauten wurden über die Jahre hinweg verändert. So auch die Apotheke von Johann Ernst Kaufmann. Das ursprüngliche Apothekerhaus an der Langen



Modellhäuser am Rand eines unsignierten Stadtplanes aus der Gründungszeit der Stadt Karlsruhe.

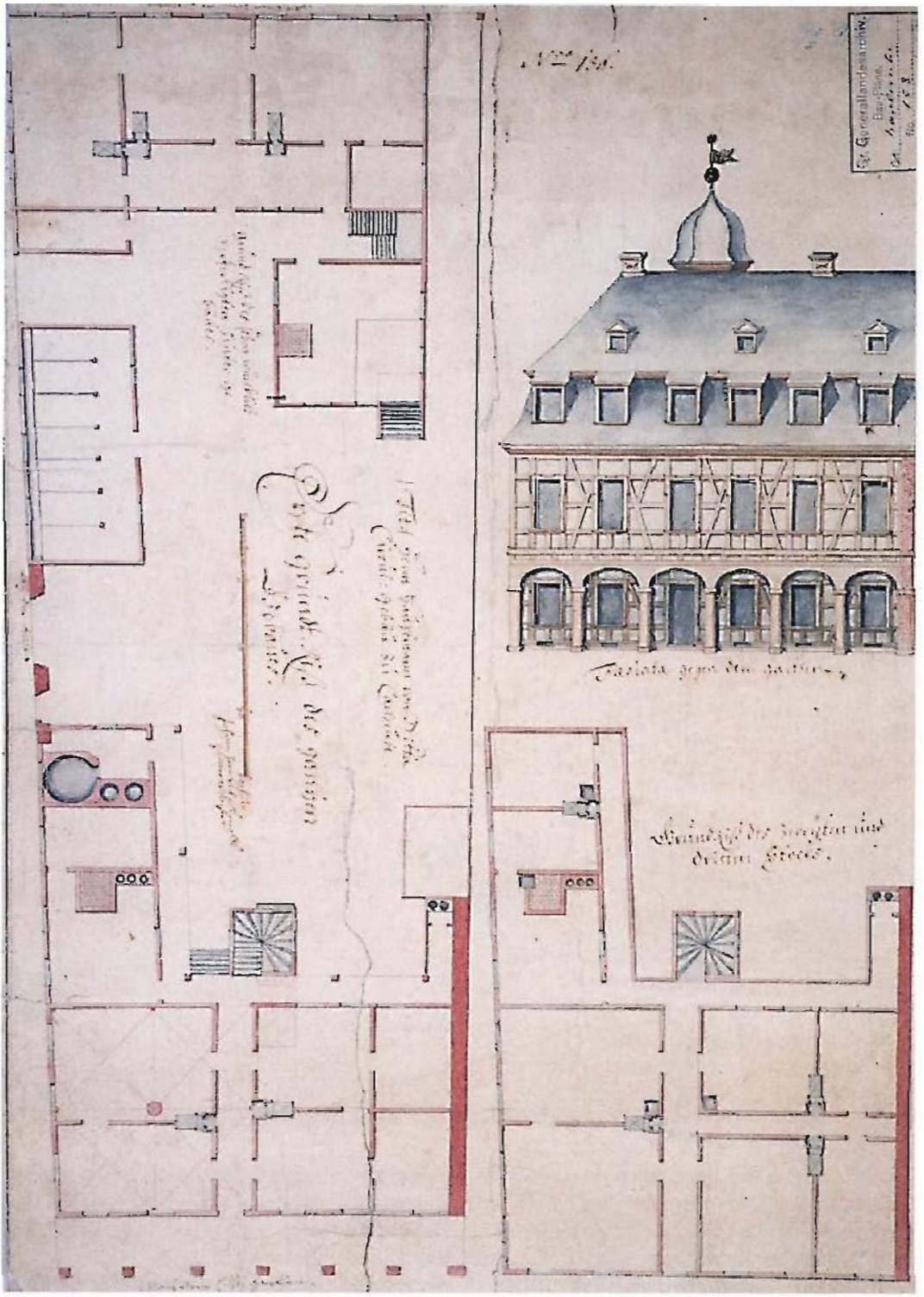


Jakob Friedrich v. Batzendorf: Grundriß und Ansicht eines einstöckigen Hauses, um 1715.



Grundriß des Apothekerhauses von Johann Ernst Kaufmann, 1739.

Straße wurde 1727 gegenüber dem späteren Rathaus erbaut und entsprach annähernd den Modellvorschriften. Für eine Erweiterung seines Ladengeschäftes kaufte der Apotheker 1739 das Haus seines Nachbarn Jakob Kiefer und baute es um. Kiefer war Schuhmacher und benötigte für seine Werkstatt nur einen kleinen Raum. Das Haus war etwa halb so groß wie der Modellbau seines Nachbars und entsprach damit den Bauvorschriften in keiner Weise. Aber auch die erweiterte Apotheke war nun kein Modellbau mehr.



Johann Heinrich Arnold: Ansicht und Grundrisse des Hauses Ecke Schloßplatz und Rittergasse, um 1717.

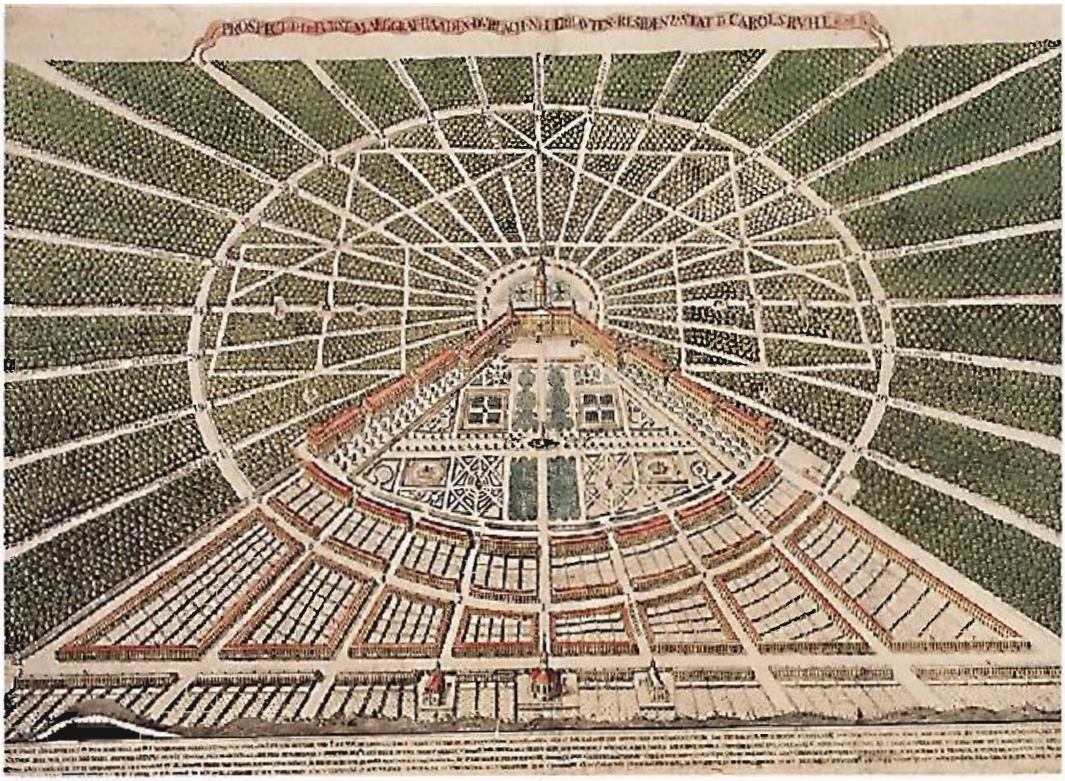
Für das große Modell am Zirkel galt ebenfalls nur die vordere Fassadengestaltung als verbindlich. Wie ein solches Haus ausgebaut werden konnte, zeigt der Plan des Zirkelgebäudes an der westlichen Ecke der Rittergasse, das um 1717 Hauptmann Johann Nikolaus von Nidda vermutlich in dieser Weise erbauen ließ.[93] Die Hausfront erstreckte sich über circa 18 Meter. Von der Rittergasse führte eine Hofeinfahrt zu den Hintergebäuden, Pferdestall und Waschhaus. Die individuelle Gestaltung des Eigenheimes aber – an der Vorderfassade angesichts der Bauvorschriften nicht realisierbar – wurde dann um so eigenwilliger an der Rückseite des Gebäudes ausgeführt: Zum Hof hin entstand ein Laubengang sowie ein Treppenturm, der keck über das Gebäude hinausschauend, dieses vor Uniformität bewahrte.

Die Zirkelbebauung – Idee und Wirklichkeit

Nicht ohne Grund hatte Markgraf Karl Wilhelm zwei verschiedene Hausmodelle für seine Stadt vorgesehen. Im Ansiedlungsaufruf von 1715 hieß es, jeder Interessent solle den Bauplatz „nach Beschaffenheit seiner Profession, Stand und Famille, nicht weniger, wo es nöthig, zum Hoff, Scheuren, Stallung und Garten"[94] zugewiesen bekommen. Die Unterschiede bezogen sich nicht alleine auf die Größe der Grundstücke, sondern auch auf ihre Lage. Umfangreiche Hintergebäude, wie sie eine standesgemäße Lebenshaltung erforderte, waren nur an den Zirkelhäusern vorgesehen. Die ständische Gesellschaftsstruktur hätte sich somit im Stadtbild widerspiegeln können: Im Zentrum das Schloß als Herrschaftssitz des absolutistischen Fürsten, in einem Halbkreis umringt von den Palaisgebäuden des Hofadels und der hohen Beamtenschaft am Zirkel; in mäßiger Distanz, beginnend beim mittleren Zirkel, das Stadtareal als bürgerlicher Wohnbereich, der durch die Straßenfluchten auf das Zentrum, den Fürstensitz, ausgerichtet blieb.

Das Zirkelareal teilte sich durch die neun Radialstraßen in acht Baublöcke auf. Die Straßenfront der Blöcke maß etwa 60 Meter. Mit Ausnahme des Areals zwischen der Adler- und der Kronengasse, auf dem um 1723 eine Orangerie errichtet wurde,[95] waren die Grundstücke in mehrere Bauplätze separiert. Diese zogen sich bis zum mittleren Zirkel hin, so daß die Bebauung der Radialstraßen an jenem endete.[96] So bevorzugt und großzügig diese Wohngegend auch war, die Nachfrage blieb bei den Zirkelgrundstücken bescheiden, weshalb jeder Interessent, ungeachtet seiner Standeszugehörigkeit und seines Berufes, auf Wunsch einen Zirkelbauplatz erhalten konnte. Bis 1720 besaßen acht Bürger ein Haus am Zirkel. Drei der Besitzer gingen dem Händlergewerbe nach, zwei waren einfache Schuhmacher, die anderen beiden bürgerliche Beamte. Überdies wies keiner der Händler die lutherische Landeskonfession auf. Einer war Katholik, zwei gehörten dem jüdischen Bekenntnis an.[97] Auch die Anwesenheit von Fremdkonfessionellen paßte kaum zur Idee eines sozial bevorzugten Wohngebietes. Diese acht bürgerlichen Hausbesitzer dürften mit ihren Häusern gerade zwei Baublöcke gefüllt haben. Hinweise auf adelige Bauherren sind nur in zwei Fällen bekannt. Geheimrat von Rotberg ließ ein Zirkelgebäude errichten, das er bereits 1720 an den Markgrafen verkaufte und dafür lebenslängliche Versorgungsleistungen erwarb.[98] Der zweite adelige Bauherr gehörte noch nicht lange dem Adelsstand an. Hauptmann Johannes Nikolaus von Nidda wurde erst unter Karl Wilhelms Vater nobilitiert.[99] Um 1717 ließ er an der östlichen Ecke des zwischen der Ritter- und der Herrengasse liegenden Areals ein Gebäude errichten. Nidda war Inhaber der Kannenwirtschaft in Grötzingen. Sein neues Karlsruher Zuhause nutzte er vermutlich nur für Besuche in der Residenzstadt, denn auch er verkaufte das Zirkelhaus schon 1721 an den Markgrafen.[100]

Das Bauwesen am Zirkel blieb somit auf landesherrliche Initiativen angewiesen. Für die Kanzlei wurde bereits 1718 das östliche Eck des Baublockes zwischen der Waldhorn- und der Kronengasse überbaut. Auch das auf einen noch freien Bauplatz folgende Nachbarhaus



Karlsruher Stadtansicht, Kupferstich von Heinrich Schwarz 1721.

war herrschaftlich. Anfangs wurde es von Geheimrat zur Glocken bewohnt und ging später in dessen Besitz über. Zwischen Lamm- und Rittergasse entstand in den zwanziger Jahren das Erbprinzliche Palais, in dessen westlichen Teil 1736 die Kanzlei verlegt wurde.[101] Vor der Jahrhundertmitte bildeten, abgesehen vom westlichen Eckhaus zwischen Ritter- und Herrengasse (Stadelmannsche Haus), in welchem ab 1744 die Geheimratskanzlei untergebracht war, diese Gebäude den Bestand der markgräflichen Verwaltungs- und Wohngebäude am Zirkel. Darüber hinaus ließ der Markgraf dort mindestens drei weitere Privathäuser errichten,[102] von denen zwei zwischen der Bären- und Lammgasse standen. Das Eckhaus an der Bärengasse war seit Juli 1717 als Gastwirtschaft eingerichtet, die den Namen „Zur Sirene" erhielt. Der Markgraf hatte das Gebäude einer seiner Hofsängerinnen mit dem Namen Dorothea Adam als Wohnung unter der Bedingung überlassen, daß sie gemeinsam mit seinem Mundkoch Philipp Nast eine Wirtsstube einrichte.[103] Für die Hofbediensteten war der Weg zur „Sirene" nun näher als in die an den südlichen Enden der Gassen liegenden bürgerlichen Gasthäuser. 1722 verkaufte der Markgraf das Gebäude an Nast, der die Summe von 1.500 Gulden bar beglich. Das übernächste Haus in diesem Quadrat wurde im gleichen Jahr von einer anderen Hofsängerin gekauft. Seine Ausstattung war zweifellos besser, da der Kaufvertrag ausdrücklich darauf verweist, daß „alles, was darinnen nied und nagelvest ist", auf den Käufer übergehe. Zum Haus gehörte ferner ein etwa ein Hektar großer Garten südlich der Stadt. Die Dame verpflichtete sich, die 2.000 Gulden, welche das Gebäude kosten sollte, bar, „theils aus ihren eigenen Mitteln theils aus ihrer bishero verdienter Besoldung, zu bezahlen."[104] Der Markgraf versuchte demnach über den Ver-

kauf von Häusern an Hofangestellte, deren Engagement für das Zirkelbauwesen zu wecken. Auch die Bevölkerung der südlichen Landesteile wurde in die Baumaßnahmen der neuen Residenzstadt einbezogen. An sie erging ein Spendenaufruf, auf den 1716 aus Hachberg, Badenweiler und Lahr insgesamt 4.266 Gulden und 40 Kreuzer nach Karlsruhe geschickt wurden.[105] Trotz dieser Maßnahmen ließ sich die idealistische Bauplanung, wie sie Heinrich Schwarz 1721 in einem Kupferstich ausführte, nicht realisieren (s. Abb. S. 86). 1724 diskutierte der Geheimrat über die Frage, warum das Interesse an den Zirkelbauplätzen ausgeblieben wäre. Als Antwort konnten die Räte nur ökonomische Gründe anführen. Da mit einem Zirkelbau die gleichen Nutzungsrechte wie mit einem gewöhnlichen Haus verbunden wären, die Baukosten jedoch um vieles höher lägen, hätten sich nur wenige Zuwanderer für die größere Investition entschieden. So mußte beispielsweise Jude Model Löw aus Pforzheim für die Errichtung seines Zirkelhauses, das an der östlichen Ecke der Lammgasse zu stehen kommen sollte, 2.030 Gulden an die Bauträger Scheidle und Steininger zahlen.[106] Die Kosten für den Rohbau eines modellmäßig einstöckigen Hauses, von denen die jungen Zimmerleute Langenbach gleich sechs Stück auf einmal erbauten, betrug hingegen nur jeweils 52 Gulden.[107]

Im einzelnen läßt sich die Bauentwicklung am Zirkel nicht mehr verfolgen. Mit Sicherheit wies das Areal jedoch noch bis zur Jahrhundertmitte Baulücken auf. So blieben etwa die Grundstücke zwischen der Herren- und der Waldgasse bis 1762 unbebaut.[108] Auch in der zweiten Jahrhunderthälfte gehörten die Bewohner der Zirkelhäuser keinesfalls nur dem Adel oder der Beamtenschaft an. In der Wohnstruktur Karlsruhes spiegelte sich demnach zu keiner Zeit das ständische Gesellschaftsmodell wider. Markgraf Karl Wilhelm war als unmittelbarer Nachbar jeder willkommen, der das Geld für einen Zirkelbau mitbrachte, gleichgültig welchem Stand, welcher Konfession oder Nationalität er angehörte.

Ein Schloß aus Holz

Wie die Modellhäuser wurde auch das markgräfliche Schloß mit seinen Nebengebäuden überwiegend als Fachwerkbauten errichtet. Eine Residenz in solch unsolider Bauweise zu planen, galt für die damalige Zeit als außergewöhnlich, so daß die Zeitgenossen nach Erklärungen suchten. Ob wahr oder erfunden, schon im 18. Jahrhundert erzählte man sich in Karlsruhe die Geschichte des Freiherrn von Pöllnitz, der bei einer Durchreise den Markgrafen erstaunt fragte, warum das Schloß und die Zirkelhäuser nur „von Holz und wenigstens nicht von gebackenen Steinen aufgebauet wären." Der Markgraf habe geantwortet, so überlieferte Friedrich Leopold Brunn, „hätte er ein Haus von Steinen aufführen lassen wollen; so würde er dieses nicht mehr ohne eine außerordentliche Schatzung [= Steuer] seiner Unterthanen haben thun können, und hätte so vielleicht, da mehr Zeit dazu erforderlich gewesen wäre, nicht einmal die Vollendung seines Werkes erlebt." Und weiter: „Weil er nun eben nicht der reichste Herr sey; so habe er bloß ein Haus nach seinen Umständen erbauet, und er wolle lieber, daß man von ihm sage, er wohne übel und habe keine Schulden, als er habe ein kostbares Schloß und stecke in großen Schulden."[109] Natürlich gab Brunn, der zu Revolutionszeiten schrieb, den Aussagen des Markgrafen völlig anachronistisch einen aufgeklärt-absolutistischen Unterton. Gleichwohl war Karl Wilhelm für Sparsamkeit in seinen Regierungsgeschäften durchaus bekannt.[110] Die Sorge, sein Schloß nicht mehr in vollendetem Zustand erleben zu können, zeigte sich denn auch als unbegründet. Unmittelbar nach der Grundsteinlegung am 17. Juni 1715 begannen die Arbeiter mit der Errichtung des Turmes und des Mittelbaues, dem Corps de logis.[111] Bereits ein Jahr später, am 20. September 1716, konnte das Dach des siebenstöckigen, 42 Meter hohen Turmes aufgesetzt werden. Das Corps de logis war 1718 bezugsfertig. Der zweistöckige Bau maß 51 Meter Länge und 15 Meter Tiefe. Er enthielt im westlichen Teil die Privatzimmer des Markgrafen,

darunter Audienz- und Kabinettzimmer. Im östlichen Teil war die Schloßkapelle eingerichtet worden. Ihre Einweihung feierte man bereits am 31. Oktober 1717 zum 200jährigen Jubiläum der Reformation. Die Kapelle enthielt Deckenfresken von Francesco Antonio Giorgio, welche die Taufe Jesu, Himmelfahrt und Jesus beim letzten Abendmahl zeigten. Das in der Barockzeit unentbehrliche Opernhaus sowie der Ballsaal sollten ihren Platz im 94,5 Meter langen Ostflügel erhalten, der im März 1719 fertiggestellt wurde.

Die Bauvergabe für den Westflügel erfolgte erst am 8. April 1718. Neben den Wohnquartieren für fürstliche Verwandte oder Besucher war hier ein weiterer großer Saal vorgesehen. Doch ausgeführt wurde lediglich ein Drittel der Anlage. Der Flügel blieb unvollendet.

Auf frühen Plänen ist zu erkennen, daß nach der ursprünglichen Planung die beiden Seitenflügel bis zum Zirkel reichen sollten (s. Plan S. 78). Die dabei entstandene Frontzeile wurde dann jedoch als wenig ästhetisch empfunden, weshalb man die Seitengebäude als separate Einheiten entstehen ließ. Südlich des Ostflügels, seitlich etwas versetzt, waren seit 1719 drei Marställe im Bau. Nur der nördlichste wurde massiv, Reithaus, Remise und Stallung hingegen behelfsmäßig errichtet. Die Gebäude erstreckten sich über eine Front von 67,5 Metern. Etwas später wurde gegen Norden zu der sogenannte kleine, lange oder hintere Stall erbaut. Symmetrisch zu den Marställen baute man auf der Westseite drei Orangerien. Auch hier wurde der Platz nördlich davon und damit direkt hinter dem Westflügel des Schlosses für Wirtschaftsräume genutzt. 1718 entstand der einstöckige Küchenbau mit Hofküche, Marschallamt und Hofkämmerei. Auch die Hofapotheke war hier untergebracht. An der Nordecke endete das Gebäude mit einem einstöckigen Pavillon, auf dem ein Glockentürmlein angebracht war, dessen Läuten das Gesinde zum Essen rief. Zwischen dem Küchenbau und den südlich davon gelegenen Orangerien stand das Wasch- und Gesindehaus. In ihm wohnten Mägde und Küchenjungen. Westlich der Orangerien schloß sich der Bauhof mit dem Holzlager an.

Karl Wilhelms Vorliebe für Blumenzucht und Gartenbau äußerte sich in der Anlage von zwei Schloßgärten. Das Gelände hinter dem Schloß war streng barock mit Bosketten und Brunnen gestaltet. Den Schloßturm umringten 22 kleine Häuschen, die in ihrer Anordnung ein Pendant zu dem am Zirkel geplanten Gebäude bildeten und deshalb „Zirkelhäuschen" genannt wurden. Sie dienten unterschiedlichen Zwecken, so wurden einige als Lagerraum für die Hofapotheke, für Theaterkulissen oder Munition genutzt. Aber auch die Werkstätte des Hofhafners und die Hofmetzgerei fanden hier Platz. Andere Häuschen waren als Brunnenhäuser ausgebaut oder dienten als Wohnräume für den Brunnenmeister, den Büchsenspanner und die Dragoner. Ein massiv gebautes beherbergte das herrschaftliche Laboratorium. In einem weiteren waren Wasch- und Badehaus untergebracht. In den übrigen wurden Tiere gehalten. Es gab Häuschen für Hunde, Hühner, Affen und Hasen, aber auch für Tauben und Seidenwürmer. Die bauliche Ausstattung wurde entsprechend den unterschiedlichen Funktionen gewählt.

Der vordere Schloßplatz war ebenfalls als Garten angelegt, was dem Zeitusus eigentlich widersprach. Barockanlagen nutzten diesen Raum stets als Paradeplatz. Zu diesem Zwecke wurde in Karlsruhe nur der Platz zwischen den beiden Schloßflügeln ausgespart. Davor erstreckte sich ein ausgedehnter Barockgarten mit Parterren unterschiedlichen Niveaus, in denen sich Menagerien, Brunnen und ein Ententeich befanden.

Handel und Gewerbe

Steuererleichterungen für die neue Residenz

Sollte die Neugründung einer Stadt glücken, dann mußte sie vor allen Dingen wirtschaftlich lebensfähig sein. Für die neue Residenz hieß dies, daß die Einwohner mit Nahrungsmitteln ausreichend versorgt und ein befrie-

digendes Angebot an Dienstleistungen vorhanden zu sein hatte. Nach der bis ins 18. Jahrhundert geltenden Wirtschaftslehre des Merkantilismus vertraute man nicht einfach darauf, daß die Nachfrage das Angebot hinreichend regeln werde. Der absolutistische Landesherr verstand sich vielmehr als „Lenker der Wirtschaft" und griff auf vielfältige Weise ins Wirtschaftsleben ein. Ziel seiner Wirtschaftspolitik war, möglichst viel Kapital, Sachwerte und Fachwissen in seinem Land zu zentrieren, um es autark, aber auch steuerlich leistungsfähig werden zu lassen. Die Anlage einer neuen Stadt, in der sich ertragreiches Gewerbe, reger Handel und steuerkräftige Einwohner einfinden konnten, stellte von daher nicht zuletzt eine wirtschaftspolitische Maßnahme dar.[112] Auch Markgraf Karl Wilhelm ergriff zahlreiche Maßnahmen, um über Monopolvergaben, Verkehrsförderung und Zollerhebung die Einnahmen des Landes zu erhöhen. Wenngleich der Binnenhandel in der Markgrafschaft nur unbedeutend war, so konnte das Baden-Durlacher Gebiet vom Transithandel zwischen Frankfurt und Basel profitieren. Karl Wilhelms Versuch, durch drastische Zollerhöhungen die verkehrsgünstige Lage zu nutzen, scheiterte allerdings an der einfachen Tatsache, daß der Nord-Südverkehr in der Folgezeit auf die linke Rheinseite auswich. Bereits 1718 sah sich der Markgraf gezwungen, in einer neuen Zollordnung wieder zu geringeren Zollsätzen zurückzukehren.[113] In Baden-Durlach wurden für alle die Markgrafschaft passierenden Waren, der sogenannte „Landzoll" berechnet.[114] Erfolgte der Verkauf der Produkte im Land, hatten Käufer und Verkäufer je zur Hälfte den „Pfundzoll", eine Art Umsatzsteuer zu entrichten. Die Steuersätze lagen normalerweise bei 3,3%, für einige Handelsobjekte galten jedoch besondere Anschläge.[115] Bei der Veräußerung von Liegenschaften wurden beispielsweise nur 1,6% der Kaufsumme erhoben, bei Leder 3,2%, bei Wein jedoch mit etwa 6,4% gerade das Doppelte.[116] Wein zählte zu den wichtigen Landesprodukten, und so wurde der Weinhandel mit weiteren Abgaben belegt. Um den Absatz der heimischen Winzer zu sichern, lag auf dem Verkauf von ausländischem, das heißt nicht in Baden-Durlach angebauten, Wein das sogenannte „Konsensgeld", ein Schutzzoll, dessen Höhe oft die Hälfte des inländischen Weinpreises erreichen konnte.[117] Für den Ausschank von Wein und Bier mußte jeder Wirt darüber hinaus eine Schanksteuer – das „Ohmgeld", zu welchem auch der „Maßkreuzer" zählte – entrichten. Neben weiteren Verbrauchsteuern und Zöllen stand als regelmäßige Steuer die landesherrliche Schatzung. Sie lag auf Personen, Gebäuden, Gewerbe, Land- und Viehbesitz, wurde nach sogenannten „Schatzungsmonaten" berechnet und belief sich im Jahr auf circa 2–3 % des Schatzungskapitals.[118] Für die ersten Siedler in Karlsruhe bedeutete die Befreiung von einigen dieser Steuerpflichten eine wirksame Beihilfe zur Existenzgründung. Schon der Ansiedlungsaufruf von 1715 sah wesentliche Steuererleichterungen vor.[119] Die Zuzügler waren von der Schatzung und vom Pfundzoll befreit und mußten für den mitgebrachten Hausstand keinen Landzoll entrichten. Diese Vergünstigungen wurden im Wirtschaftsleben der Stadt auch rege genutzt. In der Praxis zeigte sich jedoch bald, daß der Landesherr ihren Geltungsbereich nicht exakt genug definiert hatte und damit dem „Steuermißbrauch" Tür und Tor geöffnet hatte. So verkaufte im August 1718 der nach Karlsruhe gezogene Metzger Philipp Braunwarth sein altes Haus in Spöck mitsamt den dort gelagerten Waren ohne dafür Pfundzoll zu bezahlen.[120] Als Karlsruher Hausbesitzer sah er die Privilegien an seine Person gebunden und nutzte sie folglich ebenso außerhalb des Stadtgebiets. Aber auch Hans Mößner aus Dürrenbüchig veräußerte seinen Ochsen auf der Grötzinger Weide ohne Pfundzoll zu entrichten. Sein Vertragspartner, der Wirt vom „Wilden Mann" stammte aus Karlsruhe, und da dieser das Steuerprivileg besaß, interpretierten beide das Geschäft als steuerfrei. Der landesherrliche Zollbeamte, der dem Markgrafen den Vorfall im November 1719 meldete, beklagte die schlechte Steuermoral der Untertanen bitter, „ja in Absicht der Karlsruher Freiheit ist nicht einmal daran ge-

dacht worden."[121] Sogar die rechtmäßig begünstigten Karlsruher fanden eine Möglichkeit, die mit dem Hausbau erworbenen Privilegien auszuweiten. Über den Verkauf eines Hausteiles glaubte man, auch den Privilegienanspruch in voller Höhe weitergeben zu können. So schien die Zahl der privilegierten Einwohner in Karlsruhe explosionsartig zu wachsen, und die Zollbeamten sahen sich angesichts des vermeintlichen Mißbrauchs zu ständigen Anfragen bei der Regierung gezwungen.

Mit einem zweiten Gnadenbrief, der nun nicht mehr als Ansiedlungsaufruf an die einzelnen Zuzügler, sondern als Privilegienbrief an die Stadt erging, sollte unter anderem der Rechtsunsicherheit bei den Steuervergünstigungen ein Ende bereitet werden. Am 12. Februar 1722 wurde der Privilegienbrief verliehen, am 15. August 1724 folgten einige weitere Zusätze. Nunmehr stand fest, daß die Pfundzollfreiheit für alle in Karlsruhe getätigten Geschäfte gelten sollte.[122] Damit war der Karlsruher Markt generell privilegiert, so daß auch Fremde, die in Karlsruhe Handel trieben, in den Genuß der Steuerfreiheit kamen. Vom Landzoll waren nun ausdrücklich die zur Anlage von Manufakturen benötigten Rohstoffe sowie die Ausfuhr der in Karlsruhe gefertigten Waren befreit. An diesen beiden Bestimmungen des zweiten Privilegienbriefes wird besonders deutlich, welches wirtschaftspolitische Ziel der Markgraf inzwischen verfolgte: Die neue Residenzstadt sollte Handel und Gewerbe anziehen. Nur wer dort Handel trieb oder produzierte, hatte steuerliche Vorteile. Das Stadtprivileg wurde auf die Dauer von dreißig Jahren befristet. Wie viel dem Markgrafen daran lag, seiner Residenzstadt durch Förderung von Handel und Gewerbe ein merkantilistisches Gepräge zu verleihen, geht auch aus den zwei Jahre später dem Stadtbrief hinzugefügten Zusätzen hervor. Nochmals wird eigens die Zollfreiheit für Manufakturwaren betont. Diese hatten nun jedoch auch für Kreis- und Reichssteuern zu gelten und wurden unlimitiert „von nun an, und bis zu ewigen Zeiten" erteilt.[123]

Händler, Krämer und Wirte

Für Handeltreibende bot die neugegründete Stadt tatsächlich ideale Bedingungen. Nicht von ungefähr stellten die im Handel Tätigen 1738 die größte Berufsgruppe der Stadt. Unter den 270 Karlsruher Bürgern gaben 31 Personen eine derartige Berufsbezeichnung an.[124] Finanziell stand diese Gruppe mit ihren durchschnittlichen Vermögenswerten an der Spitze der Stadtbevölkerung,[125] wobei die Vermögensunterschiede innerhalb der Berufsgruppe allerdings auffallend hoch waren. Das brachte der Händlerberuf mit sich, denn in ihm bestimmten sich Ansehen und Verdienstmöglichkeit im wesentlichen über das Handelsobjekt. Der Fischhändler Hans Georg Kreuzbauer hatte in seinem kleinen Fischverkauf natürlich mit viel weniger Kapital zu arbeiten als der Lederhändler Löb Wilstätter oder der Viehhändler Moses Abraham.[126] Zwischen dem kleinen Krämer und einem wohlhabenden Kaufmann lagen Welten. Die Etablierung eines größeren Handelsgeschäftes forderte allerdings auch besondere Voraussetzungen. Ein größerer Kaufmann mußte über ein weitgespanntes Netz von Herstellern und Lieferanten verfügen und zugleich sicherstellen, daß seine teure Ware auch Abnehmer finden würde. Der wohlhabendste Händler und zugleich reichste Mann in Karlsruhe, der Jude Salomon Meyer, besaß Kontakte nach Straßburg, Ulm und Lyon sowie nach Mainz und Aachen. Mit seinen Waren belieferte er nicht nur den Karlsruher Hof, sondern unterhielt während des Siebenjährigen Krieges auch die Truppen des Schwäbischen Kreises. Er zählte in Karlsruhe zu den angesehensten Bürgern der Stadt, besaß ein großes Haus am Zirkel und stand der jüdischen Gemeinde vor,[127] deren Mitglieder ebenfalls nahezu alle im Handel arbeiteten. Die Gruppe der jüdischen Händler war so groß, daß anfangs sogar doppelt so viele jüdische wie christliche Händler in Karlsruhe lebten.[128] Unter den ersten Zuzüglern befanden sich auch einige italienische Handelsleute aus dem Gebiet um den Comer See. Eine wirtschaftliche Krise hatte sie zur

Auswanderung gezwungen. Vor allem in katholischen Residenzstädten, in Köln und Bonn, aber auch in Rastatt und dem lutherischen Ludwigsburg, ließen sie sich nieder.[129] Daß sie sich darüber hinaus in lutherischen Residenzneugründungen wie Karlsruhe und Ludwigsburg einfanden, lag an der dort anfänglich in Aussicht gestellten Religionsfreiheit.[130]

Die zentrale Bedeutung, die der Handelstätigkeit in den ersten Jahren der neuen Residenz zukam, war zweifellos durch die Aufbauphase bedingt, in der sich die Stadt befand. Für den Ausbau der Häuser, für die Einrichtung von Werkstätten und nicht zuletzt für die Lebensmittelversorgung der Einwohner wurden Waren benötigt. Gehandelt wurde im Grunde mit allem.

Für Wirte erwies sich die Geschäftslage in der jungen Stadt ebenfalls als äußerst günstig. Wirtshäuser hatten schon immer und überall als wichtige Kommunikationszentren gedient. In Karlsruhe bildeten nun die zahlreichen Bauarbeiter, aber auch die Hofbediensteten und ledigen Beamten eine Kundschaft, die die Wirtshäuser rege besuchte. Die Privilegien hatten auch das Wirtsgewerbe berücksichtigt. Ohne den Erwerb einer Konzession war es jedem Hausbesitzer erlaubt, Wein auszuschenken, den er dann auch nur zu einem ermäßigten und auf 30 Jahre eingefrorenen Satz versteuern mußte.[131] In Durlach hatte diese Schanksteuer (Ohmgeld) zuzüglich des auf jedem ausgeschenkten halben Liter liegenden „Maßkreuzers" für den üblichen Tafelwein etwa 1 Gulden 46 Kreuzer betragen.[132] In Karlsruhe lag der Steuersatz zunächst bei 30 Kreuzern, ab 1722 dann bei 40 Kreuzern je Ohm (= 150 Liter). Viele Hofbedienstete nutzten die Gelegenheit und verkauften einen Teil des als Besoldung erhaltenen Weines. Ehemalige Durlacher boten den aus ihren Weinbergen stammenden Wein im Nebenerwerb an. So lag die Zahl der wirtenden Karlsruher schon 1722 bei 42 Personen.[133] Ungeachtet der großen Konkurrenz ging es den eigentlichen Wirtshausbesitzern finanziell dennoch recht gut.[134]

Der Karlsruher Markt

Die Karlsruher Einwohner besaßen, abgesehen von den Gärten südlich der Langen Straße, keine Ackergemarkung. Hinsichtlich ihrer Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten blieb Karlsruhe ungleich mehr als die alte Residenz auf die benachbarten Hardtdörfer angewiesen, deren Bauern regelmäßig den Durlacher Wochenmarkt belieferten. Um eine zeitliche Überschneidung zu vermeiden, wurde der Karlsruher Markttermin einen Tag vor dem Durlacher angesetzt. Doch die Bauern nahmen diesen nicht an. Im Januar 1718 klagten die Karlsruher Einwohner, die „Hardtleute" würden mit ihren Waren durch Karlsruhe auf den Durlacher Markt ziehen, weshalb „denen hiesigen Inwohnern die Nahrung merklich entzogen würde."[135] Abhilfe sollte eine landesherrliche Verordnung schaffen. Unter Androhung von zehn Reichstalern Strafe wurde den Hardtorten zur Auflage gemacht, die Versorgung der Residenzstadt mit Lebensmitteln sicherzustellen. Die Maßnahme blieb jedoch recht wirkungslos. Den Bauern der Hardt genügten die Absatzmöglichkeiten auf dem Durlacher Markt, zumal sie vielfach von Pferdezucht lebten und so nur in begrenztem Maße landwirtschaftliche Erzeugnisse anzubieten vermochten.[136] Im Mai 1719 wurden die landesherrlichen Sanktionen in dieser Angelegenheit verschärft. Die Hardtdörfer teilte man, entsprechend ihrer Entfernung nach Karlsruhe, in fünf bis sechs Gruppen ein. Jede Gruppe mußte zum Markttag, sommers zwischen 7 und 10 Uhr, winters zwischen 8 und 11 Uhr, Mitglieder nach Karlsruhe schicken, ungeachtet dessen, ob sie überhaupt etwas zum Verkauf anbieten konnten. Ihre Anwesenheit wurde vom Karlsruher Marktmeister kontrolliert und schriftlich erfaßt. Fehlten die Vertreter eines Dorfes, so drohten Geldbußen.[137] Diese drastische Maßnahme wurde 1721 durch eine wirtschaftspolitische unterstützt. Am 5. Mai jenes Jahres erhielt der Karlsruher Wochenmarkt Pfundzollfreiheit.[138] Die günstigen Absatzbedingungen dürften damit die Versorgung der Einwohner endlich sicherge-

stellt haben. Inzwischen fand auch zweimal jährlich, am Stadtgründungstag (17. Juni) und am Reformationstag (31. Oktober), ein Jahrmarkt statt.

Fast zehn Jahre wurden diese Markttage – allerdings immer wieder an verschiedenen Orten – abgehalten. Beliebt war der Platz vor der Stadtkirche, doch fanden sie während deren Bauzeit auch unter den Arkaden der Bärengasse statt.[139] Als 1725 die Planungen für den Rathausbau anliefen, wurde die endgültige Ausweisung eines Marktplatzes unumgänglich. Auf dem Kirchplatz waren inzwischen einige Gebäude entstanden und weitere Bauten geplant. Östlich der Kirche wurde zwischen 1721 und 1724 der Gymnasiumsbau errichtet,[140] in unmittelbarer Nähe der Kirche sollte alsbald das Pfarr- und Schulhaus entstehen. Aus diesem Grund äußerte der evangelische Pfarrer Bedenken, der Kirchplatz wäre für Rathaus, städtisches Schlachthaus und Markt zu klein.[141] Ihm schlossen sich – allerdings aus anderen Motiven – einige in Zirkelnähe wohnende Gewerbetreibende an, die dem Markgrafen vorschlugen, den Wochenmarkt auf dem leeren Bauplatz neben der Kanzlei abzuhalten. In ihrer Petition führten sie an, daß in ihrer Wohngegend „keine sonderliche frequenz von Leuthen" sei, während die Anwohner an der Langen Straße und in der Nähe der Stadtkirche hinsichtlich der Absatzmöglichkeiten ohnehin im Vorteil seien. Dem hielt die Gruppe, welche den Markt bei der Kirche belassen wollte, entgegen: Die meisten der Einwohner hätten „der gänzlichen Hoffnung, es werde der Markt an der hier durchgehenden Straße verbleiben, ihre Häußer dahier gebaut."[142] Der Markgraf entschied diese Kontroverse äußerst demokratisch. Zur Klärung hatte der Stadtrat im Mai 1726 eine Bürgerbefragung durchzuführen. Die Bürger sollten mit ihrem Votum zugleich angeben, welchen Beitrag sie in Geld oder Sachwerten zur Einrichtung von Rathaus und Markt zu leisten bereit waren. Die Abstimmung fiel mit 135 zu 57 Stimmen eindeutig zugunsten des

Der Karlsruher Marktplatz 1728–1806.

Kirchplatzes aus. Die Spendensumme der für den Zirkelplatz votierenden Gruppe übertraf mit 233 Gulden und 35 Kreuzer die der Kirchplatzpartei allerdings um 44 Gulden 33 Kreuzer.[143] Der höhere Betrag beruhte jedoch im wesentlichen auf dem großzügigen Angebot Händler Feins, der im März 1724 das dem Zirkelplatz benachbarte Haus erworben hatte.[144] Mit seinem finanziellen Engagement für die Marktverlegung hoffte er in erster Linie den Standortvorteil seines neuen Handelshauses zu verbessern.

Die Entscheidung für den Kirchplatz wurde auch vom Karlsruher Oberamt mitgetragen. Oberamtmann Wieland erläuterte die objektiv für den Kirchplatz sprechenden Argumente in einem, dem Abstimmungsprotokoll beigefügten Schreiben an den Markgrafen. Der Marktplatz gehöre nun einmal in das Zentrum einer Stadt. Würde das Rathaus „auf einem Ecken der Stadt gebauet, so leiden 2 Terz der Burgerschaft in der Nahrung schaden und müßten den Marckt in ungemeiner Weite mit großer Incommodité besuchen." Die Anlage des Marktes hinter einem Zirkelhaus wäre ohnehin verkehrstechnisch äußerst ungünstig. Ein Markt müsse auf einem offenen Platz gelegen sein, daß er „fremd und einheimischen sogleich ins Gesicht falle." Man habe auch zu bedenken, welche Geruchsbelästigung das Markttreiben in Schloßnähe mit sich bringe, zumal die Hofdienerschaft dann „beständige Gelegenheit zum Müßiggehen, Ausschauen und Herumspazieren habe, und durch den Tumult an der Arbeit gehindert" würde. Ungeachtet dieser Gründe, könne die Stadt für Bau und Unterhalt eines Zirkelhauses vermutlich gar nicht aufkommen.[145] Erst der Rathausbau in den Jahren 1728/29 westlich der lutherischen Kirche beendete die Diskussion um die Marktplatzanlage endgültig.[146] Unbestritten fand der Markt vor dem Rathaus an der Langen Straße statt.

Zunftfreiheit – Privileg oder Bürde?

Im städtischen Handwerk der Markgrafschaft Baden-Durlach hatte sich wie in anderen Territorien bis zum Ende des 17. Jahrhunderts die Organisation in Zünften durchgesetzt.[147] Diese berufsständischen Korporationen sorgten für die Wirtschaftsordnung einer Stadt. In ihren Zunftordnungen grenzten sie die Arbeitsbereiche der Berufe gegeneinander ab und schrieben vor, unter welchen Bedingungen ein Handwerker als Meister in die Zunft aufgenommen wurde. Auch innerbetriebliche Belange waren für alle Werkstätten gleichermaßen festgelegt, die Zahl der Gesellen und Lehrjungen etwa, ihre Arbeitszeiten, Entlohnung und ihre Ausbildung. Innerhalb der Stadtgemeinde genossen die Zünfte großen Einfluß, der bis ins Privatleben reichte. Wurde ein junger Handwerker in eine Zunft aufgenommen, so fiel dies fast immer mit seiner Heirat und der Annahme zum Bürger zusammen. Denn erst die Zunftmitgliedschaft sicherte ein hinreichendes Auskommen und versprach über die Zunftkasse Hilfe in Notfällen.[148] So wichtig die wirtschaftliche und politische Ordnungsfunktion der Zünfte in den Städten war, so lähmend wirkten sich ihre Restriktionen auf die Wirtschaftskraft der Stadt aus. Über die Beschränkung der Gesellen- und Lehrlingszahl sollte beispielsweise verhindert werden, daß ein Meister unverhältnismäßig viele Aufträge an sich zog und damit das Einkommen seiner Kollegen erheblich schmälerte. Das Prinzip des „gerechten Preises" und der ausreichenden „Nahrung", auf die jedes Zunftmitglied Anspruch hatte, stand an der Stelle des heutigen Leistungs- und Marktprinzips.[149]

Den Territorialherren waren die Zunftorganisationen prinzipiell suspekt, stellten sie doch als Zwischengewalt das landesherrliche Gewaltmonopol in Frage. Im 18. Jahrhundert kam es immer wieder zwischen den Landesherren und den städtischen Zünften zu Streitigkeiten.[150] Markgraf Karl Wilhelm selbst lag seit Jahrhundertbeginn mit den Pforzheimer Zünften im Streit.[151] So verwundert es nicht, daß er die Handwerker seiner neuen Residenzstadt zunächst ohne zünftige Reglementierung arbeiten ließ. Der Ansiedlungsaufruf von 1715 erwähnte das Handwerk überhaupt nicht. Da-

mit war jedem Karlsruher Einwohner erlaubt, handwerklich zu arbeiten, ob er es nun erlernt hatte oder nicht, und ohne sich an Preis- oder Qualitätsrichtlinien halten zu müssen. Vorteile zogen daraus jene Zuzügler, die keinen Meisterbrief in der Tasche hatten, wandernde Gesellen oder entlassene Soldaten etwa, die vor ihrer Militärzeit ein Handwerk erlernt hatten. Bei den Zunftangehörigen galten sie als „Pfuscher" oder „Bönhasen", die für wenig Geld ihre Arbeit anboten. Schon bald zeigte es sich allerdings, daß die Zeit für ein zunftfreies Handwerk noch nicht reif war. Zunächst verschlechterte sich die Versorgungslage erheblich. Karl Gustav Fecht beschrieb die Situation in seiner Stadtgeschichte auf anschauliche Weise: „Der Produzent und Gewerbetreibende war begünstigt und geschützt, auch der Konsument bedurfte des Schutzes, denn bald erhoben sich allenthalben Klagen und Beschwerden über die schlechte Beschaffenheit der notwendigsten Lebensbedürfnisse. Die Wirte verzapften schlechten, sauren gefälschten Wein, die Metzger lieferten zähes, übelriechendes, halbfaules bei Nacht eingeschmuggeltes Fleisch, die Bäcker zu kleines und schwarzes Brot, die Nahrungsmittel waren überall besser und wohlfeiler, die Arbeitslöhne billiger als hier."[152] Nicht nur die Verbraucher litten unter der Zunftfreiheit. Auch die in Karlsruhe niedergelassenen Handwerksmeister wünschten die Ausschaltung dieser billigen unzünftigen Konkurrenz. Nach den Schuhmachern (1717)[153], Schreinern (1718)[154] und Bäckern (1718)[155] baten 1719 die Karlsruher Schneidermeister um die Einführung einer Zunftordnung. In ihrer Begründung hieß es, sie seien schließlich „im Stande die Bedürfnisse zu befriedigen", und hofften von daher, daß nun gegen die „Stümpler" vorgegangen würde.[156] Dem Wunsch der Karlsruher Handwerksmeister nach zünftiger Reglementierung lag noch ein weiteres Motiv zu Grunde. Die drei Meister im Zimmermannshandwerk Götz, Zwickel und Arnold bemühten sich 1720 um eine Zunftverfassung, nicht nur, weil ihnen Gesellen Aufträge wegnehmen würden, sondern weil diese berechtigterweise kein Interesse daran hätten, bei einem Karlsruher Meister zu arbeiten, da ihnen die Arbeitszeit in Karlsruhe bei Zünften anderer Städte nicht auf ihre Lehrjahre angerechnet werden würden.[157]
Nach und nach kamen auch andere Handwerksmeister beim Markgrafen um eine Ordnung ein. Der billigte die Bitte in fast allen Fällen. Bevorzugt wurden die Durlacher Handwerksordnungen übernommen, die Karlsruher Glaser unterstanden sogar bis 1746 der Durlacher Zunft. Nach Bildung des Oberamtes Karlsruhe ließ der Markgraf regionale Oberamtszünfte einrichten, so 1725 für die Schlosser, 1730 für die Seiler und 1732 für die Kübler. Die Wagner schlossen sich 1738 der für das gesamte Unterland gültigen Zunft an, ebenso 1747 die Säckler.[158] Bis zur Jahrhundertmitte war in Karlsruhe das Zunftwesen etabliert. Hatten die Privilegien von 1722 noch vorsichtig formuliert, die Handwerker sollten sich „denen ertheilten Zunftordnungen gemäß bezeugen und derselben gebührend Folge leisten"[159], wurde in den 1752 erneuerten Privilegien der Zunftzwang für alle Handwerksberufe festgelegt.

Das Karlsruher Handwerk

Die Handwerkerschaft bildete den eigentlichen Kern der bürgerlichen Stadtgemeinde. Über die Hälfte des Hausbesitzes lag in ihren Händen. Nach der Aufgabe der Zunftfreiheit ähnelte das Karlsruher Handwerk dem anderer Residenzstädte des Ancien Régime. Zu den wohlhabenderen Handwerken zählte das Lebensmittel- und das Metallgewerbe, da in beiden ein gewisses Betriebskapital vorausgesetzt war. Ein Bäcker konnte nicht ohne Backstube, ein Schlosser nicht ohne Schlosserwerkstatt arbeiten. Arm waren hingegen die Textilhandwerker, die Schneider, Weber und Schuhmacher. So gering ihre Investition in ihr Werkzeug war, so schmal zeigten sich ihre Gewinnspannen. Wie in anderen Städten auch steuerte das Karlsruher Handwerk im 18. Jahrhundert auf die sogenannte „Übersetzungskrise" zu, eine wirtschaftliche Krise, die durch Arbeitsplatzmangel gekennzeichnet war. In-

folge eines schnellen Bevölkerungswachstums drängten immer mehr Personen in die Handwerksberufe. Die Nachfrage bei gewerblichen Produkten stieg jedoch nicht im gleichen Maße, so daß die Zunftmitglieder um ihre Existenz fürchteten und die Aufnahme von jungen Meistern verhindern wollten. Eine Besonderheit besaß die junge Residenzstadt Karlsruhe im Vergleich zu anderen Städten allerdings. Ihre geringe Gemarkungsfläche erlaubte kaum Landwirtschaft im Nebenerwerb, so daß die Handwerker überwiegend auf ihren Verdienst aus dem Gewerbe angewiesen waren. Dies ließ den Kampf um Aufträge jedoch nur noch härter werden.

Lebensmittelgewerbe

Unter den Handwerkern zählten die Metzger wie überall zu den wohlhabendsten Handwerkern.[160] Häufig waren sie zugleich Inhaber eines Gasthauses. 1722 arbeiteten zwölf Metzgermeister in der Stadt,[161] welche die etwas über 2.000 Personen zählende Bevölkerung durchaus zufriedenstellen konnten, zumal für den Fleischbedarf der jüdischen Familien die Juden selbst sorgten. Problematisch zeigte sich allerdings die Organisation eines gleichbleibenden Angebotes an Frischfleisch. An heißen Tagen, wenn das Fleisch schnell verdarb, schlachteten die Metzger meist zu wenig, während an anderen Tagen zuviel Schlachtfleisch angeboten wurde, so daß es mehrere Tage liegen blieb. Um hier Abhilfe zu schaffen, schlugen einige Metzger vor, das in den Metzgerzünften übliche „Ummetzgen" auch in Karlsruhe einzuführen. Bei dieser Form der Produktionsregulierung wurde festgelegt, an welchen Tagen welche Metzger ein vorgegebenes Quantum schlachten durften. In Karlsruhe beschränkte man sich zunächst darauf, für jeweils einen Tag einem Metzger die Frischfleischversorgung zu überlassen. Doch sowohl die Einwohnerschaft als auch einige der Metzger, die ihre Kapazitäten nicht ausgelastet sahen, waren damit nicht zufrieden. Im Juni 1723, vier Monate nachdem mit dem Ummetzgen begonnen worden war, ging beim Markgrafen eine entsprechende Beschwerde ein. Zum einen wüßte in der Stadt kaum jemand, welcher Metzger nun gerade mit dem Ummetzgen daran sei, so daß ein Verbraucher „fast die Statt auslaufen muß, bis er den Metzger erfraget, welches in der ganzen Stadt viele Verdrüßlichkeit und Klagen verursachet." Zum anderen hätten die Metzger, die nebenbei keine Gastwirtschaft betrieben, nun kein regelmäßiges Einkommen mehr, obgleich ein Bedarf vor allem an Rindfleisch vorhanden sei. Ihre Kunden würden inzwischen bei den jüdischen Metzgern kaufen, die ohnehin im Vorteil seien, da diese unbegrenzt schächten dürften. Daraufhin beschränkte der Markgraf das Schächten der Juden auf wöchentlich drei junge Rinder oder Kühe sowie vierzehntägig einen Ochsen. Die Juden nahmen das nicht ohne Protest hin. So sehr jüdische und christliche Metzger im Konkurrenzkampf lagen, die Gegner des Ummetzgens waren sich einig, die Quotierung im Metzgerhandwerk liefe den Privilegien zuwider. Nach einigen glücklosen Versuchen, das Ummetzgen tatsächlich wieder aufzugeben, da man sich ohnehin nur bedingt daran hielt, erleichterte die Einrichtung eines öffentlichen Schlachthauses die Schlachtquotenüberwachung. Es entstand im Zuge des Rathausbaues südlich des Marktplatzes dem Landgraben zu. Für den Verkauf des Fleisches hatte man den Innenhof des Rathauses vorgesehen.[162] Seit dem ersten Streit um die Schlachtordnung waren inzwischen zehn Jahre vergangen. 1732 entschied sich die nun 25 Meister zählende Metzgerschaft mit achtzehn gegen sieben Stimmen für das Ummetzgen. Und auch die jüdischen Metzger erhielten einen städtischen Bau zum Schlachthaus. 1742 wurde das Haus errichtet, für das die Juden eine Jahresmiete von zehn Gulden entrichten mußten und das zugleich als Wohnung des städtischen Totengräbers diente.[163]

Textilgewerbe

Unter den ohnehin eher mittellosen Textilhandwerkern bildeten die Weber die ärmste Berufsgruppe.[164] Nur wenige zog es allerdings

in die neue Residenzstadt, arbeiteten sie doch in einem ausgesprochenen Landhandwerk. Lediglich sechs der insgesamt 92 Leinenweber des Oberamtes Karlsruhe lebten um die Jahrhundertmitte in Karlsruhe.[165] Die gleiche Zahl an Schneidern wohnte bereits 1719 in Karlsruhe. Am 1. Juli desselben Jahres schlossen sich diese sechs Handwerker zur Zunft zusammen und übernahmen die Durlacher Ordnung von 1699.[166] Damit stand fest, daß jeder, der sich in Karlsruhe als Schneider niederlassen wollte, ein Meisterstück nachweisen und von der Zunft aufgenommen werden mußte. Als Aufnahmegeld hatte ein Fremder 4 Gulden 15 Kreuzer, ein Sohn oder Schwiegersohn eines Karlsruher Meisters jedoch nur 2 Gulden und 30 Kreuzer zu entrichten. Er durfte nicht mehr als zwei Gesellen und einen Lehrjungen beschäftigen und mußte diese nach Vorschrift behandeln. Nach einer zweiwöchigen Probezeit hatte er für den Gesellen neben Kost und Logis einen Wochenlohn festzulegen, der allerdings nicht höher als 24 Kreuzer zu bemessen war. Die Limitierung des Verdienstes sollte eine Abwerbung der Gesellen durch andere Meister ausschließen. Die Gesellen erhielten alle vierzehn Tage einen halben Tag frei. Dehnten diese die Freizeit auf einen Tag aus, verloren sie ihren Anspruch auf Verpflegung, blieben sie noch länger fort, konnte der Meister den Lohn kürzen. Die Lehrzeit der Jungen war auf drei Jahre festgelegt, wofür die Familie des Lehrlings 30 Gulden zu zahlen hatte, die je zur Hälfte bei Eintritt in die Lehre und nach Ablauf der halben Ausbildungszeit beglichen werden mußte. Die Schneider berechneten ihren Kunden die Aufträge als Lohnarbeit. Hierfür schrieb die Zunftordung genaue Tarife vor. Für einen Tag Arbeit im Hause des Kunden durfte der Schneidermeister für sich 15 Kreuzer, für jeden Gesellen 12 Kreuzer und für den Lehrjungen 8 Kreuzer berechnen, zuzüglich der Verpflegung, die vom Kunden gestellt wurde. Trotz der genauen Reglementierung des Berufslebens war die Arbeit der Schneider in Karlsruhe nicht problemlos. Von allen Seiten sahen sie sich in ihrer Arbeit bedrängt. Seitens der Mühlburger und Durlacher Kollegen, die, so ihre Klage beim Markgrafen, „in hiesige Kundenhäuser eindringen", oder dem „Lakaien und Bedienten bei den Herrn Cavalliers", welche die Kleidung ihrer Herrschaft selbst in Ordnung hielten oder aber auch durch den jüdischen Kleiderhändler Wildstetter, der viele Kleider von Frankfurt her in die Stadt bringen würde. Tatsächlich war die Zahl der Schneider bis 1738 auf das fünf- bis sechsfache angestiegen, so daß schon alleine aus diesem Grunde, die 33 Meister nicht genug Arbeit für ihren Lebensunterhalt finden konnten. Um ihre Anzahl zu begrenzen, revidierte man 1740 die alte Durlacher Zunftordnung und legte das Meistergeld neu fest. Nun mußte ein fremder Schneidermeister bei Zunfteintritt über das Doppelte, nämlich 10 Gulden zahlen, der Sohn eines Karlsruher Schneiders kam mit 4 Gulden 15 Kreuzer noch vergleichsweise günstig an das Meisterrecht. Die Aufnahmegebühr für einen Meister, der eine Meisterswitwe heiratete, beließ man – sowie alle anderen in der Handwerksordnung festgeschriebenen Geldbeträge – auf dem alten Stand. Da die Zahl der Schneider dennoch nicht sank, wurde die Zunft 1753 vorläufig „geschlossen." Diesen Aufnahmestopp praktizierten auch Zünfte anderer Städte. Bei den Karlsruher Schneidern sollte er solange gelten, bis die Zunft nur noch 30 Meister zählte. Bereits zwei Jahre später waren es nur noch 27 Schneidermeister.[167]

Baugewerbe

Die Bauhandwerker fanden in der Gründungszeit ein reichhaltiges Arbeitsangebot vor. Von der Fachwerkbauweise waren allerdings in der Hauptsache die Zimmerleute und Schreiner begünstigt. Mit den Zimmerleuten wurden die Bauverträge vor dem Bauamt abgeschlossen. Sie organisierten die Arbeitsleistung der anderen Bauhandwerker. Fertig zugesägte Balken lieferten die Schreiner, eines Maurers bedurfte man nur zur Erstellung der Fundamente. Immerhin arbeiteten 1720 acht Schreiner und sechs Zimmerleute, jedoch nur ein Maurer in der Stadt.[168] Die Schreiner hatten sich bereits zwei Jahre zuvor zünftig zusammengeschlos-

sen.[169] Auch die Zimmerleute baten 1719 um die Einführung einer Zunftordnung, was jedoch mit dem Bedenken abgelehnt wurde, daß sich unter ihnen nur drei Meister befänden. Wie die Maurer arbeiteten sie bis zur Jahrhundertmitte ohne handwerkliche Ordnung oder Produktionsbeschränkungen. Das war nicht unbedingt von Nachteil, da sie ohne Sorge um den städtischen Zunftfrieden Aufträge vom Hof annehmen konnten. Erst 1755 durften sich die Zimmerleute und Maurer gemeinsam mit anderen Bauhandwerkern, den Pflästerern und Schieferdeckern, zur Bauleutezunft zusammenschließen.[170]

Metallgewerbe

Im Metallhandwerk benötigte eine Residenzstadt recht unterschiedliche Berufe. Neben den auch im Landhandwerk vertretenen Schlossern gab es hier Büchsen- und Uhrmacher, Messerschmiede, Schwertfeger, Sporer und Windenmacher. Unter den sieben Petenten, die 1724 um eine Zunftordnung für die Metallhandwerke baten, waren allerdings nur drei Meister. Alle drei gehörten ursprünglich der Durlacher Zunft an, auch Philipp Schneider aus Mühlburg, da die Mühlburger Handwerker in Durlach eingezünftet waren. Die anderen vier waren noch Gesellen und wollten die Zunftgründung zum Aufstieg ins Meisterrecht nutzen. 1725 erhielten sie die Erlaubnis, eine Oberamtzunft zu errichten. Als Zunftherberge diente ihnen das Gasthaus „Zum Waldhorn."[171]

Verfassung und Verwaltung

Von der Siedlung zur Stadtgemeinde

Innerhalb der markgräflichen Verwaltung erhielt Karlsruhe im Ansiedlungsaufruf 1715 nur den Rang einer Dorfsiedlung mit eigenem Untergericht, die dem Oberamt Durlach unterstellt wurde.[172] Obgleich die Zuzügler im Privilegientext mit „Bürger" bezeichnet werden, hatte dieser keine Bürgergemeinde als politische Einheit begründet. Der Privilegienbrief, den jeder Zuzügler bekam, konnte deshalb auch kein Bürgerbrief im herkömmlichen Sinne sein. Er gewährte Individualrechte, nicht jedoch die Aufnahme in eine Bürgergemeinde. Die mit dem Bauwesen anfallenden Verwaltungsaufgaben regelte die markgräfliche Baudirektion, und die „Bürgerannahme" erledigte der Markgraf ohnehin persönlich.[173]

Am 20. Juli 1717, genau einen Tag nach der Bekanntgabe des für das Folgejahr geplanten Umzuges nach Karlsruhe, bestellte der Markgraf für die neue Residenz einen Oberamtmann. Für diese Aufgabe hatte er den damaligen Vizehofratspräsidenten und Geheimrat Johann Beck von und zu Wilmendingen vorgesehen, der sich jedoch schon nach acht Monaten vom Amt zurückzog. Sein Nachfolger, Hofrat Johann Christian von Günzer, trat am 14. März seinen Dienst an. Karlsruhe war damit Oberamt, das geplante Untergericht hatte sich indes nie gebildet.[174] Statt seiner versammelten sich Ende März 55 „Bürger" mit der Absicht, einen unter ihnen zum Bürgermeister zu wählen.[175] Die Wahl fiel auf Johannes Sembach, den Inhaber des einzigen Treffpunktes der Stadt, der Waldhornwirtschaft, die künftig auch als provisorisches Ratslokal diente. Der Markgraf bestätigte ihn und ernannte den Fronschreiber Friedrich Christoph Lichtenberg zum künftigen Stadtschreiber.[176] Nach und nach wurden verwaltungstechnische Maßnahmen getroffen. Ein Stadtsiegel wurde geprägt[177] und Belege für eine städtische Buchhaltung ausgegeben.[178] Mit Dr. Eichrod als „Stadtphysikus" und Chirurg Gebhard erhielt die Stadt am 9. Mai 1718 ihre amtliche Gesundheitsversorgung,[179] im Sommer folgte die Anstellung einer Hebamme.[180] Oberamtmann von Günzer legte dem Markgrafen den Entwurf eines Stadtwappens vor, der mit einer geringen farblichen Veränderung am 23. Mai 1718 genehmigt wurde.[181] Damit hatte Karlsruhe zwar einen Bürgermeister, ein Stadtsiegel und ein Stadtwappen, die Stadtgemeinde war juristisch jedoch immer noch nicht formiert. Mit der Kanzleiverlegung hatte man den Umzug des Hofes nach Karlsruhe gerade abgeschlossen, als am 12. September 1718 Bürger-

meister und Bürger den Markgrafen in einer Bittschrift um „einen ordentlichen Freibrief gleich der Stadt Mühlburg" sowie um „Gericht und Rat" baten.[182] Damit forderten sie ein Stadtrecht, das die großzügigen wirtschaftlichen Privilegien des Ansiedlungsprivileges ähnlich dem Mühlburger Stadtrecht von 1670 beziehungsweise 1699 festschrieb. Der Markgraf bewilligte das zahlreiche Punkte enthaltende Gesuch prinzipiell. Wie gewünscht, räumte er zur Finanzierung der Gemeindekasse die Beteiligung der Stadt an der Schanksteuer auf Wein und Bier (Ohmgeld) und an den von der Stadt verhängten Strafgeldern ein. Auch der Bitte um eine gemeindeeigene Weide und den Beizug der jüdischen Mitbürger zu den städtischen Kosten kam er entgegen. Als weitere Verwaltungsmaßnahmen wurde das Durlacher Eichmaß als verbindlich eingeführt und der Bau eines Gefängnisses geplant, wofür der Markgraf die Kosten allerdings nicht übernehmen wollte. Dafür sicherte er zu, daß sich die von ihm angenommenen Neubürger beim künftigen Stadtrat zu melden hatten. Für die Arbeit einer Stadtverwaltung war damit eine ausreichende Grundlage geschaffen. Am 24. November 1718 fand die erste Gemeinderatssitzung statt. Die Ausarbeitung des Karlsruher Stadtrechtes zog sich allerdings noch vier Jahre hin. Zwar legte der mit einer Vorlage beauftragte Geheimrat Heinrich Wilhelm Mahler seinen Entwurf bereits Anfang 1719 vor, doch stieß die darin vorgesehene großzügige Handhabung der Konfessionsfreiheit und des Zunftrechtes auf Widerspruch bei den konservativen Räten.[183] Noch vor der Publikation des Stadtrechtes am 12. Februar 1722 erhielt das Oberamt Karlsruhe am 23. Juli 1721 die Ämter Mühlburg, Graben und Staffort zugeteilt.[184] Damit vergrößerte sich der Aufgabenbereich des Karlsruher Oberamtmannes. 1724 löste Friedrich Wilhelm Schilling von Canstatt Oberamtmann von Günzer ab. Drei Jahre später folgte der erste Bürgerliche im Amt. Geheimrat Johann Heinrich Wieland versah die Aufgabe bis über die Jahrhundertmitte.[185] Seine persönliche Nähe zur Karlsruher Einwohnerschaft zeigte sich auch darin, daß er als Wohnhaus ein Gebäude in der Langen Straße direkt neben dem Rathaus erwarb, mit dessen Erbauung 1728 begonnen worden war.

Stadträte und Bürgermeister

Noch im September 1718 fand die erste Gemeinderatswahl statt.[186] Oberamtmann Johann Christian von Günzer schlug vor, das Gremium auf vier Gerichts- und zwei Ratsleute zu begrenzen.[187] Im Vergleich zum Durlacher Rat, der jeweils acht Gerichts- und Ratsmitglieder vorsah,[188] schien dies ein kleines Kollegium zu sein. Zu Mitgliedern des Gerichts wurden Bäcker Johannes Ludwig, Metzger Nikolaus Leutz, Glaser Michael Xeller[189] und Zimmermann Nikolaus Arnold gewählt.[190] Als Mitglieder des Rates wurden Seifensieder Mathes Deeg und Bäcker Ludwig Dorsch bestimmt.[191] Nun zählte Ludwig Dorsch zu den saumseligen Neubürgern. Im März 1717 war ihm ein recht großer Hausplatz zugewiesen worden, dessen Bebauung er allerdings längere Zeit hinausgeschoben hatte, angeblich wegen eines Beinbruches.[192] Weitere Gründe müssen vorgelegen haben, denn der Markgraf verweigerte ihm die Bestätigung, da er ein „unruhiger Kopf" sei, und setzte stattdessen auf oberamtlichen Vorschlag hin den erst vor kurzem zugezogenen Bäcker Johann Georg Trautmann aus Schriesheim ein.[193] Doch er, wie noch zwei andere, zogen sich bald darauf vom Amt zurück.[194] Da die Ratsämter anfangs nicht honoriert wurden, war die Übernahme auch nicht unbedingt attraktiv.[195] Eine zweite Wahl wurde anberaumt, aus der Barbier Gottfried Rupp, Küfer Hans Michael Necker und vermutlich der Wirt Michael Schöndorf hervorgingen.[196] Im Normalfall wären Neuwahlen nur nach dem Ableben eines Mitglieds notwendig geworden, da das Amt auf Lebenszeit galt, doch anfänglich müssen Mitglieder auch aus anderen Gründen ausgeschieden sein. Als wahlberechtigt galt nun nicht mehr die gesamte Bürgerschaft, sondern nur Rat und Gericht. In den zwanziger Jahren nahmen die Geschäfte im Rat rasch zu, weshalb die Zahl der Mit-

glieder auf zwölf erhöht wurde, zeitweilig diese auch überschritt. Mehrfache Kooptationen hatten die Zusammensetzung nach zwölf Jahren so stark verändert, daß von den ersten Ratsmitgliedern nachweislich nur mehr Johannes Ludwig, Nikolaus Leutz und Michael Xeller im Rat saßen. Zwei Neuwahlen im Juli 1730 brachten Küfer und Wirt Johannes Rachel, Apotheker Johannes Ernst Kaufmann, Wirt Johann Sebald Kreglinger und Hofschuhmacher Ernst Georg Baumann ein Mandat ein. Zu diesem Zeitpunkt waren, abgesehen von Bäcker Ludwig und Schuhmacher Leutz, die Ratsmitglieder Bäcker Philipp Geisendörfer, der Hofschlosser Johann Daniel Nothard, Barbier Johann Röckle, Apotheker Georg Friedrich Stahl, Schneider Christoph Pfrang, Küfer Johann Michael Necker, Barbier Johann Gottfried Rupp sowie als Bürgermeister der Hofglaser Georg Adam Ottmann gewählt.[197] Viele der Ratsmitglieder stammten aus Durlach oder hatten zumindest einige Zeit dort gewohnt, so Ludwig, Leutz, Deeg, Xeller, Pfrang und Necker. Für die Wahl zum Bürgermeister zählte die familiäre Beziehung nach Durlach geradezu als Voraussetzung. Nachdem der erste Bürgermeister Johannes Sembach am 20. August 1720 verstorben war, wurde als Nachfolger der Bäcker Johannes Ludwig eingesetzt.[198] Anders als im Durlacher Rat, für den die Wahlordnung unter den Ratsmitgliedern einen jährlichen Wechsel im Bürgermeisteramt vorsah, beließ man folglich die einmal eingesetzten Ratsvorsteher länger im Amt.[199] Auch der zweite Karlsruher Bürgermeister Ludwig stammte nicht nur aus einer eingesessenen Durlacher Handwerkerfamilie, sondern hatte 1712 sogar eine Durlacher Bürgermeisterstochter geehelicht. Seit 1724 stand dann Georg Adam Ottmann dem Rat vor. Auch Familie Ottmann kam aus Durlach. Schon der Vater arbeitete als Glaser für den Hof. Nach dessen Tod im Jahre 1719 erhielt Georg Adam die Stellung seines Vaters als Hofhandwerker. Die Familie des Stadtapothekers Johann Ernst Kaufmann, der 1731 gewählt wurde, stand in mehrfacher Beziehung zum Baden-Durlacher Hof. Der Vater Johann Konrad war Amtmann zu Durlach und Mühlburg, die Brüder Johann Ernsts traten ebenfalls in markgräfliche Dienste. Beim Durlacher Apotheker Zinkernagel begann Johann Ernst seine Lehre. Nach seiner Wanderzeit übernahm er 1726 die Karlsruher Stadtapotheke. Sein Nachfolger im Amt, Johannes Kornelius Roman, amtierte ein volles Dezennium (1734–1744). Der Handelsmann, ein Enkel des Durlacher Stadtbaumeisters Steinmetz, stammte ebenfalls aus der alten Residenz. Romans Nachfolger Andreas Jakob Maschenbauer, 1746 bis 1750 im Amt, war Inhaber der Hofbuchdruckerei, als solcher er 1719 von Durlach nach Karlsruhe gezogen war. Er entstammte einer bekannten Augsburger Buchdruckerfamilie.[200]

Die Arbeit im Stadtrat

Die Ratssitzungen wurden anfangs nur unregelmäßig und in langen zeitlichen Abständen abgehalten. Immerhin stand bis Ende der zwanziger Jahre keine offizielle Ratsstube als Treffpunkt zur Verfügung, was dazu beigetragen haben mag, daß man nur bei Bedarf tagte.[201] In den folgenden Jahren fanden sie häufiger, spätestens seit den fünfziger Jahren im Durchschnitt zweimal monatlich statt. Bei wichtigen Tagesordnungspunkten war der Oberamtmann zugegen, welcher dann den Vorsitz führte.
Zu den Aufgaben des Bürgermeisters zählte in erster Linie die Überwachung der laufenden Einnahmen und Ausgaben sowie eine regelmäßige öffentliche Abrechnung darüber. Dem Markgrafen erfolgte dies nicht gewissenhaft genug, so daß er 1730 befahl, die Rechnungsstellung jährlich und unter Beisein eines markgräflichen Kammer- oder Rechnungsrates zu tätigen, der ihm über die Finanzsituation der Stadt berichten mußte.[202] Dem Bürgermeister oblag auch die Vergabe von städtischen Bauarbeiten. Diese Tätigkeit wurde von der Bürgerschaft stets mißtrauisch verfolgt, war hier doch allerlei Mißbrauch möglich. 1742 sah sich Bürgermeister Roman dem Vorwurf ausgesetzt, er würde am Rathaus unnötige Baumaßnahmen veranlassen. Im Rat wurde angefragt, warum er, statt das Dach zu decken, eine

eiserne Galerie anbringen lasse; es sei doch bekannt, daß er an den dafür nötigen Lieferungen verdienen würde.[203] Insbesondere im Bauwesen hatte deshalb der Stellvertreter des Bürgermeisters, der *Baumeister*, mitzuentscheiden. Seit 1732 ist dieses Amt auch für Karlsruhe belegt.[204] Der Bürgermeister besaß ferner die Personalverantwortung für die städtischen Bediensteten und unternahm die Voruntersuchungen bei anstehenden Gerichtsverhandlungen. Innerhalb der Verwaltung hielt er den Kontakt zum Oberamtmann, der als markgräflicher Beamter eine recht starke Stellung gegenüber dem Karlsruher Bürgermeister genoß.[205]

Die Unterscheidung zwischen Gericht und Rat war ursprünglich funktional bedingt. Dem Gericht oblag die Strafgerichtsbarkeit. Es stand damit über dem Rat, der für die Zivilgerichtsbarkeit zuständig war.[206] Obwohl auch bei der ersten Karlsruher Ratswahl Gerichts- und Ratsmitglieder getrennt gewählt wurden, entfiel diese Unterscheidung später zugunsten der Bezeichnung „Ratsverwandter." Zur Zivilgerichtsbarkeit gehörte der Abschluß von Kauf- und Tauschgeschäften, die Abfassung von Testamenten und Darlehensverträgen und die Schlichtung von Streitigkeiten. Alle Rechtsakte wurden in den städtischen Büchern protokolliert und erhielten damit Rechtskraft. Die Strafgerichtsbarkeit wurde dem Karlsruher Rat bis zu einer Höhe von 10 Gulden verliehen.[207] Darunter fielen Ordnungswidrigkeiten wie das unerlaubte Beherbergen von Fremden, das mit etwa 30 Kreuzern geahndet wurde,[208] oder das „böse Reden ausstoßen" in Gegenwart des Rates, wofür die ledige Verkäuferin Maria Magdalena Nabholzin ein Bußgeld von 15 Kreuzern zu entrichten hatte. Geringfügige Eigentumsdelikte, wie Rübendiebstahl durch Kinder, wurden mit acht bis zehn Kreuzern bestraft.[209]

Der Rat hatte auch exekutive Aufgaben zu erfüllen. Dies erfolgte über die sogenannten „Polizeiämter", in die sich die Ratsmitglieder wechselweise wählten. Abgesehen von der Teilnahme an den Ratsversammlungen stellten sie die Hauptarbeit der Ratsverwandten dar, zumal die Fülle von Aufgaben und die Doppelbesetzung der Ämter ein Ratsmitglied meist zur Übernahme von zwei oder mehreren Stellen nötigte. Da diese Tätigkeiten in späterer Zeit in unterschiedlicher Höhe bezahlt wurden, war es finanziell durchaus interessant, in möglichst gut bezahlte Ämter gewählt zu werden.

Mehrere der Polizeiämter befaßten sich mit der Kontrolle im Lebensmittelhandel und dienten im modernen Sinne dem Verbraucherschutz. Die „Brotwieger" hatten das Gewicht des zum Verkauf angebotenen Brotes zu prüfen. Da die Getreidepreisschwankungen von den Bäckern im Normalfall über das Brotgewicht und nicht über den Preis weitergegeben wurden, war eine regelmäßige Gewichtskontrolle unabdingbar. In Notjahren und in den Sommermonaten vor der nächsten Ernte, in denen der Getreidepreis besonders hoch lag, erhielten die von den Brotwiegern angezeigten Bäcker besonders harte Strafen. Im Juli 1743 etwa wurden gleich zwei Bäcker verurteilt; Johannes Rippele zu vier Gulden und Friedrich Wagner zu drei Gulden.[210] Der Fleischschätzer hatte, ähnlich dem Brotwieger bei den Bäckern, die Qualitäts- und Preiskontrolle bei den Metzgern durchzuführen. Die Faß-, Gewichts- und Maßeicher prüften in den Läden oder an den Marktständen Gewichtssteine, Maßkrüge und dergleichen. Der italienische Wirt Dominico Longo wurde im Mai 1746 bei einer „Maasvisitation" erwischt. Vor den Rat geladen, entschuldigte er sich, daß der besagte Maßkrug nicht ihm gehöre, „sondern von einem Glasträger ihme zum Aufheben gegeben worden." Die Ratsmitglieder nahmen ihm die Ausrede nicht ab, begründeten die verhängte Strafe vielmehr, „weilen aber diese Bouteille im Schenckschranck gestanden, so wurde diese Excuse nicht vor hinlänglich angenommen und demselben per majora zur Straf angesetzt 2 fl."[211] Auch bei den Gewichtskontrollen mußten die Ratsleute häufig entscheiden, ob die vorgebrachten Entschuldigungen glaubwürdig oder erfunden waren. So gab Bäcker Martin Gerhard an, das von ihm verkaufte und für zu leicht befundene Brot hätte sein Lehrling zu

lange im Ofen gelassen. Bäcker Müller schob die Schuld seinem Gesellen zu; er habe ihm böse gewollt und deshalb die Gewichtsteine aus der Waagschale genommen. Beide Begründungen wurden nicht akzeptiert.[212] Schon im August 1718 waren zwei Weinsiegler bestellt worden.[213] Sie schätzten den Wein in den Fässern und versiegelten diese gemeinsam mit dem herrschaftlichen Umgelder, der dem Inhaber des Fasses die entsprechende Schanksteuer berechnen mußte.[214] Für die Organisation der Markttage wurden ebenfalls Ratsleute bestimmt. Als „Marktmeister" hatten diese sie regelmäßig auszurichten. Im Bereich der Sozialfürsorge wirkten die „Almosenpfleger" und die „Waisenrichter." Erstere übernahmen das Einsammeln von Spenden sowie deren Verwaltung und Verteilung an Bedürftige. Ob und wieviel ein Petent erhielt, darüber entschied die Ratsversammlung im Plenum. Bei plötzlichen Schicksalsschlägen wurde meist mit einem einmaligen Betrag geholfen. So erhielt Schneider Mathes Weyler, dessen Keller 1746 von einem Sommerunwetter überschwemmt wurde, eine Hilfeleistung von drei Gulden;[215] Hintersaß Hübscher, der aufgrund eines Schlaganfalles arbeitsunfähig geworden war, bekam sein noch ausstehendes Hintersassengeld in Höhe von vier Gulden zwölf Kreuzer erlassen.[216] Der Waisenrichter übernahm die Fürsorge für Kinder, deren Eltern verstorben waren. Er verfügte über ihren weiteren Verbleib und bestimmte Vormünder. Ein anderer regelmäßig wiederkehrender Tagesordnungspunkt bildete die Aufnahme von Hintersassen und Bürgern. Um die Hintersassen der Stadt kümmerte sich der Markgraf in der Regel nicht, so daß der Rat frei entscheiden konnte. Auch die vom Markgrafen aufgenommenen Neubürger sprachen beim Rat vor, vor allem dann, wenn sie eine Ermäßigung des Bürgergeldes erwarten konnten. Den ehemaligen Karlsruher Bürger und Zimmermann Caspar Zwickel hatte es als Werkmeister nach Speyer geführt. Als er im November 1747 wieder nach Karlsruhe zurückkehrte, forderte der Rat gerechterweise nur die Hälfte der Aufnahmegebühr.[217] Hin und wieder mußten sich die Stadträte auch mit der Anstellung der städtischen Bediensteten befassen. Die Stadt benötigte Stadtknechte, Totengräber, Nachtwächter, Stadttrommler, Viehhirten, Feldschützen und Bettelvögte. Teilweise wurde ihre Besoldung von der landesherrlichen Kasse mitgetragen. Der erste Karlsruher Nachtwächter erhielt, nachdem er auch die Aufgaben des Bettelvogtes übernommen hatte, von der Stadt einen Wochenlohn in Höhe von 30 Kreuzern. Auf das Jahr gerechnet waren dies 15 Gulden, zu denen der Markgraf noch vier Gulden beisteuerte.[218] Diese Zuschüsse wurden notwendig, da die Einnahmequellen der Stadt nur spärlich flossen. Gemäß den Privilegien von 1722 hatte sie Anspruch auf jeweils ein Viertel der Schanksteuer (Ohmgeld) sowie die vom Rat verhängten Strafgelder. Die Stadtregierung zog die Marktgebühren ein und durfte unregelmäßig Steuern auf Grund und Gewerbe erheben, zu denen auch der städtische Besitz von Hofleuten herangezogen werden konnte. Neben dem Hintersassengeld floß nach Einführung des Bürgergeldes auch dieses der Gemeindekasse in vollem Umfang zu.[219]

Bürger, Schutzbürger, Hintersasse – Einwohner unterschiedlicher Qualität

Als Bürger in Karlsruhe angenommen zu werden, stellte sich in den Anfangsjahren der Stadt relativ einfach dar. Man mußte nur glaubhaft machen, einen Hausbau finanzieren zu wollen und zu können, und bekam vom Markgrafen einen Privilegienbrief auf seinen Namen ausgestellt. Damit war man „Bürger." Einen konkreten Vermögensnachweis, wie ihn andere Städte forderten, war nicht nötig. Der Ansiedlungsaufruf enthielt nur die vage Bestimmung, der Petent müsse mit „sattsamen Mittel" ausgestattet sein.[220] Im Privilegienbrief von 1722 waren die Voraussetzungen dann konkretisiert worden. Ein christlicher Neubürger mußte 200 Gulden, ein jüdischer 500 Gulden Besitz nachweisen. Verglichen mit anderen Städten war das immer noch wenig. In Durlach hatte der Vermögensnachweis schon im 17. Jahrhundert bei 300 Gulden gelegen.[221]

Auch auf das obligatorische Bürgereinkaufsgeld, welches in anderen Städten eine nicht geringe Summe ausmachte, wurde in den Privilegien von 1722 ausdrücklich verzichtet.[222] Hier setzte sich allerdings der Rat schon bald mit der Forderung nach einer geringen Aufnahmegebühr durch. Bis 1745 war sie mit vier Gulden für den Mann und zwei Gulden für die Frau außerordentlich niedrig. In Pforzheim bezahlte ein Neubürger seit 1731 immerhin 30 Gulden.[223] Das stetige Anwachsen der Bürgerschaft rief unter dieser den Wunsch hervor, das Bürgerrecht den eigenen Söhnen vorzubehalten. 1745 erreichte der Rat eine Erhöhung der Bürgeraufnahmegebühr auf 20 Gulden für jeden nicht in Karlsruhe gebürtigen Mann und zehn Gulden für die Frau zuzüglich einem Gulden für den Bauaufwand am Rathaus und 30 Kreuzer Dielengeld. Die Aufnahme von Kindern war von nun an auch nicht mehr unentgeltlich, für sie mußten jeweils zwei Gulden bezahlt werden.[224]

Als Folge der in den Privilegien verfügten unbedingten Baupflicht lag das Karlsruher Bürgerrecht bis 1752 als Realrecht auf dem Hausbesitz.[225] Nun gelang es einigen Bürgern nicht, ihr Bauvorhaben zu realisieren. So bildete sich eine Gruppe von Einwohnern, die, obgleich sie einen Bürgerbrief besaßen, nicht zu den Hausbesitzern zählten. Statt ihnen den Bürgerbrief wieder abzunehmen, wurden sie vom Markgrafen mit einer jährlichen Sondersteuer in Höhe von sechs Gulden belegt und als „Schutzbürger" bezeichnet. Diese Gruppe zählte 1731 bereits 60 Personen, mit dem Ausbau der Stadt stieg ihre Zahl bis 1745 auf 95.[226] Vom traditionellen Schutzbürgerstatus der Schutzjuden oder der Hintersassen unterschied sich der Status eines Karlsruher Schutzbürgers in mehrfacher Hinsicht. Die Karlsruher Schutzbürger besaßen, mit Ausnahme der Vergünstigungen im Bauwesen und im Handel und der Verpflichtung zur Schutzgeldzahlung, die gleichen Rechte und Pflichten wie Vollbürger. Viele von ihnen waren Handwerker und Zunftmitglied. Sie hatten das Recht, Immobilien zu erwerben, was sie in den Status des Vollbürgers gehoben hätte, und durften sich in den Stadtrat wählen lassen. Die alle Einwohner Karlsruhes treffenden Privilegien genossen sie ohnehin, wie etwa die Konfessionsfreiheit oder den pfundzollfreien Markt.[227]

Auch die Hintersassen waren wie die Bürger Gemeindemitglieder und damit dem Stadtrat unterstellt. Ihre rechtliche Bindung an die Stadt galt allerdings nicht wie bei jenen auf Lebenszeit, sondern war von vornherein zeitlich begrenzt. Die Hintersassen erhielten eine Aufenthaltsgenehmigung, die sie regelmäßig durch eine Zahlung an die Stadtkasse erneuern mußten. Das Hintersassengeld betrug jährlich 2 Gulden 24 Kreuzer zuzüglich einiger Arbeitsleistungen für die Gemeinde (Frondienste). Hintersassen hatten auch keine politischen Rechte, keinen Anspruch auf Immobilienerwerb oder Ausübung eines zünftigen Handwerks. Dafür oblagen ihnen weder Repräsentations- noch Ordnungsaufgaben wie die Teilnahme am Bürgeraufzug oder die Ableistung des bürgerlichen Wachdienstes, der seit 1725 von der Stadt zu erbringen war. Ursprünglich stand der Hintersasse sozial unter dem Bürger. Um Hintersassenannahme baten allerdings auch Personen, die in eigenem Interesse keine engere oder langfristige Beziehung zur Stadtgemeinde aufnehmen wollten. Der erste Bürgermeister von Karlsruhe, Johannes Sembach, schrieb sich vor seinem Zuzug nach Karlsruhe in Durlach als Hintersasse ein, da er seinen Durlacher Aufenthalt nur dazu benötigte, die Bauarbeiten in Karlsruhe zu überwachen. Auch der nicht minder begüterte Goldschmied Karl Kuhn wollte erst prüfen, ob seine Geschäfte in Karlsruhe erfolgreich sein würden. Im Mai 1747 bat er den Karlsruher Rat, Hintersassengeld entrichten zu dürfen, da er noch nicht wisse, ob er sich bürgerlich niederlassen wolle.[228]

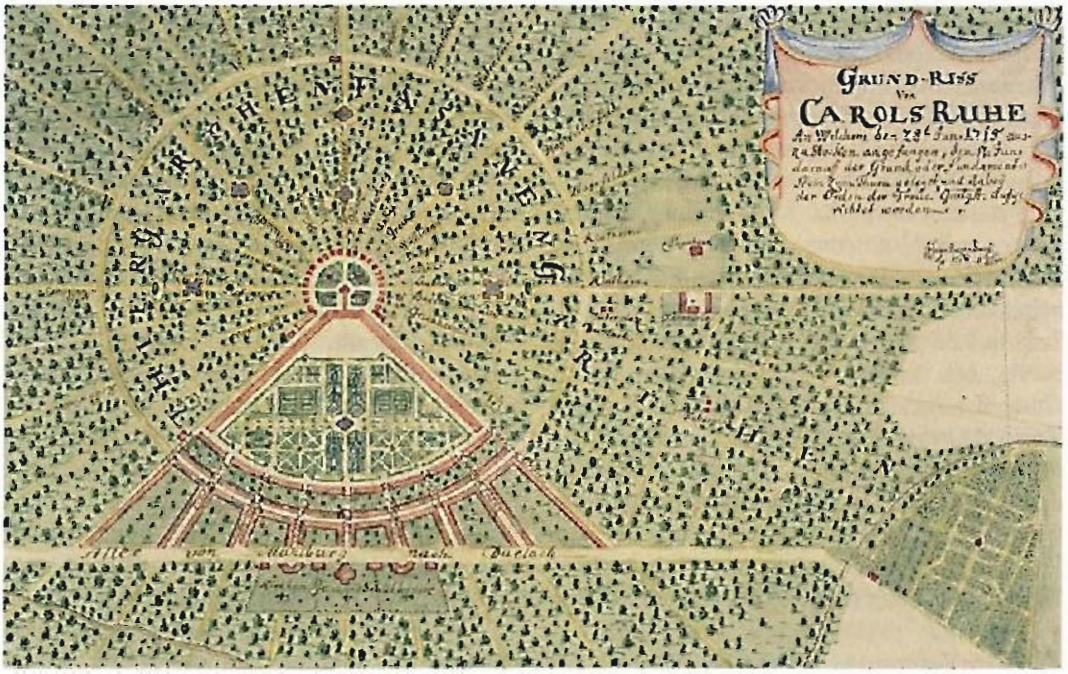
Anders als in Durlach, wo die Zahl der Hintersassen 1734 auf 50 beschränkt werden mußte, blieb die Gruppe der Karlsruher Hintersassen von sich aus recht klein. 1738 zählte man 30, bis 1765 hatte sie sich trotz steigender Einwohnerzahlen auf 28 verringert. Dies lag daran, daß ärmere Zuzügler sich bevorzugt in der

nahen Tagelöhnersiedlung Klein-Karlsruhe niederließen, da sich dort Wohnraum günstiger mieten ließ. Hier galten sie allerdings nicht mehr als Karlsruher Gemeindemitglieder, sondern waren dem Markgrafen unterstellt. Ebenfalls dem Markgrafen bzw. dem Marschallamt unterstanden die in der Stadt wohnhaften Beamten und Hofdiener. Lediglich für ihren Hausbesitz und ihr Gewerbe, das manch einer nebenberuflich betrieb, waren sie dem Stadtrat verpflichtet und mußten dafür auch Kommunalabgaben leisten.[229] Denn anders als in Durlach hatte der Markgraf in seiner neuen Residenz keine Eximierungen, das heißt steuerfreie Häuser, zugelassen; in Durlach hatte deren hohe Zahl zu sozialen Spannungen geführt.[230]

Kirche und religiöses Leben

Religiöse Toleranz und ihre Grenzen

Die Markgrafschaft Baden-Durlach war seit dem Reformationsbefehl Markgraf Carls II. im Jahre 1556 protestantisch. Wollte ein Fremder, der nicht der lutherischen Landeskonfession angehörte, Baden-Durlacher Untertan werden, so konnte dies gemäß dem Westfälischen Frieden nur auf ausdrückliche landesherrliche Duldung hin erfolgen. Einen derartigen, generellen Toleranzerlaß hatte Markgraf Karl Wilhelm für alle Neubürger Karlsruhes vorgesehen: „Solle von dieser Anbauung und Genuß solcher Freiheiten, der Religion halber niemand ausgeschloßen sondern alle und jede, welche einer aus denen im Heil. Röm. Reich recipierten Religionen zugewandt seynd, gelitten, und in ihrem Handel und Wandel guter Vorschub gethan werden",[231] so heißt es an oberster Stelle des Ansiedlungsprivileges von 1715. Duldung genossen damit die Angehörigen der beiden anderen im Westfälischen Frieden anerkannten christlichen Konfessionen: die Katholiken und Reformierten. Ihnen billigte das Privileg den gleichen bürgerlichen Rechtsstatus zu, wie ihn die Mitglieder der Landeskonfession besaßen. Vergleichbare Toleranzerklärungen hatten schon 1670 die Stadt Mühlburg und 1682 Lörrach erhalten,[232] das einzigartige des Karlsruher Privilegs war jedoch, daß nun erstmals auch eine Residenzstadt für Fremdkonfessionelle geöffnet wurde. Die alte Residenz Durlach war in ihren Zuzüglerprivilegien nicht mit solchen Freiheiten bedacht worden. Im Karlsruher Ansiedlungsaufruf ungeklärt blieb allerdings die Frage, in welcher Form die Andersgläubigen ihre Religion ausüben durften; ob sie ihre Gottesdienste nur in Privathäusern oder in öffentlichen Räumen, möglicherweise sogar in einer Kirche mit Pfarrechten feiern durften. Daß Markgraf Karl Wilhelm anfangs durchaus plante, sowohl den Reformierten als auch den Katholiken einen eigenen Kirchenbau zuzugestehen, geht aus einem 1718 von Johann Friedrich von Batzendorf entworfenen Stadtgrundriß hervor, auf welchem in paralleler Anordnung drei Kirchen eingezeichnet sind: Die lutherische Stadtkirche in der Mitte – dem Schloß vis á vis –, die reformierte Kirche östlich, die katholische Kirche westlich davon. In einer barocken Residenzstadt fremden Konfessionen Pfarrechte zuzubilligen, bedeutete im 18. Jahrhundert nicht nur, ein Zeichen religiöser Toleranz zu setzen. Ein solcher Toleranzakt barg immer auch die Gefahr, innere Unruhen hervorzurufen und damit die landesherrliche Souveränität, welche nicht unwesentlich auf der Kirchenhoheit des Landesherrn beruhte, zu schwächen. Die Duldung der Reformierten ließ noch die geringeren Schwierigkeiten befürchten. Da ein reformierter Pfarrer keinen externen kirchlichen Vorgesetzten hatte, konnte er problemlos in die markgräfliche Verwaltung integriert werden. Der Markgraf stellte den Kandidaten ein und besaß ihm gegenüber die ausschließliche Weisungsbefugnis. Die Einbindung des reformierten Pfarrers von Karlsruhe in die Baden-Durlacher Verwaltung erfolgte so vollständig, daß er seit 1727 dem Kirchenrat angehörte und am Hof den lutherischen Kirchenräten direkt nachgeordnet war.[233] Von einer Tolerierung der Katholiken waren weitaus größere Komplikationen zu erwarten. Der katholische Pfarrer unterstand in kirchlichen Angelegenheiten



Stadtgrundriß, entworfen 1718 von Johann Friedrich von Batzendorf, eingezeichnet sind in paralleler Anordnung drei Kirchen.

dem zuständigen Diözesanbischof, der im Ancien Régime nicht nur kirchlicher Würdenträger, sondern auch weltlicher Herrscher und damit politischer Konkurrent des evangelischen Landesfürsten war. Billigte ein lutherischer Fürst katholische Pfarreien auf seinem Territorium, so räumte er dem zuständigen Fürstbischof innerhalb seines Hoheitsgebietes Weisungsrechte ein, die seine landesherrliche Souveränität beschränkten. Die Geheimräte warnten Markgraf Karl Wilhelm denn auch vor den politischen Folgen seiner Toleranzpolitik, da, wie sie es formulierten, „ein catholischer Geistlicher sein und eines weltlichen Herrn iurisdiction erkennen contra dictoria sind."[234] Tatsächlich beschränkte der Markgraf die Rechte der Katholiken im Stadtprivileg von 1722 dann auf die „ruhige stille Übung Ihrer Religion", versicherte aber, dies solle nur solange gelten, „bis sich mit der Zeit Mittel und Wege öfnen werden, wie dieselbe ohne Schmälerung und Abbruch Unserer Landesfürstlichen Hoheit mit einer öffentlichen Kirche ... sich werden versorgen können."[235] Wie in Mühlburg, wo man im zweiten Toleranzprivileg von 1699 hinter die Zugeständnisse des Privilegs von 1670 zurückgegangen war, wurde man demnach auch in Karlsruhe in diesem Punkt mit der Zeit zurückhaltender.[236] Und dabei blieb es dann bis zur Gründung der Pfarrei St. Stephan im Jahre 1804.[237] Die Rechtsstatus der drei christlichen Konfessionen unterschieden sich folglich trotz anfänglich allgemein formuliertem Toleranzpassus in ihrer Qualität. Reformierte wie Katholiken genossen zwar die Bürgerrechte im gleichen Umfang wie die Lutheraner und waren damit „Tolerierte" im Sinne des Westfälischen Friedens, doch besaßen außer den Lutheranern nur die Reformierten das Pfarrecht. Für die religiöse Praxis, die im 18. Jahrhundert noch einen wichtigen Bereich des täglichen Lebens darstellte, hatte dies entscheidende Folgen. Die Handlungen der katholischen Geistlichen, welche die Karlsruher Katholiken versorgten, besaßen keinen öffentlichen Charakter, infol-

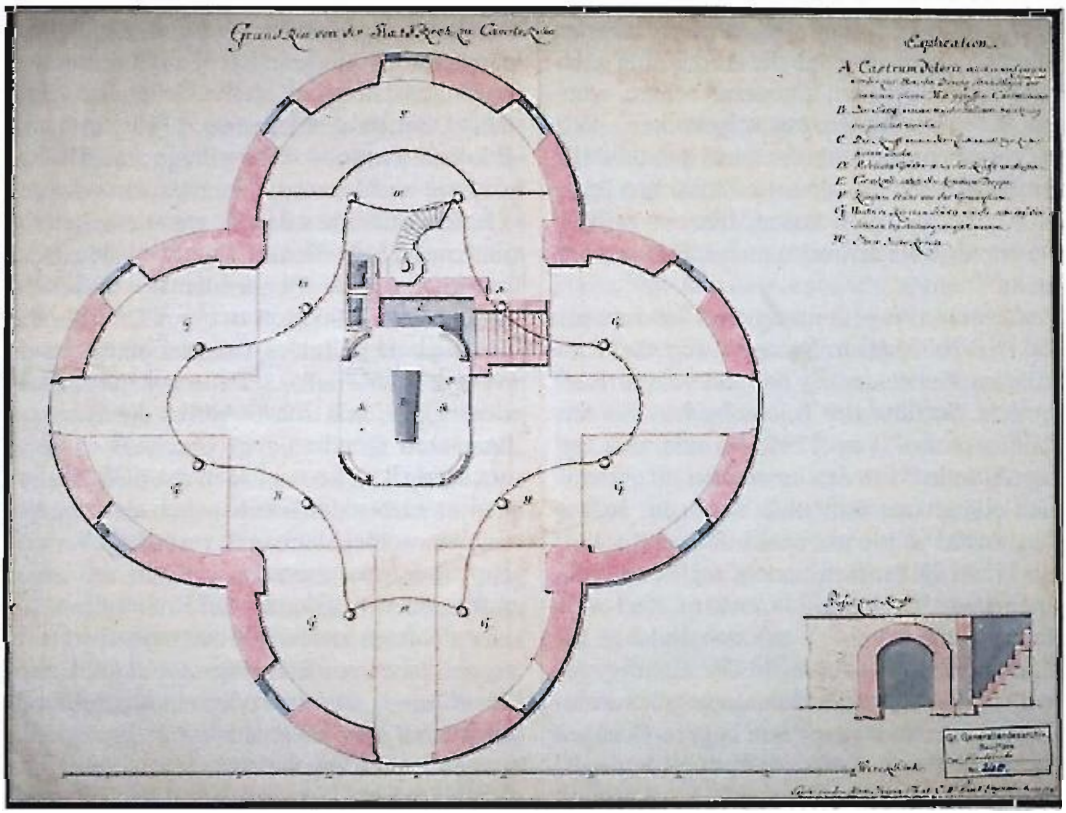
gedessen alle Taufen, Eheschließungen und Beerdigungen vom lutherischen Stadtpfarrer vorgenommen werden mußten. Dieser trug die Namen dann in die lutherischen Kirchenbücher ein. Erst 1743 wurden angesichts der gestiegenen Einwohnerzahl separate katholische Kirchenbücher angelegt, die aber weiterhin der lutherische Geistliche führte. Den katholischen Eltern blieb es zwar unbenommen, ihre Kinder zusätzlich von einem katholischen Geistlichen taufen zu lassen, die anfallenden Stolgebühren mußten sie jedoch an den lutherischen Pfarrer entrichten, da ja nur er als Landesbeamter die Handlung mit der rechtlichen Wirkung eines „Standesbeamten" vollzog.[238] Ohne Kirche besaßen die Katholiken auch keinen eigenen Friedhof, die Verstorbenen wurden gemeinsam mit den lutherischen hinter der Stadtkirche beerdigt.[239] Erst im letzten Drittel des Jahrhunderts, als mit der Übernahme des katholischen Nachbarterritoriums Baden-Baden der Anteil der katholischen Bevölkerung auf über 12% gestiegen war[240] und das Toleranzdenken im Zuge der Aufklärung auch unter den Geistlichen „modern" schien, wurden die Vorschriften etwas gelockert. Seit 1777 durften alle katholischen Hofangestellten ihre Kinder von einem katholischen Pfarrer zu Hause taufen lassen, hin und wieder wurde dieses Recht auch anderen Einwohnern erteilt.[241]

Weniger eine Frage der religiösen Toleranz als des wirtschaftlichen Nutzens war für Karl Wilhelm die Zulassung der Juden zum Bürgerrecht. So führt der Toleranzpassus im Ansiedlungsaufruf von 1715 nur die drei im Westfälischen Frieden anerkannten christlichen Religionen auf, nicht aber die Juden. Gleichwohl wurde nie bezweifelt, daß sich – wie schon in Durlach und in sechs weiteren Orten des Unterlandes – auch in Karlsruhe eine jüdische Gemeinde mit den üblichen Institutionen bilden würde.[242] Die Haltung gegenüber der jüdischen Minderheit läßt vermuten, auch die Akzeptanz von andersgläubigen Christen habe nur wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Zwecken dienen sollen und dürfe nicht mit religiöser Duldung erklärt werden. Doch für Karl Wilhelm war die Karlsruhe verliehene Religionsfreiheit zweifellos mehr als ein politisches Mittel zur Wirtschaftsförderung in seiner neuen Residenz. Nicht ohne Grund sollte die lutherische Stadtkirche den Namen „Konkordienkirche" tragen und damit an die Eintracht zwischen den Konfessionen appellieren. Offensichtlich wurde die markgräfliche Haltung in einer 1722 an alle lutherischen Pfarrer erlassenen Dienstanweisung, in der eigens angeordnet wurde, gegenüber anderen Konfessionen Toleranz zu üben und in ihren Predigten das übliche „Schmähen" und „Schänden" zu unterlassen.[243] Insbesondere zu den Karlsruher Katholiken pflegte der Markgraf persönlichen Kontakt und unterstellte sie seinem unmittelbaren Schutz. So ließ er an der Tür des katholischen Bethauses eine Warnung anbringen, daß Ruhestörer von der Nachbarschaft angezeigt und sofort „todt oder lebendig" an den Hof gebracht werden müßten.[244] Viel nüchterner wurde der Toleranzpassus hingegen im Geheimrat gesehen. Man könne daraus kein Recht auf öffentlichen Gottesdienst ableiten, stellte Geheimrat Christian Dietrich Stadelmann 1719 fest und schloß die fast provokative Frage an, „was haben Eure hochfürstliche Durchlaucht oder dero Land vor Nutzen davon, wenn etliche (katholische) Hofbediente, Handwerksleut und Taglöhner ... die Bequemlichkeit haben in Carlsruh selbst die Meß zu hören"?[245] Für die Räte blieb die religiöse Toleranz eindeutig eine Frage des Kalküls. Sechs Jahre später resümierte Geheimrat von Glaubitz, die Stadt sei „nunmehro fast völlig gebaut, und es gäbe kein Mangel an Leuten, auch seien die Catholiken, so bisher sich hier häuslich niedergelassen, von schlechtem und geringem Vermögen." Reichspolitisch könne man aus einer umfassenden Tolerierung der Katholiken auch keinen Nutzen ziehen. Weder wäre zu erwarten, daß jene vom Kaiser dem markgräflichen Hause „einen Churhut oder ein ansehnliches Stück Land oder sonst eine avantage zu wege bringen könnte" noch würde es das Verhältnis zur „katholisch gewordenen Kurpfalz" verbessern. Da dieses „niehmalens recht von Her-

zen seyn dörffte", wiege „der Widerwillen des Corpus Evangelicorum", der unweigerlich die Folge wäre, ohnehin schwerer.[246]

Die lutherische Gemeinde

Schon für die ersten Bauarbeiter bestand die Möglichkeit, in Karlsruhe einen Gottesdienst zu besuchen. Eine einfache Bauhütte, die kurz das *Magazin* genannt wurde, diente als provisorischer Kirchenraum, in dem sich die Gläubigen trafen. Anfänglich teilte sich der Durlacher Hofprediger Laurentius Hölzlein mit den Pfarrern der Nachbarorte Hagsfeld und Knielingen die Zuständigkeit.[247] Vor allem der Hagsfelder Pfarrer Johann Dietrich Bohm engagierte sich in der Karlsruher Gemeinde. Versah er einen Gottesdienst, so wurde er mit dem Wagen des Karlsruher Wirtes und späteren Bürgermeisters Johannes Sembach in Hagsfeld abgeholt und wieder zurückgebracht, wofür Sembach eine Entschädigung aus der Gemeindekasse erhielt.[248] Die ersten Karlsruher Kinder wurden noch in der Hagsfelder Kirche getauft.[249] Zwei Jahre dauerte es, bis die Stadt mit der Einweihung der Hofkapelle am 31. Oktober 1717 eine eigene Kirchengemeinde erhielt. Nun begann man auch mit der regelmäßigen Kirchenbuchführung, wobei schon zwischen Hof- und Stadtpfarrei unterschieden wurde, wenngleich die städtische Bevölkerung bis zur Einweihung der Stadtkirche 1722 die Hofkapelle mit benutzte. Die vor Oktober 1717 vollzogenen Taufen und Trauungen trug man in den Kirchenbüchern einfach nach.[250] Zum Stadtdekan wurde der bereits in der Karlsruher Pfarrei bekannte Hagsfelder Pfarrer Bohm ernannt. Die Hofpfarrei übernahm als Hofprediger Lorenz Hölzlein, dem Hofdiakon Japhet Körner und



Grundriß der Stadtkirche zu Carlsruhe, Kopie 1741.

Hofvikar Jakob Boch beigegeben wurden.[251] Mit der Verlegung der Hofstellen im Herbst des folgenden Jahres wechselte auch der Kirchenrat nach Karlsruhe über. In der neuen Residenz tagte man erstmals am 29. September 1718. Parallel zum markgräflichen Erlaß, die Hofstellen nach Karlsruhe zu verlegen, war der Bau einer lutherischen Stadtkirche beschlossen worden.[252] Am 17. Juli 1719 konnte mit dem Vorhaben unter der Leitung Friedrich von Batzendorfs begonnen werden. Nach drei Jahren Bauzeit durfte die lutherische Stadtgemeinde ihr Gotteshaus in Besitz nehmen. Wie schon bei der Einweihung der Hofkapelle wurden die Feierlichkeiten auf den Reformationstag (31.10.1722) gelegt. Unter den verschiedenen Bauentwürfen hatte sich der Markgraf für den kostengünstigsten entschieden, dessen Realisierung letztendlich lediglich 6.000 Gulden – und damit gerade nur dreimal soviel wie ein durchschnittlich ausgestattetes Zirkelhaus – erforderte. Ein anderer zur Diskussion stehender Plan hätte indes bis zu 40.000 Gulden gekostet.[253] Die Bescheidenheit rührte nicht zuletzt aus der Tatsache, daß die landesherrliche Kasse nur ein wenig mehr als ein Drittel der Gesamtsumme übernahm. Der Restbetrag von 3.600 Gulden hatten die Oberämter des Landes sowie die Almosenfonds der Karlsruher Oberamtsgemeinden Graben, Staffort und Mühlburg zu bestreiten. Diese finanziell günstige Konzeption sah einen schlichten, kreuzförmigen Zentralbau mit vier halbrunden Apsiden vor. Der Altar und die Kanzel fanden ihren Platz in der Mitte des hell gestrichenen Raumes, dessen Gewölbe mit Stukkaturen bedeckt waren.[254] Erst sieben Jahre nach Fertigstellung des Gebäudes erhielt die Kirche auf Kosten der Stadtgemeinde Glocken. Noch länger mußten die Lutheraner auf ihre Pfarr- und Schulgebäude warten. 1731 wurden sie gemeinsam mit der Friedhofsanlage errichtet. An der lutherischen Stadtkirche waren fortan zwei Stadtprediger angestellt. Der erste Stadtprediger versah die Verwaltungsaufgaben und war Leiter der Stadtdiözese. Er amtierte zugleich als Hofprediger mit einem Sitz im Kirchenrat. Der zweite Stadtprediger, auch Archidiakon genannt, hatte die Zuständigkeit für die Landgemeinden inne.[255]

Die reformierte Gemeinde

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts lebten in der Markgrafschaft Baden-Durlach bereits an mehreren Orten reformierte Glaubensangehörige. Die meisten von ihnen waren Nachfahren der nach der Aufhebung des Nanter Ediktes 1685 aus Frankreich vertriebenen Hugenotten. Karl Wilhelms Vater, Markgraf Friedrich Magnus, hatte diese Glaubensflüchtlinge aufgenommen und ihnen 1699 zwei Siedlungsplätze zugewiesen, an denen die Kolonien Welschneureuth und Friedrichstal entstanden.[256] Auch in Mühlburg hatten sich aufgrund des Toleranzpassus im Stadtprivileg von 1670 Reformierte niedergelassen. 1699 erhielten sie die Erlaubnis zum Bau einer Kirche.[257] Doch obgleich die Gemeinde bis 1714 auf 43 Mitglieder angewachsen war, was immerhin 8,2% der Einwohnerschaft bedeutete,[258] und die Mühlburger Gottesdienste auch von reformierten Gläubigen des Umlandes besucht wurden,[259] kam ein solcher nicht zustande. Die Gemeinde wurde weiterhin vom reformierten Pfarrer aus dem kurpfälzischen Weingarten versorgt. Erst als 1718 die Mühlburger Lutheraner, welche ebenfalls noch keine Pfarrechte besaßen und vom Knielinger Pfarrer mitbetreut wurden, vom Markgrafen die Zustimmung zur Errichtung einer Kirche erhielten, erinnerten sich auch die Mühlburger Reformierten an ihr inzwischen fast 20 Jahre ruhendes Baurecht. Statt einer Mühlburger Pfarreigründung zuzustimmen, schlug der Markgraf den Reformierten vor, gemeinsam mit ihren Karlsruher Glaubensgenossen in der neuen Residenzstadt einen Kirchenbau zu planen. Die Karlsruher Reformierten wurden ebenfalls vom Weingartner Pfarrer betreut und mußten ihren Gottesdienst wie die Karlsruher Lutheraner im „Magazin" feiern. Das Interesse der Mühlburger Reformierten beschleunigte das reformierte Kirchenbauprojekt in Karlsruhe.[260] Bereits am 19. Januar 1719 wurde mit

der Sammlung von Bauzuschüssen begonnen.[261] Am 28. Juli 1719 bestätigte der Markgraf den Reformierten nochmals das Recht auf freie Religionsausübung sowie die freie Pfarrerwahl vorbehaltlich der landesherrlichen Bestätigung.[262] Drei Wochen später, am 19. August 1719, begannen die Bauarbeiten auf dem vom Markgrafen zugewiesenen Bauplatz an der Langen Straße. Die Leitung hatte der markgräfliche Baudirektor Georg von Welling.[263] Es entstand ein rechteckiger Holzbau, der auf der Mitte des Langhauses – als Zeichen einer geduldeten Religionsgemeinschaft – ein Reitertürmchen erhielt. Noch vor der lutherischen Kirche wurde er am 6. September 1722 eingeweiht. Das Präsentationsrecht für die reformierte Pfarrstelle lag aus verschiedenen Gründen beim Magistrat der Stadt Basel. Zu dieser Stadt bestanden von jeher enge Verbindungen, und immerhin leisteten die reformierten Kantone der Schweiz einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung des reformierten Kirchenwesens in der Markgrafschaft. Der zum Karlsruher Pfarrer vorgeschlagene Samuel Grynäus aus Basel erhielt die markgräfliche Bestätigung und wurde am 22. September 1722 in sein Amt eingeführt. Gemäß seiner Dienstanweisung hatte er sich auch um die Mühlburger Reformierten zu kümmern, so daß diese, wie bei Baubeginn der reformierten Kirche in Karlsruhe erwartet, der Karlsruher Pfarrei angehören sollten.[264] Die Zugehörigkeit der Mühlburger Reformierten zur Karlsruher Pfarrei war inzwischen allerdings nicht mehr unumstritten. Seit der Gründung der lutherischen Pfarrei Mühlburg 1720 war dort ein lutherischer Pfarrer angestellt,[265] welcher als zuständiger Ortspfarrer die kirchlichen Amtshandlungen auch an den reformierten Gemeindemitgliedern vorzunehmen und die dabei anfallenden Gebühren einzuziehen beanspruchte.[266] Bis zum endgültigen Entscheid des Markgrafen blieb die Situation problematisch. Direkt neben der reformierten Kirche in Karlsruhe entstand ein kleines Schulhaus, in welchem den reformierten Kindern Volksschulunterricht erteilt wurde.[267] Ebenfalls in baulicher Verbindung wurde auf der gegenüberliegenden Seite bis 1726 das reformierte Pfarrhaus fertiggestellt.[268] Doch schon bald wiesen die in Fachwerk errichteten Gebäude erhebliche Mängel auf, so daß 1749 erstmals über einen Kirchenneubau nachgedacht wurde. Angesichts einer stagnierenden Gemeindegröße, die um die Jahrhundertmitte noch bei etwas mehr als 3% der Bevölkerung gelegen hatte, dann aber bis in die siebziger Jahre auf 1,6% sank,[269] schien der Neubau jedoch nicht mehr so dringlich und wurde bis weit in die zweite Jahrhunderthälfte verschoben. Am 1. September 1773 legte die reformierte Gemeinde den Grundstein zu ihrer zweiten nun unter der Leitung von Wilhelm Jeremias Müller massiv errichteten Kirche. Knapp zwei Jahre später, am 2. Juli 1775 folgte die Einweihung.[270]

Die katholische Gemeinde

In Mühlburg hatte die Verleihung der Religionsfreiheit im Stadtprivileg 1670 auch zur Bildung einer katholischen Gemeinde geführt, die 1714 immerhin 132 Mitglieder und damit ein Viertel der Einwohnerschaft zählte.[271] Angesichts der folgenden Einschränkungen im erneuerten Stadtrecht von 1699 fanden am Ort selbst zu Beginn des 18. Jahrhunderts jedoch keine Gottesdienste statt. Die Gläubigen besuchten die Messe in der benachbarten baden-badischen Gemeinde Bulach oder deren Filiale Beiertheim. Auch in Durlach lebten um diese Zeit einige katholische Familien.[272] Wenngleich die Gruppe wesentlich kleiner als in Mühlburg war, so bestand für sie seit 1710 die Möglichkeit, an ihrem Wohnort selbst die Messe zu hören. Markgraf Karl Wilhelm hatte einem hohen Regierungsbeamten, welcher katholisch war, gestattet, in seinem Hause die Messe lesen zu lassen. Regelmäßig besuchten ihn hierzu Mönche aus dem Bruchsaler Kapuzinerkloster. Zwei Jahre später brachte der Markgraf einige Italiener, die er bei seinen Reisen kennengelernt hatte, an seinen Hof. Einer von ihnen, Natale Bettinardo, war nicht nur ein ausgezeichneter Musiker, sondern auch katholischer Priester. Er übernahm die

Betreuung der Durlacher Katholiken, die sich jedoch angesichts der Verständigungsschwierigkeiten schon bald die Bruchsaler Kapuziner zurückwünschten, welche sich daraufhin wieder an der Seelsorge beteiligten.[273] Mit der Verlegung des Hofes verließ auch Bettinardo die alte Residenz Durlach. In Karlsruhe erhielt er vom Markgrafen für sich und seinen Freund Philippo Scandalibene ein herrschaftliches Haus an der nordöstlichen Ecke der Lammgasse (am mittleren Zirkel) zur Verfügung gestellt. Im Erdgeschoß des Gebäudes richteten die beiden Italiener einen Betraum für die Karlsruher Katholiken ein.[274] Schon bald waren die Messen im Karlsruher Bethaus auch von den katholischen Mühlburgern, den Durlachern und Katholiken der Umgebung gut besucht. Als mit Jahresbeginn 1719 die Planungen für den Bau der lutherischen und der reformierten Kirche begannen, wurde unter den Katholiken der Wunsch nach einem Kirchenhaus ebenfalls laut. Der Markgraf hatte den hierfür vorgesehenen Bauplatz westlich der lutherischen Kirche bereits zugewiesen. Bettinardo und Scandalibene schlugen im Februar 1719 vor, an dieser Stelle ein Kloster mit einer Kirche und einem Friedhof einzurichten, in welchem den inzwischen regelmäßig nach Karlsruhe pendelnden Bruchsaler Kapuzinern eine ständige Unterkunft hätte geboten werden können. Kapuziner würden vom Betteln leben, so argumentierten die Italiener, und das sei ohne Frage die finanziell günstigste Seelsorge für die Karlsruher Katholiken. Da Bettinardo die Arbeit nicht alleine leisten könne, sei die Mitarbeit der Kapuziner auf jeden Fall unabdingbar. Die massiven Vorbehalte des Geheimrates gegenüber einer katholischen Institution in der Baden-Durlacher Residenz verhinderten jedoch die Realisierung des Vorschlages. Bis 1725 bemühten sich die beiden Wortführer der Katholiken wiederholt, dennoch die markgräfliche Zustimmung für ihren Plan zu erhalten. Sie versicherten, die katholische Gemeinde würde für ihre Kirche und das Kloster keine Immunität verlangen, sondern diese uneingeschränkt der landesherrlichen Hoheit unterstellen.[275] Die Bemühungen blieben erfolglos. Natale Bettinardo suchte sich schließlich eine neue, besser bezahlte Stelle, und auch Scandalibene bat am Jahresende 1728 um seine Entlassung.[276] Noch kamen die Kapuziner regelmäßig nach Karlsruhe, doch nachdem die beiden Italiener nicht mehr für ihren Aufenthalt sorgten, traten zwischen den Patres und ihren Schutzbefohlenen Spannungen auf. Den Gemeindemitgliedern wurden die bettelnden Mönche lästig, welche sich wiederum schlecht behandelt und ungenügend versorgt fühlten. Aus diesem Grund zog der Kapuzinerpräses die Ordensleute aus Karlsruhe ab. Einige Wochen versahen Kapuziner aus Baden-Baden den Dienst, was aber auch keine dauerhafte Lösung sein konnte. In dieser Situation entschloß sich der Markgraf, den Bruchsaler Kapuzinern nun doch eine endgültige Bleibe in Karlsruhe anzubieten. Zu Jahresbeginn 1730 ließ er die ehemalige Wohnung der Italiener für die Kapuziner neu einrichten und mit genügend Brennholz ausstatten. Fünf Vertreter der katholischen Gemeinde versprachen, für eine Jahresbesoldung von 121 Gulden zuzüglich eines wöchentlichen Meßgeldes von 45 Kreuzern zu sorgen. Damit waren Unterbringung und Besoldung der Kapuziner gesichert. Als rechtliche Grundlage ihrer Tätigkeit in der lutherischen Stadt unterschrieben die Patres einen jährlich zu erneuernden Revers, in welchem sie sich der landesherrlichen Jurisdiktion unterstellten und versprachen, aus den ihnen gewährten Rechten keinen dauerhaften Anspruch abzuleiten.[277] Zwar besaßen die Kapuziner nunmehr eine offizielle Niederlassung in Karlsruhe, die sie später selbst als „Missionsstation" bezeichneten, gleichzeitig war mit dieser Lösung aber auch entschieden, daß auf dem den Katholiken zugewiesenen Bauplatz keine katholische Kirche mehr entstehen würde. Noch 1729 hatten die baden-badische Markgräfin Sibylle Augusta, der Pfälzer Kurfürst Karl Philipp sowie der Straßburger Bischof Kardinal Rohan eine Summe von insgesamt 1100 Gulden in Aussicht gestellt, sofern der Kirchenbau ausgeführt werden würde.[278] Alleine mit diesem Betrag hätte ein fast dop-

pelt so teures Bauprojekt wie die lutherische Stadtkirche finanziert werden können. Doch das Bauland, das bis 1729 von den Italienern als Feld benutzt worden war, blieb bis 1734 unberührt. In jenem Jahr erstellte Baumeister Johann Heinrich Arnold – allerdings ohne markgräfliche Genehmigung – auf diesem Grundstück ein Wohnhaus. Das verbleibende Gelände wurde in der zweiten Jahrhunderthälfte mit einem öffentlichen Brunnenturm überbaut, wodurch die mit dem katholischen Kirchenbau beabsichtigte Symmetrie in annähernder Weise hergestellt wurde. Den katholischen Kindern konnte aus finanziellen Gründen zunächst kein eigener Volksschulunterricht angeboten werden. Anfangs besuchten sie die lutherische Schule. Erst 1737 ermöglichte eine private Stiftung die Anstellung eines katholischen Lehrers. Dieser war im Bethaus bei den Kapuzinern untergebracht, und auch der Unterricht fand dort statt.[279]

Die jüdische Gemeinde

Mit dem Regierungsantritt Karl Wilhelms begann in der Markgrafschaft Baden-Durlach eine ausgesprochen liberale Judenpolitik.[280] Schon sein Vater Friedrich Magnus hatte die alte Residenzstadt Durlach für Juden geöffnet. Bis 1714 war die dortige jüdische Gemeinde auf 100 Personen angewachsen.[281] Diesen und anderen Juden von auswärts bot Markgraf Karl Wilhelm in seiner neuen Residenz Karlsruhe an, sich unter den gleichen Bedingungen wie christliche Zuzügler eine Existenz aufzubauen. Das war nun ein äußerst attraktives Angebot, wurden die Juden in anderen Städten der Markgrafschaft doch nur als Schutzbürger aufgenommen und mußten ein jährliches Schutzgeld zwischen 40 und 75 Gulden bezahlen. Der Zuzug von jüdischen Familien nach Karlsruhe erwies sich auch als entsprechend rege. 1720 zählte man 71 jüdische Personen, bis 1733 stieg der jüdische Anteil mit 282 Personen auf mindestens 10% der städtischen Bevölkerung.[282] Damit war aber schon der höchste Stand der jüdischen Zuwanderung überschritten. In den folgenden Jahren nahm die Zahl der Neuaufnahmen rapide ab. Bis zur Jahrhundertmitte lag der jüdische Bevölkerungsanteil bei 8%, in den siebziger Jahren dann gerade noch bei 6%. In der rückläufigen Entwicklung der Zuwanderung zeigten sich die Auswirkungen einer landesherrlichen Aufnahmepolitik, die mit dem raschen Anwachsen der jüdischen Gemeinde dann zunehmend restriktiv gehandhabt wurde. Bereits das Stadtprivileg 1722 forderte von Juden als Voraussetzung für die Bürgeraufnahme einen Vermögensnachweis von 500 Gulden.[283] 1730 wurde er auf 800 Gulden erhöht und betrug nun das Vierfache des von den christlichen Neubürgern vorzuweisenden Betrages.[284]
Nicht nur die christlichen Mitbürger wehrten sich gegen die starke Zuwanderung von Juden. Eine sorgfältigere Auswahl der jüdischen Neubürger lag vor allem auch im Interesse der bereits etablierten Judenschaft. Angesichts der günstigen Aufnahmebedingungen waren inzwischen zahlreiche arme Juden nach Karlsruhe gekommen, für welche die jüdische Gemeinde in Notfällen Sorge tragen mußte. Unter den in Karlsruhe ansässigen Juden bestanden weitaus größere soziale Unterschiede als zwischen den Christen. Bei einer Steuerschätzung im Jahre 1745 wurde der wohlhabendste jüdische Händler um mehr als das Achtfache höher eingestuft als der ärmste, und fast achzig Prozent der jüdischen Gewerbetreibenden lagen unter dem für diese Gruppe berechneten Durchschnittsvermögen. Unter den christlichen Kollegen betrug die Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Steueranschlag nur das Dreifache, und die zu versteuernden Werte waren in etwa gleichmäßig verteilt.[285] Mit dem Auslaufen der Privilegien im Jahre 1752 konnte dann erstmals auch den Karlsruher Juden die jährliche Zahlung eines Schutzgeldes auferlegt werden. Die am 16. Oktober 1752 erlassene erste Judenordnung der Stadt Karlsruhe sah einen noch vergleichsweise geringen Betrag von zwölf Gulden für einen Familienvater und von sechs Gulden für eine Witwe vor. Gleichzeitig wurden jedoch auch die Vermögensnachweise drastisch erhöht. Nunmehr mußte ein auswär-

tiger Jude, um die Zuzugserlaubnis zu erhalten, 2.000 Gulden nachweisen. Für das älteste Kind einer Karlsruher Judenfamilie ermäßigte sich der bei der Bürgeraufnahme vorzuweisende Betrag auf 1.500 Gulden.[286] Die für das Funktionieren einer Gemeinde notwendigen Institutionen wurden der Karlsruher Judenschaft nach und nach genehmigt.[287] In einem ersten Schritt bestellte der Markgraf am 15. Juli 1718 Nathan Uri Kahn zum Unterrabbiner. Für die Leitung des Gottesdienstes, den Unterricht und die allgemeinen Verwaltungsarbeiten war damit gesorgt. Obgleich Kahn umstritten war, blieb er bis 1750 im Amt. Einen jüdischen Schultheißen bestätigte der Markgraf in den ersten Jahren nicht. Emanuel Reutlinger, der das Amt in Durlach versah, erhielt jedoch die Erlaubnis, als *Rüger* gerichtliche Aufgaben wahrzunehmen und für seine Arbeit ein Viertel der anfallenden Strafgelder einzubehalten. Mit der Ernennung Salomon Meyers, dem markgräflichen Hoflieferanten, zum Schultheisen der Karlsruher jüdischen Gemeinde im September 1724 begannen für die jüdische Gemeinde wichtige Veränderungen. Der zuvor nur von freiwilligen Spenden, Sammlungen und gelegentlichen Steuererhebungen gespeisten Gemeindekasse wurden seit 1725 regelmäßige Einkünfte zugewiesen. Die Steuerarten und Gebühren waren vielfältig und änderten sich hin und wieder. Unter anderem wurde von jedem neuvermählten jüdischen Ehepaar eine Heiratssteuer eingezogen, deren Grundbetrag sich anfangs auf sechs Gulden belief zuzüglich einer vermögensabhängigen Gebühr. Bei landesfremden Ehemännern lag die Grundgebühr doppelt so hoch. Eine Erbschaftsteuer wurde fällig, wenn das Erbe an auswärtige Verwandte fiel und damit der Karlsruher Judengemeinde verloren ging. Die Juden führten eine gemeindeinterne Schanksteuer ein, die bei zehn Kreuzern je Ohm (= 150 Liter) Wein lag. Ferner wurde für die Benutzung des Frauenbades und den Verkauf des geschächteten Fleisches im jüdischen Gemeindehaus eine Gebühr erhoben. Diese und einige andere laufende Einnahmen schufen die finanzielle Basis, mit der sich ein inzwischen in der Kronengasse angekauftes Haus als Synagoge einrichten ließ. Am Rüppurrer Tor wurde ein weiteres Haus erworben, das bis Ende der dreißiger Jahre als Spital und Armenhaus diente und dann einem Neubau weichen mußte.[288] In unmittelbarer Nähe davon wurde der jüdische Friedhof angelegt. Die Gemeinde besaß nunmehr alle wichtigen Einrichtungen. Schultheis und Rabbiner nahmen ihre Aufgaben gemäß der seit 1715/27 für die gesamte Markgrafschaft geltenden Judenordnung wahr. Ähnlich dem christlichen Gemeinderat hatte der jüdische Schultheiß die Strafgewalt bis zu einer Höchststrafe von zehn Gulden.[289] Er war Vertreter der Gemeinde und hielt Kontakt mit dem markgräflichen Oberamt. Da sich Salomon Meyer berufsbedingt oftmals längere Zeit auf Reisen befand, wurden ihm 1738, wie in vielen Gemeinden üblich, drei Vertreter an die Seite gestellt, deren Wahl die jüdische Gemeinde unter der Leitung des Rabbiners vornahm. Auch in der Folgezeit wurde dieses Gremium in wechselnder Größe und Besetzung beibehalten, so daß die jüdische Gemeinde nunmehr eine dem Stadtrat ähnliche Institution besaß. Wenngleich der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung über das Jahrhundert hinweg eher sank, war es der jüdischen Gemeinde gelungen, sich als einflußreiche, finanzkräftige Interessensgruppe zu formieren. Über ein Viertel der jüdischen Hausbesitzer hatten gegen Ende des Jahrhunderts ihr Haus in der Kronengasse und damit in der Nähe der Synagoge.[290] Ihnen gelang es, noch bevor ein Neubau der lutherischen oder katholischen Kirche überhaupt begonnen war, einen von Friedrich Weinbrenner geschaffenen Synagogenbau zu finanzieren. Als die Karlsruher Synagoge 1800 eingeweiht wurde, stellte sie nicht nur das erste Bauobjekt Weinbrenners, sondern überhaupt das erste repräsentative Gebäude innerhalb der Bauplanungen der Jahrhundertwende dar.[291]

Vier Religionen in einer Stadt

Vier Religionen in einer lutherischen Residenzstadt mit gleichen bürgerlichen Rechten

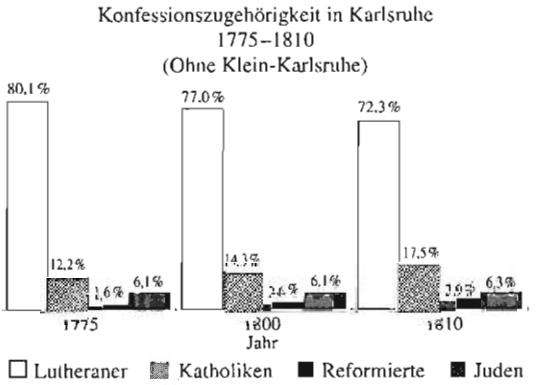
zusammenleben zu lassen, das grenzte im frühen 18. Jahrhundert an ein Experiment. Viele Fragen, die sich erst aus dem täglichen Zusammenleben ergaben, bedurften einer Klärung. Sollten die sich schon bald formierenden Zünfte konfessionell gemischt sein? Bedenkt man, welch große Rolle die Zünfte im kirchlichen Leben spielten, so schienen hier konfessionelle Konflikte unausweichlich. Offen blieb auch die Frage, ob bei der Besetzung des Stadtrates die konfessionelle Zugehörigkeit in irgendeiner Form berücksichtigt werden sollte. Weiterhin war abzusehen, daß es zu konfessionell gemischten Eheschließungen kommen würde, was eine besondere Regelung hinsichtlich der Zuständigkeit bei Trauung und Taufe forderte.

Die Zünfte bildeten sich anfangs tatsächlich, ohne daß die Konfessionszugehörigkeit thematisiert worden wäre. In der Schneiderzunft zählte der reformierte Rudolf Weibel, bei der Metzgerzunft der Katholik Michael Schöndorf und der Reformierte Thomas Menton zu den Gründungsmitgliedern.[292] Unter den Maurern arbeiteten die Katholiken Dominik Bergmüller und Martin Wehrle sowie der Reformierte Ulrich Jaquin als Meister.[293] Probleme gab es allenfalls zwischen den Gesellen. Im Schuhmacherhandwerk konnte man sich 1730 nicht einigen, ob die Stelle des Altgesellen einem Reformierten oder einem Lutheraner zukomme. Der Markgraf verwies auf seine prinzipielle Haltung zu diesem Thema: Die Meister sollten ihre Gesellen ohne Religionsunterschied halten.[294] Grundsätzlich scheinen die Fremdkonfessionellen auf dem gewerblichen Sektor der Stadt nicht benachteiligt gewesen zu sein. Doch genauer betrachtet zeigt sich, daß die obengenannten Beispiele Ausnahmen der Gründungsjahre blieben. Über die Jahre hinweg sank der Anteil der Gewerbetreibenden unter den Fremdkonfessionellen, und die wenigen Erfolgreichen wie Johannes Baumann oder Peter Scotto waren nicht im Handwerk, sondern im Handel tätig; nicht ohne Grund, denn hier spielten die überregionalen Beziehungen die primäre Rolle, während im lokalen Handwerk ein Kundenstamm aufgebaut werden mußte, was in einer überwiegend lutherischen Nachbarschaft weitaus schwieriger war. Der überwiegende Teil der fremdkonfessionellen Zuzügler arbeitete auch nicht als Handwerker, sondern als Tagelöhner, Maurergesellen oder Dienstboten, die unter Karl Wilhelm gerade auch im Hofdienst eine besondere Chance hatten. Da diese Berufsgruppen tendenziell der Unterschicht angehörten, traten Interessenkonflikte mit den wirtschaftlich und politisch dominierenden Angehörigen der Landeskonfession kaum offen zutage. Die einseitige berufliche Ausrichtung der Fremdkonfessionellen blieb auch nicht ohne Auswirkung auf deren sozialen Verhältnisse. In den genannten Berufen erwies sich eine Existenzgründung meist schwieriger oder völlig unmöglich, weshalb vor allem unter den Katholiken erheblich mehr Personen ledig blieben. Infolgedessen lag auch der Anteil der reformierten und katholischen Kinder in Karlsruhe, gemessen an ihrem Gesamtbevölkerungsanteil, erheblich unter dem der Lutheraner, aber auch der Juden.[295]

Im politischen Alltag der sich formierenden Bürgergemeinde zeigten sich auch nur anfänglich alle Konfessionen beteiligt. Die im September 1718 an den Markgrafen gerichtete Bitte, die Einrichtung einer Gemeindeverwaltung zu genehmigen, trägt die Unterschrift zweier Katholiken, von denen einer, der ehemalige Kurpfälzer Schultheiß Michael Schöndorf, vermutlich in den ersten Stadtrat gewählt wurde.[296] Auch ein reformierter Mitbürger war vom Markgrafen für den Stadtrat vorgesehen gewesen, doch Johann Georg Trautmann lehnte die Ernennung ab. In bestimmten Fällen wurde sogar der Vertreter der jüdischen Gemeinde zur Abfassung einer Petition hinzugezogen.[297] Diese überkonfessionelle Kooperation blieb jedoch auf die Gründungszeit beschränkt. Keiner der Katholiken oder Reformierten fand in späterer Zeit mehr Aufnahme in den Stadtrat.

Mögen die persönlichen Kontakte zwischen den christlichen Konfessionen durchaus bestanden haben – immerhin wurde der katholische Händler Domenico Massino nicht nur

von seinen Glaubensgenossen, sondern auch von Lutheranern und Reformierten als Taufpate bevorzugt – so hielt man sich bei konfessionsverschiedenen Eheschließungen in der ersten Jahrhunderthälfte doch zurück. Wurde ein gemischtkonfessionelles Paar getraut, so handelte es sich meist um sogenannte „Versorgungsehen", wie beispielsweise im Falle der katholischen Schneiderswitwe Weibel, die kurz nach dem Tode ihres Mannes den lutherischen Schneidergesellen Mathes Kurz heiratete und damit sowohl den Betrieb ihrer Schneiderwerkstatt in der Adlergasse als auch die Versorgung ihrer drei Kinder sicherte.[298] Gegen Ende des Jahrhunderts traten dann vor allem in Klein-Karlsruhe, wo der Katholikenanteil besonders hoch lag, Mischehen häufiger auf. 1798 lebten von den 115 Klein-Karlsruher Bürgern immerhin 6% mit einem Ehepartner anderer Konfessionszugehörigkeit zusammen.[299] Bei gemischten Trauungen konnte mit dem Eintrag der Eheschließung in das Kirchenbuch zugleich festgelegt werden, in welcher Konfession die Neuvermählten später ihre Kinder erziehen wollten. Fand eine solche Übereinkunft nicht statt, so galt seit 1727, daß die Kinder die Religionszugehörigkeit ihres gleichgeschlechtlichen Elternteils erhalten sollten.[300] Die Absprachen der Eltern fielen meist zu Gunsten der Landeskonfession aus. Daß damit bessere Zukunftschancen für sich und die Kinder erhofft wurden, zeigt der Fall der katholisch/reformierten Eheleute Hugenest, die für ihre Kinder weder die väterliche noch die mütterliche Kirchenzugehörigkeit, vielmehr die lutherische Landeskonfession wählten.[301] Vermutlich rechnete sich der als Hofschlosser tätige Melchior Hugenest aus, mit diesem 1747 getroffenen Entschluß auch unter dem neuen, den Katholiken nicht so nahestehenden Markgrafen Karl Friedrich auf Wohlwollen am Hof zu stoßen. Obgleich der Anteil der nicht der Landeskonfession zugehörigen Karlsruher das gesamte 18. Jahrhundert hindurch bei etwa 20% lag, traten vor allem zwischen den drei christlichen Konfessionen kaum Spannungen auf, die über markgräfliche Entscheidungen hätten geregelt werden müssen. Nun mag diese Einvernehmlichkeit unter den christlichen Konfessionen dadurch gefestigt worden sein, daß fast die Hälfte aller Tolerierten dem Judentum angehörten, die mit ihrer wirtschaftlichen Aktivität den Christen insgesamt zur Konkurrenz wurden.



Jahre des Übergangs: Die vormundschaftliche Regierung

Am 12. Mai 1738, nachmittags um vier Uhr, verstarb der Stadtgründer Markgraf Karl Wilhelm. Sein Tod war nicht überraschend gekommen. Bereits im vorausgegangenen Sommer hatte der inzwischen unter seiner Körperfülle leidende siebenundfünzigjährige Fürst einen Schlaganfall erlitten, wovon er sich allerdings nochmals erholen konnte. Wie er es zu Lebzeiten gewünscht hatte, setzte man seinen Leichnam um Mitternacht und in aller Stille unter der Karlsruher Stadtkirche bei. Die Karlsruher Gruft wurde damit erstmals belegt, nur das Herz des Markgrafen sollte im traditionellen Baden-Durlacher Familiengrab der Pforzheimer Stadtkirche bestattet werden.[302] Hinsichtlich der Regierungsnachfolge war 1732 für das Baden-Durlacher Haus eine schwierige Situation eingetreten. Völlig unerwartet verstarb im Frühjahr jenes Jahres Erbprinz Friedrich im Alter von nur 28 Jahren. Sein älterer Bruder Karl Magnus hatte das Kindesalter nicht überlebt, so daß kein weiterer unmittelbarer Nachkomme mehr lebte. In-

folgedessen mußte die Erbfolge eine Generation überspringen. Aus der Ehe des Erbprinzen mit Anna Charlotte Amalie von Nassau-Oranien waren zwei Söhne hervorgegangen. Karl Friedrich, der ältere und damit designierte Thronfolger wurde im Todesjahr seines Vaters allerdings gerade erst vier Jahre (*22. 11. 1728), sein jüngerer Bruder Wilhelm Ludwig war nur wenige Wochen alt (*14. Januar 1732). So ruhten von nun an die Zukunft und Hoffnungen des Landes auf dem kleinen Karl Friedrich. Unglücklicherweise hatte seine ohnehin psychisch labile Mutter, Anna Charlotte, die Geburt ihres zweiten Kindes und den unmittelbaren Tod ihres Ehemannes nicht verkraftet. Noch im gleichen Jahr wurde die Witwe mit ihren Kindern von Karlsruhe, wo die junge Familie im Erbprinzlichen Palais am Zirkel gewohnt hatte, nach Durlach gebracht. Die Verantwortung für die beiden kleinen Prinzen übernahm ihre Schwiegermutter Magdalena Wilhelmine, welche ein Historiker des 19. Jahrhunderts als „eine jener kernigen und gediegenen Frauennaturen, wie sie dem schwäbischen Stamme eigen sind", charakterisierte. Dem elternlosen Karl Friedrich sei sie jedenfalls „zur Mutter geworden" und habe ihn „an Zucht und Arbeit gewöhnt."[303] Tatsächlich legte die Großmutter Karl Friedrichs großen Wert darauf, den künftigen Markgrafen ihre eigene pietistische Gesinnung nahezubringen. Wie Karl Friedrichs Zeitgenosse Freiherr von Drais zu berichten wußte, war die alte Dame oft zweimal täglich mit ihren beiden Enkeln an der Hand zur Schloßkapelle gegangen, habe dort niedergekniet und öffentlich gebetet.[304] Karl Wilhelm hatte testamentarisch verfügt, daß im Falle seines Todes seine Frau als Vormund weiterhin für die Enkel sorgen sollte. Als zweiter Vormund wurde ihr der älteste Agnat des Baden-Durlacher Hauses, in jenen Jahren war dies der Neffe Karl Wilhelms, Markgraf Karl August, beigegeben. Gemeinsam hatten sie bis zur Volljährigkeit Karl Friedrichs die Regierungsgeschäfte zu leiten. Den beiden Vormündern stand als entscheidungsbefugtes Gremium das Geheimratskollegium zur Seite. Während die Markgräfin mit ihren beiden Enkeln in Durlach wohnen blieb, zog Markgraf Karl August in das Karlsruher Schloß.[305] Für die Residenzstadt änderte sich während der achtjährigen Interimsregierung nur wenig. Noch waren die Stadtprivilegien von 1722 gültig. Die vormundschaftliche Regierung hatte sie am 21. Juli 1738 unverändert bestätigt, weshalb die Bürger der Stadt getrost ihren Huldigungseid ablegten.[306] Ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit jener Jahre stellte die Verbesserung der Infrastruktur des Landes dar. In diesem Zusammenhang wurde 1742 die Straße nach Pforzheim ausgebaut und erreicht, daß die Postverbindung von Basel nach Frankfurt künftig über Karlsruhe verlaufen sollte, was die Baden-Durlacher Residenzstadt als Verkehrsmittelpunkt im südwestdeutschen Raum aufwertete.[307] Vom Ausbruch der kriegerischen Streitigkeiten zwischen Habsburg und Preußen im Jahre 1740 blieb das Baden-Durlacher Unterland die ersten vier Jahre verschont. Die Markgrafschaft war politisch neutral geblieben, gleichwohl wurde die Residenzstadt durch den Truppendurchzug Karls von Lothringen, der bei seinem Vorstoß auf das Elsaß im Juli 1744 Karlsruhe passierte, schwer belastet.[308] Von August bis September lag dann die französische Reiterei in Karlsruhe im Quartier.[309] Obgleich sich die Karlsruher Bürger darauf berufen konnten, daß sie gemäß ihrer Stadtprivilegien von Kriegssteuern befreit bleiben mußten, hatten sie für den Unterhalt der Truppe aufzukommen. Doch viele der Einwohner waren der Stadtkasse schon längere Zeit Geld schuldig geblieben und konnten auch diesen Beitrag nicht leisten. Andere hatten sich den Truppen angeschlossen und die Stadt verlassen. So blieben Johann Georg Stadelmann, der „mit denen Franzosen weggezogen" war, ebenso wie Johannes Riegel und Martin Kittel, die sich in sardinische Kriegsdiensten begeben hatten, die „Sauvegardegelder" schuldig.[310] Die Bevölkerung litt zweifellos unter den Kriegswirren, welche sich mit der Beteiligung Frankreichs auf preußischer Seite auch auf den Südwesten ausgedehnt hatten. Nicht ohne Grund wurden 1743 lediglich acht Ehen geschlossen. Drei

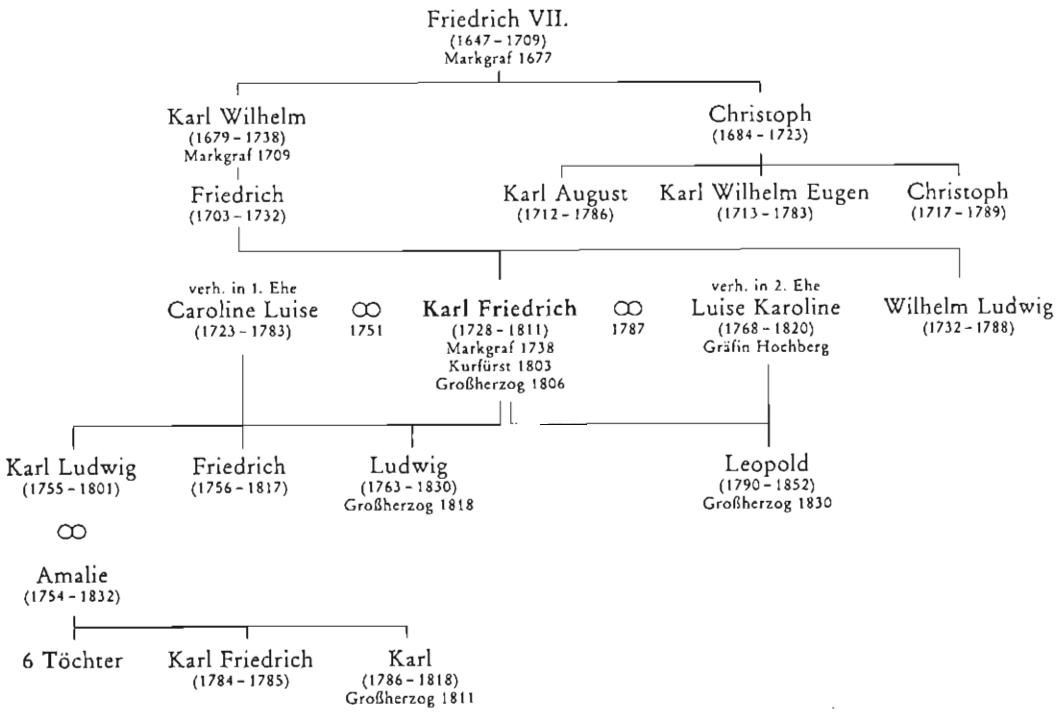
Jahre später war die Zahl der Trauungen plötzlich auf 35 angestiegen.[311] In jenem Jahr konnten auch die Karlsruher Bürger wieder optimistischer in die Zukunft blicken, denn Markgraf Karl Friedrich wurde am 13. Oktober 1746 vom Kaiser vorzeitig für volljährig erklärt. Die vorausgegangenen vier Jahre hatte sich Karl Friedrich wenig in Durlach aufgehalten. 1742 war seine Großmutter verstorben und als zweiter Vormund Prinz Karl Wilhelm Eugen, der jüngere Bruder Karl Augusts, nachgerückt, welcher sich jedoch kaum um die Regierungsgeschäfte in Karlsruhe kümmern konnte, da er im Militärdienst bei König Karl Emanuel I. von Sardinien stand.[312] Der inzwischen fünfzehnjährige Karl Friedrich begann nun, die für seinen Stand üblichen Bildungsreisen aufzunehmen. Gemeinsam mit seinem Bruder und dem notwendigen Betreuungspersonal fuhr er für zwei Jahre nach Lausanne. Von dort reisten die Prinzen über Südfrankreich und Paris in die Niederlande weiter, wo sie erstmals ihre Verwandten mütterlicherseits aus dem Hause Nassau kennenlernten.[313] Mit der Volljährigkeitserklärung Karl Friedrichs war aber auch die Zeit der vormundschaftlichen Regierung zu Ende gegangen. Am 5. November 1746 zog der designierte Regent unter Glockengeläut und Jubel der Bevölkerung in Karlsruhe ein und erklärte noch am gleichen Tag, daß er die Stadt als seinen Regierungssitz beibehalten wolle. Die Bürger dankten es ihm tagsdarauf mit einer abendlichen Festbeleuchtung.[314] Am Tag seines 18. Geburtstages, dem 22. November 1746, trat der junge Regent die neue Aufgabe als Landesherr an. Für die Residenz begann jedoch erst mit dem Auslaufen der alten, noch vom Stadtgründer verliehenen Stadtprivilegien im Jahre 1752 eine neue Periode. Von da an sollte der junge Stadtherr die Geschicke der ebenfalls immer noch jungen Residenz bestimmen.

Die Entwicklung der Stadt bis zum Beginn des Großherzogtums Baden

Der neue Regent und Stadtherr

Markgraf Karl Friedrich und seine Familie

Der Regierungsantritt hatte den jungen Markgrafen Karl Friedrich wieder in seine Geburtsstadt Karlsruhe zurückgeführt, in der er bis zu seinem Umzug nach Durlach die ersten vier Lebensjahre verbracht hatte. Trotz seiner Zusicherung, er werde die Residenz in Karlsruhe belassen, schien es in den ersten Jahren nicht ausgeschlossen, daß diese doch wieder nach Durlach verlegt werden könnte. Noch im März 1748 zog der Geheimrat eine Rückkehr ernsthaft in Erwägung.[1] Nun war das Leben am Karlsruher Hof nahezu erloschen. Der Administrator Markgraf Karl August hatte schon 1743 seine Wohnung im Schloß geräumt und war wieder an den Zirkel gezogen, da der bauliche Zustand ein unbedenkliches Wohnen im Schloß nicht mehr zuließ. Von den übrigen Familienmitgliedern, die eine Verbindung zum Karlsruher Hof hatten, wohnte niemand mehr längere Zeit in Karlsruhe.[2] Karl Friedrichs psychisch kranke Mutter lebte zurückgezogen im Durlacher Schloß, wo sie noch viele Jahre ohne Teilnahme am öffentlichen Leben verbrachte, bis sie 1777 starb. Sein einziger Bruder, Wilhelm Ludwig, hatte eine militärische Karriere in holländischen Diensten begonnen, die ihn außerhalb des Landes führte. War er in Karlsruhe, so wohnte er im Erbprinzlichen Palais am Zirkel.[3] In späterer Zeit zog er mit seiner 1760 geehelichten bürgerlichen Frau[4] in die benachbarte Stadt Mühlburg und widmete sich der Bewirtschaftung eines Land-



Familie des Markgrafen Karl Friedrich (Auszug).

guts. Am Karlsruher Hofe waren auch die drei Söhne des früh verstorbenen Bruders Karl Wilhelms erzogen worden. Obgleich sie von Karl Friedrich „Onkel" genannt wurden, waren sie eigentlich Söhne seines Großonkels und nur zwischen elf und sechzehn Jahre älter als er. Der älteste der Brüder, der bereits erwähnte Markgraf Karl August Reinhard, erhielt mit 26 Jahren die Vormundschaft für Karl Friedrich und dessen Bruder übertragen. Nach Beendigung dieser politischen Arbeit verließ er Karlsruhe und trat in den Dienst der kaiserlichen Armee. Relativ glücklos kehrte er zurück und zog 1760 nach Durlach, wo er 1786 unverheiratet starb und in der Stadtkirche begraben wurde. Gänzlich entfernte sich der mittlere der Brüder, Markgraf Karl Wilhelm Eugen, von der Baden-Durlacher Familie. Nachdem er viele Jahre zunächst in der kaiserlichen, dann in der sardinischen Armee gedient hatte, ließ er sich bei der katholischen Linie des Hauses in Baden-Baden nieder und konvertierte schließlich – vor allem mit Blick auf mögliche Erbansprüche gegenüber der baden-badischen Linie – zum Katholizismus. Nur der jüngste Bruder, Markgraf Christoph, behielt trotz der langen Abwesenheit während seiner Militärzeit, die er wie seine Brüder leistete, enge Verbindung zum Karlsruher Hof. 1761 zog er sich in österreichischen Kriegsdiensten eine ernsthafte Verwundung zu, die ihn zur Aufgabe des Militärdienstes und zur Rückkehr nach Karlsruhe zwang. Mit seiner Frau, einer Tochter des hohen badischen Beamten von Üxküll, wohnte er in unmittelbarer Nähe des Schloßbezirks am nördlichen Ende der Waldhorngasse.[5] Nach ihrem Tode ehelichte der lebenslustige und sich in ständiger Geldnot befindliche Christoph im Alter von 62 Jahren eine junge Durlacher Witwe, mit der er bis zu seinem Tode 1789 noch zehn Jahre verbrachte. Seine Kinder aus dieser Ehe erhielten von Karl Friedrich 1806 den adeligen Namen von Freydorf verliehen.

Die erste regierende Markgräfin in Karlsruhe

Gerade weil der Kreis der markgräflichen Familie in Karlsruhe verschwindend klein war, wurde vom neuen Regenten und Stadtherrn erwartet, daß er recht bald eine geeignete Gemahlin vorführe, mit der er eine Familie begründen könnte. Einige der Transparente, mit denen die Residenzstädtler den jungen Markgrafen bei seinem Regierungsantritt im November 1746 begrüßten, wiesen ganz unzweideutig darauf hin. So stand auf einem der Plakate kurz und knapp folgende Aufforderung: „Der redlich deutschen Fürsten schönster Töchter Herzen/ Erwarten Deine Wahl in reinster Liebe Schmerzen." Ein anderer Text formulierte den Hochzeitswunsch zurückhaltender: „Es lebe Karl Friedrich/ und die mit ihm vermählet sich!/ Der Raum zum Wappen stehet offen,/ Herr, segne Alles, was wir hoffen."[6] Dem erst achtzehnjährigen Markgrafen war die Aussicht auf eine baldige Eheschließung jedoch höchst unangenehm. Erst nach anderthalb Jahren und wiederholtem Drängen seines Onkels Wilhelm von Oranien ließ sich Karl Friedrich auf die Bemühungen seiner hohen Beamten in dieser Angelegenheit ein. Das erste Heiratsangebot, das die Schwester des dänischen Königs Friedrich V. vorsah, schien politisch verheißungsvoll, da kurz zuvor der Thronfolger des dänischen Königshauses verstorben war. Doch Karl Friedrich zö-

Karoline Luise von Hessen-Darmstadt, seit 1751 Markgräfin von Baden-Durlach, an der Staffelei im Jahre 1745.

gerte seine Entscheidung hinaus. Auch für den zweiten, von seinen Beamten eingeleiteten Vermittlungsversuch, bei dem um die jüngere Schwester des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel geworben wurde, konnte sich der junge Markgraf nicht begeistern. Erst erneuter Druck seitens seines Onkels veranlaßte Karl Friedrich im Frühjahr 1748, der Werbung um die inzwischen für ihn ausersehene Hessen-Darmstädter Prinzessin Karoline Luise zuzustimmen. Obgleich die Initiative erfolgreich verlief und der Ehepakt im Oktober des Folgejahres geschlossen wurde, schob Karl Friedrich die Hochzeit nochmals um über ein Jahr hinaus.[7] Nun war die Darmstädter Prinzessin fünf Jahre älter und stand im Rufe überaus gebildet zu sein, was den jungen Markgrafen verunsichert haben mag. Schon als junges Mädchen hatte Karoline Luise ein lebhaftes Interesse für Naturwissenschaften entwickelt und beherrschte neben der an den Höfen üblichen französischen Sprache auch Englisch und Italienisch sowie die klassischen Sprachen Griechisch und Latein. Als geeigneter Hochzeitstermin wurde schließlich der Karlstag (28. Januar) des Jahres 1751 festgesetzt, der nicht nur der gemeinsame Namenstag der Brautleute, sondern auch ein historisches Tagesdatum für den Stadtgründer Karl Wilhelm war.[8] Die Einwohner von Karlsruhe begrüßten das junge Paar begeistert, denn mit Karoline Luise zog erstmals eine regierende Markgräfin in die Residenzstadt ein.[9] Ihre wissenschaftlichen Studien und Aktivitäten setzte Karoline Luise auch am badischen Hofe fort, was der Stadt Karlsruhe später zugute kommen sollte. Mit der Gründung eines fachgerecht angelegten Naturalienkabinetts schuf sie den Grundstock zur heutigen Landessammlung für Naturkunde, und ihre umfangreiche Privatgalerie ging später in die Abteilungen der niederländischen und französischen Malerei der Karlsruher Kunsthalle ein. Wenngleich die Ehe des markgräflichen Paares zunächst als reine Konvenienzheirat arrangiert worden war, so wuchs mit den Jahren aus der anfänglichen Reserviertheit Karl Friedrichs doch wahre Sympathie gegenüber seiner klugen Frau. Diese hatte in den ersten vier Jahren ihrer Ehe unter drei Fehl- beziehungsweise Totgeburten zu leiden. Erst 1755 kam der langersehnte Erbprinz Karl Ludwig zur Welt. Auch von den folgenden Schwangerschaften blieben ihr nur zwei Knaben über das Kindesalter hinaus erhalten: der ein Jahr jüngere Friedrich und der erst 1763 geborene Ludwig. Die markgräfliche Familie lebte im Karlsruher Schloß ein einfaches, fast bürgerliches Familienleben, das sich von der steifen Etikette anderer hochadeliger Höfe unterschied.[10] Als Karoline Luise 1783 starb, traf es Karl Friedrich schwer. Erst vier Jahre später entschloß sich der Endfünfziger, mit der Hofdame und Offizierstochter aus schwäbischem Adel, Luise Karoline Geyer von Geyersberg, eine zweite Ehe einzugehen. Die 1796 zur Reichsgräfin von Hochberg erhobene junge Frau gebar dem um vierzig Jahre älteren Karl Friedrich eine Tochter und vier weitere Söhne, darunter Leopold, der 1830 als Großherzog den badischen Thron bestieg.

Der Reformer

Markgraf Karl Friedrich hatte sein Land, das 1746 etwa 86–90tausend Einwohner zählte, in einem guten Zustand übernommen. Durch die sorgfältige und sparsame Verwaltung seines Großvaters Karl Wilhelm, welche unter der vormundschaftlichen Regierung weitergeführt wurde, hatte sich die finanziell desolate Situation der Kriegsjahre konsolidiert.[11] Sofortiger Handlungsbedarf war nicht gegeben, so daß Karl Friedrich die ersten vier Regierungsjahre bis 1751 zu Reisen in die wichtigsten europäischen Nachbarländer, nach England, die Niederlande, nach Frankreich und Italien nutzte.[12] Die dort gesammelten politischen Erfahrungen schufen die Basis für seine spätere Regierungsarbeit. Beeindruckt war der junge Markgraf vor allem von den Reformen in England und den Niederlanden, zwei Länder, die im 18. Jahrhundert als fortschrittlich galten. Die ersten Maßnahmen, die Karl Friedrich in diesem Sinne ergriff, betrafen die Verwaltung und das

Markgraf Karl Friedrich herrschte in Baden von 1746 bis zu seinem Tod im Jahre 1811. Während seiner Regentschaft entstand aus der Markgrafschaft das Großherzogtum Baden.

Justizwesen des Landes.[13] Eine 1752 erlassene neue Hofgerichtsordnung sollte eine raschere und präzisere Erledigung der bisher eher schleppend verlaufenden Verfahren garantieren. Im gleichen Jahr ließ er im Pforzheimer Zuchthaus, der Baden-Durlacher Strafanstalt, wo noch in traditioneller Weise Straftäter gemeinsam mit anderen Sozialfällen, wie Arme, Kranke, Waisen und Alte, untergebracht waren, den Strafvollzug ausgliedern.[14] Zugleich wurden Maßnahmen zur Vereinheitlichung und Effektivierung der Gemeindeverwaltungen getroffen, die in der 1760 erlassenen Kommunordnung ihren Abschluß fanden. Gegen Ende der sechziger Jahre wandte sich Karl Friedrich mit vergleichbarem Reformeifer der Landwirtschaft zu. Auf den Kammergütern wurden Versuche mit neuen Kulturen (Kartoffeln, Dickrüben, Mais und Krapp) unternommen und zur Verbesserung der Viehzucht der Anbau von Futterkräutern bei eingeschränkter Brache propagiert. Das in drei oberländischen Gemeinden begonnene Projekt, die aus Frankreich stammende Lehre der Physiokraten[15] in der Praxis anzuwenden, scheiterte allerdings.[16] In diese Zeit fiel auch ein für die Markgrafschaft zwar positives, gleichwohl nicht unproblematisches Ereignis. Ausgelöst durch das kinderlose Ableben Markgraf Augusts von Baden-Baden und gemäß der bereits

1765 getroffenen Erbregelung wurde am 21. Oktober 1771 der baden-badische Landesteil mit dem Baden-Durlacher wiedervereint. Mit der Zusammenführung der seit 256 Jahren getrennten Landesteile stand Markgraf Karl Friedrich keine einfache Aufgabe bevor, die durch die Konfessionsverschiedenheit beider Territorien weiter erschwert wurde. Zunächst beließ der neue gesamtbadische Landesherr die baden-badische Regierung im Amt. Erst zum Jahresbeginn ordnete er einen Teil der Räte nach Karlsruhe ab, die übrigen versetzte er in den Ruhestand. Um den neuen konfessionellen Verhältnissen im Lande gerecht zu werden, wurde in der Folgezeit darauf geachtet, daß die Karlsruher Regierungskollegien stets auch mit zwei katholischen Vertretern besetzt waren. Zur Regelung der nicht eben günstig stehenden Landesfinanzen Baden-Badens mußte eine spezielle Kommission eingesetzt werden. Die Verwaltung des baden-badischen Landesteils wurde nach und nach in die Baden-Durlacher integriert und die inzwischen bewährten Reformen auch dort eingeführt. Karl Friedrichs unermüdliche Reformtätigkeit, die in Auseinandersetzung mit der in der zweiten Jahrhunderthälfte auch im Reich diskutierten Aufklärungsphilosophie 1767 etwa zur Abschaffung der peinlichen Befragung in Strafprozessen (Folter) oder 1783 zur Aufhebung der Leibeigenschaft führte, ließ die Historiker den badischen Markgrafen unter die aufgeklärten Absolutisten rechnen und ihn damit in eine Reihe mit Josef II. und Friedrich dem Großen stellen. Tatsächlich suchte Karl Friedrich den rationalen Legitimationsgrund seiner Herrschaft in der Erfüllung seiner Amtspflicht und ging dabei von einer Identität zwischen Herrscher- und Untertaneninteresse aus. Er hob sich damit eindeutig vom rein absolutistischen Herrschaftsverständnis ab, das sich allein im Gottesgnadentum begründete. Gleichwohl stellte Karl Friedrich letzteres nicht in Frage. Seine von der Aufklärung übernommenen Ziele standen stets im Interesse des Absolutismus, denn die Aktionen verhalfen dem Markgrafen zu einem Loyalitätsgewinn, der mit dem Aufleuchten revolutionärer Gesinnung jenseits des Rheines an entscheidender Bedeutung gewann.

Das Stadtrecht von 1752

Bei Aufnahme der Regierungsgeschäfte erwartete Karl Friedrich als wichtige Aufgabe die Neuformulierung des Stadtrechtes seiner Residenz, deren Privilegien am 12. Februar 1752 ausliefen. Dem jungen Markgrafen bot sich erstmals die Chance, mittels einer neuen Stadtpolitik den Charakter seiner Residenzstadt, die immerhin als Bühne landesherrlicher Politik und fürstlicher Repräsentation dienen mußte, nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Das noch von seinem Großvater verliehene erste Stadtrecht von 1722 hatte mit umfangreichen Steuerprivilegien den raschen Aufbau und die wirtschaftliche Belebung der neuen Stadt zum Ziel gehabt. Während der drei Jahrzehnte seiner Gültigkeit entstand eine lebensfähige Kommune, in der Handel und Gewerbe eine weitaus größere Rolle spielten, als es in anderen Residenzstädten üblich war, deren Gemeinwesen aufgrund der Privilegien allerdings auch „subventioniert" blieb.[17] Ob die Karlsruher Gewerbebetriebe unter den landesüblichen Marktbedingungen überhaupt lebensfähig waren, mußte sich erst zeigen. Denn wie zu erwarten, wurden die Steuerprivilegien nicht verlängert. Die Karlsruher Einwohner erfuhren fortan den landesherrlichen Fiskus unmittelbar in der Person des „Zollers" und „Pfundzolleinziehers", der für alle in Karlsruhe gehandelten, ein-, aus- oder durchgeführten Waren den landesherrlichen Obolus forderten. Um die Versorgung des Karlsruher Marktes mit frischen Produkten zu gewährleisten, blieb lediglich die Einfuhr einiger Grundnahrungsmittel wie Gemüse, Eier, Milch und Hühner weiterhin steuerfrei.[18] Als ebenfalls von der landesherrlichen Steuer befreit galt der Lebensunterhalt der Hofangestellten, welche auf diese Weise eine zusätzliche Versorgungsleistung ihres Dienstherren genossen. Um hier die kommerzielle Nutzung von vornherein auszuschließen, blieben die von Hofangestellten zur Führung eines Ge-

werbe- oder Handelsbetriebes benötigten Produkte von der Freistellung ausgenommen.[19] Für den Karlsruher Einwohner verteuerten sich die Lebenshaltungskosten vor allem durch die Erhöhung des Ohmgeldes (Schanksteuer) auf das Baden-Durlacher Niveau, zu welchem nunmehr noch der „Maas Kreuzer", der von jedem ausgeschenkten halben Liter Wein oder Bier zu entrichten war, gerechnet wurde.[20] Zu diesen die Allgemeinheit treffenden Verbrauchssteuern kamen die individuell bedingten persönlichen Abgaben an den Landesherrn. Die Hintersassen, welche bisher ihre jährliche Aufenthaltsgebühr von 2 Gulden 24 Kreuzer nur an die Stadt entrichtet hatten (Hintersassengeld), mußten nun insgesamt 4 Gulden erbringen, die je zur Hälfte in die landesherrliche und die städtische Kasse flossen.[21] Die grund- und hausbesitzenden Bürger und Hofangestellten wurden mit ihrem Steuerkapital nicht nur zur Gemeindeumlage, sondern auch zur landesherrlichen Steuer (Schatzung) herangezogen. Das im Stadtrecht von 1722 erteilte Versprechen, den Steuersatz nach Ablauf der Steuerfreiheit wie in Mühlburg nicht über 30 Kreuzer je 100 Gulden Schatzungskapital steigen zu lassen, wurde eingehalten, wenngleich die Höhe der Abgabe damit keineswegs begrenzt war. Die endgültige Steuersumme berechnete sich nämlich aus der jährlich im Februar oder März festgelegten Zahl der Steuermonate, und so bedeutete die Erweiterung der Schatzungsmonate im Jahr 1765 von 18 auf 20,5 auch für die Karlsruher eine Steuererhöhung. Gleichwohl lag der Karlsruher Schatzungsfuß vergleichsweise niedrig. In anderen Baden-Durlacher Orten wurde man normalerweise mit dem sechsfachen Anschlag belastet. Daß das Gewerbe von landesherrlicher Steuer weiterhin befreit blieb, begrenzte die neuen Belastungen ebenfalls.[22] Dennoch kamen auf die Stadtbürger finanzielle Ausgaben zu, die vor allem deshalb schmerzten, da Karl Friedrich im Rahmen seines Stadterneuerungkonzeptes auch das private Bauwesen in die Pflicht nehmen wollte und aus diesem Grund das neue Stadtrecht gleich mit Auflagen für künftige Bauvorhaben beginnen ließ. Das Stadtbild in einen respektableren Zustand versetzen zu wollen, war angesichts der inzwischen baufällig gewordenen Fachwerkhäuser ein notwendiges Anliegen, die Finanzkraft der Bürger beanspruchte es jedoch zusätzlich. Mit der neuen Abgaberegelung beabsichtigte Markgraf Karl Friedrich nicht nur, die landesherrlichen Einnahmen zu erhöhen, sie sollten vielmehr auch der Karlsruher Stadtkasse zugute kommen. Deren Budget wurde erweitert, indem sie zuzüglich des bisherigen Anteiles an den Geldstrafen unter zehn Gulden, des Hintersassen- und Bürgergeldes und der Marktgebühren, ein Viertel der landesherrlichen Salzsteuer erhielt und von der Erhöhung der Schanksteuer, welche ihr ebenfalls zu einem Viertel zustand, profitierte.[23] Gerade diese steuerlichen Änderungen, verbunden mit den neuen Bauvorschriften, lassen die Zielsetzung der markgräflichen Stadtpolitik erkennen: Die Verschönerung des Stadtbildes und die finanziell bessere Ausstattung der Gemeindeverwaltung sollten die Wohnqualität in der Baden-Durlacher Residenzstadt entscheidend verbessern – eine wichtige Voraussetzung, um Karlsruhe für wohlhabendere und repräsentativere Familien attraktiv werden zu lassen. Dazu trug des weiteren nicht nur die von der Bürgerschaft gewünschte Erhöhung des Vermögensnachweises für Neubürger bei, der neue Stadtherr verfügte nun auch das Auslaufen des bürgerlichen Schutzbürgerrechtes für Hausbesitzlose, so daß die Karlsruher Bürgerschaft künftig an das Grund- und Hauskapital der Stadt gebunden war.[24] Von dieser Akzentuierung abgesehen, greifen die anderen Paragraphen des Stadtrechts im wesentlichen bereits bestehende Verhältnisse auf und bestätigen sie. So wurde die Zunftverfassung nun für alle Handwerke verbindlich vorgeschrieben und die bereits aufgehobene Handelsfreiheit für Salz auf den Eisenhandel ausgedehnt.[25] Das 1722 noch diskutierte Toleranzprivileg führte nun explizit auch die Juden als geduldete Mitbürger an.[26] Die Stellung von hausbesitzenden und gewerbetreibenden Hofbediensteten – ein juristisches Problem – wurde gemäß dem 1724 ergangenen Zusatz zum

Stadtrecht formuliert. Damit blieb für gewerbetreibende Hofleute personenrechtlich das Hofmarschallamt und das Hofgericht zuständig, für ihr städtisches Gewerbe und ihren Besitz waren sie hingegen dem Stadtrat unterstellt und der Stadtkasse abgabenpflichtig. Wie ihre bürgerlichen Nachbarn mußten sie fortan für ihren Besitz auch zur landesherrlichen Steuer beitragen.[27] Mit dem neuen Stadtrecht war es dem Markgrafen gelungen, den wirtschaftlichen Sonderstatus der neugegründeten Residenz maßvoll abzubauen und ihr die Entwicklung zur repräsentativen Residenzstadt zu ermöglichen.

Ein Stadtrat unter landesherrlicher Kuratel

Die Mehreinnahmen, die der Stadtkasse nach 1752 eröffnet wurden, sollten gemäß landesherrlichem Willen, den „Besoldungen derer Allmosenpflegeren, Nachtwächtern, Bettelvögten, und des Stadtmößners" zugute kommen.[28] Tatsächlich hatte sich der Arbeitsaufwand der städtischen Bediensteten im Laufe der Jahre stark erhöht. Die Zahl der Bettelvögte war gerade erst 1751 von zwei auf drei heraufgesetzt worden.[29] Schon in den vierziger Jahren hatte man zur Unterstützung des Rates bei minderwichtigen Exekutiv- und Kontrollaufgaben sechs Bürger zu „Gassenmeistern" bestimmt, welche fortan in ihrem Wohngebiet als Mittler zwischen Bürgern und Rat wirkten. Zwar erhielten sie für ihre Tätigkeit keine Entlohnung, sie genossen jedoch finanzielle Privilegien, die ebenfalls zu Lasten der Stadtkasse gingen.[30] Auch die Aufgaben der Ratsmitglieder wurden angesichts ständig steigender Einwohnerzahlen arbeitsintensiver und vielfältiger. Dennoch blieb die Besetzung des Rates unverändert bei zwölf Personen. Personell hatte sich der Stadtrat in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zu einem abgeschlossenen Gremium entwickelt, das sich nur mit dem Ableben eines Mitgliedes veränderte und dann aufgrund des Kooptationsrechtes die Ratsämter innerhalb der Familien weitergeben konnte.[31] Als solches bewahrte es sich bis in die achtziger Jahre trotz der unmittelbaren Nähe der landesherrlichen Behörden ein gewisses Maß an politischer Selbständigkeit, das allerdings mit der selbstbewußten Kommunalarbeit der Gründungszeit nicht mehr zu vergleichen war.[32] Immerhin gelang es der Stadt 1756, das Salzregal, welches zuvor an einen privaten Händler verpachtet war,[33] an sich zu ziehen. Für 450 Gulden (bzw. zum ermäßigten Satz von 337 Gulden 30 Kreuzer) im Jahr durfte der Bürgermeister die Versorgung der Stadt mit dem nötigen Salz organisieren und wurde mit einer geringen Umsatzbeteiligung entschädigt.[34] Bis zum Ende des Jahrhunderts hatte sich der Erlös aus dem Salzhandel zur wichtigsten Einnahme der Stadt entwickelt. Juristisch war der Stadtrat, wie in allen anderen badischen Städten, einem Oberamt untergeordnet. Dem Karlsruher Oberamt stand in Personalunion mit dem Durlacher Oberamt ein adeliger Oberamtmann vor, dem zunächst ein bürgerlicher Kollege, seit 1771 dann zwei Beamte beigegeben waren. Als ausführendes Personal hatten diese anfänglich nur über einen „Hatschier" zu verfügen, dem später dann drei weitere niedere Angestellte zur Seite gestellt wurden.[35] Angesichts des Verwaltungsaufwandes für insgesamt 14 Orte sowie für die beiden Städte Mühlburg und Karlsruhe (einschließlich der Randsiedlung Klein-Karlsruhe) war die personelle Ausstattung recht dürftig. Die „lokale Polizei, in der Hand des Oberamtes, schien dem Markgrafen nicht mehr kräftig genug",[36] so erklärte das Geheimratsmitglied Karl Wilhelm Drais von Sauerbronn die damalige Situation. Von ihm stammten auch die wegweisenden Vorschläge für die im März 1787 eingerichtete „Karlsruher Polizeideputation."[37] Die Bildung von Deputationen als eine Art von Fachministerien wurde unter Karl Friedrich schon seit Jahren praktiziert,[38] und auch in anderen Städten richteten Landesherren Institutionen gleichen Namens ein. Schon 1753, dreizehn Jahre bevor in Karlsruhe die ersten Maßnahmen für ein solches Vorhaben unternommen wurden, erhielt die württembergische Residenz Stuttgart ihre Polizeideputation.[39] Diese neue landesherrliche Behörde sollte nun ausschließlich

für die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Stadt zuständig sein. Sie war im Grunde eine landesherrliche Lokalbehörde, und ihre Kompetenzen überschnitten sich fast ohne Ausnahme mit denen des Stadtrates. Die Polizeideputation hatte sich um die Ordnung und Sauberkeit auf den Straßen, das Meldewesen – insbesondere hinsichtlich der Beherbergung von Fremden –, um die Kontrolle der Gaststätten und die Gewerbeaufsicht bei Metzgern und Bäckern sowie das Armenwesen zu kümmern. Die Ausführung der untergeordneten Arbeiten, wie das Einsammeln und Verteilen von Almosen oder die Kontrolle der Brotgewichte, verblieben hingegen weiterhin in den Händen der Ratsleute. Während das Oberamt zuvor nur in wenigen Fällen Anweisungen gab, die auch nicht immer befolgt wurden,[40] wies die Polizeideputation die Ratsleute nun unmittelbar in ihre Tätigkeiten ein. Die Brotwieger Weylöhner und Lacher mußten fortan nicht nur drei bis vier mal wöchentlich ihre Kontrollen durchführen, sondern hatten darüber hinaus der Deputation regelmäßig Bericht zu erstatten. Die von den Almosenpflegern an die städtischen Armen auszuzahlenden Gelder wurden von der Polizeibehörde ebenfalls kontrolliert und angewiesen.[41] Schließlich griff die Polizeideputation auch noch in die Verteilung der Ratsämter ein. 1790 ordnete sie an, Fleischschätzer Huffeld aus Altersgründen vom Dienst zu befreien. Doch der Rat protestierte geschlossen. Huffeld seien bisher keinerlei Fehler unterlaufen, zumal man ihm inzwischen den jungen Ratsverwandten Richter als Kollegen beigegeben habe. Überhaupt sei die Suspendierung aus Altersgründen noch nie vorgekommen, die Ratsleute hätten ihre Ämter immer bis zu ihrem Tode ausgeübt.[42] Die Entrüstung der Ratskollegen ist verständlich, da ein Ratsamt aufgrund der dabei anfallenden Provisionen eine wichtige Altersversorgung darstellte. Vermutlich respektierte und schätzte die Deputation den Stadtrat nicht einmal als ausführendes Organ. Um die gleiche Zeit versuchte sie nämlich dem ebenfalls angeblich altersschwachen Almosenpfleger eine „nicht mit öffentlichen officien belastet[e]" Person zur Seite zu stellen.[43] Zweifellos wurde damit beabsichtigt, ein für die Armenverwaltung zentrales Amt aus der Verantwortlichkeit des Rates zu lösen und es über die Besetzung mit einem Hauptamtlichen zu professionalisieren. Die vergleichsweise hohe Effektivität der neuen Institution „Polizeideputation" kam nicht von ungefähr. Die entscheidende Schwäche des Stadtrates, aber auch des Oberamtes, hatte in deren eingeschränkter Zuständigkeit gegenüber der Einwohnerschaft Karlsruhes gelegen; denn die herrschaftlichen Bediensteten unterstanden dem Marschallamt beziehungsweise dem Hofgericht, die Soldaten der Militärkommandantschaft und die Klein-Karlsruher Hintersassen dem Markgrafen direkt. Die Polizeideputation war hingegen erstmals für alle Einwohner zuständig. Ihr ausgedehntes Tätigkeitsfeld forderte jedoch auch eine personelle Besetzung, mit der alle Zuständigkeitsbereiche abgedeckt werden konnten. Für den Regierungsrat wurde Freiherr von Drais berufen, Oberhofprediger Walz vertrat den Kirchenrat, der Kommandant des einquartierten Militärs von Freistätt war als Dienstherr der Soldaten anwesend, ferner zwei Hofräte und Oberamtmann von Schwarzenau beziehungsweise dessen Vertreter Amtmann Preuschen. Hierarchisch unterstand dieses Gremium dem Markgrafen unmittelbar, es genoß damit eine höhere Stellung als das Oberamt. Gute Arbeitsbedingungen erhielt die Deputation auch hinsichtlich der Ausstattung mit Kompetenzen und Personal eingeräumt. Ihre Strafgewalt von 10 Reichstalern (bzw. eine Gefängnisstrafe von drei Tagen) überschritt die des Rates immerhin um ein Drittel. Für die Verwaltung sorgte ein Polizeikommissar, dem zur Befehlsausführung ein Sergeant mit fünf Polizeidienern unterstellt wurden. Die Polizeidiener waren ausgebildete Soldaten des Karlsruher Militärs. Sie erhielten neue, städtische Uniformen in den Farben Gelb und Blau. Zur Finanzierung ihres Monatsgehaltes wurden die alten städtischen Bettelvögte, die angeblich ohnehin nur „schläfrig" seien und ständig im Wirtshaus säßen,[44] entlassen. Auf den Straßen der Stadt waren die Polizeidiener nun

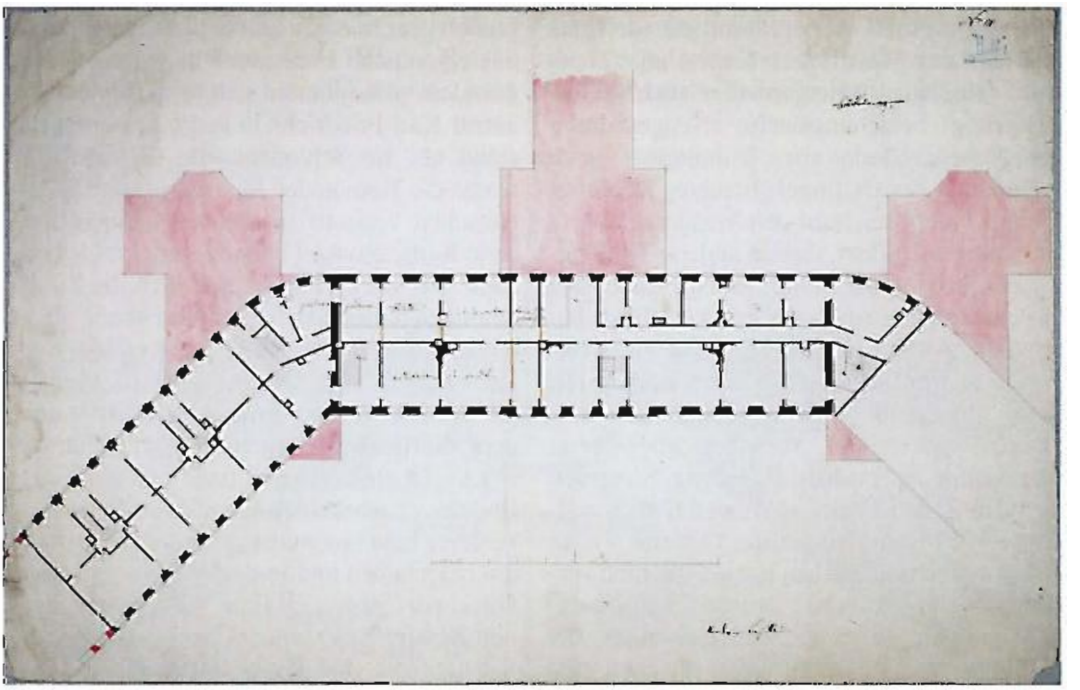
allgegenwärtig; mehrmals im Jahr visitierten sie die Privathäuser der Stadt, suchten nach Fremden ohne Aufenthaltsgenehmigung oder illegalem Alkoholausschank. Ihr Handlungsspielraum war zwar beschränkt, nur auf Anweisung durften sie einschreiten und Gewalt ausschließlich in Notfällen anwenden, gleichwohl gewährleistete diese Einsatztruppe die Wirksamkeit der Polizeideputation. Dies zeigte sich nicht zuletzt daran, daß die Deputation im ersten Jahr insgesamt 431 Gulden einnahm, was etwas mehr als ein Jahresgehalt des Polizeikommissars bedeutete. Ein knappes Drittel der Gelder resultierte aus Verstößen gegen die Backordnung, die nächst höheren Einnahmeposten ergaben sich aus Ordnungsstörungen auf der Straße beziehungsweise Verstöße gegen die Metzgerordnung.[45] Obgleich es in den folgenden Jahren zwischen den gleichgeordneten Deputationsmitgliedern zu ernsthaften Kompetenzstreitigkeiten kam, blieb die Institution bestehen und fand ihre Nachfolgerin in der Polizeidirektion des 19. Jahrhunderts. Die internen Streitigkeiten wurden durch die Bestimmung eines Leiters behoben. Bis 1803 hatte das Amt Freiherr von Drais als Polizeidirektor inne. Danach fiel diese Aufgabe in die Zuständigkeit des jeweiligen Stadtkommandanten, dem man 1808 wieder einen zivilen Polizeidirektor zur Seite stellte.[46] Für eine Residenzstadt des ausgehenden 18. Jahrhunderts war die Einrichtung einer solch omnipotenten landesherrlichen Lokalbehörde wirksam und zeitgemäß, für die Vertretung der Stadtbürger, den traditionellen Stadtrat, bedeutete es hingegen eine Entmachtung in zentralen Bereichen seiner ursprünglichen Verantwortlichkeit.

Baugeschichte

Eine langwierige Baustelle: Die Renovierung des Karlsruher Schlosses

Das erste Schloßgebäude Karlsruhes war 1715 in Eile errichtet worden. Rasch hatten die Bauleute das georderte Holz verarbeitet, ohne daß es die erforderliche Zeit gelagert worden war. Die Folgen blieben nicht aus: An Balken und Böden, an Treppen und Decken bildeten sich bald Risse. Die Kosten für Reparaturen im Schloß stiegen von Jahr zu Jahr, 1747 mußte das Ballhaus im Ostflügel vollständig renoviert werden, und einige der Nebengebäude waren bereits so baufällig, daß ein baldiger Abbruch unumgänglich wurde.[47] Das erst dreißig Jahre alte Gebäude zeigte sich dem jungen Markgrafen Karl Friedrich in einem solch desolaten Zustand, daß dieser alsbald nach seinem Regierungsantritt einen vollständigen Neubau erwog. 1748 hatte er in Stuttgart die Bekanntschaft des am Brandenburg-Bayreuther Hof tätigen Architekten Leopoldo Retti gemacht und mit diesem die Situation in Karlsruhe erörtert. Im Mai des Folgejahres sandte Retti einen ersten Entwurf nach Karlsruhe. Anstelle der alten spitzwinkligen Flügelanlage sah der Architekt eine rechtwinklige vor, die sich nördlich vom alten Baukomplex um das Zentrum des Schloßturmes anordnete.[48] Inzwischen stand jedoch die Hochzeit des markgräflichen Paares bevor, und angesichts der Tatsache, daß im Schloß künftig eine Familie wohnen sollte, unterzog man die Wohnräume einer notdürftigen Renovierung. Retti blieb nicht der einzige namhafte Architekt, der sich Gedanken über eine neue Baden-Durlacher Residenz machte. Nur wenig später boten der Kurpfälzer Hofbaumeister Nicolas de Pigage von Mannheim, Rettis Vetter Maurizio Pedetti und der fürstbischöflich eichstättische Baumeister Balthasar Neumann ihre Vorschläge an. Allen Entwürfen gemein war, daß sich ihre Realisierung für die markgräfliche Kasse als zu aufwendig und zu kostspielig erwies.[49] Im markgräflichen Finanzierungsplan waren etwa 300.000 Gulden aus einem 1750 fällig gewordenen Darlehen als Grundstock, zuzüglich einiger aus Grundstücksverkäufen erzielter Gewinne, eingeplant. Da auf den Bau, dessen Kosten sich letztendlich auf 660.000 Gulden beliefen, jedoch nur die Zinsen, die das Kapital abwarfen, verwandt werden sollten, schränkten sich die finanziellen Möglichkeiten des Bauherrn stark ein.[50] Von den Neubauentwürfen sahen alleine jene von

Balthasar Neumann die Einbeziehung von bestehenden Baukörpern vor. Nach seiner Konzeption sollten Turm und Seitenflügel in ihrer Anlage bestehen bleiben, ein neuer Mittelbau mit kurzen rechtwinkligen Flügelansätzen hätte dann die Verbindung zwischen den bisherigen Bauteilen hergestellt. Die Raumaufteilung wäre einer völligen Neugestaltung und die Fenster einer Vergrößerung unterzogen worden.[51] Dreimal wurde diese Konzeption vereinfacht. Der letzte Entwurf Neumanns von 1751 hatte schließlich dem neuen Leiter des Schloßbauwesens, Friedrich von Keßlau, als Vorlage für eine weitere Reduzierung zu dienen. Keßlau, der schon als junger Mann 1737 Aufnahme am Baden-Durlacher Hof gefunden und die militärische Laufbahn eingeschlagen hatte, war von Markgraf Karl Friedrich 1750 zum Studium der Zivilbaukunst nach Paris geschickt worden, wo ihn unter anderem Philippe de la Guêpière unterrichtete.[52] Mit de la Guêpière, der 1752 die Nachfolge Rettis als Baudirektor in Stuttgart antrat, hielt Keßlau weiterhin Kontakt und nutzte die Ratschläge seines Kollegen für die endgültige Ausarbeitung des Karlsruher Projektes. Keßlau beschränkte Neumanns Anbauten auf drei kleinere Baublöcke, die als Verbindungselemente zwischen Corps de logis (Galeriebau) und Turm, beziehungsweise den beiden Seitenflügeln in das renovierte Altschloß eingefügt werden sollten. Als Pendant zu den an den Seitenflügeln nach Norden vorspringenden Neubauten fügte er an der Frontseite des Schlosses zwei kleine nach Süden zeigende Zwickel an. Im Corps de Logis sah Keßlau Wohn- und Empfangsräume vor, im Westflügel die markgräfliche Wohnung und im Ostflügel Gästezimmer sowie die Hofkapelle. Mit diesen Vorschlägen waren die Neubaupläne soweit reduziert, daß 1754 sachgemäß nur noch von einer „Haubt Reparation" die Rede war.[53] Selbst die geplante Verlängerung des beim ersten Schloßbau unvollendeten Westflügels unterblieb, stattdessen verkürzte man beide Flügel auf etwa 60 Meter.[54] Friedrich von Keßlau wurde als verantwortliches Gremium die neugegründete Schloßbaukommission zur

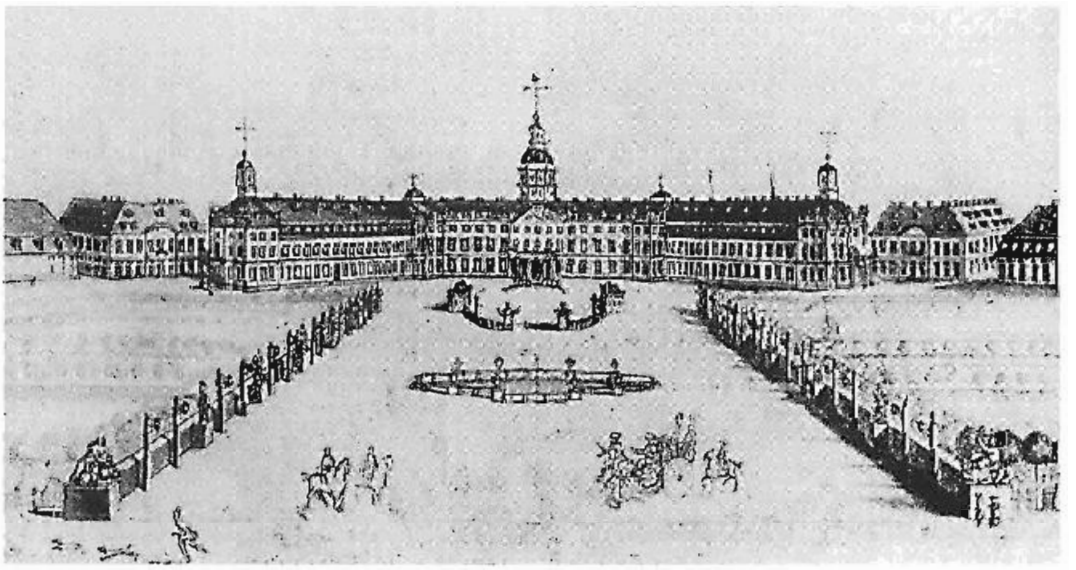


Teilgrundriß des alten Schlosses, rot eingezeichnet sind die projektierten Baublöcke von Friedrich v. Keßlau, undatiert.

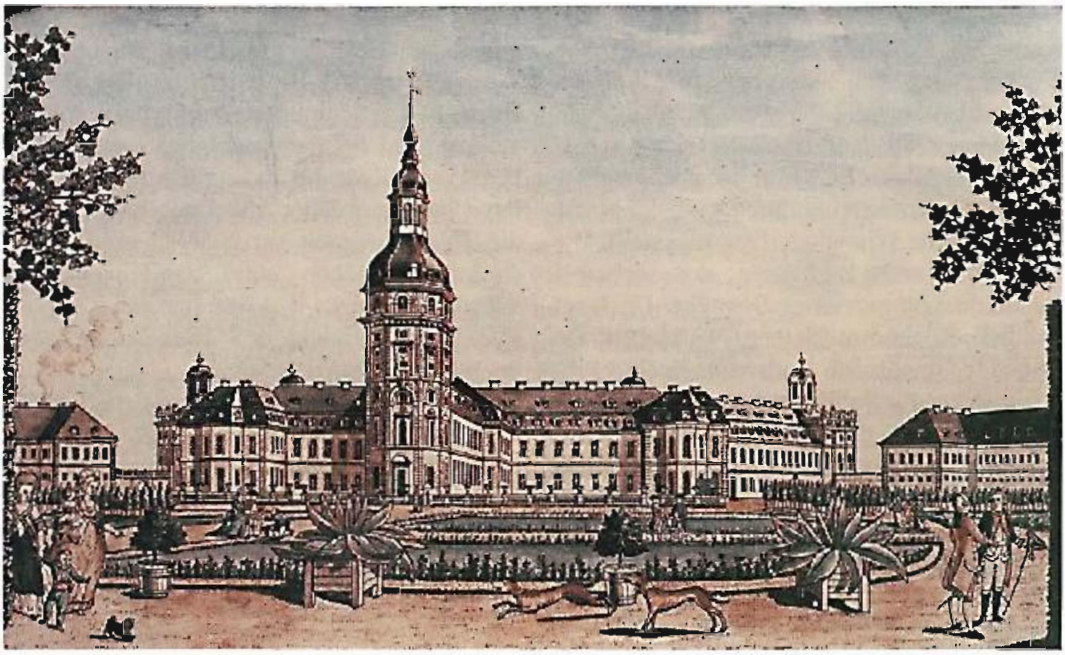
Seite gestellt, welche aus drei Regierungsbeamten, den Räten Johann Heinrich Wieland und Johann Jakob Reinhard, Rechnungsrat Belling als Finanzexperte sowie Baumeister Johann Heinrich Arnold bestand. 1763 übernahm Jeremias Müller die Stelle von Arnold. 1752 wurde mit dem Bau begonnen, bis 1760 wollte man das Vorhaben abgeschlossen haben. Um der markgräflichen Familie jederzeit ein Wohnen im Schloß zu ermöglichen, sollte die Renovierung abschnittsweise erfolgen. In den ersten Jahren verlief das Projekt wie geplant. 1758 konnte der Markgraf mit seiner inzwischen vierköpfigen Familie den Ostflügel beziehen.[55] Danach gingen die Arbeiten – auch bedingt durch die finanziellen Belastungen des Siebenjährigen Krieges – nur noch schleppend voran. Der Westflügel wurde erst 1774 fertiggestellt, für die Inneneinrichtung benötigte man nochmals zwei Jahre.[56] Seit Baubeginn war inzwischen über ein Vierteljahrhundert vergangen, und die lange Entstehungszeit verlieh dem Gebäude ein eigenes Gepräge: Während der Ostflügel im Trend der fünfziger Jahre noch im reinsten Rokoko eingerichtet worden war, präsentierte sich das Interieur des Westflügels bereits im „Zopfstil."[57] Keßlaus Planungen sahen auch die Renovierung beziehungsweise Neugestaltung der Nebengebäude vor. Unmittelbar nach Vollendung des Ostflügels brachte Geheimrat Johann Jakob Reinhard den Vorschlag ein, in Karlsruhe nach dem Vorbild anderer Residenzen eine öffentliche Bibliothek zu gründen. Zu diesem Zwecke sollte die markgräfliche Bibliothek, erweitert durch die 1688 im Markgräfler Hof in Basel verbliebenen Bücher, mit der Behördenbibliothek des Geheimrates vereinigt werden. Das Vorhaben stieß beim Markgrafen auf positive Resonanz. So erhielt die neue Baden-Durlacher Hofbibliothek zwischen 1761 und 1768 an der Ostseite – über einen weiteren Flügelbau mit dem Schloß verbunden – ihr stattliches Domizil. Die Räumlichkeiten ließen es zu, daß hier außer der Hofbibliothek und der Hofapotheke noch weitere Sammlungen, unter anderem das Münzkabinett untergebracht werden konnten. Symmetrisch zum Bibliotheksbau entstand an der Westseite zwischen 1763 und 1766 der neue Küchenbau.[58] Um die gleiche Zeit und in unmittelbarer Nähe wurde hinter der nördlichsten der drei Orangerien ein neues Waschhaus erstellt. Das Gebäude erhielt eine eigene Entwässerungsanlage, die das Abwasser in Gräben über den Holzplatz zum Linkenheimer Tor leitete, wo es in den Landgraben abfließen konnte. An der Rückseite des Waschhauses fand schließlich das Schlachthaus mit angefügter „Raucherei" ihren Platz. Hier wohnte von nun an auch das niedere Küchenpersonal – 1766 gerade ein Dutzend Personen –, welches ehemals im alten Küchenbau untergebracht war. An der nördlichen Ecke des Waschhauses wurden zwei neue Eiskeller gegraben, an der südlichen die Hofküferei erbaut.[59] Im Gegensatz zum übrigen Bauwesen ging der Neubau der Marställe recht zügig voran. 1758, zwei Jahre nach Beginn der Bauarbeiten und früher als geplant, war das Reithaus, der untere Stall und ein Teil der Wagenhäuser zur Benutzung freigegeben. 1762 konnte auch der Obere Stall wieder in Gebrauch genommen werden. Die Schloßgärten, das eigentliche Freizeitvergnügen des Stadtgründers, präsentierten sich beim Regierungsantritt Karl Friedrichs in kaum besserem Zustand als die Schloßgebäude. Bereits 1739 waren die Tiere in den Menagerien und Vogelhäuschen verkauft worden. Nur einige Dutzend Kanarienvögel blieben zurück. Nach und nach ließ Markgraf Karl Friedrich die Zirkelhäuschen hinter dem Schloßturm abreißen und das gesamte Gartengelände, wie es Mode der Zeit war, in einen englischen Park umwandeln. 1764 wurde die Anlage erstmals auch dem Karlsruher Bürgertum zugänglich gemacht. Obgleich das Hofjagdwesen mit dem Ende des barocken Lebensstils an Bedeutung verloren hatte, so wurde doch der Fasanengarten beibehalten und in dessen Nähe ein neuer Hirschpark angelegt. Eine Wildentenzucht in den Bassins des vorderen Schloßgartens vervollständigte das Fleischangebot der markgräflichen Tafel. Auf Versuche mit neuen Kulturen wurde am Hofe großer Wert gelegt, nicht

zuletzt, um sich die hohen Importkosten ausländischer Produkte zu ersparen. Im alten Küchengarten am Durlacher Tor ließ der Markgraf bereits 1752 Spargel und Artischocken, 1779 dann erstmals auch Ananasstauden anpflanzen.[60] Für die fachgerechte Betreuung der Gartenkulturen hatte der Markgraf namhafte Wissenschaftler angestellt. Die Orangerien unterstanden seit den sechziger Jahren dem promovierten Botaniker Dr. Josef Gottlieb Koelreuter, dessen Nachfolger Dr. Christian Gmelin den Karlsruher Zuchtergebnissen sogar zur Publizität verhalf.[61] Eine Bestandsaufnahme seiner Pflanzen veröffentlichte er 1791 unter dem Titel „Catalogus plantarum horti Botan. Carlsruhani."[62] Während unter Karl Wilhelm das Schloß von Gärten umgeben war, sollten sich die Parkanlagen nun auf das Gelände hinter dem Schloß beschränken. Im vorderen Schloßgarten wurde die alte Gartengestaltung vollständig beseitigt. Der mittlere Teil des Areals blieb mit Ausnahme eines Wasserbassins frei begehbar, womit erstmals eine Verbindung zwischen Schloß und Stadt geschaffen wurde. Rechts und links davon setzte sich der alte Schloßgarten fort, der allerdings, so bemerkte 1789 der Reiseschriftsteller Friedrich Leopold Brunn, „jetzt fast aus weiter Nichts, als unter der Scheere gehaltenen Hecken von Buxus, Buchen und Taxus besteht."[63] Brunn konnte bei seinem Blick auf den Schloßplatz bereits die erst 1782 aufgestellten Statuen von Ignaz Lengelacher betrachten. Zwar hatte der Künstler die Figuren schon neun Jahre früher geschaffen, doch die Objekte wurden erst anläßlich eines Besuches des russischen Großfürsten Pawel Petrowitsch aufgestellt.[64] 1790 ließ man diesen Platz verbreitern und im Stil der Zeit als Parade- und Festplatz anlegen.[65]

Der innere Schloßhof, direkt vor dem Schloßeingang gelegen, war schon seit 1758 von zwei kleinen Wachhäuschen begrenzt. Ursprünglich sollte zwischen ihnen ein schmiedeeisernes Schloßtor eingefügt werden, das dann jedoch am Eingang des Fasanengartens seinen Platz fand. Der innere Schloßhof war folglich durch ein Gitter und Postenhäuschen vom übrigen Gelände getrennt.[66] Das Gesamtbild des Karlsruher Schlosses blieb auch weiterhin bescheiden, dafür zeigte es sich nun erstmals in seiner Geschichte vollständig ausgeführt. Brunns abschließendes Urteil über das Karlsruher Schloß fiel durchaus positiv aus, doch formuliert der weitgereiste Mann sein Lob an die badische Residenz vorsichtig:



Schloßplatz um 1790.



Schloß, Gartenansicht, 1783.

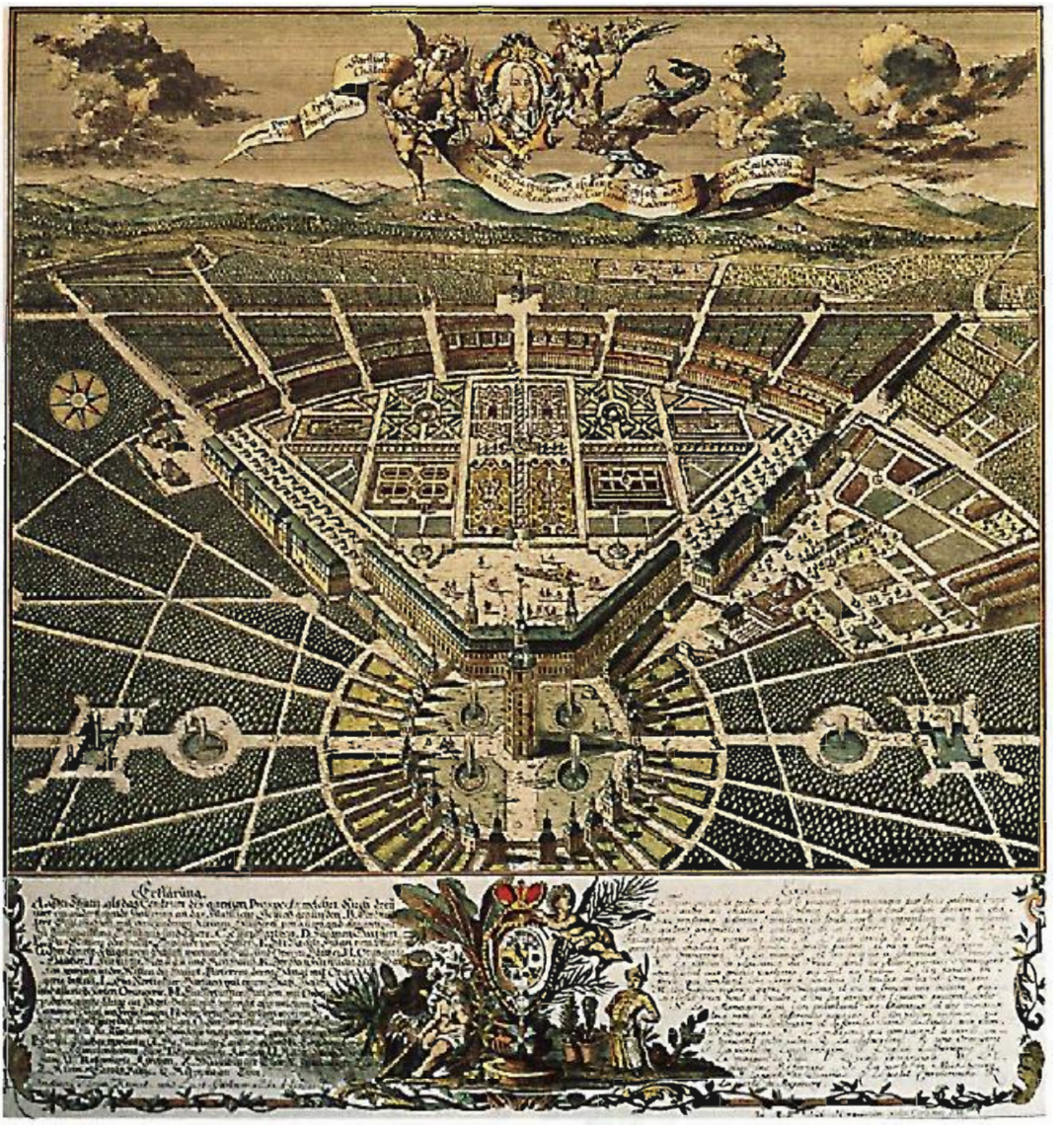
„Es präsentirt sich von außen, besonders in einiger Entfernung, sehr schön, und würde noch ungleich mehr Wirkung thun, wenn der Platz, worauf es steht, etwas erhöht wäre. Es herrscht viel Geschmack in der Anlage und Ausführung. Schade nur, daß der Baumeister nicht mehr auf die innere Einrichtung gesehen hat, indem darin so viele Winkel unf finstre Gänge befindlich sind, daß Jemand, der nicht recht bekannt damit ist, wie in einem Labyrinthe darin herumirrt."[67] Offensichtlich hatte sowohl das Bestreben, möglichst viel der alten Bausubstanz zu erhalten, als auch die lange Bauzeit zu Lasten einer klaren Innengestaltung gewirkt.

Karlsruhe wächst über sich hinaus: Die Stadterweiterung 1764–1806

Bis zum Ende der sechziger Jahre lebten etwa viereinhalbtausend Menschen in Karlsruhe. Damit hatte sich die Einwohnerzahl seit den Gründungsjahren mehr als verdoppelt und es war abzusehen, daß die Zuwanderung in den folgenden Jahren weiter steigen würde.[68] Denn der 1765 mit der Markgrafschaft Baden-Baden abgeschlossene Erbvertrag verhieß den Wegfall der südlich von Karlsruhe verlaufenden Landesgrenze. Der Einzugsbereich des städtischen Arbeitsmarktes würde sich infolgedessen ungehindert auf die benachbarten Dörfer des baden-badischen Gebietes ausdehnen und weitere Arbeitskräfte in die neue Residenz bringen. Nach der Landesvereinigung 1771 stieg die Einwohnerzahl dann tatsächlich bis 1776 auf 6.500 Personen.[69] Für diese Menschen mußte Wohnraum geschaffen werden. 1764 lieferte die Schloßbaudeputation, deren Hauptarbeit im Schloßbauwesen inzwischen geleistet war, zu diesem Thema ein erstes Gutachten unter dem Titel „Die architectonische Besserung dero Fürstlicher Residenz-Stadt Carlsruhe betreffend."[70] Die darin enthaltenen Vorschläge zur Erweiterung des bestehenden Wohnraumangebotes klangen jedoch wenig innovativ. Man solle vorerst alle noch bestehenden Baulücken, so am kleinen Zirkel, am „Pfannenstiel" und am Prinzentor, schließen. Möglich sei auch, an eine Umnutzung von bereits überbauter Fläche, beispiels-

weise des Areals der Zirkelorangerie, zu denken. Ein Um- oder Neubau der alten Modellhäuser zu zwei- oder dreigeschossigen Wohnhäusern wurde hingegen als zu problematisch abgelehnt. Erst ein späterer Kommentar zum Gutachten greift den Gedanken auf, die Stadt nach Süden hin zu erweitern. Doch noch blieb man mit derartigen Plänen zurückhaltend, da einer solchen Konzeption die Anlage des Friedhofes hinter der Stadtkirche im Wege stand. Daß tatsächlich aber schon in der ersten Jahrhunderthälfte sechs der neun Radialen, nämlich jeweils die drei westlichen und östlichen, als Verbindungswege über die Lange Straße und zum Teil auch über die Stadtgrenze und den Landgraben hinaus als Verbindungswege weitergeführt worden waren, zeigen Darstellungen der Stadtanlage aus den dreißiger Jahren.

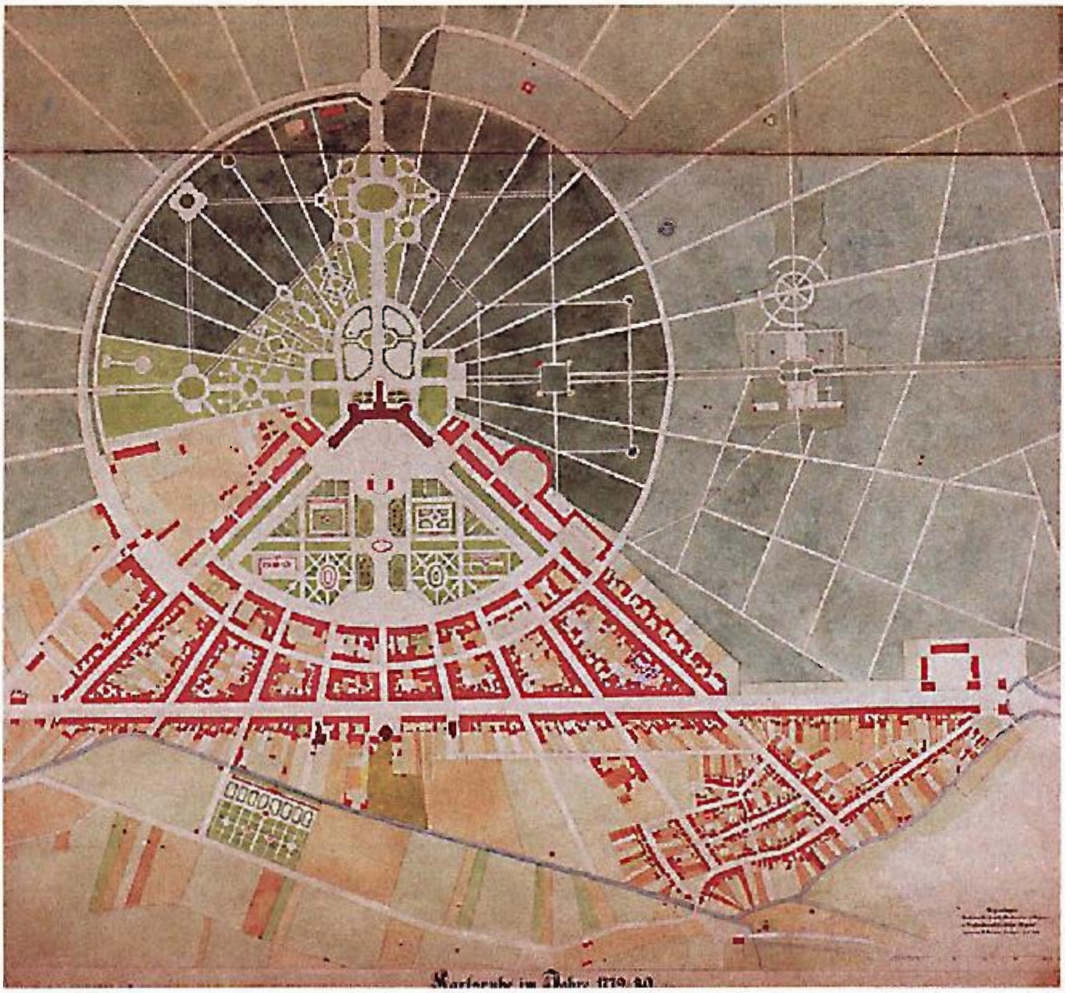
Die Verlängerung von Waldhorn- und Kronen-



Ansicht der Stadt Karlsruhe von Norden, Christian Thran 1739.

gasse, die Gottesacker- und Rüppurrerstraße, führten nach Klein-Karlsruhe[71] und von dort zum alten Rüppurrer Tor und über die verlängerte Adlergasse gelangte man zu einem Feldweg, der hinter den Gärten der östlichen Langen Straße entlang verlief. Dieser Verbindungsweg trug die unterschiedlichsten Namen: „Klein-Karlsruher Weg" oder „Promenadenstraße", die Verlängerung bis zum Durlacher Tor hieß zeitweilig auch „Hekkengäßchen"; bevor er endgültig als Zähringer Straße in die Adreßbücher aufgenommen wurde, erschien der Weg meist jedoch unter dem Namen „Querallee." Im Westen zog sich die verlängerte Herrengasse bis zum Landgraben, die verlängerte Ritter- und Waldgasse darüber hinaus bis zum Feldweg, der nach Beiertheim führte. Natürlich hatten diese Wege, wo sie die Stadtgrenze überschritten, kleine Tore als Kontroll- und Zollstätten.[72] Die Erweiterung des Straßennetzes war damit im Grunde schon vorgegeben. An den Verbindungswegen lagen Gärten, die lediglich in Bauland umgewandelt werden mußten. Am einfachsten schien dies an der verlängerten Kronengasse beziehungsweise Rüppurrerstraße. Zwischen 1765 und 1767 begann hier die erste Ausweisung von Bauland. Doch immer noch fehlte eine Gesamtkonzeption der inzwischen unumgänglich gewordenen Stadterweiterung. 1768 erstellte die Schloßbaukommission ein zweites Gutachten, nunmehr unter der präziseren Programmatik „Projekt, die Erbauung und Erweiterung der Stadt Karlsruhe betreffend."[73] In ihm finden sich bereits alle Grundlinien der späteren Bauentwicklung. Die auf die Stadtkirche führende Bärengasse sollte ihren Verlauf bis über den Landgraben hinweg zur späteren Erbprinzenstraße nehmen. Die Bildung eines Rondells am Kreuzungspunkt beider Straßen und die Anlage der Spitalgasse als axialsymmetrisches Pendant zur Erbprinzenstraße wurde ebenfalls schon erwogen. Mit diesem Vorhaben war zwangsläufig die Neugestaltung des Marktplatzes verbunden. Im Osten der Stadt bedurften nur noch die Adlergasse und die Querallee bis zum Marktplatz einer Verlängerung. Im Westen wurde zunächst lediglich die Erbprinzenstraße für eine Verlängerung in westlicher Richtung vorgesehen. Bis zur Stelle, an der sie die Lange Straße kreuzte, sollte die neue, westliche Stadtgrenze mit dem Mühlburger Tor verschoben werden. Die Eröffnung der Straßen erfolgte sukzessive. War ein Gartengelände als Bauland deklariert, so mußten die Grundstückseigentümer binnen einer Frist bauen. Viele sahen sich jedoch zum Verkauf gezwungen, wodurch der Immobilienhandel nach den Gründungsjahren nun eine zweite Blüte erlebte. Baumeister Berkmüller hatte in Erwartung des für 1784 angekündigten, für alle im alten Stadtkern liegenden Grundstücke geltenden Bauzwanges,[74] das an den mittleren Zirkel grenzende Gartenstück Oberstallmeisters von Üxküll für 350 Gulden aufgekauft. Innerhalb von drei Monaten errichtete er auf diesem Platz ein Gebäude, das er ohne Mühe für 4100 Gulden der Hofdame Caroline von Geusau verkaufen konnte. Natürlich mußte der Verlust von Gartenland in der Stadt kompensiert werden. Zu diesem Zweck wurde ein neues Areal am Mühlburger Tor ausgewiesen.[75]

Die Freigabe von Baugelände wurde an der Rüppurrerstraße auch nach 1768 fortgesetzt. 1773 hieß es, sobald diese bebaut wäre, sollten die Gartenbesitzer der Querallee zum Bau oder Verkauf angehalten werden.[76] Bis 1780 war die Querallee dann bis zum Kirchhof der reformierten Gemeinde eröffnet. Um an der Nordseite der Querallee, wo die Gärten der südlichen Langen Straße lagen, überhaupt Bauplätze zu erhalten, mußten die Anlieger jeweils drei Meter ihres Gartengeländes verkaufen.[77] Die neue Bebauung erfolgte zunächst ausschließlich an bestehenden Wegen. Anfang der achtziger Jahre wurden dann erstmals neue Straßen angelegt: Die verlängerte Adlergasse führte man 1782 bis zur Durlacher Tor Straße fort, und bereits ein Jahr früher war die Spitalstraße als Pendant zur Erbprinzenstraße vom Rondell über die verlängerte Adlergasse, die Rüppurrertorstraße und die Rüppurrerstraße bis ins Zentrum nach Klein-Karlsruhe projektiert worden. Eröffnet werden konnte diese Straße anfangs nur zwischen der Rüppurrer-



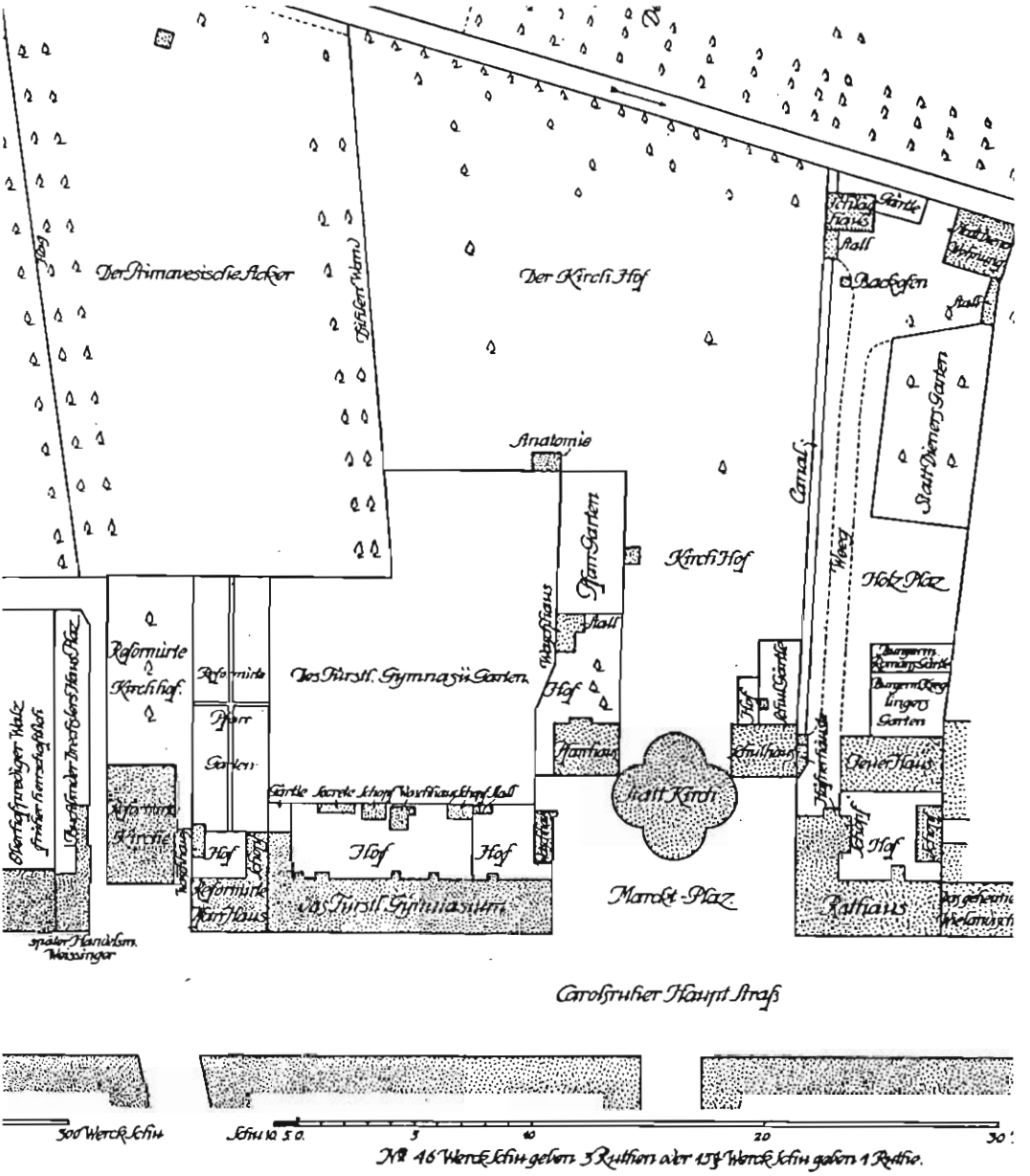
Stadtplan von 1779/80.

straße und dem Prinz Eugenschen Garten. Erst nach dessen Veräußerung im Jahr 1783 wurden auch hier Bauplätze freigegeben.[78] Die Anlage der Spitalstraße hatte besondere Eile. Denn bereits 1768 war beschlossen worden, daß hier – etwas außerhalb der Stadt – das neue Hospital gebaut werden sollte. Unmittelbar nach der Eröffnung der Spitalstraße 1781 folgte die Grundsteinlegung für das von Jeremias Müller erbaute Gebäude. Mit der Eröffnung der Schloßstraße hinter der Stadtkirche 1783 begann die langwierige Umgestaltung des Marktplatzes. Die Bebauung war nun auch auf der Hauptachse der Stadt über die alte Grenze hinausgetreten. Mit der Ausweisung von Bauplätzen an der Erbprinzenstraße, beginnend am Rondell, griff die Stadterweiterung seit 1790 auch auf den Südwesten der Stadt über. Angesichts der Öffnung der Straßenzüge nach Süden bedurfte die Stadt jedoch einer neuen südlichen Grenze. 1799 wurde eine solche mit der Projektion der Kriegsstraße geschaffen. Wie der Name schon andeutet, war sie – in den Kriegszeiten wichtig geworden – als Umgehungsstraße für Munitionstransporte und Truppendurchzüge gedacht. Nach einigen Überlegungen wurde im Folgejahr jedoch beschlossen, die Straße vor-

sorglich so anzulegen, daß sie bei einer weiteren Stadterweiterung auch als Stadtstraße dienen konnte.[79] Diese Maßnahme war zurecht getroffen. 1802 legte Friedrich Weinbrenner mit seinem „Entwurf zur Vergrößerung der hiesigen Fürstlichen Residenz" den dritten Erweiterungsplan vor.[80] Sein Ziel war es, die Stadt für eine Einwohnerzahl von 25.000 bis 30.000 Personen vorzubereiten. Zum Zeitpunkt seiner Niederschrift zählte die Residenzstadt noch keine 10.000 Einwohner, doch zu Beginn der zweiten Jahrhunderthälfte war das von ihm gesetzte Limit bereits erreicht.[81] Weinbrenners Entwurf sah drei Erweiterungsdistrikte vor. A und B im Westen der Stadt, südlich und nördlich der Langen Straße, C im Osten an der Stelle des heutigen Universitätsgeländes. Teil A, der die Verlängerung von Herren- und Waldgasse beinhaltete, wurde vom Markgrafen sofort genehmigt. Einer Verlängerung von Ritter- und Lammgasse stand entgegen, daß in diesem Areal nicht nur der herrschaftliche Erbprinzengarten, sondern auch Gärten anderer hochstehender Personen lagen. Darauf wurde Rücksicht genommen. 1803 versicherte der Markgraf Kammerrätin Lidell, ihr Garten werde weder durch eine Rittergassenverlängerung noch durch die Anlage von Querstraßen beeinträchtigt werden. Tatsächlich blieb auch in späterer Zeit, trotz des Ausbaues der Radialen als Verbindungsstraßen zur Kriegsstraße, das Gartenareal zwischen Lamm- und Herrengasse weitgehend unberührt.

Der neue Marktplatz

Mit der Stadterweiterung nach Süden war die Neuanlage des Marktplatzes unumgänglich geworden.[82] Um jedoch die Verlängerung der Bärengasse, der späteren Schloßstraße, beginnen zu können, mußte zunächst der hinter der Stadtkirche gelegene Friedhof verlegt werden. 1780 hatte man östlich des Rüppurrer Tores am Lohfeld in der Nähe des jüdischen Friedhofes einen geeigneten Platz dafür bestimmt.[83] Damit war der Friedhof aus dem bebauten Stadtgebiet herausgenommen, was für die Zeit als moderne Maßnahme galt. Aus hygienischen Gründen lobte Hartleben diese Entscheidung 1815 rückblickend: „Schon in einem Zeitpunkte, wo noch in mehreren Städten die Kirchen mit Leichen gepflastert und so die Lebenden von Verstorbenen vergiftet wurden, folgte man in unserer Residenzstadt dem Beyspiele Karls des Großen, welcher keine Beerdigung in Kirchen oder nahe bey denselben gestattete."[84] Drei Jahre später begann man mit der Vermessung der neuen Schloßstraße, die hinter dem Landgraben begann und bis zum Rondell reichte. Um diese neuen Bauplätze überhaupt erreichen zu können, wurde am Schulhaus, das sich westlich an die Stadtkirche anschloß, ein Durchgang geschaffen und über den Landgraben eine Brücke gelegt. Von den Grundstücken, für die eine modellmäßige Bebauung mit drei Geschossen gefordert wurde, waren 1784 bereits vier verkauft. Der am Innenausbau des Schlosses gut verdienende Hofmarmorier Schwind, die Hofräte Schrikel und Maler sowie der Glashändler Anton Schmidt hatten sich zuerst zum Kauf entschlossen. Als im folgenden Jahr mit dem Bau der Häuser begonnen wurde, war der Kirchhof bereits eingeebnet. Da jedoch das alte Kirchengebäude die Zufahrt zu den Bauplätzen behinderte, mußten die Baufuhrwerke den umständlichen Weg über den Rathaushof nehmen.[85] Immerhin schien das neue Baugebiet, ungeachtet seiner Abgeschiedenheit im Süden der Stadt, erfolgversprechend zu sein. 1787 bat Hofmetzger Reuter, der bereits in der Bärengasse ein großes Wirtshaus besaß, um eine zweite Schildgerechtigkeit an der neuen Schloßstraße, welche er auch problemlos erhielt.[86] Form und Begrenzung der neuen Marktplatzanlage waren mit der Eröffnung von Spitalgasse und Erbprinzenstraße südlich der Schloßstraße dann endgültig festgelegt. Um 1790 entstanden bereits die ersten Entwürfe namhafter Architekten für eine neue Marktplatzgestaltung der badischen Residenz. Maurizio Pedetti, der sich schon an der Diskussion um den Schloßbau beteiligt hatte, Pierre Michel d'Ixnard aus Straßburg, Paul Guillaume Lemoine und Jacques-Denis Antoi-



Lageplan, Marktplatz und Umgebung in der Mitte des 18. Jahrhunderts nach Fritz Hirsch.

ne aus Paris sowie Nicolas Alexandre Salins de Montfort aus Zabern lieferten Entwürfe.[87] Auch den in Karlsruhe geborenen Friedrich Weinbrenner reizte der Auftrag, wenngleich er zu dieser Zeit seine Ausbildung als Architekt noch nicht abgeschlossen hatte.[88] 1792/94 sandte er aus seinen Studienorten Berlin und Rom erste Vorschläge nach Karlsruhe. Der Markgraf legte diese unverzüglich dem Leiter des Bauamtes, Wilhelm Jeremias Müller, zur Begutachtung vor, welche für den jungen Studenten allerdings vernichtend ausfiel: Wein-

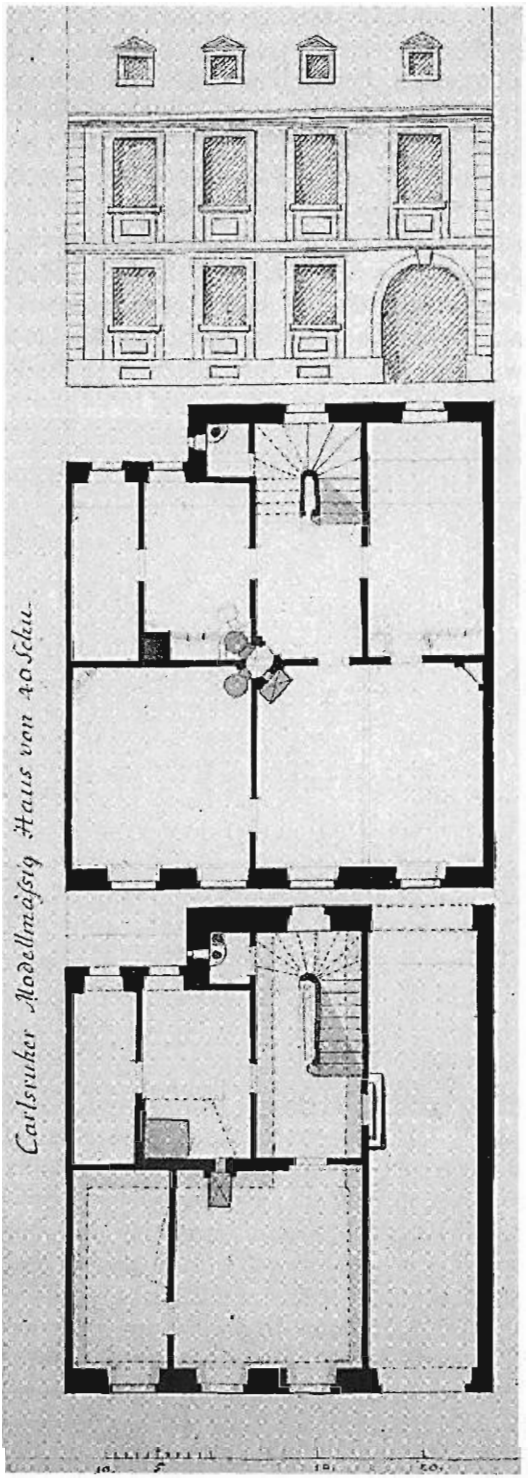
brenners früher Plan, der schon damals Rathaus und Stadtkirche gegenüber gelegen vorsah, sei zu exzentrisch, der Achtunzwanzigjährige solle sich besser ernsthaften Studien widmen. Die politischen Wirren der Revolutionskriege verhinderten dann den zügigen Entscheid über die Ausführung und den Beginn der Marktplatzgestaltung. Bei Kriegsende 1797 kehrte Weinbrenner nach Karlsruhe zurück und wurde unter Jeremias Müller zum Bauinspektor ernannt. Als ersten Auftrag erhielt er die Ausarbeitung einer Marktplatzgestaltung mit der Maßgabe, die bereits bebaute Schloßstraße einzubeziehen und die Anlage eines Südtores zu planen. Der junge Bauinspektor war auf die Aufgabe gut vorbereitet. Umgehend legte er einen neuen Entwurf vor. Weinbrenner gliederte die Marktplatzanlage in einen breiteren nördlichen und einen schmäleren südlichen Teil. Im südlichen Teil ordnete er, wie ehemals vorgeschlagen, Kirche und Rathaus, in Ost-West-Richtung, gegenüberliegend an. Für die Positionierung der öffentlichen Gebäude hatte es auch andere Lösungen gegeben. Salins de Montfort etwa plante beide Bauten an der Südseite eines fast quadratischen Marktplatzes unterzubringen. Den nördlichen Teil seiner Anlage hatte Weinbrenner als Gewerbe- und Handelsplatz vorgesehen. Säulenhallen dorischer Ordnung sollten hier als eingeschossige Marktbuden vor dreigeschossigen Bürgerhäusern stehen, was zu einer gestaffelten Bauweise geführt hätte. Nach dem Abriß der Stadtkirche wollte Weinbrenner über die dann freigelegte Gruft ein Denkmal erbauen und den Landgraben mit einer ordentlichen Brücke versehen lassen. Nunmehr stießen die Planungen grundsätzlich auf Zustimmung. Allerdings wünschte der Markgraf, die Marktbuden aus der Konzeption zu streichen. Abermals zögerte sich der endgültige Entscheid hinaus. 1800 folgte Weinbrenner Baudirektor Jeremias Müller im Amt. Nach einer abermaligen Überarbeitung seiner Pläne, in welcher unter anderem die Marktbuden verschwanden und der Landgraben völlig geschlossen werden sollte, wurde 1807 endlich mit den Bauarbeiten begonnen.

Modellbau und Baugnade: Bauvorschriften und Subventionen für Bauherren

In der Stadt sollten nun „alle und jede Gebäude ohne Ausnahme, es seyen Vorder- oder Hinterhäuser, Scheuern, oder Stallungen, so neu erbauet, oder nach Abgang deren alten Gebäude wieder hergestellet werden, nach dem neuen von Uns gnädigst genehm gehaltenen Modell, welches bey Unserem Bauamte zu haben, von Steinen bis unter das Tach aufgeführt werden", so der Wortlaut des Stadtprivilegs von 1752.[89] Die Bauvorschriften galten somit nicht mehr nur für die Hausfassade, sondern für das gesamte Gebäude einschließlich der Nebengebäude. Gemäß dem neuen Modell mußten die Bauherren nun zweigeschossig und massiv bauen. Gleichzeitig wurde jedoch der für die alten Modelle geltende kostenlose Bezug von Baumaterialien aufgehoben. Nur das Bauholz, versprach der Markgraf, wolle er „so lange, als es ohne merklichen Schaden der Waldung geschehen kann, an thunlichen Orten in dem jedesmaligen Forsttax abgeben lassen." Für die Bauherren bedeutete dies nun kaum mehr als eine Garantie auf regelmäßige Materiallieferung. Das Bauamt erkannte schnell, daß die Karlsruher Bürgerschaft von den neuen Bauvorschriften finanziell überfordert werden würde. So schlug es noch im gleichen Jahr vor, modellgetreue Privatbauten auf andere Weise zu unterstützen. Sobald ein Bauherr mit dem Aufsetzen des zweiten Stockes begonnen habe, sollte ihm nun für jeden Schuh (= 30 cm) ausgeführter Hausfront ein Bauzuschuß in Höhe von drei Gulden gewährt werden. Für ein durchschnittliches Modellhaus belief sich die Unterstützung damit auf insgesamt 120 bis 150 Gulden.[90] Eines der ersten modellmäßig gebauten Häuser, das Wohnhaus von Baumeister Arnold am nördlichen Ende der Waldhorngasse, wurde einige Jahre später mit einem Gesamtwert von 2250 Gulden veranschlagt; demnach hätte der Bauzuschuß 6% bis 7% des Verkehrswertes betragen.[91] Das Wohnhaus Arnolds galt in den fünfziger Jahren als außerordentlich vornehme Adresse. In unmittelbarer Nachbarschaft wa-

ren die adeligen Beamtenfamilien von Kniestätt, von Müntzesheim und von Gemmingen ansässig geworden, deren Häuserfassaden für die gesamte Stadt zum Vorbild werden sollten. Bereits 1750 hatte Friedrich von Keßlau für diesen Straßenzug eine Bauplanung entwickelt, welche die Zweigeschossigkeit und eine Frontlänge von 40–50 Schuh (12–15 Meter) vorschrieb. Der seit 1752 verbindliche Modellhausentwurf ist in einem Plan aus späterer Zeit überliefert.

Vom Vorgängermodell übernommen wurde die Gestaltung als Reihenhaus. Nunmehr sollte es jedoch nicht nur ein zweites Geschoß führen, sondern anstelle des Mansarddaches auch ein Satteldach mit Gaupen und überstehenden Traufen aufweisen. Die Modellzeichnung sah weiterhin Zierelemente vor, deren Ausführung aber auch unterbleiben konnte.[92] Trotz des Baukostenzuschusses, der sogenannten Baugnade, blieb die private Bautätigkeit bis zum Beginn der Stadterweiterung Ende der sechziger Jahre gering. Dies war vom Bauamt durchaus erwartet worden, 1752 rechnete es mit etwa drei modellmäßigen Bauvorhaben pro Jahr.[93] Zwischen 1761 und 1790 wuchs der absolute Häuserbestand dann um 28%, von 314 auf 403 Gebäude.[94] Etwa ein Drittel der neu überbauten Grundstücke lagen noch im alten Stadtbereich, zwei Drittel bereits an neueröffneten Straßen. Auf das Jahr berechnet bedeutete dies allerdings kaum mehr als drei Bauvorhaben auf neuerschlossenem Bauland. Die Baugnade erhielt auch, wer lediglich ein umfassendes Renovierungsvorhaben anmeldete, bei welchem der Altbau eine modellgerechte Fassade erhielt. Geschickt wurden kostengünstige Umbaumaßnahmen erdacht: Um ein zweites Geschoß zu erhalten, wurde am unteren Teil des Mansarddaches lediglich eine Wand vorgeblendet, infolgedessen die eigentliche Dachkonstruktion fast völlig unverändert bleiben konnte. Damit war die Fassade der eines modellmäßigen Hauses angeglichen, wenngleich auch die Firsthöhe nicht ganz erreicht wurde.[95] Eine andere Möglichkeit, Baukosten zu sparen, bot der Markgraf selbst an. 1781 beziehungsweise



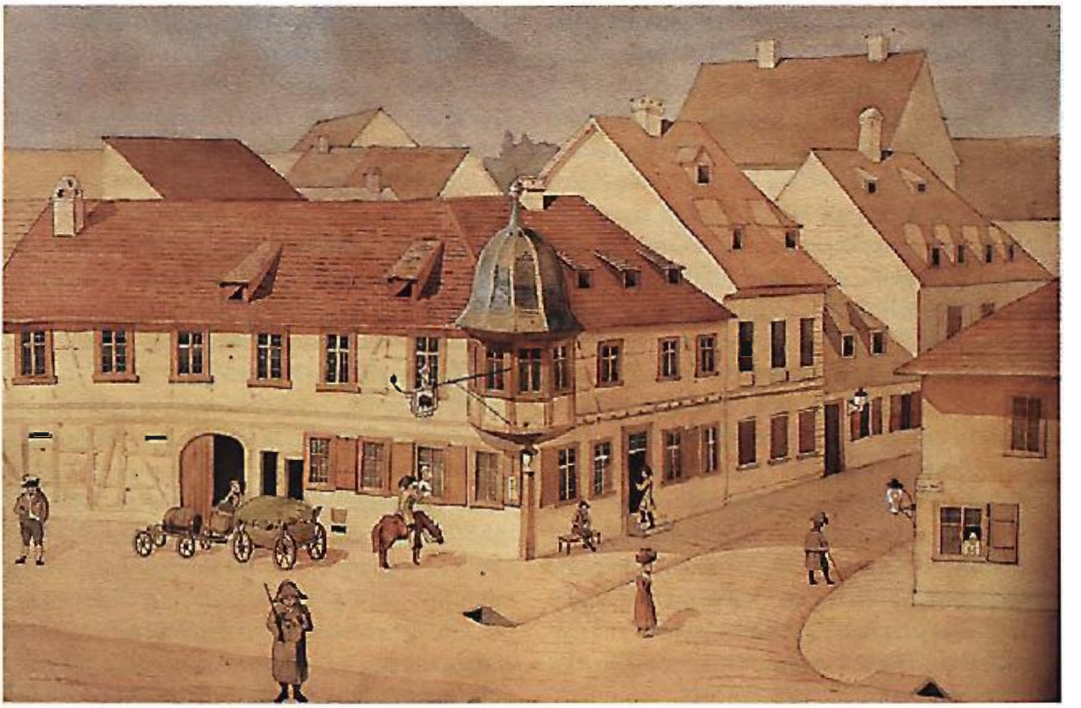
Modellhaus, 2. Hälfte 18. Jh., Ansicht und Grundrisse.

1784 wurde für die Bauvorhaben an der neueröffneten Querallee sowie für die Spitalstraße eine Sondergenehmigung erteilt, nach welcher das zweite Geschoß, statt aus Stein, in Fachwerk ausgeführt werden konnte.[96] Der Verkaufswert dieser einfach ausgeführten Modellhäuser lag mit 1800 Gulden (1788/89) entsprechend niedriger.[97] Eine Neuordnung der Bausubvention wurde mit der Eröffnung der Schloßstraße notwendig, da hier erstmals eine dreigeschossige Bauweise durchgeführt werden sollte. Für die dreistöckigen Gebäude wurde die Baugnade von drei auf fünf Gulden erhöht. Eine weitere Erhöhung auf elf Gulden folgte 1802, als die Marktplatzbebauung eine Höhe von vier Geschossen forderte.[98] Daß die geschoßabhängige Subventionspraxis langfristig nicht praktikabel sein würde, zeigte sich spätestens an den neuen Modellhausplänen von Friedrich Weinbrenner. Seine 1804 vorgelegten Entwürfe orientierten sich am 40 Schuh Grundriß des Vorgängermodells, wiesen darüber hinaus aber eine bessere Bauqualität und Feuersicherheit auf. Die entscheidende Neuerung gegenüber dem alten Modellhaustyp lag jedoch in der Variabilität der Geschoßhöhe. Weinbrenners Modell sah als Grundausstattung ein Erdgeschoß mit 11 Schuh sowie ein Obergeschoß mit 12 Schuh vor. Durch einen dritten Stock mit 10 Schuh sowie zwei Zwischengeschossen mit jeweils 8 bis 9 Schuh konnte das Grundmodell erweitert werden. Als Folge der unterschiedlichen Geschoßhöhen veränderten sich natürlich auch die ehemals gleichmäßigen Fensterproportionen.[99] Für die verschiedenen Bauvarianten des ehemals einheitlichen Modellhauses sollte von nun an auch ein recht kompliziertes Subventionssystem gelten, das nicht nur nach Geschoßhöhe, sondern auch nach der Grundstückslage unterschied. Finanziell unterstützt wurden vor allem die Neubauten im alten Stadtareal, vermutlich weil hier zunächst für den Abriß der alten Häuser gesorgt werden mußte. In der Langen Straße wurden die höchsten Zuschüsse überhaupt vergeben. Beim Bau eines zweistöckigen Hauses erhielt man 10 Gulden je Schuh (30 cm) Frontlänge, für jedes weitere Geschoß 5 Gulden mehr. In den Radialstraßen wurden ein- oder zweistöckige Häuser mit 8 Gulden, dreistöckige Häuser mit 13 Gulden bezuschußt. Die Aufstockung eines alten einstöckigen Häuschens brachte 5 Gulden ein. Bauvorhaben in den neu erschlossenen Baugebieten wurden hingegen nur mit 2 Gulden je Geschoß gefördert. Wenngleich der Anspruch auf Baugnade prinzipiell an die modellmäßige Bauweise geknüpft war, so hatte es sich in der Praxis jedoch schon längere Zeit gezeigt, daß diese nicht immer realisiert werden konnte. So gab es Sonderregelungen, die einen Bau, der die geforderten 40 Schuh Frontlänge unterschritt, ebenfalls förderten, allerdings mit entsprechendem Abzug. Auch für jene Häuser, in denen das Dachgeschoß nicht aus Stein, sondern in Fachwerk errichtet worden waren, galt die Zuschußberechtigung, wenngleich das Fachwerkgeschoß hierbei nur zur Hälfte berücksichtigt wurde. Neu an der Baugnadenregelung war nun auch die gesonderte Regelung für Klein-Karlsruhe. Hier erhielten vier „Hauptstraßen" eine spezielle Förderung, wobei die verlängerten Radialen „Rüppurrerstraße" und „Gottesackerstraße" besser gestellt wurden als die alten Klein-Karlsruher Gassen, die „Rüppurrertor-" und die „Durlachertorstraße." Während an der Rüppurrer- und Gottesackerstraße die zweistöckigen Häuser mit 8 Gulden, die dreistöckigen mit 11 Gulden und die vierstöckigen mit 14 Gulden gefördert wurden, gab es in den beiden anderen Straßen, wo eine einheitliche Bebauung nicht als vordringlich erachtet wurde, nur in besonderen Fällen eine Vergünstigung. Überhaupt hatten sich die Vorgaben hinsichtlich einer uniformen Bauweise inzwischen gelockert und auch das Idealbild einer gestuften Bebauung mußte der Notwendigkeit, privaten Wohnraum zu schaffen, weichen. In den Radialstraßen wurde zwar empfohlen, nur ein- oder zweistöckige Häuser zu dulden, doch wäre keinem, der ein höheres Haus hätte errichten wollen, die Bauerlaubnis verweigert worden. Gleichzeitig war es nun auch in Klein-Karlsruhe möglich, ein vierstöckiges Haus zu erstellen.[100] Vor

allem an der Rüppurrer Straße, die 1790 mit zehn Häusern zu Karlsruhe und mit 24 Häusern zu Klein-Karlsruhe zählte, verwischten sich Standesunterschiede und Siedlungsgrenzen.[101]

Zur Hebung des Stadtbildes: gepflasterte Straßen, Laternen und Stadttore aus Stein

Aus der unscheinbaren kleinen Gründungsstadt sollte eine reputierliche Residenzstadt mit zeitgemäßem Komfort werden, das hatte sich die Stadtplanung Anfang der sechziger Jahre zum Ziel gesetzt. Unter zeitgemäßem Komfort einer Stadt verstand man in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vor allem die Pflasterung der Straßen sowie eine ausreichende Straßenbeleuchtung.[102] Während in den fünfziger Jahren entlang der Waldhorngasse die ersten Modellhäuser entstanden, begann man hier bereits mit der Anlage eines Straßenpflasters. 1758 waren Pflaster wie Bürgersteige fertiggestellt. Dann ruhte die Arbeit. Erst 1772 wurde die Maßnahme am Lin-



Gasthaus zum Bären um 1800.

kenheimer Tor fortgesetzt, nicht zuletzt da hier zahlungskräftige Anwohner, darunter die Familien von Schilling und von Palm sowie Geheimrat Volz und Durlacherhof-Wirt Greiner, die dabei anfallenden Kosten aufbringen konnten. Inzwischen hatten Stadt und Oberamt aber auch ein umfassendes Pflasterungsprojekt entwickelt. Begonnen werden sollte am neuerbauten Durlacher Tor, so daß den von Osten einfahrenden Reisenden über die bereits befestigte Waldhorngasse eine bequeme Zufahrt zum Schloß geboten werden konnte. Nach und nach mußten auch vor allen anderen Gebäuden die Fahrbahn befestigt, Gehwege angelegt und die Straßenränder mit Abwasserkanälen versehen werden. Die Kosten wurden teils über die Erhöhung des Wegegeldes, teils von den angrenzenden Hausbesitzern entsprechend der Frontlänge ihres Grundstückes erbracht. Bis 1776 waren die Arbeiten im we-

sentlichen abgeschlossen.[103] Länger zögerte sich indes die Anlage einer Straßenbeleuchtung hinaus. Bereits 1766 hatte die Regierung den Stadtrat angewiesen, daß neben den wenigen privaten Öllampen „zur Verhütung derer Unordnungen und entstehen könnenden Unglücksfällen zu Nachtzeiten eine mehrere Beleuchtung der Stadt begehret werde."[104] Zur Finanzierung der Anlage trug der Stadtrat vier Möglichkeiten vor, von denen das sogenannte Laternengeld letztendlich realisiert wurde. Diese neue Steuer verlangte jedem Hausbesitzer einen jährlichen Beitrag über 1,3% seines Hauskapitals ab.[105] Ein früher Entwurf berechnete die benötigte Anzahl von Lampen mit 73, man meinte sogar mit 51 auszukommen, doch mit der Erweiterung der Stadt genügte diese Zahl 1780 gerade einmal für Klein-Karlsruhe, während in der Stadt selbst 384 Laternen angebracht worden waren.[106] Eine weitere städtebauliche Innovation der zweiten Jahrhunderthälfte bildete die Bereitstellung von fließendem Wasser. Grundsätzlich war die Wasserversorgung in Karlsruhe dank des hohen Grundwasserspiegels kein Problem, fast jedes Haus hatte seinen eigenen Pumpbrunnen. Dessen ungeachtet wurde 1762 auf dem ursprünglich für die katholische Kirche vorgesehenen Platz am südlichen Ende der Lammgasse von Johann Heinrich Arnold ein Brunnenturm errichtet. Zwar versorgte dieser hauptsächlich den Schloßbezirk, doch hatten nun auch die Karlsruher an einigen der öffentlichen Brunnen, am Zirkel und in der Langen Straße, fließendes Wasser.[107]

Eine wichtige Rolle im Stadtplanungskonzept von 1764 spielte die Ausgestaltung der Stadttore.[108] Seit der Gründungszeit war das Stadtgebiet teilweise von einer Mauer, teilweise mit einem Palisadenzaun umgeben, in welchem an verschiedenen Stellen kleine bewachte und nachts meist verschlossene Tore ins Freie führten. Vier der Ausgänge, durch Schlagbäume und Torhäuschen besonders ausgezeichnet, dienten als offizielle Stadttore, die von Fuhrwerken passiert und an denen Steuererhebungen und Personenkontrollen durchgeführt werden konnten.[109] An der Langen Straße wurde die westliche und östliche Stadtzufahrt vom Mühlburger beziehungsweise Durlacher Tor beschlossen, im Süden eröffnete das Rüppurrer Tor den Weg ins Baden-Badische. Da die Stadt im Norden durch das Schloßgebäude begrenzt wurde, war ein Nordtor überflüssig. Dafür hatte man im Nordwesten, am Ende des mittleren/kleinen Zirkels das Linkenheimer Tor errichtet, welches allerdings aufgrund verschiedener anderer Nutzungsarten kaum als repräsentative Stadteinfahrt dienen konnte. Die städtische Müllbeseitigung, welche anfangs ein Ratsverwandter besorgte, dann aber fünf städtischen Hintersassen übertragen wurde, hatte dort ihre Abladestelle. Auch nachdem das einfach gebaute Holztor 1750 weiter nach Westen verlegt und durch einen steinernen Zweiflügelbau ersetzt wurde, dachte man über eine zusätzliche Nutzung nach.[110] Ein früher Plan, in den Seitengebäuden eine Strafanstalt einzurichten, scheiterte zwar, doch wurde einer der Seitenflügel einer nicht minder unliebsamen Nutzung zugeführt. Er diente fortan als militärisches Arresthaus. Im Nachbarflügel befand sich die Wohnung des Pagenhofmeisters.[111] Ebenfalls von untergeordneter Bedeutung blieb das Rüppurrer Tor, nicht zuletzt da es im Zuge der Stadterweiterung seine Funktion als einziges offizielles Südtor verlor. Dafür erhielt es durch seine 1768 geplante und 1779 ausgeführte Verlegung von seinem ursprünglichen Platz an einer Sackgasse westlich der Rüppurrerstraße zum Ausgang der Rüppurrerstraße am Landgraben erstmals (über die Kronengasse) eine perspektivische Ausrichtung zum Schloß.[112] Als eigentlich repräsentative Stadttore sollten jedoch die beiden nach Westen beziehungsweise Osten führenden Stadtausgänge sowie ein neues und damit fünftes Tor geschaffen werden. Denn mit der Stadterweiterung und der Öffnung des Marktplatzes wurde ein zweites Südtor notwendig, das nun in gerader Linie zwischen dem Schloß und der seit 1771 zum Inland zählenden Nachbarstadt Ettlingen aufgestellt wurde und den der Lage entsprechenden Namen „Ettlinger Tor" erhielt. Zwischen Durlach und Karlsruhe war Ende der sechzi-

ger Jahre eine neue Verbindungsstraße gebaut worden, die nunmehr beide Städte über eine komfortable und mit Bäumen gesäumte Allee verband. Als neues Entree, an Stelle des alten Durlacher Tores, sollte der Karlsruher Baumeister Wilhelm Jeremias Müller eine Toranlage mit Wach- und Zollhaus im ionischen Stil errichten. 1772 war sie fertiggestellt und bot von nun an jedem, der sich von Osten der Stadt näherte, ein eindrucksvolles Bild.[113] Während das Durlacher Tor aufgrund der Bebauung am Pfannenstiel schon in den Gründungsjahren von der Waldhorngasse an seine heutige Stelle verlegt wurde, verblieb das Mühlburger Tor lange Zeit am Ende der westlichsten Radialstraße, der Waldgasse. Angesichts der Stadterweiterungspläne war es jedoch unumgänglich geworden, die Lange Straße auch nach Westen hin zu erweitern. Als man 1783 bis 1784 daran ging, das Mühlburger Tor neu zu bauen, nutzte man die Möglichkeit zu seiner Verlegung. Es entstand in massiver Ausführung neu am südlichen Ende der neuen westlichen Nachbarstraße zur Waldgasse, dem Viehtriebweg der Beiertheimer Bauern in den Hardtwald. Damit bestand nun eine direkte Verbindung zwischen dem Linkenheimer und dem Mühlburger Tor. Erst die Stadterweiterungspläne unter Friedrich Weinbrenner zwangen 1817 zur erneuten Westverschiebung des Tores – nunmehr bis an die bis heute noch so bezeichnete Stelle.[114] Die Planungen für das Ettlinger Tor erfolgten im Zusammenhang mit der Marktplatzgestaltung und dauerten bis ins 19. Jahrhundert an. Lange Zeit befanden sich so die Anwohner der seit 1784 bebauten Schloßstraße außerhalb des umzäunten Stadtgebietes, was diese um ihre Sicherheit bangen ließ. Aus diesem Grund behalf man sich in der Zwischenzeit mit einem provisorischen Holztor in der Nähe des späteren Rondellplatzes. Friedrich Weinbrenner schuf schließlich von 1803 bis 1804 das Ettlinger Tor, ein imposantes Bauwerk in dorischem Stil, das zugleich ein Denkmal für den Anfall von Teilen der Rheinpfalz sein sollte. Das ein Jahr später entstandene Giebelrelief zur Stadtseite nahm dieses Thema symbolisch auf.

Bildung und Kultur im Zeichen der Aufklärung

Neue Bildungswege: Höhere Schulbildung für Gewerbetreibende und Mädchen

Die Reformideen der Aufklärer hatten sich insbesondere den Bildungsbereich zu eigen gemacht. Nur durch Bildung könne der von Natur aus gute Mensch zu seiner eigentlichen Bestimmung kommen, so die Vorstellungen des für die Aufklärungspädagogik bestimmenden Schweizer Schriftstellers und Philosophen Jean-Jacques Rousseau. Die der Aufklärung nahestehenden Fürsten griffen den darin enthaltenen Ruf nach allgemeiner Volksbildung gerne auf, nicht nur um der Idee willen, vielmehr verfolgte das aufgeklärte Bildungsprogramm einige dem Landesherrn nicht unwillkommene Ziele. Der sparsame, tugendhafte und auf seine Arbeitsleistung stolze Mensch galt als Idealbild der moralisierenden Aufklärungspädagogik – und was konnte sich ein Fürst besseres von seinen Untertanen wünschen? Die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einsetzenden territorialen Bildungsreformen beinhalteten jedoch nicht nur die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, sie erweiterten die vormals hauptsächlich theologischen Lehrinhalte erstmals auch auf das naturwissenschaftlich-mathematische Gebiet. Vor allem die höhere Schulbildung, welche die Schüler zuvor ausschließlich auf die klassischen Studienfächer Theologie, Jura und Altphilologie vorbereiteten, wurde nun auch als Fortbildung für gewerbliche Berufe entdeckt und in separaten Klassen Mathematik, Mechanik oder moderne Sprachen unterrichtet. Diese Vorläufer der heutigen Berufsschulen ergänzten die früher ausschließlich innerhalb des Zunftwesens erfolgte gewerbliche Ausbildung insbesondere im theoretischen Bereich. Daß die zusätzliche theoretische Qualifikation in den gewerblichen Berufen dann zu einer wichtigen Voraussetzung für die Formierung eines erfolgreichen und selbstbewußten Gewerbebürgertums im 19. Jahrhundert wurde, sollte sich noch erweisen. In Baden-Durlach

begannen die Reformen im Schulwesen in den fünfziger Jahren. 1756 wurde erstmals eine detaillierte Schulordnung für die gesamte Markgrafschaft erlassen, in welcher der Schulbesuch für Kinder zwischen dem sechsten und dem dreizehnten beziehungsweise vierzehnten Lebensjahr zwingend vorgeschrieben war. 1766/69 folgte dann – sukzessive in allen Landesteilen – die Einführung eines einheitlichen Lehrplanes für Volksschulen, der von den Schülern nun auch mathematisches Grundwissen forderte.[115] Mit der Normierung der Volksschulbildung hatte man zumindest die Rahmenbedingungen für eine alle Bevölkerungsschichten erfassende Bildungsreform geschaffen. In Karlsruhe war die (lutherische) Volksschule seit 1751 in eine Knaben- und eine Mädchenschule gegliedert, die Klein-Karlsruher Kinder gingen auf eine eigene Schule.[116] Als einzige höhere Schule bestand das 1721 zunächst mit zwei Klassen von Durlach nach Karlsruhe verlegte Gymnasium, welches drei Jahre später am Marktplatz dem Rathaus gegenüber ein eigenes Gebäude erhielt und nun endgültig an die Stelle des Durlacher Gymnasiums trat. In Durlach selbst verblieb nur noch ein Pädagogium, das unter der Leitung des Karlsruher Rektors stand.[117] Wie bei den Volksschulen wurden hier die Kinder – allerdings nur Jungen – ab dem sechsten Lebensjahr aufgenommen. In sechs Klassenstufen unterschiedlicher Dauer, die sich insgesamt über neun bis zehn Jahre erstreckten,[118] erreichten die Schüler den Vorbereitungskurs für die Universität. In diesen Kurs konnte bei Eignung auch aufgenommen werden, wer bis ins Alter von fünfzehn oder sechzehn Jahren eine Landschule besucht hatte. Die Vorbereitungskurse dauerten für die nunmehr „Exemte" genannten Schüler nochmals zwei bis drei Jahre, so daß die jungen Männer im Alter von achtzehn bis zwanzig Jahren auf eine Universität wechseln konnten. Wie bei den Volksschulen trugen die Eltern über das Schulgeld zur Besoldung der Lehrer bei, lediglich die Exemten erhielten den Unterricht kostenlos.[119] Die übrigen zur Ausstattung der Schule erforderlichen Gelder wurden aus der Landeskasse oder über anfallende Gebühren und Bußgelder bestritten. Eine zusätzliche Einnahmequelle hatte das Gymnasium 1750 mit der Erteilung des Druckprivileges für alle Kirchen- und Schulbücher sowie des Baden-Durlacher Landkalenders erhalten, welches gegen Pacht an einen Buchdrucker vergeben wurde.[120] Der Reformansatz der Baden-Durlacher Schulpolitik veränderte auch die Bildungsziele des Karlsruher Gymnasiums. 1764 wurde Johann Christian Sachs – bekannt durch sein fünfbändiges Standardwerk zur badischen Geschichte „Einleitung in die Geschichte der Markgrafschaft und des markgräflichen altfürstlichen Hauses Badens" – vom Markgrafen zum neuen Rektor eingesetzt.[121] Unter ihm, der bis 1789 insgesamt über fünfzig Jahre im Dienste des Gymnasiums gestanden hatte, vollzogen sich zahlreiche Neuerungen im Lehrangebot.[122] 1767 wurde die Dauer der Vorbereitungskurse von zwei auf drei Jahre verlängert, drei Jahre später fakultativ Englischunterricht angeboten; ein hoher Beamter des Markgrafen – der spätere Geheime Sekretär und Legationsrat Johann Christian Griesbach – erteilte diese Stunden. Mit der Einrichtung eines eigenen Lehrstuhls für Naturgeschichte im Jahre 1775, den zeitweilig der Arzt und Wissenschaftler Dr. Carl Christian Gmelin inne hatte, verbesserte sich die Ausbildungsmöglichkeit für Exemte, die ein Medizinstudium anstrebten. Ihnen waren nunmehr Vorlesungen in Chemie und Physiologie vorgeschrieben, praktischen Unterricht erhielten sie in der 1763 eingerichteten sogenannten „Anatomischen Anstalt", wo erstmals auch Sektionen durchgeführt werden konnten.[123] Eine weitere Differenzierung im Lehrangebot des Gymnasiums vollzog sich 1768 mit der Eröffnung des „Schullehrerinstituts." Die Ausbildung der Volksschullehrer fand ehemals bei älteren Lehrern oder Pfarrern statt, deren Kenntnisse jedoch den neuen Anforderungen nicht immer entsprachen. Sollten die Reformen erfolgreich sein, war es unumgänglich, auch die Lehrer entsprechend auszubilden. Jährlich nahmen nun vier bis sechs durch Stipendien geförderte

Lehramtskandidaten am theologischen Unterricht der Gymnasiasten teil. In den von einem Volksschullehrer eigens geforderten Fähigkeiten, wie etwa dem Klavier- und Orgelspiel, dem Schönschreiben und den neuen Kenntnissen über die Seidenraupenzucht, welche auf dem Land zu gewerblichen Zwecken eingeführt werden sollte, erhielten sie gesonderten Unterricht. Zur praktischen Unterweisung wurden die jungen Pädagogen in die Klein-Karlsruher Schule geschickt.[124] Mit der Einrichtung des Lehrerbildungsseminars war bereits der Anfang einer Differenzierung im Bildungsauftrag der Höheren Schule gemacht. Die entscheidende organisatorische Veränderung folgte im Herbst 1774. Mit der Einführung von drei separaten Klassen, die in kaufmännischem Rechnen, Buchhaltung, Geometrie, Mechanik, Orthographie, Briefkunde und Französisch unterrichtet wurden, den Religions-, Geschichts- und Geographieunterricht sowie einige Stunden Latein jedoch mit den Gymnasiasten absolvierten, war ein zweiter Bildungsweg am Gymnasium, die Realschule, eröffnet worden. Um dieses neue Ausbildungsangebot auch tatsächlich allen befähigten Schülern zugänglich zu machen, wurde für die Realschule kein Schulgeld erhoben, was keinesfalls auf eine geringere Qualität der Lehre hindeutete. Johann Peter Hebel etwa, der 1792 vom Lörracher Pädagogium an das Karlsruher Gymnasium berufen wurde, unterrichtete in gleicher Weise auch die Karlsruher Realschüler. Das Interesse am neuen Bildungsweg „Realschule" wuchs allerdings erst langsam. Auf unmittelbare Resonanz stieß es lediglich bei den jüdischen Mitbürgern, da die Realschule Juden ohne die für den Gymnasialunterricht erforderliche Sondergenehmigung des Kirchenrates aufnahm.[125] 1786 waren zehn der achtundvierzig Realschüler Juden, bis 1797 hatte sich die gesamte Schülerzahl auf 77 erhöht. Im alten Gymnasiumsgebäude am Marktplatz waren nunmehr drei Lehranstalten vereint. Ein geräumigerer Neubau wurde seit 1780 erwogen, zumal mit der südlichen Stadterweiterung die Neugestaltung des Marktplatzes ohnehin anstand. In der Weinbrennerplanung sollte das neue Karlsruher Gymnasium in enger Verbindung zur geplanten Stadtkirche als rechter und linker Flügelbau derselben stehen. Die Baugenehmigung wurde 1803 erteilt, seine Vollendung erfolgte jedoch erst in großherzoglicher Zeit.[126] Ein anderer Punkt des landesherrlichen Bildungsprogrammes, die Bevölkerung im geometrischen Zeichnen zu unterweisen, stieß bei den Karlsruhern durchaus auf Interesse. Einerseits kam eine Fortbildung im Zeichnen den künstlerischen Ambitionen manch höherer Bürgertöchter entgegen, andererseits versprachen sich von einer derartigen Schulung auch Bauhandwerker eine Verbesserung ihrer technischen Darstellungsmöglichkeiten. Einige Jahre nutzten Privatleute, wie etwa ein ortsansässiger Lackierer oder der Karlsruher Volksschullehrer diese Marktlücke und gaben ihre einschlägigen Kenntnisse gegen entsprechende Bezahlung weiter. Für einen Monatsbeitrag von 20 Kreuzern konnte man vier Stunden wöchentlich an einem Gruppenunterricht – nach Geschlechtern getrennt – teilnehmen. Um 1770 wurde mit der Eröffnung von zwei Zeichenschulen auch in diesem Bereich von landesherrlicher Seite ein unentgeltliches Bildungsangebot geschaffen. Die sogenannte „Freihandzeichenschule", die seit Herbst 1770 bestand, war für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich. Hier wurde am späten Nachmittag oder Abend die Landschaftsmalerei, aber auch das technische Zeichnen gelehrt. In zwei Klassen getrennt wurden Kinder bis zum Alter von zwölf Jahren sowie Jugendliche beziehungsweise Erwachsene von Künstlern des Karlsruher Hofes unterrichtet. Unter anderen lehrten hier der Hofporträtist Philipp Heinrich Kißling und der mit der künstlerischen Ausgestaltung des Schlosses beauftragte Joseph Melling.[127] Einer der späteren Schulleiter wurde Karl Friedrich Authenrieth,[128] von welchem auch Friedrich Weinbrenner unterrichtet wurde. Anfangs fand der Unterricht in der Orangerie am Linkenheimer Tor statt, später wurde an der Nordseite des Linkenheimer Torplatzes mit dem Bau eines Akademiegebäudes begonnen.[129] Abgesehen von der Zeichenschule, die

inzwischen über eine eigene Modellkammer verfügte, sollten hier auch die markgräfliche Gemäldegalerie und die Kupferstichsammlung untergebracht werden. Die Planungen sahen einen ausladenden Zweiflügelbau vor, dessen Fertigstellung sich dann jedoch bis in großherzogliche Zeit hinauszögerte. Gleichwohl konnte ein Teil der Räume 1786 bezogen werden.[130] Dem neuen Schulleiter Philipp Jakob Becker, einem ehemaligen Schüler, wurde auch die Betreuung der Galerie übertragen. Damit war die Vorgängerin der späteren Karlsruher Kunstschule geschaffen, die selbst in der Tradition der Mannheimer Akademie stand.[131] Die zweite, etwas früher eröffnete Zeichenschule sollte nicht der künstlerischen, vielmehr der gewerblichen Ausbildung dienen und trug zur Abgrenzung den Namen „Architektonische Zeichenschule." Sie war als Berufsschule für Bauhandwerker konzipiert, die in einer dreijährigen, überwiegend im Winterhalbjahr zu absolvierenden Ausbildungszeit geometrische Fachkenntnisse für die Berufssparten Schlosser, Maurer, Zimmerleute und Schreiner vermittelt bekamen. Etwa fünfzehn bis zwanzig Schüler, darunter regelmäßig auch Schulseminaristen, besuchten den Unterricht. Ergänzend dazu wurden vom Mädchenschullehrer Christoph Doll mathematische Grundkenntnisse gelehrt. Sein Unterricht, die „Doll'sche geometrische Schule" stand prinzipiell auch Handwerkern anderer Branchen offen.[132] Da sich diese jedoch wenig von dem am Bauhandwerk orientierten Lehrstoff angesprochen fühlten, wurde 1774 unter dem neuen Mädchenschullehrer Johannes Ehrat eine zweite Rechenschule für Handwerker, auch Ehrat'sche Realschule genannt, gegründet, die 1785 immerhin vierunddreißig Schüler zählte.[133] Alle diese Schulgründungen gingen vom Landesherrn aus und boten den Unterricht kostenlos an. Auch bei der Architektonischen Zeichenschule war dies ohne finanzielle Belastung der Landeskasse möglich, da zur Lehre einfach die leitenden Mitglieder des markgräflichen Bauamtes abgeordnet wurden. Unterricht erteilten beispielsweise der Werkmeister Berkmüller oder der Ingenieur Lindemann. Als erster Leiter des Instituts wirkte Friedrich von Keßlau. Nach den Revolutionskriegen wurde die Schule durch Friedrich Weinbrenner wieder eröffnet. Der Unterricht fand anfangs im Rathaus, später gemeinsam mit der künstlerischen Zeichenschule im Akademiegebäude statt.[134]

Während in der Knabenbildung damit zahlreiche Neuerungen eingeführt worden waren, blieb das weiterführende Lehrangebot für Mädchen bis in die siebziger Jahre auf Privatunterricht beschränkt. Abgesehen vom privaten Zeichenunterricht konnten die Töchter aus wohlhabenderem Hause bei einem zugewanderten Franzosen für 24 Kreuzer im Monat täglich zwei Stunden Französischunterricht erhalten.[135] Um auch dem weiblichen Nachwuchs der zahlreich gewordenen Beamtenfamilien ein attraktives Bildungsangebot zu offerieren, wurde auf Initative des Stadtdiakons Gottlieb Preuschen 1773 eine Mädchenrealschule eröffnet.[136] Mit dem Realschulzweig am Gymnasium konnte man sie freilich nicht vergleichen. Zur Aufnahme waren nur Töchter von Hofangestellten oder Beamten zugelassen, die entsprechend ihrer Stellung und ihren Verdiensten Schulgeld entrichten mußten. Lediglich 50 Gulden pro Jahr schoß der Landesherr zu. Als Lehrkraft wurde die Ehefrau des Kammerkanzlisten Vahlé, eine ehemalige französische Gouvernante, gewonnen. Außer ihr unterrichtete der Karlsruher Knabenschullehrer und der Volksschullehrer von Klein-Karlsruhe. Der Lehrplan sah Französisch, Geographie, deutschen und französischen Briefstil, Zeichnen sowie als freiwilliges Angebot Englisch und Italienisch vor. Aus Gründen religiöser Toleranz wurde auf die Erteilung von Religionsunterricht verzichtet und stattdessen Ethiklehre nach christlichen Grundsätzen angeboten. Es verstand sich damit von selbst, daß Kinder aller drei Konfessionen zur Aufnahme zugelassen waren. Die zwischen sieben und vierzehn Jahre alten Mädchen wurden in zwei Klassen unterrichtet. Die Zahl der Schülerinnen schwankte stark. Ein Jahr nach der Eröffnung nahmen vierzig Schülerinnen am Unterricht teil, zwei Jahre

später nur noch zweiundzwanzig. Mit der Mädchenrealschule war in Karlsruhe ein privates Bildungsinstitut geschaffen worden, das Töchtern von Landesbediensteten erstmals außerhalb der gewöhnlichen Volksschule Unterricht anbot. Nebenbei förderte die gemeinsame Unterweisung der Mädchen das Standesbewußtsein der Beamtenfamilien. Da das Schulgeld einkommensabhängig erhoben wurde, blieb der Unterricht nicht nur den Töchtern der obersten Landesbeamten vorbehalten. 1776 saßen die Töchter der Kirchenräte Walz und Sachs neben den Töchtern von Kammerdiener Nuding und Kanzlist Vahlé in der I. Klasse. Sogar der Bürgermeister von Gernsbach schickte seine Tochter in die Residenz zur Schule. In den folgenden Jahren entschlossen sich auch immer mehr Gewerbetreibende, ihre Töchter statt in die öffentliche Mädchenvolksschule in den Privatunterricht zu geben. Einige wurden von der Mädchenrealschule aufgenommen, andere erhielten bei Georg Friedrich Ruf, der zugleich Lehrer der untersten Gymnasialklassen war, Hausunterricht.[137] Die Nachfrage erwies sich als äußerst rege, so daß der Lehrer 1787 beschloß, unter seinem Namen ein privates Lehrinstitut zu eröffnen. Das Ruf'sche Institut orientierte sich im Lehrplan an dem öffentlicher Volksschulen. In den unteren Klassen wurden auch Knaben aufgenommen. Diese Privatschule arbeitete erfolgreich bis in die großherzogliche Zeit.

Neue Informationsquellen:
Die ersten Zeitungen und Bibliotheken

Die Einführung der Schulpflicht in nahezu allen Territorien des Alten Reiches blieb nicht ohne Wirkung auf die Alphabetisierung der Untertanen. Man geht inzwischen davon aus, daß um 1770 die Lesefähigkeit bei etwa 15% der Bevölkerung über sechs Jahren lag – dreißig Jahre später war sie auf etwa 25% gestiegen.[138] Parallel dazu hatte sich schon seit der Jahrhundertmitte ein lebhafter Markt für Presseerzeugnisse entwickelt. Das Interesse an schriftlicher Information und Unterhaltung griff nach und nach auf Bevölkerungsgruppen ohne Studium über. Auch kleinere Städte erhielten nun ihren Lokalanzeiger. Der Vorschlag zur Herausgabe einer Karlsruher Zeitung wurde 1751 von Hofrat Johann Jakob Reinhard eingebracht. Als eine Art Regionalzeitung für das Baden-Durlacher Unterland sollte das Wochenblatt gemeinsam für Karlsruhe, Durlach und Pforzheim erscheinen. Inhaltlich hatte sich Reinhard eine Kombination aus landesherrlichem Verkündigungsblatt und privaten Anzeigen beziehungsweise Mitteilungen vorgestellt. Fünf Jahre später wurde die Idee von Michael Macklot, zu jener Zeit Leiter der 1747 in Karlsruhe gegründeten Filiale des Tübinger Buchhändlers Johann Georg Cotta, aufgegriffen. Diese Filiale trug nach Cottas Schwiegersohn Max Wirsum, der diese Buchhandlung mitbegründete und Inhaber des Buchhandelsprivilegs war, den Namen „Wirsum'sche Buchhandlung."[139] Als Ankündigung des neuen „Carlsruher Wochenblattes" gab Macklot zum 29. Dezember 1756 eine erste Probenummer heraus. Am 5. Januar des Folgejahres lief der Druck der neuen Zeitung unter dem Titel „Carlsruher Wochenblatt oder Nachricht zum Behuf der Polizey, des Haushaltungs- und Handelswesens, wie auch der Gelehrsamkeit" in seiner künftigen Form an. Die erste der über zehn thematischen Rubriken war selbstverständlich den landesherrlichen Verordnungen vorbehalten. Neben Angaben zu Gerichtsprozessen sowie der ins Pforzheimer Zucht- und Waisenhaus eingelieferten Personen und den Durlacher und Karlsruher Marktpreisen – in späteren Ausgaben auch der Müllheimer, Lörracher und Emmendinger – gab es eine weitere Spalte, die kleine Privatanzeigen enthielt. Hier konnten kleine Abhandlungen oder Leserbriefe erscheinen. Die übrigen Rubriken enthielten Verkaufsangebote oder -gesuche, Suchmeldungen oder Leihangebote sowie Stellenmarktanzeigen. Mit dem Start der neuen Zeitung erhielt Macklot am 14. Februar 1757 ein persönliches Buchhändlerprivileg übertragen. Damit konnte er die Zeitung als selbständiger Verleger in der Buchdruckerei der Held'schen Erben

drucken lassen und vertreiben. Eine weitere Unterstützung seitens der Regierung erfuhr die Zeitung, indem ihr als landesherrliches Verordnungsblatt Portofreiheit beim Versand an alle Baden-Durlacher Ämter eingeräumt wurde. Von dort konnten die Gemeinden die bestellten Blätter en gros abholen.[140] In der ersten Zeit stand die Bevölkerung der Publikation von Privatanzeigen allerdings noch mißtrauisch gegenüber. Den eigenen Namen gedruckt in einem Blatt zu lesen, dessen Verbreitung man nicht kontrollieren konnte, wurde als Eingriff in die Privatsphäre empfunden. Um überhaupt Aufträge für Privatanzeigen zu erhalten, mußte Macklot die Inserate zunächst umsonst abdrucken.[141] Gleichzeitig bot er an, private Anliegen auch ohne Namensangabe zu veröffentlichen. Wie bei Chiffreanzeigen wurde die Vermittlung hier über das Verlagshaus abgewickelt. Doch die Bevölkerung mußte sich daran gewöhnen, Familienangelegenheiten in der Zeitung zu lesen. Seit 1758 war die Anzeige von Familienereignissen im Karlsruher Wochenblatt per landesherrlicher Verordnung vorgeschrieben.[142] Dazu wurden alle Neueinträge aus den Karlsruher, Durlacher und Pforzheimer Kirchenbüchern veröffentlicht. Im gleichen Jahr erschienen auch weitere Rubriken, die über persönliche Verhältnisse Auskunft gaben, so zum Beispiel die Mitteilung über Beförderung von Beamten oder die namentliche Nennung von Fremden und deren Aufenthaltsort in der Stadt. Nicht einmal ein Jahr war das Karlsruher Wochenblatt regelmäßig erschienen, als Michael Macklot – inzwischen aus der Wirsum'schen Buchhandlung ausgeschieden – ein zweites Zeitungsprojekt von der Regierung privilegiert bekam. Die „Carlsruher Zeitung", deren erste Ausgabe am 23. November 1757 erschien, sollte die Bevölkerung in erster Linie über den 1756 begonnenen Siebenjährigen Krieg informieren. Später berichtete die Zeitung auch über andere europäische Kriege und war, wenngleich kontroverse politische Themen vermieden wurden, eine politische Zeitung. Auch für das Carlsruher Wochenblatt hatte sich Macklot inzwischen eine Neuerung überlegt. Fortan sollte unter dem Titel „Carlsruher nützliche Sammlungen" neben dem mittwochs erscheinenden Wochenblatt eine Samstagsausgabe gedruckt werden. Als Wochenendjournal enthielt sie populärwissenschaftliche Abhandlungen über die unterschiedlichsten Lebensbereiche, wie Haus- und Landwirtschaft, Handel- und Gewerbe, oder Staatswesen und Geschichte. Gegen Honorar wurden die Artikel von namhaften Karlsruher Beamten, darunter Geheimrat Johann Jakob Reinhard und Archivar Johann Friedrich Herbster, verfaßt. Diese zweite Ausgabe erwies sich jedoch als wenig erfolgreich und wurde nach einiger Zeit wieder eingestellt. Doch der Hofbuchhändler und Hof- und Kanzleibuchdrucker Michael Macklot hatte sich das an allen Orten florierende Verlagsgeschäft zunutze gemacht und war inzwischen ein erfolgreicher Mann. 1764 wurde er vom Markgrafen mit dem Ehrentitel eines Rechnungsrates ausgezeichnet. Den größten wirtschaftlichen Erfolg beschied ihm dann jedoch die Landesvereinigung von 1771, in deren Folge 1774 die baden-badische Landeszeitung „Rastatter Wochenblatt" ihr Erscheinen einstellte. Beide badische Blätter wurden im April 1775 zusammengelegt und erschienen fortan unter dem neuen Titel „Allgemeines Intelligenz und Wochenblatt für sämtliche Hochfürstliche badische Lande" bei Macklot. Damit erweiterte sich dessen Absatzmarkt um mehr als 70% auf drei- bis vierhundert Bezieher.[143] Die nächste entscheidende Neuerung im badischen Pressewesen wurde mit den politischen Veränderungen von 1803 notwendig. Der erhebliche Gebietszuwachs machte die Neuregelung des Verkündigungswesens unumgänglich. Künftig sollten die Verordnungen und Bekanntmachungen der obersten Landesbehörden in einem für alle Landesteile gültigen Regierungsblatt publiziert werden. Daneben wurde für jede der drei neugegründeten Provinzen ein Provinzialblatt geplant, dessen Inhalt dem vormaligen „Intelligenzblatt" entsprach. Bereits 1794 war Macklots Zeitungsverlag mit dessen Tod an seine Witwe und die beiden Söhne übergegangen, welche mit dem Erbe auch die für das „Intelligenz-

blatt" und die „Karlsruher Zeitung" bestehenden Druckprivilegien erhalten hatten. Der Macklot'sche Verlag besaß in Karlsruhe inzwischen eine starke Stellung, doch er arbeitete nicht konkurrenzlos. 1797 hatte der Buchhändler und Drucker Christian Friedrich Müller, Sohn des ehemaligen Hofbuchbinders, ebenfalls die Erlaubnis zur Einrichtung einer Buchhandlung und einer Druckerei erhalten, die er aus wirtschaftlichen Gründen allerdings zunächst nach Pforzheim verlegen mußte. Müller erschien nun jedoch als Mitbewerber um die Herausgabe der neuen Blätter. Der Markgraf räumte dem älteren Verlagshaus Macklot die erste Wahl ein, welches sich in der irrtümlichen Meinung, damit das bedeutendere Privileg zu erhalten, für die Herausgabe des Regierungsblattes entschied. Wie schon für die „Karlsruher Zeitung" erhielt der ältere Sohn Macklots dieses Druckprivileg auf Lebenszeit. Christian Friedrich Müller wurde mit den Provinzialblättern das letztendlich lukrativere Geschäft zuteil.[144]

Neben den Zeitungsausgaben hatte das Verlagsangebot Macklots noch zahlreiche andere Titel im Programm. 1763–1766 verlegte er unter anderem das markgräfliche Auftragswerk zur badischen Geschichte, Johann Daniel Schöpflins „Historia Zaringo Badensis."[145] Seit 1766 erschien bei ihm der vor allem von der ländlichen Bevölkerung gerne gelesene „Historische Badische Landkalender." Außer einem Monatskalender enthielt dieser die Jahrmarktstermine des Landes, astronomische Angaben und Informationen zu landwirtschaftlichen und medizinischen Themen. Die Veröffentlichung von Genealogien regierender Herrscherhäuser sollte zur „politischen" Bildung des Landvolkes beitragen.[146] Macklot bot seine Druckerzeugnisse nicht nur zum Kauf an. Um dem Interesse des breiteren Publikums entgegenzukommen, richtete er bereits 1757 eine kommerzielle Leihbibliothek ein und eröffnete seinem Unternehmen damit eine weitere Einkommensquelle. Für einen Monatsbeitrag von 30 Kreuzer oder einem Kreuzer pro Lesetag konnte man sich Bücher aus einem speziellen Sortiment des Verlages ausleihen. Über die zur Ausleihe bereitliegenden Bücher, meist Unterhaltungsliteratur und Populäres, informierte das „Karlsruher Wochenblatt." 1757 lagen deutsche und französische Romane, darunter der erste Band von „Schwachheiten des menschlichen Herzens bey dem Anfallen der Lieb" auf, daneben aber auch zeittypische Moralstücke und Abenteuerromane. Zum Verkauf eigneten sich eher Standardwerke wie Gellerts Lustspiele oder Lehrbücher wie Johann Christoph Gottscheds „Vorübungen der lateinischen und deutschen Dichtkunst." Die Bücher waren wohl teuer, aber nicht unerschwinglich. Für den für Gottscheds Lehrbuch geforderten Preis von 24 Kreuzern hätte man 1757 sieben Kilo Schwarzbrot oder ein Kilo Butter erhalten. Gellerts Lustspiele, die immerhin 45 Kreuzer kosteten, entsprachen dem Wert von vier Kilo Schweinefleisch.[147] Bei den ebenfalls im Wochenblatt angezeigten, regelmäßig stattfindenden Buchversteigerungen im Gymnasium konnten die Werke jedoch auch günstiger erworben werden.Die erste öffentliche Bibliothek erhielt Karlsruhe mit der Öffnung der Hofbibliothek für wissenschaftlich interessierte Benutzer.[148] Nach dem Vorbild anderer Höfe wurde sie 1767 im eigens dafür geschaffenen Bibliotheksbau östlich des Schlosses aufgestellt. Den Grundbestand bildete die im 17. Jahrhundert nach Basel geflüchtete Hofbibliothek, welche zwar von einem Bibliothekar betreut, gleichwohl ungenutzt im Markgräfler Hof lag. 1765 wurde der dort verbliebene Buchbestand per Schiff rheinabwärts nach Karlsruhe geführt und mit der markgräflichen Privatbibliothek sowie der Bibliothek des Geheimrates vereinigt. Die etwa 12.000 Bände fanden ihre Aufstellung nach folgenden Fachbereichen: Theologie, Jura, Medizin, Philologie und Philosophie, Geographie, Geschichte und Historische Hilfswissenschaften, Genealogie, Chronologie und Diplomatik. Die Benutzungszeiten der sowohl als Präsens- wie als Leihbibliothek konzipierten Hofbibliothek blieben anfangs knapp bemessen. Lediglich mittwochs und samstags zwischen 10 und 12 Uhr, sowie zwischen 15 und 17 Uhr war sie

geöffnet. Jeder Besucher hatte sich zunächst beim Bibliothekar, dessen Zimmer neben dem Lesesaal lag, anzumelden. Hier wurden auch die Formalien der Ausleihe erledigt. Die Ausleihfrist war schon damals auf vier Wochen begrenzt. Da der Zutritt nur Personen mit wissenschaftlichem Interesse gestattet war, blieb der Kreis der Bibliotheksbenutzer leicht überschaubar.[149] Dennoch brachte die öffentliche Nutzung der Bibliothek auch hier die üblichen Probleme mit sich. Bände wurden beschädigt oder die Leihfristen mißachtet. Um ausstehende Bücher zurückzuerhalten, mußten die Benutzer über das Karlsruher Wochenblatt zur Rückgabe namentlich aufgerufen werden. Als weitere Maßnahme erließ der Markgraf zum Jahresende 1770 eine erste Benutzerordnung. Diese verlangte außerdem, daß die Buchdruckereien von allen gedruckten Büchern zwei Exemplare an die Hofbibliothek abliefern mußten. Zwei Jahre später erhielt die Hofbibliothek einen erheblichen Bestandszuwachs. Mit dem Anfall der Baden-Badischen Lande wurde auch die 1535 mit der Landesteilung vollzogene Teilung der Bibliotheken rückgängig gemacht. Die in Rastatt liegende, inzwischen auf etwa 8000 Bände angewachsene baden-badische Hofbibliothek wurde 1772 nach Karlsruhe gebracht und im Bibliotheksgebäude aufgestellt. Dank dieser Vergrößerung stieg der Gesamtbuchbestand bis Ende der 80er Jahre auf etwa 30.000 Bände. Eine einzigartige Bereicherung erfuhr die Karlsruher Hofbibliothek mit den Gebietszugewinnen nach 1800, insbesondere der geistlichen Gebiete von 1803. Nach deren Säkularisation stand der Karlsruher Hofbibliothek das Recht der ersten Auswahl aus deren Beständen zu. Das verhalf ihr zu den wertvollsten Neuzugängen überhaupt, wie etwa zum Speyerer Evangelistar oder zu den Bibliotheken des Klosters St. Peter oder des Bistums Speyer, die alleine fünfeinhalbtausend Bände umfaßte. Weiter konnte sie über 400 Pergament- und Papierhandschriften aus dem Kloster Reichenau sowie über 100 Manuskripte aus St. Georgen nach Karlsruhe holen. Die Übernahme dieser wertvollen Zimelien dauerte bis 1822.

Das Bildungsbürgertum formiert sich: Die ersten Karlsruher Gesellschaften

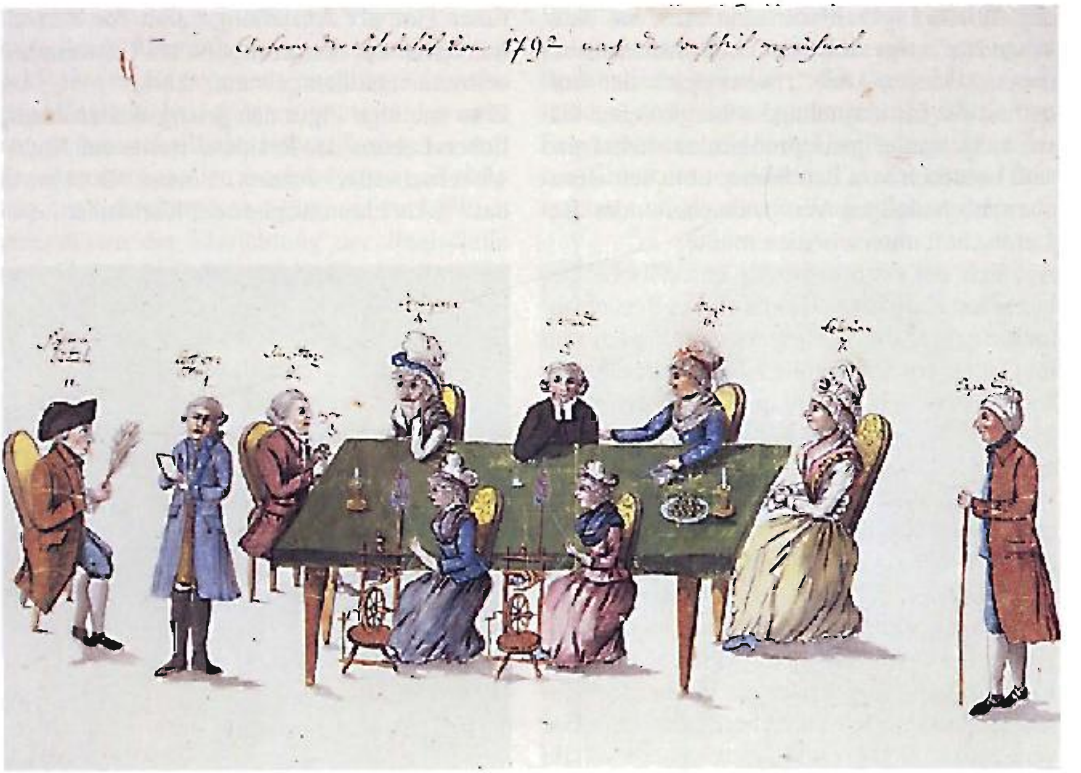
Die zahlreichen Informationen, welche über die Zeitungs- und Literaturlektüre auf das lesefähige Publikum einströmten, drängten zum Diskurs. Lesen in gemeinschaftlichen Zirkeln oder Klubs wurde im ausgehenden 18. Jahrhundert modern, nicht zuletzt da mit der gemeinsamen Literaturbeschaffung auch ein finanzieller Vorteil verbunden war. Im letzten Jahrhundertviertel entstanden in den deutschen Territorien insgesamt über 500 solcher Lesezirkel. Ein wichtiger Nebeneffekt dieser Zusammenkünfte lag in deren sozialisierender Wirkung. Der Eintritt in eine Gesellschaft ließ den einzelnen zum „organisierten Mitglied" werden, zugleich trafen sich nun erstmals Personen unterschiedlicher Berufszugehörigkeit zum Diskurs und Austausch über die verschiedensten Themen – ein wesentlicher Beitrag zur Ausweitung und Intensivierung der bürgerlichen Kommunikation. Neben den Wirtshäusern bot sich in Karlsruhe nur das gelegentlich angebotene Theaterspiel durchziehender Wanderbühnen, das teilweise in der Zirkelorangerie, seit 1782 auch in einer zum Komödienhaus umgebauten Holzremise auf dem Holzplatz westlich des Schlosses stattfand, als gesellschaftliche Aktivität. Allerdings blieb das Theater auch nach der Gründung eines ständigen Hoftheaters unter der Leitung eines herrschaftlichen Beamten bis 1806 von begrenzter Bedeutung.[150] Von daher kam den gesellschaftlichen Vereinigungen in Karlsruhe als Treffpunkt des sich formierenden Bildungsbürgertums eine zentrale Rolle zu. Die erste Gründung einer Karlsruher Gesellschaft ging vom Hofe aus. Die „Gesellschaft der nützlichen Wissenschaften zur Beförderung des gemeinen Bestens" wurde am 10. November 1764 von Markgraf Carl Friedrich erstmals einberufen und hatte mit den später entstandenen bürgerlichen Gesellschaften noch wenig gemein. Entsprechend ihrer Aufgabenstellung und Besetzung ähnelte sie mehr einer fürstlichen Deputation und wäre noch am ehesten den „Gelehrten Gesellschaf-

ten" zuzuordnen.[151] Als beratendes Organ sollte sie vornehmlich über Reform- und Innovationsvorschläge die Regierungsgeschäfte unterstützen. Hierzu hatte der Markgraf acht seiner Beamten, unter denen sowohl adelige als auch bürgerliche vertreten waren, ausgewählt, die sich einmal wöchentlich im Schloß unter markgräflichem Vorsitz einfanden, um die Reformmaßnahmen im Lande zu referieren und zu diskutieren. Der entscheidende Unterschied gegenüber einer landesherrlichen Deputation bestand darin, daß diese neue Institution über die Zeitung im gesamten Land bekannt gemacht wurde und die Bevölkerung zur Einsendung von eigenen Verbesserungsvorschlägen aufgerufen wurde. Diese hatte der Sekretär der Gesellschaft entgegenzunehmen, welcher sie den Mitgliedern zur Diskussion vorlegte.[152] Wenngleich die Einrichtung nur etwa ein Jahr bestand – die letzte Sitzung fand am 19. April 1766 statt – so war damit bereits der erste Schritt zur Beteiligung der Öffentlichkeit am politischen Geschehen im Lande erfolgt. Bis zur Gründung einer eigentlichen bürgerlichen Lesegesellschaft in Karlsruhe sollte es noch über fünfzehn Jahre dauern; inzwischen hatten sich bereits 1769 in der kaum älteren Residenz Ludwigsburg, 1775 aber auch im südbadischen Emmendingen Lesezirkel formiert.[153] Obwohl die Bildung dieser Gesellschaft nun erstmals unabhängig vom Landesherrn erfolgte, ging der Anstoß wiederum vom Hofe aus. 1783 hatte Markgraf Karl Friedrich den ehemaligen Erzieher seiner Söhne, Hofrat Dominikus Ring, auf eine Bildungsreise durch Deutschland und die Schweiz geschickt. Ring fand in den bürgerlichen Kreisen der größeren Städte wie Basel, Zürich, Erfurt oder Berlin Aufnahme und hatte dabei auch den einen oder anderen Lesezirkel, so beispielsweise die „Harmonie" in Leipzig, kennengelernt.[154] Angeregt durch diese Erfahrungen legte er nach seiner Rückkehr „einer Gesellschaft von Liebhabern der Wissenschaften" einen Entwurf vor, in welchem er vorschlug, „nach dem Beyspiele so vieler grossen und kleinen Städte in Deutschland und der Schweiz eine nützliche Lesegesellschaft zu errichten." Das Konzept sah zunächst die Anmietung zweier Vereinszimmer in Jakob Nägeles Gastwirtschaft „Zum Goldenen Löwen" am Pfannenstiel vor. Ein Raum war als Lesezimmer mit Präsenzbibliothek gedacht, wo auch die wichtigsten Journale ausgelegt werden sollten. Zu Gesprächen hatten sich die Mitglieder in den Nebenraum zurückzuziehen, in welchem der Inhaber der Gastwirtschaft für Bewirtung sorgte. Der Entwurf wurde in den bürgerlichen Kreisen Karlsruhes und Durlachs bekannt gemacht und eine Interessentenliste herumgereicht. Von den sechsundsechzig eingetragenen Personen erschienen vierzig zur ersten konstituierenden Sitzung am 3. Dezember 1784. Waren in Rings Entwurf noch keine Einschränkungen hinsichtlich der sozialen Stellung der künftigen Mitglieder gemacht worden, so legte die Versammlung in ihren Statuten nun fest, daß normalerweise „nur Männer, die bereits ein Studium vollendet, oder sonsten Rang und Charakter haben", zur Aufnahme zugelassen werden sollten. Die Ausstattung der gesellschaftseigenen Bibliothek diskutierte man im Anschluß. Insgesamt wurden achtundzwanzig Journale und Zeitungen zur Anschaffung vorgeschlagen, darunter an erster Stelle die „Allgemeine Deutsche Bibliothek", „Schlötzers Staatsanzeiger", die „Frankfurter Politische Zeitung", „Wielands Merkur" und selbstverständlich die „Karlsruher Zeitung." Die Abonnements sollten auf der vierteljährlich stattfindenden Mitgliederversammlung für jedes Quartal neu beschlossen werden. Die Statuten schrieben dabei ausdrücklich den Erwerb von englischer, französischer und italienischer Literatur vor. Private Dauerleihgaben von Mitgliedern waren selbstverständlich willkommen. Zur Finanzierung der Lektüre und des Lokals, für das der Wirt eine Jahresmiete von 100 Gulden forderte, mußte jedes Mitglied bei Aufnahme einen Gulden sowie einen Monatsbeitrag von 30 Kreuzern entrichten. Die Verwaltungsarbeit übernahm Dominikus Ring, den die Mitglieder zum Sekretär und Bibliothekar gewählt hatten.[155] Die Gesellschaft stieß auf rege Resonanz. Kaum zwei Jahre

später zählte sie bereits 106 Mitglieder, und sie wuchs weiter. 1791 waren 192 Personen eingeschrieben, die alle ausnahmslos zur Hofdienerschaft oder zur Beamtenschaft zählten. Etwa ein Viertel gehörte dem Adelsstand an, 17% dem Militär. Unter den Adeligen befanden sich zwei Frauen, die einzigen weiblichen Mitglieder der Gesellschaft.[156] Angesichts des regen Zulaufs wurden die Räumlichkeiten in Nägeles Wirtshaus schon bald zu klein. Nägele, mit welchem ein langfristiger Mietvertrag abgeschlossen war, erwarb daraufhin zwischen Adler- und Kreuzgasse und in unmittelbarer Nähe des Macklot'schen Verlagshauses ein Zirkelhaus.[157] Hier, in guter Lage, konnte er, wie auch seit 1793 sein Nachfolger, Cafetier und Ratsmitglied Drechsler, der Lesegesellschaft repräsentativere Räume zur Verfügung stellen. Auf zwei Etagen erstreckte sich nun das Vereinslokal; während im mittleren Stockwerk Gespräche geführt, Gäste empfangen oder Billard gespielt wurde, war das obere der Bibliothek und dem Lesezimmer vorbehalten.[158] Mit der räumlichen Veränderung begann sich seit den neunziger Jahren auch ein programmatischer Wandel zu vollziehen. Das wissenschaftliche und politische Interesse an Lektüre und Diskussion wurde vernachlässigt, stattdessen trat immer mehr der gesellschaftliche Aspekt der Treffen in den Vordergrund. Die Lesegesellschaft wurde zum Ort bürgerlicher Repräsentation. Der spätere Gesellschaftsname „Museum", der so gar nicht mehr an den ursprünglichen Vereinszweck erinnerte, wurde bereits um 1795 verwendet.[159] 1808 zog die Gesellschaft, nun offiziell unter dem Namen „Museum", an den Marktplatz und mietete sich dort im Gebäude an der Nordostecke ein. Doch erst mit dem 1814 eingeweihten, an der Ecke zwischen Rittergasse und Langen Straße erbauten, eigenen Gesellschaftshaus, hatte das „Museum" einen geeigneten Ort für die von ihm veranstalteten Feste, Bälle und Ausstellungen gefunden.[160] Wenngleich die akademische Ausbildung nun nicht mehr als unbedingte Voraussetzung für eine Mitgliedschaft galt, blieb das Gewerbebürgertum vorerst noch ausgeschlossen. 1816 gründeten siebenundzwanzig Karlsruher Bürger einen weiteren Verein, der nun wieder den Namen „Karlsruher Lesegesellschaft" führte und sich unter anderem auch der Lektüre verpflichtet fühlte. Hier nun fanden von Anfang an auch wohlhabende Handwerker Aufnahme.[161]

Einen weniger offiziellen Charakter wies die bereits 1792 gegründete „Gesellschaft zum Haarenen Ring" auf.[162] Sie entstand aus einer privaten Einladung, bei der sich drei Paare im Hause Johann Wilhelm Hemeling und dessen Frau zu einem Vorleseabend trafen. Hemeling war als zweiter Bibliothekar an der Hofbibliothek angestellt und hatte sich durch vorzügliche Englischkenntnisse ausgezeichnet, dank derer er am Gymnasium englischen Sprachunterricht erteilen durfte.[163] Der Ablauf des ersten Treffens wurde in einem Aquarell – vermutlich von einem der Beteiligten festgehalten.

Die Namen, die den einzelnen Personen übergeschrieben sind, weisen auf ihre Funktion innerhalb der Gesellschaft hin. Diese Amtsbezeichnungen waren Johann Gottwerth Müllers vielgelesenem Roman „Siegfried von Lindenberg" (1779; 1781–82) entnommen. Ungeachtet dieser hierarchisch gestuften Aufgabenverteilung legten die Statuten des kleinen Kreises, das sogenannte Gesetzbuch, liberale, wenngleich unumstößliche Umgangsformen fest. So redete man sich ohne Rücksicht auf gesellschaftlichen Rang und Namen mit „Bruder" oder „Schwester" an; Regelverstöße, gleich welcher Art, wurden mit Bußgeldern zwischen sechs und vierundzwanzig Kreuzern geahndet. Obgleich man sich in der Zielsetzung der Gesellschaft eindeutig von geheimen Orden abgrenzen und nur der Pflege von Freundschaft verpflichtet sehen wollte, erinnerte ihr Erscheinungsbild an die älteren Logen, die sich in vielen Städten 1784 im Zuge der Illuminatenverfolgungen auflösen mußten. Als Erkennungszeichen trugen die Mitglieder einen aus Haaren aller Aufgenommenen geflochtenen Ring, in dem der Freundschaftsgedanke symbolisch überhöht werden sollte. Dieses als Symbol der Unzertrennlich-



Gesellschaft „Zum Haarenen Ring", 1792.

keit geltende Objekt stand programmatisch bereits bei der Namensgebung Pate. Die Aktivitäten der Gruppe beschränkten sich anfangs auf die Zeit zwischen Spätjahr und Ostern. In alphabetischer Reihenfolge traf man sich reihum einmal wöchentlich zwischen 17 und 20 Uhr. Lektüre und Diskussion waren hier nur zum Zwecke der Geselligkeit gewünscht, wobei Gespräche über Beruf und Politik im „Gesetzbuch" ausdrücklich ausgeschlossen wurden. Auch Ausflüge zum Stephanienbad in Beiertheim oder gemeinsame Picknickfahrten ins Grüne wurden veranstaltet. Die Zahl der Mitglieder wuchs langsam. 1793 waren zwölf Personen, darunter fünf Ehepaare, aufgenommen. Mit der selbstverständlichen Aufnahme von Frauen hob sich die „Gesellschaft zum Haarenen Ring" ebenso von der Lesegesellschaft ab, wie in der ausschließlichen Teilnahme von Bürgerlichen, wenn diese auch in überwiegender Zahl im Hofdienst standen. Manch einer, wie Dr. Christian Ludwig Schweickhart, seit 1785 der zuständige amtliche Arzt für Karlsruhe,[164] oder Wilhelm Hemeling selbst, war auch in beiden Gesellschaften aktiv. Der Personenkreis der „Gesellschaft zum Haarenen Ring" blieb klein und vermochte während ihres Bestehens die Zahl von insgesamt sechsunddreißig Mitgliedern nicht zu überschreiten. Nach und nach verstarben einzelne, und so folgte bereits 1813 mangels neuer Interessenten ihre Auflösung.

Der Hof lädt ein: Bedeutende Beamte und bedeutende Besucher in Karlsruhe

Am europäischen Diskurs der Philosophen, Literaten und Künstler des 18. Jahrhunderts zeigte auch das markgräfliche Paar lebhaftes Interesse. Vor allem Karoline Luise nahm über die regelmäßige Lektüre von Neuerscheinungen daran teil. Wie viele andere Fürstenhöfe

der Aufklärungszeit war man auch am badischen Hof aufgeschlossen für Besucher dieses neuen „Geistes-Adels", wenngleich der Aufenthalt der fast ausnahmslos bürgerlichen Gäste nicht immer ganz problemlos verlief und sich natürlich von den bisher üblichen Besuchen hochadeliger Verwandtschaft oder Bekanntschaft unterscheiden mußte.

Als sich der erste namhafte europäische Gelehrte am Karlsruher Hof zu einem Besuch anmeldete, war die Schloßrenovation noch voll im Gange. Im Spätsommer 1758 hatte sich der französische Philosoph und Aufklärer Jean-Marie Arouet, genannt Voltaire, in Schwetzingen bei Kurfürst Karl Theodor aufgehalten, von wo er auch den Baden-Durlacher Hof zu besuchen gedachte. Das im 18. Jahrhundert hierfür obligatorische Empfehlungsschreiben, welches Voltaire den Weg zum Karlsruher Hof öffnen sollte, erhielt er von einem, dem markgräflichen Paar bekannten Freund. Markgräfin Karoline Luise war der damals Vierundsechzigjährige aus seinen Werken bereits vertraut. Sie verehrte die Voltairesche Denkweise, weshalb sich das Treffen für beide Seiten angenehm und höchst interessant gestaltete. Vom 4. bis zum 7. August 1758 weilte Voltaire im Karlsruher Schloß. Aus diesem ersten und einzigen persönlichen Kontakt zwischen der Markgräfin und Voltaire erwuchs in der Folgezeit ein engagierter Briefwechsel, der sich – wenngleich auch mit Unterbrechung – immerhin über acht Jahre hielt. Immer wieder wurde der Wunsch nach einem weiteren Treffen von beiden Seiten beteuert, doch scheiterte ein solcher wiederholt an gesundheitlichen oder politischen Hindernissen. Lediglich der Markgraf traf mit Voltaire 1775 ein letztes Mal auf einer Schweizer Reise zusammen.[165]

Die eigentliche Phase, in der zahlreiche illustre Gäste am Karlsruher Hofe anzutreffen waren, begann in den siebziger Jahren. Die Schloßrenovation näherte sich dem Ende, und darüber hinaus hatte der Markgraf inzwischen auch einige höhere Beamte in seinem Dienst stehen, die nicht nur belesen waren, sondern eigene wissenschaftliche oder literarische Arbeiten aufweisen konnten, wodurch der Karlsruher Hof als Anziehungspunkt für Persönlichkeiten aus dem europäischen Geistesleben selbstverständlich gewann.

Eine wichtige Figur des geistig-wissenschaftlichen Lebens der Residenz stellte der Naturwissenschaftler Johann Lorenz Böckmann dar.[166] Als Ehrenmitglied der Karlsruher Lese-

Johann Lorenz Böckmann.

gesellschaft verfügte er einerseits über eine einflußreiche Position innerhalb des Bildungsbürgertums, andererseits stand er zugleich in persönlichem Kontakt zum Markgrafen.[167] Diese vielseitigen Beziehungen nutzte Böckmann, um ausgewiesene bürgerliche Kollegen in die Karlsruher Hofgesellschaft einzuführen. Er selbst, Sohn einer Lübecker Buchhändlerfamilie, war mit 23 Jahren auf Empfehlung des Kameralwissenschaftlers Johann August Schlettwein an das Karlsruher Gymnasium berufen worden. Seine Einstellung im Jahre 1764 erfolgte in unmittelbarem Zusammenhang mit der naturwissenschaftlichen Ausrichtung der Bildungsinhalte unter dem neuen Rektor Sachs. Nach einem theologischen Abschluß hatte sich Böckmann hauptsächlich

den Fächern Mathematik und Physik gewidmet, deren Vermittlung an die Bevölkerung sein ganzes Engagement auch in Karlsruhe galt. Unter vielem anderen baute er das erste naturwissenschaftliche Labor Karlsruhes auf, das über die neuesten mechanischen und elektrischen Erfindungen aus England verfügte; er unterstützte die Einrichtung der Realschule und schrieb ein Lehrbuch der Mechanik. 1787 gab er in einer Abhandlung über die Frage „Welche Fortschritte machen Mathematik und Naturlehre in den Badischen Landen?" einen umfassenden Rechenschaftsbericht über naturwissenschaftliche Ausbildung in Baden.[168] Den persönlichen Kontakt zu Markgraf Karl Friedrich fand Böckmann über seine 1772 begonnene Nebentätigkeit als Mathematik- und Physiklehrer der markgräflichen Familie. Seit dieser Zeit intensivierten sich die Beziehungen zu seinem Dienstherrn. 1774 erhielt Böckmann den Titel eines Kirchenrates verliehen, zwei Jahre später saß er mit Sitz und Stimme im Konsistorium und im Ehegericht.[169] Der Markgraf nahm ihn nun auch häufiger auf seine Reisen mit. So wurde Böckmann nach und nach zu einem überregional bekannten und geschätzten Ansprechpartner der bürgerlichen Diskussionsgesellschaft. Sein Wohnhaus am Zirkel – in optimaler Lage zwischen Adler- und Kreuzgasse, dem Verlagshaus Macklot sowie der späteren Unterkunft der Lesegesellschaft benachbart – war ein offenes Haus für Besucher.[170] Einen wesentlichen Einfluß auf die Formierung des Karlsruher Bildungsbürgertums übte auch der Gründer der Lesegesellschaft Friedrich Dominikus Ring aus.[171] Der gebürtige Straßburger hatte bereits während seines Studiums auf verschiedenen längeren Reisen die Bekanntschaft namhafter Literaten wie Schöpflin, Pfeffel und Lamey gemacht und stand mit diesen in regem Austausch. Als er 1760 zum Erzieher der markgräflichen Söhne ernannt wurde, war er bereits ein erfahrener Mann von dreißig Jahren. Er bewegte sich in höfischer wie bürgerlicher Gesellschaft sicher, beherrschte die französische Sprache in gleichem Maße wie das Deutsche perfekt und konnte sich als „Mann von Welt" am Hofe schon bald auch kritische Urteile erlauben. Philosophisch war er streng rationalistisch orientiert, der Aufklärung verbunden und lehnte pietistische Einflüsse ab. Er war bekannt für harte Urteile gegenüber deren Vertretern, er nannte Lavater einen Planmacher und Narren, Stilling einen verkappten

Porträt Johann Georg Schlosser, Kupferstich von Christoph Wilhelm Bock nach Philipp Jakob Becker, Februar 1788.

Jesuiten und stand auch dem Anführer des „Sturm und Drang", Friedrich Gottlieb Klopstock, mit Vorbehalten gegenüber.[172] Toleranz zeigte er hingegen – gemäß dem aufklärerischen Programm – vor allem in religiösen Fragen. Ring, der unter anderem als Stadtvikar tätig war, mußte in der gemischtkonfessionellen Stadt die kirchlichen Handlungen auch für Katholiken vornehmen.[173] Dies schien dem lutherischen Theologen durchaus nicht mehr

zeitgemäß, wovon er auch seinen Dienstherrn überzeugen wollte. 1785 schilderte er dem Markgrafen die Situation in der Residenz und gab ihm seine Sicht zu bedenken: es gehe ihm immer nahe, „Catholiken am Taufstein, am Altar oder Grab zu sehen, die mit einem gewissen Unmuth dastehen und anstat unserern einen ihren Geistlichen herwünschen."[174] Seine Tätigkeit als Prinzenerzieher wurde entbehrlich, als der jüngste Sohn Ludwig erwachsen geworden war. Daraufhin setzte Markgraf Karl Friedrich für Ring Ende der siebziger Jahre eine Pension aus, die es ihm ermöglichte, in Karlsruhe als Privatgelehrter zu arbeiten. Für einige Jahre gehörte auch Goethes Schwager Johann Georg Schlosser zum Kreise des Karlsruher Bildungsbürgertums.[175] Der promovierte Jurist trat erst 1773 in den badischen Dienst und war dann zunächst bis 1786 als Oberamtmann in der Markgrafschaft Hachberg eingesetzt. Vor seinem Dienstantritt hatte der inzwischen Dreiunddreißigjährige aktiv am literarischen Leben teilgenommen. Gemeinsam mit Johann Wolfgang Goethe und Johann Heinrich Merck war er als Redakteur bei den „Frankfurter Gelehrten Anzeigen" tätig und aufgrund seiner Publikationen bereits überregional bekannt. In Emmendingen, seinem Hachberger Dienstsitz, pflegte er ein offenes Haus für bekannte Gäste und engagierte sich in Gesellschaften. In der Freiburger Vereinigung „Zur edlen Loge" wurde er Gründungsmitglied und erster Meister vom Stuhl. Als eines der wenigen ausländischen Mitglieder nahm er bei den Versammlungen der „Helvetischen Gesellschaft" teil und war mit deren Gründer, dem Philosophen und Historiker Isaak Iselin, eng befreundet. Über Schlosser liefen ferner die Beziehungen, die das markgräfliche Paar mit Lavater pflegte. Nach seiner Beförderung zum Regierungsmitglied und Versetzung nach Karlsruhe 1787 war er innerhalb der Karlsruher Gesellschaft ein hochangesehener Mann, der am Zirkel zwischen Waldgasse und Herrengasse ein Wohnhaus besaß. Schlosser hatte während seiner Emmendinger Amtszeit die Gelegenheit genutzt, die Verhältnisse in der Stadtrepublik Basel kennenzulernen, was ihn in seiner, aus der Frankfurter Zeit rührenden ablehnenden Haltung gegenüber der feudalistischen Gesellschaftsordnung bestärkte. Dem Patriarchalismus der markgräflichen Verwaltung stand er von Anfang an kritisch gegenüber und bemühte sich ununterbrochen, das Selbstbewußtsein der bürgerlichen Beamten gegenüber den adeligen Kollegen zu stärken. Zahlreiche Memoranden entwarf er, welche von seinem Vorgesetzten hie und da als zu gewagt zurückgehalten wurden.[176] Johann Georg Schlosser zählte zweifellos zu jener Gruppe bürgerlicher Beamter, die es als persönliche Aufgabe verstanden, ihren Dienstherrn zur Erkenntnis der „wahren Aufklärung" zu führen. Schlossers größter Erfolg blieb die auf sein Betreiben hin erfolgte Trennung von Judikative und Exekutive am badischen Hof. Durch die Ausgliederung des Hofgerichtes – dessen erster Direktor Schlosser wurde – aus dem Hofrat schien ein weiterer Schritt zur Modernisierung der Staatsführung vollzogen. Kaum vier Jahre später mußte Schlosser jedoch erfahren, daß seinen Vorstellungen über die Unabhängigkeit des Richteramtes in einem immer noch absolutistisch regierten Territorium Grenzen gesetzt waren. Ein darüber entbrannter Konflikt veranlaßte ihn 1794 im Alter von fünfundfünfzig Jahren, den badischen Dienst zu quittieren und seinen Wohnsitz nach Ansbach zu verlegen. Schlossers Vorgesetzter, Wilhelm Freiherr von Edelsheim, aus einem wetterauischen Adelsgeschlecht gebürtig, zählte zu den einflußreichsten Beamten Karl Friedrichs im letzten Drittel des Jahrhunderts. Da er bereits 1738 als junger Mann an den Baden-Durlacher Hof gekommen war, konnte er auf eine lange Erfahrung in der Baden-Durlacher Verwaltung zurückblicken, die sowohl die Jahre der vormundschaftlichen Regierung als auch die Anfangsphase der Regierungsperiode Karl Friedrichs einschloß. Edelsheim hatte sich auf außenpolitische Themen konzentriert und arbeitete 1767 für drei Jahre als badischer Gesandter am kaiserlichen Hof. Er galt als wichtiger Berater des Markgrafen, der ihn nach dem Tode des Regierungspräsidenten August

Johann Freiherr von Hahn 1788 zu dessen Nachfolger ernannte. Freiherr v. Edelsheim, der inzwischen ein Alter von 71 Jahren und sein goldenes Dienstjubiläum erreicht hatte, verblieben allerdings lediglich fünf Dienstjahre bis er verstarb.[177] Er hinterließ seinem Nachfolger, Christian Freiherr von Gayling aus elsässischer Ritterschaft, das Amt in kritischer Zeit, das dieser bis in die großherzogliche Zeit ausfüllte.[178]

Unter den bürgerlichen hohen Beamten zeichnete sich vor allem Johann Jakob Reinhard aus. Seinen politischen Einfluß gewann er aufgrund zahlreicher Denkschriften und Entwürfe für nahezu alle Verwaltungsressorts, die ihn letztendlich zum Initiator vieler Einrichtungen und Maßnahmen werden ließ. An allen wichtigen Gesetzen und Verträgen, so zum Beispiel der Hofgerichtsordnung und dem Erbvertrag von 1765, war er vorbereitend tätig. Dabei hatte es der aus einer reformierten Beamtenfamilie stammende Jurist und Historiker in seiner Karlsruher Anfangszeit nicht einfach. Zunächst war er, im Alter von zweiundzwanzig Jahren in den Baden-Durlacher Dienst aufgenommen, als badischer Interessenvertreter am Wetzlarer Reichskammergericht tätig. Erst nach dem Regierungsantritt Karl Friedrichs wechselte Reinhard mit der Besoldung eines Geheimrates nach Karlsruhe. Dort verweigerte ihm jedoch das Regierungskollegium aufgrund seiner reformierten Konfession den gebotenen Rang. Erst 1754 wurde er von Karl Friedrich offiziell in den Geheimrat aufgenommen.[179]

Einen bedeutenden Wissenschaftler berief Karl Friedrich mit Joseph Gottlieb Koelreuter nach Karlsruhe. Der promovierte Botaniker hatte an der kaiserlichen Akademie in St. Petersburg gearbeitet und sich dann auf Kreuzungsversuche von Pflanzen spezialisiert, deren Ergebnisse grundlegend für die Forschungen Gregor Mendels im 19. Jahrhundert wurden. 1764 wurde er zum Direktor der fürstlichen Gärten im Rang eines Hofrates berufen und fand sogleich Aufnahme in der neugegründeten Beraterkommission des Markgrafen, der „Ökonomischen Gesellschaft." Hier profilierte er sich mit zahlreichen Vorschlägen zur Agrarreform. Daneben lehrte er als Professor für Naturkunde am Karlsruher Gymnasium und beriet Markgräfin Karoline Luise in allen Fragen der Botanik.[180] Ohne Zweifel zählte Koelreuter, in gleicher Weise wie Schlosser oder Böckmann, zum Karlsruher Bildungsbürgertum, wenngleich seine repräsentativen Möglichkeiten im Vergleich zu jenen bescheiden blieben. Koelreuter wohnte in den ersten Jahren bei Hofschlosser Hugenest in der Waldgasse, bis er sich in der Kronengasse ein eigenes Haus erwarb. Wie bei den meisten bürgerlichen Beamten, so beispielsweise auch bei Bibliotheksdirektor Valentin Molter, der ein Haus in der Kreuzgasse besaß, erreichte der Immobilienbesitz im Wert nicht einmal die Hälfte des Zirkelhauses von Böckmann oder Schlosser.[181]

Ungeachtet dieser sozialen Unterschiede innerhalb des Bildungsbürgertums trugen doch alle Vorgenannten zu den wissenschaftlichen oder gesellschaftlichen Aktivitäten bei, dank derer die badische Residenz bis ins letzte Drittel des Jahrhunderts an Attraktivität aber auch an Urbanität gewann und nun nicht nur aus politischen Gründen als Ziel vieler Bildungsreisen junger Adeliger galt. Anläßlich einer solchen Fahrt wartete der junge Prinz Peter Friedrich Wilhelm von Holstein 1770 am Karlsruher Hofe auf. In seiner Begleitung reiste der nur um einige Jahre ältere Johann Gottfried Herder, welcher sich zu diesem Zeitpunkt mit seinen literaturkritischen Schriften bereits einen Namen gemacht hatte und als Vertreter der neuen Bewegung „Sturm und Drang" bekannt war. Herder erwarb schnell die Sympathien des Markgrafen, der ihm recht freundschaftlich begegnete und den Kontakt auch in der Folgezeit nicht abbrechen ließ.[182] Karl Friedrich schätzte die neuen Ideen Herders und bat ihn Jahre später um Mitarbeit an einem Projekt. Von der 1785 erfolgten Gründung des deutschen Fürstenbundes durch Friedrich den Großen sah sich der badische Markgraf zu einer ähnlichen Initiative auf literarischer Ebene inspiriert. Diese Institution sollte die deutschen Territorien über eine politische Bindung hinaus zur Bildung eines deut-

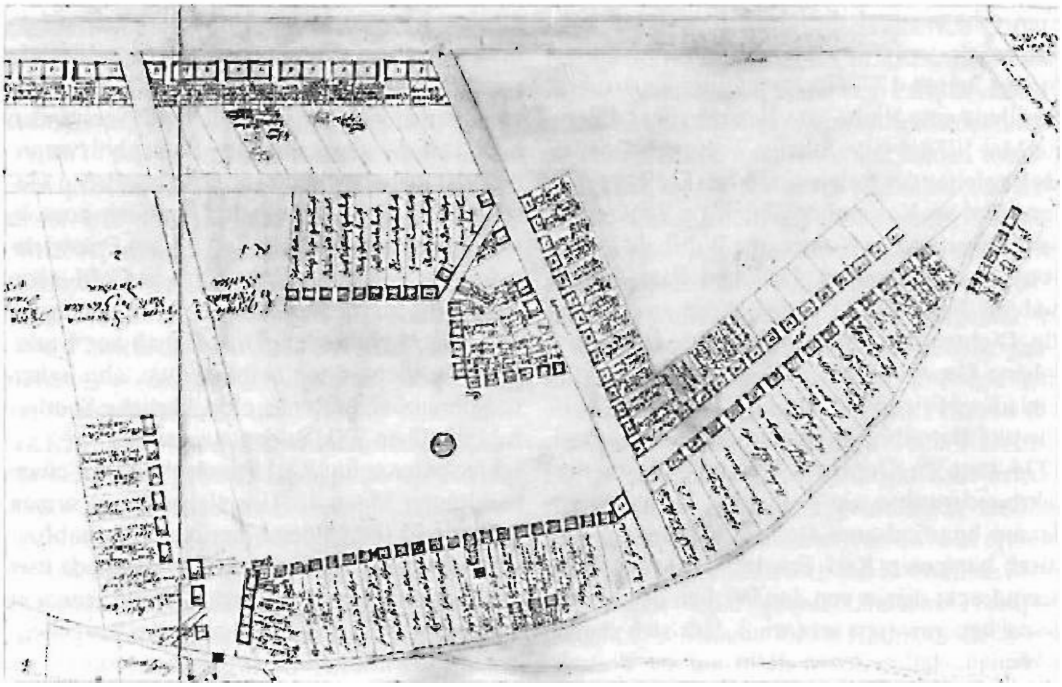
schen Bewußtseins führen. Längere Zeit hatte Karl Friedrich diese Idee mit Wissenschaftlern diskutiert und sich insbesondere mit Herzog Karl August von Weimar ausgetauscht, bevor er 1787 Herder um die Ausarbeitung eines Entwurfes bat. Dieser schickte ihm schon bald darauf ein ausführliches Programm, überschrieben als „Idee zum ersten patriotischen Institut für den Allgemeingeist Deutschlands." Gemäß Herders Ausführungen sollte sich diese Einrichtung auf drei Bereiche konzentrieren: auf die Förderung einer deutschen Nationalsprache, auf die Bildung eines einheitlichen Geschichtsbewußtseins und die Ausarbeitung einer gemeinsamen philosophischen Denkweise. Politische Arbeit blieb dabei ausgeschlossen. Die dem Projekt beitretenden Fürsten sollten geeignete Wissenschaftler ihres Landes in das Institutsgremium, das sogenannte Gelehrtenparlament, entsenden. Herders Entwurf wurde in Karlsruhe kontrovers diskutiert. Insbesondere Schlosser, der auf seine Erfahrungen in der „Helvetischen Gesellschaft" zurückgreifen konnte, äußerte Bedenken, insofern die Zeit angesichts der territorialen Eigeninteressen noch nicht reif dafür sei. 1788 legte der Markgraf einen Gegenentwurf vor, in welchem das Institut auf eine private Vereinigung von Gelehrten unter dem Namen „Deutsche Gesellschaft" reduziert wurde. Zu einer ihrer Hauptaufgaben zählte nun die Herausgabe einer Zeitschrift. Als badische Vertreter sah der Markgraf die Räte Böckmann und Schlosser vor. Der Plan, der damit seinen offiziellen und progressiven Charakter verloren hatte, war jedoch mit der im Folgejahr ausgebrochenen Französischen Revolution überholt. Die Angst der deutschen Fürsten vor einem Zusammenschluß ihrer Untertanen saß zu tief, als daß eine vergleichbare Initiative noch politisch vertretbar gewesen wäre.[183]
Die Kontakte zwischen den bürgerlichen Literaten und dem Karlsruher Hof wurde inzwischen auch über die bürgerlichen Beamten vermittelt. Auf einer Durchreise nach Bad Ems hatte der Theologe Johann Caspar Lavater im Juni 1774 in Karlsruhe Station gemacht, um seinen Freund Hofrat Schlosser zu besuchen. Doch traf er nur dessen Ehefrau Cornelia, die Schwester Goethes an. Diese nahm ihn in das benachbarte Haus der Familie Böckmann mit, woraufhin er von Hofrat Böckmann zu einem Besuch am Hofe eingeladen wurde. Dort fand er wohlwollende Aufnahme, so daß er auf seiner Rückreise gerne einige Tage in Karlsruhe verweilte. So begann die tiefe Freundschaft zwischen dem Markgrafen und Lavater, welcher jenem die im Folgejahr in einem ersten Teil erschienenen „Physiognomischen Fragmente" widmete.[184] Folgte ein zweiter Besuch auch erst im Juli 1782, so erwies sich Lavater nach dem Tode Karoline Luises als persönlicher Beistand Karl Friedrichs, der die nunmehr regelmäßigen Treffen nicht mehr missen mochte. Von Lavater erhielt Karl Friedrich auch die ersten Kenntnisse über die damals neuartige medizinische Therapie des „Magnetismus." Diese Heilmethode, nach ihrem Erfinder Franz Anton Mesmer auch „Mesmerismus" genannt, basierte im wesentlichen auf Suggestion und Hypnose. Der „Heilmagnetismus" wurde in Karlsruhe zu einem umstrittenen Thema. Den begeisterten Anhängern, Hofprediger Johann Leonhard Walz, Professor Friedrich Wilhelm Wucherer und der Ehefrau des Legationssekretärs Johann Christian Griesbach, denen ohnehin ein Hang zum Mystischen nachgesagt wurde, standen die Räte Schlosser, Ring und Koelreuter als entschiedene Gegner gegenüber.[185] Karl Friedrich indes fühlte sich von dieser Art zu heilen angesprochen. Um einen Fachmann auf diesem Gebiet in seiner Nähe zu haben, schickte er Lorenz Böckmann zum Studium nach Straßburg, von wo dieser als überzeugter Vertreter der neuen Therapieform zurückkehrte.[186] Das Für und Wider des Heilmagnetismus bewegte die Gemüter auch andernorts. Vermutlich ein Gegner, der Karlsruhe in jenen Jahren besuchte und über seinen Aufenthalt im Leipziger Journal berichtete, meinte hierzu ironisch, er habe in Karlsruhe soviele „exaltierte Gesichter gesehen und sei in jeder Gasse auf Männer und Frauen gestoßen, die aussahen, als ob sie durch die magische Berührung eines Eingeweihten ihren sechsten

Sinn erhalten und die übrigen verloren hätten."
In den Jahren 1774/75 konnte die Karlsruher Residenz eine Reihe von Besucher begrüßen. Im Mai 1774 weilte Johann Wolfgang Goethe als Begleiter der Reichsgrafen zu Stolberg das erste Mal am Karlsruher Hof.[187] Im Spätherbst darauf wartete der Komponist Willibald Ritter von Gluck dem markgräflichen Paar auf,[188] und im Februar des Folgejahres erschienen die Dichter und Philosophen Friedrich und Johann Georg Jacobi zu Besuch.[189] Auch die Einladung Friedrich Gottlieb Klopstocks, welche auf Betreiben Böckmanns erfolgte, fand 1774 statt.[190] Klopstock war bereits seit der Jahrhundertmitte ein gefeierter Dichterfürst, dessen empfindsame Religiösität dem pietistisch gesinnten Karl Friedrich zusagte. Wie beeindruckt dieser von den Werken des Norddeutschen gewesen sein muß, läßt sich daran erkennen, daß er jenen nicht nur zu Besuch bat, sondern ihm anbot, für das Gehalt und im Rang eines Hofrates an den badischen Hof zu kommen. Klopstock sollte ihm ab und zu Gesellschaft leisten, und die Protegierung eines solch bekannten Dichters konnte dem Ansehen des badischen Markgrafen nur nutzen. Auch die Jahre zuvor hatte sich Klopstock in einer ähnlichen Stellung befunden. Seit 1751 bezog er seinen Unterhalt vom dänischen König, dessen Hof er allerdings 1770 verließ und nach Hamburg zog. Die Verbindung zu seinem Mäzen hatte sich gelockert, so daß Klopstock das Angebot aus Baden gerne annahm. Mitte Oktober 1774 kam er in Karlsruhe an und wurde im Hause Böckmann aufgenommen.[191] Regelmäßig speiste er an der Marschalltafel und wurde eng in das Hofleben miteinbezogen. So las er ab und zu nach dem Essen in kleinem Kreis aus seinen Werken vor. Obgleich Klopstock am Hofe gerne gesehen war, schien dieser mit seiner Situation nicht ganz zufrieden. In der Karlsruher Residenz galt die Hofetikette, gemäß der Bürgerliche den Adeligen untergeordnet waren und keine Rücksicht auf den besonderen Status eines weltbekannten Dichterfürsten genommen wurde. Im März 1775, nach noch nicht einmal sechs Monaten, überraschte Klopstock den Hof mit seiner plötzlichen Abreise. Möglicherweise hatte ihn ein persönlicher Angriff Dominikus Rings, mit welchem er sich nie sonderlich gut verstanden hatte, zu diesem schnellen Entschluß veranlaßt. Klopstock kehrte in die bürgerliche Gesellschaft der Reichsstadt Hamburg zurück, wo er dank der Großzügigkeit Karl Friedrichs weiterhin von fürstlich badischem Geld leben durfte. Bis zu seinem Tode bezog er, über achtundzwanzig Jahre lang, das Gehalt aus Karlsruhe. Danach erhielt seine Witwe, abgesehen von der üblichen Rente, eine jährliche Sonderzahlung über 300 Gulden ausgezahlt.[192]
Jahre später nahm Karl Friedrich wieder einen berühmten Mann als Gesellschafter in seinen Dienst und unterstützte damit dessen publizistische Arbeit, wenngleich die Umstände hier ganz anders lagen. Heinrich Jung, genannt Stilling, war ein Universalgenie des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Im Selbststudium gelangte er vom einfachen Landschullehrer zur Universitätsreife, studierte Medizin und wurde als Augenarzt, aber auch als Literat und Wirtschaftswissenschaftler berühmt. 1803 wurde er von Karl Friedrich im Rang und mit der Besoldung eines Hofrates aufgenommen. Zunächst ließ dieser sich in Heidelberg nieder, bis ihn 1807 der alternde Großherzog als Gesellschafter und Leibarzt an seinen Hof rief.[193]

Klein-Karlsruhe

Dorf oder Vor Ort?: Die Gemeindebildung Klein-Karlsruhes

In der ersten Jahrhunderthälfte hatten sich im Südosten des Stadtgebietes ärmere Zuwanderer wie Taglöhner, Bauarbeiter und niedere Hofbedienstete angesiedelt. Das Areal bot sich aus verschiedenen Gründen an. Im Süden stieß es an den alten Landgraben, der als Wasserversorgung genutzt werden konnte, und nördlich davon wurde mit der ersten städtischen Bebauung begonnen. Diese Siedlung besaß nun keinerlei rechtliche Verfassung. Weder galt sie als Dorfgemeinde noch gehörten ihre Einwohner zur Residenzstadt Karls-



Lageplan Klein-Karlsruhe 1719.

ruhe, worauf im behördlichen Schriftverkehr mit dem Namenszusatz „aus" oder „in Klein-Karlsruhe" auch stets hingewiesen wurde. Als einzige, die Einwohnerschaft Klein-Karlsruhes verbindende, Institution bestand die Klein-Karlsruher Schule, und als landesherrlicher Beamter vor Ort war seit der Gründungszeit ein Anwalt eingesetzt, der jedoch nur über einen Teil der Einwohner, nämlich die Hintersassen, Verfügungsgewalt besaß. Zwei Generationen lang erwies sich dieser Zustand als sinnvolles Arrangement: Hof und Stadt bot sich Klein-Karlsruhe als ideales Rekrutierungsfeld für Arbeitskräfte, welche in ihrer Siedlung, wo die Bauvorschriften der Stadt keine Gültigkeit hatten, über vergleichsweise preiswerte Lebensbedingungen verfügten. Das Stadtbild blieb zugleich vom Anblick der dürftigen Taglöhnerhütten und die Stadtkasse von Almosenleistungen für arme Hintersassen verschont. Hinterfragt wurden diese Verhältnisse erst, als die Regierung angesichts der raschen Bevölkerungszunahme gegen Ende des Jahrhunderts die Ordnung und vermutlich auch die Finanzierbarkeit der ausschließlich vom Markgrafen abhängigen Siedlung gefährdet sah. „Zur Verbesserung der Polizei", d. h. der öffentlichen Ordnung, schlug sie Ende 1781 vor, eine eigene Klein-Karlsruher Gemeindekasse einzurichten. Daraus konnten hinfort die regelmäßig anfallenden Kosten für die Brunneninstandhaltung sowie für die Besoldung des Anwaltes und des neueingestellten Rechners beglichen werden.[194] Als beitragspflichtig galten alle Klein-Karlsruher Hausbesitzer und in Miete wohnende Hintersassen, die vierteljährlich mit 7 beziehungsweise 4 Kreuzer belastet wurden. In Miete wohnende Hofbedienstete und Soldaten waren von der Abgabe befreit. Bei der vom Markgrafen vorgenommenen Hintersassenaufnahme wurde nun jeweils auch eine Gebühr für die Gemeindekasse fällig: Vom inländischen Zuwanderer 45 Kreuzer, vom ausländischen 1 Gulden 30 Kreuzer; für Personen, die sich nur kurzzeitig, das heißt unter drei Monaten, in Klein-Karlsruhe aufhalten wollten, gab es einen Sondertarif von 15 Kreuzern. Als weitere Zuschüsse

sollte nun ein Drittel der von den Klein-Karlsruhern ans Oberamt zu leistenden Strafgebühren sowie ein auf zehn Jahre befristeter landesherrlicher Beitrag über 50 Gulden in die neue Gemeindekasse fließen.[195] Die Einwohner Klein-Karlsruhes besaßen damit erstmals ein gemeindliches Organ, das ihre Abhängigkeit vom Hofe zu lockern versprach und den Weg zur kommunalen Verfassung wies. Tatsächlich wurde dem Anwalt in den folgenden Jahren ein Bürgermeister, etwas später auch ein Gerichtsmann zur Seite gestellt.[196] Noch zogen die Klein-Karlsruher jedoch mehr Nachteile aus dieser Neuerung. Sie mußten gemeindliche Abgaben leisten, ohne dafür die Rechte einer Dorfgemeinde zu besitzen. Besonders schmerzlich schien dieser Zustand für eine Gruppe gewerblich orientierter Hintersassen, da sie ohne Gemeindestatus kein Landhandwerk ausüben durften. Zum Landhandwerk zählten die unmittelbar notwendigen Versorgungsberufe wie Metzger und Bäcker, Schuhmacher und Schneider, Zimmerer und Maurer sowie die auf dem Land verbreitete Leinenweberei. Der Klein-Karlsruher Hintersasse Jörg Adam Klettle versuchte im Juli 1785, das Einverständnis des Karlsruher Stadtrates für die Erlaubnis zum Kleinviehschlachten zu erhalten, doch dieser lehnte die Bitte aus Furcht vor wirtschaftlicher Konkurrenz grundsätzlich ab. Überdies „seye Klein-Karlsruhe nicht soweit entfernt, daß nicht jeder dortige Innwohner seine Erfordernuß täglich nach bequemlichkeit in der Stadt und eben in einem so wohlfeilen Preiß bekommen könne."[197] Da sich aber die Bitten mehrten und die Petenten in einigen Fällen nicht unbegütert waren, genehmigte die Regierung 1790 den Erwerb des Karlsruher Bürgerrechtes für Klein-Karlsruher Hintersassen, sofern sie den nötigen Vermögensnachweis erbringen konnten und nicht als Taglöhner oder Dienstboten arbeiteten.[198] Angesichts der strengen Aufnahmebedingungen für das Karlsruher Bürgerrecht nützte dieses Zugeständnis den Klein-Karlsruhern jedoch nur in Ausnahmefällen. Stattdessen zogen nun nach und nach Karlsruher Handwerker unter Beibehaltung ihres Karlsruher Bürgerrechtes nach Klein-Karlsruhe und produzierten nun bei preiswerten Wohnverhältnissen für ihre Klein-Karlsruher Kundschaft vor Ort. Schon bald folgte ein weiterer Schritt zur Verselbständigung Klein-Karlsruhes, diesmal auf kirchlicher Ebene. Die Klein-Karlsruher besuchten von jeher die Gottesdienste in der Residenzstadt. Doch hatte der stete Bevölkerungszuwachs die lutherische Pfarrgemeinde so groß werden lassen, daß 1792 die Abtrennung einer eigenen Klein-Karlsruher Pfarrstelle vorgenommen und im Folgejahr mit einem Geistlichen besetzt wurde.[199] Inzwischen hatte sich jedoch die politische Lage im Lande entscheidend verändert. Die Auswirkungen der Französischen Revolution waren auch rechts des Rheines zu spüren. 1794 wurde die Markgrafschaft von Revolutionspropaganda überflutet, es gab Gerüchte um einen revolutionären Club, der in Durlach und Umgebung 5000 Anhänger mobilisiert habe, so daß sich Karl Friedrich genötigt sah, noch im gleichen Jahr eine antirevolutionäre Gesellschaft ins Leben zu rufen.[200] Auch die Klein-Karlsruher wurden zum Militäraufgebot gegen die Franzosen gezogen. Diese nutzten nun die politische Stimmung und übergaben dem Markgrafen am 30. Oktober 1794 eine Petition, in der sie darum baten, „sich Bürger nennen zu dürfen." Das Oberamt stand dem Gesuch inzwischen auch positiv gegenüber und kommentierte locker, „im Grunde genommen geht auch keinem Menschen einigen Nutzen oder Schaden zu, ob die Klein-Karlsruher Innwohnerschaft den Bürger oder Hintersassennamen führet."[201] Und die politischen Ereignisse drängten den Markgrafen weiter in die Enge. Nachdem Preußen mit dem Baseler Frieden vom 5. April 1795 aus der antifranzösischen Koalition ausgeschieden war, wurde die Situation für das preußenfreundliche Grenzland Baden immer schwieriger. Im Sommer 1795 befaßte sich die Regierung mit der Frage, worauf sich denn ein Gemeindebürgerrecht für Klein-Karlsruhe überhaupt gründen könne. Bei einer gewöhnlichen Dorfgemeinde war es an den Ackerbau gebunden, bei einer Stadtgemeinde an Handel und Gewerbe. Bei-

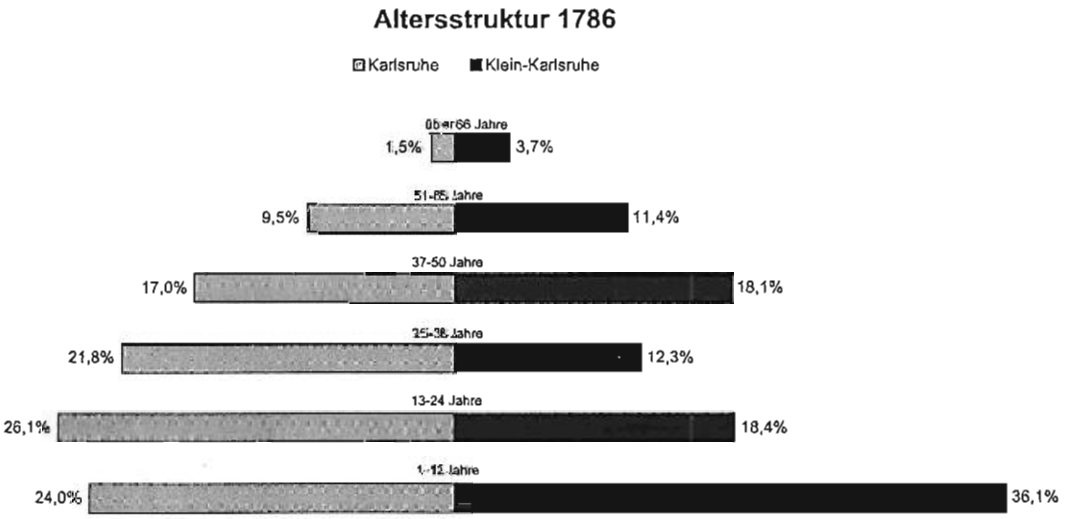
des schied im Falle Klein-Karlsruhes aus. Die Verhandlungen zu diesem Thema konnten nicht zu Ende geführt werden. Die Kapitulation Mannheims am 20. September 1795 vor den Franzosen war für Karl Friedrich das Zeichen zur Flucht. Am 22. September verließ die markgräfliche Familie die Residenz, um sich in Ulm, später in Regensburg in Sicherheit zu bringen.[202] Zwei Wochen später, am 9. Oktober 1795, unterschrieb der Markgraf das Gemeindeprivileg für Klein-Karlsruhe. Die ehemals unorganisierte Siedlung war damit in den Rang einer Dorfgemeinde erhoben. Die Grundlage, auf der das Klein-Karlsruher Bürgerrecht basierte, war recht weit gefaßt. Sie berücksichtigte Einkünfte aus Handel und Gewerbe ebenso wie den Gartenbau und den Fuhrbetrieb. Jeder Klein-Karlsruher Einwohner, der in diesen Branchen als Selbständiger über eine ausreichende Verdienstquelle verfügte und einen Vermögensnachweis über 200 Gulden erbringen konnte, hatte Anspruch auf das Bürgerrecht. Für unselbständige Lohnempfänger, wie Gesellen und Taglöhner, waren die Aufnahmebedingungen weitaus höher angesetzt worden. Ihr nachzuweisendes Vermögen lag mit 400 Gulden nur um 100 Gulden niedriger als in der Stadt, ferner hatten sie drei Führungszeugnisse – ausgestellt vom Oberamt, vom Pfarrer sowie vom Arbeitgeber – vorzulegen. Dienstboten, Hofbedienstete und Soldaten waren vom Bürgerrecht von vornherein ausgeschlossen. Die nun einsetzenden Bürgeraufnahmen verhalfen der Gemeindekasse zu weiteren Einnahmen, da ihr von Ausländern als Aufnahmegebühr sechs Gulden, von Inländern vier Gulden und von Oberamtszugehörigen zwei Gulden entrichtet werden mußten. Noch im gleichen Monat wurden dreiundfünfzig der ehemaligen Klein-Karlsruher Hintersassen vom Markgrafen als neue Klein-Karlsruher Bürger bestätigt,[203] und bis zum Frühjahr 1796 war deren Zahl auf achtundsiebzig gestiegen. Drei Viertel der Neubürger stammten aus gewerblichen Berufen, nur ein Viertel arbeitete im Dienstleistungssektor. Im Hintersassenstatus verblieben überwiegend Soldaten und Dienstboten, lediglich ein Viertel der Hintersassen arbeitete gewerblich.[204] Es schien so, als ob Klein-Karlsruhe damit alle Voraussetzungen für eine wirtschaftlich und politisch funktionsfähige Gemeinde erhalten hätte. Doch de facto waren die Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen Karlsruhe und Klein-Karlsruhe bereits viel zu eng, als daß sich in Klein-Karlsruhe unabhängig von der Residenzstadt eine selbständige Wirtschaftsstruktur hätte entwickeln können. In den folgenden Jahren schritt fort, was sich bereits 1790 mit der Zulassung der Klein-Karlsruher zum Karlsruher Bürgerrecht abzeichnete: Die Karlsruher Handwerker bildeten die gewerbliche Oberschicht in Klein-Karlsruhe. 1802 lagen alle wesentlichen und lukrativen Handwerksbetriebe, wie Bäckereien und Metzgereien, die Gastwirtschaften und das gesamte Metallgewerbe in Händen von Stadtbürgern. Die Klein-Karlsruher Gewerbetreibende blieben hingegen auf die weniger einträglichen Berufe, wie Schneiderei, Krämerei, Straußwirtschaften oder das Bauhandwerk beschränkt.[205] Dieses Ungleichgewicht mußte zu Konflikten führen. Die Klein- Karlsruher Gemeindebürger empfanden es als ungerecht, daß die Karlsruher Handwerker wohl in Klein-Karlsruhe produzierten, zur Gemeindekasse jedoch nicht in gleichem Maße herangezogen werden konnten wie die Klein-Karlsruher, zumal die Kasse inzwischen zu 20% mit Ausgaben für Arme belastet war.[206] Umgekehrt befürchteten die Karlsruher Handwerker, daß ihnen in Klein-Karlsruhe, wo sie keinen Einfluß auf die Bürgerannahme und die Qualität der handwerklichen Arbeit hatten, eine billige Konkurrenz entstünde. 1798 hatte sich die Situation so verschärft, daß das Oberamt die Regierung bat, endlich eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung zu finden, „da es zuletzt zwischen der Stadt und Klein-Karlsruhe zu unangenehmen Austritten kam."[207] Ein Entscheid zögerte sich jedoch bis 1802 hinaus. Die Regierung ging inzwischen davon aus, daß angesichts der zahlreichen Abhängigkeiten nur über eine Zusammenlegung beider Gemeinden eine langfristig sinnvolle Regelung geschaffen werden könnte. Beide Gemein-

den wurden zu diesem Entschluß um eine Stellungsnahme gebeten. Die Karlsruher Gemeindevertreter äußerten deutliche Vorbehalte. Die Vorstellung, Klein-Karlsruher in ihre Zünfte und in den Gemeinderat aufnehmen und die Dorfbürger als gleichberechtigte Stadtbürger dulden zu müssen, war für sie schwer zu ertragen. Als entscheidendes Argument gegen die Vereinigung führten sie jedoch an, daß ihre Gemeindekasse angesichts hoher Kriegskosten ohnehin ein Defizit aufweise und die hohe Armenlast der Klein-Karlsruher keinesfalls verkraften könne. Die Klein-Karlsruher hingegen fühlten sich noch im Aufwind der revolutionären Ereignisse und sahen im Vereinigungsangebot eine Chance, ihre rechtliche Lage weiter zu verbessern. Deshalb knüpften sie an eine eventuelle Zustimmung zahlreiche Bedingungen. So sollten alle Klein-Karlsruher Dorfbürger mit der Vereinigung den Karlsruher Stadtbürgerstatus erhalten und den Handwerkern, sofern sie den Aufnahmebedingungen der Zunft entsprachen, ein prinzipielles Recht auf Zunftmitgliedschaft zustehen. Wer die Zunftmitgliedschaft nicht erwerben könne, solle seinen Handwerksbetrieb jedoch auch unzünftig fortführen dürfen. Für die gemeindeeigenen Institutionen wurde die Beibehaltung ihrer Selbständigkeit gefordert, wobei die Gemeindekasse – der städtischen Kasse vergleichbar – künftig ein Viertel des herrschaftlichen Ohmgeldes erhalten sollte. Die Klein-Karlsruher bekräftigten ihre Ansprüche mit betont demokratischer Haltung: „Wer einmal Bürger ist, der sey und bleibe es, einer wie der andere, und habe gleiche Rechte, der Arme wie der Reiche, denn jeder hat gleichen Antheil am Gemeinen Wohl ... und jeder kann in seiner Art brauchbar und nützlich seyn."[208] Angesichts dieser unterschiedlichen Positionen konnte ein Entscheid nicht leicht gefunden werden, zumal die außenpolitischen Ereignisse jener Jahre die Regierungsarbeit auf andere Bereiche lenkten. Die Zeit arbeitete jedoch eindeutig zu Gunsten der Karlsruher Stadtbürger. Im August 1809 baten die Klein-Karlsruher von sich aus bedingungslos um die Vereinigung. Die steigenden Kriegs- und Staatslasten hätten die Gemeinde so belastet, daß sie nicht mehr lebensfähig sei, zumal die hausbesitzende Klein-Karlsruher Bürgerschaft nur noch die Minderheit darstelle. Von den 236 Häusern waren gerade noch 70 in Händen Klein-Karlsruher Bürger. Das Oberamt veranlaßte daraufhin im April 1810 unter allen Klein-Karlsruher Bürgern eine abschließende Umfrage, in welcher das Vereinigungsgesuch nun tatsächlich mit nur einer Gegenstimme angenommen wurde. Allerdings vermerkte das Umfrageprotokoll an einer Stelle, „einige darwider haben nicht unterschrieben."[209] Für die Formulierung des Vereinigungsreskriptes benötigte die Regierung ein knappes halbes Jahr. Es sah für die ehemaligen Klein-Karlsruher Bürger keinerlei Privilegien gegenüber Neubürgern mehr vor. Sie galten zwar fortan als Karlsruher Einwohner, zur Erreichung gemeindlicher Rechte mußten sie jedoch die geltenden Bestimmungen erfüllen. Für den Eintritt ins Karlsruher Bürgerrecht hieß dies für einen Inländer, immerhin einen Vermögensnachweis über 1200 Gulden erbringen zu müssen, was letztendlich nur vier der Klein-Karlsruher Bürger zu leisten vermochten. Die übrigen wurden zu Karlsruher Hintersassen herabgestuft. Daß die Handwerker unter ihnen auch ohne Bürgerrecht nicht arbeitslos wurden, verdankten sie der neuen Landesgesetzgebung. Seit 1808 galt in ganz Baden das 6. Konstitutionsedikt, nach welchem nun „jeder, wer sein Gewerbe hinlänglich erlernet", verlangen konnte, „Meister zu werden, so bald er Ortssaßenrecht, sey es als Ortsbürger oder Schutzbürger erlangt hat", womit nun in Stadt und Land auch Hintersassen ein Gewerbe treiben durften.[210] Die Karlsruher mußten hingegen nur einen unwesentlichen Eingriff in ihre Institutionen dulden, insofern sie nämlich den Klein-Karlsruher Anwalt in den Stadtrat aufzunehmen hatten. Mit der Verkündung des Eingemeindungsediktes am 9. Oktober 1812 – siebzehn Jahre nach der Erhebung Klein-Karlsruhes in den Gemeindestatus – waren die Klein-Karlsruher zu Karlsruhern geworden.[211] Fast alle gehörten nun jedoch den unteren Schichten der Stadt an.

Soziale Randgruppen:
Die Einwohner Klein-Karlsruhes

In den ersten Jahren nach Beginn des Schloßbaus lebten in Klein-Karlsruhe nahezu ausschließlich Bauleute und Taglöhner. Erst mit der Verlegung des Hofstaates nach Karlsruhe zogen dann auch niedere Hofangestellte, Knechte und Fuhrleute in die Randsiedlung. 1718 standen hier achtundsiebzig Hütten, in denen durchschnittlich vier bis fünf, insgesamt 360 Personen, Unterkunft fanden.[212] Die Bevölkerungszahl stieg stetig, bis sie in den siebziger Jahren um die 800 Personen betrug, was immerhin bereits einem Viertel der städtischen Bevölkerung entsprach. Der entscheidende Einwohnerzuwachs brachte dann die mit dem Aufbau eines stehenden Heeres verbundene Stationierung von Militär in der Residenz. Allein die Erhöhung der Truppenstärke in den achtziger Jahren hob die Einwohnerzahl Klein-Karlsruhes 1788/89 auf über eineinhalbtausend Menschen, bis Mitte der neunziger Jahre wurde dann die Zweieinhalbtausend-Grenze erreicht. Da die Residenzstadt nicht mit der gleichen Geschwindigkeit wuchs, wies die Vorortsiedlung Klein-Karlsruhe inzwischen ein Drittel der städtischen Bevölkerungszahl auf.[213] Bis zur Verleihung des Gemeindestatus lebten die Einwohner in Klein-Karlsruhe beisammen, ohne einen eigenen Personenverband zu bilden. Die rechtliche Stellung bestimmte sich für jeden einzeln über sein Dienstverhältnis zum Markgrafen. Da gab es die Gruppe der markgräflichen Hintersassen, die dem Markgrafen fronpflichtig waren. Die Fronpflicht bestand aus Dienstleistungen, wie Treiber-, Boten-, Transport- und Baudiensten. 1752 wurden diese Pflichten in Geldleistungen umgewandelt. Ein Hintersasse zahlte jährlich 2 Gulden, eine Witwe 1 Gulden; nach zahlreichen Klagen über die finanzielle Belastung wurde der Betrag bereits 1754 auf 1 Gulden 28 Kreuzer gesenkt, die Witwen lebten nun abgabefrei. Unterstanden die Hintersassen in erster Instanz dem Oberamt, so hatten die herrschaftlichen Bediensteten das Marschallamt als zuständige Behörde. Diese Einwohnergruppe war fronfrei, sofern sie jedoch über eigenen Haus- oder Grundbesitz verfügten, zahlten sie hierfür wie auch die Hintersassen Abgaben.[214] In ähnlicher Weise waren die Soldaten gestellt, nur daß für diese eine eigene Militärgerichtsbarkeit galt. Die Soldaten waren der Militärkommandantschaft, die Soldatenwitwen der Militärkommission verpflichtet. Neben den Militärpflichtigen, die um 1790 etwa ein Drittel der Einwohnerschaft stellten, waren die Klein-Karlsruher überwiegend im Dienstleistungssektor beschäftigt. Über ein Fünftel arbeitete als Bedienstete unmittelbar am Hof, ein weiteres gutes Viertel als herrschaftliche Knechte und Taglöhner. Nur ein knappes Fünftel war gewerblich tätig, darunter fast die Hälfte im Bauwesen. Das restliche Einwohnerdrittel stellten die Soldaten dar.[215] Haus- und Grundbesitz in Klein-Karlsruhe waren demzufolge nur zu einem geringen Teil in Händen von Gewerbetreibenden. Dieser Zustand hielt auch über den Zeitpunkt der Erhebung Klein-Karlsruhes in den Gemeindestatus an. 1796 befanden sich lediglich 18% der Häuser in Händen von Handwerkern.[216] Angesichts der beruflichen Zusammensetzung der Bevölkerung verwundert es nicht, daß die Besitzverhältnisse in Klein-Karlsruhe bescheiden blieben. Gemessen am durchschnittlichen Steueranschlag lagen die Karlsruher 1745 mit ihren Besitzwerten gerade fünf mal so hoch wie ihre Nachbarn in Klein-Karlsruhe. Allerdings bestand hinsichtlich der Höhe der individuell gezahlten Steueranschläge keine eindeutige Grenze zwischen beiden Wohngebieten, infolgedessen die Vermutung, in Karlsruhe hätten nur die Wohlhabenderen, in Klein-Karlsruhe nur Arme gewohnt, nicht ausnahmslos zutrifft. Quantitativ befanden sich letztere in Klein-Karlsruhe jedoch in der Überzahl, zugleich erwies sich hier das Vermögensgefälle um ein Vielfaches geringer als in der Stadt.[217] Ein eigenes Profil besaß die Klein-Karlsruher Einwohnerschaft auch in konfessioneller Hinsicht. Unter ihnen lebte seit Anfang an eine relativ große Gruppe Katholiken, die nach dem badischen Erbanfall weiter wuchs. 1775 war der Anteil der Katho-

liken in Klein-Karlsruhe auf 20% gestiegen, in der Residenzstadt selbst nur auf 12,2%. In Klein-Karlsruhe stellten die Katholiken damit die quantitativ bedeutendste religiöse Minderheit, denn verschwindend gering war inzwischen die Zahl der Reformierten (0,2%). Juden blieb der Aufenthalt in Klein-Karlsruhe aus rechtlichen Gründen ohnehin verwehrt; bis zur Gemeindebildung konnte hier nämlich kein Schutzbürgerstatus erworben werden. Daß verhältnismäßig viele der katholischen Zuwanderer nach Klein-Karlsruhe zogen, resultierte aus deren beruflichen und sozialen Voraussetzungen. Der überwiegende Teil waren ungelernte Arbeitskräfte, die sich in der Stadt keinen eigenen Hausstand leisten konnten. Auch in der Familienzusammensetzung und in der Altersstruktur unterschied sich die Klein-Karlsruher Einwohnerschaft von derjenigen der Residenzstadt. Während es in Karlsruhe zahlreiche im Haus des Dienstherrn lebende, ledige Dienstboten gab, waren die in Klein-Karlsruhe wohnenden Erwachsenen im Normalfall verheiratet und hatten Kinder. Entsprechend lag der Anteil der Kinder gegenüber den Erwachsenen hier auch deutlich höher als in der Stadt, zugleich lebten allerdings auch verhältnismäßig viele alte Menschen in Klein-Karlsruhe. So kam es dazu, daß im Gegensatz zur Altersstruktur der Residenzstadt, die eine für das 18. Jahrhundert typische Zwiebelform aufwies, die erwerbsfähige Bevölkerung zwischen 14 und 37 Jahren in Klein-Karlsruhe im Vergleich zu den Kindern und den über 50jährigen deutlich unterrepräsentiert blieb.[218] Die Randsiedlung Klein-Karlsruhe bot demzufolge nicht nur den sozial Schwächeren, sondern auch den Alten, darunter vor allem den Witwen, einen finanziell günstigen Aufenthaltsort. Zwischen den beiden Karlsruher Wohngebieten, Stadt und Siedlung, fanden zweifellos Wanderungsbewegungen statt, die sie über die wirtschaftlichen Abhängigkeiten hinaus auch sozial eng miteinander verbanden.



Das Militär

Die Soldaten bildeten wohl jene Einwohnergruppe, die das Bild Klein-Karlsruhes im ausgehenden 18. Jahrhundert am deutlichsten beeinflußten. Bis 1752 waren nur etwas mehr als hundert Soldaten in Karlsruhe stationiert. Als Haustruppen und Schloßwache standen 72 Grenadiere und 40 Dragoner in der badischen Residenz bereit.[219] Mit der Einrichtung des Badischen Leibgrenadierbataillons im Jahre 1752 stieg die Anzahl der Karlsruher Soldaten

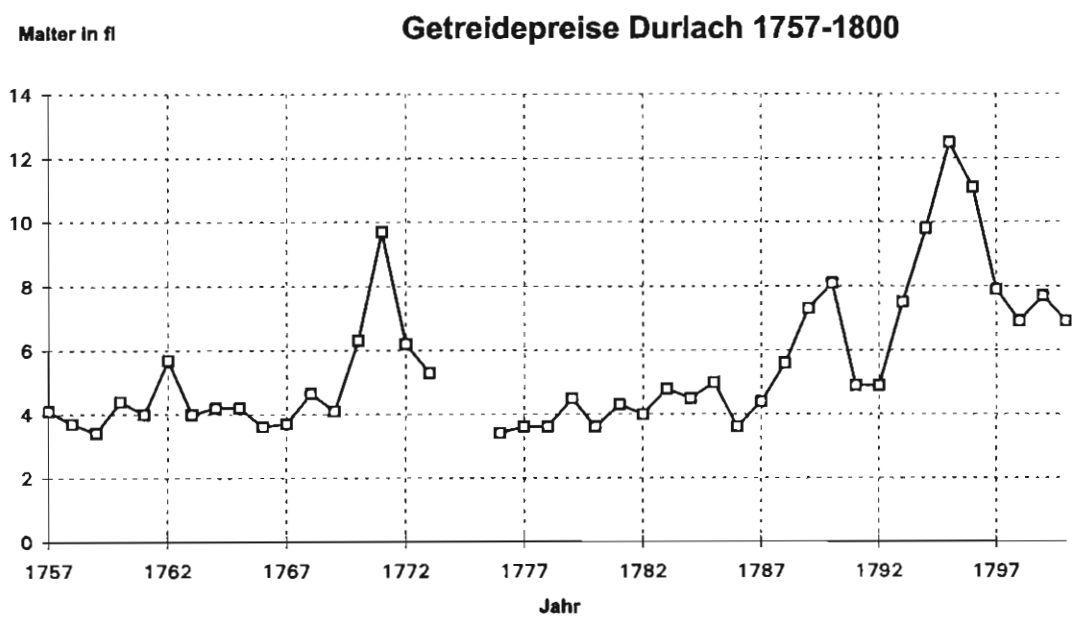
erstmals auf etwa 450 Mann, nach Zusammenlegung mit den baden-badischen Truppen nach 1771 sukzessive auf über 650 Mann. Eine planmäßige Heeresverstärkung in den 80er Jahren hob die Soldatenzahl nochmals auf nunmehr ca. 920 Militärpersonen an, womit die Soldaten in Karlsruhe erstmals einen Bevölkerungsanteil von 10–11% erreicht hatten.[220] Gleichwohl hielten sich diese Truppen nicht immer geschlossen in der Residenz auf. Auch in Baden war, nach preußischem Vorbild, das im 18. Jahrhundert neugeschaffene Rekrutierungssystem der „Enrollierung" eingeführt worden, bei dem jedes Regiment einen Landstrich zur Aushebung zugewiesen bekam und so das ehemalige Söldnerwesen durch die Milizpflicht abgelöst werden konnte. In den zugeteilten Gebieten wurde die wehrfähige Bevölkerung in Listen erfaßt, aufgrund derer die Militärpflichtigen nach Bedarf abberufen werden konnten. Für jeden Ort wurden entsprechend der Einwohnerzahl die Rekrutenstellen berechnet, welche unter den Enrollierten ausgelost werden mußten. Diejenige, die es traf, galten dann – solange es die körperliche Verfassung zuließ – zeitlebens als wehrpflichtig. Eine Milderung ihres Schicksals erfuhren die Soldaten nur insofern, als die Rekruten nicht das gesamte Jahr über, sondern nur zur Exerzierzeit zwischen März und Mai unter Waffen gehalten wurden. Den Landwirten unter ihnen wurde somit ermöglicht, regelmäßig auf ihre Höfe zurückzukehren. Im Frühjahr war die Residenz und ihre Randsiedlung jedoch von Soldaten überfüllt. Denn abgesehen von den Dragonern, die eine Unterbringung für ihre Pferde benötigten, stand für die Exerzierenden keine Kaserne bereit. Die Soldaten mußten „einquartiert" werden. Jeder Bürger, aber auch jeder andere hausbesitzende oder gewerbetreibende Einwohner, hatte einen Soldaten in Kost und Logis zu nehmen oder sich mit einem gewissen Obolus (40–48 Kreuzer) von dieser Quartierpflicht freizukaufen. Es blieb nicht aus, daß die Soldaten von den Einwohnern als Belastung empfunden wurden, nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern vor allem auch in sozialer. Waren sie noch unverheiratet, so wurden die jungen Hausgenossen als ständige Gefahr für die ledigen Töchter betrachtet – und tatsächlich hatten über die Hälfte aller im letzten Jahrhundertdrittel in Karlsruhe unehelich geborenen Kinder einen Soldaten zum Vater. Waren die Milizpflichtigen jedoch verheiratet, so mußten die Karlsruher auch noch für deren Familien sorgen. Das Ansehen der Soldaten in der Bevölkerung war demzufolge äußerst gering. Außer bei Familien in Quartier zu gehen, stand es den Wehrpflichtigen auch frei, sich ihre Unterkunft selbst zu besorgen, wofür sie vom Markgrafen einen geringen Mietzuschuß von jährlich 9 Gulden erhielten. Immer mehr junge Männer wählten diese Möglichkeit. Sie mieteten sich bevorzugt in Klein-Karlsruhe ein, manch einer unter ihnen konnte sich dort auch ein eigenes Haus finanzieren. Diese in Karlsruhe seßhaft gewordenen Soldaten waren meist verheiratet und hatten Kinder oder lebten – da für Soldaten eine Heiratserlaubnis schwierig zu erhalten war – in sogenannter wilder Ehe mit der Mutter ihrer Kinder jahrelang beisammen. Während der exerzierfreien Zeit arbeiteten sie überwiegend als Taglöhner. Der Jahressold eines gewöhnlichen Grenadiers betrug 48 Gulden, was für den Unterhalt einer Familie nicht ausreichte.[221] Auch die Soldatenfrauen übten meist eine Nebentätigkeit aus. Sie nähten, strickten, spannen oder verdienten sich mit Handelstätigkeit Geld. In den privat gesuchten Unterkünften wohnten die Soldaten gerne beisammen. Es gab kleinere Soldatenwohngemeinschaften lediger Soldaten, aber auch fast ausschließlich mit Soldaten und Soldatenfamilien belegte Mietshäuser, die einem Kollegen im höheren Rang gehörten. Bei Korporal Knab lebten neben seiner fünfköpfigen Familie weitere dreiundzwanzig Personen in sechs Haushalten: zunächst zwei Grenadierfamilien mit insgesamt sieben Kindern, ein Husar mit seiner Lebensgefährtin sowie zwei Soldatenwohngemeinschaften mit insgesamt acht ledigen Männern im Alter zwischen 21 und 36 Jahren. Nur ein ziviler Zwei-Personen-Haushalt befand sich außerdem unter diesem Dach, so daß dieses Haus schon fast einer Kaserne

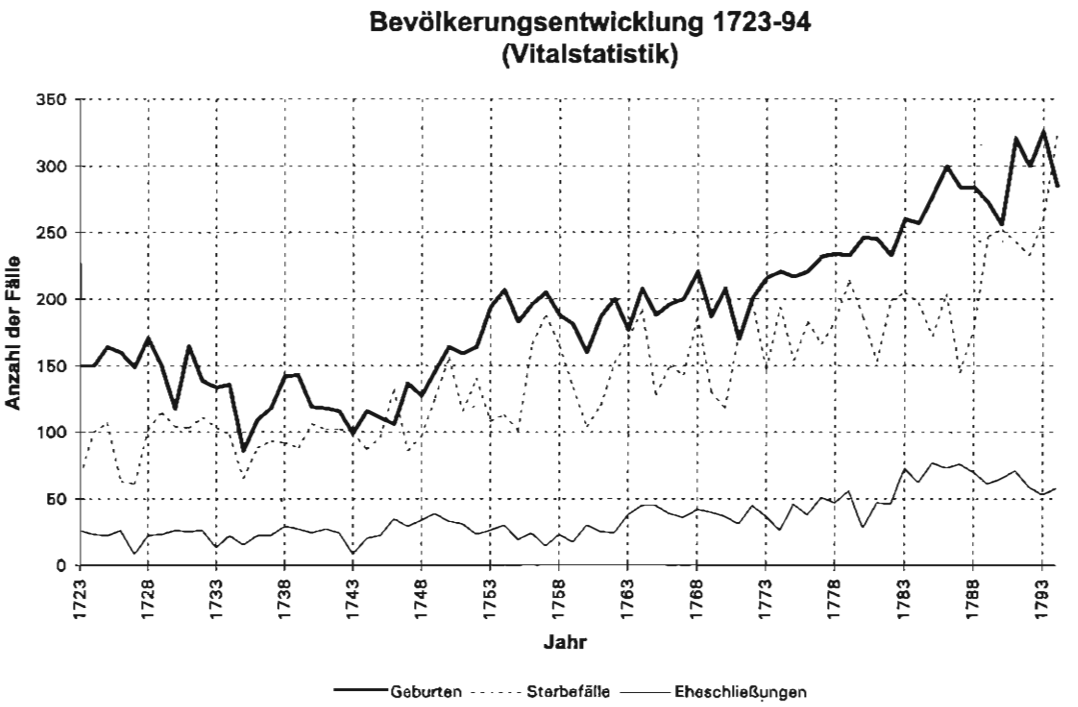
ähnelte. Soldaten fanden auch Aufnahme in Taglöhnerhäusern und bei herrschaftlichen Knechten, wo sie häufig Tür an Tür mit ledigen Frauen oder Witwen untergebracht waren, was zu Problemen führen konnte. Bisweilen beherbergte ein Haus bis zu dreiundreißig Personen in zwölf Haushalten.[222] Diese sowohl für die Bevölkerung als auch für die Soldaten schwierige Situation wurde erst im 19. Jahrhundert gemildert. Zum einen endete die Dienstpflicht der Soldaten nun im Alter von 25 Jahren, so daß den Soldaten die Perspektive auf ein bürgerliches Leben in der Heimat eröffnet wurde, zum anderen erhielt die badische Residenzstadt die erforderlichen Kasernenbauten. Nachdem bereits 1803 am Durlacher Tor die Dragonerkaserne errichtet worden war, folgte zwischen 1804 und 1825/27 der Weinbrennersche Kasernenbau am alten Mühlburger Tor (heute: Hauptpost).[223]

Zeiten der Not: Schlechte Ernten und ihre Wirkung auf die Stadtbevölkerung

Das Karlsruher Stadtgebiet bot, abgesehen von dem herrschaftlichen Wald, kaum landwirtschaftlich nutzbare Flächen. Das wenige Ackerland im Süden der Stadt, der sogenannte Sommerstrich, wurde mit der Stadterweiterung überbaut, und die kleinen Hausgärten ermöglichten nur den Anbau von etwas Gemüse und Obst. So waren die Karlsruher Einwohner auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der umliegenden Dörfer angewiesen. Bevor die Kartoffel gegen Ende des 18. Jahrhunderts zur wichtigsten Nahrungsquelle der armen Bevölkerung wurde, galt Brot als der billigste Kalorienlieferant und damit als das Hauptnahrungsmittel. Nahezu die Hälfte der Lebenshaltungskosten entfielen bei ärmeren Bevölkerungsgruppen auf den Bezug von Brot.[224] Nur ein stabiler Brotpreis garantierte die Ernährung der Stadtbevölkerung, welche nicht, wie die Landbevölkerung, bei schlechten Getreideernten auf andere Produkte ausweichen konnte. Angesichts dieser lebenswichtigen Bedeutung von Brot unterstand der Brotverkauf obrigkeitlicher Regelung. Entsprechend dem aktuellen Marktpreis des Getreides, dem wichtigsten Rohstoff der Bäcker, hatte der Brotwert vom Stadtrat regelmäßig berechnet und vom Oberamt festgesetzt zu werden. Dabei wurden die Getreidepreisschwankungen jedoch nicht über den Verkaufspreis des Brotes, sondern über das Verkaufsgewicht an den Verbraucher weitergegeben. Bei steigenden Kornpreisen durften die Bäcker kleinere Brote backen. Abgesehen von der Vereinfachung des Verkaufs fielen dem Verbraucher bei dieser Berechnungsweise minimale Teuerungen kaum auf, was den öffentlichen Frieden wahrte und damit einen positiven Nebeneffekt hatte. Mit sinkendem Brotgewicht erhöhten sich allerdings auch die Gewinnspannen der Bäcker, da die Nebenkosten nahezu unverändert blieben und die von der Obrigkeit geduldeten Gewichtsabweichungen nicht in gleicher Weise neu bestimmt wurden. Die auch für andere Orte schon angestellte Beobachtung, die Bäcker hätten von den Hungerjahren regelmäßig profitiert, mag – abgesehen davon, daß in dieser Zeit noch mehr Menschen ausschließlich auf das billige Nahrungsmittel Brot angewiesen waren – hierin seinen Grund haben.[225] Auf jeden Fall begann das Oberamt in den Jahren großer Teuerung, den Verkaufswert des Brotes nun doch über den Preis festzusetzen.[226] Auch im Jahresverlauf unterlag der Getreidepreis regelmäßigen Schwankungen. Vor der Sommerernte, zwischen Mai und Juni, wenn die Vorräte zu Ende gingen, zogen die Marktpreise leicht an. Eine zweite Teuerung folgte im November und Dezember, sobald der Vorrat des gedroschenen Getreides aufgebraucht war. Ab Februar beziehungsweise August fielen die Preise normalerweise. Die Kosten für einen Malter Brotgetreide bewegten sich in der Jahrhundertmitte zwischen 3 und 5 Gulden. Je nach Witterung und Ernte konnten sie, wie 1762, auch kurzfristig auf 8 Gulden steigen, doch glich die folgende Ernte den Getreidemangel wieder aus. Seit den vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts drohten keine eigentlichen Hungerkrisen mehr, die wie in den vorausgegangenen Jahrzehnten zu Bevölkerungsverlusten führen konnten. Die „schlechten

Zeiten", die häufig auch mit politischen Unruhen verbunden waren, bedingten lediglich den Rückgang von Eheschließungen und Konzeptionen. Kurzfristig starben auch mehr Menschen, allerdings nicht an Hunger, sondern an epidemischen Krankheiten, die angesichts der schlechteren Ernährungslage schneller um sich griffen.[227] Im letzten Jahrhundertdrittel traten dann jedoch nochmals zwei Phasen mit wiederholten Ernteausfällen auf, von denen sich die erstere zu einer tiefgreifenden Subsistenzkrise entwickelte, welche vor allem für die ärmere Bevölkerung, und darunter besonders die Kinder und Alten, lebensgefährlich wurde und die in ihrer Bedrohlichkeit an die Hungerkrisen der Vergangenheit erinnerte. Diese von 1770 bis 1772 andauernde Knappheitskrise traf nicht nur Baden; sie war europäischen Zuschnittes. Infolgedessen war die unmittelbare Not auch nicht durch Getreideimporte zu mildern, zumal die Territorien in vielen Fällen auf die steigenden Getreidepreise mit Exportverboten, den sogenannten Fruchtsperren, reagierten.[228] Schon die Ernte des Jahres 1769 war nicht reichlich ausgefallen. Es folgte ein überaus langer Winter, der das Winter- und eigentliche Brotgetreide, Roggen und Dinkel, nur kümmerlich gedeihen ließ. Nach der Aussaat des Sommergetreides blieb die Witterung naß und kalt, so daß auch Gerste und Hafer kaum einen Ersatz versprachen.[229] Wie befürchtet, fielen die für Karlsruhe geltenden Durlacher Getreidepreise nach der Ernte nicht, sondern stiegen von Monat zu Monat, bis sie im Juli 1771 ihren Höchststand von 12 Gulden erreichten (Jahresdurchschnitt 1771 ca. 10 Gulden). Der Preis für das Brotgetreide war damit auf mehr als das Doppelte des Vorjahresniveaus gestiegen, und die Karlsruher Einwohner hatten im Jahresverlauf 1770 jeden Monat einen Kreuzer mehr für ihren Laib Schwarzbrot bezahlen müssen. Mit der Ernte 1771 gaben die Preise leicht nach (9 Gulden), angesichts der noch ungünstigeren Erträge, die sich auch im Folgejahr kaum besserten,[544] stagnierte das Preisniveau jedoch bis zum Spätsommer 1773 auf ungewöhnlich hohem Stand. Die über drei Jahre währende Teuerung blieb nicht ohne Wirkung auf den Gesundheitszustand der Karlsruher. 1771/1772 starben überdurchschnittlich viele Einwohner, darunter zunächst vor allem Neugeborene und Säuglinge. Obgleich 1771 nur wenig Kinder geboren wurden, handelte es sich bei nahezu





der Hälfte aller Sterbefälle um Kinder unter einem Lebensjahr. Ältere Menschen ergriff die erhöhte Sterblichkeit mit Verzögerung. 1773, als die Zahl der Geburten und Eheschließungen wieder stark gestiegen war, hatte über die Hälfte der erwachsenen Verstorbenen das sechzigste Lebensjahr überschritten.[231] Altersschwäche und längere mangelhafte Ernährung erhöhten die Ansteckungsgefahr gegenüber den zahlreichen, häufig unerkannt gebliebenen Infektionskrankheiten, wie Grippe, Ruhr, Typhus und Scharlach.

Gerade fünfzehn Jahre dauerte es, bis sich dieses Schicksal zu wiederholen schien. Der Winter 1788/1789 war wieder extrem kalt. Bäume und Reben erfroren, so daß die Weinlese völlig ausfallen mußte. Um die Getreideernte stand es nicht viel besser. Wenngleich die Teuerung nun nicht mehr so extrem ausfiel – zwischen 1787 und 1790 stieg der Kornpreis von etwas über 4 Gulden auf 8 Gulden – so war es für die Karlsruher nicht weniger hart, mußten die meisten unter ihnen nun doch ein zweites Mal miterleben, wie die Nahrung zu einer fast unerschwinglichen Kostbarkeit wurde. Die 1770er Krise hatte die Bevölkerung geprägt. Sie war erschienen, so der Historiograph Karl Wilhelm v. Drais zu Beginn des 19. Jahrhunderts, „wie eine Landplage – die große Theurung und Noth von 1770 – mit ihren Wehen und Nachwehen."[232] Die Armut verschonte auch das städtische Bürgertum nicht. Eine im Januar 1772 aufgestellte Liste der in Karlsruhe lebenden Bedürftigen, an die aus landesherrlichem Budget unentgeltlich Brennholz abgegeben werden sollte, führt auch achtzehn Bürger auf.[233] Der Hungerschock in der Bevölkerung hatte die Regierung aufmerksam werden lassen. Mit der rasanten Bevölkerungsentwicklung[234] wuchs gerade die von Hunger und Not betroffene Unterschicht scheinbar unbegrenzt. In diese Entwicklung regulierend einzugreifen, wurde in den Folgejahren zu einem der Hauptziele der landesherrlichen Kommunalpolitik in der badischen Residenz.

Armut, Alter und Krankheit: Die landesherrliche Fürsorge

Die neue bürgerliche Schicht, das Bildungsbürgertum, sah in der wachsenden Armut und Not seine Herausforderung, vertrat es doch den von der Aufklärung neubegründeten Zukunftsoptimismus, jeder Mensch könne bei richtiger Erziehung zu einem sozial produktiven und damit erfüllten Leben geführt werden. Gegenüber der traditionellen Auffassung, persönliche Schicksalsschläge seien gottgegeben unwandelbar – weshalb die davon Verschontgebliebenen die Bedürftigen aus religiösen Motiven gerne unterstützten – führte diese Sichtweise zu einer grundlegenden Änderung im Umgang mit sozial Schwachen. Die dunklen Seiten des Lebens, Armut, Alter und Krankheit wurden nun als „Probleme" gesehen, die über obrigkeitliche Maßnahmen reguliert und damit beseitigt oder zumindest gemildert werden könnten.[235] In nahezu allen Territorien wurden im letzten Drittel des Jahrhunderts Institutionen der sozialen Fürsorge eingerichtet, welche teilweise schon auf den modernen Sozialstaat verweisen. Auch in Karlsruhe war nach und nach eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, die Arme und Bedürftige gleichsam in einem „sozialen Netz" aufzufangen und zu verwalten versuchten. Die Planungen dieses Fürsorgesystems übernahmen Regierungsbeamte, die sich vergleichbare Institutionen anderer Städte zum Vorbild nahmen. Finanziert wurden die Maßnahmen vom Landesherr, in zunehmendem Maße auch durch Sammlungen und Stiftungen der Bürgerschaft, denen immer mehr daran gelegen war, die Bettler aus dem Straßenbild zu entfernen. Ursprünglich erfolgte die Versorgung der Armen aus speziellen Kassen, den sogenannten „Almosenfonds." Um die Jahrhundertmitte bestanden in Karlsruhe drei dieser Fonds. Der Stadtalmosenfonds war in erster Linie für städtische Arme zuständig. Seine Verwaltung oblag dem Oberamt, das in Absprache mit dem lutherischen Stadtpfarrer die Almosen bewilligte. Über das Hofalmosen entschied der Hofgeistliche, welcher das Geld für seine Gemeindemitglieder, Hofbedienstete ohne Anspruch auf das Stadtalmosen, verwenden konnte. Schließlich bestand als markgräfliche Almosenkasse der „Fürstliche Gratialfonds", aus dem der Markgraf Unterstützungen bevorzugt auch an Hofbedienstete, an Witwen und Alte verteilen ließ. Die Almosenvergabe war für keinen der Fonds genauer geregelt. Nicht selten überschnitten sich die Zuständigkeiten, so wenn einer der Hofbediensteten zu einem städtischen Dienstherrn wechselte. Unter der Regie der Polizeideputation wurden die Fonds seit 1787[236] sukzessive zusammengeführt, bis sie 1791 in alleiniger Verantwortung dieser neuen Behörde lagen, die damit zugleich zur zentralen Stelle für die Armenfürsorge geworden war. Die Finanzierung der Kassen erfolgte weiterhin teils über Stiftungserträge teils über Haussammlungen und Kirchenkollekten sowie durch landesherrliche Zuschüsse. Unter den Stiftern befanden sich anfangs nur wohlhabende Personen aus dem Adel oder der Beamtenschaft, die größere Summen schenkten. Im Zuge der Fürsorgereform beteiligten sich immer mehr Personen aus dem Mittelstand mit Kleinbeträgen. 1788 stammte fast ein Viertel des Stiftungskapitals von Stadtbürgern oder gar Hintersassen. Auch bei den Sammlungen war nach der Einrichtung der Polizeideputation als Armenbehörde 1787 ein höheres Engagement der Einwohnerschaft zu bemerken. Insgesamt standen in jenem Jahr 9480 Gulden – das waren 6% der Militärausgaben der Markgrafschaft, 2,5% des Hofetats oder 0,7% der gesamten Landesausgaben – für die Armenfürsorge zur Verfügung. Für die Arbeit der Polizeideputation und die Vergabe der Mittel waren nun genaue Richtlinien aufgestellt worden. Der mit der Polizeiaufsicht und Wohlfahrtspflege in der Residenzstadt betraute Hofrat Freiherr Karl Wilhelm Friedrich Ludwig Drais v. Sauerbronn (1755–1830) hatte sie innerhalb eines umfassenden Ordnungskonzeptes ausgearbeitet. Da in der Markgrafschaft kein „allgemeiner Mangel", das heißt strukturelle Armut herrsche, sei nach seiner Erfahrung das Armutsproblem lösbar, sofern man nach folgenden Prinzipien handele:

„1. Nahrungsquellen für jeden Arbeitsfähigen zu eröffnen. 2. Dem, der nichts verdienen kann, Hilfe schnell zu ermöglichen. 3. Unter dieser Voraussetzung Bettler und Herumziehende streng zu ahnden."[237] Tatsächlich erwies sich, insbesondere in den Wintermonaten, Arbeitslosigkeit als die Hauptursache für Bedürftigkeit. Im Februar 1773 hatte sich das Oberamt bei einer namentlichen Aufnahme aller unterstützungsbedürftigen Haushalte in Karlsruhe und Klein-Karlsruhe die Mühe gemacht, nach den Ursachen der Not zu fragen. Über ein Drittel der Haushaltsvorstände gaben an, aufgrund mangelnden Arbeitsangebotes ihre Familie nicht ernähren zu können. Erst an zweiter Stelle folgten als Gründe „Krankheit" oder „Altersschwäche."[238] Über die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten ließ sich folglich hoffen, einen großen Teil der Not zu lindern. Seit Jahrhundertmitte galt, wie in vielen anderen Territorien auch, in der Markgrafschaft das Spinnen von Garn als jene Fähigkeit, die jeden Untertan vor Armut zu schützen versprach. Diese Arbeit konnte das ganze Jahr über von Erwachsenen wie von Kindern betrieben werden, es waren kaum Produktionsmittel vonnöten, und der Absatz von gesponnenem Garn schien angesichts der seit dem 17. Jahrhundert überall entstehenden Textilmanufakturen gesichert. Um die dafür notwendigen Kenntnisse der Bevölkerung, darunter insbesondere den Kindern, die zu den einfacheren Tätigkeiten wie das Hecheln, Kämmen und Waschen des Rohmaterials, aber auch zum Spinnen und zum Sortieren herangezogen werden konnten,[239] zu vermitteln, hatte der Markgraf 1767 angeordnet, daß in jeder Diözese seines Landes, mindestens ein bis zwei Spinnschulen eingerichtet werden sollten.[240] Auch in Karlsruhe wurde Spinnunterricht erteilt und seit 1777 an Bedürftige Hanf ausgegeben, den sie, zu Garn gesponnen, für geringen Lohn bei der Hofverwaltung abzuliefern hatten. Sowohl dem Spinnunterricht als auch diesem im Verlag organisierten Spinnen war wenig Erfolg beschieden. Die Kinder kamen nur unregelmäßig zum Unterricht – verkauften stattdessen sogar ihr Handwerkszeug – und das abgelieferte Garn war von solch schlechter Qualität, daß die Hofverwaltung nur wenig dafür bezahlte.[241] Ein zentral organisiertes Spinnhaus mit integrierter Spinnschule, in welchem die Armen unter Anleitung und Aufsicht ihre Arbeit leisteten, sollte hier Abhilfe schaffen. Im März 1783 begannen die Planungen für das neue Gebäude an der Ecke zwischen Kronen- und Spitalgasse. Daß die Wahl des Bauplatzes auf das Gebiet von Klein-Karlsruhe fiel, war nicht nur von der sich als richtig erweisenden Annahme bestimmt, die Einrichtung werde vornehmlich von Klein-Karlsruhern genutzt. Im Spinnhaus sollte künftig auch die Klein-Karlsruher Volksschule untergebracht werden. Am 2. Januar 1786 konnte die Einrichtung offiziell eröffnet werden. Sie wurde der bei Planungsbeginn gegründeten Spinnhauskommission unterstellt, in der auch Freiherr von Drais vertreten war. Die Aufsicht und Anleitung der Spinnhäusler erhielt ein Spinnmeister übertragen, der mit seiner Familie vor Ort untergebracht war. Anders als bei vielen sogenannten Arbeits- und Zuchthäusern, die nach englischem Vorbild im 18. Jahrhundert in allen deutschen Territorien entstanden, war das Karlsruher Spinnhaus, das später auch Gewerbehaus genannt wurde, nicht als Zwangsanstalt organisiert. Für Straftäter stand das Pforzheimer Zucht- und Arbeitshaus zur Verfügung. In der Karlsruher Anstalt waren weder repressive Maßnahmen noch ein stationärer Aufenthalt vorgesehen. Sie sollte ein für alle zugängliches Arbeitsangebot darstellen, aufgrund dessen die Almosenbezieher von nun an entsprechend ihrer Arbeitsfähigkeit zur Beteiligung an ihren Unterhaltskosten verpflichtet werden konnten. Obgleich bei der Eröffnung des Hauses bekanntgegeben wurde, daß auch auf eigene Rechnung arbeitende Personen die Räumlichkeiten nutzen konnten, blieb die Resonanz anfangs sehr gering. Ein lebhafter Betrieb begann erst im März 1786, als die Polizeideputation ihre Arbeit aufnahm und die für arbeitsfähig befundenen Almosenbezieher ins Spinnhaus einwies. Im Jahresverlauf stieg die Anzahl der Beschäftigten auf 133 Personen, wovon allerdings 43 zu Hause

mit eigenen Geräten arbeiteten. Unter den 90 vor Ort Arbeitenden befanden sich 30 Kinder, die nahezu ausnahmslos aus Klein-Karlsruhe stammten. Von unterstützungsberechtigten Familien konnte verlangt werden, daß ihre schulpflichtigen Kinder im Alter zwischen sechs und dreizehn beziehungsweise vierzehn Jahren durch die Arbeit im Spinnhaus ebenfalls zum Familienunterhalt beitrugen. Doch auch nach der Beendigung ihrer Schulpflicht verließ manch „Spinnkind" angesichts fehlender Verdienstmöglichkeiten das Spinnhaus nicht. Der Arbeitslohn richtete sich anfangs nach den Anforderungen des zu bearbeitenden Materials. Hanf und Flachs ließen sich leichter, Wolle, Baumwolle oder das lukrative Hasenhaar schwieriger verarbeiten. Später orientierten sich die Löhne auch unmittelbar an den erzielten Produktpreisen. Im Durchschnitt verdiente ein Kind 3 bis 4 Kreuzer am Tag, ein Jugendlicher konnte den Verdienst aber auch auf 12 Kreuzer steigern, womit er einen Wochenlohn erzielte, der das Almosengeld überstieg. Gemäß dem pädagogischen Konzept der Anstalt, die Almosenbezieher zur Arbeit zu erziehen und ihnen damit eine Arbeitsmoral zu vermitteln, wurden für besonderen Fleiß und regelmäßige Anwesenheit zusätzlich Prämien vergeben. Wirtschaftlich arbeitete das Unternehmen in den ersten Jahren nicht, über zwei Jahre lang blieb es ein landesherrlicher Zuschußbetrieb. Obgleich der Hof und die neuen landesherrlichen Institutionen, wie etwa das Spital, auf die Abnahme der Waren verpflichtet war, wurde der Verkauf der Produkte zum Problem. Erst die gestiegene Heeresnachfrage während der Revolutionskriege milderte die Absatzkrise. Bis 1802 hatte die Anstalt ein Vermögen von 17347 Gulden vorzuweisen. Doch die Prosperität war nur von kurzer Dauer. Mit der Reorganisation der Verwaltung 1803 wurde das Gewerbehaus bis Ende 1807 der für alle kurfürstlichen „Zucht-, Arbeits-, Irren- und Siechenhäuser" zuständigen neuen Kommission unterstellt, wodurch es nicht nur den Charakter einer Zwangsanstalt erhielt, sondern auch merklich an wirtschaftlichem Erfolg einbüßte.[242]

Die Einrichtung des Spinnhauses blieb nicht die einzige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme der Regierung. Unter den im Dezember 1781 erfaßten Arbeitslosen befanden sich immerhin drei Viertel im Gesellenstand, die übrigen hatten zuvor als Taglöhner oder Handlanger auch im herrschaftlichen Dienst gearbeitet. Diese kräftigen Männer konnte man nicht ans Spinnrad setzen. Um zumindest für den einen oder anderen eine Stelle zu finden, veranlaßte die Regierung das Bauamt und die Hofgärtnerei, wo die meisten Taglöhner beschäftigt waren, die auswärtigen Arbeiter zu entlassen und stattdessen ortsansässige Arbeitslose einzusetzen. Auch für zeitlich befristete Baumaßnahmen, wie etwa die Trockenlegung und Ausbesserung des Straßenabschnittes vor dem Spinnhaus, wurden die Arbeitslosen eingesetzt.[243]

Jenen Personen, die erwiesenermaßen für ihren Lebensunterhalt nicht alleine aufkommen konnten, sollte gemäß den Richtlinien des Fürsorgekonzeptes schnellstmöglich eine angemessene Unterstützung zuteil werden. Jeden Dienstag morgen bot die Polizeideputation auf dem Rathaus eine Sprechstunde an. Die Unterstützungsanträge wurden nach formalen Kriterien aufgenommen. Neben den persönlichen Daten und Angaben zum Gesundheitszustand mußte der Nachweis der Mittellosigkeit erbracht, sowie über die Verdienstmöglichkeiten der Familienmitglieder Auskunft gegeben werden. Kinder waren ab dem sechsten Lebensjahr zu berücksichtigen, der Ehefrau räumte man allerdings einige Arbeitsstunden zur Haushaltsführung ein. Alle Angaben mußten im Zweifelsfalle vom zuständigen Arzt oder Pfarrer bestätigt werden. Während in traditionellen Bittschriften die Schilderung der individuellen Unglückslage von entscheidender Bedeutung war, wurde nun auf eine Erklärung, weshalb der Unterstützungssuchende in Not geriet, aus Objektivitätsgründen gänzlich verzichtet. Die Almosenbewilligung sollte nach gerechten Maßstäben und nicht aus Mitleid erfolgen. Anhand der Angaben wurde dann der wöchentliche Unterstützungssatz berechnet. Für eine Einzelperson betrug der Höchstsatz

1 Gulden 7 Kreuzer, von denen 49 Kreuzer für Nahrungsmittel, 4 Kreuzer für Branntwein und je 7 Kreuzer für Kleidung und Unterkunft veranschlagt wurden. Da Ehepaare einen eigenen Hausstand finanzieren mußten, lag ihr Versorgungssatz höher. Für die Unterkunft inklusive der Heizkosten, wurden winters 50 Kreuzer und im Sommer 27 Kreuzer berechnet, auf Kleidung und Verpflegung entfielen insgesamt 2 Gulden. Kinder wurden jeweils mit 30 Kreuzer in den Anschlag genommen. Von diesem Höchstbetrag, der bei einer vierköpfigen Familie zwischen 3 Gulden 27 Kreuzer und 3 Gulden 50 Kreuzer lag, wurde der von der Familie durch Spinnarbeit theoretisch zu erzielende Lohn abgezogen. Um bezugsberechtigt zu sein, mußte man in das Almosenregister eingetragen werden, erst dann hatte man sich als Armer „qualifiziert." Damit die Almosenempfänger nicht müßig werden konnten, war die Bewilligung zeitlich befristet und so knapp bemessen, daß sie auf den Bezug von Sachleistungen, wie Holzabgaben, Schul- beziehungsweise Lehrgeldzahlungen oder Nahrungsmittelmarken angewiesen blieben. Leihweise erhielten sie auch Kleidung und Schulbücher zur Verfügung gestellt.[244]

Vor allem in Krisenzeiten wurden zusätzliche Sachleistungen durch den Landesherrn aufgebracht. Anläßlich der zweiten großen Teuerung und angesichts der Aufstände im benachbarten Frankreich ließ der Markgraf 1789 aus Stiftungs- und Sammlungsgeldern finanziertes Brot kostenlos verteilen. Da die Menge jedoch gerade einmal für die Almosenbezieher ausreichte, mußte nach einer weiteren Möglichkeit, preiswertes Brot anbieten zu können, gesucht werden. Auf obrigkeitliche Weisung wurde ein neues Backrezept entwickelt, in welchem die Hälfte des teuren Dinkels durch billige Gerste und Mais ersetzt worden war. Dieses sogenannte „Polizeibrot" wurde dann bei einem städtischen Bäcker in Auftrag gegeben, der hiervon ein Sechstel des für die Stadt errechneten Brotbedarfes herstellen sollte. Aufgrund des günstigen Getreidegemisches konnte das Brotgewicht wieder auf 4 Pfund heraufgesetzt werden. Die bezugsberechtigten Almosenbezieher erhielten es für 10 Kreuzer, andere Bedürftige und als anspruchsberechtigt in Listen Geführte für 12 Kreuzer. Für viele war aber auch dieses Brot nicht mehr bezahlbar, und da man das Polizeibrot nicht auf Kredit kaufen konnte, ging manch einer der Bezugsberechtigten zu seinem bisherigen Bäcker, der ihm die Kosten stundete.[245]

In sehr kalten Wintern konnte auch die Beschaffung von Brennmaterial zum Problem werden. Bis zur Jahrhundertmitte besaßen die Karlsruher Bürger dank ihres im Privileg von 1722 festgeschriebenen Gabholz-, d. h. Holznutzungsrechts, eine relativ sichere Versorgungsquelle. Auch den Klein-Karlsruhern stand ein Leserecht zu. Die intensive Nutzung des Holzbestandes durch das anhaltende Bauwesen, wie auch unsachgemäße Behandlung, hatten den Karlsruher Stadtwald mit den Jahren jedoch stark geschädigt. Die Forstverwaltung sah die Lesetage deshalb nur ungern, und im Privileg von 1752 wurde das Gabholzrecht nicht mehr erwähnt. Die Bürger sollten sich nun ihr Brennholz bei der Forstverwaltung käuflich erwerben, die es allerdings nur noch in einem für den Wald unschädlichen Umfang bereitzustellen versprach.[246] Den Bedürftigen, darunter vor allem auch den Soldaten, wurden gesonderte Lesetage bewilligt. Wer auf Grund von Alter oder Krankheit diese nicht wahrnehmen konnte, erhielt das Holz gestellt. Daß hierfür nun geflößtes Tannenholz aus dem Schwarzwald bezogen werden mußte, zeigt, wie stark der Karlsruher Wald bereits dezimiert war, und die Zahl der Flößholzberechtigten stieg darüber hinaus rasch an. Zwischen 1781 und 1786 hatte sich deren Quote mit 72 auf 147 mehr als verdoppelt. Da der Gesamtbestand des verteilten Holzes nicht erhöht werden sollte, kürzte die Regierung die Zuteilungsraten oder schob die Holzausgabe bis weit in den Winter hinaus.[247] Doch hatte bereits die ursprüngliche Zuteilung unter dem für die Winterfeuerung eines Almosenbeziehers veranschlagten Quantum gelegen, so daß diese Holzabgabe allenfalls einen Zuschuß darstellen konnte.[248]

Gerade ältere Menschen waren von den Hun-

gerkrisen besonders betroffen. Wenn die Arbeitskraft nachließ und nur noch schlecht bezahlte Tätigkeiten, wie etwa das Wachestehen, übernommen werden konnten, wenn Einkünfte aus Vermietung oder dem Verkauf von Gartenerträgen fehlten, dann blieb auch für ehemals angesehene Karlsruher Bürger nur noch die Hoffnung auf eine Versorgung durch die Nachkommen – oder sie wurden ebenfalls zum Almosenfall. In der politisch wie wirtschaftlich prekären Lage des Jahres 1789 beschloß der Markgraf, alten und bedürftigen Karlsruhern als fürstliches Gratial eine Sonderunterstützung zukommen zu lassen. Der sogenannte Altersgulden wurde entsprechend dem Grad der Bedürftigkeit, nach drei Klassen gestaffelt, in einer Höhe zwischen 1 Gulden und 1 Gulden 30 Kreuzer vergeben. Die dafür bereitgestellte Summe belief sich gerade einmal auf 33 Gulden, doch stieg auch hier die Zahl der Petenten schnell an. Um den Betrag in etwa stabil zu halten, wies die Regierung fortan alle erstmals Berechtigten, gleich welcher Bedürftigkeit, der niedrigsten Klasse zu. Ein Aufrücken wurde erst mit dem Ausscheiden eines Berechtigten der gewünschten Klasse geduldet. Dennoch stieg das vom Landesherr vierteljährlich aufzubringende Gratial bis 1792 auf 40 Gulden 30 Kreuzer. Auch dieses vom Landesherrn direkt vergebene Almosen wurde erstmals an formale Kriterien gebunden. Als anspruchsberechtigt galten nur Bedürftige, die das 70. Lebensjahr erreicht hatten. Das Alter mußte über den Taufschein oder eine glaubwürdige Zeugenaussage nachgewiesen werden. Schweinehirt Andreas Menhardt gelang es nicht, einen schriftlichen Nachweis über sein Alter zu erbringen. Zum Glück bezeugte der Hofbediente Martin Schmidt, dessen Alter bekannt war, daß jener mit ihm auf der Schulbank gesessen hatte und deshalb gleichen Alters sein mußte. Erschwerte die Formalisierung der Vergabepraxis den Bezug von Unterstützung, so verleitete sie andererseits auch zum Mißbrauch. Friedrich Reich war noch nicht Mitte sechzig, als er seinen Taufschein fälschte, um in den Genuß der Altersversorgung zu gelangen. Der Betrug wurde entdeckt und Reich mit der traditionellen Strafe des Prangerstehens bedacht.[249]

Die entscheidende Veränderung, die mit der Institutionalisierung und Verrechtlichung der städtischen Armenfürsorge einherging, betraf jedoch auch die Beziehungen zwischen „Arm" und „Reich" unmittelbar. Der ehemals über die persönliche Spende bestehende Kontakt wurde durch eine, die Gelder verwaltende und nach rationalen Gesichtspunkten „gerecht" verteilende, Armenfürsorge unterbrochen. Der Arme mußte sich weniger darum bemühen, Mitleid für seine Lebenslage zu wecken, als seine Unterstützungsberechtigung nachzuweisen. Folgerichtig wurde dabei nicht nur ein erheblicher Verwaltungsaufwand geschaffen, sondern bei den Unterschichten zugleich ein Anspruchsdenken geweckt. Nachdem einige Klein-Karlsruher im Winter 1785/86 aus der Holzbezieherliste gestrichen wurden, da die Regierung die vom Klein-Karlsruher Anwalt ausgegebenen Armenzeugnisse anzweifelte, beschwerten sich diese umgehend. Die Regierung wies sie an, sich ein neues Attest zu besorgen, was jedoch nunmehr den Unwillen des Klein-Karlsruher Anwaltes hervorrief: „Durch den vielfältigen Überlauf dieser Leuthe und durch die vielfältigen Attestate, die wir für einen jeden gesondert ausstellen sollen", käme er zu keiner anderen Arbeit mehr.[250] Doch die Richtlinien der Karlsruher Armenfürsorge hatten den Anspruch auf staatlichen Unterhalt sogar explizit formuliert. So schrieb Freiherr von Drais in seiner 1788 abgefaßten Denkschrift über die Versorgung der Karlsruher Armen: „Jeder, in so fern er nicht im Stand ist, den nothdürftigen Unterhalt sich sonst zu verschaffen muß vom Staat unmittelbar erhalten werden. Keine eigene Verschuldung dieses Nothstandes, kein Verbrechen entzieht dem Untertan diesen Anspruch."[251] Da die Fürsorgepraxis nunmehr vom Staat und seinen Beamten übernommen wurde, war die ehemals religiös motivierte persönliche Auseinandersetzung mit Armut keine individuelle Verpflichtung mehr. „Gottlob das Betteln ist glücklich abgestellt", vermerkte von Drais an anderer Stelle. Die wenigen „Hausarmen, die noch

Versuche machten, sich in Häuser zu schleichen, würden sogleich eingekerkert", und auf öffentlicher Straße habe es keiner mehr versucht. Das private Spenden hätte auch schnell nachgelassen, während das öffentliche zugenommen habe, so daß man sicher sein könne, daß das Almosen nicht verschwendet würde.[252] Jene Bedürftigen, die sich nicht in das Fürsorgesystem einfügten, konnten folglich auf kein Mitleid mehr hoffen. Ihnen schlug nun nur noch Mißachtung und soziale Kälte entgegen.

Städtische Wirtschaft vor der Moderne

Das Handwerk in einer Residenzstadt: Hofhandwerker und „Spezialisten"

Die gewerbliche Struktur einer Residenzstadt erhielt durch die Anwesenheit des Hofes ein eigenes Gepräge. Wenngleich auch der Hofbedarf teilweise über Importe gedeckt wurde, so mußte zumindest der Tagesverbrauch vom städtischen Gewerbe bereitgestellt werden. Weitere Nachfrage entstand durch die große Zahl an Beamten, die angesichts des geringen Selbstversorgungsgrades ihrer Haushalte und ihres regelmäßigen Einkommens eine relativ stabile Konsumentengruppe bildete. Eine besondere Stellung innerhalb des städtischen Gewerbes nahmen jene Handwerker ein, die unmittelbar mit Hoflieferungen beauftragt wurden. Diese „Hofhandwerker" bildeten jedoch keine homogene Gruppe. Sie standen in unterschiedlicher Beziehung zum Hof, und entsprechend ihrer Stellung lebten sie auch in unterschiedlichen Rechtsverhältnissen.[253] Festangestellte Hofhandwerker unterschieden sich kaum von anderen Hofbediensteten. Sie gehörten zum Hof und erhielten den Arbeitsplatz, in diesem Falle ihre Werkstatt, vom Landesherrn gestellt. Mit ihrem Anstellungsvertrag, einer Art persönlicher Zunftordnung, waren die Arbeitsbedingungen bis hin zur Arbeitszeit geregelt. Noch unter Karl Wilhelm wurde Johann August Gröber aus Sachsen als Hofdreher angestellt. Neben einer Werkstatt erhielt er im „Laboratorium", einem der massiv ausgebauten Zirkelhäuschen hinter dem Schloßturm, eine Wohnung gestellt und wurde mit Kostgeld und Naturalien versorgt.[254] Im „Laboratorium" war auch Hofhafner Bonitz untergebracht. Drei Gesellen beschäftigte dieser in seinem Betrieb, die ihm jedoch nur in fachlicher Hinsicht untergeordnet waren. Disziplinarisch unterstanden sie – wie auch ihr Meister – dem Hofmarschallamt. Den Gesellenlohn zahlte die markgräfliche Kasse dem Meister aus, der das Geld an seine Beschäftigten weiterleitete. Daß das Zunftrecht in einer Hofhandwerkstätte nur bedingt Gültigkeit hatte, konnte von Vorteil, wie auch zum Nachteil der Beschäftigten sein. Da der Hafnerlehrling Wendel Goldschmidt bei seiner Lossprechung zum Gesellen nicht im Stande war, die übliche Gebühr zu entrichten, erließ ihm der Markgraf kurzerhand die Summe von 12 Gulden. Doch schon zwei Jahre später mußte Goldschmidt seinen günstigen Berufseinstieg teuer bezahlen. Als er seine Wanderzeit beginnen wollte, ließ der Markgraf die preiswerte Arbeitskraft nicht ziehen, und wie zum Hohn wurde bei der Neubesetzung der Meisterstelle ein auswärtiger Bewerber mit der Begründung vorgezogen, es sei dieser immerhin „sieben Jahre in der Fremde gewesen" und würde von daher „ziemlich Wissenschaften mitbringen."[255] Unter den festangestellten Handwerksmeistern konnte ein Wechsel relativ schnell erfolgen. Zwar besaßen sie – verglichen mit einem städtischen Handwerker – bei ihrer Betriebsführung wenig Gestaltungsmöglichkeiten, doch hatten sie für ihre Werkstatt keine kapitalbindenden Investitionen zu tätigen und konnten so die Anstellung am Hof als finanzielles Sprungbrett für eine eigene Existenzgründung nutzen. Johann Siegmund Riedel, der 1749 die neueingerichtete Hofschreinerei übernommen hatte, mußte gemäß seinem Anstellungsvertrag eine Kündigungsfrist von drei Monaten berücksichtigen. Der Vertrag verbot ihm allerdings auch, private Aufträge anzunehmen. Das für die Hofaufträge benötigte Material bezog er von der Bauverwaltung, wobei er über die Verwendung sowie über seine Arbeit und die seiner drei Gesellen genaue-

stens Buch zu führen hatte. Trotz dieser Kontrolle konnte der freie Bezug von Material leicht zum Mißbrauch verleiten. Schon bald wurde ihm der Vorwurf gemacht, er würde guten Werkstoff gegen schlechten eintauschen und einen Teil für sich zurückbehalten.[256] Solche Konflikte drohten jenen Handwerkern, die als Selbständige in ihrer städtischen Werkstatt arbeiteten und lediglich den Titel „Hofhandwerker" verliehen bekamen, nicht. Grundsätzlich formulierte der Titel einen Anspruch auf Hofaufträge, im einzelnen konnten die dabei verliehenen Privilegien jedoch von recht unterschiedlicher Qualität sein. So erhielt der aus alter Karlsruher Familie stammende Schneider Creszelius 1766 den Titel eines „Fürstlichen Leibschneiders" nur unter der Bedingung, „daß man an dessen Schneiderei Arbeit dadurch ebenso wenig als anhero gewesen gebunden seyn wolle." Schon drei Jahre lang hatte Creszelius die Flickarbeiten des Hofes ausgeführt, mit der Vergabe des neuen Titels sollte folglich nur eine Anerkennung ausgesprochen werden.[257] Auch in anderen Gewerben vermied die Regierung, über die Titelvergabe unwiderrufliche Rechte einzuräumen. Als 1750 der Titel des Hofknopfmachers Wölpert an dessen Schwiegersohn Peterson übertragen werden sollte, schränkte man dessen Auftragsrecht mit dem Zusatz ein, „als wenn er solches in dem nehmlichen Preis und in der nehmlichen Qualität wie andere verfertiget."[258] Die Privilegierung und Verpflichtung einzelner städtischer Handwerker erwies sich für die Bewirtschaftung des Hofes als rentabler als die Unterhaltung von eigenen Werkstätten, und da das städtische Handwerk im Verlauf des Jahrhunderts ausreichend qualifizierte Betriebe aufwies, entstammte schon bald der überwiegende Teil der Hofhandwerker dem städtischen Gewerbe. Dabei nahm deren Zahl namentlich in den siebziger Jahren stark zu. Führte der Hofkalender von 1766 im Stellenplan noch elf „Hofprofessionisten", darunter überwiegend im künstlerischen Bereich Tätige (z. B. Maler, Bildhauer) oder zur Herstellung von Luxuswaren Beschäftigte (z. B. Uhrmacher, Juwelier) auf, so hatte sich deren Anzahl bis 1775 nahezu verdoppelt. Nun waren auch traditionelle Versorgungsberufe wie Bäcker, Schneider, Schuhmacher, Schlosser, Sattler und Wagner verpflichtet, zugleich hatte bei den Luxusgewerben eine zunehmende Differenzierung stattgefunden. Der Hof hielt sich nun auch einen Silberarbeiter und einen Perückenmacher.[259] In einigen Fällen führten sogar auswärtige Handwerker diesen Titel, so der Glockengießer Froschauer in Rastatt oder der Sattler Fauel in Straßburg. Diese „Titular-Hofhandwerker" hatten ihre Stellung natürlich länger, meist bis sie ihren Betrieb aufgaben, inne. Über ein viertel Jahrhundert arbeitete der Uhrenmacher Johann Heinrich Nitschki für den Hof. Das Hofhandwerkerprivileg konnte bei Übernahme der Werkstatt durch die Handwerkerwitwe auch auf diese übergehen. So führten 1792 sowohl die Witwe des erst kurz zuvor verstorbenen Hofbäckers Johann Gerwig als auch jene des ehemaligen Hofjuweliers Friedrich Wilhelm Hübschmann die Hofaufträge aus.[260] Diese als Selbständige arbeitenden Hofhandwerker besaßen eine eigenartige Zwitterstellung innerhalb der städtischen Gesellschaft. Einerseits galten sie als vollberechtigte Gemeinde- und Zunftmitglieder der Stadt, andererseits verfügten sie über regelmäßigen Hofkontakt, so daß sie in ihrer Person ein wichtiges Bindeglied zwischen Hof und Kommune darstellten. Unter anderem zeigte sich dies in der Partnerwahl der Hofhandwerker. Während städtische Handwerker nur in wenigen Fällen Töchter von Hofangestellten ehelichten, heirateten Hofhandwerker bevorzugt in Beamten- oder Hofdienerfamilien ein. Umgekehrt gaben sie ihre Töchter gerne auch städtischen Handwerksmeistern zur Frau.[261] Wenngleich die Karlsruher Hofhandwerker normalerweise keine Privilegien wie Umlage- oder Einquartierungsfreiheit besaßen, so genossen sie innerhalb der Stadt doch eine Sonderstellung. Als Hoflieferanten verfügten sie über bessere Verdienstmöglichkeiten als ihre Kollegen und zählten so zur wirtschaftlichen Elite der Stadt. Hofsattler Reiß, der seine Hofwerkstatt mit landesherrlicher Unterstützung zur Manu-

faktur erweitert hatte, stand 1790 an zehnter Stelle in der Kommunalsteuerliste und führte damit die Reihe der Handwerker an, dicht gefolgt von Hofschmied Johann Michael Bock.[262] Aber auch die politische Elite wurde von Hofhandwerkern gestellt. Schon um die Jahrhundertmitte begannen Hofleute Einfluß auf den Stadtrat zu nehmen. Seit den achtziger Jahren war die Bürgermeisterstelle über Jahre hinweg durch Hofsäckler Schulz, das Amt des Baumeisters mit Hofmetzger Throman besetzt. Darüber hinaus gehörten stets drei bis vier der Ratsmitglieder dem Hofhandwerk an, seit den neunziger Jahren saß auch der oben erwähnte Hofsattler Reiß im Rat.[263] Für den städtischen Frieden konnte der unmittelbare Einfluß der Hofhandwerker, die teilweise auch noch die Obermeister der Zünfte stellten,[264] auf die Kommune und das städtische Handwerk nur von Vorteil sein. Auf jeden Fall verhinderte er von vornherein größere Konflikte zwischen Stadt- und Hofhandwerk.

Nicht nur am Hofe bestand im ausgehenden 18. Jahrhundert Nachfrage im Bereich von Luxusartikeln. Auch unter dem sich neu formierenden Bildungsbürgertum wuchs das Bedürfnis zu repräsentieren. Die Herstellung von Luxusprodukten durch speziell ausgebildete Handwerker gab es schon immer. Die steigende Zahl an Abnehmern und die Erweiterung der Produktpalette führte Ende des 18. Jahrhunderts zu einer weiteren Spezialisierung und Differenzierung der handwerklichen Berufe, was letztendlich auch zur Auflösung der traditionellen Zunftorganisation beitrug. Die Spezialisierung konnte unterschiedlichen Charakter haben. Manche Spezialhandwerker bauten auf traditionellen Lehrberufen auf und erwarben sich in einer zusätzlichen Ausbildung besondere Fachkenntnisse, wie etwa der Zuckerbäcker. Andere besaßen Kenntnisse über ausländische Produkte, die es erlaubten, daß vormals importierte Waren nunmehr vor Ort hergestellt werden konnten. Insbesondere galt dies für französische Luxusgüter im Textil- und Ausstattungsbereich. Dies traf etwa für den im 17. Jahrhundert neu entstandenen Beruf des Perückenmachers zu, der auch in den deutschsprachigen Gebieten häufig unter der französischen Berufsbezeichnung „Peruquier" erschien; desgleichen für den um dieselbe Zeit aufgekommenen Beruf des Strumpfstrickers oder für den für die Innenausstattung von Räumen aber auch Kutschen zuständigen Tapezier. Schließlich entstanden infolge der naturwissenschaftlichen Fortschritte während des 18. Jahrhunderts neue Berufszweige, wie der ursprünglich dem Bauwesen entstammende Ingenieurberuf. Auch in Karlsruhe begann sich um die Jahrhundertmitte das handwerkliche Angebot zu differenzieren, so daß es dann bis zur Revolutionszeit das für eine Residenzstadt übliche gewerbliche Angebot aufweisen konnte. Im Textilsektor arbeiteten nun auch Bortenwirker, Hut- und Knopfmacher sowie Strumpfstricker, in der Nahrungsmittelbranche boten Konditor und Kaffetier ihre Waren an, Perücken-, Puder-, Kamm- und Bürstenmacher lieferten die Produkte zur Körperpflege, Juweliere und Instrumentenmacher sorgten für Luxusgüter, und das Bauwesen wurde durch Marmorier, Tapezier und Ingenieur bereichert.[265] Von diesen Spezialhandwerkern waren zunächst meist nur einzelne Betriebe in der Stadt vorhanden. Sofern sie sich nicht verwandten Zünften anschlossen, blieben sie zünftig ungebunden. Wenngleich sie damit freiere Arbeitsbedingungen vorfanden, drohte diesen zunftfreien Gewerben, abgesehen vom ungehinderten Zuzug durch Kollegen, stets auch die Konkurrenz ungelernter Berufsfremder, welche Dienstleistungen und Produkte meist günstiger anboten. So erging es den Karlsruher Perückenmachern, die 1755 bereits mit fünf Betrieben in der Stadt vertreten waren, deren Zahl bis 1790 dann jedoch auf 18 gestiegen war. Daneben versuchten sich zahlreiche niedere Hofbedienstete, wie Stall- und Gartenknechte, Bodenwichser und Musiker aber auch ein Maurer in diesem Metier. Schon Jahre zuvor hatten sich die hauptberuflichen Perückenmacher um ihr Einkommen gesorgt und den Markgrafen um die Erlaubnis zum zünftigen Zusammenschluß gebeten. Doch der Regierung lag in erster Linie an der Aufrechterhaltung des Wettbewerbes, der garan-

tierte, daß die Beamten ihr Äußeres zu einem günstigen Preis in Ordnung halten konnten.[266] Erst 1793 war sie zu einem kleinen Zugeständnis bereit. Um die Arbeit der Perückenmacher etwas zu schützen, sollte künftig zur Ausübung des Gewerbes eine landesherrliche Konzession vonnöten sein. Gleichwohl blieb es weiterhin allen Bediensteten erlaubt, dieses Gewerbe ohne Lehrbrief auszuüben.[267]

Neue Produktionsweisen:
Die Manufakturen und „Fabriquen"

Während im traditionellen Handwerk das Gewerbeprodukt an einem Ort und unter der Regie einer Person hergestellt wurde, begann man bereits im 17. Jahrhundert, die Herstellung zu rationalisieren. Indem die Fertigung in einzelne Produktionsschritte geteilt wurde, ließen sich auch angelernte Arbeitskräfte beschäftigen, die lediglich von einigen Fachkräften angeleitet und beaufsichtigt werden mußten. Produktion und Produktionsleitung wurden auf diese Weise voneinander getrennt, weshalb der Betriebsinhaber selbst immer weniger produktspezifische Kenntnisse besitzen mußte. An Stelle eines Handwerksmeisters leitete nun ein Unternehmer mit betriebswirtschaftlichem Fachwissen die Produktionsstätte, die außerhalb des Zunftrechts, allein auf landesherrlicher Konzession beruhend, als „Manufaktur" galt. Wenngleich in den Quellen für diese Betriebe auch häufig der Terminus „Fabrik" erscheint, so beschränkte sich die Produktionsweise im 18. Jahrhundert immer noch auf arbeitsteilige Handarbeit. Ein wesentliches Kennzeichen dieser Manufakturen war die Zentralisierung der Arbeit in einem Gebäude. Schon zuvor hatte es namentlich im Textilgewerbe arbeitsteilige Produktionsformen, wie die des Verlages gegeben, doch wurden hierbei die Tätigkeiten in Heimarbeit verrichtet. Die zentralisierte Herstellung erlaubte eine unmittelbare Kontrolle und ermöglichte so eine Produktivitätssteigerung bei konstant niedrigen Lohnkosten. Tendenziell war die Arbeitsweise in den Manufakturen bereits auf Massenherstellung ausgerichtet, wenngleich der Einsatz von Maschinen – das Kennzeichen der späteren Fabrik – noch in der Ferne lag. Die Entstehung dieser neuen Produktionsform ging mit einer veränderten Nachfragesituation einher. Einerseits brachte der im 18. Jahrhundert einsetzende Bevölkerungsanstieg eine erhöhte Binnennachfrage mit sich, die durch das Sinken des Selbstversorgungsgrades der Haushalte zusätzlich forciert wurde; andererseits zeichneten sich insbesondere im Textilbereich Entwicklungen ab, welche den Einsatz von Manufakturen weiter begünstigten: Die Verarbeitung von Baumwolle löste die teuren Wollprodukte ab, zugleich eröffnete der Aufbau stehender Heere eine ständige Absatzquelle für Tuche.[268]
Die Gründung von Manufakturen setzte auch in der Markgrafschaft Baden-Durlach bereits im 17. Jahrhundert ein. Um die Verarbeitung des in der Markgrafschaft bevorzugt angebauten Flachses und Hanfes zu fördern und die Inlandsproduktion zu steigern, wurde 1680 die Fürstliche Wolltuchmanufaktur in Pforzheim gegründet.[269] Eine weitere Phase von Manufakturgründungen begann im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Entsprangen diese späten Gründungen auch überwiegend privaten Initiativen, so blieb das merkantilistische Interesse, die Inlandsproduktion und den Export zu steigern, auch unter den aufgeklärten Fürsten erhalten. So unterstützte Markgraf Karl Friedrich das Vorhaben seines Hoftrompeters Eyring, durch Einrichtung einer „Seidenstrumpffabrik" nicht nur die Karlsruher Oberschicht vor Ort mit Qualitätsstrümpfen zu beliefern, sondern darüber hinaus die unter Karl Friedrich begonnene Seidenproduktion zu nutzen. 1777 gewährte er ihm ein Darlehen über 1.000 Gulden, für das als Sicherheit die inzwischen angeschafften sieben Webstühle sowie der Warenbestand gelten sollte. Doch dem Unternehmen mangelte es an einer finanziell soliden Basis. Weder war ein eigenes Gebäude vorhanden, noch verfügte Eyring über die notwendige Erfahrung. Der kurzfristig dem Unternehmen beigetretene Händler Nicolaus Reuter vermittelte zwar Kontakte nach Straßburg, Leipzig und Hamburg, doch kündigte

Reuter bereits nach einem Jahr seine Mitgliedschaft wieder auf. Die Produktion wurde auf vier Webstühle eingeschränkt, so daß wöchentlich etwa zwanzig Paar Strümpfe hergestellt werden konnten. Nur weitere Kredite aus privater Hand hielten den Betrieb am Leben. Als Arbeitskräfte dienten Almosenbezieher, der Absatz blieb auf die Stadt und den Hof beschränkt. Nach dem Tode Eyrings 1785 versuchte seine Witwe, das Geschäft weiterzuführen, fand jedoch bei der Regierung keine Unterstützung mehr. „Man habe die Erfahrung gemacht, wie ohnmächtig und wenig einträglich solche Spinn Anstalten, wenn dabei nicht merkantilistische und fabriquen Verbindungen eintreten", so die offizielle Stellungnahme. Angesichts einer geringen Produktivität bei bescheidener Qualität und ausbleibendem überregionalem Absatz war das Unternehmen nach einigen Jahren zum Scheitern verurteilt.[270] Nahezu allen der seit den siebziger Jahren in Karlsruhe gegründeten Unternehmen erging es ähnlich.[271] Meist fehlte es bereits am ausreichenden Startkapital, wie bei Händler Johann Karl Roman, der das einzige, was er besaß – eine angeblich „geheime" Färberezeptur, die er von einem Türken erhalten haben sollte – zur Geschäftsgrundlage machte. Als Nachkomme des langjährigen Bürgermeisters Cornelius Roman genoß seine Familie trotz finanzieller Nöte einen guten Ruf bei Hofe, so daß ihm die Regierung im Jahre 1783 auch ohne Sicherheiten einen Vorschuß über 400 Gulden einräumte. Doch – angesichts der hohen Investitionen – verursacht durch steigende Baumwollpreise und der geringen Absatzmöglichkeiten riet der landesherrliche Gutachter Dr. Klose bereits ein Jahr später, Roman solle seine Färberei aufgeben und das ihm inzwischen unterbreitete Verkaufsangebot für seine Rezeptur annehmen. Roman folgte der Empfehlung nicht, vermochte indes seine Ratenzahlungen schon bald nicht mehr zu leisten und ging 1787 endgültig in Konkurs.[272] Auch aus anderen Gründen konnte sich die Residenzstadt für eine Unternehmensgründung als ungeeignet erweisen. Händler Willard aus Ettlingen bat 1786 um das Privileg, eine „Puder- und Stärkefabrik" errichten zu dürfen. Das Vorhaben erschien solide, zumal hierfür an der verlängerten Adlergasse in Klein-Karlsruhe eigens ein modellmäßiges Haus mit Stallungen und Nebengebäuden errichtet worden war. Willard erhielt die Genehmigung, in der eine fünfzehnjährige Steuerfreiheit sowie die Abgabefreiheit derjenigen Arbeiter, die weder Bürger noch Hintersassen in Karlsruhe oder Klein-Karlsruhe waren, vorgesehen war. Als einzige Einschränkung machte das Privileg dem Betreiber zur Bedingung, daß er für mögliche Verschmutzungen Vorsorge zu treffen hatte. Diese Auflage, die derart weder die Stärkefabrik in Durlach noch in Pforzheim erfüllen mußte, geriet Willard schließlich auch zum Verhängnis. Die für den Betrieb notwendige Schweine- und Rindviehhaltung wurde von der residenzstädtischen Bevölkerung schon bald als Belästigung empfunden. Der Vorwurf kam auf, ein benachbarter Brunnen sowie der Landgraben würden durch die Abwässer verseucht. Nachdem die Regierung die chemische Untersuchung des Brunnens durch den Hofapotheker veranlaßt hatte, wies sie Willard an, seine Produktion einzuschränken – oder den Betrieb ganz aus der Stadt hinauszuverlegen. Beide Lösungen waren für das Unternehmen finanziell nicht zu verkraften. In einem Brief an den Markgrafen rechnete Willard vor, er habe insgesamt 20.000 Gulden in die Anlage investiert, bei einer Betriebsschließung verlange er für diese Summe Ersatz. Doch da hierfür keine rechtliche Grundlage bestand, wurde das Unternehmen 1789 entschädigungslos geschlossen.[273] Die Ursache für das Scheitern lag in diesem Fall auch bei der Regierung. Nicht jede Art von Gewerbebetrieb fügte sich problemlos in das Bild einer Residenzstadt, die gerade darauf Wert legte, Lebensqualität zu bieten. Das wurde seitens der Regierung zu spät erkannt.

Karlsruhe hatte aber auch einige erfolgreiche Manufakturgründungen zu verzeichnen, die ihren Betrieb nicht nur bis in großherzogliche Zeit aufrechterhalten konnten, sondern gerade im 19. Jahrhundert ihren Aufschwung nahmen. Bei den hergestellten Produkten handel-

te es sich einerseits um Tabakwaren, andererseits um Luxusartikel, deren Absatz jedoch nicht auf den Hof beschränkt blieb. Die früheste, bedeutende Tabakmanufaktur Karlsruhes ging auf eine Durlacher Gründung zurück. 1767 hatte der Bruchsaler Tabakfabrikant Franz Lorenz Chappuy in Verbindung mit dem Straßburger Fabrikanten Jakob Ertz die markgräfliche Erlaubnis zur Etablierung einer Durlacher Niederlassung erhalten. Die Zustimmung erfolgte vor allem in Anbetracht der zu erwartenden Arbeitsplätze, aber auch, weil nunmehr der Import von Bruchsaler Tabak unterbleiben konnte. Nach einigen Jahren erfolgreichen Betriebes wechselte die Geschäftsleitung. Nikolaus Reuter, der vormalige Teilhaber der Eyringschen Seidenstrumpfmanufaktur, übernahm seit 1782 sukzessive die Firma vollständig und verlegte sie mit markgräflicher Billigung in die Residenzstadt.[274] Dort gewann er den am Hofe hochgeschätzten Legationssekretär Johann Christian Griesbach als Kompagnon, der ihm ein landesherrliches Darlehen vermitteln konnte und dessen Sohn Wilhelm Christian, der spätere Karlsruher Oberbürgermeister (1809–1816), die Manufaktur seit 1802 alleine leitete.[275] Seinen stetigen Aufschwung verdankte das Unternehmen unter anderem dem amerikanischen Exportstopp für Tabak im Unabhängigkeitskrieg. In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Produktionsumstellung von Schnupftabak auf Rauchtabak. Bis 1815 wurden immerhin fünfzig Arbeiter beschäftigt, so daß die Karlsruher Tabakmanufaktur schon zu den größeren Unternehmen des Landes zählte.[276] Die Rentabilität von Tabakverarbeitung zeigte sich auch darin, daß in Karlsruhe noch ein zweites Unternehmen dieser Branche gegründet wurde. Die Sievertsche Tabakmanufaktur hatte zuvor eine Niederlassung in Heidelberg, dann in Mühlburg. Als Konsortium wurde sie 1803 in Klein-Karlsruhe neu gegründet. Sie produzierte unter anderem für den Export nach Württemberg, nach Bayern und in die Schweiz und beschäftigte zuletzt etwa dreißig Arbeiter. Anders als die Griesbachsche Manufaktur mußte sie jedoch bereits 1816 ihren Betrieb wieder aufgeben. Ebenso erfolgreich wie die Griesbach'sche Tabakmanufaktur arbeitete bis in großherzogliche Zeit die kurz vor der Jahrhundertwende gegründete „Ölenheinz'sche Schmuckfabrik."[277]

Auch bei der Herstellung von Spielkarten ging man im Verlauf des 18. Jahrhunderts auf eine arbeitsteilige Produktion über. Für die Anfertigung der Holzschnitte beziehungsweise der Kupferplatten mußte noch ein ausgebildeter Kupferstecher beschäftigt werden, das Drukken, Kolorieren, Beschneiden, Sortieren und Verpacken besorgten dann jedoch angelernte Arbeiter.[278] Bereits im 18. Jahrhundert hatte ein Hamburger Unternehmer die Grundlage für die Karlsruher Spielkartenmanufaktur gelegt, die zeitweise unter der Leitung Heinrich Vierordts für die Markgrafen Friedrich und Ludwig geführt wurde und 1804 vom wohlhabenden jüdischen Krappfabrikanten David Seligmann übernommen wurde.[279] Gute Chancen für den Aufbau eines manufakturmäßig geführten Betriebes bot auch das Hofhandwerk. Gerade hier war der nötige Spielraum für Innovationen gegeben, die das enge Zunftreglement des städtischen Gewerbes verhinderte. Aus der Hofschreinerei, die 1785 hinter dem Jagdzeughaus am Durlacher Tor eine neue Werkstatt erhielt, entwickelte sich bis in die 90er Jahre die überregional bekannte Möbelfabrik „Gräsle und Höfle." Um 1800 beschäftigte sie bereits 16 bis 24 Arbeiter und lieferte ihre nach französischem Vorbild hergestellten Produkte bis in die Schweiz, nach Württemberg und Bayern. Die Einrichtung eines Möbelmagazins ermöglichte nunmehr auch über die traditionelle Auftragsarbeit hinaus die Produktion auf Lager. Wie im Hofhandwerk übernahm der Landesherr die Finanzierung der Gesellenausbildung, wodurch die Leistungsfähigkeit des Unternehmens auf Dauer garantiert war.[280] In ähnlicher Weise gestalteten sich die Anfänge der „Reiß'schen Wagenfabrik", später „Schmieder und Mayer." Als Hofsattler oblagen dem Hofhandwerker Christoph Friedrich Reiß auch Bau und Unterhalt der markgräflichen Kutschen. Zum Kutschenbau waren unterschiedliche fachliche Kenntnisse

nötig. Der Wagner fertigte das Gestell, die Räder und den Kasten, ein Schmied hatte für die Vielzahl von Beschlägen zu sorgen. Das Anbringen der Scharniere, Schlösser, Bänder und der Bremsen mußte ein Schlosser erledigen, die Lackierung des Wagengehäuses ein Maler vornehmen. Beim Aufziehen der eisernen Reifen auf die Räder arbeiteten Wagner und Schmied zusammen. Schließlich oblag es dem Sattler, der die Koordination der Arbeiten seit dem 18. Jahrhundert übernahm, alle Lederbezüge an den Kotflügeln und dem Dach anzufertigen und das Riemenzeug zu liefern. Zunächst hatte Reiß die von ihm nicht zu leistenden Arbeiten an städtische Handwerker vergeben, was jedoch zu Problemen führte. Der Hofsattler warf den städtischen Handwerkern vor, sie würden zu langsam arbeiten, während diese Reiß wiederum entgegneten, er würde sie schlecht bezahlen und den Gewinn aus den mit Privatkunden getätigten Geschäften für sich behalten. Um diesen Querelen zu entgehen und effektiv produzieren zu können, fragte Reiß im November 1782 bei der Regierung an, ob er nicht die städtische Zunftordnung umgehen und einen Schmied- sowie einen Wagnergesellen anstellen dürfe. Von markgräflicher Seite wurde seine Initiative nicht nur befürwortet, sondern ihm die Erlaubnis, nun „auf Fabriquen Art" produzieren zu dürfen, erteilt. Er erhielt ein unverzinsliches Darlehen und die Möglichkeit, seine Kutschen auf Lager herzustellen. Damit war der Streit zwischen den städtischen Handwerkern und Reiß eindeutig zu Gunsten des letzteren entschieden. Auch darüber hinaus beschränkte er sich nicht auf die Produktion für den Hof und den Export. Mit seinem Angebot, Wagen zu reparieren und zu modernisieren, richtete er sich auch an den städtischen Absatzmarkt, um den er mit gezielter Reklame warb.[281] Im Juli 1790 erschien im „Allgemeinen Intelligenz- und Wochenblatt" in Karlsruhe folgende Anzeige: „Hofsattler Reiß macht auf Verlangen vieler Herren bekannt, daß der bey ihm an den churhannöverischen Gesandten schon verkauften Staatswagen zur Probe bis künftigen Dienstag oder Mittwoch ganz fertig hier in dessen Behausung zu sehen seyn wird. Hierzu Lustbezeugende werden höflichst gebeten bald zu kommen, da man keinen Tag versichert ist, wann er abgeholt wird."[282] Die Produktion lief erfolgreich, 1815 beschäftigte der Betrieb über 50 Arbeiter, darunter neben Schmieden und Wagnern auch Schlosser, Schreiner und Lackierer.[283]

Den angeführten Beispielen zufolge hatte der Unternehmensgründungsschub des ausgehenden 18. Jahrhunderts auch die Residenzstadt Karlsruhe ergriffen. Unter den zahlreichen Versuchen waren allerdings nur wenig erfolgreiche, die dann jedoch zu den unter Maschineneinsatz arbeitenden Fabriken des 19. Jahrhunderts führten. Ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche Unternehmensgründung war die gesicherte Kapitalbasis, ein Vorsprung, den sich die beiden aus dem Hofhandwerk hervorgegangenen Betriebe zunutze machten. Aber auch die Spielkartenmanufaktur verfügte über ein vergleichsweise abgesichertes Grundkapital. Das einzige 1795 in der Residenzstadt bestehende größere Bank- und Wechselgeschäft wurde nämlich vom Geschäftsführer der Spielkartenmanufaktur Heinrich Vierordt für die Markgrafen Friedrich und Ludwig geführt.[284] Ansonsten erfolgten Kreditvergaben privat oder über den Landesherrn. Auch der dritte Inhaber der Spielkartenmanufaktur, David Seligmann, gehörte der Bankbranche an. 1797 hatte er das erste öffentliche Bankhaus der Residenzstadt gegründet.[285]

Neuer Arbeitsmarkt: Die Dienstboten

Zu einem bäuerlichen oder gewerblichen Haushalt zählte in der traditionalen Gesellschaft das hauswirtschaftliche Personal, das sogenannte „Gesinde." In der Landwirtschaft unterstützten Mägde und Knechte die häuslichen Arbeiten, während im Handwerk ein Teil der Verrichtungen auch den Lehrlingen übertragen werden konnte. Mit ihren zahlreichen adeligen und bürgerlichen Beamtenhaushalten boten die Residenzstädte ein weiteres Feld für hauswirtschaftliches Personal. Das Anforderungsprofil dieser „Bedienten" oder „Dienst-

boten" war stärker als beim ländlichen Gesinde auf die persönlichen Bedürfnisse der Dienstherrschaft zugeschnitten, die Tätigkeiten gingen über die rein körperliche Hausarbeit hinaus und sollten nicht zuletzt auch den repräsentativen Anforderungen der Adelsfamilien oder des gehobenen Bürgertums dienen. Heinrich Hermann, der 1789 über eine Zeitungsannonce in Karlsruhe eine neue Stelle im „Herrendienst" suchte, wies als Vorkenntnisse neben Fertigkeiten im Rasieren und Frisieren auch Erfahrungen im Umgang mit Pferden und in der französischen Sprache nach.[286] Mit dem steigenden Anteil der höheren Beamtenhaushalte in Karlsruhe, der sich zwischen 1761 und 1790 von 9,0% auf immerhin 14,1% erhöht hatte, weitete sich auch das Arbeitsplatzangebot für Dienstboten aus.[287] Wurden 1771 noch 523 Dienstboten in der Stadt und Klein-Karlsruhe gezählt, so waren es 1800 mit 791 etwa um die Hälfte mehr. Erwartungsgemäß wurden nur etwa zwanzig von ihnen in Klein-Karlsruhe beschäftigt. Das Haushaltsbudget, selbst der wohlhabenderen Karlsruher Familien, erlaubte die Anstellung von ein bis zwei Hausangestellten. Auch die Besoldung höherer adeliger Beamten berücksichtigte bei den Zulagen nur das Kostgeld für zwei Diener.[288] Geht man von einem Bediensteten pro Haushalt aus, so wären 1773 fast 80% der städtischen Haushalte mit einer Hilfe versehen gewesen, und um 1800 hätte der Versorgungsgrad bereits bei 95% gelegen.[289] In diesen nur mit einer Stelle versehenen Haushalten diente fast ausschließlich weibliches Personal, das dann als „Mädchen für alles" entsprechend intensiv belastet wurde.[290] Ihre Dienstzeit richtete sich nach dem Tagesablauf der Dienstherrschaft. Lediglich sonntags stand die Zeit für den Kirchgang frei, an den sich auch etwas Freizeit für einen Wirtshausbesuch oder andere Unternehmungen anschließen konnte. Doch gegen 17 bis 18 Uhr hatte das Gesinde zum Feuermachen wieder zu Hause zu sein.[291] Daß in Karlsruhe überwiegend weibliche Personen als Hauspersonal beschäftigt wurden, bestätigen die Bevölkerungszählungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Das Verhältnis zwischen Mägden und Knechten lag über das gesamte letzte Jahrhundertdrittel hinweg bei 4 zu 1. Die wenigen männlichen Dienstboten waren in vielfacher Hinsicht gegenüber den weiblichen begünstigt. Während die jungen Mädchen stets im Haushalt und damit unter der ständigen Aufsicht des Dienstherrn lebten, war es für männliche Kollegen auch möglich, selbständig zu wohnen. Bei Bewerbungen um eine neue Dienststelle spielte es durchaus eine Rolle, ob der Bewerber über einen eigenen Hausstand verfügte.[292] Da auch diese privat wohnenden Dienstboten meist ledig waren und von daher einer günstigen Verpflegungsmöglichkeit bedurften, eröffnete sich im Schatten der florierenden Wirtshäuser ein zweiter Markt: Regelmäßig wurde bei Frau Junging aus der Rittergasse in den siebziger Jahren für „ledige Herren und Domestiquen, catholischer und evangelischer Konfession, die Kost zum billigen Preis geboten."[293] Ungeachtet dessen, ob die männlichen Dienstboten sich selbst verpflegten oder das Essen beim Dienstherrn erhielten, lag ihr Lohn wesentlich höher als der der Frauen. Schon in der ersten Jahrhunderthälfte erhielt ein Küchenjunge am markgräflichen Hof ein Jahresgehalt von 25 Gulden, während eine Küchenmagd nur 20 Gulden verdiente.[294] Das höhere Gehalt rechtfertigte sich in vielen Fällen damit, daß die männlichen Bediensteten über eine berufliche Qualifizierung verfügten. Meist waren sie gelernte Schneider. Seitens der Dienstherrschaften wurden namentlich von männlichen Dienstleuten auch bestimmte Voraussetzungen gefordert. Als Lakai in einen adeligen Haushalt aufgenommen zu werden, war ohne Kenntnisse im Schneidern und Frisieren nahezu ausgeschlossen.[295] Als weitere Qualifikationen, die von Bediensteten eines guten Hauses verlangt wurden, galten insbesondere das Lesen und Schreiben sowie charakterliche Eigenschaften wie Treue, Fleiß und Verschwiegenheit, was der Stellensuchende über Zeugnisse nachzuweisen hatte. Bei weiblichen Bediensteten wurden die üblichen hausfraulichen Tätigkeiten wie Waschen, Bügeln und Nähen vorausgesetzt. Der Jahreslohn

einer Magd in einem höheren Karlsruher Beamtenhaushalt betrug in den siebziger Jahren 15 Gulden.[296] Dieser Kontraktlohn stellte jedoch nur einen Teil des tatsächlichen Einkommens dar. Hinzu kamen noch verschiedene Sonderzahlungen, die nicht zuletzt die Dankbarkeit und das Wohlverhalten des Personals fördern sollten. An Festtagen gab es regelmäßig Geschenke, zu Jahrmarkttagen ein zusätzliches Trinkgeld, welches die Kaufkraft dieser Berufsgruppe erhöhte. Auch bei außerordentlichen Anschaffungen wie Kleidung und Schuhen, stand eine finanzielle Unterstützung seitens der Dienstherrschaft an, in deren eigenem Interesse es lag, die Dienstboten ordentlich gekleidet zu sehen. Welchen Stellenwert das Personal für den repräsentativen Bereich eines Haushaltes hatte, zeigte sich insbesondere bei Familienfesten. Zu Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen war es üblich, den Dienstboten Sonderzahlungen für die standesgemäße Einkleidung zu geben.[297] Die in den fünfziger Jahren von Karl Friedrich für ganz Baden-Durlach erlassenen Gesetze zur Einschränkung des Festaufwandes verboten allerdings die Ausstattung der Bediensteten mit Trauerkleidung, was für diese eine erhebliche Lohnminderung darstellte.[298] Die in Karlsruhe gezahlten Dienstbotenlöhne entsprachen eher dem unteren Durchschnitt. Goethes Vater bewilligte seinen Mägden in der zweiten Jahrhunderthälfte ein Grundgehalt zwischen 20 und 25 Gulden. Der Frankfurter Arzt Senckenberg entlohnte seine Mägde in den vierziger und fünfziger Jahren mit 12 bis 15 Gulden. Die über das Jahr verteilten Sonderzahlungen summierten sich auf weitere 13 Gulden, und beim Verlassen der Arbeitsstelle zahlte er ein zusätzliches Jahresgehalt aus. Das Niveau der Dienstbotenlöhne war innerhalb der Städte vergleichbar, regional ließen sich hingegen große Unterschiede feststellen. Des weiteren zeigte sich, daß in Süddeutschland die Löhne im ausgehenden 18. Jahrhundert eher stagnierten, während sie in Norddeutschland stiegen.[299] Über die Sonderzahlungen oder Erbschaften war es auch Dienstboten möglich, ein kleines Vermögen zu bilden, durch dessen Zinserträge sie über ein zusätzliches Einkommen verfügen konnten. Der Dienstmagd Margarethe Satzger brachten die an den Zimmermann Anton Unterleger verliehenen 30 Gulden Barvermögen eine Einkommenssteigerung von ein bis zwei Gulden im Jahr.[300] Für gewöhnlich waren die Mägde, darunter insbesondere die jungen, jedoch ohne jede Rücklagen und damit ganz auf die Dienstherrschaft angewiesen. Als die Magd des Durlacher Wolfwirtes Stüber in Karlsruhe beim Kirschendiebstahl erwischt wurde, verhängte der Karlsruher Rat „wegen ihrer Dürftigkeit" nur eine geringe Strafe.[301] Fast ausnahmslos kamen die Dienstboten von außerhalb, auch aus außerbadischen Landorten. Vom Lande zu stammen, war für die Dienstmädchen bei der Bewerbung durchaus von Vorteil, da sich die Dienstherrschaft angesichts des fehlenden Familienanschlusses eine größere Verfügbarkeit des Personals versprach.[302] Bei den Frauen verlief die Vermittlung in der Hauptsache über persönliche Beziehungen, bei männlichen Bediensteten auch über Zeitungsannoncen. So pries „ein junger Mensch", der sich auf der Suche nach einer neuen Herrschaft in der Durlacher Gastwirtschaft „Engel" einlogiert hatte, im „Karlsruher Wochenblatt" seine Fähigkeiten an: er sei evangelisch, „verstehe die Feder und Orthographie ziemlich, sei im Rechnen geübt, könne barbieren und ein wenig rasieren."[303] Angesichts der relativ ungeregelten Arbeitsverhältnisse konnte es leicht zu Konflikten mit der Dienstherrschaft kommen, unter denen insbesondere die weiblichen Dienstboten zu leiden hatten. Für die Bediensteten gab es dabei nur wenig Möglichkeiten, ihre Interessen durchzusetzen. Wurde ein Streitfall öffentlich, so oblag dem Stadtrat die Regelung des Vorfalles. Da dieser in erster Linie an der Aufrechterhaltung von Disziplin und Ordnung interessiert sein mußte und die Dienstboten ohnehin meist „Fremde" waren, drohte die Ausweisung relativ schnell. Catharina Specht von Öhringen stand Mitte der sechziger Jahre als Magd bei der Karlsruher Bäckersfamilie Adam Gärtner in Diensten. Nach ihren eigenen Aussagen sei es jedoch

„bei den Gartnerischen Eheleuten nicht zum Ausstehen" gewesen, so daß sie eines Nachts im Spätherbst 1765 davonlief. Wohl um nicht ganz mittellos zu sein oder auch aus Rachlust, hatte sie zwei Schürzen mitgenommen. Ihr Dienstherr bemerkte ihre Flucht rechtzeitig und bat den Stadtrat, Catharina für ihren „heimlichen Austritt", nicht jedoch für den Diebstahl zu bestrafen. Es lag ihm folglich durchaus daran, seine Magd zu behalten. Der Rat entschied jedoch, Catharina müsse die Stadt binnen 24 Stunden verlassen, sonst würde sie vom Bettelvogt vertrieben werden.[304] Das obrigkeitliche Interesse an der Überwachung des Gesindewesens begründete sich nicht zuletzt dadurch, daß in der Gruppe der Dienstboten eine relativ starke Fluktuation herrschte. 1787 wurde deshalb die Meldepflicht für Dienstboten eingeführt. Fremde Dienstboten, die in die Stadt kamen, mußten binnen 24 Stunden der Polizeibehörde gemeldet sein. Bei Kündigung und Wegzug aus der Stadt hatte entsprechend die Abmeldung stattzufinden. Eine Gesindeordnung, wie sie in Berlin im 18. Jahrhundert mehrfach erlassen worden war,[305] gab es in Karlsruhe hingegen nicht. Erst in großherzoglicher Zeit schuf hier die Allgemeine Gesindeordnung vom 15. April 1809 auch für Karlsruhe eine offizielle Gesetzgebung. Das landesherrliche Interesse konzentrierte sich im ausgehenden 18. Jahrhundert vielmehr auf einen Teilbereich des Dienstbotenrechtes, der Versorgung von Dienstboten im Krankheitsfalle. Es hatte sich nämlich gezeigt, daß sich die Dienstherrschaften, „teils aus Härte teils aus Unvermögen", für erkrankte Dienstboten häufig nicht mehr verantwortlich fühlten. Das 1791 eingerichtete „Dienstboteninstitut", eine freiwillige Krankenkasse für Dienstpersonal, sollte hier Abhilfe schaffen. Der Monatsbeitrag von 5 Kreuzern wurde in der Regel von den Dienstherren bezahlt, die Dienstboten konnten sich jedoch auch selbst versichern. In der Versicherungsleistung waren anfallende Krankenhaus- und Transportkosten, sowie die Reisekosten in die Heimat enthalten. Im Sterbefall wurden auch die Begräbniskosten übernommen. Die Krankenkasse stieß anfänglich auf gute Resonanz, verlor während der Revolutionskriege jedoch an Attraktivität und einen Teil der einzahlenden Dienstherrschaften. Die 1795 ergangene landesherrliche Verordnung, in der alle nicht im Dienstboteninstitut eingeschriebenen Dienstherrschaften auf die Übernahme der Krankheitskosten ihrer Dienstboten verpflichtet wurden, schuf dann jedoch die Basis für die bis 1815 erzielte finanzielle Erholung der Kasse.[306]

Fast alle Mägde fanden in jungen Jahren, häufig direkt im Anschluß an ihren Schulbesuch eine Anstellung. Der größte Teil der Karlsruher Dienstmädchen war zwischen siebzehn und fünfundzwanzig Jahre alt. In wenigen Fällen hatten sie das dreißigste Lebensjahr überschritten, alte Mägde von über fünfzig oder sechzig Jahren blieben die große Ausnahme. Da die Mädchen mit der Heirat stets aus dem Dienst schieden, kam es nur selten vor, daß eine Frau zeitlebens bei einer Familie blieb. Hatte ein Mädchen seine Anstellung bei einem Junggesellen oder einem Witwer gefunden, so konnte sie – gutes Einvernehmen vorausgesetzt – durchaus auf eine lukrative Heirat hoffen. Auch der Karlsruher Ratsverwandte, Hofbäcker und Witwer Carl Bader sah es nicht als ehrenrührig an, um die Hand seiner Dienstmagd Marie Salome Küchnerin anzuhalten.[307] Bei männlichen Bediensteten eröffnete die berufliche Qualifizierung Chancen auf eine selbständige Existenz. Viele verfügten über eine qualifizierte Ausbildung oder hatten sich während ihrer Dienstzeit spezielle Kenntnisse angeeignet. Sofern es ihnen gelungen war, darüber hinaus auch etwas Kapital zu bilden, so konnten allenfalls behördliche Reglementierungen einer Existenzbildung im Wege stehen, wie das folgende Beispiel belegt. Der Bedienstete Friedrich Gsell bat 1782 den Karlsruher Stadtrat um Aufnahme als Bürger sowie um die Konzession, in Klein-Karlsruhe einen Kramladen einrichten und sein Perückenmacherhandwerk ausüben zu dürfen. Der Stadtrat verhinderte jedoch diesen Schritt in die Selbständigkeit mit der Begründung, die Konkurrenz im Perückenmachergewerbe sei bereits viel zu groß.[308]

Die Revolutionskriege und der Beginn einer neuen Zeit

Der Ausbruch der Französischen Revolution im Juli 1789, insbesondere die revolutionären Veränderungen in Straßburg und dem übrigen Elsaß versetzten auch die Bewohner des rechten Rheinufers in Unruhe. In der badischen Residenz reagierte man umgehend mit Sicherheitsmaßnahmen. Am Rhein wurden Posten aufgestellt, Truppen nach Kehl und in die südlichen Landesteile entsandt und in Karlsruhe das Militär durch Bürgerpatrouillen verstärkt. Das gesamte Land, einschließlich seiner Residenzstadt, befand sich den Sommer 1789 über in Alarmbereitschaft. Doch die vorausschauende Reformpolitik Markgraf Karl Friedrichs verhinderte, daß die revolutionäre Propaganda selbst in den Grenzgebieten zum Elsaß ein längeranhaltendes Echo fand.[309] Vorerst blieb die Ankunft von Flüchtlingen aus der französischen Hocharistokratie die einzige wesentliche Veränderung, auf welche sich die rechtsrheinische Bevölkerung einzustellen hatte.[310] Von jeher bestanden zwischen den Elsässern und den Badenern vielfältige wirtschaftliche und familiäre Kontakte, so daß es für die französischen Nachbarn nahelag, die Markgrafschaft als neuen Aufenthaltsort zu wählen. Unter den Emigranten befanden sich zunehmend auch Bürgerliche, die dem Militärdienst entkommen wollten. Doch die Zahl der Geflohenen blieb in den ersten Monaten überschaubar, so daß der Markgraf zunächst jedem Bittsteller ohne Bedenken ein Aufenthaltsrecht für unbeschränkte Zeit einräumte. Voraussetzung war allerdings, daß sich der Emigrant jeglicher politischer oder militärischer Aktivität enthielt und den Landesgesetzen folgen sowie jederzeit schuldenfrei bleiben mußte. Die Einführung der Zivilverfassung für den französischen Klerus am 12. Juli 1790 und die mißglückte Flucht Ludwig XVI. im Juni des Folgejahres lösten dann jedoch eine anhaltende Emigrantenwelle aus, in deren Folge Karlsruhe 1792 erstmals von Emigranten überfüllt war.[311] In der badischen Residenz logierten nun komplette Familien des französischen Adels,[312] die in der Erbprinzessin Amalie nicht nur eine Fürsprecherin bei Hofe fanden, sondern der sie auch die Ausrichtung besonderer Hofbälle verdankten. In den folgenden Monaten stieg jedoch vor allem die Zahl der bürgerlichen Emigranten weiter an. Im Februar 1794 wurden in Karlsruhe 197 privat untergebrachte Flüchtlinge gezählt; etwa ein Achtel von ihnen hatte Unterkunft bei Verwandten gefunden.[313] Die anderen mußten ihren Aufenthalt in Gasthäusern nehmen. Einige Monate später befanden sich bereits über 500 Franzosen in der Residenzstadt. Unter der Karlsruher Einwohnerschaft kam es kaum zu Klagen über die französischen Gäste. Die Angehörigen des Dritten Standes verdienten ihren Lebensunterhalt meist durch Arbeit als Mägde und Knechte, womit auch den Karlsruhern geholfen war, da es seit Kriegsausbruch in der Stadt an Arbeitskräften mangelte. Lediglich einige französische Adelige, die angesichts ihrer mißlichen Lage glaubten, ihren Standesdünkel besonders zur Schau tragen zu müssen, sowie Mitglieder der Condéschen Armee stießen in der Bevölkerung auf Ablehnung. Die badische Regierung allerdings hatte den Emigranten gegenüber bereits mit Kriegsausbruch im April 1792 eine reserviertere Haltung eingenommen. Angesichts der zu erwartenden Truppendurchzüge und Einquartierungen fürchtete man neben Wohnraummangel, den Ausbruch von Epidemien und Spionage. Mit dem Hinweis, man könne den Schutz der Emigranten im grenznahen Gebiet nicht mehr garantieren, wurde den Neuankömmlingen ohne badische Aufenthaltsgenehmigung nur noch die Durchreise gewährt. Im Zuge der politischen Annäherung an die französische Revolutionsregierung seit 1795 trat eine weitere Verschärfung der Asylbedingungen ein, in deren Folge nach 1798 die anfangs freizügig vergebenen unbefristeten Aufenthaltsgenehmigungen für ungültig erklärt wurden. Gleichwohl ging die Zahl der Emigranten in Baden nur langsam zurück.

Militärisch blieb es in Karlsruhe auch nach der im April 1792 erfolgten französischen Kriegserklärung an Österreich relativ ruhig.[314] Angesichts der exponierten Lage der Markgraf-

schaft bemühte sich die badische Regierung zunächst um Neutralität. Doch bereits im Frühsommer 1792 mußte Karlsruhe den Durchzug französischer Truppen hinnehmen.[315] Zum eigenen Schutze sah sich die Markgrafschaft nunmehr zum Abschluß einer Militärkonvention mit Österreich und Preußen gezwungen, welche den Kriegseintritt zwar noch vermied, jedoch den Einsatz badischer Truppen gegen Frankreich beinhaltete. Neun Tage nach Unterzeichnung der Konvention, am 30. Oktober 1792, folgte der erste Alarm in der badischen Residenz: Ein französisches Korps habe die Reichsstadt Speyer überfallen und den Rhein überschritten, lautete die Meldung. Erwies die Nachricht sich alsbald auch als Fehlalarm, so hatte sich die markgräfliche Familie doch entschlossen, die grenznahe Residenzstadt vorerst zu verlassen und ihren Aufenthalt in Ulm zu nehmen. Einige Karlsruher Familien verließen ebenfalls Karlsruhe. Mit dem Landesherrn war auch das Militär aus Karlsruhe abgerückt, so daß die Bürger den Wachdienst in der Stadt selbst übernehmen mußten. Da sich namentlich unter der Honoratioren- und Beamtenschaft viele Freiwillige meldeten, konnte die Einteilung der Patrouillen ohne Probleme erfolgen, die dann jedoch nur kurz zum Einsatz kamen, da Markgraf und Militär schon bald wieder zurückkehrten.[316] Erst im folgenden Jahr erwies es sich als notwendig, ein ordentliches bürgerliches Bewaffnungkorps in Karlsruhe aufzustellen. Im April 1793 war Baden durch die Kriegserklärung des Reiches gegen Frankreich zum Kriegsteilnehmer geworden. Im Herbst desselben Jahres hatte der Markgraf ein Bataillon des Leibregiments für drei Jahre gegen englische Subsidien an das alliierte Heer auf dem niederländischen Kriegsschauplatz abgegeben, während die Österreicher ihre Truppen am Oberrhein abzogen und zum Schutze des Gebietes lediglich eine Landmiliz zurückließen. Die Markgrafschaft war dadurch militärisch nahezu entblößt. Für den Fall, daß die badische Residenz abermals ohne militärischen Schutz dastehen sollte, wurden nun alle unter sechzig Jahre alten Bürger und Schutzjuden rekrutiert. Ihre Ausbildung übernahmen die Karlsruher Schützengesellschaften. Die ältere, bereits 1721 gegründete, hatte zuvor ausschließlich zu sportlichen Zwecken gedient und sich auf das Scheibenschießen beschränkt. Überwiegend Standespersonen und höhere Beamte zählten zu ihren Mitgliedern. 1794/95 formierte sich unter den Stadtbürgern eine zweite Schützengesellschaft, die ihre Gründungsabsicht in der zur Stadtverteidigung notwendigen Scharfschützenausbildung sah. Angesichts der gemeinsamen miltärischen Herausforderung schlossen sich beide Vereine – ohne Rücksicht auf Standesunterschiede – alsbald zusammen.[317] Die Jahre 1794/95 brachten dann erstmals spürbare Not nach Karlsruhe. Kaiserliche Truppendurchzüge belasteten das Land schwer. Die Getreidepreise, die sich seit Kriegsausbruch 1792 im Steigen befanden, erreichten 1794/95 Spitzenwerte, welche noch jene der schlimmen Hungerjahre von 1771/72 übertrafen (s. Graphik Getreidepreise, S. 164). Auch die Zahl der Neugeborenen ging auffällig zurück, so daß es bei vermehrten Todesfällen seit den vierziger Jahren des Jahrhunderts erstmals wieder zu einem negativen Bevölkerungswachstum kam (s. Graphik Bevölkerungsentwicklung, S. 165). Politisch befand sich die badische Regierung ebenfalls in einer äußerst schwierigen Lage. Auf sich gestellt, war Baden nicht überlebensfähig, österreichische Militärhilfe wurde jedoch nur zögernd gewährt, und Preußen war aufgrund des im April 1795 mit Frankreich abgeschlossenen Separatfriedens aus der antifranzösischen Koalition ausgeschieden. Die militärischen Erfolge nahmen auf französischer Seite unaufhaltsam zu. Die Kapitulation Mannheims am 20. September 1795 veranlaßte den Markgrafen abermals vorübergehend zur Flucht. In dieser Situation schloß sich Markgraf Karl Friedrich dem preußischen Vorbild an und betraute den jungen Sigismund Karl Johann Freiherr von Reitzenstein als Sonderbevollmächtigten, Separatfriedensverhandlungen mit Frankreich einzuleiten.[318] Diese maßgeblich von Reitzenstein initiierte Wende in der badischen Außenpolitik sollte letztendlich zur Grundlage für

die späteren Gebietszugewinne der Markgrafschaft werden. Kurzfristig vermochte diese Entscheidung die Residenzstadt Karlsruhe jedoch nicht vor den nun folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen zu bewahren. Nach einem fünfmonatigen Waffenstillstand setzten Anfang Juni 1796 abermals massive französische Angriffe ein. Die markgräfliche Familie begab sich sogleich samt Archiv und Landschreiberei in ihr nunmehr längerwährendes Exil, das ihnen vom preußischen König im Jagdschloß Falkenhausen bei Triesdorf/Ansbach geboten wurde. Als Regierungsbevollmächtigter blieb Kammerpräsident Christian Freiherr von Gayling in der Residenzstadt zurück.

Am 11. Juli 1796 rückten französische Revolutionstruppen durch das Ettlinger Tor in die badische Residenz ein. Die in Rüppurr lagernden Österreicher waren ohne Probleme vertrieben worden. Karlsruhe wurde französisches Hauptquartier, einen Seitenflügel des Schlosses belegte die französische Generalität, während der französische Stadtkommandant bei Minister Georg Ludwig Freiherr von Edelsheim einzog. Anläßlich der Separatfriedensverhandlungen befand sich der badische Unterhändler von Reitzenstein mit den französischen Siegern bereits im Gespräch, so daß die Unterzeichnung eines Waffenstillstandes zügig erreicht wurde. Anfang August waren alle Karlsruher Stadttore mit Schildern „Territoire de Baden, pays neutre" versehen. Ungeachtet der Sympathien, die den Badenern seitens der Franzosen entgegengebracht wurden, beinhaltete der Vertrag hohe Kontributionsforderungen. Der unverzügliche Rückzug der badischen Truppen aus der Koalitionsarmee war selbstverständlich ebenfalls Vertragspunkt wie auch die Gewährung von freiem Durchzug und Sachlieferungen an die französische Revolutionsarmee. Allein der Stadt Karlsruhe wurde eine bevorzugte Stellung eingeräumt. General Moreau verpflichtete sich, die badische Residenz möglichst von Durchzügen und Einquartierungen zu verschonen. Abgesehen von den finanziellen Forderungen, blieb die direkte Belastung der Karlsruher Einwohnerschaft durch die französische Besatzung tatsächlich erträglich. Unter starken Einquartierungen hatten die Stadtbürger nur anfänglich zu leiden. Die Klein-Karlsruher Einwohnerschaft blieb von vornherein von Abgaben befreit. Kaum hatten sich die Karlsruher einige Wochen mit dieser neuen Situation abgefunden, da wendete sich das Kriegsglück der Franzosen. Im September 1796 standen österreichische Truppen wieder unmittelbar vor Mühlburg. Am 14. des Monats folgte frühmorgens der Angriff auf Karlsruhe. Einige der Franzosen entschlossen sich zur Flucht durch das kleine nach Süden führende Prinzentor. Die militärische Entscheidung folgte dann rasch: Ein Gefecht an der Langen Straße forderte unter der Zivilbevölkerung zwei Tote und einen Verletzten, ein weiterer Schußwechsel am Marktplatz und in der östlichen Langen Straße führte zu Gebäudeschäden am reformierten Pfarrhaus und in der Kronen- und Adlergasse. Noch vor 12 Uhr mittags war die Stadt wieder in österreichischer Hand. Die Franzosen durften über Gottesau nach Grünwettersbach und Ettlingen abziehen. Baden und seine Residenzstadt Karlsruhe waren hingegen in eine politisch prekäre Lage geraten. Obgleich der badisch-französische Separatfriedensvertag immer noch nicht ratifiziert war, empfanden die Österreicher schon alleine die Vorverhandlungen als Affront und betrachteten Baden fortan als Feindesland. Der österreichische Oberbefehlshaber Erzherzog Karl schrieb hohe Kontributionsforderungen aus, nach denen die Residenzstadt Karlsruhe nun nicht mehr von Einquartierungen verschont bleiben, vielmehr in Anbetracht der erhofften finanziellen Leistungsfähigkeit besonders gefordert werden sollte.[319] Hatte die Residenzstadt in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch ihr städtisches Vermögen tatsächlich erhöhen können – 1780 verfügte die Stadtkasse über ein Kapital von 29013 Gulden, zehn Jahre später immerhin schon über 43313 Gulden – so sollten die Kriegsereignisse das Geld nach und nach aufzehren. 1801 hatte die Kommune bereits 6047 Gulden Schulden, die während der folgenden Jahre auf das Sechsfache ansteigen sollten.

Erst 1809 begann sich die Schuldenlast wieder zu reduzieren.[320]

Markgraf Karl Friedrich hatte den ganzen Sommer über bis weit in den Herbst hinein mit seiner Familie im Ansbacher Exil verbracht. Am 22. November 1796 stand nun nicht nur sein 68. Geburtstag, sondern auch sein 50jähriges Thronjubiläum bevor. Obgleich die Stadt von kaiserlichen Truppen besetzt und eine französische Offensive nicht ausgeschlossen war, entschloß er sich, das Fest in seiner Residenzstadt zu begehen. Die Feierlichkeiten fielen erwartungsgemäß recht schlicht aus. In Karlsruhe erwarteten ihn nur wenige Adelige, seine Familie war im Exil geblieben. Man beschränkte sich auf einen Jubiläumsgottesdienst in der Stadtkirche. In dieser Lage entschloß sich Markgraf Karl Friedrich erneut zu einem politischen Kurswechsel. Ohne den badisch-französischen Separatfrieden ratifiziert zu haben, berief er Sigismund von Reitzenstein aus Paris ab.[321] Der Kaiser beantwortete diesen Schritt mit der Zusicherung seines Schutzes, so daß im Februar 1797, nachdem auch die Festung Hüningen wieder in kaiserlicher Hand war, die Rückkehr der markgräflichen Familie in die badische Residenz möglich erschien. Voller Freude begrüßte die Karlsruher Einwohnerschaft am Abend des 16. Februar den gemeinsam mit dem Erbprinzen in einem feierlichen Einzug durch das Durlacher Tor heimkehrenden Markgrafen.[322] Noch im Herbst desselben Jahres schien Badens prekäre Lage mit dem Frieden von Campoformio endgültig beendet. Österreich mußte für das Reich auf alle linksrheinischen Gebiete verzichten, auf dem sich anschließenden Rastatter Kongreß sollte über daraus folgende Kompensationsansprüche der geschädigten Fürsten debattiert werden. Ohne Bedenken konnte am 15. Dezember 1797 auch endlich der badisch-französische Separatfrieden ratifiziert werden. In einem Geheimartikel waren bereits die Kompensationsansprüche Badens für den Verlust der linksrheinischen Besitzungen im Elsaß, Luxemburg und Sponheim enthalten. Doch zuvor mußten die Friedensbemühungen und mit ihnen Baden, das auf dem Rastatter Kongreß eine starke Stellung genossen hatte, abermals einen Rückschlag hinnehmen. Nachdem der Kongreß 1799 ein jähes Ende genommen hatte, überschritten zwei französische Heere den Rhein, und Karlsruhe wurde abermals Kriegsschauplatz. Über ein Jahr sollte es dauern, bis die Karlsruher Zeitung am Montag, dem 16. Februar 1801, genau vier Jahre nach der Rückkehr des Markgrafen aus preußischem Exil, in großen Lettern melden konnte „Friede zwischen Sr. Majestaet dem Kayser und der Republick Frankreich."[323] Gemäß dem Lunéviller Frieden mußte Österreich und die deutschen Territorien die französische Republik mit allen Eroberungen formell anerkennen. Zugleich wurde mit der bereits im Frieden von Campoformio geforderten Reichsreform, die der deutschen Kleinstaaterei ein Ende setzen sollte, unter französischem Druck begonnen. Von dieser Reichsreform profitierte Baden nicht nur überaus viel, die durch Napoleon eingeleiteten Maßnahmen veränderten den Charakter des Landes in solch entscheidendem Maße, daß durchaus vom „Beginn einer neuen Zeit" gesprochen werden muß. Die linksrheinischen Verluste von rund 743 Quadratkilometern erfuhren mit den rechtsrheinischen Kompensationsgewinnen von etwa 3.400 Quadratkilometern einen überproportionalen Ausgleich. Die enorme Vergrößerung des Landes wurde durch die im Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 bestimmte Aufhebung aller geistlich regierten Staaten sowie zahlreicher freier Reichsstädte möglich. Baden erhielt hiermit das Bistum Konstanz, den rechtsrheinischen Besitz der Hochstifte Speyer, Straßburg und Basel sowie vierzehn reichsunmittelbare Abteien. Aus weltlichem Besitz fielen Baden die von Bayern abgetretene Nekkarpfalz mit Mannheim und Heidelberg sowie den wichtigsten Ämtern zu, ferner sieben Reichsstädte, darunter Offenburg und Überlingen. Der territoriale Machtzuwachs wurde schließlich mit der Verleihung der Kurwürde überhöht, die sich auf den pfälzischen Besitz gründete.[324] Für die Residenz Karlsruhe bedeuteten diese Ereignisse einen unvergleichli-

chen Prestigegewinn. Bereits im Herbst 1802 waren Truppen zur Inbesitznahme der neuen Landesteile aus Karlsruhe entsandt worden. Die Organisation des neugebildeten Landes mußte von hier aus erfolgen. Drei Provinzen wurden gebildet, die höchsten Landesbehörden verblieben in Karlsruhe, nur die oberste badische Appellationsinstanz, das Oberhofgericht, erhielt seinen Sitz in Bruchsal.[325] Mit der neuen Kurwürde kamen nun auch vermehrt hohe Staatsgäste an den Karlsruher Hof. Unterstützt wurde das gewachsene Ansehen des badischen Hauses durch die seit 1793 betriebene Heiratspolitik Erbprinzessin Amalies, die ihre Töchter ausschließlich an hochrangige Fürstenhäuser vergab, so daß sich die badische Verwandtschaft bereits in einigen europäischen Herrscherhäusern etabliert hatte. Für den politischen Aufstieg Karl Friedrichs erwies sich insbesondere die Eheschließung Markgräfin Luises 1793 mit dem späteren Zar Alexander I. als vorteilhaft: Bei den Entschädigungsverhandlungen in Paris sollten die dynastischen Beziehungen nach Rußland eine entscheidende Rolle spielen. Ebenfalls von großem Format waren die beiden 1797 geschlossenen Ehen zwischen Karoline von Baden und Maximilian I., König von Bayern, und deren Schwester Friederike mit Gustav IV., König von Schweden. Letzere hielten sich im September 1803 längere Zeit in Karlsruhe auf, was den Besuch anderer fürstlicher Personen nach sich zog.[326] Auch die Karlsruher Bürgerschaft war bemüht, den Aufenthalt der hochadeligen Gäste unterhaltsam und angenehm zu gestalten. Schüler studierten einen musikalischen Festumzug zum Schloß ein, Dr. Gmelin bot Führungen durch sein Naturalienkabinett, an und im Böckmannschen Labor wurden mathematische und physikalische Instrumente vorgestellt. Die badische Residenzstadt fühlte sich offensichtlich gezwungen, ihre Attraktivität unter Beweis zu stellen. Immerhin waren mit der Arrondierung 1803 zwei weitere Residenzstädte, Heidelberg und Mannheim, badisch geworden, die Konkurrentinnen zu werden drohten. Bereits 1803 schuf das Gerücht, die badische Residenz würde alsbald verlegt werden, Unruhe unter den Karlsruhern. Im Dezember sah sich der Kurfürst veranlaßt, Geheimrat Vierordt mit der Versicherung, weder er noch der Erbprinz seien an einer Residenzverlegung interessiert, ins Drechslersche Kaffeehaus zu schicken, von wo die Nachricht zur weiteren Verlautbarung publik gemacht werden sollte. Aus der unverzüglich folgenden Danksagung des Stadtrates an den Kurfürsten sprach unverkennbar die Erleichterung der Stadtbevölkerung.[327]

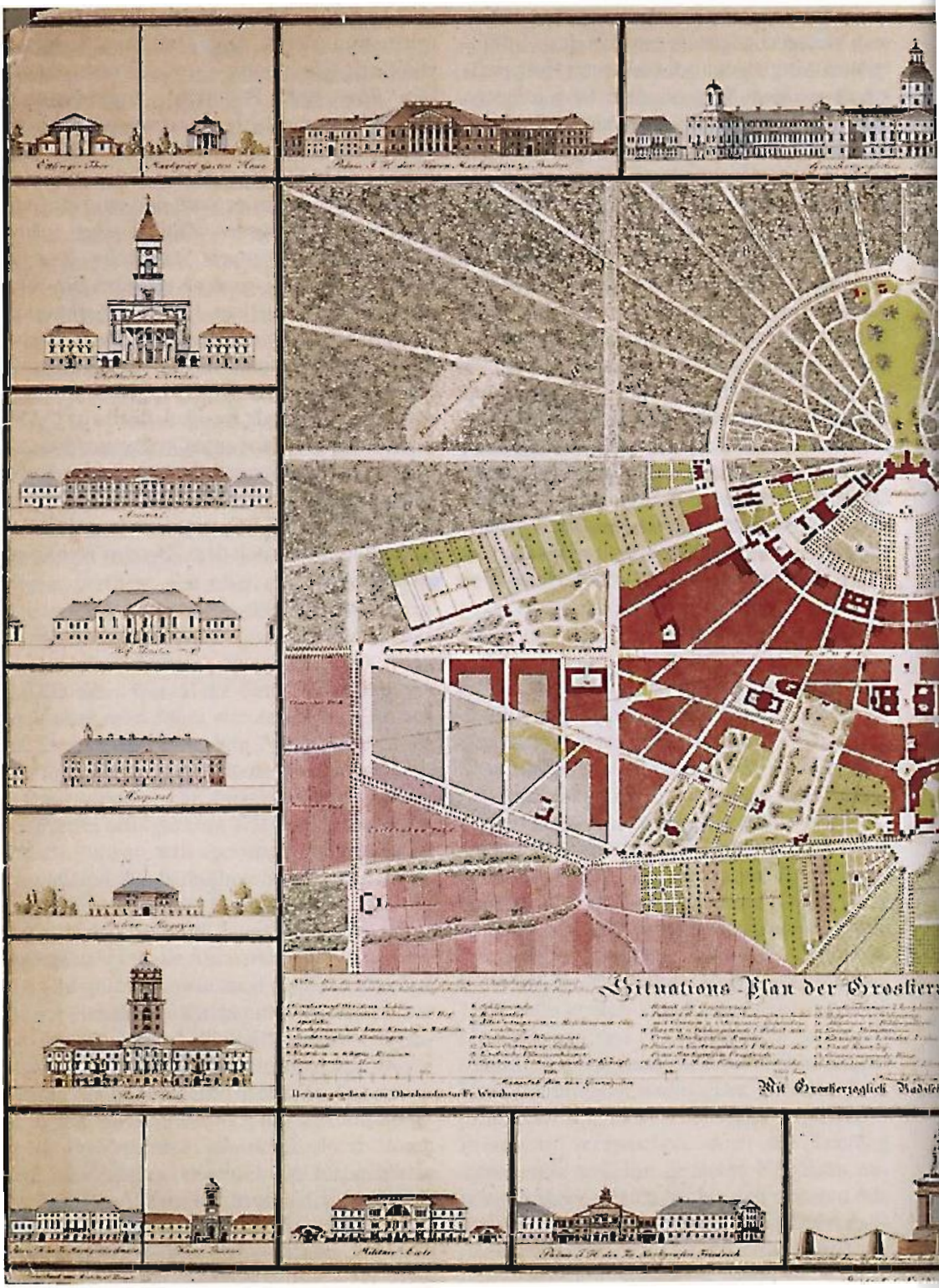
Eine weitere, durch den Gebietsanfall bedingte, bleibende Veränderung stellten die neuen Konfessionsverhältnisse im Lande dar. 1803 gehörten nur noch 37% der badischen Bevölkerung der lutherischen Landeskonfession an. Mit dem Anfall der geistlichen Territorien war der katholische Bevölkerungsanteil im Land Baden auf 51% gestiegen, 9% waren reformiert und 1% jüdischen Glaubens.[328] Angesichts dieser Konfessionsverteilung und der von Frankreich forcierten Säkularisierung war es nur folgerichtig, daß mit dem 3. badischen Organisationsedikt die prinzipielle Duldung aller drei christlichen Konfessionen, der Schutz ihrer Religionsausübung und die Zulassung von Katholiken und Reformierten zum Bürgerrecht und zum Staatsdienst für das ganze Land Baden verfügt wurde.[329] Auch in der Residenzstadt, Zentrum und Anlaufpunkt des Landes, wirkten sich nach und nach die veränderte konfessionelle Zusammensetzung der Landesbevölkerung aus. Gehörten 1775 noch über 80% der Karlsruher (ohne Klein-Karlsruhe) der Landeskonfession an, hatte sich deren Anteil bis 1810 auf etwas über 72% verringert. Der Anteil der Katholiken stieg im gleichen Zeitraum von 12,2% auf 17,5%. Berücksichtigt man darüber hinaus die Einwohner der inzwischen eingemeindeten Siedlung Klein-Karlsruhe, so stieg der katholische Anteil in der Residenzstadt auf 18,8%. Auch die Reformierten vergrößerten ihre Gemeinde beträchtlich. Ihr Bevölkerungsanteil erhöhte sich von 1,6% auf 3,9% (s. Graphik Konfessionszugehörigkeit, S. 113). Als landesherrliche Aufsichtsbehörde über die katholischen

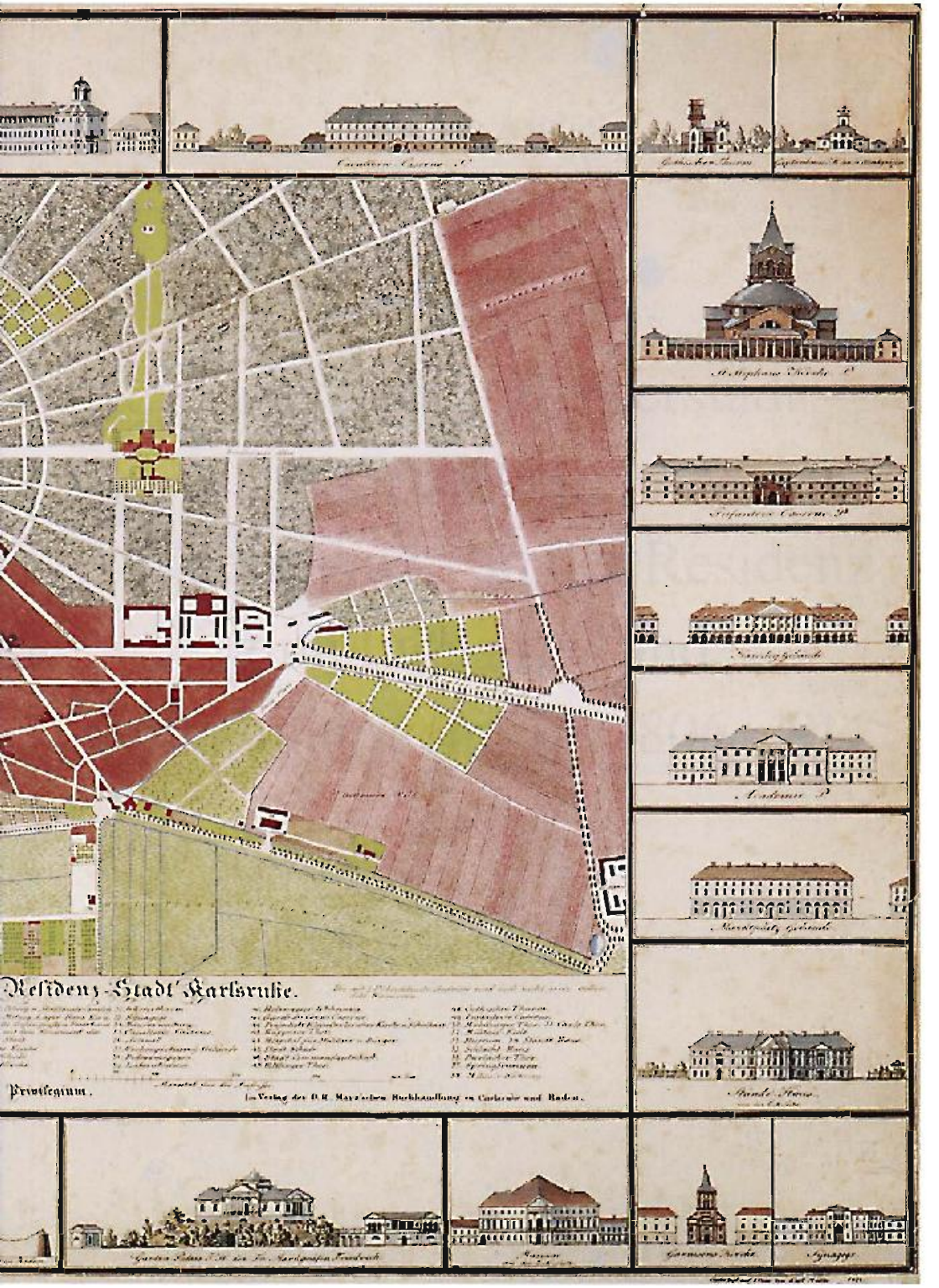
und reformierten Institutionen sah das 1. Organisationsedikt, analog der lutherischen Kirchenverfassung, die Einrichtung von Kirchenkommissionen vor.[330] Wenngleich die Diözesanrechte der katholischen Bischöfe unangetastet bleiben sollten, so hatte die partielle Auflösung der linksrheinischen Bistümer die Diözesangewalt geschwächt, so daß der Aufbau einer badischen Staatskirche leichter durchführbar schien. Von daher forderten die politischen Verhältnisse geradezu heraus, was zur Gründungszeit Karlsruhes lange Zeit umstritten war und dann verworfen wurde: die Errichtung einer katholischen Pfarrei in Karlsruhe. Die Pfarreigründung vollzog sich am 28. März 1804, indem der bisher nur als „privat" geltende katholische Gottesdienst für öffentlich erklärt wurde. Am 26. August erhielt die Gemeinde mit dem zum Karlsruher Stadtpfarrer ernannten Mannheimer Gymnasialprofessor Joseph Huber ihren ersten Geistlichen. Die Pfarrei verfügte nun über alle notwendigen Kompetenzen, so die unabhängige Führung der Kirchenbücher, die Versehung der Kasualien und die Errichtung einer Kirche mit Turm und Glocken, worauf die Gemeinde allerdings noch über zehn Jahre warten mußte. Erst am 26. Dezember 1814, dem Namenstag Großherzogin Stephanies, konnte die Einweihung gefeiert werden. Die finanzielle Ausstattung der Pfarrei erfolgte zum Teil über baden-badische Stiftungen, teils aber auch aus ablösbaren Zuschüssen der badischen Staatskasse sowie dem Unterhalt der Kapuzinermönche, die nicht mehr benötigt wurden. Neben dem Stadtpfarrer sah die Ausstattung der Pfarrei einen Oberpfarrer sowie zwei Kapläne vor. Der zweite Geistliche, Kirchenrat Rothensee, war als Mitglied der katholischen Kirchenkommission in Bruchsal Mittelsmann zur vorgesetzten landesherrlichen Behörde. Diese war nach dem Zusammenbruch des Bistums Speyer die im Zuge des Staatskirchentums durch den Landesherrn eingerichtete maßgebliche Instanz. Das Vikariat in Bruchsal, die bischöfliche Exilbehörde, hatte im wesentlichen nur noch Einfluß auf kirchliche Belange. Insofern besaß die Einrichtung einer katholischen Pfarrei in der lutherischen Residenzstadt auch nicht mehr annähernd die Brisanz wie in der ersten Jahrhunderthälfte. Beide Geistliche wurden auf Vorschlag der Kirchenkommission vom Kurfürsten ernannt, die Auswahl der Kapläne oblag den Geistlichen.[331]

Die für Baden und die badische Residenz angebrochene „neue Zeit" zeigte allerdings auch ihre Schattenseiten. Zwar hatte sie Baden enorme Gebietserweiterungen und Prestigegewinne gebracht, doch war dies letztendlich mit einer steigenden Abhängigkeit vom neuen französischen Machthaber Napoleon erkauft worden. Das 1804 nochmals aufflammende Kriegsgeschehen und der im Folgejahr zwischen Baden und Napoleon abgeschlossene Vertrag über Militär- und Sachhilfe zwang Baden endgültig auf die französische Seite. Wiederum zahlte es sich für Baden aus. Der Beitritt zum Rheinbund im Juli 1806 ließ das Kurfürstentum nochmals wachsen, nunmehr zählte es ca 900.000 Einwohner auf rund 14.000 Quadratkilometern. Um nicht weniger als auf das Vierfache des Umfanges der Markgrafschaft hatte sich Baden inzwischen vergrößert. Auch diesmal wurde der territoriale Zuwachs von einer Rangerhöhung begleitet. Karlsruhe konnte sich fortan „Großherzogliche Haupt- und Residenzstadt" nennen. Bereits im Januar 1806 hatte Napoleon der badischen Residenz einen Besuch abgestattet. Karlsruhe rüstete sich für den hohen Gast mit einer inzwischen routiniert ausgeführten Stadtbeleuchtung, am Hof wurde eine Militärparade und ein großer Hofball veranstaltet.[332] Der französische Herrscher kam nicht ohne Absicht an den badischen Hof. Im Dezember 1804 hatte er sich zum Kaiser der Franzosen krönen lassen, was er nun durch die verwandtschaftliche Beziehung zu einem hochadeligen Haus legitimieren wollte. Der badische Erbprinz Karl war zwar schon einer bayerischen Prinzessin versprochen, doch die Trauung stand noch aus. Ihn gedachte Napoleon mit seiner angeheirateten Nichte und späteren Adoptivtochter Stephanie Beauharnais zu verheiraten. Die anfängliche Reserviertheit auf badischer Seite ließ Napoleon schon im Vorfeld

seines Besuches mit weiteren Begünstigungen und Versprechungen gegenüber den einflußreichen Mitgliedern der badischen Hofgesellschaft aus dem Weg räumen: Dem jüngsten Sohn Karl Friedrichs, dem Prinzen Ludwig, wurde die Bezahlung seiner Privatschulden versprochen; der zweiten Gattin Karl Friedrichs, Frau von Hochberg, das Sukzessionsrecht ihrer Söhne in Aussicht gestellt. Darüber hinaus stand die Arrondierung im Breisgau zur Diskussion, von welchem ein Teil bereits durch den Preßburger Frieden im Dezember 1805 an Baden gefallen war. Die Versprechungen Napoleons wirkten. Eine andere Haltung war politisch auch nicht mehr möglich, zumal vom Kurfürsten selbst wenig Widerstand zu erwarten war. Nach einem Schlaganfall im Herbst 1804 zeigte sich sein gesundheitlicher Zustand überwiegend bedenklich. Bereits zweieinhalb Monate später fand die Vermählung Karls mit Stephanie in Paris statt. Die Hochzeit stand ganz unter französischer Regie. Unberücksichtigt blieb, daß der Hochzeitstermin, der 8. April, mit dem Todestag von Karls Großmutter Karoline Luise, der ersten Frau Karl Friedrichs, zusammenfiel. Dreiundzwanzig Jahre zuvor war sie – ebenfalls in Paris – einem Schlaganfall erlegen. Am 13. Juli trafen die Neuvermählten in Karlsruhe ein, wo sie in der Stadt und am Hof festlich empfangen wurden. Zwei Wochen später siedelte das Paar nach Mannheim über.[333] Abermals wurde unter der Karlsruher Einwohnerschaft die Sorge laut, Erbprinz Karl könne nach seinem Regierungsantritt die badische Residenz nach Mannheim verlegen. Doch auch diesmal sicherte die Regierung dem Stadtrat zu, Karlsruhe würde Residenz bleiben.[334] Mit der Erhebung Badens zum Großherzogtum am 13. August 1806 begann für die nunmehr großherzoglich badische Residenz Karlsruhe als Hauptstadt tatsächlich eine lange politische Zukunft, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg enden sollte.

Abb. S. 188/189: Stadtplan von Friedrich Weinbrenner aus dem Jahr 1822.


Situations-Plan der Grosser
Mit Grossherzoglich Badis


Residenz-Stadt Karlsruhe.
Prostegium.

Susanne Asche

Residenzstadt – Bürgerstadt – Großstadt: Auf dem Weg von der Residenz zum Industrie- und Verwaltungszentrum 1806–1914

Entwicklung und Ausbau zur großherzoglich badischen Haupt- und Residenzstadt 1806–1830

Das erste Drittel des 19. Jahrhunderts war für Europa eine bewegte Epoche: Sie reichte von der französisch-napoleonischen Europapolitik über die Installation des Metternichschen restaurativen Systems bis zu ersten Anzeichen eines neuen europaweiten demokratischen Aufbruchs.

Das Großherzogtum Baden hatte in dieser Zeit drei Landesherren. Bis 1811 regierte der zunehmend vergreisende Karl Friedrich, dessen Denken noch dem aufgeklärten Absolutismus anhing und der dennoch zu grundlegenden Reformen gezwungen war. Bis 1818 war Großherzog Karl Landesherr eines Großherzogtums, das am Ende seiner Amtszeit zu einem modernen Verwaltungsstaat mit einer konstitutionellen Verfassung geworden war. Die Amtszeit seines Nachfolgers, seines Onkels Großherzog Ludwig, der bis 1830 herrschte, war ohne große Glanzpunkte und eher gekennzeichnet durch eine Konsolidierung der neu geschaffenen Strukturen. Mit der Thronbesteigung des Großherzogs Leopold im Jahr 1830 begann eine neue freiheitlichere und kulturell lebendigere Zeit.

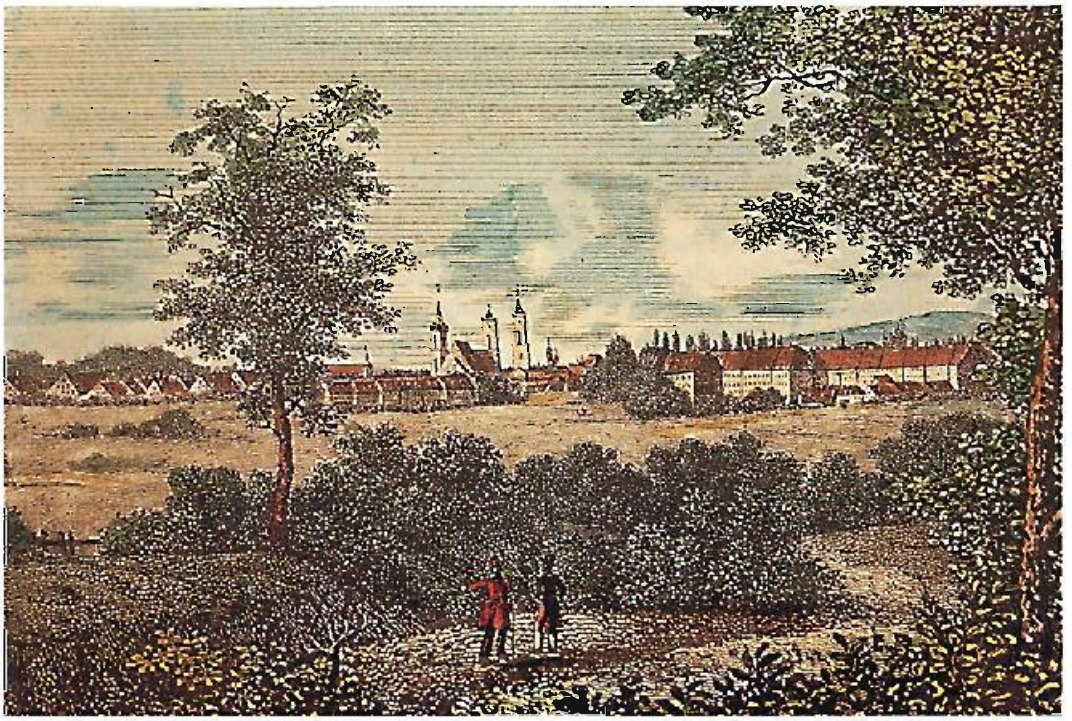
Das erste Jahrzehnt der Epoche ab 1806 stand ganz im Zeichen französischer Außenpolitik. Napoleon löste zur Absicherung seiner Macht westlich des Rheins die herkömmlichen Strukturen und Herrschaftssysteme auf und schuf neue Staaten. Durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 und durch die Rheinbundakte vom Juli 1806 vergrößerte sich Badens Territorium von 3.900 auf 14.000 Quadratkilometer, und die Zahl der Untertanen wuchs von 165.000 auf 900.000.[1] Grundlegende Verwaltungs- und Rechtsreformen waren notwendig, um das neue Gebilde auch innerlich zu festigen, die Herrschaftsform des aufgeklärten Absolutismus wich der eines auf einem einheitlichen Rechtssystem basierenden modernen monarchistischen Beamtenstaates, der seit der Verfassung von 1818 konstitutionell gebunden war. Nach dem Ende der Napoleonischen Ära begann die Epoche des sogenannten Biedermeier, unter dessen ruhiger Oberfläche sich allerdings tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Veränderungen durchsetzten.

Infolge dieser Umbrüche stellen sich die zweieinhalb Jahrzehnte für die Karlsruher Geschichte als eine Epoche dar, in der sich die Stadt endgültig von einer kleinen bescheidenen Residenz zu der Haupt- und Residenzstadt des Großherzogtums Baden, d. h. zu dem Verwaltungs- und Machtzentrum eines deutschen Mittelstaates entwickelte. Karlsruhe wurde nun erst zu einer Stadt, die nicht mehr nur Kolonie des Hofes war. Die Einwohnerzahl stieg drastisch: lebten 1801 noch 8.721 Menschen in der Stadt, so stieg ihre Zahl bis 1815 auf 15.128, um 1830 schon die Zahl von 20.109 zu erreichen.[2] Mit den Verwaltungszentren kamen neue Bevölkerungsschichten in die Stadt, das traditionelle Gewerbebürgertum verlor an Einfluß, das moderne Wirtschafts- und Beamtenbürgertum, das sich langsam vom Hof abzulösen begann, bildete die neue Elite städtischen Lebens.[3]

Deutliches Zeichen der Veränderungen in Karlsruhe vom Anhängsel des Hofes zur Haupt- und Residenzstadt war die Errichtung des Marktplatzes als bürgerliches Gegenzentrum zum Hof. Die Bautätigkeit der Zeit, die unter der Leitung des Oberbaudirektors Friedrich Weinbrenner der Stadt ein klassizistisches Äußeres verlieh und damit eindrücklich der nun beginnenden Moderne einen stadtbildprägenden Baustil gab, war der unübersehbare Ausdruck des beeindruckenden Aufstiegs der Stadt in dieser Epoche.

Kriegszeiten

Da die Rheinbundakte Baden zu einem Satellitenstaat Frankreichs werden ließ und zur ak-



Ansicht der Haupt- und Residenzstadt von Südwesten, 1831.

tiven Unterstützung des westlichen Nachbarn im Kriegsfalle verpflichtete, kämpften Badener in den nun folgenden Kriegszeiten als Soldaten in den napoleonischen Heeren und leisteten als Zivilbevölkerung Abgaben, lieferten Fourage und boten Quartier für durchziehendes oder stationiertes Militär.

Dabei zeigte sich schon zu Beginn der Epoche im Januar 1806 bei den Karlsruhern eine allgemeine Kriegsmüdigkeit. Anläßlich des Besuchs des französischen Kaiserpaares Napoleon und Josephine im Januar 1806 überreichte eine „Deputation" des Bürgermeisters, des Rates und der Bürgerschaft am Eingang der Stadt am Durlacher Tor eine französisch abgefaßte Dankadresse an das hohe Paar, in der es geradezu beschwörend hieß: „Aber es gibt ... etwas, wovon wir ganz besonders beseelt sind, und welches wir hier aussprechen müssen: Es ist dies die tiefe Dankbarkeit, die wir Ihnen schulden dafür, daß des Krieges Geißel von uns fern blieb in Folge von Siegen, wie sie in den Geschichtsbüchern der Welt ohne Beispiele sind, und eines Friedens, der ebenso ruhmreich als edel ist. ... Der mächtige Arm, welcher es verstanden hat, so schnell diesen glücklichen Frieden zu Stande zu bringen, diesen Herzenswunsch aller wohldenkenden Menschen, wird ihn auch festzuhalten wissen."[4]

Doch die Friedenszeit dauerte nur wenige Monate, schon im Oktober 1806 schlug Napoleons Heer die preußisch-sächsische Armee in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt, im Frühjahr 1808 begann er den für ihn verhängnisvollen Krieg in Spanien, im Juli 1809 war Österreich besiegt. Im Frühsommer 1812 begann der russische Feldzug der „Großen Armee", der in einer Katastrophe endete und den Untergang Napoleons einleitete. Badische Truppen kämpften an der Seite Frankreichs 1806 und 1807 gegen Preußen, 1808 gegen Spanien, 1809 gegen Österreich und 1813 im russischen Feldzug, wo sie schwerste Verluste bei dem Übergang an der Beresina erlitten. Erst vier Wochen nach der „Völkerschlacht" von Leipzig, am 20. November 1813, wech-

selte das Großherzogtum Baden die Fronten und schloß sich während der sogenannten „Befreiungskriege" den antinapoleonischen Alliierten an.
Die Karlsruher wie auch weite Teile der badischen Bevölkerung standen bis 1813 mit Sympathie auf der Seite Napoleons, sie rechneten fest auf seine Siege und unterstützten daher nicht nur gezwungenermaßen die von Frankreich begonnenen Kriege, obwohl diese große materielle Verpflichtungen nach sich zogen.[5]

Einquartierungen, Kontributionen und städtische Schulden

Die Kriege brachten Soldaten in die Stadt, deren Einquartierung der jeweilige Stadtkommandant zusammen mit dem Bürgermeisteramt organisierte.[6] Zwar hatte Napoleon 1805 für Karlsruhe und Mannheim Durchzugs- und Einquartierungsfreiheit versprochen, doch ließ sich das Versprechen angesichts der Größe der aufgestellten Heere nicht halten.[7]
Ein am 14. Mai 1807 vom Bürgermeisteramt und Stadtrat veröffentlichtes neues Einquartierungsreglement schrieb vor, daß die Quartierpflicht beim Hauseigentümer lag, der seine Mieter hinzuziehen konnte. Künftig war es verboten, die zugewiesenen Soldaten außer Hauses unterzubringen oder sich durch Geldzahlung mit diesen abzufinden.[8]
Nachdem das Großherzogtum auf die Seite der Napoleonsgegner gewechselt hatte, die Kriegsfront näherrückte und Baden zum Auf- und Durchmarschgebiet wurde, verschärfte sich die Lage. Gegen Ende des Jahres 1813 wurde die gesamte badische Linieninfanterie in Karlsruhe zur Neuaufstellung zusammengezogen, so daß nun sämtliche Hauseigentümer aufgefordert waren, Quartiere bereitzuhalten. Unter dem Vorsitz des Platzkommandanten rief man eine Einquartierungskommission ins Leben, der Oberbürgermeister Christian Griesbach, Bürgermeister Bernhard Dollmätsch, zwei Ratsverwandte, der Stadtverrechner Kaiserwirt Dollmätsch und die neun Gassenmeister angehörten.[9]
Die wachsende Zahl einquartierter Truppen schlug sich in den städtischen Einquartierungsrechnungen nieder. Diese wiesen für die Zeit vom 22. Juni 1810 bis zum letzten Februar 1813 eine Ausgabensumme von 17.464 Gulden auf, aber allein für den Zeitraum vom 1. März 1813 bis zum Ende des Jahres, d. h. über den Zeitraum des französischen Rußlandfeldzuges und des badischen Bündniswechsels, eine Summe von 24.447 Gulden.[10]
Zu den Einquartierungen kamen die Kontributionsverpflichtungen hinzu, der die Stadt bis 1808 mit der Aufnahme von Kapital nachkam. Ab diesem Zeitpunkt mußten die Forderungen auf die Einwohner umgelegt werden, die ihre Schuld in 10-Jahresfristen abtragen konnten. Dabei gingen Bürgermeisteramt, Stadtrat, Bürgerausschuß und das Oberamt von einer anzunehmenden Summe von 135.000 Gulden aus.[11] Wer sich bereitfand, im ersten Jahr den gesamten Betrag zu zahlen, erhielt einen 30%igen Nachlaß. Allein in dem nun folgenden Zeitraum vom 1. November 1808 bis zum 11. Februar 1811 wurden von der Einwohnerschaft 41.351 Gulden Kontribution erhoben.[12]
Einquartierungen, Kriegskosten und Kontributionsverpflichtungen leerten die Stadtkasse und zwangen die Bürgerschaft, Darlehen aufzunehmen. Die Bürgermeisterrechnungen und die Kriegskostenrechnungen des Karlsruher Oberamtes aus dieser Zeit berichten von den großen Belastungen und dem wachsenden Schuldenstand der Karlsruher, der schließlich 280.000 Gulden erreichte.[13]
Trotz aller Verschuldung überstand die Stadt die jahrelangen Kriegszeiten noch relativ unbeschadet, da sie abgesehen von manchmal täglichen Truppendurchmärschen von eigentlichen Kampfhandlungen oder Zerstörungen verschont blieb.[14]

Kasernen und Konskriptionen

Das Kriegswesen der damaligen Zeit wirkte dennoch stadtbildprägend, Karlsruhe erhielt Kasernen. Da der territoriale Zuwachs Badens und vor allem Napoleons Ansprüche an den

Bündnispartner die bisher eher bescheidenen Militärkontingente der friedlichen Markgrafschaft nicht mehr ausreichen ließen, wuchs die Zahl der badischen Soldaten stetig.[15] Mit dem Beitritt zum Rheinbund 1806 verpflichtete sich Baden zur Aushebung und Ausbildung militärischer Kontingente, die es Frankreich zu unterstellen hatte. Auch das Militärwesen des Deutschen Bundes in der nachnapoleonischen Zeit basierte auf Kontingenten der einzelnen Bundesstaaten.

Dieses massive Auftreten von Militär veranlaßte Bürgerschaft und Landesregierung, die schon seit 1753 geplante Kasernierung der Soldaten durchzuführen. Ab 1803 begann man, an der östlichen Kaiserstraße die Dragoner-Kaserne zu errichten, ab 1804 entstand vor dem damals noch weiter östlich als heute gelegenen Mühlburger Tor die Kaserne für die Infanterie, deren beide Flügel 1827 fertiggestellt waren.[16] Die Kasernenbauten belasteten die Bürgerschaft zusätzlich, da die Stadt einen einmaligen Beitrag von 30.000 Gulden leistete, für die ein Kredit über 15 Jahre Laufzeit aufgenommen wurde. Da die Stadtkasse angesichts der Kriegskosten nicht in Anspruch genommen werden konnte, wurden die Zinsen und die Schuldentilgung auf die Bürgerschaft umgelegt. Darüber hinaus übernahm die Stadt jährlich 2.700 Gulden Verpflegungskosten für die Mannschaft. Die Beiträge für die Kasernenbauten und für den Unterhalt der Soldaten waren allerdings für die Bürgerfamilien trotz aller finanziellen Belastungen eine Verbesserung gegenüber der sonst drohenden Einquartierung. Daher errichtete die Stadt ab 1823/24 auf eigene Kosten, das waren 164.000 Gulden mit einem staatlichen Zuschuß von lediglich 50.000 Gulden, einen Anbau an der Infanteriekaserne, um endgültig die Pflicht für Bürgerquartiere loszuwerden. Das ehemalige Gottesauer Schloß wurde ab 1818 zu einer Artilleriekaserne.

Die Kasernenbauten waren ein Zeugnis für die wachsende Bedeutung des Militärs, das eine neue Funktion für Staat und Gesellschaft erlangte. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts wurden Soldaten geworben, die für einige Zeit

Das Schloß von Gottesaue als Artilleriekaserne. Ansicht von Nordwesten mit Exerzierplatz.

im Dienst blieben, der ihnen häufig noch nebenher eine Berufstätigkeit erlaubte. Die Revolutionskriege und die überwältigenden Siege der Franzosen bewiesen den europäischen Mächten die mangelnde Schlagkraft dieser Söldnerheere. Man erkannte, daß Soldaten, die für eine Idee wie z. B. die des Vaterlandes, kämpften, motivierter und damit für Kriegszwecke tauglicher waren. Das bestätigte sich letztlich auch in den siegreichen „Befreiungskriegen" gegen Napoleon, an denen viele aus patriotischen Gefühlen freiwillig teilnahmen.
Um den napoleonischen Anforderungen zu genügen, übernahm Baden im Jahr 1808/09 endgültig die ab 1804 schrittweise nach französischem Vorbild eingeführte allgemeine Konskription, nach der aus jeder Familie – ausgenommen waren der Adel, die Dienerschaft, hohe Hofdiener und privilegierte Industrielle – bis auf einen alle Söhne militärpflichtig waren. Wahlweise konnte ein „Einsteher" gestellt werden, d. h. die Idee der allgemeinen Wehrpflicht war zugunsten der Besitzenden modifiziert, die sich freikaufen konnten.[17] Die Stadt Karlsruhe, von deren Einwohnerschaft die Hälfte konskriptionspflichtig war, stellte durch Anwerbungen oder Barzahlungen ihre Rekruten. Es wurde eine Werbekasse gegründet, in welche die Hofdiener, 420 Bürger- und die jüdischen Familien je drei Gulden Beitrag zahlten. 1809 wurden aus dieser städtischen Werbekasse Rekruten auf acht Jahre für 300 Gulden gestellt.[18]
Die durch die Konskription eingeführte beschränkte Wehrpflicht wurde, nachdem sich Baden auf die Seite der Alliierten gegen Napoleon gestellt hatte, zur allgemeinen Mobilmachung erweitert. Das Edikt vom 9. Dezember 1813 schrieb vor, daß zusätzlich zu den Linientruppen eine Landwehr aufgestellt werden mußte. Landwehrpflichtig waren Männer zwischen dem 22. und 40. Lebensjahr. Im Februar 1814 ordnete die Regierung zudem unter der Bezeichnung Landsturm eine allgemeine Landesbewaffnung an; landsturmpflichtig waren Männer zwischen dem 17. und 60. Lebensjahr. Darüber hinaus wurde nach preußischem Vorbild ein berittenes Freiwilliges Jägerkorps gebildet, dessen Mitglieder sich selbst ausrüsten mußten.[19]

Kriegerische Männer – wohltätige Frauen

In den Jahrzehnten nach der Französischen Revolution änderte sich das Verhältnis der Menschen zum Krieg: aus dynastischen Kriegen mit stehenden Heeren wurden nationale Feldzüge, an denen alle beteiligt waren. Besonders die Kriege gegen Napoleon, die Befreiungskriege, wurden als Kriege der Völker empfunden, was sich z. B. in der Bezeichnung der Schlacht bei Leipzig Mitte Oktober 1813 als „Völkerschlacht" abzeichnete; die Schlacht von Austerlitz am 2. Dezember 1805 ging noch als „Dreikaiserschlacht" in die Geschichtsschreibung ein.
Allerdings ließ sich die in Preußen verbreitete Begeisterung angesichts der „Befreiungskriege" in Baden nicht feststellen, hier herrschten vor allem angesichts der nun massenhaft durchmarschierenden Alliiertentruppen Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung vor.[20] Dennoch gab es Hinweise auf einen auch in Karlsruhe erwachenden Patriotismus. Am 11. Dezember 1813 erschien ein Aufruf in der „Großherzoglich Badischen Staatszeitung", „um die nach und nach eingehenden patriotischen Beiträge zur Equipierung und Uniformierung ärmerer Individuen des freiwilligen Jägerkorps zu Pferd zweckmäßig deponiert zu sehen, den jedesmaligen Betrag in die Hände des Herrn Oberbürgermeisters Griesbach zur weiteren Berechnung abzuliefern."[21] Von nun an bis in das Jahr 1814 hinein konnte Griesbach regelmäßig in der Zeitung die Ergebnisse der Sammlung bekanntgeben. Als am 8. Februar 1814 eine Eskadron des Jägerkorps in Karlsruhe einrückte, beschrieb die „Großherzoglich Badische Staatszeitung" das Geschehen in dem neuen vaterländischen Sinne: „Der Anblick dieser auserlesenen Schaar vaterländischer Jünglinge, die sich freiwillig und in schöner Begeisterung der ehrenvollsten Bestimmung, dem Kampfe für die heilige Sache Deutschlands geweiht haben, der brüderliche Geist, ... alles dies gewährte dem Vaterlands-

freunde einen rührenden und erhebenden Anblick."[22]

Das Bild des Jünglings, der sich begeistert dem Kampf für die heilige Sache Deutschlands widmet, war Ausdruck eines sich wandelnden Männlichkeitsentwurfs. In der kriegerischen Epoche, die mit der Französischen Revolution begann, veränderten sich die Entwürfe des Bürgers und der Nation. Nun militarisierte sich das Verhältnis des einzelnen zur Nation, die Bürgersöhne wurden zu bewaffneten Verteidigern des Vaterlandes, Patriotismus und Krieg rückten näher zusammen. Nur der zählte zum Vaterland und durfte damit die Errungenschaften der Zeit wie die bürgerlichen Freiheitsrechte genießen, der es mit der Waffe in der Hand verteidigen konnte.[23]

Die von diesem kämpferisch-kriegerischen Vaterlandskonzept ausgeschlossenen Frauen eröffneten sich eigene, neue Handlungsspielräume. Sie gründeten Frauenvereine zur Unterstützung ihrer bewaffneten Söhne, Brüder und Ehemänner, um so auch am großen nationalen Geschehen beteiligt zu sein.

Ihro Kaiſerliche Hoheit Unſere gnädigſte Großherzogin haben neulich in der Staats-Zeitung verkünden laſſen, daß Höchſtdieſelben zur Unterſtützung der verwundeten oder kranken vaterländiſchen Krieger einen Frauenverein bilden, und durch einen Verwaltungsrath die zweckmäßige Verwendung der einkommenden Sachen beſorgen laſſen wollten. — Leztere können beſtehen in Beyträgen von Leinwand, Hemden, Charpie, Bandagen, Kompreßen, wollenen Socken, Leibbinden, Handſtützchen, Handſchuhen, oder in Geld, wo die Verhältniſſe jene Naturalbeyträge nicht geſtatten.

In der Vorausſetzung, daß die Zeitung nicht in alle Hände kommt, halt' ich mich verpflichtet, meinen Mitbürgerinnen und allen wohlthätigen Frauen hieſiger Stadt, Obiges durch gegenwärtige Zeilen bekannt zu machen, mit dem Beyſatz, daß Ihro Kaiſerliche Hoheit geruht haben, unter andern auch mich mit der Sammlung der Beyträge von hier und der Gegend zu beauftragen, welche ich mir demnach zu jeder Stunde des Tages in meinem Hauſe erbitte.

Sollte bey den Bewohnerinnen der Reſidenz dieſe einfache Anzeige zur thätigen Antheilnahme nicht genügen? und wäre jede wortreiche Aufforderung, die Leiden unſerer Brüder zu lindern, welche für das Vaterland und uns Mühſeligkeiten und Gefahren zu ertragen haben, nicht überflüßig?

Carlsruhe, den 4. Februar 1814.

Friderike Griesbach.

Aufruf der Ehefrau des Karlsruher Oberbürgermeisters, für die „vaterländischen Krieger" zu spenden.

Am 28. Januar 1814 veröffentlichte Großherzogin Stephanie in der „Großherzoglich Badischen Staatszeitung" einen Aufruf an die Frauen Badens, einen Verein zu gründen, um „den vaterländischen Kriegern die Beschwerden ihres großen Berufes zu erleichtern".[24] Sie sollten Geld, Leinwand, Wäsche und Verbandszeug sammeln. Die Großherzogin übernahm den Vorsitz im Verwaltungsrat des Frauenvereins; zu den sechs Karlsruher Mitgliedern dieses Gremiums zählten neben den Adligen Gräfin Amalie von Hochberg, Frau von Gayling, Frau von Freystedt und Frau von Reck noch Frau Finanzdirektor Vierordt und Friederike Griesbach, die Ehefrau des damaligen Karlsruher Oberbürgermeisters Christian Griesbach (siehe unten). Letztere veröffentlichte am 4. Februar 1814 einen Aufruf, der mit der patriotischen Frage endete: „und wäre jede wortreiche Aufforderung, die Leiden unserer Brüder zu lindern, welche für das Vaterland und uns Mühseligkeiten und Gefahren zu ertragen haben, nicht überflüssig?"[25] In den folgenden Monaten entwickelten die Frauen eine umfangreiche Tätigkeit, sie sammelten Lebensmittel, Kleidung, Wäsche und Verbandszeug und erhielten bis zum 15. Mai über 6.200 Gulden Spenden, die an Soldaten an der Front und an Landwehrbataillons und Reserveeinheiten verteilt wurden.

Dieser erste Karlsruher Frauenverein, dessen Tätigkeit am 22. Mai 1814 von der Großherzogin beendet wurde[26] und der noch keine feste Organisation wie seine Nachfolger hatte, war der Beginn der zukünftigen Frauenvereinstätigkeit, die den Ehefrauen angesehener Bürger ein Betätigungsfeld jenseits der Familie und eine Teilhabe am nationalen Geschehen bot. Neben den Krieger für das Vaterland stellte sich die Pflegerin der Wunden, welche die Schlachten schlugen. Wo er kämpfte und zerstörte, linderte sie das Leiden.

So knüpfte noch gegen Ende des 20. Jahrhunderts der 1859 in Karlsruhe ins Leben gerufene Badische Frauenverein an die in der Zeit der Befreiungskriege begründete Verbindung von nationalem Geschehen und weiblicher Wohltätigkeit an, wenn er 1881 sein Selbstverständnis formulierte: „Welterschütternde Kämpfe zwischen großen Nationen und das Ringen um die Lösung schwieriger Probleme auf dem sozialen Gebiete haben neben anderem, nicht minder Bedeutendem die jetzt im Leben und Wirken stehende Generation mächtig in Anspruch genommen. Von diesem Kämpfen und Ringen sind auch die Frauen nicht unberührt geblieben, sie haben daran teilgenommen in ihrer Weise, mit dem Herzen und mit der Liebe, die sie drängt, die Wunden, welche die Schlachten geschlagen, zu heilen, Not- und Mißstände in opferwilliger Tätigkeit zu mildern und den Leidenden und Bedürftigen mit sorgsamer Hilfe ihr schweres Los zu erleichtern."[27]

Im Herbst 1815, nach der endgültigen Niederlage Napoleons und dem Ende der Kriegszeiten, wurde das neue Rollenverständnis der Geschlechter feierlich in Szene gesetzt. Das am 18. Oktober 1815 in Karlsruhe veranstaltete Fest anläßlich des Jahrestages der Schlacht bei Leipzig unterstrich und inszenierte das kriegerische Männlichkeitsbild des Bürgers als Vaterlandsverteidiger.[28] Ein durch Fackeln beleuchteter Festzug mit Instrumentalmusik, mit den Mädchen und Jungen der Singanstalt, mit dem Marschall und mit in Vierer-Reihen aufgestellten Bürgern, deren Hüte mit Eichenlaub bekränzt waren, zog durch die Innenstadt vor das Ettlinger Tor. Hier begrüßte sie Kanonendonner der Bürgerartillerie, und es wurde eine von dem Oberhofprediger Walz gedichtete und von Musikdirektor Brandel komponierte Kantate gesungen: „Freiheit, deine Siegesfahnen wehen / Weit umher auf heil'gen Höhen. ... / Gefallen sind der Tapfren viel! / ... / Sie hörten schwere Donner rollen / Und starben muthig Hand in Hand. / Den Heldentod, den ehrenvollen, / Den schönen Tod fürs Vaterland." Es folgten eine Rede und weitere Lieder dieser Art, bis sich der Zug in die Stadt zurückbegab.[29]

Die ästhetische Gestaltung vaterländischer Gefühle lag dagegen in Frauenhand, wie es Großherzogin Stephanie mit den „Damen ihres Gefolges" anläßlich der Eröffnung des neuen Gebäudes des „Museums" im Novem-

ber 1815 eindringlich vorführte. Dem Wunsche der Museumskommission nachkommend, eine einfache „Nationaltracht" einzuführen, trug sie „ein einfaches weißes Kleid von beliebigem Schnitt und Stoff, Sammet und Atlas jedoch ausgeschlossen, ... zum Ausputz einen Gürtel in den badischen Hausfarben aus rotem Sammet mit einer in Gold gestickten schmalen Kante, ... und einen Kopfputz ohne Federn und Blumen mit einem rot seidenen oder sammetnen, mit schmalen Goldkanten versehenen, in die Haare gewundenen Bande."[30]

Modernisierung in Staat und Gesellschaft – Staatliche Gewalt und bürgerliche Freiheitsrechte

Neben Krieg, Teuerung und allgemeiner Verarmung war die Zeit des Bündnisses mit dem napoleonischen Frankreich vor allem eine Epoche der Modernisierung und Verbürgerlichung von Politik und Gesellschaft in Baden. Das Großherzogtum war ein durch äußeren Einfluß geschaffenes Gebilde, dessen innere Gründung noch ausstand. Um aus den konfessionell, wirtschaftlich, rechtlich und kulturell heterogenen, eher zusammengewürfelten Landstrichen einen Staat werden zu lassen, mußte eine einheitliche Rechtsverfassung und eine neue moderne Verwaltungsform gefunden und verankert werden.[31]
Das Vorbild des napoleonischen Frankreichs war dabei für die badischen Bemühungen um eine Vereinheitlichung von Recht und Verwaltung prägend. So übernahm das Großherzogtum mit dem Edikt vom 5. Juli 1808 den Code Civil oder auch Code Napoleon, welcher der „hierländischen Landes-Art und Sitte" angepaßt wurde. Verfasser des badischen, auf dem französischen basierenden Zivilrechts, das letztlich vom 1. Januar 1810 bis zur Inkraftsetzung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahr 1900 galt, war der Staatsrat Friedrich Nikolaus Brauer.[32] Er war auch maßgeblich beteiligt an der Schaffung der 13 Organisationsedikte und neun Konstitutionsedikte, die in Baden ab 1803 eine neue Staatsordnung einführen sollten.[33]

Die Kirchenunion von Lutheranern und Reformierten

Ab 1803 begannen die Bemühungen, die mehrheitlich in der Pfalz vertretene reformierte evangelische Konfession mit der in Baden vorherrschenden lutherischen zu einer auf einer Kirchenverfassung basierenden badischen Landeskirche mit dem Landesherrn an der Spitze zu vereinen.[34] Die Verhandlungen und Konferenzen, von denen einige auch in Karlsruhe stattfanden, zogen sich über mehrere Jahre hin, bis Großherzog Ludwig am 26. Juli 1821 die „Vereinigungsakte der zwei protestantischen Religionsteile Unserer Lande" sanktionierte. Das war ein weiterer Schritt zur inneren Staatsgründung Badens und zur Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse. In Karlsruhe, das nur eine kleine Gruppe Reformierter beherbergte, schlug sich dieses landesweit bedeutsame Ereignis u. a. in einer Umwidmung der bisherigen reformierten Kirche, der sogenannten kleinen Kirche an der heutigen Kaiserstraße, in eine Garnisonskirche nieder.

Die „bürgerliche Verbesserung der Juden" und der Oberrat der Israeliten

Zu den Errungenschaften der Französischen Revolution und des Code Napoleon gehörte die Gleichberechtigung der seit Jahrhunderten rechtlich und sozial diskriminierten jüdischen Minderheit. Schon in der vorrevolutionären Zeit waren nicht nur in Baden, sondern ebenso in Österreich und Preußen staatlicherseits erste Schritte eingeleitet worden, den Sonderstatus der Juden aufzuheben und ihre rechtliche Gleichstellung zu beginnen.
Die Emanzipation der männlichen Juden stellte sich vor allem als die Lösung des sozialen Problems dar, daß die übergroße Mehrheit der jüdischen Bevölkerung verarmt war und besonders auf dem Land von Tausch- und Handelsgeschäften lebte. Die Armut war vor allem ein Resultat der rechtlichen Bestimmungen, denen die jüdische Minderheit seit Jahrhunderten unterworfen war. Juden durften kein

zünftiges Handwerk ausüben und keinen Boden für Landwirtschaft besitzen, ihre jeweils individuellen und zeitlich beschränkten Schutzbriefe, die ihnen und ihren Familien Aufenthaltsrechte gewährten, legten fest, wie sie ihren Lebensunterhalt verdienen durften – durch Handel und Geldverleih. Sie waren besonders in den ländlichen Gegenden eine in sich geschlossene Gruppe mit eigener Tradition, eigener Sprache und eigener Kultur.[35] Für den neuen badischen Staat waren sie damit eine der Gruppen, die durch eine Vereinheitlichung der Rechtsstellung integriert werden sollten. Daher befaßte sich eines der badischen Konstitutionsedikte mit der rechtlichen Gleichstellung der jüdischen Minderheit. Seit 1809 hatten Juden unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis und waren jüdische Männer im Großherzogtum berechtigt, alle Berufe zu erlernen und zu ergreifen.

Für die Juden stellte sich mit dem Edikt ein grundlegendes Problem, das fundamental die jüdische Identität betraf: Verlangt wurde eine Assimilation und Akkulturation, welche die seit Jahrhunderten gewachsene eigene Tradition und Kultur langfristig auflöste und den jüdischen Glauben zu einer Konfession unter anderen machte. Dadurch sollten die Juden zu badischen Staatsbürgern israelitischen Bekenntnisses werden.

Wie die anderen Konfessionen mußten sich die jüdischen Gemeinden in ihrer Organisation dem modernen Staatswesen eingliedern, sie erhielten eine hierarchisch, auf das Zentrum in Karlsruhe hin gegliederte kirchliche Landesorganisation mit einem „jüdischen Oberrat" an der Spitze, der seinen Sitz in der Haupt- und Residenzstadt hatte. Der Oberrat, dem auch der Karlsruher Rabbiner angehörte, war u. a. zuständig für die Festsetzung der Abgaben, den Religionsunterricht und die Lehrpläne, die Ernennung der Landrabbiner, die Prüfung der Rabbiner und die Beratung der Regierung in jüdischen Angelegenheiten.[36] Die bis dahin in einzelnen Gemeinden lebenden Juden wurden nun zu einer in den zentralen Verwaltungsstaat integrierten Konfession.

Die neuen Rechte wurden jedoch nicht im Sinne eines unveräußerlichen auf Naturrechten basierenden Menschenrechts verliehen, sondern als etwas, das sich die Juden verdienen mußten: „Diese Rechtsgleichheit kann jedoch nur alsdann in ihre volle Würkung treten, wenn sie [= die Juden], in politischer und sittlicher Bildung ihnen [= die Christen] gleichzukommen allgemein bemüht sind."[37] Der Beginn der Emanzipation der jüdischen Minderheit war nicht wie im revolutionären Frankreich eine volle Gewährung von Rechten, sondern das Versprechen, Bürgerrechte zu gewähren, wenn die Juden sich ihrer christlichen Umwelt anpaßten. Ihre Rechte trugen daher immer die Spur von Ausnahmerechten. So galten die Juden trotz des Ediktes von 1809 noch lange nicht als eine den anderen Konfessionen gleichgestellte Gruppe. Das zeigt sich u. a. bei der Grundsteinlegung des Rathauses 1821, als der Rabbiner in der Grundsteinurkunde nicht neben dem lutherischen, dem reformierten und dem katholischen Stadtpfarrer genannt wurde.[38]

Wie wenig die Emanzipation der damit weiterhin stigmatisierten Minderheit im politisch-kulturellen Leben verankert war, wurde schlagartig am 27. August 1819 deutlich, als die sogenannten „Hep-Hep-Unruhen" auch Karlsruhe erreichten. Es kam in verschiedenen deutschen Städten zu tätlichen Angriffen auf Juden, die mit Hep-Hep-Rufen begleitet wurden. Auch in Karlsruhe rotteten sich am Abend des genannten Tages Menschen zusammen und randalierten vor den Wohnhäusern von jüdischen Familien. Zwar wurden sie vom Stadtkommandanten und seinen Truppen bald auseinandergetrieben, aber dennoch blieb ein alarmierender Schrecken, den Rahel Varnhagen, die kurz zuvor noch als Ehefrau des preußischen Gesandten am badischen Hofe in Karlsruhe gelebt hatte, in einem Brief an ihren Bruder Ludwig Robert in Worte faßte: „Ich bin *gränzenlos* traurig; und in einer Art wie ich es noch gar nicht war. Wegen der Juden. *Was* soll diese Unzahl Vertriebener thun. *Behalten* wollen sie sie; aber zum Peinigen u[nd] Verachten; zum Judenmauschel schimpfen; zum

Die nach Plänen von Friedrich Weinbrenner 1800 erbaute Synagoge in der Kronenstraße.

kleinen dürftigen Schacher; zum Fußstoß, und Treppenrunterwerfern. Die Gesinnung ist's die verwerfflich gemeine, vergiftete, durch und durch faule die mich so tief kränkt, bis zum herzerkalten?"[39]

Die Karlsruher Polizeidirektion und das Stadtamt

Das von Sigismund Freiherr von Reitzenstein entworfene großherzogliche Organisationsreskript vom 26. November 1809 schuf ganz dem französischen Vorbild folgend endgültig eine Zentralverwaltung, indem das in Departements eingeteilte Land eine einheitliche vierstufige hierarchische Verwaltung erhielt: den zentralen Ministerien unterstanden die Kreisdirektorien, ihnen folgten Bezirks- bzw. Oberämter und die Ortsvorgesetzten, d. h. die Bürgermeister. [40] Das Großherzogtum erhielt eine Verwaltungsstruktur, die sich über die traditionellen herkömmlichen Formen legte und diese ablöste. Karlsruhe selbst wurde nicht Sitz eines Direktoriums, sondern das benachbarte Durlach. In Karlsruhe blieb das Oberamt bzw. Stadtamt.

Das Organisationsreskript vom November 1809 löste das 1803 geschaffene Karlsruher Oberamt in ein Landamt und ein Stadtamt auf. Das Karlsruher Stadtamt, dem wie den Ämtern in Mannheim, Heidelberg und Freiburg zwei Beamte zugesprochen wurden, war allein für die Residenzstadt zuständig.[41] Im Jahr 1865 wurden im Zuge der badischen Verwaltungsreform das Stadt- und Landamt Karlsruhe wieder in dem neuen Bezirksamt zusammengeführt.

Die bisherige Polizeikommission wurde ab 1809 für ein Jahr als Polizeidirektion mit dem Stadtamt verbunden, so daß ab 1810 der bisherige Polizeidirektor Carl Ernst Graf von Benzel-Sternau auch Karlsruher Obervogt wurde.[42] Benzel-Sternau folgten als Obervögte bzw. als Stadtdirektoren 1813 Franz Adam Betz, ab 1819 Josef Ernst von Sensburg, 1824 Karl Baumgärtner, 1839 Karl August Friedrich Stößer und 1853 bis 1874 Carl von Neubronn. Die Karlsruher Stadtdirektoren entstammten ausnahmslos Staatsdienerfamilien, waren gut ausgebildet und verkörperten das Ziel der Verwaltungsreform, die bisherigen Herrschaftsgebiete aufzulösen und über eine moderne Beamtenschaft auf der Verwaltungsebene eine badische Identität zu schaffen.[43]

Die Stadtdirektoren übten bis zur Gemeindereform von 1831/32 „die Aufsicht auf die Amtsführung der Ortsvorsteher und Gerichtspersonen in allen ihren Teilen" aus, d. h. sie standen dem Bürgermeister und Stadtrat als aufsichtsführende Instanz vor. Das Stadtamt leitete oder besorgte selbst „alle auf die Stadt und ihre Einwohner Beziehung habende

staatsrechtliche und gerichtliche Geschäfte."[44] Von daher entsprach es nur dem alltäglichen Geschäftsgang, daß das Stadtamt und die Polizeidirektion im Karlsruher Rathaus untergebracht waren und auch in dem Neubau von 1825 Unterkunft fanden.[45]

Es zeugte von dem gewachsenen Verwaltungsaufwand, daß das Karlsruher Landamt in dem neuen Gebäude keine Aufnahme mehr fand, sondern in dem Haus eines Bierbrauers, ab 1814 im ehemaligen Haus des Staatsrats Brauer unterkam.

Ab November 1811 wurden Stadtamt und Polizeidirektion wieder getrennt. Von nun an unterstand die Polizeidirektion unmittelbar dem Landesherrn und war für das Armenwesen, die Gesundheitspolizei, die Aufsicht über Lebensmittel, Maße und Gewichte, über öffentliche Wirts- und Kaffeehäuser und für die Aufsicht über die Fremden zuständig. Sie erteilte Pässe und überwachte die Reinlichkeit, Sicherheit und nächtliche Beleuchtung der Stadt.[46]

Angesichts der sehr weitreichenden Kompetenzen des Stadtamts und der Polizeidirektion blieb für die Stadtverwaltung und die Bürgermeister nur ein enger Gestaltungsraum.

Das neue Gemeinderecht und die Stadtverwaltung

Durch das Organisationsreskript vom 26. November 1809 wurde die Gemeinde nach französischem Vorbild zum untersten Glied der gesamten Verwaltungsorganisation des Staates, der Unterschied zwischen Stadt- und Landgemeinden wurde aufgehoben, alle tradierten Sonderrechte abgeschafft. Beibehalten wurde allerdings noch der Voll- und Schutzbürgerstatus, nur Vollbürger genossen das passive und aktive Wahlrecht zu den Gemeindeämtern.[47] Im Zuge dieser landesweiten Neugliederung erhielt nun auch Karlsruhe die gleiche Gemeindeordnung wie die anderen badischen Städte. Der rechtliche Sonderstatus, den die Stadt als neu gegründete Residenz fast 100 Jahre lang genossen hatte, war abgeschafft und zugleich die Grundlage für eine kommunale Verwaltung gebildet. Karlsruhe stand nicht mehr allein direkt unter landesherrlichem Kuratel, sondern war wie die anderen Städte und Dörfer der Kompetenz und der Macht der Amts- und Kreisverwaltung unterstellt.

Der Gemeinderat war von nun an ein von der Regierung völlig abhängiges Organ, der Bürgermeister und der Stadtverrechner wurden zwar von der Bürgerschaft gewählt, mußten aber vom neu geschaffenen Kreisdirektorium nicht nur bestätigt, sondern auch ernannt werden. Der Stadtverrechner unterstand dem Amtsrevisorat, dem gegenüber er rechenschaftspflichtig war.[48] Der erste nach neuem Gemeinderecht gewählte Stadtverrechner war von 1810 bis 1816 der Kaiserwirt Dollmätsch, ein Onkel des späteren Oberbürgermeisters Bernhard Dollmätsch.[49] Die Namensgleichheit der beiden Männer führte in der bisherigen Stadtgeschichtsschreibung zu der Annahme, der spätere Oberbürgermeister sei Stadtverrechner gewesen.[50]

Unterstützt wurden Bürgermeister und Stadtverrechner durch den Stadtrat, der sich einschließlich ihnen aus höchstens zwölf Bürgern zusammensetzte, die sich etwas hochtrabend Senatoren nannten, sich selbst wählten und vom Amt bestätigt werden mußten. Sie arbeiteten nach dem Mehrheitsprinzip, wobei bei Stimmengleichheit der Bürgermeister den Ausschlag gab. Zudem stand dem Karlsruher Bürgermeister und Stadrat ein vierzehnköpfiger Bürgerausschuß zur Seite, der bei besonderen finanziellen oder das Gemeindeeigentum betreffenden Fragen zusammengerufen werden mußte. Ab 1821 wurde der Ausschuß nach einem dreigestuften Zensus aus dem Kreis der Bürger gewählt. [51]

Wenn es Größe und Bedeutung der Stadt zuließen, konnte dem Bürgermeister ein zweiter Bürgermeister zugeordnet werden. Da durch die Vereinigung mit Klein-Karlsruhe im Jahr 1812 die Verwaltungsaufgaben wuchsen, wurde ein zweiter Bürgermeister bestellt. Seitdem hat Karlsruhe einen Oberbürgermeister, der ein von der Stadtkasse gezahltes jährliches Gehalt erhält. Der erste Karlsruher Oberbürgermeister Christian Griesbach (siehe unten)

Christian Griesbach, seit 1809 Bürgermeister, von 1812 bis 1816 Oberbürgermeister von Karlsruhe.

überließ als vermögender Mann die Hälfte des Gehalts, das damals 300 Gulden betrug, seinem zweiten Bürgermeister, seinem späteren Amtsnachfolger Bernhard Dollmätsch.[52]
Um den Aufgaben einer Verwaltung gerecht zu werden, stand den beiden Bürgermeistern noch sogenanntes Subalternpersonal zur Verfügung; das waren ein Aktuar, ein oder zwei Dekopisten, ein Stadtwachtmeister, zwei Ratsdiener, ein Fleischwäger, ein Schlachthausaufseher und vier Stadtdiener.[53]
Bürgermeister und Stadtrat hatten nur geringe Kompetenzen, vorrangige Aufgabe des Bürgermeisters war es, die „Befehle der höheren Stellen zu verkünden und zu vollstrecken."[54] Nur kleine „Polizeifrevel und Unordnungen", die mit höchstens zwei Gulden Geldstrafe oder 24 Stunden „Eintürmung" geahndet wurden und deren Strafe nicht dem Gesetz unterlag, konnten vom Bürgermeister verfolgt werden. Bürgermeisteramt und Oberbürgermeister waren vorrangig Vollstreckungsorgane obrigkeitlicher Anordnungen. Vor allem verloren die Städte nach der Gemeindebesteuerungsordnung vom 18. April 1815 das Recht, eigene von der Staatssteuer unabhängige Steuern zu erheben. Sie durften lediglich Zuschlagssteuern einführen.[55]
Die neue Gemeindeordnung war ein Schritt hin zu einer Modernisierung im Sinne einer Vereinheitlichung des Rechts und einer Zentralisierung der Macht, die Einschränkungen traditionaler städtischer Selbstverwaltung bedeuteten.[56]
Diese Veränderung der Rechtssituation traf Städte wie Durlach und Pforzheim mit ihren lang erworbenen Rechten hart[57], für eine Stadt wie Karlsruhe, die zu jung war, um über die Jahrhunderte gewonnene gemeinderechtliche Vorteile zu haben und die bisher als Residenzstadt ohnehin nur eine geringe Eigenständigkeit im Sinne einer Bürgergemeinschaft entwickeln konnte, war die Novellierung nicht so einschneidend. Vielmehr bestärkte die landesweit geltende Gemeindeordnung die Zentralität des badischen Staates und damit die Bedeutung von dessen Regierungssitz.

Die Bürgermeister und die städtische Politik

Der erste nach Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung gewählte Bürgermeister wurde Christian Griesbach, der laut Stadtrechnungen schon vorher, nämlich seit dem 23. September 1808 das Amt innehatte und der nun durch Wahl bestätigt wurde.[58] Er war damit der zweite von der gesamten Bürgerschaft gewählte Bürgermeister der Karlsruher Stadtgeschichte. Griesbach kam 1772 in Karlsruhe als Sohn des Staatsbeamten Johann Christian Griesbach und dessen Frau Henriette Salome zur Welt, die als Tochter des Gymnasialprofessors Bürcklin der Karlsruher bildungsbürgerlichen städtischen Hautevolee entstammte. Christian Griesbach heiratete zweimal und hatte sechs Kinder. Er war als erfolgreicher Kaufmann einer der reichsten Männer der Stadt und verkörperte als Inhaber der Tabakfarik, die er 1806 mit seinem Wohnhaus an den neu entstehenden Marktplatz verlegte, die beginnende Frühindustrialisierung des Karlsruher Raumes.[59] Der hoch gebildete Griesbach

vertrat die politischen Ideen des frühliberalen, durch die Aufklärung und die Französische Revolution beeinflußten Bürgertums, forderte bürgerliche Freiheitsrechte und war ein Verfechter der konstitutionellen Monarchie. In der zweiten Kammer des Ständehauses (siehe unten) verfocht er als Karlsruher Abgeordneter von 1819 bis 1822 seine Ansichten, die ihn auf die Seite der Opposition zur Regierung brachten. Er blieb auch nach dem Ende seiner politischen Laufbahn ein Mann des stadtöffentlichen Lebens, der sich wohltätig engagierte und schriftstellerisch tätig war. Griesbach starb am 16. April 1838.

Griesbach war der Prototyp einer neuen modernen Bürgerschicht, deren Vermögen nicht mehr aus dem zünftisch gebundenen Handwerk, sondern aus industriellen Unternehmungen und aus dem Handelskapital stammte. Damit gehörte er der langsam entstehenden Leistungselite an, die in den kommenden Jahrzehnten eine eigene, vom Hof abgelöste bürgerlich-städtische Kultur ausbilden und damit Karlsruhe allererst zur Stadt im eigentlichen Sinne werden lassen sollte[60] (siehe unten).

Zur Zeit von Griesbachs Amtsantritt als Bürgermeister litten alle Gemeinden durch die Kriegszeiten unter großen Belastungen, die von Abgaben bis zu Einquartierungen reichten. Kaufmännischer Verstand und ein Gespür für Verwaltungs- und Politikstrukturen eines modernen Staatswesen waren notwendig, um den Aufgaben eines Bürgermeisters in einer Haupt- und Residenzstadt gerecht zu werden. Zu Griesbachs Wahl, über die es keine weiteren Unterlagen gibt, schrieb Friedrich von Weech, es sei ein Mann gewählt worden, dessen „ganze Persönlichkeit zu einer würdigen Vertretung der Haupt- und Residenzstadt und zu einer verständigen Leitung ihrer Angelegenheiten vortrefflich vereigenschaftet" war.[61]

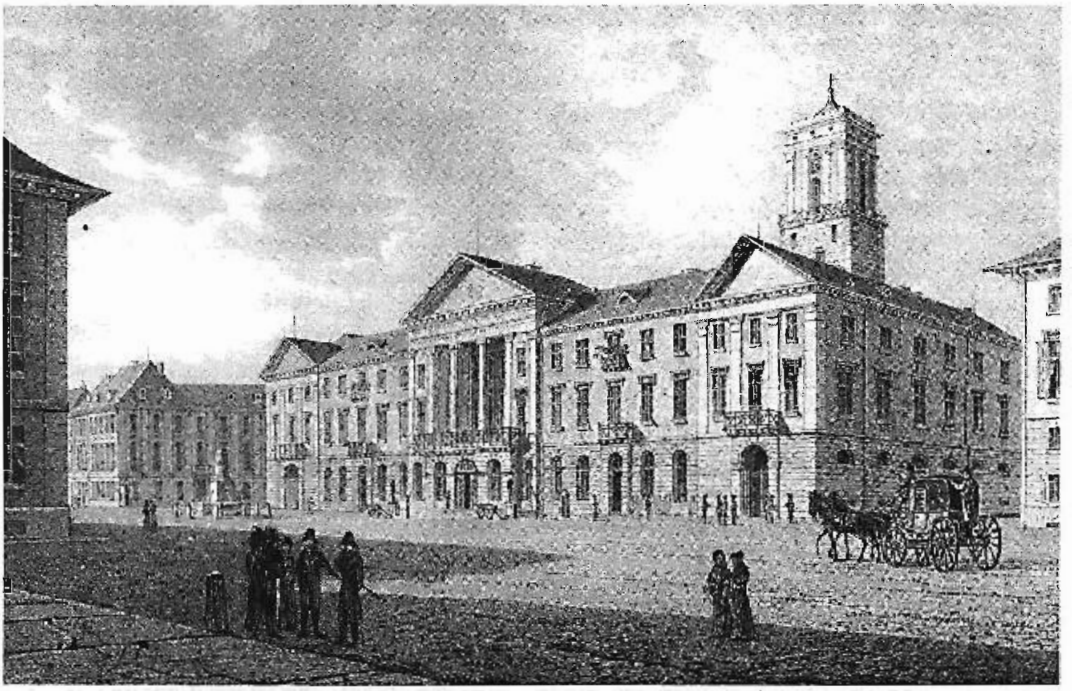
Anläßlich der Einquartierungs- und Kontributionsforderungen, die in seiner Amtszeit auf das Bürgermeisteramt zukamen, hatte er sehr viele alltägliche Verwaltungsaufgaben zu erledigen, die vor allem rechnerische Genauigkeit und Kenntnisse in der Buchführung verlangten.[62] Eine Aufstellung aus dem Jahr 1813 ergab eine Schuldenlast von 146.349 Gulden, die sich aus rund 80.000 Gulden Kriegsschulden und rund 67.000 Gulden Stadt- und Gemeindeschulden zusammensetzten. Die Stadt, die über keine nennenswerte Gemarkung und damit über kein großes Gemeindeeigentum verfügte, hatte zu dieser Zeit Einnahmen aus Marktständen, Ohmgeldern, Rezeptionstaxen, Schutzgeld, Mieten, Anteilen an Strafzahlungen und Kaufhausgebühren, im Durchschnitt jährlich 10.000 Gulden.[63]

Gleichzeitig war der Rathausneubau gerade erst begonnen worden, es mußte das Schlachthaus vergrößert und verlegt werden und viele Straßen waren noch nicht gepflastert. Von der Bürgerschaft sollten – wie schon ausgeführt – außerdem noch 30.000 Gulden für den Kasernenbau aufgebracht werden.

Um überhaupt erst einmal einen Überblick über den Schuldenstand zu gewinnen, beschloß man die Einrichtung eines Kapital-Schuldbuches, in das alle Gläubiger, aufgefordert durch das Großherzogliche Amtsrevisorat, eingetragen werden sollten. In der Amtszeit von Griesbach änderte sich die angespannte finanzielle Lage der Stadt nicht mehr und wurde letztlich erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung ganz behoben. Doch bestand gegen Ende der Oberbürgermeisterzeit von Griesbach immerhin Anlaß zur Hoffnung. So schrieb Theodor von Hartleben im Jahr 1815: „Allein bey der jetzigen ausgezeichneten Administration des städtischen Finanzwesens, um dessen Herstellung sich besonders Herr Oberbürgermeister Griesbach ... verdient gemacht hat, wird sich Karlsruhe in der zu hoffenden langen Friedens-Epoche ... bald erholen."[64]

Als Griesbach 1816 sein Amt an Bernhard Dollmätsch weitergab, waren erste Grundlagen für eine geordnete Stadtverwaltung gelegt.

Der am 22. März 1780 geborene Dollmätsch war der Sohn des Rappenwirts Johann Gottlieb Dollmätsch, sein Großvater war der Löwenwirt, sein Onkel Ludwig Leonhard Dollmätsch führte die Gastwirtschaft „Zum römischen Kaiser", ein weiterer Onkel die Rit-



Das nach Plänen von Friedrich Weinbrenner von 1805 bis 1825 erbaute Rathaus vor 1833. Der Brunnen trägt noch nicht das Großherzog-Ludwig-Denkmal.

terwirtschaft.[65] Joseph Bernhard Dollmätsch übernahm die Rappenwirtschaft, trat 1802 als Verlobter der Johanna Margareta Renk, einer Durlacher Wirtstochter, das Bürgerrecht an und wurde Vater einer kinderreichen Familie.[66] Am 23. Oktober 1808 übernahm er das Amt des Aktuars, ab 14. Juni 1809 das des Ratsschreibers, das mit 30 Gulden dotiert war, und wurde im dritten Quartal des Jahres, am 19. Oktober 1812 zweiter Bürgermeister, bis er am 6. April 1816 das Oberbürgermeisteramt besetzte.[67] Doch blieb er weiterhin Besitzer der Rappenwirtschaft, als der er noch in den Adreßbüchern von 1818 und 1820 unter der Adresse Lange Straße 99 auftauchte. Er verpachtete die Wirtschaft, nachdem er sich ein Haus in der Kronenstraße gekauft hatte, um sich ganz den Aufgaben der Stadtverwaltung zu widmen.[68]

Schon als Ratsschreiber und zweiter Bürgermeister übernahm Dollmätsch große Aufgabenbereiche, so daß die Überlassung der Hälfte des Oberbürgermeistergehalts keine wohltätige Geste von Griesbach war, sondern die Anerkennung der Leistung von Dollmätsch. So war es ihm zu verdanken, daß bei der Volkszählung von 1809, die mit Klein-Karlsruhe zusammen eine Einwohnerzahl von

Bernhard Dollmätsch, von 1816 bis 1830 Oberbürgermeister von Karlsruhe.

10.597 Personen ergab, erstmals ein zuverlässiges Ergebnis zustandekam. Dollmätsch hatte nämlich ein Formular entworfen, das eine gewisse Einheitlichkeit mit sich brachte.[69] Auch bei den Verhandlungen und Vorbereitungen der Eingemeindung von Klein-Karlsruhe (siehe unten) wirkte er so maßgeblich mit, daß er dafür einen Ehrenpokal der ehemaligen Gemeinde Klein-Karlsruhe als Andenken erhielt. Der Großherzog zeichnete ihn als Anerkennung seiner Leistungen bei der Errichtung der neuen Wasserversorgung (siehe unten) 1824 mit dem Ritterkreuz des Zähringer Ordens aus und ernannte ihn 1827 zum Kammerrat.[70]

Seine Amtszeit war durch zahlreiche infrastrukturelle Verbesserungen und städtische Neubauten geprägt (siehe unten). Weiterhin aber blieb die städtische Schuldenlast drückend, die 1823 eine Höhe von 800.000 Gulden erreicht hatte. Unabhängig von der Tilgung der Schulden und den Zinszahlungen reichten die laufenden Einnahmen, die 1820 z. B. 16.472 Gulden betrugen, nicht mehr, die 33.428 Gulden Ausgaben zu decken. Aus diesem Grund bat die Stadt die Regierung wiederholt um Möglichkeiten besserer Einnahmen, die 1820 und 1829 durch die Erlaubnis von zeitlich befristeten Oktrois, d. h. städtischen Verbrauchsteuern gewährt wurden.[71]

Wie Griesbach wurde auch Dollmätsch als Karlsruher Abgeordneter in die Zweite Kammer des Ständehauses gewählt, wo er von 1822 bis 1828 den aufgeklärt-liberalen Geist seiner Zeit vertrat. Seine Berichterstattung über eine „Motion über die Besserung der Juden" wies ihn als Verfechter der Ideen der bürgerlichen Gleichberechtigung der bisher diskriminierten Minderheit aus.[72] Er fand sich aber anders als z. B. sein Amtsvorgänger Griesbach nie auf der Seite der Regierungsgegner. So war es sicherlich auch Anerkennung seiner Treue, daß er am 18. September 1830 als Oberrevisor im Innenministerium mit festem Gehalt und nach fünf Jahren als unwiderruflicher Beamter in staatliche Dienste genommen wurde.[73]

Dollmätsch nahm als Angehöriger einer angesehen Karlsruher Wirtsfamilie die Tradition des ersten Karlsruher Bürgermeisters und Waldhornwirts Johann Sembach wieder auf. Anders als sein Amtvorgänger der frühen Stadtgeschichte wechselte er aber vom Wirtsdasein in den Beamtenstatus. Sein Berufsweg war damit ein Bild für den wachsenden Einfluß des Beamtenbürgertums in der Residenzstadt des 19. Jahrhunderts. Dollmätsch starb am 8. Mai 1845.

Sein Nachfolger wurde der am 20. Juli 1791 in Karlsruhe geborene August Klose, der ein Nachfahre des schon in Durlach ansässigen und dort 1702 verstorbenen markgräflichen Leibarztes Dr. Siegmund Klose war.[74] Der Kaufmann August Klose, der sich später auch als Bankier betätigte, war der Inhaber der lithographischen Kunstanstalt und des Karlsruher Kunstverlages. Während seiner Amtszeit trat das im Dezember 1831 verkündete neue Gemeindegesetz in Kraft (siehe unten), so daß er zwar einer neuen Epoche der Karlsruher Stadtgeschichte angehörte, in seiner beruflichen und sozialen Herkunft allerdings an die von Griesbach begründete Tradition des freien Unternehmertums und des hohen Bildungsstandes der neuen Stadtelite anknüpfte. Er wie sein Nachfolger als Oberbürgermeister, der Kaufmann Karl Wilhelm Füeßlin, arbeiteten wirtschaftlich, wohltätig oder politisch wiederholt mit Griesbach zusammen (siehe unten). Als Abgeordnete der zweiten Kammer des Ständehauses, die seit der Verkündung der Verfassung von 1818 in Karlsruhe tagte, vertraten die Karlsruher Oberbürgermeister die Ideen des badischen Frühliberalismus.

Die Verfassung von 1818 und die Karlsruher Landtagsabgeordneten

Die Befreiungskriege gegen Napoleon ab 1813 hatten in weiten Teilen Deutschlands ein nationales Bewußtsein erweckt und die Forderungen nach Verfassungen forciert, die den Bürgersmännern eine Teilhabe an politischen Entscheidungen zusichern sollten. Doch der Wiener Kongreß enttäuschte diese Hoffnungen und manifestierte mit dem sogenannten Metternichschen System die überlieferte, seit

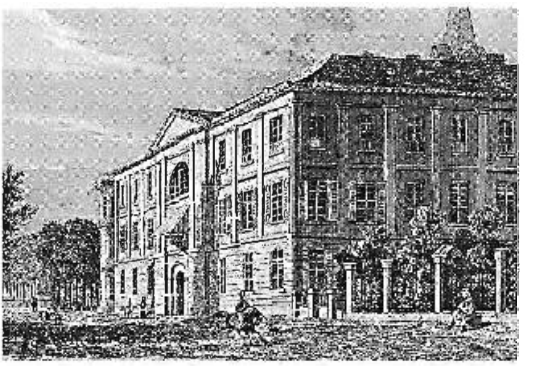
der französischen Revolution als überwunden geltende monarchistisch-dynastische Ordnung Europas. Mit der Gründung des Deutschen Bundes 1815 begann in den meisten Bundesstaaten eine Epoche der Unterdrückung aller freiheitlichen und nationalen Bestrebungen. Spätestens seit den Karlsbader Beschlüssen von 1819 herrschten Pressezensur, Verfolgung der „Demagogen", d. h. der dem Staat unliebsamen politischen Köpfe, Überwachung der Universitäten und Ablehnung aller politischen Mitbestimmung der „Untertanen". In dieser Zeit begann Baden sich den Ruf eines freiheitlichen Musterlandes zu erwerben.

Das Ende der Herrschaft Napoleons fiel für die Badener darüber hinaus in eine Zeit, in der Großherzog Karl zunehmend erkrankte, ein legitimer Thronfolger fehlte und Bayern wieder Ansprüche auf badische Gebiete erhob. Die Frage der Thronfolge wurde geregelt, indem die Söhne der zweiten, nicht ebenbürtigen Ehefrau Luise Caroline von Hochberg von Karl Friedrich in den Erbfolgerang erhoben wurden. Dieser Absicherung der Grenzen nach außen folgte eine innere Festigung, indem 1818 Großherzog Karl wenige Monate vor seinem Tode eine Verfassung verkündete, die als die freiheitlichste ihrer Zeit galt.

Die Vorbereitungen zur Erarbeitung der Verfassung liefen schon seit Jahren und dienten dem Ziel, der durch äußeren Einfluß initiierten Entstehung des Großherzogtums eine innere Gründung folgen zu lassen. Dabei spielten finanzielle Erwägungen eine durchaus bedeutende Rolle. Schon in dem im Juli 1808 erschienenen Edikt über die Organisation der obersten Staatsbehörden hieß es: „Wir wollen ferner ein gleichförmiges, auf richtigen Verhältnissen beruhendes Abgabesystem gegründet, durch Tilgung der durch die Kriegsverhältnisse angewachsenen Schuldenmasse den Staatskredit erhoben, und mittelst einer Landesrepräsentation ... das Band zwischen uns und dem Staatsbürger noch fester wie bisher geknüpft wissen."[75] Die Verfassung sollte so zum Instrument und Hilfsorgan des Beamtenstaates werden und steuerpolitischen Zielen dienen. Auf der anderen Seite schuf sie die Grundlage für parlamentarische Politik und damit ein Handlungs- und Artikulationsforum für die bürgerlich-liberale Bewegung.

Die prekäre außenpolitische Situation Badens, dem nach der Niederlage Napoleons, d. h. ihres Schutzpatrons, erneut Gebietsverluste drohten, und die katastrophale finanzielle Lage des Landes gaben so den männlichen Bürgern des Großherzogtums die Chance, Vorreiter einer demokratischen Entwicklung in Deutschland zu werden.

Die badische Verfassung garantierte allen Badenern Grundrechte und sah ein Ständehaus mit zwei Kammern vor, d. h. ein Parlament mit dem Recht der Budgetbewilligung.[76] In der



Das nach Plänen von Friedrich Arnold erbaute Ständehaus, hier mit Blick aus der Ritterstraße.

Ersten Kammer fanden sich die Prinzen des Großherzoglichen Hauses, die Häupter der standesherrlichen Familien, Vertreter des grundherrlichen Adels und der beiden Landesuniversitäten, der katholische Erzbischof, ein vom Großherzog ernannter Geistlicher der evangelischen Landeskirche und weitere acht vom Landsherrn berufene Personen zusammen. Die 63 Abgeordneten der Zweiten Kammer wurden indirekt durch Wahlmänner mit absoluter Mehrheit gewählt.[77]

Für die Urwahlen war jeder männliche Staatsbürger wahlberechtigt, der das 25. Lebensjahr vollendet hatte und in seinem Wahlbezirk das Bürgerrecht genoß.[78] Damit waren alle Schutzbürger und mit ihnen alle jüdischen

Männer, die in ihren Wohnorten kein Bürgerrecht genossen, davon ausgeschlossen. Die rund 170.000 Urwähler stellten 17 % der Bevölkerung, welche die 2.500 Wahlmänner bestimmten, die wiederum mit jeweils absoluter Mehrheit die Abgeordneten wählten. Um das passive Wahlrecht für den Landtag zu erlangen, mußte man ein Mindestvermögen von 10.000 Gulden vorweisen, d. h. die Zweite Kammer war ein Honoratiorenparlament.
Die Vertreter des Frühliberalismus und der bürgerlichen Mitspracherechte verstanden es in den folgenden Jahren, die in der Verfassung verankerten Möglichkeiten für sich zu nutzen. Obwohl die Verfassung ohne Befragung des Volkes verkündet worden war, bezeichnete sie z. B. Karl von Rotteck als die Geburtsurkunde des badischen Volkes.[79] Der Großherzog erhielt Dankadressen aus dem ganzen Land. Auch die Einwohnerschaft der Residenzstadt, vertreten durch Bürgermeister, Stadtrat und Bürgerausschuß, verfaßte am 5. September 1818 eine Dankadresse an den Landesherrn, nachdem schon einen Tag vorher die 20 Gemeinden des Karlsruher Landamtes ihre Dankbarkeit bekundet hatten.[80]

Die Karlsruher Abgeordneten

Die ersten Karlsruher Urwahlen fanden zwischen dem 22. Januar und dem 4. Februar in sechs Wahldistrikten statt, am 18. Februar fanden sich morgens um 9 Uhr die 48 Wahlmänner im Gasthof zum Badischen Hof ein, um den ehemaligen Karlsruher Oberbürgermeister und Handelsmann Christian Griesbach mit 45, den damaligen Obervogt und späteren Hofgerichtspräsidenten in Rastatt Christoph Jakob Eisenlohr mit 41 und den Generalkassier und Rechnungsrat Friedrich Sievert mit 31 Stimmen zu wählen.[81]
Christian Griesbach benannte in der kleinen Dankesrede sein politisches Selbstverständnis, das wohl typisch für die Karlsruher Abgeordneten der Zeit war: „Verehrung gegen unseren Fürsten, Liebe zum Vaterland und zu meiner Vaterstadt und für die geregelte gesetzmäßige bürgerliche Freyheit sind Empfindungen, welche meine Erziehung in mich gelegt hat, beym Mann sind sie zu Grundsätzen gereift, und jetzt denke ich dabey zu leben und zu sterben. Möchte das Glück mir vergönnt seyn, im Kreise wackerer Männer zum Wohl unsers lieben Vaterlands etwas beytragen zu können."[82]
Die drei Abgeordneten engagierten sich entsprechend ihrer fachlichen Qualifikation in Rechts-, Finanz- und Handelsfragen, ohne sich in den lebhaften Debatten der zur Landesregierung in Opposition stehenden Mehrheit besonders hervorzutun. Griesbach, der den manchmal aufgeregten Auftritten anderer Deputierter eher abwartend gegenüberstand, schloß sich bei der Abstimmung des Militärbudgets als einziger der Karlsruher Abgeordneten der Opposition an, so daß seine Wiederwahl 1822 von Regierungsseite verhindert wurde. [83]
Wie die hier genannten drei Karlsruher Abgeordneten gehörten auch die in den kommenden Jahrzehnten in den Landtag gewählten Männer der neu sich herausbildenden Stadtelite an. Als Kaufmänner und Beamte standen sie jenseits des traditionalen Gewerbebürgertums und verkörperten damit die neue das Stadtgeschehen prägende Bürgerschicht.[84]
Das Karlsruher Ständehaus wurde zum Ort lebhafter Debatten und leidenschaftlicher Auseinandersetzungen über bürgerliche Freiheitsrechte und Fragen der deutschen Einheit. Die hier gehaltenen Reden, z. B. über Pressefreiheit, wurden weit über Badens Grenzen hinaus vernommen.

Das neue Ständehaus

Dabei stand anfangs nicht fest, wo das badische Parlament seinen Ort finden sollte, auch die ehemalige Residenzstadt Durlach bot sich an. Der Karlsruher Oberbürgermeister Dollmätsch verfaßte daraufhin zwei Entwürfe eines Schreibens an den Großherzog, die er zur Überprüfung, welche dem Zweck besser diene, Reitzenstein vorlegte. In dem schließlich dem Landesherrn überreichten Schreiben wies die Karlsruher Bürgerschaft auf die Vorteile

der Landeshauptstadt als Standort hin, da die Abgeordneten bessere Unterkünfte hätten und die Wege zwischen dem Parlament und den Landesbehörden kürzer seien. Vor allem versprach sich die Stadt wirtschaftliche Vorteile.[85]

Die Versammlungen der ersten Sitzungsperiode, die im April 1819 begann, fanden in Räumen des hinteren Turmflügels des Schlosses statt. Im Jahr darauf mußten die Vertreter der Zweiten Kammer weichen und zogen in ein Privathaus am Rondellplatz, das aber so wenig lärmisoliert war, daß während der Sitzungen die Straße für den Verkehr gesperrt werden mußte. Man überlegte erst, ein schon bestehendes Gebäude zu suchen und zu einem Landtag umzubauen, doch schließlich setzte sich der Architekt und Weinbrennerschüler Friedrich Arnold mit seinem Vorschlag durch, ein neues Ständehaus zu errichten. Damit war Karlsruhe die erste Stadt und das Großherzogtum das erste Land in Deutschland, die ein eigenes Parlamentsgebäude erhielten. Bis es fertiggestellt war, bedurfte es jedoch noch mehrerer Planungsphasen und langwieriger Diskussionen.[86]

Es wurde eine Ständebaukommission eingerichtet, der u. a. Christian Griesbach angehörte. Friedrich Weinbrenner erhielt den Auftrag, Pläne zu entwerfen. Diese fanden erst einmal die Zustimmung des Hohen Hauses, so daß die Bauarbeiten am Platz gegenüber der neu errichteten katholischen Stephanskirche im Herbst 1820 begannen. Am 16. Oktober fand die Grundsteinlegung statt, doch schon am 31. Januar 1821 erging der Bauauftrag an Arnold, der nach geänderten Plänen dem Gebäude seine endgültige Form gab.[87] Das förderte nicht gerade das Verhältnis zwischen Weinbrenner und seinem Schüler. Im Herbst 1821 fand das Richtfest statt, im darauf folgenden Jahr konnte das Hohe Haus seiner Bestimmung übergeben werden, die erste Sitzung fand im November 1822 statt. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings die Freude über das Gebäude, dessen Herzstück der Plenarsaal für die Volksvertreter war, etwas gedämpft, da die Baukosten von den genehmigten 71.000 Gulden auf 120.000 Gulden gestiegen waren.

Das Ständehaus war jedoch sowohl unter künstlerischen als auch städtebaulichen Aspekten ein Baudenkmal von hohem Rang, das bei einem Luftangriff 1944 bis auf die Außenmauern zerstört wurde. Nun stand die

Das 1822 eingeweihte Ständehaus.

Der Rondellplatz mit „Verfassungssäule", markgräflichem Palais und Ettlinger Tor im Hintergrund 1822.

Ruine 17 Jahre lang und mußte anfang der 1960er Jahre einem Parkplatz weichen. Anläßlich des 175jährigen Jubiläums der Verfassung von 1818 wurde 1993 die neu erbaute Stadtbibliothek auf dem Ständehausgelände eröffnet, deren Rotunde architektonisch und deren „Erinnerungstätte Ständehaus" museal an die Geschichte des ersten deutschen Parlamentsgebäudes erinnert.

Sein Erbauer Friedrich Arnold kam 1786 als Sohn einer Karlsruher Zimmermannsfamilie zur Welt und war ein Schüler Weinbrenners. Nach seinem Studium, seinem Aufenthalt in Rom und seiner Tätigkeit als Professor der Baukunst an der Freiburger Universität kam er 1815 wieder zurück nach Karlsruhe, um hier an der baulichen Erweiterung seiner Vaterstadt mitzuwirken. Er war zuständig für das Militärbauwesen und erwarb sich Verdienste bei der Errichtung der Kadettenschule an der heutigen Hans-Thoma-Straße/Ecke Moltkestraße, bevor er das erste deutsche Parlamentsgebäude errichtete. Arnold starb 1854.

Zu Beginn des 19. Jahrhundert entstand neben dem Ständehaus ein weiteres Baudenkmal, das auf die Verfassung von 1818 zurückgeht. Die Stadt Karlsruhe ließ nach Plänen Weinbrenners ab 1822 in mehreren Baustufen einen 7,8 Meter hohen Obelisk mit Brunnen und Greifen errichten, der erst nach dem Tode von Großherzog Ludwig, der ein Gegner der Verfassung war, mit einem Bildnis des Großherzog Karls und der Inschrift „ Dem Gruender der Verfassung die dankbare Stadt Carlsruhe" geschmückt wurde.[88]

Das Ständehaus und diese Großherzog Karl gewidmete Säule auf dem Rondellplatz, die bezeichnenderweise als „Verfassungssäule" in die Stadtgeschichte einging, waren stadtbildprägende Baudenkmäler der bürgerlich-liberalen Epoche, die Karlsruhe ein neues Äußeres verlieh.

Der Ausbau der Stadt – Eingemeindung und Stadtplanung

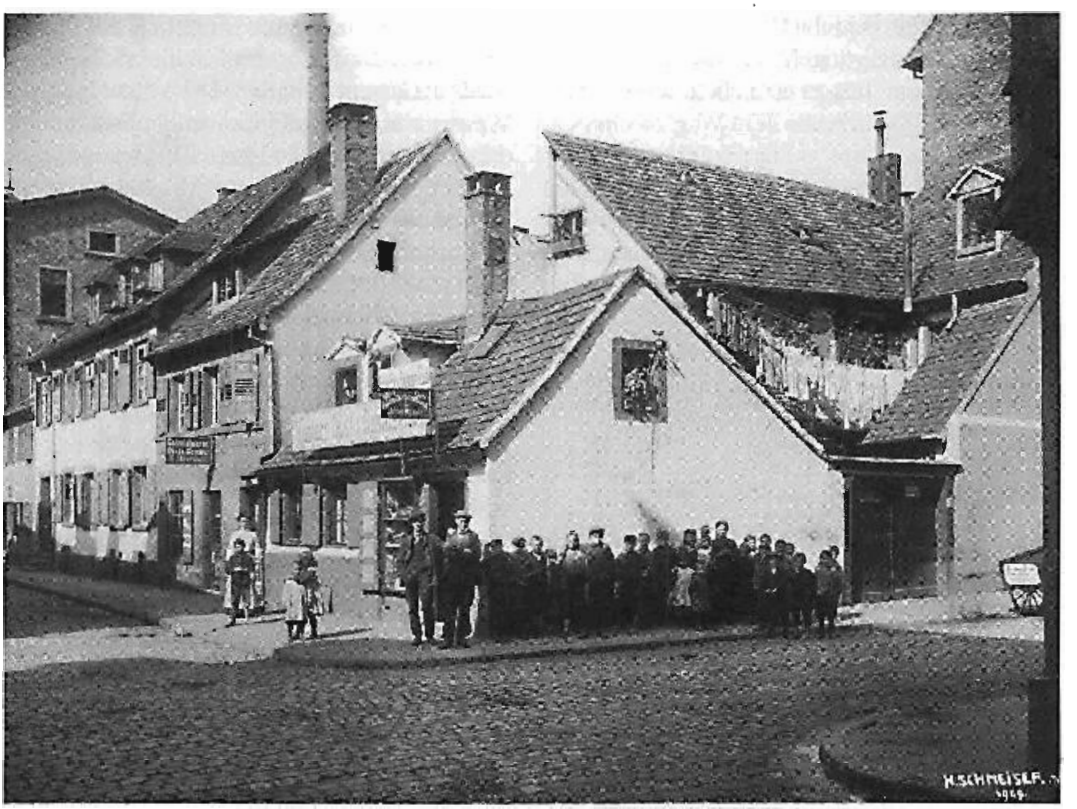
Das Ständehaus blieb nicht das einzige neue Gebäude der Epoche. Die gewachsene Bedeu-

tung Karlsruhes als Verwaltungszentrum eines deutschen Mittelstaates schlug sich nicht nur in einer rapide steigenden Einwohnerzahl nieder (siehe unten), sondern verlangte auch nach einer städtebaulichen Erweiterung.

Dabei machten sich die Entstehungsbedingungen der jungen Stadt empfindlich bemerkbar, Karlsruhe verfügte über eine nur kleine Gemarkung, deren Vergrößerung durch Ankauf weiteren Landes von anderen Gemeinden oder aus Domänengütern gelingen konnte. Nach Erwerb der 21 ha vom Gottesauer Kammergutsfeld hatte Karlsruhe 1806 eine Gesamtfläche von 226 ha. Doch schon im Januar 1808 kaufte man 11 ha der Beiertheimer Nachtweidewiesen und ein Jahr später 19 ha vom Hartwinkelfeld, so daß die Stadt nun über eine Gesamtfläche von 256 ha verfügte.[89]

Die sich hier ansiedelnden adligen Familien oder Mitglieder der markgräflichen Familie errichteten sich Palais und Lustgärten, die 1815 eine flächenmäßige Ausdehung von 131 Morgen erreicht hatten.[90] Die Karlsruher Bürgerfamilien besaßen im stadtamtlichen Bezirk 145 Morgen Garten- und 341 Morgen Acker- und Wiesenland zur landwirtschaftlichen Nutzung, d. h. die Residenzstadtbewohner betrieben, wie in dieser Zeit allgemein üblich, Nutzgärten und füllten ihre Speicher und Kochtöpfe mit Erzeugnissen ihrer in Nebenerwerbslandwirtschaft gewonnenen Güter. Auf den Äckern wurden Korn, Dinkel, Hafer und Kartoffeln oder auch Gemüse angebaut.

Je mehr die Stadt wuchs, um so näher rückte auch die noch eigenständige Gemeinde Klein-Karlsruhe, in der diejenigen Bürger Aufnahme fanden, deren Vermögen und Einkünfte für die Residenzstadt zu gering waren. Da Klein-Karlsruhe seit 1795 den Status einer eigenständigen Dorfgemeinde (siehe oben) genoß, gab es nun auch hier Voll- und Schutzbürger und das Recht zur Ausübung eines zünftischen



Die Brunnenstraße/Ecke Fasanenstraße im 1812 eingemeindeten „Dörfle" auf einem Foto von 1909.

Gewerbes. Dadurch verschärften sich die Spannungen zwischen der Unterschichtengemeinde und der benachbarten Residenzstadt, welche auch die Konkurrenz der in Klein-Karlsruhe wohnenden Gewerbeleute fürchtete. Auf der anderen Seite mußten die Dörfle-Bewohner hinnehmen, daß vermehrt Karlsruher Handwerkerfamilien auch wegen der günstigeren Baukosten und Häuserpreise in das „Dörfle" zogen und das hier ansässige Gewerbe bedrängten, bürgerrechtlich aber weiterhin zu Karlsruhe gehörten.[91]

Schon 1802 vertrat die Karlsruher Polizeideputation die Ansicht, die Stadt- und Dorfgemeinde könnten nicht mehr voneinander getrennt bestehen bleiben. Nun begannen die Vorbereitungen der „Einverleibung", gegen die sich jedoch anfangs die Stadt Karlsruhe wandte. Die Städter fürchteten wachsende Belastungen für die Gemeindekasse. Die Dörfle-Bewohner hingegen versprachen sich eine Verbesserung ihrer Situation von einem Zusammenschluß, im Jahr 1809 baten sie explizit und ohne Bedingungen um die Eingemeindung. Doch um dies zu erreichen, waren manche Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. So mußte vor allem geklärt werden, was mit den Klein-Karlsruhern geschehen solle, die hier Bürgerrechte genossen, in Karlsruhe aber nur Schutzbürger hätten werden können. Die schließlich in dem Edikt vom 17. September 1810 festgelegte, aber erst im Oktober 1812 verkündete Eingemeindungsregelung bestimmte, daß die Klein-Karlsruher Bürger einen Vermögensnachweis von 1.200 Gulden erbringen mußten, um in Karlsruhe Bürgerrechte zu erwerben. Alle anderen wurden Karlsruher Hintersassen. Zudem erhielten die Dörfle-Bewohner einen Sitz im Karlsruher Stadtrat. Der Gemarkungszuwachs betrug für die Residenzstadt jedoch nur 9 ha.

Der Zeitgenosse Theodor Hartleben lobte 1815 explizit die Verdienste, die sich die beiden Karlsruher Bürgermeister bei den langwierigen und schwierigen Verhandlungen erworben hatten: „Die vereinten Kräfte der höchsten und hohen Staatsbehörden, so wie die einsichtsvolle und eifrige Mitwirkung der beyden würdigen Herrn Bürgermeister Griesbach und Dollmätsch besiegten endlich alle Schwierigkeiten."[92] Die Klein-Karlsruher zeichneten vor allem Bernhard Dollmätsch mit einem Ehrenpokal aus, der ihn so wertschätzte, daß er die Auszeichnung in seinen Personalakten erwähnte.[93]

Dollmätsch erwarb sich auch große Verdienste für eine weitere, für die Stadtentwicklung grundlegende, diesmal infrastrukturelle Maßnahme.

Die Durlacher Wasserleitung

In seiner Reisebeschreibung aus dem Jahr 1781 nannte Friedrich Justinian von Günderrode „Durlach ... eine kleine, aber nahrhafte und wohlangebaute Stadt." Luft, Gegend, Wasser, Brot seien hier weit gesünder und angenehmer als in Karlsruhe. „Es lassen daher viele Einwohner der Residenz ihr Trinkwasser aus dieser bergigen Gegend herbeiführen."[94] Damit benannte er eine Situation, mit der die Bewohner der Residenzstadt in wachsendem Maße zu kämpfen hatten. Die Versorgung mit Wasser war von Anbeginn an ein Problem, da die Stadt in der sandigen Rheinebene ohne Quellen lag und auch keine Möglichkeit hatte, abfallende Gebirgsbäche zu nutzen. So gab es in Karlsruhe trotz barocker Baukultur keine Brunnenkunst wie in anderen vergleichbaren Residenzstädten. Die Karlsruher Bürger und Bürgerinnen versorgten sich durch Zieh- oder Pumpbrunnen, die auf fast jedem Anwesen zu finden waren, mit Grundwasser. Das war zwar leicht zu gewinnen, konnte aber in seiner Qualität nicht befriedigen. Es gab Klagen über Geschmack und Geruch, was nicht überraschend war, lagen die Brunnen doch häufig in der Nähe von den Sickergruben der Aborte. Alle Vorschläge, Quellwasser aus dem Kraichgau oder dem Schwarzwald in die junge Stadt zu führen, mußten wegen Undurchführbarkeit fallengelassen werden.[95]

Das um 1762 errichtete Brunnenhaus, das an der heutigen Kaiserstraße, Ecke Lammstraße stand, reichte nach wenigen Jahrzehnten nicht mehr aus, zumal sich die Situation durch das

sprunghafte Wachstum der Stadt verschärfte. Nach dem Ende der napoleonischen Kriegszeiten konnte das Problem endlich angegangen werden, man suchte nach Möglichkeiten, Quellwasser zu erhalten. Der Durlacher Bürgermeister Dumberth wies auf eine noch ungefaßte Quelle am Fuße des Geigersbergs neben der alten Durlacher Brunnenstube hin. Großherzog Ludwig berief 1821 eine Kommission ein, der u. a. neben Friedrich Weinbrenner und Johann Gottfried Tulla auch der Durlacher Bürgermeister und der Karlsruher Oberbürgermeister angehörten. Diese Kommission beriet sich mit dem Ettlinger Mechanikus Joseph Haberstroh, der – da das bestehende Pumpwerk im Durlacher Brunnenhaus nicht ausreichte, das Wasser bis Karlsruhe zu bringen – den Plan einer von ihm erfundenen Druckmaschine vorstellte. Mit deren Hilfe konnte das Wasser von Durlach aus durch zwei eiserne Röhren unter der Erde nach Karlsruhe geleitet werden. Das neue Brunnenhaus an der Badener Straße in Durlach wurde nach Weinbrenners Plänen errichtet; man erneuerte die alten Deicheln und baute den Durlacher Brunnenturm um. Das nun funktionslos gewordene Karlsruher Brunnenhaus wurde 1833 abgerissen.

Am 5. Januar 1824 wurde die neue Wasserleitung auf dem Karlsruher Marktplatz in Anwesenheit des Hofes, der Stadtverwaltung, des Militärs und vieler Bürger und Bürgerinnen feierlich eröffnet. Bei diesem Anlaß verlieh der Großherzog dem Karlsruher Oberbürgermeister das Ritterkreuz des Zähringer Löwenordens, während sich der Durlacher Bürgermeister Dumberth mit der „goldenen Medaille mit Oehr und Band" zufriedengeben mußte. Die Freude wurde allerdings etwas getrübt, als man festellen mußte, daß die Baukosten doppelt so hoch waren wie der Voranschlag.

Die neue Wasserleitung ermöglichte die Anlage von neuen öffentlichen Fließbrunnen, wie den an der Verfassungssäule, der im Auftrag der Stadt ab 1822 angelegt wurde (siehe oben). Er war Teil einer groß angelegten städtebaulichen Anstrengung, die Karlsruhes Äußeres nachhaltig veränderte.

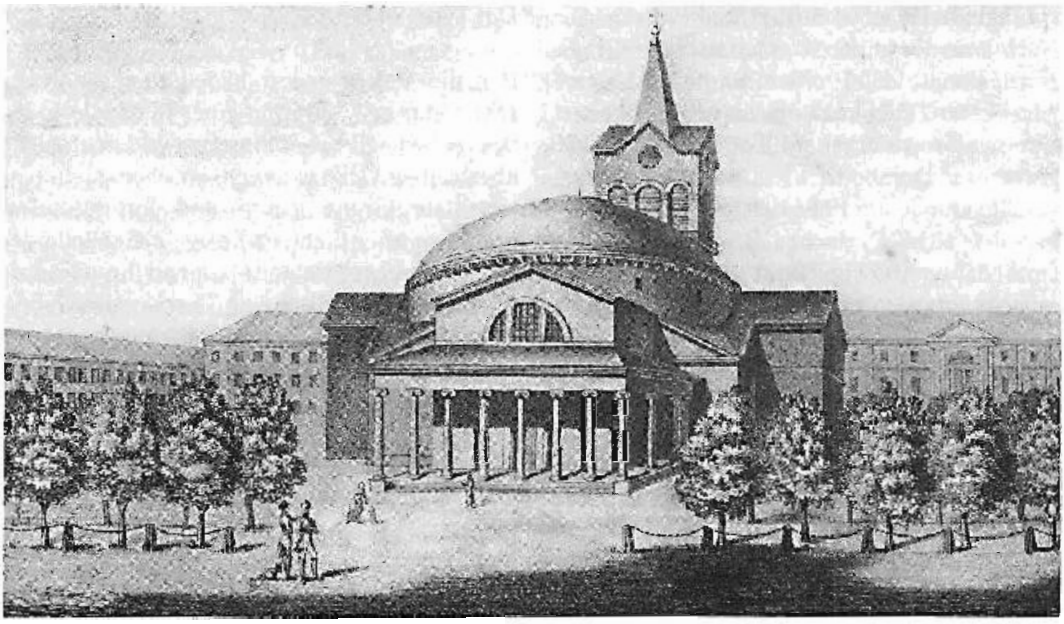
Das neue Stadtbild

Für die Zeitgenossen bedeuteten die zwei Jahrzehnte seit 1806, auf einer Baustelle zu leben; neben offenen Baugruben und noch nicht überbauten Grundstücken erhoben sich neu errichtete Grundmauern und fertiggestellte prächtige öffentliche und private Gebäude.

Die Karlsruher erlebten staunend diese Veränderungen und stellten wie Theodor Hartleben 1815 fest: „Auf mehreren Punkten erweiterte sich die Stadt wie durch einen Zauberschlag." Er scheute nicht davor zurück, Großherzog Karl Friedrich mit Kaiser Augustus zu vergleichen, von dem man auch gesagt habe: „Klein und von Holz erbauet, hat er die Stadt angetroffen. Groß und herrlich größtentheils von Stein hat er sie verlassen."[96]

Diese nach der eigentlichen Stadtgründung zweite große Bauperiode der Stadtgeschichte ist untrennbar mit dem Namen Friedrich Weinbrenners verbunden, der wie kein anderer das Stadtbild prägte und dessen Spuren noch heute trotz aller Zerstörungen des Zwei-

Friedrich Weinbrenner (1766–1826).



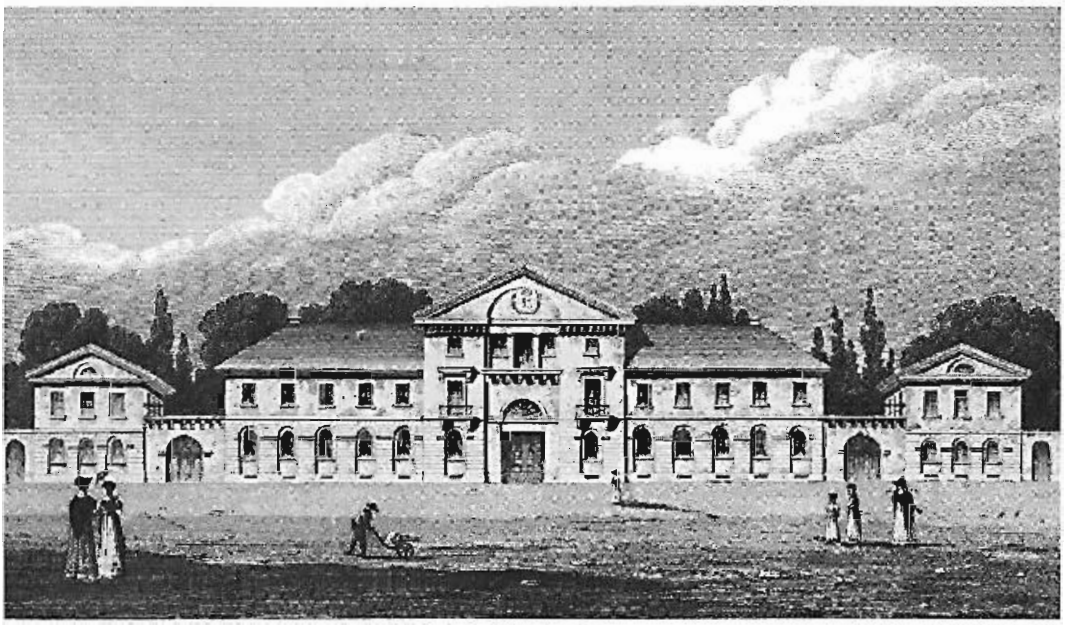
Die 1814 eingeweihte katholische Kirche St. Stephan.

ten Weltkrieges in der Innenstadt zu finden sind.

Friedrich Weinbrenner kam am 24. November 1776 als Sohn einer Zimmermannsfamilie in Karlsruhe zur Welt, erlernte den väterlichen Beruf und unternahm einige Studienreisen u. a. nach Dresden, Wien und Berlin.[97] Der damals moderne antikisierende Baustil des Klassizismus sprach ihn an, dessen Vorbilder er auf einer Italienreise näher kennenlernte. Nach weiteren Aufenthalten in der Schweiz, wo er mit Lavater zusammentraf, erhielt er 1797 in Karlsruhe eine Anstellung als Bauinspektor. Er entwarf einen Plan für die Gestaltung des Marktplatzes, den er Jahre später – wenn auch in veränderter Form – umsetzen konnte.[98]

Weinbrenner heiratete die Straßburgerin Margarethe Arnold, eine weitläufige Verwandte von Friedrich Arnold, und ließ sich für einige Zeit in deren Heimatstadt nieder. Durch die Vermittlung der Gräfin von Hochberg konnte er endlich, kurz bevor er ein Angebot des Hannoverschen Hofes annahm, für Karlsruhe als Architekt gewonnen werden. Er kehrte 1800 hierher zurück, übernahm die Aufgabe der Stadterweiterung und -umgestaltung und löste den bisherigen Leiter des badischen Bauwesens Wilhelm Jeremias Müller ab. 1809 wurde Weinbrenner zum Oberbaudirektor ernannt. In seiner als Privatanstalt geführten Schule sammelte er einen großen Kreis von Schülern um sich und beeinflußte so die Architektur des gesamten Landes. Hartleben nannte sein Institut „eine Akademie der Baukunst", die „wirkliche praktische Baumeister aus den entferntesten Staaten Deutschlands" besuchten.[99] Als Weinbrenner am 1. März 1826 starb, fanden sich fast überall in der Stadt die Spuren seines Tuns. Sein Nachfolger als Residenzbaumeister wurde sein Schüler Heinrich Hübsch, mit dem eine neue Bauepoche einsetzte.

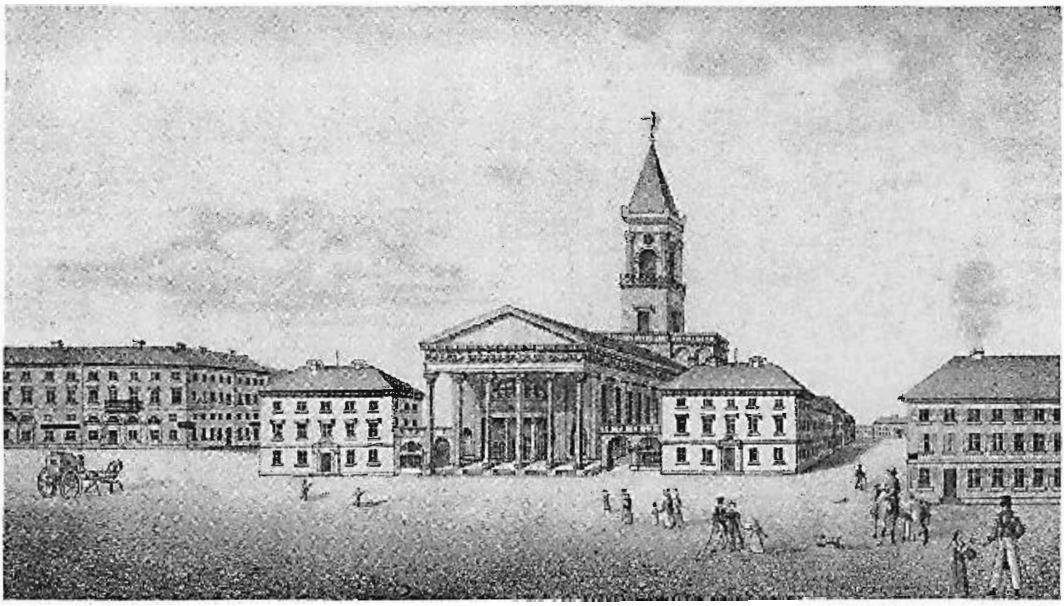
Sein erstes Karlsruher Gebäude war die 1800 fertiggestellte und 1871 abgebrannte Synagoge. Es folgten als bedeutendste der nach seinen Plänen gestaltete Bauten: das 1803 bis 1805 errichtete und 1872 niedergerissene Ettlinger Tor, das 1803 begonnene und 1813 beendete Markgräfliche Palais am Rondellplatz, das 1808 vollendete und 1847 abgebrannte Theater, die 1808 begonnene und 1814 eingeweihte, der Großherzogin Stephanie zu Ehren



Die 1827 eröffnete Münze.

dem heiligen Stephan geweihte katholische Kirche, die 1809 bis 1813 gebaute und gegen Ende des Jahrhunderts abgerissene Infanteriekaserne auf dem heutigen Europaplatz, das 1814 eingeweihte Gebäude der Gesellschaft „Museum", die 1807 begonnene und 1816 eingeweihte Stadtkirche und das gegenüberliegende 1825 fertiggestellte Rathaus mit Metzig, Mehlhaus und Gefängnisturm, d. h. die gesamte Marktplatzgestaltung einschließlich der Pyramide, die Verfassungssäule (siehe oben), die 1826 begonnene und 1827 eröffnete Münze und zahlreiche Privatgebäude, namentlich die am Markt.[100]

Für die Bürgerschaft war das Rathausgebäude sicherlich auch langfristig von größter Bedeutung. Der Bau wurde 1805 begonnen. Als erstes entstand der rechte Flügelbau mit Salz- und Mehlhalle und Fleischbank, ab 1811 wurde der hintere rechte Flügelbau mit Feuerhaus und Lagerräumen errichtet. Nun wurden die Funktionsräume der Stadverwaltung in den Flügeln untergebracht, so daß das alte Rathaus 1811 abgerissen wurde, an dessen Stelle das Haus der Kaufmänner Schmieder und Füeßlin entstehen konnte. Mit der letzten Bauphase 1821 bis 1825 war das Rathaus endlich fertiggestellt.[101] Die Baukosten beliefen sich auf insgesamt 260.000 Gulden, wozu jährlich der Staat 26.000 Gulden und die Amtskasse für die Gefängnisse im Turm einmal 42.000 Gulden beisteuerten.[102] Schon die Finanzierung des Gebäudes verweist auf die unterschiedlichen Nutzer des Baues, der noch lange nicht eine rein stadtbürgerliche Institution beherbergte.[103] Anläßlich der Grundsteinlegung am 7. Mai 1821 fanden sich Minister, diplomatisches Korps, Generalität, Hofstaat und Angehörige der markgräflichen Familie einträchtig mit der Ehrenkompagnie des Leibgarde-Grenadierregiments, der Bürgergarde in Paradeuniform, Beamten des Stadt- und Landamtes, dem Stadtrat und Bürgerausschuß, dem Oberbürgermeister Dollmätsch, dem Baumeister Friedrich Weinbrenner und Bauleuten zusammen, um in Anwesenheit des Großherzogs den Baubeginn des bürgerlichen Verwaltungszentrums der Stadt zu feiern. Den Machtverhältnissen entsprechend, hielt der Stadtdirektor Freiherr von Sensburg die Festansprache, dessen Amtszimmer ebenfalls im Rathaus untergebracht waren.[104] Für Friedrich



Die evangelische Stadtkirche mit Lyceumsgebäude. Der ab 1822 erbaute Markplatzbrunnen steht noch nicht. Rechts im Bild das Haus und die Tabakfabrik von Oberbürgermeister Griesbach.

Weinbrenner war dies sicherlich eine der feierlichsten Grundsteinlegungen, aber es war nur eine von vielen.

Zudem beschreibt die Auflistung der von ihm gebauten Häuser nicht annähernd die Bedeutung, die Weinbrenner für Karlsruhe hatte und in vielem bis heute behalten hat. Die von ihm entworfenen Bauten waren Teile eines gesamtstädtischen Ensembles, das der notwendigen Stadterweiterung eine städteplanerische Grundlage gab. Weinbrenner hatte als einer der letzten deutschen Baumeister die Möglichkeit, eine Stadt als einen Gesamtorganismus und als ein architektonisches Kunstwerk zu entwerfen und zu errichten, der sich in Bautypen und -formen ausdrückte.[105]

Den Entwurf „zur Vergrößerung der hiesigen Fürstlichen Residenz", die er auf zukünftig 25.000 bis 30.000 Einwohner berechnete, legte er 1802 vor. Karlsruhe behielt zwar die charakteristische fächerartige Anlage, wurde aber südlich der Langen Straße in einer Gesamtplanung weitergebaut, deren Umsetzung auch nicht davor zurückschreckte, die kleine und noch nicht sehr alte Konkordienkirche abzureißen. Zudem wurde die Stadt nach Westen hin ausgeweitet, so daß das Mühlburger Tor 1817 an die Stelle des heute nach ihm benannten Platzes verrückt wurde.[106]

Ab 1804 begann man mit der schon seit langem geplanten Umgestaltung des Marktplatzes als bürgerlichen Gegenpol zum Schloß und Schloßplatz nach Weinbrenners Plänen[107], an dessen nördlichen Bereich statt der kleinen Kirche das als Pyramide gestaltete und 1825 fertiggestellte Grabmal des Stadtgründers das Zentrum bildet. Die Pyramide steht bis heute auf der Achse, die vom Schloßturm, Karl-Friedrich-Denkmal und Großherzog-Ludwig-Standbild über die Verfassungsäule auf dem Rondellplatz bis zum Ettlinger Tor als südlicher Begrenzung reicht. Bis heute prägt diese Via Triumphalis mit dem Grabmal des Stadtgründers in der Mitte städtebaulich das Zentrum der Stadt. Für die Anlegung des Marktplatzes und der südlichen Stadterweiterung mußte der Landgraben überwölbt werden, dessen Inhalt bis dahin, häufig genug stinkend, offen durch die Stadt geflossen war und zudem die Baumöglichkeit eingeschränkt hatte.

Der von Weinbrenner gestaltete Marktplatz mit dem Rathaus und der gegenüberliegenden evangelischen Stadtkirche mit Lyzeum als klassizistische Monumentalbauten, die von den übrigen vierstöckigen Gebäuden kommentiert wurden, war als ein bürgerliches Stadtzentrum gestaltet worden. Hier ließen sich neben Griesbach noch die Handelsmänner Gustav Schmieder und Karl Wilhelm Füeßlin nieder, die an der Stelle des 1812 abgebrochenen alten Rathauses ein viergeschossiges Modellhaus errichteten, das ebenso die Marktplatzgestaltung prägte wie das des Handelsmannes Jakob Kusel.

Die Stadt erhielt nun auch, insbesondere nach Fertigstellung der neuen Wasserleitung, öffentliche, von Weinbrenner geplante und mit Denkmälern geschmückte Fließbrunnen. Dazu zählten der Brunnen mit der „Verfassungssäule" und der 1822 begonnene Brunnen, den seit 1833 die Sandsteinstatue des Großherzogs Ludwig ziert.[108]

Es gab in der Folgezeit sehr unterschiedliche, jeweils zeithistorisch beeinflußte Einschätzungen von Weinbrenners Arbeit.[109] So schrieb Alfred Woltmann 1875 in der Zeit der üppig überladenen Gründerzeitarchitektur: „Weinbrenner war ein hervorragender Architekt in einer bestimmten Zeitrichtung, aber diese Richtung war eben eine nüchterne, phantasielose, in den Mitteln, die sie darbot, außerdem höchst kümmerliche."[110] Heinrich Klotz dagegen bescheinigte 1997 Weinbrenner, mit seiner Marktplatzgestaltung der Architektur des 19. Jahrhunderts einen festlichen Auftakt verschafft zu haben.[111] Da es sich um einen Marktplatz handelt, können die Karlsruher und die Besucher der Stadt den Platz nicht immer in seiner klaren Schönheit erleben, da nicht selten Würstchen- und Schupfnudelbuden, Bierstände und Fischverkaufswagen die klassizistische Strenge verstellen.

Zur Stadtplanung gehörten nicht nur Straßenanlagen und öffentliche Gebäude, sondern auch die privaten Wohnhäuser der Karlsruher Familien.[112] Weinbrenner entwarf ein neues zwei-, drei- oder viergeschossiges Modellhaus, dessen Fassade und Brandmauern aus Stein sein mußten. Das Modell war für die Bauherren wie schon in früheren Zeiten verpflichtend, sie mußten ihre Pläne zur Genehmigung dem großherzoglichen Bauamt vorlegen. Weiterhin lockte man Bauwillige mit „Baugnaden", die sich jeweils nach Höhe und Lage des Hauses richteten. Falls ein Hauseigentümer an der Langen Straße sein altes Haus niederriß und dafür eine neues modellmäßiges errichtete, erhielt er 25 Gulden pro Schuh Fassadenlänge.[113] Die vierstöckigen Häuser am Marktplatz waren mit einer Baugnade von sogar 30 Gulden pro Schuh Fassadenlänge ausgezeichnet. Mit dieser Weinbrennerschen Bauordnung verlor die Trennlinie zwischen herrschaftlichem und bürgerlichem Bauen ihre Schärfe, nun traten bürgerliche Wohnhäuser neben fürstliche Palais. Richtete man am Marktplatz seinen Blick nach Süden, so sah man „durch die beyden vorstehenden Eckhäuser, nemlich das Kanzleygebäude der Durchlauchtigsten Herren Markgrafen und das Oberbürgermeister Griesbachische Haus, die schöne Schloßstraße mit ihrem Rondellplatz, worauf die Palais der Herren Grafen von Hochberg, das Staatsrath Wohnlichsche und Schreiner Stimmermännische Haus vorzüglich" prangten.[114] Dieses räumliche Nebeneinander der Stände war der architektonische Ausdruck des Zeitenwandels, d. h. des Zusammenrückens von Adel und Bürgertum, und zugleich Resultat einer veränderten Sozialstruktur der Stadt.

Hauseigentümer waren vor allem Hofbedienstete, Handelsmänner und zünftische Handwerksmeister, die neu in die Stadt strömenden Beamten wohnten in der Regel zur Miete im ersten Stock. Der Erwerb oder Bau eines eigenen Hauses verbot sich für diese Gruppe der Einwohner zum einen aus finanziellen Gründen, aber auch aufgrund der Unsicherheit, als Beamter jederzeit wieder versetzt werden zu können.[115]

Sozial schwächere, weniger vermögende Familien bauten sich das einfachere und kleinere, ebenfalls von Weinbrenner entworfene, Modellhaus in Klein-Karlsruhe oder wohnten in den Hinterhöfen.

Bevölkerung und Wirtschaft

Bevölkerungswachstum und konfessionelle Zusammensetzung

In der Epoche zwischen 1806 und 1830 stieg die Karlsruher Einwohnerzahl von unter 10.000 auf 20.109 Menschen (vgl. Tabelle im Anhang). Dies ging mit einer Verschiebung der sozialen Zusammensetzung einher: Im Jahr 1801 stellte die Staats- und Hofdienerschaft, d. h. das Beamtentum, 22,6 % der insgesamt 8.186 christlichen Einwohner, ein Fünftel war beim Militär und 56,3 % der Bevölkerung zählten zum Kreis der Gewerbetreibenden, Gesellen, Tagelöhner, Dienstboten und Fremden, d. h. die überwiegende Mehrheit der Karlsruher gehörte zum Gewerbebürgertum.[116] Im Jahr 1815 hatte sich der Anteil der männlichen und weiblichen Personen mit Bürgerrecht, d. h. der Anteil des herkömmlichen städtischen Bürgertums auf 34 % der insgesamt 15.128 Einwohner gesenkt.[117] Im Grundstein des Rathauses, der 1821 gelegt wurde, fanden sich die Angaben, daß unter den 16.199 Einwohnern nur 886 Bürger waren.[118] Der Bedeutungsverlust des zünftigen Gewerbestandes mit Bürgerrecht und damit des traditionalen städtischen Bürgertums basierte vor allem auf der Ausweitung der Landesverwaltung und der wachsenden Bedeutung des Militärs. Im Zuge der Modernisierungen und auch des Zuwachses an Territorium kamen immer mehr Hof- und Staatsdiener in die Stadt, wobei sich letztere zu Vertretern eines laufbahnorientierten Beamtentums wandelten. Karlsruhe erhielt die Einwohnerstruktur einer Haupt- und Residenzstadt und Verwaltungsmetropole.

Dabei ergaben sich auch Verschiebungen innerhalb der konfessionellen Zusammensetzung. 1801 zählten von 8.721 Einwohnern 6.711 zu den Lutheranern, 1.250 zu den Katholiken, 225 zu den Reformierten und 535 zu den Juden.[119] In den folgenden Jahren wuchs die Zahl der Katholiken stetig, so daß sie 1809 einen Anteil von knapp 17 %, 1815 schon knapp 30 % und 1840 34 % der Einwohnerschaft erreichten.[120] Der Anteil der Juden an der Karlsruher Einwohnerschaft sank dagegen in den folgenden Jahrzehnten langsam, aber stetig: Stellten sie 1801 noch etwas über 6 % Bevölkerung, so lag ihr Anteil 1831 nur noch bei 4,7 %, obwohl ihre absolute Zahl von 535 auf 1.035 Menschen gestiegen war.[121]

Die wachsende Bedeutung der katholischen Gemeinde zeigte sich eindrucksvoll in der von Weinbrenner erbauten Kirche St. Stephan, die im Dezember 1814 in Anwesenheit des Hofes und der Bürgerschaft eingeweiht wurde. Das Gebäude am Zirkel, das bis dahin den Katholiken für ihre Gottesdienste gedient hatte, blieb das katholische Schulhaus. Karlsruhe war von nun an für alle sichtbar nicht mehr eine lutherische Stadt, sondern die Haupt- und Residenzstadt eines gemischt-konfessionellen Staates.

Nachdem 1821 die reformierte Kirche mit der lutherischen zur Landeskirche vereint worden war (siehe oben), gab es noch drei große Konfessionen in der Stadt, die alle von Weinbrenner errichtete Gotteshäuser hatten: die protestantische mit der Stadtkirche am Marktplatz, die katholische mit der Stephanskirche an der Erbprinzenstraße und die jüdische mit der Synagoge in der Kronenstraße. Die bisher von den Reformierten genutzte Kirche wurde zur Garnisonskirche.

Neue Stadteliten

In den Jahrzehnten nach der Französischen Revolution wurden die Grenzen zwischen den Ständen durchlässiger. Wie sich schon in der Karlsruher Wohnkultur und Architektur der Zeit ausdrückte, bildete sich eine Karlsruher Oberschicht, die analog zur gesamtdeutschen Entwicklung eine Auflösung der strikten ständischen Grenzen zwischen Bürgertum und Adel darstellte. Es handelte sich um eine aus adligen, großbürgerlichen und bildungsbürgerlichen Familien zusammengesetzte Gruppe, die das kulturelle Leben der Stadt prägte und die neue Stadtelite stellte.[122] Zeitgleich schloß sich der Hof in dieser Zeit von der Stadt eher ab, besonders nachdem Großherzog Lud-

wig 1811 auf den Thron kam und Großherzogin Stephanie nach Mannheim zog. Da Ludwig keine standesgemäße Ehefrau hatte und der Hof damit ohne Großherzogin war, fehlte nun auch weitgehend das höfische gesellschaftliche Leben. Gleichzeitig bildete sich eine neue bürgerliche Oberschicht, zu der die drei Bürger- bzw. Oberbürgermeister der Zeit Christian Griesbach, Bernhard Dollmätsch und August Klose zählten. Sie repräsentierten geradezu beispielhaft die Elite des Karlsruher Bürgertums der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts: sie waren Kaufmänner, Bankiers oder landesherrliche Beamte, Förderer des entstehenden Karlsruher bürgerlichen Kulturlebens und in der Wohltätigkeit engagiert.

Zentrum der neuen Oberschicht war das Karlsruher Museum, dessen Mitgliederstruktur die aus Adel, Militär und Handels- und Bildungsbürgertum amalgierte Oberschicht spiegelt. In den Räumen des nach Weinbrenners Plänen errichteten Museumsgebäudes traf man sich zu Bällen, Konzerten und Gesellschaftsabenden.[123] Von den 340 Mitgliedern des Jahres 1814, unter denen auch Großherzog Ludwig war, gehörten 93 dem Adel an, 77 als Offiziere dem Militär und 163 dem Hof- und Staatsbeamtentum. Letztere stellten mit knapp 48 % die größte Gruppe. Geistliche, Mediziner, Professoren und Künstler bildeten die bildungsbürgerliche Gruppe mit rund 19 %, knapp 6 % stellten Kaufmänner und Handelsleute, eine neue soziale Gruppe in Karlsruhe (siehe unten). Das Museum wirkte in der Karlsruher Oberschicht nicht nur zwischen den beiden Ständen vereinend, sondern überbrückte auch konfessionelle Unterschiede. So zählten die jüdischen Handelsmänner und Unternehmer Salomon Haber, Elkan Reutlinger und Jakob Kusel zu den Mitgliedern.[124] Doch bildete die Mitgliedschaft in den folgenden Jahrzehnten eine relativ homogene Gesellschaft der Offiziere, höheren Beamten und des Adels, die 1842 gemeinsam 62 % der Mitglieder stellten.[125] Die Mitgliederzahl stieg in den folgenden Jahrzehnten, 1843 lag sie bei etwa

Mitglieder der Karlsruher Museumsgesellschaft 1848.

Mitglieder der Karlsruher Lesegesellschaft beim Lesen. An der Wand ein Porträt des Großherzogs. Gemälde Öl auf Holz von Adolf Schroedter.

700 Personen, die sich zur vornehmsten Gesellschaft zählten. Zu dieser Zeit war das Museum nicht mehr Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen, sondern – wie Eugen Huhn beschrieb – eher eine stagnierende Einrichtung: „Auf solche Weise ist das Museum eigentlich der Hauptpunkt für die gesellschaftliche Unterhaltung der höheren Stände; nur bewegt man sich daselbst etwas steif, was namentlich solche, die aus größeren Städten kommen, unangenehm berührt."[126]

Während im Museum Frauen als Mitglieder nur vereinzelt – 1814 waren es vier Witwen – vertreten waren, fanden sich auch die Ehefrauen und Töchter der Karlsruher Oberschichtsmänner zusammen, indem sie sich in dem 1817 anläßlich der allgemeinen Teuerung und Hungersnot neu ins Leben gerufenen allgemeinen Wohltätigkeitsverein (siehe unten) zusammenschlossen.

Damit hatte Karlsruhe teil an einer allgemein in Deutschland zu beobachtenden Entwicklung einer neuen Form der Geselligkeit, die „gleichsam als Konkurrenz zur Hofgesellschaft" Bürgertum und Adel zunächst vereinte. „Erstmals wurde in den ständeübergreifenden Sozietäten der Aufklärungsbewegung der bürgerliche Gleichheitsanspruch respektiert. Freimauerlogen, Lesevereine, patriotische und gemeinnützige Gesellschaften wurden, [...], sehr zahlreich sowohl von der Hoch- und Hofaristokratie als auch vom Beamten- und Offiziersadel frequentiert."[127]

Das implizierte jedoch eine Abgrenzung der bildungs- und wirtschaftsbürgerlichen von der traditionalen gewerbebürgerlichen Schicht,

d. h. die Trennung des dritten Standes. Diese fand 1816 in einer weiteren Neugründung ihren organisatorischen Ausdruck. In diesem Jahr riefen wohlhabende Handwerker eine Karlsruher Lesegesellschaft ins Leben, „um das Vergnügen der gesellschaftlichen Unterhaltung oder Erholung nach den Arbeitsstunden im trauten Zirkel gebildeter Männer" bei „Konversation, Lektüre, Spiel" zu genießen. Es handelte sich hier um eine Gründung von Stadtbürgern, die nicht mehr die elitäre Ausrichtung des Museums verfolgten. Aufgenommen werden konnte „jede selbständige Person [d. h. mit Bürgerrecht] ohne Unterschied des Ranges und der Geburt, von einem anerkannt sittlich guten Rufe sowie einem anständig gefälligen Betragen".[128] Den Mitgliedern ging es weniger um das aufklärerische Ziel gemeinsamer Lektüre und Bildung, sondern eher um die Geselligkeit, die „zwanglose Unterhaltung, Erhebung und Mitteilung gemeinnütziger Kenntnisse".[129]

Knapp dreißig Jahre nach ihrer Gründung hatte die Lesegesellschaft nur noch wenige Mitglieder, die sich zum wohlhabenderen Mittelstand zählten. In den Aufbruchszeiten der 1840er Jahre war sie überlebt, zumal man sich – wie es 1816 festgelegt worden war – „aller politischen Äußerungen, welche nicht den Stempel der Bescheidenheit und des Staatszwecks tragen und dadurch der Gesellschaft zum Nachteil dienen könnten, sowie aller Äußerungen über öffentliche Staatsanordnung zu enthalten" hatte.[130] Diese Selbstbescheidung trug schon deutlich die Anzeichen der nachrevolutionären restaurativen Epoche, die der napoleonischen Zeit folgen sollte, die neben einer allgemeinen politischen Unterdrückung auch gekennzeichnet war durch schwierige wirtschaftliche Zeiten.

Hungerjahre, Kriegsgewinne und Verwaltungsausbau – der wirtschaftliche Aufschwung

In den letzten Jahren der napoleonischen Epoche erlebten die Karlsruher eine kriegsbedingte allgemeine Teuerung, die ab 1812 vor allem die weniger bemittelten Familien und Almosenempfänger hart traf.[131]

Als das Jahr 1816 darüber hinaus noch Hochwasser und Überschwemmungen brachte, die Ernte verhagelt wurde und eine allgemeine Hungersnot drohte, griff der Staat ein. Die Regierung setzte eine Notstandskommission ein, legte zur Vermeidung von Wucher Preise fest und kaufte Getreide an.[132] Im März 1817 rief Großherzogin Stephanie nochmals zur Gründung eines Wohltätigkeitsvereins auf, der – Erfahrungen des Vereins von 1814 aufgreifend – als Landesverein mit Zweigvereinen und einem in Karlsruhe ansässigen Zentralausschuß fungieren sollte und dessen Ziel die „Beförderung des Gewerbfleißes, Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Nahrungszweige und Unterstützung arbeitsunfähiger Armen" war.[133] Man verteilte nicht nur Almosen, sondern gab auch zinslose oder zinsgünstige Darlehen. In dem Verein, der bald schon zahlreiche Zweigvereine wie z. B. in Durlach, Offenburg, Mannheim, Pforzheim und Ettlingen hatte, arbeiteten Männer und Frauen der jeweiligen örtlichen Oberschicht zusammen. Die Männer übernahmen die Aufgaben von Sekretären und Kassenkontrolleuren, die Frauen sammelten Spenden und „weibliche Arbeiten", d. h. Textilien. Zwar sollte der Verein eine dauerhafte Einrichtung werden, doch wurde er 1825 von seiner Gründerin Großherzogin Stephanie wieder aufgelöst.[134]

Trotz der Notzeiten erfuhr Karlsruhe einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung in dieser Zeit. Die wachsende Einwohnerzahl war Ausdruck eines aufblühenden Wirtschaftslebens der Stadt, deren Gewerbe und Handel von der zeitweisen Anwesenheit großer Truppenteile und von den gehobenen Bedürfnissen der höheren Beamtenschaft und der sich hier niederlassenden adligen Hofdiener profitierten. Die Macklotsche und die Müllersche Hofbuchhandlung (siehe unten) verdanken ihren Aufschwung ebenso diesen neuen Einwohnerkreisen wie auch die Kupferstecherei Haldenwang.[135] Die Handelsmänner, die mit der Militärbehörde Lieferungsver-

träge schlossen, profitierten vor allem in den Kriegszeiten.[136]

Theodor Hartleben hielt 1815 fest: „Bis zu dem französischen Revolutionskrieg war [in Karlsruhe] kaum ein Etablissment vorhanden, welches den Namen Handelshaus verdiente. Alles war Krämerey."[137] In den Jahrzehnten nach 1792 entwickelten sich große Handelshäuser wie das von Christian Meerwein und Christian Griesbach. Von jüdischen Hofbankiers wie David Seligmann, Elkan Reutlinger und Salomon Haber wurden die ersten Grundlagen für Banken gelegt, und größere gewerbliche Betriebe wie die Bijouteriefabrik Oelenheinz oder die Griesbachsche Tabakfabrik waren anders als die vom Landesherren initiierten Manufakturen früherer Zeiten sehr erfolgreich. Das Steuerkataster von 1822 zeigte Bankier Salomon Haber, Kaufmann Christian Griesbach, die Handelsmänner Löw Homburger und Christian Meerwein, die Witwe des Kaufmanns Elkan Reutlinger und den Posthalter und Wirt Theobald Krieglinger als die vermögendsten Personen der Stadt.[138] Bis auf Krieglinger waren alle Vertreter der neuen wirtschaftlichen Führungsschicht, die sich in den Jahrzehnten nach 1800 bildete und deren Vermögen nicht dem mittelständischen Handwerksgewerbe, sondern dem Handel und der neu entstehenden Industrie entsprang.[139] Die Vertreter dieser neuen sozialen Gruppe fanden – wie schon erwähnt – Aufnahme in der Museumsgesellschaft und zählten damit zur Karlsruher Elite.

Die wachsende Bedeutung des Kaufmannsstandes in der Stadt drückte sich auch in der Gründung der Handelsstube aus, die 1813 auf Anregung der Regierung von 37 Männern ins Leben gerufen wurde. In ihr fanden sich die Handelsmänner zusammen, die sich „von der gemeinen Krämerei" unterschieden und daher wechselfähig waren. Aus der Neugründung, die ab 1822 den Namen „Handelskammer" führte, ging die Industrie- und Handelskammer hervor.[140] Schon am 11. Juli 1797 hatte eine erste Versammlung der meisten Karlsruher und etlicher Durlacher Kaufleute stattgefunden,[141] die unruhigen Zeiten verhinderten dann wohl aber, daß vor 1813 eine feste Organisation daraus erwachsen konnte.

Trotz der wachsenden Bedeutung der Handelsmänner und Fabrikanten blieb die Karlsruher Wirtschaftslage weiterhin vom Hof abhängig, was die Karlsruher auch genau wußten: Als 1806 Gerüchte aufkamen, die Residenz solle nach Mannheim verlegt werden, da sich Erbprinz Karl und seine Frau Stephanie dort niederlassen wollten, wurde die Karlsruher Bürgerschaft sogleich tätig. Sie schickte eine dreiköpfige Delegation zu dem Landesherren Karl Friedrich, dem Thronfolger Karl und der Markgräfin Amalie, um eine Residenzverlegung zu verhindern. Für die wirtschaftliche Situation der Stadt, wenn nicht gar für ihren Bestand, wäre die Verlegung der Residenz einer Katastrophe gleichgekommen. Die Delegation, die neben Christian Griesbach noch den Kaufmann Friedrich Lauer und den Stadtrat Daniel Bayer umfaßte, erhielt allerdings beruhigende Nachricht. Es sei niemals geplant gewesen, Mannheim zur neuen Residenzstadt zu erheben.[142]

Wenige Jahre später stand die wirtschaftliche Entwicklung wieder zur Disposition, da bei der Thronbesteigung von Großherzog Karl im Jahr 1811 große Teile des Hofes mit Großherzogin Stephanie nach Mannheim zogen und das höfische Leben in Karlsruhe fast jeden Glanz verlor. Die gewerbetreibenden Schichten bemerkten dies sofort an ihrer Auftragslage, ihre Zahl ging daraufhin schlagartig von 3.886 Personen im Jahr 1809 auf 3.221 Personen im Jahr 1812 zurück. Nachdem 1814 der gesamte Hof wieder nach Karlsruhe zurückgekehrt war, erholte sich die wirtschaftliche Lage wieder.[143]

Einen Großteil der neu in die Stadt strömenden Menschen stellten die Vertreter des Beamtenbürgertums, das mehrheitlich nur über geringe Mittel zur Erfüllung des von ihr erwarteten Lebensstils verfügte. So hielt Theodor Hartleben, selbst Beamter in staatlichen Diensten, 1815 fest: „Ein Theil der besoldeten mittleren Klassen fühlet dagegen stärker den Druck der Zeit; er muß oft unfähig zu dem Grade des Aufwandes, welchen sein

Standesverhältnis fordert, jede Ausgabe meiden, die das absolute Bedürfnis übersteigt. Manche Staatsdiener können sich daher nicht den frohen Lebensgenuß bereiten, welcher auf die Erhaltung der Gesundheit bey einer sitzenden Lebensart einen so wesentlichen Einfluß hat."[144] Seit dem beginnenden 19. Jahrhundert lebte in Karlsruhe die Schicht, welche die Stadt erst zur Beamtenstadt im eigentlichen Sinne werden ließ: der kleine oder mittlere Beamte, der pflichtbewußt und erfüllt von Treue gegenüber Gesetz und Landesherrn seine Arbeit tut und bei dem schmalen Salär kaum Muße oder Mittel für besondere kulturelle oder geistige Höhenflüge hat. Einige Jahrzehnte nach Hartleben setzte ihm der 1816 in Karlsruhe geborene Albert Bürklin mit seinem 1857 erschienen Buch „Der Kanzleirat" ein Denkmal.[145] So blieb die Karlsruher Lebensart der Zeit trotz der gewachsenen Bedeutung der Stadt und trotz der häufigen Anwesenheit hohen Besuches „im Allgemeinen zwar gut, aber nicht luxuriös."[146]

Pfandleihe und Ersparniskasse

Trotz der Abhängigkeit vom Hofe und der Unterstellung der Stadtverwaltung unter das Stadtamt begann das Karlsruher Bürgertum eine selbstorganisierte kommunale Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dazu zählte z. B. die Schaffung einer städtischen Pfandleihe, die im September 1813 im Rathaus eingerichtet wurde.[147] Grundlage dieser neuen öffentlichen Institution war zwar ein großherzogliches Edikt vom 12. Dezember 1812, dennoch handelte es sich hier um eine von der Stadtgemeinde getragene Einrichtung, die es auch kleinen Leuten ermöglichen sollte, an Bargeld zu kommen. Die Leitung wurde einer Kommission übertragen, die sich zunächst aus staatlichen und städtischen Vertretern zusammensetzte, bis 1856 die Verantwortung ganz an die Stadtverwaltung überging. Diese übernahm schon 1813 allein die Garantie für die aufgenommene Summe von anfangs 10.000 Gulden.[148] Pfandgüter, die bis zum Stichtag nicht abgeholt oder verlängert wurden, gehörten dem Leihhaus, das sie versteigerte oder verkaufte. Schon im ersten Geschäftsjahr verlieh das Pfandhaus 6.447 Gulden gegen 804 Pfänder.[149] Der Bedarf an Kleinkrediten war groß genug, um 1816 dem Leihhaus eine Ersparniskasse anzuschließen, die „Dienstboten, Handwerkern und Tagelöhnern die sichere und verzinsliche Anlegung ihrer Ersparnisse und Gelder" gewährte.[150] Damit waren die Grundlagen für eine der ersten Sparkassen Deutschlands gelegt, die sich 1840 allen Bevölkerungskreisen öffnete, d. h. die Beschränkung auf die niederen Schichten aufhob. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts begann die Trennung beider Einrichtungen, da sich der „solide Geldsparverkehr" vom ewas „anrüchigen Arme-Leute-Pfandhausverkehr" löste. Zunächst schuf man zwei separate Eingänge und trennte den Kundenraum durch eine hölzerne Zwischenwand, bis die Sparkasse 1893 in das Obergeschoß des Rathauses zog. Doch auch die Räumlichkeiten des Pfandhauses wurden immer beengter und zunehmend unzureichend, zumal sich mit den Pfandgütern eine Menge leicht entflammbaren Materials im Rathausgebäude ansammelte. Da auch die städtische Verwaltung immer mehr Räume brauchte, entschlossen sich Stadtrat und Bürgerausschuß schließlich, für die Pfandleihe ein neues Gebäude zu errichten. Das neue Haus stand in der Schwanengasse im „Dörfle" und damit in dem Stadtteil, in dem die Nutzer der Pfandleihe lebten: Tagelöhner, Arbeiter und kleine Handwerker. Das Gebäude beherbergt seit 1990 das Karlsruher Stadtarchiv. Die Einrichtung des Leihhauses und der Ersparniskasse zu Beginn des 19. Jahrhunderts war Ausdruck eines neuen bürgerlichen Verständnisses von wirtschaftlichem Alltagshandeln, das nicht auf die Befriedigung momentaner Bedürfnisse setzte, sondern vorausschauend und sparsam auf zukünftige Investitionsmöglichkeiten kalkulierte. Die städtische Pfandleihe und die Sparkasse sollten dieses Denken und Handeln auch in den unterbürgerlichen Schichten verbreitern helfen.

Ein weiterer Zweig selbstorganisierter städtischer Wirtschaftspolitik waren die Stärkung

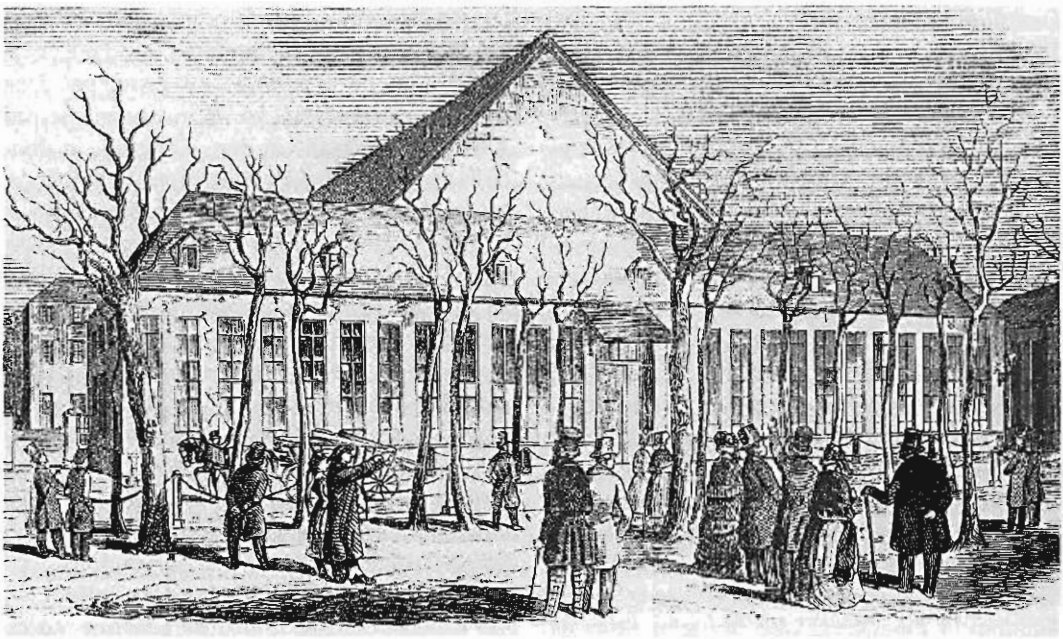
des Gewerbefleißes und die Verbesserung der Berufsausbildung von jungen Männern. Anläßlich der Säkularfeier für Großherzog Karl Friedrich und als Reaktion auf die Aufforderung der Regierung, die Feier würdig zu begehen, bildete sich ein landesweiter Verein zur Sammlung von Geldern für die Errichtung von Lehranstalten, „in welchen die zu Gewerben jeder Art bestimmte Jugend, hauptsächlich der künftige Handwerker und Landwirt genügende Vorbereitung" erhielt.[151] Die Gelder, die dieser „Zentralverein zur Begründung der Karl-Friedrich-Stiftung" sammelte, wurden von Christian Griesbach, August Klose und Karl Wilhelm Füeßlin eingesammelt, d. h. von drei Karlsruher Oberbürgermeistern, die als Handelsmänner und Fabrikanten die neue stadtbürgerliche Elite repräsentierten.[152] Hier wurden Grundlagen für die Verbesserung der Gewerbeausbildung gelegt, die sich ab den 1830er Jahren in neuen Schuleinrichtungen niederschlagen sollte (siehe unten).

Die Neugründungen von Handelskammer, Städtischer Pfandleihe, Karl-Friedrich-Stiftung und Wohltätigkeitsverein waren ebenso wie Museumsgesellschaft und Lesegesellschaft erste Schritte zur „Selbstorganisation der Wirtschaft", der Fürsorge und der Kulturförderung des städtischen Bürgertums.[153] Damit übernahm dieses Bereiche, die in Karlsruhe bisher dem Landesherren vorbehalten blieben, wie die gezielte Förderung des Gewerbes, der Künste sowie der Wissenschaften und die organisierte Wohltätigkeit.[154] Gleichzeitig schuf sich das Beamten-, Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum eine kulturelle und gesellschaftliche Öffentlichkeit.

Kultur und bürgerliche Öffentlichkeit

Das Hoftheater

Mit den neuen Einwohnerschichten in Karlsruhe stieg die Zahl potentieller Theaterbesucher, das Theater verlor seine auf den Hof bezogene Exklusivität. Auch wurde die Schaubühne ganz zeitgemäß im Schillerschen Sinne als „eine moralische Anstalt betrachtet", welche – wie der erste Karlsruher Chronist Theodor Hartleben 1815 meinte – „auf den geistigen Zustand der Bewohner" einwirke.[155] Deutlicher Ausdruck dieses Wandels war das



Das 1808 eröffnete Hoftheater.

nach Plänen Weinbrenners im Hofbezirk errichtete Theatergebäude, dessen Parkett und drei Ränge 1.800 bis 2.000 Personen fassen konnten.[156] Bei der feierlichen Eröffnung am 9. November 1808 konnten die Besucher darüber hinaus noch ein „Speiß- und Caffeehaus", einen Gesellschaftssaal, ein Spielzimmer sowie weitere Räume bewundern. Das Theater erhielt mit dem Neubau nun ein eigenes Ensemble und wurde nicht mehr wie zuvor von reisenden Schauspielergruppen bespielt. Der Beruf des Schauspielers gewann zunehmend an Ansehen, das Theater wurde zum Ort der ernsthaften Begegnung mit der Kunst.

Mit dem ersten Intendanten dieses Hauses Wilhelm Vogel, der als freier Unternehmer arbeitete und einen staatlichen Zuschuß von jährlich 3.500 Gulden erhielt, war das Publikum nicht zufrieden, und der Hof erlebte wahrhaft demokratische Zustände. Er störte sich an den Unwillensäußerungen auf den billigeren Plätzen, so daß schon am 28. November 1808 von Regierungsseite bekannt gegeben wurde, „daß man sich höchsten Orts alles Zischen, Pfeifen, Trampeln ernstlich verbitte. Wer keinen Beyfall äußern kann oder will, soll schweigen und nicht durch solch beyspiellosen Unfug dem milden Urtheile des Souverains Hohn sprechen."[157] Vogel wurde nach nur zwei Jahren der Zuschuß gestrichen und die Intendanz zur Hofcharge erhoben, die nur Kavalieren, Ministern oder hohen Offizieren anvertraut wurde. Das war nicht unbedingt von Vorteil für das künstlerische Niveau.

Der erste dieser Indendanten des Hoftheaters wurde der Kommandeur der Leibgrenadiergarde Oberst Freiherr von Stockhorn, 1812 gefolgt von Zeremonienmeister Karl Freiherr von Ende. Über diesen Günstling des Großherzogs Karl schrieb Varnhagen von Ense: „Er galt als ausgelernt in allen Ränken und Listen, als heimisch in allen Lastern und Niedrigkeiten." Dennoch lobte Hartleben im Jahr 1815 das Theater, „daß es besonders in Hinsicht der Opern sowie der Eleganz mit mehreren der ersten Hoftheater eine Vergleichung aushalten darf. Auch das Schauspiel zählet einzelne vorzügliche Künstler, und wird sich

Großherzogliches Hoftheater.

Samstag, den 21. Juny 1817.

Vierzehnte Vorstellung im dritten Abonnement.

(Zum ersten Male.)

TANCREDI

Opera seria in due Atti. La Musica è del Sig. Gioachino Rossini.

Personaggi:

Argirio, Padre di ... Il Signor Weixelbaum.
Amenaide ... La Signora Weixelbaum.
Tancredi ... La Signora Gervais.
Orbazzano ... Il Signor Mayerhofer.
Isaura, Confidente d'Amenaide ... Madamigella Haslocher.
Roggiero, Confidente di Tancredi ... Il Signor Miller.
Damigelle.
Nobili e Cavalieri.
Guerrieri e Guardie.

La Scena è in Siracusa, l'Azione nell' Anno 1005.

Preise der Plätze:

Logen-Loge ersten Rangs	1 fl. — kr.	Logen zweyten Rangs	— fl. 40 kr.
Logen-Loge erster Gallerie	1 —	Gereserv.	— 48
Logen zweyten Rangs	1 —	Gesellschafter Sitz belaufs.	1 —
Logen erster Gallerie	1 —	Amphi. Gallerie, Mitte	— 30
Parterre-Logen	— 48	Amphi. Gallerie, Seiten-Abtheilung	— 24
		Dritte Gallerie	12

Anfang: sechs Uhr. Ende: gegen halb neun Uhr.

Programmzettel des Hoftheaters für eine Oper von Gioachini Rossini mit Eintrittspreisen.

immer mehr in dem Ganzen vervollkommnen, je mehr sich der dramaturgische Geschmack des Publikums, welcher hier so wie in vielen Städten Deutschlands der Liebe zur Oper weichen mußte, wieder empor hebt."[158]

Doch blieb es in Karlsruhe bei der Bevorzugung der Oper, die auch 1843 noch am besten besetzt war, „weniger das Lustspiel, noch weniger das Schauspiel und am mangelhaftesten ... das Trauerspiel." Eugen Huhn, der diese Feststellung traf, beendet seine Darstellung des Karlsruher Hoftheaters mit dem Stoßseufzer: „Möchte dem Theater endlich einmal ein neuer Stern aufgehen!"[159] Dieser Wunsch sollte erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhun-

derts mit Eduard Devrient und später mit Felix Mottl in Erfüllung gehen, die den Aufschwung des Hoftheaters bewirkten (siehe unten).

Bürgerliche Kulturförderung

Seit dem beginnenden 19. Jahrhundert entwickelte die Karlsruher Bürgerschaft ein hofunabhängiges, selbständiges kulturelles Leben, das sowohl die Ausbildung als auch die Förderung von Künstlern und Künstlerinnen umfaßte.
So veranlaßten Oberbürgermeister Christian Griesbach und Bürgermeister Bernhard Dollmätsch im Jahr 1812 „das Zusammenwirken mehrerer Freunde der Tonkunst und viele Bürger, durch freywillige jährliche Beyträge eine Unterrichts-Anstalt für die zu stiften, welche Talente und Neigung haben, das Blasen irgend eines Instrumentes zu erlernen." [160] Diese Musikschule wurde 1814 um eine „Singanstalt" erweitert und hatte unter der Leitung des Bürgermeisters und Stadtrats einen eigenen Vorstand. Ab 1816 erhielten beide Anstalten schon einen städtischen Zuschuß, damit waren die Grundlagen für ein städtisch gefördertes Musikschulwesen gelegt, das bis heute im Badischen Konservatorium fortlebt (siehe unten).

Der Kunstverein

Seit 1806 öffneten die fürstlichen Kunstsammlungen in Karlsruhe ihre Tore für die Öffentlichkeit, die nun erst die Kunstwerke kennenlernen konnte. Das lag ganz im Zeittrend und folgte der zeitgenössischen Idee, die Erziehung der Menschen nicht nur durch Lektüre, sondern auch durch die Konfrontation mit dem sinnlich Schönen bewirken zu können. Ganz der Schillerschen Vorstellung folgend: „Nur durch das Morgentor des Schönen dringst du in der Erkenntnis Land", begann das Bildungsbürgertum, sich um die Förderung und Verbreitung vom Hof unabhängiger, autonomer Kunst zu bemühen. So stellte das Karlsruher Museum seine Räume „allen vaterländischen und auswärtigen, besonders reisenden Künstlern ... zur öffentlichen Ausstellung der Erzeugnisse ihres Genie's und Talentes" zur Verfügung.[161] Im Jahr 1818 gründeten dann 48 hochangesehene Museumsmitglieder – darunter die Markgrafen Leopold und Wilhelm sowie Vertreter der Staatsbürokratie und Angehörige der neuen Karlsruher bürgerlichen Oberschicht wie Friedrich Weinbrenner, Christian Griesbach und Johann Peter Hebel – den „Verein für bildende Künste in dem Museum zu Karlsruhe".[162] Diese „Gesellschaft von Kunstfreunden" diente dem Zweck, „den schönen Genuß zu erlangen, welchen die Anschauung der Werke bildender Künste uns gewähren." Denn: „Ernst ist das Leben, heiter die Kunst."[163] Der Karlsruher Kunstverein verfolgte die Verbreitung des Kunstgenusses mit einem eindeutig pädagogischen Ziel und war einer der ältesten deutschen Kunstvereine. Jedes Mitglied erwarb durch einen quartalsmäßig zu zahlenden Geldbetrag einen Anteil, genannt „Actie", des Gesamtvermögens, das für den Erwerb von Kunstwerken verwandt wurde. Für die Auswahl der Werke, bei der man anfangs vor allem Kupferstiche bevorzugte, setzte man eine Kommission von Künstlern und jährlich zu wählenden vier Mitgliedern ein. Jährlich sollten dreiviertel der erworbenen Kunstwerke unter den Mitgliedern versteigert werden, so daß auch Privatsammlungen entstanden. Dabei wurde die kaufmännische Perspektive nicht vergessen, hoffte man doch eine Wertsteigerung der ausgewählten Werke durch das Interesse des Kunstvereins zu erreichen. Zugleich übernahm der Kunstverein durch die Ausstellung künstlerischer Talente und den Ankauf von Werken eine Mäzenatenrolle, die bisher dem Hof und der Kirche vorbehalten geblieben war. Doch war der Karlsruher Kunstverein in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens eng an den Hof gebunden, zumal der spätere Großherzog Leopold von 1821 bis 1830 die Präsidentschaft übernahm. Anfangs blieben allerdings die großen Erfolge aus, so daß man sich entschloß, neben der Kunstförderung auch das einheimische Gewerbe durch Ausstellungen von Erzeugnissen aus heimischen Manufakturen, Fabriken und Werkstätten zu stärken. Schließlich trennte sich der

Zum 25jährigen Gründungsjubiläum erhielten alle Mitglieder des Kunstvereins ein neues Vereinsdiplom, dessen Gestaltung das Selbstverständnis des Vereins veranschaulichte. Hier die Urkunde für Gemeinderat Wagner.

„Kunst- und Industrieverein" 1823 vom Museum und bezog eigene Räume in der Langen Straße (Kaiserstraße).[164] Erst in den 1830er Jahren, als Karlsruhe ein wachsendes Vereinsleben erlebte, besann sich der Verein nun als landesweiter badischer Kunstverein wieder auf sein ursprüngliches Vorhaben, „bildende Kunst zu verbreiten und dem Betrieb derselben förderlich zu seyn"[165] (siehe unten).

Im Jahr 1827 zeichnete der badische Kunstverein die damals wohl bedeutendste in Karlsruhe arbeitende Künstlerin Marie Ellenrieder aus und verlieh ihr die Goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft. Unter den Malern der Zeit ragte Marie Ellenrieder heraus. Sie kam 1791 in Konstanz zur Welt und besuchte nach einer Ausbildung als Miniaturmalerin ab 1813 die Münchner Akademie der bildenden Künste. Sie war damit die erste Frau, die eine staatliche Kunstschule besuchte. In den 1820er Jahren porträtierte sie mehrfach Großherzog Ludwig, der sie mit dem Band des Vaterländischen Verdienstordens auszeichnete und in den Rang einer Hofmalerin erhob. Während eines Romaufenthalts in den 1820er Jahren kam sie mit den Nazarenern in Kontakt, die ihren weiteren Malstil beeinflußten. 1828 malte sie den Hochaltar für die Karlsruher katholische Kirche St. Stephan, das Gemälde „Die Steinigung des hl. Stephanus" befindet sich nach längerem Aufenthalt in der Konstanzer Kirche St. Stephan seit Dezember 1997 wieder in der Karlsruher Kirche St. Stephan. Marie Ellenrieder starb am 5. Juni 1863 in Konstanz.[166]

Literarisches und gesellschaftliches Leben

Wie die Anfangsschwierigkeiten des Kunstvereins zeigen, war Karlsruhe noch weit davon entfernt, eine Stadt mit lebhaftem kulturellem Leben zu sein wie z. B. Rahel Varnhagen feststellen mußte. Sie beschrieb die Atmosphäre der Stadt, in der sie 1816 bis 1819 als Ehefrau des preußischen Gesandten bei Hofe Varnhagen von Ense lebte: „Dies, und noch mancher flüchtige Besuch könnte wohl eine Gesellschaft bilden: ein jeder, den man hier sieht, In- und Ausländer klagt hier über die Unmöglichkeit, eine zu haben. Dies ist nicht wahr: mit ein wenig mehr Aufwand, der bei vielen hier ist, und nur einer oder zwei Frauen ... kann man sich eine Gesellschaft bilden. Es sind einzelne Personen genug da. Aber niemand hat menschliche Stunden – um ein Uhr essen sie zu Mittag, um halb neun zu Nacht; bitten sich nur die Menschen, wenn sie Gesellschaft wollen; Kurz, es fehlt den Personen, die sich sehen könnten, eine volle Stadt als Unterlage und Grund ihrer Gesellschaften.[167]

Die Beengtheit des gesellschaftlichen Umgangs war nicht nur für Karlsruhe typisch, zumal schon in den napoleonischen Zeiten der offene Austausch politischer Meinungen durchaus eingeschränkt wurde. So mußten am 31. Oktober 1810 auf Napoleons Drängen hin alle politischen Blätter im Großherzogtum Baden mit Ausnahme der „Karlsruher Zeitung", die nun „Großherzogliche Badische Staatszeitung" hieß, ihr Erscheinen einstellen.[168] Doch lassen sich wohl auch regionale Unterschiede im Umgang miteinander feststellen, wie Weech meinte: „Doch fand der spezifisch norddeutsche Zuschnitt der hier [= bei Varnhagens] gebotenen Geselligkeit nicht gerade vielen Anklang bei dem Karlsruher Adel. Mit den Beamten- und Bürgerkreisen hatte das geistreiche Gebaren der nach Karlsruhe importierten Berliner Salons so gut wie gar keine Berührung."[169] Diese Atmosphäre änderte sich auch in den folgenden Jahren des Vormärzes nur wenig, wie Eugen Huhn 1843 feststellte, als er den Karlsruher Buchhandel beschrieb: „Wir erfreuen uns nicht der Verhältnisse, welche in Norddeutschland stattfinden, wo gelehrtes Studium und abstrakte Wissenschaften stark betrieben werden und das Interesse für Literatur sehr groß ist; bei uns herrscht vorzüglich die praktische Richtung vor. Wer einmal das Staatsexamen bestanden hat und in den Staatsdienst getreten ist, kümmert sich gewöhnlich wenig mehr um die Wissenschaft, und an eigentlichen Gelehrten hat Baden keinen Überfluß."[170] Daher herrschten im Buchhandel und bei den in Karlsruhe verlegten Werken eher die Bücher mit mehr praktischen als bellestristischen Inhalts vor wie z. B. das Ma-

gazin des Freiherrn von Fahnenberg für die Handlung, Handelsgesetzgebung und Finanzverwaltung Frankreichs und der Bundesstaaten oder Böckmanns Versuche über die Wärmeleitung verschiedener Körper oder Teufels Magazin für theoretische und praktische Tierheilkunde. Aber es gab auch Werke wie A.v. Maltitz' Poetische Versuche, Schreibers Badische Geschichte, Frh. von Hackes Bearbeitung der Maximen von La Rochefoucault und Bährs Geschichte der Römischen Literatur. Im Jahr 1820 erlebten zudem Hebels Gedichte die fünfte Auflage.[171] In dieser Zeit erwarb sich der Hofbuchdrucker Christian Friedrich Müller große Verdienste, der seit 1797 ein Buchhandels- und Druckereiprivileg genoß. Müller, der mit Macklot das Recht hatte, das Badische Landrecht bzw. den Code Napoleon für Baden zu drucken, gründete 1813 das „Bureau der deutschen Classiker", das auch nach seinem Tod 1821 bis 1834 als Nachdrucke die Werke von Christoph Martin Wieland, Herder, Friedrich Schiller, Klopstock, Bürger, Gellert, Körner, Uz, Ewald Christian von Kleist, Johann Wilhelm Ludwig Gleim u. a. herausgab.[172] Seit 1814 betrieb Gottlieb Braun eine Buchhandlung und erwarb ein Jahr später nach dem Tode von Karl Friedrich Macklot dessen Druck- und Verlagsrecht. Das war der Beginn des bis heute in Karlsruhe angesiedelten Verlages, der seit 1818 auch das jährlich erscheinende Adreßbuch herausgibt.

Seit Brauns Auftreten als Verleger genossen in Karlsruhe drei Buchhändler Druckrechte: Philipp Macklot, Friedrich Christian Müller und Braun. Raphael Marx führte ein Antiquariat und eine Leihbibliothek, besaß seit 1816 auch das Verlags- und Sortimentrecht, hatte aber keine Druckerei. Im folgenden Jahrzehnt wurde von Müller und Gräff eine weitere Buchhandlung und von J. Bühler eine weitere Leihbibliothek mit „Auktionsanstalt für Bücher und Kunstsachen" eröffnet.[173]

Der bedeutendste Mann des damaligen Karlsruher Literaturlebens war sicherlich Johann Peter Hebel, der als alemannisch mundartlicher Dichter, als Verfasser von Kalendergeschichten sowie als Herausgeber des Jahreskalenders „Rheinländischer Hausfreund" bzw. „Rheinischer Hausfreund" nationale Anerkennung genoß.[174] Sein 1811 publizierter Band „Schatzkästlein des rheinischen Hausfreundes" enthielt eine Sammlung seiner bekanntesten Erzählungen und wurde zu einem in sehr vielen Haushalten zu findenden Hausbuch.

Hebel kam am 10. Mai 1760 in Basel zur Welt, stammte aus einfachen Verhältnissen und kam 1774 erstmals für einige Jahre als Schüler des Gymnasium illustre nach Karlsruhe. Nach einem Theologiestudium in Erlangen, einigen Jahren Tätigkeit als Hauslehrer und als Präzeptoratsvikar in Lörrach kehrte er 1791 als Lehrer des Gymnasiums wieder nach Karlsruhe zurück, und erlebte hier einen glänzenden Aufstieg vom Direktor des Gymansiums bis zum Prälaten und zum vom Landesherren bestellten Abgeordneten der Ersten Kammer des Ständehauses. Er war mit den schulpädagogischen und – organisatorischen Aufgaben vom Landesherren betraut worden und wirkte bei der protestantischen Kirchenunion (siehe oben) mit. Vor allem aber machte er sich als Dichter einen Namen, dessen Werke u. a. auch die Anerkennung Johann Wolfgang von Goethes und Jean Pauls fanden. Er starb auf einer Reise am 22. September 1826 in Schwetzingen. Seit 1936 wird in Hausen im Wiesental der Johann-Peter-Hebel-Preis an Schriftsteller und Schriftstellerinnen verliehen, die sich um die alemannische Sprache und um das Vermächtnis Hebels Verdienste erworben haben.

Trotz der Anwesenheit und des Wirkens Hebels lassen sich mit Weech die 1820er Jahre als eine Zeit des kulturellen Stillstandes beschreiben, „in der noch weniger als in dem vorhergehenden Jahrzehnt von einer regen Bewegung auf geistigem und insbesondere auch auf literarischem Gebiete die Rede" war.[175]

Bei aller Beschaulichkeit, die über der Stadt lag, waren bei dem Tod des Großherzogs Ludwig am 30. März 1830 die Grundlagen gelegt für eine neue, offenere Zeit, für einen Aufbruch zu mehr bürgerlichen und politischen Freiheitsrechten, zumal der neue Throninhaber Großherzog Leopold als Anhänger des liberalen Gedankengutes der Zeit galt.

Vormärz, Revolution und Restauration 1830–1862

„So atmet Ruhe rings in Badens Landen. – Die Bürger sinnend an dem stillen Herd, Wie jüngst vor Leopold sie liebend standen, Sind des Vertrauens ihres Fürsten wert."[1] Mit dem Entwurf dieser biedermeierlichen Idylle des braven, seinen Landesherrn liebenden Bürgers am stillen häuslichen Herd huldigte das Heidelberger Wochenblatt dem noch kein Jahr im Amt weilenden Großherzog Leopold.

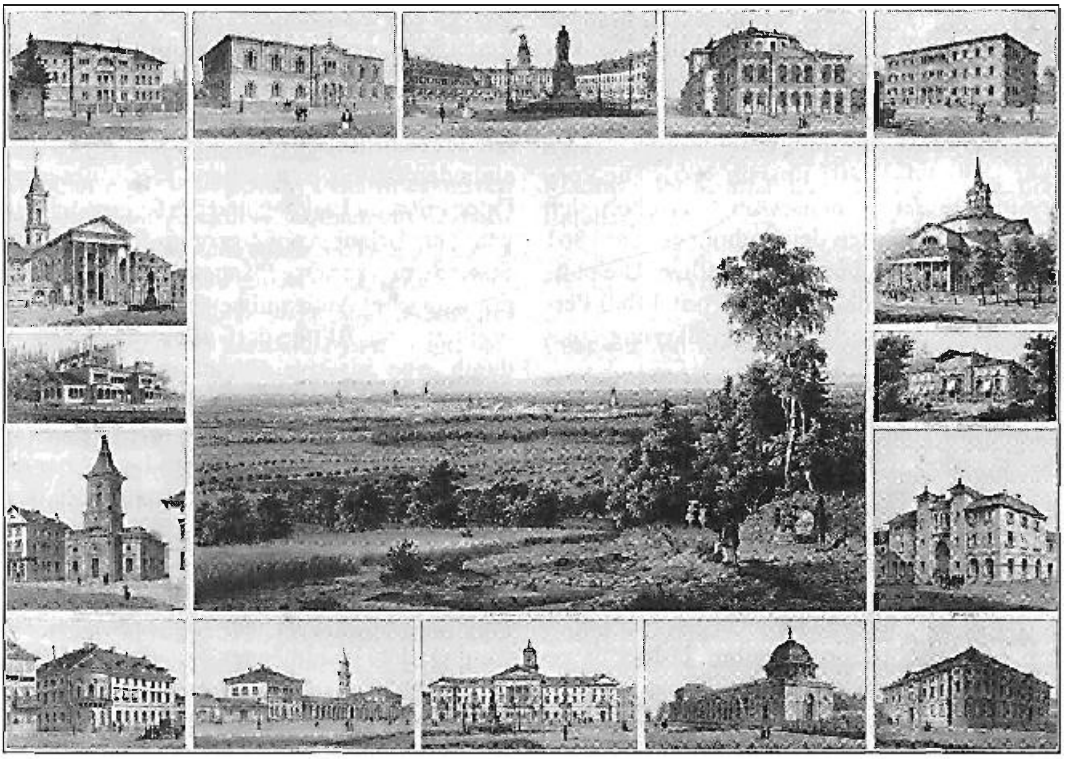
Doch das Bild täuschte. In den nun folgenden beiden Jahrzehnten, an deren Ende die erste demokratische Revolution in Deutschland und deren Niederschlagung in Baden durch die Preußen standen, wuchsen die Freiheitsbestrebungen und wurden zeitgleich die Grundlagen für die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Umwälzungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelegt. Das Jahrzehnt nach der Niederschlagung der Revolution war vor allem gekennzeichnet durch politische Ruhe, bis sich gegen Ende der Epoche mit den Schillerfeierlichkeiten 1859 und der Amnestie für Revolutionsteilnehmer 1862 wieder ein neuer Aufbruch ankündigte.

Das Jahr 1830 markierte eine Epochenwende und einen demokratischen europaweiten Aufbruch: die Juli-Revolution 1830 in Frankreich, die zu einem Wechsel auf dem Königsthron führte; 1830/31 der Aufstand in Polen, die Bildung einer polnischen Nationalregierung und deren Niederschlagung durch Rußland; ab 1830 die republikanisch-demokratischen Erhebungen in der Schweiz und in Italien und 1832 das Hambacher Fest. Sachsen, Hannover, Braunschweig und Hessen-Kassel erhielten nun auch konstitutionelle Verfassungen, während Preußen und Österreich die Vertreter des Metternichschen Systems blieben und als größte deutsche Bundesstaaten die Beibehaltung der restaurativen Politik im Deutschen Bund bewirkten.[2]

Auch für Baden und seine Haupt- und Residenzstadt bedeutete das Jahr 1830 eine Zäsur und den Beginn von Aufbruchszeiten. Nach dem Tod des konservativen Großherzogs Ludwig trat am 30. März 1830 mit Großherzog Leopold ein Landesherr die Regierung an, der freudig und hoffnungsfroh begrüßt wurde. Bald schon als „Bürgerfreund" tituliert, der dem bürgerlichen Lebensentwurf nahe stand, war er anders als sein Amtsvorgänger bereit, den Versprechungen der Verfassung nicht nur abwartend gegenüber zu stehen.[3] In ganz Baden verbreitete sich am Beginn der 1830er und dann vor allem während der 1840er Jahre ein politisches Bewußtsein und fanden frühliberale Ansichten und Forderungen in weiten Teilen der Bevölkerung Verbreitung. Mit dem Amtsantritt des Staatsministers Georg Ludwig Winter im Jahr 1830 verband sich später der Begriff der neuen Ära, der Reformzeit, die allerdings ab 1838 mit dem Wirken des reformfeindlichen Friedrich Karl Freiherr von Blittersdorf ihr Ende fand.

Für Karlsruhe bedeutete Leopolds Amtsantritt zudem, daß mit der Großherzogin Sophie wieder eine Landesherrin und das damit verbundene glanzvolle Hofleben in die Stadt zurückkehrte. Die Bürgerschaft fühlte sich dem Hofe eng verbunden, der wiederum zahlreiche repräsentative Pflichten und Leistungen von den Bürgern und den Gemeindevertretern erwartete. Geburten und Geburtstage, Abreisen und Ankünfte der großherzoglichen Familie mußten zelebriert und begleitet werden. Als z. B. am 26. Oktober 1847 die großherzogliche Familie aus der Stadt Baden wieder in Karlsruhe eintraf, empfing sie am Bahnhof das bürgerliche Schützenkorps mit Böllersalven und Vivats; dann begleitete die Bürgerkavallerie sie bis zum Residenzschloß, vor welchem sich Gemeinderat und viele Bürger versammelt hatten. Anschließend wurde der Gemeinderat im Marmorsaal von den königlichen Hoheiten empfangen. Zudem hatte sich in einem anderen Saal des Schlosses eine große Anzahl von Frauenvereinsmitgliedern zusammengefunden, um der Großherzogin „den Ausdruck freudiger Gefühle darzubringen."[4]

Doch auch zahlreiche Vorboten der kommen-



Blick auf Karlsruhe von Südosten um 1850 mit Ansichten stadtbildprägender Gebäude.

den technisch-industriellen Revolution erreichten die Stadt: Die Dampfkraft ermöglichte den Aufbau einer Industrie, die von den in Karlsruhe fehlenden natürlichen Energiequellen unabhängig war; die 1843 eröffnete Eisenbahnlinie wurde zum Motor der neuen Produktionsformen.

Landesweit begann mit der Abschaffung der Fronen und des Zehnten in den frühen 1830er Jahren die Beseitigung feudaler Strukturen, die für die Karlsruher allerdings nur eine geringe Rolle spielten. Die Landbevölkerung Badens konfrontierte diese Ablösung der Naturalleistungen zugunsten von Geldzahlungen allerdings mit Wirtschafts- und Finanzverhältnissen, die sie überforderten. Der badische Eintritt in den deutschen Zollverein 1835 verwies ebenfalls auf die Entstehung neuer Wirtschaftsräume und war ein erster Schritt zur deutschen Einheit, die in dieser Epoche allerdings nicht erreicht werden sollte.

Die tiefgreifenden Veränderungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebten die Zeitgenossen als krisenhafte und beunruhigende, da kaum durchschaubare Entwicklungen. Diese auch mit dem Begriff „Pauperismus" bezeichnete Zeitspanne war die letzte in Deutschland, in der es zu vorindustrieller Massenarmut kam. Bevölkerungswachstum, Fehlernten und die langsame Umstellung der Wirtschaftsform von feudalen zu kapitalistischen Strukturen führten zu einer Verarmung des Handwerks, vor allem aber zur Verelendung der Unterschichten. Viele Menschen – auch aus dem Großherzogtum Baden – emigrierten und suchten ihr Glück meist in Nordamerika.

In diesen unruhigen Zeiten blieben die Karlsruher mit ihrer großen Anhänglichkeit an den Hof – verglichen mit anderen Städten – eher konservativ-ruhig und weniger vom Aufbruchsgeist beflügelt. So wirken die Jahrzehnte des Vormärz bis zum Beginn der Revolution in der Haupt- und Residenzstadt – vor

allem verglichen mit den Umbrüchen der vorangegangenen Epoche – eher ruhig. Die Bevölkerung wuchs nicht mehr so sprunghaft wie in den zurückliegenden Jahrzehnten, doch stieg die Einwohnerzahl stetig von 19.734 im Jahr 1830 auf 27.103 im Jahr 1861. Die konfessionelle Zusammensetzung verschob sich weiterhin zugunsten der Katholiken, die 1861 40,6 % der Einwohnerschaft stellten. Die jüdischen Familien machten 1861 mit 1.080 Personen 4 % der Karlsruher Bevölkerung aus.[5] (Vgl. Tabelle 1 im Anhang)

Die Stadt wuchs kaum, Stadterweiterungspläne wurden 1846/47 zwar diskutiert, doch erst in den späten 1860er Jahren umgesetzt. Alles schien ruhig und – so die Erinnerungen eines Chronisten aus dem Jahr 1858 – „ein zufriedeneres und gemüthlicheres Leben, wie es von 1830 bis in die 40er Jahre zu Karlsruhe geherrscht, fand man nicht leicht in einer anderen Residenz." Aber Mitte der 1840er Jahre kündigten sich auch in der Residenz die kommenden unruhigen Zeiten an, die nach Niederschlagung der Revolution wieder einkehrten. Erst der Thronwechsel 1852 ließ – wie derselbe Chronist feststellte – neue Hoffnung aufkeimen: „Großherzog Friedrich und seine Regierung haben Alles gethan, das seit 1847 ... sehr still gewordene Leben der Residenz wieder zu heben."[6]

Die Karlsruher Landtagsabgeordneten

Immer wieder rückte Karlsruhe in den Jahren des Vormärz als Sitz des Ständehauses in die deutschen Zeitungen, wurden die hier in der zweiten Kammer geführten Debatten doch als gesamtdeutsche Auseinandersetzungen begriffen. In der Stadt selbst und ihrer Bürgerschaft blieb es allerdings trotz der Vorboten und Zeugen für die aufkommenden neuen Zeiten bis zur Mitte der 1840er Jahre politisch ruhig. Deutlicher Beleg des beharrenden Karlsruher Bürgersinns waren die in der Haupt- und Residenzstadt gewählten Landtagsabgeordneten, die weiterhin alle der gemäßigten und regierungsfreundlichen Richtung angehörten.[7]

Selbst bei den Wahlen von 1842, die landesweit zu einem politischen Aufbruch und in der Zweiten Kammer zu einer fortschrittlichen Mehrheit führten, gaben die Karlsruher Bürger ihre Stimme den Vertretern des gemäßigten Fortschritts. Den Wahlen war eine Auseinandersetzung zwischen der liberalen Opposition im Landtag und der Regierung wegen der Urlaubsverweigerung für gewählte Staatsdiener vorausgegangen. Da der damalige badische Außenminister Friedrich Karl Freiherr von Blittersdorf alles daran setzte, durch eine massive Beeinflussung der Urwähler die Opposition zurückzudrängen, kam es überall im Lande zu einem offen ausgetragenen Wahlkampf, der z. B. im benachbarten Durlach den Vertreter des Fortschritts in den Landtag brachte.[8] Auch in der Haupt- und Residenzstadt gab es erstmals vor den Urwahlen in den verschiedenen Wahldistrikten Versammlungen, und vor der Abgeordnetenwahl wurden die Wahlmänner zu einer Besprechung in den Saal der Eintracht eingeladen. Bei der Wahl am 21. April 1842 wurden zwei der drei bisherigen Abgeordneten nicht wiedergewählt: der langjährige Gemeinderat und Partikulier Friedrich Nägele und der Oberamtmann Adolf Schrickel aus Müllheim verloren ihr Mandat, der Kaufmann Max Goll wurde in seinem Amt bestätigt. Neu gewählt wurden der Hofgerichtsdirektor Christof Franz Trefurt aus Freiburg und der Karlsruher Postmeister Johann Gustav Fischer. Statt letzterem kam 1843 der Hofbuchhändler und Stadtrat Albert Knittel in den Landtag. Alle Karlsruher Vertreter zählten nicht zur Opposition, ohne allerdings der Regierung kritiklos gegenüber zu stehen.[9]

Auch die Verfassungsfeier vom 22. August 1843, die in zahlreichen Gemeinden und Städten zu einer Demonstration des Oppositionsgeistes und zum Bekenntnis zu den freiheitlichen Rechten wurde, geriet den Karlsruhern zu einem Treuebekenntnis zum großherzoglichen Hause und war vom „Geiste aufrichtiger Loyalität" erfüllt.[10] Nur im Pariser Hof in der Langestraße 179 fanden sich vierzig Bürger zusammen, die – wie der Oppositionsführer Karl Mathy in seiner Darstellung der landes-

weiten Verfassungsfeiern festhielt – „auch der Hoffnungen und Verheißungen" gedachten, „deren Erfüllung noch zu erstreben ist, so wie der Männer, welche für die standhafte Verteidigung der guten Sache leiden."[11]
In dieser Zeit kursierte über die konservativen Karlsruher die Anekdote, wonach ein Karlsruher Polizeikommissär vor den Urwahlen einen Kaufmann vor seinem Laden ansprach, ihm eine Liste mit Namen zeigte und anordnete, die auf dem Zettel Genannten zu Wahlmännern zu wählen. Auf Nachfrage, wer denn dann Abgeordneter werden solle, antwortete der Polizeikommissär: „Wird später angesagt", um anschließend zum nächsten Haus weiterzugehen.[12]
Erst die Landtagswahl von 1846 kennzeichnete endlich auch in Karlsruhe eine politisierte Stimmung, die man zu Beginn der 1840er Jahre in der konservativen Residenz noch vermißte. Anläßlich der Urwahlen 1846, die sich vom 4. bis zum 27. März in elf nacheinander wählenden Wahldistrikten abspielten, fanden kurz vor der Wahl im elften als dem letzten Wahldistrikt zwei zeitgleiche Besprechungen im Gasthaus Weinberg und im Gasthaus zur Sonne statt.[13] Es ist anzunehmen, daß sich hier jeweils Vertreter unterschiedlicher politischer Richtungen versammelten, um bei der letzten Urwahl noch das Gesamtergebnis in ihrem Sinne beeinflussen zu können. Wie angespannt die Lage war und wie ungewiß manchem das Ergebnis schien, belegt auch der von „einem Wahlmann" unterzeichnete Aufruf, der am Tag der letzten Urwahl im Karlsruher Tagblatt am 27. März 1846 erschien und der eindringlich aufforderte, Gewerbsmänner aus „dem Stamm des Volkes" zu wählen. Dabei solle man sich der Männer „der Kammer von 1831" erinnern, die wie Rotteck, Mittermaier, Beck, Bader, Merk, Lauer, Speirer, Posselt „frei von Parteisucht" gehandelt hätten. Das war der Aufruf, Männer des gemäßigten Fortschritts in die Zweite Kammer zu schicken. Kurz vor der Deputiertenwahl versammelten sich die Wahlmänner zu einer vorläufigen Besprechung im Rathaussaal.[14] Gewählt wurden am 15. April die bisherigen Landtagsabgeordneten Knittel mit 74 Stimmen, Goll mit 47 Stimmen und für den schon von Überlingen gewählten Trefurt der Hofgerichtsdirektor Gottfried Stoesser mit 49 Stimmen. Trotz aller Aufregung schickten die Karlsruher wiederum Männer der gemäßigten Richtung in den Landtag.[15]

Die Pressefreiheit

Eine der am häufigsten eingeklagten Forderungen des Vormärz waren die nach Pressefreiheit und Abschaffung der Zensur. Schon beim Sturz Napoleons hofften viele auf Verfassungen und solche bürgerlichen Freiheitsrechte wie vor allem die Pressefreiheit, die von Napoleon seit 1810 in Baden unterdrückt worden war.[16] Die Bundesakte von 1815 hielt in Artikel 18d die Forderung nach Pressefreiheit fest, auf die auch noch in der badischen Verfassung von 1818 hingewiesen wurde. Doch die Karlsbader Beschlüsse vom 20. September 1819, die unter dem maßgeblichen Einfluß von Preußen und Österreich gefaßt und für die Bundesstaaten verbindlich wurden, schrieben die Vor- und Nachzensur von Schriften bis zu 20 Druckbögen vor und drohten Redakteuren bei Nichtbeachtung mit einem fünfjährigen Berufsverbot. Nach dem Amtsantritt von Leopold und unter dem Eindruck der Julirevolution in Frankreich forderten die Abgeordneten der Zweiten Kammer des Ständehauses die Pressefreiheit, die schließlich gewährt wurde. Zum 1. Januar 1832 wurde „alle Zensur der Druckschriften, welche im Großherzogtum herauskommen oder verbreitet werden", aufgehoben. Ausgenommen waren Artikel über den Deutschen Bund und andere deutsche Staaten.[17] Sogleich vervielfältigte sich landesweit die Presselandschaft, und auch in Karlsruhe war ein freierer Geist spürbar. So erlaubte sich nun die von Philipp Macklot verlegte Karlsruher Zeitung die Übernahme politischer Artikel auch aus liberalen Blättern wie dem „Freisinnigen" und den Abdruck politischer Stellungnahmen. Bald erschien eine Zeitschrift „Der Zeitgeist, ein Volksblatt für Deutschland", dessen Verle-

ger der Buchdrucker Friedrich Wilhelm Hasper und dessen Redakteur der junge Karl Mathy war. In dieser neuen Zeitung konnten die Leser z. B. am 14. Juni 1832 eine begeisterte Schilderung des Hambacher Festes nachlesen. Doch schon am 5. Juli 1832 beschloß die Bundesversammlung auf Druck Österreichs und Preußens, daß das badische Gesetz nicht mit der Bundesgesetzgebung vereinbar sei. Nun wurde die Pressefreiheit wieder aufgehoben, und die Bundesversammlung verfügte sogar eine weitere Verschärfung des Pressegesetzes, das nun die Verbreitung ausländischer Druckerzeugnisse bis zu 20 Druckbogen gänzlich verbot. „Der Zeitgeist" wurde jetzt oft so umfassend zensiert, daß ganze Seiten unbedruckt blieben, bis er ab Mitte des Jahres 1834 nicht mehr erschien. Aber auch das neue, von der C. F. Müllerschen Hofbuchhandlung herausgegebene „Journal Universel", das Artikel aus ausländischen, insbesondere französischen Zeitschriften abdruckte, war nun so beeinträchtigt, daß es sein Erscheinen wieder einstellte.[18]

Einige Jahre später ließ der nunmehrige Landtagsabgeordnete Karl Mathy seine Mitschriften der Parlamentsdebatten als „Landtagszeitung" bei seinem Freund, dem späteren Oberbürgermeister Jakob Malsch in der Buchdruckerei Malsch und Vogel drucken. Häufig griff der Zensor ein, so daß sich die beiden Männer zu der List entschlossen, einen Ausdruck der Zensur vorzulegen und zeitgleich andere, nicht zensierte Exemplare in das Land zu verschicken. Außerhalb Karlsruhes meinte man, es handle sich um schon zensierte Ausgaben, während nur in Karlsruhe der von der Zensur durchgesehene Text erschien. Mehrfach wurde Malsch dafür mit Geldstrafen belegt.[19]

Mit Beginn der 1840er Jahre wurde die Karlsruher Presselandschaft wieder vielfältiger. Der „Karlsruher Beobachter" und die „Karlsruher Zeitung", welche nun bei Christian Friedrich Müller erschienen, wurden ergänzt durch die bei der Druckerei Friedrich Gutsch u. Rupp verlegte Zeitung „Der Karlsruher Stadt- und Landbote", der zunehmend die Seite des Fortschritts einnahm. Zum 1. April 1847 wechselte die „Karlsruher Zeitung" Redaktion, Verlag und Druckerei und erschien fortan unter der Redaktion des neuen Eigentümers, des konservativen Dr. Friedrich Giehne, der auch das Recht der Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen behielt.[20] Als Mitte der 1840er Jahre auch in Karlsruhe ein freiheitlicherer und vor allem streitbarerer Geist einzog, war die Presselandschaft so weit entwickelt, daß kommunale Debatten öffentlich ausgetragen werden konnten.

Das neue Gemeindegesetz und die Kommunalpolitik

Das neue Gemeindegesetz von 1831

Neben den Landtagswahlen und dem Verfolgen der Debatten in der zweiten Kammer des Ständehauses sowie den Diskussionen in der Presse entwickelten sich die Gemeinden zu Ebenen politischer Debatten und Willensbildung. Vor allem die Gemeindereformen schufen die Grundlagen für die Politisierung der kommunalen Geschehnisse und damit ein Forum für den wachsenden Liberalismus im Gemeindebürgertum.[21]

Schon 1821 wurde gesetzlich festgelegt, daß die männliche Bürgerschaft einen „Bürgerausschuß" wählen durfte, der den Gemeinderatsbeschlüssen über Vermögen und Einkünfte der Gemeinde zustimmen mußte. Da alle Gemeindebürger berechtigt waren, den Bürgerausschuß zu wählen, war damit eine Grundlage innergemeindlicher Demokratie gelegt, die jedoch weiterhin nur von den Gemeindebürgern, nicht von den Schutzbürgern genutzt werden konnte. Erst das Gesetz vom 31. Dezember 1831 brachte eine neue Gemeindeordnung, welche die Staatsvormundschaft über die Gemeinden abschaffte und diesen mehr Kompetenzen in der kommunalen Finanzverwaltung zusprach.[22]

Zudem wurde für die Christen der Schutzbürgerstatus aufgehoben, die bisherigen männlichen Schutzbürger konnten nun, wenn sie einem christlichen Bekenntnis angehörten, bei der Besetzung der Gemeindeämter mitbestim-

men, in kommunale Ämter gewählt werden und hatten Anspruch auf den Bürgergenuß. Jedoch mußte man weiterhin gewisse Bedingungen erfüllen, um als Ortsfremder in das Bürgerrecht einer Gemeinde aufgenommen zu werden. Man brauchte ein Mindestvermögen – in Karlsruhe von mindestens 1.000 Gulden –, mußte ein Einkaufsgeld – in Karlsruhe von 120 Gulden – bezahlen und einen Erwerbszweig nachweisen. Auch durch Geburt Berechtigte mußten ein Einkaufsgeld von 10 Gulden zahlen.[23] Dafür genoß ein männlicher Bürger das Recht des ständigen Aufenthalts, das aktive und passive Wahlrecht, das Recht auf Betrieb jeden Gewerbes und auf Erwerb von Liegenschaften, das Recht zur Heirat und Familiengründung und auf Armenunterstützung im Notfalle.

Die Aufhebung des Schutzbürgerstatus und die Wahl der Gemeinderäte auf sechs Jahre durch die gesamte männliche Bürgerschaft waren ein Schritt hin zur Demokratisierung des Gemeindewesens, der allerdings nicht nur auf ungeteilte Zustimmung stieß, schränkte er doch die Privilegien der alteingesessenen Bürger weiter ein. Vor allem das neue Recht der Schutzbürgersöhne auf Allmendteilhabe führte in vielen Gemeinden zu Konflikten, da die damit einhergehende Schmälerung des Bürgergenusses für die bisher Berechtigten durch keinerlei Ausgleichszahlungen o. ä. aufgefangen wurde.[24] Dies spielte für die Karlsruher keine Rolle, da sie über keine Gemarkung und damit über keinen nennenswerten Bürgernutzen verfügten. Für sie brachte die neue Gemeindeordnung allerdings langfristig die Aufhebung der kommunalen Oligarchie, welche die Verteilung der Gemeindeämter auf einen nur kleinen Personenkreis beschränkte. Da sich der Gemeinderat nicht mehr selbst rekrutierte, sondern sich regelmäßig zur Wahl stellen mußte und seine Mitglieder damit nicht mehr auf Lebenszeit bestellt waren, schien das Ende der Honoratiorenmacht gekommen. Sorgte dies schon für eine gewisse Unruhe, so war es besonders das gleiche Wahlrecht für alle Gemeindebürger, das sozialen Sprengstoff barg. Kritisiert wurde, daß auch diejenigen, die kaum etwas in die Gemeindekasse leisteten, Anspruch auf volle Mitbestimmung über den Umgang mit den Geldern haben sollten.

Darauf reagierte die Regierung, indem sie schon 1833 am Landtag vorbei einen Zensus für die Wahlen der Gemeinderäte und Bürgermeister einführte, dem zufolge in den großen Städten Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Heidelberg nur die Gemeindebürger wahlberechtigt waren, die ein Gesamtortssteuerkapital von mindestens 2.000 Gulden aufwiesen.[25] Damit waren auch alle Bürger ausgeschlossen, die nur eine Klassensteuer zahlten und keinen Grundstücks-, Haus- und Güterbesitz aufwiesen. Davon waren vor allem Beamte, Lehrer und Freiberufler wie Ärzte und Advokaten betroffen. In den 20 Städten mit mehr als 3.000 Einwohnern führte es dazu, daß nur noch knapp 53 % der männlichen Gemeindebürger wahlberechtigt waren, von den 1.588 Karlsruher Bürgern behielten 865, das waren 54,5 %, das Wahlrecht.[26]

Erst das Gesetz von 1837 brachte eine mit einigen Änderungen bis 1918 bestehende Regelung, die mit einem Dreiklassenwahlrecht keinen Bürger vom Wahlrecht ausschloß und durch Einführung des großen Bürgerausschusses statt der Gemeindeversammlung in Kommunen mit über 3.000 Einwohnern das indirekte Wahlrecht etablierte. Die männliche Bürgerschaft wurde je nach Steueraufkommen in drei Klassen eingeteilt, „in der Art ... , daß die Klasse der Höchstbesteuerten ein Sechstel, die Klasse der Mittelstbesteuerten die nächstfolgenden zwei Sechstel, und die Klasse der Niederstbesteuerten die übrigen drei Sechstel der Bürgerschaft" umfaßte.[27] Zwar sicherte das Gemeindewahlrecht den Vermögenden den größten und den Unvermögenden den geringsten Einfluß auf die Zusammensetzung des Gemeindeparlamentes, da aber jede der drei Klassen aus allen Klassen je ein Drittel wählen mußte, war die Anwesenheit aller Schichten und eine starke Repräsentanz der Mittel- und Unterschichten im Bürgerausschuß gewährleistet.[28] Die Zahl der Mitglieder des großen Ausschusses mußte ein Zwölftel der Bürgerschaft, mindestens aber 50 Mitglie-

der umfassen. Der Bürgerausschuß wählte den Bürgermeister, den kleinen, später wieder abgeschafften Ausschuß mit 18 Mitgliedern und die 12 Gemeinderäte, bis ein Gesetz von 1870 – allerdings nur für einige Jahre – die direkte und gleiche Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte durch die männliche Bürgerschaft einführte.[29]

Das kommunale Dreiklassenwahlrecht blieb auch nach Abschaffung der Bürgergemeinde zugunsten der Einwohnergemeinde 1874 in Kraft. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde allerdings als Reaktion auf die wachsende Zahl der zur dritten Wahlklasse zählenden Bürger für die neun größten Städte des Großherzogtums festgelegt, daß die Klasse der Höchstbesteuerten ein Zwölftel, die zweite Klasse zwei Zwölftel und die dritte Klasse neun Zwölftel umfassen sollten, jede der Klassen wählte gleich viele Mitglieder des Bürgerausschusses, die jetzt Stadtverordnete hießen.[30]

Die Stadtfinanzen

Einschneidend für die Kommunen und deren Selbstverwaltung war der Paragraph 6 des Gemeindegesetzes von 1831, der erstmals allen Gemeinden das Recht zusicherte, „die auf den Gemeindeverband sich beziehende Angelegenheit zu besorgen, und ihr Vermögen selbständig zu verwalten."[31] Da Karlsruhe keine große Gemarkung und damit kein Gemeindevermögen sowie noch keine privatrechtlichen Unternehmungen besaß, war die Stadt auf die Grund-, Haus- und Gewerbesteuer sowie Verbrauchssteuern, d. h. das Oktroi angewiesen.[32] In den folgenden Jahrzehnten entwickelten die Karlsruher eine ausgesprochen komplizierte städtische Rechnungsführung, die 1830 immerhin schon sieben Kassen umfaßte, deren Zahl bis 1874 auf 28 anstieg. Sie waren untereinander verbunden und führten zu einem Gewirr von Kassen und Abrechnungen: „Das Octroi und die ‚Revenüenüberschüsse' der Stadtkasse sind der Amortisationskasse ‚aufzuliefern', ein Viertel der Einnahmen der Pflastergeldkasse ist zeitweise an die Stadtkasse abzuliefern, die Stadtkasse gibt Zuschüsse für die Schulkasse, die aber beachtliche Mieten an die Stadtkasse zu entrichten hat. Es gibt reine Zuschußkassen wie die Armenkasse, es gibt andererseits Kassen wie z. B. die Rheinbahnkasse, die ihren Überschuß an die Stadtkasse abliefert, zugleich aber ihre Schulden bei der Amortisationskasse verzinst und tilgt, und verschiedene Kassen unterhalten über ‚Conto Current' Geschäftsbeziehungen zueinander."[33] Während der Jahrzehnte von 1830 bis in die 1860er Jahre nutzten die Karlsruher diese Finanzautonomie vor allem zu einer Konsolidierung ihrer nach wie vor sehr schwierigen Finanzlage.[34] Der Schuldenstand sank trotz der Ausgaben während der Hungerkrise 1845 / 47 von 691.524 Gulden im Jahr 1830 auf 39.754 Gulden im Jahr 1860. Da es sich bei der letzteren Summe um innerstädtische Schulden handelte, war am Ende der Epoche die Kommune faktisch schuldenfrei.[35]

Die neuen Oberbürgermeister

Auch nach Verkündung des neuen Gemeindegesetzes von 1831 blieben die neuen Oberbürgermeister bis 1848 Angehörige der seit der Jahrhundertwende das politische und kulturelle Stadtgeschehen bestimmenden Schicht der bürgerlichen Leistungselite.

Am 25. November 1830 trat der 1791 in Karlsruhe geborene August Klose das Oberbürgermeisteramt an und wurde nach Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes von der Bürgerschaft durch Wahl bestätigt. Klose war Bankier, Kaufmann, Inhaber der lithographischen Kunstanstalt und des Karlsruher Kunstverlags sowie Mitbegründer des Kunstvereins. Er vertrat die Stadt 1831/32 im Ständehaus auf dem großen Reformlandtag und war wie sein Weggefährte Christian Griesbach ein Mann des gemäßigten Fortschritts. Im Frühsommer 1831 rief er zusammen mit dem Abgeordneten Karl Theodor Welcker u. a. zu einer Sammlung für die im polnischen Freiheitskampf Verwundeten auf, was im Juli 1831 schließlich zur Gründung eines „Hilfsvereins für Verwundete und Kranke in polnischen Spitälern"

Karl Wilhelm Füeßlin, von 1833 bis 1847 Oberbürgermeister von Karlsruhe.

führte (siehe unten). Klose starb 1854 in Hofstetten im Kanton Bern.[36]

Sein Nachfolger wurde der 1783 in Karlsruhe geborene Kaufmann und Mitinhaber der „Spezerey- und Eisenwarenhandlung Schmieder und Füeßlin" Karl Wilhelm Füeßlin. Wie alle Oberbürgermeister war auch er zeitweise – von 1825 bis 1828 – Abgeordneter der Stadt im Landtag. Füeßlin wurde 1839 und 1845 in seinem Amt durch Wahl des Bürgerausschusses bestätigt und genoß lange Jahre ein hohes Ansehen. So erschien anläßlich seiner Wiederwahl und seiner Erhebung zum Ritter des Zähringer Löwen-Ordens im April 1839 ein ihm von „dankbaren Bürgern der Residenzstadt Karlsruhe" gewidmetes Gedicht. Anläßlich der zweiten Wiederwahl 1845 überreichten ihm Gemeinderat, kleiner und großer Bürgerausschuß eine Vase mit den eingravierten Zahlen und Worten „1833–1839", „1839–1845" und „Als Anerkennung treuer Pflichterfüllung."[37] Füeßlin starb 1854.

Bis zu seiner zweiten Wiederwahl herrschten im Karlsruher Rathaus ruhige, auf Kontinuität bedachte Verhältnisse. Auch der zweite Bürgermeister Heinrich Zeuner, der 1830 von Dollmätsch das Amt übernommen hatte, wurde bis zu seinem Tod 1845 mehrfach durch Wahl bestätigt.[38] Sein Nachfolger Karl Helmle blieb bis 1857 im Amt (siehe unten).

Solche Kontinuität kannte der Oberbürgermeisterposten in den Jahren 1847 und 1848 nicht mehr, mit Füeßlins Rücktritt als Oberbürgermeister im Frühjahr 1847 begann eine unruhige Zeit. Zunächst wurde nochmals Klose gewählt, der allerdings nach nur wenigen Monaten im September das Amt wieder aufgab. Für knapp sieben Monate besetzte nun der bisherige Stadtverrechner Ludwig Daler den Oberbürgermeistersessel, bis auch er zurücktrat. Daler kam 1797 in Karlsruhe zur Welt, war von 1823 bis 1869 Stadtverrechner und starb 1870. Als Stadtverrechner scheint Daler jahrzehntelang eine Art grauer Eminenz der Stadtfinanzen gewesen zu sein; dafür spricht nicht nur, daß er auch nach seinem Rücktritt als Oberbürgermeister den Posten beibehielt, sondern ebenfalls die Höhe seines Jahresgehalts, das ab 1835 immerhin 1.600 Gulden (abzüglich 42 Gulden Schreibmaterial und 100 Gulden Rechnungserstellung) betrug, während der Oberbürgermeister Füeßlin 1.200 Gulden und der zweite Bürgermeister Zeuner 675 Gulden erhielten.[39]

Dalers Nachfolger als Oberbürgermeister wurde der Kaufmann Jakob Malsch, erst mit ihm kehrte wieder Kontinuität in das Amtszimmer ein. Mehrfach durch Wahl im Amt bestätigt, blieb er bis zum Inkrafttreten einer neuen kommunalen Wahlordnung im Juni 1870 Stadtoberhaupt. Seine Amtszeit reichte von revolutionären Erschütterungen 1848/49 über die Zeit der preußischen Besatzung und der Restauration bis zum Beginn eines erneuten politischen und wirtschaftlichen Aufbruchs, dessen deutlichstes Zeichen in Karlsruhe die ab 1866 errichtete moderne Wasserleitung war (siehe unten). Jakob Malsch stammte anders als seine Amtsvorgänger aus einfachen Verhältnissen und gehörte ursprünglich nicht zur Stadtelite. Er kam am 19. Januar 1809 zur Welt, lernte nach dem Besuch

Jakob Malsch, von 1848 bis 1870 Oberbürgermeister von Karlsruhe.

der Volksschule bei der Hofbuchdruckerei Braun und ging nach seiner Lehrzeit als Setzer auf Wanderschaft. Nach Karlsruhe zurückgekehrt, lernte er als Faktor bei der Hasperschen Buchdruckerei den damaligen Kameralpraktikanten, als Redakteur tätigen und späteren Staatsminister Karl Mathy kennen. Er unterstützte später als Buchdrucker Mathy, mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verband, bei der Umgehung der Pressezensur (siehe oben). Schließlich konnte sich Malsch mit dem Buchdrucker Johann Georg Vogel im Jahr 1839 selbständig machen und die Druckerei „Malsch und Vogel" gründen. 1847 wurde er zum Karlsruher Gemeinderat, im Mai 1848 zum Karlsruher Landtagsabgeordneten und im Juni 1848 zum Karlsruher Oberbürgermeister gewählt. Von 1869 bis 1878 gehörte er der Ersten Kammer des Ständehauses an. Malsch, der sich später den Altkatholiken anschloß, starb am 12. Dezember 1896. Der an Stelle des Ettlinger Tores ab 1872 errichtete und 1963 beseitigte Brunnen an der Karl-Friedrich-Straße erinnerte in seiner Inschrift an die in seiner Amtszeit errichtete Wasserleitung und ging als „Malschbrunnen" in die Stadtgeschichte ein.[40]

Stadtentwicklung und Stadtplanung

Die Stadtentwicklung hing auch in der Epoche bis 1862 noch wesentlich von der Landesregierung und dem großherzoglichen Haus ab. Vor allem die wirtschafts-, verkehrs- und kulturfördernden Maßnahmen der Regierung beflügelten und veränderten die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der Stadt.

Die Kunsthalle

Mit dem Amtsantritt Großherzog Leopolds ging ein Aufschwung des künstlerischen Lebens in der Stadt einher, da der neue Landesherr die großherzoglichen Kunstsammlungen der Öffentlichkeit zugänglich werden ließ und zu diesem Zwecke eine von Heinrich Hübsch entworfene und 1845 fertiggestellte prächtige Kunsthalle errichten ließ. Direktor dieser großherzoglichen Galerie war seit 1830 der schon 1818 zum Hofmaler ernannte Carl Ludwig Frommel, der als Mitbegründer des Kunstvereins 1832 zudem das Amt des Kunstvereinsvorsitzenden von dem Großherzog übernahm.[41]

Die Dampfschiffahrt

In den Jahrzehnten vor der Revolution wurden die Grundlagen für eine allgemeine Mobilität gelegt, zu denen auch die Dampfschiffahrt auf dem Rhein gehörte. Die Erfindung der dampfgetriebenen Maschinen ermöglichte eine regelmäßige Rheinschiffahrt. Von Schröck aus, das sich ab 1833 zu Ehren des Großherzogs Leopoldshafen nannte, fuhren Dampfschiffe in Richtung Norden. Seit August 1831 verkehrte alle vier Tage ein Schiff nach Mainz, ab 1833 fuhr täglich ein Schiff der Preußisch-Rheinischen Dampfschiffahrtsgesellschaft zwischen Schröck und Köln.[42] Das trug zu einer Belebung der Karlsruher Straßen bei, da

von nun an ein „wohl eingerichteter Gesellschaftswagen" Karlsruher Reisende, die an bestimmten Gasthäusern ein- und aussteigen konnten, an das Schiff nach Schröck brachte und auch von dort wieder abholte.[43] Der Hafen von Schröck gewann zudem eine gewisse Bedeutung für den Handel, von dem auch Karlsruhe als Großhandelsort profitierte, die Schröck allerdings wegen der schweren Schiffbarkeit des Rheins nach dem Bau der Eisenbahn an den Mannheimer Hafen verlor.[44]

Die Eisenbahn und der Bahnhof

Die für Karlsruhe langfristig einschneidendste Baumaßnahme und Stadtbildveränderung der Zeit waren die Eröffnung der Eisenbahnlinie und die Errichtung des Karlsruher Bahnhofs im Jahr 1843. Die Eisenbahn wurde auch in Baden und in seiner Haupt- und Residenzstadt zum Motor der Industrialisierung und sollte langfristig aus der Verwaltungsmetropole Karlsruhe eine Industriestadt werden lassen. Das Eisenbahnwesen setzte sich in Deutschland später als in anderen europäischen Staaten durch; so diskutierte man erst 1835 im Badischen Landtag eine Denkschrift von Friedrich List. Im Spätjahr 1837 war die Strecke Karlsruhe – Heidelberg – Mannheim abgesteckt; im Februar 1838 regelte ein Gesetz die Kostenfragen und erlaubte eventuell notwendige Zwangsenteignungen von Grund und Boden. Am 12. September 1840 wurde der erste Abschnitt, die Teilstrecke Mannheim–Heidelberg eröffnet, zweieinhalb Jahre später, am 10. April 1843 konnte die Strecke Heidelberg – Karlsruhe dem Publikumsverkehr übergeben werden.

Schon seit Beginn der Planungen herrschte beim Karlsruher Stadtamt und im Gemeinderat Einmütigkeit darüber, daß der Platz vor dem Ettlinger Tor in den Gewannen der Augärten für die Bahnhofsanlage geeignet sei, „wo sich ohnedies für eine weitere Vergrößerung der Stadt der angemessene Raum" befinde.[45] Man rechnete damit, daß der Bahnhof weitere gewerbliche oder öffentliche Einrichtungen nach sich ziehen werde.

Der Karlsruher Bahnhof vor dem Ettlinger Tor.

Im Karlsruher Bahnhof nach 1900.

Der Bahnhof wurde nach Plänen von Friedrich Eisenlohr, Professor der Polytechnischen Schule in Karlsruhe, an der Stelle gebaut, wo heute das Staatstheater steht.[46] Langfristig erwies sich dieser Platz als ungünstig, zumal die Verbindung mit der Stadt nicht gut war. Anfangs führten nur die Schloßstraße und die Kronenstraße, später die Adlerstraße und die Kreuzstraße zum Bahnhof. Da diese Straßen aber aufeinander zulaufen und damit keine jeweils neuen Gegenden eröffnen, waren die meisten Stadtgebiete nicht direkt mit dem Bahnhof verbunden. Zwar brachten Kutschen und Omnibusse die Passagiere zum Bahnhof oder in die Stadt, doch gab es vor dem Bahnhof kaum Verkehr, so daß man glauben konnte, „daß man an einem Vorortbahnhof und nicht wenige hundert Meter vom Mittelpunkt der Stadt ausgestiegen sei."[47] Anfangs fuhren täglich vier Züge zwischen Mannheim und Karlsruhe, die sich großer Beliebtheit erfreuten, zumal es zum guten Ton gehörte, Eisenbahn zu fahren. Der Güterverkehr wurde wenige Wochen nach Eröffnung der Linie aufgenommen, und auch die Post bediente sich des neuen Verkehrsmittels, dessen Frequenzen rasch stiegen. Im Gegenzug nahm der Personenverkehr auf dem Rhein rasch ab, so daß die Rheindampffahrt eingestellt wurde. Ab 1. Mai 1845 wurden jedoch die in Mannheim nach Norden abgehenden Rheindampfer mit der Ankunft der Eisenbahn aus Karlsruhe so abgestimmt, daß man morgens um 6 Uhr 25 Minuten am Karlsruher Bahnhof nach Mannheim abfuhr, hier den Anschluß an das Dampfboot erreichte und am Abend in Köln war.[48] Mit der Mobilität wuchs die Kommunikation über die Stadtgrenzen hinaus. Zudem ließ die Oberdirektion des Eisenbahn-, Wasser- und Straßenbaues Anfang Oktober 1847 entlang

der Eisenbahnlinie eine elektromagnetische Telegraphenlinie nach Durlach verlegen.[49]

Architektur und Stadtbild

Die prächtigen Einzelbauten wie die Kunsthalle und das Polytechnikum (siehe unten) und vor allem das riesige Bahnhofsgelände mit seinen Gleisanlagen und Werkstättenbetrieben waren mit Weinbrenners Vorstellungen einer als Gesamtkunstwerk angelegten Stadt nicht mehr vereinbar.[50] Zeitgenössische Schilderungen bezeugen, daß seine Pläne ohnehin nur teilweise umgesetzt worden waren. Die Lange Straße bildete das Zentrum des geschäftigen Treibens, in der die schönsten Häuser standen, „dessen ungeachtet [war] sie nicht die schönste Straße, weil sie noch viele alte, niedere und schlecht gebaute Häuser in sich faßt[e]." Dagegen zeigten die Amalien-, Stephanien- und Schloßstraße ein einheitlicheres, „gefälliges Äußeres." Das „Dörfle" blieb weiterhin eine Ansammlung „kleiner Häuser" mit „Baracken in den Seitenstraßen."[51]
Die Größe der Stadt veränderte sich in dieser Epoche nur unwesentlich, jedoch hinterließ eine neue Architektur überall ihre Spuren, die nicht mehr wie die Weinbrenners auf ein Gesamtstadtbild setzte. Nun begann die Zeit der prächtigen Einzelgebäude, die sich in dieser Zeit vor allem die Staatsbehörden und die Stadt errichteten: das Karlstor 1830, das Evangelische Schullehrerseminar und Pfründnerhaus 1830 bis 1833, das Polytechnikum 1833 bis 1835, das Finanzministerium am Schloßplatz von 1829 bis 1833, die Kunsthalle 1837, der Bahnhof 1840 bis 1843, das vordere Gebäude der Dragonerkaserne 1843, das Militärhospital 1845, das Katholische Schulhaus 1846 sowie das katholische Pfarrhaus 1850, das Waisenhaus 1848, das neue Theater 1851 und die Orangerie 1853 bis 1857.
Die private Bautätigkeit, wenn auch nur im „sparsamen, ornamentlosen Nützlichkeitsbau", schritt langsam voran, zumal einige Straßen verlängert oder auch neue angelegt und bisherige Gärten überbaut wurden. So entstanden 1838, 1839 und 1843 die Kasernen-, die Fasanen- und die Steinstraße, die Blumen- und die Hirschstraße wurden 1832 und 1836 verlängert. Der israelitische Friedhof wurde 1846 eingefriedet und der Landgraben an dieser Stelle überwölbt.[52]
Diese Bauphase brachte den romantischen Baustil hervor, der in Karlsruhe mit den Namen von Heinrich Hübsch, Friedrich Eisenlohr, Friedrich Th. Fischer und Joseph Berckmüller verbunden ist. Sie besuchten alle die Weinbrennersche Bauschule, lösten sich aber von der klassizistischen Idee.
Der für Karlsruhe bedeutendste Architekt der Zeit war Heinrich Hübsch, nach seinen Plänen wurden u. a. die Kunsthalle, das Polytechnikum, die Orangerie, das neue Theater und die Finanzkanzlei, das heutige Regierungspräsidium errichtet.[53] Er kam am 9. Februar 1795 als Sohn einer wohlhabenden Weinheimer Familie zur Welt. Nach seiner Schulzeit studierte er zunächst in Heidelberg Philosophie und Mathematik, um aber bald auf die Bauschule Weinbrenners nach Karlsruhe zu wechseln. 1817 ging er für drei Jahre nach Italien, seine Rom- und Griechenlandreisen beeinflußten seinen späteren Baustil. Nach seinem Examen bei Weinbrenner und einer Beschäftigung am Frankfurter Städelschen Kunstinstitut, trat er 1827 in den badischen Staatsdienst ein und ließ sich in Karlsruhe nieder. 1842 erreichte er schließlich als Baudirektor den höchsten Rang als Baubeamter. Er heiratete 1828 die 18jährige aus Bruchsal stammende Luise Heller, ihre einzige Tochter starb schon mit vier Jahren. Hübsch starb am 3. April 1843 in Karlsruhe. Seit 1897 trägt eine Straße und seit 1985 die Gewerbeschule an der Ecke Kriegs-/Fritz-Erler-Straße seinen Namen.
In den Jahrzehnten direkt vor und nach der Revolution von 1848/49 wurde das Stadtbild durch einige Denkmäler verschönert, die vergangenen Landesherren gewidmet waren. Im September 1833 erhielt endlich der Brunnen auf dem Markplatz die ihn bis heute schmückende Bildsäule des Großherzogs Ludwig, mit der Aloys Raufer schon 1822 von der Stadt beauftragt worden war. Am 22. November 1844 wurde das Großherzog-Karl-

Schloßplatz mit dem Großherzog-Karl-Friedrich-Denkmal nach 1873.

Friedrich-Denkmal auf dem Schloßplatz enthüllt. Das von Großherzog Ludwig in Auftrag gegebene und von Ludwig von Schwanthaler gestaltete Werk wurde anläßlich der Bundesgartenschau 1965 an seinen heutigen Platz versetzt. Der Versuch seines Nachfolgers Großherzog Friedrich, ein Denkmal für den glücklosen Großherzog Leopold zu errichten, scheiterte zweimal.

Seit 1848 ziert ein vom Großherzog Leopold in Auftrag gegebenes Denkmal für die Opfer des Theaterbrandes vom Februar 1847 den Friedhof an der Kapellenstraße, das Franz Xaver Reich entworfen hatte. Ebenfalls auf dem Gelände des damaligen Friedhofs steht das im Auftrag des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. von Friedrich Eisenlohr und August Kiss entworfene und 1850 bis 1852 errichtete Preußen-Denkmal für die im Revolutionskrieg gefallenen Preußen.

Bescheiden nimmt sich das Johann-Peter-Hebel-Denkmal aus, das im Auftrag eines zum Gedächtnis des Dichters gegründeten Vereins 1835 im Schloßgarten errichtet wurde.

Das andere in dieser Zeit auf privater Initiative hin geplante Denkmal für den 1838 verstorbenen Minister Georg Ludwig Winter, in dessen Amtszeit die großen Reformgesetze wie die Zehntaufhebung, das Gemeindegesetz und der Beitritt zum Zollverein fielen, konnte erst 1855 vollendet und am Ettlinger-Tor-Platz errichtet werden. Seit 1964 steht es an der Beiertheimer Allee beim Albtalbahnhof.[54]

Das Gaswerk

Eine der wenigen städteplanerisch und infrastrukturell vorwärtsweisenden Initiativen der Stadtverwaltung dieser Zeit war die Einrichtung der Gasbeleuchtung, die nach jahrelangen Berechnungen und Planungen ab Dezember 1846 eingeführt wurde. Schon im November 1845 hatte es in der „Karlsruher Zeitung" geheißen, daß die in die Stadt kommenden Fremden, aber auch die Theaterbesucher es von anderen Städten gewohnt seien, „daß das eigentliche Leben erst mit Einbruch der Nacht für sie beginne." Eine gute Be-

leuchtung der Straßen rege diese zum Kauf der ausgestellten Gegenstände an.[55]
Ab Ende 1846 ersetzte man die bisherigen Öllampen durch eine Gasbeleuchtung, die von der englischen Firma Barlow und Manby eingeführt wurde und der sich von Anfang an auch Privathäuser anschließen konnten.[56] Wie immer bei Überlegungen zur Einführung von Neuem gab es Protest von den „streng konservativen Kreisen der Karlsruher Bevölkerung, ... die sich bisweilen der Maske extremster Fortschrittler" bedienten, indem sie darauf verwiesen, „daß man in Paris schon Versuche mit elektrischem Licht gemacht habe, welches sicher in Bälde das Gaslicht verdrängen werden, dessen Annahme daher nicht übereilt werden dürfe."[57] Es gab zudem eine Diskussion darüber, ob man selbst hergestelltes, tragbares Leuchtgas oder das durch Röhren transportierte Gas verwenden solle.[58] Die Einführung der von einer Gasfabrik zentral gewährleisteten, durch Röhren ermöglichten Gasversorgung machte zahlreiche Verordnungen über den Umgang mit dem neuen Leuchtstoff notwendig, die vom großherzoglichen Polizeiamt veröffentlicht wurden.[59]
Bald konnten sich die Kritiker bestätigt sehen, als die beauftragte Firma Konkurs anmeldete. Da der Vorschlag des Oberbürgermeisters August Klose, die Gasversorgung in die öffentliche Hand zu nehmen, keine Zustimmung fand, suchte man eine Firma, welche die Gasfirma übernehmen wollte, und fand sie in der Societé germanique, die für 189.000 Gulden das Geschäft von Barlow & Manby übernahm. Johann Nepomuk Spreng wurde zum Direktor ernannt.[60] Doch auch in den folgenden Jahren wechselte das eher glücklose Unternehmen noch zweimal den Besitzer; die Gasbeleuchtung setzte sich anfangs zu langsam durch, um

Das Gaswerk an der Kaiserallee um 1870. Ansicht von Norden.

ein profitables Geschäft zu sein. So stieg von 1848 bis 1858 die Zahl der öffentlichen Lampen nur von 612 auf 622 und die der Privatabnehmer von 153 auf 471. Erst im darauffolgenden Jahrzehnt wuchs sowohl der öffentliche als auch der private Gasverbrauch, so daß die Stadt am 1. Mai 1869 einen florierenden Betrieb in Besitz nahm.[61] In den folgenden Jahrzehnten stieg der Gasverbrauch für Beleuchtungs-, Koch- und Heizzwecke stetig; der Bürgerausschuß beschloß daher am 11. Dezember 1884, ein zweites Gaswerk errichten zu lassen.

Das erste Gaswerk lag vor dem Mühlburger Tor an der heutigen Kaiserallee und erfuhr bis zu seiner Stillegung 1917 zahlreiche Erweiterungen, so daß es sich schließlich bis zur Sophienstraße erstreckte. Heute erinnern noch das 1876 errichtete Ofenhaus, das heute das Sandkorn- und das Jakobustheater beherbergt, zwei ehemalige Verwaltungsgebäude und das gußeiserne Gerippe der Fabrikationshalle an die Anlage.[62]

Das Ende Oktober 1886 fertiggestellte zweite Gaswerk stand östlich des Gottesauer Schlosses. Eine nochmalige Erweiterung des Werkes vor dem Mühlburger Tor schien zu dieser Zeit ungünstig, da hier ein neuer Stadtteil entstand und der Grund und Boden daher zu wertvoll war.[63]

Das städtische Gaswerk spielte bei den Eingemeindungen von Beiertheim, Rintheim, Rüppurr, Grünwinkel und Daxlanden zwischen 1907 und 1910 eine Rolle, da die Stadt sich verpflichtete, die neuen Stadtteile mit Gas zu versorgen und damit einem Grund für die Eingemeindungswünsche der Dörfer entgegenzukommen.[64] Auch das erst 1938 eingemeindete Dorf Hagsfeld erhielt seit 1909 sein Gas aus dem Karlsruher Werk, während sich Grötzingen seit 1909 von Durlach aus versorgen ließ.[65]

Das neue Schulwesen – Weibliche Tugend – Männliche Berufsbildung

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte das badische Unterrichts- und Bildungswesen einen Aufschwung, der sich sowohl den staatlichen Bemühungen um Vereinheitlichung als auch dem Bestreben des Bürgertums um soziale und berufliche Ausdifferenzierung und gesellschaftlichen Aufstieg verdankte. Zu den allgemeinen Verwaltungsreformen, die der inneren Staatsgründung des Großherzogtums Baden dienten, zählte auch die mit dem 13. Organisationsedikt über die „Organisation der gemeinen und wissenschaftlichen Lehranstalten" begonnene landesweit einheitliche Schulordnung. Schulpflichtig waren alle Jungen vom siebten bis zum 14., alle Mädchen vom siebten bis zum 13. Lebensjahr. Ergänzend gab es „Fortbildungsschulen", die „Sonntagsschule", deren Besuch für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr Pflicht war, und die „Industrieschule", die sich an die Kinder ärmerer Schichten, später ausschließlich an die Mädchen richtete.

Das Unterrichtswesen der Elementar- und Mittelschulen blieb konfessionell getrennt und der Einfluß der christlichen Kirchen gewahrt, obwohl der Staat begann, mehr Präsenz zu zeigen. Auf hierarchisch unterster Stufe lag die örtliche Schulaufsicht bei dem Pfarrer, dem Bürgermeister und einem Kirchenältesten, denen die kirchlichen Schulvisitatoren vorgesetzt waren. Die oberste Leitung des Schulwesens hatte das Ministerium des Innern mit seinen katholischen und evangelischen Departements inne.[66]

1829 wurde die badische Lehrerausbildung reformiert. Von nun an mußten alle evangelischen „Schulpräparanden" das Lehrerseminar, in dem auch jüdische Männer Aufnahme fanden, besucht haben. Die Aufwertung der Lehrerbildung schlug sich im Karlsruher Stadtbild nieder, als das Institut 1830 ein eigenes Haus an der Ecke Akademie- und Hans-Thoma-Straße erhielt. Das heutige Gebäude in der Bismarckstraße wurde 1870 mit städtischer Unterstützung errichtet.[67]

Der staatlich vorangetriebene und vom städtischen Bürgertum unterstützte Aufschwung im Bildungswesen ging mit einer weit in das 20. Jahrhundert hinein geltenden Ausdifferenzierung einher: Bildung wurde durchaus schichten- und geschlechtsspezifisch verteilt. Für die

Söhne des gewerblichen Bürgertums gewann das öffentliche Berufsschulwesen eine wachsende Bedeutung, während ihre Schwestern auf das Dasein einer sittsamen Hausfrau vorbereitet wurden, die mit Klavierspiel und oberflächlicher Bildung sich und ihrem Ehemann die Zeit zu vertreiben wußten. Für die Kinder der unterbürgerlichen Schichten stand der Erwerb von Grundkenntnissen und das Erlernen des „industriellen Fleißes", d. h. der Arbeitsdisziplin im Mittelpunkt. Da in der bürgerlichen, nicht mehr ständischen Gesellschaft die Aufstiegs- und Karrierechancen in wachsendem Maße über Bildung und den Zugang zu berufsvorbereitenden Einrichtungen verteilt wurden, manifestierte das sich nun ausweitende Schulwesen die soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheit.

Die städtischen Volksschulen

Nach dem Ende der Kriegszeiten gegen Napoleon begann die Karlsruher Bürgerschaft unter Oberbürgermeister Dollmätsch sich für eine Verbesserung des städtischen Schulwesens einzusetzen. Dollmätsch stellte in seiner Eingabe beim Stadtamt für die Gründung eines Schulfonds fest: „Für die Bildungsanstalten der hiesigen Stadt Sorge zu tragen, wird dringende und erste Pflicht des Stadtrates, wenn nicht anders unsere Vaterstadt methodisch ruiniert werden soll. Ich hege darunter nicht die Absicht, für Bildungsanstalten zu wirken, welche unsere Mitbürger zu Halbgelehrten stempeln sollen, sondern nur für solche Anstalten, welche den hiesigen Bürgern und Bürgerinnen zu ihrem Gewerbe und zu ihrer Haushaltung absolut zu wissen nötig sind."[68] Dollmätsch wollte eine Schule für die Söhne des Gewerbebürgertums, die nicht das Lyceum (siehe oben) besuchen sollten, deren Ansprüchen aber die damaligen städtischen Schulen nicht gerecht werden konnten.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Schulräume der städtischen Elementarschule überfüllt und die Lehrkräfte überfordert. Es gab zwei evangelische städtische Elementarschulen, eine für Knaben und eine für Mädchen. Für die Jungen endete der Unterricht mit dem 14., für die Mädchen mit dem 13. Lebensjahr. Unterrichtet wurden Religion, Arithmetik, Naturgeschichte, Geographie, Geschichte, deutsche Sprache, Schreiben und Singen. Zudem bestand für die erwachsene Jugend bis zum 18. Lebensjahr eine Sonntagsschule, auf der sie weiterhin das Verfertigen von Aufsätzen, Religionslehre und Rechnen lernten.[69]

Die Bemühungen, das städtische Schulwesen zu erweitern und zu differenzieren, führten erst Ende 1829 zum Erfolg. Jetzt einigten sich die staatliche Schulverwaltung und die städtischen Gremien auf einen Organisationsplan für die evangelische Stadtschule, der 1830 umgesetzt wurde. Nun wurden die Mädchen und Jungen räumlich vollkommen getrennt in unterschiedlichen Schulhäusern in je vier Klassen von je zwei Haupt- und Unterlehrern unterrichtet. Die Mädchenschule hatte zudem noch vier Industrielehrerinnen für den Handarbeitsunterricht. Die Jungen erhielten je nach Klassenstufe 20 bis 26 Unterrichtsstunden, die Mädchen 24 bis 32. Der Unterricht war geschlechtsspezifisch ausgerichtet; während die Jungen neben den Grundfächern Lesen, Schreiben, Rechnen und Religion in den höheren Klassen Naturgeschichte mit Gewerbekunde, Geometrie, Naturlehre und Erdbeschreibung lernten, erwarben die Mädchen Kenntnisse in Naturgeschichte und Geographie. Vor allem aber erhielten sie wöchentlich acht bis zehn Stunden Handarbeitsunterricht.[70] Die Mädchenschule erhielt einen Neubau in der Lindenstraße, die Jungen blieben im Schulhaus an der heutigen Markgrafenstraße/Ecke Kreuzstraße.[71]

Die in den 1830er Jahren auf den Landtagen diskutierte Verbesserung der allgemeinen Schulverhältnisse, die mit den Gesetzen und Verordnungen von 1834 und 1835 umgesetzt wurde, hatte auf das Karlsruher städtische Schulwesen keinen großen Einfluß mehr, da die Schulorganisation von 1829 dem vorgegriffen hatte. Die nun geschaffenen städtischen Schulverhältnisse blieben bis zur Einführung der Simultanschule im großen und ganzen unverändert.

Die katholische und die israelitische Jugend hatte je eigene, von der Kirche bzw. der lokalen Gemeinde getragene Schulen.[72] Die katholische Schule, die 1877 nach der Einführung der Simultanschulen (siehe unten) aufgehoben wurde, war eine einfache Elementarschule, in der Jungen und Mädchen getrennt unterrichtet wurden. Mit Wachsen der katholischen Gemeinde stieg die Zahl der Schulkinder, die der 1846 neben der Kirche errichtete Neubau aufnahm.[73]

Im Jahr 1817 nahm in einer Wohnung Ecke Kronengasse / Lange Straße die Schule für die jüdische Jugend den Unterricht auf, die 1828 als öffentliche Schule anerkannt und unter die Aufsicht der evangelischen Schulbehörde gestellt wurde. Doch schon ein Jahrzehnt später sank die Zahl der Schüler und Schülerinnen, da die Jungen mehrheitlich die evangelischen Schulen oder das Lyceum und die Mädchen Privatinstitute besuchten, bis die Schule 1864 einging.[74]

Die Klein-Karlsruher Schule

Für die Jugendlichen des Stadtteils Klein-Karlsruhe, d. h. für die Kinder der unterbürgerlichen Schichten, bestanden eine städtische Elementarschule und eine Garnisonsschule, in der beide Geschlechter zunächst gemeinsamen Unterricht erhielten. Das verwies auf die sozial niedrigere Stellung der Schulkinder, die Lesen, Schreiben, Rechnen, Geometrie, Naturlehre und Religion lernten.

In der 1780 gegründeten Garnisonsschule wurden die Kinder der Militärangehörigen in Schreiben, Lesen, Rechnen, Religion, etwas Geometrie, Mechanik und Geographie unterrichtet. Anfangs wie die Elementarschule im Gewerbehaus untergebracht, wechselte sie bis zu ihrer Auflösung 1861 mehrmals ihr Lokal. Im letzten Jahrzehnt ihres Bestehens war sie im Eckhaus Markgrafen-/Adlerstraße untergebracht.[75]

Die Zustände der im Gewerbehaus untergebrachten Klein-Karlsruher Schule gaben wiederholt zu Klagen Anlaß und waren zu Beginn der 1830er Jahre endgültig unhaltbar geworden. 1834 zählte die Schule 337 Kinder, die in vier Klassen zwei Stunden täglich, also 12 wöchentlich in nur einem Schulzimmer unterrichtet wurden.[76] In einem Schreiben des Stadtdiakonus August Hausrath vom Oktober 1834 hieß es: „Schwerlich ist im Großherzogtum eine schlechtere Schule als diese, auf welcher doch immerhin über 300 Stadtkinder erzogen werden. [...] Möchte doch einer unserer erleuchteten Staatsmänner sich einmal auf 8 Tage zum Aufseher über diese Schule machen, um die Überzeugung zu gewinnen, daß über kurz oder lang eine auf solche Art heranwachsende Jugend den Staat mehr kosten muß, als wenn er ihr jetzt einen Convict gründete – und einen Palast dazu."[77] Dieses Schreiben veranlaßte das Ministerium, die Stadt anzuweisen, sofort auf eigene Kosten zwei weitere Schulzimmer zu mieten und einen weiteren Lehrer anzustellen. Die Schule in Klein-Karlsruhe, die sich bald 2. Stadtschule nannte, behielt bis zur 1877 durchgeführten Neuorganisation des Karlsruher Schulwesens ihren schlechten Ruf.

Die Töchterschule

Über die städtische Mädchenschule hinaus gab es weitere für Mädchen eingerichtete private Erziehungsinstitute, die sich von den Elementarschulen absetzten und eine spezifische Mädchenbildung vermittelten. Auf diesen Instituten erwarben die Mädchen die Kenntnisse und Fähigkeiten, die sie auf das Dasein einer gehobenen adligen oder bürgerlichen Gattin vorbereiteten. Diese in fast allen badischen Städten entstehenden Mädchenschulen, die meist auf private Initiative hin von Stadthonoratioren gegründet wurden und „Höhere Töchterschulen" hießen, vermittelten den Mädchen des Bürgertums einige Grundkenntnisse, aber vor allem Französisch, Sticken und Klavierspielen.[78]

Mit dem Ausbreiten der bildungs- und beamtenbürgerlichen Schicht in Karlsruhe wuchsen die Bestrebungen, eine höhere Mädchenschule einzurichten, zumal 1825 die bis dahin bestehende viel besuchte Ruf'sche Privatschule (siehe oben) aufgelöst wurde. Da auch die An-

gehörigen des Gewerbebürgertums zunehmend ihre Töchter auf gesonderte Anstalten schicken wollten, konnte im Jahr 1828 auf private Initiative hin mit staatlicher Unterstützung und städtischem Finanzzuschuß eine Mädchenschule eingerichtet werden, die 1836 eine städtische Einrichtung wurde.[79] Sie war eine „Töchterschule für gebildete Stände", gegründet mit dem Ziel der „sittlichen und wissenschaftlichen Bildung der Kinder weiblichen Geschlechts vom 6. bis 16. Lebensjahr, die sich eine höhere Bildung zueignen wollen, als in der gewöhnlichen Schule zu erreichen."[80] Trotz dieses Anspruchs entsprach das Lernstoffniveau dem der allgemeinen Mädchenschule; unterrichtet wurde anfänglich täglich drei Stunden in den Fächern Lesen, deutsche Sprache, Rechnen, Erdkunde, Geschichte, Naturlehre, Zeichnen, Singen, französische Sprache sowie Religions- und Tugendlehre. Hinzu kamen täglich weitere drei Stunden im Industrie-Unterricht, d. h. Handarbeiten.

Die Töchterschule, später „höhere Mädchenschule", war bis 1870 in der Ritterstraße, zog dann für einige Jahre in die Kreuzstraße, um schließlich einen Neubau in der Sophienstraße zu beziehen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stieg das Niveau auf das einer Realschule, der später das auf von einem Frauenverein gegründete Mädchengymnasium angeschlossen wurde (siehe unten).

Die Industrieschule

Schon in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts regte die markgräfliche Regierung unter Karl Friedrich an, Schuleinrichtungen für die aus den Elementarschulen entlassenen Jugendlichen zu schaffen. Der Unterricht, der vor allem die Wiederholung des in den Volksschulen Erlernten vorsah, wurde nebenamtlich an Sonntagen erteilt und richtete sich vorrangig an Jugendliche, die keine Berufsausbildung genossen. So war seit 1804 mit der Klein-Karlsruher Elementarschule eine Sonntagsschule verbunden, deren Besuch für die Einheimischen bis zum 18. Lebensjahr vorgeschrieben war.[81]

In den Vormärzjahren erhielten diese Fortbildungsschulen eine geschlechtsspezifische Ausrichtung – die Mädchen lernten auf der „Industrieschule" Nähen, Spinnen und Strikken, die Jungen erwarben auf der Gewerbeschule berufsvorbereitende Fähigkeiten.

Seit 1836 war durch eine ministerielle Verordnung vorgeschrieben, daß Mädchen wenigstens in den Wintermonaten „Industrieschulen" besuchen sollten, um textile Fertigkeiten zu erwerben. In Karlsruhe bestand schon vor der Verordnung eine solche Einrichtung, die sich als eine „wichtige, auf Bildung für häußliche Wolfahrth berechnete Anstalt" verstand.[82]

In Klein-Karlsruhe wurde nun ab 1839 eine weitere Industrieschule mit der Hilfe des Karlsruher Frauenvereins (siehe unten) geschaffen und bestand jahrzehntelang unter dem Namen „Sophienschule."[83] Diese am 13. Januar 1840 im Gewerbehaus eröffnete Einrichtung beherbergte zunächst eine Nähschule für konfirmierte, nicht mehr schulpflichtige Mädchen, die hier Stricken, Spinnen sowie Nähen lernten, und eine Industrieschule für Kinder beiderlei Geschlechts vom 6. bis 13. Lebensjahr. 1853 wurde die gemischtgeschlechtliche Industrieschule aufgegeben, es blieb bei der Nähschule für Mädchen. Das Stricken, Nähen und auch Spinnen diente auch der Disziplinierung der Töchter der im „Dörfle" lebenden Unterschichten, die hier lernen sollten, „sich sittsam, bescheiden und ehrerbietig gegen die Vorsteherin" zu betragen und „aufmerksam und fleißig in ihrer Arbeit" zu sein.[84] In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nachdem sich die Arbeiterbewegung organisiert hatte, gewann der Handarbeits- und Hauswirtschaftsunterricht eine klassenbefriedende Funktion, da man meinte, durch die Disziplinierung der Arbeitermädchen und -frauen die ganze Schicht zu erreichen[85] (siehe unten).

Die Gewerbeschule und der Gewerbeverein

Während die Mädchen durch das Schulwesen auf das zeitgemäße Weiblichkeitsbild der sittsamen und fleißigen Hausfrau verpflichtet

wurden, stiegen die inhaltlichen und methodischen Ansprüche an den berufsvorbereitenden Unterricht für männliche Jugendliche.

Anfang der 1830er Jahre setzte sich die Idee durch, für männliche, dem Gewerbebürgertum angehörige, Jugendliche eine gesonderte Fortbildungsschule zu schaffen. Im Jahr 1834 verpflichtete die badische Regierung die größeren Städte, für die Jungen eine obligatorische Berufsschule zu errichten. Dabei hatte die Durlacher Gewerbeschule von Christian Hengst eine gewisse Vorbildsfunktion.[86]

Nun wurde das Karlsruher Gewerbeschulwesen vereinheitlicht und zusammengefaßt.

Bis zu diesem Zeitpunkt bestanden eine öffentliche architektonische Zeichenschule und eine Handzeichenschule, die jedoch nur wenig Zuspruch von den Gewerbetreibenden fanden. Auch die mit Unterbrechungen seit 1774 an das Lyceum angeschlossene Realschule, die sich an die Schüler wandte, die sich später einem bürgerlichen Gewerbe widmen wollten, konnte dem wachsenden Bedürfnis nach einer über die von den Zünften gewährleisteten hinausgehenden Berufsausbildung nicht genügen. Sie war eher eine Einrichtung, welche die Schüler – wie Oberbürgermeister Dollmätsch es nannte – zu Halbgebildeten stempelte.

Die Idee einer Gewerbeschule fand in Karlsruhe lebhafte Unterstützung durch den im Dezember 1831 gegründeten Gewerbeverein, dem sich sofort 90 Mitglieder anschlossen.[87] Der Verein, der eine Abteilung der Gesellschaft Eintracht (siehe unten) bildete, wollte mit Hilfe seiner Vereinsbibliothek, mit Modellen und Zeichnungen und gewerblichen Vorträgen Gewerbsgehilfen die Möglichkeit zur Fortbildung bieten. Dabei suchte er die Zusammenarbeit mit dem Polytechnikum, dessen Lehrer bei ihm Vorträge hielten und dessen Schüler Ehrenmitglieder werden sowie die Werkstätten der Vereinsmitglieder besuchen durften.

1838 und 1846 veranstaltete der Gewerbeverein im Orangeriegebäude Industrieausstellungen, die ausschließlich inländische Fabrikate zeigten. Einen gewissen Abschluß der Märkte nach außen vertrat der Gewerbeverein auch innerhalb des Karlsruher Gewerbelebens, indem er zu verhindern suchte, daß außerhalb Karlsruhes gefertigte Produkte auf den innerstädtischen Markt kamen.

Gleich nach seiner Gründung erstellte der Professor am Polytechnikum Thierry für den Gewerbeverein ein Gutachten, in dem er sich gegenüber der Stadtverwaltung für Einrichtung einer Gewerbeschule einsetzte.[88] Dies wurde möglich, nachdem die Freiherren Karl und Ferdinand von Lotzbeck der Stadt dafür zunächst auf fünf Jahre jährlich eine Schenkung von 1.000 Gulden machten. Am 3. Mai 1834 konnte Bürgermeister Füeßlin in Anwesenheit des Ministers Winter und von Vertretern der Stadteliten die Schule eröffnen, die zunächst im Versteigerungssaal der Pfandleihe im Rathaus Unterkunft fand. Die Schule war eine städtische Einrichtung und setzte bei ihren Schülern die Kenntnisse der allgemeinen Volkschule voraus. Sie nahm nur Schüler auf, die das 14. Lebensjahr zurückgelegt hatten, sie wurden an Sonn- und Feiertagen und am Feierabend von nebenamtlichen Lehrern unterrichtet. Seit 1843 wurde ein Hauptlehrer im Hauptamt eingesetzt.[89] Die Lehrkräfte waren in den ersten Jahrzehnten Volksschullehrer, die sich an der Polytechnischen Schule weiterbilden mußten. Ab 1882 mußten die Lehrkandidaten die Baugewerkschule besuchen und praktische Kenntnisse in Werkstätten oder Fabriken erwerben. Seit 1890 waren die Gewerbelehrer in das allgemeine Beamtenrecht eingestuft.

Als öffentliche Einrichtung unterstand die Schule dem örtlichen Schulvorstand, die staatliche Oberaufsicht hatte die Kreisregierung, die Einstellung der Lehrer oblag dem Innenministerium.[90] Seit 1881 gehörten die Gewerbeschulen zu dem Bereich des neu gebildeten Ministeriums der Justiz, des Kultus und des Unterrichts, ab 1905 übernahm das neu errichtete Landesgewerbeamt die unmittelbare Leitung und Beaufsichtigung des Unterrichtswesens.

In den ersten Jahren litt die Neugründung noch unter dem mangelnden Interesse der Meister, die ihr Vorrecht auf Ausbildung nicht so ohne weiteres eingeschränkt schen wollten. Sie meinten, daß die Lehrlinge durch den

GEWERBE-VEREIN.

Herrn Friedrich Lüder
in CARLSRUHE.

Die von Ihnen zu der im Monat September d. J. dahier stattgehabten Industrie-Ausstellung eingesendeten Industrie-Gegenstände haben uns von den vorzüglichen Leistungen Ihres Gewerbfleisses überzeugt.

Genehmigen Sie dafür unsere besondere Anerkennung, die wir hierdurch mit dem Wunsche aussprechen, dass es Ihrem fernern Bestreben gelingen möge, dem Vaterlande auf diesem Wege noch weiter nützlich zu seyn.

Der erste Vorsteher

F. A. Spreng

Der Secretär

Jagemann

CARLSRUHE
den 25. November 1846.

Anerkennungsurkunde des Gewerbevereins von 1846 für den Karlsruher Friedrich Lüder.

Schulbesuch zu wenig in den Werkstätten seien und daher ihren Beruf nicht richtig erlernten. Das führte zu so häufigen Schulversäumnissen der Schüler, daß sich im Dezember 1847 der Gewerbeschulvorstand genötigt sah, an die Handwerksmeister zu schreiben und auf die Vorteile der Schule hinzuweisen.

Das Gesetz über die Einführung der Gewerbefreiheit von 1862 (siehe unten) hob zeitweise auch den Gewerbeschulzwang auf, so daß die Schülerzahlen noch mehr sanken. Sie lagen zwischen 1850 und 1865 durchschnittlich bei 230 Schülern.[91] Auch nach Inkrafttreten der Gewerbeordnung des Deutschen Reiches, die

den Städten die Gewerbeschulpflicht ermöglichte, konnten sich die Karlsruher nicht dazu entschließen. Erst 1904 regelte ein Ortsstatut den Schulzwang, der nun auch die Frauen einschloß (siehe unten). Seitdem waren die in 85 verschiedenen Berufen tätigen Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren schulpflichtig.[92]

Die Schule mußte mehrfach ihren Ort wechseln. Von 1864 bis 1877 war sie gemeinsam mit der neuen höheren Bürgerschule am Zirkel untergebracht, dann zog sie nochmals ins Rathaus, von dort 1882 in die ehemaligen Räume des Lyceums am Marktplatz, und kehrte 1892 wieder an den Zirkel zurück.[93] Erst der Neubau am Lidellplatz, der 1912 bis 1914 auf dem Gelände des ehemaligen, 1912 abgerissenen städtischen Spitals errichtet wurde, brachte der Gewerbeschule eine endgültige Unterkunft. An das traditionsreiche Spital, das 1781 bis 1783 nach Plänen von Jeremias Müller an dieser Stelle errichtet worden war, erinnert noch das Hauptportal, das dem Neubau an der ehemaligen Schwanenstraße, jetzt am Eingang zum Innenhof, eingefügt wurde.[94]

Das Polytechnikum

Die Erkenntnis, daß nicht mehr die Landwirtschaft den Wohlstand des Landes, sondern diesen vor allem das Gewerbe und die neuen Techniken gewährleisten werden, führte zu einer verstärkten Anstrengung für eine Verbesserung der Ausbildung in diesen Bereichen. Der technische Unterricht sollte auf einer wissenschaftlichen Grundlage basieren.

Diesem Ziel diente das 1825 gegründete Polytechnikum, das sich anfänglich an dem Vorbild der Ecole Polytechnique in Paris orientierte und die schon bestehenden kleinen Fachschulen in Karlsruhe vereinte.[95] Zunächst sollte die Schule sowohl Handwerker als auch wissenschaftliche Techniker ausbilden. So sah noch die 1832 von Karl Friedrich Nebenius geschaffene Reform der polytechnischen Schule einen dreigliedrigen Aufbau vor, der neben die auf technisch-wissenschaftlicher und humanistisch-wissenschaftlicher Vorbildung basierenden Hauptabteilungen noch die Fachschulen des Handwerkertums vorsah.

Das Ausbildungskonzept von Nebenius verband eine allgemeine Grundausbildung in Mathematik und in den Naturwissenschaften mit einer Spezialisierung in den verschiedenen Fachabteilungen wie Ingenieurschule, Bauschule, Forstschule und „merkantilische" Abteilung. 1847 kamen eine mechanisch-technische und eine chemisch-technische Abteilung hinzu. Die Neuordnung von Nebenius schuf die Grundlagen für die Entwicklung zu einer wissenschaftlichen Hochschule. Die neue Einrichtung war zunächst im linken Flügel des Lyceums am Marktplatz untergebracht. Die seit 1832 gewachsene Bedeutung der polytechnischen Schule unterstrich der von Heinrich Hübsch entworfene und 1836 fertiggestellte Neubau in der Langen Straße, heute Kaiser-Straße. Mit dem Wachsen der Institution gingen zahlreiche An- und Neubauten einher.

1863 trennte sich die Anstalt von dem Realschulunterbau und erhöhte das Eintrittsalter entsprechend den wissenschaftlichen Hochschulen auf 17 Jahre. 1868 erhielt das Institut für die Fächer Mathematik, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Maschinenkunde das Habilitationsrecht, durfte aber erst seit Dezember 1899 promovieren. Seine Gleichstellung mit den Universitäten zeigte sich auch daran, daß ab 1877 ein Professor der Hochschule Mitglied der Ersten Kammer wurde.

Seit den 1860er Jahren baute man getreu dem Leitbild vom gebildeten Ingenieur drei geisteswissenschaftliche Lehrstühle für Literatur und Geschichte, Volkswirtschaft sowie Kunstgeschichte auf, so daß die Hochschule nun neben Mathematik, Naturwissenschaften und technischen Wissenschaften bis heute auch allgemein bildende Fächer anbietet.

Seit 1885 nennt sich die Einrichtung Technische Hochschule und bezeichnet sich heute – unter Rückgriff auf die Gründung des Polytechnikums 1825 – als die älteste Institution dieser Art in Deutschland. Anläßlich des 50jährigen Regierungsjubiläums 1906 Groß-

Das Polytechnikum um 1850.

herzog Friedrichs I. wurde der Hochschule, die vor 1914 schon weit über 1.000 Studenten hatte, der Name „Fridericiana" verliehen.

Vom zünftigen zum kapitalistischen Gewerbe – wirtschaftliche und soziale Veränderungen

Handwerk, Märkte und Fabriken

Obwohl mit der Eröffnung der Eisenbahnlinie 1843 die Wandlung Karlsruhes zu einer Industriestadt eingeläutet war, herrschten noch die handwerklichen Gewerbe vor, die für den Hof oder die Stadtbevölkerung produzierten. Ein Zeitgenosse nannte 1843 unter den starkbesetzten Produktionszweigen die der Bierbrauer, Buchbinder, Goldarbeiter, Hafner, Metzger, Schneider, Schreiner, Schuhmacher und Modistinnen.[96] Die große Zahl der Modistinnen war ein Hinweis auf die Verliererinnen der Zeit, auf die familiär unversorgten und auf das Berufsleben nicht vorbereiteten Frauen des kleinen und mittleren Bürgertums, denen nur sehr eingeschränkte Verdienstmöglichkeiten offenstanden. Die in den Zünften organisierten Gewerbe waren ihnen verboten, und die staatlichen Dienststellen stellten keine Frauen ein, zumal ihnen die notwendige Berufsausbildung verwehrt wurde. Betroffen waren vor allem Witwen, die laut Adreßbuch von 1843 immerhin 20 % der Karlsruher Haushalte stellten.[97]

Dem zeitgenössischen Weiblichkeitsmuster verpflichtet, das für Frauen nur die Familienarbeit im Haus vorsah, versuchten sie als Erzieherinnen, als Anbieterinnen von textilen Handarbeiten wie z. B. Stricken oder eben als Putzmacherinnen ihren oft kümmerlichen Lebensunterhalt zu verdienen.[98] Im „Karlsruher Intelligenz- und Wochenblatt" annoncierten sie für „Korsettanfertigungen und andere Näharbeiten", für „sämtliche weibliche Modearbeiten, Spitzen- und Blendenarbeiten", für „Weißzeugnähen und Kleidermachen" oder auch für das „Garnieren" und „Aufbessern" von Strohhüten.[99]

Auch auf den Märkten arbeiteten zahlreiche Frauen aus meist unterbürgerlichen Schichten, die aus dem Umland in die Stadt kamen, um hier ihre Waren anzubieten. Täglich außer Sonntag gab es den Viktualienmarkt, Montag, Mittwoch und Freitag auf dem Ludwigsplatz, Dienstag, Donnerstag und Samstag auf dem Marktplatz.[100] Hierher brachten die Bewohner der Umgegend Obst, Gemüse, Kartoffeln, Fische, Wild, Fleisch und Blumen. Ab 1838 fand jeden Mittwoch in der bisherigen Metzig im Rathaus ein Fruchtmarkt statt, auf dem Spitalplatz wurde Holzmarkt abgehalten, und zwei-

mal jährlich – am ersten Sonntag im Juni und im November, fanden auf dem Schloßplatz große Messen statt. Auf manche der in die Stadt gebrachten Waren – wie Mehl, Fleisch, Bier und Wein – lag Akzise, die an den Stadttoren eingenommen wurde und die städtischen Kassen füllte.[101]

Noch prägten die Zünfte das städtische Gewerbeleben, doch wirkten sie zunehmend hemmend und unzeitgemäß. Als sich zeigte, daß der Eisenbahnbau in Karlsruhe eine große Rolle spielen werde, schlossen 1841 einige Schmiede, Wagner und Lackierer eine Gesellschaft, um gemeinsam Eisenbahnwagen o. ä. zu fertigen.[102] Doch fehlte dem traditionellen Handwerkertum die Beweglichkeit, sich auf die neuen Produktionsformen und auf die Gesetze des freien Marktes einzustellen, zumal die Gewerbefreiheit immer noch gesetzlich eingeschränkt war. Das spiegelte sich in den 1840er Jahren in den Auseinandersetzungen der Gemeindegremien über Bürgerannahmen von Fremden, bei denen die Frage des Gewerbes des Petenten immer noch eine Rolle spielte. Es wurde aber wiederholt im Bürgerausschuß auch dann der Annahme zugestimmt, wenn der von dem Antragsteller angegebene Beruf überbesetzt war. Als der Bürgerausschuß z. B. am 28. Juni 1847 dem Antrag zweier Fremder zustimmte, kommentierte dies in der örtlichen Presse ein Leserbrief: „Will man aber freie Concurrenz, so ist Gewerbefreiheit unbedingt nöthig; freie Concurrenz und Zunftgesetze sind miteinander im Widerspruch."[103]

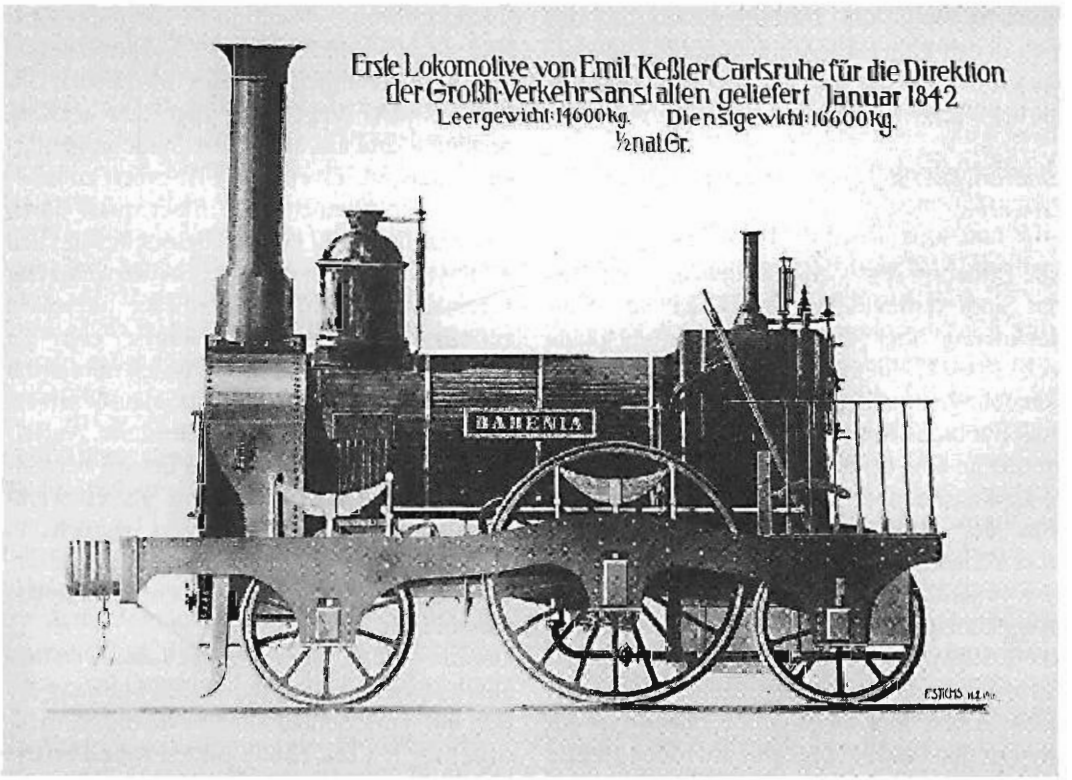
Das traditionale und zünftige Handwerkertum und Gewerbe sah sich vor allem durch die wachsende Zahl der marktorientiert produzierenden Fabriken beeinträchtigt, die zum einen von Badens Beitritt zum Deutschen Zollverein 1835 profitierten und die sich die neue Dampfkraft zunutze machten.[104]

Im Stadtkern lagen 1843 die Tabakfabrik von Christian Griesbach am Marktplatz mit über 100 Arbeitern, die Bijouteriefabrik von Zuber und Comp. in der Zähringerstraße mit 80 Arbeitern, die Tapetenfabriken von Ludwig Kammerer, Johann Franz und Karl Helm ebenso wie die Senffabrik Johann Samsreiter und die Möbelfabriken und Magazine.[105]

Doch zeichnete sich – insbesondere auch infolge des Eisenbahnbaus – eine Verlagerung der Produktionsstätten vor die südlichen Tore der Stadt ab. Vor dem Ettlinger Tor produzierte 1843 die Chemikalienfabrik von Hallwachs und Geyer; und Mitte der 1850er Jahre ließ sich eine Filiale der Pariser Versilberungsfabrik von Christofle u. Comp. nieder, die 1858 schon 150 Menschen beschäftigte. Direkt am Bahnhof lagen die Zentralwerkstätten für die badische Eisenbahn, in denen die Lokomotiven unterhalten und repariert wurden. 1858 waren schon 300 Arbeiter beschäftigt. Die Anlage erfuhr mehrfach Erweiterungen, so daß schließlich am Personenbahnhof kein Platz mehr gefunden werden konnte. Schon 1863 wurden Werkstätten an den inzwischen entstandenen Güterbahnhof verlegt, bis einige Jahre später die Zentralwerkstätten insgesamt hier eine neue Anlage erhielten.[106]

Vor allem siedelten sich südlich der Stadt in der Nähe des Bahnhofs die Fabriken an, die vom Eisenbahnbau profitierten. Das war zum einen die seit 1842 bestehende Chaisenfabrik Schmieder und Mayer, die um 1844 ihren Betrieb von der Langen Straße vor das Ettlinger Tor auf Beiertheimer Gemarkung verlegte. Sie bauten zu dieser Zeit mit über 70 Arbeitern Wagen für die Eisenbahn, deren Zahl bis 1870 auf 250 stieg.[107]

Die bedeutendste Fabrik war aber die Maschinenfabrik Keßler, die sich ebenfalls auf Beiertheimer Gemarkung ganz in die Nähe direkt an der Eisenbahnlinie und in der Nähe des Bahnhofs etablierte. Die Keßlersche Fabrik war kurze Zeit nach dem Beitritt Badens zum Zollverein 1835 gegründet worden, ihr Leiter Emil Keßler war beispielhaft für die Industriekarrieren der Zeit. Er kam 1813 als Sohn eines pensionierten Offiziers in Baden-Baden zur Welt, begann mit 20 Jahren in der mechanischen Werkstätte Jakob Friedrich Meßmer in Karlsruhe Maschinenbau zu lernen und besuchte nebenbei das Karlsruher Polytechnikum. Als Meßmer Karlsruhe verließ, um in Straßburg Teilhaber einer Fabrik zu werden,



Die erste in der Maschinenfabrik Keßler gebaute Lokomotive.

übernahm Keßler 1837 mit dem Mechaniker Theodor Martiensen die Werkstätte, die inzwischen 70 Arbeiter beschäftigte. Das notwendige Kapital nahm er bei dem einzig dafür geeigneten Karlsruher Bankhaus Haber auf. Zunächst fertigte die Werkstätte Maschinen für andere Fabriken, doch Keßler erkannte schnell die Möglichkeiten, die im Eisenbahnbau lagen. Er besorgte die neuesten Maschinen aus England und gewann ausländische Mechaniker und Ingenieure. 1841 baute seine Fabrik die erste badische Lokomotive mit dem Namen „Badenia"; die zweite mit Namen „Karlsruhe" erregte schon 1842 bei der Mainzer Industrieausstellung Aufsehen. 1843 schied Martiensen aus. Zu diesem Zeitpunkt beschäftigte Keßler mehr als 100 Arbeiter, ihre Zahl sollte in den folgenden Jahrzehnten auf 1.800 steigen. Noch vor Beginn der eigentlichen Industrialisierung im Jahr 1870 waren es schon 700 Arbeiter. Keßler hatte eine eigene Gießerei und vor allem als erster eine Dampfmaschine mit anfangs 26, im Jahr 1858 schon mit 100 Pferdestärken als Triebkraft.[108] Mit dem Einsatz der Dampfkraft läutete Keßler den Aufstieg Karlsruhes, das über keine natürlichen Energiequellen verfügte, zur Industriestadt ein. Gleichzeitig deutete sich hier schon der zukünftige Schwerpunkt der Karlsruher Industriebetriebe im metallverarbeitenden Sektor an (siehe unten). Keßler produzierte nach den Gesetzen des freien Marktes und folgte kapitalistischen Grundsätzen, so daß in seiner Fabrik auch die ersten, für die Industrialisierung typischen Arbeitskonflikte in Karlsruhe stattfanden. Die Keßlersche Maschinenfabrik, die 1852 unter dem Namen „Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe" zur Aktiengesellschaft wurde, spielte eine große Rolle für die Entstehung vorrevolutionärer Stimmungen in den neuen unterbürgerlichen Schichten. (siehe unten) Vor den Toren der

Stadt entstand ein Industrieproletariat, das sich in den folgenden Jahrzehnten hier niederlassen und für das ein Stadtviertel in den Augärten wachsen sollte.

Stadterweiterungspläne und das örtliche Gewerbe

Die Situation des wirtschaftlichen Übergangs der Stadt verdeutlichte sich in der Auseinandersetzung über die Stadterweiterungspläne von 1846/47, in der sich die sozialen Verschiebungen spiegelten. Die Bürgerschaft außerhalb des Rathauses mischte sich ein und gestaltete eine öffentlich in der Presse geführte Diskussion über die Vor- und Nachteile des von der Baukommission vorgeschlagenen neuen Stadtbauplans.[109]

Die wesentlichen Streitpunkte kreisten um die grundsätzliche Frage, ob Karlsruhe sich eher als Residenz- und Hauptstadt mit Alleen, Promenaden und Baugrundstücken für repräsentative Architektur sehen wollte, oder ob sie auf die mit den beiden Maschinenfabriken Keßler und Schmieder sowie mit der Eisenbahn begonnene, hofunabhängige industrielle Entwicklung setzte. Ersteres verband sich mit dem von der Stadtverwaltung vorgelegten Vorschlag einer Ausweisung von Baugrundstücken zwischen dem Mühlburger und Ettlinger Tor und der Anlegung eines Aha-Grabens, letzteres mit der Schaffung eines neuen Stadtteils in den Augärten nahe dem Bahnhof für die Errichtung von Arbeiterwohnungen und weiteren Gewerbegebäuden. Das widersprach der Bauordnung von 1843, die festlegte, daß nur Fabriken sowie Garten- und Landhäuser außerhalb der Stadtgrenzen errichtet werden durften. Damit sollte auch die Oktroierhebung auf Mehl, Wein und Holz an den Stadttoren gewährleistet bleiben.[110] Das Argument gegen den Stadterweiterungsplan in Richtung Augärten lautete dementsprechend, daß man in den nicht durch Tore und Zaun eingefaßten Vorstädten die Akzise nicht erheben könne. Der „Oktroi" diente dem Schutz des Kleingewerbes, das sich durch auswärtige Anbieter bedrängt sah und daher die Stadt nach außen abschließen wollte. Noch im Revolutionsmonat Februar 1849 debattierte der Bürgerausschuß über das Verlangen mancher Mitglieder, das von auswärts eingeführte Bier sehr hoch zu besteuern und auf alle in die Stadt eingeführten Handwerkserzeugnisse Abgaben zu erheben.[111] Die Versuche, die Stadt quasi durch Schutzzölle nach außen abzuschließen, ließ sich natürlich nicht mit einer Stadterweiterung vereinbaren. Die Vertreter dieser Interessen verlangten 1846/47, man solle erst die Baulücken in der Innenstadt füllen oder dritte Stockwerke auf schon stehende Häuser setzen, ehe man sich flächenmäßig ausbreite. Auffallend ist, daß in einer Zeit, in der im benachbarten Durlach die Stadttore als Entwicklungsbehinderungen abgerissen wurden, in Karlsruhe ernsthaft darüber diskutiert wurde, ob man die Stadt nach außen abschließen müsse.[112]

Der Einwurf gegen diese Pläne lautete, daß die Stadtentwicklung nur durch eine Stärkung der sich mit der Eisenbahn niederlassenden Industrie möglich sei. Hinter diesen Auseinandersetzungen verbargen sich die Veränderungen in der örtlichen Gewerbe- und Wirtschaftsstruktur: Die Vertreter des traditionalen zünftigen Gewerbes, die eher für einen geschlossenen und geschützten innerstädtischen Markt produzierten, wollten einen Abschluß der Stadt und damit der kommunalen Wirtschaft gegen die industrielle Produktion. Sie brauchten nicht die Eisenbahn zur Absetzung ihrer Produkte, sondern die ortsansässigen zahlungskräftigen Familien der in der Regierung und bei den Landesinstitutionen Beschäftigen. Daher hofften sie auf die Maßnahmen der Landesregierung und des großherzoglichen Hauses, die sich günstig auf die Stadtentwicklung auswirkten wie z. B. die Errichtung von großen Ausbildungsinstitutionen wie das Polytechnikum.

Die Vertreter der Interessen des Kaufmanns- und Fabrikantenstandes verlangten dagegen die Ausweisung von Arbeiterwohngegenden und von weiteren Gewerbeflächen in den Augärten. Sie verwiesen daher auf die Gefahr, daß sich weitere Gewerbe oder Arbeiterfamili-

en auf Beiertheimer Gemarkung niederließen und damit der Stadt verloren gingen. Der Bürgerausschuß einigte sich schließlich am 12. August 1847 nach einer lebhaften Debatte, die von zwei Schnellschreibern festgehalten wurde, auf einen Kompromiß, der u. a. vorsah, Gelände zwischen Kriegsstraße und Keßlerscher Fabrik als Vorstadt zu bebauen. Zwar erhielt der neue Stadtbauplan im Dezember 1848 die ministerielle Genehmigung, doch sollte es bis in die späten 1860er Jahre dauern, bis ein neuer Stadtteil in den Augärten angelegt wurde.[113]

Öffentliche Armenpflege und weibliche Wohltätigkeit

Für die Unterstützung von in Karlsruhe heimatberechtigten Armen war die großherzogliche Armenkommission zuständig, die als eine eigenständige Behörde dem großherzoglichen Polizeiamt unterstand. Die beiden Bürgermeister, die Pfarrer, verbeamtete Mediziner wie der Stadtamtschirurg und der Physikus sowie ehrenamtlich tätige Bürger waren Mitglieder und entschieden 14tägig über die einkommenden Unterstützungsgesuche, die hälftig vom Staat und von der Stadt getragen wurden. Die Stadt war in Distrikte aufgeteilt mit einem jeweiligen ehrenamtlichen Distriktpfleger.[114]
In den Jahrzehnten des Vormärzes übernahmen darüber hinaus Bürger und Bürgerinnen in wachsendem Maße ehrenamtlich und losgelöst von der Kirche Fürsorge- und Unterstützungstätigkeiten. Im Jahr 1830 wurde der Verein zur Belohnung treuer Dienstboten ins Leben gerufen, 1837 ging der Verein zur Verpflegung kranker Dienstboten im „Hospitalverein" auf, der seinen Mitgliedern im Krankheitsfalle die Arzt-, Heilmittel- und Pflegekosten erstattete. Die Karlsruher schufen neue Einrichtungen wie das Pfründnerhaus und gründeten Vereine wie den für die Rettung sittlich verwahrloster Kinder, für die Krankenpflege und für die Armenfürsorge. Da das Helfen, Pflegen und Geben dem bürgerlichen Weiblichkeitskonzept entsprach, konnten sich in diesem Bereich die Frauen des Bürgertums eigene öffentliche Handlungsspielräume außerhalb der Familie erobern.

Das Pfründnerhaus und das Waisenhaus

Schon 1820 rief der Landtagsabgeordnete und ehemalige Oberbürgermeister Christian Griesbach im Karlsruher Intelligenz- und Wochenblatt dazu auf, eine Stiftung für Unheilbare, Gebrechliche und Alte einzurichten.[115]
Bis 1829 waren durch Sammlungen und Stiftungen 1.911 Gulden zusammengekommen, der mit Großherzog Leopolds Erlaubnis die 8.570 Gulden der 1828 ins Leben gerufenen Karl-Friedrich-Stiftung hinzugefügt wurden. Auch das großherzogliche Paar und die Stadt spendeten mehrere tausend Gulden, so daß am 1. Mai 1831 mit dem Bau eines Pfründnerhauses, finanziert durch die nun Karl-Friedrich-, Leopold- und Sophienstiftung genannte Einrichtung, in der Stephanienstraße begonnen werden konnte. Am 15. Mai 1833 wurde das Heim eröffnet. Es hatte den zweifachen Zweck, einmal Pfründnern, die sich mit ihrem Vermögen eingekauft hatten, zu verpflegen und zum anderen solchen Versorgung zu geben, die durch Alter oder Gebrechen arbeitsunfähig geworden waren. Letztere waren auf die Wohltätigkeit und die öffentliche Armenfürsorge angewiesen. Aufnahmerecht genossen alle Karlsruher mit Heimatrecht. Die Zahl der Hausbewohner stieg stetig, wobei die Frauen sowohl unter den Pfründnern als auch unter den Armen die Mehrheit stellten.[116] In den Jahren 1874/75 und 1893/94 wurde der Bau so erweitert, daß es neben den Wirtschaftsräumlichkeiten noch zwei Speisesäle, einen Betsaal und 116 heizbare Zimmer faßte. Zu diesem Zeitpunkt lebten nur noch ausnahmsweise Pfründner in dem Haus, das nun vorrangig verarmten Alten Aufnahme bot. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war es einem Verwaltungsrat von 12 ehrenamtlichen Mitgliedern unterstellt, die vom Bürgerausschuß gewählt wurden.[117]
Seit 1832 fanden Sammlungen für den Bau eines Hauses für vermögenslose Waisenkinder statt, die bis dahin in Privathäusern unterge-

Kinder des Karlsruher Waisenhauses im Juni 1888.

bracht wurden. Die Stadtverwaltung bildete aus dem Ertrag dieser Sammlungen, aus den Spenden des Großherzogs und anderer Schenkungen zusammen mit besonderen Abgaben bei Bürgerannahmen einen Waisenfonds, mit dem schließlich 1848/49 nahe am Karlstor an der Südseite der Kriegsstraße ein Waisenhaus errichtet werden konnte. Zur Jahrhundertwende wurde es durch einen Neubau in der Stösserstraße ersetzt.[118]

Öffentliche Versorgung und Erziehung der Kinder

Die allgemeinen wirtschaftlichen Probleme, die viele Familien verarmen ließen, und das wachsende Bewußtsein über die Notwendigkeit einer auch außer- oder vorschulischen Erziehung der Kinder außerhalb der Familie, ließen in der Zeit des Vormärz die Idee aufkommen, besondere Einrichtungen für sogenannte „verwahrloste" Kinder und für die Erziehung und Aufbewahrung kleiner Kinder zu schaffen.

Im Jahr 1833 gründeten zwölf Männer evangelischer und katholischer Konfession in Karlsruhe den Verein zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder und verschickten im August des gleichen Jahres in Baden ein Rundschreiben mit der Bitte um Geldbeiträge zur Errichtung von Rettungsanstalten für verwahrloste Kinder.

Zweck solcher Anstalten sollte es sein, „die überhandnehmende Anzahl solcher Kinder, welche in einem verwahrlosten Zustande ihrem leiblichen, geistigen und sittlichen Verderben entgegengehen, und später dem Staate als Müßiggänger und Bettler oder gar als Verbrecher zur Last fallen, aus diesen traurigen Verhältnissen herauszuheben und sie der Staatsgesellschaft als nützliche Mitglieder zu erziehen."[119]

Am 13. Juli 1836 erhielt der Verein zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder die staatli-

che Genehmigung, Kinder in Pflegefamilien oder in Anstalten einzuweisen. Eineinhalb Jahre später wurde am 2. Dezember 1837, finanziert aus den landesweit gesammelten Mitteln, in Durlach die Rettungsanstalt mit zehn Jungen evangelischer oder katholischer Konfession eröffnet. Es handelte sich um die zweitälteste Einrichtung dieser Art in Baden.[120]

In Karlsruhe richtete der Verein die erste Kleinkinderbewahranstalt ein für Kinder vom zweiten bis sechsten Lebensjahr, „welche durch die notgedrungen außerhäusliche Beschäftigung ihrer Eltern, oder auch durch Nachlässigkeit mancher, den Tag über aufsichtslos, sich selbst überlassen, und namentlich auf den Straßen sowohl körperlicher als auch geistiger Verwahrlosung ausgesetzt sind."[121] Am 14. August 1837 wurde in der Spitalstraße 48 die erste Karlsruher Kleinkinderbewahranstalt eröffnet, an deren Zustandekommen Frauen des Bürgertums wie Henriette Frommel maßgeblich beteiligt waren. Später übernehmen Frauen des Vereins ein sogenanntes „Patronat", indem sie – 1846 waren es 30 Frauen – die Häuser und Familien, in denen die Kinder lebten, aufsuchten: „Das Elend, die vielseitige Drangsal, worunter die Armen seufzen, werden dadurch immer mehr bekannt, die sittlichen Schäden werden genauer in Augenschein genommen – und die christliche Liebe lernt dadurch ein Arbeitsfeld kennen, das häufig ganz übersehen wird."

Der Beginn der Kindergartenidee war jedoch nicht nur in Hinblick auf die Kinder, sondern auch auf die Betreuenden Resultat eines Armutproblems. Seit Mitte der 1840er Jahre versuchten zahlreiche Frauen, private Kleinkinderbewahranstalten aufzumachen, um so ihren Lebensunterhalt zu verdienen.[122]

Erst mit der Einrichtung des Fröbelschen Kindergartens 1871 setzte sich eine rein pädagogisch begründete Kindergartenidee durch. Dieser Kindergarten in der Hirschstraße wurde vom Fröbelverein eingerichtet, der bis 1911 vier weitere Kindergärten eröffnete und zu diesem Zeitpunkt fast 200 Kinder betreute.[123]

Der Sophien-Frauenverein

Wie schon ihre Vorgängerin Stephanie gründete Großherzogin Sophie 1831 einen Wohltätigkeitsverein, der nun explizit „Frauenverein" genannt wurde und dessen Mitgliederzahl rasch stieg. So gehörten ihm 1835 schon 121 Personen an, 1841 waren es 256 Mitglieder.[124] Der Zweck dieses von der Landesherrin protektionierten Vereins, „einer organisierten Gesellschaft hiesiger Frauen", [war] es, „durch Beisteuer von Geld, Rohstoffen und Frauenarbeiten arme, kranke und sonst arbeitsunfähige Individuen zu unterstützen, besonders aber arbeitsfähigen durch Übertragung von Arbeiten für den Verein die Möglichkeiten redlichen Verdienstes zu eröffnen und Waisen oder Kindern lebender armer Eltern die Erlernung eines Handwerkes oder die Ergreifung eines andern ehrlichen Erwerbszweiges zu erleichtern."[125] Die für diese Arbeit notwendigen Mittel brachten die Frauen durch Mitgliederbeiträge, durch Sammlungen, Wohltätigkeitsveranstaltungen und das Aufstellen von „Armenbüchsen" in den Gastwirtschaften auf.[126] Zudem unterhielt der Verein einen Laden in der Lange Straße (Kaiserstraße), in dem die von den Hilfsbedürftigen gefertigten Waren verkauft wurden. Da sich die Frauen vorrangig an weibliche Personen wandten, handelte es sich um textile Produkte. Die Frauen stellten das noch unverarbeitete Material zur Verfügung und verkauften es anschließend im Vereinsladen, in dem aber auch Hilfsbedürftige „auf eigene Rechnung angefertigte weibliche Handarbeiten" anbieten durften.[127] Damit gaben sie auch den familiär nicht versorgten Frauen des Bürgertums, „deren Einkommen zwar zur Bestreitung des allerdringlichsten Lebensunterhalts vielleicht ausreichen würde, die aber ihres besseren Bildungsgrads wegen, um ihren früheren Lebensverhältnissen entsprechend einigermaßen standesgemäß leben zu können, zur Handarbeit ihre Zuflucht nehmen", eine Verdienstmöglichkeit.[128]

Im Vorstand dieses Vereins, dem „hiesige Frauen und ledige Frauenzimmer, wenn letztere das 21. Lebensjahr überschritten" hatten,

beitreten konnten, saßen Angehörige der hohen Beamtenschaft, des Adels und der stadtbürgerlichen Oberschicht. Der Frauenverein bezweckte und erreichte schrittweise die „Anbahnung eines möglichst einheitlichen Zusammenwirkens auf dem Gebiet der Armenpflege mit der städtischen Armenpflege."[129] Damit betraten die Frauen ein traditionell männliches Feld, auf dem sich herkömmlich ein Bürgersmann bewähren konnte. Ein Bürger, der etwas werden wollte, wurde – wie z. B. der Karlsruher zweite Bürgermeister Helmle – ehrenamtlicher Armenpfleger. Das sicherte ihm einen Platz im Rathaus und später vielleicht im Himmel. Im Laufe des 19. Jahrhunderts nun eroberten sich ihre Ehefrauen diese öffentliche Tätigkeit, die ihnen sehr bald auch die Anerkennung der Landes- und Kommunalverwaltung einbrachte, die gerne auf die weibliche Unterstützung zurückgriff. Die Tätigkeit der Frauen gewann Bedeutung und Anerkennung innerhalb der Bemühungen, die allgemeine Not der damaligen Zeit einzudämmen und damit zugleich soziale Unruhen zu verhindern.
So übergab die städtische Armenkommission die gerade gegründete Suppenanstalt 1832 dem Frauenverein zur Verwaltung. Diese in Klein-Karlsruhe neben dem Spital gelegene Einrichtung gab während der Hungerkrise ab 1845 täglich so viele Suppen aus, daß im Winter 1846/47 eine zweite Magd eingestellt werden mußte.[130] In der öffentlichen Wahrnehmung wurde die Suppenanstalt so wirksam, daß die großherzogliche Armenkommission in Rechtfertigungszwang über ihre Tätigkeiten geriet.[131] Die andere vom Frauenverein organisierte Einrichtung war die schon genannten Näh- und Industrieschule, die Sophienschule in Klein-Karlsruhe (siehe oben).
Der Frauenverein, der sich nach dem Tode seiner Protektorin „Sophien-Frauenverein" nannte, trat später dem „Badischen Frauenverein" bei.

Weibliche Mildtätigkeit

Während der Frauenverein straff organisiert und als integraler Bestandteil der städtischen Armenpolitik funktionierte, arbeiteten andere, konfessionell gebundene Frauenzusammenschlüsse eher in der herkömmlichen Weise weiblicher Mildtätigkeit. So entstanden in den Vormärzjahren konfessionell ausgerichtete Frauenzusammenschlüsse, die das Ziel verfolgten, Armen, Kranken und Alten beizustehen. 1843 gründeten einige Frauen den evangelischen Frauen-Krankenverein, dessen Mitglieder „arme und verlassene Kranke" besuchten, pflegten und unterstützten und „sie mit Worten des Trostes geistig" aufrichteten.[132] In der Zeit der Hungerkrise (siehe unten) wurde im November 1846 ein evangelischer Kreuzerverein ins Leben gerufen, der es sich zur Aufgabe machte, „ohne Rücksicht auf Confession, hier wohnenden Kranken und Notleidenden hülfreich beizustehen, sei es durch Pflege oder Unterstützung anderer Art, wie auch mit Beiträgen zum Schulgeld für Kinder solcher unbemittelter Eltern, für welche eine Befreiung nicht tunlich ist. Der Verein ... schöpft die Mittel zur Durchführung seiner Aufgabe aus den kleinen Gaben, welche von den Mitgliedern persönlich im Kreise von Freunden und Bekannten gesammelt werden."[133] Dabei ging man davon aus, daß ein jeder einen Kreuzer entbehren könnte. Der Kreuzerverein verwandte die eingesammelten Mittel im Hungerwinter 1846/47 zur Unterstützung der Suppenanstalt und des Frauenvereins. Zunächst waren angesehene Bürger in dem Verein leitend aktiv, einige Jahre später waren in ihm unter der Leitung eines evangelischen Pfarrers „Frauen und Jungfrauen" tätig.

Vorrevolutionäre Zeiten I – Demokratische Öffentlichkeit

Auch im Großherzogtum Baden sah sich die Regierung angesichts der Ereignisse zu Beginn der 1830er Jahre in den Nachbarstaaten veranlaßt, politische Vereine und öffentliche Reden auf Versammlungen zu verbieten. Dennoch entstand gerade im städtereichen Südwesten auf der breiten sozialen Basis des Gemeindebürgertums ein reges und vielfälti-

ges Vereinsleben (Griechenvereine, Polenkommitees, Wahlvereine, Preß- und Vaterlandsvereine, Deutschkatholiken, Sänger- und Turnervereine), das für die liberale und nationale Bewegung einen organisatorischen parteiähnlichen Rückhalt bot.[134] In Karlsruhe wurden in den Vormärzjahrzehnten vor allem kulturelle und gesellige Vereine ins Leben gerufen, deren Mitglieder sich nicht mehr nur aus der Oberschicht rekrutierten, sondern zunehmend aus dem mittleren gewerblichen Bürgertum stammten. Mit den Turnvereinen der 1840er Jahre begannen sich schließlich auch unterbürgerliche Schichten zu organisieren.

Der Polenverein

Eine dezidiert politische Haltung, wenn auch als Mildtätigkeit verbrämt, vertrat der Polenverein. Der polnische Freiheitskampf gegen das Zarenreich Rußland stieß überall im liberalen Eurpoa auf Zustimmung und Unterstützung. Auch in Karlsruhe erschien ein Aufruf, in dem neben anderen der liberale Abgeordnete der zweiten Kammer des Ständehauses Karl Theodor Welcker und der Karlsruher Oberbürgermeister und Abgeordnete August Klose, unterstützt durch einen Abgeordneten der Ersten Kammer und durch den Oberpostdirektor, zu Sammlungen aufriefen. Am 9. Juli 1831 wurde dann auf einer Versammlung im Museumssaal über die Verwendung der gesammelten Mittel beratschlagt und ein „Hilfsverein für Verwundete und Kranke in den polnischen Spitälern" gegründet.[135] Als im Dezember 1831 die Sammlung abgeschlossen wurde, waren immerhin 4.300 Gulden nach Warschau versandt worden. Die restlichen 1.536 Gulden konnten wegen der polnischen Niederlage nicht mehr verschickt werden und sollten nun „jenen Bewohnern der Weichsel" zukommen, „die verlassen und heimatlos durch Deutschland ziehen", d. h. den Polen, die hatten fliehen müssen. Die Sympathie mit dem polnischen Freiheitskampf gegen Rußland war ein Ausdruck der Ablehnung des metternichschen Systems, das die polnische Teilung und die russische Vorherrschaft anerkannt hatte. Die nun folgenden Sammlungen in Karlsruhe, die von einem Komitee geleitet wurden, dem auch der ehemalige Oberbürgermeister Griesbach und der Kaufmann und Stadtrat Karl Posselt angehörten, wurden durch den Frauenverein unterstützt und durch die Bildung eines Einquartierungsvereins begleitet, der sich um Unterkunftsmöglichkeiten für die durchreisenden Polen kümmerte. Anfang August 1832 löste sich der Verein auf, nachdem der badische Staat die Verpflegung und Beförderung der Polen übernommen hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Karlsruher 511 Offiziere, 144 Unteroffiziere, Soldaten und Bediente auf vielfältige Art unterstützt, beherbergt und befördert. Einige Monate später wehrte sich der badische Staat gegen das Eindringen bewaffneter polnischer Flüchtlinge aus der Schweiz, indem er die Grenzen militärisch absicherte.

Geselligkeit, Musik und Lektüre – bürgerliche Kulturvereine

Der Polenverein war vor allem ein von der städtischen, dem Kaufmannstand und der höheren Beamtenschaft angehörigen Elite organisierter Zusammenschluß. Doch nun begann auch das mittlere gewerbliche Bürgertum, sich zusammenzufinden, um eine eigene Kommunikation und Kultur aufzubauen.
Was schon in der vorangegangenen Epoche die städtische Oberschicht angefangen hatte, wurde nun verstärkt durch das mittlere Gewerbebürgertum fortgesetzt. Die Bürgerschaft schuf sich ein vom Hof losgelöstes kulturelles Leben. So gründeten einige Bürger 1835 den Cäcilienverein, um „auch hier ein den edleren Zwecken der Musik gewidmetes Institut in's Leben zu rufen." Aufgabe des Vereins war es, „den Bewohnern Karlsruhes zum gemeinsamen Mittelpunkte musikalischen Strebens zu dienen, die Interessen der Religiosität und Sittlichkeit durch die Tonkunst zu fördern, der Jugend eine Pflanzstätte musikalischer Erziehung zu sein." Der Verein veranstaltete dementsprechend mit Unterstützung der großher-

Aufnahmeurkunde des Glasermeisters Ludwig Seiderer von 1882 für den Karlsruher Liederkranz, der aus dem Bürgerverein hervorgegangen war.

zoglichen Hofbühne Konzerte mit Chor und Orchester – so führte er 1847 das erste Händelsche Oratorium mit Orchester auf – und gründete 1837 eine „Musikbildungsanstalt", in der „Dilettanten" Gesang sowie das Spielen von Streich- und Blasinstrumenten und Klavier lernen konnten.[136]

Am 29. September 1835 wurde von Handwerkern und Gewerbetreibenden der Bürgerverein ins Leben gerufen, der vor allem der Geselligkeit diente, obwohl er in den Gemeinderatsauseinandersetzungen der Jahre 1846 bis 1848 eine gewisse Rolle spielte.[137] (siehe unten) Er richtete für die neugewählten Bürgermeister Festbankette aus, organisierte Konzerte sowie Bälle und beteiligte sich am beginnenden Karlsruher Fastnachtsgeschehen. Er ging später im 1841 gegründeten Liederkranz auf.

Bedeutender war die ebenfalls 1835 ins Leben gerufene und am 6. Dezember mit einem Festgesang eröffnete „Eintracht", deren Ziel vor allem die Zusammenfassung der Interessen des mittleren Bürgertums war.[138] In einer Schrift aus der Zeit der Gründung hieß es: „Die Gesellschaft Eintracht ... vereinigt die mittleren und niederen Beamten, die Kaufleute, Handlungsdiener, Polytechniker usw: zu seinen Mitgliedern."[139] Weibliche Familienangehörige und jugendliche Söhne konnten

als temporäre Mitglieder mit eingeschränkten Rechten aufgenommen werden. Um eine Bündelung der kulturellen Interessen des mittleren Bürgertums in Karlsruhe zu erreichen, gab es vier Abteilungen: die erste diente der Lektüre und Unterhaltung, die zweite der musikalischen Vervollkommnung, die dritte der gewerblichen Fortbildung und dem Austausch „industrieller Gegenstände" und die vierte der „Anschaffung und Benützung wissenschaftlicher Werke und Gegenstände."[140] Die Abteilungsbildung wurde durch die Aufnahme schon bestehender Vereine unterstützt, so sollten der Neugründung die Lesegesellschaft, der schon genannte Gewerbeverein sowie der Cäcilienverein und der Musikverein Harmonie angeschlossen werden.[141]

Die Zusammenfassung der Interessen in der „Eintracht" gelang zunächst auch, so daß die Mitgliederzahl von 155 im Gründungsjahr auf 800 im Jahr 1839 anstieg. Die zunächst in vier Abteilungen organisierten Mitglieder waren vor allem kleine Beamte, Handwerker und Kaufleute.[142] Auch die Eintracht beteiligte sich am beginnenden Karnevalsgeschehen mit Maskenbällen, Fastnachtspielen und Umzügen. So war die Gesellschaft verantwortlich für den ersten 1841 öffentlich durchgeführten Fastnachtsumzug, der eher spontan zustandekam, da es sich um einen am Vortag noch intern gezeigten Festzug handelte. Damit jedoch war der Anfang für ein öffentliches Karlsruher Karnevalsgeschehen gemacht(s. u.).[143]

Schon im Jahr 1837 erwarb die „Eintracht" das ehemalige Café Frey in der Karl-Friedrich-Straße und entwickelte sich bis in die 1870er Jahre zum bedeutendsten Geselligkeits- und Kulturverein nach dem „Museum", obwohl sich interessenorganisierte Abspaltungen ergaben. Zur Jahrhundertmitte trennte sich der Gewerbeverein wieder von der „Eintracht"; vor allem gingen Neugründungen wie der 1842 entstandene Gesangsverein „Liederhalle" und der 1843 ins Leben gerufene „Narrenverein von Pfannenstielhausen" aus ihr hervor.

Die „Eintracht" veranstaltete in ihrem großzügigen Vereinsheim, das allabendlich den männlichen Mitgliedern erholsame Stunden bei Wein und Unterhaltung bot, Bälle, Kostümkränzchen und Maskenbälle. Jubiläumsfeiern der großherzoglichen Familie wie z. B. das Regierungsjubiläum 1881 boten Anlässe für breite Kulturangebote. Doch verlor der Verein gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund seiner wachsenden Nähe zum Hofe an Attraktivität für den bürgerlichen Mittelstand und entwickelte sich zu einem Zusammenschluß der städtischen Honoratioren. Das schlug sich in seiner stagnierenden Mitgliederzahl bei sprunghaft wachsender Einwohnerzahl nieder. Wie das „Museum" löste sich auch die „Eintracht" wegen wachsenden Mitgliederschwundes in der Zeit des Nationalsozialismus auf.[144]

Gesangvereine

Zu Beginn der 1840er Jahre erfaßte auch die Karlsruher die Gesangswelle, die in der Zeit der Freiheitskriege ihre Wurzeln hatte. Am 1. Januar 1840 gründeten einige Bürger den Männergesangverein „Liedertafel", im darauffolgenden Jahr entstand der Männergesangverein „Liederkranz" und 1842 der Männergesangverein „Liederhalle."[145] Letzterer ging auf eine Initiative des Vorsitzenden der „Eintracht", dem Amortisationskassendirektor Karl Friedrich Scholl zurück. Allgemein bezeichnend für das damals entstehende Sängerwesen war der Sängerspruch, den die Liederhalle 1845 annahm: „Unserer Lieder Klänge läuten deutscher Eintracht Frühling" ein. In der Pflege deutschen Liedgutes sah man einen Beitrag zur Gewinnung der deutschen Einheit. Die Gesangvereine waren damit Begleiterscheinungen und zugleich Wegbereiter der Einheitsbestrebungen. Der nun von den Kirchen losgelöste Gesang stiftete eine Identität Gleichdenkender, die sich auch in den von „Frauen und Jungfrauen" gestickten Vereinsfahnen artikulierte und sich in großen überregionalen Festen feierte.[146] So fand in Karlsruhe am 8. September 1844 im Hoftheater das erste „Badische Gesang-Fest" statt, an dem Vereine aus den Städten der näheren Umgebung wie Mühlburg, Durlach und Ettlingen,

Das Gebäude der „Eintracht" neben dem Gasthaus zum Prinzen Friedrich von Baden am Ettlinger Tor (südlicher Hauseingang) in der Karl-Friedrich-Straße um 1850.

aber auch aus Mannheim, Heidelberg, Achern, Bruchsal, Bühl, Gernsbach, Rastatt und Weinheim teilnahmen. Nach diesem erfolgreichen Sängerfest erfolgte am 27. Oktober 1844 die Gründung der „Vereinigung badischer Gesangvereine", ein Vorläufer des Badischen Sängerbundes. Auch die folgenden Gesangfeste am 11. und 12. Mai 1845 in Mannheim und 1847 in Lahr waren große Erfolge, das vierte 1848 in Baden-Baden geplante fiel dann wegen der revolutionären Ereignisse aus.

Auf lokaler Ebene schlossen sich die Vereine ebenfalls zusammen, indem sie 1847 den Karlsruher Sängerbund gründeten. Seitdem wirkten die drei Vereine häufig zusammen, vor allem bei „Huldigungen, welche dem geliebten Fürstenhause dargebracht wurden, wobei sich allerzeit der regste Eifer kund gab."[147] Nach Niederschlagung der Revolution unterlagen die Gesangvereine starker Überwachung, wenn sie nicht gar aufgelöst wurden. Sie hatten vielfach den Zielen der Revolution zu nahe gestanden. Die Karlsruher Vereine waren davon nicht betroffen, doch auch sie reagierten auf die Zeitumstände, indem sie in den Jahren nach 1849 zahlreiche Wohltätigkeitskonzerte veranstalteten. Damit reihten sie sich in die zeitgenössischen Bemühungen ein, die soziale Not zu lindern, die ein Grund für die Erhebungen gewesen war.

Erst 1858 fand das nächste Gesangfest in Baden-Baden statt, so daß mit dem Wiederaufbau eines überregionalen Sängerwesens wieder begonnen werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt war in Karlsruhe ein vierter Verein hinzugekommen, der 1856 gegründete Verein der Maschinenbauer, der als Zusammenschluß einer Berufsgruppe diese neue, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vermehrt auftretende Art des Vereinswesens repräsentierte.

Am 22. Juni 1862 fand ein großes Sängerfest in Karlsruhe statt, zu dem rund 1.200 Sänger aus 32 auswärtigen Vereinen in die Stadt kamen. Wenige Monate später, am 15. September 1862 trafen sich die Vertreter von 42 auswärtigen badischen Gesangvereinen in den Räumen der Karlsruher „Eintracht", um den badischen Sängerbund ins Leben zu rufen, der sich dem Deutschen Sängerbund anschließen

sollte. Das Wiedererwachen des überregional organisierten Sängerwesens war ein deutliches Zeichen für den neuen Aufbruch nach den restaurativen Zeiten, die der Revolution folgten. Dabei wurde die Tradition der Vormärzzeit, für die deutschen Einheitsbestrebungen sich einzusetzen, beibehalten, was sich auch in der Fahne des Badischen Sängerbundes ausdrückte, die 1864 beim ersten Deutschen Sängerbundfest in Dresden getragen wurde. Sie war in den Farben schwarz-rot-gold gestaltet und mit einem ebensolchen Band geschmückt.

Der Turnverein

Die Geselligkeits- und Gesangvereine waren Zusammenschlüsse meist gesetzter Männer des mittleren Bürgertums. Zeitgleich erwachte das Turnwesen zu neuem Leben, das ebenfalls in der Zeit der Befreiungskriege wurzelte. Da sich mit der Idee des Turnens zugleich die der Erhebung aus „Not und Erniedrigung" der Napoleonischen Zeit verband, war es nach Inkraftsetzung des Metternischen Systems verboten worden. Mit dem Wiederaufleben liberalerer Zeiten seit 1830 entdeckte man den Wert des Turnens neu. Ab 1830 bestand in Karlsruhe für einige Zeit eine „Privatanstalt", 1838 ließ auch das Lyceum Reck und Barren bauen.

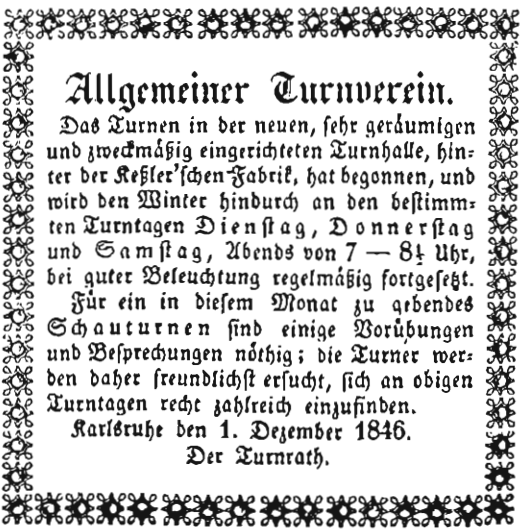
Als wertvoller noch „als die mit den Schulen verbundenen Anstalten" betrachtete man aber „die allgemeinen Turnvereine der erwachsenen Jugend und der Männer ... , weil sie aus dem eigenen Willen der Menschen kommen und auf dem Boden der freien Überzeugung gewachsen sind."[148] Am 2. Februar 1846 wurde in Karlsruhe der Allgemeine Turnverein gegründet, dessen Statuten auch ein schichtenübergreifendes, das ganze Volk umfassendes Programm formulierten: „Der Zweck des Vereins ist die Beförderung des Turnens unter allen Ständen."

Mitglied konnte „jeder Gesittete von unbescholtenem Rufe" werden, der ein Eintrittsgeld von einem Gulden und einen vierteljährlichen Beitrag von 36 Kreuzern zahlte.

Die Turnübungen fanden „nach einer auf dem Turnplatze aufgestellten Turnordnung (gegenwärtig an den Tagen Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7 bis 8 Uhr Abends in der vor dem Rüppurrerthor errichteten Bretterhütte) statt." Die Teilnahme an den Turnübungen war Pflicht, wer „ohne gegründete Ursache (worüber die Riege zu entscheiden hat) nicht wöchentlich einmal auf dem Turnplatz" erschien, mußte zwei Kreuzer Strafe zahlen.

Die Verfassung des Vereins war demokratisch, da eine halbjährliche Generalversammlung den Turnrat wählte, der die Geschäfte führte.

Das gemeinschaftliche Turnen, unabhängig von Militär und Gendarmerie, zog auch die Männer der neuen unterbürgerlichen Schichten und die Anhänger der demokratischen Ideen an. In Karlsruhe waren nach wenigen



Allgemeiner Turnverein.

Das Turnen in der neuen, ſehr geräumigen und zweckmäßig eingerichteten Turnhalle, hinter der Keßler'ſchen Fabrik, hat begonnen, und wird den Winter hindurch an den beſtimmten Turntagen Dienſtag, Donnerſtag und Samſtag, Abends von 7 — 8½ Uhr, bei guter Beleuchtung regelmäßig fortgeſetzt.

Für ein in dieſem Monat zu gebendes Schauturnen ſind einige Vorübungen und Beſprechungen nöthig; die Turner werden daher freundlichſt erſucht, ſich an obigen Turntagen recht zahlreich einzufinden.

Karlsruhe den 1. Dezember 1846.

Der Turnrath.

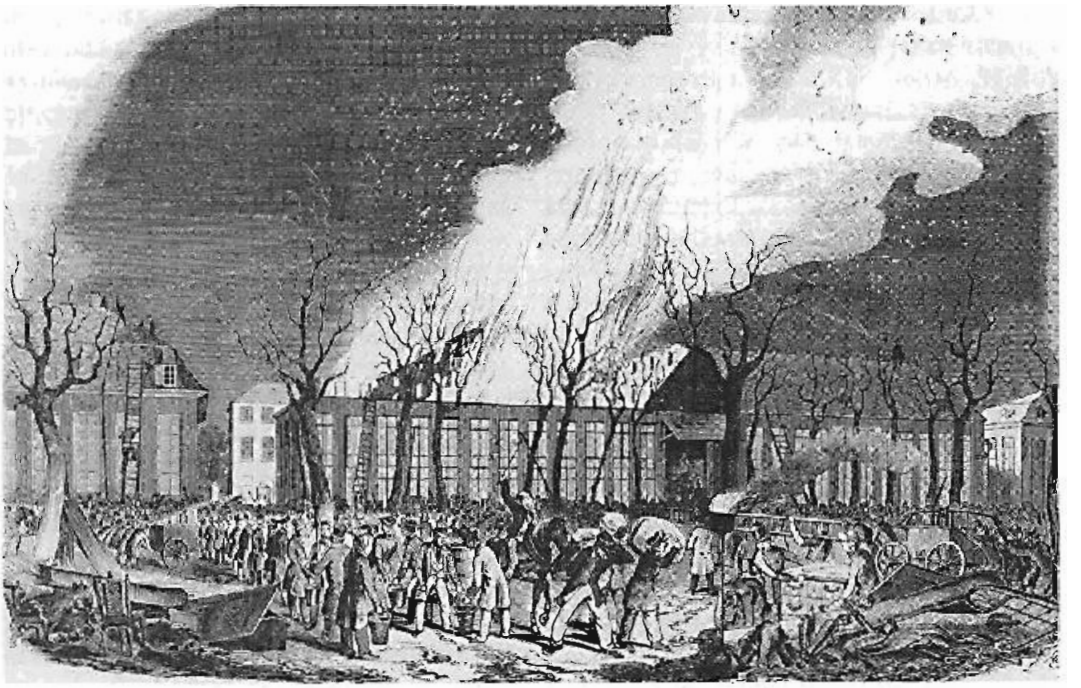
Anzeige des Allgemeinen Turnvereins im Karlsruher Tagblatt vom 1. Dezember 1846.

Monaten des Bestehens schon mehr als 100 Männer beigetreten, „beinahe lauter verheiratete Männer, meist Post- und Eisenbahnverwandte", d. h. nicht so sehr – wie die Gesang- und Geselligkeitsvereine – die Vertreter der Karlsruher Bürgerschaft, als vielmehr die Vertreter der damals neuen Berufsgruppe der Eisenbahnangestellten und -arbeiter. Sie hatten abends nach der Arbeitszeit auch keinen wei-

ten Weg zu der Turnhütte, die gleich beim Bahnhof lag.
Der Verein entfaltete sehr bald eine große Aktivität, die in der lokalen Presse angekündigt wurde. Im Juli 1847 erhielt der allgemeine Turnverein eine „von den zarten Händen unserer schönen Karlsruherinnen" gefertigte Fahne.[149] Man fuhr auf Turnfahrt in umliegende Ortschaften – so z. B. Anfang Juni 1846 nach Wolfartsweier – und veranstaltete Schauturnen, das von Gesangsübungen begleitet wurde. Zu diesen Anlässen waren auch Damen eingeladen, für die Sitzplätze bereitstanden.[150] Bald schon konnten die Kinder von Mitgliedern unentgeltlichen Turnunterricht erhalten.[151] Im Dezember des Gründungsjahres verfügte der Verein über eine „neue, sehr geräumige und zweckmäßig eingerichtete Turnhalle hinter der Keßler'schen Fabrik", in der auch im Winter „bei guter Beleuchtung" geturnt werden konnte.[152]
In dieser Zeit gab es weitere Bemühungen, selbstorganisiert zu turnen. So ließen im Herbst 1846 „mehrere hiesige Bürger im Garten des Promenadenhauses Turngeräte aufstellen", die gegen einen Betrag von 12 Kreuzern monatlich von jedermann genutzt werden konnten. Wer sich anleiten lassen wollte, konnte die in der Chr. Fr. Müllerschen Hofbuchhandlung erschienenen Turntafeln von W. A. Obermüller erwerben, die im ersten Heft die „Bügelübungen" und im zweiten die „Sprungstreckübungen" vorstellten.[153] Im Frühsommer 1847 gab es darüber hinaus eine „Turnergesellschaft vom Pfauen" mit dem Vorstand Kaufmann Obermüller.[154]
Der Karlsruher Allgemeine Turnverein verstand sich jedoch zugleich als ein politischer Zusammenschluß für die „Freiheit", das „große deutsche Vaterland" und die „Eintracht", bereit „zum großen, heil'gen Völkerstreit." So hieß es in dem Turner-Gruß, der auf dem vom Verein im Lokal der „Eintracht" veranstalteten Turnerball am 25. November 1847 gehalten wurde.[155] Während der Revolution stand der allgemeine Turnverein in Karlsruhe wie Vereine dieser Art in anderen Städten auf Seiten der Radikaldemokraten, er wurde daher nach der preußischen Besatzung verboten (siehe unten).
Mit dem Aufblühen des Vereinswesen stieg das Bedürfnis nach einer Turn- und Festhalle, deren Einrichtung der Turnverein bei dem Gemeinderat beantragte. Diese sollte auch für die Liederfeste und Tagungen gewerblicher und wissenschaftlicher Vereine genutzt werden. Gedacht war an eine Art „weltlichen Tempels für die Erscheinungen der Kunst, der Kraft, des Fleißes, der deutschen Verbrüderung, kurz für alle die Anstalten und Feste, die unser Jahrhundert auf die Bühne führt", sein.[156] Es dauerte noch bis 1877, bis die Stadt als Organisatorin und Förderin der städtischen Kultur in dieser Weise auftrat und die Festhalle auf der ehemaligen Schießwiese auf dem Festplatz eröffnet werden konnte.

Der Theaterbrand am 28. Februar 1847 und die Freiwillige Feuerwehr

Eine weitere zeittypische Erscheinung bürgerlicher Selbstorganisation war die Bildung Freiwilliger Feuerwehren, die durch technische Neuerungen begünstigt wurde. So brachte der Heidelberger Spritzenfabrikant Karl Metz 1843 eine Feuerlöschspritze auf den Markt, die von geübten, aufeinander abgestimmt agierenden Männern bedient werden mußte. Metz verband seine Werbung für die Neuerfindung mit den zeitgenössischen Ideen des Vereinswesens: Die Anschaffung der Geräte allein reiche nicht, „aber die Nächstenliebe und der feste Wille, im Falle der Not helfen zu wollen, müssen lebendig sein. Keine Obrigkeit kann hierzu zwingen; es müssen sich freiwillige Vereine bilden, die aus tatkräftigen Männern bestehen, denen das Wohl ihrer Nebenmenschen so sehr am Herzen liegt, als das eigene."[157] Ende Juli 1846 gründete im benachbarten Durlach der Gewerbelehrer Christian Hengst ein Pompier-Korps, dem sich zahlreiche Mitglieder des ebenfalls gerade ins Leben gerufenen Durlacher Turnvereins anschlossen. Sie übten die Bedienung der höchst modernen Stadtspritze der Firma Metz und unterwarfen sich einem strengen Reglement.



Darstellung des Karlsruher Theaterbrandes am 28. Februar 1847 in der Illustrierten Zeitung.

Wenige Monate nach ihrer Gründung erlebten die Karlsruher das Segensreiche dieser modernen Erscheinung, die in ihren Mauern noch nicht zu finden war: Am 28. Februar 1847 ereignete sich einer der größten und verheerendsten Brände der Karlsruher Stadtgeschichte. Durch eine unvorsichtig gezündete Gaslampe geriet im Hoftheater während einer Vorstellung eine Draperie in Brand und setzte in Windeseile das Haus in Flammen. 65 Menschen fanden den Tod. Das Ereignis erschütterte die Stadt, deren Einwohner ohnehin schon seit einigen Wochen, nachdem Ende Januar 1847 ein Magazin und die Hintergebäude in der Karl- und Amalienstraße abgebrannt waren, in der Furcht vor Feuerbränden lebten. Die Beisetzung der Unglücksopfer am 4. März fand unter der Teilnahme fast der gesamten Einwohnerschaft statt. Noch im gleichen Jahr erschienen drei Schriften, die das Geschehen beschrieben.[158]

Zum Feuerlöschen waren in Karlsruhe zu dieser Zeit alle waffenfähigen Männer verpflichtet, die verteilt auf acht Spritzenabteilungen mit jeweils einem Vorsteher, zwei Ersatz- und 20 Obmännern gemeinsam mit 46 Mann zum Pumpen, 24 zum Buttentragen und vier für die Handspritzen eingesetzt waren. Doch fehlte ihnen die Übung und eine qualifizierte Anleitung, über die das Durlacher Pompierkorps verfügte. Dessen Eingreifen verhinderte, daß das Feuer auf die benachbarte Orangerie übergriff und bewies zugleich die Notwendigkeit, auch in Karlsruhe eine solche Einrichtung zu schaffen.

Noch vor der Beerdigung der Brandopfer luden mehrere Karlsruher Bürger zu einer Versammlung ein, um ein freiwilliges Pompiers-Korps zu gründen.[159] Der Karlsruher Turnverein schloß sich dieser Initiative sogleich an, zumal er schon seit einiger Zeit an zwei Feuerspritzen übte. Wenige Tage später erschien der Entwurf einer neuen Feuerlöschordnung, die sich an dem Durlacher Vorbild orientierte. So sollte ein sachverständiger Techniker „aus der Klasse der Bauingenieure" zum Kommandanten gewählt werden, und die Pompiers – alle Bürger bis zum 55. Lebens-

jahr – sollten nach Durlacher Muster eingekleidet werden.
Am 17. März 1847 war ein Korps von 362 Männern zusammengestellt. Wenige Tage später versprach der Maschinenfabrikant Emil Keßler auf der Generalversammlung des „Vereins zur Bildung einer freiwilligen Lösch- und Rettungsmannschaft", zwei weitere Spritzen anzuschaffen und für jede je 50 seiner tüchtigsten Männer zur Verfügung zu stellen. Nun hatte das Korps 500 Mitglieder, darunter 150 Turner und 100 Maschinenarbeiter.
Anfangs betrachtete die Karlsruher Stadtverwaltung diese Vereinigung mit Mißtrauen, weil hier freiwillig und eigenständig organisiert wurde, was bisher in die Zuständigkeit der Honoratioren fiel. Die neue Intitiative wurde darüber hinaus neben den Turnvereinen und den Schützengesellschaften als ein weiterer Beitrag zu der damals geforderten Volksbewaffnung empfunden, welche die stehenden Heere ablösen sollte. So sinnierte ein Artikel des „Mannheimer Morgen", der vom „Karlsruher Stadt- und Landboten" vom 30. März 1847 übernommen wurde, z. B. darüber, daß die Turn- und Schützenvereine sowie die Feuerwehren alle eigentlich dem gleichen Zweck zu dienen hätten und stellte die Turner und Schützen nebeneinander: „In dem Schützenwesen muß die Idee der Vaterlandsverteidigung ruhen und gepflegt werden. ... Und hier findet das Turnen seinen Anknüpfungspunkt, weil es den ganzen Menschen mit Kraft und Gewandtheit, mit Selbstvertrauen und Vorsicht erfüllt, und dem guten Schützen erst die Gelegenheit gibt, seinen Schuß zu verwerten."
Am 28. März 1847 konnten dann Turner und Schützen gemeinsam erstmals für einen ruhigen Schlaf der Karlsruher Stadtbewohner sorgen. Für diesen Tag war von unbekannter Seite der Stadt eine große Brandkatastrophe prophezeit worden. Um zu verhindern, daß jemand dies nutzte, „eine finstere Tat zu vollführen", patrouillierten Bürger gemeinsam mit Schützen und Turnern in der Nacht durch sämtliche Straßen und ersparten somit vielen, „insbesondere dem weiblichen Geschlechte, zwei schlaflose und angstvolle Nächte."[160]
Die Forderung nach der von allen Bürgern getragenen Vaterlandsverteidigung stand dem stehenden Heer von eingezogenen Soldaten entgegen, was sich bei dem Theaterbrand sehr konfliktreich zeigte. Es kam während der Löschtätigkeiten zu unsanften Übergriffen gegenüber Bürgern seitens des ebenfalls anwesenden Militärs. Die davon betroffenen Bürger setzten am folgenden Tag eine Versammlung in einer als Treffpunkt der Karlsruher Radikalen bekannten Gastwirtschaft an. Als sie dort eintrafen, stießen sie auf eine Gruppe von Unteroffizieren, ein gewaltsames Zusammentreffen konnte gerade noch verhindert werden.[161] In den zahlreichen Begründungen für neue Bürgerfeuerwehren wurde dann auch genannt, daß die Freiwilligkeit der Mitarbeit als Ehrenpflicht jene Stabilität bringe, „welche die Abhängigkeit vom Militär ... entbehrlich" mache.[162]
Die Folgen des Theaterbrandes sollten auf die Karlsruher Ereignisse während der Revolution einwirken, da die nun auch in der Haupt- und Residenzstadt gebildete Freiwillige Feuerwehr zu einer Abteilung der knapp ein Jahr später gebildeten bewaffneten Bürgerwehr wurde.

Vorrevolutionäre Zeiten II – Skandale, Krisen, Hungerzeiten

Aufbruchszeiten im Karlsruher Rathaus

Seit Inkrafttreten des Gemeindegesetzes von 1831 und der neuen Wahlordnung von 1837 hatten die badischen Bürger neben den Landtagswahlen auch bei den Gemeindewahlen die Möglichkeit, eine politische Meinung durch Stimmabgabe zu artikulieren. Zwar gab es noch keine politischen Parteien, doch bildeten sich in wachsendem Maße in den Jahren vor Beginn der Revolution von 1848 unterschiedliche Richtungen von konservativ über gemäßigt-liberal bis zu radikal-demokratisch aus.
Während im Landtag über Pressefreiheit, Volksbewaffnung, soziale Gerechtigkeit und deutsche Einheit gestritten wurde, erwachte

auch in der Karlsruher Bürgerschaft ein neuer Geist. Die Wahlabsprachen im Vorfeld der Landtagswahlen von 1846 zeugten davon (siehe oben). Auf kommunaler Ebene formulierte sich ein neuer Bürgersinn und damit ein Bürgertum im politischen Sinne.[163]

In Karlsruhe wurde dies schlagartig 1846 spürbar. Die Karlsruher hatten bis dahin die gesetzlich vorgeschriebene turnusmäßige Auswechslung der Hälfte der Bürgerausschußmitglieder ausgelassen und 1842 und 1846 den Ausschuß komplett neu wählen lassen.[164] Dabei zeichnete sich eine Veränderung der sozialen Zusammensetzung des Gemeindeparlaments ab, 1846 gehörten 53 % der Bürgerausschußmitglieder dem Handwerkerstand, d. h. dem gewerblichen Stadtbürgertum an.[165] Gegen diese Wahl erhob die Kreisregierung im Januar 1847 Einspruch, da das Gesetz keine komplette, sondern eine rollierende Erneuerung des Ausschusses vorsah.[166] Vielleicht lag das verspätete Eingreifen der Kreisregierung daran, daß 1846 die Männer des „Fortschritts" gewannen. Die Wahl wurde dann allerdings anerkannt, und die Kommunalpolitik konnte mit neuen Kräften fortgesetzt werden. Die Kräfteverschiebung ging auf Kosten der bisherigen in den Gemeindegremien vertretenen Eliten, des Kaufmanns- und Bankiersstandes. Mit der Rückkehr des gewerblichen Mittelstandes in das Gemeindeparlament vollzog sich eine Demokratisierung der kommunalen Ebene, die nicht ganz konfliktfrei war, zumal sich mit den neuen Mitgliedern ein Generationswechsel und eine Tendenz zum Liberalismus andeutete.[167] Jetzt brach die Einheit in den Stadtgremien auf, es kam zu öffentlichen Streitereien und Rücktritten von Gemeinderäten und Oberbürgermeistern.

Vor bedeutenden Kommunalwahlen fand man sich nun zu Absprachen zusammen.

Das begann anläßlich der Wahl des zweiten Bürgermeisters am 26. Januar 1846, die bei einer Versammlung des Bürgervereins, zu der auch die anderen Bürgerausschußmitglieder eingeladen waren, vorbesprochen werden sollte, um „bei gemeinsamen Zusammenwirken ein dem Wohle des Ganzen ersprießliches Resultat" zu erzielen.[168] Die Wahl des Hutmachers und Gemeinderats Karl Helmle mit 108 von 136 abgegebenen Stimmen, der bis dahin schon als Armenpfleger und Verrechner des kirchlichen Almosens gewirkt hatte,[169] wurde in der „Mannheimer Abendzeitung" abfällig kommentiert, weil der „von Seiten des Gemeinderats beabsichtigte Kandidat selbst beim besten Willen den Erwartungen nicht entsprechen" dürfe. Gegen diesen Angriff verteidigte eine „Anzahl hiesiger Bürger" Helmle im „Karlsruher Beobachter": Helmle sei zwar nur ein schlichter Mann und auch kein Rechtsgelehrter, aber doch ein Rechtskundiger mit gesunder Urteilskraft, der auch den „Fortschritten der Zeit" huldige. Helmle blieb bis Anfang 1857 im Amt.[170] Seine Wahl stand am Beginn einer ausgesprochen unruhigen Epoche der Kommunalpolitik, denn die Zusammensetzung des Gemeindeparlaments gewann nun eine wachsende Bedeutung.

So erfreute sich die Kommunalwahl von 1846 erstmals einer sehr regen Teilnahme, was die Gewählten als einen Auftrag empfanden – wie es anläßlich eines Abendessens der Bürgerausschußmitglieder im Darmstädter Hof hieß –, „jene Körper, die so stark am Beharrlichkeitsgesetz hängen, in die Rippen zu spornen, um sie vorwärts zu bewegen, damit durch sie die Harmonie im Gangwerk der Gemeinde nicht gestört werde."[171]

Der Aufstand gegen das „Beharrlichkeitsgesetz" war aber wohl weniger ein politischer Richtungskampf, als vielmehr der Ausdruck eines Generationenwechsels oder auch -konflikts, der den Oberbürgermeister Füeßlin doch zu einem fassungslosen Kommentar über den 1846 zum Gemeinderat gewählten Eduard Koelle veranlaßte. Füeßlin soll gesagt haben: „Ein Gemeinderat mit einem Schnurrbart und Reiter! Ein Gemeinderat, hoch zu Roß und Schnurrbart! Das ist noch nicht dagewesen, so lang die Stadt steht!"[172]

Die „Beharrlichkeit" des Gemeinderats im Umgang mit der geplanten und inzwischen notwendigen Stadterweiterung war kurze Zeit später Gegenstand einer öffentlichen Kritik,

da man mit Preis- und Wertsteigerungen von bestimmten Grundstücken rechnen konnte. Hierüber wurde eine Auseinandersetzung geführt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. So meldeten sich „mehrere Mitglieder des großen Bürgerausschusses" in einer Art Leserbrief im Stadt- und Landboten, um sich gegen die geplante Versteigerung von sieben Bauplätzen in der Zähringerstraße zu diesem Zeitpunkt zu wenden, da die Straße noch nicht, trotz lange vorliegendem Beschluß des Bürgerausschusses, eröffnet sei. Der Gemeinderat wurde direkt angegriffen, da durch die Verzögerung der Eröffnung der Straße den dort ansässigen Hausbesitzern finanzieller Schaden zugefügt worden sei.[173]

Als am 9. April 1847 vier Gemeinderäte turnusmäßig neu gewählt werden mußten, wurde die Wahl schon im Vorfeld mit so großem Interesse diskutiert und verfolgt, daß ein im Stadt- und Landboten veröffentlichter Leserbrief feststellte: „Wir können uns nicht erinnern, daß dies je früher bei solchen Wahlen der Fall war."[174]

Die austretenden Gemeinderäte hatten schlechte Aussichten, wieder gewählt zu werden. Man hoffte, daß – wie der Leserbrief meinte – „solche Männer in den Gemeinderat gewählt würden, welche die Bequemlichkeit unruhige Köpfe nennt, die aber durchaus Männer sind, denen man die edelsten Absichten zutrauen kann."[175] Es gewannen nicht die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Kandidaten; vielmehr wurden mit überwältigender Mehrheit vier neue Gemeinderäte gewählt: Buchdruckereibesitzer Jakob Malsch mit 155, Kunstgärtner Karl Männing mit 153, Weinhändler Karl Dürr mit 147 und Schmiedemeister und Tierarzt Karl Kiesele mit 115 Stimmen. Die drei wieder angetretenen bisherigen Gemeinderäte, der Kaufmann Johann Nepomuk Spreng, der Kaufmann Karl Joseph Mallebrein und der Kaufmann Gustav Schmieder erhielten 45, 5 und keine Stimmen.[176] Besonders Sprengs Abwahl, der Vorsitzender des Karlsruher Gewerbevereins war und im Oktober 1847 Direktor des Gaswerkes wurde (siehe oben), sorgte für Unruhe.[177]

Oberbürgermeister Füeßlin erklärte nun seinen Rücktritt. Zwar waren die zwei Jahre, für die er sich hatte 1845 wiederwählen lassen, abgelaufen, dennoch kam das Gerücht auf, er sei zurückgetreten, da der von den Gemeinderäten präferierte Spreng nicht wieder gewählt worden sei. In der Presse wurde Füeßlins Verhalten kritisiert, da sein Rücktritt als Ausdruck des Mißfallens am Wahlergebnis und an dem zu erwartenden Verhalten der neuen Gemeinderäte interpretiert werden konnte.[178] Aber auch die älteren, seit längerem im Amt weilenden Gemeinderäte waren verärgert; der Hofkaminfeger Karl Friedrich Bautz und der Kaufmann Bernhard Schweig legten ihre Ämter nieder. Weech kommentierte diese nie dagewesenen Ereignisse als Ausdruck eines Generationenwechsels, da es ansonsten unverständlich erscheinen muß, daß die neuen Männer, unter ihnen der spätere langjährige Oberbürgermeister Malsch, als gefährlich für das Gemeinwohl angesehen wurden: „Aber man muß sich in die Seele der Vertreter der älteren Generation hineindenken können. Ihnen kam solche Erneuerung des Gemeinderats sehr bedrohlich vor."[179] In jedem Fall hatten Gemeindewahlen jetzt den Status politischer Richtungsentscheidungen, welche die Öffentlichkeit erregten. Die Mitwirkung an der Kommunalpolitik wirkte jetzt prestigestärkend und wurde dementsprechend attraktiv.

Zur erneuten Wahl des Bankiers August Klose zum Oberbürgermeister am 12. Mai 1847 erschienen alle Bürgerausschußmitglieder, was in der Presse erfreut bemerkt wurde. In früheren Zeiten war es durchaus vorgekommen, daß man die für Wahlen gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Anwesenden nicht erreichte und Wahlen unter Strafandrohung wiederholt werden mußten.[180]

Am 6. Juni 1847 gaben „eine große Anzahl hiesiger Bürger" im geschmückten Festsaal des Bürgervereins ein Mittagsmahl zu Ehren des neuen Oberbürgermeisters. Der erste Trinkspruch galt dem Großherzog, der zweite dem Neugewählten und der dritte dem Stadtamtsvorstand Stoesser. Es war ein freudiges Fest, und die „Unsicherheit der Tritte mancher

Nachhauseziehenden zeigte deutlich, wie die Würze des Weins und des Frohsinns die Mitglieder durchdrungen hatte."[181] Später sollte Klose der Beitritt zum Bürgerverein zum Vorwurf gemacht werden, da er damit einer bestimmten Partei angehöre.[182]

Doch zunächst erhielt Klose viel Lob für seine Wahl und seine Art der Amtsführung. So betonte die „Oberrheinische Zeitung", daß nun die „Selbständigkeit der Gemeinde einen großen Fortschritt gemacht" habe. Man erwartete von Klose eine „freiere Verwaltung durch die Corporationen der Gemeinde" und eine größere Öffentlichkeit bzw. Transparenz der Rathausentscheidungen.[183]

Von nun an wurde die Tagesordnung der Bürgerausschußsitzungen in der Presse vorab veröffentlicht einschließlich des Hinweises, daß die Sitzungen öffentlich seien und die Tribüne im Rathaussaal geöffnet werde.[184] Die Bedeutung, die der neue Oberbürgermeister den Bürgerausschußdebatten beimaß, unterstrichen auch die zwei „Schnellschreiber", die den „Gang der Verhandlung" festhielten.[185]

Der neue Geist des Hauses zeigte sich deutlich in der Verhandlung über den noch unter dem vorherigen Gemeinderat entstandenen Stadtbauplan (siehe oben) am 5. Juli 1847, zu der pünktlich alle Mitglieder erschienen. Man übte sich in parlamentarischen Gepflogenheiten und zeigte „den Grundatz erfreulichster Liberalität durch Darlegung der Ansicht ... , daß man einem Jeden auf seinem eigenthümlichen Boden die Freiheit zu bauen gestatten solle."[186] Die strittige Frage der Eingrenzung des neuen Stadtteils wurde in eine Kommission verwiesen. Angesichts dieser und der vorangegangenen Sitzung des Gemeindeparlaments stellte der Stadt- und Landbote erfreut fest, daß „unsere Stadt einen gewaltigen Schritt vorwärts und weit aus dem engen spießbürgerlichen Denkungskreise herausgetreten" sei.[187]

Das Selbstbewußtsein besonders der neu in die Gemeindepolitik gewählten Kräfte führte allerdings zu heftigen Auseinandersetzungen im Gemeinderat, die am 2. September 1847 in dem in einem Brief an den Gemeinderat begründeten und öffentlich in Szene gesetzten Rücktritt von vier Ratsmitgliedern gipfelten. Friedrich Nägele, Peter Wagner, Eduard Koelle und Albert Knittel erklärten sich zu Vertretern des „gemäßigten Fortschritts" und damit zu „Gegnern einer zerstörenden Parteisucht", die sie bei den anderen Ratsmitgliedern vermuteten. Auf die Angriffe der Zurückgetretenen antworteten die im Amt verbliebenen Gemeinderäte mit einem offenen Brief, und die örtliche und überregionale Presse kommentierte das Karlsruher Geschehen.[188] Der genaue Hintergrund des Streits läßt sich nicht mehr ermitteln, es steht aber zu vermuten, daß sich dahinter nicht nur ein Generationenkonflikt verbarg – der junge Malsch blieb im Amt. Es ging wohl vor allem um Wahlabsprachen, die unter Ausschluß bestimmter Kreise getroffen wurden, um eine „Totalerneuerung" des Gemeinderats nach der kompletten Neubesetzung des Bürgerausschusses wenige Monate zuvor zu erreichen. Da bis Anfang September 1847 tatsächlich der Oberbürgermeister und sechs Gemeinderäte zurücktraten, drei nicht wieder gewählt wurden und einer verstarb, war der

August Klose, von 1830 bis 1833 und von Mai bis September 1847 Oberbürgermeister in Karlsruhe.

Gemeinderat jetzt faktisch fast vollständig ausgetauscht worden.[189]

Die Fronten verliefen nun so hart, daß auch der gerade gewählte Oberbürgermeister Klose am 8. September seinen seit Tagen befürchteten Rücktritt verkündete.[190] Man habe es ihm unmöglich gemacht, die wichtigsten Aufgaben zu lösen. Dazu zählte er vor allem die Lösung des Gasgeschäftes, das infolge des Konkurses der dafür gewonnenen Firma in Gefahr war. Daraus folgerte Klose, daß die Gasversorgung in Händen der Stadt liegen müsse und entwickelte den Plan, das Geschäft zu kaufen und der Stadt dann günstig anzubieten. Mit seinem Anliegen fand er keine Unterstützung, die Gelder wurden ihm nicht bewilligt. Auch warfen ihm manche vor, in der Stadtplandebatte parteiisch für eine Süderweiterung der Stadt zu sein, da dort Gärten im Kloseschen Familienbesitz waren.[191] Als dann auch noch Absprachen für die Wahl von Gemeinderäten gegen ihn und hinter seinem Rücken stattfanden und er mit anonymen Verdächtigungen konfrontiert wurde, legte er das Amt nieder.[192]

Am 24. September 1847 fand die Ersatzwahl für die zurückgetretenen vier Gemeinderäte statt, von denen keiner auch nur eine Stimme erhielt. Gewählt wurden vielmehr der Kaufmann und spätere zweite Bürgermeister Heinrich Herzer mit 129, der Kaufmann Wilhelm Döring mit 87, der Schreinermeister Karl Scheerer mit 87 und der Advokat Karl Ziegler mit 72 Stimmen.[193] Mit Ziegler saß nun ein dezidierter Fortschrittsmann im Gemeinderat, der in den kommenden Revolutionszeiten noch eine große Rolle spielen sollte.

Wenige Wochen später, am 8. Oktober 1847, wurde der seit 1823 im Amt weilende Stadtverrechner Ludwig Daler zum Oberbürgermeister gewählt. Er erhielt 101 Stimmen der 155 anwesenden Wähler, sein Gegenkandidat, der Hofgerichtsassessor und spätere Minister August Lamey aus Mannheim bekam 51 Stimmen. Man wählte den seit langem bekannten Mann, zumal bei Lamey die Frage des Karlsruher Bürgerrechts nicht geklärt war.[194] Ende November fand in den Räumen des Bürgervereins das Festmahl für das neu gewählte Stadtoberhaupt statt, während dem der Bürgervereins-Liederkranz und der bürgerliche „Verein für türkische Musik" ausgewählte Tonstücke vortrugen und einer der Toaste dem Bürgerstand ausgebracht wurde: „Wir feiern heute ein schönes Bürgerfest; mögen wir dabei nicht vergessen, daß es einem Stande angehört, der einer der würdigsten im Staate, und der sich jederzeit durch unverbrüchliche Treue und Anhänglichkeit an seine angestammten Fürstenhäuser, so wie durch Aufrechterhaltung der Gesetze und der Ordnung ausgezeichnet hat. Diesem Stande sei ein Toast gewidmet: Es ist der Stand der Bürger!"[195]

Diese Bürgerrhetorik war in Baden durchaus zeittypisch und verband sich mit der kommunalen Ebene. Nun war auch in Karlsruhe die kommunale Ebene zum Ausdruck der Liberalität und des „fortschrittlichen" Bürgersinns geworden, man lebte die parlamentarische Demokratie, entdeckte eigene Handlungsspielräume bei der Gestaltung der Stadtpolitik und entwickelte so ein Selbstbewußtsein, das sich vom früheren Untertanengeist stark unterschied. Man begriff das rathäusliche Tun durchaus als einen Beitrag für das Vaterland und überschritt in der eigenen Imagination dabei die Stadtgrenzen. Gemeindepolitik wurde zur Bühne für aufstrebenden Bürgersinn, der sich nun in den zeitgenössischen Begriffen wie „Fortschritt", „Opposition" und „Gegenpartei" Ausdruck verschaffte, ohne daß sich darin unbedingt politische Haltungen wie die auf Landesebene diskutierten verbargen. Die zeitgenössische Begrifflichkeit gab das Vokabular zur Bezeichnung der neuen Erfahrung von Gruppen- und Bündnisbildungen und Wahlabsprachen. Die sich daran knüpfende „Bürger-Identität" war „die politische Ausdrucksform einer siedlungsmäßig und gewerblich verdichteten, relativ wohlhabenden, aber dabei kleinräumig kommunizierenden, vorindustriellen und ‚kleinbürgerlich' dominierten Gesellschaft."[196] Das war zugleich auch der rhetorische Ausschluß der neuen unterbürgerlichen Schichten wie der Gruppe der bei der Eisenbahn und in den Fabriken beschäftigten Arbeiter.

Nach der Wahl von Daler zum Oberbürgermeister war im Karlsruher Rathaus wieder Ruhe eingekehrt, doch zeichneten sich außerhalb des Rathauses gesellschafts- und wirtschaftspolitische Veränderungen ab.

Exzesse und die Schwäche staatlicher Autorität

Wenige Jahre vor Beginn der Revolution erregte ein Ereignis die Karlsruher Bürgerschaft, das nur vermittelt etwas mit den Ereignissen ab Februar 1848 zu tun hatte, aber dennoch einige Konfliktmomente aufscheinen ließ, die dann virulent werden sollten. Am 2. September 1843 starb der Oberlieutenant Julius von Goeler infolge eines Duells in Baden mit dem kaiserlich russischen Kurassierlieutenant Michael von Werefkin. Als Verursacher dieses Duells galt der Karlsruher Öffentlichkeit Moritz von Haber, der Sohn des 1840 verstorbenen Hofbankiers Salomon von Haber. Der Anlaß war ein aus heutiger Sicht unverständlicher Ehrenhändel unter Adligen, bei der die Frage von Satisfaktionsfähigkeit eine Rolle spielte.[197] Haber wurde am Abend des 5. September auf Anweisung des Gerichts, das ihn der Anstiftung anklagte, verhaftet. Aus der zu diesem Ereignis herbeieilenden Masse wurden bald antijudaistische Rufe wie „Hep, Hep" laut, bis die ersten Personen gewalttätig wurden, Steine gegen die Fenster des Haberschen Hauses in der Langen- Ecke Lammstraße warfen, Läden herunterrissen und Türen einschlugen. Die Masse drängte in das Haus und begann, Möbel zu zerstören. Ordnungskräfte wie Polizei und Militärpatrouillen tauchten anfangs nur in ungenügender Zahl auf, und es dauerte eine ganze Weile, bis Infanterie und dann auch Reiterei eintrafen, um die Masse zu zerstreuen. Die anfängliche Zurückhaltung des Militärs lag zum Teil auch daran, daß sich unter der Menge eine Zahl beurlaubter Soldaten und Offiziersburschen in Zivilkleidung befanden.

Der ganze Vorfall erregte nicht nur in Karlsruhe und Baden, sondern auch in anderen Ländern große Aufmerksamkeit, zumal als Moritz von Haber bei einem anschließenden Duell noch den spanischen Edelmann von Sarachaga-Uria erschoß.[198] Haber kehrte nicht wieder nach Karlsruhe zurück. Gerüchte kamen auf, es habe sich bei den Vorfällen am 5. September um ein wohl vorbereitetes Komplott gehandelt, Moritz von Haber sei der Geliebte der Großherzogin, die Behörden hätten bei dem Schutz seines Hauses versagt usw. Die amtliche Darstellung der Ereignisse, die am 18. und 23. November 1843 in der „Karlsruher Zeitung" veröffentlicht wurde, mußte Versäumnisse eingestehen. Im Landtag wurde die Angelegenheit diskutiert und schließlich eine Resolution angenommen, in der die Kammer die Ausschreitungen beklagte und gleichzeitig den Wunsch äußerte, „es möge der Großherzoglichen Regierung gelingen, vollständiger als bis jetzt aufzuklären, ob und wie es ohne weiteres Verschulden der Behörden möglich gewesen sei, daß die gegen das Eigentum eines Bürgers verübten Gewalttätigkeiten stundenlang fortgesetzt werden konnten, ehe ihnen Einhalt geschah, und daß andernteils jene, die den Mangel an Rechtsschutz verschuldet haben, ermittelt und zur Strafe gezogen werden."[199]

Drei Momente tauchten in diesem Skandal auf, die in der wenige Jahre später einsetzenden Revolution eine Rolle spielen sollten: Das Gerücht, Haber sei der Liebhaber der Großherzogin, belegt das geschwundene, schon durch die Kaspar-Hauser-Legende erschütterte Ansehen der großherzoglichen Familie. Das Nichteinschreiten oder das viel zu späte Eingreifen des Militärs ließen des weiteren eine mangelnde Ausübung staatlicher Autorität vermuten. Zum dritten wurde durch die Ausschreitungen der latente, durch die staatlicherseits betriebene Emanzipation der jüdischen Minderheit noch geschürte, auch durch soziale Probleme bedingte Antijudaismus der Bevölkerung erneut erschreckend deutlich. In Karlsruhe kam es in den Anfangstagen der Revolution am 21. März 1848 vor dem Haus des Kaufmannes Benedikt Höber zu Ausschreitungen, die durch das rasche Eingreifen der Bürgerwehr beendet werden konnten.[200]

Die Hungerkrise 1845/1847

Die wirtschaftliche Entwicklung hing in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts weiterhin wesentlich von der landwirtschaftlichen Produktion ab. Noch konnten schlechte Ernten, die sich besonders in den 1840er Jahren häuften, ganze Landstriche verarmen lassen. Hagelwetter, verregnete Sommermonate, Überschwemmungen oder Pilzerkrankungen wie Mutterkorn oder Kartoffelfäule führten zu Massenarmut und Hungerkrisen. Die Wirtschaftskrise der 1840er Jahre, die 1845 bis 1847 ihren Höhepunkt erreichte, war eine der Ursachen für die Revolution 1848/49.

Die Teuerungen betrafen auch die Haupt- und Residenzstadt, da sie auf in die Stadt gebrachte Nahrungsmittel angewiesen war. Die Staatsdiener, deren Einkommen ohnehin schmal bemessen waren, mußten sich einschränken. Das wiederum traf die ortsansässigen gewerbetreibenden Bürger, die auf die Angestellten als Abnehmer ihrer Produkte und Dienste angewiesen waren. So erklärt sich ein Artikel im Karlsruher Stadt- und Landboten vom 30. Januar 1847, d. h. zu einem Zeitpunkt, als die allgemeine Not am größten war, der eine Teuerungszulage für die Angestellten einforderte.[201]

Das „Karlsruher Tagblatt" veröffentlichte regelmäßig die Brotpreise, die im Frühjahr 1847 rasant stiegen: Am 1. Februar 1846 kostete ein Pfund „halbweiß Brod" 5 Kreuzer, ein Jahr später 6½ Kreuzer, zwei Wochen später schon 7 Kreuzer, und erreichte im Mai einen Preis von 8½ Kreuzern. Für drei Pfund Schwarzbrot, die am 1. Februar 1846 noch für 12½ Kreuzer zu haben waren, mußte man im Mai 1847 24 Kreuzer zahlen. Im Januar stiegen mit den Gerstepreisen auch die Bierpreise von acht auf zehn Kreuzer das Maß.[202]

Es gab vielfältige Bemühungen, die Folgen für die Armen abzuwenden: Der Frauenverein veranstaltete zahlreiche Kollekten für die Suppenanstalt, allein im März 1847 verteilten sie 38.735 Portionen Suppe. Im Juni 1846 waren es nur 2.639 Portionen gewesen.[203] Der Großherzog und der Staat ließen im Ausland große Mengen Getreide ankaufen, um es an die Armen im Land zu verteilen. Doch gab es mehrfach öffentliche Kritik an der Armenpolitik des Rathauses und der Regierung. Anfang Februar 1847 fragte der Stadt- und Landbote fast schon ungehalten, warum die Verteilung des von der Regierung gekauften Getreides nicht schon früher geschehen sei, um festzustellen: „In derartigen Angelegenheiten wäre etwas weniger Ängstlichkeit oder allzugroße Umsicht, wohl aber Entschlossenheit oder rasches Handeln zu empfehlen."[204]

Ende April, Anfang Mai 1847 lasen die Karlsruher in der örtlichen Presse über Brotkrawalle in norddeutschen Städten, ebenso in Ulm und Stuttgart. Auch in der badischen Residenz herrschte eine unruhige Stimmung, bis der Gemeinderat nach Beratung mit dem kleinen Ausschuß Anfang Mai 1847 ohne vorherige Befragung des Bürgerausschusses eine Einfrierung der Brotpreise beschloß und entschied, auf Rechnung der Stadtkasse für 100.000 bis 150.000 Gulden Getreide im Auslande ankaufen zu lassen, um das Bedürfnis in der Stadt zu decken und das weitere Ansteigen der Brotpreise zu verhindern. Der zinslose Kredit wurde von den ortsansässigen Bankhäusern Haber, Klose und Kusel gewährt. Der Beschluß wurde unverzüglich in der Presse veröffentlicht, wohl auch in der Hoffnung, aufkommende Unruhe zu besänftigen. Mit dem Kauf im Ausland umging man die steigenden Preise des nächsten großen Fruchtmarkts in Durlach. Trotz der Entschlußfreude des Gemeinderats wurde das Handeln in der Öffentlichkeit als verspätet wahrgenommen und kommentiert.[205]

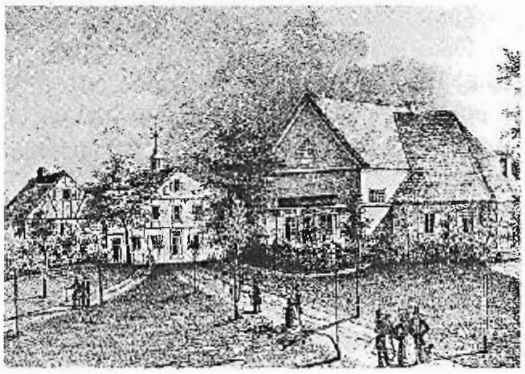
Die Entscheidung für den Getreidekauf fiel in der Zeit ohne Oberbürgermeister, da erst wenige Tage später der Bankier August Klose, dessen Haus einen Teil des Kredits mittrug, mit 122 Stimmen von dem großen Bürgerausschuß gewählt wurde. In der Bürgerausschußsitzung, die gleich im Anschluß an die Wahl erfolgte, genehmigte das Kommunalparlament den Entschluß des Gemeinderates zum Getreideankauf.[206]

Ab dem 12. Mai 1847 wurde die gesamte Ein-

wohnerschaft mit Brotkarten versorgt. Da die dafür notwendigen Ausgaben aus den Oktroi-Einnahmen geleistet werden sollten, kamen alle in Karlsruhe Wohnenden unabhängig vom Bürgerrecht in den Genuß.[207] Die Vorzüge dieser Art der Versorgung konnten die Stadtbewohner sogleich durch Preisminderungen erleben, ein halbes Pfund Weißbrot kostete einen Käufer mit Brotkarte z. B. einen halben Kreuzer weniger.[208]
Ab Juni 1847 entspannte sich die Lage, die Preise fielen, das Angebot stieg, so daß die Ausgabe der Brotkarten in der ersten Juni-Woche beendet werden konnte.[209] Nun gab es Kritik an der 14tägigen Preisfestsetzung des Gemeinderats, der bei steigenden Preisen wöchentlich erhöht hatte.[210]

Die Drei-Fabriken-Frage und der Karlsruher Arbeiterverein

Im Dezember 1847 wurden dem bedeutenden Karlsruher Bankhaus Haber die Kredite gekündigt, so daß es seine Zahlungen einstellen mußte. Der nun folgende Sturm der Einleger auf die Banken führte auch zum Zusammenbruch des Bankhauses Kusel. Nun waren die drei größten badischen Fabriken, die zusammen 4.000 Arbeiter beschäftigten – die Spinnerei in Ettlingen, die Zuckerfabrik in Waghäusel und die Karlsruher Maschinenfabrik Keßler – in ihrer Existenz bedroht. Sie wandten sich mit der Bitte um Unterstützung durch ein Darlehen an die badische Regierung, die dies jedoch ablehnte, dem Landtag allerdings überließ, über eine Zinsgarantie gegenüber den Gläubigern zu beraten. Für die Liberalen eröffnete sich damit das Grundsatzproblem, ob sie den wirtschaftsliberalen Vorstellungen einer allein auf der Grundlage der Konkurrenz und ohne staatliche Eingriffe funktionierenden Wirtschaft folgen oder im Interesse der badischen Wirtschaft den Staat eingreifen lassen sollten. Nach heftigen Diskussionen empfahl die vom Landtag eingesetzte Prüfungskommission schließlich den Abgeordneten, der Unterstützung aus Staatsmitteln zuzustimmen, zumal die Regierung versäumt habe, Kreditanstalten zu schaffen.
Die Debatten waren auch durch die zeitgenössische Forderung eines „Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit" geprägt, die im September 1847 auf der großen Offenburger Versammlung aufgestellt worden war. Die Vertreter der demokratischen Opposition im Landtag, welche die sozialreformerischen Ansichten vertraten, sahen in der Unterstützung der drei Fabriken eine einseitige Bevorzugung der Kapitalseite, während die Kleinsparer des Bankhauses Kusel leer ausgehen sollten.[211]
Man monierte – wie es z. B. auf einer Versammlung des radikaldemokratischen Durlacher Bürgervereins im Januar 1848 hieß –, „es handle sich um einige reiche und hochgestellte Männer, zu deren Gunsten die Regierung die Fabriken mit Millionen unterstützen wolle."[212] Es meldeten sich die Arbeiter oder deren Wortführer mit einem Schreiben von 63 Arbeitern der Maschinenfabrik Keßler an 63 Abgeordnete, das sie Friedrich Hecker „als einem Verteidiger der arbeitenden Klassen" überbrachten. Hier hieß es, „daß eine Regierung, welche es mit dem Wohl der arbeitenden Klassen ernst meint, nicht danach trachten darf, den großen Besitzern unter die Arme zu greifen. ... Nein, eine volksfreundliche Regierung müßte Arbeitervereinigungen gründen. Denen wäre dann mit Staatsmitteln zu helfen, die müßten unterstützt werden, damit die Übermacht der großen Kapitalisten gebrochen werde durch die Assoziation der Arbeiter."[213]
Hinter diesem Schreiben stand wahrscheinlich der gerade gegründete Karlsruher Arbeiterverein, der vorgeblich als Bildungsverein dem Unterrichten im Lesen, Schreiben und Rechnen diente, der aber – laut Bericht des Großherzoglichen Polizeiamtes – eine politische Vereinigung mit hochverräterischem Charakter war.[214] Maßgeblich war daran die Arbeiterschaft der Keßlerschen Maschinenfabrik beteiligt, deren Zahl Ende 1847 auf 880 angewachsen war. Dem Verein, in welchem u. a. der Dichter Karl Blind führend tätig war, gehörten rund 80 Mitglieder an, die jeweils sonntags und mittwochs im Gasthof „Zur



Bei dem Promenadenhaus vor dem Karlstor fand am 2. April 1848 eine Versammlung von 800 Karlsruher Arbeitern statt.

Stadt Rastatt" in der Amalienstraße 87 bei dem Wirt Ludwig Müller Hauptversammlungen abhielten, auf denen vorher in einen Fragekasten geworfene schriftliche Fragen in einem politischen Vortrag beantwortet wurden.

Als am 29. Februar 1848 Gerüchte über mögliche Arbeiteraktionen gegen das Zeughaus und das Schloß im Umlauf waren, wurde der Verein polizeilich aufgelöst, das Versammlungslokal durchsucht und einige Vorstandsmitglieder – darunter Karl Blind, dessen Bruder und die Karlsruher Bierbrauer Müller und Jakob Georg Clever – verhaftet. Sie wurden Ende März wieder entlassen. Kurz darauf, am 2. April 1848, wurde auf einer Arbeiterversammlung vor dem Karlstor beim Promenadenhaus von 800 Arbeitern die Republik gefordert.[215]

Damit hatten auch die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, deren Bürgerschaft mehrheitlich auf Seiten der konstitutionellen Monarchie stand, die radikaldemokratischen und sozialreformerischen Forderungen der Opposition im badischen Landtag erreicht, deren prominenteste Vertreter Friedrich Hecker und Gustav Struve waren. Die Konfrontation zwischen dem Karlsruher Arbeiterverein und der Bürgerschaft, die sich in den Maßnahmen der Regierungsseite durchaus wiedererkannte, war ein Vorbote der Revolution von 1848/49, die am 29. Februar 1848 in Karlsruhe begann.

Die Revolution von 1848/49 in der Residenz

Ein Überblick[216]

Am Vorabend der Revolution zeichneten sich viele gesellschaftliche und politische Konfliktlinien ab, die sich unter der gemeinsamen Forderung nach nationaler Einheit verbargen. Nicht nur die Auseinandersetzungen über die geeignete Staatsform, d. h. die Frage ob monarchische oder demokratische Verfassung, sondern auch die Vorstellungen über die soziale Gerechtigkeit spalteten die Einheit derjenigen, die dem Metternichschen System oppositionell gegenüberstanden.

In der Zweiten Kammer des badischen Landtages zeichneten sich ebenfalls schwerwiegende politische Differenzen ab. Seit der Landtagswahl von 1846 hatten sich die Kräfteverhältnisse zwischen Regierung und Zweiter Kammer verschoben, da mit Johann Baptist Bekk ein gemäßigt-liberaler Mann und ein Anhänger Rottecks als Minister der Regierung angehörte. Die Erwartungen der Liberalen an die Beteiligung eines der Ihren an der Regierung konnten nicht erfüllt werden, weil die badische Innenpolitik nur mit Rücksicht auf den Deutschen Bund agieren konnte. Das war schon 1831 bei der Frage der Pressefreiheit deutlich geworden. Die Liberalen im badischen Ständehaus begriffen daher ihre Politik vor allem als einen Beitrag zur gesamtdeutschen Lage, ihre Opposition galt nicht so sehr der badischen Regierung, sondern vielmehr den reaktionären Bestrebungen des Deutschen Bundes. Dabei trennten sich die „Radikalen", d. h. die Anhänger einer Republik mit sozialreformerischen Ansätzen, von den sogenannten „Halben", den gemäßigten Liberalen, die für eine konstitutionelle Monarchie und die Beibehaltung der Besitzverhältnisse als Grundlage eines Konkurrenzkapitalismus ohne staatliche Eingriffe einstanden.

Im Februar 1848 erschien das sogenannte „kommunistische Manifest" von Karl Marx und Friedrich Engels, das damals zwar nur eine Minderheitenposition darstellte, aber

Einzug der Abgeordneten des Frankfurter Vorparlaments am 31. März 1848 in die Paulskirche. Hier wurden die badischen Abgeordneten, unter ihnen Friedrich Hecker, begeistert begrüßt.

deutlich zeigte, daß nun nicht mehr nur die Forderung nach Freiheit im Sinne rechtlicher Gleichheit, sondern auch nach sozialer Gerechtigkeit erhoben wurde. In Karlsruhe vertrat der Arbeiterverein diese Positionen (siehe oben). Die Mehrheit der Karlsruher allerdings stand den demokratischen Ideen des radikalen Flügels der Opposition abwartend bis ablehnend gegenüber. Sie waren vor allem Bewohner einer Residenzstadt, die wirtschaftlich immer noch stark vom Hofe und damit von einer monarchischen Verfassung abhängig blieb.

Als Ende Februar 1848 die Nachrichten über die Revolution Baden erreichten, fanden in zahlreichen badischen Städten Volksversammlungen statt, auf denen revolutionäre Forderungen wie die nach einer Nationalversammlung, nach der Einführung von Grundrechten wie Pressefreiheit und nach Abschaffung der Feudallasten erhoben wurden. In Wien wurde Metternich zur Flucht getrieben, in Berlin ließ der preußische König am 18. März in die Menge schießen. Daraufhin gab es in Berlin Barrikadenkämpfe, die zwar mehr als 230 Tote forderten, aber mit einer Niederlage der Regierung endeten. In Baden riefen

die Radikaldemokraten auf einer Versammlung in Offenburg dazu auf, die revolutionäre Bewegung über die Bildung von Orts-, Bezirks- und Kreisvereinen zu einem Landesverein zu organisieren. Ende März trat in Frankfurt ein Vorparlament zusammen, das die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung vorbereitete. In Frankfurt empfing die Menge die badischen Abgeordneten, allen voran Friedrich Hecker, begeistert. Doch da Hecker und Struve feststellen mußten, daß sie in der Versammlung mit ihren Positionen keine Mehrheit fanden, versuchten sie in Baden den bewaffneten Aufstand. Am 12. April 1848 begann Hecker von Konstanz aus einen schon nach wenigen Tagen gescheiterten Freischärler-Zug. Er floh in die Schweiz und von da aus in die USA. Seine Beteiligung an der Revolution war damit beendet, da er bei seiner Rückkehr 1849 zu spät kam. Auch Struves Aufstandsversuch vom September 1848 war glücklos. Nach seiner Verkündung der Deutschen Republik in Lörrach begann er einen nach wenigen Tagen niedergeschlagenen Freiheitszug.

In der seit dem 18. Mai 1848 in Frankfurt tagenden Nationalversammlung, die eine Reichsverfassung erarbeitete, hatten die Vertreter einer konstitutionellen Monarchie die Mehrheit. Ende des Jahres 1848 verkündeten sie die Grundrechte des deutschen Volkes. Im März 1849 beschlossen die Abgeordneten die deutsche Reichsverfassung, die eine Gewaltenteilung zwischen einem durch allgemeines, gleiches und direktes Männerwahlrecht gewählten Parlament und einem Erbkaisertum; zum Kaiser wählten sie den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. Als dieser am 3. April 1849 die Krone ablehnte, war die Paulskirchenversammlung letztlich gescheitert.

Zeitgleich hatten die badischen Demokraten begonnen, die demokratischen Kräfte im Lande zusammenzufassen: Die auf einer Versammlung in Renchen am 26. Dezember 1848 begonnene landesweite Organisation der Volksvereine durch Amand Goegg mit Lorenz Brentano als Vorsitzendem des Landesausschusses setzte sich dabei bewußt gegen die staatliche Verwaltungsgliederung ab, indem er statt der vier Kreise acht Kreisvereine vorsah, denen je sieben bis zehn Bezirksvereine zugeordnet wurden. Keiner der Kreisvereinssitze war in Karlsruhe, man wählte die benachbarte Stadt Durlach.[217] Das nun rasch wachsende Volksvereinswesen stellte somit eine Parallelorganisation zum staatlichen Verwaltungsaufbau dar und bildete damit die Grundlage für eine mögliche republikanische Regierung.

Ab April 1849 begann mit der sogenannten „Reichsverfassungskampagne" die zweite Phase der Revolution, die im Mai, Juni und Juli vor allem die Pfalz und Baden erschütterte. Am 11. April 1849 nahm die großherzogliche Regierung die Paulskirchenverfassung an, die Reichsverfassungskampagne mußte sich in Baden damit nicht gegen die Landesregierung richten. Die Konstitutionellen wiesen daher auch sogleich darauf hin, daß die badischen Radikalen die Reichsverfassung nur als Mittel nutzten zur Einführung der Republik.[218]

Vor allem die Aufstände in Sachsen und in der Pfalz trugen zu einer Anheizung der politischen Stimmung bei. Als bayerische Truppen durch das Großherzogtum in die Pfalz zur Niederschlagung der revolutionären Erhebungen marschierten, kam es zu Protesten.

Trotz der allerorten im Land und seiner Hauptstadt herrschenden Unruhe rechnete aber wohl niemand mit den sich überstürzenden Ereignissen der kommenden Tage: Am 11. Mai begann in Rastatt die Militärrevolte, der sich in den folgenden Tagen die Garnisonen in Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Lörrach und Bruchsal anschlossen. Am 12. Mai tagte in Offenburg der Landeskongreß der Volksvereine, einen Tag später fand ebendort die große Landesvolksversammlung statt, die 16 Forderungen an die großherzogliche Regierung in Karlsruhe formulierte, darunter die nach Unterstützung der Reichsverfassungskampagne in den anderen deutschen Staaten, nach einer Ablösung des gegenwärtigen Ministeriums von Bekk durch Lorenz Brentano, nach einer verfassunggebenden Landesversammlung und nach sofortiger Volksbewaffnung auf Staatskosten.[219] Bei dieser großen Volksversamm-

Karlsruher Tagblatt.

Nro. 134. Donnerstag den 17. Mai 1849.

An die Bewohner von Karlsruhe!

Mitbürger!

Seit wir nach der Flucht der frühern Regierung die Leitung der Staatsgeschäfte in die Hand genommen, war es unser stetes Bestreben, die Ordnung aufrecht zu erhalten, und die Sicherheit der Personen und des Eigenthums zu schützen. Wir glauben behaupten zu dürfen, daß seit wir in hiesiger Stadt eingezogen, noch nicht die mindeste Störung, noch keine Beeinträchtigung des Eigenthums und der Freiheit vorgekommen sind.

Die vielen Zuzüge von Freiheitskämpfern, obschon es oft nicht möglich war, ihnen nach den Strapatzen der Reise die nöthige Verpflegung zu verschaffen, haben auf musterhafte Weise ihren Freiheitssinn bewährt.

Wir dürfen daher, Mitbürger! von Euch erwarten, daß Ihr uns und unsern bewaffneten Schaaren mit dem gehörigen Vertrauen entgegenkommt und namentlich in Handel und Verkehr keine Stockung eintreten lasset, welche auf der einen Seite Mißtrauen zeigen, und auf der andern Seite Mißtrauen hervorrufen würde.

Mitbürger! Wir verlangen von Euch nichts als Vertrauen, wir dürfen aber auch dasselbe fest erwarten, indem wir Euch versichern, daß wir auf jede an uns gelangende Beschwerde mit der dem Ernste der Zeit angemessenen Strenge unsern Grundsätzen Achtung verschaffen werden.

Karlsruhe, den 16. Mai 1849.

Die Exekutiv-Commission.

Brentano. Peter. Eichfeld. Goegg.

Appell der provisorischen Landesregierung an die Karlsruher Einwohnerschaft.

lung, an der zwischen 20.000 und 40.000 Menschen teilnahmen, traf man nur vereinzelt auf Karlsruher. Der Dichter Viktor von Scheffel, der für den konstitutionellen Karlsruher Vaterländischen Verein (siehe unten) anreiste, erinnerte sich, in den Wagenzügen neben den „Wort- und Stimmführer[n] der badischen Demokratie" auch „ein paar spärliche Lichter aus der loyalen Residenz Karlsruhe" gesehen zu haben.[220] Am 13. Mai, nach Beendigung der Landesvolksversammlung, begab sich der Landesausschuß zunächst nach Rastatt. Am selben Abend, als ein Aufstand der Karlsruher Garnison drohte, flohen der Großherzog, seine Familie und die Regierung über den Rhein nach Mainz. Auf das Machtvakuum, das der Landesherr hinterließ, war der Landesausschuß nicht vorbereitet, und auch die Karlsruher Bevölkerung stand etwas konsterniert vor dem leeren Thron.

Das erklärt auch, daß der Karlsruher Bürgermeister und Gemeinderat nun landespolitisch tätig wurden und dem Landesausschuß mitteilten, daß sie ihm nicht entgegentreten würden, sofern dieser für Sicherheit und Ordnung sorgen würde. Sicherlich lag dahinter die Angst vor einem drohenden Chaos in der Stadt, es zeigte aber auch das Gefühl, die Hauptstadt und Sitz der Regierung eines Landes zu sein. Per Maueranschlag informierte der Gemeinderat über sein Vorgehen: „Auch haben wir Schritte gethan, um mit dem in Rastatt bestehenden Landesausschuß in's Vernehmen zu treten und die Stadt vor Bedrohung der Sicherheit und des Eigenthums zu schützen. Inzwischen wird die Bürgerwehr mit den noch anwesenden Soldaten in Gemeinschaft die Wachen der Stadt beziehen, ..."[221]

Karlsruhe beherbergte nun für einige Wochen die provisorische revolutionäre Regierung unter dem Präsidenten Lorenz Brentano, welche die „Karlsruher Zeitung" zu ihrem amtlichen Organ wählte. Die Staatsbeamten und Bürgermeister legten am 22. und 23. Mai den Eid auf

Freischaren auf dem Karlsruher Marktplatz am 19. Juni 1849.

diese provisorische Regierung ab. Allerdings wurden ihnen zur Überwachung Zivilkommissäre an die Seite gestellt. Sicherheits- und Wehrausschüsse, die aus den Volksvereinen besetzt wurden, überwachten den Gemeinderat. In Karlsruhe mußte Stadtdirektor Karl August Friedrich Stösser sein Amt abgeben, statt dessen übernahm der Advokat Karl Theodor Ziegler, gewesener Karlsruher Gemeinderat und Mitglied des Landesausschusses, als Zivilkommissär für das Stadt- und Landamt seine Funktionen. Der Landesausschuß ernannte den Kalkulator in der Hofdomänenkammer Georg Reininger zum Stadtkommandanten und den Essigfabrikanten Franz Josef Lanzano zum Zivilkommissar in der Stadtkommandantur. Der Advokat Johann Dürr, der ebenfalls im Demokratischen Verein war, wurde zum Leiter des Karlsruher Sicherheitsausschusses ernannt. Er forderte zunächst zur Rückgabe der „Armatur- und Montur-Gegenstände" auf, die aus dem Zeughaus und aus der Infanteriekaserne entwendet worden waren.[222] Am 3. Juni wählten die Badener eine Verfassunggebende Versammlung, die eine zukünftige Staatsverfassung Badens erarbeiten und beschließen sollte. Sowohl bei diesen Wahlen als auch bei den durch die bei der Offenburger Versammlung vom 12. und 13. Mai 1849 geforderten Kommunalwahlen zeigten sich die Karlsruher als Anhänger der gemäßigten Richtung (siehe unten). Die Karlsruher Bürgerwehr, auf die sich Lorenz Brentano während seiner Auseinandersetzungen mit dem radikaleren Gustav Struve stützen konnte, erwies sich auch in dieser Zeit letztlich als dem Großherzog treu ergeben (siehe unten). Über den kurzen Wochen des Freiheitsfrühlings im deutschen Südwesten lag die Drohung des Krieges; sowohl die Truppen des Deutschen Bundes als auch Preußens rückten gegen Baden vor. Am 9. Juni erklärte Großherzog Leopold den Kriegszustand gegen sein Volk, das mit Unterstützung der Pfälzer eine 45.000 Mann starke Revolutionsarmee aufzubauen begann. Aber der Übermacht der 100.000 unter Preußens Führung einmarschierenden württembergischen, bayerischen, hessischen und preußischen Soldaten waren sie unterlegen. Am 23. Juli kapitulierten die letzten in der Rastatter Festung liegenden Revolutionssoldaten, am 18. August konnte der Großherzog unter dem Jubel der Stadtbevölkerung nach Karlsruhe zurückkehren. Die preußischen Truppen blieben bis 1852 im Land und in seiner Hauptstadt.

Versammlungen und Resolutionen

Während der revolutionären Monate stand Karlsruhe wiederholt im Zentrum der Aufmerksamkeit und wurde zum Ort des revolutionären Geschehens, ohne daß allerdings die Haupt- und Residenzstadtbewohner selbst

zum Motor der Demokratiebestrebungen wurden. Einzig dem Umstand, Regierungssitz des Großherzogtums zu sein, verdankt es Karlsruhe, daß sich hier entscheidende Prozesse vollzogen. Die Stadtbewohner standen der Entwicklung vor allem in der Zeit der Mai-Revolution 1849 mehrheitlich eher abwartend gegenüber.[223]

Karlsruhe sah sich von Anfang an dem Vorwurf ausgesetzt, ein Hemmnis für die Freiheit und ein Bollwerk der Restauration zu sein. Da der badische Radikalismus vor allem auf der kommunalen Ebene verankert war und zunächst auf eine gemeindepolitische, staatsunabhängige Demokratie zielte,[224] kommt ein weiteres Moment zur Erklärung der Karlsruher Regierungsnähe hinzu. Die gemeinderechtlich verankerte Freiheit, die zudem oft mit der Selbstverwaltung der Allmende zusammenhing, hatte für die gemarkungsarme Haupt- und Residenzstadt nur eine sehr geringe Bedeutung. Hier begriff man sich vielmehr als Einwohnerschaft einer Residenz, die im Glanz des Hofes und als staatliches Verwaltungszentrum wuchs und gedieh.

Dennoch erlebten auch die Karlsruher den Beginn des deutschlandweiten Aufbruchs als einen „Völkerfrühling." Nachdem aus Frankreich die Nachrichten von dem Rücktritt des französischen Königs Louis Philippe und die Ausrufung der Republik über den Rhein kamen, ergriff auch die Karlsruher Bürgerschaft eine hoffnungsfrohe Aufbruchsstimmung.

Am 28. Februar versammelte sich die vom Gemeinderat einberufene Bürgerschaft im großen Rathaussaal und verabschiedete eine Petition an den Landtag mit den Forderungen nach Pressefreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichten und deutschem Parlament.[225] Vor der Verabschiedung der Petition hatte Oberbürgermeister Daler bei der Staatsbehörde nachgefragt, wie die Bittschrift wohl aufgenommen würde. Erst nachdem er das dortige Einverständnis erhalten hatte, legte er den Entwurf der Bürgerschaft vor. Die Versammlung, laut örtlicher Presse eine „der großartigsten Erscheinungen, die Karlsruhe jemals gesehen hat", endete mit einem Hoch auf den Großherzog. Zeitgleich erklangen in manchen Karlsruher Gastwirtschaften Hochrufe auf die Republik.

Als Bewohner der Haupt- und Residenzstadt mit Sitz des Ständehauses mußten die Karlsruher in den ersten revolutionären Wochen damit rechnen, daß ihre Stadt in das Zentrum der allgemeinen Aufmerksamkeit rücke. Am 1. März kamen Tausende in die Stadt, um bei dem sogenannten „Petitionssturm" die in zahlreichen Gemeinden verabschiedeten Resolutionen der Zweiten Kammer zu überreichen. Die Galerien und die Eingänge, die Treppen und der Hof des Ständehauses waren überfüllt, und die Masse drängte sich draußen auf der Straße, als Minister Bekk verkünden konnte, daß das Gesetz zur Pressefreiheit von 1831 mit sofortiger Wirkung wieder in Kraft gesetzt sei. „Ein donnernder Jubelruf der ganzen Versammlung, in welchen sich ein stürmisches Hoch auf den Großherzog mischte, antwortete auf diese Freudenbotschaft", berichtete die „Karlsruher Zeitung."[226] Auch die Erfüllung der anderen Forderungen wurde von der Regierung zugesagt.

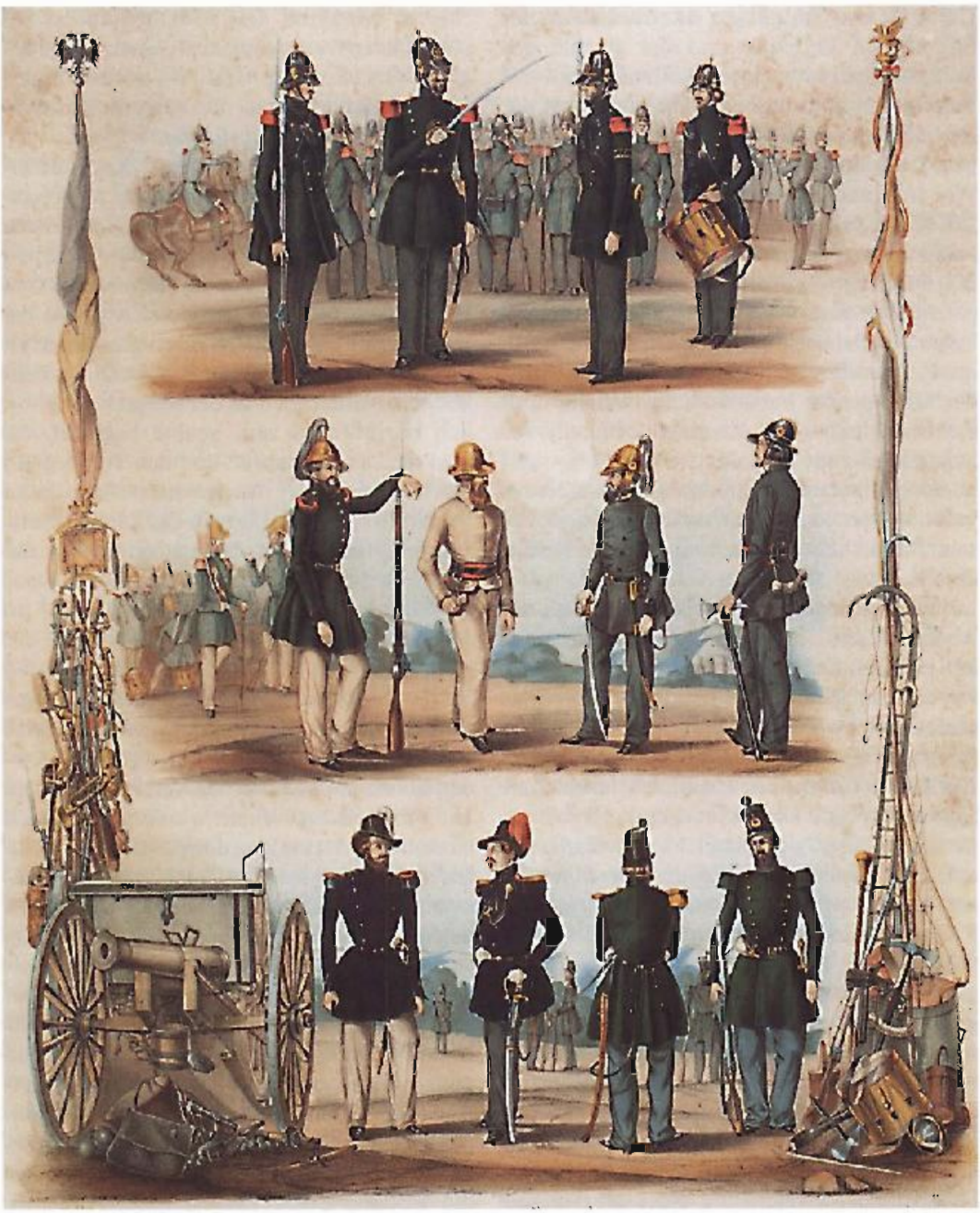
Mit den Massen kamen Menschen in die Stadt, welche die Karlsruher um ihren Besitz und ihre Sicherheit fürchten ließen. Die Befürchtungen schienen bestätigt, als in der Nacht vom 2. zum 3. März das Ministerium des Auswärtigen infolge von Brandstiftung in Flammen aufging. Es war die Bewährungsprobe für die neue Freiwillige Feuerwehr, die zu diesem Zeitpunkt auch schon zusammen mit den Schützen als Wachmannschaft für die öffentliche Sicherheit sorgte. Auch in den folgenden Wochen gab es wiederholt Anlaß zur Beunruhigung; so kam das Gerücht auf, Tausende brotloser Arbeiter hätten sich im Elsaß zusammengefunden, um nach Baden zu kommen. Erwies sich dieser „Franzosenlärm" als „blinder Lärm", so konnten die Ausschreitungen am 21. März vor dem Haus des jüdischen Kaufmannes Benedikt Höber nur durch das beherzte Einschreiten der inzwischen gebildeten Bürgerwehr beendet werden. Auslöser für die Ausschreitungen war wahrscheinlich die angespannte Stimmung, die in der Stadt wegen der Entlassung der politischen Gefange-

nen aus der Haft im Rathausturm herrschte. Angesichts der zu diesem Anlaß zusammengekommenen Menge meinten einige Bürger, man solle Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, woraufhin Höber entgegnete, das sei nicht notwenig, „weil die umstehenden Leute keinerlei Unruhe erregen, sondern nur ihre Freunde empfangen wollten."[227] Daraufhin entstanden Gerüchte, gegen die er sich in einer Zeitungsanzeige am 21. März verwahrte, doch offensichtlich ohne Erfolg, da sich noch am selben Abend eine gewaltbereite Menge vor seinem Haus sammelte.

Die aufbruchsfrohe Stimmung der ersten Wochen der Revolution führte zu einer allgemeinen Lockerung der Disziplin; so verließen einzelne Handwerksgesellen ohne Erlaubnis ihrer Meister die Arbeit, um „herumzuziehen", bis sich das Karlsruher Polizeiamt am 24. März 1848 genötigt sah bekanntzugeben, daß dies bei Strafe der sofortigen Entlassung und damit der Stadtverweisung verboten sei.[228]

Die Karlsruher Bürgerschaft begann noch am 29. Februar, eine bewaffnete Bürgerwehr aufzustellen. Mit einem Flugblatt forderte Oberbürgermeister Daler „sammtliche Orts- und Staatsbürger" dazu auf, „sich heute Nachmittag 4 Uhr auf dem Rathhause zu versammeln, um Behuf der provisorischen Organisirung einer Bürgerwache die nöthigen Anordnungen entgegen zu nehmen."[229] Die Versammelten vernahmen gerne, „daß der Großherzog erklärt habe, fest auf die Treue seiner Karlsruher zu bauen und unter ihrem Schutze ruhig sein Haupt niederzulegen."[230]

Man teilte die Stadt in sieben Bezirke ein, die notwendigen Waffen wurden noch am selben Abend aus dem Zeughaus herbeigeschafft. Zunächst übernahmen Schützen und Feuerwehrmänner den Patrouillen- und Wachdienst, die am 1. März die Hauptwache am Rathaus und die am Ettlinger Tor bezogen. Noch an demselben Tag drängten sie gemeinsam mit einem Dragonerregiment die Menschenmenge ab, die zum Schloß strömte, um dort dem Großherzog ihre vorher im Ständehaus erhobenen Forderungen zu überbringen. Als Dank für seinen Einsatz für Ruhe und Ordnung auch in den folgenden Tagen überreichte Großherzog Leopold Oberbürgermeister Daler das Ritterkreuz vom Zähringer Löwen.[231] Damit hatte Karlsruhe aus der Sicht der Radikaldemokraten seinen Ruf als „Spießbürgerstadt" bestätigt und untermauert. In der Mannheimer Abendzeitung hieß es am 7. März 1848 zu diesen Ereignissen: „Keine Gemeinde des Landes ist wohl so erbärmlich, als die der Residenz selbst, deren Bürger mit wenig Unterschied laut ausgesprochenermaßen, an nichts Höheres, als an den Vortheil denken, den ihnen der Hof, der Adel, das Staatslakaien- und Soldatenheer bringt."[232] Gegen solche Angriffe verwahrte sich die Bürgerschaft mit einer Stellungnahme im „Karlsruher Tagblatt" am 17. März: „Unsern wahrhaft vaterlands- und freiheitsliebenden badischen Mitbürgern gegenüber haben wir nicht nöthig zu erklären, daß wir nur zum Schutze der Ordnung und Sicherheit des Eigenthums uns bewaffneten. ... Wir wünschen durch diese Erklärung jeden Mißton zu entfernen, der ein brüderliches Einverständniß mit allen wackern Bürgern des Landes stören könnte. Wir haben mit ihnen nur eine Gesinnung, eine Hoffnung, ein Ziel: in Treue zu unserm Fürsten, in Hingebung an unser theures Vaterland festzustehen in dem entschiedenen Anstreben nach jenen Freiheiten, die der mächtig fortschreitende Geist der Zeit zum Wohle des deutschen Vaterlandes gebieterisch verlangt."[233] So sehr aus dieser Erklärung die Treue zum Großherzog sprach, so sehr ließ sie aber ebenfalls erahnen, welche Hoffnungen auch die Residenzbewohner an die Bestrebungen dieser Wochen knüpften. So mahnte der Gemeinderat Minister Bekk, die Zusicherungen des 1. März zu verwirklichen. Wahrscheinlich die Mehrheit der Karlsruher stand hinter den Märzforderungen, wie auch eine Bürgerversammlung zu einer Besprechung „der Angelegenheiten des Vaterlandes" belegte, zu der „mehrere Bürger" am 14. März auf das Rathaus luden. Unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Daler beratschlagte man die Bürgerbewaffnung und bestimmte durch Stimmzettelwahl 30 Delegierte für eine demnächst anstehende Versammlung in Offen-



Die Karlsruher Bürgerwehr: Obere Reihe das I. und II. Banner, mittlere Reihe das III. Banner (= Feuerwehr), untere Reihe Artillerie und Scharfschützen.

burg. Zu dieser Versammlung am 19. März hatten einige Mannheimer und Freiburger Fortschrittler – darunter Adam von Itzstein, Karl Theodor Welcker, Friedrich Hecker und Joseph Peter – von Karlsruhe aus aufgerufen. In dem dazu von Gustav Struve verfaßten Text hieß es: „Die freiheitlichen Bestrebungen des badischen Volkes entbehren der Einigung …

Unter diesen Umständen ist zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der Rechte des Volkes ein Zusammentreten aller Freunde des Vaterlandes nothwendig, wenn sich nicht der gute Geist zersplittern oder gar von feindseligen Umtrieben unterdrückt werden soll."[234] Wie sehr zersplittert schon der „gute Geist" auf dieser ersten, badenweiten Landesvolksversammlung war, bewies auch die schließlich 200 Mann große Karlsruher Delegation, die ohne Fahne anreiste, da man sich nicht einigen konnte, welche Gestaltung sie haben solle – mit Reichsadler oder schwarz-rot-gold.[235] Auf der Offenburger Versammlung, welche u. a. die Errichtung eines Zentralausschusses zur Schaffung von demokratischen Orts- und Kreisvereinen und damit den Aufbau einer revolutionären landesweiten Organisation beschloß, spielten die Karlsruher keine besondere Rolle.

In den nun folgenden Tagen spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen den Liberalen und den Demokraten zu, zumal sich die Republikanhänger im Frankfurter Vorparlament nur schwach vertreten sahen und auf die Abschaffung der Monarchie drängten. Am 8. April 1848 ließ der neu ernannte Minister Karl Mathy den radikaldemokratischen Redakteur der „Seeblätter" Joseph Fickler in Karlsruhe auf dem Bahnhof verhaften. In der allgemeinen Aufregung über diesen Schritt legte der Karlsruher Gemeinderat am 9. April eine Petition an den Landtag im Rathaus aus, die schließlich 1.916 Unterschriften trug: „Heilige Pflicht ist es, offen den verabscheuungswürdigen Bestrebungen entgegen zu treten, welche durch Aufreizung ganzer Volksklassen die Gräuel des Bürgerkriegs in unser schönes Vaterland schleudern, ... Aus vollem Herzen danken wir den Vertretern des Volks für die Unterstützung, welche sie einer die Freiheit schützenden Regierung zugesagt haben. Wir schenken dieser Regierung unser vollkommenes Vertrauen, und mit Freuden dem Beispiele Mannheims folgend, erklären wir, daß auch wir bereit sind, wie bisher, die Ehre der Stadt und des Vaterlandes, so viel in unsern Kräften steht, vor dem Flecken der Rohheit und Anarchie zu bewahren, fest zu halten an der beschworenen Verfassung und jedem gewaltsamen Versuch zum Umsturz unserer freien Staatseinrichtung und der bürgerlichen Ordnung kräftig entgegenzutreten."[236]

Entsprechend dieser von fast 2.000 Karlsruhern unterzeichneten Absage an republikanisch-demokratische Tendenzen bzw. deren gewaltsame Durchsetzung geriet die Reaktion der Einwohnerschaft auf die Nachrichten vom Hecker-Zug. Als die am Gefecht gegen die Freischärler bei Kandern beteiligten Soldaten des Leibregiments nach Karlsruhe zurückkehrten, wurden sie von der Bürgerwehr feierlich begrüßt und zum Schloß begleitet, wo man dem Landesherren und den Truppen ein Hoch ausbrachte.[237] Auch Struves Versuch, im September 1848 in Lörrach die Republik auszurufen, fand keine Unterstützung bei der Mehrheit der Karlsruher.

Neue politische Vereine[238]

Zu den Märzerrungenschaften zählte die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, so daß nun explizit politische Vereine gebildet werden konnten, ohne daß das Vereinsgesetz von 1833 formell abgeschafft wurde. Sehr schnell entstanden jetzt entlang den politischen, sozialen und konfessionellen Trennlinien neue Zusammenschlüsse, welche die Radikalen von den Gemäßigten, die Männer von den Frauen trennten. Auch in Karlsruhe gab es – trotz aller die Stadt prägenden Gemäßigtheit – politische Zusammenschlüsse der unterschiedlichen Richtungen. In den ersten Wochen meinte man noch, eine alle gemeinsam umschließende Organisation aufbauen zu können. So beschloß die schon erwähnte Bürgerversammlung vom 15. März auf dem Rathaus die Bildung eines vaterländischen Vereins. Nach der Offenburger Versammlung vom 19. März, auf der die Gründung von Vereinen überall im Land beschlossen worden war, erhielt der Entschluß der Bürgerversammlung, der noch nicht umgesetzt worden war, neue Brisanz. Im „Karlsruher Tagblatt" vom 23. März 1848 erschien die „Anfrage": „Will die

Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe zurückbleiben?" Die Offenburger Versammlung habe beschlossen, „daß sich in jeder Gemeinde des badischen Landes ein vaterländischer Verein bilden solle, dessen Aufgabe ist, für die Bewaffnung, die politische und soziale Bildung des Volks, sowie für die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen." Daran schloß sich die Aufforderung, einen solchen Verein zu gründen, „aber bald, denn die Zeit drängt; – und auf eine Weise, die dem Zweck eines solchen Vereins entspricht, nämlich mit unbedingter Öffentlichkeit und mit unbedingtem Recht der Theilnahme für Jeden, der in Karlsruhe wohnt."

Noch gab es keine richtungspolitisch festgelegten Organisationen in Karlsruhe. Es erschien ein Aufruf an die „Mitbürger", durch den „sämmtliche hiesige Gemeinde- und Staats-Bürger ... in den Saal des Bürgervereins zur Gründung eines vaterländischen Ortsvereins" geladen wurden. Beschwerden dagegen gab es lediglich von „mehreren Bürgern anderer deutscher Staaten" darüber, daß sie von dieser Einladung ausgenommen waren.[239] Darauf entgegnete ein Karlsruher Bürger, daß das Ziel des neu zu gründenden Vereins lediglich sein könne, „vor Allem an unser allernächstes Vaterland, an unsere von Groll, Haß und Mißgunst angefeindete, vielfach bedrohte Vaterstadt zu denken, damit uns nicht, während wir uns in der weitesten Politik herumtreiben, unverteidigt die wenigen dürftigen Nahrungszweige noch vollends entrissen werden." Vielmehr sei geplant, daß die Lokalvereine ihre Anliegen an den Bezirks- und dieser an den Kreisverein weitergebe.[240]

Damit war eine gewerbebürgerliche Richtung benannt, die der am 12. April 1848 konstituierte Karlsruher Vaterländische Verein später auch tatsächlich verfolgte. Zunächst waren noch die Vertreter aller politischen Richtungen eingeladen worden, doch schnell zeigte sich, daß in der Neugründung die Vertreter der konstitutionellen Monarchie die Mehrheit hatten, so daß sich die Demokraten in einem eigenen Verein zusammenfanden (siehe unten).

Der Vaterländische Verein

Der Karlsruher Vaterländische Verein forderte vor allem, daß für die Regierungsform Deutschlands ein aus wahren und unverfälschten Volkswahlen hervorgegangenes deutsches Parlament entscheidend sei.

Da die Gründung des Vereins trotz seiner gemäßigten Programmatik mit dem auf der Offenburger Versammlung initiierten, von den Demokraten dominierten Zentralausschuß Vaterländischer Vereine in Zusammenhang gebracht wurde, riefen einige Karlsruher Konstitutionelle den Badischen Volksverein ins Leben und forderten die Mitglieder des Vaterländischen Vereins auf, sich klar von Hecker und Struve abzugrenzen sowie den Namen zu ändern. Der Badische Volksverein tauchte später nicht mehr auf, offensichtlich hatte man sich einigen können, zumal der Name „Vaterländischer Verein" auch landesweit bald ohnehin die gemäßigte Richtung benannte.[241] In dem Vorstand des Vereins, der am 11. Mai immerhin 400 Mitglieder zählte, war mit Oberbürgermeister Daler, Münzrat Ludwig Kachel, Advokat Rudolph Kusel und den Gemeinderäten Jakob Malsch und Karl Männing die Stadtelite vertreten. Das Amt des Rechnungsführers hatte der ehemalige Gemeinderat Eduard Koelle inne, der auch in der Bürgerwehr aktiv war.[242] Später war auch Viktor von Scheffel im Vorstand des Vereins, den er auf der Offenburger Versammlung am 12. Mai 1849 vertrat. Nach anfänglich großem Einsatz u. a. im Spendensammeln für eine deutsche Flotte oder durch öffentliche Stellungnahmen zu politischen Ereignissen erlahmte die Aktivität.

Die „Vaterländischen Vereine" hatten vor allem in den großen Städten Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg Erfolg. Die Vereinsgründungen gingen häufig – wie z. B. in Durlach, das bis dahin noch keinen Verein dieser Art, dafür aber einen sehr aktiven demokratischen Bürgerverein hatte – von den lokalen Beamten aus.[243]

Anders als den Demokraten fiel es den Konstitutionellen ausgesprochen schwer, eine

überregionale oder landesweite Organisationsstruktur aufzubauen. Ab Herbst 1848 – zu diesem Zeitpunkt hatte der Karlsruher Verein weiterhin 300–400 Mitglieder[244] – versuchten die Konstitutionellen, eine landesweite Organisierung zu erreichen. Im Volksmund nannte man sie nach einem der Vornamen des Innenministers Bekk „Baptisten", womit die Regierungsnähe dieser Vereine geächtet werden sollte. Ende Oktober 1848 trafen sich in Baden-Baden auf Einladung des Karlsruher Vereins Vertreter der Vaterländischen Vereine Mannheim, Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Kandern und Sulzburg, um einen Landesverein ins Leben zu rufen, dem später noch die Vereine aus Heidelberg, Eppingen und Rheinbischofsheim beitraten.

Ihre Hauptausrichtung lag nun auf der nationalen Ebene und auf der Anerkennung der Reichsverfassung, was angesichts der Zuspitzung der Verhältnisse im Frühjahr 1849 nur wenig Attraktivität ausübte. Als am 9. April 1849 in Karlsruhe eine Delegiertenversammlung dieser Vereine stattfand, hatten sich nur 32 Vereine mit geschätzten 4.000 Mitgliedern der Zentralorganisation mit „Vorort" in Mannheim angeschlossen. Die Karlsruher Versammlung verfaßte eine Adresse an die „deutschen Bruderstämme", an die Nationalversammlung und an den Großherzog für die Anerkennung der Reichsverfassung. Immerhin erreichte die Petition gegen die Auflösung der Zweiten Kammer einige Wochen später rund 8.000 Unterschriften.[245]

Da die Konstitutionellen die revolutionären Erhebungen des Mais 1849 ablehnten, stellten sie zu diesem Zeitpunkt ihre Tätigkeit ein.

Der Katholische Verein[246]

In das Jahr 1848 fallen auch die badischen und die Karlsruher Anfänge einer politischen Organisation der Katholiken, welche die modernen Formen wie Vereins- und Petitionswesen nutzten, um sich gegen die Eingriffe des Staates in kirchliche Angelegenheiten zu wehren. Durch die napoleonische Säkularisation, d. h. durch die Einziehung des Kirchenvermögens, und durch die Schaffung des protestantischen Staatskirchentums sah sich die katholische Kirche in Baden geschwächt. Seit 1827, d. h. seit der Errichtung des Freiburger Erzbistums, hatte Baden ein Landesbistum, dessen Grenzen mit denen des Staates übereinstimmten.

Eine weitere Erschütterung ihrer Autorität erfuhr die katholische Kirche seit 1844 durch die Entstehung der deutschkatholischen Bewegung, die in zahlreichen Städten – darunter auch Durlach – von der Kirche losgelöste Gemeinden gründete. Ihnen schlossen sich häufig Anhänger der Freiheitsbestrebungen der Zeit an; so gehörte Gustav Struve zur Mannheimer deutschkatholischen Gemeinde.[247] In Karlsruhe gab es einen solchen Zusammenschluß nicht.

In den Jahren der Revolution nutzten die Anhänger der katholischen Kirche die allgemeine demokratische Aufbruchsstimmung – auch in der Sorge, daß die Rechte ihrer Kirche in der in Frankfurt zu erarbeitenden Verfassung eingeschränkt würden –, um mit Petitionen Einfluß auf die Paulskirche auszuüben. Im Juli 1848 rief der katholische Landtagsabgeordnete Franz Joseph Buß den „Katholischen Verein in Baden" ins Leben. Das war der Beginn des organisierten politischen Katholizismus, der in Karlsruhe in dem Generallandesarchivdirektor und Historiker Dr. Franz Joseph Mone einen herausragenden Mann als Unterstützer hatte. Mone forderte schon 1843 einen katholischen Verein, der öffentlich agieren sollte. Er wurde der erste Vorsitzende des Karlsruher Zusammenschlusses, der im Herbst 1848 und im Frühjahr 1849 unregelmäßig zu Vereinssitzungen nach dem Gottesdienst einlud. Zweck des Vereins war „die Erhaltung und Belebung des kirchlichen Lebens unter den Katholiken." Er war einer der über 400 katholischen Vereine, die sich in Baden in kurzer Zeit bildeten. Da die Anhänger der römisch-katholischen Kirche, die „Ultramontanen" (Jenseits der Berge = Rom), sowohl den Radikalen als auch den Konstitutionell-Liberalen abwartend gegenüberstanden, konnten sie auch nach 1849 ihre Aktivitäten fortsetzen, die mit den 1860er

Jahren endeten, nachdem sich der politische Katholizismus als Partei formierte und zahlreiche auf bestimmte Aufgaben spezialisierte katholische Vereine entstanden waren.

Die Demokraten[248]

Nicht alle Karlsruher waren Anhänger der Monarchie, es gab auch in der Haupt- und Residenzstadt Vertreter der Ideen von Struve und Hecker, wie der Arbeiterverein bewiesen hatte. (siehe oben) Laut Fecht trafen sich die „demokratischen Wühler" schon vor Beginn der Revolution beim „Affenmüller" in der Zähringerstraße.[249]

Kurze Zeit nach Gründung des Vaterländischen Vereins riefen auch die Karlsruher Anhänger einer sozialreformerischen Republik einen Verein ins Leben, über den allerdings nur in der radikalen „Mannheimer Abendzeitung" berichtet wurde. Anders als im benachbarten Durlach, das einen sehr starken demokratischen Verein hatte,[250] blieben die Karlsruher Radikalen eine Minderheit mit nur 100 Mitgliedern, die allerdings zeitweise für große Aufregung sorgten. Aktenkundig wurden insgesamt 114 Mitglieder, darunter neun Bürgerausschußmitglieder und zwei Gemeinderäte.[251]

Der am 15. April 1848 gegründete Verein legte im Mai sein Programm vor, das sich las, als sei es von Gustav Struve verfaßt worden. Es nahm im wesentlichen die Forderungen der Offenburger Versammlung vom September 1847 auf und wies den Verein als radikaldemokratisch und sozialreformerisch aus. Ziel der Vereinsarbeit sollte sein, „daß dem deutschen Volke seine Rechte endlich zu Theil werden. Dahin rechnen wir: Sicherheit des Eigenthums und der Person, Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle ohne Unterschied der Person, des Standes und der Glaubens." Explizit wurde auch die Beseitigung des „Nothstandes der arbeitenden Klasse und des Mittelstandes" und die „Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital" gefordert. Mitglied konnte – anders als im Vaterländischen Verein – jeder deutsche Staatsbürger werden. Der Vereinszweck sollte erreicht werden „durch alle gesetzlichen Mittel, welche geeignet [seien], die öffentliche Meinung zu Gunsten der demokratischen Grundsätze zu stimmen."[252]

Dementsprechend trat der Verein im April kurz nach seiner Gründung schon vor Veröffentlichung seines Programms im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung in Frankfurt in direkte Konfrontation zum Vaterländischen Verein. Er legte eine eigene Liste mit Kandidatenvorschlägen für Baden vor, denn: „Wir glauben nicht, daß eine Versammlung dem Vaterlande Gutes bringen kann, in welche Männer, wie die vom vaterländischen Verein vorgeschlagenen, gesandt werden." Die Vaterländischen hatten den Landtagsabgeordneten Bassermann vorgeschlagen.[253] Unter den von den Demokraten genannten Kandidaten fanden sich Adam von Itzstein, Lorenz Brentano und Josef Ignaz Peter. Vor allem aber eine Formulierung ließ die Öffentlichkeit aufschrecken und in der Folge große politische Differenzen auch innerhalb des Vereins deutlich werden. In dem Aufruf hieß es: „Deutschland wird die Republik haben; ob auf friedlichem Wege, ob über Blut und Leichen, das liegt in der Hand der Nationalversammlung." Diese Drohung mit einem Bürgerkrieg ließ auf Anweisung des Ministers Bekk vom 18. Mai die Polizeibehörden aktiv werden. Sie luden die Vereinsmitglieder zur Vernehmung vor, darunter den Mitbegründer und Gemeinderat Ziegler. Ziegler gab nun ebenso wie der Finanzassessor August Lamey und Kaufmann Franz Joseph Lanzano an, sie seien wegen dieses Aufrufs, der nicht mit dem Vereinsvorstand abgesprochen worden sei, aus dem Verein ausgetreten. Da auch alle weiteren vorgeladenen Vereinsmitglieder ebensowenig zur Aufklärung beitrugen wie die Wirte der Versammlungslokale, blieben die Ermittlungen ohne Ergebnis.

Für Ziegler und die Gemeindeverwaltung hatte dieser Vorfall allerdings Folgen. Am 23. April wurden an den „Gemeinderat Advokat Ziegler ... auf vertraulichem Wege mehrere Fragen" gerichtet, das Schreiben trug die

Unterschrift von 107 hiesigen Bürgern und einigen staatsbürgerlichen Anführern der Bürgerwehr.[254] Ziegler solle seine Einstellung zur konstitutionellen Monarchie offenlegen, denn man frage sich, wie er als demokratischer Gemeinderat die Interessen einer überwiegend konstitutionell-monarchisch eingestellten Einwohnerschaft vertreten könne. „Eine bestimmte, in ganz klaren unzweideutigen Ausdrücken abgefaßte Erklärung über diese Punkte, eine offene Darlegung ihres politischen Glaubensbekenntnisses, ohne Rückhalte und Halbheiten, erwarten die Unterzeichneten", die – als eine Antwort auf sich warten ließ, erneut darum ersuchten. Gegen dieses Ansinnen verwahrte sich Ziegler, da er „niemandem das Recht zugestehe", ihn als Privatmann um seiner „politischen Ansichten willen zur Rechenschaft zu ziehen" oder ihm „gar ein Glaubensbekenntnis abzunöthigen; solches Joch liegt schwerlich in Rußland auf dem Geiste." Allerdings übergab Ziegler das an ihn gerichtete Schreiben am 30. April dem Gemeinderat mit dem Ersuchen, ihn aus diesem Gremium zu entlassen. Dieser kam aber am 2. Mai einstimmig zu dem Beschluß, dem Gesuch nicht zu willfahren, sondern Ziegler für seine bisher dort geleistete Arbeit zu danken. Vielmehr bestätigte Oberbürgermeister Daler Ziegler namens des Gemeinderats, „redlich für die Erhaltung eines freien auf gesetzlicher Fortentwicklung beruhenden Zustandes, wie es die Völker Deutschlands errungen, und noch erringen werden, mitgewirkt" zu haben. Damit allerdings war die Angelegenheit noch lange nicht beendet, da sich nun zwölf Bürger, fast alle dem Gewerbebürgertum zugehörig, veranlaßt sahen, die bisher gewechselten Schreiben samt Wahlaufruf des Demokratischen Vereins und einem Kommentar in einer Extrabeilage der Karlsruher Zeitung am 21. Mai 1848 zu veröffentlichen. Sie beharrten auf einem politischen Bekenntnis Zieglers. Dieser antwortete nun in der gleichen Zeitung wenige Tage später und berichtigte, daß er als Folge des Wahlaufrufs nicht mehr Mitglied des Demokratischen Vereins sei, ansonsten aber die anmaßende Gesinnungsschnüffelei zurückweise. Falls er nicht das Vertrauen der Bürgerschaft genieße, so solle man ihm ein Mißtrauensvotum geben, er trete dann zurück.[255] Oberbürgermeister Daler fühlte sich jetzt der Konfliktsituation nicht mehr gewachsen und trat zurück. Da Stadtverrechner Schwab wegen seines vorgerückten Alters ebenfalls sein Amt zur Verfügung stellte, konnte Daler seine vorherige Tätigkeit wieder aufnehmen. Schwabs Rücktritt als Stadtverrechner führte zu Spekulationen über seine Rechnungsführung, wogegen er sich aber verwahrte.[256]

Für die nun notwendig gewordene erneute Oberbürgermeisterwahl wurden drei Namen genannt: Gemeinderat Ziegler für die Demokraten, Gemeinderat Malsch, Mitglied des Vaterländischen Vereins, für die Konstitutionellen und erneut der Karlsruher Landtagsabgeordnete und spätere Minister August Lamey. Beim ersten Wahlgang am 19. Juni erhielt Lamey mit 86 der 134 die meisten Stimmen, gefolgt von Ziegler mit über 30 und weit abgeschlagen Malsch mit nur 12 Stimmen.[257] Lamey lehnte die Wahl ab, bei dem zweiten Wahlgang am 4. Juli erhielt Ziegler 32 und Malsch 97 der insgesamt 131 abgegebenen Stimmen (zwei Stimmen wählten abweichend). Diese Wahl gab die politischen Kräfteverhältnisse im Karlsruher Bürgerausschuß wieder, die sich bei den Erneuerungswahlen für den großen Bürgerausschuß im November und Dezember 1848 bestätigten. Ziegler wurde zu diesem Zeitpunkt nicht wiedergewählt (siehe unten).

Da die Demokraten in Karlsruhe auf wenig Unterstützung hoffen konnten, fanden die größeren Versammlungen in den umliegenden Städten statt wie z. B. der Demokratentag in Ettlingen am 16. Juli 1848. Am Abend dieses Tages kehrten die 50 bis 60 Karlsruher unter Hecker-Rufen in die Stadt zurück, bis sie von der Gendarmerie und Polizei auseinandergetrieben wurden.

Nachdem Großherzog Leopold am 22. Juli 1848 alle demokratischen Vereine in Baden verboten hatte, mußte auch der Karlsruher Zusammenschluß aufgelöst werden, ohne daß

damit die Aktivitäten der Radikalen unterbrochen wurden. Sie traten nicht nur durch Katzenmusiken vor den Fenstern unliebsamer Adliger[258] auf, sondern vor allem durch die Gründung eines „Volksvereins", der auch den Behörden als Fortsetzung des demokratischen Vereins galt.[259] Der Verein hatte weiterhin die Schwierigkeit, daß ihn die örtliche Presse bis auf den sich weiter radikalisierenden „Stadt- und Landboten" nicht berücksichtigte. Erst mit Erscheinen des „Verkündigers" seit Beginn des Jahres 1849 fand er sich vertreten. Seine Mitgliederzahl lag zwischen 80 bis 110 – andere Angaben lautete auf 60 oder auch 150 Mitgliedern[260], die weiterhin unter polizeilicher Beobachtung standen. So wurden wiederholt der Vereinsvorsitzende Hermann Goll und auch das Mitglied Franz Joseph Lanzano einmal verhaftet. Der 1825 geborene Hermann Goll war Rechtskandidat und arbeitetete neben seiner Vorstandstätigkeit im Deutschen Verein noch als Redakteur des radikaldemokratischen Blattes „Der Verkündiger."[261] Der 1809 geborene Lanzano lebte seit 1841 als Essigfabrikant in Karlsruhe und war sowohl im Arbeiter- als auch im Turnverein aktiv. Zu den Mitgliedern des Volksvereins bzw. des Deutschen Vereins zählten auch der 1804 geborene Rechtsanwalt Johann Konrad Dürr und der Student Karl Fiala. Der Buchhändler Max Fiala war Präsident des Demokratischen Vereins. Auch der 1825 geborene Aron Frank, ebenfalls im Vorstand des Vereins, war Redakteur beim „Verkündiger." Die Bierbrauer Jakob Georg Clever und Ludwig Müller, die schon Ende Februar 1848 in Zusammenhang mit Aktivitäten des Arbeitervereins verhaftet worden waren (siehe oben), waren ebenfalls Mitglieder.

Da der Volksverein in Karlsruhe offensichtlich unter den Ortsbürgern zu wenig Unterstützung fand, versuchten die Demokraten, diese durch eine Neugründung zu gewinnen, durch den am 21. Januar 1849 ins Leben gerufenen „Demokratischen Verein", in den alle Selbständigen eintreten konnten. Am 4. Februar 1849 rückte der Verein im „Verkündiger" die „Erklärung und Aufforderung" ein, daß die Neugründung an die Stelle des Volksvereins trete und daß die Arbeiter, die nicht im Ortsbürgerrecht waren, dem zeitgleich entstehenden „Arbeiterverein" beitreten sollten.[262] Der „Deutsche Verein" lehnte als Demokratenzusammenschluß die Paulskirchenlösung, den preußischen König zum Kaiser zu machen, rigoros ab.

Der Versuch, durch diese politische Strategie auch das Gewerbebürgertum für die Ideen der Demokratie gewinnen zu können, war in Karlsruhe nicht erfolgreicher als vorher. Dem „Demokratischen Verein" gelang es allerdings, in den umliegenden Gemeinden Knielingen, Rintheim und Mühlburg Zweigvereine zu initiieren.

Der Arbeiterverein[263]

Das Verbot des Arbeitervereins vom 29. Februar 1848 (siehe oben) hatte nicht zur Folge, daß die Aktivitäten der Demokraten der unterbürgerlichen Schichten und der neu entstehenden Schicht der Fabrikarbeiter in der Stadt beendet waren. Schon Ende März 1848 versammelten sich mehrere Hundert im „Promenadenhaus" und forderten in einer Adresse an das Frankfurter Vorparlament neben sozialer Gerechtigkeit: „Freiheit, Gleichheit, Verbrüderung! Wir fordern die Versammlung zu Frankfurt auf, die republikanische Verfassung zu proklamieren."[264]

Besonders die Arbeiter der Keßlerschen Maschinenfabrik blieben in den Augen einer verängstigten Bürgerschaft ein Unruheherd. Eine „Erklärung" mehrerer Bürger im „Karlsruher Tagblatt" vom 18. April 1848, daß man die Arbeiter nicht für „Unruhestifter" halte, ihnen vielmehr danke „für die ruhige und verständige Haltung, die sie bis jetzt zeigten", las sich dann auch mehr wie eine Beschwichtigung denn als Ausdruck von Gelassenheit. Darauf folgte in derselben Zeitung am 20. April 1848 eine Erklärung von „mehreren Arbeitern der Keßler'schen Fabrik", daß sie mit Freuden gelesen hätten, daß das „ruhige und besonnene Verhalten der Keßler'schen Arbeiter" anerkannt werde. Die große Fremdheit zwischen Bürgerschaft und Arbeitern fand aber auch

ihren Ausdruck: „Eine große Kluft trennte bisher die Bürger Karlsruhe's von dieser Arbeiterklasse. ... Jeder Billigdenkende wird eingestehen müssen, daß unverdiente Mißachtung, Verdächtigungen etc. diese Kluft herbeigeführt haben. Waren nicht in jüngster Zeit die Fabrikarbeiter der Gegenstand empörender Gerüchte, wurden ihnen nicht fortwährend böse Absichten, Demonstrationen etc. zur Last gelegt?" Die Erklärung endete mit dem Wunsch, daß die ganze Bürgerschaft Karlsruhes begreifen möge, „daß das Herz der Arbeiter unter der Blouse eben so gut für Recht, Freiheit und Ordnung zu schlagen im Stande ist, als das des befrackten und besternten Diplomaten." Daraufhin meldeten sich die Arbeiter der Wagenfabrik Schmieder und Mayer zu Wort, um anzudeuten, „daß außer den Keßler'schen Arbeitern noch viele andere hier beschäftigt" seien, „über deren Betragen nichts Nachtheiliges gesagt werden kann." Die Erklärung endete mit einer stolzen Abweisung: „Wir werden übrigens auch ferner, wie bisher, nach unserer Überzeugung denken und handeln, und weder Lob noch Tadel von Seiten mehrerer Bürger können die Richtung unserer Handlungsweise bestimmen."[265]

Im August 1848 konnte das Polizeiamt gemeinsam mit Oberbürgermeister Malsch und Fabrikant Keßler nur unter Einsatz von Polizei, Gendarmerie und bewaffneten Pompiers eine Katzenmusik vor dem Haus des großherzoglichen Postrats Mittermaier verhindern. Es war das Gerücht aufgekommen, Mittermaier habe elf Lokomotiven in England bestellt und dadurch den Keßlerschen Arbeitern Verdienst und Arbeit entzogen.[266]

Das waren Vorboten der Arbeiterbewegung, deren Anfänge in dieser Zeit in vielen Städten Deutschlands zu spüren waren. Die Frage der Arbeitervereinigung lag in der Luft und wurde am 28. Januar 1849 in Heidelberg auf einem südwestdeutschen Kongreß beraten, an dem auch Delegierte des Karlsruher Volksvereins teilnahmen. Nachdem sich der „deutsche Verein" gegründet hatte mit dem Aufruf, dem zeitgleich entstehenden Arbeiterverein beizutreten, wurde erneut im Februar 1849 ein solcher Zusammenschluß ins Leben gerufen. Er hatte rund 60 Mitglieder, die sich an der Stürmung des Zeughauses am 13. Mai 1849 (siehe unten) beteiligten. Zudem rief der Verein am 2. Juni 1849 zur Bildung einer Arbeiter-Kompagnie auf, die sich dem vom Deutschen Verein seit dem 11. Mai 1849 aufgestellten Frei-Korps anschloß, um gegen die Preußen und Reichstruppen zu kämpfen.

Der Turnverein

Die Mitglieder des 1846 gegründeten Allgemeinen Turnvereins bekannten sich mehrheitlich zur Demokratie und standen damit den Radikalen nahe. Manche Turner waren zugleich Mitglied im Demokratischen Verein oder im Arbeiterverein. Dazu zählte der Bierbrauer Peter Müller und Franz Joseph Lanzano.[267]

Weniger durch das Turnen als durch „dringende" Einladungen an „sämtliche Vereinsmitglieder", wegen der „Wichtigkeit der Sache" auf Versammlungen zu erscheinen, traten sie nun an die Öffentlichkeit.[268] Die zahlreichen Zusammenkünfte deuteten auf eine verstärkte politische Aktivität, die sich gemäß der Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung auch in Waffenübungen niederschlug. Als diese durch das neue Bürgerwehrgesetz vom 1. April 1848 (siehe unten) verboten wurden, beschlagnahmte die Polizei die dabei verwendeten Sensen.[269]

Ende März 1848 berichtete die Mannheimer Abendzeitung, daß der Karlsruher Turnverein – ähnlich wie der Arbeiterverein – sich mit einem Schreiben an das Frankfurter Vorparlament wandte, um sich für die Einführung der Republik einzusetzen und seine tatkräftige Mitwirkung zu versprechen. Gegen die Gerüchte, die den Turnern anarchistische Bestrebungen unterstellten, verwahrten sich diese allerdings am 23. April 1848 nach dem niedergeschlagenen Heckerzug.[270]

Die zunehmende Politisierung der Vereinsarbeit, vielleicht auch die politische Richtung schreckte einen Teil der Mitglieder ab, die daraufhin am 1. August 1848 einen weiteren, den

Karlsruher Turnverein gründeten, dessen Statuten mit dem Satz begannen: „Die Politik ist dem Verein fremd."[271]

Mannesmut und Frauenmilde – Frauenvereine

Die revolutionäre Begeisterung erfaßte auch die Frauenwelt, die angesichts des männlich geprägten poltischen Geschehens – Turn- und Gesangvereine waren ebenso wie die politischen Vereine und die Bürgerwehr Männerzusammenschlüsse – eigene Wege und Handlungsspielräume entdeckte. Der Alltag erlebte eine weitgehende Politisierung, das Schmücken der Häuser, der Wohnung, der Essenstafel und der Kleidung in den Farben schwarz-rot-gold war eine von den Frauen gepflegte politische Artikulation. Die Geschäftsleute stellten sich schnell darauf ein, indem sie für entsprechende Stoffe warben.[272]
Vor allem stickten Frauen die Fahnen der neu entstehenden Vereine, die sie bei feierlichen Weihefesten überreichten.
Ihre tiefe Verbundenheit mit dem Vaterland drückten die Frauen auch in ihrem Einkaufsverhalten aus, indem sie nur noch deutsche Waren verlangten. Gleich mit Beginn der revolutionären Bestrebungen erschienen in den Karlsruher Zeitungen Anzeigen ortsansässiger Geschäfte, die – der „Aufforderung edler deutscher Frauen zufolge" – damit warben, deutsche Fabrikate anzubieten. Die Chr. Fr. Müller'sche Hofbuchhandlung warb für Etiketten mit der Aufschrift „Deutsches Fabrikat."[273]
Am 30. April 1848 bildete sich der „Frauenverein zur Unterstützung deutschen Gewerbefleißes", der auf seiner zweiten Versammlung am 26. Mai 1848 beschloß, durch „entsprechende Maßregeln" dahinzuwirken, „daß die Fabrikanten künftig Namen und Ort ihrer Erzeugnisse beisetzen."[274] Um dies zu erreichen, ließen sich die Frauen z. B. die Geschäftsbriefe zeigen, um sicher zu sein, daß man ihnen wirklich deutsche Ware präsentierte.
Zudem entschieden die Versammelten am 26. Mai, den Jahresbeitrag von 12 auf 24 Kreuzer zu verdoppeln und das Geld für die deutsche Flotte zu spenden. Um für sich zu werben und vielleicht auch Druck auf die auszuüben, die noch nicht beigetreten waren und noch keinen Beitrag geleistet hatten, veröffentlichten die Frauen ihr Mitgliederverzeichnis. Auf der 237 Namen umfassenden Liste finden sich neben einigen Adligen vor allem die Familiennamen der bürgerlichen Stadtelite wie Daler, Dollmätsch, Eisenlohr, Füeßlin, Klose, Knittel, Koelle, Leichtlin, Sachs, Seubert und Wieland. Den gewählten Vorstand bildeten Frau Bürklin, geb. Fecht, Frau Kammerer geb. Keller, Frau Daler, geb. Katz und Frau Gerwig, geb. Beger.
Der Verein war national und monarchisch eingestellt, seine Wirksamkeit blieb recht beschränkt. Als sich der Verein am 31. Juli 1849 auflöste, hatte er insgeamt 86 Gulden 34 Kreuzer eingenommen, davon waren 70 Gulden für die Gründung der deutschen Flotte bestimmt und 11 Gulden 10 Kreuzer den „verwundeten preußischen Kriegern" übergeben worden. Dem eigentlichen Vereinszweck – der Unterstützung des deutschen Gewerbefleißes – konnten die Frauen kaum nachkommen. Sie gaben über die Presse bekannt: „Wir mußten die Überzeugung gewinnen, daß unsere Wirksamkeit für den bezeichneten Zweck sich auf den Ankauf unserer Bedürfnisse in deutschen Waren beschränken muß, und daß wir mehr umfassende Tätigkeit den geeigneten Behörden überlassen müssen." Mit der Bitte an alle Frauen, nur deutsche Waren zu kaufen, gaben sie ihre Vereinsauflösung bekannt.[275]

Der Elisabethenverein[276]

Sehr viel erfolgreicher war der andere in dieser Zeit gegründete Frauenverein, der von vornherein den weiblichen Aktionsradius als Ausgangspunkt der eigenen Aktivitäten benannte: Am 18. April 1848 erschien im „Karlsruher Tagblatt" ein „Aufruf einiger Jungfrauen" an die „Mitschwestern": „Alles drängt zu Vereinen um unser theures Vaterland einig, stark und groß zu machen. Indeß nun die Männer mit den Waffen oder der Feder öffentlich wirken, könnten nicht auch wir im bergenden

Schatten der Häuslichkeit durch stilles freudiges Opferbringen am großen Werke mithelfen?“ Es sollte eine Jungfrauenkasse gegründet werden, „worin Jede, ohne Unterschied des Standes, je nach ihren Mitteln, eine größere oder kleinere Gabe einlegte.“ Die so gewonnenen Mittel sollten brotlosen Arbeitern zugutekommen. Der Verein wollte nur „hiesige Mitglieder“ aufnehmen, doch sei denkbar, daß sich in andern Städten andere Vereine gründeten, so daß am Ende eine „deutsche Jungfrauenkasse“ entstünde.

Der nun ins Leben gerufene „Verein zur Unterstützung bedrängter Arbeiterfamilien“ beschloß, sich als erstes der Arbeiterfrauen anzunehmen, die durch die Krankheit ihrer Angehörigen in Not geraten sind.[277]

Maria Josephine Scheffel, die Gründerin des Elisabethenvereins.

Aus diesem Verein ging der nach der heiligen Elisabeth genannte Elisabethenverein hervor, der sich später auf den 1. Mai 1848 als Gründungstag berief, da an diesem Tag die Satzungen verabschiedet wurden. Diesem unter dem Vorsitz von Maria Josephine Scheffel, der Mutter des Dichters Viktor von Scheffel, gebildete Zusammenschluß schlossen sich ebenfalls Angehörige der Stadtelite an, die meinten, durch organisierte Wohltätigkeit den sozialen Unmut auffangen zu können. Noch Jahrzehnte später hieß es in einer Selbstdarstellung des Elisabethenvereins, die Gründung sei in die „verhängnisvolle Zeit“ gefallen, „in welcher in Folge vorangegangener Mißjahre und damit verbundener Teuerung Mangel, Not und bange Sorge vor der nächsten Zukunft auf vielen braven Arbeitern und Arbeiterfamilien um so schwerer lasteten, als auch durch die Erregtheit und Unsicherheit der politischen Zustände Handel und Verkehr ins Stocken gerieten und manche Erwerbsquelle zum Versiechen gebracht wurde.“[278]

Anders als der Frauenverein zur Unterstützung deutschen Gewerbefleißes sollten die Namen der Mitglieder nicht öffentlich genannt werden. Die Verwendung der eingehenden Geldbeträge sollte ein gewählter Ausschuß von zwölf Jungfrauen, drei Beiratsfrauen und drei Beiratsherren beschließen. Dem ersten am 8. November 1848 gewählten Ausschuß gehörten neben Maria Josephine Scheffel noch die Ehefrauen von Staatsrat Bekk, Kanzleirat Bingner und Münzrat Kachel und sechs unverheiratete Frauen an. Die Mitgliederzahl wuchs rasch von 148 im Gründungsjahr auf 224 im Jahr 1851/52.

Organisation und Grundsätze der Vereinsarbeit ähnelten denen des Sophien-Frauenvereins. Die 1876 revidierte Satzung beschrieb als Aufgabe, „solchen Individuen, welche in Karlsruhe wohnen und durch Händearbeit ihren täglichen Verdienst sich erwerben müssen, aber durch eigene oder ihrer Angehörigen Erkrankung, Gebrechlichkeit oder Verunglückung außer Stand sind, ihre nöthigsten Lebensbedürfnisse sich zu erwerben, – welchen Glaubens sie seien – in rettender Liebe in ihren Wohnungen zu Hilfe zu eilen, nach genauer persönlicher Prüfung ihre leibliche und zugleich auch ihre sittliche Noth zu lindern und sie wieder aufzurichten und zu stärken für

ihren Lebensberuf." Nur Jungfrauen konnten „wirkliche Mitglieder" werden, Frauen stand „der Eintritt als Ehrenmitglieder frei." Das leitende Komitee bestand aus zwölf Jungfrauen, sechs Frauen und drei Beiräten. Wie der Sophien-Frauenverein unterhielt der Elisabethenverein in seiner Arbeit enge Verbindung mit der öffentlichen Armenpflege, auch er trat als Verein dem 1859 gegründeten Badischen Frauenverein bei (siehe unten).

Demokratinnen

In den beiden bisher genannten Vereinen trafen die Frauen zusammen, welche die radikaldemokratischen Ideen ablehnten. Doch auch die Anhängerinnen der Revolution meldeten sich in Karlsruhe zu Wort. Am 17. Juni 1849, d. h. kurz vor Eintreffen der Preußen, erschien ein Aufruf von Karlsruher Frauen und Jungfrauen in der „Karlsruher Zeitung", in dem es hieß: „Unsere Brüder geben ihr Blut und ihr Leben der großen Sache der deutschen Freiheit und Einheit zum Opfer! Wir schwachen Frauen haben nur die besten Wünsche! Daß wir aber nicht ganz untätig zusehen und doch etwas nützen können, haben wir einen Verein hier gebildet, welcher die Aufgabe hat, Kleidungsstücke (Blusen und Hemden), für die Streiter der Freiheit zu fertigen."[279] Ganz in der Tradition der Freiheitskriege, die auch die weibliche Unterstützung durch Handarbeiten kannten (siehe oben), übten sich die Karlsruherinnen im revolutionären Handarbeiten. Sie nähten die Hemden der Freiheit. Unter den insgesamt 518 Karlsruher aktenkundig gewordenen Revolutionären waren lediglich vier Frauen.[280]

Aber es gab in Karlsruhe keine Ansätze einer eigenständig emanzipativen Organisation, welche die Rechte der Frauen thematisierte. Da sich während der Revolution von 1848/49 ohnehin nur sehr vereinzelt Frauen zu Wort gemeldet und die Gleichberechtigung gefordert hatten, waren die Karlsruherinnen die typischen Vertreterinnen der Zeit, die den sich kriegerisch gebenden Männermut mit Frauenmilde begleiteten.[281] Dies bestätigten sie nach dem Einmarsch der Preußen durch die Unterstützung der Verwundetenpflege, für die ihnen der königlich-preußische Oberst und Stadtkommandant von Brandenstein und die Verwaltungskommission des Unterstützungsfonds dankten.[282]

Wahlen – Nationalversammlung, Landtag und Rathaus

Während der revolutionären Monate mußten die Karlsruher Bürger mehrfach zur Wahl schreiten, für die Nationalversammlung im Frühjahr 1848, für die konstituierende verfassunggebende Versammlung in Baden im Mai 1849 und für die Kommunalgremien im Juni 1849. Hinzu kamen turnusmäßige Nachwahlen in den Bürgerausschuß. Dabei setzten sich regelmäßig die Vertreter der gemäßigten Richtung durch. Natürlich gingen den Wahlen zur Zweiten Kammer, zur Nationalversammlung in Frankfurt und badischen Verfassunggebenden Versammlung zahlreiche Zusammenkünfte voraus, um sich entsprechend der eigenen politischen Richtung abzusprechen.[283]

Zunächst schickten die Karlsruher im April 1848, nachdem zwei Karlsruher Abgeordnete zurückgetreten waren, Jakob Malsch und den Mannheimer Hofgerichtsassessor August Lamey als ihre Abgeordneten in den Landtag. Am 16. Mai 1848 wählten die Karlsruher Wahlmänner den liberalen Landtagsabgeordeten und evangelischen Pfarrer Karl Zittel als ihren Vertreter in die Frankfurter Nationalversammlung.[284]

Die in der Frankfurter Paulskirche verkündeten Grundrechte wurden am 12. Januar 1849 auch in Baden in Kraft gesetzt. Sie hoben u. a. die Einschränkungen der Versammlungs- und Vereinsfreiheiten auf und ermöglichten nun auch den jüdischen Männern, Gemeindeämter einzunehmen. Die Karlsruher hatten der badischen Übernahme der Grundrechte vorgegriffen, indem sie bei der Gemeinderatswahl, die den Erneuerungswahlen für den Bürgerausschuß im November und Dezember 1848 folgte, mit dem Obergerichtsadvokaten Veit Ettlin-

ger erstmals einen Angehörigen der jüdischen Gemeinde in das Gremium schickten. Bei dieser Wahl verlor der Demokrat Ziegler seinen Gemeinderatsposten, da er nur 52 der 133 Stimmen erhielt.[285]
Ziegler, inzwischen Zivilkommissär der Stadt, wurde dann allerdings im Juni 1849 bei einer Nachwahl im XIII. Wahlbezirk (= Stadt und Landamt Karlsruhe, Amt Ettlingen) in die verfassunggebende Versammlung gewählt. Mit ihm vertraten Lorenz Brentano (1644 Stimmen), Anton Christ (1158 Stimmen) und der Ettlinger Philipp Thiebauth (970 Stimmen) den Wahlbezirk. Der zuerst hier mit 603 Stimmen gewählte Josef Ignaz Peter hatte die Wahl abgelehnt. Bei dieser Wahl war die Wahlbeteiligung in Karlsruhe gering, was erklärt, daß sich hier radikale Demokraten durchsetzen konnten.[286]
Die von der Offenburger Versammlung im Mai 1849 verabschiedeten 16 Forderungen umfaßten auch die nach neuen Wahlen aller Gemeindevertretungen.[287] Die Demokraten hofften, dadurch hergebrachte kommunale Machtstrukturen und Mehrheitsverhältnisse auf den Rathäusern zu ihren Gunsten zu ändern. Die Karlsruher Gemeinderäte hatten schon am 14. Mai 1849 geschlossen ihre Ämter niedergelegt.
Am 12. Juni 1849 fanden in Karlsruhe die Bürgermeisterwahlen statt, zu denen nun alle Gemeindebürger wahlberechtigt waren. Dabei erhielten die amtierenden, der konstitutionellen Verfassung nahestehenden Männer, Oberbürgermeister Jakob Malsch und Bürgermeister Karl Helmle jeweils mehr als 1000 Stimmen, die radikalen Gegenkandidaten Dürr, Lanzano und Ziegler gerade 100 Stimmen.[288] Die Wahlen gaben damit eindeutig die Stimmung der Karlsruher Bürgerschaft wieder.
Acht Tage später waren die Bürger aufgerufen, im Rathaussaal zu erscheinen, um den Gemeinderat neu zu wählen. Zu diesem Termin erschienen nicht genügend Wähler, die Wahl mußte mangels Beteiligung wiederholt werden. Doch die auf den 23. Juni terminierte erneute Wahl fand nicht mehr statt.[289]

Die Bürgerwehr – der Bürger in Waffen[290]

Den eigentlichen Beitrag der Karlsruher Bürgerschaft zum Verlauf der Revolution leistete aber die Bürgerwehr, die treu zum Großherzog stand. Sie konnte zwar nicht verhindern daß der Großherzog floh, doch sorgte sie bei den Auseinandersetzungen zwischen dem gemäßigten Brentano und dem radikaldemokratischen Struve für die Unterstützung der provisorischen Regierung.
Noch am 29. Februar hatte der Oberbürgermeister Daler die Bildung einer bewaffneten Bürgerwehr initiiert, welche auf kommunaler Ebene die bald landesweit per Gesetz verfügte Volksbewaffnung vorwegnahm. War die Bürgerpatrouille in den ersten Tagen von Feuerwehrmännern und Schützen gebildet worden, so sollte der Kreis der Beteiligten schnell erweitert werden. Am 18. März konnten die Karlsruher im „Karlsruher Tagblatt" lesen, daß Gemeinderat und Bürgerausschuß beschlossen haben – weil „eine Bewaffnung der Bürger eine Nothwendigkeit" sei –, „daß unverzüglich eine Bürgerwehr zu errichten" sei. Alle Gemeindebürger bis 55 Jahre – ausgenommen sie seien krankheitsbedingt dienstuntauglich – waren dienstverpflichtet, Staatsbürger über 21 Jahre durften beitreten. Es wurden Kompagnien von 100 Mann in zehn Rotten mit zwei Hauptleuten und 10 Rottenführern gebildet, jede Kompagnie wurde aus allen drei Steuerklassen zusammengesetzt. Damit wurde eine soziale Gleichstellung aller Kompagnien erreicht. Die jeweiligen Offiziere sollten von den ihnen direkt Unterstellten gewählt werden, damit war die Märzforderung nach der Wählbarkeit der Offiziere im Militär umgesetzt. Zudem sollten ein neu zu errichtendes Scharfschützen-Korps und das schon bestehende Feuerwehr-Korps eine besondere Abteilung der Bürgerwehr bilden. Die oberste Leitung und das Recht der Zusammenrufung blieb dem Oberbürgermeister vorbehalten.[291]
Die Karlsruher Bürger zögerten allerdings, sich für die Bürgerwehr zu melden; so hatten sich am 21. März erst 39 Männer eingezeichnet.[292] Vier Tage später konnte der Gemeinde-

rat melden, daß die Aufstellung von acht Kompagnien zu je 100 Mann abgeschlossen war, die für den 31. März vorgesehene Wahl der Offiziere und Rottenmeister durch Stimmzettelabgabe auf dem Rathaus wurde aber bis zum neuen Wehrgesetz verschoben.[293] Das Gesetz trat am 1. April in Kraft, die Wahlen fanden am 16. April statt. Die Bürgerwehr war nun entsprechend dem neuen Landesgesetz in 14 Fähnlein mit je 120 Mann eingeteilt worden, die vier Banner bildeten. Neun Fähnlein oder zwei Banner stellten die eigentliche Bürgerwehr dar, drei Fähnlein oder ein Banner bildete die Freiwillige Feuerwehr, zwei Fähnlein oder das vierte Banner waren die Scharfschützen. Hinzu kamen die Artillerieabteilung der Bürgerwehr mit vier Geschützen aus dem Zeughaus und die Angehörigen der Feuerwehr der Keßlerschen Maschinenfabrik. Zum Heerscharenführer der insgesamt 2.000 Mann wurde der Obrist Konrad Gerber gewählt.[294]

Lange Zeit debattierte man über Machart und Farbe der Uniformen, die schließlich für die Bürgerwehr aus dunkelgrünem Waffenrock und Pickelhaube bestand. Die Scharfschützen trugen dunkelgrüne Waffenröcke und Tschakos, die Artilleriemänner dunkelblaue Waffenröcke und breitkrempige einseitig aufgeschlagene Hüte mit weißen Roßhaarbüschen, die Feuerwehrmänner dunkelgrüne Waffenröcke und Pickelhauben mit herabhängenden weißen Büschen und die Keßlerschen Feuerwehrmänner schwarzgraue Jacken und schwarze Pickelhauben.

Bis zum Beginn des Maiaufstandes übte sich die Bürgerwehr vor allem – neben Wachdiensten – im Exerzieren und in glanzvollen Aufmärschen wie z. B. zum Geburtstag des Großherzogs am 29. August. Am 8. Oktober übergab Großherzogin Sophie die vier Fahnen, die sie den vier Bannern der Bürgerwehr widmete und auf welcher die Worte gestickt waren: „Sophie / den treuen Bürgern/ Karlsruhes / zum Andenken / an den 29. Februar 1848."[295] Damit würdigte sie die Bemühungen des Oberbürgermeisters und Gemeinderats, die schon vor dem Bürgerwehrgesetz initiativ geworden waren.

So sehr sich die Bürgerwehr mit dem Großherzog verbunden fühlte und so sehr sie Bestrebungen wie die von Gustav Struve ablehnte, so sehr stand sie aber auch hinter der Reichsverfassung, welche in der Paulskirche erarbeitet und verabschiedet und von der badischen Landesregierung unter Großherzog Leopold anerkannt worden war. Als Truppen durch Baden marschieren sollten, um den Aufstand in der Pfalz für die Reichsverfassung niederzuschlagen, versammelten sich am 6. Mai Bürgerwehrmänner im Promenadenhaus, um mögliche Schritte zur Verteidigung der Reichsverfassung zu besprechen. Man bat den Oberbürgermeister, die Bürgerwehr zusammenzurufen, der sie für den 7. Mai nachmittags um zwei Uhr ohne Waffen in den Rathaussaal einbestellte. Unter dem Vorsitz von Malsch verabschiedete man eine Resolution, welche die Regierung „auf das dringendste" ersuchte, auf die Reichs- und die Landesverfassung vereidigen zu lassen und sich bei der „Centralgewalt" für den Schutz der Rheinbaiern, d. h. der Pfälzer einzusetzen. Auch wollte man einen Aufruf an die Bürgerwehren in Hessen und Württemberg richten, ähnlich wie die Karlsruher vorzugehen.[296]

In dem noch am 7. Mai 1849 verfaßten Appell an „die Bürgerwehren von Württemberg und Hessen" hieß es: „Kameraden! Durchdrungen von dem einmüthigen Gefühl, für das Vaterland und für die Anerkennung der Reichsverfassung, für welche jetzt der gesunde Theil der Nation sich wie Ein Mann erhebt, hat die Carlsruher Bürgerwehr beschlossen, ihre Regierung aufzufordern, die Verteidigung auf die Reichsverfassung in nächster Zeit gleich der auf die Landesverfassung vorzunehmen; sie hat sich bereit erklärt, die Reichsverfassung gegen jeden Angriff zu vertheidigen; sie hat insbesondere in Anbetracht der bedrohten Lage unseres Nachbarlandes Rheinbaiern [= Pfalz], das uns durch seine muthige Erhebung für die Reichsverfassung ein hervorragendes Beispiel deutscher Gesinnung gab, beschlossen, ihre Regierung zu schützenden Maßregeln für Rheinbaiern aufzufordern und durch dieselbe sich an die Centralgewalt zu

wenden, damit die Centralgewalt keinerlei Durchmärsche von Truppen solcher Staaten, die die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, nach Rheinbaiern gestatte.
... Kameraden! So laßt uns denn alle unter die schwarz-roth-goldene Fahne gegen jeden bösen Feind einstehen! Laßt uns einstehen für die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung, für deutsche Einheit und Freiheit, und laßt uns insbesondere unsere Brüder in Rheinbaiern nicht vergessen, die unter demselben Panier kämpfen, wie wir!"[297]
Auch der Vaterländische Verein bezog in einer Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt deutlich Stellung für die Reichsverfassung, währenddessen sich in Karlsruhe gleichzeitig ein „Verwaltungsrat des Karlsruher Freikorps" bildete, dem Mitglieder des Demokratischen Vereins wie Dürr und Lanzano angehörten. Deren Anliegen wurde aber vom Gemeinderat unter Hinweis auf die Bürgerwehr abgelehnt. Wer die Reichsverfassung verteidigen wolle, solle dieser beitreten.[298]
Am Morgen des 12. Mai 1849 wurden die Bürgerwehr und das in Karlsruhe liegende Militär gemeinsam auf die Reichsverfassung vereidigt. Noch am selben Abend begann der Aufstand der Karlsruher Garnison, ausgelöst durch die Ankunft Bruchsaler Truppen. Die Bürgerwehr verteidigte nun gegen die Aufständischen das Zeughaus, die kriegerischen Auseinandersetzungen hatten jetzt auch Karlsruhe erreicht.
Während der Zeit der provisorischen Regierung gab es wiederholt Versuche, die als großherzogstreu geltende Bürgerwehr zu entwaffnen, was allerdings Oberbürgermeister Malsch mit den Worten, man werden keinen Schuß schuldig bleiben, zurückwies. Der Landesausschuß mußte sich mit einer Reorganisation begnügen, die das Herausziehen des ersten Aufgebotes aller unverheirateter Männer und kinderloser Witwer bis zum 30. Lebensjahr vorsah. Die Neuwahlen der Offiziere der Bürgerwehr bestätigten die bisherigen Amtsinhaber, auch Oberst Gerber behielt den Kommandantenposten.
In den Mai- und Juni-Wochen 1849 kamen viele Truppen in die Stadt, darunter die sogenannte Schweizer Legion, in der sich die aus dem Schweizer Exil zurückgekehrten Demokraten zusammenfanden. Auf diese traf die Bürgerwehr am 6. Juni mit schußbereiter Waffe, als sie das Schloß verteidigte, das besetzt werden sollte. Sie wurde damit in die Auseinandersetzungen zwischen Brentano und Struve hineingezogen. Struve hatte den „Club des entschiedenen Fortschritts" ins Leben gerufen, der durch die in der Stadt weilenden Freischärler unterstützt wurde. Unter Beteiligung der Bürgerwehr wurden am Nachmittag des 6. Juni Struve und andere Mitglieder des „Clubs" für kurze Zeit verhaftet. Um Struve nun vor den Angriffen der Bürgerwehr zu schützen, auf den sich der Haß konzentrierte, mußte Brentano ihn persönlich in sein Quartier bringen. Struve verließ Karlsruhe wenige Tage später, um sich in die Pfalz zu begeben.
Inzwischen rückte der Krieg immer näher und stand am 25. Juni mit der Schlacht bei Durlach direkt vor den Toren der Stadt. Schon am Abend vorher hatte die provisorische Regierung die Stadt verlassen. Am 25. Juni fuhren Oberbürgermeister Malsch, einige Gemeinderäte, Oberst Gerber und der Bürgerwehradjutant Eduard Koelle dem Prinzen Wilhelm von Preußen auf der Durlacher Landstraße entgegen, um ihm für die Befreiung der Stadt zu danken. Prinz Wilhelm lobte besonders die Bürgerwehr, die noch am selben Abend vor ihm auf dem Schloßplatz mit klingendem Spiel vorüberzog und ihm ein dreifaches Lebehoch ausbrachte. Vergessen war das nur einige Wochen zurückliegende Bekenntnis zur Reichsverfassung. Zusammen mit den einquartierten königlich preußischen Truppen leisteten die Karlsruher Bürgerwehrmänner in den kommenden Wochen den Wach- und Sicherheitsdienst. Die Bürgerwehr wurde, da es für sie keine Aufgaben mehr gab, am 6. Juni 1851 aufgelöst. Auch die Karlsruher Einwohnerschaft bereitete den Preußen einen begeisterten Empfang.

Unter preußischer Besatzung – Flucht, Verfolgung und Verbote

Mit dem Einzug der Preußen begann die Zeit der preußischen Besatzung, die bis 1852 dauern sollte. So sehr sich die Karlsruher Bürgerschaft über die Rückkehr dessen freuten, was sie für Ordnung hielten, so sehr litten in der kommenden Zeit die Anhänger der Revolution.[299] Die preußische Armee und die bald wieder funktionierende großherzoglich-badische Zivilverwaltung verfolgten die Teilnehmer an der Mairevolution erbarmungslos und mit aller Härte. Neben Todes- und Zuchthausstrafen wurde ihr Vermögen beschlagnahmt, da sie für die auf drei Millionen Gulden berechneten Kosten der Revolution und deren Niederschlagung aufkommen sollten.

Die Demokraten flüchteten ins Exil, viele in die Schweiz und von dort weiter in die USA oder nach England. Im Karlsruher Rathaus waren diejenigen eingesperrt, die auf ihr standrechtliches Verfahren warteten, das oft mit der Todestrafe und fast immer mit Zuchthaus endete. Unter ihnen waren Georg Reininger, der Verleger des „Verkündigers" Jakob Friedrich Scholer und der Dichter Gottfried Kinkel. Während das Verfahren gegen Reininger noch 1849 ausgesetzt wurde, verurteilte das Gericht Scholer zu fünf Jahren Zuchthaus (später auf zwei Jahre reduziert) und Gottfried Kinkel zum Tode. Er konnte allerdings später nach England entkommen. Die bekanntesten Karlsruher Demokraten wurden zur Fahndung ausgeschrieben. So erschien am 17. Juli 1849 in der „Karlsruher Zeitung" die vom Karlsruher Stadtamt aufgestellte Liste der Gesuchten: „Die Advokaten Ziegler und Dürr, Kaufmann Karl Leichtlin, Steurer, Lanzano, Wieland, Schmied Kiesele und Werkführer Tridant von hier sind der Theilnahme an den jüngsten revolutionären Bewegungen im Großherzogthum Baden beschuldigt, und befinden sich auf flüchtigem Fuße, weshalb wir sämmtliche Polizeibehörden ersuchen, diesselben im Vertretungsfalle verhaften, und uns zuführen zu lassen."[300] Auf Verlangen des Gendarmerie-Kommandos wurde die Liste noch um die Mitglieder des ehemaligen Sicherheitsausschusses Fiala, Goll und Frank erweitert. Anfang August wurde das gesamte Vermögen der Gesuchten beschlagnahmt, im November wurden Ziegler und Dürr aus der Liste der Advokaten und Schriftverfasser gestrichen.

Alle Gesuchten wurden in Abwesenheit vom Hofgericht des Mittelrheinkreises zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Franz Joseph Lanzano setzte sich in die Schweiz ab, wo er wieder als Essigfabrikant tätig war. Er wurde in Abwesenheit zu acht Jahren Zuchthaus oder fünf Jahren und drei Monaten Einzelhaft verurteilt und erhielt 1857 im Rahmen einer Amnestie Straferlaß. Karl Theodor Ziegler floh über die Schweiz in die USA. Dort ließ er sich in Newark, New Jersey, nieder und arbeitete als Anwalt. Er starb 1882. Auch Aron Frank und der Verleger des „Verkündigers" Jakob Friedrich Scholer gingen in die USA. Johann Konrad Dürr wurde in Abwesenheit – er war von Frankreich aus in die Schweiz gegangen – zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt und kehrte nach seiner Begnadigung 1857 nach Karlsruhe zurück. Der Student Karl Fiala floh zunächst in die Schweiz, wurde jedoch 1851 in Karlsruhe verhaftet, zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt und im August 1841 wieder freigelassen. Der Buchhändler Max Fiala floh in die Schweiz und wurde in Abwesenheit zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach dem Einmarsch der Preußen war der königlich-preußische Oberst von Brandenstein als Stadtkommandant zuständig für alle Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Schon am 26. Juni verbot er alle politischen Vereine, Clubs und Versammlungen. Davon waren in Karlsruhe der Demokratische Verein, der Turnverein und der Arbeiterverein betroffen.[301] Bis auf die „Karlsruher Zeitung" blieb der „Druck von Flugschriften, Tagesblättern sowie jeder öffentliche Anschlag ohne meine spezielle Genehmigung strenge untersagt und verfallen die Drucker und Verbreiter, welche gegen diesen Befehl handeln, in die durch das Kriegsgesetz vorgeschriebene Bestrafung." In die Stadt kommende Fremde mußten sich bei dem Polizeiamt eine Aufent-

haltskarte aushändigen lassen, die nur 48 Stunden gültig war. Sämtliche Waffen mußten abgeliefert werden.[302] Der „Verkündiger" und der „Stadt- und Landbote" wurden verboten.

Längst nicht alle Einwohner Karlsruhes begrüßten die preußischen Besatzer und das Ende der Revolution freudig. Wiederholt wurden Plakate mit Verordnungen und Bekanntmachungen beschmutzt oder abgerissen. Besonders die Wirtshäuser behielt man im Auge, da hier drohte, daß Soldaten durch Freibier und aufrührerische Reden „verführt" werden konnten. Versammlungen, das Absingen revolutionärer Lieder und Raufereien konnten dazu führen, daß Gasthäuser für die Zeit des Kriegszustandes geschlossen wurden. So wurde die Bierbrauerei von Jakob Georg Clever auf „mehrere an die Stadtcommandantschaft ergangene Anzeigen" hin geschlossen und gegen Clever eine Untersuchung eingeleitet, da bei ihm Freibier ausgeschenkt, aufrührerische Reden geführt und das Heckerlied gesungen worden seien. Zudem habe man von neuem versucht, Soldaten und Gutgesinnte für die schlechte Parthei zu gewinnen. Da Clever ein bekannter Revolutionär war, der schon vor Beginn der Revolution dem Arbeiterverein nahestand und später Mitglied des Volksvereins war (siehe oben), ist zu vermuten, daß er von den Bürgern besonders mißtrauisch beobachtet wurde. Katzenmusiken waren ebenso verboten wie das Tragen von Kleidungsstücken oder Abzeichen wie rote Federn oder Kokarden, die auf eine revolutionäre Gesinnung schließen ließen. Die abendliche Sperrstunde wurde auf 22 Uhr gelegt, wer sich danach noch in Gasthäusern aufhielt, mußte mit seiner Verhaftung rechnen.[303]

Alle Karlsruher waren von der Stationierung der preußischen Truppen betroffen, und es häuften sich die Klagen über die dadurch bedingten Belastungen der Bevölkerung. Zunächst lagen als feste Garnison 1.600 Mann und 200 Pferde in der Stadt, die versorgt werden mußten.[304]

Am 18. August 1849 kehrte Großherzog Leopold, freudig von den Karlsruhern begrüßt, in die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe zurück, aus der er einige Monate vorher geflohen war. Zu diesem Anlaß schmückten die Karlsruher ihre Häuser mit Teppichen, Girlanden und Porträts der großherzoglichen Familie. Als Anerkennung der treuen Dienste der Bürgerwehr ordnete Leopold an, daß ihren Fahnen dieselben Ehrenbezeugungen wie den großherzoglichen Fahnen erwiesen wurden.[305]

Bis zum 1. September 1852 blieben Baden und seine Hauptstadt Karlsruhe unter preußischem Kriegsrecht, und die badische Armee wurde zunächst aufgelöst, das Offizierskorps einer genauen Überprüfung unterzogen. Über die Stimmung im Lande unter preußischer Besatzung gibt bis heute „Das badische Wiegenlied" des Revolutionärs Ludwig Pfau Auskunft: „und wer nicht schläft in guter Ruh, dem drückt der Preuß die Augen zu."

Am 23. Juli 1852, am dritten Jahrestag der endgültigen Niederschlagung der Revolution in Rastatt, wurde auf dem Karlsruher Friedhof in Anwesenheit des preußischen Prinzen Wilhelm das Denkmal für die gefallenen Preußen enthüllt. Er diente nicht nur der Erinnerung an die Gefallenen, sondern sollte darüber hinaus das preußische Selbstverständnis sowie den Machtanspruch demonstrieren und die Okkupation christlich verbrämt rechtfertigen. Daß das Denkmal in der Karlsruher Bürgerschaft nicht allzu beliebt war, zeigte sich 1859, als sich der Gemeinderat weigerte, die Kosten für anfallende Reparaturen zu tragen.[306]

Die Erinnerung an die Revolutionäre wurde erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wieder belebt, auf sie beriefen sich die Sozialdemokraten und die Linksliberalen; doch auch das Karlsruher Stadtarchiv stellte eine Ausstellung zusammen, mit der 1898 an die 50 Jahre zurückliegende Revolution erinnert wurde.[307]

Zwischen Restauration und neuem Aufbruch

In den folgenden zehn Jahren herrschte politische Ruhe im Land. Zwar wurde die Verfassung von 1818 nicht außer Kraft gesetzt, doch mußte das Ministerium Bekk den Abschied nehmen und zunächst durch den preußen-

Rückkehr der Großherzoglichen Familie am 18. August 1849 nach Karlsruhe.

freundlichen Friedrich Adolph von Klüber ersetzt werden. Ihm folgte der konservative österreich-freundliche Ludwig Freiherr Rüdt von Collenberg, der die Märzerrungenschaften wieder zurücknahm und durch einen Reaktionskurs ersetzte. Die Landtagswahlen erbrachten eine gemäßigt liberale bis regierungsfreundliche Mehrheit.[308]

Die beiden großen Kirchen versuchten auf ihre Weise eine Antwort auf die Erschütterungen der vorangegangenen Monate zu finden. Die Erkenntnis, daß auch das Massenelend die Bereitschaft zur Revolution gestärkt hatte, veranlaßte kirchliche Kreise und kommunale Kreise zu einer sozialpolitischen Offensive. Dieser Aufgabe widmete sich der Verein der Inneren Mission, deren badischer Landesverein am 10. Oktober 1849 im benachbarten Durlach gegründet wurde und die auch bald einen Karlsruher Ortsverein hatte. Dieser errichtete im Rathaus einen Lesesaal und eine Leihbibliothek für Gewerbegehilfen, Arbeiter und Lehrlinge und gründete einen Sparverein.[309] Seit 1851 erlebte Karlsruhe zudem durch die Einführung katholischer Volksmissionen eine Belebung des religiösen Lebens.[310]

Die innergesellschaftliche Versöhnung sollte jedoch erst nach Jahren wieder erreicht sein. Sicherlich wirkte dafür förderlich, daß nach dem Tod Großherzog Leopolds 1852 der junge, als liberal geltende Prinz Friedrich zunächst die Regentschaft für seinen geisteskranken Bruder übernahm, bis er 1856 als Großherzog Friedrich I. den Thron bestieg. Vier Jahre später eröffnete er mit Beginn der „Neuen Ära" wieder einen versöhnlichen liberalen Regierungskurs, indem er die Liberalen in die Regierung aufnahm. Damit endete die Reaktionszeit, und auch die Stadt Karlsruhe konnte wieder auf eine allgemeine Belebung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens hoffen.

Die Entwicklung zur Großstadt – das Industrie- und Verwaltungszentrum 1862–1914

Nach Niederschlagung der Revolution von 1848/49 waren die Autorität der Monarchie und die Bindung an das Herrscherhaus gelockert. Jedoch gewannen der ab 1852 als Regent und ab 1856 als Großherzog regierende Landesherr Friedrich I. und seine aus dem preußischen Königshaus stammende Frau Luise in den nachrevolutionären Jahrzehnten eine Integrationsfunktion für das Land, die sich schon bei den landesweiten Feiern ihrer Hochzeit 1856 abzuzeichnen begann. Die Feierlichkeiten waren ein Ausdruck der beginnenden Versöhnung zwischen Monarch und Volk.

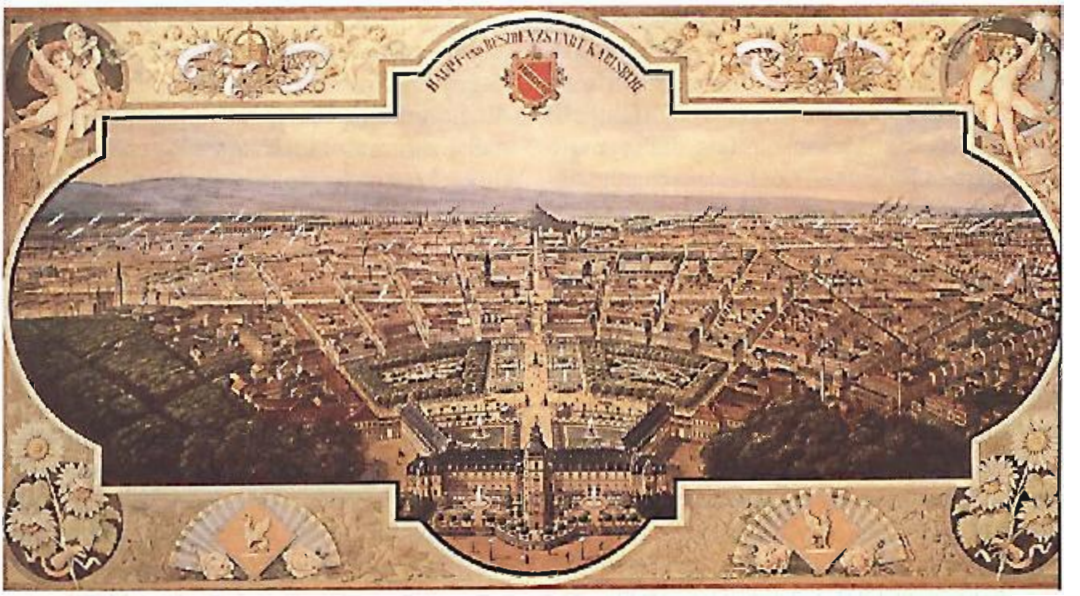
Noch im Exil in Palästina erinnerte sich die 1880 in Karlsruhe geborene Rahel Straus, geb. Goitein, daß der alte Großherzog „mit seinem gütigen Gesicht, seinem weißen Haar und Bart die Liebe ... des ganzen Volkes besaß", während die Großherzogin als „Preußin" diese Popularität allerdings nie erringen konnte.[1]

Wie sehr Thron und Volk einige Jahrzehnte nach der Revolution von 1848 in Baden wieder versöhnt waren, zeigten die Feierlichkeiten anläßlich der silbernen Hochzeit des Großherzogspaar und der Vermählung der Prinzessin Viktoria mit dem schwedischen Kronprinzen.[2]

Die Herrschaftszeit Friedrich I. umspannte die Phase von den Bemühungen um die deutsche Einheit, die 1871 mit der Gründung des deutschen Reiches zum Abschluß kam, über die Industrialisierung der badischen Großstädte bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs, während dem sein 1907 inthronisierter Sohn Friedrich II. Landesherr war.

Die Reichsgründung führte zum Teilverlust der Souveränität des Großherzogtums, d. h. einer eigenständigen Außenpolitik, und damit von Kompetenzen der Landesregierung und des Landtags. Auch innenpolitisch erlebte Baden in dieser Zeit große Umbrüche und Veränderungen. Ende der 1850er Jahre begannen mit dem sogenannten „Kulturkampf" die Auseinandersetzungen zwischen dem badischen Staat und der katholischen Kirche um die Schulaufsicht und Lehrerausbildung, die zu einer Politisierung des religiösen Lebens führten. Im Frühjahr 1860 initiierte der Landesherr die sechs Jahre währende, mit dem Begriff der „Neuen Ära" benannte Politik, die unter liberalen Ministern mit der Landtagsmehrheit den „Liberalismus zur regierenden Partei" werden ließ und damit eine quasiparlamentarische Demokratie brachte.[3] Nach dem Krieg von 1866 war auch für Baden der Weg in die deutsche Einheit unter preußischer Vorherrschaft vorgezeichnet. Angesichts der wankenden Haltung, die die Liberalen in ihrem deutschlandpolitischen Kurs gezeigt hatten, kehrte der Landesherr mit der Einsetzung von Karl Mathy als leitenden Minister und Julius Jolly als Innenminister zur konstitutionellen Politik zurück.

Das Jahr 1862 markierte einen Wendepunkt in der Landes- und in der Stadtgeschichte: Das Amnestiegesetz für die Teilnehmer an der Revolution 1849 diente der inneren Befriedung und war deutliches Zeichen des Endes der Restaurationszeit. Die endgültige rechtliche Gleichstellung der Juden, das Gewerbegesetz und das Gesetz über die Freizügigkeit waren deutliche Belege für die Umsetzung liberaler Forderungen, die zusammen mit der Einführung des Einwohnerprinzips für die größten sieben Städte Badens 1874 eine neue stadtgeschichtliche Phase einläuteten. Das Gewerbegesetz schuf eine völlige Gewerbefreiheit, die Zünfte blieben lediglich noch freiwillige Vereinigungen. Gleichzeitig gewährte das Gesetz über Aufenthalt und Niederlassung allen Badenern die Freizügigkeit, die traditionelle Bürgerannahme der Städte war damit bedeutungslos geworden. Die Gleichstellung der jüdischen Minderheit eröffnete nun auch den badischen männlichen Juden den Zugang zu



Ansicht von Karlsruhe 1897. Im Hintergrund rauchende Schornsteine.

allen kommunalpolitischen und staatlichen Ämtern. Der Karlsruher Moritz Ellstätter wurde jetzt von 1868 bis 1893 badischer Finanzminister und blieb bis 1918 der einzige Jude, der im Kaiserreich ein Ministeramt erreichte. Der jüdische Karlsruher Anwalt Dr. Rudolf Kusel wurde 1861 Landtagsabgeordneter. Auch in der Karlsruher Kommunalpolitik, die schon 1842 einen jüdischen Bürger im Bürgerausschuß aufwies, finden sich nun vereinzelt jüdische Männer im Stadtrat.[4]

Von grundlegender Bedeutung für die Stadtentwicklung waren die Veränderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, die mit dem Begriff Industrialisierung bezeichnet werden. Die Residenzstadt Karlsruhe mit zünftigem Gewerbe wandelte sich nun zur industriell geprägten Großstadt mit einer großen Garnison und bedeutenden Verwaltungs- und Ausbildungsinstitutionen. Die neuen Zeiten kündigten sich auch in der Änderung der Namensschreibweise der Stadt an: Am 29. Januar 1878 legte das badische Innenministerium fest, daß auf Anregung des Gr. Staatsministeriums in Zukunft im amtlichen Schriftverkehr der Stadtname mit K statt – wie bisher – mit C geschrieben werden sollte. Ein Jahr später beschloß der Stadtrat, daß alle städtischen Stempel, auf denen der Name mit C stand, zu ändern seien.[5]

Der wirtschaftliche Aufschwung, der insbesondere die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts auszeichnete, war u. a. der Gründung des Deutschen Reiches 1871 zu verdanken, die einen großen, einheitlichen Wirtschaftsraum schuf. Durch die reichsweite Einführung der Mark (1 Gulden = rund 1,7 Mark) wurde eine einheitliche Währung geschaffen. Zudem verlor Baden durch die Annexion von Elsaß und Lothringen den Status eines Grenzlandes. Davon profitierte auch Karlsruhe, das 1901 die 100.000-Einwohnermarke überschritt und damit die 34. deutsche Großstadt wurde. Infolge von Eingemeindungen und durch Zuwanderung aus den ländlichen Gegenden stieg die Karlsruher Einwohnerzahl insgesamt von 1861 bis 1910 von 27.103 auf fast 134.313. Allein zwischen 1900 und 1910 wuchs die Stadt um 37.128 Bewohner. Die konfessionelle Zusammensetzung verschob sich weiterhin zugunsten der Katholiken, die ihren Bevölkerungsanteil von 40,6 % im Jahr 1861 auf 45,8 % im Jahr 1910 erhöhen konnten.[6] (Vgl. Tabelle 1 im Anhang)

Die Industriebetriebe, die neuen Handels- und Verwaltungsbüros, die Einzelhandelsgeschäfte und Warenhäuser, das expandierende Unterrichts- und Krankenwesen und die öffentliche Fürsorge boten Menschen fast aller gesellschaftlichen Schichten neue Erwerbsmöglichkeiten und Betätigungsfelder.
Der Wandel zur Industriestadt führte zudem zu einer Ablösung der Kommune vom Hofe, die wirtschaftliche Entwicklung Karlsruhes hing nicht mehr allein am Status einer Residenzstadt. Nun entstand ein eigenständiges Stadtleben mit hofunabhängiger Kultur- und Kunstförderung, einem ausgeweiteten Vereinswesen und einer professionalisierten Stadtverwaltung. Die Industrialisierung brachte aber auch neue soziale Probleme, denen sich eine modernisierte Fürsorgepolitik zu stellen hatte.
Die Stadt wuchs nach Westen, Osten und Süden. Das Bürgertum baute sich große repräsentative Wohnungen und Häuser in der Hardtsiedlung und in der Weststadt, die Arbeiterfamilien zogen in die engen Straßen der neu entstehenden Südstadt, und in der Oststadt wuchsen große Fabrikgebäude. Seit der Inbetriebnahme des Rheinhafens 1902 hatte Karlsruhe zudem eine direkte Anbindung an den wichtigen Verkehrsweg Rhein.
Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erreichten auch die badischen Städte und die Arbeiterdörfer die Ideen der damaligen Sozialdemokratie und die mit dem Begriff „Frauenfrage" benannten Probleme. Doch wurden im Großherzogtum die Konflikte nicht so hart ausgetragen wie z. B. in Preußen. So erschienen Vertreter der badischen Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts bei Hofe, stimmten im Landtag dem Budget zu und zogen sich damit die harsche Kritik der deutschen Parteiführung zu. Auch die aus Norddeutschland stammende Frauenrechtlerin Lida Gustava Heimann stellte zu dieser Zeit verwundert fest, daß der „Krieg der Geschlechter" in Süddeutschland auf friedlichere Art und Weise geführt werde als im Norden Deutschlands.[7] Das lag ganz wesentlich an der durch den Landesherrn gewährleisteten Politik des gemäßigten Liberalismus, der bei allem Festhalten an der konstitutionellen Monarchie doch eine im Vergleich zu Preußen sehr viel weniger autoritäre Regierungsweise ermöglichte.
Auch in der badischen Haupt- und Residenzstadt, die wesentlich liberal geprägt blieb, entwickelten sich aus unterschiedlichen Richtungen des Vormärz und der Revolution politische Parteien. Gegen Ende des Jahrhunderts gewann die Sozialdemokratie an Einfluß; darüber hinaus erreichte auch Karlsruhe die emanzipative Frauenbewegung.

Auf dem Weg in die deutsche Einheit – die Kriege von 1866 und 1870/71 und die Militarisierung des alltäglichen Lebens

Die Frage der deutschen Einheit, die auch in der Bürgerschaft nicht vergessen war, blieb virulent, wie die Feiern von Friedrich von Schillers 100. Geburtstag am 10. November 1859 in Karlsruhe zeigten. Großherzog Friedrich I. und sein leitender Minister Franz Freiherr von Roggenbach vertraten eher die Österreich ausschließende, kleindeutsche und bundesstaatliche Einigung, die unter den Karlsruhern lebhafte Unterstützung fand. Schon am 25. März 1861 gründeten einige Karlsruher einen Ortsverein des Nationalvereins, der eine solche Lösung unter preußischer Führung anstrebte. Der Verein hatte im September etwa 1.200 Mitglieder in ganz Baden und 106 in Karlsruhe.[8]
Doch als im Juni 1866 Preußen wegen der Schleswig-Holstein-Frage einen Krieg gegen die anderen Staaten des Deutschen Bundes, allen voran gegen Österreich, um die Vormachtstellung in Deutschland führte, mußte das Großherzogtum trotz der Präferenz für Preußen und für die kleindeutsche Lösung seinen Verpflichtungen gegenüber dem Deutschen Bund nachkommen. In Baden erwachte die antipreußische Stimmung zu neuem Leben. Ohne selbst Kriegsschauplatz zu werden, erlebte das Großherzogtum den Krieg durch Truppendurchmärsche und vor allem, indem es Soldaten an die Front schickte.[9] Der Krieg dauerte nur wenige Wochen und endete nach dem preußischen Sieg mit der Auflösung des Deut-

schen Bundes. Die badische Außenpolitik war von nun an eindeutig auf die preußisch-kleindeutsche Lösung ausgerichtet.

In Karlsruhe herrschte anfangs die antipreußische und pro-österreichische Stimmung vor; die Anhänger der kleindeutschen Lösung sahen sich Anfeindungen ausgesetzt. Um unter diesen Umständen auch dann Ruhe und Sicherheit in der Stadt zu gewährleisten, wenn das in Karlsruhe liegende Militär abgezogen wäre, beschlossen die Schützengesellschaft und die Freiwillige Feuerwehr, angeregt durch den Gemeinderat, einen Ordnungsdienst zu stellen. Am 27. Juni 1866 gab der Gemeinderat bekannt, daß gegebenenfalls Bürger bis zum 45. Lebensjahr, die keinem der beiden Verbände angehörten, zum Sicherheitsdienst einbestellt würden.

Vor allem war dieser Krieg die erste Bewährungsprobe des 1859 gegründeten Badischen Frauenvereins (siehe unten) und der beiden schon bestehenden Frauenvereine, des Sophienvereins und des Elisabethenvereins (siehe oben).[10] Am 22. August 1864 war das Großherzogtum Baden der Genfer Konvention beigetreten, welche die Grundlage für die Bildung des Internationalen Roten Kreuzes wurde und mit der sich die beteiligten Länder zur Bildung von Zweigvereinen verpflichteten. Da bis zum Beginn des Krieges von 1866 in Baden von Regierungsseite noch nichts weiter unternommen worden war, bot sich der Badische Frauenverein an, der seit seiner Gründung Krankenschwestern ausbildete. Mit Beteiligung der anderen beiden Frauenvereine wurde unter dem Vorsitz der Großherzogin in Karlsruhe ein Zentralkomitee gegründet, das die landesweiten Aktionen koordinierte und organisierte. Die Frauen sammelten Geld sowie Verbandsmaterialien – gemäß den internationalen Verpflichtungen auch für die österreichische Seite – und stellten Krankenschwestern. Unterstützt wurden sie durch den Männer-Hilfsverein, der sich nun zu diesem Zweck bildete. Damit war die Grundlage für die Schaffung des badischen und des Karlsruher Roten Kreuzes gelegt, das für den nächsten, den deutsch-französischen Krieg von 1870 schon in die Kriegsplanungen mit einbezogen wurde.

Der vom preußischen Ministerpräsidenten Otto Graf von Bismarck im Juli 1870 provozierte Krieg gegen Frankreich wurde nun mit einem nationalen Hochgefühl und einer allgemeinen Begeisterung begrüßt. Allerdings kamen wegen der grenznahen Lage auch Ängste auf, die sich darin äußerten, daß massenhaft Sparguthaben aufgelöst wurden. Um die zu erwartenden Teuerungen der Lebensmittel für die Unbemittelten auffangen zu können, kaufte die Gemeindeverwaltung Vorräte auf und verteilte sie. Eine Einquartierungskommission regelte die Vorbereitungen für die Verteilung der unterzubringenden Soldaten, die Ende Juli, Anfang August in so großer Zahl in die Stadt strömten, daß Karlsruhe einem Heerlager glich.[11] Alle drei in Karlsruhe liegenden Regimenter nahmen an dem Krieg teil. Daher organisierte der Gemeinderat erneut einen Sicherheitsdienst, den eine aus Bürgern zusammengestellte Schutzmannschaft übernahm. Doch gab es kaum Anlässe für das Eingreifen des Sicherheitsdienstes. Während des Krieges wurde Karlsruhe vor allem zur Lazarettstadt mit zahlreichen schnell eingerichteten Notlazaretten – etwa in der Wagenhalle des Bahnhofs, im Polytechnikum, im neuen und alten Schullehrerseminar, in der Turnhalle, in den Gartensälen der Museumsgesellschaft oder im Fasanenschlößchen. Schließlich wurde ein großer Barackenkomplex, das „Friedrichsbarackenlazarett" errichtet. Die verwundeten deutschen und französischen Soldaten wurden von der Front mit Eisenbahnzügen nach Karlsruhe gebracht, mehrere hundert starben hier. An sie erinnerten zwei Grabdenkmäler auf dem Friedhof an der Kapellenstraße, eines für die französischen, eines für die verstorbenen deutschen Soldaten.[12]

Der Badische Frauenverein stellte das Pflegebegleitpersonal bei den Verwundeten- und Krankentransporten und rüstete die Lazarettzüge aus. Auf die Erfahrungen des Krieges von 1866 zurückgreifend schloß er sich wie in zahlreichen andern Städten auch in Karlsruhe erneut mit den Männer-Hilfsvereinen zum

Karlsruher Lazarett 1870/71 mit Rot-Kreuz-Schwestern des Badischen Frauenvereins.

„Vereinigten Hilfskomitee" zusammen. Der Frauenverein übernahm die Krankenpflege, der Männerverein den Transport der Verwundeten und Kranken sowie die Versendung der von den Frauen gesammelten Materialien und Liebesgaben. Das Zentrum zur Koordinierung der landesweiten kriegsunterstützenden Maßnahmen des Badischen Frauenvereins und des Roten Kreuzes war in dem Karlsruher „Gartenschlößchen" in der Herrenstraße, das der Frauenverein auch in Friedenszeiten für sich nutzte.[13] Nach dem Krieg gründeten der Frauen- und der Männerverein gemeinsam den Badischen Landes-Hilfsverein, um im Kriegsfalle gemeinsam die Kranken- und Verwundetenpflege zu tragen.[14]

Der Krieg von 1870/71 und vor allem der Sieg bei der Schlacht von Sedan wurden zur Grundlage der nationalen Identität des Kaiserreiches. Überall entstanden Militärvereine, in denen sich die Kriegsteilnehmer zusammenschlossen, um die Erinnerung an den „glorreichen Feldzug" zu bewahren. Der Karlsruher Verein taucht erstmals 1873 im Adreßbuch auf; er schloß sich später dem Badischen Militärverein-Verband an.[15] Mit seiner hohen Mitgliederzahl – sie lag 1885 bei 464 Männern – zählte er zu den wichtigsten Vereinen dieses Verbandes.[16]

Die Militärvereine zeugten von einer beginnenden Militarisierung der nationalen Identität, von der auch die alljährlich am 2. September begangenen, sogenannten „Sedansfeiern" zur Erinnerung an die Schlacht bei Sedan kündeten. Das Karlsruher Straßenbild änderte sich nun nachhaltig, denn das hier stationierte XIV. Armeekorps, das infolge der Militärkonvention zwischen Baden und Preußen vom November 1870 unter preußischem Kommando stand, brachte militärische Uniformen in den Alltag. Drohten früher einem Soldaten harte Strafen, wenn er privat in Uniform auftrat, so durften schon ab Mitte der 1880er Jahre Unteroffiziere und Mannschaften nur in „vorschriftsmäßigem Aufzug" für längere Zeit die Kasernen verlassen. Die Soldaten und Offiziere der vier Garnisonen des Armeekorps, deren alljährliche Herbstmanöver eines der

gesellschaftlichen Höhepunkte auch für die Stadtbewohner waren, veranschaulichten ebenso das neue preußisch-militärisch geprägte nationale Selbstverständnis wie die vielen Kriegerdenkmäler der Kaiserzeit.

Zahlreiche Denkmäler, die bald das Stadtbild und das der später eingemeindeten, umliegenden Dörfer zierten, erinnerten an den Krieg. 1877 konnte das Kriegerdenkmal der Stadt Karlsruhe an der Südwestseite des Ettlinger Tor-Platzes enthüllt werden, das an die auf dem Friedhof liegenden gefallenen deutschen Soldaten erinnern sollte. Ihre 266 Namen waren auf den Sockelseiten eingraviert. Die Nennung der Namen ohne rangmäßige Hierarchisierung war der sinnbildliche Ausdruck der neuen, sich seit den Befreiungskriegen ausbreitenden Vorstellung, daß der Tod für das Vaterland eine jedem Soldaten gleichermaßen zustehende Ehre sei. Dem entsprachen auch die anderen Gedenktafeln und Denkmäler: Im Rathaus wurde im August 1873 eine Marmortafel mit den Namen der 35 gefallenen Karlsruher angebracht, die Eingangshalle des Polytechnikums ziert seit 1872/73 ein Denkmal mit den Namen der sechs gefallenen Studenten. Seit 1886/87 verfügte auch Mühlburg über ein von einem Denkmalkomitee in Auftrag gegebenes Denkmal und seit 1910/11 stand in Rintheim ein vom dortigen Militärverein finanziertes Kriegerdenkmal. Auch die Bürger von Durlach, Grötzingen und Aue errichteten den aus ihrer Stadt bzw. aus ihrem Dorf stammenden Gefallenen Kriegerdenkmäler. Gegen Ende des Jahrhunderts ließen die ehemaligen Einjährigen des 1. Badischen Leibregiments Nr. 109 in der Moltkestraße ein Denkmal mit den 306 Namen der Gefallenen dieses Regiments errichten.[17]

Der Demokratisierung des Todes auf dem Schlachtfeld entsprach es, daß die Kriegerdenkmäler von bürgerlicher Seite in Auftrag gegeben wurden. Das war zugleich ein Zeichen der Identifikation mit dem neu gegründeten Deutschen Reich, von dem sich vor allem Adel, Militär und Bürgertum die Sicherung ihrer Interessen versprachen. Deutlicher, bis heute stadtbildprägender Ausdruck der endgültigen Versöhnung mit den Preußen und dem ehemaligen Kartätschenprinz Wilhelm, der durch die Kaiserproklamation in Versailles im Januar 1871 der erste Kaiser des neu gegründeten Reiches wurde, ist das 1897, im Auftrag der Stadt gefertigte und von Adolf Heer entworfene Kaiser-Wilhelm I.-Denkmal, das auf dem Kaiserplatz auf der Achse der Kaiserstraße steht. Die Begründung für die Errichtung dieses Denkmals in den Bürgerausschußvorlagen legt ein beredtes Zeugnis über die Interpretation des Krieges von 1870/71 und der Bedeutung des preußischen Kaisers in dieser Zeit ab: „Wenn wir gedenken, wie im Jahr 1870 die Stadt vom nahen Feinde bedroht war, wie dieselbe vor den Greueln und Verheerungen des Krieges durch Kaiser Wilhelms Siege bewahrt wurde, wenn wir uns vergegenwärtigen, welche preisgegebene Lage Karlsruhe vor dem Jahr 1870 hatte, ..., so ist es uns außer jedem Zweifel, daß die Stadt als solche in erster Linie berufen ist, für ein Dankesdenkmal Kaiser Wilhelm I. hier einzutreten."[18] Eine ähnliche Verbundenheit mit der Reichsgründung bewies das 1904 enthüllte Bismarckdenkmal, das heute vor dem Bismarckgymnasium steht.[19]

Der Krieg von 1870/71 wandelte nicht nur das nationale Selbstverständnis in die Vorstellung eines durch „Blut und Eisen" zusammengeschmiedeten Volkes, er wurde in Karlsruhe zudem als Auftakt eines wirtschaftlichen Aufschwungs erlebt. So stellte die Handelskammer 1873 fest: „Die glorreichen Erfolge des Deutsch-Französischen Krieges haben für unsern Handel und unsere Industrie epochemachende Bedeutung. Das Gefühl der Unsicherheit verschwand, und Intelligenz und Kapital arbeiten vereint zur Erreichung eines höheren Standpunktes, durch die jetzige höhere politische Stellung Deutschlands unterstützt."[20]

Industrialisierung und Arbeitsmarkt

Seit den 1860er Jahren setzte in Karlsruhe verstärkt eine Umwandlung des Wirtschaftslebens ein, die schon in den 1840er Jahren begonnen hatte. Das Gewerbegesetz von 1862

hob alle zünftigen Beschränkungen des Produktions- und Handelsbereichs auf, das Gesetz über die Freizügigkeit ließ die Schranken für den Zuzug auswärtiger Arbeitskräfte fallen. Nach der Reichsgründung und der Annexion von Elsaß-Lothringen war ein großer einheitlicher Wirtschaftsraum entstanden.

Nur kurze Zeit danach hatte – laut Jahresbericht der Handelskammer von 1873 – in Karlsruhe die „Produktion aller Industriezweige ... eine bisher nie gekannte Höhe" erreicht, „und trotzdem" waren „Produzenten meistens nicht im Stande, alle Aufträge ausführen zu können."[21] Der hier beschriebene Boom war allerdings nur kurzfristig und endete im sogenannten „Gründerkrach", der auch in Karlsruhe zahlreiche neu gegründete Firmen in den Konkurs trieb und länger bestehende Betriebe zu Entlassungen zwang.[22]

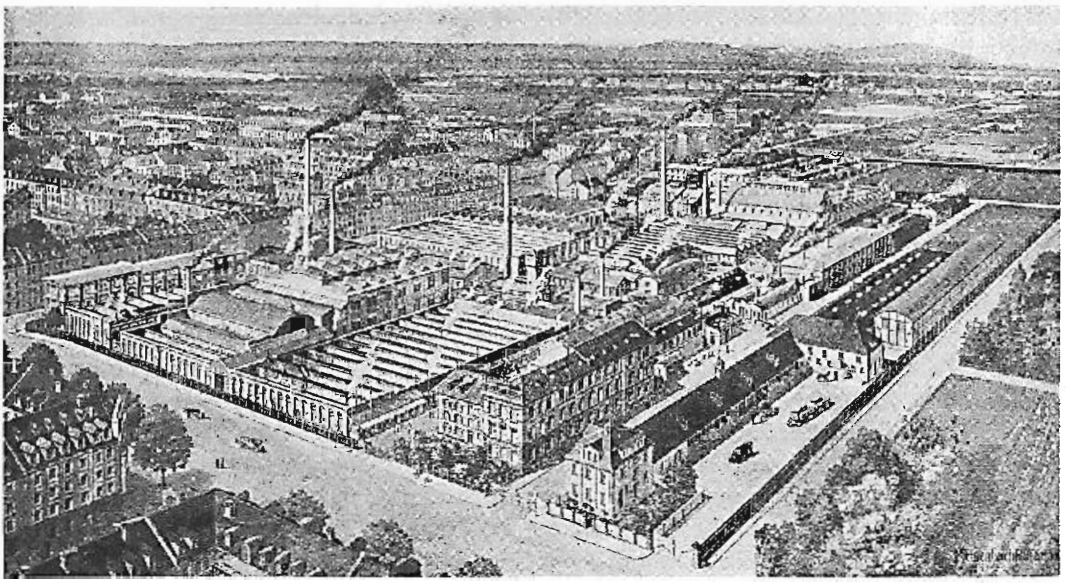
In den 1880er Jahren erholte sich der Wirtschaftsmarkt und mit den 1890er Jahren setzte der endgültige Wandel Karlsruhes zur Industriestadt ohne Arbeitslosigkeit ein. Zwar blieben weiterhin die Garnison, die Verwaltungszentren, Landesbehörden und Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen wie Polytechnikum/Technische Hochschule und Kunstschule für die Stadtentwicklung wichtige Einrichtungen, doch verlor Karlsruhe in dieser Zeit den Status einer Beamtenstadt mit handwerklicher Bürgerschicht. Es entwickelte sich zu einer gemischten Beamten- und Industriestadt mit dem Schwerpunkt in der Maschinenbauindustrie. Schon 1882 arbeiten 4.600 Arbeiter in 90 Fabriken, 1907 waren knapp 41 % aller Erwerbstätigen in der Industrie tätig.[23] So hieß es im Jahresbericht des badischen Gewerbeaufsichtsamtes von 1911: „Karlsruhe ist keine durch ihre natürliche Lage bevorzugte Industriestadt wie Mannheim, auch kein Produktionsmittelpunkt von Weltrang wie Pforzheim, beherbergt aber doch eine achtunggebietende Industrie und nimmt nach der Zahl der gewerblich beschäftigten Arbeiter neben den genannten Städten die dritte Stelle im Großherzogtum Baden ein."[24]

Der Arbeitsmarkt erlebte in dieser Zeit einen grundlegenden Wandel, da die industrielle Fertigung von Waren den Produktionsvorgang in kleine Einzelschritte zerlegte. Das ging häufig auf Kosten von kleinen Handwerksbetrieben, die großen Fabrikanlagen weichen mußten. So schlossen 1904 vier der fünf Karlsruher Handwerksbetriebe, die mit elf bis 15 Arbeitern Feilen herstellten, als in Ettlingen die Feilenfabrik „Kühn" ihre Tore öffnete.[25]

Die Fabriken brauchten nun neben Fachkräften wie Schmieden, Gießern, Drechslern und Schreinern auch ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen für das Bedienen der Maschinen und für die einfachen Handgriffe. Das Wachsen der Warenproduktion und des Handels führte zudem zu einer Differenzierung der Kontortätigkeiten, die mit neuen Arbeitsgeräten wie Schreib- und Rechenmaschine ausgeführt wurden. Handel und Industrie verlangten nach neuen und schnellen Kommunikations- und Transportmöglichkeiten, welche die Post und die Eisenbahn, später die Rheinschiffahrt zur Verfügung stellten.

Der für Karlsruhe bedeutendste Wirtschaftszweig mit den meisten Arbeitsplätzen war die Maschinenbauindustrie. Die Maschinenbaugesellschaft, ehemals Keßlersche Maschinenfabrik, blieb einer der größten Arbeitgeber der Stadt (siehe oben). Sie verlegte 1904 nach Inbetriebnahme des Rheinhafens ihre Fabrikanlage in dessen Nähe in den Südwesten der Stadt und beschäftigte in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg rund 1.000 Arbeiter und 100 Angestellte. Bis 1911 hatte die Fabrik u. a. 1.800 Lokomotiven, 1.200 Dampfkessel und 1.100 Dampfmaschinen geliefert.[26] Auch die Eisenbahnwerkstätten blieben ein Faktor im Karlsruher Wirtschaftsleben. Weiterhin bestand die Wagenfabrik Schmieder & Mayer (siehe oben).

Zum größten Arbeitgeber der Stadt entwickelten sich die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken (DWM), die aus einer 1872 gegründeten, 1878 von Wilhelm Lorenz erworbenen Patronenhülsenfabrik hervorgingen und 1896 den Namen „Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken" erhielten. Zwar verlegte die Firma ihren Hauptsitz nach Berlin, doch blieben in Karlsruhe und Grötzingen noch bedeutende Zweigniederlassungen.[27] Die weit



Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken Karlsruhe 1912.

gefächerte Produktion reichte von der Fertigung von Patronen, Metallpatronen- und Kartuschhülsen, Zündhütchen, Geschossen und biegsamen Metallrohren über Präzisionsmaschinen sowie Maschinen zur Herstellung von Münzen bis zur Einrichtung von Münzanstalten. Im Jahr 1911 beschäftigten die DWM in allen ihren Betrieben 3.000 Personen, davon 1.260 Frauen.[28] Im Karlsruher Zweigwerk arbeiteten immer deutlich über 1.200, manchmal 2.000 Menschen, davon rund 40 % Frauen. Die Zahl der Beschäftigten schwankte allerdings je nach Auftragslage sehr. So begannen die Karlsruher DWM z. B. das Jahr 1907 mit fast 1.800 Arbeitern und Arbeiterinnen, und beendeten es mit 1.500.[29]

Junker & Ruh 1895.

Große Bedeutung gewann die Nähmaschinenfertigung, die 1860 mit der Firma der Mechaniker Georg Haid und Carl Neu in Karlsruhe Fuß faßte. Sie begann als kleiner Betrieb, der allerdings 1865 mit 24 Arbeitern immerhin 400 Nähmaschinen baute. Kurz nach der Reichsgründung 1872 setzte die Firma schon 8.625 Nähmaschinen ab.[30] Im Jahr 1871 eröffneten der bei Haid & Neu ausgebildete Mechaniker Karl Junker und der Kaufmann August Ruh ihre Fabrik, die neben Nähmaschinen bald auch „Dauerbrandöfen" und Herde herstellte.[31]

Hinzu kamen noch weitere eisenverarbeitende Betriebe wie z. B. die Gießerei Seneca, welche vor der Jahrhundertwende die Hirschbrücke fertigte, und weiterhin die seit 1856 bestehende Edelmetallwarenfirma Christoffle & Cie. Im Jahr 1911 beschäftigte die Metall- und Maschinenbranche Karlsruhes etwa 6.500 Menschen. Da auch die in den Eisenbahnwerkstätten tätigen 2.000 Personen mehrheitlich Metallarbeiter waren, stellte dieser Industriebereich den größten Arbeitsmarkt.[32]

Der zweite große Gewerbebereich war die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, bei der die Brauereien wie Seldeneck, Sinner, Hoepfner, Printz, Moninger und Schrempp herausragten. Karlsruhe war zu dieser Zeit der größte Brauereistandort Badens.[33] Zur Genußmittelindustrie zählte auch die Tabakfabrik „Rieger & Compagnie", in der 1903 durchschnittlich 130 Arbeiterinnen neben ungefähr 45 Männern angestellt waren.[34] Die Gesamtzahl der in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie Karlsruhes Beschäftigten erreichte bis 1911 1.800 Personen.[35]

Große Bedeutung gewann auch die Parfümerie- & Toilettenseifenfabrik „F. Wolff & Sohn", die aus einem 1829 gegründeten Friseurgeschäft hervorging und sich bis zum Ersten Weltkrieg zu einer Weltfirma für Toiletten- und Kosmetikartikel mit über 1.000 Arbeitskräften entwickelte. Ihr bekanntestes Markenzeichen war „Kaloderma".[36] Im Jahr 1891 verlegte die Firma ihren Betrieb aus der Kaiserstraße an die Durlacher Allee. Anders als in der Maschinenbauindustrie arbeiteten in der Parfümerie- und Toilettenseifenfabrik sehr viel mehr Frauen als Männer; 1903 waren es neben 100 Arbeitern 235 Arbeiterinnen.[37]

In der Lumpenfabrik „Vogel & Schnurmann" waren sogar über 90 % aller Arbeitsplätze mit Frauen besetzt, die Lumpen sortierten, damit diese mit Hilfe von Maschinen wieder in Wollfasern aufgerissen wurden. Das so gewonnene Material wurde anschließend zur Papierfabrikation verwendet oder zum Wollersatz gesponnen und gewoben. Die 1833 in Muggensturm gegründete und 1878/79 nach Karlsruhe verlegte Firma erlebte bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges einen enormen Aufschwung, der es notwendig werden ließ, die Produktionsanlagen vom Mühlburger Tor an den Westbahnhof im Bannwaldgebiet zu verlegen. 1914 waren hier 500 Menschen beschäftigt.[38]

Neben den Fabriken, die sich zunächst am östlichen Rand der Stadt und später nach Inbetriebnahme des Rheinhafens im Westen ansiedelten, veränderten auch das Einzelhandelsgewerbe und die wachsende Zahl von Büros das Stadtbild. Nach Inkrafttreten des Gewerbegesetzes von 1862 und dem Wegfall der bisherigen Einschränkungen expandierte das Handelsgewerbe. Deutliches Zeichen des Wandels im Einzelhandel waren die neu entstehenden Kaufhäuser, die nicht mehr auf den Verkauf teurer Einzelwaren, sondern auf den massenhaften Absatz billiger Produkte setzten. In Karlsruhe entstanden die Kaufhäuser Geschwister Knopf, Hermann Tietz und Wertheim. Daneben befriedigten „mehrere hundert Detailgeschäfte ... die mannigfaltigen Bedürfnisse der Karlsruher und benachbarten Bevölkerung. Die elegantesten Läden haben sich auf der Hauptverkehrstraße der Stadt, der Kaiserstraße, niedergelassen und locken mit ihren geschmackvollen und prächtigen Auslagen die Käufer an."[39]

Auch das lokale Handwerk verstand es, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, zumal sich die 1865 in Karlsruhe eröffnete Großherzogliche Gewerbehalle der Förderung von Handwerk und Gewerbe widmete.

Den Kredit- und Kapitalbedarf stillte das wachsende Bankgeschäft, das 1911 immerhin 20 Einrichtungen in Karlsruhe hatte. Seit 1870 war die Zahl der Banken stetig gewachsen, so daß die traditionellen Privatbankhäuser Veit L. Homburger, Alfred Seeligman & Co. und Straus & Co. nur noch eine eingeschränkte Rolle spielten.[40]
Nicht weit entfernt von der Glitzerwelt der Waren wohnte in neu entstehenden Stadtvierteln südlich des alten Bahnhofs und im Osten der Stadt die Armut: die Arbeiterfamilien, denen die Fabriken zwar Arbeit, aber keine Aufstiegschancen boten.

Lebens- und Arbeitsbedingungen der Karlsruher Arbeiterschicht

Mit den Industriebetrieben wuchs auch in Karlsruhe eine neue soziale Schicht, das Industrieproletariat oder die Arbeiterklasse. Eine Berufszählung von 1897 ergab, daß von den 80.823 Einwohnern 40.094 berufstätig waren, darunter 16.624 Arbeiter in Industrie, Handwerk, Handel, Verkehr und Landwirtschaft. Zählt man die Angehörigen der Arbeiter hinzu, so kommt man auf 29.934 Einwohner, so daß rund 37 % aller Karlsruher zur Arbeiterschicht gehörten. Eine Berufszählung von 1911 wies schon knapp 41 % der Erwerbstätigen im Bereich „Industrie, einschl. Bergbau und Baugewerbe" auf.[41]
Die Löhne waren sehr niedrig; häufig reichten sie nicht, um eine Familie zu ernähren, so daß die Tochter ebenfalls in die Fabrik ging und die Mutter durch Heimarbeit oder die Versorgung sogenannter „Kostgänger" hinzuverdiente. Damit veränderte die Industrialisierung nicht nur das Arbeitsleben, sondern zeigte tiefgreifende Wirkungen auf alle Lebensbereiche. So führte sie mit ihrem Bedarf an Arbeitskräften dazu, daß eine wachsende Zahl von Frauen in den Produktionsprozeß einbezogen wurden. Schon 1864 meldete die Karlsruher Industrie- und Handelskammer einen Bedarf an weiblichen Arbeitskräften.[42] Gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren 26 % aller Karlsruherinnen berufstätig.[43] Vor allem als angelernte Kräfte konnten Frauen Erwerbsmöglichkeiten finden. Die Mehrheit der in der Karlsruher Industrie beschäftigten Frauen arbeitete in den Großbetrieben, die mehr als 100 Menschen in der Produktion einsetzten. So stieg die Zahl der Arbeiterinnen stetig von durchschnittlich fast 1.100 im Jahr 1894 auf über 2.000 zehn Jahre später.[44]
Ein Großteil der in den Fabriken arbeitenden Menschen kamen aus den umliegenden Dörfern, die sich nun zu Arbeiterdörfern mit einer Nebenerwerbslandwirtschaft entwickelten. So hatten z. B. 1902 von den insgesamt 13.275 Arbeitern, die in den 282 Karlsruher Betrieben mit mehr als 20 Arbeitskräften beschäftigt waren, 5.939 ihren Wohnsitz außerhalb der Stadt.[45] Auffallend hoch war dabei die Zahl der täglich aus den umliegenden Orten, also vom Lande, in die Stadt kommenden jungen Frauen. Im Jahr 1904 waren es 58 % aller in Karlsruhe beschäftigten Arbeiterinnen, die jeden Morgen mit der Straßenbahn, Lokalbahn und Eisenbahn oder zu Fuß aus Daxlanden, Mörsch, Hagsfeld, Rintheim, Rüppurr, Forchheim, Blankenloch, Durlach, Grünwinkel, Weingarten, Söllingen, Jöhlingen, Beiertheim, Berghausen oder Linkenheim in die Stadt kamen. Doch blieben verheiratete Frauen in den Karlsruher Fabriken eine Minderheit, mehrheitlich waren junge, noch ledige Arbeiterinnen beschäftigt.[46]
Die ohnehin schlecht bezahlte Lohnarbeit der Töchter in den Fabriken war als Zuverdienst für viele Familien angesichts der allgemein niedrigen Löhne überlebenswichtig: So lag der durchschnittliche Tagesverdienst eines Arbeiters 1903 bei den DWM bei 3,57 M, der einer Frau mit 1,49 Mark mehr als 50 % niedriger. Der Lohn wurde wie allgemein üblich vierzehntägig ausbezahlt. „Vogel und Schnurmann" zahlte einem Arbeiter 1903 täglich durchschnittlich 3,36 M, einer Arbeiterin durchschnittlich 1,42 M. Niedriger war die Lohndifferenz bei „Wolff & Sohn", die Arbeiterinnen erreichten 1903 einen durchschnittlichen Tagesverdienst von 1,46 Mark, die Männer von 2,72 Mark.[47] Die höchsten Löhne wurden in der Metallindustrie und im Brau-

Blick in die Durlacher Straße um 1900. Dort wohnten überwiegend Arbeiter.

ereigewerbe gezahlt. Ein Vergleich mit den Preisen der wichtigsten Lebensmittel beweist aber, daß auch bei einem durchschnittlichen Lohn von rund 3,50 M täglich für einen Metallarbeiter die Armut vorherrschte: 1900 kosteten z. B. ein Liter Milch 20 Pfennig und zehn Eier 70 Pfennig.[48]

Die Wohnverhältnisse waren sehr beengt. Auch die Versuche einzelner Betriebe, für ihre Arbeiter Wohnraum zu schaffen, konnten nur wenig Abhilfe schaffen. Eine Untersuchung von 1897 ergab, daß die Arbeiterfamilien mehrheitlich in älteren Häusern und in Dachwohnungen lebten. Von 259 befragten Arbeiterfamilien wohnten lediglich 33 % in „ganz guten Wohnungen", 45 % in ziemlich guten, aber 22 % „in geringwertigen bis ungesunden Wohnungen." 63 % der Wohnungen hatten zwei Zimmer und eine Küche, wovon aber in 9 % der Fälle ein Zimmer an Untermieter weitergegeben war.[49]

Die ungesunden Verhältnisse in den meist dunklen Wohnungen und die schlechte Ernährungslage führten zu einer hohen Säuglingssterblichkeit, die in der gesamten Stadt 1882 bei 23 % lag und bis 1905 nur um 3 % auf 20 % sank. Davon waren vor allem die inneren Stadtteile mit ihren Hinterhäusern mit wenig Licht und Luft betroffen.[50]

Die Arbeitsverhältnisse in den Fabriken waren durch die unbedingte Machtposition des Fabrikherren geprägt, die erst nach und nach durch Arbeitsschutzbestimmungen beschränkt wurde. Als erste kamen Frauen und Jugendliche in den Genuß der Schutzbestimmungen, Kinderarbeit spielte in der Karlsruher Industrie keine große Rolle. So durfte seit dem 1. Juni 1891 der Arbeitstag der über 16 Jahre alten Frauen elf Stunden nicht überschreiten, seit 1910 war für sie ein Maximalarbeitstag von 10 Stunden festgelegt. Die Karlsruher Fabriken hatten schon einige Jahre vor der gesetzlichen Bestimmung den 10-Stunden-Arbeitstag für die Frauen eingeführt, der morgens um sechs oder sieben Uhr begann. Der Mutterschutz lag erst bei vier, seit 1891 bei

sechs Wochen nach der Geburt. Für die Männer galt der 12-Stunden-Tag, bis er um die Jahrhundertwende auch verkürzt wurde.[51]
Auch die Reichsgesetzgebung wurde zum Schutz der Arbeiter aktiv. Die Reichsgewerbeordnung von 1879 forderte eine Fabrikinspektion, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beratend und vermittelnd wirken und auf die Einhaltung gesetzlicher Auflagen achten sollte. In Baden trat im März 1879 als erster Fabrikinspektor Friedrich Woerishoffer seinen Dienst an. Die Fabrikinspektion wurde zentral von Karlsruhe aus geleitet und organisiert. Bis 1890 wurden Woerishoffer zwei weitere Beamte zur Seite gestellt, und sein Zuständigkeitsbereich erweiterte sich um Handwerk, Verkehr, Handel und später auch Hausindustrie. Ab August 1900 gab es im Großherzogtum Baden zudem die Stelle einer Fabrikinspektorin, die z. B. von 1902 bis 1907 Dr. Marie Baum einnahm. Ab 1912 nannte sich die Fabrikinspektion Gewerbeaufsichtsamt.[52]
Die Industrialisierung veränderte das wirtschaftliche, soziale und politische Gefüge Karlsruhes nachhaltig. Sowohl die Ausdehnung der Stadt als auch das Stadtbild wandelten sich. Die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen stellten die Kommunen vor bisher unbekannte Aufgaben in der Stadtplanung und bei der Schaffung einer Infrastruktur sowie der Fürsorgepolitik und führten zu einer Verschiebung der politischen Verhältnisse. Es entstanden neue Parteien und mit der erwachenden Arbeiterbewegung erwuchs dem gesellschaftlichen System des Kaiserreichs eine immanente Bedrohung.

Stadtbild, Stadtplanung und Verkehrswesen

Stadterweiterung und städtebauliche Veränderungen

Die Loslösung des Karlsruher Wirtschaftslebens vom Hofe schlug sich auch in der Bautätigkeit der Zeit nieder. Die Fabrikanlagen im Osten und später im Südwesten der Stadt erreichten in ihrer Ausdehnung Ausmaße, die bisher landesherrlichen Bauten vorbehalten waren. Die Fabrikschlote veränderten den Horizont der Stadt, die neu entstehenden Arbeitersiedlungen in den Augärten ließen ein neues beengtes Straßenbild entstehen.
Doch wuchsen auch in dieser Zeit weiterhin prächtige, für eine Residenzstadt typische Einzelbauten. Die Bedeutung Karlsruhes als Garnisonsstadt unterstrich die 1892 wieder ins Leben gerufene Kadettenanstalt in der Moltkestraße, deren Gebäude heute die Oberfinanzdirektion Karlsruhe beherbergt. Gleichzeitig entstand der Kaserenenkomplex des Leib-Dragoner-Regiments an der Kaiserallee, der 1898 eingeweiht wurde und damit die alten Kasernengebäude in der westlichen Kaiserstraße ablöste. Sie wurden abgebrochen und an seiner Stelle die Hauptpost am heutigen Europaplatz errichtet. Mitte der 90er Jahre entstanden westlich der Kadettenanstalt der Neubau der Infanteriekaserne, die bis vor kurzem die französische Garnison aufgenommen hat, und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Artilleriekaserne, der 1908 die Telegraphenkaserne folgte.[53]
Zahlreiche zivile großherzogliche und staatliche Neubauten bereicherten das Stadtbild. So wurden nach den Plänen Josef Durms 1887/97 das Erbgroßherzogliche Palais, das heute den Bundesgerichtshof beherbergt, 1893 die Kunstgewerbeschule und von 1896 bis 1899 das Bezirksamtsgebäude errichtet, ebenso das 1897 fertiggestellte Amtsgefängnis in der Riefstahlstraße. Der Architekt Friedrich Ratzel zeichnete für das 1900 fertiggestellte Gebäude des Kunstvereins und das 1905 errichtete Generallandesarchiv verantwortlich. Herausragende Kirchenbauten der Zeit waren u. a. die 1901 fertiggestellte katholische Kirche St. Bernhard am Durlacher Tor und die ab 1891 errichtete protestantische Christuskirche vor dem Mühlburger Tor.[54]
Auch die Stadt trat nun verstärkt als Bauherr auf: So errichtete Durm im städtischen Auftrag 1873 das Vierordtsbad und 1877 die Festhalle. Allein zwischen 1880 und 1900 entstan-

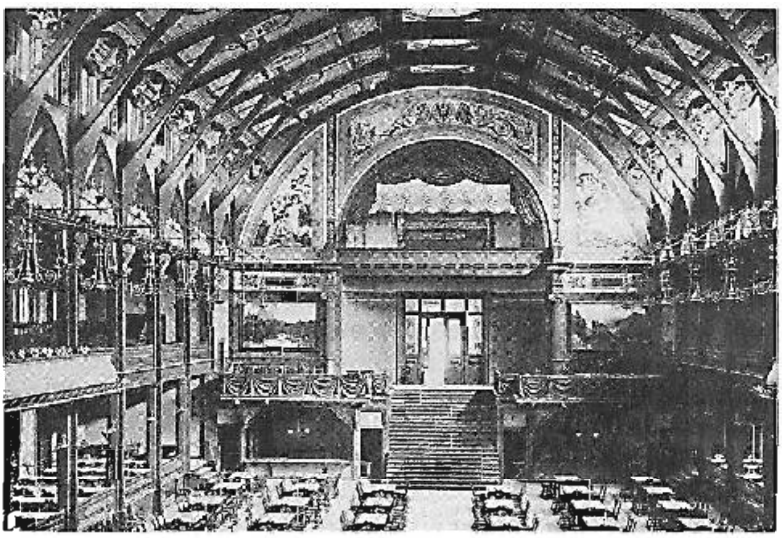
den acht Schulhäuser, darunter die 1893 bis 1895 errichtete Friedrichschule an der Kaiserallee, heute Helmholtzgymnasium, und die 1888 erbaute Leopoldschule samt Leopoldplatz. 1887 war der Schlachthof an der Durlacher Allee fertiggestellt, das städtische Krankenhaus in der Adlerstraße wurde erweitert, bis 1907 die Städtischen Krankenanstalten in der Moltkestraße eröffnet werden konnten. Stadtbildprägend war sicher auch das vom Badischen Frauenverein getragene, 1890 eingeweihte Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus an der Kaiserallee.

Das Bürgertum ließ sich nun große repräsentative Häuser oder Villen bauen wie das Palais Schmieder, das nach Plänen von Josef Durm von 1881 bis 1884 entstand und heute das städtische Kulturzentrum Prinz-Max-Palais beherbergt. Auch mit dem Namen des Architektenbüros Curjel & Moser und Hermann Billings ist das bürgerliche Bauen, mit dem von Hermann Walder das industrielle verbunden.[55]

Der für die Epoche bedeutendste Architekt war Josef Durm.[56] Er kam 1837 in Karlsruhe zur Welt, studierte am Polytechnikum Architektur und trat anschließend in den Staatsdienst ein. Seit 1868 lehrte er als Professor an der Technischen Hochschule und erreichte 1894 den Rang eines Oberbaudirektors, der auch reichsweit Anerkennung genoß. So wurde er 1913 vom Kaiser zum a. o. Mitglied der Kgl. Akademie des Bauwesens ernannt. Er starb am 3. April 1919 in Karlsruhe.

Für die Stadtentwicklung der Zeit waren jedoch nicht nur die Einzelbauten bedeutend. Vor allem erfuhr die Stadt eine räumliche Ausdehnung, indem auf die Baupläne der 1840er Jahre wieder zurückgegriffen (siehe oben) und weitere Baugebiete im Süden, Südwesten, Westen und Osten der Stadt ausgeschrieben wurden.[57] Dabei wurde die seit der Stadtgründung vorgegebene fächerartige Straßenanlage endgültig abgelöst durch quadratische Straßenführungen im Süden und Südwesten. Nun entstanden gute und schlechte Wohnviertel, die Stadt war bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges räumlich sozial gegliedert.

1857 erhielt Karlsruhe den ersten genehmigten Stadtbauplan, ab 1860 begann die Bebauung des Augartenstadtteils, der heutigen Südstadt.[58] Obwohl die Bewohner zunächst ohne angelegte und kanalisierte Straßen auskommen mußten, wuchs der Stadtteil sehr schnell. Im Jahr 1883 wohnten hier bereits 15.000 Menschen. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges betrachtete man dieses dicht bewohnte Viertel schon mit einigem Mißbehagen. So hieß es in einem Stadtführer von 1913: „Etwas weniger günstig gestalten sich die Verhältnisse in den Vierteln, die etwa um 1880 entstan-



Der große Saal der 1877 fertiggestellten Festhalle. Ansicht nach Süden.

Die Oststadt um 1910, Ecke Durlacher Allee/Tullastraße.

den. Doch teilt Karlsruhe dies Los mit fast allen deutschen Städten; denn keine blieb von der Bauspekulation verschont, die nach dem Erfolg des Krieges von 1870 sich überall bemerklich machte."[59]

Nach der Eingemeindung von Mühlburg 1885 (siehe unten) konnte in der sogenannten Hardtwaldsiedlung südlich der Moltkestraße bis zum Haydnplatz dagegen ein Viertel mit Villen, großbürgerlichen Wohnungen, großen Kasernenkomplexen und prächtigen landesherrlichen Bauten entstehen, das laut Ortsstatut von 1897 und Bauordnung von 1898 frei von gewerblicher Nutzung bleiben sollte. Ab der Jahrhundertwende wuchs in der Weststadt ein Stadtteil für das wohlhabende Bürgertum. Ende der 1880er Jahre begann die Entwicklung der Oststadt, in der die bürgerliche Mittelschicht zwischen der 1901 fertiggestellten Bernharduskirche und der Georg-Friedrich-Straße baute. Östlich davon entstand ab den 1890er Jahren ein gemischtes Gewerbe- und Wohngebiet. Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurde im Südwesten der Stadt im Bannwaldgebiet zwischen Beiertheim-Bulach und Mühlburg-Daxlanden ein neues Gewerbegebiet für Fabrikbauten ausgewiesen.

Als Reaktion auf die ungesunden Wohnverhältnisse in der Großstadt wuchs die Idee der Gartenstädte, einer ihrer prominentesten Vertreter war der Karlsruher Hans Kampffmeyer.[60] Gartenstädte sollten als Antwort auf die Arbeitersiedlungen ein gesundes Wohnen in einfachen Reihenhäusern mit kleinem Garten ermöglichen. Ab 1911 entstand in dem gerade eingemeindeten Stadtteil Rüppurr (siehe unten) das von der 1907 gegründeten Genossenschaft getragene Siedlungsprojekt.[61]

Dem flächenmäßigen Wachstum mußten die Stadttore weichen, die bis 1873 alle abgerissen waren. Aber auch der Friedhof an der Kapellenstraße wurde zu klein, zumal er nun inmitten der Stadt lag, was den hygienischen Anforderungen der Zeit nicht mehr entsprach. Bis 1874 wurde auf einem Gelände auf Rintheimer Gemarkung an der heutigen Haid-und-Neu-Straße nach Plänen Josef Durms eine Friedhofsanlage geschaffen, die heute als ältester städtischer Parkfriedhof in Deutschland gilt. Im Jahr 1896 wurde der 1826 seiner

Bestimmung übergebene, an der östlichen Kriegsstraße liegende jüdische Friedhof geschlossen, der bis heute existiert. Östlich des christlichen Friedhofs an der Haid-und-Neu-Straße legten die beiden jüdischen Gemeinden, die liberale und die orthodoxe (siehe unten), ihre neuen Friedhöfe an.[62]

Seit den 1870er Jahren begann die städtische Verwaltung auch auf dem Freizeit- und Kultursektor initiativ zu werden. So baute sie 1877 eine städtische Festhalle und erfüllte damit Wünsche, die schon 1846 geäußert worden waren (siehe oben). Zugleich war damit die bauliche Voraussetzung für die Weiterentwicklung Karlsruhes zur Kongreßstadt geschaffen. Gleichzeitig legte die Stadtverwaltung öffentliche Gartenanlagen an und übernahm damit einen Bereich, der bis dahin ausschließlich in der Hand des Landesherren lag. Sie begann 1865 mit der Umwandlung des im südlichen Stadtteil gelegenen Sallenwäldchens, das 1877 zusammen mit dem 1866 als Aktienunternehmen ins Leben gerufenen Tierpark und dem Areal des Festplatzes als Stadtgarten mit See angelegt wurde, gekrönt durch den künstlichen, nach dem Oberbürgermeister Wilhelm Lauter benannten Lauterberg. Dieser barg das Hochwasserreservoir für die neue Wasserversorgung und stand damit sinnbildlich für die Aktivitäten der Stadtverwaltung zu dieser Zeit, die neben der Stadtverschönerung und Ausweisung von Erholungsgebieten eben vor allem eine moderne städtische Infrastruktur schuf (siehe unten).

Auch der ehemalige Friedhof an der Kapellenstraße wurde in einen Park verwandelt. Gegen Ende des Jahrhunderts erwarb die Stadt das Beiertheimer Wäldchen und setzte es als öffentliche Anlage instand. Hinzu kamen in dieser Zeit zahlreiche „Schmuckplätze", die im Auftrag der Stadt bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges entstanden.[63] Unter Hinzuziehung des Schloßgartens, des Fasanengartens, des Nymphengartens und der Albuferanlagen meinte daher 1926 der städtische Gartendirektor feststellen zu dürfen, daß „das häufig gewählte schmückende Beiwort ‚Gartenstadt' vollauf seine Berechtigung" habe.[64]

Verkehrswesen – Rheinhafen, Eisenbahn und Straßenbahnen, Post und Telefon

Der Rheinhafen

Die Industriebetriebe waren auf ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrssystem angewiesen, um ihre Rohstoffe beziehen und um die fertiggestellten Produkte transportieren zu können. Das gewährleistete vor allem die Eisenbahn, doch wurde seit dem frühen 19. Jahrhundert seitens der Karlsruher Bürgerschaft wiederholt darauf gedrungen, eine Verbindung zum Rhein und einen Rheinhafen zu erhalten, zumal der 1828 in Mannheim eingerichtete Hafen große wirtschaftliche Vorteile für die ehemals pfälzische Stadt brachte.[65]

Schon 1818 baten Stadtrat und Bürgerausschuß Großherzog Karl um den Bau eines Rhein-Alb-Kanals, um die Stadt mit dem Rhein zu verbinden. Sechs Jahre später kam Großherzog Leopold auf dieses Anliegen zurück, indem er eine Kommission einrichtete, die Vorschläge und Kostenberechnungen für die Anlegung eines solchen Kanals erarbeiten sollte. Zu dieser Kommission gehörten u. a. Oberst und Wasser- und Straßenbaudirektor Johann Gottfried Tulla, der für die Pläne zur Rheinkorrektion verantwortlich war, Oberbürgermeister Bernhard Dollmätsch und Oberbaudirektor Friedrich Weinbrenner.

Das Projekt mußte dann wegen zu hoher Kosten und zu großer technischer Schwierigkeiten fallengelassen werden, zumal der Rhein nur schwer schiffbar war. Ein Vorschlag des Wiesenbaumeisters und späteren Oberbürgermeisters Wilhelm Lauter aus dem Jahr 1856 erwies sich auch als zu kostspielig. Bis 1862 diente die Anlage von Schröck, das seit 1832 Leopoldshafen hieß, als Hafen. Anschließend behalf sich die Stadt seit 1862 mit der Anlage eines kleinen Hafens bei Maxau, der durch die zeitgleich eröffnete städtische Maxaubahn mit der Stadt verbunden war. Er wurde aber nur von wenigen Fabriken und Kohlehandlungen benutzt. „Für die vielen übrigen Empfänger und Versender von Gütern in Karlsruhe und in dessen Hinterland kam der Maxauer Hafen gar

nicht in Betracht, weil in dem Hafen die nötigen Auslade- und Lagervorrichtungen fehlten und der Bezug oder Versand von Waren über diesen Hafen keine oder nur sehr geringe Frachtvorteile gegenüber dem Umschlag in Mannheim bot."[66] Als der Hafen 1868 in das Eigentum des Staates überging, erhielt die Stadt von den 88.444 Gulden aufgebrachten Kosten 72.004 Gulden zurück.

Die Annexion von Elsaß-Lothringen und die Reichsgründung erwiesen sich für das Hafenprojekt dann als günstig, insofern jetzt leichter die notwendigen, mehrere Länder betreffenden Rheinregulierungen zur Erstellung einer verläßlichen Wasserstraße durchgeführt werden konnten. Die Arbeiten, die den 1897 fertiggestellten Plänen des Oberbaudirektors Max Honsell folgten, waren 1909 so weit beendet, daß ab März 1909 die Schiffahrt bis Karlsruhe ohne wasserstandsbedingte Unterbrechungen möglich war.

Das war um so bedeutender, als Karlsruhe seit 1901 endlich einen eigenen Rheinhafen hatte. Als sich abzuzeichnen begann, daß der Rhein zu einer verläßlichen Wasserstraße ausgebaut werden sollte, ergriff die Stadt die Initiative und ließ ab 1893 auf eigene Kosten Pläne erstellen. Der von Max Honsell vorgelegte Entwurf einer Hafenanlage in der Rheinniederung zwischen Daxlanden und dem Lutherischen Wäldchen fand die Zustimmung sowohl der Stadt als auch des Staates. Die Bauarbeiten begannen im September 1898 und endeten am 1. Mai 1901. Nun besaß die Stadt einen Rheinhafen, den sie zwar mit staatlicher Unterstützung von zwei Millionen Mark, aber auf eigene Initiative und Verantwortung hin hatte anlegen lassen. Die Anlage umfaßte zunächst einen 1,9 km langen Kanal zum Rhein, drei Hafenbecken, einen Schiffswendeplatz und einen Vorhafen. Sie wurde allerdings erst anläßlich des 50jährigen Regierungsjubiläums Großherzog Friedrichs I. am 27. Mai 1902 feierlich eingeweiht. Die Stadt als Betreiberin des Hafens richtete für diesen Zweck eigens ein Hafenamt ein.

Sehr schnell erwies sich die neue Verbindung zum Rhein und der Umschlagplatz als sehr erfolgreich. Ursprünglich auf 300.000 Tonnen jährlich angelegt, war diese Marke schon drei Jahre nach Inbetriebnahme überschritten, 1911 war die Millionengrenze erreicht. Sofort wurde der Rheinhafen zur bedeutendsten der sieben Karlsruher Eisenbahnstationen für den Güterverkehr. Knapp 50 % des Güterverkehrs auf Schienen wurden hier verladen. So gingen hier z. B. 1910 über 200.000 Tonnen ein und rund 664.000 Tonnen ab.[67] Die folgenden Jahrzehnte waren dann auch durch Erweiterungsbauten im Hafen gekennzeichnet, bis 1963 durch den 8 km rheinabwärts gelegenen Ölhafen die gegenwärtige Größe erreicht war.

Einweihung des Rheinhafens am 27. Mai 1902.

Die Verlegung des Bahnhofs und das Straßenbahnnetz

Die Industrialisierung verlangte ein hohes Maß an allgemeiner Mobilität, das ein wachsendes Netz öffentlicher Bahnen gewährleistete. 1911 war Karlsruhe zu einem nationalen und internationalen Verkehrsknotenpunkt geworden.[68] Hier liefen sieben Eisenbahnlinien zusammen, die aus Mannheim, Heidelberg, Heilbronn, Stuttgart, Basel, Straßburg sowie der Pfalz eintrafen. Man konnte direkt nach Köln, Hamburg, Berlin, Dresden, Breslau, München und Metz fahren und war auch an die internationalen Verbindungen nach Wien, Zürich, Paris, Brüssel, Oberitalien, Amsterdam usw. angeschlossen. Allein im Jahr 1910 errechnete die Bahn über zwei Millionen in

Die Dampfbahn am Durlacher Tor-Platz noch vor Erbauung der Kirche St. Bernhard. Im Hintergrund werden neue Gebäude in der Oststadt gebaut.

Karlsruhe ausgegebene Fahrkarten. Vor allem aber der Güterverkehr spielte für die Industriebetriebe eine große Rolle, die auf Schienen ihre Waren an die Käufer brachten. 1895 war der neue Rangierbahnhof fertiggestellt, er wurde wie der Güterbahnhof in den Süden der Stadt gelegt, so daß alle Güterzüge den Personalbahnhof umfahren konnten.

Mit der Ausweitung des Eisenbahnverkehrs erwies sich der Platz des alten Bahnhofs vor dem ehemaligen Ettlinger Tor als ausgesprochen ungünstig. Er lag nun inmitten der Stadt und teilte sie in zwei, durch den Schienenverkehr getrennte Teile. Vor allem die menschenreiche Südstadt wurde durch die Bahnlinien von dem Rest der Stadt abgeschnitten. „Fußgänger und Fahrgäste schwebten beständig in Lebensgefahr, die durch die starke Kurve unmittelbar nach der Ausfahrt aus dem Bahnhof für die Züge wahrlich nicht vermindert wurde."[69]

Schon 1866 baten die Bewohner des Bahnhofstadteils um eine Verbesserung der Zustände, 1871 verlangte der Stadtrat Brücken an der Ettlinger- und Rüppurrer Straße. Der dann 1873 an der Ettlinger Straße errichtete Steg für Fußgänger stand bis 1889 und konnte aber „weder durch Schönheit noch durch Zweckmäßigkeit" verblüffen. „Die Treppen waren unbequem, der aufsteigende Rauch aus den vorüberfahrenden Lokomotiven lästig, so wurde der Steg weniger benutzt als bespöttelt und gemieden." Seit den 1880er Jahren gab es in der Stadt Stimmen, die einen Neubau verlangten. In einem Gutachten, das er im Auftrag der Stadt erstellte, schlug Professor Reinhard Baumeister 1882 die Hochlegung des Bahnhofs an seiner alten Stelle vor.

Die nächsten Jahre waren durch Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten zwischen der Stadt und dem Ministerium gekennzeichnet. Nach weiteren Gutachten, welche die Stadt in Auftrag gab und die für eine Hochlegung des Bahnhofs plädierten, entschieden sich Stadtrat und Bürgerausschuß im Oktober 1898 einstimmig für diese Lösung. Im Jahr 1900 entschloß sich die Regierung dann für eine Verlegung und die Errichtung ei-

nes Durchgangsbahnhofes südlich des Lauterbergs, die notwendigen Mittel wurden von der Zweiten Kammer gebilligt, und auch die Stadtväter erklärten sich einverstanden. Doch setzte jetzt eine mit Leidenschaft in die Stadtöffentlichkeit getragene Kampagne gegen die Verlegung ein, welche die Bürgervereine der Altstadt, Ost- und Weststadt mit Versammlungen, Flugschriften und in der Presse führten. Sie erreichten sogar eine Audienz bei dem Großherzog, doch es blieb bei dem Verlegungsbeschluß. 1906 konnte nach einem Architektenwettbewerb, den August Stürzenacker gewann, mit den Bauarbeiten begonnen werden; in der Nacht vom 22. auf den 23. Oktober 1913 nahm der neue Bahnhof seinen Betrieb auf.[70]

Auch die Stadt wurde als Betreiberin von Bahnlinien aktiv und schuf dafür schließlich ein städtisches Bahnamt.[71] Schon ab 1862 unterhielt die Stadt die Rheinbahn (Maxaubahn), die vom Bahnhof über die heutige Mathystraße am Mühlburger Tor entlang der Hildapromenade – Seldeneckstraße bis Maxau führte. Sie war die Verbindung zu dem kleinen Hafen von Maxau und wurde auch gerne zu Freizeitfahrten und Badeausflügen an den Rhein genutzt. Die Bahn verlor gegen Ende des Jahrhunderts durch die Anlegung weiterer staatlicher Eisenbahnlinien und durch den neuen Rheinhafen an Bedeutung, was für die städtischen Kassen große Einnahmeverluste bedeutete. Schließlich erklärte sich die badische Regierung bereit, die Bahn der Stadt abzukaufen. Im Mai 1906 stimmte der Bürgerausschuß dem Verkauf für etwas über drei Millionen Mark zu, nach Fertigstellung des neuen Bahnhofs wurde die Maxaubahn stillgelegt.

Die täglich aus den umliegenden Dörfern in die Stadt strömenden Arbeiter und Arbeiterinnen ließen Lokalbahnen auch für private Anbieter interessant werden, zumal die Stadt zunächst zögerte, auf diesem Gebiet unternehmerisch tätig zu werden. So transportierte die privat betriebene Bahn Mühlburg – Karlsruhe – Durlach von 1877 bzw. 1881 bis 1899 erst als Pferdebahn, anschließend als Dampfbahn, ab 1900 als elektrische Bahn die Menschen quer durch die Stadt. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde das Liniennetz zudem um eine Linie von der Kaiserstraße durch die Karl-Friedrich-Straße bis zum alten Hauptbahnhof erweitert. Eine Anbindung der Südstadt war erst nach der Bahnhofsverlegung möglich. Die Bahn wechselte mehrfach den Besitzer, bis sie 1894 in das Eigentum der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft überging, die sie auf Stromantrieb umstellte. Ab jetzt zierten die Oberleitungen das Stadtbild. Nach einem nochmaligen Besitzerwechsel erwarb die Stadt 1903 die Bahn, die aus einem bahneigenen Kraftwerk im Osten, vor allem aber aus dem Elektrizitätswerk am Rheinhafen (siehe unten) mit Strom versorgt wurde. Das Liniennetz wurde in den nachfolgenden Jahren kontinuierlich ausgebaut, so daß 1911 schon sechs alle fünf bis zehn Minuten verkehrende Linien bestanden.

Im Oktober 1879 nahm die Kraichgaubahn ihren Betrieb auf, die 1880 bis Heilbronn fuhr und mit städtischer sowie staatlicher Unterstützung durch Ph. Holtmann & Co aus Frankfurt und Kögler in Bretten betrieben wurde.

In den Jahren 1890/91 konnte die zweite private Lokalbahn von Durmersheim über Karlsruhe nach Spöck in Betrieb genommen werden, die zunächst von einem Konsortium Darmstädter Bank und Hermann Bachstein in Berlin, ab 1897 von der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft betrieben wurde und die streckenweise parallel zur Straßenbahn fuhr. Am 1. Januar 1915 ging diese Dampfbahn in städtischen Besitz über.

Nach jahrelangen Vorplanungen, welche die benachbarte Stadt Ettlingen, aber auch Pforzheim miteinbezogen, konnte endlich 1897 mit dem Bau der Albtalbahn als Schmalspur-Dampfbahn begonnen werden, die anfangs von einem Konsortium einer Berliner Handelsgesellschaft und anderen Firmen betrieben wurde. Sie verband Karlsruhe mit dem Stadtteil Rüppurr und Ettlingen und führte über Ittersbach bis Bad Herrenalb. Unterwegs zweigte eine Linie nach Pforzheim ab.

Alle Bahnen boten neben gewöhnlichen Fahrscheinen und Monatskarten auch Schüler- so-

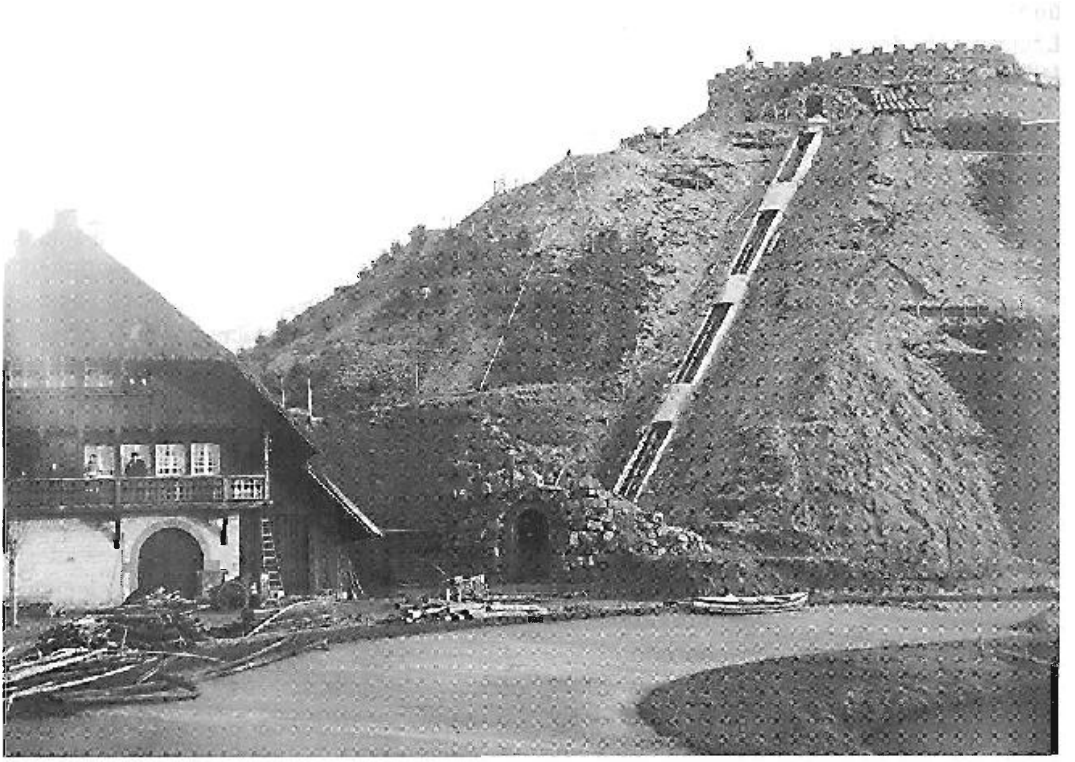
wie Arbeiterwochenkarten und trugen damit der Tatsache Rechnung, daß Karlsruhe inzwischen Arbeits- und Ausbildungsort für viele täglich in die Stadt Kommende war.

Post und Telefon

Die neue industrielle Produktionsweise verlangte nicht nur nach schnellen Transport-, sondern auch nach zuverlässigen und zeitökonomischen Informationswegen. Hier leisteten Post und Telefon die notwendigen Dienste.[72] Nach der Reichsgründung ging das badische Post- und Telegraphenwesen am 1. Januar 1872 an die Reichsverwaltung über, in Karlsruhe blieb die Oberpostdirektion für die nördliche Hälfte des Großherzogtums.
Seit 1847 wurde in Karlsruhe – zunächst für die Bahnlinie nach Durlach – die Telegraphie genutzt. Am 1. Januar 1884 nahm dann die erste Fernsprechanlage mit zunächst 25 Teilnehmern ihren Betrieb auf, die 1890 mit Durlach, 1892 mit Ettlingen und 1893 mit Mannheim und Frankfurt verbunden wurde. Die gewachsene Bedeutung des Post-, Telegraphie- und Fernsprechwesens schlug sich stadtbildprägend in dem Reichspostgebäude nieder, das am 18. Oktober 1900 am heutigen Europaplatz eröffnet wurde und das bis heute die Hauptpost beherbergt. Der dahinter liegende Platz wurde nach dem Generalpostmeister Heinrich von Stephan benannt.

Wasserversorgung, Elektrizität und Kanalisation

Mit dem Wachsen der Städte wurde es zu einer der vorrangigen Aufgaben der Kommunen, die Versorgung mit Wasser und Energie sowie die Abfall- und Abwasserbeseitigung zu gewährleisten. Die unter die Erde verlegten Rohre und Leitungen verteilten das lebensnotwendige Wasser, den Strom und das Gas und entsorgten das Abwasser – die Stadt erhielt einen Bauch. Zeitgleich wurde die Kommune zur Unternehmerin mit eigenen Betrieben. Das hatte schon mit dem Gaswerk begonnen, das 1869 in städtischen Besitz übergegangen war (siehe oben). Es folgten 1868 das neue Wasserwerk und 1901 die Elektrizitätswerke, die am Rheinhafen angelegt wurden.
Die 1822 eröffnete Durlacher Wasserleitung (siehe oben) erwies sich sehr bald als ungenügend, so daß der Gemeinderat im November 1857 die Mitteilung veröffentlichte: „Obwohl die Stadt Karlsruhe reichlich mit Pumpbrunnen versehen ist und eine Röhrenleitung von Durlach her besitzt, so kann der derzeitige Zustand ihrer Versorgung mit gutem Trink- und Nutzwasser wie ihre Einrichtungen zur Verschönerung mittels springender Wasser doch nicht gerühmt werden."[73] Ein Gutachten aus dem Jahr 1856, das eine aus städtischen und staatlichen Vertretern zusammengesetzte Kommission in Auftrag gegeben hatte, nannte den Rüppurrer Wald als geeignete Stelle zur Gewinnung von Wasser. Die Hofdomäne schloß sich diesen Plänen nicht an, sondern errichtete von 1862 bis 1865 eine eigene Wasserversorgung für Hofverwaltung, Theater, zahlreiche Zierbrunnen und für die Gärten.
Nach einem weiteren vom Stadtrat in Auftrag gegebenen Gutachten begannen 1868 die Arbeiten am Wasserwerk im Rüppurrer Wald, das im Mai 1871 seine Arbeit aufnahm. Seine Entstehung verdankte es vor allem den Bemühungen von Oberbürgermeister Malsch, obwohl er zur Zeit der Inbetriebnahme nicht mehr im Amt war. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges besaß Karlsruhe ein Wasserrohrnetz in einer Gesamtlänge von 120 km, das durch ein Pumpwerk in dem südöstlich der Stadt gelegenen Rüppurrer Wald mit Wasser gespeist wurde. Zum Ausgleich möglicher Schwankungen wurde der erste Gegenbehälter in der Gartenstraße errichtet, und als der nicht mehr ausreichte, 1893 durch einen Wasserhochbehälter auf einem künstlichen Berg im Stadtgarten ersetzt. Den Berg, der nach dem Oberbürgermeister Wilhelm Lauter benannt wurde, schmückte – ganz dem Zeitgeschmack entsprechend – eine künstliche Ruine. Die Erstellung der städtischen Wasserversorgung einschließlich Verteilungsnetz und Hochbehälter kosteten die Stadt 3.600.000 Mark, kurz vor dem Ersten Weltkrieg lagen die jähr-



Errichtung des Wasserhochbehälters auf dem Lauterberg mit künstlicher Burgruine. Links das Schwarzhaldhäuschen, das ein Café beherbergte.

liche Ausgaben bei 370.000 Mark und die Einnahmen bei 740.000 Mark, so daß die Stadt mit dem Wasserwerk einen durchaus profitablen Betrieb besaß.

Seit der Jahrhundertwende begann die Elektrizität ihren Vormarsch in Karlsruhe und machte dem Gebrauch von Gas und Kohle Konkurrenz. 1901 nahm das Elektrizitätswerk am Rheinhafen seinen Betrieb auf. Bis 1911 hatte das Leitungsnetz schon einen Länge von 125 km erreicht, und es waren 98 Transformatoren im Stadtgebiet verteilt.[74] Die Vorüberlegungen und Planungen für die „Beleuchtung mittels elektrischen Lichtes" hatten schon 1878 begonnen. 1888 richtete der Stadtrat an alle größeren deutschen Städte eine Anfrage nach eventuellen Erfahrungen mit der elektrischen Beleuchtung, 1891 holte man sich Angebote von Firmen ein. Im Januar 1898 entschloß sich der Bürgerausschuß endlich einstimmig für die Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerks, das am 10. April 1901 seinen Betrieb aufnehmen konnte. Die Entscheidung, das Werk als stadteigenes einzurichten, erwies sich als richtig. 1910 standen z. B. den jährlichen Ausgaben von 556.000 Mark Einnahmen von 733.200 Mark gegenüber. Dennoch waren die Erwartungen eines Reingewinns von 8,1 % des Anlagekapitals im zehnten Betriebsjahr mit rund 6,5 % nicht ganz erfüllt.

Das Wachstum der Stadt und seiner Bevölkerung ließ die Frage der Abwasserbeseitigung seit den 1870er Jahren ausgesprochen virulent werden. Der Landkanal, der als Sammelkanal fungierte, wurde in der Innenstadt nach und nach überwölbt, doch blieb der größte Teil des Stadtgebietes ohne Kanalisation, so daß das gebrauchte Wasser die offenen Straßenrinnen

passieren mußte. Ab 1878 wurde ein vom städtischen Tiefbauamt geplantes Kanalisationsprojekt umgesetzt, das weiterhin den Landgraben als Hauptsammler vorsah. Von 1883 bis 1886 kanalisierte man die sogenannte „Altstadt", d. h. den Stadtkern, bis 1911 waren alle Stadtteile bis auf Rintheim und Daxlanden sowie Teile von Grünwinkel, Rüppurr und Beiertheim an das neue Abwässersystem angeschlossen. Im Jahr 1915 wurde durch die Einführung der Schwemmkanalisation eine weitere wesentliche Verbesserung erreicht, so daß die Abortgruben aufgegeben werden konnten.[75]

Gesundheitswesen und Fürsorgepolitik – Stadtverwaltung und Frauenverein gemeinsam gegen Krankheit und Armut

Die Industrialisierung stellte die Kommunen vor immense Aufgaben in der Daseinsvorsorge, wobei sie nun zusätzlich mit ganz neuen Armutsproblemen konfrontiert waren: Wohnen auf engstem Raum, Armutskrankheiten wie Typhus, hohe Säuglingssterblichkeit und schlechte Ernährung in den Arbeiterhaushalten. Die bisher ehrenamtlich von den Stadthonoratioren erledigten Arbeitsfelder im Gesundheits- und Fürsorgewesen verlangten auch angesichts des raschen Bevölkerungswachstums nach anderer Organisation und Verbindlichkeit. Jetzt bewährte sich in ganz neuer Weise die sich seit den Freiheitskriegen entfaltende ehrenamtliche Tätigkeit der Frauenvereine, die jetzt gemeinsam mit den Stadtvätern das öffentliche Gesundheits- und Fürsorgewesen der Stadt aufbauten. Gleichzeitig befaßte sich die wissenschaftliche Forschung nun mit Fragen der gesunden Ernährung, der Wohnverhältnisse und der allgemeinen Hygiene. Um diese Probleme angehen zu können, wandten sich Ärzte, Verwaltungsbeamte und Frauenvereine an die Arbeiterfrauen, deren Haushalt in das Zentrum des Interesses rückte. In der Annahme, ein nahrhaft gekochtes Essen, eine gut gelüftete Wohnung, ein mit Geschick geführtes Haushaltsbuch und eine mit Umsicht genähte Kleidung würden die Lebensumstände verbessern, wandten sich besonders die Frauen der städtischen Oberschicht an ihre armen Schwestern. Wenn diese sparsam, ordentlich und sauber ihren Haushalt führten, dann seien grundlegende soziale Probleme, wenn nicht zu lösen, so doch wenigstens zu entschärfen. Darin waren sich die Frauenvereine mit den Verwaltungsbeamten und Ärzten einig. So klagte 1907 der Durlacher Bezirksarzt, in dessen Amtsbezirk viele Dörfer lagen, die ihre Töchter in die Karlsruher Industriebetriebe schickten: „Als ein Übelstand ist es zu betrachten, daß die jungen Mädchen alsbald nach der Entlassung aus der Schule zum großen Teil in den Fabriken beschäftigt werden und daher das Kochen nicht erlernen, was sie später als Hausfrauen ordentlich verstehen sollten, da eine schlechte Küche zu Hause manchen jungen Mann nach dem Wirtshaus leitet."[76]
Hausarbeit und die Vermittlung von Kenntnissen in der Hauswirtschaft wurden dabei zugleich als Mittel empfohlen, die damals als gefährlich eingestufte Sozialdemokratie zu bekämpfen. Unter dem Motto „Die Hand bei der Arbeit. Das Herz bei Gott" hoffte man, die handarbeitenden Arbeitertöchter und -frauen zu gesellschaftlichen Friedensstifterinnen zu erziehen.[77]

Die evangelische Diakonissenanstalt

Am 15. Oktober 1849 trat ein Gründungskomitee für eine Diakonissenanstalt zusammen, deren Statuten den Zweck festhielten, „Dienerinnen des Herrn im Werke christlicher Liebe zu bilden, und in entsprechender Weise zu verwenden. Die Thätigkeit der Diakonissen umfaßt die Pflege von Kranken und Armen in Gemeinden, öffentlichen Anstalten und Privathäusern, sodann den Dienst an Mägdeherbergen und Mägdeschulen, Pfründneranstalten, Kleinkinderpflegen und ähnlichen Werken der Barmherzigkeit."[78] Das Komitee hatte bald schon genügend Geld gesammelt, um vor dem Mühlburger Tor ein Haus zu erwerben und dieses 1851 als Krankenpflegestation zu eröffnen.[79] Am 11. November 1857 konnte ein neu

errichteter Gebäudekomplex in der Sophienstraße eingeweiht werden, der nach und nach erweitert wurde, so daß er lange Zeit allen Zwecken des Vereins Raum bot. Gegen die Erweiterungsbauten an der Sophienstraße fanden sich in den 1880er Jahren wiederholt einige Bürger zusammen, um dem durch Unterschriftensammeln entgegenzutreten, damit der Stadtteil nicht zu einem „Spitalviertel" verkomme mit entsprechend sinkenden Grundstückspreisen.
Das Krankenhaus in der Sophienstraße hatte 1910 160 Betten. Es wurde später durch das am 22. Mai 1933 in Rüppurr eröffnete neue Diakonissenkrankenhaus ergänzt.
Die Karlsruher Anstalt bildete zudem Diakonissen aus, die anschließend in den Krankenhäusern oder in der Gemeindepflege anderer Städte, so z. B. im benachbarten Durlach, in Heidelberg, Mannheim oder Freiburg, eingesetzt wurden. Die Diakonissen beteiligten sich ebenso wie die Krankenschwestern des Badischen Frauenvereins an der Lazarettpflege während der Kriege von 1866 und 1870/71 (siehe oben).
Durch das Testament des Oberschloßhauptmanns Wilhelm Offensandt-Berckholtz erhielt der Verwaltungsrat der Diakonissenanstalt 1909 700.000 Mark für die Errichtung eines Altersheims, das in der gerade wachsenden Weinbrennerstraße gebaut wurde und das bis heute den Namen „Altersheim der Elisabeth-von-Offensandt-Berckholtz-Stiftung" trägt.[80]

Der Vincentiusverein
und das Vincentiuskrankenhaus

Wenige Jahre nach der Revolution gründeten 1851 einige katholische Frauen auf Initiative von Amalie Baader in Karlsruhe den katholischen Vincentiusverein, der sich der Krankenpflege und Armenfürsorge verschrieb.[81] Dafür gewann er Niederbronner Schwestern, die sich vor allem der Krankenpflege widmeten. Der Verein unterhielt seit 1853 eine provisorische Pflegestation in dem ehemaligen Gewerbehaus in der Spitalstraße, konnte aber im August 1861 ein eigenes Haus in der Kriegsstraße „vor dem Karlsthor" beziehen. Da der Verein 1884 eine Haushaltungsschule für junge Mädchen und seit 1888 zudem noch eine Kleinkinderschule unterhielt, reichte das Gebäude für alle Zwecke nicht mehr aus. Daher errichtete der Verein einen Krankenhausneubau in der Südendstraße, der am 15. Mai 1900 eingeweiht werden konnte. 1910 hatte es 200 Krankenbetten. In dem Haus in der Kriegsstraße unterhielt er zu dieser Zeit ein Krankenhaus für Augen-, Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten.

Der Badische Frauenverein
und die Einrichtungen des Roten Kreuzes

Für die badische Sozialpolitik und auch für das Gesundheits- und Krankenwesen in Karlsruhe gewann vor allem der Badische Frauenverein eine große Bedeutung.[82] Dieser 1859 anläßlich des italienisch-österreichischen Krieges gegründete Verein, der im Falle eines badischen Kriegseintritts eine weibliche Unterstützung des Krieges gewährleisten sollte, war anfangs einer der vaterländischen Vereine, wie sie seit den Freiheitskriegen erst mit dem Wohltätigkeitsverein, dann mit dem Sophienverein (siehe oben) in Karlsruhe vorhanden waren. Er gehörte zudem zu den in fast allen Ländern des Kaiserreiches existierenden Vaterländischen Frauenvereinen, die das jeweilige Rote Kreuz aufbauten, die kommunale Kinder- und Armenpflege unterstützten und sich für die dem bürgerlichen Frauenbild entsprechenden weiblichen Berufe einsetzten.
Doch war der Badische Frauenverein unter den Vereinen dieser Art vorbildlich und genoß vor allem eine große öffentliche Anerkennung. Das lag wesentlich an der Großherzogin Luise, die den Verein nicht nur als Protektorin, sondern durchaus initiativ und planend unterstützte.[83]
Bald schon legte sich der Landesverein wie ein Netz über das Großherzogtum, die Frauen wurden zu einer grundlegenden Stütze der badischen Sozial- und Gesundheitspolitik. Der Badische Frauenverein, dessen Zentrum und Sitz des Zentralkomitees in der badischen

Haupt- und Residenzstadt waren, hatte 1908 in ganz Baden 75.305 Mitglieder in 385 Zweigvereinen mit einem Gesamtvermögen von 1.748.889 M.[84] Die jeweiligen Vorstände der Zweigvereine entstammten fast immer der örtlichen Oberschicht, es waren die Ehefrauen des Lehrers, des Pfarrers und des Amtmannes. Das Karlsruher Adreßbuch von 1915 nennt weit über 20 Vereinsadressen, die von Krankenhäusern über Schulen bis zu Kinderkrippen und Säuglingsfürsorgestellen, von einer Bibliothek über Koch- und Nähschulen bis zum Mutterhaus für Krankenschwestern reichen.[85]

Noch im Dezember 1937, als der Verein von den Nationalsozialisten mit dem „Reichsgesetz über das Deutsche Rote Kreuz DRK" offiziell aufgelöst wurde, wies er rund 73.000 Mitglieder und 389 aktive Zweigvereine auf.[86] Eine ähnlich große Organisation gab es im benachbarten Land Württemberg nicht, das vor 1914 ohnehin eine zahlenmäßig vergleichsweise gering ausgebildete bürgerliche Frauenbewegung hatte.[87]

Der badische Frauenverein baute das badische Rote Kreuz auf, d. h. er organisierte die Ausbildung von Krankenschwestern, errichtete Krankenhäuser und trug in Kriegszeiten das Lazarettwesen. In Karlsruhe baute der Verein das Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus, das 1890 an der Kaiserallee eröffnet wurde. Es beherbergte eine chirurgische, eine gynäkologische und eine Augenabteilung und hatte zunächst 79 Krankenbetten. Ab 1923 pachtete der badische Staat das Krankenhaus, um dort eine Landesfrauenklinik einzurichten, die bei einem Luftangriff 1944 fast vollkommen zerstört wurde.

Zudem widmete sich der Verein sehr engagiert der Förderung der Erwerbstätigkeit „des weiblichen Geschlechts"; er gründete Haushaltungs- und Frauenarbeitsschulen, etablierte neue Berufe wie die Kindergärtnerin oder die Hauswirtschafterin und förderte durch das Angebot von Handelskursen die Ausbildung für die neuen Büroberufe wie z. B. den der Kontoristin. Darüber hinaus kümmerten sich die Vereinsmitglieder auch um die Schulbildung der Töchter der Unterschichten bzw. der neu entstandenen Arbeiterklasse sowie um die „Armeleutekinder und die Waisenkinder." Sie sorgten für deren Gesundheit, Erziehung und Unterbringung. „Gefallene Mädchen" konnten in der Mädchenfürsorge des Vereins Schutz und Unterhalt finden.

Das städtische Krankenhaus

Das städtische Krankenhaus lag am heutigen Lidellplatz im Gebäude des ehemaligen Militärhospitals, das die Stadt 1846 übernahm und 1863 durch einen Neubau gen Osten ergänzte.[88] Am 1. September 1858 wurde die Verwaltung und die Krankenpflege den religiösen Schwesternschaften, d. h. den Diakonissen sowie den katholischen Ordensschwestern übergeben und die Anstalt in eine westlich gelegene evangelische und eine östlich gelegene katholische Hälfte geteilt. „Dieser Zustand erwies sich jedoch sowohl in politischer Richtung als bezüglich der Krankenverpflegung als unhaltbar."[89] Daher übergab man 1872 die Krankenpflege der Schwesternschaft des Roten Kreuzes des Badischen Frauenvereins und hob die konfessionelle Aufteilung des Hauses auf.

Lange Zeit wurde das Krankenhaus anteilig aus Stiftungen – so vermachte z. B. Kammerrat Christoph Friedrich Lidell 1792 der Einrichtung 100.000 Lire – und von der Gemeinde getragen. 1884 erwarb die Stadt alle Stiftungsanteile, so daß das Krankenhaus nun rein städtisch wurde.

Die öffentliche Krankenpflege wandelte sich in der Zeit der Industrialisierung grundlegend, da sie nicht mehr nur für familiär unbetreute und für unbemittelte Menschen zuständig war, sondern im Zuge der wachsenden wissenschaftlichen Kenntnisse der Medizin und der aufwendigeren Therapiemethoden von allen Einwohnern genutzt wurde. Diesem Wandel sollte eine Verwaltungsumstrukturierung des Jahres 1883 gerecht werden, welche die Krankenhauskommission, die seit 1876 dem Armenrat unterstellt war, selbständig werden ließ. Man hatte festgestellt, daß „die Anstalt

Das alte städtische Krankenhaus am Lidellplatz.

dadurch, dass sie vom Armenrath verwaltet wird, nach Außen hin einen falschen Schein [erhält], welcher ein mächtiges Vorurtheil gegen deren Benützung bei den Einwohnern hervorruft, so dass sich Viele lieber in schlechte und theure Privatpflege begeben, als dass sie durch Eintritt in das Krankenhaus sich der Vermuthung und dem Gerede Preis geben, sie würden öffentlich unterstützt."[90]

In den 1880er Jahren erlebte das Krankenhaus umfangreiche Neu- und Umbauten, doch blieb es angesichts der immensen Bevölkerungsvermehrung der Zeit trotz der seit 1885 zur Verfügung stehenden 255 Betten in 52 Krankenräumen unzureichend. Nur durch die Unterstützung der konfessionellen Krankenhäuser und des Ludwig-Wilhelm-Krankenhauses war eine einigermaßen genügende Versorgung gewährleistet. 1897 sprachen sich schließlich der Ortsgesundheitsrat und die Baukommission für einen Neubau aus, für welchen das Waldgelände westlich der Infanteriekaserne ausgewählt wurde. 1903 begannen die Bauarbeiten, am 31. August 1907 konnten die ersten Kranken das neue städtische Krankenhaus an der Moltkestraße beziehen.[91]

Die Fürsorgepolitik

Bevölkerungszunahme und die sozialen Verschiebungen infolge der Industrialisierung, die eine wachsende Arbeiterschicht in die Städte zog, stellten die städtische Fürsorgepolitik vor wachsende Probleme. Zeitgleich stiegen die Ansprüche an die Kommunen, da die Gesetze von 1862 die herkömmlichen Regelungen des durch Bürgerannahme erworbenen Anrechts auf Armenfürsorge obsolet werden ließen, denn die Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit hoben die traditionale, auf Herkommen basierende Bürgergemeinschaft auf. Ein neues Reichsgesetz, das bald nach der Reichsgründung in Baden eingeführt wurde, und die neue badische Städteordnung von

1874 veränderten endgültig das bisherige System der Stadtgemeinschaft: Zum einen legte das Reichsgesetz fest, daß die öffentliche Armenpflege zu den Pflichten der Kommunen zählten, zum anderen bedeutete die Einwohnergemeinde, daß alle erwachsenen männlichen Personen, die zwei Jahre an einem Ort wohnten, zu den Gemeindebürgern mit allen Rechten und Pflichten zählten.[92] Damit ging die Armenversorgung von der Heimatgemeinde auf den Aufenthaltsort über. Die meisten Großstädte, die von dem neuen Gesetz vorrangig betroffen waren, übernahmen nun das in den 1850er Jahren zuerst in Elberfeld eingeführte System. Es beruhte auf einer Einteilung des Stadtgebietes in kleine Bezirke, in denen die Notleidenden planmäßig durch ehrenamtlich tätige Armenpfleger versorgt wurden. In Karlsruhe wurde das Elberfelder Modell 1875 eingeführt. Zur Betreuung der „Armeleute"- und Waisenkinder griff die Stadtverwaltung nun auch auf die Mitarbeit des Badischen Frauenvereins zurück.[93]

Über dreißig Jahre später, am 27. Juli 1906, d. h. deutlich vor der badischen Gemeindereform von 1910, beschloß der Bürgerausschuß ein neues Ortsstatut, welches das vom 3. Dezember 1875 ablöste.[94] Das neue Ortsstatut sah eine Zentralisierung der Armenpflege vor, deren Verwaltung in der Hand einer Kommission des Stadtrates sowie dem Armen- und Waisenrat lag. Die Organisation der Armenpflege beruhte seitdem zwar weiterhin auf dem Grundgedanken des Elberfelder Systems der planmäßigen Betreuung der Armen, beschränkte aber die Arbeit der ehrenamtlichen Armenpfleger und -pflegerinnen auf die eigentliche Pflegetätigkeit an den in offener Armenpflege ständig unterstützten Personen. Sie übten ab 1907 ihre Tätigkeit also nicht mehr nach Bezirken eingeteilt aus, sondern sie übernahmen einzelne ihnen übertragene Pflegschaften. Die Ebene der Bezirksvorsteher war damit abgeschafft, die gesamte Verwaltungsarbeit einschließlich des Entscheids über alle Unterstützungsanträge der Pfleger, übernahm nun der Armen- und Waisenrat und seine berufsmäßigen Hilfsorgane.[95]

Da das neue Ortsstatut auch die Zahl der Armenpfleger erhöhte und vor allem den Frauen das Amt der städtischen Armenpflegerin erlaubte, entwickelte sich in der Folgezeit dieses Amt zu einem vorwiegend weiblichen Betätigungsfeld. Schon 1908 standen 105 Armenpflegerinnen 78 Armenpflegern gegenüber, am 1. Januar 1911 waren unter 166 Armenpflegern 101 Frauen.[96] Gleichzeitig begann eine Professionalisierung der Sozialarbeit, deren Gewinnerinnen Frauen sein konnten, da sie die neuen Berufsfelder besetzten. Dem vierzehntägig tagenden Armen- und Waisenrat gehörten ein Bürgermeister als Vorsitzender, ein Vertreter der staatlichen Polizeibehörde, die Vertreter der Kirchengemeinden, ein Stadtarzt, der Vorstand des Armen- und Waisenamtes und 17 Armenpfleger an. Seit Juli 1908 waren zwei Frauen stimmberechtigte Mitglieder dieses Gremiums, drei Jahre später vier Frauen und drei weitere als stellvertretende Mitglieder.[97] Zur allgemeinen Fürsorgepolitik zählte seit einer badischen Verordnung von 1874 auch die regelmäßige Untersuchung von Wohnungen in schlechten Gegenden. Zu diesem Zweck setzte die Stadtverwaltung 1910 eine Wohnungskommission ein, der ebenfalls Frauen angehörten.[98]

Die Eingemeindungen

Der Ausbau des Straßen- und Eisenbahnnetzes ließ wie schon die Gas- und Elektrizitätsversorgung (siehe unten) die umliegenden Nachbargemeinden näher an die Haupt- und Residenzstadt heranrücken. Deren Einwohner nutzten darüber hinaus die städtischen Einrichtungen des Gesundheits- und Schulwesens, ohne dafür Steuern zahlen zu müssen. Dadurch konnen die Nachbargemeinden ihre Gewerbesteuern und Umlagen niedriger halten, was wiederum die Gefahr barg, daß große Industriebetriebe aus Karlsruhe abzogen. Andererseits konnten die Gemeinden von dem Anschluß an die städtische Infrastruktur profitieren, deren Einrichtung die eigenen Kassen überfordert hätte. Da die Haupt- und Residenzstadt ohnehin unter Gemarkungsmangel

und damit fehlenden Möglichkeiten räumlicher Ausbreitung litt, lagen Eingemeindungen nahe.

In den ersten 150 Jahren ihres Bestehens hatte die Stadt ihre Gemarkung durch Ankäufe in Nachbargemeinden und auf Kosten des Domänenlandes verdoppelt.[99]

Das reichte angesichts der steigenden Einwohnerzahl und der Ansiedlung von großen Industriebetrieben nicht mehr, so daß die Stadt 1885 mit Mühlburg die nach Klein-Karlsruhe zweite Nachbargemeinde eingemeindete. Für die Beratungen des Karlsruher Bürgerausschusses am 1. Mai 1885 über diesen Schritt legte die Verwaltung eine ausführliche Begründung vor, die über das Argument der unzureichenden Gemarkungsfläche hinausging und auf die ohnehin bestehende enge Verbindung beider Städte hinwies: „Die Bewohner von Stadtquartieren auf fremder Gemarkung genießen fast alle Vorteile der Stadt: sie schicken ihre Kinder in die städtischen Schulen, sie benützen die städtischen Straßen und Plätze, in ihren Diensten stehen Angehörige der arbeitenden Klassen, die hier wohnen und im Falle der Erwerbsunfähigkeit die öffentliche Hilfe hier in Anspruch nehmen; sie haben ferner Teil an den hiesigen Einrichtungen für Feuerschutz, öffentliche Sicherheit, Gesundheit und Reinlichkeit; sie betreiben vielfach hier ihre Geschäfte, haben hier ihre Kundschaft und sind überhaupt in ihrer wirtschaftlichen Existenz auf die Stadt angewiesen, wogegen aber ihre Steuerkapitalien anderwärts umlagepflichtig sind."[100] Zudem drohe die Gefahr, daß die industriellen Betriebe aus der zu engen Stadtgemarkung herausdrängten.

Die Eingemeindung war nach der Gemeindeverordnung von 1831 und der Städteordnung von 1874 durch die Auflösung einer Gemeinde per Landesgesetz möglich, das nach der Zustimmung der beteiligten Gemeinden am 12. Dezember 1885 erlassen wurde. Zum 1. Januar 1886 würde Mühlburg Stadtteil von Karlsruhe, dessen Gemarkung dadurch um 212 ha auf 1.001 ha wuchs und dessen Einwohnerzahl um 4.106 auf 61.078 Personen stieg.

Über zwanzig Jahre später erfolgten die nächsten Eingemeindungen: Auf den 1. Januar 1907 wurden Beiertheim, Rüppurr und Rintheim mit Karlsruhe vereinigt, damit wuchs die Stadt auf einen Schlag um über 1.000 Hektar und um 6.764 Einwohner.[101] Auf den 1. Januar 1909 kam Grünwinkel hinzu, ein Jahr später Daxlanden.

Dabei gestalteten sich die Verhandlungen mit Beiertheim besonders schwierig, da das Dorf jahrelang von der beengten Gemarkung Karlsruhes profitiert hatte. Es verkaufte nach und nach große Teile seiner Gemarkung mit hohem Gewinn an die Haupt- und Residenzstadt. Beiertheim grenzte im Süden unmittelbar an die Karlsruher Gemarkung. Erstmals gab es im Jahr 1800 für die Erstellung der Kriegsstraße und des Ettlinger Tors knapp 25 ha im Tausch mit markgräflichem Kammergut an Karlsruhe ab. 1808 mußte die Kriegsstraße nach Osten verlängert werden, Beiertheim steuerte erneut rund 10 ha bei. 1867 kam nach langwierigen Verhandlungen das ursprünglich herrschaftliche, im Jahr 1800 aber eingetauschte Sallenwäldchen zu Karlsruhe. Zur Anlage des Festplatzes wurde 1875 die Schießwiese im Tausch gegen Karlsruher Gelände und ein Grundstück erworben, das die Stadt für fast 70.000 Gulden erst von dem großherzoglichen Domänenärar kaufen mußte.

Die Abtretung der südlichen Flucht der Gartenstraße, die auf Beiertheimer Gemarkung lag, kostete die Stadt 90.000 Gulden. Als im Jahr 1890 die Kriegsstraße erneut verlängert werden mußte, trat Beiertheim wiederum fast 10 ha ab. Fünf Jahre später stellte das mehrheitlich katholische Dorf Gelände zum Bau des Vincentius-Krankenhauses und nahm dafür nur 500 Mark. Sehr viel teurer wurde der Ankauf des restlichen Beiertheimer Wäldchens und des angrenzenden Gebietes, für das die Stadt wegen der „seitens der Gemeinde [= Beiertheim] wiederholt in Aussicht genommenen Veräußerung ... an die private Bodenspekulation, durch die wichtige Interessen der Stadt Karlsruhe schwer verletzt worden wären,"[102] mehr als 400.000 Gulden zahlte. Beiertheim hatte nun mit fast 200 ha

mehr als die Hälfte seiner Gemarkung abgetreten.[103]

Bereits 1876 empfahl der damalige Bürgermeister und spätere Oberbürgermeister Karl Schnetzler die Eingemeindung. Als der Karlsruher Bürgerausschuß schließlich nach schwierigen Verhandlungen darüber beriet, hob die Verwaltung noch einmal hervor, daß alle früheren Verhandlungen am Widerstand der Beiertheimer Bürger gescheitert seien, „welche den Genuß ihres namentlich aus Gemarkungs- und Eigentumsabtretungen an Karlsruhe herrührenden beträchtlichen Gemeindevermögens und der damit zusammenhängenden Umlagefreiheit nicht gern aufgeben wollen, wenn sie auf der anderen Seite auch die Vorteile der Eingemeindung sich wohl zunutze machen möchten."[104] Die Vorlage für den Karlsruher Bürgerausschuß betonte auch, daß Karlsruhe bislang schon fast 650.000 Mark an Beiertheim für verschiedene Gebietsabtretungen bezahlt habe. Als die Gemeinde 1907 mit Karlsruhe vereinigt wurde, betrug die Restgemarkung nur noch knapp 160 ha. Auch kamen auf die Stadt große Folgekosten zu, so daß der Stadtrat in der Bürgerausschußvorlage feststellte, „daß sich die Stadtgemeinde damit auf lange Zeit hinaus beträchtliche Lasten aufbürdet und daß dabei von einem ‚guten Geschäft' für die Stadtgemeinde vorerst keine Rede sein kann. Da aber die Entwicklung der Stadt die endgültige Lösung der seit Jahrzehnten schwebenden Frage nunmehr gebieterisch fordert und eine weitere Verzögerung die Lage für Karlsruhe wohl nur ungünstiger gestalten könnte, so glaubt der Stadtrat die Übernahme der der Stadtgemeinde angesonnenen Opfer verantworten zu können und es nicht auf die keineswegs unzweifelhaften Chancen einer Zwangseingemeindung ankommen lassen zu sollen."

Die Beiertheimer Bürger bekamen vor der Eingemeindung aus dem Gemeindevermögen von rund 1,3 Millionen Mark einen jährlichen Bürgernutzen ausgezahlt, 103 den beschränkten Nutzen mit einem Naturalnutzen (Feldnutzung) in Höhe von 15 Mark, 118 den vollen Nutzen mit 168 Mark in Geld und 45 Mark als Naturalnutzen. Außerdem erhielten sie gemäß dem Hardtwaldvertrag insgesamt 1.029 Ster Holz. Im Zuge der Eingemeindung wurde dieses Holzrecht von der Großherzoglichen Zivilliste mit 180.000 Mark abgelöst, die unter den Bürgern verteilt wurden. Anstelle des bisherigen Bürgernutzens erhielten alle Bürger, die das Bürgerrecht seit mindestens 10 Jahren besaßen, von der Stadt eine Rente von jährlich 270 Mark, die anderen von 40 Mark. Das bedeutete für die Kommune jährliche Kosten von rund 54.000 Mark. Das war die Hälfte des eigentlich von Beiertheim geforderten Betrages. Außerdem setzte das Dorf eine bis 1930 befristete Umlagefreiheit durch, die bei der Stadt nochmals mit jährlich etwa 11.000 Mark zu Buche schlug. Die Verbrauchssteuern mit Ausnahme von Bier und Wein sollten solange nicht erhoben werden, wie der bauliche Zusammenhang mit der Stadt nicht hergestellt war. Darüber hinaus verpflichtete sich Karlsruhe zur Kanalisation der Ortsstraßen, wobei im Gegensatz zu Mühlburg die Anwohner von Anliegergebühren befreit wurden. Insgesamt blieben für Karlsruhe nach Abrechnung der laufenden Beiertheimer Einnahmen Kosten von jährllich 35.000 Mark, die durch eine geringfügige Steigerung der Umlage finanziert wurde. Unter dem Strich sah man aber die Vorteile der Eingemeindung: man erhielt das Land, das man wegen der notwendigen Stadterweiterung sowieso hätte erwerben müssen, „vor allem das zur Zeit wertvollste Gelände zwischen Ettlinger Straße und Stadtgarten (Auäcker) zur Erweiterung des letzteren gegenüber dem neuen Bahnhof und ferner das ... Gelände längs dem Nordufer der Alb, zwischen Beiertheim und Mühlburg (Neubruch und Unterneubruch), das größtenteils zu einer öffentlichen Anlage Verwendung finden soll. Der dritte und vierte größere Komplex, der Dammerstock und die Langen- und Fautenbruchwiesen, liegen südlich des Rangierbahnhofs und können für eine spätere Entwicklung der Stadt gleichfalls von großer Wichtigkeit werden."

Sehr viel einfacher lagen die Verhältnisse in Rüppurr, auf dessen Gemarkung sich das städ-

Ortseingang von Beiertheim um 1900.

tische Wasserwerk befand. Dort war der Bürgernutzen bei weitem nicht so hoch, so daß die Stadt pro Berechtigtem lediglich 40 Mark jährlich zahlen mußte. Doch bestand der Rüppurrer Bürgerausschuß darauf, daß die Besitzer der bestehenden Häuser nicht zu den Kanalisationskosten herangezogen werden sollten. Mit der Eingemeindung von Rüppurr erhielt die Stadt nicht nur das ohnehin dringend benötigte Gelände zur Erweiterung des Wasserwerks, sondern auch wertvolles Bauland, auf dem nun die Gartenstadt errichtet wurde. Insgesamt gewann Karlsruhe rund 800 ha.[105]

Bereits 1902 hatte eine Anzahl von Rintheimer Bürgern die Eingemeindung angeregt. „Obgleich der Stadtrat sich von Anfang darüber klar war, daß der einzige Vorteil der Einverleibung Rintheims für Karlsruhe in der Erweiterung des Gemarkungsrechts der Stadt zu suchen sein würde, glaubte er zu einer solchen Verschmelzung die Hand bieten zu sollen ... Dabei ging man aber von dem Standpunkte aus, daß es nicht angängig sei, Rintheim gegenüber irgendwelche besonderen Verpflichtungen zu übernehmen, da der Stadt finanzielle Vorteile aus der Einverleibung von Rintheim nicht zufließen, Karlsruhe vielmehr sich lediglich mit dem Rintheimer Aufwand belastet."[106] Nur wegen des der Gemeinde Rintheim zustehenden Holzes aus dem Hardtwaldvertrag gab es einige Schwierigkeiten zwischen Rintheim und der Generalintendanz der Großherzoglichen Zivilliste, die glaubte, daß das Holzrecht mit der Eingemeindung erlösche. Der schließlich gefundene Kompromiß sah dann vor, daß den vor der Eingemeindung Geborenen weiterhin dieses Holzrecht zustehe.

Mit den Eingemeindungen des Jahres 1908 war die Gemarkungserweiterung der Zeit noch nicht abgeschlossen, der Blick der Stadtväter richtete sich auch nach Westen. In der Bürgerausschußvorlage zur Eingemeindung Grünwinkels hieß es:„Ein Blick auf den Stadt-

plan lehrt, daß im Südwesten das bebaute Stadtgebiet von Mühlburg und Bannwald sich bis zur Grünwinkeler Gemarkungsgrenze erstreckt und daß anderseits auf dieser Gemarkung die Bautätigkeit an die Karlsruher Grenze herangerückt ist, die zudem dort einen tief in das Karlsruher Gebiet einspringenden Winkel bildet, so daß an jener Stelle die Karlsruher Gemarkung noch nicht einmal 1,5 km tief ist. Die Frage der Eingemeindung lag deshalb längst in der Luft."[107] Der nach kurzen Verhandlungen abgeschlossene Vertrag legte fest, daß der Bürgergenuß durch Geldrenten in Höhe von jährlich 5.776 Mark jährlich abgegolten wurde. Wie alle anderen eingemeindeten Dörfer wurde auch Grünwinkel an das Karlsruher Gas- und Wasserleitungsnetz angeschlossen.

Zu diesem Zeitpunkt liefen auch die Verhandlungen mit Daxlanden bereits seit mehreren Wochen, denn der dortige Gemeinderat hatte angefragt, „ob unter den zur Zeit obwaltenden Umständen nicht eine Erörterung der Eingemeindungsfrage in Betracht zu ziehen sei ... "[108] Die „obwaltenden Umstände" wurden in der Bürgerausschußvorlage auch näher erläutert: Zum einen war der Karlsruher Rheinhafen zum Teil auf vormals Daxlander Gemarkung angelegt. Zum anderen fürchtete man, daß ein durch den Stichkanal verursachtes Hochwasser den Wert der dort liegenden Daxlander Äcker mindere. Ein lang gehegter Wunsch Daxlandens war zudem der Anschluß an das Karlsruher Straßenbahnnetz und die Gasversorgung. Außerdem besaß Daxlanden für neue Industrien geeignetes Baugelände. Da der Eingemeindungswunsch von Daxlanden ausging, prüfte man zunächst eingehend die dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Man kam aber schließlich zu dem Ergebnis, daß die Eingemeindung vollzogen werden konnte vor allem in Hinblick auf eine spätere Erweiterung des Rheinhafens. Die Karlsruher Gemarkung wuchs damit zum 1. Januar 1910 noch einmal um über 1.000 ha und war damit seit 1715 von 158 auf 4.431 ha angewachsen, d. h. sie hatte sich nahezu verdreißigfacht (28,5). Der Großteil, 59,4 % des Zuwachses (2.540 ha), war durch Eingemeindungen hinzugekommen. Rechnet man die von den eingemeindeten Dörfern vor allem im Zuge der Anlage des Rheinhafens käuflich erworbenen Grundstücke hinzu, waren es gar 77,2% (3300 ha). Karlsruhe blieb damit hinter den Zahlen in anderen Großstädten zurück, wo rund 90 % der Zunahme auf Eingemeindungen zurückgingen.[109] Dies lag an der besonderen Karlsruher Situation als Haupt- und Residenzstadt, die ihre Gemarkung wiederholt durch herrschaftliches Gelände ergänzen konnte.

Die Bildungspolitik – das Schulwesen

Die Entwicklung des Unterrichtswesens war zwischen 1862 und 1914 vor allem gekennzeichnet durch die Einführung der Simultanschulen, durch die Ausweitung des Angebots von Mittelschulen und durch die Gleichberechtigung der Mädchen und Frauen, die in Karlsruhe gegen Ende des Jahrhunderts sowohl ein Mädchengymnasium als eine Malerinnenschule besuchen konnten. Das Ortsstatut von 1910 schrieb zudem für Mädchen den Besuch der Gewerbeschule verpflichtend vor, damit übernahm Karlsruhe eine Vorreiterrolle im gesamtdeutschen Vergleich.

Die Technische Hochschule (siehe oben) entwickelte sich zu einer bedeutenden Forschungs- und Ausbildungsinstitution, manche ihrer Professoren wie z. B. der mehrfach genannte Reinhard Baumeister spielten für die Karlsruher Stadtplanung eine große Rolle. Wissenschaftler wie Ferdinand Redtenbacher, Heinrich Hertz und Hans Bunte sicherten der Hochschule internationale Anerkennung.[110] Auch die 1854 auf Anregung des Landesherrn entstandene Kunstschule erwarb sich einen guten Ruf. Mit Gründung der Kunstgewerbeschule erhielt Karlsruhe 1878 darüber hinaus eine weitere wichtige Unterrichts- und Gewerbeinstitution.

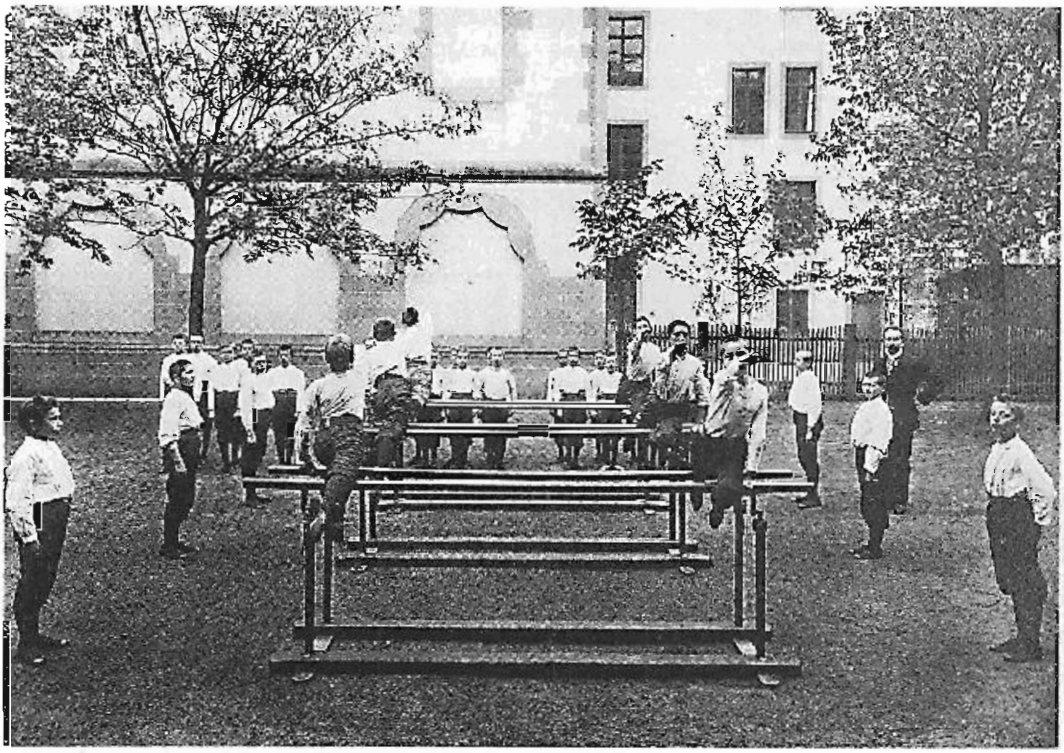
Das Volksschulwesen

Doch auch die Stadtverwaltung sah sich vor neue schulpolitische Herausforderungen ge-

Mädchenturnen an der Karlsruher Volksschule um 1890.

stellt. Infolge des immensen Bevölkerungswachstums mußte sie zahlreiche neue Volksschulen bauen. Die Schülerzahl stieg pro Jahr um 300 Kinder, kaum war ein Schulgebäude fertiggestellt, mußte schon das nächste in Angriff genommen werden. Dennoch waren die Schulen so überfüllt, daß in den 1880er Jahren der Unterricht in manchen Jahrgangsstufen nur halb- statt ganztägig stattfand. Bis 1870, dem Jahr der Eröffnung der Schule in der Kreuzstraße, besaß die Stadt nur zwei Volksschulgebäude, eins in der Erbprinzenstraße, das andere in der Markgrafenstraße. Bis 1910 war ihre Zahl auf 18 angestiegen, zudem hatten sie nun alle Eigennamen wie z. B. Lindenschule, Gutenbergschule, Hebelschule oder Schillerschule erhalten.[111]

Für die innere Organisation des Volksschulwesens waren das badische Gesetz vom 8. März 1868 „den Elementarunterricht betreffend" bedeutend, das die Simultanschulen gestattete, und das Gesetz vom 18. September 1876, das gemischte Schulen für verbindlich erklärte und die konfessionell gebundenen Volksschulen auflöste. Die erste gemischt konfessionelle Volksschule in Karlsruhe war die Augartenschule, die 1872 in ehemaligen Fabrikräumen an der neu erstellten Bahnhofstraße eröffnet wurde und dort bis 1878 blieb.[112] Ein neues Ortsstatut schrieb eine ständige Kommission vor, die für die Volksschulen sowie die Fortbildungsschulen und die Handelsschule zuständig war. Ihr gehörten neben einem Stadtrat die Vertreter der evangelischen, der katholischen, der altkatholischen (siehe unten) und der israelitischen Religion sowie ein für alle Schulen zuständiger Schulrektor, ein Hauptlehrer und einige vom Stadtrat ernannte Bürger an. Erster Schulrektor wurde der bisherige Rektor der Augartenschule Gustav Specht.[113] Im November 1907 legte ein neues Ortsstatut fest, daß das Volksschul-



Knabenturnen an der Karlsruher Volksschule um 1890.

wesen fünf Abteilungen umfaßte: Die Bürgerschule, die erweiterte Volksschule, die Hilfsschule für nicht ganz vollsinnige Kinder, die allgemeine Fortbildungsschule und die Frauenarbeitsschule (Sophienschule). Alle bis auf die letzte – sie war eine reine Mädchenschule (siehe oben) hatten besondere Klassen für Jungen und Mädchen.[114]

Weiterführende Schulen

Zu dieser Zeit gab es darüber hinaus ein weit gefächertes Angebot weiterführender Schulen: die Gewerbeschule sowie die Handelsschule und die „höheren Lehranstalten" wie das Knabengymnasium, zwei Jungenrealgymnasien und zwei Knabenrealschulen. Letztere waren aus der 1868 gegründeten, ursprünglich sechsklassigen lateinlosen Bürgerschule hervorgegangen. Das Realgymnasium war das Resultat einer Schulreform von 1896, welche die schon seit 1890 vom Stadtrat gewünschte Differenzierung in Gymnasium und Realgymnasium durchsetzte.[115] Auf dieser Reformschule wurden die Schüler in den ersten drei Klassen alle gleich unterrichtet, erst danach begann der Lateinunterricht. Damit reagierte die Stadtverwaltung auf den wachsenden Andrang auf die höheren Schulen, der aber nicht bedeutete, daß alle das Gymnasium besuchenden Jungen das Abitur machten. Viele wollten nur das sogenannte „Einjährige" erreichen und belasteten mit ihrem Desinteresse den Unterricht in den alten Sprachen. Die Reform war einerseits der Versuch, den neuen Ansprüchen an das Schulwesen entgegenzukommen und zugleich das humanistische Bildungsideal für eine Elite beibehalten zu können.

Für Mädchen und junge Frauen entstand ebenfalls ein Angebot von mehreren höheren Schulen, die zum Teil weiterhin eine geschlechtsspezifische Ausbildung, aber zunehmend auch den gleichberechtigten Zugang zur Bildung gewährleisteten.[116] Als Institute für die Töch-

ter höherer Schichten nicht nur Karlsruhes galten die Viktoriaschule und das ihr angeschlossene Viktoriapensionat. Die Viktoriaschule ging zurück auf eine seit 1841 von den Schwestern Henriette und Sophie Sonntag geführte Lehranstalt, die Großherzogin Luise 1880 als persönliches Eigentum übernahm und ihr bis 1911 das Viktoriapensionat anschloß. Beide Institute vermittelten die beste Mädchenbildung in Karlsruhe, an die sich die ehemalige Schülerin Anna Ettlinger erinnerte: „Was unserer Schule nachzurühmen ist, das war ihre musterhafte Disziplin ... Der Lehrplan war aber ziemlich dürftig zugeschnitten und litt besonders darunter, daß nirgends ein tiefer geistiger Hintergrund sich zeigte. Wenn man nicht schon von zu Hause manches mitbrachte, hier wäre man kaum zum selbständigen Denken angeregt worden."[117]

Weiterhin gab es die höhere Mädchenschule, die durch die landesherrliche Verordnung vom 29. Juni 1877 wie alle Institutionen dieser Art in eine weibliche Mittelschule umgewandelt wurde. Dadurch kam sie in den Genuß eines jährlichen staatlichen Zuschusses von 28.600 Mark, wurde dem Oberschulrat sowie dem Stadtrat unterstellt und genoß den Status einer öffentlichen Schule. Die Zahl der akademisch gebildeten Lehrer einschließlich des Vorstandes mußte mindestens drei betragen.[118]

Doch weiterhin blieb den Mädchen und Frauen der Zugang zu den Universitäten versperrt. Um für Frauen ein Studium zu ermöglichen, mußte die Möglichkeit geschaffen werden, das Abitur abzulegen und ein Gymnasium zu besuchen. Das wurde erreicht durch die Eröffnung des ersten deutschen humanistischen Mädchengymnasiums 1893 in Karlsruhe.[119] Die Schule war eine Gründung des 1888 in Weimar unter der Leitung von Hedwig Kettler ins Leben gerufenen Vereins „Frauenbildungsreform", der die „wissenschaftliche Emanzipation" der Frauen erstrebte. Da das Klima in Baden für die Frauenbestrebungen am günstigsten war, entschlossen sich die Mitglieder des Vereins, auf eigene Initiative ein Mädchengymnasium in der badischen Haupt- und Residenzstadt zu gründen. Die Karlsruher Stadtverwaltung unterstützte das Unterfangen, indem sie im Gebäude der Höheren Mädchenschule Räume samt Heizung und Beleuchtung zur Verfügung stellte. Der Stadtrat erklärte, er habe das Schulvorhaben „mit Freude zur Kenntnis genommen und sei gern bereit, dessen Bestrebungen durch unentgeltliche Stellung der ... nötigen Räume zu fördern."[120]

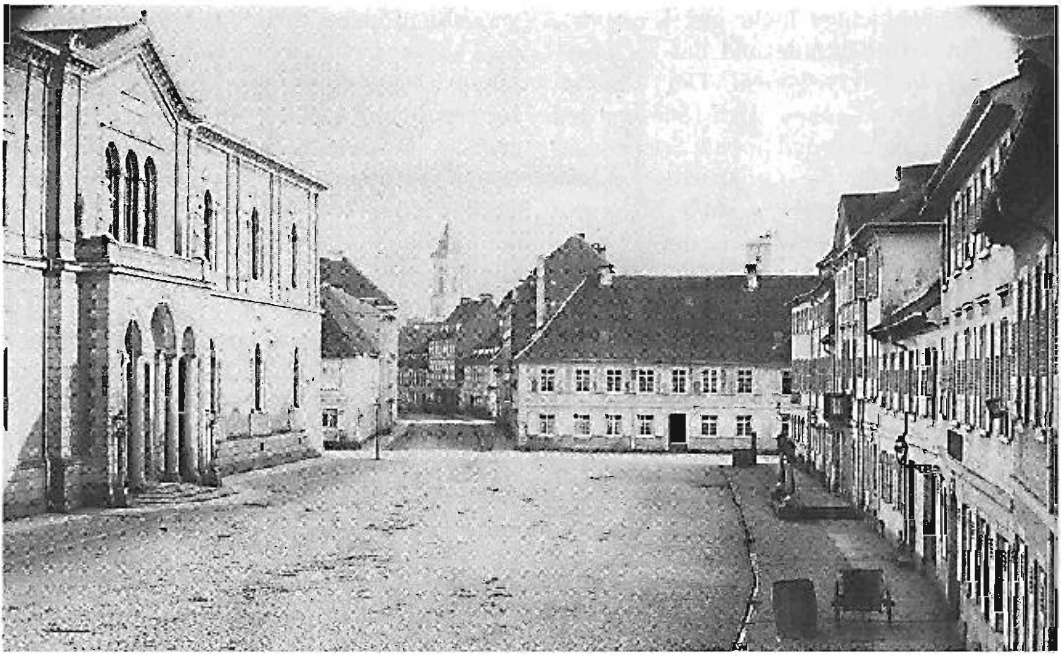
Die Unterstützung des damals so ungewöhnlichen Unterfangens durch den Stadtrat, der mehrheitlich nationalliberal und mit Vertretern des wohlhabenden Bürgertums besetzt war (siehe unten), mag vielerlei Gründe haben. Doch blieben Bürgerausschuß und Stadtrat dem ersten humanistischen Mädchengymnasium, das reichsweite Aufmerksamkeit auf sich zog, weiterhin wohlgesonnen. Als die Schule in finanzielle und personelle Schwierigkeiten geriet, entschloß sich die Stadt, die Institution 1898 zu übernehmen und weiterhin als humanistisches Gymnasium bestehen zu lassen. „Man ging dabei von der Ansicht aus" – wie 1915 der Karlsruher Chronist, Professor und Stadtverordnete Robert Goldschmit meinte, der auch 1897 in der Kommission für das Mädchengymnasium gesessen hatte –, „daß das weibliche Geschlecht in unserer Zeit berufen ist, gerade an der ästhetischen Bildung der Nation mitzuwirken, dafür aber sei das Griechische, auf dem unsere ästhetische und geistige Kultur in ihren Grundgedanken beruhe, wichtiger als das Lateinische."[121]

In Baden erhielten Frauen 1901 das Immatrikulationsrecht, reichsweit und damit auch in Preußen erst 1908.[122] 1915 promovierte die erste Frau an der Karlsruher Technischen Hochschule. Auf das Recht, sich zu habilitieren, mußten die Frauen bis 1920 warten.

Das kulturelle Leben in der Großstadt

Die bildende Kunst

Noch 1843 stellte ein Chronist der Stadtgeschichte fest: „Der Sinn für zeichnende und bildende Kunst ist ... bis jetzt erst wenig erwacht, und bedarf noch sehr der besonderen und sorgfältigen Anregung, obgleich sehr vie-



Akademieplatz um 1870, links die Kunsthalle.

le Bewohner Karlsruhe's dem Kunstvereine beigetreten sind."[123] 60 Jahre später war Karlsruhe zu einer Stadt der Kunst geworden. Durch landesherrliche Förderung, aber auch mit Unterstützung des städtischen Bürgertums waren ein lebendiges Künstlerleben und eine vielfältige Kunstszene entstanden, deren Zentren neben der Kunsthalle vor allem die Akademie, die Kunstgewerbeschule, der Kunstverein und – eingegrenzter – die Malerinnenschule bildeten.

Im Juli 1854 gründete Großherzog Friedrich eine Kunstschule „für die Ausbildung von Malern." „Die Kunstschule hat den Zweck, Maler in allen Richtungen vollständig zu bilden; jedoch wird sie vorerst ihre Wirksamkeit als Landschaftsschule in Verbindung mit Genre-, Tier-, Architektur- und Marine-Malerei beginnen."[124] Voraussetzung für die Neugründung war die Berufung des Düsseldorfer Landschaftsmalers Johann Wilhelm Schirmer, dessen und seiner Nachfolger Wirken die Schule in den folgenden Jahren zum Mittelpunkt des künstlerischen Lebens in Karlsruhe werden ließ. Die Schule wurde am 19. Dezember 1854 im zweiten Stock der Räumlichkeiten des Ministeriums des Auswärtigen mit einem einleitenden Gesang des Liederkranzes und Ansprachen des Direktors Schirmer und des Oberbürgermeisters Malsch feierlich eröffnet. Sie hatte zunächst acht Schüler, doch stieg ihre Zahl in den kommenden Jahren wie auch die der berufenen Professoren. Im Winter 1856 konnte sie ihr neues Domizil in der Stephanienstraße beziehen. Hier waren zwei Häuser für ihre Zwecke umgebaut und später um weitere Ateliergebäude erweitert worden, so daß sich die Anlage schließlich über den Garten bis zur Bismarckstraße hinzog. 1874 wurde in der Bismarckstraße 14 ein zweites Ateliergebäude errichtet. Als auch das nicht ausreichte, entschloß sich die Stadt 1888, ein Gebäude in der Westendstraße bauen zu lassen und für diesen Zweck auf Beschluß des Bürgerausschusses 130.000 Mark zur Verfügung zu stellen. Das war ein deutlicher Ausdruck der Wertschätzung, die die Stadtväter der Kunstschule entgegenbrachten. Die Räume wurden an die Kunstschule vermietet.

Die Einrichtung war zunächst seit 1860

großherzogliches Eigentum, das 1876 vom Staat übernommen wurde. Seit 1892 führte sie den Namen „Großherzoglich Badische Akademie der Bildenden Künste." Die Akademie wurde nach dem Ersten Weltkrieg mit der Kunstgewerbeschule (siehe unten) zur Landeskunstschule zusammengeschlossen.

Zusammen mit der Kunsthalle besaß Karlsruhe nun zwei Institutionen, welche die Haupt- und Residenzstadt auch zur Stadt der Künste werden ließen. 1859 riefen einige Karlsruher Professoren der Kunstschule anläßlich der Schiller-Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag des Dichters einen ersten Künstlerverein ins Leben, 1874 folgte die Gründung des Vereins bildender Künstler.

Zu den bekannten Künstlern, die nach Schirmers Zeit als Professoren der Kunstschule bzw. Akademie nach Karlsruhe kamen, zählten Ferdinand Keller – er leitete ab 1870 die Kunstschule –, Gustav Schönleber, Graf Leopold von Kalckreuth, Hans von Volkmann und Gustav Kampmann. Mit den drei Letztgenannten verband sich ein neues künstlerisches Selbstverständnis, das u. a. auf die Darstellung der heimatlichen Landschaft und auf die Popularisierung der Kunst setzte. Diesem Anliegen widmete sich vor allem der 1896 von Kalckreuth ins Leben gerufene Künstlerbund, die badische Sezession. Der Künstlerbund gründete eine Kunstdruckerei, „die sich durch die künstlerische Hebung des Steindrucks und verwandter Techniken, des Plakats, der Buchausstattung usw. große Verdienste erworben hat."[125] Das im Künstlerbund artikulierte neue Selbstverständnis der Künstler drückte sich auch in der Grötzinger Malerkolonie aus, die Friedrich Kallmorgen und Gustav Kampmann 1888/89 durch ihre Übersiedlung in das Arbeiterdorf begründeten.[126] Nach Kalckreuths Weggang 1899 kamen mit Hans Thoma, Ludwig Dill und Wilhelm Trübner drei hochangesehene Maler an die Akademie, die den Ruf Karlsruhes als Kunststadt manifestierten.

Mit der 1878 gegründeten großherzoglich badischen Kunstgewerbeschule erhielt Karlsruhe eine weitere bedeutende Institution, in der Kunsthandwerker eine Ausbildung erhielten, aber auch kreativ, kunstgewerblich gearbeitet wurde.[127] Mit ihr verbanden sich die Namen der Direktoren Gustav Kachel, Hermann Götz und Karl Hoffacker. Die Schule war zunächst in der Landesgewerbehalle in der Karl-Friedrich-Straße untergebracht, bis sie 1889 einen von Josef Durm geplanten Neubau im Hardtwald beziehen konnte.

Die Kunstgewerbeschule und ihr Direktor Hermann Götz initiierten die Gründung des badischen Kunstgewerbevereins im Januar 1885, der in dem neuen Schulgebäude ein Kunstgewerbemuseum einrichtete. 1920 wurde die Kunstgewerbeschule, deren Niveau zwischen dem einer Gewerbeschule und dem einer Akademie lag, mit der Akademie zur Landeskunstschule vereinigt.

Den Frauen war der Besuch der Akademien verboten, obwohl bei vielen das Bedürfnis nach einer guten Ausbildung in der bildenden Kunst wuchs. 1885 wurde als Antwort darauf in Karlsruhe die Malerinnenschule als private Institution gegründet, die unter dem Protektorat der Großherzogin Luise stand.[128] Die erst in der Bismarckstraße 41, dann in der Westendstraße 65 untergebrachte Schule hatte zwei Jahre nach ihrer Gründung schon 45 Schülerinnen, die Schulgeld zahlen mußten. Allerdings wurde die Einrichtung sowohl vom Staat als auch von der Stadt durch Zuschüsse unterstützt. Unter den 26 Lehrern, die während der 38 Jahre des Bestehens dieser Institution unterrichteten, waren vier Frauen. Die Schule zog viele Schülerinnen von auswärts in die Stadt; von den bis 1901 insgesamt 961 Studierenden kamen lediglich 327 aus Karlsruhe, 416 aus Baden und 161 aus dem Ausland. Die Verfassung der Weimarer Republik gestand den Frauen die gleichen Ausbildungsrechte wie den Männern zu. Nun erzwangen sich die Schülerinnen in einer Protestversammlung, daß sie ihr Studium auf der Landeskunstschule fortsetzen durften. Die Malerinnenschule verlor jetzt an Bedeutung und beendete 1923 ihren Unterricht.

Auch die noch von Großherzog Leopold initiierte Kunsthalle (siehe oben) erlebte bis zum Ersten Weltkrieg eine Blütezeit. Ab 1858 lei-

tete Karl Friedrich Lessing die Einrichtung, ein wie Johann Wilhelm Schirmer aus Düsseldorf stammender Künstler. Die Kunsthalle erhielt vor allem durch Ankäufe Großherzog Friedrichs I. eine moderne Abteilung, die durch regelmäßige staatliche Erwerbungen erweitert wurde und Werke u. a. von Schirmer, Keller und Anselm Feuerbach umfaßte.[129] Die anfänglich ebenfalls gezeigten antiken Vasen, Gipsabgüsse, Terrakotten sowie Bronzen und die „vaterländischen Altertümer", d. h. Objekte mittelalterlicher Kunst aller Gattungen, wurden 1875/76 aus der Sammlung herausgenommen und im neuen, von Joseph Berckmüller erbauten „Sammlungsgebäude" am Friedrichsplatz gezeigt.

Die Kunsthalle erhielt einen 1896 nach Plänen Josef Durms fertiggestellten Erweiterungsbau.

1899 wurde Hans Thoma als Kunsthallendirektor berufen. Damit kehrte ein inzwischen hoch angesehener Maler nach Karlsruhe zurück, der in jungen Jahren 1859/60 Schüler von Schirmer gewesen war, aber damals keine Anerkennung für sein Schaffen fand.[130] Die weiteren wichtigen Stationen im Leben des 1839 in Bernau im Schwarzwald geborenen Thoma waren Düsseldorf, München und Frankfurt, bevor er sich endgültig in Karlsruhe, dem er hin und wieder Besuche abgestattet hatte, niederließ. Er drückte der Kunsthalle durch Überlassung eigener Kunstwerke seinen eigenen Stempel auf, so in dem im Oktober 1909 ihm gewidmeten Thoma-Museum, dem sich die bis 1913 von dem Künstler ausgemalte „Thoma-Kapelle" anschloß. Thoma legte 1919 die Leitung der Kunsthalle nieder und verstarb am 7. November 1924 in Karlsruhe.

Das Sammlungsgebäude am Friedrichsplatz beherbergte die großherzoglichen Staatssammlungen für Alterums- und Völkerkunde. Damit wurden mehrere Abteilungen, die bis dahin in der Kunsthalle und im Schloß waren, zusammengeführt. Dazu zählten vor allem die Antiken- und die Waffensammlung, die heute im badischen Landesmuseum im Schloß gezeigt werden. Auch das Naturalienkabinett, das die Grundlage der heute im Museum am Friedrichsplatz gezeigten Sammlung darstellt, zog 1875 aus dem Schloßbezirk in das neue Sammlungsgebäude.

Zu dem Ruf Karlsruhes als Stadt der Künste trug ebenfalls der Kunstverein bei, der eine Blütezeit erlebte und zum Ort lebendiger Auseinandersetzungen über die zeitgenössischen Strömungen wurde.[131] Er war Gründungsmitglied des 1836 ins Leben gerufenen Rheinischen Kunstvereins und meldete damit sein Interesse an einem überregionalen Austausch an. Schon seit 1843 standen dem Verein für Turnusausstellungen die Orangerie und später die neue Kunsthalle zur Verfügung.

Nachdem 1862 in Baden-Baden ebenfalls ein Kunstverein gegründet worden war, veranstaltete der Karlsruher Verein gemeinsam mit dem Baden-Badener in beiden Städten wechselweise Ausstellungen. Nun begann der Kunstverein auch lebende Künstler auszustellen, erstmals 1877 mit Werken von Anselm Feuerbach.

Die Mitgliederzahlen stiegen von 500 Personen im Jahr 1862 auf 1.300 um die Jahrhundertwende. Zu dieser Zeit spielten die Großherzogliche Familie und der Hof weiterhin eine wesentliche Rolle, auch blieb der Beamtenstand mit über 26 % der Mitglieder sehr stark vertreten, doch stellten Kaufleute und Unternehmer mit zusammen 17,5 % eine nicht unbedeutende Gruppe. Seit 1900 besitzt der Kunstverein ein eigenes, nach Plänen Friedrich Ratzels errichtetes Haus in der Waldstraße. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeichnete sich der Kunstverein durch den Mut aus, quer zum Karlsruher Publikumsgeschmack zu agieren. So verursachte die von ihm gezeigte Ausstellung der „Neuen Künstlervereinigung München" 1909 einen Skandal, in der Werke von Georges Braque, Wassily Kandinsky und Pablo Picasso gezeigt wurden.

Mit der Anwesenheit zahlreicher Künstler in der Stadt kehrte eine neue Form der Geselligkeit in die Haupt- und Residenzstadt ein, welche die bisher übliche im „Museums" oder der „Eintracht" ergänzte.[132] So wurde das Haus des seit 1858 in Karlsruhe weilenden Kunst-

hallendirektors Karl Friedrich Lessing zu einem Treffpunkt für Musiker, Theaterleute, Maler und Literaten. Auch die Gründung des „Vereins bildender Künstler" von 1874, der 1909 am Karlstor ein Künstlerhaus erwarb, war ein Beitrag zur Entstehung einer neuen, bis dahin in der eher biederen Beamtenstadt unbekannten Form der Öffentlichkeit. Die zahlreichen Künstlerfeste mit kostümierten Teilnehmern in der reich und jeweils thematisch geschmückten Festhalle nach der Jahrhundertwende trugen ebenfalls zu einer für kunstpolitische und künstlerische Aktivitäten offenen Atmosphäre bei. Damit übertraf die „Blüte der Kunst in Karlsruhe ... kleinere Residenzstädte wie Weimar ... bei weitem und läßt sich sogar mit Düsseldorf, Berlin und München vergleichen. Eine Voraussetzung hierfür war, daß Hof und Bürgertum als die wirtschaftlich tragenden Säulen nie gegeneinander arbeiteten."[133] Jedoch war die kaufkräftige bürgerliche Schicht in Karlsruhe zu schmal, allen hier lebenden Künstlern einen Lebensunterhalt zu sichern, so daß diese weiterhin auf den Hof angewiesen blieben und wegen dieser Abhängigkeit Kompromisse eingehen mußten.

Theater und Musik

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts befreite sich auch das Hoftheater aus seiner bis dahin eher bescheidenen Existenz. Nachdem das neue Hoftheater 1853 fertiggestellt und Eduard Devrient berufen und mit der Leitung beauftragt worden war, begann der langsame Aufstieg der Institution, die nun auch glanzvolle Zeiten erleben sollte. Devrient genoß die volle Unterstützung des Großherzogs, dessen Wunsch es war, „das Großherzogliche Hoftheater zu einer in jeder Beziehung würdigen Kunstanstalt zu erheben."[134] Mit dem damals 50jährigen Dresdner Schauspieler stand erstmals ein Künstler, Dramatiker und Theoretiker der Schauspielkunst und nicht mehr ein adliger Dilettant oder ein Verwaltungsbeamter an der Spitze des Hauses. Sein Ziel war vor allem eine Reform des Schauspiels, das sich weiterhin auf einem Niveau bewegte, das einem johlendem, sich auf die Schenkel klopfenden Publikum entsprach. Devrients Eröffnung des Theaterneubaus bot den Karlsruhern dementsprechend eine Überraschung. Sie sahen nun ein Schauspiel – Schillers Johanna von Orleans statt der erwarteten Oper. Es gab nicht wenige Karlsruher, die das ab jetzt gebotene Programm, das vor allem Goethe, Schiller und Lessing, aber auch Grillparzer, Hebel, Kleist sowie Freytag und sehr häufig Shakespeare zeigte, zunächst langweilig fanden.

In Devrients Zeit begegneten die Karlsruher zudem den Werken Richard Wagners, was durch den seit 1880 das Karlsruher Musikleben prägenden Felix Mottl fortgesetzt wurde.[135] Mottl löste Hermann Levi als Generalmusikdirektor ab und gab der Karlsruher Oper europäisches Format.

Als Devrient alters- und krankheitsbedingt 1870 seinen Posten niederlegte, war sein Ruf so gefestigt, daß es seine Nachfolger nur schwer haben konnten. Erst 1873 konnte mit dem Dichter Gustav von Putlitz ein Mann gefunden werden, der das Amt fast 17 Jahre lang innehatte, bis er es 1890 an Albert Bürklin übergab. Ihm folgte 1904 August Bassermann. Alle drei setzten das von Devrient geformte Niveau und Profil des Hoftheaters fort. Dem inzwischen gefestigten Ruf Karlsruhes konnten nun auch das Theater und die Oper genügen.

Das Hoftheater bzw. das Hoforchester blieb in der Kaiserzeit der bedeutendste Träger des Konzertwesens, das nun ebenfalls große Höhepunkte erlebte. Beliebt waren auch die Abonnement-Konzerte im Museums-Saal. 1863 leitete Richard Wagner zwei Konzerte, 1865 spielte Johannes Brahms sein Klavierkonzert d-Moll op. 15. In Karlsruhe fanden zudem 1869 und 1876 jeweils Uraufführungen von Brahmskompositionen statt: das „Deutsche Requiem" und die Erste Symphonie.

Doch blieb der Geschmack der Karlsruher eher konservativ. Meist spielte man Beethoven-Sinfonien, auch Berlioz und Liszt, wenig Brahms noch weniger Bruckner.[136]

Lehrkräfte des Großherzoglichen Konservatoriums um 1906. Sitzend rechts Heinrich Ordenstein.

Dennoch wuchs das Musik- und Konzertwesen in der Stadt, die mit staatlicher und städtischer Hilfe neue Unterrichtsinstitutionen erhielt.[137] Die 1837 mit dem Cäcilienverein zusammen gegründete „Musikbildungsanstalt" (siehe oben) erhielt 1854 eine eigene Leitung und zugleich erstmals einen städtischen Zuschuß. Hier konnten Gesangs- und Instrumentalunterricht genommen werden, was sich ab 1862 in dem neuen Namen „Allgemeine Musikbildungsanstalt" ausdrückte. Das Unterrichtslokal war zunächst im Saal der Lesegesellschaft, dann in den Räumen der früheren Hofapotheke in der Langen Straße, ab 1871 in einem Pavillon in der Herrenstraße, seit 1873 in einem Schlößchen in der Ritterstraße. 1910 wurde diese nun von der Stadt mit jährlich 3.000 Mark unterstützte Einrichtung mit dem Großherzoglichen Konservatorium verschmolzen.

Das Konservatorium war eine Gründung von Heinrich Ordenstein, der am 15. September 1884 in der Sophienstraße das „Konservatorium für Musik in Karlsruhe" eröffnete. In dieser außerordentlich erfolgreichen Einrichtung lernten angehende Künstler, aber auch musikinteressierte Laien, auch wurden Lehrer und Lehrerinnen ausgebildet. Die Institution genoß sofort die Unterstützung des Landesherrn und der Stadtverwaltung; der Großherzog gewährte Stipendien und erlaubte bald den Titel Großherzogliches Konservatorium. Stadtrat und Bürgerausschuß bewilligten jährliche Zuschüsse. Nur zehn Jahre nach der Gründung besaß das Konservatorium – ebenfalls in der Sophienstraße – einen Neubau, der u. a. eine Konzerthalle für 350 Personen faßte. Hier blieb die Einrichtung, bis sie 1981 in die 1846 erbaute ehemalige Villa des Gaswerksdirektors in der Kaiserallee 11 verlegt wurde.

Nachdem das Konservatorium 1910 mit der allgemeinen Musikanstalt zusammengelegt worden war, erhöhte die Stadt ihren jährlichen Zuschuß auf 6.000 Mark. Ordenstein vermachte im Gegenzug durch Schenkung sein Wohnhaus und das Unterrichtsgebäude samt Inventar der Stadt, so daß das Konservatorium nach seinem Tod am 22. März 1921 zu einer städtischen Einrichtung wurde.

Aus dem Konservatorium entwickelte sich die

„Badische Hochschule für Musik", die 1929 durch die Abtrennung der Ausbildungsklassen für professionelle Musiker und Sänger gebildet wurde, dem Konservatorium blieb das Laienmusizieren. Die Hochschule zog in das frühere Palais Bürklin. Bis 1938 wurden beide Schulen gemeinsam geleitet. Zu diesem Zeitpunkt erhielt die Musikhochschule nicht nur eine eigene Leitung, sondern zudem die staatliche Anerkennung. Da infolge des Kriegsbeginns der entsprechende Erlaß nicht mehr umgesetzt wurde, folgte ein jahrzehntelanger Streit, der erst 1971 mit der erneuten Verleihung des Privilegs der Staatlichkeit beendet wurde.

Das Stadtarchiv, die Stadtgeschichtlichen Sammlungen und die Volksbibliotheken

Die im Musikwesen greifbare städtische Aktivität auf dem kulturellen Sektor fand auch im Aufbau eines städtischen Sammlungswesens ihre Fortsetzung.[138] Am 10. Juli 1885 beschloß der Bürgerausschuß ein Ortsstatut über die Bildung einer siebenköpfigen Archivkommission und die Verwaltung eines städtischen Archivs. Dem war drei Jahre zuvor ein in der Zeitung veröffentlichter Aufruf an die Stadtbevölkerung vorangegangen, Pläne, Ansichten und Beschreibungen über die historische Entwicklung Karlsruhes abzugeben. Das war ein Ausdruck eines wachsenden Bedürfnisses nach einer historischen Identität, wie ihn auch die Bürgerausschußvorlage festhielt: „Während fast alle badischen Städte von irgend welcher Bedeutung ihre Geschichtsschreiber gefunden haben und die größeren und älteren unter ihnen wohlgeordnete Archive besitzen, kann sich Karlsruhe bis jetzt weder des einen noch des anderen rühmen."[139]

In dieser Formulierung war von vornherein eine doppelte Aufgabenstellung festgeschrieben, die bis heute die Arbeit des Stadtarchivs umfaßt: das Sammeln und Archivieren stadtgeschichtlicher Zeugnisse wie Verwaltungsakten, Bilder, Urkunden oder Pläne und die Stadtgeschichtsschreibung. Damit setzte die Stadt auch bewußt auf ein eigenes, vom Land und von der großherzoglichen Regierung losgelöstes historisches Selbstverständnis, das sich nicht in der Arbeit des schon seit 1803 bestehenden Generallandesarchivs vertreten sah. Doch arbeitete die Stadt eng mit dieser Institution zusammen. So legte der bei dem Generallandesarchiv beschäftigte Albert Krieger das erste Bücherverzeichnis der Archivbibliothek an und fertigte den ersten Archivkatalog, d. h. ein Repertorium. Zudem verfaßte er die seit 1885 jährlich erscheinende „Chronik der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe." 1905 wurde er ordentliches Mitglied in der städtischen Archivkommission.

Auch die Bemühungen um die Stadtgeschichtsschreibung erlebten seit 1885 einen Aufschwung. 1887 erschien Gustav Fechts „Geschichte der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe", die er im Auftrag der Archivkommission erarbeitet hatte. Friedrich von Weech, der 1888 in die städtische Archivkommission berufene Leiter des Generallandesarchivs, war der Verfasser der nächsten, diesmal drei Bände umfassenden Stadtgeschichte. Weech schrieb im Auftrag des Stadtrats seine von 1895 bis 1904 publizierten Werke. Für die Feier des 200jährigen Stadtjubiläums verfaßte Robert Goldschmit, ebenfalls im Auftrag der Stadt, die bis zu dem hier vorliegenden Band letzte Gesamtdarstellung der Stadtgeschichte, die 1915 erschien.

Die Sammlungen des Stadtarchivs, zu denen auch landes- und stadtgeschichtliche Bücher und Bilder zählten, wuchsen rasch, um deren erste Ordnung und Verzeichnung erwarb sich die Sekretärin Amalie Kern große Verdienste. Nach ihrem Tod 1913 trat Erwin Vischer als erster städtischer Archivar und Bibliothekar seinen Dienst an. Das Archiv war zunächst im Rathaus untergebracht, bis es 1896 in dem alten Wasserwerksgebäude in der Gartenstraße ein eigenes Haus erhielt, wo es bis 1923 blieb (siehe unten). Nach dem Umzug war das gesammelte Material, unter dem Namen Stadtgeschichtliche Sammlungen bekam, auch der Öffentlichkeit zugänglich. 1896 erhielten die Sammlungen durch die Schenkung der „Ferdinand-Siegel-Stiftung" eine wertvolle

Kupferstichsammlung, welche die Grundlage für die heutige städtische Galerie legten. In dem Archivgebäude wurden nun auch Ausstellungen gezeigt wie z. B. die Ausstellung zur Erinnerung an die Revolution 1848/49 im Jahr 1898 (siehe oben) oder Präsentationen von Objekten der Siegelschen Stiftung.
Auch der Bestand der jetzigen literarischen Gesellschaft und des Dichtermuseums gehörte anfänglich zu den städtischen Sammlungen. Er geht zurück auf den Stadtratsbeschluß vom 18. September 1913, ein „Scheffelmuseum in den städtischen Sammlungen einzurichten und zu diesem Zwecke die Witwe des vor kurzem verstorbenen Sohnes Scheffels um Überlassung von geeigneten Materialien aus dem Nachlasse des Dichters zu ersuchen."[140] Zwei Jahre später gab es ein Scheffelzimmer und eine kleine Ausstellung zur Erinnerung an den Dichter Viktor von Scheffel. Nach dem Ersten Weltkrieg übertrug die Stadt die Sammlung an das Land und an den Scheffelbund, unterstützte sie aber weiterhin (siehe unten).
Seit Februar 1875 gab es in Karlsruhe neben der wissenschaftlichen Bibliothek des Polytechnikums und der Hofbibliothek eine „Allgemeine Volksbibliothek", die vom Männerhilfsverein (siehe oben) eröffnet und getragen wurde.[141] Zwar hatte schon 1849 der Ortsverein für innere Mission (siehe oben) eine Leihbibliothek und Lesesäle für „Gewerbsgehülfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge" angeboten, doch setzte sich erst mit der Gründung von 1875 das öffentliche Bibliothekswesen in Karlsruhe durch. Die Stadt stellte Räume nebst Heizung und Beleuchtung im ehemaligen Lyceumsgebäude am Marktplatz zur Verfügung. Seit Anfang der 1890er Jahre unterhielt der Badische Frauenverein (siehe oben) auf Anregung der Großherzogin Luise eine Volksbibliothek, die Bücher an die Landbewohner des Großherzogtums versandte. Kurz nach der Jahrhundertwende wurde auch die Stadt aktiv; am 30. Oktober 1901 beschloß der Bürgerausschuß auf Antrag des Stadtrats die Einrichtung einer Volkslesehalle, die vom „Verein Volksbildung" getragen wurde. In der städtischen Lesehalle lagen Tageszeitungen aller politischen Richtungen aus, um die politische Bildung auch für die zu ermöglichen, die sich nicht mehrere Zeitungen halten konnten. 1903 kam eine zweite Lesehalle hinzu. Nach dem Ersten Weltkrieg, am 30. Juni 1921 beschloß der Stadtrat, eine städtische Bücherei und Lesehalle einzurichten und sich damit endgültig der Veranwortung für die allgemeine Volksbildung zu stellen (siehe unten).

Finanzen und Professionalisierung der Stadtverwaltung

Wie sich schon in der Stadtentwicklung, in der Aufzählung der städtischen Bauten sowie der infrastrukturellen Tätigkeiten und bei den Eingemeindungen zeigte, stand die Kommunalpolitik seit den Reformgesetzen von 1862 vor bis dahin unbekannten Herausforderungen. Die auf dem Herkommen basierenden Bürgergemeinde mit fest umschriebenen Rechten und Pflichten des einzelnen wich dem Einwohnerverband. Zeitgleich wuchsen die Städte und damit ihre Verantwortung für die Lösung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Aufgaben der Zeit. Um ihrer Bedeutung und ihren Wünschen auch gegenüber der Landesregierung Ausdruck verleihen zu können, begannen sie sich abzusprechen. Am 28. Dezember 1868 kamen die Bürgermeister der größten badischen Städte unter dem Vorsitz des Karlsruher Oberbürgermeisters Malsch in der Haupt- und Residenzstadt zusammen, um über die anstehenden Änderungen der Gemeindeordnung zu beratschlagen.[142] 1872 schlug die Stadt Mannheim die Abhaltung eines badischen Städtetags vor, was bis Februar 1873 von 54 Städten aufgegriffen wurde, so daß am 2. März 1873 in Karlsruhe der erste badische Städtetag stattfinden konnte. Ein Jahr später verabschiedete der Landtag eine Reform der Gemeindeverfassung, die für die sieben größten Städte die Einwohnergemeinde einführte.[143]
Demnach war jeder steuerzahlende männliche Einwohner ab dem 24. Lebensjahr, der zwei Jahre in der Stadt wohnte, Gemeindebürger, sofern er nicht von der öffentlichen Armen-

pflege lebte. Die Einwohnergemeinde war die Konsequenz aus der schon 1862 eingeführten Niederlassungs- und Gewerbefreiheit. So zählte man in Karlsruhe 1873 1.652 wahlberechtigte Bürger, jedoch 5.480 umlagepflichtige Personen. Damit war das Gleichgewicht zwischen „bürgerschaftlicher Beteiligung und fiskalischer Äquivalenz" empfindlich gestört, das durch die neue Städteordnung wieder hergestellt wurde.[144] Der Verbindung von Steueraufkommen und politischer Partizipation diente auch das weiterhin bestehende Dreiklassenwahlrecht für die kommunalen Gremien gemäß dem Grundsatz, daß jeder entsprechend der eingebrachten Steuern politischen Einfluß haben solle (siehe oben).

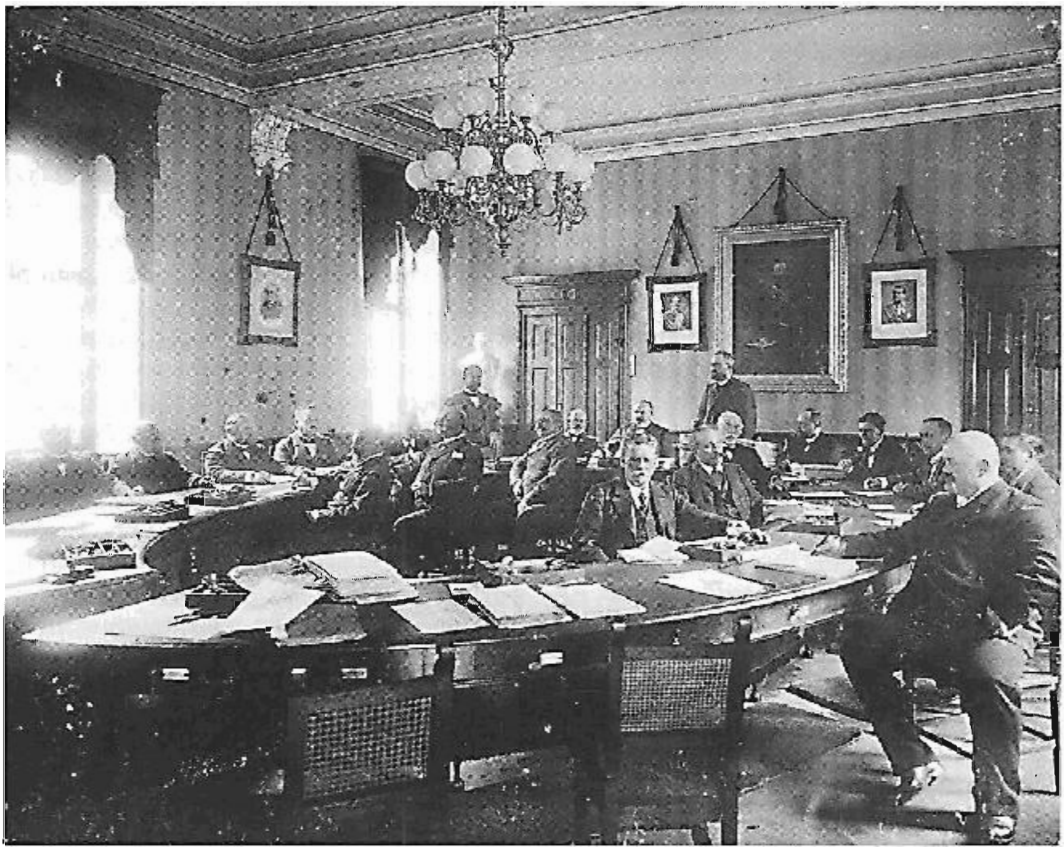
Das städtische Rechnungswesen wurde nun vereinfacht, bis es eine Einheitsrechnung und dementsprechend nur eine Stadtkasse gab. Allerdings wurden für das Armenwesen, die Schulen, Bäder, Friedhof sowie Krankenhäuser und die wirtschaftlichen Unternehmungen wie Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk getrennte Rechnungen gelegt. Mit den Aufgaben erhöhten sich in der Zeit zwischen 1875 und 1914 die Ausgaben der Stadt im Verhältnis 1 : 3,5, während das Sozialprodukt im Reichsgebiet z. B. nur etwa im Verhältnis 1 : 2 zunahm.[145] So stiegen die Ausgaben für Schulen von 139.000 Mark im Jahr 1875 auf 2.507.000 Mark 1913, die für die Armenpflege im gleichen Zeitraum von 88.000 Mark auf 570.000 Mark. Hinzu kamen die immensen städtischen Investitionen für den Aufbau einer modernen Infrastruktur. Der Schuldenstand stieg von von rund 4,4 Millionen Mark im Jahr 1875 auf rund 52,5 Millionen Mark im Jahr 1913. Dennoch war die Finanzkraft der Stadt nicht überfordert, da zum einen der Zinssatz bei konstantem Geldwert in der gesamten Epoche bei nur 4 % lag. Vor allem aber trugen sich die neuen städtischen Einrichtungen wie z. B. Strom-, Gas- und Wasserversorgung sowie Straßenbahn selbst. Rechnete man die Liegenschaften und gewerblichen Betriebe der Stadt 1913 zu ihrem realen Verkehrswert zusammen, so erhielt man zudem 1913 ein Reinvermögen von rund 85 Millionen Mark.

Die Stadtverwaltung erlebte in dieser Zeit entsprechend der Ausweitung ihrer Tätigkeitsfelder eine Professionalisierung, was sich im Aufbau der Verwaltung niederschlug. Die Zahl der städtischen Mitarbeiter wuchs von 300 Personen im Jahr 1875 bei rund 43.000 Einwohnern auf 2.333 im Jahr 1913 bei rund 143.000 Einwohnern. Für einzelne Aufgabengebiete gab es zunächst städtische Kommissionen, aus denen sich die Ämter entwickelten. Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges erhielt die Stadtverwaltung somit eine gut organisierte Struktur, in der Fachkräfte mit großer Professionalität arbeiteten. Nun existierten Hochbauamt, Tiefbauamt, Hafenamt, Direktion der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnamt, Maschinenbauamt, Schlacht- und Viehhofdirektion, Krankenhausdirektion, Arbeitsamt, Standesamt, Gewerbegericht, Kaufmannsgericht, Gemeindegrundbuchamt, städtische Gartendirektion, Armenrat, Stadtarchiv mit Sammlungen und Statistisches Amt.[146]

Auch die Karlsruher Oberbürgermeister und Bürgermeister zeichneten sich durch Professionalität aus, deren Arbeit durch zunehmend parteigebunden politisierte kommunale Gremien begleitet wurde.

Die Oberbürgermeister und Bürgermeister

Für den Aufbruch in das Industriezeitalter stand Oberbürgermeister Wilhelm Lauter, der 1870 das Amt von Jakob Malsch übernahm und es bis 1892 innehatte. Lauter „war überzeugt, daß die Stadt aus einer mittleren Beamten- und Residenzstadt zu einer wirklichen Großstadt sich ausbilden müsse. ... Von diesem allgemeinen Gesichtspunkt aus vollzog sich unter seiner Leitung während seiner 22jährigen Dienstzeit eine völlige Umwandlung des gesamten Gemeindelebens."[147] Er kam 1821 als Sohn eines Pfarrers in Lörrach zur Welt, seine früh verwitwete Mutter ließ ihn zunächst in Lörrach das Pädagogium und nach der Übersiedlung der Familie nach Karlsruhe bis 1839 das Gymnasium besuchen. Anschließend studierte Lauter in Heidelberg Kameral-



Der Karlsruher Stadrat mit Oberbürgermeister Karl Schnetzler (unter dem Gemälde stehend) 1902 im Sitzungszimmer des Rathauses. Zwischen den Fenstern das Porträt des ehemaligen Oberbürgermeisters Malsch.

wissenschaften und wurde dann Fachmann in Fragen der Wiesenentwässerung und Meliorationsarbeiten. Im Februar 1848 ernannte ihn die großherzogliche Regierung zum Wiesenbaumeister. Als einer der ersten entwarf Lauter das Projekt, Karlsruhe durch einen Kanal mit dem Rhein zu verbinden, das er in seiner 1856 veröffentlichten Schrift „Der Schienen- und Wasserweg – Der Rheinverkehr, seine Erweiterung bis Karlsruhe und durch einen Rheinkanal an den Bodensee" vorstellte. Ab 1857 war er in einer Aktiengesellschaft für Tabakproduktion und -handel tätig und schied 1863 ganz aus dem Staatsdienst aus. Er wurde am 30. Juni 1870 nach dem neuen Wahlrecht von allen Gemeindebürgern mit 1.102 von 1.655 abgegebenen Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt und 1875 und 1884 nahezu einstimmig vom Bürgerausschuß im Amt bestätigt. Wie alle seine Amtsvorgänger war auch er zeitweise – von 1873 bis 1874 – Mitglied der Zweiten Kammer im Landtag. In seiner Amtszeit erhielt Karlsruhe, dessen Einwohnerzahl sich in dieser Epoche auf rund 78.000 mehr als verdoppelte, endgültig eine moderne Infrastruktur und erfuhr eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und einen Ausbau des städtischen Schulwesens. Lauters Amtszeit endete jäh mit seinem plötzlichen Tod in der Nacht vom 10. auf den 11. April 1892. Er war zweimal verheiratet, mit Wilhelmine Erhardt, mit der er zwei Söhne hatte, und seit 1890 mit Anna Wilser.

Lauters Nachfolger wurde der schon 1875 zum Bürgermeister gewählte Jurist Karl Schnetzler. Er kam am 20. November 1846 als Sohn

eines Bahnverwalters in Rastatt zur Welt. Nach Erwerb des Reifezeugnisses am Rastatter Lyzeum studierte Schnetzler ab 1866 Rechtswissenschaft in Freiburg und Heidelberg. Nach Abschluß der zweiten juristischen Staatsprüfung trat er 1873 in den Staatsdienst ein. 1875 bewarb er sich auf die nach den Vorschriften der neuen Städteordnung ausgeschriebene Stelle eines ersten Beigeordneten und Bürgermeisters in Karlsruhe. Mit 82 von 91 Stimmen entschied sich der Bürgerausschuß für den erst 29jährigen, den er 1884 einstimmig in seinem Amt bestätigte. Nach dem Tod Lauters wurde er mit 105 von 106 abgegebenen Bürgerausschußstimmen zum Oberbürgermeister der Stadt gewählt. Sein zweiter Bürgermeister und Beigeordneter wurde der bei der Stadtverwaltung tätige Jurist Karl Siegrist, der 1906 auch sein Amtsnachfolger werden sollte. Schnetzler vertrat 1895/96 die Nationalliberale Partei in der Zweiten Kammer des Ständehauses und wurde 1905 Vorstandsmitglied des neu gegründeten Deutschen Städtetages. In seiner Zeit als Oberbürgermeister setzte er die von Lauter begonnene Verbesserung der Infrastruktur und den Ausbau des Schulwesens fort. Er starb als Oberbürgermeister am 6. Dezember 1906 und hinterließ seine Ehefrau Ida, geb. Laiber und zwei Töchter und zwei Söhne. Den Trauerfeierlichkeiten wohnte auch das Großherzogspaar bei.[148]

Wenige Wochen später, am 22. Dezember 1906, wählte der Bürgerausschuß den bisherigen Bürgermeister und Beigeordneten Karl Siegrist mit 88 von 105 abgegebenen Stimmen zum neuen Stadtoberhaupt.[149] Siegrist hatte Schnetzler in dessen letztem, von Krankheit gezeichneten Amtsjahr schon mehrfach vertreten. Er kam am 8. November 1862 als Sohn eines evangelischen Pfarrers in Säckingen zur Welt und studierte nach dem Schulbesuch in Freiburg, Berlin und Heidelberg Jura. Nach einer kurzen Zeit im Staatsdienst begann er bei der Stadt als rechstkundiger Sekretär zu arbeiten, bis er 1892 zunächst in das Amt des Zweiten Bürgermeisters, ab 1901 in das des Ersten Bürgermeisters und Beigeordneten gewählt wurde. In seine Zeit als Oberbürgermeister fielen die Eingemeindungen, die Verlegung des Hauptbahnhofs und der Ausbau der bestehenden Infrastruktur. Wie seine Amtsvorgänger war er Mitglied der Nationalliberalen Partei und stand daher der Revolution von 1918 am Ende des Ersten Weltkrieges sehr abwartend gegenüber. Anläßlich der turnusmäßigen Neuwahl am 23. Juli 1919 erhielt er nur 37 der 122 abgegebenen Stimmen und war damit abgewählt. Siegrist, der mit Marie Mangold verheiratet war und mit ihr drei Söhne hatte, verstarb am 29. Oktober 1944 in Karlsruhe.

Protestanten, Katholiken und Juden – konfessionelle Auseinandersetzungen

Die 1860er und 1870er Jahre waren durch konfessionelle Streitigkeiten gekennzeichnet, Katholiken, Protestanten und Juden führten innerreligiöse Debatten über die Ausgestaltung ihres jeweiligen kirchlichen und innergemeindlichen Lebens. In allen Fällen standen die Anhänger liberalerer Auffassungen den Vertretern eines konservativen, bewahrenden Bezugs zur Religion gegenüber. In den Auseinandersetzungen ging es auch um das Verhältnis der Kirche zum Staat, das besonders im Rahmen des sogenannten „Kulturkampfes" ausgesprochen konfliktreich thematisiert und ausgetragen wurde. Die religiösen Auseinandersetzungen gewannen zudem große Bedeutung für die Herausbildung politischer Parteien. Diese inter- und innerreligiösen Auseinandersetzungen aller Konfessionen und die jeweiligen Lösungsversuche waren auch ein Ausdruck für die mit der Industrialisierung einhergehenden Probleme, die eine Lockerung traditioneller Bindungen mit sich brachten und die Gesellschaft vor neue Aufgaben stellten.

Der Kulturkampf und die Auseinandersetzungen in der katholischen Gemeinde

In den 1860er Jahren begannen die harten Auseinandersetzungen, die der badische Staat mit der katholischen Kirche um den Zugriff auf das katholische Stiftungsvermögen, den

Einfluß auf das Volksschulwesen, die Schulaufsicht und die Lehramtsprüfungen führten. Daran koppelte sich bis zur Reichsgründung auch die Debatte über die Alternative einer kleindeutschen Nationsbildung unter der Führung des protestantischen Preußens oder einer großdeutschen Einigung unter der Vorherrschaft des katholischen Österreichs.[150] Dieser „Kulturkampf" führte zu einer Organisierung des politischen Katholizismus in der 1869 ins Leben gerufenen katholischen Volkspartei, die sich 1888 der reichsweiten Zentrumspartei anschloß (siehe unten) und die im „Badischen Beobachter" ihre Tageszeitung hatte.

Auch in Karlsruhe, in dessen Ständehaus die entsprechenden Gesetze verabschiedet wurden und wo die leidenschaftlichen Debatten geführt wurden, hinterließ die Auseinandersetzung ihre Spuren. Mit welch emotionaler Erregtheit die mit dem Kulturkampf verbundenen Auseinandersetzungen in der badischen Haupt- und Residenzstadt verfolgt wurden, zeigte deutlich ein Fackelzug mit rund 4.000 Fackelträgern, die sich am 25. April 1866 vor dem Haus des Innenministers August Lamey versammelten, um ihm ihre Unterstützung gegen die Angriffe des katholischen Landtagsabgeordneten Freiherr von Andlaw anzuzeigen.[151] Im Sommer 1866 fand die katholisch und österreich-freundlich ausgerichtete Zeitung „Badischer Beobachter" keine Druckerei mehr in Karlsruhe und mußte nach Freiburg ziehen.[152]

Über die katholische Volkspartei hinaus entstanden zudem zahlreiche katholische Zusammenschlüsse, während die Stadtverwaltung und die Mehrheit im Bürgerausschuß die staatlichen Bemühungen um eine Trennung von Staat und Kirche unterstützten. So eröffnete die Stadt z. B., noch bevor die Regelung verbindlich wurde, eine gemischtkonfessionelle Schule (siehe oben). Angesichts der Stimmungslage in der Stadt und aufgrund der landespolitischen Entwicklungen gab es viele Jahre keine neuen katholischen Kirchenbauten in Karlsruhe, sie wären als Provokation empfunden worden. Nach Gründung der altkatholischen Gemeinde (siehe unten) drohte zudem, daß im Falle eines Neubaus die Stephanskirche vielleicht dieser neuen Gemeinde zugesprochen worden wäre. So blieben die Karlsruher Katholiken, obgleich ihr Anteil an der Bevölkerung bis 1910 knapp 46 % betrug, auf ein Kirchengebäude verwiesen.

Erst nach Abklingen des „Kulturkampfes" begannen die Bemühungen um einen Neubau, der dann zum Zeichen der Versöhnung wurde.[153] Der Großherzog bot im November 1888 an, das infragestehende Grundstück vor dem ehemaligen Durlacher Tor zu kaufen und der Gemeinde zu schenken mit der Auflage, diese habe binnen fünf Jahren mit dem Bau zu beginnen. Da es sich um einen zentralen Platz handelte, der im Laufe der nächsten Jahre mit dem Wachsen der Stadt in Richtung Osten zudem an Bedeutung gewinnen würde, mußte man entsprechend prächtig und monumental planen. Die Bauarbeiten für die Kirche St. Bernhard nach den Entwürfen des Architekten Max Meckel zogen sich von 1893 bis 1901.

Während der langen Planungs- und Bauzeit entstanden zeitgleich in der Südstadt die 1892 eingeweihte Liebfrauenkirche; schon 1886 war in Mühlburg die Kirche St. Peter und Paul fertiggestellt worden.

Zu diesem Zeitpunkt waren Staat und katholische Kirche wieder versöhnt. So begrüßten 1886 nicht nur die Karlsruher Katholiken den gerade berufenen Erzbischof auf seiner Fahrt zur Inthronisation nach Freiburg, sondern auch Vertreter der Behörden, des Militärs – und was sehr bedeutsam war – des Hofes. Nur die Stadtverwaltung schickte keine Delegation gemäß dem Prinzip – wie Bürgermeister Schnetzler schrieb, „daß sich die Gemeindebehörde als solche an konfessionellen Festlichkeiten überhaupt nicht beteiligt" und daß dies „den hiesigen Verhältnissen angemessen" sei.[154] Im Sommer 1896 erhielten die Mannheimer und Karlsruher katholischen Gemeinden durch die jeweiligen großherzoglichen Bezirksämter zum ersten Mal die Genehmigung, eine Fronleichnamsprozession durchzuführen. So konnten die Karlsruher in diesem Jahr erstmals seit Bestehen der Stadt die Prozession erleben, die von der Stephanskirche

durch die Herren- über die Kriegs-, Westend-, Belfort-, Leopold- und Amalienstraße wieder in die Herrenstraße zurück zur Kirche verlief.[155] In Mühlburg hatten schon vorher Fronleichnamsprozessionen stattgefunden, die allerdings nicht immer ohne Zwischenfälle blieben. So beschränkte der Stadtrat die Prozession 1888 auf den Kirchplatz, da im Jahr zuvor Prozessionsteilnehmer gegenüber Zuschauern, die sich nicht pietätvoll zeigten, Drohungen ausgestoßen hatten.[156]

Der Kulturkampf führte nicht nur zu einer Politisierung religiöser Bekenntnisse, sondern beschleunigte auch die konfessionellen Vereinsgründungen und Wohltätigkeitsanstrengungen. Im Jahr 1857 schlossen sich in Karlsruhe wie in Freiburg, Offenburg und Mannheim zuvor junge katholische Handwerker zu einem Gesellenverein zusammen, dem sogleich 100 Personen beitraten. Dem Vorbild des Schuhmachers Adolph Kolping folgend, richtete man im Gasthaus „Ritter" Ecke Kaiser-/Waldhornstraße das erste Heim ein, das 1864 durch ein neu errichtetes Hinterhaus in der Sophienstraße ersetzt wurde.[157] Der katholische Frauen-Vincentiusverein (siehe oben) erhielt 1882 durch den Männer-Vincentiusverein Unterstützung. Es gab schließlich kaum einen Lebens- oder Arbeitsbereich, der nicht durch eine katholisch ausgerichtete Organisation abgedeckt werden konnte.

Das Karlsruher Adreßbuch aus dem Jahre 1913 nannte z. B. neben den direkt an die Gemeindearbeit gebundenen Vereinen den katholischen Arbeiter- und den katholischen Arbeiterinnenverein, den katholischen Arbeiter- und Volksverein, den katholischen Männerverein Badenia, den Borromäusverein, den katholischen Frauenbund, den katholischen Fürsorgeverein, den katholischen Jünglingsverein, den katholischen Studentenverein Laetitia, den katholischen Lehrerverband, den katholischen Mädchenschutzverein, die katholischen Männervereine der einzelnen Stadtteile, den Verein katholischer Geschäftsgehilfinnen und Beamtinnen sowie den Verein abstinenter Katholiken.[158]

Allerdings fanden sich in diesem Adreßbuch auch einige Vereinigungen der Altkatholiken, die sich 1871/72 von der katholischen Kirche aufgrund religiös-politischer Auseinandersetzungen getrennt hatten.

Die altkatholische Gemeinde[159]

Nachdem auf der katholischen Synode im Vatikan im Juli 1870 die Unfehlbarkeit des Papstes zum Glaubenssatz erhoben worden war, äußerten viele katholische Priester und Laien in Deutschland Protest und gründeten zahlreiche sogenannte Altkatholiken-Vereine. Auch in Karlsruhe stieß das neue Dogma auf heftigen Widerstand. So wandte sich in der nationalliberalen, in Karlsruhe erscheinenden „Badischen Landeszeitung" vom 25. April 1871 unter Bezugnahme auf die gerade erfolgte Reichsgründung ein emphatischer Aufruf an die Katholiken: „Der erste Theil der Riesenarbeit, Deutschland sich selbst wieder zu geben, ist glorreich gelöst ... Der zweite Theil zur Wiedergeburt unserer nationalen Selbstregierung, die Zurückweisung der römischen Gewaltansprüche, setzt sich in Gang. Der Augenblick naht, der die Katholikenbewegung gegen die Nothzüchtiger der Gewissen allgemein machen wird."

Noch im gleichen Jahr entstand in Karlsruhe ein altkatholischer Verein mit zunächst 30 Mitgliedern. Schon am 28. Januar 1872 gründeten die badischen Vereine in der Haupt- und Residenzstadt den Badischen Altkatholischen Verein. Nun folgten längere Auseinandersetzungen über die Mitnutzung der Stephanskirche, welche die katholische Gemeinde ablehnte. Daher fand der erste altkatholische Gottesdienst in Karlsruhe am 7. Dezember 1873 in der evangelischen Stadtkirche statt. Die badische Regierung anerkannte die neue Karlsruher religiöse Gemeinschaft im Juli 1874. Zu diesem Zeitpunkt zählte die Karlsruher Gemeinde rund 320 Mitglieder, die sich zunächst in einem im Bahnhofsstadtteil zur Verfügung gestellten Betsaal trafen. Seit Mai 1876 erlaubte ihnen die evangelische Gemeinde die Nutzung der „Kleinen Kirche", d. h. der ehemaligen Garnisonskirche an der heutigen

Kaiserstraße, bis die Altkatholiken in die 1897 geweihte Auferstehungskirche an der Hildapromenade in die neu entstehende Weststadt zogen. Zum Vorstand der altkatholischen Gemeinde gehörten von Anfang an Männer der Stadtelite wie der ehemalige Oberbürgermeister Malsch, der 1875 sogar Vereinsvorsitzender wurde, Hofgerichtspräsident Georg Martin Hildebrand und Verwaltungsdirektor Walter Schwarzmann. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges herrschte ein lebhaftes Gemeindeleben, was ein Blick in das Adreßbuch von 1913 bestätigt: Es gab einen altkatholischen Bürgerverein, einen altkatholischen Frauenverein, eine altkatholische Jungmannschaft und einen altkatholischen Kirchenchor.

Positive Christen und Deutscher Protestantenverein

Auch die Protestanten wurden in den Kulturkampf hineingezogen, da es unter ihnen ebenfalls Kreise gab, die eine allgemeine Säkularisierung bei wachsendem staatlichem Einfluß fürchteten. Sie nannten sich positive Christen und rückten bei der Abwehr staatlicher Eingriffe in das Schulwesen in die Nähe des politischen Katholizismus. Aus dem Kreis der Positiven, die in der Inneren Mission ihren organisatorischen Rückhalt hatten, entstand die Konservative Partei, die in Karlsruhe allerdings nur wenig Einfluß und Anhänger hatte, allerdings im Umland auf den Dörfern Anhänger finden konnte. Das zeigte sich bei den Reichstagswahlen, für die Stadt und Land Karlsruhe mit Bruchsal einen Wahldistrikt bildete (siehe unten).[160]

In der Haupt- und Residenzstadt fand die liberale Ausrichtung des Protestantismus mehr Zustimmung, die sich am 30. September 1863 mit der Gründung des Deutschen Protestantenvereins in Frankfurt am Main auch als gesamtdeutsche Richtung manifestierte. Am 24. Dezember 1863 forderten zwölf zur Stadtelite zählende Karlsruher Männer – darunter Prof. Hermann Baumgarten, Hoftheaterdirektor Dr. Eduard Devrient, Bürgermeister Heinrich Herzer, Buchdrucker Johann Vogel und Stadtpfarrer Dr. Karl Zittel – dazu auf, auch in Karlsruhe einen Ortsverein des deutschen Protestantenvereins zu gründen. Diesem Aufruf war am 30. November die Versammlung einer Anzahl von Männern in der höheren Bürgerschule vorangegangen, in der Fragen der Satzung und Vereinskonstituierung besprochen worden waren. Mit dem Ortsverein war auch in Karlsruhe der liberale Protestantismus organisiert und fand in dem Geheimrat und ehemaligen Stadtdirektor Karl August Friedrich Stösser einen prominenten Vorsitzenden.[161]

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte Karlsruhe neben der Hofpfarrei weitere vier Pfarreien, deren Gemeindeleben durch ein ebenfalls ausgeprägtes evangelisches Vereins- und Wohlfahrtswesen ergänzt wurde. Da sich die Protestanten allerdings ungebrochener als die Katholiken mit der Landesregierung und der Stadtverwaltung identifizieren konnten, waren sie nicht so sehr auf dezidiert konfessionell ausgerichtete Zusammenschlüsse angewiesen. Das Karlsruher Adreßbuch von 1913 nennt neben den Einrichtungen der inneren Mission einen evangelischen Arbeiterverein, den Blaukreuzverein der evangelischen Stadtmission, einen Ortsverein des evangelischen Bundes, einen evangelischen Krankenverein, die evangelische Vereinigung der Neuoststadt, den Flickverein und den Mädchenstrickverein der evangelischen Stadtmission, den Frauen- und Jungfrauen-Verein zur Gustav-Adolf-Stiftung, die den Pfarreien angeschlossenen Jungfrauenvereine, die evangelischen Männervereine der einzelnen Stadtteile, einen den Pfarreien zugeordneten, evangelisch-kirchlichen Krankenverein sowie evangelische Männer- und Jünglingsvereine.

Liberalismus und Orthodoxie – Auseinandersetzungen in der jüdischen Gemeinde

Der 1862 in Baden abgeschlossene rechtliche Emanzipationsprozeß der jüdischen Männer und der infolge des Freizügigkeitsgesetzes mögliche Zuzug jüdischer Familien vom Lan-

de in die Stadt führten in zahlreichen jüdischen Gemeinden zu Konflikten.[162] Nun standen sich die Vertreter einer Assimilation auch der religiösen Bräuche an die der christlichen Mehrheit – die Liberalen – den Verfechtern des traditionellen Ritus und des strengen Einhaltens religiöser Gesetze – den Orthodoxen – gegenüber. Die Liberalen zählten mehrheitlich zu dem seit langem integrierten und akkulturierten jüdischen Bürgertum, die Orthodoxie fand eine große Anhängerschaft unter den vom Land in die Stadt gekommenen ärmeren Familien. Der schon seit 1819 schwelende Konflikt entzündete sich an Fragen wie die, ob im Gottesdienst in Deutsch oder Hebräisch gebetet werden solle oder ob alle Feiertage streng eingehalten würden und eskalierte schließlich in der Diskussion über die innere Gestaltung der Synagoge. Die Liberalen wollten eine Orgel, was für die Orthodoxen so undenkbar war, daß sie sich 1869 als Austrittsgemeinde konstituierten. Nachdem sie die gerichtliche Anerkennung erhalten hatten, nannten sie sich Israelitische Religionsgesellschaft. Sie legten einen eigenen Friedhof an und weihten 1881, nachdem sie bis dahin in der Ritterstraße 2 untergekommen waren, ihre eigene, nach Plänen von Gustav Ziegler gebaute Synagoge in der Karl-Friedrich-Straße ein.

Schon seit Beginn der 1860er Jahre diskutierte man über einen Neubau statt der noch von Weinbrenner errichteten Synagoge. Die Überlegungen erübrigten sich, nachdem bei einem der größten Brände, die Karlsruhe bis dahin erlebt hatte, Ende Mai 1871 die Synagoge abbrannte. Nun ließ die liberale Gemeinde nach Plänen von Josef Durm an der gleichen Stelle eine Synagoge errichten, die z. B. eine Orgel hatte. Sie wurde 1875 in Anwesenheit des großherzoglichen Paares eingeweiht.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erlebten die deutschen und auch die Karlsruher Juden neben den religiösen Streitfragen mit dem Aufkommen des Zionismus eine weitere Irritation ihres Selbstverständnisses, die jedoch im liberalen Baden erst als Reaktion auf den Nationalsozialismus greifen sollte.

Politische Verhältnisse

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich ein vielfältiges politisches Parteiensystem mit jeweils angeschlossenen Gewerkschaften oder Vereinen. In Baden und in seiner Haupt- und Residenzstadt blieb der Liberalismus in seiner nationalliberalen Ausprägung die einflußreichste Kraft, die allerdings seit den ausgehenden 1870er Jahren ihre Funktion als Motor für Liberalisierung und Demokratisierung verlor. Das zeigte sich vor allem in der Frage des Landtagswahlrechts. Da das indirekte Wahlrecht den Liberalen in der Zweiten Kammer mehr Sitze zusicherte, als ihnen aufgrund der Urwahlen zustanden, wehrten sie sich jahrelang gegen die von den Katholiken, den Demokraten und den Sozialdemokraten geforderte Einführung des direkten Wahlrechtes. Erst am 1. Juli 1905 trat das direkte Wahlrecht in Kraft, von dem vor allem das katholische Zentrum und die Sozialdemokratie profitierten. Nun verloren die Nationalliberalen ihren Status als stärkste politische Kraft im Landtag, doch behielten sie aufgrund ihres Bündnisses mit den Sozialdemokraten und den Demokraten im sogenannten Großblock und wegen der gemäßigt liberalen Regierung unter den liberalen Großherzögen Friedrich I. und Friedrich II. ihren Einfluß auf die Landespolitik.[163]

Deutliches Zeichen des politischen Parteienspektrums waren die sieben Tageszeitungen, die in Karlsruhe erschienen und in denen die politischen Debatten ausgetragen wurden.[164]

Die Liberalen – Nationalliberale, Freisinnige und Fortschrittler

Ab den 1860er Jahren entwickelten sich politische Parteien entlang den Trennungslinien, die sich schon in der Revolution von 1848/49 abzeichneten. So zerfiel endgültig die Einheit des liberalen Bürgertums. Die Trennung der Liberalen in Gemäßigte und Fortschrittler/Demokraten führte 1864 in Karlsruhe zur Abspaltung der letzteren aus dem seit 1861 bestehenden Nationalverein (siehe oben).[165] Dem

war eine Versammlung am 26. Juli 1863 in Offenburg vorangegangen, auf der erstmals seit der Revolution wieder über 700 Liberale aus dem ganzen Land zusammenkamen. Hier wurde die Forderung nach einem organisatorischen Zusammenschluß der Liberalen laut.

Im Januar 1864 traf sich dann in Karlsruhe eine Gruppe demokratischer Politiker, unter ihnen die Achtundvierziger Amand Goegg, Dr. Jakob Venedey und der damalige Vorsitzende des Karlsruher Nationalvereins Dr. Ludwig Eckardt, mit dem Ziel, in einer Volkspartei die großdeutsch denkenden Demokraten zusammenzufassen. Das Auftreten Eckardts führte in Karlsruhe zu einiger Aufregung, da die Mehrheit des Karlsruher Nationalvereins seine demokratischen Ansichten nicht teilte.

Eckardt war nach Ende der Revolution als politischer Flüchtling aus Wien in die Schweiz geflohen und von dort Anfang der 1860er Jahre nach Karlsruhe gekommen, wo er als Hofbibliothekar arbeitete. Im November 1864 verlor er jedoch diese Stellung und ging nach Mannheim als Redakteur des „Demokratischen Wochenblattes." Sein Versuch, eine demokratische Partei in Karlsruhe zu gründen, scheiterte zunächst ebenso wie die landesweiten Bemühungen am Eingreifen der Regierung. Doch erfuhr Eckardts Entlassung als Hofbibliothekar in der Presse eine so lebhafte Kommentierung, daß sich die Regierung zu einer sich verteidigenden Stellungnahme veranlaßt sah.

Die Liberalen besaßen zu diesem Zeitpunkt die überwältigende Mehrheit im Landtag, der nur eine kleine Gruppe von Konservativen und „Ultramontanen" (siehe unten) gegenübersaßen. Doch nun erreichten die politischen Spannungen auch die liberale Landtagsfraktion; 1865 trennte sich eine Gruppe von 20 Abgeordneten, die eine radikalere Politik gegenüber der katholischen Kirche verlangten und die jetzt die Fortschrittspartei gründeten. Diese ging zwar später in der 1869 ins Leben gerufenen Nationalliberalen Partei auf, doch war die Trennung zwischen Demokraten und Gemäßigten erfolgt. Es gab seit den ausgehenden 1860er Jahren zwei, dem Liberalismus entstammende Gruppierungen, wobei die Linksliberalen mehrfache Spaltungen und Neugründungen vollzogen. Gegen Ende des Jahrhunderts bildete sich die linksliberale Freisinnige Volkspartei und seit 1896 der Nationalsoziale Verein, die sich beide erst 1909 mit den Demokraten zu einer Partei zusammenschlossen. In Karlsruhe fanden sich am 1. Mai 1910 bei der Brauerei Schrempp 500 Mitglieder des Demokratischen Vereins, 300 des Freisinnigen Vereins und 70 des Nationalsozialen Vereins zusammen, um die Fortschrittliche Volkspartei zu gründen.[166]

Der Gründung der Karlsruher Nationalliberalen Partei im Jahr 1869 war eine große Versammlung in Offenburg vorausgegangen, bei der im Mai 1869 2.000 Personen zusammenkamen, um den Aufbau einer neuen Parteiorganisation zu beschließen. In der Zweiten Kammer des Karlsruher Ständehauses hatten die Nationalliberalen bis 1893 die Mehrheit, Mitglieder ihrer Partei waren in der Zeit der Neuen Ära (siehe oben) als Minister in die Regierungsverantwortung miteinbezogen, saßen auch an der Spitze der Karlsruher Stadtverwaltung und hatten die Mehrheit im Bürgerausschuß. Die Nationalliberale Partei repräsentierte auch reichsweit das Besitz- und Bildungsbürgertum sowie den Mittelstand und vertrat die Anhänger der konstitutionellen Monarchie.

Der Karlsruher Zweigverein der Partei entstand im Anschluß an die Offenburger Versammlung aus den Bürgerabenden, zu welchen Vertreter der Stadtelite zur Vorbereitung der anstehenden Landtagswahlen einluden. Die politische Stimmung war zu dieser Zeit, im Frühjahr 1869, in der Stadt ziemlich aufgeheizt, da Angehörige der Katholischen Volkspartei und der Demokratischen Partei eine Wahlrechtsänderung zugunsten der direkten Wahl in Aufrufen und Manifesten forderten. Die Abschaffung des Wahlmännersystems – eine Forderung, die bis 1904 virulent bleiben sollte – hätte aber eine Schwächung der nationalliberalen Position gebracht.

Gegen die Angriffe der Katholischen Volkspartei und der Demokraten auf das damalige

Wahlrecht, die als Wahlreformliga auftraten, formulierten Einwohner der Stadt Mannheim eine Erklärung, der sich der Gemeinderat und der kleine Bürgerausschuß der Stadt Karlsruhe anschlossen. Darüber hinaus ersuchten die Kommunalpolitiker die Karlsruher Einwohnerschaft, durch eine auf dem Rathaus ausliegende Unterschriftenliste ihre Unterstützung zu bekunden.[167] Während des Bürgerabends am 3. Juni 1869 stellte nun der Karlsruher Landtagsabgeordnete Kusel den Antrag, daß die Bürgerabende ein Bestandteil der Nationalliberalen Partei Badens sein sollten. In der Antragsbegründung wurde explizit auf die Bestrebungen der Demokraten und der Katholischen Volkspartei verwiesen, die es notwendig werden ließen, auch eine feste Organisation zu bilden. Der Antrag Kusels wurde fast einstimmig angenommen, so daß man mit dem Parteiaufbau begann, indem man drei „kleine Bürgerabende" – jeweils einen für den östlichen, den westlichen und den mittleren Teil der Stadt – und ein zentrales Komitee bildete. In dem Komitee waren der Karlsruher Oberbürgermeister und Bürgermeister, die drei Karlsruher Landtagsabgeordneten, zwölf Bürger und sieben staatsbürgerliche Einwohner.

Der Karlsruher Arbeiterbildungsverein und die Idee der Volksbildung

Die Karlsruher Nationalliberalen unterstützten und trugen die Idee einer schichtenübergreifenden und klassenversöhnenden Bildung, die in der am 10. Februar 1862 erfolgten Gründung des Arbeiterbildungsvereins ihren organisatorischen Ausdruck fand. Das Vereinsziel war: „Den Gewerbegehilfen Gelegenheit zu bieten, sich Kenntnisse zu erwerben, die zum richtigen Betriebe der Gewerbe nötig sind oder zur allgemeinen Bildung gehören, sowie belehrende Unterhaltung zu führen, wobei jedoch von Konfession und Politik fernzubleiben ist."[168] Die Betonung, von Politik und Konfession fernzubleiben, bezeichnete eine politische Richtung. Man fühlte sich in Abgrenzung zu der entstehenden Arbeiterbewegung dem vorgeblich überparteilichen bürgerlichen Bildungsdenken verbunden. Das mußte auch Ferdinand Lassalle feststellen, der sich im Vorfeld der Gründung des allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) im Mai 1863 in Leipzig an die Karlsruher mit seinem Anliegen wandte, die verstreut und vereinzelt arbeitenden Arbeiterbildungsvereine in einer überregionalen, d. h. gesamtdeutschen Arbeiterorganisation zusammenzufassen.

Auf einer der montäglichen Mitgliederversammlungen am 13. April 1863 setzten sich die Karlsruher Arbeiterbildungsvereinsmänner mit seinem Schreiben auseinander, lehnten aber das dort genannte Ziel des allgemeinen und direkten Wahlrechts ab. Diese Meinung vertrat wenige Wochen später auch der Karlsruher Delegierte Stütz auf dem Vereinstag der deutschen Arbeitervereine am 7. und 8. Juni 1863: „Das Ziel freilich ist, ein selbständiger Staatsbürger zu werden, und dazu gehört eben, daß nicht ein besonderer, gegen die übrigen Stände scharf abgegrenzter Arbeiterstand konserviert oder hergestellt wird, sondern daß wir uns fortbilden und weiterbringen, um alle Unterschiede den übrigen Ständen gegenüber durch unsere Bildung verwischen zu können."[169]

Die Arbeiterbildung sollte als eine Art Selbsthilfe die Möglichkeit des sozialen Ausgleiches oder auch individuellen Aufstiegs bieten. Ein Gründungsmitglied und erster Vorstand war der nationalliberale Geheime Hofrat Professor Dr. Julius Neßler, der sich 1865 auch an der Bildung des Lebensbedürfnisvereins beteiligte, der seinen Mitgliedern vergünstigte Einkaufsmöglichkeiten verschaffte. Neßler war später Vorstand der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt. Neben ihm gehörten ein Rechtsanwalt, ein Goldschmied, ein Schreiner und ein Hutmacher dem ersten Vorstand des Arbeiterbildungsvereins an. Diese soziale Zusammensetzung des Vorstands, bestehend aus Akademikern und Handwerkern bzw. Handwerksmeistern, blieb bis in das 20. Jahrhundert bestehen und spiegelte die Mitgliederzusammensetzung. So wies die Liste der 436 Mitglieder des Jahres 1907 nur acht Männer

Der Declamationsklub des Arbeiterbildungsvereins 1884.

auf, die sich explizit Arbeiter nannten. Allerdings arbeiteten auch Dreher, Schlosser oder Schreiner – die Berufe wurden in der Liste häufig genannt – in den Fabriken.[170] Sehr viele Mitglieder waren Handwerker und Handwerksmeister, aber auch akademisch Gebildete wie der Dichter Viktor Scheffel, der im Februar 1869 dem Arbeiterbildungsverein beitrat.

Der Verein unterstützte die von Max Hirsch und Franz Duncker gegründeten Gewerkvereine. Diese liberale Gewerkschaftsorganisation vertrat die Auffassung, daß die in Gewerkvereinen organisierten Arbeiter feste Abmachungen über Löhne und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern treffen könnten und so vor Ausbeutung geschützt seien. Der Arbeiterbildungsverein hatte bald eine Gesangs-, eine Turn- sowie eine Deklamationsabteilung, widmete sich neben dem erteilten Unterricht auch der Geselligkeit und bot ein kulturelles Programm. Im Jahr 1865 errichtete der Verein ein eigenes Vereinsheim in der damals noch unbebauten Wilhelmstraße, vorher hatte er Räume in der Sophienschule in der Spitalstraße nutzen dürfen. An die in diesem Vereinsheim verbrachten Abende erinnerte sich noch im hohen Alter der 1863 geborene Kupferschmied Karl Dehn. Er schrieb in das ab 1935 angelegte Vereins-Ehrenbuch: „Nach schwerer Arbeit als Kupferschmied haben mich immer wieder Vorträge, Besichtigungen und vieles andere angeregt und mir Lebensfreude gegeben."[171] Die Mitgliederzahl stieg von 270 Männern im Jahr 1870 auf 620 Personen im Jahr 1910, darunter nun auch 26 Frauen. Das Spektrum reichte vom Fabrikarbeiter bis zum badischen Innenminister Freiherr von Bodman. Lange Jahre war der Rechtsanwalt Otto Heinsheimer Vorsitzender.[172]

Am Jahrhundertende trat ein weiterer der Arbeiterbildung verpflichteter Verein in Karlsruhe ins Leben, der Verein „Volksbildung",

dem sich nicht nur der Arbeiterbildungsverein, sondern auch die Gewerkschaften, die Eisenbahnwerkstätten, die Gewerkvereine, der katholische und der evangelische Arbeiterverein und der katholische Gesellenverein anschlossen. Der neue Verein wurde vor allem von der Technischen Hochschule unterstützt, die nicht nur das lehrende Personal sondern auch Vorstandsmitglieder stellte.
Mit dieser Einrichtung von Volkshochschulkursen reihten sich die Karlsruher Hochschullehrer in eine allgemeine Entwicklung der Zeit ein, die Hochschulen mit speziellen Veranstaltungen für das Volk zu öffnen. Die Grundlagen für ein Volkshochschulwesen waren gelegt.[173] Zugleich war der Verein der Versuch, durch die Volksbildung eine schichten- und konfessionenübergreifende gesamtgesellschaftliche Versöhnung zu erreichen. Diesem Ziel fühlte sich auch der 1905 von dem linksliberalen Alfons Fischer ins Leben gerufene Arbeiterdiskussionsclub verbunden, der jedoch mehr auf die Vorstellung des gleichberechtigten Gedankenaustausches aller Beteiligten setzte.[174]
Doch konnten all diese Bemühungen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gesellschaft der Kaiserzeit keine versöhnte war. Vielmehr stellten die Versuche einer klassenübergreifenden Bildung die eher hilflosen Bemühungen des liberalen und gebildeten Bürgertums um eine Antwort auf die Arbeiterbewegung dar, mit der sie nun in Abgrenzung zum wachsenden Einfluß des politischen Katholizismus den Dialog suchten.

Die Katholische Volkspartei / Zentrum

Die Gründung der Karlsruher Nationalliberalen Partei erfolgte auch mit besorgtem Blick auf den wachsenden politischen Katholizismus, auf die sogenannten „Ultramontanen." Der Kampf gegen den „Ultramontanismus" war zu dieser Zeit ein Eintreten für die kleindeutsche Lösung der nationalen Frage unter Preußens Führung bei Ausschluß des katholischen Österreichs.[175] Seit 1862 entstand aus der „Casino"-Bewegung eine katholische Organisation, die sich besonders als Opposition zur staatlichen Schulpolitik bildete und die im Zuge des „Kulturkampfes" die katholische Bevölkerung hinter sich brachte. Eine Beilage vom 1. Mai 1869 zum „Karlsruher Anzeiger", dem Vorläuferblatt des katholischen „Badischen Beobachters", enthielt einen von 79 Männern aus ganz Baden „namens der Katholischen Volkspartei" unterzeichneten Aufruf, der die programmatischen Forderungen der neuen Partei aufzählte: die völlige Trennung von Staat und Kirche, d. h. die Freiheit der Kirche bei der Regelung ihrer Angelegenheiten, der Verwaltung ihres Vermögens und der Besetzung ihrer Ämter. Zudem wollte man für die nationale Einigung die großdeutsche Lösung unter Einschluß Österreichs.
Wenige Tage später wurde am 9. Mai 1869 in Bruchsal die Katholische Volkspartei gegründet, die sich 1888 der reichsweiten Zentrumspartei anschloß und die sich bald zur härtesten Konkurrenz der Nationalliberalen Partei in Baden entwickelte. Gemeinsam mit der Sozialdemokratie und den Demokraten setzte sie sich für eine Reform des Landtagswahlrechts ein und sah sich nach dessen Erreichung 1904 einem Großblock, bestehend aus Nationalliberalen, Demokraten und Sozialdemokraten, gegenüber, der durch Wahlabsprachen weiterhin den Einfluß des politischen Katholizismus im Landtag schmälerte. Auch in Karlsruhe wuchs der Einfluß der Katholischen Volkspartei, doch wurden hier die Sozialdemokraten zu den wirklichen Konkurrenten der Nationalliberalen.

Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Arbeitervereine – die Arbeiterbewegung

Die Anfänge einer politischen Arbeiterorganisation reichen in Karlsruhe bis in die Jahre 1847/48 zurück (siehe oben), sie wurden jedoch erst Ende der 1860er Jahre wieder aufgegriffen. Im Februar 1863 rief Ferdinand Lassalle in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) als erste nationale politische Selbstorganisation der Arbeiter ins Leben. Sechs Jahre später, am 7. Februar 1869, fand die erste vom ADAV organisierte Ver-

sammlung in Karlsruhe statt, auf der ein Karlsruher Zweigverein gegründet wurde. Dieser hatte im März 1873 40 bis 50 Mitglieder.[176]
Seine ersten in Karlsruhe abgehaltenen Versammlungen stießen auf breites Interesse und lösten unter den Zuhörern, zu denen in dieser Zeit auch Vertreter der Industrie, des Handels und des Gewerbes zählten, heftige Reaktionen aus. So mußte die am 1. Juli 1872 in die Geiger'sche Trinkhalle einberufene Versammlung, auf der zwei Abgesandte aus Bremen und Hamburg sprachen, wegen der lebhaften Entrüstung, welche die Äußerungen der Redner über die Arbeiterfrage auslösten, polizeilich geschlossen werden. Zu der acht Tage später erneut stattfindenden Zusammenkunft riefen auch der Arbeiterbildungsverein und Gewerbeverein ihre Mitglieder auf, um dort den Sozialdemokraten entgegenzutreten. Bei der Versammlung waren 1.500 bis 1.600 Personen anwesend. Die hier vertretenen Thesen waren für manche Zuhörer so beunruhigend, daß der Gewerbeverein am 17. Juli erklärte, „diesem das Volks- und Staatswohl untergrabenden Treiben" entgegentreten zu wollen.[177]
1875 schloß sich der ADAV mit der Arbeiterorganisation von Wilhelm Liebknecht und August Bebel zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschland" zusammen. Die Partei vertrat das von Karl Marx und Friedrich Engels entworfene Konzept des Klassenkampfes. Damit war die politische Partei der Arbeiterbewegung entstanden, deren Mitglieder angesichts der Armut in der Industriearbeiterschicht und angesichts der undemokratischen Strukturen der Gesellschaft das politische und wirtschaftliche System des Kaiserreiches und damit auch die Vorstellungen des Bürgertums ablehnten. Die Sozialdemokratie, unter deren Gründern sich zahlreiche Revolutionäre von 1848/49 befanden, bekämpfte den von Bismarck geformten Staat als monarchistisch und undemokratisch und forderte als deutliche Kritik am Kapitalismus eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen des „Proletariats." Schließlich erschien die Partei dem Reichskanzler Bismarck vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Zuge des „Gründerkrachs" als so gefährlich, daß er sie bis 1890 verbieten ließ. Die sogenannten Sozialistengesetze fanden im Reichstag in Berlin die Unterstützung der Nationalliberalen. Gleichzeitig schuf Bismarck ein modernes Sozialversicherungssystem, durch das er die Arbeiterklasse für das Kaiserreich zu gewinnen hoffte.
Trotz des Verbots und der nun einsetzenden Verfolgungen erreichten die Sozialdemokraten immer größere Erfolge bei den Wahlen, an denen sie weiterhin teilnehmen durften. So war bei den Reichstagswahlen 1890 die SPD zur drittstärksten Partei geworden, der Sozialdemokrat Adolf Geck errang in Karlsruhe rund 25 % der Stimmen. Nach Aufhebung des Verbots nannte sich die Partei Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD und wurde zusammen mit den ihr nahestehenden freien Gewerkschaften sowie den Arbeitervereinen bis zum Ersten Weltkrieg zur größten Arbeiterbewegung in Europa.[178]
Auch in Karlsruhe wurde der SPD-Verein ebenso wie die schon bestehenden sozialdemokratischen Gewerkschaften (siehe unten) während der Verbotszeit aufgelöst. Noch vor Aufhebung der Sozialistengesetze versuchten die Karlsruher Anfang 1887 vergebens, einen „Wahlverein für Karlsruhe und Umgebung" ins Leben zu rufen. Der Landeskommissär verbot die Neugründung, da der in der Versammlung zum Vorsitzenden gewählte Andreas Kalnbach als Anhänger der Sozialdemokratie bekannt war. Erst am 13. Oktober 1889 konnte – nun unter dem Namen „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen" – wieder ein sozialdemokratischer Ortsverein in Karlsruhe entstehen, eine Woche später erfolgte die Gründung im benachbarten Durlach.
Der 1887 inkriminierte Kalnbach, der während der Verbotszeit Verhaftungen erleben mußte, zählte im übrigen mit Richard Volderauer und Johann Seufert zu den ersten SPD-Vertretern im Bürgerausschuß. Die Demokraten hatten die drei Männer 1890 auf ihre Liste genommen, so daß sie trotz des Drei-Klassenwahlrechts, was Wahlerfolge der SPD sonst verhindert hätte, gewählt wurden. Die gleiche Taktik

war bei den beiden folgenden Wahlen 1893 und 1896 wieder erfolgreich; ab dann gelang es der SPD, die dritte Wählerklasse ganz für sich zu gewinnen.[179]

Auch nach dem Wegfall des Verbots galten die Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen", die dem wilhelminischen Kaiserreich als Gegner gegenüberstanden. Doch begannen gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als die Wahlerfolge eine Mitarbeit in der Legislative denkbar werden ließen, innerparteiliche Diskussionen über die richtige politische Taktik, in welcher der badische Landesverband und seine Karlsruher Vertreter eine herausragende Stellung einnahmen. Die von Leonard Bernstein formulierte Theorie, daß der Sozialismus statt durch Revolution über parlamentarisch durchgesetzte Reformen erreichbar sei, löste parteiinterne Debatten aus, die als „Revisionismusstreit" in die Geschichtsschreibung eingegangen sind.

Zu den härtesten Kritikern der Bernstein-Theorie zählte Rosa Luxemburg, während die bayerische und badische SPD den Reformansatz vertraten. Um ihn in den Parlamenten durchzusetzen, waren Absprachen mit anderen Parteien zu treffen.[180] Am 2. Juli 1899 fand deswegen in Durlach eine Landtagswahl-Konferenz der SPD statt, auf der die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Oppositionsparteien – das waren damals das Zentrum und die Demokraten – beschlossen wurde. Nun traf man Wahlabsprachen dergestalt, daß nur noch in sicheren Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt und ansonsten die der anderen Partei unterstützt wurden. Ziel dieser Politik war die Zurückdrängung der Nationalliberalen, um eine Wahlrechtsreform durchzusetzen. Nachdem diese 1904 erreicht worden war, wechselte die SPD, die ebenfalls eine strikte Trennung von Kirche und Staat forderte, den Bündnispartner und traf nun Absprachen mit den Nationalliberalen und den Demokraten.

Die Badener verfolgten zudem in der alltäglichen parlamentarischen Arbeit den Weg der Reformen, was dazu führte, daß sie 1900 erstmals im Landtag dem Budget zustimmten. Von nun an standen die Badener und damit die Karlsruher im Feuer der parteiinternen Kritik, hatten sie doch dem Haushalt eines monarchischen Staates zugestimmt. Als dann im Oktober 1907 die Sozialdemokraten Ludwig Frank aus Mannheim und Wilhelm Kolb aus Karlsruhe – beide prominente Vertreter des Revisionismus – am Begräbnis von Großherzog Friedrich teilnahmen, wurde dies als offener Angriff auf die Mehrheit der Reichs-SPD verstanden.

Auf Parteitagen erfuhr das Vorgehen der Badener eine harsche Ablehnung, die Parteizeitungen formulierten drastisch und mit zunehmender Härte die unterschiedlichen Positionen. In dem 1880 in Offenburg von Adolf Geck begründeten und seit 1897 als Parteiorgan in Karlsruhe erscheinenden „Volksfreund" vertrat Wilhelm Kolb seine Positionen. Rosa Luxemburg antwortete darauf in der „Leipziger Volkszeitung." Die Auseinandersetzungen konnten bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges nicht beigelegt werden, an dessen Ende die Flügelkämpfe in eine Parteispaltung mündeten (siehe unten).

Die SPD war bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges die einzige Partei, die das Frauenwahlrecht als Forderung in ihrem Programm verankert hatte.[181] 1906 fand in Mannheim die erste reichsweite SPD-Frauenkonferenz statt, auf der eine Resolution zum Frauenstimmrecht verabschiedet wurde. Kurze Zeit später gab es auch in Karlsruhe eine von männlichen Genossen geleitete Frauenversammlung. Nachdem durch das Reichsvereinsgesetz von 1908 den Frauen endlich die Mitgliedschaft in politischen Parteien erlaubt worden war (siehe unten), begann die SPD mit dem Aufbau einer Frauensektion, die 1909 unter der Leitung von Kunigunde Fischer, Else Rückert und Dora Trinks gegründet wurde.

Am 19. März 1911 fand der erste internationale Frauentag statt, an dem sich auch die Karlsruher SPD beteiligte und der dem Frauenwahlrecht gewidmet war. 1912 riefen Sozialdemokratinnen die Kinderschutzkommission ins Leben, die Freizeiten für Arbeiterkinder durchführten. Mit diesen Aktivitäten begannen die Frauen, eine sozialdemokratische

Wohlfahrtsarbeit aufzubauen, die 1919 in die Gründung der Arbeiterwohlfahrt mündete. Trotz aller Bemühungen um die Frauen blieben diese in der Partei eine Minderheit: So waren im Oktober 1911 im Karlsruher Ortsverein neben 1.356 Männern nur 180 Frauen.[182]

Die größte Stütze der SPD waren die freien Gewerkschaften, die sich aus Hilfskassen entwickelten. Im Oktober 1878 bestanden in Karlsruhe schon fünf Gewerkschaften, die insgesamt 185 Mitglieder hatten und nun infolge der Sozialistengesetze verboten wurden.[183] Für den engen, auch personellen Zusammenhang zwischen Gewerkschaften und SPD standen die schon erwähnten Sozialdemokraten Andreas Kalnbach und Richard Volderauer, die Mitglieder des 1885 verbotenen Metallfacharbeitervereins waren. Sie verloren ihren Arbeitsplatz und mußten, da sie wegen ihres politischen Auftretens von den Arbeitgebern auf schwarze Listen gesetzt wurden, eine neue Existenzgrundlage finden.

Trotz des Verbots gab es bis 1890 in Karlsruhe wieder 19 Fachvereine, die nun begannen, ihre Arbeitskämpfe für höhere Löhne und für bessere Arbeitsbedingungen zu koordinieren. Ende 1898 hatten sich 26 Gewerkschaften mit 1.630 Mitgliedern dem Karlsruher Gewerkschaftskartell angeschlossen, das waren immerhin 10 % der Arbeiterschaft.[184]

Zwar gab es noch die liberalen Hirsch-Dunckerschen und die christlichen Gewerkschaften, doch entwickelten die der SPD nahestehenden Zusammenschlüsse für die Arbeiter die größte Attraktivität. Eine der größten Karlsruher Gewerkschaften wurde der Deutsche Metallarbeiterverband, der 1907 z. B. in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken 314 der 1.428 Beschäftigten vertrat. Nur 46 hatten sich der Hirsch-Dunckerschen und zwei der christlichen Gewerkschaft angeschlossen. Bei Haid & Neu lagen die Verhältnisse noch eindeutiger, hier standen 362 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes je einem Vertreter des liberalen und des christlichen Verbandes gegenüber. Der Organisationsgrad der Arbeiterinnen blieb nur gering; unter den 3.698 Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes von 1907 waren z. B. nur 25 Frauen.[185] Das war nicht verwunderlich angesichts der Tatsache, daß die meisten Arbeiterinnen ihre Berufstätigkeit nur als eine Übergangsphase vor der Eheschließung betrachteten (siehe oben). Die politisch aktiven Frauen in der Arbeiterbewegung waren daher meist die Ehefrauen von Sozialdemokraten oder Gewerkschaftern wie die schon genannte Else Rückert oder Dora Trinks.

Viele waren auch in dem Vereinswesen engagiert, das neben der politischen Partei und den Gewerkschaften zur Arbeiterbewegung zählte. Es entstanden zahlreiche sozialdemokratisch ausgerichtete Arbeitervereine, die sich sportlichen, kulturellen oder wohltätigen Zwecken widmeten und die parallel zu den bürgerlichen Zusammenschlüssen existierten. Anfang Oktober 1890, wenige Tage nach Wegfall des Sozialistengesetzes gründeten einige Sozialdemokraten den Gesangverein „Vorwärts" als den ersten kulturellen Arbeiterverein. Bis zum Ersten Weltkrieg entstanden in Karlsruhe acht Arbeitergesangvereine mit 1.950 Mitgliedern, die sich zum Arbeitersängerkartell zusammenschlossen. Zudem gab es die Arbeiterradfahrervereine „Solidarität" und „Vorwärts", mehrere Arbeitersportvereine, den Arbeiterabstinentenbund, den Arbeiterstenographenbund und die Naturfreunde.[186] Damit schuf sich die Arbeiterschicht ein eigenes, vom Bürgertum losgelöstes kulturelles Leben, das zur Herstellung einer selbstbewußten Arbeiteridentität beitrug.

Die politische Frauenbewegung

Nach Niederschlagung der Revolution von 1848/49 trat ein neues preußisches Vereinsgesetz in Kraft, das später von den meisten deutschen Ländern übernommen wurde und erst 1908 mit dem neuen Reichsvereinsgesetz seine Gültigkeit verlor. Das Gesetz verbot Minderjährigen, Lehrlingen, Schülern und Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen. Im Großherzogtum Baden wurde diese Regelung nicht übernommen, doch blieben auch hier die Frauen vom Wahlrecht und von allen politischen Ämtern ausgeschlossen. Dagegen

formierte sich bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges eine Frauenbewegung, die nicht nur die politische Emanzipation, sondern die Gleichberechtigung in fast allen gesellschaftlichen Bereichen forderte. Frauenorganisationen meldeten meist unter Hinweis auf ihre weiblichen Eigenschaften den Anspruch auf Teilhabe an der gesellschaftlichen Macht an. Das entsprach der 1893 von Helene Lange formulierten und von fast allen Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung getragenen Ansicht, „daß mit dem Sinken des Frauenwerts, mit dem Schwinden eines veredelnden Fraueneinflusses ein Sinken des Volkes überhaupt verbunden ist."[187] Nur wenige, die sogenannten „Radikalen", rekurrierten auf das Menschenrecht und verlangten dementsprechend die volle rechtliche und gesellschaftliche Emanzipation ohne Rückgriff auf die sogenannte „weibliche Natur."

Frauen drängten in neue qualifizierte Berufe, forderten bessere Erwerbsmöglichkeiten und betraten auch die bisher rein männlich besetzten Institutionen wie Gymnasien und Universitäten. Verlangt wurde eine Teilhabe am qualifizierten Arbeitsmarkt, sowie der Zugang zu Institutionen, die normen- und wertesetzend wirkten – zu den Parlamenten, den Akademien und den Hochschulen.

Die Frauenbewegung entwickelte sich zur größten sozialen Bewegung der Kaiserzeit, allein der 1894 gegründete Bund deutscher Frauenvereine BDF, dem sich die vaterländischen Vereine wie der Badische Frauenverein nicht anschlossen, zählte 1914 46 Mitgliedsvereine und mehr als 500.000 Frauen.[188] Es gab Berufsverbände wie z. B. die Lehrerinnenvereine und Vereine für weibliche Angestellte, daneben Vereine für das Frauenstudium und das Frauenstimmrecht. Hinzu kamen soziale und karitative Organisationen sowie große Verbände wie der Deutsch-evangelische Frauenbund und der Katholische Frauenbund, die dem Bund Deutscher Frauenvereine nicht angehörten und die dennoch zumindest punktuell dessen Bestrebungen für eine Verbesserung der rechtlichen und sozialen Lage der Frauen unterstützten. In Südwestdeutschland wies Baden auffallend mehr Frauenvereine auf als Württemberg.[189]

In Karlsruhe waren alle politischen und konfessionellen Richtungen der Frauenbewegung vertreten, doch blieben die sogenannten „Radikalen" eine Minderheit.[190] Der 1906 in Karlsruhe gegründete Zweigverein des im gleichen Jahr entstandenen badischen Zweigs des „Verbandes für Frauenstimmrecht" hatte zwei Jahre nach seiner Entstehung erst 26 Mitglieder, 1912 war die Zahl immerhin auf 100 angewachsen. Er war auch personell eng mit dem Verein „Frauenbildung-Frauenstudium" – der hatte das erste deutsche Mädchengymnasium 1893 in Karlsruhe eröffnet (siehe oben) – und der Rechtsauskunftsstelle für Frauen verbunden. Unterstützung fanden diese Vereine bei den linksliberalen Parteien. Eine Zusammenarbeit mit der SPD kam für die zum Bürgertum gehörenden Frauen nur sehr begrenzt in Frage. Die bis 1918 im badischen Landtag und im Karlsruher Rathaus dominierenden Nationalliberalen lehnten die politische Gleichberechtigung der Frauen ebenso ab wie das Zentrum. Das zeigte sich noch im Juni 1918, als der Antrag des Freisinnigen Oskar Muser im Landtag, das Frauenwahlrecht in Baden einzuführen, mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Erst die Revolution vom November 1918 brachte den Frauen in Deutschland und damit auch in Baden die vollen Bürger- und Menschenrechte.

Politische Kräfteverhältnisse – Reichstagswahlen und Kommunalpolitik

Da das bis 1905 geltende Wahlmännersystem der Landtagswahlen nur schwer Rückschlüsse auf das tatsächliche Wahlverhalten zuläßt, geben die Ergebnisse der Reichstagswahlen am deutlichsten Auskunft über die politische Stimmungslage und die Mehrheitsverhältnisse in der männlichen Einwohnerschaft. Anläßlich der ersten Wahlen zum deutschen Zollparlament im Februar 1868, das nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Männerwahlrecht zusammengesetzt wurde, konnten erstmals die Größenverhältnisse in der Wählerschaft festgestellt werden.[191] Die „Klerikalen" ge-

Der Karlsruher Stadtrat mit Oberbürgermeister Karl Siegrist (in der Mitte sitzend) nach 1909. Das Parteienspektrum war nun trotz nationalliberaler Mehrheit vertreten: rechts außen sitzend und links außen stehend z. B. die Sozialdemokraten Wilhelm Kolb und Eugen Geck, in der Mitte obere Reihe stehend, vierter von rechts stehend und fünfter von links sitzend die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei Ludwig Haas, Karl Dürr und Friedrich Weill.

wannen sechs der 14 badischen Wahlkreise. Im 10. Wahldistrikt, zu dem Karlsruhe zusammen mit dem Landamt Karlsruhe und dem Amtsbezirk Bruchsal zählte, gewann der konservative Kandidat statt des von der Karlsruher Wählerschaft mit 2.899 von 3.413 Stimmen.

Bei den ersten beiden Reichstagswahlen 1871 und 1874 wurde Prinz Wilhelm aus dem großherzoglichen Hause mit überwältigender Mehrheit gewählt, da sich die Nationalliberalen und die auf dem Lande starken Konservativen auf ihn einigten.[192] Die nächsten Reichstagswahlen konnten in Karlsruhe die Nationalliberalen für sich entscheiden und sich gegen den vom Zentrum unterstützten Konservativen durchsetzen. So erhielt der nationalliberale August Eisenlohr im Januar 1877 in Karlsruhe 3.969 Stimmen, der konservative Adolf Freiherr von Marschall 1.223 und der aus Düsseldorf stammende Sozialdemokrat August Dreesbach 457 Stimmen.[193] Damit gewannen die Nationalliberalen 70,3 % der abgegebenen Stimmen, der von der Katholischen Volkspartei unterstützte Konservative erreichte 21,6 % und die SPD 8,1 %.

Zehn Jahre später, im Februar 1887, hatten sich die Kräfteverhältnisse verschoben: der Nationalliberale gewann mit 5.547 der 9.343 in Karlsruhe abgegebenen Stimmen nur noch 59,4 %, der Zentrumsmann erhielt mit 1.856 Stimmen immerhin knapp 20 %, die jedoch von dem Sozialdemokraten mit 1.925 Stimmen oder 20,6 % noch überboten wurden.[194]

Diese Tendenz sollte sich in den folgenden 15 Jahren fortsetzen. Bei den Reichstagswahlen 1903 hatte sich das Parteienspektrum unter den Kandidaten noch um die Demokraten und die Freisinnigen erweitert, die zu dieser Zeit im Landtag gemeinsam mit den Katholiken und der SPD im Bündnis gegen die Nationalliberalen für eine Wahlrechtsreform fochten. Inzwischen waren die Sozialdemokraten mit

7.203 von 17.390 abgegebenen Stimmen mit 41,4 % die stärkste politische Kraft der Stadt geworden. Die Nationalliberalen erhielten mit 5.141 Stimmen nur noch knapp 30 %, gefolgt vom Zentrum mit 2.921 Stimmen oder 16,8 %. Freisinnige und Demokraten bekamen gemeinsam 1.064 Stimmen oder 6,1 %. Der Rest entfiel auf die in der Stadt unbedeutende konservative Partei.[195]

Von 1898 bis 1907 gewann der Sozialdemokrat Adolf Geck den Wahlkreis, dann – und hier folgte die Karlsruher Entwicklung dem Reichstrend, der auch sozialdemokratische Verluste verzeichnete – gelang es dem Bündnis aus Freisinnigen und Nationalliberalen, den Wahlkreis zurückzugewinnen.

Die Verteilung der Stimmen auf die Stadtteile spiegelte die soziale Zusammensetzung der jeweiligen Viertel: Schon die Reichstagswahlen zeigten Mühlburg, die Oststadt und die Südstadt, also die Viertel mit einem hohen Arbeiteranteil als sozialdemokratische Hochburgen. Eine Stadtkarte, auf welcher die Ergebnisse der Landtagswahl von 1897 durch Einfärbungen eingetragen wurden, zeigt eine grüne, d. h. eine nationalliberale Innenstadt und entstehende Weststadt, aber ein rotes Dörfle sowie eine rote Süd- und Oststadt sowie ein rotes Mühlburg.[196]

Die sich auf Reichstagswahlen ausdrückenden politischen Kräfteverhältnisse, welche die Sozialdemokratie zur stärksten Partei in Karlsruhe werden ließen, fanden wegen des Drei-Klassenwahlrechts keine Entsprechung im Bürgerausschuß und im Gemeinderat. Erst 1908 gelang es den beiden Sozialdemokraten Eugen Geck und Wilhelm Kolb durch Aufnahme in die bürgerliche Liste, in den vom Bürgerauschuß gewählten Stadtrat geschickt zu werden. Unter den 22 Stadträten waren nun zwölf Nationalliberale, drei Freisinnige, zwei Sozialdemokraten, zwei Zentrumsmänner, ein Angehöriger der Demokratischen Partei, ein Jungliberaler und ein Konservativer.[197] Erst die Abschaffung des Drei-Klassenwahlrechts 1918 sollte dazu führen, daß sich auch in den kommunalpolitischen Gremien der Wählerwille spiegelte (siehe unten).

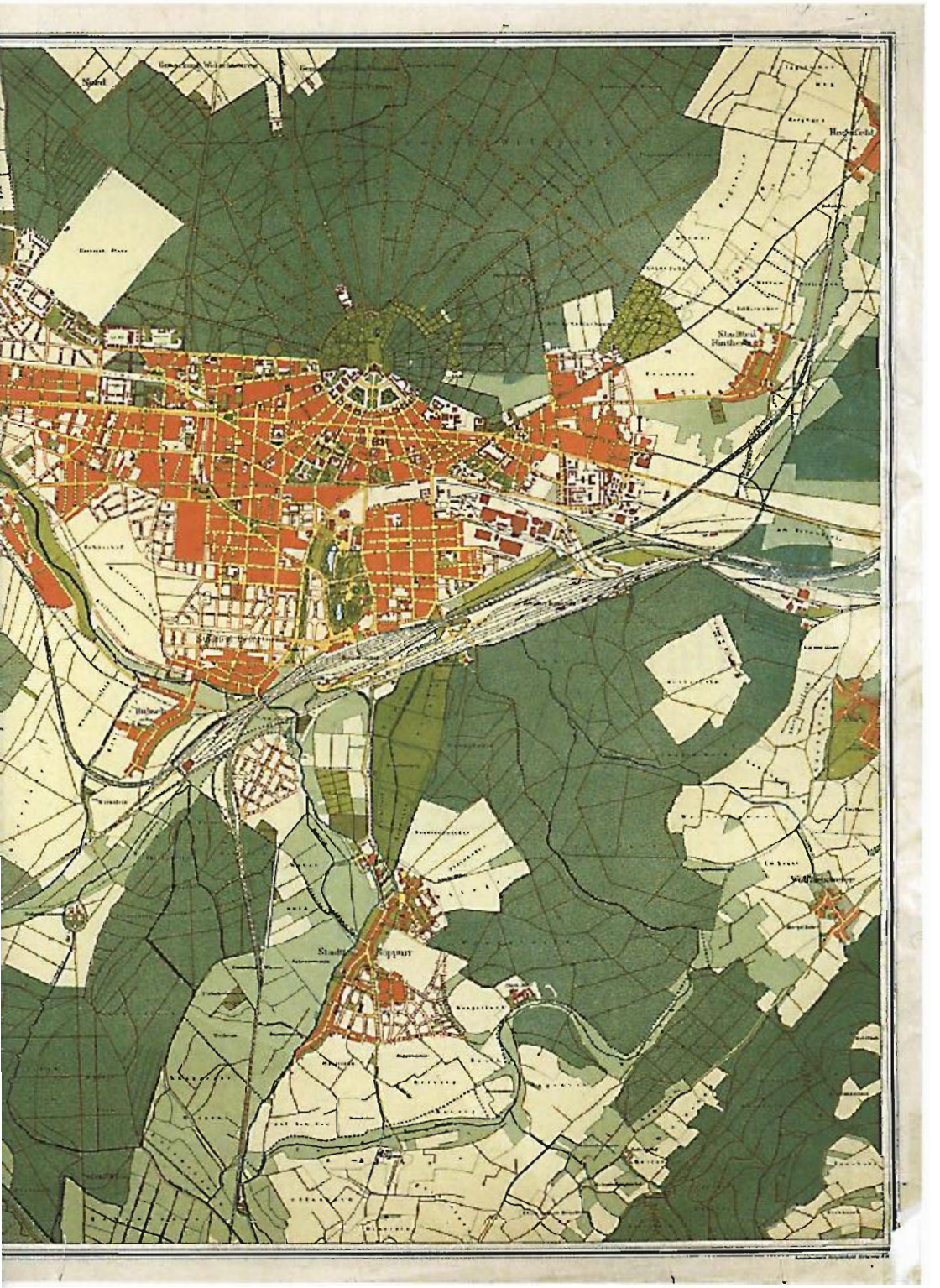
Das Vereinswesen am Vorabend des Ersten Weltkrieges

Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen, die Karlsruhes Weg zur Großstadt begleiteten, spiegelten sich in dem Vereinswesen, das seit den 1860er Jahren in der Haupt- und Residenzstadt entstand und in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine erste Blütezeit erlebte. Das Adreßbuch von 1873 zählte noch 82 Vereine auf, das Adreßbuch von 1900 nannte 337 Vereine und Verbände.[198] Neben den schon genannten konfessionellen Vereinen, den wohltätigen Zusammenschlüssen und den Arbeitervereinen entstanden zahllose Organisationen, die sich dem Gesang, dem Sport, der Weiterbildung und der Kultur oder der berufsständischen Interessenvertretung widmeten.[199]

Es gab weiterhin die traditionsreichen Gesangvereine Liederkranz, Liedertafel sowie Liederhalle, doch stieg ihre Zahl bis zum Ersten Weltkrieg auf weit über 20. Die gleiche Entwicklung läßt sich bei den Turn- und Sportvereinen verfolgen. So existierten immer noch die Schützengesellschaft und die Turngemeinde 1846, die sich auf den ersten Karlsruher Turnverein beruft und der sich Mitte der 1860er Jahre eine „Karlsruher polytechnische Turnerschaft" zugesellt hatte. Vor dem Ersten Weltkrieg bestanden 14 Turnvereine in Karlsruhe. Hinzu kamen Schwimmvereine, neun Fußballvereine, Radfahrvereine, Rudervereine, Athletenklubs und Skiklubs. Die Vereine Eintracht und Museum spielten immer noch eine Rolle, nun bereichert durch die Karnevalsvereine. Zudem gab es Bürger- und Geselligkeitsvereine der einzelnen Stadtteile.

Das Karlsruher Vereinswesen, wie es sich im Adreßbuch spiegelte, zeigte eine lebendige Großstadt, deren Einwohner sehr vielfältige Interessen verfolgten, differierende politische Meinungen vertraten und in sozial sehr unterschiedlichen Verhältnissen lebten. Als im Sommer 1914 der Erste Weltkrieg begonnen wurde, meinte jedoch die große Mehrheit, alle Differenzen angesichts der nationalen Herausforderung erst einmal hintanstellen zu müssen.

Auf dem Stadtplan von 1914 sind die Eingemeindungen seit 1886 Mühlburg, Beiertheim Rintheim, Rüppurr, Grünwinkel und Daxlanden sowie der 1901 fertiggestellte Rheinhafen zu sehen.



Ernst Otto Bräunche

Residenzstadt, Landeshauptstadt, Gauhauptstadt. Zwischen Demokratie und Diktatur 1914–1945

Erster Weltkrieg und Weimarer Republik – Beginn und Scheitern der Demokratie in Karlsruhe

„Wenn [die Stadt] Karlsruhe nicht mehr Sitz der Gauleitung und der Landesregierung sein wird, dann wird sie in ihrer heutigen Größe nicht mehr bestehen können und mehr und mehr absinken."[1] Diese Schlußfolgerung zog Oberbürgermeister Oskar Hüssy im Jahr 1940, als er nach der französischen Niederlage gegen das nationalsozialistisch regierte Deutschland den Verlust der badischen Hauptstadtfunktion für Karlsruhe befürchtete. Zu diesem Zeitpunkt hatte Karlsruhe innerhalb von knapp 15 Jahren bereits zweimal die Bezeichnung gewechselt: 1918 war aus der großherzoglich badischen Haupt- und Residenzstadt die Hauptstadt des Freistaats Baden geworden. 1933 wurde nach der nationalsozialistischen Machtübernahme aus ihr die „Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe."[2]

Allein an diesen zunächst nur äußerlichen Änderungen kann man erahnen, welche Wandlungen sich vom Beginn des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vollzogen. Zwei in diesem Umfang bis dahin noch nie geführte Kriege, die zu Weltkriegen wurden und in denen in zunehmendem Maße die Zivilbevölkerung an der „Heimatfront" einbezogen wurde, begrenzen die Abschnitte der Karlsruher Stadtgeschichte, die für die Stadt sicherlich die größten Neuerungen und Umstellungen, aber auch Belastungen innerhalb nur eines Vierteljahrhunderts brachten.

1914 war die mit dem Schlagwort „Urbanisierung" umschriebene kontinuierliche, nur von kurzen Phasen der Stagnation unterbrochene, Aufwärtsentwicklung auch in Karlsruhe zum Abschluß gekommen. Der Erste Weltkrieg bedeutete einen tiefen Einschnitt, der zudem etliche Hypotheken anhäufte, die in der Weimarer Republik die ohne Zweifel eingetretenen Verbesserungen vor allem im Bereich der politischen Partizipation beider Geschlechter und aller Schichten überschattete. Durch den Krieg hatten die meisten Familien den Tod mindestens eines Familienmitgliedes zu beklagen. Viele verloren spätestens in der letztlich ebenfalls durch den Krieg verursachten Inflation 1923 ihr Vermögen. An politischem Ballast hatte die Weimarer Republik zudem die harten Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages zu tragen, die durch die hohen Reparationszahlungen auch die wirtschaftliche Entwicklung behinderten und das innenpolitische Klima nachhaltig beeinflußten. Von rechten Kreisen wurde die Dolchstoßlegende in die Welt gesetzt, mit der man die Parteien, die sich zur Weimarer Demokratie bekannten und diese stützten, bezichtigte, durch die Novemberrevolution von 1918 dem siegreich kämpfenden Heer den für die deutsche Niederlage entscheidenden Dolchstoß versetzt zu haben. Diese Geschichtslüge trug dazu bei, daß viele die Weimarer Republik und ihre demokratische Verfassung für Fehlentwicklungen und persönliche Notlagen verantwortlich machten, die diese nicht zu verantworten hatten.

Da die Räteorganisationen und die demokratischen Parteien, die nach der Revolution zunächst das Geschehen bestimmten, auch weitgehend auf eine Entmachtung der alten konservativen Eliten im Bereich der Justiz, des Militärs, der Verwaltung und der Wirtschaft verzichteten, blieben gefährliche Antidemokraten in entscheidenden Stellungen. Die wirtschaftliche Lage besserte sich auch nicht so deutlich, daß die weitreichenden sozialen Probleme hätten behoben werden können, weshalb die Demokratie in der Weltwirtschaftskrise seit Oktober 1929 immer mehr an Boden verlor. Als nach maßgeblicher Unterstützung rechtskonservativer Kreise mit dem nationalsozialistischen Parteiführer Adolf Hitler ein Antisemit und überzeugter Gegner der Demokratie Reichskanzler wurde, war das Ende der Weimarer Republik vorprogrammiert.

Der Erste Weltkrieg und die Revolution 1918/19

Kriegsausbruch

Am 1. August 1914 begleiteten nach dem deutschen Mobilmachungsbefehl auch in Karlsruhe zahlreiche markige und patriotische Worte den Beginn des Ersten Weltkrieges: „Unsere Feinde haben uns das Schwert in die Hand gedrückt – wir werden es, dazu gezwungen, gebrauchen, und sollten sich die Wogen des Rheins rot färben! ... Drauf mit Gott für Kaiser, Fürst und Vaterland!“,[3] ließ z. B. der kommandierende General des XIV. Armeekorps, zu dem die badischen Regimenter gehörten, verlauten. Mit solchen Äußerungen konnte er einer breiten Zustimmung auch in Karlsruhe sicher sein. Über vier Jahre später hatte der Krieg, an dessen Ausbruch das Wilhelminische Deutsche Reich ganz entscheidenden Anteil besaß, letztlich über 5.500 Karlsruhern und Karlsruherinnen das Leben gekostet.[4]

An eine solche Entwicklung dachte im kriegsbegeisterten Karlsruhe in den Augusttagen 1914 kaum einer. Der Chronist vermerkt statt dessen, daß „eine gewisse Befriedigung .... aus allen Augen“ leuchtete und allerorten „Äußerungen des gerechten Zorns über den frevelhaften Überfall“ laut wurden. An einem raschen und siegreichen Ausgang des Krieges bestand kein Zweifel. Als am 2. August die Wachparade durch die Straßen zog, erklang aus „tausend und abertausend Kehlen ... das Lied: ‚Lieb Vaterland magst ruhig sein.‘“[5] Wie in anderen Städten meldeten sich auch in Karlsruhe bereits im ersten Kriegsmonat zahlreiche Freiwillige, darunter allein 173 Schüler der höheren Schulen, von denen im ersten Kriegsjahr 24 fielen.[6]

Offenbar waren aber nicht alle zuversichtlich: Bereits Ende Juli hatte trotz der Beteuerung des Stadtrats, daß das Geld sicher sei, der Sturm auf die Sparkasse begonnen. Erst nach der Mobilmachung und den ersten Siegesmeldungen beruhigten sich die Gemüter, und die

Soldaten zogen durch die fahnengeschmückte Kaiserstraße in den Ersten Weltkrieg und wurden von der Bevölkerung verabschiedet, Foto August 1914.

unsicheren Lage und angesichts der Frage, ob Theater in Kriegszeiten überhaupt angebracht sei, nicht wie geplant am 10. September eröffnet. Nachdem man Auskunft von anderen Theatern eingeholt hatte, die alle mit dem Spielbetrieb begonnen hatten bzw. beginnen wollten, eröffnete man am 1. Oktober mit einem Vaterländischen Abend. Der Spielplan wurde im Krieg dahingehend modifiziert, daß man keine Stücke „feindlicher" Autoren mehr spielte.[10]
In der Stadtverwaltung waren fast die Hälfte der Beamten und über ein Drittel der Arbeiter zu ersetzen.[11] Dies geschah, wie in anderen Städten und in der Wirtschaft, zunehmend durch weibliche Arbeitskräfte.

Arbeitsmarkt und Wirtschaft im Krieg

Der Kriegsausbruch hatte die Karlsruher Wirtschaft unvorbereitet getroffen. Regelungen, mit denen man den Auswirkungen der Mobilmachung hätte wirkungsvoll begegnen können, gab es nicht.[12] Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken (DWM), die zu den größten Rüstungsbetrieben in Baden gehörten und die sofort ihre Produktion auf den Heeresbedarf eingerichtet hatten, boomten und beschäftigten im Werk Karlsruhe ca. 5.500 Personen rund um die Uhr.[13] Die DWM fertigte in Karlsruhe Präzisionsmaschinen zur Munitionsherstellung und Geschoßhülsen. Ein Teil der zusätzlich benötigten Arbeiter kam aus Durlach, wo allein die Nähmaschinenfabrik Gritzner 1.300 Beschäftigte entließ. Die DWM war die Karlsruher Firma, die mit Abstand am meisten von der Umstellung auf die Kriegsproduktion profitierte. Eine Aufstellung der Lieferungen an das Heer in den ersten fünf Monaten des Jahres 1917 belegt z. B., daß die DWM mit mehr als 68 Millionen Mark deutlich vor der Mannheimer Firma Benz & Co lag.[14]
Die DWM waren aber zunächst noch die Ausnahme. Die anderen Firmen reduzierten nach Kriegsausbruch erst einmal ihr Personal. So stieg in Karlsruhe zunächst die Zahl der Erwerbslosen, denn fast alle Betriebe, vor allem die traditionellen Frauenindustrien, entließen Beschäftigte oder besetzten zumindest die frei gewordenen Arbeitsplätze wegen der unsicheren Lage nicht wieder. Die Handelskammer organisierte deshalb schon am 4. August eine Versammlung von Firmeninhabern und forderte diese auf, ihre Betriebe nur im äußersten Notfall zu schließen, um den Arbeitern weiterhin eine Verdienstmöglichkeit zu geben.[15]
Dennoch stieg vor allem die Zahl der arbeitslosen Frauen bis zum Jahresende deutlich an.

Angehörige der Jugendwehr, Foto 1915.

Karlsruher Bürgerwehrmann, Foto 1915.

Gelder flossen wieder auf die Sparkonten zurück, soweit sie nicht schon für Panikkäufe verwandt worden waren. Badische Regierung und Stadtverwaltung versuchten mit beruhigenden Verlautbarungen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die Versorgung gesichert sei. Die Stadt ergriff rasch erste Maßnahmen zur Regelung der Lebensmittelversorgung, die Ende August einem eigenen Ausschuß übertragen wurde. Man regelte aber zunächst nur in begrenztem Umfang die Lebensmittelbeschaffung und gab Empfehlungen für die Preisgestaltung der Lebensmittel. Immerhin wurden für 100.000 Mark Nahrungsmittel gekauft, die dann zum Selbstkostenpreis weitergegeben wurden. Eine kostenlose Abgabe an Minderbemittelte, wie sie von einigen Stadtverordneten gefordert wurde, lehnte man dagegen mit dem Hinweis ab, daß die Lebensmittel ja mit Steuermitteln beschafft würden, die nicht einem eingeschränkten Personenkreis zufließen dürften.[7]

Darüber hinaus sorgte die Gerüchteküche für weitere Beunruhigung. So konnte die Stadt nur mit Mühe glaubhaft machen, daß die Wasserleitungen nicht vergiftet worden waren. Zur Sicherheit wurde aber eine Bürgerwehr gegründet, die städtische Gebäude und Wasserleitungen, später auch Einrichtungen des Roten Kreuzes bewachen sollte. Die Zahl der aktiven Bürgerwehrmänner – bei der Gründung waren es 849 – nahm wegen zunehmender Einberufungen zum Kriegsdienst kontinuierlich ab. Als die Bürgerwehr am 1. Dezember 1918 aufgelöst und durch eine Volkswehr ersetzt wurde (siehe unten), hatten immerhin rund 25.000 Männer Wach- und Postendienste übernommen.[8]

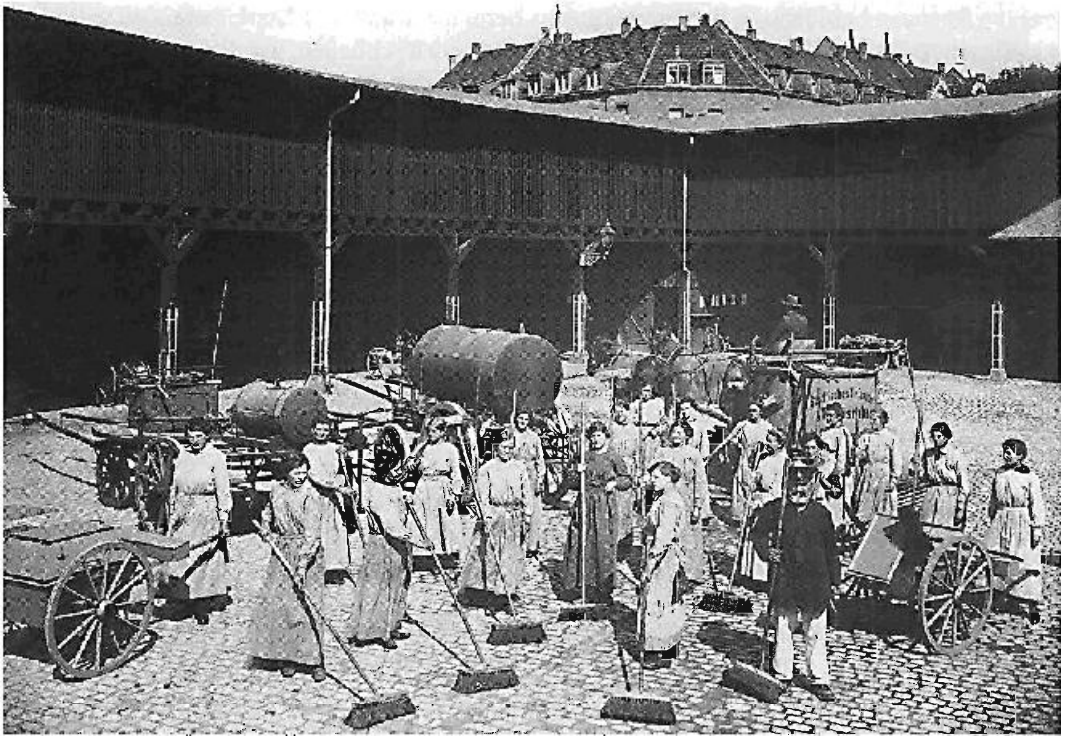
Ebenso hartnäckig hielt sich das Gerücht, daß die Stadt von feindlichen Spionen unterwandert sei. Ein unbescholtener Bürger war gar gezwungen, durch eine Zeitungsanzeige zu widerlegen, daß er sich nicht der Beihilfe zur Spionage schuldig gemacht habe, wie zuvor als sichere Nachricht in der Stadt verbreitet worden war.[9] Gleich in den ersten Kriegswochen mußte sich die Bevölkerung auch auf Behinderungen im Alltag einstellen. Der Post- und Telegraphendienst wurde eingeschränkt, Züge fielen ebenso aus wie fünf städtische Straßenbahnlinien, da mehr als zwei Drittel der Fahrdienstbeamten eingezogen wurden. Bis Ende des Jahres 1914 war der Fahrbetrieb nicht in vollem Umfang möglich.

Pferde und Kraftwagen wurden zu einem großen Teil vom Militär beschlagnahmt. Der Schulunterricht mußte wegen eingezogener Lehrkräfte – von 411 Volkschullehrern waren z. B. 124 eingezogen – und der Nutzung einiger Schulgebäude durch das Militär stark eingeschränkt werden. Die Ferien waren deshalb zunächst auf unbestimmte Zeit verlängert worden. Erst am 19. Oktober konnte der Unterricht z. T. in angemieteten Räumen wieder überall aufgenommen werden. Einschränkungen durch fehlende Lehrer waren aber auch in den folgenden Jahren noch spürbar. Das Hoftheater mußte ebenfalls einen Teil seines Personals für den Kriegsdienst abstellen. Der Spielbetrieb wurde aber zunächst wegen der

Erst danach entspannte sich die Lage, da angesichts der nun erwarteten längeren Kriegsdauer auf Kriegswirtschaft umgestellt wurde und Frauen zunehmend auch in zuvor reinen Männerberufen z.B. der metallverarbeitenden, aber auch in der Maschinen- und elektrotechnischen sowie der chemischen Industrie eingesetzt wurden.[16] Bis September 1916 stieg die Zahl der Arbeiterinnen allein in den metallverarbeitenden Industrien in Karlsruhe um 174 %, wobei Frauen vor allem zur Granatenproduktion eingesetzt waren. Karlsruhe war nach Mannheim die attraktivste badische Stadt für Arbeitssuchende mit einem großen Angebot an Arbeitsplätzen. Hier trat deshalb – später als in kleineren badischen Städten – erst im Herbst 1916 eine Sättigung des Arbeitsmarktes ein.[17] Im folgenden Jahr 1917 mußten dann aber schon angesichts des großen Bedarfs an Arbeitskräften auch Schüler und die Mitglieder der Karlsruher Jugendwehrkompagnien – im März 1917 gab es acht mit rund 400 Jungmannen – einspringen.[18] Der ursprüngliche Zweck der Jugendwehren, die bald nach Kriegsausbruch gegründet worden waren, war die militärische Vorbildung der Jugend und die Vorbereitung auf den Kriegsdienst. Die Jugendlichen mußten nun u. a. landwirtschaftliche Arbeiten übernehmen, zu denen verstärkt auch Frauen in den Vororten und in Kleingärten der Altstadt eingesetzt wurden.

Frauen in Männerberufen

Die Stadt selbst beschäftigte Frauen zunächst außer mit Gartenarbeiten nur im Schreibdienst. Im Jahr 1915 stellte aber auch das Tiefbauamt bei der Straßenunterhaltung 40 und bei der Straßenreinigung 20 Frauen ein. Ohne den Einsatz weiblicher Arbeitskräfte hätten die umfangreichen Aufgaben in diesem Bereich nicht erledigt werden können.[19] Auch in den Straßenbahnen übernahmen seit Mai 1915 zunehmend Frauen die Arbeit der zum Militär eingezogenen Schaffner. Seit Ende 1915 durften sie auch als Wagenführerinnen eingesetzt



Frauen arbeiteten im Ersten Weltkrieg als Straßenkehrerinnen.

werden, bei allerdings niedrigerer Entlohnung als ihre Kollegen.[20]
Ende des Jahres 1915 wurde in Karlsruhe dem Berliner Beispiel folgend eine Kriegsamtsstelle mit einem Frauenreferat geschaffen, das „arbeitende, arbeitssuchende und arbeitsfähige Frauen" erfassen sollte. Die Leitung des Frauenreferats übernahm mit Sophie Sautier eine führende Vertreterin des Badischen Frauenvereins. Das Frauenreferat arbeitete durchaus erfolgreich, da innerhalb eines Jahres 2.462 Männer durch Frauen ersetzt und so zum Kriegsdienst eingezogen werden konnten. Zusätzlich richtete das Arbeitsamt im Januar 1917 eine eigene Auskunftsstelle für Frauenberufe ein. In diesem Jahr übertraf die Zahl der offenen Stellen für Männer erstmals die der Arbeitssuchenden. Aber auch bei den Frauen lag die Zahl der offenen Stellen nur noch geringfügig über der der Arbeitssuchenden.[21]
Seit 1916 wurde über die Badische Kriegsarbeitshilfe verstärkt Druck auf Frauen ausgeübt, in kriegswichtigen Industrien vor Ort zu arbeiten, statt Heimarbeit zu übernehmen. Zunehmend häufiger meldeten sich nun auch Frauen aus den gehobenen Gesellschaftsschichten in diesen Betrieben, um damit ihrer „nationalen Pflicht" nachzukommen. Da die Gewerbeaufsicht im Krieg personell stark reduziert war, mußten die Frauen allerdings häufig unter nicht vorschriftsmäßigen Bedingungen und unter Gefährdung ihrer Gesundheit arbeiten.[22] Im Frühjahr 1917 verstärkten sich die Klagen über die Arbeitsbedingungen, vor allem über die schlechtere Bezahlung gegenüber den Männern. Gelegentlich kam es sogar zu Arbeitsniederlegungen, so am 30. März 1917, als rund 400 Arbeiterinnen der Geschoßabteilung in den DWM ihre Arbeit nach der Pause nicht wieder aufnahmen und höheren Lohn forderten.[23] 1917 wurde auch berichtet, daß die Arbeit in den badischen Fabriken darunter leide, daß die eingesetzten Frauen häufig ihre Stelle wechselten. Dies hing offensichtlich damit zusammen, daß die Frauen mit zunehmendem Arbeitermangel zwischen den Arbeitsplätzen wählen konnten.
Im letzten Kriegsjahr häuften sich auch die gesundheitlichen Probleme. Anfang November 1917 meldete das Stellvertretende Generalkommando, daß der Gesundheitszustand vieler Arbeiterinnen sehr schlecht sei, da sich die „langangestrengte Tätigkeit besonders in der Nachtschicht bemerkbar" mache. Sie seien nicht mehr so leistungsfähig wie zu Beginn des Krieges. Wenig später nahmen auch die Fälle von Tuberkulose und – angesichts fehlender Abwehrkräfte – von Grippe- und Erkältungskrankheiten rapide zu.[24] Trotz dieser schlechten Arbeitsbedingungen trugen die Frauen wesentlich dazu bei, daß die Produktion ohne nennenswerte Einbrüche im Krieg gehalten und in vielen Bereichen sogar gesteigert werden konnte und die Stadtverwaltung ihre Aufgaben ohne größere Störungen erledigen konnte. Die Mitgliederbewegung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe belegt Umfang und Bedeutung der weiblichen Arbeit während des Krieges. Waren 1914 nur 28% der Mitglieder Frauen, so waren es 1917 bereits 56%.[25]

Armenpflege, Kriegsfürsorge und Wohltätigkeit

Ein weiteres Feld, auf dem sich verstärkt Frauen betätigten, war das der organisierten Wohltätigkeit. Der Stadtchronist bemerkt hierzu, daß „auf den Gebieten der Liebestätigkeit, auf denen vorzugsweise das weibliche Geschlecht zu wirken berufen ist," die Damen des Fürstenhauses „den Mitgliedern des Badischen Frauenvereins wie allen hilfeleistenden Frauen und Mädchen ein leuchtendes Vorbild unermüdlicher und selbstloser Opferwilligkeit" seien.[26]
Die verschiedenen wohltätigen Organisationen und Verbände nahmen gleich im August 1914 ihre Kriegsarbeit auf. Im Haus des Roten Kreuzes in der Stefanienstraße 74 wurde die Zentrale eingerichtet. Das Rote Kreuz bot im Ständehaus und in der früheren Bahnpost Arbeitsmöglichkeiten an, wo Frauen nähen und sticken konnten. An vier weiteren Stellen erhielt man Aufträge für Heimarbeit. Die Frauen

Strickstube in der Bahnhofstraße 10, Foto 1914.

des Frauenvereins – zeitweise waren fast 6.000 im Einsatz – nähten in den ersten vier Kriegswochen allein 8.200 Stück Lazarettwäsche. Das Arbeitsamt Karlsruhe richtete schon im August eine Nähausgabestelle ein, die einerseits den „Kriegerfrauen" Verdienstmöglichkeiten bot, anderseits den ortsansässigen Geschäften ermöglichte, Kriegslieferungen zu übernehmen. Ein „ganz neuer Strickeifer entfaltete sich"[28], als Ende Oktober das Rote Kreuz darüber informierte, daß dringend Socken für die Truppen benötigt wurden. Für die Anfertigung von Hufkissen aus Stroh und von Verbandspäckchen sowie für die Uniform und Militärflickerei des Arbeitsamts wurden ebenfalls vornehmlich weibliche Arbeitskräfte eingesetzt.[29]

An die private Wohltätigkeit wurde ebenfalls mit Erfolg appelliert: Ende des Jahres waren über 500.000 Mark beim Roten Kreuz eingegangen, hinzu kamen zahlreiche Sachspenden von Privatpersonen und Firmen. Die städtischen Beamten trugen durch freiwillige Lohnabzüge 50.000 RM bei.

Doch nicht nur Soldaten im Felde erhielten Unterstützung. Viele „Kriegerfamilien" waren nun auf Hilfe angewiesen, so daß der Stadt mit der Kriegsfürsorge eine neue Aufgabe erwuchs, die man von der bisherigen Armenpflege unterschied. Der Aufwand für die Armenpflege lag im ersten Kriegsjahr zwar über dem Vorjahr, die Armenkommission war aber über die nur geringfügige Steigerung erfreut, die sie darauf zurückführte, daß sich die wirtschaftliche Lage nach Anfangschwierigkeiten stabilisiert habe. Dies blieb auch in den beiden folgenden Jahren noch so. 1916 ging der Aufwand für die Armenpflege sogar zurück, da aufgrund der kriegsbedingten günstigen Verdienstmöglichkeiten viele Arbeit gefunden hatten, die unter normalen Verhältnissen von der Armenpflege hätten betreut werden müssen.[30]

Bald nach Kriegsausbruch richtete man das Kriegsunterstützungsamt im Rathaus ein, das in fünf hauptamtlich geleitete Abteilungen gegliedert war und schon im ersten Kriegsjahr nahezu 650.000 Mark an Unterstützung verteilte, wovon das Reich knapp zwei Drittel trug. Die Leitung und Aufsicht lag bei der Kriegsunterstützungskommission, die sich aus Vertretern und Vertreterinnen der Stadtverwaltung, des Roten Kreuzes, des Badischen Frauenvereins, aller Kirchengemeinden, des Nationalen Frauendiensts (NFD), des Gewerkschaftskartells und der vereinigten Lehrer- und Beamtenvereine zusammensetzte. Die Bedürftigkeit der Familien wurde von Be-

zirksausschüssen festgestellt, die in der Regel eine „Bezirksdame" in die Familien schickte. Diese besuchte die ihr zugeteilten Haushalte – nicht immer nur zur Freude der Betroffenen – alle 14 Tage, um „die Frau in ihrem eigentlichen Wirkungskreise, ihrer Häuslichkeit, kennen" zu lernen und aus der Führung ihres Haushaltes und der Erziehung der Kinder ein Urteil zu gewinnen, „ob sie eine fleißige und wirtschaftliche Frau ist, oder ob es hier not tut, durch freundliche Ermahnung und Belehrung sie zu besserer Einsicht und Sparsamkeit zu veranlassen."[31] Damit setzten die Frauen des Bürgertums kriegsbedingt verstärkt ihre Armenpolitik fort, die sie schon vor 1914 in den Gemeindekommissionen begonnen hatten (siehe oben).

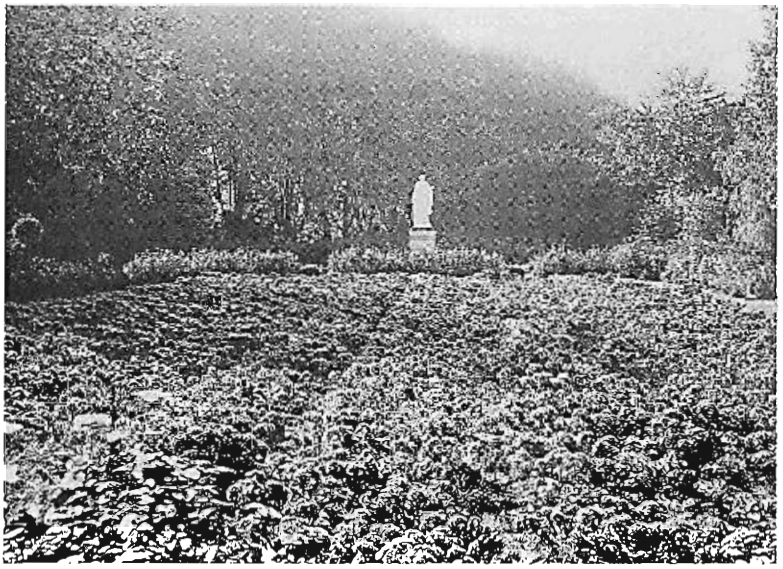
In vielen Fällen mußten auch Mietbeihilfen bezahlt werden. Die Zahlungen stiegen in den folgenden Jahren noch beträchtlich an, so daß am Ende des Krieges in Karlsruhe mehr als 23 Millionen Mark reichsgesetzliche Kriegsfürsorge an betroffene Familien ausgezahlt worden waren, von denen die Stadt rund 6 Millionen aufzubringen hatte. Insgesamt mußte die Stadt Darlehen in Höhe von rund 42 Millionen Mark in den Jahren 1914 bis 1918 aufnehmen, womit in erster Linie die zusätzlichen Ausgaben der Kriegswohlfahrtspflege finanziert wurden, die insgesamt bei rund 20 Millionen Mark lagen. Im Jahr 1917 wurden allein mehr als 15 Millionen Mark in der Schweiz aufgenommen, die mit einer Schweizer-Franken-Rückzahlungsklausel verbunden war. Diese Schuld war bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges noch nicht getilgt und belastete die Stadtkasse schwer.[32]

Vor allem den Kindern der „Kriegerfamilien" widmete sich der Nationale Frauendienst, der sich aus „Vertreterinnen der verschiedenen Vereine zur Unterstützung der städtischen Verwaltung in den Aufgaben sozialer Fürsorge" bildete.[33] Damit wurde auch in Karlsruhe die Frauenbewegung in den ersten Kriegswochen „Motor für das Erkennen und Angehen vieler Aufgaben, auf die Staat und Kommunen nicht vorbereitet waren."[34] Der NFD, der sich durch Zuschüsse des Roten Kreuzes finanzierte, unterhielt drei Kriegskinderheime, in der Viktoriaschule, im Erbprinzenschlößchen und im Alamannenhaus, später trat an die Stelle der Viktoriaschule ein Kinderheim im städtischen Altersheim in der Zähringerstraße. Betreut wurden Kinder vom Säuglingsalter bis zum 6. Lebensjahr. Im Laufe des Krieges nahmen die „Anstalten und Einrichtungen in Kriegsangelegenheiten" immer mehr zu, so daß sie 1918 im Adreßbuch nahezu sieben Seiten füllten.[35]

Die Ernährungs- und Versorgungslage im Krieg

Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn setzten intensive Bemühungen ein, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen. Eine eigens eingesetzte Kleingartenkommission vergab brachliegendes Gelände, das z. T. von Privatleuten, z. T. von der Stadt bereitgestellt wurde. Die kurz vor Kriegsbeginn angelegten Kleingartenkolonien Dammerstock und Zolleräcker dienten als Vorbild. Im Jahr 1915 entstand darüber hinaus rings um die Stadt ein Gürtel von Anbauflächen, auf denen in „Kriegsgärten" vor allem Gemüse angebaut wurde. Sogar Sportvereine wie der Karlsruher Fußballklub „Phoenix" oder die Freie Turnerschaft mußten ihr Sportgelände zur Verfügung stellen.[36] Schon im ersten Kriegsjahr teilte die Kleingartenkommission im Losverfahren rund 300 Kleingärten zu. Im Jahr 1917 entschloß man sich angesichts der noch einmal verschärften Ernährungskrise in dem sogenannten Kohlrübenwinter, zusätzliches Gelände am nördlichen Albufer urbar zu machen und als je 200 m^2 große Kleingärten zur Verfügung zu stellen.[37] Selbst im Stadtgarten wurde Gemüse angebaut.

Im ersten Kriegsjahr war auch eine städtische Schweinemästerei eingerichtet worden, die mit Haushaltsabfällen von 250 Familien versorgt wurde. Sie bestand während des Krieges weiter, mußte aber bei der immer kritischer werdenden Versorgungslage mit immer weniger Haushaltsabfällen auskommen. Im letzten Kriegsjahr verringerte sich die Menge noch



Im Stadtgarten wurde Gemüse angebaut, Foto 1917.

einmal, da zunehmend eigene Kleintiere mit den Abfällen gefüttert wurden.[38] Außerdem unterhielt die Stadt vier Gutshöfe, einen in Rüppurr und drei außerhalb, deren Erträge zur Versorgung der Bevölkerung verwandt wurden. Zu den drei auswärtigen gehörte ein Weingut am Isteiner Klotz, das die Stadt Ende des Jahres 1916 von Oberhofmarschall Freiherr Leopold von Freystedt als Stiftung erhielt mit der Auflage, die Erträge zur Linderung der Not einzusetzen. Die geplante Pachtung zweier weiterer Höfe im Schwarzwald im Herbst 1918 erübrigte sich wegen des Kriegsendes.[39]

Mit dem 1. Dezember 1914 traten Vorschriften für den Mehl- und Brotverkauf in Kraft, die eine Beimengung von 5 bis 20 % Kartoffelmehl zum Brot vorsahen. Wenig später, am 9. Dezember, setzte ein Reichsgesetz die Höchstpreise für Kartoffeln fest.[40] Am 25. Januar 1915 beschloß der Bundesrat den Beginn der Zwangswirtschaft im Deutschen Reich und übertrug den Kommunen, die als Kommunalverbände organisiert wurden, deren Umsetzung. Städte mit mindestens 10.000 Einwohnern und die Bezirksämter bildeten die 68 badischen Kommunalverbände.[41] Der Kommunalverband Karlsruhe gab die ersten Lebensmittelmarken für Brot und Mehl am 15. März 1915 aus. Am 30. Juli richtete die Stadt eine ständige Verkaufsstelle in der Kaiserstraße 175 ein, um damit dem Lebensmittelwucher gegenzusteuern. Versorgungsengpässe traten verstärkt schon in diesem Jahr 1915 auf, da die Reserven weitgehend aufgebraucht waren und die englische Seeblockade nun zum Tragen kam. Die in Deutschland selbst produzierten Lebensmittel reichten nicht zu einer Versorgung der Bevölkerung ohne spürbare Einschränkungen aus. Ab 1. Februar mußten sich alle Bewohner bei einem Bäcker einschreiben, von dem sie künftig ihr rationiertes Brot zu beziehen hatten. Laugenbrezeln durften gar nicht mehr hergestellt werden. Zwei Monate später erhielt man Brot nur noch gegen Abgabe von Brotscheinen. Das Mehl bekamen die Bäcker von der neugegründeten Firma „Mehlversorgung Karlsruhe", einem Zusammenschluß von neun Lieferanten. In den folgenden Monaten wurden nach und nach auch andere Lebensmittel wie Kartoffeln, Milch und Fleisch in die Rationierung miteinbezogen, so daß schließlich alle wichtigen Grundnahrungsmittel bewirtschaftet waren.

Am 11. Mai 1916 richtete die Stadt zwei Zentralküchen ein, eine in der Festhalle, die vom Badischen Frauenverein betrieben wurde, und

eine weitere im Städtischen Krankenhaus, die das dortige Personal betreute. Weitere Kriegsküchen entstanden im Schlachthof und in der Gambrinushalle in der Erbprinzenstraße.[42] Die Speisen kamen mit fahrbaren Kesseln oder erbeuteten russischen Feldküchen an verschiedene Ausgabestellen in der Stadt. Im Jahr 1916 kaufte die Stadt die ehemalige Eyppersche Malzfabrik in der Stösserstraße und installierte dort eine Gemüse- und Obstdörranlage, die sich so gut bewährte, daß sie im folgenden Jahr erweitert wurde. Ende des Jahres erhielt die Stadt ein Nahrungsmittelamt und ein Milchamt, das die ausreichende Versorgung mit Milch organisieren sollte. Die Milchzentrale bestand auch nach dem Weltkrieg weiter und wurde 1924 mit der privat betriebenen landwirtschaftlichen Milchzentrale in eine GmbH umgewandelt. Diese brach aber nach nur einem Jahr wegen Differenzen zwischen beiden Betreibern wieder auseinander, so daß die Stadt bis Anfang 1933 die Milchzentrale wieder in eigener Regie führte, bis diese in dem in Karlsruhe ansässigen badischen Molkereiverband aufging.[43] Die Bekleidungsstelle konnte 1922, das Nahrungsmittelamt 1924 seine Arbeit einstellen.

Im vierten Kriegsjahr 1917 verschärfte sich die Versorgungslage noch einmal zusehends. Im Frühsommer kam es zu erheblichen Versorgungsproblemen mit Lebensmitteln. Die Sterblichkeitsrate nahm deutlich zu, die Unterernährung „raffte besonders viele Alte dahin."[44] Mit der Versorgungskrise ging eine rapide Verteuerung der Lebensmittel und der wichtigsten Bedarfsgüter einher. Der Deutsche Transportarbeiter-Verband Karlsruhe klagte z. B. im März 1918, daß ein Hemd, das vor dem Krieg vier bis fünf Mark gekostet habe, nun 25 bis 30 Mark koste.[45] Die Kosten für die wöchentliche Ernährung eines Ehepaares mit zwei Kindern waren von 26,25 Mark im Jahr 1914 auf 55,02 Mark im Jahr 1917, d. h. um fast 110 %, gestiegen.[46] Durch diese Teue-

Russische Feldküchen im Dienste der „Kriegs-Speisung".

Käuferschlange vor der Dampfmolkerei zur Butterblume in der Amalienstraße.

rungswelle nahmen auch die Aufwendungen für die städtische Armenpflege in den beiden letzten Kriegsjahren wieder deutlich zu (siehe oben). Auch die Zahl der Schülerspeisungen in den Volksschulen erreichte in diesem Jahr eine Rekordhöhe von 23.000.[47]

Schon am 5. Februar 1917 waren alle Theater, Kinos und Schwimmbäder in ganz Baden für 14 Tage geschlossen worden, um Kohle zu sparen. Das Ende Dezember des Vorjahres aufgetretene Hochwasser und die zeitweilige Einstellung der Rheinschiffahrt im Winter 1916/17 hatte zu einer erheblichen Behinderung der Versorgung mit Kohle geführt.[48] Aus demselben Grund wurden alle öffentlichen Veranstaltungen abgesagt, die Öffnungszeiten der Warenhäuser und Gaststätten eingeschränkt. Wenige Tage später mußten die Karlsruher Volksschulen, die Gewerbeschulen und ein Teil der höheren Schulen geschlossen werden. Kinder, die zu Hause keine warme Stube vorfanden, konnten sich in den Räumen von vier Schulen aufwärmen. Nun erhielt man Kohlen nur noch gegen Bezugskarten. Auch im folgenden Winter traf der Kohlemangel vor allem die sozial Schwächeren. Am 15. Dezember beantragte das Gewerkschaftskartell beim Stadtrat die Einrichtung von Wärmehallen, da „zahlreiche ledige Personen und auch viele Familien nicht mehr die Möglichkeit" hatten, „sich während der freien Zeit in geheizten Räumen aufzuhalten."[49] Die Stadt reagierte und eröffnete am 30. Dezember sechs auf das Stadtgebiet verteilte Wärmehallen.

Sogar die DWM mußten wegen Kohle- und Rohstoffmangels den Betrieb vom 22. Dezember 1917 bis zum 16. Januar 1918 vorübergehend einstellen, obwohl sie bei der Kohleversorgung natürlich hohe Priorität besaßen.[50] Deswegen kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen der Werksleitung in Berlin und der Karlsruher Arbeiterschaft. Die Arbeiter hatten eine Entschädigung gefordert und diese von einem Schlichtungsausschuß auch bewilligt bekommen. Die Schlichtungsausschüsse waren mit dem „Gesetz für den Nationalen Hilfsdienst" vom 2. Dezember 1916 eingerichtet worden, das alle nicht eingezogenen Männer zwischen 17 und 60 Jahren zur Arbeit in kriegs- und versorgungsrelevanten

Betrieben verpflichtete. Der Ausschuß hatte bereits am 11. März eine Forderung der DWM-Arbeiterschaft nach einer 20%igen Lohnerhöhung unterstützt und auf die zwischen 100- und 800%igen Preissteigerungen wichtiger Lebensmittel und der notwendigen Gebrauchsgüter seit 1914 hingewiesen.[51] Die Generaldirektion der DWM in Berlin weigerte sich Ende 1917 aber zunächst entschieden, so daß kurzzeitig sogar ein Generalstreik aller Karlsruher Arbeiter drohte, die sich mit den DWM-Arbeitern solidarisch erklärten. Erst auf Druck des Militärs gab man nach und zahlte 70 % des Verdienstes als Ausfallentschädigung. Das Stellvertretende Generalkommando rügte aber dennoch den „gänzliche[n] Mangel an Einsicht und Entgegenkommen" der Verantwortlichen bei den DWM.[52] In Karlsruhe kam es während des Ersten Weltkriegs insgesamt nur zu wenigen Streiks. Am 30. März 1917 streikten 400 Arbeiterinnen der DWM für eine Lohnerhöhung, im November desselben Jahres 420 Arbeiterinnen der Marmeladefabrik Stern & Cie für dasselbe Ziel.

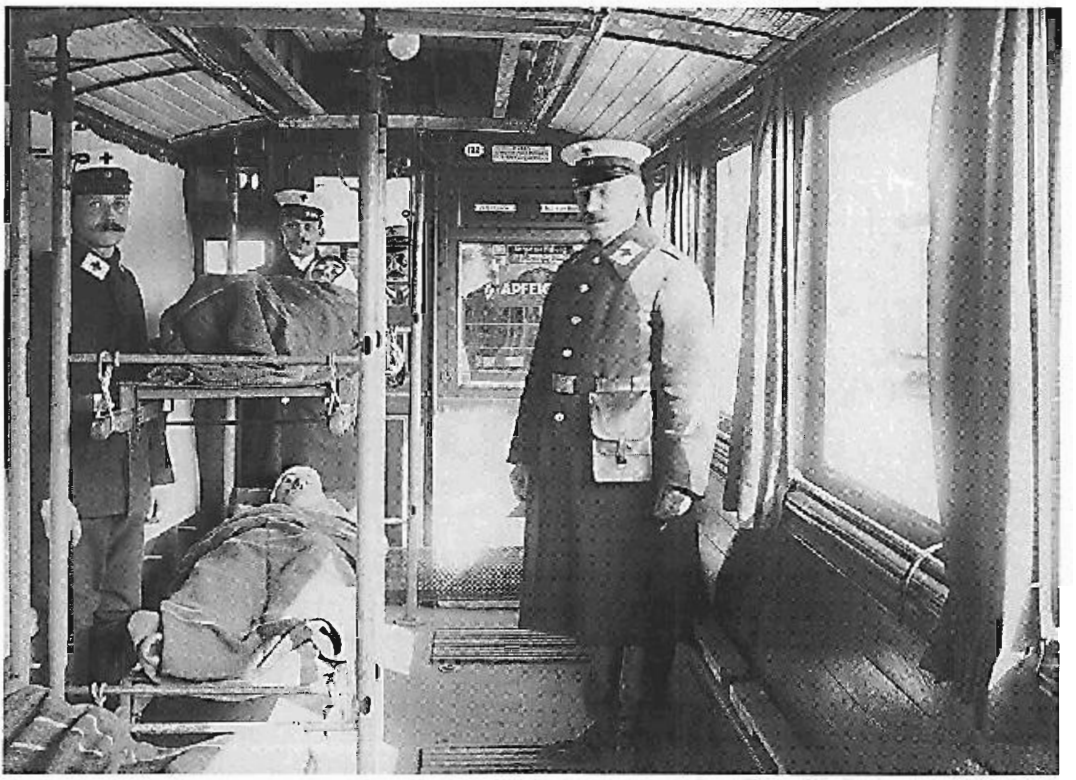
Rohstoffmangel und Kriegssammlungen

Bald wirkte sich auch der Rohstoffmangel aus: Am 31. Juli 1915 beschlagnahmte das Generalkommando Gegenstände aus Kupfer, Messing und Reinnickel, die bis zum 25. September in einer eigens eingerichteten Annahmestelle in der Zähringerstraße abzuliefern waren. Am 2. Februar 1917 wurden alle bereits im Vorjahr beschlagnahmten Zinndeckel von Biergläsern und Bierkrügen enteignet.[53] Im März desselben Jahres folgte Aluminium, Kork und die in der Stadt vorhandenen Bronze-Glocken. Zwei Monate später waren Geräte aus Kupfer und Kupferlegierung, im Juni elektrische Maschinen, Transformatoren und sonstige Apparate an der Reihe. Kaum ein Rohstoff blieb im Laufe des Krieges von Sammlungen und Beschlagnahmungen ausgespart.
Am 6. August 1917 wurde die Straßenbeleuchtung bis auf die zur Auffindung der Feuermelder notwendigen Laternen eingestellt. Am 26. August schränkte man den Gasverbrauch auf 80 % des Vorjahres ein. Die Kirchenglocken wurden im Frühjahr/Sommer 1918 eingeschmolzen: selbst die 1763 gegossene Glocke der Kleinen Kirche blieb nicht verschont und wurde am 12. Juli abgenommen.
Darüber hinaus wurden auch in Karlsruhe insgesamt neun Kriegsanleihen gezeichnet, durch die viele ihr mühsam erspartes Sparkassenguthaben verloren. Gezielt warb man auch um Klein- und Kleinstsparer, denn: „Zeichnungen von 100 Mk. oder einem Mehr von 100 Mk. ergeben gewaltige Summen ... Je größer der Anleihe-Erfolg, um so gründlicher werden die Hoffnungen unserer Feinde zerstört, um so näher wird der ersehnte Frieden gekommen sein", hieß es z. B. im Aufruf zur 6. Kriegsanleihe am 30. Januar 1917.[54] Insgesamt wurden in Karlsruhe mehr als 710 Millionen bis November 1918 gezeichnet.[55]

Die Kriegsstadt

Bereits mit der Mobilmachung wurden erste Lazarette eingerichtet. Der Landesverein des Roten Kreuzes übernahm die Verwundetenpflege im Etappengebiet, der Badische Frauenverein die Lazarettpflege. Die Nähe zur Front ließ in Karlsruhe in den folgenden Wochen neun Lazarette des Roten Kreuzes, sieben Reservelazarette der Militärverwaltung und zehn Privatlazarette entstehen.[56] Für Lazarettzwecke wurden u. a. auch die neue Gewerbeschule am Lidellplatz und die noch nicht ganz ausgebaute Ausstellungshalle am Festplatz genutzt. Als Empfangsstation diente der alte Bahnhof, zu dem vom neuen Hauptbahnhof eigens Gleise gelegt wurden. Am 15. August trafen die ersten 300 Verwundeten ein, die z. T. mit Straßenbahnwagen oder Transportfahrrädern in die verschiedenen Lazarette gebracht wurden. Frauen des Roten Kreuzes, die im „Samariterdienst" am Bahnhof tätig waren, empfingen die Verwundeten.[57] Schon am 24. August waren die Lazarette mit verwundeten Deutschen und Franzosen nahezu belegt, Mitte September auch alle Reserve-

Dieser Aufruf zur neunten Kriegsanleihe wurde auch in Karlsruhe plakatiert.



Aus Straßenbahnwagen wurden Lazarett-Fahrzeuge.

lazarette. Die rund 300 verwundeten Franzosen wurden nach der Einschätzung des preußischen Gesandten „reichlich streng gehalten", da sie ihre Krankensäle nicht verlassen und auch „keinerlei kleine Gaben" empfangen durften.[58] 1915/16 gab es neben den zehn Reservelazaretten 15 sogenannte Vereinslazarette, darunter alle großen Zivilkrankenhäuser.[59] Noch lange nach dem Krieg lagen viele Kriegsversehrte in den Lazaretten.

Obwohl den Karlsruhern und Karlsruherinnen als Bewohnern einer Garnisionsstadt Soldaten vertraut waren, war deren Zunahme im Straßenbild zu spüren. Viele Familien mußten Soldaten bei sich aufnehmen, da die vorhandenen Kasernen und requirierten öffentlichen Gebäude nicht ausreichten. 1915 waren z. B. im Juni, dem Monat mit der höchsten Einquartierungsquote, 1.434 Offiziere und Soldaten bei Karlsruher Familien einquartiert.[60]

Am 24. August konnten die Karlsruher und Karlsruherinnen auch die ersten erbeuteten französischen Geschütze auf dem Schloßplatz besichtigen. Zu dem üblichen Veranstaltungsprogramm kamen nun „Vaterländische" Abende, Feierstunden oder Vortragsveranstaltungen hinzu, die von verschiedenen Trägern im Laufe des Krieges mit dem Ziel der Steigerung des Durchhaltewillens der Bevölkerung angeboten wurden.

Luftangriffe

Dies war auch deshalb notwendig, weil Karlsruhe und andere frontnahe Städte erstmals zum Ziel gegnerischer Luftangriffe wurden. Damit hatte der Krieg eine neue Dimension erreicht. Nun war die Zivilbevölkerung feindlichen Angriffen ausgesetzt, bevor das Kriegsgeschehen zu Lande den eigenen Wohnort erreicht hatte. Der erste Luftangriff auf Karlsruhe fand zwei Tage vor dem 200. Jahrestag der

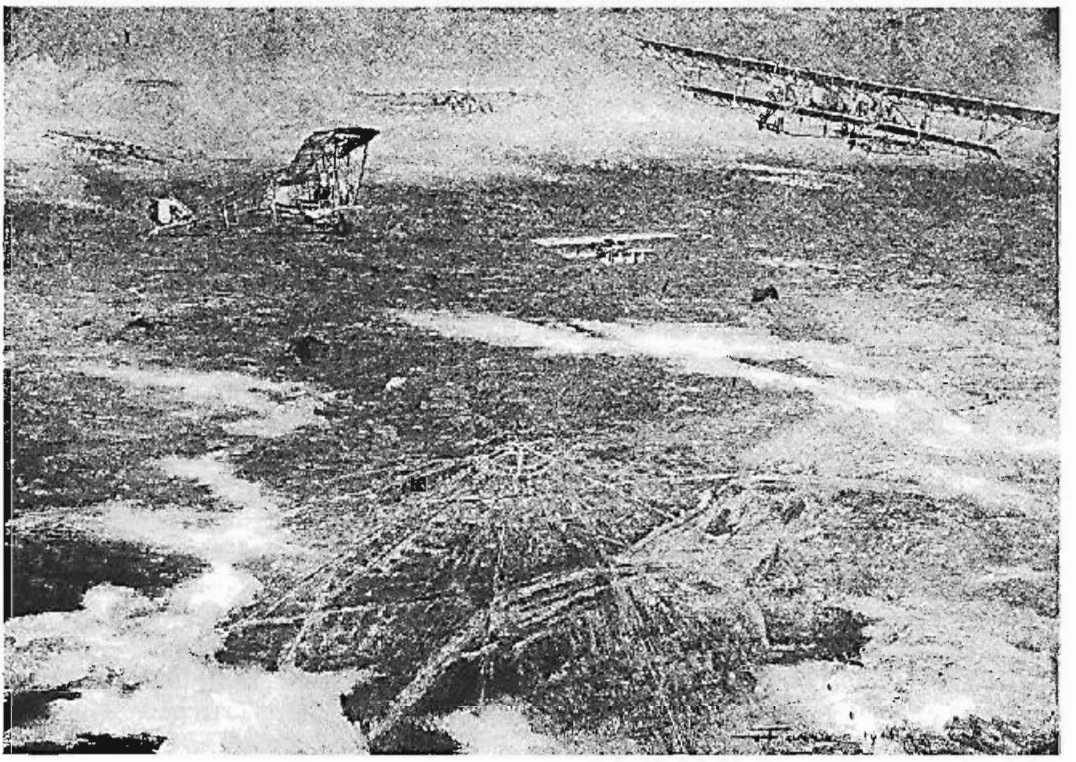
In der Erbprinzenstraße gab es bei dem Luftangriff vom 15. Juni 1915 ein Todesopfer.

Stadtgründung am 15. Juni 1915 statt, den man eigentlich mit großen Aufwand hatte feiern wollen. Bereits seit mehreren Jahren hatte sich die Stadt auf dieses Jubiläum vorbereitet. Angesichts des andauernden Krieges war aber an eine Realisierung der zahlreichen Projekte natürlich nicht zu denken. Die geplanten Bauten am Festplatz waren 1915 zwar weitgehend fertiggestellt, fanden aber wie die Ausstellungshalle zunächst militärische Verwendung. Bei dem Angriff waren 29 Todesopfer und 58 Verletzte zu beklagen, 111 Gebäude waren zum großen Teil aber nur leicht beschädigt. Der Schaden wurde auf ca. 200.000 Mark geschätzt. Karlsruhe war als Sitz zahlreicher Militärdienststellen und -einrichtungen ein bevorzugtes Ziel der feindlichen Luftangriffe. Zum anderen galten die Angriffe den DWM ebenso wie dem Eisenbahnknotenpunkt an der Strecke Mannheim-Straßburg. Trotz einiger Vorsichtsmaßregeln trafen die Angriffe auf eine relativ unvorbereitete Bevölkerung.[61] Nur wenige Tage vor dem Angriff hatte die Stadtverwaltung bekanntgegeben, daß auf dem Rathaus und auf den DWM angebrachte Motorsirenen, zwei Dreiklangpfeifen im Gaswerk II und im E-Werk am Rheinhafen sowie die Dampfpfeifen der Brauerei Sinner in Grünwinkel Alarm geben würden, wenn sich feindliche Flugzeuge der Stadt näherten. Bei Alarm solle man sich sofort in die nächstgelegenen Häuser begeben. Trotz dieser Warnungen war die Gefahr aber offensichtlich unterschätzt worden. Es waren zwar alle militärischen Sirenen sofort betätigt worden, die zivilen hatten aber durch einen Übermittlungsfehler erst vor der zweiten Angriffswelle warnen können. Gerade bei diesem zweiten Angriff der insgesamt 25 französischen Flugzeuge waren die meisten Opfer zu beklagen, da sich viele Menschen auf den Straßen und Plätzen drängten. Ein Bericht hob hervor, daß bei Beachtung aller Schutzmaßregeln weitaus weniger Opfer zu beklagen gewesen wären. Als direk-

te Konsequenz ordnete die Polizeidirektion an, sofort nach dem ersten Sirenenwarnton alle Haustüren aufzuschließen, um Passanten Fluchtmöglichkeiten in die Keller zu bieten.

Die Luftabwehr war zudem völlig unzureichend gewesen: bei den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken waren gerade einmal zwei Maschinengewehre stationiert, bei Bulach standen auf dem Weingartenfeld nur zwei Geschütze zur Verfügung. Die aus russischem Beutegut stammenden Waffen erwiesen sich bei diesem Angriff als wenig zuverlässig. Ladehemmungen bei den Maschinengewehren, der Ausfall eines Geschützes und ein großer Prozentsatz von Blindgängern unter den verfeuerten Granaten ließen die Gegenwehr recht spärlich ausfallen.[62] Die Angreifer gehörten zum Geschwader 21 der 4. französischen Armee, das den Bahnhof, das Schloß und die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken angreifen sollte.

Die Abwehr wurde nach diesem Angriff verstärkt. Als die Stadt am 22. Juni 1916 zum zweiten Mal angegriffen wurde, standen auf dem Rennbuckel in der heutigen Nordweststadt zwei und bei Rintheim vier weitere Abwehrkanonen. Auf dem Lauterberg war ein Fliegerbeobachtungsposten eingerichtet, die Flak-Kommandostelle befand sich an dessen Fuße.[63] All diese Maßnahmen konnten aber nicht verhindern, daß bei diesem Angriff 120 Menschen, darunter 71 Kinder, ums Leben kamen und 169 verletzt wurden. Der Angriff galt wiederum dem Hauptbahnhof. Doch bei diesem Angriff – dem bis dahin folgenschwersten Angriff in der kurzen Geschichte des Luftkrieges – richteten sich die Piloten offensichtlich nach einem alten Stadtplan, auf dem nur der alte Bahnhof an der Kriegsstraße eingezeichnet war.[64] Die Bomben trafen die Menschen, die aus dem gegenüber der heutigen Oberpostdirektion aufgestellten Zelt des Zirkus Hagenbeck flüchteten. Unter den Op-



Gemälde des Angriffs am Fronleichnamstag 1916 auf Karlsruhe.

fern waren zahlreiche Kinder, die die Nachmittagsvorstellung besuchten. Ein Augenzeuge berichtet: „Dann brach das Unheil über die Männer, Frauen und Kinder herein. Ich lag auf dem Gesicht und preßte die Fäuste vor meine Augen und hörte im Krachen der Bomben die furchtbaren Schreie der Menschen. ... Wir rannten um unser Leben über eine Stätte des Grauens, über Tote und Verletzte, durch Schreie, Rufe und Wimmern. Und wir kamen davon ... Mein Freund Ludwig war tot, meine beiden Kameraden schwer verletzt."[65] Am 26. Juni wurden die Opfer des Angriffs unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und zahlreicher Prominenz auf dem Karlsruher Hauptfriedhof beigesetzt.

Als Folge dieses verheerenden Angriffs richteten die Militärbehörden auf dem Platz am Ettlinger Tor, auf dem der Zirkus gastiert hatte, ein Offiziersgefangenenlager ein. Diese Plazierung mitten in der Stadt an diesem Standort war kein Zufall, da das Kriegsgefangenenlager eingerichtet worden war, „um einen Schutz gegen Fliegerangriffe zu erhalten."[66] Die Plazierung des Lagers nahe beim Stadtzentrum und eine Verstärkung der Abwehr durch vier weitere bei Grünwinkel stationierte Kanonen sowie die Installation mehrerer Scheinwerferbatterien verhinderte aber nicht, daß bis zum Kriegsende noch zwölf weitere Angriffe erfolgten: einer 1917, die restlichen 1918. Im letzten Kriegsjahr wurden die häufigen Alarme auch zu einer „starke Belastungsprobe für die Nerven der Bevölkerung", zumal wenn wie im Juni des Jahres „Tag für Tag oder Nacht für Nacht Fliegeralarm ist und die Leute stundenlang in den Kellern sitzen müssen. Für die Arbeiter der Rüstungsbetriebe, beispielsweise der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Karlsruhe, die häufig das besondere Angriffsziel der Flieger sind, sind diese Angriffe natürlich besonders beunruhigend."[67] Sogar während der Feier zur Erinnerung an den Erlaß der badischen Verfassung vor 100 Jahren am 22. August 1918 fielen Bomben in der Südweststadt und auf die DWM, die 9 Menschenleben kosteten. Insgesamt fanden 168 Menschen, von denen 28 nicht aus Karlsruhe stammten, bei Luftangriffen den Tod, 344 wurden z. T. schwer verletzt. Die Bevölkerung war 188 mal durch die Sirenen vor Angriffen gewarnt worden, allein 100 mal im letzten Kriegsjahr, dem Jahr mit den meisten Angriffen. Diese Angriffe trugen zur Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung bei und schufen das Gefühl, als Bewohner einer Stadt in Grenznähe besonderer Bedrohung ausgesetzt zu sein. Das Projekt eines eigenen Denkmals für die Opfer dieses Angriffs scheiterte in der Weimarer Republik, obwohl sogar ein Wettbewerb stattfand. Dagegen erinnerten eine Reihe von Kriegerdenkmäler an die gefallenen Soldaten, so das als erstes im Jahr 1920 fertiggestellte Denkmal für die Gefallenen des Karlsruher Fußballvereins beim KFV-Sportplatz in der Hertzstraße. 1921 folgten das Kriegerdenkmal in Rintheim und 1924 das Feldartilleriedenkmal beim Linkenheimer Tor. Das Leibgrenadierdenkmal auf dem Lorettoplatz, heute Europaplatz, entstand 1924/25 und erinnerte an die Gefallenen dieses Regiments seit 1803. In demselben Jahr erhielten die Gefallenen der Technischen Hochschule ein Denkmal im Ehrenhof der Hochschule. 1926 folgte das Kriegerdenkmal in Rüppurr, 1928 das Denkmal für die Gefallenen der badischen Justizverwaltung im Lichthof des Oberlandesgerichts, 1929 das Leibdragonerdenkmal am Mühlburger Tor, 1932 die Kriegerdenkmäler in Daxlanden und in Grünwinkel sowie als letztes das Telegraphendenkmal vor der Kaserne in der Hertzstraße. Damit war auch in Karlsruhe eine „Eskalation" der Denkmalsetzungen festzustellen. Der Antikriegsaspekt stand bei all diesen Denkmäler nicht im Vordergrund, vielmehr überwiegt der Versuch, „das Geschehene zu rechtfertigen oder zu überhöhen und einen Sinn für die Nachkommenden zu stiften".[68]

Kriegsgefangene

Im Oktober 1915 erhielt die Stadt zur Vorbereitung von Müllagerplätzen im Weiheräcker- und Dammerstockgebiet 15 russische Kriegsgefangene zugewiesen, die dort auch in den

Das Nahrungsmittelamt setzte bei der Verteilung der Lebensmittel auch Kriegsgefangene ein, Foto 1917.

folgenden Jahren zur Vorbereitung der Albuferanlagen arbeiteten.[69] Für landwirtschaftliche Arbeiten und bei der Lebensmittelverteilung setzte die Stadt wiederholt ebenfalls Kriegsgefangene ein. In der Stadt gab es das große 1915 eingerichtete Offizierslager am Festplatz mit 10 Baracken (siehe oben) sowie ein weiteres Gebäude für Offiziere an der Ecke Nebenius-/Ettlingerstraße. Weitere Lager müssen existiert haben, sind aber nicht mehr genau zu lokalisieren.

Offensichtlich kam es immer wieder zu von den Militärbehörden nicht gewünschten Kontakten zwischen der Karlsruher Bevölkerung und den Kriegsgefangenen, da am 4. März 1917 verfügt wurde, daß es ohne Genehmigung untersagt sei, mit den Gefangenen brieflich oder persönlich Kontakt aufzunehmen. In der Verordnung wurde darauf hingewiesen, daß immer häufiger Zivilpersonen, vor allem Frauen, Verbindung mit Gefangenen aufgenommen hatten.[70] Ebenso war es verboten, die Gefangenenlager zu betreten.

Parteien und Politik im Ersten Weltkrieg

Getreu nach der Maxime Kaiser Wilhelms II., der keine Parteien, sondern nur noch Deutsche kannte, und in Befolgung des vereinbarten „Burgfriedens" unter den Parteien kam das politische Leben in Karlsruhe nach Kriegsausbruch fast völlig zum Erliegen.[71] Vor allem für die Sozialdemokratie sollte die Zustimmung zur Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag und die Einhaltung des Burgfriedens zur Zerreißprobe werden, zumal eine Minderheit in der Partei bereits bei Kriegsbeginn bezweifelte, daß es sich um einen Verteidigungskrieg handelte. Der preußische Gesandte Karl Johann Georg v. Eisendecher konnte am 1. August befriedigt aus Karlsruhe nach Berlin berichten, daß dem sozialdemokratischen „Volksfreund"

zufolge „die Genossen im Kriege wie jeder andere ihren Mann stehen würden."[72] In der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins am 12. Mai 1915 wurde betont, daß die Partei und ihre Mitglieder auch im Krieg ihre Pflicht tun würden, wie durch die Mitarbeit in zahlreichen städtischen und staatlichen Kriegkommissionen belegt werde. Mehr als ein Drittel der rund 2.100 SPD-Mitglieder war zu diesem Zeitpunkt bereits eingezogen.[73]

Als für den schon in den ersten Kriegstagen gefallenen sozialdemokratischen Karlsruher Landtagsabgeordneten Ludwig Frank ein Nachfolger gewählt werden mußte, trat gegen Ludwig Marum kein Gegenkandidat an, so daß dieser mit nur 660 Stimmen im Wahlbezirk Karlsruhe-Oststadt gewählt wurde. Obwohl in anderen badischen Orten der Burgfrieden durchaus das ein oder andere Mal gebrochen wurde, hielt er in Karlsruhe – zumindest bei den Wahlen – bis ins letzte Kriegsjahr. Im Sommer 1918 wurde anstelle des verstorbenen badischen SPD-Führers Wilhelm Kolb der Freiburger Redakteur Anton Joseph Weißmann im Wahlbezirk Karlsruhe-West gewählt. Die wenigen Parteiveranstaltungen in den ersten Kriegsjahren galten vor allem der Versorgungslage. Kritische Töne gegen Reichs- und Landesregierung unterblieben ebenso wie parteipolitische Auseinandersetzungen.

Zunächst noch intern entstand Ende 1915 in Karlsruhe aber ein Zirkel, der sich für einen Annexionsfrieden einsetzte und später als „Vereinigung für vaterländische Ziele" in Erscheinung trat. Ihm gehörte neben Vertretern der liberalen Parteien und des Zentrums auch der SPD-Führer Wilhelm Kolb an.[74] Dagegen sprachen sich schon im Februar 1915 die drei Karlsruher Sozialdemokraten Jakob Trabinger, Bernhard Kruse und Georg Dietrich auf einer SPD-Kreisversammlung für einen sofortigen Friedensschluß aus. Als sie sich gegen die Parteimehrheit um Wilhelm Kolb nicht durchsetzen konnten, legten sie aus Protest ihre Parteiämter nieder. Sie wurden noch in demselben Jahr wegen der Verteilung des Flugblatts verurteilt, das den von Klara Zetkin verfaßten Antikriegsaufruf der Internationalen Frauenkonferenz in Bern vom 26. bis 28. März 1915 verbreitete. Gerüchte wollten wissen, daß sie von der SPD-Parteileitung denunziert worden waren.[75]

Mitte 1916 berichtete der preußische Gesandte, daß sich alle Parteizeitungen immer noch an die Vereinbarungen hielten und maßvoll berichteten.[76] Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, in der sich 18 Gegner der Bewilligung weiterer Kriegskredite von der SPD-Reichstagsfraktion trennten und mit deren Gründung am 24. März 1916 die Spaltung der SPD eingeleitet wurde, konnte auf einer Versammlung im April 1917 in Karlsruhe nur 17 Teilnehmer anlocken. Der „Volksfreund", mit dessen Hilfe eine größere Resonanz zu erzielen gewesen wäre, stand eindeutig auf seiten der badischen Parteileitung und diese wiederum auf seiten der Mehrheit in der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes. Auch zur konstituierenden Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) in Karlsruhe im Mai 1917 kamen nur 24 Teilnehmer.[77] Mitte Juni soll die Partei dann aber schon über 100 Mitglieder gehabt haben. Treibende Kräfte der USPD in Karlsruhe waren nicht zufällig die drei Sozialdemokraten Trabinger, Kruse und Dietrich. Die Verurteilung des Karlsruher USPD-Führers, des Schlossers Hans Heindl, „wegen erschwerten Einbruchdiebstahls zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust" Ende September schadete der neuen Partei erheblich.[78] Die USPD tat sich schwer, zumal auch die Karlsruher Gewerkschaftsführung auf seiten der Mehrheits-SPD (MSPD) stand.

Die badischen Sozialdemokraten traten 1917 zwar für einen Verständigungsfrieden ein, es gab aber durchaus unterschiedliche Auffassungen über das Vorgehen. Der Karlsruher „Volksfreund" warnte, diese Frage im Hinblick auf die Wirkung im feindlichen Ausland zum gegenwärtigen Zeitpunkt öffentlich zu diskutieren. Diese Bedenken teilte die Mannheimer „Volksstimme" nicht, so daß das stellvertretende Generalkommando Anfang Juni „gewisse Abtönungen" im sozialdemokratischen Lager feststellte. Die sozialdemokrati-

sche Presse wurde aber insgesamt gerügt, da sie nicht wie alle anderen Blätter „derartige[n] flaumacherischen Strömungen", d. h. einem Verständigungsfrieden, entgegentrete.[79]
Gegen die im Juli 1917 im Reichstag gefundene Mehrheit für einen Verständigungsfrieden wandten sich am 19. Oktober die Vorsitzenden mehrerer Karlsruher Deutschtumsvereine „zusammengeführt von schwerer vaterländischer Sorge" an Reichskanzler Michaelis mit der Bitte „nur einen deutschen Frieden zu schließen, der vor dem Urteil unserer Enkel in Ehren bestehen kann."[80] Mit einem deutschen Frieden war ein Siegfrieden gemeint, der den Kriegsgegnern die eigenen Bedingungen aufzwang. In diesem Monat wurde auch in Karlsruhe ein Ortsverein der Deutschen Vaterlandspartei, des Zusammenschlusses der Gegner eines Verständigungsfriedens, d. h. eines Friedens unter Verzicht auf Annexionen, gegründet. Den Vorsitz übernahm der Geheime Studienrat Dr. Ernst Boesser, Lehrer an der Kadettenschule. Auch andere namhafte Vertreter der „streng-konservativen" Richtung wie Prof. Reinhard Baumeister und Domänenrat a. D. Hoffmann, der Alldeutsche Major Albert Theodor Kreßmann oder der Zentrumsgegner und Historiker Arthur Böthlingk engagierten sich in der Vaterlandspartei. Zudem unterzeichneten aber auch der Maler Hans Thoma, der Schriftsteller Fritz Römhildt (Romeo), der Direktor der Landesbibliothek Theodor Längin oder der Lagerverwalter Karl Scheck den Aufruf.[81] Wie in anderen badischen Städten unterstützte in erster Linie das Bildungsbürgertum die Neugründung. Die Resonanz auf Veranstaltungen dieser Partei war insgesamt aber eher mäßig. Es gelang ihr nicht, „die eigentlichen Volkskreise mit ihren Zielen vertraut zu machen, bei diesen gilt die Vaterlandspartei lediglich als Partei der Kriegsverlängerer und Annexionisten ins Unangemessene", wie der preußische Gesandte nach Berlin meldete.[82] Diese Partei löste sich nach der deutschen Niederlage am 1. April 1919 wieder auf.
Erst gegen Ende des Krieges kam wieder stärkere Bewegung in die Karlsruher Parteienlandschaft. Am 27. Oktober fand eine von den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei, der SPD und dem Zentrum einberufene Versammlung mit dem linksliberalen Reichstagsabgeordneten Ludwig Haas im Saal des Friedrichshofes statt. Der Andrang war so gewaltig, daß der Vortrag gleich im Anschluß an die Veranstaltung für diejenigen wiederholt wurde, die keinen Platz gefunden hatten. Haas sprach über die „Deutsche Politik in Gegenwart und Zukunft" und ging auch auf die militärische Lage des Deutschen Reiches ein. Diese sei trotz des Ausscheidens Österreich-Ungarns und der Türkei besser als vor einigen Monaten, und es bestehe kein Grund, „daß wir uns einen Frieden um jeden Preis vorschreiben lassen müssen."[83] Daß dies nur ein frommer Wunsch war und eben die Parteien schneller als erwartet gefordert waren, die zu dieser Versammlung eingeladen hatten, wurde nur wenige Tage später offenkundig.

Revolution 1918/19

„Von den gewaltigen Ereignissen der letzten Zeit berührt keine unsere Stadt so nahe wie der Verzicht des Großherzogs auf seinen Thron und der Übergang von der Monarchie zum Freistaat." Mit diesen Worten eröffnete Oberbürgermeister Karl Siegrist die Sitzung des Bürgerausschusses am 26. November 1918. In Karlsruhe hatten sich wie überall im Deutschen Reich im November 1918 für unmöglich gehaltene Dinge ereignet. Noch zwei Tage vor Beginn der Revolution war eine Arbeiterversammlung der DWM ohne alle Anzeichen auf eine bevorstehende Erhebung verlaufen.[84] Bis in die zweite Jahreshälfte des fünften Kriegsjahres hatte für den Großteil der Karlsruher und Karlsruherinnen nichts auf das bevorstehende Ende des Ersten Weltkrieges, geschweige denn auf eine deutsche Niederlage hingedeutet. Nach dem Ausscheiden Rußlands aus der Front der Kriegsgegner im März 1918 rechnete man im Gegenteil mit einem baldigen deutschen Sieg. Als aber im Oktober das deutsche Waffenstillstandsgesuch und die aussichtslose militärische Lage bekannt wurden,

änderte sich die Stimmung auch in Baden und seiner Haupt- und Residenzstadt rapide. Die breite Masse wollte nun „Frieden um jeden Preis", so die Einschätzung des badischen Generalkommandos. Als durchsickerte, daß das Friedensangebot von der Obersten Heeresleitung ausgegangen war, „erfolgte ein weiterer Niedergang der allgemeinen Stimmung, den man fast als einen Stimmungszusammenbruch bezeichnen konnte."[85]

Wenig später, Ende Oktober, meuterten Teile der deutschen Hochseeflotte, am 4./5. November begann in Kiel die Revolution, die zur Abdankung Kaiser Wilhelms II. und zur Ausrufung der Republik am 9. November in Berlin führte. In Karlsruhe traten am Morgen dieses 9. Novembers einige Soldaten mit dem Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes und SPD-Stadtrat Heinrich Sauer in Verbindung, um über die Bildung eines Soldatenrates zu beraten.[86] Doch dieser lehnte ab, so daß man sich an den Geschäftsführer des „Volksfreunds" Eugen Geck wandte. Man einigte sich darauf, daß der Soldatenrat unter der Leitung der MSPD stehen müsse. Der wenig später gegründete Soldatenrat ging aber offensichtlich aus einer anderen Soldatengruppe hervor, denn als die Nachricht von der Bildung mehrerer Soldatenräte in anderen badischen Städten kam, wurde für 18.00 Uhr eine Soldatenversammlung auf dem Bahnhofsvorplatz einberufen. Der von dieser Versammlung gebildete Soldatenrat wurde entgegen der mit Eugen Geck getroffenenen Vereinbarung von Mannheimer USPD-Mitgliedern dominiert, die im Sommer zwangsweise eingezogen worden waren und in Karlsruhe Dienst taten. Vorsitzende wurden der Landesvorsitzende der USPD, der Schmied Johann Brümmer, und der Angestellte Albert Böpple. Der Karlsruher USPD-Führer Hans Berkenkopf übernahm immerhin die Schriftführung. Arbeiter waren offensichtlich an dieser Gründung, die sich zunächst Arbeiter- und Soldatenrat nannte, auch beteiligt, blieben aber ohne Einfluß.

Zur selben Zeit hatte Oberbürgermeister Karl Siegrist angesichts dieser Entwicklung die Führer aller Parteien bezeichnenderweise mit Ausnahme der USPD ins Rathaus eingeladen, um einen Wohlfahrtsausschuß „behufs Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit in der Stadt" zu gründen. Dessen Vorsitzender Heinrich Sauer trat in Verhandlungen mit dem Soldatenrat. Der Wohlfahrtsausschuß, der eine „ausgesprochene Abwehr-Gründung"[87] gegen die Revolution war, versuchte auch die Bildung eines Arbeiterrates zu verhindern, um die weitere Entwicklung im Sinne der Aufrechthaltung der Ordnung selbst zu lenken, was ihm allerdings nicht gelang. Ein erster Versuch von vier Arbeitern der DWM, einen Arbeiterrat ins Leben zu rufen, war am 9. November gescheitert, da er von der Arbeiterschaft nicht unterstützt wurde.[88]

Der von den im Rathaus vertretenen Parteien getragene Wohlfahrtsausschuß dominierte das weitere Geschehen. Der Soldatenrat verhinderte zwar den Druck eines Aufrufs des Wohlfahrtsausschusses, der zu Ruhe und Ordnung aufrufen wollte, doch die badische „Vorläufige Volksregierung" wurde bereits am 10. November ohne Beteiligung der Arbeiter ganz wesentlich unter dem Einfluß des Wohlfahrtsausschusses gebildet. Der neuen Regierung gehörten u. a. die Karlsruher Ludwig Marum als Justizminister, Leopold Rückert als Verkehrsminister, Gustav Trunk als Ernährungsminister und Ludwig Haas als Innenminister an. Der Soldatenrat war durch Brümmer in der vorläufigen Regierung vertreten. Damit hatten sich die Parteien wieder zusammengefunden, die bereits in den letzten Kriegswochen als die „Mehrheitsparteien des Reichstages" gemeinsam aufgetreten waren. Die zunächst als Veranstaltung der „fünf politischen Parteien der Stadt", also auch der Konservativen Partei, für den 10. November selbst im sozialdemokratischen „Volksfreund" angekündigte Versammlung im Konzerthaus fand schließlich ohne konservative Beteiligung statt. Nachdem die SPD, wie im „Volksfreund" zu lesen war, die Erweiterung der Veranstalter bemerkt hatte, hatte sie mit ihrem Rückzug gedroht und das Ausscheiden der Konservativen als Stützen der untergegangenen Monarchie durchgesetzt.[89]

Während der Arbeiter- und Soldatenrat im Rathaus tagte, warteten auf dem Marktplatz zahlreiche Menschen auf das Ergebnis, Foto vermutlich 11. November 1919.

Das Karlsruher Rathaus, in dem Wohlfahrtsausschuß, Räte und Vorläufige Volksregierung tagten, war in den ersten Tagen nach dem Beginn der Revolution der Brennpunkt der politischen Entwicklung in Baden. Gespannt erwarteten die Karlsruher auf dem Marktplatz die Ergebnisse der Verhandlungen. Eine offizielle Wahl, die den bereits bestehenden Karlsruher Soldatenrat legitimierte, fand am 11. November statt. Am folgenden Tag erhielt er mit dem inzwischen ebenfalls gewählten Arbeiterrat einen gemeinsamen Vorstand. Formal existierten beide Räte aber eigenständig weiter. Vorsitzender des Arbeiterrates war der Maurer Emil Horter, den Soldatenrat leitete inzwischen der Sergeant in einer Nachrichtenabteilung Emil Weser. Eine Woche später entstand dem Beispiel anderer Städte folgend auch ein Rat der geistigen Arbeiter, der allerdings ebenso wie der am 14. November gegründete Beamtenrat ohne nennenswerten Einfluß blieb.[90]

Der Arbeiter- und Soldatenrat und der Stadtrat vereinbarten, daß „die Verwaltung der Stadt durch den Stadtrat im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat geführt werden soll." Außerdem sicherte der Arbeiter- und Soldatenrat zu, daß er „sich unmittelbarer Eingriffe in die Tätigkeit der städtischen Stellen und Betriebe enthalten" werde.[91] Gemeinsam rief man am 14. November zur Bildung einer Volkswehr auf, die für Sicherheit und Ordnung in der Stadt sorgen sollte. Die Volkswehr, die Ende November rund 1.550 Mitglieder hatte, von denen die meisten entlassene Soldaten waren, wurde der Polizeidirektion angegliedert und auf die fünf Polizeireviere verteilt.[92] In den folgenden Wochen und Monaten kontrollierte sie zahlreiche Personen und beschlagnahmte Schwarzhandelsware.[93] Mitte des Jahres 1919 rückte die Karlsruher Volkswehr gar zu einem „Schieberfeldzug" nach Bühl aus, wo sich Tabakbauern, die ihre Ware auf dem Schwarzmarkt verkauften, zu-

Die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Soldaten konnten sich im Zirkel 33 melden und erhielten dort Hilfe.

vor erfolgreich gegen Maßnahmen der personell zu schwachen Gendarmerie gewehrt hatten.[94] Als im September 1919 die badischen Volkswehren aufgelöst wurden, bestand in Karlsruhe bereits seit Juni eine Einwohnerwehr, in der die Arbeiter nicht mehr dominierten. Angesichts des fehlgeschlagenen Versuchs, die Volkswehren zu kontrollieren, die man zunehmend für spartakistisch unterwandert hielt, betrieb die Badische Regierung nun deren Auflösung.[95]

Großherzog Friedrich hatte sich mit seiner Abdankung zunächst Zeit gelassen, denn er hoffte „angesichts des Vertrauensverhältnisses, das in Baden Fürst und Volk in guten wie in schlechten Zeiten viele Jahrzehnte verbunden hat", auf eine Fortsetzung seiner Regierung. Immerhin war er am 11. November aus Karlsruhe geflüchtet, als der Matrose Heinrich Klumpp, ein gebürtiger Karlsruher, mit einigen Soldaten ins Schloß eindrang und versuchte, den Großherzog zu verhaften.[96] Am 13. November sah er sich auch veranlaßt, auf die Regierungsgewalt zu verzichten. Aber erst am 22. November war er auf Drängen der Arbeiter- und Soldatenräte und der Parteien zur endgültigen Abdankung und zum Thronverzicht bereit.

In den Tagen nach dem Waffenstillstand kamen täglich in Karlsruhe stationierte badische Truppen zurück in die Stadt. Zudem zogen viele andere deutsche und österreichische Truppen durch. Es sollte allerdings noch bis zum 20. Oktober 1922 dauern, bis Wilhelm Krotz als letzter Karlsruher Kriegsteilnehmer nach achtjähriger Gefangenschaft zurückkehrte.[97] Schon bald traten Versorgungsprobleme auf, und die spendenerprobte Karlsruher Bevölkerung wurde erneut zur Abgabe von Kleidungs- und Wäschestücken und anderer „Liebesgaben" aufgerufen.[98]

Am 11. November hatten die Waffenstillstandsbedingungen eine neutrale Zone auf der rechten Rheinseite von 30 bis 40 km festgelegt, die von allen Truppen zu räumen war. Diese Zone wurde zwar wenige Tage später auf 18 km reduziert, doch Karlsruhe lag nach wie vor in der entmilitarisierten Zone. Am 12. Dezember traten die Bestimmungen in Kraft, so daß bis dahin alle noch nicht aus dem Dienst entlassenen Soldaten Karlsruhe verlassen mußten. Viele zogen nach Ettlingen und Weingarten. Von dort kehrte am 17. Dezember ein Teil der Leibgrenadiere mit weißen Armbinden zurück, die sie als Teil der Polizeitruppen auswies.[99] Die Stadt verlor ihre Garnison endgültig mit der zum 1. Oktober 1920 beginnenden Reduzierung der Reichswehr auf 150.000 Mann. Am 22. September wurden die Truppen feierlich auf dem Karlsruher Marktplatz verabschiedet. Der Abzug der Garnison beeinflußte die Bevölkerungsentwicklung ebenso negativ wie die Verluste im Ersten Weltkrieg.[100]

Die Stadtentwicklung 1914 bis 1945

Bevölkerung und Sozialstruktur

Im Jahr 1914 hatte die Stadt Karlsruhe wie die meisten deutschen Großstädte eine Phase kontinuierlichen Wachstums hinter sich. Die großherzoglich badische Haupt- und Residenzstadt war seit der Reichsgründung 1870/71 auf dem Weg, sich von der einseitigen Abhängigkeit vom Hof zu lösen.[101] Der Erste Weltkrieg bedeutete nun nicht nur einen Einschnitt in das Bevölkerungswachstum, sondern auch in die wirtschaftliche und soziale Struktur. Am 31. Dezember 1915 hatte die Stadt fast 150.000 Einwohner, drei Jahre später war die Einwohnerzahl um rund 7.000 zurückgegangen und fiel vor allem aufgrund des von den Siegermächten auferlegten Abzuges der Garnison noch bis Ende 1921 weiter.[102] Karlsruhe wurde nun wieder Grenzstadt, die mit Elsaß-Lothringen ein wichtiges Absatzgebiet verlor. Während des Krieges hatte die Sterblichkeitsrate auch unter den „Daheimgebliebenen" in erster Linie wegen der unzureichenden Ernährung deutlich zugenommen (siehe oben). Sie stieg erneut während des Inflationsjahres 1923 an, als wiederum weite Bevölkerungskreise hungern mußten und vor allem alte Menschen nicht mehr genug Widerstandskräfte besaßen, die anhaltende Unterernährung zu

verkraften. Seit 1922 konnte man aber wieder Wanderungsgewinne verzeichnen, die bis 1930 anhielten. In diesem Jahr zogen erstmals wieder mehr Personen aus Karlsruhe weg als neue hinzukamen. Die im Vorjahr ausgebrochene Weltwirtschaftskrise wirkte sich hier deutlich aus (siehe unten). Damit bestätigte sich bereits eine Erfahrung des Kaiserreichs, als sich z. B. während der wirtschaftlichen Krise in den Jahren 1906 bis 1910 das Wachstum der Stadt deutlich verringert hatte.[103] In Krisenzeiten boten auch die Städte weniger Arbeitsmöglichkeiten und verloren für Zuwanderer an Attraktivität. Diese Tendenz hielt in den folgenden Jahren an. Da zudem der Geburtenüberschuß zurückging, verlangsamte sich das Wachstum der Bevölkerung wieder, die 1927 erstmals über 150.000 angestiegen war. Auch in den ersten Jahren des Dritten Reiches ging die Einwohnerzahl noch zurück. Der durch den Ersten Weltkrieg bedingte Frauenüberschuß stieg dagegen bis 1934 weiter an, wofür vor allem die schlechte wirtschaftliche Entwicklung der „Grenzstadt" Karlsruhe verantwortlich gemacht wurde. Die erwerbslosen männlichen Facharbeiter wanderten verstärkt in Bezirke mit positiver wirtschaftlicher Entwicklung ab, bis 1937 sollen es rund 5.000 gewesen sein. Für diese Vermutung spricht, daß in anderen deutschen Großstädten der Frauenüberschuß bereits zurückgegangen war. Außerdem war 1933 noch ein Drittel der in Industrie und Handwerk tätigen Erwerbspersonen arbeitslos (siehe unten).[104] Von 1937 bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges stieg die Einwohnerzahl aber wieder kontinuierlich auf fast 185.000 an, wozu allerdings die Eingemeindungen von Knielingen, Hagsfeld und Durlach einen wesentlichen Beitrag lieferten (siehe unten und Tabelle im Anhang).

Große Auswirkungen hatte der Erste Weltkrieg bzw. dessen Folgen auch auf die Sozialstruktur der Karlsruher Bevölkerung. Der Anteil der in Industrie und Handel tätigen Erwerbspersonen fiel von fast 45 % vor 1914 auf unter 40 % im Jahr 1933. Der Anteil der im Öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungsbereich tätigen Personen war nach einem deutlichen, durch den Verlust der Garnison und des Hofes bedingten, Rückgang 1933 wieder auf den Vorkriegsstand gestiegen. Bis 1933 hielt sich der Rückgang im Bereich „häusliche Dienste." Hier konnte der Wegzug der Militärs und des Hofes, die bis 1918 wichtigste Arbeitgeber in diesem Bereich waren, nicht wieder aufgeholt werden. Stark angestiegen war der Anteil der in Handel und Verkehr Tätigen. Es hatte also ein deutlicher Strukturwandel stattgefunden, mit dem die Entwicklung Karlsruhes in der Vorkriegszeit hin zu einer eher industrieorientierten Stadt gebremst wurde und der Dienstleistungssektor stärker betont war.

Konfessionsstruktur und Kirchen

Wenig Einfluß hatte der Erste Weltkrieg auf die Karlsruher Konfessionsstruktur. Nach wie vor waren im Jahr 1925 die Protestanten mit 48,11 % der Bevölkerung die größte Konfessionsgruppe, obwohl der Anteil gegenüber 1910 leicht zurückgegangen war.[105] Die Zahl der Sprengel der evangelischen Kirchengemeinde war im Jahr 1920 von acht auf zehn gestiegen und nahm bis 1930 weiter auf 17 zu. In diesem Jahr gab es die Schloßpfarrei, zwei Altstadtpfarreien, die Mittelpfarrei, die Lutherpfarrei, die Gottesauerpfarrei, die Pauluspfarrei, die Markuspfarrei, die Matthäuspfarrei, die Johannispfarrei, die Karl-Friedrich-Pfarrei, die Melanchthonpfarrei, das Albvikariat, die Pfarrei Rintheim und zwei Christuspfarreien.[106] Die bereits im 19. Jahrhundert mit dem Anwachsen der Stadt einsetzende Gründung neuer Pfarreien wurde damit fortgesetzt. 1933 schließlich bekamen die neuen Siedlungen Albsiedlung, Heidenstückersiedlung, Rheinstrandsiedlung und Stadtrandsiedlung eine eigene Pfarrei. Neue Kirchengebäude entstanden 1927 in der Südweststadt mit der Matthäus-Kirche und 1935 in der Weststadt mit der von Otto Bartning gebauten Markuskirche.[107] Außerdem wurde von der Stadt im Jahr 1926 ein Saal im Stephanienbad gemietet. 1942 kaufte die Kirche das Weinbrennergebäude, das 1944 schwer beschädigt wurde.

Die Markuskirche wurde 1935 eingeweiht.

In der neuerbauten Christkönigkirche hielten die Rüppurrer Katholiken seit 1936 ihren Gottesdienst.

Nach dem Wiederaufbau wurde hier 1957 die Paul-Gerhardt-Kirche eingeweiht.
Zweitstärkste Konfession war die römisch-katholische, der im Jahr 1925 46,2 % der Bevölkerung angehörten. Das Stadtdekanat Karlsruhe, zu dem noch vor dem Ersten Weltkrieg die Pfarreien Bulach und Daxlanden hinzugekommen waren, vergrößerte sich 1928 erneut, als die Pfarrei Durlach im Zuge der Neuordnung der Erzdiözese Freiburg zehn Jahre vor der politischen Vereinigung beider Städte hinzukam. 1911 war als Filialgemeinde von Beiertheim der Pfarrverband Beiertheim entstanden, der 1915 die Notkirche St. Michael erhielt. 1918 stieg die Kuratie Rüppurr zur selbständigen Gemeinde auf, die zunächst in der St. Nikolauskapelle, seit 1936 in der neuerbauten Christkönigkirche ihren Gottesdienst hielt. Kuratien wurden 1923 auch in Knielingen, wo im Jahr zuvor die Heiligkreuzkirche erbaut worden war, und im Nordwesten mit St. Konrad eingerichtet. Die St.-Konrad-Gemeinde feierte ihren Gottesdienst in der früheren Telegraphenkaserne. 1926 folgte Rintheim, wo in diesem Jahr die St. Martinskirche entstand, 1929 im Südwesten St. Elisabeth mit der gleichnamigen Kirche. 1936 kam St. Franziskus hinzu, wodurch das Wirken der Kapuziner in Karlsruhe seine Anerkennung fand. Die St. Franziskuskirche wurde am 3. Juli 1938 feierlich eingeweiht. Zu diesem Zeitpunkt bestanden 15 Pfarrbezirke im Karlsruher Stadtgebiet. Größte Pfarrei war die der St. Bernharduskirche, knapp gefolgt von der Liebfrauenkirche und der St. Stephanspfarrei.[108]
Die anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften kamen 1925 gemeinsam nicht über 5 % der Bevölkerung. Den größten Anteil hatten die beiden jüdischen Gemeinden mit 2,3 %. In der Weimarer Republik stieg die Zahl der Gemeindemitglieder zunächst an und ging dann aber von 1925 bis 1933 u. a. wegen der zurückgehenden Geburtenrate und der Auswanderung etlicher Gemeindemitglieder deutlich um 267 Personen zurück.[109]
Mitglieder von Freikirchen und Sekten waren 1,7 % der Bevölkerung. Zu den Altkatholiken gehörten 0,3 %. Die altkatholische Gemeinde Karlsruhe wurde 1933 durch die Mitglieder der wegen Finanzschwierigkeiten aufgelösten Gemeinde Durlach verstärkt.[110]

Die Gemarkung:
Eingemeindungen 1929–1938

Bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme hatte nach der Eingemeindungswelle Anfang des Jahrhunderts (siehe oben) nur Bulach im Jahr 1929 die Karlsruher Bevölkerung und Gemarkung vergrößert, obwohl der Generalbebauungsplan von 1926 auch etliche andere benachbarte Orte wie z. B. Durlach, Ettlingen, Grötzingen, Hagsfeld, Forchheim, Neureut oder Wolfartsweier in einem Wirtschaftsgebiet „Karlsruhe und Umgebung" zusammengefaßt und als potentiell einzugemeindende Orte aufgeführt hatte.[111] Diese Eingemeindung war bereits im Zusammenhang mit den Eingemeindungen von 1907 im Gespräch gewesen, so daß damals schon die Bulacher wirtschaftlichen Verhältnisse geprüft worden waren. Trotz eines positiven Befundes, der die gute wirtschaftliche Lage des Nachbardorfes bestätigte, nahm man erst am 15. November 1909 Verhandlungen auf. Der Karlsruher Oberbürgermeister Karl Siegrist brach diese aber schon beim ersten Treffen in Bulach wieder ab, da die Bulacher Vertreter nicht bereit waren, von ihren vorab festgesetzten Forderungen abzugehen bzw. überhaupt nur darüber zu verhandeln.[112] Dennoch waren Ende 1913 konkrete Karlsruher Bedingungen ausgearbeitet, unter denen die Eingemeindung zum 1. Januar 1915 erfolgen sollte, die aber durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis auf weiteres verhindert wurde. Erst 1927 wurden erneut erfolgversprechende Verhandlungen aufgenommen. Die durch die Vorkriegseingemeindungen gewonnenen Flächen waren inzwischen zum größeren Teil bebaut, und es war auch der unhaltbare Zustand eingetreten, daß die Bebauungspläne im Süden, Südwesten und Westen der Stadt „heute allein von dem wohlwollenden Mitwirken des Gemeinderats Bulach" abhingen. Umgekehrt war Bulach selbst in immer größere Abhängigkeit

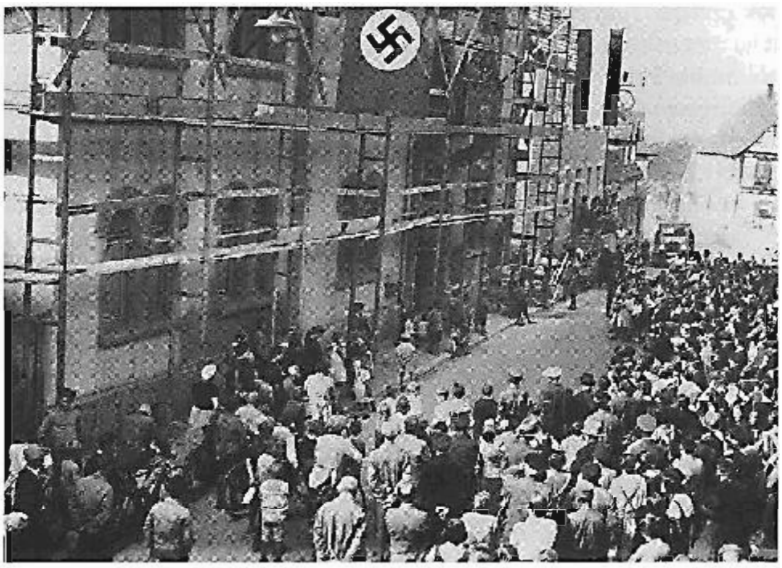
von der Stadt geraten z. B. durch den Anschluß an die städtische Stromversorgung noch während des Krieges. Auch über die Gasversorgung hatte man im Jahre 1908 zum erstenmal verhandelt. Einige Bulacher Fabriken waren bereits vor der Eingemeindung an das Karlsruher Netz angeschlossen, darunter seit 1913 die Wäscherei Iken, seit 1924 die Papierfabrik Braun & Co und seit 1925 die Rheinischen Blechwarenwerke AG. Als Bulach 1927 erneut den Anschluß an das Karlsruher Gasnetz beantragte, machte die Stadt deutlich, daß der Preis über dem Karlsruher liegen werde, es sei denn, man komme zu einer Einigung über die Eingemeindung. Die Verhandlungen über die Gasversorgung Bulachs mündeten deshalb rasch in Eingemeindungsverhandlungen. Obwohl der Eingemeindungstermin auf den 1. April 1929 schon vereinbart worden war, beschloß der Bulacher Gemeinderat noch am 11. Dezember 1928 die Errichtung einer Turnhalle. Diese Turnhalle konnte bis zur Eingemeindung allerdings nicht mehr fertiggestellt werden. Deshalb stimmte der Karlsruher Stadtrat erst zu, die Turnhalle binnen eines Jahres fertigzustellen, nachdem Bulach mit einer Verlängerung der Frist für den Straßenbahnanschluß einverstanden war. Daß noch im Jahr 1929 die Weltwirtschaftskrise begann, war bei Vertragsabschluß nicht abzusehen. Die Bulacher Turnhalle rückte angesichts der städtischen Finanznot (siehe unten) schnell auf der Prioritätenliste nach hinten. Erst 1971 griff eine neugegründete Arbeitsgemeinschaft der Bulacher Vereine die Turnhallenfrage wieder auf. 1988 wurde sie schließlich eingeweiht.

Im Generalbebauungsplan von 1926 wurde auch die Eingemeindung von Knielingen für unbedingt erforderlich gehalten, das wie Bulach schon früher in den Karlsruher Blickwinkel geraten war. Im Jahr 1914 hatte ein in Knielingen wohnender Oberrevisor namens Ruf die Eingemeindung des Dorfes angeregt. Der Weltkrieg verhinderte auch in diesem Fall zunächst die weitere Verfolgung des ohnehin nur vage formulierten Plans. Ein anläßlich der bevorstehenden Bulacher Eingemeindung erschienener Zeitungsartikel vom 17. März 1928 stellte fest, daß eine Eingemeindung von Knielingen, die angesichts des Baus einer festen Rheinbrücke bei Maxau (siehe unten) akut werde, sich wohl schwieriger gestalten werde als bei Bulach, da die Knielinger Bevölkerung sehr stark an ihrer Selbständigkeit hänge. Die maßgebenden Stellen in Knielingen seien allerdings der Ansicht, daß Knielingens Eingemeindung kommen müsse.[113] Bestätigt wurde dieser Bericht durch den Knielinger Bürgermeister Jakob Dörr. In Knielingen sei wohl ein Teil der Bevölkerung für die Eingemeindung nach Karlsruhe, in den Gemeindekollegien seien aber die „jetzigen mehr bäuerlichen Mehrheiten ... konservativ gesinnt und deshalb für die Eingemeindung nicht leicht zu haben. Er selbst nehme in dieser Sache eine neutrale Stellung ein."[114]

Bis 1933 tat sich nichts Entscheidendes, zumal Karlsruhe darauf verzichtete, den städtischen Zuschuß zum Bau der Rheinbrücke zwingend von einer Eingemeindung Knielingens abhängig zu machen, um den dringend erforderlichen Brückenbau nicht zu gefährden. Oberbürgermeister Finter hatte aber dem Land gegenüber betont, daß die Eingemeindung der Gemeinde Knielingen zwingend sei und man auf die künftige Unterstützung der Regierung hoffe. Am 27. Februar 1930 teilte Finter dem Stadtrat auf Anfrage mit, daß der Eingemeindungsvertrag bereits ausgearbeitet und die Knielinger Arbeiterbevölkerung zur Eingemeindung bereit sei, während die Bauern sich nach wie vor sträubten. Man werde aber notfalls den Weg des Gesetzes beschreiten. Bis Anfang 1933 wurden nur die bereits bestehenden Denkschriften zur Eingemeindung Knielingens aktualisiert. Ernsthafte Schritte unterblieben aber angesichts der nach wie vor bestehenden wirtschaftlichen Krise. Erst nach der Machtübernahme der NSDAP kam wieder Bewegung in die Angelegenheit. An der ablehnenden Haltung vieler Knielinger hatte sich aber nichts geändert, so daß man nach wie vor davon ausging, die Eingemeindung erzwingen zu müssen.[115] Die Argumente für eine Eingemeindung waren nur noch z. T.

dieselben wie 1928: der Bau einer festen Rheinbrücke erfordere, daß diese rechtsrheinisch auf Karlsruher Gemarkung liege. Außerdem sei die Knielinger Gemarkung notwendig, um den erforderlichen Platz für neuen Wohnraum zu bekommen, wobei vor allem an eine „Entstädterung, d. h. Schaffung von kleinen Eigenheimen mit größeren Hausgärten" gedacht war.[116] Diese Argumentation paßt zu den großstadtfeindlichen, eher an Kleinsiedlungen orientierten Vorstellungen der Nationalsozialisten. Ein weiteres Argument besaß aber unter den neuen Machthabern entscheidendes Gewicht: Die Stadt Karlsruhe könne nach der Eingemeindung Knielingens sagen, sie liege tatsächlich am Rhein und die Rheinbrücke Maxau werde zur Karlsruher Rheinbrücke. Hierdurch wurde die Eingemeindung Knielingens zu einem Faktor in den Plänen des Reichsstatthalters Robert Wagner für die badische Gau- und Landeshauptstadt.

Im Juni 1934 wies eine Aufstellung der Stadtverwaltung nach, daß 38% der Knielinger Bevölkerung 1933 von der Arbeit in Karlsruhe abhingen. Dies und die wirtschafts- und wohnungspolitischen Argumente hätten allein wohl kaum ausgereicht, die Zustimmung Wagners zu bekommen. Am 21. Juni berichtete Oberbürgermeister Jäger aber über „eine eindrucksvolle Sitzung" in dieser Angelegenheit. „Der Statthalter wolle Karlsruhe zur Residenz des südwestlichen Kulturgaues machen. Von Knielingen aus könne er seine Pläne nicht betreiben, da müsse die Stadt mit ihren Mitteln dahinterstehen. Es bedeute, dass Karlsruhe ausdrucksfähig am Rhein in Erscheinung treten müsse. Es werde 3 Bollwerke an der Grenze geben: Saarbrücken, Karlsruhe und Freiburg. Nicht der paar Bauplätze wegen unterstütze der Reichsstatthalter die Stadt Karlsruhe, sondern um der Durchführung einer großen Kulturaufgabe willen. Bei dieser Grundeinstellung habe er (Sprecher) die Auffassung der Stadt nicht mehr des langen und breiten vorgetragen; dies hätte nur abgeschwächt. Der Vertreter von Knielingen habe es sich nicht versagt, seine Kleinigkeiten vorzubringen. Der Statthalter habe verlangt, dass bis zum 15. Juli eine Einigung herbeigeführt sein müsse. Der Ortsbauernführer von Knielingen und der Gemeinderat wollten sich nicht an den Verhandlungstisch setzen. Einen positiven Vorschlag würden sie nicht machen und es lieber auf ein Machtwort des Statthalters ankommen lassen." Obwohl Wagner keinen Zweifel gelassen hatte, daß die Eingemeindung „aus grenzlandpolitischen Gründen durchgeführt werden müsse", ließ der Knielinger Gemein-



Kreisleiter Worch sprach anläßlich der Eingemeindung von Knielingen am 1. April 1935 vom Balkon des Knielinger Rathauses.

derat am folgenden Tag eine Besprechung mit Karlsruher Vertretern platzen. Wagner duldete aber keinen Widerstand und ließ am 29. Juni 1934 den Eingemeindungstermin auf den 1. April 1935 festlegen. Der Knielinger Gemeinderat erhielt immerhin einige Wochen Zeit, seine Eingemeindungsbedingungen zu formulieren.

Auch die Einschaltung Berliner Stellen blieb erfolglos: Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß soll sich sogar nach einer entsprechenden Intervention gegen eine Eingemeindung ausgesprochen haben, da die Landwirtschaft in Knielingen sonst starken Schaden leide. Zum Eingemeindungszeitpunkt gab es in Knielingen 63 Betriebe mit über 2 ha und 674 kleinlandwirtschaftliche Betriebe bis zu 2 ha, deren Inhaber zumeist noch eine andere Beschäftigung hatten.[117] Der Gesetzentwurf des Innenministeriums vom November 1934 berücksichtigte neben den Vorschlägen der Stadt auch die Forderungen der Landwirtschaftsabteilung des Finanzministeriums zum Schutz der Knielinger Landwirtschaft. Am 1. April 1935 wurde, vorbereitet von einer Reihe von Presseartikeln, die die Gründe für die Eingemeindung und die für beide Seiten entstehenden Vorteile betonten, Knielingen eingemeindet. Es gab aber keinen Eingemeindungsvertrag, sondern nur eine 20 Paragraphen umfassende „Vereinbarung", in denen Karlsruhe fünf „Zugeständnisse" machte, darunter die Beibehaltung eines Gemeindesekretariats und die Übernahme des Bürgermeisters und der Gemeindebediensteten in städtische Dienste. Der Stadt entstand eine geringe finanzielle Mehrbelastung, während Knielingen etwas entlastet wurde.[118] Die Stadt wuchs damit um 5.012 Einwohner, die Gemarkung nahm um rund 2.087 ha zu. Mit Knielingen kamen auch zwei weitere größere Industrieunternehmen zu Karlsruhe, und zwar die Zellulosefabrik Vogel und Bernheimer und die Badischen Blechpakkungswerke.

Auch im Falle von Durlach begannen die ersten Eingemeindungsverhandlungen schon vor 1933. Am 25. Juli 1931 beantragte der Evangelische Volksdienst im Durlacher Stadtrat, sofort mit der Stadt Karlsruhe Eingemeindungsverhandlungen aufzunehmen.[119] Bei den Beratungen über diesen Antrag war man grundsätzlich für eine Eingemeindung, aber es sollte zunächst nur Fühlung mit Karlsruhe aufgenommen werden. Die wirtschaftliche Notsituation, die Durlach damals in noch sehr viel höherem Maße als Karlsruhe traf, trug zu diesem Antrag wesentlich bei. In Karlsruhe kannte man aber die wirtschaftliche Lage der Nachbarstadt und war sehr zurückhaltend. In Durlach selbst wurde die Eingemeindung heftig diskutiert. Ein Befürworter stellte fest: „Die infolge besonderer trüber Zeitumstände altersschwache, müde, hilfsbedürftige Mutter kann ihr Haupt getrost in den Schoß ihrer kräftig emporgeblühten Tochter legen."[120] Dies war aber durchaus nicht Mehrheitsmeinung. Da sich inzwischen auch im Durlacher Stadtrat ein Stimmungswandel vollzogen hatte, brach man die Verhandlungen mit der ohnehin nicht allzu verhandlungsbereiten Stadt Karlsruhe noch im Dezember 1931 ab.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ging die Initiative zur Eingemeindung Durlachs von der badischen Gauleitung aus: Im Jahr 1935 wurde ein erster Vorstoß der badischen Regierung in Berlin aber mit dem Hinweis abgelehnt, daß man keine neuen großen Städte bilden wolle. Zwei Jahre später unternahm dann der Karlsruher Oberbürgermeister Adolf Friedrich Jäger einen zweiten Vorstoß. Auch diesmal stand Gauleiter Robert Wagner hinter dem Unternehmen. Diese Unterstützung war letztlich ausschlaggebend, daß die Eingemeindung schließlich trotz des energischen Durlacher Widerstands vollzogen wurde. Wie schon bei der Eingemeindung Knielingens stand die Rolle Karlsruhes als Gauhauptstadt und deren Ausbau im Vordergrund. Wagner betonte dies auch in einer öffentlichen Versammlung in Durlach, als er u. a. ausführte, daß Karlsruhe als Hauptstadt Südwestdeutschlands außerordentliche Aufgaben zu lösen habe und es deshalb nicht gleichgültig sei, ob die Stadt 150.000 oder 160.000 Einwohner oder aber 180.000 oder 190.000 Einwohner habe.

Die Eingemeindung Durlachs wurde „durch Entschließung des Herrn Reichsstatthalters" am 1. April 1938 vollzogen. Es gab auch hier keinen Eingemeindungsvertrag, sondern wiederum eine „von nationalsozialistischem Geiste getragene Vereinbarung", die u. a. den Bau eines großen Krankenhauses und die weitere Erschließung von Wohngebieten vorsah. Beide Vereinbarungen wurden zumindest bis 1945 nicht eingehalten, da der Kriegsbeginn im folgenden Jahr die Umsetzung dieser Pläne verhinderte. Durlach behielt eine Verwaltungsstelle mit Standesamt und Friedhofsverwaltung, eine Zweigstelle der Stadthauptkasse, eine Außenstelle des Fürsorgeamtes, des Stadtbauamtes und Vermessungsamtes, des Bauhofes und des Gartenamtes. Doch ansonsten gab Durlach mit dieser Vereinbarung jede Selbständigkeit auf. Es war letztlich eine von den Durlachern wenig geliebte und akzeptierte Eingemeindung, worüber auch die am 1. April im Karlsruher Rathaus in Anwesenheit des Reichsstatthalters Robert Wagner und des Innenministers Karl Pflaumer stattfindende Feierstunde nicht hinwegtäuschen konnte.

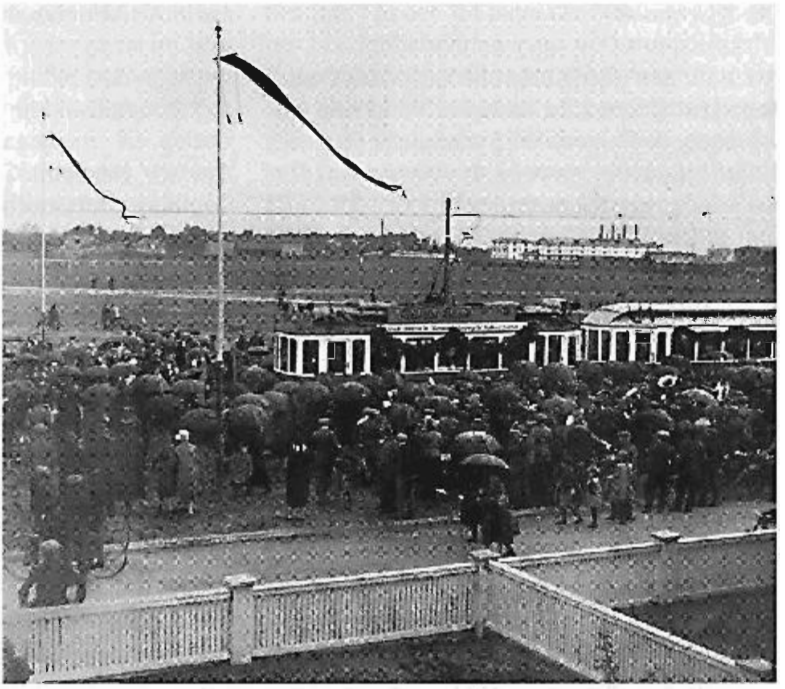
Auch Hagsfeld wurde zum selben Termin aufgrund einer Anordnung des Reichsstatthalters eingemeindet. Auch hier wurde eine nur acht Paragraphen umfassende Vereinbarung beschlossen, die u. a. vorsah, daß den Hagsfeldern der Bürgergenuß weiter gewährt werden solle. Die Verhandlungen über eine Eingemeindung Hagsfelds hatten ebenfalls bereits 1929 begonnen, waren aber angesichts der beginnenden Weltwirtschaftskrise und des Umstandes, daß „die Stadt Karlsruhe keinen Anlaß hat, von sich aus auf die Eingemeindung von Hagsfeld besonderen Wert zu legen",[121] bald wieder eingestellt worden. Auch als Hagsfeld Ende 1933 erneut Eingemeindungsverhandlungen anregte, stellte der Karlsruher Oberbürgermeister Jäger fest, daß sich gegenüber 1929 nichts geändert habe. „Allgemein ist zu sagen, daß die Entwicklung der Stadt Karlsruhe nach dem Westen drängt, nicht nach Nordosten, wo Hagsfeld liegt ... " Dennoch wurde Hagsfeld wie Knielingen und Durlach ebenfalls im Interesse der Vergrößerung und Stärkung der Gauhauptstadt eingemeindet. Insgesamt vergrößerte sich die Karlsruher Stadtgemarkung im Dritten Reich um rund 5.800 ha, d. h. sie hatte sich seit 1929 nahezu verdoppelt. Die Entwicklung wäre ohne Zweifel auch unter anderen politischen Verhältnissen in diese Richtung gegangen. Unter den Bedingungen des „Führerstaats" ließen sich nur die Widerstände in den eingemeindeten Orten leichter überwinden. Diese Eingemeindungen hatten natürlich auch Auswirkungen auf die Verkehrsentwicklung der badischen Landeshauptstadt.

Die Verkehrsentwicklung 1914–1945

Die Straßenbahn

Nach dem Krieg blieb das Karlsruher Straßenbahnnetz zunächst noch mehrere Jahre unverändert. Erst ab 1926 wurde es wieder sukzessive erweitert, wie bereits seit längerem geplant war. Von den bestehenden acht Linien des 26 Kilometer umfassenden Netzes waren die Linien 1 (Rheinhafen-Durlach), 2 (Mühlburg-Schlachthof über Hauptbahnhof) und 3 (Ring) am stärksten frequentiert.[122] In der Nachkriegszeit war die Zahl der Fahrgäste zunächst kontinuierlich gesunken und stieg erst nach dem Ende der Inflation wieder an.

Kriegsbedingt war vor allem die geplante Anbindung der Vororte erheblich verzögert worden. Ein Teil der vorbereitenden Arbeiten wurde aber schon als Notstandsarbeiten durchgeführt (siehe unten). Bis 1928 entstanden neue Linien nach Knielingen, Beiertheim und Daxlanden sowie durch die Rüppurrer- und die Kapellenstraße. Die Linie in der Moltkestraße wurde von der Stösser- bis zur Hardtstraße verlängert. Bereits im Jahr 1915 hatte die Stadt die Linien der früheren Lokalbahn nach Durmersheim und Spöck sowie vom „Kühlen Krug" über Grünwinkel nach Daxlanden eröffnet. Die Linie nach Spöck wurde 1922 wieder eingestellt, so daß die Gleise in Hagsfeld endeten. 1928 unterhielt die Stadt insgesamt acht Straßenbahnlinien und eine



Einfahrt der ersten Straßenbahn der neuen Linie nach Daxlanden in der Vogesenstraße am 5. Mai 1928.

Autobuslinie, auf denen im Durchschnitt täglich 111.574 Personen befördert wurden. Nach wie vor fuhr auf der Linie Karlsruhe-Durmersheim eine Dampfbahn.

Am 1. Dezember 1926 war die Autobuslinie nach Rüppurr eröffnet worden, deren zwei Autobusse bald nicht mehr ausreichten, so daß dort 1928 bereits sieben Autobusse im Einsatz waren. Die parallel verkehrende Albtalbahn sah sich zunächst nicht in der Lage, den von der Stadt geforderten 10-Minuten-Takt zu gewährleisten. Erst als dies zum 1. Mai 1931 zugesagt wurde, konnte die Omnibuslinie nach Rüppurr wieder eingestellt werden. Innerstädtisch war der Endpunkt der Autobuslinie Anfang 1928 vom Marktplatz zum Hauptbahnhof verlegt, um Parallelfahrten zur Straßenbahn zu vermeiden. 1929 erreichte die Zahl der Fahrgäste mit rund 42 Millionen einen Höhepunkt und übertraf damit den Vorkriegsstand um mehr als das zweieinhalbfache.[123] Zu diesem Zeitpunkt wurden auch verschiedene Güter auf den Straßenbahnschienen transportiert, so die Milch vom Bahnhof zur Milchzentrale in der Zähringerstraße, Marktwaren aus Durlach zu den Karlsruher Märkten oder die Post vom Bahnpostamt zur Hauptpost und zum Postamt Mühlburg.

In der Weltwirtschaftskrise ging die Zahl der Fahrgäste rapide zurück und sank bis 1933 um 36,5 %. Zu diesem Zeitpunkt war auch bereits die letzte Lokalbahnstrecke von Durmersheim nach Spöck geschlossen worden. Nun wurden auch Stimmen nach einer Privatisierung städtischer Betriebe, darunter der Verkehrsbetriebe, immer lauter. Als dies auch ein wichtiges Thema des Kommunalwahlkampfes 1930 wurde, bekannte sich Oberbürgermeister Finter mit einem klaren „Hände weg von den Gemeindebetrieben!" dazu, daß „vor allem die Verkehrsbetriebe und die Werke ... zu den ureigensten Aufgaben der Gemeinden" gehören und „in ihrer Verwaltung stehen" müssen, „wenn sie ihren Zweck, für das Wohl der Bevölkerung zu sorgen, erfüllen sollen."[124]

Mit der langsamen wirtschaftlichen Erholung seit 1933 stiegen auch die Fahrgastzahlen wieder an. Bis 1937 war der Rückgang aber erst zur Hälfte aufgeholt.

Die Eisenbahn

Auch für den über Karlsruhe laufenden Personeneisenbahnverkehr hatte der Weltkrieg einschneidende Folgen, 1925 waren erst 60 % des Vorkriegsstandes erreicht. Immerhin verkehrten wieder elf Schnellzüge in Nord-Süd und fünf in Ost-West-Richtung, darunter seit 1924 nach intensiven Bemühungen auch der legendäre Orientexpreß Paris-Wien-Bukarest. Drei Schnellzüge fuhren über den Schwarzwald nach Konstanz. Trotz der nach wie vor wegen der fehlenden festen Rheinbrücke bei Maxau schwierigen Verbindung in die Pfalz und das Saarland blieb Karlsruhe weiterhin ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt.[125]

Die Forderung nach einer festen Rheinbrücke war während der Weimarer Republik immer im Gespräch, da Karlsruhe viele landwirtschaftliche Produkte aus der Pfalz bezog und umgekehrt viele Waren dorthin gingen. Auch die kulturelle Anziehungskraft der badischen Landeshauptstadt auf die Pfalz litt unter der schlechten Verkehrsanbindung. Die Befürworter einer festen Rheinbrücke sammelten sich seit 1912 in einem Verein und trugen ihre Forderungen wie der Karlsruher Geograph Friedrich Metz nachdrücklich vor. Da die Pfalz noch französisch besetzt war, spielte auch das Argument der deutschen Einheit eine wichtige Rolle. Metz kam zu dem Schluß, daß beide Rheinseiten „auf Gedeih und Verderb" miteinander verbunden seien und die Städte, hier vor allem Karlsruhe, eine wichtige Mittler- und Führungsrolle übernehmen müßten.[126] 1926 konnte Oberbürgermeister Finter die Bewilligung der Reichszuschüsse und damit den Bau der Brücke bereits als sicher melden. Drei Jahre später mußte er von erheblichen Schwierigkeiten berichten, die dem Projekt von der französischen Besatzungsmacht der Pfalz gemacht würden.[127] Gebaut wurde die Rheinbrücke schließlich daher erst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme und am 17. Januar 1938 eingeweiht (siehe unten). Gegen Ende des Krieges wurde die Brücke von deutschen Truppen auf dem Rückzug zur Sprengung vorbereitet, die dann durch Artilleriebeschuß ausgelöst worden sein soll.

Der Straßenverkehr

Am 10. Dezember 1938 eröffnete NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner die Reichsautobahn zwischen Karlsruhe/Ettlingen und Karlsruhe/Pforzheim. Nun bestand eine durchgehende Autobahnverbindung von Göttingen über Frankfurt und Karlsruhe bis nach Salzburg in einer Gesamtlänge von 754 Kilometern. Wie kaum eine andere Legende hält sich bis heute der Mythos von den „Straßen Adolf Hitlers." Die Planungen der Autobahnen reichen aber bis weit in die Weimarer Republik zurück.[128] Im September 1926 fand auf Einladung des Wirtschaftsamtes der Stadt Frankfurt eine Besprechung über eine Autostraßenverbindung Hamburg–Mailand statt. Kurz darauf wurde auch Karlsruhe zur Gründungsversammlung eines Vereins zur Vorbereitung der Autostraße Hamburg-Frankfurt-Basel (HAFRABA) eingeladen. Man entsandte den zuständigen Bürgermeister Hermann Schneider, der sich schon seit mehreren Jahren im Zuge der Erarbeitung des Karlsruher Generalbebauungsplans mit dem Problem einer Autobahn befaßt hatte. Der Generalbebauungsplan ging davon aus, daß der Kraftwagenverkehr „in den kommenden 4–5 Jahrzehnten einen derartigen Umfang annehmen wird, daß eine Vernachlässigung des Kraftwagenproblems bei Planung der künftigen Stadt schwere, kaum wieder gutzumachende Fehler im Gefolge haben müßte."[129] Deshalb forderte man u. a., die alten Landstraßen, die den Erfordernissen des modernen Kraftwagenverkehrs nicht mehr gewachsen seien, durch Schnellstraßen zu entlasten. Auch im Stadtbild nahmen die Automobile in den 20er Jahren deutlich zu. Am 7. Januar 1924 wurde deshalb die erste Tankstelle eröffnet, der innerhalb von vier Jahren 22 weitere folgten.

Vorbild der HAFRABA waren die Autobahnen des Italieners Piero Puricelli, mit denen dieser seit 1922 Mailand mit den oberitalienischen Seen verband. Puricelli wurde deshalb

auch beratendes Mitglied des HAFRABA-Vorstands. Auch Karlsruhe wäre gerne im Vorstand vertreten gewesen, mußte sich aber mit der Berufung Hermann Schneiders in den technischen Ausschuß begnügen. Es gelang auch nicht, den „schönen Namen des Vereins" zu verändern und um den Bestandteil „Karlsruhe" zu erweitern.[130]

In den folgenden Jahren bis 1933 entstanden zwar detaillierte Planungen, an deren Realisierung aber vorläufig, vor allem nach Beginn der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929, nicht zu denken war. Der Deutsche Städtetag prüfte schon 1930, ob weitere Mitgliedsbeiträge für den HAFRABA e. V. angesichts berechtigter Zweifel an der Realisierung der Pläne überhaupt noch zu verantworten seien. Bis 1933 senkte man deshalb mehrmals die Beiträge der Städte. Auch die Presse hatte zunehmend Bedenken, der „Badische Beobachter" stellte z. B. am 28. Januar 1932 fest: „Wir haben heute andere Sorgen als den Bau einer Luxusstraße für Autos." Zu diesem Zeitpunkt vertrat auch die inzwischen schon zur stärksten Partei in Karlsruhe aufgestiegene NSDAP keine andere Position.

Am 12. April 1933 erhielt die Stadt Karlsruhe dann von der HAFRABA die Mitteilung, „daß der Herr Reichskanzler Adolf Hitler sich für die Ausführung unseres Vorhabens sehr interessiert und im Verlauf eines zweimaligen Empfangs in mehrstündiger Unterredung unser gesamtes Material, Modelle usw. angesehen hat." In der Tat hatte die NSDAP nach ihrer Machtübernahme eine verkehrspolitische Kehrtwendung vollzogen. Nun war man bereit, nicht nur die bereits sehr weit gediehenen Pläne zu realisieren, sondern diese ganz für sich in Anspruch zu nehmen. Noch im August 1932 war es nicht gelungen, den Autobahnbau als Teil eines staatlichen Notprogramms zur Arbeitsbeschaffung zu verwirklichen. Gerade den arbeitsmarktpolitischen Effekt des Autobahnbaus nutzte die NSDAP aber nach dem März 1933 aus, obwohl dieser nie so gewaltig war, wie ihn die NS-Propaganda erscheinen ließ. 1937 arbeiteten z. B. durchschnittlich nur 950 Arbeiter beim Autobahnbau im Bereich der Stadt Karlsruhe.

Am 27. Juni 1933 wurde die rechtliche Grundlage zum Autobahnbau geschaffen, am 30. Juni ernannte Hitler den Pforzheimer Bauingenieur Fritz Todt zum „Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen", am 25. August ging die HAFRABA in die „Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahnen e. V." über. Nur wenig später, am 23. September, begann der Bau der Autobahn Frankfurt-Basel, die am 1. Oktober 1937 Karlsruhe erreichte. Ein Jahr später war auch die Verbindung nach Pforzheim und damit bis Salzburg fertiggestellt. Der geplante Weiterbau in Richtung Basel konnte wegen des Beginns des Zweiten Weltkrieges nicht realisiert werden – dieser wurde erst 1962 abgeschlossen. Militärische Gesichtspunkte waren bei der Planung der Auto-

Postkarte der Reichsautobahn bei Karlsruhe-Durlach, Foto 1938.

bahnen zwar auch angesprochen worden, spielten aber nicht die ausschlaggebende Rolle, die ihnen lange Zeit zugeschrieben wurde.[131]

Der Schiffsverkehr

Der Rheinhafen, dessen Umschlag 1913 mit knapp 1,5 Millionen Tonnen die vorläufige Höchstmarke erreicht hatte, wurde 1916 um das Nordbecken erweitert.[132] Der Umschlag erreichte im Ersten Weltkrieg allerdings nicht mehr den Vorkriegshöchststand und sank nach der Kapitulation rapide. 1920 fiel er gar wieder unter die Millionengrenze wegen einer „seit der Entstehung der Großschiffahrt noch nicht beobachteten Wasserknappheit." Im Jahr 1922 erholte sich der Umsatz zwar wieder und ging 1923 dann aber wegen der Ruhrkrise und der Besetzung des Karlsruher Rheinhafens wieder stark zurück. 1924 setzte ein erneuter Aufschwung ein, der erst gegen Ende des Zweiten Weltkrieges abrupt unterbrochen wurde. Selbst in den Weltwirtschaftskrisenjahren 1929 bis 1932 hielt der Aufwärtstrend an, was nicht zuletzt an der 1930 abgeschlossenen Rheinregulierung der Strecke Mannheim-Sondernheim lag. 1928 war Karlsruhe nach Duisburg, Mannheim, Ludwigshafen und Köln der fünftgrößte deutsche Rheinhafen.[133] Die Expansion war in erster Linie zu Lasten des Mannheimer Rheinhafens erfolgt, der 1904 noch fast drei Viertel des Schiffverkehrs auf dem Oberrhein abgewickelt hatte, in den 20er Jahren aber nur noch ein Drittel.[134] Beschäftigt waren beim Städtischen Hafenamt im Durchschnitt 130 Arbeiter und 35 Beamte. Dieser Personalstand wurde auch in den folgenden Jahren gegen den allgemeinen Trend im wesentlichen gehalten.[135]
Der im Vergleich mit der Gesamtentwicklung des Rheinschiffahrtsverkehrs, der 1929 einbrach und 1932 nur noch rund 65 % des Standes von 1929 umfaßte, relativ stabile Umschlag im Karlsruher Rheinhafen nahm dafür in den Jahren 1933 bis 1936 nur noch unwesentlich zu, als der Rheinschiffahrtsverkehr insgesamt wieder stark anstieg. Die Eröffnung des Hafens in Heilbronn im Jahr 1935 und die Angliederung des Saarlandes, das nun verstärkt den südwestdeutschen Raum mit Kohle versorgte, dämpfte den Aufwärtstrend zusätzlich.
In den 30er Jahren erhielt der Rheinhafen auch seine heutige Größe, 1934 konnte das Südbecken eingeweiht und die Verbreiterung des Stichkanals zum Rhein abgeschlossen werden. Das Rheinhafengebiet war im Zweiten Weltkrieg immer wieder das Ziel alliierter Bombenangriffe und trug erhebliche Schäden davon. 1945 waren von den vier Werfthallen drei völlig zerstört, die vierte erheblich beschädigt. Der Siloteil des Getreidelagers war ausgebrannt und die Werkstattgebäude fast völlig zerstört. Das Schleppboot „Fidelitas" und das Personenschiff „Rhein" waren versenkt. Der Umschlag, der 1945 nur noch rund 2500 Tonnen betragen hatte, erreichte 1948 aber wieder die Millionengrenze.[136]

Der Luftverkehr

Wie in anderen deutschen Städten wurde auch in Karlsruhe die Stadtverwaltung Ende 1924 aktiv und gründete gemeinsam mit den führenden Firmen des Handelskammerbezirks und der Junkers Flugzeugwerke AG die Badische Luftverkehrs-Gesellschaft m. b. H. Vorbild war offensichtlich die im Herbst gegründete Luftverkehr A.G. Württemberg.[137] Bereits in den Jahren 1913/14 war auf dem Exerzierplatz eine einfache „Flugzeuglandestelle" entstanden, die für „Zwischenlandungen bei größeren, von bedeutenden deutschen Flugorganisationen veranstalteten Zuverlässigkeitsflügen auch tatsächlich benützt wurde."[138] Diese Entwicklung wurde durch den Krieg und die anschließenden Beschränkungen des Luftverkehrs durch die Siegermächte unterbrochen. Erst 1924 entstand auf dem ehemaligen Exerzierplatz in relativ kurzer Zeit ein Flugplatz, dessen Bauarbeiten als Notstandsarbeiten durchgeführt wurden (siehe unten) . Auf dem alten Exerzierplatz war am 11. November 1920 erstmals ein Flugzeug der Linie Frankfurt–Lörrach gelandet. Die erfor-

derlichen Gebäude erstellte die Stadt, die das Gelände vom Land gepachtet hatte. Die Luftfahrtsgesellschaft war nur Mieter.[139] Die Stadt hatte dem Standort Exerzierplatz den Vorzug vor dem Rintheimer Feld im Osten der Stadt gegeben, obwohl dort seit Beginn des Ersten Weltkrieges zahlreiche Kleingärtner ihre Gärten angelegt hatten. Von dem Exerzierplatz versprach man sich aber langfristig die besseren Entwicklungsmöglichkeiten.[140]

Bereits im Frühjahr 1925 konnten die ersten Flugzeuge auf dem Flugplatz landen, der ungewöhnlich nahe am Stadtzentrum lag, so daß kaum ein Zeitverlust durch die An- und Abfahrt entstand. Schon im ersten Betriebsjahr wurden annähernd 2.000 Fluggäste befördert und 75.000 Flugkilometer mit eigenen Flugzeugen zurückgelegt, obwohl nur im Sommerhalbjahr geflogen werden konnte. Erst 1934 wurde der Flugplatz Karlsruhe in den Winterflugplan der Lufthansa mit der Linie Karlsruhe-Müllheim einbezogen. Die Gesellschaft verfügte über fünf viersitzige Verkehrsmaschinen der Firma Focke-Wulf aus Bremen. Karlsruhe erhielt noch im Jahr 1926 eine eigene Flugverbindung Karlsruhe-Berlin und eine Zwischenlandung der internationalen Linie Frankfurt–Basel–Genf–Lyon–Marseille. 1926 richtete die Badische Luftverkehrsgesellschaft in der Reithalle der Telegraphenkaserne auch eine eigene Flugzeugwerft ein, die sich in den folgenden Jahren gut entwickelte und noch 1932 mitten in der Weltwirtschaftskrise Vollbeschäftigung meldete.

1926 schloß sich die Karlsruher Luftfahrtgesellschaft mit einer zur gleichen Zeit in Mannheim entstandenen Gesellschaft zur Badisch-Pfälzischen Luft Hansa AG zusammen, die aber keine eigenen Flüge mehr durchführte. Dies übernahm die ebenfalls in diesem Jahr gegründete Deutsche Lufthansa. Im Jahr 1928 gab es drei Fluglinien, von Karlsruhe nach Köln und von Karlsruhe nach München. Außerdem landeten die Maschinen der Linie Frankfurt–Konstanz in Karlsruhe zwischen. In Karlsruhe gewartet wurden fünf Verkehrsmaschinen und etliche Sportflugzeuge.[141]

1932 waren weitere Flugverbindungen hinzugekommen, so daß nun von Karlsruhe aus 39 deutsche und europäische Städte angeflogen werden konnten.[142]

Seit 1928 waren Stadt und Landesregierung auch intensiv darum bemüht, den von der Zeppelin-Werft Friedrichshafen in der Oberrheinebene geplanten Zeppelinflughafen nach Karlsruhe zu holen. Die Verhandlungen zogen sich aber bis in die 30er Jahre hinein, so daß nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die neuen Machthaber, die offensichtlich andere Pläne hatten, dieses Projekt nicht weiter verfolgten und der Stadt am 3. November 1936 schließlich dessen Einstellung mitteilten. Auch der Luftverkehr war inzwischen auf nur noch eine Linie zusammengeschrumpft, wie das nationalsozialistische Parteiorgan „Der Führer" mitteilte und sich einen Verweis wegen dieser Veröffentlichung einhandelte, da dem Flugplatz wie jedem andern auch militärische Bedeutung zukomme.[143] Diese militärische Bedeutung wurde aber durch die Grenznähe wesentlich herabgesetzt, so daß selbst durchfliegende Militärflugzeuge hier nicht aufgetankt werden durften. Dennoch stand der militärische Aspekt auch beim Karlsruher Flughafen, der als Fliegerübungsstelle und als Standort einer Reichsportfliegerschule des Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK) genutzt wurde, zunehmend im Vordergrund.

Die Werft war nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ebenfalls zunehmend in Schwierigkeiten geraten, nachdem 1934 die eigenen Maschinen bis auf eine an das Luftfahrtsministerium abgegeben werden mußten und auch die Sportflugzeuge an den Deutschen Luftsportverband übergegangen waren. Wohl nicht zu Unrecht vermutete man, daß diese Maßnahmen mit der allgemeinen Verlagerung kriegswichtiger Betriebe aus dem deutsch-französischen Grenzgebiet zu tun hatten. Folgerichtig blieb auch der Neubau der Flugzeughalle und eines Verwaltungsgebäudes, die am 30. August 1934 einem Brand zum Opfer gefallen waren, ohne jeglichen Reichszuschuß. Immerhin erreichte die Stadt die Zusicherung des Luftfahrtministeriums, der Werft weiterhin Aufträge zu erteilen, so daß die Neu-

Blick auf die Startbahn des Karlsruher Flughafens, Foto um 1935.

bauten durchgeführt werden konnten. Als die Heeresverwaltung 1937 die von der Werft genutzten Teile der Telegraphenkaserne zurückforderte, entstanden im Bereich der damaligen Hindenburg- und heutigen Erzbergerstraße neue Werftgebäude. Eine geplante Erweiterung des Flughafens, der seit dem 1. April 1935 Flughafen Karlsruhe–Baden-Baden hieß und den seit diesem Jahr auch die legendäre JU 52 anflog, konnte wegen des Beginns des Zweiten Weltkriegs nicht mehr vollständig realisiert werden.

Die Werft gehörte nach Kriegsausbruch zu den Betrieben, die wegen der Frontnähe nach Böblingen ausgelagert wurden. Erst im August des folgenden Jahres konnte sie zurückverlagert werden und ihre Tätigkeit in Karlsruhe weiterführen. Im Krieg wurde der Flugplatz wiederholt das Ziel alliierter Bombenangriffe, so am 3. September 1942, als die Werfthallen schwer getroffen und zehn Flugzeuge stark beschädigt wurden.[144] Gegen Kriegsende waren die meisten Gebäude des Flughafens weitgehend zerstört. 30 Jahre nachdem der Luftkrieg Karlsruhe zum ersten Male erreicht hatte, waren Flugplatz und weite Teile der Stadt durch feindliche Bomben zerstört.

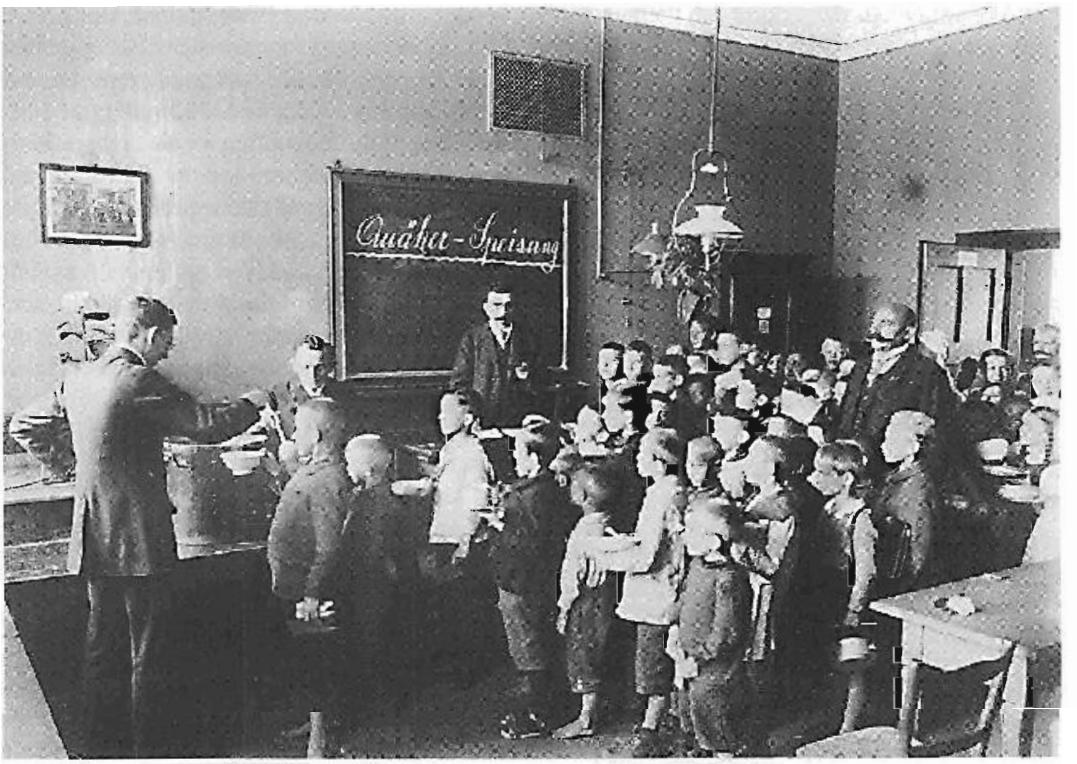
Soziale Lage und wirtschaftliche Entwicklung der „Grenzstadt" 1919–1929

Das Jahr 1918 war für die Karlsruher und Karlsruherinnen nach mehr als vier Kriegsjahren ruhig zu Ende gegangen: am Silvesterabend schlossen die Wirtschaften um 22.00 Uhr, der Verkauf von Feuerwerkskörpern war verboten worden. Dennoch wurde das Neue Jahr mit „Fröschen" und „Schwärmern" und ähnlichem begrüßt, und die Glocken, „soweit solche noch vorhanden waren", läuteten beim Anbruch des neuen Jahres.[145] Die Hoffnungen auf eine positive Entwicklung sollten sich nicht so bald verwirklichen. Das im Kaiserreich zusammengewachsene badisch-elsässisch-pfälzische Wirtsschaftgebiet wurde zerrissen, Karlsruhe verlor als Grenzstadt sein wirt-

schaftliches Hinterland, und die Beziehungen zur Pfalz wurden durch die dortige französische Besatzung erheblich erschwert.
Die soziale Lage weiter Bevölkerungskreise blieb deshalb angespannt. Am 28. Februar 1919 verabschiedete eine von 14.000 Personen besuchte Kundgebung der SPD und des Gewerkschaftskartells in der Festhalle und auf dem Festplatz eine Resolution zur aktuellen sozialen Lage: „Die Notlage der Verbraucher wird immer größer. Die Ernährung für die Zeit bis zur neuen Ernte ist nicht sichergestellt. Der Wucher erhebt noch immer schamlos sein Haupt, und das Wohnungselend nimmt immer größeren Umfang an."[146]

Die Versorgungslage 1919–1923

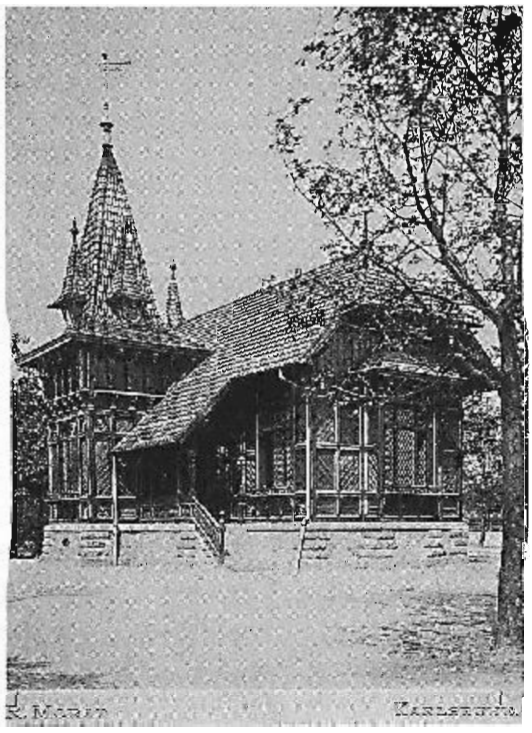
Die Lebensmittelversorgung blieb auch in den ersten Nachkriegsjahren noch unzureichend, so daß behördliche Regelungen nach wie vor erforderlich waren. Zwar konnten noch 1919 die Aufgaben des Kartoffelamts dem Nahrungsmittelamt übertragen und die Bewirtschaftung der Eierversorgung sowie der Kartenzwang für Seife aufgehoben werden, problematisch blieb aber die Versorgung mit Fleisch, so daß noch in demselben Jahr die Tagesration von 300 auf 200 g gesenkt werden mußte.[147] Angesichts starker Preissteigerungen veranstalteten das Gewerkschaftskartell und der Zentralrat der Betriebsräte am 6. Juli 1920 auf dem Marktplatz und in den Warenhäusern eine Protestdemonstration, während der es zu antisemitischen Ausschreitungen kam (siehe unten). Die Stadt reagierte rasch und lud noch am Nachmittag des 6. Juni Vertreter des Handels und der Arbeitnehmer zu einer Besprechung ins Rathaus ein. Als greifbares Ergebnis setzte man die Preise für Lebensmittel und Bekleidung aus städtischen Beständen deutlich herab. Linderung brachte den Notleidenden auch die Quäker-Speisung, die am 29. Juni 1920 erstmals verteilt wurde und bis zum 1. April



Quäkerspeisung in einer Karlsruher Schule, Foto Anfang der 1920er Jahre.

1925 zahlreichen Schulkindern zugute kam.[148] Angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Notlage wurden sogar die Faschingsumzüge in den Jahren 1919 bis 1924 verboten.[149]

Probleme bereitete nach wie vor die Versorgung mit Kohle. Im November 1919 mußte die Straßenbahn wegen durch Kohleknappheit bedingten Stromausfalls ebenso wie die Karlsruher Kinos für mehrere Tage ihren Betrieb einstellen.[150] Im Winter 1922/23 wurde Kohle generell nicht in ausreichender Menge geliefert, so daß sogar Rohbraunkohle beigemischt werden mußte. Nach der Rheinhafenbesetzung (siehe unten) Anfang 1923 fielen die Kohlelieferungen aus dem Saarland und dem Ruhrgebiet völlig aus. Ersatz mußte zu höheren Preisen aus Schlesien, Polen und England besorgt werden.[151] Bereits im Herbst 1922 hatte das Fürsorgeamt einen beheizten Schulraum für alleinstehende Frauen und Mädchen beantragt, die keine Mittel für die Beschaffung von Kohle hatten. Die Stadt unterhielt zu diesem Zeitpunkt schon Wärmestuben vor der Festhalle und in der Mittelstandsküche des Vereins für Evangelische Stadtmission. Beide wurden im nächsten Winter 1923/24 zunächst nicht wieder in Betrieb genommen. Statt dessen kamen die Bedürftigen in die städtische Lesehalle in der Karl-Friedrich-Straße, deren rund 300 Besucher pro Tag sich zu zwei Dritteln aus Personen „des verarmten Mittelstandes (Kleinrentner)" zusammensetzte.[152] Angesichts der wirtschaftlichen Notlage, die zur Katastrophe zu werden drohte, wandten sich SPD, USPD, Gewerkschaftskartell, der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa) und der Zentralrat der Betriebsräte mit acht Forderungen der organisierten Karlsruher Arbeiterschaft an den Stadtrat. Am 7. September kam dieser den Forderungen, darunter nach umfassenden Vorsorgemaßnahmen und der Einsetzung einer Kommission, weitgehend nach.[153]



Die Wärmehalle am Festplatz.

Das Jahr 1923 war zugleich Höhe- und zumindest vorübergehender Endpunkt der extremen wirtschaftlichen Not (siehe unten). Die letzten Lebensmittelmarken wurden am 8. September 1923 ausgegeben. Sie verloren zum 1. Januar des folgenden Jahres ihre Gültigkeit, weshalb auch das Nahrungsmittelamt zu diesem Zeitpunkt aufgelöst werden konnte. Erst fünf Jahre nach Ende des Weltkrieges hatte sich die Versorgungslage soweit entspannt, daß auf staatliche und städtische Regelungen verzichtet werden konnte. Dies bedeutete nicht, daß es nicht nach wie vor zahlreiche soziale Notfälle gab. Vor allem die Arbeitslosigkeit blieb ein ständiges Problem.

Arbeitsmarkt und soziale Lage 1919–1924

Mit den zurückkehrenden Soldaten war seit Ende 1918 auch die Zahl der Arbeitslosen angestiegen, da sie kaum Arbeitsplätze vorfanden. Die Stadt konnte hierauf im Rahmen der gesetzlichen Regelungen reagieren. Das im Kaiserreich geschaffene Sozialversicherungssystem umfaßte die Alters- und Invaliditätsversicherung, die Krankenversicherung sowie die Unfallversicherung. Es fehlte aber eine

kollektive, obligatorische Arbeitslosenversicherung. Nach Kriegsende wurden zunächst die Kommunen am 13. November 1918 verpflichtet, eine Fürsorge für Erwerbslose einzurichten, „der sie nicht den Charakter der Armenpflege geben durften."[154] Die Kosten trugen zur Hälfte das Reich, ein Drittel die Länder, das verbleibende Sechstel die Kommunen. Erwerbslosenfürsorge bekam man zunächst für maximal 26 Wochen. Erst im Krisenjahr 1923 (siehe unten) brach dieses System angesichts der sprunghaft steigenden Arbeitslosenzahl schnell zusammen. Deshalb traf man neue Regelungen, die den Hauptteil der Kosten nun je zur Hälfte auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer verlagerte. Die Kommunen trugen ein Neuntel bei, Reich und Länder nur noch sogenannte Anerkennungszahlungen zu dem Verwaltungsaufwand der Kommunen.[155] Nach der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage seit 1925 wurde die Höchstförderdauer auf faktisch bis zu 52 Wochen heraufgesetzt. Den Durchbruch erhoffte man sich von dem „Gesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung"vom 1.Oktober 1927.[156] Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung übernahm nun eine Reichsanstalt als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld für höchstens 26 Wochen wurde zu einem Rechtsanspruch, der unabhängig von der Feststellung der Bedürftigkeit der Betroffenen galt. Die Kosten teilten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ausgelegt war die Versicherung auf die laufende Unterstützung von maximal 800.000 Arbeitslosen. „In Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage"[157] war weiterhin eine im wesentlichen vom Reich finanzierte Krisenunterstützung zuständig. Die betroffenen Dauerarbeitslosen konnten aber zu Pflichtarbeiten herangezogen werden. Wer auch die Krisenunterstützung nach 26 Wochen verlor, wurde zum sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen, dessen Unterhalt dann von den Kommunen zu finanzieren war.[158]

Die Stadt hatte die Erwerbslosenfürsorge nach dem Ersten Weltkrieg in zwei Abteilungen organisiert: eine war für die arbeitslosen Kriegsrückkehrer zuständig, deren Familie bislang Kriegsunterstützung von der Stadt bezogen hatten. Die zweite kümmerte sich um Kriegsteilnehmer, die von anderen Stellen Unterstützung erhalten hatten, und um alle sonstigen Erwerbslosen. Sie richtete eine Zweigstelle bei den DWM ein, deren Arbeiter und Arbeiterinnen besonders betroffen waren, da am 23. November 1918 die Betriebe in Karlsruhe und Grötzingen geschlossen und die nicht mehr benötigten Arbeitskräfte entlassen worden waren.[159]

Das städtische Fürsorgewesen wurde am 1. April 1920 neu organisiert. An die Stelle des Armenamts trat das städtische Fürsorgeamt mit Jugendamt und städtischer Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.[160] Leiter des städtischen Fürsorgewesens wurde Rechtsrat Dr. Franz Fichtl, der diese Aufgabe bis 1945 ausübte.

Angesichts der steigenden Arbeitlosenzahl nach Kriegsende vergab die Stadt als Sofortmaßnahme eine Reihe von Notstandsarbeiten: ein Teilstück der Sophienstraße wurde gepflastert, der Bau des westlichen Entlastungskanals der Schwemmkanalisation und die Vorarbeiten an dem Hochwasserdamm des fünften Rheinhafenbeckens wurden begonnen.

Schon am 24. Dezember 1918 hatte eine gut besuchte Erwerbslosenversammlung stattgefunden, in der u. a auf die hohe Zahl erwerbsloser Kaufleute hingewiesen worden war. Ein an diesem Tag gewählter Fünferausschuß als Vertretung der Erwerbslosen erhielt den Auftrag, dafür zu sorgen, daß er zu den Beratungen der städtischen Kommissionen hinzugezogen werde. Außerdem forderte man die sofortige Entlassung aller im Krieg eingestellten Frauen und Pensionäre, sofern sie nicht auf den Verdienst angewiesen waren. Im folgenden Jahr verfügte der Karlsruher Demobilisierungsausschuß tatsächlich aufgrund einer Reichsverordnung, daß die Karlsruher Arbeitgeber alle Arbeiter und Angestellten zu entlassen hatten, die nicht auf Erwerb angewiesen waren.[161]

Natürlich kam es auch zu weiteren Protestaktionen der Betroffenen. Am 10. Januar 1919

versammelten sich z. B. rund 3.000 Arbeitslose im Friedrichshof und forderten von der Stadt höhere Unterstützung. Der sozialdemokratische „Volksfreund" wandte sich nach der Versammlung ganz entschieden gegen die Versuche Mannheimer Spartakusanhänger und einiger radikaler USPDler, die Karlsruher Arbeitslosen aufzuhetzen und zu einem Angriff auf das Rathaus zu veranlassen. Am nächsten Tag konnte die Stadt auf einer weiteren Versammlung in der Festhalle als Reaktion auf diesen Protest u. a. eine Erhöhung der Tagessätze verkünden. Dennoch organisierten SPD und Gewerkschaftskartell am 28. Februar eine Kundgebung in der Festhalle über die brennenden Fragen für das arbeitende Volk. Die Stadt versuchte weiter, über Notstandsarbeiten gegenzusteuern. Im Februar waren trotz starken Frostes rund 1.300 Notstandsarbeiter vor allem beim Tiefbauamt beschäftigt. Die Situation entspannte sich erst im Sommer 1919, nachdem die Unternehmen „verhältnismäßig schnell" von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft umgestellt hatten. So konnte auch die Entlassung von rund 200 Personen durch die Volkswehr und einige Betriebe aufgefangen werden.[162]

Von Arbeitslosigkeit waren aber nach wie vor viele Frauen betroffen, wobei allerdings durch die Abwanderung aus den Hausangestelltenberufen in die Fabriken ein Mangel an Hausangestellten festzustellen war. Im Laufe des Jahres 1920 stieg die Zahl der Erwerbslosen auf 1.100 im Dezember, fiel aber im folgenden Jahr, als die „Scheinblüte der Inflation" einsetzte, wieder deutlich, so daß kaum noch Facharbeiter verfügbar waren. Ausgesprochen gut begann auch das Jahr 1922, als nur 109 arbeitslose Männer gemeldet waren. In diesem Jahr beschäftigten die Betriebe die bis dahin höchste Zahl an Arbeitern in der Nachkriegszeit – allein 277 beschäftigten zehn oder mehr Arbeiter.[163] Ein katastrophaler Einbruch kam erst wieder 1922/1923 mit dem Beginn des Ruhrkampfes und der dramatischen Beschleunigung der Inflation.

Die durch den Ersten Weltkrieg ausgelöste Inflation trug zu der Verschlechterung der sozialen Lage auch der früher wohlhabenden Schichten wesentlich bei, die nun „in bitterste Not und furchtbarstes Elend" gerieten.[164] Die Fürsorge für diesen Personenkreis, meistens Kleinrentner, wurde als Minderbemittelten-fürsorge bezeichnet. In den Jahren 1921 und 1922 bewegte sich die Tätigkeit des Fürsorgeamts allerdings noch in relativ „normalen" Bahnen.

Ende des Jahres 1922, als sich eine erneute dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage vor allem infolge der „rasend fortschreitenden Geldentwertung" bereits ankündigte, wurde eine „Ortsgruppe Karlsruhe der Deutschen Notgemeinschaft" gegründet, die sich unter der Überschrift „Rettet ! Helft !" an die Bevölkerung wandte und um Spenden bat. Der Notgemeinschaft, die ihre Geschäftsstelle im städtischen Fürsorgeamt erhielt, gehörten zahlreiche Vereine, Behörden und Religiongemeinschaften an. In einem Arbeitausschuß saßen unter Leitung von Oberbürgermeister Julius Finter zahlreiche Honoratioren der Stadt.[165]

Das Krisenjahr 1923

Im Inflationsjahr 1923 sah sich die Stadt bald angesichts der „in den letzten Monaten und Wochen in geradezu erschreckendem Masse" um sich greifenden Arbeitslosigkeit gezwungen, wieder verstärkt im Rahmen der „produktiven Fürsorge" und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Arbeiten an der stillgelegten Lokalbahnlinie Hagsfeld-Spöck, im Gebiet der Albsiedlung, am Mühlburger Tor, beim Rheinhafen und bei Rüppurr in Angriff zu nehmen.[166]

Die Zahl der arbeitslosen Hauptunterstützungsempfänger war seit Jahresbeginn von 63 auf über 5.000 angestiegen. Zu diesen Erwerbslosen kamen noch die Personen hinzu, die aufgrund der Rheinhafenbesetzung ihre Arbeit verloren hatten und aus der Rhein-Ruhrhilfe bezahlt wurden (siehe unten). Hilfsmaßnahmen waren für die Betroffenen lebensnotwendig. In den Wintern 1923/24 und 1924/25 verpflegte die Winternothilfe in acht Karlsruher

Küchen täglich 120 Personen. Auch die Erwerbslosenkommission organisierte vom 28. Oktober bis 4. November eine Opferwoche. Am Ende des Krisenjahrs 1923 richteten die Stadt Basel bzw. die dortigen Frauenvereine zusätzlich eine Schweizer Suppenküche ein, in der je 500 Personen mittags und abends eine warme Mahlzeit erhielten.[167]

Dies konnte nur die größte Not lindern. Welche Auswirkungen die soziale Notlage für die Betroffenen hatte, schildert der Karlsruher Schularzt Hermann Paull: „Schon die äußere Körperpflege in Kleidung und Wäsche und die Hautpflege erinnerte an die schlimmsten Zeiten während des Krieges. Kinder ohne Hemden, mit zerrissenen Schuhen, mit schmutzigen und zerlumpten Kleidern wurden wieder häufiger angetroffen. Infolgedessen erschienen auch Krätze und Eitergrind und andere Hautkrankheiten wieder in größerer Zahl und riefen ein Schulbild, wie es uns aus der letzten Kriegszeit noch lebhaft in unserer Erinnerung steht, wieder wach."[168] Deshalb kam es am 17. November zu einer Massendemonstration der Erwerbslosen auf dem Marktplatz, als die Stadt die Forderung nach einer einmaligen Beihilfe von 3 Billionen für Ledige bzw. 4 Billionen Mark für Verheiratete ablehnte und statt dessen das Mehl für einen Laib Brot pro Person anbot. Als es zu Plünderungen kam, mußte die Polizei einschreiten (siehe unten).

Die Inflation

Anfang des Jahres 1923 hatte Frankreich das Ruhrgebiet besetzt, weil Deutschland mit der Zahlung der im Versailler Vertrag auferlegten Reparationszahlungen in Verzug geraten war. In Karlsruhe berief der Oberbürgermeister daraufhin am 14. Januar eine Protestversammlung in die Festhalle ein, die bald so überfüllt war, daß eine Parallelveranstaltung im Konzerthaus stattfand.[169] Die deutsche Regierung proklamierte sofort den passiven Widerstand in den besetzten Gebieten, dessen Finanzierung die bereits zuvor schwache Mark rasch ins Bodenlose sinken ließ. Die Banknotenpressen arbeiteten Tag und Nacht und druckten Geldscheine mit immer astronomischeren Beträgen. Neben den offiziellen Banknoten kursierten seit 1918 aber auch die Notgeldscheine der Städte und Großfirmen in Form von Gutscheinen. Die Stadt Karlsruhe hatte erstmals am 16. Oktober 1918 eigene 5-Mark und 20-Mark-Notgeldscheine im Wert von insgesamt 10 Millionen herausgegeben. Nach einer längeren Pause wurden im September 1922 die städtischen Notenpressen wieder in Gang gesetzt: Der Wettlauf mit der Inflation begann, er endete erst mit der Einführung der Rentenmark am 15. November 1923.

Alle ausgegebenen städtischen Notgeldscheine aus den Jahren 1918 bis 1923 umfassen einen Gesamtwert von kaum mehr faßbaren 49.421.019 Billionen Mark. Die graphische Gestaltung des Notgelds der Stadt Karlsruhe hatten die Künstler Alfred Kusche und Wilhelm Schnarrenberger übernommen. Abbildungen von Ständehaus und Stephanskirche, Ettlinger Tor und Durlacher Tor, Rathaus und Pyramide sowie die bekannte Darstellung „Goldwäscher am Rhein bei Karlsruhe um 1800" zierten die sehr ansehnlichen, aber dennoch schon bald wieder wertlosen Geldscheine.[170]

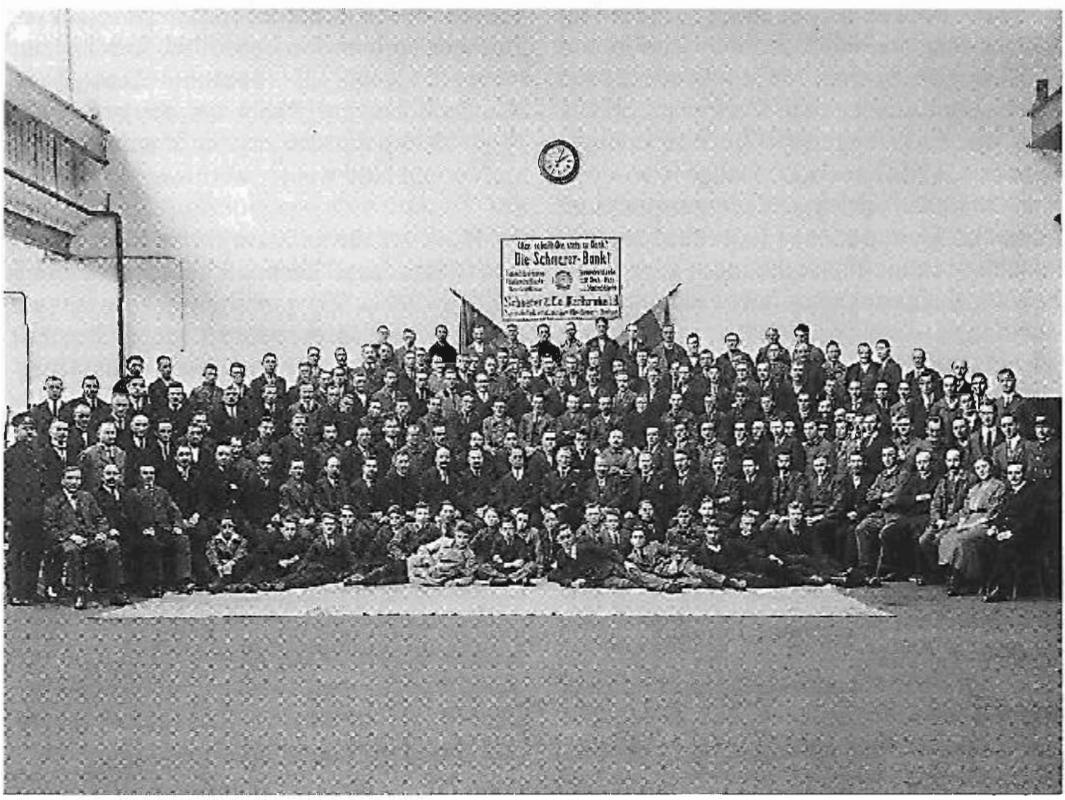
Ein Blick auf die Lebensmittelpreise verdeutlicht Rasanz und Dramatik der Entwicklung im Jahr 1923. 500 g Kornbrot kosteten am 15. Januar 235 Mark, am 15. Oktober aber 110 Millionen Mark, der Preis für ein Pfund Rindfleisch stieg von 1.000 Mark auf 600 Millionen, für ein Ei, das 85 Mark gekostet hatte, mußten nun 120 Millionen Mark gezahlt werden. Ein Paar Kinderstiefel verteuerte sich von 10.500 Mark im Januar auf 850 Milliarden im November. Wer es sich am 12. November 1923 noch leisten konnte, die „Karlsruher Zeitung" zu abonnieren, mußte dafür 140 Milliarden Mark wöchentlich ausgeben, eine Woche später, am 19. November, nur noch 70 Goldpfennig zahlen. Möglich wurde dies durch die Einführung der Rentenmark am 15. November 1923. Mit der Ausgabe der ersten Rentenbankscheine war die Inflation in Deutschland beendet. Eine Rentenmark entsprach einer Billion

Papiermark. Abgesichert war die Übergangswährung durch auf Gold laufende Rentenbriefe, die mit einer Grundschuld auf den gesamten deutschen landwirtschaftlichen Besitz gedeckt waren. Mit diesem finanztechnischen Trick war die Inflation zwar beendet, aber alle Sparguthaben endgültig entwertet. Nicht wenige machten dafür die Weimarer Demokratie verantwortlich und vergaßen die Ursachen, die im Kaiserreich lagen.

Die Rheinhafenbesetzung

Die Situation wurde am 3. März zusätzlich verschärft, als „um die heutige neunte Morgenstunde ein kriegsstarker Zug Franzosen die Schiffsbrücke bei Maxau" überschritt und das Rheinhafenamt mit 80 Mann besetzte. Der Karlsruher Stadtrat protestierte am 5. März sogleich mit einer „Entschließung gegen diesen völkerrechtswidrigen Gewaltakt und ermahnte die Bevölkerung zur Besonnenheit, Ruhe und vor allem zur Würde. Kein französischer Soldat sollte Anlaß haben, sich über unwürdiges Verhalten, wozu auch zudringliche Neugierde gehört, zu freuen."[171]

Durch die Besetzung konnte die Stadt auch nicht auf den im Rheinhafengebiet gelagerten Auslandsweizen zurückgreifen, wodurch die ohnehin schwierige Versorgungslage zusätzlich erschwert wurde.[172] Die französischen Truppen beschlagnahmten außerdem andere Güter, die nach Frankreich gebracht wurden. Der Schaden betrug schließlich mehrere Millionen Goldmark. Die Arbeit kam sofort weitgehend zum Erliegen, so daß die rund 2.500 Arbeiter fast alle auf die Unterstützung durch die Rhein-Ruhrhilfe angewiesen waren. Die Lage der betroffenen Firmen und Personen „war trostlos."[173]



Die im Rheinhafengebiet angesiedelte Firma Schaerer&Co feierte am 24. Oktober 1924 die Aufhebung der Besetzung.

Am 12. Mai erweiterten die französischen Truppen die Besatzung bis zum städtischen Elekrizitätswerk. Obwohl der passive Widerstand am 16. September 1923 eingestellt werden mußte, da er nicht mehr finanzierbar war, dauerte es noch bis zum 21. Oktober 1924, bis der Rheinhafen wieder geräumt wurde. Durch die zahlreichen restriktiven Verordnungen war dessen Umschlag im Jahr 1923 unter die Vorkriegsmarke zurückgefallen. Auch auf kulturellem Gebiet hatte die Besetzung Auswirkungen, als manche potentielle Leihgeber der „Großen Deutschen Kunstausstellung Karlsruhe 1923" angesichts der unsicheren Lage ihre Zusage zurückzogen (siehe unten).[174]

Arbeitsmarkt und soziale Lage 1924–1929

Natürlich setzte die Besserung der wirtschaftlichen Lage nicht schlagartig mit der Einführung der Rentenmark ein, im Gegenteil: 1924 stieg die Arbeitslosenzahl zunächst noch weiter an und fiel dann bis Mitte des Jahres deutlich. Einen herben Rückschlag bedeutete die vorübergehende Stillegung der Nähmaschinenfabrik Haid & Neu im Sommer, als knapp 1.800 Männer und über 550 Frauen arbeitslos wurden. Besserung trat erst im September ein, wobei allerdings die Angestellten nach wie vor in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß arbeitslos waren. 1919 war eine besondere Angestelltenabteilung im Arbeitsamt eingerichtet worden, die nicht verhindern konnte, daß 1924 die Lage der Angestellten „außerordentlich ungünstig" beurteilt wurde. Vor allem Angestellte über 40 waren kaum gefragt und schienen „zu einer Arbeitslosigkeit verurteilt zu sein ..., deren Ende nicht abzusehen ist."[175]

Zu Beginn des Jahres 1925 waren 13 % der Bevölkerung auf Unterstützung angewiesen.[176] In diesem Jahr war die Zahl der Betriebe, die zehn oder mehr Arbeiter beschäftigten, gegenüber 1922 auch um über 50 zurückgegangen, wodurch mehr als 5.000 Arbeitsplätze verloren gegangen waren.[177] Am 5. Dezember 1925 wies der Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) die Stadt auf die vielen Erwerbslosen hin, die nicht in der Lage seien, eine warme Wohnung zu unterhalten und forderte die Einrichtung von Wärmehallen. Angesicht der herrschenden Kälte reagierte das Fürsorgeamt sofort und handelte mit dem Badischen Frauenverein aus, daß dessen Volksküchen in der Luisenschule und im Hildahaus von morgens 9 bis abends 18 Uhr als Wärmehallen geöffnet waren. Die Wärmehalle am Festplatz wurde wieder geöffnet. Auch in den folgenden Jahren standen immer Wärmehallen zur Verfügung, deren Existenz die anhaltende Notlage eines Teils der Karlsruher Bevölkerung belegt.[178]

Im Winter 1925/26 stieg die Erwerbslosenzahl kontinuierlich an und erreichte im Februar 1926 eine neue Höchstmarke. Die Stadt vergab daraufhin umfangreiche Notstandsarbeiten, bei denen im Schnitt 500 Personen täglich eingesetzt wurden. Diese Maßnahmen und auch der wieder einsetzende Wohnungsbau halfen zunächst wenig. Die Erwerbslosenunterstützung war so niedrig, „daß sie zur Deckung des allernotdürftigsten Lebensunterhalts nicht ausreicht." Das Arbeitsamt sah sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die Erwerbslosenfürsorge kein „Unterhaltsmittel für Arbeitsscheue oder sonstige asoziale Elemente" sei.[179]

Im Sommer kam die Stadt zu dem deprimierenden Schluß, daß die Wirtschaft zwar allmählich wieder erstarke, „daß es aber noch lange Zeit dauern wird, bis sämtliche verfügbaren Arbeitskräfte in geordneter Produktion wieder untergebracht werden."[180] Als Ursache nannte man die nach wie vor anhaltende Umstellung der Industrie auf „rationellere Arbeitsmethoden" und die durch den Krieg und Währungsprobleme in anderen Ländern gestörten Handelsbeziehungen. Deshalb seien weitere Notstandsarbeiten unerläßlich, zumal man die eingesetzten Arbeiter ohnehin unterstützen müsse und diese „ohne Beschäftigung den schlimmsten demoralisierenden Wirkungen der Untätigkeit, wiederum zum Schaden der Allgemeinheit, ausgesetzt wären." Deshalb bewilligte der Bürgerausschuß auch den

Bau des Rüppurrer Sammelkanals, Straßenarbeiten im Weiherfeld, an der Reichs- und an der Ebertstraße und im Industriegebiet bei der Maschinenbaugesellschaft in Mühlburg. Im September vergab die Stadt neue Notstandsarbeiten, darunter die Vorbereitungsarbeiten für das Rheinstrandbad Rappenwört. Angesichts der nach wie vor dramatischen Situation in Karlsruhe und den anderen deutschen Großstädten forderte Bürgermeister Heinrich Sauer, daß zur Entlastung der Kommunen die bisherige Unterstützung durch das Arbeitsamt über 52 Wochen verlängert werde.[181]

Im Oktober 1926 berichtete das Arbeitsamt, daß von den größeren Karlsruher Firmen Junker & Ruh, Haid & Neu, Schärer & Co, Seneca, die Schnellwagenfabrik und Wolff & Sohn eine gute Auftragslage vorweisen könnten und neues Personal einstellen würden. Relativ gut standen auch Unterberg & Helmle, Würtenberger & Haas sowie die Sinner A.G. da, ohne daß dort aber Einstellungen notwendig waren. Entlassungen mußten dagegen bei den Berliner Karlsruher Industriewerken, der Maschinenbaugesellschaft, bei Billing & Zoller und den Badischen Lederwaren Mühlburg vorgenommen werden. Die Stadt versuchte nach wie vor mit Notstandsarbeiten gegenzusteuern und vergab vom Winter 1925/26 bis Mitte 1927 bei 21 Maßnahmen Arbeiten in Höhe von 212.238 Tagwerken. Die steigenden Ausgaben – allein im Jahr 1925 war der Haushaltsvoranschlag für das Fürsorgewesen um 1,2 Millionen Mark überschritten worden – ging einher mit erheblichen z. T. durch reichsgesetzliche Regelungen verursachte steuerliche Mindereinnahmen.[182]

Weltwirtschaftskrise 1929–1933

Als am 25. Oktober 1929, dem „Schwarzen Freitag", die Weltwirtschaftskrise begann, wirkte sich diese sehr rasch auch in Karlsruhe aus. Am Heiligen Abend des Jahres schilderte der „Volksfreund" die Arbeitsmarktlage in Karlsruhe in düsteren Farben. Bis 1914 sei „die industrielle Entwicklung in der badischen Haupt- und Residenzstadt ausgesprochen positiv verlaufen."[183] Nach dem Kriege habe zunächst inflationsbedingt eine Scheinkonjunktur geherrscht, die 1922 zu dem insgesamt niedrigsten Stand an Arbeitslosen führte. Die Schilderung des „Volksfreund" bestätigt, daß die wirtschaftliche Nachkriegsentwicklung in Karlsruhe durchaus der im gesamten Deutschen Reich entspricht, wo die Wirtschaft in den ersten Jahren der Weimarer Republik Hochkonjunktur hatte.[184]

Als Hauptursache der inzwischen eingetretenen „unerwünschten Wendung" nennt der „Volksfreund" die „politische Umgestaltung unserer Westgrenzen", womit der Verlust des Absatzgebietes Elsaß-Lothringen gemeint ist. Die vormals bedeutende Karlsruher Nähmaschinenindustrie z. B. habe vor dem Krieg nach Elsaß-Lothringen und in das Saarland einen wesentlichen Teil der Produktion geliefert. Inzwischen waren die Firmen durch die hohen französischen Schutzzölle enorm eingeschränkt, wodurch die Zahl der Beschäftigten von durchschnittlich 5.000 vor dem Krieg auf rund 3.000 gesunken war. Außerdem war Rußland, wohin vor 1914 ebenfalls ein großer Teil der Nähmaschinen geliefert worden war, als Abnehmer verlorengegangen.[185] Die Versuche der Stadt neue Industriebetriebe anzusiedeln, waren wegen der grenznahen Lage Karlsruhes mehrfach gescheitert. Nur im Falle der Firma Michelin sollte es im folgenden Jahr 1930 noch gelingen, den Zuschlag zu erhalten. Die französische Firma erwarb im Westen der Stadt Gelände auf dem Oberfeld, das bereits 1921 als Industriegelände ausgewiesen worden und z. T. an die Maschinenbaugesellschaft verkauft worden war. Als diese in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, hatte die Stadt das Grundstück in den Jahren 1924 bis 1926 zurückerworben. Da nur ein kleiner Teil an die Firma Pfannkuch & Co weiterverkauft werden konnte, stand nun das Gelände für die Firma Michelin zur Verfügung. Der Reifenhersteller bekam das Gelände zu einem sehr niedrigen Preis, verpflichtete sich aber, soweit möglich, seinen Personalbedarf aus der Stadt Karlsruhe und hier speziell aus dem Kreis der Fürsorge-

empfänger zu decken. Die Ansiedlung war also ein Versuch der Stadt, auf diese Weise die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Man setzte sich hier u. a gegen die Konkurrenz der Nachbarstadt Durlach durch.[186]

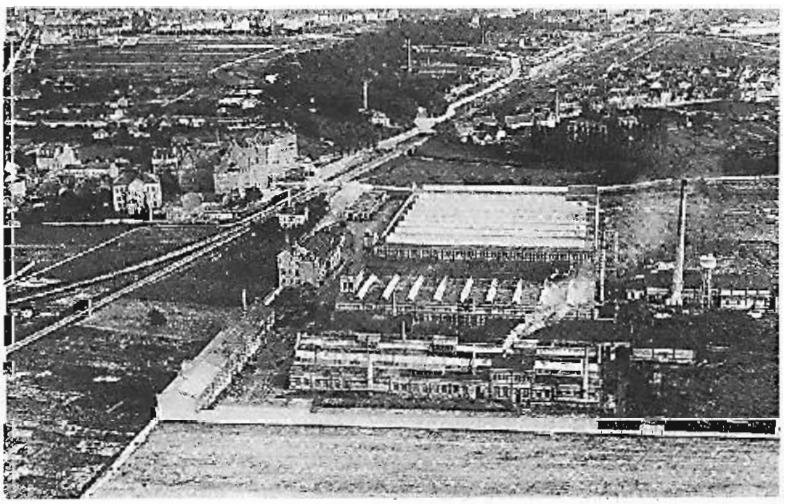
Zu der deutlich verschlechterten wirtschaftlichen Lage der Karlsruher Industrie gegenüber der Vorkriegszeit kam als weiterer Faktor das „Gesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" hinzu, das im Wirtschaftsjahr 1928 eine in dieser Höhe nicht erwartete Mehrbelastung gebracht habe. Die Verkürzung der Unterstützungsdauer auf 26 Wochen zusammen mit der weiterhin herrschenden ungünstigen Wirtschaftslage habe bewirkt, „daß die Zahl der aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge Ausgesteuerten [= Wohlfahrtserwerbslose] in der Stadt Karlsruhe im Laufe des Berichtsjahres immer mehr anstieg und Mitte Februar 1929 die Zahl von 950 Personen (ohne die mitunterstützten Angehörigen) erreichte."[187] Am 15. Februar 1929 waren über 2.000 Personen ausschließlich auf die Hilfe des Fürsorgeamts angewiesen. Vor allem die älteren Unterstützungsempfänger konnten kaum noch vermittelt werden, so daß die Zahlungen oft über einen längeren Zeitraum geleistet werden mußten.

Der Haushaltsvoranschlag des Fürsorgeamts wurde in diesen Jahren in der Regel überschritten, 1928 z. B. um mehr als 350.000 Mark. Dies traf die Stadt hart, da sich ihre finanzielle Lage gegenüber der Vorkriegszeit deutlich verschlechtert hatte. Das gewerbliche Betriebsvermögen war 1925 z. B. um mehr als die Hälfte gefallen, das „Kapitalvermögen, aus dem früher 12,4 % der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt bezogen haben, ist vernichtet."[188]

An der schlechten Lage änderte sich auch im folgenden Wirtschaftsjahr nichts. Im Frühjahr 1930 kam es auch nicht mehr zu der üblichen Entlastung des Arbeitsmarktes durch die einsetzende Bautätigkeit und die Frühjahresbestellungen.[189] Am höchsten war die Arbeitslosenzahl in den metallverarbeitenden Industrien.

Das Ende der Maschinenbaugesellschaft

Zu dem Tiefstand in den Metallberufen hatte auch die traditionsreiche Maschinenbaugesellschaft beigetragen, deren Ende sich schon ankündigte. Die Beschäftigtenzahl war von der Höchstmarke mit ca. 1.400 Beschäftigten im Jahr 1917 auf rund 300 gesunken. Schon das Geschäftsjahr 1924 war für die Firma außerordentlich schlecht verlaufen, im Dezember 1923 und Januar hatte die Produktion völlig stillgestanden. Die Lage besserte sich auch in den folgenden Jahren nicht entschei-



Die traditionsreiche Maschinenbaugesellschaft mußte in der Weltwirtschaftskrise am 11. Januar 1930 Konkurs anmelden.

dend, da die Aufträge von der Reichsbahn weitgehend ausblieben. 1927 bestellte die Reichsbahn zwar noch einmal elf Lokomotiven, doch im folgenden Jahr geriet der deutsche Lokomotivbau erneut in eine Krise.[190]
Die Maschinenbaugesellschaft nahm deshalb mit der Stadt wegen eines Kredits in Höhe von 500.000 RM Verhandlungen auf, den der Stadtrat am 25. Oktober 1929 ablehnte. Als sich auch Kaufinteressenten aus Berlin, die den Niedergang noch hätten aufhalten können, zurückzogen, mußte die Firma, die 1936 ihr 100jähriges Jubiläum hätte feiern können, am 11. Januar 1930 mitteilen, daß der Konkurs unabwendbar war.

Die Krise spitzt sich zu

In Karlsruhe war die Zahl der Arbeitslosen zu diesem Zeitpunkt dramatisch gestiegen. Vom städtischen Fürsorgeamt wurden über 10.000 Personen unterstützt. Die Betroffenen waren vor allem wegen ihres hohen Alters oder wegen Krankheit auf die Unterstützung angewiesen. Viele Arbeitslose meldeten sich zudem nicht beim Arbeitsamt, so daß die Zahl der Arbeitsuchenden nicht der Zahl der Arbeitslosen entsprach. Schätzungen gehen davon aus, daß auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise in Deutschland im Jahr 1932 mit über 6 Millionen Arbeitslosen rund 1,5 Millionen gar nicht gemeldet waren.[191] Auf Karlsruhe umgerechnet würde dies bei einem ähnlichen Anteil bedeuten, daß zu den Anfang 1932 offiziell gemeldeten 13.783 Arbeitslosen noch einmal fast 5.200 sogenannte unsichtbare oder versteckte Arbeitslose kamen (zu den Arbeitslosenzahlen vgl. Tabelle S. 405).
Zudem wurden seit 1929 verstärkt ältere Personen und Kinder zu Fürsorgeempfängern. Auch Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibende waren zunehmend betroffen, so „daß diese steigende Belastung für die Städte auf die Dauer nicht tragbar ist."[192] 1930 verschlechterte sich die Lage trotz der städtischen Gegenmaßnahmen noch einmal: die Gesamtzahl der Fürsorgeempfänger stieg um mehr als das Doppelte.[193] Innerhalb eines Jahres waren knapp 2.000 Personen hinzugekommen, was einer Steigerung von 19,8 % entsprach.
Das Arbeitsamt machte für die eingetretene Verschlechterung vor allem die Metallberufe verantwortlich, in denen konjunkturbedingt ein starker Einbruch erfolgt war. Allein in der ersten Januarwoche 1930 kam ein Drittel der neuen Arbeitslosen aus diesem Bereich: neben der Maschinenbaugesellschaft waren vor allem die großen Nähmaschinenfabriken, die Firma Unterberg & Helmle und das Schaerer-Werk betroffen.[194]
Das städtische Fürsorgeamt betreute Ende 1930 mit Familienangehörigen 18.000 Personen oder 11,5 % der Karlsruher Bevölkerung. Oberbürgermeister Finter mußte in seiner Haushaltsrede für das Jahr 1931 auch bekennen, daß die Stadt nicht mehr in der Lage sei, neue Projekte zu finanzieren, obwohl diese wegen einiger dringend anstehender Sanierungsarbeiten an städtischen Gebäuden und im Hinblick auf die Krise der Privatwirtschaft dringend erforderlich wären. Die Finanzsituation hatte sich in der Tat dramatisch verschlechtert. Die in den Jahren 1924 bis 1928 regelmäßigen Zuwachsraten im Bereich der Steuereinnahmen blieben aus und es mußten sogar starke Einbußen hingenommen werden. Im Wirtschaftsjahr 1930 konnten die Mindereinnahmen in Höhe von über 1,3 Millionen Reichsmark nur durch rigorose Ausgabenbeschränkung ausgeglichen werden. Wie ernst die Lage war, belegt auch die Einrichtung zusätzlicher Wärmehallen im November des Jahres. Hier konnten sich Hilfsbedürftige aufwärmen und erhielten eine Tasse Kaffee und ein Stück Brot.[195]

Die Karlsruher Notgemeinschaft

In dieser Situation wurde die Karlsruher Notgemeinschaft gegründet: „Riesengroß ist die Not weitester Kreise unserer Bevölkerung" lautete die Überschrift eines in allen Zeitungen verbreiteten Aufrufs, mit dem sich der Karlsruher Oberbürgermeister Julius Finter als Vorsitzender der am 10. November 1930 gegründeten Notgemeinschaft an die Bevölke-

Fürsorge- und Arbeitslosenstatistik Karlsruhe 1929–1933[1]

Datum	Allgemeine Fürsorge	Gehobene Fürsorge	Arbeitslosenunterstützung	Krisenunterstützung	Wohlfahrtserwerbslose	Arbeitsuchende
Jan. **1929** 152.420 Einw.	2968	5334	3175	729	775	6347
April	3045	5590	2308	562	971	6677
Juli	2977	5886	1717	732	793	5833
Oktober	2715	6308	1768	514	1146	6093
Jan. **1930** 156.050 Einw.	3420	6473	3175	729	1294	7909
April	3487	6796	3489	903	1238	8923
Juli	3420	6986	2462	922	3201	8193
Oktober	3155	7149	2633	1129	2636	8841
Jan. **1931** 156.900 Einw.	4010	7490	3789	1330	2306	10502
April	4574	7725	3713	1526	2586	10909
Juli	4582	7914	2834	1747	2913	10730
Oktober	5236	8336	2512	2070	3294	11961
Jan. **1932** 156.900 Einw.	6383	7517	2574	2887	3789	13783
April	7036	7521	2191	2897	4380	13664
Juli	7169	7323	1929	2873	5083	15812
Oktober	7941	8081	1321	2324	5164	14250
Jan. **1933** 157.000 Einw.	8181	8403	1179	2370	6159	15615
April	8495	8020	1010	2529	6244	15293

[1] Zusammengestellt nach StadtAK 1/AEST 588 und 666, 1/H-Reg 1973 und 1974 und Verwaltungsberichten der Landeshauptstadt Karlsruhe 1930–1933. Die allgemeine Fürsorge führt die einmaligen Unterstützungen nicht auf.

rung wandte. Er bat eindringlich um Spenden für die Personen, die derzeit auf öffentliche Unterstützung angewiesen waren.[196] Finter betonte, daß die private Fürsorge zum Abbau unvermeidbarer Härten erforderlich sei. Ziel der Notgemeinschaft sei, daß niemand im kommenden Winter Hunger leiden müsse und jeder einen warmen Ofen habe. Sie solle überall da eingreifen, wo das Fürsorgeamt keine weitere Hilfe mehr leisten könne. Außerdem wolle sie „durch belehrende und unterhaltende Veranstaltungen die Hoffnung und die Lebensfreude der Fürsorgeempfänger wecken und erhalten."

Am 6. November hatte der Stadtrat das Fürsorgeamt beauftragt, die Notgemeinschaft zu unterstützen und die erforderlichen Arbeitskräfte sowie den Raum für die Büroarbeit bereitzustellen. 45 Institutionen und Organisationen trugen die Notgemeinschaft, darunter alle christlichen Kirchen, die beiden israelitischen Religionsgemeinden, die Gewerkschaften, die Handelskammer, die Handwerkskammer, der Hausfrauenbund, die Technische Hochschule sowie Stadtrat und Stadtverordnetenversammlung. Die Geschäftsstelle befand sich in den Räumen des Badischen Frauenvereins.

Wer damals Rang und Namen in Karlsruhe hatte, war im Hauptausschuß vertreten: Kul-

Riesengroß ist die Not

weitester Kreise unserer Bevölkerung. Rund 18 000 Personen müssen z. Zt. von der Stadt in der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstützt werden. Noch ist der Höhepunkt nicht erreicht: Der ins Land ziehende harte Winter wird die Zahl all der Armen, Kranken, Invaliden, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten und der aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen erfahrungsgemäß weiter steigern. **Oeffentliche und private Fürsorge sind nicht mehr in der Lage, dieser gewaltig gestiegenen Not wirksam zu steuern. Es muß die Mithilfe aller Kreise der hiesigen Bevölkerung hinzutreten!**

Die privaten caritativen Verbände sind daher zusammengetreten, um mit all denen, die bereit sind helfend mitzuwirken, eine **„Karlsruher Notgemeinschaft"** zu gründen. **Ihre Aufgabe wird es sein, die wirtschaftliche Not unserer Mitbürger zu lindern. Insbesondere will sie durch Abgabe von Essen, Brennstoffen, Lebensmitteln und Kleidung dafür sorgen, daß in Karlsruhe**

keiner hungern, keiner frieren

muß. Gleichzeitig soll durch Unterhaltung und Belehrung die seelische Not unserer Mitbürger bekämpft, ihre Hoffnung und ihr Lebenswille wieder aufgerichtet werden.

Die „Karlsruher Notgemeinschaft" ruft die Bevölkerung der Landeshauptstadt und ihre nähere und weitere Umgebung

auf zur Mithilfe!

Alle die, denen die Not der Zeit noch etwas an Gütern gelassen hat. Alle die, denen ihre Arbeit regelmäßigen Verdienst verschafft, mögen nach Kräften zum Werke beitragen.

Jede Organisation teile in ihren Kreisen die Sammlung ein!

Jeder, der kann, spende!

Auch die kleinste Gabe ist willkommen.

Das ganze Werk, an dessen Spitze sich auf allgemeinen Wunsch das Stadtoberhaupt gestellt hat, ist einem Arbeitsausschuß unterstellt, der Sammlung und Verteilung leiten soll. Seine Geschäftsstelle, bei der jede nähere Auskunft erteilt wird, befindet sich beim Badischen Frauenverein vom Roten Kreuz, Zweigverein Karlsruhe, Stefanienstr. 74, Fernspr. 7957.

Gaben und Zeichnungen für die „Karlsruher Notgemeinschaft" nehmen entgegen: die Geschäftsstelle, alle hiesigen Banken, die Expeditionen aller hiesigen Zeitungen, die Stadthauptkasse, das Postscheckamt auf Konto Nr. 22 100 „Karlsruher Notgemeinschaft" sowie die Städt. Sparkasse auf Girokonto Nr. 8100.

Die Bevölkerung wird über die eingegangenen Spenden und ihre Verteilung auf dem Laufenden gehalten.

Karlsruhe, den 10. November 1930. (2843)

„Karlsruher Notgemeinschaft"
Oberbürgermeister Dr. J. Finter,
Vorsitzender.

Die Träger der Notgemeinschaft:

Allgem. Deutscher Beamtenbund — Ortsausschuß, Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund — Ortskartell, Altkatholische Kirchengemeinde, Arbeiterwohlfahrt, Arbeitgeberverband der Industrie, Badische Aerztekammer, Badische Anwaltskammer, Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz, Badischer Kriegerbund, Badische Landwirtschaftskammer, Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft, Bezirksverein für Jugendschutz, Gerichtshilfe und Gefangenenfürsorge, Bezirksverein gegen den Alkoholismus, Bund israelitischer Wohlfahrtsvereinigungen, Caritasverband, Deutscher Beamtenbund — Ortskartell, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Offizierbund, Erzbisch. Stadtdekanat, Evang. Kirchengemeinderat, Evang. Ortsverband f. innere Mission, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Handelskammer, Handwerkskammer, Israelitische Gemeinde, Israelitische Religionsgesellschaft, Karlsruher Bankenvereinigung, Karlsruher Einzelhandel, Karlsruher Hausfrauenbund, Karlsruher Männerverein vom Roten Kreuz, Kleinrentnerbund, Mittelbadischer Brauereiverband, Reichsbund der höheren Beamten, Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels — Ortsgruppe, Rektor und Senat der Technischen Hochschule, Stadtrat, Stadtverordnetenvorstand, Verband altkatholischer Frauenvereine, Verband bad. Holzindustrieller, Verein Karlsruher Presse, Vereinigung Karlsruher Zeitungsverleger, Wohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft, Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands — Ortsgruppe.

Der Hauptausschuß:

C. Amend, Chefredakteur; F. Baschang, Stadtschulrat; H. Barth, Fabrikant; Dr. E. Baumgartner, Präsident des Rechnungshofes; Dr. K. Baur, Landrat; J. Beeser, Chefredakteur; Dr. M. Beh, Direktor der Bad. Bank; K. Binder, Medakteur; E. Blum, Schlossermeister; O. Denninger, O.-Reg.-Rat, Arbeitsamtsdirektor; H. Dieffenbacher, Fabrikant; Frhr. v. Elsz-Rübenach, Präsident der Reichsbahndirektion; Frau Marie Engler; Dr. H. Fecht, Buchdruckereibesitzer; H. Fels, Brauereidirektor; O. Freundlieb, Kaufmann; Dr. E. Frevburger, Sparkassendirektor; J. Fuchs, Fabrikant; A. Galette, Bankdirektor a. D.; Dr. O. Geißler, Stadtobermedizinalrat; N. Händel Bankdirektor; P. Hauber, Polizeidirektor; Dr. O. Helmle, Direktor des Badenwerks; W. Heumann, Direktor; A. Hipp, Direktor; A. Hofmann, Verlagsdirektor; Dr. P. Hombürger, Bankier; O. Huber; F. Jäger, Stadtkassendirektor; Lina Kamm; Dr. R. Keußen, Stadtpfarrer; A. Kimmelmann Stadtoberschulrat; R. Kimmig, Generaldirektor; Dr. E. Kleinschmidt, Bürgermeister; Dr. A. Knittel, Buchdruckereibesitzer; A. Krieger, Bankdirektor; Frau Sonja Kronstein; F. Lämmlein, Präsident der Oberpostdirektion; Dr. O. Leers, Landtagsabgeordneter; F. Lindenmeyer, Fabrikant; Frau Maria Mathéis, Stadträtin; W. Menzinger, Schiffahrtsdirektor, Generalkonsul; Dr. A. Michalski, Rabbiner; K. Moninger, Kommerzienrat; N. Nicolai, Ehrensenator, Präsident der Handelskammer; Dr. H. Poull, Stadtobermedizinalrat; J. Putzel, Bankdirektor; M. Rees, Fabrikant; A. Richardt, Redakteur; H. Rodenheber, Großkaufmann; Dr. H. Schiff, Stadtrabbiner; Dr. J. Schmitt, Staatspräsident; Frau Luise Schmitthenner; H. Schneider, Bürgermeister; G. Schöpflin, Chefredakteur; K. Schrempp, Brauereidirektor; Frieda Schulz; D. W. Schulz, Dekan; Dr. M. Schwarzschild, Rechtsanwalt; Frau Klara Siebert, Landtagsabgeordnete; A. F. Simon, Chefredakteur; Dr. A. Stuner, Geh. Kommerzienrat; W. Stamer, Präsident des Landesfinanzamts; L. L. Stern, Fabrikant Konsul; M. A. Straus, Kommerzienrat; Dr. A. Stumpf, Prälat; Dr. B. Thiergarten-Schultz, Zeitungsverleger; Dr. J. Vogel, Fabrikant; Dr. H. Waag, Intendant des Landestheaters; A. Walz, Großkaufmann; W. Warnecke, Bankdirektor; Dr. F. Weiß, Altstadtrat, Rechtsanwalt; E. Wilhelm, Reichsbankdirektor; E. Wimpfheimer, Fabrikant; Dr. J. Wittemann, Minister des Innern; G. Wolf, Landeskommissär; F. Wolff, Fabrikant.

Der Arbeitsausschuß:

Dr. A. Finter, Oberbürgermeister, Vorsitzender; Frau Klara Blankenhorn; Frau Antonie Elsas; M. Fahrbender, Gewerkschaftssekretär; Dr. F. Fichtl, Fürsorgeamtsdirektor; Frau Kunigunde Fischer, Landtagsabgeordnete; H. Kappes, Jugendpfarrer; W. Koch, Geschäftsführer; H. Sauer, 1. Bürgermeister; F. Steimer, Rektor; W. Westphal, Syndikus; J. Wegel, Stadtinspektor, Geschäftsführer.

Aufruf der Karlsruher Notgemeinschaft vom 10. November 1930.

turschaffende, Industrielle, Politiker und hochrangige Beamte. Ein zwölfköpfiger Arbeitsausschuß tagte in den folgenden Wochen regelmäßig Freitag nachmittags im Städtischen Fürsorgeamt. Bis April 1931 wurden rund 18.500 Personen unterstützt, für die über

100.000 Mark gespendet worden waren.[197] Im 2. Rechnungsjahr 1931/32 stand der Notgemeinschaft mehr als die doppelte Summe zur Verfügung, von der ein großer Teil vor allem für Brennstoffe, kostenfreie oder verbilligte Mittagessen und Lebensmittelgutscheine ausgegeben wurden.[198]

In den beiden folgenden Jahren 1931 und 1932 blieb die Lage unverändert. Das Arbeitsamt meldete eine weitere erhebliche „Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt." Nun entließen auch Betriebe, die zuvor noch florierten, wie z. B. die Brauereien, die allerdings Anfang der 20er Jahre einen Konzentrationsprozeß durchlaufen hatten, und die der Toiletteseifenindustrie, hier wohl vor allem Wolff & Sohn.

Im August 1931 kam die Arbeitsvermittlung fast völlig zum Erliegen. Anfang des folgenden Jahres verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage noch einmal dramatisch, als die Arbeitslosenzahl auf eine Rekordhöhe stieg. Unter den Arbeitssuchenden war wiederum eine große Zahl selbständiger Geschäftsleute und Handwerker. Die trostlose Lage der Metallindustrie ließ zudem weitere Entlassungen befürchten.

Resigniert hielt der städtische Verwaltungsbericht fest, daß die anhaltende Wirtschaftskrise „eine Arbeitslosigkeit ... von unerhörtem Ausmaße" gebracht habe. „Von Monat zu Monat stieg die Zahl der Hilfsbedürftigen, die beim Arbeitsamt ausgesteuert waren oder infolge kurzfristiger Beschäftigung keine Anwartschaft auf Arbeitslosenversicherung begründen konnten oder als früher selbständige Gewerbetreibende, Altersrentner, Kleinrentner usw. sofort in die Fürsorge der Stadt Karlsruhe genommen werden mußten."[199] Die Karlsruher Situation bestätigte einmal mehr, daß „sich das Reich infolge der verfehlten Konstruktion der Arbeitslosenversicherung zuungunsten der Gemeinden von der Arbeitslosenfürsorge"[200] entlastet hatte. Vor allem vor dem Rechnungsjahr 1932 stand die Stadt „nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber."[201] Der Etat für Bauunterhaltung mußte erneut gekürzt werden und reichte nun nicht einmal aus, um die allernotwendigsten Reparaturen vornehmen zu können. Durch weitere Einsparungen bei der Unterhaltung von Straßen und Brücken, im Schuletat und bei der Hauptverwaltung gelang es, den Etat von über 66 Millionen Mark im Vorjahr auf 58 Millionen Mark zurückzufahren. Dadurch fehlten Handwerk und Industrie wichtige Aufträge.

1932 mußte die Stadt von den Ausgaben des Fürsorgeamtes, die auf rund 8,5 Millionen Mark angestiegen waren, knapp 6,3 Millionen Mark tragen.[202] Angesichts der starken Zunahme der Unterstützungsfälle bekam das Fürsorgeamt im Februar 1932 zwei zusätzliche Abteilungen.[203] Neben „der Pflicht, die leibliche Not der Hilfsbedürftigen zu beheben", sah man „auch die Aufgabe, die in heutiger Zeit immer stärker in Erscheinung tretende seelische Not zu bekämpfen." Deshalb wurde in der Erziehungsberatungsstelle am 25. Mai 1932 eine soziale Beratungsstelle eingerichtet.

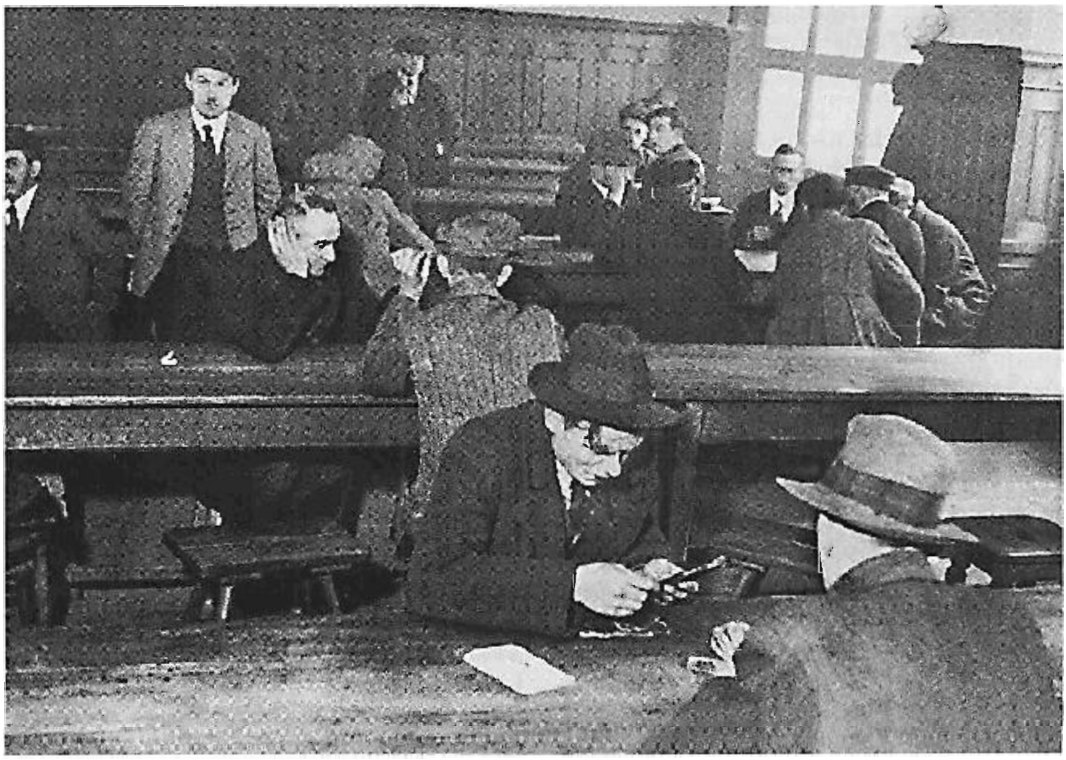
Am Ende des Berichtsjahres 1932 waren fast 29.000 Menschen, d. h. 18,5 % der Karlsruher Bevölkerung von einer Unterstützung durch das Fürsorgeamt abhängig.[204] Mit den Personen, die Arbeitslosengeld oder Krisenunterstützung erhielten und deren Familienangehörige, waren es über 35.000 Menschen, die auf Arbeitslosenversicherung oder Sozialhilfe angewiesen waren.[205] Karlsruhe rangierte mit über 22 % der Gesamtbevölkerung noch unter dem Durchschnitt deutscher Großstädte, der 1932 zwischen einem Viertel und einem Drittel der Einwohner schwankte.[206] Dies hing in erster Linie mit der Erwerbstruktur in Karlsruhe zusammen (siehe oben). 1933 waren nur 38 % der Erwerbstätigen Arbeiter – in der Industriestadt Mannheim lag der Prozentsatz bei 48,3 %, im Durchschnitt der deutschen Großstädte sogar über 50 %. Auch in der benachbarten Kleinstadt Durlach führte der hohe Arbeiteranteil in der Bevölkerung zu einer wesentlich höheren Arbeitslosigkeit als in der Landeshauptstadt – in Karlsruhe waren auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit am 28. Febrauar 1933 9,4 % der Einwohner arbeitslos, in Durlach waren es 14,1 %.[207] 1933 ran-

gierte Karlsruhe unter 49 deutschen Großstädten bei der Arbeitslosigkeit mit 21 % der Erwerbspersonen an 40. Stelle.[208]

Daß andere Großstädte noch erheblich stärker von der Wirtschaftskrise und der mit ihr einhergehenden Arbeitslosigkeit betroffen waren, war für die Betroffenen und für die, die ein ähnliches Schicksal befürchteten, kein Trost und für die Einschätzung ihrer Situation nicht entscheidend. Karlsruhe bekam einerseits die Folgen des verlorenen Ersten Weltkrieges doppelt zu spüren durch den Verlust des wichtigen Absatzmarktes Elsaß-Lothringen und den Wegzug der großherzoglichen Familie sowie zahlreicher vom Hofe abhängiger Personen. Andererseits führte die nach wie vor vorhandene Sozialstruktur einer ehemaligen Residenzstadt mit einem geringeren Arbeiteranteil als in anderen deutschen Großstädten dazu, daß die Arbeitslosenzahl nicht so extrem anstieg wie in stärker von der Industrie abhängigen Städten.

Die Arbeitslosen

Die Auswirkungen der stetigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage für die Betroffenen kann man nur erahnen. Schon bei der Beratung des Haushaltes für 1929 hatte der SPD-Stadtverordnete Heinrich Kappes darauf hingewiesen, daß Fürsorgeempfänger nicht gesund bleiben könnten und man sich deshalb nicht zu wundern brauche, daß die Krankenhauskosten für diesen Personenkreis stiegen.[209] Als im März 1929 die Fürsorgesätze gekürzt wurden, klagte der „Volksfreund": „Was aber sollen all diese armen Teufel tun, wenn sie nichts mehr erhalten? Will man sie zum äußersten treiben? Bereits keine Woche vergeht, wo der Polizeibericht nicht eine Meldung bringt, daß sich ein Mann oder eine Frau das Leben genommen hat, und zwar wird meistens wirtschaftliche Not angegeben."[210] Am 11. Juli 1930 wandte sich der Arbeitslose Wendelin K. an den für das Sozialwesen zu-



Arbeitslose um 1930.

ständigen Bürgermeister Heinrich Sauer: „ Ich bin schon eine Weile arbeitslos und bekomme bald von meiner Unterstützung abgezogen, weil die Zeit herum ist. Bis jetzt habe ich mir die größte Mühe gegeben, um Arbeit zu finden, aber alles vergebens. Jetzt gehen die Kleider und Schuhe auch zu ende, dann verliert man noch ganz den Mut. Nun möchte ich an Sie die Bitte richten, ob sie mir nicht helfen können, Arbeit zu verschaffen. Es ist ganz gleich, was für Arbeit, wenn ich nur mit auskommen kann, daß ich mir meine Kleider und Schuhe anschaffen kann. Haben sie wirklich für einen armen Menschen ein gutes Herz, so lassen Sie mich nicht verzweifeln, sonst bin ich gezwungen, meinem Leben ein Ende zu setzen..."[211] Sauer verwies den Bittsteller an die städtische Arbeitsfürsorge, sein weiteres Schicksal ist nicht bekannt.

Die stetige Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage läßt sich auch an den Fahrgastzahlen der Straßenbahnen ablesen, die von 1929 bis 1933 um mehr als ein Drittel zurückgingen. Viele Menschen konnten sich die Fahrtkarten nicht mehr leisten und gingen zu Fuß oder fuhren Fahrrad. Auch der Bierkonsum ging mit dem Rückgang der Kaufkraft weiter Bevölkerungskreise seit 1929 kontinuierlich zurück.[212] Im Jahr 1931 mußten auch viele Familien trotz der in den Jahren zuvor in ausreichender Zahl entstandenen Neubauwohnungen „den eigenen Haushalt aufgeben und sich mit nahen Verwandten eine Wohnung zu teilen."[213] Der „Badische Beobachter" berichtete am 11. November 1932, daß eine Erhebung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter unter Arbeitslosen ergeben habe, daß „die Unterstützungen ... wenn überhaupt zum Leben nach Abzug der Wohn-, Licht- und Heizkosten noch etwas übrigblieb, nur für die notwendigsten, billigsten Nahrungsmittel" reichen: „Kartoffeln, Brot, Margarine, Kokosfett oder Oel statt Butter, Talg statt Fleisch, ... In den meisten Familien schlafen zwei oder drei Personen in einer Bettstelle, auf kahlen, verschlissenen Matratzen oder Stroh, oft nicht einmal in Strohsäcken und wieder mit völlig ungenügenden Ueberdeckungen. Sind Betten da, dann ohne Bezüge – vielfach aber helfen dürftige Decken oder Mäntel zum Zudecken aus. Die notwendigen Schuhreparaturen, oder wenn man sie selber vornimmt, das Leder dazu, werden vom Munde abgespart ..."[214] Auch in Karlsruhe wurden Anfang 1931 insgesamt 35 Schuhmacher vom Fürsorgeamt unterstützt.[215] Mit zunehmend größerem Aufwand mußten die Wärmehallen betrieben werden. Die Bäcker, die noch 1931/32 die Versorgung mit Brot als Spende übernommen hatten, hielten sich im folgenden Winter merklich zurück, so daß das Fürsorgeamt die zusätzlichen Kosten tragen mußte.[216]

Notstandsarbeit – Pflichtarbeit

Bereits vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise hatte die Stadt eine Neuregelung der Krisenfürsorge gefordert, daß die Gemeinden mit Reichshilfe verstärkt Notstandsarbeiten durchführen könnten. Im August 1929 entstand im Fürsorgeamt eine eigene Abteilung „Arbeitsfürsorge", die für die „Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Fürsorgeempfänger" sowie die „Erhaltung und Stärkung des Arbeitswillens der Wohlfahrtserwerbslosen" sorgen sollte.[217] Die Wohlfahrtserwerbslosen sollten durch Vermittlung von „Lohnarbeit" in den städtischen Betrieben und auf dem freien Arbeitsmarkt in den allgemeinen Wirtschaftsprozeß zurückgeführt werden. Die Zuteilung von Fürsorge- und Pflichtarbeit und deren Überwachung gehörte ebenso wie die statistische Erfassung aller arbeitsfähigen Fürsorgeempfänger zu den Aufgaben. „Lohnarbeit" bei der Stadt hieß Einsatz bei den Notstandsarbeiten, für die Arbeitslose und Wohlfahrtserwerbslose seit längerem (siehe oben) eingesetzt wurden, im Jahr 1930 z. B. bei der Verlegung der Alb und zur Schaffung von Industriegebiet am Rheinhafen. Notstandsarbeiter waren auch in den folgenden Jahren in städtischen Betrieben, in einer von der Stadt seit 1920 betriebenen Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle und in der Privatindustrie im Einsatz. Diese fühlten sich allerdings unterbezahlt und forderten deshalb statt der aus-

bezahlten 80 Pfennig den vollen Tariflohn von 1,01 Mark pro Stunde. Von den 452 beschäftigten Notstandsarbeitern konnten 1929 nur 130 anschließend in die Arbeitslosenunterstützung übernommen werden. 1930/31 wurde die Alb ausschließlich mit Notstandsarbeitern verlegt, 60 % waren Arbeitslose oder Krisenunterstützungsempfänger, 40 % Fürsorgeempfänger. Bei der Erweiterung des Stichkanals des Karlsruher Rheinhafens im Jahr 1932 setzten die beteiligten Firmen je 45 % Arbeitslose und Fürsorgeempfänger und nur 10 % von ihrem Stammpersonal ein. Auch in Karlsruhe trugen die Notstandsarbeiten aber nur relativ wenig zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei.

Darüber hinaus wurden Wohlfahrtserwerbslose zu sogenannten Fürsorgearbeiten in gemeinnützigen Einrichtungen herangezogen mit dem Ziel, sie wieder in das Wirtschaftsleben zu integrieren.[218] Außerdem gab es die Pflichtarbeit, mit welcher der Arbeitswillen geprüft bzw. gestärkt werden sollte und Fürsorgeempfänger ausfindig zu machen, „bei denen der Verdacht begründet erscheint, daß die Hilfsbedürftigkeit zum Zwecke des Betrugs vorgetäuscht" wurde. Pflichtarbeiter mußten in der Regel sechs Wochen lang 16 Stunden wöchentlich in städtischen Ämtern oder Betrieben wie dem Gartenbauamt, der Vogelwarte Rappenwört, dem Friedhof oder dem Krankenhaus arbeiten. 1929 waren monatlich im Schnitt 250 Pflichtarbeiter beschäftigt, 81 Männer und 59 Frauen wurden wegen Nichterscheinens oder Niederlegung der Arbeit von der Unterstützung ausgeschlossen. Daß die Betroffenen von einem solchen Einsatz nicht begeistert waren, liegt auf der Hand. Politisch war die Pflichtarbeit auch nicht unumstritten. KPD-Zeitungen wie die Mannheimer „Arbeiterzeitung" sprachen von „Zwangsarbeit" und kritisierten die ungenügende Bezahlung von einer Mark pro Tag, was gerade für die Fahrkarte ausreiche.[219] Die badischen Städte verfuhren durchaus nicht einheitlich. Ende 1929 hatten in Baden auch Mannheim, Freiburg, Pforzheim, Offenburg, Bruchsal, Villingen und Singen die Pflichtarbeit eingeführt, während Heidelberg, Konstanz, Baden-Baden, Durlach, Weinheim und Rastatt darauf verzichteten.[220]

Im Dezember 1931 kam der Konflikt auch einmal offen zum Ausbruch, als Arbeitslose und arbeitswillige Pflichtarbeiter aufeinander losgingen. Der Karlsruher Erwerbslosenausschuß hatte einen Protestzug organisiert, um die Pflichtarbeiter zur Niederlegung ihrer Arbeit zu zwingen. Erst das Eingreifen der Polizei entspannte die Lage.[221] Wegen dieses Vorfalls schaltete sich auch der badische Innenminister Emil Maier ein. Oberbürgermeister Finter dementierte, daß viele der Pflichtarbeiter durch die zugewiesene Arbeit ihre Kleidung und Schuhwerk ruinieren würden, ohne Ersatz vom Fürsorgeamt zu erhalten. Pflichtarbeit sei notwendig und nicht so verpönt wie dargestellt, zumal ein Pflichtarbeiter täglich 50 Pfennig für eine warme Mahlzeit erhalte sowie eine Mark pro Tag, wenn er zwei Tage hintereinander arbeite. Die Arbeiten seien allesamt zumutbar. Als Beispiele nannte er Holzzerkleinern bei der Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle der Stadt oder Reinigungs- und Gartenarbeiten beim Friedhofsamt, im Stadtgarten oder in sonstigen Anlagen. Frauen arbeiteten in einem 1930 eingerichteten Nähkurs u. a. getragene Kleidung auf. Die Pflichtarbeit blieb nach wie vor umstritten, wie ein Teilstreik der Pflichtarbeiter im Dezember 1932 bewies.[222]

Die Stellung der Stadtverwaltung und der Parteien zur Sozialpolitik

1920 wurde im Zusammenhang der Gründung des Fürsorgeamts als Nachfolger des Armenamts der Kaiserzeit (siehe oben) auch ein Fürsorgeausschuß als Nachfolger der Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge ins Leben gerufen. Dieser setzte sich aus dem Vorstand des Fürsorgeamts, zwei vom Stadtrat zu ernennenden Ärzten und 16 ebenfalls vom Stadtrat zu bestellenden „in der sozialen Fürsorge erfahrenen Männern oder Frauen" zusammen, darunter mindestens drei Mitglieder des Stadtrats und fünf des Bürgerausschus-

Der Karlsruher Stadtrat im Dezember 1926 vor der Festhalle, unten dritter von links Oberbürgermeister Finter, links neben ihm Luise Müller (SPD), rechts Maria Matheis (Zentrum), die beiden einzigen Frauen im Stadtrat.

ses.[223] Der Fürsorgeausschuß vertrat den Stadtrat in Angelegenheiten des Fürsorgewesens. Aber auch im Bürgerausschuß und im Stadtrat standen die Sozialpolitik und die Maßnahmen zur Behebung der Notlage immer wieder auf der Tagesordnung. Wie in anderen Städten beantragte die KPD z. B. alljährlich Weihnachtsbeihilfen für die Erwerbslosen.[224] Am 19. Dezember 1929 befaßte sich der Stadtrat mit acht KPD-Anträgen, die zur Behebung der Not u. a. die Einführung des 7-Stunden-Arbeitstages bei den städtischen Betrieben, die Gewährung höherer Unterstützungen und die Auszahlung einer solchen Weihnachtsbeihilfe forderten. Gleichzeitig wurde auch ein Antrag des Gewerkschaftsbundes beraten, der am 4. Dezember 1929 ebenfalls gebeten hatte, den Fürsorgeempfängern eine Weihnachtsbeihilfe zu gewähren.

Die KPD-Anträge wies die Verwaltung mit dem Hinweis auf die Nichtzuständigkeit der Stadt zurück. Bürgermeister Heinrich Sauer teilte aber mit, daß die Stadt Karlsruhe vom Land Baden Mittel erhalten habe, um Bedürftige zu Weihnachten zu unterstützen. In der zeitweise sehr heftig geführten Debatte erklärte der KPD-Stadtrat Karl Bauer, daß er es sich gedacht habe, „daß kein Geld für die Armen zur Verfügung stehe. Anders verhalte man sich, wenn es sich um die Sanierung der Großindustrie handele." Oberbürgermeister Finter widersprach dem und teilte mit, daß die Stadt bereits 6½ Millionen Mark für Fürsorgezwecke ausgebe und die schlechte Finanzlage keine weiteren Ausgaben zulasse.

Natürlich befaßten sich auch andere Parteien mit den Erwerbslosen. Am 6. November 1930 beantragte z. B. die SPD einige Maßnahmen, u. a. die Errichtung von Wärmestuben, die unentgeltliche Abgabe von Essen an Pflichtar-

beiter, die ausreichende Abgabe von Kohlen an bedürftige Familien, die Abgabe von Freibankfleisch und die Schaffung von Arbeitsplätzen u. a. durch den Bau eines neuen Altersheims und eines neuen Arbeitsamtes – letzteres wurde im März 1938 fertiggestellt. Außerdem forderte man die Stadtverwaltung auf, alle erforderlichen Maßnahmen für den Rheinbrückenbau bei Maxau zu ergreifen, „wobei Hunderte von Arbeitskräften Verwendung finden können." Auch der Bau der Rheinbrücke wurde im „Dritten Reich" 1938 abgeschlossen und vielfach den Nationalsozialisten als Verdienst zugeschrieben.

Am 20. November 1930 ermächtigte der Stadtrat das Fürsorgeamt, bis 31. März 1931 die Richtsätze der Unterstützungszahlungen bis zu 10 % erhöhen zu können, in besonderen Fällen um bis zu 20 %. Pflichtarbeiter sollten warmes Essen erhalten, Heizmaterial an bedürftige Familien abgegeben werden. Die Mehrausgaben sollten durch die ab 1. Februar 1931 beschlossenen Gehaltskürzungen der städtischen Bediensteten finanziert werden. Die KPD hatte sogar am 23. Dezember 1930 gefordert, die städtischen Gehälter auf maximal 6.000 Mark im Jahr zu begrenzen und die Haushaltsbeträge für den Luftverkehr sowie für Feste und Feierlichkeiten einzusparen. Alle Vermögen über 30.000 Mark sollten gestaffelt von 10 bis 25 % zu einer Vermögensabgabe verpflichtet und eine Wohnungsluxussteuer eingeführt werden. Diese Anträge wurden fast alle als gesetzlich nicht zulässig abgelehnt, nur die aus dem Haushaltsposten „Luftverkehr" verbliebenen 9.000 Mark wurden mit Stimmenmehrheit zur Linderung der Notlage der Karlsruher Notgemeinschaft überwiesen. Eine Wohnungsluxussteuer wie in Mannheim hielt Oberbürgermeister Finter für nicht sinnvoll, da es nur wenige große Wohnungen in Karlsruhe gebe. Friedrich Töpper (SPD) signalisierte, daß seine Partei den Anträgen, soweit sie gesetzlich zulässig seien, zustimmen werde. Die Stadt solle auch auf jeden Fall eine Wohnungsluxussteuerordnung ausarbeiten und die Erhöhung der Umlagen prüfen. August Kramer (NSDAP) plädierte ebenfalls für eine Wohnungsluxussteuer. Die Streichung der Mittel für den Luftverkehr lehnte er aber strikt ab, da alles getan werden müsse, den Luftverkehr zu fördern. Bei dieser Debatte ging es hoch her, denn Finter sah sich genötigt, Stadtrat Oskar Stäbel (NSDAP) zu bitten, „den Ausdruck ‚Sozen', der verächtlich gemeint sei, nicht mehr zu verwenden und umgekehrt auch den Ausdruck ‚Ritter des Hakenkreuzes', der ebenfalls beleidigend aufgefaßt werden könnte." Nach hitziger Debatte wurde die Wohnungsluxussteuer schließlich dahingehend angenommen, daß es sich um einen Initiativantrag handele, der das Bürgermeisteramt beauftrage, einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten.

Auch die NSDAP stellte Anträge zur sozialen Lage, die aber wie im Landtag seit 1929 propagandistischen Zwecken und der Verbreitung der NS-Ideologie dienten. Am 18. Dezember 1931 beantragte sie z. B. die einmalige Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe: „Zur Beschaffung der erforderlichen Mittel soll die Genehmigung zur Erhebung einer Warenhaus- und Filialsteuer beantragt werden; ... weitere Mittel stehen zur Verfügung nach Einführung der dreifachen Schlachtgebühr für betäubungslos geschlachtete (geschächtete) Tiere." Das Bürgermeisteramt hielt diese Deckungsvorschläge für ungeeignet und empfahl deren Ablehnung. Auch in dieser Sitzung mußte Oberbürgermeister Finter eingreifen: „Er bitte, Zwischenrufe zu unterlassen, da die Debatte dadurch leicht auf politisches Gebiet gedrängt werde." Politisch war die Debatte natürlich und zwar auch ohne die Zwischenrufe, die Oberbürgermeister Finter nicht gern hörte. Ausgelöst hatte diesen Disput die kommunistische Forderung, die städtischen Gehälter zu begrenzen. Stadtrat Willi Worch (NSDAP) entgegnete, daß auch in der Industrie das Leistungsprinzip herrsche und schließlich ja auch die kommunistischen Agitatoren, z. B. Stalin, bezahlt würden. Über die Sozialpolitik wurde häufig und z. T. heftig im Stadtrat debattiert: je mehr sich die soziale Notlage verschärfte, desto mehr rückte diese in den Vordergrund.

Seit 1929 verschlechterte sich die Lage weiter Bevölkerungskreise in Karlsruhe kontinuierlich. Die Möglichkeiten, auf kommunaler Ebene gegenzusteuern, waren relativ gering und beschränkten sich weitgehend auf die Verwaltung der Not und auf begrenzte Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten. Diese trugen ebenso wie die umstrittene Pflichtarbeit kaum etwas zur Lösung des Problems bei. Auch der privaten Hilfe, wie sie in der Karlsruher Notgemeinschaft geleistet wurde, waren enge Grenzen gesetzt. Obwohl die aufgebrachten Summen angesichts der enormen städtischen Ausgaben nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein waren, halfen die Spenden der Karlsruher Bevölkerung und Firmen aber in extremen Notlagen vielen Hilfsbedürftigen. Die Karlsruher Notgemeinschaft wurde am 15. September 1933 aufgelöst und ihr Restvermögen an das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes übergeben.[225] Politisch trug die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte soziale Lage weiter Bevölkerungskreise auch in Karlsruhe sicher zur Destabilisierung der Weimarer Demokratie bei, ohne daß deren Anteil genau quantifizierbar ist.

Die Wohnungsversorgung 1919–1933[226]

Die Bekämpfung der Wohnungsnot bis 1924

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges gab es in Karlsruhe immer noch viele Wohnungen in „Mietskasernen", d. h. in Wohngebäuden mit sieben und mehr Wohnungen und häufig mit schlechten Licht- und Luftverhältnissen. In Klein- und Kleinstwohnungen wohnten zu viele Menschen auf engstem Raum, wofür sie auch noch unverhältnismäßig hohe Mieten zahlen mußten. Von den kinderreichen Karlsruher Familien mußten rund 44 % in überfüllten Schlafzimmern schlafen, so daß die in der Landesbauordnung vorgeschriebenen 3,5 m^2 pro Person in der Regel nicht vorhanden waren.[227]

Da während des Krieges die Bautätigkeit fast völlig zum Erliegen kam, wurde der Wohnraum wie in anderen badischen Städten noch knapper.[228] Die Stadt versuchte deshalb noch vor Kriegsende gegenzusteuern. Im Sommer 1918 entstanden in zwei von der Krupp von Bohlen und Halbachschen Verwaltung gestifteten Häusern und anderen städtischen Gebäuden 23 neue Wohnungen.[229] In Daxlanden baute die Stadt in der Holländerstraße auf dem ehemaligen Friedhof im Herbst des Jahres 1918 die ersten drei „Kleinwohnhäuser" mit zwei Zimmern, zu denen je eine Wohnküche, eine Toilette und eine Kleintierstallung gehörten. Gegen den Bau dieser Häuser hatte der katholische Stiftungsrat Karlsruhe-Daxlanden Bedenken erhoben, da der Zeitraum nach der Schließung des Friedhofs im Jahr 1898 zu kurz sei. Für eine künftige Bebauung solle man auch die Umgebung berücksichtigen, in welche die geplanten „Notbauten (oder Armenhäuser)" nicht hereinpassen würden. Dagegen betonte die Stadt, daß es sich nicht um Armenhäuser handele, sondern um Einfamilienmiethäuser. Pietätsempfindungen wolle man aber selbstverständlich schonen und, wenn gewünscht, auf Kosten der Stadt Gebeine und Grabstätten auf den neuen Friedhof verlegen.[230] Die Häuser wurden trotz der Einwände gebaut, und im Frühjahr 1919 folgten dort sowie in der Valentinstraße zwölf weitere Einfamilienhäuser dieses Typs. Die nach Kriegsende rasch zurückkehrenden Truppen erhöhten den Bedarf an neuen Wohnungen noch einmal beträchtlich. Darauf hatte die neue badische Volksregierung reagiert und die Bevölkerung aufgerufen, Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Auch die Zahl der Beamten hatte aufgrund neuer kriegsbedingter Aufgaben während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren noch bis 1921 ebenfalls unverhältnismäßig stark zugenommen.[231] Außerdem kamen zahlreiche Flüchtlinge aus dem benachbarten Elsaß-Lothringen, das nun wieder an Frankreich fiel.[232] Karlsruhe mußte knapp ein Fünftel der ca. 32.000 Elsaß-Lothringer aufnehmen, die nach Kriegsende flüchteten oder ausgewiesen wurden.

Da der Zustrom anhielt, protestierte die Stadt am 2. September 1921 bei der Reichszentrale für elsaß-lothringische Vertriebenenfürsorge in Freiburg, da Karlsruhe das Achtfache des Reichsdurchschnitts an Vertriebenen aufzuweisen habe. Man solle deshalb Karlsruhe nur noch Flüchtlinge zuweisen, die hier geboren worden waren oder von einer Karlsruher Familie abstammten. Trotz eines gewissen Verständnisses für die Notlage der Stadt lehnte die Reichzentrale die Forderung ab, um keinen Präzedenzfall zu schaffen. Die Errichtung von Wohnungen für Vertriebene wolle man aber nach Kräften fördern. Zu diesem Zweck wurde 1922 von dieser Personengruppe eine eigene Baugenossenschaft, die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft vertriebener Elsaß-Lothringer m.b.H., gegründet. Noch in diesem Jahr wurde mit dem Bau von Wohnhäusern im Weiherfeld begonnen, und im November 1923 konnten die ersten 36 Wohnungen an der Neckarstraße bezogen werden. 1927 war der „Elsässerblock" mit insgesamt 92 Wohnungen in 18 Häusern fertiggestellt.[233]
Die Stadt hatte unmittelbar nach Kriegsende am 11. November ein städtisches Wohnungsamt eingerichtet. Dieses konnte eine Herabsetzung der Miete beantragen, worüber dann die städtische Mieteinigungsstelle zu entscheiden hatte. Der Abriß oder eine Umnutzung von Wohnraum wurden genehmigungspflichtig. Leerstehende Räume wies das Amt Wohnungssuchenden zu, wobei die Räume auch auf städtische Kosten für Wohnungszwecke renoviert werden konnten.[234] Am 25. November 1918 folgten Anordnungen zum Schutz der Mieter und über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, denenzufolge nun auch Mieterhöhungen unverzüglich angezeigt werden mußten. Diese kommunalen Maßnahmen setzten die noch während des Krieges auf Reichs- und Landesebene eingeleiteten Maßnahmen der Wohnungszwangswirtschaft fort.[235]
Bis April 1919 waren über 1.000 Wohnungen vermittelt worden, aber nun war „jeglicher Vorrat an Zimmern und Wohnungen erschöpft. Es stünde eine Katastrophe bevor, weil verschiedene Familien in nächster Zeit vom Gerichtsvollzieher auf die Straße gesetzt würden, ohne daß man wisse, wo man diese Familien unterbringen solle."[236] Deshalb sah man sich nun auch zum Bau von Behelfswohnungen in zwei Baracken an der Durmersheimer Straße in Grünwinkel und an der Bannwaldallee gezwungen.[237]
Die Stadt trat aber nicht nur selbst als Bauherrin auf, sondern übertrug diese Aufgabe der neu gegründeten Handwerkerbaugenossenschaft, die seit Juli 1919 auf dem Gelände zwischen der Kriegs- und Gottesauerstraße, den sogenannten Lohfeldäckern, insgesamt 78 Einfamilienhäuser baute. Das Gelände hatte man zuvor in Erbpacht vom Domänenärar erhalten.[238] Hinter der Tullaschule in der Oststadt entstanden auf städtischem Gelände weitere 118 Kleinwohnungen in Mehrfamilienhäusern. Insgesamt wurden 1919 von der Stadt und den von ihr unterstützten Baugenossenschaften 314 neue Wohnungen begonnen oder fertiggestellt. Darüber hinaus wurden weitere 114 Notwohnungen in den vom Militär geräumten Kasernen und in städtischen Gebäuden erstellt.[239]
Die private Bautätigkeit kam dagegen nur schleppend wieder in Gang. Krieg und Inflation hatten das vorhandene Kapital schrumpfen lassen. Zudem versprach Bauen auch nicht mehr die Gewinne wie in der Vorkriegszeit. Öffentliche Kredite zunächst vom Reich, dann auch vom Land Baden und der Stadt, waren deshalb erforderlich, um Privatbauten zu finanzieren.[240] Außerdem wurden Baumaterialien zunehmend knapper, so daß private Bauherren und Genossenschaften auf die Hilfe der Stadt angewiesen waren, welche die Baumaterialien beschaffte. Ein schon im Jahr 1919 am Rheinhafen errichtetes städtisches Säge- und Hobelwerk verarbeitete Holz aus Heeresbeständen, das für Neubauten verwendet wurde.[241] Als 1920 auch noch Kalk, Zement und Backsteine besorgt werden mußten, beteiligte sich die Stadt mit 51% an der neugegründeten Karlsruher Baustoff-Industrie GmbH, die das Ziegelwerk Ittersbach kaufte.[242]
Dennoch wurde nur gut ein Drittel soviel Neubauten begonnen wie im Vorjahr. Die Stadt

legte daraufhin dem Bürgerausschuß am 19. November 1920 einen Antrag vor, 20 Millionen Mark für Baukredite bereitzustellen, 5 Millionen für Notwohnungen, der Rest für die Baugenossenschaften.[243] Dies sei notwendig, da derzeit rund 5.000 Wohnungssuchende gemeldet seien, von denen rund die Hälfte zu den dringenden Fällen gehörte, da sie gänzlich ohne Wohnung waren oder „infolge Zusammenwohnens" zu den Wohnungsbedürftigen zu rechnen waren. Notwohnungen könnten hier nur eine Übergangslösung sein, da sie „auch der allerbescheidensten Wohnungskultur kaum zu dienen vermögen." Finanziert wurden die Baudarlehen u. a. durch die Einnahmen aus dem badischen Wohnabgabegesetz von 1920.[244]

Bis 1923 entstanden auch durch Abtrennung und Einbau von zusätzlichen Wohnungen in vorhandenen Privatgebäuden rund 1.200 Notwohnungen.[245] „In Anbetracht des besonders starken Wohnungsmangels"[246] hatte der Stadtrat am 9. Juni 1921 beschlossen, daß die Zimmerzahl die Zahl der Haushaltsmitglieder nicht übersteigen dürfe. Damit konnte man Bewohner großer Wohnungen zur Abgabe von Wohnraum zwingen, wie dies seit der Verordnung des badischen Arbeitsministeriums vom 2. August 1920 grundsätzlich schon möglich war.[247]

Natürlich gab es Widerspruch: bereits am 20. Juni 1921 kritisierte der Bezirksarzt Dr. Georg Eberle dies als „allgemeines Gleichmachen" und führte die Wohnungsnot u. a. auf „den Zuzug von landfremden Elementen aus dem Osten" zurück.[248] Deshalb forderte er, weitere Zuzüge zu verbieten und die bereits Zugezogenen wieder abzuschieben. Außerdem plädierte er für ein generelles Heiratsverbot von Männern unter 25. Die Älteren sollten eine Heiratserlaubnis nur erhalten, wenn eine Wohnung vorhanden sei. Das städtische Wohnungsamt appellierte angesichts der akuten Wohnungsnot Anfang 1922 tatsächlich an die Verlobten, vorläufig nicht zu heiraten, da keine Wohnungen zur Verfügung stünden. Zu einem Heiratsverbot kam es aber nicht.[249]

Auch der Vorsitzende des Bundes für deutsche Familie und Volkskraft Hermann Paull schaltete sich am 26. Juli 1921 im Namen von 23 in Karlsruhe ansässigen Vereinen ein, die weitreichende Folgen für die „sittliche Familie" als „Wahrerin und Hüterin der sittlichen Kräfte" befürchteten. Den „Zwangsmieter" sah er als Gefährdung der Familie an, der „schon durch seine Anwesenheit innerhalb der Wohnung dem Familienkreise die Möglichkeit innigen und traulichen Zusammenlebens" nimmt, „das die Familie zu einem Hort des Glückes und der Zufriedenheit macht."[250] Dieser Verein und ihr Vorsitzender gehörten zu den Wegbereitern der rassenhygienischen Bevölkerungspolitik, die später von den Nationalsozialisten aufgegriffen und in verbrecherischer Weise umgesetzt wurde.[251]

Zu diesem Zeitpunkt hatte das Bürgermeisteramt schon klargestellt, daß neue Wohnungen ausschließlich durch die Abtrennung von Zimmern und nicht durch Zwangseinquartierungen geschaffen werden sollten. Oberbürgermeister Finter war auch entschlossen „dem dummen Geschwätz von der Schädigung der Hygiene und der Sittlichkeit" entschieden entgegenzutreten.[252] Die systematische Suche nach ungenutztem Wohnraum wurde Ende 1921 eingestellt, da nach einer zweimaligen Besichtigung aller in Frage kommenden Häuser kaum noch neue Wohnungen zu erwarten waren.[253] Statt dessen setzte man nun verstärkt auf die Förderung von Neubauwohnungen.

Das Land Baden reagierte ebenfalls und gewährte Darlehen. Außerdem baute es Beamtenwohnungen an der Englerstraße.[254] An der Bahnhofstraße erstellte die Reichsbahndirektion in den Jahren 1923/24 Wohnhäuser für ihre Bediensteten.[255] Karlsruhe als Sitz vieler Zentralbehörden verfügte über den höchsten Anteil an Wohngebäuden in Baden, die dem Land oder dem Deutschen Reich gehörten.[256]

Die private Bautätigkeit

Demgegenüber fiel die private Bautätigkeit immer noch deutlich ab: Erst als 1921 Landes- und Stadtdarlehen gewährt wurden, kam sie

Plan eines Hauses der Hardtwaldsiedlung in der Parkstraße vom Januar 1921.

langsam wieder in Gang, und rund 70 Wohnungen wurden nun fertiggestellt bzw. begonnen. In den Jahren 1919 bis 1923 wurden 59 % der neuen Wohnungen durch die gemeinnützigen Baugenossenschaften erstellt.[257] Finanziert wurden sie vor allem durch öffentliche Baukostenzuschüsse. Nur die Wohnungsbau GmbH für Industrie und Handel, die zunächst Neubauten an der Kalliwoda-, Brahms- und Philippstraße in Angriff genommen hatte, erhielt auch Zuschüsse von privaten Arbeitgebern. Hauptkapitalgeber war aber auch hier die Stadt, die von dem 6 Millionen Mark betragenden Stammkapital mehr als zwei Drittel einbrachte, deutlich vor dem Badenwerk, der Sinner-AG und der Parfümerie- und Toiletteseifenfabrik Wolff & Sohn mit Beträgen zwischen 250.000 und 200.000 Mark.[258]
Eine Sonderstellung nahm die Parksiedlungsgenossenschaft „Eigenhandbau" ein, deren Genossen im Binsenschlauch hinter der Telegraphenkaserne in der heutigen Nordweststadt Einfamilienhäuser in Eigenarbeit bauten.[259] Nördlich der Moltkestraße im Bereich des Kadettenhauses entstand die zweite große Siedlung der Nachkriegszeit, die Hardtwaldsiedlung, wo bis 1926 rund 300 Einfamilienhäuser mit drei bis fünf Zimmern fertiggestellt waren.[260]
Die Stadt und private Bauherren erstellten bis 1923 je 17 % der Neubauten, das Land Baden 5 % und das Reich 2 %. Inklusive der Behelfswohnungen in Kasernen und öffentlichen Gebäuden sowie der Notwohnungen in Privatgebäuden waren rund neue 3.300 Wohnungen entstanden. Dies war angesichts der ungünstigen Zeitumstände ein durchaus passables Ergebnis.[261] Auch in Karlsruhe bestimmten im ersten Jahrfünft der Weimarer Republik öffentliche Bauträger und die von ihnen unterstützten Baugenossenschaften zu einem wesentlich Teil den Wohnungsbau.[262]

Die Konsolidierung der Wohnungssituation 1924–1928

Mit der Einführung der Goldmarkwährung und der Konsolidierung der deutschen Wirt-

schaft erholte sich der private Baumarkt zusehends. Im Städtevergleich übertraf Karlsruhe 1925 mit 4,14 neuen Wohnungen auf 1.000 Einwohner deutlich andere badische Städte.[263] Nicht zuletzt aufgrund der öffentlichen Förderung wurde im Jahr 1926 die „Friedensbautätigkeit" des Jahres 1913 erstmals wieder deutlich überschritten. Im Jahr 1927, als der Höhepunkt der Bautätigkeit in der Weimarer Republik erreicht war, hatte sie sich nahezu verdoppelt. Karlsruhe hatte unter 34 deutschen Großstädten im Jahr 1927 mit 11,1 % den drittgrößten Anteil an Wohnungen, die seit 1918 entstanden waren. Auch bei der Zahl neuer Wohnungen auf 1.000 Einwohner lag Karlsruhe mit 28,8 Wohnungen an dritter Stelle.[264]

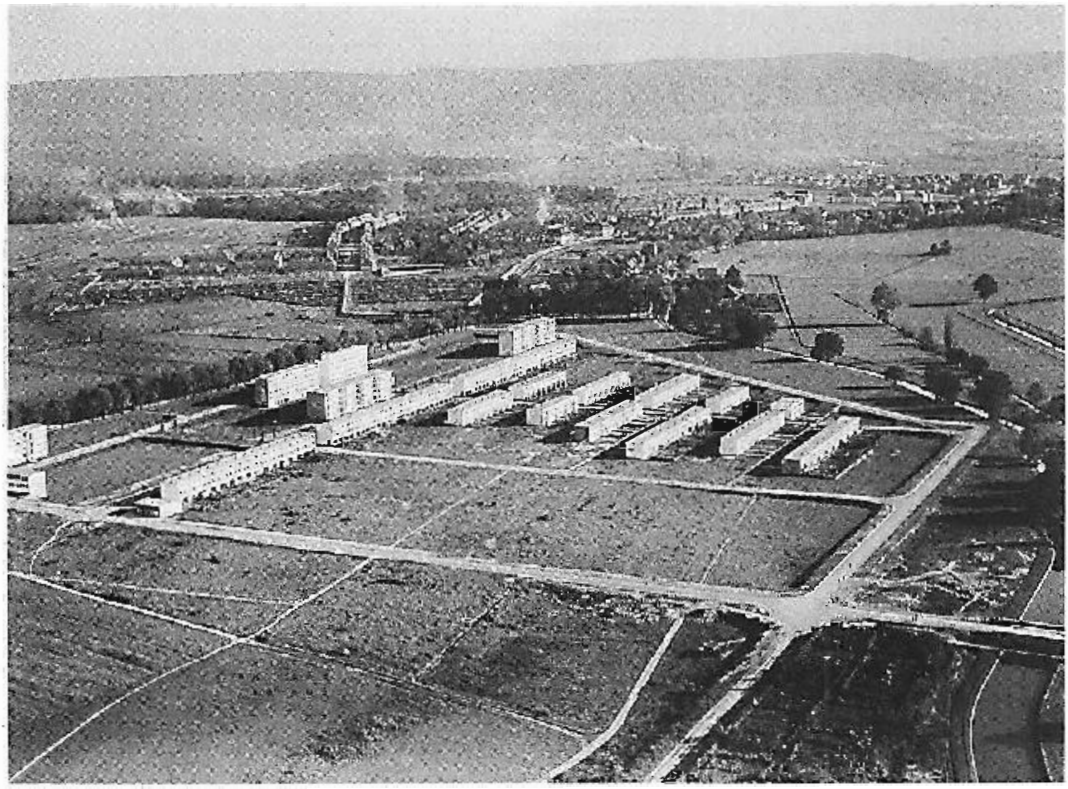
Angesichts der insgesamt positiven Entwicklung konnte im Jahr 1929 das städtische Wohnungsamt aufgelöst und nur noch als ein mit einem Beamten besetztes und der Stadtkanzlei untergeordnetes „Wohnungsbüro" weitergeführt werden. Die Wohnungszwangwirtschaft wurde nun weiter gelockert: seit dem 24. Mai mußte nur noch die Vermietung von Wohnungen mit zwei bis fünf Zimmern gemeldet werden. In Bulach, Daxlanden, Rintheim und Rüppurr entfiel die Genehmigungspflicht völlig.[265] Im übrigen Stadtgebiet wurde sie allerdings vor Beginn der Weltwirtschaftskrise nicht gänzlich aufgehoben.

Ende der 20er Jahre hatte Karlsruhe im deutschen Städtevergleich nach wie vor eine gute Position. Hier lag der durchschnittliche Anteil von Kleinwohnungen mit weniger als drei Zimmern bei nur 32,7 % – der Durchschnitt der untersuchten 46 deutschen Großstädte lag bei 51 %.[266] Dies hing natürlich auch mit der sozialen Zusammensetzung der Karlsruher Bevölkerung zusammen, in der die Arbeiter für eine Großstadt einen vergleichsweise geringen Anteil an den Erwerbstätigen ausmachten. Den höchsten Bedarf an Zweizimmerwohnungen gab es nicht zufällig in den Vororten „mit vorwiegender Arbeiterbevölkerung."[267] Auf den Mangel an kleinen Wohnungen hatte u. a. bereits die SPD anläßlich der Haushaltsberatungen 1928 hingewiesen.[268] Dreizimmerwohnungen waren in allen Stadtteilen gefragt, noch größere Wohnungen dagegen nur „in bester Wohnlage."

Der Stadt ging es deshalb nach wie vor in erster Linie um die Bereitstellung preiswerter Kleinwohnungen. Da die privaten Bauherren eher größere und damit teuere Wohnungen bauten, es nach wie vor aber eine starke Nachfrage nach guten Kleinwohnungen gab, gründete sie 1928 die Baugesellschaft „Volkswohnung G.m.b.H.", die versuchen sollte, „unter Anwendung der neuesten Errungenschaften rationeller Wohnungsgestaltung und Einrichtung dem Ideal der Volkswohnung, d. i. der zureichenden und zugleich erschwinglichen Wohnung der großen Masse der Bevölkerung, näherzukommen."[269]

Neues Bauen in Karlsruhe

Ende der 20er Jahre war die Volkswohnung am Bau eines der prominentesten Beispiele des Neuen Bauens, der Dammerstocksiedlung, maßgeblich beteiligt, deren Bau im Zusammenhang mit der verstärkten Bemühung um den Bau von Kleinwohnungen zu sehen ist. Mitte 1928 wurde der Bebauungsplan für das Dammerstockgebiet vom Stadtrat beschlossen mit der Vorgabe, daß dort Klein- und Mittelwohnungen entstehen sollten. Bei der Wettbewerbsausschreibung stand „der Gebrauchswert der Wohnungen für Familien der mittleren und unteren Einkommensschichten" im Vordergrund.[270] Von 43 Entwürfen wurden acht prämiert. Den ersten Preis erhielt Walter Gropius, den zweiten Otto Haesler. Diese beiden arbeiteten schließlich auch den endgültigen Lageplan aus. Drei Baugenossenschaften, die Hardtwaldsiedlung Karlsruhe, die Volkswohnung Karlsruhe und die Gemeinnützige Bau- und Siedlungs A.G. Berlin, errichteten 1929 den ersten Bauabschnitt mit 228 Wohnungen, die vom 29. September bis 27. Oktober 1929 in der „Ausstellung Karlsruhe-Dammerstocksiedlung. Die Gebrauchswohnung" präsentiert wurden. Obwohl die Siedlung nur zu einem Teil fertiggestellt war, setzte die Stadt damit neue Maßstäbe und demonstrierte ihre Öff-



Luftbild der Dammerstocksiedlung von Nordwesten im Jahr 1931 mit dem in diesem Jahr fertiggestellten Wohnblock Dammerstockstraße 13–17, im Hintergrund die Rüppurrer Gartenstadt.

nung zum Neuen Bauen. Die Vertreter dieser Richtung wollten bei niedrigen Baukosten funktionale Wohnungen zu erschwinglichen Mieten vor allem für die bislang in überfüllten Wohnungen lebenden Arbeiter bereitstellen. In Karlsruhe hatte Baubürgermeister Hermann Schneider die Entscheidung zum Bau der Dammerstocksiedlung vorbereitet und durchgesetzt.[271]

Schon unter den Zeitgenossen löste der Dammerstock als herausragendes Beispiel für den modernen Siedlungsbau z. T. heftige Diskussionen aus. Unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme kritisierte sie auch ein Artikel, vermutlich aus der Feder des Architekten Hermann Loesch, als „Orientkasernen, die wie abgebrannte Häuser aussehen."[272] Kreisleiter Willi Worch ließ in einer Stadtratssitzung gar wissen, er habe von Reichsstatthalter Wagner erfahren, „daß man in 20 Jahren wohl soweit sei, daß der Dammerstock abgebrochen werden könne."

Bürgermeister Schneider war auch die treibende Kraft zum Bau des Rheinstrandbads Rappenwört und der dortigen Städtischen Vogelwarte, mit deren Bauten die Stadt erstmals „das Neue Bauen als Baustil etabliert hatte."[273] Mit der Anlage entstand ein Volkspark, der bereits zur Eröffnung am 20. Juli 1929 Tausende von Besuchern anlockte. Damit war ein Ziel der Planer bereits erreicht, die auf der Rheininsel Rappenwört ein Strandhotel, ein Café mit Tanzestrade, Sportplätze und eine dem Schulbetrieb und der Allgemeinheit zugängliche Vogelwarte für die Nutzung durch breite Bevölkerungsschichten gebaut hatten. „Familien des verarmten Mittelstandes, der Arbeiter und kleinen Beamten, die das Geld zu einer noch so bescheidenen Sommererholung in einem auswärtigen Kurort nicht aufzubringen vermö-

Luftbildaufnahme des Rheinstrandbades Rappenwört vom 11. November 1929.

gen, haben auf Rappenwört alles das, was von einer Gelegenheit zur Erfrischung der Gesundheit billigerweise erwartet werden kann."[274] Auch gegen den Bau des Rheinstrandbades waren Bedenken vorgebracht worden, die von der Befürchtung einer drohenden Verschandelung bis zu grundsätzlichen Bedenken gegen die Freiluftbäder reichten. Vor allem die rechten Parteien hatten sich im Bürgerausschuß gegen das Projekt ausgesprochen.[275] Die Stadt mußte sich auch gegen Kritiker wehren, die Rappenwört als ein Beispiel für die mangelnde Fähigkeit der Stadt nannten, in Krisenzeiten maßhalten zu können. Oberbürgermeister Finter wies diese auch von der Reichsregierung unter Reichskanzler Brüning erhobenen Vorwürfe in seiner Haushaltsrede 1931 entschieden zurück und bekannte sich zur Verpflichtung der Stadt, mit solchen Maßnahmen der Arbeitslosigkeit gegenzusteuern.[276]

Die Vogelwarte, an der sich der Staat nicht, wie ursprünglich einmal geplant, beteiligte, wurde am 1. August 1929 eröffnet, am 31. März 1934 aber aus finanziellen Gründen wieder geschlossen, nachdem zuletzt fast nur noch Schulklassen die Vogelwarte besucht hatten. Auch diese waren ausgeblieben, nachdem der 1929 eingerichtete Straßenbahnpendelverkehr nach Rappenwört während der Woche eingestellt wurde.[277]

Politik und Wahlen in der Weimarer Republik

Die Neuformierung des Parteiensystems: Die Linksparteien

Bereits während des Ersten Weltkrieges begann die Modifizierung und Ausdifferenzierung des Parteiensystems durch die im April

1917 vollzogene Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) von der Mutterpartei SPD. Wieviele SPD-Mitglieder in Karlsruhe zur USPD übergingen, ist nicht bekannt, doch 1919 sollen von mehr als 2.000 Karlsruher SPD-Mitgliedern nur rund 100 zur USPD gewechselt sein. Nach Kriegsende traten generell wieder mehr Mitglieder in den sozialdemokratischen Verein ein, und der kriegsbedingte Mitgliederschwund wurde rasch aufgeholt.[278] Die SPD-Mitgliederversammlung wählte im Juni 1919 den Glaser Gottlob Schwerdt zum Vorsitzenden, der seit 1899 als Stadtverordneter in der Kommunalpolitik für die SPD tätig war und nun auch die Stadtratsfraktion anführte.[279]

Da Frauen in der Partei nach wie vor unterrepräsentiert waren (im Jahr 1919 nur 288), wurde die Entwicklung der Frauensektion entsprechend negativ eingeschätzt, die trotz zahlreicher Aktivitäten hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei. Auf der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins im Jahr 1921 wurde deshalb die Gleichgültigkeit vieler Genossen gerügt, die vom Bourgoisiegeist geprägt seien und ihre Frauen nicht in die Partei integrieren wollten und auch nicht dafür sorgten, daß die „Gleichheit" in jedes Arbeiterhaus komme.[280] Der prozentuale Anteil der Frauen stieg zwar in den folgenden Jahren an, betrug 1928 aber immer noch nur rund 20 % (von 2.519 Mitgliedern waren 502 Frauen).[281]

Seit Anfang 1924 konnte sich die SPD auch auf den als Abwehrorganisation gegen die Feinde der Weimarer Demokratie gegründeten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold stützen.

Diese Organisation, der auch Demokraten und Zentrumsanhänger angehörten, war am 22. Februar 1924 reichsweit zum Schutze der Republik gegen Angriffe von rechts gegründet worden. Aus ihm ging im Dezember 1931 die von der SPD, den Gewerkschaften und Arbeitersportverbänden getragene Organisation „Die eiserne Front" hervor, die in der Endphase der Weimarer Republik als Gegengewicht zur rechten „Harzburger Front" gegen den von den Nationalsozialisten ausgeübten Terror der Straße ankämpfte.

In Karlsruhe war eine Reichsbanner-Ortsgruppe am 10. Juli 1924 entstanden, der sich gleich am Gründungsabend rund 500 Mitglieder anschlossen. Seine Bewährungsprobe bestand der Reichsbanner, als am Tag der Verfassungsfeier, am 11. August, 300 uniformierte Mitglieder durch die Stadt marschierten. Die feierliche Bannerweihe fand am 7. September in der Festhalle statt.

Die USPD gab seit dem 1. Januar 1919 in Karlsruhe eine eigene Zeitung, die „Sozialistische Republik", heraus, die seit dem 1. Januar 1920 als Tageszeitung erschien. Am 16. Februar 1919 hielt sie in Karlsruhe ihren ersten Landesparteitag ab. Dieser bestimmte Karlsruhe zum Parteisitz und den Karlsruher Schmied Bernhard Kruse zum Ersten Vorsitzenden. Im Jahr 1919 veranstaltete die Ortsgruppe Karlsruhe 19 öffentliche, 18 Mitglieder- und etliche Bezirksversammlungen.[282]

Ein „Aktionsausschuß zur Einigung des Proletariats", der sich Mitte des Jahres 1919 unter dem maßgeblichen Einfluß der USPD gebildet hatte, stieß bei der SPD auf heftigen Widerstand und blieb dem „Volksfreund" zufolge ohne greifbaren Erfolg.[283] Eine Veranstaltung am 13. Juni soll aber recht gut besucht gewesen sein, wobei die Zahlenangaben zwischen 2.000 und 8.000 schwanken.[284] Die Versuche der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bzw. des Spartakusbundes, in Karlsruhe Fuß zu fassen, blieben zunächst ohne größere Resonanz.[285] Die aus der Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Wilhelm Liebknecht hervorgegangene KPD spielte in der Anfangsphase der Weimarer Republik in Karlsruhe noch keine Rolle und trat erst im Frühjahr 1919 als Konkurrenz zur USPD in Erscheinung.[286] Am 26. März 1920 hielt die Partei eine Versammlung in Mühlburg ab, in der die Rednerin Rosi Wolfstein die USPD heftig angriff.[287] Die USPD dominierte aber bis zur Vereinigung ihres linken Parteiflügels mit der KPD Ende 1920 eindeutig das äußerste linke Parteienspektrum in Karlsruhe. Eine Mitgliederversammlung der USPD billigte am 20. September 1920 mit einer Mehrheit von 97 zu 42 Stimmen den Anschluß an die Kommu-

Die SPD feierte in der Weimarer Republik am 9. November die Novemberrevolution 1918.

nistische Internationale und den Zusammenschluß mit der KPD und stellte sich damit hinter die Entscheidung der Parteispitze.[288] Der Vereinigungsparteitag der badischen USPD mit der KPD fand am 18. und 19. Dezember 1920 in Karlsruhe statt. Folgerichtig stellte die „Sozialistische Republik" ihr Erscheinen ein, das neue Organ der „Vereinigten Kommunistischen Partei der Bezirke Baden und Pfalz" wurde die „Rote Fahne."[289]

Der „Volksfreund" hatte gleich bei Bekanntwerden der USPD-Entscheidung mit der Werbung um deren Mitglieder begonnen und sie zur Rückkehr zur SPD aufgefordert.[290] Als sich im September 1922 SPD und der rechte USPD-Flügel wieder zusammenschlossen, begrüßte dies die Karlsruher SPD nachhaltig. Von den ursprünglich acht Stadträten der USPD und der SPD war einer zur KPD übergewechselt, von den 34 Stadtverordneten drei.[291]

Die badische KPD hatte ihre Zentrale nicht in der Landeshauptstadt, sondern in ihrer Hochburg Mannheim. Karlsruhe war nur Sitz einer KPD-Unterbezirksleitung. Ende 1923 hatte dieser Unterbezirk mehr als 2.000 Mitglieder. In sogenannten Betriebshundertschaften, der Kampforganisation der KPD, waren laut Landespolizeiamt, das die links- und rechtsextremen Parteien seit seiner Gründung im Jahr 1922 überwachte und seit 1924 regelmäßig darüber berichtete, in Karlsruhe 100 Personen organisiert, von denen 30 der SPD angehörten.[292] Auch nach dem Verbot der KPD am 23. November 1923 arbeitete diese trotz der polizeilichen Überwachung weiter. So wurden im Februar 1924 zwei Arbeiter festgenommen, die illegales Werbematerial und Zeitungen der KPD verbreiteten.[293]

Nach Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Verbots gegen die KPD erholte sich die Partei relativ rasch und erzielte bei der Reichstagswahl im Mai 1924 ihr bis dahin bestes Ergebnis. Der als Nachfolgerin der Betriebshundertschaften gegründete Rotfrontkämpferbund (RFB) faßte aber erst im Frühjahr 1925 in Karlsruhe Fuß.[294] Zur Unterstützung dieser KPD-Kampforganisation fand am Ostermontag ein Roter Frontkämpfertag mit Bannerweihe statt, an dem rund 800 Personen aus fünf Orten teilnahmen. Als der RFB 1929 verboten wurde, traf dies die Partei trotz mancher organisatorischer Schwierigkeiten hart, da nun die Kampftruppe der KPD zu einem Zeitpunkt lahmgelegt war, als die NSDAP ihren Aufstieg begann. Die in Karlsruhe und anderen Orten entstehenden „Arbeiterwehren gegen den Faschismus" konnten diese Lücke nur unzureichend füllen. Die Arbeiterwehren gingen 1930 in dem „Kampfbund gegen den Faschismus" auf.[295]

Auch Betriebszellen konnten erst nach großen Anlaufschwierigkeiten im Städtischen Gaswerk, bei Junker & Ruh und den Berlin-Karlsruher Industriewerken, den vormaligen Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, gegründet werden, die aber noch im Frühjahr von der KPD selbst als schwach bezeichnet wurden.[296] Im Sommer 1925 kam es auch zu Auseinandersetzungen innerhalb der KPD-Ortgruppe, so daß die Mannheimer Bezirksleitung diese kurzerhand auflöste. Die Krise hing nicht zuletzt mit dem Wegzug der örtlichen KPD-Führer Dagobert Lubinski und Rudolf Podubecky nach Frankfurt zusammen. Erst nach einigen Wochen wurde die Ortsgruppe neu gegründet, womit die internen Schwierigkeiten aber nicht behoben waren. Die Karlsruher KPD war offensichtlich so verärgert darüber, daß ihr Kandidat für die Landtagswahl, der Stadtverordnete Oskar Westenfelder, nicht aufgestellt wurde, daß sie die Wahlkampfarbeit boykottierte. Schließlich übernahm der Landtagsabgeordnete Georg Lechleiter vorübergehend die Leitung des Unterbezirks Karlsruhe.[297] Auch in den folgenden Jahren gab es immer wieder Querelen, so trat Ende 1926 der Unterbezirksleiter Alfred Sälzler zurück. Nachfolger wurde Karl Bauer.[298]

Relativ erfolglos warb die KPD um die Erwerbslosen. Das badische Landespolizeiamt stellte in seinen Berichten seit 1924, als in Karlsruhe eine KPD-Erwerbslosenfraktion entstand, immer wieder fest, daß die KPD dort Wähler und Anhänger zu finden hoffte. Selbst in den relativ ruhigen Jahren von 1925 bis 1929 agitierte die KPD gezielt unter den Erwerbslosen, so am 18. Februar 1926, als eine Erwerbslosenversammlung im Hof des Lazaretts organisiert wurde, oder am 23. März mit einer Veranstaltung auf dem Festplatz. Die Versammlungen waren allerdings nur mäßig besucht.[299] Auch in der Endphase der Weimarer Republik, als die Arbeitslosigkeit katastrophale Ausmaße annahm, berichtete das Landespolizeiamt, daß es der KPD nur in geringem Umfang gelungen sei, die Erwerbslosen zu gewinnen.[300] Bis 1933 kam es in der Karlsruher Ortsgruppe der KPD auch immer wieder zu heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen, so z. B. 1931, als es Bestrebungen gab, Hermann Böning aus der Partei zu entfernen und dieser öffentlich von einem Parteimitglied der Unfähigkeit bezichtigt wurde.

Die Gewerkschaften unterstützten in der Weimarer Republik mehrheitlich die SPD. Gewerkschaftskartell und Afa luden gemeinsam zu den jährlichen 1. Maifeiern ein, hier ein Foto der Maifeier 1919 auf dem Marktplatz.

Die bürgerlichen Parteien

In die verschiedenen liberalen Parteien kam erst nach der deutschen Niederlage Bewegung. Die linksliberale Fortschrittliche Volkspartei, die am 25. November 1918 ihre letzte Versammlung in Karlsruhe hielt, schloß sich der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) an. Diese hielt am 9. Dezember 1918 ihre erste Versammlung ab, der im Wahlkampf für die beiden Wahlen im Januar 1919 zahlreiche weitere folgten. Das Parteibüro wurde in der Stefanienstraße 23 eingerichtet. Den Vorsitz des Ortsvereins übernahm als Nachfolger des wegen Arbeitsüberlastung zurückgetretenen Landtagsabgeordneten Ludwig Haas Stadtpfarrer Karl Hesselbacher. Als dieser nach Baden-Baden versetzt wurde, folgte ihm am 14. Oktober 1919 Professor Albert Keßler als Vorsitzender.[301]

In der DDP ging am 10. Dezember 1918 auch die Nationalliberale Partei auf, obwohl bereits am 7. November eine Ortsgruppe der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Adolf Trefzer gegründet worden war, die aber offensichtlich ohne große Resonanz blieb. Noch Ende November warben die Nationalliberalen um neue Mitglieder. Das Generalsekretariat der badischen Partei in der Waldstraße, das in den beiden letzten Kriegsjahren geschlossen war, nahm nach Kriegsende seine Tätigkeit wieder auf und beschäftigte Ende November wieder sieben Beamte. Die Mitgliederzahl des Karlsruher nationalliberalen Vereins betrug zu diesem Zeitpunkt rund 650 und stieg laut „Badischer Presse" täglich an.[302] Ende November fanden erste Verhandlungen zwischen den ehemaligen Fortschrittlern und den Nationalliberalen über eine Vereinigung statt. Die Linksliberalen stellten aber klar, daß eine Zusammenarbeit mit Blick auf die „alldeutsche und

vaterlandsparteiliche Agitation seitens führender Mitglieder der Nationalliberalen Partei" in den vergangenen Jahren erschwert werde. Sie waren deshalb nur unter dem Vorbehalt bereit, die Nationalliberalen aufzunehmen, daß diese sich auf das Programm der DDP verpflichteten.[303] Die Verhandlungen scheiterten, so daß zunächst am 1. Dezember als Nachfolgerin der Nationalliberalen Partei die „Badische Volkspartei" unter Führung des Jungliberalen Hermann Dietrich gegründet wurde, die am 5. Dezember mit einem ersten Wahlaufruf an die Öffentlichkeit trat und am nächsten Tag ihre erste öffentliche Versammlung, eine Frauenversammlung, veranstaltete. Zuvor hatte sich ein Frauenarbeitsausschuß gebildet, dem 16 Frauen angehörten.[304] Die Verhandlungen über einen Zusammenschluß der liberalen Parteien waren jedoch nur unterbrochen worden, denn am 10. Dezember einigten sich die Landesvorstände auf die Vereinigung in der DDP. Die nächsten Versammlungen wurden unter „Deutsche Demokratische Partei (Badische Volkspartei)" angekündigt. Ein vorläufiger Vorstand, den Hermann Hummel leitete und in den beide Parteien je 15 Mitglieder entsandten, sollte die Geschäfte führen, bis nach der Wahl die organisatorische Vereinigung erfolgen konnte.[305]

Der Schock über den verlorenen Krieg und die Revolution saß bei den Nationalliberalen offensichtlich am tiefsten, so daß sie die größte Mühe hatten, sich in den ersten Nachkriegswochen zu orientieren und zu organisieren. Erst im Laufe des Jahres 1919 fanden die Rechtsliberalen zur DVP und verließen die DDP. Auch die „Badische Presse" bekannte sich erst im September 1921 offiziell zur DVP.[306]

Die Konservativen und die Reichspartei schlossen sich zur Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) zusammen, die in Baden mit dem Untertitel Christliche Volkspartei firmierte. Am 4. Dezember trat sie mit einem ersten Wahlaufruf an die Öffentlichkeit. Die Geschäftsstelle befand sich in der Nowack-Anlage. Vorsitzender des Ortsvereins wurde Mitte Februar 1919 Telegraphendirektor Karl Hochstetter.[307]

Nur das Zentrum blieb in Baden weiterhin in der ursprünglichen Form bestehen und wies auch in Karlsruhe eine große personelle Kontinuität auf. Das Parteisekretariat befand sich in der Adlerstraße 42, dem Sitz der Badeniadruckerei, die u. a. das Parteiorgan „Badischer Beobachter" druckte.

Neue Themen der Parteipolitik

Häufiges Thema in den ersten Parteiveranstaltungen nach der Revolution war die Beteiligung der Frauen an der Politik, z. T. auch in besonderen Frauenveranstaltungen.[308] Die Einführung des Frauenwahlrechts, die Zentrum und Rechtsparteien im vorhergehenden Jahr noch erfolgreich verhindert hatten, stand nach der Revolution nicht mehr ernsthaft zur Debatte und wurde in Baden wie im Deutschen Reich reibungslos eingeführt.[309] Die fünf Parteien, die bei den Wahlen zur Badischen Nationalversammlung antraten – Zentrum, DNVP (Christliche Volkspartei), SPD, DDP und USPD – trugen alle dem Umstand Rechnung, daß erstmals Frauen wählen und gewählt werden durften. Zentrum und SPD setzten die erste Frau auf Listenplatz drei, die anderen drei Parteien auf Platz neun.[310] Auf den Wahllisten der kurz darauf folgenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung war aber keine Frau mehr auf einem aussichtsreichen Platz gesetzt.[311] Auch die noch am besten auf Platz 6 gesetzte Klara Philipp vom Zentrum verpaßte ein Reichstagsmandat, da das Zentrum in Baden nur fünf Mandate erzielte. Auf der Liste für die Wahl der Stadtverordneten wanderten in fast allen Parteien Frauen wieder nach oben, Kunigunde Fischer (SPD) auf Platz 4, Anna Richter (DDP), Maria Matheis (Zentrum) und Margarete von Voß (DNVP) auf Platz 3. Nur Babette Völlinger von der USPD mußte mit einem siebten Platz vorlieb nehmen. Gewählt wurden insgesamt nur acht Frauen bei 96 Stadtverordneten.[312]

Heftig diskutiert wurden auch die Waffenstillstandsbedingungen sowie die harten Friedensbedingungen des Versailler Vertrags. Als diese bekannt wurden, ordnete die badische Regie-

rung, dem Beispiel der Reichsregierung folgend, am 9. Mai Volkstrauer an und untersagte alle „Lustbarkeiten" in der Zeit vom 10. bis 17. Mai 1919. Die Stadtverwaltung und die vier größten Parteien organisierten am 13. Mai eine Protestversammlung, in der die Friedensbedingungen für unannehmbar erklärt wurden. Am 18. Mai fanden in den Kirchen Bittgottesdienste statt. Der Oberrat der Israeliten hatte bereits Anfang Januar verfügt, daß am Sabbat ein Gebet für einen dauernden Frieden zu sprechen sei. Die Friedensbedingungen des Versailler Vertrags blieben auch in den folgenden Jahren ein Thema vieler Versammlungen und Veranstaltungen.[313]

Der Aufstieg der NSDAP in Karlsruhe

Der Kampf gegen Versailles war auch eines der zentralen Themen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP), die in Karlsruhe schon vor 1923 in Erscheinung trat. Im März 1923 verbot der badische Innenminister Adam Remmele die Gründung einer Ortsgruppe der Deutschvölkischen Freiheitspartei, da sich einwandfrei erwiesen habe, „daß diese von Anhängern der nationalsozialistischen Arbeiterpartei betrieben wurde und daß die früheren Mitglieder dieser bereits verbotenen Partei versuchen wollten, in der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung ihre Bestrebungen fortzusetzen."[314] In diesem Jahr durchsuchte die Polizei auch die Wohnungen von zehn ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, die sich nach wie vor in der Gastwirtschaft „Linde" trafen. 13 Personen, darunter der Grötzinger Maler Otto Fikentscher und der ehemalige Karlsruher NSDAP-Ortsgruppenleiter, der Bildhauer Hugo Kromer, wurden angeklagt. Kromer hatte „auch zugegeben, daß er Mitglied der Ortsgruppe München der N.S.D.A.P. ist. Anläßlich einer Durchsuchung wurden bei ihm auch Programme und Flugblätter der N.S.D.A.P. vorgefunden und nach der Mitteilung des Landespolizeiamts ist er als führende Persönlichkeit der verbotenen Vereinigung bekannt."[315]

In der Nacht vom 28. auf den 29. November 1923 wurden an verschiedenen Häusern Klebezettel mit antisemitischen und rechtsradikalen Aussagen angebracht. Das Landespolizeiamt durchsuchte daraufhin einige Wohnungen und verhörte die Verdächtigen. Dies waren durchaus nicht die ersten antisemitischen Tendenzen, die nach der Revolution 1918/19 in Karlsruhe festzustellen waren. 1919 stand die Technische Hochschule im Mittelpunkt der antisemitischen Hetze.[316] Deutlich antisemitische Züge trugen auch die Ausschreitungen im Juni 1920, als eine Demonstration gegen zu hohe Preise eskalierte und das Warenhaus Knopf gestürmt bzw. geplündert wurde. Als Studenten der Technischen Hochschule am 50. Jahrestag der Reichsgründung am 18. Januar 1921 eine Veranstaltung mit Fackelzug am Kaiserdenkmal beim Mühlburger Tor ankündigten, sah der „Volksfreund" wohl nicht zu Unrecht „Hakenkreuzler" am Werk, die ungeniert „in letzter Zeit für ihre Ziele Propaganda" machten. Es sei nicht tragbar, daß „ein politisch unreifer nationalistischer Klüngel anläßlich der Feier der Reichsgründung ungehindert von den Behörden einen monarchisch-militaristischen Fez veranstalten kann."[317] Gegen die Behauptung, daß Hakenkreuzler am Werk seien, wandte sich am folgenden Tag der Ausschuß des Studentenverbandes und beharrte auf dem Fackelzug, der aber nicht zum Kaiserdenkmal, sondern zur Technischen Hochschule gehen sollte. Die badische Regierung sah aber die öffentliche Ordnung gefährdet und verbot den Umzug. Dieses Verbot sanktionierte der Landtag wenige Tage später ausdrücklich gegen die Stimmen der Deutschnationalen.[318]

In Baden war die NSDAP aufgrund des am 21. Juli 1922 erlassenen Gesetzes zum Schutze der Republik verboten. Dennoch gab es noch etliche Sympathisanten der verbotenen Partei, wie sich bei einer Versammlung in Karlsruhe gezeigt hatte, als die Erwähnung Hitlers jedesmal stürmischen Beifall auslöste. An einer Versammlung der nationalsozialistischen Tarnorganisation „Badenia" in Freiburg waren von 51 Teilnehmern vier aus Karlsruhe, darunter der spätere Kreisleiter Willi Worch

und der spätere Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF) Fritz Plattner.[319] Die „Badenia" warnte auch ausdrücklich vor der Vaterländischen Arbeitsgemeinschaft, wie sie z. B. am 17. Januar in Karlsruhe gegründet worden sei, die man als Konkurrenz ansah. Ihr gehörten die DNVP, der Jungdeutsche Orden, der Deutschbund, der Deutsche Offiziersbund, der Nationalverband deutscher Offiziere, der Hochschulring deutscher Art, der Jungnationale Bund und die Nationale Studentenschaft an. Am 24. Februar 1924 wurde in Karlsruhe auch ein Ableger der Deutschen Partei gegründet, hinter der die Polizei ebenfalls eine Tarnorganisation der NSDAP vermutete. Mit Kaufmann Adolf Kolb als Hauptredner hielt diese Gruppierung am 6. März eine von rund 400 Personen besuchte Versammlung ab, der am 16. März eine weitere folgte. Als Führer dieser Partei etablierte sich Major a. D. Freiherr Schilling von Cannstatt.

Zur Reichstagswahl am 5. Mai 1924 kandidierten die Nationalsozialisten als „Völkisch-Sozialer Block", dessen Ortsgruppe unter maßgeblichem Einfluß des Rechtsanwalts Karl Buchegger im März gegründet worden war. Das Ergebnis in Karlsruhe entsprach dem Reichsdurchschnitt und war ein erster Erfolg. Doch schon bei der folgenden Reichstagswahl im Dezember 1924 und auch bei der Landtagswahl vom 25. Oktober 1925, zu der die wieder gegründete NSDAP antrat, fielen die Nationalsozialisten in Karlsruhe erneut in den Kreis der unbedeutenden Splitterparteien zurück. Ein in Karlsruhe erscheinendes Kampfblatt der inzwischen in „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" umbenannten Partei, das Wochenblatt „Völkischer Kämpfer", konnte den Rückgang nicht aufhalten.[320] Das Blatt, das mit einer Auflage von zuletzt 1.900 Exemplaren erschien, mußte nach einem vierwöchigen Verbot aufgrund des Gesetzes zum Schutz der Republik sein Erscheinen wieder einstellen.[321]

Seit Ende 1924 war auch der spätere Gauleiter Robert Wagner wieder in Baden tätig. Der aus Lindach bei Eberbach stammende ehemalige Reichswehroffizier war nach der teilweisen Verbüßung der gegen ihn wegen seiner Beteiligung am Hitlerputsch im Jahr 1923 verhängten Haftstrafe in seine Heimat zurückgekehrt. Hier rief er am 25. März 1925 die Vertreter aller in Baden bestehenden nationalsozialistischen Gruppen zu einer Versammlung in den „Prinzen Carl" in der Lammstraße zusammen und gründete den Gau Baden der inzwischen auch auf Reichsebene wiederentstandenen NSDAP. Daß dies in Karlsruhe geschah, war naheliegend: in der Landeshauptstadt saß die Regierung, die man bekämpfte, hier tagte im Ständehaus der Landtag, den man abschaffen

Der erste größere Aufmarsch der NSDAP in Karlsruhe nach ihrer Wiedergründung fand am 28. August 1925 statt.

wollte. Organisation und Wahlergebnisse der NSDAP waren allerdings noch sehr bescheiden. Zur Landtagswahl 1925 sandte die Reichsleitung der Partei keinen einzigen Redner, das Ergebnis war entsprechend schlecht.

Im Laufe des Jahres 1926 verstärkte die NSDAP in Karlsruhe ihre Agitationstätigkeit. Von Januar bis Mai fanden acht Versammlungen und Sprechabende statt, allerdings alle mit mäßigem Besuch. Die Werbung mit Handzetteln unter den Erwerbslosen blieb ebenfalls noch ohne Erfolg.[322] Auch der Landesparteitag Anfang Oktober 1926 in Karlsruhe hatte noch keine große Resonanz. Obwohl Hitler selbst im „Völkischen Beobachter" für eine möglichst starke Beteiligung geworben hatte, blieb die Zahl der Teilnehmer mit rund 800 deutlich hinter den Erwartungen zurück.[323] Einen verbotenen Protestmarsch durch die Stadt konnte die Polizei ohne Schwierigkeiten auflösen: „Die Bevölkerung von Karlsruhe nahm keinerlei Anteil an der Veranstaltung."

Daran änderte sich zunächst auch nichts. Noch am 24. März 1927 forderte der spätere Kreisleiter Willi Worch, „durch angestrengte Agitation dafür" zu sorgen, „daß die Bewegung in Karlsruhe endlich festen Fuß fasse." Die Zahl der Mitglieder lag zu dieser Zeit wohl noch unter 200, wie die durchschnittliche Besucherzahl der Sprechabende der NSDAP nahelegt. Dennoch war die Partei nun stark genug für direkte Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien. In der Nacht vom 27. auf den 28. November 1927 verhinderte z. B. nur das rasche Eingreifen der Polizei, daß ein Zusammenstoß zwischen uniformierten SA-Leuten und politischen Gegnern vermutlich aus SPD- oder KPD-Kreisen eskalierte.[324] Ein Jahr später war die Mitgliederzahl sogar schon auf 290 angestiegen.

In Karlsruhe bestanden noch einige andere rechtsgerichtete Organisationen, so der Jungdeutsche Orden mit rund 120 Mitgliedern Ende 1927, ein Königin-Luise-Bund mit knapp 50 Mitgliedern, der Frontkriegerbund mit rund 40 Mitgliedern und der Stahlhelm, der gemeinsam mit Durlach 276 Mitglieder umfaßte.[325] Zu diesem Zeitpunkt befand sich die NSDAP schon im Wahlkampf zur Reichstagswahl am 20. Mai 1928. Hitler selbst sprach am 3. März 1928 in Karlsruhe dem Polizeibericht zufolge vor etwa 3.000 Zuhörern – die Nationalsozialisten zählten 4.500 – über das Thema „Tageskampf und Weltanschauung."[326] Bei der relativ hohen Besucherzahl muß man allerdings berücksichtigen, daß zu den Hitler-Versammlungen Parteimitglieder aus dem weiteren Umland anreisten. Außer Hitler sprachen als auswärtige Redner noch der für seine hetzerischen Ausführungen bekannte Propagandaredner Werner Studentkowski aus Berlin-Brandenburg und die Führerin des Deutschen Frauenordens Elisabeth Zander aus Berlin. Die NSDAP verdoppelte ihre Stimmenzahl am 5. Mai in Karlsruhe zwar nahezu, blieb aber noch im Kreis der Splitterparteien.

In der zweiten Jahreshälfte 1928 begann dann der intensive Wahlkampf der NSDAP für die Landtagswahl im folgenden Jahr. In Karlsruhe fanden fast jede Woche öffentliche Versammlungen statt, die im Schnitt 200 bis 300 Personen besuchten. Die Führertagung am Ostermontag 1929 in Karlsruhe befaßte sich schwerpunktmäßig mit der weiteren Agitationstätigkeit, für die jedes Parteimitglied, angefangen vom Hitlerjungen, zur Verfügung stehen müsse. In Karlsruhe bestand neben der Parteiortsgruppe die in erster Linie für den Saalschutz eingesetzte Sturmabteilung (SA) mit rund 50 Mitgliedern, deren Leitung Ende 1928 nach internen Querelen Franz Moraller übernommen hatte. Außerdem gab es seit dem 21. September 1928 eine Ortsgruppe des Deutschen Frauenordens, der 1931 in der NS-Frauenschaft aufging, sowie eine kleine Ortsgruppe der Hitlerjugend (rund 20 Mitglieder Anfang 1928).[327] Die Partei, deren Mitgliederzahl in Karlsruhe auf über 500 angewachsen war, verfügte also über weitere Hilfstruppen, die im Landtagswahlkampf aktiv werden konnten. Bei dieser Wahl trat die NSDAP erstmals aus dem Kreis der Splitterparteien heraus.

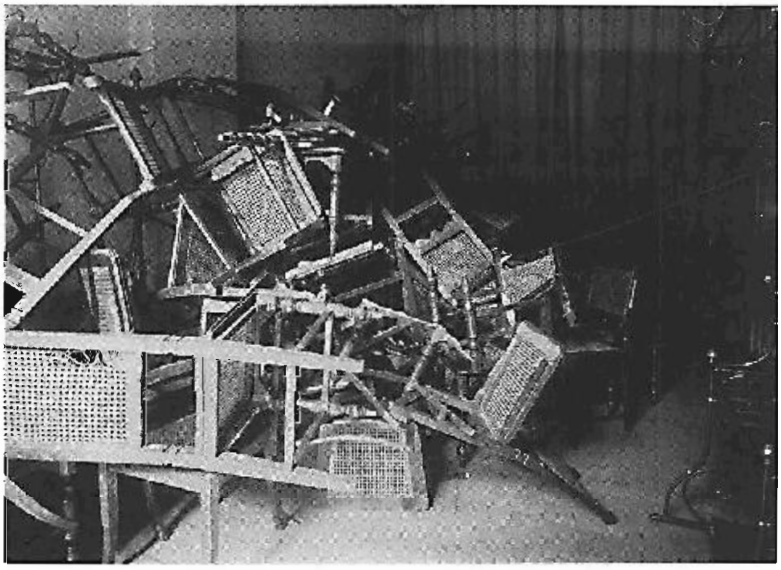
Obwohl die inneren Auseinandersetzungen in der SA anhielten – Ende 1929 wurde Moraller von der obersten SA-Führung trotz eines Einspruchs des Gauleiters Robert Wagner als

SA-Führer abgesetzt – entwickelte sich die NSDAP-Ortsgruppe kontinuierlich weiter. Die Geschäfte wurden weitgehend von der Gauleitung wahrgenommen.[328]

Sechs Landtagsabgeordnete zogen 1929 in das traditionsreiche badische Ständehaus ein, unter ihnen auch der badische Gauleiter Robert Wagner. Damit besaß die Partei nun ein weiteres wichtiges Propagandainstrument, denn diese Abgeordneten konnten im Schutze ihrer Immunität und mit den Parlamentariern zustehenden Bahn-Freifahrkarten im ganzen Land für die Partei werben. Ihre Skandalauftritte im Ständehaus sorgten immer wieder für Schlagzeilen in der gegnerischen und vor allem in der eigenen Presse. Über solche die Demokratie diskreditierenden Auftritte berichtete das nationalsozialistische Gauorgan „Der Führer" stets in aller Ausführlichkeit. Dieses nationalsozialistische Hetz- und Kampfblatt erschien bereits seit dem 1. November 1927 in Karlsruhe. Bis zum 1. August 1930 blieb es ein Wochenblatt, dem das Landespolizeiamt bescheinigte, daß es mit großem Geschick redigiert werde. „Seine demagogisch zugespitzte Schreibart und seine mit hämischer Kritik reichlich gespickten Bemerkungen zu politischen Vorgängen und Tagesereignissen verfehlen ihren Eindruck auf die Leserschaft nicht."

„Der Führer", dessen Auflage am 30. Januar 1930 auf 16.000 Exemplare gestiegen war, blieb bis 1931 auch die einzige Parteizeitung der badischen NSDAP. 1930 war Karlsruhe nach Heidelberg die zweitgrößte badische Ortsgruppe mit über 1.000 Mitgliedern. Die NSDAP hatte sich damit endgültig in dem Kreis der größeren Parteien etabliert und war organisatorisch für die anstehenden Wahlen in der Endphase der Weimarer Republik vorbereitet, in der es auch in Karlsruhe Verletzte und auf Seiten der NSDAP einen Toten gab.

Auch im Bürgerausschuß und im Stadtrat änderte sich das Klima nun nachhaltig. Als der langjährige Stadtrat und Redakteur des Volksfreunds Eugen Geck am 7. März 1931 überraschend im Alter von 61 Jahren einem Herzanfall erlag, berief Oberbürgermeister Finter eine Trauersitzung des Stadtrats ein, der die Nationalsozialisten demonstrativ fernblieben. Wenig später, am 11. Mai 1931, kam es anläßlich der Haushaltsberatungen zunächst zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, die in eine Schlägerei ausarteten, obwohl Oberbürgermeister Finter Ordnungsrufe erteilt hatte und die „Glocke unaufhörlich" schwang. Tische und Stühle gingen zu Bruch,



Dieses Mobiliar ging bei der von den Nationalsozialisten angezettelten „Rathausschlacht" am 11. Mai 1931 zu Bruch.

und die Polizei mußte eingreifen. Der „Badische Beobachter" sprach später von einer „Kleinholz-A.G." aus Nationalsozialisten und Kommunisten. Die beiden Hauptakteure der „Rathausschlacht" Hermann Böning (KPD) und Ludwig Streit (NSDAP) erhielten jeweils zwei Monate Gefängnisstrafe, 14 weitere Stadtverordnete Geldstrafen zwischen 30 und 60 Mark.[329] Wie im Ständehaus kam es auch im Rathaus zu Schlägereien und heftigen Auseinandersetzungen, die hier wie dort das Ansehen der Demokratie schädigen sollten.

Die Politik der Straße

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich wie in anderen deutschen Großstädten die politische Auseinandersetzung auch in Karlsruhe zunehmend auf die Straße verlagert. Die Nachricht von der Verhängung des Belagerungszustands in Baden am 22./23. Februar 1919 als Reaktion auf die Spartakusunruhen in Mannheim traf Karlsruhe völlig überraschend, da es in der Stadt ruhig war und nichts auf einen Aufstand hindeutete.[330] Am 23. Februar kam es aber zu Demonstrationen und Ausschreitungen, weil eine USPD-Versammlung im Colosseum verboten worden war.

Als sich in Karlsruhe die Nachricht vom Kapp-Putsch verbreitete, wurde am 16. März der Generalstreik ausgerufen, an dem sich die Karlsruher Arbeiterschaft nahezu geschlossen beteiligte. An einer Massendemonstration auf dem Marktplatz sollen rund 30.000 Personen teilgenommen haben. Reden hielten die Führer der sozialistischen Parteien vom Rathausbalkon, vom Balkon des Hotel Große und der Sparkasse. In den folgenden Tagen kam es zur Gründung von Arbeiterwehren.[331]

Am 6. Juli 1920 veranstalteten das Gewerkschaftskartell und die Zentrale der Betriebsräte auf dem Marktplatz eine „Protestdemonstrationen gegen die Lebensmittelteuerung und den Obstwucher"[332], die den Organisatoren allerdings sehr rasch aus dem Ruder liefen. Bereits am Vormittag zwang eine nicht legitimierte „Kontroll- und Festsetzungskommission"[333] die Markthändler zur Senkung ihrer Preise. Anschließend zog man zu den Warenhäusern Knopf und Tietz, die daraufhin schlossen und erst am Nachmittag wieder öffneten. Das Warenhaus Knopf wurde nun regelrecht geplündert, obwohl man dem Druck der Menge nachgegeben und die Preise deutlich reduziert hatte. Dem Geschäft entstand ein Schaden in sechsstelliger Höhe. Diese Ausschreitungen trugen deutlich antisemitische Züge: „Schon am Montag bei der Demonstration versuchten verschiedene mit dem Hagenkreuz [!] geschmückte Jünglinge die Menge für ihre dunklen Zwecke. Es wurden schon hie und da Hetzreden gegen die Juden laut."[334] Die Polizei verhielt sich angesichts der starken Erregung aber zunächst noch abwartend, so daß es auch am folgenden Tag wieder zu Ausschreitungen kam, von denen wiederum in erster Linie das Warenhaus Knopf betroffen war. Da die Polizeieinheiten selbst zu schwach waren, die Plünderungen zu verhindern, griff schließlich die der Landesregierung unterstehende Sicherheitspolizei mit Panzerwagen und Maschinengewehren ein. Während einer Schießerei mit den Demonstranten kam in der Hans-Thoma-Straße eine Frau ums Leben und mehrere Personen wurden verletzt.[335] Über Ursachen und Verlauf der Ausschreitungen lieferten sich in den folgenden Tagen „Volksfreund" und „Sozialistische Republik" ein Pressegefecht mit gegenseitigen Schuldzuweisungen. Zwei Wochen später organisierte die KPD eine Protestversammlung auf dem Marktplatz, die aber friedlich verlief.[336]

Zum Politikum wurde die 50-Jahrfeier der Reichsgründung am 18. Januar 1921. Die Badische Regierung und die Stadtverwaltung nahmen allen rechtsradikalen und nationalistischen Gruppierungen aber den Wind aus den Segeln, indem sie selbst eine Feier in der Festhalle organisierten, und so „allen republikanisch Gesinnten" ermöglichten, an der Feier teilzunehmen.[337] Ein Fackelzug von Studenten der Technischen Hochschule wurde wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit kurzerhand verboten.

Am 29. März 1921 versammelten sich trotz des wegen der angespannten Lage verhängten

Demonstrationsverbots rund 200 Personen auf dem Marktplatz, die dem reichsweiten KPD-Aufruf zum Generalstreik folgen wollten. Man forderte die Entlassung des kommunistischen Stadtrats Jakob Trabinger, der in Schutzhaft genommen worden war, als er am Tage, mit einem Armeerevolver bewaffnet, von der Polizei aufgegriffen worden war. Nach Auflösung der Demonstration griffen einige Demonstranten die kasernierte Polizei u. a. mit Handgranaten an und wurden von dieser daraufhin unter Beschuß genommen. Eine Kugel traf den an der Demonstration nicht beteiligten und der SPD angehörenden Arbeiter Rudolf Neumaier tödlich, der sich auf dem Weg nach Hause befand. Auch der ebenfalls unbeteiligte Kaufmann Franz Buhlinger erlag seinen schweren Verletzungen. Sechs weitere Personen wurden verletzt.[338] Die Aktion war offensichtlich schon länger vorbereitet worden, wie Innenminister Adam Remmele später im Landtag berichtete. In Karlsruhe bestand seit dem 12. Januar 1921 ein KPD-Aktionsausschuß, der mit den anderen Stützpunkten vor allem in Mannheim, Heidelberg, Offenburg, Freiburg, Lörrach und Konstanz Fühlung hielt. Mitte März kursierten bereits Flugblätter, die zum bewaffneten Kampf aufriefen. Am 21. März versammelten sich, offensichtlich unter kommunistischem Einfluß, Karlsruher Erwerbslose auf dem Marktplatz. Das Innenministerium war aber so gut unterrichtet, daß die Polizei sofort eingreifen konnte.[339] Remmele ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß das Vorgehen der Polizei gerechtfertigt gewesen sei und bewies schon zu diesem Zeitpunkt, daß er zu den badischen Politikern gehörte, die bereit waren, entschieden gegen jede Gefährdung der Weimarer Republik vorzugehen. Auch in Karlsruher SPD-Kreisen sah man die eigene Partei als „Baumeister der Demokratie."[340]

Nach der Ermordung des Zentrum-Reichstagsabgeordneten und ehemaligen Reichsfinanzministers Matthias Erzberger am 26. August veranstalteten die beiden sozialistischen Parteien, das Gewerkschaftskartell, der Allgemeine freie Angestelltenbund und die Betriebsräte am 31. August eine Massenprotestversammlung auf dem Markplatz, der am 1. September eine Zentrumsversammlung in der Festhalle folgte.[341] Im Gefolge dieser Demonstrationen entspann sich ein Disput zwischen dem „Volksfreund" und dem demokratischen „Karlsruher Tagblatt", da die sozialdemokratische Zeitung darauf hinwies, daß in Karlsruhe der Protest den Arbeitern überlassen geblieben sei, während das Bürgertum sich weitgehend enthalten habe. Das „Tagblatt" hatte moniert, daß die Reichsregierung dem Drängen nach Gegenmaßnahmen nachgegeben habe, was der „Volksfreund" mit einem Hinweis auf die 48er Demokraten kommentierte: „Die an den Wällen von Rastatt erschossenen 48er Demokraten würden sich im Grabe herumdrehen, wenn sie diese jämmerliche Stilübung eines heutigen Demokratenblattes lesen würden." Der Artikel schloß mit einem klaren Bekenntnis zur Republik: „Denn die Fahne der Freiheit wird von der Arbeiterfaust gehalten, die auf alle Widersacher der Republik und der Demokratie niedersausen wird. Es gibt keine Versöhnung mit der Reaktion, sie muß überwunden werden."[342] In dieselbe Kerbe hatte in der Zentrumsversammlung auch Stadtrat Adolf Kühn gehauen, der unmißverständlich Deutschnationale und Militaristen für den Mord verantwortlich machte und betonte: „Deutschland wird demokratisch sein oder es wird nicht sein."[343]

Nach der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau veranstalteten die Parteien der Weimarer Koalition SPD, DDP und Zentrum am 26. Juni 1922 eine gut besuchte, friedlich verlaufende, Trauerkundgebung in der Festhalle. Am folgenden Tag eskalierte aber eine von den sozialistischen Parteien, dem Gewerkschaftskartell und der Afa einberufene Versammlung auf dem Marktplatz, als mehrere hundert Demonstranten durch die Straßen zogen und die Entfernung aller Hoflieferantenschilder, der Wappen studentischer Verbindungen und von schwarz-weiß-roten Fahnen verlangten und z. T. auch selbst Hand anlegten und die verhaßten Symbole des Kaiserreichs beseitigten, so daß die Polizei schließlich eingreifen mußte.[344] Eine weitere

Kundgebung zum Schutz der Republik aller drei linken Parteien, des Gewerkschaftskartells und der Afa, auf der auch der kommunistische Gewerkschaftssekretär Lubinski sprach, fand am 4. Juli statt. Diesmal kam es zu keinen Ausschreitungen, zumal bekannt gegeben wurde, daß die „Mumienbilder im großen Ratssaal bereits verschwunden seien und auch die Postdirektion mitgeteilt habe, daß sie die Bilder und Insignien des alten Staates habe beseitigen lassen."[345] Im benachbarten Durlach sorgte an diesem Tag der „Durlacher Bildersturm" für großes Aufsehen, als erboste Demonstranten die dortigen Fürstenbildnisse aus dem Rathaus holten und zerstörten.[346]

Am 17. November 1923, auf dem Höhepunkt der Inflation, versammelten sich die Karlsruher Erwerbslosen auf dem Markplatz, um ihrer Forderung nach einer einmaligen städtischen Beihilfe Nachdruck zu verleihen. Als je zwei Bäckerläden und Metzgereien geplündert wurden, griff die Polizei ein, zerstreute die Menge und löste die Versammlung auf dem Marktplatz und eine weitere auf dem Ludwigsplatz auf. In den folgenden Tagen wurde ein Sicherheitsdienst eingerichtet.[347]

In den folgenden Jahren entspannte sich die politische Lage zusehends, so daß die Aktionen auf der Straße seltener wurden. Nun trat aber mit der NSDAP eine Partei zunehmend in Erscheinung, deren erklärtes Ziel die Beherrschung der Straße und die Eroberung der alleinigen politischen Macht war. Die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern nahm an Schärfe zu. So wurden bereits 1928 gezielt Versammlungen der Friedensgesellschaft – einer bereits im Kaiserreich entstandenen pazifistischen Organisation – u. a. in Durlach und Karlsruhe gesprengt. Am 15. November des Jahres stürmten 30 SA-Männer den Saal des Friedrichshofs, in dem die Friedensgesellschaft tagte. Bei dem sofortigen Polizeieinsatz wurde ein Polizist schwer verletzt.[348] Die Karlsruher Festhalle war am 23. April 1929 Schauplatz, als die Rede des Kommunisten Max Hölz immer wieder durch die zahlreich erschienenen Karlsruher Nationalsozialisten unterbrochen wurde. Am Schluß der Veranstaltung kam es zu einer handfesten Prügelei, in deren Verlauf trotz des sofortigen Eingreifens der Polizei u. a. der Redner selbst verletzt wurde. SA-Führer Moraller äußerte bei einer späteren Zusammenkunft der SA sein Bedauern, daß die Polizei drei Minuten zu früh gekommen sei, „sonst wäre kein Kommunist ganz aus der Festhalle gekommen."[349] Die Strafen gegen die Nationalsozialisten waren relativ milde. Nach einer ähnlichen Prügelei – unter den Prüglern waren Gauleiter Robert Wagner und wieder Franz Moraller – im „Darmstädter Hof" an der Ecke Kreuzstraße/Zirkel kommentierte die Freiburger SPD-Zeitung „Volkswacht" angesichts der Verurteilung der Rädelsführer zu einer Geldstrafe von nur 100 bzw. 200 RM: „Wären die Täter in linksradikalen Kreisen festgestellt worden, dann würde die Strafe wohl kaum so glimpflich ausgefallen sein ...."[350] Dennoch konnte in Karlsruhe eine Eskalation der Gewalt wie im übrigen Reichsgebiet verhindert werden, die in dem berüchtigten „Altonaer Blutsonntag" ihren Höhepunkt fand, als eine Straßenschlacht 17 Todesopfer forderte.

Doch auch in Karlsruhe gab es einen Toten, als am 26. Mai 1931 der Lahrer SA-Mann Paul Billet bei einem Propagandaumzug unter nicht ganz geklärten Umständen zu Tode kam. In der Presse war zu lesen, daß Billet von Kommunisten erschlagen worden sei. Die polizeiliche Untersuchung ergab, daß eine Zuschauerin Billet einen Knüppel zwischen die Speichen seines Motorrades geworfen hatte, so daß dieser schwer gestürzt und an den Folgen des Sturzes verstorben war. Billet galt bald auf jeden Fall als einer der Blutzeugen der badischen NSDAP. Nach ihm wurden nach dem 5. März 1933 in vielen Orten Straßen benannt, in einigen Orten, darunter auch in Karlsruhe am 23. November 1935, gar Denkmäler errichtet.[351]

Wahlen in der Weimarer Republik

Die Wahlen in der Weimarer Republik waren von grundlegenden Änderungen des Wahl-

rechts auf allen Ebenen gekennzeichnet. Nun durften erstmals auch Frauen wählen. Alle einschränkenden sozialen Kriterien, wie sie im Dreiklassenwahlrecht auf kommunaler Ebene noch bestanden, waren nun aufgehoben. Auch Oberbürgermeister und Bürgermeister wurden nun von den demokratisch von Frauen und Männern gewählten Stadtverordneten gewählt.

Bürgermeisterwahlen

Am 28. August 1919 ergriff zum Schluß der Sitzung des Karlsruher Stadtrats Wilhelm Frey das Wort, um einen Mann zu ehren, der nach fast 30jähriger Tätigkeit für die Stadt Karlsruhe, seit 1906 als Oberbürgermeister, aufgrund der „veränderten Zeitverhältnisse" aus dem Dienst ausschied. Frey betonte besonders die „außerordentliche Arbeitskraft und Pflichttreue" des scheidenden Oberbürgermeisters.[352] Siegrist schied aus dem Amt aus, weil er nach Ablauf seiner regulären Amtszeit im neuformierten Bürgerausschuß mit nur 37 Stimmen nicht wiedergewählt wurde. Vor allem die SPD hatte klar Stellung gegen ihn bezogen. Sie sprach Siegrist zwar Fleiß und Tüchtigkeit nicht ab, hielt ihn als „Bürokraten" aber in Zeiten, in denen „ein Mann der Tat, der Initiative, des kräftigen Zupackens" benötigt werde, für überfordert.[353] Die DDP und hier wohl vor allem der nationalliberale Flügel beharrte zunächst dennoch hartnäckig auf Siegrist, sah aber dann doch ein, daß für ihn keine Mehrheit zu erzielen war.

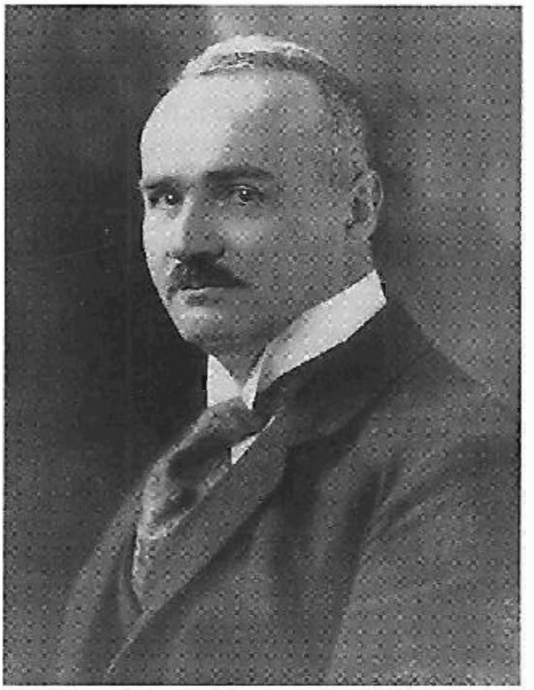
Am 19. September wählte der Bürgerausschuß schließlich den von der DDP vorgeschlagenen Dr. Julius Finter, zuvor Bürgermeister in Mannheim, mit 91 von 92 Stimmen.[354] Finter wurde am 23. Februar 1872 in Feuerbach bei Kandern geboren. Nach dem erfolgreichen Jurastudium begann er seine Laufbahn im Jahr 1900 als Amtsrichter, im folgenden Jahr wurde er Oberamtsrichter. 1908 übernahm er in Mannheim das Amt eines Bürgermeisters. Erst kurz vor seiner Wahl in Karlsruhe war er dort mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt worden. Ebenso deutlich wurde er 1928 mit 93

Dr. Julius Finter, Oberbürgermeister 1919–1933.

von 99 Stimmen als Karlsruher Oberbürgermeister in seinem Amt bestätigt. Am 8. Mai 1933 mußte er wie seine Bürgermeisterkollegen dem Druck der neuen nationalsozialistischen Machthaber weichen und von seinem Amt zurücktreten, das er trotz der schwierigen Zeitumstände mit Erfolg geführt hatte. Finter starb am 19. Mai 1941 in Freiburg.[355]

Außer dem Oberbürgermeister mußten auch der Erste Bürgermeister und ein dritter Bürgermeister neu gewählt werden. Gegen den bisherigen Ersten Bürgermeister Kasimir Paul hatte sich die SPD ebenfalls bereits früh ausgesprochen. Mit ihm und Siegrist wollte man explizit zwei Vertreter des alten Systems abwählen und zumindest einen Bürgermeister – den neuen Konstellationen entsprechend – durch einen SPD-Politiker ersetzen, wofür Heinrich Sauer nominiert worden war. Die Wiederwahl der Amtsinhaber und die Schaffung gleich zweier neuer Bürgermeisterstellen für Zentrum und SPD lehnte man ab. Diese Position nahm auch das Zentrum ein, das zu-

Heinrich Sauer, Bürgermeister 1919–1933.



Hermann Schneider, Bürgermeister 1919–1933.

dem ebenso wie die SPD selbst keinen Juristen aufstellen wollte.[356] Gewählt wurden am 30. September der von der SPD aufgestellte Schlosser Heinrich Sauer, der seit 1908 für die SPD im Bürgerausschuß, seit 1917 im Stadtrat saß. Der in Medenbach (Hessen-Nassau) am 27. Mai 1871 geborene Sohn eines Müllers wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Nach den Wanderjahren als Schlosser kam er 1899 nach Karlsruhe zurück, wo er bereits früher bei mehreren Schlossermeistern gearbeitet hatte. In der Eisenbahnhauptwerkstatt fand er eine Anstellung. Dort engagierte er sich bald innerhalb der Metallarbeitergewerkschaft und wurde Vorsitzender der Karlsruher Ortsverwaltung. Seit 1. Mai 1906 war er hauptamtlich als dessen zweiter Bevollmächtigter tätig.

Als Sauer am 29. September 1919 nach elfjähriger Zugehörigkeit zum Bürgerausschuß bzw. zum Stadtrat als erster Sozialdemokrat Bürgermeister in Karlsruhe wurde, gab er die Gewerkschaftstätigkeit auf. Anerkennung fand seine Arbeit in den nächsten Jahren u. a. durch die Berufung in den Sozialpolitischen Ausschuß des Deutschen Städtetages und in den Landesausschuß für soziale Fürsorge Badens. Als im Jahr 1928 nach Ablauf der regulären Amtszeit der Erste Bürgermeister neu gewählt werden mußte, erhielt Sauer bei der Neuwahl über die Parteigrenzen hinweg 89 von 96 gültigen Stimmen. Mit diesem enormen Vertrauensbeweis war er erneut auf neun Jahre gewählt. Diese Amtszeit konnte er allerdings nicht regulär beenden, da er im Mai 1933 seines Amtes enthoben wurde.

Während des Dritten Reiches blieb Sauer nicht von weiteren Schicksalsschlägen verschont. 1942 fiel sein einziger Sohn Heinrich vor Stalingrad, 1944 wurde sein Wohnhaus in der Hübschstraße durch Fliegerbomben zerstört. Die Nationalsozialisten hatten ihm damit Beruf, Sohn und Haus genommen. Am 27. November 1945 starb Heinrich Sauer im Alter von 74 Jahren in einer Notunterkunft.[357]

Mit Sauer wurde auch der vom Zentrum aufgestellte Hermann Schneider als Bürgermeister gewählt. Der in Emmendingen am 17. Januar 1881 geborene Diplomingenieur hatte

1906 seine Staatsprüfung für den badischen Staatsdienst mit dem Schwerpunkt Wasserbau und Wasserkraft bestanden, war aber danach zunächst beim Bahnhofsbau in Basel tätig. Für Planung und Bau des Kraftwerks Laufenburg am Neckar wurde Schneider beurlaubt. Nach seiner Rückkehr in den Staatsdienst machte er sich beim Bau des Murgtalkraftwerks einen Namen. In Karlsruhe übernahm er als Technischer Bürgermeister die Stadtplanung und das Bauwesen und war in dieser Funktion maßgeblich an dem Generalbebauungsplan von 1926 und dem Bau der Dammerstocksiedlung beteiligt. Am 19. Juli 1928 wurde Schneider mit großer Stimmenmehrheit in seinem Amt bestätigt. 1933 mußte er ebenfalls sein Amt niederlegen. Im erzwungenen Ruhestand war er als beratender Ingenieur tätig und entwickelte ein Verfahren für Bodenverdichtung und Betonherstellung unter Wasser. Ende 1938 nahm er erneut eine Stelle im Bereich Wasserkraftwerkbau bei der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft in München an, die er bis 1945 innehatte. Nach dem Krieg kehrte Schneider, der 1942 noch unter massivem Druck seines Vorgesetzten, wie er selbst schrieb, in die NSDAP eingetreten war, nicht wieder nach Karlsruhe zurück, sondern wohnte zunächst in seinem Heimatort Emmendingen, dann in Freiburg, wo er am 26. März 1965 verstarb.[358]

Als Bürgermeister wurde der seit 1909 amtierende Erich Kleinschmidt in seinem Amt bestätigt, das er nach seiner Wiederwahl am 19. Juli 1928 noch bis zu seiner Entlassung 1933 durch die Nationalsozialisten innehatte. Die SPD unterstützte den liberalen Kleinschmidt, um einen zweiten Zentrumsbürgermeister zu verhindern.[359]

Auch der 1905 erstmals gewählte Dr. Max Horstmann blieb in seinem Amt. Obwohl er erst am 26. April 1923 mit 95 von 113 Stimmen in seinem Amt bestätigt worden war, bat er am 7. Mai des folgenden Jahres um seine Zurruhesetzung. Der Hintergrund dieses überraschenden Schrittes war offensichtlich die fehlende Unterstützung im Stadtrat und im Bürgerausschuß. Den letzten Anstoß gab die Weigerung des Stadtrats, ihn zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Milchzentrale zu wählen.[360] Da zu Horstmanns Tätigkeitsfeld neben der Kriegs- und Sozialfürsorge auch die Nahrungsmittelversorgung gehörte, die sich inzwischen so positiv entwickelt hatte, daß keine städtischen Dienststellen mehr tätig werden mußten, kam der Stadt dieser Antrag durchaus gelegen, da man nun die Zahl der Bürgermeister wieder um einen reduzieren konnte. Die verbliebenen Aufgaben wurden auf die anderen Bürgermeister verteilt. Horstmann ließ sich als Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht nieder. Aus gesundheitlichen Gründen beendete er diese Tätigkeit im Juli 1935. In diesem Jahr zog er auch nach Heidelberg, wo er am 23. November 1937 verstarb.[361]

Gemeinderatswahlen

Die erste Gemeinderatswahl der Weimarer Republik war bei einer Wahlbeteiligung von nur rund 44 % von einer allgemeinen Wahlmüdigkeit geprägt, obwohl zum ersten Mal nicht mehr nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt werden mußte (Wahlergebnisse der Kommunalwahlen vgl. Tabellen S. 435). Von der geringen Wahlbeteiligung profitierte wohl nur das Zentrum, das gegenüber der ersten Nachkriegswahl zur Badischen Nationalversammlung mehr als 4 % zulegte, obwohl seine absolute Stimmenzahl ebenfalls zurückgegangen war. Dem Zentrum kam auch die relativ hohe Wahlbeteiligung der Frauen zugute, „welche die Neuheit ihrer Wahlberechtigung mit Ernst nutzten."[362]

Für die ansonsten eher schlechte Wahlbeteiligung machte man die Häufung der Wahlen, das gute, zu Sonntagsausflügen verleitende, Wetter und die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage, die zur Resignation geführt habe, verantwortlich.[363] Verluste – wohl zugunsten der DNVP – mußten die noch vereinigten Liberalen der DDP gegenüber 1911 hinnehmen. Die DDP erreichte nur die Stärke der Nationalliberalen Partei von 1911.

Die beiden sozialdemokratischen Parteien leg-

Stadtverordnetenwahlen 1919–1930

		Stimmenanteile der Parteien in v. H.								
Wahldatum	Wahlbeteiligung in v. H.	KPD	USPD	SPD	Zentrum	DDP	DVP	DNVP	NSDAP	Sonstige
1919, 18. Mai	ca. 44	—	10.2	24.9	24.9	30.7	—	9.1	—	—
1922, 22. November	ca. 50	6.1	—	30.9	22.1	11.4	10.6	11.0	—	7.9
1926, 14. November	39.1	7.2	—	27.9	22.2	5.7	14.5	10.8	—	9.7
1930, 16. November	53.7	9.8	—	21.4	18.6	3.4	4.2	2.6	31.6	7.4

ten deutlich zu, ein Ergebnis des neuen Wahlrechts. Gegenüber der Reichstagswahl vom Januar war ein deutlicher Wanderungsgewinn von der SPD zur USPD zu verzeichnen. Die SPD war dennoch in acht von zehn Stadtteilen stärkste Partei, nur in der Innenstadt und in der Weststadt wurde sie von den Liberalen übertroffen.[364] DDP, SPD und Zentrum, die als sogenannte Weimarer Koalition auch die badische Regierung gebildet hatten, verfügten mit 78 von 96 Stadtverordnetenmandaten über eine solide Mehrheit im Bürgerausschuß. Vor der Wahl der Stadträte einigten sich diese drei Parteien auf eine gemeinsame Liste, so daß SPD und Zentrum je sechs, die DDP sieben, die USPD zwei Stadträte und die DNVP einen Stadtrat stellten. Stadtverordnetenvorstand wurde der Demokrat Ernst Frey, Stellvertreter der Sozialdemokrat Gottlob Schwerdt. Neue Gesichter tauchten vor allem beim Zentrum und den Demokraten auf, die auch je eine Frau in den Stadtrat delegierten, während bei der SPD eine große Personalkontinuität festzustellen war.[365]

Die Sitzordnung im Bürgerausschuß wurde der des Reichstages und des badischen Landtags angepaßt, so daß nun die Demokraten als Nachfolger der Nationalliberalen und die wenigen DNVPler auf der rechten Seite, die SPD und die USPD auf der linken Seite saßen. Das Zentrum nahm die seinem Namen entsprechende mittlere Position ein.

Vor den Gemeinderatswahlen 1922 boten die Sozialdemokraten u. a. Philipp Scheidemann als Redner auf, der am 17. November im überfüllten Festhallensaal sprach.[366] Mit ihrem Wahlergebnis war die SPD durchaus zufrieden, da man sich gegenüber 1919 deutlich verbessert hatte. Die SPD war nun die stärkste Partei im Bürgerausschuß, obwohl man nicht alle Stimmen der früheren USPD hatte übernehmen können, von denen auch die KPD ei-

Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung 1919–1930[1]

Jahr	KPD	USPD	SPD	Zentrum	DDP[2]	DVP	DNVP	NSDAP	Sonstige
1919	—	10	24	24	30	—	8	—	—
1922	5	—	27	19	9	9	9	—	6[3]
1926	6	—	24	19	5	12	9	—	9[4]
1930	8	—	18	16	3	3	2	28	6[5]

[1] 1919 wurden 96, nach der neuen Gemeindeordnung von 1921 noch 84 Stadtverordnete gewählt.
[2] Bei den Wahlen 1930 Staatspartei.
[3] Komunale Wirtschaftsvereinigung 5, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Kriegsopfer 1.
[4] Wirtschaftliche Bürgervereinigung 3, Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung 5, Unpolitische Wirtschaftsgruppe 1
[5] Wirtschaftspartei 3, Evangelischer Volksdienst 3.

nen Teil erhalten hatte. Im bürgerlichen Lager waren die Stimmen der DDP auf fast ein Drittel geschrumpft, worin sich die erneute Ausdifferenzierung des liberalen Lagers dokumentierte. Ein weiteres Drittel hatte die DVP bekommen, das restliche Drittel der ursprünglichen DDP-Wähler dürften sich DNVP und die Kommunale Wirtschaftliche Vereinigung geteilt haben. Das Auftreten der Kommunalen Wirtschaftlichen Vereinigung und des Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbandes stehen für den Beginn der Zersplitterung des bürgerlichen Lagers, die in den folgenden Jahren mit weiteren Neugründungen von Splitterparteien und -gruppierungen noch deutlich zunahm. Nur leichte Verluste hatte das Zentrum hinnehmen müssen. Erneut fiel die schwache Wahlbeteiligung auf, wobei vor dieser Wahl säumige Wähler nicht wie bei Landtags- oder Reichstagswahlen üblich mit Wahldroschken oder Wahlautos ins Wahllokal gefahren wurden. Auch auf Wahlzettelverteiler und Ausrufer hatten die Parteien verzichtet.[367] Vor der Wahl der Stadträte verständigten sich die Parteien wiederum auf die Sitzverteilung, so daß sich ein formaler Wahlgang erübrigte. Dem neuen Stadtrat gehörten mit Luise Müller (SPD) und Maria Matheis (Zentrum) nur zwei Frauen an.[368]

Nach der Gemeinderatswahl 1926 konnte Karlsruhe den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die badische Stadt mit der niedrigsten Wahlbeteiligung gewesen zu sein, die diesmal sogar unter 40 % gesunken war. Dafür wurden u. a. die Erwerbslosen verantwortlich gemacht, die ihrem Protest durch Nichtbeteiligung an der Wahl Ausdruck verliehen hätten. Offensichtlich blieb auch ein größerer Teil der SPD-Wählerschaft aus Arbeiterkreisen der Wahl fern, so daß die SPD deutliche Verluste hinnehmen mußte und drei Sitze in der Stadtverordnetenversammlung verlor. Die KPD, die in ihrem Wahlkampf weitgehend erfolglos um die Erwerbslosen geworben und die SPD heftig attackiert hatte, konnte davon nur geringfügig profitieren.

Im bürgerlichen Lager hatte die DDP weiter an Boden verloren, vor allem an die DVP und an die Splittergruppen der Wirtschaftlichen Bürgervereinigung, der Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung, in der sich der ehemalige Oberbürgermeister Siegrist engagierte, und der Unpolitischen Wirtschaftsgruppe. Die DDP hatte sich damit bereits aus dem Kreis der größeren Parteien verabschiedet. Die DNVP verfehlte ihr Ergebnis von 1922 knapp, obwohl sie gemeinsam mit der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung und vaterländischen Verbänden angetreten war und sich so als ein Sammelbecken der Kräfte rechts der DVP ausgewiesen hatte. Das Zentrum konnte das prozentuale Ergebnis von 1922 halten und bekam wieder 19 Stadtverordnetensitze. Insgesamt hatte sich die Situation in den Gemeindeparlamenten nicht grundlegend verändert, da SPD und Zentrum mit 43 von 84 Mandaten nach wie vor über die Mehrheit verfügte, die von der DVP im Wahlkampf ausgemachte „schwarz-rote Herrschaft" also weiter bestand.[369]

Die Gemeinderatswahlen am 16. November 1930 standen noch ganz im Zeichen des zwei Monate zuvor errungenen Erdrutsch-Siegs der NSDAP, deren Erfolg anhielt bzw. noch einmal zunahm, obwohl der Wahlkampf nicht an die Intensität des Reichstagswahlkampfs heranreichte.[370] Knapp ein Drittel der Wähler unterstützten nun diese Partei und machten sie zur stärksten Fraktion im Rathaus, obwohl diese auch hier keinen Hehl daraus gemacht hatten, daß sie die Präsenz in den kommunalen Parlamenten nur zur Bekämpfung der Demokratie und des Parlamentarismus benutzen wollten. Ein Artikel des „Volksfreunds" kommentierte die von der allgemeinen Wirtschaftsnot geprägten „Elendswahlen": „Und leider muß man es sagen, daß auch zwölf Jahre deutscher Demokratie und ebensoviel Jahre der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung in politischer Beziehung auf die Mehrheit des deutschen Volkes nur verdammt schwach bessernd eingewirkt hat."[371]

Demgegenüber verloren alle anderen Parteien z. T. deutlich. Die Wählerschaft der DNVP verließ nahezu vollständig ihre Partei, zum größeren Teil wohl zur NSDAP. Noch stärkere

Verluste mußte die DVP, die diesmal sogar hinter die DDP zurückfiel, in der einstigen nationalliberalen Hochburg Karlsruhe hinnehmen. Auch die SPD verlor überproportional, wovon die KPD nur einen Teil auffangen konnte, und war fortan nur noch zweitstärkste Partei. Das linke Wählerpotential war damit insgesamt zurückgegangen. Selbst der „Zentrumsturm" – mit dieser zeitgenössischen Bezeichnung charakterisierte man seit dem Kaiserreich die Stabilität der Zentrumspartei – hatte deutliche Kratzer bekommen, da die Partei mehr als 3,5 % verlor.

Der „Volksfreund" machte einen großen Teil der nationalsozialistischen Wähler vor allem in bürgerlichen Wohngegenden mit einer hohen Zahl an Beamten aus, z. B. in der Rüppurrer Gartenstadt und in der Dammerstocksiedlung. Aber auch in anderen Stadtteilen sei dieser Trend zur NSDAP festzustellen. Beteiligt an dem Wahlerfolg sah die Zeitung auch die Inhaber von kleinen Geschäften und sonstige Geschäftsleute und kam zu dem Schluß: „Beamtenspießer und Kleinkrämerspießer haben sich bekanntlich noch nie durch politischen Weitblick und politisches Verständnis ausgezeichnet, deshalb auch ihre große Hoffnung auf die nationalsozialistischen Wunderkerle."

Die SPD hatte sich nur in ihren Hochburgen Mühlburg, Daxlanden und Grünwinkel sowie in Teilen von Rüppurr und Rintheim behaupten können. Besonders schmerzlich trafen die Partei die Verluste in der Südstadt, wo die Nationalsozialisten in allen Bezirken bis auf einen stärkste Partei wurden. Auch die Altstadt und der Stadtteil Beiertheim hatten zu einem großen Teil nationalsozialistisch gewählt. Offensichtlich war die NSDAP in den sozial schwächeren Stadtgebieten Altstadt und Südstadt auf Kosten der SPD erfolgreich, während in Beiertheim wohl viele ehemals liberale und Splitterparteienstimmen zum Erfolg beigetragen hatten. Verloren hatte die SPD auch an die KPD, deren Anstieg den Verlust der SPD aber nicht allein erklärte. Damit waren auch im Karlsruher Bürgerausschuß die Machtverhältnisse verschoben und eine deutliche Radikalisierung eingetreten. Mehrheiten gegen die beiden radikalen Parteien NSDAP und KPD waren nur noch mit Hilfe der Wirtschaftspartei und des Evangelischen Volksdienstes möglich. Der Evangelische Volksdienst versuchte in Baden – ähnlich wie das Zentrum die katholischen – die evangelischen Wähler zu gewinnen, erreichte aber nie die Bedeutung des Zentrums und blieb eine kleine Gruppierung im bürgerlichen Parteienlager. Daß dies die letzte Gemeinderatswahl in der Weimarer Republik gewesen sein sollte, ahnten zu diesem Zeitpunkt wohl wenige. 1933 wurde der Gemeinderat nach dem Ergebnis der nur noch bedingt regulären Reichstagswahl vom 5. März von den neuen Machthabern neugebildet. Ein Charakteristikum der Gemeinderatswahlen in Karlsruhe in der Weimarer Republik war die durchweg schlechte Wahlbeteiligung, die darauf hindeutet, daß man die Einflußmöglichkeiten auf die Kommunalpolitik und deren Stellenwert innerhalb des politischen Kräftespiels offensichtlich nicht sehr hoch einschätzte.

Reichs- und Landeswahlen

Größere Bedeutung maßen die Wähler da schon den Landtags- und Reichstagswahlen bei. Gleich zu Jahresbeginn 1919 durften die Karlsruher und Karlsruherinnen das erste Mal nach dem neuen Wahlrecht wählen, das nun auch die Frauen an der Wahl beteiligte, am 5. Januar die Badische, am 19. die Deutsche Nationalversammlung. Wohl nicht zuletzt aus diesem Grunde war die Wahlbeteiligung mit 88,4 % bzw. 86,5 % so hoch wie in den folgenden Wahlen nie mehr (Wahlergebnisse vgl. Tabelle S. 438). Dennoch hatte das eine oder andere „Familienoberhaupt" Schwierigkeiten mit den neuen Rechten seiner Frau. Einer soll im Wahllokal gar geäußert haben: „Der Mann ist das Haupt der Frau. Die Frau hat zu tun, was der Mann will.", als man ihn auf die Wahlfreiheit hinwies.[372]

Im Wahlkampf war die DDP unter Druck von rechts geraten, da die DNVP gezielt ihren rechten nationalliberalen Flügel ansprach. Der

Nationalversammlungs-, Reichstags- und Landtagswahlen 1919–1933

		Stimmenanteile der Parteien in v. H.								
Wahl und Wahldatum	Wahlbeteiligung in v. H.	KPD	USPD	SPD	Zentrum	DDP (seit 1930 Staatspartei)	DVP	DNVP	NSDAP	Sonstige
Nationalversammlung Baden 1919, 5. Januar	88.4	—	3.8	36.6	20.3	32.2	—	7.2	—	—
Deutsche Nationalversammlung 1919, 19. Januar	86.5	—	—	40.6	20.6	31.1	—	7.8	—	—
RT 1920, 6. Juni	74.7	0.9	18.4	22.4	19.5	17.3	9.3	12.3	—	—
LT 1921, 30. Oktober	73.7	5.4	4.2	30.7	21.5	11.5	10.9	13.3	—	2.5
RT 1924, 4. Mai	72.1	8.7	0.6	18.7	20.2	8.2	19.7	12.5	6.5[7]	5.0
RT 1924, 7. Dezember	72.3	6.0	0.5	24.6	19.5	8.4	21.5	13.7	1.7[8]	3.5
LT 1925, 25. Oktober	56.8	5.8	—	28.5	20.5	7.7	20.7	9.7	1.3	5.8
RT 1928, 20. Mai	81.0	7.9	0.2	31.0	18.6	7.5	13.5	7.9	3.1	10.4
LT 1929, 27. Oktober	61.4	5.4	—	28.4	20.7	5.8	12.3	4.7	11.2	11.6
RT 1930, 14. September	79.3	9.7	—	24.2	16.5	10.7[9]		2.7	26.0	10.2
RT 1932, 31. Juli	79.1	10.3	—	20.9	17.6	2.2	1.7	4.2	40.3	2.9
RT 1932, 6. November	77.3	13.0	—	18.5	16.6	2.3	3.6	5.7	37.7	2.7
RT 1933, 5. März	87.7	9.6	—	17.9	17.0	1.8	1.7	5.4	45.0	1.6

[1] Zusammengestellt nach StadtAK 1/AEST 588 und 666, 1/H-Reg 1973 und 1974 und Verwaltungsberichten der Landeshauptstadt Karlsruhe 1930–1933, allgemeinen Fürsorge ohne einmalige Unterstützungen.
[2] 1919 wurden 96, nach der neuen Gemeindeordnung von 1921 noch 84 Stadtverordnete gewählt.
[3] Bei den Wahlen 1930 Staatspartei
[4] Kommunale Wirtschaftsvereinigung 5, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Kriegsopfer 1
[5] Wirtschaftliche Bürgervereinigung 3, Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung 5, Unpolitische Wirtschaftsgruppe 1
[6] Wirtschaftspartei 3, Evangelischer Volksdienst 3
[7] Völkisch-sozialer Block
[8] Nationalozialistische Freiheitsbewegung
[9] Gemeinsame Liste Staatspartei/DVP

„Badische Beobachter" berichtete von einer Wahl mit zahlreichen Plakaten und Flugblättern zwischen der DDP und der DNVP.[373] Dennoch war die DDP in beiden Wahlen der eindeutige Sieger gegenüber der DNVP. Übertroffen wurde sie aber von der SPD, die am 19. Januar, als die USPD nicht antrat, sogar die 40%-Marke überschritt. Das Zentrum erreichte rund die Hälfte der SPD.

Relativ rasch mußte der Reichstag neu gewählt werden. Als nach dem 6. Juni 1920 die Wahlergebnisse vorlagen, standen auch in Karlsruhe die SPD und die DDP als die großen Verlierer fest. Die DDP hatte nahezu die Hälfte ihres Stimmenanteils an die DVP und die DNVP abgegeben. Damit normalisierte sich das Kräfteverhältnis zwischen Links- und Rechtsliberalen sowie den Konservativen weiter. In der Übergangsphase vom Kaiserreich zur Weimarer Republik war es zugunsten der als Sammelbecken all dieser politischen Richtungen letztlich überforderten DDP ausgeschlagen.

Die SPD hatte dem Auftreten der inzwischen gefestigten USPD Tribut zollen müssen und war ebenfalls um fast die Hälfte zurückgegangen. Stabil blieb dagegen das Zentrum, das auf einen Wähleranteil von rund 20 % in Karls-

ruhe bauen konnte. Bei einem deutlich über 40 % liegenden Anteil der katholischen Bevölkerung bedeutete dies aber auch, daß nach wie vor auch in Karlsruhe lange nicht alle katholischen Wähler erreicht wurden.

Nach der Landtagswahl vom 30. Oktober 1921 konnte der „Volksfreund" von einem „glänzenden Wahlerfolg der Karlsruher Sozialdemokraten" berichten.[374] Besonders vermerkte man den Einbruch der USPD, die den größeren Teil ihrer Stimmen an die SPD, aber auch an die KPD abgegeben hatte.

Der rapide Rückgang der DDP hielt an, wobei nur ein Teil des Verlustes durch die DVP und die DNVP aufgefangen wurde. Ein kleiner Prozentsatz dürfte auch der Wirtschaftlichen Vereinigung zugute gekommen sein, die aber ebenso wie der Badische Landbund keine große Rolle in Karlsruhe spielte.

Sein prozentual bestes Ergebnis der Weimarer Republik in Karlsruhe erzielte das Zentrum, das mit diesem Ausgang natürlich hoch zufrieden war, zumal man sich nicht an dem Plakatwahlkampf in den letzten Tagen vor der Wahl beteiligt hatte.[375]

Die nächste Wahl fand zweieinhalb Jahre später im Mai 1924 statt. Das Krisenjahr 1923 war noch nicht vergessen, so daß auch in Karlsruhe ein deutlicher Rechtsruck festzustellen war. Bereits im Wahlkampf waren antisemitische Töne zu hören. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sahen sich sogar zu Zeitungsanzeigen genötigt, in denen sie sich gegen die Judenhetze vor allem des Völkischen Blocks verwahrten.[376] Dennoch erhielt eben diese Partei in Karlsruhe mit 6,5 % der Stimmen ein relativ gutes Ergebnis. Ein weiteres Kennzeichen dieser Wahl war die Zersplitterung der bürgerlichen Parteien. Insgesamt standen 13 Gruppierungen zur Wahl, von denen die Splitterparteien zusammen immerhin 5 % der Stimmen erhielten. Die wirtschaftliche Not weiter Bevölkerungskreise hatte zu einer deutlichen Verunsicherung der Wähler und zur einer ersten Lockerung der traditionellen Parteibindungen geführt. Von den Verlusten der SPD, die erstmals bei Landtags- bzw. Reichstagswahlen in der Weimarer Republik vom ersten auf den dritten Platz zurückgefallen war, profitierte die KPD nur zu einem geringen Teil.

Vor allem die DVP nahm deutlich zu, so daß trotz der Stagnation der DNVP die Rechtsparteien als eindeutige Wahlsieger ausgemacht werden konnten.

Wiederum stabil erwies sich das Zentrum, das einmal mehr bestätigte, „daß diese Partei Erschütterungen aus Zeitströmungen und Stimmungen am wenigsten ausgesetzt ist."[377] Im Wahlkampf hatte das Zentrum u. a. auf die beiden ehemaligen Reichskanzler Konstantin Fehrenbach und Joseph Wirth in gut besuchten Versammlungen gesetzt.[378]

Da das Wahlergebnis im Reich keine arbeitsfähige Regierung ermöglichte, waren noch in demselben Jahr Neuwahlen erforderlich. Sie spiegeln die weitere wirtschaftliche Konsolidierung und das ruhigere außenpolitische Fahrwasser des Deutschen Reiches auch in Karlsruhe wider. Zwar traten diesmal sogar 17 Parteien an, doch der Rechtsruck der Maiwahlen wurde trotz leichter Gewinne der DVP und der DNVP durch den Rückgang der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, der Nachfolgerin des Völkischen Blocks, und der Splitterparteien rückgängig gemacht. Erneut gab es antisemitische Äußerungen, diesmal von der DNVP. Zwei schwarz-weiß-rote Plakate der DNVP wurden in diesem Wahlkampf beschlagnahmt.[379] Auch die KPD, die im Mai noch von der angeheizten Stimmung profitiert hatte, verlor diesmal wieder.

Die SPD wurde nach einem intensiven Wahlkampf wieder stärkste Karlsruher Partei. Das inzwischen gut organisierte Reichsbanner konnte im Wahlkampf durch seinen Einsatz verhindern, daß „die Hitlerbanden und ähnliche Radau- und Zerstörungshorden die Straßen und vielfach die Wahlversammlungen ... im fröhlichen geistesverwandten Wüten mit den Kommunisten" beherrschten.[380] Am Wahlsonntag war das Reichsbanner mit sechs dekorierten Lastautos durch die Stadt gefahren. Auch die Nationalsozialisten hatten ihr „Leichenauto" fahren lassen. Auf dem Wagen

der KPD war ein Gefängnis dargestellt. Der „Volksfreund" bemerkte insgesamt auf den Straßen ein Leben wie bei großen Festen und stellte fest, daß sich der Wahlkampf inzwischen amerikanischen und englischen Methoden nähere, weil z. B. die DVP zwei Tage lang Streichhölzer mit Wahlparolen verteilt habe. Bei der Gestaltung der Wahlplakate und Propagandawagen ließen die Parteien diesmal auch ihre Phantasie walten. Für große Heiterkeit soll ein Wahlplakat des Zentrums gesorgt haben, das die DNVP als Esel mit zwei Köpfen darstellte, und ein Wagen der SPD mit einer Schaukel, auf deren einen Seite der völkische ehemalige Generalfeldmarschall Erich Ludendorff, auf der andern die Kommunistin Ruth Fischer saß. In diesem Wahlkampf wurde also erstmals verstärkt auf neue Propagandamittel gesetzt. Gezielt wurde auch in den Zeitungen aller parteipolitischen Richtungen mit bildlichen Darstellungen und Karikaturen gearbeitet.

Für das Zentrum sprach als Wahllokomotive Reichskanzler Wilhelm Marx am 5. Dezember in der vollbesetzten Festhalle.[381] Trotz leichten Rückgangs konnte das Zentrum schließlich auch seine Position behaupten. Auch die DDP stabilisierte sich bei einem kleinen Zugewinn. Wie nach jeder Wahl versammelten sich die Parteien in einem Lokal, die SPD im Friedrichshof, das Zentrum im kleinen Festhallensaal, die DVP im Krokodil und die DDP im Goldenen Adler, wo mit Spannung die Ergebnisse erwartet wurden.[382]

Im folgenden Jahr stand am 29. März 1925 zunächst die Reichspräsidentenwahl an, die nach dem überraschenden Tod des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert erforderlich wurde. Angesichts der acht angetretenen Kandidaten war es nicht verwunderlich, daß sich keiner im ersten Wahlgang durchsetzen konnte. Die Stimmen der Parteien der Weimarer Koalition verteilten sich auf deren Kandidaten Otto Braun (SPD), Wilhelm Marx (Zentrum) und Willy Hellpach (DDP) ungefähr in der Höhe des Wahlergebnisses der zurückliegenden Reichstagswahl (siehe Wahlergebnisse Tabelle S. 438) und übertrafen die 50 % deutlich. Der Kandidat der Rechtsparteien, der dem rechten Flügel der DVP angehörende Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres, kam immerhin auf knapp 42 %. Mit Spannung wurde deshalb der zweite Wahlgang erwartet. Die Parteien der Weimarer Koalition einigten sich auf den gemeinsamen „Volksblockkandidaten" Marx, für den in Karlsruhe mit „republikanischen Wählerversammlungen" geworben wurde.[383] Die Rechtsparteien ihrerseits reagierten mit einem neuen „Reichsblockkandidaten", dem Generalfeldmarschall a. D. Paul von Hindenburg. Dies erwies sich als ein durchaus geschickter Schachzug auch in Karlsruhe, wo Hindenburg offensichtlich nicht als der Verlierer des Ersten Weltkriegs, sondern als der Sieger der Schlacht von Tannenberg galt. Während der Volkskandidat Marx leichte Stimmenverluste hinnehmen mußte, legte Hindenburg um knapp 6.000 Stimmen zu und blieb nur geringfügig hinter Marx zurück. Der „Volksfreund" führte dies u. a. auf den „konfessionellen Kampf" zurück, der gegen Marx geführt worden sei. Vor allem die Beamten hätten sich als „Steigbügelhalter der Reaktion" betätigt, aber auch viele Arbeiter und Angestellte hätten durch ihre Wahlenthaltung letztlich Hindenburg unterstützt.[384] Im Wahlkampf war das Reichsbanner wieder mit geschmückten Lastautos durch die Straßen gefahren: „Die Kameraden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold stachen sehr vorteilhaft ab von den Schwarz-Weiß-Roten, bei denen in der Hauptsache vorlaute, ungezogene Bürschchen den Ton angeben und den nötigen Spektakel machten." Plakate für Marx waren mit Hindenburg-Aufklebern überklebt worden.

Am 25. Oktober stand die Neuwahl des Landtages an, an der sich so wenige Stimmberechtigte beteiligten wie bei keiner anderen Landtagswahl. Dieser Wahl fehlte offensichtlich die Brisanz der Reichstagswahlen des Vorjahres, und insgesamt war der Wahlkampf auch zurückhaltender. Klare Sieger auch in Karlsruhe waren die Regierungsparteien, die zusammen deutlich die 50%-Hürde überschritten. Gegenüber der letzten Reichstagswahl

Reichspräsidentenwahl 1925[1]

Von je 100	**1. Wahlgang** 29. März 1925	**2. Wahlgang** 26. April 1925
1. Einwohnern waren wahlberechtigt	68,96	69,19
2. Wahlberechtigten haben abgestimmt	68,66	73,76
3. abgegebenen Stimmen waren ungültig	0,46	0,65
4. abgegebenen gültigen Stimmen		
entfielen auf		
a) Thälmann	3,66	**Thälmann** 3,87
b) Braun	26,75	
c) Hellpach	9,12	
d) Marx	17,99	**Marx** 48,93
e) Held	0,35	
f) Ludendorff	0,60	
g) Jarres	41,48	
h) Hindenburg		**Hindenburg** 47,15
i) Sonstige:	Simons	Hellpach
	0,02	0,01
zersplittert	0,03	0,04

[1] Badischer Beobachter, 27. April 1925.

hatten nur SPD und Zentrum sowie die Splittergruppen zugelegt. Die SPD war deshalb mit diesem Ergebnis durchaus zufrieden und hob positiv hervor, daß der Rechtsblock, obwohl er in Karlsruhe über vier Zeitungen verfüge, so deutlich verloren habe.[385] Offensichtlich war die DNVP besonders von der Wahlenthaltung betroffen, wobei die Vermutung des „Badischen Beobachters" zutreffen könnte, daß ein Teil der ehemals nationalliberalen Wählerschaft wieder zur DVP, „der historischen Nachfolgerin der Nationalliberalen", zurückgefunden habe.[386]

Bis zur nächsten Wahl am 20. Mai 1928 vergingen fast drei Jahre, in denen relativ stabile politische und trotz nach wie vor bestehender Probleme auch relativ stabile wirtschaftliche Verhältnisse herrschten. Dies trug sicher dazu bei, daß die Wahlbeteiligung für eine Reichstagswahl außerordentlich gering war. Eindeutiger Wahlsieger war die SPD, die nach 1919, als USPD und KPD nicht kandidierten, ihr bestes Reichstagswahlergebnis erreichte. Trotz der geringen Wahlbeteiligung hatte sie deutlich an Stimmen gewonnen und lag zum dritten Mal nach 1918 über 30 %. Die Jahre in der Opposition hatten offensichtlich die Wähler gegen den Trend zur Wahlenthaltung mobilisiert. Zudem hatte die SPD wieder einen intensiven Wahlkampf mit zahlreichen Versammlungen geführt.

Außer der SPD nahmen aber auch die beiden extremen Parteien KPD und NSDAP zu, wobei letztere den Kreis der Splitterparteien mit einem nur geringen Zugewinn noch nicht verlassen hatte. Von den kleineren Parteien hatten auch die Wirtschaftspartei und die Volksrechtspartei zugenommen. Die elf Splitterparteien gewannen zusammen immerhin über 10 %. Die KPD verbuchte prozentual ebenfalls einen Gewinn, den sie vor allem in der „Dörfles-Gegend" errungen haben soll.[387]

Demgegenüber hatten alle etablierten bürgerlichen Parteien Verluste zu melden, wobei die DDP noch am glimpflichsten davonkam. Die DNVP blieb hinter dem Landtagswahlergebnis von 1925 zurück und konnte ihren Abwärtstrend nicht stoppen. Noch deutlicher verlor die DVP, deren Anhänger im Krokodil auf das Wahlergebnis warteten, nach dessen Bekannt-

gabe sie, wie der „Volksfreund" nicht ohne Schadenfreude meldete, „die reinsten Krokodilstränen" vergossen. Die DVP war bei der Wahlpropaganda wieder neue Wege gegangen und hatte u. a. Lautsprecherwagen und Flugzeugpropaganda eingesetzt sowie Flugblätter mit Porträts der Kandidaten verteilt.

Erstmals mußte auch das Zentrum einen Rückschlag hinnehmen, den der „Volksfreund" u .a. darauf zurückführte, daß man alte Kulturkampfparolen reaktiviert habe, anstatt die Themen der Zeit zu besetzen. Auch intensive Wahlwerbung im „Badischen Beobachter", der Einsatz der Parteiprominenz und zahlreiche Versammlungen verhinderten den Rückgang nicht. Das Zentrum, das als Regierungspartei in der Verantwortung stand, hatte in relativ ruhigen Zeiten Probleme, seine Anhänger zu mobilisieren.

Deshalb unternahm man vor der Landtagswahl 1929 alle Anstrengungen, diesen Verlust wieder aufzuholen, was nach einem intensiven Wahlkampf auch gelang. Die Stimmen wurden bei dieser Wahl nach Geschlecht ausgezählt, so daß genau zu belegen ist, daß das Zentrum sehr stark vom Frauenwahlrecht profitiert hatte. In nahezu allen Wahlbezirken überwog die Zahl der Frauenstimmen. Die KPD hatte aber an Schlagkraft verloren, wie das Wahlergebnis, das den Kommunisten in der Tat einen Verlust von 2,5 % gegenüber 1928 einbrachte, bestätigte. Den Erfolg der Nationalisten, zu denen die NSDAP und die DNVP zählten, hatte der „Volksfreund" bereits vorausgesehen. Der wüste und skrupellose Antisemitismus der NSDAP habe „in gewissen sozialen Gruppen unseres badischen Volkes Anhang zu finden" vermocht. „Not ist noch immer ein Nährboden für den Radikalismus gewesen."[388] Die NSDAP lag in Karlsruhe sogar deutlich über dem Landesdurchschnitt. Bereits vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise begann also der Aufstieg der NSDAP. Zu dem Erfolg trugen nach Einschätzung des „Volksfreunds" viele Geschäftsleute bei, die zahlreich in den nationalsozialistischen Versammlungen gesichtet worden seien. „Der Zuwachs der Hitler kommt vornehmlich aus dem Bürgertum und ist vor allem der skrupellosen und verlogenen Agitation der Nationalsozialisten und der politischen Dummheit größerer Kreise zuzuschreiben."[389] Die Deutschnationalen hatten zu diesem Erfolg mit einem Teil ihrer Wählerschaft beigetragen. Relativ stark waren die Nationalsozialisten in der Weststadt, in der Südweststadt, in der westlichen Innenstadt und in Teilen der Altstadt, relativ schwach in Daxlanden, Mühlburg und Rintheim. Am Wahltag standen jeweils ein oder mehrere SA-Männer vor den Wahllokalen, denen der „Volksfreund" bescheinigte: „Es waren recht belustigende Figuren, die durchweg Heiterkeit auslösten."

Die liberalen Parteien verloren bei dieser Wahl und kamen erstmals in der Weimarer Republik gemeinsam nicht über 20 % der Stimmen.

Die SPD selbst hatte nach einem intensiven Wahlkampf zwar das Ergebnis des Vorjahres verfehlt, das Landtagsergebnis von 1925 aber nahezu gehalten. Im Wahlkampf waren die Mitglieder des Arbeiter-Radiobundes über mehrere Wochen erstmals mit Lautsprecherwagen im Einsatz gewesen, die auch am Wahltag durch die Karlsruher Stadtteile fuhren.

Auch im folgenden Jahr, als nach dem Scheitern der Großen Koalition an der Frage der Arbeitslosenversicherung der erste nur mit Hilfe des Notverordnungsrechts des Reichspräsidenten regierende Reichskanzler Heinrich Brüning in völliger Verkennung der politischen Lage den Reichstag aufgelöst hatte, wurden im Wahlkampf alle neuen Agitationsmittel eingesetzt. Besonders die Nationalsozialisten zogen alle Register und wurden am 14. September 1930 stärkste Partei in Karlsruhe. „Ihre verlogene, skrupellose, nur auf Schwindel und Lüge aufgebaute Agitation hat bei politisch unreifen Leuten, besonders beim Spießbürgertum aller Sparten, ob nun Geschäftsmann, Beamten- oder Arbeiterspießer eingeschlagen."[390] Auch der „Badische Beobachter" hatte im Wahlkampf viele Beamte in den NSDAP-Versammlungen ausgemacht, hatte aber voreilig den Ansturm der Nationalsozialisten schon als abgeschlagen angesehen.[391] Die bürgerliche „Karlsruher Zeitung"

Dienstag, den 16. September 1930 Seite 9

Was die Kamera berichtet ...

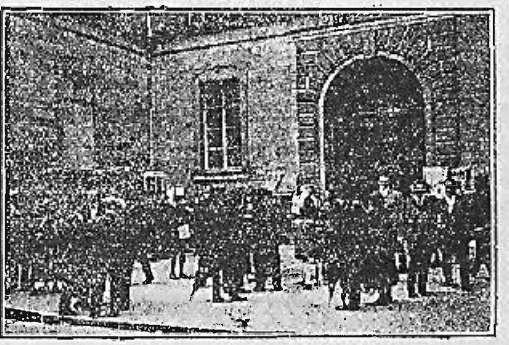
Sechs Momentbilder von der letzten Reichstagswahl

Nachdem Schreib- und Setzmaschine über die Wahl berichtet haben, wollen wir nunmehr auch noch die Kamera „zu Worte" kommen lassen.

Die Roten suchten durch Demonstrationszüge, mit Musik und Fahnen Stimmung zu machen

. . . . der konnte am Marktplatz erfahren, daß alles nur Schwindel sei

. . . Rege Diskussion, ob Sowjetstern oder Hakenkreuz, konnte man überall beobachten . . .



Die Wahlbeteiligung war sehr rege. Nur etwa 15 Prozent blieben zu Hause, weil ihnen alles „wurscht" war,

Mit ungeheurem Papieraufwand wurde gekämpft. Wer in der Weststadt sich mühsam durch die langatmigen Ergüsse durchgearbeitet hatte . . .

gerade so wie diesem hier

Der Badische Beobachter berichtete am 16. September mit einer Bildseite über den Wahlkampf vor der Reichstagswahl 1930.

Reichspräsidentenwahl 1932[1]

Von je 100	**1. Wahlgang** 13. März 1925	**2. Wahlgang** 10. April 1932
1. Einwohnern waren wahlberechtigt	75,94	76,05
2. Wahlberechtigten haben abgestimmt	78,56	77,57
3. abgegebenen Stimmen waren ungültig	0,78	0,65
4. abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf		
Thälmann	10,21	7,69
Hitler	31,43	36,16
Hindenburg	55,99	55,15

[1] Badische Presse vom 11. April 1932

stellte ebenfalls fest, „daß eben doch ein großer Teil dessen, was man früher das ruhige und gute Bürgertum nannte, für den Nationalsozialismus gestimmt hat."[392] Durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöste Existenzängste zeigten hier u. a. ihre Wirkung. Besonders stark war die NSDAP wiederum in der Weststadt, in der Südweststadt und in der Altstadt, darüber hinaus diesmal auch in der Innenstadt, der Oststadt und in Beiertheim, relativ schwach nach wie vor in Daxlanden, Mühlburg und Rintheim. In Arbeitervierteln tat man sich immer noch schwer, obwohl auch hier erste Einbrüche gelungen waren, worauf vor allem die Stimmenzahlen in der Altstadt, der Südstadt und der Oststadt hinweisen. Allein in der Südstadt wählten über 2.000 Wähler mehr als 1929 die NSDAP, wovon ein Großteil wohl aus dem Kreis der vormaligen Nichtwähler kam.[393] In der Südstadt, einem Brennpunkt der sozialen und wirtschaftlichen Krise, hatten die Nationalsozialisten offensichtlich einen Teil der Wähler mobilisiert, die zuvor ihrem Protest durch Wahlenthaltung Ausdruck verliehen hatten. Stimmen hatten in erster Linie die Deutschnationalen und die beiden liberalen Parteien, die bei dieser Wahl gemeinsam als Deutsche Staatspartei angetreten waren, an die NSDAP verloren.

Diesen Aufstieg hatte auch die gezielte Gegenagitation z. B. der SPD nicht verhindert, die u. a. ganzseitige Anzeigen unter der Überschrift „Antifaschist" veröffentlichte. Auch um die Arbeitslosen warb die SPD gezielt, u. a. mit einer Beilage zum „Volksfreund", der „Erwerbslosen Tribüne."[394] Der Arbeiter-Radiobund setzte als neueste Errungenschaft das „rote Klangfilmauto" ein. Die SPD konnte ihre Stimmenzahl gegenüber den vorherigen Wahlen zwar deutlich steigern, blieb aber wegen der hohen Wahlbeteiligung von fast 80 % hinter ihrem Landtagswahlergebnis zurück und wurde von der NSDAP auch vom Platz des Spitzenreiters verdrängt. Ihre Hochburgen hatte die SPD nach wie vor in Arbeitervierteln, in Mühlburg, Daxlanden, der Südstadt und der Oststadt. Um die Arbeiterstimmen warb auch die KPD, die bei dieser Wahl auch zu den Gewinnern gehörte. Relativ stark war die KPD deshalb in den Arbeitervierteln wie der Südstadt, wo die Stimmenzahl der KPD gegenüber 1929 um 912 stieg. Diese Wahl markiert in Karlsruhe insofern einen Wendepunkt, als mit der NSDAP erstmals eine antidemokratische Partei stärkste politische Kraft war und diese gemeinsam mit der KPD schon mehr als ein Drittel der Wähler hinter sich hatte. Der einstmals so starke Liberalismus stand vor dem Schritt in die Bedeutungslosigkeit und mobilisierte gerade einmal noch 10 % der Wähler. Relativ stabil blieben SPD und Zentrum, obwohl sie sich von einem Ergebnis wie zu Beginn der Weimarer Republik deutlich entfernt hatten. Die Auswirkungen der zweiten großen wirtschaftlichen Krise manifestierten sich nun zunehmend in radikalen Wählerstimmen.

Dieser Trend hielt auch zwei Jahre später ungebrochen an. Im Jahr 1932 mußten die Wähler gleich viermal an die Wahlurnen, die Parteien waren zu einem permanenten Wahlkampf gezwungen. In den beiden Wahlgängen der Reichspräsidentenwahl unterlag der nationalsozialistische Parteiführer Adolf Hitler gegen den von den Parteien der Großen Koalition aus SPD, Zentrum, DDP und DVP unterstützten ehemaligen Feldmarschall und Amtsinhaber von Hindenburg deutlich, der seinen Stimmenanteil im zweiten Wahlgang noch einmal leicht steigern konnte (siehe Tabelle S. 444). Die Polizei, die sich am ersten Wahlsonntag in Alarmzustand befand und am Abend in geschlossener Formation durch die Straßen marschierte, mußte nicht eingreifen. Auch der zweite Wahlsonntag verlief ruhig, nachdem in der Nacht einige Nationalsozialisten das Gebäude des „Volksfreund" heimgesucht und einige Scheiben zerschlagen hatten.[395] Die Nationalsozialisten hatten einen so aufwendigen Wahlkampf betrieben, daß der „Volksfreund" sich fragte, woher das Geld zu dessen Finanzierung wohl stamme. Aber auch der Hindenburgausschuß war nicht untätig gewesen. So wurden z. B. große Transparente mit der Aufschrift „Wählt Hindenburg" über die Straßen gespannt und Flugblätter „zentnerweise" verteilt.[396] Die Nationalsozialisten hatten zwar auch in Karlsruhe ihr Wahlziel deutlich verfehlt, doch mehr als ein Drittel der Wähler hatten mit Adolf Hitler einen erklärten Gegner der Weimarer Demokratie gewählt. Weitere rund 10 % unterstützten mit dem Kommunistenführer Ernst Thälmann ebenfalls einen Gegner der Weimarer Republik. Die schwierige Lage der demokratischen Parteien wird dadurch deutlich, daß sie gezwungen waren, den Kandidaten Hindenburg zu unterstützen, den sie bei der letzten Reichspräsidentenwahl noch bekämpft hatten und der mit Sicherheit kein überzeugter Demokrat war.

Doch der Wahlkampf ging weiter. Nach einem bis dahin beispiellosen Einsatz hatten die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 einen weiteren erdrutschartigen Sieg mit 40,2 % der Stimmen errungen, der vor allem auf Kosten der DVP, der Staatspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und des Evangelischen Volksdienstes, zu einem Teil aber auch der SPD, zustandegekommen war. Die SPD war nur noch halb so stark wie die NSDAP, die in 77 von 85 Wahllokalen die meisten Stimmen erhalten hatte. Nur in einem Rintheimer und einem Daxlander Wahllokal, in zwei Grünwinkler Wahllokalen sowie in Bulach hatte die SPD ihre Stellung als stärkste Partei halten können. Die KPD war in einem der Wahllokale in der Kapellenstraße und in zwei Daxlander Wahllokalen als Sieger aus der Wahl hervorgegangen. Eine Hochburg der linken Parteien war also nach wie vor Daxlanden. Nicht zufällig war Daxlanden auch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme eine Zentrale des Widerstands gegen die neuen Machthaber. Letztlich hatte sich Karlsruhe aber eindeutig erneut als Hochburg der NSDAP erwiesen.

Daran änderte sich auch bei der zweiten Reichstagswahl am 6. November trotz deutlicher Verluste der NSDAP nicht viel. Nach wie vor war sie stärkste Partei. Gemeinsam mit der KPD bildete sie eine antidemokratische Mehrheit, die sogar noch deutlicher wurde, wenn man die DNVP hinzurechnete. Obwohl der Wahlkampf insgesamt ruhiger verlaufen war, hatten wiederum die Nationalsozialisten den größten Aufwand betrieben. Hitler selbst sprach am 1. November in Karlsruhe dem „Führer" zufolge vor 40.000 Zuhörern in einem eigens aufgestellten Riesenzelt auf einer Wiese an der Daxlander Straße, wo sich später die Firma Michelin ansiedelte. Der „Volksfreund" berichtete von einer Inszenierung mit SA-Totengedenken und Trommelwirbel, wie sie wenige Monate später zur Regel werden sollte. Dennoch büßte die NSDAP schließlich auch in Karlsruhe Stimmen ein.[397]

Das Zentrum verlor ebenfalls leicht. Zugewinne konnten DVP und DNVP verzeichnen, blieben aber dennoch unter den Spitzenergebnissen der 20er Jahre. Auch in Karlsruhe waren die liberalen Parteien nahezu bis zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft, die DNVP spielte ebenfalls keine große Rolle mehr.

Die SPD verlor wiederum wohl in erster Linie an die KPD, die ihr bestes Ergebnis in Karlsruhe erreichte. Zu einem Teil konnte die KPD sicher auch von Stimmen der zahlreichen Arbeitslosen profitieren. Inwieweit sich die katastrophale soziale Lage in der Endphase der Weimarer Republik direkt auf das Wahlverhalten auswirkte, ist generell nur schwer zu beantworten. Die KPD hatte seit Beginn der 20er Jahre immer wieder ohne durchschlagenden Erfolg um die Erwerbslosen geworben. Dies hielt auch 1932 an, und das Landespolizeiamt warnte: „Eine große Gefahrenquelle für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bildet das sich täglich vermehrende Heer der Erwerbslosen zweifellos; unter diesen Schichten der Bevölkerung hat die verhetzende Agitation die meiste Aussicht, durch Unbesonnenheiten und Gewaltakte die kommunistische Aktion auszulösen und voranzutreiben."[398]

Der Anteil der Arbeitslosen an dem gewaltigen Ansteigen der NSDAP-Stimmen seit 1929 ist ebenfalls nicht quantifizierbar. Die NSDAP hatte sich seit 1926 immer wieder gezielt um deren Stimmen bemüht. Für die Reichstagswahlen gilt auch in Karlsruhe, daß „hohe Arbeitslosigkeit in einem Kreis oder in einer Gemeinde ... tendenziell zu einer Abschwächung der nationalsozialistischen Wahlerfolge [führte], was mit hoher Wahrscheinlichkeit auf das Wahlverhalten der Arbeitslosen selbst zurückzuführen ist, deren große Mehrheit auch 1933 noch nicht für Adolf Hitler gestimmt haben dürfte."[399] Die Tatsache, daß die NSDAP in dem von einer wesentlich höheren Arbeitslosigkeit betroffenen Mannheim immer deutlich hinter den Karlsruher Wahlergebnissen zurückblieb, bestätigt dies sicher ebenfalls.

Dies war die letzte Wahl in der Weimarer Republik, die noch unter regulären Bedingungen ablief. Als die Karlsruher und Karlsruherinnen das nächste Mal zur Wahl gingen, war der nationalsozialistische Parteiführer Adolf Hitler seit mehreren Wochen Reichskanzler, seine Partei beherrschte mit der Berliner Rückendeckung ungehindert den Wahlkampf, während die Zeitungen der demokratischen Parteien und die KPD nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 verboten wurden. Insofern ist das Wahlergebnis nur noch mit Einschränkungen als ein demokratisches anzusehen. Hervorzuheben ist deshalb bei dieser letzten Wahl die Stabilität des Zentrums, der erneute, wenn auch leichte, Rückgang der SPD und die Bestätigung der Bedeutungslosigkeit der liberalen Parteien. Die NSDAP verfehlte die 50%-Marke zwar wiederum deutlich, übertraf sie aber zusammen mit den Stimmen der DNVP. Damit wäre auch nach dem Karlsruher Wahlergebnis das Schicksal der Weimarer Republik besiegelt gewesen. Auch hier hatte letztlich eine antidemokratische Mehrheit bei den Wahlen den Weg geebnet für die Ereignisse, die sich nach dem 5. März abspielten.

Kultur in der Weimarer Republik

Bis 1918 war das kulturelle Leben in Karlsruhe als badische Haupt- und Residenzstadt ganz entscheidend durch den großherzoglichen Hof geprägt. Viele Impulse gingen auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach wie vor vom Herrscherhaus und von den großherzoglichen Beamten aus. Die großherzoglichen Feiertage, die bis dahin ganz wesentlich die Festkultur der Stadt mitgeprägt hatten, fielen nun weg. An ihrer Stelle traten nun republikanische Feiertage wie die Verfassungsfeiern oder die Maifeiern (siehe oben). Außerdem ging man neue Wege, Besucher von außerhalb in die Stadt zu bringen, z. B. mit der erstmals vom 18. September bis zum 26. September 1920 ausgerichteten „Badischen Woche", die über das künstlerische und kulturelle Schaffen in Baden informierte und fortan jährlich von der Stadtverwaltung, dem Theaterkulturverband und dem Verkehrsverein als „Karlsruher Festwoche" veranstaltet wurde. Die „südwestdeutschen Heimattage", die ebenfalls vom Verkehrsverein organisiert wurden, zogen zahlreiche Besucher aus der näheren und weiteren Umgebung an. Große Ausstellungen wie die Deutsche Gastwirtschaftsausstellung 1924 oder die Polizeitechnische Ausstellung 1925

Festzug anläßlich des Alemannisch-Pfälzisch-Fränkischen Heimatsonntags am 20./21. September 1924.

brachten ebenso wie die nun eingesetzten Theatersonderzüge neue Besucher in die Stadt und in ihre vielfältigen kulturellen Einrichtungen. Diese großen kulturellen Einrichtungen waren im wesentlichen auf markgräfliche bzw. großherzogliche Sammlungen oder städtische Einrichtungen zurückzuführen. Es war für viele nun die Frage, wie sich der Verlust der herrschaftlichen Förderung nach der Revolution 1918/19 auswirken würde.

Landeskunstschule und Badische Kunsthalle

1926 hielt ein Kenner der Karlsruher Kunstszene fest, daß die durch den Krieg und die politische Umgestaltung eingetretene Krisis der „Kunststadt Karlsruhe" überwunden sei: „Die Anziehungskraft, die der Boden von Karlsruhe als Kunststadt ausübt, hat sich als stark genug erwiesen, den drohenden Rückgang abzuwehren. Durch eine Neugestaltung der Akademie, die als Landeskunstschule jetzt alle verwandten Künste: Malerei, Bildhauerei, Baukunst- und Kunsthandwerk in einer lebendigen Einheit umfaßt, bekam diese wieder neue Bedeutung als Mittelpunkt des Kunstlebens für das ganze Land."[400]

Sowohl die Akademie der bildenden Künste als auch die Kunstgewerbeschule waren schon während des Ersten Weltkrieges zunehmend in die Kritik geraten. Vor allem der Zustand der Akademie wurde nach dem Tod von Wilhelm Trübner und Gustav Schönleber und angesichts des bevorstehenden Ausscheidens weiterer namhafter Lehrer wie Hans Thoma, Ludwig Dill, Julius Bergmann und Caspar Ritter teilweise als desolat empfunden.[401] Die Lösung des Problems sollte zum 1. Oktober 1920 die neue Landeskunstschule bringen, die beide Institutionen vereinigte und deren erster

Direktor Hermann Billing wurde, der auch die treibende Kraft zur Gründung gewesen war. Obwohl von der Kunstakademie, die nun auch für Frauen geöffnet war,[402] und der Kunstgewerbeschule etliche Professoren übernommen wurden, vollzog sich noch in Billings Amtszeit ein Generationenwechsel, der auch die Öffnung für die modernen Kunstrichtungen des Expressionismus, Kubismus und Futurismus ermöglichte. Billing zog sich aber nach Ablauf seiner Amtszeit im Herbst 1923 zurück, da er von der Entwicklung der Landeskunstschule insgesamt enttäuscht war. Vor allem wegen der schwierigen Finanzlage des Staates war sie nur „zu einer Akademie mit erweitertem Angebot" geworden, „wie sie die Ministerialbürokraten aus Ersparnisgründen wahrscheinlich von Anfang an vor Augen hatten."[403]

Die von Billing geplante „Große Deutsche Kunstausstellung für freie und angewandte Kunst" vom Mai bis Oktober 1923 wurde angesichts der Zuspitzung der Inflation und der Besetzung des Karlsruher Rheinhafens und anderer Teile Badens durch die Franzosen nicht zu dem erhofften Erfolg, da viele namhafte Künstler aus Sorge um die Sicherheit der Bilder ihre Zusagen zurückzogen. Die Ausstellung bekam so trotz der Beteiligung von 662 Künstlern, darunter 347 auswärtigen, „einen eher regionalen denn nationalen Charakter."[404]

Teilweise heftige Auseinandersetzungen gab es zu Beginn der Weimarer Republik auch über die neuen Kunstrichtungen, gegen die sich konservative Kräfte um den Porträt- und Landschaftsmaler August Gebhard wandten, der im Dritten Reich Professor und Leiter der Klasse für Malerei an der Akademie werden sollte.[405] Der „Expressionismusstreit" entwickelte sich noch 1921 zu einem Museumsstreit, in dessen Mittelpunkt der Anfang 1920 von Mannheim nach Karlsruhe berufene neue Leiter der Kunsthalle Willy F. Storck stand. Dieser hatte einen konsequenten Reformkurs eingeschlagen und sein Haus auch für die Gegenwartskunst geöffnet. Zu diesem Zweck veräußerte er eine Reihe von zweitklassigen Bildern sowie aus dem Bereich der englischen, französischen und Münchener Salonmalerei, mit deren Erlös qualitativ hochwertige Werke altdeutscher Malerei, von Malern des 19. Jahrhunderts und expressionistische Werke erworben wurden. Seine Gegner hielten ihm vor, die Neuankäufe stammten in der großen Mehrzahl aus dem Lager der ‚extremsten Richtungen', womit der spätere NS-Kunstprofessor [Gebhard] wohl einzelne Bilder von Hofer, Haueisen, Weiss, Kanoldt, Erbslöh, Purrmann und Skulpturen Lehmbrucks kennzeichnen wollte."[406] Storck erhielt im Badischen Landtag aber volle Rückendeckung für seine Ver- und Ankaufspolitik. Ludwig Marum (SPD) kennzeichnete die Kritik an Storck als „Deutschtümelei" und „öde Schimpferei."[407] 1926 faßte Storck die Aufgaben der Badischen Kunsthalle in einem programmatischen Aufsatz zusammen. Die altdeutsche Abteilung sollte verstärkt werden, um die Isoliertheit der vorhandenen Bilder aufzuheben, die Abteilung der Franzosen und Holländer sah er dagegen als weitgehend abgeschlossen an. Außerdem solle die Kunsthalle ein „klares Bild der Kunstentwicklung der badischen Heimat nicht im engen Sinn, sondern im Sinne des pfälzisch-alemannischen Kulturkreises abgeben."[408] Konsequent wandte er sich deshalb gegen die „berüchtigte Einrichtung der ‚Besoldungsbilder'", d. h. gegen den Erwerb von Bildern aus sozialen Gründen. Dies führe dazu, daß auch manches Unbedeutende erworben werde. Als Storck im März 1927 verstarb, hinterließ er dieses Konzept quasi als Vermächtnis, nach dem sich Lilly Fischl auch weitgehend richtete. Sie leitete die Kunsthalle zunächst kommissarisch, ab 18. Dezember 1929 als Direktorin im Nebenamt, da kein direkter Nachfolger berufen wurde. In ihrer Amtszeit erwarb die Kunsthalle „markante Werke des deutschen Impressionismus (Liebermann, Corinth, Slevogt) und des Realismus der zwanziger Jahre (Scholz, Schlichter, Zabotin)."[409] Wie ihr Vorgänger geriet deshalb auch Lilly Fischl bald in die Kritik rechtskonservativer und nationalistischer Kreise, vor allem als sie 1931 Hans v.

Marées „Familienbild" ankaufte – ihre Kritiker wollten statt dessen badische Künstler durch Ankäufe unterstützt sehen. Tatsächlich waren in den 20er Jahren zahlreiche Künstler in Not geraten, so daß sich am 26. Februar 1926 eine Künstler-Notversammlung an Staat und Kommunen wandte mit der Aufforderung, notleidende Künstler zu fördern. Auch die Stadt Karlsruhe kaufte daraufhin angesichts der „für den Absatz von Kunstwerken denkbar ungünstigen Wirtschafts- und Zeitverhältnisse ... aus sozialen Gründen" verstärkt Werke Karlsruher Künstler an.[410]

Das Theater

Das Hoftheater hatte während des Ersten Weltkrieges seinen Spielbetrieb mit einem um die Stücke sogenannter feindlicher Autoren gekürzten normalen Spielplan weitgehend aufrecht gehalten. Ergänzt wurde das Angebot mit vaterländischen Abenden als Beitrag des Theaters an der Heimatfront. 1918 wurde der Spielbetrieb nur kurz durch die Revolution unterbrochen und ging am 13. November weiter. Den veränderten politischen Strukturen trug man nach der endgültigen Abdankung des Großherzogs am 24. November Rechnung und nannte sich „Badisches Landestheater in Karlsruhe."[411] Natürlich fiel nun auch der Großherzog als Förderer aus: Bis 1918 waren die Fehlbeträge des Großherzoglichen Hoftheaters aus den Einkünften der Großherzoglichen Zivilliste bestritten worden. Nach der Revolution mußte die Stadt Karlsruhe die Hälfte der Betriebszuschüsse übernehmen. Der Spielbetrieb konnte so weiter auf einem hohen Niveau gehalten werden, obwohl er angesichts einer dünneren Personaldecke schwieriger zu gestalten war, da bereits der Ausfall einer einzigen Person schlecht zu kompensieren war.[412] Der städtische Haushalt wurde allerdings zusätzlich belastet, zumal dann, wenn in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Einnahmen hinter den Erwartungen zurückblieben. Entschieden wehrte sich die Stadt deshalb auch gegen alle Versuche, die Kosten des Theaters allein übernehmen zu sollen. Oberbürgermeister Finter wies z. B. 1926, als im Landtag über eine solche Absicht beraten werden sollte, auf die Verpflichtung des Staates auf dem „Gebiet der Pflege des kulturellen Lebens unseres Volkes" hin, zu der die Unterhaltung des ehemaligen Hoftheaters gehöre als eine „historisch begründete Verbindlichkeit, die an dem übernommenen Krongut haftet."[413]

Daß sich auch der großherzogliche Intendant, der Geheimrat August Bassermann, als Vertreter der nun abgelösten Staatsform nicht mehr halten konnte, obwohl er beim Personal sehr beliebt war, lag auf der Hand. Bassermann trug den neuen Zeitverhältnissen durch seinen Rücktritt mit dem Ende der Spielzeit Rechnung. Im Amt blieb zunächst aber Opernspielleiter Fritz Cortolezis, gegen den sich schon bei seiner Einstellung Widerstand geregt hatte. Cortolezis war bis zu seinem Weggang nach Breslau im Jahr 1925 ein ständiger Unruheherd, der auch Bassermanns Nachfolger, dem vormaligen Lübecker Theaterdirektor Stanislaus Fuchs das Leben schwer machte. Dieser resignierte angesichts der anhaltenden Kritik an seiner Person bereits im Jahr 1920 und wurde von Robert Volkner, zuvor Intendant in Barmen-Elberfeld, abgelöst. 1926 folgte ihm Hans Waag, zuvor Baden-Baden, nach.

Noch in Volkners Amtszeit war der aus Nürnberg abgeworbene Ferdinand Wagner als neuer Generalmusikdirektor verpflichtet worden. der unerwartet bereits im folgenden Jahr verstarb. Sein Nachfolger Josef Krips, zu diesem Zeitpunkt jüngster Generalmusikdirektor Deutschlands, setzte sich schließlich trotz anfänglicher Kritik durch und blieb im Amt, bis ihn die Nationalsozialisten als „Halbjuden" 1933 aus seiner Position entließen (siehe unten).[414]

Die Zeit der Weimarer Republik war für das Theater „insgesamt eine Übergangszeit ... im Zeichen des Kompromisses", denn an „die Stelle des einen, fürstlichen Mäzens waren viele getreten, die mitsprechen wollten."[415] Dieser Zwang zum Kompromiß spiegelt sich auch in den Spielplänen wider.

Das Kino

Eine zunehmend größere Rolle im kulturellen Leben der Stadt spielte auch das Kino, das noch vor der Jahrhundertwende seinen Siegeszug in Berlin und Paris im Jahr 1895 begonnen hatte.[416] Sieht man von den Vorläufern des Kinos in Form der u. a. in der Kaiserpassage gezeigten Panoramen ab, wurden am 1. September 1900 im Colosseum die ersten Kinematographen mit Bildern aus Karlsruhe und einigen dramatischen Szenen gezeigt. Wenige Jahre später, im Jahr 1905, beendeten die beiden Karlsruher Varietés Colosseum und Apollo-Theater in der Marienstraße ihr Programm mit kinematographischen Vorstellungen. Ein erstes Kino war im August 1907 mit dem Kinematographen, später Thalia-Theater, in der Waldstraße entstanden. Der erste Kinoneubau, das Residenz-Theater (Resi), mit 300 Plätzen folgte am 15. Dezember 1908 in der Waldstraße, dem „kinematographische(n) Zentrum der Stadt schlechthin."[417] Treibende Kraft der Kinoentwicklung in Karlsruhe war der Besitzer des Resi, der Hofbäcker Otto Alban Kasper, der 1909 auch erster Vorsitzender des neugegründeten „Verein der Kinematographenbesitzer und Interessenten Badens in Karlsruhe", wurde und dieses Amt zwölf Jahre innehatte. Positiv wirkte auch, daß die großherzogliche Familie dem neuen Medium sehr aufgeschlossen gegenüberstand, Vorstellungen besuchte und sich lobend über diese aussprach.[418] Dem Resi folgten rasch weitere Kinos. Bei Ausbruch des Krieges 1914 gab es acht Kinos, in deren Programm der Krieg nun rasch „zum alles beherrschenden Thema" wurde.[419]

Das Resi des Karlsruher Kinopioniers Otto Alban Kasper, Foto um 1935.

Auch in der Nachkriegszeit hielt das Interesse am Kino weiter an. Im Juli 1920 fand in der Orangerie die Fachausstellung „Das Kino" statt. Die Filme von Fritz Lang, Friedrich Murnau, Walter Ruttmann oder Lotte Reiniger stießen auf großes Interesse. Im größten Kino der 20er Jahre, den „Badischen Lichtspielen" im Konzerthaus, wurde z. B. Fritz Langs Monumentalfilm „Die Nibelungen" im Jahr 1924 ein Erfolg.[420] Die Lichtspiele waren von der Stadt und einigen Verbänden als gemeinnützige Gesellschaft zur „Hebung des Kulturfilms" gegründet worden. Die Filmvorführungen in dem 1.300 Zuschauern Platz bietenden Konzerthaus wurden durch erläuternde Vorträge eingeleitet oder ergänzt. Schulklassen besuchten das Kino regelmäßig, Schulvertreter saßen im Aufsichtsrat. Neben den „Nibelungen" waren in den ersten Jahren besonders erfolgreich die Filme „Besteigung des Mount Everest" und „Der Rhein in Vergangenheit und Gegenwart."[421]

Ein weiteres Großkino entstand 1929 mit der Schauburg in den vormaligen Räumen des Apollo-Varietétheaters. Das Kino in der Marienstraße faßte 600 Personen.

Am 3. Januar 1930 hielt der Tonfilm Einzug, als der amerikanische Film „Submarine" mit Musik und Ton von der Schallplatte im Resi gezeigt wurde. Der erste vollsynchronisierte Film lief drei Monate später in der Schauburg.

Städtische Kulturpolitik

Die Stadt mußte für die Kulturförderung nach der Revolution durchaus beachtliche Beträge aufbringen, die größten für den Unterhalt des Theaters mit über 600.000 Mark z. B. im Haushaltsjahr 1928 und des Badischen Konservatoriums mit knapp 78.000 Mark, der im folgenden Jahr nach der Gründung der Badischen Hochschule um knapp 20.000 Mark für beide Institutionen stieg. Darüber hinaus wurden Zuschüsse zwischen 1.000 und 5.000 Mark an die Badischen Lichtspiele für Schule und Volksbildung, den Badischen Kunstverein, den Badischen Kunstgewerbeverein, den Botanischen Garten der Technischen Hochschule und den Deutschen Scheffelbund gewährt.[422]

Zum 1. April 1930 änderte sich der Zuschuß zum Betrieb des Badischen Landestheaters, von dem das Land nun nur noch zwei Fünftel statt bisher die Hälfte übernahm.[423] Treibende Kraft dieser Neuregelung im Landtag war wohl das Zentrum, deren Abgeordneter Seubert am 24. Januar 1930 im Landtag sogar vorschlug, der Stadt das Theater ganz zu überlassen. Dann habe Karlsruhe wie andere Städte ein Stadttheater und der Landtag sei von dem Problem befreit.[424] Die Vereinbarung galt bis ins Jahr 1935, wurde aber erst nach längeren Verhandlungen 1937 durch eine neue ersetzt, die wieder die Übernahme der Hälfte der Kosten durch die Stadt vorsah.[425]

Zum Karlsruher Kulturangebot zählten aber auch einige Einrichtungen, welche die Stadt allein unterhielt.

Die Volksbücherei

Am 26. Juni 1922 wurde die Städtische Volksbücherei in dem ehemaligen Koelleschen Gebäude in der Karl-Friedrich-Straße 21 eröffnet. Sie löste damit die Büchereien des Männerhilfsvereins vom Roten Kreuz und des Badischen Frauenvereins ab, die zunehmend in finanzielle Schwierigkeiten gekommen waren. Deren Buchbestand wurde übernommen und um Bücher aus der Stadtrats- und der Archivbibliothek ergänzt, so daß schließlich fast 30.000 Bücher zur Verfügung standen.[426] Die Zahl der Leser stieg kontinuierlich von 2.048 im Jahr 1923 auf über 10.000 im Jahr 1930. 1926 wurden erstmals über 100.000 Bände ausgeliehen.

1930 erhöhte man die Gebühr für die Ausleihkarte von 30 auf 50 Pfennig, was aber trotz der schlechten Wirtschaftslage keinen Einbruch in der Leserzahl zur Folge hatte. Die Besucher der Stadtbibliothek waren in der übergroßen Mehrheit männlich. 1930 standen knapp 20.000 männlichen Lesern nur knapp 1.000 weibliche gegenüber.[427] Nach der Pensionierung des Stadtbibliothekars Wilhelm Teichman übernahm Stadtarchivar Erwin Vischer, der zuvor auch schon für die Verwaltungsbücherei zuständig war, dessen Aufgaben mit. 1932 zog die Bibliothek aus ihren sehr beengten Räumlichkeiten am Rondellplatz in den alten Hauptbahnhof an der Kriegstraße. Dennoch fiel die Zahl der Ausleihungen wieder unter 100.000 zurück.

Stadtarchiv und Stadtgeschichtliche Sammlungen

Das Stadtarchiv wurde nach dem Ersten Weltkrieg rasch ein Opfer der rapiden Verschlechterung der finanziellen Lage der Stadt. Seine Räumlichkeiten in dem Archivgebäude in der Gartenstraße, die es erst 1896 bezogen hatte, wurden nach dem Ersten Weltkrieg für das Arbeitsamt benötigt. Die umfangreichen Bild- und Sammlungsbestände waren 1922 an das Badische Landesmuseum als Dauerleihgabe abgegeben worden mit der Auflage, diese in einem Teil des Badischen Landesmuseums zu zeigen. Das Badische Landesmuseum war aus der ehemaligen „Vaterländischen Sammlung für Altertums- und Völkerkunde" und dem „Kunstgewerbemuseum" entstanden und im Schloß etabliert worden. Dort wurden nun die Stadtgeschichtlichen Sammlungen im Mansardgeschoß des Ostflügels untergebracht.[428] Diese Verlagerung hatte für die Stadtgeschichtlichen Sammlungen durchaus fatale Folgen. Als man nach dem Zweiten Weltkrieg

die Sammlungen wieder in städtische Verwaltung übernehmen wollte, waren ein großer Teil vor allem der Museumsobjekte nicht mehr auffindbar, da man der Betreuung dieser Bestände im Krieg offensichtlich keine besondere Sorgfalt hatte angedeihen lassen.[429]
Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte der für die städtischen Museen zuständige Hermann Prestel angesichts der gravierenden Verluste fest, „daß es ein Fehler war, die Stadtgeschichtlichen Sammlungen aus der Hand zu geben." Von den inventarisierten Bildern, Karten und Plänen fehlten 1.801, darüber hinaus eine nicht genau bezifferbare Anzahl nicht inventarisierter. Einige Objekte waren in dem badischen Museum in Baden-Baden aufgefunden worden, doch „die gegenständlichen Stücke der Stadtgeschichtlichen Sammlung, die Mobiliarstücke, die Waffensammlung, die Abteilung Kriegswesen, die Schaukästen, die Kostümsammlung, das Traditionsgut der Karlsruher Bürgerwehr, die Erinnerungen an 1848 usw." mußten endgültig als verloren angesehen werden.[430] Mit den Stadtgeschichtlichen Sammlungen war auch das Scheffelmuseum an das Landesmuseum gelangt, das durch die Erweiterung zu einem Badischen Dichterarchiv „unversehens über den Rahmen einer rein städtischen Aufgabe herausgewachsen" sei.[431]

Kunstsammlungen

Eine institutionalisierte städtische Kunstsammlung gab es auch in der Nachkriegszeit nicht, obwohl die Ankäufe im Zuge der Vorbereitung zum 200jährigen Stadtjubiläum verstärkt worden waren. Zuvor hatte man nur gelegentlich Kunstwerke zur Ausschmückung städtischer Räume erworben. Doch „von einer eigentlichen städtischen Kunstsammlung konnte man jedoch nicht sprechen, was bei dem Bestehen der staatlichen Kunsthalle nicht weiter befremden durfte." Bis 1918 erwarb die Stadt 20 Bilder einheimischer Künstler. 1923 kamen weitere zehn Bilder und zwei Plastiken hinzu, die in Verbindung mit der Deutschen Kunstausstellung angekauft wurden. Den letzten Anstoß zu einem kontinuierlichen Kunsterwerb gab der Ankauf der 100 Bilder umfassenden Sammlung Drinneberg. 1928 besaß die Stadt immerhin schon 341 Bilder und 17 Plastiken. Die Kunstwerke waren nur provisorisch untergebracht, die meisten waren als Leihgabe an die Kunsthalle abgegeben worden, die anderen schmückten städtische Amtsstuben. Als die Stadt 1929 das Palais Bürklin für die 1929 gegründete Badische Hochschule für Musik erwarb, war dies die Gelegenheit, die Sammlung dort unterzubringen. In der Weltwirtschaftskrise reduzierte die Stadt im übrigen ihren Ankaufsetat beträchtlich.[432] 1931 erhielt die Stadt aus dem Vermächtnis der Gräfin Marie zu Solms-Sonnenwalde das Palais Solms und eine größere Anzahl von Kunstgegenständen. Im Palais Solms wurde 1932 das Scheffelmuseum untergebracht, das sich zuvor im Schloß befand. Der Ausbau zu einem Museum im Palais Solms scheiterte aber und blieb bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nur Absicht.

Das Vereinsleben

Eine Schrift über „Karlsruhe. Wohnort und Industrieplatz" hielt 1928 fest, daß die Stadt über ein ausgesprochen vielseitiges Vereinsleben verfüge und es kaum ein Interesse gebe, „das nicht seinen Verein gefunden hätte."[433] Zum kulturellen Angebot der Stadt trugen nach wie vor eine Vielzahl von Vereinen bei, die wie das „Museum" oder die „Gesellschaft Eintracht" schon auf eine längere Tradition zurückblicken konnten. Neben den kulturellen Vereinen wurden aber vor allem die Sportvereine hervorgehoben.

Die Sportvereine

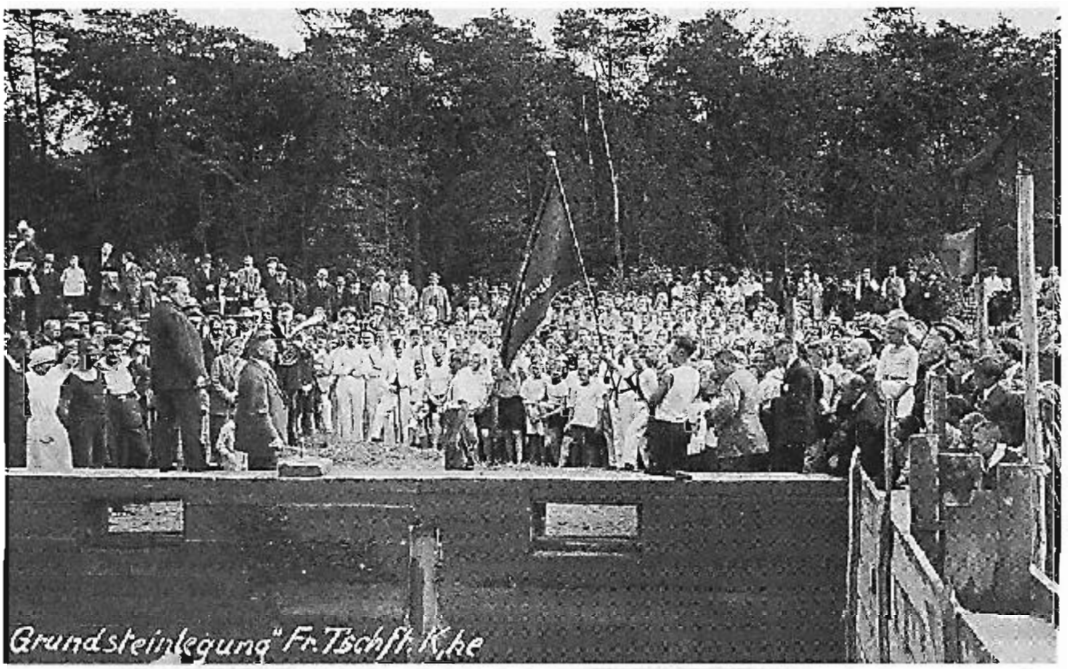
Diese organisierten sich nach dem Krieg in zwei Dachorganisationen, in dem am 2. März 1919 gegründeten Stadtausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege und dem kurz darauf, am 25. März 1919, gegründeten Arbeitersportkartell, die einschließlich der Vereine und Verbände der Jugendbewegung 1926 rund

30.000 Mitglieder hatten. D. h. ein Fünftel der Bevölkerung war in einem Sportverein organisiert.[434] Vorbereitungen zur Gründung des Arbeitersportkartells waren bereits vor dem Ersten Weltkrieg getroffen worden, an die man nun im März 1919 anknüpfte. Während im Arbeitersportkartell die der politischen Arbeiterbewegung nahestehenden Vereine zusammengeschlossen waren, sammelten sich im Stadtausschuß die bürgerlichen Sportvereine. Gegen Ende der Weimarer Republik umfaßte das Arbeitersportkartell 45 Vereine, die in die Arbeitersportkartelle Karlsruhe mit 18, Daxlanden mit 8, Mühlburg-Grünwinkel mit 9, Rüppurr mit 5 und Beiertheim/Bulach mit 5 Vereinen untergliedert waren. Dem Stadtausschuß gehörten 1928 allein 60 Vereine an, darunter als stärkste Gruppen 17 Fußball- und Leichtathletik- sowie 13 Turnvereine.[435] Beide Verbände waren auch in dem am 2. Dezember 1926 eingerichteten städtischen Ausschuß für Leibesübungen vertreten, dem zehn ehrenamtliche Mitglieder, darunter mindestens vier Stadträte, angehörten.[436]

Analog zur parteipolitischen Spaltung der Arbeiterbewegung versuchte die KPD auch in Karlsruhe eigene Sportorganisationen zu schaffen, nachdem der Versuch, Einfluß in den vorhandenen Arbeitersportvereinen zu gewinnen, weitgehend gescheitert war. Im Mai 1929 wurde die „Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport" gegründet, die ein Jahr später „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit" hieß. 1931 zählte der Unterbezirk Karlsruhe zu den erfolgreicheren, wozu auch ein im Juli 1931 eingeweihter eigener Sportplatz beitrug.[437]

Der Erste Weltkrieg hatte den Aufwärtstrend der Sportvereine insgesamt, vor allem der Karlsruher Fußballvereine, deren erfolgreichster Vertreter, der Karlsruher Fußballverein (KFV), 1910 deutscher Fußballmeister geworden war, jäh unterbrochen. Die aktiven Vereinsmitglieder waren zum größten Teil eingezogen, die Sportplätze wurden weitgehend für landwirtschaftliche Zwecke benötigt.

Als dieses rege Sportvereinsleben 1918/19 wieder einsetzte, stand die Stadt vor dem Pro-



Grundsteinlegung zum Vereinshaus der Freien Turnerschaft am 25. Juli 1926.

blem, daß zu wenige Sportplätze zur Verfügung standen. Die Vorkriegssportplätze konnten wegen der anhaltenden Versorgungskrise nur zu einem Teil wieder hergestellt werden und der bereits vor 1914 projektierte Bau eines Stadions war angesichts der leeren städtischen Kassen erst recht nicht zu realisieren.[438] Kurz vor Kriegsbeginn wurde im Juni 1939 wieder einmal über die Notwendigkeit eines größeren Stadions beraten. Da ein Neubau nicht zu realisieren sei, kämen nur ein Ausbau des Phoenixstadions im Wildpark oder des Hochschulstadions in Frage. Favorisiert wurde der Ausbau des Phoenixstadions, was aber angesichts des Beginns des Zweiten Weltkrieges hinfällig wurde. Immerhin war 1920 der Freien Turnerschaft ein Platz im Hardtwald, dem Fußballklub Concordia Gelände gegenüber der Telegraphenkaserne, dem Verein für Bewegungsspiele Südstadt Gelände beim Wasserwerk, dem Beiertheimer Fußballverein Gelände an der Ettlinger Landstraße und dem Fußballverein Grünwinkel ein von der Firma Sinner gepachtetes Gelände von der Stadt zur Verfügung gestellt worden, so daß nun 22 Fußball- und Turnplätze vorhanden waren. Die Stadt sah damit die Versorgung der einzelnen Stadtteile mit Sportplätzen im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht als abgeschlossen an, wobei sie natürlich von der Nutzung der Plätze durch mehrere Vereine ausging.

Am 1. Januar 1926 veranstalteten der Stadtausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege und das Arbeitersportkartell eine Protestdemonstration wegen des „verhängnisvollen Mangels an geeigneten Übungsstätten." Die beteiligten Vereine begrüßten deshalb nachhaltig den im Generalbebauungsplan vorgesehenen Sportpark Hardtwald. Mit diesem Sportpark wollte man das Ziel, daß pro Einwohner 3 m² Spielfläche zur Verfügung stehe, erreichen. 1927 gab es immerhin 65 Spiel- und Sportanlagen, deren Gesamtspielfläche für jeden Einwohner 2,5 m² Spielfläche bedeutete.[439] Der nach wie vor als notwendig angesehene Bau eines Stadions sollte aber wegen des unvermeidlichen Lärms bei Veranstaltungen nicht im Hardtwald erfolgen, sondern in späteren Jahren am Nordende der Albuferanlagen zwischen Dammerstock und Weiherfeld. Anfang 1927 wurde als erster Schritt zum Sportpark Hardtwald die Anlage der Ringstraße im Rahmen der Notstandsarbeiten beschlossen. Dagegen war der Bau eines Hochschulstadions anläßlich des 100jährigen Jubiläums der Technischen Hochschule 1925 mit Hilfe der Stadt, die die Erdarbeiten als Notstandsarbeiten übernahm, begonnen worden.[440]

Karlsruhe im „Dritten Reich“

Das Jahr 1933 begann in Baden und in Karlsruhe, ohne daß etwas darauf hindeutete, daß in diesem Jahr die Weimarer Demokratie durch die nationalsozialistische Terrorherrschaft abgelöst werden sollte. Die NSDAP hatte zwar das Jahr 1933 unter das Motto „Der Gau Baden mit seinen 40.000 Mitgliedern greift an“ gestellt, doch ohne die verheerende Entwicklung auf Reichsebene wären die Vorgänge, die sich auch in Karlsruhe im Zuge der „Machtergreifung“ und „Gleichschaltung“ abspielten, nicht denkbar gewesen. Obwohl die Weimarer Koalition in Baden an der Frage des Konkordats mit dem Vatikan zerbrochen und die SPD aus der Regierung ausgeschieden war, regierte in Baden nach wie vor die einzige nicht nur geschäftsführende deutsche Landesregierung, wenn auch mit nur einer einzigen Stimme Mehrheit, der des zum Zentrum gehörenden Landtagspräsidenten.[1] Im Karlsruher Bürgerausschuß war die NSDAP 1930 zwar zur stärksten Kraft geworden, doch konnte Oberbürgermeister Finter und die Stadtverwaltung noch mit demokratischen Mehrheiten rechnen, wenn man den Evangelischen Volksdienst und die Wirtschaftspartei hinzurechnet. Außerdem begann sich zumindest in Ansätzen eine Besserung der wirtschaftlichen Situation abzuzeichnen, als konservative Kräfte um den ehemaligen Reichskanzler von Papen Adolf Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar erwirkten, die auch von den Karlsruher NSDAP-Anhängern mit einem Fackelzug durch die Innenstadt gefeiert wurde. Dieser Fackelzug deutete bereits an, was bevorstand: u. a. mit einer Unzahl von publikumswirksam aufgemachten Parteiveranstaltungen sollte die „Volksgemeinschaft“ unter der Führung Adolf Hitlers dargestellt und gefestigt werden.

Am 30. Januar 1933 feierten die NSDAP-Anhänger die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler mit einem Fackelzug, hier vor der Hauptpost.

Die Einschätzung konservativer Kreise, daß man Hitler und die NSDAP in eine deutschnational bestimmte Regierung einbinden und domestizieren könne, erwies sich bald als Trugschluß. Die demokratischen Strukturen wurden durch totalitäre abgelöst, und die Verfolgung der politischen Gegner der NSDAP und die Diskriminierung von Teilen der Bevölkerung aus rasseideologischen Gründen machte schon bald deutlich, in welche Richtung sich das „Dritte Reich" entwickeln sollte. Nach der systematischen Ausschaltung der Gegner und der Gleichschaltung aller staatlichen und kommunalen Behörden und Parlamente sowie der Vereine und anderer wichtiger gesellschaftlicher Gruppierungen begann der Aufbau der deutschen Volksgemeinschaft unter Führung Adolf Hitlers. Nach einer ebenso konsequent betriebenen Kriegsvorbereitung, die angesichts der ohne Zweifel einsetzenden wirtschaftlichen Besserung viele nicht erkennen wollten und konnten, führten Adolf Hitler und die ihn unterstützenden Personen und Gruppierungen Deutschland schließlich in einen Krieg, der zur weitgehenden Zerstörung der deutschen Städte und zum Tode vieler Millionen Menschen führen sollte. Massenmord und Vernichtung der europäischen Juden ließen den Krieg in bis dahin ungeahnte Dimensionen des Terrors und des Verbrechens eskalieren. Am Ende des Zweiten Weltkriegs hatte auch Deutschland, das am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg begonnen hatte, schwerste Verluste an Menschenleben und Bausubstanz zu beklagen.

„Machtergreifung" und „Gleichschaltung" 1933[2]

Sofort nach seiner Ernennung zum Reichskanzler ließ Hitler den Reichstag auflösen und Neuwahlen für den 5. März 1933 festsetzen. Drei Tage später ermöglichte die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes" des auch in diesem Fall willfährigen Reichspräsidenten Hindenburg weitreichende Eingriffe in die Versammlungs- und Pressefreiheit. Bis Ende Februar verbot Reichsinnenminister Wilhelm Frick (NSDAP) in Baden 16mal gegnerische Zeitungen, darunter den „Badischen Beobachter" und den „Volksfreund." Obwohl die badische Regierung in aller Regel beim Reichsgericht eine Verkürzung der Verbotsdauer erreichte, behinderten die Zeitungsverbote dennoch den Wahlkampf der betroffenen Parteien auch in Karlsruhe ganz erheblich. Die Nationalsozialisten traten unter dem Schutz der Reichsregierung zudem noch aggressiver und provozierender als bisher auf, so daß von einem regulären Wahlkampf nicht mehr die Rede sein konnte. Als am 27. Februar 1933 in Berlin der Reichstag brannte, wurde dies von der nationalsozialistischen Presse, darunter natürlich auch der in Karlsruhe erscheinende „Führer", sofort propagandistisch ausgeschlachtet und die Brandstiftung pauschal der KPD angelastet. Die am 28. Februar erlassene „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" ermöglichte nun weitere Maßnahmen vor allem gegen die KPD und nach der Reichstagswahl auch gegen die anderen Parteien. Bei der Reichstagswahl am 5. März verfehlte die NSDAP in Karlsruhe wie in Baden und im Reich trotz der massiven Propaganda und der rigorosen Behinderung des gegnerischen Wahlkampfes die angestrebte 50 %-Marke recht deutlich (siehe oben). Dennoch forderte der Vorsitzende der NSDAP-Landtagsfraktion und Gauleiter Walter Köhler – Robert Wagner war kurz zuvor nach Berlin in die NSDAP-Reichsleitung berufen worden – am 6. März 1933 ultimativ den Rücktritt der badischen Regierung. Eine Entscheidung darüber erübrigte sich, da Robert Wagner am 9. März aufgrund der „Reichstagsbrandverordnung" als Reichskommissar mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Badischen Regierung beauftragt wurde. Die Badische Regierung trat am 11. März auf massiven Druck schließlich zurück.

Ein dramatischer Zwischenfall in Freiburg beschleunigte die Ausschaltung der politischen Gegner auch in Karlsruhe. Am 17. März 1933 erschoß der sozialdemokratische Landtagsab-

geordnete Daniel Nußbaum, der seit mehreren Monaten in psychiatrischer Behandlung war, in Freiburg zwei Polizeibeamte, als diese eine Hausdurchsuchung bei ihm vornehmen wollten. Trotz der offenkundigen Unzurechnungsfähigkeit Nußbaums nutzte Reichskommissar Wagner das als „ruchlose Mordtat" dargestellte Unglück, um alle noch nicht verhafteten kommunistischen und sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten in „Schutzhaft" – in Karlsruhe ca. 100 Personen – zu nehmen, sämtliche Druckschriften und alle Wehr- und Jugendverbände dieser Parteien zu verbieten und deren Räumlichkeiten zu schließen. In einer NS-Broschüre heißt es dazu verhamlosend: „Im Verlauf der Woche hatte der Reichskommissar für Baden, Robert Wagner, zusammen mit seinen Mitarbeitern sehr durchgreifende Personalveränderungen innerhalb von Regierung und Partei vorgenommen. Eine ganze Reihe von Personen, die sich in besonderem Maße den Unwillen der Bevölkerung zugezogen hatten, mußte in Schutzhaft genommen werden. Ferner wurden viele Vertreter des alten Systems im Interesse einer geordneten und einheitlichen Staatsführung von ihren Ämtern entfernt und durch geeignete Männer ersetzt." Zu den „Schutzhäftlingen" gehörten in erster Linie Vertreter der linken Parteien und Organisationen, aber auch des Zentrums. Letztere wurden in ihren Häusern in Schutzhaft genommen, d. h. sie bekamen Ausgehverbot, während viele Sozialdemokraten und Kommunisten ins Gefängnis bzw. in das KZ Kislau kamen.

Der 1. Mai wurde nun als „Fest der nationalen Geschlossenheit" zu einem „Feiertag der deutschen Arbeit" hochstilisiert. Auf dem Schloßplatz versammelten sich 80.000 „Volksgenossen", als Reichskommissar Wagner die Abordnungen aller Berufsstände aus dem ganzen Lande" empfing.[4]

Die Gewerkschaften, deren Haus bereits am 6. März durchsucht und erst am folgenden Tag wieder geräumt worden war, wurden am 2. Mai zerschlagen. Zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre wurden verhaftet, andere, wie der zweite Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) Karlsruhe Eduard Kluge und die DMV-Sekretäre Ferdinand Rausch und Wilhelm Nies mußten noch das Gewerkschaftsvermögen an die Deutsche Arbeitsfront (DAF) übergeben, ehe sie entlassen wurden.[5]

Die Arbeiter verloren innerhalb nur weniger Wochen mühsam errungene Rechte – treffend ausgedrückt durch das Führer-Gefolgschaftsverhältnis, das eine Unterordnung unter einen Betriebsführer und natürlich keinerlei Streikrecht mehr vorsah. Ihre soziale Lage wurde dadurch durchaus nicht besser.[6] In Deutschland stieg das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen von 1913 bis 1938 nur um 9 %, während es in demselben Zeitraum in Frankreich um 28, in Großbritannien um 33 und in den USA gar um 53 % zunahm.[7]

Aufgrund des am 31. März erlassenen „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" bildeten die neuen Machthaber Landtag, Bürgerausschuß und Stadtrat nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März um. Der badische Landtag besiegelte am 9. Juni im Ständehaus durch seine Zustimmung zum badischen Ermächtigungsgesetz selbst seine endgültige Ausschaltung mit 48 Stimmen der NSDAP, des Zentrums und der DNVP gegen die gerade einmal 5 Stimmen der Sozialdemokraten, die sich zu diesem Zeitpunkt nicht in „Schutzhaft" befanden. Am 30. Januar 1934, also genau ein Jahr nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, beseitigte das „Gesetz über den Neuaufbau des Reichs" die Länderparlamente endgültig. Für Karlsruhe ging damit nach mehr als 125 Jahren eine Ära zu Ende: das badische Ständehaus war nicht mehr Sitz des badischen Parlaments, das im 19. Jahrhundert als „Wiege der Demokratie" gegolten hatte. Gewählt werden durfte nun nicht mehr. Die Abstimmungen vom November 1933 und vom März 1936, die als Reichstagswahlen bezeichnet wurden, waren keine freien Wahlen mehr und geben nicht mehr als einen Eindruck, wie sehr das nationalsozialistische Einschüchterungsystem schon gegriffen hatte (siehe unten). Bemerkenswert ist aber immerhin, daß am 12. November 1933

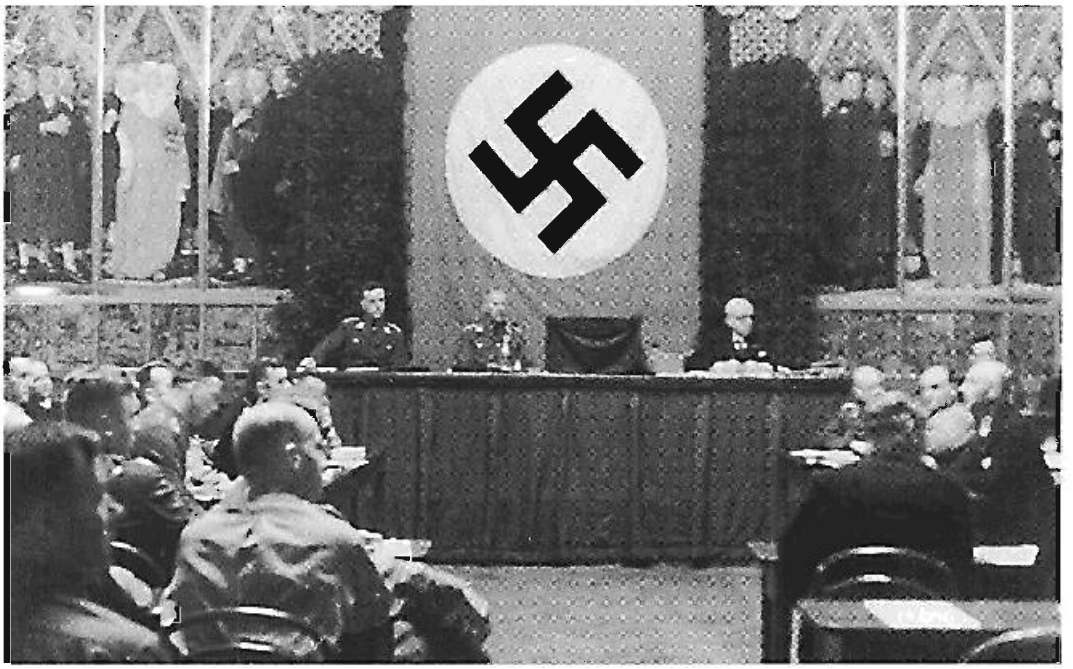
von 109.062 Stimmen 10.741, also fast 10 % ungültig waren.[8]
Die SPD war am 22. Juni 1933 verboten worden, die bürgerlichen Parteien lösten sich in den folgenden Wochen selbst auf, so daß das „Gesetz gegen die Neubildung" von Parteien die Monopolstellung der NSDAP am 14. Juli 1933 nur noch festschreiben mußte.

Die Beflaggungsaktion

Nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 war das Rathaus ein vorrangiges Ziel der nationalsozialistischen Aktivitäten. Schon früh am 6. März demonstrierte die Hakenkreuzfahne auf dem Rathausturm mit „den Farben der nationalen Revolution", wer nun das Sagen hatte.[9] Oberbürgermeister Finter war morgens um 5 Uhr von dem Polizeipräsidenten über die bevorstehende Aktion informiert worden. Der badische Innenminister Erwin Umhauer (DVP) hatte der Polizei jegliches Eingreifen untersagt, obwohl bekannt war, daß das Reichsinnenministerium diese Beflaggungsaktion nicht angeordnet hatte. Finter verbot dagegen sofort die Aktion und erklärte sie für widerrechtlich.[10] Die SA-Männer erschienen aber erneut und hißten nach 9 Uhr die Fahne am Rathausturm, die Finter aber sofort wieder herunterholen ließ.

Am 6. März 1933 demonstrierte die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus, wer von nun an die Geschicke der Stadt bestimmte.

Erst als die SA mit Verstärkung anrückte und eine Wache zurückließ, blieb die Fahne vorläufig auf dem Rathausturm. Da die erhoffte Hilfe der Regierung und der Polizei ausblieb, mußte Finter sich letztlich beugen. Der NSDAP-Stadtrat August Kramer drohte Finter zudem, „falls die Regierung etwa Polizei hätte einsetzen wollen", hätte „die Polizei den Gehorsam verweigert..., weil sie auf der Seite der Hitler-Leute stehe." Die badische Polizei war sicher auch von etlichen NSDAP-Sympathisanten und -mitgliedern unterwandert. Ein Polizeieinsatz wäre aber noch möglich gewesen, der in dieser frühen Phase, in der sich die Nationalsozialisten selbst noch nicht eindeutig im klaren waren, wie sie weiter vorgehen sollten, zumindest ein Zeichen hätte setzen können. So wehten die Parteifahnen an den öffentlichen städtischen und staatlichen Gebäuden, u. a. auf dem Schloß, dem Bezirksamt, der Technischen Hochschule, dem Hauptpostamt, dem Landestheater und dem Feuerwehrhaus. Sie demonstrierten bereits frühzeitig die Macht der Nationalsozialisten und die Ohnmacht der noch amtierenden legitimen Regierung und der Stadtverwaltung.
Am 20. März begann der entscheidende Angriff, und Oberbürgermeister Finter wurde der Führer der NSDAP-Fraktion im Stadtrat Adolf Friedrich Jäger als Kommissar zugeordnet. Stadtrat Peter Riedner und Oberregierungsrat Arthur Zierau kontrollierten Bürgermeister Sauer, Jäger und Zierau Bürgermeister Kleinschmidt. Verschont blieb zunächst nur der dem Zentrum angehörende Bürgermeister Schneider, der erst am 30. März in der Person des Oberingenieurs Franz Wolf einen eigenen Kommissar erhielt.[11] Die Kommissare konnten alle Akten einsehen, Empfehlungen aussprechen und gegen Verfügungen des Ober-



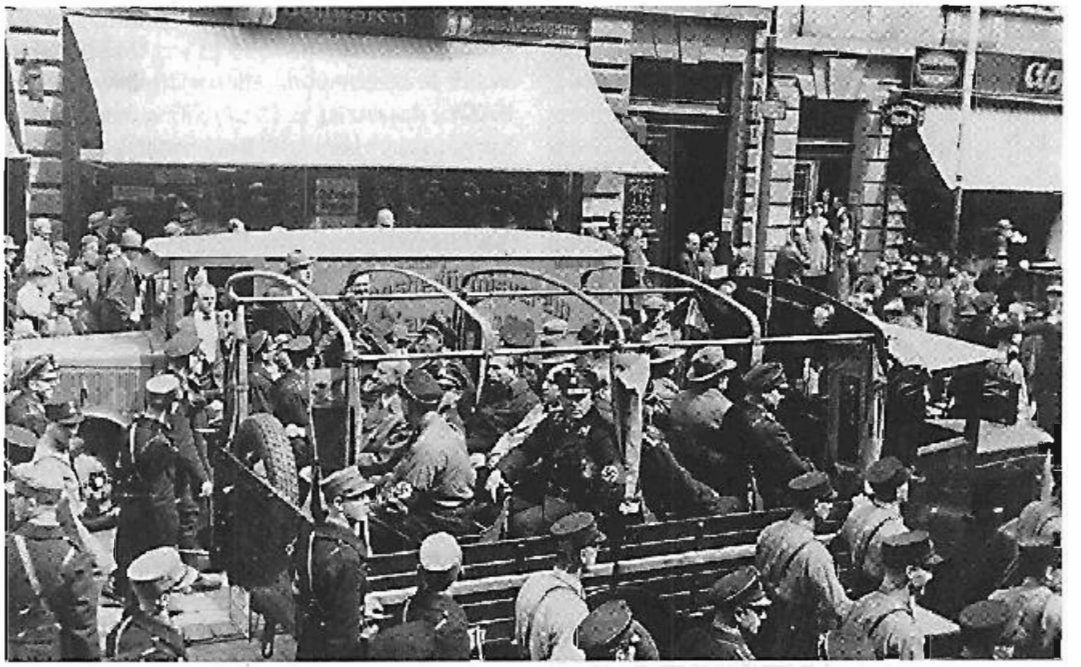
Die erste Sitzung des Bürgerausschusses nach der „Machtergreifung“ fand am 18. Mai unter Vorsitz des neuen NS-Oberbürgermeisters Friedrich Jäger (Mitte) statt, links Bürgermeister Hermann Fribolin, rechts Verwaltungsdirektor Julius Lacher.

bürgermeisters Einspruch erheben, wogegen dieser aber letztinstanzlich die Staatsaufsichtsbehörde anrufen konnte, wodurch der Spielraum der Kommissare zunächst noch eingeengt wurde. Endgültig abgelöst wurden der Oberbürgermeister und die drei Bürgermeister im Gegensatz zu anderen badischen Städten erst am 8. Mai 1933, allerdings nicht nach dem zwischenzeitlich erlassenen „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, sondern aufgrund einer Übereinkunft mit den Betroffenen, die deren geschlossenen Rücktritt und die Pensionierung vorsah.[12] Der kommissarische Oberbürgermeister Adolf Friedrich Jäger konnte so die erste Sitzung des nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom März umgebildeten Gemeinderats am 18. Mai leiten, die mit Glückwünschen an den neu ernannten Reichsstatthalter Wagner und die badischen Regierungsmitglieder begann. Anschließend verlieh man wie viele andere deutsche Städte Adolf Hitler, dazu Robert Wagner und Walter Köhler das Ehrenbürgerrecht. Ebenso selbstverständlich erhielten zahlreiche Straßen und Plätze neue Namen: der Marktplatz hieß nun „Adolf-Hitler-Platz“, die Durlacher Allee wurde zur „Robert-Wagner-Allee“ und der Gottesauer Platz zum „Hermann-Göring-Platz.“ Nach Demokraten benannte Straßen wurden ebenfalls umbenannt: aus der Ebertstraße wurde wieder die Reichsstraße, der Stresemannplatz wurde, zumindest vorübergehend, zum Festplatz, ehe er 1937 in Platz der SA umbenannt wurde.[13]

In dieser Bürgerausschußsitzung wurden der neue Karlsruher Oberbürgermeister Jäger und Bürgermeister Hermann Fribolin gewählt. Um Sparsamkeit zu demonstrieren, waren zwei Bürgermeisterstellen gestrichen worden, aus den bislang vier Hauptabteilungen und einer Nebenabteilung wurden zwei Hauptabteilungen mit sieben Nebenabteilungen der Verwaltung. Die Kommissare Zierau, Wolf und Riedner waren bereits am 9. Mai von ihren Pflichten entbunden worden. Jäger betonte in seiner ersten Rede als Oberbürgermeister, daß

Verhaftung des Kriminalsekretärs August Furrer (X) am 10. März 1933. Furrer wurde anschließend im Innenministerium von SA-Leuten schwer mißhandelt.

die mit einer absoluten Mehrheit ausgestattete NSDAP nun die Geschicke der Stadt und ihrer Bewohner maßgeblich beeinflussen werde.
Außerhalb der Tagesordnung verlangte der Sozialdemokrat Emil Rothweiler von seinen Stadtratskollegen, sich für die Entlassung des Stadtrats Gustav Heller aus der „Schutzhaft" einzusetzen. Er betonte, daß die SPD seit 1898 erfolgreich im Bürgerausschuß und seit 1908 im Stadtrat gearbeitet habe. Sie sei auch nach der Gleichschaltung bereit, im Interesse der Stadt weiterzuarbeiten. Angesichts des Ausschlusses von der Mitarbeit in den Kommissionen beteilige sich seine Partei nicht an der Wahl der Bürgermeister und der Beratung der Vorlagen. Grund für dieses Verhalten war, „daß ein Mitglied unserer Fraktion, Herr Stadtrat Heller, durch die über ihn verhängte Schutzhaft an der Ausübung seines Mandats verhindert ist und nicht zuletzt auch als Ausdruck des Bedauerns über die Art und Weise der erfolgten Überführung nach dem Konzentrationslager Kislau."[14]
Darüber hatte „Der Führer" am 17. Mai 1933 mit der Schlagzeile „Abschied von der Residenz. Sieben Novemberverbrecher ziehen nach Kislau" in breiter Aufmachung berichtet. Die führenden badischen und Karlsruher Sozialdemokraten, der Führer der Eisernen Front Gustav Heller, Polizeisekretär August Furrer, der Redakteur des „Volksfreund" Sally Grünebaum, der Reichstagsabgeordnete Ludwig Marum, der ehemalige Minister und Staatspräsident Adam Remmele, dessen Sekretär im Innenministerium Hermann Stenz sowie der Führer des Reichsbanner Erwin Sammet wurden an diesem 17. Mai in einem offenen Wagen von SA- und SS-Männern durch Karlsruhe gefahren und mußten die Beschimpfungen der zahlreichen Schaulustigen wehrlos über sich ergehen lassen. Furrer, der einer der badischen Polizisten war, die in der Endphase der Weimarer Republik entschieden gegen die Nationalsozialisten eingegriffen hatten, war bereits am 6. März verhaftet und im Innenministerium von SA-Leuten schwer mißhandelt worden.[15]
Im „Karlsruher Tagblatt", das wie die „Badische Presse" nur knapp über das abstoßende Schauspiel berichtete, war zu lesen, daß verschiedene Personen, „die gegen diese Art der Überführung protestierten", verhaftet wurden. Angesichts der zahlreichen z. T. untätigen, z. T. aber auch begeisterten, Schaulustigen schloß die Zeitung: „Man ersieht aus diesem Beispiel mal wieder, wie wandelbar die Gunst der Masse ist."[16]



Unter den Blicken zahlreicher Schaulustiger wurden die führenden Karlsruher Sozialdemokraten in das KZ Kislau bei Bruchsal gefahren, auf der hinteren Bank ist Ludwig Marum zu erkennen.

„Der Führer“ hatte auch von einem Protest berichtet: „Zu einem kleinen Zwischenfall kommt es am Hause Marums, wo der Jude Marx die Frechheit besitzt ‚Freiheit auf Wiedersehen!‘ zu rufen. Im Nu ist das freche Judenmaul gestopft. Im Notarrest kann er darüber nachdenken, daß wir heute nicht mehr in der Judenrepublik von SPD und Zentrumsgnaden hausen, sondern daß heute das Deutschland Adolf Hitlers die Geschicke des Volkes in die Hand genommen hat und keine Provokationen duldet.“[17]
Mit diesem antisemitischen Ausfall begann die Diskriminierung und Verfolgung jüdischer Bürger, die schließlich zur Vernichtung von Millionen Menschenleben führen sollte (siehe unten).

Die neue Stadtspitze

Der neue Oberbürgermeister Adolf Friedrich Jäger war am 25. Juli 1873 in Emmendingen geboren worden. Nach dem Besuch der Volksschule und der höheren Bürgerschule Emmendingen absolvierte er eine Ausbildung zum Aktuar und Amtsrevidenten und war seit 1888 in verschiedenen badischen Bezirksämtern tätig. Am 15. Juli 1903 begann er seine Tätigkeit für die Stadt Karlsruhe bei der Rechnungsrevision als Revisionsassistent und stieg bis 1928 zum Direktor der Stadthauptkasse auf. Am 1. Mai 1930 trat Jäger in die NSDAP ein und übernahm im Spätjahr im Bürgerausschuß den Vorsitz der NSDAP-Fraktion. Innerhalb der Partei hatte er als ein durchaus ausgewiesener Verwaltungsfachmann bereits vor seinem offiziellen Parteieintritt 1929 die Stelle eines Referenten für Wirtschafts- und Gemeindepolitische Fragen inne und wurde 1930 Politischer Leiter und Gauamtsleiter zur besonderen Verwendung.
Diese parteipolitische Tätigkeit Jägers für die NSDAP hatte keine Konsequenzen für seine Tätigkeit als städtischer Beamter – das Land Baden ging dagegen vor allem gegen Lehrer vor, die offen mit der NSDAP sympathisierten.[18] Seine für einen Beamten relativ frühe Zugehörigkeit zur NSDAP kam ihm aber

ebenso wie seine Beteiligung an der Karlsruher Rathausschlacht (siehe oben) bei seiner Berufung zunächst zum kommissarischen, dann zum ordentlichen Oberbürgermeister sehr zustatten. Da er bei seiner Amtseinsetzung schon fast 60 Jahre alt war, mußte er altershalber zum 1. August 1938 in den Ruhestand treten. Nach dem Krieg wurde er in seinem ersten Spruchkammerverfahren 1949 als Belasteter eingestuft und mußte eine Strafe in Höhe von 10 % seines Vermögens bezahlen. Im folgenden Jahr hob die Berufungsinstanz dies Urteil auf und machte aus ihm einen Mitläufer. Somit hatte er wieder einen Anspruch auf sein Ruhegehalt. Vergeblich hatte er aber dagegen geklagt, daß die Stadt ihm nur das Ruhegehalt als Stadtkassendirektor zahlte, weil er 1933 nur Oberbürgermeister wegen seiner Parteizugehörigkeit geworden sei. Das Verwaltungsgericht wies seine Argumentation, daß er diese Position ausschließlich wegen seiner fachlichen Qualifikation erreicht habe, zweimal zurück und schloß sich der Auffassung der Stadt Karlsruhe an. Jäger verstarb am 30. März 1955 in Karlsruhe.

Der zweite nationalsozialistische Bürgermeister Hermann Fribolin war am 25. November 1886 in Montevideo als Sohn eines Kaufmanns geboren worden. Nach dem Besuch des Realgymnasiums Karlsruhe studierte er seit 1906 in Heidelberg und München Jura. Nach dem ersten Staatsexamen im Jahre 1910 und der bestandenen zweiten Staatsprüfung sowie der Promotion im Jahr 1913 wurde er Gerichtsassessor in Mannheim. Dorthin kehrte er 1918 nach vierjährigem Kriegseinsatz zurück und wurde 1920 Staatsanwalt in Mannheim und Karlsruhe. In den Jahren 1921 bis 1927 hatte er das Amt des Gefängnisdirektors in Karlsruhe inne, ehe er zunächst Amtsrichter, dann 1929 Landgerichtsrat und Untersuchungsrichter in Karlsruhe wurde. In die NSDAP trat Fribolin erst am 1. Mai 1933 ein, er gehörte also zu den sogenannten Märzgefallenen, d. h. zu den Personen, die nach der Märzwahl 1933 in erster Linie aus Karrieregründen in die NSDAP eintraten. Zuvor hatte er der DVP als Vorstandsmitglied angehört und war auch in deren Versammlungen als Redner aufgetreten. 1936 gab er allerdings in einem Fragebogen an, daß er die DVP bereits 1929 verlassen habe. Die Position zunächst als Kommissar, dann als Bürgermeister, soll er auf Betreiben des Kreisleiters Worch übernommen haben.[19]

Als Oberbürgermeister Jäger 1938 zurücktrat, bewarb sich Fribolin um dessen Nachfolge, die man ihm 1933 in Aussicht gestellt hatte. Als statt dessen auf Anweisung Wagners der „alte Kämpfer" und Vorsitzende des Gaugerichts Baden Oskar Hüssy (siehe unten) ernannt wurde, trug Fribolin sich mit Abwanderungsgedanken, was durch seine freiwillige Meldung zur Wehrmacht bei Kriegsbeginn hinfällig wurde. Anfang 1941 ordnete ihn der Reichsinnenminister auf seinen Antrag hin als Kämmerer der Stadt Warschau ab. In dieser Position blieb er bis zu seinem Tode am 20. August 1944, als er in einem polnischen Lazarett seinen schweren, während des Warschauer Aufstandes erlittenen, Verletzungen erlag. Die Stadt Karlsruhe hatte mehrfach versucht, von der Fortbezahlung der Bezüge Fribolins befreit zu werden, was aber an anderslautenden Reichsregelungen scheiterte. Fribolin wurde posthum 1948 als Minderbelasteter eingestuft.[20]

Als sich 1934 herausstellte, daß die Führungsaufgaben von zwei Bürgermeistern allein nicht zu bewältigen waren, wurde Stadtrat Peter Riedner am 1. Oktober besoldeter Stadtrat. Der am 11. August 1883 in Altdorf bei Nürnberg geborene Riedner erhielt nach dem Besuch der Volksschule und der Seminar-Übungsschule eine kaufmännische Ausbildung und war bis zu seiner Berufung als besoldeter Stadtrat in der Brauerei Schrempp in der Expedition tätig.[21] Bereits 1925 war er in die NSDAP eingetreten und gehörte mit der Mitgliedsnummer 24.372 zu den „alten Kämpfern." Nach seinem Parteieintritt war er vier Jahre lang Gauschatzmeister der NSDAP, ehe er 1. Gaurichter der badischen Partei wurde. 1935 ernannte ihn die Partei zum ehrenamtlichen Gauinspektor.[22] Nach dem Krieg kam Riedner in Internierungshaft, aus der er am

1. November 1947 krankheitshalber entlassen wurde. Die Spruchkammer stufte ihn im März 1949 als Belasteten ein und verurteilte ihn zu einer Strafe in Höhe von 40 % seines Vermögens, mindestens aber zu 1.000 Mark Sühnezahlung. Riedner, der inzwischen nahezu mittellos war, legte dagegen Berufung ein und erreichte angesichts seiner schlechten Situation eine Reduzierung der Sühnezahlung, blieb aber in der Gruppe der Belasteten, wodurch seine Pensionsansprüche weiterhin aufgehoben waren. In den Jahren 1954 bis 1957 gewährte die Stadt Riedner auf freiwilliger Basis eine monatliche „guttatsweise“ Unterstützung von zunächst 60 Mark. Riedner verstarb am 19. Dezember 1968.

Nach der Pensionierung des ersten NS-Oberbürgermeisters Jäger übernahm mit Dr. Oskar Hüssy ein trotz seines relativ niedrigen Alters „alter Kämpfer“ sein Amt. Der am 4. August 1903 in Säckingen als Sohn eines Textilfabrikanten geborene promovierte Jurist hatte am 13. August 1935 als Nachfolger Riedners den Vorsitz im Gaugericht übernommen. Hüssy, der bis ins Jahr 1934 Schweizer Staatsangehöriger war, hatte in Lausanne, Bern, München und Basel studiert und zunächst in der Textilindustrie gearbeitet. Zur NSDAP war er im Juli 1923 in München gestoßen und war neben dem späteren Gauleiter Robert Wagner zur Feldherrenhalle marschiert. Diese gemeinsame Teilnahme verschaffte Hüssy das Goldene Parteiabzeichen und sicherte ihm 1938 die ausschlaggebende Unterstützung Wagners bei der Bewerbung als Oberbürgermeister der Gauhauptstadt.[23] Gegen Kriegsende kam Hüssy in Südbaden in französische Internierungshaft, aus der er 1949 entlassen wurde. In diesem Jahr stufte ihn die Spruchkammer als Minderbelasteten ein, da es keine Belastungszeugen gab und er „sich in der Judenfrage anständig benommen habe.“[24] Hüssy starb am 12. März 1964 in Säckingen.

Eine wichtige Rolle spielte in Karlsruhe auch der Kreisleiter der NSDAP Willi Worch, obwohl er seit 1935 keinem städtischen Gremium mehr angehörte. Worch wurde am 26. Juli 1896 in Straßburg geboren.[25] Nach dem Besuch der Volks- und der Gewerbeschule erlernte er in Kehl den Brauerberuf. 1914 meldete er sich freiwillig zum Kriegsdienst, aus dem er 1918 zunächst nach Kehl zurückkehrte, dort aber nur kurz blieb. 1919 kam er wieder nach Karlsruhe, wo er bereits 1914 eine Anstellung bei der Brauerei Schrempp hatte und nun auch wieder eingestellt wurde. Der u. a. im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband bis 1923 organisierte Worch fand nach seinem Austritt aus der Gewerkschaft zur NSDAP, wo er rasch den Behörden als ein Führer der Nazibewegung auffiel.[26]

Mitglied wurde er aber erst in der wiedergegründeten NSDAP am 1. Januar 1926. 1930 zog er mit der NSDAP-Fraktion in den Karlsruher Stadtrat ein, dem er bis 1935 angehörte. 1932 übernahm er im Sommer das Amt des Kreisleiters in Karlsruhe, das er seit 1. Januar 1933 hauptamtlich ausübte. Nach Kriegsende kam Worch, der 1937 bis 1944 Beisitzer im berüchtigten Volksgerichtshof war, in Inter-

Am 1. Mai 1939 sprach Kreisleiter Willi Worch anläßlich der Kundgebung der SA auf dem Festplatz. Die Maifeiern wurden von den Nationalsozialisten für ihre Ziele instrumentalisiert.

nierungshaft. Im Spruchkammerverfahren wurde er 1948 zunächst als Minderbelasteter, im Berufungsverfahren 1950 als Belasteter eingestuft. Worch arbeitete nach seiner Haftentlassung als Vertreter bis kurz vor seinem Tode, da er keinerlei Versorgungsansprüche aus seiner parteiamtlichen Tätigkeit hatte. Er starb am 23. November 1972 in Karlsruhe.

Maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung in der Gauhauptstadt Karlsruhe nach 1933 übte schließlich auch Gauleiter Robert Wagner aus. Wagner wurde am 13. Oktober 1895 in Lindach bei Eberbach als Sohn eines Landwirts geboren. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte er eine Ausbildung am Lehrerseminar Heidelberg, weswegen er später auch häufig als Lehrer geführt wurde. Zutreffender ist aber die Berufsbezeichnung Berufssoldat, da er nach vierjährigem Kriegsdienst in die 100.000 Mann starke Reichswehr übernommen wurde. Wegen seiner Teilnahme am Hitlerputsch wurde er zu einer 15monatigen Festungshaft verurteilt und schied aus der Reichswehr aus. Nach der Haftentlassung gründete er im Auftrag Hitlers den Gau Baden der NSDAP, der unter seiner Leitung organisatorisch zu den bestgeführten im Deutschen Reich wurde (siehe oben). Im Dritten Reich übte er als badischer Reichsstatthalter und Gauleiter nachhaltigen Einfluß auf die Stadt u. a. in der Frage der Eingemeindungen und Amtsbesetzungen sowie in der Entscheidung einer Verlegung der Gauhauptstadt nach Straßburg (siehe unten) aus. In seiner Verantwortung lag die Verfolgung und Ermordung der politischen und rasseideologischen Gegner. Vor Beginn der reichsweiten Aktionen 1942 veranlaßte er am 20. Oktober 1940 gemeinsam mit dem saarpfälzischen Gauleiter Josef Bürckel die Deportation der badischen und pfälzischen Juden nach Gurs (siehe unten) und übte im Elsaß ein strenges Regiment im Sinne einer Germanisierungspolitik. Wegen der Verbrechen im Elsaß wurde er zum Tode verurteilt und am 14. August 1946 in Fort Ney bei Straßburg erschossen. Wagner blieb bis zuletzt ein unbelehrbarer Nationalsozialist.[27]

Die Stadtverwaltung

Schon im ersten Jahr ihrer Herrschaft hatten die Nationalsozialisten aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" insgesamt 23 Beamte, darunter einen Beamten der Sparkasse, zwölf Angestellte und 88 Arbeiter aus dem städtischen Dienst entlassen und einen „nichtarischen" Beamten in den Ruhestand versetzt. Davon waren allein 74 wegen politischer Unzuverlässigkeit, d. h. in der Regel wegen ihrer Zugehörigkeit zur SPD, KPD oder einer anderen linksgerichteten Organisation, entlassen worden.[28] Außerdem entzog man zwei Ruhestandsbeamten, dem langjährigen SPD-Fraktionsvorsitzenden Gottlob Schwerdt und dem ehemaligen Amtsgehilfen Xaver Zeitler wegen „nationaler Unzuverlässigkeit" und der ehemaligen Verwaltungsassistentin Else Salomon wegen „nichtarischer Abstammung" das Ruhegehalt. Else Salomon wurde 1940 mit ihrer Mutter nach Gurs deportiert, wo sich ihre Spur verliert. Ihre Mutter Klara Salomon starb am 8. Dezember 1941 in dem südfranzösischen Lager.[29] Drei Ärzte im Städtischen Krankenhaus, die jüdischer Abstammung waren, beurlaubte man sofort und kündigte ihnen zum nächstmöglichen Termin. Nur einige wenige der Entlassenen wurden später aus sozialen Gründen wieder eingestellt, 1937 waren es gerade einmal 18.[30] Von den bis zum Oktober 1935 statt dessen eingestellten 493 Personen gehörten 446, also rund 91%, der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen an. Von diesen waren 261 „alte Kämpfer", die Mehrzahl Arbeiter (188), gefolgt von den Angestellten (60) und den Beamten (13).

Bereits am 30. März 1933 hatte der Stadtrat beschlossen, daß allen städtischen Bediensteten die Mitgliedschaft in der SPD und der KPD verboten sei. Diese mußten daraufhin eine Erklärung unterschreiben, daß sie weder der KP angehört noch in deren Sinne gewirkt hatten. Außerdem mußten sie erklären, daß sie arischer Abstammung waren.[31] Erwünscht war statt dessen die Mitgliedschaft in der NSDAP und/oder einer ihrer Gliederungen.

Noch im Jahre 1933 traten viele städtische Mitarbeiter in die NSDAP ein – eine Liste von 265 Parteimitgliedern, die bis 1937 eingetreten waren, führt im Jahr 1933 allein 192 auf.[32] Von den leitenden Beamten entzogen sich nur wenige wie Stadbaudirektor Friedrich Beichel dem Druck und traten nicht in die Partei ein.[33] Im folgenden Wirtschaftsjahr stieg der Prozentsatz noch einmal leicht an, von 218 neuen städtischen Bediensteten waren es 200, 83 davon „alte Kämpfer."[34] Nicht alle „alten Kämpfer" konnten aber versorgt werden. Kreisleiter Worch monierte deshalb auch in einer Stadtratssitzung am 21. Juni 1934, daß die öffentlichen Verwaltungen nicht in dem Maße, wie das die NSDAP erwartet habe, die „Schwarzen" und die „Roten" ausgeschieden hätten, sah aber auch ein, „daß nicht alle verdienten Kämpfer für den Behördendienst nach Vorbildung und Werdegang geeignet" seien.[35] Auf einen Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 16. Januar 1935, gehobene Positionen verstärkt mit führenden Nationalsozialisten zu besetzen, antwortete die Stadt, daß 30 NSDAP-Parteiamtsleiter und 12 SA- bzw. SS-Führer eingestellt seien, von denen 20 nach dem 1. April 1933 eingetreten seien. Man bedauere deshalb, derzeit keine weiteren „Unterbringungsmöglichkeiten" anbieten zu können, versicherte aber, daß die Stadt „auch in Zukunft die Sorge um die Unterbringung verdienter Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung als eine ihrer vornehmsten Pflichten empfinden" werde.[36]

Rigoros wurden schon 1933 auch „zur Freimachung von Arbeitsplätzen für jüngere männliche Arbeitskräfte" 15 weibliche und 16 männliche Beamte in den Vorruhestand geschickt. 1933 waren 115 weibliche Beamte, Angestellte oder Volontäre vor allem im Sozialbereich bei der Stadt angestellt.[37] Von der zwangsweisen Zurruhesetzung war auch Elisabeth Großwendt, die Mitglied der DDP war, betroffen, die bis dahin einzige, seit 1920 für das Jugendamt zuständige, Karlsruher Amtsleiterin.[38] Ansonsten blieben die Führungspositionen in der Verwaltung unterhalb der Bürgermeisterebene 1933 weitgehend unangetastet.

Nach der Einstellung des besoldeten Stadtrats Peter Riedner zum 1. Oktober 1934 war die Stadtverwaltung in drei Geschäftsbereiche aufgeteilt.

Ein besonderes Augenmerk richtete die neue nationalsozialistische Stadtspitze auf die „Kameradschaftspflege." Am 1. Mai 1933 beteiligte sich die städtische „Gefolgschaft", wie nun die städtischen Bediensteten analog zu den Belegschaften von Firmen und Geschäften hießen, geschlossen an dem Aufmarsch, um „den neuen Geist der deutschen Arbeit" und „die vollzogene Einigung aller Schaffenden" zu demonstrieren.[39] Diese „Geschlossenheit" zeigte man auch in einer Reihe weiterer Veranstaltungen, so am 12. November 1933, als man sich anläßlich der Volksabstimmung in der Festhalle versammelte und die Treue zum Führer bekundete.

Verdächtig war den nationalsozialistischen Machthabern auch die Zugehörigkeit zu einer Loge. 1935 ergab eine Überprüfung, daß elf städtische Bedienstete Mitglieder einer Loge, die 1933 aufgelöst wurden, gewesen waren. Im Falle dreier leitender Beamter mußte 1937 Kreisleiter Worch erklären, daß von seiner Seite keine Hinderungsgründe vorlägen, diese weiterzubeschäftigen.[40] Anfang 1938 konnte das Personalamt melden, daß nun alle Beschäftigten eine Erklärung abgegeben hatten, keiner Loge anzugehören.

Bürgerausschuß und Stadtrat

Der Bürgerausschuß war von 84 auf 45 Mitglieder verkleinert worden, von denen nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 23 der NSDAP, neun der SPD, acht dem Zentrum und fünf der vereinigten Wählergruppe von Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, Deutscher Staatspartei und Evangelischem Volkdienst angehörten. Im von 24 auf 14 Mitglieder verkleinerten Stadtrat saßen sieben Nationalsozialisten, je drei Mitglieder der SPD und des Zentrums sowie ein Vertreter der Vereinigten Wählergruppe.[41] Doch schon am 30. Juni 1933 hält das Stadtratsprotokoll lapidar fest, daß die Sozialdemokraten im Stadtrat und im Bürger-

ausschuß nach der Auflösung der SPD aus ihren Ämtern ausgeschieden seien. Die Stellen der ausgeschiedenen Stadträte und Stadtverordneten wurden mit NSDAP-Mitgliedern besetzt. Noch im Jahr 1933 trat auch Anna Geiger vom Zentrum als letzte Frau aus dem Bürgerausschuß aus. Im Stadtrat waren die Männer zuvor schon „ganz unter sich." Die nationalsozialistische Machtergreifung bedeutete das Ende der erst 14 Jahre zuvor erreichten politischen Partizipation der Frauen.[42]

Die Stadtverordneten des Zentrums traten dagegen nach der Auflösung ihrer Partei als Hospitanten der NSDAP-Fraktion bei. Dies sollte aber nach dem Willen der NSDAP durchaus kein Dauerzustand werden, wie Kreisleiter Willi Worch schon bei der Neubildung der städtischen Ausschüsse andeutete. Auf den Antrag des Stadtverordneten Reinhold Frank, dem Zentrum eine Stelle in dem Dienststrafausschuß zuzubilligen, antwortete er, „daß es den Nationalsozialisten überhaupt sehr schwer falle, an andere Parteien noch Arbeit zu verteilen."[43] Frank hatte in Verkennung des nationalsozialistischen absoluten Machtanspruchs noch moniert, daß es nicht angehe, wenn „nur eine Partei einen Ausschuß bilde." Am 8. Oktober 1934 teilte auch Reinhold Frank schließlich Oberbürgermeister Jäger mit, daß er nach der Auflösung des Bürgerausschusses, die am 6. März 1934 verfügt worden war, seine Mitgliedschaft in verschiedenen städtischen Ausschüssen niederlege. Die Zahl der Ausschüsse war auch bereits im Mai von 48 auf 29 reduziert worden. Bürgermeister wurden nun nicht mehr vom Bürgerausschuß gewählt, sondern vom Innenministerium ernannt.[44] Frank, der am 23. Januar 1945 wegen seiner Beteiligung am deutschen Widerstand hingerichtet wurde (siehe unten), zog nun daraus seine Konsequenzen und legte alle Ausschußmitgliedschaften nieder.

Im folgenden Jahr 1935 beseitigte die Deutsche Gemeindeordnung „die kollegiale Leitung der Stadt, wie sie nach der badischen Gemeindeordnung vom 5. Oktober 1921 in der Form des parlamentarischen Stadtrats bestanden hatte, der seine Beschlüsse nach einer Mehrheitsabstimmung faßte... An seine Stelle trat der Oberbürgermeister als Führer der Verwaltung in voller und ausschließlicher Verantwortung."[45] Der Stadtrat, dessen Mitgliederzahl am 3. Dezember 1936 von 24 auf 18 reduziert wurde, tagte nun nicht mehr regelmäßig, sondern nur noch bei besonderen, gesetzlich festgelegten, Anlässen und besaß fortan nur noch beratende Funktion. Für die „Wahrung des dauernden Einklangs zwischen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Stadtverwaltung" hatte der Beauftragte des Stellvertreters des Führers, Kreisleiter Willi Worch, zu sorgen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war damit die Gleichschaltung der politischen Stadtgremien abgeschlossen.[46]

Vereine

Bereits am 3. April 1933 lösten die Nationalsozialisten aufgrund der Reichstagsbrandverordnung alle sogenannten marxistischen Turn-, Sport- und Kulturvereine auf und beschlagnahmten deren Vermögen. Zu den betroffenen Vereinen gehörten „u. a. der Arbeiterturn- und Sportklub, der Touristenverein ‚Die Naturfreunde', der Arbeiterathletenbund, der Arbeiterkeglerbund, der Arbeiterschachklub, der Arbeitersängerbund, die Internationale Arbeiterhilfe, die Rote Hilfe, die Arbeiterwohlfahrt, der Arbeiter-Radiobund, der Arbeitersamariterbund, der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund ‚Solidarität', die Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit, der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit und der Bund der Freunde der Sowjetunion."[47] Damit war auch das Arbeitersportkartell, das inzwischen Stadtausschuß für Arbeitersport und Jugendpflege hieß, aufgelöst. Die Jugendorganisationen der Arbeitersportvereine wurden in die HJ eingegliedert.[48] Weitere Vereine, darunter auch der Bund Deutscher Frauenvereine, lösten sich nach dem Verbot der Parteien im Juni 1933 selbst auf.[49] Die städtische Sportkommission, die Dachorganisation für Arbeitersportkartell und Stadtausschuß, wurde ebenfalls zerschlagen. Deren

Gaufest des Reichsbundes für Leibesübungen vom 21. bis 28. Juli 1935.

Funktionen gingen auf den Stadtausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege unter Vorsitz des Gymnasialprofessors Karl Tyll über. Doch auch der Stadtauschuß für Leibesübung und Jugendpflege wurde noch im ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft aufgelöst. Auf Anordnung des Reichssportführers war zum 1. Februar 1935 ganz im Sinne des Führerstaats und einer Zentralisierung eine Ortsgruppe des deutschen Reichsbundes für Leibesübungen gegründet worden, die sich davon distanzierte, eine Fortsetzung des Stadtauschusses zu sein, da man nicht der Stadt, sondern allein dem Reichssportführer unterstehe. Als Hauptaufgabe sah man an, „die Interessen des deutschen Sports gegenüber den örtlichen Behörden zu vertreten, den bewußten und planmäßigen Kräfteeinsatz der geschlossenen Turn- und Sportgemeinde eines Ortes für Volk und Staat herbeizuführen und an den Aufgaben der körperlichen Erziehung des Volkes und insbesondere der Jugend mitzuarbeiten.“[50]

Im Dritten Reich häuften sich die Klagen der verblieben Sportvereine, daß ihre Plätze zunehmend von Schulen, aber auch von SA, SS, HJ und BDM benutzt würden.[51] Dennoch ließ das Landesplanungsamt 1936 prüfen, ob nicht zuviel Sportplätze vorhanden seien. Die daraufhin angefertigte Zusammenstellung belegt, daß 52 Sportplätze vorhanden waren, die zum größten Teil, nämlich 40, in der Zeit der Weimarer Republik enstanden waren. Fünf waren nach 1933 fertigegestellt worden.

Die Arbeitersängervereine

Zu den ersten Zielen der nationalsozialistischen Gleichschaltung gehörten neben den Arbeitersportvereinen und den Naturfreundevereinen Karlsruhe und Mühlburg die Arbeitersängerbünde, die aufgelöst und deren Vermögen beschlagnahmt. wurde. In Karlsruhe waren von den 1932 bestehenden insgesamt 74 Gesang- und .Kirchenchorvereinen einschließlich des Deutschen Arbeitersängerbundes Gau Baden, der seine Geschäftsstelle in der Weltzienstraße hatte, 19 Vereine betroffen. Zu diesen gehörte auch der Gesangverein Lasallia, einer der „leistungsfähigsten Arbeitergesangvereine.“[52] Dieser hatte zu diesem Zeitpunkt 523 Mitglieder, von denen 267 wegen ihrer Weigerung, einen Fragebogen auszufüllen, „um den Verein auf nationaler Grundlage aufzubauen“, ausgeschlossen wurden. Als im Juli als Nachfolgeverein der „Kuhn'sche Männerchor“ gegründet werden sollte, waren also nur noch 262 Mitglieder übrig. Der Namensgeber August Kuhn war Dirigent der Lasallia und sollte diese Funktion weiterhin ausüben. Da er vor 1933 keiner Partei angehört hatte und nach den Märzwahlen der NSDAP beitrat, schenkte die Fahndungspolizei der Versicherung des neuen Vorstandes des Kuhn'schen Männerchors Glauben, daß der Chorleiter dafür bürge, „dass nur das deutsche Lied gehegt und gepflegt werde“ und „keinerlei marxistische Tendenzen... geduldet bzw. gefördert werden.“ Dennoch wurde der Chor erst im September 1934 wieder zugelassen, der daraufhin die bei der Lasallia beschlagnahmten

Gegenstände zurückerhielt. Der Einwand des Polizeipräsidiums, daß die Jahreszahl 1895 wegzubleiben habe oder durch 1934 ersetzt werden müsse, blieb allerdings ohne Folgen, so daß sich der Chor wie vorgesehen „Kuhnscher Männerchor 1895" nennen durfte. Am 27. Januar 1946 wurde der Verein unter dem ursprünglichen Namen wiedergegründet.

Die „Gleichschaltung" der Kultur

Kunsthalle

Auch im Bereich der institutionellen Kultur griffen die Nationalsozialisten sofort ein. Bereits in der Endphase der Weimarer Republik war an die Stelle der DNVP, die 1921 noch die rechtskonservative Kunstkritik angeführt hatte, die NSDAP als Hauptkritikerin im rechten Spektrum getreten. Diese schreckte vor keiner Diffamierung zurück und sprach z. B. offen von einer Protektion der „Kulturbolschewisten" durch Stadt und Land. Zu den Wortführern gehörte Hans Adolf Bühler,[53] der seit 1914 als Nachfolger Hans Thomas an der Kunstakademie bzw. der Landeskunstschule lehrte. Der jahrelange Zweite Vorsitzende der völkischen „Deutschen Kunstgesellschaft Dresden" zählte 1930 neben August Gebhard und dem späteren Kultusminister Otto Wacker (NSDAP) zu den Gründungsmitgliedern der Karlsruher Ortsgruppe des „Kampfbundes für Deutsche Kultur." Im März 1933 wurde Bühler, der im November des Vorjahres neuer Direktor der Landeskunstschule geworden war, auch Nachfolger von Lilly Fischl, die zu den ersten Opfern der nationalsozialistischen Säuberungen von Kunst und Kultur gehörte. Außer ihrer den Nationalsozialisten mißliebigen Kunstauffassung und Ankaufspolitik führte auch ihre jüdische Abstammung – ihr Vater war Jude – zu dieser sofortigen Entlassung.[54]
Die von Fischl noch geplante Ausstellung im Rahmen des Ausstellungszyklus „Moderne Grafik" mit Werken von Alfred Kubin und Alexander Kanoldt sagte Bühler sofort ab und organisierte statt dessen die berüchtigte Ausstellung „Schreckenskammer der Kunst", in der zu einem sehr frühen Zeitpunkt die sogenannte entartete Kunst an den Pranger gestellt wurde. Schon bei dieser Ausstellung hatte Bühler aber ganz offensichtlich überzogen, da er u. a. auch Werke von Alexander Kanoldt in die „Schreckenskammer" eingereiht hatte. Kanoldt war nicht nur NSDAP-Mitglied, sondern wurde auch zum 1. Mai 1933 neuer Direktor der Berliner Hochschule der bildenden Künste. Bühler sah sich daraufhin massiven Protesten Kanoldts und seiner Anhänger ausgesetzt. Doch erst im folgenden Jahr 1934 enthob Kultusminister Otto Wacker seinen Schützling des Amtes als Leiter der Kunsthalle, nachdem Bühler selbst schon sein Amt als Leiter der Landeskunstschule im Juni zur Verfügung gestellt hatte. Eine „Mischung aus Arroganz und Inkompetenz"[55] in seiner Amtsführung, die auch zu Spannungen mit dem Deutschen Studentenbund führte, beschleunigte seinen Abgang. In seiner kurzen Amtszeit hatte Bühler aber sofort nach der nationalsozialistischen Machtübernahme aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" für die Entlassung etlicher Lehrer der Landeskunstschule, darunter August Babbenberger, Karl Hubbuch, Wilhelm Schnarrenberger und Georg Scholz, gesorgt.[56] Ersetzt wurden sie zu einem großen Teil von Mitgliedern der Deutschen Kunstgesellschaft, deren Einfluß zum Zeitpunkt von Bühlers Entlassung auf dem Höhepunkt stand. Bühlers Nachfolger an der Landeskunstschule wurde Otto Haupt, an der Kunsthalle Kurt Martin.
Unter Otto Haupt wurde der Lehrkörper der Landeskunstschule nicht mehr wesentlich geändert. Seit September 1942, als die Akademie, deren Studentenzahl mit Kriegsbeginn erheblich abgenommen hatte, durch einen Luftangriff schwer beschädigt wurde, mußte der Lehrbetrieb stark eingeschränkt, im Herbst 1944 schließlich ganz eingestellt werden.[57]
Der neue Leiter der Kunsthalle Kurt Martin, zuvor Konservator im Badischen Landesmuseum, schloß die Kunsthalle „teils aus strategischen, teils aus renovatorischen Gründen" zunächst einmal für fünf Jahre. Kurz nach der Wiedereröffnung im Juli 1939 mit einer von

Im Badischen Kunstverein wurde vom 7. März bis 2. Mai 1940 „Kunst aus städtischem Besitz“ gezeigt.

Reichsstatthalter Wagner eröffneten Hans-Thoma-Ausstellung mußte die Kunsthalle wegen des Krieges erneut geschlossen werden. 1942 wurde das Museum geräumt und die Bestände ausgelagert. In den Räumen fand das städtische Wirtschafts- und Ernährungsamt eine vorübergehende Bleibe.

Wie andere Kunstmuseen hatte die Kunsthalle Beschlagnahmungen sogenannter entarteter Kunst zu verkraften. Im Juli und August 1937 wurden etliche Gemälde, Zeichnungen und Grafiken u. a. von Ernst Barlach (Holzplastik), Otto Dix, Carl Hofer, Ernst Ludwig Kirchner, Emil Nolde, Karl Schmidt-Rottluff und Georg Scholz beschlagnahmt, für welche die Kunsthalle 240 RM erhielt. Umgekehrt bekam die Kunsthalle auch eine Reihe von Kunstwerken, die aus jüdischem Besitz stammten. Der Kunsthallenleiter Martin war über Stellungnahmen an diesen Aktionen beteiligt, scheint aber nicht zu den aktivsten Museumsleitern bei diesen Raubzügen gehört zu haben.[58]

Das Landestheater

Das Theater war 1933 ein erster Angriffspunkt für die nationalsozialistischen Maßnahmen, die in Karlsruhe wie andernorts „gegen den jüdischen Ungeist“ vorgingen, den man für „antinationale“ und „undeutsche“ Theaterstücke in der Weimarer Republik verantwortlich machte. Erstes Opfer war aber Intendant Waag, der gehen mußte, da er wie fast alle Intendanten als Vertreter des alten Systems galt. Es half Waag auch nichts, daß er vor seiner Entlassung nach 1929, als die Nationalsozialisten zu einer politischen Größe wurden (siehe oben), durchaus das „völkische Theater“ gefördert hatte.[59] Waag hatte aber noch im Februar 1933 einen Prozeß gegen die NSDAP-Parteizeitung „Der Führer“ gewonnen, der ihn wegen einer Affäre mit einer Regie-Assistentin verleumdet hatte. Dies führte dazu, daß er noch vor allen anderen am 15. März zurücktreten mußte. Erst danach folgten am 16. März der Schauspieler Hermann Brand, Kapellmeister Rudolf Schwarz, Bühnenbildner Torsten Hecht, Solorepetitor Kurt Stern und die Sängerin Lilly Jank, alle wegen ihrer jüdischen Herkunft. Im Falle von Josef Krips hielt man sich wohl angesichts seines Renommés zunächst noch zurück, doch auch er wurde am 20. April seines Amtes enthoben. Bis auf Brand behielten sie zunächst aber noch alle

ihre Anstellung, ohne auftreten bzw. arbeiten zu können.[60] Die von den Nationalsozialisten so genannte „Entjudung" wurde auch in den folgenden Jahren fortgesetzt. Die Verträge der mit Hermann Brand befreundeten Sängerin Nelly Rademacher und der mit Lilly Jank befreundeten Opernsängerin Emmy Seiberlich wurden nicht verlängert. Ein weiteres Opfer war schließlich noch im Jahr 1937 der beliebte, mit einer Jüdin verheiratete Schauspieler Paul Gemmecke, der sich nach seinem Ausschluß aus der Reichstheaterkammer und der damit zwangsläufig verbundenen Entlassung das Leben nahm. Seine Frau Martha wurde 1942 in das KZ Theresienstadt verschleppt und vermutlich dort ermordet.[61]

Nachfolger von Waag wurde Thur Himmighoffen, der 1933 in die Partei eingetreten war. Als er sich 1935 für die Intendantenstelle in Dresden bewarb, scheiterte er allerdings, da man ihn inzwischen für einen „unsicheren Kantonisten" hielt.[62]

1939 wurde er auch zugleich zur Wehrmacht einberufen, wo er sich 1944 das Leben nahm, nachdem er wegen Äußerungen gegen das NS-Regime aufgefallen war.

Das Theater war im Dritten Reich generell einer strengen Kontrolle unterworfen, die von Berlin ausging und die Joseph Goebbels schließlich beherrschte. Bereits am 22. April 1933 hatte das „nationalsozialistische Drama Schlageter" von Hans Jost zwei Tage nach der Berliner Uraufführung in Karlsruhe den Theaterbesuchern verdeutlicht, welche Stücke nun bevorzugt werden sollten. Die von Berlin empfohlenen Stücke wie das Drama „Langemarck" von Edgar Kuhn und Max Monato wurden allerdings häufig nur kurz gespielt, während „Klassiker" wie z. B. „Rigoletto" 42mal aufgeführt wurden. Das Publikum hatte offensichtlich einen nicht geringen Einfluß darauf, daß sich die nationalsozialistischen Tendenzstücke weniger durchsetzten und das klassische Repertoire und die Unterhaltungsstücke sich behaupteten. Der neue Oberbürgermeister Friedrich Jäger hatte in seiner Haushaltsrede 1933 noch gehofft, daß viele, die zuvor dem Theater ferngeblieben waren, nun wieder kämen, da das Staatstheater nun wieder „reine edle Kunst", d. h. „deutsche" Kunst biete.[63] Jäger teilte dem Stadtrat mit, daß man eine Werbeaktion für das Theater plane, um den Ausfall auszugleichen, der dadurch verursacht worden war, daß „die Juden das Theater nicht mehr besuchten."[64]

1939 wurde das Landestheater Fronttheater, in dem nun verstärkt Unterhaltungsstücke gespielt werden sollten. Trotz zunehmender Behinderungen durch Einberufungen und seit 1942 auch verstärkt durch die alliierten Luftangriffe wurde der Spielbetrieb bis 1944 aufrechtgehalten. Selbst wenn nicht zum 1. September 1944 die Schließung aller Theater angeordnet worden wäre, hätte das Landestheater spätestens am 27. September seinen Betrieb einstellen müssen, da das Gebäude am Schloß bei einem der schwersten Luftangriffe auf Karlsruhe (siehe unten) fast völlig zerstört wurde.

Das Kino

Die Kinolandschaft in Karlsruhe entwickelte sich auch unter nationalsozialistischer Herrschaft kontinuierlich weiter. Die Ufa vergrößerte zunächst ihre „Union-Lichtspiele" in der Kaiserstraße 211 zum „Ufa-Theater" mit über 600 Plätzen.[65] 1936 übernahm sie auch das Konzerthaus und etablierte dort die „Ufa-Capitol-Lichtspiele." Der Antisemitismus der Nationalsozialisten zeigte sich in der Debatte um die Umbaugenehmigung der „Union", als im Stadtrat Bedenken gegen den Bauträger, eine Tochterfirma der als „jüdisch" diffamierten Firma Karstadt, erhoben wurden, die letztlich den Umbau aber nicht blockierten. Zwei Jahre später mußte der Gründer der Schauburg Willy Mansbacher sein Geschäft wegen seiner jüdischen Herkunft aufgeben. Mansbacher konnte 1937 in die USA emigrieren. Dies gelang Dina Isenburg nicht, welche die „Union-Lichtspiele" Mühlburg in der Hardtstraße 25 betrieb. Sie floh schon 1933 nach Belgien, von wo sie 1942 von den deutschen Besatzern nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurde.[66] Die „Union-Lichtspiele" stellten im Ok-

tober 1937 ihren Betrieb ein, als in der Nachbarschaft das dritte Karlsruher Großkino, das „Rheingold", mit 700 Plätzen eröffnet wurde. 1940 gab es 13 Kinos mit fast 6.000 Plätzen. Hier lief das übliche Programm mit Filmen der damaligen Stars Hans Albers, Heinrich George, Willy Birgel, Heinz Rühmann oder Zarah Leander. Bereits früh hatten die Nationalsozialisten auch die Bedeutung des Kinos für die Verbreitung ihrer Ideologie erkannt, so daß neben Filmen mit tatsächlich oder vermeintlich harmlosem Inhalt auch antisemitische Hetzfilme wie der berüchtigte NS-Film „Jud Süß" liefen.[67] Einen Monat nach dessen Premiere wurden am 22. Oktober die Karlsruher Juden nach Gurs verschleppt (siehe unten). Am Ende des Krieges waren von den Karlsruher Kinos nur noch drei übriggeblieben, die anderen waren bei den Luftangriffen auf die Stadt mehr oder weniger stark zerstört worden.

Bücherverbrennung und Säuberung der Bibliotheken

Später als in anderen Städten, in denen am 10. Mai 1933 Bücherverbrennungen stattfanden, brannten in Karlsruhe erst am 17. Juni die unter das „Schund- und Schmutzgesetz" fallenden Bücher „nichtarischer" und „marxistischer" Autoren. Drei Tage zuvor hatten vier Kolonnen des Jungvolks mit ihrem Zug durch die Kaiserstraße begonnen und überfallen die dortigen Buchhandlungen. „Ein Kommando von 12 Jungens hielt unterdessen den Eingang frei und sicherte gegen die rasch zusammgelaufene, neugierig vordrängende Menge. In den mitgeführten Leiterwagen wurden die gesammelten Bücher dann ins Bezirksamt geführt, wo im Laufe des Nachmittags fünf bis an den Rand gefüllte Wagen entleert wurden."[68] Am 17. Juni wurden die Bücher trotz „bindfadenartigen" Regens auf dem Schloßplatz verbrannt, wobei der neue Kultusminister Otto Wacker die „Feuerrede" hielt. „Ein Sprechchor begleitete den feierlichen Akt. Emil Ludwig Cohn, Remarque, Mardochai werden eine Beute der Flammen."[69]

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurden auch die Bestände der Bibliotheken „gesäubert", wodurch allein in der Stadtbibliothek bis 1935 rund 3.000 Werke „marxistischer, pazifistischer und jüdischer Schriftsteller ohne Rücksicht auf den Inhalt" entfernt wurden. Nun standen Werke „aus den Gebieten der Weltanschauung des Nationalsozialismus, der Geschichte, der Rassenkunde, des Weltkriegs usw. im Vordergrund." Angesichts weiter zurückgehender Ausleihzahlen – 1938 waren es nur noch knapp 73.000 – liegt die Vermutung nahe, daß diese Neuanschaffungen von den Lesern und Leserinnen nicht unbedingt als Steigerung der Attraktivität des Angebots angesehen wurden.[70] 1938 kam nach der Eingemeindung von Durlach die dortige ebenfalls 1933 „gesäuberte" Bibliothek als Zweigstelle zur Stadtbibliothek, deren Ausleihzahlen allerdings auch nicht dazu führten, daß insgesamt wieder der Höchststand der Weimarer Republik erreicht wurde.[71]

Kommunalpolitik im „Dritten Reich"

Trotz aller einschneidenden Veränderungen in der Verwaltung und den Stadtgremien bestanden die Probleme aus der Endphase der Weimarer Republik natürlich weiter. Bei deren Lösung knüpfte man häufig an die bereits zuvor begonnenen Schritte nahtlos an. Die hohe Personalkontinuität auf der Ebene der Amtsleiter begünstigte dies natürlich ebenso wie die Regelungen auf Reichsebene.

Arbeitslosigkeit und Soziale Lage

So mußte die neue nationalsozialistisch geleitete Stadtverwaltung 1934 auch eingestehen, daß die nun umgesetzten Notstandsarbeiten u. a. im Bereich des Straßenbaus, der Erweiterung des Rheinhafens, der Wasserversorgung Bulachs und der Erweiterung des Operationsgebäudes des städtischen Krankenhauses bereits 1932 beschlossen worden waren.[72] Zusammen mit einem weiteren 1933 verabschiedeten Paket wurden über 5 Millionen Mark zur Arbeitsbeschaffung eingesetzt, womit ge-

Eine Gruppe von Notstandsarbeitern, die um 1935 bei Knielingen arbeiteten.

genüber den von äußerster Finanznot und einer rigorosen reichsweiten Sparpolitik geprägten Vorjahren ein erheblich höherer Betrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stand. Natürlich wurde dies als alleiniger Erfolg der neuen politischen Verhältnisse dargestellt, ungeachtet der Tatsache, daß sich bereits 1932 das Ende der Weltwirtschaftskrise angedeutet hatte und die Nationalsozialisten nun davon profitierten. „Das dumpfe Bild untätiger Resignation, die Unfähigkeit früherer Regierungen, durch politische Maßnahmen die Ungunst der Verhältnisse zu meistern, hat einer emsigen Betriebsamkeit durch die Tatkraft neuer Männer weichen müssen."[73] Den Rückgang der Wohlfahrterwerbslosen innerhalb von zwei Jahren um mehr als 70 % sah man ebenfalls ausschließlich als Erfolg der nationalsozialistischen Politik an. Zugeben mußte man aber auch, daß die Steuereinnahmen wieder deutlich gestiegen waren, so daß die Mehrausgaben möglich waren. Die Mehreinnahmen führten 1934 erstmals auch wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt und einer Reduzierung der städtischen Schulden um 4,7 Millionen Mark in den Wirtschaftsjahren 1933 und 1934.

Auch in den folgenden Jahren ging die Arbeitslosigkeit weiter zurück, nun aber langsamer. Im März 1936 war sie gegenüber 1933 um 64,7 % gefallen, womit Karlsruhe aber hinter dem Reichsdurchschnitt von 67,8 % zurückblieb.[74] Hier bestätigte sich die Erfahrung der Weimarer Republik, daß die Arbeitslosigkeit nicht die Spitzen wie in anderen Großstädten erreichte, aber auch nicht so schnell wieder sank. Allein im Arbeitsamtsbezirk Karlsruhe war sie so hoch wie in ganz Württemberg.[75] Nach wie vor wanderten vor allem Facharbeiter in Regionen ab, in denen sich die Wirtschaft schneller erholt hatte. 1938 brachte der Bau des Westwalls eine nochmalige spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen und damit der Beschäftigungslage. Bereits im

Jahr 1936 waren die ersten Anlagen des sogenannten Ettlinger Riegels in der Nachbarschaft von Karlsruhe gebaut worden. 1938 arbeiteten bis zu 30.000 Personen zeitweise auf Karlsruher Gemarkung an diesem Verteidigungsbollwerk, das nie die ihm zugeschriebene Stärke erreichte und im Zweiten Weltkrieg auch keinen großen militärischen Nutzen hatte. Nach dem Sieg über Frankreich im Jahr 1940 wurden die Arbeiten am Westwall eingestellt.[76]

Erst kurz vor Kriegsbeginn war bei nur 620 Arbeitssuchenden im März 1939 wieder eine Vollbeschäftigung erreicht, deren Preis wenig später im Zweiten Weltkrieg gezahlt werden mußte.

Wohnungsbau

Die neuen Machthaber konnten auch im Bereich der Wohnungsversorgung davon profitieren, daß die Stadt in der Weimarer Republik trotz der schwierigen Anfangsjahre eine solide Wohnungsbaupolitik betrieben hatte (siehe oben). Mangel herrschte nur noch bei den Klein- und Kleinstwohnungen mit Mieten zwischen 40 und 70 Mark im Monat.[77] Die starke Nachfrage wurde trotz einiger Großprojekte im Bereich des Siedlungsbaus in der Heidenstückersiedlung, der Gartenstadt Kirchenpfad nördlich von Rintheim und der Rheinstrandsiedlung nicht endgültig gelöst. Im März 1935 war der vierte Bauabschnitt der im Mai 1932 begonnenen vorstädtischen Kleinsiedlung, der heutigen Hardecksiedlung und Heidenstückersiedlung, fertiggestellt. Die in einfacher Holzausführung ohne Anschlüsse an das städtische Elektrizitäts-, Wasser- und Gasversorgungsnetz von den arbeitslosen Siedlern weitgehend in Eigenarbeit errichteten Häuschen boten sechs Personen Platz mit einer Ausbaumöglichkeit des Dachgeschosses für größere Familien. Zunächst waren nur Erwerbslose oder Kurzarbeiter als Siedler angenommen worden, doch 1933 wurde der Kreis der Berechtigten um Kriegsbeschädigte und

Blick in die Heidenstückersiedlung. Das am 31. Oktober 1938 aufgenommene Foto war für eine Publikation bestimmt und ist mit der Bildunterschrift „Gesundes Wohnen in inniger Verbindung mit dem Boden und nicht teuerer als in den Hinterhöfen der Altstadt“ versehen.

kinderreiche Familien erweitert. Die 75 Häuser des vierten Bauabschnitts wurden wegen der starken Holzpreiserhöhung in Massivbauweise errichtet und erhielten von dem Wohnteil abgetrennte, allerdings nach wie vor in Holzbauweise erstellte kleine Stallungen. In diesem Bauabschnitt entschloß sich die Stadt auch, die Siedlung an die Wasser- und Stromversorgung anzuschließen. 1937 folgten in einem weiteren Bauabschnitt noch einmal 45 Einfamilienhäuser, so daß nun 260 Häuser auf jeweils 800 bis 1.000 m^2 großen Grundstücken zur Verfügung standen.[78]

Die Planungen zur Rheinstrandsiedlung, die eigentlich „den Namen unseres Führers" erhalten sollte, begann Anfang 1936.[79] Die Ausschreibung des Mieter- und Bauvereins legte fest, daß die Siedlung „in städtebaulicher Hinsicht sowie im gesamten Aufbau ein richtungsgebendes Vorbild nationalsozialistischen Gedankenguts" in bewußter Abkehrung von der inzwischen diffamierten Bauweise der Dammerstocksiedlung (siehe oben) sein sollte. Geplant waren 600 Wohnhäuser, fertiggestellt wurden bis 1940 nur 288. Da sich Reichsstatthalter Robert Wagner gegen die vorgesehene Namensgebung wehrte, wurde die Siedlung im Juni 1937 im Rahmen der Feier des 40jährigen Bestehens des Mieter- und Bauvereins als Rheinstrandsiedlung eingeweiht.[80]

Außerdem wurden in Knielingen in sechs zweistöckigen Häusern insgesamt 24 Volkswohnungen gebaut. In diesem Jahr, also noch vor der Eingemeindung von Durlach und Hagsfeld, gab es in Karlsruhe damit insgesamt 46.200 Wohnungen, von denen 72 % Kleinwohnungen mit 1-3 Zimmern waren, davon mehr als die Hälfte nur 1-2-Zimmerwohnungen. Es bestand somit nach wie vor ein relativ großer Bedarf an preiswerten Wohnungen für Familien mit Kindern.[81] Die Karlsruher Baugenossenschaften hatten angesichts der nicht zuletzt wegen des Baus des Westwalls eingetretenen Materialverknappung ihren Plan, noch eine Anzahl neuer Wohnungen zu erstellen, nicht durchführen können. Die Stadt beabsichtigte deshalb, 30 bis 40 Not- und Behelfswohnungen nördlich von Hagsfeld an der Jägerhausstraße zu errichten.[82] Die kriegsvorbereitenden Maßnahmen verhinderten aber die kontinuierliche Fortsetzung der Wohnungsbeschaffung. Kreisleiter Worch stellte wenig später bei einem Rundgang durch die Altstadt fest, „daß eine Familie mit 7 Kindern in einem einzigen Raum wohne. Das beleuchte schlagartig die unhaltbaren Zustände. Der Bau von Volkswohnungen für Minderbemittelte sei eines der vordringlichsten Probleme. Es sei deshalb notwendig, den Straßenbau zu Gunsten des Baues von Volkswohnungen einzuschränken. Dazu sei auch die Hilfe der Industrieunternehmungen notwendig."

Bei Kriegsausbruch fehlten immer noch rund 1.000 Kleinwohnungen. 1940 entstanden zwar noch einmal 98 neue Wohngebäude mit 243 Wohnungen, davon die Hälfte Kleinwohnungen.[83] Zudem wurde in diesem Jahr der Wohnungsmangel „durch die Evakuierung der Juden" verringert, „so daß sich der anfängliche Fehlbestand um 500 Wohnungen verminderte."[84] Bei der verharmlosend als „Evakuierung" bezeichneten Aktion handelte es sich um die Verschleppung der Karlsruher Juden am 22. Oktober 1940 zunächst in das südfranzösische Lager Gurs (siehe unten). Kriegsbedingt kam der Wohnungsbau weitgehend zum Erliegen. Vergleicht man die Entwicklung auf dem Gebiet des Wohnungsbaus in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, so lag die Zuwachsrate 1919–1932 im Jahresdurchschnitt bei 232 neuen Wohngebäuden bzw. 623 Wohnungen, in den Jahren 1933–1940 fiel sie auf 206 bzw. 523. Damit wird die Behauptung der Nationalsozialisten, daß sie Außergewöhnliches im Bereich des Wohnungsbaus leisteten, auch in Karlsruhe eindeutig widerlegt.

Die NSDAP und ihre Gliederungen

Träger und Verbreiter der NS-Ideologie waren die Partei und ihre Gliederungen, die alle ihren Sitz in der Gauhauptstadt Karlsruhe hatten. Zu Beginn des Dritten Reiches waren dies außer der Gauleitung mit 18 Abteilungen die Kreisleitung mit 13 Abteilungen, die SA mit elf Un-

tergliederungen, die SS mit vier Gliederungen, die HJ, die dem in der Waldstraße 34 ansässigen Jugendführer des Landes Baden Friedhelm Kemper gemeinsam mit dem Bund deutscher Mädel (BDM) und der Deutschen Arbeitsfrontjugend für Südwest, Nationalsozialistische Jugend-Betriebszellen Gau Baden unterstellt war, und die Deutsche Arbeitsfront (DAF) mit drei „Säulen.“ Die „Arbeitersäule“ umfaßte 14 Verbände, die Angestelltensäule neun Verbände. Die Unternehmersäule, die im Herbst 1933 noch im Aufbau begriffen war, hatte noch keine Verbände gebildet. Dazu kamen noch 15 Ortgruppen der NSDAP. Insgesamt füllten diese Stellen zwei Seiten im Adreßbuch. 1938 war die Zahl auf 23 angestiegen, bis zum Kriegsende verdoppelte sie sich noch einmal auf nahezu 41, d. h. über die Stadt hatte sich ein Netz von Ortgruppen gelegt. 1943 war die Zahl der NSDAP-Adressen insgesamt so stark angewachsen, daß sie nunmehr drei Seiten des Adreßbuches füllten. Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) hatte nun eine eigene Rubrik mit eigenen Ortsgruppen-Amtsleitungen, die fast alle im Haus der NSDAP-Ortsgruppen saßen.[85] In der NSV war der 1937 aufgelöste Badische Frauenverein aufgegangen. An die NSDAP-Ortsgruppen war auch die NS-Frauenschaft angegliedert, deren Leiterinnen allerdings den männlichen Leitern der NSDAP disziplinär unterstellt waren.[86] Die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk waren für die Erfassung von Frauen zuständig, wobei die NS-Frauenschaft als Eliteorganisation nur die mindestens 21 Jahre alten Frauen aufnahm, die sich in verschiedenen Ämtern bewährt hatten. Die Mitgliedschaft in der NS-Frauenschaft war häufig, vor allem für Akademikerinnen, Voraussetzung für die berufliche Karriere.

Analog zur Partei war die NS-Frauenschaft hierarchisch gegliedert. An der Spitze stand eine Gauleiterin, der die Kreisamtsleiterinnen, Ortsleiterinnen und die Zellen- und die Blockleiterinnen nachgeordnet waren. Die erste badische Gaufrauenschaftsleiterin Gertrud Scholtz-Klink ging 1934 als Reichsfrauenführerin nach Berlin. Nachfolgerin wurde Helene Bögli, der von 1936 bis 1945 Elsa von Baltz folgte. Sitz der Organisation war bis 1943, als die Gaufrauenschaftsleitung nach Straßburg verlegt wurde, die Baumeisterstraße 9. in das Gauhaus in der Pioniergasse verlegt. Die Karlsruher Kreisamtsleitung der NS-Frauenschaft hatte zunächst Emma Schlick übernommen. Es folgten ihr von 1935 bis 1937 Rosa Braus und von 1938 bis Kriegsende Lydia Gillitzer.

Alltag unter dem Hakenkreuz[87]

Die Partei und ihre Gliederungen hatten vom Blockwart bis zum Ortsgruppenleiter großen Anteil an der Überwachung der Bevölkerung und prägten in zunehmendem Maße auch den Alltag in Karlsruhe. Zu diesem Zweck entwickelte der nationalsozialistische Staat rasch Instrumentarien, zu denen der Polizeiapparat und hier speziell die Gestapo gehörten.

Die Gestapo

Die Gestapo ging auf das Badische Landespolizeiamt zurück, das am 15. Mai 1922 bei der Polizeidirektion Karlsruhe als „Polizeilicher Erkennungsdienst gegründet worden war“ und am 20. November 1922 die Bezeichnung „Landespolizeiamt“ erhielt. Aus der Abteilung N für den Nachrichtendienst (sog. politische Polizei), die u. a. für die Überwachung der links- und rechtsextremen Parteien zuständig war, ging letztlich die Gestapo hervor.

Bereits unmittelbar nach seiner Ernennung zum Reichskommissar befaßte sich Robert Wagner mit einer Neuordnung der Polizei, wobei er auf die bestehenden Institutionen zurückgreifen konnte.[88] Am 8. März ernannte er den ehemaligen Polizeioberleutnant und späteren badischen Innenminister Karl Pflaumer zum Kommissar z. b. V., der im wesentlichen für das Polizeiwesen zuständig war.[89] In den folgenden Wochen zeichneten sich die neuen Strukturen bald ab. Es entstand eine Einheitspolizei unter Leitung eines Landeskriminalpolizeiamtes, das aus dem ehemaligen Landespolizeiamt hervorging, in dem zunächst

noch keine eigene Geheime Staatspolizei vorgesehen war. Offensichtlich in Anlehnung an Preußen, wo rasch eine Gestapo entstanden war, schwenkten auch die badischen Machthaber um. 1933 verfügte das neue badische Landeskriminalgesetz die Schaffung eines Landeskriminalamtes und, in Abhängigkeit von diesem, einer Geheimen Staatspolizei. Nach Auflösung der SA-Hilfspolizei am 30. September 1933 waren dies die einzigen Polizeiorganisationen neben der nach wie vor bestehenden kasernierten Bereitschaftspolizei, die seit März 1933 Schutzpolizei hieß.[90] Beide residierten zunächst im Polizeipräsidium am Marktplatz. Erst 1935 zog die Gestapo zunächst in die Gartenstraße 25, dann 1938 in die Reichsstraße 24 (heute Ebertstraße) um; in der Gartenstraße verblieb 1938 nur die wirtschaftspolitische Abteilung. Zu diesem Zeitpunkt war die Gestapo bereits „verreichlicht", d. h., sie unterstand dem SS-Reichsführer Heinrich Himmler und erhielt von dort ihre Befehle. In der Verfolgungspraxis und an der dabei angewandten Brutalität änderte dies nichts. Wegen vorhandener Personallücken erreichte auch die badische Gestapo nicht den ihr vielfach zugeschriebenen hohen Wirkungsgrad, erfüllte aber dennoch den ihr zugewiesenen Zweck: mit rücksichtsloser Härte gegen politische und rassenideologische Gegner vorzugehen und eine Atmosphäre der Angst zu schaffen (siehe unten).

Erster Leiter der Gestapo Karlsruhe wurde der am 10. Oktober 1895 in Karlsruhe als Sohn eines Metallfabrikanten geborene Karl Friedrich Berckmüller. Der Kriegsteilnehmer war seit 1919 zunächst in der elterlichen Fabrik tätig, ehe er 1929 im „Führer-Verlag" als Angestellter arbeitete. NSDAP-Mitglied war Berckmüller seit 1926. 1931 wechselte er zur Freiburger NSDAP-Parteizeitung „Alemanne." In seiner vom 1. Oktober 1933 bis zum 11. März 1937 reichenden Amtszeit konzentrierte er sich zunächst auf „die politische Verfolgung Andersdenkender und die Verbrechensbekämpfung, wobei unter ‚Verbrechen' jegliches vom Nationalsozialismus abweichendes Verhalten verstanden werden konnte."[91] Das Instrumentarium „Schutzhaft" wurde so häufig eingesetzt, daß dies sogar das Reichsinnenministerium beunruhigte. Gegen die katholische Geistlichkeit hegte er besonderen Haß und ging mit Vorliebe gegen sie vor. Die antisemitische Politik trug er ebenfalls in vollem Umfang mit, gute Kontakte bestanden zum Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes „Der Stürmer" Julius Streicher in Nürnberg. Dennoch scheiterte Berckmüller letztlich an seiner früheren Zugehörigkeit zu einer Loge, wegen der er 1937 aus der SS ausgeschlossen wurde und sein Amt niederlegen mußte. Entschädigt wurde er mit dem Bürgermeisterposten in Villingen. 1951 wurde er als Belasteter zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Von den Nachfolgern Berckmüllers, Alexander Landgraf (1. September 1937 bis Herbst 1942), Walter Schick (Herbst 1942 bis Februar 1944) und Josef Gmeiner (Februar 1944 bis April 1945) wurde nur der letztgenannte von einem britischen Militärgericht 1948 wegen der Ermordung eines englischen Soldaten zum Tode verurteilt und hingerichtet. Alle drei waren stärker als Berckmüller auf die Berliner Zentrale ausgerichtet, deren Führungsrolle sie vorbehaltlos anerkannten. Bezüglich ihrer Außenwirkung unterschieden sie sich aber kaum kaum von diesem.

Die Gestapo entwickelte sich auch in Karlsruhe rasch zu einem Instrument der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, das den Alltag durch die von ihm ausgehende Bedrohung, aber auch durch die Förderung des Denunziantentums bestimmte. Noch unter Berckmüllers Leitung sah man sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die Gestapo nicht die Beschwerdestelle persönlicher Gehässigkeiten oder von Denunziationen sei.[92] Das Sprichwort „Lieber Gott mach mich stumm, daß ich nicht nach Dachau kumm" war auch in Karlsruhe bekannt.[93]

Führerkult und Propaganda

Ein zentraler Punkt der nationalsozialistischen Ideologie war der Kult um den Führer Adolf Hitler, dem bei allen Parteiveranstaltungen

und -aktionen gehuldigt wurde. Im Namen der „Volksgemeinschaft", die sich um den Führer scharen sollte, wurden die Menschen in Partei und Staat eingebunden. Gleich zu Beginn des Dritten Reiches setzten Sammelaktionen, vor allem für das Winterhilfswerk, ein. Die Verdienste der Parteiorganisationen bei der Erfassung der Menschen stellte die nationalsozialistische Propagandamaschinerie ebenso groß heraus wie die Verbesserung der Versorgungs- und Wohnungslage im Dritten Reich (siehe oben).

Festakte durchbrachen nun nicht mehr als besonderes Erlebnis das Alltagsleben, sondern sie wurden zu einer stets wiederkehrenden Pflichtübung. Die Menschen selbst waren nun ein Teil der Propaganda, wie die zahlreichen Massenveranstaltungen bewiesen. Ein Blick in die chronologische Jahresübersicht 1933 des Karlsruher Adreßbuchs zeigt schon die Bandbreite der nationalsozialistischen Propagandaveranstaltungen: Am 14. März fand „anläßlich der nationalen Erhebung eine gewaltige Kundgebung der Bevölkerung der Landeshauptstadt" auf dem Schloßplatz statt mit einer Rede des Reichskommissars und Gauleiters Robert Wagner. Der Geburtstag Adolf Hitlers am 20. April wurde 1933 und von nun an alljährlich gefeiert, 1933 mit einem Fackelzug und einem Festakt im Hochschulstadion. Der Feiertag der Arbeiterklasse, der 1. Mai, wurde nun zum nationalen Feiertag des deutschen Volkes.[94] In den Maiumzug „hatte sich auch der Arbeitsdienst unter Führung der neuen Kommissare eingegliedert. In großenteils einheitlicher Kleidung marschierten die Arbeitsdienstmannschaften in vorbildlich soldatischer Ordnung durch die Städte."[95] Der Autor dieses Berichts über den 1. Mai 1933 in Karlsruhe erwähnt immerhin, daß es den Freiwilligen Arbeitsdienst bereits seit zwei Jahren gab. Auch hier knüpften die Nationalsozialisten also an eine bereits bestehende Einrichtung an, die zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit schon 1931 eingerichtet worden war.[96]

Dies verschwieg die NS-Propaganda natürlich. Statt dessen stellte man z. B. die Verdienste der im November 1933 gegründeten „NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude" in den Vordergrund. Karlsruhe trat am 1. Februar 1934 als erste badische Gemeinde als förderndes Mitglied bei. Neben der Werbung für den „KDF-Wagen", den späteren Volkswagen, den die Karlsruher am 1. November 1938 auf dem Marktplatz bewundern konnten, hatte die Abteilung „Reisen, Wandern und Urlaub" sicher einen wesentlichen Anteil an der Popularität der KDF.[97]

Am 6. und 7. Mai hörte die Hitlerjugend im Hochschulstadion eine Rede des Reichsjugendführers Baldur von Schirach. Der Muttertag am 14. Mai wurde mit einem Festakt in der Festhalle begangen. Im Juni zelebrierte man am 22. den Jungarbeiterappell der Jugendbetriebszellen, am 24. eine „Massenkundgebung der Arbeiter und Angestellten gegen die Internationale auf dem Schloßplatz" und auf dem Engländerplatz das Fest der Jugend zur Sommersonnenwende. Am 16. Juli stand die Jugend beim badischen Jugendtag mit Kundgebung auf dem Schloßplatz erneut im Mittelpunkt.

Den großen Stellenwert des Sportes zur Ertüchtigung vor allem der Jugend belegen das Karlsruher Wehrsportfest am 29. und 30. Juni, das 1. Nationalsozialistische Reiterfest am 23. Juli, sowie der 1. NS-Großflugtag am 10. September und sieben Tage später der Turn- und Sporttag, mit dem der Robert-Roth-Platz (siehe oben) eingeweiht wurde. Kundgebungen fanden ebenfalls etliche statt, darunter die 1. Nationalsozialistische Grenzlandkundgebung im September und die Kundgebung der Hitlerjugend „für Friede und Ehre der Deutschen Nation" im Oktober. Am 30. Januar 1934 wurde wie in den folgenden Jahren immer an diesem Tag die „Machtergreifung" gefeiert und am 9. November mit einer „eindrucksvollen Nächtlichen Weihestunde" an die „Gefallenen der Bewegung der NSDAP"[98] erinnert.

Mit solchen und ähnlichen Veranstaltungen wurden die Karlsruher und Karlsruherinnen in zunehmendem Maße konfrontiert. Aber selbst wenn man sich diesen öffentlichen Veranstaltungen entziehen konnte, standen noch andere

Möglichkeiten zur Verfügung. Der legendäre „Volksempfänger" übertrug z. B. am 21. März 1934 eine Führerrede anläßlich der Eröffnung der Reichsautobahnteilstrecke München-Salzburg und brachte die Meldungen von den „Erfolgen" der Partei in jedes Haus.
Auch am Arbeitsplatz wurden solche Reden übertragen und Betriebsappelle, denen man in aller Regel kaum entgehen konnte, verstärkten die NS-Propaganda bei jeder Gelegenheit. Sie beweisen gleichzeitig, in welchem Maß sich der Führerkult spätestens seit 1935 durchgesetzt hatte.[99] Die Partei übte aber auch direkten Druck aus. Die NSDAP-Ortsgruppe Karlsruhe Süd 1 forderte z. B. am 23. Mai 1938 die „Volksgenossen und Volksgenossinnen" ultimativ zum Besuch der Veranstaltungen des erstmals durchgeführten Kreistages am 18. und 19. Juni 1938 auf: „Jeder Volksgenosse und jede Volksgenossin trägt am 18. und 19. Juni 1938 als äußeres Zeichen der Verbundenheit die Kreistagsplakette. Niemand steht abseits."[100] Das fehlende Abzeichen entlarvte also auch jeden, der fernblieb. Immerhin mußte der Ortsgruppenleiter noch darum bitten, daß anläßlich des Kreistages ordentlich beflaggt werde, denn: „Es gibt auch in unserem Ortsgruppengebiet noch viele Häuser, bei denen die Beflaggung sehr viel zu wünschen übrig läßt."

Winterhilfswerk und Sammlungsaktionen

Schon im ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft wurde das Winterhilfswerk (WHW) im Zeichen der neuen Volksgemeinschaft als eine Initiative Adolf Hitlers angekündigt, der zum „Kampf gegen Hunger und Kälte zur nationalen Solidarität aller Stände" aufgerufen habe.[101] Totgeschwiegen wurde natürlich die Karlsruher Notgemeinschaft (siehe oben). Mit einer fast identischen Formulierung wie seinerzeit Oberbürgermeister Finter im Jahr 1930 riefen der badische Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner und die badische Regierung am 1. Oktober 1933 zum „Kampf gegen Hunger und Kälte" auf: „Kein Volksgenosse darf in diesem Winter hungern oder frieren!"[102] Das nationalsozialistische Winterhilfswerk knüpfte also nahtlos an eine bestehende Organisation an. Die Propaganda verstand es aber auch in Karlsruhe, die Verdienste dieser Einrichtung, die von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) getragen wurde, ausschließlich der NSDAP zuzuschreiben.[103]
Die Aufrufe des WHW erreichten die Karlsruher von nun an alljährlich von den ersten Oktoberwochen bis in das Frühjahr des folgenden Jahres. Der uniformierte Straßensammler und der Losverkäufer des Winterhilfswerks gehörten seit 1933 zum Straßenbild der Stadt.[104] Für propagandistische Zwecke beteiligten sich auch höchste Partei- und Verwaltungsspitzen an den Aktionen, im Oktober 1933 z. B. Bürgermeister Hermann Fribolin, im Dezember 1934 Reichsstatthalter Robert Wagner, Innenminister Karl Pflaumer und Oberbürgermeister Adolf Friedrich Jäger.[105]
Auch der Aufruf zum Eintopfessen und zur Spende des eingesparten Geldes gehörte bald zum Alltag. Die im Haushalt durch das billige Eintopfessen eingesparten Beträge wurden von Mitgliedern der verschiedenen Parteiorganisationen abgeholt. Seit dem 12. Dezember 1935 fanden zudem öffentliche Eintopfessen in der Festhalle statt, an der die Prominenz der Stadt teilnahm. Angesichts dieses massiven Einsatzes war es für den einzelnen schwer, sich zu entziehen, zumal der Blockwart oder auch nur der Nachbar im wahrsten Sinne des Wortes sonntags „den Braten riechen" und dies melden konnte.
In einem Rundschreiben des Amtes für Erzieher der NSDAP Kreis Karlsruhe vom 15. September 1936 wird aber bemängelt, „daß eine erschreckend hohe Zahl von Amtsgenossen immer noch nicht den Weg zur NSV gefunden hat. Bei diesen Amtsgenossen ist durch die Amtswalter sofort eine Werbung durchzuführen zwecks Beitritt zur NSV."[106] Die Kreiswalter wurden deshalb aufgefordert, alle Mitglieder des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB), die noch nicht Mitglied der NSV waren, zu melden. In einem „streng vertraulichen" Schreiben erinnerte der Kreisamtsleiter des NS-Lehrerbundes und Direktor

Das öffentliche Eintopfessen nutzten die nationalsozialistischen Parteigrößen, um ihre Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ zu demonstrieren, hier Reichsstatthalter Wagner am 13. Dezember 1936.

des Goethe-Gymnasiums Dr. Guido Oeß am 22. September 1936 an dieses Schreiben und forderte die Amtswalter darüber hinaus auf, „diejenigen Amtsgenossen“ zu melden, die sich weigern, den Beitrag für das „Haus der Deutschen Erziehung“ zu leisten.

Auch über die Presse wurde Druck ausgeübt: „Es wird durch die straffe Organisation keinen Haushalt geben, der nicht zur Mithilfe an der Hebung der Not herangezogen wird.“[107] Die städtischen Bediensteten waren schon 1934 beigetreten und bestätigten „dadurch praktisch den Gedanken der Volksgemeinschaft.“[108] Auch hier drohte der Karlsruher Oberbürgermeister unverhohlen bei Nichtbefolgung mit Konsequenzen, so 1940: „Wie im Vorjahr sehe ich auch jetzt davon ab, von jedem einzelnen Beamten, Angestellten, Versorgungsempfänger und Arbeiter eine Einverständniserklärung zu verlangen, da ich überzeugt bin, daß jeder einverstanden ist, daß die Abzüge [direkt vom Lohn] so vorgenommen werden, wie sie in den obigen Richtlinien angegeben sind.“[109]

Gesammelt wurde nicht nur für das Winterhilfswerk: „1936 mußte die Parteileitung allen Parteimitgliedern und Angehörigen ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände“ verbieten, bei Firmen und Wirtschaftsunternehmen zu sammeln, die sich bereits an der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ beteiligt hatten. Obwohl die Spenden für viele ein spürbares Opfer waren, welches das spärliche Einkommen stark belastete, überdauerte „der Mythos der NSV und des Winterhilfswerks“ das Dritte Reich.[110]

Im Krieg wurde noch intensiver an die Volksgemeinschaft appelliert mit dem Hinweis auf die Opfer an der Front. In der Jahreschronik des Karlsruher Adreßbuchs 1940 werden allein 30 Sammlungstermine aufgeführt.[111] Das Kriegswinterhilfswerk 1939/40 war noch nicht beendet, als die Partei darüber hinaus zur Schaffung einer „großen nationalen Metallreserve“ aufrief. Im Zuge dieser Metallsammlung wurden unter anderem auch die beiden Plastiken „Fidelitas“ und „Badenia“ eingeschmolzen, die rechts und links des Rathauseingangs standen.[112] Am 27. April wurden die Kriegswinterhilfesammlungen durch die Sammlungen für das Kriegshilfswerk abgelöst. Das Badische Staatstheater bot am 18. Mai ein großes Wunschkonzert, dessen Erlös für den Neubau des Kreuzers Karlsruhe bestimmt war, nachdem der zweite Kreuzer Karlsruhe – der erste war bereits im Ersten Weltkrieg untergegangen – am 10. April 1940 versenkt worden war.[113]

Anfang September 1940 wurde das zweite Kriegswinterhilfswerk mit dem ersten Opfersonntag, wie die Eintopfsonntage nun hießen, eröffnet. Am 14. und 15. Dezember 1940 war die Hitlerjugend im Einsatz: „Von der Hauptpost bis zum Adolf-Hitler-Platz zu gelangen, war gestern nachmittag keine Kleinigkeit: hier herrschte ‚Blockadekrieg‘. Das Fähnlein 8/109 des Jungvolks hatte eine ganze Strecke der Kaiserstraße blockiert. Die Piraten, die hier ihr Unwesen trieben, jagten den Fußgängern richtig Angst ein, aber es war alles halb so schlimm. Hatte man für eine Münze in beliebiger Höhe seinen Durchgangsschein in der Hand, wer wollte einem da noch etwas anhaben?“[114]

Jugend und Schule

Seit 1933 wurde auch in Karlsruhe auf die Erfassung der Jugend besonderer Wert gelegt. In

Baden bestand die Hitlerjugend bereits seit 1927, in Karlsruhe wurde sie nur wenig später gegründet (siehe oben). Als das Karlsruher HJ-Bannheim in der Kriegsstraße 57 im Jahr 1934 eingeweiht wurde, sollen bereits annähernd 4.000 Jugendliche HJ-Mitglieder gewesen sein.[115] Als „junge soldatische nationalsozialistische Mannschaft" sah Kultusminister Otto Wacker die Jugend. Seine Forderung, daß es bald „keinen deutschen Buben und kein deutsches Mädel" mehr gebe dürfe, die nicht durch die Gemeinschaft und die Schulung der HJ gingen, realisierte das Gesetz über die Hitlerjugend vom 1. Dezember 1936. Zahlreiche Aktionen wie der „Feldzug der Hitlerjugend" im Oktober 1935, der unter der Parole „Einheit der Jugend" stand, bereiteten die Erfassung der männlichen Jugend vor.[116]

Um die weibliche Jugend kümmerte sich der „Bund Deutscher Mädel" (BDM), der erst im Jahr 1930 gegründet worden war. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme gehörten Veranstaltungen, an denen der BDM beteiligt war, zum jährlich wiederkehrenden Ritual wie das Überführen der Jungmädel und des Jungvolks in HJ und BDM.[117] Direkter Druck wurde z. B. auf die bei der Stadtverwaltung beschäftigten Eltern ausgeübt. Oberbürgermeister Jäger erwartete Ende 1935, daß „sie dem Willen des Führers entsprechen und sein Werk fördern helfen, indem sie ihre Kinder in die Jugendgliederungen der NSDAP eintreten lassen."[118]

Auch die Schule spielte eine wichtige Rolle, denn: „Alle arischen Schüler und Schülerinnen in Baden, auch die, die bis jetzt noch nicht erfaßt sind, werden durch die Schulen zu dieser Veranstaltung [der oben erwähnte Feldzug der Hitlerjugend] geführt." In den Schulen war schon 1933 der Wochenspruch eingeführt worden, der im Klassenzimmer hing und „eine Wahrheit" enthielt, „die durch weitere Auslegung in das Gedächtnis der Kinder eingeprägt wird."[119] Außerdem unterstützte eine wöchentliche Flaggenparade den „Gesinnungsunterricht", der „durchdrungen von dem Geist des Nationalsozialismus" die „sichere Grundlage nationalsozialistischer und damit deutscher Gesinnung" bilden sollte. Seit dem Schuljahr 1934/35 bekamen die Schüler und Schülerinnen der 4. bis 8. Klassen am Samstag unterrichtsfrei, die dem Jungvolk oder den Jungmädels angehörten.[120]

In der Goethe-Schule z. B. stellte sich der Erfolg bald ein: vor der Aktion waren von 433 „arischen" Schülern bereits 401 (= 92,61%) in Jungvolk, HJ, SA, Fliegersturm oder als Parteigenosse in der NSDAP organisiert, nur noch vier Schüler blieben den NS-Organisationen fern. Anfang 1938 waren in der Goetheschule nur noch drei Schüler nicht in der HJ, davon einer „nicht rein arisch" und einer ausgetreten.[121]

Neue Pimpfe und Jungmädel wurden alljährlich feierlich in das Jungvolk aufgenommen, die älteren Pimpfe und Jungmädel in die Hitlerjugend „überführt" und am 19. April, am Tag vor dem Geburtstag Adolf Hitlers, feierlich verpflichtet.

Die Erfassung der Jugend hörte auch nach dem Schulabschluß nicht auf: 1935 wurde bei der Knabenfortbildungsschule, die alle Schüler, die nach Abschluß der Volksschule keine Lehrstelle bekommen hatten, besuchen mußten, ein Obstgarten und ein Siedlerlehrgarten eingerichtet. Dort sollten den Schülern die Ziele „Blut und Boden", „Zurück zur Scholle" und „Neuverwurzelung mit der Heimaterde" nahegebracht werden.[122] Die Mädchenfortbildungsschule stand ebenfalls ganz im Zeichen der NS-Ideologie. Dort stand der Lehrplan unter dem Motto „Erziehung zur bewußt deutschen Volksgenossin, zur deutschen Mutter und Ehefrau."

Verfolgung und Ermordung der Karlsruher Juden

Außerhalb der propagierten und in zunehmendem Maße den Alltag bestimmenden Volksgemeinschaft standen seit Beginn des Dritten Reiches die Juden. Bereits wenige Tage nach der Reichstagswahl kam es am 13. März 1933 zu ersten antisemitischen Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte. Die Aktionen konzentrierten sich auf die Kaiserstraße, wo die z. T.

Der Tag des Boykotts in Karlsruhe

Reger Straßenverkehr / Keine Zwischenfälle

Die Abwehraktion gegen die jüdische Greuel- und Hetzpropaganda im Ausland setzte in Karlsruhe am Samstag pünktlich 10 Uhr und in einer vorbildlichen Organisation ein. Schon am Freitag forderten rote Plakate an den Anschlagsäulen das Publikum auf, nicht bei Juden zu kaufen. Das Karlsruher Straßenbild war wegen der zu erwartenden Abwehrmaßnahmen außerordentlich belebt. Besonders vor den großen Warenhäusern Tietz und Knopf, die noch bis gegen 10 Uhr geöffnet hatten, staute sich die Menge.

Pünktlich um 10 Uhr zogen SA.- und SS.-Formationen mit Plakaten mit den Inschriften: „Kauft nicht bei Juden“, „Meidet jüdische Aerzte“, „Geht nicht zu jüdischen Rechtsanwälten“ usw. durch die Straßen. Bereits wenige Minuten nach 10 Uhr war jedes jüdische Geschäft, jedes Warenhaus usw. mit SA.- oder SS.-Doppelposten mit diesen Plakaten versehen.

Vor jedem Hause, in dem ein jüdischer Rechtsanwalt sein Büro hat, stehen ebenfalls solche Posten. Sämtliche Karlsruher Warenhäuser und Einheitspreisläden und auch fast alle übrigen jüdischen Einzelhandelsgeschäfte zogen es vor, um 10 Uhr zu schließen. Wo dies nicht der Fall war, erschienen SA.-Leute mit Photoapparaten und hielten die trotz der jüdischen Greuelhetze im Ausland dort kaufenden Personen im Bilde fest. Die Abwehraktion ist in Karlsruhe bisher vollkommen ruhig verlaufen. Zahlreiche SA.- und SS.-Leute patrouillieren durch die Straßen und sorgen dafür, daß die Abwehraktion in den gesetzlichen Bahnen verlief.

Einem unserer Mitarbeiter wurden, wie auch „eine Karlsruher Abendzeitung“ sehr richtig registrierte, von etwas übereifrigen Zuschauern Schwierigkeiten wegen des Photographierens gemacht und zwar, wie gesagt wurde, wegen der „Gefahr“, daß die Bilder ins Ausland geliefert werden könnten. Nun, wir glauben, daß Bilder wie das Nebenstehende, das trotz der Hindernisse zustande kam, nur ein treffender Beweis dafür sind, wie ruhig und reibungslos die Durchführung des Boykotts vor sich gegangen ist. Uebrigens hatte die Parteileitung der NSDAP bekanntlich selbst angeregt, photographische Aufnahmen zu machen.

Nach den hier vorliegenden Berichten ist die Ruhe am ersten Tage des Abwehrkampfes nirgens im Lande — abgesehen von kleineren Markenmissen — gestört worden. Der starke Straßenverkehr hielt bis in die Abendstunden an. Auch in anderen großen Städten und in den Landgemeinden hatten es die jüdischen Geschäfte vorgezogen, ihre Läden geschlossen zu halten.

Auf dem Karlsruher Marktplatz fand nachmittags eine Riesenkundgebung gegen die antideutsche Greuelpropaganda und Boykottbewegung im Auslande statt. Es sprachen die Stadträte Manschott und Kramer. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Am 1. April 1933 hielten SA-Männer Wache vor jüdischen Geschäften. Über diesen Boykott berichteten die Karlsruher Zeitungen ausführlich, hier der „Badische Beobachter“, der am 2. April auch ein Bild veröffentlichte.

uniformierten Radauschläger erreichten, daß die jüdischen Inhaber ihre Geschäfte schlossen.[123] Wenige Tage später, am 30. März, beschloß der neuformierte Stadtrat, keine städtischen Aufträge mehr an jüdische Geschäfte zu vergeben.[124] Am 1. April folgte der reichsweite Boykott jüdischer Geschäfte, der in Karlsruhe im Auftrag der NSDAP-Kreisleitung von Standartenführer Lücke organisiert wurde. Mit Zeitungsartikeln und Flugblättern riefen die neuen Machthaber zum Boykott auf, der als Reaktion auf angebliche jüdische „Greuelpropaganda“ im Ausland gegen das Deutsche Reich in der Öffentlichkeit dargestellt wurde. Die Bevölkerung wurde zum Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte aufgerufen, von den Zeitungen wurde verlangt, von diesen keine Anzeigen mehr aufzunehmen. Obwohl offensichtlich ein Fotografierverbot bestand, wurden dennoch einige Aufnahmen gemacht, so auch von dem „Badischen Beobachter“, der über den Boykott in Karlsruhe berichtete: „Pünktlich um 10 Uhr zogen SA- und SS-Formationen mit Plakaten mit den Inschriften ‚Kauft nicht bei Juden‘, ‚Meidet jüdische Aerzte‘, ‚Geht nicht zu jüdischen Rechtsanwälten‘ usw. durch die Straßen. Bereits wenige Minuten nach 10 Uhr war jedes jüdische Geschäft, jedes Warenhaus usw. mit SA- oder SS-Doppelposten mit diesen Plakaten versehen. Vor jedem Hause, in dem ein jüdischer Rechtsanwalt sein Büro hat, stehen ebenfalls solche Posten. Sämtliche Karlsruher Warenhäuser und Einheitspreis-

läden und auch sonst fast alle übrigen jüdischen Einzelhandelsgeschäfte zogen es vor, um 10 Uhr zu schließen. Wo dies nicht der Fall war, erschienen SA-Leute mit Photoapparaten und hielten die trotz der jüdischen Greuelhetze dort kaufenden Personen im Bilde fest. Die Abwehraktion ist in Karlsruhe bisher vollkommen ruhig verlaufen. Zahlreiche SA- und SS-Leute patrouillieren durch die Straßen und sorgen dafür, daß die Abwehraktionen in den gesetzlichen Bahnen verlaufen."[125] Firmen wie die Großschlächterei Nusshag & Söhne beeilten sich, in Zeitungsanzeigen darauf hinzuweisen, daß „an unserem Geschäftsbetrieb kein Jude auch nur mit einem Pfennig beteiligt ist."[126]

Der Oberrat der Israelitischen Religionsgemeinschaft Badens protestierte ebenfalls am 2. April 1933 gegen diese Aktion und schloß sich der Erklärung der Reichsvertretung der Deutschen Juden an. Man wies darauf hin, daß „unsere Söhne ... zum Schutz von Volk und Heimat gekämpft und geblutet [haben]. Unsere Sehnsucht und Hoffnung gilt dem Wiederaufstieg Deutschlands. An dieser Aufgabe als gleichberechtigte Glieder des deutschen Volkes in treuer Pflichterfüllung mitzuarbeiten, ist unser Gebot und Gelöbnis. Wir vertrauen auf den gerechten Sinn des deutschen Volkes und seiner Staatsführung."[127] Obwohl etliche Karlsruher und Karlsruherinnen sich nicht an den Boykottaufruf hielten und die jüdischen Geschäfte trotz der aufgezogenen SA-Wachen aufsuchten, zeigte sich schon bald, daß dieses Vertrauen in die neuen Machthaber nicht gerechtfertigt war. Der Aufruf zum Judenboykott war insgesamt ein Mißerfolg, weswegen u. a. bis 1938 weitere direkte Aktionen gegen jüdische Geschäfte unterblieben.

Der nationalsozialistische Terror fand auch schon bald ein erstes Todesopfer mit dem führenden badischen Sozialdemokraten und Karlsruher Rechtsanwalt Ludwig Marum.[128] Marum, der von 1914 bis 1929 dem Badischen Landtag und 1928 bis 1933 dem Deutschen Reichstag angehörte, war den Nationalsozialisten aus mehreren Gründen besonders verhaßt. Zum einen war er maßgebliches Mitglied der ersten demokratischen badischen Regierung gewesen, zum anderen hatte er nie einen Hehl aus seiner Gegnerschaft zu den Nationalsozialisten gemacht und diese in zahlreichen Reden und Versammlungen scharf angegriffen. Darüber hinaus war er Jude. In den Angriffen auf seine Person bündelten sich also die antidemokratischen und antisemitischen nationalsozialistischen Aggressionen. Am 10. März wurde Marum unter Mißachtung seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter verhaftet und bis zum 16. Mai im Karlsruher Gefängnis in der Riefstahlstraße gefangengehalten, ehe er dann in einem offenen Polizeiwagen mit sechs weiteren Sozialdemokraten in einer Schaufahrt durch Karlsruhe und Durlach in das Konzentrationslager Kislau bei Bruchsal transportiert wurde (siehe oben). Bis auf Marum kamen alle gegen die Zusicherung, sich nicht mehr politisch zu betätigen, nach einiger Zeit Konzentrationslagerhaft wieder frei. Auch Sally Grünebaum, Chefredakteur des „Volksfreunds" und wie Marum Jude, wurde entlassen und wanderte im Oktober 1933 nach Palästina aus. Eine Auswanderung und eine Erklärung, keine Parteipolitik mehr zu betreiben, lehnte Marum entschieden ab. In der Nacht vom 28. auf den 29. März wurde er im Schlaf von dem SA-Hauptsturmführer und Gestapokommissar Karl Sauer und weiteren SA-Leuten erwürgt. Anstifter war Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner, der in der nationalsozialistischen Presse diesen Mord als Selbstmord darstellen ließ. „Der Jude Dr. Ludwig Marum war neben gewissen Zentrumskreisen zweifellos der böse Geist des republikanischen Badens. Er war einer jener jüdischen Rechtsanwälte, die, obwohl steinreich, in der sozialdemokratischen Partei sich maßgeblichen Einfluß verschafften und so meist im Hintergrund mit zu den Hauptträgern der Politik des Weimarer Staates wurden. Verbissen, fanatisch, alljüdisch, erbarmungslos führte er seinen Kampf gegen den Nationalsozialismus, gegen das deutsche Volk."[129] Der Leiter der Gestapo Karlsruhe Berckmüller meldete dem badischen Innenministerium: „Mit Marum schied der berüchtigste und ge-

fährlichste badische Jude aus dem Leben."[130] Die Trauerfeier für Marum am Dienstag nach Ostern 1934 wurde zu einer Demonstration, an der trotz Überwachung Tausende teilnahmen und viele Frauen demonstrativ Blumen ins Grab legten.[131] Gegen die Mörder Marums wurden im Juni 1946 Zuchthausstrafen verhängt, die von lebenslang wegen Mordes (Sauer) bis zu einem Jahr und 3 Monaten wegen Beihilfe zum Totschlag reichten.

Die Diskriminierung der Juden gehörte nun zunehmend zum Alltag in Karlsruhe. Am 24. Juli 1935 berichtete „Der Führer" z. B. über „eine erfreuliche Maßnahme der Stadtverwaltung", die zum Ergebnis hatte, daß die Karlsruher Bäder nun „judenfrei" waren. Oberbürgermeister Jäger hatte auf angeblich spontane Unmutsäußerungen des „deutschstämmigen Publikums", das am Eingang des Rheinstrandbades Rappenwört Schilder mit der Aufschrift „Juden unerwünscht" aufgestellt hatte, in allen Bädern ein Badeverbot für Juden verhängt. Damit befand sich die Stadt in einer Reihe mit zahlreichen Gaststätten, die ebenfalls mit den Schildern „Juden sind hier unerwünscht" z. T. alte Stammgäste ausschlossen.[132]

Gegen jüdische Geschäfte wurden auch weitere Maßnahmen ergriffen. Am 20. Juni 1935 versandte das NSDAP-Amt für Beamte ein weiteres Rundschreiben unter dem Betreff „Beamter, kaufe nicht im Judengeschäft und die Judenfrage ist im nat. soz. Deutschland gelöst", das Oberbürgermeister Jäger an die Angestellten und Beamten der Stadt weiterleitete. Allen, die trotz wiederholter Warnung weiterhin bei Juden kaufen sollten oder sich von jüdischen Ärzten behandeln oder von jüdischen Rechtsanwälten vertreten ließen, wurde angedroht, daß sie aus dem Reichsbund der Deutschen Beamten „ausgestoßen" würden. Alle politischen Leiter im Amt für Beamte beim Gau, bei den Kreisen und den Ortsgruppen wurden angewiesen, „Träger der mündlichen Propaganda gegen den Einkauf der Beamten in Judengeschäften" zu werden und Beamte anzuzeigen, die gegen diese Anordnung verstoßen sollten. Der Gauamtsleiter für Beamte Leopold Mauch behielt sich vor, „die Namen dieser Beamten im Rundschreiben, im Mitteilungsblatt der NSDAP-Gauleitung und in der NS-Tagespresse sowie in den öffentlichen Versammlungen im ganzen Gaubereich bekanntzugeben."[133]

Sonntags-Beilage

Badische Presse

Handels-Zeitung

Die Gesetze von Nürnberg.

Das Hakenkreuz wird alleinige Reichsflagge – Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerschaft. Klare Verhältnisse in der Judenfrage – Mischehen mit Juden verboten.

Klarheit.

„Badische Presse" vom 16. September 1935 mit der Schlagzeile „Die Gesetze von Nürnberg" und „Judenkarteikarte" von Martha Gemmecke.

Als am 15. September die „Nürnberger Gesetze" verkündet wurden, erreichte die Judenverfolgung eine neue Stufe. Nach der Diskriminierung kam nun der Ausschluß aus der deutschen „Volksgemeinschaft" per Gesetz. Das „Reichsbürgergesetz" machte die Juden zu Staatsangehörigen minderen Rechts. Staatsbürger mit allen Rechten konnten nur noch Staatsangehörige „deutschen oder artverwandten Blutes" sein. Das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" verbot die Eheschließung sowie den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und „Ariern." Dieses „Mischehenverbot" hatte

auch Auswirkungen auf 1935 bereits bestehende Ehen, wie der Fall des Ehepaares Gemmecke (siehe oben) zeigt. Wie Paul Gemmecke beging auch die „arische" Ehefrau des Arztes Dr. Erich Cohn Selbstmord, als ihr Mann im Sommer 1941 wegen Spionageverdachtes verhaftet wurde. Cohn wurde nach dem Tod seiner Frau zwar zunächst wieder entlassen, verlor aber den Schutz eines in Mischehe lebenden Juden und wurde am 26. April 1942 in ein Vernichtungslager verschleppt und dort ermordet. Andere, wie Dr. Julius Ullmann oder der deutsche Fußballnationalspieler Julius Hirsch, ließen sich zum Schutz des Ehepartners scheiden. Beamten, die in Mischehen lebten, drohte die Entlassung aus dem Dienst. Betroffen waren hier u. a. der an der Technischen Hochschule lehrende Professor Theodor Pöschl und Professor Karl Friedrich Ederle vom Badischen Staatstechnikum, die beide entlassen wurden.[134]

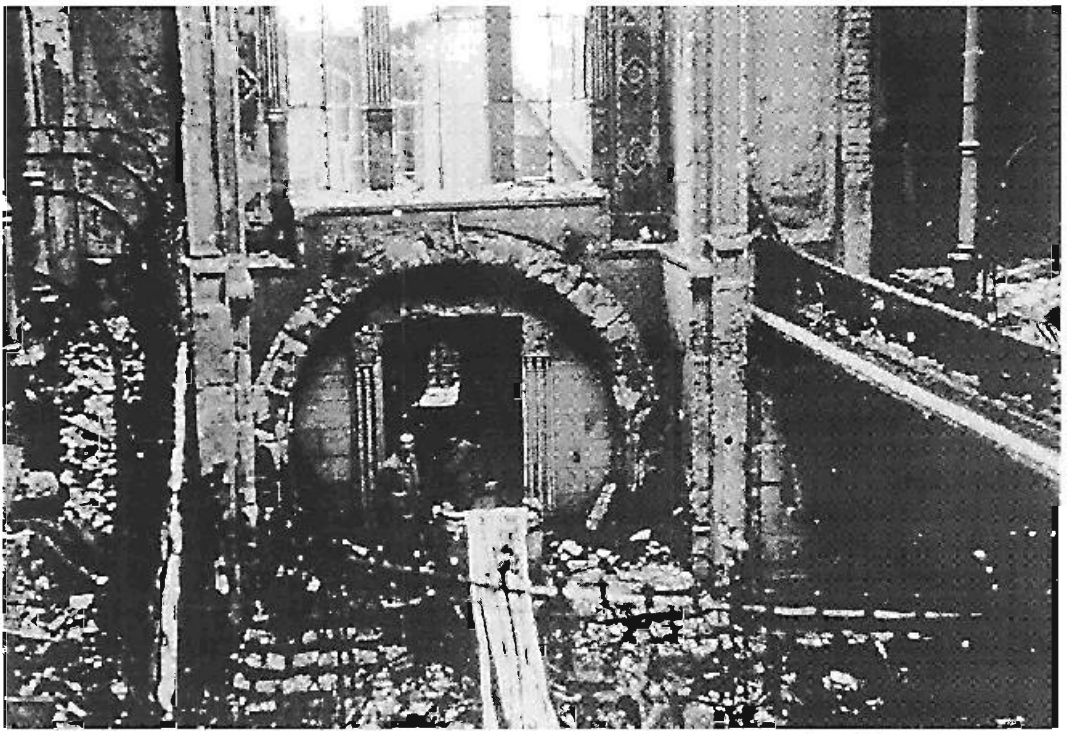
Die jüdischen Einwohner wurden nun auch nach einer entsprechenden Verfügung des Innenministers Karl Pflaumer vom 1. Oktober 1935 in einer eigenen Kartei erfaßt, die eine lückenlose Überwachung unterstützte. Am 16. Oktober 1936 sprach der berüchtigte Antisemit und Stürmerherausgeber Julius Streicher über die „zersetzende Rolle des Judentums" in der im Jahr zuvor neu gebauten Markthalle am alten Bahnhof. Dem „Führer" zufolge lösten seine Haßtiraden „jubelnden Beifall" der rund 15.000 Zuhörer aus.[135] Solche und ähnliche Auftritte und Veranstaltungen ließen den Antisemitismus zu einer fast alltäglichen Erscheinung werden, die im Jahr 1938 eine weitere Steigerung erfahren sollte.

Im Juni 1938 stellte das NSDAP-Amt für Beamte fest, daß unter den rund 100 Beamten, die erwischt oder denunziert worden waren, als sie bei Juden kauften, zwar keine städtischen Beamten gewesen seien, daß aber immer noch vier Wohnungen an Juden vermietet hätten. Unmißverständlich wurde gedroht, daß ein förmliches Dienststrafverfahren eingeleitet würde, falls die Mietverträge nicht unverzüglich gekündigt würden.[136] Daraufhin wurden die z. T. schon lange bestehenden Verträge tatsächlich gekündigt, und die betroffenen Mieter mußten ausziehen.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 setzten nationalsozialistische Horden überall in Deutschland Synagogen in Brand, demolierten Geschäfte und Wohnungen und deportierten Tausende von jüdischen Männern in Konzentrationslager. Gerechtfertigt wurde die von den Nationalsozialisten so genannte „Reichskristallnacht" als Reaktion auf das Attentat an dem Legationssekretär vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris. Am 7. November 1938, zehn Tage nach der Abschiebung polnischer Juden, hatte der 17jährige Herschel Grünspan vom Rath erschossen und sich so für die vorher erfolgte Ausweisung seiner in Hannover lebenden Eltern gerächt.

In Karlsruhe brannten die Synagogen der Israelitischen Gemeinde in der Karl-Friedrich-Straße und in der Kronenstraße. Letztere wurde gelöscht, weil sich hinter der Synagoge das Benzinlager einer Autofirma befand, so daß es galt, eine größere Explosion zu verhindern. Die Nationalsozialisten ordneten allerdings unmittelbar danach an, daß die jüdische Gemeinde die Synagoge auf eigene Kosten abzureißen hatte.

Die Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte wurden eingeschlagen, Inneneinrichtungen und Waren zerstört. Das Hotel „Nassauer Hof", das in jüdischem Besitz war, wurde von SA und SS verwüstet. Hier wohnten fast ausschließlich jüdische Gäste, die hier auf ihre Papiere für die Auswanderung warteten. Sie wurden nach vielen Schikanen in das Gefängnis in der Riefstahlstraße gebracht. Auch vor jüdischen Wohnungen machte die SA nicht halt und verhaftete die Bewohner. Nur wenige konnten rechtzeitig untertauchen. Der damals 10jährige Walter Ransenberg berichtet: „Um halb zehn morgens kamen sie. Ich sollte mitkommen. Mein Vater und ich. Und da stand unten ein Wagen, wie man ihn verwendet, um Schweine zu verfrachten. Da hat man uns hineingesetzt und über die Kaiserstraße gefahren, im Schrittempo. Am Marktplatz hat man uns aussteigen lassen. Da standen schon die Menschen, 1000 und mehr Personen. Man hat eine



Blick ins Innere der am 9. November 1938 zerstörten orthodoxen Synagoge in der Karl-Friedrich-Straße.

Gasse gebildet, vielleicht einen Meter breit und 300 bis 400 m lang, bis zum Polizeipräsidium. Es gab Leute, die haben gespuckt und geschlagen. Andere haben keinen Ton gesagt."[137] Die nationalsozialistische Presse rechtfertigte die Ereignisse vom 9./10. November und setzte ihre antisemitische Hetze fort. So schrieb der „Führer" am 11. November 1938 über die verhafteten Juden: „Sie hatten noch die Frechheit, zu grinsen und zu lächeln...." Bis zu 500 Karlsruher Juden wurden nach ihrer Verhaftung in das Konzentrationslager Dachau deportiert. Noch im November kamen viele aus Dachau frei, die nachweisen konnten, daß sie binnen kürzester Zeit auswandern würden.

Zu diesem Zeitpunkt mußten Reisepässe von Juden bereits mit einem großen „J" versehen sein. Außerdem war angeordnet worden, daß alle Juden, die keinen „ausgesprochen jüdischen Vornamen" hatten, die Namen „Israel" oder „Sara" hinter „ihren wunderschönen urgermanischen führen" mußten.[138]

Viele Karlsruher Juden erkannten spätestens jetzt, daß die Nationalsozialisten ihren Antisemitismus brutal in die Tat umsetzten, und flohen ins Ausland. Die Emigration der deutschen Juden nach 1933 vollzog sich in drei Phasen. Wenige emigrierten bereits zwischen 1933 und 1935, viele zwischen 1935 und 1938 nach den „Nürnberger Gesetzen" und aus Furcht, bald auch ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt zu werden. Nach dem Novemberpogrom war endgültig klar, daß auch Leben bedroht und mit der Hilfe etwa der Kirchen als Institutionen oder gesellschaftlicher Gruppierungen nicht zu rechnen war[139] – Hilfe und Widerstand blieben Einzelpersonen überlassen (siehe unten). Die Emigration stieg 1938/39 auf ihren Höhepunkt.

Die Ausstellung eines Reisepasses für Juden war in den ersten Jahren des Dritten Reiches nur nach Überwindung etlicher bürokratischer Hindernisse möglich. Im November 1937 schrieb ein Erlaß vor, Juden Reisepässe zur Auswanderung auszustellen, sobald sie eine

Einreisegenehmigung in ein anderes Land vorweisen konnten. Der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" wurde 1939 explizit aufgetragen, die Auswanderung der Juden zu fördern. Karlsruhe entwickelte sich in dieser Zeit zum wichtigsten Auswanderungsplatz für Baden einschließlich der Pfalz. 1940 wurde die Auswanderung schließlich untersagt.
Insgesamt gelang 2.159 Juden die Flucht aus Karlsruhe ins Ausland. In den ersten Jahren des Dritten Reiches fanden sie am leichtesten Zuflucht in Palästina, wo ab 1939 allerdings eine einschneidende Kontingentierung der Einwanderungs-Zertifikate vorgenommen wurde. So waren die USA für viele deutsche Juden die letzte Rettung. Die USA hatten, als sich 1938/39 die Situation der Juden in Deutschland erheblich verschärfte und sie auch in den europäischen Ländern keinesfalls mehr sicher waren, auf verstärkten Druck der jüdischen Hilfsorganisationen auf die US-Regierung, ihre Einreisebedingungen gelockert, so daß die deutsche Einwanderungsquote voll ausgenutzt wurde. So fand die weitaus größte Zahl deutscher Juden, darunter 842 Karlsruher, in den USA Zuflucht.
Die Vertriebenen waren oft gezwungen, ihre Geschäfte und Liegenschaften weit unter dem tatsächlichen Wert zu verkaufen. Bereits vor 1938 waren etliche Geschäfte in „arischen Besitz" übergegangen, wie das Modehaus Hugo Landauer, das am 11. Juni 1936 von den Geschwistern Vetter übernommen wurde.[140] Betroffen waren neben einer Reihe kleinerer und mittlerer Geschäfte auch die Kaufhäuser Tietz und Knopf. Tietz wurde bereits 1937 als „Kaufhaus Union" arisiert, Knopf folgte im September 1938 und wurde von Friedrich Hölscher weitergeführt.[141] Die Bankhäuser Baer&Elend, Ignaz Ellern und Veit L. Homburger folgten 1939. Darüber hinaus wurde jüdischer Grundbesitz arisiert, wobei die Stadt allein für fünf Millionen Mark Grundstücke kaufte.[142]
Doch auch die weniger wohlhabenden oder mittellosen Juden waren von weiteren Einschränkungen betroffen. So stellte am 19. November 1938 ein Reichsgesetz Juden im Bereich des Wohlfahrtswesens Ausländern gleich

Geschäftsübernahme des Warenhauses Knopf durch die Firma Hölscher, Anzeige im „Führer" vom 22. September 1938.

und nahm ihnen das Recht, von der gehobenen Fürsorge unterstützt zu werden.[143]
Bis Kriegsbeginn hatte sich die Zahl der jüdischen Einwohner gegenüber 1933 um rund 60 % vermindert. Anfang 1939 lebten nur noch 1.347 Juden in Karlsruhe. Als nach Kriegsausbruch die Stadt teilevakuiert wurde (siehe unten), schlossen sich viele Juden an. Als sie zum größeren Teil wieder zurückkamen, ahnten sie sicher nicht, was ihnen noch bevorstehen sollte.
Noch vor den reichsweiten Deportationen in die Vernichtungslager im Osten, wurden 6.504 Juden aus Baden und der Pfalz, darunter 945 aus Karlsruhe, am 22. Oktober 1940 in das südfranzösische Internierungslager Gurs deportiert. Das für 15.000 Menschen ausgelegte Camp de Gurs, etwa 40 km nördlich der spanischen Grenze und 60 km von der Atlantikküste entfernt, am Fuße der Pyrenäen in sumpfigem Gelände gelegen, war im Frühjahr 1939 zur Internierung der aus Spanien geflohenen Soldaten der Republikanischen Armee errichtet worden. Das Lager, das nun unter der Verwaltung der Vichy-Regierung stand, war ringsum von Stacheldraht eingezäunt und streng bewacht. Es bestand aus 300 primitivsten rund 25 m² großen Baracken, in denen jeweils bis zu 60 Personen untergebracht waren. Das Essen war spärlich, es fehlte an sanitären Anlagen.[144]
In einem Brief vom 6. Dezember 1940 teilt

Wilhelm Dreyfuß aus Karlsruhe seiner Schwägerin Käthe Reutlinger in New York mit: „Wie wir hier hausen, ist unbeschreiblich, es sterben täglich 15–20 Personen... Tagelang regnet es, so daß man in dem Dreck kaum laufen kann, dann sind die Nächte sehr kalt und haben wir fast keine Wärmegelegenheit...."[145]
Viele der Internierten starben an Entkräftung, Epidemien oder Mangel an Medikamenten, im Lager selbst allein 136 der 210 in Frankreich verstorbenen Deportierten. Einigen gelang noch die Flucht. Etwa ein Drittel der nach Gurs deportierten Juden wurde zwischen 1942 und 1944 in die Vernichtungslager im Osten gebracht und dort ermordet. Für viele wurde so Gurs zur „Vorhölle von Auschwitz."
Die erste noch nicht wieder organisierte jüdische Nachkriegsgemeinde zählte gerade einmal 39 Mitglieder, die aus den KZs zurückkamen, oder aber wie Adolf Loebel versteckt worden waren und so überlebt hatten. Loebel war in einer Gartenhütte auf Ettlinger Gemarkung über Jahre versteckt worden und wurde so mit drei weiteren Menschen gerettet, die ebenfalls in der Hütte des Kioskbesitzers Otto Hörner Unterschlupf gefunden hatten. Obwohl es weitere Hilfe für von der Verschleppung und Ermordung bedrohte Juden gegeben hatte, war es doch nur ein verschwindend geringer Teil der Karlsruher Bevölkerung, die es gewagt hatte, sich gegen den nationalsozialistischen Terror aufzulehnen (siehe unten).[146]
Eine 1988 zusammengestellte Gedenktafel nennt die Namen von 996 jüdischen Kindern, Männer und Frauen, die in den Konzentrationslagern umgebracht wurden.[147]

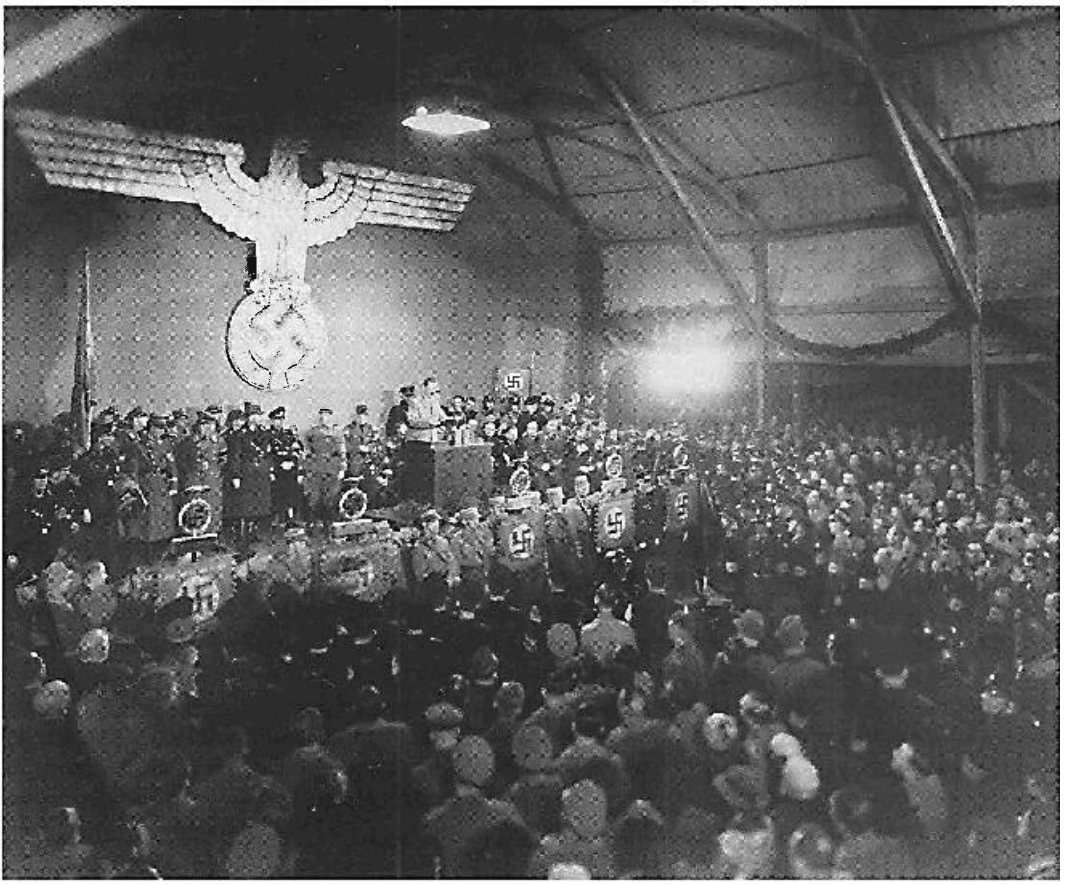
Die Deportation der Sinti und Roma

Noch vor den in Karlsruhe verbliebenen Juden wurden rund 200 Sinti und Roma am 16. Mai 1940 im Innenhof des Polizeipräsidiums am Marktplatz zusammengetrieben und mit Lastwagen zunächst in das Zuchthaus Hohenasperg verschleppt. Die Sinti und Roma wurden von den Nationalsozialisten ebenfalls aus rassischen Gründen verfolgt. Anknüpfen konnte man an eine jahrhundertalte Diskriminierung der „Zigeuner", die noch 1922 zur Einrichtung einer Fingerabdruckkartei im Landespolizeiamt führte und Sinti und Roma verpflichtete, einen mit einem „Z" und ihrem Fingerabdruck versehenen Ausweis bei sich zu führen.[148]
Von Hohenasperg aus transportierte am 22. Mai 1940 ein „Sonderzug" die Karlsruher Sinti und Roma in das Generalgouvernement Polen nach Jedrzejow. Dort wurden die meisten in Ghettos, Konzentrations- oder Arbeitslager aufgeteilt, wo sie zunächst Zwangsarbeit leisten mußten. Nur wenige der Deportierten kamen nach dem Krieg zurück. „Karlsruher Sinti kamen bei der Erschießung von Random und bei der Vergasung in den Vergasungs-LKW's im Lager Buskow ums Leben. Andere, für die letzten Monate von der SS in ‚Himmelfahrtskommandos' an die Front gestellt, fielen oder kamen in Kriegsgefangenschaft. Ein Großteil starb, wie die 1943 und 1944 Deportierten, in Auschwitz an Seuchen oder wurden vergast." Die Deportation war 1940 im Zuge der von Heinrich Himmler angeordneten „Zigeunerdeportation" erfolgt. Die reichsweite Leitung der Aktion lag bei dem vormaligen Leiter der Karlsruher Zigeunernachrichtenstelle Paul Werner. In Karlsruhe war nach Werners Weggang sein Nachfolger Max Regelin für die Aktion verantwortlich.

Karlsruhe im Zweiten Weltkrieg

Kriegsvorbereitung

Am 12. März sprach Adolf Hitler vor der „Reichstagswahl" 1936 in der Karlsruher Hochschulkampfbahn vor „60000 Volksgenossen"[149] und beteuerte einmal mehr seine Friedensabsichten: „Ich habe den Ehrgeiz, mir einmal im deutschen Volk ein Denkmal zu setzen. Aber ich weiß auch, daß dieses Denkmal besser im Frieden aufzustellen ist als in einem Kriege. Wenn wir heute in einen Krieg gestoßen würden, dann kostet jede 30-cm-Granate gleich 3000 Mark, und wenn ich noch anderthalbtausend Mark dazulege, dann habe ich dafür ein Arbeiterwohnhaus, und wenn ich ei-



Rede Adolf Hitlers am 12. März 1936 in einem Zelt, das in der „Hochschulkampfbahn" aufgebaut war.

ne Million solcher Häuser habe, in denen so viele deutsche Arbeiter wohnen können, dann setze ich mir ein Denkmal."[150] So wie die Reichstagswahl keine Wahl mehr war, sondern nur eine angeordnete Stimmenabgabe für die NSDAP und Adolf Hitler, an der sich 98,7 % der „Wähler" für Hitler entschieden, so wenig ernst gemeint waren Hitlers Friedensbeteuerungen. Wenige Tage zuvor hatten die Karlsruher und Karlsruherinnen die Rückkehr der Soldaten begrüßt, die nach der von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges tatenlos hingenommenen Besetzung des Rheinlandes Karlsruhe wieder zur Garnisonsstadt machten.

Die Soldaten bezogen zunächst die vorhandenen Kasernen aus dem Kaiserreich, 1938 aber auch die kurz hintereinander am 5. und 6. August eingeweihte Rheinkaserne, die ein Pionierbataillon aufnahm, und die neue Makkensenkaserne, in die eine Panzerabteilung einzog.

Am 1. September 1939 war klar, daß trotz aller Friedensbeteuerungen ein neuer Krieg das Ziel der nationalsozialistischen Politik war. Deutschland überfiel Polen und begann damit den Zweiten Weltkrieg. Damit trat das ein, was der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Emil Maier im Dezember 1930 angesichts der massiven nationalistischen Propaganda der NSDAP im Ständehaus prophezeit hatte: „Ich sage es Ihnen jetzt, meine Herren, was kommen wird, wenn Ihre Ziele verwirklicht werden... Dann haben wir in wenigen Jahren einen fürchterlicheren Weltkrieg als vorher, und dann kommt nach dieser (gemeint

ist die Niederlage im Ersten Weltkrieg) die weitere Niederlage, wenn eine ganze Welt gegen uns steht. ... Ich habe es Ihnen gesagt, warten Sie einmal ein paar Jahre ab, wenn Sie es so weiter treiben, ist Deutschland zerrissen von denen, die sich als nationale Hüter aufgeworfen haben.“[151]

Kriegsbeginn und Evakuierung

Der Kriegsbeginn hatte wohl auch in Karlsruhe anders als 1914 beim Ersten Weltkrieg kaum Begeisterung ausgelöst. Er bedeutete für rund 90.000 Karlsruher zunächst einmal die Evakuierung aus der Stadt, die in unmittelbarer Nachbarschaft zur französischen Grenze von den Kriegsauswirkungen direkt bedroht schien. Durch die nahe Front und die potentielle Bedrohung einer Beschießung mit Fernartillerie vom benachbarten Elsaß aus aufgeschreckt, verließen zunächst mehr Menschen die Stadt als vorgesehen. Tatsächlich lag Karlsruhe im Bereich der mittleren und schweren französischen Fernartillerie, die zwischen 35 und 120 km weit schießen konnte. Vereinzelt kam es auch zu Panikausbrüchen, so als das Gerücht kursierte, der Karlsruher Bahnhof werde am 4. September beschossen. An diesem Morgen verließ der erste Sonderzug die Stadt, dem bis zum 6. September weitere 38 folgten, die jeweils zwischen 1.000 und 1.200 Personen nach Eppingen, Mosbach, Backnang und Marbach transportierten. Die Marschausweise waren seit dem Abend des 3. September von den Ortsgruppen mit Hilfe der HJ verteilt worden. Zuständig für die Organisation war die Partei. Deshalb leitete Kreisleiter Worch persönlich den Abtransport am Bahnhof. Bei dieser Aktion wurden allein 48.500 Menschen aus Karlsruhe evakuiert. Weitere verließen die Stadt mit regulären Zügen oder wurden von den rund 400 im Einsatz befindlichen Fahrzeugen des Nationalsozialistischen Kraftfahrer Korps (NSKK) abtransportiert. Die Aufnahme der Evakuierten, die z. T. nach Bayern und bis nach Salzburg fahren mußten, war durchaus unterschiedlich.[152] Nicht überall lösten die Zwangseinquartierungen Freude aus. Anderseits gab es aber auch Klagen der Gastfamilien, daß mancher sich wie ein Urlauber in der Sommerfrische aufführe. Deshalb waren die meisten der Beteiligten froh, daß sich Frankreich nicht zu einem direkten Angriff entschloß und die Evakuierten bis Weihnachten 1939 wieder zurückkommen konnten.[153] Das Jahr 1940 begann für die Karlsruher relativ ruhig. Die Kampfhandlungen waren so gut wie eingestellt. Dennoch gab es täglich Hinweise, daß dies nur eine Verschnaufpause war, die jederzeit enden konnte. Die Berichte des

Auch im Zweiten Weltkrieg wurde Karlsruhe bald wieder Lazarettstadt, hier wurden Verwundete am Hauptbahnhof abgeholt.

„Führers" ließen auch keinen Zweifel daran, daß noch Krieg herrschte, in der Regel war mindestens ein Familienmitglied zur Wehrmacht eingezogen worden. Manche Familie hatte gar schon ein Todesopfer im Krieg gegen Polen oder im Dienst der Luftwaffe zu beklagen.

Mit dem Beginn der Offensive gegen Frankreich im Mai 1940 füllten sich die Anzeigenspalten des „Führers" auch wieder mit Todesanzeigen:

„Im Kampf für sein Vaterland fiel mein lieber, einziger Sohn ... kurz vor seinem 20. Lebensjahr" (12. Mai) oder „Den Heldentod in seinem 33. Lebensjahr für Führer und Volk gestorben" (24. Mai).

Deshalb war auch in Karlsruhe die Erleichterung groß, als das Ende des Krieges nach der französischen Kapitulation greifbar nahe schien. Die Sondermeldungen vom Sieg der deutschen Truppen hörten am 25. Juni Tausende Karlsruher auf dem Marktplatz. Die heimkehrenden Soldaten wurden wenige Tage später begeistert empfangen.[154] Doch wer nun das Kriegsende vor Augen hatte, sah sich bald getäuscht. Der einzige verbliebene Gegner Großbritannien dachte nicht daran, den Kampf gegen Hitler-Deutschland einzustellen. So konnten die Badener in den folgenden Wochen bei der Lektüre des „Führers" einen Eindruck von dem bekommen, was Ihnen selbst noch bevorstand: „Schwere Brände wüten in der Londoner City", „Coventry ist nur noch ein Trümmerhaufen" oder „London saß 14 Stunden im Keller" die Schlagzeilen im letzten Jahresviertel 1940. Im Jahr 1940 überstieg die Menge der deutschen auf England abgeworfenen Bomben noch die der englischen, die deutsche Städte trafen. Dies änderte sich rasch, erst recht, nachdem Hitler am 11. Dezember 1941 den USA den Krieg erklärt hatte. Seit Anfang 1943 griffen nun verstärkt amerikanische Bomberverbände in den Luftkrieg ein, allerdings in aller Regel am Tage, während die englischen Bomber Nachtangriffe flogen. Das Jahr 1942 gilt zurecht als das Jahr, in dem sowohl im Land- als auch im Luftkrieg und im Seekrieg die entscheidende

Im Juli 1940 feierte die Bevölkerung den Sieg über Frankreich.

Wende zugunsten der Alliierten eintrat, die durch den Namen Stalingrad bis heute im Bewußtsein ist.

Versorgung im Krieg

Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrung, welche demoralisierenden Auswirkungen die Versorgungskrise im Ersten Weltkrieg hatte, gelang es unter Ausnutzung aller Reserven – nun wurden z. B. wieder Kriegsgärten u. a. im Schloßbereich angelegt – bis Ende 1944, die Versorgung der Bevölkerung weitgehend aufrecht zu erhalten. Nach Kriegsbeginn übernahm das neu gegründete Ernährungs- und Wirtschaftsamt die Ausgabe von Lebensmittelkarten und die Lenkung des Lebensmittelbedarfs.[155] Die Bewirtschaftung war durch das Statistische Amt bereits seit längerer Zeit vorbereitet worden, so daß am 27. August 1939 die Verteilung der „schon längere Zeit in Verwahrung befindlichen Lebensmittelkarten an

die Bevölkerung" angeordnet werden konnte: „Bewirtschaftet und zugeteilt wurden ab sofort:

1. Brot pro Kopf und Tag 465 Gramm (oder Mehl 350 Gramm),
2. Milcherzeugnisse, Öle, Fette = 50 Gramm pro Tag u. Kopf,
3. Kartoffeln 450 Gramm pro Tag,
4. Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen oder Linsen) 15 Gramm je Woche,
5. Fleisch und Fleischwaren (auch Konserven) 700 Gramm je Woche,
6. Milch, 0,20 Liter je Tag pro Kopf,
7. Kaffee oder Ersatzmittel 63 Gramm pro Woche,
8. Graupen, Grütze, Grieß, Sago, Haferflocken, 150 g pro Wo.,
9. Zucker und Marmelade, u. zw.:
   Zucker 280 Gramm pro Woche
   Marmelade 110 Gramm pro Woche
   oder Zucker anstelle von Marmelade:
   55 Gramm pro Woche,
10. Eier: 1 Stück pro Woche,
11. Tee: 20 Gramm im Monat
12. Seife: 125 Gramm Kernseife oder
    a) 1 Stück Einheitsseife oder 200 Gramm Schmierseife oder 125 Gramm Haushaltsseife in zerkleinerter Form, jedoch keine Feinseife,
    b) 250 Gramm Seifenpulver oder 200 Gramm Haushaltsseife.

Hausbrandkohlen, zugeteilt wurden pro Kopf und Monat zunächst 1,2 Ztr."[156]

Die Verteilung der 800.000 Lebensmittelkarten übernahmen alle vier Wochen die NSDAP-Ortsgruppen, was reibungslos funktionierte, wie „Der Führer" feststellte: „Ein Jahr lebt das deutsche Volk nun schon auf Marken. Es ist darüber weder weich in den Knien geworden, noch hat es den Hungerriemen enger schnallen müssen. Es erfreut sich auch heute noch der allerbesten Gesundheit – wer möchte es bezweifeln, nachdem es seine Fäuste wiederholt auf die niedersausen ließ, die ihm ein längeres Siechtum zugedacht haben." Die Aktion sei wohlvorbereitet gewesen und eine durchdachte Vorratswirtschaft zeige nun „große Früchte." Bewirkt habe dies u. a „die außerordentliche Disziplin des deutschen Volkes, seine in sechs Jahren nationalsozialistischer Erziehungsarbeit gewonnene politische Einsicht. Die Einführung der Lebensmittelmarken wurde als eine Selbstverständlichkeit hingenommen."[157]

Großen Anteil am Funktionieren der Versorgung über Lebensmittelkarten hatten dem „Führer" zufolge die Frauen, die es verstanden, den Speiseplan variabel zu gestalten und mit den teilweise eingeführten Ersatzstoffen zurechtzukommen.

Am 16. März 1940 zog das Ernährungsamt in größere Räume im Markgräflichen Palais am Rondellplatz um, um die wachsenden Aufgaben bewältigen zu können. Zugeteilt wurden außerdem Textilien und Lederwaren, Treibstoffe und Mineralöle sowie Fahrradreifen und -schläuche. Sonderzulagen erhielten Schwer- und Schwerstarbeiter, Lang- und Nachtarbeiter, Binnenschiffer, werdende und stillende Mütter, Kinder und Kranke. Erst 1942 erfolgte die erste Kürzung der Rationen, ernsthafte Probleme traten aber bis 1944/45 nicht auf.[158]

Arbeit im Krieg

Der Einsatz von Frauen und Jugendlichen

Der Kriegsausbruch veränderte die Arbeitsmarktlage in Karlsruhe schlagartig: „Durch Einberufungen zum Heeresdienst und durch die angeordnete teilweise Freimachung der Grenzzone (siehe oben) trat eine Verknappung an Arbeitskräften ein, wodurch lebenswichtige Betriebe und solche mit staatspolitisch bedeutsamen Aufgaben in ernsthafte Bedrängnis kamen."[159] Vor allem in der Metallindustrie herrschte rasch ein Mangel an Facharbeitern, der durch die Versetzung von Arbeitern aus nicht kriegswichtigen Betrieben nur zu einem Teil behoben werden konnte.[160] Nach einem kurzfristigen, durch Materialknappheit verursachten leichten Ansteigen der Arbeitslosenzahl blieb diese seit Juli 1940 konstant unter 100, so daß die vom Statistischen Amt geführte Tabelle am 8. März 1943 mit dem Vermerk eingestellt wurde, daß „infolge Einführung

des totalen Kriegseinsatzes ab 1943... eine Weiterführung dieser Tabelle vor Kriegsende nicht mehr in Frage" komme.[161]
Da kaum noch zusätzliche männliche Arbeitskräfte zur Verfügung standen, wurden nach Kriegsbeginn verstärkt Frauen gesucht, welche die zur Wehrmacht eingezogenen städtischen Bediensteten ersetzen sollten.[162] Auch in der freien Wirtschaft wurden nun wieder verheiratete Frauen in größerer Zahl eingestellt. Im Januar 1940 war „die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften aus allen Wirtschaftszweigen sehr rege."[163] Wie im Ersten Weltkrieg (siehe oben) wurde wieder ein erheblicher Teil der bisher von Männern ausgeführten Arbeit von Frauen übernommen, z. B. als Straßenbahnschaffnerinnen, als Briefträgerinnen oder in der Industrie.
Die Frauen des Frauenarbeitsdienstes (FAD), der erst mit Beginn des Krieges verpflichtend eingeführt worden war, trugen ebenfalls zur Erledigung der notwendigen Arbeiten bei. Sie leisteten ihren 26wöchigen Dienst in 13 neuen Lagern für die „Arbeitsmaiden" ab, die im ersten Kriegsjahr in Baden eingerichtet wurden.[164] Die dort ihren „Pflichtdienst" ableistenden Mädchen wurden vor allem in der Landwirtschaft eingesetzt. Seit 1938 mußten alle unverheirateten Frauen unter 25 Jahren ein Jahr Arbeit in der Haus- oder Landwirtschaft übernehmen.

Das nationalsozialistische Frauenbild

Mit diesem verstärkten Arbeitseinsatz von Frauen war das nationalsozialistische Bild der Frau als Mutter möglichst vieler Kinder natürlich in Frage gestellt. Nach ihrer Machtübernahme hatten die Nationalsozialisten mit einer gezielten Bevölkerungspolitik versucht, die Geburtenrate zu steigern. Das seit 1938 ab vier Kindern verliehene Mutterkreuz konnten allerdings nur „erbtüchtige" und „deutschblütige" Frauen bekommen, denn man wollte nur Kinder aus „erbgesunden deutschen Familien, da nicht der Kindersegen an sich, sondern die Aufartung des Volkes das Ziel des völkischen Staates sein könne."[165] Dies hatte für die Frauen Konsequenzen, denn nun wurden sie als „Hüterinnen der Art" einer zusätzlichen Kontrolle unterworfen, die sicherstellen sollte, daß nur „erbgesunde" Kinder geboren wurden. Diese Aufgabe übernahm seit dem 1. April 1935 das neue Staatliche Gesundheitsamt in der Karlstraße 36/38, wo eine Beratungsstellen für Erb- und Rassenpflege eingerichtet wurde. Grundlage dazu war das im Sommer 1933 erlassene Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, das die Sterilisation von Personen erlaubte, bei denen Behinderungen der Kinder zu erwarten waren. In Karlsruhe wurden solche Zwangssterilisationen in der Landesfrauenklinik, im städtischen Krankenhaus – hier auch von Männern – und im Diakonissenkrankenhaus vorgenommen.

Die Erfassung der weiblichen Arbeitskräfte und der Jugend im „totalen Krieg"

Die Rolle der Frau als Mutter erbgesunden Nachwuchses war seit 1936 zunehmend in Frage gestellt. Als im Zeichen des ersten Vierjahresplans zunehmend Arbeitskräfte benötigt wurden, dachte man um und rechtfertigte dies durch den „Dienst an der Volksgemeinschaft."[166]
Schwierigkeiten bereiteten nach Kriegsausbruch auch die „hohen Familienunterstützungen, die durch die Einberufung der Ehemänner zum Militärdienst gezahlt werden", wodurch viele Frauen nicht bereit waren, in einer Fabrik zu arbeiten. Im Mai 1940 waren nur 15 bis 20 % der von Familienunterstützung lebenden Frauen auf Druck des Arbeitsamtes zur Annahme einer Arbeit bereit. „Die Erfassung und Bereitstellung dieser weiblichen Hilfskräfte" wurde deshalb als die dringendste Aufgabe der Arbeitsämter angesehen.[167] Der Erfolg war aber eher mäßig. Im Dezember 1940 klagte das Arbeitsamt, daß die Hauptschwierigkeit „nach wie vor in der inneren Haltung der Frauen" liege. „Es fehlt ihnen das Verständnis für die Forderungen des Arbeitseinsatzes im Kriege. Wenn sie die gewünschte Arbeit nicht erhalten, zeigen sie sich allem Zureden gegenüber unzugänglich."

Eine vom Arbeitsamt mit den Parteidienststellen durchgeführte Werbeaktion unter den Karlsruher Frauen im Frühjahr 1941 führte dazu, daß rund 15 % der Erfaßten sich zu einer halb- oder ganztätigen Beschäftigung bereit erklärten. Wenig später relativierte sich dieses vermeintlich gute Ergebnis wieder, denn: „Nachdem allgemein bekannt geworden ist, daß das Arbeitsamt gegen Frauen mit eigenem Haushalt kein Zwangsmittel besitzt, um sie zur Arbeit zu verpflichten, verlangen berufstätige Frauen mit Hausstand und Kindern ihre Freistellung nach dem Grundsatz: Gleiches Recht für alle." Ende des Jahres sah das Arbeitsamt „die in der heimischen Arbeiterschaft steckenden Kräftereserven" beim Einsatz von Frauen zur Neige gehen. Tatsächlich blieb der Einsatz der Frauen in der Industrie hinter den nationalsozialistischen Erwartungen zurück, so daß man in verstärktem Maße ausländische Arbeitskräfte, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter einsetzen mußte und auch wollte, da man nicht wie im Ersten Weltkrieg die Frauen bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit einsetzen wollte. (siehe oben).

Als im Frühjahr 1943 auf den totalen Arbeitseinsatz umgestellt wurde, verteilten die 41 NSDAP-Ortsgruppen über 6.500 Meldebögen, in denen sich vor allem Frauen zum Arbeitseinsatz bereit erklären sollten. Von 3.899 Frauen, die den Bogen ausfüllten, waren fast 1.500 zu keinerlei über die Führung ihres Haushalts hinausgehende Arbeit bereit.[168] Diesen widmete sich das Arbeitsamt in den folgenden Wochen in besonderem Maße, allerdings mit mäßigem Erfolg: „Unbefriedigend und mühevoll ist dagegen die Beratung jener Frauen, die es an der inneren Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme fehlen lassen und alle möglichen Vorwände finden, um sich dem Arbeitseinsatz zu entziehen oder die Aufnahme einer Tätigkeit wenigstens hinauszuzögern. Sie sind in allen Bevölkerungskreisen zu finden, überwiegend aber in den oberen Kreisen."[169] Diese Einschätzung korrigierte das Arbeitsamt wenig später zum Teil, da die ersten Erfahrungen mit den derart zur Arbeit verpflichteten Frauen gezeigt hatten, daß sich vor allem „die persönliche und berufliche Haltung der Frauen aus den oberen Bevölkerungskreisen als musterhaft und beispielhaft" erwiesen habe.[170]

Auch Jugendliche wurden im Laufe des Krieges, der in zunehmendem Maße alle Kräfte beanspruchte, immer stärker herangezogen. Noch vor Kriegsbeginn war durch die zweite

Ein Hitlerjunge als Straßenbahnschaffner, Foto 1941.

Durchführungsverordnung zum „Gesetz über die Hitler-Jugend" am 25. März 1939 der Dienst in dieser Organisation zur Pflicht geworden, die öffentlichrechtlichen Charakter trug und dem Arbeits- und dem Wehrdienst gleichgestellt war.[171]

Im Krieg übernahm die HJ im Sinne der Nationalsozialisten wichtige Aufgaben, zunächst vor allem im „kulturellen" Bereich: „Fast Sonntag für Sonntag erst recht aber im Kriege sorgt sie auf öffentlichen Plätzen, in Städten und Dörfern durch Liedersingen, verbunden

mit Stegreifspielen oder sonstigen lustigen Texten, für Entspannung und Freude."[172] Darüber hinaus wurde die HJ zu den nun üblichen Arbeiten herangezogen, unter anderem für: „Partei-Einsätze (Kurier-, Wach-, Propaganda-Dienst); Einsatz für Staat und Kommunen (Meldedienst, Luftschutz, Feuerwehrdienst); sogenannte Technische Nothilfe; Hilfsdienst bei der Post, der Bahn; Einsatz bei der Wehrmacht (Kurier- und Verladedienst, Verpflegungsausgabe, Telephondienst u.a.m.); Einsatz in Wirtschaftsbetrieben und Arbeitskommandos; Sammlungen von Altmaterial, Kleidungsstücken u.ä.; Land und Ernteeinsatz, NSV-Dienst und ‚kulturelle Betreuung'."[173] Dabei blieb es nicht: auch in Karlsruhe wurden Hitlerjungen im weiteren Kriegsverlauf als Flakhelfer und gegen Kriegsende als Volkssturmmänner eingesetzt.[174]

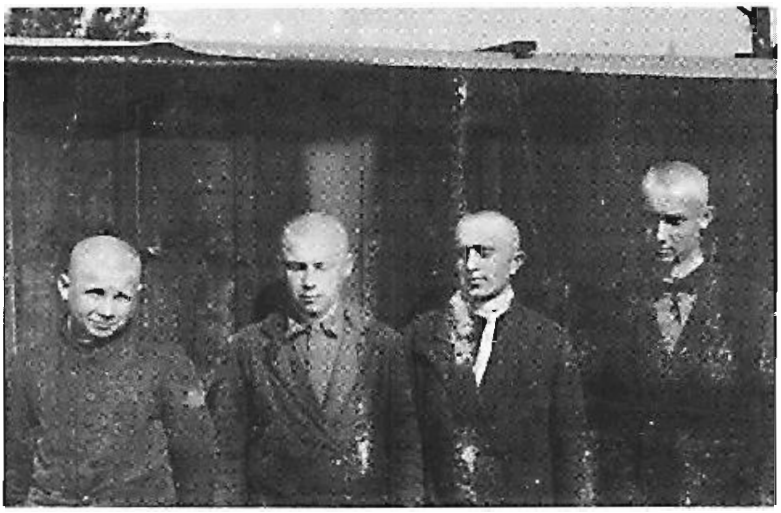
Seit 1938 wurden auch die Mädchen in der Haushaltungsschule des BDM in der Otto-Sachs-Straße 5 im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie auf den Krieg vorbereitet.[175] Dort standen neben Hausarbeiten wie Kochen und Nähen Ernährungslehre, Heimgestaltung und weltanschauliche Schulung auf dem Lehrplan. „Damit haben die Haushaltungsschulen des BDM die Aufgabe übernommen, die Mädel gründlich auf die ihnen später zufallenden Aufgaben der Frau vorzubereiten, die tüchtig, praktisch und wachsam die Verantwortung trägt, die ihr im Rahmen des Volkes zufällt."[176]

Mädchen des BDM versorgten im Kriege Kranke und brachten die Ernte ein und ersetzten so Arbeitskräfte, die im Kriegsdienst benötigt wurden.[177] Durch den Einsatz von Frauen und Jugendlichen allein war der Arbeitskräftemangel im Kriege nicht zu beseitigen. Nun wurden auch in einem viel größeren Umfang als im Ersten Weltkrieg Kriegsgefangene eingesetzt und als Novum Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen.

Kriegsgefangene und Zwangsarbeit

Bereits im November 1939 hatte der Beauftragte für den Vierjahresplan Hermann Göring die Übernahme polnischer Männer und Frauen vor allem in deutsche landwirtschaftliche Betriebe angeordnet.[178] In anderen Wirtschaftszweigen bestand allerdings nach wie vor ein hoher Bedarf an zusätzlichen Arbeitern. 1940 wurden deshalb zunächst verstärkt Arbeitskräfte aus verbündeten Ländern wie Italien und Spanien angeworben. Nach dem Sieg über Frankreich kamen auch Kriegsgefangene aus Belgien, Frankreich und den Niederlanden hinzu. Nachdem anfangs der Einsatz von sowjetischen Arbeitskräften aus ideologischen Gründen – sie galten in der nationalsozialistischen Rasselehre als „minderwertig" – nicht in Frage kam, schwenkte man noch 1941 um, da ansonsten der Bedarf an Arbeitskräften nicht zu decken gewesen wäre. Zu diesem Zeitpunkt waren aber schon Millionen sowjetischer Kriegsgefangener im Verantwortungsbereich der Wehrmacht und der SS unter elendesten Bedingungen ums Leben gekommen, so daß auch von dort nur ein Teil der benötigten Arbeitskräfte kommen konnte.[179] Zwangsrekrutierungen unter der Zivilbevölkerung in der Sowjetunion, aber auch in den anderen besetzten Ländern, waren nun die Folge. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in dem Einsatz von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen in Karlsruhe wieder.

Die ersten polnischen Kriegsgefangenen wurden im Herbst 1939 in landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt.[180] Angesichts der anhaltenden Personalknappheit vor allem in der Industrie hoffte man schon bald nach Beginn des Feldzuges gegen Frankreich im Mai 1940, als sich dessen Erfolg abzeichnete „auf die durch einen weitgeheden Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen demnächst eintretende Entspannung."[181] In Karlsruhe trat diese erwartete Entspannung aber nicht in dem erwarteten Ausmaß ein. Im Oktober 1940 waren z. B. von fast 1.000 angeforderten Kriegsgefangenen nur 120 zugeteilt worden. Auch Arbeitskräfte aus dem Elsaß brachten nicht die gewünschte Besserung. Obwohl ebenfalls im Oktober über 750 Elsässer und Elsässerinnen im Arbeitsamtsbe-



Das städtische Tiefbauamt beschäftigte u. a. sowjetische Zwangsarbeiter, Foto 1943.

zirk Karlsruhe vermittelt werden konnten, fehlten immer noch über 1.100. Seit Februar 1941 wurden diese aber verstärkt wieder zurückgerufen für den Arbeitseinsatz in ihrer Heimat.

Im Juni 1941 brachten 30 italienische Arbeitskräfte kaum Entlastung. Probleme bereitete häufig die Integration ausländischer Arbeiter, die wie eine Anzahl Spanier den körperlichen Anstrengungen – so die Einschätzung der Behörden – nicht gewachsen seien oder wie eine Anzahl jüngerer französischer Arbeiter mit der Bezahlung nicht zufrieden waren.[182]

Im Frühjahr 1941 hatten die ersten Betriebe eigene Gefangenenlager eingerichtet, für deren Überwachung nach wie vor die Wehrmacht zuständig war. Auch die Stadt richtete Lager ein für die Kriegsgefangenen, die sie in den Bereichen Müllabfuhr, Kanalarbeiten, Straßenreinigung und -unterhaltung sowie im Rheinhafen einsetzte. Im August 1943 waren in dem städtischen Gemeinschaftslager in der Karl-Friedrich-Str. 23 z. B. 69 Holländer, sechs Belgier, drei Franzosen und ein Grieche untergebracht. Insgesamt beschäftigte die Stadt zu diesem Zeitpunkt 108 Männer und 20 Frauen aus dem Ausland.[183]

Größere Lager unterhielten vor allem die DWM, die 1942 1.465 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in ihren Barackenlagern und in verschiedenen Gasthäusern untergebracht hatte, und das Reichsbahnausbesserungswerk, auf dessen Werksgelände in der Wielandstraße 412 sowjetische Frauen und Männer in Baracken wohnten.[184] Allein zum Zweck der Organisation der Unterbringung und Versorgung der Zwangsarbeiter war im Januar 1942 die „Arbeitsgemeinschaft der Betriebe zur Versorgung der zivilen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter e.V.“ gegründet worden, der bald alle Karlsruher Betriebe angehörten, die Ausländer beschäftigten – Ende des Jahres waren es 238.[185] Zu diesem Zeitpunkt gab es 41 Lager in der Stadt, von denen das größte das Lager der DWM in der Hardeckstraße am Westbahnhof war, in dem über 1.000 Menschen untergebracht werden konnten.

Erst nachdem die Umstellung auf Kriegsproduktion seit 1941 voll zum Tragen kam, nahm die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte rapide zu. Die Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion erforderte neue Rüstungsbetriebe und die Erweiterung der bestehenden. Der Arbeitsamtsbezirk Karlsruhe, „der lange Jahre ein Abgabebezirk [an Arbeitskräften] erster Ordnung war“, wurde nun zum Aufnahmebezirk.[186]

Die DWM gingen bereits im Februar 1941 davon aus, daß sie weitere 2.000 Arbeitskräfte benötige. Als die Firma ihre zivile Produktion im Oktober 1941 ein- und voll auf Kriegsproduktion umstellte, gab es immer noch einen

Bedarf von 2.000 einheimischen und 1.000 ausländischen Arbeitskräften sowie von 400 Kriegsgefangenen. Außer den Munitionsfabriken profitierte die Karlsruher Wirtschaft insgesamt in hohem Maße von kriegsbedingten Aufträgen. Junker & Ruh bekam z. B. Ende 1939 zahlreiche Aufträge zur Lieferung von Großküchen an die Marine und Anfang 1941 einen Auftrag über 3.600 Öfen für Luftschutzräume und Baracken.[187]

Angesichts der immer größer werdenden Personalknappheit sahen sich die „Bedarfsbetriebe" veranlaßt, „umfangreiche Anträge auf Zuteilung von ausländischen Zivilarbeitern zu stellen."[188] Die Rüstungsbetriebe – außer den DWM und der Munitionsfabrik Gustav Genschow in Durlach/Wolfartsweier kamen 1940 die Süddeutschen Arguswerke Heinrich Koppenberg und 1941/42 die Mauser-Werke mit Zweigniederlassungen hinzu – wiesen insgesamt den höchsten Anteil an Zwangsarbeitern auf.[189]

Im April 1942 häuften sich in den Akten auch die Klagen über nachlassende Arbeitsleistungen vor allem der französischen Kriegsgefangenen, während den russischen Kriegsgefangenen nach der allmählichen Besserung ihres Gesundheitszustandes zufriedenstellende Arbeitsleistungen bescheinigt wurden. Auch russische Zivilarbeiter seien „willig und fleißig" und die Arbeitsleistungen gut, sofern eine ausreichende Verpflegung gewährleistet war. Mitte 1942 wurde der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften weitgehend durch ausländische Arbeiterinnen gedeckt. Wie dringend neue ausländische Arbeitskräfte gebraucht wurden, zeigte sich immer deutlicher. Die im Arbeitsamtsbezirk Karlsruhe vorhandenen Reserven waren im Oktober 1942 erschöpft. Als ein erwarteter Ostarbeiterzug ausblieb, konnten die Lücken nicht mehr geschlossen werden.[190] Ende 1942 waren rund 6.000 ausländische Arbeitskräfte in Karlsruhe beschäftigt, die meisten unter ihnen gegen ihren Willen.[191] Im Sommer 1944 war der Höchststand mit rund 10.000 Zwangsarbeitern in der Stadt erreicht.

Die Versorgung der Ostarbeiter war vielfach ebenso unzureichend wie die Ausstattung mit Kleidung. Im Winter 1942/43 arbeiteten viele Ostarbeiterinnen in den Fabriken barfuß, da sie keine Schuhe besaßen.[192] Durch die zahlreichen Zwangsarbeiter florierte auch die lange Zeit nicht voll ausgelastete Volksküche in der Scheffelstraße wieder. Zeitweise wurden dort bis zu 15.000 Essen gekocht, die an Betriebe ohne eigene Küche geliefert wurden.[193]

Bei der Versorgung und der Behandlung der „Arbeitervölker" kam die von der NS-Ideologie vorgesehene Hierarchisierung zum Tragen, an deren Spitze die „germanischen Völker" wie Holländer, Dänen, Norweger und Flamen standen. Die Hierarchie ging über die „Westvölker fremdvölkischer Abstammung", das waren Franzosen und Wallonen, bis zu den Polen und den „Ostarbeitern."[194] Entsprechend wurden die Zwangsarbeiter behandelt: „Die Arbeitskräfte aus dem Osten, und seit September 1943 auch die italienischen Militärinternierten [nach dem Ausscheiden Italiens aus dem Bündnis mit Deutschland] hatten mit Abstand die schlechtesten Lebensverhältnisse. Das Mittel des Terrors gegen Polen und Russen war durch besondere Erlasse staatlicherseits ausdrücklich vorgesehen." In der Praxis verschaffte man den Zwangsarbeitern zwar durchaus auch Erleichterungen durch ausreichende Versorgung, griff aber auch zu den Mitteln der Bestrafung „bis hin zur Einweisung in Konzentrationslager und Hinrichtung, die das nationalsozialistische Sonderrecht bot."[195] Ein Beispiel für die grausame Anwendung dieses Sonderrechtes ist der 30jährige polnische Kriegsgefangene Stanislaus Damaziak, den die Gestapo im Rittnertwald bei Durlach hinrichtete, weil er sich einem Durlacher Mädchen genähert hatte und denunziert worden war.[196] Dies war kein Einzelfall. Für solche und andere „schwere Vergehen", z. B. Diebstähle oder Plünderungen, wurden eine Reihe von Todesurteilen verhängt. Zwischen den Baracken der DWM an der Hardeckstraße stand ein weithin sichtbarer Galgen, an dem die Hingerichteten einen Tag lang zur Abschreckung hingen.[197] Als Karlsruhe am 4. April 1945 von französischen Truppen befreit wurde, waren die meisten Zwangsarbeiter

noch in Karlsruhe. Nur wenige mußten vorher noch die Stadt in noch nicht besetzte Gebiete verlassen.

Die Verlegung der Gauhauptstadt[198]

Am 20. Juni 1940 verkündete „Der Führer" triumphierend: „Die deutsche Flagge auf dem Straßburger Münster." Nach dem erfolgreichen Verlauf des Feldzuges gegen Frankreich und der Annexion von Elsaß-Lothringen, setzte in Karlsruhe eine Diskussion über die Verlegung des Regierungssitzes ein, da man offensichtlich die weitreichenden Pläne Wagners kannte. Ohne eine entsprechende Ermächtigung Hitlers hatte Wagner die Initiative an sich gerissen. Er war zunächst von dem Oberbefehlshaber des Heeres als Chef der Zivilverwaltung eingesetzt worden und behielt diese Funktion auch, als die Zuständigkeit des Militärs in Elsaß-Lothringen am 20. Juni endete.[199]

Schon vor Hitlers Entscheidung, am 1. Juli in Elsaß-Lothringen eine deutsche Verwaltung einzurichten, hatte Wagner am 21. Juni mit der Entlassung des französischen Präfekten den Übergang von der französischen zur deutschen Verwaltung eingeleitet, die in den folgenden Wochen reibungslos vonstatten ging: „Das Land zwischen Rhein und Vogesen war wohl 1940 vom Reich erobert worden. In Besitz genommen wurde es von Baden. Die rapide, in wenigen Wochen abgeschlossene Einrichtung der deutschen Zivilverwaltung war nur möglich, weil Robert Wagner, auf seine Stunde bestens vorbereitet, mit einem großen Aufgebot badischer Staatsdiener und Parteifunktionäre den deutschen Truppen auf dem Fuße folgte und, militärisch gesprochen, von Baden her aufrollte." Dies war auch der Stadtverwaltung Karlsruhe nicht verborgen geblieben. Angesichts der drohenden Verlegung der Hauptstadt erinnerte man Wagner an seine früheren Äußerungen, mit denen dieser im Zusammenhang mit der beabsichtigten Verlegung von Reichsbehörden betont hatte, daß Karlsruhe nicht mehr lebensfähig sei, wenn es nicht Sitz der Regierung eines Reichsgaus bleibe. Wagners Pläne würden „den Rückfall von Karlsruhe in die Rolle einer Provinzstadt ohne Gesicht und ohne Rang bedeuten."[200] Der Verlust der Beamten und Behördenangestellten sowie der Parteibediensteten mit ihrem stetigen, gesicherten Einkommen würde die Existenzgrundlage vieler Handels- und Gewerbezweige so verschmälern, daß sie nicht mehr lebensfähig seien. Außerdem seien Rang und Bedeutung der Technischen Hochschule und des Badischen Staatstheaters in höchstem Maße gefährdet. Der Rheinhafen könne mit dem nun protegierten Großrheinhafen Straßburg/Kehl nicht mehr konkurrieren, und viele wichtige Firmen würden dorthin umziehen.

Über eine Verlegung der Gauhauptstadt „Oberrhein" nach Straßburg wurde vorerst nicht entschieden, da die Problematik der Angliederung Elsaß-Lothringens an das Reich noch nicht gelöst war. Es blieb vorerst bei dem Gau „Baden-Elsaß" mit Gausitz Karlsruhe, wobei im Elsaß als Übergangslösung badische Filialverwaltungen eingerichtet wurden. Die Gaudienststellen der Partei zogen allerdings schon vollständig nach Straßburg.[201]

Am 18. Juli 1940 unterrichtete Oberbürgermeister Hüssy seine leitenden Beamten und stellte zwei Alternativen der künftigen Entwickung in den Raum:

a) Karlsruhe bleibe Gauhauptstadt aufgrund seiner geschichtlichen Entwicklung. „Hierbei könne man den Standpunkt vertreten, daß Karlsruhe weder stark alemannisch, noch stark fränkisch oder schwäbisch beeinflußt, sondern völkisch gesehen eine Stadt mit einer vollständig verschieden zusammengestellten Bevölkerung sei und deshalb als Gauhauptstadt für den verschiedenartig zusammengesetzten neuen Gau sich besonders eigne.

b) Karlsruhe verliert seine Eigenschaft als Gauhauptstadt und Regierungsstadt, weil Straßburg im Zuge der Großdeutschen Politik der Schlüssel des Westens und schon in früheren Jahrhunderten die Stadt deutscher Politik und deutschen Kampfes gewesen sei."[202]

Für beide Fälle bat er seine Amtsvorstände, die notwendigen Maßnahmen zusammenzu-

stellen, die nach Beendigung des Krieges erforderlich seien. Großprojekte wie der Ausbau des Flughafens oder die Eingemeindung von Ettlingen sollten als Langzeitprogramm aufgelistet werden. Falls Straßburg neue Gauhauptstadt werde, solle man berücksichtigen, daß für jeden abziehenden Beamten 4-5 Arbeiter nach Karlsruhe kommen müßten. Aus dem bisherigen Karlsruher „Umschlaghafen" müsse dann ein „Industriehafen" werden. Davon sei auch die Gestaltung der Stadt betroffen, aber es sei „keineswegs beabsichtigt, aus Karlsruhe irgendeine unpersönliche Industriestadt, wie man sie im Rheinland finde, zu machen, sondern von vornherein ihr eine bestimmtes Gepräge zu geben." Karlsruhe sei auf jeden Fall nach wie vor als eine im Schnittpunkt der Nord-Süd-Linie wie auch der Ost-West-Linie liegende Stadt zur Aufnahme eines Großflughafens mit Zubringerlinien u. a. nach Straßburg geeignet. Die Karlsruher Hochschulen müßten stark gefördert werden, vor allem die Technische Hochschule, deren Erweiterung das Kinderkrankenhaus weichen müsse. Auch das Städtische Krankenhaus müsse bei einem Ausbau des Flughafens verlegt werden, so daß ein neuer Krankenhauskomplex vorzusehen sei. Hüssy forderte abschließend, „daß in jedem Falle ganze Arbeit, vollkommene und keinerlei Not- und Teillösungen in Betracht kämen. Als Baustadt müsse man berücksichtigen, daß keineswegs mehr eine Stillosigkeit geduldet werden dürfe, vielmehr für die Zukunft zu bauen sei."[203]
Hüssy rechnete offensichtlich noch mit einer schnellen Entscheidung und bat seine Amtsleiter, ihren Urlaub möglichst bald zu regeln, „da nach Klärung der Frage, ob Karlsruhe Gauhauptstadt bleibe oder nicht, an eine Beurlaubung der Dienstvorstände nicht mehr zu denken sei." Am 28. Juli teilte ihm Wagner aber mit, daß nach einer Besprechung mit Hitler eine Verlegung des Gausitzes zwar geplant und wahrscheinlich sei, die endgültige Entscheidung aber noch getroffen werden müsse. Wagner hatte Hitler darauf hingewiesen, daß Karlsruhe durch die Verlegung großer Schaden entstehe, woraufhin dieser erklärte, „er wolle niemals haben, daß Karlsruhe einen Nachteil erleide, zumal sich die Karlsruher Bevölkerung, insbesondere auch in der Zeit der Nichtmilitarisierung, gut gehalten habe." Hüssy sah aber bei jeder der im Raum stehenden Lösungen Perspektiven für die Stadt, denn: „Karlsruhe treibe Politik für die Zukunft. Die Württemberger würden nach ein paar Jahren so auf Baden blicken, wie Baden manchmal nach dem Nachbarland Württemberg geschaut habe. Der neue Gau werde nicht nur einer der schönsten, sondern auch einer der größten." Eine endgültige Entscheidung fiel bis Ende des Krieges nicht mehr. Dennoch gab Hüssy schon am 5. September 1940 Anweisung, die Stadtplanungen zu intensivieren. Deshalb erhielten u. a. die Karlsruher Professoren Friedrich Raab und Otto Ernst Schweizer am 15. November 1943 den Auftrag, ein Gutachten „über die Ausgestaltung der Bahnanlagen und die Ausweisung von Baugebieten" zu erstellen, das die durch die Verlegung des Sitzes der Gauleitung nach Straßburg Karlsruhe entstehenden Nachteile zu berücksichtigen habe, „die durch den Ausbau des industriellen Sektors und eine damit verbundene Vermehrung der Bevölkerung ausgeglichen werden sollen."[204] , Daran konnte man in der Nachkriegszeit anknüpfen, als Karlsruhe tatsächlich seine Hauptstadtfunktion verlor (siehe unten).

Karlsruhe im Luftkrieg

Angesichts der Luftangriffe des Ersten Weltkriegs (siehe oben) hatten bereits Ende der 20er Jahre Bemühungen um die Organisation des Luftschutzes eingesetzt.[205] Im Dezember 1932 war in Karlsruhe eine Ortsgruppe des Deutschen Luftschutzverbandes gegründet worden, die zu diesem Zeitpunkt auch noch „kritische Gedanken" auslöste. Ein Artikel des „Badischen Beobachters" endet mit der Schlußfolgerung: „Keine doch nur unvollständigen Schutzmaßnahmen, die nur eine untragbare finanzielle Volksbelastung ohne weiteren Schutz bedeuten würden, aber unerbittlichen Kampf überall gegen alle finsteren Mächte,

die zu Volksverhetzung und Krieg treiben."[206] Der Schreiber ahnte sicher nicht, daß die „Volksverhetzer" und „Kriegstreiber" unmittelbar vor der Machtübernahme standen. Seit März 1933 waren solche kritischen Artikel auf jeden Fall nicht mehr möglich. Die Ortsgruppe des Deutschen Luftschutzbundes hielt schon am 11. Mai 1933 einen ersten Probealarm mit Verdunklungsmaßnahme als Luftschutzübung in Karlsruhe ab, dem zahlreiche weitere folgten. Bei Kriegsausbruch war aber dennoch eine der dringlichen Aufgaben die weitere Verbesserung bzw. die Schaffung von Luftschutzeinrichtungen.[207] Angesichts der Tatsache, daß bis zum Juni 1940 gerade eine Stunde Fliegeralarm gegeben worden war, schien die Gefahr eines Luftangriffs zunächst relativ gering zu sein.[208] Am 12. März 1940 warnte deshalb ein Artikel im „Führer" vor Nachlässigkeit: „Die Stunde, die den vollen Einsatz der Luftschutzfront fordert, kann jederzeit schlagen. Daß wir – schon im fünften Kriegsmonat – das Gegenteil allzu phantasievoller Vorkriegsbetrachtungen erleben, beweist gar nichts. Luftangriffe unserer Feinde sind möglich. Vorstöße feindlicher Kampfflugzeuge müssen deshalb auch die Heimatfront stets gewappnet und geschlossen finden. Und das zeigt sich vor allem auch in einer gewissenhaft – wie am ersten Kriegstag – durchgeführten Verdunkelung. Kein noch so schwacher Lichtstrahl soll den feindlichen Fliegern einen Anhaltspunkt bieten."[209]

Die Warnung war berechtigt. Auch in Karlsruhe wurde aus den Luftschutzübungen der Vorkriegszeit bald bitterer Ernst. Ein erster Luftalarm am 15. Juni 1940, genau 25 Jahre nach dem ersten Luftangriff auf Karlsruhe, bei dem Todesopfer zu beklagen waren (siehe oben), löste angesichts der deutschen Siege im Westen noch eher Verwunderung aus. Einzelne Bomben auf die Gemarkung von Grünwettersbach und Hohenwettersbach, beide noch selbständige Dörfer, richteten keinen Schaden an.[210]

Doch schon 1941 gab es eine größere Zahl von Toten. Die Stadt war zuvor von einer wirkungsvollen Bestückung mit schweren Flakgeschützen ausgenommen worden, da man „zwei 3,7-cm- und zwei 2-cm-Batterien für ausreichend" hielt.[211] So trafen die in der Nacht vom 5. auf den 6. August anfliegenden englischen Bomber auf eine relativ schwache Luftabwehr. 23 Menschen starben direkt, elf an den Folgen ihrer bei dem Angriff erlittenen Verletzungen. Betroffen waren vor allem die Stadtteile Daxlanden, Grünwinkel und Mühlburg im Westen, Hagsfeld und Durlach im Osten sowie die Bahnhofsgegend.[212]

Im Jahr 1942 wurde Karlsruhe nach den Städten Lübeck, Rostock und Köln eines der ersten Ziele der Flächenangriffe, auf die die englische Luftflotte nach dem Scheitern der gezielten Einzelangriffe übergegangen war. In Karlsruhe markierten erstmals Leuchtbomben, im Volksmund „Christbäume" genannt, die Ziele. Der Angriff in der Nacht vom 2. auf den 3. September 1942 traf die Stadt schwer. „Vom Rondellplatz bis zum Rheinhafen und nach Knielingen zog sich eine Schneise der Verwüstung: das markgräfliche Palais, die Landessammlung für Naturkunde, fast die gesamte Westendstraße, heute Reinhold-Frank-Straße, die Christuskirche, Teile von Mühlburg und viele Betriebe im Hafen verglühten."[213] 73 Todesopfer und 711 Verwundete waren zu beklagen. „Der Führer" veröffentlichte darauf einen Nachruf auf die „Opfer des englischen Terrorangriffs auf die Gauhauptstadt Karlsruhe." Bei diesem Luftangriff waren auch etliche Industriebetriebe getroffen, deren Belegschaften mit dem Wiederaufbau begannen, „während noch die Trümmer rauchten."[214] Die Feuerwehren der Stadt waren nach diesem und den folgenden Luftangriffen im Großeinsatz. Seit dem 20. Dezember 1926 verfügte die Stadt über eine Berufsfeuerwehr, die von der Freiwilligen Feuerwehr unterstützt wurde. 1938 umfaßte die Berufsfeuerwehr 66 Mann. Die neun Freiwilligen Feuerwehren in den Stadtteilen Bulach, Daxlanden, Grünwinkel, Knielingen, Mühlburg, Rintheim und Rüppurr sowie in der Innenstadt und beim Gaswerk Ost, die sich 1936 zur „Freiwilligen Feuerwehr Karlsruhe-Durlach e.V." zusammengeschlossen hatten, umfaßten

Blick in die Körnerstraße nach dem Angriff vom 3. September 1942. Hier war eine 835-kg-Luftmine runtergegangen, die mehrere Häuser stark beschädigte und ein Todesopfer forderte.

1938 insgesamt 918 Mann. Am Kriegsende hatten die Feuerwehren fast 500 Einsätze hinter sich, die zuweilen über die Grenze der Belastbarkeit hinausgegangen waren.[215]

Nach dem ersten Großangriff folgte noch ein weiterer im Jahr 1942, der allerdings kaum Schaden anrichtete, obwohl mehr Flugzeuge an diesem Angriff beteiligt waren. Im Jahr 1943 blieb Karlsruhe trotz zahlreicher Luftalarme weitgehend vor Luftangriffen verschont. Dafür sollten aber die alliierten Luftangriffe die Stadt im Jahr 1944 mit voller Wucht treffen. Der von 600 Bombern – bis dahin die größte Flugzeugarmada, die Karlsruhe anflog – durchgeführte Angriff am 25. April, der eigentlich der Kernstadt galt, wurde durch einen aufkommenden Gewittersturm vor allem nach den Vororten Rintheim und Grötzingen abgedrängt, wo insgesamt 118 Menschen zu Tode kamen. Fünf schwere Tagesangriffe, die dem Hauptbahnhof und den Eisenbahnanlagen galten, forderten bis Anfang September weitere 925 Todesopfer.

Der Angriff, der das Stadtbild weitaus nachhaltiger verändern sollte, stand aber erst bevor. Wieder traf die Stadt ein neues, vorher nur in Darmstadt angewandtes Verfahren: der „Todesfächer", der sich an zuvor abgeworfenen Bodenmarkierungen orientierte, von dem die Flugzeuge in einem vorgegebenen Winkel ihr Angriffsziel anflogen. 237 Bomber warfen am 27. September fast eine halbe Million Brandbomben ab, die die Stadt in ein Flammenmeer verwandelten.

„Gegen 5 Uhr morgens Terror-Angriff auf Karlsruhe. ... Es wurde nur Voralarm gegeben und schon schoß die Flak. Wir dann halb angezogen in den Luftschutzkeller – ich nur in der Hose. Dann gings los: Sprengbomben und das eigentümliche Geprassel der Brandbomben. Die auf unser Haus fallenden Brandbomben konnten wir alle löschen ... Ein Glück war, daß die Brandbomben durchgeschlagen haben und nicht im Gebälk steckengeblieben sind. ... Der ganze Stadtteil brennt."[216] So beschrieb der damals 58jährige Josef Steltz den Angriff am 27. September 1944 auf Karlsruhe, der als der schwerste Brandbombenangriff in die Geschichte der Stadt eingehen sollte. Die Familie Steltz wohnte in der Redtenbacherstraße in der Südweststadt, die zu den am stärksten betroffenen Karlsruher Stadtteilen gehörte.

„Binnen weniger Minuten wogte ein riesiges Flammenmeer vom Durlacher Tor zum Rheinhafen. Nur den breiten Straßen der Barockstadt, den vielen geräumigen Plätzen und den allenthalben klaffenden Lücken vorangegangener Zerstörungen, vor allem der bereits 1942 ausgeglühten Reinhold-Frank-Straße, ist es zu verdanken, daß ... es zu keinem Feuer-

Die Überlebenden suchten nach dem Angriff in den Trümmern nach noch brauchbaren Gegenständen.

sturm wie in Hamburg, Wuppertal oder Darmstadt kam.“[217] So kamen „nur“ 51 Menschen um. Die über 1.000 Verletzten, darunter viele Menschen mit Rauchvergiftungen, belegen aber, daß es sich um einen der schwersten Angriffe auf die Stadt handelte. Dies wird bestätigt durch das Bild der Verwüstung, das der Angriff vor allem in der Innenstadt hinterließ. Die Bevölkerung erhielt nach diesem Angriff die erste und einzige Verpflegungszulage, pro Person 50g Röstkaffee und 125g Kakaopulver, die Erwachsenen eine halbe Flasche Trinkbranntwein.[218] Mit dem Angriff vom 27. September war der Luftkrieg über Karlsruhe aber noch nicht zu Ende: nach zahlreichen kleineren Angriffen griffen am 4. Dezember fast 900 englische Bomber die bereits schwer getroffene Stadt erneut an. Nach dem Angriff, der als der schwerste Sprengbombenangriff auf Karlsruhe gilt, hatten mindestens 357 Menschen ihr Leben verloren, darunter auch mindestens 39 Zwangsarbeiter. Allein rund 100 Menschen lagen unter den Trümmern des Lokals „Drei Linden“ in Mühlburg, in dessen Luftschutzkeller zahlreiche Mühlburger und Mühlburgerinnen vermeintliche Sicherheit gesucht hatten. Es folgten noch eine Reihe kleinerer Angriffe und in der Endphase des Krieges auch die berüchtigten Angriffe der Jagdbomber („Jabos“). Vor allem in den beiden letzten Kriegsjahren verbrachte die Bevölkerung einen zunehmenden Teil der Zeit in den Luftschutzkellern und den auf die Stadt verteilten Bunkern. Viele hatten in den Kellern eine „Zweitwohnung“ eingerichtet.[219] Seit Kriegbeginn war 1.032 Mal Fliegeralarm gegeben worden mit einer Alarmzeit von 1.477 Stunden. Bei 135 belegten Angriffen hatten mehr als 4.000 Bomber mindestens 12.000 Spreng- und Brandbomben abgeworfen. 1.745 Tote und 3.508 Verletzte hatte es gegeben. Von den 17.134 Wohnhäusern waren nur 3.414 unbeschädigt geblieben.[220]

Kriegsende

Als am 12. November 1944 auf dem Festplatz das erste Karlsruher aus rund 600 nicht bereits an der Front eingesetzten Männern der Jahrgänge 1884 bis 1928 bestehende Volkssturmbataillon von Kreisleiter Worch vereidigt wurde, war sicher nur einigen wenigen noch nicht klar, daß der Krieg trotz aller nationalsozialistischen Durchhalteparolen verloren war. Zum Zeitpunkt der Vereidigung waren bereits etliche Karlsruher evakuiert worden, denen bis Jahresende weitere folgen sollten, ohne daß dies noch von Partei- oder Staatsdienststellen koordiniert werden konnte. Nach dem Angriff vom 4. Dezember sollten vor allem die Kinder „aus der Stadt aufs Land gebracht werden, um

dort Schutz vor weiteren Terrorangriffen zu finden."[221]

Die schlecht ausgerüsteten Volkssturmeinheiten bewirkten militärisch kaum etwas. Der Karlsruher Kampfkommandant Generalmajor Hoßfeld beurteilte den Kampfwert des Karlsruher Volkssturmbataillons Ende März „mit null."[222] Zu diesem Zeitpunkt standen französische Truppen noch auf der anderen Rheinseite. Von dort aus wurde die Stadt in der zweiten Märzhälfte zunehmend auch systematisch mit Ferngeschützen beschossen. Dem Beschuß fielen noch etliche Personen zum Opfer, so z. B. am 22. März 1945, als in Knielingen 16 Menschen, darunter drei Kinder unter zehn Jahren, starben.[223] Knielingen war bereits Ende 1944 immer wieder in das Feuer amerikanischer Geschütze geraten, die die Brücke bei Maxau beschossen.

Eigentlich war Nordbaden Operationsgebiet der 7. US Armee, doch am 27. März hatte der französische General de Lattre de Tassigny von seinem amerikanischen Kollegen, dem Kommandeur der 7. US-Armee, General Devers, das Zugeständnis erreicht, das französische Operationsgebiet, das auf Süd- und Mittelbaden beschränkt war, bis Speyer auszudehnen. Operationsziele wurden Karlsruhe, Pforzheim und Stuttgart. Am 31. März überschritt die französische 1. Armee den Rhein bei Philippsburg und Speyer, am 2. April gelang auch die Überquerung des Rheins bei Leimersheim. Am 4. April war für Karlsruhe der Krieg und damit auch die NS-Herrschaft zu Ende, nachdem angesichts der Aussichtslosigkeit weiteren Widerstandes die Stadt, die man kurz zuvor zur Festung erklärt hatte, von deutschen Truppen geräumt worden war. Die französischen Truppen waren unerwartet schnell auf Karlsruhe vorgestoßen, so daß die Gefahr der Einkesselung der Berliner „Bärendivision" bestand, die mit schwachen Kräften die Rheinfront halten sollte. Die für die Räumung Karlsruhes verantwortlichen Offiziere wurden zwar noch von einem im Sperlingshof bei Wilferdingen tagendenden Standgericht angeklagt, kamen aber angesichts der näherrückenden Front und mit dem Hinweis darauf davon, daß der neue Kampfkommandant nicht vereidigt gewesen sei. Der befehlshabende Offizier Obersleutnant Ernst Linke, der letztlich den Befehl zur Räumung gegeben hatte, wurde erst gar nicht angeklagt.[224]

Der Stadt und ihren verbliebenen Bewohnern blieben damit auf jeden Fall weitere Menschenverluste und Zerstörungen erspart. Als französische Truppen am 4. April einrückten – Knielingen und Neureut waren bereits am Vortag besetzt worden – starben noch einmal elf Menschen. Neben den Todesopfern unter der Zivilbevölkerung hatten 5.802 Soldaten aus Karlsruhe ihr Leben verloren, 3.554 weitere wurden vermißt.[225] Der von Deutschland provozierte und ausgelöste Krieg hatte also insgesamt mehr als 12.000 Menschen aus Karlsruhe das Leben gekostet. Die Befreiung durch die französischen Truppen, die damals noch nicht alle als Befreiung sehen wollten oder konnten, erlebten nur noch rund 60.000 Menschen in der zerstörten Stadt.

Einmarsch der französischen Truppen hier auf dem Marktplatz, wo der Ludwigsbrunnen noch mit einem Bretterschutz versehen war.

Widerstand und Verfolgung

MANFRED KOCH

Die umfassende Mobilisierung der Bevölkerung bei Massenversammlungen und Betriebsappellen sowie die organisatorische Erfassung der Bevölkerung in der Partei mit ihren Nebenorganisationen (siehe oben) konnten durchaus den Eindruck erwecken, als sei die NS-Ideologie von der geschlossen hinter dem Führer und der Partei stehenden „Volksgemeinschaft" Realität gewesen. Die Zerschlagung der Organisationen der politischen Gegner in allen gesellschaftlichen Bereichen und deren brutale Verfolgung von Anfang bis Ende des „Dritten Reichs" erweist diese Vorstellung jedoch als nationalsozialistisches Wunschbild.[1]

Unter dem Eindruck der rigiden Verfolgung selbst geringfügiger regimekritischer Haltungen oder Äußerungen hatte jedoch nur eine verschwindend kleine Minderheit deutscher Männer und Frauen den Mut, in aussichtsloser Position mit dem Risiko einer Verurteilung zu Zuchthausstrafen oder zum Tod gegen Gewalt und Unrecht für Menschlichkeit und Freiheit zu kämpfen, sich für den Kampf zu rüsten oder bereit zu halten.[2] Neben aktiven Formen des Widerstandes ist das eher passive alltägliche Abwehrverhalten gegen die Zumutungen des NS-Systems zu verzeichnen: das Fernbleiben von Betriebsappellen, die Nichtteilnahme an wohltätigen Sammlungen, das Abhören ausländischer Rundfunksender und anderes.[3] Für viele Menschen stellte sich „täglich die Entscheidungsfrage [...], sich der nationalsozialistischen Herausforderung [zu] unterwerfen oder aber [ihre] eigene Identität auch auf die Gefahr hin, verfolgt zu werden", zu behaupten.[4]

Selbst unter einem so weit gefaßten Widerstandsbegriff, der vom nonkonformen Verhalten, über stillschweigenden Ungehorsam bis zum offenen Protest reicht, blieb die Zahl derer, die sich dem NS-System entzogen, verschwindend klein. Auch wenn die „Volksgemeinschaft" nicht existierte, stand doch die überwiegende Zahl der Deutschen dem NS-Regime als Anhänger zustimmend oder als Mitläufer wohlwollend bis gleichgültig gegenüber. Sie konnten sich so von all den Verbrechen des nationalsozialistischen Systems nicht völlig freihalten.[5] An jene, die sich ihrer politischen Überzeugung halber, aus religiösen Gründen oder aus reiner Menschlichkeit gegen die Diktatur wandten, ist deshalb in besonderer Weise zu erinnern.

Widerstand der Arbeiterparteien

Kampf gegen den Nationalsozialismus von seiten der Arbeiterparteien und Gewerkschaften hat es schon vor 1933 gegeben. Auf der Straße, in Versammlungssälen, in der Presse und vor ordentlichen Gerichten fochten aufrechte Demokraten gegen die NSDAP. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung fand dieser Kampf unter Gefahr für Leib und Leben eine Fortsetzung. Männer und Frauen aus der Arbeiterbewegung waren die ersten, die nach der Machtergreifung zu spüren bekamen, wie die Nationalsozialisten mit ihren Gegnern umzuspringen gedachten. Die Welle der Verhaftungen – „Schutzhaftmaßnahmen" genannt –, traf im März 1933 vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter (siehe oben).[6] Als dann auch noch die Parteizeitungen verboten und die Parteibüros geschlossen wurden, waren die Arbeiterparteien praktisch schon im März, ein Vierteljahr vor ihrem offiziellen Verbot und früher als in anderen Ländern, aktionsunfähig. Für die Gewerkschaften kam reichsweit einen Tag nach dem von den Nazis usurpierten Arbeiterfeiertag des 1. Mai das Verbot und die Auflösung. Der Karlsruher NSDAP-Kreisleiter Willi Worch kündigte kurz darauf im Gemeinderat an, „daß es keinen Marxismus ..., ebenso keine Parteien mehr" geben werde. „Das Ziel der Nationalsozialisten sei ein in sich geschlossenes Volk, das von jeder Parteieinrichtung befreit sein solle."[7]

In Schutzhaft kamen zumeist für ein bis vier

Wochen führende Funktionäre und besonders aktive Mitglieder.[8] Betroffen waren alle Reichs- und Landtagsabgeordneten, darunter der Fraktionsvorsitzende der KPD im Landtag Robert Klausmann, von der SPD Kunigunde Fischer, Ludwig Marum, Leopold Rückert, aus dem Gemeinderat von der SPD Gustav Heller, Eugen Rothweiler, Friedrich Töpper, Dr. Eduard Kahn, von der KPD Gustav

Ludwig Marum war eines der ersten Opfer des nationalsozialistischen Terrors. Er wurde am 28./29. März 1934 im KZ Kislau ermordet.

Kappler, weiter der Leiter der KPD-Ortsgruppe Karlsruhe Clemens van Uehm und vom Vorstand der SPD-Ortsgruppe Oskar Trinks und Dr. Franz Karl Roßbach. Verhaftet wurden alle Gewerkschaftsvorsitzenden bis auf den bereits geflüchteten Gustav Schulenburg.[9] Sieben führende Sozialdemokraten stellten die Nazis in entwürdigender Weise beim Transport nach Kislau unter dem Gejohle eines Teils der Karlsruher Bevölkerung zur Schau (siehe oben). Das bürgerliche Lager blieb von Verhaftungen weitgehend verschont. Mit dem Staatspräsidenten Josef Schmitt, dem Landtagsabgeordneten Anton Hilbert und dem ehemaligen Reichsfinanzminister Heinrich Köhler kamen aber auch Angehörige der Zentrumspartei kurzzeitig in Schutzhaft.

Widerstand der KPD

Trotz der Versuche der Nationalsozialisten, die Organisationen der Arbeiterbewegung zu zerschlagen, kam der entschiedenste Widerstand gegen das neue Regime schon 1933 von Kommunisten und Sozialdemokraten. Die nicht verhafteten Funktionäre der KPD und die nachgerückten Kader bauten noch im März 1933 eine illegale Parteiorganisation auf. Es wurden Dreiergruppen gebildet, die untereinander keinen direkten Kontakt hielten, so daß bei Verhaftungen die Gefahr einer Entdeckung der ganzen Organisation nicht bestand. Die illegale Karlsruher KPD wurde angeleitet von Instrukteuren und Kurieren der Bezirksleitung in Mannheim. Dieser gehörte auch der ehemalige Karlsruher Stadtverordnete Gustav Kappler an, der 1934 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Die Aufgabe der Instrukteure und Kuriere bestand vornehmlich darin, die illegalen Verbindungen aufrechtzuerhalten und für planmäßige Beschaffung, Herstellung und Vertrieb der kommunistischen Druckschriften zu sorgen.[10]
In Straßburg leitete der aus dem Konzentrationslager Kislau geflohene Robert Klausmann eine Grenzstelle, die Südwestdeutschland betreute. Von dort wurden auch nach Karlsruhe Druckschriften geschafft.[11] Es lag nahe, daß dies Parteimitglieder aus Daxlanden erledigten. In dem bei der Gestapo „als Kommunistennest bekannten Vorort Daxlanden" hatte die KPD tatsächlich Wahlergebnisse vorzuweisen, die 1930 mit etwa 16 % doppelt so hoch lagen wie das Karlsruher Gesamtergebnis. Einer der „Grenzgänger" war der damals 27jährige Metallarbeiter August Dosenbach. Er war auch in der Nacht vom 20. zum 21. Oktober 1933 unterwegs, hatte aber von seinem Verbindungsmann im Elsaß eine Warnung er-

halten und deswegen keine Flugblätter bei sich. Dennoch wurde er von der Gestapo zwischen Knielingen und Maxau in der Nähe des Bahnwärterhäuschens „auf der Flucht erschossen", wie es in einer Pressemeldung hieß.[12] Seine Aufgabe übernahm dann offensichtlich Karl Seib. Der 34jährige verheiratete Hilfsarbeiter wohnte in der Agathenstraße und hatte zwei Kinder. Seib war von 1914 bis 1918 Kriegsfreiwilliger und gehörte seit 1921 der KPD an. Bis 1933 hatte er meistens Arbeit, seit 1933 war er arbeitslos. Die Gestapo sah ihn als „gefährlichen Kommunisten" und „agitatorische Kampfnatur." Nach einer dreiwöchigen Schutzhaft im Juni/Juli 1933 hatte er bei der Entlassung einen Revers unterschrieben mit der Versicherung, sich nicht mehr staatsfeindlich zu betätigen. Daran hat er sich nicht gehalten, sondern bis Ende 1933 zusammen mit Johann Heinrich Wagenblaß aus der Turnerstraße in Daxlanden viele hundert kommunistische Druckschriften und Flugblätter aus dem Elsaß und der Pfalz besorgt und im Gebälk der hölzernen Albbrücke nach Grünwinkel versteckt. Seit dem 24. Januar 1934 saß er in Untersuchungshaft und erhielt dann eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und acht Monaten. Wagenblaß erhielt ein Jahr und vier Monate.[13]

Von der Albbrücke wurden die Schriften abgeholt und in Karlsruhe weiterverteilt. Einer dieser zahlreichen Unterverteiler war seit Mai 1933 der 32jährige Kaufmann Wilhelm Kunle aus der Gerwigstraße 14. Er hatte Frau und vier Kinder und seit einigen Jahren keine Arbeit. Kunle war 1930 in die KPD eingetreten und hatte das Amt des Unterkassiers in der Oststadt ausgeübt. Auch er zählte zu den Schutzhäftlingen im März 1933. Am Abend des 6. November 1933 erwischte die Polizei Kunle auf der Gottesauer Straße beim Verteilen des Flugblatts „Acht Jahre Hitlerdiktatur."[14]

Bei den Ermittlungen im Fall Seib und Kunle stellte die Polizei fest: „Das ganze Jahr 1933 hindurch hat die KPD in Karlsruhe im Geheimen eine rührige Tätigkeit entfaltet, insbesondere durch Verbreitung von Handzetteln und Flugschriften." Damals seien fast jeden Tag massenweise Flugblätter verteilt worden. „Für jeden Stadtteil war eine Person bestellt, die die Verteilung der Flugblätter zu besorgen hatte."[15] In Durlach, bis 1938 noch selbständige Gemeinde, übernahmen das im Mai/Juni 1933 z. B. der verheiratete Schlosser Richard Albrecht Goldschmidt und das Ehepaar Karl und Karoline Frei. Sie hatten mehrere hundert Flugblätter verteilt, die über die „wirklichen Reichstagsbrandstifter" informierten. Ende Juni kamen alle drei in Haft und erhielten Gefängnisstrafen zwischen acht und zwölf Monaten. Für sie sprang als Verteiler bis zum November offensichtlich der verheiratete 27jährige Monteur Oskar Beneter ein. Die Polizei stellte ihn nach seiner Verhaftung aufgrund einer Denunziation am 25. November 1933 als „kommunistischen Wühler" mit einer „fanatischen Einstellung" dar. Seine Strafe betrug ein Jahr und vier Monate. Ebenfalls Anfang November 1933 entdeckte die Gestapo in Durlach eine Gruppe von sechs Männern um den KPD-Stadtverordneten Leopold Weiß.[16]

Die KPD in Karlsruhe hat aber nicht nur von außen herangeschaffte Flugblätter verteilt, was gelegentlich auch in spektakulären Aktionen z. B. mittels Luftballons oder an Silvester mit Böllerschüssen geschah. In Karlsruhe wurde auch eine eigene Zeitung hergestellt und verbreitet. Von März bis November 1933 und nach Verhaftungen noch einmal 1934 wurde aus dem Untergrund die „Trotz Alledem Rote Fahne" herausgebracht. Sie hatte einen Umfang von vier bis acht Seiten und eine Auflage zwischen 150 und 300 Stück. Erhalten geblieben sind vom ersten Jahrgang die Nummern 2–15. Die Zeitung wandte sich entschieden gegen das neue System, beschäftigte sich mit lokalen Ereignissen, sie berichtete über die Sowjetunion und enthielt außenpolitische Meldungen, die aus Schweizer Zeitungen stammten. Ein Artikel befaßte sich mit der Schaufahrt der Sozialdemokraten nach Kislau, ein anderer griff die Berichterstattung der „Badischen Presse" an, welche die Zustände in Kislau als fast angenehm dargestellt hatte. In dieser Zeitung findet sich auch eine Todesanzeige für den von der Gestapo erschossenen

August Dosenbach. Darin heißt es unter anderem: „Er war keine Sklavenseele und beugte sich nicht unter das Joch der Hitlerdiktatur, sondern kämpfte dagegen, als Kommunist, unermüdlich und tapfer."[17]
Laut Gestapo-Bericht vom 17. März 1934 waren die geistigen Leiter und Verfasser der Zeitung Eva Maria Rosenberg, sie war 1905 in Straßburg in einem jüdischen Elternhaus geboren, und Herbert Paltschik, der an der Technischen Hochschule studierte. Die von Paltschik gefertigten Wachsmatrizen wurden in einer Flasche im Hardtwald an einer bestimmten Stelle versteckt. Dort holte sie eine zeitlang der Kunstmaler Artur Graf ab. Ob eine Lieferung da war, erkannte er an einem Kreidekreis, der auf einer Bank in der Nähe angebracht war. Zum Zeichen, daß er die Matrizen abgeholt hatte, machte er ein Kreuz in den Kreis. Graf brachte die Matrizen dann in die Gartenhütte des Zimmermanns Strobel im Beiertheimer Feld. Dort standen, verborgen unter dem Bretterboden, zwei Abziehapparate und Saugpapier bereit. Insgesamt 62 Beteiligte wurden in mehreren Verfahren im Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung der „Trotz Alledem Rote Fahne" verurteilt. Eva Maria Rosenberg erhielt im August 1934 eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren.[18]
Obwohl es der Gestapo immer wieder gelang, den illegalen Apparat der Karlsruher KPD durch Verhaftungen zu zerschlagen, existierte bis 1936 eine Organisationsstruktur. In Daxlanden war eine größere Gruppe im März 1935 durch Denunziation aufgeflogen, darunter auch Vater und Sohn Albert und Max Leopold. Diese Gruppe hatte die „Trotz Alledem Rote Fahne" aus Karlsruhe bezogen, und die Leopolds hatten selbst etwa 1000 Flugblätter „KPD lebt trotz Verbot" hergestellt und verteilt. Eine andere Gruppe um die Brüder Hermann und Otto Schneider – sie hatten KPD-Material aus Frankreich, der Schweiz und Mannheim besorgt und verteilt – log ebenfalls 1935 auf. Die Strafen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" waren hart und lagen zwischen 16 Monaten und fünf Jahren Gefängnis.[19] In Durlach wurde 1935 Adolf Betz verhaftet und zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Frau floh in das Schweizer Exil.[20] Erst nach den Verhaftungen von 15 weiteren KPD-Mitgliedern um den 36jährigen Möbelpacker Adolf Götz im April 1936 war die Kraft für einen Neuaufbau erschöpft, die Gestapo verzeichnete nur noch geringe Aktivitäten.[21]
Es ist dennoch davon auszugehen, daß die verbliebenen KPD-Mitglieder sich bis zum Kriegsende in vertrautem Kreis zur Diskussion auch politischer Themen trafen, daß sie weiterhin Geld für die Rote Hilfe sammelten, eine Organisation, die sich um die Inhaftierten und deren Familien kümmerte. Der Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion 1941 gab manchen Kommunisten noch einmal neue Motivation, aus dem Untergrund gegen die NS-Diktatur zu agitieren. Die Irritation und Enttäuschung über den Hitler-Stalin-Pakt überwanden auch einige Durlacher, die 1943 entdeckt und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Darunter befand sich auch wieder Adolf Betz und der ebenfalls schon vorher zu Gefängnis verurteilte Fabrikarbeiter Heinrich Rupp sowie das Ehepaar Oskar und Marie Beuttel.[22]
Zu fragen bleibt, ob die Propaganda der KPD überhaupt eine Wirkung haben konnte. Der immer wieder behauptete baldige Zusammenbruch des Regimes ignorierte die wirtschaftliche und politische Stabilisierung und den Massenanhang der NSDAP. Die Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und kommunistischer Agitation entzog dem Propagandamaterial jede Resonanz.

Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen im Widerstand

Die Hauptziele der illegalen Arbeit der KPD lassen sich so zusammenfassen: Verbreitung illegaler Druckschriften, Schulung der Mitglieder durch diese Schriften, Beitragskassierung, Propaganda-Aktionen zur Aufklärung der Bevölkerung, Sammeln und Weitergabe von Informationen aus Deutschland über die

Grenzstellen ins Ausland sowie die Aufrechterhaltung der Solidarität mit den Opfern der Verfolgung.[23]

Die gleiche Umschreibung der Widerstandsziele trifft auch für die SPD zu. Im Gegensatz zur KPD verzichtete die SPD aber auf den Aufbau einer formellen illegalen Massenorganisation mit Zellen, Leitungen und Kassierung. Statt dessen verließen sich die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen auf die engen traditionellen Bindungen unter ihren Mitgliedern. Diese fanden sich in nachbarschaftlichen Diskussionskreisen, Lese- oder Rundfunkzirkeln, und sie nutzten alte Kontaktmöglichkeiten in Vereinen oder Konsumgenossenschaften.

Sowohl dem kommunistischen wie dem sozialdemokratischen Widerstand lag die Erwartung zugrunde, daß die nationalsozialistische Herrschaft eine vorübergehende Erscheinung sein würde, die an ihren inneren Widersprüchen zerbrechen müsse. Für beide war es wichtig, die jeweils unterschiedlichen Vorstellungen vom Sozialismus lebendig und die Organisation für die Zeit nach dem Zusammenbruch der Diktatur intakt zu halten.[24]

Die SPD bedurfte selbstverständlich ebenso wie die KPD eines Verteilernetzes für die Beschaffung und den Vertrieb ihrer illegalen Druckschriften. Geradezu als „Seele des Druckschriftenschmuggels" sah die Gestapo Friedrich Weick an.[25] Auch Weick war in Daxlanden zu Hause, das dank seiner Nähe zu Frankreich und der Stärke der politischen Linken in dem Ortsteil für die Beschaffung von antifaschistischen Druckschriften für Karlsruhe eine zentrale Stellung einnahm. 1933 war Friedrich Weick 28 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern. Er war Maurer und arbeitslos. Seit 1923 gehörte er der SPD an, hatte 1930/31 auf der Akademie der Arbeit in Frankfurt eine politische Schulung erhalten und wurde 1933 im März in die Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Weick knüpfte nach dem Ende der Weimarer Republik schnell Kontakte in die Pfalz und darüber hinaus ins Saargebiet und ins Elsaß. Er war auch selbst in Straßburg und sprach dort mit dem Grenzsekretär der SPD, Georg Reinbold, dem früheren Landesvorsitzenden, über die illegale Arbeit, holte Gelder und nahm Druckschriften mit.[26] Über das von Weick organisierte Netz wurden über die elsässische Grenze große Mengen sozialdemokratischer Druckschriften eingeschmuggelt und in Südwestdeutschland verteilt. Dieses Verteilernetz war aber keine Einbahnstraße nach Deutschland. Vielmehr gelangten auf diesem Wege systematisch gesammelte Berichte über Ereignisse und Stimmungen im Lande nach Prag, wo sie zu den Deutschlandberichten der SOPADE, des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Exil, zusammengestellt wurden und der Information in der freien Welt zur Verfügung standen. Darin finden sich auch Materialien über die gesellschaftliche und politische Entwicklung in Baden.

Weick holte auch selbst aus dem Grenzwald bei Weißenburg aus einem Versteck im Leiterwagen unter Holz verborgene Zeitungen nach

Der Daxlander Friedrich Weick organisierte u. a. den Transport und die Verteilung von Druckschriften.

Deutschland. Darunter befanden sich u. a. der „Neue Vorwärts" und die „Sozialistische Aktion" und auch das Flugblatt „Revolution gegen Hitler." Darin war zu lesen: „Gegen die Despotie gibt es keine parlamentarische oder verfassungsmäßige Opposition, sondern nur noch das Mittel der Revolution! Die NSDAP ... kann nur noch entmachtet werden durch die Brechung ihres Willens, sie muß vernichtet werden." Und zur Rolle der SPD dabei heißt es: „Die Erfüllung der Führungsaufgabe im Kampf gegen das Regime setzt voraus, daß die Sozialdemokratie sich als Vortrupp der von Hitler betrogenen Arbeiter und aller anderen Bevölkerungsschichten aufs neue organisiert... Es ist die Aufgabe der neuen sozialdemokratischen Kampfform, die Kräfte zu sammeln und zu gliedern, die in der Schicksalsstunde des Regimes aktiv für einen Sturz wirken können."

Die Verteilung der Flugblätter und Zeitungen übernahmen in Karlsruhe unter anderem der Daxlander Metallarbeiter Theodor Kunz oder in der Weststadt Richard Zöller.[27] Als am 25. November 1933 ein Bote Weicks an der Grenze geschnappt wurde, flog das ganze Netz auf. Weick wurde am 6. Dezember verhaftet und erhielt im Juni 1934 eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und acht Monaten. Im Zweiten Weltkrieg wurde er in das berüchtigte Strafbataillon 999 eingezogen und verlor wenige Tage vor Kriegsende auf Rhodos sein Leben.[28]

An die Stelle der von Friedrich Weick organisierten Gruppe traten 1934/35 Hermann Walter, Karl Konz, Hellmuth Stutz, Emil Kern und dessen Sohn Eugen. Sie standen in engem Kontakt zu einer Mannheimer Gruppe um die Brüder Albert und Hermann Erny. Von Basel bezogen sie die „Sozialistische Aktion" und Tarnschriften wie „Die Kunst des Selbstrasierens. Neue Wege männlicher Kosmetik." Darin war das Prager Manifest des SPD-Exilvorstandes „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus" verborgen. Es wurden aber auch eigene Flugblätter hergestellt, die Stutz in seiner Firma nach Feierabend vervielfältigte. In Briefkästen, Hausfluren, Telefonzellen und auf Spazierwegen verteilten die Männer die Flugblätter und Zeitungen. Hellmuth Stutz, kaufmännischer Lehrling und bis 1933 2. Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend in Karlsruhe, verbreitete sie auch in einer als Lesegemeinschaft getarnten Widerstandsgruppe.[29] Das Ende dieser Gruppe Walter kam mit der Verhaftung von Stutz, Walter und Konz im Juli 1935. Bereits im November 1934 waren durch eine Leichtsinnigkeit Vater und Sohn Kern der Polizei ins Netz gegangen. Sie gaben jedoch erst unter Folter und der Androhung der KZ-Einlieferung im Juni 1935 die Namen der anderen Gruppenangehörigen preis. Im Prozeß vor dem Karlsruher Oberlandesgericht im Januar 1936 erhielten Walter drei Jahre, Konz zweieinhalb Jahre und Stutz eineinhalb Jahre Gefängnis. Emil Kern und sein achtzehnjähriger Sohn Eugen erhielten ein Jahr bzw. sieben Monate Gefängnis. Damit war der organisierte sozialdemokratische Widerstand in Karlsruhe beendet.

Was blieb, waren die Treffen im vertrauten Kreis, gemeinsame Ausflüge im Kreis ehemaliger Mitglieder verbotener sozialdemokratischer Vereine, von denen z. B. Hanne Landgraf berichtete. Karlsruher Sozialdemokratinnen waren wie auch die Kommunistinnen am Widerstand durchaus beteiligt. Zwar ließ ihnen die Verantwortung für Haushalt, Kinder und Familie nur wenig Spielraum, dennoch waren sie beteiligt am Schmuggeln und Verteilen von Flugblättern, am Sammeln von Nahrungsmitteln oder Geld für die Familien verhafteter Widerstandskämpfer und bei der Bereitstellung von Wohnungen als Anlaufstellen und Übernachtungsmöglichkeiten für Kuriere der Widerstandsbewegung. Aber auch die Versorgung von Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen mit Lebensmitteln gehörte zu den Formen des Widerstandes. Um vieles gefährlicher war es einen Zwangsarbeiter für mehrere Tage auf seiner Flucht zu verstecken, wie es Gretl Vogt tat.[30]

Religiös motivierter Widerstand der Zeugen Jehovas

Der Widerstand der Sozialdemokraten und

Kommunisten erstrebte – wenn auch mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Zielvorstellungen – den Sturz Adolf Hitlers aus politischen Überzeugungen. Einen konsequenten Widerstand aus religiösen Gründen leisteten auch in Karlsruhe seit der Machtergreifung unter beträchtlichen Opfern die Zeugen Jehovas. „Die Triebkraft dieses Widerstandes, der hartnäckig war und mit großem Bekennermut stets auch die eigene Existenz aufs Spiel setzte, wurzelte letztlich im religiösen Bekenntnis und nicht in politisch-demokratischen Zielsetzungen."[31] Die Zeugen Jehovas verweigerten aufgrund ihrer Bibelauslegung jeder weltlichen Autorität die Gefolgschaft. Damit widersetzten sie sich aber den Forderungen der Nationalsozialisten nach Unterwerfung aller gesellschaftlicher Bereiche und Gruppen. So leisteten aus der Sicht der Nationalsozialisten die Zeugen Jehovas politischen Widerstand. Sie verweigerten den Hitlergruß, die Teilnahme an Wahlen und, was ihnen nach 1936 besonders harte Strafen einbrachte, den Wehrdienst. Die Organisation der Ernsten Bibelforscher, wie sie damals hießen, wurde in Baden 1933 erstmals verboten. Nach einer vorübergehenden Lockerung kam es 1935 endgültig zum Verbot der Glaubensgemeinschaft.[32]

Die Zeugen Jehovas hatten in Karlsruhe 1933 etwa 60 Mitglieder, die sich im Prinz-Max-Palais trafen. Ihr Vorsitzender – „Ortsdiener" genannt – war Adolf Mühlhäuser.[33] Er führte 1934 die Mitglieder in die Illegalität, d. h. sie trafen sich nur noch in kleinen Gruppen von drei bis fünf Personen. Hier lasen sie die Bibel und die bereits verbotene Zeitschrift „Wachtturm." Die Zeugen Jehovas verbreiteten meist im Schutz der Dunkelheit und manchmal an reichsweit einheitlichen Terminen große Mengen von Broschüren und selbstgefertigten Flugblättern. Darin drohten sie u. a. Hitler, der ein „Sprößling Satans" sei, die baldige Zerstörung seiner Herrschaft durch „Jehova Gott" an.

Weit über die Hälfte der Karlsruher Zeugen Jehovas wurde zwischen 1934 und 1939 vor dem Sondergericht Mannheim zum Teil mehrfach angeklagt und verurteilt. Vier kamen – soweit bisher bekannt – im Konzentrationslager ums Leben. Die Unerbittlichkeit bei der Verfolgung der Zeugen Jehovas verdeutlicht das Schicksal der Familie Mühlhäuser. Adolf Mühlhäuser hatte auf einem Abzugsapparat von 1934 bis zu seiner Verhaftung im Juni 1936 etwa alle vier Wochen bis zu 400 Exemplare des „Wachtturm" hergestellt. Die Matrizen dafür lieferte ihm ein „Bezirksdiener", der auch die nicht in Karlsruhe benötigte Auflage abholte und in seinem Bezirk verteilte. Mühlhäuser wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der Strafverbüßung nahm ihn die Gestapo in Schutzhaft, und er kam in die Konzentrationslager Dachau und dann Mauthausen. Diese Praxis wandten die Nationalsozialisten seit Herbst 1937 bei hartnäckigen Zeugen Jehovas in der Regel an. Mühlhäuser ist 1940 im Alter von 58 Jahren im Konzentrationslager Mauthausen umgekommen. Einen Monat nach seinem Tod kam auch seine Frau Emma, die bereits zweimal verurteilt war, in ein Konzentrationslager. Sie wurde 1945 von den Alliierten in Ravensbrück befreit.

Ein anderer Zeuge Jehovas aus Karlsruhe erlangte für die illegale Organisation in Deutschland als Drucker, Kurier und Organisator große Bedeutung. Seit Juni 1939 fertigte Julius Engelhard in Karlsruhe monatlich etwa 120 Exemplare des „Wachtturm."[34] Engelhard war damals 40 Jahre alt, verheiratet, hatte fünf Kinder und war nach längerer Arbeitslosigkeit seit 1934 bei verschiedenen Karlsruher Baufirmen beschäftigt. Bereits 1936 war er wegen Betätigung für die Zeugen Jehovas zu sechs Monaten Haft verurteilt worden. Im Oktober 1939 mußte er aus Karlsruhe vor dem Zugriff der Gestapo flüchten. Über verschiedene Stationen gelangte er 1941 nach Oberhausen-Sterkrade, wo er bei Glaubensbrüdern ein neues illegales Quartier fand. Dort stellte er bis zum April 1943 insgesamt 27 Nummern des „Wachtturm" mit einer Auflage von jeweils zwischen 240 und 360 Stück her sowie verschiedene andere Schriften der Zeugen Jehovas. Er sorgte selbst für deren Verteilung bis in den südwestdeutschen Raum. Am 3. April 1943 endete für Engelhard mit der Verhaftung

das Leben im Untergrund. Nach dreizehn Monate anhaltenden Verhören, bei denen er immer nur das zugab, was ihm die Polizei nachweisen konnte, verurteilte ihn der Volksgerichtshof in Berlin wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode. Am 14. August 1944 fand in Berlin die Hinrichtung statt, von der seine Ehefrau mit Vordruck benachrichtigt wurde, der die Aufforderung trug: „Die Veröffentlichung einer Todesanzeige ist unzulässig."[35]

Widerständiges Verhalten von Geistlichen

Zu einem organisierten Widerstand, wie ihn die Zeugen Jehovas leisteten, waren die beiden Volkskirchen nicht bereit und als öffentlich wirkende Institutionen auch nicht fähig. Vielmehr brachte dem Nationalsozialismus die Mehrheit der Protestanten die Bereitschaft zu hoffnungsfroher Unterstützung entgegen. Die Bereitschaft vieler Katholiken, auf den Nationalsozialismus einzugehen, fand in der Rücknahme früherer Warnungen der Bischöfe und einer Politik der Anpassung nach 1933 ihren beredten Ausdruck. Protestantismus wie Katholizismus begegneten dem NS-Regime nicht offensiv, sondern defensiv.[36] Verteidigt wurde die eigene Organisation und die christliche Lehre gegen Übergriffe des Staates. Erst spät widersprachen die Kirchen als Institutionen einzelnen Maßnahmen nationalsozialistischer Gewaltherrschaft – wie z. B. dem Euthanasieprogramm – öffentlich und verurteilten diese. Die Nationalsozialisten empfanden dieses Verhalten als politischen Widerstand, denn beide Kirchen widerstanden dem Anspruch auf totale Gefolgschaft, beide widersprachen der Verdrängung des Christentums aus dem öffentlichen Leben, und beide entzogen durch diese Resistenz weite Kreise der Bevölkerung den Tiefenwirkungen der nationalsozialistischen Ideologie. Man spricht deswegen auch von den Kirchen als „Widerstandsbewegungen wider Willen." Viele Gläubige und Geistliche beider Kirchen wollten sich jedoch mit defensiver Selbstbewahrung nicht begnügen. Ihr Eintreten für Verfolgte und ihr Widerstand gegen Unterdrückung und Vernichtung blieb in der Regel aber ohne amtskirchliche Rückendeckung oder fand sogar deutliche Kritik.

Als Beispiele widerständigen Verhaltens von Geistlichen aus Karlsruhe seien hier wenige Pfarrer stellvertretend für andere vorgestellt. Ferdinand Maurath, geboren 1905, war seit 1939 Pfarrvikar in der Pfarrei St. Peter und Paul in Mühlburg. Schon bevor er nach Mühlburg kam, war er mehrfach angezeigt worden wegen Angriffen auf die Hitlerjugend bzw. Maßregelung frecher HJ-Führer. Am 13. Januar 1941 erfolgte eine Anzeige wegen mehrerer Delikte, darunter das Ausleihen eines Filmvorführapparates für einen lustigen Kinderfilm, das Aufbewahren von Büchern nichtreligiösen Inhalts in der Pfarrbibliothek und der Versand religiöser Schriften an die Front. Maurath kam ohne Gerichtsurteil als Schutzhäftling bis Kriegsende in verschiedene Gefängnisse und seit August 1941 in das Konzentrationslager Dachau. In seinem Bericht über die Haftzeit schildert er die Brutalitäten der medizinischen Versuche in der Malariastation, die Foltern und Morde an den Gefangenen wie das Grauen bei Häftlingstransporten.[37]

Seinem Amtsbruder von der Karlsruher St. Bonifatiuspfarrei, Pfarrer Dr. Richard Dold, blieb Dachau dank des Einsatzes eines Ritterkreuzträgers aus Ingolstadt erspart. Gegen Dold ging die Gestapo wegen einer Kollekte in der Fastenzeit vor, da diese gegen das Sammlungsgesetz verstoße. In zweiter Instanz vom Landgericht für dieses „Vergehen" freigesprochen, blieb er unter Beobachtung der Gestapo, fiel in seiner Eigenschaft als Gefängnispfarrer durch seine Betreuung von Zwangsarbeitern unangenehm auf und wurde im Mai 1943 verhaftet. Ohne Verhöre und Gerichtsverhandlung brachte ihn die Gestapo durch mehrere Gefängnisse auf den Weg nach Dachau. Im Januar 1944 erkrankte er jedoch und wurde dank der Fürsprache des ihm unbekannten Ingoldstädters entlassen. Nach der Rückkehr in seine Pfarrei in Karlsruhe im März 1944 mußte Dold erfahren, daß seine ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalso-

zialismus nicht von allen Gemeindemitgliedern unterstützt wurde. Eine kleine Gruppe sammelte Unterschriften, mit dem Ziel, die Rückkehr Dolds in die Pfarrei zu verhindern, da er „für manche treuen Pfarrangehörigen nur eine politische Belastung" bedeute.[38] Dold ließ sich aber weder dadurch noch durch Gestaposchikanen aus dem Pfarramt drängen, das er bis zu seiner Verabschiedung im Jahre 1961 ausübte.

Am entschiedensten unter den protestantischen Geistlichen widerstanden dem Nationalsozialismus jene wenigen, die sich zu den religiösen Sozialisten bekannten oder der nach 1933 entstandenen „Bekennenden Kirche" angehörten. Wie sein katholischer Kollege Dold erfuhr auch der beliebte Karlsruher Altstadtpfarrer Hanns Löw Denunziationen aus den eigenen Reihen, blieb aber ebenfalls trotz mehrerer Gestapo-Verhöre und ständiger Überwachung auch seiner Predigten im Amt bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1965. Auf die Verlockungen des NSDAP-Gauleiters Wagner, mitzuhelfen, das rote „Dörfle" nationalsozialistisch zu machen, was nicht sein Schaden sein sollte, erwiderte Löw: „Herr Reichsstatthalter, ich bleibe lieber bei meinen Huren." Löw, der seine religionspolitische Heimat bei den Religiösen Sozialisten hatte, konnte trotz Überwachung einigen seiner politischen Freunde helfen.[39]

Wie Hanns Löw gehörte auch der Karlsruher Jugendpfarrer Heinz Kappes den Religiösen Sozialisten an, wie Löw war er Mitglied der SPD und vertrat die Partei von 1926 bis 1933 im Karlsruher Bürgerausschuß. Im Gegensatz zu Löw und Dold mußte Kappes schon 1933 seine Tätigkeit als Jugendpfarrer aufgeben, da ihn die Kirchenbehörde seines Amtes enthob. Kappes hatte in Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus schon 1931 erklärt, die Alternative heiße „Kreuz oder Hakenkreuz." Nach der Machtergreifung wurde er Anfang April 1933 auf Drängen der Nationalsozialisten nach Büchenbronn versetzt. Dort erklärte er in einer Pfingstpredigt: „Wer [...] auf das Saatfeld unseres Volkes schaut, der sieht mit Angst die drohende Katastrophe, der sieht den Satan triumphieren, der sieht ein Totenfeld, wo heute neues, starkes Leben zu sein scheint." Nach einem Brief an den in Kislau eingesperrten Adam Remmele zum Tode seiner Ehefrau, in dem er ermutigend und tröstend zugleich feststellte: „Um die große Sache des Sozialismus ist immer viel gelitten worden", wurde Kappes für zehn Tage verhaftet. Die Kirchenbehörde leitete nun ein Dienststrafverfahren ein, worauf die Gestapo Kappes frei ließ. Anfang Dezember 1933 sprach die Kirchenbehörde die Zwangspensionierung von Kappes aus, und die Landesregierung verbannte ihn aus Baden. Er ging mit der Familie zunächst nach Württemberg und emigrierte 1936 nach Palästina. 1948 kehrte der entschiedene Nazi-Gegner nach Karlsruhe zurück, wurde von der Kirche – z. T. von jenen Männern, die seine Zwangspensionierung beschlossen hatten – rehabilitiert und tat bis 1959 Dienst als Religionslehrer sowie Leiter der Gemeindedienste. Sein Lebensweg prädestinierte ihn zudem, bei der Gründung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit mitzuwirken und bis 1956 deren Geschäftsführung zu übernehmen.[40]

Die Karlsruher Widerstandsgruppe um Reinhold Frank

Widerstand durch Verweigerung kann man das Verhalten jener Politiker und Amtsträger der Weimarer Republik nennen, die sich unter mehr oder weniger steter Beobachtung durch die Gestapo in eine unauffällige berufliche Existenz zurückzogen. Auf politische Diskussion, auf den Gedankenaustausch mit Gleichgesinnten mußten sie dabei keineswegs verzichten. Sich bereithalten für eine veränderte Situation nach dem Ende Hitlers, so drückte der Sozialdemokrat Hermann Veit, Oberbürgermeister Karlsruhes 1945 bis 1946 und danach Wirtschaftsminister des Landes, 1956 die Ziele dieses Verhaltens einmal aus.[41] In Karlsruhe gab es vermutlich mehrere solcher Kreise, die sich wohl auch personell überlappt haben dürften.

Ein weit über diese Haltung hinausweisendes

Beispiel dieses bürgerlichen Widerstandes geben die Aktivitäten des Kreises um den Karlsruher Rechtsanwalt Reinhold Frank.[42] Der Sozius der bekannten Karlsruher Anwaltskanzlei Dr. Franz X. Honold war 1933 in der nach dem März umgebildeten und von der NSDAP beherrschten Stadtverordnetenversammlung Vertreter der Zentrumspartei geworden. Selbst wenn Frank anfangs noch auf eine Existenz des Zentrums neben der NSDAP gehofft haben mag, lernte er in der Praxis schnell, wie wenig die Nazis an parlamentarischer Demokratie interessiert waren (siehe oben). Als das Gemeindeparlament im März 1934 aufgelöst wurde, hatte sich um Frank bereits ein Kreis von Hitlergegnern gebildet. Die Kanzlei Honold/Frank wurde zum Sammelpunkt derer, die überzeugt waren, Hitler würde das Land ins Verderben führen. Die Kanzlei erwarb zunehmend auch einen weitreichenden guten Ruf für die Verteidigung von politisch Verfolgten. Reinhold Frank vertrat Regimegegner aus allen politischen Lagern, so z. B. eine Gruppe Karlsruher Sozialdemokraten – die oben erwähnten Walter, Konz und Stutz –, die beiden genannten katholischen Geistlichen Maurath und Dold aus Karlsruhe und auch elsässische Widerstandskämpfer und -kämpferinnen. Was er dabei auch in Verhandlungen des Volksgerichtshofs in Berlin erlebte, machte Frank zu einem immer entschlosseneren Regimegegner.

Frank hatte seit 1933 Kontakte zu anderen Hitlergegnern geknüpft bzw. aufrechterhalten. Der vormalige württembergische Zentrumspolitiker und Staatspräsident Eugen Bolz und der christliche Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser stellten schließlich im Februar 1943 die Verbindung zu Carl Goerdeler und damit zum Kern der politischen Opposition her. In den Plänen Goerdelers für die Machtübernahme nach einem gelungenen Attentat auf Hitler nahm Frank zunächst die Stellung des politischen Beauftragten für Baden ein, wurde nach Festlegung einer gemeinsamen Verwaltung von Baden und Württemberg aber zum Unterbeauftragten für Baden. Nach dem Kontakt mit Goerdeler intensivierte die Gruppe um

Reinhold Frank vor dem Volksgerichtshof. Er wurde zum Tode verurteilt und am 23. Januar 1945 hingerichtet.

Frank ihre Besprechungen in Franks Büro, beim gemeinsamen Kirchgang, bei Spaziergängen und Wirtshausbesuchen immer in der Angst, der Gestapo aufzufallen. Dabei ging es z. B. um Kontakte zu anderen Verschwörergruppen, wie zu den Elsässern, die Frank in Goerdelers Auftrag pflegte, oder um inhaltliche und personelle Planungen für den staatlichen Neubeginn nach dem Sturz Hitlers. Im Dezember 1943 beherbergte Frank für zwei Wochen Eugen Bolz, der in Erwartung eines Attentats auf Hitler den Tarnnamen Dr. Müller benutzte.

Zum inneren Kreis der Gruppe Frank zählten die beiden ehemaligen Stadtverordneten des Zentrums Franz Sprauer und Karl Ramstein, der Amtsgerichtsrat Dr. Siegfried Kühn und der Bankangestellte Alfred Ibach. Dazu kamen sieben Männer zumeist in staatlichen Stellungen wie der Lehrer Dr. Friedrich Werber oder der ehemalige Parteisekretär des

Zentrums für Mittelbaden Wilhelm Baur. Sie wurden gelegentlich zu Besprechungen eingeladen und nur in Ansätzen über die Pläne der Gruppe informiert. Es waren dies Katholiken, die dem Zentrum angehörten oder nahestanden. Nicht eingeweiht, aber dennoch in die Überlegungen für den Neuaufbau mit einbezogen waren einige Sozialdemokraten, mit denen Frank, Kühn und Sprauer Kontakt hielten. Dies waren der Rechtsanwalt Hermann Veit, der wie Frank Regimegegner verteidigte, der ehemalige Stadtrat Friedrich Töpper und Karl Konz, den Frank verteidigt hatte.

Am Tag des Attentats, dem 20. Juli 1944, hatte Frank in Berlin vor dem Volksgerichtshof eine elsässische Widerstandskämpferin verteidigt. Auf der Rückfahrt erfuhr er von dem Fehlschlag und wähnte sich dennoch sicher vor einer Entdeckung seiner Verbindungen zu den Attentätern. Dies war jedoch ein Trugschluß, denn die Gestapo fand in Berlin eine Liste mit den Namen der politischen Beauftragten. Noch in der Nacht zum 21. Juli wurde Frank in seiner Wohnung in der Maxaustraße verhaftet. Von seinen Freunden gerieten Franz Sprauer und Alfred Ibach in die Verhaftungswelle nach dem 20. Juli. Ibach kam rasch wieder frei, während Sprauer bis Kriegsende in Haft gehalten wurde. Reinhold Frank erlebte dagegen in Berlin bei seinem Prozeß vor dem Volksgerichtshof am 12. Januar 1945 den ganzen Haß des Vorsitzenden Roland Freisler gegen den ehemaligen Verteidiger von Regimegegnern. Das Todesurteil gegen Reinhold Frank wurde am 23. Januar 1945 vollstreckt. Mit einer Verzögerung von fast vier Wochen erhielt Franks Frau die offizielle Todesnachricht am 19. Februar, und wie im Falle des Zeugen Jehovas Engelhard wurde ihr die Veröffentlichung einer Todesanzeige verboten.

Nichtorganisiertes widerständiges Verhalten

Zu Momenten widerständigen Verhaltens konnten auch Unmutsäußerungen am Arbeitsplatz oder im Wirtshaus, Ungehorsam durch kleine Sabotageakte im Betrieb, langes Krankfeiern, Verweigerung des Hitlergrußes und der Beteiligung an Betriebsappellen, Hilfe für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen, die Beteiligung an Fronleichnamsprozessionen, „defätistische Äußerungen" oder das Abhören von Feindsendern im Krieg werden. Mehrheitlich fehlte diesem Protestverhalten jedoch eine politische Motivation. Es wurde dennoch zum Politikum, denn solche Abweichungen störten das von der nationalsozialistischen Propaganda sorgfältig inszenierte Bild einer geschlossenen „Volksgemeinschaft."

Vor allem nach Kriegsausbruch gab es zahlreiche Urteile vor dem Sondergericht gegen solche Delikte. Wegen des Abhörens feindlicher Sender verurteilte das Sondergericht z. B. die 50jährige Elise Wimmer im Juni 1941 zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis. Elise Wimmer starb 1943 im Gefängnis an den Folgen einer unbehandelten Krankheit.[43] Als „gefährlichen Bazillenträger, Ansteckungsherd für Schwache und Schwankende" erhielt die 58jährige Else Maier 1943 wegen der Weitergabe von Radiomeldungen eines englischen Senders eine Strafe von drei Jahren Zuchthaus.[44] Sieben Jahre Zuchthausstrafe bekam im Juli 1944 der Beiertheimer Lehrer am Humboldt-Realgymnasium Alfred Kanzler wegen „Wehrkraftzersetzung." Die Amerikaner befreiten ihn Anfang April 1945 aus dem Zuchthaus in Hameln, wo er wenige Wochen später am 24. Mai an den Folgen der Haft verstarb.[45] Weil sie ihrem gerade zur Wehrmacht eingezogenen 17jährigen Sohn in einem Brief rieten, sich nicht allzu dienstbeflissen zu zeigen und zu versuchen, nicht an die Front zu kommen, wurden Emma und Erwin Granget wegen „Wehrkraftzersetzung" zum Tode verurteilt. Vater und Mutter Granget aus der Lehmannstraße wurden am 1. bzw. 2. November 1944 in Berlin Plötzensee hingerichtet.[46]

Angesichts der von den Nazis im Januar 1942 während der Wannsee-Konferenz beschlossenen Endlösung der Judenfrage, d. h. der Tötung auch der noch in Deutschland lebenden Juden in Konzentrationslagern, gehörte besonderer Mut zur Hilfe und Unterstützung für

diese Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns. Nur ganz wenige hilfreiche Hände wurden den Juden gereicht und damit Widerstand gegen den Völkermord geleistet. Diese Hilfe war außerordentlich riskant, zumal etwa bei der Versorgung von Juden mit Lebensmittelkarten immer mehrere Mitwisser beteiligt waren.[47] Noch höher aber ist der Mut jener einzuschätzen, die ihr Leben aufs Spiel setzten, um Juden vor dem Zugriff der Gestapo und damit vor der Deportation in ein Konzentrationslager zu verstecken. Solcher Unterschlupf für neun Juden bestand auf dem Rittnerthof, in einer Gartenhütte im Gewann Hotzert auf dem Turmberg und in einer Gartenhütte im Feldgebiet nördlich von Ettlingen. Auf dem Rittnerthof verbargen die Eheleute Kurt und Hannelore Hansch sowie deren Schwester Ursula Gebhardt seit 1942 mehrfach für jeweils zwei bis drei Wochen zwei Berliner Jüdinnen. In der Gartenhütte auf dem Turmberg wurde der Vertreter der noch in Karlsruhe lebenden Juden Karl Eisenmann und die Geschwister Kahn ab Februar 1945 zwei Monate lang von der Familie des Oberlandesgerichtsrates Dr. Gerhard Caemmerer verborgen und mit Lebensmitteln versorgt, die sie vom Rittnerthof und vom Lamprechtshof erhielten, wo die Inhaber, die Ehepaare Hansch und Horsch sowie deren Nichte Paula Glück, eingeweiht waren. In der Ettlinger Hütte von Otto Hörner, dem Inhaber des Kiosks im Vierordtbad, überlebten drei Juden das Ende der NS-Herrschaft. Hier halfen das Ehepaar Kohm und Hörners Schwägerin Frau Krause. Hilfsbereitschaft, Menschlichkeit und Mut zeichneten auch den Ingenieur Otto Hafner aus, der bis 1938 etwa 30 Juden und Jüdinnen zur illegalen Ausreise aus Deutschland nach Frankreich verhelfen und ihnen damit letztlich das Leben retten konnte. Hafner transportierte aber auch Schriften deutscher Emigranten aus Paris nach Karlsruhe. Im Februar 1941 wurde er verhaftet und zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Danach blieb er in Schutzhaft und mußte als KZ-Häftling in seinem Beruf als Konstrukteur für die Heinkel-Flugzeugwerke arbeiten.[48] Für die Rettung jüdischen Lebens zeichnete ihn der Staat Israel 1980 mit dem „Orden der Gerechten" aus.

Otto Hafner gehörte zu den wenigen, die es wagten, den verfolgten Juden zu helfen.

Opfer von Widerstand und Verfolgung

Um den Mut und die Kraft der kleinen Minderheit, die Widerstand leistete, recht einschätzen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß der Verfolgungsapparat der Gestapo und des Sicherheitsdienstes immer präsent war. Dazu kam das blühende Denunziantentum, dem die Gestapo reichsweit etwa 80 % ihrer Ermittlungserfolge zu verdanken hatte.[49] Für jene, die den Nationalsozialismus ablehnten, begann mit der Machtergreifung Hitlers und der NSDAP die Bedrohung. Aber auch die, die während des „Tausendjährigen Reichs" zu Widerstandskämpfern wurden, lebten unter der nie nachlassenden Verfolgung durch Staat und Partei. Vor der Geheimen Staatspolizei und dem Sicherheitsdienst, die

unablässig Jagd machten auf Regimegegner oder Menschen, die sie dafür hielten, mußten sich schließlich aber alle hüten. Daß Denunziation auch in sehr vielen Karlsruher Gerichtsverhandlungen gegen Widerstandskämpfer eine Rolle spielte, ist den Akten des Mannheimer Sondergerichts ohne weiteres zu entnehmen.[50] So entstand eine Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens, die in dem Spruch: „Lieber Gott, mach mich stumm, daß ich nicht nach Dachau kumm" ihren bezeichnenden Ausdruck fand.[51]

In einer Zusammenstellung des Statistischen Amtes der Stadt aus dem Jahre 1959 wird die Zahl von 61 Todesopfern unter den politisch Verfolgten und eines unter den religiös Verfolgten aufgeführt.[52] Hinzugefügt wird, daß ein Anspruch auf Vollständigkeit nicht erhoben werden könne, da vor allem bei den religiösen Gemeinschaften eine Mauer des Schweigens bestehe. Da die Zeugen Jehovas mindestens vier Opfer beklagen[53], kann die Zahl der Todesopfer vorläufig mit mindestens 65 beziffert werden.[54] In Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern saßen wegen ihres Widerstandes gegen das NS-Regime wahrscheinlich mehr als 700 Männer und Frauen aus Karlsruhe. Das Statistische Amt der Stadt ermittelte 601 Inhaftierte, in einer anderen Quelle wird die Zahl mit 719 angegeben.[55]

Der größte Teil der Karlsruherinnen und Karlsruher, die im Dritten Reich politischen oder religiösen Widerstand geleistet und dafür mit ihrem Leben bezahlt haben, ist bis heute weitgehend unbekannt geblieben. Stellvertretend seien daher hier über die bereits erwähnten hinaus einige weitere Schicksale genannt. Wohl das erste Opfer im Juni 1933 wurde das Daxlander SPD-Mitglied Hermann Müller-Würtz. Er war von 1911–1930 Stadtverordneter in Karlsruhe und zudem Funktionär der SPD in Daxlanden. Nach einem Zeitungsartikel von Müller-Würtz verlangte die NSDAP seine Entlassung aus dem Dienst der Stadt als Schlosser. Daraufhin blieb er dem Dienst fern und am 26. Juni fand man im Rhein bei Altrip seine Leiche. Ohne Obduktion wurde der Tod als Selbstmord qualifiziert. So bleibt ungeklärt, ob der 55jährige sich dem Druck der Nazis durch Selbstmord entzog oder gar deren Mordopfer wurde.[56] Nachweisbar ermordet wurden dagegen im Oktober 1933 der bereits genannte 27jährige Kommunist August Dosenbach aus Daxlanden[57] und im März 1934 der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete und Karlsruher Rechtsanwalt Ludwig Marum im Alter von 52 Jahren. Er wurde im Konzentrationslager Kislau von drei Nationalsozialisten ermordet (siehe oben).[58] Hermann Böning, bis 1932 Vorsitzender der KPD in Karlsruhe, kam im Oktober 1939 auf dem Hohenasperg um, wo er seit 1935 eine sechsjährige Haftstrafe verbüßte.[59] Theodor Knobloch, KPD-Mitglied, starb 1940 48jährig in einem der berüchtigten Moorlager im Emsland.[60] Elise Wimmer starb 1943 im Alter von 52 Jahren im Gefängnis.[61] Der Durlacher Kommunist Heinz Rupp kam im gleichen Jahr im Zuchthaus in Ensisheim/Elsaß ums Leben.[62] Das SPD-Mitglied Josef Oßwald starb im August 1943 54jährig im KZ Mauthausen.[63] Richard Schmitz, Angestellter, wurde im Dezember 1944 wegen angeblicher Wehrkraftzersetzung 61jährig im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.[64] Der flüchtige Gewerkschaftsführer Gustav Schulenburg wurde 1940 in Frankreich verhaftet und ins Gefängnis in der Riefstahlstraße gebracht. Von dort kam er nach zwei Jahren nach Dachau, wo er am 20. Dezember 1944 70jährig unter ungeklärten Umständen starb.[65] Kurz nach seiner Befreiung im Mai 1945 verstarb an den Folgen der Zuchthaushaft der 57jährige Gymnasiallehrer Alfred Kanzler aus Beiertheim.[66]

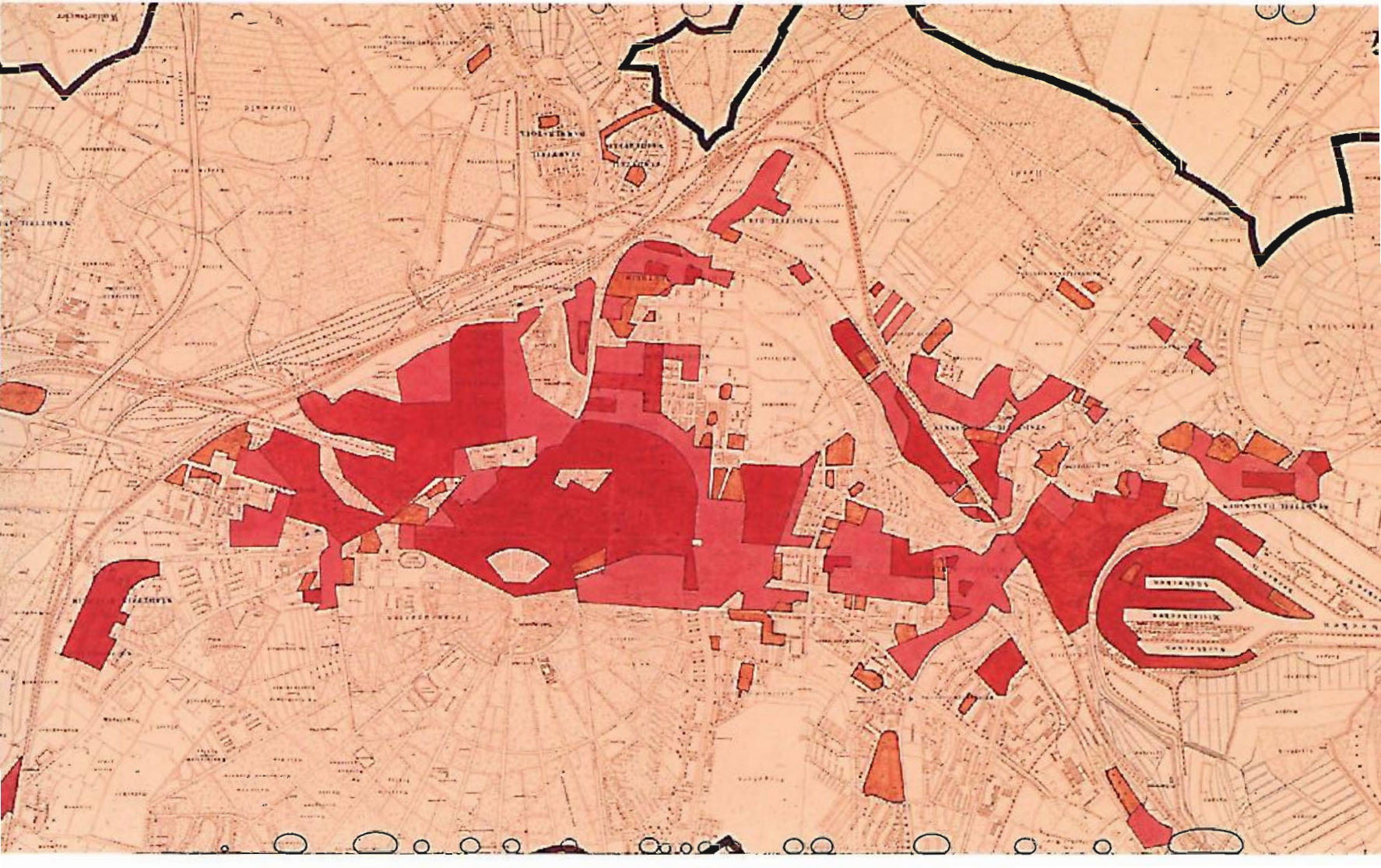
Wirkungen des Widerstandes

Trotz des für sich gesehen beeindruckenden Mutes und der Tapferkeit der Widerstandskämpferinnen und -kämpfer blieb ihrem selbstlosen Einsatz und Kampf der Erfolg versagt. Die weit überwiegende Mehrheit der Deutschen hatte sich für den NS-Staat entschieden oder sich darin eingerichtet. Der Widerstand war ein „Widerstand ohne Volk."

Seine Mitglieder standen außerhalb der Gemeinschaft und wurden in ihrem Tun wegen der drohenden Verhaftungen einsam. Den Sturz der NS-Herrschaft besorgten schließlich nicht sie, sondern die Alliierten mit dem Sieg an den Fronten. Und dennoch gebührt dem Kampf der wenigen gegen Terror und Unrecht höchste Achtung und Respekt. Es gilt auch heute noch die Antwort auf die 1974 gestellte rhetorische Frage, ob es denn angebracht sei, sich mit dem letztlich erfolglosen Widerstand zu befassen: „Im Bereich der Moral kann auch eine erfolglose Handlung erfolgreich sein, wenn sie sinnvoll ist. Und der Widerstand gegen das Unrecht ist immer sinnvoll."[67]

Mit Blick auf den 20. Juli 1944 ist festgestellt worden, daß der deutsche Widerstand nicht als die Geburtsstunde eines Nachkriegsdeutschlands begriffen werden könne. Dessen Protagonisten hätten den Traum von der Vollendung des deutschen Nationalstaates, d. h. die Einverleibung deutschsprachiger Gebiete, nicht aufgegeben und die westliche Demokratie hätte ihnen nicht als die ideale Staatsform gegolten. Der Widerstand sei vielmehr „leidender, verzweifelter, erfolgloser, heroischer und bewundernswerter Teil des Dritten Reiches. Seine Linien führen nicht über das Jahr 1945 hinaus."[68] Bezieht man aber den gesamten Widerstand, vor allem den der Arbeiterbewegung mit ein, dann ist der letzte Teil des Zitats nur bedingt zutreffend. Denn die Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus ist von seinen Wirkungen nach 1945 nicht zu trennen. Zum einen waren es die Männer und Frauen des Widerstandes, die als NS-Unbelastete auf allen Entscheidungsebenen den demokratischen, gesellschaftlichen und politischen Neuaufbau Deutschlands entscheidend mitprägten. Zum anderen wäre „ohne ihn eine Rückkehr der Deutschen unter die zivilisierten Völker in der relativ kurzen Zeit, in der sie erfolgte, unmöglich gewesen."[69] Am Anfang dieser Entwicklung stand jedoch der totale Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems, das Kriegsende und die Besetzung Deutschlands mit den daraus resultierenden Sorgen und Nöten der Bevölkerung auch in Karlsruhe.

Der Plan zeigt den Grad der Zerstörung der Stadt. Die dunkelroten Flächen markieren die am stärksten betroffenen Stadtteile. Dunkelrot: schwere Schäden. Hellrot: mittelschwere Schäden. Orange: leichte Schäden.



Manfred Koch

Trümmerstadt
Residenz des Rechts
Zentrum der Technologieregion

Wechselvoller Weg
in die Gegenwart

Trümmerzeit

Verlust der Hauptstadtfunktion

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war die Geschichte der Stadt die einer Residenz- und Hauptstadt zuerst der Markgrafschaft, dann des Großherzogtums und schließlich des Landes Baden. Diese zentrale Stellung und alle damit verbundenen Funktionen und Institutionen bestimmten entscheidend das Leben der Stadt wie das Selbstverständnis und die Identität ihrer Bewohner und Bewohnerinnen. Darin trat nach dem Kriegsende ein tiefgreifender Wandel ein. Not und Elend der Nachkriegszeit teilte Karlsruhe mit allen deutschen Großstädten. Darüber hinaus traf die Stadt aber schon 1945 ein Funktionsverlust, der ihre Substanz und Struktur weit fundamentaler veränderte als die reparablen Kriegszerstörungen. Karlsruhe verlor seinen seit der Gründung 230 Jahre zuvor angestammten Rang als Landeshauptstadt. Die daraus resultierende Minderung des Stellenwertes der Stadt auszugleichen, ihr eine neue Identität zu verschaffen und zugleich weitgehende zentralörtliche Funktionen zu erhalten, bekam seither für das Tun aller in Karlsruhe politisch Verantwortlichen einen außerordentlichen Rang. Wie aus den Trümmern neues Leben wuchs, was den Absturz in die provinzielle Bedeutungslosigkeit verhinderte und welches neue und sich wandelnde Profil die Stadt gewann, bestimmen das Interesse im Rückblick auf die Karlsruher Stadtgeschichte seit 1945.

Daß Karlsruhe nicht mehr Hauptstadt des Landes Baden sein sollte, entsprach keinem vorgefaßten Plan der Sieger des Zweiten Weltkrieges für die Besetzung und Verwaltung Deutschlands. Dies folgte vielmehr aus einzelnen politischen Handlungen vor allem Frankreichs und Amerikas.[1] Frankreich, das erst im Februar 1945 während der Konferenz in Jalta als Besatzungsmacht bestimmt wurde, sah als vorrangiges besatzungspolitisches Ziel, das gesamte Land Baden als Schutzschild gegenüber Deutschland in seine Verfügung zu bekommen. An Württemberg war de Gaulle nicht interessiert. Die militärischen Operationen am Kriegsende mit dem Vormarsch Frankreichs nach Karlsruhe, Stuttgart und dem Gebiet südlich davon führten dann aber zu einer Nord-Süd-Teilung Südwestdeutschlands, wobei der Norden zur amerikanischen und der Süden zur französischen Besatzungszone gehörte. Diese 1945 erfolgte Teilung führte letztlich zum Untergang der beiden von Napoleon geschaffenen Länder. Die jeweiligen Nord- und Südhälften der alten Länder wurden 1952 mit der Bildung des Südweststaates in einer neuen staatlichen Form wieder zusammengeführt.

Anfang September 1945 durfte sich Karlsruhe noch als Landeshauptstadt sogar in doppeltem Sinn fühlen. In der Münze saß die von den Franzosen installierte Verwaltung für den französisch besetzten Teil des Landes unter Leitung von Alfred Bund, dem ehemaligen Leiter der Finanzabteilung des badischen Wirtschafts- und Finanzministeriums. In der Hauptpost residierte die von den Amerikanern gebildete Verwaltung für das amerikanisch besetzte Nordbaden unter Leitung des früheren badischen Staatspräsidenten und Reichsfinanzministers Heinrich Köhler. Die Selbständigkeit des nordbadischen Landeskommissariatsbezirks endete jedoch mit der Proklamation des Landes Württemberg-Baden durch General Eisenhower am 19. September 1945 und dem von den Amerikanern erzwungenen Eintritt Köhlers als stellvertretender Ministerpräsident in die Landesregierung von Württemberg-Baden unter Reinhold Maier am 29. Oktober 1945. Diesen Tag bezeichnete Köhler als „Unglückstag für das badische Volk."[2] Als Sitz der Landesregierung hatten die Amerikaner Stuttgart bestimmt und damit letztlich auch eine Vorentscheidung für die weitere Entwicklung getroffen. Die Landesverwaltung unter Alfred Bund hielt in Karlsruhe mit Zuständigkeit für Südbaden noch bis 22. November die Stellung, um dann auch

wegen der unerbittlichen amerikanischen Entnazifizierungspraxis nach Freiburg überzusiedeln. Damit hatte Karlsruhe die Funktion einer Landeshauptstadt nicht nur vorübergehend, wie manche insgeheim hofften, sondern für immer verloren.

Zu denen, die sich gegen die amerikanischen Pläne zur Zusammenlegung der beiden Verwaltungen Nordbadens und Nordwürttembergs in Stuttgart wandten, gehörte aus wohlverstandenem Interesse für die Belange der alten badischen Landeshauptstadt der Oberbürgermeister von Karlsruhe Hermann Veit. Er tat dies mit Unterstützung und auch auf Drängen der Landesverwaltung unter Leitung von Alfred Bund. In der am 11. September überreichten Denkschrift machte Veit zunächst folgende Bedenken geltend:[3] Eine große Zahl von Landesbehörden und staatlichen Anstalten sowie eine Reihe von „Zentralmittelstellen" in Karlsruhe würde mitsamt dem geschulten Beamtenapparat überflüssig werden. Die in vielem voneinander abweichenden Landesvorschriften würden badische Beamte in Stuttgart inklusive des Archivmaterials, das aber auch in Südbaden und in den Landeskommissariaten benötigt würde, erfordern. Schließlich werde sich nicht verhindern lassen, „daß eine Bevorzugung des Landes Württemberg vor den badischen Interessen eintritt." Der Gegenvorschlag Veits zielte darauf ab, Nordbaden eine eigene Verwaltung zu belassen, deren Chef in Stuttgart eine Dienststelle zum direkten Kontakt mit der Militärregierung einrichten solle. In der Möglichkeit, wie bisher von den zentralen Verwaltungsstellen aus auch Südbaden mitzuverwalten, liege zudem die Chance zur Wahrung territorialer Traditionen, an denen „man nicht ohne Not rütteln sollte." Diese Denkschrift zeigte jedoch erwartungsgemäß keine Wirkung. In der regelmäßigen Besprechung der Verwaltungsspitzen im Karlsruher Rathaus stellte denn auch der Beigeordnete Dr. Hagen am 7. November 1945 resignierend fest, „die Entwicklung laufe zuungunsten von Baden." So seien bei den Flüchtlingszuweisungen württembergische Städte bevorzugt, und den Sitz des von Karlsruhe angeregten Städteverbandes würde Stuttgart auch bereits für sich fordern. Vier Wochen später sagte auch Oberbürgermeister Veit an gleicher Stelle, die badischen Interessen würden benachteiligt, da die zugesagte Parität bei der Ämterbesetzung ohne zeitliche Vorgabe realisiert werden solle. „Es bestände aber keine Möglichkeit, von seiten der Stadtverwaltung noch irgend etwas zu unternehmen."[4]

Für die folgenden Jahre blieb es bei uneinheitlichen staatsrechtlichen Verhältnissen in den beiden Landesteilen, die Veit in seiner Denkschrift angesprochen hatte, trotz der in Artikel 44 der 1946 verabschiedeten Landesverfassung vorgesehenen Anpassung. Karlsruhe blieb zwar Sitz der Verwaltung des Landesbezirks des Landes Württemberg-Baden, und Heinrich Köhler bemühte sich, die badischen Interessen in Stuttgart zu vertreten. Dank seiner starken Stellung blieb dem Landesbezirk ein eigener Haushaltsplan und die eigenständige personalpolitische Kompetenz. In Karlsruhe befürchtete man derweil nach einigen Erfahrungen dennoch den Abbau der hiesigen Verwaltungen. Im August wollten die Amerikaner die Post- und Bahndirektion nach Stuttgart verlagern, was verhindert werden konnte. Im Mai 1947 wollte das Stuttgarter Landwirtschaftsministerium die badische Forstverwaltung und das Holzwirtschaftsamt Karlsruhe aus der badischen Finanzverwaltung herauslösen und sich unterstellen. Dies scheiterte am energischen Widerstand Heinrich Köhlers.[5]

Nach dem 1. Juli 1948 setzte dann eine intensive Diskussion über die Neugliederung im deutschen Südwesten ein, die die Alliierten in Gang gebracht hatten. Die Militärgouverneure übergaben den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder an diesem Tag nicht nur den Auftrag zur Verfassungsgebung für den westdeutschen (Teil-) Staat, sondern auch den Auftrag, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen. Die folgenden Diskussionen zwischen den drei Landesverwaltungen in Stuttgart, Freiburg und Tübingen verstrickten sich aber schnell in den unterschiedlichen Interessenlagen der drei Nachkriegsländer. Südwürttemberg-Hohenzollern strebte die Vereinigung

Plakate zur Volksbefragung über den Südweststaat am 24. September 1950.

der beiden Vorkriegsstaaten an. In Württemberg-Baden sprachen sich die meisten politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen ebenfalls für die Vereinigung aus, wobei auf keinen Fall die gewonnene Einheit der beiden nördlichen Landesteile gefährdet werden sollte. Erst nach Heinrich Köhlers Tod im Februar 1949 – er hatte sich zwischenzeitlich zum Verfechter des Südweststaates gewandelt wie auch der aus dem Amt des Oberbürgermeisters von Karlsruhe als Wirtschaftsminister nach Stuttgart berufene Hermann Veit – erhob ein Teil der nordbadischen CDU die Forderung nach Wiederherstellung Badens und Karlsruhes als Landeshauptstadt. Sie schlossen sich damit der von Anfang an einhelligen Meinung der Regierung (Süd-)Badens und der dortigen CDU an.

Eine Sonderbestimmung des im Mai 1949 verabschiedeten Grundgesetzes (Art. 118) erlaubte dann, daß der Kampf um den Südweststaat auch vor der Erlangung der Souveränität des neuen deutschen Staates, die mit den Pariser Verträgen vom 5. Mai 1955 erreicht wurde, weiter geführt werden konnte. Für den Fall, daß die drei Landesregierungen keine Einigung erzielen würden, sollte ein Bundesgesetz die Neugliederung regeln. Diesem Bundesgesetz mußte eine Volksabstimmung vorangehen. Wie vorherzusehen, mußten die Bürger und Bürgerinnen zur Wahlurne gerufen werden. Über den Modus dieser Abstimmung bestanden schon seit 1948 unterschiedliche Ansichten. Die Südbadener wollten nach den alten Ländern getrennt abstimmen, während die beiden anderen Landesverwaltungen getrennt nach vier Bezirken wählen lassen wollten. Im Bundestag fand schließlich am 25. April 1951 mit ausschlaggebender Unterstützung der SPD das Abstimmungsmodell eine Mehrheit, nach der in allen vier Landesteilen die Stimmen getrennt gezählt und dann festgestellt werden sollte, ob mehr Bezirke für oder gegen die Neugliederung abgestimmt haben.

Verhandlung vor dem 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts im sog. Südweststaatsprozeß. Urteilsverkündung durch den Präsidenten des 2. Senats Dr. R. Katz am 24. Oktober.

Die Landesverwaltungen von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern sprachen sich aus gutem Grund für diesen Modus aus, denn demoskopische Befragungen im April 1950 hatten ergeben, daß in beiden Teilen Württembergs die Zustimmung zum Südweststaat hoch war. Dagegen hätte Baden mit sehr knapper Mehrheit den Südweststaat abgelehnt, wobei Südbaden deutlich dagegen und Nordbaden mit einer nur knappen Mehrheit dafür gewesen wäre. Eine Volksbefragung im September 1950 bestätigte dieses Ergebnis mit großer Genauigkeit: Zustimmung zum Südweststaat in beiden Teilen Württembergs mit über 90 %, in Nordbaden Ablehnung durch 42,6 % und in Südbaden durch 57,4 %, in Baden insgesamt Ablehnung mit 50,7 %. Der Südweststaat war also nur mit dem Vier-Bezirke-Modus, die weitere Existenz Badens nur mit der Abstimmung nach den alten Ländern zu erreichen. In Nordbaden lag in jedem Fall der Schlüssel für die Entscheidung, und hier fochten die Befürworter und Gegner des alten Landes Baden den Kampf um die Stimmen am erbittertsten aus, als im Dezember 1951 die entscheidende Volksabstimmung stattfand. Dies geschah allerdings erst, nachdem das gerade konstituierte Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in seiner ersten Entscheidung die Klage der (süd-)badischen Regierung gegen das Neugliederungsgesetz und insbesondere gegen den Abstimmungsmodus abgewiesen hatte. Der Richterspruch kam durch ein 6:6 Patt zustande. Das nährte Zweifel an dem Spruch, insbesondere im Hinblick auf die Feststellung des Gerichts, in der Wahl des Abstimmungsmodus sei kein bewußtes Präjudiz des Ergebnisses für den Südweststaat zu erkennen. Das Ergebnis der Volksabstimmung entsprach den Erwartungen: In drei der vier Bezirke gab es Mehrheiten für den Südweststaat, über 90 % in den württembergischen Landesteilen, 57,1 % in Nordbaden. Südbaden votierte mit 62,2 % für Baden. In der Stadt Karlsruhe entschieden sich 68,4 %, das waren knapp 2 % weniger als 1950, für Baden.[6]

Karlsruhe war nach Presseberichten sowohl 1950 als auch 1951 Brennpunkt der Auseinandersetzungen. Während die Wahlkämpfe überwiegend in gemäßigter Form abliefen, kam es in Karlsruhe vor allem in den Schlußveranstaltungen der Befürworter der Neugliederung zu tumultartigen Szenen, während denen die Altbadener mehrfach das Badnerlied anstimmten. Der ehemalige Karlsruher Oberbürgermeister und Wirtschaftsminister des Landes Hermann Veit wurde wie die anderen Redner 1950 minutenlang ausgepfiffen, Poli-

Tafeln mit Wahlplakaten zur Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 vor dem Ludwig-Winter-Denkmal.

zei mußte eingesetzt werden, ein Geschehen, das viele Beobachter an die Zeit des Untergangs der Weimarer Republik erinnerte. 1951 löste die Behauptung eines Redners, die badische Tradition sei die Tradition der badischen Leibgrenadiere, mithin eine militärische Tradition, deren Folgen man in den zerstörten Städten sehen könne, heftige Tumulte und wiederum Polizeieinsatz aus. Sowenig von Geschichtsverständnis geprägt diese „Parole" sicher war, stand ihr die Erwiderung des Journalisten in seinem Bericht, auch badische Soldaten hätten in ganz Europa heldenhaft die Heimat verteidigt – als ob die Deutschen keinen Angriffskrieg geführt hätten – in nichts nach. Diese beiden Veranstaltungen sind womöglich nicht charakteristisch für den ganzen Wahlkampf, aber sie sind sicher Ausdruck für die Härte und Erbitterung, mit der die Gegner miteinander umgingen.[7]

In Karlsruhe verliefen die Fronten wie im ganzen Land: Befürworter des Südweststaates waren die SPD, die DVP/FDP, der DGB und die DAG sowie die Heimatvertriebenen.[8] Dazu zählten aber auch die Kammern und Verbände der mittelständischen Wirtschaft und freien Berufe. Die CDU war in der Frage gespalten und erklärte sich in der Auseinandersetzung für politisch neutral. Allerdings sprechen die Wahlergebnisse in Nordbaden dafür, daß auch die anderen Parteien ihre Anhängerschaft nicht geschlossen hinter sich bringen konnten. Bei der Propagierung der jeweiligen Ziele standen sich die von Südbaden gesteuerte „Arbeitsgemeinschaft der Badener" und die von den Landesregierungen in Stuttgart und Tübingen koordinierte und mit öffentlichen Mitteln ausgestattete „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg" gegenüber. Die Befürworter setzten mit ihren Argumenten vor allem auf die unbestreitbaren wirtschaftlichen Vorteile und das größere bundespolitische Gewicht eines größeren Bundeslandes. Demgegenüber betonten die Anhänger

Badens emotionale Momente, indem sie Heimat und Traditionsbewußtsein beschworen und vor dem Stuttgarter Zentralismus warnten. In dem Versuch, die vorgebrachten Argumente am Tag vor der Entscheidung gegeneinander abzuwägen, kam der BNN-Herausgeber und CDU-Stadtrat Wilhelm Baur zu dem Schluß: „Allerdings ist es keiner der beiden Vereinigungen ... geglückt, aus den vorgebrachten Zahlen eindeutige persönliche Entscheidungen zu ermöglichen. Sie haben statt zur Klärung eher zur Verwirrung beigetragen. Sicher ist, daß Baden für die Vorteile, die der Südweststaat etwa bringen könnte, keine Garantien besitzt. ... Aber ebenso gewiß steht fest, daß die Nachteile, die vom Südweststaat befürchtet werden, nicht ohne weiteres einzutreten brauchen."[9] Möglicherweise traf er damit die Empfindungen vieler, die dann trotzdem ein Votum für oder gegen Baden abgaben.

Während des langen und zähen Ringens um die Südweststaatsentscheidung stand das Schicksal der ehemaligen Hauptstadt immer wieder im Blickpunkt. Nach manchen Presseberichten schien die Zukunft geradezu von der Frage abhängig, ob Karlsruhe wieder Landeshauptstadt würde.[10] Von der „Stadt im toten Winkel" oder der „Stadt im Schatten" von Stuttgart war die Rede, gefragt wurde, ob Karlsruhe eine „tote" Stadt sei, und schließlich die Volksabstimmung zur Entscheidung über „Aschenbrödel oder Landeshauptstadt" stilisiert. Andere Stimmen sahen dagegen eine durchaus positive Entwicklung der Stadt im Südweststaat voraus. Die Stadt werde als Behörden- wie Industriesitz krisenfest sein. In diese Diskussion hat sich auch der Stadtrat im Oktober 1949 eingeschaltet und einen Beschluß gefaßt „Karlsruhe muß wieder Landeshauptstadt werden." Damit erhielt Oberbürgermeister Töpper den Auftrag, unverzüglich mit den Regierungschefs Reinhold Maier in Stuttgart und Leo Wohleb in Freiburg zu verhandeln, um genügende Zusicherungen für die Stadt im Falle staatsrechtlicher Veränderungen zu erhalten. Der Stadtrat schloß sich einmütig – das galt auch für die Förderer des Südweststaates – der Meinung an, Karlsruhe müsse wieder Landeshauptstadt auch in einem Südweststaat werden.[11] Als der Initiator des Beschlusses der CDU-Stadtrat Dr. Friedrich Werber zwei Jahre später, wenige Tage vor der Volksabstimmung, nach dem Ergebnis der Besprechungen fragte, erhielt er zur Antwort, es gebe Verständnis für die Karlsruher Vorstellungen, und man habe zumindest ein Äquivalent zugesichert, falls Karlsruhe nicht mehr Hauptstadt werden könne. Allerdings gebe es darüber keine schriftlichen Unterlagen. In der gleichen Sitzung wies die Stadtverwaltung den vom KPD-Stadtrat Friedrich Dietz eingebrachten Antrag, die Stadtverwaltung Karlsruhe möge einen Aufruf zur Wiederherstellung des Landes Baden veröffentlichen, als unzulässige Einmischung in gesetzgeberische Angelegenheiten zurück.[12] Da die Stadtverwaltungen Mannheim und Pforzheim keine Scheu hatten, für den Südweststaat zu werben, liegt der Schluß nahe, daß die Stadtverwaltung dazu nicht bereit war. Der Oberbürgermeister und zwei Bürgermeister gehörten Parteien an, die den Südweststaat befürworteten, und dies tat auch der CDU-Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Fridolin Heurich.[13]

Mit dem Abstimmungsergebnis und der am 25. März 1952 vollzogenen Bildung der provisorischen Regierung war die Gründung des neuen Bundeslandes vollzogen, und der Landesbezirk Nord-Baden wurde zum Regierungsbezirk zurückgestuft. Für Karlsruhe bedeutete dies die endgültige Bestätigung des bereits 1945 eingetretenen Verlustes seiner 230 Jahre lang bestehenden Funktion als Landeshauptstadt. Daran änderte auch die weitere Entwicklung der Südweststaatsfrage nichts mehr. 1956 mußte sich das Bundesverfassungsgericht erneut mit dem Thema befassen. Der „Heimatbund Badnerland" hatte gemäß Artikel 29 Grundgesetz, der 1955 in Kraft getreten war, beim Bundesinnenminister die Durchführung eines Volksbegehrens zur Neugliederung im Südwesten beantragt, die abgelehnt wurde. Gegen diesen ablehnenden Bescheid legte der Heimatbund beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde ein. Mit Ur-

teil vom 30. Mai ordnete das Gericht das Volksbegehren, das eine neue Volksabstimmung zum Ziel hatte, an. Die Begründung des Spruchs beinhaltete auch eine deutliche Kritik an dem eigenen Urteil von 1951, wenn es in der Begründung heißt, durch den Abstimmungsmodus sei 1951 „der Wille der badischen Bevölkerung ... überspielt worden."[14] Im September 1956 war das Volksbegehren erfolgreich, der Weg für eine neue Volksabstimmung in Baden war frei. Es begann damit aber auch, was man den „baden-württembergischen Belagerungszustand" genannt hat, denn bis zum Entscheid stand die Staatstätigkeit im Zeichen des Provisoriums. Es dauerte 14 Jahre, bis der Bundestag die nötigen Gesetzesänderungen beschloß und am 7. Juni 1970 die Abstimmung stattfinden konnte. Bei einer überraschend hohen Wahlbeteiligung von 62,8 % sprachen sich nur 18,1 % der Badener und Badenerinnen für ein selbständiges Baden aus, am höchsten war der Stimmenanteil für Baden in Karlsruhe mit 36 %. Die hohe Zustimmung zum Südweststaat wurde als Sieg der Vernunft und als eindrucksvolle Bestätigung des Zusammenwachsens seit 1952 gefeiert. Ob allerdings die „schwere moralische Hypothek" des Abstimmungsverfahrens,[15] die durch den Spruch des Verfassungsgerichts von 1956 festgestellt wurde, damit getilgt war, bleibt fraglich. In den BNN formulierte Josef Werner 1970 mahnend und bis in unsere Tage aktuell: „Die große und volle innere Aussöhnung der Karlsruher mit dem neuen Land ... wird gewiß auch gelingen, wenn sich die Gesetzgeber und die Regierenden in Stuttgart neben anderem auch von jenen Tugenden leiten lassen, die im Badischen so hoch geschätzt werden: Fairneß und Gerechtigkeit."[16]
Karlsruhes Rolle in dem neuen Land zu finden und zu festigen, die Funktionsverluste von 1945 auszugleichen und deren Relikte zu bewahren, erforderte in der unmittelbaren Nachkriegszeit sicher die Aufmerksamkeit der für die Stadt politisch Verantwortlichen. Weit größere Sorgen bereiteten zu dieser Zeit allerdings die existentielleren Probleme der Bevölkerung in der kriegszerstörten Stadt.

„Zeit zwischen den Zeiten"

Als am Ende des Zweiten Weltkrieges französische Truppen Karlsruhe einnahmen, lebten in der ehemaligen Residenzstadt, Landeshauptstadt und kurzzeitigen Gauhauptstadt gerade noch etwa 60.000 Einwohner von 185.000 bei Kriegsbeginn. Die Stadt war durch 135 Luftangriffe in Teilen ein Trümmerfeld, der Zerstörungsgrad betrug etwa 34 % (siehe oben).[17] Diese Durchschnittszahl täuscht aber über die weitgehende Zerstörung des klassizistischen Stadtkerns mit seinen zahlreichen Weinbrennerbauten um den Marktplatz, den Ministerien am Zirkel, dem Schloß und vielen anderen stadtbildprägenden Bauten hinweg. Das Zentrum der in 230 Jahren gewachsenen Stadt war total zerstört.
Dem nationalsozialistischen Angriffskrieg waren in Karlsruhe einschließlich der getöteten und vermißten Soldaten über 12.000 Menschen zum Opfer gefallen (siehe oben).[18] Neben den beklagenswerten Verlusten von Menschen sowie Hab und Gut zeitigte der Krieg immense soziale Verwerfungen und gesellschaftliche Brüche. In der Stadt entstand wie auch anderswo in dem bei weitem nicht ausreichenden Wohnraum und bei mangelnder Versorgung mit Lebensmitteln eine Zusammenballung von teilweise zerrütteten Familien, arbeitslosen Soldaten, in Lagern untergebrachten ehemaligen Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen,[19] Flüchtlingen[20] sowie deklassierten nationalsozialistischen Funktionären. Eine hohe Kriminalitätsrate, eine starke Zunahme von Geschlechtskrankheiten und überdurchschnittlich viele Ehescheidungen – 1939 – 237, 1948 – 735 – sowie uneheliche Geburten – 1939 – 298, 1948 – 384 – sind beredter Ausdruck der Zustände nach Kriegsende.[21]
Nicht die gegen alle Vernunft propagierte heroische Selbstaufopferung im trotzig beschworenen „Endkampf", sondern feige Flucht der meisten Verantwortlichen prägte den endgültigen Bankrott des „Dritten Reiches." Das war auch in Karlsruhe nicht anders, wo die noch in der Stadt verbliebene NS-Kreisleitung und mehrere Dutzend Mitarbeiter

Die völlig zerstörte Stadtmitte Karlsruhes vom Rathaus (links) und der Stadtkirche (rechts) bis zum Schloß im Jahre 1945.

der Stadtverwaltung mit dem letzten Volkssturmaufgebot kurz vor der Einnahme der Stadt diese fluchtartig verließen.[22] In dieser durch den Zusammenbruch der staatlichen Ordnung bestimmten Situation wurden die Kommunen zu Rettungsbooten. Wohl kaum jemals zuvor standen die kommunalen Verwaltungen vor einer solchen Flut neuer Aufgaben und Probleme. Unter anfänglich sehr rigidem Regiment, dann aber zunehmend gelockerter Aufsicht der Besatzer in den drei Westzonen bewältigten sie, wenn auch unter großen Mühen, das Nachkriegschaos und wurden zu den ersten Trägern der neuen parlamentarisch-demokratischen Ordnung. Deren Aufbau fand mit der Staatsgründung der Bundesrepublik Deutschland im September 1949 ihren Abschluß. In der kurz darauf im Oktober folgenden Gründung der DDR in der sowjetisch besetzten Zone spiegelten sich die Spannungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion, die im Zeichen des Kalten Krieges zur Auseinanderentwicklung der West- und Ostzonen und zur 1945 nicht geplanten Teilung Deutschlands führten.

Als Kennzeichen für die Erfahrungen und das Geschehen dieser „Zeit zwischen den Zeiten" hat sich sicher auch den Karlsruhern und Karlsruherinnen die Ruine eingeprägt. „In ihren ausgebrannten Fassaden blühte nicht die blaue Blume der Romantik, sondern der Geist der Zerstörung, des Verfalls und der Apokalypse", wie der Gründer der Gruppe 47 formulierte.[23] Andere haben die Zeit als eine des „Kahlschlags" erlebt und wieder andere wollten an die „Stunde Null" glauben. Die hat es aber nie gegeben, denn „es gibt in der Geschichte keine ‚Stunde Null', es gibt keine Zeit, in der die Menschen, was immer ihnen geschehen ist, von der Vergangenheit befreit sind, und es gibt keine Zeit, in der die Menschen ohne Einwirkung auf die Zukunft sind."[24]

Der Anfang nach 1945 war nicht voraussetzungslos. Er läßt sich nur vor dem Hintergrund der Hinterlassenschaft des NS-Regimes begreifen, von dem auszugehen war und mit dem man sich auseinanderzusetzen hatte.

Kriegsende und Wechsel der Besatzungsmacht

Die Stimmung der Bevölkerung am Oberrhein war zum Kriegsende so schlecht wie überall im Deutschen Reich.[25] „Hemmungslose Kritik und wüstes, gehässiges Schimpfen auf die Führung waren vielfach zu hören und wahrzunehmen." Die Ursache dieser Haltung ist in privaten Aufzeichnungen leicht auszumachen. Die Folgen des Luftkrieges hätten die Menschen zu einem „Rattendasein" gezwungen. Die Keller seien wie eine „Gruft, vorläufig oder für immer?", lautete die bange Frage. An die Stelle der dem Führer folgenden „Volksgemeinschaft" trat die „Notgemeinschaft der Erschöpften und Verzweifelten." Bei der einst in nationaler Trunkenheit und Führerverehrung schwelgenden Bevölkerung war Ernüchterung eingekehrt. An der apathischen und vielfach verzweifelten Stimmung hatte sich auch nach den ersten Erfahrungen mit den Besatzern der Stadt nach dem Kriegsende nichts geändert. Am 5. Mai – erst drei Tage später wurde der Krieg mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde beendet – notierte eine Karlsruherin: „Nun ist, wenn es wahr ist, der Krieg zu Ende, und die Zukunft liegt nach wie vor dunkel vor uns, und ein leises Grauen beschleicht einen ... Ich hatte immer gehofft, das Kriegsende würde das Ende der dunklen Zeit bedeuten – darin habe ich mich schwer getäuscht." Sicher empfanden viele ebenso, dennoch lassen sich die individuellen Erlebnisweisen von Niederlage, Zusammenbruch, Befreiung, Besetzung und Besatzungsherrschaft nicht zu einer Beschreibung verdichten, die alle Einzel- und Familienschicksale bündelt. Begreiflicherweise konnten z. B. nur die wenigen Hitlergegner, die Überlebenden der rassischen Verfolgung und die Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen das Kriegsende als Rettung und Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft empfinden. Die Mehrheit erlebte dieses Ereignis eher als Niederlage und Demütigung und verspürte vor allem Erleichterung darüber, „daß nun endlich die Nächte in den Kellern und Bunkern vorüber waren."[26]

Wie manche andere Gemeinde im Südwesten erlebte Karlsruhe zunächst die Einnahme und die ersten drei Monate Besatzungszeit durch die Franzosen.[27] Die hatten sich über die Absprache der Westalliierten hinweggesetzt und sich mit der Einnahme der beiden Landeshauptstädte Karlsruhe und Stuttgart Faustpfänder gesichert, um ihre Interessen bei den anstehenden Verhandlungen über Deutschland besser wahren zu können. Die Amerikaner bestanden jedoch mit massivem Druck darauf, ihre Nachschubwege nach Bayern in eigene Verfügung zu bekommen. So mußten die Franzosen am 7. Juli 1945 hinter die Demarkationslinie der Autobahn Karlsruhe-Stuttgart zurückweichen. Die Grenze zwischen der amerikanischen und französischen Zone verlief entlang der südlichen Karlsruher Landkreisgrenze.

Mit der Besetzung der Stadt durch die Franzosen statt der erwarteten Amerikaner bekamen die Karlsruher und Karlsruherinnen das Ausgeliefertsein an eine feindliche Besatzungsmacht und ihre völlige Rechtlosigkeit zu spüren. Dies galt zuerst für Frauen und Mädchen, die in großer Zahl vergewaltigt wurden. Sie gehörten auch nach diesem Krieg wieder zur Kriegsbeute der Sieger.[28] Repressalien aller Art, Raub auf offener Straße, in den Wohnungen und Geschäften durch französische Soldaten und die Verhaftung von Männern von der Straße weg zum Arbeitseinsatz in Frankreich, Plünderungen der Lebensmittellager und Geschäfte durch Besatzer, befreite Zwangsarbeiter und die deutsche Bevölkerung waren für kurze Zeit an der Tagesordnung. Die Haltung der Truppen gegenüber den Deutschen war sicher auch eine Reaktion auf die deutsche Besatzungspolitik in Frankreich. So galt denn der Abtransport großer Mengen Lebensmittelvorräte und anderer Güter wie Radios, Fotoapparate, Möbel, Kleidung und

Wäsche nach Frankreich zur Versorgung der dortigen notleidenden Zivilbevölkerung als Ausgleich für die wirtschaftliche Ausplünderung des Landes unter deutscher Herrschaft. Dies erschwerte in der Folgezeit die Versorgung in Karlsruhe.

Erleichterung machte sich deshalb breit, als die Amerikaner am 7. Juli die Militärregierung in Karlsruhe übernahmen. Gleichwohl wurde von Mitarbeitern der Stadtverwaltung auch notiert: „In den Gesprächen mit amerikanischen Offizieren fehlte die menschliche Nähe und Wärme, wie sie bei den Franzosen durchweg üblich war."[29] Die im Handbuch der Militärregierung vorgegebene Haltung der Amerikaner, die deutschen Behörden distanziert anzuleiten und zu kontrollieren und mit der Bevölkerung nicht zu „fraternisieren", änderte sich jedoch bald. Die Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis 2. August leitete eine Wende in deren Besatzungspolitik ein. In Potsdam beschlossen die Siegermächte, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, es zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren, die Wirtschaft zu dezentralisieren und Politik und Gesellschaft zu demokratisieren. Die Demokratisierung ließ sich aber auf Dauer nicht ohne intensivere Kontakte zwischen Besatzern und Besetzten realisieren. Die Amerikaner wandelten sich von Befehlsgebern und Kontrolleuren zu Beratern und Beobachtern. Seit November 1945 bis Mitte 1946 schrumpfte deshalb die lokale Militärregierung auf wenige Offiziere. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Amerikaner die Grundlagen geschaffen für eine Demokratisierung in Politik und Gesellschaft. Und in der Konsequenz des Rückzugs aus den deutschen Angelegenheiten hatten sie die Entnazifizierung, die als Voraussetzung der Demokratisierung galt, zur Aufgabe der Deutschen gemacht.

Entnazifizierung

„Der Ausbruch einer spontanen Wut des deutschen Volkes gegen all diejenigen, die als prominente Vertreter des Naziregimes bekannt waren", wäre die „einzige Alternative zum Entnazifizierungsprogramm der Alliierten gewesen."[30] Die in den letzten Kriegsmonaten beobachtete Distanzierung der Deutschen vom NS-System mündete jedoch nicht in eine solche Revolution. Sie folgte auch nicht einem moralischen Impuls angesichts der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges oder der Einsicht in die verbrecherische Dimension des Regimes. Sie ist eher als Quittung für die Erfolglosigkeit des Systems zu verstehen. So blieb die von den Alliierten im Februar in Jalta beschlossene Vernichtung des deutschen Militarismus und Nazismus zunächst deren Aufgabe.

Die ersten Maßnahmen der Franzosen nach der Einnahme der Stadt galten dem eigenen Schutz vor den befürchteten Werwolfaktionen, zu denen auch der badische Gauleiter aufgerufen hatte. Um Angriffe mehr oder weniger organisierter Gruppen aus dem Untergrund auszuschließen, versuchten sie mit einer Erfassung der männlichen Bevölkerung aller nationalsozialistischer Funktionäre habhaft zu werden. Dabei führten sie auch nächtliche Razzien durch.[31] Die Nazis wurden sofort in der Knielinger Kaserne, SS-Angehörige und höhere Parteifunktionäre in dem nahegelegenen „Russenlager", wo kurz zuvor noch russische Zwangsarbeiter untergebracht waren, interniert. Die Gesamtzahl der von den Franzosen von April bis Juli aus politischen Gründen verhafteten Personen betrug etwa 1.500, darunter etwa 100 Frauen. Ab Ende Mai betrieben die Franzosen auf Druck der Amerikaner eine systematischere Säuberung der Verwaltungen, wonach alle „Nazi-Elemente" ohne Rücksicht auf die Funktionsfähigkeit der Verwaltungen entfernt werden sollten. Die Franzosen entließen 449 Mitarbeiter der Stadtverwaltung – darunter knapp 2 % Frauen – und auch fünf Chefärzte der Städtischen Krankenanstalten. In Erwartung eines Zusammenbruchs der deutschen Verwaltungen beließen sie unentbehrliche Fachleute trotz Mitgliedschaft in der NSDAP unbehelligt im Amt.

Die Amerikaner gingen bei der Entnazifizierung weit weniger rücksichtsvoll vor. Sie hiel-

GOUVERNEMENT MILITAIRE DE BADE

BEKANNTMACHUNG

Auf Befehl der Militärregierung Baden werden vorerst folgende Entlassungs- und Suspensionsmaßnahmen getroffen:

Sind entlassen:

WAGNER, Robert, Reichsstatthalter in Baden, Karlsruhe
KÖHLER, Walter, Badischer Finanzminister, Karlsruhe
PFLAUMER, Karl, Badischer Innenminister, Karlsruhe
SCHMITTHENNER, Paul, Minister des Kultus und Unterrichts in Baden, Karlsruhe
DOLD, Karl Friedrich, Landeskommissar, Karlsruhe
FREY, Wilhelm, Generalstaatsanwalt, Karlsruhe

Sind vorläufig von ihrem Dienst enthoben:

THEOBALD, Hermann, Chef der Staatskanzlei, Karlsruhe
MÜHE, Wilhelm, Ministerialdirektor, Karlsruhe
ULLRICH, Gustav, Ministerialdirektor, Karlsruhe
MÜLLER-TREFZER, Ministerialdirektor, Karlsruhe
STRAUB, Rudolf, Ministerialrat im Innenministerium, Karlsruhe
SCHOCH, Otto, Regierungsdirektor im Innenministerium, Karlsruhe
FAIST, Hermann, Oberregierungsrat im Innenministerium, Karlsruhe
SPRAUER, Ludwig, Regierungsdirektor im Innenministerium, Karlsruhe
SCHNEIDER, August, Regierungsdirektor im Innenministerium, Karlsruhe
MÜLLER, Heinrich, Oberfinanzpräsident, Karlsruhe
KÖLSCH, Karl, Präsident der Reichspostdirektion, Karlsruhe
BAUMGRÄTZ, Emil, Regierungsdirektor im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe
ASAL, Karl, Ministerialrat im Ministerium des Kultus u. Unterrichts, Karlsruhe
DENZ, Josef, Oberregierungsrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe
FUHS, Michel, Oberregierungsrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe
KRAFT, Herbert, Ministerialrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe
HEITZ, Georg, Ministerialrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe
WALTER, Friedrich, Rektor im Ministerium des Kultus u. Unterrichts, Karlsruhe

Karlsruhe, den 8. Mai 1945

Par ordre du Gouvernement Militaire

Mit solchen Plakaten wurden anfangs die Entlassungen von nationalsozialistischen Amts- und Mandatsträgern öffentlich mitgeteilt.

ten sich strikt an ihre strengen Entnazifizierungskriterien. Nun mußte sich jeder Karlsruher und jede Karlsruherin einer weltanschaulichen Bestandsaufnahme in Form von 131 Fragen unterziehen. Nach Überprüfung der Fragebögen entließen die Amerikaner bis November 1945 noch einmal 540 Mitarbeiter der Stadtverwaltung, weitere folgten bis ins Jahr 1946. Darunter befanden sich jetzt mehrere Führungskräfte. Dies trug im Gegensatz zu den Intentionen der Amerikaner nicht zu einer Reorganisation funktionierender öffentlicher Verwaltungen im Sinne der Demokratie, sondern eher zu deren Destruktion bei. Entlassen wurden etwa 500 Lehrer und Professoren, was den Unterrichtsbeginn im Herbst erheblich erschwerte. Insgesamt verursachten diese Entlassungen eine deutliche Einschränkung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, als dieser besonders gefordert war. Starke Unruhe rief die Entnazifizierung der Wirtschaft hervor, die mit dem Gesetz Nr. 8 vom 26. September angeordnet wurde. Dabei erhielten Deutsche erstmals ein Mitwirkungs- und Betroffene ein Widerspruchsrecht. Nach Schätzungen waren etwa 90 % der Betriebe der Industrie, des Handels und des Handwerks von den strengen Bestimmungen des Gesetzes betroffen, da die Betriebsleitungen in irgendeiner der NS-Organisationen Mitglied waren. Bis 13. November waren von 5.340 Anträgen auf Wieder- oder Neuzulassung der Betriebe etwa 50 % positiv entschieden. Viele Einmannbetriebe mußten aber geschlossen werden, andere wurden unter treuhänderische Leitung gestellt.[32] Dies verursachte empfindliche Störungen beim Wiederaufbau und der Versorgung der Bevölkerung im Herbst.

In der Konsequenz des Rückzugs der Militärregierung aus den deutschen Angelegenheiten lag auch die Übergabe der Entnazifizierung an deutsche Spruchkammern, gemäß dem Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946. Dazu beigetragen haben sowohl die Lähmung des öffentlichen Dienstes wie die zahlreichen Bittgesuche und Beschwerden, die bei den amerikanischen Dienststellen eingingen, aber auch die Einsicht in Inkonsequenzen der eigenen Bestimmungen. Kritik von deutscher Seite, die auch in der Stadtverwaltung diskutiert wurde, betraf den „Schematismus " der Überprüfung.[33] An die Stelle der schematischen nach Zugehörigkeit zu NS-Organisationen und Zeitpunkt des Eintritts vorgenommenen Beurteilungen und Bestrafungen trat nun die Einzelfallprüfung. Und mit ihr setzten die Versuche ein, mit oft aus Gefälligkeit oder für Gegenleistungen ausgestellten Leumundszeugnissen das einwandfreie individuelle politische Verhalten vor 1945 zu belegen. Die Spruchkammern, die eine wahre Flut dieser „Persilscheine" zu bewerten hatten, mußten den Grad der politischen Belastung nach fünf Kategorien feststellen: Hauptschuldiger, Belasteter, Minderbelasteter, Mitläufer und Entlasteter. In Karlsruhe hatten sich nach Schätzungen 100.000 Männer und Frauen den Spruchkammern zu stellen. Da bis zum Abschluß des Verfahrens nach vorläufiger Einstufung Hauptschuldige und Belastete nur untergeordnete Tätigkeiten oder gar keine ausüben durften, beobachteten viele Familien die Entwicklung der Tätigkeit der Kammern, die ihre Arbeit im April 1946 begannen und im Oktober 1948 beendeten, mit großem Interesse und Sorge.[34]

Wie überall urteilte man auch in Karlsruhe über die Entnazifizierungspraxis bald: „Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen." So wurden denn die Jugend- und die Weihnachtsamnestie von 1946 bzw. 1947 lebhaft begrüßt, zeigten sie doch „Menschlichkeit" gegenüber den „Kleinen" und böten die Chance, sich schneller den Nazigrößen aus Wirtschaft und Verwaltung zuzuwenden. Richtig an dieser Einschätzung war, daß die meisten Hauptschuldigen erst 1948 vor den Spruchkammern zur Verantwortung gezogen wurden und von der nun schon größeren Milde bei der Beurteilung der Vergangenheit profitierten. Die Argumentation ließ außer acht, daß diese NS-Mitglieder in der Regel drei Jahre in Internierungslagern zugebracht hatten. Dies galt für die beiden Karlsruher NS-Oberbürgermeister wie für den Kreisleiter und den

Gestapochef, den Ministerpräsidenten, die Minister und viele andere. Sechs Karlsruher Nazigrößen büßten für die von ihnen mitverantworteten Verbrechen des Nationalsozialismus mit dem Tod: der Gauleiter und drei seiner engsten Mitarbeiter, der erste nationalsozialistische Polizeipräsident und der in Karlsruhe geborene und aufgewachsene „Generalgouverneur" in Polen.[35] Zur Verantwortung gezogen wurden 1948 vor der Strafkammer des Karlsruher Oberlandesgerichts die Mörder Ludwig Marums, die Strafen zwischen wenigen Monaten und lebenslänglich erhielten.[36]

Festzuhalten bleibt, daß der schwach ausgeprägte Wille der Deutschen zur politischen Säuberung in einer Flut von Bagatellfällen verschlissen wurde. Wie überall wurden auch die Karlsruher Kammern zu „Mitläuferfabriken."[37] Von den etwa 100.000 Fällen stufte man in Karlsruhe 30 als Hauptschuldige, 140 als Belastete und etwa 50.000 als Minderbelastete oder Mitläufer ein. Weitere 50.000 galten als vom Gesetz nicht betroffen.[38] Bei aller von den Zeitgenossen und später von der Wissenschaft vorgebrachten berechtigten Kritik an der Entnazifizierung, deren Scheitern konstatiert wurde,[39] bleibt dennoch zu bedenken, daß dadurch für jeden einzelnen Betroffenen eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nötig wurde, daß über die tiefe Verstrickung zu vieler Karlsruher und Karlsruherinnen mit dem verbrecherischen NS-Staat wenigstens für eine kurze Frist nicht stillschweigend zur Tagesordnung übergegangen werden konnte, daß vielen zeitweise entlassenen oder internierten Angehörigen der gesellschaftlichen Eliten ein „Denkzettel" verpaßt wurde. Die Entnazifizierung ermöglichte darüber hinaus für eine nach Millionen zählende Gruppe von Deutschen durch deren Reintegration ihre Mitwirkung am demokratischen Aufbau.

Dennoch machte die Entnazifizierungspraxis deutlich, daß mit zunehmender Dauer eine intensive Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit nicht anzuordnen war. Obgleich die Lokalpresse ausführlich über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und die Nachfolgeprozesse berichtete, wie über den Tod von 2,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam, über die Verbrechen in den Konzentrationslagern oder über die Ermordung von zehntausenden von Juden in Minsk, an denen ein Karlsruher Kriminalkommissar beteiligt war,[40] war ein durchaus zwiespältiger Umgang mit der jüngsten Vergangenheit zu beobachten.

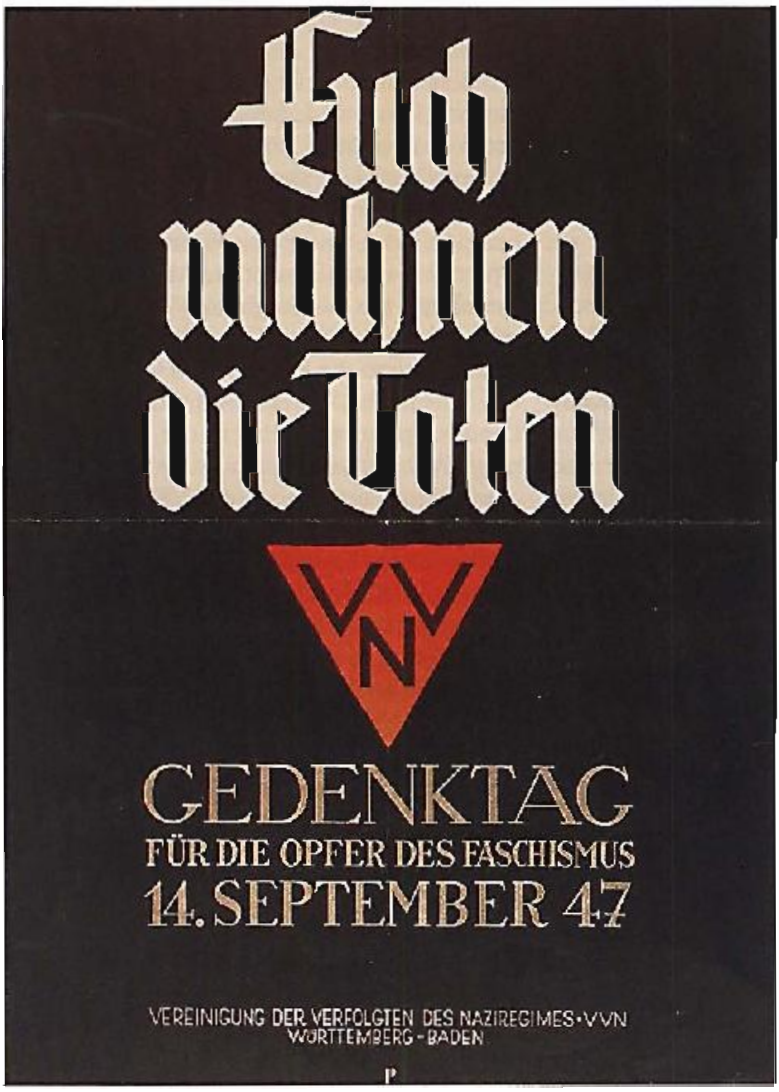
So schuf die Stadtverwaltung am 1. Juli 1945 als erste Gemeinde im Südwesten eine zentrale städtische Betreuungsstelle für aus den Konzentrationslagern zurückkehrende Opfer des Nationalsozialismus.[41] „Diese Armen, die zahllose Mißhandlungen, körperliche und geistige Folterungen erdulden mußten, haben Anspruch darauf, daß man sich ihrer besonders annimmt." Das glaubte die Stadtverwaltung, die 1946 80 KZ-Häftlinge und 27 Witwen und Waisen betreute. Ein Teil der Bevölkerung sah die Leistungen für die Opfer des Regimes – u. a. zusätzliche Lebensmittelrationen, Mietzuschüsse, Kleidung, bevorzugte Beschaffung von Wohnraum und Arbeit – angesichts der allgemeinen Not und des Mangels aber nicht als Teil einer Wiedergutmachung begangenen Unrechts, sondern als ungerechtfertigte Privilegien.[42]

Mit der staatlichen Regelung der Entschädigungsleistungen seit 1947 mußten sich die Opfer in oft entwürdigenden Verfahren ihre Wiedergutmachung erstreiten,[43] während gleichzeitig dank der zunehmenden Milde der Spruchkammerentscheide die Reintegration der Nazi-Anhänger und -Mitläufer rasch voranging. Die Stadtverwaltung beschäftigte z. B. im April 1945 4.362 Mitarbeiter, davon mußten bis zum April 1946 1.390, das sind 31,8 %, entlassen werden. Bei den Beamten waren es 58 %, wobei der höhere und gehobene Dienst über 80 % Entlassungen verzeichnete, bei den Angestellten 29 % und bei den Arbeitern 16 %. Bis September 1947 konnten 259 Beschäftigte an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, und 1948 teilte die Verwaltung auf eine Anfrage der KPD im Gemeinderat mit, es seien von den durch das Entnazifizierungsgesetz betroffenen 1.337 Beschäftigten zum 1. März 353,

das waren 5,58 % der Gesamtzahl der Beschäftigten von 1948, wieder eingestellt.[44] Anders gerechnet ergab dies eine Wiedereinstellung von etwa 26 % der vorher entlassenen Nationalsozialisten. Weitere Fachkräfte dürften den Weg zurück im Zuge der Personalvermehrung des öffentlichen Dienstes und der gesetzlichen Bestimmungen von 1951 gefunden haben.

Im Gegensatz zur Entnazifizierung der Menschen war die Entnazifizierung des öffentlichen Raumes, d. h. die Beseitigung von NS-Symbolen und die Änderung aller nach NS-Größen benannten 22 Straßen – hinzukamen fünf in Durlach – und der Schulen sowie die Beseitigung des Schlageter-Denkmals am Albtalbahnhof und der Billet-Gedenksteine in der Kaiserstraße und in Durlach geradezu unproblematisch. Dies geschah noch 1945, während die Ehrenbürgerrechte für fünf führende Nationalsozialisten am 25. April 1946 aufgehoben wurden. Dafür erhielten mit Heinrich Köhler und Adam Remmele 1947 und 1948 zwei frühere badische Minister die Ehrenbürgerwürde verliehen.[45] Die Straßen erhielten in der Regel ihre alten Namen zurück. Seit November 1945 beriet der Gemeinderat allerdings über die Benennung von drei Straßen nach Karlsruher Widerstandskämpfern.[46] Trotz grundsätzlicher Einigkeit darüber, drei NS-Opfer des Widerstandes, Ludwig Marum (SPD), Reinhold Frank (Zentrum) und August Dosenbach (KPD), stellvertretend für alle anderen zu würdigen, geriet die Angelegenheit schließlich „zur hochpolitischen Machtfrage." Die Toten würden für die Fraktionen „reserviert", sie seien aber für ein freies Deutschland gestorben, klagte ein Redner in der Auseinandersetzung. Statt der Umbenennung des Yorckplatzes in Freiheitsplatz mit einem später zu errichtenden Denkmal und drei der darauf zulaufenden Straßen, wurden schließlich Straßen gewählt, in deren Nähe die Betroffenen gelebt haben. Bis heute hat die Stadt 41 Straßen nach Widerstandskämpfern benannt und dabei in Oberreut die Straßen eines neuen Stadtteils dem Widerstand gewidmet, wobei jedoch erst 1991 auch Widerstandskämpferinnen der KPD, Maria Terwiel und Eva Maria Buch, berücksichtigt wurden.

Probleme im Umgang mit jener Minderheit, die sich Hitler widersetzte, zeigten sich auch bei dem Bemühen, Widerstand als erinnernswertes Erbe der jüngsten Vergangenheit bewußtzumachen. Seit 1946 gab es im September ein Gedenken an den Widerstand und die Opfer. Veranstalter war die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Mitveranstalter die Stadtverwaltung, mitgetragen haben die Feiern die Parteien und Gewerkschaften, finanzielle Unterstützung kam von der Landesregierung. Nachdem die Landesregierung 1950 die Unterstützung der Veranstaltungen gestrichen hatte, da die VVN als inzwischen kommunistisch dominierte, von der SED gelenkte Organisation eingestuft wurde, trat seit 1952 bundesweit an ihre Stelle der Volkstrauertag. Männer und Frauen des Widerstandes, gefallene Soldaten und zivile Opfer der Kriege erfuhren von nun an in der öffentlichen Würdigung eine Gleichbehandlung, die bis heute problematisch geblieben ist. Die Berichterstattung in der Karlsruher Presse über den Volkstrauertag 1952 läßt allerdings den Schluß zu, daß ausschließlich der gefallenen Soldaten der beiden Weltkriege gedacht wurde. Bereits 1948 kommentierte die BNN das öffentliche Erinnern an den Widerstand kritisch: „Man ehrt die Toten in Gedenkfeiern, aber man würde die Toten besser ehren, wenn man ihren Kameraden, die überlebten, den Platz einräumte, der ihnen gebührt." Die Ursachen dieses mangelnden Wohlwollens gegenüber dem Widerstand benannte der Autor aus seiner Kenntnis der Mentalität seiner Zeitgenossen sicher treffend: „Allzu viele gibt es, die – man kann es nicht anders deuten – aus einem nicht ganz reinen Gewissen heraus nicht erinnert sein möchten, wieviele ihretwegen kämpften und sich opferten, ... als sie der Tyrannei dienten. Man will nichts mehr wissen von damals."[47] Die geistige Bereitschaft zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit begann schon 1947/48 zu erlahmen, kritische Stimmen wurden leiser. Die Verdrängung der Vergangen-



Ankündigung des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus 1947.

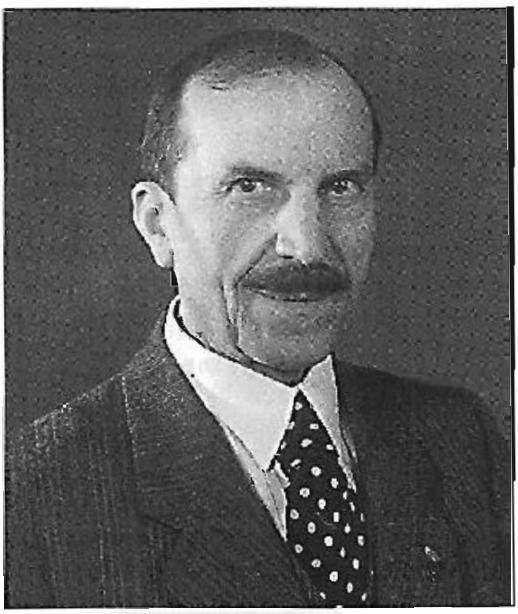
heit, die die 1950er und 1960er Jahre prägen sollte, setzte ein. Größeres Interesse hatte die Nachkriegsgesellschaft für die drängenden Probleme des politischen Neubeginns, des Wiederaufbaus und der Bewältigung der Alltagsnöte.

Kommunale Selbstverwaltung und demokratischer Neubeginn

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Desorganisation und die desolaten Lebensbedingungen erforderten sowohl von der französischen wie der nachfolgenden amerikanischen Militärregierung die Installation einer funktionsfähigen Verwaltung. Ihr gegenüber konnten sie ihre eigenen Forderungen artikulieren, sie sollte zudem wie in der Endphase des Krieges die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Energie, Wasser und mit alltäglichen Bedarfsgegenständen gewährleisten. Die Amerikaner sahen ihr erstes Ziel darin, das Bedrohungspotential Deutschlands für immer zu beseitigen. Erst danach wollten sie einen demokratischen Wiederaufbau in Gang setzen. So erfolgte die Wiederbelebung demokratischer Strukturen

nur zögerlich und in drei deutlich unterscheidbaren Etappen.

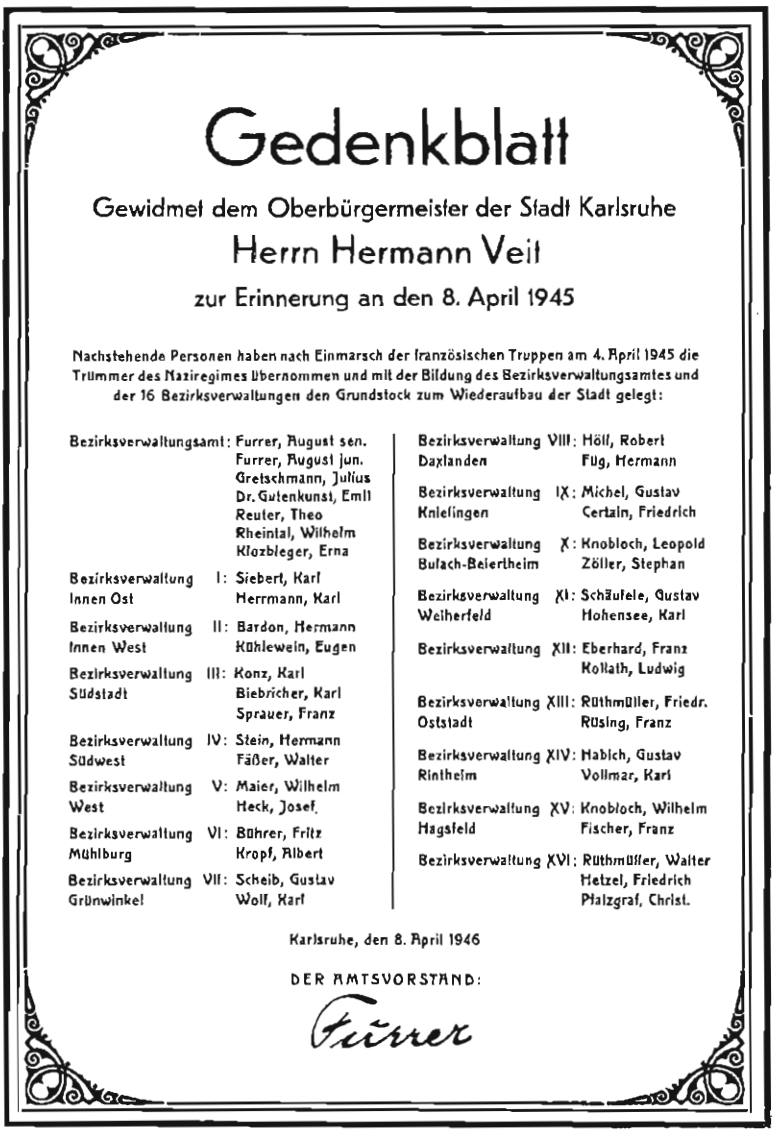
Die erste Phase kennzeichnete eine völlige Abhängigkeit und Kontrolle durch die Besatzer, die von der Besetzung bis Ende Juli 1945 dauerte. Es war aus Sicht der lokalen Verwaltung eine Zeit äußerster Planungsunsicherheit, da mehrfach die verantwortlichen französischen Offiziere wechselten und schließlich am 7. Juli die Amerikaner die oberste Gewalt übernahmen. Für eigenständiges Handeln blieb keinerlei Spielraum. An der Spitze der Verwaltung beließen die Franzosen in dieser Zeit den von dem NS-Oberbürgermeister Hüssy vor seiner Flucht zum Nachfolger bestimmten Josef Heinrich. Er arbeitete seit 1896 bei der Stadtverwaltung und war 1937 als Leiter des Steueramtes abgelöst und einem NSDAP-Mitglied unterstellt worden. Wenig später leitete er das Amt für Versorgung und Verteidigungsfragen. Bis 1938 war Heinrich der NSDAP nicht beigetreten.[48] Ihm zur Seite standen 1945 langjährige Führungskräfte u. a. im Rechts- und Finanzreferat, bei den Versorgungsbetrieben, im Hochbauamt und in der Stadtplanung. Wiedereingestellt wurde der 1933 entlassene neue Leiter der Stadtwerke Dr. Karl Möhrle, nicht wiedereingestellt wurde dagegen die gleichzeitig entlassene Leiterin des Jugendamtes Elisabeth Großwendt (siehe oben). Nur wenige Männer in der Führungsriege der neuen Stadtverwaltung waren Regimegegner und somit „unbelastet", darunter die späteren Oberbürgermeister Friedrich Töpper (SPD) und Bürgermeister Fridolin Heurich (CDU).



Oberbürgermeister Josef Heinrich. Er wurde von den Franzosen am 4. April 1945 ernannt und im August 1945 von den Amerikanern abgelöst.

Bereits am 9. April hatte Oberrechtsrat Fritz Gut eine Organisationstruktur erarbeitet, mit der 28 Ämter und Abteilungen auf das vorhandene Führungspersonal verteilt wurden. Dabei blieb es weitgehend beim hergebrachten Verwaltungsaufbau. Als wesentliche Neuerung teilte man jedoch die Stadt in 16 Bezirke ein. Sie wurden von dem Bezirksverwaltungsamt geleitet, um angesichts der zerstörten Kommunikations- und Verkehrseinrichtungen Anweisungen und Maßnahmen der Verwaltung einheitlich und gleichzeitig, aber doch auch flexibel, bezogen auf die unterschiedlichen Gegebenheiten, umsetzen zu können.[49] Das Personal dieser dezentralen Verwaltungseinheiten bestand im wesentlichen aus ehemaligen Hitlergegnern. Anfänglich zählten sie, geführt von 14 Sozialdemokraten und zwei Kommunisten, pro Bezirk bis zu sechs und 1946 bis zu zwanzig Mitarbeiter, aber nur wenige Mitarbeiterinnen. Die schnelle Bildung der Bezirksverwaltungen hatte durch die Einbindung vieler aktiver Sozialdemokraten und Kommunisten zur Folge, daß sich in Karlsruhe keine antifaschistischen Ausschüsse aus Hitlergegnern vorwiegend der Arbeiterparteien bildeten, die sich in vielen anderen Orten für eine gründliche Entnazifizierung und einen demokratischen Neuaufbau der Verwaltungen einsetzten. Die Lenkung der Bezirksverwaltungen erfolgte zentral durch das Bezirksverwaltungsamt, dem der Sozialdemokrat August Furrer sen. vorstand, der 1933 mit Ludwig Marum in das KZ Kislau gebracht worden war.

An der Schnittstelle zwischen den Anforderungen der Besatzungsmächte, den Bedürfnis-



Gedenkblatt

Gewidmet dem Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

Herrn Hermann Veit

zur Erinnerung an den 8. April 1945

Nachstehende Personen haben nach Einmarsch der französischen Truppen am 4. April 1945 die Trümmer des Naziregimes übernommen und mit der Bildung des Bezirksverwaltungsamtes und der 16 Bezirksverwaltungen den Grundstock zum Wiederaufbau der Stadt gelegt:

Bezirksverwaltungsamt:	Furrer, August sen. Furrer, August jun. Gretschmann, Julius Dr. Gutenkunst, Emil Reuter, Theo Rheintal, Wilhelm Klozbieger, Erna
Bezirksverwaltung I: Innen Ost	Siebert, Karl Herrmann, Karl
Bezirksverwaltung II: Innen West	Bardon, Hermann Kühlewein, Eugen
Bezirksverwaltung III: Südstadt	Konz, Karl Biebricher, Karl Sprauer, Franz
Bezirksverwaltung IV: Südwest	Stein, Hermann Fäßer, Walter
Bezirksverwaltung V: West	Maier, Wilhelm Heck, Josef
Bezirksverwaltung VI: Mühlburg	Bührer, Fritz Kropf, Albert
Bezirksverwaltung VII: Grünwinkel	Scheib, Gustav Wolf, Karl
Bezirksverwaltung VIII: Daxlanden	Höll, Robert Flig, Hermann
Bezirksverwaltung IX: Knielingen	Michel, Gustav Certain, Friedrich
Bezirksverwaltung X: Bulach-Beiertheim	Knobloch, Leopold Zöller, Stephan
Bezirksverwaltung XI: Weiherfeld	Schäufele, Gustav Hohensee, Karl
Bezirksverwaltung XII:	Eberhard, Franz Kollath, Ludwig
Bezirksverwaltung XIII: Oststadt	Rüthmüller, Friedr. Rüsing, Franz
Bezirksverwaltung XIV: Rintheim	Habich, Gustav Vollmar, Karl
Bezirksverwaltung XV: Hagsfeld	Knobloch, Wilhelm Fischer, Franz
Bezirksverwaltung XVI:	Rüthmüller, Walter Metzel, Friedrich Pfalzgraf, Christ.

Karlsruhe, den 8. April 1946

DER AMTSVORSTAND:

Furrer

Dieses Gedenkblatt für Oberbürgermeister Veit verzeichnet die Organisation der Bezirksverwaltungen und ihre leitenden Mitglieder.

sen der Stadtverwaltung und der Bevölkerung bewältigten die Bezirksverwaltungen ein enormes, wechselnden Erfordernissen angepaßtes, Arbeitspensum. Zu den psychisch belastenden Aufgaben gehörten die von den Besatzungsmächten angeordneten Beschlagnahmungen von Wohnungen, Hausrat und Bekleidung. Zu den engeren Verwaltungsaufgaben gehörte die Ausgabe von Lebensmittelkarten und Bezugsscheinen, die Führung einer Bevölkerungsstatistik, die Erfassung ehemaliger Nazis und die Mitwirkung bei der Entnazifizierung. Die Rückkehr der großen Zahl der Evakuierten, die Betreuung der KZ-Opfer, der Kriegsheimkehrer und der Flüchtlinge stellten hohe Anforderungen. Organisiert werden mußten aber auch die Versorgung mit Brennholz und Kartoffelkäfersammelaktionen.

Der Beginn der zweiten Phase des Demokratisierungsprozesses stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Konferenz von Potsdam und ist gekennzeichnet durch den allmähli-

Hermann Veit, Oberbürgermeister von 1945 bis 1946.

chen Rückzug der Amerikaner aus der lokalen Verwaltung und Politik sowie der Schaffung institutioneller Voraussetzungen für eine demokratische Ordnung: Zulassung von Parteien und Gewerkschaften, Wahlen zum Gemeinderat und Lizensierung einer Zeitung. Den ersten Schritt bildete am 4. August die Einsetzung einer Rathausspitze, die aus überzeugten Gegnern des Nazi-Regimes bestand. Neuer Oberbürgermeister wurde der 1897 in Karlsruhe geborene Rechtsanwalt Hermann Veit, der nach 1933 zahlreiche Regimegegner verteidigt hatte. Ihm zur Seite standen als Bürgermeister der christliche Gewerkschafter und ehemalige Landtagsabgeordnete des Zentrums Fridolin Heurich und der Kommunist Berthold Riedinger.[50] Vorgeschlagen wurde Veit von einem von den Amerikanern zusammengerufenen Gremium aus unbelasteten Vertretern der SPD, des früheren Zentrums, der KPD und der früheren liberalen Parteien. Aus diesem Kreis kamen auch die 14 Männer, die die Amerikaner in den Gemeinderat delegierten, den sie am 3. September ernannten. In Anlehnung an die Wahlergebnisse der Weimarer Zeit erhielt die SPD fünf, das Zentrum vier, die KPD drei und die Liberalen zwei Mandate. Ihre Aufgabe war es, den Oberbürgermeister bei seiner Arbeit zu beraten.

Diese Ernennungen erfolgten unter parteipolitischen Gesichtspunkten, obwohl Parteien offiziell noch gar nicht zugelassen waren.[51] Freilich hatten sich bereits kurz nach dem Zusammenbruch vor der Wiederzulassung der Parteien und Gewerkschaften am 30. August 1945 sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten trotz Verbots in kleinen informellen Gruppen und im Rahmen der Bezirksverwaltungen parteipolitisch betätigt und ihre Organisationen damit wiedererstehen lassen. Gerade die sozialdemokratischen und kommunistischen Bezirksvorsteher, die sich einmal wöchentlich trafen, hatten ein so starkes politisches Selbstbewußtsein entwickelt, daß sie im August sogar forderten, anstelle des angekündigten Gemeinderats die Kontrollaufgaben gegenüber der Verwaltung wahrzunehmen.[52] Dies resultierte aus der Überzeugung, nur sie seien Garanten eines antifaschistischen Kurses, den die aus ihrer Sicht überwiegend aus belasteten Beamten bestehende Stadtverwaltung nicht gewährleiste. Auch ehemalige Zentrumsmitglieder trafen sich seit Juli, um die Neugründung einer christlichen Partei zu beraten, die die konfessionelle Spaltung der christlichen Parteien vor 1933 überwinden sollte.

Offiziell wiedergegründet wurde die SPD wohl am 21. September im „Weißen Berg" am Ludwigsplatz, den Vorsitz übernahm der frühere Stadtrat Friedrich Töpper. Für die KPD lag dieses Datum an einem nicht überlieferten Tag im September im „Hirsch" in Daxlanden, Vorsitzender wurde der nach KZ-Aufenthalt aus einem Strafbataillon in Griechenland zurückgekehrte Elektriker Adolf Betz. Die Christlich Demokratische Partei (CDP) war die erste Parteineugründung. Sie bildete sich am 4. September im damaligen Neuen Rathaus an der Beiertheimer Allee und wählte sich den früheren Landtagsabgeordneten Adolf Kühn zum Vorsitzenden. Im Februar 1946 übernahm sie den Namen der Landes-

organisation CDU. Die Liberalen gründeten nach einiger Überlegung, ob man nicht der überkonfessionellen CDP beitreten solle, am 9. Oktober vermutlich im „Großen Kurfürst" an der Ecke Sophien- und Lessingstraße unter Überwindung der alten Spaltung des liberalen Lagers die Demokratische Partei neu. In ihr waren unter Vorsitz des früheren Stadtverordneten der DDP Prof. Albert Keßler beide liberalen Richtungen der Weimarer Republik vereint. Sie übernahm im Februar ebenfalls den Namen der Landesorganisation DVP.

Die Parteibildungen in Karlsruhe weisen gegenüber anderen Orten kaum Besonderheiten auf.[53] Die SPD war in der Frage der Sozialisierung noch uneins und lehnte die Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei ab. Die KPD wollte die Vereinigung mit der SPD und trat, der aus Berlin vorgegebenen Programmatik folgend, für die parlamentarisch-demokratische Republik und die Sozialisierung der Wirtschaft ein. Die CDP propagierte einen „christlichen Sozialismus", und die Liberalen machten sich für das Privateigentum und dessen soziale Verpflichtung stark. Alle Parteien einte die Überzeugung, für Freiheit und Demokratie einzutreten und die soziale und materielle Not zusammen überwinden zu wollen. In Veranstaltungen wie der vom 28. Oktober 1945 im Konzerthaus, wo alle Parteien für den Aufbau einer Demokratie warben, fand diese Gemeinsamkeit ihren Ausdruck. Nicht die Konkurrenz um Wählerstimmen war das Charakteristische der Parteibeziehungen in der Nachkriegszeit. Erst mit dem wirtschaftlichen Aufschwung traten die Differenzen wieder stärker in den Vordergrund der Parteiarbeit. Darin drückt sich auch eine Normalisierung des demokratischen Prozesses aus.

Früher noch als die vier Parteien organisierten sich die Gewerkschaften mit Duldung der Besatzungsmächte. Bereits am 13. Mai kursierte ein Flugblatt mit dem Aufruf zur Neugründung der Gewerkschaften, und ab 1. August wurden freiwillige Mitgliedsbeiträge erhoben. Am 27. August traf bei einer Betriebsräteversammlung die offizielle Genehmigung des Gewerkschaftsbundes ein. An die Stelle der politischen Richtungsgewerkschaften der Zeit vor 1933 trat eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung. Den ersten Vorstand des ADGB Karlsruhe bildeten Karl Konz (SPD), Karl Deck (KPD) und Fridolin Heurich (CDU). Konz, der Direktor des Arbeitsamtes, und Heurich, der Bürgermeister wurde, folgten Karl Flößer (SPD) und Theodor Kiefer (CDU). Ende Oktober hatte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bereits 13.357 Mitglieder, darunter 1.805 Frauen. Zum 1. Januar 1947 bildeten sich dann aus den Fachgruppen des ADGB wieder Einzelgewerkschaften, die sich 1949 zum Deutschen Gewerkschaftsbund zusammenschlossen. Stärkste Karlsruher Einzelgewerkschaft wurde der Industrieverband Metall. In allen Verbänden waren Kommunisten in den Ortsverwaltungen vertreten, z. T. als Vorsitzende wie der Gemeinderat Karl Deck bei den Metallarbeitern.

In den Parteien bildeten sich zwar besondere Frauengruppen, aber an der Häufung von Frauen-Veranstaltungen vor Wahlen war ablesbar, daß es dabei hauptsächlich um die Mobilisierung der Wählerinnen ging. Eine Ausnahme bildete dabei der Demokratische Frauenbund Deutschlands, der, obwohl überparteilich firmierend, dennoch eine Frauengruppe der KPD war.[54] Eine andere überparteiliche und überkonfessionelle Frauengruppe bildete sich unter der Leitung der liberalen Politikerin Luise Riegger im Oktober 1946. Die Gruppe forderte die gleichberechtigte Mitwirkung beim Wiederaufbau und wollte sich bei sozialen und Frauenfragen engagieren sowie politische Aufklärungsarbeit leisten. Die aktiven Frauen gehörten jedoch in der Regel der Generation an, die schon in der Weimarer Republik politisch tätig war. Ihnen gelang es nicht, jüngere Frauen an die politische Arbeit heranzuführen. Die gewachsene gesellschaftliche Bedeutung der Frauen wie ihre statistisch größere Zahl konnte nicht in politische Macht umgesetzt werden. „Von einer aktiven, lebendigen Frauenbewegung konnte in den ersten Jahren und Jahrzehnten der Bundesrepublik genausowenig die Rede sein wie in der Weimarer Republik."[55]

Die Parteien demonstrierten in dem ernannten Gemeinderat nachhaltig ihre gemeinsamen Bemühungen zum Aufbau demokratischer Strukturen. Zwar befand man sich, ohne gewählt zu sein und von den Besatzungsoffizieren überwacht, noch in einem quasi vordemokratischen Raum. Aber alle Gemeinderäte bezogen ihre Legitimation nicht allein aus der Ernennung durch die Besatzungsmacht, sondern stärker noch aus ihrem Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder – acht von ihnen – aus ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit vor 1933. Der politische Neubeginn stand somit ganz im Zeichen der Anknüpfung an die Werte und Vorstellungen aus der Zeit vor 1933. Die Gemeinderäte überschritten daher immer wieder wie selbstverständlich ihre nur beratende Funktion. Der Rat entwickelte sich, getragen von einem ausgeprägten antinationalsozialistischen Grundkonsens, zum Ort politischer Debatten und Weichenstellungen, er leistete kommunalpolitische Schrittmacherdienste. Behandelt wurden in sechs Plenumssitzungen 42 Tagesordnungspunkte.[56] Getagt wurde im sogenannten „Neuen Rathaus" an der Beiertheimer Allee. Fragen des Wiederaufbaus, der Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Lebensmitteln, der städtischen Finanzen und der Entnazifizierung beschäftigten die Verantwortlichen der ersten Stunde. Von hier ging die Initiative zur Benennung von Straßen nach Widerstandskämpfern aus, gefordert wurde, das Lizenzierungsverfahren für eine Lokalzeitung zu beschleunigen. Darüber hinaus verhandelte und vertiefte der Gemeinderat in acht Ausschüssen weitere Themen.

Auf die Herstellung einer politischen Öffentlichkeit mußte der Gemeinderat trotz seiner Forderungen noch bis 1946 warten. Die von den Besatzungsmächten auch für Karlsruhe herausgegebenen Mitteilungsblätter waren dafür kein Ersatz. Auch die erste am 5. September 1945 lizenzierte Zeitung für Württemberg-Baden, die „Rhein-Neckar-Zeitung", füllte mit ihrer Berichterstattung aus Karlsruhe diese Lücke nicht. Erst als vierte Stadt nach Heidelberg, Stuttgart und Ulm erhielt die ehemalige Landeshauptstadt mit den BNN eine eigene Zeitung. Die Lizenz dafür hatten der CDP-Mitbegründer und CDU-Gemeinderat Wilhelm Baur und als sein politischer Gegenpart Walter Schwerdtfeger, der 1947 für die SPD in den Gemeinderat einzog, erhalten. Um politische Ausgewogenheit zu erreichen, vergaben die Amerikaner Lizenzen immer an Männer unterschiedlicher Parteirichtungen. Schwerdtfeger schied 1948 aus der Zeitung aus. Ein städtisches Amtsblatt erhielt Karlsruhe erst zum 7. Februar 1947. Mehrere Versuche, den CDU-nahen BNN mit Zeitungen anderer Ausrichtung Konkurrenz zu machen, scheiterten. So erschienen zeitweise die beiden sozialdemokratischen Zeitungen „Südwestdeutsche Allgemeine Zeitung" (1947–1949) und „Allgemeine Zeitung" (1950–1968) sowie die „Badische Volkszeitung" als Nachfolgerin des katholischen „Badischen Beobachters" (1953–1968). Seitdem ist die BNN Alleinerbin der einstigen Karlsruher Pressevielfalt.[57] 1947 eröffnete der Süddeutsche Rundfunk für seine Berichterstattung und Übertragungen kultureller Veranstaltungen aus Karlsruhe hier ein Sendestudio, das am 7. Mai 1957 seine neuen Räume an der Kriegsstraße bezog.

Mit den Wahlen der Volksvertreter begann die dritte Phase des Demokratisierungsprozesses, in der die neue politische Ordnung ihr Fundament erhielt. Die Wahlberechtigten gingen zuerst auf der Gemeindeebene im Mai 1946 zu den Wahlurnen, dann erneut im Dezember 1947 nach einem neuen Gesetz und noch einmal im Februar 1948 zur Direktwahl des Oberbürgermeisters. Gewählt wurde zudem im Juni 1946 die Verfassungebende Versammlung für Württemberg-Baden und im Dezember 1946 der Landtag des Landes. Die Fundamentierung der Demokratie auf Gemeinde- und Landesebene war somit 1948 abgeschlossen. Ihr folgte dann abschließend im September 1949 auf der nationalen Ebene noch die Wahl zum Deutschen Bundestag.

An dem regnerischen Sonntag des 26. Mai 1946 beteiligten sich 80 % der 92.459 Wahlberechtigten an der ersten Kommunalwahl seit 1930, ein Prozentsatz, der seitdem nie mehr

erreicht wurde. Die Karlsruher und Karlsruherinnen reagierten also mit Zustimmung auf die von den Amerikanern eingeleitete Demokratisierung des öffentlichen Lebens von den Gemeinden aus. Nicht wahlberechtigt blieben aus politischen Gründen 6.714 Einwohner, doppelt so viele wie in dem größeren Mannheim, das als Industriestadt eine andere Bevölkerungsstruktur hatte als die Landeshauptstadt Karlsruhe. Ausdrücklich zur Wahl aufgefordert wurden auch die Frauen mit dem Argument, die Gemeinderatswahlen griffen tiefer als andere Wahlen in das tägliche Leben ein. Allerdings waren nur wenige Frauen von den Parteien zudem nur auf aussichtslosen Listenplätzen nominiert worden. So wird die Aufforderung an die Wählerinnen verständlich, diejenigen zu wählen, „die wie Väter das Gemeinwohl unserer Stadt im Auge haben."[58]
Gewählt wurden in das damals 24köpfige Gremium 10 Vertreter der CDU, 9 der SPD, 3 der liberalen DVP und 2 der KPD. Einzige Frau in dem Gremium war Kunigunde Fischer von der SPD, die schon vor 1933 im Gemeinderat und im Landtag aktiv war. Das Ergebnis überraschte und enttäuschte vor allem die Arbeiterparteien. Im Blick auf die Ergebnisse vor 1933 und auf ihr Engagement beim Wiederaufbau hatten sie mit einem Sieg gerechnet. Aufgrund der Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Weimarer Republik ist zu vermuten, daß der hohe Wählerinnenanteil zu diesem Ergebnis beigetragen hat (siehe oben). Der Gemeinderat bestätigte in seiner ersten Sitzung am 21. Juni den bereits amtierenden Oberbürgermeister, den Sozialdemokraten Hermann Veit, in seinem Amt. Die CDU hatte als stärkste Fraktion darauf verzichtet, einen eigenen Kandidaten zu stellen, um Hermann Veit für die Stadt zu erhalten.[59] Bestätigt wurden ebenfalls die beiden amtierenden Bürgermeister der CDU und der KPD. Der Stadtrat tagte in einem größeren Saal der Reichspostdirektion am Ettlinger Tor, da im „Neuen Rathaus" kein geeigneter Raum zur Verfügung stand. Die Bürgermeisterbank ergänzte ab Oktober Dr. Hermann Ball von der DVP, da nach einer Einigung zwischen allen Fraktionen jede der Parteien einen Bürgermeister stellen sollte. Nun war „die Fahne der Demokratie auf dem Karlsruher Rathaus gehißt."[60] Wenn man so will, zeigte sich dies auch in der Tagungshäufigkeit des Stadtrats, der bis Ende 1946 40 Sitzungen mit 359 Tagesordnungspunkten abhielt und zusätzlich sieben beschließende und 10 beratende Ausschüsse einrichtete. In diesen Ausschüssen wirkten über 20 sozialpolitisch erfahrene Frauen. Für einige wurde dies Ausgangspunkt für ein späteres Stadtratsmandat.[61]
Kontinuität war damit aber noch nicht eingekehrt. Bereits zum Jahresende 1946 ging Oberbürgermeister Veit als Wirtschaftsminister des Landes nach Stuttgart. Zu seinem Nachfolger wählte der Gemeinderat den Sozialdemokraten Friedrich Töpper. Die CDU verzichtete auch jetzt wieder auf einen eigenen Kandidaten, da sie in dieser schweren Zeit die „einmütige Zusammenarbeit der Parteien auf dem Rathaus nicht stören und etwa Zwietracht säen" wolle.[62] Mit Töpper kam ein 1891 in Karlsruhe geborener Mann in das Amt des Oberbürgermeisters, der seit 1919 als Stadtverordneter und von 1922 bis 1933 als Stadt-

Friedrich Töpper, Oberbürgermeister von 1947 bis 1952.

rat die Entwicklung der Stadt mitgestaltet hat. Während des Dritten Reichs war er zweimal wegen seiner politischen Überzeugungen in „Schutzhaft." Anfang Juni übertrugen die Franzosen dem Besitzer eines Tabakhandels das Amt des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer.[63]

Am Ende des Jahres 1947 mußte aufgrund einer veränderten Gemeindeordnung ein größerer Stadtrat – 48 statt 24 Mitglieder – neu gewählt werden, erstmals mit der Möglichkeit, zu kumulieren und zu panaschieren. Eingeführt wurde jetzt auch das rollierende System, wonach alle drei Jahre die Hälfte der Stadträte neu gewählt wurde. Was die Ergebnisse der vorangegangenen Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung und zum Landtag im Juni und November 1946, bei denen die Wahlbeteiligung etwa 10 % niedriger lag, erwarten ließen, trat ein: die SPD gewann mit 21 die meisten Sitze, die CDU erhielt 14, die DVP 9 und die KPD 4 bei einer gegenüber 1946 deutlich geringeren Wahlbeteiligung von 54,2 %. Der Rückgang der Wahlbeteiligung ging voll zu Lasten der CDU, da die SPD ihre absolute Stimmenzahl halten konnte. Dieses Wahlergebnis knüpfte an die Mehrheitsverhältnisse aus der Zeit der Weimarer Republik an (siehe oben). Die Zahl der ehemaligen Widerstandskämpfer in dem Gremium verringerte sich auf etwa ein Viertel. Kunigunde Fischer erhielt nun weibliche Gesellschaft durch Anna Walch von der CDU. Und mit dem späteren Oberbürgermeister Otto Dullenkopf (CDU) zog auch ein Vertreter der jungen Generation in das Stadtparlament ein.

Gleichzeitig war mit der Vergrößerung des Gemeinderats bestimmt worden, daß der Oberbürgermeister durch die Bevölkerung direkt gewählt werden mußte. Als einziger Kandidat erreichte der amtierende Oberbürgermeister Töpper am 1. Februar 1948 bei 26,5 % Wahlbeteiligung 84 % Zustimmung. Bei der fälligen Wiederwahl der Bürgermeister durch den Gemeinderat verweigerte die SPD dem Kommunisten Riedinger, dessen Arbeit als Sozialbürgermeister allgemein geschätzt wurde, die Unterstützung. Sie beanspruchte als weitaus stärkste Fraktion neben dem Oberbürgermeister auch eine Bürgermeisterstelle. Nachfolger Riedingers wurde Dr. Emil Gutenkunst, der als Jurist von 1933 bis 1945 Landgerichtsrat, seit 1942 zur Staatsanwaltschaft abgeordnet war. Er trat nach 1945 in die SPD ein.[64]

Damit war, wie Riedinger richtig feststellte, die Parität und der antinationalsozialistische Konsens der Parteien zu Ende. Dies entspreche der generellen Entwicklung in den Westzonen.[65] Im Zeichen des „Kalten Krieges", der Spaltung der Welt und Deutschlands in Ost und West, wurde die KPD als moskauhörige Partei ausgegrenzt. Dies zeigte sich auch in der Ablösung einer Reihe von Kommunisten aus führenden Stellungen. Neben Riedinger verloren auch Robert Klausmann als Landesdirektor für Arbeit und Soziales und Konrad Mezirek als öffentlicher Anwalt für Wiedergutmachung ihre Stellung. Aktive Kommunisten wurden nun bei Wiedergutmachungsleistungen benachteiligt und sogar ausgeschlossen.[66]

Nach den Gemeindewahlen Ende 1947 und Anfang 1948 kann auch für die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung eine gewisse Verstetigung verzeichnet werden. Bis zum Abschluß der Entnazifizierung herrschte zum einen Personalmangel, zum anderen hohe Personalfluktuation, da Beamte, Angestellte und Arbeiter entlassen werden mußten, vorübergehend ausschieden oder nach der Kriegsgefangenschaft sich zum Dienst zurückmeldeten. Betrug die Zahl der Beschäftigten im April 1945 4.362, so war sie bis April 1946 auf 3.774 gesunken und im März 1948 wieder auf 6.316 gewachsen.[67] Besonders gravierend waren die Personalprobleme vor dem Hintergrund der äußerst schwierigen Aufgaben von bisher ungeahnter Vielfalt, die die Stadtverwaltung anfangs auch wegen des Fehlens staatlicher Instanzen erfüllen mußte. Das Personalamt verzeichnete bis 1946 die Einrichtung folgender neuer Dienststellen, die durch zeitbedingte zusätzliche Aufgaben erforderlich waren: Bezirksverwaltungsamt mit 16 Bezirksstellen, Rechtsamt, Wirtschafts-

kontrollamt, Straßenverkehrsamt, Möbelausgleichsstelle, Büro für Flüchtlingswesen und Besatzungskostenamt. Neu hinzu kamen ebenfalls die Städtische Gewerbe- und Preisprüfungsstelle sowie im Dezember 1946 das Aufbauamt. Technische Ämter, Krankenanstalten, Quartier- und Wohnungsamt und andere mußten reorganisiert oder den Anforderungen entsprechend wesentlich erweitert werden.[68] Da das Rathaus in Trümmern lag, befanden sich die Dienststellen im Stadtgebiet verstreut. Die Bürgermeister und eine Reihe der Ämter fanden im Gebäude des katholischen Oberstiftungsrates an der Beiertheimer Allee ab dem 16. Mai eine Bleibe, bis das Rathaus am Marktplatz 1955 wieder eröffnet werden konnte. Einen Abschluß im organisatorischen Aufbau der Stadtverwaltung signalisiert die neue Hauptsatzung und ein detaillierter Geschäftsverteilungsplan vom 1. Juli 1948.[69] Neu geregelt war die Aufgabenverteilung zwischen den Bürgermeistern, neugeschaffen wurde das Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit und im Zusammenhang damit das Gewerbeamt.

Nach diesem Plan war auch das Bezirksverwaltungsamt aufgelöst. Bereits am 27. September 1946 hatte die CDU-Fraktion in einem Antrag die stufenweise Übergabe der Aufgaben der 16 Bezirksstellen auf die zuständigen Ämter verlangt. Das Bezirksverwaltungsamt, das die Bezirksstellen leitete, stellte dazu fest, daß eine Einstellung der Arbeit angesichts der anhaltenden Notlage völlig undenkbar sei. Der Leiter des Amtes August Furrer meinte abschließend: „Wenn einzelne Parteien anderer Meinung sind, so dürften deren Vorschläge weniger aus Zweckmäßigkeitserwägungen als aus agitatorisch-politischen Gründen erfolgen." Das Bürgermeisteramt wies den Antrag im Dezember als für die Bevölkerung unzumutbar zurück wegen des Mangels an warmer Kleidung und Schuhwerk sowie der Verkehrsverhältnisse und des unvermeidlichen Schlangestehens. Die weitergehende Normalisierung des täglichen Lebens vor allem nach der Währungsreform führte dann zum Wegfall mancher Aufgaben der Bezirksstellen. Trotz des Plädoyers der Bezirksvorsteher für bürgernahe Verwaltungseinheiten als Elemente der demokratischen Entwicklung gegen bürgerfernen und bürokratischen Zentralismus wurden sie ohne Diskussion in einem Offenlagebeschluß des Gemeinderats am 15. Oktober 1948 aufgehoben. In den Außenstadtteilen wurden an ihrer Stelle fünf Gemeindesekretariate eingerichtet.[70] Die außergewöhnliche Arbeit und Leistung der Bezirksstellen wurde vielfach gewürdigt.

Die Monate und Jahre zwischen Kriegsende und Währungsreform zählen angesichts der vielfältigen Aufgaben sicher zu den schwersten der kommunalen Selbstverwaltung. Zu leisten war die Wiederherstellung erträglicher sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse und gleichzeitig die Demokratisierung in Politik und Verwaltung. Daß unter solchen Umständen eine Rekonstruktion der bewährten Verwaltungsstrukturen näherlag als eine völlige Neuordnung, ist offenkundig. Wie die zerstörten Infrastruktureinrichtungen Kanalisation, Wasserleitungen, Strom- und Gasversorgung und Nahverkehr wieder hergerichtet wurden, begann auch die Verwaltung in den alten Strukturen zu arbeiten. So kam es sowohl zu einer großen Ämter- aber ebenso zu einer nach der Entnazifizierung nicht geringen Personalkontinuität.

Die Berichte der einzelnen städtischen Ämter über ihre Arbeit in den Jahren 1945–1948 sind überzeugender Beleg für die Mühen und erschwerten Bedingungen, mit denen die Verwaltung des Mangels und der Not betrieben wurde.[71] Das fing bei den elementaren Fragen des Personals, der Unterbringung und Ausstattung der Ämter an und endete bei den nicht oder nicht in ausreichendem Maß vorhandenen Waren und Gütern des täglichen Bedarfs, mit denen die Ämter die Bevölkerung zu versorgen hatten.

Alltagsnot

Die größten Nöte verursachten sicher der Mangel an Wohnraum und die unzureichende Ernährung. Am Kriegsende waren von einst

rund 57.000 Wohnungen 12.000 total zerstört, 18.300 schwer und mittelschwer, 14.800 leicht beschädigt und nur knapp 12.000 waren unbeschädigt geblieben.[72] Davon beschlagnahmten die Besatzungsmächte für ihre Zwecke etwa 400 Wohnungen. Unmittelbar bei Kriegsende lebten in den bewohnbaren 22.000 Wohnungen und den teilweise bewohnbaren 5.000 Wohnungen etwa 60.000 Menschen. Dann setzte ein enormer Rückstrom evakuierter Karlsruher Einwohner ein, der auch durch einen allgemeinen Zuzugsstopp vom 1. August 1945 kaum gebremst werden konnte. Es kamen bis Ende 1948 etwa 20.000 Kriegsheimkehrer und etwa 20.000 vertriebene Deutsche.[73] Die Tabelle verdeutlicht die explosive Zunahme 1945 und das allmählich stärker abnehmende Wachstum der Bevölkerung bis Ende 1948, als der Vorkriegsstand schon überschritten wurde. In dieser Zeit lebten durchschnittlich 10 % mehr Frauen als Männer in der Stadt:

Entwicklung der Einwohnerzahlen 1945–1948:[74]

1945	April	60.000
	15. Juni	84.400
	30. Juli	110.374
	24. August	123.056
	16. Oktober	134.321
	15. Dezember	143.345
1946	5. April	153.876
	26. Juli	163.490
	9. Dezember	173.537
1947	17. Dezember	184.832
1948	31. Dezember	198.102

Bezogen auf die Wohnraumbelegung führte diese Zunahme zu einer Erhöhung von knapp einer Person pro Wohnraum vor dem Krieg auf 2,15 Personen 1946, obwohl bis Ende 1948 trotz fehlender Baumaterialien und Handwerker 30.696 Wohnungen nicht mehr reparaturbedürftig und 15.047 bewohnt, aber gleichwohl reparaturbedürftig waren. 3.177 Wohnungen galten als noch reparaturfähig und 9.835 als endgültig zerstört.[75]

Ein Dach über dem Kopf zu haben, was damals so viel hieß wie in einer „wohnwürdigen" Wohnung mit der Familie zu leben, wurde zu einem elementaren Bedürfnis. Als wohnwürdig galten allerdings auch Wohnungen in Wirtschaftsgebäuden, Bunkern, Baracken, Behelfsheimen, Wochenendhäusern und notdürftig hergerichtete Wohnungen mit mehr als sechs Quadratmetern Grundfläche. Viele lebten noch schlechter, d. h. wohnunwürdig in Ruinen oder Massenquartieren. Die Statistik erfaßte allerdings nicht, daß viele Menschen durch die Überbelegung der Wohnungen dennoch wohnunwürdig untergebracht waren. In etwa 45 % der Wohnungen mußten sich zwei und mehr Parteien eine Küche, ein Bad und ein WC teilen. Die Einquartierungen mußten häufig durch behördlichen oder gar polizeilichen Druck erzwungen werden. Das enge Zusammenleben von fremden Personen und Familien in einer Wohnung ohne individuellen Rückzugsbereich war zum wesentlichen Merkmal der Nachkriegswohnverhältnisse geworden. Erschwerend kam hinzu, daß es nur unzureichende Zuteilungen von Heizmaterial gab. Der harte Winter 1946/47 sorgte mit zugefrorenen Flüssen für Probleme beim Kohletransport. Strom- und Gassperrstunden waren die Folge.

Im Blick auf die existentiellen Probleme der Nachkriegsjahre nahm die Küche den Rang eines symbolischen Ortes ein. Hier entstanden die meisten Streitigkeiten in den überbelegten Wohnungen, und bei der Zubereitung von Mahlzeiten machte sich hier der drastische Nahrungsmangel überdeutlich bemerkbar. Das verweist aber auch darauf, daß die Frauen bei der Bewältigung der Nachkriegsprobleme eine immense Last zu tragen hatten. Sehr anschaulich schilderte 1947 der Karlsruher Flüchtlingskommissar August Behnle die Situation: „Wer kocht zuerst? Man kann nicht gut Stunden vorkochen; auch nicht miteinander, da die Kochtöpfe fehlen und zuwenig Platz ist. Die ersten Mißstimmungen treten

auf. ... Einer Frau fehlt etwas in der Küche, schon hat es die andere genommen. Die eine Partei liebt die Ruhe in der Wohnung, die andere spielt laute Musik. Unendlich sind die Ansatzpunkte für Streit." Abschließend stellte Behnle fest: „Die Grundlage der seelischen Befriedigung bildet die Erfüllung des dringendsten Lebensbedarfs. Erst wenn jede Hausfrau wieder an ihrem eigenen Herd kochen kann, wird der innere Friede näher gerückt sein."[76]

Der Nahrungsmangel hatte sich nach dem Kriegsende verschärft, da nun die Lieferungen aus den besetzten Gebieten fehlten. Zudem zeigte sich, daß die heimische Landwirtschaft mangels Arbeitskräften, Maschinen, Geräten und Saatgut sich nicht in der Lage sah, die nötigen Mengen für die einheimische Bevölkerung zu produzieren. Dazu waren nun noch zusätzlich Millionen Heimatvertriebene zu versorgen. Das seit 1939 bestehende System der Versorgung mittels Lebensmittelkarten mußte deshalb fortgeführt werden. Dazu kamen noch Bezugsscheine für viele wichtige Dinge des Alltags wie z.B. Spinnstoffe, Schuhe oder Schuhreparaturen. Die Militärregierung hatte für Normalverbraucher bei allgemein anerkanntem Bedarf von 2.500 Kalorien einen Tagessatz von 1.550 pro Tag zugestanden. Diese Zahl wurde jedoch für viele der monatlichen Zuteilungsperioden bis März 1948 nicht erreicht. So standen 1945 im Juni und Juli nur 775 und Ende Juli/ Anfang August nur 623 Kalorien zur Verfügung. Im Frühjahr 1946 lag der erreichte Tagessatz ebenfalls langanhaltend deutlich unter 1.550, und im Mai und Juni 1947 lag er bei 970 Kalorien.[77]

Mit ihrer Beteiligung an dem Generalstreik vom 2. Februar 1948 protestierten die Arbeiter und Arbeiterinnen auch in Karlsruhe gegen die schlechte Versorgung. Die Gewichtsverluste in der Bevölkerung benannte das Gesundheitsamt 1947: Bei den Erwachsenen betrug die Abnahme je nach Altersgruppe und Geschlecht zwei bis sechs Kilogramm. Dies führte dazu, daß im Mai die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden herabgesetzt werden mußte. Bei den Kindern ermittelte das Amt im Vergleich zur Vorkriegszeit Gewichtsverminderung um ein Kilogramm. Der Allgemeinzustand der Kinder wurde mit 9 % als gut, 37 % als mittelmäßig und 54 % als schlecht beurteilt. Dies war eine Umkehrung der Vorkriegsverhältnisse.[78]

Folgen der Ernährungskrise waren der Schwarzmarkt und die Hamsterfahrten. Beim Hamstern waren die Karlsruher und Karlsruherinnen gegenüber anderen Großstädten benachteiligt, denn der Weg in das agrarische Hinterland über den Rhein und in den Süden war durch die französische Zonengrenze versperrt. Die Schwarzmarktpreise konnte sich zudem auch nicht jedermann leisten. In den Gassen des Dörfle und in den dortigen Wirtschaften galten astronomische Preise: 1 kg Brot z. B. 30.– Reichsmark statt 40 Pfennige auf Karten, 1 kg Zucker 220.– statt 1,06 Mark.[79] Gespeist wurde der Schwarzmarkt durch „Abzweigungen" aus Vorratslagern und bei den Erzeugern sowie durch Besatzungssoldaten. Zwar galt die Karlsruher Polizei als sehr erfolgreich im Kampf gegen den Schwarzmarkt, dennoch dürften die 1947 beschlagnahmten Hunderte von Zentnern Fleisch, Mehl, Lebensmitteln u. a. sowie die 170.000 Stück Seife und 780.000 Zigaretten nur einen Bruchteil der gehandelten Mengen darstellen. Durch den Erlös dieser Waren flossen der Stadt 1 Million Mark zu. Die verhängten Strafen für 4.198 Ertappte betrugen annähernd 100 Jahre. Darunter befanden sich auch zahlreiche Strafen für Schwarzschlachtungen. Diebstahl oder Fälschungen von Lebensmittelkarten waren weitere Delikte, über die die Presse berichtete und über die in Verwaltungsberichten Klage geführt wurde.

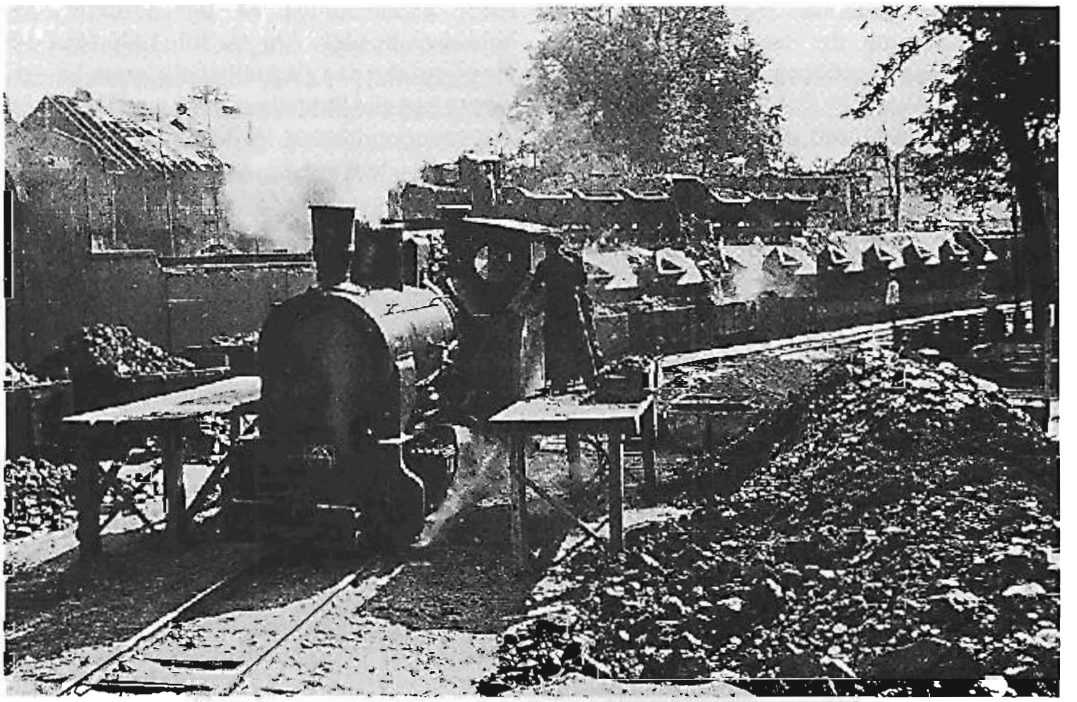
Die Amerikaner waren sich durchaus bewußt, daß einem hungrigen Volk, das sich zudem mit den Folgen mancher strategisch kaum zu rechtfertigenden Zerstörung von Städten und den Opfern der Vertreibung täglich auseinandersetzen mußte, die neue demokratische Regierungsform nur schlecht zu vermitteln war. Sie reagierten deshalb auf den Hunger mit zusätzlichen Getreidelieferungen, einer kalorienmäßigen Aufwertung der Care-Pakete und

mit der Hoover-Speisung. In deren Genuß kamen 17.000 Schüler und Schülerinnen in der Stadt, die so 350 Kalorien am Tag zusätzlich erhielten. Dies hat sicher unabsehbare gesundheitliche Schäden der Heranwachsenden verhindert. Die Maßnahmen der Amerikaner ließen aber zugleich die Deutschen auf eine wirtschaftliche Erholung und die Rückkehr in die Völkergemeinschaft mit Hilfe der Amerikaner hoffen.

Maßnahmen gegen den Hunger organisierte aber auch die Stadt selbst. Unter Führung der Stadtverwaltung, vertreten durch Bürgermeister Riedinger schlossen sich die Wohlfahrtsverbände zur Karlsruher Notgemeinschaft zusammen. Damit knüpfte man an eine gleichnamige Organisation an, die schon vor 1933 bestand (siehe oben). Vor allem notleidende ältere Menschen sollten unterstützt werden. Aus den Spenden bei Haussammlungen, von Betrieben und auch durch den Erlös kultureller oder Vergnügungsveranstaltungen konnten im Winter 1946/47 860.000 Mark verteilt werden. Zudem erhielten 2.000 Menschen im ersten Vierteljahr 1947 106.000 Essensportionen. Gekocht wurde in der Scheffelstraße 37, von wo das Essen in andere Ausgabestellen transportiert wurde.[80]

Trümmerräumung und Planung des Wiederaufbaus

Waren die Ämter der Stadt bei der Verwaltung des Mangels auf eine generelle Besserung der Lage angewiesen, so konnten sie in einem anderen Bereich, manche Schwierigkeiten überwindend, äußerst erfolgreich handeln. Die Trümmerräumung in Karlsruhe geriet zu einer Erfolgsgeschichte. Während manche andere Stadt noch auf die im „Dritten Reich" versprochenen Trümmerverwertungsmaschinen wartete, startete die Stadt schon 1945 ein großflächiges Räumungsprogramm. Bereits 1947 galt Karlsruhe als die am besten ge-



An der Ostseite des Schloßplatzes wurden die Loren der schmalspurigen Feldbahn in die Waggons der normalspurigen Trümmerbahn für den Transport zum Rheinhafen umgeladen.

Werbung für die Beteiligung am Karlsruher Ehrendienst aus dem Jahr 1947.

räumte Stadt. Damals waren bereits 47 % der Trümmer entsorgt. Stuttgart hatte zu diesem Zeitpunkt 15 % und Mannheim 27 % geräumt. Ende 1949 war die Innenstadt zu 85 % trümmerfrei. Am Ende der 1950er Jahre belief sich die Summe der tatsächlich bewegten Trümmermassen auf etwa 3 Millionen Kubikmeter. [81]

Schnell sah man, daß die Trümmerräumung als Strafmaßnahme nur mit NSDAP-Mitgliedern nicht zu bewerkstelligen war. Zu hoch türmte sich der Schutt, zu gering war deren Bereitschaft, Schuld einzusehen und Sühne zu leisten. Am 17. November 1945 schloß daher die Stadt mit der „Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft-Karlsruhe" (AAK) einen Vertrag zur planmäßigen Enttrümmerung. Die aus 35 Firmen des Baugewerbes gebildete AAK stand unter der Leitung von Günther Klotz und Fritz Schäfer.[82] Als Voraussetzung für die Arbeiten hatte die Militärregierung eine Vollmacht erteilt, alle nicht mehr bewohnbaren Häuser zu beschlagnahmen.

Rückgrat der Räumungsaktion sollte eine Dampfbahn werden, die den Schutt vom Schloßplatz, zeitweise auch aus der Kaiserstraße zwölf Kilometer nach Daxlanden in ein schon vor 1939 zur Auffüllung vorgesehenes Gelände schaffte. Das liebevoll „Schuttbähnle" genannte Transportmittel wurde ergänzt durch nach Bedarf verlegte Schmalspurgleise, auf denen man mit Kipploren den Schutt zu einer Verladerampe an der Ostseite des Schlosses brachte. Am 11. Juli 1946 fand die Jungfernfahrt des „Schuttbähnle" statt. Es verkehrte bis zur Beendigung der großflächigen Trümmerbeseitigung im März 1950. Aus der Südstadt schafften die Arbeiter die Trümmer in das tiefergelegene Gelände an der Stuttgarter Straße.

Der Elan, mit dem die AAK sich im November an die Arbeit machte, wurde gebremst durch den Mangel an Arbeitskräften. Gleichzeitig klagte der Leiter des Arbeitsamtes, es liefen „Tausende der aus politischen Gründen entlassenen Angestellten und Beamten spazieren und erlauben sich noch abfällige Bemerkungen über die Schaffenden." Im Mai 1946 rief deshalb Oberbürgermeister Hermann Veit alle Karlsruher zwischen 14 und 65 Jahren zum „Ehrendienst" bei der Trümmerräumung auf. Für den Ehrendienst wurden u. a. Vergünstigungen bei der Arbeits- und Wohnungssuche und bei der Entnazifizierung versprochen. Veit mußte aber nachträglich klarstellen, daß der Ehrendienst „ehemalige Parteigenossen

nicht sofort zu Antifaschisten mit blütenweißem Fragebogen ummodelt."[83] Studenten mußten für die Immatrikulation Räumungseinsätze auf dem Hochschulgelände nachweisen.

Zum großen „Gemeinschaftswerk der Schutträumung" aller Karlsruher und Karlsruherinnen, wie oft beschworen, wurde die Enttrümmerung der Stadt aber nicht. Frauen blieben trotz mancher Proteste ausgeschlossen. Günther Klotz argumentierte: „Sollen wir zu allem Unglück hin der Welt nun noch vorführen, wie unsere Mütter, Frauen und Schwestern sich mit Schuttabfuhr beschäftigen?" Die Bereitschaft der Männer zur Beteiligung am Ehrendienst blieb außerdem hinter den Erwartungen zurück. Ende 1949 hatten sich nur etwa 10.000 Karlsruher, vorwiegend ältere Jahrgänge und ehemalige Nationalsozialisten, am Ehrendienst beteiligt. Die schwere Arbeit, mangelnde Ernährung und insbesondere fehlende Arbeitskleidung und Schuhwerk führten zu diesem „Versagen des Ehrendienstes", wie die AAK resümierte.

Den Löwenanteil an der schnellen Trümmerräumung in Karlsruhe erledigte daher die Stammbesatzung der AAK – zwischen 700 und 1.000 Arbeiter der beteiligten Baufirmen. Schon Ende 1947 war die Kaiserstraße vom Durlacher Tor bis zum Mühlburger Tor und das Gebiet nördlich der Kaiserstraße trümmerfrei. Ab Februar 1948 folgte die Räumung südlich der Kaiserstraße und der Abbau der inzwischen aufgetürmten Schuttberge am Schmiederplatz, am Engländerplatz und an der Ludwig-Marum-Straße. Im März 1950 verschwanden die Gleise der Schuttbahn aus der Stadt. Umgerechnet war sie etwa fünfmal um den Äquator gedampft. Etwa 1.250 Anwesen waren geräumt und 580 Ruinen eingerissen. 1,25 Millionen Kubikmeter Schutt waren abtransportiert und 180.000 Quadratmeter Industriegelände am Rheinhafen gewonnen. Bis zur Währungsreform im Juni 1948 hatte die Trümmerräumung 11 Millionen eher wertlose Reichsmark gekostet. Gemessen an den 18 Millionen DM, die bis 1959 für eine nur wenig größere Schuttmenge aufzuwenden waren, ein sehr geringer Betrag. Die Innenstadt machte 1949 einen aufgeräumten Eindruck, in vielen hergerichteten Läden und zunächst eingeschossigen Behelfsbauten lief bereits der Geschäftsbetrieb wieder. In kürzerer Zeit als in allen anderen Städten im Südwesten war das Fundament gelegt für einen erfolgreichen Wiederaufbau.

Erste grundsätzliche planerische Überlegungen dazu publizierte die Stadtverwaltung nach internen Diskussionen 1946 im September.[84] In einer Denkschrift betonte sie im Hinblick

Blick in die geräumte westliche Kaiserstraße. In dem Haus links im Vordergrund bot das Kino „Die Kurbel" bereits sein Programm an.

auf die barocke Stadtplanung und den klassizistischen Ausbau durch Friedrich Weinbrenner, Karlsruhe habe ein großes baukünstlerisches Erbe zu verwalten. Deswegen werde das Herzstück der Stadt zwischen Schloß und Ettlinger Tor wieder hergestellt. Daneben aber müsse den Bedürfnissen der neuen Zeit dort Rechnung getragen werden, wo große Zerstörungen dies rechtfertigen, wie z. B. an der Kaiserstraße. Dort solle eine moderne Geschäftsstraße erstehen, die das Gesicht unserer Zeit trage. Eine Ausstellung des Stadtplanungsamtes von 1947 sah für die Kaiserstraße durchgehende Arkaden vor, um dem Verkehr mehr Raum zu schaffen. Der Ende 1947 ausgeschriebene Ideenwettbewerb Kaiserstraße brachte dann andere Ergebnisse, die in der Realisierung noch einmal den Sachzwängen angepaßt wurden. Erfüllt wurden die Vorgaben, die Nord-Südachse mit Barockschloß und klassizistischem Marktplatz soweit möglich zu rekonstruieren. Die Nordseite des Marktplatzes sollten viergeschossige Flachdachbauten mit Arkaden einnehmen. Die südliche Häuserfront der Kaiserstraße zwischen Marktplatz und Hauptpost wurde gegen den Widerstand der Hausbesitzer ab dem ersten Obergeschoß um 6 Meter zurückgesetzt, die Anlieferung für den Handel wurde durch „Wirtschaftstraßen" ermöglicht.[85] Bereits damals sah der Plan eine Verkehrsberuhigung des Marktplatzes vor, die aber erst viel später unter Belassung der Straßenbahn verwirklicht wurde. Diese Planung führte im Gegensatz zu manch anderer Stadt zu einem „Neuaufbau mit Denkmalsinseln",[86] wodurch der Stadt auch ein Stück ihrer architektonischen und stadtplanerischen Identität erhalten geblieben ist, bzw. wiedergegeben wurde.

Sehr viel weitergehende Gedanken „Zur baulichen Neuordnung von Karlsruhe" veröffentlichte im Jahr 1948 O. E. Schweizer, Professor für Städtebau an der TH Karlsruhe. Sie basierten auf einem Auftrag, den er von der Stadt 1943 erhalten hatte, um planerische Grundlagen für Industrieansiedlungen zu bekommen, die als Ausgleich für den Verlust der Gauhauptstadtfunktion (siehe oben) vorgesehen waren.[87] Schweizers Konzept, das mit dem ebenfalls seit 1943 entwickelten Verkehrskonzept von Friedrich Raab verknüpft war, sah den Erhalt des barocken Stadtgrundrisses und die Rekonstruktion der wesentlichen Weinbrennerarchitektur vor. Daneben sollte Karlsruhe ein neues Zentrum in Form eines modernen Stadtforums bekommen, einen begrünten Freiraum in den Maßen 300x400 Meter im Bereich der Reinhold-Frank-Straße. Gesäumt von Geschäftshäusern sollte das Forum nur Fußgängern zugänglich sein. Zur Erweiterung der Stadt umriß der Plan die Arrondierung der Stadtränder und bandartige Erweiterungen nördlich und südlich der Stadt unter Einbeziehung bestehender Siedlungen.

Der Rückgriff auf die überkommene Stadtgestalt und ihre Erweiterung im Sinne neuzeitlicher Stadtplanung, wie sie schon vor 1945 diskutiert wurde, belegt ebenso wie die nur kurzfristig unterbrochene Tätigkeit des Leiters im Stadtplanungsamt Karl Peter Pflästerer die kontinuierliche Entwicklung der Stadtplanung und weniger die Behauptung von einer „Stunde Null."[88]

Wirtschaftsentwicklung und Währungsreform

„Im Zeitpunkt des deutschen Zusammenbruchs lagen gewerbliche Wirtschaft und Handel in Karlsruhe völlig darnieder. Desgleichen war der Arbeitsmarkt gänzlich desorganisiert."[89] So resümierte das Arbeitsamt 1946. Von 2.816 Industriebauten bei Kriegsende waren 1.020 total zerstört und 695 zu 30–80 % beschädigt.[90] Im Bericht des Arbeitsamtes findet sich aber auch der Hinweis auf den allmählichen Produktionsanlauf im Metallgewerbe und der metallverarbeitenden Industrie. Dazu habe der Umzug einiger Firmen aus Pforzheim nach Karlsruhe beigetragen. Zu nennen ist hier auch die Neuansiedlung der Stettiner Stahlbaufirma Gollnow und Sohn im Rheinhafen, die beim Wiederaufbau vieler Brücken im Oberrheingebiet mitwirkte, und bis Juli 1948 bereits 400 Mitarbeiter beschäftigte. Nach einer Unterbrechung des zaghaften

Produktionsbeginns durch den sehr harten Winter 1946/47 beschleunigte sich die Produktion wieder, und erzielte 1948 vor der Währungsreform hohe Zuwachsraten.
Dazu hat sicher die Ansiedlung weiterer Industriebetriebe in Karlsruhe beigetragen. So kam 1947 Siemens in das Wohlfahrtsgebäude der vormaligen Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken (DWM), es kam die Arzneimittelfabrik Willmar Schwabe aus Leipzig nach Durlach, die Gablonzer Schmuckindustrie ließ sich im gleichen Jahr in Karlsruhe nieder. Aber auch ansässige Betriebe, die mit Rüstungsproduktion befaßt waren, kamen nach Demontagen wieder in Schwung, so etwa die DWM, die 1947 als Industriewerke Karlsruhe eine Friedensproduktion begann oder andere Betriebe, wie Junker & Ruh, Haid & Neu oder Gritzner & Kayser in Durlach. Weitere im Krieg ausgelagerte Betriebe kehrten zudem in die Stadt zurück. In Zahlen drückt sich diese Entwicklung so aus: Der Umsatz der Karlsruher Unternehmen betrug im September 1946 5,2 Millionen Reichsmark und stieg in 20 Monaten bis Mai 1948 um knapp das zweieinhalbfache auf 12,1 Millionen. Der jährliche Produktionswert stieg von 67,5 Millionen Reichsmark 1946/47 auf 152,6 Millionen Deutsche Mark 1948/49. In Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten arbeiteten im Juli 1946 7.312 und am 1. Januar 1949 bereits wieder 19.898 Arbeitnehmer, fast so viele wie 1939.[91]
Für diese wirtschaftliche Entwicklung fielen die Entscheidungen aber nicht in Karlsruhe. Am 1. Januar 1947 wurden die amerikanische und die britische Zone zum „Vereinigten Wirtschaftsgebiet" (Bizone) zusammengeschlossen, um die wirtschaftlichen Grundlagen zu verbessern. Der Frankfurter Wirtschaftsrat war das oberste Gremium des Wirtschaftsgebiets. Unter der Leitung des späteren Wirtschaftsministers Ludwig Erhard stellte er seit März 1948 die Weichen für die soziale Marktwirtschaft. Im Juni 1947 machten die Amerikaner allen europäischen Ländern ein Hilfsangebot, das an die Koordinierung der nationalen Wirtschaften gebunden war. Die Sowjetunion lehnte dies für sich und die Ostblockstaaten ab und wurde deshalb nicht in die Marshallplanhilfe einbezogen. Mit dem beginnenden „Kalten Krieg" zielten die Westalliierten nun darauf, ihre Zonen wirtschaftlich zu stärken und in ihr Bündnis zu integrieren. Deshalb wurden die Demontagen reduziert, und der Marshallplan begann 1948 auch für die Westzonen wirksam zu werden. Dabei war ab 1948 die Erweiterung der Bizone zur Trizone durch die Einbeziehung Frankreichs nur noch eine Frage der Zeit, die im April 1949 gekommen war. Schon im August 1948 entfiel zur Erleichterung der Karlsruher und Karlsruherinnen der Passierscheinzwang beim Übertritt in die französische Zone. Man konnte wieder ungehindert in die Pfalz und den Süden fahren.
In der zweiten Jahreshälfte 1947 deutete sich dann schon ein wirtschaftlicher Aufschwung an. Bereits das „verhältnismäßig hohe Niveau" der Industrieproduktion im Jahr 1947 in Karlsruhe gab Oberbürgermeister Töpper Veranlassung, in einem Interview im August hoffnungsvoll in die Zukunft einer Industrie- und Handelsstadt Karlsruhe zu blicken:[92] „Karlsruhe will nicht erst eine Industriestadt werden, sondern war und ist bereits eine", meinte er im Blick auf alteingesessene Industriebetriebe und die Neuansiedlungen sowie die vorliegenden Bewerbungen, die wegen fehlender Bauten nicht realisiert werden könnten. An Arbeitskräften für neue Industrien mangele es nicht, da hierfür das landwirtschaftsarme Karlsruher Hinterland als Reservoir zur Verfügung stehe. Es bedürfe aber einer Erweiterung der Verkehrslinien, die geplant sei, um dieses zu erschließen. Dieser Blick über die Stadtgrenze schien notwendig, da die Arbeitslosenzahlen in der Stadt seit Januar 1946 von fast 23.000 (9.895 Männer und 13.101 Frauen) schnell gefallen waren auf 4.366 im Januar 1947 und 1.710 (1.318 Männer und 392 Frauen) im Dezember 1947, was etwa 1,7 % entsprach.[93]
Daß dieses Interview des Oberbürgermeisters auch als zukunftsgerichtete Werbung für den „Standort" Karlsruhe zu sehen ist, verdeutlicht eine 1948 veröffentlichte Auswertung der Bevölkerungszählung vom Oktober 1946. Da-

nach lag der Prozentsatz der in der Industrie Beschäftigten in Karlsruhe zwischen 6 % und 19 % unter dem Satz anderer südwestdeutscher Städte, während in Handel und Gewerbe zwischen 2 % und 9 % mehr tätig waren. Karlsruhe könne nach wie vor als Beamtenstadt gelten und müsse „das größte Augenmerk" auf Industrieansiedlung bzw. -erweiterung richten, um mit anderen Städten konkurrieren zu können.[94]

Das aus steigenden Industrieumsätzen und sinkenden Arbeitslosenzahlen ablesbare Wachstum brachte den Menschen vor der Währungsreform aber kaum spürbare Besserung ihrer Alltagsprobleme. Dies lag daran, daß die Produktion zum Großteil für die Unterhaltung der Besatzungstruppen verwendet wurde und daß die produzierten Waren wegen des noch nicht ausreichend leistungsfähigen Verkehrs- und Transportsystems nicht verteilt werden konnten. Und schließlich gab es mit der Reichsmark eine zwar noch nominell für ganz Deutschland gültige Währung, die aber praktisch bedeutungslos war, da Nahrungsmittel und alles Lebensnotwendige nur auf Karten und Bezugsscheine zu bekommen waren. Auf dem Schwarzmarkt waren Zigaretten das wichtigste Zahlungsmittel, ansonsten herrschte die Natural- und Tauschwirtschaft. Im Verkehr zwischen der deutschen Verwaltung und der Besatzungsmacht gab es Besatzungsgeld, das nicht in Reichsmark gewechselt wurde.

Voraussetzung einer wirtschaftlichen Gesundung war daher eine Sanierung der zerrütteten Währung, die das Erbe des Nationalsozialismus war. „Der Nazismus hat Deutschland bettelarm gemacht", stellten die BNN fest.[95] Riesigen für die Kriegskosten gedruckten Geldmengen standen nach 1945 infolge der Zerstörungen nur noch geringe Sachwerte und kein entsprechendes Warenangebot gegenüber. Die Währungsumstellung sahen die Westalliierten als ihre Sache an und beteiligten deshalb deutsche Stellen nicht an der Vorbereitung. Gedruckt wurde das neue Geld in den USA und seit Frühjahr 1948 über Bremerhaven nach Frankfurt gebracht. Von dort gelangte es in einer angesichts der bestehenden Transportprobleme logistischen Meisterleistung innerhalb von zwei Wochen in die Ausgabestellen, wo es am 20. Juni verteilt wurde. Schon Wochen vorher war über den Tag X spekuliert worden. Am 18. Juni abends kam dann die Bekanntgabe des Umtauschtermins für Sonntag, den 20. Juni 1948. Fast schon jubelnd kommentierten die BNN: „Der Pfennig regiert wieder. Die von den Redlichen ersehnte, von den Schiebern befürchtete, längst überfällige Währungsreform ist da."[96] Bereits am 8. Juni hatte der Leiter des Karlsruher Ernährungsamtes „Richtlinien über das Verfahren bei der Auszahlung des Kopfbetrages" erhalten, um alle organisatorischen Vorbereitungen zu treffen, denn über die Ausgabestellen der Lebensmittelkarten, die der Bevölkerung vertraut waren, sollte der Geldumtausch erfolgen.[97] Am 20. Juni standen die Menschen ab 8 Uhr in langen Schlangen vor den Umtauschstellen, zumeist Schulgebäude, um sich ihr Kopfgeld von zunächst 40,– DM abzuholen. Nachmittags war der Andrang gering. Weitere DM 20,– gab es zwischen dem 6. und 10. September pro Kopf. Unternehmer erhielten zudem für jeden Beschäftigten 60,– DM. Sparguthaben und Schulden wurden im Verhältnis 10:1 umgestellt, wobei die Sparguthaben zur Hälfte gesperrt blieben und erst am 4. Oktober getauscht wurden. Danach stand als offizielle Umtauschrelation 6,50 Deutsche Mark für 100 Reichsmark fest. Guthaben von über 5.000,– konnten auf ihre Herkunft geprüft werden, um Gewinne aus dem Schwarzhandel einzuziehen. Arbeitseinkommen und Versorgungsansprüche sowie Preise wurden dagegen 1:1 umgestellt.

Am Tag X schien die Natur mit leichten Erdstößen und einem Gewitter das Erschütternde des Ereignisses unterstreichen zu wollen. Gelegentlich herrschte durch in Reichsmark bezahlten Alkohol auch Silvesterstimmung. Bedenkt man die Folgen der Währungsreform, so gab es tatsächlich Grund zum Feiern. Schon am 24. Juni fiel die Preisbindung und Bewirtschaftung für viele Waren. Das neue Geld, das wegen des Nachholbedarfs schnell auf den Markt kam, traf auf ein großes Angebot, denn

die seit Monaten gehorteten Vorräte lagen über Nacht in den Schaufenstern und Regalen der Geschäfte.[98] Der Übergang zur Marktwirtschaft war vollzogen, ablesbar am Wechsel von spaltenlangen Tauschanzeigen zu Werbeanzeigen in den Tageszeitungen.
Kritik an der Währungsreform blieb allerdings nicht aus, da sie einseitig die Sparer gegenüber den Sachwertbesitzern benachteiligte, denn Grund und Boden, Immobilien, Produktionsmittel und Waren blieben von der Neuordnung ausgenommen. Das Fehlen einer sozialen Komponente der rein finanztechnischen Umstellung monierten im Landtag alle Parteien. Wirtschaftsminister Veit beklagte das Versäumnis, mit der Währungsreform einen Lastenausgleich zu koppeln, wodurch die sozialen Spannungen zugenommen hätten.[99] Die notwendige schnelle Regelung des komplizierten Lastenausgleichs durch Abgaben aus Vermögen, Kredit- und Hypothekengewinnen verzögerte sich bis 1952. Die steigenden Preise für Lebensmittel, die nicht mehr der 1945 verordneten Preisbindung unterlagen, erregten bald Unwillen. Schwer zu schaffen machte die Reform allen kulturellen Einrichtungen, die bisher großes Interesse des Publikums fanden, nun aber wegen des knappen Geldes ohne Besucher blieben.
Die Folgen der Währungsreform für die Einheit Deutschlands verfolgten auch die Karlsruherinnen und Karlsruher mit Anteilnahme. Bereits die Ablehnung des Marshallplans durch die Sowjetunion hatte die Weichen in Richtung einer Teilung des Landes gestellt. Mit der nur in den Westzonen durchgeführten Währungsreform und der ebenso drastischen wie brutalen Reaktion der Sowjetunion darauf wurde sie offensichtlich. Die sowjetische Besatzungsmacht riegelte schlagartig die Zufahrtswege zu den Westsektoren Berlins zu Lande und zu Wasser ab. Die Westmächte antworteten auf Initiative des Militärgouverneurs Lucius D. Clay mit der Versorgung Berlins aus der Luft. Bis Mai 1949 erhielt Berlin von der Kohle bis zum Speisesalz, vom kompletten Kraftwerk bis zum Schraubenzieher alles über die Luftbrücke eingeflogen. Als Ausdruck der Verbundenheit mit Berlin, das zum Symbol des Kalten Krieges und der Teilung Deutschlands wurde, errichtete die Stadt Karlsruhe am 17. Juni 1961 am Durlacher Tor einen übergroßen Kilometerstein mit der gerundeten Entfernungsangabe nach Berlin und den Stadtwappen von Berlin und Karlsruhe.[100]

Kultureller Neubeginn

Zwölf Jahren Diktatur mit den staatlich verordneten und begrenzten Möglichkeiten kultureller Aktivitäten und Angebote führten nach deren Ende zunächst zu einem vielzitierten kulturellen Nachholbedarf. Die internationale künstlerische und kulturelle Entwicklung der zurückliegenden Jahre mußte präsentiert und zur Kenntnis genommen werden. Freilich folgten der neuen Freiheit auch Unsicherheiten in der Beurteilung von Kunst. Werte und Maßstäbe mußten neu erarbeitet sowie eingeübt werden und an die Stelle nationalsozialistischer Kriterien treten. Es galt, den Spannungsreichtum zeitgenössischer Kunst auszuhalten. So bot auch das kulturelle Leben in Karlsruhe in der Nachkriegszeit das Bild einer weitgefächerten kulturellen Vielfalt bei großem Publikumsinteresse. Wo die einen die Rückkehr zu den Werten empfahlen, die auch im Chaos ihre Gültigkeit behalten hätten, warnten andere vehement vor einer Rückkehr der Reaktion.
Der Neubeginn im Bereich der Kultur stand unter der generellen Maxime der Amerikaner zur Umerziehung der Deutschen. Von den künstlerischen, kulturellen und literarischen Produktionen sollten selbstkritische Betrachtung und Hinterfragung der jüngsten Vergangenheit angeregt werden, die auch im Sinne der „reeducation" Einsicht in die Ungeheuerlichkeit der NS-Verbrechen eröffneten. Die „reeducation" sollte in jedem Mann und jeder Frau demokratische Grundsätze verankern und jeden Rückfall in autoritäre Strukturen verhindern. Dies fing natürlich bei der Ausbildung in Schulen und Hochschulen an und bereitete wegen der von den Nationalsozialisten zum Teil auch erzwungenen Mitgliedschaft

der meisten Lehrer in der Partei große Schwierigkeiten. So mußte z. B. der Lehrbetrieb in den Karlsruher Volksschulen, der am 1. Oktober 1945 begann, mit 113 Lehrern – gegenüber 550 vor dem Krieg – für etwa 13.000 Schüler und Schülerinnen bewältigt werden.[101] In Schnellkursen ausgebildete Kräfte und später auch die Wiedereinstellung „entnazifizierter" Lehrer und Lehrerinnen entspannten die Situation bis 1948 nur wenig, da in der Zwischenzeit die Schülerzahlen auf etwa 20.000 und die Zahl der Lehrer auf 379 gestiegen war. Zudem fehlte es bis zur Währungsreform an geeignetem Unterrichtsmaterial sowie Schreibuntensilien. Einen geregelten Unterricht ließen die noch benutzbaren 176 von 407 Unterrichtsräumen, die Klassenstärken bis zu 60 Kindern und Nutzung der Räume von 8–18 Uhr zur Folge hatten, nicht zu. Bis 1947 gelang es, die Zahl der Klassenzimmer auf 265 zu erhöhen, Ende 1948 fehlten immer noch 200 Schulräume.[102]

Unter ähnlich dramatischen Umständen begannen alle anderen Schulen und Bildungsinstitutionen ihre Arbeit. Die Gymnasien nahmen ihre Arbeit im Dezember 1945 auf, der Lehrbetrieb an den Karlsruher Hochschulen begann zu unterschiedlichen Zeiten im Laufe des Jahres 1946. Dabei wurde die Staatliche Musikhochschule vorübergehend von der Stadt zusammen mit dem städtischen Konservatorium unterhalten, um ihren Erhalt in Karlsruhe zu sichern. Der Verbleib der Technischen Hochschule schien indes eine kurze Zeit gefährdet, da es Überlegungen gab, sie wegen der 80%igen Zerstörung des Hochschulareals nach Ettlingen zu verlagern oder sie gar mit der TH Stuttgart zu vereinen. Dagegen protestierte Oberbürgermeister Veit im Dezember bei dem Landesbezirkspräsidenten Köhler und dem Leiter der Kultusverwaltung, dem ehemaligen TH-Professor Franz Schnabel: „Es kann nicht der Sinn der angestrebten Vereinfachungsmaßnahmen sein, daß sich nicht nur alle wirtschaftliche Kraft, sondern auch alle wichtigen kulturellen Institute in Stuttgart konzentrieren und Karlsruhe noch mehr seines Ansehens und seines Einflusses entkleidet wird."[103] Nachdem die Amerikaner Ende 1945 die Telegraphenkaserne für die Hochschule freigemacht hatten, konnte die älteste deutsche TH in Karlsruhe Lehre und Forschung fortführen.

Nicht 1946 wie die anderen Hochschulen, sondern erst im Oktober 1947 begann an der Kunsthochschule, die jetzt den Namen „Staatliche Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe" trägt, der Lehrbetrieb. Damit waren die Befürchtungen, die Amerikaner könnten die Kunsthochschule nicht mehr weiter führen,

Blick auf das zerstörte Gebäude der Goetheschule. Im Vordergrund beginnt sich der Trümmerberg auf dem „Schmiederplatz" aufzutürmen. Hier entstand 1954/55 das 12geschossige Wohnhochhaus mit dem vorgelagerten Ringcafé.

ausgeräumt. Nachdem der erste von den Amerikanern bestimmte Rektor 1948 bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam, folgte ihm mit Otto Haupt ein Mann, der bereits von 1934–1944 die Institution geleitet hatte. Das Lehrpersonal bestand aus 1933 entlassenen Künstlern wie Karl Hubbuch und Wilhelm Schnarrenberger (siehe oben), oder solchen, die während des Dritten Reichs ihre Integrität bewahren konnten. Allerdings unterblieb die Berufung eines jungen Künstlers mit einer modernen Kunstauffassung.[104] So gingen von der Hochschule kaum Impulse aus, um an die Traditionen der Stadt als ein führendes deutsches Kunstzentrum anzuknüpfen (siehe oben).[105]

1947 entstand mit der Volkshochschule eine neue Bildungseinrichtung, die sich programmatisch ebenfalls in den Dienst der „reeducation" stellte. Ihr erster Leiter Ulrich Bernays, wegen seiner jüdischen Abstammung als Lehrer im Dritten Reich entlassen, legte ein klares Bekenntnis zum deutschen Geisteserbe und zum klassischen Humanismus ab. Fünfzig Jahre später galt aber, daß „der Rückgriff auf den klassischen Humanismus für die bürgerliche Bildungselite nahelag", aber zur Erreichung eines breiteren Publikums „keine zukunftsträchtige Lösung" bot.[106]

Neben den staatlichen Hochschulen prägten auch das Badische Generallandesarchiv (GLA), die Landesbibliothek, die Kunsthalle und das Landesmuseum das Profil der Landeshauptstadt. Das GLA überstand den Krieg unversehrt, die letzten ausgelagerten Archivalien kamen 1954 in die Südliche Hildapromenade zurück. Die Kunsthalle erlitt zwar Schäden, konnte aber im April 1947 ihre Pforten wieder öffnen. Das Landesmuseum und die Landesbibliothek verloren dagegen ihre Gebäude, das Schloß und das Sammlungsgebäude am Friedrichsplatz. Die Landesbibliothek büßte zudem bis auf die ausgelagerten Handschriften ihre Bestände ein. Während das Landesmuseum erst im Mai 1959 im restaurierten Mittelbau des Schlosses teilweise wieder eröffnet werden konnte, verzeichnete die Landesbibliothek, die beim GLA untergebracht wurde, 1947 bereits wieder bescheidene 5.900 Buchausleihen. Die Städtische Bücherei, die im April 1947 im alten Bahnhof an der Kriegsstraße neu eröffnete, entlieh dagegen 1947 70.000 Bücher. Die Bestände waren vorher gründlich entnazifiziert worden. Das galt auch für die Buchbestände des Stadtarchivs, das im Haus Solms unterkam, und dort in sehr beengten Verhältnissen die an verschiedenen Stellen ausgelagerten Bestände zusammenführte.

Große Bedeutung maßen die Amerikaner bei der Umerziehung dem Medium Film wegen dessen Massenwirksamkeit bei. So lief auch in Karlsruhe im März 1946 als kostenloses Pflichtprogramm für die Einwohner im Gloria-Palast am Rondellplatz der KZ-Film „Die Todesmühlen", der Originalaufnahmen aus Konzentrationslagern zeigte. Die BNN kommentierten, der Film mache deutlich, „wie groß die deutsche Schuld und wie restlos berechtigt das Verlangen nach Sühne ist." Das erste Karlsruher Nachkriegskino eröffnete bereits am 10. Juli in Durlach, ihm folgte das Rheingold in Mühlburg am 23. November und Ende 1945 das Gloria. Ende 1946 gab es bereits 10 Kinos, in die in diesem Jahr 1,8 Millionen Besucher kamen. 1948 waren es dann 3,2 Millionen in 11 Kinos. Zu sehen waren 1946 überwiegend amerikanische Filme, dann zunehmend politisch unverdächtige deutsche Reprisen und wenige Neuproduktionen, so daß sich 1948 knapp 300 deutsche mit ebensovielen ausländischen Filmen die Waage hielten. Dies verweist auf die zweite Funktion der Traumwelten des Kinos. Es ging nicht allein um Umerziehung und Vermittlung amerikanischer Werte und Lebensart, sondern auch um Flucht aus der trostlosen Alltagswelt. Der Film übernahm zusätzlich die Funktion eines sozialen Beruhigungsmittels.[107]

Mit den Besucherzahlen des Kinos konnte das Badische Staatstheater zusammen mit den im September 1947 eröffneten Kammerspielen nicht konkurrieren. 266.000 (1946) bis 336.000 (1948) Besucher in 283 bzw. 383 Aufführungen zählten sie.[108] Dabei hatte das Badische Staatstheater einen außergewöhnlich schweren Start in die Nachkriegszeit. Dies nicht allein, weil die Spielstätte mit dem von Heinrich

Ruine des Badischen Staatstheaters 1945. Im Hintergrund das zerstörte Schloß.

Hübsch geplanten Theater am Schloßplatz zerstört war. Die badische Kultusverwaltung erklärte darüber hinaus seine Existenz für beendet, da ohne Bühne keine Leistung zu erbringen sei. Als dies dann doch mit dem Wiederbeginn im Oktober 1945 gelang, mußte das Haus bis zum Februar 1949 siebenmal einen Wechsel des Intendanten verkraften. So wundert es nicht, daß zwar unter Leitung des Generalmusikdirektors Otto Matzerath der Musiksparte gute Leistungen attestiert wurden, nicht aber dem Theater. Unvergeßlich blieb den Zuhörern das erste Symphoniekonzert des Theaterorchesters unter Leitung von Matzerath am 31. August 1945 im Konzerthaus. Im Schauspiel, wo „der Feueratem wiedergewonnener Freiheit und junger Demokratie (hätte) brausen müssen", wo über den neuesten Stand des internationalen Angebots hätte informiert werden sollen, „fing man an, wo man 1933 aufgehört hatte."[109] So vermißte man herausragende Aufführungen in der Spielstätte im Konzerthaus, das am 27. Oktober 1945 mit Hoffmannsthals „Jedermann" eröffnet wurde.[110] Ein eigenes Schauspielhaus konnte erst am 8. April 1950 in der Stadthalle eingerichtet werden. Gespielt wurden neben den Klassikern und Unterhaltungsstücken auch zeitgenössische französische und amerikanische Autoren. Am erfolgreichsten war Carl Zuckmayers Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich „Des Teufels General", die vierzig mal über die Bretter ging.

Eine Organisation, die sich explizit der „tatkräftigen Erziehung zu demokratischen Lebensformen" widmete, war der Kulturbund Karlsruhe. 1945 hatten ihn Mitglieder der Gewerkschaften, freie Künstler, darunter Karl Hubbuch, und Anhänger der demokratischen Idee gegründet, um durch „eine Programmgestaltung, die eine bestimmte weltanschauliche Richtung aufweist", für breite Bevölkerungskreise eine antinationalsozialistische Wirkung zu erzielen. Für bis zu 80.000 Besucher jähr-

lich organisierte der Kulturbund Theaterbesuche, Vorträge und Literaturabende. Nach der Währungsreform schwanden das Interesse und die Geldmittel, der Kulturbund verlor 60 % seiner Mitglieder.[111]

Entschiedene Versuche zeitgenössische gegenstandslose Malerei aus den USA in Karlsruhe zu präsentieren, unternahm 1948 Kurt Martin, der Leiter der Kunsthalle seit 1934 (siehe oben).[112] Die Ausstellung von 1948 mit Werken aus dem New Yorker Guggenheim Museum war die erste Ausstellung amerikanischer Kunst im Nachkriegsdeutschland, die anschließend auch in anderen Städten gezeigt wurde. Martin wollte damit in der jungen Demokratie auch für Toleranz und pluralistische Kunstauffassung werben. Obgleich Martin, der 1955 auch die erste Documenta in Kassel mitgestaltete, noch andere Ausstellungen moderner Kunst organisierte, hatten es kleine einheimische Gruppen gemäßigt moderner Maler wie „Der Kreis" oder „Junge Gruppe Baden" schwer, Zustimmung zu finden. In der von realistischen Traditionen geprägten Kunstregion Karlsruhe war der Boden nicht bereitet für abstrakte Malerei, eine Tendenz, die der Badische Kunstverein und die konservative Kunstkritik eher bestärkten.[113]

Karlsruher Konzept für die Zukunft

Bei aller Konzentration auf die drängenden Probleme der alltäglichen Not und Sorgen der Menschen in der Stadt behielten die Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung auch die ungewisse Zukunft der Stadt im Blick. Das Ziel der künftigen Entwicklung Karlsruhes ist bereits mehrfach angesprochen worden: Aus der ehemaligen Beamtenstadt Karlsruhe sollte eine Industrie- und Handelsstadt werden. Bei der Verabschiedung des nach Stuttgart wechselnden Oberbürgermeisters Veit hat Töpper als Sprecher der Fraktionen betont, Veit werde es auch als Minister gelingen, Karlsruhe auf diesem Weg zu unterstützen. Veit selbst hatte zuvor erklärt, er gehe nach Stuttgart, da „angesichts der Spannungen zwischen Württemberg und Baden Karlsruhe die Gefahr drohe, in einen Winkel gedrückt zu werden." Es müsse alles getan werden, daß Karlsruhe „nicht auf eine dritte oder vierte Städtestufe heruntergedrückt werde."[114]

Das Konzept dagegen war nun aber keineswegs eine Erfindung der Nachkriegszeit. Es wurde vielmehr von der Verwaltung unter Oberbürgermeister Hüssy vorgezeichnet (siehe oben). Die Verlegung der Gauhauptstadt nach Straßburg und die nachfolgende Abwanderung der Ministerien hätte unter nationalsozialistischer Herrschaft die gleichen Zukunftssorgen für die Stadt gebracht wie die Südweststaatsproblematik der Nachkriegszeit. Allerdings erschwerte die durch die Zonengrenzen gegebene Lage Karlsruhes im „toten Winkel" die gewünschte Entwicklung erheblich, fehlte doch ein entsprechendes Hinterland als Einzugs- und Absatzgebiet.

Schon Hüssy mußte wie die Nachkriegs-Oberbürgermeister für die Stadtentwicklungspläne die Unterstützung der Regierung bzw. der Gauleitung erbitten. Deshalb richtete er im April 1943 ein umfangreiches Schreiben mit Anlagen an den Gauleiter Wagner in Straßburg mit dem Antrag, eine Neuordnung Karlsruhes in die Wege zu leiten. Hüssy rechnete vor, daß der Wegzug der Regierung den Verlust von 14.000 Einwohnern einschließlich der Angehörigen zur Folge hätte. Dabei sei unterstellt, daß die sogenannten Mittelbehörden wie Bahn- und Postdirektion, Oberlandesgericht, Landesversicherungsanstalt und Badenwerk in der Stadt verblieben. Ein Ersatz sei nur in einer sehr beträchtlichen Ausweitung des industriellen Sektors möglich. Wegen der Wirtschaftskraft der Wegziehenden müßte dafür zweieinhalbfach Ersatz geschaffen und der Zuzug von 19.000 Erwerbspersonen vorgesehen werden. Für bedeutungsvoll hielt Hüssy in diesem Zusammenhang die Einbindung Karlsruhes in das Verkehrsnetz der Autobahnen und eine Erweiterung des Rheinhafens. Er unterstrich zudem die Bedeutung aller Karlsruher Bildungsinstitutionen und kulturellen Einrichtungen, deren Verbleib er als unabdingbar ansah.[115]

Diese Vorstellungen der Karlsruher Stadtver-

waltung von 1943 enthielten alle Elemente, die für den Erhalt zentraler Funktionen Karlsruhes und seiner Wirtschaftskraft auch nach 1945 erstrangige Bedeutung hatten. So forderte der 1. Bürgermeister Heurich z. B. bei der Amtseinführung von Töpper als Nachfolger Veits, mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel wolle man auf keinen Fall „auf den Charakter der Stadt als Behörden-, Unterrichts- und Kunststadt verzichten."[116]
Das Karlsruher Zukunftskonzept – Ausbau der Industrie und des Handels bei gleichzeitiger Sicherung des Behördenplatzes – war bereits im Zweiten Weltkrieg vorformuliert worden. Die schnelle und energisch vorangetriebene Trümmerräumung nach dem Krieg legte den Grund für seine Umsetzung. Erfolge verzeichnete man mit ersten Industrieansiedlungen und im Ringen mit der Landesregierung um den Erhalt alter und die Ansiedlung neuer Behörden. Diese Ansätze waren aber, gemessen an den kommenden Erfolgen, erst ein Anfang.

Zwischen Währungsreform und Wirtschaftswunder

Die langen fünfziger Jahre

Zwei Konstanten bestimmten die Jahre nach der Währungsreform. Ein anhaltender wirtschaftlicher Aufschwung, der für jeden einzelnen spürbar wurde. Schon 1950 bezeichnete die Londoner Tageszeitung Times den raschen Aufschwung in dem kriegszerstörten Land als „deutsches Wirtschaftswunder." Die zweite Konstante schlug sich in dem Begriff der Ära Adenauer nieder. Gemeint ist damit die seit 1949 anhaltende politische Führung durch die CDU, zunächst unter dem Kanzler Konrad Adenauer und seit 1963 seinem Nachfolger Ludwig Erhard. Beides ging 1966 zu Ende, so daß man mit einiger Berechtigung von den langen fünfziger Jahren sprechen kann.[1]
Adenauers zentrales politisches Ziel war die Rückgewinnung der vollen Souveränität der Bundesrepublik verbunden mit der Bindung Deutschlands an den Westen. Dieser Kurs war nicht unumstritten, führte aber schließlich zur Rückgabe der Souveränität im Jahre 1955, die verbunden war mit der Aufnahme in das westliche Verteidigungsbündnis NATO. 1957 konnte die junge und schon wirtschaftsstarke Bundesrepublik Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden. Die Rückgabe des Saarlandes an Deutschland Anfang 1957 nach einer Volksabstimmung an der Saar machte den Weg frei für eine deutsch-französische Verständigung. Diese besiegelte 1963 ein Freundschaftsvertrag. Die im Zeichen des Kalten Krieges forcierte Westintegration erfuhr ihre Bestätigung durch den von der Sowjetunion 1953 niedergeschlagenen Volksaufstand in der DDR. Sie führte als deutschlandpolitische Konsequenz aber auch zur Verfestigung der Teilung des Landes. Die Hinnahme des Mauerbaus als unvermeidlich angesichts des atomaren Patts zwischen West und Ost dokumentieren diese Entwicklung.
Der Kurs Adenauers war begleitet von einer breiten Zustimmung zur neuen demokratischen Ordnung der Bundesrepublik und der Westintegration. Gleichwohl war nicht zu übersehen, daß es gegen das Akzeptieren der deutschen Teilung und gegen die Wiederbewaffnung des neuen Staates heftige Proteste gab. Zumal die von der Bundesregierung 1956 geforderte atomare Aufrüstung führte zu massivem Widerspruch bis hin zur Gründung der Aktion „Kampf dem Atomtod". Manche Kritiker warfen dem „Adenauerstaat" vor, einem gelegentlich blinden Antikommunismus zu verfallen und andererseits personelle Kontinuität in den Eliten des Landes über das Jahr 1945 hinweg mit Schweigen zu übergehen. Die erst 1958 einsetzende und langsam vorankommende systematische justitielle Aufarbei-

derat aus, die 1962 noch gefestigt werden konnte. Dieses Ergebnis überraschte nach der OB-Wahl von 1958 niemanden.

Die SPD lag damals in den meisten Stadtteilen vor der CDU. Die konnte 1959 nur noch vier von 29 Wahlbezirken gewinnen: Innenstadt-West, Südweststadt, Hardtwaldsiedlung und Nordweststadt (Weingärten- und Siemenssiedlung). Die Zahl der Frauen im Gemeinderat wuchs stetig, aber langsam von einer im Jahr 1946 bis 1959 auf acht von 48. Hieran veränderte sich bis 1971 fast nichts mehr. Von der Möglichkeit zu kumulieren und zu panaschieren machten die Wählerinnen und Wähler reichlich Gebrauch. So waren 1959 von etwa 94.000 Stimmzetteln 41.000 verändert worden. Dabei wurde die Reihenfolge auf den Stimmzetteln oft deutlich verändert. 1965 wurden z. B. Hanne Landgraf und Gretl Vogt innerhalb der SPD-Liste auf die beiden Spitzenplätze vorgewählt. Das nicht einfache Wahlsystem erlaubte dem Wähler Einflußmöglichkeiten auf die von den Parteien vorgenommene Plazierung. Es wurde allerdings von manchen für die geringe Wahlbeteiligung verantwortlich gemacht. Bei der einfacheren OB-Wahl war jedoch die Wahlbeteiligung auch nicht wesentlich höher.

Sitzverteilung im Gemeinderat 1951–1965[23]

Jahr	SPD	CDU	FDP	Sonstige
1951	20	14	9	5 (3 KPD)
1953	20	16	8	4
1956	23	19	5	1
1959	24	17	4	3 (2 BHE*)
1962	25	17	4	2
1965	25	19	4	–

* Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten

Gruppenaufnahme des Karlsruher Gemeinderats am 10. August 1948 bei einem Besuch des Tabakforschungsinstituts in Forchheim. Vordere Reihe: In der Bildmitte mit heller Jacke Oberbürgermeister Friedrich Töpper; links daneben Kunigunde Fischer, Bürgermeister Fridolin Heurich und Anna Walch; links außen im Vordergrund Pfarrer Heinz Kappes. In der hinteren Reihe: Links von Töpper Otto Dullenkopf; rechts neben der rechten Säule Günther Klotz.

von Theater und Museen, deren Ausbau erst in der Zeit nach 1970 möglich war.
Erkennbar wird in den folgenden Ausführungen zugleich, mit welcher Energie und mit welchem Erfolg die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung mit Unterstützung von außen das Karlsruher Konzept umsetzten. Die vormalige Residenz und Landeshauptstadt erhielt einen neuen Stellenwert, der sich in den Bezeichnungen Residenz des Rechts, Wirtschaftszentrum am Oberrhein, Atomforschungszentrum und Ölzentrum niederschlug. Die Stadt war zum regionalen Zentrum für Verwaltung, Wirtschaft und Kultur geworden, mit partiell weit darüber hinausreichender Bedeutung.

Oberbürgermeister, Bürgermeister und Gemeinderat bis 1967

Bevor die Entwicklung der Stadt zwischen Währungsreform und Wirtschaftswunder in einzelnen Themenfeldern dargestellt wird, sollen zunächst die Gemeindeorgane sowie ihre Besetzung und Zusammensetzung betrachtet werden. Dabei rücken auch die Amtsträger ins Blickfeld, die diese Entwicklung maßgeblich mitgestaltet und vorangetrieben haben.

Die Gemeindeorgane

Die Stellung der wichtigsten Gemeindeorgane zueinander liegt seit etwa 1947 in ihren Grundzügen fest.[2] Sie wurde 1955 nach langwierigen Verhandlungen in einer Gemeindeordnung gesetzlich festgehalten und 1975 in einer Neufassung verabschiedet. Die Gemeindeordnung von 1975 bestimmte wie schon 1955 den Gemeinderat (in Städten auch Stadtrat) zur Vertretung der Bürgerschaft und zum Hauptorgan der Gemeinde. Ihm kommt im Auftrag der Bürgerschaft beim Willensbildungsprozeß in der Gemeinde die zentrale Stellung zu. Der Gemeinderat in Großstädten bestand aus 48 Mitgliedern. Gewählt wurden sie seit 1947 alle drei Jahre je zur Hälfte, die Legislaturperiode dauerte also für jeden Abgeordneten sechs Jahre. Seit 1975 beträgt die Legislaturperiode für alle jetzt gleichzeitig Gewählten fünf Jahre. Nach den zahlreichen Eingemeindungen im Zuge der Verwaltungsreform (siehe unten) sah die Gemeindeordnung die Möglichkeit der unechten Teilortswahl vor, mit der den neuen Ortsteilen für eine Übergangszeit eine Vertretung im Gemeinderat garantiert wurde. Karlsruhe machte davon Gebrauch (siehe unten).
Das Wahlrecht nach dem Grundsatz der Verhältniswahl und nach Parteilisten, mit der Möglichkeit zu kumulieren und zu panaschieren, gibt den Wählern Einfluß auf die von den Parteien vorgenommene Reihenfolge der Kandidaten und Kandidatinnen. Der Gemeinderat bildet Ausschüsse, die an seiner Stelle beschließen oder unter Beteiligung sachkundiger Bürger und Bürgerinnen beratend tätig sind. Zu den Aufgaben des Gemeinderats gehört die Wahl der Beigeordneten, die den Oberbürgermeister bei der Vielfalt der Aufgaben entlasten sollen. Seit 1955 können die Beigeordneten auch Bürgermeister genannt werden, was in Karlsruhe offiziell seit 1961 geschah. Die Arbeit der Gemeinderäte ist, von einer Aufwandsentschädigung abgesehen, ehrenamtlich.
Der Oberbürgermeister wird wie die Gemeinderäte direkt von der Bevölkerung gewählt. Die erste Amtszeit umfaßt acht Jahre, die zweite bei Wiederwahl bis 1975 zwölf Jahre und seitdem ebenfalls nur noch acht Jahre. Der Oberbürgermeister ist der Leiter der Gemeindeverwaltung, er ist stimmberechtigter Vorsitzender des Gemeinderats und seiner Ausschüsse, deren Tagesordnungen er festlegt, und er vertritt die Gemeinde nach außen. Er ist damit sowohl in der Phase der Entscheidungsvorbereitung durch die Verwaltung, der rechtsgültigen Entscheidung im Gemeinderat als auch in der Phase der Entscheidungsausführung durch die Verwaltung maßgeblich beteiligt. Damit wurde an der traditionell starken Stellung des Stadtoberhaupts im deutschen Südwesten nach 1945 festgehalten.
Für die Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinderat und Oberbürgermeister gilt: Bei al-

len dem Oberbürgermeister nicht gesetzlich übertragenen Zuständigkeiten, ist von der Zuständigkeit des Gemeinderats auszugehen. Gegenüber 1955 wurde 1975 die Stellung des Gemeinderats etwas gestärkt. Bereits ein Viertel – vorher ein Drittel – des Gemeinderats kann Akteneinsicht bzw. die unverzügliche Anberaumung einer Gemeinderatssitzung verlangen. Der Ältestenrat berät den Oberbürgermeister in Fragen der Tagesordnung und des Ganges der Verhandlungen.

Dem einzelnen Bürger kommt in der baden-württembergischen Gemeindeordnung eine Bedeutung zu wie in sonst keinem Bundesland. 1955 wurden als Elemente direkter Demokratie das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid eingeführt. Trotz einer leichten Modifizierung 1975 blieb die notwendige Beteiligung für eine erfolgreiche Nutzung dieses Elements direkter Demokratie hoch. Die Einwohner haben zudem die Möglichkeit, eine Bürgerversammlung einzuberufen, die Vorschläge und Anregungen an den Gemeinderat unterbreiten kann. Mit einem Bürgerantrag kann der Gemeinderat zur Behandlung eines Tagesordnungspunktes veranlaßt werden. Er bleibt aber in seiner Entscheidung in jedem Fall frei.

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Friedrich Töpper, den die Karlsruher und Karlsruherinnen im Februar 1948 in diesem Amt bestätigt hatten (siehe oben), konnte es mit großem Erfolg nur knapp drei Jahre im Vollbesitz seiner Kräfte ausüben. Krankheitshalber mußte er sich seit dem Sommer 1950 immer häufiger von dem Ersten Bürgermeister Fridolin Heurich vertreten lassen. Mit Schreiben vom 7. Januar 1952 bat er dann um die vorzeitige Zurruhesetzung. Friedrich Töpper starb am 29. Juni 1953. Für seine Verdienste als Kommunalpolitiker um den demokratischen Neubeginn und Wiederaufbau erhielt Töpper 1952 das Große Bundesverdienstkreuz. Seine Beerdigung fand unter großer Anteilnahme der Bevölkerung statt. Das Fahrgastschiff „Friedrich Töpper" im Rheinhafen erinnerte lange an den früheren Oberbürgermeister.[3]

Um die Nachfolge Friedrich Töppers bewarben sich zehn Männer, von denen aber nur zwei, die den beiden großen Parteien angehörten, ernsthafte Chancen hatten. Günther Klotz (SPD) und Franz Gurk (CDU) waren in der Stadt sehr wohl bekannt durch ihren Einsatz für den Neubeginn nach 1945.

Günther Klotz nannte sich selbst „einen 1911 in Freiburg geborenen Karlsruher". In dieser Stadt besuchte der aus einer sozialdemokratischen Familie Stammende die Staatliche Ingenieurschule und trat nach dem Examen in den Dienst des städtischen Hochbauamtes ein. 1936 schied er bereits wieder aus, da er nicht in die NSDAP eintreten wollte. Er wurde nun Geschäftsführer und Oberingenieur eines badischen Bauunternehmens in Karlsruhe. Im Zweiten Weltkrieg baute er für die Organisation Todt militärische Anlagen u. a. in Österreich. Danach kehrte er wieder nach Karlsruhe zurück und organisierte als Vertreter seiner Baufirma die Karlsruher Trümmerräumung entscheidend mit. Seit 1947 vertrat er die SPD im Gemeinderat.[4]

Franz Gurk kam 1898 in Karlsruhe zur Welt. Er trat nach dem frühen Tod des Vaters 1913 in den Dienst der Stadt Karlsruhe ein und wurde 1926–1930 Leiter der Berufsberatung des städtischen Arbeitsamtes Karlsruhe. Das frühe Engagement in der katholischen Jugendbewegung führte den 28jährigen 1926–1933 als Abgeordneten der Zentrumspartei in die Karlsruher Stadtverordnetenversammlung und 1932 in die Position des Fraktionsvorsitzenden. Als Mitglied der zentrumsnahen Badenwacht trat er in vielen Versammlungen gegen die NSDAP auf. Diese beendete nach ihrer Machtergreifung seine politische und berufliche Karriere. Er nutzte die Zeit zur Weiterbildung und wurde 1943 als Volkswirt promoviert. Nach der Rückkehr aus französischer Kriegsgefangenschaft wurde er in der CDU aktiv, und bei der Stadt 1947 Leiter der Kämmerei.[5]

Erstmals fand eine echte Oberbürgermeisterwahl statt, da ja 1948 nur ein Kandidat präsentiert worden war.[6] Der Wahlkampf dauerte nur

Begegnung der beiden Straßenbahnwagen, die im Oberbürgermeister-Wahlkampf 1952 für die beiden Kandidaten warben.

etwa vier Wochen und endete im ersten Wahlgang am 25. Mai ohne Ergebnis, da keiner der Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit erhielt. Günther Klotz hatte mit 41,1 % gegenüber Franz Gurk mit 33,7 % die bessere Ausgangsposition für den zweiten Wahlgang am 8. Juni. Bei 52 % Wahlbeteiligung erzielte Klotz mit 57,4 % einen Vorsprung von knapp 15 % und wurde damit für sechs Jahre zum Oberbürgermeister gewählt. Den Wahlkampf führten beide Kandidaten mit den damals üblichen Mitteln politischer Propaganda: Plakate, textreiche Flugblätter, Straßenbahnwagen als Werbeträger, Lautsprecherwagen und natürlich Versammlungen. In den letzten Tagen des Wahlkampfes brachte die CDU einen Mißklang in den bis dahin fairen Wahlkampf. In der Verfassunggebenden Versammlung des Landes in Stuttgart war von CDU-Seite behauptet worden, Klotz werde von der KPD unterstützt. In Karlsruhe wurde daraufhin in den letzten Tagen des Wahlkampfes mit Lautsprecherwagen, durch Plakatüberklebungen und Flugblätter verbreitet, Klotz werde von den Kommunisten unterstützt, habe sich mit dem KPD-Führer Max Reimann getroffen und sei somit ein Landesverräter. Dies war in der Zeit, als der Antikommunismus in Deutschland praktisch Teil der staatlichen Legitimationsbasis war, als selbst in den USA Kommunisten als Staatsfeinde betrachtet wurden, ein Vorwurf, der an politischen Rufmord grenzte. Obwohl Gurk sich glaubhaft von den nicht autorisierten Aussagen distanzierte und eine kriminalpolizeiliche Untersuchung in Gang brachte, hatte dies kommunalpolitische Nachwirkungen.

Als am 20. April 1958 die Neuwahl des Oberbürgermeisters anstand, hatte sich Klotz als ein von allen Parteien anerkannter und in jeder Beziehung souveräner Oberbürgermeister profiliert. Da er immer auch den persönlichen Kontakt zu allen Schichten der Bevölkerung suchte, galt er als „Mann des Volkes". Ein Gegenkandidat wurde nicht aufgestellt. Dennoch gab es anders als 1947 eine Wahlbeteiligung von 61,1 % und eine Zustimmung zum Kandidaten mit 99,7 %. Ein zwingenderer Beweis für die Beliebtheit von Günther Klotz und auch des Dankes für seine Leistungen als Oberbürgermeister ist kaum denkbar. Mit seinem Organisationstalent, seiner Tatkraft und Weitsicht hat Klotz die Entwicklung Karlsruhes entscheidend bestimmt. Schon Anfang der 1960er Jahre sprach man von der „Ära Klotz", so wie man für die Bundesrepublik von der „Ära Adenauer" sprach.

Günther Klotz war ein aufrechter Demokrat. Zugleich machte er aber aus seiner Überzeugung, daß auch im demokratischen Leben Autorität und straffe Führung unverzichtbar seien, keinen Hehl. „Das Beste, was man für die Demokratie tun kann, ist, sie nicht zu übertreiben", sagte er einmal. „Wo er war", bestätigte ein Zeitgenosse, „dominierte er auf ganz natürliche Weise." So wundert es nicht, daß er gelegentlich „der letzte badische Großherzog" genannt wurde. Andere sahen in ihm dagegen eher einen „Volkstribun." Günther Klotz gehörte zur Generation der führenden Männer in der Bundesrepublik, die mutig und andere mitreißend den Wiederaufbau vorantrieben.

Bürgermeister

Während der krankheitsbedingten Abwesenheit Töppers vom Amt nahm der Erste Bürgermeister Fridolin Heurich dessen Amtsgeschäfte wahr. Heurich wurde 1878 in der Nähe von Fulda geboren, erlernte den Beruf des Maurers und wurde ein aktiver Gewerkschafter. 1923 übernahm er den Vorsitz der christlichen Gewerkschaften für Südwestdeutschland. Für die Zentrumspartei saß er im badischen Landtag und gehörte seit 1927 der Landesregierung als ehrenamtliches Mitglied mit dem Titel eines Staatsrats an. Aufsehen erregte Heurich durch seine Ohrfeige für den nationalsozialistischen Abgeordneten Kraft im Landtag im Jahre 1930. Wegen seiner entschiedenen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus büßte er 1933 sämtliche Ämter ein, stand unter ständiger Beobachtung der Gestapo und kam 1944 nach dem 20. Juli vorübergehend in Haft. Wegen seiner NS-Gegnerschaft und seiner Erfahrung als Politiker ernannten ihn die Amerikaner 1945 zum Bürgermeister. In seiner Zuständigkeit lag das Baudezernat und damit sowohl die Trümmerräumung wie die ersten Schritte des Wiederaufbaus. Heurich wurde gleichzeitig als Mitbegründer der CDU deren nordbadischer Landesvorsitzender und Abge-

Verpflichtung von Oberbürgermeister Günther Klotz für seine zweite Amtszeit durch Stadtrat Jean Ritzert am 1. Juli 1958.

Bürgermeister Fridolin Heurich.

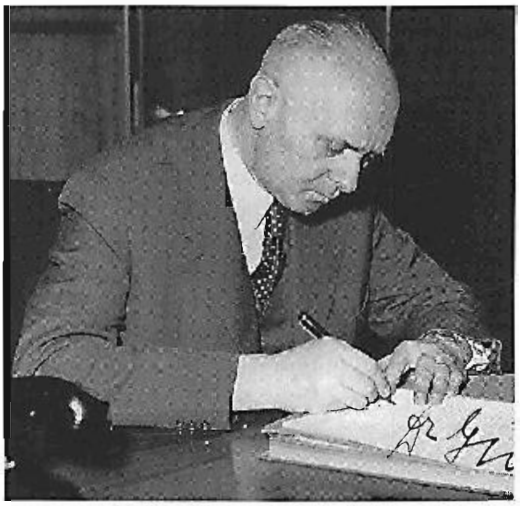
ordneter im Landtag. Zum Jahresende 1952 schied der Erste Bürgermeister altersbedingt aus dem Amt. Er starb 1960 in Karlsruhe, wo er auch bestattet wurde.[7]

Für den ausscheidenden Fridolin Heurich mußte sowohl ein Nachfolger als Bürgermeister wie als Erster Bürgermeister gewählt werden. Dabei gewann zunächst Emil Gutenkunst von der SPD mit 33 Stimmen bei 14 Enthaltungen die Wahl zum Ersten Bürgermeister, obgleich die CDU als zweitstärkste Fraktion nach dem bisherigen Brauch diese Position für sich beansprucht hatte. Die SPD versagte diesem Ansinnen jedoch die Zustimmung nicht zuletzt aus Verärgerung über die Entgleisung beim OB-Wahlkampf. Um langwierige Diskussionen darüber im Interesse der Stadt zu vermeiden, habe seine Partei sich mit der Lösung einverstanden erklärt, gab der Fraktionsvorsitzende der CDU Siegfried Kühn zu Protokoll.[8] Im folgenden Wahlgang erhielt dann Franz Gurk, der bei der Wahl zum Ersten Bürgermeister eine Stimme erhalten hatte, 35 Stimmen bei zwölf Enthaltungen. Damit war das Bürgermeisteramt neu besetzt und die Dezernatsverteilung neu geregelt. Dies blieb bis 1961 unverändert.

Seit 1947 im Amt war Hermann Ball der dienstälteste Bürgermeister. Er war bis Ende 1952 Wirtschafts- und danach bis zu seinem Ausscheiden 1961 Baudezernent. Ball war 1895 in Karlsruhe geboren worden und schloß sein Ingenieur-Studium in Karlsruhe und Berlin mit der Promotion ab. Danach lehrte er an der Landesbauschule in Eckernförde. 1947 holte ihn die Karlsruher FDP als Bürgermeister in seine Heimatstadt zurück. Hermann Ball starb 1983 in Karlsruhe.[9]

Emil Gutenkunst war Personal- und Sozialdezernent und seit 1953 auch Kulturdezernent. Der 1903 geborene promovierte Jurist kam 1935 als Amtsgerichtsrat, später Landgerichtsrat nach Karlsruhe. Nach Tätigkeit beim Polizeipräsidium Karlsruhe und als Richter am Landgericht Karlsruhe und am Amtsgericht Ettlingen wählte ihn der Gemeinderat 1948 als Nachfolger für den Kommunisten Riedinger als Bürgermeister. Gutenkunst starb 86jährig in Karlsruhe.[10]

Der bei der Oberbürgermeisterwahl 1952 unterlegene Franz Gurk startete danach eine Doppelkarriere als Kommunal- und Landespolitiker. In Karlsruhe wurde er Wirtschafts- und Stadtwerksdezernent. In Stuttgart wirkte er als Karlsruher CDU-Abgeordneter im Landtag von 1952–1972, davon 1960–1968 als Landtagspräsident. In beiden Ämtern erwarb sich Gurk durch seine Leistungen große Verdienste und den Ruf „zu den profiliertesten Persönlichkeiten der südwestdeutschen Nachkriegsgeschichte" zu gehören. In seinen politischen Funktionen konnte Gurk dazu beitragen, daß seine Heimatstadt, wie er es formulierte, „eine Reihe von Garantien erhielt" in bezug auf die staatlichen kulturellen Einrichtungen.[11] Zu seinen zahlreichen Auszeichnungen gehörte u. a. die Ehrenmedaille (1978) und die Ehrenbürgerwürde (1981) Karlsruhes. Franz Gurk starb 1984 im Alter von 86 Jahren in Karlsruhe.



Bürgermeister Franz Gurk

Im November 1958 wurden nach Ablauf ihrer Amtszeit Gutenkunst und Gurk in ihren Ämtern bestätigt.[12] Im Zusammenhang mit diesen Neuwahlen schlug die CDU im August 1958 dem Oberbürgermeister vor, zu ihrer angemessenen Vertretung im Bürgermeisteramt Otto Dullenkopf als vierten Bürgermeister zu wählen. Dies führte 1959 und 1961 zu den ersten beträchtlichen kommunalpolitischen Spannungen in Karlsruhe nach 1945.[13]

In einem Schreiben an den Oberbürgermeister vom 29. August 1958 legte die CDU dar, daß die städtische Hauptsatzung vier Bürgermeister vorsehe und ihrem Wunsch nach einer weiteren Bürgermeisterstelle für ihre Partei nichts entgegenstehe. Die Notwendigkeit, eine größere Arbeitslast im Bürgermeisteramt auf mehrere Schultern zu verteilen, spielte bei dem CDU-Antrag keine Rolle. Der Oberbürgermeister schlug vor, bis zum Ausscheiden des Leiters der Stadtwerke im Sommer 1959 mit der Wahl zu warten, um den Haushalt nicht unnötig zu belasten. Außerdem schien es ihm nicht tragbar, neben Gurk noch einen zweiten Bürgermeister mit Landtagsmandat zu wählen. Auf beide Vorstellungen ging die CDU ein, die Wahl wurde für den 26. Mai 1959 festgelegt.

An diesem Tag aber kam es zu einem Eklat im Gemeinderat. Die SPD, die dem CDU-Wunsch in Vorverhandlungen nicht widersprochen hatte, setzte eine Vertagung des Tagesordnungspunktes in geheimer Abstimmung durch. Daraufhin erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Kühn: „Der Antrag und die Abstimmung der SPD brechen ein mehrfach gegebenes Wort und zerstören die politische Zusammenarbeit der Rathausfraktionen. Die CDU nimmt von der neuen Situation Kenntnis und wird sich in ihrer kommunalpolitischen Arbeit künftig darauf einrichten." Anschließend verließ fast die gesamte CDU-Fraktion den Sitzungssaal.[14]

Der Meinungsumschwung in der SPD kam völlig unerwartet, zumal Oberbürgermeister Klotz am 17. März im Gemeinderat zugestanden hatte, daß „tatsächlich die Besetzung des Bürgermeisteramtes für die CDU optisch schlecht" sei.[15] Stadtrat Schiele erläuterte die Beweggründe der SPD. Diese bestreite, daß die CDU nicht ausreichend im Bürgermeisteramt vertreten sei, denn in diese Betrachtung dürfe der Oberbürgermeister nicht einbezogen werden. Der beziehe seine Legitimation aus der direkten Wahl durch die Bevölkerung. Die Gemeindeordnung spreche auch nur im Hinblick auf die Bürgermeister von einer Berücksichtigung der Parteien nach dem Verhältnis ihrer Sitze im Gemeinderat. Im übrigen sei die SPD-Fraktion davon ausgegangen, die CDU habe verbindliche Zusagen erhalten, was sich als Irrtum erwiesen habe. Der Fraktionsvorsitzende der FDP Hermann Keßler wies im Anschluß darauf hin, daß „Mißhelligkeiten in der CDU diese unguten Zustände weitgehend und maßgeblich mitbeeinflußt haben." Ohne es auszusprechen, bezog er sich dabei wohl auf eine zweite Bewerbung um das Amt aus der CDU-Fraktion.[16] Die angekündigte kommunalpolitische Konsequenz der CDU manifestierte sich in den beiden folgenden Jahren in Enthaltungen der Fraktion bei den Abstimmungen über die Etats. In der CDU-Fraktion trat der Vorsitzende Siegfried Kühn zurück, und Otto Dullenkopf übernahm sein Amt. Es dauerte einige Zeit, bis der Appell Keßlers fruchtete: „Wir hoffen, wir wünschen, wir bitten die Fraktionen, sich im Interesse der ewi-

gen Stadt Karlsruhe wieder zusammenzufinden."
Keßler hatte dabei kaum daran gedacht, daß dies auf Kosten seiner Partei geschehen könnte. Aber genau das trat 1961 ein, als es um die Wahl eines Nachfolgers für Bürgermeister Ball ging.[17] Schon 1960 hatte die FDP in Gesprächen mit der SPD- und CDU-Fraktion die Zustimmung erhalten, den Nachfolger für Ball zu stellen. Im April brachte dann jedoch Oberbürgermeister Klotz bei seiner Haushaltsrede den vierten Bürgermeister wieder ins Spiel. Nun ergab sich für die SPD folgende Situation: Bei der Wahl eines FDP-Kandidaten zur Nachfolge Balls und der von der FDP öffentlich befürworteten Wahl eines CDU-Kandidaten als vierten Bürgermeister hätten die CDU zwei Bürgermeister, die SPD und FDP je einen gestellt. Da nach der SPD-Argumentation von 1959 der Oberbürgermeister nicht mitgerechnet werden konnte, wäre die SPD als mit 50 % der Ratssitze stärkste Fraktion deutlich unterrepräsentiert gewesen. Aus diesem Grund, und da der von der FDP präsentierte Kandidat Stadtrat Friedrich Seippel in und außerhalb der FDP viel Kritik erfahren hatte, stellte die SPD für die Nachfolge von Bürgermeister Ball einen eigenen Kandidaten auf.
Bei der Wahl am 2. Mai 1961 setzte sich als Nachfolger Balls der SPD-Kandidat Stadtrat Ernst Schiele gegen den FDP-Kandidaten mit 34 gegen sieben Stimmen durch.[18] Schiele war 1909 geboren worden, schloß sein Jurastudium mit der Promotion ab und ließ sich 1939 als Rechtsanwalt in Karlsruhe nieder. Seit 1953 hatte er ein Mandat im Gemeinderat.[19] Bei der Wahl des vierten Bürgermeisters am gleichen Tag erhielt Otto Dullenkopf gegen sechs Mitbewerber 34 Stimmen bei zehn Enthaltungen. Damit war, wie es FDP-Stadtrat Willi Schopf ausdrückte, der Scherbenhaufen von 1959 auf dem Rücken der FDP gekittet worden. Wobei man mit Blick auf die Fraktionsstärken im Gemeinderat (siehe die Tabelle S. 565) sagen kann, daß dies keine unbillige Lösung des Problems war, das seinen Ausgang in dem Wunsch der CDU nach einer stärkeren Repräsentanz im Bürgermeisteramt hatte. Die FDP focht die Wahl mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht wegen der zweieinhalb Jahre zurückliegenden Ausschreibung der Stelle des vierten Bürgermeisters an. Das Gericht bestätigte im Oktober die Auffassung der FDP. Die Stadt legte zwar Berufung ein, schrieb aber dennoch die Stelle neu aus. Dullenkopf wurde mit klarer Mehrheit am 30. Januar 1962 endgültig zum Bürgermeister gewählt.[20]
Mit den Auseinandersetzungen um die Verteilung der Bürgermeisterstellen 1959 und 1961, das zeigte die weitere Entwicklung, war ein kommunalpolitischer Streit entstanden, der bei gegebenem Anlaß immer wieder neu aufflammte. Dies galt zunächst nicht für die Entscheidungen über die Nachfolge des mit dem Erreichen der Altersgrenze 1963 ausscheidenden Franz Gurk, des überraschend 1964 verstorbenen Ernst Schiele und des 1966 krankheitshalber ausscheidenden Emil Gutenkunst. An ihrer Stelle wurden Kurt Hofheinz (CDU), Walther Wäldele (SPD) und Paul Hugo Jahn (SPD) gewählt.[21] Es galt aber für die Wahl des Ersten Bürgermeisters in der Nachfolge von Gutenkunst im Februar 1966. Hier meldete die CDU ihr Vorschlagsrecht an unter Hinweis auf die demokratische Gepflogenheit, daß die zweitstärkste Fraktion auch den „zweiten Mann" stelle. Die SPD ging allerdings auf diese Forderung nicht ein und wählte in einer Kampfabstimmung mit ihrer Mehrheit einschließlich des Oberbürgermeisters (26 : 18 Stimmen) ihren Kandidaten Wäldele, während die CDU geschlossen Dullenkopf wählte. Die FDP hatte unter Hinweis auf die Vorgänge von 1961 Stimmenthaltung angekündigt.[22]

Gemeinderat

Auch wenn Günther Klotz herrschte wie ein „Volkstribun", so brauchte er doch Mehrheiten im Gemeinderat. Bei seinem Amtsantritt verfügte die SPD dort nur über eine relative Mehrheit. Ein Jahr nach der beeindruckenden Wiederwahl von Klotz statteten die Wählerinnen und Wähler seine Partei im November 1959 mit der absoluten Mehrheit im Gemein-

tung von NS-Verbrechen irritierte die Kritiker ebenfalls. Weniger zur Kenntnis genommen wurden dagegen die Leistungen der Bundesrepublik zur Wiedergutmachung z. B. an Israel. Die Auseinandersetzungen um die innere und äußere Ordnung der Bundesrepublik gefährdeten aber nicht die Akzeptanz der politischen Ordnung. Entscheidenden Anteil an der politischen Stabilität hatte zweifellos das außerordentliche Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosenzahlen sanken bis Ende der 1950er Jahre unter 1 %, Millionen neuer Arbeitsplätze entstanden, die Vertriebenen konnten integriert werden. Der wirtschaftliche Erfolg schlug sich in Lohnsteigerungen nieder, die bei wachsendem Arbeitskräftemangel auch die unteren Einkommensschichten erreichte. Gleichzeitig sanken die Lebenshaltungskosten. Darüber hinaus flankierten soziale Komponenten das Wirtschaftswunder: Mitbestimmungsgesetze, Lastenausgleich, sozialer Wohnungsbau, Kriegsopferversorgung und die Rentenreform von 1957.

Das Wirtschaftswunder machte den Kern des neuen Selbstbewußtseins der Bundesbürger aus. Verbunden war es mit einem entsprechenden Arbeitsethos. Nachdem Mitte der 1950er Jahre die 5-Tage-Woche bei allmählich sinkender Wochenarbeitszeit in Tarifverhandlungen durchgesetzt werden konnte, prägten Überstunden, Nebenerwerb oder Nachbarschaftshilfe beim Eigenheimbau das Arbeitsleben. In dieses konnten sich die Frauen, deren Anteil an den Erwerbstätigen nach 1948 gesunken war, als willkommene Arbeitskräfte wieder verstärkt einfügen. Es entstand ein Widerspruch zur offiziellen Rollendefinition der Frau als Hausfrau. Dieser resultierte nicht aus irgendeiner Not, sondern häufig aus dem Wunsch zu besonderen Anschaffungen. Aus der Wohlstandserwartung der frühen 1950er Jahre wurde die Wohlstandserfahrung. Immer mehr Familien konnte sich Auto, Fernseher, Haushaltsgeräte u. a. leisten. Die verschiedenen Konsumwellen von der Freß- bis zur Urlaubswelle machten den Nachholbedarf sichtbar. Fraglos war aber die sich entwickelnde Normalität auch geprägt von einer gewissen Biederkeit, die in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre durch einen Wandel der Jugendkultur in Frage gestellt wurde.

Der Wiederaufbau der 1950er Jahre in der Bundesrepublik, der an deren Ende in einen Aus- und Neubau überging, veränderte die Republik vor allem in den Städten. Die schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachtende City-Bildung erreichte jetzt ein Ausmaß, das zu einer „Entleerung" der Innenstädte führte. Großbauten für Verwaltungen, Banken, Versicherungen und Dienstleistungsunternehmen breiteten sich aus. Warenhäuser und Geschäfte des gehobenen Bedarfs verdrängten kleine Handwerksbetriebe, Geschäfte für den täglichen Bedarf und Gaststätten, wovon vor allem ältere und sozial schwächere Innenstadtbewohner betroffen waren. Für sie und die stark steigenden Einwohnerzahlen baute man Trabantensiedlungen. Für den zunehmenden Individualverkehr, der in den „rush-hours" die Innenstädte verstopfte und die Käufer fernzuhalten drohte, sollte die autogerechte Stadt geschaffen werden. Breite Verkehrsschneisen, Parkhäuser und Tiefgaragen veränderten das Aussehen der Städte beträchtlich.

Diese politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen wirkten natürlich auch in Karlsruhe. Hier lassen sich mit den spezifischen lokalen Gegebenheiten der Wiederaufbau, der Übergang vom Wiederaufbau zum Ausbau der Stadt, die Probleme des Wohnens und Arbeitens und des Verkehrs nachzeichnen. Dabei wird erkennbar, daß der Wechsel von der Rekonstruktion zur weitausgreifenden Neuplanung in den einzelnen Bereichen zeitlich versetzt stattfand. Während im Wohnungsbau schon zu Beginn der 1950er Jahre ganze Viertel neu geplant wurden, begann die Verkehrsplanung erst am Ende der 1950er Jahre. In der Wirtschaftsförderung gelang der Stadt der Schritt von der Ansiedlung arbeitsintensiver zur Gewinnung kapitalintensiver Betriebe mit den Ölraffinerien 1958/59. Bei den kulturellen Einrichtungen erfolgte zuerst der Ausbau der Bildungsinstitutionen. Mit zeitlicher Verzögerung folgte die Rekonstruktion

Von dieser Basis aus konnte Klotz nahezu unumschränkt die Entwicklung der Stadt vorantreiben. Initiativen oder Fragen seiner Partei pflegte er dabei mit dem väterlichen Hinweis, „Laßt mich nur machen", abzuwehren. Während der Amtszeit von Klotz entwickelte sich Karlsruhe mehr und mehr zu einer von der SPD dominierten Stadt. Dies gilt aber nur im Blick auf das Rathaus.

Wahlen

Die Wähler und Wählerinnen der Stadt setzten bei den Wahlen zu den Landtags- und Bundestagswahlen durchaus unterschiedliche Akzente.[24] Bei den Landtagswahlen war Karlsruhe seit 1952 in die Wahlkreise Ost und West unterteilt. Den Wahlkreis Karlsruhe Ost, also die bei sehr grober Analyse sozial schwächeren Stadtteile, gewann die SPD von 1952 bis 1964 mehr oder weniger deutlich. 1960 gelang es ihr sogar, den Wahlkreis West knapp zu gewinnen. Bei allen anderen Landtagswahlen siegte hier die CDU. Die FDP lag 1952 noch bei etwa 15 % und sank dann bis auf 7 % im Jahr 1964 ab. Wenn man beide Wahlkreise zusammenrechnet, kann man einen leichten Vorsprung der SPD gegenüber der CDU feststellen. Bei den Bundestagswahlen gewann in Karlsruhe immer die CDU, in den Jahren 1953 und 1957 sogar mit absoluter Mehrheit. Die FDP begann 1949 bei etwa 16 %, sank auf knapp 8 % und erreichte 1965 wieder 12 %. Die KPD konnte 1949 noch fast 10 % der Stimmen gewinnen, spielte dann aber keine Rolle mehr. Auffallend ist, daß die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen um durchschnittlich knapp 25 % höher lag als bei den Landtagswahlen. Dies gilt als Reflex auf die von vielen Karlsruhern und Karlsruherinnen abgelehnte Südweststaatsbildung (siehe oben).

Wiederaufbau und Ausbau

Generalaufbauplan und Einzelpläne

Eine der größten Sorgen der Stadtverwaltung war das Wohnungsproblem. Mit der Trümmerräumung schuf man die Voraussetzung für den Wiederaufbau, mußte sich aber bis 1949 wegen des Mangels an Baumaterialien und nicht existierender Fördermittel beim Wohnungsbau weitgehend mit der Instandsetzung zufrieden geben. Bis 1949 konnte ein Zugang von 2.672 Wohnungen, darunter etwa 1.000 Notwohnungen erfaßt werden.[25] Was alle wußten, formulierte Klotz schon 1949, als er feststellte, nicht Reparatur, sondern nur der Neubau von Wohnungen werde die Wohnungsnot lösen. 1952 erklärte er bei seiner Amtseinführung den Wohnungsbau „zum Problem Nr. 1": „Ich weiß ..., daß neben der Schaffung von Arbeitsplätzen die Lösung der Wohnraumfrage für die Stadt, für das Land und für den Bund geradezu zu einer Existenzfrage der öffentlichen Ordnung geworden ist. ..., daß es bei dem immer noch anhaltenden Strom von Flüchtlingen nahezu eine Sisyphusarbeit geworden ist, sich mit dem Wohnungsbau zu beschäftigen."[26] Trotz mehr als beachtlicher Leistung sprach er vor laufender Kamera auch am Ende des Jahrzehnts immer noch von dem erforderlichen „Großkampf gegen die Wohnungsnot."[27]

Für den Wohnungsbau waren durch Geländeerwerb und -erschließung, Ver- und Entsorgungsleitungen, Straßenbau und schließlich auch über die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft Finanzmittel einzusetzen. Zudem mußte auch sonst für den Wiederaufbau sehr viel Kapital investiert werden. Aus diesem Grund schlug Stadtkämmerer Gurk dem Oberbürgermeister im Oktober 1949 vor, „einen Investitionsplan auf lange Sicht aufzustellen, der die gesamten Kapitalinvestitionen für die Stadt ... enthalten müßte."[28] Dies würde der Stadtverwaltung wie dem Gemeinderat die Möglichkeit für einen Überblick und die Auswahl der Projekte je nach Kapitalmarktsituation geben. Am 9. November kündigte Oberbürgermeister Töpper einen solchen Plan bei der Debatte des Etats für 1950 an, der nach Schätzungen 75 Millionen DM betragen werde.

Tatsächlich belief sich die Zusammenstellung der Kosten wünschbarer Projekte auf 175

Millionen DM. Gab es anfangs noch eine weit offene Schere zwischen Wünschbarem und Möglichen, so stellte Oberbürgermeister Klotz am 5. April 1960 in dem Rechenschaftsbericht über die Einhaltung des General-Aufbau-Plans 1953–1958 fest, es ergebe sich eine erhebliche Abweichung vom Plan nach oben. Statt der beabsichtigten 162 Millionen für zehn Jahre seien bereits in den fünf Jahren 207 Millionen ausgegeben worden. Die dynamische Entwicklung der Stadt wie auch günstige Zinsen hätten diese Überschreitungen ermöglicht.[29]

Als Klotz am 11. April 1961 erneut von einem Generalplan mit Investitionen in Höhe von einer halben Milliarde DM für einen Zeitraum von 6–10 Jahren sprach, regte sich leiser Widerspruch. Ein alle Projekte zusammenfassender Plan werde den komplizierter werdenden Aufgaben nicht mehr gerecht.[30] Die ab 1961 aufgestellten Einzel-Aufbaupläne beschreiben die Problembereiche: Generalverkehrsplan, Flächennutzungsplan mit Verkehrslinienplan und ein Raumordnungsplan. Für die Erstellung dieser Pläne arbeitete die Stadt z. T. mit externen Spezialisten zusammen. Daneben gab sie ein Gutachten zur Stadtentwicklung in Auftrag, dem die IHK ein eigenes folgen ließ.[31] Insbesondere in bezug auf die Wachstumsprognosen für die Bevölkerung, die für vorausschauendes Planen der Stadt von großer Bedeutung war, lagen beide Gutachten deutlich auseinander. Das Isenberg-Gutachten prognostizierte für 1980 eine Einwohnerzahl von 330.000, das Bergsträßer-Gutachten nur 280.000, womit es der Realität sehr nahe kam. Als Ausgangspunkt für die Raumplanung lieferten jedoch beide Gutachten als Arbeitsgrundlage eine Menge aktueller Daten.

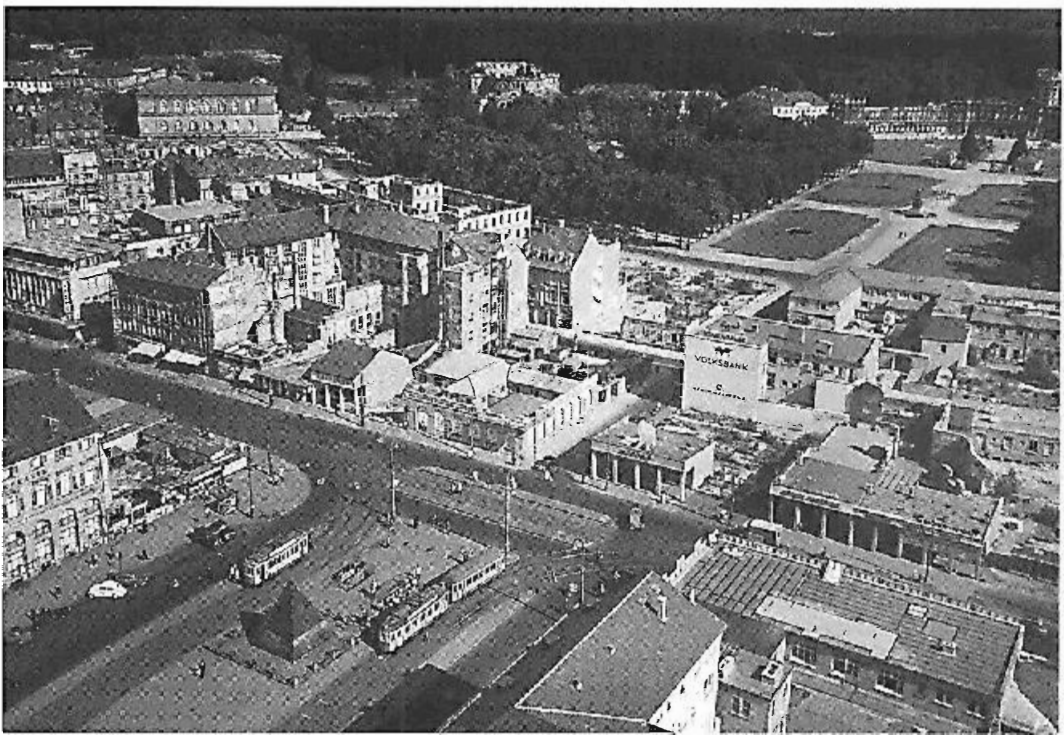
Die Ausarbeitung von detaillierten Plänen zu Spezialfragen der Stadtentwicklung markiert den Übergang vom Wiederaufbau der Stadt zu ihrem Ausbau. Dieser hatte seine Ursache in dem rasanten Wachstum der Stadt, das zu einer immer stärkeren Verflechtung mit dem Umland führte, die schon Ende des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte. Für die städtische Planung wurde es nun unabweisbar, über die Gemarkungsgrenzen hinaus für die anstehenden Probleme Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Nachdem der Versuch von Klotz, das Problem durch Eingemeindungen zu lösen, schon im Ansatz gescheitert war (siehe unten), kam es 1963 zur Bildung einer Raumplanungsgemeinschaft des Stadt- und Landkreises Karlsruhe, der sich noch im selben Jahr der Landkreis Bruchsal und die Stadt Ettlingen anschlossen.

Aufbau und Neubau

Stadtbildprägende Bauten

Bevor im Folgenden auf das „Problem Nr. 1" der Nachkriegszeit, den Wohnungsbau, eingegangen wird, gilt der Blick zunächst dem Wiederaufbau und Neubau einiger Gebäude, die für die Stadt von Bedeutung waren bzw. die das Stadtbild seitdem prägten.[32]

In der Schrift der Stadtverwaltung über den Wiederaufbau Karlsruhes war die Rekonstruktion der Weinbrennerbauten in der Nord-Südachse der Stadt, d. h. vom Marktplatz bis zum Rondellplatz, vorgesehen.[33] Das Rathaus, im Herzen der Stadt am Marktplatz gelegen, gehörte selbstverständlich dazu. Die Stadtverwaltung sah für ihre Funktions- und Leistungsfähigkeit dessen Wiederaufbau als dringend notwendig an, zumal das „Neue Rathaus" an der Beiertheimer Allee bei weitem nicht für alle Ämter und Behörden der Stadt ausreichte. Die notgedrungene Dezentralisierung der Verwaltung sollte durch die Wiederherstellung des Rathauses unter Einbeziehung des angrenzenden nördlichen Baublocks beendet werden. Trotz der höheren Kosten, die mit der Rekonstruktion entstehen würde, entschloßen sich der Stadtplanungsbeirat und der Stadtrat 1948 vor allem mit Respekt vor der Gesamtanlage des Marktplatzes zu einem unveränderten Wiederaufbau des Marktplatzflügels. Da gleichzeitig beschlossen wurde, die evangelische Stadtkirche und die anderen Weinbrennerfassaden wiederherzustellen, blieb als Fremdkörper der klassizistischen Platzgestaltung nach wie vor nur der



Blick vom Turm der Stadtkirche auf den Marktplatz sieben Jahre nach Kriegsende. Stadtkirche und Rathaus (nicht im Bild) sind noch im Wiederaufbau, an der Kaiserstraße läuft in eingeschossigen Behelfsbauten das Verkaufsgeschäft.

von den Bomben – was manche sehr bedauerten – verschonte Südostflügel des ehemaligen Bezirksamtes. Im Rathaus wurde 1949 unverzüglich mit dem Aufbau des Nord- und Südteils am Marktplatz begonnen, so daß hier bereits 1951 neuer Büroraum gewonnen war. 1952 begannen die Arbeiten an dem neu geplanten Mittelteil und 1953 an den Seitenflügeln. Sie wurden nicht mehr drei-, sondern viergeschossig gebaut, um möglichst viele Büroräume unterzubringen. Prof. Otto Haupt plante den Mittelteil des Rathauses mit dem Ratssaal, dessen Frontseite versah Prof. Erwin Spuler mit einem stilisierten Stadtplan. Für die anderen Bauteile zeichnete der Amtsleiter des Hochbauamtes Helmuth Stephan mit seinen Mitarbeitern verantwortlich.[34] Nach und nach konnten weitere Büroräume in den Obergeschossen des Blocks zwischen Lammstraße und Marktplatz sowie 1967 im neuen Technischen Rathaus an der Lammstraße belegt werden.

Noch vor dem Rathaus stellte die Stadt ihre Gebäude am Festplatz wieder her bzw. errichtete sie ein neues, um Räumlichkeiten für kulturelle, festliche, sportliche aber auch kommerzielle Veranstaltungen zur Verfügung stellen zu können. Am Festplatz befanden sich das Konzerthaus, dem durch einen Bombenangriff lediglich das Portikus fehlte. Dieses wurde erst 1994 im Zuge einer Totalrenovierung des Hauses wieder hergestellt und erhielt im Giebelfeld ein neues Kunstwerk von dem Karlsruher Akademieprofessor Stephan Balkenhol. Seit 1950 war das Ausstellungsgebäude mit einem Großen und einem Kleinen Saal, einem Schauspielhaus und einer Gaststätte wieder benutzbar.

Die alte von Friedrich Durm erbaute Festhalle an der Südseite des Platzes war bis auf das Portal völlig zerstört. Für diesen Platz schrieb die Stadtverwaltung 1952 einen architektonischen Ideenwettbewerb aus.[35] Vorgegeben

So sah der Festplatz nach dem Wiederaufbau nach der Mitte der 1950er Jahre aus. Links an die Schwarzwaldhalle schließen sich die Gartenhalle und das Tullabad an, im Hintergrund überragt das Bürohochhaus der Karlsruher Lebensversicherung die Häuser der Südweststadt.

war die Planung einer großen Mehrzweckhalle, der sich nach Osten mehrere kleine Hallen anschließen sollten, und einer Schwimmhalle an der Ettlinger Straße. Im Westen sollte ein großes Restaurant den Komplex abrunden. Sieger des Wettbewerbs wurde Prof. Erich Schelling, der eine zentrale Halle mit einer völlig neuen Dachkonstruktion entwarf. Drei kleinere Abbilder dieser Halle ergänzten das Ensemble. Gebaut wurde nach der Genehmigung des Gemeinderats am 13. Januar 1953 aber nur die zentrale Halle, für die Oberbürgermeister Klotz als Namen „Schwarzwaldhalle" vorschlug.[36] Diese Halle bestach durch ihre einzigartige Konstruktion nicht nur die Bewohner der Stadt und die Fachwelt, sie zog auch zahlreiche Kongresse nach Karlsruhe. Eröffnet wurde sie mit der Heilmittelausstellung zum Therapiekongreß nach der äußerst kurzen Bauzeit am 29. August 1953.[37] Anstelle der drei gleichartigen aber deutlich kleineren Hallen entstand 1955 die Gartenhalle. Die Nancyhalle mit Restaurant konnte erst 1966 kurz vor der Bundesgartenschau fertiggestellt werden.

Der Wiederaufbau am Schloßplatz lag nicht in der Verantwortung der Stadt, sondern in der des Landes. Das Schloß und die Behördengebäude waren in seinem Besitz. Der Verwendungszweck für das Schloß blieb lange unklar. Erörtert wurden die Unterbringung von Behörden oder der Landesbibliothek. Schließlich setzte sich 1954 der Gedanke durch, das Landesmuseum hier wieder unterzubringen. Auch Günther Klotz hatte in einem Schreiben vom 20. Januar 1954 an den Ministerpräsidenten dafür plädiert.[38] 1950 konnte das Bezirksbauamt in die Küchengebäude einziehen. 1950 bis 1952 wurde der Turm wiederaufgebaut. Danach gab es viele Mahnungen, daß bei weiterem Zuwarten die Substanz der Außenmauern gefährdet sei, und damit der Abbruch der

Schloßruine notwendig werde. Seit 1954 konnte mit immer neu zu bewilligenden Mitteln bis 1964 das Schloß wiederaufgebaut werden. Der Mittelteil wurde erstmals 1957 in die festliche Weihnachtsbeleuchtung der Stadt durch das Anstrahlen mit Scheinwerfern einbezogen.

Um den Wiederaufbau der Südseite des Schloßplatzes gab es im März 1954 eine anhaltende auch in den Leserbriefspalten ausgetragene Kontroverse.[39] Ausgelöst wurde sie durch die Baupläne der Landeskreditanstalt (heute L-Bank). Diese hatte nach einem Wettbewerb einen modernen Stahlskelettbau prämiert. Während nun die staatliche Bauverwaltung und das Landesdenkmalamt im Stile Weinbrenners bauen wollten, um ein möglichst einheitliches Erscheinungsbild zu erzielen, plädierten die Architekten für modernes Bauen, da sie einen baulichen Zusammenhang zwischen der modernen Kaiserstraße und dem Schloßplatz herstellen wollten. Das ehemalige Innenministerium wurde im alten Stil für das Landratsamt wiederaufgebaut, die Bank baute nach ihren Plänen. Als sie 1980–1983 einen Erweiterungsbau von Prof. Mohl errichten ließ, der zur besseren Raumausnutzung ein Tonnendach erhielt, war dies wiederum Gegenstand heftiger Debatten. Eine einheitliche Bebauung des Schloßplatzes, an dem bis heute zwischen Ritter- und Herrenstraße eine Baulücke klafft, wurde nicht erreicht. Dennoch gewinnt man beim Betrachten alter Fotos den Eindruck, als sei die Gestaltung der Bauten heute nicht uneinheitlicher als vor 1939. Dies gilt trotz der 1954 heftig umstrittenen Formen der Arkaden, die in unterschiedlichen Varianten entstanden.

Das Bemühen, neue Formen des Bauens in das überlieferte Stadtbild zu integrieren, machte der Wettbewerb um den Neubau des Staatstheaters deutlich.[40] In dem alten Haus waren schon vor Kriegsende Bau- und technische Mängel im Hinblick auf einen modernen Theaterbetrieb festgestellt worden. Überlegungen, in das alte Gemäuer ein modernes Theater einzufügen, fanden allerdings in Fachkreisen zu wenige Befürworter. Da die Stadtverwaltung und der Gemeinderat wünschten, bis zum Stadtjubiläum einen Theaterneubau mit einem Kleinen und einem Großen Haus einweihen zu können, wurde 1959 nach Abstimmung mit dem Land ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben, zu dem elf europäische Architekten eingeladen wurden. Das Preisgericht prämierte die Entwürfe von Prof. Paul Baumgarten und Prof. Sepp Ruf mit dem ersten und dem zweiten Preis. Beide Entwürfe hätten den beherrschenden Baukörper des Schlosses respektiert und wären auch durch ihre Ausdehnung nicht mit ihm in Konkurrenz getreten. Dennoch repräsentierten sie in hervorragender Weise den Stil der Zeit, urteilten die Preisrichter.

Es sollte jedoch anders kommen. Da das Bundesverfassungsgericht im Prinz-Max-Palais nicht mehr genug Raum hatte, mußte ein anderes Gebäude gefunden oder gebaut werden. Der Wunsch des Gerichtspräsidenten Gebhard Müller, das Schloß für das Verfassungsgericht vorzusehen, stieß bei der Stadtverwaltung und bei der Bevölkerung auf Widerstand. Da Müller andeutete, daß bei einer nicht standesgemäßen Unterbringung eine Abwanderung nicht auszuschließen sei, stellte die Stadt widerstrebend den Bauplatz des Theaters zur Verfügung. 1963 riß man die Ruine des alten Theaters ab und baute nach Plänen von Professor Baumgarten die Pavillons für das Bundesverfassungsgericht, die sich wie seine Theaterpläne der bestehenden bzw. wiederherzustellenden Bebauung des Schloßplatzes unterordneten. Das Gebäude wurde am 6. Mai 1969 feierlich übergeben.[41]

Für das Theater wurde als neuer Standort die alte Markthalle am Ettlinger Tor gefunden. Hier verzögerte sich der Baubeginn, da ein neuer Wettbewerb ausgeschrieben werden mußte, an dem sich die beiden Preisträger des ersten nicht mehr beteiligen wollten. 1964 erhielt der Architekt Helmut Bätzner den ersten Preis. Ein sofortiger Beginn des Baus verbot sich jedoch infolge der zahlreichen anderen Großprojekte der Stadt und des Landes im Hinblick auf die Bundesgartenschau. So wurden erst 1970 die Markthalle und die noch vorhan-

denen Reste der Kopfbauten des alten Karlsruher Hauptbahnhofs abgerissen. Zuvor war 1967 die neue Großmarkthalle am Weinweg eröffnet worden. Lange nach dem Stadtjubiläum und der Bundesgartenschau endeten für das Theater die provisorische Unterbringung am Festplatz (siehe oben). Am 29. August 1975 feierten die Premierengäste die Eröffnung des neuen Staatstheaters mit Mozarts „Zauberflöte." Für Aufsehen hatte 1973 ein Großbrand der Dachhaut des Rohbaus gesorgt.

Zu weit größerer Bautätigkeit als in normalen Zeiten sahen sich auch die Kirchengemeinden gezwungen. Zum einen galt es, die zerstörten Kirchen wiederaufzubauen oder die Schäden zu reparieren. Zum anderen erforderte die rasche Bevölkerungszunahme und die zahlreichen Neubaugebiete Kirchenneubauten und Gemeindezentren sowie Kindergärten. 1945 waren von 28 Kirchen im Stadtgebiet nur zehn benutzbar. Von den beiden Stadtkirchen Weinbrenners wurde St. Stephan am Friedrichsplatz von 1946–1950 mit einer neuen Stahlbetonkuppel versehen, der Innenraum wurde als schlichter Rohbau belassen.[42] Die Ev. Stadtkirche am Marktplatz konnte zwischen 1950 und 1958 wiederaufgebaut werden. Nach Beendigung der Bauarbeiten wurden die sterblichen Überreste ihres Erbauers Friedrich Weinbrenner vom alten Friedhof an der Kapellenstraße in die neueingerichtete Gruft unter dem Portikus überführt. Die Gebeine der Mitglieder des badischen Fürstenhauses waren 1946 in die unzerstörte Grablege des Hauses, das Mausoleum im Hardtwald, gebracht worden. Die Kleine Kirche, um diese dritte der ältesten Karlsruher Kirchen zu nennen, war 1949 wieder eingeweiht worden.

Für die zwölf Kirchenneubauten bis 1969 ist charakteristisch, daß sie in den Ausmaßen stärker als früher auf die Bedürfnisse abgestellt wurden. Die Kirchtürme, häufig freistehend, setzten nicht mehr so starke Akzente. Die Baumassen wurden stärker aufgelockert, und es fällt die Suche nach zeitgemäßen architektonischen Ausdrucksformen auf. Diese wurde erleichtert durch „die Neubesinnung auf die Entfaltung der Liturgie und auf die Kultfeier, an der alle Gläubigen teilhaben" sollten.[43] Der erste Neubau entstand mit der Friedenskirche in Weiherfeld Dammerstock nach dem Entwurf des für den Kirchenbau beispielgebenden Architekten Otto Bartning. In der 1965 geweihten, von Werner Groh geplanten, Michaelskirche in Beiertheim wurden erstmals in Karlsruhe die liturgischen Reformen architektonisch erfüllt. Zahlreiche Glocken- und Orgelweihen fanden in dieser Zeit statt.

Die kleine jüdische Gemeinde, die sich in Karlsruhe mit 25 Mitgliedern bereits 1945 wieder gebildet hatte, weihte am 24. Juli 1951 in der Herrenstraße 14 im Rückgebäude eine Synagoge. Da die Stadt sich in einer Wiedergutmachungspflicht sah, half sie tatkräftig mit, das Provisorium zu beenden. Nach langen Standortdiskussionen – auch das Haus der ehemaligen Rondell-Lichtspiele war im Gespräch – einigte man sich auf den Platz an der Knielinger Allee. Der von den Architekten Backhaus und Brosinsky geplante Bau wurde am 4. Juli 1971 feierlich eingeweiht. Anwesend war u. a. der damalige Innenminister Hans-Dietrich Genscher. Oberbürgermeister Dullenkopf sprach die Hoffnung aus, daß „der heutige Tag als ein Tag der Einkehr, Einsicht und Umkehr in die Stadtgeschichte eingehen" möge.[44]

Es gäbe sicher noch viele gelungene, aber wohl auch manche mißlungenen Beispiele des Wiederauf- und Neubaus in der Stadt nach 1945 aufzuzählen. Auf mißlungenen Umgang mit alter Bausubstanz machte 1975 im Jahr des Denkmalschutzes eine Ausstellung in der Kunsthalle mit dem Titel „Die stille Zerstörung" aufmerksam.[45] Auch der Abriß mancher historisch bedeutender Ruine wie z. B. des Ständehauses war zu beklagen. Hier soll lediglich noch auf Bauwerke hingewiesen werden, die in der Stadt im wahrsten Sinn des Wortes Akzente setzten. Die Bürohochhäuser der Karlsruher Lebensversicherung am Stadtgarten (14 Geschosse, 1953–1955), der Landesversicherungs-Anstalt am Weinbrennerplatz (21 Geschosse, 1960–1964) und das

Der Malschbrunnen am Ettlinger Tor fiel 1963 dem Ausbau der Kriegsstraße zum Opfer. An seiner Stelle steht heute vor dem dort errichteten Postscheckamt (heute Postbank) ein von Gerhard Karl Huber gestalteter „Pfennig"-brunnen.

Badenwerksgebäude (20 Geschosse, 1961–1965). Es waren und sind dies bis heute die höchsten Gebäude in der Stadt. Das LVA-Gebäude des Architekten Erich Schelling mißt als höchstes 80,5 Meter. Hinzuweisen ist auf den Wiederaufbau der Verwaltungsgebäude und des Museums am Friedrichsplatz oder auf den Neubau der Städtischen Sparkasse bei der Hauptpost, der 1957 eröffnet wurde.

Das Baugeschehen in Karlsruhe verfolgte ein Teil der Bevölkerung aufmerksam. Über 10.000 verschafften sich selbst einen Eindruck von den Plänen für den Theaterneubau. Die Ausstellung „Karlsruhe baut für seine Bürger" im August 1962 war ebenfalls stark besucht. Die Leserbriefspalten der Zeitungen belegen die Meinungsunterschiede, die bei vielen Vorhaben auftraten. Auch die Zeitungen begleiteten die Bautätigkeit mit Interesse. So beurteilten die BNN den Wiederaufbau am Rondellplatz sehr kritisch: Auch hier gelte nach der Bauordnung, daß Neu- oder Ersatzbauten verboten seien, wenn sie das charakteristische Gepräge des Platzbildes beeinträchtigen. Schon bei der Genehmigung der Häuser an der Süd-Westseite des Platzes sei man nicht konsequent gewesen, und es stehe zu befürchten, daß auch bei dem neuen Landesgewerbeamt die Vorgaben nicht erfüllt würden. Der Rondellplatz sei geprägt von architektonischer Unentschlossenheit. Der Journalist Josef Werner verschweigt dabei nicht, daß es auch um die Korrektur sehr alter Bausünden gehe. „Über dem Rondellplatz liegt ein ungünstiger Stern" war dieser Artikel vom 15. Juni 1956 überschrieben.

Wohnungsbau

Die Einwohnerzahl in Karlsruhe war 1950 mit 198.840 um 7,8 % größer als 1939. Sie wuchs zudem stetig weiter durch Wanderungsgewinne und Geburtenüberschüsse (siehe Tabelle im Anhang). Zugleich lag der Bestand an Woh-

nungen mit nur 47.723 um 16 % unter dem von 1939. Statistisch wuchs somit die Zahl der Personen pro Wohnung von 3,2 auf 4,0 oder 1,5 pro Wohnraum.[46] In der Zahl der Wohnungssuchenden und der Barackenwohnungen, die es bis zum Ende der 1960er Jahre gab, zeigt sich, daß die Wohnung nach dem Krieg lange die letzte „Mangelware" geblieben war. 1950 erfaßte die Statistik fast 6.000 Wohnungssuchende, das waren mit Angehörigen 20.600 Menschen. 1953 verzeichnete das städtische Wohnungsamt 11.124 Wohnungssuchende oder etwa 29.000 Personen. Darunter befanden sich etwa 2.500 Familien, die pro Person über weniger als sechs Quadratmeter Wohnraum verfügten.[47] Barackenwohnungen gab es z. B. am Dohlenweg in Grünwinkel, in Dammerstock-Weiherfeld oder in Klein-Oberfeld. In einer Vorlage für den Gemeinderat vom 24. September 1969 heißt es, daß immer noch 118 Barackenwohnungen existierten.[48]

Bis dahin vollzog sich aber eine kaum für möglich gehaltene Aufbauleistung. Das „Erste Wohnungsbaugesetz" von 1950 schuf mit Finanzierungshilfen, staatlichen Bauprogrammen, Bürgschaftsübernahmen und Steuervergünstigungen die Grundlagen für einen einmaligen Bauboom, der von der wieder in Gang kommenden Baustoffindustrie getragen werden konnte. Wohnungsbaugesellschaften wie z. B. die städtische Volkswohnung[49], die Hardtwaldsiedlung oder der Mieter- und Bauverein sowie private Wohnungsbauunternehmen und Bauherren waren im Zusammenwirken mit der Stadt daran beteiligt. In den zehn Jahren von 1950 bis 1959 entstanden in Karlsruhe 27.543 Wohnungen. Das waren etwa 7.000 Wohnungen mehr als es im Jahr 1900 in der gesamten Stadt gab. Dennoch blieb ein Fehlbestand von etwa 7.000 Wohnungen, da die Bevölkerung inzwischen auf 240.000 gewachsen war. Mit dieser Leistung im Wohnungsbau konnten gleichzeitig strukturelle Mängel – zu kleine und unhygienische Wohnungen – beseitigt werden.

Von 1960 bis 1969 entstanden noch einmal 25.396 Wohnungen, so daß trotz der weiteren Existenz von Barackenwohnungen 1965 in Karlsruhe wie im ganzen Bundesgebiet die Wohnungsnot für beendet erklärt wurde. 1970 gab es 97.565 Wohnungen, die Belegungsdichte betrug jetzt statistisch 2,7 Personen pro Wohnung.[50] Bürgermeister Jahn skizzierte die Phasen des Wohnungsbaus nach 1945 so: „Menschenwürdig wohnen – familiengerecht wohnen – komfortabel wohnen."[51] Er umriß damit auch die einzelnen Phasen des Bauens. Bis 1949 handelte es sich bei den Reparaturen und wenigen Neubaumaßnahmen um „vorindustrielles" Bauen. Danach herrschte die quantitative Bedarfsdeckung mit relativ niedrigen Standards bei rationalisierter Bauweise durch den Sozialwohnungsbau vor. Der wurde etwa 1957 durch eine verstärkt qualitative Bedarfsdeckung mittels industriell gefertigtem Massenwohnungsbau abgelöst, an dem der Bau von Sozialwohnungen abnehmenden Anteil hatte.[52]

Wohnungsbau in diesem Ausmaß brauchte Bauland. Eine Gesamtbruttofläche von 800 bis 900 ha Bauland für die Unterbringung von 100.000 Menschen schien damals erforderlich. Die Stadtverwaltung wies bis 1957 28 größere zusammenhängende Siedlungsgebiete und 15 Flächen für kleinere Bauvorhaben aus.[53] Einige weitere folgten in den 1960er Jahren. Bei dem außerordentlichen Flächenbedarf kam hauptsächlich die systematische Ausweitung der vorhandenen Stadtrandsiedlungen in Frage oder die Ausweisung völlig neuer Wohngebiete.

So schlossen sich z. B. die Planungen Mühlburger Feld (4.000 Einwohner), Rintheimer Feld (3.000), Beiertheimer Feld (12.000), Rüppurr-Süd (2.000), Durlach-Aue (5.000), Binsenschlauch (3.000) und Rennbuckel (3.000) an die Innenstadt- oder Vorortbebauung an. Kleinere Neusiedlungen waren bei Knielingen, Daxlanden, Grünwinkel, Rüppurr, Bulach, Rintheim, Hagsfeld, Durlach und anderswo für etwa 20.000 Einwohner vorgesehen. Darunter befanden sich sowohl Villenviertel etwa in Rüppurr (Märchenring) und Durlach (Hangbebauung) als auch die Einfachwohnungen in den Bellenäckern und Klein-Oberfeld sowie das Flüchtlingsdurch-

gangslager bei Schloß Gottesaue mit 900 Betten.

Stadterweiterung

Als autarke Stadterweiterungen, losgelöst vom direkten Siedlungszusammenhang mit der Stadt, gelten die Paul-Revere-Village an der Erzbergerstraße (10.000 Bewohner), die Waldstadt (25.000), Oberreut und die Bergwaldsiedlung. In den meisten der genannten großen Neubaugebiete wurde noch in den 1950er Jahren zu bauen begonnen, in Oberreut und der Bergwaldsiedlung in den 1960er Jahren. Die Bauzeiten zogen sich in den einzelnen Trabantensiedlungen bis in die jüngste Vergangenheit hin.

Stadtrandsiedlungen

Als Beispiele für Planung und Bau von Stadtrandsiedlungen seien zwei Vorhaben skizziert: Das Mühlburger Feld als zügig realisierte Wohnbaumaßnahme in Verbindung mit einer Stadtteilsanierung und das Beiertheimer Feld als schwieriger Planungsprozeß, in dessen Verlauf Grundstücksverhältnisse und Umweltüberlegungen zu Planungsänderungen geführt haben.[54]

Mühlburger Feld

1952 formulierte das Stadtplanungsamt in einem Bericht über die Neuplanung in Mühlburg als Ziele unter anderem: „Das Verkehrsnetz muß so ausgebaut werden, daß es den beiden großen Funktionen des Durchgangsverkehrs und der Verteilung des Stadtverkehrs unter den zukünftigen Verhältnissen gewachsen ist. ... Die neu zu erschließenden Wohngebiete sollen aufgelockert bebaut und stark durchgrünt werden."[55] Die bereits im Zweiten Weltkrieg geplante Verbesserung der Verkehrssituation wurde nun mit der Verbreiterung der Rheinstraße auf 39 Meter, der Verlängerung der Weinbrennerstraße bis zum Entenfang und der Planung der Ebertstraße umgesetzt. Die Ebertstraße sollte einerseits zum Bahnhof und im Westen in der auszubauenden Lameystraße zum Hafen und den Industrieanlagen im Westen führen. Dem Entenfang kam damit als Verkehrsknoten große Bedeutung zu, denn die neu zu bauende Vogesenstraße sollte als Verkehrsverbindung nach Süden ausgebaut werden.

Die verbreiterte Rheinstraße plante man gleichzeitig als neues Geschäftszentrum, um für die Ansiedlung von über 4.000 Menschen die nötige Infrastruktur zu schaffen. Dies war zugleich eine umfassende Sanierungsmaßnahme für die zum Teil zerstörten oder überalterten Häuser dieses Quartiers, das noch einen dörflichen Charakter hatte.

Der Wohnungsbau erstreckte sich auf einem 19 ha großen, in Kleingärten aufgeteiltes Gelände vom Entenfang bis zur Kriegsstraße. Am Entenfang sollte eine Hochhausgruppe den architektonischen Akzent setzen. Der Gemeinderat beschloß 1953 die Bebauung und bereits Ende 1954 standen nach einem Architektenwettbewerb 42 Wohnhäuser im Rohbau, darunter auch das erste Karlsruher Hochhaus mit 34 Metern Höhe nach den Plänen der Architektengemeinschaft Backhaus und Brosinsky. 1958 war die Bebauung nahezu abgeschlossen. Es folgte 1969 noch das dritte Hochhaus am Entenfang. Von den insgesamt 1.325 Wohnungen – zumeist Zwei- und Dreizimmerwohnungen – baute die städtische Volkswohnung 900. Die Siedlung wies die für die damaligen Leitbilder des Bauens typische offene Zeilenbauweise auf. Sie prägte das Bild aller in dieser Zeit entstandenen Großsiedlungen in Karlsruhe. Die bis zu 80 Meter langen fünfgeschossigen Häuser standen überwiegend in Nord-Süd-Richtung, getrennt durch 30 Meter breite Grünflächen. Diese und die zentrale Grünanlage zwischen Peter-und-Paul-Kirche und der neuen Grundschule sah man als Einheit mit dem Albgrün.

Heute existiert die Ebertstraße nur noch als Trasse der Straßenbahn, der Autoverkehr rollt auf der Südtangente (siehe unten). Die Weinbrennerstraße ist vom Durchgangsverkehr entlastet und nur noch Zubringerstraße für ein durch Sanierungsmaßnahmen zwischen 1987

Die Neubauten des Mühlburger Feldes etwa Ende der 1950er Jahre. Unten links ist zu erkennen, daß die Verbreiterung der Rheinstraße noch nicht abgeschlossen ist. Vor dem Gebäude der IWKA oben in der Mitte erstreckt sich nach rechts das noch nicht bebaute Beiertheimer Feld.

und 1992 aufgewertetes Wohngebiet. In modernisierten Wohnungen leben jetzt nur noch etwa 2.500 Einwohner.

Beiertheimer Feld

Ebenso wie das Mühlburger Feld bot sich das weit größere Beiertheimer Feld wegen seiner Nähe zu den Ver- und Entsorgungsleitungen der Südweststadt, der Gartenstraße und der Eisenlohrstraße zur raschen Bebauung an. Erste Planungen für das Beiertheimer Feld entstanden schon 1910, bis in die 1950er Jahre gab es 20 Entwürfe. Aber schon 1928 und 1931 scheiterte die Realisierung an den Problemen der Umlegung Hunderter kleiner Grundstücke und an den Preisvorstellungen der Grundstückseigner. Nach 1945 begann die Stadt in Verhandlungen mit den etwa 500 Besitzern Grundstücke zu kaufen und konnte bis 1957 etwa 40 % des Geländes in ihren Besitz bekommen. Eine Umlegung für das Gesamtgebiet sollte erst erfolgen, wenn die Stadt im Besitz von 60 % sein würde. Zwischenzeitlich plante man in dem Teilgebiet der östlichen Ebertstraße die Bebauung.

1954 genehmigte der Gemeinderat die Planungen für die Verlängerung der Ebertstraße bis zur ebenfalls verlängerten Brauerstraße. Gegen die städtischen Pläne der Zeilenbauweise und der breiten Ebertstraße wandten sich 1957 die Beiertheimer Grundbesitzer, die zuvor gedrängt hatten, auf ihren Grundstücken bauen zu können. Die Ebertstraße, die damals noch bis zum Entenfang führen sollte, so argumentierten sie, teile das Beiertheimer Feld wie eine Autobahn. Es wurde für die Planung Beiertheimer Feld eine eigene Gemeinderatskommission eingerichtet, die unterschiedliche Varianten begutachtete. Bis die Arbeiten an der Ebertstraße begannen, dauerte es schließlich noch bis 1964. Auf dem 18 ha großen

Gelände entstanden Wohnungen für 1.500 Menschen. Die Lücke zwischen der Stadt und dem 1907 eingemeindeten Beiertheim wurde damit geschlossen.
Bereits 1957 hatten jedoch im Stadtplanungsamt Überlegungen Raum gewonnen, das Beiertheimer Feld auch für Schulbauten mit regionalem Einzugsbereich vorzusehen. Gedacht wurde zusätzlich an den Bau eines großen Schwimmbads an der Alb und einen Grünzug. Aber auch 1964 lag noch kein Bebauungsplan für das verbleibende Gelände vor. Allerdings war inzwischen die Wohnungsnot nicht mehr so akut, so daß der Gedanke verständlich war, hier Reservegelände für öffentliche oder halböffentliche Institutionen vorzuhalten. Erwähnt wurde dabei schon ein Krankenhaus. Eine entsprechende Neukonzeption für das Beiertheimer Feld genehmigte der Gemeinderat am 11. Juli 1967.[56] Die sah in der Mitte des Beiertheimer Feldes eine Bebauung durch öffentliche Einrichtungen vor. Nach Westen sollte ein breiter Grünstreifen folgen, dem sich eine Wohnbebauung für 1.000 Wohnungen anschloß. Die Bevölkerungsentwicklung habe diese Konzeption ermöglicht, die früher vorgesehene Mischung zwischen Wohn- und Arbeitsstätten für den Gesamtbereich des Beiertheimer Feldes sei bewahrt. Die Diskussionen um die Bebauung des Beiertheimer Feldes gingen jedoch weiter und sind bis heute nicht abgeschlossen. Die Gegner einer weiteren Bebauung argumentieren hauptsächlich, hier handele es sich um eine unverzichtbare Frischluftschneise für die Durchlüftung der Innenstadt.

Trabantensiedlungen

Die Maßnahmen für den Bau von Wohnsiedlungen am Stadtrand sind in der Regel planmäßig oder mit Planänderungen im Verlauf längerer Realisierungsphasen durchgeführt worden. Als Ausnahme mag das Beiertheimer Feld gelten, in dem bis heute nur in einem vergleichsweise kleinen Teilgebiet Wohnungen errichtet wurden. Anders sieht es aus, wenn man die Pläne für die Neuanlage von Trabantensiedlungen und deren Umsetzung betrachtet. Hier gab es auch große nicht realisierte Projekte.

Paul-Revere-Village

Mit dem Baubeginn für „Klein Amerika" an der Erzbergerstraße im Jahr 1950 mußten Teile des Hardtwalds preisgegeben werden für eine Stadt im Wald. Pläne für eine Norderweiterung der Stadt gab es schon im Generalbebauungsplan von 1926 mit dem Bau des Parkrings (heute Adenauerring). 1948 schlugen die Karlsruher Architekten Willett und Bingler in ihrem Wettbewerbsbeitrag für den Wiederaufbau der Kaiserstraße eine Wohnbebauung für den Hardtwald zwischen Ahaweg und Parkring vor. 20.000 bis 25.000 Menschen sollten in den Genuß zentrumnahen Wohnens mitten im Wald kommen. Angesichts der Wohnungsnot sprachen einige Gründe für diesen Vorschlag: Es gab mit dem Staat nur einen Eigentümer und die Entfernung zur Innenstadt, deren Einzugsbereich im Norden erweitert worden wäre, war gering. Am 15. Februar 1949 beschloß der Gemeinderat aufgrund eines fraktionsübergreifenden Antrags von Hermann Walter (SPD), dieses Gelände für den Wohnungsbau freizugeben. Walter schlug auch vor, anstelle der Schloßruine ein Hotel zu bauen. Einzig Dr. Friedrich Seippel (FDP) widersprach dem Antrag.[57] Das Für und Wider des Vorschlags wurde in der Presse ausführlich erwogen. Um diese erste Waldstadtplanung wurde es jedoch schnell wieder still.
Dagegen begannen 1950 östlich der Erzbergerstraße im Hardtwald Wohnhäuser zu entstehen. Bis zur Michigan Allee wurden bis 1958 in zwölf dreigeschossigen Blocks 250 Wohnungen für deutsche Mieter errichtet. Nördlich davon zogen die Amerikaner zunächst entlang der Erzbergerstraße ihre Häuser in die Höhe.[58] Nach und nach entstand hier ein eigenständiger Stadtteil mit Schulzentrum, Kirche, Kindergarten, Kino, Restaurant und Einkaufszentrum mit über 1.200 Wohnungen für über 10.000 Bewohner.
Die Ausdehnung von „Klein Amerika", wie

Ausbau der Amerikaner-Siedlung an der Erzbergerstraße. In den Hardtwald hinein entstehen 26 Wohnblocks, 1954.

der Volksmund die Trabantensiedlung taufte, wuchs ab 1952 in den östlich gelegenen Wald hinein. Die offizielle Benennung der Siedlung erfolgte 1954 nach dem amerikanischen Helden des Freiheitskrieges Paul Revere. 1953 gelang es Oberbürgermeister Klotz, der schon seit längerem auf die Freigabe des Flugplatzgeländes für den Wohnungsbau drängte, im Tausch gegen die Erweiterung der Paul-Revere-Village die Freigabe für 40 ha auf der Westseite des Flugplatzes zu erreichen. Die Gesamtplanung für das Flugplatzgelände konnte nicht realisiert werden, da die Freigabe des östlichen Teils wegen der fortgesetzten Nutzung als Flugplatz nicht möglich war. Die Bebauung schritt deshalb nach Teilkonzepten voran. Die Nordweststadt bietet dem Betrachter von Süden nach Norden so die unterschiedlichen Siedlungstypen der Nachkriegszeit vom Zeilenbau der 1950er Jahre bis zum verdichteten Eigenheimbau der 1980er Jahre.

Waldstadt

Für die schon 1948 aktiven Gegner einer Besiedlung des Hardtwalds war die Bebauung der östlichen Erzbergerstraße eine bittere Enttäuschung. Umso heftiger war ihr Widerstand als Günther Klotz bei dem großen Richtfest für das Mühlburger Feld in der Schwarzwaldhalle am 8. Juli 1954 erneut öffentlich die Frage stellte: „Läßt sich die Waldgrenze auf Dauer halten? Kann die Kaiserstraße für ewige Zeiten an der Peripherie der Stadt liegen?“ Als Vorschlag verband er mit seinen Fragen anläßlich der Fertigstellung des ersten Hochhauses am Entenfang den Bau von zwölf Hochhäusern am Parkring jeweils bei den vom Schloßturm ausgehenden Radialen. Daraufhin erneuerte der Architekt Erich Schelling den Vorschlag einer lockeren Bebauung des Hardtwaldes. Die Waldverluste sollten durch Aufforstung im Süden ausgeglichen werden. Günther Klotz

war bei seinen Überlegungen von der Notwendigkeit eines schnellen Wohnungsbaus bewegt. Da das Beiertheimer Feld wegen seiner Besitzstruktur nicht schnell zur Verfügung stand, mußte Ersatz geschaffen werden. Nicht zuletzt der Druck der öffentlichen Diskussion, die in den Leserbriefspalten der Tageszeitungen nachzulesen ist, verhinderte die weitere Verfolgung dieser Pläne. Argumentiert wurde vor allem gegen den Raubbau an der Natur und für die Erhaltung des Lebensraumes für den Menschen.[59] Dabei trat besonders Rechtsanwalt Otto Figlestahler hervor, der den „Verein der Hardtwaldfreunde" gründete. Die Wähler und Wählerinnen honorierten sein großes Engagement, indem sie ihn von einem aussichtslosen Listenplatz der CDU 1956 in den Gemeinderat kumulierten und panaschierten. Figlestahler galt als „Hüter des grünen Reichs."[60]

Angesichts der öffentlichen Diskussionen des Jahres 1954 war es erstaunlich, daß gegen den 1955 präsentierten neuen Plan einer Waldstadt fast kein Widerspruch artikuliert wurde. Am 11. Januar 1955 legte Klotz den Plan einer Nordoststadt für 35.000 Menschen am nordöstlichen Rand des Hardtwaldes westlich von Hagsfeld vor.[61] Die Stadtverwaltung hatte als Gegenleistung zugesagt, den verbleibenden Hardtwald unter Schutz zu stellen. Da die Baufläche dem Land gehörte, brachte die Stadtverwaltung eine Broschüre in Umlauf, die Karlsruhe als Stadt ohne Land darstellte. Damit initiierte sie zugleich erfolgreich eine Aktion im Landtag, die zu einem raschen Geländetausch führte. Das Stadtplanungsamt trieb seine Planungen voran, mußte aber auf Drängen einiger Gemeinderäte und der Architektenschaft einen Wettbewerb ausschreiben. Gewinner des Architektenwettbewerbs wurde Prof. Karl Selg, ein Schüler und später auch Lehrstuhlnachfolger von Prof. O. E. Schweizer in Karlsruhe. In dessen Vorstellungen von der gegliederten und aufgelockerten Stadt war bereits bei Hagsfeld eine Trabantenstadt im Waldgebiet vorgesehen gewesen.

Der Preisträger hatte sich eng an die Grundzüge des städtischen Entwurfs angelehnt und die stichförmigen Erschließungsstraßen sowie die Trennung von Fahr- und sonstigem Verkehr übernommen. Vorgesehen war eine Straßenbahnverbindung zur Stadt, die in zehn Minuten von jeder Stelle aus zu erreichen war. Prof. Selg mußte unter heftigem Widerstreben die vom OB Klotz als „gebaute Ausrufezeichen im Wald" gedachten Hochhäuser in seine Planung integrieren. Selg führte ins Feld, die Planungsidee habe vorgesehen, keine Häuser über die Höhe der Baumwipfel zu bauen, während der OB das hohe Karlsruher Wohndefizit ins Feld führte. „Günther Klotz", so ein Zitat aus den Planungsakten, „verordnete die Hochhäuser seinem widerstrebenden Waldstadt-Chefarchitekten mit der lächelnden Unerbittlichkeit eines badisch-alemannischen Volkstribuns."[62]

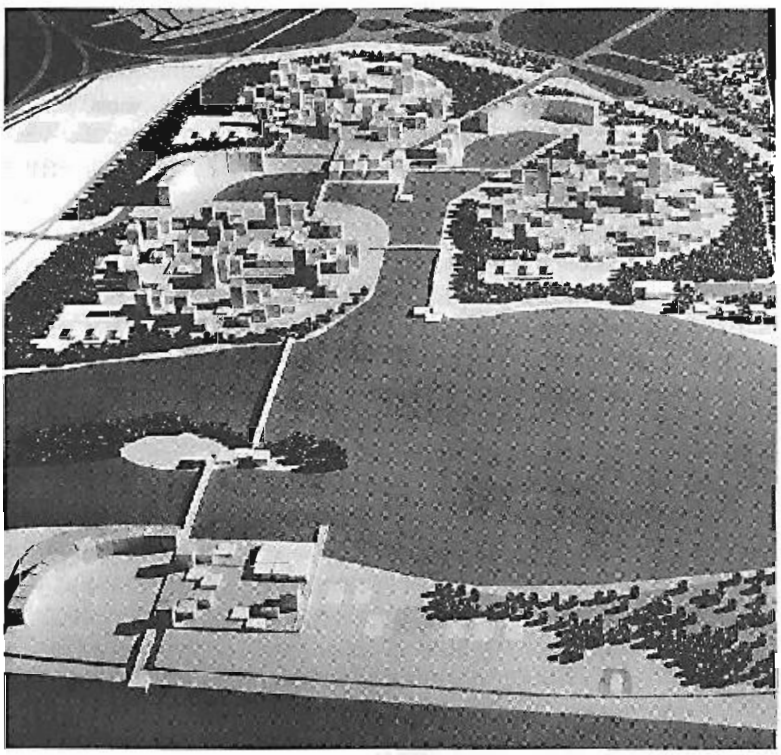
Beim ersten Spatenstich am 10. September 1957 lagen als neue Planungszieldaten der Bau von Wohnungen für 15.000 Menschen auf einer Fläche von 225 ha Gesamtfläche vor, davon 150 ha im Wald. Am 1. Oktober 1958 waren die ersten Wohnungen bezugsfertig. Mit dem Fortschritt der Bebauung entstand eine Vielfältigkeit der Bauformen, „die die Waldstadt von anderen Großsiedlungen wohltuend unterscheidet: zeilenförmiger Geschoßwohnungsbau, punktförmige Hochhäuser, Einfamilienhäuser, Winkelreihenhäuser, Sonderformen wie die Radhäuser in der Breslauerstraße und die Mustersiedlung des verdichteten Flachbaus im Eichbäumle."[63] 1974 wurde die Planung des Gebiets der Feldlage überarbeitet. Die Realisierung ist inzwischen abgeschlossen. Die Waldstadt verfügt heute über ein Versorgungszentrum mit Marktplatz, Läden, Jugend- und Begegnungszentrum, Stadtteilbibliothek sowie über eine Volksschule (1961), die Europaschule (1964) und das Otto-Hahn-Gymnasium (1973). 1980 wurde dort ein Sportpark eröffnet, in den man 1982 das Fächerbad integrierte. 1970 lebten in der Waldstadt etwa 13.700 Einwohner, heute sind es etwa 12.500. Die Waldstadt gilt als „ein auch heute noch vorzeigbares Demonstrationsvorhaben des Siedlungsbaus der damaligen Zeit."[64]

Rheinstadt

Ein Beispiel für einen nicht realisierten Entwurf einer Trabantensiedlung ist das Rheinstadt-Projekt bei Knielingen. Das vorhergesagte Wachstum der Stadt im Isenberg-Gutachten von 1962 – prognostizierte Bevölkerungszunahme bei der Variante mittlerer Zuwachs 50.000 bis 1980 – veranlaßte die Planung des größten Karlsruher Trabantenprojekts für 30.000 Bewohner und Bewohnerinnen. Oberwald und Fritschlach schieden als Standorte wegen der Wasserschutzzone bzw. kleinteiligen Privatbesitzes als Neubaugebiete aus. So erkor man die größtenteils in städtischem Besitz befindliche Burgau zwischen Knielinger See und Bahnlinie in die Pfalz als Standort für die „Rheinstadt". Dort waren zuvor Industrieansiedlung und Hafenerweiterung geplant gewesen, die nun fallen gelassen wurden.

Eine Projektgruppe im Stadtplanungsamt arbeitete 1965 einen Plan aus, der auf 100 ha Fläche drei große und zwei kleine Nachbarschaften vorsah. Vier- bis zwanziggeschossige Bauten, teilweise auf Parkierungs- und Erschließungsebenen gelagert, folgten dem baulichen Leitbild der 1960er Jahre „Urbanität durch Dichte." Direkt an dem stark erweiterten See gelegen und zum Rhein hin mit Fußgängerbrücken verbunden, bot die neue Stadt, wie eine städtische Broschüre versprach, „Wohnen am Wasser" mit hohem Freizeit- und Erholungswert. Die Anpreisung der neuen Wohnstadt als Fußgängerstadt in einer vom Stadtplanungsamt herausgegebenen Broschüre verweist auf die bereits drängenden Probleme des Autoverkehrs.[65]

Der Plan einer Rheinstadt, mit der Karlsruhe tatsächlich Stadt am Rhein geworden wäre, verschwand jedoch in der Registratur des Planungsamtes. Das Rezessionsjahr 1966, die Fertigstellungsphase der Bundesgartenschau 1967, die ersten Anzeichen eines Bevölkerungsrückgangs statt des vorhergesagten stetigen Wachstums und die Konzentration auf die Planung des großen Projekts der Altstadtsa-



Modell des Projekts der für 30.000 Menschen geplanten Rheinstadt am Knielinger See.

nierung ließen eine Fortführung der Planung als nicht sinnvoll erscheinen.

Oberreut

Als der Bau einer Rheinstadt aufgegeben wurde, war die Siedlung Oberreut bereits weit vorangeschritten. Deren Planung stand im Zusammenhang mit der Altstadtsanierung, d. h. dem Abriß von Wohnungen in der Innenstadt. Bereits 1964 zogen die ersten Mieter von dort nach Oberreut. Hier baute die Volkswohnung hauptsächlich Sozialwohnungen in vier- bis achtgeschossigen Zeilenhäusern. Im Anschluß an die 25 ha große Waldlage wuchs Oberreut seit 1968 in die Feldlage, die in zwei Bauabschnitten in gemischter Bauweise erstellt wurde. Das südlich angrenzende Gewerbegebiet Groß-Oberfeld stellt die gewünschte räumliche Nähe von Wohnen und Arbeiten her.

Stadterneuerung

Obgleich die Planung und der Bau neuer Wohnsiedlungen in den 1950er und 1960er Jahren absoluten Vorrang zur möglichst baldigen Beseitigung der Wohnungsnot hatten, plante die Stadtverwaltung doch gleichzeitig Maßnahmen der Sanierung einzelner Stadtviertel. In kleinem Umfang war, wie erwähnt, die Umgestaltung der Rheinstraße Stadtsanierung. Sanierungspläne, die in einer Broschüre von 1951 niedergelegt wurden, gab es auch für die Südstadt. Sie galt als „einer der unerfreulichsten, ungesundesten und übervölkertsten Stadtteile" und „als Musterbeispiel für den Städtebau einer überlebten Epoche, in der das Profitstreben keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen nahm."[66] Eine großzügige Strukturänderung ließen die Verhältnisse nicht zu, als Minimum seien aber anzustreben, eine Verbesserung der Bebauung durch Entkernung der Hinterhöfe, die Verbesserung der Schulhofverhältnisse und die Anlage einer durchgehenden Grünverbindung von der Ettlinger Straße zur Freifläche vor dem ehemaligen Lehrerseminar, wo dann das Arbeitsamt errichtet wurde. Die Realisierung selbst dieses

Gasse in der Altstadt um 1960.

Minimalkatalogs ließ noch bis 1986 auf sich warten, andere Probleme harrten noch dringender ihrer Lösung.

Altstadtsanierung bis 1970

Die Sanierung des „Dörfle" – eine echte Altstadt ist dieser Stadtteil nicht, da er praktisch zur gleichen Zeit mit der Kern-Stadt entstand – rückte nach dem Zweiten Weltkrieg ins Zentrum der städtischen Bemühungen um eine Stadterneuerung.[67] Günther Klotz hatte sie 1952 im Oberbürgermeister-Wahlkampf thematisiert und machte nach seiner Wahl dieses Vorhaben zu einer vordringlichen Aufgabe.
Erste Sanierungsüberlegungen gab es bereits 1925/26 im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Generalbebauungsplans der Stadt (siehe oben). Die beabsichtigte Verbesserung betraf jedoch nur den Abbruch eines kleinen Gebäudekomplexes im Herzen des Dörfle zwischen Markgrafenstraße und Entengasse

und die stellenweise Begradigung der Baufluchten und damit die Verbreiterung der Straßenräume. Weiterreichende Vorschläge zur Verbesserung der Straßenführung und der Schaffung von Freiraum legte Baubürgermeister Schneider im Jahre 1930 vor. Dabei stellte er die Altstadtsanierung in einen größeren Zusammenhang der Aufwertung im Osten des Marktplatzes, mit der die Entwicklungstendenz der Stadt nach Westen aufgehalten werden sollte. Die Verlegung des Bahnhofs habe eine noch nicht geschlossene Wunde hinterlassen. „Die Auswirkungen dieses höchst unerfreulichen Zustandes reichen über den Lokalbahnhof und alten Friedhof bis in die Oststadt."[68] Im Dörfle sollten 750 Wohnungen, in denen etwa 3.000 Menschen lebten, abgerissen und durch neue Häuser für 300 Familien ersetzt werden. Für 450 Familien hätten Ersatzwohnungen bereitgestellt werden müssen. Was damals geplant wurde, fiel der Wirtschaftskrise am Ende der Weimarer Republik und der Rüstungsfinanzierung im Dritten Reich zum Opfer.

Nach 1945 verschärften sich die Probleme im Dörfle. Noch mehr Menschen als vor dem Krieg drängten sich in dem nur wenig zerstörten Quartier. 1950 lebten hier 6.500 Personen. Zwar wurde durchaus gesehen, daß es in der Altstadt eine Reihe reizvoller Häuschen und romantischer Winkel gab, die eine besondere Originalität und ein eigenes Milieu schufen. Aber das Leben dort entsprach doch nicht mehr den modernen Anforderungen. Viele Häuser waren baufällig, die Bausubstanz generell schlecht. Die Ausstattung der Wohnungen war zum großen Teil rückständig: ohne Bäder, mit veralteten Heizungen und außenliegenden WCs, Mangel an Luft, Licht und Sonne förderten die ungesunden Wohnverhältnisse. Über das dortige Leben berichtete ein Sozialfürsorgerin: „Die Menschen in der Altstadt führen, wenn auch in einer Stadt mit über 200.000 Einwohnern lebend, ein Eigenleben und haben ihre Gesetze. Die verwinkelten und sehr oft baufälligen Häuser prägen ihre Mieter. Die Straßen sind alt und schmal; die Hinterhöfe dunkel und ohne Sonne. Kinder wachsen im Schatten auf. Sie werden von den Eltern geliebt, so wie ein Tier ein Junges schützt und betreut."[69] Die soziale Struktur im Quartier verschlechterte sich zudem mit dem wachsenden Wohlstand. Besserverdienende wanderten ab, es blieben sozial Schwache und Alte.

Es ist auch nicht zu übersehen, daß die offizielle Stadtpolitik nicht zu einer Verbesserung der Zustände und damit einer Änderung des Images des Dörfle beitrug. Gegen den Widerstand der hier lebenden Bevölkerung konzentrierte man die Prostitution in dem Viertel. Auch nach dem Krieg beabsichtigte die Stadtverwaltung nach Studium der Verhältnisse in anderen Städten nicht, die Prostitution ganz zu beseitigen. 1961 befanden sich im Zentrum des Viertels zwölf große Dirnenpensionen und -unterkünfte, und zwar in der Entengasse, der Markgrafen-, Fasanen-, Schwanen- und Durlacher Straße. Zusätzlich etablierten sich stärker als zuvor entsprechende Vergnügungsbetriebe. 1961 gab es 123 offiziell registrierte Dirnen und vermutlich genauso viele, die in Einzelquartieren Unterschlupf gefunden hatten. Nach dem Konzept der gelenkten Konzentration wurden die Dirnen mit dem Beginn der Abrißarbeiten in sechs Häusern in der Zähringerstraße zwischen Fasanenplatz und Durlacher Straße untergebracht. Das Problem der Prostitution, das als typisch für das gesamte Quartier angesehen wurde, war also entscheidend eine Folge der gezielten Ansiedlungspolitik, die den weiteren sozialen und baulichen Verfall im Sanierungsbereich förderte. Das Bekanntwerden der Sanierungsabsichten der Stadt trug zudem nicht zur Bereitschaft der Hausbesitzer bei, in die alte Bausubstanz zu investieren.[70]

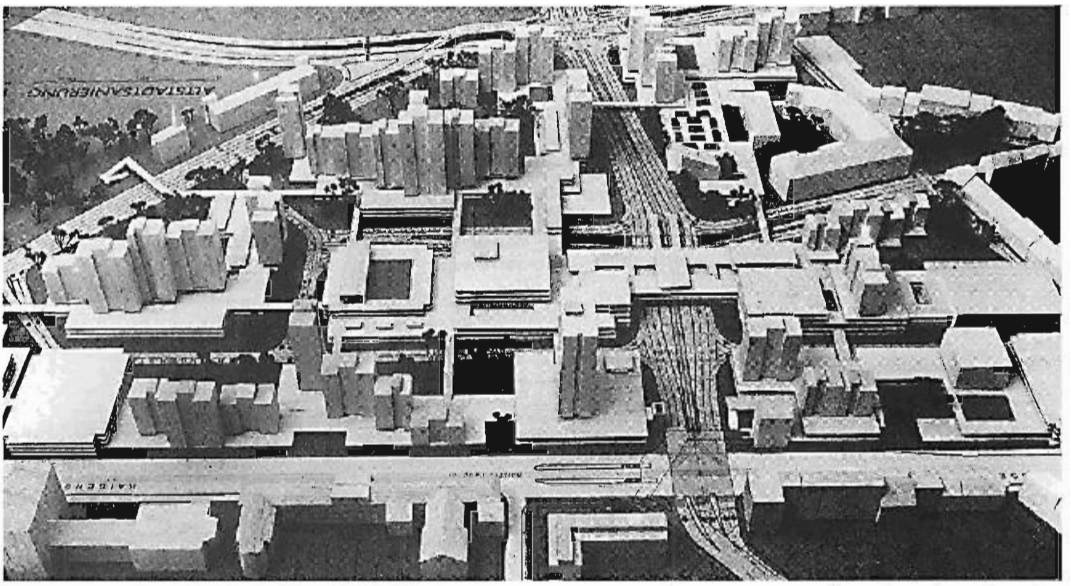
In der Stadtverwaltung feilten Verkehrsplaner wie Architekten seit Mitte der 1950er Jahre an einer Sanierung der Altstadt. Die Verkehrsplaner brauchten den Durchbruch vom Zirkel zur Kriegsstraße am Rüppurrer Tor und die Architekten wollten die Wohnverhältnisse in dem heruntergekommenen Stadtviertel mit seiner sehr schlechten Bausubstanz verbessern. Die 1958 vorgelegten Pläne umfaßten zunächst

nur eine Sanierung entlang des Straßendurchbruchs. Am 15. Dezember 1959 beschloß der Stadtrat die Festlegung des Sanierungsgebiets um den Straßendurchbruch und verhängte eine Veränderungssperre.[71] 1960 sicherte sich die Stadt ein Vorkaufsrecht und forcierte nun ihre 1956 begonnenen Grundstückskäufe.

Das Ersuchen der Stadverwaltung an die Bundes- und Landesregierung um Unterstützung der Altstadtsanierung beschieden diese zustimmend, verlangten aber eine Vergrößerung des Sanierungsgebietes. Diese wurde umgehend am 18. Juli 1961 beschlossen inklusive einer entsprechend modifizierten Veränderungssperre. Im Januar 1964 erfolgte dann die Anerkennung der Sanierungsmaßnahme als Studien- und Modellvorhaben des Bundes. Mit diesen Entscheidungen schien nun doch der 1958/59 aus finanziellen Gründen für nicht realisierbar gehaltene „große Plan" einer völligen Abräumung und Neubebauung zwischen Durlacher Tor und Adlerstraße durchführbar. Damit erweiterten sich zugleich die Sanierungsziele. Nun stand nicht mehr nur die Verbesserung der Verkehrs- und Wohnsituation im Blickpunkt. Das Interesse an einer Ausdehnung der City im Osten und der Integration des Dörfle in den Kernbereich rückte in den Vordergrund. Das stützten auch die bereits genannten Gutachten von Isenberg und Bergsträßer, die einen stark wachsenden Bedarf von Verkaufsflächen vorhersagten.[72] Gleichgeblieben war das Ziel einer verbesserten Verkehrserschließung und des Baus neuer Wohnungen.

Das Stadtplanungsamt legte 1962 einen Plan vor, der eine weitgehend offene Zeilenbauweise vorsah. Seit 1964 wurde dieser Plan von dem Braunschweiger Architekten Prof. Kraemer modifiziert. Kraemer wirkte zunächst im Auftrag der Hamburg-Mannheimer Versicherung als potentieller Großinvestor und später als städtischer Berater. Sein Plan ging ebenfalls von einer Flächensanierung des Gesamtgebietes aus und ersetzte die Dörfle-Struktur durch eine völlig offene Bauweise, die das Stadtviertel mit großflächigen Einzelbaukörpern von vier bis sieben Geschossen für Handelseinrichtungen, mit etwa 20geschossigen Einzelhochhäusern für Verwaltungen und versetzt gereihten Wohnhochhausgruppen mit zehn bis 18 Geschossen überzog. Für den Autoverkehr war ein ebenerdiges Wegenetz vorgesehen, für Fußgänger eine zweite Ebene darüber bzw. die großzügig angeordneten Grünbereiche zwischen den Bauten. Durch die zweite Ebene konnten die benötigten 5.000 Stellplätze geschaffen werden.

In den 1960er Jahren lag die wesentliche Aufgabe der Altstadtsanierung im Grunderwerb durch die Stadt und in der Freimachung des Geländes, was die Umsetzung der Bewohner zur Voraussetzung hatte. Da eine Zustimmung aller 477 betroffenen Grundstückseigentümer zur Sanierung als utopisch erschien, kaufte die Stadt zunächst im Sanierungsgebiet I zwischen Adler- und Waldhornstraße bis 1971 88 % aller Grundstücke für 81,5 Mio DM. Da man bald mit dem Abbruch und dem Neubau beginnen wollte, wurden die Flächen möglichst umgehend freigeräumt, wobei man sich zuerst auf den Raum der späteren Fritz-Erler-Straße konzentrierte. Für die notwendige Umsetzung von etwa 3.500 Menschen begann 1961 ein Ersatzwohnungsprogramm in Oberreut aber auch in Durlach, Grünwinkel und Rintheim. Den Altstadtbewohnern wurden die Umzugskosten erstattet. Dies sollte unbillige Härten vermeiden, aber auch die Aktion beschleunigen. Soweit möglich entsprach man auch dem Wunsch nach gemeinsamer Umsetzung ganzer Hausgemeinschaften. Das Umzugsangebot in Ersatzwohnungen wurde aufgrund des besseren Standards der Wohnungen trotz höherer Mieten meist positiv aufgenommen, zumal das Wohnen in dem Abrißgebiet an Attraktivität verlor. Nachteile wie die größere Entfernung zur Innenstadt und der Verlust sozialer Bindungen wurden erst später wahrgenommen und zum Gegenstand nachträglicher Kritik. Es gab allerdings auch Dörflebewohner, die sich einer Umsetzung widersetzten. Sie zogen soweit möglich in das Sanierungsgebiet II östlich der Waldhornstraße, oder sie strengten Prozesse an wie der Metzgermeister Theodor Schneider, dessen



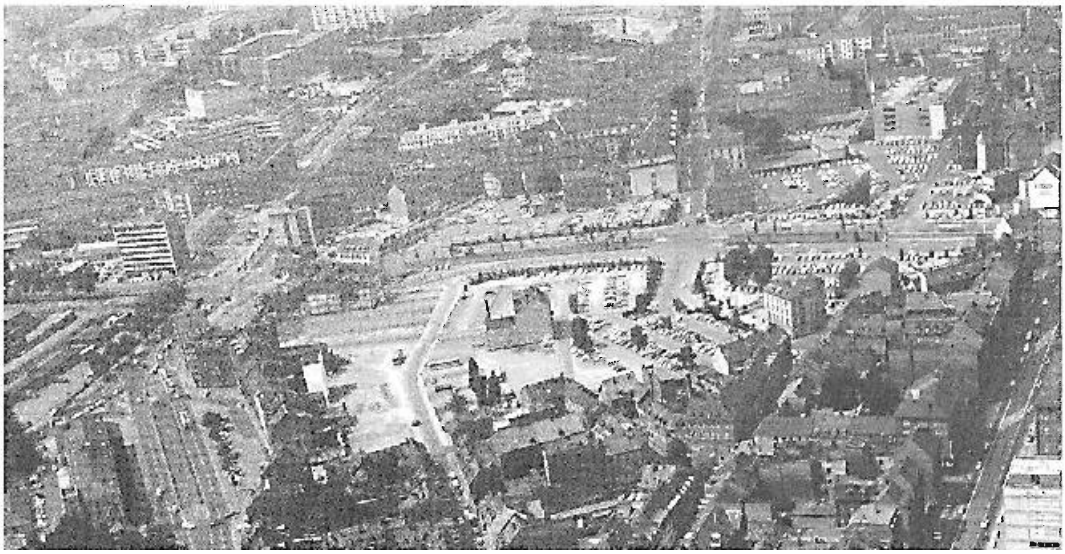
Modell für den Wiederaufbau des Dörfle vom Büro Prof. Kraemer, Pfennig und Sieverts von der Kaiserstraße aus gesehen.

Haus lange in die östliche Fahrbahn der 1968 fertiggestellten Fritz-Erler-Straße hineinragte. Proteste gab es von den Geschäftsinhabern der östlichen Kaiserstraße. Die fürchteten wegen der Zerstörung des Quartiers um ihre Kundschaft und ihre Existenz. Eine Zug-um-Zug-Sanierung wäre sinnvoller gewesen als der Kahlschlag, so argumentierten sie.[73]

Bürgerbeteiligung oder Öffentlichkeit fanden bis 1968 praktisch nicht statt. Erst mit der Vorstellung des Kraemer-Plans im März 1968 regte sich zunächst fachlicher Protest. Der richtete sich gegen den bisherigen Planvollzug im stillen Kämmerlein und die Nichtbeteiligung örtlicher Architekten. Der Bund deutscher Architekten, die Karlsruher Architekturfakultät und der Werkbund forderten gemeinsam die Ausschreibung eines großen Wettbewerbs. Bis zu diesem Zeitpunkt war ein Interesse der Bürger an der Sanierung nicht erkennbar. Die Karlsruher übersahen „die Probleme des Dörfle mit herablassender Toleranz." So stellte es zumindest die Studie aus dem Bundesbauministerium von 1981 fest.[74] Die direkt betroffenen Dörfle-Bewohner artikulierten ebenfalls keinen Protest, bzw. es fand sich kein kompetenter Fürsprecher für ihre Interessen. Die Bereitschaft zum Umzug in neue Wohnungen am Stadtrand darf nicht in jedem Fall als Einverständnis mit den Maßnahmen interpretiert werden. Die 381 Haushalte, die sich bis 1971 nicht umsetzen ließen gegenüber 858, die dies taten, verweisen auf ein größeres Potential von Ablehnung der Altstadtsanierung.

Im August 1968 diskutierte der Gemeinderat, in dem bisher SPD und CDU gemeinsam die politische Verantwortung für die Sanierungsmaßnahmen trugen, kontrovers über die Ausschreibung eines Wettbewerbs, wobei vor allem die dadurch eintretende Zeitverzögerung Sorgen bereitete. Schließlich stimmte das Gremium dem von Oberbürgermeister Klotz zur Abstimmung gestellten internationalen Wettbewerb, der einzig dem international bekannten Karlsruher Stadtgrundriß angemessen sei, zu.[75]

Im Verlauf der Beratungen über die Ausschreibung wurden dann alle bisher scheinbar unverrückbaren Planungsdaten zur Disposition gestellt, der Kraemer-Plan stillschweigend aufgegeben. Man überlegte sogar die bereits fertiggestellte Fritz-Erler-Straße wieder auf-



Das Sanierungsgebiet des Dörfle nach dem Abbruch der Gebäude um 1970 wurde bis zum Beginn des Wiederaufbaus als innenstadtnaher Parkplatz benutzt.

zuheben. Damit war bei der Ausschreibung des Wettbewerbs im Frühjahr 1970 das größte und komplexeste städtebauliche Projekt in der Stadtgeschichte in eine ernste Krise geraten. Die Stadt hatte 73 % der gesamten Sanierungsfläche in ihrem Besitz, die Einwohnerzahl war auf die Hälfte reduziert, fast die Hälfte der Häuser war abgerissen und weit mehr als die Hälfte der Gewerbebetriebe abgewandert. 95.000 Quadratmeter standen zur sofortigen Bebauung bereit, aber es gab keinen Bebauungsplan und bisher interessierte Investoren hatten ihre Pläne aufgegeben. In der Folge der Rezession entstanden Zweifel, ob der künftige Raumbedarf gewerblicher Unternehmen überhaupt noch kalkulierbar sei, und ob daher die klare funktionale Trennung der Baumassen des Kraemerschen Plans eine flexible Anpassung an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen ermögliche. Der einzig sichtbare Erfolg schienen die Fritz-Erler-Straße und die dort entstandenen Abstellplätze zu sein. Angesichts der bisher investierten 90 Millionen DM war die Bezeichnung als „teuerster Parkplatz Europas" nicht ganz abwegig.[76] Alle Hoffnungen richteten sich deshalb auf den Wettbewerb (siehe unten).

Verkehrsplanung

Straßenverkehr

1950 gab es in Karlsruhe insgesamt 7.747 Kraftfahrzeuge, darunter mehr LKW und Krafträder als PKW. 1960 befuhren 37.416 KFZ die Karlsruher Straßen, davon etwa ein Drittel LKW und Krafträder. Weitere zehn Jahre später kündeten 74.142 KFZ, darunter weniger als 10 % LKW und Krafträder vom Wirtschaftswunder aber auch von Staus auf den Straßen. Die Zahl der Toten und Verletzten stieg aber nicht im Verhältnis zu den KFZ. Es starben im Abstand von zehn Jahren 31, 44 und 48 Menschen. Die Zahl der Verletzten stieg vom 1.063 über 1.867 auf 1.907.[77]
Die Bewältigung des Verkehrs verstand man zuerst als städtebauliches Problem wie die Sanierungsmaßnahmen in Mühlburg und dem Dörfle deutlich belegen. Zu dem vermehrten Angebot an Straßen mußte aber auch eine Lenkung der Verkehrsströme kommen. Das 1926 im Generalbebauungsplan entwickelte Grundgerüst der Straßenführung galt Mitte der 1950er Jahre als nicht mehr zeitgemäß.[78] Das Ulmer Büro Feuchtinger und Schächterle

erhielt deshalb den Auftrag, auf der Grundlage zahlreicher Verkehrszählungen ein neues Verkehrsliniensystem zu erarbeiten. Der Auftrag galt als nicht einfach, da Karlsruhe zum einen mit seinem Motorisierungsgrad an fünfter Stelle unter den deutschen Großstädten lag. Zum anderen aber führten zwei Ost-West-Achsen, die Kaiser- und die Kriegsstraße, mitten durch die Stadt. Die Kaiserstraße war zudem noch Hauptgeschäftsstraße. In einer Publikation, die die damaligen Ziele der Verkehrspolitik in ihrem Titel „Die autogerechte Stadt" auf den Punkt brachte, wird der Fächergrundriß und die Lage der Stadt zwischen dem Waldgebiet im Norden und den Bahnanlagen im Süden als besonders ungünstig eingestuft.[79]

Das erstellte Gutachten, das die Grundlage der späteren Planungen bildete, schlug den Ausbau von Zubringerstraßen und eines Systems stadtnaher Tangenten vor, auf die die Zubringerstraßen stoßen und eine Verteilerfunktion erfüllen sollten. Innerhalb dieser zwei bis drei Kilometer vor der Stadt liegenden Tangenten entwickelten die Planer um den direkten Innenstadtbereich ein zusätzliches Straßenviereck: Im Süden eine leistungsfähig ausgebaute Kriegsstraße, im Westen die Reinhold-Frank-Straße, im Norden die Straße am Schloßplatz und im Osten den Straßendurchbruch durch das Dörfle. Zusammen mit aufnahmefähigen Parkplätzen in und am Rande der Stadt sollte damit der Verkehr in der Stadt gebändigt werden. Zugleich glaubte man, damit die Gefahr der Wertminderung der City verhindern zu können. Die wachsende Zahl der mit dem Auto das Einkaufsziel ansteuernden Kunden sollte bis in die Innenstadt gelangen können.

Die Verkehrsplanungen und Straßenbaumaßnahmen der 1950er und 1960er Jahre schufen für den Alltag der Stadt in der Gegenwart viele entscheidende Vorgaben. Zu nennen wäre dabei der Verkehrsausbau im Westen am Entenfang/Lameyplatz mit der 1962 eingeweihten Vogesenbrücke, der vierspurige Ausbau der Durlacher Allee mit eigenem Gleiskörper für die Straßenbahn mit entsprechenden Brükken (1954/57), die Verbreiterung des Parkrings (heute Adenauerring) mit Umbau des Durlacher-Tor-Platzes (1957),[80] die neue Rheinbrücke bei Maxau (1966) und die Umgehungsstraße von Durlach in Richtung Pfinztal (1968). Im Zuge der neuen Verkehrslinien wurden für die ausgebaute Kriegsstraße die Unterführung Ettlinger Tor 1965 und die Unterführung Karlstor 1972, die Schloßplatzunterführung 1966 fertiggestellt und der Ausbau der Südtangente 1963 begonnen. Hier wurde im ersten Bauabschnitt bis 1970 von der Honsellstraße zum Ölkreuz gebaut und damit Knielingen vom Schwerlastverkehr der Raffinerien befreit.

Diskussionen über solche weitreichenden Pläne gab es damals in der heute üblichen Form nicht. Die erste Planung der Nordtangente über den Willstätter Weg, den Schloßplatz und die Moltkestraße löste aber schwerste Bedenken auch in der Stadtverwaltung aus.[81] Ein von der Stadt bestelltes Gutachten des Städteplaners Prof. Dr. Rudolf Hillebrecht, wies diese Planung als „einen Eingriff in das Wesen der baulichen Stadtstruktur" zurück.[82] Nach einer Umplanung, die die Nordtangente nördlich von Durlach, Rintheim, Parkring und Knielingen führte, genehmigte der Gemeinderat die Planung am 13. Juni 1961.[83] Vor der Präsentation der Maßnahmen durch die Fachleute, bemerkte Klotz, es werde „heute über nichts abgestimmt." Abschließend stellte er dann im Gegensatz dazu fest: „Nun wollen wir – alles mit ihrer Zustimmung – am Ettlinger Tor beginnen." Eine eingehende Diskussion hatte nicht stattgefunden. Als in der folgenden Sitzung Stadtrat Fritz Laule (CDU) gegen die Eile Bedenken anmeldete und anregte, doch erst die Auswirkungen der Südtangente auf den Verkehr der Kriegsstraße abzuwarten, bevor man diese in der vorgesehenen Weise ausbaue, drang er damit nicht durch. Auch der Vorschlag der Stadträtin Elisabeth Kamm (CDU), die Entlastung der Innenstadt vom Autoverkehr konsequent bis zur Schaffung autofreier Flächen weiterzuführen, fand noch keine Gegenliebe. 1962 schätzte man für die Realisierung des Verkehrslinienplans etwa 20 Jahre. Das größte Karlsruher Straßenbaupro-

Verlauf der Südtangente etwa 1975 vom Ausgang des noch nicht begonnenen Bulacher Tunnels (unterer Bildrand) nach Westen zum Rheinhafen und weiter zum Rhein. Rechts oberhalb des Bulacher Kreuzes ist die entstehende Günther-Klotz-Anlage zu erkennen. Die Europahalle im Beiertheimer Feld ist noch nicht im Bau.

jekt, die 14 Kilometer lange mit 14 Brücken versehene Südtangente, wurde nach 25 Jahren Bauzeit und einigen umweltschonenden Umplanungen im Bereich des Oberwalds 1988 mit dem Tunnelbau zwischen Beiertheim und Bulach fertiggestellt. Die Kosten betrugen 440 Millionen DM.[84] Die Nordtangente, die nördlich der Stadt für Verkehrsentlastung sorgen sollte, beschäftigt dagegen die Kommunalpolitik noch heute (siehe unten).

Öffentlicher Nahverkehr

In die Überlegungen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse bezog das Stadtplanungsamt bereits Anfang der 1960er Jahre auch den öffentlichen Nahverkehr mit ein. „Eine Verbesserung der Nahverkehrsverhältnisse – vor allem auch die Schaffung einer günstigen Verbindung von der Wohn- zur Arbeitsstätte – kann als wertvolle Handhabe an-

gesehen werden, die ständige Zunahme des Individualverkehrs, der seine empfindlichen Spitzen vor allem in den Stunden des Berufsverkehrs zeigt, abzuschwächen." So urteilte 1964 der städtische Verkehrsexperte.[85] Eine Mahnung, die angesichts der Entwicklung des Nahverkehrs nach 1945 durchaus berechtigt war.

Trotz der Kriegszerstörungen konnten bereits 1946 wieder 32 Kilometer der 38 Kilometer Streckenlänge befahren werden.[86] Allerdings mußte man nach Durlach wegen gesprengter Brücken zweimal umsteigen. Wegen der Trümmerräumung mußte die Straßenbahn zudem vorübergehend den Gleisen der Trümmerbahn weichen und in der Kaiserstraße teilweise den Betrieb einstellen. 1950 stand das gesamte Streckennetz mit 38,2 Kilometern zur Verfügung, das durch 11,2 Kilometer Buslinien ergänzt wurde. Die Beförderungsleistung von Bus und Bahn betrug in diesem Jahr 52,6 Millionen Fahrgäste. In den folgenden 20 Jahren stagnierte die Entwicklung des ÖPNV in der Stadt. Zwar wuchs die Streckenlänge des Busnetzes auf 35,1 Kilometer, die Beförderungszahl sank dennoch auf 45,5 Millionen. 1970 war das Busnetz nochmals auf 99,6 und das Straßenbahnnetz geringfügig auf 39,2 Kilometer, die Fahrgastzahl jedoch mit 52,3 Millionen nur knapp auf den Bestand von 1950 gewachsen. Bedenkt man, daß die Stadt in diesen zwanzig Jahren um 57.000 Einwohner und eine Reihe neuer Siedlungen gewachsen war, so stellt sich die Stagnation in absoluten Zahlen als eine deutliche prozentuale Leistungsminderung des ÖPNV heraus.

Nachdem zu Beginn der 1950er Jahre Überlegungen, die Straßenbahnen durch elektrische und Diesel-Omnibusse zu ersetzen, als für Karlsruhe ungeeignet erkannt wurden, richteten die Verkehrsbetriebe das Hauptaugenmerk auf die Modernisierung des bestehenden Netzes und des Wagenparks. Kleinere Streckenverlängerungen hatte es in Knielingen 1953 und 1966 sowie in die Waldstadt 1960 und 1963 gegeben, und von Rintheim gelangte man seit 1970 ohne Umsteigen in die Stadtmitte. Netzerweiterungen durch das Wachstum der Stadt leisteten vor allem Buslinien, von denen man in die Straßenbahn umsteigen mußte, um die Innenstadt zu erreichen. Andererseits fiel die Strecke zwischen Rüppurrer und Ettlinger Tor dem Umbau der Kriegsstraße zum Opfer. Dafür kam 1969 die Strecke durch die Fritz-Erler-Straße hinzu. Die Linie nach Beiertheim mußte 1956 wegen mangelnder Auslastung eingestellt werden. Zudem sollten Änderungen der Linienführung nach umfangreichen Fahrgastbefragungen zur Optimierung des ÖPNV beitragen. Wendeschleifen und Umleitungsmöglichkeiten sowie die Schaffung eigener Gleiskörper, um dem Stau des Autoverkehrs nicht ausgesetzt zu sein, sorgten für eine Verbesserung der Fahrzeiten. 1954 fuhren erstmals moderne Großraumwagen auf dem Streckennetz. In der Folgezeit ergänzten jeweils neueste Entwicklungen den Bestand der Wagen.

Da die Verkehrsbetriebe wegen ihrer Dienstleistungsfunktion und ihres sozialen Auftrags ihre Kosten nicht über die Tarife decken können, suchten sie nach Sparmöglichkeiten. Auch hier machten die Personalausgaben den Hauptanteil der Kosten aus. Trotz Einstellung von Schaffnerinnen zu Beginn der 1960er Jahre herrschte Personalmangel, so daß man in einer Automatisierung den Ansatzpunkt für Einsparungen suchte. Mit der Einführung des Einheitstarifs 1967 konnte nach und nach die Fahrgastselbstbedienung mit Fahrkarten-Verkaufsautomaten und -Entwertern umgesetzt werden.

Das Interesse der Stadtverwaltung an einem effizienten Nahverkehrssystem verdeutlicht das Bemühen, einen lang gehegten Wunsch der Stadt zu verwirklichen. Am 1. April 1957 übernahm die Stadt den Betrieb der Albtalbahn. Die große Bedeutung dieser Übernahme für die Stadt resultierte aus der schlechten Anbindung der Vororte Weiherfeld-Dammerstock und Rüppurr an die Innenstadt, aus dem hohen Aufkommen an Pendlern, die aus dem Süden des Landkreises zur Arbeit in die Stadt kamen, und aus der Erschließungsfunktion der Bahn für das Naherholungsgebiet Albtal. Das besondere Problem war dabei der Verkehrsbruch

von der meterspurigen Albtalbahn am Endbahnhof an der Ebertstraße zur normalspurigen Straßenbahn. An der Ebertstraße mußten z. B. im Jahr 1953 mit 4,9 Millionen An- und Abfahrenden mehr Fahrgäste bewältigt werden als in dem weit größeren Hauptbahnhof. Als sich 1952 die Klagen über den total überalterten Zustand der Albtalbahn häuften, machte die Stadt 1954 den Vorschlag, die Albtalbahn in eine Straßenbahn nach Herrenalb umzubauen.[87]

Es folgten Diskussionen über unterschiedliche Sanierungsvorschläge, in die sich auch das Land einschaltete. In Ettlingen entstand dabei die Furcht vor einer Eingemeindung und der Abwanderung von Kaufkraft nach Karlsruhe. Klotz dagegen appellierte an die Albtalgemeinden: „Verpaßt eine große Chance nicht!"[88] Zusammen mit seinem Ettlinger Kollegen Hugo Rimmelspacher überwand er auch die Widerstände in Ettlingen. So konnte dann, als das Land im März 1956 den Karlsruher Plänen zustimmte, am 2. März 1957 ein Vertrag zwischen der Stadt Karlsruhe, dem Land Baden-Württemberg, der Stadt Ettlingen, dem Landkreis Karlsruhe und dem Landkreis Calw über die Gründung einer Albtal-Verkehrs-Gesellschaft geschlossen werden. Die Geschäftsführung lag ab 1. April in den Händen des Leiters der Karlsruher Verkehrsbetriebe Karl Möhrle, die Betriebsleitung übernahm Stadtdirektor Karl Stengel von den Verkehrsbetrieben.

In rascher Folge trieben die Verantwortlichen in fünf Bauabschnitten den Umbau und die Modernisierung der Albtalbahn voran. Schon am 18. April 1958 fuhren moderne Großraumwagen der Straßenbahn aus der Innenstadt zur vorläufigen Endschleife an der Battstraße in Rüppurr. Das Kürzel AVG stand jetzt nicht mehr für „Altes Verloddertes Glump". Am ersten September 1961 erreichten die modernen Großraumwagen der AVG auf der 25,8 Kilometer langen Strecke Herrenalb. Trotzdem stand der ÖPNV in dieser Zeit noch eindeutig im Schatten des motorisierten Individualverkehrs.

Umsetzung des Karlsruher Konzepts

Das Konzept für die Karlsruher Stadtentwicklung sah den Ausbau als Industrie- und Handelsstadt wie die Erhaltung als Behördensitz vor (siehe oben). Dementsprechend agierte die

Fahrgäste beim Umsteigen von der Albtalbahn in die Straßenbahn am Albtalbahnhof vor 1958.

Stadt in zwei völlig unterschiedlichen Bereichen. Zum einen stand sie werbend und abwehrend mit dem Land und dem Bund in Kontakt, um Landes- und Bundesinstitutionen nach Karlsruhe zu holen oder zu erhalten. Diese Bemühungen setzten fast unmittelbar nach Kriegsende ein. Zum anderen galt es, die Stadt als Standort für Wirtschaftsbetriebe attraktiv zu machen und aktiv Betriebsniederlassungen zu fördern.

Behördenansiedlung

Einen Eindruck von den früh einsetzenden Verteilungskämpfen um Landesbehörden gibt eine Eingabe der Stadtverwaltung an den Ministerpräsidenten wegen der paritätischen Behandlung Württembergs und Badens vom 15. Juli 1946.[89] Deren Anlaß war die Errichtung des Landesrechnungshofs in Stuttgart, gegen die Oberbürgermeister Veit energisch protestierte. Er warnte vor einer Überzentralisation in Stuttgart, die nicht erforderlich sei. Weder der Rechnungshof noch – wie geschehen – die Reichsbahndirektion oder das Oberlandesgericht müßten ihren Sitz in der Landeshauptstadt haben. „Es ist zu Beginn der Vereinigung der beiden Landesbezirke davon gesprochen worden, daß man Karlsruhe einen Ausgleich gewähren wolle. Hiervon ist es wieder still geworden", klagte der Oberbürgermeister. Er hatte im Falle des Rechnungshofes Erfolg, denn am 2. August teilte ihm der Ministerpräsident mit, der Rechnungshof komme nach Karlsruhe. Allerdings verblieb eine Außenstelle in Stuttgart. Im Oktober und November ging es um den Sitz des Verwaltungsgerichtshofes, der dann mit je einem Senat in Stuttgart und Karlsruhe installiert wurde. Veit resümiert diese Verteilungskämpfe dahin, daß „die Staatsregierung den Grundgedanken des Ausgleichs nicht angenommen hat. ... Es ist vorauszusehen, daß die Regelung, den badischen Belangen dadurch Rechnung zu tragen, daß man die Behörden jeweils doppelt errichtet, eines Tages an der notwendigen Sparsamkeit und Verwaltungsvereinfachungen scheitern kann."

Im Zusammenhang mit der Gründung der Bundesrepublik bewarb sich die Stadt um eine ganze Reihe von Bundesbehörden.[90] Darunter waren unter anderen: Bundesgerichtshof, Bundesverfassungsgericht, Bundesverwaltungsgericht, Bundesrechnungshof, Bundesdisziplinarhof, Bundesversicherungsamt, Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Bundesanstalt für Fürsorgewesen, Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, Bundesarchiv, Bundesarbeitsgericht und Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder. Erfolgreich waren die Bemühungen der Stadt und des Landes die beiden obersten Bundesgerichte nach Karlsruhe zu holen (siehe unten). 1952 gelang es dann noch, die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in der Stadt anzusiedeln.[91]

Erfolglos blieb dagegen die Bewerbung um den Sitz des Parlamentarischen Rats.[92] Am 8. Juli 1948 hat die Stadtverwaltung allen Ministerpräsidenten, Regierenden Bürgermeister und Senatspräsidenten eine Bewerbung und Einladung an den parlamentarischen Rat zugesandt mit dem Angebot, in Karlsruhe zu tagen. Der Gemeinderat unterstützte in seiner Sitzung am 10. August diesen Schritt. Oberbürgermeister Töpper verwies dabei besonders auf die freiheitlichen und auf die deutsche Einheit gerichteten badischen Traditionen seit der Revolution 1848/49, an deren Ereignisse vor 100 Jahren gerade in einer Jahrhundertfeier erinnert worden war. Sitz des Parlamentarischen Rates und der späteren Bundesregierung wurde Bonn.

Im Verlauf der Verhandlungen über die Ansiedlung von Bundesbehörden, erhielt Bürgermeister Heurich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU-Baden vom Staatssekretär des Innern im Bundeskanzleramt ein Schreiben. Darin wird erklärt, die Bundesregierung sei „sich darüber einig, daß Karlsruhe in ausreichendem Masse Berücksichtigung verdient und als alte Behördenstadt auch einen berechtigten Anspruch darauf geltend machen kann."[93] Eine ähnlich klare Anerkennung für die Berechtigung der Karlsruher Ansprüche auf einen Ausgleich der Behördenverluste durch

die Nachkriegsentwicklung wie das Bundeskanzleramt traf auch die Staatsregierung in Stuttgart. Ministerpräsident Reinhold Maier schrieb am 2. August 1946 an den Oberbürgermeister anläßlich der Bestimmung Karlsruhes als Sitz des Landesrechnungshofes: „Mögen Sie aus dem Beschluß ersehen, daß die Regierung Württemberg-Baden gewillt ist, unter paritätischer und zugleich warmherziger Abwägung aller staatspolitischen Belange den Lebensinteressen der Stadt Karlsruhe nach Möglichkeit gerecht zu werden!“[94] Eine entsprechend starke Unterstützung hätte sich die Stadt dann bei dem Ringen um die Zuteilung von Landesbehörden gewünscht, das nach der Bildung von Baden-Württemberg wieder verstärkt einsetzte. Bereits 1949 hatte der Präsident des Landesbezirks Nordbaden beim Ministerpräsidenten gemahnt, daß die Zuweisung des Landesrechnungshofs nach Karlsruhe nur ein Anfang sein könne. Er reklamierte für die badische Metropole ein technisches Landesamt, das Landesarbeitsamt und das Landesversicherungsamt.[95] Weiter im Gespräch waren 1952/53 z. B. folgende Behörden: Regierungspräsidium, Oberfinanzdirektion, Landesversorgungsamt, Statistisches Landesamt, Autobahnamt, Oberlandesgericht, Verwaltungsgerichtshof, Bundesbahndirektion, Oberpostdirektion, Landesvermessungsamt und Eichamt.

Während der Vorberatung der Behördenverteilung im Land, die der Verwaltungsausschuß des Landtages führte, mußte sich die Stadt besonders mit der Konkurrenz der Stadt Mannheim um den Sitz des Regierungspräsidiums, der Oberfinanzdirektion und des Autobahnamtes auseinandersetzen.[96] Die Argumente gegen Karlsruhe lauteten, die Stadt habe schon mehr Beamte als zu der Zeit, als sie noch Landeshauptstadt war, und sie habe schon sehr viel neue Industrie gewonnen. Die Auseinandersetzung wurde auch in Rundfunkreden der beiden Oberbürgermeister im August 1952 ausgetragen. Beide Gemeinderäte appellierten in Entschließungen an die Landesregierung und die Abgeordneten. Karlsruhe führte Ende 1953 ins Feld, daß von den bisher ansässigen Behörden das Statistische Landesamt in Auflösung begriffen, die Außenstelle des Verwaltungsgerichtshofs gefährdet, das Landesgewerbeamt in seiner Bedeutung stark gemindert und der Rechnungshof personell unbedeutend sei. Aus diesem Grund müßten das Regierungspräsidium und die Oberfinanzdirektion in Karlsruhe bleiben. Das gelte auch für das Landesversorgungsamt, das seit 1926 mit der Zuständigkeit für den Südwesten seinen Sitz in der Stadt habe. Da der „Kalte Krieg um die Behördensitze“ das gute und respektvolle Verhältnis der beiden badischen Städte zu trüben drohte, verlangte Klotz im Februar 1954 eine schnelle Entscheidung aller offenen Fragen.

Die Bilanz der Bemühungen Karlsruhe als Behördensitz überregionale Bedeutung zu erhalten, ist durchaus positiv.[97] 1954 war die Stadt Sitz von zwanzig Bundesbehörden mit etwa 12.125 Beschäftigten, davon etwa 90 % bei Post und Bahn. Die bedeutendsten dieser Behörden waren der Bundesgerichtshof, das Bundesverfassungsgericht, die Oberfinanzdirektion, das Hauptzollamt, die Bundesbahndirektion, die Oberpostdirektion und das Bundesbahnausbesserungswerk, die Bundesanstalt für Wasserbau und die Bundesanstalt für Lebensmittelfrischhaltung. Zudem wurde Karlsruhe 1956 wieder Garnisonsstadt.[98] Die Statistik verzeichnet weiter 94 Landesbehörden mit zusammen 6.744 Beschäftigten. Neben den Schulen, Hochschulen und kulturellen Einrichtungen wie Theater und Museen sind hier von regionaler Bedeutung das Regierungspräsidium, die Polizeidirektion und die Forstdirektion Nordbaden, die Außenstelle des Landesvermessungsamtes und des Landesgewerbeamtes, das Oberlandesgericht, die Oberfinanzdirektion Abteilung für Landessteuern, der Rechnungshof, die Staatsschuldenverwaltung Baden-Württemberg, die Staatliche Münze und das Versorgungsamt Karlsruhe. 1954 gab es daneben in der Stadt 105 Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit 2.897 Beschäftigten. Hier sind als die wichtigeren zu nennen die Versorgungsanstalt des Bundes und der Län-

der, die Landesversicherungsanstalt Baden, die Badische Kommunale Landesbank, die Badische Landeskreditanstalt, die Badische Gebäudeversicherungsanstalt und der Badische Gemeindeversicherungs-Verband. Tatsächlich gab es damit im Jahr 1954 einschließlich der Kommunalbeamten nur etwa 800 Beamtenstellen weniger in der Stadt als 1939.

Aus der Zahl dieser Institutionen ragen allerdings zwei in besonderer Weise heraus, da sie zur neuen Identität der ehemaligen Landeshauptstadt in besonderer Weise beigetragen haben. Das sind der Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht, die Karlsruhe zur „Residenz des Rechts" machten. Dazu kommt eine weitere, erst 1956 hier angesiedelte Einrichtung des Bundes und des Landes, die Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mit dem Kernforschungszentrum. Sie gab der Stadt als Zentrum der atomaren Grundlagenforschung einen besonderen Rang, auch wenn der Reaktor in Leopoldshafen gebaut wurde.

Karlsruhe wird Residenz des Rechts

Schon am 22. August 1949 hatte der zuvor in Karlsruhe tätige Geschäftsführer des württembergisch-badischen Städteverbandes Hermann Hagen Oberbürgermeister Friedrich Töpper empfohlen, sich um die Ansiedlung von Bundesbehörden zu bemühen.[99] Sie könnten „Ersatz für die Verluste der nach Stuttgart abgewanderten Behörden" bieten. Am 22. Oktober 1949 teilte Hagen Töpper mit, er habe vertraulich erfahren, Justizminister Thomas Dehler habe mit Stuttgart wegen des Sitzes des Bundesgerichtshofes Verbindung aufgenommen. Daraufhin begann die Stadtverwaltung unter Hinweis auf den Verlust der Hauptstadtfunktion und ihre schwierige wirtschaftliche Lage, für die Ansiedlung neu zu errichtender Bundesbehörden bei der Bundes- und der Landesregierung zu werben. In einem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer vom 26. Oktober 1949 erwähnte Töpper „ganz besonders die Errichtung einer bundeszentralen Justizbehör-

Das Erbgroßherzogliche Palais im Sommer 1950, teilweise bereits eingerüstet für den Wiederaufbau.

de." Am 22. Dezember 1949 legte die Stadtverwaltung nach einem Gespräch mit dem Justizminister in Bonn eine Liste mit Gebäuden für die Unterbringung des Gerichtshofes in der Stadt vor: Das Erbgroßherzogliche Palais, das alte Rathaus am Marktplatz, die Landeshauptkasse und das ehemalige Finanzministerium sowie das Oberlandesgericht. Bei einer Besichtigung durch Justizminister Dehler am 6. Januar 1950 fand das Erbgroßherzogliche Palais den größten Anklang. Am 2. März legte die Stadt eine Denkschrift vor mit dem Titel „Karlsruhe als Sitz des Oberen Bundesgerichts."[100] Darin wird Karlsruhes Eignung und die Voraussetzungen für die Ansiedlung dargelegt und ausdrücklich betont. „Karlsruhe hat eine Berechtigung, den Wunsch, als Sitz des Oberen Bundesgerichts gewählt zu werden, zu äußern. Die Stadt hat die Eigenschaft einer Landeshauptstadt verloren, ohne hierfür bis jetzt in irgendeiner Weise entschädigt werden zu können."

Unterstützt von der Landesregierung, vor allem von Ministerpräsident Reinhold Maier und dem ehemaligen Karlsruher Oberbürgermeister und Wirtschaftsminister Hermann Veit, dem Bundesjustizminister und seinem Mitarbeiter, dem späteren Senatspräsidenten des Bundegerichtshofes Willi Geiger, schienen die Aussichten der Bewerbung Karlsruhes günstig zu sein. Aber die Konkurrenz war groß, insgesamt zwölf Städte hatten sich schließlich mehr oder weniger ernsthaft beworben. Darunter befand sich auch Köln, das von Bundeskanzler Adenauer favorisiert wurde. Am 12. Mai 1950 hielt Dehler in einem Vermerk nach mehreren Kabinettssitzungen, in denen das Thema Sitz des Obersten Bundesgerichts behandelt worden ist, fest, daß das Kabinett „insbesondere auch gegen meine Meinung für den Bundesgerichtshof Köln vorgeschlagen" habe.[101] Adenauer hatte sich auch durch ein Schreiben des Karlsruher Bürgermeisters Fridolin Heurich vom 30. März 1950 in seiner Eigenschaft als Abgeordneter und Landesvorsitzender der CDU-Nordbaden, in dem dieser die drohende Benachteiligung Karlsruhes beklagte, nicht beeindrucken lassen.[102] Bei den Verhandlungen im April und Mai über die Ansiedlung anderer Behörden beharrte die Stadtverwaltung, ermuntert durch das Bundesjustizministerium, aber auf der Einrichtung des Obersten Gerichtshofes in der Stadt.

Diese Hartnäckigkeit zahlte sich schließlich auch aus. Der Bundestagsausschuß für Rechtswesen und Verfassungsfragen, der nach dem Kabinettsbeschluß einen Vorschlag für die Entscheidung des Bundestages vorzubereiten hatte, prüfte in einem Unterausschuß die Unterlagen aller zwölf Bewerber sorgfältig anhand eines Anforderungskatalogs von acht Punkten.[103] Diese spiegeln deutlich die großen praktischen Probleme der noch im Wiederaufbau befindlichen Städte wider. Neben der Unterbringung des Gerichts in einem nicht provisorischen Gebäudekomplex mußten etwa 100 sofort beziehbare Wohnungen bereitgestellt werden. Insbesondere sollten die notwendigen Bibliotheken möglichst einer Universität am Ort oder in der Nähe vorhanden sein. Der Sitz des Bundesgerichtshofs sollte nicht außerhalb des politischen und wirtschaftlichen Lebens des Landes liegen. Das Prinzip der Streuung der oberen Bundesbehörden mußte beachtet werden, es sollte die Möglichkeit zur Unterbringung anderer oberer Bundesgerichte gegeben und die Verkehrsverhältnisse mußten möglichst günstig sein.

Diesen Forderungskatalog erfüllten schließlich nur Karlsruhe, Kassel und Braunschweig. Der Ausschuß entschied sich am 20. Juni 1950 mit 18 gegen vier Stimmen für Karlsruhe als Sitz des Bundesgerichtshofes. Dabei gaben zuerst die sachlichen Bewertungskriterien den Ausschlag. Inwiefern die Entscheidung auch durch das Karlsruher Argument – Entschädigung für den Verlust der Hauptstadtfunktion – beeinflußt wurde, ist aus den Ausschußberatungen nicht zu ersehen.[104]

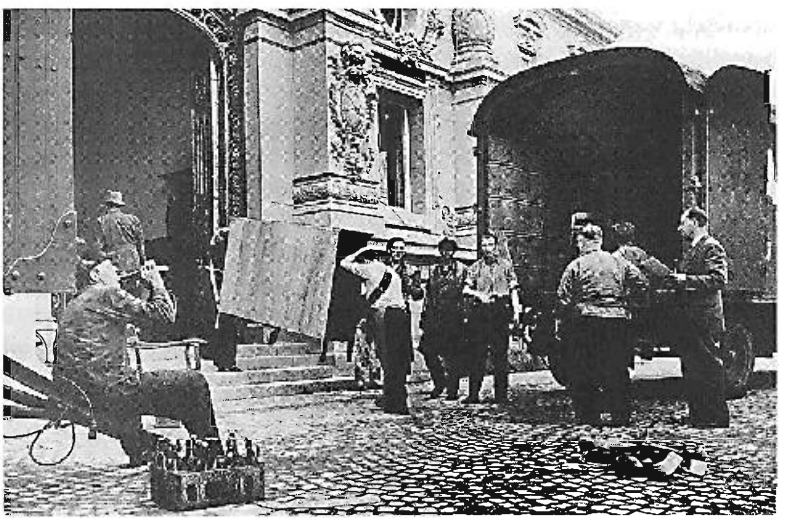
Die Stadt Köln hatte sich durch „polemische Angriffe" auf Karlsruhe selbst um ihre Chancen gebracht, wie der Abg. Maier dem Bundestag am 26. Juli 1950 mitteilte.[105] Die Kölner behaupteten, das in Karlsruhe vorgesehene Gebäude könne nicht rechtzeitig fertig wer-

den. Bei einer „Spionage" vor Ort hatten sie aber das Erbgroßherzogliche Palais mit dem Schloß verwechselt. Aber auch das Bundeskanzleramt scheint versucht zu haben, die Karlsruher Bewerbung zu hintertreiben. Es wurde in Bonn das Gerücht ausgestreut, in Karlsruhe stünden viel zu wenig Wohnungen zur Verfügung. Und das obwohl die Stadtverwaltung bis zur Entscheidung in Bonn etwa 80 fertige Wohnungen trotz großer Wohnungsnot über Wochen freigehalten hatte.

In den Sitzungen des Bundestags am 26. und 28. Juli 1950 verabschiedete dieser in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über den Sitz des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe. Vorher hatten die Befürworter Karlsruhes aber jeweils noch bange Minuten zu überstehen. In mehreren Abstimmungen wurden Abänderungsanträge mit dem Ziel, den Bundesgerichtshof in einer anderen Stadt anzusiedeln, abgelehnt.[106] Am Erbgroßherzoglichen Palais setzte nun eine hektische Bautätigkeit ein, bei der Hunderte von Arbeitern in Rekordtempo das Haus für den Einzug des Obersten Bundesgerichts fertigstellen mußten. Am 8. Oktober 1950 fand dann im Erbgroßherzoglichen Palais der feierliche Akt zur Eröffnung des Bundesgerichtshofes in Anwesenheit des Bundespräsidenten Theodor Heuß an der Spitze der politischen Prominenz der jungen Bundesrepublik statt.

Schon 1949 wurde betont, daß der Sitz des Bundesgerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichts aufgrund der Zugehörigkeit eines Teils der Richter zu beiden Gerichten an einem Ort sein müsse.[107] Justizminister Dehler vertrat diese Position nachdrücklich und setzte sich für eine Stadt in Süddeutschland ein. Nachdem die Entscheidung, den Bundesgerichtshof in Karlsruhe anzusiedeln, gefallen war, beschloß das Bundeskabinett im Dezember 1950, Karlsruhe auch als Sitz des Verfassungsgerichts vorzuschlagen. Es gab jedoch im Bundestag in SPD und CDU starke Strömungen für Berlin. Dort aber, „auf einer Insel inmitten der Ostzone", glaubte Dehler die Unabhängigkeit des Gerichts nicht gewährleistet. Bei der Verabschiedung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht am 1. Februar 1951 blieb daher die umstrittene Frage des Gerichtssitzes ausgeklammert. Es gelang dann mit der Zusicherung, Berlin werde das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte erhalten, eine Mehrheit für Karlsruhe zu gewinnen.

Als am 18. April 1951 im Bundestag das Gesetz über den Sitz des Verfassungsgerichts verabschiedet wurde, argumentierten die Berlin-Befürworter, „Aufgabe dieses Gerichts ist es nämlich, die Freiheit und die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland



Am 2. Oktober 1950 begann der Umzug des Bundesgerichtshofs in das Erbgroßherzogliche Palais. Umzugswagen aus Bonn brachten das Mobiliar. Am 8. Oktober fand die feierliche Eröffnung in dem Gebäude statt.

zu sichern. Diese Werte sind in Berlin und für Berlin von besonderer Bedeutung." Gegen den Antrag von fünf Fraktionen (CDU/CSU, FDP, DP, Bayernpartei und Zentrum), Karlsruhe zu bestimmen, konnten sie sich aber nicht durchsetzen. Das Gesetz sah jedoch, wie der Antragsteller ausführte, vor, „daß das Bundesverfassungsgericht vorerst – d. h. vorläufig und bei der gegebenen Situation [gemeint war die Teilung des Landes] – seinen Sitz in Karlsruhe haben soll."

Die Stadtverwaltung hatte sich seit dem Oktober 1950 für die Einrichtung des Verfassungsgerichts in Karlsruhe eingesetzt und sich dabei der Argumente des Justizministers bedient. Zur Unterbringung war das Prinz-Max-Palais vorgeschlagen worden. Knapp ein Jahr nach der Einweihung des Bundesgerichtshofes konnte am 28. September mit einem Festakt im Karlsruher Schauspielhaus, bei dem wiederum Bundespräsident, Bundeskanzler, Bundeskabinett, zahlreiche Ministerpräsidenten und Abgeordnete anwesend waren, eröffnet werden.

Der 2. Senat hatte indes seine Arbeit mit der Behandlung der Südweststaatsklage schon aufgenommen. So verwundert es nicht, wenn bei der Eröffnung auch „altbadische Propaganda" sichtbar geworden ist. Hermann Veit beklagte im Februar 1951: „Die Herren haben es sehr mißfällig registriert, daß die Straße vom Bundesgerichtshof zur Kunsthalle ausschließlich mit den altbadischen Fahnen geschmückt war und daß die Ovationen offenbar bestellter kleiner Gruppen an den Straßenkreuzungen nicht dem Herren Bundespräsidenten, sondern dem Herrn Staatspräsidenten von Südbaden dargebracht worden sind."[108]

Die nunmehr in Karlsruhe etablierte „Residenz des Rechts" geriet in der Folgezeit noch zweimal in Gefahr. Das erste Mal 1960/61, als offenbar wurde, daß die Unterbringung im Prinz-Max-Palais sowohl räumlich als auch von der Lage her den Anforderungen dieses zentralen Verfassungsorgans der Bundesrepublik bei weitem nicht mehr genügte. Es drohte die Abwanderung nach München, wo das Gelände des ehemaligen Armeemuseums für einen Neubau angeboten worden war. Karlsruhe reagierte in Zusammenwirken mit dem Land und gab seine Pläne für den Neubau des Theaters am Schloßplatz auf. Bei der Eröffnung des Bundesverfassungsgerichts in den neuen Räumlichkeiten am 6. Mai 1969 unterstrich Oberbürgermeister Klotz die Bedeutung des Gerichts für die Stadt: „Das Bundesverfassungsgericht mußte Karlsruhe erhalten bleiben. Eine Stadt, als Residenz gebaut und mit dem Zuschnitt einer Residenz jung und kraftvoll geworden, hätte versagt, unverzeihlich versagt, hätte sie diese Institution, die einen beachtlichen Teil ihres spezifischen Gewichts ausmacht nicht halten können."[109]

Das zweite Mal entstand die Gefährdung des Sitzes beider Gerichte in Karlsruhe durch die deutsche Wiedervereinigung und war durch die Stadt selbst nicht unmittelbar zu beeinflussen. So wie Karlsruhe, wenn es nach dem Willen des Bundeskanzlers Adenauer gegangen wäre, nicht „Residenz des Rechts" geworden wäre, so hätte nach dem Willen des Altbundeskanzlers Brandt und vieler anderer 1990 der Sitz der Gerichte nach Leipzig verlegt werden sollen. Der Präsident des Bundesgerichtshofes a. D. Gerd Pfeiffer führte als Gründe für den Verbleib u. a. an: Karlsruhe liege zentral in Europa und ermöglicht ein enges Zusammenwirken mit den europäischen Gerichten; die Bundesrepublik habe nicht nur ein, sondern fünf oberste Gerichte, die in Deutschland räumlich gut verteilt seien; es sei wegen der Unrechtsjustiz des Leipziger Reichsgerichts im Dritten Reich „unzumutbar, zwischen diesem Reichsgericht und den ‚Karlsruher Obersten Gerichte' eine – wenn auch nur räumliche – Beziehung herzustellen."[110] Nach längeren Verhandlungen im Bundestag und seinen Ausschüssen wurde Karlsruhe dann als Sitz der Gerichte bestätigt. Karlsruhe ist die „Residenz des Rechts" geblieben. Spötter meinen sogar „Karlsruhe hat viele Gesichter, jedes zweite gehört einem Richter."

Karlsruhe wird Reaktorstandort

Obgleich den Deutschen die theoretische und praktische Erforschung der Kernenergie durch

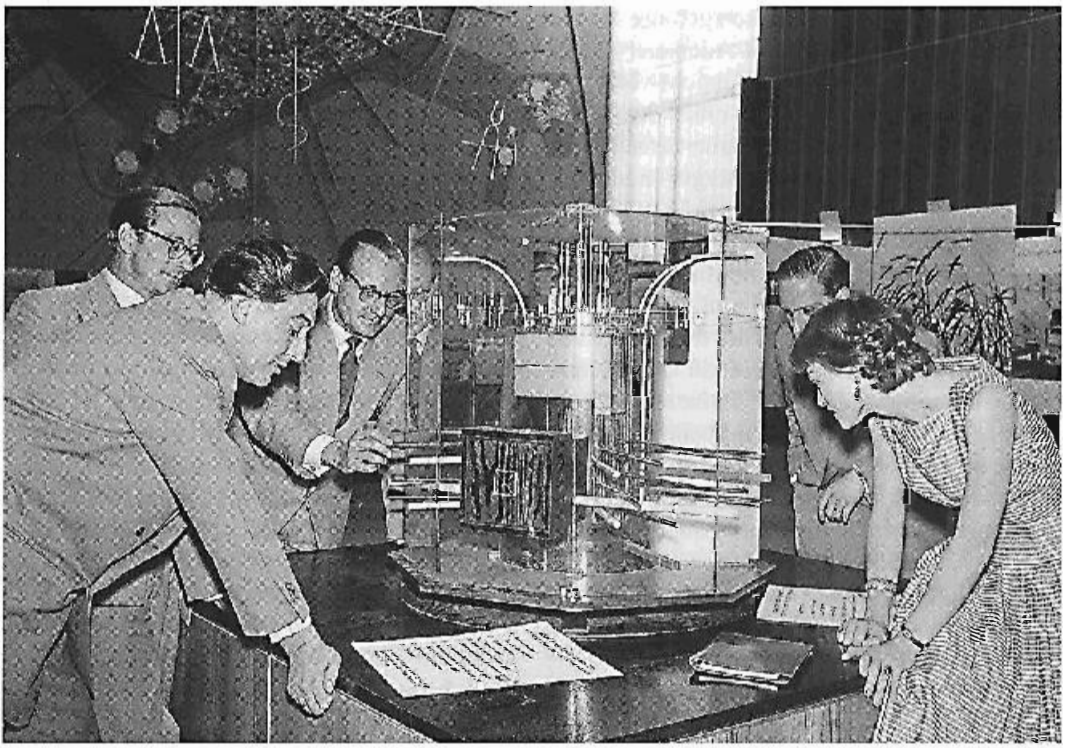
die alliierte Kontrollratsgesetzgebung untersagt war, trieb das Kabinett Adenauer schon im Frühjahr 1953 mit aller Vorsicht vorbereitende Planungen für den Bau eines deutschen Atomreaktors voran.[111] Die volkswirtschaftliche Bedeutung einer „Kernenergie-Industrie" beurteilte der Physiknobelpreisträger Werner Heisenberg so: „In absehbarer Zeit wird ein Großteil der Industrie Atomindustrie sein ... Trotz aller Schwierigkeiten muß die Bundesrepublik sich deshalb ... wieder mit der Atomforschung befassen, wenn sie mit der Weltindustrie Schritt halten will." Heisenberg hatte sich als Vorsitzender der entsprechenden Gremien auch schon für einen Standort des ersten deutschen Reaktors entschieden. „Bötzkes für Karlsruhe, Heisenberg Bayern" notierte Oberbürgermeister Klotz am 12. Mai 1953 nach einem Telefonat mit Oberregierungsrat Dr. Greifeld vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

Die Interessen Baden-Württembergs in der Planungskommission für Kernenergie vertrat der Präsident des Geologischen Landesamtes Franz Kirchheimer. „Nur ein überaus großzügiges Angebot", so befand er, könne bewirken, das zukunftsträchtige Projekt „Bundes-Reaktor-Station" für die Stadt Karlsruhe zu gewinnen. Noch im Mai 1953 bewarb sich die Stadt offiziell bei der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Standort des Atommeilers zu werden. In engster Abstimmung mit der Landesregierung und unter Einbindung der führenden Männer der Stadtverwaltung formulierte Karlsruhe seine Bewerbung und legte sie mit der repräsentativen, gedruckten Broschüre: „Karlsruhe bewirbt sich um den Atom-Meiler" vor.[112] Trotz des Angebotes, kostenlos ein etwa 100 ha großes Baugelände in Rheinnähe nördlich Maxaus für den Bau der Reaktorstation zur Verfügung zu stellen, favorisierten die Planungsgremien auf Drängen Heisenbergs nach wie vor den Standort München.

Nach weiteren gutachterlichen Stellungnahmen Heisenbergs schien seit etwa Mitte des Jahres 1954 Bonn dahin zu tendieren, nach Erlangung der Souveränität durch die Ratifizierung des EVG- und Deutschlandvertrages die Reaktorstation in München zu bauen. Dennoch wurden die beiden Bewerberstädte München und Karlsruhe aufgefordert, bis spätestens zum Jahresende 1954 detaillierte General-Bebauungspläne auszuarbeiten. Für Karlsruhe übernahm diese Aufgabe der ortsansässige Architekt Prof. Erich Schelling. Zu dieser Zeit stellte Klotz resignierend fest, die Stadtverwaltung nicht um jeden Preis in „das Feuer einer aussichtslosen Schlacht" hetzen zu wollen. Da inzwischen zwei maßgebliche Industrievertreter in der Planungskommission, Wilhelm Bötzkes und Hermann Reusch, offen für das nach ihrer Ansicht bessere Karlsruher Angebot votierten, zog die Stadt ihre Bewerbung nicht kurzerhand zurück. „Die Standortfrage wird", so Reusch in einem Schreiben an Franz Kirchheimer, „voraussichtlich noch einige Kämpfe bringen. Ich kann mir aber nicht denken, daß Herr Heisenberg sich durchsetzen wird. Es sprechen zuviele gute Gründe gegen seinen Standpunkt, und notfalls sind wir auch in der Lage, gegen ihn zu entscheiden und ohne ihn zu arbeiten."

Doch Heisenberg setzte zunächst als Gutachter über die beiden Generalbebauungspläne trotz gleichwertiger Angebote wieder auf München. Karlsruhe schien damit als Reaktorstandort aus dem Rennen zu sein, zumal sich die für die Bundesregierung tätige Physikalische Studiengesellschaft im Juni 1955 dem Votum Heisenbergs anschloß. Erst eine von Adenauer selbst bestellte Nachfrage bei der NATO über deren Auffassung zur Standortfrage brachte die Entscheidung, daß für „den Reaktorbau nur Karlsruhe und nicht München in Frage kommen (konnte)." Die Ursache für diese Entscheidung lag in der geostrategisch ungünstigen Lage Münchens. Die Stadt fiel unter die Definition eines „strategisch gefährdeten Gebietes", wie es bereits in den EVG-Vertragsentwürfen festgelegt worden war. Karlsruhe wurde hiervon nicht berührt. Damit waren im Juli 1955 die Würfel endgültig zugunsten von Karlsruhe gefallen.

Es dauerte jedoch noch einige Jahre, bis im ersten Reaktor eine Kettenreaktion stattfand.



Besucher der Ausstellung „Atomkraft als Friedenskraft" 1956 im Karlsruher Rathaus beim Betrachten eines gläsernen Modells des Forschungsreaktors 1, der ab Mitte 1957 bei Karlsruhe gebaut wurde.

Zunächst erfolgte am 19. Juli 1956 im Kleinen Saal der Stadthalle die Vertragsunterzeichnung zur Gründung der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft.[113] An dem Stammkapital beteiligten sich Bund, Land und Industrie zu 30 %, 20 % und 50 %. Da sich die Wirtschaft von weiteren Investitionen über 60 Millionen DM nicht beteiligen wollte, gründeten Bund und Land 1959 die Gesellschaft für Kernforschung, die in Institute und Anlagen 150 Millionen investieren sollte. 1963 fusionierten die beiden Gesellschaften zur Kernforschung GmbH mit Sitz in Karlsruhe, Träger waren nur noch der Bund und das Land.

Als der Vertrag unterzeichnet wurde, war schon klar, daß der Reaktor nicht auf dem vorgesehenen Gelände errichtet werden würde.[114] Grund dafür war vor allem das durch die Abwässer der Kaligewinnung am Oberrhein zu aggressive Rheinwasser, das zur Kühlung benötigt wurde. Man fand dann weiter nördlich mitten im Hardtwald zwischen Eggenstein, Leopoldshafen, Friedrichstal und Blankenloch ein ausreichend großes Gelände mit 135 ha Fläche. Trotz noch nicht genehmigtem Wassergewinnungsplan erteilte das zuständige Landratsamt im April 1956 den Baubescheid. Die daraufhin eingereichte Klage beim Verwaltungsgericht durch die Gemeinden Friedrichstal und Leopoldshafen konnte die kurz danach einsetzenden Bauarbeiten für den ersten deutschen Atomreaktor nicht verhindern. Die Furcht vor Strahlenschäden führte zu erfolglosen Einsprüchen und Petitionen aus diesen Gemeinden im Landtag.

1959 waren 18 Institute auf dem Gelände geplant, darunter ein Institut der Karlsruher Technischen Hochschule, aus Göttingen kommend das Max-Planck-Institut für Physik und das Institut für Transurane der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), mit dem die internationale Kooperation sichergestellt

wurde. Zahlreiche internationale Kongresse zu Fragen der Kernenergie und anderen Forschungsschwerpunkten des Zentrums fanden seitdem in Karlsruhe statt. Am 7. März 1961 wurde im Reaktor die erste selbständige Kettenreaktion ausgelöst. Erster Leiter des Forschungszentrums wurde Prof. Dr. Karl Wirtz. Die Zahl der Mitarbeiter an dem Zentrum wuchs schnell auf mehrere tausend, darunter mehrere hundert Wissenschaftler auch aus europäischen Ländern. Nicht zuletzt ihretwegen gründete man die erste deutsche Europaschule in der Waldstadt.

Um die Mitte der 1950er Jahre waren vielen Menschen die Atombombenabwürfe in Japan und ihre verheerenden Folgen noch gegenwärtig. Die laufenden Atombombenversuche, über die in der Presse berichtet wurde, und der Streit um eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr als Teil der NATO, die Adenauer 1957 für notwendig hielt, trugen für viele ebenfalls nicht zu einer positiven Einstellung gegenüber der Atomforschung bei. Dagegen setzte man die Propagierung der „Atomkraft als Friedenskraft". So lautete der Titel einer Ausstellung, die im September 1956 im Karlsruher Rathaus zu sehen war. Eine große Zustimmung zum Bau des Reaktors in Stadtnähe konnte dennoch in einer repräsentativen EMNID-Umfrage im September 1956 nicht ermittelt werden. 43 % aller Karlsruher und Karlsruherinnen sprachen sich für den Bau aus, 23 % waren dagegen und 34 % blieben indifferent.[115] Auffallend war, daß die Frauen nur zu 27 % dafür und zu 30 % dagegen stimmten. Als Begründung für die Zustimmung wurde am meisten der Gewinn für die Stadt und die Hochschule genannt.

Diese Umfrage veröffentlichte die Presse einen Tag vor der entscheidenden Sitzung des Karlsruher Gemeinderats am 20. September 1956. Auch wenn der Reaktor schließlich nicht auf Karlsruher Gemarkung errichtet wurde, gibt die Diskussion darüber im Karlsruher Gemeinderat einen interessanten Einblick in den damaligen Meinungsbildungsprozeß zur Atomenergie. Sehr gründlich und ernsthaft war diese Sitzung vorbereitet worden. Drei Kommissionen des Gemeinderats reisten nach London, Paris und Genf, um Reaktoren zu besichtigen und mit Fachleuten zu diskutieren. Am Vortag diente eine Pressekonferenz dazu, die Erkenntnisse der Reisen mitzuteilen.[116] Den Fachleuten folgend stellte man fest, es bestehe für Reaktoren keine Explosionsgefahr, eine Verunreinigung von Luft und Wasser sei undenkbar, die Beseitigung von radioaktivem Abfall, der erst in etwa zehn Jahren anfalle, stelle kein Problem dar und genetische Auswirkungen der Kernenergie seien nicht zu befürchten.

Im Gemeinderat diskutierten die Abgeordneten drei Stunden intensiv über ihre Haltung.[117] Es überwog die Zustimmung, mancher bekannte seine Skepsis, die aber ausgeräumt worden sei. Die friedliche Nutzung der Kernenergie sei nicht aufzuhalten. Da keine Gefahr drohe, sei der Reaktor für Karlsruhe ein Gewinn. Dies glaubte die Mehrheit. Die Stadträtin Toni Menzinger (CDU) begründete ihre Ablehnung mit den fortbestehenden Unsicherheiten einer so jungen Forschung und Technologie und vor allem mit den auch bei Wissenschaftlern nicht ausgeräumten Zweifeln über die von Reaktoren ausgehende radioaktive Strahlung. 43 Abgeordnete inklusive des Oberbürgermeisters stimmten am Ende dem Bau eines Reaktors auf Karlsruher Gemarkung zu, sechs stimmten mit Nein.[118] Etwa ein Jahr später bei der Vertragsunterzeichnung am 19. Juli 1957 betonte Klotz, im Gemeinderat sei es auch um die Frage gegangen, ob sich Deutschland ein Zurückbleiben hinter anderen Nationen in der Atomforschung erlauben könne, ohne bald eine drittrangige Nation zu werden.[119] Vor der Veranstaltung verteilte die „Aktionsgemeinschaft für Strahlenschutz" Flugblätter, für die Toni Menzinger verantwortlich zeichnete, mit der Forderung nach schneller Verabschiedung eines Strahlenschutzgesetzes.[120]

Wirtschaftsstandort Karlsruhe

Um das Ziel zu erreichen, Karlsruhe zu einem starken Industriestandort auszubauen, mußte

zuallererst entsprechendes Gelände ausgewiesen werden. Die vor 1949 angesiedelten Betriebe (siehe oben) richteten sich zunächst in Gebäuden bestehender Firmen ein, brauchten aber bald eigene Neubauten. Dafür wurden unter anderem durch Auffüllung mit Trümmerschutt am Rheinhafen 30 ha ausgewiesen, bei Knielingen entlang der Bahnlinie nach Graben 50 ha, bei Maxau 30 ha und bei Hagsfeld an der Autobahn 50 ha. Bis 1957 konnten 250 ha Industriegelände bereitgestellt werden. Insgesamt verfügte die Stadt zu diesem Zeitpunkt über 600 ha Industriefläche, davon waren 350 ha industriell und gewerblich genutzt.[121] Für die notwendige Bereitstellung von Energie sorgte das Badenwerk mit dem Bau seines Dampfkraftwerks am Rhein, der 1952 begonnen wurde.

Die Erfolge konnten sich durchaus sehen lassen. Zu den vielen Neuansiedlungen seit 1949 zählte das Werner Werk für Regelungstechnik der Firma Siemens, die Fluor-Chemie am Rheinhafen, das modernste Werk zur Flußspat-Aufbereitung in Europa, L'Oréal, die Heinkel-Werke, die Arzneimittelfabrik Pfizer. Auch der französische Reifenproduzent Michelin kehrte nach Karlsruhe zurück.[122] Schon 1956 waren von 267 Industriefirmen mit zehn und mehr Mitarbeitern etwa 100 nach 1945 entstanden oder nach Karlsruhe gezogen. 1965, im Jahr des 250. Stadtjubiläums, blickte man auf etwa 300 Neuansiedlungen von Betrieben seit 1945 zurück. Die Firma Siemens wuchs schnell zum größten Industriebetrieb der Stadt mit etwa 5.000 Beschäftigten zu Beginn der 1950er Jahre, darunter etwa 30 % Vertriebene.[123]

Die Stadt setzte in einer ersten Ansiedlungsphase vor allem auf lohn- bzw. arbeitsintensive Betriebe. 1949/50 lag die Arbeitslosigkeit in der Stadt mit 8,4 % wegen des Umstrukturierungsprozesses noch höher als in anderen städtischen Regionen. Schon bald aber mußte die Ansiedlung eines IBM-Werkes auf Betreiben von Unternehmerkreisen und zur Verärgerung der Stadt wegen des Mangels an Facharbeitern abgelehnt werden.[124]

Den Wirtschaftsaufschwung, den auch Karlsruhe im Zeichen des Wirtschaftswunders nahm, belegen die Beschäftigtenzahlen insgesamt.

Beschäftigte in Karlsruhe 1950-1967[125]

Jahr	Beschäftigte insgesamt	davon Einpendler absolut	in %
1950	100.145	25.938	25,90
1955	126.917	32.100	25,29
1961	156.336	43.265	27,67
1967	163.000	48.500	29,75

Die wachsende wirtschaftliche Bedeutung der Stadt für die Region zeigt die beinahe verdoppelte Zahl der Pendler im Zeitraum von 17 Jahren. Knapp die Hälfte aller in Karlsruhe Beschäftigten fand in Betrieben mit weniger als 100 Mitarbeitern ihren Arbeitsplatz. 13 Unternehmen beschäftigten 1961 mehr als 1.000 Mitarbeiter. Im Blick auf die Industriebereiche behielt Karlsruhe traditionell seinen Schwerpunkt bei der Metallverarbeitung. Etwa 60 % der Arbeitnehmer gehörten 1961 diesem Fertigungsbereich an, mehr als im Landesdurchschnitt. Was den Industrieumsatz anbelangte, fiel die einst umsatzstärkste Sparte hinter die chemische Industrie zurück. 1955 war das Verhältnis noch 308 zu 77 Millionen, 1965 aber 703 zu 1.141 Millionen DM. Drittstärkste Sparte blieb die Nahrungsmittelindustrie.[126]

Diese Verschiebung zwischen metallverarbeitender und chemischer Industrie war die Folge des größten Erfolgs der Karlsruher Industrieansiedlungen der Nachkriegszeit, dem Aufbau von zwei Ölraffinerien am Rhein nördlich von Maxau. Dies war jedoch nicht allein der aktiven Politik des Gespanns Oberbürgermeister Klotz und Wirtschaftsdezernent Gurk zu danken. Der Wandel in den Beziehungen zu Frankreich im Rahmen der europäischen Bewegung gab dem Standort Karlsruhe eine völlig neue Qualität. Er lag nun nicht mehr nur fernab der Grenze des Kalten Krieges im Osten Deutschlands. Mit dem Schumann-Plan von 1950, den Verhandlungen über eine europäische Wirtschaftsunion und der Lösung der Saarfrage – das Saarland war 1956 nach

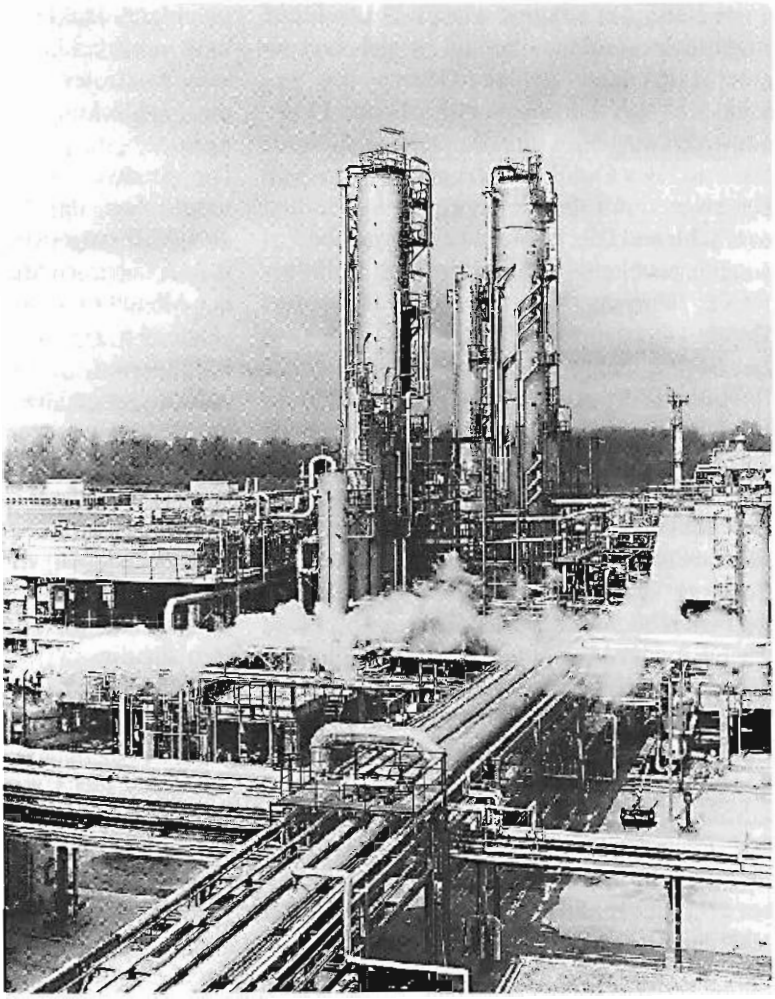
einer Volksabstimmung wieder Deutschland zugeordnet worden – befand er sich nun an einer zunehmend offeneren Grenze nach Westen. Man sah den Standort Karlsruhe in der günstigen Lage im Schnittpunkt des Nord-Süd- und des Ost-West-Verkehrs an den Verkehrswegen auf dem Wasser, der Straße und der Schiene. Die politischen Rahmenbedingungen gestalteten sich für die Stadt Mitte der 1950er Jahre unerwartet günstig wie seit fast vierzig Jahren nicht mehr.

Der Besuch mehrerer leitender Mitarbeiter der Deutsche Erdöl Aktiengesellschaft (DEA) im Juli 1957 in der Stadt machte diese neue Lage deutlich.[127] Nach den schriftlichen Unterlagen besichtigten die Herren zusammen mit dem Hafendirektor Jakob Langfritz im Juli 1957 das Gelände, das eigentlich für den Bau des Reaktors vorgesehen war. Die Firma plante die Errichtung einer Erdölraffinerie. Die Pläne der DEA entstanden im Hinblick auf die von Marseille nach Straßburg im Bau befindliche Ölpipeline. Am 6. September bestätigte die Firma dem Oberbürgermeister ihr Interesse an der Errichtung einer Erdölraffinerie in Karlsruhe. Es folgten Untersuchungen des Areals und Planungen sowie Gespräche über die Finanzierung der Erschließung. Am 6. November 1958 teilte die DEA der Stadt ihre Entscheidung zum Bau der Raffinerie in Karlsruhe mit. Damit konnte sich Karlsruhe in der Konkurrenz gegen Mannheim, Worms und Maximiliansau behaupten.

Lange bevor der Vertrag mit der DEA unter Dach und Fach war, hatte sich auch die ESSO AG im Oktober 1958 an die Stadt gewandt mit der Frage, ob bei dem DEA-Gelände nicht noch eine zweite Raffinerie gebaut werden könnte.[128] ESSO und DEA wurden sich einig, und die Stadt stimmte dann ebenfalls zu. Im Jahre 1959 konnten nach jeweiliger Zustimmung des Gemeinderats, die Verträge am 14. Mai mit der DEA auf dem Motorschiff Wiesbaden, das im Rheinhafen lag, und am 8. Juli mit der ESSO im Kaiserhof unterzeichnet werden. Karlsruhe war damit nach Köln und Hamburg zur drittgrößten Basis für die Verarbeitung von Erdöl in Deutschland geworden. Der Gemeinderat dankte Klotz und der Stadtverwaltung ausdrücklich für diesen Erfolg. Wirtschaftsminister Veit meinte dazu, es sei wie die „Entdeckung eines großen Kohlevorkommens."

Die Stadtverwaltung hatte sich vertraglich verpflichtet, das Areal durch Auffüllung mit drei Millionen Kubikmetern Material hochwassersicher zu machen. Mit der Verlegung der Alb auf einer Strecke von vier Kilometern sowie der Herstellung von drei Kilometern Bahngleisen, 3,5 Kilometern Straßen- und Kanalisationsbau sowie mit fünf Brücken wurde das Baugelände erschlossen. Ein neues großes Hafenbecken im Norden der Raffinerien mußte gebaut werden. Die Kosten für diese Maßnahmen beliefen sich auf etwa 30 Millionen DM. Begonnen wurde damit schon wenige Wochen nach der zweiten Vertragsunterzeichnung im August 1959. Gegen die erneuten Kosten für die zweite Raffinerie waren im Gemeinderat verhalten kritische Anmerkungen zu hören, die von Klotz aber als kleinlich angesichts der Bedeutung der Raffinerien für die Stadt und das Umland zurückgewiesen wurden.[129] Kaum thematisiert wurden während der Planungsphase mögliche negative Auswirkungen des Betriebs der Raffinerien. Dabei ging es vor allem um das Problem des Rußausstoßes und der Geruchsbelästigung, die von Fachleuten als technisch gelöst erklärt wurden. Einzig Stadtrat Otto Figlestahler (CDU), der erste Umweltschützer der Stadt, wies in einem langen Schreiben an den Oberbürgermeister vom 20. April 1959 auf die Gefahr durch die Emission von Schwefeldioxyd hin und schlug die tägliche Abgasmessung des Gehaltes an Schwefeldioxyd als Auflage für die Betriebsgenehmigung vor. Klotz verwies in seiner Antwort lediglich darauf, daß alle gesetzlichen Vorschriften in dem Vertrag eingehalten würden.[130] Otto Figlestahler war seiner Zeit um zehn Jahre voraus (siehe unten).

Am 6. September erreichte die 760 Kilometer lange Ölleitung von Marseille über Straßburg den Rhein und wurde unter der Rheinsole durch den Fluß in das Raffineriegelände geführt. Tausende feierten am folgenden Sonn-



Rohöl- und Vakuumdestillationsanlage der Oberrheinischen Mineralölwerke um 1965.

tag, dem 9. September, mit den Arbeitern und den Vertretern der Stadt, des Landes und der Ölfirmen am Rhein ein Volksfest. Zehn Tage brauchte das Rohöl von Marseille bis Karlsruhe, und täglich kamen etwa 30.000 Liter in der Raffinerie an. Der erste Öl-Zug verließ die ESSO-Anlage am 19. Dezember 1962 in Richtung Stuttgart. Die DEA nahm ihren Betrieb am 10. Mai 1963 auf.

Die Ansiedlung der Raffinerien gab dem bereits erkennbaren Strukturwandel des Karlsruher Rheinhafens schlagartig eine neue Dimension. Bis 1951 war es gelungen, die beiden zerstörten großen Werfthallen wieder aufzubauen. Die 30 ha große, durch Schuttablagerung gewonnene, Industriefläche wurde genutzt. 1958 mußte wegen des steigenden Mineralölumschlags das Ölbecken um 300 Meter verlängert werden. Eine zusätzlich geplante große Hafenerweiterung, vom Nordufer des Verbindungskanals ausgehend, wurde nicht realisiert. Statt dessen entstand 1960–1963 der Ölhafen für die Raffinerien etwa 7,5 Kilometer stromabwärts.[131]

Die Entwicklung der Umschlagzahlen nach 1945 zeigt zunächst einen deutliche Rückgang gegenüber 1936. Dies lag daran, daß das Hauptumschlagsgut Kohle stark rückläufig war, weil der ganze nordwürttembergische Raum noch während des Krieges über den Ha-

fen Heilbronn versorgt wurde. Der Ausbau des Rhein-Neckar-Kanals nach 1945 verstärkte diese Entwicklung. Von annähernd 2,6 Millionen Tonnen ging der Hafenumschlag bis 1954 auf durchschnittlich etwa 1,5 Millionen Tonnen zurück. Erst die zunehmende Konkurrenz zwischen den Energieträgern Kohle und Öl sowie günstige Frachttarife von Karlsruhe in den Stuttgarter Raum brachten einen neuen Aufschwung. 1957 übertraf der Umschlag mit 2,9 Millionen Tonnen die Zahl von 1936. Nach der Inbetriebnahme der Raffinerien stieg der Umschlag auf 5,2 Millionen Tonnen mit steigender Tendenz. Da der Ölhafen ein reiner Abfuhrhafen für die Fertigprodukte der Raffinerien war – das Rohöl kam über die Pipelines –, stieg die Abfuhrquote des Hafens von etwa 10 % auf fast 29 % im Jahr 1964. Darin drückte sich die wachsende industriewirtschaftliche Orientierung der Stadt aus. Im übrigen wuchs der Karlsruher Hafen schon 1968 zum fünftgrößten Binnenhafen der Bundesrepublik und zum größten Ölhafen Europas im Binnenland. Eine Betrachtung der Umsätze der einzelnen Wirtschaftsbereiche verdeutlicht, daß der Groß- und Einzelhandel in der Stadt eine starke Stellung einnahmen. Zusammen übertrafen sie 1966 die Industrieumsätze deutlich.

Der Kaufhauskonzern Karstadt kam neu in die Stadt, Hertie renovierte seinen kriegsbeschädigten Bau, Schneider baute bei der Hauptpost ein neues Kaufhaus. Der alteingesessene Lebensmittelhandel Pfannkuch führte schon früh in seinen Filialen die Selbstbedienung ein. Der Karlsruher Möbelhändler Hugo Mann wurde zu einem Pionier des Einzelhandels mit seinen Einkaufszentren Mann Mobilia und Wertkauf. Aus Sachsen war das Mona-Versandhaus nach Karlsruhe gekommen, und das Versandhaus Heine gewann in einem speziellen Marktsegment eine starke Position. Aus einem Drogeriegeschäft wuchs mit den „dm Drogerie-Märkten" ein großes Filialunternehmen.

Nimmt man das jährliche Bruttosozialprodukt zum Maßstab, dann war die Umsetzung des Karlsruher Konzepts erfolgreich. Es verdreifachte sich auf drei Milliarden Mark von 1948 bis 1960.[133] Die Löhne und Gehälter verdoppelten sich in dieser Zeit, während die Lebenshaltungskosten nur um etwa 50 % stiegen. Konkret bedeutete das: Das Einkommen eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts betrug 1950 real 331 DM und stieg bis 1960 auf 648 DM. Angestellten- und Beamtenhaushalte und erst recht Selbständige lagen deutlich höher. Weit schlechter ging es den zahlreichen Rentnern, Vertriebenen, Versehrten und Kriegshinterbliebenen. Die durchschnittliche Arbeiterrente betrug noch anfang 1957 90 DM. Wie schwer es war, damit auszukommen, verdeutlichen einige Verbraucherpreise: 1 kg Mischbrot 75 Pfennige, 1 kg Schweinefleisch 5,60

Umsätze nach Wirtschaftsbereichen in Karlsruhe[132]

Wirtschaftsbereiche	Umsätze in Millionen DM		
	1954	1958	1966
Land- und Forstwirtschaft	14,8	11,5	5,6
Industrie	749,5	1.163,7	2.119,5
Handwerk	239,8	256,2	439,0
Großhandel	555,6	756,0	1.379,9
Einzelhandel	245,5	448,1	1.135,6
Sonstige Wirtschaftsbereiche	168,7	252,8	722,4
Summe	**1.973,9**	**2.888,3**	**5.802,0**

Der bemerkenswerte Aufschwung des Einzelhandels ist ein Hinweis darauf, daß die Stadt sich auf dem Weg zu einem Einkaufszentrum der Region befand. In dem bevölkerungsstärkeren Mannheim betrugen 1966 die Einzelhandelsumsätze z. B. nur 1.106 Millionen DM.

Einkaufszentren am Stadtrand mit guter Verkehrsanbindung und großzügig bemessenen Parkflächen an der Durlacher Allee: Mann Mobilia und Wertkauf des Unternehmers Hugo Mann.

DM, 1 kg Butter 7,30 DM, 1 kg Margarine 2,05 DM, 1 kg Bohnenkaffee 19,70 DM oder ein Herrenmantel 67,75 DM; eine Kinokarte kostete 1,60 DM.[134] Erst mit dem „spektakulärsten sozialen Reformwerk seit der Bismarckära", der Dynamisierung der Renten, wurde auch für die Rentenempfänger eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erreicht. Die Renten stiegen Mitte 1957 um durchschnittlich 65 %. Die Einkommen wurden durch lange Arbeitszeiten erzielt: 1950 betrug die Wochenarbeitszeit eines Industriearbeiters 49, 1955 sogar 49,5 und 1960 immer noch 46,3 Stunden. Offiziell gab es seit Oktober 1956 die 45-Stunden-Woche und aus der Sechs-Tage-Arbeitswoche war die Fünf-Tage-Arbeitswoche geworden. 1960 konnte vereinbart werden, bis 1965 die 40-Stunden-Woche einzuführen. Tatsächlich aber gehörten in dieser Zeit steigende Überstundenzahlen zum betrieblichen Alltag. Zwar hatten auch die Karlsruher Arbeiter und Arbeiterinnen für die Verkürzung der Arbeitszeit oder für Tariferhöhungen im Zuge bundes- oder landesweiter Arbeitskampfmaßnahmen so etwa 1963 gestreikt, dies blieb jedoch angesichts der boomenden Wirtschaft die Ausnahme.[135]

Eine kurzfristige Störung des sozialen Friedens in Karlsruhe brachte die Erhöhung der Vorgabezeiten für die Akkordarbeit in der Gießerei der Firma Junker & Ruh. Der neue Besitzer, die Carl-Neff-Werke in Bretten, zeigte sich in Verhandlungen mit Betriebsräten und der IG Metall hart. Nachdem die Gießereiarbeiter sich weigerten, unter den Bedingungen zu arbeiten, kam es zur Entlassung von 700 Arbeitnehmern bei Junker & Ruh. Eine von der Gewerkschaft organisierte Massenkundgebung in Bretten konnte der Unternehmerverband durch eine gerichtliche einstweilige Verfügung verhindern. Zwei Wochen später wurden sowohl die alten Vorgabezeiten vorerst wieder in Kraft gesetzt als auch bis auf 30 Mitarbeiter alle Entlassenen wieder eingestellt.[136]

Für den sozialen Frieden sorgte aber vor allem, daß bis zum Ende des Jahrzehnts die Vollbeschäftigung erreicht war. Die Arbeitslosigkeit fiel in Karlsruhe von 8,4 % auf ihrem Höhepunkt im Jahre 1949 auf 0,33 % im Jahre 1960. Auch auf dem Arbeitsmarkt waren die Vertriebenen und Flüchtlinge nun integriert. Lange Zeit waren sie von der Arbeitslosigkeit stärker betroffen.

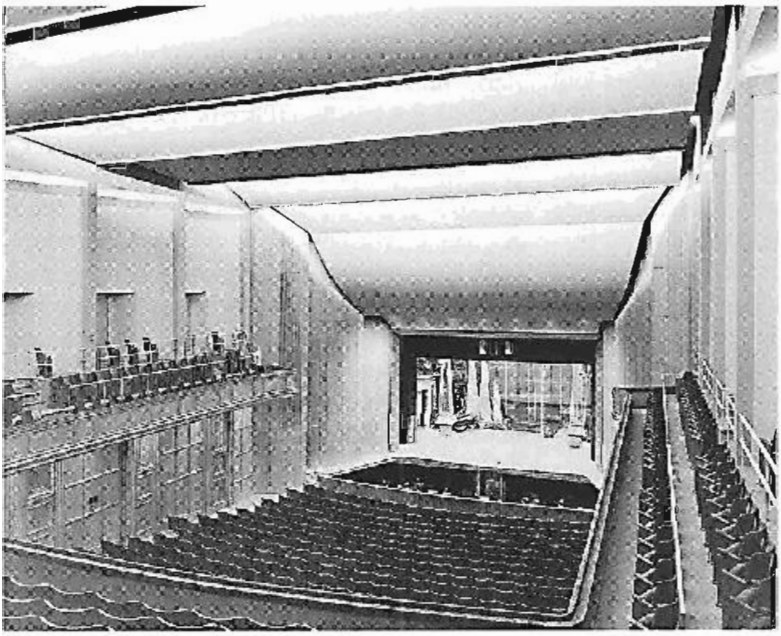
Kultur- und Bildungszentrum

„Zu allen ökonomischen Fakten muß sich ... eine geistige Aktivität und Anziehungskraft hinzugesellen. Nur dann kann man wirklich

Mittelpunkt einer Landschaft sein und bleiben."[137] Die Bedeutung von kulturellen Institutionen für die Ansiedlung von Behörden und Betrieben erfuhr die Stadt schon bei dem Anforderungskatalog für die Bewerbung um den Bundesgerichtshof, wo nach Bibliotheken und Hochschulen gefragt wurde. In der Broschüre für die Bewerbung als Reaktorstandort verwies Oberbürgermeister Klotz auf die Technische Hochschule und nannte Karlsruhe ein Kulturzentrum. Dies wurde dann vor der Beantwortung der zwanzig Fragen in eher allgemein gehaltenen Erläuterungen dargestellt.[138]
1959 griff der Wirtschaftsdezernent Bürgermeister Gurk das Thema unter dem Titel „Kultur und Wirtschaft in der Gemeinde" wieder auf.[139] Er betonte die „Interdependenz" von Wirtschaft und Kultur, meinte aber mehr die Abhängigkeit der Ausgaben für Kultur vom wirtschaftlichen Wohlergehen der Gemeinde. Er sah aber auch, daß die im Bereich der Kultur Tätigen „als Teil der Wohnbevölkerung einer Stadt nicht ohne wirtschaftliche Bedeutung" seien. Deshalb stellte Gurk im Hinblick auf das Theater fest, daß „der Fortbestand dieser Kultureinrichtung im Zeichen der Interdependenz der kulturellen und wirtschaftlichen Werte eine Notwendigkeit" sei. Gurk führte in seinen Überlegungen die wichtigsten Landesinstitutionen auf und erklärte dann: „Die Verteilung der Macht, aber auch die Verteilung der wirtschaftlichen und kulturellen Schwerpunkte ist eine Grundvoraussetzung der Freiheit. Es wäre schlecht um das Land bestellt, wenn es dem Sog nach nur einem Zentralpunkt nachgeben würde." Gurk sprach damit natürlich auch die Tatsache an, daß die zentralen Karlsruher Kulturinstitutionen Einrichtungen des ehemaligen Landes bzw. Großherzogtums Baden waren. Keine von ihnen fiel der Zusammenlegung der beiden Länder Baden und Württemberg zum Opfer. Die kulturellen Traditionen Karlsruhes konnten somit fortgeführt werden.
Das kulturelle Profil der Stadt und ihr Selbstverständnis prägten zuerst das Theater als Mittelpunkt des repräsentativen kulturellen Gemeinschaftslebens. Kunsthalle, Landesmuseum und Naturkundemuseum bildeten den musealen Dreiklang mit großer Anziehungskraft für die Region und darüber hinaus. Technische Hochschule, Akademie der Bildenden Künste, Staatstechnikum[140], Pädagogische Hochschule (bis 1962 Pädagogisches Institut)[141] und die von der Stadt bis 1971 allein getragene Musikhochschule mit dem Badischen Konservatorium[142] machten die Stadt zu einem überregionalen Bildungszentrum. Für die Erforschung der badischen Geschichte wie für die regionale und lokale Geschichtspflege war das Badische Generallandesarchiv in der Hildapromenade unverzichtbar. Es hatte den Krieg unversehrt überstanden. Die Badische Landesbibliothek war dagegen mit fast ihrem gesamten Bücherbestand, außer den ausgelagerten unersetzlichen Handschriften, 1942 ein Raub der Flammen nach einem Bombenangriff geworden. Sie mußte unter Mühen neu aufgebaut werden durch Schenkungen und Aufkäufe von privaten Bibliotheken. Anfangs provisorisch in der Maximilianstraße untergebracht, erhielt sie 1965 im Nymphengarten einen Neubau, der mit den Magazinen im Westflügel des Sammlungsgebäudes verbunden war.[143]
Die Stadtverwaltung trug nicht nur durch die Mitfinanzierung des Staatstheaters und die alleinige Trägerschaft der Musikhochschule, sondern durch Förderung zahlreicher kultureller Aktivitäten, durch Atelierbau, durch Aufkäufe von Kunstwerken, durch die Verleihung eines Kulturpreises an Nachwuchskünstler verschiedener Sparten und anderem zur großen Vielfalt des kulturellen Lebens in der Stadt bei. Nicht zuletzt erwarb sich Karlsruhe mit dem Schulhausbau, der auch für das Umland Bedeutung hatte, den Ruf einer Schulstadt. Das Kultur- und Bildungszentrum stand jedoch 1949 erst vor einem mühsamen Anfang. Es bedurfte großer Anstrengungen und auch großer Geduld bis in den Aufbaujahren alle gewünschten Ziele erreicht wurden.

Theater und Musik

Das Badische Staatstheater, das je zur Hälfte von der Stadt und dem Land finanziert wurde,



Der neu gestaltete Zuschauerraum des Konzerthauses am Festplatz 1954.

erlebte nach 1953 wieder einen Aufschwung. Obwohl die Zahl der Aufführungen ständig gestiegen war, besuchten in der Saison 1950/51 75.000 Menschen weniger als vor der Währungsreform das Theater. Mit dem umgebauten Konzerthaus, das 1954 wiedereröffnet wurde, und dem 1953 gekommenen Intendanten Paul Rose begann ein kontinuierliches Arbeiten, so daß die Besucherzahlen 1957/58 mit fast 400.000 bei einer Platzausnutzung von 73 % ein sehr hohes Niveau erreichten. Rein statistisch gesehen lag Karlsruhe mit 1.700 Theaterbesuchern pro 1.000 Einwohner 1958/59 im Vergleich zu Großstädten mit 200.000 Einwohnern weit über dem Schnitt von 867.[144] Dazu trugen sicher auch die in bald 120 Orten Badens, Nord-Württembergs, der Pfalz und sogar des Elsaß im Umkreis von 100 Kilometern geworbenen Abonnenten bei.[145] Das Staatstheater hatte Anziehungskraft weit in die Region.

Der Spielplan schien den Geschmack des Publikums zu treffen. Klassiker und Unterhaltungsstücke bestimmten ihn. Problematische Gegenwartsstücke waren den Karlsruher Theaterbesuchern kaum zu vermitteln. Samuel Beckets „Warten auf Godot", das 1953 nach der Berliner Uraufführung hier gespielt wurde, stieß auf großes Unverständnis und heftigen Widerstand. Erst in den 1960er Jahren, Intendant war seit 1963 Hans-Georg Rudolph, zeigte sich das Schauspielpublikum neuerem Bühnenschaffen gegenüber aufgeschlossener. Für das auch vorher an modernem Theater interessierte Publikum boten die beiden Privattheater „Die Insel" seit 1951 und das „Kammertheater" seit 1955 einen entsprechenden Spielplan, mit dem sie sich ein Stammpublikum heranbildeten. Zudem wurden beide Bühnen durch zahlreiche Gastspielreisen auch außerhalb der Stadt bekannt.

Beim Musiktheater verharrte das Karlsruher Publikum länger als beim Schauspiel im Konventionellen. Der Nachfolger des 1955 ausscheidenden Generalmusikdirektors Otto Matzerath, Alexander Krannhals, begann vorsichtig bisher hier unbekannte Opern zur Diskussion zu stellen, darunter die Werke von Benjamin Britten. Zu dieser Zeit begann in Karlsruhe die Karriere von Jess Thomas, Barry Mcdonald und Anton de Ridder. Als Krannhals 1961 überraschend starb, folgte ihm Arthur Grüber,

der den Kurs der dosierten Präsentation moderner Opernwerke fortsetzte. Auch der Operettenspielplan bewegte sich unter der Leitung des Oberspielleiters Hubert Türmer vorwiegend in den klassischen Bahnen. Um hier der Erstarrung vorzubeugen, spielte man in den 1960er Jahren auch Musicals, wobei „My fair Lady" ein besonderer Erfolg wurde.
Im Mittelpunkt des Karlsruher Musiklebens standen die Symphoniekonzerte des Orchesters des Badischen Staatstheaters, der badischen Staatskapelle. Mit Arthur Grüber begann auch hier die Öffnung für zeitgenössisches Schaffen mit mancher Ur- oder Erstaufführung. Daneben trugen die Musikhochschule und Gastspiele großer Orchester zur Vielfältigkeit der Musikerlebnisse in der Stadt bei. Unter den in der Stadt aktiven Chören sei der durch seine Rundfunktätigkeit bekannt gewordene Kammerchor unter Leitung von Paul Wehrle hervorgehoben.
Legendär in der Karlsruher Theatergeschichte ist eine Couplet-Strophe des Opernsängers Wilhelm Felden bei der Premiere des „Wildschütz" im März 1959. Die Aufforderung, doch endlich einen Theaterneubau in Angriff zu nehmen, quittierte das Publikum mit beinahe halbstündigem Beifall. Da hierüber bereits mit dem Land verhandelt wurde, machte der Oberbürgermeister dies tags darauf publik. Im Dezember stellte der Gemeinderat dann eine Million DM als Rückstellung für das Theater in den Haushalt ein. Man war sich einig, daß für Karlsruhe als „Kulturmittelpunkt am Oberrhein" ein eigenes und repräsentatives Großtheater unentbehrlich sei.[146] Der Weg zum Neubau war aber noch weit (siehe oben).

Museen

Während das Staatstheater schnell wieder funktionsfähig war, gilt das nicht für die drei Landesmuseen in der Stadt. Für ihre zerstörten Häuser war nicht so schnell Ersatz zu schaffen wie für das Theater. So hielten hier die Provisorien lange an und die Besucherzahlen blieben gering, bzw. es gab keine, da die Sammlungen überhaupt nicht gezeigt werden konnten.

Badisches Landesmuseum

Das Landesmuseum konnte unter Mühen sein Sammlungsgut bis 1949 zum großen Teil nach Karlsruhe zurücküberführen.[147] Es lagerte zunächst im Rückgebäude der Kunstakademie und in den Kellern des Erbgroßherzoglichen Palais. Dort, so hoffte der Leiter Arthur von Schneider, sollte schon bald das Museum neu eingerichtet werden. 1950, als die Bauarbeiten schon fortgeschritten waren, zerstörte die Entscheidung des Bundestages, den Bundesgerichtshof in Karlsruhe anzusiedeln, diese Hoffnung. Zwei Jahre nach dem Dienstantritt des neuen Leiters Rudolf Schnellbach fiel 1954 die Entscheidung zum Wiederaufbau des Schlosses für das Landesmuseum. Nach zehnjährigem „Exil" in den der Öffentlichkeit unzugänglichen ehemaligen Gebäuden der Telegraphenkaserne am Stadtrand kehrte das Museum an seine alte Stätte im ehemaligen Residenzschloß zurück. Im Mai 1959 eröffnete es in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, darunter der Markgraf Berthold von Baden, im fertiggestellten Mittelbau des Schlosses neu. Gezeigt werden konnten wesentliche Hauptwerke der Sammlungen. Dies geschah in einer von Fachleuten anerkannten modernen und ansprechenden Aufstellung. Karlsruhe habe, so stellte der Kulturbericht der Stadt fest, „mit dem badischen Landesmuseum wieder ein weit ausstrahlendes Zentrum für Kunst und Kultur gefunden."[148] Nicht wie erhofft zum Stadtjubiläum, sondern erst im Juni 1966 konnte das ganze Schloß wieder als Museum genutzt werden. In sieben Abteilungen waren nun die Vor- und Frühgeschichte des Oberrheingebietes, Werke ägyptischer Kunst, die berühmte Sammlung antiker Vasen, Bronzen und Skulpturen, Skulpturen vom frühen Mittelalter bis 1800, Glasgemälde und Kunstgewerbe aus allen europäischen Stilepochen, die Türkenbeute des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden, eines der bedeutendsten Münzkabinette der Bundesrepublik und

eine umfangreiche Sammlung badischer Volkskunst zu sehen. Das Museum wurde damals zu den modernsten und schönsten Kunstsammlungen Europas gezählt. Die Besucherzahlen nach der Eröffnung 1959 betrugen 60.000 und 125.000 im Jahr 1966.

Landesmuseum für Naturkunde

Schleppender gestaltete sich der Wiederaufbau des ehemaligen Gebäudes der Landessammlungen am Friedrichsplatz. Dort zogen die naturkundlichen Sammlungen, in den fünfziger Jahren eher provisorisch untergebracht, jährlich etwa 6.000 Besucher an. Das waren in der Mehrzahl Schulkinder, die im Rahmen des Unterrichts das im Keller des Westflügels untergebrachte Vivarium besuchten. Als dann 1962 mit dem neuen Vivarium und weiteren Ausstellungsräumen im Westflügel die Ausstellungsfläche verdoppelt wurde, schnellte die Besucherzahl auf über 70.000. Aber erst mit der Fertigstellung des Mittelbaus im März 1966 war die Institution als Museum voll funktionsfähig. Zuvor schon hatte sie, wie auch weiterhin, einen anerkannten Beitrag zur naturkundlichen Forschung geleistet. Den Neuaufbau der Schausammlungen, der noch einmal zur Schließung des Hauses zwang, plante die Museumsleitung nach der Fertigstellung des Ostflügels. Erst nach weiteren Verzögerungen konnte im September 1972 schließlich der Abschluß des Wiederaufbaus feierlich begangen werden. Dem Bau am Friedrichsplatz fehlt aber bis heute die ihn einst krönende Kuppel.

Staatliche Kunsthalle

Die Staatliche Kunsthalle konnte schon vor der Währungsreform in den nicht beschädigten Sälen in begrenztem Umfang Ausstellungen veranstalten. Nach der Beseitigung aller Kriegsschäden 1948–1951 waren die Räume in der Kunsthalle durch den Haupteingang und die Orangerie wieder voll nutzbar. Auch das Thoma-Museum war renoviert worden. Mit vielen z. T. international beachteten Sonderausstellungen wie der Hans-Baldung-Grien-Schau 1959 machte die Kunsthalle in der Folgezeit auf sich aufmerksam und unterstrich auch unter Jan Lauts, dem Nachfolger von Kurt Martin seit 1955, ihre Stellung als eine der großen und bedeutenden Gemäldegalerien Deutschlands.

Badischer Kunstverein Karlsruhe

Der Kunsthalle gegenüber lag das Gebäude des Kunstvereins, der 1968 sein 150jähriges Jubiläum feierte. Neben seiner ursprünglichen Aufgabe, die regionalen Künstler zu präsentieren, richtete er unter der Leitung von Klaus Gallwitz seit 1958 Ausstellungen von internationalem Rang aus. Zuvor mußten verschiedene Untermieter, mit denen man das Haus teilte, ausziehen und verschiedene Umbauten vorgenommen werden. In den Ausstellungen wurde nun auch moderne Malerei präsentiert, die in Karlsruhe bei einem jüngeren Publikum größeren Anklang fand als in den 1950er Jahren, während die konservative Kunstkritik und mit ihr viele Ältere auf Distanz blieben. Die Besucherzahlen gingen in die Zehntausende, die Mitgliederzahl stieg von etwa 700 auf über 2.000.[149]

Hochschulen

Akademie der Bildenden Künste

Die Karlsruher Akademie der Bildenden Künste stellt gewissermaßen eine Nahtstelle zwischen Kunstausstellungen und der Kunst„produktion" dar. Sie erlebte in der Mitte der 1950er Jahre einen dreifachen Wechsel in der Leitung und konnte 1958 von der Westhochschule in die für sie hergerichteten Räume der ehemaligen Kunstgewerbeschule an der Reinhold-Frank-Straße umziehen. 1967 erhielt die Akademie das Gut Scheibenhardt als Ausbildungsstätte, um ihre Raumnot etwas zu mildern. Mit dem Weggang von Erich Heckel und Wilhelm Schnarrenberger zeichnete sich auch eine Verlagerung des künstlerischen Interesses zur Abstraktion ab. Die jetzt neu berufenen

Eine der sieben Skulpuren von Horst Antes, die im Botanischen Garten unter dem Titel „Garten der Lüste" während der Bundesgartenschau heftigen Widerspruch erregten.

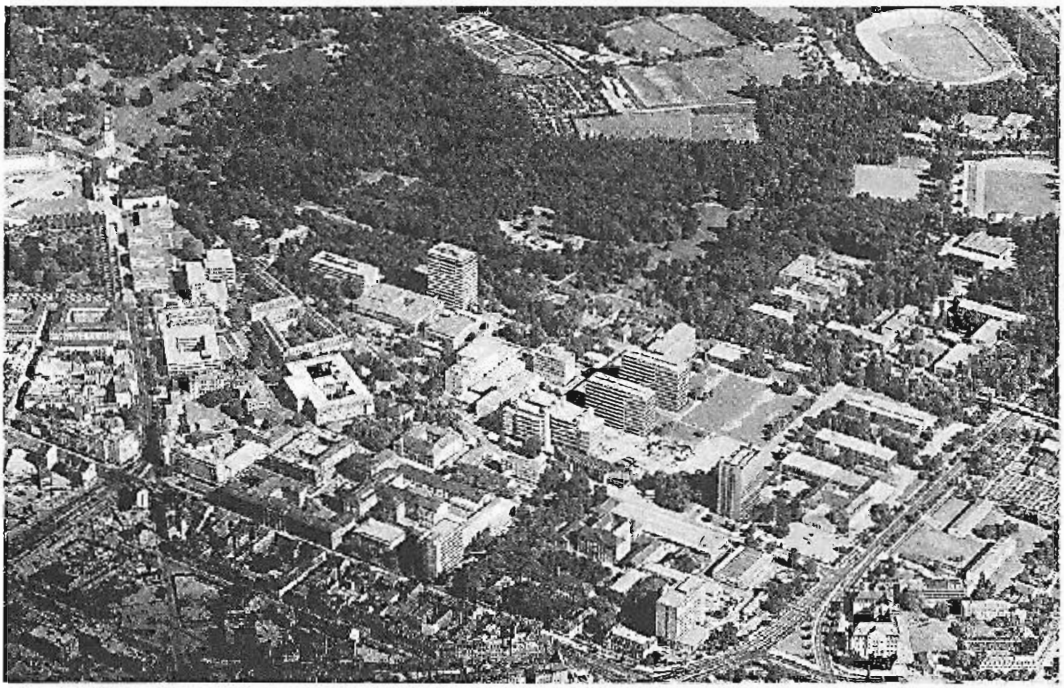
Lehrer „setzten Zeichen für die Zukunft."[150] Es waren unter anderen HAP Grieshaber, der schon 1955 nach Karlsruhe kam, Wilhelm Loth, Herbert Kitzel und in den 1960er Jahren Klaus Arnold, Emil Schumacher, Horst Egon Kalinowski, Rainer Küchenmeister und Horst Antes.

Am zuerst und zuletzt genannten entzündete sich interner und öffentlicher Streit um die abstrakte Kunst. Zwei Grieshaber-Schülerinnen erhielten von der Prüfungskommission keine Zulassung als Lehramtskandidatinnen wegen mangelnder „Erkennbarkeit" ihrer Arbeiten. Grieshaber erwiderte, der Begriff Erkennbarkeit sei kunstfeindlich. Erkennbarkeit forderten der Nationalsozialismus und der sozialistische Realismus. Grieshaber gab seine Professur verärgert ab.[151] Als Horst Antes 1967 im Botanischen Garten während der Bundesgartenschau sieben der „pop art" zugerechnete Skulpturen unter dem Titel „Garten der Lüste" ausstellte, erregten diese in der BNN-Kritik Ablehnung, die auch in den Leserbriefspalten nachzuvollziehen war. Kurt Martin, der frühere Leiter der Kunsthalle, empfahl sie hingegen für die documenta in Kassel.[152]

Öffentlicher Streit um Kunstwerke im Stadtraum entbrannte im übrigen immer wieder. So forderten z. B. bei der Planung eines Brunnens auf dem Gottesauer Platz nach einem Entwurf von Erwin Spuler 1957 Leserbriefschreiber einen plastischen Brunnen statt des „originellen technoiden Filigran-Wasserröhrenbrunnens."[153] Der Streit um den Musengaul vor dem Staatstheater und der Europa vor der Europahalle von Jürgen Goertz in den 1980er Jahren sowie über das Relief im neuen Konzerthausgiebel setzten diese Tradition des immer aufschlußreichen öffentlichen Disputs über die Kunst fort.

Technische Hochschule

Die Akademie der Bildenden Künste war mit 97 männlichen und 47 weiblichen Studierenden 1950 die kleinste Hochschule und sie blieb es auch 1970 mit 123 bzw. 71 Studierenden. Dagegen erlebte die älteste und größte Karlsruher Hochschule ein starkes Wachstum. 1950 hatten sich knapp 4.000 Studierende, darunter 208 Frauen eingeschrieben. 1970 waren es etwas mehr als 8.000, darunter 645 Frauen. Bedenkt man, daß noch 1950 zahlreiche Institute der zu 60 % zerstörten Hochschulbauten eher notdürftig und auch weit entfernt in der Telegraphenkaserne untergebracht waren, so ist das Wiederauf- und Ausbauprogramm bei wachsenden Studentenzahlen für die Existenz der Hochschule lebensnotwendig gewesen. Bis etwa 1957 waren die Zerstörungen behoben, bis 1962 waren für fünf Hochschulinstitute Neubauten errichtet und acht weitere geplant. Schweren Herzens, aber von der Unausweichlichkeit überzeugt, hat sich die Stadt bereit erklärt, Gelände nördlich der Willstätter Allee und östlich des Parkrings im Hardtwald für Hochschulinstitute zur Verfü-



Das Universitätsviertel zwischen Schloß und Adenauerring mit seinen Bauten nördlich der Willstätter Allee.

gung zu stellen. Dies ermöglichte es, die Institute, Hörsäle, Labors, Bibliotheken und studentische Einrichtungen auf einem zusammenhängenden Areal unterzubringen. Die Hochschulstadt dehnte sich schon am Ende der 1960er Jahre vom Schloß bis über den Parkring und nördlich in den Hardtwald aus. Bis 1972 hatte sie ihr Raumangebot gegenüber 1939 verdreifacht. Auf dem Campus lernten und arbeiteten 12.000 Menschen. Seit 1957 besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Kernforschungszentrum, ein Hochschulinstitut befindet sich auf dessen Gelände. Die Berufung mehrerer Forscher des Atomzentrums an die Universität erhöhte deren Attraktivität ebenfalls. Etwa 16 % ausländische Studierende verzeichnet die Statistik für 1963. Im Jahr 1967 erhielt die Fridericiana von der Landesregierung die Bezeichnung Universität.[154] Die Anpassung des Studienangebots an neue Entwicklungen in Wissenschaft belegen die 1972 geschaffenen neue Fakultäten für Informatik und Wirtschaftswissenschaften.

Kulturelle Einrichtungen der Stadt

Schulhausbau

„Die Heranbildung des Nachwuchses auf allen Ebenen ist eine Kulturaufgabe hohen Grades, die zu den unverzichtbaren Pflichten jeder Generation gehört", urteilte Bürgermeister Gurk 1959 und fuhr fort: „Hier in der Aufbringung der Mittel für die Schulen jeder Ebene, wird deutlich, daß die Wirtschaft Trägerin der Grundvoraussetzungen der Kultur ist."[155] Entsprechend dieser Überzeugung des Wirtschaftsdezernenten unternahm die Stadt größte Anstrengungen, um die Schulraumnot zu beheben. Zwischen 1946 und 1959 entstanden 743 neue Unterrichtsräume, so daß die Schülerzahl pro Raum von 53 auf 32 fiel.[156] Die Aufbau- und Neubauleistungen, die die Stadt beim Schulhausbau geleistet hat, bilanzierte Oberbürgermeister Klotz in seiner Etatrede am 21. Januar 1969.[157] Danach wurden seit 1949 vier völlig und drei teilweise zerstörte Schulen wieder

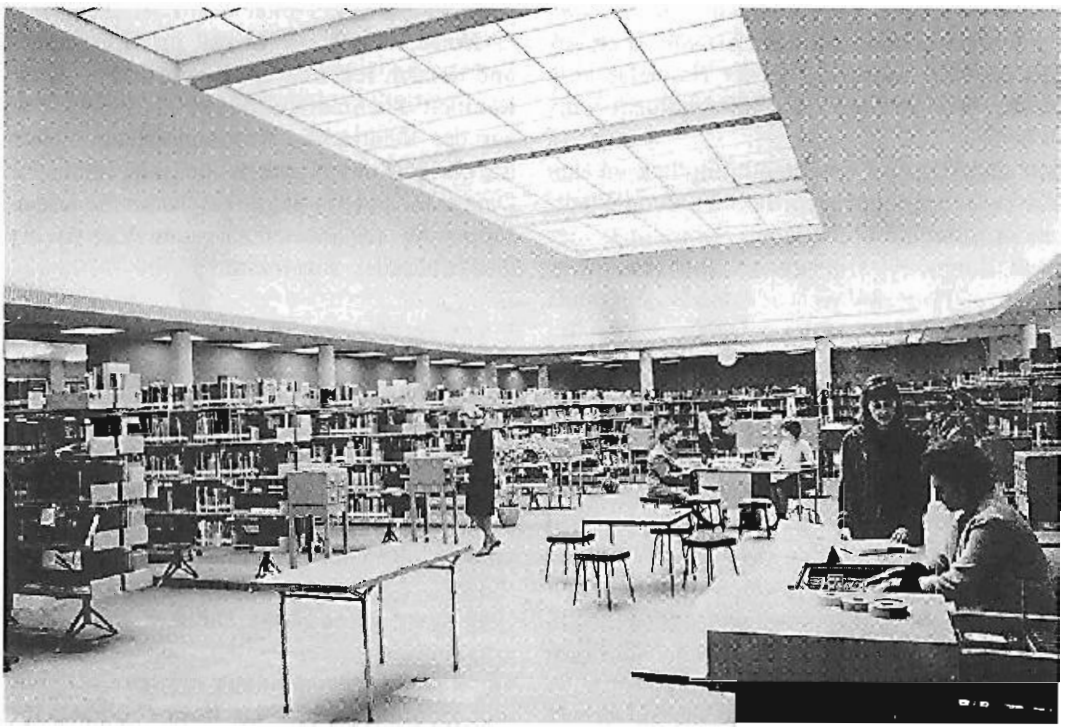
aufgebaut, 21 Schulen entstanden neu, 18 Schulen mußten z. T. erheblich erweitert werden, 15 völlig oder teilweise zerstörte Turnhallen wurden wieder aufgebaut und acht Turnhallen sowie zehn Gymnastikräume neu geschaffen. Die Stadt verfügte zu dieser Zeit wieder über ein ausdifferenziertes System von Volksschulen, Realschulen, Gymnasien und Gewerbe- und Handelsschulen, wobei die beiden zuletzt genannten Schultypen auch von zahlreichen Schülern und Schülerinnen aus dem Umland besucht wurden (siehe oben).

Volkshochschule

Die Entwicklung der Volkshochschule, die von der Stadt zu einem Drittel mitfinanziert wurde, verlief nicht kontinuierlich. Nach der Währungsreform scheiterte der allgemeinbildende Ansatz zunächst am mangelnden Interesse, das schließlich auch eine Verflachung des Angebots nach sich zog. Unter neuer Leitung seit 1957 konnten die musisch-kulturellen Kurse mit Erfolg ausgebaut werden. Die Zahl der Kursteilnehmer wuchs von 1.500 im Jahr 1960 auf über 11.000 zehn Jahre später. 1964 erhielt die VHS ein eigenes Gebäude in der Röntgenstraße, das sie allerdings mit dem Helmholtz-Gymnasium teilen mußte. Die Freigabe der Dragonerkaserne durch die Franzosen ermöglichte 1993 den Umzug der VHS an die Kaiserallee mit nun ausreichend Unterrichts- und Verwaltungsräumen für den „modernen Bildungsbetrieb" Volkshochschule.[158]

Stadtbibliothek, Archiv, Stadtgeschichtliche Sammlung

Die Karlsruher Stadtbibliothek hatte neben den wissenschaftlichen Bibliotheken der Hochschulen und der Landesbibliothek vor allem das Ziel, für die Karlsruher Bürger und Bürgerinnen Sachbücher zur Erweiterung der Kenntnisse auf verschiedensten Interessengebieten und Unterhaltungsliteratur bereitzustel-



Die großzügige Freihandausleihe der Stadtbibliothek am Marktplatz kurz nach der Eröffnung im März 1960.

len. Nach dem Krieg wieder in den alten Räumen des ehemaligen Bahnhofs an der Kriegsstraße untergebracht, herrschte bei steigenden Nutzerzahlen schon Mitte der 1950er Jahre Raumnot.[159] 1956 beschloß der Gemeinderat die Verlegung in das alte Sparkassengebäude am Marktplatz. Da sich bei der Renovierung herausstellte, daß der alte Weinbrennerbau zu morsch war, mußte er völlig ausgekernt und bis auf die Fassaden neu aufgebaut werden. Im März 1960 fand die feierliche Eröffnung statt, bereits nach einem Jahr hatten sich die Zahl der aktiven Leser verdoppelt. Zur Versorgung der Vororte wurde seit 1956 ein Bücherbus eingesetzt. Die Durlacher Zweigstelle erhielt 1959 in Mühlburg ein Pendant. Weitere Zweigstellen folgten mit den Eingemeindungen und 1988 in der Waldstadt. Bereits 1954 übernahm die Stadtbücherei die Bibliothek des aufgegebenen Amerika-Hauses im Moningergebäude an der Karlstraße/Ecke Kaiserstraße mit etwa 10.000 Titeln und führte sie als eigenständige Teilbibliothek weiter, seit 1955 im Rathaus West am Mühlburger Tor. 1955 erfolgte auch die Übernahme der Deutsch-französischen Bibliothek des geschlossenen centre d'études mit 8.000 Bänden, die in der Handelsschule in der Otto-Sachs-Straße untergebracht wurden.[160]

Mit dem Umzug der Stadtbibliothek an den Marktplatz bekam auch die Abteilung Stadtarchiv, Stadtgeschichtliche Sammlung hier neue Räume.[161] Die arg beengte Unterbringung im Haus Solms war beendet. Erstmals nach Jahrzehnten wandte sich 1956 das Archiv mit einer Ausstellung an die Öffentlichkeit. 240 Jahre Karlsruhe in über 1.000 Ausstellungsstücken wurden im Rathaus präsentiert, dazu eine Publikation mit Daten zur Geschichte der Stadt und ihrer Vororte. Über 18.000 Besucher und Besucherinnen wurden gezählt. Die Geschichte der Vororte präsentierte das Archiv 1960 unmittelbar vor Eröffnung der Bibliothek in deren neuen Räumen. Zum Stadtjubiläum gab das Archiv die Publikation über die Karlsruher Flurnamen als Band 1 der Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs heraus.

Die Stadtgeschichtlichen Sammlungen konnten seit 1954 im Haus Solms eine kleine Dauerausstellung zur Geschichte der Stadt zeigen. 1960 erhielten sie für zwei Jahre im neuen Domizil am Marktplatz ebenfalls wenige Ausstellungsräume, die 1962 aber anderweitig benötigt wurden. Die Sammlung kam für fast zwanzig Jahre ins Magazin. Als weitere Dauerausstellung wurde das Pfinzgaumuseum in Durlach angeboten, über dessen Umgestaltung durch Auflockerung immer wieder nachgedacht wurde. Als Kuriosum sei erwähnt, daß vom Stadtarchiv im Rahmen der ihm übertragenen denkmalpflegerischen Aufgaben auch der Turmbergturm mit jährlich zwischen 30.000 und 40.000 Besuchern betreut werden mußte.

Kulturelle Aktivitäten entfaltete die Stadt schon lange bei der Sammlung von bildender Kunst. Diese Sammlung wurde entsprechend den sich verbessernden Verhältnissen vorsichtig erweitert. Da sie über keine eigenen Ausstellungsräume verfügte, konnten die Kunstwerke nur in Sonderausstellungen gezeigt werden. Dies geschah z. B. 1959 unter dem Titel „Zehn Jahre Kunstankäufe der Stadt" im Kunstverein und danach regelmäßiger auch in den neuen Räumen der Stadtbibliothek. Zahlreiche Bilder der Städtischen Kunstsammlung zierten im übrigen das Krankenhaus und städtische Diensträume. 1971 wurde die Städtische Kunstsammlung organisatorisch vom Amt Archiv und Bibliothek abgetrennt.[162]

Internationale Beziehungen

Die Kulturberichte der Stadt verzeichnen unter der Rubrik Internationale Beziehungen seit dem Berichtsjahr 1954/55 die Arbeit der deutsch-französischen, der deutsch-italienischen und seit 1957 der deutsch-spanischen Gesellschaft, deren Ziele neben der Vermittlung der Kenntnis des jeweiligen Landes auch die Völkerverständigung war und ist. Die Arbeit der 1951 gegründeten Christlich-Jüdischen Gesellschaft diente und dient ebenfalls diesem Ziel. Wie sehr man dabei an die europäische Einigung dachte, verdeutlichte ein sehr gut besuchter

Vortrag des französischen Außenpolitikers Robert Schumann in der Stadthalle zu diesem Thema.

„Es ist nicht die Politik, die die stärksten Bindeglieder unter den Völkern schafft, und es sind nicht in erster Linie die Diplomaten, die Bündnisse herstellen, sondern es sind die schöpferischen Menschen, die abseits aller Politik die tragfähigsten Brücken schlagen."[163] Ausgehend von diesem Verständnis der Stadtverwaltung, förderte sie die Arbeit der Austauschstelle des Oberschulamtes Nordbaden, die internationale Schülerkontakte anregte und unterstützte. Aus einem Besuch einer Gruppe von Schülerinnen des Lessinggymnasiums unter Leitung von Elisabeth Teichmann vom Oberschulamt an Ostern 1955 entwickelte sich dann die enge und erfolgreiche Städtepartnerschaft Karlsruhes mit Nancy. Bereits 1960 wurde der Abgeordnete der französischen Nationalversammlung aus Nancy, Pierre Weber, für die Förderung dieser Partnerschaft mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Für die erfolgreiche „Außenpolitik auf kommunaler Ebene" erhielt die Stadt 1963 die Europafahne des Straßburger Europarats, die heute im Foyer des Bürgersaals im Rathaus einen Ehrenplatz einnimmt, und 1969 den Europapreis des Europarats.

Gedenkstätte Gurs

Im Zusammenhang mit der Erinnerung an die Deportation badischer Juden in das Lager Gurs in Südfrankreich nahm die ehemalige Landeshauptstadt ihre zentrale Funktion für die badischen Städte wahr. Ein Zeitungsartikel in der „Badischen Volkszeitung" machte im August 1957 auf den verwahrlosten Zustand des Deportiertenfriedhofs bei dem ehemaligen Lager aufmerksam.[164] Günther Klotz ergriff daraufhin im Anschluß an eine Reise nach Gurs 1957 die Initiative. Darin bestärkten ihn der Vorsitzende des Oberrats der Israeliten Badens, Otto Nachmann, und die Karlsruher Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Er appellierte an die badischen Städte, sich finanziell an der würdigen Gestaltung des Friedhofs zu beteiligen.

Es war mühsame Überzeugungsarbeit zu leisten und mit Listen der Bestatteten einzelnen Städten bzw. Landkreisen nachzuweisen, daß dort auch tatsächlich ehemalige Bürger und Bürgerinnen bestattet waren. Dennoch kamen 350.000 DM zusammen. Nun galt es, Schwierigkeiten bei Behörden und jüdischen Organisationen in Frankreich zu überwinden. Otto Nachmann mußte hierbei seinen Einfluß in

Oberbürgermeister Günther Klotz (links) und Werner Nachmann (rechts) vom Oberrat der Israeliten Badens mit französischen Honoratioren 1963 beim Gang über den neu gestalteten Deportiertenfriedhof Gurs.

Frankreich geltend machen. Sein Angebot, der Oberrat werde die Neugestaltung nach den Plänen der Städte Karlsruhe und Mannheim übernehmen und mit französischen Firmen durchführen, fand allseitige Zustimmung. Dieses Arrangement galt dann auch für die 300 Gräber des Friedhofs Noé nahe Toulouse.
Nach der feierlichen Einweihung des Friedhofs in Gurs am 26. März 1963 schlossen sich die Städte Mannheim, Freiburg, Heidelberg und Pforzheim zusammen, um unter Karlsruher Federführung weiterhin für die Pflege der Anlage zu sorgen. Es fanden seitdem jährliche Gedenkfeiern in Gurs statt. 1996 schlossen sich die Städte Konstanz und Weinheim an. In Karlsruhe enthüllte Klotz 1963 eine Gedenktafel am Platz der Synagoge in der Kronenstraße zur Erinnerung an deren Zerstörung „unter der Herrschaft der Gewalt und des Unrechts."

Karlsruhe feiert

Freizeitvergnügen

Angebote für die Gestaltung der wachsenden Freizeit machten nicht nur die kulturellen Institutionen, bei denen der Besucher zum mehr oder minder passiven Konsumenten wurde. Nach 1945 blühte auch das traditionelle Vereinsleben wieder auf. Die aktive Freizeitgestaltung in Sportvereinen oder die durch wachsende Mobilität individuell gestalteten Unternehmungen gewannen zunehmend an Bedeutung. Neben den über fünfzig kulturell ausgerichteten Gesang-, Musik- und anderen Vereinen[165] spielten die Sportvereine eine hervorragende Rolle. Ihre Mitgliederzahl stieg von etwa 20.000 im Jahr 1950 im Schnitt um 8.000 pro Jahrfünft bis 1970 auf 53.000.[166] 1965 waren nach der Studie von Bergsträßer knapp 47 % aller Karlsruher Erwachsenen in einem oder mehreren Vereinen organisiert.[167] Mehr als ein Drittel davon, nämlich 37 % oder 33.000 gehörten Sportvereinen an. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung nahm Karlsruhe in dieser Zeit einen Spitzenplatz unter den deutschen Großstädten ein.[168]
In den Einzelsportarten nahmen bei den aktiven Mitgliedern die Turn- und Gymnastikvereine die vordersten Plätze ein. Es folgten Fußball, Handball, Wandern, Skifahren, Schwimmen und Leichtathletik. Bei der Gesamtmitgliederzahl lagen Fußball- und Turnvereine mit weitem Abstand vor den anderen. Die Stärke der Turn-, Fußball- und Schwimmvereine beruhte auf ihrer traditionellen Stellung im Karlsruher Vereinswesen. Der Fußball- aber auch der Schwimmsport verdankten ihren starken Zulauf in den 1950er Jahren den modernen 1955 fast gleichzeitig eingeweihten Sportstätten des Wildparkstadions und des Tullabades. Zudem gab es vier Freibäder – „das Rappenwört", das Rheinhafenbad und die Freibäder in Durlach und das neue in Rüppurr –, die einen steigenden Besuch verzeichneten von 260.000 im Jahr 1950 auf über eine Million fünfzehn Jahre später.
In der Schwarzwaldhalle, im Tullabad wie im Wildparkstadion fanden darüber hinaus manche internationalen Wettkämpfe statt. Die stärkste Wirkung und Vorbildfunktion hatten um die Mitte der 1950er Jahre jedoch zweifellos zwei Leichtathleten, Heinz Fütterer und Carl Kaufmann. Fütterer lief Europa- und Weltrekorde über 100 und 200 m, Kaufmann über 400 m.[169] 1960 bei der Olympiade in Rom stürzte Kaufmann zeitgleich mit dem Sieger mit neuer Weltrekordzeit ins Ziel. Beide waren Mitglied der Leichtathletikabteilung des KSC.[170] Vor ihren Erfolgen machte der Hammerwerfer Karl Wolf vom KTV mit Weltklasseweiten auf sich aufmerksam. Der 1952 aus dem VfB Mühlburg und dem 1. FC Phönix gebildete Karlsruher Sportclub errang 1955 und 1956 die deutsche Fußballpokalmeisterschaft und spielte seit 1964/65 mit wechselndem Erfolg in der neuen Bundesliga. Der KSC wurde abwechselnd mit dem Erfolg oder Mißerfolg der Mannschaft zum Hoffnungs- oder Imageträger der Stadt. Diese Erfahrung bestätigten die UEFA-Cupteilnahmen und der Abstieg in den 1990er Jahren erneut. Auf jeden Fall aber trug der Verein auf seine Weise ebenso wie die beiden Bundesgerichte auf ihre ganz andere Weise viel zum Bekanntheitsgrad der Stadt bei.

Nach dem Sieg im Finale des DFB-Pokals 1955 wurde die Mannschaft des KSC schon auf dem Hauptbahnhof von den Anhängern begeistert empfangen.

Mit der neuen Mobilität durch Motorräder oder -roller und Autos änderten sich auch die Freizeitgewohnheiten.[171] Der Volkswagen, der Lloyd, die BMW-Isetta oder andere ermöglichten die sonntägliche Fahrt mit der (Klein-) Familie ins Grüne. Diese war immer häufiger auch mit einer Einkehr in einem Lokal oder einem Café verbunden. Das Auto erlaubte bald auch individuelle Urlaubsreisen, die mit dem Ende der Devisenbewirtschaftung 1959 erleichtert wurden. Solche Möglichkeiten schmälerten freilich die Mitwirkung oder Teilnahme an der Vereinsarbeit. Auf diesen von Vereinsvorsitzenden schon damals beklagten Trend wirkten die Angebote der zweimal stattfindenden Karlsruher Messe und der „Ami-Meß" an der Erzbergerstraße verstärkend. Das Lindenblütenfest in der Weststadt mit der Wahl einer Königin, einem Umzug und einem Jahrmarkt auf dem Gutenbergplatz, seit 1949 wieder veranstaltet, gehörte ebenfalls zu den attraktiven Volksfesten. Diese gab es in Form von Kirchweih-, Fischerfesten z. B. in Daxlanden oder Jahrmärkten auch in einigen der eingemeindeten Dörfer. Mit dem ersten Altstadtfest in Durlach 1977 begann eine neue Form des Feierns, die Nachahmung fand. Im Jahr 1949 wurde die Große Karnevalsgesellschaft gegründet, die seit 1951 wie auch die Durlacher Grokage wieder Fastnachtsumzüge veranstaltete.[172]

Zur großen Konkurrenz für die Vereinsarbeit und zur Alternative dazu wurden aber auch das Kino und das Fernsehen. Die Besucherzahlen im Kino erreichten 1956 mit 4,5 Millionen ihren Höhepunkt um dann wieder deutlich abzusinken auf 3,8 Millionen 1960 und 2,1 Millionen 1967. Dementsprechend setzte seit 1962 ein rasantes Kinosterben ein, dem bis 1967 vor allem in den Vororten elf Lichtspielhäuser zum Opfer fielen.[173]

Karlsruhe bot den Kinogängern einmal im Jahr ein besonderes zusätzliches Ereignis. Seit 1949 vergab die in Karlsruhe erscheinende größte deutsche Filmillustrierte „Film-Revue"

Publikumspreise für die besten Filme und Darsteller. Zur Preisverleihung kamen alljährlich die beliebtesten in- und ausländischen Filmstars in die Stadt, um ihren „Bambi" entgegenzunehmen. Die filmbegeisterten Karlsruher hatten ausreichend Gelegenheit, ihre Stars in bzw. vor der Schwarzwaldhalle, dem Rathaus oder den Hotels zu bejubeln. Zu den Preisträgern, um nur wenige zu nennen, gehörten Sophia Loren, Gina Lollobrigida, Ingrid Bergmann, Ruth Leuwerick, Rock Hudson, Jean Marais, O. W. Fischer und Horst Buchholz. Nachdem die Illustrierte an den Verleger Franz Burda übergegangen war, befand dieser 1964 Karlsruhe nach Kritik der lokalen Presse an seinem selbstherrlichen Auftreten als zu provinziell für die Preisverleihung. Fortan fand die Verleihung in München statt.[174]

Deutsche Filmstars kamen aber häufig auch zur Weltpremiere ihrer Filme nach Karlsruhe ins Luxor. Dessen Besitzer wußte voll Stolz zu berichten, daß ein Premierenerfolg in Karlsruhe den bundesweiten Verleih sicherte. Diese Qualität des Karlsruher Publikumsgeschmacks erlaubt einen Einblick in die Stimmungslage der Karlsruher und Karlsruherinnen. Filmhistoriker bescheinigen dem deutschen Heimat-, Musik- und Lustspielfilm dieser Zeit eine heile Welt vorzustellen. Es herrschten Recht und Ordnung und die Liebe, zentrales Thema der meisten Heimatfilme, war das soziale Allheilmittel. Auch die damals beliebte Fernsehserie „Familie Schölermann" vermittelte die Ideale der Zeit: Harmonie, Ausgeglichenheit, Bescheidenheit, gutes Benehmen, die Frau als Hausfrau und Mutter und voreheliche Enthaltsamkeit. Aber es gab auch Anzeichen dafür, daß diese Wertvorstellungen zu bröckeln begannen. Die Doppelmoral jener Jahre zeigte der Skandal um den Film „Die Sünderin" mit Hildegard Knef 1951. Eine Nacktszene von wenigen Sekunden löste auch in Karlsruhe starke Protestaktionen aus. Die langen Schlangen vor den Kinos verdeutlichten allerdings die Vergeblichkeit der Proteste. Das Fernsehen als alternative Freizeitbeschäftigung machte nicht nur dem Kino Konkurrenz. Manche Vereinsaktivität wurde in-

Bambipreisträgerin Sophia Loren 1961 auf dem Rathausbalkon.

teressanten Sendungen geopfert. Erstmals registriert wurden Fernseher in der Stadt zum 1. Juli 1954. Damals gab es 61 Geräte in der Stadt, vornehmlich in Gaststätten und Kaufhäusern. So kamen nur wenige Karlsruher in den Genuß, die Fußballweltmeisterschaft 1954 in Bern am Fernsehapparat mitzuerleben. Die siegreiche deutsche Mannschaft von Trainer Sepp Herberger und dem Spielführer Fritz Walter hatte sich für das Turnier in dem zur Badischen Sportschule umgebauten Gut Schöneck auf dem Turmberg vorbereitet. 1960 gab es dann bereits 20.000 Haushaltungen mit einem Fernsehgerät.[175] Damals wurde angemerkt, der Fernsehapparat habe aus dem Kreis der Familie einen Halbkreis gemacht.

Neben den jährlich wiederkehrenden Fest- und Feiertagen zu denen sich unterschiedlichste Jubiläen gesellten, feierte die ganze Stadt 1965 und 1967 zwei besondere Ereignisse mit großem Aufwand, das 250. Jubiläum der Stadtgründung und die Bundesgartenschau.

250 Jahre Stadtgründung

1965 konnte Karlsruhe erstmals in diesem Jahrhundert ein Stadtjubiläum feiern.[176] Der 200. und der 225. Stadtgeburtstag waren den beiden Weltkriegen zum Opfer gefallen. Schon weit im Vorfeld gab es Signale und Hinweise auf das Fest: Am 12. Oktober 1962 stellte die Majolika einen Jubiläumskrug vor, 1964 gab es privat geprägte inoffizielle und von der Sparkasse vertriebene offizielle Gedenkmünzen zu kaufen. Am 28. Januar 1964 appellierte Oberbürgermeister Klotz an alle Hausbesitzer und Geschäftsleute, ihre Häuser, Vorgärten und Geschäftsgebäude und -grundstücke dem Anlaß des Jubiläums entsprechend sauber und ordentlich herzurichten. Hinweise darauf, Notdächer endlich zu ersetzen und schadhafte Dachrinnen auszubessern sowie Ruinengrundstücke zu bebauen und damit die Baulücken zu schließen, belegen den Versuch, immer noch vorhandene Kriegsspuren zum 250jährigen Stadtjubiläum zu beseitigen.

Am 23. Dezember 1964 übergab Klotz der Öffentlichkeit dann quasi als Weihnachtspräsent einen Kalender der Jubiläumsaktivitäten, der etwa 50 Veranstaltungen verzeichnete. Nach dem Motto „Für jeden etwas" fanden sich darin über das ganze Jahr verteilt hochkarätige Sportveranstaltungen wie Länderspiele der Hand- und Fußballer und deutsche Meisterschaften, musikalische Darbietungen von Erika Köth z. B. und Theatergastspiele des Berliner Schillertheaters. Uraufgeführt wurde der stadtgeschichtliche Film „Lebenslauf einer Stadt." Es gab eine Stadtgeschichte, die zwei BNN-Journalisten verfaßt hatten[177], und eine große stadtgeschichtliche Ausstellung im Landesgewerbeamt „Karlsruhe gestern – heute – morgen." 25.000 Karlsruher und Karlsruherinnen besuchten diese Schau. Die Kunsthalle zeigte eine Ausstellung über Badische Malerei im 19. Jahrhundert. Das Landesmuseum im Schloß konnte sich an den Festlichkeiten nicht beteiligen, da die Bauarbeiten am Schloß und der Tiefgarage unter dem Schloßplatz nicht rechtzeitig fertig geworden waren. Die Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine veranstaltete einen Schaufensterwettbewerb, einen Blumenschmuckwettbewerb und einen Malwettbewerb für Schüler und Schülerinnen. Dadurch war das Stadtjubiläum im Stadtbild während des ganzen Jahres gegenwärtig. Die Bürger und Bürgerinnen waren zur aktiven Teilnahme aufgefordert. Das galt natürlich auch für viele Bürgerfeste und sonstige Feiern z. B. in der Schwarzwaldhalle, die in der Regel mit einem Feuerwerk endeten.[178]

Der Höhepunkt der Feierlichkeiten war aber der offizielle Festakt am 23. Juli 1965 in der Schwarzwaldhalle, der auch im Rundfunk übertragen wurde. Zu diesem Anlaß fügte die BNN ihrer Tagesausgabe eine 64seitige Sonderbeilage bei. Als Gäste begrüßte der Oberbürgermeister neben vielen anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens den Bundespräsidenten Heinrich Lübke und den Ministerpräsidenten des Landes Kurt-Georg Kiesinger.[179] Am 23. Juli hatten die Volksschüler schulfrei, und viele standen denn auch am Straßenrand und jubelten den Festgästen zu. Im Verlauf des Festaktes, bei dem Klotz die Stadtgeschichte Revue passieren ließ, wurden fünf Persönlichkeiten, die sich um Karlsruhe verdient gemacht hatten mit der Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet: Als erste Frau in der Geschichte der Stadt die Politikerin Kunigunde Fischer, der Landesbischof Dr. Julius Bender, der Kommunalpolitiker Siegfried Kühn, der frühere Karlsruher Oberbürgermeister Hermann Veit, der Kommunalpolitiker August Heller und der Ehrengast Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke.[180] Dieser nahm die Auszeichnung humorvoll als Verpflichtung für die Zukunft. Kiesinger bestätigte ihm aber, daß er mit seiner Stimme für Karlsruhe als Sitz der höchsten Bundesgerichte im Bundestag sich auch in der Vergangenheit Verdienste um die Stadt erworben habe. Bei dem anschließenden Empfang der Stadt ließ Bundespräsident Lübke dann versehentlich zum Erschrecken des Ministerpräsidenten die Landeshauptstadt Karlsruhe hochleben. Günther Klotz rettete die Situation geistesgegenwärtig, indem er unter Anspielung auf die noch ausstehende Volksabstimmung über den Erhalt

des Landes Baden-Württemberg sagte: „prophetische Worte Herr Bundespräsident." Kiesinger sah in seiner Ansprache beim Festakt eine andere Perspektive für die Stadt. Sie könne angesichts der europäischen Entwicklung „auf eine große und schöne Zukunft hoffen." Er versprach, das Land werde „die Stadt in ihrer Entwicklung auch in Zukunft mit allen Kräften fördern", weil es ihr „einen Ersatz für die verlorene Würde als Residenz und Landeshauptstadt geben möchte."[181]

Die Bundesgartenschau

Zwei Jahre nach dem Stadtjubiläum übernahm der Ehrenbürger und Bundespräsident die Schirmherrschaft über die Bundesgartenschau in Karlsruhe.[182] 1962 hatte die Stadt einen Ideenwettbewerb ausgeschrieben, um Planungsunterlagen für die 1967 geplante Bundesgartenschau zu bekommen.[183] Im Januar 1963 wurde dann das Gartenbauamt eingerichtet und Robert Mürb als sein Leiter und als Chefplaner für die Bundesgartenschau eingesetzt. Bei der Bewerbung um die Bundesgartenschau waren Oberbürgermeister Klotz und der Gemeinderat von der Überlegung ausgegangen, daß die Neugestaltung des citynahen Stadt- und Schloßgartens Teil der städtebaulichen Regeneration sein sollten. Es ging dabei nicht mehr um Rekonstruktion, sondern gezielt um Neugestaltung und Anpassung an die gewachsenen Anforderungen an städtisches Grün. Das Ziel war, so der Gartenbaudirektor Mürb, die „Ausstrahlung der Grünanlagen auf das umgebende dichtbebaute Stadtgebiet" zu verstärken und andererseits „die Anlage den Bedürfnissen des heutigen Großstadtmenschen anzupassen."[184] Die zu schaffenden Einrichtungen sollten auf Dauer und nicht nur für eine mehrmonatige „Olympiade der Blumen" angelegt sein. Sie stellten „den Beginn

Blick auf den für die Bundesgartenschau 1967 neu gestalteten Nordteil des Stadtgartens. Auf dem Festplatz steht ein für die Dauer der Schau aufgestellter Aussichtsturm mit drehbarer Plattform.

einer neuen aktiven Grünplanung in Karlsruhe dar."

Die Grundlinien der Umgestaltung der bestehenden Anlagen kann man so skizzieren: Hinter dem Schloß ging man daran, den Schloßgarten, der für eine fürstliche Familie und nicht als Erholungsgebiet für eine Großstadt angelegt worden war, umzugestalten. Das war auch nötig geworden, da er im Laufe der Jahre zugewachsen und verwildert war. Er war mehr zu einem Waldpark geworden. 23 km neue Wege wurden gebaut. Der See wurde um das achtfache vergrößert und erhielt für die Dauer der Schau ein Seerestaurant. Eine Schloßgartenbahn verband den Schloßgarten mit dem Fasanengarten, der im Gegensatz zum Park als Erholungswald und Freizeitzentrum mit Spielmöglichkeiten gedacht wurde. Daß die Schloßwiese ebenfalls zur beliebten und belebten Spielwiese der Karlsruher und Karlsruherinnen werden würde, war damals nicht vorgesehen. Da galt noch eher: „Betreten des Rasens verboten." Eine Auffrischung erfuhr auch der Botanische Garten, wo ein Restaurant auf Dauer eingerichtet wurde. Ein wenig störend hat damals sicher das erst rohbaufertige Gebäude des Bundesverfassungsgerichts gewirkt.

Eine ganz entscheidende Aufwertung erfuhr der Schloßplatz durch die 260 Meter lange Unterführung des Straßenverkehrs und die Tiefgaragen, mit denen der ruhende Verkehr völlig von diesem Platz verschwand und eine nur noch durch den Zirkel unterbrochene Fußgängerverbindung zur Kaiserstraße möglich wurde.

Wesentliche Veränderungen führte man im Stadtgarten durch. Anstelle der Tiergartenstraße, die mit einer kleinen Brücke die Verbindung der beiden Gartenteile überspannte, entstand eine weitgespannte Brücke nur für Fußgänger und Radfahrer. Der störende und umweltbelastende Autoverkehr war aus der Mitte des Gartens verbannt, und seine beiden Teile konnten besser verbunden werden. Viele Gartenteile wie der Rosengarten und der Japangarten wurden völlig umgestaltet, was mitunter nicht auf Gegenliebe bei langjährigen Besuchern des Gartens stieß. Der Japangarten wurde von einem Shintopriester geweiht. Dafür hatte unter Führung von Prof. Choei Ishibashi eine Gruppe japanischer Mediziner gesorgt, die regelmäßig zum Therapiekongreß nach Karlsruhe kam. Es entstand auch eine Verbindung der beiden Seen. Statt der Ruder- und Elektroboote, die man mieten konnte, fuhr jetzt die Gondolettabahn auf vorgegebenem Kurs durch die Seen. Die Seebühne wurde zum Veranstaltungsort für alt und jung. Besser integriert wurden die Tiergehege, die eine kräftige Auflockerung und Neuordnung nötig hatten. Im Zoo selbst blieben vorwiegend die Exoten, andere Tiere erhielten im nahen Oberwald neue Gehege. In allen Teilen des Gartenschaugeländes entstanden Spielplätze für Kinder und Spielmöglichkeiten für Erwachsene. Als Attraktion stand für die Zeit der Bundesgartenschau vom 14. April bis 23. Oktober auf dem Festplatz ein 100 Meter hoher Aussichtsturm. Prof. Walter Rossow, der Chefberater für die Bundesgartenschau, hatte in einer Ausstellung im Landesgewerbeamt am Modellfall Oberrhein eindringlich vor Augen geführt, daß rationalerer Umgang mit der Landschaft als bisher geschehen, gleichzusetzen ist mit der Sicherung der Lebensbasis des Menschen.[185]

Die Bundesgartenschau in Karlsruhe wurde nach Meinung vieler zur schönsten, sicher aber zur größten Veranstaltung in der Geschichte der Stadt. Das sommerlange Fest lockte annähernd 6,3 Millionen Besucher, davon 2,7 Millionen Auswärtige an.[186] Dazu trugen neben den Blumen- und Pflanzenschauen auch Kunstwerke und über 1.500 Sonderveranstaltungen bei. Die Fachpresse wie die nationalen Tageszeitungen sparten nicht mit Superlativen und Lobeshymnen.[187] Aber es war nicht nur ein vergängliches Fest, das die Stadt und ihre Bürger und Bürgerinnen mit den Gästen feierten. Die Investitionen von damals haben sich gelohnt. Viel von dem, was für die Gartenschau geschaffen wurde, trägt bis heute zur Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt bei.

Für alle Baumaßnahmen und den Betrieb der Bundesgartenschau mußten 38,5 Millio-

nen DM ausgegeben werden. Nach Abzug der Einnahmen von knapp 11 Millionen und dem staatlichen Zuschuß von knapp 8 Millionen DM mußte die Stadt etwa 19 Millionen DM aufwenden. Welchen Faktor für die heimische Wirtschaft die Bundesgartenschau darstellte, mögen folgende Zahlen veranschaulichen: 1965 hatten 60 Hoch- und Tiefbauunternehmen und 30 Landschaftsgärtner mit 80 Zulieferfirmen Aufträge für die Vorbereitung des Geländes. 300-400 Handwerker und Gärtner wurden beschäftigt. Aber auch nach ihrem Ende brachte die Gartenschau Gewinn. Mit der Nancyhalle konnte die Ausstellungsfläche erweitert und neue Ausstellungen wie etwa die ‚Hortec' veranstaltet werden. In der Schlußveranstaltung am 23. Oktober lobte Bundesernährungsminister Hermann Höcherl, die überaus gelungene Veranstaltung sei „Frucht einer Synthese aus Glück, Wagemut, persönlichem Geschick, wohldurchdachter Werbung und meisterhafter Erzeugnisse."

Industrie- oder Beamtenstadt Karlsruhe?

Das Karlsruher Konzept war mit den Ansiedlungen sowohl bedeutender Bundesbehörden wie der Ölraffinerien und des Kernforschungszentrums erfolgreich. Zusammen mit der starken Bevölkerungszunahme mußte dies Auswirkungen auf die Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur haben. In diesem Zusammenhang stellt sich die früher schon beantwortete Frage (siehe oben) nach den typischen Merkmalen und der Charakterisierung der Stadt neu.

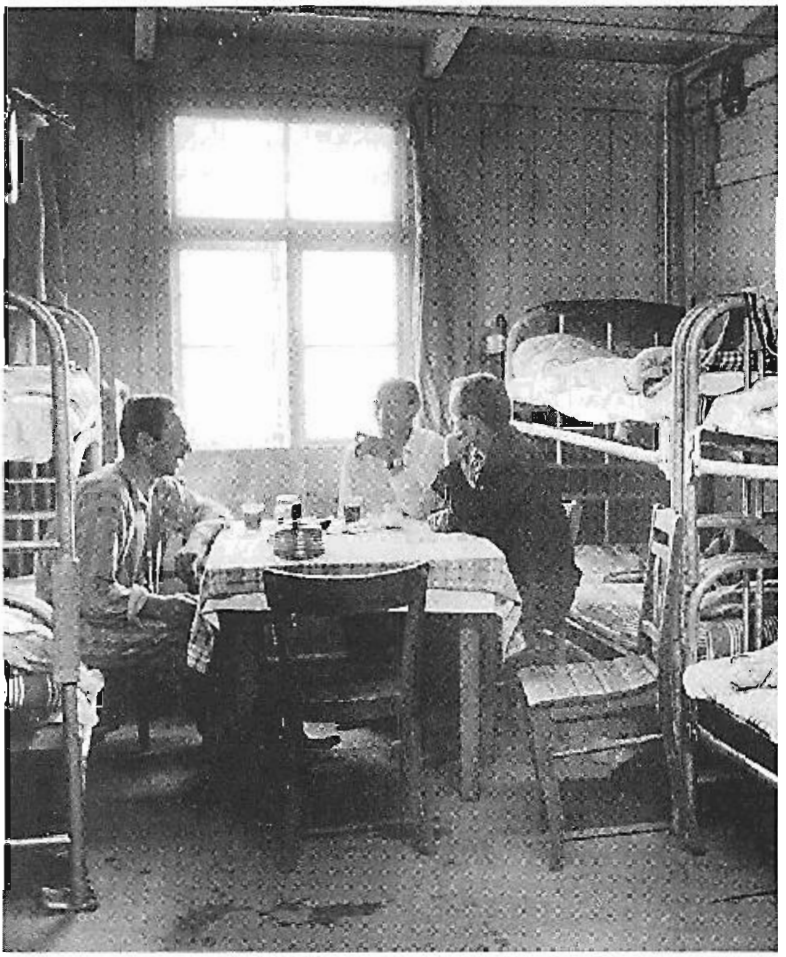
Bevölkerungsstruktur

Krieg, Vertreibung, Flucht und die im Sinne des „Karlsruher Konzepts" betriebene Stadtentwicklung seit 1945 hatten selbstverständlich Auswirkungen auf die Bevölkerungs- und Sozialstruktur der Karlsruher Einwohnerschaft. Weitere nachvollziehbare Auswirkungen hatten die generellen wirtschaftlichen Rahmendaten in Deutschland.

Die Bevölkerungzahl überstieg nach den Verlusten im Krieg und den Evakuierungen schon 1948 den Vorkriegsstand von 184.000. Die Zahl der Einwohner wuchs dann (vgl. Tabelle im Anhang) bis 1963 um durchschnittlich 3.800 Menschen im Jahr. In diesem Jahr erreichte die Stadt die Marke von 250.000 Einwohnern. Danach flachte die Zunahme deutlich ab. Auffallend und als Kriegsfolge zu erklären, ist der große Überhang der weiblichen Bevölkerung, der bis 1970 mit geringfügig abnehmender Tendenz um 19.000 schwankte. Er betrug schon 1939 knapp 11.000 Frauen, woran sich die Folgen des Ersten Weltkrieges noch ablesen lassen.

Der Bevölkerungszuwachs hatte seine Ursache zuerst in der Zuwanderung von Vertriebenen und Flüchtlingen, darin eingeschlossen die Flüchtlinge aus der DDR, die bis zum Mauerbau 1961 leicht über Berlin oder die grüne Grenze in den Westen gelangten. Bis 1960 ist ihre Zahl in den Statistischen Jahresberichten mit 42.467 angegeben, das sind 17,7 % der Gesamtbevölkerung.[188] Der Rest des Zuwachses stammt in der Hauptsache aus dem „Geburtenüberschuß." Zwischen 1950 und 1960 wurden jährlich um die 500 Kinder mehr geboren als Alte starben. Bis 1967 betrug der Überschuß jährlich um 1.000, und dann drehten sich die Verhältnisse innerhalb von drei Jahren. 1970 gab es einen „Sterbeüberschuß" von 334 Menschen, in den Graphiken der Statistiker zeichnete sich der „Pillenknick" ab. Diese Entwicklung setzte sich fort. 1985 betrug bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung der Verlust fast 1.200 Personen, bis 1996 sank er wieder auf 693.[189]

Ebenso spiegelte sich in der Zahl der Ausländer die sehr gute deutsche Konjunkturentwicklung wider. Die ersten Sammelfahrten von Italienern kamen 1960 in Karlsruhe an, laut Statistik waren es am Jahresende 918.[190] Die Appenmühle in Daxlanden wurde eine erste Sammelunterkunft. Von den insgesamt etwa 5.400 Ausländern (2,2 % der Gesamtbevölkerung) des Jahres 1960 waren etwa 1.600 sogenannte Gastarbeiter. 1965 lebten 14.300 Ausländer und Ausländerinnen in Karlsruhe;



Unterkunft von Gastarbeitern 1965 in Karlsruhe.

davon waren etwa die Hälfte „zur arbeitskräftemäßigen Befriedigung eines wirtschaftlichen Spitzenbedarfs",[191] so lautete das Amtsdeutsch, nach Deutschland gekommen. 1970 lebten etwa 16.000 Ausländer und 5.500 Ausländerinnen (8,4 % der Gesamtbevölkerung), etwa 17.800 als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, in Karlsruhe. Die meisten stammten 1965 noch aus Italien, 1970 aber aus Jugoslawien. Dem Zustrom der „Gastarbeiter" verdankte die Stadt im übrigen ihr wenn auch geringes Wachstum seit 1964, denn sie glichen die Abwanderung vieler Karlsruher Familien in das Umland mit einem leichten Zuwanderungsplus wieder aus. Die konjunkturelle Abhängigkeit der Ausländerbeschäftigung belegt der Rückgang um 15,1 % im Jahr 1967 nach dem ersten Konjunkturrückgang der deutschen Nachkriegsgeschichte. 1968 war der alte Stand wieder erreicht. Jetzt brachten die Männer vermehrt ihre Familien mit nach Deutschland, das vielen von ihnen oder ihren Kindern dann zumindest teilweise oder ganz zur Heimat geworden ist.

Die Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung, die am Ende der 1960er Jahre das Geburtendefizit markierte, wurde in Karlsruhe durch die Eingemeindungen (siehe unten) zunächst überdeckt. Bis 1975 wuchs die Einwohnerzahl dadurch um etwa 23.000 Menschen an (siehe Tabelle im Anhang). Direkt danach setzte eine Abwärtsbewegung ein, so

daß bis 1985 der Stand von 1970 wieder unterschritten wurde. Bis 1998 ist die Bevölkerungszahl wieder leicht auf etwa 270.000 gestiegen. Verbunden damit war ein in allen Großstädten zu beobachtender Prozeß der Überalterung. Von 1970 bis 1987 nahm die Zahl der Jugendlichen und Kinder um 41 % ab, und die Gruppe der Senioren über 75 wuchs um 70 %. Sowohl die bis 18jährigen verzeichneten bis 1996 einen Zuwachs (2.000) wie die über 65jährigen (2.500). So stellten 1996 die Jugendlichen 15,9 % der Gesamtbevölkerung und die Senioren 17,8 %.[192] Geburtendefizite und die Abwanderung in die Randzonen sind die Ursachen dieser Entwicklung, die alle Großstädte betraf. Diese wiederum spiegeln allgemeine gesellschaftliche Entwicklungstendenzen wider: Zunahme der Mobilität, sinkende Eheschließungen, spätere Erstheirat, Zunahme der Scheidungen, neue Formen des Zusammenlebens, ein steigender Anteil von Einpersonenhaushalten und nicht zuletzt auch der Anstieg der Frauenerwerbsarbeit (siehe unten).
Ein Wandlungsprozeß setzte am Ende der 1960er Jahre auch in der Konfessionszugehörigkeit der Karlsruher und Karlsruherinnen ein. Bei der evangelischen Kirche begann der Verlust an Kirchenmitgliedern früher und in größerem Umfang. Seit 1970 sank der Anteil der Protestanten von 48,5 % auf 1996 36,3 %. Der Katholikenanteil sank von 43,9 % auf 38,3 %. Die Verluste der katholischen Kirche wurden zum größeren Teil kompensiert durch die Zuwanderung von Ausländern, die überwiegend der römisch-katholischen Kirche angehörten. Damit war am Ende der 1980er Jahre erstmals in der Geschichte der von einem protestantischen Fürstenhaus gegründeten Stadt der Anteil der Katholiken größer als der der Protestanten. Der 1987 erstmals und seitdem nicht mehr erfaßte Anteil der islamischen Religion ergab 2,5 % Anhänger dieses Glaubens.

Erwerbsstruktur

Die oben geschilderte Entwicklung des Wirtschaftslebens in Karlsruhe bis in die 1960er Jahre schlug sich in auffälligen Änderungen der Erwerbsverhältnisse der in Karlsruhe wohnenden Bevölkerung nieder. Die Tendenzen der sich in den 1960er Jahren anbahnenden Veränderungen verstärkten sich im weiteren Verlauf bis zur nächsten Volkszählung von 1987.
Insgesamt hat, wie der Tabelle zu entnehmen ist, die Zahl der Beschäftigten mit der Gesamtbevölkerung zu bzw. abgenommen. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung stieg der Prozentsatz der Erwerbspersonen entsprechend dem Konjunkturverlauf von 44,4 % im Jahre 1950 auf 48,3 % im Jahre 1970, um dann bis 1987 leicht auf 47,7 % zu sinken. Dies war die Folge der längeren Schul- und Berufsausbildung sowie der höheren Zahl aus dem Berufsleben Ausgeschiedener. Im Gegensatz dazu verlief die Erwerbstätigenquote der Frauen ständig ansteigend von 32,2 % im Jahr 1950 auf 37,7 % im Jahr 1987.
Ein Vergleich der Volkszählungsergebnisse zeigt weiter deutliche Strukturverschiebungen an. Der primäre Wirtschaftsbereich Landwirtschaft spielt praktisch keine Rolle mehr im Wirtschaftsleben der Stadt. Der sekundäre Bereich, das produzierende Gewerbe, beschäftigte trotz einer größeren Zahl von Mitarbeitern prozentual weniger Menschen und zwar seit 1950 etwa 25 %. Das gleiche gilt für die dem tertiären Sektor zugerechnete Sparte Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, die 33 % weniger Arbeitskräfte benötigte. Die zweite Sparte des tertiären Sektors, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, verzeichnen dagegen enorme absolute und prozentuale Steigerungsraten. Addiert man die Zahlen des tertiären Sektors, so sind dort die Mehrzahl der Karlsruher Erwerbstätigen beschäftigt. Auch wenn der tertiäre Sektor in Karlsruhe schon seit dem Kaiserreich zwischen 48 % und 59 % schwankte[194], so weicht er 1987 mit 68,1 % doch sehr deutlich davon ab. Karlsruhe übertrifft damit den bundesdeutschen Mittelwert von 55 % bei

Erwerbstätige aus Karlsruhe nach Wirtschaftsbereichen 1950–1987[193]

Wirtschaftsbereiche	13. September 1950			6. Juni 1961			27. Mai 1970			25. Mai 1987		
	Anzahl	v. H.	Frauen	Anzahl	v. H.	Frauen	Anzahl	v. H.	Frauen	Anzahl	v. H.	Frauen
Land- und Forstwirtschaft	2.076	2.4	968	1.418	1.3	773	1.034	0.8	417	7420.6	239	
Produzierendes Gewerbe	34.305	40.0	6.689	46.352	40.9	13.791	51.218	39.9	14.445	35.859	31.2	9.113
Handel und Verkehr	22.339	26.1	6.487	30.992	27.4	13.133	26.643	20.8	11.584	21.716	18.9	10.021
Sonst. Wirtschaftsbereiche	26.950	31.5	14.933	34.295	30.4	16.498	49.473	38.5	22.645	56.501	49.3	28.288
Zusammen	**85.670**	**100**	**29.077**	**113.057**	**100**	**44.195**	**128.368**	**100**	**49.091**	**114.818**	**100**	**47.661**

Erwerbstätige aus Karlsruhe nach der Stellung im Beruf 1950–1987[195]

Wirtschaftsbereiche	13. September 1950			6. Juni 1961			27. Mai 1970			25. Mai 1987		
	Anzahl	v. H.	Frauen	Anzahl	v. H.	Frauen	Anzahl	v. H.	Frauen	Anzahl	v. H.	Frauen
Selbständige	11.352	13.3	2.453	10.461	9.3	2.448	9.309	7.3	1.884	9.247	8.1	2.336
Mithelf. Familienang.	2.667	3.1	2.134	3.160	2.8	2.836	3.310	2.6	2.941	1.008	0.9	826
Beamte	7.819	9.1	971	9.521	8.4	1.227	13.230	10.3	—[1)]	12.499	10.9	3.241
Angestellte	26.518	31.0	12.185	41.589	36.8	20.518	54.852	42.7	28.622	55.741	48.5	30.190
Arbeiter	37.314	43.5	11.325	48.326	42.7	17.166	47.667	37.1	15.644	36.323	31.6	11.068
Summe	**85.670**	**100**	**29.068**	**113.057**	**100**	**44.195**	**128.368**	**100**	**49.091**	**114.818**	**100**	**47.661**

[1] Bei Angestellten enthalten.

weitem. Ebenso deutlich unterschreitet es den Mittelwert für das produzierende Gewerbe von 41,8 %. Im Landesvergleich liegt Karlsruhe damit unter den neun Großstädten hinter Freiburg und Heidelberg bei den Dienstleistungen an dritter Stelle und für den Bereich produzierendes Gewerbe vor Freiburg und Heidelberg an drittletzter Stelle.

Mit Blick auf das Geschlecht der Erwerbspersonen zeigt sich, daß anteilig immer mehr Frauen als Männer im Bereich Dienstleistungen tätig sind. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Frauen, die im produzierenden Gewerbe arbeiten ungleich stärker ab, als die Zahl der Männer. Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen stieg insgesamt an.

Die aus der Gliederung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen ablesbare Entwicklung des Schwerpunkts bei Handels- und Dienstleistungen findet sich analog auch in der Übersicht der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf.

Angesichts einer Beschäftigungsquote der Frauen von einem Drittel stellte das Statistische Amt der Stadt Karlsruhe 1961 zur Frauenarbeit fest: „Durch die ständig steigende Einwohnerzahl, den höheren Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung, die größere Zahl den nichtverheirateten Frauen, wovon insbesondere die ledigen eine große Rolle spielen, sowie durch eine gewisse Wandlung in der Einstellung zur Berufstätigkeit der verheirateten Frau waren die Voraussetzungen für eine Steigerung des Potentials an weiblichen Arbeitskräften gegeben, ein Faktum, das im Zuge der zunehmenden Vollbeschäftigung für die Standortwahl der Industrie immer größere Bedeutung gewann."[196] Damit war treffend die Bedeutung der Frauen für den Wirtschaftsaufschwung umrissen. Die Statistiker verschwiegen jedoch, daß Frauen fast nur in untergeordneter Position ohne Aufstiegschancen eingesetzt wurden und daß ihnen der gleiche Lohn für gleiche Arbeit verwehrt wurde. Das wandelte sich seit den 1960er Jahren. Ein Indiz dafür mag das aus der obigen Tabelle ablesbare Sinken des Anteils der Arbeiterinnen in Karlsruhe sein. Ihr Anteil sank stärker als das der Männer, so daß 1987 nur noch 23,2 % der erwerbstätigen Frauen Arbeiterinnen waren. Gleichzeitig stieg der Anteil in der Gruppe selbständiger Frauen um 24 %, während bei den Männern hier ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. Dennoch blieb das Thema der Gleichstellung der Frauen in den an Reformdiskussionen so reichen 1960er Jahren eher ein Randthema.

Residenzstadt, Landeshauptstadt, Musenstadt, Staatsdienerstadt, Schulstadt, Gauhauptstadt, Residenz des Rechts, Wirtschaftszentrum am Oberrhein: Dies sind zum Schlagwort geronnene Charakterisierungen, die Karlsruhe im Laufe seiner jungen Geschichte erfahren hat oder ertragen mußte. Einige bezeichnen korrekt bestimmte Funktionen, andere unterstreichen eher vorübergehende Besonderheiten. Kein Etikett aber haftete der Stadt so dauerhaft an wie das von der „Beamtenstadt."

Dieses Etikett hatte seine Berechtigung, bis die Industrialisierung auch in Karlsruhe zu einem Wandel geführt hatte (siehe oben). Nach städtetypologischen Untersuchungen zählte es seitdem bis zum Zweiten Weltkrieg – je nach Methode – entweder als Industriestadt, Untergruppe gemischte Maschinenbau- und Rentner-/Beamten-/Militärstadt oder als Dienstleistungsstadt (siehe oben).[197] Nach dem Zweiten Weltkrieg sank zunächst der Beamtenanteil gegenüber 1933 weiter ab und der Arbeiteranteil stieg um über 5 %. Karlsruhe war auf dem Weg zu einer gemischten Industrie- und Handelsstadt. Die Entwicklung seit den 1960er Jahren machte Karlsruhe dann zu einem Dienstleistungszentrum mit Industrie und einem überdurchschnittlichen Beamtenanteil. Allerdings sind von den 10,9 % Beamten der Volkszählung von 1987 ein Drittel vornehmlich in Schul- und Hochschuleinrichtungen sowie Anstalten und Einrichtungen für Wissenschaft, Kultur, Kunst und Sport und ein Fünftel im Verkehr und der Nachrichtenübermittlung tätig.[198] Die Hälfte der Karlsruher Beamten ist somit im modernen Sinne im Dienstleistungssektor und nicht mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben beschäftigt. Karlsruhe präsentiert sich daher heute als

Dienstleistungsstadt. Eine Qualifizierung, zu der auch der hohe Beamtenanteil das seine beiträgt. Ob die Stadt das wohlfeile Etikett Beamtenstadt, das heute eher auf die Mentalität ihrer Bewohner und Bewohnerinnen bezogen wird, mehr oder weniger verdient als andere Städte, ist eine jeweils subjektive Einschätzung. Statistisch gesehen ist Karlsruhe seit Beginn unseres Jahrhunderts keine „Beamtenstadt" mehr.

Zeit des Umbruchs

Zeichen des Wandels

Mitte der 1960er Jahre kam es in der Bundesrepublik zu einer für viele unerwarteten gesellschaftlichen und politischen Unruhe. Dies geschah nicht ohne Vorzeichen, hatten sich doch mit den Halbstarken und der Rockmusik erste Proteste gegen gesellschaftliche Normen artikuliert. Mit der Musik der Beatles, der Rolling Stones und anderer Gruppen wurde das „Lied der Veränderung" angestimmt, das mit Bob Dylan und seinen sozialkritischen Texten seinen Vorsänger fand. Ausdruck sich wandelnder Lebensstile und Alltagsnormen waren sexuelle Aufklärung und eine dank der Antibabypille veränderte Sexualmoral sowie in der Mode z. B. der Minirock oder die längere Haartracht der Männer. Tiefgreifende Veränderungen und Brüche zeigten sich in der Diskussion über die gesellschaftskritische Funktion von Künstlern, festzumachen an den Diskussionen über Rolf Hochhuths Kritik an Papst Pius XII. in seinem Stück „Der Stellvertreter" und in dem programmatischen Abschied von „Opas Kino": Das „Oberhausener Manifest" forderte neue gesellschaftskritische Maßstäbe, die der Junge deutsche Film einlöste. Charakteristisch war auch, wie schnell einige der als Protest gegen geltende Normen entstandenen Erscheinungen zum Konsumgut gemacht, gewinnbringend vermarktet wurden.

Diese aufbrechenden Konflikte waren vor allem auch Generationskonflikte. Jene, die in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine Erneuerung forderten, warfen der Gründergeneration der Bundesrepublik eine pragmatische Politikauffassung und zu formales Demokratieverständnis vor. Sie beklagten das Fehlen stimulierender Zukunftsperspektiven und brandmarkten eine unzureichende Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Gerungen wurde um Reformen des Bildungswesens und die Notstandsgesetzgebung, gefordert wurde im Zeichen eines kritischeren Demokratieverständnisses ein Mehr an Partizipation für die Bürger und Bürgerinnen. Dazu kamen sozusagen als außenpolitische Komponenten die Kritik am Vietnamkrieg der Amerikaner und an der Ausbeutung der Länder der Dritten Welt. All diese Themen waren schon in der Diskussion, als sie die außerparlamentarische Opposition, die als Folge der Großen Koalition entstand, 1967/68 aufgriff und zu den ihren machte.

Politischen Wandel zeigte die Bildung der Großen Koalition von CDU und SPD unter Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt 1966 an, die nach nur drei Jahren den „Vater des Wirtschaftswunders" Ludwig Erhard als Kanzler ablöste. An deren Stelle trat nach dem „Machtwechsel" 1969 die sozial-liberale Koalition, geführt von Willy Brandt und Walter Scheel, womit die CDU/CSU erstmals nach 20 Jahren keine Regierungsverantwortung mehr ausübte. Aufgeschreckt hatte die Deutschen 1966/67 die erste wirtschaftliche Rezession. „Ungewißheit, Unsicherheit, Unbehagen, Unruhe und potentielle Unzufriedenheit" beschlich die Deutschen, so formulierte es Franz Joseph Strauß im September 1966.[1] Gemessen an den Zuständen der vorangegangenen Jahre ist aber die Krisenangst durchaus verständlich. Dazu

gesellte sich der Erfolg der rechtsradikalen NPD, die erstmals Landtags- und Gemeinderatsmandate gewann.
Als dann die Protestbewegung zunehmend aus den Hochschulen auf die Straßen drang, da machte schnell das Wort von der „Schönwetterdemokratie" die Runde. Unterstellt wurde damit, die Bundesrepublik verdanke die Legitimation und Stabilität ihrer demokratischen Ordnung nur dem Wirtschaftserfolg. Richtiger war da schon die Analyse Erhards, der vom „Ende der Nachkriegszeit" sprach und damit die Rückkehr von einem anhaltenden Konjunkturaufschwung zur Normalität eines Auf und Ab der Wirtschaftsentwicklung meinte. Zudem bewältigten die Regierungen die Modernisierung und Liberalisierung, indem sie neue Instrumente der Wirtschaftssteuerung schufen, Reformen auf den Weg brachten und eine neue Ostpolitik einleiteten. Die Zeit der großen Reformvorhaben endete mit der Ölkrise 1973/74. Ein Jahr nach dem triumphalen Wahlerfolg der sozialliberalen Koalition 1972 verhängten die arabischen Ölstaaten Sanktionen gegen den Westen wegen dessen Unterstützung Israels im Nahostkrieg. Der sprunghafte Anstieg der Ölpreise führte zur Stagnation des Wirtschaftswachstums und nahm der Reformpolitik die ökonomische Basis. Dies galt auch für Programme zur Wasser- und Luftreinhaltung, die Ausdruck der zunehmenden Erkenntnis von den „Grenzen des Wachstums" waren, die eine Studie des Club of Rome schon 1968 prognostiziert hatte.
Diese knapp skizzierte Charakteristik der Umbruchszeit in der Bundesrepublik zwischen 1966 und 1974 galt in ihren allgemeinen Zügen und abgemilderter Form auch für Karlsruhe. Die Jahre waren geprägt von großer politischer Vitalität, die sich in den Gemeinderatssitzungen niederschlug. In bisher nicht gekannter Dichte folgten einander Ereignisse und Entscheidungen von einschneidender Bedeutung und großer Tragweite für die Stadtentwicklung. Mit dem „Machtwechsel" im Rathaus vollzog sich in der Stadt auf der politischen Ebene ein grundlegender Wandel, jedoch mit anderen Vorzeichen als in Bonn. Der Protest der Jugend fand hier seine teils eigene lokale Ausprägung, die zugleich allgemeine Strukturen spiegelte.

Jugend- und Studentenprotest

In Karlsruhe wuchs, wie auch anderswo, in den 1960er Jahren eine politisch bewußtere Jugend mit einer kritischen Einstellung gegenüber dem Staat und seinen Repräsentanten heran. Dazu trugen die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit, die politischen Debatten um die Spiegel-Affäre 1962 sowie die Auseinandersetzungen um die Bildungsreform und die Notstandsgesetzgebung bei. Der Tod von Benno Ohnesorg bei einer Demonstration 1967 in Berlin und das Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke verstärkten diese Haltung, die für viele junge Menschen schließlich in die außerparlamentarische Opposition (APO) führte.
Seit 1958 existierte in Durlach im Basler-Tor-Turm eine Gruppe der Bündischen Jugend, die ein unabhängiges, selbstverwaltetes Jugendheim betrieb.[2] Hier entwickelte sich in der ersten Hälfte der 60er Jahre ein reges intellektuelles und künstlerisches Leben. Es wurden Theaterstücke von Peter Weiss und Berthold Brecht gespielt, in den Westen geschmuggelte Bänder mit Liedern Wolf Biermanns gehört und Turmgespräche mit fortschrittlichen Schriftstellern und Publizisten veranstaltet. Berichte über die Fahrten der Gruppe nach Lappland veröffentlichten die BNN. 1964 fuhr die Gruppe zu einer Beobachtung des Auschwitz-Prozesses nach Frankfurt. Es erschien von 1963 bis 1969 die Zeitschrift „Turmgespräche" in einer Auflage von 50 Stück. Darin wurde 1965 vorgeschlagen, einen „Arbeitskreis demokratischer Bürger" zu bilden, der „eine Form politischen Engagements außerhalb politischer Institutionen" ermöglichen sollte.
Im Jahre 1963 produzierte die Gruppe von Gymnasiasten und Studenten erstmals ein Flugblatt, das an den Gymnasien verteilt wurde. Es beinhaltete einen Protest gegen die Entlassung des Chefredakteurs des Fernsehmagazins „Panorama", die aufgrund der Kritik aus

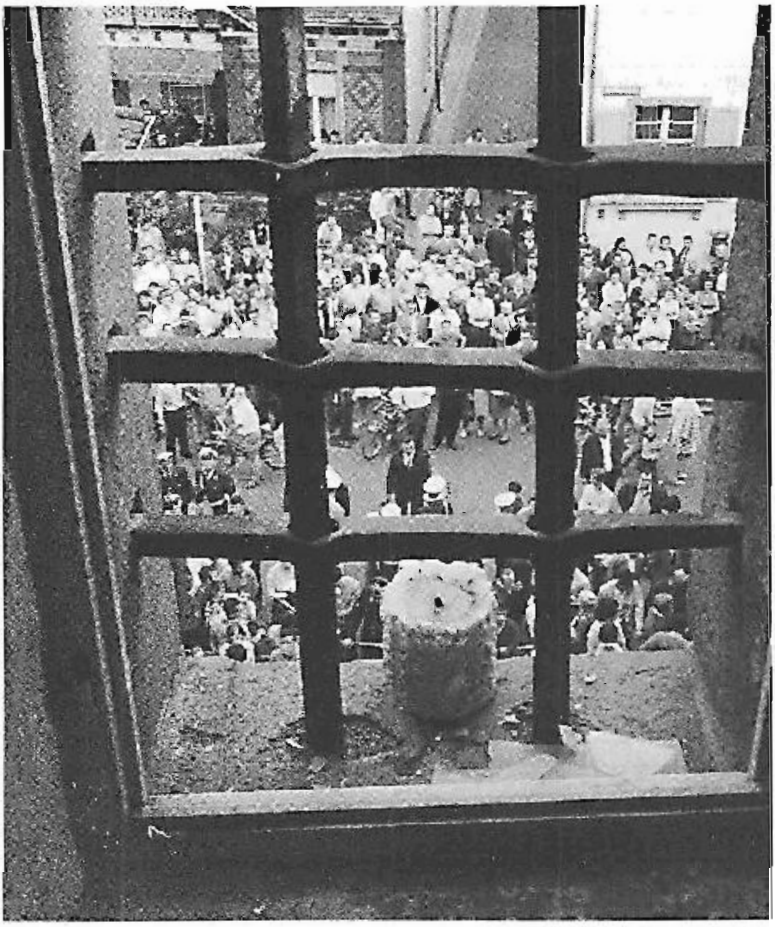
konservativen Kreisen erfolgte. Man sah mit dieser Entlassung die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik bedroht. Die Schulleitungen belegten die Verteiler mit strengen Verweisen. Der Kreis erfuhr eine zunehmende Politisierung, die sich in der Teilnahme an dem Ostermarsch 1964, an den Protesten gegen den Karlsruher NPD-Parteitag von 1966 sowie der Teilnahme an den Demonstrationen für eine Bildungsreform und gegen die Notstandsgesetze ausdrückte. Mit der Politisierung häuften sich dann auch die Konflikte mit den Eltern und den Lehrern. Seit 1967 fühlten sich die Jugendlichen im Basler-Tor-Turm der APO zugehörig und nahm an allen überregionalen Kampagnen und Demonstrationen teil.

Die Proteste der Schüler und Studenten hatten in Karlsruhe keinen direkten Adressaten.[3] Das änderte sich, als die BNN am 13. November 1968 den Leitartikel eines Nichtredaktionsmitglieds veröffentlichten mit dem Titel: „Aufstand der Unmündigen." Darin wurde in sehr zugespitzter polemischer Form der Drang der Jugend nach Mitbestimmung in Schule und Hochschule als Unverschämtheit zurückgewiesen und gefordert, die Jugend „in Form zu bringen", sie „heilsamen Zwängen zu unterwerfen." Der einseitig argumentierende und die Jugend pauschal attackierende Leitartikel war in der aufgeheizten Stimmung des Jahres 1968 sicher kein journalistisches Meisterstück, angesichts der Monopolstellung der BNN in Karlsruhe wohl sogar eine Fehlleistung. Wie zu erwarten, gab es Zustimmung, aber auch eine breite Front der Ablehnung dieser Form der Auseinandersetzung mit der Jugend. In Stellungnahmen wiesen auch der Rektor und einige Professoren der Karlsruher Universität den Inhalt des Leitartikels scharf zurück. Ein zweiter Leitartikel mit dem Versuch, die Situation zu entspannen, erreichte sein Ziel nicht. Es gab am 25. November eine Großdemonstration von 2.000 Schülern, Schülerinnen, Studenten und Studentinnen gegen

Demonstrationszug Jugendlicher am 25. November 1968 gegen die Badischen Neuesten Nachrichten. Die Parolen sind eine Reaktion auf zwei Leitartikel, in denen den Jugendlichen Unmündigkeit vorgehalten wurde.

die BNN. In ähnlich polemischer Weise wie der Leitartikel die Jugendlichen angegriffen hatte, attackierten die Protestierenden dabei die BNN und ihren Herausgeber. Ein Zeichen für redaktionsinterne Auseinandersetzungen in den BNN war die ausgewogene Berichterstattung über diese Demonstration im Lokalteil.

Beteiligt an dieser Demonstration gegen die lokale Zeitung waren auch die Mitglieder des Republikanischen Clubs, den es in Karlsruhe seit 1967 gab. Über dessen Aktionen, Mitglieder und Geschichte berichtet der Schlüsselroman „Ein Hai in der Suppe oder Chronik des Philipp Ronge."[4] Darin sind die Generationskonflikte, die Lebensweisen, die unterschiedlichen Denkansätze der in der APO mitarbeitenden Männer und Frauen, ihre Aktionen – darunter der wenig erfolgreiche Versuch, den Fastnachtsumzug von 1968 zu stören – und anderes gut nachvollziehbar dargestellt. Beteiligt an dem Protest gegen die BNN waren auch die Mitglieder des Basler-Tor-Turms, der inzwischen zum „Roten Turm" und zu einem APO-Zentrum in Karlsruhe geworden war. Das Jugendheim im Basler-Tor-Turm wurde 1967 männlichen wie weiblichen Nichtmitgliedern zugänglich gemacht und auch für Übernachtungen genutzt. Das regte zum einen die Phantasie derart an, daß der Turm bald als Ort der „freien Liebe" galt, veranlaßte aber andererseits die Stadtverwaltung zur Kündigung des Mietvertrags. Der Turm wurde nun zum Ziel gegnerischer Attacken: Ein Durlacher Bürger beschoß den Turm mit einem Kleinkalibergewehr, Besucher der Diskothek an der



Räumung des „Roten Turms" in Durlach durch die Polizei. Blick auf den Vorplatz vom Turminneren.

Zur Trauerfeier für Siegfried Buback und seine Begleiter Wolfgang Göbel und Georg Wurster kamen die höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik in die Evangelische Stadtkirche. Blick auf den Marktplatz mit der Ehrenformation der Bundeswehr und Zuschauern.

Endstation versuchten, den Turm zu stürmen und eine größere Zahl von NPD-Mitgliedern, darunter drei Landtagsabgeordnete, drangen gewaltsam in den Turm ein und bedrohten anwesende Jugendliche. Im Zusammenhang mit der Räumungsklage der Stadt, deren Urteil unangekündigt vorverlegt wurde, gab es Ende Mai 1969 – diesmal von den Jugendlichen inszenierte – Krawalle im Durlacher Rathaus und im Amtsgericht. Daraufhin ließ die Stadt trotz der vom Gericht beschlossenen zweimonatigen Kündigungsfrist die inzwischen sehr heruntergekommenen Räume des Turms von der Polizei räumen. Ein Vorgang, der auch in der Nachrichtensendung des Ersten Fernsehprogramms am Tag darauf Beachtung fand.

Das Beispiel des „Roten Turmes" in Durlach zeigt beispielhaft manche Entwicklung der Protestbewegung der 60er Jahre: Die allmähliche Politisierung von immer mehr Jugendlichen durch die veröffentlichte Meinung vor allem der Springer-Presse aber auch der konservativen BNN, die dadurch provozierten gewaltsamen Aktionen gegen die Jugendlichen, die große Verständnis- und Hilflosigkeit vieler Verantwortlicher – seien es Eltern, Lehrer, Beamte oder Politiker – gegenüber einer auf Selbständigkeit, Mitbestimmung und Kritik beharrenden Jugend und den letztlich daraus erwachsenden Gegendruck der Protestbewegung. Dieser führte bei einer verschwindend kleinen Minderheit in die Perversion des Protests, in den Terror der „Rote Armee Fraktion" (RAF) der 70er Jahre, für viele aber in die Organisationen der Parteien, vorwiegend der SPD und der FDP, oder der Ökologie- und Friedensbewegung. Wie immer man die Protestbewegung der 60er Jahre sieht, so scheint doch bei distanzierter Betrachtung das Urteil möglich, daß sie als Minderheit eine Meinungsführerschaft innehatte und daß sie für

zahlreiche Reformbemühungen den Anstoß gegeben hat.
Der Terror der „Rote Armee Fraktion" mit ihren menschenverachtenden Morden traf auch Karlsruhe in unterschiedlichen Formen. Am 15. Mai 1972 erlitt durch eine Autobombe die Frau des Ermittlungsrichters in Sachen Baader/Meinhof Verletzungen. Fünf Jahre später, am 7. April 1977, ermordeten Mitglieder der RAF an der Linkenheimer Landstraße Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seine Begleiter Wolfgang Göbel und Georg Wurster. Neun Tage darauf demonstrierten 8.000 Menschen gegen das sinnlose Morden. Am Ort des Attentats wurde 1978 ein schlichtes Mahnmal enthüllt. Wenige Monate später, am 25. August 1978, schlug ein Attentat auf die Bundesanwaltschaft und den Bundesgerichtshof fehl. Mitten in der Stadt waren diese beiden Institutionen zu einem Hochsicherheitstrakt ausgebaut worden mit Stacheldrahtzaun und permanenter Polizeibewachung, die dort wie am Bundesverfassungsgericht bis heute wirksam ist. In Karlsruhe wurden aber nicht nur Personen und Institutionen Opfer des Terrors, aus der Stadt kamen auch zwei Täter, die an Verbrechen der RAF beteiligt waren, Christian Klar und Lutz Taufer.

Wandel in der Wirtschaft

Zwischen der Verstärkung der Protestbewegung, ihrem Vordringen aus den Hochschulen auf die Straßen und der 1966/67 als krisenhaft empfundenen wirtschaftlichen Lage gibt es einen unübersehbaren Zusammenhang. 1966 ließ sich die überhitzte Konjunktur auch mit noch so drängenden Maßhalteappellen von Kanzler Erhard nicht mehr bremsen, zumal die öffentliche Hand bei den konsumptiven Ausgaben nicht mit gutem Sparbeispiel voranging. Die Bemühungen der Bundesbank um Konjunkturdämpfung führten schließlich zu einer unerwünschten wirtschaftlichen Stagnation mit einer Arbeitslosenqoute von 2,5 % und 350.000 Kurzarbeitern bei einer Inflationsrate von 4,5 %. Wirtschaftsmeldungen über Firmenpleiten lasen sich wie Berichte von einer Kampffront. Die Deutschen fürchteten um ihren überall sichtbar gewordenen Wohlstand und die Vollbeschäftigung, die dazu geführt hatte, 1,4 Mio Gastarbeiter ins Land zu holen, die die sozial gering angesehenen Arbeiten zu verrichten hatten.
Die Karlsruher Wirtschaft hat diese erste wirtschaftliche Rezession der bundesrepublikanischen Geschichte besonders gut überstanden. 1966 gab es 2.729 Arbeitslose, von Kurzarbeit betroffen waren 3.266 Karlsruher und Karlsruherinnen.[5] Das waren 1,6 bzw. 2 % aller Erwerbstätigen, deutlich weniger als im Bundesdurchschnitt. Im Sommer 1968 war dann die Vollbeschäftigung wieder erreicht. Im August 1969 gab es 273 Arbeitslose bei einem Mehrfachen an offenen Stellen. Daran änderte sich bis 1973 nichts, aber es waren zwischen 1966 und 1970 nur noch etwa 4.000 Gastarbeiter gekommen gegenüber 7.000 im Fünfjahreszeitraum zuvor.
Bei den Umsatzzahlen der Karlsruher Industriebetriebe mit mehr als zehn Beschäftigten zeigte sich 1967 gegenüber dem Vorjahr ein minimaler Rückgang von 2,5 %. Der Umsatz wuchs im folgenden Jahr dann explosionsartig um 44,5 % auf 3,05 Milliarden DM. Bis 1973 stieg er kontinuierlich auf 4,6 Milliarden DM. Die kleine Delle in der Industrieumsatzkurve schlug sich im städtischen Gewerbesteueraufkommen kaum nieder, dafür aber der Umsatzsprung von 1968, der der Stadt 114 Millionen Einnahmen nach 88 Millionen im Vorjahr brachte. Erst 1973 stand wieder ein besseres Ergebnis mit 134 Millionen in den Büchern.
Es lassen sich verschiedene Ursachen für diesen vergleichsweise günstigen Konjunkturverlauf in Karlsruhe benennen. Zum ersten ist dies das sogenannte „Karlsruher Konzept", die Mischung aus Behörden-, Industrie- sowie Handel- und Gewerbearbeitsplätzen. Dabei wurde zudem in Zeiten eines knappen Arbeitskräfteangebots auf die Ansiedlung kapitalintensiver Betriebe geachtet, die mit begrenzter Beschäftigtenzahl hohe Umsätze erwirtschaften. Ein Musterbeispiel solcher Ansiedelung – das gilt als zweite Ursache – waren sicher die Raffinerien. Sie waren z. B. 1967 am Indu-

strieumsatz mit 45,6 % beteiligt, beschäftigten aber mit 4.100 Arbeitnehmern nur etwa 10 % aller in der Karlsruher Industrie Tätigen. Als dritte Ursache gelten die auch in der Rezessionsphase hohen Investitionen der Stadt für deren Ausbau und den Betrieb wie die Unterhaltung bestehender Einrichtungen. Für 1968 ergab dies eine Zahl von etwa 108 Millionen DM. Gerade im Rezessionsjahr 1967 trug die von der Stadt veranstaltete Bundesgartenschau mit den Investitionen und den sechs Millionen Besuchern dazu bei, die Konjunkturabschwächung zu bremsen (siehe oben).[6]

Allerdings wird man bei genauerer Betrachtung nicht übersehen können, daß auch Karlsruhe von den allgemeinen Strukturveränderungen der Wirtschaft nicht ausgenommen blieb.[7] Bei den Kleinbetrieben begann ein Schrumpfungsprozeß, während bei den Großbetrieben Konzentrationsprozesse einsetzten. Von 1965 bis 1973 sank die Zahl der Industriebetriebe mit mehr als zehn Beschäftigten von 232 auf 201. Besonders auffällig ist zudem, daß die wachsenden Industrieumsätze von einer immer geringeren Zahl von Beschäftigten erwirtschaftet wurden. 1965 gab es etwa 44.000 und 1973 nur noch 38.700 Industriearbeitsplätze. Weiter ist festzustellen, daß der Firmensitz von Betrieben, die großen Kapitalgruppen angehörten, zunehmend außerhalb Karlsruhes lag. Eine Ausnahme machten die Michelin-Reifenwerke, die den Firmensitz ihrer deutschen Niederlassungen 1970 nach Karlsruhe verlegten.

Besonders augenfällige Beispiele des Strukturwandels, der vorwiegend die metallverarbeitende Industrie traf, war die Schließung der traditionsreichen Herd- und Ofenfabrik Junker & Ruh 1968, die zuvor von der Brettener Firma Neff übernommen worden war. Diese Fabrik war mit anderen metallverarbeitenden Firmen einst Motor der Industrialisierung in Karlsruhe (siehe oben). Die traditionell starke Sparte des Maschinenbaus in Karlsruhe verlor 1971 im Vergleich zum Vorjahr 12,3 % ihres Umsatzes bei einem Minus von 10 % Arbeitskräften. Ein Strukturwandel zeichnete sich aber auch im Einzelhandel ab: Die Selbstbedienungsläden z. B. des Karlsruher Unternehmens Pfannkuch verdrängten die Tante Emma-Läden, am Stadtrand entstanden die ersten Einkaufsmärkte, so z. B. 1968 das Wertkauf Center.

So unübersehbar Konzentrationsprozesse und Rationalisierungseffekte sind, so deutlich belegen die Wirtschaftsdaten aber auch, wie sehr Karlsruhes Rang als Industriezentrum von der Mineralölverarbeitung bestimmt wurde. Die Ankündigung einer Kapazitätserhöhung der Oberrheinischen Mineralölwerke (OMW) mit Sitz in Karlsruhe von 7 auf 12,5 Millionen Jahrestonnen war daher 1971 für den Stadtkämmerer eine erfreuliche Nachricht, konnte er daraus doch eine Erhöhung des Gewerbesteueraufkommens aus diesem Unternehmen um das Doppelte bis Dreifache erhoffen.[8] Diese Hoffnung trog jedoch teilweise. Zum einen schwankte das Aufkommen sehr stark, zum anderen stieg es im Jahresmittel nach den Erweiterungen bis heute nicht auf das Doppelte. Von den Kapazitätserhöhungen, die auch der andere Raffineriebetreiber ankündigte, ergaben sich für die kommenden Jahre aber immerhin zusammen Investitionen von etwa einer Milliarde DM in den Wirtschaftsstandort Karlsruhe, von denen auch die heimische Wirtschaft profitierte.[9]

Auseinandersetzungen über Umweltprobleme

Die im Januar 1972 formell beantragte Raffinerieerweiterung der OMW rückte schlaglichtartig eine Problematik in die öffentliche Debatte in Karlsruhe und im Landtag, die ein weiteres zentrales Element der Zeit des Umbruchs verdeutlicht. Gegen die erwartete Mehrbelastung der Umwelt etwa durch Schwefeldioxyd formierte sich massiver Protest. Der städtische Wirtschaftsförderer Berthold Kessinger mahnte dagegen mit Blick auf die Konkurrenz in Wörth und Germersheim: „Einen unrealistischen Extremismus kann sich Karlsruhe allerdings auf dem Gebiet des Umweltschutzes nicht leisten."[10] Dennoch verzögerte sich die Genehmigung für die Raffinerieerwei-

terung bis 1974 mit bundesweit durchaus wegweisenden Auflagen zugunsten des Umweltschutzes.

Daß der rauchende Schornstein nicht nur als Quelle von Wachstum und Wohlstand anzusehen war, galt schon vor der Jahrhundertwende. Gleichwohl wurde die Luftverunreinigung erst mit dem Wirtschaftswunder ein Problem zunächst für die Fachleute. In Karlsruhe begann 1961 die regelmäßige Beobachtung der Luft, die bis heute in stark ausdifferenzierter Form weitergeführt wird.[11] Im Auftrag der Stadtverwaltung untersuchte das meteorologische Institut der Technischen Hochschule 1961 sowohl den Staub wie den Schwefeldioxydgehalt der Karlsruher Luft. Nach Aufspüren der „Dreckschleudern" handelte die Stadtverwaltung mit den Unternehmern auf freiwilliger Basis Gegenmaßnahmen aus – etwa höhere Schornsteine oder bessere Technik. Auch mit den Schwefeldioxydemittenten verhandelte die Stadt und erreichte bei den Raffinerien und beim Badenwerk und selbstredend bei dem stadteigenen Elektrizitätswerk den Bau höherer Schornsteine und soweit möglich den Einsatz schwefelärmerer Brennstoffe. Bis 1966 konnte der Staubpegel auf 140 mg pro Quadratmeter und Tag gesenkt werden. Das war ein Drittel des Grenzwertes. Die Schwefeldioxydmessungen ergaben für die Jahre 1961–1969 einen Mittelwert von 0,1 Milligramm pro Kubikmeter Luft bei einem zulässigen Mittelwert von 0,4. Allerdings galt, daß wegen der großen Schwankungsbreite in kalten Wintermonaten über viele Stunden eine Konzentration von etwa dem Doppelten des Grenzwertes erreicht werden konnte. Zur Überraschung vieler stellte man damals fest, daß in den Wohngebieten der größte Teil der Verunreinigung aus den Heizungsanlagen der Wohngebäude stammte. Für manche neuen Wohngebiete ließ das Bauordnungsamt daher nur noch Fernwärme bzw. Gas oder Elektrizität zu. Auf diese Weise hatte die Stadt, noch bevor die Fragen der Umweltbelastung zu einem öffentlichen Thema wurden, erste Gegenmaßnahmen ergriffen.

Dennoch verging seit Anfang der 1970er Jahre dann, wie die BNN am 5. Januar 1971 notierten, fast kein Tag mehr, an dem nicht Probleme des Umweltschutzes angesprochen und Maßnahmen gegen die Verschmutzung der Luft und des Wassers gefordert wurden. Messungen des Kohlenmonoxydgehaltes der Luft in der Kaiserstraße zwischen Hauptpost und Marktplatz seit Ende der 1960er Jahre beförderten die Diskussion zusätzlich. In den Tagesstunden überstieg die Konzentration im Mittel den Grenzwert von 10 Milligramm pro Kubikmeter Luft häufig bis um das Vierfache.[12] Im Juni 1971 trat die kurz zuvor gegründete „Bürgeraktion Umweltschutz zentrales Oberrheingebiet" an die Öffentlichkeit mit alarmierenden Informationen über die Karlsruher Luft- und Wasserqualität wie über das Baumsterben in der Stadt.[13] Gefordert wurden intensivere Messungen und vor allem eine laufende Unterrichtung der Bürger und Bürgerinnen über die Meßwerte. Die etwa 200 Mitglieder der Bürgeraktion waren nach Angaben des Vorsitzenden Hans-Helmut Wüstenhagen zumeist „fachlich vorbelastet." Die Bürgeraktion traf drastische Feststellungen wie z. B. die, daß die Sterblichkeitsrate infolge der Luftverschmutzung in Karlsruhe gestiegen sei. Gestützt auf die vom Bundesgesundheitsministerium festgestellte Spitzenstellung der Stadt bei der Schwefeldioxydbelastung behauptete sie, „die Karlsruher leben mitten in der Katastrophe." Dem widersprach u. a. der Oberbürgermeister entschieden.

Als dann die Erweiterungsabsichten der Raffinerien publik wurden, formierte die Bürgeraktion den öffentlichen Protest und Widerstand.[14] Bereits am 17. Januar 1972 organisierte sie eine öffentliche Anhörung in Knielingen, bei der sich prominente Karlsruher Politiker und Politikerinnen wie die Landtagsmitglieder Hermann Veit (SPD) und Toni Menzinger (CDU) einmütig gegen eine weitere Belastung der Karlsruher Luft aussprachen. Stadt- und Landkreis erhoben „fürsorgliche Einwendungen", und die Bürgeraktion sammelte 35.000 Unterschriften gegen das Vorhaben. Zwei öffentliche Anhörungstermine im Februar und Juni 1973 endeten jeweils mit dem Auszug der

Eine der Ursachen schlechter Luft in der Karlsruher Innenstadt: Stau an der Kreuzung Kaiser-/Karlstraße etwa 1965.

Umweltschützer. Diese wiesen das vom Regierungspräsidium bestellte Gutachten zu den Folgen der Raffinerieerweiterung als in der Fragestellung zu begrenzt zurück. Sie verlangten, die Belastbarkeit des gesamten Karlsruher Raumes mit zu untersuchen. Da auch die Biologen der Universität Karlsruhe in einem Schreiben an Ministerpräsident Filbinger weitere Gutachten forderten und „gefährliche Konsequenzen" durch die Raffinerieerweiterung voraussagten, lenkte das Regierungspräsidium ein.

Ein neues Gutachten wurde eingeholt, und nach einem langwierigen Entscheidungsprozeß in Stuttgart, an dem neben dem Staatsministerium vier Ministerien beteiligt waren, fällte die Landesregierung im März 1974 ihre mit Spannung erwartete Entscheidung. Die Erweiterung wurde genehmigt mit der Maßgabe, daß kein höherer Ausstoß an Schwefeldioxyd erfolge als bisher. Diese – wie Filbinger zugab – auf den Druck der Bevölkerung und mit Rücksicht auf die Umwelt getroffene Entscheidung, stellte bis dahin in Deutschland und Europa nicht erhobene Anforderungen an die Raffineriebetreiber. Als flankierende Maßnahme beschloß das Kabinett, eine Senkung der Emissionen des Dampf-Kraftwerks am Rhein voranzutreiben. Im September zog dann auch der Gemeinderat mit der CDU/FDP-Mehrheit die „fürsorglichen Einwendungen" zurück. Die Raffinerie der OMW wurde erweitert. Neue Technologien erfüllten die Umwelt-Auflagen. Der Gedanke des Umweltschutzes hatte einen wichtigen Etappensieg errungen. Die Entscheidung dokumentierte darüber hinaus den gesellschaftlichen Wertewandel dieser Jahre.

Machtwechsel im Rathaus

Die Haushaltsdebatten 1967 und 1968

Trotz der ständig steigenden Gewerbesteuererträge war nach der Mitte der 1960er Jahre erkennbar, daß die Stadt an ihren finanziellen Grenzen operierte. Am Ende des Jahrzehnts lag Karlsruhe gar in der Spitzengruppe der am höchsten verschuldeten Großstädte Deutschlands hinter Frankfurt und Offenbach auf Platz drei. Pro Einwohner beliefen sich die Schulden am 31. Dezember 1969 auf 2.112,– DM.[15] An der bedrohlichen Lage der städtischen Finanzen entzündeten sich die ersten Zeichen

eines politischen Klimawandels in der Stadt.[16] Bereits 1966 waren die im Etat vorgesehenen außerordentlichen Ausgaben nicht realisierbar. So mancher Rohbau mußte vorübergehend eingestellt werden, anderes wurde gar nicht erst begonnen. Um den Etat 1967 auszugleichen, sah der vom Oberbürgermeister vorgelegte Entwurf Steuererhöhungen vor. Die CDU und die FDP verlangten dagegen erst einmal Einsparungen. Dazu forderte die CDU konkret, den Abbau von Personal in der Verwaltung und von freiwilligen Sozialleistungen, die Verstaatlichung der kommunalen Polizei und ein Zurückschrauben der vorgesehenen Darlehensaufnahme für Investitionen um 30 Millionen. Die FDP schloß sich dem weitgehend an. Ihr Sprecher Hans Schubart kritisierte dabei Klotz ganz offen. Der gehe über die Verschuldung der Stadt von einer halben Milliarde Mark hinweg wie über die Erinnerung an unbezahlte Bonbons. „Wir haben Ihren Optimismus oft bewundert, aber Sie nie darum beneidet."

Die SPD stand hinter ihrem Oberbürgermeister. Sie setzte die Steuererhöhungen mit ihrer absoluten Gemeinderatsmehrheit durch, lehnte aber weitreichende Einsparungen ab und akzeptierte lediglich die Beschränkung der Darlehensaufnahme. So ganz fest geschlossen waren die Reihen aber doch nicht. Einzelne SPD-Abgeordnete unterstützten den Antrag der CDU, der vom Oberbürgermeister die Vorlage einer mittelfristigen Finanzplanung für vier bis fünf Jahre verlangte. Dieser bereits früher geäußerten Bitte war Klotz aber noch nicht nachgekommen. Er reagierte darauf sehr ungehalten und meinte, er lasse sich nicht schulmeistern, man könne ja Dienstaufsichtsbeschwerde gegen ihn einreichen. Insgesamt war die sich über mehrere Tage hinziehende Haushaltsdebatte geprägt von einer bis dahin durchaus unüblichen Offenheit und Direktheit in der Auseinandersetzung.

Als die CDU am Abend vor der Schlußabstimmung über ihre Haltung zum Etat beriet, setzten sich die Falken durch. Am 24. Januar 1967 lehnten 14 CDU-Mitglieder den Etat ab, vier enthielten sich der Stimme und nur einer stimmte mit der SPD. Werner Goldschmit brachte es dabei fertig, das Nein der CDU zum Etat vorzutragen und dann dem Etat doch zuzustimmen. Die FDP spielte ihre Oppositionsrolle, war sie doch als einzige Partei seit 1961 nicht mehr auf der Bürgermeisterbank vertreten. Die Entscheidung der CDU über die Ablehnung des Etats brach mit einer seit Beginn der Gemeinderatsarbeit nach 1945 gepflegten Praxis, den Haushalt mit einer möglichst großen Mehrheit zu verabschieden.

Folgt man den Mitteilungen von Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, so war es zuallererst die Sorge um die Stadtfinanzen, die die Haltung der CDU bestimmte. Man „suchte der Stadt Bestes", wie Traugott Bender bei den Etatberatungen 1968 in Anlehnung an ein Bibelzitat sagte. Aber es ließen sich damit auch Vorteile für die CDU erreichen. Die Partei hatte im Gemeinderat bisher eine eher verhaltene Oppositionspolitik betrieben, mehr die Kooperation als den Konflikt gesucht, und dies geschah vor dem Hintergrund parteiübergreifender menschlicher Beziehungen und Freundschaften. So gab es Stammtische etwa im Hauptbahnhofsrestaurant, an dem Klotz mit Wilhelm Baur und Siegfried Kühn von der CDU zusammensaß, oder den Freundeskreis Weißer Berg, wo sich ebenfalls führende und schon seit den 40er Jahren amtierende CDU- und SPD-Gemeinderäte und Günther Klotz trafen. 1967 glaubte die Mehrheit der CDU-Abgeordneten, mit einer deutlichen Abgrenzung gegenüber der SPD ohne Taktieren und Paktieren die Chancen bei den Wählerinnen und Wählern steigern zu können. Die in der CDU bisher eher buchhalterisch betrachteten Etatfragen nutzte man als Ansatz für die Darstellung eines eigenen politischen Profils. Und noch ein Drittes kam hinzu: Obgleich die Zeitzeugen keine Grundstimmung gegen Günther Klotz konstatieren, so halten sie doch eine gereizte Stimmung fest. Man habe den autoritären Führungsstil von Klotz, den auch einige jüngere SPD-Gemeinderäte ablehnten, nicht länger unwidersprochen hinnehmen wollen. Dennoch nahmen SPD und wohl auch Günther Klotz die Ablehnung des Etats durch die

CDU nicht weiter ernst, da man sich im Besitz der absoluten Stimmenmehrheit im Gemeinderat, die man seit 1959 innehatte, sicher wähnte. In den BNN stand tags darauf, am 25. Januar 1967, allerdings ahnungsvoll: „Das ‚Nein' der Achtzehn ... wird auf Jahre mehr Gewicht haben als drei Haushaltsreden."

Wahlergebnisse

Die Sicherheit, die der SPD die absolute Mehrheit im Gemeinderat auch angesichts der unerwarteten und ungewöhnlichen Ablehnung durch die CDU gab, war allerdings trügerisch. Ein kritischer Blick auf die Entwicklung der Wahlergebnisse hätte die SPD nachdenklicher stimmen können.[17] Bei den Landtagswahlen hatte sie 1964 im Wahlkreis Karlsruhe Ost von 13,8 % Vorsprung nur knappe 0,9 % verteidigen können, und im Wahlkreis West war aus einem Vorsprung von 0,2 % ein Rückstand von 9,6 % geworden. Bei der Bundestagswahl 1965 hatte sie zwar ihren Abstand zur CDU von 11 % auf 6,2 % verringern können, aber wohl nicht genügend zur Kenntnis genommen, daß im gleichen Jahr die CDU bei der Gemeinderatswahl ihren Rückstand von 13,7 % auf 9,9 % verkürzen konnte. Unter dem Strich verlief der Trend also eher zugunsten der CDU.

Dies sollten die Wahlen des Jahres 1968 dann auch deutlich bestätigen. Die erste Wahl des Jahres, die Landtagswahl am 28. April, brachte im Hinblickauf den politischen Stimmungswechsel in Karlsruhe als Ergebnis, daß die CDU erstmals beide Karlsruher Landtagsmandate direkt errang und daß die SPD ihr schlechtestes Landtagswahlergebnis erzielte. Sie verlor gegenüber 1964 fast 9 % der Stimmen. Gewinner der Wahlen waren aber, da auch die CDU leichte Verluste hinnehmen mußte, die FDP mit 12,6 % sowie die rechtsradikale NPD mit 11,4 %.[18] Diese Erfolge verdankte die Partei, folgt man den Wahlanalysen, der wirtschaftlichen Rezession und der rebellierenden Jugend. Auch hat die große Koalition dazu beigetragen, daß die CDU für Teile des rechten Wählerspektrums nicht mehr akzeptabel war. Das Karlsruher Ergebnis der Bundestagswahl vom 28. September 1969 bestätigte die CDU als stärkste Partei. Allerdings setzte die SPD ihren bei Bundestagswahlen schon länger anhaltenden Aufwärtstrend fort, gewann 6 % und kam damit bis auf 2 % an die CDU heran. Peter Corterier konnte für die SPD sogar erstmals in Karlsruhe mit Hilfe von FDP-Stimmen das Direktmandat gewinnen.

Einen weiteren Schritt zum politischen Machtwechsel in Karlsruhe brachte die Gemeinderatswahl am 20. Oktober 1968. Mit Spannung erwartete man, ob die SPD ihre Mehrheit sichern würde. Am Morgen nach der Wahl titelten die BNN: „Die SPD behauptet absolute Mehrheit." Als am Dienstag abend das amtliche Endergebnis vorlag, mußte der Kommentar neu geschrieben werden. Jetzt hieß es: „SPD-Mehrheit im Rathaus doch gebrochen." Die SPD hatte zwei Sitze eingebüßt. In sechs Stadtteilen hatte sie gegenüber 1965 die absolute Mehrheit verloren, es blieben ihr jetzt nur noch fünf von siebzehn. Die relative Mehrheit behauptete die Partei in 14 Stadtteilen. Die CDU blieb unverändert und hielt die Mehrheit in der Innenstadt-West, der Südweststadt und in Rüppurr. Gewinner waren mit einem zusätzlichen Sitz die FDP und mit einem Sitz die NPD, die nach 3,5 % 1965 jetzt 6,2 % erzielte.

Mehrheits- und Klimawechsel im Gemeinderat

Die neue Zusammensetzung des Gemeinderats ergab nun folgende Abstimmungsarithmetik: Die SPD verfügte mit dem Oberbürgermeister über 24 Stimmen, CDU und FDP ebenfalls über 24 Stimmen (19 und 4), und eine Stimme hatte die NPD gewonnen. Im Ernstfall konnten also der OB und die SPD überstimmt werden. In den BNN vom 22. Oktober vermutete Josef Werner: „Dann und wann wird die SPD in Zukunft zweifellos merken, daß sie nicht mehr schalten und walten kann, wie sie will ... Die neue Situation wird auch dem Oberbürgermeister nicht gleich-

Vereidigung der neuen Gemeinderatsmitglieder am 27. November 1968 im Bürgersaal.

gültig sein, wenngleich dieser vermöge seiner Geschicklichkeit im Umgang auch mit dem politischen Gegner auch in den nächsten drei Jahren gut über die Runden kommen wird." Es sollte ganz anders kommen.

Tatsächlich kam Klotz nicht gut über die Runden und von seiner Geschicklichkeit war nicht mehr viel zu spüren. Das lag mit an einer Veränderung in der Zusammensetzung des Gemeinderats, die man als Generationswechsel bezeichnen kann. 1965 und 1968 kamen zusammen 18 neue Mitglieder in den Gemeinderat, von denen elf 40 Jahre und jünger waren. 1971 wurde dieser Generationswechsel dann mit elf weiteren neuen Gemeinderäten und -rätinnen, von denen sieben unter 40 Jahre waren, fortgesetzt. Darunter waren Günther Rüssel, Rudolf Schmerbeck, Wolfram Meyer, Monika Kaufmann, Helmut Herrmann für die CDU, Norbert Vöhringer, Erwin Sack als Nachrücker, Hannskarl Salger, Julius Grotz, Günther Hahn, Frithjof Kessel, Heinke Salisch und Gerlinde Hämmerle für die SPD und Horst Rehberger sowie Jürgen Morlock für die FDP. Der Anteil der Frauen im Gemeinderat stieg 1971 auf neun von 48 und erreichte damit den höchsten Stand seit 1946. Manche der Neuen brachten zum Teil auch frischen Wind in den Gemeinderat, waren nicht mehr so ohne weiteres auf den auf Kooperation zielenden Arbeitsstil der Nachkriegsgeneration einzuschwören. Symptomatisch dafür war auch das Ausscheiden langjähriger Mitglieder wie Wilhelm Baur, Karl Schwarz, Johann Volm (CDU) und Gustav Heller (SPD), die erstmals 1946 gewählt worden waren. So sorgten nicht nur die CDU-Stadträte Rüssel, Meyer und Schmerbeck oder die in der Opposition stehenden FDP-Stadträte Rehberger und Calmbach, sondern auch Männer wie Vöhringer, Sack und Grotz von der SPD im Verein mit manchem auf Veränderung hoffenden älteren Mitglied dafür, daß der Oberbürgermeister und seine Verwaltung mehr kritischen Widerspruch fanden als früher üblich war.

Diese Veränderung im Gemeinderat spiegelte Veränderungen in den Parteien wider, deren Mitglieder im Schnitt jünger wurden. Die Jugendorganisationen, vor allem die Jungsozialisten in der SPD und die Jungdemokraten in der FDP, sorgten für vermehrte inhaltlich-politische Diskussionen und forderten Aufnahme in den Vorstand und gute Listenplätze bei Gemeinderatswahlen. In der FDP spielte sich in diesen „Jahren des Wandels"[19] ein Ringen um die Führung zwischen dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Rutschke und Horst Rehberger ab. Etwas gemäßigter scheinen diese zu der Zeit gehörenden Konflikte in der CDU abgehandelt worden zu sein. Allerdings hatte es die CDU verstanden, sich zu dieser Zeit schon das Image einer jungen und modernen Partei zu geben. Bei ihr hatte die Verjüngung der Fraktion schon früher eingesetzt als bei der SPD und insgesamt auch in etwas stärkerem Umfang stattgefunden. Die CDU betrieb vor allem in den jungen Stadtteilen eine erfolgreiche und, wie Zeitzeugen berichten, „knochenharte Basisarbeit." Ihre beiden Karlsruher Landtagskandidaten Traugott Bender und Otto Dullenkopf galten als angesehene und erfolgreiche Mitglieder des Landtages. Das wirkte auf die CDU in Karlsruhe und ihr Ansehen zurück. Insgesamt schien auch die CDU jener Tage geschlossener und einheitlicher, weniger von innerparteilichen Spannungen behindert in der Formulierung politischer Ziele. Die SPD war, anders als die FDP, nicht in Führungskämpfe verstrickt, es gab hier aber verschiedene politische Potenzen, wie den Landtagsabgeordneten und ehemaligen Oberbürgermeister Hermann Veit, den Bundestagsabgeordneten Fritz Corterier, den Bundestagsabgeordneten und „Genossen Generaldirektor" Alex Möller und Günther Klotz. Daß sie sich gemeinsam für die Sache der SPD in Karlsruhe ins Zeug gelegt hätten, ist nicht erkennbar. Zeitzeugen berichten vielmehr von persönlichen Differenzen und zwischenmenschlicher Entfremdung.

Mit den angesprochenen Veränderungen in Parteien und Fraktionen ging dann auch der schon angesprochene stärker erkennbare Wille bei CDU und FDP einher, sich gegenüber der Oberbürgermeister-Partei SPD besser zu profilieren und eine eigenständige Kommunalpolitik zu betreiben. Um diese aber auch verwirklichen zu können, brauchte es den Willen zur Mehrheit und zur demokratisch legitimierten Macht des Oberbürgermeisters. Hinter den sachlichen Entscheidungen im Gemeinderat sind daher auch taktisch-politische Erwägungen, z. B. die bessere Selbstdarstellung gegenüber dem Wähler nicht auszuschließen.

Im Zeichen eines zunehmend kritischeren Demokratieverständnisses verlangten die Gemeinderäte mehr Mitsprachemöglichkeiten, und die Öffentlichkeit erwartete mehr Transparenz der Entscheidungsprozesse. Günther Klotz hat sich dieser neuen Zeit nicht wirklich anzupassen verstanden. Bei der Etatrede am 6. Februar 1968 sprach er, Cicero zitierend, von der „Warnung an die Demokratie." Er führte aus, es gebe ein verhängnisvolles Übermaß an Freiheit, das in sein Gegenteil umschlagen könne, und dieses sei inzwischen selbst in der politisch gemäßigten Zone Karlsruhes spürbar. Zur Verteidigung der freiheitlichen Ordnung müsse „die Demokratie Muskeln" zeigen. Aus dieser Haltung heraus begegnete er den 1968 sich auch in Karlsruhe mehrenden Demonstrationen als „law and order" – Mann, so z. B. bei der Räumung des antiautoritären Jugendzentrums Basler-Tor-Turm im Juli 1969. 1968 traf ihn zudem die geballte Kritik aus Kreisen der Architektenschaft, des Werkbundes, der Karlsruher Architekturfakultät und des Stadtrats wegen der Neubauplanungen für die Altstadt. Gefordert wurde eine breitere Diskussion in der Fachöffentlichkeit. Klotz wurde gewissermaßen seine Eigenschaft als „Herr des Verfahrens" streitig gemacht. Er setzte dann die Ausschreibung eines internationalen Städtebauwettbewerbs durch, der allerdings den Baubeginn in der Altstadt verzögerte. Kritik traf ihn als Chef der Stadtverwaltung bei den Etatberatungen im März 1969. Jüngere Abgeordnete, auch aus seiner Fraktion, erhoben die Forderung nach stärkerer „Demokratisierung" des Planens und kriti-

sierten, daß der Planungsausschuß seit drei Jahren nicht getagt habe und daß im Verfahren der Verabschiedung von Bebauungsplänen der Stadtrat zum Akklamationsorgan degradiert sei.

Eine zweite Bundesgartenschau in Karlsruhe?

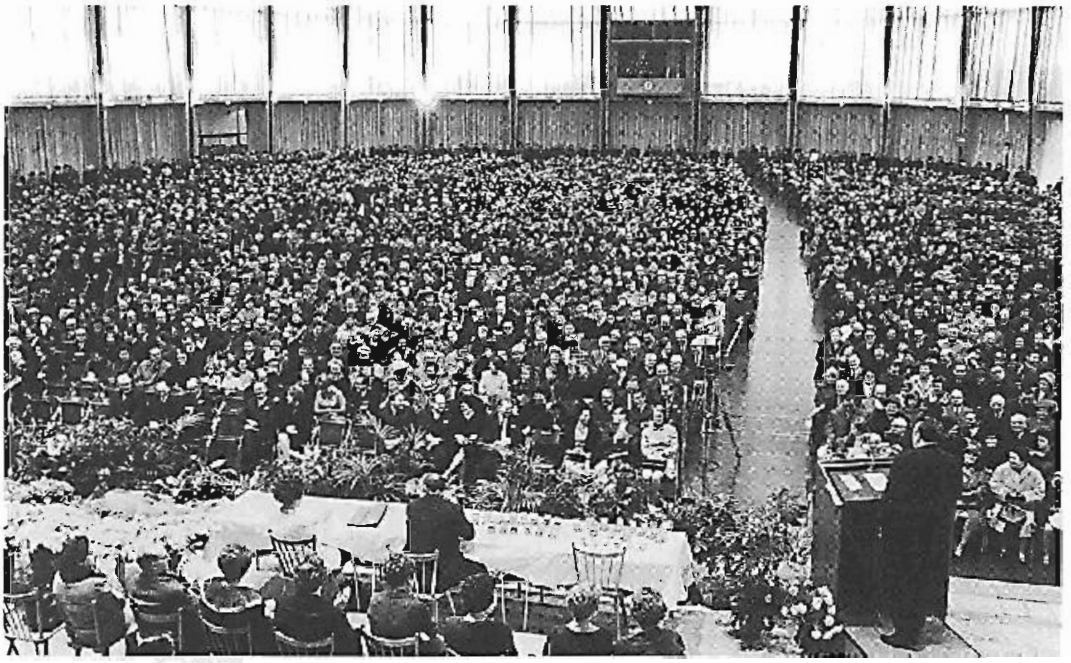
Die zunehmende Bereitschaft der Stadträte zur Kritik an einer sich allmächtig verstehenden Verwaltung wurde 1967 noch überlagert durch das sommerlange Fest der Bundesgartenschau, das alle in Hochstimmung versetzte. Auf der Welle dieses Erfolges hat sich die Stadtverwaltung schon kurz nach der Bundesgartenschau beim Zentralverband des Deutschen Gemüse-, Obst- und Gartenbaus e.V. für eine erneute Ausrichtung der Bundesgartenschau in Karlsruhe beworben und noch im Dezember 1967 den Zuschlag für 1979 erhalten. Klotz war über diese Entscheidung voller Freude und kündigte an, neben dem Stadtgarten zur städtebaulichen Bereicherung das Gelände längs der Alb in die Planung einzubeziehen. Im kleinen Kreis schmiedete er schon große Pläne von einem See mit einem Raddampfer und einem in die Schau integrierten Verkehrsmuseum. Er war sich seiner Sache sehr sicher. Die SPD reagierte mit freudiger Zustimmung, die CDU signalisierte eine nicht negative Einstellung unter dem Vorbehalt der finanziellen Machbarkeit, und die FDP wollte zunächst den Abschlußbericht der Gartenschau 1967 abwarten.

Diese Bewerbung entwickelte letztlich eine enorme politische Sprengkraft, die zum Machtwechsel in Karlsruhe entscheidend beitrug. 1968 reihten sich nach der Bewerbung schlecht vorbereitete Gemeinderatsvorlagen, externe Terminprobleme, intern versäumte konkrete Planungen und Kostenberechnungen, eine nicht überzeugende Abschlußbilanz der Bundesgartenschau 1967 und politische Fehleinschätzungen aneinander. Letztendlich geriet die Entscheidung in den Sog politischer Wahlen und Strategien.

Bereits in der Gemeinderatssitzung vom 16. Januar 1968 sollte ein Grundsatzbeschluß für die Durchführung der Bundesgartenschau 1979 herbeigeführt werden. Aber noch vor der Sitzung zeigte sich, daß CDU und FDP erst genaue Informationen über die geplanten Standorte der neuen Schau und über die Kosten der Bundesgartenschau 1967 verlangten, bevor sie irgendeinen Beschluß fassen wollten. Daraufhin zog Oberbürgermeister Klotz die Vorlage zurück und kündigte eine spätere Wiedervorlage an. Im Juli forderte der Bundesgartenschau-Veranstalter Karlsruhe auf, bereits 1975 die neue Schau auszurichten. Die Stadt Essen hatte ihre Bewerbung zurückgezogen, Stuttgart wollte seinen Termin von 1975 auf 1977 verlegen. Günther Klotz und der Gartenbauamtschef Robert Mürb glaubten, die Vorbereitungszeit sei aufgrund des eingespielten Teams ausreichend und akzeptierten den Vorschlag. Eine finanzielle Abschlußbilanz für 1967 lag noch nicht vor, konkrete Planungen ebensowenig. Das war auch am 17. September noch so, als der Gemeinderat erneut die von Klotz gewünschte Grundsatzentscheidung für die Veranstaltung der Bundesgartenschau 1975 fassen sollte. Klotz mußte die Vorlage wieder zurückziehen, da ihm aus dem Gemeinderat bedeutet worden war, man sei im Prinzip für eine neue Bundesgartenschau oder nicht dagegen, aber so kurz vor der Gemeinderatswahl sollte ein so weitreichender Beschluß nicht gefaßt werden.

Nach der Wahl vom 20. November 1968 entstand eine völlig neue Situation. Die bisher der Bundesgartenschau skeptisch gegenüberstehende CDU und die eher ablehnende FDP verfügten mit der Stimme des NPD-Abgeordneten über eine 25 zu 24 Mehrheit gegenüber SPD und Oberbürgermeister.[20]

Trotz der neuen Mehrheiten vertraute Günther Klotz offensichtlich immer noch auf die freundschaftliche Verbundenheit mit einer Reihe CDU-Abgeordneter und die Strahlkraft seiner Überzeugung, mit der Veranstaltung der Bundesgartenschau im Sinne und Interesse der Stadt zu handeln. Unverdrossen setzte er den Grundsatzbeschluß für die Bundesgartenschau wieder auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des neuen Gemeinderats am 26. No-



Günther Klotz kündigt in der vollbesetzten Schwarzwaldhalle am 1. Dezember 1968 vor Blumenfreunden seinen energischen Kampf für eine zweite Bundesgartenschau in Karlsruhe an.

vember 1968. Und wieder mußte er ihn absetzen. Die Vorlage enthielt nur eine grobe Kostenschätzung ohne Einbeziehung des Albgrüns, eine Abrechnung der Bundesgartenschau 1967 lag noch nicht vor. Am Vormittag hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende Kurt Gauly Oberbürgermeister Klotz von der Ablehnung der überwiegenden Mehrheit der CDU-Fraktion unterrichtet. Wichtigstes Argument dagegen seien die finanzielle Belastung und die Festlegung zu Lasten von dringlicheren Projekten im Krankenhaus-, Schulhaus- und Sportstättenbau. Parteitaktische Gründe, so erklärte Gauly den BNN am 28. November 1968, hätten die Entscheidung nicht bestimmt. Eine stärkere Profilierung seiner Partei gestand er aber als mögliche Folge ihrer Haltung durchaus zu. Da die FDP aus finanziellen Erwägungen die Bundesgartenschau nach wie vor ablehnte und nur die SPD hinter Klotz stand, wollte der nicht „durch die kommunalpolitische Hölle, ... so viele Jahre etwas Umstrittenes vor sich herzuschieben" gehen.

Statt der von ihm angekündigten freundschaftlichen Gespräche mit den Fraktionen suchte Klotz nun aber sein Heil in einer Flucht und einem Appell an die Öffentlichkeit. Schon zwei Tage vor der Gemeinderatswahl hatte er angekündigt, die Bundesgartenschau notfalls ohne Gemeinderat mit einem Bürgerentscheid zu veranstalten. In einer als leidenschaftlich bezeichneten Rede am 1. Adventsonntag, dem 1. Dezember, kündigte er in der Schwarzwaldhalle vor 5.000 Blumenfreunden einen energischen Kampf für die Bundesgartenschau an und versuchte, den Gemeinderat durch den Hinweis auf die Volksmeinung in die Pflicht zu nehmen. Er meinte, daß die Bürger die von ihr gewählten Stadträte zu kontrollieren hätten wie diese die Stadtverwaltung. In scharfer Form attackierte er die Gegner der Bundesgartenschau, die nur ihn persönlich treffen wollten. Er drohte, sie zu entlarven. Wenn er gehofft hatte, mit dieser „Sportpalastrede" – so hat er sie mit einer verbalen Fehlleistung selbst genannt – noch schwankende Mitglieder der CDU-Fraktion zu gewinnen, so erwies sich das schnell als Irrtum.

Die Nein-Stimmen zu einer zweiten Bundesgartenschau bei der Abstimmung im Gemeinderat am 10. Dezember 1968.

Es nützte nichts mehr, daß in letzter Sekunde den Fraktionen am Vorabend der Gemeinderatsitzung vom 10. Dezember 1968 eine Planung und Kostenberechnung für die Einbeziehung des Albgrüns in die Bundesgartenschau erläutert wurden und daß ein finanzieller Abschlußbericht der Bundesgartenschau 1967 vorlag. Auch die Plädoyers von Gartenbauamtschef Robert Mürb und dem neuen Stadtkämmerer Gerhard Seiler, der das Vorhaben für finanziell unbedenklich erklärte, zeigten nicht die erhoffte Wirkung. In der sachlichen Diskussion am 10. Dezember lehnte Kurt Gauly als Hauptredner der CDU die finanziellen Lasten für die Bundesgartenschau ab. Anhand des Abschlußberichts für die Bundesgartenschau 1967 rechnete er vor, daß diese städtische Investitionen von 20 Millionen verschlungen habe, die zwar eine Verschönerung der Gärten, aber keinen materiellen Gegenwert erbracht hätten. Er entwickelte dann ein kommunalpolitisches Gegenprogramm: Bau der II. Medizin, Bau von Schulen, Zuschüsse für Kindergärten, Turn- und Sportstättenbau, Grünpflanzungen in Neubaugebieten, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Innenstadt, Ausbau der Kläranlage und anderes mehr. Die kommunalen Energien dürften nicht auf ein einziges Ziel gebündelt werden. Für die FDP lehnte Hans Schubart die Bundesgartenschau aus finanziellen Erwägungen ab. Von der SPD sprach Willi Kastin für die Bundesgartenschau. Sie werde nicht zur Vernachlässigung dringender Projekte des Schulhaus- und Wohnungsbaus führen.

Nach dreieinhalbstündiger Debatte ließ Günther Klotz abstimmen. Er zählte – mit seinem – 24 Handzeichen für und 25 Handzeichen gegen die Bundesgartenschau. Seine abschließenden Bemerkungen sind fast schon geflügelte Worte des Karlsruher historischen Zitatenschatzes: „Damit ist die Bundesgartenschau 1975 Karlsruhe tot." Nach Übergabe der Sitzungsleitung an den Ersten Bürgermeister

Walther Wäldele „nicht aus Verschnupfung über das Resultat, sondern aus der Verschnupfung, die ich ja schon vorhin zu Beginn angeführt habe", fügte er noch hinzu: „Welche Konsequenzen ich persönlich daraus ziehe, das werde ich reiflich, reichlich überschlafen."
Was das Protokoll nicht wiedergibt, das ist die tiefe Betroffenheit von Klotz über dieses Ergebnis. Offensichtlich war er sich sicher, zwei oder drei CDU-Stimmen für die Bundesgartenschau zu bekommen. Vielleicht hat er mit gutem Grund auf die alten Freunde in der CDU vertraut und war auch deswegen geschockt vom geschlossenen Abstimmungsverhalten der CDU, das die Bundesgartenschau-Gegner nicht zuletzt wegen seiner öffentlichen Attacken durchsetzen konnten. Mit dieser Abstimmung hatte Oberbürgermeister Klotz zum ersten Mal in seiner Amtszeit bei einem von ihm mit allen Mitteln geförderten Projekt eine Niederlage erlitten. Als Klotz „mit wehmütigem Lächeln" den Saal durch die Mitte verließ und der „Atem der Karlsruher Geschichte wehte"[21], hat mancher und manche, so überliefern es die Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, nicht nur gedacht, sondern auch zum Nachbarn geflüstert, er werde wohl nicht mehr lange Oberbürgermeister sein. Der Mann, der 1967 den Zenit seiner Amtszeit und seiner Popularität erreicht hatte, stand ein Jahr später an einem Tiefpunkt.

Der Rücktritt

Der Paukenschlag, der einen entscheidenden Wendepunkt der politischen Geschichte der Stadt markierte, folgte ein knappes Jahr später. Am 18. November 1969 gab Günther Klotz am Ende seiner Haushaltsrede eine persönliche Erklärung ab, die mit folgenden Sätzen begann: „Meine Damen und Herren! Nach bald 18jähriger Tätigkeit als OB unserer Stadt hätte ich heute ja eine Art Erfolgsbilanz über das in den 18 Jahren Erreichte und Geschaffene ziehen können. Denn es ist meine letzte Haushaltsrede vor diesem hohen Hause. Ich werde im Frühjahr nicht noch einmal, ein drittes Mal, kandidieren!" Diese mit „Schluß" überschriebene Ankündigung war das Ergebnis einjährigen Ringens mit sich selbst und wurde schon damals völlig zu Recht als stadthistorischer Augenblick empfunden. Während der Erklärung herrschte im Bürgersaal Totenstille, danach betretenes Schweigen. Dann folgte die Routine der Etatberatung mit dem Vortrag des Stadtkämmerers Gerhard Seiler.
Der neue Stadtkämmerer war eine von fünf Personen, die Klotz in seinen Entschluß vorher eingeweiht hatte. Die weiteren waren seine Frau, sein Bürochef, der Kreisvorsitzende und Stadtrat der SPD Karl Waldmann und der Chef der BNN-Lokalredaktion Josef Werner. Sie alle hatte Klotz zu strengstem Stillschweigen verpflichtet. Josef Werner versuchte mit einem Brief vom 17. November, Klotz umzustimmen.[22] Karl Waldmann unternahm nichts, informierte auch niemanden, was ihm verübelt wurde. Die Partei hätte so keinerlei Möglichkeit gehabt, durch irgendeine große öffentliche Aktion Klotz zum Weitermachen zu bewegen.
Schaut man sich allerdings die Begründung für den Rücktritt an, die Klotz in der Presse und in einem Brief an Josef Werner mitteilte, scheint es mehr als fraglich, ob sich Klotz hätte umstimmen lassen. Klotz hatte vielmehr, aus der historischen Distanz beurteilt, eine richtige Entscheidung getroffen, auch wenn er sie manchesmal noch so sehr bereute. In den BNN vom 20. November 1969 sagte er in einem Interview, die Ablehnung der Bundesgartenschau habe ihn hart getroffen, dabei sei ein Stück Lust und Liebe zur Amtsführung verlorengegangen. Noch mehr getroffen aber hätten ihn die damit verbundenen „menschlichen Begleiterscheinungen." Es habe auch zunehmend nicht mehr den Kampf um wichtige kommunalpolitische Entscheidungen gegeben, sondern nur noch kleinliche Zänkereien. In dem Schreiben an Josef Werner führte Klotz aus: „Vollkommen ehrlich ist meine Überzeugung, daß es jetzt besser ist, wenn ein Jüngerer dieses Amt übernimmt; nicht wegen meines Lebensalters, sondern wegen der Dauer meiner Amtszeit, die doch da und dort dazu führt, daß man auf ausgefahrenen Gleisen sich

Oberbürgermeister Klotz nimmt am Ende der Haushaltsrede am 18. November 1969 das Manuskript seiner Rücktrittserklärung aus der Jackentasche.

befindet. Die Umstellung übrigens von einer souveränen Amtsführung auf das nun in allen Gebieten modern werdende, angeblich demokratische Heckmeck will mir ohnedies nicht gelingen." Günther Klotz hatte erkannt, daß die Zeit großer Bau- und Entwicklungsvorhaben vorbei war. Er hatte darüber hinaus die Einengung seines souveränen und schnelle Entscheidungen bevorzugenden Führungsstils durch die neuen Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat richtig eingeschätzt. Sein Entschluß, mit 59 Jahren sein Amt aufzugeben, war der unumgängliche Tribut an die veränderte Zeit. Anerkennung und Respekt für die Entscheidung von Günther Klotz formulierte der FDP-Sprecher Prof. Schubart: „Sein Abgang vor dem Gemeinderat war großartig."
Günther Klotz erhielt schon vor und dann zu seinem Ausscheiden aus dem Amt des Karlsruher Oberbürgermeisters zahlreiche Ehrungen. Darunter waren solche für die Bemühungen um die Aussöhnung mit Frankreich und mit den ehemaligen Karlsruher Juden, die Ehrenbürgerschaften der Partnerstadt Nancy und seit 16. Juni 1970 der Stadt Karlsruhe.[23] Für die Zeit danach hatte Günther Klotz offensichtlich keine konkreten Pläne. Es gelang ihm und anderen auch nicht, eine Position zu finden, die ihm Einfluß und Popularität erhalten hätte.[24] Es ist anzunehmen, daß die unerfüllten Hoffnungen auf eine angemessene Tätigkeit für den im Vollbesitz seiner Kräfte und gerade 60 Jahre alten „Pensionär" zu seiner Erkrankung beigetragen haben. Nach kurzer Krankheit starb Günther Klotz überraschend am 7. April 1972. Der Abschied der Bevölkerung und der Repräsentanten des öffentlichen Lebens von dem Alt-Oberbürgermeister belegte die große Anerkennung für seine Leistungen, aber auch die große Zuneigung der Karlsruher und Karlsruherinnen. Über 10.000 Menschen defilierten an dem im Bürgersaal des Rathauses aufgebahrten Sarg vorbei. Ein bisher einmaliger Vorgang in der Geschichte der Stadt.[25]

Die Oberbürgermeisterwahl 1970

Mit dem Rücktritt von Günther Klotz erreichte der Prozeß des Machtverlusts der SPD – oder anders gewendet des Aufstiegs der CDU – eine neue Stufe. Bis zum April, dem Termin der Oberbürgermeister-Wahl, blieb nur noch wenig Zeit. Überlegungen zu möglichen Kandidaten hatte es wohl vorher nur wenige gegeben. Die SPD setzte auf Klotz, und gegen diesen hätte Otto Dullenkopf nicht kandidiert. In der SPD hatte Klotz keinen Kronprinzen aufgebaut, dennoch war schon vor Weihnachten Walther Wäldele als Kandidat der Partei öffentlich auf den Schild gehoben. Bei der CDU stand zunächst neben Dullenkopf noch Traugott Bender zur Diskussion, der jedoch vor der entscheidenden Sitzung der CDU-Gremien nach Absprache mit Dullenkopf seine Bewerbung zurückzog.
Am 7. und 14. März 1970 stellten die BNN das „Regierungsprogramm" beider Kandidaten

vor und eröffneten damit die heiße Phase des Wahlkampfes, der am 12. und 26. April 1970 entschieden werden sollte. Beide Programme enthielten viele Gemeinsamkeiten, betonten in weiten Bereichen die Fortsetzung der Kommunalpolitik von Klotz, dessen Leistung sie uneingeschränkt anerkannten. Insofern hätte sich – vom persönlichen Führungsstil abgesehen – unabhängig vom Wahlausgang an den Inhalten der Rathauspolitik nur wenig verändert. Beide sahen die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Umland, wobei Wäldele Eingemeindungen als unzeitgemäß ablehnte. Beide setzten auf den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und wollten eine „Unterpflasterbahn" für die Ost-West-Achse durch die Innnenstadt, Dullenkopf setzte sich für die Hardtbahn und die Verbindung von Forchheim und Mörsch mit dem Karlsruher Verkehrsnetz ein. Beide wollten etwas gegen die Verödung der Innenstadt unternehmen, wobei Wäldele die Einrichtung von Fußgängerzonen versprach. Beide wollten in den Auewäldern bei Rappenwört einen Rheinpark als Naherholungsgebiet schaffen, Wäldele setzte sich zudem für eine neue Gartenschau und für eine verbesserte Luftreinhaltung ein. Beide wandten sich gegen den Ausbau des Flughafens Forchheim. Wäldele sprach konkreter die finanzielle Situation der Stadt an, sah die Notwendigkeit kostennaher Gebühren und Tarife und forderte eine kostensparende, leistungsorientierte Verwaltung. Dullenkopf betonte, das Rathaus sei eine Stätte der Fachplanung, es werde unter seiner Führung weder rot noch schwarz sein.

Der Kampf um die Stimmen für den neuen Oberbürgermeister brachte eine so zuvor nicht erlebte intensive Auseinandersetzung mit kommunalpolitischen Problemen. Auch dies war ein Ergebnis der Politisierung des öffentlichen Lebens in den 60er Jahren. Der Wahlkampf wurde vor allem von der CDU mit großem Einsatz geführt. Sie bot mit dem direkten Gespräch mit den Bürgern, mit gut gemachten Broschüren, ansprechenden Wahlplakaten sowie -anzeigen und engagierten Wahlhelfern den moderneren Wahlkampf. Walther Wäldele hatte ein doppeltes Handikap: Ihm fehlte die Unterstützung des beliebten Amtsinhabers und Parteifreundes, was die Wähler sicher nicht nur als vornehme Fairneß des scheidenden Oberbürgermeisters zur Kenntnis nahmen. Zeitzeugen berichten, im kleinsten Kreis habe Klotz sich sogar für Dullenkopf als Nachfolger ausgesprochen. Das BNN-Interview mit Klotz am 4. April, in dem er eine Fortsetzung der sozialdemokratischen Tradition an der Rathausspitze wünschte, konnte den Eindruck der Zurückhaltung gegenüber Wäldele auch nicht verwischen. Wäldele fehlte zum zweiten auch die volle Unterstützung der Partei, die verunsichert war und nicht mit genügend Engagement und Selbstvertrauen seinen Wahlkampf unterstützte.

Das Wahlergebnis fiel dementsprechend aus. Erwartet hatten die meisten ein Kopf an Kopf Rennen. Als Sensation empfunden wurde der eindeutige Sieg Otto Dullenkopfs mit einem Ergebnis von 55,5 zu 43,8 %, das um 19.35 Uhr am Wahlabend feststand. Allerdings fehlten Dullenkopf etwas mehr als 1.000 Stimmen zu dem vorgeschriebenen ein Drittel der Stimmen aller Wahlberechtigten. Die CDU konnte in Ruhe dem zweiten Wahlgang entgegensehen. Die SPD aber war völlig schockiert. Trotz vorangegangener Verluste bei Kommunal- und Landtagswahlen und vielleicht wegen des guten Bundestagswahlergebnisses hatte man mit einem solchen Einbruch nicht gerechnet.

Die Überraschung und Ratlosigkeit der SPD dokumentierte sich in den folgenden Tagen in einem taktischen Zick-Zack-Kurs. Der Kreisvorsitzende Karl Waldmann erklärte noch am Abend des 12. April: „Wir hätten vom Karlsruher Wähler mehr Vertrauen erwartet aufgrund der vergangenen Politik nach 1945, aber wir werden in einen zweiten Wahlgang gehen..." Am nächsten Tag aber zog Walther Wäldele, beraten u. a. von Hermann Veit, seine Kandidatur zurück, und Otto Dullenkopf teilte mit, Wäldele werde Erster Bürgermeister bleiben. Die beiden Kandidaten hatten schon vorher lose abgesprochen, daß der Unterlegene Erster Bürgermeister bleibt bzw. wird. Am gleichen Tag, Montag den 13. April,

tagten verschiedene Parteigremien und -zirkel, die zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen kamen. Auf Gut Schöneck beschloß der Kreisvorstand auch auf Drängen Wäldeles, im zweiten Wahlgang keinen eigenen Kandidaten zu präsentieren. Man wollte so bei möglichst geringer Wahlbeteiligung die Wählerbasis für Dullenkopf niedrig halten. In den Ortsvereinen der Stadtteile wurde Unverständnis und Verärgerung darüber laut. In der Südweststadt beschlossen SPD-Mitglieder, den gerade gewählten Direktkandidaten im Bundestag Peter Corterier als Kandidaten vorzuschlagen. Am Dienstag rief dann der Kreisvorsitzende verschiedene Vorstandsmitglieder an und forderte im Gegensatz zu dem Beschluß vom Montag, Peter Corterier als Kandidaten aufzustellen. Der gab am Mittwoch seine Zustimmung und Freitag vormittag lag die Zustimmung aller Parteigremien vor.

Im Wahlkampf behauptete die CDU damals, die SPD sei in der Kandidatenfrage von Bonn ferngesteuert worden. Daran erinnern sich Zeitzeugen der SPD nicht, die der CDU sehr wohl. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Bonner SPD wie die Landes-SPD kein Interesse daran hatten, ein „rotes Rathaus" kampflos der CDU zu überlassen. Andererseits schaute auch die Parteizentrale der CDU, nach dem Bonner Machtwechsel verunsichert und niedergeschlagen, nicht ohne Interesse nach Karlsruhe, wo sich die CDU anschickte, erstmals einen SPD-Oberbürgermeister abzulösen. Insofern ist nicht unwahrscheinlich, daß Horst Ehmke von Bonn aus versuchte, Klotz und dann den Bürgermeister Paul Hugo Jahn zu einer Kandidatur zu überreden. Klotz hatte selbst um die Jahreswende erwogen, und dies auch bei dem Neujahrsempfang für die Presse am 8. Januar deutlich anklingen lassen, daß er nach dem ersten, wohl nicht entscheidenden Wahlgang als Kandidat antreten könnte. Am 22. Februar bat er dann jedoch Josef Werner das umlaufende Gerücht zu dementieren, er wolle im zweiten Wahlgang antreten.[26] An einer Kapitulation hatten aber ausreichend viele Karlsruher Sozialdemokraten ebenfalls kein Interesse, und die taktischen Überlegungen des Kreisvorstandes waren ihnen nicht zu vermitteln.

Peter Corterier führte von seiner Außenseiterposition aus mit einem jungen Wahlkampfteam einen sehr engagierten Wahlkampf, in dem erstmals auch eine eigene Wahlzeitung produziert wurde. Der neue Kandidat fand die volle Solidarität und breite Unterstützung der ganzen Partei. Selbst Günther Klotz setzte sich öffentlich für ihn ein. Den Fortgang des politischen Machtwechsels in Karlsruhe konnte Corterier mit seinem Engagement allerdings auch nicht stoppen. Er hatte zwar die Partei zu einer einigenden Kraftanstrengung mitreißen können, dies reichte aber nicht über den 26. April hinaus. Der Schock der Niederlage war, so scheint es, ein traumatisches Erlebnis für die Mandatsträger und Mitglieder der Partei.

Der Sieger des 2. Wahlgangs vom 26. April, der mit 63,6 % die höchste Kommunalwahlbeteiligung in Karlsruhe nach 1946 brachte, hieß Otto Dullenkopf. Mit 64,8 % erhielt er fast 10 % mehr Stimmen als im ersten Wahlgang. Peter Corterier gewann 34,8 % der Stimmen und hatte durch seine Kandidatur die hohe Wahlbeteiligung bewirkt. Somit konnte Otto Dullenkopf als ein Oberbürgermeister mit einer breiten Wählerbasis präsentieren, als Oberbürgermeister aller Karlsruher und Karlsruherinnen. In seiner Antrittsrede im Gemeinderat am 1. Juli und einem BNN-Interview am 4. Juli erläuterte Dullenkopf seinen Führungsstil. Er wolle im Bürgermeisteramt „Kabinettssitzungen" zur Beratung anstehender Probleme abhalten. Er wolle weder Vormund noch Anhängsel einer Fraktion sein, und er ertrage und übe Kritik. Die Entscheidungen der Verwaltung wolle er dem Bürger „durchsichtiger" machen. Eine deutliche Absetzung vom Führungsstil des Günther Klotz, auch wenn der nicht erwähnt wurde.

Otto Dullenkopf war im Rathaus kein Neuling. Sei 1946 trug er als Gemeinderat Verantwortung für die Geschicke der Stadt. 1961 rückte er als Bürgermeister in die Führungsspitze auf. Geboren wurde er 1920 in Karlsruhe. Nach der mittleren Reife schloß er eine

Der neue Oberbürgermeister Otto Dullenkopf bei seiner Antrittsrede im Gemeinderat am 1. Juli 1970.

Ausbildung zum Bankkaufmann ab, tat 1939 bis 1945 Sanitätsdienst im Heer, wurde in Rußland verwundet und kam in französische Kriegsgefangenschaft. Seine politische Karriere begann bei der katholischen Jugend, führte über den Kreisvorsitz der Jungen Union 1947 in den Gemeinderat, wo er 1959 Fraktionsvorsitzender wurde. 1948 wurde er Landesgeschäftsführer der CDU. Seit 1956 bis zur Wahl als Oberbürgermeister vertrat er einen Karlsruher Wahlkreis im Landtag, wo er zum zweiten Fraktionsvorsitzenden avancierte. Daneben bewährte sich Dullenkopf als Vorsitzender der Karl-Friedrich-, Leopold- und Sophienstiftung, als stellvertretender Vorstand des Landeswohlfahrtsverbandes und als Vorsitzender der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie. In seiner Verantwortung als Bürgermeister lagen das Sozial- und das Werksdezernat. Als Sozialdezernent gab er der Altenbetreuung vielbeachtete neue Impulse, nicht zuletzt durch den Bau des Wohnstifts in Rüppurr. Als Werksdezernent baute er Defizite durch Rationalisierung und im Rheinhafen auch durch Privatisierung ab.[27]

Seine Vorstellungen über die Weiterentwicklung der Stadt hatte er im Wahlkampf ausführlich erläutert. Das Schlagwort von der „menschengerechten Stadt" nahm Dullenkopf in seiner Antrittsrede im Gemeinderat am 1. Juli noch einmal auf. Die zweite Gründerzeit der Städte sei vorüber. „Heute müsse der Ehrgeiz eines Oberbürgermeisters sein, seiner Stadt ... die humane Struktur zu erhalten, zu retten oder wieder zu gewinnen. Sollen unsere Städte nicht noch mehr atmosphärelos, fremd und unpersönlich werden, dann können die technischen Möglichkeiten nicht mehr allein über Entwicklung und Fortschritt entscheiden." In einem BNN-Interview antwortete Dullenkopf auf die Frage nach der Förderung des Bewußtseins der Stadt als ehemalige badische Metropole: „Karlsruhe war die badische Metropole und die badischen Bindungen wie das ‚badische Klima' sollte es bewahren, Karlsruhe ist aber auch Wirtschaftsmetropole geworden. Es hat Grund auf beides stolz zu sein. Es hat auch Grund, für beides in Stuttgart Beachtung zu fordern. Das will ich tun. Und zwar – in Kenntnis der schwäbischen Tugenden – nachdrücklich und zäh."

Bürgermeisterwahl 1970 und Gemeinderatswahl 1971

Otto Dullenkopf verwies in dem BNN-Interview vom 4. Juli auf die bevorstehende „Machtprobe" bei der Wiederbesetzung seiner Bürgermeisterstelle durch den Gemeinderat. Bei dieser Gelegenheit schrieb die SPD ein weiteres Kapitel politischer Veränderung in Karlsruhe.

Am 21. Juli 1970 sollte der Nachfolger Otto Dullenkopfs als Bürgermeister gewählt werden. Unter normalen Umständen ein unproblematischer Vorgang, denn seit 1961 hatten die beiden großen Parteien je zwei Bürgermeisterstellen, so daß wieder ein CDU-Kandidat zu wählen gewesen wäre. Die CDU nominierte Kurt Gauly und konnte nach der bisherigen Praxis von seiner Wahl ausgehen. Selbst wenn sich die SPD verweigert hätte, wäre Gauly mit den Stimmen des Oberbürgermeisters und der

FDP gewählt gewesen. So sah es zunächst auch die SPD-Fraktion, die, um Flagge zu zeigen, mit Max Singer gegen Gauly antreten wollte.

In der SPD gab es dann aber im Mai/Juni – immer noch unter dem Eindruck des Machtverlustes – Überlegungen, die CDU nicht noch mehr zu stärken und auf der Bürgermeisterbank, den Oberbürgermeister eingeschlossen, in die Minderheit zu geraten. Dabei wurde von einem führenden SPD-Mitglied auch der Gedanke ins Spiel gebracht und wieder verworfen, den parteilosen Stadtkämmerer Gerhard Seiler als Bürgermeister vorzuschlagen und ihn eventuell mit der FDP zum Bürgermeister zu machen. Nach heftigen Auseinandersetzungen in Fraktion und Kreisvorstand setzte sich schließlich der Vorschlag durch, einen FDP-Kandidaten und zwar Horst Rehberger zu wählen. Rehberger – damals 31 Jahre und Rechtsanwalt – war seit 1965 Stadtrat und hatte die SPD wie die Verwaltung unter Klotz häufig recht hart attackiert und für ein eigenständiges Profil der FDP gesorgt. Die SPD einigte sich mit der FDP und hielt dies auch mit den Unterschriften der Stadträte Grotz und Singer für die SPD sowie Calmbach und Rutschke für die FDP schriftlich fest. Dieses Papier stellte keine Vereinbarung für eine politische Zusammenarbeit dar. Es wurde nur festgehalten, daß man Rehberger als Bürgermeister wählen wolle, daß die FDP dafür Wäldele bei seiner Wiederwahl unterstützen werde.[28]

Die Wahl erfolgte geheim in Abstimmungskabinen, die im Bürgersaal aufgestellt wurden. Auch dies war eine Premiere der Karlsruher Nachkriegsgeschichte. Gewählt wurde erwartungsgemäß Horst Rehberger. Die BNN schrieben daraufhin von einer sozialliberalen Karlsruher Rathaus-Koalition nach Bonner Muster. Die selbstbewußt und selbstsicher gewordene CDU blieb aber gelassen und zeigte, wie es eine Zeitzeugin ausdrückte, „keine Furcht vor dem sozialliberalen Vabanque-Spiel der SPD mit der FDP." Es zeigte sich auch schnell, daß die sachlichen Gemeinsamkeiten zwischen FDP und CDU größer waren als zwischen FDP und SPD. Mit diesem Schachzug der SPD war nun aber auch die dritte Rathauspartei seit 1961 erstmals wieder auf der Bürgermeisterbank vertreten und ist es bis heute geblieben.

Die SPD konnte die Rehberger-Wahl nur betreiben, weil sie immer noch als stärkste Fraktion zusammen mit der FDP eine Mehrheit bilden konnte. Nach dem vorletzten Akt des Aufstiegs der CDU zur führenden Kraft in Karlsruhe, der Gemeinderatswahl am 24. Oktober 1971 blieb die SPD zwar weiterhin stärkste Fraktion, verdankte dies aber allein dem rollierenden System der hälftigen Erneuerung des Gemeinderats alle drei Jahre. Bei der Kommunalwahl 1971 hatte die CDU nämlich in einem erdrutschartigen Sieg gegenüber 1968 10 % Stimmengewinne zu verzeichnen, die SPD verlor 3,4 % und die FDP gar 5,5 %, die NPD erhielt nur noch 2,3 %. Die CDU war erstmals seit 1947 nach Wählerstimmen wieder die stärkste Kommunalpartei. Sie gewann die Mehrheit in zehn Stadtteilen, während die SPD nur noch sieben und den neuen Stadtteil Oberreut behaupten konnte. Im Gemeinderat gewann sie zwei Sitze und verfügte nun über 21, die SPD verlor einen Sitz und hatte noch 22, die FDP schrumpfte von 5 auf 4 Sitze. Vier Jahre später, das rollierende System der Gemeinderatswahlen war abgeschafft worden, manifestierte die Gemeinderatswahl dann endgültig die Vorherrschaft der CDU in der Karlsruher „politischen Landschaft." Die Partei erhielt mit einem Vorsprung von 12,2 % fast die absolute Mehrheit der Stimmen und die absolute Mehrheit der Gemeinderatssitze. Die CDU gewann 14 der alten Stadtteile und sechs der 1972–1975 eingemeindeten Ortsteile (siehe unten). Der SPD blieben sechs alte Stadtteile, und in dem eingemeindeten Neureut siegte sie nur hauchdünn mit einer Mehrheit von 0,5 %.

Endgültig war mit diesem Wahlergebnis der demokratisch legitimierte Machtwechsel in der Zeit des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs in Karlsruhe vollzogen. Aus wahlstatistischer Sicht wurde Karlsruhe in dieser Zeit eine CDU-Stadt oder es wechselte, nimmt

man die politische Farbenlehre zu Hilfe, von rot nach schwarz. Der nachlassenden Spannkraft einer erfolggewohnten SPD stand die Zielstrebigkeit einer nach der Macht drängenden CDU gegenüber. Der Wechsel des mit großen demokratischen Machtbefugnissen ausgestatteten Oberbürgermeisteramtes von der SPD zur CDU war eingebettet in einen Wechsel der parteipolitischen Präferenz der Karlsruher Wählerinnen und Wähler, der im Gegensatz zum bundespolitischen Trend von der SPD zur CDU verlief. Der Stimmungsumschwung wiederum geschah vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Wertewandels und eines wirtschaftlichen Strukturwandels, der auch in Karlsruhe wirksam war.

Der Haushalt 1971 und 1972

Die SPD unternahm alle Anstrengungen, um in einem langgezogenen Wahlkampf erstmals ohne die Wahllokomotive Klotz die Scharte der verlorenen Oberbürgermeister-Wahl auszuwetzen. Möglicherweise trug sie aber selbst dazu bei, die CDU zu stärken, als sie während der Kreisdelegiertenkonferenz im Juni 1971 Otto Dullenkopf vorwarf, die Stadt nur zu verwalten, statt ihr neue Impulse zu geben. Die SPD werde dafür sorgen, „daß in Karlsruhe die Lichter nicht ausgehen."[29] Daraufhin wehrte sich der amtierende Oberbürgermeister in einer Pressekonferenz am 23. Juni, in der er ausführte: „In einer Stadt, deren Gewerbesteuereingang rückläufig, die bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit verschuldet ist, die – gemessen an anderen Städten – am teuersten verwaltet ist, und die jetzt außerdem Opfer abgesaugter Bundes- und leerer Landeskassen wird, gehen die Lichter nicht aus, da sind sie aus. Meine Aufgabe ist es, sie wieder anzuzünden." Um den Konkurs der Stadt abzuwenden, müsse er jetzt auf die „Investitionsbremse" treten. Otto Dullenkopf ließ auch keinen Zweifel daran, daß bei aller Wertschätzung für seinen Amtsvorgänger und Anerkennung des mit dem geliehenen Geld Geleisteten nicht er die Verantwortung für diese Situation zu tragen habe.[30]

Dieser Schritt des Oberbürgermeisters ist nur verständlich vor dem Hintergrund der städtischen Haushaltslage. Schon in seiner Antrittsrede hatte er harte und glanzlose Zeiten versprochen.[31] Im September 1970 ergab sich dann für den ordentlichen Haushalt 1970 eine Finanzierungslücke von 3,4 Millionen DM, und der Stadtrat mußte den außerordentlichen Etat – also die Investitionen – um 30 Millionen DM kürzen. Die schlechte Lage bestätigte sich bei der Einbringung des Haushalts für 1971, den der Oberbürgermeister am 3. November „eine Art Offenbarungseid" nannte.[32] Der Entwurf wies ein Defizit des ordentlichen Etats von 16 Millionen DM aus. Verursacht sei dieses vor allem durch die enorme Steigerung der Personalkosten und die großen Leistungen der Stadt für das Umland in der Krankenversorgung und im Schulwesen. Diese Leistungen trugen im übrigen zum Umzug von Betrieben und steuerstarker Einwohner in das Umland mit seinen günstigeren Baulandpreisen, Gebühren und Tarifen bei. Stadtkämmerer Seiler ergänzte, „ohne Änderung der Aufgaben- bzw. Ausgabenstruktur oder der Einnahmestruktur ist jedoch eine anhaltende Entspannung der ordentlichen Haushalte nicht in Sicht."[33] Durch Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie andere Maßnahmen standen schließlich 23 Millionen für den Etatausgleich zur Verfügung. Der Haushalt für 1971 wurde mit 418 Millionen DM im ordentlichen Etat und 122 Millionen DM im außerordentlichen Etat für Investitionen verabschiedet.

Im Juni 1971 kam es dann zu der zitierten Pressekonferenz des Oberbürgermeisters, bei der er mitteilte, Karlsruhes Verschuldung pro Kopf habe die Stadt auf Rang drei der höchstverschuldeten deutschen Städte gebracht. Außerdem gab er bekannt, daß vor 1974/75 keine weiteren Investitionszuschüsse von Bund und Land zu erwarten seien. Brückenbauten der Südtangente (siehe oben) würden somit z. B. zeitweise zu Investitionsruinen. Zwar ließ sich der Vergleich der Finanzdaten für die Großstädte Baden-Württembergs zugunsten Karlsruhes durch Hinweis darauf relativieren, daß die Schulden der Stadtwerke in

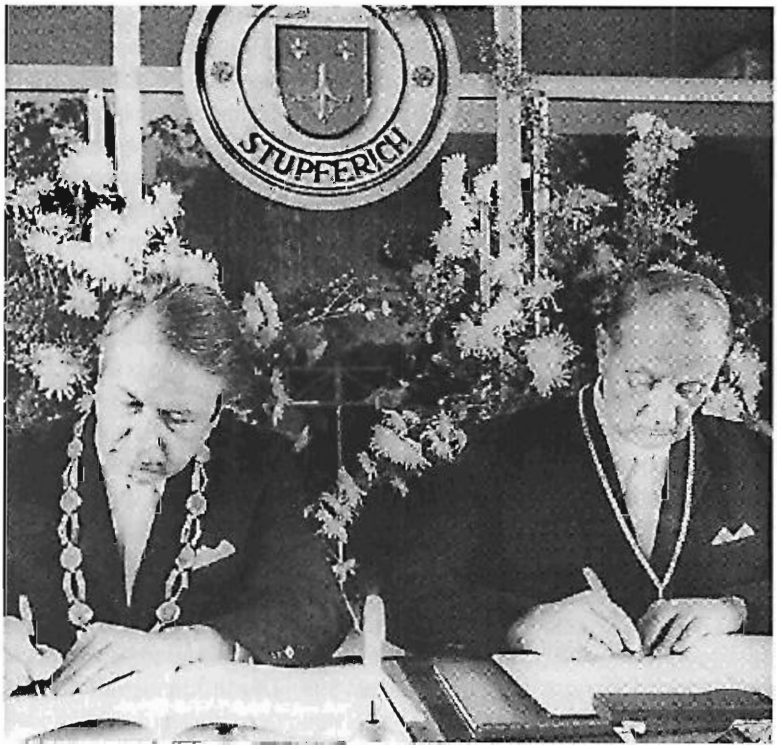
den Bilanzen der anderen Städte nicht auftauchen oder daß Karlsruhe sich eine eigene kommunale Polizei leiste. Aber auch bei Abzug dieser Schulden blieb Ende 1971 ein hoher Schuldenstand von 1.409,– DM bei der im Vergleich geringsten Investitionsrate von etwa DM 10,– pro Kopf der Bevölkerung. Die Gesamtschulden pro Kopf betrugen 2.655,– DM.[34] Die ergriffenen Gegenmaßnahmen zeitigten Erfolge: Seit 1970 flachte die Verschuldungskurve der Stadt gegenüber anderen öffentlichen Haushalten deutlich ab. Dazu wurde die Polizei verstaatlicht wie auch die Musikhochschule. Der Umschlagbetrieb des Hafens, der Viehhof und der Schlachthof wurden privatisiert und die städtische Gaserzeugung eingestellt.[35]

Bei den Etatberatungen für 1972 beklagte Dullenkopf die sich zuspitzende Finanzkrise der Großstädte, die durch gesperrte, gekürzte oder zögerlich ausbezahlte Investitionszuschüsse des Bundes und des Landes nicht besser werde.[36] Immerhin konnte Dullenkopf den Erfolg verzeichnen, daß das Land die Leistungen der Städtischen Krankenanstalten für das Umland mit einem hohen Zuschuß anerkannte. Auch in diesem Jahr fehlten für den Ausgleich des Etats 16 Millionen DM, die mit weiteren Anhebungen der Steuern und Gebühren sowie Einsparungen ausgeglichen werden konnten. Erstmals lehnte in diesem Jahr die SPD-Fraktion bis auf einen Abgeordneten den Haushalt ab. Sie wollte zum Etatausgleich dem Vorschlag des Oberbürgermeisters und des Stadtkämmerers auf die Erhebung einer Lohnsummensteuer bei gleichzeitiger Senkung der Gewerbesteuer folgen. Die Mehrheit des Stadtrats verabschiedete statt dessen eine Erhöhung der Grundsteuer und eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 350 % auf 395 %. Verabschiedet wurde der ordentliche Haushalt mit 437 Millionen und der außerordentliche Etat mit 112 Millionen DM, der nur die Fortführung bereits begonnener Projekte vorsah. Ab dem Etat für 1973 besserte sich allmählich die Haushaltslage, so daß mit dem ersten Doppelhaushalt der Stadt für die Jahre 1976/77 wieder größere Bauvorhaben möglich wurden.[37] Gleichzeitig stoppte die Stadt das Schuldenwachstum und beließ es bei dem Stand von 1974. Sie fiel 1976 bundesweit in der Pro-Kopf-Verschuldung auf Rang 15 zurück. In Baden-Württemberg hielt sie gleichwohl ihren Spitzenplatz.[38] Bis 1994 konnte Karlsruhe die Verschuldung des Haushalts unter 500 Millionen DM halten. 1992 lag die Stadt mit ihrer Kämmereiverschuldung auf Platz 58 unter 62 westdeutschen Großstädten. 1995 und 1996 überstiegen die Schulden jeweils die 500 bzw. 600 Millionen-Grenze. Ursachen hierfür waren die Einbrüche bei der Gewerbesteuer im Zeichen der weltweiten Rezession, die gestiegenen Abgaben an den Bund für den Aufbau Ost und die durch die Stadtflucht verursachten Ausfälle bei der Einkommensteuer.[39]

Eingemeindungen

Die schwierige Hauhaltslage und die öffentliche Diskussion darüber kamen Otto Dullenkopf sehr ungelegen. Sie fielen in die Zeit, in der mit den Verhandlungen über die Eingemeindungen ein für die Stadtentwicklung entscheidender Umbruch in die Wege geleitet wurde. Dies waren die Extreme am Anfang der Amtszeit Dullenkopfs. Auf der einen Seite markierten die Haushaltsprobleme den Wechsel von dem Glauben an die schier unbegrenzte Plan- und Machbarkeit alles Wünschenswerten zu einer an den wirtschaftlichen Möglichkeiten orientierten, zunächst sehr begrenzten Stadtentwicklung. Auf der anderen Seite bestand die Chance zu einer Erweiterung des Stadtgebiets, die eine für den Wohnungsbau, für die Industrie- und Gewerbeansiedlung sowie für die Verkehrslenkung dringend erforderliche großräumigere Planung ermöglichen würde. Die Chance wurde genutzt, auch wenn nicht alle Wünsche der Stadtverwaltung in Erfüllung gingen.

Daß die Zukunft Karlsruhes jenseits seiner Grenzen lag, hatte Günther Klotz in seiner letzten Etatrede im November 1969 den Stadträten noch mit auf den Weg gegeben.[40] Gern hätte er dieses Vorhaben selbst durchgeführt,



Den ersten Vertrag zur Eingemeindung unterzeichnete Otto Dullenkopf am 20. November 1971 zusammen mit Bürgermeister Josef Doll im Rathaus in Stupferich.

aber sein Versuch am Anfang der 1960er Jahre war gescheitert. Zum einen war damals die Nähe zu den Zwangseingemeindungen der Nazis noch zu gegenwärtig (siehe oben), hatten sie doch sogar nach 1945 zu Ausgemeindungsbestrebungen geführt.[41] In Knielingen kamen sie nicht sehr weit, in Durlach dagegen tagte deswegen im März 1950 der Verwaltungsausschuß des Landtages vor Ort. Durlach blieb bei Karlsruhe, erhielt aber mit dem direkt dem Oberbürgermeister unterstellten Stadtamt, einem beratenden Bezirksbeirat und der Maßgabe, daß die Durlacher alle Amtsgeschäfte im Ort erledigen konnten, eine bevorzugte Stellung unter den Stadtteilen. Zum anderen aber hatte Klotz das Problem nicht sehr feinfühlig zur Diskussion gestellt und gelegentlich mit weiträumigen Planungen seiner Fachleute die Interessen der Umlandgemeinden zu wenig berücksichtigt.

Ausgangspunkt der Überlegungen war die zunehmende Verflechtung von Stadt und Umland in allen planerischen Bereichen.[42] Zwar gab es seit 1958 eine Planungsgemeinschaft mit Neureut und einen Austausch über Planungen mit Forchheim, damit konnten aber zunehmende unterschiedliche Belastungen von Stadt und Land nicht ausgeräumt werden. Auch Innenminister Filbinger gestand 1962 zu, daß es sinnvoll sei, wenn sich Wirtschaftsraum und kommunales Verwaltungsgebiet deckten. Aus diesem Grund hatte die Stadt im Februar 1961 im Anschluß an die Studienfahrt einer Kommission nach Kiel, wo die einzigen Eingemeindungen nach 1945 stattgefunden hatten, die Abgrenzung einer „Interessenzone" für Eingemeindungen angekündigt. Dazu sollten gehören: Neureut, Wolfartsweier, Grötzingen und Forchheim. Sowohl von den nichtsahnenden Gemeinden wie von Landrat Joseph Groß kam entschiedener Widerspruch gegen solche Absichten. In Gemeinderäten, im Kreistag und in Bürgerversammlungen artikulierte sich der Protest.

Im April 1962 resignierte Klotz, stellte aber weitsichtig fest: „Wenn nicht gleich eine Hei-

rat zwischen Karlsruhe und der einen oder anderen Nachbargemeinde zustande kommt, so glaube er doch an einen späteren Vollzug."
Das Nachdenken über Gebiets- und Verwaltungsreformen vor dem Hintergrund zunehmender Konzentration von Bevölkerung, Industrie, Verwaltung und Verkehr in den Städten hielt an. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden vom 26. September 1967 leitete das Land Baden-Württemberg eine Gemeindereform ein. Sie sollte zum einen in ländlichen Gebieten leistungsfähigere Verwaltungseinheiten schaffen, zum anderen in Stadtnähe gleichwertige Lebensverhältnisse sichern und zukunftsorientierte Raumplanung ermöglichen. Nach Vorgesprächen im Regierungspräsidium, die noch Günther Klotz führte, richtete Otto Dullenkopf am 4. Dezember 1970 ein Schreiben an den Innenminister mit einem Vorschlag zur Lösung des Stadt-Umland-Problems.[43] Mit ausführlicher Begründung schlug er darin zur richtigen Abrundung des Stadtgebiets die Einbeziehung folgender Gemeinden als dringend vor: Neureut, Forchheim, Grötzingen, Blankenloch, Grünwettersbach, Stupferich, Wolfartsweier, Hohenwettersbach und Palmbach. Als zweckmäßig bezeichnete er die weitere Eingemeindung von Mörsch, Neuburgweier, Eggenstein und Leopoldshafen. Das Ergebnis der ersten Zielplanung des Regierungspräsidiums war dagegen enttäuschend. Die als dringend notwendig eingestuften Eingemeindungen von Grötzingen, Forchheim und Blankenloch waren für die Eingemeindung nach Karlsruhe nicht vorgesehen. Das gleiche galt für alle weitergehenden als zweckmäßig bewerteten Vorschläge der Stadt.
Es begann nun ein zähes Ringen im Gespräch mit zuständigen Behörden der Landesregierung und Gremien des Landtages, um die Karlsruher Vorstellungen zu realisieren. Während der Anhörung des baden-württembergischen Innenministeriums zur Verwaltungsneugliederung am 3. Juni 1971 in Leopoldshafen führte Oberbürgermeister Dullenkopf aus: „Karlsruhe braucht einfach Raum, und zwar zu allererst für Wohnungen. Sonst verödet die Stadt zu einer Zentralfunktionsapparatur für das Umland, das sein Wachstum bestaunt und die Ursachen dafür vergißt." Zu diesem Zeitpunkt gab es in den Verhandlungen mit Stupferich und Hohenwettersbach über freiwillige Vereinbarungen zur Eingemeindung bereits einen ermutigenden Anfang. Dullenkopf hatte bewußt mit Stupferich die ersten Kontakte aufgenommen, da ein Erfolg dort durch die dann entstehende Gemarkungsgrenze die Einbeziehung der weiteren Bergdörfer fast zwingend vorgegeben hätte.[44] Anfang des Jahres 1972 wurde die Eingemeindung von Stupferich und Hohenwettersbach vollzogen. Wolfartsweier folgte ein Jahr später.
1973 im März und Juni erlebten die Karlsruher Bemühungen um eine Stadterweiterung Rückschläge. Zuerst sah die Zielplanung der Landesregierung die Eingemeindung von Blankenloch und Forchheim nicht vor. Dann schloß der zuständige Landtagsausschuß auch noch Neureut aus. Daraufhin reagierte der Oberbürgermeister, der bisher sachlich argumentiert und mit den dazu bereiten Gemeinden ausgewogene Verträge ausgehandelt hatte, deutlich. In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 27. Juni erklärte er, sollte es dabei bleiben, sei die Gemeindereform im Stadt-Umland Karlsruhe gescheitert. „Was bliebe, wäre eine grobe Benachteiligung der Stadt und eine nicht zu vertretende Hintansetzung der vitalen Belange ihrer Einwohner gegenüber den Partikularinteressen zweier Gemeinden, Neureut und Blankenloch. Die Stadt müßte sich dann fragen, wo die Ursache für diese grobe Benachteiligung zu suchen ist." Otto Dullenkopf machte seinen Standpunkt in persönlichen Gesprächen zudem allen Kabinettsmitgliedern deutlich. Gleichzeitig setzten sich nach längerem Ringen in Grötzingen und Wettersbach, das 1972 aus dem Zusammenschluß von Grünwettersbach und Palmbach entstanden war, jene Kräfte durch, die einen freiwilligen Zusammenschluß mit Karlsruhe vor Ablauf der Frist am 1. Januar 1975 vollziehen wollten. Jeweils zum Jahresbeginn 1974 und 1975 kamen Grötzingen und Wettersbach zu Karlsruhe.[45]

Einzig Neureut beharrte auf seiner Weigerung, sich nach Karlsruhe eingemeinden zu lassen.[46] Die Neureuter akzeptierten die Argumente der starken baulichen und sozioökonomischen Verflechtung mit der Stadt nicht. Sie sahen auch in dem die Gesamtentwicklung der Stadt störenden Verlauf der Gemarkungsgrenze keine zwingenden Gründe für eine Eingemeindung. Eine Bürgeranhörung in Neureut im März 1973 und eine formelle Abstimmung im Januar 1974 ergaben eine Ablehnung von 96 %. Vor der zweiten Lesung des Gesetzes im Juli machten die Neureuter von sich reden durch Teilnahme an einer Demonstration gegen Eingemeindungen in Stuttgart, durch eine Fernsehübertragung der Reihe „Lokaltermin" und Besuche von CDU-Politikern. Dabei versuchte Lothar Späth, damals Fraktionsvorsitzender im Landtag, klar zu machen, daß man Karlsruhe wegen seiner Funktionsverluste nach 1945 stärken müsse. Gerade in Richtung Neureut sei im Bereich des Flugplatzgeländes eine großangelegte Stadtentwicklung denkbar. Neureut argumentierte mit der Eigenständigkeit und Funktionsfähigkeit der mit fast 14.000 Einwohnern größten Landgemeinde Baden-Württembergs. Der Landtag entschied trotz aller Bemühungen der Neureuter zugunsten von Karlsruhe. Die Gemeindeverwaltung gab dennoch nicht auf und rief den Staatsgerichtshof an. Der entschied nach mündlicher Verhandlung am 14. Februar 1975, Neureut solle innerhalb von acht Wochen mit Karlsruhe die Vereinbarungen für eine Eingemeindung treffen. Am 10. April unterzeichneten Oberbürgermeister Dullenkopf und Bürgermeister Meinzer im Haus Solms den Vertrag.

Die in den Eingemeindungsverträgen fixierten Investitionskataloge für die ehemals selbständigen Gemeinden und jetzigen Stadtteile geben beredten Ausdruck von der Bereitschaft der Stadt, den neuen Ortsteilen weit entgegenzukommen und ihnen den Verlust der Selbständigkeit erträglicher zu machen. Mit der Einführung der Ortschaftsverfassung wurde ihnen die Mitwirkung bei der Erledigung eigener Angelegenheiten in einem dem Wohl der Gesamtstadt zuträglichen Maß ermöglicht. Um ihnen für eine Übergangszeit eine Vertretung im Gemeinderat der Stadt zu garantieren, machte die Stadt bei den Kommunalwahlen von der Möglichkeit der unechten Teilortswahl Gebrauch.

Mit den Eingemeindungen wuchs die Großstadt Karlsruhe um etwa 31.000 Einwohner. Der Gebietszuwachs betrug etwa 40 % der Gemarkungsfläche, sie wuchs um 5.064 ha auf 17.346 ha. Auch wenn von den ursprünglich gewünschten Eingemeindungen Blankenloch im Norden und Forchheim im Süden nicht erreicht werden konnten, durfte die Stadt angesichts des anfänglichen Widerstandes sowohl der Gemeinden als auch des Landkreises mit dem erreichten Ergebnis zufrieden sein. Mit den Eingemeindungen wurde Karlsruhe gestärkt und erhielt deutlich bessere Entwicklungsperspektiven.

Stadt im Wandel

Vom Ölpreisschock zur deutschen Einigung

Die Entwicklung der Bundesrepublik war seit den 1970er Jahren mitgeprägt durch eine zunehmende europäische und internationale Verflechtung. Zugleich lösten sich im Zeichen der Entspannungspolitik die Verkrampfungen im Verhältnis zu den Staaten des Ostblocks. Schließlich schuf der von Präsident Michail Gorbatschow in der UdSSR eingeleitete politische Wandel die Voraussetzung für die „friedliche Revolution" in der DDR und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990. Schon 1986 konnte Karlsruhe als

eine der ersten Städte der Bundesrepublik eine Städtepartnerschaft mit Halle in der DDR eingehen, die dann nach der Wende eine besondere Qualität gewann. Neben Nancy und Nottingham entstand mit Krasnodar eine weitere Städtpartnerschaft. Die geopolitischen Veränderungen führten schließlich auch zum Abbau der Truppenpräsenz der NATO in Deutschland und damit zur Aufgabe von Militärstandorten zugunsten ziviler Nutzung durch Städte und Gemeinden.

Die exportorientierte deutsche Wirtschaft bewältigte die weltweiten Konjunkturschwankungen und -krisen und die beiden „Ölpreisexplosionen" von 1973/74 und 1978/79 besser als die meisten anderen Wirtschaftsnationen. Trotzdem stiegen seit Beginn der achtziger Jahre die Zahlen der Arbeitslosen in eine in der Bundesrepublik bisher nicht gekannte Höhe. Baden-Württemberg meisterte dank seiner überwiegend mittelständischen Wirtschaftsstruktur die Konjunkturkrisen etwas besser als andere Bundesländer. Aber auch hier vollzogen sich die gleichen Strukturveränderungen in der Bevölkerung: Überalterung, steigende Zahlen der Einpersonen-Haushalte, Zunahme der Frauenerwerbsarbeit, Verluste von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe zugunsten der Dienstleistungen.

1969 kündigte die sozial-liberale Koalition unter Kanzler Willy Brandt Reformen an, die auf eine Modernisierung der Gesellschaft, den Ausbau sozialer Leistungen und die Erweiterungen von Bürgerrechten zielten. Politische Sachzwänge, verfassungsgerichtliche Urteile und die wachsende Staatsverschuldung verhinderten oder verwässerten manche Reformvorhaben wie die Programme zur Luft- und Wasserreinhaltung. Investiert und reformiert wurde auch in Ländern und Gemeinden. In Baden-Württemberg wurden Hoch- und Tiefbauprojekte sowie Industrieansiedlungen gefördert und Kernkraftwerke gebaut, kulturelle Institutionen erhielten Neubauten bzw. mehr Geld. In den Gemeinden entstanden Schulbauten, Mehrzweckhallen, Hallenbäder und moderne Ver- und Entsorgungseinrichtungen. Verkehrseinrichtungen wurden ausgebaut, die Sanierung von Stadtvierteln vorangetrieben. Seit den infolge der nachlassenden Konjunktur sinkenden Einnahmen des Staates und der Gemeinden diktieren seit 1994 die schwachen Finanzen die städtischen Investitionen.

Die mangelnde Überzeugungskraft und oftmals vermißte Konsequenz der Reformpolitik, der Ausbau der Sicherheitsorgane im Zusammenhang mit der Terroristenfahndung, zunehmende Erkenntnis von den Grenzen des Wachstums ließen in den 1970er Jahren viele Bürgerinitiativen entstehen. Da die etablierten Parteien, die von den Bürgern und Bürgerinnen artikulierten Probleme bzw. Forderungen nach Problemlösungen nur zögernd aufgriffen, formierte sich schließlich 1980 in Karlsruhe mit ihrem ersten Bundesparteitag eine neue Partei. Die „Grünen" schafften 1983 erstmals den Einzug in den Bundestag, im Landtag von Baden-Württemberg und im Karlsruher Gemeinderat sind sie seit 1980 vertreten.

Die Städte beklagten seit langem enorme Probleme mit dem Individualverkehr. Nach dem Dienstschluß in den Verwaltungen und Dienstleistungsbetrieben sah man die Cities veröden. Mit Sanierungsprogrammen für die Innenstadtquartiere und Fußgängerzonen sollten die Kernstädte wieder attraktiver, die „Stadtflucht" gebremst werden. Mit dem Ausbau des Nahverkehrsnetzes erstrebte man, ein weites Einzugsgebiet zu erschließen und den Autoverkehr fernzuhalten. In Konkurrenz zu den Freizeitmöglichkeiten außerhalb der Stadt wurden verschiedenste Feste und Kulturereignisse in der Stadt initiiert. Zudem bestimmten mit zunehmender Intensität Umweltfragen, Arbeitslosigkeit, hohe sozialstaatliche Leistungen, die Integration der Aussiedler und der ehemaligen Gastarbeiter sowie die Asylsuchenden die Kommunalpolitik.

Ein anderer Strukturwandel der Städte, der in vollem Gang ist, betrifft die zunehmende Vernetzung mit dem Umland. Die dadurch bedingten überörtlichen Planungsinstanzen und Verbundsysteme für Strom, Gas, Wasser, Müllentsorgung sowie für den Nahverkehr verringerten für den Bürger die Nachvollziehbarkeit

von Entscheidungen und für die Stadtparlamente die Kontroll- und Einflußmöglichkeiten. Dazu traten die Privatisierungen kommunaler Unternehmungen. Mit welchem Ergebnis der Umformungsprozeß der Städte endet, die durch den hohen Anteil der Auftragsverwaltung und die Pflichtaufgaben sowie den Einsatz zweckgebundener Mittel immer mehr an eigenständigem Gestaltungsspielraum verloren haben, ist offen. Nicht abzusehen sind vorerst auch die Auswirkungen der neuen Technologien auf die Gestalt und soziale Struktur der Städte.

Dieser seit einiger Zeit anhaltende Wandlungsprozeß vor allem in den Großstädten ist noch keineswegs zu Ende. Eine abschließende Beurteilung verbietet sich deshalb wegen der fehlenden angemessenen historischen Distanz. Eine nähere Beschreibung seiner einzelnen Problemlagen und -felder würde den Rahmen einer historischen Darstellung zudem sprengen. Die nachfolgend skizzierte Stadtentwicklung seit etwa 1975 beschränkt sich deshalb auf die chronikalische Berichterstattung wichtiger Ereignisse und Strukturen sowie auf die Nennung der an herausgehobener Stelle im Dienste der Stadt handelnden Personen.

Oberbürgermeister, Bürgermeister und Gemeinderat

Oberbürgermeister

Otto Dullenkopfs Amtszeit als Oberbürgermeister dauerte zwei Amtsperioden von 1970 bis 1986. 1978 wurde er mit deutlicher Mehrheit (69,9 %) gegenüber seiner Mitbewerberin Heinke Salisch (28,8 %) im ersten Wahlgang wiedergewählt.[1] Die Stadträtin Heinke Salisch war für den ihr parteiintern vorgezogenen auswärtigen Kandidaten eingesprungen, nachdem dieser aus familiären Gründen auf die Kandidatur verzichtet hatte.

1985 nominierte die CDU für die 1986 anstehende Oberbürgermeisterwahl den Ersten Bürgermeister Gerhard Seiler. In der SPD hatten sich die Mitglieder des Gemeinderats Gerlinde Hämmerle und Erwin Sack beworben, zogen aber beide zugunsten des Aalener Oberbürgermeisters Ulrich Pfeifle ihre Bewerbung zurück. Die Wahlkämpfe verliefen ohne besondere Ereignisse. Lediglich die von den Badischen Neuesten Nachrichten arg strapazierte schwäbische Herkunft des SPD-Kandidaten von 1986 fand im fernen Hamburg in der „Zeit" die Erwiderung, daß der boshafte Griff in die guten alten Haßgefühle längst nicht mehr ziehe.[2] Bereits im ersten Wahlgang erhielt Gerhard Seiler (56,6 %) gegenüber Ulrich Pfeifle (39,0 %) und der Kandidatin der Grünen Christa Reetz (3,1 %) die absolute Stimmenmehrheit. Amtsinhaber Seiler stellte sich 1994 zur Wiederwahl für eine bis zur Erreichung der Altersgrenze noch vierjährige Dienstzeit. Er siegte im ersten Wahlgang (58,9 %) vor Heinke Salisch (31 %) und Lüppo Cramer von der Karlsruher Liste (7,1 %) und acht anderen Kandidaten. Die Wahlbeteiligung sank von 63 % im Jahr 1970 auf 56 bzw. 55 % 1978 bzw. 1986 und schließlich auf 51 % im Jahr 1994.

Gerhard Seiler, 1930 in Karlsruhe geboren, trat nach Studium und Promotion in den Dienst der Stadt, wo er 1963 Hafendirektor wurde.[3] 1968 bestimmte der Gemeinderat den parteilosen Finanzfachmann auf Vorschlag von Günther Klotz zum neuen Stadtkämmerer. Nach dem 1977 gefaßten Beschluß, die Stelle des Finanzreferenten wegen der besonderen Komplexität der Finanzverwaltung und -planung in eine Beigeordnetenstelle umzuwandeln, wählte der Gemeinderat Seiler zum Bürgermeister. Zuvor hatte der 1972 habilitierte Professor einen Ruf an die Hochschule Hohenheim abgelehnt. Von 1980 bis 1984 gehörte der inzwischen in die CDU eingetretene Seiler dem Landtag an. Er war es dann auch, der die Leistungen seines Vorgängers im Amt Otto Dullenkopf, an dessen Seite er für die Finanzen der Stadt verantwortlich zeichnete, bei der Verabschiedung im Brahmssaal würdigte und ihm die Ehrenbürgerurkunde der Stadt Karlsruhe überreichte.[4] Diese Auszeichnung wird Gerhard Seiler nach dem Beschluß des Gemeinderats für seine Verdienste um die Stadt beim Ausscheiden aus dem Amt Ende

Oberbürgermeister Otto Dullenkopf erhält von seinem Nachfolger Gerhard Seiler bei der Verabschiedung im Brahmssaal die Ehrenbürger-Urkunde der Stadt Karlsruhe.

September 1998 ebenfalls verliehen werden. Der Karlsruher Oberbürgermeister genoß auch außerhalb der Stadt großes Ansehen. Die Mitglieder des Deutschen Städtetages wählten den Kommunalpolitiker und Finanzfachmann Gerhard Seiler in einer finanziell schwierigen Zeit 1995 bis 1997 zu ihrem Präsidenten.
Zum Nachfolger von Gerhard Seiler bestimmten die Karlsruher und Karlsruherinnen am 19. Juli 1998 im zweiten Wahlgang Bürgermeister Heinz Fenrich. Er setzte sich mit 45,9 % der Stimmen gegen die beiden Mitbewerber aus dem Bürgermeisteramt Heinke Salisch (30,2 %) und Ullrich Eidenmüller (23,1 %) durch. Der Abwärtstrend bei der Wahlbeteiligung hielt an. Mit 49,3 % war die geringste Wahlbeteiligung seit 1952 zu registrieren.

Bürgermeister

Gemäß der Absprache zwischen Dullenkopf und Wäldele im Oberbürgermeister-Wahlkampf wurde Wäldele auch nach Ablauf seiner Amtszeit 1973 wieder Erster Bürgermeister bis zum Ausscheiden aus dem Amt 1983.[5] Damit entstand erstmals seit 1953 wieder die Konstellation, daß der Erste Bürgermeister einer anderen Partei angehörte als der Oberbürgermeister. Als Bürgermeister fungierten bei Dullenkopfs Amtsantritt neben Wäldele (SPD) Paul Hugo Jahn (SPD), Kurt Hofheinz (CDU) und Horst Rehberger (FDP). 1977 wurde die Zahl der Bürgermeister auf fünf erhöht durch die Wahl des Finanzreferenten Seiler zum Bürgermeister.
Wie in der Vergangenheit auch führte der Wechsel im Amt eines Bürgermeisters oft zu kommunalpolitischen Spannungen. Ausgenommen davon blieb der Wechsel von Hofheinz zu Kurt Gauly 1978. Gauly gehörte seit 1962 dem Gemeinderat an und führte seit 1967 die CDU-Fraktion. Unruhe erzeugte dagegen die Wiederwahl von Rehberger 1978. Die FDP verhandelte deswegen mit der CDU, da diese als stärkste Fraktion nur einen Bürgermeister stellte und deshalb Anspruch auf die Wahl eines CDU-Vertreters gehabt hätte. Da Dullenkopf keine Veränderungen wollte,

wurde Rehberger im Gegensatz zu 1970 (siehe oben) mit den Stimmen der CDU gewählt. Die SPD befürchtete, daß dabei vereinbart wurde, bei der Nachfolge von Jahn 1981 keinen SPD-Vertreter zu wählen. Dazu kam es jedoch nicht, da zwischenzeitlich der parteilose Gerhard Seiler der CDU beitrat und damit das Problem einer angemessenen Vertretung der CDU gelöst war.

Eine von den BNN als „kommunalpolitische Krise" bezeichnete Zuspitzung gab es bei der Wahl des Nachfolgers für Bürgermeister Jahn dennoch. Unbestritten sollte ihm ein SPD-Mitglied folgen, der von der SPD bestimmte Landtagsabgeordnete Dieter Stoltz stieß jedoch wegen seines polarisierenden Stils bei vorangegangenen Wahlkämpfen auf Ablehnung zuerst bei der FDP und dann auch bei der CDU. Die SPD hielt aber an ihrem Kandidaten fest. Nach monatelangem Ringen löste Stoltz durch seinen Rückzug die verhärteten Fronten auf. Nachfolger des Baudezernenten Jahn wurde der Architekt und langjährige Gemeinderat Erwin Sack.

Von Spannungen geprägt verliefen auch die Monate um den Jahreswechsel 1983/84, als das Ende von Wäldeles Amtszeit näher rückte, wobei es vor allem um seine Funktion als Erster Bürgermeister ging. Der von der SPD-Fraktion nominierte Vorsitzende des Stadtjugendauschusses und Gemeinderat Norbert Vöhringer wurde ohne Probleme im Juli 1983 vom Gemeinderat als Bürgermeister gewählt und 1991 wiedergewählt.[6] Aber bei der Nachfolge Wäldeles als Erster Bürgermeister gab es die bekannten Auseinandersetzungen. Die SPD forderte diese Position wieder für sich mit dem 1966 von der CDU benutzten Argument, die zweitstärkste Fraktion solle den Stellvertreter stellen, vergaß dabei aber, daß sie selbst mit ihrer Mehrheit 1966 dieses Argument überging (siehe oben). Auch 1983 wog der Appell an demokratische Gepflogenheiten und politische Fairneß nicht viel. Die CDU wählte mit Unterstützung der FDP 1983 ihren Kandidaten Gerhard Seiler, der SPD-Kandidat Erwin Sack unterlag.[7]

Bei den weiteren anstehenden Wechseln im Bürgermeisteramt gab es immer wieder Spannungen zwischen den Parteien. Problemlos folgte zunächst dem als Wirtschaftsminister ins Saarland wechselnden Horst Rehberger 1984 der Rechtsanwalt und Gemeinderat Ullrich Eidenmüller (FDP), der 1992 wiedergewählt wurde. Bürgermeister Gauly (CDU) folgte 1986 dem zum Oberbürgermeister gewählten Gerhard Seiler als Erster Bürgermeister und Elmar Kolb (CDU) kam neu ins Amt. Als 1991 nach dem Ausscheiden von Kurt Gauly wieder ein Wechsel im Bürgermeisteramt anstand, bestimmte die CDU Heinz Fenrich zum Nachfolger.[8] Dabei kündigten die Grünen Wahlenthaltung an, da ihnen als drittstärkster Fraktion seit sechs Jahren die Vertretung im Bürgermeisteramt versagt werde. Darauf erwiderte der Oberbürgermeister, die FDP werde aufgrund einer Übereinkunft von CDU und SPD nach den Möglichkeiten, die die Gemeindeordnung biete, mit einem Bürgermeisterposten bedacht. Nach dem d'Hondtschen Verfahren hätte keine der beiden Parteien einen Anspruch. Bei der Wahl zum Ersten Bürgermeister setzte sich im zweiten Wahlgang Erwin Sack, der 1986 seine Kandidatur um diese Stelle zugunsten von Gauly zurückgezogen hatte, knapp gegen Elmar Kolb durch. Die SPD hatte wieder das Argument benutzt, die zweitstärkste Fraktion müsse den Stellvertreter des Oberbürgermeisters stellen. Die Mehrheit des Gemeinderats folgte ihr dieses Mal jedoch.[9] Dies verdeutlichte, daß die Wahl des Ersten Bürgermeisters in der Regel nicht von einer „demokratischen Spielregel", sondern von den Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat abhängig war. Diese „Spielregel" galt sicher für die unmittelbaren Nachkriegsjahre. Sie wurde danach nur dank des Übereinkommens zwischen Dullenkopf und Wäldele noch einmal praktiziert.

Erwin Sack mußte zum Jahresende 1995 sein Amt krankheitshalber abgeben. Wieder erhoben die Grünen Anspruch auf eine Bürgermeisterstelle. Da diese Forderung von den „Bürgermeisterparteien", so die Bezeichnung der Grünen, geschlossen abgelehnt wurde, verzichtete die Partei auf eine chancenlose Be-

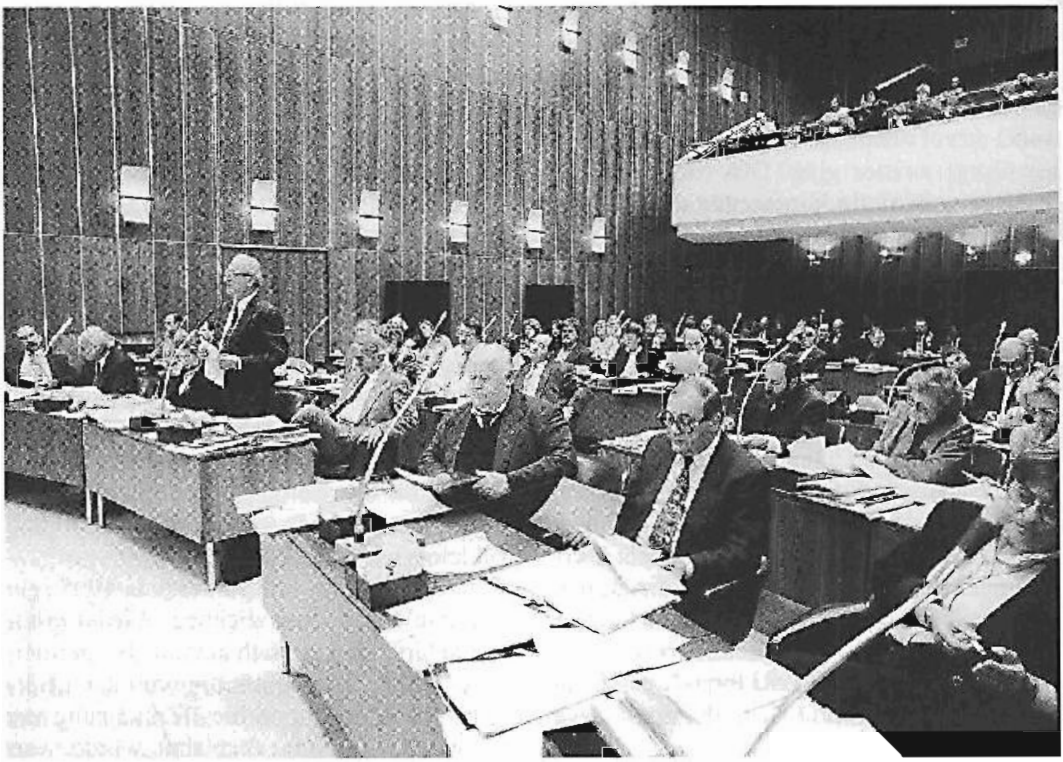
werbung, und ihre Vertreter blieben der Nachfolgewahl und der Wahl des Ersten Bürgermeisters aus Protest fern. Das führte dazu, daß der CDU-Kandidat Elmar Kolb Erster Bürgermeister wurde und nicht der SPD-Kandidat Norbert Vöhringer. Als Nachfolgerin im Baudezernat wurde Heinke Salisch gewählt, die ihr Mandat im Europaparlament niederlegte. Sie kam als erste Frau in das Bürgermeisteramt.

Gemeinderat

In den Gemeinderatswahlen setzte sich 1975 der Aufwärtstrend der CDU fort. Sie gewann gegenüber 1971 als sie 10 % zugelegt hatte noch einmal 3 %. Die SPD dagegen büßte nach 3,4 % weitere 5 % ein, und die FDP legte 4,8 % zu. Die Wahlbeteiligung lag zwischen 52 % und 60 %. Die CDU stellte 1975 erstmals in der Nachkriegsgeschichte, und das ist bis zu den Wahlen von 1994 so geblieben, die stärkste Fraktion und besaß für fünf Jahre sogar die absolute Mehrheit im Gemeinderat. Bei den folgenden Wahlen konnte sie das nicht wieder erreichen.

1980 traten zum ersten Mal die Grünen zur Wahl an und gewannen zwei Sitze, deren Zahl sie dann auf acht bzw. sieben erhöhen konnten, womit sie vor der FDP drittstärkste Fraktion wurden. Mit 1994 drei Abgeordneten hatte die KAL mit der FDP gleichgezogen. Es gab nun keine festgefügten Mehrheiten im Gemeinderat.

Bei den Wahlen von 1994 wurde nach einem Gemeinderatsbeschluß von 1991 nach 19 Jahren wieder auf die unechte Teilortswahl verzichtet und die Zahl der Ratssitze auf 54 reduziert. Ab dem Jahr 1999 wird sie nach gesetzlicher Vorschrift wieder 48 betragen. Das Charakteristikum der Wahlen seit 1975 ist der von 3,5 % auf 27,5 % angestiegene Stimmenanteil, der auf die nicht seit 1945 bestehenden Parteien entfällt. Als besorgniserre-



Blick in den Gemeinderat bei einer Haushaltsberatung am 26. Oktober 1993.

Sitzverteilung im Gemeinderat 1968 – 1994							
Jahr	Sitze	Parteien					
		CDU	SPD	FDP	GL	KAL	Sonstige[1]
1968	48	19	23	5	—	—	1
1971	48	21	22	4	—	—	1
1975	60	32	21	6	—	—	1
1980	65	31	25	7	2	—	—
1984	66	30	22	5	8	1	—
1989	68	27	22	6	7	2	4
1994	54	22	16	3	8	3	2

[1] 1968 und 1971: Nationaldemokratische Partei (NPD); 1975: Freie Wählervereinigung; 1989: 1 Ökologischdemokratische Partei (ÖDP), 3 Republikaner (REP); 1994: 1 ÖDP, 1 REP.

gend empfanden viele Beobachter 1989 die Wahl von drei Abgeordneten der rechtsradikalen Republikaner.

Im Karlsruher Gemeinderat bestimmten zunehmend mehr Frauen die Geschicke der Stadt. Der 1985 erreichte Anteil von 30 % stellte Karlsruhe im Vergleich der Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern an den vierten Rang in der Bundesrepublik. 1982 war mit Gerlinde Hämmerle von der SPD die erste Frau Vorsitzende einer Gemeinderatsfraktion geworden.

Strukturwandel der Wirtschaft

Karlsruhe mußte sich wie alle Städte in den vergangenen zwei Jahrzehnten einem tiefgreifenden Strukturwandel stellen. Die Veränderungen lassen sich an der Entwicklung der Beschäftigten nach Wirtschaftsabteilungen ablesen. Die folgende Tabelle gibt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Karlsruhe wieder, da nur für sie über die Jahre vergleichbare Angaben vorliegen. Etwa 84 % der Karlsruher Arbeitsplätze entfallen auf diese Gruppe. Nicht enthalten darin sind die Beamten, Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Die oben wiedergegebenen Tabellen (s. S. 621) enthalten im Gegensatz dazu nur die in Karlsruhe wohnenden Beschäftigten. In den folgenden Tabellen sind daher die Berufseinpendler einbezogen. Ihre Zahl stieg von 51.000 im Jahr 1970 auf 74.000 im Jahr 1980 und nur noch geringfügig auf 76.000 im Jahr 1996. Zählt man die Einpendler in die Ausbildungsstätten hinzu sind es etwa 85.000. Das Saldo der Ein- und Auspendler zeigt für Karlsruhe ein Plus von etwa 45.000 und belegt damit die Bedeutung der Karlsruher Wirtschaft und ihr Arbeitsplatzangebot für die Region. Zusammen mit den Selbständigen und Beamten bot die Stadt 1996 etwa 173.000 Arbeitsplätze.[10]

Es sei festgehalten, daß Karlsruhe als Wirtschaftszentrum der Region mit einem Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze zwischen 1983 und 1992 von 18.000 an Bedeutung gewonnen hat. Hierfür ist vor allem der 1989 einsetzende, durch die deutsche Einheit bedingte Nachfrageschub ausschlaggebend. Die danach beginnende generelle Konjunkturabschwächung traf auch Karlsruhe mit dem Verlust von 9.000 Arbeitsplätzen. Zum Gewinn beigetragen haben vorwiegend die modernen, unternehmensnahen Dienstleistungen, deren Beschäftigtenzahl von 1975 bis 1996 kontinuierlich von knapp 25.000 auf mehr als 44.000 zunahm. Verluste verzeichnete das verarbeitende Gewerbe mit mehr als 7.000 Arbeitsplätzen. Die Zahlen verdeutlichen den anhaltenden Prozeß der Tertiärisierung der Wirtschaft.

Besonders betroffen von den Veränderungen

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Karlsruhe nach Wirtschaftsabteilungen [11]						
Wirtschaftsabteilung	1975	1980	1983	1988	1992	1996
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	284	379	390	387	370	338
Energie, Bergbau, Wasserversorgung	3.318	3.311	3.378	3.663	3.718	3.283
Verarbeitendes Gewerbe	44.211	41.483	36.970	38.019	37.699	30.102
Baugewerbe	8.786	8.519	8.564	7.914	8.492	7.345
Handel	22.477	22.131	20.807	21.275	23.244	21.724
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	10.063	10.025	9.640	10.079	10.873	10.497
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	9.891	10.181	10.229	10.594	11.747	11.781
Dienstleistungen	24.825	28.765	29.953	34.656	41.633	44.412
Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte	3.685	5.868	4.110	4.192	4.568	4.835
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	12.291	12.190	12.822	13.115	12.732	11.551
Insgesamt	**139.831**	**142.852**	**136.863**	**143.894**	**155.076**	**145.868**

waren die einst führenden metallverarbeitenden und elektrotechnischen Betriebe. Nach der Schließung von Junker & Ruh 1968 folgten ab 1980 weitere Firmen wie z. B. Schmalbach Lubeca 1980, Grundig 1981, Nähmaschinenfabrik Singer 1981, das Bundesbahnausbesserungswerk 1977 (nur noch als Werkstätte weitergeführt), Ritter AG 1995 und Badische Maschinenfabrik Durlach 1995. Erheblichen Arbeitsplatzabbau gab es in zahlreichen anderen großen Firmen wie z. B. Siemens und Pfaff. Andere wiederum wie die IWKA verlagerten ihre Produktionsstätten aus der Stadtgemarkung hinaus.[12] Umstrukturierungen sind derzeit aber auch bei den für die Karlsruher Industrie so bedeutenden Raffinerien im Gange. Mit dem Zusammenschluß der OMW und der Esso zur MiRO, Mineralölraffinerie Oberrhein, soll die Verarbeitungskapazität um etwas mehr als ein Fünftel reduziert werden. Die gleichzeitig geplante Umschlagreduzierung im Hafen wird für den heute noch städtischen Rheinhafen einen Geschäftsverlust von etwa 45 % bedeuten.[13]

Diese strukturellen Verluste und der Berufseintritt der geburtenstarken Jahrgänge führte 1983 zu einer Arbeitslosenquote von 7,6 %, die bis 1991 wieder auf 4,5 % sank aber dann mit dem allgemeinen konjunkturellen Abschwung 1996 auf 8,6 % anstieg. Dank der vielfältigen Branchenstruktur und der mittelständischen Prägung der Wirtschaft verzeichnete Karlsruhe erstmals „in einer Abschwächungsphase der Wirtschaft günstigere Werte als die klassischen Industriestandorte des Landes."[14] Zudem verfügte die Stadt nicht zuletzt dank ihrer zentralen Lage über Entwicklungspotentiale. Es konnten Gewerbeflächen erschlossen werden und es gab ein qualifiziertes Arbeitskräftereservoir dank der aus-

Protestdemonstration gegen die Schließung des Grundig-Werks an der Ottostraße im Dezember 1980.

differenzierten Ausbildungsstätten. Das Know-how von Wissenschaft und Technik vor Ort zählte zu einem beachtlichen Standortvorteil. Wirksam wurden hierbei ferner kulturelle, architektonische und auch Freizeitqualitäten, die Karlsruhe gegenüber anderen Verdichtungsräumen Vorteile verschafften.

Die Stadt Karlsruhe nutzte diese Vorteile und ging in die Offensive. In Zusammenarbeit mit der Landeskreditbank und der IHK gründete sie 1984 die Technologiefabrik als Zentrum für Existenzgründungen.[15] Diese wurden als Keimzellen gesehen für zukünftige Arbeitsplätze. In den leerstehenden Gebäuden der Firma Singer fand man geeignete Räumlichkeiten für diese Einrichtung. Ursprünglich auf 3.500 Quadratmetern untergebracht, nimmt sie heute 18.000 Quadratmeter ein. Die zentrale Innenstadtlage, günstige Mieten und Kredite, optimale innere Infrastruktur und die Vernetzung mit den Forschungseinrichtungen der Stadt und eine intensive Beratung der Existenzgründer führten zum Erfolg. Mehr als 150 Firmen verließen inzwischen die Gründungsstätte, 2.000 neue Arbeitsplätze entstanden nicht zuletzt auch als Folge des raschen Transfers von Forschungsergebnissen in marktgängige Produkte. Der Ruf Karlsruhes als bedeutender Forschungs- und Technologiestandort wurde gefestigt. In der Konsequenz der Technologiefabrik lag der Technologiepark, der an der Haid-und-Neu-Straße unweit der Technologiefabrik entstand und noch ausgebaut wird. Hier werden den jungen Firmen Unterbringungsmöglichkeiten angeboten, die weiterhin die engen Kontakte zu den Forschungseinrichtungen ermöglichen. Der Erfolg der Technologiefabrik wurde mit dem Gründerzentrum für Dienstleister in Durlach und dem Handwerkerhof im Rheinhafen auf andere Bereiche übertragen. Ob hier der „Mittelstand von Morgen" mit den entsprechenden Arbeitsplätzen heranwächst, wird sich zeigen.

Stadtentwicklung

Stadtentwicklungsplan 1980

Die Probleme, die der Karlsruher Stadtentwicklung seit dem Beginn der 1970er Jahre entstanden, behandelte der 1980 veröffent-

lichte Stadtentwicklungsplan. Er bietet „eine detaillierte Beschreibung der Entwicklungsbedingungen für die wichtigsten kommunalen Aufgabengebiete und die Ableitung von Entwicklungszielen." In zwölf Problemfeldern werden nach gründlicher Analyse der jeweiligen Ausgangslage Ziele für die Entscheidungsgremien formuliert.[16] Rahmenbedingung aller Analysen war die Feststellung des verlangsamten wirtschaftlichen Wachstums, einer stagnierenden Bevölkerung und der Verknappung der Ressourcen. Die genannten Entwicklungen verliefen keineswegs linear, sondern auch in erkennbar gegenläufigen Phasen. Für die Stadt- und Verkehrsplanung setzten die folgenden wichtigen Daten – neben den oben genannten Wirtschaftsdaten – die Rahmenbedingungen: Die Einwohnerzahl stagnierte bei leichten Schwankungen seit dem Höchststand von 1975 bei etwa 270.000 Einwohnern (siehe Tabelle im Anhang); zur negativen Bevölkerungsentwicklung trug die in Schüben verlaufende negative Wanderungsbilanz, d. h. die „Stadtflucht" bei; die Zunahme des Ausländeranteils auf 12 % bewirkte eine Verlangsamung der Entwicklung; die Zunahme von Haushaltungen in den 1980er Jahren infolge der nun selbständig werdenden geburtsstarken Jahrgänge brachte auf dem Wohnungsmarkt wieder Engpässe; die Zahl älterer Einwohner stieg weiter mit den sich daraus ergebenden Folgerungen für den Bau entsprechender Einrichtungen; die Zahl der Kfz verdoppelte sich von 1970 bis 1997 auf 157.000 und schuf Verkehrsprobleme, zu denen auch die Einpendler beitrugen.

Das Ziel der Stadtentwicklung wurde im Stadtentwicklungsplan zwar nicht zusammenfassend formuliert, es erschließt sich aber aus den Teilzielen: eine Stadt mit hoher urbaner Lebensqualität, in der auf der Basis einer leistungsfähigen Wirtschaft im Schnittpunkt europäischer Verkehrslinien zentralörtliche Funktionen für Verwaltung, Wissenschaft, Kultur und Bildung angesiedelt sind. Für einige Bereiche seien im Folgenden die wichtigen Ereignisse und Entwicklungen der vergangenen 25 Jahre angedeutet.

Altstadtsanierung seit 1971

In den Stadtentwicklungsplan flossen in einigen Bereichen wie z. B. Wohnen und Stadtgestalt die Erkenntnisse des nationalen Modellprojekts Sanierung des Dörfle ein (siehe oben).[17] Hier setzte mit dem 1970 ausgeschriebenen Wettbewerb und seinen Ergebnissen ein Umdenken ein. Aus den Ende 1970 eingegangenen 216 Wettbewerbsbeiträgen ging kein Sieger hervor. Die eingereichten Entwürfe reichten von utopischen Phantasiegebilden bis zu kleinteiligsten Bauformen. Es gab auch sehr kritische Beiträge zur bisher verfolgten Flächensanierug. Die mit dem Wettbewerb entstehende Ratlosigkeit setzte bei allen Beteiligten einen Lernprozeß in Gang. Er wurde verstärkt durch die breit einsetzende Fachkritik an der Flächensanierung, die zu einem Verlust städtebaulicher Identität führe. Ein breiteres Interesse der Öffentlichkeit in Karlsruhe an dem Sanierungsvorhaben kam aber immer noch nicht zustande. Erst der 1973 neugegründete Bürgerverein Altstadt unter dem Vorsitz von Knut Jacob erhob mit ausführlichen Bedenken und Anregungen Anspruch auf Beteiligung der Gebietsbevölkerung an der Planung, fand jedoch nach eigenem Bekunden zuwenig Beachtung, während ihm von anderer Seite bescheinigt wurde, „zu einem Umdenken, zu einem vorsichtigeren Vorgehen" beigetragen zu haben.[18]

1971 wurde ein Realisierungswettbewerb veranstaltet, bei dem fünf prämierte Teilnehmer des ersten Wettbewerbs zur Überarbeitung ihrer Entwürfe aufgefordert wurden. Zwei Entwürfe kamen in die Enddiskussion. Der „Berliner Entwurf" der Planungsgruppe Müller, Schmock, Volkenborn basierte auf einer strengen nord-südlichen Zeilenbebauung ohne Rücksicht auf die Radialen und überplante das gesamte Sanierungsgebiet zwischen Adlerstraße und Durlacher Tor. Der „Münchener Entwurf" der Gruppe Hilmer, Sattler, Sattler sah unter Wahrung der Radialen eine Blockrandbebauung mit einheitlicher Bauhöhe vor und schlug für das östliche Sanierungsgebiet eine Objektsanierung vor. Für diesen Entwurf

entschied sich der Gemeinderat am 19. Dezember 1972 auch wegen der Berücksichtigung des Bestands östlich der Waldhornstraße.[19]

Nun lag das Konzept vor, aber die „Neue Heimat" Baden-Württemberg als der von der Stadt 1971 beauftragte Sanierungsträger fand keine privaten Großinvestoren. Der Kaufhauskonzern, der an der Kaiser-/Fritz-Erler-Straße bauen und dabei den Verkehrsraum der Fritz-Erler-Straße überbauen wollte, zog sich zurück. Das Konzept wurde geändert, übrig blieb nur die heutige Fußgängerüberquerung im Zuge der Zähringerstraße mit einem Restaurant. 1976 waren die ersten Wohnungen an der Adlerstraße bezugsfertig, im Osten erfolgten die ersten Modernisierungsmaßnahmen. Der Wohnungsbau ging zügig voran, so daß 1981 zwei Drittel des Bauprogramms fertiggestellt oder im Bau waren. Im September 1985 wurde am Mendelssohnplatz die von Heinz Mohl geplante Heinrich-Hübsch-Schule eingeweiht, die wegen ihrer stadtbildprägenden Architektur in Fachkreisen große Anerkennung fand, wegen der hohen Kosten aber auch in die Kritik geriet.[20]

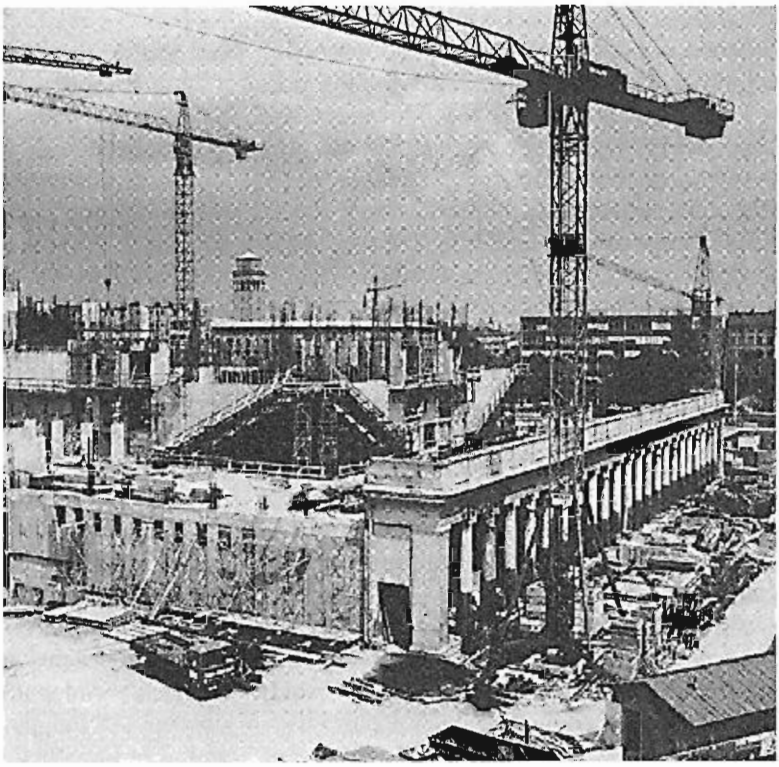
Für kommunalpolitisches Aufsehen sorgte die Altstadtsanierung 1988. Gegen die von Anfang an vorgesehene Bebauung des 18 Jahre brachliegenden Platzes an der Südwestecke der Kaiser-/Fritz-Erler-Straße wurde ein Bürgerentscheid zu seiner Erhaltung initiiert. Die Firma L'Oréal wollte dort ein Verwaltungs- und Schulungszentrum für 250 Mitarbeiter errichten und hatte auch angedeutet, bei Ablehnung ihres Wunsches, Marketing und Vertrieb in eine andere Stadt zu verlegen. Der erste Karlsruher Bürgerentscheid scheiterte, weil mit 38.500 Stimmen die nötige Zahl von 30 % aller Wahlberechtigten – etwa 60.000 – nicht erreicht wurde. Kurz vor Baubeginn gab die Firma ihre Bauabsichten auf und verlegte die

Gegner der Kronenplatzbebauung sammeln auf dem Platz Unterschriften für die Durchführung eines Bürgerentscheids.

genannten Abteilungen. Eine Versicherungsfirma errichtete dann 1991 bis 1993 den prämierten Entwurf des Architekten Herman Rotermund. 1994 schloß die Firma Röser gegenüber der Heinrich-Hübsch-Schule die dortige Baulücke und beendete damit das Projekt „Sanierung Karlsruhe-Dörfle."
Die Beurteilungen des Ergebnisses der Sanierung sind überwiegend positiv. Die Sanierungsziele „Aufwertung des Quartiers zum Citybereich" und „Schaffung eines hochwertigen Wohnquartiers" sind erreicht worden, stellte man fest. Die Sozialstruktur des Stadtviertels habe sich aber grundlegend gewandelt.[21] Architekturhistorisch betrachtet, markierte das Sanierungsprojekt die Wende von der Flächensanierung und radikalen Strukturveränderung zur behutsamen und bewahrenden Objektsanierung.[22] Vereinzelte Stimmen wandten kritisch ein, daß die „Verluste auf kulturellen, psychologischen und sozialen Gebieten" so schwer wiegen, daß die Sanierung kontraproduktiv genannt werden müsse.[23]

Stadtumbau

Stadtplanung zielte seit den 1970er Jahren nicht mehr in erster Linie auf die Neuplanung. Ins Blickfeld rückte nun der innere Ausbau und die Stadtreparatur. Fehlendes Bauland, die Erfahrungen der Sanierung des Dörfle, Verkehrsprobleme sowie die Stadtflucht bewirkten eine Hinwendung zur Aufwertung älterer Wohnquartiere. Reserven im Bestand wurden mit Fördergeldern für die Schließung von Baulücken und Dachausbauten erschlossen. Die Ausweisung von Sanierungsgebieten – wie 1983 in Durlach – brachte eine qualitative Verbesserung des Wohnungsbestandes. Es ging in diesen Programmen nur um Objektsanierung, wenn möglich mit dem Ziel, die überkommene Sozialstruktur zu erhalten. Damit einher gingen Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung mit der Aufwertung von Platzanlagen und mit der Schaffung von innerstädtischen Grünanlagen z. B. dem Grünzug Weststadt zwischen Kaiserallee und Sofienstraße auf dem ehemaligen Gaswerksgelände.
Um die unerträgliche gewordenen Zustände in der Kaiserstraße zu beheben, begann die Stadt seit 1972 schrittweise mit der Einrichtung der Fußgängerzone Kaiserstraße, die 1984 von der Hauptpost bis zum Kronenplatz reichte. Die Verdrängung des Autoverkehrs aus der Kaiserstraße, die einherging mit dem Bau von Parkhäusern (z. B. Friedrichsplatz, Amalienstraße, Kreuzstraße, Fritz-Erler-Straße), verlief nicht ohne Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Zielen eines regen Geschäftsgangs auf der einen und der Verbesserung der Luft- und Stadtqualität auf der anderen Seite. Interessendifferenzen gab es in aller Regel zwischen Anliegern und Verkehrsteilnehmern auch bei verkehrsberuhigenden Maßnahmen in Wohngebieten wie Tempo-30-Zonen oder Rückbau von Straßen.
Die Umnutzung innenstadtnaher gewerblicher Flächen bot die Möglichkeit für Wohnungsbau in zentraler Lage wie für kleinere Grünanlagen. Beispiele dafür waren schon 1965 die Richtwohnanlage in Durlach mit einem Altenheim und einem Krankenhaus, 1983 der Alte Brauhof zwischen Karlstraße und Beiertheimer Allee sowie die Umnutzung des Areals der ehemaligen Dragonerkaserne. Im Südwesten eröffnete die Aufgabe der Produktion auf dem IWKA-Gelände die Chance einer großflächigen Stadterneuerung. Die Neuanlage der Brauerstraße, Behördenneubauten, die Sanierung des Hallenbaus und das geplante Multiplex-Kino geben dem Quartier eine neue Qualität. Der verbreiterten Brauerstraße mußte zum Bedauern vieler der denkmalgeschützte Sozialbau der ehemaligen Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken weichen. Schließlich bot die mit der Aufgabe des Standortes Karlsruhe durch die Amerikaner freigewordene Paul-Revere-Village die Möglichkeit, mittels Renovierung und Ausbau etwa 1.200 Wohnungen zu schaffen. Diese Aufgabe übernahm die stadteigene Volkswohnung, die das Areal mit den Liegenschaften vom Bund erwarb. So konnte ein entscheidender Schritt getan werden, den auf etwa 4.000 Wohnungen bezifferten Fehlbestand zu verringern. Großprojekte des Wohnungsbaus sollten nur im Einzugsbe-



Hinter dem erhaltenen Säulengang der alten Stadthalle entsteht das neue Karlsruher Kongreßzentrum, das im August 1985 eingeweiht wurde. Dies ist eine der Maßnahmen des Stadtumbaus, die zur Verbesserung des Standorts Karlruhe und der Lebensqualität in der Stadt beitragen sollen.

Mit der Verkehrsberuhigung und der Neugestaltung des Marktplatzes wurde eine Aufwertung der City erreicht.

reich des öffentlichen Nahverkehrs verwirklicht werden, bereits begonnene erhielten Anschluß an das Straßenbahnnetz wie die Nordweststadt 1975 und Oberreut 1986, um den Individualverkehr zu verringern. Diesem Ziel dienen auch Bemühungen Wohnen und Arbeiten wieder stärker zu durchmischen, womit das stadtplanerische Konzept, das nach 1945 den Bau von reinen Wohnquartieren vorsah, wieder verlassen wurde.

„Stadtgerechter" Verkehr

Die Bewältigung der Verkehrsprobleme müsse mehr noch als in der Vergangenheit durch einen Wandel in der Zieldefinition von der „verkehrs- bzw. autogerechten Stadt" zum „stadtgerechten Verkehr" gesucht werden. Dies war die Vorgabe des Stadtentwicklungsplans 1980.[24] Ein ganzes Maßnahmenbündel, das Fernverkehr, Pendlerverkehr, innerörtlichen Verkehr, öffentlichen Nahverkehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr wie den ruhenden Verkehr umfaßte, wurde entwickelt, um dem wachsenden Verkehrsdruck in der Innenstadt und den Wohngebieten gegenzusteuern. Die Zunahme der PKW pro 1.000 Einwohner vermittelt eine Vorstellung der Probleme: 1970 kamen 257 und 1996 507 PKW auf 1.000 Einwohnern.[25] Der Stadtentwicklungsbericht von 1997 resümiert die Verkehrsentwicklung seit 1980 so: „Ein Ende des Wachstums des Verkehrs, ... ist bislang nicht absehbar. Durch den zügigen Ausbau der Stadtbahn in der Region und einen generell zurückhaltenden Gebrauch des PKW durch die Karlsruher Bevölkerung verläuft die Entwicklung ... in vergleichsweise gemäßigten Bahnen." Zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sei allerdings die Leistungsfähigkeit des Stadtbahnnetzes innerhalb des Stadtgebiets zwingend zu verbessern. Aufgrund der Lage Karlsruhes im Bereich wichtiger Transitstrecken sei mit einer verstärkten Belastung im Straßenverkehr zu rechnen.[26]
Damit sind direkt bzw. indirekt zwei Problembereiche der Karlsruher Verkehrsentwicklung angesprochen, die die Kommunalpolitik seit 1962 und seit 1972 intensiv beschäftigten und bis heute noch ungelöst sind. Der Hinweis auf die ungelösten Probleme der Nordtangente und der U-Strab in der Kaiserstraße soll aber keinesfalls den in vielen Stadtteilen spürbar verkehrsentlastenden umfangreichen Straßenbau vergessen machen. Die 1988 fertiggestellte Südtangente, die Umgehungsstraße Durlach und die B 36 zwischen Knielingen und Neureut z. B. haben zur Steigerung der Wohnqualität in den betroffenen Gebieten viel beigetragen. Dies wird nach Fertigstellung auch für die Kriegsstraße Ost mit dem Ostring und für den Tunnel in Grötzingen gelten.
Der Verkehrslinienplan von 1961 sah als eine der wichtigen Tangentialstraßen den Hardtwalddurchstich zwischen Rintheim und der Waldstadt im Osten und zwischen der Nordweststadt und Neureut im Westen vor. Unmittelbar nach der Verabschiedung des Verkehrslinienplans begannen die Auseinandersetzungen darüber, die sich zum „Tangenten-Krieg" ausweiteten.[27] Ablehnung kam vom Landratsamt, das den Autobahnanschluß Weingarten wollte und nicht Hagsfeld. Neureuter Bürger fürchteten um ihre Äcker und Wiesen, der dortige Gemeinderat sah die Gemarkung durch die breite Straße durchtrennt und seine Planungsmöglichkeiten beschnitten. Er verlangte eine nördlichere Linienführung und später dann eine südlichere, beide außerhalb oder am Rande der Neureuter Gemarkung. Bis in eine Fragestunde des Bundestags schlug der Streit Wellen und der Bundesverkehrsminister sicherte den Neureutern eine Anhörung zu. Schließlich wehrten sich auch Bürger aus Rintheim und der Nordweststadt gegen das bis zu neun Meter hochliegende Straßenbauwerk.
1976 gingen die Vorbereitungen mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens in ein konkreteres Stadium über. Nun kamen zu den früheren verkehrstechnischen Einwendungen massive Widersprüche von Seiten der Hardtwaldfreunde und Umweltschützer, die den ungehemmten Landschaftsverbrauch beklagten. Das Bonner Ministerium bewilligte daraufhin die 50 Millionen DM teurere Tieflage des Hardtwalddurchstichs. Im Gemeinderat wurde der Zielkonflikt zwischen Landschafts-

schutz und Schutz der belasteten Oststadtbewohner vor dem Verkehr entschieden. Die CDU votierte mit ihrer absoluten Mehrheit Ende Oktober 1979 für den Bau der Nordtangente durch den Hardtwald. Während der Gemeinderat wegen der Befangenheit eines Mitglieds die Abstimmung Anfang November mit dem gleichen Ergebnis wiederholen mußte, sammelte eine Bürgerinitiative 38.000 Unterschriften, um einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Die Hauptsatzung der Stadt sah für die anstehende Frage dafür jedoch keine Möglichkeit vor.

Nach der Wahl des Gemeinderats im Juni 1980 änderten sich die Mehrheitsverhältnisse. Die neue Mehrheit aus SPD, FDP und Grünen zog im Oktober 1980 die Zustimmung zum Bau der Nordtangente zurück. Zuvor artikulierten sowohl der Bürgerverein Oststadt und auch die Industrie- und Handelskammer ihr Interesse am Bau der Nordtangente. Im Mai 1982 entschied sich der Gemeinderat für eine der von einer Gutachtergruppe bewerteten Alternativen. Diese vermied den Hardtwalddurchstich und führte den Verkehr über die Theodor-Heuss-Allee, den Adenauerring und die heutige Willy-Brandt-Allee. Als „Hängebauch-Variante" ist diese Trassierung bis heute gültig. Der Ostteil der Nordtangente ist inzwischen planungsrechtlich festgeschrieben, die Fortsetzung nach Westen noch nicht.

Die Attraktivitätssteigerung des ÖPNV war ein seit Beginn der 1970er Jahre verfolgtes Ziel der Stadt. 1971 stellte Oberbürgermeister Dullenkopf das Projekt einer „U-Strab" vor. Vom Mühlburger Tor über die Hauptpost, den Rondellplatz, die Altstadt und das Durlacher Tor sollte die Straßenbahn unterirdisch geführt werden. Vom Rondellplatz war ein Abzweig nach Süden bis hinter den Hauptbahnhof und von der Hauptpost ein Abzweig zur Nordweststadt geplant. Dullenkopf sagte bei

Von vielen freudig erwartet, wird am 31. Mai 1997 die Stadtbahnlinie S 5 nach Pforzheim eröffnet. Hier die Ankunft an der Haltestelle Berghausen-Bahnhof.

der Präsentation: „Eine autogerechte Stadt können und wollen wir nicht schaffen." Aber über den öffentlichen Nahverkehr werde man den Individualverkehr nicht vergessen. Der Entwurf unterstütze die städtebauliche Konzeption für die Innenstadt, verbessere die Zufahrtsverhältnisse und die Bewegungsmöglichkeiten für die Fußgänger.[28] Eine Begutachtung ergab allerdings, daß das Karlsruher Bahn- und Bussystem fast optimal sei und eine Mini-U-Bahn nur langfristig realisierbar sei. Empfohlen wurde daher der weitere Ausbau des bestehenden Systems.[29]

Diesen Ausbau hatten die Verkehrsbetriebe mit einer Studie zur „Stadtbahn Karlsruhe" aus dem Jahr 1972 bereits konzipiert. Erörtert wurde darin die Ausweitung des Netzes in Nord-Süd-Richtung von Leopoldshafen nach Durmersheim und im Osten in das Pfinztal.[30] Ziel aller Überlegungen war die umsteigefreie Fahrt in die Innenstadt. Dazu wurde begonnen, das Streckennetz zu erweitern und Buslinien in Bahnlinien umzuwandeln. Aber seit 1975 verzeichneten die Verkehrsbetriebe trotz einer Streckenverlängerung von 14 km seit 1960 einen leichten Rückgang der Fahrgastzahlen. 1980 wurde zwar eine Verbesserung in den neu angebundenen Gebieten Karlsbad, Neureut und Nordweststadt registriert. Gleichzeitig ging aber der Regionalverkehr der Bundesbahn wegen der Randlage des Hauptbahnhofs und des damit verbundenen Zwangs zum Umsteigen zurück. Damit war die Entwicklung zu einer Verknüpfung des innerstädtischen Straßenbahnnetzes mit dem Regionalverkehr auf den Bahngleisen vorgegeben, denn nur so konnten die Pendlerströme vom umweltbelastenden Individualverkehr mit dem PKW in öffentliche Nahverkehrsmittel umgelenkt werden.

Es wurden nun zum einen das Straßenbahnnetz weiter ausgebaut: Nordweststadt (1975), Neureut (1979), Rheinstrandsiedlung (1980), Europahalle (1983), Daxlanden West und Oberreut (1986). Unter Nutzung des stillgelegten Bahngleises nach Eggenstein konnte 1986 die Hardtbahn eröffnet werden, die Eggenstein-Leopoldshafen direkt mit der City verband. Gleiches wurde mit Rheinstetten vertraglich vereinbart. Zu dieser Zeit lief bereits ein Forschungsprojekt zur Verknüpfung der Straßenbahn mit der Bundesbahn. Beteiligt waren daran die Karlsruher Verkehrsbetriebe, die Bundesbahn, die Universität Karlsruhe und Industrieunternehmen. Mit der Entwicklung eines Zweisystemfahrzeugs war der Weg frei für ein weit in die Region ausgreifendes Stadtbahnnetz, das 1998 das Gebiet zwischen Baden-Baden, Herrenalb, Pforzheim, Eppingen, Bretten, Bruchsal, Linkenheim-Hochstetten und Wörth erreicht. Den Erfolg der Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) und der Albtalbahn-Verkehrsgesellschaft (AVG) spiegeln die Beförderungszahlen wieder. Seit 1985 stiegen sie von 62 auf 109 Millionen. Das Strecknennetz von AVG und VBK wuchs in dieser Zeit von 88 auf über 300 Kilometer, unter Einschluß der mitbenutzten Bundesbahngleise.[31] Karlsruhe wurde Ziel zahlreicher Delegationen aus der ganzen Welt zum Studium des als vorbildlich geltenden Stadtbahnsystems.

Der Erfolg der Karlsruher Nahverkehrspolitik, für die der Leiter der Verkehrsbetriebe, Dieter Ludwig, mitverantwortlich zeichnete, zeigte sich mit negativen Wirkungen in der Kaiserstraße. Ihre Funktion als Fußgängerzone wurde durch den außerordentlich dichten Straßenbahnverkehr beeinträchtigt. Über die Lösung dieses Problems gab es unterschiedliche Vorstellungen. Drei Varianten wurden 1992 für die Schaffung einer neuen Ost-West-Achse des ÖPNV vorgeschlagen.[32] Eine Straßenbahn in der Kriegsstraße, eine U-Strab unter der Kaiserstraße und eine U-Strab-Variante unter dem Rondellplatz.

Die städtische ÖPNV-Arbeitsgruppe empfahl die Untertunnelung der Kaiserstraße. Diesem Votum schloß sich die Stadtverwaltung, die CDU und die SPD an. Grüne und KAL votierten für die Kriegsstraßen-Variante und die FDP bevorzugte die sogenannte Y-Lösung, die Trasse unter dem Rondellplatz. Für alle Varianten galt, daß innerstädtische Linien weiterhin oberirdisch durch die Kaiserstraße verkehren sollten. Im Dezember 1992 entschied sich

Blick in das Innere des städtischen Info-Busses der am Marktplatz mit Modellen und Informationen für das Projekt Untertunnelung der Kaiserstraße warb.

der Gemeinderat gegen 19 Stimmen für die Kaiserstraßen-Variante. SPD und der überwiegende Teil der CDU stimmten dafür. Die Gegner argumentierten vor allem mit einer notwendigen stadtplanerischen Entwicklung der City nach Süden, die durch die Untertunnelung der Kaiserstraße verhindert werde.[33]

Seit diesem Gemeinderatsbeschluß riß die Diskussion zur Karlsruher U-Strab nicht mehr ab. Der Gemeinderat stimmte am 14. Mai 1996 dem ausgearbeiteten Projekt der Tunnelröhren unter der Kaiserstraße zu. CDU und SPD (bis auf zwei Mitglieder) stimmten mit 33 Stimmen zu, die anderen Parteien mit 15 dagegen. Da die Meinungen auch in der Bürgerschaft geteilt waren, sammelte eine Bürgerinitiative über 24.000 Unterschriften, um einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Nach der Zustimmung des Gemeinderats begann eine z. T. heftig geführte Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Befürwortern.

Für die U-Strab fochten die Stadtverwaltung, die CDU, die SPD und eine Initiative Pro U-Strab, die mit der direkten Fahrt aller Bahnen in die City die Attraktivität des Nahverkehrskonzepts sichern wollten. Dagegen kämpfte eine Initiative, zu der auch Geschäftsleute aus der Kaiserstraße zählten, die wegen der langen Bauzeit um ihre Existenz bangten, sowie die FDP, die Grünen und die KAL. Sie argumentierten damit, daß trotz der hohen Kosten von 390 Millionen DM – nur 90 Millionen verteilt über sieben Jahre hätte die Stadt selbst tragen müssen – die Kaiserstraße immer noch stark von Straßenbahnen befahren und eine Stadtentwicklung nach Süden damit verhindert werde.

Bei einer Wahlbeteiligung von 45,2 % stimmten am 20. Oktober 1996 beim zweiten Karlsruher Bürgerentscheid 32,6 % für den Stadtbahntunnel und 67,4 % dagegen. Das vorgeschriebene Quorum war erreicht, und damit die Planungen für die U-Strab vorerst gescheitert. Die Überraschung über das Ergebnis war auf allen Seiten groß. Oberbürgermeister Seiler sah eine Jahrhundertchance für die Weiterentwicklung des Nahverkehrs in der Stadt vertan. Die Gegner des Tunnels sahen in dem Ergebnis einen Gewinn für die direkte Demokratie und setzten auf die Entwicklung einer ebenerdigen Alternative. Diese konnte jedoch trotz gutachterlicher Tätigkeit nicht gefunden werden. Die untersuchten Lösungen einer Trasse durch die Kriegsstraße wurden in dem Bewertungsverfahren als nicht zuschußfähig eingestuft. Die Stadt sieht sich jedoch alleine zur Finanzierung von Entlastungsstrecken für die Kaiserstraße nicht in der Lage. Auch wenn

gegen das Bewertungsverfahren kritische Stimmen laut wurden, so bleibt die Entlastung der Kaiserstraße vorerst ein ungelöstes kommunalpolitisches Problem.

Grünflächen, Veranstaltungsräume und Sportstätten

Als weitere Elemente einer attraktiven und lebenswerten Stadt galten und gelten Grünflächen.[34] Mit einer zweiten Bundesgartenschau im Jahr 1975 beabsichtigte die Stadt, den weiteren Ausbau der Grünflächen schnell zu realisieren (siehe oben). Nach deren Scheitern verfolgte sie ihre Grünflächenplanung dennoch weiter. Sie gestaltete in Abschnitten das Albgrün durch Renaturierung des Bachlaufs und neue Grünanlagen von Rüppurr bis Knielingen. Im Verlauf des Albgrüns entstand beim Kühlen Krug auf 1,7 Kilometer Länge im Beiertheimer Feld in den 1970er Jahren die Günther-Klotz-Anlage mit Rodelhügel und künstlichen Teichen.
Einen neuen Anstoß für eine zweite Bundesgartenschau in Karlsruhe gab 1988 die CDU-Fraktion des Gemeinderats. Im Südosten der Stadt zeichnete sich ab, daß mit der Verlegung des Güterbahnhofs, der Verlagerung des Schlachthofs und dem Wiederaufbau von Schloß Gottesaue ein großes ungenutztes Areal entstehen würde, das eine Gestaltung erforderte.[35] Mit einer Bundesgartenschau sollte nach den Vorstellungen der CDU in dem Gelände unter Einbeziehung des Alten Friedhofs an der Kapellenstraße eine umfassende, ökologisch orientierte städtebauliche und grünordnerische Neugestaltung stattfinden. Mit diesem Projekt wäre zugleich die Wohnbebauung des Areals des ehemaligen Ausbesserungswerks der Bundesbahn und der Bau der Kriegsstraße Ost beschleunigt worden. Zwar stimmte der Gemeinderat im Dezember 1990 mit 38 gegen 31 Stimmen dem Projekt zu, es wurden auch ein Ideen- und ein Realisierungswettbewerb ausgelobt, aber der 1994 neu gewählte Gemeinderat lehnte am 16. November 1994 mit 29 zu 26 Stimmen das Projekt ab.[36] SPD, Grüne und KAL sahen vor allem finanzielle Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung und der schlechten Konjunkturlage. Sie wollten keinen Kraftakt in einem Viertel der Stadt unter Vernachlässigung anderer Viertel. Sie plädierten aber durchaus für die zeitlich gestreckte Verwirklichung der erarbeiteten Pläne. Dies geschah mit dem Wiederaufbau von Schloß Gottesaue für die Musikhochschule und mit der 1998 im Bau befindlichen Kriegsstraße Ost, der die Realisierung des Ostaueparks folgen soll. Jenseits der Südtangente konnte 1970 der Oberwald als Erholungszentrum freigegeben werden.
Zur Steigerung der urbanen Qualität Karlsruhes gehörten die Bauten und Anlagen für kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen sowie für Sport und Freizeit. Seit 1975 fertiggestellt zählen hierzu ohne Anspruch auf Vollständigkeit: die Badnerlandhalle in Neureut, die Lustgartenhalle in Hohenwettersbach, das Begegnungszentrum in Grötzingen, die Karlsburg in Durlach, die neue Gartenhalle, das von Grund auf renovierte und neugestaltete Konzerthaus und schließlich der Neubau einer Kongreßhalle am Festplatz, bei dem nur der Säulengang des alten Gebäudes belassen wurde. Die drei zuletzt genannten Gebäude dienten dazu, Karlsruhes Stellung als Kongreß- und Ausstellungsplatz zu festigen. Auch in diesem Bereich galt es, sich der Konkurrenz zu erwehren, was bei größer werdenden einzelnen Veranstaltungen wegen Platzmangels nicht gelang. Nicht deswegen, sondern wegen konzeptioneller Probleme, verlor die Stadt 1993 ihr einstiges Aushängeschild, den Therapiekongreß mit der Heilmittelmesse nach 45 Jahren. Eine Auszeichnung als Tagungsort erhielt die Stadt 1987 mit dem 50. deutsch-französischen Gipfeltreffen von François Mitterand und Helmut Kohl. Als besucherstärkste Tagung erwies sich im Juni 1992 der 91. Deutsche Katholikentag bei dem zeitweise bis zu 60.000 Besucher und Besucherinnen in der Stadt weilten.
Auf dem Gebiet des Sportstättenbaus mußten zum einen Anlagen errichtet oder hergerichtet werden, die für Großsportveranstaltungen geeignet aber auch dem Breitensport dienlich

waren. So entstand 1983 im Beiertheimer Feld die Europahalle, in der jährlich ein hochkarätiges Leichtathletik-Meeting stattfindet – neben anderen nationalen und internationalen Wettkämpfen. Das Fächerbad (1982) erfüllte ebenfalls die Voraussetzungen für internationale Veranstaltungen und löste das in dieser Funktion veraltete Tullabad ab. Als sportliches Großereignis veranstaltete die Stadt mit großem Erfolg 1989 die 3. World Games, die Weltspiele der nichtolympischen Sportarten. In Durlach standen mit dem Hallenbad (1975) und der Sporthalle (1982) im Weiherhof stadtteilbezogene Sportstätten zur Verfügung. Das Vierordtbad wurde der Nachfrage entsprechend mit einer Saunaanlage versehen. Für den KSC investierte die Stadt in eine neue Tribüne, die wegen ihrer Konstruktion Zustimmung wegen der Kostenüberschreitung aber Kritik fand.

Ausbau der Kulturinstitutionen

1989 konstatierte der Stadtentwicklungsbericht zum Thema Kultur: „Die Wohnqualität und die Ausstrahlungskraft der Stadt nach außen werden in wachsendem Maße von ihrer kulturellen Attraktivität geprägt."[37] Dies resultierte auch aus Veränderungen in der Bevölkerungs- und Sozialstruktur – gestiegenes Bildungsniveau, Verringerung der Lebens- und Jahresarbeitszeit –, die zu steigenden kulturellen Bedürfnissen führten. Auf diese Entwicklung reagierte sowohl das Land als auch die Stadt mit einem Ausbau der kulturellen Einrichtungen. Nach dem Wiederaufbau bis in die 1960er Jahre investierten beide nun erhebliche Summen in die Erweiterung ihrer Kultureinrichtungen. Staatstheater (1975) und Landesbibliothek (1992) erhielten Neubauten, die Kunsthalle (1990) einen Erweiterungsbau und das Landesmuseum (1993) zusätzliche Ausstellungsräume im Museum am Markt. Für die seit 1971 wieder Staatliche Musikhochschule wurde das ehemalige Schloß Gottesaue in einer Synthese von Rekonstruktion und Neubau wiedererrichtet.[38]

Zu diesen aufgewerteten traditionellen Kulturinstitutionen, die Karlsruhe aus der Gruppe

Der französische Staatspräsident François Mitterrand trägt sich in das Goldene Buch der Stadt ein. Der Zeremonie wohnten u. a. bei (von links): Jaques Chirac, Lothar Späth, Hans-Dietrich Genscher, Helmut Kohl und Oberbürgermeister Gerhard Seiler.

vergleichbarer Großstädte herausheben, kamen weitere hinzu, die der Stadt auch internationale Aufmerksamkeit sichern können: das Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM), die Hochschule für Gestaltung (HfG) und das Sammlermuseum.[39] Mitte der 1980er Jahre gab es im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungsprogramm des Landes erste Planungen zur städtebaulichen Aufwertung des südlich vom Hauptbahnhof gelegenen Areals. Diese Planungen wurden verknüpft mit der vom Kulturreferenten Michael Heck angeregten Schaffung eines Zentrums für Kunst und Medientechnologie. Nachdem das Land seine Unterstützung zugesagt und der Gemeinderat zugestimmt hatte, begann die Ausarbeitung eines Konzepts. Dieses lag 1988 vor, und der Gemeinderat stimmte ihm im Mai des Jahres zu. In der Öffentlichkeit begleiteten engagierte und auch kritische Diskussionen den Planungsprozeß. Heinrich Klotz, der als Leiter der neuen Institution vorgesehen war, brachte deren Ergänzung durch eine Hochschule für Gestaltung und ein Museum für Neue Kunst in die Planung ein. Im August 1989 wurde der Stiftungsrat als oberstes Gremium des ZKM konstituiert und Klotz als Leiter des ZKM und der aufzubauenden Hochschule für Gestaltung berufen.

Vereinfacht ausgedrückt lag dem ZKM die Idee zugrunde, in den Bereichen Bild und Musik Kunst und neue Technologien zusammenzuführen. Neue Ausdrucksformen der Kreativität sollten erprobt und entwickelt, die Anwendungsmöglichkeiten neuer Technik erforscht und Laien ein Zugang zu den neuen Technologien ermöglicht werden. Die HfG bot die Möglichkeit, eine Isolierung der Wissenschaftler und Künstler des ZKM zu verhindern und ihre Erkenntnisse an die junge Generation weiterzugeben. Das Konzept für das ZKM sah folgende Teilbereiche vor: Computerlabors und Studios, ein Medientheater, Medienmuseum und Museum für Gegenwartskunst sowie Mediathek.

Für das Gelände hinter dem Hauptbahnhof wurde ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben, aus dem der Entwurf des niederländischen Architekten Rem Koolhaas im Oktober 1989 als Sieger hervorging.[40] Sein in Fachkreisen hochgelobter Entwurf eines transparenten Würfels erwies sich jedoch in der Umsetzung als zu kostspielig. Oberbürgermeister Seiler ließ daraufhin zunächst in aller Stille den zuvor schon gegebenen Hinweis auf die Nutzung des IWKA Hallenbaus auf seine Realisierungsmöglichkeit prüfen. Da das Ergebnis positiv war und nach ersten Berechnungen mit weniger Geld mehr Nutzfläche als in dem umstrittenen Würfel zu schaffen war, schlug er diesen 1992 dem Gemeinderat als neuen Standort des ZKM vor.

Es begann ein langes Ringen um die Entscheidung, bei der die unterschiedlichen Haltungen quer durch die Fraktionen gingen. In der entscheidenden Abstimmung im Gemeinderat am 16. Juni 1992 wurde zunächst noch einmal auf Antrag der Grünen grundsätzlich darüber abgestimmt, ob das ZKM überhaupt realisiert werden solle, denn die kritischen Stimmen, die vor viel zu hohen Kosten angesichts z. B. der Wohnungsnot und der Verkehrsprobleme warnten, waren seit Beginn der Diskussion nicht verstummt. Der Gemeinderat sprach sich gegen 15 Stimmen für das ZKM aus. Mit 42 gegen 25 Stimmen wurde dann die Fortsetzung der Planung hinter dem Hauptbahnhof wegen der finanziellen und anderer Risiken abgelehnt, womit das „Aus" für den Würfel besiegelt war. Die Entscheidung für den IWKA Hallenbau fiel mit 33 gegen 29 Stimmen bei fünf Enthaltungen sehr knapp aus, wobei Gegner und Befürworter in fast allen Fraktionen vertreten waren. Grüne, KAL und die beiden Abgeordneten der ÖDP und der REP stimmten gegen das ZKM.[41] Oberbürgermeister Seiler hatte vor dieser Abstimmung für sich beschlossen und dies zwei Vertrauten mitgeteilt, daß er den Bau des Würfels nicht verantworten könne und deshalb bei einer Abstimmungsniederlage 1994 nicht mehr für das Amt des Oberbürgermeisters kandidieren würde.[42]

1993 wurde dann mit dem ersten Spatenstich die Umgestaltung des 1915 bis 1918 errichteten Hallenbaus A der Deutschen Waffen- und

Blick in einen der noch ungenutzten Lichthöfe des Hallenbaus A, in dem die Eröffnung des ZKM im Oktober 1997 stattfand. In der ersten Reihe von links u. a.: Oberbürgermeister Gerhard Seiler und Ministerpräsident Erwin Teufel, die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Jutta Limbach, der frühere Ministerpräsident Lothar Späth, der Direktor des ZKM Heinrich Klotz, der Intendant des SWF Peter Voß.

Munitionsfabriken (nach 1945 IWKA) für das ZKM und die HfG eingeleitet. Beide Institutionen hatten zu dieser Zeit ihre Arbeit schon begonnen. Im Oktober 1997 waren die Arbeiten an dem Industriedenkmal abgeschlossen. In einem Festakt, zu dem auch Delegationen ehemaliger hier eingesetzter Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen eingeladen waren, übergaben Ministerpräsident Teufel und Oberbürgermeister Seiler das Gebäude an das gemeinsam von Land und Stadt getragene ZKM. Die auf dem ehemaligen Industrieareal etablierte kulturelle Nutzung wurde ergänzt durch die Städtische Galerie, und sie wird erweitert durch das Sammlermuseum, das vom Land in Zusammenarbeit mit privaten Kunstsammlern in den noch ungenutzten Lichthöfen eingerichtet werden soll. „Der Hallenbau erhält damit in Europa eine einzigartige Bedeutung als Kulturzentrum", stellte der Oberbürgermeister zur Eröffnung fest.[43] Die künftige Entwicklung des Hallenbaus A und seiner Institutionen sind mit großen Erwartungen verknüpft.

Neben dem weit über die Stadtgrenzen hinausweisenden ZKM verbesserte die Stadt zur gleichen Zeit die Voraussetzungen für die lokale Kulturarbeit. Sie baute 1981 das Prinz-Max-Palais (PMP) zum städtischen Kulturzentrum um.[44] Darin präsentierten sich die Jugendbibliothek, die städtische Kunstsammlung und die stadtgeschichtliche Ausstellung. Die starke Inanspruchnahme des Stadtarchivs, die ein wachsendes geschichtliches Interesse anzeigte, führte zu dessen Unterbringung in der sanierten ehemaligen städtischen Pfandleihe (1990) rechtzeitig zur Veranstaltung des ersten gesamtdeutschen Archivtags in Karlsruhe. Das Pfinzgaumuseum in Durlach konnte

nach der Renovierung der Karlsburg mit neuer Konzeption wieder eröffnet werden. 1993 erhielt die Stadtbibliothek einen repräsentativen Neubau auf dem Restgrundstück des ehemaligen Ständehauses. Zur Erinnerung an die „Wiege des deutschen Parlamentarismus" wurde hier eine Erinnerungsstätte eingerichtet.[45] Das Engagement von Bürgern erleichterte die Übernahme der Bibliothek der amerikanischen Streitkräfte in der Nordstadt. Das Kammertheater erhielt am Rondellplatz eine neue Spielstätte und das ‚centre culturelle français' neue Räume.

Als allgemeine Tendenz im Kulturbereich registrierte der Stadtentwicklungsbericht 1997 zum einen die Verbreiterung des Angebots z. B. durch die beiden soziokulturellen Zentren Tollhaus und Tempel sowie durch Steigerung der Aktivitäten im Bereich Frauen und Kultur. Darin spiegelte sich auch eine wachsende Interessenvielfalt der Besucher kultureller Veranstaltungen wider. Zum anderen zeichnete sich ein Trend von der „Mitmach-Kultur" zu den kulturellen Höhepunkten („Events") ab.[46] Die Festivallandschaft bestimmten in Karlsruhe seit den 1980er Jahren die Europäischen Kulturtage (EKT), die Händelfestspiele und die Multimediale des ZKM. Daneben werden in kleinerem Rahmen die Frauenperspektiven und die Karlsruher Musiktage veranstaltet. Von regionaler Bedeutung sind z. B. das Internationale Theaterfest des Sandkorntheaters und „Das Fest" in der Günther-Klotz-Anlage. Die allgemein veränderte Einschätzung der Kultur, ihre zunehmende Indienststellung für die Imagebildung und die Attraktivität des Standorts ist ablesbar an einer von der Stadt in Auftrag gegebenen Studie, die Kultur als Teil der Stadtwirtschaft untersucht.[47]

Die EKT setzten seit 1983 im April und Mai Akzente im kulturellen Leben der Stadt. Jeweils ein Generalthema z. B. Deutschland 1991, Widerstand 1994 oder Petersburg 1996 wurde in den unterschiedlichen künstlerischen Ausdrucksformen behandelt.[48] Beteiligt waren, koordiniert vom Kulturreferat, das Staatstheater, die stadtgeschichtliche Sammlung im PMP, die Städtische Kunstsammlung, der Badische Kunstverein, die Musikhochschule, das kommunale Kino, die Privattheater und andere kulturelle Einrichtungen. Seit 1994 finden die EKT zweijährlich im Wechsel mit der vom ZKM veranstalteten Multimediale statt. Die Händel-Festspiele werden seit 1985 im jährlichen Rhythmus vom Badischen Staatstheater veranstaltet.

Einmalige Veranstaltungen wie das Badische Heimatfest 1976 oder das 275. Stadtjubiläum

Ehemalige jüdische Mitbürger aus Karlsruhe vor dem Modell der Weinbrenner-Synagoge in der Ausstellung zur Geschichte der Karlsruher Juden im Prinz-Max-Palais im Oktober 1988.

1990 wirkten mit jeweils 300.000 Besuchern weit in die Region und verdeutlichten Karlsruhes zentrale Stellung. Das Stadtjubiläum veranlaßte drei große Sonderausstellungen „Kunst in der Residenz" in der Kunsthalle, „Klar und lichtvoll wie eine Regel – Planstädte der Neuzeit" im Landesmuseum und „Alltag in Karlsruhe – Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte" im Prinz-Max-Palais. Die 1.000-Jahr-Feiern der urkundlichen Ersterwähnung Grötzingens und Hagsfelds 1991 gaben ebenso Anlaß für Publikationen und Feiern in den Ortsteilen wie die 800-Jahr-Feier in Durlach 1996.[49]

Aus dem Rahmen dieser Veranstaltungen fällt die Einladung an alle ehemaligen Karlsruher Juden, für eine Woche ihre frühere Heimat zu besuchen. Einzelne jüdische Besucher, die von der Stadt betreut wurden, hatten mehrfach bedauert, keinen Freunden oder Nachbarn von früher zu begegnen. Im Herbst 1987 beschloß der Gemeinderat daher, den 50. Jahrestag der „Reichskristallnacht" am 9. November 1988 zum Anlaß zu nehmen, alle ehemaligen Karlsruher und Karlsruherinnen jüdischen Glaubens in die Stadt einzuladen. Vorgesehen war zu diesem Anlaß schon länger, die Geschichte der Karlsruher Juden in zwei Büchern des Stadtarchivs aufzuarbeiten und eine Ausstellung dazu zu zeigen.[50] Mit Briefen und durch eine Anzeige in deutschsprachigen jüdischen Zeitungen im In- und Ausland lud Oberbürgermeister Seiler zu einem einwöchigen Besuch nach Karlsruhe ein. 445 gebürtige Karlsruher und Karlsruherinnen meldeten ihren Besuch an, die meisten nahmen das Angebot, mit einer Begleitperson zu reisen wahr. So kamen in zwei Gruppen im Oktober und im November 1988 etwa 860 Gäste nach Karlsruhe.[51]

Anläßlich der Eröffnung der Ausstellung, sie fand im PMP statt, sagte Oberbürgermeister Seiler: „Die Schuld kann vom deutschen Volk nicht genommen werden, auch nicht von der Karlsruher Bevölkerung. Und von der jüdischen Seite können wir nur erhoffen, daß der verständliche Haß sich auflöst in Trauer und daß wir an dieser Trauer Anteil nehmen können."[52] Der damalige Präsident des Bundesverfassungsgericht und heutige Bundespräsident Roman Herzog setzte sich in seiner Ansprache zur 50. Wiederkehr der „Kristallnacht" mit den oft gehörten Ausreden und Ausflüchten „Das habe ich nicht gewollt, nicht gewußt, nicht selbst getan" auseinander, denen entspreche: „Ich bin feige gewesen, ich habe mich geduckt, ich habe weggeschaut." Deshalb hafteten die Deutschen der Geschichte und den Opfern über die Generationen hinweg, „so wenig die Jungen wirkliche Schuld tragen."[53] In zahlreichen Begegnungen zwischen den Gästen und vor allem Schülern und Schülerinnen hat der Besuch bleibende Spuren hinterlassen.

Zentrum der Technologieregion

Seit 1945 rang Karlsruhe mit der Landesregierung um einen Ausgleich der Verluste durch die Verlegung des Regierungssitzes nach Stuttgart. Die Stadt hat dabei auch mit dem Verständnis und der Unterstützung der Landesregierung viel erreicht. Gleichwohl stand die Stadt auch in ständiger Abwehr drohender Zentralitätsverluste durch den Abzug von Behörden oder durch Behördenzusammenlegungen, die dann ihren Sitz in Stuttgart nahmen. Wie alle Oberbürgermeister der Nachkriegszeit vor ihm war dies auch ein Anliegen, das der Oberbürgermeisterkandidat Seiler in seinem Wahlkampf 1985/86 formulierte. Auf seiner Liste Karlsruher Interessen standen u. a. der Erhalt der Landeskreditbank, um die Kooperation der Karlsruher Banken, Bausparkassen und Versicherungen zu garantieren, des Landesgewerbeamtes und der Oberfinanzdirektion. Die geplante Akademie für Führungskräfte fände in Karlsruhe gute Voraussetzungen, eine Beteiligung des Landes an dem geplanten Zentrum für Kunst und Medientechnologie sei wichtig. Manche der Interessen Karlsruhes sind befriedigt worden, andere nicht.

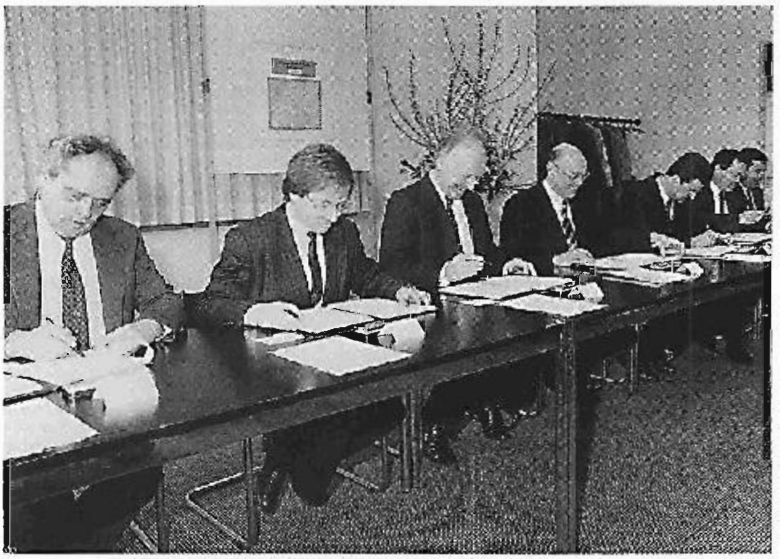
In den vergangenen Jahren hat sich der Fusionsdruck auf ehemalige badische und württembergische Behörden und Organisationen

mit gleicher Aufgabenstellung im Zeichen der Sparsamkeit und der Verschlankung der Bürokratie erhöht. Die Stadt Karlsruhe war und ist von den vollzogenen und aktuell anstehenden politischen Entscheidungen in der einen oder anderen Weise betroffen, hat aber zumeist nur indirekt Einflußmöglichkeiten. In welchem Verhältnis Behördenverlagerungen und – Neuansiedlung bzw. -vergrößerung zueinander standen, und welche Auswirkungen das im einzelnen für die Stadt hatte, muß einer späteren Beurteilung überlassen bleiben.

Die Karlsruher Kommunalpolitik beschränkte sich aber nicht darauf, nur zu reagieren. In der schwierigen ökonomischen Situation nach 1985 schrieb der damalige Erste Bürgermeister Seiler bereits über die Perspektiven der Stadt und des Umlandes als TechnologieRegion Karlsruhe und deren Entwicklungsmöglichkeiten. Zusammen mit dem Ettlinger Oberbürgermeister Erwin Vetter und dem Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Winfried Nowack machte er sich 1986 daran, die Kirchturmpolitik zu überwinden und das Konkurrenzdenken gegenüber dem nächsten Nachbarn durch eine Partnerschaft in der Region zu ersetzen. Im Zeichen des europäischen Binnenmarktes, so verdeutlichte er seine Position nach dem Vertragsabschluß, würden einzelne Gemeinden im harten Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen und Arbeitsplätze kaum noch Chancen haben zu bestehen. An die Stelle des kommunalen Egoismus müsse die regionale Zusammenarbeit treten, denn die Region in ihrer Gesamtheit und mit ihrer vielfältigen Struktur könne mehr leisten als jede Gemeinde einzeln.[54]

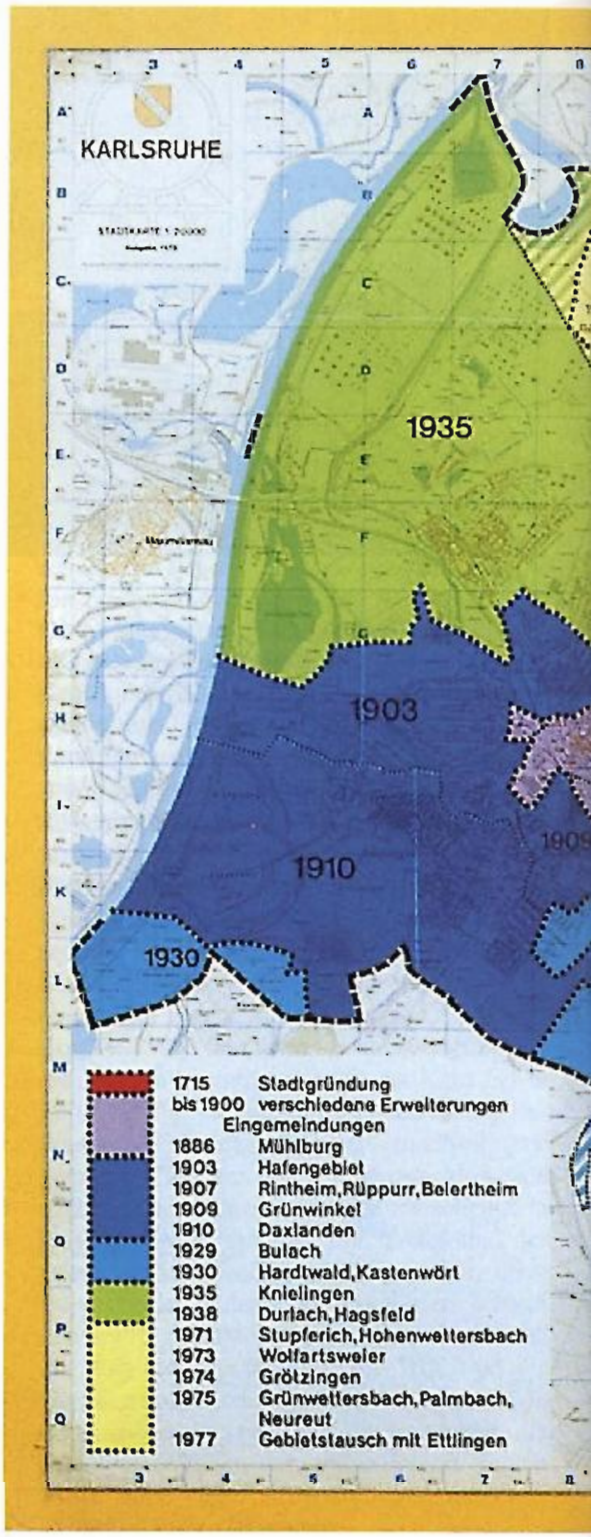
Erstmals in Europa schlossen sich Städte und Landkreise zusammen, um ihre Innovationskraft zu bündeln, gemeinsam regionalpolitische Interessen zu vertreten und eine gemeinsame Marketingstrategie zu verfolgen.[55] Die Städte Karlsruhe, Baden-Baden, Bretten, Bruchsal, Bühl, Ettlingen, Gaggenau und Rastatt sowie die beiden Landkreise Karlsruhe und Rastatt gehören der im März 1987 gegründeten TechnologieRegion Karlsruhe an. Die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe (IHK) übernahm die Geschäftsführung. 1991 konnte ein Entwicklungsprogramm für die Region vorgelegt werden. Daß Kultur als Standortfaktor eine Rolle spielt, schlug sich 1992 in der Bildung eines Arbeitskreises Kultur nieder. Kultur wurde neben Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung als vierter Partner integriert. Die kulturelle Attraktivität der Region sollte wahrnehmbarer gemacht und zugleich auch regionale kulturelle Identitätsbildung ermöglicht werden.[56]

In dem Begriff TechnologieRegion ist die besondere Struktur und Kompetenz der Region ausgedrückt, die auf einer starken Konzentration technischen Wissens beruht. Die Karlsruher Universität mit der größten Informatik-Fakultät in der Bundesrepublik, die Fachhochschule, das Forschungszentrum (früher Kernforschungszentrum) mit den Schwerpunkten Umweltforschung und Nanotechnologie sowie drei Fraunhofer-Institute versammeln ein Forschungspotential, das statistisch zur höchsten Forscherdichte Karlsruhes in Deutschland führte. 94 von 1.000 Beschäftigten sind in Forschung und Entwicklung tätig. Mit dem Zusammenschluß gibt es zudem große Reserveflächen für Gewerbeansiedlung in einer zentralen Lage im Schnittpunkt europäischer Verkehrsachsen. Deren Ausbau und die Vernetzung der Region mit dem französischen Schnellbahnnetz gehört aus diesem Grund zu einem Ziel der TechnologieRegion. Nachdem sich 1992 die Chance zur zivilen Nutzung des ehemaligen Militärflughafens der Kanadier in Söllingen bot, konnte unter Federführung der Stadt eine Entwicklungsgesellschaft Söllingen gegründet werden. Die Stadt entschloß sich nach einem Abwägungsprozeß zwischen dem Ausbau des Flugplatzes Forchheim und der gemeinsamen Nutzung Söllingens mit allen Interessierten in der Region zu diesem Schritt, den der Regionalverband Mittlerer Oberrhein, das Regierungspräsidium, die IHK und die Gremien der TechnologieRegion förderten. Mit dem inzwischen von einem Firmenkonsortium betriebenen Baden-Airport verfügt die Region heute über einen Flughafen mit moderner Technik für Großflugzeuge.

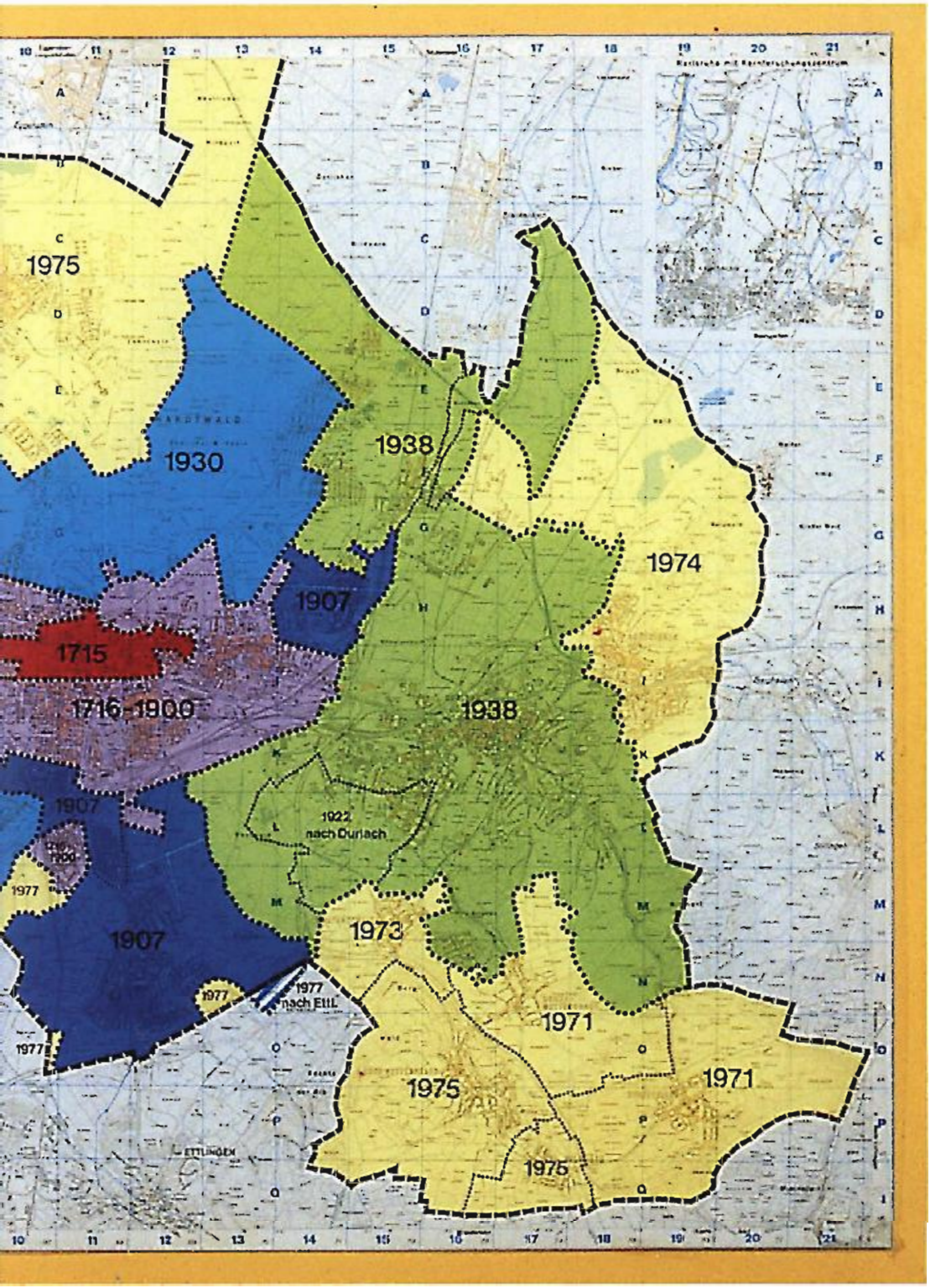


Unterzeichnung des Gesellschaftervertrages über die „Technologie-Region Karlsruhe" im März 1987 durch sieben Oberbürgermeister. Von links: Franz J. Rothenbiller/ Rastatt, Thomas Schäuble/ Gaggenau, Erwin Vetter/ Ettlingen, Gerhard Seiler/ Karlsruhe, Ulrich Wendt/ Bühl, Bernd Doll/Bruchsal und Paul Metzger/Bretten.

Innerhalb der TechnologieRegion nimmt Karlsruhe zweifellos eine Sonderstellung ein. Die Stadt bildet durch ihre Herkunft als ehemalige Landeshauptstadt und ihre Tradition als Kultur- und Bildungszentrum sowie durch ihre in der Nachkriegszeit erworbene Wirtschaftskraft das natürliche Zentrum der Region, dessen Zentralität und Attraktivität im wohlverstandenen Interesse aller Partner liegt. Darüber hinaus hat die Vollendung des Binnenmarktes der Europäischen Gemeinschaft Karlsruhe als größte Stadt in das Zentrum einer grenzüberschreitenden Region gerückt. Das PAMINA-Projekt zur gemeinsamen Entwicklung des Nordelsaß, der Südpfalz und des Mittleren Oberrheins bietet daher neue Perspektiven für die künftige Stadtentwicklung.



Die Entwicklung der Stadtgemarkung Karlsruhe von der Stadtgründung bis heute.


1975
1930
1938
1974
1907
1715
1716-1900
1938
1907
1922
nach Durlach
1977
1907
1973
1977
1977
nach Ettl.
1971
1977
1975
1971
1975
ETTLINGEN

Anhang

Verzeichnis der Graphiken und Tabellen im Text

Tabelle	Seitenzahl
Herkunft der Karlsruher Bürger 1729–1800	74
Konfessionszugehörigkeit in Karlsruhe 1775–1810 (ohne Klein-Karlsruhe)	112
Altersstruktur 1786 in Karlsruhe und Klein-Karlsruhe	161
Getreidepreise in Durlach 1757–1800	164
Bevölkerungsentwicklung 1723–1794 (Vitalstatistik)	165
Fürsorge- und Arbeitslosenstatistik Karlsruhe 1929–1933	405
Stadtverordnetenwahlen 1919–1930	435
Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung 1919–1930	435
Nationalversammlungs-, Reichstags- und Landtagswahlen 1919–1933	438
Reichspräsidentenwahl 1925	441
Reichspräsidentenwahl 1932	444
Entwicklung der Einwohnerzahlen 1945–1948	543
Sitzverteilung im Gemeinderat 1951–1965	565
Beschäftigte in Karlsruhe 1950–1967	598
Umsätze nach Wirtschaftsbereichen in Karlsruhe 1954, 1958, 1966	601
Erwerbstätige aus Karlsruhe nach Wirtschaftsbereichen 1950–1987	621
Erwerbstätige aus Karlsruhe nach der Stellung im Beruf 1950–1987	621
Sitzverteilung im Gemeinderat 1968–1994	655
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Karlsruhe nach Wirtschaftsabteilungen 1975, 1980, 1983, 1988, 1992, 1996	656

Die Entwicklung der Karlsruher Gemarkung 1715–1998

Datum	Gesamtfläche in ha	Neue Gemarkungsteile
1715	158	Geländezuweisung durch Markgraf Karl Wilhelm: 158 ha
1779, 10. März	160	Geländeabtretung des Markgrafen Karl Friedrich für die Anlage eines neuen Friedhofs am Lohfeld: 2 ha
1795, 17. September	180	Klosteräcker und Hardtwinkelgärten: 20 ha
1800, 29. Mai	205	Teile des Beiertheimer Wäldchens für die Anlage des Ettlinger Tores und der westlichen Kriegsstraße: 25 ha
1804/06	226	Gottesauer Kammergutsfeld: 21 ha
1808, 16. Januar	237	Beiertheimer Nachtweidewiesen: 11 ha
1809, 7. Januar	256	Hardtwinkelfeld: 19 ha
1812, 22. August	265	Eingemeindung von Klein-Karlsruhe: 9 ha
1812/58	270	Abtretung und Kauf einiger Parzellen: 5 ha
1867	281	Überlassung des Sallenwäldchens durch den Großherzoglichen Domänenärar: 11 ha
1873, 10. Mai	534	Eingemeindung des Kammerguts Gottesaue: 253 ha
1876, 25. Januar	549	Teile des Rintheimer Feldes zur Anlage eines neuen Hauptfriedhofs: 15 ha
1880, 29. Mai	562	Barackenfeld nördlich des Mühlburger Tors für den Ausbau der Bismarckstraße: 13 ha
1881, 22. Oktober	625	Teile des Beiertheimer Feldes an der Südseite der Gartenstraße: 63 ha
1884, 5. Juni	790	Eingemeindung des Hofbezirks und des Grundstücks des Hofwasserwerks: 165 ha
1886, 1. Januar	1001	Eingemeindung Mühlburgs: 211 ha
1886, 1. Januar	1012	Domänenwiese im Abtszipfen: 11 ha

Datum	Gesamtfläche in ha	Neue Gemarkungsteile
1886, 1. Januar	1059	Teile der Hardtwaldgemarkung an der Blücherstraße: 47 ha
1888, 12. Mai	1135	Teile der Hardtwaldgemarkung am ehemaligen Kadettenhaus: 46 ha
1890, 5. Februar	1145	Areal in den Straßen- und Forlenäckern für die westliche Verlängerung der Kriegsstraße: 10 ha
1891, 9. Juli	1149	Schützenhausgelände im Hardtwald: 4 ha
1892, 12. November	1207	Teile des Bulacher Feldes zur Anlage des westlichen Güterbahnhofs: 58 ha
1894, 23. Februar	1217	Lutherisches Wäldchen auf der Daxlander Gemarkung: 10 ha
1895, 1. Oktober	1234	Teile der Beiertheimer Gemarkung im Zusammenhang mit dem Bau des Neuen St.-Vincentius-Krankenhauses in der Südendstraße: 17 ha
1896, 18. April	1275	Restliche Teile des Beiertheimer Wäldchens: 41 ha
1898, 1. Juli	1279	Teile der Rüppurrer Gemarkung: 4 ha
1900, 12 . März	1412	Beiertheimer Gemarkungsteile für den Ausbau der Südweststadt: 133 ha
1901, 1. Januar	1456	Ettlinger Gemarkungsteile an den Weiheräckern: 44 ha
1903, 1. Januar	2097	Eingemarkung der im Rheinhafengelände liegenden fremden Gemarkungsteile von Knielingen, Daxlanden und Bulach: 624 ha
1904, 1. Januar	2107	Kleinere Gemarkungserweiterungen: 10 ha
1906, 1. Juli	2112	Teil der Hardtwaldgemarkung für den Bau der Telegrafenkaserne: 5 ha
1907, 1. Januar	3 241	Eingemeindung von Beiertheim: 160 ha, Rintheim: 169 ha und Rüppurr: 800 ha

Datum	Gesamtfläche in ha	Neue Gemarkungsteile
1909, 1. Januar	3 363	Eingemeindung von Grünwinkel: 122 ha
1910, 1. Januar	4 432	Eingemeindung von Daxlanden: 1069 ha
1913, 1. Juli/ 1. Oktober	4 500	Gemarkungsgrenzverlegung gegenüber Hardtwald: 2 ha und gegenüber Durlach: 66 ha
1916, 1. Juli	4 509	Gemarkungsgrenzverlegung gegenüber Ettlingen: 9 ha
1920, 1. Januar	4 524	Gemarkungsgrenzverlegung gegenüber Hardtwald: 15 ha
1925, 1. März	4 532	Gemarkungsgrenzverlegung gegenüber Bulach: 8 ha
1929, 1. April	5 062	Eingemeindung von Bulach: 530 ha
1930, 1. April	6 505	Erwerb eines Teils der abgesonderten Gemarkung Hardtwald: 1259 ha und der Gemarkung Kastenwört: 184 ha
1935, 1. April	8 592	Eingemeindung von Knielingen: 2087 ha
1938, 1. April	12 314	Eingemeindung von Durlach-Aue: 2940 ha und Hagsfeld: 782 ha
1958, 1. April	12 282	Gemarkungsgrenzverlegung gegenüber Neureut und verschiedene Berichtigungen: 32 ha
1972, 1. Januar	13 340	Eingemeindung von Stupferich: 646 ha und Hohenwettersbach: 412 ha
1973, 1. Januar	13 535	Eingemeindung von Wolfartsweier: 195 ha
1974, 1. Januar	14 671	Eingemeindung von Grötzingen: 1136 ha
1975, 1. Januar	15 424	Eingemeindung von Grünwettersbach: 615 ha und Palmbach: 138 ha
1975, 14. Februar	17 346	Eingemeindung von Neureut: 1922 ha
1998, 1. Juli	17 346	Nach Neuvermessung und Austausch kleinerer Flächen mit Nachbargemeinden blieb die Gemarkungsfläche im Vergleich zu 1975 konstant.

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen in Karlsruhe 1719–1998

Im 18. Jahrhundert beruhen die Angaben über Einwohnerzahlen häufig auf Schätzungen oder nur ungenauen, von verschiedenen Einrichtungen nach unterschiedlichen Kriterien durchgeführten Erhebungen. Die unsicheren Zahlen des 18. Jahrhunderts sind deshalb in einer eigenen Tabelle erfaßt. Für das 18. Jahrhundert liegen keine getrennten Zahlen nach dem Geschlecht der Karlsruher Bevölkerung vor. Die Gliederung nach Konfessionen blieb in dieser Zeit relativ stabil. Der Anteil der Lutheraner und Reformierten sank bis 1800 von etwa 85 Prozent auf knapp 80 Prozent und der der Katholiken stieg von unter 10 Prozent auf knapp 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Juden sank seit 1733 von 12 auf etwa 7 Prozent.

Die Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts ist in einer zweiten Tabelle zusammengefaßt. Dabei gewinnen die Zahlen, dank sich verfeinernder und vereinheitlichter Erhebungsmethoden im Laufe der Zeit immer größere Präzision und Stimmigkeit in der Beziehung zwischen den einzelnen Rubriken. Um eine möglichst direkte Verbindung einzelner Ereignisse mit Bevölkerungsziffern zu ermöglichen, wurden seit Beginn der Reichsstatistik soweit möglich Fünfjahresschritte gewählt, die die Auswirkung von Eingemeindungen und Kriegen deutlich hervortreten lassen. Der Anteil der in der Stadt lebenden Ausländer erhöhte sich von 0,8 Prozent im Jahre 1946 auf 12,2 Prozent (33 618) im Juli 1998.

Die Einwohnerzahlen im 18. Jahrhundert

Jahr	Karlsruhe	Klein-Karlsruhe	Hofbezirk	Gesamtbevölkerung
1719	–	–	–	1994
1720–30	–	–	–	2347
1730–40	–	–	–	2652
1740–50	–	–	–	2463
1750–60	–	–	–	2752
1769	3561	851	115	4527
1775	4589	1720	158	6473
1788	5689	1516	85	7214
1801	5885	2682	154	8721

Die Stadtbevölkerung nach Zahl, Geschlecht und Religion 1801–1990

Jahr	Einwohner	Männer	Frauen		Evangelisch	Katholisch
				v. H.	v. H.	v. H.
1801	8721	4370	4 351	49.9	79.5	14.3
1810	10597	5159	5438	51.3	73.1	16.9
1815	15128	8472	6602	43.6	65.6	29.2
1830	19734	10018	9583	48.6	–	–
1840	23484	12175	11309	48.2	61.2	34.0
1852	24299	12374	11925	49.0	58.8	37.4
1855	25163	12867	12296	48.8	56.3	39.5
1861	27103	14243	12860	47.4	55.3	40.6
1867	32004	16334	15661	48.9	55.0	41.0
1871	36582	19154	17428	47.6	54.2	41.8
1875	42739	21793	20946	49.0	53.5	42.4
1880	49301	24448	24853	50.4	53.7	42.4
1885	56972	28076	28896	50.7	53.5	43.2
1890	73684	36564	37120	50.3	52.9	43.5
1895	84030	42081	41949	49.9	53.2	43.8
1900	97185	48547	48638	50.0	52.0	44.3
1905	111249	55135	56114	50.4	52.1	44.5
1910	134313	65640	68662	51.1	50.2	45.8
1916	133655	60753	72902	54.5	–	–
1920	137349	61643	72803	53.0	–	–
1925	145694	68166	77528	53.2	49.8	46.3
1933	154902	71536	83366	53.8	48.9	46.8
1939	184489	84171	100318	54.4	50.4	42.7
1946	172343	75104	97239	56.4	49.7	45.5
1950	201013	91899	109114	54.3	51.2	44.0
1955	221166	101779	119387	54.0	51.4	44.4
1961	241929	111851	130078	53.8	50.8	42.1
1965	254501	119148	135353	53.2	50.5	43.3
1970	258894	121308	137586	53.1	48.6	44.0
1975	281745	133098	148647	52.8	48.4	43.5
1980	270973	128120	142853	52.7	46.8	44.0
1985	268079	127592	140487	52.4	42.3	42.0
1990	270327	130146	140181	51.8	39.7	41.2
1995	269322	129827	139495	51.8	36.7	38.8
1998 (Juli)	267494	128639	138855	51.9	35.9	37.8

Der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung sank seit 1799 bis 1871 von 7,2 (529) auf 3,6 Prozent (1329). Danach fiel er kontinuierlich bis 1933 auf 2,0 Prozent (3119). Nach der „Reichskristallnacht“ 1938 und der Deportation der Juden 1941 betrug ihr Anteil nur noch 0,07 Prozent (133). Seit 1945 nahm der Anteil von Angehörigen religiöser Minderheiten zu, vor allem erhöhte sich aber der Anteil der Einwohner ohne Religionsangabe.

Anmerkungen

Die Karlsruher Landschaft und ihre natürlichen Bedingungen, Seiten 15 bis 61

[1] Vgl. hierzu insbesondere László Trunkó: Die erdgeschichtliche Vergangenheit der Karlsruher Landschaft, in: Karlsruhe und der Oberrheingraben zwischen Baden-Baden und Philippsburg. Stuttgart 1988; S. 11–20 (= Führer zu archäologischen Denkmälern in Deutschland Bd. 16). Zum allgemeinen vgl. außerdem: Reinhard Pflug: Bau und Entwicklung des Oberrheingrabens, Darmstadt 1982 (= Erträge der Forschung Bd. 184).

[2] Vgl. László Trunkó: Karlsruhe und Umgebung. Berlin, Stuttgart 1984, S. 78 (= Sammlungen geologischer Führer Bd. 78).

[3] Vgl. hierzu ganz allgemein Ernst Schneider: Die Stadtgemarkung Karlsruhe im Spiegel der Flurnamen, Karlsruhe 1965 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 1).

[4] Angaben nach Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe, 52. Jg., 1997, hrsg. vom Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung, Karlsruhe 1997.

[5] Einen sehr instruktiven Überblick über die Vorgeschichte des Karlsruher Umlandes gibt das Ausstellungsbegleitbuch Rolf-Heiner Behrends (Hrsg.): Faustkeil – Urne – Schwert. Archäologie in der Region Karlsruhe, Karlsruhe 1996. Eine geraffte Zusammenfassung enthält der Führer Karlsruhe und der Oberrheingraben (wie Anm. 1), S. 36–81.

[6] Vgl. hierzu: Die Kelten in Baden-Württemberg, Stuttgart 1986[3].

[7] Über die Römer in Südwestdeutschland gibt erschöpfend Auskunft: Die Römer in Baden-Württemberg, Stuttgart 1976.

[8] Vgl. Rolf-Heiner Behrends und Peter Knötzele: Der römische Gutshof von Karlsruhe-Durlach, Karlsruhe 1995.

[9] Die beste Darstellung der alemannischen Geschichte und Kultur ist Rainer Christlein: Die Alemannen. Archäologie eines lebendigen Volkes, Stuttgart 1979[2].

[10] Wilhelm Mössinger: Das badische Malerdorf. Grötzingen 1965, S. 17f., und Klaus Eckerle: Ur- und frühgeschichtliche Funde, in: Karlsruher Stadtteile: Knielingen, Ausstellung der Stadtgeschichte im Prinz-Max-Palais, Karlsruhe 1986, S. 5–6.

[11] Für unser Gebiet maßgeblich ist Maria Diemer: Die Ortsnamen der Kreise Karlsruhe und Bruchsal, Stuttgart 1967, S. 147–171.

[12] An größeren neueren Arbeiten seien genannt: Wilhelm Spengel und Heinz-Theo Krahl: Wettersbacher Heimatbuch, Karlsruhe o. J. [1976], Hermann Ehmer: Geschichte von Neureut, Karlsruhe 1983, 1200 Jahre Knielingen 786–1986. Heimatgeschichtliche Beiträge, Karlsruhe 1985, Gerhard Friedrich Linder: Eintausend Jahre Hagsfeld. Die Geschichte eines Dorfes. Karlsruhe 1991 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 12), Susanne Asche: Eintausend Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 13), Susanne Asche und Olivia Hochstrasser: Durlach – Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17).

[13] Vgl. Faksimile der Urkunde in 1200 Jahre Knielingen (wie Anm. 12), S. 15–16.

[14] Diese Meinung äußert auch Karl Josef Minst: Lorscher Codex Deutsch. Urkundenbuch der ehemaligen Fürstabtei Lorsch. Bd. V. Lorsch 1971, S. 211.

[15] Vgl. Linder, Hagsfeld (wie Anm. 12), S. 54–55.

[16] Vgl. Diemer (wie Anm. 11), S. 149–150.

[17] Vgl. hierzu und zum Folgenden Asche, Grötzingen (wie Anm. 12), S. 17–19.

[18] Vgl. Albrecht Dauber: Fränkische Grabfunde von Grötzingen, Berghausen und Weingarten, in: Soweit der Turmberg grüßt. 4. Jg., Nr. 5 vom 10. Mai 1952.

[19] Vgl. Liber Possessionum Wizenburgensis. Neu herausgegeben und kommentiert von Christoph Dette, Mainz 1987, S. 48–50.

[20] Vgl. Susanne Asche: Grötzingen (wie Anm. 12), S. 19–20.

[21] Vgl. zu diesem Komplex Alfons Schäfer: Das Schicksal des Weißenburgischen Besitzes im Uf- und Pfinzgau im 12. und 13. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 111 NF 73 (1963), S. 65–93.

[22] Vgl. 1200 Jahre Knielingen (wie Anm. 12), S. 22.

[23] Vgl. Diemer (wie Anm. 11), S. 13–15.

[24] Vgl. hierzu und zum Folgenden Hansmartin Schwarzmaier: Die Anfänge des Klosters Gottesaue, in: Peter Rückert (Hrsg.): Gottesaue – Kloster und Schloß, Karlsruhe 1995, S. 8–15.

[25] Vgl. Rüdiger Stenzel: Abgegangene Siedlungen zwischen Rhein und Enz, Murg und Angelbach, in: Alfons Schäfer: Festschrift für Günther Haselier aus Anlaß seines 60. Geburtstags am 19. April 1974, Karlsruhe 1975, S. 87–162, S. 107–110 (= Oberrheinische Studien Bd. 3).

[26] Vgl. Ehmer (wie Anm. 12), S. 6–7.

[27] Vgl. Diemer (wie Anm. 11), S. 3–4 und S. 53–54.

[28] Vgl. ebenda, S. 11.

[29] Vgl. ebenda, S. 77.

[30] Vgl. hierzu und zum Folgenden Alfons Schäfer: Staufische Reichslandpolitik und hochadlige Herrschaftsbildung im Uf- und Pfinzgau und im Nordwestschwarzwald vom 11.-13. Jahrhundert, Oberrheinische Studien Bd. I., hrsg. von Alfons Schäfer, Karlsruhe 1970, S. 179–244.

[31] Zu Grünwettersbach allgemein vgl. Spengel/Krahl (wie Anm. 12).

[32] Zu Welschneureut vgl. Ehmer (wie Anm. 12), S. 50–65.

[33] Zu den Waldensern in Palmbach vgl. Krahl (wie Anm. 12), S. 243–324.

[34] Zu Grünwinkel vgl. Benedikt Schwarz: Grünwinkel und seine Umgebung. Ein Heimatbuch für jung und alt, Karlsruhe 1925, S. 1–74.

[35] Vgl. zur Durlacher Geschichte insgesamt Asche/Hochstrasser, Durlach (wie Anm. 12).
[36] Zum neuesten Forschungsstand vgl. Reinhard, Eugen/Rückert, Peter (Hrsg.); Staufische Stadtgründungen am Oberrhein, Sigmaringen 1998 (= Oberrheinische Studien Bd. 15), hier vor allem die Beiträge von Dietrich Lutz: Archäologische Befunde zur Stadtentwicklung von Durlach im Vergleich zu Bruchsal, Ettlingen und Pforzheim, S. 111–148, Rüdiger Stenzel: Verschiedene Wurzeln staufischer Städte: Ettlingen und Durlach, ein Vergleich, S. 148–164, und Olivia Hochstrasser: Zur Frühgeschichte der Stadt Durlach (wie Anm. 12), S. 165–183.
[37] Vgl. Diemer (wie Anm. 11), S. 17–18.
[38] Vgl. Karl-Heinz Hentschel: Durlach – Das Geheimnis seines Namens, Karlsruhe 1996.
[39] Vgl. zu Mühlburg Heinz Schmitt: Karlsruher Stadtteile – Mühlburg, Ausstellung der Stadtgeschichte im Prinz-Max-Palais, Karlsruhe 1982 und Ernst Otto Bräunche: Ein Streifzug durch die Mühlburger Ortsgeschichte bis zum Kriegsende 1945, in: Mühlburg. Streifzüge durch die Ortsgeschichte, hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe durch Ernst Otto Bräunche, Karlsruhe 1998, S. 13–55.
[40] Schäfer, Staufische Reichslandpolitik (wie Anm. 30), S. 209–211.
[41] Vgl. Heinz Musall: Die Entwicklung der Kulturlandschaft der Rheinniederung zwischen Karlsruhe und Speyer vom Ende des 16. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Heidelberg 1969, S. 136 (= Heidelberger Geographische Arbeiten Heft 22).
[42] Vgl. Schwarz (wie Anm. 33), S. 81–87.
[43] Zum Folgenden vgl. Gustav Rommel: Der Karlsruher Hardtwald mit Wildpark, Fasanengarten und Stutensee. Historisch-topographische Studien, Karlsruhe 1933.
[44] Vgl. Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992, S. 311 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 14).
[45] Vgl. ebenda, S. 309.
[46] Vgl. Asche/Hochstrasser, Durlach (wie Anm. 12).
[47] Vgl. ebenda S. 178–186.
[48] Vgl. Schmitt, Mühlburg (wie Anm. 39), S. 28 und S. 33.
[49] Vgl. Ehmer (wie Anm. 12), S. 92.
[50] Vgl. ebenda, S. 113.
[51] Vgl. Asche/Hochstrasser, Durlach (wie Anm. 12), S. 298–304.
[52] Vgl. Asche, Grötzingen (wie Anm. 12), S. 141.
[53] Zu nennen sind insbesondere Moriz Hecht: Drei Dörfer der badischen Hardt. Eine wirtschaftliche und soziale Studie, Leipzig 1895 und Rudolf Fuchs: Die Verhältnisse der Industriearbeiter in 17 Landgemeinden bei Karlsruhe, Karlsruhe 1904.
[54] Vgl. Friedrich Metz: Die ländlichen Siedlungen Badens. I. Das Unterland, Karlsruhe 1926, S. 137.
[55] Vgl. Fuchs (wie Anm. 53), S. 21–23.
[56] Vgl. Hecht (wie Anm. 53), S. 35.
[57] Vgl. Fuchs (wie Anm. 53), S. 63.
[58] Vgl. Heinz Musall, Günter Preuß und Karl-Heinz Rother: Der Rhein und seine Aue, in: Der Rhein und die pfälzische Rheinebene, Landau i. d. Pf. 1991, S. 57–58.
[59] Vgl. Ingrid Dörres: Kulturgeographische und landschaftsökologische Auswirkungen der Rheinkorrektion am mittleren und südlichen Oberrhein, in: Rhein-Neckar-Raum an der Schwelle des Industrie-Zeitalters, Mannheim 1984, S. 105–124.
[60] Vgl. Herbert Maisch: Bulacher Ortschronik. Vom Kirchdorf am Wald zum Stadtteil an der Autobahn, Karlsruhe 1993, S. 211–220.
[61] Vgl. 1200 Jahre Knielingen (wie Anm. 12), S. 380.
[62] Vgl. Max Ernst Graf zu Solms-Roedelheim: Die Einflüsse der Industrialisierung auf 14 Landgemeinden bei Karlsruhe, Karlsruhe 1939, S. 153.
[63] Vgl. 1200 Jahre Knielingen (wie Anm. 12), S. 299–308.
[64] Asche/Hochstrasser, Durlach (wie Anm. 12), S. 392–394.
[65] Vgl. ebenda S. 410–411.
[66] Vgl. ausführlich hierzu Asche, Grötzingen (wie Anm. 12), S. 306–312.
[67] Vgl. ausführlich hierzu Spengel/Krahl (wie Anm. 12), S. 325–351.
[68] Vgl. ausführlich hierzu Ehmer, Neureut (wie Anm. 12), S. 202–206, S. 215–217 und S. 229–238.

Die Residenz Karlsruhe bis zur Erneuerung der Stadtprivilegien, Seiten 65 bis 115

[1] Vgl. Friedrich v. Weech: Badische Geschichte, Karlsruhe/Stuttgart 1890 (ND 1981), S. 376. Vgl. auch Karl Gustav Fecht: Geschichte der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1887, S. 20.
[2] Zu Karl Wilhelm vgl. v. Weech (wie Anm. 1), S. 372–387. Vgl. auch Fecht (wie Anm. 1), S. 17–20.
[3] 1675 wurde das Schloß Graben, 1689 die Schlösser bei Mühlburg, Staffort, Pforzheim (teilw.), Durlach, Rötteln, Sulzburg und Hochberg, 1698 der Basler Hof zerstört, vgl. Hans Detlef Rösiger: Durlach und Rastatt. Ein Beitrag zur Geschichte des Städtebaus in Deutschland, Karlsruhe 1924, S. 39 (ND 1974). Zum Schloß Augustenburg vgl. Susanne Asche: 1000 Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes. Karlsruhe 1991, S. 61–64 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 13).
[4] Vgl. Fecht (wie Anm. 1), S. 40.
[5] Zum Wiederaufbau Durlachs vgl. Rösiger (wie Anm. 3), S. 17–18 und 27–45.
[6] Vgl. Fecht (wie Anm. 1), S. 41.
[7] Vgl. Gustav Rommel: Geschichte des Karlsruher Fasanengartens, in: Die Pyramide 1925, Heft 5, S. 37. Vgl. auch Fecht (wie Anm. 1), S. 52.
[8] Vgl. zum Folgenden: Franz Schneider: Die Anfänge von Schloß und Stadt Karlsruhe, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 85, NF 46 (1933), S. 422–455. Die von Schneider angegebenen Daten stammen überwiegend aus den markgräflichen Rentkammerprotokollen.

[9] Vgl. Rösiger (wie Anm. 3), Anm. 15.
[10] Der Türstein, eine 43 x 43 x 7,5 cm große Sandsteintafel mit Jahresangabe und Initialen, ist im Stadtmuseum im Prinz-Max-Palais zu sehen. Vgl. Gerlinde Brandenburger-Eisele: Ein Stein vom „Waldhorn", in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, Karlsruhe 1994, S. 282–284.
[11] Vgl. Schneider (wie Anm. 8), S. 427.
[12] Vgl. ebenda, S. 428.
[13] Vgl. ebenda, S. 440.
[14] Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 206/23.
[15] Staatliche Kunsthalle Karlsruhe, Graph. Kabinett, Nr. 14.
[16] Vgl. Wolfgang Leiser: Das Karlsruher Stadtrecht 1715–1752, in: ZGO 114, NF 75 (1966), S. 207–225, S. 212f.
[17] Vgl. Schneider (wie Anm. 8) S. 429.
[18] Vgl. Rosemarie Stratmann-Döhler: Zur Baugeschichte des Karlsruher Schlosses, in: Klar und lichtvoll wie eine Regel. Planstädte der Neuzeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. Ausstellungskatalog Badisches Landesmuseum, Karlsruhe 1990, S. 279–296, S. 281.
[19] GLA 206/23.
[20] Vgl. Gottfried Leiber: Vom Jagdsitz zur Stadtanlage. Die städtebauliche Entwicklung Karlsruhes bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, in: Klar und lichtvoll wie eine Regel (wie Anm. 18), S. 297–312, S. 298–299, und ders.: Friedrich Weinbrenners städtebauliches Schaffen für Karlsruhe. Teil 1: Die barocke Stadtplanung und die ersten klassizistischen Entwürfe Weinbrenners. Karlsruhe 1996 (= Friedrich Weinbrenner und die Weinbrenner-Schule 2).
[21] Vgl. Fecht (wie Anm. 1) S. 44–45.
[22] Vgl. Theodor Hartleben: Statistisches Gemälde der Residenzstadt Karlsruhe und ihrer Umgebung. Karlsruhe 1815, S. 1–2 (ND 1938). Vgl. auch Fecht (wie Anm. 1) S. 45–46.
[23] Protokoll des Ordens: GLA 47/1676. Die Mitgliederzahl des Ordens stieg rasch an. Auch Markgraf Karl Friedrich nutzte diese Möglichkeit, auf diese Weise nicht nur den im markgräflichen Dienst stehenden Adel auf sich zu verpflichten, sondern auch Verbindungen zu auswärtigen Adelsgeschlechtern herzustellen. 1766 waren 66 Adelige als „Ritter" aufgenommen. Vgl. Baden-Durlacher Staats- und Adresse-Calender auf das Jahr 1766, S. 15–23.
[24] Vgl. Friedrich v. Weech: Karlsruhe, Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung, 3 Bde., Karlsruhe 1895–1904, Bd. 1 (1715–1830), S. 11.
[25] GLA 206/23.
[26] GLA 206/23 (Randnotiz der Petition des Mühlburger Wirtes Altmüller).
[27] Zur Forschungsdiskussion vgl.: Christina Müller: Karlsruhe im 18. Jahrhundert. Zur Genese und sozialen Schichtung einer residenzstädtischen Bevölkerung. Karlsruhe 1992, S. 186–191 (= Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 1).
[28] Zitiert nach Hartleben (wie Anm. 22), S. 6 (Anm.).
[29] GLA 206/1787. Vgl. auch Fecht (wie Anm. 1), S. 25.
[30] Die Privilegien 1715 sind gedruckt bei Fecht (wie Anm. 1) Beilage I (künftig zitiert: Privilegien 1715). Ein gedrucktes Exemplar befindet sich auch in GLA 206/1780.
[31] *Ort* in Privilegien 1715, Art. VII, *Carols-Ruhe* in Art. IX,XIII,XVIII (wie Anm. 30).
[32] Vgl. v. Weech, Badische Geschichte (wie Anm. 1), S. 380.
[33] Vgl. Fecht (wie Anm. 1), S. 42.
[34] Weitere Argumente für eine Residenzstadtplanung durch Karl Wilhelm bei Müller, (wie Anm. 27) S. 188–190. Vgl. v. Weech, Karlsruhe (wie Anm. 24), S. 10.
[35] Vgl. Christian Belschner: Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Gründung Ludwigsburgs, in: LGBll 2 (1901), S. 56–91. Vgl. grundsätzlich zur Gründungsgeschichte Ludwigsburgs: Wolfgang Schmierer: Grundrisse neuzeitlicher Städte II (Ludwigsburg), in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg – Erläuterungen IV, 11.
[36] Vgl. Schneider, (wie Anm. 8), S. 430.
[37] GLA 76/6240.
[38] Johann Georg Förderer von Richtenfels: Politischer Lustgarten eines Regenten, Frankfurt 1709/1729.
[39] Zur Diskussion um den Einfluß Förderer v. Richtenfels auf die Gründung Karlsruhes vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 192f.
[40] Ausführlicher hierzu: Kapitel Steuererleichterungen für die neue Residenz.
[41] Vgl. hierzu und zum Folgenden, Privilegien 1715 (wie Anm. 30).
[42] Vgl. Karl Gustav Fecht: Geschichte der Stadt Durlach, Heidelberg 1869, S.176.
[43] Die Mühlburger Privilegien sowie das Durlacher Privileg von 1699 sind gedruckt bei Leiser (wie Anm. 16), S. 226–239. Vgl. dort, S. 210, auch zum Folgenden.
[44] GLA 206/23.
[45] Vgl. Carsten Küther: Menschen auf der Straße. Vagierende Unterschichten in Bayern, Franken und Schwaben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Göttingen 1983, S. 38 und S. 17.
[46] GLA 206/23, vgl. dort auch zum Folgenden.
[47] Genaue Zahlenangaben bei Müller (wie Anm. 27), S. 211.
[48] GLA 206/23.
[49] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 62, und Julius Friedrich Kastner: Obervogt Johann Christian von Günzer und die ersten Jahre der Stadt Karlsruhe, in: Badische Heimat 45 (1965), S. 57–64, S. 60–62. Vgl. dort, S. 58, auch zum Folgenden.
[50] GLA 206/23.
[51] Vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 217.
[52] Vgl. Ernst Schneider: Durlacher Volksleben 1500–1800, Karlsruhe 1980, S. 48 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 5).
[53] Vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 218–219.
[54] Vgl. etwa Friedrich Leopold Brunn: Briefe über Karlsruhe, Berlin 1791, 1. und 2. Brief, Berlin 1791, S. 1–23 (ND Karlsruhe 1988), Philipp Wilhelm Gercken: Reisen durch Schwaben, Bayern, angrenzende Schweiz, Franken und die Rheinischen Provinzen (...) in den Jahren 1779–1782, Teil I, Stendal 1783, S. 173, Johann Friedrich Karl Grimm: Bemerkungen eines Reisenden durch Deutschland, Frankreich, England und Holland

in Briefen an seine Freunde, Teil 1, Altenberg 1775, S. 130–131, und Wilhelm Ludwig Weckerlin: Reise durch Oberdeutschland, Teil 1, Salzburg/Leipzig 1778, S. 78.

[55] Vgl. Johann Kaspar Riesbeck: Briefe eines reisenden Franzosen über Deutschland an seinen Bruder zu Paris. Zürich 1783, S. 18 (ND Stuttgart 1967).

[56] Vgl. die Einteilung der Windrose bzw. des Kompasses.

[57] Vgl. Brunn (wie Anm. 54), S. 22.

[58] GLA 206/23, dort auch das folgende Zitat. Zur Stadtplanung im 18. Jahrhundert vgl. Leiber, Friedrich Weinbrenners städtebauliches Schaffen für Karlsruhe (wie Anm. 20).

[59] So wurde beispielsweise aus der Löwencranzschen Gaß (heute: Adlerstraße) bis 1720 die Rottbergsche Gaß Vgl. C(arl) F(riedrich) Oelenheinz: Notizen meistens aus dem zweiten Decen(n)io seit Erbauung der Residenz Carlsruhe anno 1715, gesammelt 1835, hrsg. von Karl Freiherr von Neuenstein, Karlsruhe 1901, (künftig zitiert: Oelenheinz), S. 23–45 (*Tabell über sambtlicher Burgerschafft ...).* Vgl. auch Kastner, (wie Anm. 49), S. 60.

[60] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 183.

[61] GLA 206/24. Eine 1719 erstellte Liste reparaturbedürftiger herrschaftlicher Häuser führt in der Herrengasse neun Häuser auf. Hier wohnten u. a. Kirchenrat Holz, aber auch ein Konzertmeister und ein Kammerdiener.

[62] Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 53.

[63] Oelenheinz (wie Anm.), S. 23–45 *(Tabell über sambtliche Burgschafft ...);* in der 1720 aufgestellten Tabelle wurden die bürgerlichen Straßenbezeichnungen als neue Straßennamen aufgenommen.

[64] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 56.

[65] Vgl. Kastner (wie Anm. 49) S. 58.

[66] Vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 9–11.

[67] Die bauliche Entwicklung ist aus den in der Hausbesitzerliste *Tabell über sambtliche Burgschafft ...* (Oelenheinz (wie Anm. 59), S. 23–45 angegebenen Baudaten vor 1720 zu schließen.

[68] Eine Hausbesitzerliste von 1761 weist 314 Häuser aus, Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 2/R85. Für 1765 gibt Fecht 328 Häuser mit 398 Nebengebäuden an, vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 186. Vgl. dort, S. 185, auch zum Folgenden.

[69] GLA 206/3299. Vgl. Fritz Hirsch: 100 Jahre Bauen und Schauen, 2 Bde., Karlsruhe 1928/32, Bd. 2, S. 28, Anm. 19.

[70] 1750 wurde an der Waldhorngasse der *gegen den Fasanengarten annoch ohnbebaute Distrikt* zur Bebauung freigegeben, GLA 206/567. Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 185.

[71] GLA 206/3349. Zu Durlach vgl. Otto Konrad Roller: Die Einwohnerschaft der Stadt Durlach im 18. Jahrhundert in ihren wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen, dargestellt aus ihren Stammtafeln. Karlsruhe 1907, S. 300.

[72] Vgl. StadtAK 3/B105a.

[73] Vgl. StadtAK 3/B106. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[74] Vgl. StadtAK 3/B107.

[75] Vgl. StadtAK 3/B105a.

[76] Vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 232.

[77] Diese und die folgenden durchschnittlichen Preisangaben basieren auf den zwischen 1721 und 1733 bzw. 1739 und 1744 getätigten Hausverkäufen, vgl. ebenda, S. 172.

[78] Vgl. StadtAK 3/B105a. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[79] Vgl. StadtAK 2/R68.

[80] Siehe auch Abb. S. 137, Gasthaus zum Bären und angrenzende Häuser.

[81] Privilegien 1722, gedruckt bei Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), Beilage II, S.IV-X, S. VI (künftig zitiert: Privilegien 1722).

[82] Vgl. StadtAK 3/B106.

[83] Vgl. StadtAK 3/B105a und 106 (hier auch andere Beispiele).

[84] Vgl. StadtAK 3/B105a.

[85] Privilegien 1715, Art. VII (wie Anm. 30).

[86] Vgl. Rösiger (wie Anm. 3), S. 28–34.

[87] Zum Modellbau: Merkel, Ursula: „Zur mehrerer Zierde und Gleichheit des Orths." Der Modellhausbau in Karlsruhe im 18. Jahrhundert, in: Klar und lichtvoll wie eine Regel (wie Anm. 18), S. 243–258.

[88] Vgl. Privilegien 1722, S. VI (wie Anm. 81).

[89] GLA 206/24.

[90] Vgl. Privilegien 1715, Art. IV (wie Anm. 30).

[91] Vgl. Privilegien 1715, Art. V (wie Anm. 30).

[92] Vgl. Hartleben (wie Anm. 22), S. 10.

[93] Zu v. Nidda vgl. Kapitel Die Zirkelbebauung – Idee und Wirklichkeit.

[94] Privilegien 1715, Art. III (wie Anm. 30).

[95] Vgl. Arthur Valdenaire: Das Karlsruher Schloß, Karlsruhe 1931, S. 21.

[96] Vgl. Hirsch (wie Anm. 69), Bd. 2, S. 255.

[97] Vgl. Oelenheinz (wie Anm. 59), S. 24.

[98] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 59.

[99] Zu v. Nidda vgl.: Josef Bader, in: Badenia 2 (1862), S. 122–125. Vgl. auch: Asche, Grötzingen (wie Anm. 3), S. 58–61.

[100] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 59; zum Niddaschen Zirkelhaus vgl. Kapitel Bauen nach Modell.

[101] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 59. Vgl. dort, S. 197, auch zum Folgenden.

[102] Vgl. GLA 206/24. Eine zwischen 1719 und 1722 erstellte Liste nennt drei herrschaftliche Mietshäuser.

[103] Vgl. Kastner (wie Anm. 49), S. 58.

[104] StadtAK 3/B105a.

[105] Vgl. Oelenheinz (wie Anm. 59), S. 14–16, und Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 58–59.

[106] Vgl. GLA 206/24.

[107] Vgl. GLA 206/23.

[108] Vgl. Hirsch (wie Anm. 69), Bd. 2, S. 288.

[109] Vgl. Brunn (wie Anm. 54), S. 23.

[110] Vgl. v. Weech, Badische Geschichte (wie Anm. 1), S. 380–382.

[111] Zum Schloßbau ist grundlegend: Emil Gutmann: Das großherzogliche Residenzschloß zu Karlsruhe, Heidelberg 1911, S. 11–34. Vgl. auch Arthur Valdenaire: Das Karlsruher Schloß. Karlsruhe 1931, S. 13–29,

ders.: Kunstdenkmäler Karlsruhe, unv. Manuskript 1940 und Rosemarie Stratmann-Döhler: Zur Baugeschichte des Karlsruher Schlosses, in: Klar und lichtvoll wie eine Regel (wie Anm. 18), S. 279–296.

[112] Die durch Handel und Gewerbe erzielten Gewinne vermehrten über Steuererhebungen die Einnahmen der landesherrlichen Kasse, der sogenannten „Kamer". Ein Aspekt, auf den die deutsche Spielart des europäischen Merkantilismus, der „Kameralismus", besonderen Wert legte. Vgl. hierzu: Volker Press: Der Merkantilismus und die Städte. Eine Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Städtewesen und Merkantilismus in Mitteleuropa, Köln/Wien 1983, S. 1–14, S. 5–8.

[113] Vgl. Heinrich Dietrich: Die Verwaltung und Wirtschaft Baden-Durlachs unter Karl-Wilhelm 1709–1738, Heidelberg 1911, S. 58–91, S. 87.

[114] Vgl. Fecht, Durlach (wie Anm. 42), S. 520.

[115] Vgl. Wolfgang Windelband: Badische Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik zur Zeit des Markgrafen Karl Friedrich, Erfurt 1916, S. 31.

[116] Vgl. Fecht, Durlach (wie Anm. 42), S. 512.

[117] Vgl. Dietrich (wie Anm. 113), S. 88.

[118] Vgl. Wolfgang Windelband: Die Verwaltung der Markgrafschaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs, Leipzig 1916, S. 55–56 und 61. Vgl. auch: Dietrich (wie Anm. 113), S. 65.

[119] Vgl. Kapitel Das Ansiedlungsprivileg.

[120] Vgl. GLA 206/1783.

[121] GLA 206/1782.

[122] Vgl. Privilegien 1722, S. VII (wie Anm. 81). Vgl. dort, S. IX und VII, auch zum Folgenden.

[123] Privilegien 1722 (wie Anm. 81), Zusätze von 1724, S. XI.

[124] Vgl. GLA 148/289.

[125] Vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 132–133.

[126] Angaben aus einer Umlageliste 1731 in: StadtAK 2R/18.

[127] Vgl. Ernst Otto Bräunche: Die Familie Meyer-Model, in: Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. von Heinz Schmitt, Ernst Otto Bräunche, Manfred Koch, Karlsruhe 1988, S. 451–464, S. 452–453 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 8).

[128] Vgl. StadtAK 2/R48 (Kriegssteuerliste 1745).

[129] Vgl. hierzu: Johannes Augel: Italienische Einwanderung und Wirtschaftstätigkeit in rheinischen Städten des 17. und 18. Jahrhunderts, Bonn 1971.

[130] Vgl. Kapitel Religiöse Toleranz und ihre Grenzen.

[131] Privilegien 1722, S. VII (wie Anm. 81). Auch in Durlach war der private Weinausschank üblich, doch wurde dieser von landesherrlicher Seite einzuschränken versucht. Vgl. Fecht, Durlach (wie Anm. 42), S. 549.

[132] Vgl. ebenda, S. 549, Anm. 465. Vgl. dort, S. 80, auch zum Folgenden.

[133] Vgl. StadtAK 2/R5 (Ohmgeldliste 1722).

[134] Vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 132 und S. 140–141.

[135] GLA 206/2486.

[136] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 82.

[137] Vgl. GLA 206/2487.

[138] Vgl. GLA 206/2486.

[139] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 82.

[140] Vgl. Kurt Ehrenberg: Baugeschichte von Karlsruhe 1715–1870. Bau- und Bodenpolitik. Eine Studie zur Geschichte des Städtebaus, Karlsruhe 1909, S. 52.

[141] Vgl. Oelenheinz (wie Anm. 59), S. 51.

[142] GLA 206/2486.

[143] Vgl. Oelenheinz (wie Anm. 59), S. 55–62.

[144] Vgl. StadtAK 3/B105a.

[145] Vgl. Oelenheinz (wie Anm. 59), S. 52–54.

[146] Vgl. StadtAK 2/R15.

[147] Vgl. Eberhardt Gothein: Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften, Bd. 1: Städte und Gewerbegeschichte, Straßburg 1892, S. 422–423 und S. 434–437.

[148] Vgl. Friedrich Lenger: Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt 1988, S. 10–15.

[149] Vgl. Michael Stürmer: Herbst des alten Handwerks, München 1979, S. 108.

[150] Vgl. Klaus Gerteis: Repräsentation und Zunftverfassung. Handwerksunruhen und Verfassungskonflikte in südwestdeutschen Städten vor der Französischen Revolution; in: ZGO 122 (1974), S. 275–287.

[151] Vgl. Herbert Räuber: Der Pforzheimer Privilegienstreit (1716–1730). Rechtsgeschichtliche Untersuchungen zu einer Auseinandersetzung der Stadt Pforzheim mit ihrem Landesherrn; in: Hans-Peter Becht (Hrsg.): Pforzheim in der frühen Neuzeit. Beiträge zur Stadtgeschichte des 16. bis 18. Jahrhunderts, Sigmaringen 1989, S. 117–159, S. 119–122.

[152] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 76.

[153] Vgl. Nachlaß Fritz Hugenschmidt, Landesdenkmalamt Karlsruhe.

[154] Vgl. GLA 61/1430 Nr. 4469; 61/14631 Nr. 4783; 61/1432 Nr. 1178.

[155] Vgl. GLA 61/1432 Nr. 2102.

[156] Vgl. GLA 206/3445.

[157] Vgl. GLA 206/3450.

[158] Vgl. Nachlaß Fritz Hugenschmidt, Landesdenkmalamt Karlsruhe.

[159] Privilegien 1722, S. VII. (wie Anm. 81). Vgl. dort, S. XVIII, auch zum Folgenden.

[160] Vgl. Gerd Wunder: Die soziale Struktur der Handwerkerschaft in unseren alten Städten; in: Erich Maschke/Jürgen Sydow (Hrsg.): Städtische Mittelschichten, Stuttgart 1972, S. 120–134, S. 125.

[161] Diese und folgende Angaben soweit nichts anderes vermerkt aus GLA 206/1809. Vgl. auch Müller, Karlsruhe (wie Anm. 27), S. 146–148.

[162] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 61.

[163] Vgl. StadtAK 3/B2 fol. 59 und 64; 3/B3 fol. 136–137. Weitere Hinweise zu den jüdischen Metzgern bei: Ernst Otto Bräunche: Vom Schutzjuden zum Bürger zweiter Klasse. Die jüdische Gemeinde bis zum Erlaß des Judenedikts 1809, in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 127), S. 41–80, S. 73.

[164] Vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 152.

[165] Vgl. GLA 74/10426.

[166] Vgl. GLA 206/3445. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[167] Vgl. GLA 74/10426.

[168] Vgl. Oelenheinz (wie Anm. 59), S. 23–45 (*Tabell über sambtliche Burgerschafft...*).

169 Vgl. GLA 61/679 Nr. 530.
170 Vgl. GLA 206/3450. Zu den Arbeiten der städtischen Schreiner für den Hof, siehe auch Kapitel Das Handwerk in einer Residenzstadt: Hofhandwerker und Spezialisten.
171 Vgl. GLA 206/3437.
172 Vgl. Privilegien 1715, Pkt. II (wie Anm. 30).
173 Vgl. Leiser (wie Anm. 16), S. 211.
174 Vgl. Kastner (wie Anm. 49), S. 58.
175 Auf den 24. März datiert Leiser, vgl. Leiser (wie Anm. 16), S. 211, auf den 19. März hingegen Fecht, vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 62.
176 Vgl. Kastner (wie Anm. 49), S. 60.
177 Vgl. Julius Kastner: Wappen und Siegel der Stadt Karlsruhe; in: ZGO 103 (1955) S. 250–258, S. 253.
178 Vgl. StadtAK 2/R1.
179 Vgl. GLA 61/678 Nr. 95.
180 Vgl. StadtAK 2/R1.
181 Vgl. GLA 357/28.
182 GLA 206/1780. Vgl. dort auch zum Folgenden.
183 Vgl. Leiser (wie Anm. 16), S. 221–224.
184 Vgl. Kastner (wie Anm. 49), S. 62.
185 Vgl. Leiser (wie Anm. 16), S. 211.
186 Vgl. GLA 61/1432 Nr. 1544.
187 Vgl. Kastner (wie Anm. 49), S. 60.
188 Vgl. Fecht, Durlach (wie Anm. 42), S. 368.
189 Eine Namensverwechslung bei Oelenheinz (wie Anm. 59), *Tabell*, S. 30 (richtig hingegen S. 45 u. 61), der hier statt Xeller „Keller" schreibt führt in Folge zu verschiedenen Angaben. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 62: Johann Michael Keller; Kastner (wie Anm. 49), S. 60: Glaser Martin Keller (Oelenheinz, *Tabell*, S. 30, kennt nur einen Bäcker Martin Keller).
190 Vgl. zum Folgenden grundlegend Ernst Otto Bräunche: Die Karlsruher Ratsprotokolle des 18. Jahrhunderts, Teil 1: 1725–1763, Karlsruhe 1995. (= Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 2), Anhang: Tab. 2 und 3. Mit einigen Abweichungen, Müller (wie Anm. 27), S. 220–222 und 274–275.
191 Vgl. GLA 61/1432 Nr. 1544.
192 Vgl. GLA 206/23.
193 GLA 61/1432 Nr. 1544.
194 Nicht Ludwig, Leutz und Deeg, da diese 1720 als Ratsmitglieder erscheinen. Vgl. GLA 206/1780.
195 Vgl. GLA 61/1432 Nr. 1546.
196 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 62. Fecht schreibt irrtümlich Gottfried „Kurz" statt Gottfried „Rupp", Metzger statt Hans Michael Necker. Michael Schöndorf taucht in den Ratsprotokollen (ab 1725) nicht auf. Zu Schöndorf vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 222 und S. 231–232.
197 Vgl. StadtAK 3/B1 fol. 118–132.
198 Zum Folgenden vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 220–221, und Bräunche, Karlsruher Ratsprotokolle (wie Anm. 190), Anhang: Tab. 2.
199 Vgl. StadtAK 5/Durlach/B1133.
200 Vgl. Margot Lindemann, Deutsche Presse bis 1815. Geschichte der deutschen Presse, Teil I, Abhandlungen und Materialien zur Publizistik 5, Berlin 1969, S.149.
201 Vgl. hierzu allgemein: Ernst Otto Bräunche: Die wiederentdeckten Karlsruher Ratsprotokolle des 18. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für die Stadtgeschichte. (Protokoll der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein vom 6. Februar 1987) und ders.: Die Karlsruher Ratsprotokolle des 18. Jahrhunderts Bd. 2 (wie Anm. 190).
202 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 69.
203 Vgl. StadtAK 3/B2 fol. 47–52.
204 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 63.
205 Vgl. Kastner (wie Anm. 49), S. 62.
206 Vgl. Fecht, Durlach (wie Anm. 42), S. 371.
207 Vgl. Privilegien 1722, S. VIII (wie Anm. 81).
208 StadtAK 3/B2 fol. 116.
209 StadtAK 3/B2 fol. 84.
210 Vgl. StadtAK 3/B2 fol. 59–62.
211 StadtAK 3/B2 fol. 112–115.
212 Vgl. StadtAK 3/B2 fol. 55–58.
213 Vgl. GLA 61/1432 Nr. 1123
214 Vgl. Fecht, Durlach (wie Anm. 42), S. 549.
215 Vgl. StadtAK 3/B2 fol. 89.
216 Vgl. StadtAK 3/B2 fol. 94–95.
217 Vgl. StadtAK 3/B2 fol. 125–126.
218 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 77.
219 Vgl. Privilegien 1722, S. VIII, VII, IX, VI und Privilegienzusätze 1724, S. XI (wie Anm. 81).
220 Vgl. Privilegien 1715, Pkt. VI, S. II (wie Anm. 30).
221 Vgl. Wolfgang Leiser: Die Stadt im südwestdeutschen Kleinstaat des Ancien Régime, in: Volker Press (Hrsg.): Städtewesen und Merkantilismus in Mitteleuropa, Köln/Wien 1983, S. 111–134, S. 129.
222 Vgl. Privilegien 1722, S. V (wie Anm. 81).
223 Vgl. Johann Georg Friedrich Pflüger: Geschichte der Stadt Pforzheim, Pforzheim 1862, S. 560.
224 GLA 206/801. Weitere Angaben über das Ansteigen der Aufnahmegebühren bei Ernst Schneider: Aus Karlsruher Bürgermeisterrechnungen des 18. Jahrhunderts, in: Soweit der Turmberg grüßt 11 (1959), S. 20–106, S. 101.
225 Vgl. Leiser (wie Anm. 16), S. 212.
226 StadtAK 2/R48.
227 Zum Schutzbürgerstatus in Karlsruhe, vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 39–41.
228 StadtAK 3/B2 fol. 115.
229 Privilegien 1722, S. VII u. Zusätze 1724, S. XI (wie Anm. 81).
230 Vgl. Fecht, Durlach (wie Anm. 42), S. 621.
231 Vgl. Privilegien 1715 (wie Anm. 30), Pkt. 1.
232 Vgl. Leiser (wie Anm. 16), S. 223.
233 Vgl. Hermann Erbacher (Hrsg.): Suchet der Stadt Bestes. Festschrift der Evangelischen Kirchengemeinde Karlsruhe zum Stadtjubiläum 1715–1965, Karlsruhe 1965, S. 58.
234 GLA 206/2434.
235 Privilegien 1722, S. VII–VIII (wie Anm. 81).
236 Vgl. Leiser (wie Anm. 16), S. 223.
237 Siehe hierzu Kapitel Die Revolutionskriege und der Beginn einer neuen Zeit.
238 Vgl. Adalbert Ehrenfried: Die Kapuziner in Karlsruhe. Einst und Jetzt, Karlsruhe 1962, S. 49.

239 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 105.
240 Vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 35.
241 Vgl. GLA 206/2722.
242 Vgl. Johann Anton Zehnter: Zur Geschichte der Juden in der Markgrafschaft Baden-Durlach, in: ZGO 51 NF 12 (1897), S. 385–436, S. 636–690 und S. 636–638.
243 GLA 74/4314.
244 Vgl. GLA 206/2724.
245 GLA 206/2434.
246 GLA 206/2721.
247 Vgl. Erbacher (wie Anm. 233), S. 17.
248 Vgl. StadtAK 2/R1.
249 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 101.
250 Vgl. Erbacher (wie Anm. 233), S. 20.
251 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 99.
252 Vgl. Erbacher (wie Anm. 233), S. 20–21.
253 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 102.
254 Vgl. Arthur Valdenaire: Die Karlsruher Marktplatzpyramide, in: Die Pyramide (1922), Nr. 46, S. 249–251.
255 Vgl. Erbacher (wie Anm. 233), S. 24f. und S. 28.
256 Vgl. v. Weech, Badische Geschichte (wie Anm. 1), S. 371.
257 Vgl. Leiser (wie Anm. 16), S. 227 und 231 (Mühlburger Privilegien 1670 und 1699).
258 Vgl. Albrecht Thoma: Geschichte von Mühlburg. Zur Einweihung der Karl-Friedrich-Gedächtnis-Kirche, Karlsruhe 1903, S. 23. Vgl. auch: Heinz Schmitt: Karlsruher Stadtteile, Mühlburg, Ausstellungskatalog, Karlsruhe 1982, S. 20.
259 Vgl. GLA 206/2239.
260 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 105. Zu Mühlburg vgl.: Thoma (wie Anm. 258), S. 25–26.
261 Vgl. Erbacher (wie Anm. 233), S. 56–57.
262 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 106.
263 Vgl. GLA 74/8473–8474.
264 Vgl. Erbacher (wie Anm. 233), S. 57–58.
265 Vgl. Thoma (wie Anm. 258), S. 27.
266 Vgl. GLA 206/2239.
267 Vgl. Erbacher (wie Anm. 233), S. 65.
268 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 106.
269 Vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 35.
270 Vgl. Erbacher (wie Anm. 233), S. 65–67.
271 Vgl. Thoma (wie Anm. 258), S. 23.
272 Vgl. Roller (wie Anm. 71), S. 225.
273 Vgl. Ehrenfried (wie Anm. 238), S. 13–14. Vgl. zum Folgenden auch: Wilhelm Sandfuchs Die katholische Kirche in Vergangenheit und Gegenwart 1710–1804, 4 Bde., Karlsruhe 1947–1956, Bd. 1. Tendenziös in der Darstellung: Joseph Bader: Kurze Geschichte der katholischen Pfarrgemeinde Karlsruhe, in: Freiburger Diözesanarchiv 13 (1880), S. 1–26.
274 Vgl. GLA 206/2724.
275 Vgl. GLA 206/2721.
276 Vgl. Ehrenfried (wie Anm. 238) und GLA 206/25.
277 Vgl. GLA 206/2724.
278 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 113. Vgl. dort, S. 115, auch zum Folgenden.
279 Vgl. Ehrenfried (wie Anm. 238), S. 56.
280 Vgl. Zehnter (wie Anm. 242), S. 639.
281 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 84. Grundlegend hierzu: Susanne Asche: Geschichte der Juden in Durlach bis 1715, in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 127), S. 21–40.
282 Vgl. Bräunche, Vom Schutzjuden (wie Anm. 127), S. 42, und Müller (wie Anm. 27), S. 34. Vgl. dort, S. 35, auch zum Folgenden.
283 Vgl. Privilegien 1722, S.V (wie Anm. 81).
284 Vgl. Bräunche, Vom Schutzjuden (wie Anm. 127), S. 44.
285 Vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 134.
286 Judenordnung von 1752, Pkt. 24 und 27, abgedruckt in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 127), Dokument Nr. 4, S. 523–530.
287 Vgl. zum Folgenden: Bräunche, Vom Schutzjuden (wie Anm. 127), S. 50–70.
288 Hierzu: Marie Salaba: Das jüdische Bettelhaus und das Hospital, in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 127), S. 296–300, S. 296f.
289 Judenordnung für die unterländische und oberländische Judenschaft 1715/1727, Pkt. 1, abgedruckt in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 127), Dokument Nr. 1, S. 512–515, S. 512.
290 Vgl. StadtAK 2/R967.
291 Vgl. Gerhard Everke: Synagogen in Karlsruhe. Von Friedrich Weinbrenner zu Josef Durm und Gustav Ziegler, in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 127), S. 221–246, S. 221–236.
292 Vgl. GLA 206/3445 und 206/1809.
293 Vgl. GLA 206/3450.
294 Vgl. GLA 206/3453.
295 Vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 55–56 und S. 63.
296 Vgl. GLA 206/1780 und Kapitel Stadträte und Bürgermeister.
297 Vgl. GLA 206/24.
298 Vgl. Müller (wie Anm. 27), S. 225.
299 Vgl. GLA 206/2409.
300 Vgl. GLA 206/2239.
301 Vgl. GLA 74/6850.
302 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 25.
303 Ludwig Häusser: Rede zum Geburtstagsfeste des höchstseeligen Großherzog Karl Friedrich von Baden und zur akademischen Preisverleihung am 22. 11. 1864 über die Regierung Karl Friedrichs, Heidelberg 1864, S. 5.
304 Vgl. Carl Wilhelm Friedrich Ludwig v. Drais: Gemälde aus dem Leben Carl Friedrich des ersten Großherzogs von Baden, Mannheim 1829, Bd. 1, S. 2–3.
305 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 27–28, und Jan Lauts: Karoline Luise von Baden. Ein Lebensbild aus der Zeit der Aufklärung, Karlsruhe 1980, S. 43–45.
306 Vgl. GLA 148/289. Die Bestätigung ist gedruckt bei Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), Beilage IV, S. XII–XIII.
307 Vgl. Walter Leibrand: Postrouten in Baden-Württemberg 1409–1803. Beiwort zur Karte X, 2. Historischer Atlas Baden-Württemberg, S. 5, und Carl Friedrich Nebenius (Aus dessen Nachlaß herausgegeben von Friedrich von Weech): Karl Friedrich von Baden, Karlsruhe 1868, S. 39.
308 Vgl. Carl Friedrich Wilhelm Ludwig v. Drais: Geschichte der Regierung und Bildung von Baden unter Carl Friedrich vor der Revolution, 2 Bde., Karlsruhe 1816–1818, Bd. 1, S. 27.
309 Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 150.

[310] Vgl. StadtAK 3/B2 fol. 70–75.
[311] Vgl. Kirchenbücher Kirchengemeindeamt Karlsruhe.
[312] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S.28–29.
[313] Vgl. Lauts (wie Anm. 305), S. 48–52.
[314] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 1), S. 137. Vgl. auch Lauts (wie Anm. 305), S. 52.

Die Entwicklung der Stadt bis zum Beginn des Großherzogtums Baden, Seiten 115 bis 187

[1] Vgl. Jan Lauts: Karoline Luise von Baden. Ein Lebensbild aus der Zeit der Aufklärung, Karlsruhe 1980, S. 73.
[2] Zum folgenden vgl. ebenda, S. 262–263 und 303–304, sowie Karl Gustav Fecht: Geschichte der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1887, S. 28–30.
[3] Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 2/R85 (Brandversicherungsliste).
[4] Karl Friedrich schätzte seine bürgerliche Schwägerin, deren Eheschließung er aus Standesgründen offiziell genehmigen mußte. 1777 ließ er ihre Kinder unter dem Namen einer bereits im 16. Jahrhundert erloschenen Familie von Seldeneck nobilitieren.
[5] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 30 und S. 194. Vgl. auch StadtAK 2/R966 (Laternengeldrechnung).
[6] Zitiert nach Fecht (wie Anm. 2), S.137. Weitere Sinnsprüche bei Carl Friedrich Wilhelm Ludwig v. Drais: Geschichte der Regierung und Bildung von Baden unter Carl Friedrich vor der Revolution, 2 Bde., Karlsruhe 1816–1818, Bd. 1, Beilage II.
[7] Vgl. Lauts (wie Anm. 1), S. 54–66.
[8] Vgl. Kapitel Vom Jagdhaus zum markgräflichen Schloß, Anm. 15.
[9] Vgl. Lauts (wie Anm. 1), S. 75.
[10] Vgl. ebenda, S. 142.
[11] Vgl. Carl Friedrich Nebenius: Karl Friedrich von Baden (Aus dessen Nachlaß herausgegeben durch Friedrich v. Weech), Karlsruhe 1868, S. 32–33.
[12] Vgl. Lauts (wie Anm. 1), S. 55–62.
[13] Vgl. Paul Lenel: Badens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung unter Markgraf Karl Friedrich 1738–1803, Karlsruhe 1912, Wolfgang Windelband: Die Verwaltung der Markgrafschaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs, Leipzig 1916 und allgemein zum Folgenden: Drais (wie Anm. 6), Bd. 1, S. 56–120, sowie Nebenius (wie Anm. 11), S. 50–88.
[14] Vgl. weiterführend hierzu: Bernhard Stier: Fürsorge und Disziplinierung im Zeitalter des Absolutismus. Das Pforzheimer Zucht- und Waisenhaus und die badische Sozialpolitik im 18. Jahrhundert, Sigmaringen 1988 (= Quellen und Studien zur Geschichte der Stadt Pforzheim Bd. 1).
[15] Zur Vereinheitlichung des Steuerwesens empfahlen die Physiokraten, die landesherrlichen Abgaben ausschließlich auf den landwirtschaftlichen Ertrag zu legen.
[16] Vgl. weiterführend hierzu: Clemens Zimmermann: Reformen in der bäuerlichen Gesellschaft. Studien zum aufgeklärten Absolutismus in der Markgrafschaft 1750–1790, Ostfildern 1983 (= Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd.3).
[17] Vgl. hierzu Kapitel Steuererleichterungen für die neue Residenz.
[18] Die Privilegien 1752 sind gedruckt bei Fecht (wie Anm. 2) Beilage V (künftig zitiert: Privilegien 1752), vgl. Pkte. 4 und 6.
[19] Vgl. ebenda, Pkt. 5.
[20] Vgl. ebenda, Pkt. 13. Vgl. auch Kapitel Händler, Krämer und Wirte.
[21] Vgl. Privilegien 1752, Pkt. 7 (wie Anm. 18).
[22] Vgl. Windelband (wie Anm. 13), S. 55–56 und S. 61, sowie Privilegien 1752, Pkte. 17 und 14 (wie Anm. 18).
[23] Vgl. Privilegien 1752, Pkte. 10, 7, 14, 12, 15 und 13 (wie Anm. 18).
[24] Vgl. ebenda, Pkte. 3 und 14.
[25] Vgl. ebenda, Pkte. 18, 15 und 16.
[25] Vgl. ebenda, Pkt. 2.
[27] Vgl. ebenda, Pkt. 14.
[28] Vgl. ebenda, Pkt. 13.
[29] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 206.
[30] Vgl. StadtAK 3/B2 fol. 101–104 und StadtAK 3/B3 fol. 168–173.
[31] Vgl. ausführlicher bei Christina Müller: Karlsruhe im 18. Jahrhundert. Zur Genese und sozialen Schichtung einer residenzstädtischen Bevölkerung, Karlsruhe 1992 (= Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 1), S. 283.
[32] Vgl. Kapitel Verfassung und Verwaltung.
[33] Vgl. StadtAK 3/B3 fol. 168–173 und 200–204.
[34] StadtAK 3/B3 fol. 275–278 und StadtAK 3/B6 fol. 157–159.
[35] Vgl. Baden-Durlacher Staats- und Adresse-Calender auf das Jahr 1766, S. 46, und Hochfürstlich-Markgräflicher Badischer Hof- und Staatskalender auf das Jahr 1775, S. 77.
[36] Vgl. v. Drais (wie Anm. 6), Bd. II, S. 181.
[37] Vgl. GLA 206/2613 und 2628.
[38] Vgl. Windelband (wie Anm. 13), S. 245–248.
[39] Vgl. Karl Pfaff: Geschichte der Stadt Stuttgart, Bd. 2, Stuttgart 1846, S. 199–200.
[40] Vgl. StadtAK 3/B8 fol. 101–103.
[41] Vgl. ebenda fol. 159 und fol. 42.
[42] Vgl. StadtAK 3/B9 fol. 18.
[43] StadtAK 3/B8 fol. 178–182.
[44] Vgl. StadtAK 3/B7 fol. 111.
[45] Vgl. GLA 206/2628.
[46] Vgl. Theodor Hartleben, Statistisches Gemälde der Residenzstadt Karlsruhe und ihrer Umgebungen, Karlsruhe 1815, S. 350–353, und Fecht (wie Anm. 2), S. 172.
[47] Vgl. zur Renovation des Karlsruher Schlosses nach 1752 grundlegend: Emil Gutmann: Das grossherzogliche Residenzschloß zu Karlsruhe, Heidelberg 1911, S. 35–123, S. 36, und Arthur Valdenaire: Das Karlsruher Schloß, Karlsruhe 1931, S. 29–65, S. 30–32. Vgl. auch Fecht (wie Anm. 2), S. 174.
[48] Vgl. Gutmann (wie Anm. 47), S. 40.

[49] Farbige Abbildung und Erläuterung der Pläne bei Rosemarie Stratmann-Döhler: Zur Baugeschichte des Karlsruher Schlosses, in: „Klar und lichtvoll wie eine Regel", Planstädte der Neuzeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. Ausstellungskatalog Badisches Landesmuseum, Karlsruhe 1990, S. 279–296.

[50] Vgl. Valdenaire (wie Anm. 47), S. 58, und Lauts (wie Anm. 1), S. 271.

[51] Vgl. Gutmann (wie Anm. 47), S. 59.

[52] Vgl. Lauts (wie Anm. 1), S. 74.

[53] Vgl. Gutmann (wie Anm. 47), S. 66, und Stratmann-Döhler (wie Anm. 49), S. 291.

[54] Vgl. Valdenaire (wie Anm. 47), S. 40.

[55] Vgl. Stratmann-Döhler (wie Anm. 49), S. 291.

[56] Vgl. Lauts (wie Anm. 1), S. 271. Zur Inneneinrichtung vgl. die detaillierte Beschreibung bei Heinrich Funck: Der badische Hofgelehrte Ring beschreibt 1772 das Karlsruher Schloß, in: Die Pyramide (1921), Nr. 31, S. 242–243.

[57] Vgl. Stratmann-Döhler (wie Anm. 49), S. 294. Eine genaue Beschreibung der Appartements bei Lauts (wie Anm. 1), S. 271–288, sowie der Repräsentationsräume bei Gutmann (wie Anm. 47), S. 68–73.

[58] Vgl. Lauts (wie Anm. 1), S. 214, und Valdenaire (wie Anm. 47), S. 47.

[59] Vgl. Baden-Durlacher Staats- und Adresse-Calender auf das Jahr 1766, S. 34, und Arthur Valdenaire, Kunstdenkmäler Karlsruhe, unv. Manuskript 1940, S. 29.

[60] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 178–179.

[61] Vgl. ebenda, S. 181–182. Zu Koelreuter siehe auch Kapitel Der Hof lädt ein…

[62] Vgl. Hartleben (wie Anm. 46), Anhang, Literarisches Karlsruhe, S. 37.

[63] Friedrich Leopold Brunn: Briefe über Karlsruhe. Berlin 1791 (ND Karlsruhe 1988), S. 17.

[64] Vgl. Beatrice Vierneisel: Mythologische Bildwerke auf dem Schloßplatz, in: Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715–1945, Karlsruhe 1987, S. 127–133 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 7), und Valdenaire (wie Anm. 47), S. 64.

[65] Vgl. Valdenaire, Schloß (wie Anm. 47), S. 64. Vgl. dort, S. 44, auch zum Folgenden.

[66] Vgl. ebenda, S. 63.

[67] Brunn (wie Anm. 63), S. 23–24.

[68] Vgl. GLA 74/9044 und Hartleben (wie Anm. 46), S. 129.

[69] Vgl. GLA 206 74/9047.

[70] GLA 206/24 (ediert bei Gottfried Leiber: Friedrich Weinbrenners städtebauliches Schaffen für Karlsruhe. Teil 1: Die barocke Stadtplanung und die ersten klassizistischen Entwürfe Weinbrenners. Karlsruhe 1996, Dokumente 3 und 4 (= Friedrich Weinbrenner und die Weinbrenner-Schule 2).

[71] Siehe auch Kapitel Klein-Karlsruhe.

[72] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 183. Vgl. dort, S. 186, auch zum Folgenden.

[73] GLA 206/24.

[74] Vgl. Gottfried Leiber: Vom Jagdsitz zur Stadtanlage. Die städtebauliche Entwicklung Karlsruhes bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, in: Klar und lichtvoll wie eine Regel (wie Anm. 49), S. 308.

[75] Vgl. StadtAK 3/B7 fol. 183–184, 196–199 und GLA 206/24.

[76] Vgl. StadtAK 3/B5 fol. 61–63.

[77] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 190.

[78] Vgl. Leiber, Vom Jagdsitz (wie Anm. 74), S. 308. Vgl. auch Kurt Ehrenberg: Baugeschichte von Karlsruhe. 1715–1870. Bau- und Bodenpolitik. Eine Studie zur Geschichte des Städtebaus. Karlsruhe 1909, S. 63, und Fecht (wie Anm. 2), S. 185.

[79] Vgl. Ehrenberg (wie Anm. 78), S. 6, Leiber, Vom Jagdsitz (wie Anm. 74), S. 310, und Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 2), S. 193.

[80] Vgl. hierzu: Wulf Schirmer: Friedrich Weinbrenner 1766–1826. Ausstellungskatalog Institut für Baugeschichte an der Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1987, S. 101.

[81] Vgl. Manfred Koch, Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992, S. 312 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 14).

[82] Vgl. hierzu ausführlich: Arthur Valdenaire: Der Karlsruher Marktplatz, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 96 (NF 57), 1948, S. 145–449.

[83] Vgl. Leiber, Vom Jagdsitz (wie Anm. 74), S. 309, und ders., Friedrich Weinbrenners städtebauliches Schaffen für Karlsruhe (wie Anm. 70), S. 155–183.

[84] Hartleben (wie Anm. 46), S. 82.

[85] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 189.

[86] Vgl. StadtAK 3/B7 fol. 274–276.

[87] Vgl. Wulf Schirmer: Karlsruhes Mitte – Der Marktplatz, in: Klar und lichtvoll (wie Anm. 49), S. 313–328, S. 317.

[88] Zu Weinbrenner vgl.: Arthur Valdenaire: Friedrich Weinbrenner. Sein Leben und seine Bauten, Karlsruhe 1926, und Stefan Sinos: Friedrich Weinbrenner. Sein Beitrag zur Baukunst des 19. Jahrhunderts, in: Karlsruher Beiträge 1, Karlsruhe 1981, S. 7–59.

[89] Privilegien 1752, Pkt. 1 (wie Anm. 18). Dort auch das folgende Zitat.

[90] Vgl. Ehrenberg (wie Anm. 78), S. 42.

[91] Vgl. StadtAK 2/R85. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[92] Vgl. Ursula Merkel: „Zur mehrerer Zierde und Gleichheit des Orths". Der Modellhausbau in Karlsruhe im 18. Jahrhundert., in: Klar und lichtvoll wie eine Regel (wie Anm. 49), S. 243–258, S. 252.

[93] Vgl. Ehrenberg (wie Anm. 78), S. 42.

[94] Vgl. StadtAK 2/R85 und 2/R967.

[95] Vgl. Merkel (wie Anm. 92), S. 251.

[96] Vgl. Ehrenberg (wie Anm. 78), S. 47.

[97] Vgl. StadtAK 3/B8 fol. 166 und fol. 215.

[98] Vgl. Ehrenberg (wie Anm. 78), S. 79.

[99] Vgl. Schirmer (wie Anm. 80), S. 114.

[100] Vgl. Ehrenberg (wie Anm. 78), S. 81f.

[101] Vgl. StadtAK 2/R967.

[102] Vgl. GLA 206/24.

[103] Vgl. StadtAK 2/R1055 und Fecht (wie Anm. 2), S. 186–188.

[104] StadtAK 3/B4 fol. 94–96.

[105] Vgl. StadtAK 2/R967.

[106] Vgl. GLA 206/24 und Fecht (wie Anm. 2), S. 188.

[107] Vgl. Gerhard Kabierske: Brunnen am Brunnenhaus in der Lammstraße, in: Denkmäler (wie Anm. 64), S. 124–126.
[108] Vgl. GLA 206/24.
[109] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 55.
[110] Vgl. StadtAK 3/B6 fol. 105 und Fecht (wie Anm. 2), S. 195.
[111] Vgl. Hartleben (wie Anm. 46), S. 30.
[112] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 428.
[113] Vgl. Hartleben (wie Anm. 46), S. 31, und Fecht (wie Anm. 2), S. 195.
[114] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 195 und 418.
[115] Vgl. General-Synodal-Verordnung für Baden-Durlach 1756 und Schul-Schematismus für die Baden-Durlachischen Lande 1766, in: Karl Brunner (Hrsg.): Die Badischen Schulordnungen Bd.1, Berlin 1902 (= Monumenta Germania Paedagogica 24), Nr. 12, S. 98–107, und Nr. 19, S. 135–166. Vgl. auch: Christina Müller: Der badische Erbanfall 1771 und die Konfessionsfrage. Konfessionskonflikt und Schulreform in der paritätischen Herrschaft Mahlberg, masch. Zulassungsarbeit zum Ersten Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien, Heidelberg 1987, S. 110–120 und S. 176–178.
[116] Zur Karlsruher Volksschule im 18. Jahrhundert vgl.: Benedikt Schwarz: Geschichte der Karlsruher Volksschule, Karlsruhe 1905, S. 1–102.
[117] Vgl. Johann Christian Sachs: Beyträge zur Geschichte des Hochfürstlichen Gymnasii zu Carlsruhe, in: Abhandlungen bey der Jubelfeyer der Carlsruher Fürstenschule wegen ihrer vor zweihundert Jahren 1586 zu Durlach geschehenen Stiftung, Durlach 1787, S. 135–140. Vgl. auch Gustav Wendt: Überblick der Geschichte des Gymnasiums, in: Festschrift zur 300jährigen Jubelfeier des Großherzoglichen Gymnasiums in Karlsruhe, Karlsruhe 1886, S. 7, und Fecht (wie Anm. 2), S. 124–125.
[118] Vgl. Karl Joseph Bouginé: Historische Nachricht der sämtlichen Classen des Gymnasii Illustris, entworfen 1780, in: Brunner (wie Anm. 115), Nr. 39, S. 417–429.
[119] Vgl. Wendt (wie Anm. 117), S. 10.
[120] Vgl. Karl Friedrich Vierordt: Geschichte der im Jahr 1586 zu Durlach eröffneten und 1724 nach Karlsruhe verpflanzten Mittelschule, Karlsruhe 1859, S. 130–132.
[121] Vgl. Brunn (wie Anm. 63), S. 101, und Drais (wie Anm. 6), Bd. II, Anhang, S. 109.
[122] Vgl. Johann August Schlettwein: Gutachten von der Reformation des Gymnasii zu Carlsruhe vom Jahre 1764, in: Johann August Schlettweins Archiv für den Menschen und Bürger 3 (1781), S. 229–268.
[123] Vgl. Sachs (wie Anm. 117), S. 151, und Vierordt (wie Anm. 120), S. 140. Vgl. auch Gertrud Waldecker: Das Anatomische Institut in Karlsruhe, in: Soweit der Turmberg grüßt 11 (1959), S. 109–115.
[124] Vgl. Brunn (wie Anm. 63), S. 107. Vgl. auch Errichtung eines Schul-Seminariums für Baden-Durlach, in: Brunner (wie Anm. 115), Nr. 23, S. 174–210.
[125] Vgl. Vierordt (wie Anm. 120), S. 152 und S. 148.
[126] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 306 und S. 288f. Vgl. auch Wendt (wie Anm. 117), S. 17.
[127] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 304–306.
[128] Vgl. Kunst in der Residenz – Karlsruhe zwischen Rokoko und Moderne. Ausstellungskatalog Staatliche Kunsthalle Karlsruhe, Karlsruhe 1990. S. 383. Vgl. auch Vierordt (wie Anm. 120), S. 142.
[129] Vgl. Schirmer (wie Anm. 99), S. 13, und Fecht (wie Anm. 2), S. 305.
[130] Vgl. Hartleben (wie Anm. 46), S. 51, und Ehrenberg (wie Anm. 78), S. 54.
[131] Vgl. Kunst in der Residenz (wie Anm. 128), S. 10, und Fecht (wie Anm. 2), S. 314.
[132] Vgl. GLA 206/2888 und Schwarz (wie Anm. 116), S. 22f. Schwarz verwechselt allerdings die Architektonische Schule mit der Doll'schen Schule.
[133] Vgl. GLA 206/2897 und Schwarz (wie Anm. 116), S. 25–27.
[134] Vgl. GLA 206/2888, StadtAK 3/B6 fol.140 und Hartleben (wie Anm. 46), S. 51.
[135] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 307.
[136] Vgl. zum Folgenden GLA 206/2897, Schwarz (wie Anm. 116), S. 91–96, und Brunner (wie Anm. 115), Nr. 47, S. 473–475.
[137] Vgl. Hartleben (wie Anm. 46), S. 194f., Anhang, S. 67–68, Schwarz (wie Anm. 116), S. 72–74, und Fecht (wie Anm. 2), S. 308.
[138] Vgl. Rudolf Schenda: Volk ohne Buch, München 1977, S. 444. Vgl. auch ders.: Alphabetisierung und Literarisierungsprozesse in Westeuropa im 18. und 19. Jahrhundert, in: E. Hinrichs/G. Wiegelmann (Hrsg.): Sozialer und kultureller Wandel in der ländlichen Welt des 18. Jahrhunderts, Wolfenbüttel 1982, S. 1–20, S. 3–7.
[139] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 316, und James Wald: Vom Provinzialverleger zur publizistischen Hegemonialmacht: Johann Friedrich Cotta in der Tübinger Zeit (1787–1810), in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons. Ausstellungskatalog Württembergisches Landesmuseum, Stuttgart 1987, Bd. 2, S. 645–667. Zur Karlsruher Verlagsgeschichte vgl.: Rainer Fürst: Buch und Druck in der Residenz. Chronik der Frühzeit des Karlsruher Verlagswesens von 1719 bis zum Tod Christian Friedrich Müllers 1821, in: Code Napoléon – Badisches Landrecht. Wegbereiter deutscher Rechtsgeschichte. Ausstellungskatalog Badische Landesbibliothek Karlsruhe, Heidelberg 1997, S. 14–23.
[140] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 316–319.
[141] Vgl. Karl Obser: Das älteste Karlsruher Anzeigeblatt, in: Die Pyramide Nr. 13 (1927), S. 51f.
[142] Vgl. Carlsruher Wochenblatt vom 28. Dezember 1757.
[143] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 317–323, und Obser (wie Anm. 141), S. 52.
[144] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 595, und Obser (wie Anm. 141), S. 52. Zu Christian Friedrich Müller vgl.: Rainer Fürst: Christian Friedrich Müller. Ein Lebensbild, in: Code Napoléon (wie Anm. 139), S. 42–61.
[145] Vgl. Nebenius (wie Anm. 11), S. 174.
[146] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 321.
[147] Vgl. Carlsruher Wochenblatt 1757.
[148] Zur Karlsruher Hofbibliothek vgl.: Wilhelm Brambach: Die Großherzogliche Hof- und Landesbiblio-

thek in Carlsruhe, o. O. 1875. Vgl. auch Hendrikje Kilian: Zur Geschichte der Badischen Landesbibliothek, Karlsruhe 1990 (= Vorträge Badische Landesbibliothek 22).

[149] Vgl. Brunn (wie Anm. 63), S. 111f.

[150] Vgl. Günther Haass: Geschichte des ehemaligen Großherzoglich-Badischen Hoftheaters Karlsruhe von seiner Gründung bis zur Berufung seines Reformators Eduard Devrient 1806–1852, Bd. 1, Karlsruhe 1934, S. 13–19.

[151] Vgl. Ulrich Im Hof: Das gesellige Jahrhundert. Gesellschaft und Gesellschaften im Zeitalter der Aufklärung, München 1982, S. 116–119.

[152] Vgl. Die ökonomische Gesellschaft zu Carlsruhe, in: Schlettweins Archiv für den Menschen und Bürger, Bd. 1, 1780, S. 430–462. Vgl. auch v. Drais (wie Anm. 6), Bd. I, S. 236–238, und Johann Behrens: Joseph Gottlieb Koelreuter. Ein Karlsruher Botaniker des achtzehnten Jahrhunderts, Karlsruhe 1894, S. 22f.

[153] Vgl. Claudine Pachnicke: „Geschlossene Gesellschaft", Lesegesellschaft und Museum, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons (wie Anm. 139), Bd. 1, 2, S. 1035f. Vgl. auch: Über die Anstalten, welche zur Verbreitung der Cultur durch Lektüre im protestantischen Baden bestehen, in: Magazin von und für Baden, Bd.1, (1802), S. 141–176.

[154] Vgl. GLA 206/1824. Zur Karlsruher Lesegesellschaft vgl.: Karl Widmer: Zur Geschichte der Karlsruher Museumsgesellschaft, in: Die Pyramide, Nr. 8 (1925), S. 59f.

[155] Vgl. GLA 447/1 und 447/9.

[156] Vgl. GLA 447/2.

[157] Vgl. StadtAK 2/R967.

[158] Vgl. GLA 447/9.

[159] Vgl. GLA 206/3216a.

[160] Vgl. Friedrich v. Weech: Karlsruhe, Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung, 3 Bde., Karlsruhe 1895–1904, Bd. 1, S. 523.

[161] Vgl. GLA 357/3016 und Weech (wie Anm. 160), Bd. 1, S. 523–524.

[162] Vgl. zum Folgenden: StadtAK 7/NII/221–222. Vgl. auch: v. Weech (wie Anm. 160), Bd. 1, S. 290–292, Dieter Hein: Umbruch und Aufbruch. Bürgertum in Karlsruhe und Mannheim 1780–1820, in: Lothar Gall (Hrsg.): Vom alten zum neuen Bürgertum (= Historische Zeitschrift (HZ), Beiheft 14), S. 447–515, S. 497, Pachnicke (wie Anm. 153), S. 1038, und Olivia Hochstrasser: Hof, Stadt, Dörfle – Karlsruher Frauen in der vorbürgerlichen Gesellschaft (1715–1806), in: Susanne Asche u.a.: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, S. 19–101, S. 95–96 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15).

[163] Vgl. Badenscher Hof- und Staatskalender auf das Jahr 1792, S. 21, und Brunn (wie Anm. 63), S. 98.

[164] Vgl. Hartleben (wie Anm. 46), Anhang, S. 74.

[165] Vgl. Jürgen Voss: Voltaire und der badische Hof (1758–1789), in: Peter Brockmeier/Roland Desné/Jürgen Voss (Hrsg.): Voltaire und Deutschland. Quellen und Untersuchungen zur Rezeption der Französischen Aufklärung, Stuttgart 1979, S. 41–54. Vgl. auch Lauts (wie Anm. 1), S. 129–138.

[166] Vgl. zum Folgenden v. Drais (wie Anm. 6), Bd. II, Anhang, S. 80. Vgl. auch Brunn (wie Anm. 63), S. 102–104, und Heinrich Funck: J. H. Landolts Aufzeichnungen über seinen Aufenthalt in Karlsruhe im September 1782, in: Die Pyramide 1917, Nr. 39, S. 159–160.

[167] Vgl. GLA 447/2.

[168] Vgl. Johann Lorenz Böckmann: Welche Fortschritte machen Mathematik und Naturlehre in den Badischen Landen?, in: Abhandlungen bey der Jubelfeyer der Carlsruher Fürstenschule wegen ihrer vor dreihundert Jahren 1586 zu Durlach geschehenen Stiftung, Durlach 1787, Teil III, 2.

[169] Vgl. Funck (wie Anm. 166), S. 159, und Badischer Hof- und Staatskalender auf das Jahr 1775, S. 56.

[170] Vgl. StadtAK 3/B7 fol. 221–223.

[171] Vgl. zum Folgenden: Johanna Fries: Friedrich Dominikus Ring, in: Die Pyramide 1925, Nr. 8.

[172] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 324f.

[173] Vgl. Kapitel Religiöse Toleranz und ihre Grenzen.

[174] GLA 206/2722.

[175] Vgl. zum Folgenden: Johann Georg Schlosser (1739–1799). Ausstellungskatalog Badische Landesbibliothek Karlsruhe, Karlsruhe 1989 und Eberhard Gothein: Johann Georg Schlosser als badischer Beamter, Heidelberg 1899 (= Neujahrsblätter der Badischen Historischen Komission NF 2).

[176] Vgl. Johan van der Zande: Die Tugend der Selbstachtung. Schlossers Verhältnis zu Karl Friedrich von Baden, in: Johann Georg Schlosser (wie Anm. 175), S. 33–51, S. 42.

[177] Vgl. Brunn (wie Anm. 63), S. 82. Vgl. auch v. Drais (wie Anm. 6), Bd. 2, Anhang, S. 84, und Lauts (wie Anm. 1), S. 127.

[178] Vgl. v. Drais (wie Anm. 6), Bd. 2, Anhang, S. 89.

[179] Vgl. Lauts (wie Anm. 1), S. 86. Vgl. auch v. Drais (wie Anm. 6), Bd. 2, Anhang, S. 103.

[180] Vgl. Johann Behrens: Joseph Gottlieb Koelreuter. Ein Karlsruher Botaniker des achtzehnten Jahrhunderts, Karlsruhe 1894.

[181] Vgl. StadtAK 2/R967.

[182] Vgl. Lauts (wie Anm. 1), S. 308f.

[183] Vgl. Nebenius (wie Anm. 11), Beilage II, S. 268–277.

[184] Vgl. Johann Caspar Lavater: Physiognomische Fragmente zur Beförderung der Menschenkenntnis und Menschenliebe. Erster Versuch, Leipzig und Winterthur 1775–78.

[185] Vgl. Behrens (wie Anm. 180), S. 33.

[186] Vgl. v. Weech (wie Anm. 160), Bd. 1, S. 69–71. Dort, S. 71, auch das folgende Zitat. Vgl. auch Lauts (wie Anm. 1), S. 311f.

[187] Vgl. Lauts (wie Anm. 1), S. 320–322. Ein zweiter Besuch folgte 1779 gemeinsam mit Herzog Karl August von Sachsen.

[188] Vgl. Heinrich Funck: Glucks zweimaliges Zusammentreffen mit Klopstock am Hofe Karl Friedrichs von Baden 1774 und 1775, in: Euphorion 1894, S. 790–792.

[189] Vgl. v. Weech (wie Anm. 160), S. 72.

[190] Hierzu: Karl Obser: Klopstocks Beziehungen zum Karlsruher Hofe, in: ZGO 45, NF 6 (1891), S. 235–262.

[191] Vgl. Heinrich Funck: Wo wohnte Klopstock in Karlsruhe?, in: Die Pyramide (1920), Nr. 22.
[192] Vgl. Lauts (wie Anm. 1), S. 315–320.
[193] Vgl. Hansmartin Schwarzmaier: Jung-Stilling und der Karlsruher Hof, in: Jung-Stilling. Arzt – Kameralist – Schriftsteller zwischen Aufklärung und Erweckung. Ausstellungskatalog Badische Landesbibliothek Karlsruhe, Karlsruhe 1990, S. 143–164.
[194] GLA 375/31.
[195] Vgl. GLA 206/1789.
[196] Vgl. StadtAK 2/R5057. Der Bürgermeister erscheint seit 1789 in den Quellen.
[197] StadtAK 3/B7 fol. 93–96.
[198] Vgl. GLA 357/32. Vgl. auch Hartleben (wie Anm. 46), S. 343, und Fecht (wie Anm. 2), S. 213.
[199] Vgl. GLA 206/2409. Vgl. auch Vgl. Hermann Erbacher (Hrsg.): Suchet der Stadt Bestes. Festschrift der Evangelischen Kirchengemeinde Karlsruhe zum Stadtjubiläum 1715–1965, Karlsruhe 1965, S. 50.
[200] Vgl. Erich Pelzer: Die französische Revolutionspropaganda am Oberrhein (1789–1799), in: Hans-Otto Mühleisen (Hrsg.): Die Französische Revolution und der deutsche Südwesten, München/Zürich 1989, S. 165–182 (= Schriftenreihe der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg), S. 178. Vgl. auch Jürgen Voss: Baden und die Französische Revolution, in: Ders. (Hrsg.): Deutschland und die Französische Revolution. 17. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris, 29. 09.–02. 10. 1981, München 1983, S. 98–117, S. 108 (= Francia, Beiheft 12).
[201] GLA 206/1789. Vgl. dort auch zum Folgenden.
[202] Vgl. v. Weech (wie Anm. 160), S. 122f., und Voss (wie Anm. 200), S. 108–109.
[203] Vgl. GLA 206/1789.
[204] Vgl. GLA 206/2930–2939.
[205] Vgl. GLA 357/31.
[206] Vgl. GLA 206/1789.
[207] GLA 357/32.
[208] GLA 357/31.
[209] Vgl. GLA 357/32.
[210] 6. Konstitutionsedikt von 1808: Die Grundverfassung der verschiedenen Stände, Nr. 24 e) gedruckt in: Vollständige Sammlung aller in den Großherzoglich Badischen Staats- und Regierungsblättern von 1803 bis 1825 inclusive enthaltenen Gesetze, Edikte, Ministerialverordnungen und Rechtsbelehrungen. Erster Teil. Karlsruhe 1826, S. 671.
[211] Vgl. Bekanntmachung im Großherzoglich Badischen Regierungsblatt am 23. Oktober 1812, Nr. 31.
[212] Vgl. GLA 357/89.
[213] Vgl. GLA 74/9044, 74/9047, 74/9066–9070 und 74/9072.
[214] Vgl. Privilegien 1752, 21. und 22. Pkt. (wie Anm. 18).
[215] Vgl. StadtAK 2/R967.
[216] Vgl. GLA 206/2461.
[217] Vgl. StadtAK 2/R48.
[218] Vgl. GLA 74/9066.
[219] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 32.
[220] Vgl. ausführlicher bei Müller (wie Anm. 31), S. 371–383. Vgl. dort, S. 394, auch zum Folgenden.
[221] Vgl. GLA 74/5656.
[222] Vgl. GLA 206/2929–2939 und Müller, (wie Anm. 31), S. 387–389, hier auch weitere Beispiele.
[223] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 401, und Hartleben (wie Anm. 46), Statistisches Gemälde, S. 79–80.
[224] Vgl. Diedrich Saalfeld: Wandlungen der bäuerlichen Konsumgewohnheiten vom Mittelalter zur Neuzeit, in: Irmgard Birtsch (Hrsg.): Essen und Trinken in Mittelalter und Neuzeit, Sigmaringen 1987, S. 59–75, S. 59–66.
[225] Vgl. Wilhelm Abel: Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis, Hamburg 1974, S. 214, und Bernd Roeck: Bäcker, Brot und Getreide in Augsburg, Sigmaringen 1987, S. 151 (= Abhandlungen zur Geschichte der Stadt Augsburg 31). Vgl. auch Otto Konrad Roller: Die Einwohnerschaft der Stadt Durlach im 18. Jahrhundert in ihren wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen, dargestellt aus ihren Stammtafeln, Karlsruhe 1907, S. 298–299.
[226] Vgl. Müller, Karlsruhe (wie Anm. 31), S. 150–151. Auch in Basel wurde im Herbst 1770 zum variablen Brotpreis übergegangen, nicht jedoch in Durlach. Vgl. Clemens Zimmermann: „Noth und Theuerung" im badischen Unterland. Reformkurs und Krisenmanagement unter dem aufgeklärten Absolutismus, in: Aufklärung 2, 1 (1987), S. 95–119, S. 113.
[227] Vgl. Hans Medick: Hungerkrisen in der historischen Forschung. Beispiele aus Mitteleuropa vom 17.–19. Jahrhundert, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 14, 1 (1985), S. 95–103, S. 97.
[228] Vgl. hierzu: Abel (wie Anm. 225), S. 191–257.
[229] Vgl. v. Drais (wie Anm. 6), Bd. 1, S. 174–175.
[230] Vgl. Zimmermann (wie Anm. 226), S. 98.
[231] Berechnungen auf der Basis der lutherischen Kirchenbücher. Vgl. Müller, Karlsruhe (wie Anm. 31), S. 85. Vgl. dort, S. 89, auch zum Folgenden.
[232] Vgl. v. Drais (wie Anm. 6), Bd. 1., S. 174.
[233] Vgl. GLA 206/1755.
[234] Siehe Graphik Bevölkerungsentwicklung 1723–1794 (Vitalstatistik). Die Geburtenrate lag in Karlsruhe im letzten Jahrhundertdrittel normalerweise über der Sterberate, woran sich die beginnende Bevölkerungsexplosion erkennen läßt.
[235] Zum Wandel in der Armenpflege vgl.: Karl H. Metz: Staatsraison und Menschenfreundlichkeit. Formen und Wandlungen der Armenpflege im Ancien Régime Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG) 72 (1985), S. 1–25.
[236] Vgl. Kapitel Ein Stadtrat unter landesherrlicher Kuratel.
[237] GLA 357/2110.
[238] GLA 206/1735.
[239] Vgl. Horst Zuber: Die Privilegierte Wollen- und Zeughandlungs-Manufaktur zu Pforzheim mit einem einführenden Teil über die vorindustriellen wirtschaftlichen Gegebenheiten des 18. Jahrhunderts in der Markgrafschaft Baden, Augsburg 1969, S. 24.

[240] Vgl. Brunner (wie Anm. 115), Bd. 1, S. 168.
[241] Vgl. GLA 206/1819. Vgl. auch Hartleben (wie Anm. 46), S. 307, und Fecht (wie Anm. 2), S. 257–258.
[242] Vgl. Hartleben (wie Anm. 46), S. 308–309.
[243] Vgl. GLA 206/2637.
[244] Vgl. GLA 357/2110.
[245] Vgl. GLA 206/13.
[246] Vgl. Privilegien 1722, S. VI. und Privilegien 1752, Punkt 1 (wie Anm. 18).
[247] Vgl. GLA 206/1735, 206/1755.
[248] Vgl. Müller, Karlsruhe (wie Anm. 31), S. 346–349.
[249] Vgl. GLA 206/10.
[250] GLA 206/1755.
[251] GLA 357/2103.
[252] GLA 357/2110.
[253] Vgl. Michael Stürmer: Herbst des Alten Handwerks, München 1979, S. 230–231.
[254] Vgl. GLA 54/67.
[255] GLA 54/65.
[256] Vgl. GLA 206/172.
[257] GLA 54/66.
[258] GLA 54/69.
[259] Vgl. Baden-Durlacher Staats- und Adresse-Calender auf das Jahr 1766 und Hochfürstlich-Markgräflicher Badischer Hof- und Staatskalender auf das Jahr 1775.
[260] Vgl. Badischer Hof- und Staatskalender auf das Jahr 1792.
[261] Vgl. Müller, Karlsruhe (wie Anm. 31), S. 265–266.
[262] Vgl. StadtAK 2/R967.
[263] Vgl. Müller, Karlsruhe (wie Anm. 31), S. 282–286.
[264] Vgl. GLA 206/3372 (z. B. Hofglaser Johann Xeller).
[265] Vgl. GLA 74/10426 und 74/2835. Vgl. dort auch zum Folgenden.
[266] Vgl. GLA 206/3423.
[267] Vgl. Allgemeines Intelligenz- und Wochenblatt für samtliche Hochfürstlich-Badische Lande (No. 27) vom 4. Juli 1793.
[268] Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1700–1815. Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära, Bd.1, München 1989, S. 103–106.
[269] Vgl. Zuber (wie Anm. 239), S. 49.
[270] GLA 206/1821.
[271] Die Namen und Gründungsdaten dieser Unternehmen führt Fecht an, vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 225.
[272] Vgl. GLA 206/1826.
[273] Vgl. GLA 206/1832.
[274] Vgl. GLA 206/1817.
[275] Vgl. StadtAK 3/B8 fol. 25–26. Zu Wilhelm Christian Griesbach, vgl.: Susanne Asche: Poesie, Fabrik, Verwaltung. Karlsruhes erster Oberbürgermeister Wilhelm Christian Griesbach (1772–1838). Vortrag im Stadtarchiv, 8. November 1994 und dies.: Bildung, Wirtschaft und Politik. Der erste Karlsruher Oberbürgermeister Christian Griesbach (1772–1838) als Vertreter des neuen Bürgertums, in: ZGO 144, NF 105 (1996), S. 355–379.
[276] Vgl. Brunn (wie Anm. 63), S. 38, und Hartleben (wie Anm. 46), S. 310–312.
[277] Vgl. Hartleben (wie Anm. 46), S. 303 und S. 312f. Vgl. auch Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 2), S. 226 und S. 476.
[278] Vgl. Theodor Kohlmann: Modelstecher, Briefmaler, Illuminist und Kartenmacher, in: Lexikon des alten Handwerks, München 1991², S. 164–167, S. 166.
[279] Vgl. Hartleben (wie Anm. 46), S. 313f., und Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 2), S. 477.
[280] Vgl. Hartleben (wie Anm. 46), S. 305, Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 2), S. 225, und Valdenaire (wie Anm. 59).
[281] Vgl. GLA 206/1827 und StadtAK 3/B6 fol. 162.
[282] Allgemeines Intelligenz- und Wochenblatt für samtliche Hochfürstlich-Badische Lande vom 5. Juli 1790, zitiert nach: Nachlaß Fritz Hugenschmidt, Landesdenkmalamt Karlsruhe.
[283] Vgl. Hartleben (wie Anm. 46), S. 304f.
[284] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 2), S. 472.
[285] Vgl. Hein (wie Anm. 162), S. 482.
[286] Vgl. Allgemeines Intelligenz- und Wochenblatt für samtliche Hochfürstlich-Badische Lande vom 16. April 1789.
[287] Vgl. Müller, Karlsruhe (wie Anm. 31), S. 100.
[288] Vgl. GLA 74/1804 (Besoldung des Obristen von Vasold).
[289] Berechnet nach GLA 74/9047 und 74/9072.
[290] Vgl. Rolf Engelsing: Der Arbeitsmarkt der Dienstboten im 17., 18., und 19. Jahrhundert, in: Hermann Kellenbenz (Hrsg.): Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt. Bericht über die 4. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Wien am 14. und 15. April 1971, München 1974, S. 159–237, S. 193.
[291] Vgl. StadtAK 3/B7 fol. 216–220.
[292] Vgl. Carlsruher Wochenblatt vom 24. Mai 1758.
[293] Vgl. Allgemeines Intelligenz- und Wochenblatt für samtliche Hochfürstlich-Badische Lande vom 30. Oktober 1777.
[294] Vgl. GLA 74/1804.
[295] Vgl. Carlsruher Wochenblatt vom 27. Juni 1759.
[296] Vgl. GLA 206/1109.
[297] Vgl. Rolf Engelsing: Einkommen der Dienstboten in Deutschland zwischen dem 16. und 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte 2 (1973) Tel Aviv, S. 11–65, S. 14–17.
[298] Leichenedikt vom 8. März 1755, in: Carl Friedrich Gerstlacher: Sammlung aller Baden-Durlachischen... Anstalten und Verordnungen, Bd. 1–3, Frankfurt a. M. 1773–1774, Bd. 3, S. 189–193.
[299] Vgl. Engelsing, Einkommen (wie Anm. 297), S. 29–33.
[300] Vgl. StadtAK 3/B105a.
[301] Vgl. StadtAK 3/B4 fol. 7.
[302] Vgl. Engelsing, Arbeitsmarkt (wie Anm. 290), S. 205.
[303] Carlsruher Wochenblatt vom 11. Januar 1758.
[304] Vgl. StadtAK 3/B4 fol. 43.
[305] Vgl. Engelsing, Arbeitsmarkt (wie Anm. 290), S. 176.
[306] Vgl. GLA 206/14, Hartleben (wie Anm. 46), S. 159–160 und Müller, Karlsruhe (wie Anm. 31), S. 361–363.
[307] Vgl. StadtAK 3/B4 fol. 8.
[308] Vgl. StadtAK 3/B6 fol. 64–65.
[309] Vgl. Voss (wie Anm. 200), S.101–103 (= Francia, Beiheft 12). Vgl. auch v. Weech, Karlsruhe (wie Anm. 160), S. 99.

[310] Vgl. zum Folgenden: Sabine Diezinger: Französische Emigranten und Flüchtlinge in der Markgrafschaft Baden (1789–1800), Frankfurt 1991 (= Europäsche Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 500).
[311] Vgl. Voss (wie Anm. 200), S. 104.
[312] Vgl. v. Weech (wie Anm. 160), S. 100f.
[313] Vgl. Diezinger (wie Anm. 310), S. 105.
[314] Vgl. zum Folgenden allgemein: Friedrich von Weech: Badische Geschichte, Karlsruhe 1890 (ND 1981), S. 441–476.
[315] Vgl. Fecht (wie Anm. 2), S. 151.
[316] Vgl. v. Weech, Karlsruhe (wie Anm. 160), S. 102–106.
[317] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 2), S. 233–235.
[318] Vgl. v. Weech, Karlsruhe (wie Anm. 160), S. 120–122.
[319] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 2), S. 153–159, und v. Weech, Karlsruhe (wie Anm. 160), S. 140–142.
[320] Vgl. Ehrenberg (wie Anm. 78), S. 22.
[321] Vgl. Voss (wie Anm. 200), S. 113.
[322] Vgl. v. Weech, Karlsruhe (wie Anm. 160), S. 146f.
[323] Vgl. v. Weech, Karlsruhe (wie Anm. 160), S. 166 (Beilage).
[324] Vgl. Michael Hörrmann: Von der Markgrafschaft zum Großherzogtum. Die territoriale Entwicklung Badens, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons (wie Anm. 139), Bd. 1, 1, S. 89.
[325] Vgl. v. Weech, Karlsruhe (wie Anm. 160), S. 181f.
[326] Die beiden jüngsten Töchter Erbprinzessin Amalies heirateten 1802 bzw. 1804. Marie von Baden schuf mit der Eheschließung mit Herzog Friedrich Wilhelm die Verbindung zum Hause Braunschweig-Wolfenbüttel, Wilhelmine ehelichte Ludwig II., Großherzog von Hessen. Vgl. Michael Hörrmann: Badische Heiratspolitik im napoleonischen Zeitalter, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons (wie Anm. 139), Bd. 1, 1, S. 144.
[327] Vgl. v. Weech, Karlsruhe (wie Anm. 160), S. 185–187.
[328] Vgl. Fecht, Karlsruhe (wie Anm. 2), S. 148.
[329] Vgl. III. Organisationsedikt vom 11. Februar 1803, in: Kurfürstlich Badische Landesorganisation. In 13 Edikten samt Beylagen und Anhang, Karlsruhe 1803, S. 1–10.
[330] Vgl. I. Organisationsedikt vom 4. Februar 1803, in: Kurfürstlich Badische Landesorganisation (wie Anm. 329).
[331] Vgl. Joseph Bader: Kurze Geschichte der katholischen Pfarrgemeinde Karlsruhe, in: Freiburger Diözesan Archiv 13 (1880), S. 1–26. Vgl. auch Robert Goldschmit: Die Stadt Karlsruhe, ihre Geschichte und ihre Verwaltung. Karlsruhe 1915, S. 235–236.
[332] Vgl. v. Weech, Karlsruhe (wie Anm. 160) , S. 198f.
[333] Vgl. Lauts (wie Anm. 1), S. 415–421.
[334] Vgl. v. Weech, Karlsruhe (wie Anm. 160), S. 201f.

Entwicklung und Ausbau zur großherzoglich badischen Haupt- und Residenzstadt 1806–1830, Seiten 191 bis 229

[1] Vgl. hierzu u. a. Lothar Gall: Gründung und politische Entwicklung des Großherzogtums bis 1848, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 11–36, S. 15f.
[2] Vgl. Ralf Roth: Bevölkerungsentwicklung, Konfessionsgliederung und Haushaltsanteile, in: Lothar Gall (Hrsg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionalen zur modernen Gesellschaft, Historische Zeitschrift (HZ) Beiheft 16, München 1993, S. 20–50, S. 27. Angaben ohne Militär.
[3] Vgl. hierzu die Zahlen bei Gustav Fecht: Geschichte der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1887, S. 464, und deren Interpretation bei Dieter Hein: Umbruch und Aufbruch. Bürgertum in Karlsruhe und Mannheim 1780–1820, in Lothar Gall (Hrsg.): Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäischen Städte im Umbruch 1780–1820, HZ 14, München 1991, S. 447–515, S. 458 und S. 480.
[4] Zitiert in: Karlsruher Nachrichten vom 20. Februar 1885.
[5] Vgl. Friedrich von Weech: Karlsruhe. Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung. 3 Bde., Karlsruhe 1895–1904, Bd. 1 (1715–1830), S. 301, und S. 315ff., bes. S. 321.
[6] Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 1/H-Reg 877.
[7] Vgl. GLA 206/2465 und Fecht (wie Anm. 3), S. 343.
[8] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 210.
[9] Vgl. StadtAK 2/R 5091, GLA 206/2467, 2468 und Weech (wie Anm.5), S. 318f. (auch zum Folgenden). Zu den beiden Dollmätsch siehe unten.
[10] Vgl. StadtAK 2/R 5091 und 5092.
[11] Vgl. StadtAK 2/R 5140.
[12] Vgl. StadtAK 2/R 5097.
[13] Vgl. StadtAK 2/R 5095 ff. und StadtAK 2/R 165ff., Robert Goldschmit: Die Stadt Karlsruhe, ihre Geschichte und ihre Verwaltung, Karlsruhe 1915, S. 163f., und Fecht (wie Anm. 3), S. 457f.
[14] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 124ff., 128, 131, 134f. und S. 142.
[15] Vgl. hierzu und zum Folgenden Siegfried Fiedler: Das Militärwesen Badens in der Zeit Napoleons, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung (Ausstellungs-Katalog). Hrsg. Württembergisches Landesmuseum Stuttgart, Stuttgart 1987, S. 255–273.
[16] Vgl. hierzu und zum Folgenden Goldschmit (wie Anm. 13), S. 27.
[17] Vgl. Großherzoglich badisches Staats- und Regierungsblatt (im folgenden Regierungsblatt) vom 7. Oktober 1808 und vom 25. März 1809. Vgl. auch Karl Stiefel: Baden 1648–1952. 2 Bde, Karlsruhe 1977, Bd. 2, S. 991ff. und S. 1016f. sowie Goldschmit (wie Anm. 13) , S. 27. Vgl. auch Fiedler (wie Anm. 15), S. 262.

[18] Vgl. Fecht (wie Anm. 3) , S. 340. Vgl. auch StadtAK 1/R 5140.

[19] Vgl. Stiefel (wie Anm. 17) Bd 2, S. 1015, und Fiedler (wie Anm. 15), S. 269, und Weech (wie Anm. 5), S. 320ff.

[20] Vgl. Fiedler (wie Anm. 15), S. 268, und Weech (wie Anm. 5), S. 321f.

[21] Vgl. hierzu und zum Folgenden Weech (wie Anm. 5), S. 326ff.

[22] Zitiert nach Weech (wie Anm. 5), S. 326.

[23] Auf den Zusammenhang von allgemeiner Wehrpflicht, Militarisierung und dem daraus folgenden Ausschluß der Frauen von den Errungenschaften der französischen Revolution in Frankreich weist Claudia Opitz hin. Vgl. Claudia Opitz: „Die vergessenen Töchter der Revolution" – Frauen und Frauenrechte im revolutionären Frankreich von 1789–1795, in: Helga Grubitsch, Hannelore Cyrus, Elke Haarbusch (Hrsg.): Grenzgängerinnen. Revolutionäre Frauen im 18. und 19. Jahrhundert. Weibliche Wirklichkeit und männliche Phantasien, Düsseldorf 1985, S. 287–310, und dies.: Der Bürger wird Soldat– und die Bürgerin...? Die Revolution, der Krieg und die Stellung der Frauen nach 1789, in: Viktoria Schmidt-Linsenhoff (Hrsg.): Sklavin oder Bürgerin? Französische Revolution und Neue Weiblichkeit 1760–1830. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung des Historischen Museums Frankfurt, Frankfurt/M. 1989, S. 38–54. Wurden die Folgen dieser Veränderungen zunächst für weibliche Lebensläufe und Lebenszusammenhänge untersucht und beschrieben, so bestätigen die Ergebnisse der seit einigen Jahren auch in Deutschland betriebenen Männergeschichtsforschung die Vermutung der Herausbildung neuer Geschlechtsidentitäten in diesen Jahrzehnten. So zeigen z. B. Ute Frevert und Karen Hagemann die Bedeutung der Freiheitskriege für die Durchsetzung eines modernen Männlichkeitskonzeptes. Vgl. Ute Frevert: Soldaten, Staatsbürger. Überlegungen zur historischen Konstruktion von Männlichkeit, in: Thomas Kühne (Hrsg.): Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne, Frankfurt/New York 1996, S. 69–87, und Karen Hagemann: „Heran, heran, zu Sieg und Tod!" Entwürfe patriotisch-wehrhafter Männlichkeit in der Zeit der Befreiungskriege, in: ebenda S. 51–68.

[24] Vgl. hierzu und zum Folgenden Großherzoglich Badisches Anzeigeblatt für den Kinzig-, Murg-, Pfinz- und Enzkreis vom 9. Februar 1814 und StadtAK 7/NI 1 Griesbach/151. Vgl. auch Weech (wie Anm. 5), S. 328ff., und Karlsruher Zeitung vom 28. Januar 1914, 2. Blatt.

[25] StadtAK 7/NI 1 Griesbach/151.

[26] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 335.

[27] Geschichte des Badischen Frauenvereins. Festschrift zur Feier der silbernen Hochzeit Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs Friedrich und der Großherzogin Luise und der Vermählung Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Viktoria mit seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen Oscar Gustav Adolf von Schweden und Norwegen am 20. September 1881, Karlsruhe 1881, S. III.

[28] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 338ff.

[29] Vgl. Karlsruher Intelligenz- und Wochenblatt vom 18. Oktober 1815. Intus: Programm der Feier des 18. Oktober 1815 als Jahrestag der großen Völkerschlacht bei Leipzig im Jahr 1813. Gefeiert zu Karlsruhe am 18. Oktober 1815.

[30] Zitiert nach Weech (wie Anm. 5), S. 341.

[31] Die Verwaltung der Markgrafschaft, die Bildung des Großherzogtums Baden und die sich daran anschließenden Verwaltungsreformen sind eingehend erforscht und dargestellt worden. Vgl. zur Verwaltungsgeschichte der Markgrafschaft Wolfgang Windelband: Die Verwaltung der Markgrafschaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs, Leipzig 1916. Vgl. zu den sich daran anschließenden Reformen u. a. Willy Andreas: Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802–1818. Hrsg. von der badischen Historischen Kommission, Bd. 1: Der Aufbau des Staates im Zusammenhang der allgemeinen Politik, Leipzig 1913, Franz Schnabel: Sigismund von Reitzenstein, der Begründer des badischen Staates, Heidelberg 1927, Hans Fenske: Allgemeine Geschichte Südwestdeutschlands im 19. Jahrhundert, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3. Vom Ende des alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, hrsg. von Hansmartin Schwarzmaier in Verbindung mit Hans Fenske, Bernhard Kirchgässner, Paul Sauer und Meinrad Schaab, Stuttgart 1992, S. 1–23, 2ff. Hans-Peter Ullmann: Baden 1800– 1830, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte (wie Anm. 46), S. 25–77, bes. S. 38–63, Gall, (wie Anm. 1), S. 11–36, S. 15ff., Bernd Wunder: Die Entstehung des modernen Staates in Baden und Württemberg, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons (wie Anm. 15), S. 103–120, bes. S. 105ff., Meinhard Schaab: Das 19. und 20. Jahrhundert, in: Das Land Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden. I. Bd., hrsg. von der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg 1974, S. 230–263, S. 246ff. und Paul Sauer: Napoleons Adler über Württemberg, Baden und Hohenzollern. Südwestdeutschland in der Rheinbundzeit, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1987, bes. S. 213ff.

[32] Vgl. Regierungsblatt vom 8. Juli 1808 und vom 25. Februar 1809. Vgl. auch Elisabeth Fehrenbach: Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten, Göttingen 1974, Norbert Gross: Der Code Napoléon als Badisches Landrecht. Eine deutsch-französische Rechtsbegegnung zur Gründungszeit des Verlages C. F. Müller 1797, in: Code Napoléon – Badisches Landrecht. Wegbereiter deutscher Rechtsgeschichte. Katalog zur Ausstellung in der Badischen Landesbibliothek anläßlich des 200. Jahrestages der Gründung des Verlages C. F. Müller 1797, Heidelberg 1997, S. 24–41. Vgl. zur Person Brauer auch Friedrich von Weech (Hg.): Badische Biographien. 1. Teil, Karlsruhe 1881, S. 117–124, und Bernhard R. Kroener: Johann Nikolaus Friedrich Brauer (1754–1813), in: Code Napoléon, S. 74–81.

[33] Vgl. hierzu u. a. Stiefel (wie Anm. 17), Bd. 1, S. 208ff.

[34] Vgl. zur Geschiche der Kirchenunion Johannes Ehmann: Union und Konstitution. Die Anfänge des kirchlichen Liberalismus in Baden im Zusammenhang der Unionsgeschichte (1797–1834), Karlsruhe 1994 (= Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der Evangelischen Landeskirche in Baden Bd. 50) und Hans Fenske: Die Kirchenunion in Baden. Zustandekommen und Probleme, in: Protestantismus und Politik. Zum politischen Handeln evangelischer Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933. Ausstellungskatalog der Badischen Landesbibliothek, Karlsruhe 1996, S. 9–27.

[35] Den Zusammenhang zwischen Sozialfrage und rechtlicher Gleichstellung der Juden hat für das Beispiel Baden erstmals Reinhard Rürup in auch heute noch überzeugender Weise dargelegt. Vgl. Reinhard Rürup: Die Emanzipation der Juden in Baden. In: ders.: Emanzipation und Antisemitismus, Göttingen 1975, S. 37–73. Vgl. zur allgemeinen Geschichte der badischen Juden auch Berthold Rosenthal: Heimatgeschichte der badischen Juden seit ihrem geschichtlichen Auftreten bis zur Gegenwart, Bühl, Baden-Baden 1927, Adolf Lewin: Geschichte der badischen Juden seit der Regierung Karl Friedrichs (1738–1909), Karlsruhe 1909, und Johann Anton Zehnter: Zur Geschichte der Juden in der Markgrafschaft Baden-Durlach, 4 Teile. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 51, NF 12 (T 1 und T 2), 1897, S. 385–436, S. 636–690 und ZGO 54, NF 15 (T 3 und T 4), 1897, S. 29–65, S. 547–610.

[36] Vgl. hierzu u. a. Jael Paulus: Emanzipation und Reaktion 1809–1862, in: Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. von Heinz Schmitt, Ernst Otto Bräunche und Manfred Koch, Karlsruhe 1988, S. 81–94 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 8).

[37] Regierungsblatt vom 1. Februar 1809.

[38] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 431.

[39] Rahel Varnhagen an Robert Ludwig am 29. August 1819, zitiert nach Detlev Claussen: Vom Judenhaß zum Antisemitismus. Materialien einer verleugneten Geschichte, Darmstadt 1987, S. 70f.

[40] Vgl. Regierungsblatt vom 2., 9. und 16. Dezember 1809.

[41] Vgl. hierzu Regierungsblatt vom 16. Dezember 1809 und auch zum Folgenden Bernd Breitkopf: Die alten Landkreise und ihre Amtsvorsteher. Die Entstehung der Landkreise und Ämter im heutigen Landkreis Karlsruhe – Biographien der Oberamtmänner und Landräte 1803–1997, Karlsruhe 1997, S. 59ff. (= Beiträge zur Geschichte des Landkreises Karlsruhe, Bd. 1).

[42] Vgl. hierzu und zum Folgenden Breitkopf (wie Anm. 41), S. 69, 101f., 175, 93, 177f. und S. 155f.

[43] Vgl. zur Funktion und Bedeutung der Amtmänner in dieser Epoche Joachim Eibach: Der Staat vor Ort. Amtmänner und Bürger im 19. Jahrhundert am Beispiel Badens, Frankfurt/New York 1994, S. 21–80.

[44] Regierungsblatt vom 16. Dezember 1806. Vgl. auch Theodor Hartleben: Statistisches Gemälde der Residenzstadt Karlsruhe und ihrer Umgebung, Karlsruhe 1815, S. 352.

[45] Vgl. hierzu und zum Folgenden Breitkopf (wie Anm. 41), S. 61f.

[46] Vgl. Hartleben (wie Anm. 44), S. 350f.

[47] Vgl. Regierungsblatt vom 9. und 16. Dezember 1809. Vgl. zur Veränderung der Gemeinderechte Wolfgang Leiser: Die Einwohnergemeinde im Kommunalrecht des Großherzogtums Baden, in: Bernhard Kirchgässner und Jörg Schadt (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit. Sigmaringen 1983, S. 39–59. (= Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung, Bd. 10).

[48] Vgl. Regierungsblatt vom 16. Dezember 1806. Im Gesetz hieß es wörtlich: „Die nötige Instruktion über seine Amtsführung erteilt ihm das Amtsrevisorat."

[49] Vgl. Stadt 2/R 156 und 158 sowie Karl Dollmätsch: Oberbürgermeister Dollmätsch und Altkarlsruhe, in: Karlsruher Tagblatt vom 1. März 1926.

[50] Vgl. z. B. Fecht (wie Anm. 3), S. 453, der das Amt des Stadtrechners mit dem des Stadtschreibers verwechselt. Vgl. auch Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992, S. 294 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 14), und Susanne Asche: Joseph Bernhard Dollmätsch, in: Wegweiser durch Karlsruhe 1995, Karlsruhe 1994, S. 40f. Der spätere Oberbürgermeister hatte aber nur das Amt des Ratsschreibers, für das er jährlich 30 Gulden bezog, und ab 1812 auch das des zweiten Bürgermeisters inne. Da Bernhard Dollmätsch allerdings auch Gewährs- und Rechnungsbücher führte, lag eine Verwechslung mit dem Stadtverrechner nahe. Lange Jahre, bis 1816, war dagegen der Kaiserwirt Dollmätsch in der Waldstraße 32 der Stadtverrechner. Sein Nachfolger war Christian Hauer. Vgl. StadtAK 2/ R 168.

[51] Vgl. Hartleben (wie Anm. 44), S. 359, und Leiser (wie Anm. 47), S. 46.

[52] Vgl. StadtAK 2/R 165 und 166 sowie Fecht (wie Anm. 3), S. 453. Für kurze Zeit war Seilermeister Groos zweiter Bürgermeister, bis Dollmätsch das Amt übernahm.

[53] Vgl. z. B. StadtAK 2/R 166 sowie Fecht (wie Anm. 3), S. 456.

[54] Vgl. hierzu und zum Folgenden Regierungsblatt vom 16. Dezember 1806 und Hartleben (wie Anm. 44), S. 358.

[55] Vgl. Regierungsblatt vom 9. und 16. Dezember 1809. Vgl. zur Veränderung der Gemeinderechte auch Leiser (wie Anm. 47).

[56] Vgl. hierzu auch u. a. Elisabeth Fehrenbach: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß, München 1891, S. 80, und Gall (wie Anm. 1), S. 20f.

[57] Vgl. z.B. zum jahrhundertelangen Kampf der Durlacher um größere Rechte gegenüber dem landesherrlichen Schultheißen und um größere Eigenständigkeit Susanne Asche, Olivia Hochstrasser: Durlach. Staufer-

gründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996, S. 52ff., 103ff., 208ff. und S. 255ff. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17).

[58] Vgl. StadtAK 2/R 156.

[59] Vgl. zur Biographie und Bedeutung Griesbachs Susanne Asche: Bildung, Wirtschaft, Politik. Der erste Karlsruher Oberbürgermeister Christian Griesbach (1772–1838) als Vertreter des neuen Bürgertums, in: ZGO 144, NF 105, 1996, S. 355–379. Zur Frühindustrialisierung Karlsruhes vgl. Hans Georg Zier: Die Industrialisierung des Karlsruher Raumes. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Badens, in: Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hsrg. von Alfons Schäfer am Oberrhein, Bretten 1973, S. 335–372 (= Oberrheinische Studien Bd. II).

[60] Der Begriff der bürgerlichen Leistungselite bzw. zu deren Durchsetzung auf kommunaler Ebene orientiert sich hier an den Ergebnissen des von Lothar Gall geleiteten Forschungsprojekts „Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert". Vgl. hierzu besonders Lothar Gall (Hrsg.): Vom alten zum neuen Bürgertum (wie Anm. 3), darin vor allem Dieter Hein: Umbruch und Aufbruch (wie Anm. 3) und ders. (Hrsg.): Stadt und Bürgertum im Übergang (wie Anm. 2).

[61] Weech (wie Anm. 5), S. 237.

[62] Vgl. hierzu z. B. die vielen Berechnungen und Quittierungen für die Einquartierungskosten StadtAK 2/R 5095ff.

[63] Vgl. hierzu und zum Folgenden die Bürgermeisterrechnungen der Zeit StadtAK 2/R 166ff., Hartleben, S. 365ff., Fecht, S. 457f., und Weech I, S. 443.

[64] Hartleben (wie Anm. 44), S. 365.

[65] Vgl. zur Familiengeschichte und zum Lebenslauf von Dollmätsch Fritz Hirsch: 100 Jahre Bauen und Schauen. 2 Bde., Bd. 2, Karlsruhe 1932, 201ff., Dollmätsch (wie Anm. 49), GLA 76/1654 und Karlsruher Tagblatt vom 7. Juli 1925.

[66] Das Bürgerbuch führt drei Söhne und drei Töchter an, Dollmätsch (wie Anm. 49) schreibt von 12 Kindern.

[67] Vgl. StadtAK 2/R 156 und 165 ff. sowie GLA 76/1654.

[68] Vgl. Wegweiser für die Großherzogliche Residenzstadt Karlsruhe. Hrsg. von den Policey-Commissairs von Rady und Scholl 1818 und 1820. Als Wohnort des Oberbürgermeisters wird die Kronenstraße 19 angegeben. Vgl. Dollmätsch (wie Anm. 49).

[69] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 244.

[70] Vgl. GLA 76/1654.

[71] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 445f., Goldschmit (wie Anm. 13), S. 164, und Gerhard Seiler: Änderungen in der kommunalen Finanzautonomie – Beispiel Karlsruhe, in: Kirchgässner, Schadt (wie Anm. 47), S. 60–111, S. 68.

[72] Vgl. Dollmätsch (wie Anm. 49).

[73] Vgl. GLA 76/1654.

[74] Vgl. Hirsch (wie Anm. 65), S. 383, und Sigmund Gehres: Kleine Chronik von Durlach. Zweiter Teil, Mannheim 1827, S. 111.

[75] Regierungsblatt vom 8. Juli 1808. Vgl. zur Bedeutung finanzieller Erwägungen für die Entstehung der Verfassung Elisabeth Fehrenbach: Bürokratische Reform und gesellschaftlicher Wandel. Die badische Verfassung von 1818, in: Ernst Otto Bräunche, Thomas Schnabel (Hrsg.): Die Badische Verfassung von 1818. Südwestdeutschland auf dem Weg zur Demokratie, Ubstadt-Weiher 1996, S. 13–24.

[76] Vgl. zur Geschichte und Funktion der Verfassung von 1818 u. a. Robert Goldschmit, Geschichte der Badischen Verfassungsurkunde 1818–1918, Karlsruhe 1918, Leonard Müller, Badische Landtagsgeschichte I. Der Anfang des landständischen Lebens im Jahr 1819, Berlin 1900, Karl Siegfried Bader, Die badische Verfassung von 1818 und ein Jahrhundert badischer Verfassungswirklichkeit, in: Neue Forschungen (wie Anm. 59), S. 49–68, Ullmann (wie Anm. 31), S. 38ff., und Hans Fenske, 175 Jahre badische Verfassung, hrsg. vom Karlsruher Stadtarchiv, Karlsruhe 1993, S. 1933 (hier auch weitere Literatur).

[77] Vgl. hierzu und zum Folgenden u. a. Fenske (wie Anm. 76), S. 24 und 28ff.

[78] Vgl. zur badischen Verfassung Fenske (wie Anm. 76), S. 23ff.

[79] Vgl. Fehrenbach (wie Anm. 75), S. 19.

[80] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 384f.

[81] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 394.

[82] StadtAK 7/NL 1 Griesbach/85.

[83] Vgl. zu Griesbachs Einschätzung der Landtagsarbeit auch Asche (wie Anm. 59), S. 376ff.

[84] Vgl. zu den Abgeordneten Goldschmit (wie Anm. 13), S. 150f. Vgl. zur Biographie und Herkunft der Abgeordneten CD-Rom Ernst Otto Bräunche, Manfred Koch, Alexander Mohr, Adelheid Rehbaum-Keller: Für Freiheit und Demokratie. Badische Parlamentsgeschichte 1818–1933, Stuttgart 1997.

[85] Vgl. Goldschmit (wie Anm. 13), S. 49, und Weech (wie Anm. 5), S. 385.

[86] Vgl. zur Baugeschichte des Ständehauses Gerhard Everke: Das Karlsruher Ständehaus, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons (wie Anm. 15), S. 449–472 und ders: Das Ständehaus in Karlsruhe – ein Monument deutscher Demokratiebestrebungen im Vormärz, in: Das neue Ständehaus. Stadtbibliothek und Erinnerungsstätte, Karlsruhe 1933, S. 53–62. Zur Erinnerungstätte vgl. Ernst Otto Bräunche u. a.: Erinnerungsstätte Ständehaus, in: ebenda, S. 43–52 und Ernst Otto Bräunche: Erinnerungsstätte Ständehaus. Der multimediale Weg in die badische Verfassung, in: Bräunche, Schnabel (wie Anm. 75), S. 67–70.

[87] Der Grundstein wurde 1962 bei Abrißarbeiten entdeckt und gerettet. Heute ist die Grundsteinplatte und der Inhalt des Grundsteins in der Erinnerungstätte Ständehaus in der Stadtbibliothek zu besichtigen.

[88] Vgl. Manfred Großkinsky: Das Großherzog-Karl-Denkmal, in: Gerlinde Brandenburger, Manfred Großkinsky, Gerhard Kabierske u. a.: Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715–1945, Karlsruhe 1987, S. 188–195 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 7).

[89] Vgl. zur Gemarkungsentwicklung Koch (wie Anm. 50), S. 307f.

[90] Vgl. hierzu und zum Folgenden Hartleben (wie Anm. 44), S. 28.

[91] Vgl. zur Vorgeschichte und zur Eingemeindung von Klein-Karlsruhe StadtAK 1/H-Reg 4413, Christina Müller: Karlsruhe im 18. Jahrhundert. Zur Genese und sozialen Schichtung einer residenzstädtischen Bevölkerung, S. 370ff. (= Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 1) und Alexander Mohr: 1815: Im Schatten der neuen Prachtstraßen, in: Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte. Hrsg. von Heinz Schmitt und Ernst Otto Bräunche, Karlsruhe 1990, S. 64–97, S. 66ff. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 10).

[92] Hartleben (wie Anm. 44), S. 345.

[93] Vgl. GLA 76/1654.

[94] Friedrich Justinian von Günderrode: Beschreibung einer Reise durch den Schwarzwald, 1771, S. 6f.

[95] Vgl. hierzu und zum Folgenden Weech (wie Anm. 5), S. 427ff., und Gerhard Kabierske, Susanne Stephan: Zweck und Zierde – Brunnen in der Stadt, in: Denkmäler (wie Anm. 88), S. 85–102, S. 86f., und diess.: Brunnen am Brunnenhaus in der Lammstraße, in: ebenda, S. 124–126.

[96] Hartleben (wie Anm. 44), S. 16.

[97] Vgl. zum Lebenslauf u.a. Arthur Valdenaire: Friedrich Weinbrenner. Sein Leben und seine Bauten, Karlsruhe 4. Auflage 1985, Alfred Woltmann: Friedrich Weinbrenner, in Badische Biographien 2, 1881, S. 435–438, und Stefan Sinos: Friedrich Weinbrenner. Sein Beitrag zur Baukunst des 19. Jahrhunderts, in: Karlsruher Beiträge Nr. 1, Mai 1981, S. 7–60, S. 9ff.

[98] Vgl. Valdenaire (wie Anm. 97) , S. 89ff.

[99] Hartleben (wie Anm. 44), S. 238f.

[100] Vgl. zur Bautätigkeit Weinbrenners Valdenaire (wie Anm. 97), zu seiner Karlsruher Tätigkeit vor allem S. 77ff. Vgl. Sinos (wie Anm. 97), Mohr (wie Anm. 91), S. 69ff., Wulf Schirmer: Friedrich Weinbrenner 1776–1826. Ausstellungskatalog Institut für Baugeschichte an der Universität Karlsruhe, 3. Aufl. Karlsruhe 1987 und Gerhard Everke: Palladios Einfluß auf die Architektur des badischen Klassizismus in der Ära Weinbrenner, in: Erik Forssman (Hrsg.): Palladio. Werk und Wirkung, Freiburg/B 1997, S. 147–186. Vgl. zum Bau der Synagoge Gerhard Everke: Synagogen in Karlsruhe. Von Friedrich Weinbrenner zu Josef Durm und Gustav Ziegler, in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 36), S. 221–246, S. 222ff. Zur katholischen Kirche vgl. u. a.: Wilhelm Sandfuchs: Die katholische Kirche von Karlsruhe in Vergangenheit und Gegenwart. II. Teil 1804 bis 1814, Karlsruhe 1948, S. 21 ff. Zum Ettlinger Tor vgl. u. a. Manfred Großkinsky: Ettlinger-Tor-Denkmal, in: Denkmäler (wie Anm. 88), S. 146–153. Zur Marktplatzgestaltung vgl. Kurt Ehrenberg: Baugeschichte von Karlsruhe 1715–1870. Bau- und Bodenpolitik. Eine Studie zur Geschichte des Städtebaus, Karlsruhe 1909, S. 64ff, und Wulf Schirmer: Karlsruhes Mitte – Der Marktplatz, in: Klar und lichtvoll wie eine Regel. Planstädte der Neuzeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. Ausstellungskatalog Badisches Landesmuseum, Karlsruhe 1990, S. 313–328.

[101] Vgl. Arthur Valdenaire: Karlsruhe, die klassisch gebaute Stadt, Augsburgs o. J., S. 45.

[102] Vgl. Ehrenberg (wie Anm. 100), S. 103.

[103] Vgl. zur Baugeschichte und der sich darin spiegelnden Rechtsverhältnisse auch Otto Grosch: Das Rathaus zu Karlsruhe. Darstellung der Geschichte und der Rechtsverhältnisse desselben. Handschriftliches Manuskript von 1887. (StadtAK Bibliothek Dr 2 Grosch).

[104] Vgl. zum Ablauf der Grundsteinlegung Weech (wie Anm. 5), S. 430f.

[105] Vgl. hierzu Valdenaire (wie Anm. 97), S. 77, und Sinos (wie Anm. 97), S. 18. Für die Einschätzung der Bedeutung Weinbrenners danke ich Gerhard Kabierske.

[106] Vgl. Fecht (wie Anm. 3), S. 195 und 418.

[107] Vgl. zur Geschichte der langwierigen und jahrelangen Planungen des Marktplatzes vor Weinbrenner Ehrenberg (wie Anm. 100), S.64 ff., und Schirmer: Karlsruhes Mitte (wie Anm. 100), S. 313–328.

[108] Vgl. hierzu Großkinsky (wie Anm. 88), S. 188–195, und ders.: Großherzog-Ludwig-Denkmal, in: Denkmäler (wie Anm. 88), S. 195–201.

[109] Vgl. zur Rezeption Wulf Schirmer: Die Architekten des 19. Jahrhunderts – von der Schule Weinbrenners bis Hermann Billing, Joachim Göricke: Klassiszismus – Tradition und neue Sachlichkeit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Ottokar Uhl: „Denkwürdigkeiten" – Aktualitäten. Zur Rezeption von Friedrich Weinbrenner, in: Karlsruher Beiträge Nr. 1 (wie Anm. 97), S. 61–102, S. 103–138 und S. 139–163.

[110] Woltmann (wie Anm. 97), S. 438.

[111] Vgl. Heinrich Klotz: Ein festlicher Auftakt. Die Pyramide Friedrich Weinbrenners auf dem Marktplatz von Karlsruhe, in: Frankfurter Rundschau vom 2. August 1997.

[112] Vgl. zum Privatbauwesen von 1801 bis 1831 Ehrenberg (wie Anm. 100), S. 94ff.

[113] Vgl. Karlsruher Intelligenz- und Wochenblatt vom 14. September 1811 und Hartleben (wie Anm. 44), S. 17.

[114] Hartleben (wie Anm. 44) S. 39. Vgl. hierzu auch Mohr (wie Anm. 91), S. 72.

[115] Vgl. hierzu Mohr (wie Anm. 91), S. 80ff.

[116] Vgl. Weech (wie Anm. 5) S. 168, und Hein (wie Anm. 3), S. 458.

[117] Vgl. Fecht (wie Anm. 3), S. 464, und Hein (wie Anm. 3), S. 480.

[118] Zitiert nach Weech (wie Anm. 5) S. 431.

[119] Vgl. Weech (wie Anm. 5) S. 168.

[120] Vgl. ebenda, S. 244, und Koch (wie Anm. 50), S. 312.

[121] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 168, und Juden in Karlsruhe (wie Anm. 36), S. 599.

[122] Vgl. hierzu im gesamtdeutschen Bereich Franz J. Bauer: Bürgerwege und Bürgerwelten. Familienbiographische Untersuchungen zum deutschen Bürgertum im 19. Jahrhundert, Göttingen 1991. Daß sich dies auch in der Funktion der Ersten Kammern der Zeit niederschlug, beschreibt Bernhard Löffler: Die Ersten Kammern und der Adel in den deutschen konstitutionellen Monarchien. Aspekte eines verfassungs-

und sozialgeschichtlichen Problems, in: HZ Bd. 265 (1997), S. 29–76.

[123] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 523, Hein (wie Anm. 3), S. 497f., Peter Pretsch: Karlsruher Vereine: die Museumsgesellschaft, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, Karlsruhe 1993, S. 186–190, und Dieter Hein: Kunst und bürgerlicher Aufbruch. Das Karlsruher Vereinswesen und der Kunstverein im frühen 19. Jahrhundert, in: Bilder im Zirkel. 150 Jahre Badischer Kunstverein Karlsruhe, hrsg. von Jutta Dresch und Wilfried Rößling im Auftrag des Badischen Kunstvereins, Karlsruhe 1993, S. 25–36, S.25ff.

[124] Vgl. StadtAK/8 StS 20/147, Hein (wie Anm. 3) S. 499, Pretsch (wie Anm. 123), S. 187, und ders.: Juden im Karlsruher Kulturleben des 19. und ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 36), S. 345–372, S. 346f.

[125] Vgl. Hein (wie Anm. 123), S. 29.

[126] Eugen Huhn: Karlsruhe und seine Umgebungen. Geschichte und Beschreibung, Karlsruhe 1843, S. 242.

[127] Elisabeth Fehrenbach: Adel und Bürgertum im Vormärz, in: HZ Bd. 258 (1994), S. 1–28, S. 209.

[128] GLA 357/3016. Vgl. zu dieser Gesellschaft auch Hein (wie Anm. 123), S. 29f.

[129] Zitiert nach Hein (wie Anm. 123), S. 30.

[130] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 523f.

[131] Vgl. ebenda, S. 300f.

[132] Vgl. hierzu und zum Folgenden Weech (wie Anm. 5), S. 367ff., und Goldschmit (wie Anm. 13), S. 47f.

[133] Zitiert nach Goldschmit (wie Anm. 13), S. 48.

[134] Vgl. GLA 206 /20 und Weech (wie Anm. 5), S. 370f.

[135] Vgl. zur Bedeutung des Kupferstechers Haldenwang Hasso von Haldenwang: Christian Haldenwang. Kupferstecher (1770–1831), Frankfurt 1997, S. 57ff.

[136] Vgl. Otto Goldfarb: Die kommerzielle und industrielle Entwicklung der Stadt Karlsruhe. Ein Beispiel aus der Geschichte der merkantilistischen Industrie- und Städtegründungen, Karlsruhe 1925, S. 199ff.

[137] Hartleben (wie Anm. 44), S. 315.

[138] Vgl. StAK 3/B 152, Goldfarb (wie Anm. 136), S. 21ff., Zier (wie Anm. 59), S. 335–372, und Hein (wie Anm. 3), S. 481f.

[139] Vgl. hierzu Hein (wie Anm. 3), S. 482.

[140] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 480f.

[141] Vgl. StadtAK 7/ NL 1 Griesbach/49.

[142] Vgl. hierzu StadtAK 1/SAS 27 und Weech (wie Anm. 5), S. 201f.

[143] Vgl. Goldfarb (wie Anm. 136), S. 23ff.

[144] Hartleben (wie Anm. 44), S. 145.

[145] Vgl. Albert Bürklin: Der Kanzleirath, oder Bilder aus dem Leben eines Subalternbeamten. Ernst-humoristischer Beitrag zur Besoldungsfrage, Karlsruhe 1857.

[146] Hartleben (wie Anm. 44), S. 145.

[147] Vgl. zur Entstehung und Geschichte der Pfandleihe und der Sparkasse Goldschmit (wie Anm. 13), S. 162f., Mohr (wie Anm. 91), S. 76f., und Gerhard Kabierske: Das ehemalige Leihhaus. Zur Geschichte des neuen Archivgebäudes; in: Ernst Otto Bräunche u. a.: Geschichte und Bestände des Stadtarchivs Karlsruhe. Karlsruhe 1990, S. 32–46, S. 32f. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 11).

[148] Vgl. Goldschmit (wie Anm. 13), S. 162.

[149] Vgl. Mohr (wie Anm. 91), S. 77.

[150] Zitiert nach ebenda, S. 77.

[151] Bericht in der Karlsruher Zeitung vom 6. November 1828. Zitiert nach Weech (wie Anm. 5), S. 412.

[152] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 415.

[153] Vgl. Lothar Gall: Einleitung, in: ders.: Stadt und Bürgertum im Übergang (wie Anm. 2) S. 3–12, S. 11.

[154] Vgl. hierzu Dieter Hein: Soziale Konstituierungsfaktoren des Bürgertums, in: Gall: Stadt und Bürgertum im Übergang (wie Anm. 2), S. 150–181.

[155] Hartleben (wie Anm. 44), S. 240.

[156] Vgl. hierzu und zum Folgenden Günther Haass: Theater am großherzoglichen Hof in Karlsruhe 1806–1846, in: Karlsruher Theatergeschichte. Vom Hoftheater zum Staatstheater, hrsg. vom Badischen Staatstheater und vom Badischen Generallandesarchiv, Karlsruhe 1982, S. 28–43. Vgl. zur Geschichte des Theaterbaues Valdenaire (wie Anm. 97), S. 207ff.

[157] Zitiert nach Haass (wie Anm. 156), S. 30.

[158] Hartleben (wie Anm. 44), S. 241f.

[159] Huhn (wie Anm. 126), S. 240.

[160] Hartleben (wie Anm. 44), S. 243. Vgl. zum Folgenden auch Festschrift 25 Jahre Staatliche Hochschule für Musik Karlsruhe 1971–1996, S. 9.

[161] Hartleben (wie Anm. 44), S. 285.

[162] Vgl. zur Geschichte des Karlsruher Kunstvereins vor allem Carsten Bernhard Sternberg: Die Geschichte des Karlsruher Kunstvereins, masch. Phil. Diss., Karlsruhe 1977 und Hein (wie Anm. 123), S. 31ff. Zur älteren Literatur vgl. Karl Obser: Der Badische Kunstverein, seine Gründung und Entwicklung bis zum Jahre 1832, Karlsruhe 1918 und Wilhelm Engler: Der Badische Kunstverein. Seine Entwicklung von der Gründung im Jahre 1818 bis zum Jahre 1952, Karlsruhe 1953.

[163] Gründungsaufruf zitiert nach Sternberg (wie Anm. 162), S.160.

[164] Vgl. ebenda, S. 24ff.

[165] Zitiert nach Hein (wie Anm. 123), S. 34.

[166] Vgl. zu Marie Ellenrieder u. a. Gerlinde Brandenburger-Eisele: Malerinnen in Karlsruhe 1715–1918, in: Susanne Asche u. a.: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, Karlsruhe 1992, S. 257–267, (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15), S. 257f., und dies.: Von Hofmalerinnen und Malweibern. Karlsruher Künstlerinnen im 19. Jahrhundert, in: Frauen im Aufbruch? Künstlerinnen im deutschen Südwesten 1800–1945. Katalog zur Ausstellung im Prinz-Max-Palais, Karlsruhe 1995, S. 129–149, S. 130, und StadtAK 8/ZGS.

[167] Rahel Varnhagen: Briefwechsel Bd. I V. Rahel und ihre Zeit, hrsg. von Friedhelm Kemp, München 1979, S. 124.

[168] Vgl. Koch (wie Anm. 50), S. 76.

[169] Weech (wie Anm. 5), S. 502.

[170] Huhn (wie Anm. 126), S. 153.

[171] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 506.

[172] Vgl. hierzu Rainer Fürst: Das „Bureau der deutschen Classiker" in Karlsruhe 1813–1834. Zweiter Teil. Die öffentliche Diskussion. Eine Dokumentation zur Verlagsgeschichte, Karlsruhe 1992 und ders.: „Diebesbande" oder „Institut zur Beförderung wissenschaftlicher Bildung für unsere Nation?", in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurt/Leipzig Nr. 50 vom 24. Juni 1997, S. 45–59. Vgl. zur Person Müllers auch Rainer Fürst: Christian Friedrich Müller. Ein Lebensbild, in Code Napoléon (wie Anm. 32), S. 42–61.

[173] Vgl. Weech (wie Anm. 5), S. 503f.

[174] Vgl. zur reichhaltigen Literatur über Johann Peter Hebel u. a. die Bibliographie bei Bibliographie der badischen Geschichte, begründet von Friederich Lautenschlager, 6. Bd., bearbeitet von Werner Schulz, Stuttgart 1973, S. 242ff.

[175] Weech (wie Anm. 5), S. 502.

Vormärz, Revolution und Reformation 1830–1862, Seiten 230 bis 297

[1] Heidelberger Wochenblatt vom 3. Januar 1831, zitiert nach Paul Nolte: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800–1850. Tradition – Radikalismus – Revolution, Göttingen 1994, S. 74.

[2] Vgl. zur Einschätzung dieser Jahre u. a. ebenda S. 74ff.

[3] Vgl. zu Großherzog Leopold Großherzog Leopold von Baden 1790–1852. Regent, Mäzen, Bürger. Versuch eines Porträts. Ausstellungskatalog der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe aus Anlaß seines 200. Geburtstages am 29. August 1990. Konzeption und Bearbeitung Klaus Häfner, Karlsruhe 1990. Zur allgemeinen zeitgenössischen Einschätzung Leopolds vgl. u. a. Hans Fenske: Baden 1830 bis 1860, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Bd. 3. Vom Ende des alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, hrsg. von Hansmartin Schwarzmaier in Verbindung mit Hans Fenske, Bernhard Kirchgässner, Paul Sauer und Meinrad Schaab, Stuttgart 1992, S. 79–132, S. 83ff.

[4] Stadt- und Landbote (SuL) vom 28. Oktober 1847.

[5] Vgl. zu den Zahlen Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992, S. 312 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 14), und Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung. Hrsg. von Heinz Schmitt, Ernst Otto Bräunche und Manfred Koch, Karlsruhe 1988, S. 599 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 8).

[6] Die Residenzstadt Karlsruhe, ihre Geschichte und Beschreibung. Festgabe der Stadt zur 34. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, Karlsruhe 1858, S. 66.

[7] Vgl. zu den Abgeordneten Robert Goldschmit: Die Stadt Karlsruhe ihre Geschichte und ihre Verwaltung. Festschrift zur Erinnerung an das 200jährige Bestehen der Stadt, Karlsruhe 1915, S. 150f. Vgl. zur jeweiligen Biographie und Herkunft CD-Rom Ernst Otto Bräunche, Manfred Koch, Alexander Mohr, Adelheid Rehbaum-Keller: Für Freiheit und Demokratie. Badische Parlamentsgeschiche 1818–1933, Stuttgart 1997.

[8] Vgl. hierzu Susanne Asche: Die Bürgerstadt, in: dies.: Olivia Hochstrasser. Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996, S. 147–443, S. 260ff. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17).

[9] Vgl. Friedrich von Weech: Karlsruhe. Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung. 3 Bde., Karlsruhe 1895–1904, Bd. 2 (1830–1852), S. 65f. und 72, sowie Goldschmit (wie Anm. 7), S. 150.

[10] Weech II (wie Anm. 9), S. 67. Vgl. zum Verlauf der Verfassungsfeier in Karlsruhe Karl Mathy: Die Verfassungsfeier in Baden am 22. August 1843, Mannheim 1843, S. 203ff. Vgl. zur Bedeutung der Verfassungsfeiern die Einschätzung bei Nolte (wie Anm. 1), S. 183ff.

[11] Mathy (wie Anm. 10), S. 212.

[12] Nach Nolte (wie Anm. 1), S. 243.

[13] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 25. März 1846.

[14] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 31. März 1846.

[15] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 75.

[16] Vgl. hierzu und zum folgenden u. a. Christina Wagner: Der Verlag C. F. Müller und die badische Zensur. Von der Zensurordnung 1797 bis zum badischen Pressegesetz 1832, in: Code Napoléon – Badisches Landrecht. Wegbereiter deutscher Rechtsgeschichte. Katalog zur Ausstellung in der Badischen Landesbibliothek anläßlich des 200. Jahrestages der Gründung des Verlages C. F. Müller, Heidelberg 1997, S. 82–95, S. 88ff. Vgl. zur Zensur allgemein u. a.: Dieter Breuer: Geschichte der literarischen Zensur in Deutschland, Heidelberg 1982 und Edda Ziegler: Literarische Zensur in Deutschland 1819–1848. Materialien, Kommentare, München 1983.

[17] Vgl. Großherzoglich Badisches Staats- und Regierungsblatt (im Folgenden Regierungsblatt) Nr. II vom 12. Januar 1832.

[18] Vgl. zur Pressefreiheit Weech II (wie Anm. 9), S. 49ff., und Wagner (wie Anm. 16), S. 90ff.

[19] Vgl. Kleine Erinnerungen an Jakob Malsch, in: Badische Landeszeitung vom 19. Dezember 1896.

[20] Vgl. SuL vom 6. April 1847 und Hanno Tauschwitz: Presse und Revolution 1848/49 in Baden. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der periodischen Literatur und zu ihrem Einfluß auf die Geschichte der badischen Revolution 1848/49, Heidelberg 1981, Anhang S. 25.

[21] Vgl. hierzu vor allem Nolte (wie Anm. 1), S. 1994.

[22] Vgl. zur Gemeindereform auch Wolfgang Leiser: Die Einwohnergemeinde im Kommunalrecht des Großherzogtums Baden, in: Bernhard Kirchgässner, Jörg Schadt (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit, Sigmaringen 1983 (= Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung Bd. 10),

S. 39–59, S. 44. Die kommunale Finanzautonomie, die mit dem Gesetz eingeläutet wird, schildert Gerhard Seiler am Karlsruher Beispiel vgl. Gerhard Seiler: Änderungen in der Kommunalen Finanzautonomie – Beispiel Karlsruhe, in Kirchgässner, Schadt, S. 60–111, S. 66 ff. Vgl. zum Gemeindegesetz auch Nolte (wie Anm. 1), S. 85ff. Vgl. zur finanziellen Lage Karlsruhes auch Weech II, S. 357f., und zum Schuldenstand Seiler, S. 68.

[23] Vgl. Leiser (wie Anm. 22), S. 48ff.

[24] Vgl. zu diesen Auseinandersetzungen z. B. Asche (wie Anm. 8), S. 274ff., und Susanne Asche: 1000 Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991, S. 98ff. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 13).

[25] Regierungsblatt vom 13. Dezember 1833, S. 259. In kleineren Gemeinden sank der Mindestkapitalsatz auf 1.500 bzw. 800 Gulden.

[26] Vgl. Nolte (wie Anm. 1), S. 133.

[27] Regierungsblatt vom 16. Januar 1837.

[28] Vgl. Nolte (wie Anm. 1), S. 141ff.

[29] Vgl. Leiser (wie Anm. 22), S. 52.

[30] Vgl. hierzu auch Hartmut Zoche: Die Gemeinde – ein kleiner Staat? Motive und Folgen der großherzoglich-badischen Gemeindegesetzgebung 1819–1914, Frankfurt/M., Bern, New York 1986, S. 120ff., und Leiser (wie Anm. 22), S. 58. Vgl. auch Ernst Otto Bräunche: Stadtrat und Bürgerausschuß, in: Residenz im Kaiserreich. Karlsruhe um 1890, hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe, Karlsruhe 1990, S. 118–126, S. 118.

[31] Zitiert nach Seiler (wie Anm. 22), S. 61.

[32] Vgl. auch Goldschmit (wie Anm. 7), S. 181.

[33] Seiler (wie Anm. 22), S. 67.

[34] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 357f., und Seiler (wie Anm. 22), S. 67ff.

[35] Vgl. Kurt Ehrenberg: Baugeschichte von Karlsruhe 1715–1870. Bau- und Bodenpolitik. Eine Studie zur Geschichte des Städtebaus, Karlsruhe 1909, S. 120ff., und Seiler (wie Anm. 22), S. 68 und S. 96f.

[36] Vgl. zu seinem Lebenslauf Angelika Herkert: August Klose, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, Karlsruhe 1993, S. 240–242, und Rainer Fürst: OB August Klose (1791–1872) und der „Kunstverlag" in Karlsruhe, in: ebenda, S. 134–137.

[37] Vgl. das Ehrenblatt „Dem Herrn Oberbürgermeister Karl Wilhelm Fueßlin nach sechsjährigem treuen Wirken der Wiedererwählung zu seinem Amte und der Erhebung zum Ritter des Zähringer Löwen-Ordens. Von den dankbaren Bürgern der Residenzstadt Carlsruhe den 8. April 1839" und Goldschmit (wie Anm. 7), S. 167. Auf die Schrift von 1839 zurückgreifend, übernehme ich von den beiden in der Literatur auftauchenden Vornamen Christian Karl oder Karl Wilhelm den letzteren.

[38] Vgl. Goldschmit (wie Anm. 7), S. 166f.

[39] Vgl. Seiler (wie Anm. 22), S. 67.

[40] Vgl. Friedrich von Weech: Jakob Malsch, in: Badische Biographien 5, Heidelberg 1906, S. 539–541. Kleine Erinnerungen an Jakob Malsch, in: Badische Landeszeitung vom 18. Dezember 1896 bis zum 8. Januar 1897, Engelbert Strobel; Jakob Malsch, Wilhelm Lauter und Karl Schnetzler. Drei Karlsruher Oberbürgermeister während der Regierungszeit Großherzog Friedrich I., in: So weit der Turmberg grüßt, 12. Jg., Nr. 10, Oktober 1960. Vgl. zur Geschichte des Malschbrunnens Gerhard Kabierske: Malsch-Brunnen, in: Gerlinde Brandenburger u. a.: Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715–1945, Karlsruhe 1987, S. 307–313 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Band 7).

[41] Vgl. zu dem Bau auch Karlsruhe 1870. Baugeschichtliche und Ingenieurwissenschaftliche Mittheilungen. Den Mitgliedern der XVI. Versammlung Deutscher Architekten und Ingenieure dargebracht vom badischen Techniker-Verein, Karlsruhe 1872, S. 71ff. Weech II (wie Anm. 9), S. 441ff., Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 8/ZGS, Kunst in der Residenz. Karlsruhe zwischen Rokoko und Moderne. Ausstellungskatalog Staatliche Kunsthalle, Karlsruhe 1990, S. 385.

[42] Vgl. Brigitte Baumstark: 1840 „...und es ist wirklich auch ein schöner Anblick, den langen Wagenzug mit größter Schnelligkeit majestätisch heranrollen zu sehen...", in: Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte, Karlsruhe 1990, S. 98–127, S. 114f. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 10).

[43] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 100ff., und Baumstark (wie Anm. 42), S. 114ff.

[44] Residenzstadt Karlsruhe 1858 (wie Anm. 6), S. 113f.

[45] Zitat nach Ehrenberg (wie Anm. 35), S. 123. Vgl. zu den Planungen auch ebenda, S. 122ff.

[46] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 108ff., Edwin Kech: Die Gründung der Großherzoglichen Badischen Staatseisenbahnen. Beitrag zur Geschichte der badischen Eisenbahnpolitik, Karlsruhe 1904, S. 33ff., Wolfgang von Hippel, Joachim Stephan, Peter Gleber und Hans-Jürgen Enzweiler: Eisenbahn-Fieber. Badens Aufbruch ins Eisenbahnzeitalter, Ubstadt-Weiher 1990, S. 35–115, und Hans-Jürgen Enzweiler: Staat und Eisenbahn. Bürokratie, Parlament und Arbeiterschaft beim badischen Eisenbahnbau 1833–1855, Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1995. Zum Bahnhofsbau in Karlsruhe vgl. auch Hans-Joachim Celwing: Friedrich Eisenlohr und die Hochbauten der Badischen Staatseisenbahn, Karlsruhe 1968. Zu den Auswirkungen auf das Karlsruher Alltagsleben in der damaligen Zeit vgl. Baumstark (wie Anm. 42), S. 116 ff.

[47] Vgl. hierzu u.a Weech II (wie Anm. 9), S. 111, und Baumstark (wie Anm. 42), S. 106. Zitat bei Ehrenberg (wie Anm. 35), S. 127.

[48] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 114.

[49] Vgl. SuL vom 28. Oktober 1847.

[50] Vgl. hierzu u. a. Arthur Valdenaire: Karlsruhe. Die klassisch gebaute Stadt, Augsburg o. J., S. 34ff.

[51] Eugen Huhn: Karlsruhe und seine Umgebungen. Geschichte und Beschreibung, Karlsruhe 1843, S. 69 und S. 66.

[52] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 84 und S. 354ff. Zitat ebenda, S. 356. Vgl. zur Baugeschichte dieser Zeit auch Ehrenberg (wie Anm. 35), S. 129ff.

[53] Vgl. zu seinem Lebenslauf und seiner Bedeutung für Karlsruhe u. a. Alfred Woltmann: Heinrich Hübsch, in: Badische Biographien I, Heidelberg 1875, S. 394–400, Arthur Valdenaire: Heinrich Hübsch. Eine Studie zur Baukunst der Romantik, Karlsruhe 1926 und Heinrich Hübsch 1795–1863. Der große Baumeister der Romantik. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs Karlsruhe und des Instituts für Baugeschichte der Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1983.

[54] Vgl. zu den Denkmälern Weech II (wie Anm. 9), S. 126ff., und im einzelnen Manfred Großkinsky: Großherzog-Ludwig-Denkmal, ders.: Das Großherzog-Karl-Friedrich-Denkmal, ders.: Projekt für ein Großherzog-Leopold-Denkmal, Gerlinde Brandenburger: Das Denkmal für die Opfer des Theaterbrandes, dies.: Johann-Peter-Hebel-Denkmal, dies.: Georg-Ludwig-Winter-Denkmal, Ursula Merkel: Das Preußen-Denkmal, in: Denkmäler (wie Anm. 40), S. 195–201, S. 218–230, S. 251f., S. 237–241, S. 213–218, S. 231–236, S. 237–241 und S. 241–250.

[55] Karlsruher Zeitung vom 19. November 1845.

[56] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 8. Februar und vom 21. August 1846.

[57] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 86f. Zitat ebenda, S. 87.

[58] Vgl. Karlsruher Beobachter vom 30. August, 3., 6., 10. und 13. September 1846.

[59] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 8. September und vom 5. Dezember 1846.

[60] Vgl. SuL vom 16. Oktober 1847.

[61] Vgl. zur Anfangsgeschichte des Gaswerkes auch Weech II (wie Anm. 9), S. 414ff., und Die Großherzoglich-badische Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe in ihren Maßregeln für Gesundheitspflege & Rettungswesen. Bei Veranlassung der Internationalen Ausstellung für Rettungswesen und Gesundheitspflege zu Brüssel im Auftrage des Stadtrats bearbeitet, Karlsruhe 1876, S. 30–56, S. 30ff. und S. 52.

[62] Vgl. hierzu StadtAK 1/H-Reg 653–657. Vgl. auch Rainer Beck u. a.: Industriearchitektur in Karlsruhe. Beiträge zur Industrie- und Baugeschichte der ehemaligen badischen Haupt- und Residenzstadt bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Karlsruhe 2. Aufl. 1993, S. 188f. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 6).

[63] Vgl. hierzu StadtAK 1/H-Reg 638–639, 643, 649–652.

[64] Vgl. zur Gasversorgung der eingemeindeten Dörfer StadtAK 1/H-Reg 616, 621–622, 614, 612 und 619.

[65] Vgl. Goldschmit (wie Anm. 7), S. 219ff. Vgl. zur Grötzinger Gasversorgung Asche, Grötzingen (wie Anm. 24), S. 150. Vgl. zu Hagsfeld Gerhard Linder: Eintausend Jahre Hagsfeld. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991, S. 201 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 12).

[66] J. Otto: Unterricht und Kunst, in: Das Großherzogtum Baden in geographischer, naturwissenschaftlicher, geschichtlicher, wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht dargestellt, Karlsruhe 1885, S. 654–693, S. 656.

[67] Vgl. Gerhard Silberer: Kleine Geschichte der Lehrerbildung in Karlsruhe, in: Karlsruher pädagogische Beiträge 17/1988, S. 7–78, S. 21ff.

[68] Zitiert nach Benedikt Schwarz: Geschichte der Karlsruher Volksschule, Karlsruhe 1905, S. 78.

[69] Vgl. hierzu Theodor Hartleben: Statistisches Gemälde der Residenzstadt Karlsruhe und ihrer Umgebungen, Karlsruhe 1815, S. 190ff., Huhn (wie Anm. 52), S. 170, und Schwarz (wie Anm. 68), S. 63ff.

[70] Vgl. zur Schulneuorganisation Schwarz (wie Anm. 68), S. 84ff.

[71] Vgl. StadtAK 8/PBS XVI 187.

[72] Vgl. zur katholischen Schule Schwarz (wie Anm. 68), S. 139ff. Vgl. zur jüdischen Schule ebenda, S. 100f., und Esther Ramon: Geschichte der jüdischen Erziehung in Karlsruhe 1730–1933, in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 5), S. 301–310.

[73] Vgl. zur katholischen Schule Schwarz (wie Anm. 68), S. 140ff. Goldschmit (wie Anm. 7), S. 256, und Wilhelm Sandfuchs: Die katholische Kirche von Karlsruhe in Vergangenheit und Gegenwart. 4 Teile, III. Teil 1815–1870, o. J., o. O., S. 61.

[74] Vgl. Schwarz (wie Anm. 68), S. 100f., und Ramon (wie Anm. 72), S. 303ff.

[75] Vgl. Schwarz (wie Anm. 68), S. 96ff.

[76] Vgl. ebenda, S. 50ff.

[77] Zitiert nach ebenda, S. 55f.

[78] Die Bildungspolitik für Mädchen bzw. die Verbesserung der Mädchenbildung im 19. Jahrhundert ist ein in der Forschung ausgiebig bearbeitetes Thema. Vgl. das Literaturverzeichnis im Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band III 1800–1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches hrsg. von Karl-Ernst Jeismann und Peter Lundgreen, München 1987, S. 190f. Zu den Entwicklungen in Baden vgl. Rupert Kubon: Weiterführende Mädchenschulen im 19. Jahrhundert. Am Beispiel des Großherzogtums Baden, Pfaffenweiler 1991. Zu den Karlsruher Verhältnissen vgl. vor allem Sigrid Schambach: Eigenständigkeit und Abhängigkeit – Karlsruherinnen in einer Zeit des Übergangs (1806–1859), in: Susanne Asche u .a.: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, Karlsruhe 1992, S. 135ff. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15), S. 102–170, und dies.: Mädchenbildung in standesgemäßen Grenzen. Widersprüche in der weiblichen Bildungsgeschichte des frühen 19. Jahrhunderts, in: Bildung durch Emanzipation. Karlsruhe und seine Bedeutung für die Mädchen- und Frauenbildung, in: Karlsruher pädagogische Beiträge 35/1995, S. 23–47.

[79] Vgl. zur Geschichte dieser Schule Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 357/4223 und 233/33242 sowie u. a. Sigrid Schambach, Mädchenbildung (wie Anm. 78), S. 32ff.

[80] StadtAK 3/B 52, S. 70. Vgl. auch zum Folgenden.

[81] Vgl. Hartleben (wie Anm. 69), S. 193f., und Schwarz (wie Anm. 68), S. 51ff. und S. 117ff.

[82] Vgl. GLA 357/4176 und 235/16138.

[83] Vgl. hierzu u. a. Geschichte des Badischen Frauenvereins. Festschrift zur Feier der silbernen Hochzeit Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs Friedrich und der Großherzogin Luise und der Vermählung Ihrer

Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Victoria mit seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen Oscar Gustav Adolf von Schweden und Norwegen am 20. September 1881, Karlsruhe 1881, S. 253, und Statuten für den Frauenverein zu Karlsruhe 1843, S. 11, sowie Susanne Asche: Der häusliche Herd im Klassenkampf. Schulbildung für die Mädchen der unteren Schichten im 19. Jahrhundert, in: Bildung und Emanzipation (wie Anm. 68), S. 48–64, S. 56ff.

[84] Blätter des Badischen Frauenvereins vom 15. September 1887.

[85] Vgl. Asche: Der häusliche Herd (wie Anm. 83) und Susanne Asche: Disziplinierung und Emanzipation: Kommunale Bildungspolitik für Mädchen und Frauen im Großherzogtum Baden, in: Bernd Kirchgässner, Hans-Peter Becht (Hrsg.): Stadt und Bildung, Sigmaringen 1997 (= Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung Bd. 24), S. 119–136, S. 132ff.

[86] Vgl. hierzu und zum Folgenden Karl Friedrich Kuhn: Die Gewerbeschule der Landeshauptstadt Karlsruhe i. B. in Vergangenheit und Gegenwart, Karlsruhe 1927, S. 2–56, und Führer durch die Ausstellung der gewerblichen Unterrichtsanstalten des Großherzogtums Baden. Veranstaltet zur Feier des 50jährigen Regierungsjubiläums Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs Friedrich in der Festhalle zu Karlsruhe 21. bis 29. Mai 1902, Karlsruhe 1902. Zu den Durlacher Entwicklungen vgl. Asche: Durlach (wie Anm. 8), S. 247ff.

[87] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 403ff.

[88] Vgl. hierzu und zum Folgenden Kuhn (wie Anm. 86) S. 48ff., und Weech II (wie Anm. 9), S. 427f.

[89] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 133.

[90] Vgl. hierzu und zum folgenden Kuhn (wie Anm. 86), S. 58ff.

[91] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 134.

[92] Vgl. Karl Friedrich Kuhn: Die Gewerbeschule, in: Karlsruhe 1911. Festschrift der 83. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte gewidmet von dem Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1911, S. 398–406, S. 398.

[93] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 137 und Kuhn (wie Anm. 86), S. 77. Zum Neubau vgl. ebenda, S. 83ff.

[94] Vgl. Eugen Beck: Der Neubau, in Kuhn (wie Anm. 86), S. 91–96, S. 91.

[95] Vgl. zur Geschichte der Technischen Hochschule Weech I (wie Anm. 9), S. 495, Goldschmit (wie Anm. 7), S. 300ff., Wilhelm Paulcke: Die Großherzogliche Technische Hochschule Karlsruhe, in: Festschrift Karlsruhe 1911 (wie Anm. 92), S. 421–453, Kuhn: Gewerbeschule (wie Anm. 86), S. 36ff., Die Technische Hochschule Fridericiana Karlsruhe 1950. Festschrift zur 125-Jahrfeier, hrsg. unter dem Rektorate des o. Professors für Gastechnik und Brennstoffverwertung Dr.-Ing. Ernst Terres, Karlsruhe 1950, S. 3–11, und Klaus-Peter Hoepke: Von der Polytechnischen Schule zur Technischen Hochschule, in: Koch: Chronik (wie Anm. 5), S. 104.

[96] Vgl. Huhn (wie Anm. 52), S. 137.

[97] Vgl. Schambach: Eigenständigkeit und Abhängigkeit (wie Anm. 78), S. 131.

[98] Vgl. ebenda, S. 132ff. Hier auch Hinweise auf die zu dieser Problemlage inzwischen sehr reichhaltige allgemeine Literatur.

[99] Vgl. ebenda, S. 145.

[100] Vgl. zu den Karlsruher Märkten der Zeit Huhn (wie Anm. 52), S. 147ff., und Weech II (wie Anm. 9) S. 368. Vgl. auch die Marktordnungen in den Adreßbüchern.

[101] Vgl. Seiler (wie Anm. 22), S. 68.

[102] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 109.

[103] SuL vom 6. Juli 1847. Hier auch die Darstellung der Bürgerausschußentscheidungen. Vgl. auch Weech II (wie Anm. 9), 95f.

[104] Vgl. zur Geschichte der Industrialisierung Hans Georg Zier: Die Industrialisierung des Karlsruher Raumes. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Badens, in: Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Alfons Schäfer, Karlsruhe 1973, S. 335–372, S. 339ff. (= Oberrheinische Studien Bd. II) und Ernst Otto Bräunche: Die Karlsruher Industrie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Industriearchitektur (wie Anm. 62), S. 12–20, S. 12f.

[105] Vgl. Huhn (wie Anm. 52), S. 137ff., und Karlsruher Adreßbuch von 1843.

[106] Vgl. Huhn (wie Anm. 52), S. 140, Residenzstadt Karlsruhe 1858 (wie Anm. 6), S. 116f. und Karlsruhe 1870 (wie Anm. 41), S. 179ff.

[107] Vgl. Huhn (wie Anm. 52), S. 138. Karlsruher Adreßbücher von 1843 und 1845 sowie Karlsruhe im Jahr 1870 (wie Anm. 41), S. 177.

[108] Vgl. Zier (wie Anm. 104), S. 346f., Weech II (wie Anm. 9), S. 109ff., Huhn (wie Anm. 52), S. 139f., Residenzstadt Karlsruhe 1858 (wie Anm. 6), S. 116, Karlsruhe 1870 (wie Anm. 41), S. 176f., und Peter Gleber: Die Badische Eisenbahn und die Anfänge des Lokomotivenbaues in Baden, in: Hippel, Stephan, Gleber, Enzweiler (wie Anm. 46), S. 185–193.

[109] Vgl. zu den unterschiedlichen Entwürfen und Positionen StadtAK 8/PBS XVI 187, Karlsruher Beobachter vom 2., 5., 9., 12., 16., 19. und 23. April, 10., 17. Mai, 4., 7. und 11. Juni, 9. 19., 23. und 30. Juli 1846. Vgl. die Darstellung bei Weech II (wie Anm. 9), S. 84ff. und S. 93ff., Ehrenberg (wie Anm. 35), S. 134ff., und Harald Ringler: Stadtplanung in Karlsruhe von 1835–1985, in: Leben in der Fächerstadt. Vortragsreihe des Forums für Stadtgeschichte und Kultur zur Gründung der Stadt Karlsruhe vor 275 Jahren, S. 49–76, S. 50ff. (= Karlsruher Beiträge Bd. 6).

[110] Zur Bauordnung vgl. GLA 206/130, zur Oktroiregelung Seiler (wie Anm. 22), S. 73f.

[111] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 359.

[112] Vgl. StadtAK 8/PBS XVI 187. Auf dem Plan sind die beiden diskutierten Entwürfe eingezeichnet.

[113] Vgl. zu den Debatten im Bürgerausschuß SuL vom 10. und 14. August 1847. Zum weiteren Verlauf vgl. Ehrenberg (wie Anm. 35), S. 140ff.

[114] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 9. Dezember 1846.

[115] Vgl. hierzu und zum Folgenden GLA 357/3898. Weech I (wie Anm. 95), S. 456f., Weech II (wie Anm. 9), S. 385f., Goldschmit (wie Anm. 7), S. 74f., und Schambach: Eigenständigkeit und Abhängigkeit (wie Anm. 78), S. 154ff.

[116] Vgl. Residenzstadt Karlsruhe 1858 (wie Anm. 44), S. 203.

[117] Vgl. Festschrift Karlsruhe 1911 (wie Anm. 92), S. 536.

[118] Vgl. ebenda, S. 527f., und Goldschmit (wie Anm. 7), S. 76 und S. 136.

[119] StadtAK 5/Durlach A 2168. Vgl. zur Geschichte der Rettungsanstalten auch Hermann Erbacher: Die Innere Mission in Baden. Ein Beitrag zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Evangelischen Landeskirche in Baden, Karlsruhe 1957, S. 71f. und S. 67 (= Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der evang. Landeskirche Badens, Bd. 18).

[120] Die älteste stand in Beuggen. Vgl. Erbacher (wie Anm. 119), S. 72. Vgl. zur Rettungsanstalt in Durlach auch Asche, Durlach (wie Anm. 8), S. 242f.

[121] GLA 357/4297. Vgl. hierzu und zum Folgenden ebenda und Schambach, Eigenständigkeit und Abhängigkeit (wie Anm. 78), S. 153f.

[122] Vgl. z. B. GLA 357/4284 und 4292 sowie Schambach, Eigenständigkeit und Abhängigkeit (wie Anm. 78), S. 138.

[123] Vgl. Theodor Längin: Fröbelsche Kindergärten, in: Festschrift Karlsruhe 1911 (wie Anm. 92), S. 522ff., und Schambach, Eigenständigkeit und Abhängigkeit (wie Anm. 78), S. 154

[124] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 391, und Huhn (wie Anm. 52), S. 230.

[125] Vgl. § 1 der Statuten für den Frauenverein zu Karlsruhe vom 21. November 1843. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[126] Vgl. z. B. Karlsruher Tagblatt vom 10. Februar 1847.

[127] Geschichte des Badischen Frauenvereins 1881 (wie Anm. 83), S. 252.

[128] Jahresbericht des Sophien-Frauenvereins Karlsruhe 1867, S. 10. Vgl. hierzu auch Schambach, Eigenständigkeit und Abhängigkeit (wie Anm. 78), S. 151ff.

[129] Geschichte des Badischen Frauenvereins 1881 (wie Anm. 83), S. 250.

[130] Vgl. zur Suppenanstalt StadtAK 1/H-Reg 1996, Huhn (wie Anm. 52), S. 229f., Residenzstadt Karlsruhe 1858 (wie Anm. 44), S. 207, und Geschichte des Badischen Frauenvereins 1881 (wie Anm. 83), S. 251f., Vgl. auch Baumstark (wie Anm. 42). S. 111f.

[131] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 9. Dezember 1846.

[132] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 419.

[133] Residenzstadt Karlsruhe 1858 (wie Anm. 6), S. 208. Vgl. zur Entstehung und Frühgeschichte des Vereins auch Karlsruher Beobachter vom 22. und 29. November sowie vom 3., 13. und 17. Dezember 1846.

[134] Vgl. Elisabeth Fehrenbach: Adel und Bürgertum im Vormärz in: Historische Zeitschrift (HZ) Bd. 258 (1994), S. 1–28, S. 21.

[135] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 44. Vgl. dort. S. 44 ff., auch zum Folgenden.

[136] Residenzstadt Karlsruhe 1858 (wie Anm. 44), S. 266ff.

[137] Vgl. zum Bürgerverein Huhn (wie Anm. 52), S. 243, Goldschmit (wie Anm. 7), S. 79, Weech II (wie Anm. 9), S. 458, Peter Pretsch: „Geöffnetes Narren-Turney." Geschichte der Karlsruher Fastnacht, Karlsruhe 1995, S. 20 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 16), und Koch (wie Anm. 5), S. 87.

[138] Vgl. zur Eintracht StadtAK 8/StS 20 268, 173 und 173 sowie Peter Pretsch: Karlsruher Vereine: die Gesellschaft Eintracht, in: Blick in die Geschichte 22 vom 18. März 1994 und ders. „Geöffnetes Narren-Turney" (wie Anm. 137), S. 20f. Vgl. auch Badischer Sängerbund. Werden und Wirken. Festgabe zum 100jährigen Bestehen am 14. September 1962, S. 4ff., und Albrecht Münch: Vom 1. Badischen Gesang-Fest in Karlsruhe zum Badischen Sängerbund, in: Blick in die Geschichte 24 vom 16. September 1994.

[139] Huhn (wie Anm. 52), S. 242f.

[140] Vgl. Statuten der Gesellschaft Eintracht in Carlsruhe, Karlsruhe 1838 und 1844, StadtAK 8/StS 20, 172 und 173.

[141] Vgl. z. B. Karlsruher Beobachter vom 20. April und 1. September 1845.

[142] Vgl. z. B. das Verzeichnis der ordentlichen Mitglieder der ersten Abteilung von 1841, StadtAK 8/StS 20, 63.

[143] Vgl. Pretsch „Geöffnetes Narren-Turney" (wie Anm. 137), S. 20ff.

[144] Vgl. StadtAK 8/StS 20 / 170.

[145] Vgl. zum frühen Karlsruher Gesangvereinswesen Residenzstadt Karlsruhe 1858 (wie Anm. 6), S. 272ff., Badischer Sängerbund (wie Anm. 138), S. 4–14, und Münch (wie Anm. 138).

[146] Vgl. zum Stellenwert der Fahnen für das Selbstverständnis der ersten Karlsruher Gesangvereine z. B. Karlsruher Beobachter vom 2. und 6. März 1845.

[147] Residenzstadt Karlsruhe 1858 (wie Anm. 6), S. 274.

[148] Karlsruher Beobachter vom 7. Mai 1846. Dort auch das folgende Zitat.

[149] SuL vom 6. Juli 1847.

[150] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 4. Juni und vom 18. Juli 1847.

[151] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 4. Juli 1846.

[152] Karlsruher Tagblatt vom 1. Dezember 1846.

[153] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 17. Oktober 1846.

[154] Vgl. SuL vom 5., 8. und 12. Juni 1847.

[155] Vgl. StadtAK 8 / StS 20, 3.

[156] Karlsruher Beobachter vom 7. Mai 1846.

[157] Zitiert nach Tobias Engelsing: Im Verein mit dem Feuer. Die Sozialgeschichte der Freiwilligen Feuerwehr von 1830–1950, Konstanz 1990, S. 20f. Vgl. zum Folgenden Jos. Thomas Cathiau: Die Freiwillige Feuerwehr der Residenzstadt Karlsruhe in Beziehung auf Entwicklung und gegenwärtigen Stand des Feuerschutzes in derselben sowie im Großherzogtum Baden und im Deutschen Reich, in: Die Großherzoglich Badische Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe in ihren Maßregeln für Gesundheitspflege und Rettungswesen. II. Abteilung, Karlsruhe 1876, S. 285 ff., und Heinz Schmitt: Der Brand des Karlsruher Hoftheaters am 28. Februar 1847, in: Badische Heimat 1/1997, S. 109–116.

[158] Vgl. Erhard Giavina: „Der Hoftheaterbrand in Karlsruhe am 28. Februar 1847, dessen Entstehung, Verlauf und Folgen", Karlsruhe 1847, Wiest: Skizzenhafte Schilderung der schrecklichen Momente im Karlsruher Hoftheater bei dem Brandunglück am 28. Februar 1847 von Augenzeugen gesprochen und in Schnellschrift aufgefaßt, Karlsruhe 1847, Der Theaterbrand in Karlsruhe am 28. Februar 1847. Nach authentischen Quellen geschildert, o. O., o. J. und Das traurige Ereigniß des Theaterbrandes zu Karlsruhe am 28. Februar 1847, Karlsruhe 1847.

[159] Vgl. hierzu und zum Folgenden vor allem Cathiau (wie Anm. 157), S. 293ff.

[160] Vgl. SuL vom 30. März 1847.

[161] Vgl. Nolte (wie Anm. 1), S. 278. Nolte zitiert den Bericht des preußischen Gesandten.

[162] Zitiert nach Cathiau (wie Anm. 157), S. 291f.

[163] Vgl. Nolte (wie Anm. 1), S. 212. Vgl. zum Folgenden auch Ernst Otto Bräunche: Karlsruhe im Vormärz und in der Revolution 1848/49, in: Leben in der Fächerstadt (wie Anm. 109), S. 107–126, S. 111ff.

[164] Vgl. SuL vom 7. und 21. Januar 1847.

[165] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 18. Dezember 1846 und Dieter Hein: Die bürgerlich-liberale Bewegung in Baden 1800–1880, in: Lothar Gall, Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus in 19. Jahrhundert. HZ Beihefte. Bd. 19, München 1995, S. 19–39, S. 22 und S. 26, Tabelle S. 37.

[166] Vgl. SuL vom 7. und 21. Januar 1847.

[167] Nolte (wie Anm. 1), S. 250, interpretiert das Wahlergebnis als Durchsetzung des Liberalismus, was aber vielleicht eine zu krasse Zuspitzung ist. Die Wahlen waren zwar der Ausdruck einer Politisierung der kommunalen Ebene, doch ist nicht sicher, ob die Frontlinien tatsächlich entlang den Grenzen „Liberalismus" und „Rückschritt" verliefen, oder ob es sich nicht lediglich um die Durchsetzung neuer Politikformen wie Absprachen und Bündnispolitik handelte.

[168] Karlsruher Tagblatt vom 18. und 25. Januar 1846.

[169] Karlsruher Adreßbuch von 1845.

[170] Karlsruher Beobachter vom 29. Januar 1846. Vgl. auch Weech I (wie Anm. 9), S. 31.

[171] SuL vom 21. Januar 1847.

[172] Zitiert nach Weech II (wie Anm. 9), S. 92. Vgl. auch Hein (wie Anm. 165), S. 27f.

[173] Vgl. SuL vom 27. Februar 1847.

[174] SuL vom 8. April 1847.

[175] SuL vom 8. April 1847.

[176] Vgl. SuL vom 10. April 1847 und Adreßbuch 1845.

[177] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 97 und S. 406.

[178] Vgl. SuL vom 15. April 1847.

[179] Weech II (wie Anm. 9), S. 92. Vgl. auch zum Folgenden ebenda, S. 92f.

[180] Vgl. SuL vom 13. und 15. Mai 1847 sowie Weech II (wie Anm. 9), S. 80.

[181] SuL vom 10. Juni 1847.

[182] Vgl. SuL vom 16. September 1847.

[183] Vgl. SuL vom 18. Mai 1847.

[184] Vgl. SuL vom 26. Juni 1847.

[185] Vgl. SuL vom 8. Juli 1847.

[186] SuL vom 8. Juli 1847.

[187] Ebenda.

[188] Vgl. SuL vom 9. und 11. September 1847.

[189] Vgl. SuL vom 4. und 14. Septemer 1847. So stritt man sich offensichtlich um die Frage, ob nicht auch der Gemeinderat total erneuert werden müsse. Vgl. zu den Karlsruher Vorgängen auch Weech II (wie Anm. 9), S. 96 ff.

[190] Vgl. SuL vom 4., 7. und 11. September 1847.

[191] Vgl. z. B. Ehrenberg (wie Anm. 35), S. 139, der das Mannheimer Journal zitiert, das fälschlicherweise vermutete, daß der Klosesche Garten dem Oberbürgermeister Klose selbst gehörte.

[192] Vgl. SuL vom 11. und 18. September 1847.

[193] Vgl. SuL vom 25. September 1847.

[194] Vgl. SuL vom 9. Oktober 1847.

[195] SuL vom 4. Dezember 1847.

[196] Nolte (wie Anm. 1), S. 212.

[197] Vgl. aus der zu diesen Vorfällen reichhaltigen Literatur hierzu und zum Folgenden Weech II (wie Anm. 9), S. 69ff., Rainer Wirtz: Widersetzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale. Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815–1848, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1981, S. 130ff., Alfred Frei, Kurt Hochstuhl: Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution 1848/49. Der Traum von der Freiheit, Karlsruhe 1997, S.21–30, und Manfred Koch: Moritz von Haber, Vortragsmanuskript. Literarisch verarbeitet wurde der Vorfall von Alfred Neumann: König Haber, o. O. o. J.

[198] Zahlreiche Schriften beleuchteten den Vorfall aus unterschiedlicher Sicht. Vgl. z. B. Moritz von Haber: Die reine Wahrheit über die Streitsache zwischen Moritz von Haber und Freiherrn Julius Göler von Ravensburg, Straßburg 1843, Georg von Sacharaga: Georg von Sarachagas Vermächtniß oder neue Folgen in der Göler-Haberschen Sache, Stuttgart 1843 oder Verhandlungen in Sachen Staatsbehörde gegen Moritz von Haber und Consorten; Duell betreffend, Frankfurt/M. 1844.

[199] Zitiert nach Weech II (wie Anm. 9), S. 72.

[200] Vgl. ebenda, S. 159f.

[201] Vgl. SuL vom 30. Januar 1847.

[202] Vgl. zu den Brotpreisen Karlsruher Tagblatt vom 1. Februar 1846, 1. Februar, 1. und 10. Mai 1847. Zu den Bierpreisen vgl. Stadt- und Landbote vom 21. Januar 1847.

[203] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 11. Juli 1846 und vom 9. April 1847. Zur Tätigkeit des Frauenvereins in dieser Zeit vgl. auch StadtAK 1/H-Reg 1996.

[204] SuL vom 2. Februar 1847.

[205] Vgl. SuL vom 8., 11., 13. und 15. Mai 1847 sowie Karlsruher Tagblatt vom 10. Mai 1847.

[206] Vgl. SuL vom 13. Mai 1847.

[207] Vgl. ebenda.

[208] Vgl. SuL vom 18. Mai 1847.

[209] Vgl. SuL vom 1. und 10. Juni 1847.

[210] Vgl. SuL vom 3. und 10. Juni 1847.

[211] Vgl. zur Drei-Fabriken-Frage und deren Bedeutung

Alexander Mohr: Die Stadt Durlach in der Badischen Revolution von 1848/49. Ein Beitrag zur Revolution in der Provinz, Karlsruhe 1993, S. 81ff.

[212] Karlsruher Zeitung vom 10. Februar 1848.

[213] Zitiert nach Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845–1952, hrsg. von der IG Metall. Verwaltungsstelle Karlsruhe. Bearbeitet und eingeleitet von Wolfgang Glaeser, Heilbronn 1991, S. 262f. Vgl. hierzu und zum Folgenden auch ebenda S. 25, und SuL vom 3. Februar 1848.

[214] Vgl. hierzu und zum Folgenden GLA 357/432. Vgl. auch Unser die Zukunft (wie Anm. 213), S. 264.

[215] Vgl. Ute Grau: Karlsruhe, in: Revolution im deutschen Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg, Karlsruhe 1997, S. 287–307, S. 298.

[216] Im Jubiläumsjahr 1998 erschienen viele Darstellungen über den Verlauf der badischen Revolution, vor allem regionale Aufarbeitungen. Nach wie vor grundlegend bleibt Franz Xaver Vollmer: Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden. Strukturen, Dokument, Fragestellungen, Frankfurt/M. 1979, ders.: Die 48er Revolution in Baden, in: Badische Geschichte vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, Stuttgart 1979, S. 37–64, ders.: Der Traum von der Freiheit. Vormärz und 48er Revolution in Süddeutschland in zeitgenössischen Bildern, Stuttgart 1983. Einen leicht lesbaren Überblick geben Frei/Hochstuhl: Wegbereiter der Demokratie (wie Anm. 197). Ein Nachschlagewerk mit einem einleitenden Überblick bietet Revolution im Südwesten (wie Anm. 215). Vgl. Ausstellungs-Katalog 1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden. Badisches Landesmuseum Karlsruhe, Baden-Baden 1998.

[217] Vgl. Nolte (wie Anm. 1), S. 371.

[218] Vgl. ebenda, S. 391.

[219] Vgl. unter der reichhaltigen Literatur über die Offenburger Versammlung vor allem die neueste Publikation zu dem Thema von Franz X. Vollmer: Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution, Karlsruhe 1997, S. 160ff.

[220] Joseph Victor von Scheffel: Zwei Tage in Offenburg. 12. und 13. Mai 1849, in: Augsburger Allgemeine Zeitung vom 24. September 1849 (Beilage). Zitiert nach 1848. Literatur und Revolution in Baden. Eine Anthologie, hrsg. von Ute Faath und Hans-Georg Schmidt-Bergmann im Auftrag der Literarischen Gesellschaft / Scheffelbund Karlsruhe, Karlsruhe 1997, S. 110.

[221] StadtAK 8/StS Nr. 11, 11.

[222] Vgl. Rainer Gutjahr: Drei Tage der Bürgerwehr (erscheint demnächst als Bd. 4 der Forschungen und Quellen. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe). Vgl. auch SuL vom 19. Mai 1849.

[223] Die Ereignisse in Karlsruhe während der Revolution sind ausführlich und der Zeit des Erscheinens entsprechend pro-monarchisch und demokratenfeindlich dargestellt bei Gustav Fecht: Geschichte der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1887, S. 360ff., Weech II (wie Anm. 9), S. 143ff., und Goldschmit (wie Anm. 7), S. 59ff. Aus neuester Zeit Ernst Otto Bräunche (wie Anm. 163), S. 114ff., Verena Zumkeller: Karlsruhe: Eine Stadt in der Revolution von 1848/49, masch. wissenschaftliche Arbeit im Fach Geschichte Albert-Ludwig-Universität Freiburg, August 1995 und Grau (wie Anm. 215), S. 287–300.

[224] Vgl. Nolte (wie Anm. 1), S. 406ff.

[225] Vgl. hierzu und zum Folgenden SuL vom 29. Februar 1848, Weech II (wie Anm. 9), S. 146, Bräunche (wie Anm. 163), 114f., und Nolte (wie Anm. 1), S. 316f.

[226] Zitiert nach Weech II (wie Anm. 9), S. 148.

[227] Karlsruher Tagblatt vom 22. März 1848.

[228] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 25. März 1848.

[229] StadtAK 8/StS 11, 11.

[230] Zitiert nach Weech II (wie Anm. 9), S. 147.

[231] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 10. März 1848.

[232] Zitiert nach Zumkeller (wie Anm. 223), S. 56.

[233] Karlsruher Tagblatt vom 15. März 1848.

[234] Zitiert nach Vollmer (wie Anm. 219), S. 80. Vgl. zum Verlauf und der Bedeutung der Offenburger Versammlung auch ebenda, S. 80ff.

[235] Vgl. zu der Karlsruher Auseinandersetzung über die Gestaltung der Fahne die Stellungnahme von W. Eisenlohr und die Erwiderung von Wilhelm Obermüller im Karlsruher Tagblatt vom 25. und 28. März 1848.

[236] Verhandlungen der Stände-Versammlung des Großherzogtums Baden in dem Jahr 1848. Enthaltend die Protokolle der Zweiten Kammer von ihr selbst amtlich herausgegeben. Viertes Protokollheft, Karlsruhe 1850, S. 83, und Karlsruher Tagblatt vom 10. April 1848.

[237] Vgl. Zumkeller (wie Anm. 223), S. 19.

[238] Vgl. zu den Vereinen ebenda, S. 24–41, und Jürgen Schuhladen-Krämer: Politische Vereine in Karlsruhe während der Revolution 1848/49 (1. und 2. Teil), in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge Nr. 36 vom 19. September 1849 und Nr. 38 vom 20. März 1998.

[239] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 28. März 1848.

[240] Karlsruher Tagblatt vom 30. März 1848.

[241] Vgl. Zumkeller (wie Anm. 223), S. 26. Vgl. zu den Auseinandersetzungen auch Karlsruher Tagblatt vom 10., 14., 15. und 16. April 1848. Vgl. auch zum Folgenden Weech II (wie Anm. 9), S. 165ff.

[242] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 18. Juli 1848.

[243] Vgl. zu Durlach Mohr (wie Anm. 211), S. 98ff.

[244] Vgl. GLA 236 / 8201 und Nolte (wie Anm. 1), S. 366f.

[245] Vgl. Nolte (wie Anm. 1), S. 370. Vgl. zur Karlsruher Versammlung der Vereine auch Fecht (wie Anm. 223), S. 364.

[246] Vgl. zum Folgenden Sandfuchs (wie Anm. 73), III. Teil 1815–1870, S. 73f., und Schuhladen-Krämer 2. Teil (wie Anm. 238).

[247] Vgl. zur Geschichte des Deutsch-Katholizismus u. a. Friedrich Wilhelm Graf: Die Politisierung des religiösen Bewußtseins: Die bürgerlichen Religionsparteien im deutschen Vormärz, das Beispiel des Deutschkatholizismus, Stuttgart 1978 (= Neuzeit im Aufbruch Bd. 5), und Sylvia Paletschek: Frauen und Dissens.

Frauen im Deutschkatholizismus und in den freien Gemeinden 1841–1852, Göttingen 1992. Vgl. zur Gemeinde in Durlach Mohr (wie Anm. 211), S. 59ff., und Asche, Die Bürgerstadt (wie Anm. 8), S. 264ff.

248 Vgl. zum Folgenden Zumkeller (wie Anm. 223), S. 28ff., und Schuhladen-Krämer 2. Teil (wie Anm. 238).

249 Vgl. Fecht (wie Anm. 223), S. 362.

250 Vgl. Mohr (wie Anm. 211), S. 79ff., und Asche, Die Bürgerstadt (wie Anm. 8), S. 271ff. und S. 280ff.

251 Heinrich Raab: Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg, bearbeitet von Alexander Mohr, Karlsruhe 1988.

252 GLA 357/433. Vgl. dort auch zum Folgenden.

253 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 1. Mai 1848.

254 Vgl. hierzu und zum Folgenden Karlsruher Tagblatt vom 21. Mai 1848. Extrabeilage.

255 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 24. Mai 1848.

256 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 27. und 31. Mai sowie vom 1. Juni 1848.

257 Vgl. zu diesen und den folgenden Zahlen Weech II (wie Anm. 9), S. 195f. In der zeitgenössischen Presse wurden für die erste Wahl leicht abweichende Zahlen genannt, vgl. Karlsruher Zeitung vom 21. Juni und 5. Juli 1848 sowie SuL vom 20. Juni und 6. Juli 1848.

258 Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 200ff.

259 Vgl. GLA 357/433.

260 Vgl. GLA 357/433, Schuhladen-Krämer 2. Teil (wie Anm. 238) und Zumkeller (wie Anm. 223), S. 36.

261 Vgl. hierzu und zum Folgenden Raab (wie Anm. 251) und Grau (wie Anm. 215), S. 298ff.

262 Vgl. Zumkeller (wie Anm. 223), S. 42ff, und Schuhladen-Krämer 2. Teil (wie Anm. 238) Vgl. dort auch zum Folgenden.

263 Vgl. zum Folgenden Unser die Zukunft (wie Anm. 213), S. 267ff., Zumkeller (wie Anm. 223) und Schuhladen-Krämer 2. Teil (wie Anm. 238).

264 Zitiert nach Zumkeller (wie Anm. 223), S. 39.

265 Karlsruher Tagblatt vom 21. April 1848.

266 Vgl. GLA 357/401. Zitiert in Unser die Zukunft (wie Anm. 213), S. 267f.

267 Vgl. Grau (wie Anm. 215), S. 299f.

268 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 4. April 1848. Weitere Einladungen zu Versammlungen z. B. im Karlsruher Tagblatt vom 10. und 14. April 1848.

269 Vgl. Schuhladen-Krämer, Teil 1 (wie Anm. 238).

270 Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 165.

271 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 5. August 1848.

272 Vgl. z. B. Karlsruher Tagblatt vom 4. April 1848.

273 Vgl. z. B. die Werbeanzeigen von Chr. Fr. Müller, K. Wormser & Sohn, L. S. Leon Söhne und Mad. Möhler im Karlsruher Tagblatt vom 25. März 1848.

274 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 31. Mai 1848 und vom 4. August 1849. Vgl. auch Weech II (wie Anm. 9), S. 167f.

275 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 4. August 1849.

276 Vgl. hierzu und zum Folgenden Weech II (wie Anm. 9), S. 394ff.

277 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 25. April 1848.

278 Geschichte des Badischen Frauenvereins (wie Anm. 83), S. 260. Vgl. zur weiteren Geschichte des Vereins ebenda, S. 260ff.

279 Karlsruher Zeitung vom 17. Juni 1847.

280 Vgl. Raab (wie Anm. 251).

281 Vgl. hierzu u. a. Frauen und Revolution. Strategien weiblicher Emanzipation. Hrsg. vom Verein Frauen & Geschichte Baden-Württemberg, Tübingen 1998, Susanne Asche: Frauen ohne Furcht und Nadel? Geschlechterverhältnisse in der Revolution 1848/49, in: Ariadne. Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung. Heft 33. März 1998, S. 4–11, und Sylvia Schraut: Emanzipiert die Revolution? Auf der Suche nach revolutionären Frauen in Mannheim, in: Badische Heimat 1/1998, S. 61–70.

282 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 1. und 17. August 1848.

283 Vgl. z. B. Karlsruher Tagblatt vom 28. März, 14., 15. und 25. April 1848.

284 Vgl. zu Zittel Alexander Mohr: Karl Zittel (1802–1871). Pfarrer und liberaler Politiker in der Ständekammer und im Paulskirchenparlament, in: Protestantismus und Politik. Zum politischen Handeln evangelischer Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933. Ausstellungskatalog der Badischen Landesbibliothek, Karlsruhe 1996, S. 133ff.

285 Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 217, und Robert Bender: Anna Ettlinger, in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 5), S. 481–492, S. 485.

286 Vgl. Sonja Maria Bauer: Die verfassunggebende Versammlung in der badischen Revolution von 1849. Darstellung und Dokumentation, Düsseldorf 1991, S. 40ff. Bauer nimmt an, daß die Demokraten ihre Anhänger mobilisieren konnten, während die Konstitutionellen sich bei dieser Wahl eher zurückhielten.

287 Vgl. zur Bedeutung dieser Forderungen und ihrer Verbindung mit dem badischen Gemeindeliberalismus des Vormärz, der wesentlich zur Durchsetzung der Revolution im Großherzogtum beigetragen haben soll, Nolte (wie Anm. 1), S. 394f.

288 Vgl. Zumkeller (wie Anm. 223), S. 52, und Nolte (wie Anm. 1), S. 413. Vgl. auch Karlsruher Tagblatt vom 14. Juni 1849.

289 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 20., 22. und 23. Juni 1849.

290 Vgl. zum Folgenden vor allem Gutjahr (wie Anm. 222).

291 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 18. März 1848.

292 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 22. März 1848.

293 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 25., 28. und 30. März 1848.

294 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 21. Mai 1848.

295 Die Fahne des 2. Banners ist erhalten im Stadtmuseum im Prinz-Max-Palais.

296 Vgl. Fecht (wie Anm. 223), S. 364f., und Weech II (wie Anm. 9), S. 236ff. Bei beiden auch der Wortlaut der Karlsruher Erklärung.

297 StadtAK 8/StS 11, 11.

298 Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 239f., und Karlsruher Tagblatt vom 12. Mai 1849.

299 Vgl. zum Folgenden Weech II (wie Anm. 9), S. 299ff., Zumkeller (wie Anm. 223), Raab (wie Anm. 251) und Grau (wie Anm. 215), S. 298ff.

[300] Karlsruher Zeitung vom 17. Juli 1849. Beilage. Zitiert nach Zumkeller (wie Anm. 223), S. 59. Vgl. dort auch zum Folgenden.
[301] Vgl. GLA 357/433 und Karlsruher Tagblatt vom 15. September 1849.
[302] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 27. Juni 1849.
[303] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 4. (hier das Zitat), 6., 7. und 13. Juli 1849.
[304] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 30. Juni 1849.
[305] Vgl. Weech II (wie Anm. 9), S. 313 und S. 321f.
[306] Vgl. zum Preußendenkmal: Ursula Merkel: Preußen-Denkmal, in: Denkmäler (wie Anm. 40), S. 241–250, S. 243ff.
[307] Vgl. Ernst Otto Bräunche: Die Gegenwart des Erinnerns. Revolutionsjubiläen und Archiv, in: Badische Heimat 1/1998, S. 83–100, bes. S. 86ff.
[308] Vgl. hierzu u. a. Fenske (wie Anm. 3), S. 120ff.
[309] Vgl. zur Geschichte der Inneren Mission: Erbacher: Die Innere Mission in Baden (wie Anm. 119) und Bettina Katharina Dannenmann: Die evangelische Landeskirche in Baden im Vormärz und während der Revolution 1848/49, Frankfurt/M. 1996, S. 51ff. und S. 174ff. Vgl. zum Karlsruher Ortsverein Weech II (wie Anm. 9), S. 342 und 388 ff.
[310] Vgl. Sandfuchs (wie Anm. 73), III. Teil, S. 62ff.

Die Entwicklung zur Großstadt – das Industrie- und Verwaltungszentrum von 1862–1914, Seiten 298 bis 353

[1] Rahel Straus: Wir lebten in Deutschland. Erinnerungen einer deutschen Jüdin 1880–1933, Stuttgart 1961, S. 11. Bis heute erzählt man sich in Karlsruhe, daß die Großherzogin bei Fahrten durch die Straßen Karlsruhes huldvoll nach links und rechts grüßend gedacht habe: „Ihr kriegt nichts, und ihr kriegt nichts, und alles kommt nach Preußen."
[2] Vgl. hierzu u. a. Brigitte Heck: Festzug. Der Karlsruher Historische Festzug von 1881. Ausstellungskatalog Badisches Landesmuseum Karlsruhe, Sigmaringen 1997, S. 17–47.
[3] Vgl. Lothar Gall: Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Wiesbaden 1968 und Hans Fenske: Baden 1860–1918, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Dritter Band. Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, hrsg. von Hansmartin Schwarzmaier in Verbindung mit Hans Fenske, Bernhard Kirchgässner, Paul Sauer und Meinrad Schaab, Stuttgart 1992, S. 133–251, S. 134–154.
[4] Vgl. hierzu Manfred Koch: Die Epoche der Reichsgründung: Bürgerliche Gleichstellung und Emanzipationskrise, in: Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. von Heinz Schmitt, Ernst Otto Bräunche und Manfred Koch, Karlsruhe 1988, S. 95–120, S. 107f. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 8).
[5] Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 1/H-Reg 942.
[6] Vgl. Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992, S. 312 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 14). Zur Bevölkerungsentwicklung vgl. auch Ernst Otto Bräunche: Die Karlsruher Industrie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Rainer Beck u. a.: Industriearchitektur in Karlsruhe. Beiträge zur Industrie- und Baugeschichte der ehemaligen badischen Haupt- und Residenzstadt bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Karlsruhe 2. überarb. Auflage 1993, S. 12–20, S. 18 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 6).
[7] Zitiert nach Richard J. Evans: Feminist Movement in Germany 1844–1933, London 1976, S. 18.
[8] Vgl. Friedrich von Weech: Karlsruhe. Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung, 3 Bde., Karlsruhe 1895–1904, 3. Bd., S. 57f. Im Folgenden zitiert als Weech III, 1 und Weech III, 2.
[9] Vgl. hierzu und zu den Entwicklungen in Baden Friedrich von Weech: Badische Geschichte, Karlsruhe 1890, S. 606ff., und Fenske (wie Anm. 3), S. 152ff. Zu den Karlsruher Geschehnissen vgl. auch Weech III, 1 (wie Anm. 8), S. 107ff., und Robert Goldschmit: Die Stadt Karlsruhe, ihre Geschichte und ihre Verwaltung. Festschrift zur Erinnerung an das 200jährige Bestehen der Stadt, Karlsruhe 1915, S. 89ff.
[10] Vgl. hierzu und zum Folgenden Susanne Asche: Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung – die Leistungen der Karlsruherinnen für die Entwicklung zur Großstadt (1859–1914), in: Susanne Asche u. a.: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, Karlsruhe 1992, S. 171–256, S. 214ff. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15). Hier auch die weiteren Quellen- und Literaturangaben.
[11] Vgl. hierzu und zum Folgenden Weech III, 1 (wie Anm. 8); S., 166ff., und Goldschmit (wie Anm 9), S. 92ff.
[12] Vgl. Ursula Merkel: Grabdenkmal für die 1870/71 an Kriegsfolgen gestorbenen französischen Soldaten und dies.: Grabdenkmal für die 1870/71 an Kriegsfolgen gestorbenen deutschen Soldaten, in: Gerlinde Brandenburger u. a.: Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715–1945, Karlsruhe 2. Auflage 1989, S. 300–303 und S. 328–331 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 7).
[13] Vgl. hierzu auch Asche, Fürsorge (wie Anm. 10), S. 215f.
[14] Vgl. Statuten für den Badischen Frauen-Verein. Beilage. Übereinkommen vom 18. November 1871, Karlsruhe 1872, S. 15ff.. Vgl. hierzu auch Weech III, 1 (wie Anm. 8), S. 167ff., und Asche, Fürsorge (wie Anm. 10), S. 215f.
[15] Vgl. Adreßbuch für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe 1873 (im Folgenden zitiert als Adreßbuch mit der Jahreszahl) und StadtAK 1/H-Reg 137 und 138.

[16] Vgl. Kurt Hochstuhl: Karlsruhe als preußische Garnison, in: Residenz im Kaiserreich. Karlsruhe um 1890, hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe, bearbeitet von Konrad Krimm und Wilfried Rößling, Karlsruhe 1990, S. 36–42, S. 39. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[17] Zur Funktion der Kriegerdenkmäler vgl. Ursula Merkel: Kriegerdenkmäler in Karlsruhe – ein Überblick von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich, in: Denkmäler (wie Anm. 12), S. 67–84. Zu den Karlsruher Denkmälern im einzelnen vgl. StadtAK 1/H-Reg 4336–4339, 4341 und 4360 sowie Ursula Merkel: Denkmal für die gefallenen Studenten des Polytechnikums (1870/71), Kriegerdenkmal der Stadt Karlsruhe (1870/71), Kriegerdenkmal in Mühlburg (1870/71), Leibgrenadierdenkmal (1870/71) und Kriegerdenkmal in Rintheim (1870/71), in: Denkmäler (wie Anm. 12), S. 297–300, S. 318–326, S. 343–346, S. 394–397 und S. 484–486. Zu Durlach, Aue und Grötzingen vgl. Susanne Asche: 1000 Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991, S. 159 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 13) und dies.: Die Bürgerstadt, in: Susanne Asche, Olivia Hochstrasser: Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996, S. 147–444, S. 297f. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17).

[18] Zitiert nach Manfred Großkinsky: Kaiser-Wilhelm I.-Denkmal, in: Denkmäler (wie Anm. 12), S. 365–378, S. 365. Zu dem Denkmal vgl. auch StadtAK 1/H-Reg 4376.

[19] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 4348 und 4359 sowie Gerlinde Brandenburger: Bismarck-Denkmal, in: Denkmäler (wie Anm. 12), S. 416–423.

[20] Bericht der Handelskammer in Karlsruhe für die Jahre 1868–1872, Karlsruhe 1873, S. 15. Zitiert nach Bräunche, Die Karlsruher Industrie (wie Anm. 6), S. 13.

[21] Ebenda.

[22] Vgl. Bräunche, Die Karlsruher Industrie (wie Anm. 6), S. 14.

[23] Vgl. hierzu Karlsruhe 1911. Festschrift. Der 83. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte gewidmet von dem Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1911, S. 56. Vgl. auch Bräunche Die Karlsruher Industrie (wie Anm. 6), S. 15, und ders.: Vom markgräflichen „Lust-Hauß" zur großherzoglichen „Haupt- und Residenzstadt". Die Entwicklung der Residenz Karlsruhe zwischen 1715 und 1918, in: Kurt Andermann (Hrsg.): Residenzen. Aspekte hauptstädtischer Zentralität von der frühen Neuzeit bis zum Ende der Monarchie, Sigmaringen 1992, S. 199–222, S. 200 (= Oberrheinische Studien Bd. 10). Zur Industrialisierung Karlsruhes vgl. Goldschmit (wie Anm. 9) 433 ff., Die Entwicklung der Industrie in Karlsruhe und Umgebung. Bearbeitet vom Badischen Statistischen Landesamt Karlsruhe, in: Badische Heimat 15. Jg. 1928, S. 160–164, Hans Georg Zier: Die Industrialisierung des Karlsruher Raumes. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Badens, in: Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Alfons Schäfer, Karlsruhe 1973, S. 335–372 (= Oberrheinische Studien Bd. 2), Gudrun Schultz: Industrie – am Rand der Residenz, in: Residenz im Kaiserreich (wie Anm. 16), S. 134–141, Wolfgang Glaeser: Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845–1952, hrsg. von der IG Metall Verwaltungsstelle Karlsruhe, Karlsruhe 1991 und Manfred Koch: Karlsruhe in der Kaiserzeit. Die Residenz im Zeichen der Industrialisierung 1871 bis 1914, in: Leben in der Fächerstadt. Vortragsreihe des Forums für Stadtgeschichte und Kultur zur Gründung der Stadt vor 275 Jahren. Karlsruhe 1991, S. 127–144 (= Karlsruher Beiträge Nr. 6). Zur Sozial- und Gewerbestruktur der Stadt vgl. auch Manfred Koch: Beamtenstadt Karlsruhe? Erwerbsstruktur und Städtetypologie, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, Karlsruhe 1994, S. 50–53.

[24] Friedrich Ritzmann: Die hygienischen Verhältnisse in den Gewerbebetrieben der Stadt Karlsruhe; in: Jahresbericht des Großherzoglich Badischen Gewerbeaufsichtsamtes für das Jahr 1911. Erstattet an das Großherzogliche Ministerium des Innern, Karlsruhe 1912, S. 78–85, S. 78.

[25] Vgl. Deutsche Metallarbeiterzeitung vom 19. März 1903. Vgl. auch Wolfgang Glaeser: 1890: Die Karlsruher Arbeiterschaft in: Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte, hrsg. von Heinz Schmitt und Ernst Otto Bräunche, Karlsruhe 1990, S. 180–196, S. 194 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 10).

[26] Vgl. Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 90.

[27] Zur Geschichte dieser Firma vgl. Friedrich Hassler und Adolf Bihl: 50 Jahre Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken Aktiengesellschaft, Berlin 1939, S. 19ff., und Ein Zeichen im Wandel der Zeiten. DWM. Rückblicke auf die wechselvolle Geschichte eines Unternehmens. Aufgeschrieben und bebildert von Hans Günther Wagner, Berlin 1992, S. 7–15.

[28] Vgl. Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 89.

[29] Vgl. StadtAK 1/AEST 355.

[30] Vgl. Bräunche, Die Karlsruher Industrie (wie Anm. 6), S. 13f.

[31] Vgl. Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 90f.

[32] Vgl. ebenda, S. 92f.

[33] Zur Brauereigeschichte Karlsruhes vgl. Barbara Guttmann: Hopfen und Malz. Die Geschichte des Brauereiwesens in Karlsruhe (im Druck, erscheint 1998 als Veröffentlichung des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 19).

[34] Vgl. StadtAK 1/AEST 355.

[35] Vgl. Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 95.

[36] Zur Geschichte dieser Firma vgl. Der 20. November 1897. Ein Jubeltag des Hauses F. Wolff & Sohn in Karlsruhe (1857–1897). Zum vierzigsten Jubiläum, Karlsruhe 1897 und Otto Ernst Sutter: Kaloderma. Bilder aus den Werken Wolff & Sohn Karlsruhe, Leipzig 1936. Vgl. auch Michael Borrmann, Maja Pigur: Die Parfümerie- und Feinseifenfabrik F. Wolff und Sohn, in: Industriearchitektur in Karlsruhe (wie Anm. 6), S. 51–67, und Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 95.

[37] Vgl. Rudolf Fuchs: Die Verhältnisse der Industriearbeiter in 17 Landgemeinden bei Karlsruhe. Bericht er-

stattet an das großherzogliche Ministerium des Innern, hrsg. von der Großherzoglich Badischen Fabrikinspektion, Karlsruhe 1904, S. 71.

[38] Vgl. Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 96f. Zur Geschichte der Firma vgl. auch Jürgen Güdler, Birgit Peters: Foto- und Textdokumentation Karlsruher Industriebauten, in: Industriearchitektur in Karlsruhe (wie Anm. 6), S. 130–193, S. 158 ff., und Berhard Schmitt: Im Spannungsfeld von Assimilation, Antisemitismus und Zionismus 1890–1918; in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 4), S. 121–154, S. 132f. Zu den im Folgenden vorgestellten Kaufhäusern vgl. ebenda, S. 133ff.

[39] Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 101. Vgl. dort, S. 99, auch zum Folgenden.

[40] Vgl. ebenda, S. 102, und Karlsruhe. Das Buch der Stadt, Stuttgart 1926, S. 217–220.

[41] Vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Karlsruhe, Bd. 8, Karlsruhe 1899, S. 3. Angaben bei Glaeser, Die Karlsruher Arbeiterschaft (wie Anm. 25), S. 183, und Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 56.

[42] Vgl. Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe für das Jahr 1864, Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 236/10305.

[43] Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gingen in Deutschland 36 % der weiblichen Bevölkerung über 14 Jahren einer Erwerbsarbeit nach, im Jahr 1907 zählte man fast 10 Millionen erwerbstätige Frauen. Vgl. Martina Michely: Frauenbildung und Frauenarbeit in der großherzoglichen Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, masch. Magisterarbeit im Fach Geschichte, Mannheim 1982, S. 119, und Asche, Fürsorge (wie Anm. 10), S. 172ff.

[44] Vgl. Marie Baum: Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe. Bericht erstattet an das Großherzogliche Ministerium des Innern, hrsg. von der Großherzoglich Badischen Fabrikinspektion, Karlsruhe 1906, S. 2 ff.

[45] Vgl. Fuchs (wie Anm. 37), S. 42f. Zur Lage der Arbeiterinnen vgl. Baum (wie Anm. 44). Zu den sozialen Veränderungen in den Dörfern vgl. z. B. Asche, Grötzingen (wie Anm. 17), S. 138ff, und Gerhard Linder: Eintausend Jahre Hagsfeld. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991, S. 212f. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadarchivs Bd. 12).

[46] Vgl. Baum (wie Anm. 44), S. 13f. Vgl. auch Fuchs (wie Anm. 37), S. 42f. Von 2.098 Arbeiterinnen im Jahr 1904 waren 1.739 im heiratsfähigen Alter und davon nur 325 verheiratet oder verwitwet, also knapp 19 %. Damit blieb der Anteil der Verheirateten in Karlsruhe weit hinter dem entsprechenden Prozentsatz im gesamten Großherzogtum zurück, der bei 36 % lag. Vgl. Baum (wie Anm. 44), S. 31.

[47] Zu den Löhnen vgl. Fuchs (wie Anm. 37), S. 69–72. Vgl. Deutscher Metallarbeiterverband, Zahlstelle Karlsruhe: Geschäftsbericht für das Jahr 1907, S. 22. Die Lumpensortieranstalt wurde zur Papierindustrie gerechnet.

[48] Vgl. Glaeser, Die Karlsruher Arbeiterschaft (wie Anm. 25), S. 189.

[49] Vgl. Hygienischer Führer durch die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe. Festschrift zur XXII. Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, Karlsruhe 1897, S. 97–102, S. 100.

[50] Vgl. hierzu Asche, Fürsorge (wie Anm. 10), S. 227ff.

[51] Zu den Arbeitsverhältnissen in der Karlsruher Industrie vgl. Karl Bittmann: Die Badische Fabrikinspektion im ersten Vierteljahrhundert ihrer Tätigkeit 1879–1903. Bericht an das Großherzoglich Badische Ministerium des Innern, Karlsruhe 1905, S. 248ff., Baum (wie Anm. 44), S. 12f., Wolfgang Bocks: Die badische Fabrikinspektion. Arbeiterschutz, Arbeiterverhältnisse und Arbeiterbewegung in Baden 1879 bis 1914, Freiburg/München 1978, S. 326ff., Glaeser, Die Karlsruher Arbeiterschaft (wie Anm. 25), S. 186ff., und ders.: Unser die Zukunft (wie Anm. 23) S. 53ff.

[52] Zur badischen Fabrikinspektion vgl. StadtAK 1/H-Reg 1743, Bocks (wie Anm. 51), S. 36ff., und Asche, Fürsorge (wie Anm. 10), S. 188f.

[53] Zu den Kasernenbauten vgl. Hochstuhl (wie Anm. 16), S. 39, und Wilfried Rößling: Fassaden – zur Repräsentationsfunktion öffentlicher Kunst, in: Residenz im Kaiserreich (wie Anm. 16), S. 99–117, S. 114.

[54] Zur Kirche St. Bernhard vgl. Clemens Rehm: Versöhnung in Stein – die St. Bernhardkirche, in: Residenz im Kaiserreich (wie Anm. 16) , S. 89–98, und zur Christuskirche Rößling, Fassaden (wie Anm. 53), S. 101f.

[55] Zu dieser Aufstellung vgl. Bräunche: Vom markgräflichen „Lust-Hauß" (wie Anm. 23), S. 209f. Zu Curjel & Moser vgl. Wilfried Rößling: Architekten in Karlsruhe, Karlsruhe 1986 und ders.: Curjel & Moser. Städtebauliche Akzente um 1900 in Karlsruhe, Karlsruhe 1987. Zu Hermann Billing vgl.: Gerhard Kabierske: Der Architekt Hermann Billing (1867–1946). Leben und Werk, Karlsruhe 1996. Zu Walder vgl. Bräunche, Die Karlsruher Industrie (wie Anm. 6), S. 14f.

[56] Vgl. auch zum Folgenden u. a. Ulrike Grammbitter: Josef Durm 1837–1919. Eine Einführung in das architektonische Werk, München 1984. Zum Lebenslauf vgl. auch Chronik der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe für das Jahr 1918/19. Im Auftrag der städtischen Archivkommission bearbeitet, Karlsruhe 1925, S. 427f. (im Folgenden zitiert als Chronik mit Jahreszahl).

[57] Zum Folgenden vgl. Eugen Reinhard: Stadterweiterungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, in: Residenz im Kaiserreich (wie Anm. 16), S. 127–133, Harald Ringler: Stadtplanung in Karlsruhe von 1835–1985, in: Leben in der Fächerstadt (wie Anm. 23), S. 49–76, S. 53ff., und Koch, Karlsruhe in der Kaiserzeit (wie Anm. 23), S. 134ff.

[58] Vgl. GLA 206/137. Vgl. hierzu auch Ringler (wie Anm. 23), S. 52f. Zur Bebauung der Augärten vgl. Kurt Ehrenberg: Baugeschichte von Karlsruhe 1715–1870. Bau- und Bodenpolitik. Eine Studie zur Geschichte des Städtebaus, Karlsruhe 1909, S. 146.

[59] Wilhelm E. Oeftering: Karlsruhe. Ein Führer durch die Haupt- und Residenzstadt und ihre Umgebung, hrsg. vom Verkehrsverein, Karlsruhe 1913, S. 33.

[60] Er warb wiederholt für die Gartenstadtidee in Karlsruhe und fand damit besonders in Kreisen der bürgerlichen Frauenbewegung Anklang. So hielt er z. B. Vorträge am 19. Februar 1906 und 1907 beim Verein

„Frauenbildung – Frauenstudium". Vgl. Chronik 1906, S. 267 und Chronik 1907, S. 282.

[61] Vgl. hierzu u. a. Georg Botz: Die Gartenstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1925 und ders.: Die Gartenstadt Karlsruhe 1907– 1932, 1932. Vgl. auch Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 182ff.

[62] Vgl. hierzu StadtAK 1/H-Reg 2184. Zur Geschichte des Friedhofs vgl. auch Karl Zahn: Bestattungs-Chronik der Stadt Karlsruhe" (unveröffentlichtes Manuskript, erscheint voraussichtlich 1999 als Veröffentlichung des Karlsruher Stadtarchivs) und Friedhöfe in Karlsruhe. Ein Ratgeber für den Sterbefall, hrsg. vom Friedhof- und Bestattungsamt, Karlsruhe 1998. Zu dem jüdischen Friedhof vgl. Udo Theobald: Jüdische Friedhöfe in Karlsruhe. Zur Geschichte und Bedeutung jüdischer Friedhöfe in Baden, in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 4), S. 257–272, S. 262ff.

[63] Vgl. hierzu u. a. Hygienischer Führer 1897 (wie Anm. 49), S. 152–154, Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 148ff., Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 40) S. 36–46, und Robert Mürb: Zur Geschichte der Karlsruher Park- und Grünanlagen, in: Leben in der Fächerstadt (wie Anm. 23), S. 137–144.

[64] Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 40), S. 46.

[65] Vgl. zum Folgenden StadtAK 1/H-Reg 382, StadtAK 3/B 52, Bürgerausschußvorlage vom 29. Juli 1898, Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 103–109, Goldschmit (wie Anm. 9), S. 480ff., Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 40), S. 256–260, und Ernst Otto Bräunche: Der Karlsruher Hafen – ein langer Weg zum Rhein, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge vom 20. März 1998.

[66] Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 103f.

[67] Vgl. ebenda, S. 117.

[68] Vgl. hierzu und zum Folgenden Karl Schnetzler: Die Karlsruher Bahnhofsfrage, Karlsruhe 1898, in: StadtAK 1/H-Reg 2276, Gutachten über die Karlsruher Bahnhofsfrage. Erstattet im Auftrage des Karlsruher Stadtrats am 25. August 1898, in StadtAK 3/B 77, StadtAK 1/H-Reg 2280, Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S.115ff., und Goldschmit (wie Anm. 9), S. 474ff.

[69] Goldschmit (wie Anm. 9), S. 474. Hier auch das folgende Zitat.

[70] Vgl. zu diesem Neubau auch Klaus E. R. Lindemann, Barbara Steinhof (Hrsg.): 75 Jahre Hauptbahnhof Karlsruhe 1913–1988, Karlsruhe 1988.

[71] Zum Straßen- und Lokalbahnnetz der Zeit vgl. Hygienischer Führer 1897 (wie Anm. 49), S. 154–159, Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 115–122, Goldschmit (wie Anm. 9), S. 466ff. Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 40), S. 244–255, und Manfred Koch (Hrsg.): Auf dem Weg zur Großstadt. Karlsruhe in Plänen, Bildern und Karten 1834–1915. Katalog zur Ausstellung anläßlich des 81. Geodätentages/INTERGEO in Karlsruhe vom 16. September–16. Oktober 1997, Karlsruhe 1997, S. 72. Zur Albtalbahn vgl. auch Klaus Bindewald: Die Albtalbahn: Geschichte und Zukunft. Von der Schmalspurbahn zur modernen Stadtbahn, Ubstadt-Weiher 1998.

[72] Vgl. hierzu und zum Folgenden Weech III, 2 (wie Anm. 8), S. 744ff., Goldschmit (wie Anm. 9), S. 460, Leonhard Müller: Das neue Reichspostgebäude. Zur Einweihung des Postamts I. vor 90 Jahren, in: Blick in die Geschichte (wie Anm. 23), S. 83–86, und Herbert Stephan: Postgeschichte von Karlsruhe Bd. III: Kaiserreich und Erster Weltkrieg (1872–1918) – Deutsche Reichspost, Karlsruhe 1994.

[73] Zitiert nach Goldschmit (wie Anm. 9), S. 172. Vgl. zum Folgenden und zur Entstehung, Funktion und Technik der neuen Wasserleitung das Kapitel Wasserversorgung, in: Die großherzoglich badische Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe in ihren Maßregeln für Gesundheitspflege & Rettungswesen. I. Abteilung, Karlsruhe 1876, S. 80–123, Hygienischer Führer 1897 (wie Anm. 49), S. 113–119, Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 200–204, Goldschmit (wie Anm. 9), S. 174ff., und Gerhard Kabierske, Susanne Stephan: Zweck und Zierde – Brunnen in der Stadt, in: Denkmäler (wie Anm. 12), S. 85–102, S. 90ff.

[74] Vgl. hierzu und zum Folgenden Die Errichtung einer elektrischen Zentral-Anlage für Abgabe von Licht und Kraft in Karlsruhe. Vortrag an den Stadtrat von Oberbürgermeister Schnetzler, Karlsruhe 1897, in: StadtAK 1/H-Reg 458–461, Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 205–209, S. 208f., und Goldschmit (wie Anm. 9), S. 222ff.

[75] Vgl. hierzu Die Kanalisation von Karlsruhe, in: Die Großherzoglich Badische Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe in ihren Maßregeln für Gesundheitspflege und Rettungswesen, Karlsruhe 1882, Abteilung XIX, Hygienischer Führer 1897 (wie Anm. 49), S. 124–136, Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 210–227, Goldschmit (wie Anm. 9) S. 194ff., und Ute Grau: Geschichte der Kanalisation – am Beispiel Karlsruhe, masch. Seminararbeit am Institut für Geschichte der Universität Karlsruhe 1992.

[76] GLA 236/15823.

[77] Zu den Karlsruher Entwicklungen vgl. Asche, Fürsorge (wie Anm. 10), dies.: Fürsorge und Emanzipation – oder Rassehygiene. Die Frauenbewegung im Großherzogtum Baden (Teil 2), in: Susanne Jenisch (Hrsg.): Standpunkte. Ergebnisse und Perspektiven der Frauengeschichtsforschung in Baden-Württemberg, Tübingen 1993, S. 132–141, dies.: Der häusliche Herd im Klassenkampf. Schulbildung für die Mädchen der unteren Schichten im 19. Jahrhundert, in: Bildung durch Emanzipation. Karlsruhe und seine Bedeutung für die Mädchen- und Frauenbildung. Karlsruher pädagogische Beiträge 35/1995, S. 48–64, dies.: Disziplinierung und Emanzipation: Kommunale Bildungspolitik für Mädchen und Frauen im Großherzogtum Baden, in: Bernd Kirchgässner, Hans Peter Becht (Hrsg.): Stadt und Bildung, Sigmaringen 1997, S. 119–136, bes. S. 132ff. (= Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung Bd. 24).

[78] Zitiert nach Hygienischer Führer 1897 (wie Anm. 49), S. 252.

[79] Vgl. hierzu und zum Folgenden StadtAK 1/H-Reg 2034, Karlsruhe – Gesundheitspflege & Rettungswe-

sen 1882 (wie Anm. 75), Abteilung XXXVII, Hygienischer Führer 1897 (wie Anm. 49), S. 252–256, Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 324, und Goldschmit (wie Anm. 9), S. 251.

[80] Vgl. Goldschmit (wie Anm. 9), S. 252.

[81] Vgl. Hygienischer Führer 1897 (wie Anm. 49), S. 256–259, Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 318–329, S. 323f., Goldschmit (wie Anm. 9), S. 252, Alfred Kall: Katholische Frauenbewegung in Deutschland. Eine Untersuchung zur Gründung katholischer Frauenvereine im 19. Jahrhundert, Paderborn, München, Wien, Zürich 1983, S. 62ff., und Sigrid Schambach: Eigenständigkeit und Abhängigkeit – Karlsruherinnen in einer Zeit des Übergangs (1806–1859), in: Asche u. a.: Karlsruher Frauen (wie Anm. 10), S. 102–159, S. 152f.

[82] Vgl. zur Geschichte und politischen Bedeutung des Badischen Frauenvereins Asche, Fürsorge (wie Anm. 10), S. 206ff, und dies.: Fürsorge und Emanzipation (wie Anm. 77).

[83] Vgl. zur Bedeutung von Großherzogin Luise für diesen Verein Susanne Asche: Bürgerliche Tugenden im fürstlichen Gewand – Großherzogin Luise (im Druck).

[84] Vgl. Statistik der Frauenorganisationen im deutschen Reiche. Bearbeitet vom Kaiserlichen Statistischen Amte. Abteilung für Arbeiterstatistik, Berlin 1909, S. 50f.

[85] Das Karlsruher Adreßbuch von 1915 nennt die zentrale Verwaltung des Landesvereins, die Frauenarbeitsschule, die Handelsschule und das Oberseminar für Handarbeitslehrerinnen, das „Fröbelseminar", die Haushaltungsschule und das „Friedrichsstift", ein Heim für alleinstehende Damen, die Kochschule der Mädchenfürsorge, das 1889 bis 1891 von der Stadt erbaute „Luisenhaus", eine Krippe mit Kochschule und Volksküche, das 1896 ebenfalls von der Stadt errichtete „Hildahaus", das eine weitere Kinderkrippe und Volksküche beherbergte, zwei weitere Volksküchen, die Koch- und Haushaltungsschule, die Kunststickerei-Schule, die „Luisenschule", das Seminar zur Ausbildung von Haushaltungslehrerinnen, die Volksbibliothek, das Heim für Fabrikarbeiterinnen, das Heim für Geschäftsgehilfinnen, die Schwestern des Badischen Frauenvereins, die Säuglingsfürsorge und Milchküche für Säuglinge, weitere Säuglingsfürsorgestellen, das Stellenvermittlungsbüro und den Flickverein. Die Flickschule hatte Räume in drei Schulhäusern, die Adresse der Armen- und Krankenpflege des dem Landesverein angeschlossenen „Elisabethenvereins" war bei Magda von Beck. Stadtbildprägend war das 1890 eröffnete „Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus" und das „Luisenheim", das daran angeschlossene Mutterhaus der Rot-Kreuz-Schwestern. Die Verwaltung des Landesvereins vom Roten Kreuz hatte unter einer weiteren Adresse ihr Domizil. Außerhalb der damaligen Karlsruher Gemarkung, in Bulach, lag das Mädchenfürsorgeheim und -asyl Scheibenhardt, in Marxzell unterhielt der Frauenverein ein Mädchenerholungsheim.

[86] Vgl. Deutsches Rotes Kreuz. Badischer Landes-Frauenverein: Jahresbericht über die Tätigkeit der Jahre 1936/37 und 1937/38, Karlsruhe 1938, S. 39–42.

[87] Vgl. Andrea Hähnle: „Herrschen? – Helfen!" Beobachtungen zur bürgerlichen Frauenbewegung in Württemberg zwischen 1890 und 1914, in: Jenisch (wie Anm. 77), S. 152–162.

[88] Vgl. hierzu und zum Folgenden Karlsruhe – Gesundheitspflege & Rettungswesen 1882 (wie Anm. 75), Abt. XXXII, Hygienischer Führer 1897 (wie Anm. 49), S. 245–249, StadtAK 3/B31, Bürgerausschußvorlage vom 29. Mai 1902, Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 318–329, S. 318ff., und Goldschmit (wie Anm. 9), S. 175f. und S. 204f.

[89] Hygienischer Führer 1897 (wie Anm. 49), S. 245.

[90] Karlsruhe – Gesundheitspflege & Rettungswesen 1882 (wie Anm. 75), Abt. XXXII, S. 2.

[91] Vgl. zu dem Neubau Wilhelm Strieder: Das Allgemeine Krankenhaus der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1909.

[92] Vgl. Karl Stiefel: Baden 1648–1982. 2 Bde., Karlsruhe 1977, 2. Bd., S. 1329, und Wolfgang Leiser: Die Einwohnergemeinde im Kommunalrecht des Großherzogtums Baden, in: Bernhard Kirchgässner, Jörg Schadt (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit, Sigmaringen 1983, S. 39–59, S. 56f. (= Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung Bd. 10).

[93] Vgl. zur allgemeinen städtischen Armenfürsorge und zur Beteiligung der Frauen Jenny Apolant: Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde, Berlin 2. Aufl. 1913, S. 12, und Blätter des Badischen Frauenvereins vom 1. Februar 1914 und Agnes von Zahn-Harnack: Die Frauenbewegung. Geschichte, Probleme, Ziele, Berlin 1928, S. 331. Bei dem Einsatz von Frauen in der Armenpflege gewann Karlsruhe eine Vorläuferfunktion vgl. hierzu Asche, Fürsorge (wie Anm. 10), S. 249ff.

[94] Vgl. Chronik 1906, S. 126.

[95] Vgl. Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 336.

[96] Vgl. Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 337, und Blätter des Badischen Frauenvereins vom 1. Februar 1914.

[97] Vgl. Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 336, und Blätter des Badischen Frauenvereins vom 1. Februar 1914.

[98] Vgl. hierzu Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 187, StadtAK 1/H-Reg 4424 und 4692 sowie Gustav Trautmann: Wohnungswesen der Landeshauptstadt Karlsruhe in Vergangenheit und Gegenwart, masch. Diss. im Fach Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Universität Frankfurt, Karlsruhe 1922, S. 22.

[99] Vgl. zur Gemarkungserweiterung Koch (wie Anm. 6), S. 307f., und Ernst Otto Bräunche: Die Geschichte der Karlsruher Eingemeindungen (unveröffentlichtes Vortragsmanuskript).

[100] Stadtarchiv Karlsruhe 3/B 21, Bürgerausschußvorlage vom 1. Mai 1885. Vgl. zu den Mühlburger Verhältnissen auch Entwurf eines Antrags nebst Begründung betreffend die Auflösung der Stadtgemeinde Mühlburg und deren Vereinigung mit der Stadtgemeinde Karlsruhe. Im Auftrag des Stadtrats Karlsruhe und des Gemeinderats Mühlburg ausgearbeitet von Bürgermeister Schnetzler, Karlsruhe 1885, sowie Ernst Otto Bräunche: Ein Streifzug durch die Mühlburger Orts-

geschichte bis zum Kriegsende 1945, in: Mühlburg. Streifzüge durch die Ortsgeschichte, hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe durch Ernst Otto Bräunche, Karlsruhe 1998, S. 13ff.

[101] Vgl. StadtAK 3/B 95, Bürgerausschußvorlage vom 30. Mai 1906.

[102] Ebenda.

[103] Vgl. zu den Verkäufen und Ankäufen „Die Gemarkungsentwicklung der Stadt Karlsruhe seit ihrer Gründung im Jahr 1715", StadtAK 8/ZGS I 1, 1.

[104] StadtAK 3/B 95, Bürgerausschußvorlage vom 30. Mai 1906. Hier auch die beiden folgenden Zitate.

[105] Vgl. ebenda.

[106] StadtAK 3/B 95, Bürgerausschußvorlage vom 30. Mai 1906.

[107] Ebenda.

[108] StadtAK 3/B 88, Bürgerausschußvorlage vom 27. Juni 1909. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[109] Vgl. Wolfgang Krabbe: Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1989, S. 95.

[110] Vgl. Klaus-Peter Hoepke: Reinhard Baumeister. Der Begründer des wissenschaftlichen Städtebaus, in: Blick in die Geschichte (wie Anm. 23), S. 245f. Zu den bekanntesten Wissenschaftlern vgl. u. a. die Biographien in: Die Technische Hochschule Fridericiana Karlsruhe. Festschrift zur 125-Jahrfeier, Karlsruhe 1950.

[111] Vgl. hierzu und zum Folgenden Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 389ff., Chronik 1886, S. 27, und Chronik 1887, S. 34f.

[112] Vgl. Großherzoglich Badisches Regierungsblatt vom 12. März 1868, Chronik 1889, S. 32f., und Weech III, 1 (wie Anm. 8), S. 433ff.

[113] Vgl. Benedikt Schwarz: Geschichte der Karlsruher Volksschule, Karlsruhe 1905, S. 159ff.

[114] Vgl. Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 364.

[115] Vgl. Goldschmit (wie Anm. 9), S. 283ff.

[116] Vgl. hierzu und zum Folgenden Schambach (wie Anm. 81), S. 136, Asche, Fürsorge (wie Anm. 10), S. 200ff., und dies.: Disziplinierung und Emanzipation (wie Anm. 77), S. 126ff.

[117] Vgl. Anna Ettlinger: Lebenserinnerungen, Karlsruhe 1920, S. 31.

[118] Vgl. Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Großherzogtum Baden vom 3. Juli 1877.

[119] Vgl. zur Geschichte dieser Schule Sigmund Reichenberger, Das Karlsruher Mädchengymnasium in seinen ersten fünfundzwanzig Jahren. 1893–1918, Karlsruhe 1918, Luise Riegger, Geschichte der Mädchenbildung in Karlsruhe, Karlsruhe 1973, Eva Hirtler, Das erste deutsche Mädchengymnasium, in: Blick in die Geschichte Nr. 2, 1989, dies., Ein Jahrhundert gymnasiale Mädchenbildung. Kaiserzeit und Weimarer Republik, in: Festschrift 100 Jahre Mädchengymnasium in Deutschland, Karlsruhe 1993, S. 8–24, Gerhard Kaller, Mädchenbildung und Frauenstudium. Die Gründung des ersten deutschen Mädchengymnasiums in Karlsruhe und die Anfänge des Frauenstudiums an den badischen Universitäten (1890–1910), in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 140. Bd., NF 101, 1992, S. 361–375, und 100 Jahre Mädchen-Gymnasium in Deutschland. Festschrift hrsg. von der Stadt Karlsruhe, 1993.

[120] Zitiert nach Kaller (wie Anm. 119), S. 363.

[121] Goldschmit (wie Anm. 9), S. 288.

[122] Vgl. hierzu Kaller (wie Anm. 119), S. 374.

[123] Eugen Huhn: Karlsruhe und seine Umgebungen. Geschichte und Beschreibung, Karlsruhe 1843, S. 237.

[124] GLA 233/10710, zitiert nach Ekkehard Mai: Die Kunstakademie Karlsruhe und die deutsche Künstlerausbildung im 19. Jahrhundert, in: Kunst in der Residenz. Karlsruhe zwischen Rokoko und Moderne. Ausstellungskatalog der Staatlichen Kunsthalle, Karlsruhe 1990, S. 38–53, S. 40. Vgl. zum Folgenden auch ebenda S. 40ff., und Siegmar Holsten: Kunst in der Residenz. Zur künstlerischen Situation in Karlsruhe 1750–1918 und zum Plan der Ausstellung, in: ebenda, S. 8–13. Vgl. auch Weech III, 1 und 2 (wie Anm. 8), S. 451ff. und S. 841ff., Goldschmit (wie Anm. 9), S, 306f. und S. 324ff., Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 478–497, und Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 40), S. 140–144. Für die kritische Durchsicht dieses Kapitels danke ich Brigitte Baumstark.

[125] Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 488.

[126] Vgl. zur Grötzinger Malerkolonie Brigitte Baumstark: Grötzingen – das „Badische Malerdorf", in: Asche, Grötzingen (wie Anm. 17), S. 313–335, S. 314ff.

[127] Vgl. hierzu und zum Folgenden Brigitte Baumstark: Die großherzoglich badische Kunstgewerbeschule 1878–1920, Phil. Diss. TH Karlsruhe 1988.

[128] Vgl. hierzu und zum Folgenden Gerlinde Brandenburger: Die Malerinnenschule Karlsruhe 1885 bis 1923, masch. Magisterarbeit, Universität Karlsruhe 1980, dies.: Malerinnen in Karlsruhe 1715–1918, in: Asche u. a.: Karlsruher Frauen (wie Anm. 10), S. 257–267, und dies.: Von Hofmalerinnen und Malweibern. Karlsruher Künstlerinnen im 19. Jahrhundert, in: Frauen im Aufbruch? Künstlerinnen im deutschen Südwesten 1800–1945. Ausstellungskatalog der Städtischen Galerie Karlsruhe, Karlsruhe 1995, S. 129–150, S. 135f.

[129] Vgl. hierzu und zum Folgenden über die in Anmerkung 124 genannte Literatur hinaus noch Horst Vey: Eine Gemäldegalerie wächst heran, in: Leben in der Fächerstadt (wie Anm. 23), S. 95–106.

[130] Vgl. zu Thoma Werner Zimmermann: Thoma, Hans, in: Badische Biografien. Neue Folge. Bd. II, hrsg. von Bernd Ottnad, Stuttgart 1987, S. 278–281. Hier auch Angaben über weiterführende Literatur.

[131] Vgl. hierzu u. a. Carsten Bernhard Sternberg: Die Geschichte des Karlsruher Kunstvereins. Diss. Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der TH Karlsruhe, Karlsruhe 1977, S. 101–117, und Jutta Dresch, Wilfried Rößling (Hrsg.): Bilder im Zirkel. 175 Jahre Badischer Kunstverein Karlsruhe, Karlsruhe 1993, hier vor allem der Beitrag von Peter Pretsch: Badischer Kunstverein und Karlsruher Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, S. 61–70.

[132] Vgl. hierzu z. B. Jutta Dresch: „Am trefflichen Umgang der verschiedensten Art ist hier kein Mangel ..." Künstlerleben in Karlsruhe 1850–1870 in: Kunst in

der Residenz (wie Anm. 124), S. 54–65, und Gerlinde Brandenburger: Feste und Vereine. Künstler in Karlsruhe zur Zeit des Großherzogs Friedrich I., in: ebenda, S. 66–72.

[133] Holsten (wie Anm. 124), S. 13. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[134] Zitiert nach Bernd Müller: Die „Ära Devrient", in: Karlsruher Theatergeschichte. Vom Hoftheater zum Staatstheater, Karlsruhe 1982, S. 61–77, S. 61. Vgl. dort auch zum Folgenden und Hansmartin Schwarzmaier: Von Richard Wagner zu Richard Strauss, in: ebenda, S. 78–93. Vgl. auch Weech III, 2 (wie Anm. 8), S. 845ff., und Goldschmit (wie Anm. 9), S. 406ff.

[135] Vgl. hierzu Werner Breig: Eduard Devrient und Richard Wagners „Ring der Nibelungen". Eine kommentierte Dokumentation, in: Richard Wagner und Karlsruhe, Karlsruhe 1987, S. 9–34 (= Karlsruher Beiträge Bd. 4) und Werner Schulz: Das Karlsruher Hoftheater, Felix Mottl und Bayreuth, in: ebenda, S. 35–74.

[136] Vgl. Hansmartin Schwarzmaier: Musik und Theater, in: Residenz im Kaiserreich (wie Anm. 16), S. 56–61, S. 61.

[137] Vgl. zum Folgenden StadtAK 1/H-Reg 1897 und 1899, 100 Jahre Badisches Konservatorium Karlsruhe. Festschrift zur Erinnerung an die Gründung am 15. September 1884, Karlsruhe 1984, S. 13–29, und Staatliche Hochschule für Musik Karlsruhe 1971–1996. Festschrift zum 25jährigen Jubiläum der Verstaatlichung, Karlsruhe 1996.

[138] Vgl. zur Geschichte des Stadtarchivs: Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 460–462, und Ernst Otto Bräunche: Die Geschichte des Stadtarchivs, in: ders. u. a.: Geschichte und Bestände des Stadtarchivs Karlsruhe, Karlsruhe 1990 S. 17–31 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 11). Zu den ersten Ausstellungen vgl. auch Schrift zur Eröffnung der Jugendbibliothek, der städtischen Galerie und der Stadtgeschichte im Prinz Max Palais, Karlsruhe, Karlstraße 10, am 8. Mai 1981, Karlsruhe 1981. Zum Scheffel-Archiv und -Museum vgl. StadtAK 1/H-Reg 1884 und 1890.

[139] StadtAK 3/B 21.

[140] StadtAK 1/H-Reg 1884.

[141] Vgl. hierzu und zum Folgenden Karlsruhe 1911 (wie Anm. 23), S. 503f. und S. 521f., sowie Heinz Schmitt: Die Anfänge des öffentlichen Bibliothekswesens in Karlsruhe, in: Bibliothekswissenschaft, Musikbibliothek, Soziale Bibliotheksarbeit. Hermann Waßner zum 60. Geburtstag, hrsg. von Peter Vodosek in Zusammenarbeit mit Klaus Engler, Hans Hornung und Manfred Nagl, Wiesbaden 1982, S. 62–79.

[142] Vgl. Weech III, 1 (wie Anm. 8), S. 146.

[143] Vgl. Leiser (wie Anm. 92), S. 56f.

[144] Vgl. hierzu Gerhard Seiler: Änderungen in der kommunalen Finanzautonomie – Beispiel Karlsruhe, in: Kirchgässner, Schadt (wie Anm. 92), S. 60–111, S. 65.

[145] Vgl. hierzu und zum Folgenden ebenda, S. 77f. Vgl. auch Gerhard Seiler: Aus der Geschichte der Stadt Karlsruhe: Städtische Finanzen und Versicherungswirtschaft, in: Staat, Wirtschaft, Assekuranz und Wissenschaft. Festschrift für Robert Schwebler. Hrsg. von Rudolf Henn und Walter F. Schickinger, Bühl 1986, S. 841–854, S. 848ff. Vgl. auch Goldschmit (wie Anm. 9), S. 210f. und S. 227f.

[146] Vgl. zum Aufbau der Verwaltung das Vorwort des von Bernd Geil bearbeiteten Findbuchs des Karlsruher Stadtarchivs 1/H-Reg 4257–4739, 4744, 4745, 1996, S. IIIf.

[147] Max Boeckh: Wilhelm Lauter, in: Badische Biographien Bd. V, hrsg. von Friedrich von Weech und Albert Krieger, Heidelberg 1906, S. 514–518, S. 514f. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[148] Vgl. Robert Goldschmit: Karl Schnetzler, in: Badische Biographien Bd. VI, hrsg. von Albert Krieger und Karl Obser, Heidelberg 1935, S. 182–191.

[149] Vgl. Ernst Otto Bräunche: Karl Siegrist, in: Badische Biographien, N. F. Bd. IV, hrsg. von Bernd Ottnad, Stuttgart 1996, S. 276–278.

[150] Vgl. hierzu u. a. Fenske (wie Anm. 3), S. 135ff., S. 143ff. und S. 169–175.

[151] Vgl. Weech III, 1 (wie Anm. 8), S. 109.

[152] Vgl. hierzu Ernst Otto Bräunche: 125 Jahre Badenia. „Ein gewiß zeitgemäßes Unternehmen" (erscheint 1999).

[153] Vgl. Rehm (wie Anm. 54).

[154] Zitiert nach Wilhelm Sandfuchs: Die Katholische Kirche von Karlsruhe in Vergangenheit und Gegenwart. 4 Teile. Karlsruhe, Teil 4: 1871–1937, o. O., o. J., S. 103.

[155] Vgl. Weech III, 2 (wie Anm. 8), S. 828f. und Sandfuchs, Teil 4 (wie Anm. 154), S. 103ff.

[156] Vgl. Chronik 1888, S. 30.

[157] Vgl. Sandfuchs, Teil 3 (wie Anm. 154), S. 79f.

[158] Vgl. Adreßbuch 1913, S. II, 37–55.

[159] Vgl. zum Folgenden Weech III, 1 und 2 (wie Anm. 8), S. 415f. und S. 829ff., Goldschmit (wie Anm. 9), S. 245, Sandfuchs, Teil 4 (wie Anm. 154), S. 93ff., und Benno Schöke: 80 Jahre alt-katholische Kirchengemeinde in Karlsruhe, Bonn 1958.

[160] Vgl. zur Geschichte der Konservativen Partei Stefan Ph. Wolf: Konservatismus im liberalen Baden. Studien zur badischen Innen-, Kirchen- und Agrarpolitik sowie zur süddeutschen Parteiengeschichte (1860–1893), Karlsruhe 1990 und ders.: „Seiner Königlichen Hoheit getreue Opposition". Konservative Protestanten in der badischen Politik (1860–1918), in: Protestantismus und Politik. Zum politischen Handeln evangelischer Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933. Ausstellungskatalog der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe, Karlsruhe 1996, S. 84–101. Vgl. zu den innerkirchlichen Entwicklungen der Zeit Hermann Erbacher: 250 Jahre Evangelische Kirchengemeinde Karlsruhe, in: ders. (Hrsg): Suchet der Stadt Bestes. Festschrift der Evangelischen Kirchengemeinde Karlsruhe zum Stadtjubiläum 1715–1965, Karlsruhe 1965, S. 7–132.

[161] Vgl. Weech III, 1 (wie Anm. 8), S. 83f.

[162] Vgl. zum Folgenden Weech III, 1 (wie Anm. 8), S. 416ff., Koch (wie Anm. 4), S. 111ff., und Jael B. Paulus: Jüdischer Kultus im Widerstreit unterschiedlicher innerjüdischer Gruppierungen, in: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 4), S. 247–256.

[163] Vgl. zur Großblockpolitik Jürgen Thiel: Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905–1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Stuttgart 1976.

[164] Vgl. Adreßbuch 1913 II, 63ff. Vgl. auch Hubert Doerrschuck: Vom „Blätterwald" zum „Einzelblatt". Kleine Geschichte des Karlsruher Zeitungswesens, in: Blick in die Geschichte (wie Anm. 72), S. 32–35.

[165] Vgl. hierzu und zum Folgenden Weech III, 1 (wie Anm. 8), S. 92ff., und Paul Rothmund: Badens liberale Ära, in: Paul Rothmund, Erhard Wiehn (Hrsg.): Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten, Stuttgart 1979 S. 79–96, S. 83ff. (= Schriften zur politischen Landeskunde Bd. 4), und Hans Fenske: Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790–1933, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1981, S. 118ff. (= Schriften zur Politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 5).

[166] Vgl. Chronik 1910, S. 85f.

[167] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 20. Mai 1869.

[168] StadtAK 8/Alben 79 (Bde. 1 und 2).Vgl. dort auch zum Folgenden. Vgl. auch Susanne Asche: Die Tradition, aus der die VHS kommt: Bürgerliche und Arbeiterbildungsvereine in Karlsruhe, in: Erfahrung für die Zukunft. 50 Jahre VHS Karlsruhe 1947–1997. Dokumentation zum Jubiläum. Hrsg. Volkshochschule Karlsruhe, Karlsruhe 1997, S. 6–12.

[169] Zitiert nach Glaeser, Unser die Zukunft (wie Anm. 23), S. 31.

[170] Vgl. Tätigkeitsbericht des Arbeiter-Bildungs-Vereins Karlsruhe, Karlsruhe 1907, S. 11ff.

[171] StadtAK 8/Alben 79 (Bd. 2).

[172] Vgl. Tätigkeitsbericht des Arbeiterbildungsvereins für das Vereinsjahr 1909/10, Karlsruhe 1910.

[173] Vgl. Chronik 1900, S. 59. Vgl. zum Folgenden auch GLA 235/30756.

[174] Vgl. hierzu und zum Folgenden Alfons Fischer: Der Karlsruher Arbeiterdiskussionsklub, eine neutrale Vereinigung zur Aussprache zwischen Arbeitern und Höhergebildeten. Kultur und Fortschritt. NF der Sammlung Sozialer Fortschritt. Hefte für Volkswirtschaft, Sozialpolitik, Frauenfrage, Rechtspflege und Kulturinteressen Nr. 207/9, Leipzig 1908.

[175] Vgl. hierzu und zum Folgenden u. a. Hans Georg Merz: Katholische und evangelische Parteien in Baden, in: Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1978, S. 33–62, S. 33ff. (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 2).

[176] Vgl. zu den Anfängen GLA 236/17053 und 237/26187. Vgl. zur Geschichte der Karlsruher SPD 70 Jahre Dienst am Volke. SPD Ortsverein Karlsruhe 1958, 100 Jahre SPD Karlsruhe, hrsg. vom SPD-Kreisverband, Karlsruhe 1977 und Glaeser, Unser die Zukunft (wie Anm. 23), S. 32ff.

[177] Vgl. Weech III, 1 (wie Anm. 8), S. 205f.

[178] Vgl. zu den Anfängen und zur Entwicklung der badischen Sozialdemokratie Jörg Schadt: Die Sozialdemokratische Partei in Baden. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende (1868–1900), Hannover 1971.

[179] Vgl. 40 Jahre SPD Karlsruhe, Beilage im Volksfreund vom 3. September 1927 und 70 Jahre (wie Anm. 176), S. 19f. Vgl. zur SPD in Durlach Asche, Die Bürgerstadt (wie Anm. 17), S. 329.

[180] Vgl. zur Politik und Taktik der badischen Sozialdemokratie u. a. Ludwig Frank: Sozialdemokratie und badische Landtagswahlen, Mannheim 1913, Wilhelm Kolb: Die Taktik der badischen Sozialdemokratie und ihre Kritik, Karlsruhe 1910, Schadt (wie Anm. 178), die Beiträge von Jörg Schadt, Wolfgang Schmierer und Hans-Joachim Franzen, in: Jörg Schadt, Wolfgang Schmierer (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg Bd. 3) und Hans-Joachim Franzen: Auf der Suche nach politischen Handlungsspielräumen. Die Diskussion um die Strategie der Partei in der regionalen und lokalen Organisation der badischen Sozialdemokratie zwischen 1890 und 1914, 2 Bde., Frankfurt/M., Bern, New York, Paris 1987. Vgl. zum Auftreten Rosa Luxemburgs Susanne Asche: Rosa Luxemburg im „roten" Durlach, in: Blick in die Geschichte (wie Anm. 72), S. 69–73.

[181] Vgl. zum Folgenden Asche, Fürsorge (wie Anm. 10), S. 245ff.

[182] Vgl. Chronik 1911, S. 101.

[183] Vgl. zur Geschichte der Karlsruher Gewerkschaften Glaeser (wie Anm. 23), S. 30ff. und S. 40ff. und ders. (wie Anm. 25), S., 191ff.

[184] Vgl. Jahresbericht der Großherzoglich Badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1899, Karlsruhe 1900, S. 45.

[185] Vgl. hierzu die Aufstellung bei Glaeser, Unser die Zukunft (wie Anm. 23), S. 60ff., und Deutscher Metallarbeiterverband Zahlstelle Karlsruhe: Geschäftsbericht für 1907, S. 28.

[186] Vgl. Glaeser, Die Karlsruher Arbeiterschaft (wie Anm. 25), S, 193f., und ders.: (wie Anm. 23), S. 71. Vgl. auch Adreßbuch 1913, S. II, 37ff.

[187] Die Frau. Monatszeitschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit, hrsg. von Helene Lange. 1 Jg. 1. Heft. Oktober 1893.

[188] Vgl. Ute Frevert: Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt/M 1986, S. 109.

[189] Vgl. Statistik der Frauenorganisationen (wie Anm. 84).

[190] Vgl. zum Folgenden Asche, Fürsorge (wie Anm. 10), S. 240ff.

[191] Vgl. zum Folgenden Weech III, 1 (wie Anm. 8), S. 142ff.

[192] Vgl. Badische Landeszeitung vom 5. Januar 1871 und vom 11. Januar 1874. Vgl. auch Weech III, 1 (wie Anm. 8). S. 193ff. Die Prozentberechnungen aller Wahlen von der Verfasserin.

[193] Vgl. Weech III, 2 (wie Anm. 8), S. 494.

[194] Vgl. ebenda, S. 554, und Badische Landeszeitung vom 22. Februar 1887.

[195] Vgl. Theodor Wacker: Der 14. Reichstagswahlkreis in Baden mit den Ergebnissen der Wahl vom 16. Juni 1903, Karlsruhe 1905, S. 69.
[196] Vgl. Ernst Otto Bräunche, Stadtrat und Bürgerausschuß, in: Residenz im Kaiserreich (wie Anm. 16), S. 118–125, S. 121, und Koch, Auf dem Weg zur Großstadt (wie Anm. 71), S. 62f.
[197] Vgl. Chronik 1908, S. 49.
[198] Vgl. Weech III, 2 (wie Anm. 8), S. 850.
[199] Vgl. hierzu und zum Folgenden die Karlsruher Adreßbücher von 1873 bis 1913. Für die Durchsicht danke ich Klaus Dunkel und Klaus Meinzer.

Erster Weltkrieg und Weimarer Republik – Beginn und Scheitern der Demokratie, Seiten 357 bis 454

[1] Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 1/H-Reg 851.
[2] So die Bezeichnung im Verwaltungsbericht der Landeshauptstadt Karlsruhe für das Wirtschaftsjahr 1935 (1. April 1935 – 31. März 1936), Karlsruhe 1937. Die Verwaltungsberichte liegen für die Jahre 1928 bis 1938 vor und umfassen immer das Wirtschaftsjahr vom 1. April bis zum 31. März des Folgejahres. Im Folgenden werden sie als „Verwaltungsbericht" mit der Angabe des Jahres zitiert.
[3] Chronik der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe für das Jahr 1914, Jg. 30. Im Auftrag der städtischen Archivkommission bearbeitet, Karlsruhe 1916, S. 95. Die Chronik erschien von 1885 bis 1923, seit 1919 als Chronik der Landeshauptstadt Karlsruhe. Im Folgenden zitiert als Chronik mit Angabe der Jahreszahl.
[4] Vgl. Ehrenbuch der Stadt Karlsruhe 1914–1918, Karlsruhe 1930.
[5] Chronik 1914, S. 94.
[6] Vgl. Josef Häußner: Der Weltkrieg und die höheren Schulen Badens im Schuljahr 1914–1915. Beilage zu den Jahresberichten der höheren Schulen Badens, o. O., o. J. [Karlsruhe 1915], S. 71f.
[7] Vgl. StadtAK 3/B 38a, S. 409.
[8] Vgl. Chronik 1918, S. 117.
[9] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 7. August 1914.
[10] Vgl. Hansmartin Schwarzmaier: Vom Hoftheater zum Landestheater, in: Karlsruher Theatergeschichte. Vom Hoftheater zum Landestheater, Karlsruhe 1982, S. 94–108, S. 95ff.
[11] Vgl. StadtAK 1/POA2 469 und 470.
[12] Vgl. Hermann Schäfer: Regionale Wirtschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Staat, Industrie und Verbände während des Ersten Weltkrieges in Baden, Stuttgart 1983, S. 359f. (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg Reihe B, Bd. 95).
[13] Vgl. Peter Brandt, Reinhard Rürup: Volksbewegung und demokratischer Neubeginn in Baden 1918/19. Zur Vorgeschichte und Geschichte der Revolution, Sigmaringen 1991, S. 59.
[14] Entsprechend hoch waren die Gewinne, die 1915 z. B. mit 12,5 Millionen Mark 42% des Aktienkapitals erreichten. Vgl. Schäfer (wie Anm. 12), S. 39, 43, 233 und 237. Zur Umstellung der DWM auf Kriegsproduktion vgl. auch Manfred Koch: Rüstungsproduktion zwischen Krieg und Frieden, in: Jenseits der Brauerstraße. Der Hallenbau A krönt eine neue Stadtlandschaft, Karlsruhe 1997, S. 25–41, S. 27f.
[15] Vgl. Chronik 1914, S. 100.
[16] Vgl. Barbara Guttmann: Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914–1918, Weinheim 1989, S. 271 und Chronik 1914, S. 109f., vgl. dort auch zum Folgenden. Zur Geschichte der Karlsruher Frauen im Ersten Weltkrieg vgl. auch dies.: Mobilmachung der Frauen – Frauenarbeit und Frauenbewegung im Ersten Weltkrieg, in: Susanne Asche u. a. Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, Karlsruhe 1992, S. 268–285 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15).
[17] Vgl. Schäfer (wie Anm. 12) S. 77f.
[18] Vgl. Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 357/8119. Die Jugendwehren wurden am 7. Dezember 1918 wieder aufgelöst, vgl. Chronik 1919, S. 135.
[19] Vgl. Chronik 1915, S. 42. Vgl. auch Rainer Beck: 1915: Schlaglichter auf den Alltag im Ersten Weltkrieg, in: Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte, hrsg. von Heinz Schmitt und Ernst Otto Bräunche, Karlsruhe 1990, S. 197–228, S. 201f. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 10).
[20] Vgl. StadtAK 1/POA2 767 und 774.
[21] Vgl. Arbeitsamt für den Vermittlungsbezirk Karlsruhe. Geschäftsbericht für das Jahr 1924/25 mit einem Vorbericht für die Jahre 1914–1924, Karlsruhe 1925, S. 6.
[22] Vgl. Guttmann, Heimarmee (wie Anm. 16), S. 272ff.
[23] Vgl. GLA 238/26193, Bericht des Bezirksamts Karlsruhe, abgedruckt in: Wolfgang Glaeser: Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe, Heilbronn 1991, Dok. 21b, S. 351.
[24] Vgl. Hans-Jürgen Kremer: Das Großherzogtum in der politischen Berichterstattung der preußischen Gesandten 1871–1918. Zweiter Teil: 1900–1918, Stuttgart 1992, S. 511, 541, 548 (Zitat) und 575. (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A, Quellen, 43. Band).
[25] Vgl. Schäfer (wie Anm. 12), S. 382.
[26] Chronik 1914, S. 105f.
[27] Vgl. Arbeitsamt (wie Anm. 21) S. 5.
[28] Chronik 1914, S. 125.
[29] Vgl. Arbeitsamt (wie Anm. 21), S. 5.
[30] Vgl. Jahresbericht der Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge 1914, Karlsruhe 1915 und 1916 (masch.), S. 1–3.
[31] Die Fürsorge für die Kriegerfamilien der Stadt Karlsruhe im ersten Kriegsjahr, Karlsruhe 1916, S. 22.
[32] Vgl. Chronik 1915, S. 126, Chronik 1918, S. 80, StadtAK 1/H-Reg 2916, Landeshauptstadt Karlsruhe. Voranschlag für das Rechnungsjahr 1919, Karlsruhe 1919,

S. 2, Verwaltungsbericht 19 36, S. 6, und Oskar Hüssy: Die Stadt Karlsruhe im dritten Kriegsjahr, in: Adreßbuch 1942 o. S.

[33] Chronik 1914, S. 110. Dem Nationalen Frauendienst gehörten die Ortsgruppe des Vereins badischer Lehrerinnen, die Sozialdemokratische Frauenorganisation, der Malerinnenverein sowie die BDF-Verbände Verein Frauenbildung-Frauenstudium, Verein für neue Frauenkleidung und Frauenkultur, Verein für Frauenstimmrecht, Rechtsauskunftsstelle für Frauen, Kaufmännischer Verein für weibliche Angestellte und die Jugendgruppe für soziale Hilfsarbeit, später noch der Jüdische Frauenbund, der Karlsruher Hausfrauenverband sowie die Frauen- und Mädchengruppe des Vereins Deutschtum im Ausland, an.

[34] Guttmann, Heimarmee (wie Anm. 16), S. 269

[35] Vgl. Adreßbuch der Landeshauptstadt Karlsruhe 1919, Karlsruhe 1918, S. XXVI. Das Adreßbuch erschien bis 1918 als Adreßbuch der Haupt- und Residenzstadt. Im Folgenden zitiert als Adreßbuch mit Jahreszahl.

[36] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1486, 2153 und 3/B 40, S. 184.

[37] Vgl. Chronik 1917, S. 118.

[38] Vgl. Chronik 1914, S. 123, Chronik 1917, S. 170, und Chronik 1918, S. 18.

[39] Vgl. StadtAK 3/B 39a, S. 311 und 339.

[40] Vgl. Chronik 1914, S. 124.

[41] Vgl. Klaus Peter Müller: Politik und Gesellschaft im Krieg. Der Legitimitätsverlust des badischen Staates 1914–1918, Stuttgart 1988, S. 265ff. (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B Forschungen, 109. Band).

[42] Vgl. StadtAK 3/B 39a, S. 54 und 84. Vgl. dort, S. 60 und 103, auch zum Folgenden.

[43] Vgl. Verwaltungsbericht 1928, S. 130, StadtAK 3/B 42, S. 64ff., und StadtAK 3/B 44, S. 568.

[44] Otto Berendt: Von der Bevölkerung, in: Ders. (Hrsg.): Karlsruhe. Das Buch der Stadt, Karlsruhe 1926, S. 263–270, S. 269.

[45] Vgl. StadtAK 1/POA2, 767.

[46] Vgl. Guttmann, Heimarmee (wie Anm. 16), S. 67.

[47] Vgl. Jahresbericht der Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge 1914, Karlsruhe 1917 und 1918 (masch.), S. 1f., und Bericht über den Stand der dem Volkschulrektorat unterstellten städtischen Schulen in den Schuljahren 1916/17, 1917/18 und 1918/19, Karlsruhe 1919, S. 55.

[48] Vgl. Müller (wie Anm. 41), S. 310, Schäfer (wie Anm. 12), S. 130f., und Chronik 1917, S. 164f. Vgl dort, S. 84f. auch zum Folgenden.

[49] StadtAK 1/H-Reg 1929.

[50] Vgl. Chronik 1918, S. 39, und Schäfer (wie Anm. 12), S. 245f.

[51] Vgl. Glaeser, (wie Anm. 23), Dok, 21a, S. 349f. Zur Preissteigerung vgl. auch Müller (wie Anm. 56), S. 316ff., zur Auseinandersetzung mit der DWM-Leitung ebenda, S. 461 und 476f. Zum Folgenden vgl. Glaeser (wie Anm. 23), S. 85.

[52] Kremer (wie Anm. 24), S. 575. Zum Folgenden vgl. Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992, S. 144 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 14).

[53] Vgl. Chronik 1915, S. 104 (Diese Stelle wurde am 21. Januar 1919 wieder geschlossen, vgl. Chronik 1919, S. 311), und Chronik 1917, S. 84. Vgl. dort, S. 35, 89 und 106, auch zum Folgenden.

[54] Zitiert nach Chronik 1917, S. 81

[55] Zahlenangaben in Chronik 1917, S. 97, und Chronik 1918 S. 41 und 44.

[56] Vgl. Chronik 1914, S. 116.

[57] Vgl. Chronik 1918, S. 85.

[58] Kremer (wie Anm. 24), S. 462.

[59] Vgl. Adreßbuch, 1916, S. XXVI.

[60] Vgl. Beck (wie Anm. 19), S. 214, und Chronik 1915, S. 19.

[61] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1875, GLA 233/31613, 233/39344 und 357/30705.

[62] Vgl. Bernhard Schmitt: Der erste Luftangriff auf Karlsruhe am 15. Juni 1915, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, Karlsruhe 1993, S. 67–69.

[63] Vgl. StadtAK 8/PBS XVI 1219, Bl. 2 und 859, Bl. 7.

[64] Vgl. Kurt Kranich: 22. Juni 1916, in: ders.: Karlsruhe. Schicksalstage einer Stadt, Karlsruhe 1973, S. 69–78 und Mariela Sartorius: Zuerst war nur ein Singen in der Luft, in: Frankfurter-Allgemeine-Magazin, Heft 329, 20. Juni 1986. Vgl. auch GLA 357/8796.

[65] Zitiert nach: Badische Neueste Nachrichten (BNN) vom 22. Juni 1956.

[66] StadtAK 1/H-Reg 1875. So eine nicht dementierte Formulierung in einer Anfrage der Stadt Lörrach.

[67] Kremer (wie Anm. 24), S. 599. Vgl. dort, S. 615, auch zum Folgenden. Vgl. zu den Kriegsverlusten Ehrenbuch (wie Anm. 4), S. XLVIf. Zur Verstärkung der Luftabwehr vgl. StadtAK 8/PBS XVI 1219 Bl. 3ff.

[68] Ursula Merkel: Kriegerdenkmäler in Karlsruhe – ein Überblick, in: Gerlinde Brandenburger u. a.: Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715–1945, Karlsruhe 1987, S. 67–84, S. 79 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 7). Vgl. dort. S. 545ff. zu den einzelnen Kriegerdenkmälern.

[69] Vgl. Chronik 1915, S. 41. Vgl. zum Folgenden StadtAK 8/PBS XVI 859, Bl. 7.

[70] Vgl. Chronik 1917, S. 90.

[71] Vgl. Chronik 1914, S. 84.

[72] Kremer (wie Anm. 24), S. 459. Vgl. dort, S. 465 und S. 604, auch zum Folgenden.

[73] Vgl. Chronik 1915, S. 147.

[74] Vgl. Müller (wie Anm. 41), S. 39ff. Vgl. dort, S. 134f., auch zum Folgenden. Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD vgl. auch Jutta Stehling-Höfling: Die badische SPD im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik 1914–1933, in: Jörg Schadt, Wolfgang Schmierer: Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979, S. 132–159, S. 134f. (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 3), S. 137.

[75] Vgl. Glaeser (wie Anm. 23), S. 86.

[76] Vgl. Kremer (wie Anm. 24), S. 487. Vgl. dort, S. 504

und S. 506, auch zum Folgenden. Zur Spaltung der SPD in Baden vgl. Klaus Peter Müller (wie Anm. 41), S. 97ff.

[77] Vgl. Kremer (wie Anm. 24), S. 517. Müller (wie Anm. 41), S. 145, nennt als Teilnehmerzahl 17. Zum Folgenden vgl. Glaeser (wie Anm. 24), S. 88.

[78] Vgl. Kremer (wie Anm. 24), S. 541.

[79] Kremer (wie Anm. 24), S. 516.

[80] Zitiert nach Chronik 1917, S. 111.

[81] Vgl. Kremer (wie Anm. 24), S. 552 und S. 559, sowie Badische Presse vom 17. November 1917. Zum Folgenden vgl. Müller (wie Anm. 41), S. 202.

[82] Vgl. Kremer (wie Anm. 24), S. 576.

[83] Volksfreund vom 28. Oktober 1918.

[84] Vgl. Brandt/Rürup (wie Anm. 13), S. 71, Kremer (wie Anm. 24), S. 646, und Volksfreund vom 8. November 1918.

[85] Kremer (wie Anm. 24), S. 638.

[86] Vgl. hierzu und zum Folgenden Brandt/Rürup (wie Anm. 13), S. 75ff. Vgl. auch Heinrich Sauer: Der Ausbruch der Revolution in Karlsruhe, in: Volksfreund vom 8. November 1919.

[87] Wilhelm Engelbert Oeftering: Der Umsturz in Baden, Konstanz 1918, S. 99.

[88] Vgl. Brandt/Rürup (wie Anm. 13), S. 80.

[89] Vgl. Volksfreund vom 9. November 1918.

[90] Vgl. Brandt/Rürup (wie Anm. 13), S. 82, sowie Badische Presse vom 14. und 19. November 1918.

[91] Volksfreund vom 14. November 1918.

[92] Vgl. Volksfreund vom 15. November und vom 19. Dezember 1918 sowie Brandt/Rürup (wie Anm. 13), S. 114.

[93] Vgl. z. B. Volksfreund vom 26. April 1919 und Sozialistische Republik vom 4. Februar 1920.

[94] Vgl. Volksfreund vom 4. Juli 1919.

[95] Vgl. Brandt/Rürup (wie Anm. 13), S. 115, und Volksfreund vom 4. September 1920.

[96] Vgl. Gerhard Kaller: Zur Revolution von 1918 in Baden. Klumpp-Putsch und Verfassungsfrage, in: Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Alfons Schäfer, Karlsruhe 1973, S. 175–202, S. 190ff. (= Oberrheinische Studien Bd. 2).

[97] Vgl. Chronik 1922, S. 204.

[98] Vgl. Chronik 1918, S. 130.

[99] Vgl. 1914–1918. Ehrenbuch (wie Anm. 4), S. XVI.

[100] Vgl. Chronik 1920, S. 42.

[101] Vgl. Ernst Otto Bräunche: Vom markgräflichen „Lust-Hauß" zur großherzoglichen „Haupt- und Residenzstadt". Die Entwicklung der Residenz Karlsruhe zwischen 1715 und 1918, in: Kurt Andermann (Hrsg.): Residenzen. Aspekte hauptstädtischer Zentralität von der frühen Neuzeit bis zum Ende der Monarchie, Sigmaringen 1992, S. 199–222, S. 218ff. (= Oberrheinische Studien Bd. 10), und Generalbebauungsplan der Landeshauptstadt Karlsruhe in Baden, Karlsruhe 1926, S. 40.

[102] Vgl. Berendt, Von der Bevölkerung (wie Anm. 44), S. 268, StadtAK 1/H-Reg 1467 und Ehrenbuch (wie Anm. 4), S. XLIX.

[103] Vgl. Verwaltungsbericht 1930, S. 5, und Generalbebauungsplan (wie Anm. 101), S. 33.

[104] Vgl. Verwaltungsbericht 1937, S. 5, und Verwaltungsbericht 1934, S. 6 und S. 11.

[105] Zahlenangaben nach Berendt (wie Anm. 44), S. 268.

[106] Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1932. Wegweiser für die Evangelische Kirchengemeinde Karlsruhe, Karlsruhe 1932, S. 43–47, und Hermann Erbacher: 250 Jahre Evangelische Kirchengemeinde Karlsruhe, in: Suchet der Stadt Bestes. Festschrift der Evangelischen Kirchengemeinde Karlsruhe zum Stadtjubiläum 1715–1965, Karlsruhe 1965, S. 7–131, S. 96. Vgl. dort, S. 96ff., auch zum Folgenden.

[107] Vgl. 50 Jahre Markus-Pfarrei Karlsruhe, Karlsruhe 1955, S. 12–16.

[108] Vgl. Adalbert Ehrenfried: Die Kapuziner in Karlsruhe einst und jetzt, Karlsruhe 1962, S. 86ff., und Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Pfarrgemeinde Karlsruhe 1936–1986, Karlsruhe in Vergangenheit und Gegenwart, Karlsruhe o. J. [1947–1956], S. 141–145, und StadtAK 1/H-Reg 4915.

[109] Vgl. Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, Karlsruhe 1988, S. 15 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 9).

[110] Vgl. Benno Schöke: 80 Jahre Alt-Katholische Kirchengemeinde in Karlsruhe, Bonn 1958, S. 21.

[111] Vgl. Generalbebauungsplan (wie Anm. 101), S. 26. Zur Eingemeindung von Bulach vgl. auch: StadtAK 1/AEST 276 und Herbert Maisch: Bulacher Ortschronik. Vom Kirchdorf am Wald zum Stadtteil an der Autobahn, o. O., o. J. [Karlsruhe 1993], S. 211ff.

[112] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 5100, dort auch das folgende Zitat.

[113] Vgl. Badische Presse vom 17. März 1928.

[114] StadtAK 1/H-Reg 5093. Zur Eingemeindung von Knielingen vgl. auch: Rolf Seegy: Die Eingemeindung, in: 1200 Jahre Knielingen 786–1986, Karlsruhe 1986, S. 299–308.

[115] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 5093.

[116] StadtAK 3/B 44, S 708.

[117] Vgl. StadtAK 3/B 44, S. 711, vgl. dort, S. 714, auch zum Folgenden.

[118] Vgl. StadtAK 3/B 44, S. 714.

[119] Vgl. hierzu und zum Folgenden StadtAK 1/H-Reg 5087, 5/Durlach 658 und grundlegend Susanne Asche: Die Bürgerstadt, in: Dies., Olivia Hochstrasser. Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996, S. 147–444, S. 409ff. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17).

[120] Badische Presse vom 2. September 1931.

[121] StadtAK 1/H-Reg 5094, dort auch das folgende Zitat. Zur Eingemeindung von Hagsfeld vgl. auch: Gerhard Linder: Eintausend Jahre Hagsfeld. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991, S. 131ff. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 12)

[122] Generalbebauungsplan (wie Anm. 101), Abbildung 24.

[123] Vgl. Klaus Bindewald: Die Albtalbahn: Geschichte mit Zukunft, Karlsruhe 1998, S. 39 und S. 42, Verwaltungsbericht 1928, S. 94f. und S. 99, StadtAK 3/B 42, S. 299, Julius Schmidtmann: Die Bahnen der Stadt, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44),

S. 252–255, S. 254f., und ders.: Die Karlsruher Straßenbahn, in: Karlsruher Adreßbuch 1938, o. S.

[124] StadtAK 1/H-Reg 2915.

[125] Vgl. Julius Lacher: Karlsruhe als Fremdenstadt, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44) S. 244–251, S. 245ff.

[126] Friedrich Metz: Grenzlage-Grenzaufgaben, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt 1926 (wie Anm. 44), S. 271–274, S. 274.

[127] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2915.

[128] Die folgenden Ausführungen basieren auf: Ernst Otto Bräunche: Stau am Karlsruher Dreieck, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, Karlsruhe 1993, S. 6–9.

[129] Generalbebauungsplan (wie Anm. 101), S. 80.

[130] StadtAK 1/H-Reg 1588, dort auch die beiden folgenden Zitate.

[131] Zum Bau der Autobahn auf Karlsruher Gemarkung vgl. auch StadtAK 1/TBA 422–427. Zur militärischen Bedeutung vgl. Erhard Schütz/Eckhard: Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der „Straßen des Führers" 1933–1941, Berlin 1996, S. 88ff.

[132] Vgl. Emil Pfeiff: Karlsruhe als Rheinhafen. Ein Ausschnitt aus der oberrheinischen Verkehrsgeschichte, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44), S. 256–262, S. 259. Dort auch das folgende Zitat.

[133] Vgl. Verwaltungsbericht 1928, S. 110. Vgl. dort, S. 108, auch zum Folgenden.

[134] Vgl. Verwaltungsbericht 1934, S. 176.

[135] Vgl. Verwaltungsbericht 1937, S. 136f.

[136] Vgl. Stadtwerke Karlsruhe 1945–1954. Zerstörung und Wiederaufbau, Karlsruhe 1955, S. 30.

[137] Vgl. Erwin Kraus: Karlsruhe im Luftverkehr, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44), S. 261–262, S. 261. Vgl. hierzu und zum Folgenden auch Amalie Heck: 200 Jahre Karlsruher Flug- und Luftfahrtgeschichte, Karlsruhe 1997, S. 30ff.

[138] StadtAK 3/B 42, S. 188.

[139] Vgl. Koch, Chronik (wie Anm. 52), S. 153, und Verwaltungsbericht 1928, S. 30f.

[140] Vgl. StadtAK 3 B/ 42, S. 420. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[141] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2346, Verwaltungsbericht 1934, S. 35, und Heck (wie Anm. 137), S. 56.

[142] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2342.

[143] StadtAK 1/H-Reg 2345. Vgl. auch Heck (wie Anm. 137), S. 37ff. Vgl. zum Folgenden auch Der Führer vom 26. November 1936.

[144] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1975 und Erich Lacker: Zielort Karlsruhe. Die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg, Karlsruhe 1996, S. 67 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 18)

[145] Chronik 1919, S. 439.

[146] Chronik 1919, S. 349.

[147] Vgl. Chronik 1919, S. 334, und Volksfreund vom 15. März 1919.

[148] Vgl. Franz Fichtl: Die Wohlfahrtspflege in Karlsruhe, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44), S. 185–195, S. 187, Chronik 1921, S. 115, und Volksfreund vom 29. Juni 1920.

[149] Vgl. Chronik 1920, S. 33. Vgl. auch Peter Pretsch: „Geöffnetes Narren-Turney". Geschichte der Karlsruher Fastnacht, Karlsruhe 1995, S. 93–95 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 16).

[150] Vgl. Volksfreund vom 7. November 1919.

[151] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1929, Chronik 1922, S. 206, und Constantin Eglinger: Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke der Stadt Karlsruhe, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44), S. 58–63, S. 58.

[152] StadtAK 1/H-Reg 1929.

[153] Vgl. Volksfreund vom 2. und 8. September 1922.

[154] Wilfried Berg: Arbeits- und Sozialverwaltung einschließlich Sozialversicherung und Rechtsversorgung, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. IV, hrsg. von Kurt G. Jeserich, Hans Pohl und Georg Christoph von Unruh, Stuttgart 1985, S. 218–240, S. 229.

[155] Vgl. Arbeitsamt für den Vermittlungsbezirk Karlsruhe. Geschäftsbericht für das Jahr 1924/25 mit einem Vorbericht für die Jahre 1914–1924, Karlsruhe 1925, S. 10f.

[156] Vgl. Anselm Faust: Von der Fürsorge zur Arbeitsmarktpolitik, in: Werner Abelshauser (Hrsg.): Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, Stuttgart 1987, S. 264f. (= Beihefte der VSWG, Nr. 81), und Volker Hentschel: Die Sozialpolitik in der Weimarer Republik, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Geschichte, Bonn 1988 (2. Auflage), S. 197–217, S. 212f.

[157] Zitiert nach Faust (wie Anm. 156), S. 277.

[158] Vgl. dazu Dieter Rebentisch: Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik, in: Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele, hrsg. von Rudolf Morsey, Berlin 1977, S. 107–157, S. 112ff (= Schriftenreihe der Hochschule Speyer Bd. 66).

[159] Vgl. Chronik 1919, S. 342, und Volksfreund vom 21. Dezember 1918.

[160] Vgl. Chronik 1920, S. 56.

[161] Vgl. Chronik 1918, S. 16, Chronik 1918, S. 160, und Chronik 1919, S. 325.

[162] Vgl. Volksfreund und Badische Presse vom 11. Januar 1919, Volksfreund vom 14. Februar 1919, Arbeitsamt (wie Anm. 155), S. 7, und Volksfreund vom 3. Juli 1919.

[163] Vgl. Generalbebauungsplan (wie Anm. 101), S. 40–42.

[164] Vgl. Franz Fichtl: Die Wohlfahrtspflege in Karlsruhe, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44), S. 185–195, S. 186, vgl. dort auch zum Folgenden.

[165] Vgl. Badischer Beobachter vom 8. November und Volksfreund vom 9. November 1922.

[166] Vgl. StadtAK 3/B 41, S. 459, und Chronik 1923, S. 305.

[167] Vgl. Chronik 1923, S. 287f., und Chronik 1923, S. 306.

[168] Hermann Paull, Die städtische Schulhygiene, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44), S. 170–177, S. 172f.

[169] Vgl. Residenzanzeiger vom 15. Januar 1924.

[170] Vgl. Chronik 1923, S. 294. Vgl. dort, S. 288ff., auch zum Folgenden.

[171] Karlsruher Zeitung vom 10. März 1923.

[172] Vgl. Chronik 1923, S. 188. Vgl. dort, S. 322, auch zum Folgenden.
[173] Arbeitsamt (wie Anm. 155), S. 8.
[174] Vgl. Chronik 1923, S. 313.
[175] Arbeitsamt (wie Anm. 155), S. 17f.
[176] Beim Fürsorgeamt waren über 8.500 Fälle mit rund 19.000 Personen registriert. Den größten Anteil hatten mit 3.400 Fällen und 8.500 Personen die in der allgemeinen Fürsorge Betreuten. Vgl. Fichtl: (wie Anm. 148), S. 186.
[177] Vgl. Generalbebauungsplan (wie Anm. 101), S. 42.
[178] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1929.
[179] Arbeitsamt (wie Anm. 155), S. 21.
[180] StadtAK 1/H-Reg 1965, dort auch das folgende Zitat.
[181] Vgl. Badischer Beobachter vom 30. Oktober 1926.
[182] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1965, StadtAK 3/B 43, S. 10, und StadtAK 1/H-Reg 2915.
[183] Volksfreund vom 24. Dezember 1929.
[184] Vgl. Dietmar Petzina: Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik, in: Werner Abelshauser (Hrsg.) Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat (wie Anm. 156), S. 240–259, S. 242.
[185] Auf diese Entwicklung wies auch Oberbürgermeister Finter in der Gründungsversammlung der Karlsruher Notgemeinschaft hin, vgl. StadtAK 1/H-Reg 1983. Vgl. auch Verwaltungsbericht 1934, S. 16.
[186] Vgl. StadtAK 3/B 44, S. 241f, Verwaltungsbericht 1932, S. 113, und Asche (wie Anm. 119), S. 366f.
[187] Verwaltungsbericht 1928, S. 181. Zur Entwicklung der Karlsruher Industrie bis 1914 vgl. Ernst Otto Bräunche, Die Karlsruher Industrie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Rainer Beck u. a.: Industriearchitektur in Karlsruhe, Karlsruhe 1987 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 6).
[188] Generalbebauungsplan (wie Anm. 101), S. 41.
[189] Vgl. Verwaltungsbericht 1930, S. 159.
[190] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2284, dort jeweils Geschäftsbericht der Maschinenbau-Gesellschaft, vgl. dort auch zum Folgenden.
[191] Vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933, Berlin/Bonn 1987, S. 24, Dieter Rebentisch (wie Anm. 158), S. 118, und vgl. hierzu und zum Folgenden auch Ernst Otto Bräunche: „Riesengroß ist die Not": Die Karlsruher Notgemeinschaft und die kommunale Sozialpolitik in der Endphase der Weimarer Republik in: Wirtschaft – Gesellschaft – Städte. Festschrift für Bernhard Kirchgässner zum 75. Geburtstag, hrsg. von Hans-Peter Becht und Jörg Schadt, Ubstadt-Weiher 1998, S. 319–334.
[192] Verwaltungsbericht 1929, S. 160, dort auch das folgende Zitat.
[193] Vgl. Verwaltungsbericht 1930, S. 97.
[194] Von 425 waren es 149. Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1974, vgl. dort auch zum Folgenden.
[195] Vgl. Verwaltungsbericht 1930, S. 121, StadtAK 1/H-Reg 2915 und 1929.
[196] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1983, dort auch das folgende Zitat.
[197] Vgl. Badische Presse vom 22. April 1931.
[198] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1984.
[199] Verwaltungsbericht 1932, S. 112.
[200] Rebentisch (wie Anm. 158), S. 156.
[201] StadtAK 1/H-Reg 2915. Vgl. dort auch zum Folgenden.
[202] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1925 und Verwaltungsbericht 1932, S. 142.
[203] Vgl. StadtAk 1/H-Reg 1925, dort auch das folgende Zitat.
[204] Mehr als 16.000 Personen wurden laufend unterstützt. Dazu kamen knapp 6.500 Wohlfahrtserwerbslose. Rechnet man die Familienangehörigen mit dem vom Fürsorgeamt errechneten Multiplikator 1,8 hinzu, kommt man auf 29.000 Menschen.
[205] Die Multiplikation mit dem sicher eher zu niedrigen Faktor 1,8 ergibt 6.370 Personen.
[206] Vgl. Wolfgang R. Krabbe: Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1989, S. 104.
[207] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1974. Zur Entwicklung in Durlach vgl. Asche, Die Bürgerstadt, (wie Anm. 119), S. 363ff.
[208] Vgl. Herbert Lögler, Karlsruhe im Zeichen der nationalsozialistischen Machtergreifung, masch. Diplomarbeit im Fach Soziologie an der Universität Mannheim, Mannheim 1984, S. 13.
[209] Vgl. Volksfreund, 25. März 1929, zitiert nach Klaus Eisele, Karlsruhe 1928–1933. Die badische Landeshauptstadt in den Krisenjahren der Weimarer Republik. Eine Studie zur Auflösung der Demokratie und zum Aufstieg der NSDAP bis zur Machtübergabe, masch. Manuskript, Stadtarchiv Karlsruhe, Kap. III,2, S. 6.
[210] Volksfreund, 29. Mai 1929, zitiert nach Klaus Eisele (wie Anm. 209), Kap. III,2, S. 9.
[211] StadtAK 1/H-Reg 1965.
[212] Vgl. Julius Schmidtmann: Die Karlsruher Straßenbahn, in: Karlsruher Adreßbuch 1938, o. S., und Verwaltungsbericht 1932, S. 148.
[213] Verwaltungsbericht 1931, S. 138.
[214] Badischer Beobachter vom 11. November 1932.
[215] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1925.
[216] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1929 und Verwaltungsbericht 1934, S. 12.
[217] Verwaltungsbericht 1930, S. 99. Vgl. zum Folgenden Verwaltungsbericht 1931, S. 119, und Verwaltungsbericht 1932, S. 117.
[218] Vgl. Rebentisch (wie Anm. 158), S. 139, und StadtAK 1/H-Reg 4229.
[219] Vgl. Arbeiterzeitung vom 3. Februar 1930.
[220] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 4229.
[221] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 12. Dezember 1931.
[222] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 12. Dezember 1932.
[223] StadtAK 1/H-Reg 1924.
[224] Vgl. z. B. StadtAK 1/H-Reg 1928. Dort auch die folgenden drei Zitate.
[225] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1984.
[226] Die folgenden Ausführungen basieren zu einem wesentlichen Teil auf Ernst Otto Bräunche: „...eine Wohnungsnot, die katastrophale Ausmaße annahm." Zur Wohnungssituation in Karlsruhe vom Kriegsende 1918 bis zum Bau der Dammerstocksiedlung 1929,

in: Neues Bauen der 20er Jahre. Gropius, Haesler, Schwitters und die Dammerstocksiedlung in Karlsruhe 1929 (Ausstellungskatalog Badisches Landesmuseum), Karlsruhe 1997, S. 23–38 und ders.: „... sind auch hier die Führerbilder unbeschädigt": Zum Karlsruher Herrschaftsalltag im „Dritten Reich", in: Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte, Karlsruhe 1990, S. 229–261, S. 251–254 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 10).

[227] Dies war das Ergebnis einer Untersuchung des Badischen Landeswohnungsvereins, vgl. Beck (wie Anm. 19), S. 211, und Gustav Trautmann, Wohnungswesen der Landeshauptstadt Karlsruhe in Vergangenheit und Gegenwart, masch. Diss. Wirtschafts- und Sozialwiss. Frankfurt 1923, S. 81f.

[228] Vgl. Chronik 1918, S. 130, und Wohnungszählung und Wohnungsbau in Baden, Karlsruhe 1928, S. 103.

[229] Sie waren im alten Schwesternhaus in Beiertheim, im alten Schulhaus in Daxlanden, im Rintheimer Rathaus und im Haus Zähringerstr. 100 untergebracht, vgl. Chronik 1918, S. 19. Vgl. dort, S. 19f., auch zum Folgenden.

[230] Vgl. StadtAK 3/B 39a, S. 303.

[231] Die 7.597 zusätzlichen Reichs- und Landesbeamten benötigten über 4.000 Wohnungen, vgl. StadtAK 1/H-Reg 1354.

[232] Ihre Zahl wurde mit rund 6.000 Personen angegeben, was rund 1.500 neue Haushalte bedeutete. Zu den Flüchtlingen aus Elsaß-Lothringen vgl. StadtAK 1/H-Reg 1467, Bürgerausschußvorlage vom 8. April 1922, Wohnungsbau 1922 und Wohnungsabgabe betr., S. 5. Zur Situation nach Kriegsende in Baden vgl. Hermann Schäfer, Wirtschaftliche und soziale Probleme des Grenzlandes, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, Stuttgart 1979, S. 168–183, und Karl Stiefel: Baden 1648–1952, 2 Bde., Karlsruhe 1977, Bd. 2, S. 1385.

[233] Vgl. StadtAK 1/AEST 474 und StadtAK 1/H-Reg 1373. 1931 hatte die Genossenschaft 167 Mitglieder und besaß 18 Häuser im Weiherfeld mit 16 Zweizimmer-, 58 Dreizimmer- und 18 Vierzimmerwohnungen. 1934 nannte sie sich um in „Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft Weiherfeld", die sich 1940 dann dem Mieter- und Bauverein anschloß, vgl.: Fritz Ehret, Sozial Bauen – Gesund Wohnen. 100 Jahre Mieter- und Bauverein Karlsruhe eG, Karlsruhe 1997, S. 65–67.

[234] Vgl. Chronik 1918, S. 133, und StadtAK 1/H-Reg 4417. Vgl. auch Sophie Rabe, Die Wohnungsfürsorge der Stadt Karlsruhe in der Nachkriegszeit, masch. Phil. Diss. Heidelberg 1925 und Gustav Trautmann, Wohnungswesen der Landeshauptstadt Karlsruhe in Vergangenheit und Gegenwart, masch. Diss. Wirtschafts- und Sozialwiss. Frankfurt 1923, S. 64ff.

[235] Vgl. Stiefel Bd. 2 (wie Anm. 232), S. 1385.

[236] Stadtrechtsrat Jägler am 3. April 1919 im Stadtrat, StadtAK 1/H-Reg 4687.

[237] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 4703, StadtAK 1/BOA 387 und Die Wohnungsbeschaffung in Karlsruhe, in: Adreßbuch 1922, S. A23–A26, S. A24.

[238] Vgl. Chronik 1919, S. 286f., und StadtAK 1/H-Reg 2752.

[239] In der Gottesauer Artilleriekaserne entstanden 23 Wohnungen, in der Artilleriekaserne an der Moltkestraße 50 und in dem ehemaligen Offiziersgefangenenlager am Ettlinger Tor 22 Wohnungen, vgl. Chronik 1919, S. 288. Vgl. auch StadtAK 1/H-Reg 1345, 1346, 1348, 1349 und 1351.

[240] Vgl. zur Wohnungsbauförderung mit öffentlichen Mitteln in Baden Rabe (wie Anm. 234), S. 21ff., zur Wohnungsbauförderung im Deutschen Reich Michael Ruck: Die öffentliche Wohnungsbaufinanzierung in der Weimarer Republik. Zielsetzungen, Ergebnisse, Probleme, in: Axel Schildt, Arnold Sywottek (Hrsg.): Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt/New York 1988, S. 150–200 (= Campus Forschung Band 589) und ders.: Das Karlsruher Finanzierungsmodell als Beitrag zur Reform der öffentlichen Wohnungsbauförderung, in: Neues Bauen der 20er Jahre (wie Anm. 226), S. 39–48.

[241] Vgl. Chronik 1919, S. 286.

[242] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1019–1021.

[243] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 4703. Dort auch das folgende Zitat.

[244] Vgl. Die Wohnungsbeschaffung (wie Anm. 237), S. A 25. Vgl. dort, S. A 23, auch zum Folgenden.

[245] Vgl. Johannes Dommer, Wie man in Karlsruhe baut und wohnt, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44), S. 47–54, S. 49.

[246] Karlsruher Tagblatt vom 14. Juni 1921.

[247] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 4710 und Stiefel, Bd. 2 (wie Anm. 232), S. 1386.

[248] StadtAK 1/H-Reg 4710, dort auch das folgende Zitat.

[249] Vgl. Chronik 1923, S. 298f. Vgl. auch Residenzanzeiger vom 17. Januar 1922.

[250] Die folgenden Vereine unterstützten die Eingabe: Bund für deutsche Familie und Volkskraft; Bürgerverein der Altstadt; Bürgerverein der Oststadt; Bürgerverein der Weststadt; Bürgerverein der Südweststadt; Bürgerverein der Südstadt; Badischer Frauenverein; Frauenverein Karlsruhe-Mühlburg; Ev. Verein der Weststadt; Kath. Frauenbund; Kath. Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder; Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; Gesellschaft für Soziale Hygiene; Isr. Frauenverein und Isr. Kinderkrankenkasse; Grund- und Hausbesitzerverein Karlsruhe; Bund deutscher Architekten, Ortsgr. Karlsruhe; Mittelbad. Architekten- und Ingenieurverein; Frauenverein Karlsruhe-Rüppurr; Verein der Bäcker- und Konditoren und verwandter Berufsgenossen; Karlsruher Hausfrauenbund; Altkath. Frauenverein Karlsruhe; Bad. Landesverein für Innere Mission; Badische Heimat vgl. StadtAK 1/H-Reg 4710.

[251] Vgl. Susanne Asche, Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung – die Leistungen der Karlsruherinnen für die Entwicklung zur Großstadt (1859–1914); in: Karlsruher Frauen (wie Anm. 16), S. 171–256, S. 236, und dieselbe, Fürsorge und Emanzipation oder Rassenhygiene. Die Frauenbewegung im Großher-

zogtum (Teil 2), in: Susanne Jenisch (Hrsg.), Standpunkte. Ergebnisse und Perspektiven der Frauengeschichtsforschung in Baden-Württemberg, Tübingen und Stuttgart 1993, S. 132–142, S. 140ff. (= Frauenstudien in Baden-Württemberg Bd. 1). Zum „Bund für Deutsche Familie und Volkskraft" und dessen Vorsitzenden Hermann Paull vgl.: Ute Grau: Rassehygiene zwischen Wissenschaft und sozialer Praxis – der „Bund für Deutsche Familie und Volkskraft" und die „Badische Gesellschaft für soziale Hygiene" von 1916 bis 1933, masch. Magisterarbeit Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1994, S. 79ff und S. 165f.

[252] StadtAK 1/H-Reg 4710. Schreiben Finters vom 28. Juli 1928 an seinen Kollegen, den für das Wohnungswesen zuständigen Bürgermeister Hermann Schneider.

[253] Vgl. Chronik 1923, S. 296.

[254] Hier entstanden im ersten Bauabschnitt, der Anfang 1922 bezugsfertig war, 30 Wohnungen, 15 Dreizimmer-, 9 Vierzimmer- und 6 Fünfzimmerwohnungen, im zweiten 30 Wohnungen, vgl. StadtAK 1/H-Reg 1481.

[255] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1482.

[256] 1927 waren es 239, was 2,3% des Wohnungsbestands entsprach. Vgl. Wohnungszählung und Wohnungsbau in Baden, Karlsruhe 1928, S. 69.

[257] Angaben nach Verwaltungsbericht 1928, S. 240, wo die weggefallenen Wohnungen abgezogen werden, deshalb leichte Abweichungen bei Dommer (wie Anm. 245), S. 49, der nur die Neuzugänge zählt.

[258] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1462 und 1467. 1931 nannte sich die Gesellschaft in „Wohnungsgesellschaft Ettlinger Tor" um.

[259] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1370, 1465 und 1485. Die Eigenhandbau fusionierte 1941 mit dem Mieter- und Bauverein, vgl. Ehret (wie Anm. 233), S. 71–73.

[260] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1463, 1464, 1472–1474, 1565 und 3476. Vgl. auch Die Hardtwaldsiedlung. Sonderbeilage zum Karlsruher Tagblatt vom 28. Juni 1927 und 50 Jahre Gemeinnützige Baugenossenschaft Hardtwaldsiedlung Karlsruhe eGmbH, Karlsruhe 1969.

[261] Vgl. Dommer (wie Anm. 245), S. 50, und Michael Ruck (wie Anm. 240), S. 157, der diese Entwicklung auch für andere deutsche Großstädte feststellt.

[262] Dies war auch in den anderen Städten des Deutschen Reiches so, vgl. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1930, Bonn 1985, S. 77, und Adelheid von Saldern: Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute, Bonn 1995, S. 120ff. (= Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Politik und Gesellschaftsgeschichte Bd. 38). Zur Entwicklung in Baden vgl. Willi A. Boelcke, Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800–1989. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart 1989, S. 368 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 16).

[263] Heidelberg 3,0, Pforzheim 2,8, Mannheim 2,5 und Freiburg 1,5, vgl. StadtAK 1/H-Reg 1361.

[264] Vgl. Verwaltungsbericht 1928, S. 241, und Badische Presse vom 25. Oktober 1927.

[265] Vgl. Badische Presse vom 14. November 1929, Verwaltungsbericht 1929, S. 209, und Badische Presse vom 31. Mai 1929.

[266] Vgl. Badische Presse vom 22. April 1928. Vgl. auch Winkler (wie Anm. 262), S. 78f.

[267] Dies ergab eine von der Stadtverwaltung 1928 ausgearbeitete Stellungnahme zum „Wohnungsbau in Karlsruhe", StadtAK 1/H-Reg 1363.

[268] Vgl. Volksfreund vom 17. April 1928.

[269] StadtAK 1/H-Reg 1363, Stadtratsvorlage vom 1. Juni 1928. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[270] Brigitte Franzen: Die Siedlung Dammerstock in Karlsruhe 1929. Zur Vermittlung des Neuen Bauens, Marburg 1993, S. 20. Vgl. dort auch ausführlich zur Dammerstocksiedlung.

[271] Vgl. Harald Ringler: Die Karlsruher Akteure des Projekts Dammerstock. Politiker. Stadtplaner. Architekten, in: Neues Bauen der 20er Jahre (wie Anm. 226), S. 49–68, S. 54f., Andreas Schwarting: Karlsruhe und der Dammerstock. Architektonische Wechselwirkungen, in: ebenda:, S. 69–90, S. 70ff., und Lisa Sterr: Aufbrüche, Einschnitte und Kontinuitäten – Karlsruher Frauen in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich", in: Karlsruher Frauen 1715–1945 (wie Anm. 16), S. 313ff.

[272] Der Führer vom 20. April 1933, zitiert nach Schwarting (wie Anm. 271), S. 78, dort, S. 80, auch das folgende Zitat aus StadtAK 1/H-Reg 1480.

[273] Schwarting (wie Anm. 271), S. 74. Vgl. auch: StadtAK 1/TBA 6–14 und Birgit Oesterle: Strandbad und Vogelwarte im Rheinpark Rappenwört. Anlagen des Neuen Bauens in Karlsruhe, masch. Magisterarbeit Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1994.

[274] Hermann Schneider: Der Karlsruher Rheinwald und die Rheininsel Rappenwört, in: Karlsruher Wochenschau. Amtliche Zeitschrift des Verkehrsvereins Karlsruhe, Heft 3, 10. Mai 1930, S. 5–8, S. 7. Vgl. auch Verwaltungsbericht 1929, S. 120, und StadtAK 1/ H-Reg 2848–2851.

[275] Vgl. Karlsruher Zeitung vom 19. Juli 1929.

[276] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2915.

[277] Vgl. Verwaltungsbericht 1929, S. 114–116, und StadtAK 1/H-Reg 2748.

[278] Im Geschäftsjahr 1919/20 stieg die Zahl von 1.805 auf 2.538 an. 1920/21 war die Mitgliederzahl schon auf über 3.000 angestiegen. Vgl. Volksfreund vom 12. Mai 1921.

[279] Vgl. Volksfreund vom 5. Juni 1919. Zu Schwerdt vgl. auch StadtAK 1/POA2/987 und Volksfreund vom 9. Januar 1926.

[280] Vgl. Volksfreund vom 13. Juli 1920 und vom 12. Mai 1920.

[281] Vgl. Asche (wie Anm. 251), S. 246f., und Jörg Schadt/ Michael Caroli (Hrsg.): Im Dienst an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914–1932, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1977, S. 43 und 160.

[282] Vgl. Volksfreund vom 11. Juli, 12. August und 8. September 1924. Vgl. auch Sozialistische Republik vom 22. Februar 1919 und 13. Januar 1920.

283 Vgl. Volksfreund vom 2. Juli und 13. August 1919.
284 Vgl. Sozialistische Republik vom 18. Juni 1919.
285 Vgl. Volksfreund vom 15. August 1919.
286 Ein genauer Termin ist nicht zu ermitteln, der Volksfreund vom 22. Mai 1919 berichtet von einer Karlsruher Ortsgruppe der Kommunistischen Partei (Spartakusbund).
287 Vgl. Sozialistische Republik vom 28. März 1920. Zur Spaltung der Arbeiterbewegung vgl. Glaeser (wie Anm. 23), S. 101ff.
288 Vgl. Sozialistische Republik vom 22. September 1920.
289 Vgl. Rote Fahne vom 31. Dezember 1920.
290 Vgl. z. B. Volksfreund vom 29. September 1920.
291 Vgl. Volksfreund vom 7. September 1922 und 7. November 1922.
292 Vgl. GLA 309/Zug. 1994–53, 6160. Dort sind Berichte des Landespolizeiamtes seit Februar 1924 überliefert. Im Staatsarchiv Freiburg (StaF) Bestand A 961, Nr. 1671 sind Berichte ab 1926 überliefert. Im Folgenden werden die Berichte zitiert als LPA mit Datum (wie Anm. 292). Zum badischen Landespolizeiamt vgl. Ernst Otto Bräunche, Das badische Landespolizeiamt: Die Überwachung der links- und rechtsextremen Parteien in der Weimarer Republik, in: Geschichte als Verantwortung. Festschrift für Hans Fenske zum 60. Geburtstag, hrsg. von Ernst Otto Bräunche und Hermann Hiery, Karlsruhe 1996, S. 85–111.
293 Vgl. LPA, Bericht 1 vom 22. Februar 1924 (wie Anm. 292).
294 Vgl. LPA, Bericht 6 vom 15. März Oktober 1925 (wie Anm. 292).
295 Vgl. LPA, Berichte vom 15. November 1929, 20. Februar 1930 und 7. September 1931 (wie Anm. 292).
296 Vgl. LPA, Berichte vom 15. April 1925 und 5. März 1927, Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung der KPD für den Parteitag in Offenburg (wie Anm. 292).
297 Vgl. LPA, Berichte vom 15. Juli 1925 und Januar 1926 (wie Anm. 292) .
298 Vgl. LPA, Bericht vom 15. Januar 1927 (wie Anm. 292).
299 Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1965.
300 Vgl. LPA, Bericht vom 7. September 1931 (wie Anm. 292). Vgl. dort auch zum Folgenden.
301 Vgl. Badische Presse vom 18. Dezember 1918 und Chronik 1919, S. 348.
302 Vgl. Badische Presse vom 27. November 1918.
303 Vgl. Badische Presse vom 29. November 1918.
304 Vgl. Chronik 1918, S. 138, Chronik 1919, S. 348, Badische Presse vom 26. und 30. November, vom 3. bis 5. Dezember sowie Volksfreund vom 7. Dezember 1918.
305 Vgl. Badische Presse vom 11. und 18. Dezember 1918.
306 Vgl. Volksfreund vom 1. Oktober 1921.
307 Vgl. Badische Presse vom 4. Dezember 1918.
308 Vgl. z. B. Volksfreund vom 20. und 23. Dezember 1918.
309 Vgl. Hansmartin Schwarzmaier: Der badische Landtag, in: Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg, Stuttgart 1982, S. 224–245, S. 225.
310 Vgl. Volksfreund vom 31. Dezember 1918. Vgl. auch Ina Hochreuther: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919, Stuttgart 1992, S. 49ff. Dort auch Biographien der Karlsruher Vertreterinnen im Ständehaus Kunigunde Fischer (SPD) und Clara Siebert (Zentrum).
311 Vgl. Volksfreund vom 16. Januar 1919.
312 DDP 4 von 30, SPD 2 von 24, Zentrum 2 von 24, DNVP 1 von 8 und USPD 1 von 10. Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 19. Mai 1919. Vgl. auch Volksfreund vom 14. Mai 1919 und Stern (wie Anm. 271), S. 295ff.
313 Vgl. Chronik 1919, S. 289, 292 und 319. Vgl. auch Chronik 1920, S. 34f.
314 Karlsruher Zeitung vom 29. März 1924. Zur Geschichte der badischen NSDAP vgl.: Ernst Otto Bräunche: Die Entwicklung der NSDAP in Baden bis 1932/33, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 125. Band, NF 86, 1977, S. 331–375, und ders.: Die NSDAP in Baden 1928–1933 – Der Weg zur Macht, in: Thomas Schnabel (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Weimar 1928–1933, Stuttgart 1983, S. 15–48 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg Bd. 6).
315 GLA 234/5738.
316 Vgl. Manfred Koch: Die Weimarer Republik: Juden zwischen Integration und Ausgrenzung, in: Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. von Heinz Schmitt, Ernst Otto Bräunche und Manfred Koch, Karlsruhe 1988, S. 155–188, S. 157 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 8).
317 Volksfreund vom 17. Januar 1921.
318 Vgl. Chronik 1921, S. 138, und Volksfreund vom 26. Januar 1921. Vgl. dort auch zum Folgenden.
319 Vgl. GLA 309/Zug. 1994–53, 6160. Vgl. dort auch zum Folgenden.
320 Vgl. LPA, Bericht vom 1. Oktober 1924 (wie Anm. 292).
321 Vgl. auch GLA 309/1150, wo das Vorgehen des Landespolizeiamts mit Durchsuchung der Druckerei, Beschlagnahmung und Auswertung der Zeitungen deutlich wird, was schließlich zum vierwöchigen Verbot führte.
322 Vgl. LPA, Bericht vom Januar 1926 (wie Anm. 292).
323 LPA, Bericht vom 5. November 1926 (wie Anm. 292). Vgl. dort auch zum Folgenden.
324 Vgl. LPA, Bericht vom 15. Januar 1928 (wie Anm. 292).
325 Vgl. LPA, Berichte vom 15. Januar und 15. März 1928 (wie Anm. 292).
326 Zur programmatischen Bedeutung dieser Rede vgl.: Peter Exner: Politische Realität und programmatische Weltanschauung. Die Karlsruher Rede (3.3.1928) als Beitrag zur Weltanschauung Adolf Hitlers, in: Badische Heimat 2/1997, S. 279–292.
327 Vgl. LPA, Berichte vom 15. März 1928 und vom 15. Mai 1929 (wie Anm. 292). Zu den nationalsozialistischen Frauenorganisationen vgl.: Anette Michel: Nationalsozialistische Frauenorganisationen: Aufbau, Führung, Struktur und Funktion. Der Deutsche Frauenorden, die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk in Karlsruhe, masch. Magisterarbeit Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1995.

328 Vgl. LPA, Berichte vom 15. November 1929 und 20. Februar 1930 (wie Anm. 292).
329 Zur Trauerfeier für Eugen Geck vgl. StadtAK 1/POA2/855. Zur „Rathausschlacht" vgl. Badischer Beobachter vom 30. Juli 1931 sowie StadtAK 1/H-Reg 785 und 796.
330 Vgl. Volksfreund vom 24. Februar 1919.
331 Vgl. Volksfreund vom 15. und 17. März 1920 sowie Sozialistische Republik vom 17. März 1920.
332 Volksfreund vom 3. Juli 1920.
333 Volksfreund vom 7. Juli 1920. Vgl. dort auch zum Folgenden.
334 Sozialistische Republik vom 9. Juli 1920. Vgl. auch Koch, Juden (wie Anm. 316), S. 158.
335 Vgl. Volksfreund vom 8. Juli 1920.
336 Vgl. Chronik 1920, S. 41 und S. 49, Chronik 1921, S. 128ff., und Sozialistische Republik vom 6. Juli 1920.
337 Volksfreund vom 19. Januar 1921.
338 Vgl. Chronik 1921, S. 123f., und Volksfreund vom 30. und 31. März sowie vom 8. April 1921. Zu den Tumulten in den 20er Jahren vgl. auch StadtAK 1/H-Reg 1698–1700.
339 Vgl. Volksfreund vom 14. April 1921.
340 Volksfreund vom 22. Oktober 1921.
341 Vgl. Chronik 1921, S. 125, und Volksfreund vom 1. und 3. September 1921.
342 Volksfreund vom 5. September 1921.
343 Volksfreund vom 3. September 1921.
344 Vgl. Chronik 1922, S. 203, und Volksfreund vom 30. Juni 1922.
345 Volksfreund vom 5. Juli 1922.
346 Vgl. Asche, Durlach (wie Anm. 207), S. 355f.
347 Vgl. Chronik 1922, S. 288.
348 Vgl. LPA, Bericht vom 15. Januar 1929 (wie Anm. 292).
349 LPA, Bericht vom 15. Mai 1929 (wie Anm. 292). Vgl. auch Karlsruher Tagblatt vom 25. April 1929.
350 Volkswacht vom 11. März 1930.
351 Zum Paul-Billet-Denkmal vgl. Beatrice Vierneisel: Paul-Billet-Denkmal, in: Denkmäler (wie Anm. 68), S. 654–656.
352 Chronik 1919, S. 274.
353 Volksfreund vom 30. Mai 1919.
354 Vgl. Chronik 1919, S. 274f.
355 Vgl. StadtAK 1/POA1/740.
356 Vgl. Volksfreund vom 5., 12. und 21. Juni 1919.
357 Vgl. StadtAK 1/POA1/4666 und StadtAK 8/ZGS – Persönlichkeiten.
358 Vgl. StadtAK 1/POA1/4778 und StadtAK 8/ZGS – Persönlichkeiten.
359 Vgl. Volksfreund vom 7. November 1922.
360 Vgl. Volksfreund vom 20. Mai 1924.
361 Vgl. StadtAK 1/POA1/1304.
362 StadtAK 1/AEST 1069.
363 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 19. Mai 1919.
364 Vgl. Volksfreund vom 20. Mai 1919.
365 Vgl. Volksfreund vom 23. Mai 1919 und Badischer Beobachter vom 27. Mai 1919.
366 Vgl. Volksfreund vom 18. November 1922.
367 Vgl. Volksfreund vom 21. November, Badischer Beobachter und Badische Presse vom 20. November 1922.
368 Vgl. Volksfreund vom 1. Dezember 1922.
369 Badischer Beobachter vom 15. November 1926. Vgl. auch Volksfreund vom 15. November 1926.
370 Vgl. Badische Presse vom 17. November 1930. Zu dieser Wahl vgl. auch Eisele (wie Anm. 209), Kap. IV.5.2., S. 65ff. und ders.: Wähler und Wahlen in Karlsruhe von 1928 bis 1930. Eine mikroanalytische Studie zum Aufstieg des Nationalsozialismus in einer deutschen Großstadt, masch. Magisterarbeit Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1987, S. 88ff.
371 Volksfreund vom 17. November 1930. Dort auch das folgende Zitat.
372 Badischer Beobachter vom 20. Januar 1919.
373 Vgl. ebenda und Karlsruher Tagblatt vom 19. Januar 1919.
374 Vgl. Volksfreund vom 31. Oktober 1921.
375 Vgl. Badischer Beobachter vom 31. Oktober 1921.
376 Vgl. z. B. Volksfreund und Badischer Beobachter vom 3. Mai 1924.
377 Volksfreund vom 5. Mai 1924.
378 Vgl. Badischer Beobachter vom 1. und 3. Mai 1924.
379 Vgl. Badische Presse vom 6. Dezember 1924.
380 Volksfreund vom 8. Dezember 1924. Dort auch das folgende Zitat. Zum Wahlkampf vgl. auch Badischer Beobachter und Badische Presse vom 8. Dezember 1924.
381 Vgl. Badischer Beobachter vom 6. Dezember 1924.
382 Vgl. Badische Presse vom 8. Dezember 1924.
383 Vgl. z. B. Volksfreund vom 17. April 1925.
384 Vgl. Volksfreund vom 27. April 1925. Vgl. dort auch zum Folgenden.
385 Gemeint waren wohl die rechtsliberalen Zeitungen Badische Presse, Karlsruher Tagblatt und Residenzanzeiger, die alle als parteilose Zeitungen firmierten, und die deutschnationale Badische Zeitung. Vgl. Volksfreund vom 26. Oktober 1925 und Karlsruhe als Wohnort und Industrieplatz, Karlsruhe 1928, S. 48.
386 Badischer Beobachter vom 26. Oktober 1925.
387 Vgl. Volksfreund vom 21. Mai 1928. Dort auch das folgende Zitat. Zu dieser Wahl vgl. auch Eisele, Wähler und Wahlen (wie Anm. 370), S. 11ff.
388 Vgl. Volksfreund vom 23. Oktober 1929. Zur antisemitischen Agitation der NSDAP seit 1928 vgl. auch Eisele, Karlsruhe 1928–1930 (wie Anm. 209), S. 44. Zur Landtagswahl vgl. ders., Wähler und Wahlen (wie Anm. 370), S. 35ff.
389 Volksfreund vom 28. Oktober 1929. Dort auch das folgende Zitat. Vgl. auch Eisele, Karlsruhe 1928–1930 (wie Anm. 209), Kap. III, S. 38.
390 Volksfreund vom 15. September 1930. Zu dieser Wahl vgl. auch Eisele, Wähler und Wahlen (wie Anm. 370), S. 55ff.
391 Vgl. Badischer Beobachter vom 7. September 1930.
392 Karlsruher Zeitung vom 16. September 1930.
393 Vgl. Badischer Beobachter vom 16. September 1930 und Eisele, Karlsruhe 1928–1930 (wie Anm. 209), Kap. IV.4., S. 47ff.
394 Vgl. Volksfreund vom 2. und 9. September 1930.
395 Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 14. März 1932 und Badischer Beobachter vom 12. April 1932.

396 Volksfreund vom 11. April 1932.
397 Vgl. Volksfreund vom 2. November 1932.
398 LPA, Bericht vom 15. September 1930 „Die kommunistische Bewegung in Baden", S. 1 (wie Anm. 292).
399 Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 311.
400 Karl Widmer: Die Kunststadt Karlsruhe, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt, (wie Anm. 44), S. 140–144, S. 141. Zur Kunstgewerbeschule vgl. auch Brigitte Baumstark: Die Großherzoglich Badische Kunstgewerbeschule in Karlsruhe 1878–1920, Phil. Diss. Karlsruhe 1988, S. 21ff.
401 Vgl. Gerhard Kabierske: Der Architekt Hermann Billing (1867–1946). Leben und Werk, Karlsruhe 1996, S. 108 (= Materialien zu Bauforschung und Baugeschichte 7). Vgl. dort, S. 108ff, auch zum Folgenden.
402 Vgl. Gretel Haas-Gerber: Erinnerungen an die Karlsruher Akademie in den Jahren 1922–1925, bearbeitet von Susanne Asche, in: Karlsruher Frauen (wie Anm. 16), S, 286–292, S. 286.
403 Kabierske (wie Anm. 401), S. 110.
404 Peter Pretsch: Das Projekt der „Badischen Jubiläumsausstellung" von 1925 und die „Große Deutsche Kunstausstellung von 1923", in: Hermann Billing. Architekt zwischen Historismus, Jugendstil und Neuem Bauen, Ausstellungskatalog Städtische Galerie im Prinz-Max-Palais, Südwestdeutsches Archiv für Architektur und Ingenieurbau an der Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1997, S. 109–117, S. 114.
405 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Michael Koch: Kulturkampf in Karlsruhe – Zur Ausstellung „Regierungskunst 1919 bis 1933", in: Kunst in Karlsruhe 1900–1950, Katalog Staatliche Kunsthalle, Karlsruhe 1981, S. 102–128, S. 108ff. Vgl. auch Marlene Angermeyer-Deubner: Die Kunsthalle im Dritten Reich, in: Wilfried Rößling (Hrsg.): Stilstreit und Führerprinzip. Künstler und Werk in Bade, Ausstellungskatalog Badischer Kunstverein, Karlsruhe 1987, S. 139–163, S. 139. Zu Gebhardt vgl. auch: Werner Esser, Wilfried Rößling: August Gebhard, in ebenda, S. 255.
406 Michael Koch (wie Anm. 405), S. 110, der aus einem Schreiben Gebhardts (Akte 235 der Kunsthalle) zitiert.
407 Michael Koch (wie Anm. 405), S. 111, der aus den Landtagsprotokollen zitiert.
408 Willi F. Storck: Die badische Kunsthalle und ihre Aufgaben, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44), S. 145–150, S. 148.
409 Koch (wie Anm. 405), S. 113.
410 Verwaltungsbericht 1928, S.178. Vgl. auch StadtAK 1/H-Reg 1823.
411 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Schwarzmaier, Vom Hoftheater zum Landestheater (wie Anm. 10), S. 97ff.
412 Vgl. Anton Rudolph: Die Karlsruher Oper, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44), S. 160–165, S. 163.
413 StadtAK 1/H-Reg 2915.
414 Vgl. auch Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, Karlsruhe 1988, S. 68f. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 9).
415 Schwarzmaier: Vom Hoftheater zum Landestheater (wie Anm, 10), S. 107.
416 Vgl. hierzu und zum Folgenden grundlegend Gerhard Bechtold: Kino. Schauplätze in der Stadt, Karlsruhe 1987.
417 Ebenda, S. 25.
418 Vgl. ebenda, S. 41.
419 Beck (wie Anm. 19), S. 217.
420 Vgl. Bechtold (wie Anm. 416), S. 44.
421 Vgl. Karl Joho: Der Film im Theater – Theater im Film, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44), S. 137–139, S. 138.
422 Vgl. Verwaltungsbericht 1928, S. 180, und Verwaltungsbericht 1929, S. 157.
423 Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2642 und 2646 sowie Verwaltungsbericht 1930, S. 95.
424 Vgl. Verhandlungen des Badischen Landtags, IV. Landtagsperiode 1929/39, 24. Januar 1930, Sp. 905.
425 Vgl. Verwaltungsbericht 1937, S. 73.
426 Vgl. Chronik 1922, S. 236. Zur Geschichte der Stadtbibliothek vgl. Heinz Schmitt: Die Anfänge des öffentlichen Bibliothekswesens in Karlsruhe, in: Bibliothekswissenschaft, Musikbibliothek, Soziale Bibliotheksarbeit. Hermann Waßner zum 60. Geburtstag, hrsg. von Peter Vodosek in Zusammenarbeit mit Klaus Engler, Hans Hornung und Manfred Nagl, Wiesbaden 1982, S. 62–79.
427 Vgl. Verwaltungsberichte 1928, S. 157, und 1930, S. 94. Vgl. dort, S. 95, auch zum Folgenden. Vgl. auch Heinz Schmitt: Geschichte der öffentlichen Bibliotheken in Karlsruhe, in: Das neue Ständehaus. Stadtbibliothek und Erinerungsstätte, Karlsruhe 1993, S. 27–39, S. 33.
428 Vgl. Ludwig Moser: Die Karlsruher Stadtgeschichtlichen Sammlungen, in: Adreßbuch der Landeshauptstadt Karlsruhe 1927, S. I,1–I,3.
429 StadtAK 1/H-Reg 1826. Vgl. auch Ernst Otto Bräunche: Die Geschichte des Stadtarchivs, in: ders., Angelika Herkert, Angelika Sauer: Geschichte und Bestände des Stadtarchivs, Karlsruhe 1990, S. 17–31, S. 22f. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 11).
430 StadtAK 1/H-Reg 1826.
431 StadtAK 3/B 40. Zum Scheffelarchiv vgl. auch StadtAK 1/H-Reg 1884 und 1890.
432 Vgl. Verwaltungsbericht 1931, S. 112 und Verwaltungsbericht 1932, S. 107. Zum Ankauf des Palais Bürklin vgl. auch StadtAK 1/H-Reg 2736.
433 Karlsruhe. Wohnort und Industrieplatz (wie Anm. 385), S. 51.
434 Vgl.: Oskar Ballweg: Karlsruhe als Pflegestätte von Turnen und Sport, in: Karlsruhe. Das Buch der Stadt (wie Anm. 44), S. 205–209, S. 205, und Volksfreund vom 29. März 1919.
435 Vgl. Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1928 des Stadtausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege, S. 9., in StadtAK 1/H-Reg 2147.
436 Vgl. StadtAK 1/H-Reg 803.
437 Vgl. Glaeser (wie Anm. 23), S. 152, und LPA, Bericht vom 7. September 1931 (wie Anm. 292).
438 Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2153. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[439] Vgl. Hermann Schneider: Spiel und Sport im Karlsruher Generalbebauungsplan. Der Sportpark Hardtwald, Karlsruhe 1927, S. 6. Vgl. dort, S. 18, auch zum Folgenden.

[440] Vgl. Wilhelm Paulcke; Hochschule, Gesundheitspflege und Leibesübungen, in: Karlsruhe: Das Buch der Stadt (wie Anm. 44), S. 121–123, S. 122.

Karlsruhe im „Dritten Reich“ Seiten 455 bis 502

[1] Zum Konkordat und zum Scheitern der Weimarer Koalition vgl. Susanne Plück: Das badische Konkordat vom 12. Oktober 1932, Mainz 1984 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Forschungen, Bd. 41).

[2] Die folgenden Ausführungen basieren auf Ernst Otto Bräunche: Von der Demokratie zur Diktatur in Baden und Karlsruhe, in: Stilstreit und Führerprinzip, hrsg. von Wilfried Rößling (= Karlsruhe 1987, S. 11–27 Katalog zur Ausstellung des Badischen Kunstvereins), und ders.: Es fing so „harmlos“ an: Aufstieg und Machtergreifung der NSDAP in Baden, in: Vorträge zur Stadtgeschichte. Aufstieg der NSDAP und Widerstand, Karlsruhe 1993, S. 1–33. Zur Machtübernahme in Baden vgl. auch: Horst Rehberger: Die Gleichschaltung des Landes Baden 1932/33, Heidelberg 1966 und Herbert Lögler: Karlsruhe im Zeichen der nationalsozialistischen Machtergreifung, masch. Diplomarbeit Mannheim 1984. Aus nationalsozialistischer Sicht schildert Otto Ebbecke: Die deutsche Erhebung in Baden, Karlsruhe 1933, die Ereignisse.

[3] Ebbecke, (wie Anm. 2), S. 22.

[4] Vgl. Adreßbuch der Landeshauptstadt Karlsruhe 1933/34, Karlsruhe 1933, S. I, 4. Im Folgenden werden die Adreßbücher zitiert als Adreßbuch mit Jahreszahl.

[5] Vgl. Wolfgang Glaeser: Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe, Heilbronn 1991, S. 178. Vgl. auch z. B. Karlsruher Tagblatt vom 2. Mai 1933 und vom 20. Mai 1933. Lögler (wie Anm. 2) geht S. 112–114 auf die Ausschaltung der Gewerkschaften ein.

[6] Vgl. Ulrich Herbert: Arbeiterschaft im „Dritten Reich“. Zwischenbilanz und offene Fragen, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaften, 15. Jg. 1989/Heft 3, Arbeit und Arbeiter im „Dritten Reich“, hrsg. von Heinrich August Winkler, S. 320–360, S. 331.

[7] Vgl. Richard J. Overy: „Blitzkriegswirtschaft“? Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in Deutschland 1939–1942, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 36. Jg., 1988, S. 379–435, S. 384.

[8] Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 8/Alben 5 Bd. 1.

[9] Otto Ebbecke (wie Anm. 2), S. 14.

[10] StadtAK 1/H-Reg 2640, dort auch das folgende Zitat.

[11] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 793. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[12] Vgl. Karlsruher Tagblatt vom 22. März 1933.

[13] Vgl. Ernst Otto Bräunche: Von Adeligen, Gasthäusern und Bürgern – Karlsruher Straßennamen bis 1945, in: Straßennamen in Karlsruhe, Karlsruhe 1994, S. 9–21, S. 20 (= Karlsruher Beiträge Nr. 7) und Verwaltungsbericht der Landeshauptstadt Karlsruhe für das Wirtschaftsjahr 1933 (1. April 1933–31. März 1934), Karlsruhe 1934, S. 10. Die Verwaltungsberichte liegen für die Jahre 1928 bis 1938 vor und umfassen immer das Wirtschaftsjahr vom 1. April bis zum 31. März des Folgejahres. Im Folgenden werden sie als „Verwaltungsbericht“ mit der Angabe des Jahres zitiert.

[14] StadtAK 3/B 18a.

[15] Vgl. Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 465a 51/68/902.

[16] Karlsruher Tagblatt vom 17. Mai 1933.

[17] „Der Führer“ vom 17. Mai 1933.

[18] Vgl. Ernst Otto Bräunche: Die NSDAP in Baden 1928–1933 – Der Weg zur Macht, in: Thomas Schnabel (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Weimar 1928–1933, Stuttgart 1983, S. 15–48, S. 32 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 6).

[19] So die Darstellung in einem Schreiben des Anwalts der Witwe Fribolins, der 1951 die Interessen seiner Mandantin gegen die Stadt Karlsruhe vertrat, die versuchte Fribolin als Belasteten einstufen zu lassen, vgl. dazu StadtAK 1/POA 1/5744. Vgl. auch StadtAK 1/POA 1/5746.

[20] Vgl. StadtAK 1/POA 1/5745.

[21] Vgl. hierzu und zum Folgenden StadtAK 1/POA 1/4922.

[22] Vgl. StadtAK 1/POA 1/5745.

[23] Vgl. Verwaltungsbericht 1938, S. 11.

[24] Badische Neueste Nachrichten (BNN) vom 25. April 1949.

[25] Vgl. hierzu und zum Folgenden Manfred Koch: „Überzeugter Nationalsozialist eigener Prägung.“ Willi Worch. Kreisleiter von Karlsruhe, in: Michael Kißener/Joachim Scholtyseck (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden-Württemberg, Konstanz 1997, S. 805–826 (= Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus Bd. 2).

[26] Vgl. ebenda, S. 808f.

[27] Zitiert nach Ludger Syré: Der Führer am Oberrhein, in: Die Führer der Provinz (wie Anm. 25) S. 733–779, S. 778. Dort finden sich auch Hinweise auf weitere Literatur.

[28] Vgl. StadtAK 1/POA2/1569.

[29] Verwaltungsbericht 1933, S. 20. Vgl. auch StadtAK 1/POA2/1569, wo Schwerdt allerdings unter den Personen geführt wird, die nach 1918 in den Verwaltungsdienst gekommen waren, ohne über die entsprechende Ausbildung zu verfügen. Zu Elsa und Klara Salomon vgl. auch Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, Karlsruhe 1988, S. 308 und S. 471 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 9).

[30] Vgl. StadtAK 1/POA2/1620 und 242. Vgl. dort auch zum Folgenden.
[31] Vgl. StadtAK 1/POA2/1569 und 1620.
[32] Vgl. StadtAK 1/POA2/514.
[33] Vgl. StadtAK 1/POA1/264.
[34] Verwaltungsbericht 1933, S. 20, und 1934, S. 23.
[35] StadtAK 1/POA2/1569.
[36] StadtAK 1/POA2/1620.
[37] Vgl. StadtAK 1/POA2/1623 und Verwaltungsbericht 1933, S. 20.
[38] Vgl. Lisa Sterr: Aufbrüche, Einschnitte und Kontinuitäten – Karlsruher Frauen in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich", in: Susanne Asche u. a. Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, Karlsruhe 1992, S. 293–390, S. 327 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15).
[39] Verwaltungsbericht 1933, S. 21. Vgl. dort auch zum Folgenden.
[40] Vgl. StadtAK 1/POA2/1620.
[41] Vgl. Verwaltungsbericht 1933, S. 9.
[42] Vgl. Sterr (wie Anm. 38), S. 325f.
[43] StadtAK 1/H-Reg 811, dort auch das folgende Zitat.
[44] Verwaltungsbericht 1933, S. 12.
[45] Verwaltungsbericht 1935, S. 9, dort, S. 10, auch das folgende Zitat.
[46] Vgl. StadtAK 1/AEST 294.
[47] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2147.
[48] Vgl. Verwaltungsbericht 1933, S. 161.
[49] Vgl. Sterr (wie Anm. 38), S. 325.
[50] StadtAK 1/H-Reg 2133. Vgl. auch Der Führer vom 1. Februar 1935.
[51] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2147.
[52] StadtAK 8/StS 20/72. Vgl. dort auch zum Folgenden.
[53] Zu Bühler vgl.: Joachim Heusinger von Waldegg: Die badische Hochschule der bildenden Künste, in: Wilfried Rößling (Hrsg.): Stilstreit und Führerprinzip. Künstler und Werk in Baden, Ausstellungskatalog Badischer Kunstverein, Karlsruhe 1987, S. 119–137, S. 119ff.
[54] Vgl. Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29), S. 64.
[55] Heusinger von Waldegg (wie Anm. 53), S. 122, vgl. dort auch zum Folgenden.
[56] Vgl. Wilfried Rößling: Kunst in Karlsruhe 1933–1945, in: Kunst in Karlsruhe 1900–1950, Ausstellungskatalog Staatliche Kunsthalle, Karlsruhe 1981, S. 129–135, S. 130, und Heusinger von Waldegg (wie Anm. 53), S. 121f.
[57] Vgl. Heusinger von Waldegg (wie Anm. 53), S. 122.
[58] Vgl. ebenda, S. 155ff.
[59] Vgl. Hansmartin Schwarzmaier: Theater im Dienste des NS-Staates in: Karlsruher Theatergeschichte. Vom Hoftheater zum Landestheater, Karlsruhe 1982, S. 109–126, S. 110.
[60] Vgl. ebenda und Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29), S. 68ff.
[61] Zu Martha Gemmecke vgl. Susanne Asche, Ernst Otto Bräunche, Karin Müller: Juden in Baden, Lichtbildreihe zur Landeskunde, hrsg. von der Landesbildstelle Baden, dem Stadtarchiv Karlsruhe und der Landeszentrale für politische Bildung, Karlsruhe 1990, S. 64f.
[62] Schwarzmaier, Theater im Dienste des NS-Staates (wie Anm. 59), S. 111., vgl. dort, S. 111f., auch zum Folgenden.
[63] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2915.
[64] StadtAK 1/H-Reg 2646.
[65] Zum Kino vgl. Gerhard Bechtold: Kino. Schauplätze in der Stadt, Karlsruhe 1987, S. 46ff.
[66] Vgl. Werner (wie Anm. 29), S. 448f.
[67] Vgl. Ernst Otto Bräunche: „... sind auch hier die Führerbilder unbeschädigt".: Zum Karlsruher Herrschaftsalltag im „Dritten Reich", in: Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte, Karlsruhe 1990, hrsg. von Heinz Schmitt und Ernst Otto Bräunche, S. 229–261, S. 235 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 10).
[68] Der Führer vom 15. Juni 1933.
[69] Der Führer vom 18. Juni 1933.
[70] Vgl. Verwaltungsbericht 1938, S. 50. Vgl. auch Heinz Schmitt: Geschichte der öffentlichen Bibliotheken in Karlsruhe, in: Das neue Ständehaus. Stadtbibliothek und Erinerungsstätte, Karlsruhe 1993, S. 27–39, S. 33f.
[71] Zur „Säuberung" der Durlacher Bibliothek vgl. Susanne Asche: Die Bürgerstadt, in: Dies., Olivia Hochstrasser. Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996, S. 147–444, S. 416 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17).
[72] Vgl. Verwaltungsbericht 1933, S. 13.
[73] Verwaltungsbericht 1934, S. 5. Vgl. dort und S. 82 auch zum Folgenden.
[74] Vgl. Verwaltungsbericht 1935, S. 78.
[75] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1975, Bericht des Arbeitsamtes Karlsruhe über die Struktur des Arbeitsamtsbezirks vom Mai 1942.
[76] Vgl. Verwaltungsbericht 1938, S. 5, und S. 52, StadtAK 1/H-Reg 1975 und Dieter Bettinger/Martin Büren: Der Westwall. Die Geschichte der deutschen Wehrbefestigungen im Dritten Reich. 2 Bde., Osnabrück 1990, Bd. I Der Bau des Westwalls 1936–1945, S. 67ff.
[77] Vgl. Badischer Beobachter vom 7. September 1930.
[78] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1383, Verwaltungsbericht 1934, S. 42f., und Verwaltungsbericht 1937, S. 42.
[79] StadtAK 1/H-Reg 1479.
[80] Vgl. Fritz Ehret: Sozial Bauen – Gesund Wohnen. 100 Jahre Mieter- und Bauverein Karlsruhe eG, Karlsruhe 199, S. 56 und S. 63, sowie Verwaltungsbericht 1937, S. 35.
[81] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1025 und Verwaltungsbericht 1937, S. 42 und S. 102.
[82] Vgl. StadtAk 3/B 18a, dort auch das folgende Zitat.
[83] Errechnet nach StadtAK 1/AEST 460.
[84] StadtAK 1/H-Reg 1022.
[85] Vgl. Adreßbuch 1933/34, S. II, 18–19, und Adreßbuch 1943/44, S. I, 1–3.
[86] Vgl. dazu und zum Folgenden: Anette Michel: Nationalsozialistische Frauenorganisationen: Aufbau, Führung, Struktur und Funktion, Der Deutsche Frauenorden, die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk in Karlsruhe, masch. Magisterarbeit Universität Karlsruhe 1995, S. 67ff., und Sterr (wie Anm. 38), S. 335ff.
[87] Die folgenden Ausführungen basieren auf: Bräunche: „... sind auch hier die Führerbilder unbeschädigt" (wie Anm. 67).

[88] Vgl.: Das Landespolizeiamt Karlsruhe, Anlage zum Gendarmerie-Verordnungsblatt 1925 Nr. 4, Lothar Barck: Die Organisation des staatlichen Sicherheitsdienstes in Baden, Berlin/Lübeck 1931, S. 59, und Ernst Otto Bräunche, Das badische Landespolizeiamt: Die Überwachung der links- und rechtsextremen Parteien in der Weimarer Republik, in: Geschichte als Verantwortung. Festschrift für Hans Fenske zum 60. Geburtstag, hrsg. von Ernst Otto Bräunche und Hermann Hiery, Karlsruhe 1996, S. 85–111. Zur badischen Gestapo vgl. Jörg Schadt: Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwaltes Karlsruhe 1933, Stuttgart 1976 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim Bd. 3), Michael Stolle: Die Geheime Staatspolizei in Karlsruhe. Aufbau und Leiterpersonal, masch. Magisterarbeit Universität Karlsruhe (TH), Karlsruhe 1997 und ders.: Von Idealisten, Aufsteigern, Vollstreckern und Verbrechern. Karl Berckmüller, Alexander Landgraf, Walter Schick, Josef Gmeiner, Leiter der Geheimen Staatspolizeistelle in Karlsruhe, in: Kißener/Scholtyseck (wie Anm. 25), S. 31–75.

[89] Zu Pflaumer vgl. Norma Pralle: Zwischen Partei, Amt und persönlichen Interessen. Karl Pflaumer, Badischer Innenminister, in: Kißener/Scholtyseck (wie Anm. 25), S. 539–566.

[90] Vgl. Stolle, Die Geheime Staatspolizei (wie Anm. 88), S. 35f. Vgl. dort, S. 37ff, auch zum Folgenden.

[91] Stolle, Von Idealisten (wie Anm. 88), S. 41. Vgl. dort, S. 43ff., auch zum Folgenden.

[92] Vgl. Schadt (wie Anm. 88), S. 304.

[93] Vgl. Bräunche, Führerbilder (wie Anm. 67), S. 234.

[94] Adreßbuch, 1933/34, S. I.4, vgl. dort auch zum Folgenden, S. I.4 ff.

[95] Ebbecke (wie Anm. 2), S. 36.

[96] Vgl. StadtAK 1/TBA 198.

[97] Vgl. den Ausstellungskatalog von Anne Reuter-Rautenberg/Katrin Simons/Ekkehard Westermann: Karlsruher Kinder im „Dritten Reich“, Karlsruhe 1982, S. 43, und Tilla Siegel: Rationalisierung statt Klassenkampf. Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront in der nationalsozialistischen Ordnung der Arbeit, in: Hans Mommsen und Susanne Willems (Hrsg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 97–224, S. 131.

[98] Vgl. Adreßbuch 1935, S. I.7.

[99] Vgl. Ian Kershaw: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980 S. 32.

[100] StadtAK 8/Alben 5, Bd. 2, S. 169, dort auch das folgende Zitat.

[101] Badischer Beobachter vom 29. August 1933.

[102] Karlsruher Tagblatt vom 1. Oktober 1933.

[103] Zur NSV vgl. Adelheid Gräfin zu Castell Rüdenhausen: „Nicht mitzuleiden, mitzukämpfen sind wir da!“ Nationalsozialistische Volkswohlfahrt im Gau Westfalen-Nord, in: Detlev Peukert und Jürgen Reulecke (Hrsg.): Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 223–243, und Herwart Vorländer: Die NSV: Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard a. Rhein 1988 (= Schriften des Bundesarchivs 35).

[104] Vgl. 1/StadtAK 1/H-Reg 1932.

[105] Vgl. Adreßbuch 1935/36, S. I. 5.

[106] StadtAK 1/Schulen 90, dort auch das folgende Zitat.

[107] Badische Presse vom 28. September 1933.

[108] Verwaltungsbericht 1934, S. 25.

[109] StadtAK 1/WuE 1.

[110] Vorländer (wie Anm. 103) S. 186. Vgl. auch StadtAK 1/Schulen 90.

[111] Vgl. Adreßbuch 1940, S. I.7, Adreßbuch 1941, S. I.2–I.4, und Adreßbuch 1942, S. I.2.

[112] Vgl. GLA 465d/68, Beatrice Vierneisel: „Badenia“ und „Fidelitas“, in: Gerlinde Brandenburger u. a.: Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715–1945, Karlsruhe 1989², S. 404–407 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 7), und Der Führer vom 26. Mai 1940.

[113] Vgl. Stadt AK 1/WuE 9.

[114] Der Führer vom 15. Dezember 1940.

[115] „Fritz Kröber Heim“ Das Bannheim der Karlsruher Hitlerjugend, Karlsruhe o. J. (1934), S. 12, dort, S. 8, auch das folgende Zitat. Vgl. auch GLA 465d/1465. Zur badischen HJ vgl. auch: Bräunche, Die NSDAP in Baden 1928–1933 (wie Anm. 18), S. 37.

[116] Vgl. StadtAK 1/Schulen 29, vgl. dort auch zum Folgenden.

[117] Vgl. Sterr (wie Anm. 58), S. 333.

[118] StadtAK 1/POA2/1620.

[119] Verwaltungsbericht 1933, S. 121.

[120] Verwaltungsbericht 1934, S. 67. Vgl. auch Badische Presse vom 8. und vom 20. September 1935.

[121] StadtAK 1/Schulen 29. Vgl. zur HJ auch Matthias von Hellfeld/Arno Klönne: Die betrogene Generation. Jugend im Faschismus. Quellen und Dokumente, Köln 1985, S. 92f.

[122] Verwaltungsbericht 1935, S. 64, dort auch das folgende Zitat.

[123] Die Verfolgung der Karlsruher Juden ist ausführlich erforscht von Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29). Vgl. dort S. 34ff. Die folgenden Ausführungen basieren, soweit nicht anders vermerkt, auf dieser Publikation.

[124] Vgl. StadtAK 1/POA2/1620.

[125] Badischer Beobachter vom 2. April 1933.

[126] Anzeige in Der Führer vom 2. April 1933.

[127] Badischer Beobachter vom 2. April 1933.

[128] Zu Ludwig Marum vgl.: Joachim Storck: Ludwig Marum – der Mensch und der Politiker. Ein Lebensbild, in: Ludwig Marum. Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau, Karlsruhe 1988², S. 15–43, und Ludwig Marum. Biographische Skizzen, Karlsruhe 1996.

[129] Der Führer vom 29. März 1934.

[130] Stadtarchiv Mannheim BDdW A 182, zitiert nach Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29), S. 46.

[131] Vgl. Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29), S. 47.

[132] Der Führer vom 25. Juli 1935.

[133] StadtAK 1/POA2/ 1620.

[134] Vgl. Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29), S. 140ff.
[135] Vgl. Verwaltungsbericht 1936, S. 41, und Der Führer vom 17. Oktober 1936.
[136] Vgl. StadtAK 1/POA2/ 1620.
[137] Zitiert nach Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29), S. 190.
[138] Der Führer vom 25. Januar 1939, zitiert nach Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29), S. 163.
[139] Vgl. Hermann Rückleben: Evangelische Judenchristen in Karlsruhe 1715–1945. Die badische Landeskirche vor der Judenfrage, in: Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. von Heinz Schmitt, Ernst Otto Bräunche und Manfred Koch, Karlsruhe 1988, S. 373–404, S. 390ff. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 8), und Franz Hundsnurscher: Juden und katholische Kirche, in: ebenda, S. 405–410, S. 408ff.
[140] Vgl. Der Führer vom 10. Juni 1936.
[141] Vgl. Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29), S. 166, dort sind auch weitere „arisierte" Geschäfte aufgeführt.
[142] Vgl. Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29), S. 173f.
[143] Vgl. Verwaltungsbericht 1938, S. 53.
[144] Zu Gurs vgl. Gurs. Ein Internierungslager in Südfrankreich 1939–1943. Zeichnungen. Aquarelle. Fotografien. Sammlung Elsbeth Keser, Viborg 1990, und Michael Philipp (Hrsg.): Gurs – Ein Internierungslager in Südfrankreich 1939–1943. Literarische Zeugnisse. Briefe. Berichte, Hamburg 1991.
[145] StadtAK 8/StS17/171–4, zitiert nach Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29), S. 330.
[146] Vgl. dazu Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29), S. 426ff.
[147] Vgl. Josef Stindel: Gedenktafel für die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Konzentrations- und Vernichtungslagern verstorbenen und umgebrachten Karlsruher Juden, in: Werner, Hakenkreuz und Judenstern (wie Anm. 29), S. 443–480.
[148] Vgl. Michail Krausnick: Abfahrt Karlsruhe. 16. 5. 1940. Die Deportation der Karlsruher Sinti und Roma – ein unterschlagenes Kapitel aus der Geschichte unserer Stadt, hrsg. vom Verband der Sinti und Roma, Karlsruhe e. V. Karlsruhe 1990, S. 47, dort, S. 9, auch das folgende Zitat.
[149] Karlsruher Adreßbuch, 64 Jg., 1937, S. I.3.
[150] Festschrift zum 40jährigen Bestehen des Mieter- und Bauvereins Karlsruhe e.G.m.b.H. 1897–1937, Karlsruhe 1937, S. 51.
[151] Zitiert nach: Hans-Willi Schondelmaier: Die NSDAP im Badischen Landtag 1929–1933, in: Thomas Schnabel (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland (wie Anm. 115), S. 82–112, S. 108.
[152] Vgl. Birgit Arnold: Die Freimachung und Räumung der Grenzgebiete in Baden 1939/40, Heidelberg 1996 und Karte 2, Anhang (= Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neuen Geschichte, NF Bd. 9), S. 90, S. 93. Vgl. dort, S. 99, auch zum Folgenden.
[153] Vgl. StadtAK 1/WuE 1 und Oskar Hüssy: Die Stadt Karlsruhe im dritten Kriegsjahr, in: Adreßbuch 1942 o. S.
[154] Vgl. Der Führer vom 29. Juli 1940.
[155] Vgl. Oskar Hüssy: Die Grenzlandhauptstadt Karlsruhe und ihre Verwaltung im Kriege, in: Karlsruher Adreßbuch, 67. Jg., 1940, o. S., vor S. I. 1., Der Führer vom 20. März 1940 und StadtAK 1/WuE 1.
[156] StadtAK 1/WuE 6.
[157] Der Führer vom 4. September 1940. Vgl. auch StadtAK 1/WuE 2, wo sich sich nur eine Beschwerde über Schikanen des Wirtschafts- und Ernährungsamtes findet.
[158] Vgl. Hüssy (wie Anm. 155) und Ludolf Herbst: Deutschland im Krieg 1939–1945, in: Martin Broszat/Norbert Frei (Hrsg.): Ploetz. Das Dritte Reich. Ursprünge, Ereignisse, Wirkungen, Freiburg/Würzburg, S. 63–73, S. 64, und Overy (wie Anm. 7), S. 403.
[159] StadtAK 1/H-Reg 1974.
[160] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1975, Bericht des Arbeitsamts vom 1. März 1940.
[161] StadtAK 1/AEST 666. Vgl. auch StadtAK 1/H-Reg 1974.
[162] Vgl. StadtAK 1/POA2/1623.
[163] StadtAK 1/H-Reg 1975.
[164] Vgl. Der Führer vom 26. April 1940, dort auch das folgende Zitat. Zum Frauenarbeitsdienst vgl. Dorothee Klinsiek: Die Frau im NS-Staat, Stuttgart 1982, S. 84ff., und Rita Thalmann: Frauen im Dritten Reich, München/Wien 1984, S. 51f.
[165] Gisela Bock: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassepolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986, S. 116, zitiert nach Sterr (wie Anm. 58), S. 359. Vgl. dort ausführlich, S. 360ff., auch zum Folgenden.
[166] Vgl. Klinsiek (wie Anm. 164), S. 84ff. und 103ff.
[167] StadtAK 1/H-Reg 1975, dort auch das folgende Zitat.
[168] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1975, Bericht vom 3. März 1943.
[169] StadtAK 1/H-Reg 1975, Bericht vom 3. April 1943.
[170] StadtAK 1/H-Reg 1975, Bericht vom 4. Mai 1943.
[171] Vgl. Hellfeld/Klönne: Die betrogene Generation (wie Anm. 121), S. 98, dort S. 137–141, auch der Text der Verordnung.
[172] Der Führer vom 8. Januar 1940.
[173] Von Hellfeld/Klönne (wie Anm. 121), S. 192.
[174] Vgl. Josef Werner: Karlsruhe 1945. Unter Hakenkreuz, Trikolore und Sternenbanner, Karlsruhe 1985, S. 30 und S. 42ff.
[175] Vgl. StadtAK 1/H-Reg. 119. Zum BDM vgl. auch GLA 465d/1469.
[176] Der Führer vom 5. Februar 1940.
[177] Vgl. Der Führer vom 6. September 1940, StadtAK 1/Schulen 29 und 35 sowie Werner, Karlsruhe 1945. (wie Anm. 174), S. 42ff.
[178] Vgl. hierzu und grundlegend zur Zwangsarbeit in Karlsruhe: Jürgen Schuhladen-Krämer: Zwangsarbeit in Karlsruhe 1939–1945. Ein unbekanntes Kapitel Stadtgeschichte, Karlsruhe 1997 (= Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 3).
[179] Vgl. dazu: Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländer-

beschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin/Bonn 1986, S. 136, und Hannes Heer: Die sowjetischen Kriegsgefangenen, in: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Katalog zur Ausstellung, Hamburg 1996, S. 126–137.

180 Vgl. dazu und zum Folgenden Schuhladen-Krämer (wie Anm. 178), S. 22ff.

181 StadtAK 1/H-Reg 1975. Vgl. dort auch zum Folgenden.

182 Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1975, Bericht vom 4. Februar 1942.

183 Vgl. StadtAK POA 2/1666.

184 Vgl. Schuhladen-Krämer (wie Anm. 178), S. 152f.

185 Vgl. ebenda, S. 32. Vgl. dort, S. 34f., auch zum Folgenden.

186 StadtAK 1/H-Reg 1975. Vgl. dort auch zum Folgenden.

187 Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1974 und 1975.

188 StadtAK 1/H-Reg 1975.

189 Vgl. Schuhladen-Krämer (wie Anm. 178), S. 104.

190 Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1975, Bericht vom 2. Oktober 1940.

191 Vgl. Schuhladen-Krämer (wie Anm. 178), S. 105.

192 Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1975, Bericht vom 2. Dezember 1942.

193 Vgl. StadtAK 1/H-Reg 1930.

194 Vgl. Schuhladen-Krämer (wie Anm. 178), S. 36ff.

195 Ebenda, S. 106.

196 Vgl. ebenda, S. 67f., und Susanne Asche: Die Bürgerstadt, in: Dies., Olivia Hochstrasser: Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996, S. 147–444, S. 489 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17).

197 Vgl. Werner, Karlsruhe 1945 (wie Anm. 174), S. 39, der den Führer vom 5. Januar 1945 zitiert.

198 Vgl. zum Folgenden: Ernst Otto Bräunche: Karlsruhe und die badische Geschichte, in: Badische Heimat Heft 2, 1990, S. 239–247.

199 Vgl. Lothar Kettenacker: Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß, Stuttgart 1973, S. 51ff., dort, S. 141, auch das folgende Zitat.

200 StadtAK 1/H-Reg 851.

201 Vgl. Kettenacker (wie Anm. 199), S. 142.

202 StadtAK 1/H-Reg 851, vgl. dort auch zum Folgenden

203 Ebenda. Hüssy hatte 1939 zum ersten Mal von dem Plan gesprochen, aus Karlsruhe eine „Stadt des Bauschaffens" zu machen, vgl. Bräunche: 1940: „... sind auch hier die Führerbilder unbeschädigt." (wie Anm. 67), S. 253.

204 StadtAK 1/H-Reg 1028.

205 Vgl. dazu Erich Hampe: Der Zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Erfahrungsberichte über Aufbau und Einsatz, Frankfurt a. Main 1963, S. 3ff. Zeitungsartikel und Druckschriften finden sich in StadtAk 1/H-Reg 1874.

206 Badischer Beobachter vom 15. Dezmber 1933.

207 Vgl. Badischer Beobachter vom 12. Mai 1933, StadtAK 1/H-Reg 1874, 1/TBA 369 und Hüssy (wie Anm. 155).

208 Vgl. StadtAK 1/AEST 351.

209 Der Führer vom 12. März 1940.

210 Vgl. Erich Lacker: Zielort Karlsruhe. Die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg, Karlsruhe 1996, S. 23f. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 18). Vgl. dort auch grundlegend zum Folgenden.

211 Bundesarchiv Koblenz (BA) Ma RL 19/80, S. 39, zitiert nach Lacker (wie Anm. 210), S. 29.

212 Vgl. Lacker (wie Anm. 210), S. 30ff. und S. 168

213 Erich Lacker: 1940–1945: Der Luftkrieg über Karlsruhe. Ein Überblick, in: Alltag in Karlsruhe (wie Anm. 67), S. 262–268, S. 264.

214 StadtAK 1/H-Reg 1975, Bericht vom 2. Oktober 1942.

215 Vgl. Verwaltungsberichte 1935, S. 123, 1936, S. 124 und 1937, S. 118, sowie Toni Peter Kleinhans (Red.): 50 Jahre Berufsfeuerwehr Karlsruhe 1926–1976, Karlsruhe 1976, S. 44 und S. 61.

216 StadtAK 8/StS 13/747.

217 Erich Lacker: Der schwarze September 1944. Karlsruhe im Bombenhagel, in: Blick in die Geschichte, Karlsruher historische Beiträge Nr. 24, 16. September 1994, S. 1f.

218 Vgl. Werner, Karlsruhe 1945 (wie Anm. 174), S. 16.

219 Vgl. ebenda, S. 28.

220 Vgl. Lacker, Zielort (wie Anm. 210), S. 136.

221 Der Führer vom 7. Dezember 1944, zitiert nach Werner, Karlsruhe 1945 (wie Anm. 174), S. 20.

222 Zitiert nach Werner, Karlsruhe 1945 (wie Anm. 174), S. 50.

223 Vgl. Werner, 1945 (wie Anm. 174), S. 54.

224 Vgl. dazu ausführlich ebenda, S. 84ff.

225 Vgl. ebenda, S. 98.

Widerstand und Verfolgung, Seiten 503 bis 516

1 Vgl. dazu Dieter Schiffmann: „Volksopposition", in: Erich Matthias/Hermann Weber unter Mitwirkung von Günther Braun und Manfred Koch (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S. 437–462, S. 437ff.

2 Vgl. Erich Matthias: Über den Widerstand in Mannheim in den Jahren 1933 bis 1945, in: Mannheimer Hefte, Heft 1, 1968, S. 4.

3 Vgl. dazu vor allem Martin Broszat: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojektes, in: Martin Broszat, Elke Fröhlich, Anton Grossmann (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, München, Wien 1981, S. 691–709, und Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul: Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41 (1993), S. 99–116.

4 Detlef Peukert: Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933–1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28–29/79, 14. Juli 1979, S. 24.

[5] Vgl. Robert J. Evans in einer Rezension in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZG) 1991, Heft 3, S. 485-488, S. 486.

[6] Vgl. Badischer Beobachter vom 15. und 19. März 1933.

[7] Vgl. Manfred Koch: „Überzeugter Nationalsozialist eigener Prägung." Willi Worch NSDAP-Kreisleiter von Karlsruhe, in: Michael Kißener/Joachim Scholtyseck (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 805–826, S. 816 (= Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus Bd. 2).

[8] Vgl. zu den Verhaftungen: Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945. Baden-Württemberg I. Regierungsbezirk Karlsruhe und Stuttgart, Frankfurt 1991, S. 40.

[9] Vgl. Wolfgang Glaeser: Gustav Schulenburg. Ein Karlsruher Gewerkschaftsführer, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge, Nr. 8, 14. September 1990.

[10] Zur Anleitung des kommunistischen Widerstandes in Baden aus Mannheim vgl. Matthias/Weber (wie Anm. 1), S. 263–280.

[11] Zu Robert Klausmann vgl. Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969, Bd. 2, S. 182.

[12] Vgl. Badische Presse vom 21. Oktober 1933 und „Nie Wieder. Eine alternative Stadtrundfahrt auf den Spuren des Dritten Reiches", hrsg. vom Stadtjugendausschuß e.V., Karlsruhe 1984, S. 60.

[13] Zu den Aktivitäten von Seib und Wagenblaß in Daxlanden vgl. Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 507/11942 und 507/11934.

[14] Zu Kunle vgl. GLA 507/11919.

[15] Vgl. ebenda.

[16] Zu den Durlacher Vorgängen vgl. GLA 507/11671-11673 und 507/11866 sowie Susanne Asche: Die Bürgerstadt, in: Dies., Olivia Hochstrasser: Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996, S. 147–444, S. 419 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17).

[17] Die Todesanzeige ist abgedruckt bei Wolfgang Glaeser: Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845–1952, Heilbronn 1991, S. 187. Dabei lag allerdings nicht die Originalfassung vor.

[18] Zur Herstellung der „Trotz Alledem Rote Fahne" vgl. Lageberichte der Gestapo vom 17. März 1934, abgedruckt in: Jörg Schadt: Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933–1940, Stuttgart, Berlin, Köln, Wien 1976, S. 81. Zu den Prozeßakten vgl. GLA 270/ 676, 694, 695, 699, 728 und 759. Vgl. auch den Bericht von Friedel Reger, die damals in einer Druckerei arbeitete und an der Herstellung der Zeitung beteiligt war, in: „Es war schwer, sehr schwer..." Erlebnisberichte zu Verfolgung und Gewalt im Dritten Reich. (Gespräche mit aus politischen und rassischen Gründen Verfolgten des NS-Regimes. Die Interviews führte Ilonka Dietz) o. O., o. J., S. 25–28.

[19] Zum Widerstand in Daxlanden vgl. Manfred Koch: „...fast jeden Tag massenweise Flugblätter verteilt..." Über den Widerstand gegen das NS-System in Daxlanden. (Vortragsmanuskript, 28. September 1994, StadtAK).

[20] Asche (wie Anm. 16), S. 419.

[21] Zur Gruppe um Götz vgl. Glaeser (wie Anm. 17), S. 188, und Heimatgeschichtlicher Wegweiser (wie Anm. 8), S. 43f.

[22] Asche (wie Anm. 16), S. 419f.

[23] Vgl. Matthias/Weber (wie Anm. 1), S. 262.

[24] Vgl. ebenda, S. 150.

[25] Zu Weick und seinen Aktivitäten wie zu den Zitaten aus sozialdemokratischen Flugschriften vgl. GLA 507/11961.

[26] Vgl. Günter Braun: Georg Reinbold Grenzsekretär der Sozialdemokraten für Baden und die Pfalz, in: Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933–1945. Herausgegeben von Michael Bosch und Wolfgang Niess, Stuttgart 1984, S. 162–171.

[27] Zu Kunz vgl. GLA 507/11944 und zu Zöller Heimatgeschichtlicher Wegweiser (wie Anm. 8), S. 43.

[28] Vgl. den Bericht von Hanna Weick und die Todesnachricht in: „Ich hatte eine irre Angst damals." Familienalltag im Nationalsozialismus. Sozialdemokratische Frauen berichten, 18 Tonbandprotokolle, hrsg. von der ASF, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Karlsruhe, Karlsruhe 2. Aufl. 1997, S. 133–137.

[29] Zu der Gruppe um Walter vgl. Heimatgeschichtlicher Wegweiser (wie Anm. 8), S. 43, und Glaeser (wie Anm. 17), S. 189f. Zu Stutz vgl. „Es war schwer, sehr schwer..." (wie Anm. 18), S. 20–24.

[30] Vgl. dazu auch die Zeugnisse sozialdemokratischer Frauen über ihren Widerstand und ihre Verfolgung im Dritten Reich in: „Ich hatte eine irre Angst damals" (wie Anm. 28).

[31] Vgl. Manfred Koch: Julius Engelhard. Drucker, Kurier und Organisator der Zeugen Jehovas, in: Der Widerstand im deutschen Südwesten (wie Anm. 26), S. 94–103.

[32] Vgl. Manfred Koch: Die kleinen Glaubensgemeinschaften, in: Matthias/Weber, (wie Anm. 1), S. 415–434, S. 418f.

[33] Vgl. den Bericht über das Schicksal der Karlsruher Zeugen Jehovas in StadtAK StS 17/140 sowie GLA 507/2113–2124 und 2248–2249.

[34] Vgl. Koch (wie Anm. 31) und Detlef Garbe: Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich", München 1993.

[35] StadtAK StS 17/140.

[36] Vgl. Matthias/Weber (wie Anm. 1), S. 359–364.

[37] Maurath berichtete selbst über sein Schicksal im Dritten Reich, vgl. Freiburger Diözesanarchiv 90. Band/ 1970, Freiburg 1970, S. 125–130.

[38] Vgl. Dr. Richard Dold. Stadtpfarrer und Geistlicher Rat von St. Bonifatius, Karlsruhe, zum 50jährigen Priester-Jubiläum am 6. Juli 1963, o. O., o. J., S. 41.

[39] Vgl. Deta Löw: Verachtet und geliebt. Großstadtpfarrer im Dörfle. Erinnerungen an Hanns Löw, Karlsruhe 1973 und Deta Löw: Im Wechselspiel der Zeiten. Überschau meines Lebens, Karlsruhe 1981.

[40] Zu Kappes vgl. Manfred Koch: Heinz Kappes (1893–1988). Christ und Sozialdemokrat in der Weimarer Republik, in: Protestantismus und Politik. Zum politischen Handeln evangelischer Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933, Ausstellungskatalog hrsg. von der badischen Landesbibliothek, Karlsruhe 1996, S. 272–286.

[41] Vgl. die Tischrede Hermann Veits bei der Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik für Siegfried Kühn im Jahre 1956. Michael Kißener von der „Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten" an der Universität Karlsruhe danke ich für die Einsicht in die dort gesammelten Unterlagen über Siegfried Kühn.

[42] Zu Reinhold Frank und seiner Widerstandsgruppe in Karlsruhe vgl. die erstmals auf breiter Quellengrundlage erarbeitete Darstellung von Michael Kißener: Für das Recht. Die Karlsruher Gruppe um Reinhold Frank, in: 20. Juli 1944 in Baden und Württemberg. Hrsg. von Rudolf Lill und Michael Kißener, Konstanz 1994, S. 19–59.

[43] Vgl. GLA 507/3835–3837.

[44] Vgl. GLA 507/4961–4964.

[45] Vgl. Badische Neueste Nachrichten (BNN) vom 1. März 1946.

[46] Vgl. Heimatgeschichtlicher Wegweiser (wie Anm. 8), S. 45.

[47] Zum Folgenden vgl. Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, S. 426–432 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 9).

[48] Zu Hafner vgl. Heimatgeschichtlicher Wegweiser (wie Anm. 8), S. 44, und Werner (wie Anm. 47), S. 427f.

[49] Zur Bedeutung der Denunziation vgl. Robert Gellately: The Gestapo and German Society: Enforcing Racial Policy 1933–1945, Oxford University Press 1990.

[50] Zum Mannheimer Sondergericht vgl. Christiane Oehler: Die Rechtsprechung des Sondergerichts Mannheim 1933–1945, Diss. jur., Freiburg 1997 und Michael Kißener: Richter der „alten Schule". Alfred Hanemann, Edmund Mickel, Landgerichtspräsidenten und Vorsitzende des Sondergerichts Mannheim, in: Die Führer der Provinz (wie Anm. 7), S. 201–223.

[51] Vgl. Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992, S. 175 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 14).

[52] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2004.

[53] Vgl. StadtAK 8/StS 17/140.

[54] Vgl. die Liste von 30 Todesopfern in: Heimatgeschichtlicher Wegweiser (wie Anm. 8), S. 44f.

[55] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2004 und Heimatgeschichtlicher Wegweiser (wie Anm. 8), S. 44.

[56] Vgl. StadtAK 1/POA1/ 2292.

[57] Vgl. Badische Presse vom 21. Oktober 1933 und „Nie Wieder" (wie Anm. 12), S. 60.

[58] Vgl. Ludwig Marum. Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau. Ausgewählt und bearbeitet von Elisabeth Marum-Lunau und Jörg Schadt. Mit einem Lebensbild von Joachim W. Storck. 2. durchgesehene Auflage, Karlsruhe 1988.

[59] Zu Böning vgl. Weber (wie Anm. 11), S. 79f. Weber erwähnt allerdings unter Bönings Parteifunktionen nicht seinen Vorsitz der Karlsruher Organisation zwischen 1930 und 1932.

[60] Vgl. Heimatgeschichtlicher Wegweiser (wie Anm. 8), S. 45.

[61] Vgl. GLA 507/3835–3837.

[62] Vgl. Asche (wie Anm. 16), S. 419.

[63] Vgl. Heimatgeschichtlicher Wegweiser (wie Anm. 8), S. 45.

[64] Ebenda.

[65] Glaeser, Gustav Schulenburg (wie Anm. 9).

[66] Vgl. Heimatgeschichtlicher Wegweiser (wie Anm. 8) und BNN vom 1. März 1945.

[67] Vgl. Der deutsche Widerstand 1933–1945, Informationen zur politischen Bildung 160, Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1974, S. 1.

[68] Karl Otmar von Aretin in: Ulrich Cartarius: Opposition gegen Hitler. Ein erzählender Bildband. Mit einem Essay von Karl Otmar von Aretin, Berlin 1984, S. 7.

[69] Ebenda.

Trümmerzeit, Seiten 519 bis 556

[1] Die folgenden Ausführungen zur Entwicklung der Südweststaatsfrage aus der Karlsruher Sicht stützen sich auf den Beitrag von Klaus-Jürgen Matz „(Süd-) Baden 1945–1952" in dem demnächst erscheinenden weiteren Band des Handbuchs zur Geschichte von Baden-Württemberg. Klaus-Jürgen Matz danke ich für die Einsicht in sein Manuskript.

[2] Heinrich Köhler: Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, unter Mitwirkung von Franz Zilken hrsg. von Josef Becker, Stuttgart 1964, S. 355.

[3] Vgl. die Denkschrift in Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 1/H-Reg 761.

[4] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 852.

[5] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 761 und Paul Sauer: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945 bis 1952, Ulm 1978, S. 202.

[6] Vgl. Badische Neueste Nachrichten (BNN) vom 10. Dezember und vom 14. Dezember 1951.

[7] Vgl. BNN vom 23. November 1950 und vom 8. Dezember 1951.

[8] Vgl. gemeinsame Anzeige der Südweststaatsbefürworter in: BNN vom 8. Dezember 1951.

[9] BNN vom 8. Dezember 1951.

[10] Vgl. die Presseberichte in der Reihenfolge: Karlsruher Neue Zeitung vom 31. Dezember 1949, BNN vom 23. November 1950, Rheinischer Merkur vom 7. Februar 1948, Süddeutsche Allgemeine Zeitung vom 14. Dezember 1948, BNN vom 15. November 1950, BNN vom 8. Dezember 1951, Badische Allgemeine Zeitung vom 10. Dezember 1951.

[11] Vgl. StadtAK Gemeinderatsprotokolle 1945–1988, Sitzung vom 11. Oktober 1948.
[12] Vgl. ebenda, Sitzung vom 27. September 1951.
[13] Vgl. Sauer (wie Anm. 5), S. 217.
[14] Zitiert nach: Robert Albiez u. a.: Der überspielte Volkswille. Die Badener im südwestdeutschen Neugliederungsgeschehen (1945–1970). Fakten und Dokumente, Karlsruhe 1992, S. 345.
[15] So der Kommentar in den BNN vom 10. Dezember 1951.
[16] BNN vom 8. Juni 1970.
[17] Vgl. Erich Lacker: Zielort Karlsruhe. Die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg. Mit einer Photodokumentation zur Zerstörung der Stadt zusammengestellt von Manfred Koch, Karlsruhe 1996, S. 136 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 18).
[18] Vgl. auch Josef Werner: Karlsruhe 1945. Unter Hakenkreuz, Trikolore und Sternenbanner, Karlsruhe 1985, S. 20 und S. 98.
[19] Vgl. Jürgen Schuhladen-Krämer: Zwangsarbeit in Karlsruhe 1939–1945. Ein unbekanntes Kapitel Stadtgeschichte, Karlsruhe 1997 (= Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 3).
[20] Vgl. Beate Kube: Der Weg zwischen Ankunft und Eingliederung. Zur Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Karlsruhe (1945–1949) mit Blick auf die Situation der Flüchtlings- und Vertriebenenfrauen, masch. Magisterarbeit Heidelberg, 1996. Vgl. auch Ute Grau: „wenn Mutter und Tochter gemeinsam in einer Küche kochen." – Flüchtlinge und Vertriebene in Karlsruhe in den ersten Nachkriegsjahren, in: Angekommen! – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945 bis 1995, hrsg. vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg und dem Stadtarchiv Karlsruhe, Filderstadt 1996, S. 95ff.
[21] Vgl. Karlsruhe in Zahlen, Jahresbericht 1948, Heft 4, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Karlsruhe, S. 21.
[22] Vgl. Werner (wie Anm. 18), S. 95ff.
[23] Hans Werner Richter, zitiert nach: Hermann Glaser, Lutz von Pufendorf, Michael Schöneich (Hrsg): Soviel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945–1949, Berlin 1989, S. 9.
[24] Richard Löwenthal, in: Johannes Volker Wagner (Hrsg): Vom Trümmerfeld ins Wirtschaftswunderland, Bochum 1945–1955. Eine Dokumentation, Bochum 1989, S. 9.
[25] Die folgenden Zitate bei Manfred Koch: Karlsruhe am Kriegsende – Erste politische Säuberungen unter wechselnder Besatzung, in: Badische Heimat, Heft 2, 1995, S. 189–199.
[26] So der Karlsruher Oberbürgermeister Gerhard Seiler in seinem Geleitwort zu den Vorträgen des Symposiums „Kriegsende in badischen Städten" am 5. April 1995 in Karlsruhe in: Badische Heimat, Heft 2, 1995, S. 179f.
[27] Vgl. dazu ausführlich und mit vielen Details Werner (wie Anm. 18). Auf diese Darstellung bezieht sich im Folgenden die Schilderung der Vorgänge im Jahr 1945.
[28] Vgl. dazu die 1999 als Veröffentlichung des Karlsruher Stadtarchivs erscheinende Untersuchung von Barbara Guttmann: Städtisches Leben von Frauen nach 1945 am Beispiel Karlsruhe – Möglichkeiten der Partizipation von Frauenverbänden bzw. in politischen Parteien auf kommunaler Ebene (Arbeitstitel).
[29] Zitiert nach Werner (wie Anm. 18), S. 161.
[30] So Hannah Arendt 1950, veröffentlicht in: Besuch in Deutschland, Berlin 1993, S. 49.
[31] Vgl. zum Folgenden mit Quellenbelegen Koch (wie Anm. 25).
[32] Ein Bericht des zuständigen Wirtschaftskontrollamtes vom 15. Juni 1946 listet seit 28. August 1945 insgesamt 9.117 Anträge auf Betriebszulassungen und 4.373 erteilte Genehmigungen auf. 15 Betriebe erhielten aus politischen Gründen keine Zulassung. Vgl. StadtAK 1/H-Reg 866. Die Rhein-Neckar-Zeitung hatte am 25. November 1945 allein für den Bereich Handel noch von 188 Ablehnungen aus politischen Gründen berichtet, vgl. Werner (wie Anm. 18).
[33] Vgl. StadtAK 1/POA 2/526.
[34] In Karlsruhe arbeitete noch bis 1953 eine Zentralspruch- und Berufungskammer für den Landesbezirk Baden.
[35] Robert Wagner, Hermann Röhn, Adolf Schuppel, Walter Gaedeke, Hanns Ludin und Hans Frank. Vgl. zu einigen Karlsruher Nazigrößen auch die Biographien in: Michael Kißener/Joachim Scholtyseck (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997 und Manfred Koch: „Nazigrößen" wurden mit dem Tod bestraft, in: BNN vom 29. Dezember 1995.
[36] Dies waren: Heinrich Sauer, Otto Stix, Paul Heupel und Otto Weschenfelder. Vgl. Ludwig Marum. Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau. Ausgewählt und bearbeitet von Elisabeth Marum-Lunau und Jörg Schadt, mit einem Lebensbild von Joachim Storck, 2. durchges. Aufl. Karlsruhe 1988, S. 42, 150ff.
[37] Vgl. Lutz Niethammer: Die Mitläuferfabrik. Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Frankfurt 1982.
[38] Nach Adolf von Grolmann: Karlsruhe in den Jahren 1945–1954, S. 161 (Typoskript im StadtAK).
[39] Vgl. Clemens Vollnhals (Hrsg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.
[40] Die BNN nannten Adolf Rübe in der Ausgabe vom 30. April 1948 den „Henker des Ghetto von Minsk".
[41] In anderen Städten entstanden ähnliche Organisationen durch die Betroffenen selbst. Vgl. Manfred Koch: „Wir wollen sie gemeinsam ehren." Vom Umgang mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Karlsruhe, in: Thomas Schnabel (Hrsg.): Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken, Ulm 1994, S. 284–294.
[42] Dies darf nicht überraschen, galten doch entsprechend der jahrelangen NS-Propaganda die KZ-Häftlinge nach wie vor als Kriminelle, Asoziale oder Landesverräter. Dafür finden sich in den Akten des Bezirksverwaltungsamtes Hinweise und Berichte, StadtAK 1/Bez.Verw.Amt. Die ersten demoskopischen Untersuchungen des Allensbacher Instituts für Meinungsforschung zeigen, daß 1947 nur knapp die Hälfte der Deutschen für Wiedergutmachungsforderungen Ver-

ständnis hatte, vgl. Joachim Scholtyseck: Die Betreuungsstellen für politisch und rassisch Verfolgte im deutschen Südwesten, in: Schnabel (wie Anm. 37), S. 259–269, S. 264f.

[43] Vgl. Constantin Goschler: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus 1945–1954, Oldenburg 1992.

[44] Vgl. StadtAK 1/POA 2/626 und 492 sowie 1/H-Reg 865. Zu den NSDAP-Mitgliedschaften unter den neueingestellten Beschäftigten der Stadt und den Entlassungen 1933 vgl. auch oben Kapitel Die Stadtverwaltung.

[45] Vgl. Manfred Koch: Karlsruher Chronik, Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992, S. 300 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 14).

[46] Vgl. zum Folgenden Koch (wie Anm. 41), S. 289ff.

[47] BNN vom 11. September 1948.

[48] Vgl. dazu und zum Folgenden Werner (wie Anm. 18), S. 126ff., StadtAK 1/H-Reg 2894 und 1/POA 1/2241 und 1011 sowie Susanne Asche, Barbara Guttmann u. a.: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, Karlsruhe 1992, S. 308ff. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 13).

[49] Vgl. zu den Bezirksverwaltungen den Bestand StadtAK 1/Bez.Verw.Amt.

[50] Vgl. Baden-Württembergische Biographien Neue Folge, Bd. I, Artikel Hermann Veit, hrsg. von Bernd Ottnad, Stuttgart 1994, S. 368–372, Badische Biographien Neue Folge Bd. II, Artikel Fridolin Heurich, hrsg. von Bernd Ottnad, Stuttgart 1987, S. 135–136.

[51] Zur Wiederzulassung der Parteien und Gewerkschaften vgl. Werner (wie Anm. 18), S. 281ff. und S. 274ff., BNN vom 4. September 1995 (Sonderseite) und Wolfgang Glaeser: Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe von 1845–1952, Karlsruhe 1991, S. 205ff. Vgl. zur KPD auch den Bericht über den Unterbezirk Karlsruhe vom 10. September 1945 in: SAPMO, BA: BY 1/357. Für diesen Hinweis danke ich Barbara Guttmann.

[52] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 852.

[53] Zur Programmatik der Parteien informiert die Sonderseite der BNN am Tag vor der Gemeinderatswahl mit der Präsentation der Parteien und ihrer Programme, vgl. BNN vom 25. Mai 1946.

[54] Vgl. Edith Dietz: Der Kreis schließt sich. Fünfzig Jahre Frieden sind keine Garantie, Darmstadt 1997.

[55] Ute Frevert: Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt 1986, S. 276. Vgl. auch Barbara Guttmann: „Sind Frauen fähig, den gleichen Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen, wie die Männer?" Zur politischen Partizipation von Frauen auf kommunaler Ebene in der Nachkriegszeit (1945–1955), in: Badische Heimat, Heft 2 1995, S. 247–258.

[56] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 11) und StadtAK 1/H-Reg 866, Verwaltungsbericht der Städtischen Hauptverwaltung für die Jahre 1939 bis 1947.

[57] Vgl. Hubert Doerrschuck: Vom „Blätterwald" zum „Einzelblatt". Kleine Geschichte des Karlsruher Zeitungswesens, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, Karlsruhe 1994, S. 32ff.

[58] Vgl. Werner (wie Anm. 18), S. 292. Vgl. auch Guttmann (wie Anm. 55).

[59] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 11), Sitzung vom 20. Januar 1947.

[60] BNN vom 22. Mai 1946.

[61] Vgl. Verwaltungsbericht (wie Anm. 56) und Guttmann (wie Anm. 55).

[62] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 11).

[63] Zu Töpper vgl. StadtAK 1/POA 1/4065 und StadtAK 8/ZGS Persönlichkeiten.

[64] Vgl. Verwaltungsbericht (wie Anm. 56) und zu Gutenkunst StadtAK 8/ZGS Persönlichkeiten.

[65] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 11), Sitzung vom 3. März 1948.

[66] Vgl. Koch (wie Anm. 41), S. 289.

[67] Vgl. StadtAK 1/POA 2/626 und 492.

[68] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 866.

[69] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2894.

[70] Vgl. StadtAK 1/Bez.Verw.Amt 845.

[71] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 865 und 866.

[72] Vgl. Werner (wie Anm. 18), S. 220.

[73] Vgl. Karlsruhe in Zahlen (wie Anm. 21), S. 12.

[74] Zusammengestellt nach einer Übersicht in: StadtAK 1/H-Reg 866.

[75] Karlsruhe in Zahlen (wie Anm. 21), S. 106.

[76] Alfred Behnle: 1945–1947. Wandlungen und Probleme der Flüchtlingshilfe in einer Großstadt, in: Volk und Zeit. Monatsschrift für Demokratie und Sozialismus. 2. Jg., 8. Ausgabe, Karlsruhe, August 1947, S. 213.

[77] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 865.

[78] Vgl. Karlsruhe in Zahlen. II. Halbjahresbericht (und Jahresübersichten) 1947, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Karlsruhe, Heft 3, S. 34f.

[79] Vgl. ebenda, S. 71f.

[80] In der Publikation des Statistischen Amtes der Stadt „Karlsruhe in Zahlen" wurde regelmäßig über die Notgemeinschaft berichtet.

[81] Im Stadtarchiv werden zahlreiche Akten zur Trümmerräumung in den Beständen 1/H-Reg – Bausachen – und 1/TBA – Schutträumung – aufbewahrt, auf die hier pauschal verwiesen sei.

[82] Vgl. StadtAK 1/TBA 37.

[83] Zum Ehrendienst vgl. StadtAK 1/H-Reg 2932–2933. Dort auch die folgenden Zitate.

[84] Vgl. Denkschrift über den Wiederaufbau der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1946.

[85] Vgl. Harald Ringler: Stadtplanung in Karlsruhe von 1835 bis 1985, in: Leben in der Fächerstadt. Vortragsreihe des Forums für Stadtgeschichte und Kultur zur Gründung der Stadt Karlsruhe vor 275 Jahren. Karlsruhe 1991, S. 66f. (= Karlsruher Beiträge Nr. 6).

[86] So Thomas Hafner: Vom Montagehaus zur Wohnscheibe. Entwicklungslinien im deutschen Wohnungsbau 1945–1970. Mit ausgewählten Beispielen aus Baden-Württemberg, Basel, Berlin, Boston 1993, S. 194ff.

[87] Vgl. Otto Ernst Schweizer: Zur städtebaulichen Neuordnung von Karlsruhe, Karlsruhe 1948, und StadtAK 1/H-Reg 1028.

[88] Zu Pflästerer vgl. Harald Ringler: Die Karlsruher Akteure des Projekts Dammerstock. Politiker, Stadtplaner, Architekten, in: Neues Bauen der 20er Jahre. Gropius, Haesler, Schwitters und die Dammerstocksiedlung in Karlsruhe 1929, Karlsruhe 1997, S. 49–68, S. 56ff.
[89] Karlsruhe in Zahlen 1946, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Karlsruhe, S. 30.
[90] Vgl. Glaeser (wie Anm. 51), S. 205.
[91] Vgl. Glaeser (wie Anm. 51), S. 208. Zur wirtschaftlichen Entwicklung bis 1948 vgl. auch die Berichte in StadtAK 1/H-Reg 865 und 866, sowie den Bericht der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe in „Deutsche Wirtschaftshefte" 1949, S. 17ff.
[92] Vgl. BNN vom 9. August 1947.
[93] Vgl. Karlsruhe in Zahlen (wie Anm. 89), S. 30, und II. Halbjahresbericht 1947 (wie Anm. 78), S. 54.
[94] Vgl. Karlsruhe in Zahlen (wie Anm. 21), S. 71.
[95] BNN vom 19. Juni 1948.
[96] Ebenda.
[97] Vgl. StadtAK 1/WuE 55–56.
[98] Vgl. dazu StadtAK 1/H-Reg 866, Bericht des Wirtschaftsamtes für 1948/49.
[99] Vgl. Sauer (wie Anm. 5), S. 393ff.
[100] Vgl. Manfred Koch: Berlin-Gedenkstein, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher Stadthistorische Beiträge, 1988–1993, Karlsruhe 1994, S. 276–278.
[101] Vgl. Werner (wie Anm. 18), S. 228f.
[102] Zu den Zahlen vgl. Karlsruhe in Zahlen, Heft 1–5 (1946–1949), hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Karlsruhe.
[103] Zitiert nach Werner (wie Anm. 18), S. 246, dort auch die Vorgänge um die Wiedereröffnung der Fridericiana.
[104] Vgl. Wilfried Rößling: Kunst in Karlsruhe 1945–1950, in: Kunst in Karlsruhe 1900–1950. Staatliche Kunsthalle Karlsruhe, Ausstellung im Badischen Kunstverein, Karlsruhe 1981, S. 133–136.
[105] Vgl. ebenda, S. 135.
[106] Hansjörg Frommer: Aus der Geschichte der Karlsruher Volkshochschule, in: Erfahrung für die Zukunft. 50 Jahre VHS Karlsruhe 1947–1997. Dokumentation zum Jubiläum im 1. Semester 1997, Karlsruhe 1997, S. 32.
[107] Vgl. Gerhard Bechtold: Kino. Schauplätze in der Stadt. Eine Kulturgeschichte des Kinos in Karlsruhe, Karlsruhe 1987, S. 57–77.
[108] Vgl. Karlsruhe in Zahlen 1946 (wie Anm. 89), S. 100, und Jahresbericht 1948 (wie Anm. 21), S. 140.
[109] Vgl. Karlsruher Theatergeschichte. Vom Hoftheater zum Staatstheater. Bearbeitet von Günther Haass, Wilhelm Kappler, Bernhard Müller, Marie Salaba, Hansmartin Schwarzmaier, Karlsruhe 1982, S. 127–139, S. 131.
[110] Vgl. Susanne Laugwitz: Tendenzen der Spielplangestaltung im Schauspiel des Badischen Staatstheaters Karlsruhe in den Jahren 1945–1985, masch. Magisterarbeit München 1986, S. 10.
[111] Karlsruhe in Zahlen. Jahresbericht 1948 (wie Anm. 21), S. 141, und Elke Schneider: Die Situation in Karlsruhe nach 1945, in: Nachkriegskunst in Karlsruhe 1945–1955. Eine Ausstellung des Bezirksverbandes Bildender Künstler Karlsruhe in Zusammenarbeit mit dem Badischen Kunstverein, Karlsruhe 1993, S. 55f.
[112] Vgl. Andreas Vowinckel: Nach 12 Jahren, in: Nachkriegskunst (wie Anm. 111), S. 19f.
[113] Vgl. Rößling (wie Anm. 104), S. 134, Vowinckel (wie Anm. 111), S. 19, und Wilfried Rößling: Provinzmoderne, in: Vorbilder. Kunst in Karlsruhe 1950–1988, Karlsruhe 1988, S. 48.
[114] Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 11), Sitzung vom 23. Dezember 1946.
[115] Vgl. Schreiben des Oberbürgermeisters vom 22. April 1943 an den Reichsstatthalter in Baden, StadtAK 1/H-Reg 1028.
[116] Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 11), Sitzung vom 20. Januar 1947.

Zwischen Währungsreform und Wirtschaftswunder, Seiten 556 bis 623

[1] Vgl. Werner Abelshauser: Die Langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966, Düsseldorf 1987.
[2] Vgl. zum Folgenden Theodor Pfizer/Hans-Georg Wehling: Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, Stuttgart 1985 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg Bd. 11).
[3] Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 1/POA 1/4065 und 8/ZGS Persönlichkeiten (Presseausschnitte Friedrich Töpper).
[4] Vgl. StadtAK 7/NL Klotz (überwiegend Presseausschnitte), Klaus E. R. Lindemann: Günther Klotz. OB mit Herz und Humor. Mit einem Porträt von Josef Werner, Karlsruhe 1971 und Heinz Schmitt: Zum 80. Geburtstag von Günther Klotz, in: Blick in die Geschichte, in: Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1993, Karlsruhe 1994, S. 108–111, S108f.
[5] Vgl. Akte 91444, Personalamt der Stadt Karlsruhe, und Baden-Württembergische Biographien, Artikel Franz Gurk, hrsg. von Bernd Ottnad, Bd. 1, Stuttgart 1994, S. 122–125.
[6] Vgl. auch zum Folgenden StadtAK 1/H-Reg 2897 und Badische Neueste Nachrichten (BNN) vom 5., 6. und 10. Juni 1952.
[7] Vgl. StadtAK 1/POA 1/1220, 8/ZGS Persönlichkeiten (Presseausschnitte Fridolin Heurich) und Badische Biographien, Artikel Fridolin Heurich, hrsg. von Bernd Ottnad, Neue Folge Bd. II, Stuttgart 1987, S. 135–136.
[8] Vgl. StadtAK Gemeinderatsprotokolle 1945–1988, Sitzung vom 2. Dezember 1952.
[9] Vgl. StadtAK 1/POA 1/79.
[10] Vgl. Akte 90620, Personalamt der Stadt Karlsruhe und StadtAK 8/ZGS Persönlichkeiten (Presseausschnitte Emil Gutenkunst).

[11] Vgl. Franz Gurk: Eine weinerliche Generation wird die Zukunft nicht meistern. Erinnerungen und Mahnung, in: Bildhauer-Jahrbuch 1983, Karlsruhe 1983, S. 497ff.
[12] Vgl. auch zum Folgenden StadtAK 1/H-Reg 2899.
[13] Ohne alle Details der Entwicklung ausloten zu können, werden ihre Hauptzüge skizziert.
[14] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 26. Mai 1959, vgl. dort auch zum Folgenden.
[15] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 17. März 1959.
[16] Beworben hatte sich ohne Zustimmung der Fraktion der Stadtrat Franz Sprauer. Daraufhin schloß ihn die Fraktion aus ihren Reihen aus. Sprauer zog dann einen Tag vor der Sitzung seine Bewerbung mit der Bemerkung zurück, er erkenne das öffentlich von evangelischen Kreisen vorgebrachte Argument an, im Bürgermeisteramt solle auch ein Protestant vertreten sein, vgl. StadtAK 1/H-Reg 2899.
[17] Vgl. auch zum Folgenden ebenda.
[18] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 2. Mai 1961. SPD-Stadtrat Walther Wäldele kandidierte ebenfalls und erhielt drei Stimmen.
[19] Vgl. StadtAK 1/POA 1/2674.
[20] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 30. Januar 1962.
[21] Zu den Wahlen vgl. StadtAK 1/H-Reg 5153–5155. Der 1916 geboren Paul Jugo Jahn lebte seit seiner Kindheit in Karlsruhe. 1947 ließ er sich in Durlach als Rechtsanwalt nieder und betätigte sich zunächst in der FDP, dann in der SPD. Seit 1962 hatte er einen Sitz im Gemeinderat. Der 1913 in Mannheim geborene Kurt Hofheinz wechselte als Rechtsanwalt in den Staatsdienst und kam 1955 an die Finanzabteilung des Regierungspräsidiums, von wo er in das Bürgermeisteramt wechselte. Walther Wäldele, geb. 1921 in Düsseldorf, kam nach Kriegsdienst und -gefangenschaft seit 1939 im Jahr 1947 nach Karlsruhe. Seit 1951 Vorsitzender des Stadtjugendausschusses wechselte der Landtagsabgeordnete und Stadtrat in das Bürgermeisteramt.
[22] Vgl. BNN vom 3., 4., 5., 8. und 9. Februar 1966 sowie Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 8. Februar 1966.
[23] Vgl. Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992, S. 319 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 14).
[24] Vgl. ebenda, S. 322f.
[25] Vgl. Karlsruhe in Zahlen. Jahresbericht 1949, Heft 5. Hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Karlsruhe.
[26] Vgl. den Redetext in StadtAK 1/H-Reg 2897.
[27] Vgl. StadtAK 9/Film- und Tondokumente, Karlsruher Monatsspiegel 23. Folge.
[28] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 4009 und 4008.
[29] Vgl. ebenda und Ursula Rietschel-Rothe: Materialsammlung zur Stadtgeschichte von Karlsruhe aus den Etatberatungen im Karlsruher Stadtrat und sonstigen Sitzungen in Auswahl (MS), S. 22.
[30] Vgl. ebenda.
[31] Vgl. Gerhard Isenberg: Zur wirtschaftlichen Entwicklung des Stadt- und des Landkreises Karlsruhe (Wirtschaftsgutachten), Karlsruhe 1962 und Arnold Bergsträsser u. a.: Soziale Verflechtung und Gliederung im Raum Karlsruhe, Karlsruhe 1965.
[32] Wegen des begrenzten Raumes mußte eine subjektive Auswahl getroffen werden.
[33] Vgl. Karlsruhe wird wieder aufgebaut, Karlsruhe 1946, und Wiederaufbau der Kaiserstraße. Eine Denkschrift zum Bebauungsplan für die westliche Kaiserstraße, Marktplatz und Platz an der Hauptpost in Karlsruhe, hrsg. vom Stadtplanungsamt, Karlsruhe 1949.
[34] Zum Wiederaufbau des Rathauses vgl. Das Karlsruher Rathaus. Erbaut 1805–1825 von Friedrich Weinbrenner, zerstört im Zweiten Weltkrieg 1944/45, wiederaufgebaut 1948/55, Hrsg. Stadt Karlsruhe, o. O., o. J. [Karlsruhe, 1955].
[35] Vgl. Eugen Wagenmann: Chronik der Stadt Karlsruhe für die Jahre 1924–1960, Teil III, Abschnitt 1945–1960 (MS), o. J., S. 334.
[36] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 13. Januar 1953.
[37] Vgl. die Presseberichterstattung zur Schwarzwaldhalle StadtAK 8/ZGS/26a.
[38] Vgl. eine Kopie des Schreibens in StadtAK 8/ZGS/25a. Vgl. dort auch zum Folgenden.
[39] Vgl. StadtAK 8/ZGS/17a.
[40] Vgl. Wagenmann (wie Anm. 35) auch zum Folgenden ausführlich, S. 425–436ff., und StadtAK 8/ZGS/50a.
[41] Vgl. die Presseberichterstattung in StadtAK 8/ZGS/24b.
[42] Vgl. 175 Jahre St. Stephan, Karlsruhe 1989.
[43] Vgl. Richard Bellm/Landesbildstelle Baden: Die neuen Kirchen in Karlsruhe, hrsg. vom Kulturreferat und dem Verkehrsverein der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1969.
[44] Zitiert nach Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, Karlsruhe 1988, S. 440 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 9).
[45] Vgl. Suse Schmuck: Die stille Zerstörung. Kritischer Blick auf Karlsruhe im Denkmalschutzjahr. Eine Ausstellung in der Orangerie der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe vom 15. 10. 1975 bis 11. 1. 1976, Karlsruhe 1975.
[46] Vgl. zu den statistischen Zahlen: Der Wohnungsbau in Karlsruhe 1950–1984, hrsg. vom Amt für Einwohnerwesen und Statistik, Karlsruhe 1985.
[47] Vgl. zu den Zahlen die jeweiligen Jahresberichte des Statistischen Amtes.
[48] Vgl. StadtAK 8/ZGS/13a.
[49] Zur Gründung der Volkswohnung vgl. StadtAK 1/H-Reg 3452–3459.
[50] Vgl. Der Wohnungsbau (wie Anm. 46).
[51] Vgl. StadtAK 8/ZGS/13a.
[52] Vgl. Thomas Hafner: Vom Montagehaus zur Wohnscheibe. Entwicklungslinien im deutschen Wohnungsbau 1945–1970 mit ausgewählten Beispielen aus Baden-Württemberg, Basel, Berlin, Boston 1993, S. 12f.
[53] Vgl. Wagenmann (wie Anm. 35), S. 356ff. Vgl. dort auch zum Folgenden.
[54] Für die Darstellung dieses Kapitels wurden herangezogen die Beiträge von Harald Ringler zur Stadtplanung in: Blick in die Geschichte. Stadthistorische Beiträge

1993–1998. Karlsruhe 1998, S. 4–34, ders.: Stadtplanung in Karlsruhe von 1835 bis 1985, in: Leben in der Fächerstadt. Vortragsreihe des Forums für Stadtgeschichte und Kultur zur Gründung der Stadt vor 275 Jahren, Karlsruhe 1991, S. 49ff. (= Karlsruher Beiträge Nr. 6), Martin Einsele, Andrea Kilian: Stadtbausteine Karlsruhe. Elemente der Stadtlandschaft, Karlsruhe 1997 (= Karlsruher städtebauliche Schriften Bd. 8), Wagenmann (wie Anm. 35), S. 456ff., und StadtAK 8/ZGS/14a.

[55] Karlsruhe-Mühlburg. Neuplanung und Aufbau. Bericht des Stadtplanungsamtes zur Neuordnung der Verkehrsführung in den westlichen Stadtteilen und zur Aufstellung der neuen Bebauungspläne für Mühlburg, Oktober 1952, S. 10f. Vgl. auch Harald Ringler: Die städtebauliche Neuordnung in den 50er Jahren, in: Mühlburg. Streifzüge durch die Ortsgeschichte, hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe durch Ernst Otto Bräunche, Karlsruhe 1998, S. 56–75.

[56] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 11. Juli 1967.

[57] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 19. Februar 1949.

[58] Vgl. dazu StadtAK 1/H-Reg 3245-3246.

[59] Vgl. StadtAK 8/ZGS/12a.

[60] Vgl. StadtAK 8/ZGS/Persönlichkeiten (Presseausschnitte Otto Figlestahler).

[61] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 11. Januar 1955.

[62] Zitiert nach Hafner (wie Anm 52), S. 304. Dort, S. 298ff., eine ausführlichere Behandlung der Waldstadt. Vgl. auch Wagenmann (wie Anm. 35), S. 376ff.

[63] Vgl. Ringler: Blick in die Geschichte (wie Anm. 54), S. 34.

[64] Vgl. ebenda.

[65] Vgl. Rheinstadt. Karlsruhes neue Wohnstadt am Rhein, o. O., o. J.

[66] Vgl. Südstadt. Gestern und Morgen. Erläuterungsbericht zum Bebauungsplan Karlsruhe Südstadt, 1951, S. 1.

[67] Zur Altstadtsanierung vgl. aus den inzwischen zahlreichen Darstellungen über die Stadtentwicklung: Modellvorhaben Karlsruhe-Dörfle, Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn 1981, K. H. Hübener: Ein Bericht zur Sanierung des Dörfle. Altstadtsanierung Karlsruhe, Verwaltungsbericht (MS) Karlsruhe 1975, Altstadtsanierung „Dörfle" Karlsruhe 1954–1994, Hrsg. Stadt Karlsruhe, Redaktion Egon Martin, Karlsruhe 1995 und Knut Jacob (Hrsg.): Alte Heimat – Neue Heimat. Ein Photoessay zur Karlsruher Altstadtsanierung, Karlsruhe 1981; StadtAK 8/ZGS/BO 1. Die genannten Titel enthalten zahlreiche weitere Literaturverweise.

[68] Vgl. Problem der Altstadtsanierung in Karlsruhe, o. O., o. J. [1930].

[69] Vgl. die Dokumentation über die Tätigkeit von Elisabeth Seitz in der Altstadt von 1951 bis 1955, zitiert nach Peter Pretsch: 1965: Karlsruhe kann feiern, in: Alltag in Karlsruhe – Vom Lebenswandel einer Stadt in drei Jahrhunderten, hrsg. von Heinz Schmitt und Ernst Otto Bräunche, Karlsruhe 1990, S. 269–292, S. 273 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 10).

[70] Zur Prostitution in dem Quartier im 19. Jahrhundert vgl. Susanne Asche: Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung – die Leistungen der Karlsruherinnen für die Entwicklung zur Großstadt (1859–1914), in: Dies. u. a.: Karlsruher Frauen 1915–1945. Eine Stadtgeschichte, Karlsruhe 1992, S. 171–256, S. 198ff. (=Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 15).

[71] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 15. Dezember 1959.

[72] Vgl. Isenberg (wie Anm. 31) und Bergsträsser (wie Anm. 31).

[73] Vgl. Badische Volkszeitung vom 26. August 1967.

[74] Vgl. Modellvorhaben Karlsruhe-Dörfle (wie Anm. 67), S. 30.

[75] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 12. August 1968.

[76] Vgl. Modellvorhaben Karlsruhe-Dörfle (wie Anm. 67), S. 47.

[77] Vgl. die Statistischen Jahresberichte 1950, 1960 und 1970.

[78] Vgl. zur Entwicklung der Verkehrsplanung Ringler: Stadtplanung 1835-1985 (wie Anm. 54), ders: Blick in die Geschichte 1993–1998 (wie Anm. 54), Alexander Hornung: Der Verkehrslinienplan der Stadt Karlsruhe, in: Adreßbuch der Stadt Karlsruhe für 1962, S. 29ff., und ders.: Zeitgemäße Verkehrsplanung, in: Adreßbuch der Stadt Karlsruhe für 1964, S. 30ff.

[79] Vgl. Hornung, Verkehrsplanung (wie Anm. 78), S. 30.

[80] Vgl. dazu die Broschüre des Stadtplanungsamtes aus dem Jahr 1955: Verkehrsplanung Durlacher Tor, StadtAK 8/Ds F XII/23.

[81] Vgl. Harald Ringler: Verkehrsprojekte in Karlsruhe: vergessen, verworfen, aufgegeben, in: Blick in die Geschichte. Stadthistorische Beiträge 1993–1998, Karlsruhe 1998, S. 14ff.

[82] Zitiert bei Wagenmann (wie Anm 35), S. 311f.

[83] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 13. Juni 1961. Vgl. dazu auch Ringler: Stadtplanung 1835–1985 (wie Anm. 54), S. 71f.

[84] Vgl. Die Karlsruher Südtangente, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1988.

[85] Vgl. Hornung: Verkehrsplanung (wie Anm. 78), S. 32.

[86] Zur Entwicklung der Straßenbahn vgl: 100 Jahre Straßenbahn 1877–1977, Hrsg. Stadtwerke Karlsruhe - Verkehrsbetriebe, Karlsruhe 1977 und Die Karlsruher Verkehrsbetriebe. Eine Chronik und ein Rechenschaftsbericht, Hrsg. Städt. Verkehrsbetriebe Karlsruhe, o. O., o. J. Zu den statistischen Angaben vgl. auch die Jahresberichte des Statistischen Amtes der Stadt Karlsruhe.

[87] Vgl: Die Albtalbahn. Denkschrift der Stadt Karlsruhe zur Verbesserung der Verkehrsbedienung ihrer südlichen Stadtteile und des Albtals durch Umgestaltung der Bahn (1954). Zur Geschichte der Albtalbahn vgl. Klaus Bindewald: Die Albtalbahn: Geschichte mit Zukunft. Von der Schmalspurbahn zur modernen Stadtbahn, Ubstadt-Weiher 1998.

[88] Zitiert nach Bindewald (wie Anm. 87), S. 74. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[89] Vgl. auch zum Folgenden StadtAK 1/H-Reg 756.
[90] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 755.
[91] Vgl. ebenda.
[92] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 756.
[93] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 755, Schreiben Bundeskanzleramt an Heurich vom 6. April 1950. Das Schreiben ist unterzeichnet von dem wegen seiner NS-Vergangenheit umstrittenen Dr. Globke.
[94] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 756, Schreiben vom 2. August 1946.
[95] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 755, Schreiben vom 27. Oktober 1949.
[96] Vgl. dazu ebenda.
[97] Vgl. die folgenden Zahlen in: Personalstand des öffentlichen Dienstes in Karlsruhe nach dem Stande vom 1. September 1960. Hrsg. Statistisches Amt der Stadt Karlsruhe, Dezember 1960.
[98] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 3235.
[99] Vgl. Zum Folgenden StadtAK 1/H-Reg 755.
[100] Veröffentlicht in: Gerd Pfeiffer: Karlsruhe auf dem Weg zur Residenz des Rechts, Karlsruhe 1990, S. 57ff.
[101] Vgl. ebenda, S. 69.
[102] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 755.
[103] Wiedergegeben bei Pfeiffer (wie Anm 100), S 15.
[104] Vgl. Pfeiffer (wie Anm. 100), S. 72f.
[105] Der entsprechende Protokollauszug der Bundestagssitzung ist abgedruckt ebenda, S. 76ff.
[106] Vgl. ebenda, S. 85.
[107] Vgl. zum Folgenden Reinhard Schiffers: Grundlegung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951, Düsseldorf 1984. Dort, S. 401, auch das folgende Zitat.
[108] Vgl. Akte 082.01, Hauptregistratur der Stadt Karlsruhe.
[109] Zitiert nach Pfeiffer (wie Anm. 100), S. 19.
[110] Vgl. ebenda, S. 20.
[111] Die folgenden Ausführungen stützen sich weitgehend auf den Beitrag von Rolf-Jürgen Gleitsmann: Karlsruhe wird Reaktorstandort, in: Koch (wie Anm. 23), S. 200f.
[112] Vgl. StadtAK 8/Ds F II/31.
[113] Vgl. dazu StadtAK 1/H-Reg 3768-3770.
[114] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 3769.
[115] Vgl. die verschiedenen Presseberichte vom 19. September 1955 in: StadtAK 8/ZGS/BO 3a.
[116] Vgl. ebenda.
[117] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 20. September 1955.
[118] Dies waren Toni Menzinger, Heinrich Berggötz (CDU), Wilhelm Knobloch, Julius Hellmann (SPD), Willi Schopf (FDP) und Konrad Mezirek (KPD).
[119] Vgl. den Wortlaut der Rede in: Staatsanzeiger für Baden-Württemberg vom 21. Juli 1956.
[120] Vgl. BNN vom 20. Juli 1956.
[121] Vgl. Wagenmann (wie Anm. 35), S. 407ff.
[122] Vgl. dazu: Karlsruhe. Wirtschaftszentrum am Oberrhein. In 140 Jahren von der Handelsstube zur Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Karlsruhe 1953, S.130ff. Im Adreßbuch der Stadt finden sich in nahezu jedem Jahrgang Firmenporträts bzw. Anzeigen vor allem der neuhinzugekommenen Firmen. Vgl. auch: Karlsruhe. Stadt- und Wirtschaftschronik, München 1970.
[123] Vgl. Wagenmann (wie Anm. 35), S. 233, und Hugo Rhein: Von der Beamtenstadt zum Wirtschaftszentrum. Karlsruhes ökonomische Entwicklung in den letzten 40 Jahren, in: Leben in der Fächerstadt (wie Anm. 54), S. 205–219.
[124] Vgl. Rhein (wie Anm. 123), S. 211.
[125] Vgl. Jürgen Nesselmann: Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Karlsruhe von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, Karlsruhe 1969, S. 118.
[126] Vgl. ebenda, S. 119ff.
[127] Vgl. zur Ansiedlung der Raffinerien StadtAK 1/H-Reg 3765-3767.
[128] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 3767.
[129] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 7. Juli 1959.
[130] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 3765.
[131] Vgl. auch zum Folgenden Nesselmann (wie Anm. 125), S. 111ff., und 75 Jahre Städtische Rheinhäfen, 1901–1976, Karlsruhe 1976.
[132] Vgl. Nesselmann (wie Anm. 125), S. 123.
[133] Vgl. auch zu den folgenden Zahlen Wagenmann (wie Anm. 35), S. 225.
[134] Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe, Berichtsjahr 1957.
[135] Vgl. dazu und zum Folgenden Uta Engelhardt Schwarz: „...denn nichts ist stärker als unsere Solidarität..." IG Metall Verwaltungsstelle Karlsruhe von 1945 bis heute, Karlsruhe 1998, S.72ff.
[136] Vgl. ebenda, S. 79f.
[137] So Oberbürgermeister Günter Klotz im Geleitwort zum Kulturbericht der Stadt Karlsruhe 1961/62. Der Kulturbericht der Stadt erschien zwischen 1952 und 1970. Er gibt für jeweils ein oder zwei Jahre einen gedrängten Überblick über das kulturelle Geschehen in der Stadt, ohne angesichts des Umfangs von etwa 50 Seiten auf Details eingehen zu können.
[138] Vgl. Karlsruhe bewirbt sich um den Atom-Meiler, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung, StadtAK 8/Ds F/II 31.
[139] Vgl. Adreßbuch der Stadt Karlsruhe, Ausgabe 1959. Dort auch das folgende Zitat.
[140] Vgl. zur Geschichte des Staatstechnikums, das 1972 in Fachhochschule Karlsruhe umbenannt wurde: 100 Jahre Fachhochschule Karlsruhe, o. O., o. J. Die Institution wuchs mit ihren Gebäuden in den 1960er Jahren in den Hardtwald nördlich der Moltkestraße bis zur Willy-Andreas-Allee. Auch diese Hochschule verzeichnete steigende Studentenzahlen und erreichte 1.503 Studierende im Jahr 1970.
[141] Vgl. Karlsruher Pädagogische Beiträge 17/1988: Pädagogische Hochschule Karlsruhe. Aus der früheren Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt wurde 1952 das Pädagogische Institut, das zunächst in der Leopoldschule untergebracht war. 1957 bezog es das wiederhergestellte Gebäude an der Bismarckstraße und wurde 1962 zur Pädagogischen Hochschule mit 557 Studenten und Studentinnen. 1970 waren es 1.437, davon 864 Frauen.

[142] 1970 wurden hier 236 Studierende ausgebildet. Im Badischen Konservatorium für Musik wurden etwa 4.500 Schüler und Schülerinnen unterrichtet, vgl.: 100 Jahre Badisches Konservatorium Karlsruhe. Festschrift zur Erinnerung an die Gründung am 15. September 1884, Red. Claus Canisius, Karlsruhe 1984.

[143] Vgl. Buch, Leser, Bibliothek. Festschrift der Badischen Landesbibliothek zum Neubau, hrsg. von Gerhard Römer, Karlsruhe 1992.

[144] Vgl. zu den Zahlen die Jahresberichte des Statistischen Amtes der Stadt Karlsruhe.

[145] Vgl. dazu und zum Folgenden: Karlsruher Theatergeschichte. Vom Hoftheater zum Staatstheater. Bearbeitet von Günther Haass, Wilhelm Kappler, Bernhard Müller, Marie Salaba, Hansmartin Schwarzmeier, Karlsruhe 1982, S. 139ff.

[146] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 23. Dezember 1959 und 1/H-Reg 4880.

[147] Vgl. auch zum Folgenden Ulrike Grimm: Das Badische Landesmuseum in Karlsruhe. Zur Geschichte seiner Sammlungen, Karlsruhe 1993.

[148] Vgl. Kulturbericht der Stadt Karlsruhe 1959, hrsg. vom Schul- und Kulturreferat der Stadt Karlsruhe, S. 37.

[149] Zum Badischen Kunstverein vgl. Wilfried Rößling (Hrsg. im Auftrag des Badischen Kunstvereins Karlsruhe): Vorbilder. Kunst in Karlsruhe 1950–1988, Karlsruhe 1988, und Carsten Bernhard Sternberg: Die Geschichte des Karlsruher Kunstvereins, Karlsruhe 1977: 1818–1868. Festschrift zum 150jährigen Bestehen des badischen Kunstvereins Karlsruhe, Karlsruhe 1968.

[150] So Helmut Goettl: Die Akademie zwischen Faschismus, Krieg und Weltkunst, in: Nachkriegskunst in Karlsruhe 1945–1955. Eine Ausstellung des Bezirksverbandes Bildender Künstler Karlsruhe in Zusammenarbeit mit dem Badischen Kunstverein, Karlsruhe 1994, S. 211.

[151] Vgl. Rößling (wie Anm. 149), S. 10f.

[152] Vgl. Uwe Degreif: Skulpturen und Skandale. Kunstkonflikte in Baden-Württemberg, Tübingen 1997, S. 68ff.

[153] Vgl. BNN vom 18.–25. Mai 1957.

[154] Vgl. Joachim Hotz: Kleine Geschichte der Universität Fridericiana zu Karlsruhe (Technische Hochschule), Karlsruhe 1975, Emil Heid: Die Hochschulstadt. Die technische Hochschule „Fridericiana" im Gesamtbild der Stadt, in Adreßbuch der Stadt Karlsruhe, Ausgabe 1966, S. 35ff., und Universität Karlsruhe (TH). Texte, Zahlen, Bilder, hrsg. von der Universität Karlsruhe (TH), Stuttgart 1952.

[155] Vgl. Franz Gurk: Kultur und Wirtschaft in der Gemeinde, in: Adreßbuch der Stadt Karlsruhe, Ausgabe 1959, S. 12.

[156] Das Statistische Amt veröffentlichte in den Jahren 1956 und 1959 unter dem Titel „Die Schulräume in Karlsruher Schulen" ausführliche Statistiken zur Schulraumversorgung. Die „Südwestdeutsche Rundschau für Kultur, Wirtschaft und Verkehr. Monographien seiner Städte und Landschaften" publizierte 1959 aus der Zeitschrift „Baden" 1957, Heft 2 einen erweiterten Sonderdruck mit dem Titel: Karlsruhe als Schulstadt. Vom Neu- und Wiederaufbau der Karlsruher Schulen.

[157] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 8), Sitzung vom 21. Januar 1969.

[158] Vgl. Hansjörg Frommer: Aus der Geschichte der VHS, in: Erfahrung für die Zukunft. 50 Jahre VHS Karlsruhe 1947 bis 1997. Dokumentation zum Jubiläum 1997, Hrsg. Volkshochschule Karlsruhe, Karlsruhe 1997, S. 34f.

[159] Vgl. Heinz Schmitt: Geschichte der öffentlichen Bibliothek in Karlsruhe, in: Das neue Ständehaus. Stadtbibliothek und Erinnerungsstätte. Herausgegeben anläßlich der Eröffnung des neuen Ständehauses in Karlsruhe am 21. August 1993, Karlsruhe 1993, S. 27ff.

[160] Vgl. Kultur-Bericht der Stadt Karlsruhe 1953/54 und 1954/55. Hrsg. vom Kulturreferat der Stadt Karlsruhe, S. 35f. und S. 36.

[161] Vgl. Ernst Otto Bräunche: Die Geschichte des Stadtarchivs, in: ders., Angelika Herkert und Angelika Sauer: Geschichte und Bestände des Stadtarchivs Karlsruhe, S. 17ff. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 11) und die Mitteilungen in den Kulturberichten der Stadt.

[162] Vgl. Helga Walter-Dressler: Von der Städtischen Kunstsammlung zur Städtischen Galerie, in: Prinz-Max-Palais. Schrift zur Eröffnung der Jugendbibliothek der Städtischen Galerie und der Stadtgeschichte im PrinzMaxPalais Karlsruhe, Karlstraße 10 am 8. Mai 1981, Karlsruhe 1981, S. 46–73.

[163] Vgl. Kulturbericht der Stadt Karlsruhe 1956. Hrsg. vom Kulturreferat der Stadt Karlsruhe, S. 50.

[164] Vgl. die Akten in der Hauptregistratur der Stadt Karlsruhe Nr. 752.825. Vgl. dazu auch Dorothea Schmitt-Hollstein: Ihre Gräber bleiben unvergessen. Vor 40 Jahren wurde der Deportiertenfriedhof in Gurs wiederentdeckt, in: Wegweiser durch Karlsruhe '97, Karlsruhe 1996, S. 13–16.

[165] Diese Zahl weist ohne Anspruch auf Vollständigkeit Wagenmann (wie Anm 35), S. 533f. aus.

[166] Die Karlsruher Statistik veröffentlichte zum Vereinsleben nur die Zahlen für die Sportvereine, nicht aber für die kulturellen Vereine. Vgl. die Statistischen Jahrbücher für 1950, 1955, 1960, 1965 und 1970.

[167] Vgl. Bergsträsser (wie Anm. 31), S. 149.

[168] Vgl. in: Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe, Berichtsjahr 1960, Hrsg. Amt für Wirtschaft und Statistik der Stadt Karlsruhe und dass., Berichtsjahr 1965, Hrsg. Statistisches Amt der Stadt Karlsruhe jeweils die Rubriken Städtevergleich.

[169] Eine umfassende Materialsammlung zur Leichtathletik in Karlsruhe hat Klaus Hannecke zusammengestellt, dem ich für die Einsichtnahme in sein Manuskript danke. Daraus wurde publiziert: 1946–1996. 50 Jahre Leichtathletik in Karlsruhe. Eine Chronik der Fächerstadt, gezeichnet von Klaus Hannecke, Hrsg. BLV, Kreis Karlsruhe, o. J.

[170] Vgl. 80 Jahre Karlsruher Sport-Club. Vereins-Chronik von 1894 bis 1974, Breckenheim 1974 und KSC. Badens Bester, Taunusstein o. J.

[171] Vgl. Die Motorisierung in Karlsruhe, Hrsg. Amt für Einwohnerwesen und Statistik, Karlsruhe 1982.

[172] Vgl. Peter Pretsch: „geöffnetes Narren-Turney: Ge-

schichte der Karlsruher Fastnacht im Spiegel gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 16), Karlsruhe 1995, S. 141f.

[173] Zur Geschichte des Kinos in Karlsruhe vgl. Gerhard Bechtold: Kino. Schauplätze in der Stadt. Eine Kulturgeschichte des Kinos in Karlsruhe, Karlsruhe 1987, S. 80ff. Vgl. dort auch zum Folgenden.

[174] Vgl. zur Bambipreisverleihung Akte 343.001, Hauptregistratur der Stadt Karlsruhe.

[175] Vgl. die Angaben in den einzelnen Jahrgängen des Statistischen Jahrbuchs der Stadt Karlsruhe, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Karlsruhe.

[176] Vgl. dazu mit Quellenbelegen Peter Pretsch: Karlsruhe kann feiern (wie Anm. 69).

[177] Herbert Meininger/Hubert Doerrschuck: 250 Jahre Karlsruhe. Die Chronik zum Jubiläum der Stadt, Karlsruhe 1965.

[178] Vgl. die Akten zum Stadtjubiläum StadtAK 1/H-Reg 4771-4796.

[179] Am eigentlichen Geburtstag, dem 17. Juli war der Ehrengast Lübke wegen eines Termins an der deutsch-deutschen Grenze verhindert gewesen.

[180] Zu biographischen Hinweisen vgl. Koch (wie Anm. 23), S. 301.

[181] Vgl. BNN vom 24. Juli 1965.

[182] Zur Bundesgartenschau vgl. StadtAK 1/H-Reg 3577-3599 und 1/ZGS I/2.4, 2.8, 10.

[183] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 3579-3580.

[184] Vgl. Robert Mürb: Historischer Garten mit neuem Inhalt erfüllt (Zeitschriftenbeitrag), in: 8 ZGS/1 2.4.

[185] Vgl. den Bericht zur Bundesgartenschau in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Mai 1967.

[186] Vgl. BNN vom 16. April 1977.

[187] Vgl. eine Auswahl in BNN vom 21. Oktober 1967.

[188] Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe. Berichtsjahr 1960, Hrsg. Statistisches Amt der Stadt Karlsruhe, S. 11.

[189] Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe, Berichtsjahr 1970 und Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe 1997, 52. Jahrgang, Karlsruhe 1997.

[190] Vgl. auch zum Folgenden Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe, Berichtsjahre 1960, S. 20f., 1965, S. 71 und 28, 1970, S. 79.

[191] Vgl. Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Karlsruhe. 1960–1978, Amt für Einwohnerwesen und Statistik, 1979, S. 19. Zum Verlauf des Ausländeranteils 1976–1982 vgl. auch: Entwicklung und Struktur des ausländischen Bevölkerungsanteils in der Stadt Karlsruhe, Hrsg. Statistisches Amt der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1981.

[192] Vgl. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1987, Hrsg. Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung und Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe 1997, 52. Jahrgang, Karlsruhe 1997.

[193] Vgl. Volkszählung 1970. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Hrsg. Statistisches Amt der Stadt Karlsruhe, S. 43 und Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1987, Hrsg. Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung, S. 69. Die Tabelle gibt die nur zu Volkszählungen erhobenen Strukturdaten der Wohnbevölkerung wieder. Zu Gesamtbeschäftigtenzahlen vgl. die jeweiligen Statistischen Jahresberichte und unten S. 656 die Zahlen für 1975–1996.

[194] Vgl. Koch (wie Anm. 23), S. 314f.

[195] Vgl. Volkszählung 1970 und 1987 (wie Anm. 193). Für die Zahlen gilt dasselbe wie in Anm. 193 ausgeführt.

[196] S. Arbeitsstätten und Beschäftigte in Karlsruhe nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung vom 6. Juni 1961, Hrsg. Statistisches Amt der Stadt Karlsruhe, o. O., o. J., S. 18.

[197] Vgl. Manfred Koch: Beamtenstadt Karlsruhe? Erwerbsstruktur und Städtetypologie, in: Blick in die Geschichte 1988–1993 (wie Anm. 81), S. 50–53.

[198] Vgl. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (wie Anm. 192).

Zeit des Umbruchs, Seiten 623 bis 649

[1] Zitiert nach Klaus Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart, Wiesbaden 1984, S. 206 (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4).

[2] Vgl. dazu die Unterlagen in StadtAK 1/H-Reg 5262, 5263, 8/Alben 192 und Susanne Asche/Olivia Hochstrasser: Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996, S. 442f. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17).

[3] Zu den einzelnen Demonstrationen vgl. Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Analysen und Bildern, Karlsruhe 1992 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 14).

[4] Reinhold Lang: Ein Hai in der Suppe oder Chronik des Philipp Ronge, Karlsruhe 1975.

[5] Zu den Wirtschaftsdaten auch im Folgenden vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe, Berichtsjahr 1965–1973, Hrsg.: Statistisches Amt der Stadt Karlsruhe.

[6] Vgl. Kurt Hofheinz: Neue Erfolge der Karlsruher Wirtschaftsförderung, in: Adreßbuch der Stadt Karlsruhe, Ausgabe 1969, S. 6ff., und Hans-Theo Bauer: Karlsruhe unter den großen Städten Baden-Württembergs – wirtschaftlich gesehen, in: Adreßbuch der Stadt Karlsruhe, Ausgabe 1970, S. 12ff., und Berthold Kessinger: Eine Stadt lebt von ihrer Wirtschaft. Karlsruher Wirtschaftschronik 1971/72, in: Adreßbuch der Stadt Karlsruhe, Ausgabe 1972, S. 9ff.

[7] Vgl. Kessinger (wie Anm. 6).

[8] Ebenda.

[9] Vgl. Klaus-Wilhelm R. Buchenau: – und gleichzeitig darf das Morgen nicht verbaut werden... Gedanken zur Erweiterung der Oberrheinischen Mineralölwerke GmbH (OMW), in: Adreßbuch der Stadt Karlsruhe, Ausgabe 1972, S. 18ff.

[10] Vgl. Kessinger (wie Anm. 6).
[11] Vgl. Klaus Höschele: Reinhaltung der Luft im Raum Karlsruhe, in: Adreßbuch der Stadt Karlsruhe, Ausgabe 1973, S. 15ff.
[12] Vgl. ebenda.
[13] Vgl. die Artikel aus den Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) auch zum Folgenden in: StadtAK 8/ZGS I/4.8a.
[14] Vgl. die BNN-Artikel auch zum Folgenden in: StadtAK 8/ZGS I/80.
[15] Mitteilung des Finanzreferats der Stadt Karlsruhe, Vgl. auch BNN vom 3. Februar 1970.
[16] Die folgende Darstellung des „Machtwechsels" in Karlsruhe stützt sich auf eine Auswertung folgender Unterlagen: StadtAK Gemeinderatsprotokolle 1945–1988, Sitzungen 1965–1972, 1/H-Reg 3599, 8/StS 13, 443 und 17/41, ZGS 30a, 30b, 30c und 32a sowie die entsprechende Zeitungsberichterstattung und Interviews mit folgenden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen: Otto Dullenkopf, Kurt Gauly, Julius Grotz, Toni Menzinger, Christoph Müller-Wirth, Peter Paepke, Horst Rehberger, Erwin Sack, Max Singer, Walther Wäldele, Emil Warth und Norbert Vöhringer.
[17] Vgl. zu den Wahlergebnissen die Tabelle in Koch (wie Anm. 3), S. 319–323, und die jeweilige Presseberichterstattung. Ausführlichere Zahlenwerke zu den Wahlen in: StadtAK 8/DS F IX 89, 90a, 91.
[18] Zu den Ergebnissen der Gemeinderatswahlen publizierte das Statistische Amt regelmäßig ausführliche, mit zahlreichen Tabellen versehene Darstellungen. Eine differenzierte Wahlanalyse, die sozialstatistische Unterlagen über die einzelnen Stadtteile mit den Wahlergebnissen korreliert, wurde aber bislang nicht erarbeitet, so daß über Hintergründe der Verschiebung der Parteipräferenzen der Karlsruher Wähler und Wählerinnen keine gesicherten Aussagen möglich sind.
[19] So Michael Obert: 40 Jahre FDP in Karlsruhe. Geschichte des Kreisverbandes Karlsruhe Stadt 1945–1985, Karlsruhe 1986.
[20] Dabei wäre die NPD-Stimme nur im Fall einer Zustimmung der Partei zur Bundesgartenschau ausschlaggebend gewesen, denn schon bei Stimmengleichheit war ein Antrag abgelehnt.
[21] Vgl. BNN vom 11. Dezember 1968.
[22] Josef Werner hat freundlicherweise eine Kopie des Briefwechsels in dieser Sache zur Verfügung gestellt.
[23] Vgl. die Urkunden und Schriftstücke dazu in StadtAK 7/NL Klotz.
[24] Vgl. die Tagebuchblätter von Josef Werner vom 20. März 1970. Ich danke Josef Werner für die Einsicht in diese Unterlagen.
[25] Vgl. die Unterlagen und Berichte in StadtAK 8/ZGS/BO 9.
[26] Tagebuchblätter von Josef Werner vom 8. Januar und 22. Februar 1970 (wie Anm. 22).
[27] Vgl. StadtAK 1/ZGS Persönlichkeiten (Presseausschnitte Dullenkopf) und Otto Dullenkopf: Kommunalpolitik in zwiespältiger Zeit – Erfahrungen einer Stadt im Wandel, in: Leben in der Fächerstadt. Vortragsreihe des Forums für Stadtgeschichte und Kultur zur Gründung der Stadt Karlsruhe vor 275 Jahren, Karlsruhe 1991, S. 11–21 (= Karlsruher Beiträge Nr. 6).
[28] Die Existenz dieses Papiers und sein Inhalt sind durch Unterzeichner bezeugt, es ist aber nicht mehr auffindbar. Umstritten ist allerdings, ob tatsächlich vereinbart worden ist, daß beide Parteien Sorge tragen wollten, daß der Erste Bürgermeister immer einer anderen Partei angehören solle als der Oberbürgermeister. Die Beteiligten der SPD erinnern sich so, während die der FDP dies abstreiten.
[29] Vgl. den Bericht in den BNN vom 18. Juni 1971.
[30] Vgl. BNN vom 24. Juni 1971.
[31] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 16), 1945–1988, Sitzung vom 1. Juli 1970.
[32] Vgl. ebenda, Sitzung vom 3. November 1970.
[33] Ebenda.
[34] Mitteilungen des Finanzreferats der Stadt Karlsruhe, vgl. auch BNN vom 28. Oktober 1971.
[35] Vgl. dazu auch Gerhard Seiler: Kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik. Von den Schulden der Stadt Karlsruhe, in: Karlsruher Wirtschaftsspiegel, Nr. 26, 1983/84, S. 8-12.
[36] Zu den Etatberatungen vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 16), Sitzungen vom 25. Januar und 22. Februar 1972.
[37] Vgl. Seiler (wie Anm. 35).
[38] Vgl. BNN vom 21. Dezember 1976.
[39] Vgl. den Bericht der BNN über die Ankündigung von Steuererhöhungen durch Oberbürgermeister Gerhard Seiler vom 12. Oktober 1995. Zur Entwicklung des Schuldenstandes und der Pro-Kopf-Verschuldung vgl. die Statistischen Jahrbücher.
[40] Vgl. Gemeinderatsprotokolle (wie Anm. 16), Sitzung vom 18. November 1969.
[41] Vgl. StadtAK 1/H-Reg 2869 (Knielingen) und 2954, 2868 (Durlach); vgl. auch Asche (wie Anm. 2), S. 438ff.
[42] Vgl. zum Folgenden die Zeitungsartikel in StadtAK 8/ZGS I/1,1a.
[43] Vgl. zum Folgenden StadtAK 1/H-Reg 4746 und 8/StS 17, 61.
[44] Mitteilung Otto Dullenkopfs im Zeitzeugengespräch vom 26. April 1993, Tonbandabschrift im StadtAK.
[45] Zu den Vorgängen in Grötzingen vgl. Susanne Asche: Eintausend Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991, S. 306ff.; (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 13), zu Wettersbach vgl. Wilhelm Spengel/Heinz-Theo Krahl: Wettersbacher Heimatbuch, Karlsruhe o. J., S. 325ff. und 347ff.
[46] Vgl. dazu Hermann Ehmer: Geschichte von Neureut. Mit Beiträgen von Paul Waibel, Kurt Hannemann und Wilhelm Meinzer, Karlsruhe 1983, S. 229ff.

Stadt im Wandel
Seiten 649 bis 673

[1] Zu den Oberbürgermeisterwahlen vgl. die Presseberichterstattung in Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 8/ZGS, Persönlichkeiten 30a, 30e, 30f.
[2] Vgl. „Die Zeit" vom 26. Juli 1985.
[3] Vgl. StadtAK 8/ZGS, Persönlichkeiten (Presseausschnitte Gerhard Seiler).
[4] Vgl. Gerhard Seiler: Otto Dullenkopf – der erste Bürger der Stadt, in Klaus E. R. Lindemann: Otto Dullenkopf. Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe 1970–1986. Eine Dokumentation, Karlsruhe 1986, S. 29–38.
[5] Zu den Bürgermeisterwahlen vgl. StadtAK 8/ZGS, Persönlichkeiten 30a, 30e, 30f.
[6] Parteiintern beworben hatten sich auch Gerlinde Hämmerle und Frithjof Kessel.
[7] Vgl. dazu auch den Kommentar der Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) vom 23. April 1983.
[8] Parteiintern beworben hatten sich auch die Stadträtin Marianne Krug sowie der persönliche Referent der Oberbürgermeister Dullenkopf und Seiler Eduard Jüngert.
[9] Vgl. Ratsschreiberei, Gemeinderatsprotokolle, Sitzung vom 18. Dezember 1990.
[10] Vgl. Einpendler und Auspendler. Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1987. Hrsg. Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung, Karlsruhe o. J., S. 29, und Arbeitsamt Karlsruhe, Statistische Mitteilungen Nr. 16/97, S. 10.
[11] Zusammengestellt nach den Statistischen Jahrbüchern der Stadt Karlsruhe 1990 und 1997 sowie nach dem Stadtentwicklungsbericht 1997, Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1997.
[12] Vgl. Uta Engelhardt-Schwarz: „...denn nichts ist stärker als unsere Solidarität..." IG Metall Verwaltungsstelle Karlsruhe von 1945 bis heute, Karlsruhe 1998, S. 98–118.
[13] Vgl. BNN vom 25. Januar und 18. März 1997.
[14] Stadtentwicklungsbericht 1997 (wie Anm. 11), S. 27.
[15] Vgl. StadtAK 8/ZGS, 64a, 64b und Zehn Jahre Technologiefabrik Karlsruhe, in: Karlsruher Wirtschaftsspiegel 37, 1994/95, S. 78.
[16] Vgl. Stadt Karlsruhe. Stadtentwicklungsplan (Entwurf) o. O., o. J. sowie die Stadtentwicklungsberichte 1989 und 1997, die von der städtischen Arbeitsgruppe Stadtentwicklung vorgelegt wurden.
[17] Vgl. im Kapitel Zwischen Währungsreform und Wirtschaftswunder in Anm. 67 die Literaturhinweise.
[18] Vgl. Knut Jacob (Hrsg.): Alte Heimat – Neue Heimat. Ein Photoessay zur Karlsruher Altstadsanierung, Karlsruhe 1981, S. 204, und Altstadtsanierung „Dörfle" Karlsruhe 1954–1994, Hrsg. Stadt Karlsruhe, Redaktion Egon Martin, Karlsruhe 1995, S. 28.
[19] Vgl. StadtAK Gemeinderatsprotokolle 1945–1988, Sitzung vom 19. Dezember 1972.
[20] Vgl. Heinrich-Hübsch-Schule, Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1985 (= Karlsruher Beiträge Nr. 3).
[21] Harald Ringler: Altstadtsanierung Karlsruhe, in: Manfred Koch: Karlsruher Chronik Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992, S. 218f. (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadftarchivs Bd. 14).
[22] Vgl. Gerd Albers: Das Karlsruher „Dörfle" – Wegmarke der Stadterneuerung, in: Altstadtsanierung „Dörfle" Karlsruhe (wie Anm. 18), S. 66–67. Dort auch weitere positive Einschätzungen der Ergebnisse des Sanierungsprojektes.
[23] Jacob (wie Anm. 18), S. 25.
[24] Vgl. Stadtentwicklungsplan, (wie Anm. 16), Kapitel 10 Verkehr.
[25] Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe 1997.
[26] Stadt Karlsruhe Stadtentwicklungsbericht 1997, Karlsruhe 1997, S. 11.
[27] Vgl. auch zum Folgenden StadtAK 8/ZGS 19a, 19b.
[28] Vgl. BNN vom 9. Oktober 1971.
[29] Vgl. BNN vom 17. März 1977.
[30] Vgl. Stadtbahn Karlsruhe. Studie zur Lösung der Probleme des öffentlichen Nahverkehrs, Karlsruhe 1972.
[31] Zu den Zahlen vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe 1990 und 1997.
[32] Vgl. StadtAK 8/ZGS 35b, 35c.
[33] Vgl. Ratsschreiberei, Gemeinderatsprotokolle, Sitzung vom 15. Dezember 1998.
[34] Vgl. als Überblick zu den Grünanlagen: Der grüne Fächer. Parks unbd Anlagen in Karlsruhe, Hrsg. Stadt Karlsruhe, Gartenbauamt, Karlsruhe 1994.
[35] Vgl. zur Planung der Bundesgartenschau 2001 StadtAK 8/ZGS/I/ 2,4.
[36] Vgl. Ratsschreiberei Gemeinderatsprotokolle, Sitzung vom 16. November 1994.
[37] Stadtentwicklungsbericht '89 Analysen, Prognosen, Strategien zur Stadtentwicklung, Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1989, S. 86.
[38] Vgl. Wiederaufbau von Schloß Gottesaue für die Staatliche Musikhochschule Karlsruhe, Redaktion Staatliches Hochbauamt Karlsruhe, Karlsruhe 1989.
[39] Vgl. zum Folgenden: Kunstfabrik im Hallenbau A. Zentrum für Kunst und Medientechnologie, Städtische Galerie, Museum für Neue Kunst, Hochschule für Gestaltung, Hrsg. Stadt Karlsruhe, Redaktion Hermann Winkler, Karlsruhe 1997 und StadtAK 8/ZGS 64d (Presseausschnitte).
[40] Vgl. Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe. Architekturwettbewerb, Hrsg. Heinrich Klotz, Stuttgart, München 1990.
[41] Vgl. Ratsschreiberei, Gemeinderatsprotokolle, Sitzung vom 16. Juni 1992.
[42] Mitteilung in einem Gespräch am 27. Juli 1998.
[43] Kunstfabrik (wie Anm. 38), S. 14.
[44] Vgl. Schrift zur Eröffnung der Jugendbibliothek, der Städt. Galerie und der Stadtgeschichte im PrinzMax-Palais Karlsruhe, Karlstraße 10, am 8. Mai 1981, Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1981.
[45] Vgl. Das neue Ständehaus. Stadtbibliothek und Erinnerungsstätte, Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1993.
[46] Vgl. auch zum Folgenden Stadtentwicklungsbericht 1997, Karlsruhe 1997, S. 83.
[47] Vgl. Jolanta Dziembowska-Kowalska/Rolf Funck/Caroline Y. Robertson Wensauer: Kultur und Wirtschaft in Karlsruhe, eine Untersuchung im Auftrag der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1995/96.
[48] Vgl. dazu die jeweils erschienenen Programmbücher,

die in das Generalthema einführen und die einzelnen Programmpunkte erläutern.

[49] Vgl. die dazu erschienenen Publikationen: Kunst in der Residenz. Karlsruhe zwischen Rokoko und Moderne, Hrsg. Staatliche Kunsthalle Karlsruhe, Heidelberg 1990, „Klar und lichtvoll wie eine Regel". Planstädte der Neuzeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. Eine Ausstellung des Landes Baden-Württemberg veranstaltet vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe, Karlsruhe 1990, Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte, hrsg. von Heinz Schmitt unter Mitwirkung von Ernst Otto Bräunche, Karlsruhe 1990 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 10), Susanne Asche: 1000 Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 13), Gerhard F. Linder: 1000 Jahre Hagsfeld. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 12) und Susanne Asche/Olivia Hochstrasser: Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17).

[50] Vgl. Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. von Heinz Schmitt unter Mitwirkung von Ernst Otto Bräunche und Manfred Koch, 2. Aufl. Karlsruhe 1990 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 8) und Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, 2. Aufl. Karlsruhe 1990 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 9).

[51] Vgl. „Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung". Dokumentation zum Besuch ehemaliger jüdischer Mitbürger und Mitbürgerinnen in Karlsruhe vom 10. bis 17. Oktober und vom 7. bis 14. November 1988.

[52] Ebenda, S. 21.

[53] Ebenda, S. 57.

[54] Vgl. Gerhard Seiler: Die Technologie-Region Karlsruhe – ein Wirtschaftsraum mit Zukunft, in: Karlsruher Wirtschaftsspiegel 28, 1985/86, S. 10–15; ders.: Zukunftsperspektiven Karlsruher Stadtpolitik, in: Karlsruher Wirtschaftsspiegel 30, 1987/88, S. 3–8.

[55] Vgl. TechnologieRegion Karlsruhe. Die Wirtschaft am Mittleren Oberrhein im Wandel, Redaktion Winfried Nowack/Peter Weber, Hannover 1988.

[56] Vgl. Kultur in der TechnologieRegion Karlsruhe – Bestandsaufnahme und Ausblick, Karlsruhe 1993 (= IHK Studien 4/93/S).

Abkürzungen

AAK	Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft-Karlsruhe
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Afa	Allgemeiner freier Angestelltenbund
Anm.	Anmerkung
BDM	Bund deutscher Mädel
Bez.Ver.Amt	Bezirksverwaltungsamt
BNN	Badische Neueste Nachrichten
CDU	Christlich Demokratische Union
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAG	Deutsche Angestelltengewerkschaft
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
Diss.	Dissertation
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DWM	Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken
EKT	Europäische Kulturtage
FAD	Frauenarbeitsdienst
FDP	Freie Demokratische Partei
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
H-Reg	Hauptregistratur
HfG	Hochschule für Gestaltung
HJ	Hitlerjugend
Hrsg., hrsg.	Herausgeber, herausgegeben
IHK	Industrie- und Handelskammer
IWKA	Industriewerke Karlsruhe Augsburg
KAL	Karlsruher Alternative Liste
KDF	NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude
KFV	Karlsruher Fußballverein
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSC	Karlsruher Sportclub
KZ	Konzentrationslager
masch.	maschinenschriftlich
MiRO	Mineralölraffinerie Oberrhein
MS	Manuskript
ND	Neudruck
NF	Neue Folge
NFD	Nationaler Frauendienst
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
RFB	Rotfrontkämpferbund
SA	Sturmabteilung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StadtAK	Stadtarchiv Karlsruhe
StAF	Staatsarchiv Freiburg
StS	Stadtgeschichtliche Sammlungen
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VBK	Verkehrsbetriebe
Vgl.	Vergleiche
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
ZbV	Zur besonderen Verwendung
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
ZGS	Zeitgeschichtliche Sammlung

Quellen und Literatur (Auswahl)

Bearbeitet von Ernst Otto Bräunche

Das Literaturverzeichnis enthält in erster Linie die nach 1945 erschienenen Titel zu Karlsruhe sowie die wichtigste ältere Literatur. Beiträge aus Sammelbänden werden in der Regel nur aufgeführt, wenn es sich um den einzigen Titel daraus handelt. Weitere Hinweise und der Nachweis der allgemeinen stadtgeschichtlichen Literatur finden sich in den jeweiligen Fußnoten. Zur älteren Literatur wird auf die Bibliographie der badischen Geschichte, begründet von Friedrich Lautenschlager, 5. Bd. Teil 1, bearbeitet von Werner Schulz, Stuttgart 1966, S. 301–352, verwiesen.

Ungedruckte Quellen

Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA)
Kirchengemeindeamt Karlsruhe
Landesdenkmalamt Karlsruhe
Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Landeskirche in Baden
Staatliche Kunsthalle Karlsruhe
Staatsarchiv Freiburg (StAF)
Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK)

Gedruckte Quellen

Adreßbuch für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe.

Arbeitsamt für den Vermittlungsbezirk Karlsruhe. Geschäftsbericht für das Jahr 1924/25 mit einem Vorbericht für die Jahre 1914–1924, Karlsruhe 1925.

Arbeitsstätten und Beschäftigte in Karlsruhe nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung vom 6. Juni 1961, Hrsg. Statistisches Amt der Stadt Karlsruhe, o. O., o. J.

Baden-Durlacher Staats- und Adresse-Calender.

Badenscher Hof- und Staatskalender.

Bericht über den Stand der dem Volksschulrektorat unterstellten städtischen Schulen in den Schuljahren 1916/17, 1917/18 und 1918/19, Karlsruhe 1919.

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1987, Hrsg. Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung, Karlsruhe 1987.

Bräunche, Ernst Otto: Die Karlsruher Ratsprotokolle des 18. Jahrhunderts, Teil 1: 1725–1763, Karlsruhe 1995 (= Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte Bd. 2. Schriftenreihe des Karlsruher Stadtarchivs).

Brunn, Friedrich Leopold: Briefe über Karlsruhe, Berlin 1791, neu herausgegeben von Gerhard Römer, bearbeitet von Werner Schulz und Hans Georg Zier, Karlsruhe 1988.

Chronik der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe für das Jahr 1885–1917. Jg. [1]–33. Im Auftrag der städtischen Archivkommission bearbeitet, Karlsruhe 1886–1919.

Chronik der Landeshauptstadt Karlsruhe für die Jahre 1918 und 1919; 1920 bis 1923. Jg. 34–39. Im Auftrag der Stadtverwaltung bearbeitet, Karlsruhe 1925 und 1930.

Deutscher Metallarbeiterverband, Zahlstelle Karlsruhe: Geschäftsbericht für das Jahr 1907.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Karlsruhe. 1960–1978, Hrsg. Amt für Einwohnerwesen und Statistik, Karlsruhe 1979.

Entwicklung und Struktur des ausländischen Bevölkerungsanteils in der Stadt Karlsruhe, Hrsg. Statistisches Amt der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1981.

General-Synodal-Verordnung für Baden-Durlach 1756 und Schul-Schematismus für die Baden-Durlachischen Lande 1766, in: Karl Brunner (Hrsg.): Die Badischen Schulordnungen Bd.1. Berlin 1902 (= Monumenta Germania Paedagogica 24).

Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Großherzogtum Baden.

Gerstlacher, Carl Friedrich: Sammlung aller Baden-Durlachischen ... Anstalten und Verordnungen, Bd. 1–3, Frankfurt a. M. 1773–1774.

Glaeser, Wolfgang: Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845–1952, hrsg. von der IG Metall Verwaltungsstelle Karlsruhe, Karlsruhe 1991.

Gutjahr, Rainer: Drei Tage der Bürgerwehr 1849. Die Erinnerungen von Eduard Koelle (in Vorbereitung, erscheint Ende 1998 als Bd. 5 der Reihe „Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe").

Historischer Atlas von Baden-Württemberg, hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1972–1988.

Hochfürstlich-Markgräflicher Badischer Hof- und Staatskalender.

Jahresbericht des Großherzoglich Badischen Gewerbeaufsichtsamtes für das Jahr 1913. Erstattet vom Großherzoglichen Ministerium des Innern, Karlsruhe 1914.

Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe für das Jahr 1864.

Jahresbericht der Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge 1914, Karlsruhe 1917 und 1918 (masch.).

Jahresberichte des Statistischen Amtes der Stadt Karlsruhe.

Karlsruhe als Wohnort und Industrieplatz, hrsg. von Stadtrat und Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1914.

Kremer, Hans-Jürgen: Das Großherzogtum in der politischen Berichterstattung der preußischen Gesandten 1871–1918, 2 Bde., Stuttgart 1990 und 1992 (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A Quellen, 42. und 43. Bd.).

Marum, Ludwig: Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau. Ausgewählt und bearbeitet von Elisabeth Marum-Lunau und Jörg Schadt. Mit einem Lebensbild von Joachim Wolfgang Storck, hrsg. von den Stadtarchiven Karlsruhe und Mannheim, 2. durchgesehene Aufl. Karlsruhe 1988.

Oelenheinz, C[arl] F[riedrich]: Notizen meistens aus dem zweiten Decen[n]io seit Erbauung der Residenz Carlsruhe anno 1715, gesammelt 1835, hrsg. von Karl Freiherr von Neuenstein, Karlsruhe 1901.

Raab, Heinrich: Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg, bearbeitet von Alexander Mohr, Karlsruhe 1998.

Regierungsblatt des Großherzogtums Baden.

Schneider, Hermann: Generalbebauungsplan der Landeshauptstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1926.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe.

Verwaltungsberichte der Landeshauptstadt Karlsruhe 1928–1938, Karlsruhe 1929ff.

Volkszählung 1970. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, hrsg. Statistisches Amt der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1970.

Vollständige Sammlung aller in den Großherzoglich Badischen Staats- und Regierungsblättern von 1803 bis 1825 inclusive enthaltenen Gesetze, Edikte, Ministerialverordnungen und Rechtsbelehrungen. Erster Teil Karlsruhe 1826.

Zeitungen, Zeitungsbeilagen und Zeitschriften

Allgemeines Intelligenz- und Wochenblatt für samtliche Hochfürstlich-Badische Lande.
Amtsblatt der Stadt Karlsruhe.
StadtZeitung. Amtsblatt der Stadt Karlsruhe.
Allgemeine Zeitung.
Badische Landeszeitung.
Badische Neueste Nachrichten.
Badische Presse.
Badische Volkszeitung.
Badischer Beobachter.
Blätter des Badischen Frauenvereins.
Carlsruher Wochenblatt.
Der Führer.
Die Pyramide.
Karlsruher Beobachter.
Karlsruher Intelligenz- und Wochenblatt.
Karlsruher Tagblatt.
Karlsruher Wirtschaftsspiegel.
Karlsruher Zeitung.
Mannheimer Zeitung.
Residenzanzeiger.
Rote Fahne.
Sozialistische Republik.
Stadt- und Landbote.
Volksfreund.

Literatur

Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte, hrsg. von Heinz Schmitt unter Mitwirkung von Ernst Otto Bräunche, Karlsruhe 1990 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 10).

Arnold, Birgit: Die Freimachung und Räumung der Grenzgebiete in Baden 1939/40, Heidelberg 1996 (= Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neuen Geschichte NF Bd. 9).

Asche, Susanne: Bildung, Wirtschaft und Politik. Der erste Karlsruher Oberbürgermeister Christian Grießbach (1772–1838) als Vertreter des neuen Bürgertums, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 144 NF 105, 1996, S. 355–379.

Asche, Susanne: Der häusliche Herd im Klassenkampf. Schulbildung für die Mädchen der unteren Schichten im 19. Jahrhundert, in: Bildung durch Emanzipation. Karlsruhe und seine Bedeutung für die Mädchen- und Frauenbildung. Karlsruher pädagogische Beiträge 35/1995, S. 48–64.

Asche, Susanne: Disziplinierung und Emanzipation: Kommunale Bildungspolitik für Mädchen und Frauen im Großherzogtum Baden, in: Bernd Kirchgässner, Hans-Peter Becht (Hrsg.): Stadt und Bildung, Sigmaringen 1997 (= Stadt in der Geschichte. Veröffentlichung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung Bd. 24), S. 119–136.

Asche, Susanne: 1000 Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 13).

Asche, Susanne: Frauen ohne Furcht und Nadel? Geschlechterverhältnisse in der Revolution 1848/49, in: Ariadne. Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung. Heft 33. März 1998, S. 4–11.

Asche, Susanne: Fürsorge und Emanzipation – oder Rassehygiene. Die Frauenbewegung im Großherzogtum Baden (Teil 2), in: Susanne Jenisch (Hrsg.): Standpunkte. Ergebnisse und Perspektiven der Frauengeschichtsforschung in Baden-Württemberg, Tübingen 1993, S. 132–141.

Asche, Susanne/Bräunche, Ernst Otto/Müller, Karin: Juden in Baden. Lichtbildreihe zur Landeskunde, hrsg. von der Landesbildstelle Baden, dem Stadtarchiv Karlsruhe und der Landeszentrale für politische Bildung, Karlsruhe 1990.

Asche, Susanne/Guttmann, Barbara/Hochstrasser, Olivia/Schambach, Sigrid/Sterr, Lisa: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, Karlsruhe 1992 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 15).

Asche, Susanne/Hochstrasser, Olivia: Durlach – Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, Karlsruhe 1996 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17).

Asche, Susanne: Großherzogin Luise. „Bürgerliche Tugenden im fürstlichen Gewand", in: Frauen bei Hof, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Verbindung mit der Landeshauptstadt Stuttgart, Tübingen 1998, S. 160–178 (= Stuttgarter Symposium Schriftenreihe Bd. 6).

Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons. Ausstellungskatalog Württembergisches Landesmuseum, 2 Bde. Stuttgart 1987.

[Bader, Josef]: Die Residenzstadt Karlsruhe, ihre Geschichte und Beschreibung. Festgabe der Stadt zur 34. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, Karlsruhe 1858.

Baum, Maria: Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1906.

Baumeister, Reinhard: Hygienischer Führer durch die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe. Festschrift zur XXII. Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, Karlsruhe 1897.

Bauer, Sonja Maria: Die verfassunggebende Versammlung in der badischen Revolution von 1849. Darstellung und Dokumentation, Düsseldorf 1991.

Bechtold, Gerhard: Kino. Schauplätze in der Stadt. Eine Kulturgeschichte des Kinos in Karlsruhe, Karlsruhe 1987.

Beck, Rainer u. a.: Industriearchitektur in Karlsruhe. Beiträge zur Industrie- und Baugeschichte der ehemaligen Haupt- und Residenzstadt bis zum Ausbau des Ersten Weltkrieges, Karlsruhe 1987 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 6).

Behrends, Rolf-Heiner (Hrsg.): Faustkeil-Urne-Schwert. Archäologie in der Region Karlsruhe, Ausstellungskatalog der Stadtgeschichte im Prinz-Max-Palais, Karlsruhe 1996.

Berendt, Otto (Hrsg.): Karlsruhe. Das Buch der Stadt, Stuttgart 1926.

Bergsträsser, Arnold u. a.: Soziale Verflechtung und Gliederung im Raum Karlsruhe, Karlsruhe 1965.

[Billing, Hermann] Hermann Billing. Architekt zwischen Historismus, Jugendstil und Neuem Bauen. Ausstellungskatalog Städtische Galerie im Prinz-Max-Palais, Südwestdeutsches Archiv für Architektur und Ingenieurbau an der Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1997.

Bindewald, Klaus: Die Albtalbahn. Geschichte mit Zukunft. Von der Schmalspurbahn zur modernen Stadtbahn, Ubstadt-Weiher 1998.

Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge 1988–1998, 2 Bde. Karlsruhe 1994 und 1998.

Blum, Albert: Gemeindebetriebe der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe und deren Beamten- und Arbeiterschaft, Diss. phil. Heidelberg, Karlsruhe 1912.

Bocks, Wolfgang: Die badische Fabrikinspektion. Arbeiterschutz, Arbeiterverhältnisse und Arbeiterbewegung in Baden 1879 bis 1914, Freiburg/München 1978.

Botz, Georg: Die Gartenstadt Karlsruhe 1907–1932, Karlsruhe 1932.

Brandenburger, Gerlinde/Großkinsky, Manfred/Kabierske, Gerhard/Merkel, Ursula/Vierneisel, Beatrice: Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715–1945, Karlsruhe 1987 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 7).

Brandt, Peter/Rürup, Reinhard: Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19. Zur Vorgeschichte und Geschichte der Revolution, hrsg. von den Stadtarchiven Karlsruhe und Mannheim, Sigmaringen 1991.

Bräunche, Ernst Otto: Das badische Landespolizeiamt. Die Überwachung der links- und rechtsextremen Parteien in der Weimarer Republik, in: Geschichte als Verantwortung. Festschrift für Hans Fenske zum 60. Geburtstag, hrsg. von Ernst Otto Bräunche und Hermann Hiery, Karlsruhe 1996.

Bräunche, Ernst Otto: Die Entwicklung der NSDAP in Baden bis 1932/33, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 125 NF 86, 1977, S. 331–375.

Bräunche, Ernst Otto: Die Gegenwart des Erinnerns. Revolutionsjubiläen und Archiv, in: Badische Heimat 1/1998, S. 83–100.

Bräunche, Ernst Otto/Koch, Manfred/Mohr, Alexander/Rehbaum-Keller, Adelheid: Für Freiheit und Demokratie. Badische Parlamentsgeschiche 1818–1933, CD-Rom Stuttgart 1997.

Bräunche, Ernst Otto/Herkert, Angelika/Sauer, Angelika: Geschichte und Bestände des Stadtarchivs Karlsruhe, Karlsruhe 1990 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 11).

Bräunche, Ernst Otto: Karlsruhe und die badische Geschichte, in: Badische Heimat Heft 2, 1990, S. 239–247.

Bräunche, Ernst Otto: „Riesengroß ist die Not": Die Karlsruher Notgemeinschaft und die kommunale Sozialpolitik in der Endphase der Weimarer Republik, in: Becht, Hans-Peter/Schadt, Jörg (Hrsg.): Wirtschaft – Gesellschaft – Städte. Festschrift für Bernhard Kirchgässner zum 75. Geburtstag, Ubstadt-Weiher 1998, S. 319–334.

Bräunche, Ernst Otto: Vom markgräflichen „Lust-Hauß" zur großherzoglichen „Haupt- und Residenzstadt". Die Entwicklung der Residenz Karlsruhe zwischen 1715 und 1918, in: Kurt Andermann (Hrsg.): Residenzen. Aspekte hauptstädtischer Zentralität von der frühen Neuzeit bis zum Ende der Monarchie, Sigmaringen 1992, S. 199–222 (= Oberrheinische Studien Bd. 10).

Bräunche, Ernst Otto: Von Adeligen, Gasthäusern und Bürgern – Karlsruher Straßennamen bis 1945, in: Straßennamen in Karlsruhe, Karlsruhe 1994, S. 9–21 (= Karlsruher Beiträge Nr. 7).

Buch, Leser, Bibliothek. Festschrift der Badischen Landesbibliothek zum Neubau, hrsg. von Gerhard Römer, Karlsruhe 1992.

Carl Friedrich und seine Zeit. Ausstellungskatalog Markgräflich-Badische Museen, Karlsruhe 1981.

Code Napoléon – Badisches Landrecht. Wegbereiter deutscher Rechtsgeschichte. Katalog zur Ausstellung in der Badischen Landesbibliothek anläßlich des 200. Jahrestages der Gründung des Verlages C. F. Müller, Heidelberg 1997.

Dannenmann, Bettina Katharina: Die evangelische Landeskirche in Baden im Vormärz und während der Revolution 1848/49, Frankfurt/M. 1996.

„Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung." Dokumentation zum Besuch ehemaliger jüdischer Mitbürger und Mitbürgerinnen in Karlsruhe vom 10. bis 17. Oktober und vom 7. bis 14. November 1988, Karlsruhe 1989.

Das neue Ständehaus. Stadtbibliothek und Erinnerungsstätte, Karlsruhe 1993.

Dengel, Heinz Werner: Karlsruhe und seine Entwicklung von der Residenz zur Industriestadt. Eine wirtschafts- und siedlungsgeographische Untersuchung des Stadtraumes, masch. Diss. phil. Freiburg i. Br. 1956.

Deutsche Städte. Karlsruhe, Stuttgart o. J. [1922].

Die stille Zerstörung. Kritische Blicke auf Karlsruhe im Denkmalschutzjahr. Ausstellungskatalog Staatliche Kunsthalle Karlsruhe, Karlsruhe 1975.

Diemer, Maria: Die Ortsnamen der Kreise Karlsruhe und Bruchsal, Stuttgart 1967.

Dietrich, Heinrich: Die Verwaltung und Wirtschaft Baden-Durlachs unter Karl-Wilhelm 1709–1738, Heidelberg 1911.

Diezinger, Sabine: Französische Emigranten und Flüchtlinge in der Markgrafschaft Baden (1789–1800), Frankfurt 1991 (= Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 500).

Dresch, Jutta/Rößling, Wilfried (Hrsg.): Bilder im Zirkel. 175 Jahre Badischer Kunstverein Karlsruhe, Karlsruhe 1993.

Dziembowska-Kowalska, Jolanta/Funck, Funck/Robertson Wensauer, Caroline Y.: Kultur und Wirtschaft in Karlsruhe, eine Untersuchung im Auftrag der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1995/96.

Engelhardt-Schwarz, Uta: „...denn nichts ist stärker als unsere Solidarität..." IG Metall Verwaltungsstelle Karlsruhe von 1945 bis heute, Karlsruhe 1998.

Ehmer, Hermann: Geschichte von Neureut, Karlsruhe 1983.

Ehrenberg, Kurt: Baugeschichte von Karlsruhe. 1715–1870. Bau- und Bodenpolitik, Eine Studie zur Geschichte des Städtebaus, Karlsruhe 1909.

Ehmann, Johannes: Union und Konstitution. Die Anfänge des kirchlichen Liberalismus in Baden im Zusammenhang der Unionsgeschichte (1797–1834), Karlsruhe 1994 (= Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der Evangelischen Landeskirche in Baden Bd. 50).

Ehrenbuch der Stadt Karlsruhe 1914–1918, Karlsruhe 1930.

Ehrenfried, Adalbert: Die Kapuziner in Karlsruhe einst und jetzt, Karlsruhe 1962.

Ehret, Fritz: Sozial Bauen – Gesund Wohnen. 100 Jahre Mieter- und Bauverein Karlsruhe eG, Karlsruhe 1997.

Ein Zeichen im Wandel der Zeiten. DWM. Rückblicke auf die wechselvolle Geschichte eines Unternehmens. Aufgeschrieben und bebildert von Hans Günther Wagner, Berlin 1992.

100 Jahre Badisches Konservatorium Karlsruhe – Festschrift zur Erinnerung an die Gründung am 15. September 1884, Karlsruhe 1984.

100 Jahre Straßenbahn Karlsruhe, Karlsruhe 1977.

125 Jahre Städtische Sparkasse Karlsruhe 1813–1938, o. O. o. J. [Karlsruhe 1938].

Einsele, Martin/Kilian, Andrea: Stadtbausteine Karlsruhe. Elemente der Stadtlandschaft, Karlsruhe 1997 (= Karlsruher städtebauliche Schriften Bd. 8).

1200 Jahre Knielingen 786–1986. Heimatgeschichtliche Beiträge von Peter Henn u. a., Karlsruhe 1986.

Eisele, Josef/Köhler, Helmut: 70 Jahre Dienst am Volke. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Karlsruhe. o. O. o. J. [Karlsruhe 1959].

Eisele, Klaus: Wähler und Wahlen in Karlsruhe von 1928 bis 1930. Eine mikroanalytische Studie zum Aufstieg des Nationalsozialismus in einer deutschen Großstadt, masch. Magisterarbeit Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1987.

Erbacher, Hermann (Hrsg.): Suchet der Stadt Bestes. Festschrift der Evangelischen Kirchengemeinde Karlsruhe zum Stadtjubiläum 1715–1965, Karlsruhe 1965.

Erbacher, Hermann: Die Innere Mission in Baden. Ein Beitrag zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Evangelischen Landeskirche in Baden, Karlsruhe 1957 (= Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der evangelischen Landeskirche Bd. 18).

Erfahrung für die Zukunft. 50 Jahre VHS Karlsruhe 1947–1997. Dokumentation zum Jubiläum, hrsg. von der Volkshochschule Karlsruhe, Karlsruhe 1997.

Everke, Gerhard: Palladios Einfluß auf die Architektur des badischen Klassizismus in der Ära Weinbrenner, in: Forssman, Erik (Hrsg.): Palladio. Werk und Wirkung, Freiburg/B. 1997, S. 147–186.

Exner, Peter: Politische Realität und programmatische Weltanschauung. Die Karlsruher Rede (3. 3. 1928) als Beitrag zur Weltanschauung Adolf Hitlers, in: Badische Heimat 2/1997, S. 279–292.

Fecht, Karl Gustav: Geschichte der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe. Im Auftrag der Städtischen Archivkommission bearbeitet. Mit Illustrationen und einem Situationsplan der Gegend, Karlsruhe 1887 (Nachdruck Karlsruhe 1976).

Fecht, Karl Gustav: Geschichte der Stadt Durlach, Heidelberg 1869 (Nachdruck Karlsruhe-Durlach 1969).

Fenske, Hans: Baden 1860–1918, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Dritter Band. Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, hrsg. von Hansmartin Schwarzmaier in Verbindung mit Hans Fenske, Bernd Kirchgässner, Paul Sauer und Meinrad Schaab, Stuttgart 1992, S. 133–251.

Franzen, Brigitte: Die Siedlung Dammerstock in Karlsruhe 1929. Zur Vermittlung des Neuen Bauens, Marburg 1993.

75 Jahre städtische Rheinhäfen Karlsruhe 1901–1976, Karlsruhe 1976.

Fürst, Rainer: Das „Bureau der deutschen Classiker" in Karlsruhe 1813–1834. Zweiter Teil. Die öffentliche Diskussion. Eine Dokumentation zur Verlagsgeschichte, Karlsruhe 1992.

Fürst, Rainer: „Diebesbande" oder „Institut zur Beförderung wissenschaftlicher Bildung für unsere Nation?", in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurt/Leipzig Nr. 50 vom 24. Juni 1997, S. 45–59.

Glaeser, Wolfgang: 100 Jahre 1. Mai in Karlsruhe, hrsg. vom DGB Kreis Karlsruhe, Karlsruhe 1990.

Göricke, Joachim: Bauten in Karlsruhe. Ein Architekturführer, Karlsruhe 2. Aufl. 1980.

Goettl, Helmut: Die Akademie zwischen Faschismus, Krieg und Weltkunst, in: Nachkriegskunst in Karls-

ruhe 1945–1955. Eine Ausstellung des Bezirksverbandes Bildender Künstler Karlsruhe in Zusammenarbeit mit dem Badischen Kunstverein, Karlsruhe 1994.
Goldschmit, Robert: Die Stadt Karlsruhe, ihre Geschichte und ihre Verwaltung. Festschrift zur Erinnerung an das 200jährige Bestehen der Stadt. Unter Mitwirkung von Heinrich Ordenstein und Karl Widmer, Karlsruhe 1915.
Grammbitter, Ulrike: Josef Durm 1837–1919. Eine Einführung in das architektonische Werk, München 1984.
Grau, Ute: Karlsruhe, in: Revolution im deutschen Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg, Karlsruhe 1997, S. 287–307.
Grau, Ute: Rassehygiene zwischen Wissenschaft und sozialer Praxis – der „Bund für Deutsche Familie und Volkskraft" und die „Badische Gesellschaft für soziale Hygiene" von 1916 bis 1933, masch. Magisterarbeit Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1994.
Ute Grau: „wenn Mutter und Tochter gemeinsam in einer Küche kochen." – Flüchtlinge und Vertriebene in Karlsruhe in den ersten Nachkriegsjahren, in: Angekommen! – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945 bis 1995, hrsg. vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg und dem Stadtarchiv Karlsruhe, Filderstadt 1996.
Gütermann, Eugen: Die Karlsruher Brauindustrie, Karlsruhe 1909.
Gutmann, Emil: Das großherzogliche Residenzschloß zu Karlsruhe, Heidelberg 1911 (= Zeitschrift für Geschichte der Architektur. Beiheft 5).
Guttmann, Barbara: Hopfen und Malz. Die Geschichte des Brauwesens in Karlsruhe (im Druck, erscheint 1998 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 19).
Guttmann, Barbara: Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914–1918, Weinheim 1989.
Haass, Günther/Kappler, Wilhelm/Müller, Bernhard/Salaba, Marie/Schwarzmaier, Hansmartin: Karlsruher Theatergeschichte. Vom Hoftheater zum Staatstheater, Karlsruhe 1982.
Hartleben, Theodor: Statistisches Gemälde der Residenzstadt Karlsruhe und ihrer Umgebungen, Karlsruhe 1815.
[Hebel, Johann Peter] Johann Peter Hebel. Eine Wiederbegegnung zu seinem 225. Geburtstag. Ausstellungskatalog der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe 1985.
Heck, Amalie: 200 Jahre Karlsruher Flug- und Luftfahrtgeschichte, Karlsruhe 1997.
Heck, Brigitte: Festzug. Der Karlsruher Historische Festzug von 1881. Ausstellungskatalog des Badischen Landesmuseums Karlsruhe, Sigmaringen 1997.
Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945. Baden-Württemberg I. Regierungsbezirk Karlsruhe und Stuttgart, Frankfurt 1991.
Hein, Dieter: Umbruch und Aufbruch. Bürgertum in Karlsruhe und Mannheim 1780–1820, in: Lothar Gall (Hrsg.): Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäischen Städte im Umbruch 1780–1820, Historische Zeitschrift (HZ) Beiheft 14, München 1991, S. 447–515.
Heinrich-Hübsch-Schule, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1985 (= Karlsruher Beiträge Nr. 3).
Hippel, Wolfgang von/Stephan, Joachim/Gleber, Peter und Enzweiler, Hans-Jürgen: Eisenbahn-Fieber. Badens Aufbruch ins Eisenbahnzeitalter, Ubstadt-Weiher 1990.
Hirsch, Fritz: 100 Jahre Bauen und Schauen. 2 Bde., Karlsruhe 1928 und 1932.
Hotz, Joachim: Kleine Geschichte der Universität Fridericiana Karlsruhe (Technische Hochschule), Karlsruhe 1975.
Huber, Ludwig (verantwortlich): Beiertheim in Geschichte und Gegenwart. Karlsruhe o. J. [um 1971].
Huber, Walter: Die Stephanienstraße. Ein Stück Bau- und Kulturgeschichte in Karlsruhe, Karlsruhe 1954.
[Hübsch, Heinrich] Heinrich Hübsch 1795–1863. Der große badische Baumeister der Romantik. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs Karlsruhe und des Instituts für Baugeschichte der Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1983.
[Huhn, Eugen]: Karlsruhe und seine Umgebung. Geschichte und Beschreibung. Mit einem Plan der Stadt und einer Karte der Umgegend, Karlsruhe 1843.
Hygienischer Führer durch die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe. Festschrift zur XXII. Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, Karlsruhe 1897.
Isenberg, Gerhard: Zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt- und des Landkreises Karlsruhe (Wirtschaftsgutachten), Karlsruhe 1962.
Jacob, Knut (Hrsg.): Alte Heimat – Neue Heimat. Ein Photoessay zur Karlsruher Altstadtsanierung, Karlsruhe 1981.
Juden in Karlsruhe – Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. von Heinz Schmitt, Ernst Otto Bräunche und Manfred Koch, Karlsruhe 1988 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 8).
Jung-Stilling. Arzt-Kameralist-Schriftsteller zwischen Aufklärung und Erweckung. Ausstellungskatalog Badische Landesbibliothek Karlsruhe, Karlsruhe 1990.
Kabierske, Gerhard: Der Architekt Hermann Billing (1867–1946). Leben und Werk, Karlsruhe 1996 (= Materialien zur Bauforschung und Baugeschichte 7).
Kaller, Gerhard: Die Revolution in Baden und die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats in Karlsruhe, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 114 NF 75, 1966, S. 301–350.
Kaller, Gerhard: Mädchenbildung und Frauenstudium. Die Gründung des ersten deutschen Mädchengymnasiums in Karlsruhe und die Anfänge des Frauenstudiums an den badischen Universitäten (1890–1910), in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 140 NF 101, 1992, S. 361–375.
Kaller, Gerhard: Zur Revolution von 1918 in Baden. Klumpp-Putsch und Verfassungsfrage, in: Neue Forschungen im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Alfons Schäfer, S. 175–202, Karlsruhe 1973 (= Oberrheinische Studien Bd. II).

Karlsruhe. Die großherzogliche badische Haupt- und Residenzstadt, in ihren Maßregeln für Gesundheitspflege und Rettungswesen. Bei Veranlassung der internationalen Ausstellung für Rettungswesen und Gesundheitspflege zu Brüssel 1876 im Auftrage des Stadtrats bearbeitet, 2 Bde., Karlsruhe 1876.

Karlsruhe im Jahre 1870. Baugeschichtliche und ingenieurwissenschaftliche Mitteilungen von Berkmüller, Durm, Gerwig und Scheffel, Karlsruhe 1872.

Karlsruhe 1911. Festschrift. Der 83. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte gewidmet von dem Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1911.

Karlsruhe. Wirtschaftszentrum am Oberrhein. In 140 Jahren von der Handelsstube zur Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, hrsg. von der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Karlsruhe o. J. [1953].

Kilian, Hendrikje: Zur Geschichte der Badischen Landesbibliothek, Karlsruhe 1990 (= Vorträge Badische Landesbibliothek 22).

Kißener, Michael: Für das Recht. Die Karlsruher Gruppe um Reinholf Frank, in: 20. Juli 1944 in Baden und Württemberg, hrsg. von Rudolf Lill und Michael Kißener, Konstanz 1994, S. 19–59.

„Klar und lichtvoll wie eine Regel." Planstädte der Neuzeit vom 16.–18. Jahrhundert. Ausstellungskatalog des Badischen Landesmuseums Karlsruhe, Karlsruhe 1990.

Koch, Manfred (Hrsg.): Auf dem Weg zur Großstadt. Karlsruhe in Plänen, Bildern und Karten 1834–1915. Ausstellungskatalog des Stadtarchivs Karlsruhe, des Generallandesarchivs Karlsruhe, der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe und der Landesbildstelle Baden anläßlich des 81. Geodätentages /INTERGEO im Neues Ständehaus, Karlsruhe 1997.

Koch, Manfred: Julius Engelhard. Drucker, Kurier und Organisator der Zeugen Jehovas, in: Der Widerstand im Südwesten 1933–1945, hrsg. von Michael Bosch und Wolfgang Niess, Stuttgart 1984, S. 94–103 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg Bd. 10).

Koch, Manfred: Karlsruhe am Kriegsende – Erste politische Säuberungen unter wechselnder Besatzung, in: Badische Heimat, Heft 2, 1995, S. 189–199.

Koch, Manfred: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 14).

Koch, Manfred: Rüstungsproduktion zwischen Krieg und Frieden, in: Jenseits der Brauerstraße. Der Hallenbau A krönt eine neue Stadtlandschaft, Karlsruhe 1997, S. 25–41.

Koch, Manfred: Überzeugter Nationalsozialist eigener Prägung. Willi Worch. Kreisleiter von Karlsruhe, in: Michael Kißener/Joachim Scholtyseck (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden-Württemberg, Konstanz 1997, S. 805–826 (= Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus Bd. 2).

Koch, Manfred: „Wir wollen sie gemeinsam ehren." Vom Umgang mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Karlsruhe, in: Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ulm 1994, S. 284–294.

Kochendörfer, Jürgen: Die wirtschaftliche Entwicklung der Lokomotivfabriken Karlsruhe und Esslingen unter der Leitung von Emil Keßler, in: Esslinger Studien 22, S. 143–188, Esslingen 1983.

Körting, Johannes: Karlsruhe als Gasstadt der Frühzeit, Düsseldorf 1969.

Kranich, Kurt: Karlsruhe – Schicksalstage einer Stadt, Karlsruhe 1973.

Krausnick, Michail: Abfahrt Karlsruhe 16. 5. 1940. Die Deportation der Karlsruher Sinti und Roma – ein unterschlagenes Kapitel aus der Geschichte unserer Stadt, hrsg. vom Verband der Sinti und Roma, Karlsruhe e.V., Karlsruhe 1990.

Kubon, Rupert: Weiterführende Mädchenschulen im 19. Jahrhundert. Am Beispiel des Großherzogtums Baden, Pfaffenweiler 1991.

Kultur in der TechnologieRegion Karlsruhe – Bestandsaufnahme und Ausblick, Karlsruhe 1993 (= IHK Studien 4/93/S).

Kunst in der Residenz, Karlsruhe zwischen Rokoko und Moderne. Ausstellungskatalog Staatliche Kunsthalle Karlsruhe, Heidelberg 1990.

Kunst in Karlsruhe 1900–1950. Staatliche Kunsthalle Karlsruhe. Ausstellung im Badischen Kunstverein, Karlsruhe 1981.

Kunstfabrik im Hallenbau A. Zentrum für Kunst und Medientechnologie, Städtische Galerie, Museum für Neue Kunst, Hochschule für Gestaltung, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Redaktion Hermann Winkler, Karlsruhe 1997.

Lacker, Erich: Zielort Karlsruhe. Die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg, Karlsruhe 1996 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 18).

Lauts, Jan: Karoline Luise von Baden. Ein Lebensbild aus der Zeit der Aufklärung, Karlsruhe 1980.

Leben in der Fächerstadt. Vortragsreihe des Forums für Stadtgeschichte und Kultur zur Gründung der Stadt Karlsruhe vor 275 Jahren. Karlsruhe 1991 (= Karlsruher Beiträge Nr. 6).

Leiber, Gottfried: Friedrich Weinbrenners städtebauliches Schaffen für Karlsruhe. Teil 1: Die barocke Stadtplanung und die ersten klassizistischen Entwürfe Weinbrenners, Karlsruhe 1996.

Leiser, Wolfgang: Das Karlsruher Stadtrecht 1715–1752, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 114 NF 75, 1966, S. 207–239.

Leiser, Wolfgang: Die Einwohnergemeinde im Kommunalrecht des Großherzogtums Baden, in: Bernhard Kirchgässner, Jörg Schadt (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit, Sigmaringen 1983 (= Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung Bd. 10).

Lindemann, Klaus E. R./Steinhof, Barbara (Hrsg.): 75 Jahre Hauptbahnhof Karlsruhe 1913–1988, Karlsruhe 1988.

Lindemann, Klaus E. R.: Günther Klotz. OB mit Herz und Humor. Mit einem Porträt von Josef Werner, Karlsruhe 1971.

Linder, Gerhard: 1000 Jahre Hagsfeld. Die Geschichte eines Dorfes, Karlsruhe 1991 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 12).

Lögler, Herbert: Karlsruhe im Zeichen der nationalsozialistischen Machtergreifung, masch. Diplomarbeit, Universität Mannheim 1987.

Loew, Deta: Verachtet und geliebt. Großstadtpfarrer im Dörfle. Erinnerungen an Hanns Löw, Karlsruhe 1973.

Martin, Egon (Redaktion): Altstadtsanierung „Dörfle" Karlsruhe 1954–1994, Karlsruhe 1995.

Michel, Anette: Nationalsozialistische Frauenorganisationen. Aufbau, Führung, Struktur und Funktion. Der Deutsche Frauenorden, die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk in Karlsruhe, masch. Magisterarbeit Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1995.

Mühlburg. Streifzüge durch die Ortsgeschichte, hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe durch Ernst Otto Bräunche, Karlsruhe 1998.

Mülfarth, Leo: Kleines Lexikon Karlsruher Maler, Karlsruhe 1980.

Müller, Christina: Karlsruhe im 18. Jahrhundert. Zur Genese und sozialen Schichtung einer residenzstädtischen Bevölkerung, Karlsruhe 1992 (= Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 1).

Müller, Klaus Peter: Politik und Gesellschaft im Krieg. Der Legitimitätsverlust des badischen Staates 1914–1918, Stuttgart 1988 (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B Forschungen 109. Bd.).

Musall, Heinz: Die Entwicklung der Kulturlandschaft der Rheinniederung zwischen Karlsruhe und Speyer vom Ende des 16. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, Heidelberg 1969.

Nesselmann, Jürgen: Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Karlsruhe von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, rechts- und staatswiss. Diss. Innsbruck, Karlsruhe 1969.

Neues Bauen der 20er Jahre. Gropius, Haesler, Schwitters und die Dammerstocksiedlung in Karlsruhe 1929. Ausstellungskatalog des Badischen Landesmuseums, Karlsruhe 1997.

Nie wieder! Eine alternative Stadtrundfahrt auf den Spuren des Dritten Reiches, hrsg. vom Stadtjugendausschuß Karlsruhe, Karlsruhe 1984.

Oesterle, Birgit: Strandbad und Vogelwarte im Rheinpark Rappenwört, Anlagen des Neuen Bauens in Karlsruhe, masch. Magisterarbeit Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1994.

Ottnad, Bernd (Hrsg.): Badische Biographien, Neue Folge Bde. I–IV, Stuttgart 1983, 1987, 1990, 1996.

Pfeiffer, Gerd: Karlsruhe auf dem Weg zur Residenz des Rechts, Karlsruhe 1990.

Pretsch, Peter: Geöffnetes Narren-Turney. Geschichte der Karlsruher Fastnacht, Karlsruhe 1995 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 16).

Pretsch, Peter: Karlsruher Stadtteile: Hagsfeld. Ausstellung der Stadtgeschichte im Prinz-Max-Palais, Karlsruhe 1988.

Pretsch, Peter: Karlsruher Stadtteile: Knielingen. Ausstellung der Stadtgeschichte im Prinz-Max-Palais zur 1200-Jahr-Feier, Karlsruhe 1986.

Pretsch, Peter: Karlsruher Stadtteile: Rüppurr. Ausstellung der Stadtgeschichte im Prinz-Max-Palais, Karlsruhe 1985.

PrinzMaxPalais. Schrift zur Eröffnung der Jugendbibliothek der Städtischen Galerie und der Stadtgeschichte im PrinzMaxPalais Karlsruhe, Karlstraße 10 am 8. Mai 1981, Karlsruhe 1981.

Protestantismus und Politik. Zum politischen Handeln evanglischer Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933. Ausstellungskatalog der Badischen Landesbibliothek, Karlsruhe 1996.

Rabe, Sophie: Die Wohnungsfürsorge der Stadt Karlsruhe in der Nachkriegszeit, masch. phil. Diss, Heidelberg 1925.

Reinhard, Eugen/Rückert, Peter (Hrsg.); Staufische Stadtgründungen am Oberrhein, Sigmaringen 1998 (= Oberrheinische Studien Bd. 15).

Residenz im Kaiserreich. Karlsruhe um 1890, hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe, bearbeitet von Konrad Krimm und Wilfried Rößling, Karlsruhe 1990.

Reuter-Rautenberg, Anna/Simons, Katrin/Westermann, Ekkehard: Karlsruher Kinder im „Dritten Reich". Staatliche Kunsthalle Karlsruhe. Ausstellung im Kindermuseum 31. 7.–2. 10. 1983, Karlsruhe 1982.

Richard Wagner und Karlsruhe, Karlsruhe 1987 (= Karlsruher Beiträge Nr. 4).

Rößling, Wilfried: Curjel & Moser – Architekten in Karlsruhe, Karlsruhe 1986.

Rößling, Wilfried (Hrsg.): Stilstreit und Führerprinzip-Künstler und Werk in Baden, Karlsruhe 1987.

Rößling, Wilfried: Studien zur Baugeschichte des „Akademie-Gebäudes" und der Großherzoglichen Kunsthalle in Karlsruhe, in: Jahrbuch der Staatlichen Kunstsammlung in Baden-Württemberg 23, 1986.

Rott, Hans: Kunst und Künstler am Baden-Durlacher Hof, Karlsruhe 1917.

Rückert, Peter (Hrsg.): Gottesaue – Kloster und Schloß, Karlsruhe 1995.

Sander, Edmund: Karlsruhe einst und jetzt in Wort und Bild, Karlsruhe 1911 (Nachdruck Karlsruhe 1978).

Sandfuchs, Wilhelm: Die katholische Kirche von Karlsruhe in Vergangenheit und Gegenwart, Karlsruhe o. J. [1947–1956].

Schade, Horst: Ortsgeschichte Stupferich, Karlsruhe 2. erw. Aufl. 1986.

Schäfer, Hermann: Regionale Wirtschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Staat, Industrie und Verbände während des Ersten Weltkrieges in Baden, Stuttgart 1983 (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg Reihe B Bd. 95).

Schirmer, Wulf: Friedrich Weinbrenner 1766–1826. Ausstellungskatalog des Instituts für Baugeschichte an der Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1987.

Schmitt, Heinz: Der Brand des Karlsruher Hoftheaters am 28. Februar 1847, in: Badische Heimat 1/1997, S. 109–116.

Schmitt, Heinz: Die Anfänge des öffentlichen Bibliothekswesens in Karlsruhe, in: Bibliothekswissenschaft, Musikbibliothek, Soziale Bibliotheksarbeit. Hermann Waßner zum 60. Geburtstag, hrsg. von Peter Vodosek in Zusammenarbeit mit Klaus Engler, Hans Hornung und Manfred Nagl, Wiesbaden 1982, S. 62–79.

Schmitt, Heinz: Karlsruher Stadtteile: Mühlburg. Ausstellung der Stadtgeschichte im Prinz-Max-Palais, Karlsruhe 1982.

Schneider, Ernst: Die Stadtgemarkung Karlsruhe im Spiegel der Flurnamen, Karlsruhe 1965 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 1).

Schneider, Franz: Die Anfänge von Schloß und Stadt Karlsruhe, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 85, NF 46, 1933, S. 423–455.

Schuhladen-Krämer, Jürgen: Zwangsarbeit in Karlsruhe 1939–1945. Ein unbekanntes Kapitel Stadtgeschichte, Karlsruhe 1997 (= Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 3).

Schwarz, Benedikt: Geschichte der Karlsruher Volksschule, Karlsruhe 1905.

Schwarz, Benedikt: Grünwinkel und seine Umgebung, Karlsruhe-Grünwinkel 1925.

Schwarzmaier, Hansmartin: Vom Empire zum Biedermeier: Der badische Hof nach dem Tod Großherzog Karl Friedrichs, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons, Ausstellungskatalog des Württembergischen Landesmuseums Stuttgart, Bd. 2, Aufsätze, S. 41–54.

Seiler, Gerhard: Änderungen in der kommunalen Finanzautonomie – Beispiel Karlsruhe, in: Kirchgässner, Bernhard/Schadt, Jörg (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit, Sigmaringen 1983, S. 60–111. (= Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung Bd. 10).

Seiler, Gerhard: Aus der Geschichte der Stadt Karlsruhe: Städtische Finanzen und Versicherungswirtschaft, in: Staat, Wirtschaft, Assekuranz und Wissenschaft. Festschrift für Robert Schwebler. Hrsg. von Rudolf Henn und Walter F. Schickinger, Bühl 1986, S. 841–854.

Silberer, Gerhard: Kleine Geschichte der Lehrerbildung in Karlsruhe, in: Karlsruher pädagogische Beiträge 17/1988, S. 7–78.

Spengel, Wilhelm/Krahl, Heinz-Theo: Wettersbacher Heimatbuch, Wettersbach o. J. [1975].

Stech, Siegfried: Hohenwettersbach und Umland. Vom Dorf zum Stadtteil, Karlsruhe 1989.

Sternberg, Carsten Bernhard: Die Geschichte des Karlsruher Kunstvereins, Karlsruhe 1977: 1818–1868. Festschrift zum 150jährigen Bestehen des badischen Kunstvereins Karlsruhe, Karlsruhe 1968.

Stiefel, Karl: Baden 1648–1982, 2 Bde., Karlsruhe 1977.

Stolle, Michael: Die Geheime Staatspolizei in Karlsruhe. Aufbau und Leiterpersonal, masch. Magisterarbeit Universität Karlsruhe (TH), Karlsruhe 1997.

Stolle, Michael: Von Idealisten, Aufsteigern, Vollstreckern und Verbrechern. Karl Berckmüller, Alexander Landgraf, Walter Schick, Josef Gmeiner, Leiter der Geheimen Staatspolizeistelle in Karlsruhe, in: Kißener, Michael/Scholtyseck, Joachim (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden-Württemberg, Konstanz 1997, S. 31–75 (= Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus Bd. 2).

Stratmann, Rosemarie: Das Karlsruher Schloß, München/Berlin 1976.

Stratmann-Döhler, Rosemarie: Stephanie Napoleon. Großherzogin von Baden 1789–1860. Ausstellungskatalog des Badischen Landesmuseums, Karlsruhe 1989.

Strobel, Albrecht: Der Fall des Karlsruher Bankhauses S. von Haber + Söhne Ende 1847. Zur frühen Industrialisierung, in: Alemannisches Jahrbuch 1973/75, S. 597–635.

Syré, Ludger: Der Führer am Oberrhein. Robert Wagner, Gauleiter, Reichsstatthalter in Baden und Chef der Zivilverwaltung, in: Michael Kißener/Joachim Scholtyseck (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden-Württemberg, Konstanz 1997, S. 733–779 (= Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus Bd. 2).

Tauschwitz, Hanno: Presse und Revolution 1848/49 in Baden. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der periodischen Literatur und zu ihrem Einfluß auf die Geschichte der badischen Revolution 1848/49, Heidelberg 1981.

TechnologieRegion Karlsruhe. Die Wirtschaft am Mittleren Oberrhein im Wandel, Redaktion Winfried Nowack/Peter Weber, Hannover 1988.

Trunkó, László: Die erdgeschichtliche Vergangenheit der Karlsruher Landschaft, in: Karlsruhe und der Oberrheingraben zwischen Baden-Baden und Philippsburg, Stuttgart 1988 (= Führer zu archäologischen Denkmälern in Deutschland Bd. 16).

Valdenaire, Arthur: Karlsruhe, die klassisch gebaute Stadt, Augsburg o. J. [1929].

Vorträge zur Stadtgeschichte. Aufstieg der NSDAP und Widerstand, Karlsruhe 1993.

Wagner, Bernhard: Bilder von der Karlsruher Straßenbahn, Krefeld 1981.

Weech, Friedrich von (Hrsg.): Badische Biogaphien. Teil 1–3 Karlsruhe 1881, Teil 4 Karlsruhe 1891, Teil 5 Heidelberg 1906, Teil 6 Heidelberg 1935.

Weech, Friedrich von: Karlsruhe. Geschichte der Stadt Karlsruhe und ihrer Verwaltung. Auf Veranlassung des Stadtrats bearbeitet, 3 Bde., Karlsruhe 1895–1904.

Werner, Josef: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, 2. Aufl. Karlsruhe 1990 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 9).

Werner, Josef: Karlsruhe 1945. Unter Hakenkreuz, Trikolore und Sternenbanner, Karlsruhe 2. Aufl. 1986.

Windelband, Wolfgang: Badische Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik zur Zeit des Markgrafen Karl Friedrich, Erfurt 1916.

Windelband, Wolfgang: Die Verwaltung der Markgrafschaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs, Leipzig 1916.

Wiederaufbau von Schloß Gottesaue für die Staatliche Musikhochschule Karlsruhe, Redaktion Staatliches Hochbauamt Karlsruhe, Karlsruhe 1989.

Wolf, Stefan Ph.: Konservatismus im liberalen Baden. Studien zur badischen Innen-, Kirchen- und Agrarpolitik sowie zur süddeutschen Parteiengeschichte (1860–1893), Karlsruhe 1990.

Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe. Architekturwettbewerb, hrsg. von Heinrich Klotz, Stuttgart, München 1990.

Zier, Hans Georg: Die Industrialisierung des Karlsruher Raumes. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Badens, in: Neue Forschungen im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Alfons Schäfer, S. 334–372, Karlsruhe 1973 (= Oberrheinische Studien Bd. II).

Zoche, Hartmut: Die Gemeinde – ein kleiner Staat? Motive und Folgen der großherzoglich-badischen Gemeindegesetzgebung 1819–1914, Frankfurt/M., Bern, New York 1986.

Abbildungsnachweis

Seite:

Vorsatz	Landesbildstelle Baden, Karlsruhe
17	Gabriele Roth: Die Kinzig-Murg-Rinne im Landkreis Karlsruhe nach Luftbildern, Geländeuntersuchungen, Bohrungen und Archivkarten, masch. Diplomarbeit Universität Karlsruhe, Inst. für Geologie, Karlsruhe 1982, S. 11
18	StadtAK 8/Diaslg. IX 20
20, 21, 22, 24	Rolf-Heiner Behrends: Faustkeil – Urne – Schwert, Karlsruhe 1996, S. 37, 70, 168, 127
29	Peter Rückert (Hrsg.): Gottesaue – Kloster und Schloß, Karlsruhe 1995, S. 9
30	StadtAK 8/PBS XIVa 744
33	StadtAK 8/Diaslg. XVI 109
35, 38	Wilhelm Spengel und Heinz-Theo Krahl: Wettersbacher Heimatbuch, Karlsruhe o. J. [1976], nach S. 20, nach S. 270
42	Karlsruhe. Eine neuzeitliche Stadtentwicklung. Diaserie der Landesbildstelle Baden, Karlsruhe 1986, Bild 51
44	StadtAK 8/PBS oXIVa 76
45	StadtAK 8/PBS XV 1040
47	Rolf Spörhase: Karten zur Stadtentwicklung der Stadt. Das Werden des Stadtgrundrisses im Landschaftsraum, Stuttgart 1970, Karte I
48	StadtAK 8/PBS XVI 1048
49	StadtAK 8/PBS XIVa 746
51	StadtAK 8/Diaslg. IX 3
54	StadtAK 8/Diaslg. XIVf 92
55	StadtAK 8/PBS XIVf 131
57	StadtAK 8/Diaslg. IX 141
58	StadtAK 8/Diaslg. IX 12
62, 63	StadtAK 8/Diaslg. XVI 89
67	links: Badisches Landesmuseum Karlsruhe
67	rechts: StadtAK 8/PBS I 424
71	StadtAK 8/Diaslg. IV 99
74	Graphiken Christina Wagner
76/77	StadtAK 8/Diaslg. XVI 98
78	StadtAK 8/Diaslg. XVI 18
81	GLA G Karlsruhe 489
82	GLA G Karlsruhe 107
83	GLA G Karlsruhe 1074
84	GLA G Karlsruhe 108
86	StadtAK 8/Diaslg. XVI 155
92	StadtAK 8/Diaslg. XVII 13, VIII 115
104	StadtAK 8/PBS XVI 14
106	GLA G Karlsruhe 240
113	Grafik Christina Wagner
116	Brunn, Friedrich Leopold: Briefe über Karlsruhe, Berlin 1791, neu herausgegeben von Gerhard Römer, bearbeitet von Werner Schulz und Hans Georg Zier, Karlsruhe 1988, S. 68
119	Badisches Landesmuseum Karlsruhe
117	Staatliche Kunsthalle Karlsruhe
125	GLA G Karlsruhe 64
127	StadtAK 8/Diaslg. XIIIb 279
128	StadtAK 8/Diaslg. XIVa 773
129	StadtAK 8/Diaslg. XVI 113
131	StadtAK 8/Diaslg. XVI 95
133	Fritz Hirsch: 100 Jahre Bauen und Schauen. 1. Bd., Karlsruhe 1928, nach S. 120
135	GLA G Karlsruhe 30
137	StadtAK 8/PBS oXIVc 87
149	StadtAK 8/PBS IV 189
150	StadtAK 8/PBS III 1887
151	StadtAK 8/PBS III 1368
156	StadtAK 8/PBS XVI 15
161, 164, 165	Grafiken Christina Wagner
188/189	StadtAK 8/PBS XVI 142
193	StadtAK 8/PBS oXIIIa 39

195 StadtAK 8/PBS oXIVa 1498
197 StadtAK 7/NII Griesbach/151
201 StadtAK 8/PBS oXIVc 136
203 Stadt 8/PBS oIII 232
205 oben: StadtAK 8/PBS oXIVa 778
205 unten: StadtAK 8/PBS oIII 110
207 StadtAK 8/PBS oXIVa 1238
209 StadtAK 8/PBS oXIVa 1239
210 StadtAK 8/PBS oXIVa 540.
211 StadtAK 8/PBS oXIVe 56
213 StadtAK 8/PBS oIII 821
214 StadtAK 8/PBS oXIVc 134
215 StadtAK 8/PBS oXIVa 620
216 StadtAK 8/PBS oXIVc 85
219 StadtAK 8/PBS IV 164
220 StadtAK 8/PBS oIV 311
224 StadtAK 8/PBS oIVa 1505
225 StadtAK StS 7,25
227 StadtAK 8/PBS X 733
231 StadtAK 8/PBS XIIIa 41
237 StadtAK 8/PBS oIII 185
238 StadtAK 8/PBS III 991
239 StadtAK 8/PBS XIa 276
240 StadtAK 8/PBS XIVa 277
242 StadtAK 8/PBS XIVa 1201
243 StadtAK 8/PBS oXIVa 1713
249 StadtAK 8/PBS X 721
251 StadtAK 8/PBS XIVd 21
253 StadtAK 8/PBS oXIVg 48
256 StadtAK 8/PBS IV 227
260 StadtAK 8/PBS X 759
262 StadtAK 8/PBS XIVe 154
263 Karlsruher Tagblatt vom 1. Dezember 1846
265 StadtAK 8/PBS XIVa 1506
269 StadtAK 8/PBS oIII 374
274 StadtAK XIVa 433
275 StadtAK 8/PBS oV 6
277 Karlsruher Tagblatt vom 17. Mai 1849
278 StadtAK 8/PBS V 345
281 StadtAK 8/PBS VII 8a
290 StadtAK 8/PBS III 1347
297 StadtAK 8/PBS V 339
299 StadtAK 8/PBS XIIIa 131
302 StadtAK 8/PBS oIV 152
305 oben: StadtAk 8/PBS oXIVf 6
305 unten: StadtAK 8/PBS oXIVf 39
308 StadtAk 8/PBS oXIVe 72
310 StadtAK 8/PBS oXIVa 1494
311 StadtAK 8/PBS oXIVe 71
313 StadtAK 8/Diaslg. XI 5
314 StadtAK 8/PBS XIVg 29
317 StadtAK 8/PBS oXIVa 1216
321 StadtAK 8/PBS oXIVa 462
325 StadtAK 8/PBS oXIIIa 1
327 StadtAK 8/PBS IV 106
328 StadtAK 8/PBS IV 107
330 StadtAK 8/PBS oXIIIb 2
334 StadtAK 8/PBS oIV 42
338 StadtAK 8/PBS IV 114
346 StadtAK 8/Alben 79 Bd. 1
352 StadtAK 8/PBS IV 122
354/355 Landesbildstelle Baden, Karlsruhe
359 StadtAK 8/PBS oIV 267
360 StadtAK 8/PBS oVI 314
361 StadtAK 8/PBS oVI 261
362 StadtAK 8/PBS VI 261
364 StadtAK 8/PBS oVI 441
366 StadtAK 8/Alben 138, S. 30
367 StadtAK 8/PBS oVI 69
368 StadtAK 8/PBS oVI 68
370 StadtAK 8/PBS X 1096a
371 StadtAK 8/PBS VI 249
372 StadtAK 8/PBS oVI 297
373 Luftangriff
375 StadtAK 8/Alben 138, S. 28
379 StadtAK 8/PBS oVI 226
380 StadtAK 8/PBS X 1103
383 oben: StadtAK 8/PBS oXIVc 70
383 unten: StadtAK 8/PBS oXIVc 20
386 StadtAK 8/PBS V 329
389 StadtAK 8/PBS oXIVg 32
391 StadtAK 8/PBS oXIIIb 568
394 StadtAK 8/PBS XIVa 184
395 StadtAK 8/PBS oVI 216
396 StadtAK 8/PBS oXIVa 1286
400 StadtAK 8/PBS XIVf 31
403 StadtAK 8/Diaslg. XIVf 98
404 StadtAK 1/H-Reg 1983
408 StadtAK 8/PBS oVI 482
411 StadtAK 8/PBS oIV 52
416 StadtAK 1/H-Reg 1474
418 StadtAK 8/PBS XIIIa 234
419 StadtAK 8/PBS oXIva 2196
421 StadtAK CD 9 Nr. 41
423 StadtAK 8/PBS XI 1688
426 StadtAK 8/PBS oVI 433
428 StadtAK 8/PBS oXI 355
432 StadtAK 8/PBS oIII 163
433 links: StadtAK 8/PBS oIII 1168
433 rechts: StadtAK 8/PBS oIII 1182
443 Badischer Beobachter vom 16. September 1930
447 StadtAK 8/Alben 82
450 StadtAK 8/PBS oXIVe 661a
453 StadtAK 8/PBS oIV 310
455 StadtAK 8/Diaslg. VI, 6
458 GLA 231/3397
459 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 1, 27a, 1
460 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 1, S. 31, 1
461 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 1, S. 31, 2
463 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 2, S. 215a
467 StadtAK 8/Alben 90, 3
469 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 3, S. 259, 1
472 StadtAK 8/PBS oVI/406
473 StadtAK 8/PBS oXIIIa/417
479 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 1, S. 99, 1
481 Badischer Beobachter vom 2. April 1933
483 Badische Presse vom 16. September 1935, StadtAK 1/AEST 1238-40, Fotomontage
485 Landesbildstelle Baden, Karlsruhe

486 Der Führer vom 22. September 1938
488 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 1, S. 88
489 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 6., S. 586
490 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 3, S. 310
493 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 3, S. 336
495 StadtAK 8/PBS oVI/469
500 StadtAK 8/Alben 7, S. 37
501 StadtAK 8/Diasig. VI, 22
502 StadtAK 8/Alben 5, Bd. 7, S. 698
504 StadtAK 8/PBS oIII 1302
507 StadtAK 8/Alben 197, 30
512 StadtAK 8/PBS oIII 1691
514 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger/A 48/58/5/44
517 StadtAK 8/PBS XVI 1182
522 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger/A 1/11/7/31
523 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger/A 1/64/2/rechts
524 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger/A 1/70/4/3
527 StadtAK 8/PBS oXIII b 23
530 StadtAK 8/PBS X 2845
534 StadtAK 8/PBS X 3332
535 StadtAK 8/PBS oIII 272
536 StadtAK noch nicht verzeichnet
537 StadtAK 8/PBS oIII 1153
540 StadtAK 8/PBS oIII 1325
545 StadtAK 8/Alben 5, Band 7, S. 826
546 StadtAK 8/PBS X 3200
547 StadtAK 8/Alben 5, Band 8, S. 899
552 StadtAK 8/PBS oXIVd 160
554 StadtAK 8/Alben 5, Band 7 S. 832
560 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 2/22/5/Neg. 40A
561 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 5/88/3/Neg. 32
562 StadtAK 8/PBS oIII 296
563 StadAK 8/PBS oIII 239
565 StadtAK 8/PBS oIV 55
568 Landesbildstelle Baden, Karlsruhe. Lichtbildreihe: Karlsruhe. Eine neuzeitliche Stadtentwicklung, Bild 29
569 StadtAk 8/PBS oXIIIa 263
572 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 10/Jan. 10/5/Neg. 23 A
575 StadtAK 8/PBS oXIIIa 466
577 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 3/18/7/Neg. 3
579 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger B 15
580 Stadtentwicklung. Modellvorhaben Karlsruhe-Dörfle, Melsungen 1981, S. 32 (= Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)
583 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger B 18
584 Landesbildstelle Baden, Karlsruhe
586 Die Karlsruher Südtangente, hrsg. von der Stadt Karlsruhe, Karlsruhe o. J., S. 52
588 Klaus Bindewald: Die Albtalbahn, Geschichte mit Zukunft. Von der Schmalspurbahn zur modernen Stadtbahn, Karlsruhe 1998, S. 71
591 StadtAK 8/PBS oXIVa 107
593 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger B 1/S. 263, 1
596 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 4/58/5/Neg. 34 A
600 StadtAK 8/Alben 60
602 Landesbildstelle Baden. Lichtbildreihe: Karlsruhe. Eine neuzeitliche Stadtentwicklung, Bild 56
604 StadtAK 8/PBS oXIVa 446
607 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 14/72/4/Neg. 43
608 Karlsruher Wirtschaftsspiegel 1982/83, S. 37
609 StadtAK 8/Alben 187
611 StadtAK 8/Alben 255
613 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 3/107/2/Neg. 22
614 Bildstelle der Stadt Karlsruhe
616 StadtAK 8/Alben 3, Bd. 2 IV/8
619 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger B 15
625 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 16/Nov. 26/2/Neg 37A
626 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 17/131/1/Neg. rechts
627 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 33/110/6/16
631 Karlsruher Wirtschaftsspiegel 1964/65, S. 30
634 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 16/Nov. 27/2/Neg. 25A
637 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 16/Dez. 3 I/3/12
638 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 16/Dez. 8/6/9
640 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 18/Nov. 17 I/2/3. Neg. von rechts
643 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 20/Juli 1/2/35
647 StadtAK 8/Diasig. VI 30
652 Bildstelle der Stadt Karlsruhe
654 Stadtbildstelle Karlsruhe I 6522
657 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 40/Dez. 10/6/Neg. 27A
659 StadtAK 8/Bildarchiv Schlesiger A 55/Feb. 22/7/Neg. 20
661 oben: Karlsruher Wirtschaftsspiegel 26. 1983/84, S. 9
661 unten: Karlsruher Wirtschaftsspiegel 31. 1988/89, S. 21
663 Bildstelle der Stadt Karlsruhe I 7276
665 Bildstelle der Stadt Karlsruhe I 7077
667 Bildstelle der Stadt Karlsruhe
669 Bildstelle der Stadt Karlsruhe I 7403
670 StadtAK 8/Alben 183/33
673 Bildstelle der Stadt Karlsruhe
674/675 StadtAK 8/Diasig. XVI 134
Nachsatz Landesbildstelle Baden, Karlsruhe

Personenregister

Bearbeitet von Katja Linder

Abraham, Moses 90
Adam, Dorothea 86
Adenauer, Konrad 556, 560, 591, 592, 594, 595, 597
Alban, Otto 450
Albers, Hans 471
Alexander I., Zar 185
Andlaw, Freiherr von 340
Antes, Horst 607
Antoine, Jacques-Denis 132
Arnold, Friedrich 209, 214
Arnold, Johann Heinrich 110, 126, 134, 138
Arnold, Klaus 607
Arnold, Margarethe 214
Arnold, Nikolaus 94, 98
Authenrieth, Karl Friedrich 141

Baader, Andreas 628
Babbenberger, August 468
Bachstein, Hermann 315
Backhaus, Hermann 571, 574
Baden, von
– Amalie, Erbprinzessin (Gräfin von Hochberg) 181, 185, 198
– Amalie, Markgräfin 222
– Bernhard I., Markgraf 45
– Berthold, Markgraf 605
– Friederike, Markgräfin 185
– Friedrich, Markgraf 118, 176, 177
– Friedrich I., Großherzog 232, 242, 251, 297, 298, 300, 313, 330, 332, 343, 349, 381
– Friedrich II., Großherzog 298, 343
– Hermann V., Markgraf 41
– Geyer von Geyersberg, Luise Karoline (Reichsgräfin von Hochberg) 118, 185, 187, 207, 214
– Karl Friedrich, Markgraf 52, 59, 113–122, 124–126, 141, 146, 147, 151–155, 157, 158, 174, 179, 181, 182, 184, 185, 187, 192, 207, 213, 222, 224, 247
– Karl Ludwig, Erbprinz 118
– Karl, Erbprinz/Großherzog 187, 192, 207, 210, 222, 225, 312
– Karoline Luise, Markgräfin 118, 149, 150, 153, 154
– Karoline, Markgräfin 185, 187
– Leopold, Markgraf/Großherzog 118, 192, 226, 229, 230, 238, 242, 255, 278, 280, 286, 292, 293, 296, 297, 312, 331
– Ludwig I., Prinz/Markgraf 177, 187
– Ludwig II., Großherzog 118, 152, 176, 192, 199, 210, 213, 217–219, 228–230, 241, 242
– Luise, Großherzogin 298, 319, 329, 331, 336
– Philipp I., Markgraf 36, 45
– Rudolf I., Markgraf 31, 41
– Sophie, Prinzessin von Schweden/Großherzogin 230, 257, 293
– Stephanie de Beauharnais, Großherzogin 186, 198, 214, 219, 221, 222, 257
– Viktoria, Königin von Schweden/Prinzessin 298
– Wilhelm Ludwig, Prinz 52, 114, 115
– Wilhelm, Markgraf 226
– Wilhelm, Prinz 352
Baden-Baden, von
– August, Markgraf 119
– Ludwig Wilhelm 66, 605
– Sibylla Augusta, Markgräfin 39
Baden-Durlach, von
– Anna Charlotte Amalie, Markgräfin 114
– Christoph, Markgraf 116
– Ernst Friedrich, Markgraf 30, 45
– Friedrich Magnus, Markgraf 37, 46, 66, 107, 110
– Friedrich, Erbprinz 113
– Friedrich V., Markgraf 43
– Friedrich VI., Markgraf 46
– Georg Friedrich, Markgraf 45
– Karl August, Markgraf 114–116
– Karl II., Markgraf 31, 35, 42, 103
– Karl Magnus, Erbprinz 113
– Karl Wilhelm Eugen, Prinz 115
– Karl Wilhelm, Markgraf 36, 66–73, 78, 85, 87–89, 93, 103–105, 107, 108, 110, 112–114, 116, 118, 127, 171
– Magdalene Wilhelmine, Markgräfin 66, 114
Bader, Carl 180
Bader, Joseph 77
Bader, Johann Baptist 233
Bagnetti, ital. Baumeister 69
Balkenhol, Stephan 568
Ball, Hermann 540, 562, 564
Baltz, Elsa von 475
Barlach, Ernst 469
Bartning, Otto 382, 571
Bassermann, August 285, 333, 449
Batzendorf, Johann Friedrich von 68, 69, 81, 103, 107
Bätzner, Helmut 570
Bauer, Karl 411, 422
Baum, Marie 309
Baumann, Ernst Georg 99
Baumeister, Reinhard 314, 326, 377
Baumgarten, Hermann 342
Baumgarten, Paul 570
Baumgärtner, Karl 201
Baur, Wilhelm 513, 525, 539, 632, 634
Bautz, Karl Friedrich 268
Bayer, Daniel 222
Bebel, August 348
Beck von und zu Wilmendingen, Johann 97
Becker, Philipp Jakob 142
Becket, Samuel 604
Beethoven, Ludwig van 333
Behnle, August 543, 544
Beichel, Friedrich 465
Bekk, Johann Baptist 233, 274, 276, 279, 280, 284, 285, 290, 296
Belling, Rechnungsrat 126
Bender, Julius 615
Bender, Traugott 632, 635, 640

Beneter, Oskar 505
Benzel-Sternau, Carl Ernst Graf von 201
Berckmüller, Joseph 241, 332
Berckmüller, Karl Friedrich 476, 482
Bergmann, Ingrid 614
Bergmann, Julius 447
Bergmüller, Dominik 112
Bergsträßer, Arnold 612
Berkenkopf, Hans 378
Berkmüller, Baumeister 142
Berlioz, Louis Hector 333
Bernays, Ulrich 553
Bernstein, Leonard 349
Berthold, Abt 31
Bettinardo, Natale 108, 109
Betz, Adolf 506, 537
Betz, Franz Adam 201
Beuttel, Marie 506
Beuttel, Oskar 506
Biermann, Wolf 624
Billet, Paul 431
Billing, Hermann 310, 448
Bingler, Architekt 576
Bingner, Kanzleirat 290
Birgel, Willy 471
Bismarck, Otto Graf von 301, 348
Blind, Karl 273, 274
Blittersdorf, Friedrich Karl Freiherr von 230, 232
Boch, Jakob 107
Bock, Johann Michael 173
Böckler, Georg Andreas 46
Böckmann, Johann Lorenz 150, 151, 153–155
Bodman, Johann Heinrich Freiherr von 346
Boesser, Ernst 377
Bögli, Helene 475
Bohm, Johann Dietrich 106
Bolz, Eugen 512
Bonaparte, Josephine 193
Bonaparte, Napoleon 184, 186, 187, 192–194, 196, 198, 199, 206, 207, 228, 229, 233, 245, 520
Böning, Hermann 422, 429, 515
Bonitz, Hofhafner 171
Böpple, Albert 378
Böthlingk, Arthur 377
Bötzkes, Wilhelm 595
Brahms, Johannes 333
Brand, Hermann 469, 470
Brandel, Musikdirektor 198
Brandt, Willy 594, 623, 650
Braque, Georges 332
Brauer, Friedrich Nikolaus 199, 202
Braun, Gottlieb 229
Braun, Otto 440
Braunschweig-Wolfenbüttel, Herzog 118
Braunwarth, Hans Philipp 79, 89
Braus, Rosa 475
Brecht, Berthold 624
Brennemann, Metzger 77
Brentano, Lorenz 276–278, 285, 292, 294
Britten, Benjamin 604
Brosinsky, Harro 571, 574
Bruckner, Anton 333
Brümmer, Johann 378
Brüning, Heinrich 442
Brunn, Friedrich Leopold 76, 87, 127
Buback, Siegfried 628
Buch, Eva Maria 533
Buchegger, Karl 426
Buchholz, Horst 614
Bühler, Hans Adolf 229, 468
Bühler, J. 229
Buhlinger, Franz 430
Bund, Alfred 520, 521
Bunte, Hans 326
Bürckel, Josef 464
Bürcklin, Albert 203
Burda, Franz 614
Bürger, Gottfried August 229
Bürklin, Albert 223, 333
Bürklin, Frau, geb. Fecht 289
Buß, Franz Joseph 284

Caemmerer, Gerhard 514
Calmbach, Günter 634, 644
Chappuy, Franz Lorenz 176
Childerich I., Merowingerkönig 25
Chlodwig I., Frankenkönig 25
Christ, Anton 292
Clay, Lucius D. 551
Clever, Jakob Georg 274, 287, 296
Coelestin III., Papst 32
Cohn, Emil Ludwig 471
Cohn, Erich 484
Corinth, Lovis 448
Corterier, Fritz 635
Corterier, Peter 633, 642
Cortolezis, Fritz 449
Cotta, Johann Georg 143
Cramer, Lüppo 651
Creszelius, Georg Philipp 172

d'Ixnard, Pierre Michel 132
Daler, Frau, geb. Katz 289
Daler, Ludwig 237, 270, 271, 279, 280, 283, 286, 292
Damaziak, Stanislaus 496, 497
Deck, Karl 538
Deeg, Mathes 98, 99
Dehler, Thomas 591–593
Dehn, Karl 346
Devers, General 502
Devrient, Eduard 226, 333, 342
Dickhaut, Glasermeister 75
Dietrich, Georg 376
Dietrich, Hermann 424
Dietz, Friedrich 525
Dill, Ludwig 331, 447
Dix, Otto 469
Dold, Richard 510–512
Doll, Christoph 142
Dollmätsch, Johann Gottlieb 204

Dollmätsch, Joseph Bernhard 194, 202–205, 208, 212, 215, 219, 226, 237, 245, 248, 312
Dollmätsch, Ludwig Leonhard 194, 202, 204
Döring, Wilhelm 270
Dörr, Jakob 385
Dorsch, Ludwig 98
Dosenbach, August 504, 506, 515, 533
Drais von Sauerbronn, Karl Wilhelm Friedrich Ludwig von 114, 122–124, 165–167, 170
Drechsler, Ratsmitglied 148
Dreesbach, August 352
Dreyfuß, Wilhelm 487
Dullenkopf, Otto 541, 563, 564, 571, 635, 640–643, 645, 646, 648, 649, 651–653, 663
Dumberth, Durlacher Bürgermeister 213
Duncker, Franz 346
Durm, Friedrich 568
Durm, Josef 309–311, 331, 343
Dürr, Johann Konrad 278, 287, 292, 294, 295
Dürr, Karl 268
Dutschke, Rudi 624
Dylan, Bob 623

Eberle, Georg 415
Eberstein, Graf von 32, 34, 36
Ebert, Friedrich 440
Eckardt, Ludwig 344
Edelin, Abt 26
Edelsheim, Wilhelm Freiherr von 152, 153, 183
Ederle, Karl Friedrich 484
Ehrat, Johannes 142
Eichrod, Stadtphysikus 97
Eidenmüller, Ullrich 652, 653
Eisendecher, Karl Johann Georg v. 375
Eisenhower, Dwight D. 520
Eisenlohr, August 352
Eisenlohr, Christoph Jakob 208
Eisenlohr, Friedrich 240–242
Eisenmann, Karl 514
Ellenrieder, Marie 228
Ellern, Ignaz 486
Ellstätter, Moritz 299
Ende, Karl Freiherr von 225
Engelhard, Julius 509, 513
Engels, Friedrich 274, 348
Erbslöh, Adolf 448
Erhard, Ludwig 549, 556, 623, 624, 628
Erhardt, Wilhelmine 338
Erny, Albert 508
Erny, Hermann 508
Ertz, Jakob 176
Erzberger, Matthias 430
Ettlinger, Anna 329
Ettlinger, Veit 291
Eyring, Johann Martin 174, 175

Fahnenberg, Freiherr von 229
Fecht, Karl Gustav 94, 285, 335
Fehrenbach, Konstantin 439
Feins, Händler 93
Felden, Wilhelm 605
Fenrich, Heinz 652, 653
Feuchtinger, M. E. 584
Feuerbach, Anselm 332
Fiala, Karl 287, 295
Fiala, Max 287, 295
Fichtl, Franz 397
Fickler, Joseph 282
Figlestahler, Otto 578, 599
Fikentscher, Otto 425
Filbinger, Hans 631, 647
Finter, Julius 385, 389, 390, 398, 404, 410–412, 415, 419, 428, 432, 449, 455, 458, 478
Fischer, Alfons 347
Fischer, Friedrich Th. 241
Fischer, Johann Gustav 232
Fischer, Kunigunde 349, 424, 504, 540, 541, 615
Fischer, O.W. 614
Fischl, Lilly 448, 468
Flößer, Karl 538
Förderer, Johann Georg 72
Frank, Aron 287, 295
Frank, Ludwig 349, 376
Frank, Reinhold 466, 512, 513, 533
Franz, Johann 252
Frei, Karl 505
Frei, Karoline 505
Freisler, Roland 513
Freistätt, von 123
Frey, Ernst 435
Frey, Wilhelm 432
Freydorf, von 116
Freystedt, Frau von 198
Freystedt, Leopold Freiherr von 366
Freytag, Gustav 333
Fribolin, Hermann 459, 462, 478
Friedrich Wilhelm der Große, Kurfürst 120
Friedrich Wilhelm IV., preußischer König 242, 276
Friedrich V., dänischer König 117
Froman, Michael 73, 75
Frommel, Carl Ludwig 238
Fuchs, Stanislaus 449
Füeßlin, Karl Wilhelm 206, 215, 217, 224, 237
Furrer, August 460, 535, 542
Fütterer, Heinz 612

Gallwitz, Klaus 606
Gauger, Hans Martin 73
Gaulle, Charles de 520
Gauly, Kurt 637, 638, 643, 652, 653
Gayling, Christian Freiherr von 153, 183
Gayling, Frau von 198
Gebhard III., Konstanzer Bischof 29
Gebhard, August 448, 468
Gebhard, Chirurg 97
Gebhardt, Ursula 514
Geck, Adolf 348, 353
Geck, Eugen 378, 428
Geiger, Willi 592
Geisendörfer, Philipp 99

Gellert, Christian 145, 229
Gemmecke, Martha 470, 484
Gemmecke, Paul 470, 484
Gemmingen, von 80, 135
Genscher, Hans-Dietrich 571
Genschow, Gustav 496
George, Heinrich 471
Gerber, Konrad 293, 294
Gerhard, Martin 100
Gerwig, Frau, geb. Beger 289
Gerwig, Johann 172
Geusau, Caroline von 130
Giehne, Friedrich 234
Giorgio, Francesco Antonio 88
Gillitzer, Lydia 475
Glaubitz, von 105
Gleim, Johann Wilhelm Ludwig 229
Glocken, Geheimrat zur 86
Glück, Paula 514
Gmeiner, Josef 476
Gmelin, Carl Christian 127, 140, 185
Göbel, Wolfgang 628
Goebbels, Joseph 470
Goegg, Amand 276, 344
Goeler, Julius von 271
Goerdeler, Carl 512
Goertz, Jürgen 607
Goethe, Johann Wolfgang von 152, 154, 155, 179, 229, 333, 479, 480
Goldschmidt, Richard Albrecht 505
Goldschmidt, Wendel 171
Goldschmit, Robert 329, 335
Goldschmit, Werner 632
Goll, Hermann 287, 295
Goll, Max 232, 233
Gorbatschow, Michail 649
Göring, Hermann 494
Goß, Franz 80
Gottsched, Johann Christoph 145
Götz, Adolf 506
Götz, Hermann 331
Götz, Martin 75, 94
Graf, Artur 506
Granget, Emma 513
Granget, Erwin 513
Greifeld, Oberregierungsrat 595
Greiner, Wirt 137
Griesbach, Christian 194, 196, 198, 202–206, 208, 209, 212, 217, 219, 222, 224, 226, 236, 252, 255, 259
Griesbach, Friederike 198
Griesbach, Henriette Salome 203
Griesbach, Johann Christian 140, 154, 176, 203
Grieshaber, HAP 607
Grillparzer, Franz 333
Gröber, Johann August 171
Groh, Werner 571
Gropius, Walter 417
Großwendt, Elisabeth 465, 535
Grotz, Julius 634, 644
Grötzingen, Graf von 28
Grüber, Arthur 605
Grünebaum, Sally 460, 482
Grünspan, Herschel 484
Grynäus, Samuel 108
Gsell, Friedrich 180
Guêpière, Philippe de la 125
Günderrode, Friedrich Justinian von 212
Günzer, Johann Christian von 97, 98
Gurk, Franz 559, 560, 562–564, 566, 598, 603, 608
Gustav IV., König von Schweden 185
Gut, Fritz 535
Gutenkunst, Emil 541, 562–564
Gutsch, Friedrich 234

Haager, Hans Martin 80
Haas, Ludwig 377, 378, 423
Haber, Moritz von 271
Haber, Salomon von 219, 222, 253, 271–273
Haberstroh, Joseph 213
Habsburg, Rudolf von, deutscher König 31, 45
Hacke, Freiherr von 229
Haesler, Otto 417
Hafner, Otto 514
Hagen, Hermann 521, 591
Hahn, August Johann Freiherr von 153
Hahn, Günther 634
Haid, Georg 306
Hämmerle, Gerlinde 634, 651, 655
Hansch, Hannelore 514
Hansch, Kurt 514
Hartleben, Theodor von 132, 204, 212–214, 222–225
Hasper, Friedrich Wilhelm 234
Haueisen, Albert 448
Haupt, Otto 468, 553, 568
Hauser, Kaspar 271
Hausrath, August 246
Hebel, Johann Peter 141, 226, 229, 333
Hecht, Torsten 469
Heck, Michael 668
Heckel, Erich 606
Hecker, Friedrich 273, 274, 276, 281–283, 285, 286
Heer, Adolf 303
Heimann, Lida Gustava 300
Heindl, Hans 376
Heinrich V., deutscher König 29, 31, 32
Heinrich VI., deutscher Kaiser 40
Heinrich, Josef 535
Heinsheimer, Otto 346
Heisenberg, Werner 595
Heller, August 615
Heller, Gustav 460, 504, 634
Heller, Luise 241
Hellpach, Willy 440
Helm, Karl 252
Helmle, Karl 237, 267, 292
Hemberger, Maurermeister 69
Hemeling, Johann Wilhelm 148, 149
Hengel, Balthasar 69
Hengst, Christian 53, 248, 264
Hepperditzel, Nikolaus 79

Herberger, Sepp 614
Herbster, Johann Friedrich 144
Herder, Johann Gottfried 153, 154, 229
Hermann, Heinrich 178
Herrmann, Helmut 634
Hertz, Heinrich 326
Herzer, Heinrich 270, 342
Herzog, Roman 671
Heß, Rudolf 387
Hesselbacher, Karl 423
Heurich, Fridolin 525, 535, 537, 538, 556, 559, 561, 562, 589, 592
Heuß, Theodor 593
Hilbert, Anton 504
Hildebrand, Georg Martin 342
Hillebrecht, Rudolf 585
Hilmer, Heinz 658
Himmighoffen, Thur 470
Himmler, Heinrich 476, 487
Hindenburg, Paul von 440, 445
Hink, Konrad 74
Hirsch, Julius 484
Hirsch, Max 346
Hitler, Adolf 358, 387, 390, 391, 425, 427, 442, 445, 446, 455–459, 461, 464, 476–480, 487, 488, 490, 493, 497, 498, 506, 508, 509, 511, 512, 514, 533
Höber, Benedikt 271, 279, 280
Hochberg, Graf von 217
Hochberg, siehe auch Baden, von
Höcherl, Hermann 618
Hochhuth, Rolf 623
Hochstetter, Karl 424
Hofer, Carl 448, 469
Hoffacker, Karl 331
Hoffmann, Peter 377
Hofheinz, Kurt 564, 652
Hohenberg, Berthold Graf von 28, 29, 31, 32, 40
Hölscher, Friedrich 486
Holstein, Peter Friedrich Wilhelm Prinz von 153
Hölz, Max 431
Hölzlein, Laurentius/Lorenz 106
Holzleitner, Hans 73
Homburger, Löw 222
Homburger, Veit L. 307, 486
Honold, Franz X. 512
Honsell, Max 313
Hörner, Otto 487, 514
Horsch 514
Horstmann, Max 434
Horter, Emil 379
Hoßfeld, Generalmajor 502
Hubbuch, Karl 468, 553, 554
Huber, Joseph 186
Hübsch, Heinrich 214, 238, 241, 250, 554
Hübscher, Johann Georg 101
Hübschmann, Friedrich Wilhelm 172
Hudson, Rock 614
Huffeld, Fleischschätzer 123
Hugenest, Melchior 113, 153
Huhn, Eugen 220, 225, 228
Hummel, Hermann 424
Hüssy, Oskar 358, 462, 463, 497, 498, 535, 555

Ibach, Alfred 512, 513
Iselin, Isaak 152
Isenburg, Dina 470
Ishibashi, Choei 617
Itzstein, Adam von 281, 285

Jacob, Knut 658
Jacobi, Friedrich 155
Jacobi, Johann Georg 155
Jäger, Adolf Friedrich 386–388, 458, 459, 461, 462, 463, 466, 470, 478, 480, 483
Jahn, Paul Hugo 564, 642, 652, 653
Jank, Lilly 469, 470
Jaquin, Ulrich 112
Jarres, Karl 440
Johannes, Abt 30
Jolly, Julius 298
Josef II., österreichischer Kaiser 120
Jost, Hans 470
Jung-Stilling, Heinrich 151, 155
Junging, Frau 178
Junker, Karl 306

Kachel, Gustav 331
Kachel, Ludwig 283, 290
Kahn, Eduard 504
Kahn, Geschwister 514
Kahn, Nathan Uri 111
Kaiser, Jakob 512
Kalckreuth, Leopold Graf von 331
Kalinowski, Horst Egon 607
Kallmorgen, Friedrich 331
Kalnbach, Andreas 348, 350
Kamm, Elisabeth 585
Kammerer, Frau, geb. Keller 289
Kammerer, Ludwig 252
Kampffmeyer, Hans 311
Kampmann, Gustav 331
Kandinsky,Wassily 332
Kanoldt, Alexander 448, 468
Kanzler, Alfred 513, 515
Kappes, Heinz 408, 511
Kappler, Gustav 504
Karl I., der Große, König der Franken/römischer Kaiser 26, 132
Karl Emanuel I., König von Sardinien 115
Karl Philipp, Kurfürst 109
Karl Theodor, Kurfürst 150
Kaufmann, Carl 612
Kaufmann, Johann Ernst 81, 99
Kaufmann, Johann Konrad 99
Kaufmann, Monika 634
Keller, Ferdinand 331, 332
Kemper, Friedhelm 475
Kern, Amalie 335
Kern, Emil 508
Kern, Eugen 508

Kern, Susanna 77
Keßlau, Friedrich von 125, 126, 135, 142
Keßler, Albert 423, 538
Keßler, Emil 252–254, 266
Keßler, Hermann 563, 564
Kessel, Frithjof 634
Kessinger, Berthold 629
Kettler, Hedwig 329
Kiefer, Jakob 83
Kiefer, Theodor 538
Kiesele, Karl 268, 295
Kiesinger, Kurt Georg 615, 616, 623
Kinkel, Gottfried 295
Kirchheimer, Franz 595
Kirchner, Ernst Ludwig 469
Kißling, Philipp Heinrich 141
Kiss, August 242
Kittel, Martin 114
Kitzel, Herbert 607
Klar, Christian 628
Klausmann, Robert 504, 541
Kleinschmidt, Erich 434, 458
Kleist, Ewald Christian von 229
Kleist, Heinrich von 333
Klettle, Jörg Adam 157
Klopstock, Friedrich Gottlieb 151, 155, 229
Klose, August 206, 219, 224, 236, 237, 243, 259, 268–270, 272, 289
Klose, landesherrl. Gutachter 175
Klose, Siegmund 206
Klotz, Günther 366, 546, 547, 559–561, 563–567, 569, 577, 578, 580, 583, 585, 588, 590, 594, 595, 597–599, 603, 608, 611, 612, 615, 616, 632, 634–642, 644–648, 651, 666, 670
Klotz, Heinrich 217, 668
Klüber, Friedrich Adolph von 297
Kluge, Eduard 457
Klump, Heinrich 381
Knab, Korporal 162
Knef, Hildegard 614
Kniestätt, von 135
Knittel, Albert 232, 233, 269, 289
Knobloch, Theodor 515
Kobian, Valentin 42
Koelle, Eduard 267, 269, 283, 289, 294, 352
Koelreuter, Josef Gottlieb 127, 153, 154
Kohl, Helmut 666
Köhler, Heinrich 504, 520–522, 533, 552
Köhler, Walter 456, 459
Kohm 514
Kohn, Jakob 77
Kolb, Adolf 426
Kolb, Elmar 653, 654
Kolb, Wilhelm 349, 353, 376
Kolping, Adolph 341
Konrad, Herzog von Schwaben 40
Konz, Karl 508, 512, 513, 538
Koolhaas, Rem 668
Köpfel, Wolfgang 42
Koppenberg, Heinrich 496
Körner, Japhet 106
Körner, Karl Theodor 229
Köth, Erika 615
Kraemer, F. W. 582, 583
Kramer, August 412, 458
Krannhals, Alexander 604
Krause, Frau 514
Kreglinger, Johann Sebald 99
Kreßmann, Albert Theodor 377
Kreuzbauer, Hans Georg 75, 90
Krieger, Albert 335
Krieglinger, Theobald 222
Krips, Josef 449, 469
Kromer, Hugo 425
Krotz, Wilhelm 381
Kruse, Bernhard 376, 420
Kubin, Alfred 468
Küchenmeister, Rainer 607
Küchnerin, Marie Salome 180
Kühn, Adolf 430, 513, 537
Kühn, Johannes Konrad 80
Kühn, Siegfried 512, 562, 615, 632
Kuhn, August 467
Kuhn, Edgar 470
Kuhn, Karl 102
Kunle, Wilhelm 505
Kunz, Theodor 508
Kurz, Mathes 113
Kusche, Alfred 399
Kusel, Jakob 217, 219, 272, 273
Kusel, Rudolf 283, 299, 345

Lacher, Brotwieger 123
Lamey, August 151, 270, 285, 286, 291, 340
Lamprecht, Bernhard 75
Lamprecht, Hans-Michael 75
Landauer, Hugo 486
Landgraf, Alexander 476
Landgraf, Hanne 508, 565
Lang, Fritz 450
Lange, Helene 351
Langenbach, Zimmerleute 87
Langfritz, Jakob 599
Längin, Theodor 377
Lanzano, Franz Joseph 278, 285, 287, 288, 292, 294, 295
Lassalle, Ferdinand 345, 347
Lattre de Tassigny, de 502
Lauer, Friedrich 222, 233
Laule, Fritz 585
Lauter, Wilhelm 312, 316, 337–339
Lauts, Jan 606
Lavater, Johann Caspar 151, 152, 154, 214
Leander, Zarah 471
Lechleiter, Georg 422
Lefèbvre, Thomas 44, 47
Lehmbruck, Wilhelm 448
Leichtlin, Karl 295
Lemoine, Paul Guillaume 132
Lengelacher, Ignaz 127
Leopold, Albert 506

Leopold, Max 506
Lessing, Karl Friedrich 332, 333
Leutrum, von, Geheimrat 80
Leutz, Nikolaus 98, 99
Leuwerick, Ruth 614
Levi, Hermann 333
Lichtenberg, Friedrich Christoph 97
Lidell, Christoph Friedrich 320
Lidell, Ehefrau Christoph Friedrichs 132
Liebermann, Max 448
Liebknecht, Wilhelm 348, 420
Lindemann, Ingenieur 142
Linke, Ernst 502
List, Friedrich 239
Liszt, Franz 333
Loebel, Adolf 487
Loesch, Hermann 418
Lollobrigida, Gina 614
Longo, Dominico 100
Loren, Sophia 614
Lorenz, Wilhelm 304
Loth, Wilhelm 607
Lothringen, Karl von 114
Lotzbeck, Ferdinand Freiherr von 248
Lotzbeck, Karl Freiherr von 248
Louis Philippe, König von Frankreich 279
Löw, Hanns 511
Löw, Model 87
Löwenkron, von 77
Lubinski, Dagobert 422, 431
Lübke, Heinrich 615
Lücke, Standartenführer 1933 481
Ludendorff, Erich 440
Ludwig XIV., König von Frankreich 37, 43, 69
Ludwig XVI., König von Frankreich 181
Ludwig, Johannes 98, 99
Luxemburg, Rosa 349, 420

Macklot, Karl Friedrich 229
Macklot, Michael 143–145
Macklot, Philipp 229, 233
Mahler, Heinrich Wilhelm 98
Maier, Else 513
Maier, Emil 410, 488
Maier, Reinhold 520, 525, 590, 592
Maler, Hofrat 132
Mallebrein, Karl Joseph 268
Malsch, Reginbodo Graf von 35, 36
Malsch, Jakob 234, 237, 238, 283, 268, 269, 283, 288, 291–294, 316, 330, 336, 337, 342
Malsch, Johann Caspar 69, 70
Maltitz, A. v. 229
Mangold, Marie 339
Mann, Hugo 601
Männing, Karl 268, 283
Mansbacher, Willy 470
Marais, Jean 614
Mardochai 471
Marée, Hans von 449
Marschall, Adolf Freiherr von 352
Martiensen, Theodor 253
Martin, Kurt 468, 469, 555, 607
Marum, Ludwig 376, 378, 448, 460, 461, 482, 483, 504, 515, 532, 533, 535, 547
Marx, Karl 274, 348
Marx, Raphael 229
Marx, Wilhelm 440
Maschenbauer, Andreas Jakob 99
Massino, Domenico 113
Matheis, Maria 424, 436
Mathy, Karl 232, 234, 238, 282, 298
Matzerath, Otto 554, 604
Mauch, Leopold 483
Maurath, Ferdinand 510, 512
Maximilian I., König von Bayern 185
Mcdonald, Barry 604
Meckel, Max 340
Meerwein, Christian 222
Meinhof, Ulrike 628
Melling, Joseph 141
Mendel, Gregor 153
Menhardt, Andreas 170
Menton, Thomas 112
Menzinger, Toni 597, 630
Merck, Johann Heinrich 152
Merk, Josef 233
Merker, Abraham 80
Mesmer, Franz Anton 154
Meßmer, Jakob Friedrich 252
Metternich, Germain 275
Metz, Friedrich 390
Metz, Karl 264
Meyer, Salomon 90, 111
Meyer, Wolfram 634
Mezirek, Konrad 541
Michaelis, Georg 377
Mitterand, François 666
Mittermaier, Karl Josef Anton 233, 288
Mohl, Heinz 570, 659
Möhrle, Karl 535, 588
Möller, Alex 635
Molter, Valentin 153
Monato, Max 470
Mone, Franz Joseph 284
Moraller, Franz 427, 431
Moreau, franz. General 183
Morlock, Jürgen 634
Mößner, Hans 89
Mottl, Felix 226, 333
Mühlhäuser, Adolf 509
Mühlhäuser, Emma 509
Müller, Bäcker 101
Müller, Christian Friedrich 145, 229, 234
Müller, Detlef 658
Müller, Gebhard 570
Müller, Jakob 40
Müller, Jeremias 126, 131, 134, 250
Müller, Johann Gottwerth 148
Müller, Ludwig 274, 287
Müller, Luise 436

Müller, Peter 274, 288
Müller, Wilhelm Jeremias 108, 133, 139, 214
Müller-Würtz, Hermann 515
Müntzesheim, von 135
Mürb, Robert 616, 636, 638
Murnau, Friedrich 450
Muser, Oskar 351

Nabholzin, Maria Magdalena 100
Nachmann, Otto 611
Nägele, Friedrich 232, 269
Nägele, Jakob 147
Napoleon, siehe Bonaparte
Nast, Philipp 86
Nebenius, Karl Friedrich 250
Necker, Johann Michael 98, 99
Neßler, Julius 345
Neu, Carl 306
Neubronn, Carl von 201
Neumaier, Rudolf 430
Neumann, Balthasar 124, 125
Nidda, Johann Nikolaus von 85
Nies, Wilhelm 457
Nitschki, Johann Heinrich 172
Nolde, Emil 469
Nothard, Johann Daniel 99
Nowack, Winfried 672
Nußbaum, Daniel 457

Obermüller, W. A. 264
Oeß, Guido 479
Österreich, Karl, Erzherzog 183
Offensandt-Berckholtz, Wilhelm 319
Ohnesorg, Benno 624
Oranien, Wilhelm von 117
Ordenstein, Heinrich 334
Oßwald, Josef 515
Ottmann, Georg Adam 75, 80, 99
Ottmann, Johann 75
Otto, Herzog von Worms 27

Palm, von 137
Paltschick, Herbert 506
Papen, Franz von 455
Paul, Jean 229
Paul, Kasimir 432
Paull, Hermann 399, 415
Pedetti, Maurizio 124, 132
Peter, Joseph Ignaz 281, 285, 292
Petrowitsch, Pawel 127
Pfau, Ludwig 296
Pfeffel, Gottlieb Konrad 151
Pfeiffer, Gerd 594
Pfeifle, Ulrich 651
Pflästerer, Karl Peter 548
Pflaumer, Karl 388, 475, 484
Pfrang, Christoph 99
Philipp, Klara 424
Picasso, Pablo 332
Pigage, Nicolas de 124
Pius XII., Papst 623
Plattner, Fritz 426
Podubecky, Rudolf 422
Pöllnitz, Freiherr von 87
Pöschl, Theodor 484
Posselt, Karl 233, 259
Prestel, Hermann 452
Preuschen, Amtmann 123
Preuschen, Gottlieb 142
Puricelli, Piero 390
Purrmann, Hans Marsilius 448
Putlitz, Gustav von 333

Raab, Friedrich 498, 548
Rachel, Johannes 99
Rademacher, Nelly 470
Ramstein, Karl 512
Ransenberg, Walter 484
Rath, Ernst vom 484
Rathenau, Walther 430
Ratzel, Friedrich 309, 332
Raufer, Aloys 241
Rausch, Ferdinand 457
Reck, Frau von 198
Redtenbacher, Ferdinand 326
Reetz, Christa 651
Regelin, Max 487
Rehberger, Horst 634, 635, 644, 652, 653
Reich, Franz Xaver 242
Reich, Friedrich 170
Reimann, Max 560
Reinbold, Georg 507
Reinhard, Johann Jakob 126, 143, 144, 153
Reiniger, Lotte 450
Reininger, Georg 278, 295
Reiß, Christoph Friedrich 172, 173, 176, 177
Reitzenstein, Sigismund Karl Johann Freiherr von 182–184, 201, 208
Remarque, Erich Maria 471
Remmele, Adam 425, 430, 460, 511, 533
Renk, Margareta 205
Retti, Leopoldo 69, 124, 125
Reusch, Hermann 595
Reuter, Hofmetzger 132
Reuter, Nicolaus 174–176
Reutlinger, David 79
Reutlinger, Elkan 219, 222
Reutlinger, Emanuel 75, 111
Reutlinger, Käthe 487
Richter, Anna 424
Richter, Ratsverwandter 123
Ridder, Anton de 604
Riedinger, Berthold 537, 541, 545, 562
Riedner, Peter 458, 459, 462, 463, 465
Riegel, Johannes 114
Riegger, Luise 538
Riesbeck, Johann Kaspar 75, 76
Riesmann, Wolfgang Wilhelm von 72
Rimmelspacher, Hugo 588
Ring, Dominikus 147, 151, 152, 154, 155

Rippele, Johannes 100
Ritter, Caspar 447
Ritter von Gluck, Willibald 155
Robert, Ludwig 200
Röckle, Adam 79
Röckle, Johann 99
Rödiger, Johann Christian 73
Roggenbach, Franz Freiherr von 300
Rohan, Kardinal 109
Roman, Johann Karl 175
Roman, Johannes Kornelius 99, 175
Römhildt, Fritz 377
Roßbach, Franz Karl 504
Rose, Paul 604
Rosenberg, Eva Maria 506
Rossi, Domenico Egidio 44, 47, 66
Rossow, Walter 617
Rotberg, von 85
Rotermund, Herman 660
Rothensee, Kirchenrat 186
Rothweiler, Emil 460, 504
Rotteck, Karl von 208, 233, 274
Rousseau, Jean-Jacques 139
Rückert, Else 349, 350
Rückert, Leopold 378, 504
Rudolph, Hans-Georg 604
Rüdt von Collenberg, Ludwig Freiherr von 297
Ruf, Georg Friedrich 143
Ruf, Sepp 570
Ruh, August 306
Rühmann, Heinz 471
Rupp, Gottfried 98
Rupp, Heinrich 506
Rupp, Heinz 515
Rupp, Johann Gottfried 99
Rüssel, Günther 634
Rutschke, Wolfgang 635, 644
Ruttmann, Walter 450

Sachs, Johann Christian 140, 150
Sachs, Kirchenrat 143
Sack, Erwin 634, 651, 653
Salger, Hanns Karl 634
Salins de Montfort, Nicolas Alexandre 133, 134
Salisch, Heinke 634, 651, 652, 654
Salomon, Else 464
Salomon, Klara 464
Sälzler, Alfred 422
Sammet, Erwin 460
Samsreiter, Johann 252
Sarachaga-Uria, Edelmann von 271
Sattler, Christoph 658
Satzger, Margarethe 179
Sauer, Heinrich 378, 402, 409, 411, 432, 433, 458
Sauer, Karl 482, 483
Sautier, Sophie 363
Scandalibene, Philippo 109
Schächterle, Karl-Heinz 584
Schäfer, Fritz 546
Scheck, Karl 377
Scheel, Walter 623
Scheerer, Karl 270
Scheffel, Marie Josephine 290
Scheffel, Viktor von 277, 283, 290, 336, 346
Scheidemann, Philipp 435
Scheidle 87
Schelling, Erich 569, 572, 577, 595
Schick, Walter 476
Schiele, Ernst 564
Schiller, Friedrich von 229, 300, 333
Schilling von Canstatt, Friedrich Wilhelm Freiherr 36, 98, 137, 426
Schirach, Baldur von 477
Schirmer, Johann Wilhelm 330–332
Schlettwein, Johann August 150
Schlichter, Rudolf 448
Schlick, Emma 475
Schlosser, Cornelia 154
Schlosser, Johann Georg 152–154
Schmerbeck, Rudolf 634
Schmidt, Andreas 80
Schmidt, Anton 132
Schmidt-Rottluff, Karl 469
Schmieder, Gustav 215, 217, 237, 268
Schmitt, Josef 504
Schmitz, Richard 515
Schmock, Reinhard 658
Schnabel, Franz 552
Schnarrenberger, Wilhelm 399, 468, 553, 606
Schneider, Arthur von 605
Schneider, Hermann 390, 418, 433, 434, 506
Schneider, Otto 506
Schneider, Philipp 97
Schneider, Theodor 582
Schnellbach, Rudolf 605
Schnetzler, Ida, geb. Laiber 339
Schnetzler, Karl 324, 338, 339, 340
Schoch, Johannes 30
Scholer, Jakob Friedrich 295
Scholl, Karl Friedrich 261
Scholtz-Klink, Gertrud 475
Scholz, Georg 448, 468, 469
Schöndorf, Michael 98, 112
Schönleber, Gustav 331, 447
Schopf, Willi 564
Schöpflin, Johann Daniel 145, 151
Schrickel, Adolf 232
Schrikel, Hofrat 132
Schubart, Hans 632, 638, 640
Schulenburg, Gustav 504, 515
Schulz, Christian Ludwig 173
Schumacher, Emil 607
Schumann, Robert 611
Schwab, Stadtverrechner 286
Schwabe, Willmar 549
Schwarz, Karl 634
Schwarz, Rudolf 469
Schwarzenau, von, Oberamtmann 123
Schwarzmann, Walter 342
Schweickhart, Christian Ludwig 149

Schweig, Bernhard 268
Schweizer, Otto Ernst 498, 548, 578
Schwerdt, Gottlob 420, 435, 464
Schwerdtfeger, Walter 539
Schwind, Hofmarmorier 132
Sebold, Johann Georg 54
Seeligman, Alfred 307
Seib, Karl 505
Seiberlich, Emmy 470
Seiler, Gerhard 638, 639, 644, 651–653, 665, 669, 671, 672
Seippel, Friedrich 564, 576
Selg, Karl 578
Seligmann, David 176, 177, 222
Sembach, Johannes 75, 97, 99, 102, 106, 206
Senckenberg, Arzt 179
Sensburg, Josef Ernst Freiherr von 201, 215
Seubert, Rudolf 451
Seufert, Johann 348
Shakespeare, William 333
Siegrist, Karl 339, 377, 378, 384, 432, 436
Sievert, Friedrich 208
Singer, Max 644
Sinner, Anton 55
Slevogt, Max 448
Solms-Sonnenwalde, Marie Gräfin zu 452
Sonntag, Henriette 329
Sonntag, Sophie 329
Späth, Lothar 649
Specht, Catharina 179, 180
Specht, Gustav 327
Speyerer, Jakob Wilhelm 233
Sprauer, Franz 512, 513
Spreng, Johann Nepomuk 243, 268
Spuler, Erwin 568, 607
Stäbel, Oskar 412
Stadelmann, Christian Dietrich 105
Stadelmann, Johann Georg 114
Stahl, Georg Friedrich 79, 99
Steininger 87
Steinmetz, Stadtbaumeister 99
Steltz, Josef 500
Stengel, Karl 588
Stenz, Hermann 460
Stephan, Heinrich von 316
Stephan, Helmut 568
Stern, Kurt 469
Steurer, L. 295
Stimmermann, Schreiner 217
Stockhorn, Freiherr von 225
Stoesser, Gottfried 233
Stoltz, Dieter 653
Storck, Willy F. 448
Stösser, Karl August Friedrich 201, 278, 342
Straus, geb. Goitein, Rahel 298
Strauß, Franz Joseph 623
Streicher, Julius 476, 484
Streit, Ludwig 429
Strobel, Zimmermann 506
Struve, Gustav 274, 276, 278, 281–285, 292–294
Stüber, Johann Friedrich 179
Studentkowski, Werner 427
Stupferich, Albrecht von 36
Stupferich, Heinrich von 36
Stürzenacker, August 315
Stütz 345
Stutz, Hellmuth 508, 512

Taufer, Lutz 628
Teichman, Wilhelm 451
Teichmann, Elisabeth 611
Terwiel, Maria 533
Terzy, Michael Angelo 36
Teufel, Erwin 669
Thälmann, Ernst 445
Thiebauth, Philipp 292
Thierry, Karl 248
Thoma, Hans 331, 332, 377, 447, 468
Thomas, Jess 604
Thonauer, Sebastian 80
Throman, Hofmetzger 173
Todt, Fritz 391
Töpper, Friedrich 412, 504, 513, 525, 535, 537, 540, 541, 549, 555, 556, 559, 561, 566, 589, 591
Trabinger, Jakob 376, 430
Trautmann, Johann Georg 79, 98, 113
Trefurt, Christof Franz 232, 233
Trefzer, Adolf 423
Tridant, Hermann 295
Trinks, Dora 349, 350
Trinks, Oskar 504
Trübner, Wilhelm 331, 447
Trunk, Gustav 378
Tulla, Johann Gottfried 17, 58, 213, 312
Türmer, Hubert 605
Tyll, Karl 467

Uehm, Clemens van 504
Ullmann, Julius 484
Unterleger, Anton 179
Üxküll, Frau von 116
Üxküll, von, Oberstallmeister 130
Uz, Johann Peter 229

Vahlé, Kammerkanzlist 142, 143
Varnhagen von Ense, preuß. Gesandte 225, 228
Varnhagen von Ense, Rahel 200, 228
Veit, Hermann 511, 513, 521–523, 537, 540, 546, 551, 552, 555, 589, 592, 594, 599, 615, 630, 635, 641
Venedey, Jakob 344
Vetter, Erwin 672
Vierordt, Frau 198
Vierordt, Heinrich 176, 177, 185
Vischer, Erwin 335, 451
Vogel, Johann Georg 238, 342
Vogel, Wilhelm 225
Vogt, Gretl 508, 565
Vöhringer, Norbert 634, 653, 654
Volderauer, Richard 348, 350
Volkenborn, Heinz 658

Volkmann, Hans von 331
Volkner, Robert 449
Völlinger, Babette 424
Volm, Johann 634
Voltaire, Jean-Marie 150
Volz, Geheimrat 137
Voß, Margarete von 424

Waag, Hans 449, 469, 470
Wacker, Otto 468, 471, 480
Wagenblaß, Johann Heinrich 505
Wagner, Ferdinand 449
Wagner, Friedrich 100
Wagner, Peter 269
Wagner, Richard 333
Wagner, Robert 60, 386–388, 390, 418, 426–428, 431, 456, 457, 459, 463, 464, 469, 474, 475, 477, 478, 482, 497, 498, 511, 555
Walch, Anna 541
Wäldele, Walther 564, 639–642, 644, 652, 653
Walder, Hermann 310
Waldhuber, Mathes 77
Waldmann, Karl 639, 641
Walter, Fritz 614
Walter, Hermann 508, 512, 576
Walz, Johann Leonhard 123, 154, 198
Wangen, Karoline von 36
Weber, Pierre 611
Weech, Friedrich von 204, 228, 229, 268, 335
Wehrle, Martin 112
Wehrle, Paul 605
Weibel, Rudolf 112
Weibel, Schneiderswitwe 113
Weick, Friedrich 507, 508
Weimar, Karl August, Herzog 154
Weinbrenner, Friedrich 24, 111, 132–134, 136, 139, 141, 142, 192, 209, 210, 213–219, 225, 226, 241, 312, 343, 548, 570, 571
Weiß, Leopold 505
Weißmann, Anton Joseph 376
Weiss, Peter 448, 624
Welcker, Karl Theodor 236, 259, 281
Werber, Friedrich 512, 525
Werefkin, Michael von 271
Werner, Josef 526, 572, 633, 639, 642
Werner, Paul 487
Weser, Emil 379
Westenfelder, Oskar 422
Weyler, Mathes 101
Weylöhner, Brotwieger 123
Wieland, Christoph Martin 229
Wieland, Johann Heinrich 98, 126
Wieland, Oberamtmann 93
Wilhelm I., deutscher Kaiser 294, 296, 303
Wilhelm II., deutscher Kaiser 375, 378
Willard, Händler 175
Willett, Alexander 576
Wilser, Anna 338
Wilstätter, Löb 90
Wimmer, Elise 513, 515
Winter, Adam 73
Winter, Georg Ludwig 230, 242, 248
Wirsum, Max 143
Wirth, Joseph 439
Wirtz, Karl 597
Woerishoffer, Friedrich 309
Wohleb, Leo 525
Wohnlich, Staatsrat 217
Wolf, Franz 458, 459
Wolf, Karl 612
Wolfstein, Rosi 420
Wölpert, Johann Bernhard 172
Woltmann, Alfred 217
Worch, Willi 412, 418, 425, 427, 462–466, 474, 489, 501, 503
Wucherer, Friedrich Wilhelm 154
Wurster, Georg 628
Württemberg,
– Grafen von 36
– Eberhard Ludwig, Herzog 38, 48, 71
– Ulrich, Herzog 36
Wüstenhagen, Hans-Helmut 630

Xeller, Michael 98, 99

Zabotin, Wladimir 448
Zander, Elisabeth 427
Zeitler, Xaver 464
Zetkin, Klara 376
Zeuner, Heinrich 237
Ziegler, Emanuel 79
Ziegler, Gustav 343
Ziegler, Karl Theodor 270, 278, 285, 286, 292, 295
Zierau, Arthur 458, 459
Zinkernagel, Apotheker 99
Zittel, Karl 291, 342
Zöller, Richard 508
Zuckmayer, Carl 554
Zwickel, Georg Kaspar 79, 94, 101
Zwickel, Konrad 73

Ortsregister

Bearbeitet von Manfred Koch

Aachen 90
Achern 262
Aha-Graben 254
Akademiegebäude 142, 143
Alamannenhaus 365
Alb 16, 18, 23, 24, 32, 34, 35, 39, 40, 44, 47–50, 312, 324, 409, 410, 576, 599, 636
Albsiedlung 382, 398
Albtal 587, 588
Albuferanlagen 312, 365, 375, 454, 574, 637, 638, 666
Alter Brauhof 660
Altersheim (siehe auch Pfründnerhaus) 319, 365, 412
Altrip 515
Altstadt (siehe auch Dörfle, Klein-Karlsruhe) 315, 362, 437, 442, 444, 474, 580, 581, 635, 658, 663
Am Beiertheimer Brunnen 69
Amerika-Haus 610
Amsterdam 313
Ansbach 152, 183, 184
Apollo-Theater 450
Appenmühle 48, 49, 618
Armenhaus 111
Au am Rhein 27
Aue/Durlach Aue 19, 29, 32, 34, 49, 54, 56, 60, 303, 573
Auerbach 37
Auerstedt 193
Augärten 239, 254, 255, 309
Augustenburg 66
Auschwitz 470, 487, 624
Ausstellungshalle 369, 372, 568
Autobahn 390, 391, 528, 555, 575, 598
Auwälder 58

Bad Ems 154
Baden 16, 28–31, 34–37, 39–41, 45, 47–49, 51, 53, 58, 59, 61, 62, 66, 67, 69, 71–73, 75, 89, 93, 99, 103, 105, 107–110, 113–116, 119–121, 124–126, 128, 138–140, 143, 144, 146, 150–153, 155, 157, 159, 162, 164, 174, 179, 181–187, 198, 192, 194–196, 199, 207, 208, 228–231, 233, 239, 244, 252, 256–258, 262, 270, 271, 275, 276, 278, 279, 284–286, 291, 293, 295, 296, 298–302, 304, 307, 309, 320, 321, 329, 331, 332, 342, 343, 347, 350, 351, 358, 361, 368, 378, 379, 381, 394, 410, 411, 414–416, 421–426, 429, 433, 437, 446, 448–450, 452, 455–457, 461, 462–464, 467, 475, 480, 482, 486, 492, 497, 498, 502, 507, 509, 511, 512, 520–526, 539, 555, 559, 588–592, 594, 595, 603–605, 611, 616, 645, 646, 648–650, 659, 664, 672
Baden-Airport 672
Baden-Baden (Markgrafschaft) 34, 36, 47, 66, 69, 105, 119, 128
Baden-Baden (Stadt) 34, 69, 109, 116, 252, 262, 284, 332, 394, 410, 423, 449, 452, 664, 672
Baden-Durlach 30, 34–37, 47, 51, 66, 72, 89, 93, 103, 107, 110, 139, 174, 179
Badenweiler 87
Badnerlandhalle 62, 666
Bahnhof 230, 239–241, 252, 254, 264, 282, 301, 307, 313–315, 324, 369, 373, 378, 389, 484, 489, 499, 553, 571, 574, 581, 610
  Albtalbahnhof 242, 533, 588
  Hauptbahnhof 59, 315, 369, 373, 388, 389, 451, 500, 588, 663, 668
  Lokalbahnhof 581
  Güterbahnhof 666
  Rangierbahnhof 314
  Westbahnhof 306, 495
Bahnpostamt 363, 389
Ballhaus/-saal (im Schloß) 88, 124
Bannwaldgebiet 306, 311, 326
Baracken 37, 241, 375, 414, 486, 495, 496, 543
Barmen-Elberfeld 449
Basel 23, 37, 41, 43, 45, 89, 108, 114, 126, 145, 147, 152, 184, 229, 313, 390, 391, 393, 399, 434, 463, 508
Basler Tor 41, 624–627, 635
Bayern 58, 176, 184, 185, 207, 489, 528, 595
Begegnungszentrum 578, 666
Beiertheim 16, 18, 29, 31, 32, 34, 47–50, 52, 59, 60, 69, 108, 130, 149, 244, 307, 311, 318, 323, 324, 384, 388, 437, 444, 453, 515, 571, 576, 586, 587
Beiertheimer Blöße 69
Beiertheimer Feld 55, 506, 573–576, 578, 666, 667
Beiertheimer Wäldchen 59, 312, 323
Beiertheimer Nachtweidewiesen 211
Beresina 193
Berghausen 21, 22, 27, 29, 307
Bergwaldsiedlung 574
Berlin 60, 133, 147, 180, 214, 275, 304, 313, 315, 333, 339, 348, 368, 369, 375, 377, 378, 387, 393, 404, 417, 422, 427, 450, 456, 470, 475, 510, 512, 513, 538, 551, 562, 593, 594, 618, 624
Berlin-Brandenburg 427
Berlin-Plötzensee 513
Bern 237, 376, 463, 614
Bernau 332
Besatzungszonen 527, 528, 544, 549
Bethaus, katholisches 105, 109, 110
Bezirksamt 309, 458, 471, 568
Binsenschlauch 416, 573
Bizone 549
Blankenloch 19, 27, 50, 55, 69, 307, 596, 648, 649
Bodensee 338
Böblingen 394
Bonn 91, 589, 592, 593, 595, 624, 642
Botanischer Garten 451, 607, 617
Braunschweig 118, 230, 592
Breisach 45
Bremen 348, 393
Bremerhaven 550
Bretten 43, 48, 315, 602, 664, 672
Bruchsal 19, 21, 43, 48, 53, 185, 186, 241, 262, 276, 342, 347, 352, 410, 482, 567, 664, 672
Brunnenturm/-haus 88, 110, 138, 181, 213

Brüssel 313
Büchenbronn 511
Büchig 27, 32, 50
Bühl 262, 379, 672
Bulach 18, 31, 32, 34, 39, 40, 47–50, 55, 56, 59, 60, 108, 311, 373, 384, 385, 417, 445, 453, 499, 573, 586
Burgau 579
Buskow 487

Calw 588
Christuskirche 309, 499
Colosseum 429, 450
Comer See 90
Coventry 490

Dachau 476, 485, 509, 510, 515
Dammerstock 29, 32, 324, 365, 374, 417, 418, 454, 571, 573, 587
Dammerstock-Weiherfeld 571, 573
Dammerstocksiedlung 417, 418, 434, 437, 474
Dampfkraftwerk 598
Darmstadt 38, 500, 501
Daxlanden 16, 18, 24, 26–28, 30, 34, 39, 40, 48–50, 55, 56, 58, 59, 244, 307, 311, 313, 318, 323, 326, 374, 384, 388, 413, 417, 437, 442, 444, 445, 453, 499, 504–508, 515, 537, 546, 573, 613, 618, 664
DDR 527, 556, 618, 649, 650
Dettenheim 18, 58
Deutschland 25, 75, 147, 179, 207, 209, 220, 228, 230, 231, 233, 239, 250, 259, 285, 300, 311, 341, 348, 351, 358, 366, 399, 404, 430, 456, 457, 461, 483, 484, 486, 488–490, 502, 506–509, 513, 514, 520, 527–529, 533, 538, 550, 556, 557, 560, 561, 589, 593–595, 597, 599, 601, 606, 618, 619, 623–625, 631, 649, 650, 655, 670, 672
Donau 23, 434
Dörfle (siehe auch Altstadt) 212, 223, 241, 247, 353, 511, 544, 580–585, 658, 660
Dresden 214, 263, 313, 468, 470
Duisburg 392
Durlach 16, 19, 23, 24, 27, 28, 30–32, 34–37, 40–48, 51–54, 56, 59, 60, 62, 66–69, 71, 72, 75, 76, 78–81, 89, 91, 93, 97, 99, 101–103, 105, 107–111, 114–116, 138–140, 143, 157, 174, 175, 179, 201, 203, 206, 208, 212, 213, 221, 232, 241, 244, 254, 257, 262, 264, 272, 276, 283–285, 294, 297, 303, 307, 315, 316, 319, 348, 349, 361, 382, 384, 387–389, 403, 407, 410, 427, 431, 471, 474, 482, 496, 499, 505, 506, 533, 549, 553, 573, 582, 585, 587, 610, 612, 624, 627, 647, 656, 657, 660, 662, 666, 667, 669, 671
Durlach-Aue — siehe Aue
Durlacher Tor 56, 127, 130, 137–139, 163, 176, 184, 193, 309, 340, 399, 500, 547, 551, 582, 585, 658, 664
Durmersheim 27, 56, 59, 315, 388, 389, 664
Dürrenbüchig 89
Dürrenwettersbach 36
Düsseldorf 332, 333, 352

Eberbach 426, 464
Eckernförde 562
Eggenstein 18, 26–28, 31, 50, 51, 55, 596, 648, 664
Eichbäumle 578
Elsaß 74, 114, 181, 184, 279, 299, 304, 313, 381, 402, 408, 413, 414, 464, 489, 494, 497, 504, 505, 507, 515, 604, 673
Elsaß-Lothringen 304, 313, 381, 402, 408, 413, 497
Elterichsdorf 27, 29, 41
Emmendingen 147, 152, 433, 434, 461, 588
England 118, 151, 253, 288, 295, 396, 457, 490
Engländerplatz 477, 547
Ensisheim/Elsaß 515
Entenfang 574, 575, 577, 585
Eppingen 40, 284, 489, 664
Erbgroßherzogliches Palais 309, 592, 593
Erbprinzengarten 132
Erbprinzenschlößchen 365
Erbprinzliches Palais 86
Erfurt 147
Ettlingen 23, 24, 27, 32, 34, 35, 40, 41, 43, 46, 53, 138, 175, 183, 221, 262, 273, 286, 292, 304, 315, 316, 381, 384, 390, 487, 498, 514, 552, 562, 567, 588, 672
Ettlinger Tor 59, 138, 139, 183, 198, 214, 216, 238, 239, 242, 252, 254, 280, 303, 314, 374, 399, 540, 548, 570, 585, 587
Ettlinger Riegel 473
Europa 192, 348, 524, 594, 598, 607, 612, 631, 669, 672
Europahalle 607, 664, 667
Europaplatz 215, 309, 316, 374
Exerzierplatz 392, 393

Fächerbad 578, 667
Falkenhausen 183
Fasanengarten 126, 617
Fasanenplatz 581
Festhalle 264, 309, 312, 333, 366, 395, 396, 398, 399, 420, 429–431, 440, 465, 477, 478, 568
Festplatz 127, 264, 312, 323, 369, 372, 375, 395, 401, 422, 459, 501, 568, 571, 617, 666
Feuerbach 432
Feuerwehrhaus 458
Finanzministerium 241, 592
Flugplatz 392–394, 577, 649, 672
Forchheim 18, 27, 49, 307, 384, 641, 647–649, 672
Fort Ney 464
Frankfurt 41, 89, 96, 114, 276, 284, 285, 287, 291, 294, 315, 316, 332, 342, 390–393, 422, 507, 550, 624, 631
Frankreich 25, 37, 43, 58, 74, 107, 115, 116, 118, 119, 169, 182, 184, 185, 194, 195, 199, 200, 230, 233, 279, 295, 301, 399, 400, 413, 457, 473, 487, 489, 490, 494, 497, 506, 507, 514, 515, 520, 528, 529, 598, 611, 612, 640
Frauenalb 32, 42
Frauenarbeitsschule 328
Freiburg 45, 201, 232, 235, 276, 319, 339–341, 384, 386, 410, 414, 425, 430, 432, 434, 456, 457, 521, 525, 559, 612, 623
Friedenskirche 571
Friedhof 25, 105, 107, 109, 111, 132, 241, 242, 296, 301, 303, 311, 312, 337, 343, 410, 413, 571, 581, 611, 612, 666
Friedhof, jüdischer 111, 132, 241, 312
Hauptfriedhof 59, 311, 374

Friedrichshafen 393
Friedrichsplatz 332, 553, 571, 572, 606, 660
Friedrichstal 37, 50, 107, 596
Fritschlach 579
Fulda 561
Fußgängerzone 585, 641, 650, 660, 664

Gaggenau 672
Garnisonskirche 199, 218, 341
Gartenstadt 24, 59, 325, 437, 473
Gasthäuser/Wirtshäuser 40, 67, 78, 79, 86, 91, 97, 158, 178, 233, 257, 279, 296, 341, 394, 544, 549, 569, 576, 659
Adler 78, 85, 148, 151, 440, 582
Badischer Hof 150, 152, 155, 186, 208
Darmstädter Hof 267, 431
Durlacher Hof 78
Friedrichshof 377, 398, 440
Gambrinushalle 367
Goldener Adler 440
Großer Kurfürst 538
Hirsch 346, 350, 484
Hotel Große 429
Kaiserhof 599
Kreuz 78, 319, 320, 363, 364, 451, 506
Krone 78, 276
Kühler Krug 388, 665
Lamm 75, 78, 86, 132
Linde 425
Pariser Hof 232
Rappen 205
Ritter 78, 79, 85, 86, 130, 132, 155, 204, 237, 341, 447, 570, 656
Seerestaurant 617
Waldhorn 67, 78, 85, 97, 129
Weinberg 233
Weißer Berg 632
Zum Bären 78, 86
Zum Engel 179
Zum Goldenen Löwen 147
Zum Lamm 75
Zum Römischen Kaiser 204
Zum Schiff 75
Zum Waldhorn 67, 97
Zur Sirene 86
Zur Sonne 233
Gefängnis 215, 309, 376, 440, 457, 476, 482, 484, 506, 508, 509, 513–515
Geigersberg 213
Gemeindehaus, jüdisches 111
Genf 393, 597
Germersheim 57, 629
Gernsbach 143, 262
Gewerbehaus 167, 168, 246, 247, 319
Gottesaue 28–32, 34, 41, 42, 50, 195, 211, 244, 574, 666, 667
Gottesauer Kammergutsfeld 211
Gottesauer Platz 459, 607
Graben 19, 39, 50, 51, 98, 107, 598
Griechenland 22, 537
Großmarkthalle 571
Groß-Oberfeld 580
Grötzingen 21, 23, 25–29, 41, 45, 48, 52, 54, 61, 66, 85, 244, 303, 304, 384, 397, 500, 647, 648, 663, 667
Gruft (unter der ev. Stadtkirche) 113, 134, 528, 571
Grünwettersbach 16, 35, 36, 38, 47, 61, 183, 499, 648
Grünwinkel 23, 24, 36, 37, 39, 40, 48, 49, 54, 55, 59, 244, 307, 318, 323, 326, 372, 374, 388, 414, 437, 453, 454, 499, 505, 573, 582
Günther-Klotz-Anlage 666, 670
Gurs 464, 471, 474, 486, 487, 611, 612

Hafen – siehe Rheinhafen
Hagenau 40
Hagsfeld 19, 26–28, 32, 34, 47, 48, 50, 51, 55, 56, 60, 106, 244, 307, 382, 384, 388, 398, 474, 499, 573, 578, 598, 662
Hagsfeld-Spöck 398
Hamburg 69, 155, 174, 313, 348, 390, 501, 582, 599, 651
Hannover 230, 484
Hardecksiedlung 473
Hardt 19, 50, 55
Hardtwald 19, 31, 32, 50, 51, 56, 66–70, 331, 454, 506, 571, 576, 578, 596, 607, 608, 663
Hardtwaldsiedlung 311, 416, 417, 565, 573
Hartwinkelfeld 211
Hauptpost 163, 309, 316, 389, 479, 458, 520, 548, 572, 601, 630, 660, 662
Haus Solms 452, 553, 610, 649
Haydnplatz 311
Hedwigshof 24
Heidelberg 23, 34, 43, 155, 176, 184, 185, 201, 235, 239, 241, 262, 283, 284, 288, 313, 319, 337, 339, 382, 410, 428, 430, 434, 462, 464, 473, 539, 612, 623
Heidenstückersiedlung 382, 473
Heilbronn 313, 315, 392, 601
Hermann-Göring-Platz 459
Herrenalb 32, 34, 36, 315, 588, 664
Hessen 38, 118, 230, 293, 433
Hessen-Kassel 230
Hildahaus 401
Hirsau 29, 36
Hirschbrücke 306
Hirschpark 126
Hochhäuser 571, 574
Hochschule 132, 250, 251, 304, 310, 326, 329, 335, 347, 374, 405, 425, 429, 451, 452, 454, 458, 468, 484, 497, 498, 506, 552, 553, 596, 597, 603, 607, 625, 630, 651, 668
Hochschulstadion 224, 225, 261, 265, 333, 360, 449, 454, 477, 487
Hofapotheke 88, 126, 334
Hofküche 88
Hofküferei 126
Hofstetten 237
Hohenasperg 487, 515
Hohengeroldseck 66
Hohenwettersbach 35, 36, 61, 499, 648, 666
Hopfenberg 21, 22
Hördt 28
Hügelsheim 22

Hüningen 66, 184
Huttenheim 18, 23

Illingen 27
Industriegelände 547, 548, 574, 598
Innenministerium 570
Innenstadt 19, 198, 214, 254, 317, 353, 435, 442, 444, 455, 499, 501, 546, 547, 565, 573, 576, 580, 582, 585, 587, 588, 633, 638, 641, 662, 664
Innenstadt-West 565, 633
Isteiner Klotz 366
Italien 22, 118, 230, 241, 313, 494, 619
Ittersbach 43, 73, 315, 414

Jagdschloß 42, 68, 183
Japan 597
Jedrzejow 487
Jena 193
Jöhlingen 23, 307

Kadettenanstalt 309
Kaiserpassage 450
Kandern 282, 284, 432
Kanzleigebäude 78, 85, 86, 92, 512
Karlsburg 41, 43, 666, 669
Karlsdorf 18
Karlsruher Wald 169
Karlstor 241, 256, 274, 333, 585
Kaserne(n) 162, 163, 194, 195, 204, 241, 302, 311, 371, 374, 414, 416, 488, 529
  Artilleriekaserne 30, 195, 309
  Dragonerkaserne 163, 195, 241, 309, 609, 660
  Infanteriekaserne 195, 215, 278, 309, 321
  Mackensenkaserne 488
  Rheinkaserne 488
  Telegraphenkaserne 309, 384, 393, 394, 416, 454, 552, 605, 607
Kehl 181, 463, 497
Kiel 378, 647
Killisfeld 52
Kindergarten 257, 576
Kinderheim 365
Kinzig-Murg-Rinne 17, 19, 21, 32, 40, 46
Kirche (katholische, siehe auch Bethaus) 103, 109, 138, 215, 228, 284, 309, 340
Kislau 457, 460, 482, 504, 505, 511, 515, 535
Klein-Karlsruhe (siehe auch Altstadt, Dörfle) 16, 59, 78, 103, 113, 122, 130, 136–138, 142, 155–158, 160–162, 167, 168, 175, 176, 178, 185, 202, 205, 206, 211, 212, 217, 246, 247, 258, 323
Klein-Oberfeld 573
Kleine Kirche 103, 199, 216, 218, 341, 369, 571
Kleingärten 362, 365, 574
Kleinsteinbach 20
Kloster 26–32, 34, 36, 42, 50, 109, 146
Kloster Reichenau 146
Kloster St. Peter 146
Knaudenheim 18
Knielingen 17, 18, 21, 23–31, 34, 37, 45, 47–51, 55, 56, 58–60, 62, 106, 107, 287, 382, 384–388, 474, 499, 502, 505, 529, 571, 573, 579, 585, 587, 598, 630, 647, 662, 666
Knielinger See 59, 579
Köln 91, 238, 240, 313, 392, 393, 499, 592, 599
Kongreßzentrum 666
Konkordienkirche 105, 216
Konstanz 184, 228, 276, 390, 393, 410, 430, 612
Konzerthaus 378, 399, 450, 470, 538, 554, 568, 604, 666
Kraichgau 17, 19–23, 212
Krankenhaus (siehe auch Lazarette) 131, 180, 310, 319–321, 367, 410, 464, 492, 498, 576, 610, 637, 660
  Diakonissenkrankenhaus 318, 319, 492
  Kinderkrankenhaus 498
  Landesfrauenklinik 320, 492
  Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus 310, 320, 321
  Militärhospital 241, 320
  Städtisches Krankenhaus 310, 320, 321, 367, 464, 471, 492, 498
  Vincentiuskrankenhaus 319
Krasnodar 650
Kronenplatz 660
Küchengarten 127
Künstlerhaus 333

Ladenburg 23
Lahr 53, 87, 262
Lameyplatz 585
Lamprechtshof 514
Landgraben 50, 95, 126, 129, 130, 132, 134, 138, 155, 175, 216, 241, 317, 318, 402
Langenbrückener Senke 16
Langensteinbach 37, 43
Laufenburg am Neckar 434
Lauffen 40
Lausanne 115, 463
Lauterberg 312, 315, 373
Lazarette (siehe auch Krankenhaus) 301, 369, 371
Leimersheim 502
Leipzig 147, 174, 193, 196, 198, 345, 347, 549, 594
Leopoldplatz 310
Leopoldshafen 238, 312, 596, 648, 663
Lesehalle 336, 396
Lichtental 36
Lidellplatz 250, 320, 369
Liebfrauenkirche 340, 384
Liedolsheim 27, 55
Lille 67
Lindach bei Eberbach 426, 464
Linkenheim 26–28, 67, 307, 664
Linkenheimer Tor 78, 126, 137, 138, 141, 374
Lohfeld 132
Lohfeldäckern 414
London 490, 556, 597
Lorettoplatz 374
Lörrach 103, 229, 276, 282, 337, 392, 430
Lorsch 26, 28, 29
Lübeck 150, 449
Ludwigsburg 71, 91, 147
Ludwigsplatz 251, 431, 537
Lustgartenhalle 666

Lutherisches Wäldchen 313
Luxemburg 184, 349, 420
Lyon 90, 393

Magazin 106, 107, 229, 265, 610
Main 23, 342, 434
Mainz 23, 90, 238, 277
Malsch 35, 36, 69, 234, 237, 238, 268, 269, 283, 286, 288, 291–294, 316, 330, 336, 337, 342
Mannheim 43, 76, 124, 184, 185, 187, 194, 201, 219, 221, 222, 235, 239, 240, 262, 270, 276, 283, 284, 304, 312, 313, 316, 319, 336, 341, 344, 345, 349, 362, 372, 392, 393, 407, 410, 412, 422, 429, 430, 432, 446, 448, 462, 504, 506, 509, 525, 540, 546, 590, 599, 601, 612
Markgräfliches Palais 214, 491, 499
Markthalle 484, 570
Marktplatz 16, 17, 21, 46, 56, 77, 93, 130, 132, 140, 141, 148, 183, 203, 213, 217, 218, 250–252, 312, 315, 336, 379, 381, 385, 386, 389, 390, 395, 399, 400, 412, 429–431, 459, 476, 477, 484, 487, 490, 502, 505, 526, 542, 548, 567, 568, 571, 578, 585, 592, 598, 610, 630
Marseille 393, 599, 600
Marstall 68, 88, 126
Mausoleum 571
Mauthausen 509, 515
Maxau 17, 21, 56, 312, 315, 385, 386, 390, 400, 412, 502, 505, 585, 598
Maximiliansau 41, 45, 599
Medenbach 433
Mendelssohnplatz 659
Michaelsberg 21
Michaelskirche 571
Ministerium des Auswärtigen 279
Minsk 532
Mittelrheinkreis 295
Mittlerer Oberrhein 672, 673
Montevideo 462
Mörsch 27, 31, 49, 56, 307, 641, 648
Muggensturm 50, 306
Mühlburg 16, 24, 31, 34, 37, 39–49, 51–54, 56, 59, 67, 69, 72, 76, 79, 97–99, 103, 104, 107, 108, 115, 121, 122, 176, 183, 262, 287, 303, 311, 315, 323, 324, 326, 341, 353, 388, 389, 402, 420, 437, 442, 444, 453, 467, 470, 499, 501, 510, 553, 574, 584, 610, 612
Mühlburger Tor 130, 139, 163, 195, 216, 244, 254, 306, 309, 315, 318, 374, 398, 425, 547, 610, 663
Mühlburger Feld 573–575, 577
Müllheim 232, 393
München 313, 332, 333, 393, 425, 434, 462, 463, 478, 594, 595, 614
Münze 215, 479, 520, 590
Murg 17, 19, 21, 25, 27, 29, 32, 40, 46, 50, 69
Museumsgebäude 148, 198, 215, 219, 226, 259, 260, 333

Nancy 611, 640, 650
Neckar 23, 434, 539, 601
Neckarpfalz 184
Neuburg 18
Neuenburg 66
Neureut 16, 18, 21, 22, 30–32, 37, 38, 43, 49–51, 56, 61, 62, 67, 384, 502, 644, 647–649, 662, 664, 666
  Teutschneureut 31, 47, 55, 56
  Welschneureut 31, 36, 37, 46, 47, 50, 53, 56, 61, 62
New York 487
Niederlande 115, 118
Niefern 73
Nordoststadt 578
Nordtangente 585, 586, 662, 663
Nordweststadt 21, 373, 416, 565, 577, 662–664
Nottingham 650
Nürnberg 50, 316, 373, 449, 462, 476, 590
Nymphengarten 603

Oberfeld 402, 573, 580
Obergrombach 21
Oberhausen-Sterkrade 509
Oberreut 533, 574, 580, 582, 644, 662, 664
Oberrheinebene 17, 23, 26, 31, 44, 57, 313, 393
  Niederterrasse 17–19, 25–28, 32
Oberwald 579, 617, 666
Offenburg 23, 53, 184, 221, 276, 280, 341, 344, 349, 410, 430
Öhringen 179
Ölhafen – siehe Rheinhafen
Oos 25
Opernhaus (im Schloß) 88
Orangerie (siehe auch Zirkelorangerie) 85, 88, 126, 127, 141, 241, 265, 332, 450, 606
Ostauepark 666
Österreich 66, 181, 182, 184, 193, 199, 230, 233, 297, 300, 340, 377, 559
Oststadt 54, 300, 311, 315, 353, 376, 414, 444, 505, 581, 663
Ostzone 527, 593

Palais Bürklin 335, 452
Palästina 298, 482, 486, 511
Palmbach 36–39, 46, 47, 61, 648
Paradeplatz 88, 127
Paris 69, 75, 115, 125, 133, 184, 185, 187, 243, 250, 313, 390, 450, 484, 514, 597
Paul-Revere-Village 574, 576, 577, 660
Petersburg 153
Pfalz 45, 46, 58, 199, 276, 293, 294, 313, 390, 395, 421, 486, 505, 507, 549, 579, 604
Pfandleihe 223, 224, 248, 670
Pfannenstiel 128, 139, 147
Pfarrhaus 35, 92, 107, 108, 183, 241
Pferdebahn 56, 315
Pfinz 16, 23, 27, 35, 47, 48, 50
Pfinzgau 41
Pfinztal 16, 585, 664
Pfortz (heute Maximiliansau) 41, 45
Pforzheim 23, 41, 43, 66, 87, 102, 113, 114, 119, 143, 145, 174, 175, 203, 221, 304, 315, 390, 391, 410, 502, 525, 548, 612, 663
Pfründnerhaus (siehe auch Altersheim) 241, 255
Philippsburg 31, 502
Piemont 37

Platz der SA 459
Polen 230, 259, 396, 456, 487, 488, 490, 496, 532
Potsdam 529, 536
Preußen 39, 114, 157, 182, 193, 196, 199, 230, 233, 242, 288, 291, 294–296, 300, 302, 303, 329, 476
Prinz Eugenscher Garten 131
Prinz-Max-Palais 310, 509, 570, 594, 669, 671
Prinzentor 128, 183
Pyramide 215, 216, 399

Radialstraßen 76–79, 85, 136
Random 487
Rappenwört 402, 410, 418, 419, 483, 612, 641
Rastatt 22, 39, 69, 91, 146, 172, 208, 262, 273, 276, 277, 284, 296, 339, 410, 430, 672
Rathaus 27, 83, 92, 93, 98, 99, 102, 132, 134, 140, 142, 168, 202, 215, 217, 223, 237, 248, 250, 251, 258, 266, 271, 280, 282, 291, 293, 295, 297, 303, 335, 345, 351, 364, 372, 378, 379, 388, 395, 398, 399, 429, 431, 436, 458, 479, 521, 537, 540, 542, 566–568, 592, 597, 610, 611, 614, 624, 627, 631, 633, 641, 642, 644
  Neues Rathaus 537
  Rathaus West 610
  Rathaussaal 233, 269, 279, 292, 293
  Rathausturm 215, 280, 281, 458
  Technisches Rathaus 568
Ravensbrück 509
Reaktorstation 595
Regensburg 158
Renchen 276
Rennbuckel 373, 573
Rhein 16–18, 21, 23, 27, 28, 43, 46, 49, 56, 66, 181, 182, 184, 238, 240, 277, 279, 300, 312, 313, 315, 338, 386, 392, 398–400, 434, 450, 497, 502, 515, 544, 579, 598–601, 631
Rhein-Neckar-Kanal 601
Rheinaue 17–19, 26, 27, 59
Rheinbischoffsheim 284
Rheinbrücke 385, 386, 390, 412, 585
Rheinhafen 54, 59, 239, 300, 304, 306, 312, 313, 315–317, 326, 372, 388, 392, 398, 400, 401, 409, 410, 414, 448, 471, 495, 497, 499, 500, 547, 548, 555, 559, 574, 598, 599, 600, 601, 643, 656, 657
  Ölhafen 600, 601
  Stichkanal 326, 392, 410
  Südbecken 392
  Werfthallen 392, 394, 600
Rheinhafenbad 612
Rheinland 488
Rheinniederung (siehe Oberrheinebene)
Rheinpfalz 139
Rheinstadt 579, 580
Rheinstrandbad Rappenwört 402
Rheinstrandsiedlung 382, 473, 474, 663
Rheinzabern 23
Rhodos 508
Richtwohnanlage 661
Rintheim 16, 19, 21, 27, 29, 31, 32, 34, 50, 51, 56, 59, 67, 244, 287, 303, 307, 318, 323, 325, 373, 374, 382, 384, 417, 437, 442, 444, 473, 499, 500, 573, 582, 585, 587, 662
Rintheimer Feld 393, 573
Rittnerthof 514
Rittnertwald 496
Robert-Roth-Platz 477
Rom 133, 210, 241, 284, 612
Rondellplatz 130–132, 209, 210, 214, 216, 217, 451, 491, 499, 553, 567, 571, 572, 663, 664, 670
Rostock 499
Ruhrgebiet 396, 399
Rüppurr 19, 32, 34, 47–50, 52, 54–56, 59, 183, 244, 307, 311, 315, 318, 319, 323–325, 366, 374, 384, 389, 398, 417, 437, 453, 499, 573, 587, 588, 612, 633, 643, 667
Rüppurrer Tor 130, 138, 581
Rüppurrer Wald 59, 316
Russenlager 529
Rußland (siehe auch Sowjetunion) 185, 230, 259, 286, 377, 402, 643

Saarbrücken 386
Saarland 390, 392, 396, 402, 556, 598, 653
Sachsen 73, 171, 230, 276, 601
Säckingen 339, 463
Sallenwäldchen 312, 323
Salzburg 390, 391, 478, 489
Sammlungsgebäude 332, 336, 553
Savoyen 37
Scheibenhardt 22, 32, 50, 60, 606
Schießwiese 264, 323
Schlachthaus/-hof 92, 95, 126, 204, 310, 367, 388, 646
Schlesien 396
Schloß 19, 22, 30–32, 40, 42–47, 51, 66, 68–71, 85, 87, 88, 103, 105, 114, 115, 118, 124–127, 132, 137, 138, 141, 145–147, 150, 177, 182, 183, 185, 194, 195, 208, 209, 216, 218, 230, 244, 265, 274, 280, 282, 283, 294, 301, 302, 316, 332, 348, 373, 381, 393, 423, 430, 451, 452, 458, 460, 462, 468, 470, 482, 525, 526, 546, 548, 553, 562, 564, 569, 570, 574, 576, 593, 605, 608, 615, 617, 632, 642, 648, 660, 664, 666, 667
Schloßgarten 127, 242, 617
Schloßkapelle 88, 114
Schloßplatz 69, 76, 81, 88, 127, 216, 241, 242, 252, 294, 371, 457, 471, 477, 546, 554, 569, 570, 585, 594, 615, 617
Schloßplatzunterführung 585
Schloßturm 69, 70, 87, 124–126, 209, 216, 569, 577
Schriesheim 98
Schröck 238, 239, 312
Schulhaus/-gebäude (siehe auch Sachregister Schulen) 92, 107, 108, 132, 218, 241, 245, 327, 331, 360, 550, 637, 638
Schwäbischer Kreis 66, 73, 90
Schwarzwald 16, 19, 26, 169, 212, 332, 366, 390
Schwarzwaldhalle 569, 577, 612, 614, 615, 637
Schweiz 37, 38, 74, 108, 147, 176, 214, 230, 259, 276, 295, 344, 365, 506
Schwetzingen 150, 229

Schwimmbäder (Freiluftbäder, Hallenbäder) 338, 368, 419, 483, 612, 650, 667
Seldeneckscher Freigut 52
Siemenssiedlung 565
Singen 73, 245, 247, 410
Sinsheim 40
Sommerstrich 163
Sowjetunion (siehe auch Rußland) 466, 494, 495, 505, 506, 527, 549, 551, 556
Spanien 193, 486, 494
Speyer 34, 39, 41, 43, 45, 101, 146, 182, 184, 186, 502
Spinnhaus 167, 168
Spitalplatz (siehe auch Lidellplatz) 251
Spöck 27, 32, 50, 56, 89, 315, 388, 389, 398
Sponheim 184
Sporthalle Durlach 667
Sportplatz/-plätze 374, 418, 453, 454, 467
Sportschule Schöneck 614
St. Bernhardus Kirche 309, 340
St. Peter und Paul Kirche 340, 510
St. Stephan Kirche 104, 209, 218, 228, 340, 341, 399, 571
Stadelmannsches Haus 86
Stadtbahntunnel 664
Stadtgarten 312, 316, 324, 365, 410, 571, 617, 636
Stadthalle (siehe auch Kongreßzentrum) 554, 596, 611
Stadtkirche (evangelisch, Durlach) 41, 116
Stadtkirche (evangelisch, Karlsruhe) 92, 103, 105–107, 110, 113, 129–132, 134, 141, 184, 215, 217, 218, 341, 567, 571
Stadtkirche (evangelische, Pforzheim) 113
Stadttore (siehe auch einzelne Tore) 137, 138, 183, 252, 254, 311
Staffort 29, 50, 98, 107
Stalingrad 433, 490
Ständehaus (Gebäude) 208–210, 279, 363, 399, 426, 429, 457, 571, 670
Stephanienbad 149, 382
Stettfeld 23, 24
Stettin 548
Straßburg 41, 42, 45, 74, 75, 90, 132, 154, 172, 174, 181, 184, 252, 313, 372, 463, 464, 475, 497, 498, 504, 506, 507, 555, 599
Straßen
Agathenstraße 505
Ahaweg 576
Adenauerring 576, 662, 663
Adlerstraße/-gasse 79, 85, 113, 130, 148, 151, 175, 240, 246, 310, 424, 582, 658, 659
Akademiestraße 244
Amalienstraße 265, 274, 341, 660
Bahnhofstraße 327, 415
Bannwaldallee 414
Bärengasse (siehe auch Schloßstraße/-gasse, Karl-Friedrich-Straße) 77, 78, 86, 92, 130, 132
Battstraße 588
Baumeisterstraße 475
Beiertheimer Allee 242, 537, 539, 542, 567
Belfortstraße 341
Bismarckstraße 244, 330, 331
Blumenstraße 241, 617
Brahmsstraße 416
Brauerstraße 575, 660
Breslauerstraße 578
Dohlenweg 573
Dürkheimer Straße 21
Durlacher Landstraße 294
Durlacher Allee 306, 310, 459, 585
Durlacher Straße 581
Durlacher-Tor-Straße 130, 136
Durmersheimer Straße 414
Ebertstraße (siehe auch Reichsstraße) 402, 459, 476, 574, 575, 588
Entengasse 580, 581
Erbprinzenstraße 130–132, 218, 327, 367
Erzbergerstraße 394, 574, 576, 577, 613
Ettlinger Landstraße 454
Ettlinger Straße 314, 324, 375, 569, 580
Fasanenstraße 241, 581
Fritz-Erler-Straße 241, 583, 584, 659, 660
Gartenstraße 316, 323, 335, 451, 476, 575
Gerwigstraße 505
Gottesackerstraße 130, 136
Gottesauerstraße 414, 505
Haid-und-Neu-Straße 311
Hans-Thoma-Straße 210, 244
Hardeckstraße 495, 496
Herrenstraße/-gasse 42, 78, 79, 85–87, 130, 132, 152, 302, 334, 341, 570, 571
Hertzstraße 374
Hildapromenade 315, 342, 553, 603
Hindenburgstraße 394, 440
Hirschstraße 241, 257
Holländerstraße 413
Honsellstraße 585
Hübschstraße 433
Jägerhausstraße 474
Kaiserallee 244, 309, 310, 320, 334, 609, 660
Kaiserstraße (siehe auch Lange Straße) 195, 199, 212, 228, 250, 257, 303, 306, 309, 315, 341, 342, 366, 470, 471, 479, 480, 484, 533, 546–548, 570, 576, 577, 583, 585, 587, 610, 617, 630, 659, 660, 661, 663–665
Kalliwodastraße 416
Kapellenstraße 242, 301, 311, 312, 388, 445, 571, 665
Karlstraße 216, 224, 241, 255, 261, 265, 315, 331, 343, 382, 396, 451, 484, 492, 495, 610, 643, 660
Karl-Friedrich-Straße (siehe auch Bärengasse, Schloßstraße/-gasse) 238, 315, 331, 343, 396, 451, 484
Kasernenstraße 241
Knielinger Allee 571
Kreuzstraße 240, 245, 247, 327, 431, 660
Kriegsstraße Ost 661, 665
Kriegsstraße 59, 131, 132, 159, 241, 256, 312, 319, 323, 341, 368, 373, 398, 414, 434, 480, 539, 553, 574, 581, 585, 587, 610, 661, 663–665
Kronenstraße/-gasse 75, 78, 79, 85, 111, 129, 130, 138, 153, 167, 183, 205, 218, 240, 246, 484, 612
Lameystraße 574
Lammstraße/-gasse 75, 86, 87, 109, 132, 138, 212, 271, 426, 568

Lange Straße (siehe auch Kaiserstraße) 76, 79, 80, 129, 130, 132, 139, 205, 241, 246, 257
Lehmannstraße 513
Leopoldstraße 255, 341, 643
Lessingstraße 538
Ludwig-Marum-Straße 547
Märchenring 573
Marienstraße 450
Markgrafenstraße 245, 327, 580
Mathystraße 315, 660
Michigan Allee 576
Moltkestraße 210, 303, 309–311, 321, 388, 416, 585
Mühlburger Straße 76
Nebeniusstraße 375
Otto-Sachs-Straße 494, 610
Parkring (siehe auch Adenauerring) 576, 577, 585, 608
Philippstraße 416
Pioniergasse 475
Querallee (siehe auch Zähringerstraße) 130, 136
Redtenbacherstraße 500
Reichsstraße (siehe auch Ebertstraße) 66, 293, 349, 376, 402, 414, 437, 457, 459, 476, 504
Reinhold-Frank-Straße (siehe auch Westendstraße) 499, 500, 548, 585, 606
Rheinstraße 574, 580
Rheintalstraße 23
Rheinuferstraße 24
Riefstahlstraße 309, 482, 484, 515
Ringstraße (siehe auch Parkring, Adenauerring) 76, 454
Ringweg 76
Ritterstraße/-gasse 79, 80, 85, 86, 130, 132, 148, 178, 247, 334, 343, 570
Rittnertstraße 16
Robert-Wagner-Allee (siehe auch Durlacher Allee) 459
Rüppurrer Straße 130, 136–138, 314, 388
Rüppurrer-Tor-Straße 136
Scheffelstraße 496, 545
Schloßstraße/-gasse (siehe auch Karl-Friedrich-Straße, Bärengasse) 131, 132, 134, 136, 139, 217, 240, 241
Schwanenstraße/-gasse 223, 250, 581
Seldeneckstraße 315
Sophienstraße 244, 247, 257, 258, 290, 291, 319, 334, 341, 397, 538, 660
Spitalstraße/-gasse 130–132, 136, 167, 257, 319, 346
Steinstraße 241
Stephanienstraße 255, 330, 363, 423
Stösserstraße 256, 367
Stuttgarter Straße 546
Südendstraße 319
Theodor-Heuss-Allee 662
Valentinstraße 413
Vogesenstraße 574
Waldstraße/-gasse 78, 79, 87, 130, 132, 139, 152, 153, 332, 423, 450, 475
Waldhornstraße/-gasse 78–80, 85, 116, 129, 134, 137, 139, 341, 582, 659
Weinbrennerstraße 319, 574
Weinweg 571
Weltzienstraße 467
Westendstraße (siehe auch Reinhold-Frank-Straße) 330, 331, 341, 499
Wielandstraße 495
Wilhelmstraße 346
Willstätter Weg 585
Willy-Brandt-Allee 662
Zähringerstraße (siehe auch Querallee) 252, 268, 285, 365, 369, 389, 581, 659
Zirkel 69, 76, 78, 81, 85–88, 90, 109, 114, 115, 128, 130, 138, 151, 152, 218, 221, 250, 376, 431, 526, 581, 617, 642
Stresemannplatz 459
Stupferich 35, 36, 48, 61, 648
Stuttgart 74, 122, 124, 125, 272, 313, 502, 520–522, 524–526, 528, 539, 540, 546, 552, 555, 560, 562, 589–591, 600, 631, 636, 643, 649, 671
Südstadt 300, 310, 314, 315, 340, 353, 437, 444, 454, 546, 580
Südtangente 574, 585, 586, 645, 662, 666
Südweststaat 520, 522–526
Südweststadt 374, 382, 442, 444, 500, 565, 575, 633, 642
Sulzburg 284
Suppenanstalt 258, 272
Synagoge 111, 214, 218, 343, 484, 571, 612

Theresienstadt 470
Thomashof 27, 41
Triesdorf/Ansbach 183
Trizone 549
Tübingen 74, 521, 524
Tullabad 612, 667
Tunnel/Unterführung 585, 617, 662
Türkei 377
Turmberg 16, 17, 19, 28, 29, 41, 43, 514, 610, 614

Überlingen 184, 233
Ulm 90, 158, 182, 272, 539
Umgehungsstraße Durlach 661
Unterführung – siehe Tunnel
Untergrombach 21, 23
USA 36, 276, 295, 457, 470, 486, 490, 550, 555, 560, 576, 610

Verfassungsäule 216
Versailles 69, 76, 303, 425
Vierordtbad 514, 666
Villingen 53, 410, 476
Vogelwarte Rappenwört 410, 418, 419
Vogesen 16, 497
Vogesenbrücke 585
Vororte 362, 388, 417, 500, 587, 610, 613

Wachhäuschen 127
Wagbachkastell 23
Waghäusel 23, 273
Waisenhaus 143, 241, 255, 256
Waldshut-Tiengen 332, 423, 450, 475
Waldstadt 574, 577, 578, 580, 587, 597, 610, 662
Waschhaus 85, 88, 126

Wasserwerksgebäude 59, 316, 325, 335, 454
Weiheräcker 374
Weiherfeld 402, 414, 454, 571, 573, 587
Weiherfeld-Dammerstock 587
Weimar 154, 329, 333
Weinberg 29, 91
Weinbrennerplatz 571
Weingarten 21, 23, 27, 48, 107, 307, 381, 662
Weingartener Moor 17
Weingartenfeld 373
Weinheim 53, 262, 410, 612
Weinsberg 73
Weißenburg 26, 27, 29, 35, 507
Werfthallen – siehe Rheinhafen
Weststadt 300, 311, 315, 342, 353, 376, 382, 435, 442, 444, 508, 613, 660
Westwall 472–474
Westzonen 527, 541, 549, 551
Wettersbach 36, 61, 648
Wien 214, 275, 313, 344, 390
Wiesental 23, 229
Wildpark 51, 67, 454
Wildparkstadion (Phoenixstadion) 454, 612
Wilferdingen 502
Wimpfen 43, 45
Wohlfahrtsgebäude der DWM/IWKA 549, 660
Wolfartsweier 16, 23, 24, 34, 35, 47, 49, 61, 264, 384, 496, 647, 648
Worms 27, 599
Wörth 57, 58, 629, 664
Wössingen 24
Wuppertal 501
Württemberg 36–38, 45, 48, 71, 176, 293, 320, 351, 392, 472, 498, 511, 512, 520–523, 539, 555, 588, 590, 595, 603, 616, 646, 648, 650, 659
Württemberg-Baden 520–523, 539, 590
Württemberg-Hohenzollern 521, 523

Yorckplatz 533

Zabern 133
Zeughaus 274, 278, 280, 288, 293, 294
Zirkelhaus/-bau 79, 87, 93, 107, 148, 153
Zirkelhäuschen (hinter dem Schloß) 88, 126, 171
Zirkelorangerie (siehe auch Orangerie) 129, 146
Zolleräcker 365
Zonengrenze 544
Zoo 312, 617
Zülpich 25
Zürich 147, 313

Sachregister

Bearbeitet von Ernst Otto Bräunche

Abgaben 89, 102, 103, 121, 156, 157, 160, 183, 193, 200, 204, 254, 256, 360, 381, 411, 412, 415, 525, 551, 646
Absolutismus 120, 192
Abwasser 126, 316
Ämter und Institutionen, staatliche
  Amtmann 31, 99, 123
  Autobahnamt 590
  Bezirksamt 201, 458, 471
  Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 589
  Bundesanstalt für Fürsorgewesen 589
  Bundesanstalt für Lebensmittelfrischhaltung 590
  Bundesanstalt für Wasserbau 590
  Bundesarbeitsgericht 589
  Bundesarchiv 589
  Bundesbahn 664, 666
  Bundesbahnausbesserungswerk 590, 656
  Bundesbahndirektion 590
  Bundesdisziplinarhof 589
  Bundesgerichtshof 309, 589–594, 603, 605, 628
  Bundesmonopolverwaltung für Branntwein 589
  Bundesrechnungshof 589
  Bundesverfassungsgericht 523, 525, 570, 589–591, 593, 594, 628, 671
  Bundesversicherungsamt 589
  Bundesverwaltungsgericht 589
  Eichamt 590
  Fabrikinspektion 309
  Forstdirektion 590
  Fronschreiber 97
  Geheimer Sekretär 140
  Generallandesarchiv 309, 335, 553, 603
  Gesundheitsamt 544
  Hauptzollamt 590
  Hofrat 123
  Landesbibliothek 377, 553, 569, 603, 609, 667
  Landesgewerbeamt 248, 572, 590, 615, 617, 671
  Landeshauptkasse 592
  Landespolizeiamt 422, 425, 428, 446, 475, 487
  Landesvermessungsamt 590
  Landesversicherungsanstalt Baden 591
  Landesversorgungsamt 590
  Legationsrat 140
  Münze 590

Oberamt 93, 97, 98, 111, 122, 123, 137, 157–160, 163, 166, 167, 194, 201
Oberamtmann 93, 97–100, 122, 123, 152, 232
Oberfinanzdirektion 309, 590, 671
Oberlandesgericht 374, 434, 508, 532, 555, 589, 590, 592
Oberpostdirektion 316, 373, 590
Rechnungshof 589, 590
Regierungspräsidium 241, 590, 631, 648, 672
Stadtamt 201, 202, 223, 239, 245, 295, 647
Statistisches Landesamt 590
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder 589, 590
Verwaltungsgerichtshof 590
Ämter und Institutionen, städtische
Almosenpfleger 101, 123
Arbeitsamt 337, 363, 364, 401, 402, 404, 407, 451, 492, 493, 538, 546, 548, 559, 580
Armenpfleger 258, 267, 322
Aufbauamt 542
Bauhof 388
Besatzungskostenamt 542
Bettelvogt 101, 122, 123, 180
Bezirksverwaltungsamt 535, 541, 542
Brotwieger 100
Büro für Flüchtlingswesen 542
Distriktpfleger 255
Elektrizitätswerk 315–317, 337, 630
Ernährungsamt 469, 491
Faß-, Gewichts- und Maßeicher 100
Feldschützen 101
Fleischschätzer 100, 203
Fürsorgeamt 388, 396–398, 401, 403–407, 409, 410, 412
Gartenamt 337, 388
Gartenbauamt 410, 616, 636, 638
Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 337
Gaswerk 242, 244, 268, 316, 334, 337, 372, 422, 499, 660
Gemeindegrundbuchamt 337
Gewerbe- und Preisprüfungsstelle 542
Gewerbegericht 337
Hafenamt 313, 337, 392
Hochbauamt 337, 535, 568
Jugendamt 397, 535
Krankenhausdirektion 337
Kriegsamtsstelle 363
Marktmeister 91, 101
Maschinenbauamt 337
Möbelausgleichsstelle 542
Nachtwächter 101, 122
Nahrungsmittelamt 395
Quartier- und Wohnungsamt 542
Ratsdiener 203
Rechts- und Finanzreferat 535
Rechtsamt 541
Schlacht- und Viehhof 337
Stadtarchiv 223, 296, 335, 337, 451, 553, 610, 669, 671
Stadtbauamt 388
Stadtbibliothek 210, 451, 471, 670
Stadtdiener 203
Stadtgeschichtliche Sammlungen 451, 452, 609–610, 670
Stadtkasse 102, 114, 121, 122, 156, 183, 194, 195, 202, 236, 272, 337, 388, 365, 461
Stadtphysikus 97
Stadtplanungsamt 548, 574, 576, 578, 579, 582, 586
Stadtverrechner 194, 202, 237, 270, 286
Stadtwachtmeister 203
Standesamt 337, 388
Statistisches Amt 337, 490, 491
Straßenbahnamt 337
Straßenverkehrsamt 542
Tiefbauamt 318, 337, 362, 398
Verkehrsbetriebe (VBK) 664
Vermessungsamt 388
Volksbücherei 336, 451
Wasserwerk 59, 316, 317, 325, 337, 454
Wirtschaftskontrollamt 541
Akzise 252, 254
Albtalbahn 56, 59, 315, 389, 587, 588, 664
Alemannen 23, 25, 27
Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa) 396, 430, 431
Allmende 279
Almosenempfänger 221
Almosenfonds 107, 166
Altkatholiken 238, 327, 341, 342, 384
Altstadtsanierung 579–583, 658, 659
Antijudaismus 271
Antisemitismus 442, 464, 468–470, 474, 481, 483–486
Arbeiterbewegung 247, 288, 345, 347, 348, 350, 453, 503, 504, 516
Arbeiterrat 378, 379
Arbeiterwehren gegen den Faschismus 422
Arbeitsbeschaffung 391, 471
Arbeitslosigkeit 59, 60, 167, 304, 396, 398, 401, 403, 407, 408, 413, 419, 422, 446, 471, 472, 509, 598, 602, 650
Armenfürsorge 166, 170, 255, 319, 321, 363
Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft-Karlsruhe (AAK) 546, 547
Ausschüsse, städtische (siehe auch Kommissionen)
Ausschuß für Leibesübungen 453
Fürsorgeausschuß 410, 411
Stadtausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege 452–454, 467
Ausländer 74, 228, 495, 618, 619
Ausstellungen 148, 226, 296, 332, 336, 417, 446, 448, 468, 469, 485, 548, 555, 571, 572, 597, 606, 610, 615, 617, 618, 669, 671
Alltag in Karlsruhe – Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte 671
Atomkraft als Friedenskraft 597
Das Kino 450
Deutsche Gastwirtschaftsschaftsausstellung 446
Die Geschichte der Vororte 610
Die stille Zerstörung 572
Große Deutsche Kunstausstellung für freie und angewandte Kunst 401, 448

Hans-Baldung-Grien-Schau 606
Hans-Thoma-Ausstellung 1939 469
Heilmittelmesse 569
Hortec 618
Industrieausstellungen 248
Karlsruhe baut für seine Bürger
Karlsruhe gestern – heute – morgen 615
Karlsruhe-Dammerstocksiedlung. Die Gebrauchswohnung 417
Klar und lichtvoll wie eine Regel – Planstädte der Neuzeit 670
Kunst in der Residenz 671
Moderne Grafik 468
Multimediale 670
Neue Künstlervereinigung München 332
Polizeitechnische Ausstellung 446
Revolution 1848/49 296, 336
Schreckenskammer der Kunst 468
Zehn Jahre Kunstankäufe der Stadt 610
240 Jahre Karlsruhe 610
Auswanderung 52, 91, 231, 384, 482, 484–486
Autobahn 390, 391, 528, 575, 598

Badische Kriegsarbeitshilfe 363
Badisches Gesang-Fest 261
Badisches Heimatfest 670
Bambifilmpreis 614
Banken 177, 222, 253, 272, 273, 307, 315, 486, 506, 557, 570, 671
einzelne Banken siehe Fabriken und Firmen
Barackenwohnungen 573
Bauordnung 69, 217, 254, 311, 572
Bauwesen 78, 80, 85, 97, 100, 102, 121, 126, 160, 169, 173, 210, 215–217, 434
Beamtenstadt 223, 304, 333, 550, 555, 618, 622, 623
Bebauungsplan 417, 576, 584
Bekennende Kirche 511
Berufe
Advokat 270
Aktuar 203
Apotheker 99
Archivar 144, 335, 451
Bäcker 39, 48, 79, 80, 94, 98–101, 157, 163, 169, 172, 366, 409
Bankier 206, 222, 236, 272
Barbier 98
Bibliothekar 145, 146
Brauer 202, 251, 274, 287, 288
Buchbinder 251
Buchdrucker 99, 140
Buchhändler 143, 229
Büchsenmacher 97
Cafetier 148
Chirurg 79, 97
Dekopist 203
Dienstbote 112, 157, 158, 161, 177–180, 218, 223, 255
Fabrikarbeiter 287, 288, 336, 346, 506
Fischhändler 90
Geistlicher 105, 186, 219, 510
Glaser 80, 94, 98, 99, 420
Glashändler 132
Goldarbeiter 251
Gymnasialprofessor 186
Händler 55, 85, 90, 93, 110, 113, 122, 174, 175
Hafner 251, 514
Handelsmann 99
Handwerker 48, 52, 73, 75, 77, 93–97, 102, 112, 142, 148, 157–159, 160, 171–173, 177, 212, 221, 223, 224, 250, 260, 261, 341, 345, 346, 407, 543, 618
Hebamme 97
Historiker 114, 120, 152, 153, 284, 377, 614
Hofhandwerker 99, 171–173, 176
Kaminfeger 268
Kleiderhändler 96
Knecht 160, 163, 177, 178, 181
Krämer 90
Kübler 94
Küfer 80, 98, 99
Kunstgärtner 268
Künstler 127, 149, 219, 225, 331–334, 399, 448, 449, 452, 554, 606, 668
Lackierer 252
Landwirt 162
Lehrer 110, 140, 143, 229, 235, 246, 248, 320, 329, 334, 360, 364, 377, 447, 461, 464, 468, 512, 513, 531, 552, 553, 607, 627
Magd 88, 177, 179–181, 258
Marmorier 132
Maurer 48, 53, 56, 80, 96, 97, 112, 142, 157, 173, 379, 507, 561
Mediziner 219, 255, 617
Messerschmied 97
Metzger 77, 79, 89, 94, 95, 98, 157, 251
Modistin 251
Perückenmacher 172–174, 180
Pfarrer 35, 37, 39, 41, 53, 92, 103, 105–108, 140, 158, 166, 168, 183, 186, 200, 241, 244, 255, 258, 291, 320, 337, 339, 342, 423, 510
Physikus 255
Posthalter 222
Professor 219, 326, 330, 331, 448, 498, 531, 625
Säckler 94
Sattler 172, 177, 658
Schieferdecker 97
Schlachthausaufseher 203
Schlosser 94, 97, 99, 113, 142, 152–154, 172, 177, 346, 376, 433, 505, 515
Schmied 252, 268
Schneider 48, 73, 80, 94, 96, 99, 101, 157, 172, 178, 251, 433
Schreiner 79, 94, 96, 142, 177, 217, 251, 345, 346, 458, 506, 581, 582, 601, 605
Schuhmacher 80, 83, 85, 94, 99, 157, 172, 251, 409
Schwertfeger 97
Seifensieder 98
Seiler 94
Sporer 97
Stadtamtschirurg 255
Tagelöhner 53, 73, 77, 78, 103, 105, 112, 155–158, 160, 162, 168, 218, 223

Textilhandwerker 94
Tierarzt 268
Uhrmacher 97
Verkäuferin 100
Wagner 48, 60, 94, 172, 177, 252
Waschfrau 53
Weber 94
Weinhändler 268
Windenmacher 97
Winzer 89
Wirt 40, 89–91, 94, 98–100, 137, 147, 202, 222, 274, 285, 394, 416
Zimmermann 73, 75, 79, 96, 98, 101, 179
Berufsfeuerwehr 499
Besatzung 183, 237, 264, 295, 296, 395, 401, 520, 528, 550
Bevölkerung 16, 20, 22–24, 34, 37, 43, 48, 51, 58, 60, 62, 66, 71–73, 78, 87, 95, 105, 106, 108, 110, 114, 115, 141, 143–145, 147, 151, 157, 160–165, 167, 175, 181, 185, 194, 199, 208, 218, 230, 232, 243, 271, 277, 296, 306, 317, 340, 347, 360, 365, 366, 371, 372, 374, 375, 381, 382, 384–386, 389, 398, 400, 401, 403, 404, 407, 413, 417, 427, 439, 446, 453, 456, 457, 475, 477, 481, 487, 490, 497, 498, 501, 503, 504, 506, 510, 526, 528, 529, 531, 532, 536, 541–544, 550, 558–560, 563, 567, 570, 572, 573, 581, 618, 620, 631, 640, 646, 648, 650, 658, 662, 671
Bibliotheken 126, 143–148, 320, 336, 451, 471, 592, 603, 608–610, 670
Biedermeier 230
Binnenhandel 89
Brunnen 46, 69, 88, 138, 175, 210, 212, 217, 238, 241, 607
Bundesgartenschau 242, 569–571, 579, 607, 614, 616–618, 629, 636–639, 666
Bürgeranhörung 61, 649
Bürgerannahme 97, 158, 298, 321
Bürgerausschuß 194, 202, 208, 215, 223, 234–237, 244, 252, 254, 255, 267, 268, 272, 285, 286, 291, 292, 299, 312, 314, 315, 317, 322, 324, 325, 329, 334–336, 338–340, 344, 345, 348, 353, 401, 410, 411, 415, 419, 428, 432–435, 437, 455, 457, 460, 461, 465, 466, 511
Bürgerentscheid 659, 663
Bürgergenuß 235, 326, 388
Bürgerinitiative 650
Bürgermeister 60, 75, 97–100, 102, 106, 122, 143, 157, 175, 193, 194, 201–206, 208, 212, 213, 226, 235–237, 244, 248, 255, 258, 260, 267, 270, 277, 292, 322, 324, 336–340, 342, 345, 385, 387, 390, 402, 409, 411, 418, 432–434, 458–460, 462, 466, 478, 525, 535, 537, 538, 540–542, 545, 556, 558, 559, 561–564, 573, 589, 592, 603, 608, 638, 641–644, 649, 651–654, 672
Bürgernutzen 235, 324, 325
Bürgerrecht 52, 75, 102, 105, 157–159, 185, 205, 207, 208, 218, 235, 273, 324
Bürgerversammlung 280, 282, 559
Bürgerwehr 266, 271, 277–280, 282, 283, 286, 289, 292–294, 296, 360, 452
Code Napoleon 199
Dampfbahn 56, 315, 389, 546
Demonstration 232, 425, 429–431, 483, 626, 649
Denkmal 134, 139, 216, 223, 241, 242, 296, 303, 374, 425, 487, 488, 533
Deutscher Bund 195, 207, 274, 278, 300
Deutsches Sängerbundfest Dresden 263
Dreiklassenwahlrecht 235, 236, 337, 432
Drittes Reich (siehe auch Nationalsozialismus, Nationalsozialisten und Parteien-NSDAP) 388, 448, 464, 467, 470, 471, 474, 477, 515, 545, 553, 554, 581, 594
Bund deutscher Mädel (BDM) 467, 475, 480, 494
Deportation 464, 487, 514, 611
Deutsche Arbeitsfrontjugend für Südwest 475
Deutsche Arbeitsfront (DAF) 426, 457, 475
Deutscher Frauenorden 427
Deutsches Frauenwerk 475
Ermächtigungsgesetz 457
Euthanasie 510
Fliegersturm 480
Frauenarbeitsdienst 492
Gauleitung 358, 387, 428, 464, 474, 483, 498, 555
Geheime Staatspolizei (Gestapo) 475, 476, 482, 496, 504–507, 509–514, 532, 561
Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums 459, 464, 468
Gleichschaltung 455–457, 460, 466–468
Hitlerjugend (HJ) 427, 466, 467, 475, 477, 479, 480, 489, 493, 494, 510
Jungvolk 480
Konzentrationslager (KZ) 457, 460, 470, 482, 484, 485, 487, 496, 504, 509, 510, 513–515, 532, 553–537, 553
Luftkrieg 209, 320, 371, 372, 374, 392, 394, 468, 470, 471, 490, 498–501, 526, 568, 603
Machtergreifung 455, 456, 466, 503, 509, 511, 514, 559
Machtübernahme 358, 384, 385, 387, 390, 391, 393, 418, 445, 455, 456, 468, 471, 480, 492, 503, 509, 511, 512, 514, 559
Metallsammlung 479
Mutterkreuz 492
Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) 475, 478, 479, 494
Nationalsozialistische Jugend-Betriebszellen Gau Baden 475
Nationalsozialistisches Fliegerkorps (NSFK) 393
NSDAP siehe Parteien
NS-Frauenschaft 475
NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude (KDF) 477
NSDAP-Amt für Beamte 483, 484
Nürnberger Gesetze 485
Reichskristallnacht 484, 485
Reichsstatthalter 459
Schutzhaft 430, 457, 460, 476, 503–505, 509, 514
Sturmabteilung (SA) 427, 428, 431, 442, 445, 458–460, 465, 467, 474, 476, 480–482, 484
Schund- und Schmutzgesetz 471
Schutzhaft 457, 503–505, 509

Schutzstaffel (SS) 460, 465, 467, 475, 476, 481, 482, 484, 487, 494, 529
Volksgemeinschaft 455, 456, 477, 503, 513
Volksgerichtshof 510, 513
Volkssturm 494, 501, 527
Wehrmacht 462, 470, 490, 492, 494, 495, 513
Werwolf 529
Westwall 472–474
Winterhilfswerk 478, 479
Zwangsarbeiter 493–496, 501, 508, 510, 513, 526, 528, 529, 669
Zwangsarbeiterinnen 495
Zwangssterilisationen 492

Ehrenbürger 459, 533, 562, 615, 616, 640, 651
Ehrendienst 547
Ehrenmedaille 562
Eingemeindungen 16, 52, 59–62, 206, 210, 212, 244, 299, 311, 322–326, 336, 339, 382, 384–388, 464, 471, 474, 498, 558, 567, 588, 610, 619, 641, 646–649
Einquartierungen 43, 72, 181, 183, 194, 195, 204, 543
Einwohnergemeinde 236, 322, 336, 337
Eisenbahn 53, 56, 231, 239, 240, 252, 254, 270, 304, 307, 312, 314, 390
Elektrizitätsversorgung 315, 317, 322, 630
Entnazifizierung 529, 531–533, 535, 536, 539, 541, 542, 546
Erwerbslose 361, 382, 397–399, 401, 411, 422, 427, 430, 431, 436, 444, 446, 473
Erwerbslosenausschuß 410
Erwerbslosenfürsorge 397, 401
Etat 407, 632, 645, 646
Europäische Kulturtage (EKT) 670
Evakuierung 474, 489
Expressionismusstreit 448

Fabriken und Firmen 53, 54, 174, 177, 226, 248, 251–255, 264, 270, 273, 287, 304, 306–308, 312, 318, 346, 363, 385, 398, 476, 492, 496, 629
Albtalverkehrsgesellschaft (AVG) 588, 664
Auktionsanstalt für Bücher und Kunstsachen 229
Badenia, Verlag und Druckerei 424
Badenwerk 416
Badische Blechpackungswerke 387
Badische Gebäudeversicherungsanstalt 591
Badischer Gemeindeversicherungs-Verband 591
Badische Kommunale Landesbank 591
Badische Lederwaren Mühlburg 402
Badische Luftverkehrs-Gesellschaft m. b. H. 392
Badische Maschinenfabrik Durlach 54, 656
Baumwollspinnerei Durlach 52
Barlow und Manby 243
Benz & Co, Mannheim 361
Berlin-Karlsruher Industriewerke 422
Billing & Zoller 402
Blechwarenwerke AG. 385
Brauereien 52, 55, 296, 306, 307, 308, 344, 372, 407, 462, 463
Braun, Hofbuchdruckerei 238
Bundesbahnausbesserungswerk 656
Chemische Fabrik Rüppurr 54
Christoffle & Cie, Edelmetallwarenfirma 252, 306
Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken (DWM) 304, 305, 307, 350, 361, 363, 368, 369, 372, 374, 377, 378, 397, 495, 496, 549
Deutsche Erdöl Aktiengesellschaft (DEA) 599, 600
Eisenbahnwerkstätten 306
Englischlederfabrik, Rüppurr 52
Esso 599, 600, 656
Fayence, Durlach 52
Focke-Wulf, Bremen 393
Franz, Tapetenfabrik 252
Gablonzer Schmuckindustrie 549
Glacélederfabrik, Mühlburg 54
Griesbach, Tabakfabrik 222, 252
Gritzner & Kayser, Nähmaschinenfabrik 54, 549
Grundig 656
Gustav Genschow, Munitionsfabrik 496
Haid & Neu 306, 350, 401, 402, 549
Hallwachs und Geyer, Chemikalienfabrik 252
Haspersche Buchdruckerei 238
Helm, Tapetenfabrik 252
Hoepfner, Brauerei 306
Homburger, Bankhaus 307
Iken, Wäscherei 385
Industriewerke Karlsruhe Augsburg (IWKA) 656, 660, 668
Junker & Ruh 402, 422, 496, 549, 602, 629, 656
Junkers Flugzeugwerke AG 392
Kammerer, Tapetenfabrik 252
Karlsruher Baustoff-Industrie GmbH 414
Karlsruher Kunstverlag 206, 236
Karlsruher Luftfahrtgesellschaft 393
Karstadt, Kaufhaus 470
Keßler, Maschinenfabrik 54, 252, 254, 255, 273, 287, 288, 293, 304
Knopf, Kaufhaus 306
Krappfabrik, Durlach 52
Krappfabrik, Mühlburg 52
Krappfabrik, Grötzingen 52
Kühn, Feilenfabrik Ettlingen 304
L-Bank (Landeskreditbank, Landeskreditanstalt) 657, 671
Lithographische Kunstanstalt 206, 236
Lufthansa 393
Luftverkehr A.G. Württemberg 392
Macklotsche Hofbuchhandlung 221
Malsch und Vogel, Druckerei 238
Maschinenbaugesellschaft 253, 304, 402–404
Mauser-Werke 496
Michelin, Reifen 402
Mineralölraffinerie Oberrhein (MIRO) 656
Moninger, Brauerei 306
Müller'sche Hofbuchhandlung 221, 264, 289
Neff, Bretten 602, 629
Neue Heimat Baden 659
Oberrheinische Mineralölwerke (OMW) 629, 631
Ölraffinerien 557, 598, 618
Papierfabrik Braun & Co 385
Pfannkuch & Co 402

Printz, Brauerei 306
Reichsbahnausbesserungswerk 495
Rieger & Compagnie, Tabakfabrik 306
Ritter AG 656
Röser, Verlag 660
Samsreiter, Senffabrik 252
Schärer & Co 402
Schmalbach Lubeca 656
Schmieder und Mayer, Chaisenfabrik 252, 254, 288
Schnellwagenfabrik 402
Schrempp, Brauerei 306
Schwabe, Arzneimittelfabrik 549
Seidenkompagnie, Durlach 52
Seldeneck, Brauerei 52, 306
Seeligman & Co., Bankhaus 307
Seneca, Eisengießerei und Maschinenfabrik 54, 306, 402
Siemens 549, 598, 656
Singer, Nähmaschinenfabrik 656, 657
Sinner, Brauerei 40, 55, 59, 306, 372, 402, 416, 454
Spezerey- und Eisenwarenhandlung Schmieder und Füeßlin 237
Spinnerei Ettlingen 273
Stecknadelfabrik, Durlach 52
Stern & Cie, Marmeladefabrik 369
Süddeutsche Arguswerke Heinrich Koppenberg 496
Tabakfabrik, Durlach 52
Technologiefabrik 657
Tietz, Kaufhaus 306
Unterberg & Helmle 402, 404
Vogel und Bernheimer, Zellulosefabrik 387
Vogel & Schnurmann 306, 307.
Voit, Orgelfabrik Durlach 54
Wertheim, Kaufhaus 306
Wohnungsbau für Industrie und Handel GmbH 416
Wolff & Sohn, Parfümerie- & Toilettenseifenfabrik 306, 307, 402, 407, 416
Würtenberger & Haas 307, 402, 416
Zentralwerkstätten für die badische Eisenbahn 252
Ziegelwerk Ittersbach 414
Zuber und Comp., Bijouteriefabrik 252
Zuckerfabrik Waghäusel 273
Faschingsumzüge 396
Fernsehen 613, 614
Feuerwehr 53, 264, 266, 279, 280, 292, 293, 301, 499
Finanzen, städtische 99, 336, 472, 539, 631, 650, 651
Firmen siehe Fabriken und Firmen
Fischerei 23, 28, 50
Flächennutzungsplan 567
Flüchtlinge 181, 259, 413, 414, 536, 602, 618
Flurnamen 18, 19, 31, 41, 610
Franken 23, 25, 27
Franzosen 46, 66, 114, 142, 157, 158, 181, 183, 186, 196, 279, 369, 371, 400, 448, 495, 496, 520, 528, 529, 535, 541, 609
Frauen (Geschlechterverhältnis) 53, 56, 148, 149, 154, 163, 178, 179, 196–198, 220, 221, 228, 247, 250, 251, 255, 257, 258, 261, 282, 289–291, 301, 302, 305–308, 318, 319, 322, 326, 328, 329, 331, 341, 342, 346, 349–351, 361–363, 365, 369, 374, 375, 396–398, 401, 410, 420, 424, 432, 434, 436, 437, 448, 466, 475, 483, 487, 491–495, 503, 515, 516, 528, 529, 531, 533, 538, 540, 543, 547, 549, 557, 597, 607, 618, 620, 622, 626, 634, 655, 670
Frauenbewegung 300, 320, 350, 351, 365, 538
Freiwillige Feuerwehr 53, 264, 266, 279, 293, 301, 499
Durlach 53, 265
Freiwilliger Arbeitsdienst 477
Freizügigkeit 298, 304
Friedensgesellschaft 431
Fröbelscher Kindergarten 257
Fron 72, 231
Fürsorgepolitik 300, 309, 318, 321, 322

Gabholzrecht 169
Garnison 53, 277, 294, 296, 299, 304, 309, 381, 382
Gas 242–244, 270, 316, 317, 322, 326, 337, 372, 385, 422, 499, 539, 542, 630, 650
Gastarbeiter 618, 619, 628, 650
Gedenkstätte Gurs 611
Gemarkung 18, 24, 28, 31, 32, 34, 36–39, 41, 45, 48, 56, 57, 59, 60, 204, 211, 235, 236, 252, 255, 311, 323, 324, 326, 384, 386, 387, 473, 487, 499, 597, 662
Gemeindeordnung 202, 203, 234–236, 336, 466, 541, 558, 559, 563, 653
Gemeinderat 59, 61, 111, 159, 202, 230, 232, 235, 237–239, 264, 267–270, 272, 273, 277–280, 282, 283, 285, 286, 292–294, 296, 301, 316, 326, 345, 353, 385–387, 437, 459, 503, 504, 532, 533, 537–542, 558, 559, 562–566, 569, 570, 573–576, 578, 583, 585, 589, 597, 599, 605, 610, 616, 631–637, 640, 642–644, 649–655, 659, 662, 663, 665, 666, 668, 671
Gemeinderecht 202
Gemeindereform 16, 61, 201, 322, 648
Gemeindeverordnung 323
Gemeindeversammlung 235
Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft vertriebener Elsaß-Lothringer 414
Generalbebauungsplan 384, 385, 390, 434, 454, 576, 584
Generalstreik 544
Generalverkehrsplan 567
Gericht 98, 100, 295, 526, 564, 627
Germanen 23, 27
Gewerbe 46, 48, 51, 55, 72, 88–90, 95, 101, 103, 120–122, 134, 144, 157–159, 171, 172, 174, 212, 221, 226, 245, 248, 250–252, 254, 299, 306, 311, 321, 345, 542, 550, 609, 620, 622, 650, 655
Gewerbeaufsicht 363
Gewerbeförderung 72
Gewerbefreiheit 249, 252, 298, 337
Gewerbegesetz 298
Gewerbesteuer 236, 646
Gewerkschaften 343, 347, 348, 350, 405, 420, 457, 503, 504, 533, 537, 538, 554, 561, 602
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB) 401, 538
Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa) 396, 430, 431

Brauerei- und Mühlenarbeiterverband 463
Christliche 350
Deutsche Angestelltengewerkschaft DAG 524
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 524
Deutscher Metallarbeiterverband 350, 457
Gewerkschaftskartell 350, 364, 368, 395, 396, 398, 429, 430, 431
Hirsch-Dunckersche 350
IG Metall 602
Metallarbeitergewerkschaft 433
Metallarbeiterverband 378
Goldwäscherei 50
Großherzogtum 187, 192, 194, 199–201, 209, 228, 231, 233, 246, 258, 276, 300, 301, 304, 309, 319, 350

Hambacher Fest 230, 234
Handel 41, 48, 51, 72, 88–90, 102, 103, 112, 120, 144, 157, 158, 175, 200, 221, 222, 239, 290, 303, 304, 307, 309, 338, 382, 416, 548, 550, 620, 628
Händel-Festspiele 670
Handelskammer 222, 224, 303, 304, 307, 361, 405, 541, 663, 672
Handwerk 48, 53, 73, 75, 93, 94, 112, 171–174, 177, 200, 204, 222, 251, 306, 307, 309, 382, 407
Hardtwaldgenossenschaft 32, 50
Hardtwaldvertrag 324, 325
Harzburger Front 420
Haupt- und Residenzstadt 53, 186, 192, 200, 204, 218, 230–232, 239, 266, 274, 279, 283, 285, 296, 300, 320, 322, 323, 326, 329, 331, 332, 335, 340–343, 353, 358, 378, 381, 402
Haushaltslage 645, 646
Heimatvertriebene 544
Hintersassen 52, 75, 101, 102, 121, 123, 138, 156–160, 166, 175, 212
Hochschulen (siehe auch Universität)
Akademie der Bildenden Künste 228, 331, 447, 552, 603, 606, 607
Fachhochschule/Staatstechnikum 484, 603, 672
Hochschule für Gestaltung (HfG) 668, 669
Landeskunstschule 447
Polytechnikum 241, 248, 250, 252, 254, 301, 304, 310
Musikhochschule 260, 334, 335, 552, 603, 605, 646, 666, 667, 670
Technische Hochschule 250, 304, 310, 326, 329, 347, 374, 405, 425, 429, 451, 454, 458, 484, 497, 498, 506, 552, 596, 603, 607, 630
Hochwasser 31, 221, 326, 368
Hoover-Speisung 545
Hugenotten 31, 37, 71, 107

Industrialisierung 39, 53, 59, 204, 239, 253, 298–300, 303, 307, 309, 313, 318, 320, 321, 339, 622, 629
Industrie 19, 40, 53, 59, 222, 231, 247, 254, 298, 303, 304, 307, 308, 348, 362, 382, 401, 403, 407, 408, 412, 414, 416, 492–494, 531, 541, 548–550, 555, 556, 588, 590, 595, 596, 598, 618, 622, 628, 629, 646, 648, 656, 663, 672
Industriestadt 53, 54, 239, 251, 253, 300, 304, 407, 498, 540, 549, 622
Industrie- und Handelskamer (IHK) 222, 567, 657, 672
Inflation 358, 388, 398–400, 414, 431, 448

Jagd 67, 70, 515
Jahrmarkt 92, 613
Jakobustheater 244
Jesuiten 151
Juden 46, 52, 79, 87, 90, 95, 98, 101, 105, 110–112, 121, 141, 161, 199, 200, 206, 218, 298, 299, 312, 327, 339, 342, 343, 429, 456, 461, 464, 468, 470, 471, 474, 480, 482–487, 513, 514, 532, 571, 611, 640, 671
Jugend- und Studentenprotest 624
Jugendwehren 362

Kammertheater 604
Kanalisation 53, 60, 316–318, 324, 402, 542
Kapp-Putsch 429
Kapuziner 108, 109
Karlsbader Beschlüsse 233
Karlsruher Festwoche 446
Katholiken 46, 72, 85, 91, 103–105, 109, 112, 113, 151, 152, 160, 161, 185, 218, 232, 284, 299, 327, 339–343, 352, 510, 513, 620
Kelten 23
Kinos 368, 396, 450, 470, 471, 553, 576, 613, 614, 623, 660, 670
Kirchen 18, 27, 28, 31, 35–37, 39, 41, 73, 77, 92, 93, 103–109, 111, 132, 134, 138, 140, 186, 199, 215, 216, 218, 226, 228, 244, 246, 255, 261, 284, 298, 309, 339–341, 344, 347, 349, 369, 382, 384, 405, 425, 485, 510, 511, 571, 574, 576, 620
Kirchenrat 107
Klassizismus 214
Kleingartenkolonien 365
Kleinkinderbewahranstalt 257
Kommissionen, städtische (siehe auch Ausschüsse)
Armenkommission 255, 258, 364
Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge 410
Kriegsunterstützungskommission 364
Sportkommission 466
Kommunalverbände 366
Kommunisten 428, 429, 431, 439, 442, 457, 503–506, 509, 515, 535, 537, 538, 541, 560, 562
Konkordat 455
Konstitutionsedikte 199
Kraichgaubahn 315
Kriege 23, 31, 34–36, 39, 43, 45, 46, 50, 60, 66, 67, 144, 193, 194, 196, 197, 199, 294, 298, 300–303, 319, 341, 358, 359, 361, 363, 365, 367, 371, 376, 388, 392, 394, 397, 401, 402, 414, 424, 434, 447, 450, 452, 456, 462, 479, 487, 488, 490–494, 499, 501, 502, 513, 526, 528, 533, 543, 549, 552, 553, 556, 573, 581, 590, 603, 610, 618
1866: 298, 300, 301, 319
1870/71: 300–303, 311, 319
Befreiungskriege 196, 206, 263
Dreißigjähriger Krieg 30, 31, 35
Erster Weltkrieg 59, 60, 304, 306, 316, 331, 336, 348, 350, 353, 358, 359, 375, 381, 382, 384, 392, 397, 398, 429, 451, 453, 479, 489, 490, 492–494

Freiheitskriege 318
Pfälzischer Erbfolgekrieg 34, 35, 43, 46, 75, 85
Revolutionskriege 196, 222
Siebenjähriger Krieg 90
Spanischer Erbfolgekrieg 66
Zweiter Weltkrieg 187, 392, 451, 452, 456, 473, 487, 488, 508, 556, 559, 574, 580, 622
Kriegerdenkmäler 303, 374
Kriegsanleihen 369
Kriegsfürsorge 363
Kriegsgefangene 374, 375, 487, 493–496, 513, 532, 541, 559, 643
Kriegsheimkehrer 536, 543
Kriegskosten 159, 194, 195, 550
Kriegswohlfahrtspflege 365
Kulturkampf 298, 339–342, 347
Kupferstichsammlung 142
Kurfürstentum 186

Landeshauptstadt 55, 209, 386, 388, 390, 407, 422, 426, 520–522, 525, 526, 539, 540, 553, 558, 589–592, 611, 615, 616, 622, 673
Landesregierung 61, 195, 208, 238, 254, 276, 293, 298, 336, 342, 358, 376, 393, 429, 455, 511, 520, 533, 556, 561, 582, 590–592, 595, 608, 631, 648, 671
Landtag (siehe auch Ständehaus) 208, 209, 232, 233, 235, 237, 239, 266, 271, 273, 274, 279, 282, 291, 298, 300, 336, 338, 343, 344, 347, 349, 351, 352, 412, 425, 426, 430, 435–437, 439, 448, 449, 451, 457, 482, 504, 539–541, 551, 561, 562, 566, 578, 596, 624, 629, 643, 649–651
Landwirtschaft 37, 40, 48, 52, 53, 55, 56, 58, 59, 91, 95, 119, 144, 145, 163, 177, 200, 211, 250, 272, 307, 345, 362, 375, 387, 400, 455, 492, 494, 544, 585, 591, 620
Lebensmittel 94, 198, 202, 301, 308, 360, 366, 367, 369, 395, 551
Lebensmittelkarten 366, 386, 490, 491, 514, 536, 544, 550
Lebensmittelversorgung 91, 360, 395
Leibeigenschaft 43, 46, 120
Leihbibliothek 229, 297
Lindenblütenfest 613
Lokalbahn 56, 59, 307, 315, 388, 389
Luftschutz 494, 498
Luftverkehr 392, 393, 412
Lutheraner 35, 46, 72, 91, 93, 103–109, 111–113, 151, 166, 185, 186, 199, 200, 218, 313

Maasvisitation 100
Maifeiern 240, 244, 255, 290, 313, 323, 344, 347, 389, 433, 446, 457, 461, 462, 465, 468, 477, 503
Manufakturen 52, 90, 174, 176, 222, 226
Markgenossenschaft 32, 50
Markgrafen 28–32, 34–37, 40–47, 50, 52, 59, 66, 69–73, 75, 77, 78, 80, 85–87, 89, 90, 92–95, 97, 98, 101–127, 132–135, 140, 144–147, 150–158, 160, 162, 166, 167, 169–171, 173–177, 181, 182, 184, 217, 226, 246, 581, 605
Markgrafschaft 34, 35, 37, 43, 47, 51, 66, 69, 72, 89, 93, 103, 107, 108, 110, 111, 114, 119, 128, 140, 152, 157, 166, 167, 174, 181–183, 186, 195, 520
Märkte 48, 52, 79, 90–93, 102, 143, 178, 215, 248, 251, 254, 264, 389, 550, 601, 667
Marshallplan 549
Merowinger 25
Messe 108, 613
Milchzentrale 367, 389, 434
Militär 52, 58, 73, 123, 148, 160, 161, 181, 182, 186, 193, 195, 210, 213, 218, 219, 263, 266, 271, 292, 294, 301, 303, 340, 360, 362, 369, 382, 414, 497
Stellvertretendes Generalkommando 363, 369, 376
Militärregierung 521, 529, 531, 534, 544, 546
Modellhaus 87, 129, 134, 136, 137, 303
Moslems 620
Mühlberger Richtung 45
Multiplex-Kino 660
Museen (siehe auch ZKM) 148, 198, 215, 219, 220, 221, 226, 228, 261, 332, 333, 353, 452, 469, 555, 558, 572, 590, 605, 606, 667, 668
Armeemuseum 594
Badische Kunsthalle 447
Badischer Kunstverein 228, 606
Dichtermuseum 336
Gemäldegalerie 142
Großherzogliche Staatssammlungen für Altertums- und Völkerkunde 332
Kunstgewerbemuseum 451
Kunsthalle 118, 238, 241, 330–332, 447, 448, 452, 468, 469, 553, 555, 571, 594, 603, 606, 607, 615, 667, 671
Kunstverein 226, 228, 236, 238, 309, 330, 332, 451, 555, 606, 610, 670
Landesmuseum 24, 332, 451, 452, 468, 553, 569, 603, 605, 606, 615, 667, 671
Landesmuseum für Naturkunde 118, 332, 499, 606
Naturalienkabinett 332
Pfinzgaumuseum 24, 42, 610, 669
PrinzMaxPalais 669–671
Scheffelmuseum 452
Musik 259, 270, 333–335, 450, 452, 544, 603, 612, 614, 623, 668
Musikbildungsanstalt 260

Nanter Edikt 107
Nationale Studentenschaft 426
Nationaler Frauendienst (NFD) 363–365
Nationalliberale (siehe auch Parteien, nationalliberale Partei) 339, 341, 343–345, 347–349, 351–353, 377, 423, 424, 434, 435, 437, 441
Nationalsozialismus (siehe auch Drittes Reich) 261, 343, 444, 471, 476, 480, 482, 503, 510, 511, 514, 516, 531, 532, 539, 550, 561, 607
Nationalsozialisten (siehe auch Drittes Reich) 320, 386, 412, 415, 420, 426–429, 431, 433, 434, 437, 439, 442, 444, 445, 449, 456, 458, 460, 464–466, 468–472, 474, 477, 482, 484, 485, 487, 492, 493, 503, 504, 509–511, 515, 533, 547, 551
Neues Bauen 417

Notgeld 399
Notstandsarbeiten 60, 388

Oberbürgermeister 60, 176, 194, 196, 198, 202–204, 206, 208, 213, 215, 217, 219, 226, 234, 236–238, 243, 245, 248, 255, 259, 267–272, 279, 280, 283, 286, 288, 292–294, 312, 316, 324, 330, 336–339, 342, 345, 358, 377, 378, 384–390, 398, 399, 404, 410–412, 415, 419, 428, 432, 436, 440, 449, 455, 458, 459, 461–463, 466, 470, 478–480, 483, 497, 511, 521–523, 525, 531, 535, 537, 539–541, 546, 549, 552, 555, 558–560, 563, 564, 566, 567, 569, 571, 577, 580, 583, 589–592, 594, 595, 597–599, 605, 608, 615, 616, 630, 632–637, 639–645, 647–649, 651–653, 663, 665, 668, 669, 671, 672
Oberrat der Israeliten 199, 200, 482
Offenburger Versammlung 282, 292
Ohmgeld 89, 91, 98, 101, 204
Ölpipeline 599
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) 587, 588, 662–664
Organisationsedikte 199

PAMINA 672
Parksiedlungsgenossenschaft „Eigenhandbau" 416
Parteien 266, 269, 285, 298, 300, 309, 339, 342–345, 347–351, 353, 358, 375–378, 381, 391, 410–412, 419–431, 434–437, 439–442, 444–446, 456–458, 460–462, 465–467, 470, 474, 475, 477–479, 482, 489, 494, 497, 501, 503, 511, 514, 524, 525, 533, 537–544, 551, 552, 558–560, 562–566, 627, 632, 633, 635, 637, 639–644, 650, 652–654, 665
Bayernpartei 594
Christlich Demokratische Union (CDU) 522, 524, 525, 535, 537–542, 556, 559–566, 578, 583, 585, 589, 592–594, 597, 599, 623, 630–645, 649, 651–654, 663–666
Christlich Demokratische Partei (CDP) 537, 538
Christliche Volkspartei 424
Deutsche Demokratische Partei (DDP) 423, 424, 430, 432, 434–441, 445, 465, 538
Deutsche Partei 426
Deutsche Volkspartei (DVP) 423, 424, 436–442, 445, 458, 462, 524, 538, 540, 541
Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 424, 426, 434–442, 445, 446, 457, 468
Deutschvölkische Freiheitspartei 425
Die Grünen 149, 353, 578, 613, 618, 650, 651, 653, 663–666, 668
Evangelischer Volksdienst 387, 437, 445, 465
Fortschrittliche Volkspartei 343, 344, 377, 423
Freie Demokratische Partei (FDP) 524, 562–566, 576, 594, 627, 631–638, 640, 644, 652–654, 663–665
Freisinnige Volkspartei 233, 343, 344, 351–353
Karlsruher Alternative Liste (KAL) 654, 664–666, 668
Katholische Volkspartei 340, 344, 345, 347, 352
Kommunale Wirtschaftliche Vereinigung 436
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD, siehe auch Kommunisten) 410–412, 420–422, 427, 429, 430, 435–437, 439–442, 444–446, 453, 456, 464, 504–507, 515, 525, 532, 533, 537, 538, 540, 541, 560, 565, 566
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 624, 625, 627, 633, 636, 644
Nationalliberale Partei (siehe auch Nationalliberale) 339, 344, 345, 347, 423, 424, 434
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 385, 390, 391, 412, 422, 425–429, 431, 434, 436, 437, 441, 442, 444–446, 455–458, 460–469, 474–476, 478, 480, 481, 483, 484, 488, 491, 493, 503, 506, 508, 511, 512, 514, 515, 529, 535, 546, 559
Nationalsozialistische Freiheitsbewegung 426, 439
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) 668
Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung 436
Republikaner (REP) 655, 668
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD, siehe auch Sozialdemokraten, Sozialdemokratie) 348–352, 376–378, 395, 396, 398, 408, 411, 412, 417, 420–422, 424, 427, 430–442, 444–446, 448, 455, 458, 460, 461, 464–466, 504, 507, 508, 511, 515, 522, 524, 533, 535, 537–541, 557, 559, 562–566, 576, 583, 593, 623, 627, 630, 632–646, 651–655, 663–666
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 533
Spartakusbund 398, 420
Staatspartei 445, 465
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 376, 378, 396, 420, 421, 424, 429, 435, 438, 439, 441
Unpolitische Wirtschaftsgruppe 436
Vereinigte Wählergruppe 465
Völkischer Block 439
Völkisch-Sozialer Block 426
Wirtschaftliche Vereinigung 445
Zentrum 340, 343, 347, 349, 351–353, 376, 377, 420, 424, 430, 432–442, 444–446, 450, 451, 455, 457, 458, 465, 466, 482, 504, 512, 513, 533, 537, 559, 561, 594
Pauperismus 231
Petitionssturm 279
Pfundzoll 89–91
Polizei 122–124, 156, 166, 271, 286, 288, 399, 410, 425–427, 429–431, 445, 458, 475, 505, 508, 510, 544, 627, 632, 646
Polizeideputation 122–124, 166–168, 212
Positive Christen 342
Post 240, 263, 304, 312, 316, 360, 389, 494, 521, 590
Presse (siehe auch Zeitungen) 234, 252, 254, 264, 268, 269, 272, 279, 287, 289, 315, 344, 377, 391, 423, 424, 428, 431, 456, 460, 479, 482, 485, 503, 533, 544, 576, 597, 614, 627, 639, 642
Pressefreiheit 208, 233, 234, 266, 274, 275, 279, 456
Preußisch-Rheinische Dampfschiffahrtsgesellschaft 238
Privattheater „Die Insel" 604
Privilegien (siehe auch Stadtprivilegien) 37, 43, 46, 70, 72, 75, 78, 80, 89–91, 94, 95, 97, 98, 101, 102, 110, 120, 122, 159, 172, 235, 532

Prostitution 581
Protestanten 327

Rabbiner 111, 200
Ratsverwandte 100, 123, 180, 194
Raumordnungsplan 567
Reformation 30, 31, 34, 36, 42, 88, 103
Reformierte 37, 72, 103, 104, 107–109, 112, 113, 130, 153, 161, 183, 185, 199, 200, 218
Reichsdeputationshauptschluß 192
Reichstag 348, 375, 377, 424, 438, 442, 456, 482
Reichstagsbrandverordnung 456
Reichsverfassungskampagne 276
Residenz 40, 43, 51, 52, 54, 66, 69–71, 75, 87, 88, 91, 97, 99, 103, 105, 107, 109, 110, 115, 120, 122, 124, 127, 128, 132, 143, 147, 150, 152, 153, 155, 158, 160–162, 165, 181–187, 192, 202, 212, 216, 222, 232, 233, 254, 272, 274, 277, 279, 280, 386, 450, 460, 520, 558, 591, 594, 616, 622
Residenz des Rechts 558, 591, 594, 623
Revolutionen 53, 154, 157, 181, 196, 197, 199, 204, 207, 218, 230–232, 238, 241, 262–264, 266, 271, 272, 274–276, 279, 280, 284, 285, 291, 292, 295–298, 300, 319, 336, 339, 343, 344, 349–351, 358, 359, 377–379, 424, 425, 447, 449, 451, 458, 508, 529, 589, 649
1848/49: 230, 254, 263, 271, 272, 274, 276, 278–281, 283, 284, 295, 298, 319, 336, 344, 589
Februarrevolution 1848: 275, 279
Französische 87, 207
Juli-Revolution 1830: 230
1918/19: 339, 351, 359, 377, 378, 425, 447
Rheinbahn (Maxaubahn) 315
Rheinbundakte 192
Rheinhafenbesetzung 398, 400, 401
Rheinkorrektion 17, 57–59, 312
Rheinschiffahrt 238, 304, 368
Römer 23, 24
Rotes Kreuz 301, 302, 319, 320, 363, 360, 363–365, 369, 451
Rundfunk 539, 615

Säkularisierung 30, 36, 146, 185, 284, 342
Salischer Kirchenraub 27
Salz 22, 121, 122, 215
Sandkorntheater 670
Schatzkästlein des rheinischen Hausfreunds 229
Schatzung 87, 89, 121
Schiffahrt 23, 28, 49, 313
Schulden 204, 646
Schulen 39, 52, 110, 140–143, 156, 180, 214, 240, 244–250, 263, 310, 318, 320, 322, 323, 326–331, 335, 337, 338–340, 342, 359, 360, 368, 451, 467, 479, 480, 533, 551, 552, 590, 608, 609, 625, 638, 645, 659, 660
Allgemeine Musikbildungsanstalt 334
Architektonische Zeichenschule 142
Berufsschule 139, 142, 248
Bürgerschule 328
Ecole Polytechnique in Paris 250
Elementarschule 244, 246
Europaschule 578, 597
Fortbildungsschule 244, 247, 248, 327, 328
Frauenarbeitsschule 328
Freihandzeichenschule 141
Garnisonsschule 246
Gewerbeschule 24, 53, 241, 247, 248, 250, 326, 328, 331, 368, 369, 463
Gymnasium 43, 51, 52, 69, 92, 140–142, 145, 148, 150, 153, 229, 328, 329, 337, 479, 480, 578, 609
Handelsschule 327, 328, 610
Haushaltungsschule für junge Mädchen 319
Höhere Töchterschulen 246
Industrieschule 244, 247
Jungenrealgymnasien 328
Katholische Schule 246
Kleinkinderschule 319
Knabenfortbildungsschule 480
Knabengymnasium 328
Knabenrealschule 328
Kunstgewerbeschule 331
Kunstschule 142, 330
Luisenschule 401
Lyceum 245, 246, 248, 250, 263
Mädchenfortbildungsschule 480
Mädchengymnasium 247, 326, 329
Mädchenrealschule 142, 143
Mädchenschule 245, 246, 328, 329
Malerinnenschule 330
Mittelschule 244, 326
Nähschule 247
Realgymnasium 328, 513
Realschule 141, 142, 151, 247, 248, 609
Ruf'sches Institut 143, 246
Simultanschule 245
Sonntagsschule 244, 245
Sophienschule 247, 258, 328, 346
Töchterschule für gebildete Stände 247
Tullaschule 414
Viktoriapensionat 329, 365
Volkshochschule 347, 553, 609
Volksschule 108, 140, 143, 167, 238, 245, 326–328, 368, 462, 464, 480, 552, 578, 609
Zweite Stadtschule Klein-Karlsruhe 246
Schultheiß, jüdischer 111
Schuttbähnle 546
Schutzbürger 101, 102, 110, 159, 207, 211, 212, 234
Schutzgeld 110, 204
Schutzjuden 102, 182
Schwäbischer Kreis 66, 73, 90
Schwarzmarkt 379, 544, 550
Selbstverwaltung 203, 236, 279, 534, 542
Siedlungen 16, 18, 19, 23–25, 29, 32, 36, 55, 57, 71, 97, 103, 155, 156, 158, 161, 185, 309, 311, 382, 416, 417, 473, 474, 548, 574, 577, 580, 587
Sinti und Roma 487
Soldaten 66, 73, 94, 123, 156, 158, 160–163, 169, 193–196, 198, 259, 266, 271, 277, 278, 282, 296, 300–303, 364, 371, 374, 378, 379, 381, 396, 400, 476, 486, 488, 490, 502, 524, 526, 528, 533

Soldatenräte 378, 379, 381
Sozialdemokraten (siehe auch Parteien, SPD) 296, 300, 318, 343, 347–350, 352, 353, 375, 376, 433, 435, 439, 457, 460, 465, 482, 503–505, 507, 508, 511–513, 535, 537, 540, 642
Sozialstruktur 22, 217, 381, 382, 408, 618, 660, 667
Sparkasse 53, 223, 359, 429, 464, 572, 615
Spital 36, 41, 111, 168, 250, 258
Sport 182, 350, 353, 454, 466, 477, 622, 666
Spruchkammer 462–464
Stadtentwicklungsplan 657
Städteordnung 321, 323, 337, 339
Stadterweiterung 41, 128, 130–132, 135, 138, 141, 163, 214, 216, 254, 267, 309, 324, 574, 648
Städtetag, badischer 336
Städtetag, deutscher 339, 391, 433, 652
Stadtfinanzen 236, 237, 337, 632
Stadtjubiläen 452, 570, 571, 605, 610, 615, 616, 670, 671
Stadtplanung 535
Stadtprivilegien (siehe auch Privilegien) 46, 66, 90, 104, 107, 108, 110, 114, 115
Stadtrat 60, 75, 92, 98, 99, 102, 103, 111–113, 122–124, 138, 159, 163, 173, 179, 180, 187, 194, 201–203, 208, 212, 215, 222, 223, 226, 232, 259, 299, 312, 314, 316, 317, 324, 325, 327–329, 334–336, 341, 353, 359, 368, 378, 379, 385, 387, 396, 400, 404, 405, 410–412, 415, 417, 428, 430, 433–436, 451, 457, 458, 460, 462–466, 470, 481, 513, 525, 537, 540, 541, 558, 563, 564, 567, 582, 585, 599, 635, 636, 639, 644–646
Stadtrecht 46, 98, 108, 120–122
Stadtverordnete 236, 329, 360, 408, 421, 422, 424, 429, 432, 466, 504, 505, 507, 512, 538
Stadtverordnetenversammlung 405, 436, 512, 559
Stadtwappen 97
Ständehaus (siehe auch Landtag) 204, 206–208, 229, 232–234, 236, 238, 259, 274, 279, 280, 339, 340, 344, 428, 429, 488, 497
Staufer 40
Steuern 72, 87, 89, 101, 120–122, 138, 203, 322, 337, 645, 646
Stiftungen 29, 31, 66, 110, 169, 186, 224, 255, 319, 320, 335, 336, 342, 366, 590
  Karl-Friedrich-Stiftung 224, 255
  Karl-Friedrich-, Leopold- und Sophienstiftung 255, 643
  Christoph Friedrich Lidell 320
  Elisabeth-von-Offensandt-Berckholtz-Stiftung 319
  Ferdinand-Siegel-Stiftung 335, 336
  Gustav-Adolf-Stiftung 342
  Leopold, Freiherr von Freystedt Stiftung 366
Strafe 91, 100, 170, 179, 203, 263, 271, 280, 431, 462, 463, 505, 513
Straßenbahn 61, 307, 313, 315, 337, 360, 369, 388, 389, 396, 419, 548, 574, 585, 587, 588, 663, 664
Straßenbau 474, 566, 662
Straßenbeleuchtung 137, 138, 369
Studentenprotest 624
Süddeutscher Rundfunk 539
Südwestdeutsche Heimattage 446
Südweststaatfrage 521–523, 525, 526

Technologiepark 657
TechnologieRegion 671–673
Teilortswahl 654
Telegraph 241
Theater (Hoftheater, Landestheater, Staatstheater) 95, 126, 129, 130, 132, 134, 138, 146, 155, 175, 214, 216, 224–226, 240, 241, 261, 265, 316, 318, 333, 360, 361, 368, 449– 451, 458, 469, 470, 479, 553, 554, 558, 570–572, 590, 594, 603–605, 667, 670
Trümmerräumung 545–547, 556, 559, 561, 566, 587
Turnplatz 263

U-Strab 662–664
Überschwemmungen 221, 272
Ultramontane 344
Umwelt 200, 629, 630, 631
Universität (siehe auch Hochschulen) 140, 207, 210, 250, 329, 351, 592, 608, 625, 631, 664, 672
Urbanisierung 358

Varieté 450
Verbände und Vereine 53, 148, 182, 198, 199, 221, 224, 226, 228, 242, 248, 255–259, 261–264, 266, 270, 273, 274, 277, 278, 282–291, 294, 295, 297, 300, 302, 319, 320, 329, 332, 336, 341, 342–344, 346–348, 350, 351, 353, 365, 385, 390, 396, 398, 415, 420, 423, 452–454, 456, 466–468, 507, 508, 552, 578, 612, 634
  Alldeutscher Verband 377
  Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein 347, 348
  Allgemeiner Turnverein 263, 264
  Altkatholische Jungmannschaft 342
  Altkatholischer Bürgerverein 342
  Altkatholischer Frauenverein 342
  Altkatholischer Kirchenchor 342
  Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“ 466
  Arbeiter-Radiobund 466
  Arbeiterabstinentenbund 350
  Arbeiterathletenbund 466
  Arbeiterbildungsverein 345–347
  Arbeiterdiskussionsclub 347
  Arbeitergesangvereine 350
  Arbeiterradfahrerverein „Solidarität“ 350
  Arbeiterradfahrerverein „Vorwärts“ 350
  Arbeitersamariterbund 466
  Arbeitersängerbund 466
  Arbeitersängervereine 467
  Arbeiterschachklub 466
  Arbeitersportkartell 452, 453, 466
  Arbeitersportvereine 350
  Arbeiterstenographenbund 350
  Arbeiterturn- und Sportklub 466
  Arbeitervereine 273–275, 285, 287, 288, 295, 296, 342, 345, 347, 350, 353, 446, 447
  Arbeiterwohlfahrt 466
  Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine 615
  Arbeitsgemeinschaft der Betriebe zur Versorgung der zivilen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter e.V. 495

Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg 524
Arbeitsgemeinschaft der Badener 524
Athletenklubs 353
Badischer Frauenverein 258, 291, 301, 302, 310, 319, 320, 322, 363, 364, 366, 401, 405, 451
Badischer Militärverein-Verband 302
Badischer Sängerbund 262, 263
Badischer Volksverein 283
Blaukreuzverein 342
Borromäusverein 341
Bund der Freunde der Sowjetunion 466
Bund deutscher Frauenvereine 351
Bündische Jugend 624
Bürgerverein, Durlach 273
Bürgervereine 260, 267, 269, 270, 273, 283, 315, 342, 353, 615, 658, 663
Bürgervereinigung 436
Cäcilienverein 259, 261, 334
Casino 347
Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 439
Club des entschiedenen Fortschritts 294
Concordia 454
Demokratischer Frauenbund Deutschlands 538
Demokratischer Verein 285, 286, 344
Deutsch-evangelischer Frauenbund 351
Deutschbund 426
Deutsche Kunstgesellschaft Dresden 468
Deutsche Notgemeinschaft 398
Deutscher Offiziersbund 426
Deutscher Protestantenverein 342
Deutscher Sängerbund 262
Deutscher Studentenbund 468
Deutscher Verein 287
Deutscher Zollverein 53, 252
Deutschkatholiken 259
Die eiserne Front 420, 460
Eintracht 248, 260–262, 264, 332, 353, 452
Elisabethenverein 289–291, 301
1. FC Phönix 365, 454, 612
Evangelisch-kirchlicher Krankenverein 342
Evangelische Männer- und Jünglingsvereine 342
Evangelische Vereinigung der Neuoststadt 342
Evangelischer Arbeiterverein 342, 347
Evangelischer Bund 342
Evangelischer Frauen-Krankenverein 258
Evangelischer Krankenverein 342
Flickverein 342
Frauen- und Jungfrauen-Verein zur Gustav-Adolf-Stiftung 342
Frauen-Vincentiusverein 341
Frauenvereine 197, 198, 230, 247, 257–259, 272, 289–291, 301, 302, 310, 318–320, 322, 336, 342, 351, 363, 364, 366, 369, 399, 401, 405, 451, 466, 475
Frauenverein zur Unterstützung deutschen Gewerbefleißes 289, 290
Freie Turnerschaft 365
Frontkriegerbund 427
Fußballvereine 353, 365, 374, 453, 454
Fußballverein Beiertheim 454
Gesangvereine 259, 261–263, 289, 353, 467
Gesangverein Lasallia 467
Gesangverein Liederkranz, Durlach 53
Gesangverein „Vorwärts" 350
Gesellenverein 341
Geselligkeitsvereine 353
Gesellschaft zum Haarenen Ring 148, 149
Gewerbevereine 247, 261, 268
Gewerkvereine 347
Griechenvereine 259
Grokage Durlach 613
Große Karnevalsgesellschaft 613
Heimatbund Badnerland 525
Hilfsverein für Verwundete und Kranke in den polnischen Spitäler 236, 259
Hochschulring deutscher Art 426
Hospitalverein 255
Innere Mission 297, 336, 342
Internationale Arbeiterhilfe 466
Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit 466
Jungdeutscher Orden 426, 427
Jungfrauenvereine 342
Jungnationaler Bund 426
Kampfbund gegen den Faschismus 422
Kampfbund für Deutsche Kultur 468
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 465
Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit 453, 466
Karlsruher Fußballverein (KFV) 453
Karlsruher Lesegesellschaft 148, 150, 221
Karlsruher Notgemeinschaft 404, 405, 412, 413, 478, 545
Karlsruher polytechnische Turnerschaft 353
Karlsruher Sportclub (KSC) 612
Karnevalsvereine 353
Katholischer Arbeiter- und Volksverein 341
Katholischer Arbeiterverein 347
Katholischer Frauenbund 341, 351
Katholischer Fürsorgeverein 341
Katholischer Gesellenverein 347
Katholischer Jünglingsverein 341
Katholischer Lehrerverband 341
Katholischer Mädchenschutzverein 341
Katholischer Studentenverein Laetitia 341
Katholischer Verein 284
Kirchenchorvereine 467
Königin-Luise-Bund 427
Kuhn'scher Männerchor 467
Kulturbund Karlsruhe 554
Kulturvereine 259, 466
Kunst- und Industrieverein 228
Lehrerinnenvereine 351
Lesegesellschaft 53, 147–151, 221, 224, 261, 334
Liederhalle 261, 353
Liederkranz 53, 260, 261, 270, 353
Liedertafel 261, 353
Literarische Gesellschaft 336
Mädchenstrickverein der evangelischen Stadtmission 342

Männer-Hilfsverein 301, 336
Männer-Vincentiusverein 341
Militärverein 302, 303
Museum 148, 198, 215, 219–222, 224, 226, 228, 259, 261, 301, 332, 333, 353
Musikverein, Durlach 53
Narrenverein von Pfannenstielhausen 261
Nationalsozialer Verein 344
Nationalverband deutscher Offiziere 426
Nationalverein 300, 344
Polenverein 259
Preß- und Vaterlandsvereine 259
Radfahrvereine 353
Reichsbanner 420, 439, 440, 460
Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 439
Reichsbund für Leibesübungen 467
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 486
Republikanischer Club 626
Rote Hilfe 466
Rotfrontkämpferbund (RFB) 422
Rudervereine 353
Schützengesellschaft 182, 301, 353
Schwimmvereine 353, 612
Skiklubs 353
Sophien-Frauenverein 257, 258, 291, 301, 319
Sportvereine 353, 365, 452, 453, 466, 467, 612
Stahlhelm 427
Theaterkulturverband 446
Touristenverein „Die Naturfreunde" 350, 466, 467
Turnergesellschaft vom Pfauen 264
Turngemeinde 1846 353
Turnverein Durlach 53
Turnvereine 53, 259, 263–265, 287–289, 295, 353, 453, 466, 612
Vaterländischer Verein 277, 282, 283, 285
Verband für Frauenstimmrecht 351
Verein abstinenter Katholiken 341
Verein bildender Künstler 333
Verein der Maschinenbauer 262
Verein „Frauenbildung-Frauenstudium" 351
Verein Frauenbildungsreform 329
Verein für Bewegungsspiele Südstadt 454
Verein für türkische Musik 270
Verein katholischer Geschäftsgehilfinnen und Beamtinnen 341
Verein Volksbildung 336
Verein zur Bildung einer freiwilligen Lösch- und Rettungsmannschaft 266
Verein zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder 256, 257
Verein zur Unterstützung bedrängter Arbeiterfamilien 290
Vereine für weibliche Angestellte 351
Vereinigung badischer Gesangvereine 262
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 533
Vereinigung für vaterländische Ziele 376
Verkehrsverein 446
VfB Mühlburg 612
Volksvereine 276, 287, 288, 296
Wahlvereine 259
Wohltätigkeitsverein 224
Wohltätigkeitsverein der Frauen, Durlach 53
Württembergisch-badischer Städteverband 591
Verfassung 97, 155, 157, 162, 192, 206–208, 210, 230, 233, 263, 274, 275, 282, 284, 287, 292, 296, 331, 358, 374
Verfassunggebende Versammlung 1849 278
Verfassunggebende Versammlung 1946 541
Verfassungsfeiern 232, 446
Verkehr 41, 44, 51, 53, 89, 209, 240, 290, 307, 309, 313, 382, 548, 550, 578, 585, 617, 620, 622, 648, 662, 663
Verkehrslinien 549, 585, 658
Verkehrslinienplan 567, 662
Versailler Vertrag 358, 399
Versorgungsbetriebe 535
Viehzucht 28, 48, 119
Volkswehr 379, 398
Volkswohnung G.m.b.H. 417
Vorläufige Volksregierung 378, 379
Vormärz 230–233, 256, 263, 300
Vorsänger 623

Wachdienst 102
Wahl 60, 97–99, 111, 117, 145, 146, 167, 203, 204, 232, 233, 235–237, 267–272, 278, 285, 286, 291–293, 344, 348, 349, 351, 376, 379, 419, 423, 424, 427, 428, 431, 432, 434–442, 444–446, 457, 460, 488, 509, 523, 537–541, 558, 562–566, 580, 613, 633, 636, 640, 643–645, 652–655, 663
Badische Nationalversammlung 424
Bürgermeister 292, 643
Deutsche Nationalversammlung 424
Bundestag 539, 565, 566, 633
Gemeinderat 98, 235, 291, 434–437, 540, 633, 635, 636, 637, 643, 644, 654
Landtag 208, 232–234, 266, 267, 274, 297, 344, 349, 351, 353, 422, 426, 427, 437, 439, 440, 442, 565, 566, 633, 641
Oberbürgermeister 286, 539, 541, 559, 560, 562, 640–642, 651
Reichspräsident 440, 445
Reichstag 342, 348, 351–353, 422, 424, 426, 427, 435–437, 439–441, 445, 446, 456–459, 465, 467, 480, 487, 488
Wahlrecht 202, 208, 235, 338, 343, 345, 350, 437, 558
Währungsreform 542, 547–552, 555, 556, 558, 604, 606, 609
Waldenser 37–39, 46
Wappen 29, 117, 430
Warenhäuser 300, 368, 395, 429, 481, 557
Wärmehallen 368, 401, 404, 409, 411
Wasserversorgung 53, 60, 138, 155, 206, 212, 213, 217, 237, 238, 312, 316, 337, 396, 471
Weltwirtschaftskrise 358, 382, 385, 388, 389, 391–393, 402, 409, 417, 442, 444, 452, 472
Westfälischer Frieden 43, 45, 72, 103, 105
Widerstandskämpfer 508, 512, 514, 515, 533, 539, 541
Wiederaufbau 44, 46, 71, 262, 384, 499, 531, 535, 538,

540, 547, 548, 557, 559, 561, 566, 567, 569, 570, 572, 576, 592, 605, 606, 666, 667
Wiener Kongreß 206
Wochenmarkt 91
Wohlfahrtsausschuß 378, 379
Wohnsiedlungen 576
Wohnungsnot 413, 415, 566, 573, 576, 580, 593, 668
Wohnverhältnisse 308, 311, 318, 581

Zehnt 231
Zeitungen und Zeitschriften (siehe auch Presse) 53, 143–145, 147, 184, 196, 228, 233, 234, 242, 269, 271, 277, 279, 286, 287, 291, 295, 335, 340, 420, 421, 430, 431, 437, 442, 460, 505, 506, 537, 539, 626
Allgemeine Deutsche Bibliothek 147
Allgemeine Zeitung 539
Allgemeines Intelligenz und Wochenblatt für sämtliche Hochfürstliche badische Lande 144
Badische Neueste Nachrichten (BNN) 525, 526, 533, 539, 550, 553, 572, 607, 615, 624–627, 630, 633, 637, 639–644, 651, 653
Badische Presse 423, 424, 460
Badische Volkszeitung 539, 611
Badischer Beobachter 340, 391, 409, 424, 429, 438, 442, 456, 481, 498
Carlsruher nützliche Sammlungen 144
Carlsruher Zeitung 144
Demokratisches Wochenblatt Mannheim 344
Der Freisinnige 233
Der Führer 393, 428, 456, 458, 460, 461, 469, 483, 491, 497, 499
Der Verkündiger 287, 295, 296
Der Zeitgeist 233, 234
Frankfurter Politische Zeitung 147
Großherzoglich Badische Staatszeitung 196, 198, 228
Heidelberger Wochenblatt 230
Journal Universel 234
Karlsruher Anzeiger 347
Karlsruher Beobachter 234, 267
Karlsruher Intelligenz- und Wochenblatt 251, 255
Karlsruher Tagblatt 272, 280, 282, 287, 289, 292, 430, 460
Karlsruher Wochenblatt 143, 145
Karlsruher Zeitung 145, 147, 228, 234, 242, 271, 277, 279, 291, 295, 442
Landtagszeitung 234
Leipziger Volkszeitung 349
Mannheimer Abendzeitung 280, 285, 288
Rastatter Wochenblatt 144
Rheinischer Hausfreund 229
Rheinländischer Hausfreund 229
Rhein-Neckar-Zeitung 539
Rote Fahne 421
Schlötzers Staatsanzeiger 147
Sozialistische Aktion 508
Sozialistische Republik 420, 421
Stadt- und Landbote 234, 266, 268, 287, 296
Südwestdeutsche Allgemeine Zeitung 539
Trotz Alledem Rote Fahne 505, 506
Völkischer Kämpfer 426
Volksfreund 349, 375, 376, 402, 408, 420, 421, 425, 429, 430, 437, 439, 440, 442, 444, 445, 456, 460, 482
Volksstimme Mannheim 376
Wachtturm 509
Wielands Merkur 147
Zensur 233, 234
Zentralrat der Betriebsräte 395, 396
Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) 668, 671
Zeugen Jehovas 508–510
Zollerhebung 89
Zollstation 40
Zünfte 41, 48, 73, 93, 94, 96, 102, 112, 159, 173, 252, 298
Zunftordnung 94, 96, 97, 171, 177

Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs

Band 1 Ernst Schneider: Die Stadtgemarkung Karlsruhe im Spiegel der Flurnamen, 1965, 210 Seiten

Band 2 Ludwin Langenfeld: Die Badische Revolution 1848–1849, Dokumente des Karlsruher Stadtarchivs und des Pfinzgau-Museums, 1973, 48 Seiten, vergriffen

Band 3 Das Pfinzgaumuseum in Karlsruhe-Durlach, Akzente seiner Neugestaltung, 1976, 80 Seiten

Band 4 Ludwin Langenfeld und Ernst Schneider: Die Staufer am Oberrhein – Geschichte, Handschriften, Urkunden, Kunst, 1977, 52 Seiten, vergriffen

Band 5 Ernst Schneider: Durlacher Volksleben 1500 bis 1800, Volkskundliches aus archivalischen Quellen, zugleich ein Beitrag zur Geschichte der ehemaligen Stadt Durlach, 1980, 239 Seiten

Band 6 Industriearchitektur in Karlsruhe. Beiträge zur Industrie- und Baugeschichte der ehemaligen badischen Haupt- und Residenzstadt bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, 1987, 200 Seiten

Band 7 Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715–1945, 2. Aufl. 1989, 720 Seiten

Band 8 Juden in Karlsruhe – Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, 2. Auflage 1990, 640 Seiten

Band 9 Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage 1990, 560 Seiten

Band 10 Alltag in Karlsruhe – Vom Lebenswandel einer Stadt in drei Jahrhunderten, 1990, 304 Seiten

Band 11 Ernst Otto Bräunche, Angelika Herkert und Angelika Sauer: Geschichte und Bestände des Stadtarchivs Karlsruhe, 1990, 224 Seiten

Band 12 Gerhard F. Linder: 1000 Jahre Hagsfeld. Die Geschichte eines Dorfes, 1991, 440 Seiten

Band 13 Susanne Asche: 1000 Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes, 1991, 400 Seiten

Band 14 Manfred Koch: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, 1992, 356 Seiten

Band 15 Susanne Asche, Barbara Guttmann, Olivia Hochstrasser, Sigrid Schambach, Lisa Sterr: Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte, 1992, 456 Seiten

Band 16 Peter Pretsch: „Geöffnetes Narren-Turney." Geschichte der Karlsruher Fastnacht im Spiegel gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen, 1995, 208 Seiten

Band 17 Susanne Asche, Olivia Hochstrasser: Durlach – Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt, 1996, 560 Seiten

Band 18 Erich Lacker: Zielort Karlsruhe – Die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg, 1996, 232 Seiten

Band 19 Barbara Guttmann: Hopfen und Malz. Die Geschichte des Brauwesens in Karlsruhe, 1998, ca. 180 Seiten (erscheint im Oktober).

Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe

Band 1
Christina Müller: Karlsruhe im 18. Jahrhundert. Zur Genese und zur sozialen Schichtung einer residenzstädtischen Bevölkerung, 1992, 464 Seiten

Band 2
Ernst Otto Bräunche: Die Karlsruher Ratsprotokolle des 18. Jahrhunderts. Teil 1: 1725–1763, 1995, 340 Seiten

Band 3
Jürgen Schuhladen-Krämer: Zwangsarbeit in Karlsruhe 1933–1945. Ein unbekanntes Kapitel Stadtgeschichte, 1997, 170 Seiten

Veröffentlichungen des Stadtmuseums im Prinz-Max-Palais und des Pfinzgau-Museums in der Karlsburg

Ausstellungsreihe Karlsruher Stadtteile

Heinz Schmitt: Mühlburg, 1982, 40 Seiten
Peter Pretsch: Rüppurr, 1985, 48 Seiten, vergriffen
Peter Pretsch: Knielingen 1986, 72 Seiten
Peter Pretsch: Hagsfeld, 1988, 52 Seiten
Peter Pretsch: Bulach, 1993, 52 Seiten

Ausstellungskataloge

Karl Friedrich Drais von Sauerbronn 1785–1851. Ein badischer Erfinder. Ausstellung zu seinem 200. Geburtstag, 1985, 103 Seiten
Hubert Collin: Nancy und Lothringen in der Französischen Revolution, 1989, 144 Seiten
World Games 1989 – Vom Spiel zum Wettkampf. Ausstellung zur Geschichte nichtolympischer Sportarten, 1989, 72 Seiten
Brigitte Baumstark: Rund um den Turmberg. Früher durch das Pfinzgaumuseum, 1994, 296 Seiten
Brigitte Baumstark: Rund um den Turmberg. Führer durch die Abteilung Landwirtschaft und Handwerk des Pfinzgaumuseums, 1996, 48 Seiten

Die neue Stadtgeschichte erzählt die Entwicklung Karlsruhes von den Anfängen bis zur Gegenwart. Neue Forschungsergebnisse lassen die Vergangenheit lebendig werden. Im Mittelpunkt stehen die politische Entwicklung, der städtebauliche Wandel, die wirtschaftlichen Grundlagen und die kulturellen Leistungen der Stadt. Eine reiche Bebilderung veranschaulicht die Geschichte.
Stadtpläne zwischen den einzelnen Kapiteln und zwei Tabellen am Schluß des Bandes ermöglichen den Überblick über die Stadtentwicklung.
In den Text integrierte Kurzbiographien stellen Personen vor, die positiv oder negativ diese Entwicklung entscheidend mitgestaltet oder beeinflußt haben. Im Vordergrund stehen die Bemühungen und Leistungen der Karlsruher und Karlsruherinnen, ihre Möglichkeiten und Handlungsspielräume auf dem Weg Karlsruhes von einer eher unbedeutenden fürstlichen Gründung zur Großstadt im Zentrum Europas und der Technologieregion Karlsruhe.

BADENIA ISBN 3-7617-0353-8